Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

UNIVERSITY OF IOWA
LIBRARIES

Digitized by Google

XI = 15

UNIVERSITY OF IOWA
3 1858 045 072 216

Digitized by Google

Digitized by Google

2. Januar 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrespreis im Buchhandel 4 M., beim Postamt 4,12 M., unter Kreuzband 4,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 4,25 M., ins Ausland 5 M. Soldatenausgabe 1,50 M. Einzelhefte 40 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8683.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 1

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 60 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Gertrud Bäumer:** Heimatchronik. — **Naumann:** Das Schicksal des Sozialismus. — **Prof. Dr. Ernst Cahn:** Das Verhältniswahlrecht zur Nationalversammlung. — **Dr. v. Frankenberg:** Das Tempo der Sozialreform. — **Dr. Julius Luebeck:** Die wirtschaftliche Entwicklung Bayern im Deutschen Reiche. — **Gertrud Bäumer:** Wege innerer Erneuerung; Das Leben und die Natur. — **Dr. Margarete Rothbarth:** Die Deutsche demokratische Partei und die Frauen. — **Kurt Arnold Findeisen:** Zum neuen Jahr. — **Naumann:** Gattungsleben. — Soziale Bewegung.

Naumann / Kriegschronik

Sonntag, 22. Dezember.

Im großen Saal der Berliner Philharmonie versammelte sich der neugegründete „Deutsche Offizierbund", dem bereits über 100 000 Mitglieder angehören, um eine Erinnerungsfeier zum Gedächtnis der für das Vaterland gestorbenen Offiziere abzuhalten. Der vor kurzem aus dem Amte geschiedene Kriegsminister Scheüch sagte: „Durch meinen Beitritt zum „Deutschen Offizierbund" will ich meiner vollen Übereinstimmung mit seinen Zielen Ausdruck geben und ihm nach meinem Ausscheiden aus dem Amte meine ganze Kraft zur Verfügung stellen." Major v. Stephani protestiert gegen die Entehrung der Offiziere: Ich richte diesen Protest auch im Namen der 58 000 toten Kameraden an diejenigen, die uns Gewalt antun. Der Anteil der Offiziere an Toten mit 39 v. H., an Mannschaften mit 19 v. H. zeigt, wie rücksichtslos sie ihr Leben für das Vaterland eingesetzt haben.

Über die Zurückziehung der deutschen Ostarmee werden folgende offizielle Nachrichten verbreitet. Die Räumung der Krim ist durchgeführt. Die Entente ist gebeten, den Rücktransport unserer noch im Kaukasus befindlichen Kommandos zu genehmigen. Aus der Türkei sind einzelne Abteilungen durch die Ukraine nach der Heimat befördert. In einer Abmachung zwischen der deutschen Heeresgruppe Kiew und den ukrainischen Republikanern verpflichten sich diese, den weiteren Abtransport der deutschen Truppen weitgehend zu unterstützen. Von der Heeresgruppe Mackensen sind beträchtliche Teile in Deutschland angekommen, andere befinden sich in Budapest oder Siebenbürgen. Durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland ist der Abtransport der Truppen aus Polen bisher nicht gestört worden. In Estland und Livland ziehen sich die deutschen Truppen in Richtung auf Riga und Libau zurück. Die ersten Rückbeförderungen deutscher Truppen aus Finnland sind an der deutschen Küste eingetroffen.

Montag, 23. Dezember.

In Prag hielt unter dem Jubel der Menge Professor Masaryk als neuer Präsident der Republik seinen Einzug und wurde vom Ministerpräsident Kramarsch im Namen des freien tschechoslowakischen Staates begrüßt. Masaryk hielt eine Ansprache, in der er den Deutschböhmen zuredete, sie sollen sich mit dem neuen Zustand abfinden und darauf vertrauen, daß ihnen im tschechischen Staate ihre Freiheit garantiert sein würde. Das Zutrauen, daß der Präsident derartige Versprechungen wird halten können, ist auf deutscher Seite begreiflicherweise sehr gering. Man erinnert sich zwar der früheren Zeiten, in denen Professor Masaryk zu denjenigen Tschechen gehört hat, die auch mit der deutschen Bildung in einem engeren Verkehr standen, ebenso aber ist nicht unbekannt, daß schon in den letzten Jahren vor dem Kriege durch eifriges Studium russischer und panslawistischer Literatur bei Masaryk eine entschiedene Abwendung von der deutschen Kultur zu bemerken war. Sonst würde es auch nicht möglich gewesen sein, daß er dem österreichischen Staat gegenüber von vornherein als Verächter und Landesflüchtling aufgetreten ist. Er persönlich wird sicher bemüht sein, besondere Härten zu vermeiden. Vielleicht liegt dasselbe auch in der Absicht seines dem Tode knapp entgangenen Ministerpräsidenten Kramarsch. Beide zusammen aber existieren nur solange, als sie dem nationalistischen Fanatismus der hochgesteigerten tschechischen Volksempfindung genügen.

Abgeordnete der montenegrinischen Skuptschina haben in Belgrad die Vereinigung Montenegros mit Serbien offiziell bekanntgegeben. Dabei hieß es über Nikita: Der frühere König von Montenegro hat durch seine unaufrichtige Kriegführung und seine Flucht aus dem Lande, das er einfach preisgab, sein Land und seine Krone verscherzt. Wir haben alle Beziehungen zu ihm abgebrochen. — Auf diese Weise gibt es nun auch den Schwiegervater der Könige nicht mehr! Ob König Peter nach Belgrad zurückkehren wird, ist noch nicht gesagt.

Von großpolnischer, tschechischer und katholischer Seite werden Pläne geschmiedet, um eine selbständige Republik Oberschlesien herzustellen, zu der man auch einen Teil von Mittelschlesien, bis nahe an Breslau heran, anfügen will. Die Tschechen verlangen die Kreise Ratibor, Leobschütz, Habelschwerdt, Glatz, Neurode, Waldenburg, Landshut und den südlichen Teil des Kreises Schreiberhau und auch noch Stücke vom Kreise Löwenberg, im ganzen einen Flächeninhalt von 3500 Quadratkilometern mit 550 000 Einwohnern. Das oberschlesische Berggebiet wird als polnisch, das niederschlesische als tschechisch beansprucht. Deutschland soll seiner wirtschaftlich wertvollsten Gebiete beraubt werden. Geschichtlich betrachtet, ist dieser Plan eine reine Unverschämtheit, denn zunächst waren die Orte Pleß, Beuthen, Kreuzburg und alles, was westlich von ihnen liegt, niemals Teile des polnischen Königreichs. Ein polnischer Geschichtsanspruch auf schlesisches Gebiet ist rundweg nicht vorhanden. Wenn Wilson in seinen 14 Sätzen von „unzweifelhaft polnischen Territorien" spricht, so kann gar keine Rede davon sein, daß hier unzweifelhaft polnische Territorien vorliegen. Und was andererseits die Ansprüche der Böhmen anlangt, so hat das Herzogtum Schlesien bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts zwar zur österreichischen Monarchie, niemals aber zum Königreich Böhmen gehört. Die böhmische Grenze ist niemals über die Höhe des Gebirgskammes hinausgekommen. Während nun aber die Polen wenigstens das für sich geltend machen können, daß durch den Zuzug der Bergarbeiter in Oberschlesien eine starke polnische Sprachinsel entstanden ist, so ist es einfach Unsinn, den Nordrand des Riesengebirges und die mittelschlesischen Industriebezirke als tschechisches Sprachgebiet in Anspruch zu nehmen.

Dienstag, 24. Dezember.

Da es nicht Aufgabe der Kriegschronik sein kann, die Vorgänge im Innern Deutschlands darzustellen, verzichten wir darauf, von den traurigen militärischen Vorkommnissen in Berlin an dieser Stelle zu reden, halten aber doch für nötig auszusprechen,

Digitized by Google
The University of Iowa

daß, wenn überhaupt nach diesem schrecklichen Kriege noch Blut vergossen werden soll, es besser zur Verteidigung der bedrängten östlichen und südlichen Grenzen unserer Nation zu geschehen hat, als zu Tötungen inmitten der Hauptstadt. Die Lage des Deutschtums ist so unglaublich gefährdet, daß wir uns den Luxus eines Spieles mit dem Feuer innerhalb der Heimat nicht leisten dürfen.

Die dänische Zeitung „Politiken" berichtet aus Paris, daß bei Gelegenheit des Besuches, den der spanische Ministerpräsident Romanones dort machte, Erwägungen angestellt wurden, daß England bereit ist, Gibraltar abzutreten, weil dessen strategische Bedeutung durch die moderne weittragende Artillerie erheblich vermindert worden sei. Als Entschädigung soll England außer einem entsprechenden wirtschaftlichen Schadenersatz entweder Ceuta oder einen anderen Punkt der marokkanischen Küste im Mittelmeer erhalten. — Wenn diese Nachricht sich bewahrheitet, so wirft sie ein interessantes Licht auf die Verhandlungen, die während des Krieges England mit Spanien geführt hat, um seine Neutralität zu garantieren. Es ist gar nicht unmöglich, daß bereits während des Krieges zu diesem Zwecke die Auslieferung von Gibraltar versprochen worden ist.

Der neue tschechische Präsident Masaryk hält eine Rede, in der er an ein bismarckisches Wort anknüpft: wer Herr von Böhmen sei, der sei auch Herr von Europa. Die Böhmen sollten den Versuch machen, einen Staatenverband von Estland und Livland an rings um Deutschland und Ungarn herum zu bilden, dessen Hauptteilnehmer die Polen, Rumänen und Südslawen sein sollten, bei dem aber Prag die Mitte des neuen Großstaates abgeben würde. Man kann sich denken, wie sehr solche Pläne den neuen Herren des Hradschin gefallen.

Mittwoch, 25. Dezember.

Das Weihnachtsfest erscheint weniger hell und freudig, als man es sich während der vorhergehenden Kriegsjahre gedacht hat, weil die Zerwürfnisse und Unklarheiten innerhalb unserer sozialistischen Republik das Gefühl der Beruhigung nicht aufkommen lassen. Auch besteht eine weitgehende Enttäuschung darüber, daß nach dem militärischen Siege bei den Regierungen und Bevölkerungen der Entente die vorher stark zur Schau getragene Friedensgesinnung in offenbare Gleichgültigkeit und Mattigkeit sich verwandelt. Bisweilen hat man den Eindruck, daß Wilson als Prophet der Menschheitsorganisation mit seinem „Friede auf Erden" fast allein steht. Seit Abschluß des Waffenstillstandes sind sechs Wochen verflossen, und in diesen sechs Wochen ist für die Herstellung des Friedens so gut wie nichts geschehen. Man mag zugeben, daß die elenden Zänkereien, unter denen jetzt Berlin leidet, den anderen Nationen einen gewissen Grund geben, mit dem endgültigen Abschluß von Friedensverträgen zu zögern, bis eine verfassungsmäßig zu Recht bestehende Regierung vorhanden ist. Aber auch die notwendigen, umfangreichen Vorarbeiten für die kommenden Verträge sind heute, wie es scheint, kaum weiter gefördert als in der Mitte des November. Zugleich bietet das Deutschtum ein trauriges Bild der Zersetzung. Wir verlieren an allen Grenzen und haben bis heute nicht die Kraft, uns dagegen zu wehren. Die früheren Übertreibungen des Kriegswillens rächen sich auf eine furchtbare Weise. Man denkt während des Festes über die Möglichkeiten innerer und äußerer Volkserneuerung nach, möchte gern, Anzeichen einer entschlossenen Aufweckung guter nationaler und sozialer Kräfte erleben, fühlt aber zugleich, daß die Mehrzahl der Menschen zunächst mit ihren Privatangelegenheiten und Privatwünschen so übermäßig beschäftigt ist, daß sie für den Pulsschlag des allgemeinen Lebens noch keine volle Hingabe besitzt.

Donnerstag, 26. Dezember.

Die deutsche Botschaft in Konstantinopel hat unter dem Druck der Entente ihren Platz räumen müssen, und es steht zu erwarten, daß auch die türkische Vertretung in Berlin zurückgezogen wird. Damit erlischt die politische Selbständigkeit des türkischen Reiches. Von verschiedenen Seiten wird der türkische Staatsbankrott angekündigt. Noch darf bezweifelt werden, ob diese Nachricht buchstäblich richtig ist, weil die Engländer und Franzosen kein Interesse daran haben können, ihre eigenen Schuldforderungen an die Türkei für nichtig erklären zu lassen. Das wahrscheinlichste ist, daß die türkischen Finanzen unter eine internationale Kontrolle gestellt werden, durch die man die letzten Reste türkischer Kraft langsam aussaugt. Daß dabei die deutschen Staats- und Privatforderungen an die Türkei schlecht wegkommen werden, liegt auf der Hand. Wir haben der Türkei gegenüber getan, was wir konnten, ja vielleicht: Wir haben etwas zuviel für die Türkei getan! Wahrscheinlich wäre es besser gewesen, wenn wir schon zeitiger uns vom Kampf in Syrien und Mesopotamien und von der Besetzung Südkaukasiens zurückgezogen hätten. Man kann nachträglich zugestehen, daß darüber im letzten Kriegsjahre wiederholt ernsthaft gesprochen worden ist, insbesondere, nachdem es sich zeigte, daß zwischen Türken und Bulgaren ein gutes Einvernehmen nicht mehr herzustellen war. Das Hauptquartier hat hier, wie an anderen Stellen, in weitgetriebenem Siegesglauben ferne Stationen zu halten gesucht auf Kosten der Verteidigung der unmittelbaren Grenzen. Natürlich sind jetzt in der Türkei diejenigen, die unsere treuesten Freunde waren, verfolgt und gefährdet. Der jungtürkische Traum ist zu Ende. Die arabischen Gebiete der Türkei kommen in der Hauptsache unter englische Botmäßigkeit.

Der deutschösterreichische Gesandte in Berlin, Ludo Hartmann, teilt mit, daß durch Verfassungsbestimmungen vom 13. Dezember denjenigen Deutschen, die in Österreich geboren sind und die gegenwärtig im Deutschen Reiche wohnen, ohne weiteres die deutsch-österreichische Staatszugehörigkeit anerkannt wird. Bisherige Deutschösterreicher aus anderen Gebieten (z. B. aus Ungarn) müssen sich zur deutschen Staatsbürgerschaft melden, wenn es ihren Wünschen entspricht. Ein gemeinsames Staatsbürger- und Heimatrecht zwischen deutschen Reichsbürgern und deutschen Österreichern läßt sich erst im Zusammenhang mit der Verfassung der kommenden deutschen Republik durchführen.

Freitag, 27. Dezember.

Daß die deutsche Revolution durch russische Unterstützungsgelder zurechtgemacht worden ist, wird immer deutlicher. Der jetzige Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt, Dr. Oskar Cohn, bestätigt, daß er die von russischen Parteifreunden durch Joffe für die Zwecke der deutschen Revolution zur Verfügung gestellten Geldmittel gern entgegengenommen habe. Er sagt: Genosse Joffe hat mir das Geld in der Nacht vom 5. zum 6. November 1918 gegeben. Ich habe das Geld seinem Zwecke zugeführt, nämlich der Verbreitung des Gedankens der Revolution, und bedaure nur, daß es mir die Umstände unmöglich gemacht haben, die ganze Summe schon aufzubrauchen. Genosse Joffe hat mir 4 Mill. Rubel für die Zwecke der deutschen Revolution zur Verfügung gestellt. — Es ist schmachvoll, daß die Annahme derartigen Geldes von der gegenwärtigen Regierung nicht als genügender Grund angesehen wird, um sich von allen denjenigen Personen rückhaltlos zu trennen, die mit der Annahme der russischen Revolutionszahlungen irgendwie zu tun haben.

Sonnabend, 28. Dezember.

Belgische und holländische Sozialisten bemühen sich, den internationalen Verband der Sozialisten aller Länder wiederherzustellen. Der in Belgien sitzende internationale Sekretär Huysman sagt: „Vier Jahre lang haben wir die deutschen Mehrheitssozialisten zur Revolution angespornt. Nun sie dem Rate gefolgt sind, sollen wir sie verachten? Beeilen wir uns, die Internationale zusammenzurufen, sonst tun es die englischen Arbeiter. Ich bin während des Krieges nicht nur der Sekretär der Belgier, Franzosen und Engländer, sondern auch der Deutschen gewesen." Eine internationale sozialistische Konferenz soll am 20. Januar in der Schweiz stattfinden.

Die Leitung der Reste der deutschen Armee Ober-Ost (General Hoffmann) und der Soldatenrat Ober-Ost verhandeln mit Vertretern der polnischen Regierung darüber, ob beim Zurückweichen der Deutschen polnische Truppen den Kampf gegen die andrängenden russischen Bolschewisten und damit den Schutz des Landes übernehmen sollen. Da es eine widerstandsfähige eigene litauische Truppe nicht gibt und da, soviel wir hören, die dortige

Digitized by Google

Taryba keine Autorität besitzt, wird kaum etwas anderes übrigbleiben, als den Polen die Erweiterung ihres Staates nach Norden hin zu erleichtern. Es müßte allerdings bei dieser Gelegenheit mit der polnischen Regierung und Militärverwaltung außerordentlich ernst darüber gesprochen werden, daß wir gar kein Interesse am Bestande der polnischen Staatsordnung haben, wenn der polnische Staat beabsichtigt, deutsche Gebiete von der deutschen Nationalität loszureißen und sich vor dem Friedenskongreß in den Besitz preußischer Landesteile zu setzen. In Posen ist der polnische politische Musiker Paderewski mit größter Feierlichkeit und mit Enthusiasmus aufgenommen worden. Das muß natürlich den dortigen Deutschen gegenüber verletzend wirken. Die Stellung Pilsudskis in Warschau erscheint schwankend. Er wurde unmittelbar nach der Revolution vom 9. November als Volksheld ungeheuer gefeiert, hat sich aber dann der Bildung einer polnischen Armee auf Grund allgemeiner Wehrpflicht widersetzt und den Grundsatz des Freischärlertums aufrecht erhalten. Dieses Freischärlertum wird immer eine Mischung von Studenten und Arbeitslosen sein, während eine Armee auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht in der Hauptsache aus Bauernsöhnen besteht und darum eine ruhige Politik gewährleistet. Die Regierungsverhältnisse in Warschau bleiben unbeständig.

Gertrud Bäumer / Heimatchronik

Sonnabend, 21. Dezember.

Die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte geht im Sturm zu Ende. Sie hat einen Zentralrat gewählt, in dem die Mehrheitssozialisten die Mehrheit haben, dabei aber im Toben der Linken gezeigt, daß dieser Mehrheit das Regieren schwer genug gemacht werden wird. Vorsitzende des Zentralrates sind Leinert-Hannover, Cohen-Reuß und Hermann Müller. Zwischen Tür und Angel wurde noch die „Sozialisierung des Bergbaues" beschlossen.

Die Hamburger Sozialdemokratie hat in zehn großen Volksversammlungen eine Erklärung angenommen, die eine sofortige Ausschreibung der Wahlen für die Hamburger Konstituante fordert, damit auf neu gesicherter, gesetzlicher Grundlage das Wirtschaftsleben aufblühen und der Auslandkredit gehoben werden kann.

Die Bremer Unabhängigen haben den Mehrheitssozialisten ihre Zeitung durch den A.- und S.-Rat einfach fortnehmen lassen.

In Schlesien, so heißt es, wird Propaganda für eine deutsch-polnische selbständige Republik gemacht: im Lande Friedrichs des Großen! — und die rechtsrheinische Industrie ist durch das Verbot jeden Güterverkehrs über den Rhein in Gefahr, stillgelegt zu werden.

Dabei ist das Interesse der Menschen schon so merkwürdig in die innerpolitischen Kämpfe eingekapselt, daß man immer wieder über die Stumpfheit gegen diese außenpolitischen Schläge erstaunt. Nur die Abspannung und seelische Überlastung der Menschen kann es erklären, daß ihre Erlebniskraft über das Nächste nicht mehr hinausträgt.

Sonntag, 22. Dezember.

Bis zum Rande ist der Tag gefüllt mit der Arbeit für die Wahl und die Politisierung der Frauen. Und nur in kurzen Augenblicken blitzt durch das atemlose Gewühl der Arbeit, das um einen herumbrodelt, ein Schimmer weihnachtlicher Stimmung. Von den grauen leeren Straßen klingen die Weihnachtslieder der Kinder, und etwas von der wehmütig-hoffnungsvollen Stimmung des Thylmannschen Adventliedes breitet sich aus: „Erde, du trüber Kern."

Die bayerische Frauenbewegung hat in Frauenversammlungen über die Reichseinheit gesprochen und diesen Beschluß veröffentlicht:

„Durch ein schweres Schicksal ist das Vaterland an den Rand des Abgrundes geraten und alles, was unsere Väter errungen und erstritten haben, ist in Gefahr, unseren Kindern verlorenzugehen. Sogar an dem kostbaren Vermächtnis, der Reichseinheit, rütteln zerstörende Gewalten.

Wenn auch eine unheilvolle Berliner Diktatur die Sympathien West- und Süddeutschlands dem Reichsgedanken entfremdet hat, so darf doch die berechtigte Abwehr gegen diese Diktatur nicht zu einer Lockerung des Reichsgedankens führen. Die Forderung: „Los von Berlin" darf nicht bedeuten „Los vom Reich". Ein Zerfall des Reiches wäre die Besiegelung unseres Untergangs als Nation, ein nie wieder gutzumachendes Unheil sowohl in idealer Hinsicht in bezug auf die Zersplitterung des deutschen Volkstums als auch in bezug auf die volkswirtschaftliche und sozialpolitische Entwicklung. Alle Opfer und Leiden des Krieges wären umsonst, wenn er mit dem Zerfall des Reiches endigen würde. Auch hätte nur ein einiges Deutschland Anziehungskraft auf die noch nicht mit uns vereinigten Stämme Österreichs.

Die heute hier versammelten Frauen fordern deshalb aus tiefster Überzeugung und warmer Vaterlandsliebe das Fortbestehen der deutschen Einheit."

Montag, 23. Dezember.

In nächster Zeit soll in Deutschland ein Luftverkehr für Personen und Güter organisiert werden von den Knotenpunkten der Städte aus, die schon Flughäfen besitzen. In der Nachricht liegt etwas über ihren Inhalt hinaus Helles und Freudiges — so etwas von neuer Zeit, neuen Möglichkeiten, von Ausnutzung der im Krieg erarbeiteten Fortschritte zu friedlichem Aufbau.

Die Verhandlungen der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen über ihre Kandidaturen sind gescheitert. Die Mehrheitssozialisten werden im ganzen Reich Sonderkandidaturen aufstellen.

Die Beamten der kirchlich-politischen Abteilung des preußischen Kultusministeriums haben dem preußischen politischen Kabinett einen Protest gegen die Geschäftsführung von Herrn Adolf Hoffmann eingereicht. Seinem „Pressechef", dem ehemaligen Verwalter des Friedhofes der freireligiösen Gemeinde, ist mittlerweile auch von Hoffmanns Kollegen, Minister Haenisch, unter ausdrücklicher Zustimmung sämtlicher Sozialisten des Kultusministeriums jede weitere selbständige Tätigkeit untersagt. Allmählich scheint also auch hier die Komödie sich totzulaufen und die Vernunft ihren Sitz wieder zu besteigen.

Dienstag, 24. Dezember.

Berlin rüstet sich in seiner Weise auf das Friedensfest. Gestern hat wieder eine Schießerei Unter den Linden stattgefunden, als Beginn einer blutigen Auseinandersetzung. Der Kommandant wollte die Marinedivision auflösen, die sich zur Wehr setzte, ihrerseits ihn gefangen nahm und das Reichskanzlerpalais besetzte. Es ist dann Ebert gelungen, die Matrosen, zu deren Bekämpfung große Truppenteile der Gardereserve angerückt waren, zum Abzug zu bewegen. Die Matrosen verschanzten sich jedoch in Schloß und Marstall. Die Regierung entschloß sich daraufhin heute morgen, Truppen gegen sie aufzubieten, denen sich die Matrosen ergeben haben. Nachher aber scheint wieder irgendwie eine Vereinigung gewisser Abteilungen der republikanischen Garde mit den Matrosen stattgefunden zu haben.

Die Kieler Marine lehnt das Vorgehen ihrer Kameraden in Berlin ab und erklärt sich für die Regierung.

Schlimm sind anarchische Zustände im Hamborner Bezirk, die von den Spartakusagitatoren hervorgerufen sind. Bergleute haben die Zechen „Deutscher Kaiser" und „Neumühl" gestürmt und die Anlagen zum Teil zerstört.

Das sind die Weihnachtsmeldungen der Zeitung.

Und doch ist heute abend, als wir zusammen — die Schülerinnen unserer Anstalt, die nicht nach Hause hatten reisen können — Weihnachten feierten, etwas wie Vergessen gekommen. Die goldene Dämmerung mit dem tief vertrauten Schattenspiel der Zweige, die Weihnachtslieder und die Musik Händelscher Variationen, und dann draußen der reine sternenklare Winterhimmel nach trübem Tage — das alles hat doch aus dem gesammelten Schatz vieler gleicher Erlebnisse Glauben und Kraft gehoben.

Digitized by Google

Mittwoch, 25., und Donnerstag, 26. Dezember.

Die Regierung in Berlin hat einmal wieder den Einigungsweg beschritten, d. h. die Matrosen, die sich verpflichtet haben, nichts mehr gegen die Regierung zu unternehmen, in die republikanische Volkswehr eingegliedert. Dafür hat dann die Regierung die Garde, die sie in diesem Kampf stützte, ziemlich im Stich gelassen. Die Division des Generalkommandos Lequis wird zurückgezogen, nachdem sie in der richtigen Durchführung ihres Vorgehens gegen die Matrosen vor allem dadurch gehindert war, daß die Spartakusleute Zivilistenmassen vor dem Schloß zusammengebracht hatten, auf welche die Soldaten nicht schießen wollten. Der „Vorwärts" stellt die scharfe Frage: „Volksherrschaft oder Verbrecherherrschaft", aber die Worte sind bisang schärfer als die Taten.

Freitag, 27. Dezember.

Die weiteren Nachrichten aus Berlin zeigen das Anwachsen der Krise. Der „Vorwärts" wurde von den Spartakusleuten besetzt, die Sicherheitsmannschaften haben versagt, in die Hände der Liebknechtgruppe ist weitere Munition gefallen. Abends hat dann die Regierung den „Vorwärts" durch Verhandlungen wieder in die Gewalt bekommen. Es wird von einer Regierung Liebknecht-Ledebour-Eichhorn gesprochen. Der Zentralrat der A.- und S.-Räte behauptet dagegen die Macht zu besitzen, um eventuell Beschlüsse mit Gewalt durchzusetzen.

Die Volksbeauftragten müssen sich vor allem mit der zweideutigen Haltung der Unabhängigen in ihrem eigenen Kreise auseinandersetzen und versuchen, gegen die Spartakusagitation eine unbedingte Geschlossenheit zu erreichen.

In Hamborn versucht die Reichsregierung Ordnung zu schaffen, die oberschlesischen Streiks gefährden jetzt schon die Berliner großen Betriebe. In Hamburg sind große Arbeitslosenversammlungen, die höhere Unterstützung fordern (für verheiratete Männer 8,50 M. statt 6 M.).

Naumann / Das Schicksal des Sozialismus

Als vor 50 Jahren das Deutsche Reich gegründet wurde, war der Liberalismus die große Idee des Zeitalters. Man wollte heraus aus der Engigkeit der Kleinstaaterei, aus der Polizeibevormundung, aus der braven Steifheit des altväterischen Wesens. Die liberalen Vereine und Kongresse schossen wie Pilze aus der Erde, und liberale Schlagworte waren in jedermanns Munde. Man wollte Liberalisierung der Kirche, der Ortsgemeinde, der Kreisverwaltung. Wer nicht „liberal" war, wurde fast verachtet, denn er hatte nicht die richtige Temperatur der Epoche.

So ungefähr wird es heute mit dem Sozialismus. Er erreichte jetzt seinen Höhepunkt, so wie damals der Liberalismus. Wir alle sind mit ihm und an seiner Seite aufgewachsen. Da ich aus dem ältesten Wahlkreise August Bebels stamme, und da Bebel der erste politische Redner war, von dem ich hörte, sind mir von Anfang an alle Vorbereitungsstufen dieser nun anbrechenden Erfüllungszeit bekannt und vertraut gewesen. Schon unter dem Sozialistengesetz warteten wir alle, Sozialdemokraten, Staatssozialisten, Christlichsoziale und andere auf einen Tag der sozialen Erneuerung des ganzen Volkes. Inzwischen wurde dann der flutende Strom der sozialistischen Gewerkschaftler und Wähler immer breiter, bis nun bei Beginn der deutschen Republik die Vorbereitungszeit zu Ende ist und der Sozialismus zur Hauptidee des Zeitalters wird. Jetzt werden selbst die bequemsten und oberflächlichsten Menschen mit einem Male Sozialisten, weil sie dem allgemeinen Zuge sich nicht entziehen können. Ein solcher Zustrom der Unbewußten ist aber stets das Anzeichen des Sieges eines Gedankens.

Als damals vor 50 Jahren der Liberalismus zur Herrschaft gelangte, war sein Aufstieg von schweren Nebenerscheinungen begleitet, denn der Liberalismus siegte durch Bismarcks autoritative Gewalt. Das hat ihm von vornherein etwas Gebrochenes und Unfertiges gegeben. Er zerbrach an Bismarck in eine rechte nationalliberale und eine linke fortschrittliche Hälfte, und wurde von da an den Bruderzwist im eigenen Lager nicht wieder los. Eine volle prinzipielle Durchführung des liberalen Programms war unmöglich. Man konnte das als tragisches Mißgeschick oder als feige Schwäche bezeichnen, so war doch die Sache selbst nicht zu ändern: beim Auftreffen auf das Festland der Wirklichkeit zerstäubte sich die Welle und verlor damit einen großen Teil ihrer Kraft. Sie setzte praktisch zwar nicht weniges durch, aber der Glanz und Schwung konnte nicht bleiben. Es entstanden liberale Gewerbeordnung, Handelsrecht, Strafrecht, Zivilrecht, es erwuchs eine liberale Erwerbsperiode, ein kapitalistischer Aufschwung, der viel größer war, als ihn die vorbereitenden Propheten geahnt hatten, aber man hörte dennoch nicht auf zu fragen: wo ist der Liberalismus selbst? Wo ist die Verwirklichung des versprochenen Geistes, die Erfüllung der Wünsche?

Und jetzt nun scheint es bei der Hochflut des Sozialismus leider wieder ähnlich zu gehen. Auch dieser Aufstieg ist von sehr schweren Nebenerscheinungen begleitet und tragisch belastet, denn der Sozialismus kommt zur Herrschaft durch die Niederlage im Weltkrieg! Durch diese Tatsache verliert der Sozialismus seine Jugendlichkeit und seinen Glanz. Indem nämlich die innerpolitischen Gegner des Sozialismus zerbrechen und die Sozialisten die Regierungsgewalt übernehmen, ist trotzdem diese Diktatur des Proletariats nur scheinbar frei in ihren schöpferischen Handlungen. Auf ihr lastet die Zerstörung des Wirtschaftsaufschwunges durch den Krieg und die Zerstörung der Wirtschaftssicherheit durch die Revolution. Früher hat man sich den Übergang zur sozialistischen Wirtschaftsform fast stets optimistisch so gedacht, daß dabei die Erträge sich steigern und das allgemeine Wohlsein zunimmt. Inzwischen aber hat sich die Welt für uns verändert und ein pessimistisches Aussehen erhalten: wir sind tributpflichtig geworden, müssen fremde Beschlagnahmen befürchten, müssen um Rohstoffe bitten, können gar nicht beliebig im Großen wirtschaften! In solcher Zeit ist eine prinzipielle Durchführung des sozialistischen Programms sachlich unmöglich. Ob die Durchführbarkeit später einmal, nach 30 oder 50 Jahren, da sein wird, weiß keine Menschenseele, heute aber ist beim besten Willen der Sozialismus nicht besser zu verwirklichen als der Liberalismus in den Tagen Bismarcks. Daran zerschellt die sozialistische Flut, indem es eine nationalsozialistische Mehrheit gibt und eine radikalsozialistische Minderheit, von denen die eine den Wirklichkeitssinn hat und die andere die weitere Anbetung der reinen Idee. Was einst Miquel Benningsen rechts und Eugen Richter links gewesen sind, kehrt in vergrößertem Maßstabe jetzt wieder. Dadurch wird nicht gehindert, daß in der Tat praktische sozialistische Vorteile errungen werden. Es sind auch im bedrängten Gegenwartsstaate Verstaatlichungen von Bergwerken und andere bodenreformerliche und staatssozialistische Maßregeln möglich, Verbesserungen der Arbeitervertretungen, des Arbeiterschutzes, der Finanzgesetz-

Digitized by Google

gebung, ja es ist im ganzen noch viel mehr möglich: die Verschiebung des Schwergewichtes vom Bürgertum zur Masse! Aber das alles wird in einer naßkalten öden Luft vor sich gehen, ohne Sonnenschein und Glanz, denn es geschieht das alles als eine Art von Notstandsmaßregel in einem Lande, das die Niederlage noch nicht überwunden hat und das sich rückwärts sehnt nach Zeiten mit reicherem Erwerbsleben. Die Menge wird die ihr durch ihre eigenen Vertreter geschaffenen sozialen Vorteile annehmen, dabei aber stets durstig bleiben und fragen: Ist das nun der Sozialismus? Das ist das Tieftragische, das Verhängnisvolle am jetzt beginnenden sozialistischen Zeitalter in Deutschland! Ganz fern nur, wie am Horizonte der Ewigkeit, wird ein heller Streifen sichtbar, die Hoffnung, daß einmal alle fremden Zahlungspflichten, Besetzungen, Beschlagnahmen und Garantien zu Ende sein werden und daß Deutschland wieder ganz für sich existieren und arbeiten darf. Diese Hoffnung werden wir Gegenwärtigen zwar nicht erleben, aber an ihr werden wir uns trösten mit unseren Kindern und für sie.

Wenn jetzt in Berlin der Bolschewismus nach russischem Muster die Straßen und Regierungsstuben unsicher macht, so trifft die Hauptschuld jene verbrecherischen Menschen, die durch russisches Geld die deutsche Staatsmaschine verderben wollen. Es wirkt mit die Auflösung des Heeres, wodurch Kasernen, Waffen und Waffenfabriken in die Hände von verantwortungslosen Deserteuren und Jugendlichen gelangen. Aber man täuscht sich, wenn man in der bolschewistischen Erhebung nur das erkennen will, was in der Sprache der Marxisten als „Lumpenproletariat" bezeichnet wird. Ich habe den Aufmarsch der bolschewistischen Arbeiter von der Siegessäule bis zum Potsdamer Bahnhof gesehen und dabei die Aufschriften der Fabriken gelesen, in denen sie arbeiten. Das sind meist keine Horden von der Straße, sondern Leute, die an ihr sozialistisches Programm geglaubt haben und denen es nun nicht in den Sinn will, daß keine Diktatur des Proletariates es heute verwirklichen kann. Sie beschuldigen Ebert und Scheidemann als Verräter, weil sie ihnen den Tag der Erfüllung vorenthalten. Ihnen liegt es im Gemüt, es müsse jemanden geben, der jetzt, heute August Bebels Verkündigungen verwirklichen könne, möge er nun Scheidemann, Ebert, Landsberg oder sonstwie heißen. Sie sind bereit, auch diese Männer zu verwerfen, wenn selbst sie den Sozialismus nicht fertigbringen. Es hat etwas Bewegliches, diesen verzweifelnden Glauben vor Augen zu sehen! Aber was kann man daran ändern? Mit Maschinengewehren kann man die Produktivität einer sinkenden Wirtschaft nicht steigern, mit der Gelddruckerei kann man ein verarmendes Volk nicht reicher machen. Das einzige, was langsam hilft, ist sparsame, treue Arbeit aller Beteiligten, ein Sozialismus des gemeinsamen Ertragens und Emporarbeitens. Der aber ist das Gegenteil dessen, was diesen Männern und Frauen versprochen wurde!

Wir sind durch die Niederlage um Jahrzehnte in unserer Entwicklung zurückgeworfen worden. Das ist traurig, aber es hat keinen Zweck, die Augen davor zu verschließen. Wir erhalten zwar erweiterte politische Rechte, aber verringerte wirtschaftliche Möglichkeiten. Es gilt, nochmals mit tapferem Mute anzufangen, und zwar mit besserer Einsicht, denn wozu sollen die alten Fehler nochmals begangen werden? Das betrifft besonders die Stellung der Arbeiter in den Betrieben. Sie wurden in der verflossenen Periode als Arbeitskräfte, aber nicht als Mitwirkende und Mitratende behandelt. Es fehlte der Industrieparlamentarismus und die Teilnahme an Risiko und Ertrag. Unsere Arbeitsmethode war rein privatkapitalistisch, das hat sich gerächt, denn jetzt, wo der Zusammenbruch kommt, fehlt die Zusammengehörigkeit. Sie fehlte schließlich im Heer wie in den Fabriken. Woran aber hat das gelegen? Man hat von beiden Seiten den Sozialismus bloß wie eine Rechnungssache behandelt und nicht wie eine moralische Menschheitsfrage. Die Übersetzung der „Menschenrechte" in die Betriebsverfassungen war viel zu mangelhaft. An dieser Stelle muß und soll schlicht und einfach überall angefangen werden, so daß die neu zu gewinnende Produktivität nicht mehr privatkapitalistisch bleibt, sondern durch demokratischen Sinn eine soziale Gestaltung erfährt.

Ernst Cahn / Das Verhältniswahlrecht zur Nationalversammlung

Das Verhältniswahlrecht hat seine großen Schwächen, wie Förderung des Parteiklüngelwesens unter Beeinträchtigung des freien Wahlrechtes der Wähler, sowie besonders Begünstigung der Bildung kleiner Gruppen und Grüppchen. Man kann sehr im Zweifel sein, ob der Vorzug des Schutzes der Minderheiten die Nachteile überwiegt. Aber zurzeit hat es wenig Zweck, darüber zu streiten. Das Verhältniswahlrecht gilt für die Wahlen zur Nationalversammlung. Und nun kommt alles darauf an, die Wähler mit diesem verzwickten System auch wirklich vertraut zu machen.

Die Wahlen zur Nationalversammlung werden nach dem Verhältniswahlsystem stattfinden. Damit hält ein Wahlsystem Einzug in das Wahlrecht zu unserer bedeutsamsten Vertreterkörperschaft, das bisher nur für Wahlen zu sozialen Körperschaften (Gewerbegerichte, Kaufmannsgerichte, Krankenkassen usw.) und in beschränktem Umfange für Gemeindewahlen (Württemberg, Bayern, Baden, Oldenburg) und für Parlamentswahlen (Württemberg, Hamburg) galt. Verhältniswahl steht im Gegensatz zur Mehrheitswahl, d. h. es sind nicht mehr im einzelnen Wahlkreis der oder die Kandidaten gewählt, die die absolute Mehrheit (über 50 v. H.) der Stimmen oder doch die meisten Stimmen erhalten haben (relative Mehrheit), sondern es werden (nach dem heute vorherrschenden Stand der Technik) in größeren Wahlkreisen je mehrere Abgeordnete gewählt, wobei die einzelnen Gruppen ohne Rücksicht auf Mehrheit oder Minderheit nach Maßgabe ihrer ziffernmäßigen Stärke am Gesamtwahlergebnis beteiligt werden. Sind also 10 Abgeordnete im Wahlkreis zu wählen und 1 Million Stimmen abgegeben und hat eine Gruppe A 600 000 Stimmen, eine Gruppe B 300 000 und eine Gruppe C 100 000 Stimmen erhalten, so sind der Gruppe A 6 Mandate, der Gruppe B 3 Mandate, der Gruppe C 1 Mandat zuzuteilen. So einfach dieses Prinzip erscheint, so kompliziert ist die Technik dieses Systems, und darum ist eine eingehende Erläuterung vonnöten.

Wie bereits bemerkt, werden bei dem vorherrschenden Stand der Technik größere Wahlkreise gebildet, innerhalb deren jedem mehrere Abgeordnete gewählt werden. Nach der Reichswahlordnung sind es im ganzen 38 Wahlkreise mit je 6—16 Abgeordneten; so bildet z. B. die Stadt Berlin einen Wahlkreis mit 14 Abgeordneten, Baden einen Wahlkreis mit 14 Abgeordneten, Hessen einen Wahlkreis mit 9 Abgeordneten.

Und wie wird nun innerhalb dieser Wahlkreise gewählt? Man hat drei Stadien des Wahlgangs zu unterscheiden: die Wahlvorbereitung, die eigentliche Wahlhandlung und die Ermittlung des Wahlresultats.

1. Wahlvorbereitung. Nach der Bekanntgabe des Wahltermins durch die Reichsleitung haben die Wählergruppen, hinter denen praktisch die Provinzial-Parteileitungen stehen, bis zu einem amtlich festgestellten Termin Wahlvorschläge beim Wahlkommissar des betr. Wahlkreises einzureichen. Damit eine zu

Digitized by Google

große Stimmzersplitterung vermieden wird, muß jeder Wahlvorschlag von mindestens 100 im Wahlkreise wahlberechtigten Personen unterzeichnet sein. Jeder Wahlvorschlag darf höchstens so viele Kandidaten enthalten, als im Wahlkreis Abgeordnete zu wählen sind, nicht mehr, aber weniger. Kein Kandidat darf zugleich auf mehreren Wahlvorschlägen des gleichen Wahlkreises genannt sein. Für jeden Kandidaten muß eine Erklärung beigefügt werden, daß er mit seiner Aufstellung einverstanden ist. Bei Einreichung jedes Wahlvorschlags soll ein Vertrauensmann bzw. ein Stellvertreter desselben benannt werden, der zu Verhandlungen mit dem Wahlkommissar, insbesondere zwecks Berichtigung von Ordnungswidrigkeiten ermächtigt ist. Die Einreicher mehrerer verschiedener Wahlvorschläge können diese bis zu einem gewissen Zeitpunkt als verbunden erklären. Durch die Verbindung können, wie wir weiter unten sehen, die verbundenen Listen z. B. einen Mandatszuwachs erhalten. Nach Prüfung der Wahlvorschläge durch die Wahlbehörde und deren Vereinigung werden die Wahlvorschläge je mit einer Ordnungsnummer versehen und bis zu einem bestimmten Termin im amtlichen Organ veröffentlicht.

2. **Wahlhandlung.** Die Wahlhandlung vollzieht sich, äußerlich gesehen, wie bisher bei den Reichstagswahlen, d. h. es wird mittels Stimmzetteln abgestimmt, die von weißer Farbe sein müssen und die in amtlich abgestempelten Umschlägen abgegeben werden. Ein Unterschied gegenüber bisher besteht nur insofern, als der Wähler bei der Auswahl der Kandidaten, für die er stimmt, außerordentlich eingeengt ist. Er darf nämlich die von ihm bezeichneten Kandidaten nur einem der eingereichten Wahlvorschläge entnehmen, mit anderen Worten, nur für Kandidaten einer und derselben Partei stimmen. Er darf wohl Kandidaten des Wahlvorschlags streichen, aber dieses Recht ist praktisch belanglos, da für die Frage, welche Kandidaten eines Wahlvorschlags gewählt sind, die Reihenfolge in dem von der Parteileitung eingereichten Wahlvorschlag entscheidet. Es gilt also nach der Reichswahlordnung die sogenannte **gebundene Liste**. Diese Bindung des Wählerwillens bedeutet zweifellos eine erhebliche Beschränkung der individuellen Freiheit des Wählers und stärkt die Macht der Provinzial-Parteileitungen ungeheuer. Aber die vollkommene Freiheit des Wählers in der Auswahl der Kandidaten (das sogenannte „Panachieren", zu deutsch Mengen oder Mischen) hätte auch erhebliche Bedenken gegen sich gehabt. Damit wäre die Gefahr des sogenannten Dekapitierens oder Köpfens der bedeutendsten Kandidaten eines Wahlvorschlags verbunden gewesen. Damit hat es folgende Bewandtnis auf sich: Fast nirgends erhält ein Wahlvorschlag alle Mandate, die im Wahlkreis zu vergeben sind, sondern fast immer nur einen Teil. Da aber in der Regel auf jedem Wahlvorschlag so viele Kandidaten vorgeschlagen sind als Abgeordnete im Wahlkreis zu wählen sind, so fragt es sich, welche Kandidaten einer Liste als gewählt gelten sollen. In den meisten Gesetzen mit Panachierfreiheit hat man einfach vorgeschrieben: diejenigen Kandidaten der Wahlvorschlagsliste, die die meisten Stimmen erhalten haben. Regelmäßig wird jede Partei ihre Kandidaten in der Reihenfolge ihrer Bedeutung auf den Wahlvorschlag rangieren, also den bedeutendsten an erster Stelle, den zweiten bedeutendsten an zweiter Stelle usw. Nehmen wir an, eine Partei habe bei vier zu wählenden Abgeordneten nach ihrer Bedeutung auf ihrem Wahlvorschlag rangiert: 1. Stelle a, 2. Stelle b, 3. Stelle c, 4. Stelle d. Nun kann beim System der Panachierfreiheit folgendes passieren: Angenommen, die Partei hat an sich 1000 Wähler hinter sich, und es fallen ihr nach ihrer Stimmziffer im Wahlkreis 2 Mandate zu und es seien abgegeben:

für a 998 Stimmen,
für b 998 Stimmen,
für c 1000 Stimmen,
für d 1000 Stimmen,

dann sind gewählt c und d, weil sie die meisten Stimmen erhalten haben. Die beiden bedeutendsten Kandidaten a und b sind ausgefallen. Und warum? Weil zwei Außenseiter von den 1000 Parteiwählern den a und b, vielleicht aus Rachsucht, gestrichen haben; gegen den offenbaren Willen von 998 Parteiwählern ist es zwei Außenseitern gelungen, die beiden bedeutendsten Kandidaten der Liste zu Fall zu bringen. Das ist offenbar unbillig. Und dieser Mißstand wird nun beseitigt beim System der gebundenen Liste, indem hier — so auch nach der Reichswahlordnung —, wenn einer Liste nicht alle Mandate im Wahlkreis zufallen, als gewählt erklärt werden die Kandidaten einer Liste, die an den vordersten Stellen (1., 2., 3. usw. Stelle) auf dem Wahlvorschlag aufgetragen sind, bei obigem Beispiel also a und b, während c und d ausfallen. Es gibt zwar Methoden, bei denen man unter Vermeidung der Gefahr des Köpfens der Freiheit des Wählerwillens sicherstellen kann, das System des Stimmhäufens oder das von Bürgermeister Dr. Luppe-Frankfurt a. M. erfundene System des sog. Stellenmehrs; aber von ihrer Darstellung muß, da sie zudem praktisch nicht in Betracht kommen, aus Raummangel hier abgesehen werden.

3. **Ermittlung des Wahlresultats.**

Es wird zunächst festgestellt, wieviel Stimmen (beim System der gebundenen Liste wieviel Stimmzettel) auf die einzelnen Wahlvorschläge im Wahlkreis abgegeben sind und welches die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen (Stimmzettel) ist, und dann werden die Mandate auf die einzelnen Wahlvorschläge nach Maßgabe ihrer Stärke verteilt. Das scheint einfach, ist aber doch komplizierter als es den Anschein hat. Nach dem eingangs mitgeteilten Beispiel (10 Mandate, 1 Million Stimmen insgesamt; Gruppe a 600 000 Stimmen, Gruppe b 300 000 Stimmen, Gruppe c 100 000 Stimmen) würde es wohl jeder für das Nächstliegende halten, daß man mit der Zahl der Mandate in die Zahl der insgesamt abgegebenen Stimmen dividiert (1 Million : 10 = 100 000) und jeder Gruppe so viele Mandate zuteilt, als der durch jene Division gefundene Quotient in der Stimmziffer jeder Gruppe enthalten ist, also Gruppe a 600 000 : 100 000 = 6 Mandate, Gruppe b 300 000 : 100 000 = 3 Mandate, Gruppe c 100 000 : 100 000 = 1 Mandat. Dieses System der Mandatsverteilung (System Hare oder älteres Hagenbach-Bischoffsches System) funktioniert reibungslos, aber nur in dem praktisch kaum vorkommenden Fall, daß der Quotient in den Stimmsummen der Parteien ohne Rest aufgeht; wie soll es aber gehalten werden, wenn unverbrauchte Reste sich ergeben und bei der Division nicht alle Mandate verteilt werden können? Folgendes Beispiel möge das erweisen.

Es sind insgesamt zu verteilen 3 Mandate und abgegeben 30 000 Stimmen. Gruppe a hat erhalten 14 500 Stimmen, Gruppe b 9000 Stimmen, Gruppe c 6500 Stimmen. Dann wäre der Quotient 30 000 : 3 = 10 000. Dieser Quotient dividiert durch 14 500 ergäbe 1 (unverbrauchter Rest 4500), durch 9000 ergäbe 0 (unverbrauchter Rest 9000), durch 6500 ergäbe 0 (unverbrauchter Rest 6500). Es ist also von den 3 Mandaten nur 1 verteilt. Wem sollen die beiden unverteilten Mandate zufallen? Das Haresche System sagt: den Gruppen mit den größten unverbrauchten Resten, also der Gruppe b mit 9000 unverbrauchtem Rest, der Gruppe c mit 6500 unverbrauchtem Rest. Dieses Resultat erscheint auf den ersten Blick billig, ist es aber nicht. Stellt man die Stimmsummen der 3 Gruppen a, b und c nebeneinander und dividiert die Stimmsumme der Gruppe a mit 2, so ergibt sich

14 500	9000	6500
7 250		

d. h. 14 500 mit 2×7250 erhält 1 Mandat, 6500 auch ein Mandat. Billiger wäre es doch, der Gruppe a mit 2×7250 2 Mandate zuzuteilen und Gruppe c mit 6500 leer ausgehen zu lassen. Auf diesem Gedankengang beruht das System des belgischen Rechtsgelehrten Victor d'Hondt, **das auch für die Verteilungsrechnung bei den Wahlen zur Nationalversammlung Anwendung findet.** Man kann es am besten in dem Satz zum Ausdruck bringen: **Keine Gruppe soll ein Mandat oder ein weiteres Mandat erhalten, ehe nicht eine andere Gruppe auf eine größere Stimmziffer ein Mandat oder ein weiteres Mandat erhalten hat.** Im obigen Fall würde also Gruppe a das 1. Mandat erhalten, weil 14 500 größer ist sowohl als 9000 wie als 6500, das 2. Mandat würde Gruppe b

Digitized by Google

erhalten, weil 9000 sowohl größer ist als 6500 wie auch als 14 500 : 2 = 7250; das 3. Mandat würde wieder Gruppe a erhalten, weil 7250 (14 500 : 2) größer ist als 6500. Praktisch geht man bei der Verteilungsrechnung nun in der Weise zu Werk, daß man die Stimmziffern der einzelnen Gruppen nebeneinanderstellt und nacheinander mit 1, 2, 3 usw. dividiert und dann den oben aufgestellten Satz so lange anwendet, bis alle Mandate verteilt sind. Wären also z. B. im obigen Fall nicht 3, sondern 6 Mandate zu verteilen, so würden erhalten

14 500 [1]	9000 [2]	6500 [4]
7 250 [3]	4500 [6]	3250
4 833 [5]	3000	2166
3 625		

Gruppe a erhielt also 3 Mandate (1, 3 und 5), Gruppe b 2 Mandate (2 und 6), Gruppe c 1 Mandat (4). Das obige Beispiel, bei dem 3 Mandate zu verteilen waren, zeigt zugleich die Bedeutung der Listenverbindung. Bei diesem System gelten nämlich für die Hauptverteilung die sich verbindenden Gruppen als Einheit. Würden also Gruppe b und Gruppe c ihre Listen verbinden, so hätte die verbundene Liste b + c zusammen 15 500 Stimmen. Verteilt man die 3 Mandate unter Gruppe a (14 500) und verbundene Gruppe b + c (15 500), so erhält

a	b + c
14 500 [2]	15 500 [1]
7 250	7 750 [3]

D. h. also während ohne Listenverbindung Gruppe b und c zusammen nur 1 Mandat erhalten hätten, Gruppe a aber 2 Mandate so bekommt Gruppe b+c in ihrer Verbundenheit jetzt 2 Mandate, während Gruppe a nur 1 Mandat bekommt. Die Unterverteilung der der verbundenen Gruppe zugewiesenen Mandate an die beiden zur Verbindung zusammengetretenen Einzelgruppen geschieht dann wieder nach demselben System wie die Hauptverteilung. Von den 2 Mandaten, die Gruppe b + c erhält, bekommt das erste Gruppe b mit 9000 Stimmen, das zweite Gruppe c mit 6500 Stimmen (weil 6500 größer als 9000 : 2 = 4500). Bei der Listenverbindung behält also jede zur Verbindung zusammentretende Gruppe bei der Kandidatenaufstellung ihre Selbständigkeit; nur bei der Verteilung der Gesamtmandate gelten ihre Stimmziffern nach unten als Einheit. Durch die Verbindung kann aber u. a. eine Gruppe ein Mandat mehr erhalten oder einer befreundeten Gruppe zuwenden als sie oder jene sonst erhalten würden.

Nach der Verteilung der Mandate an die Gruppen folgt schließlich die Zuteilung der den einzelnen Gruppen zugeteilten Mandate an die Kandidaten dieser Gruppe; wie schon bemerkt, gelten nach dem in der Reichswahlordnung akzeptierten Prinzip der gebundenen Liste bis zum Betrag der der Gruppe zukommenden Mandate die Kandidaten einer Liste als gewählt, die an vorderster Stelle auf dem Wahlvorschlag rangieren.

Bei Wegfall eines Abgeordneten (durch Tod, Amtsniederlegung) findet keine Ersatzwahl statt, sondern es gilt der Kandidat als gewählt, der in der Gruppe, wo der Wegfall eintritt, noch gewählt gewesen wäre, wenn die Gruppe ein weiteres Mandat erhalten hätte.

v. Frankenberg / Das Tempo der Sozialreform

Welcher ehrliche Sozialpolitiker sollte sich nicht freuen über den mächtigen Ruck nach vorwärts, den die Sache der Menschheit getan hat! Das Zeitalter der sozialen Reformen, für das so viele kühne und treue Geister vergebens stritten, ist nun endlich, endlich angebrochen. Aber jubeln wir nicht zu früh! Es gilt, den langersehnten, teuer erkauften Augenblick **weise** zu benutzen.

Ich glaube, wer sich je aufrichtig für den Gedanken der sozialen Staats- und Gesellschaftsordnung begeistert hat, den kostet es jetzt Mühe, sein Hirn von Siegestaumel und Überschwang frei zu halten. Wir müssen uns aber dagegen wehren, daß uns die Unbesonnenheit derer mitreißt, denen die großen Ideen von Freiheit und Brudersinn verhältnismäßig neu sind. Welche wunderliche Lage für uns alte „Hetzer und Wühler", nun bremsen zu müssen und wohl gar als reaktionär angesehen zu werden! Aber das war ja bisher das Schicksal jeder Partei, deren Ziele durch einen gewaltsamen Umschwung plötzlich erfüllt schienen.

Wir freuen uns von Herzen der gewaltigen Macht, die unsere Ideen nun haben, und wir sehen frohen Muts in die Zukunft. Aber daß die Schlacht schon gewonnen sei — nein, das glauben wir nicht. Da meinen wir den Feind besser zu kennen —, den **inneren Feind**, den der Sozialismus in den Köpfen aller kapitalistisch erzogenen Menschen, also auch seiner eigenen Anhänger, hat. **Wir** verfallen **nicht** in den Fehler, der den alten Regierern den Hals brach: Wir wissen, daß man die Geistesverfassung der Menschen achten muß, und daß es leichter ist, ein ganzes Reich umzupflügen, als die Gesinnungen von Grund auf zu ändern, wie es doch nötig wäre, wenn der Zukunftsstaat erstehen sollte, für den auch wir arbeiten.

Sprechen wir ohne Umschweife: Man kann den Sozialismus nur durchführen, wenn man die Leute dazu hat. Nur für ein Volk von **Engeln** würde jede Staatsform auf der Stelle passen. Der sozialistische Zukunftsstaat könnte mit dem Menschenmaterial, auf das wir angewiesen sind, keinen Tag lang bestehen. Er setzt Menschen voraus, denen die Arbeit Freude macht, Menschen, deren erster Gedanke nicht ist: „Wie fahre ich dabei?", sondern: „Wird das der Allgemeinheit dienen?"

Nur jemand, der selbst nie ein Rad eines großen Betriebes war oder der es nie mit Bewußtsein war, kann sich einbilden, das Getriebe unserer Wirtschaft würde auch nur einigermaßen glatt weiterlaufen, wenn plötzlich eine starke Hand den bisherigen Motor, die Furcht vor wirtschaftlichem Elend, ausschaltete. Daß es viele Tausende zu geben scheint, die sich die unausbleibliche und fürchterliche Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts, die die Folge einer plötzlichen Durchführung des Kommunismus wäre, offenbar gar nicht ausmalen können, dieser Mangel an wirtschaftlichem Vorstellungsvermögen muß jeden Einsichtigen **erschrecken**, denn wohin soll uns solche Unreife führen?

Die Sache liegt doch so einfach: Bisher zwang das Gespenst der drohenden Verarmung die Menschen zur Arbeit. Dabei wurden sie naturgemäß selbstsüchtig und lernten die Arbeit hassen. Der Sozialismus will diesem entsetzlichen und widernatürlichen Zustand ein Ende machen, indem er die Menschen aus selbständigen und sich befehdenden „Interessenten" zu Dienern des Gemeinwohls macht und ihre Versorgung mit den unentbehrlichen Erfordernissen des Lebens durch die Gesamtheit gewährleisten läßt. Der einzelne soll nicht mehr für **sich** arbeiten, sondern für die Allgemeinheit, die deshalb zum alleinigen Eigentümer aller Güter erklärt wird. Dieser Zustand ist zweifellos der naturgemäße für die Menschen (die schon Aristoteles als „sozial veranlagte Wesen" erkannte), denn er hebt den Zwiespalt zwischen den Interessen des einzelnen und denen der Gesamtheit auf. Trotzdem sind alle Versuche, ihn herbeizuführen, bislang gescheitert. Warum?

Sicher nur, weil sie zu **plötzlich** geschahen. Man stelle sich doch vor, was in einer Fabrik geschehen wird, sobald Wohnung, Kleidung, Verpflegung, selbst Vergnügen usw. ein für allemal sichergestellt sind. Nicht acht Tage würde

Digitized by Google

es dauern, bis die Arbeiterschaft feststellte, der Dienst sei zu schwer, es müsse eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten oder die Anzahl der pro Tag und Mann zu liefernden Fabrikate müsse herabgesetzt werden. Die einzelnen Arbeiter aber würden oft und immer öfter Urlaub beanspruchen, sich krank melden, nachlässig arbeiten, ihren Vorgesetzten aufsässig werden usw. usw. Und ebenso ginge es im ganzen Gebiet des Wirtschaftslebens. Wer würde die Arbeiten übernehmen, die eine wahre Hingabe an den Beruf, mühevolle Übung oder herzhafte Selbstüberwindung erfordern? Wer würde den Spott der Faulen auf sich nehmen, daß er dumm genug sei, mehr zu tun, als unbedingt von ihm verlangt werde?...

Es ist ja traurig, daß es so ist. Aber wir müssen doch mit dem Gegebenen rechnen. Der Kapitalismus hat uns eben die Menschen verdorben, und seine Wirkungen lassen sich weder durch Beschlüsse noch durch die beste Organisation aufheben. Das Übel steckt zu tief, weil es seinen Sitz in den Herzen der Menschen hat.

Ja, wer über ein Volk von gesunden, arbeitsfrohen, fröhlichen, gutherzigen Menschen verfügte, denen die Brüderlichkeit ein lebensvoller Begriff und nicht, wie uns, nur ein Schlagwort wäre, der könnte es wagen, von heut auf morgen den Kommunismus einzuführen.

Wo aber sollten wir wohl solche Menschen hernehmen? Es gibt einige der Art, ich weiß es und freue mich ihrer. Aber ehe nicht Selbstsucht und Arbeitsscheu zu bestaunten Ausnahmen geworden sind, darf an gründliche kommunistische Reformen nicht gedacht werden. Brüderlichkeit, Fleiß und unbedingte Redlichkeit sind die Voraussetzungen, deren Fehlen uns zwingt, unsere, wie ich nie leugnen werde, widerwärtige kapitalistische Produktionsweise vorläufig noch beizubehalten.

Die Menschheit muß für den Sozialismus erst erzogen werden. Das kann nur geschehen durch schrittweise Reformen, deren jede erst die sittlichen Vorbedingungen für die nächste schaffen muß. Jede Maßnahme, die zur körperlichen, geistigen und ethischen Hebung der wirtschaftlich am meisten benachteiligten Klasse beiträgt, jede Neuerung, die den Staat mehr als bisher zum Eigentümer und Unternehmer werden läßt und dadurch die Macht des privaten Kapitals zurückdämmt, jeder Einfluß, der die Menschen brüderlich fühlen und handeln und sie den Blick aufs Ganze richten lehrt, wird einen Markstein auf diesem Wege bedeuten.

Eine Anschauung wird oft deutlich dadurch, daß man sie zwischen die beiden Extreme stellt, in deren Vermeidung ihre Stärke liegt.

Das eine Extrem sahen wir schon. Es ist der Wahn, man könnte die Welt verbessern, ohne die Menschen zu ändern.

In das andere Extrem sind ebenfalls viele redliche Menschen verfallen. Es ist die Ansicht, der die meisten Geistlichen huldigen. Sie halten es für möglich, die Menschen zum Guten zu bekehren, trotzdem und während die fürchterlichen äußeren Bedingungen bestehen, unter denen sie doch erst schlecht geworden sind. Sie sagen: „Wenn es uns nur erst gelungen ist, die Menschen zu bessern, dann werden sie die ungesunden, unschönen und gemeinen Zustände schon ganz von selbst beseitigen.“ Sie sehen nicht, daß das, was sie verlangen, unmöglich ist, weil die Handlungen eines Menschen durch seine Anlage, seine Erziehung und die Umstände, unter denen er sich jeweils befindet, eindeutig bestimmt werden.

Beide Extreme haben Unrecht. Charakter und Umwelt, sittliche und soziale Zustände bedingen sich gegenseitig. Wer sie ändern will, muß sie in ihrem Zusammenhange verstehen und ein Verfahren wählen, das den Feind auf beiden Gebieten gleichzeitig angreift. Jeder Sieg auf der einen Front wird sich auf der andern bemerkbar machen. Überstürztes Vorgehen auf einer Seite aber wird nie zum Erfolge führen.

Alle jetzt lebenden Menschen sind befangen in kapitalistischen und selbstsüchtigen Anschauungen, die so verwoben mit dem gegenwärtigen System sind, daß man in vielen Fällen gar nicht klar angeben kann, ob sie eigentlich Folgen oder Ursachen der Interessenwirtschaft darstellen, unter deren Herrschaft wir unser bisheriges Leben verbracht haben. Es wird der hingebenden Mitarbeit von Generationen bedürfen, um dies ganze Netz von privatwirtschaftlichen Gedankengängen Masche für Masche durch eine neue Ethik zu ersetzen, die dann ihrerseits ebenso an das neue Wirtschaftssystem angepaßt sein wird, wie die kapitalistische Moral das privatrechtliche Erwerbsleben umsponnen hatte. Wer aber meint, die zugehörigen Überzeugungen würden sich schon von selbst einstellen, wenn man die äußeren Bedingungen ändere, der zeigt, daß er nicht organisch zu denken gelernt hat. Die Natur macht keine Sprünge, und die Entwicklung des Rechtsempfindens auch nicht. Alle Extrempolitiker haben eo ipso unrecht.

Über das uns gegenwärtig bedrohende Extrem sagt Kautsky sehr klar, alles sofort verstaatlichen heiße ein Stadium schaffen, wo die kapitalistische Produktionsweise nicht mehr und die sozialistische noch nicht möglich sei, wo also infolge ungenügender Produktion die bitterste Not herrschen werde.

Rodbertus hat die Dauer der Entwicklung zum Sozialismus auf nicht weniger als 500 Jahre geschätzt. Das mag ja vielleicht zu hoch gegriffen sein. Aber wenn man darüber im Klaren ist, wie tief all unser Tun im kapitalistischen Denken wurzelt und wie weit wir von sozialem Verständnis, von Menschenliebe und gemeinwirtschaftlicher Anschauungsweise entfernt sind, dann kann man nicht glauben, daß ein Jahrhundert hinreichen wird, uns aus diesem Elend herauszuführen.

Freilich darf man hoffen, daß wir Deutschen uns schneller als manches andere Volk von der tiefen Gerechtigkeit des Sozialismus überzeugen werden, aber vorläufig stehen wir nicht gerade an der Spitze. Ein Land, in dem selbst die so einleuchtenden Forderungen der Bodenreformer auf solchen Unverstand, übrigens auch in den „höchsten Kreisen“, stießen, ein Land, in dem (von den großen einheimischen Theoretikern ganz zu schweigen) selbst ein so unterhaltendes, seinen wissenschaftlichen Ernst förmlich unter der Romanform versteckendes Buch wie Bellamys weltberühmter „Rückblick aus dem Jahre 2000“ verhältnismäßig so wenig Leser fand — während doch sonst die kläglichste Sensationsliteratur blühte —, ein solches Land ist offenbar für wirtschaftliche Fragen, die über den Horizont des Einzelhaushalts hinausgehen, noch kaum aufgeschlossen. Natürlich wird niemand gerade diesen Beispielen grundsätzliche Bedeutung beimessen, aber als Belege, die sich leicht vermehren ließen, sind sie doch bezeichnend. Was besagt es, daß Tausende strebsamer Arbeiter ihren Marx regelrecht studiert und sich zueigen gemacht haben! Die Masse des Volkes (und nicht etwa nur Frauen und Kinder!) denkt im höchsten Grade unreif über wirtschaftliche Fragen. Man rede einmal mit einem kleinen oder meinetwegen auch mit einem großen Kaufmann über den gemeinwirtschaftlichen

Wert des Luxus oder der Reklame! Man horche ihn einmal über seine Vorstellungen betreffs produktiver Arbeit aus!

Das Tempo der Sozialreform ist abhängig von der Geschwindigkeit, mit der es gelingt, die Menschen gemeinwirtschaftlich und brüderlich denken zu lehren. Jede Neuerung, die dieser Entwicklung einseitig vorauszueilen sucht, muß scheitern, weil sie im Empfinden des Volkes keinen Rückhalt findet. Darum sei gewarnt vor Maßnahmen, die den Verleumdern des Sozialismus die Arbeit leicht machen würden.

Julius Luebeck / Die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns im Deutschen Reiche

Der bayerische Handelskammertag hat sich in der am 7. November d. J. abgehaltenen Vollversammlung einstimmig für den unentwegten Zusammenhalt aller Bundesstaaten im Reiche ausgesprochen und von der bayerischen Staatsregierung gefordert, daß sie mit Entschiedenheit allen Bestrebungen entgegentrete, die einer Lostrennung Bayerns vom Reiche bewußt oder unbewußt Vorschub leisten. Obwohl der bayerische Handelskammertag hierbei des gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwungs gedachte, den Bayern in nahezu 50jähriger Zugehörigkeit zum Reiche erfahren hat, hat die Agitation zugunsten einer Abkehr Bayerns vom Reiche seitdem keineswegs aufgehört. Im Gegenteil. So hat am 26. November Heinrich Osel in Nr. 329 des „Bayerischen Kuriers" einen Artikel mit dem Rufe veröffentlicht: „Nütze die Stunde!" „Die Abneigung bis zum Haß ist in Bayern schon älter als die letzten Wochen und Monate. Nun ist ein Höhepunkt erreicht. Wir sind in Gefahr, an Preußen zu sterben. Alles ruft, los von Berlin, von Preußen! Warum ziehen wir nicht endlich die Konsequenzen?!" Auf die politische Seite der Frage „Los von Preußen" möchten wir hier nicht eingehen, zumal die Revolution auch in Preußen mit dem preußischen Bürokratismus, der unerfreulichen Herrschaft des preußischen Beamtentums, dem rüden Kasernenhofton im öffentlichen Leben und vielem anderen hoffentlich für immer aufgeräumt hat. Wenn aber der süddeutsche Handel und die süddeutsche Industrie gerade während des Krieges vielfach berechtigten Anlaß zu Klagen über die Bevorzugung Norddeutschlands und vor allem Berlins gehabt haben, so dürfen wir nie und nimmer vergessen, daß Bayern unter dem Reiche eine ungeahnte wirtschaftliche Entwicklung genommen hat, und daß die Abkehr vom Reiche seine wirtschaftliche Isolierung und damit seine Erdrosselung zur Folge haben müßte. Wir hätten daher aus politischen und wirtschaftlichen Gründen statt des Rufes: Freiheit vom Reich! einen Ruf: Mehr Einfluß im Reich! für weit glücklicher gehalten. Im folgenden sei in Kürze festgestellt, was aus Bayern seit der Gründung des Deutschen Reiches wirtschaftlich geworden ist:

Gehen wir von der Entwicklung der Bevölkerung aus, so hat sich diese lediglich im Anschluß an das Reich außerordentlich günstig entwickelt. Während die Zunahme der bayerischen Bevölkerung in dem Zeitraum von 1840—1870 insgesamt 530 351 Einwohner ausmachte, betrug sie in dem Zeitraum 1871—1914 mehr als das Vierfache, nämlich 2 256 407. In der vom bayerischen statistischen Landesamt im Jahre 1915 herausgegebenen Schrift „Bayerns Entwicklung nach den Ergebnissen der amtlichen Statistik seit 1840" ist ziffernmäßig belegt, daß vor 1871 sich die Bevölkerung in Bayern bestenfalls um 0,54 v. H. jährlich, nur einmal um 0,84 v. H. vermehrte, daß aber seit 1871 diese prozentuale Mehrung durchweg höher geworden ist und in den letzten 15 Jahren über 1 v. H. bis 1,23 v. H. erreichte. Infolgedessen hat auch die Volksdichte in Bayern seit 1871 viel größere Fortschritte gemacht als vorher. 1840 kamen noch 58 Einwohner auf den Quadratkilometer, 1871 um 6 mehr, nämlich 64 Einwohner. Seit 1871 hob sich die Volksdichte von 64 auf 91, d. i. das Viereinhalbfache der Mehrung von 1840 bis 1871. Hand in Hand mit diesem Wachstum hat sich auch die Gesundung unserer Bevölkerung fortgesetzt erhöht dank der fürsorglichen Maßnahmen des Staates, insbesondere der Errungenschaften der Hygiene und Medizin und der wirtschaftlichen Besserstellung der unteren Schichten der Bevölkerung. Zwar sehen wir, daß die Geburtenziffern seit 1876, wo sie den Höchststand mit 44,2 Geburten auf 1000 Einwohner erreicht hatte, mit geringen Schwankungen stetig fällt, und im Jahre 1913 nur noch 29,4 beträgt. Allein die Sterblichkeitsziffer ist noch viel stärker zurückgegangen, sodaß in dem Zuwachs an Menschenkraft bis heute keine Minderung eingetreten, sondern immer noch ein anhaltendes weiteres Wachstum zu verzeichnen ist. Während 1839/40 auf 1000 Personen 30 Sterbefälle kamen, ist seit 1883 fast eine ununterbrochene Abnahme der Sterbefälle, und zwar sowohl in der absoluten Zahl wie im Verhältnis zur Bevölkerung festzustellen. Wir hatten von 1871 bis 1883 durchschnittlich jedes Jahr über 161 000 Sterbefälle zu verzeichnen, 1913 aber nur mehr 126 136, d. i. trotz der gewaltigen Steigerung der Bevölkerung um 57,5 v. H., wurden im Jahre 1913 weniger Sterbefälle gezählt als im Jahre 1839/40. Im Jahre 1883 trafen 30,2, im Jahre 1913 nur mehr 17,9 Sterbefälle auf 1000 Personen, obschon die Säuglingssterblichkeit auch jetzt noch in vielen Teilen Bayerns eine beklagenswerte Höhe aufweist.

Welche Verschiebung hat sich nun in der wirtschaftlichen Gliederung Bayerns im Verlaufe der letzten Dezennien vollzogen? Vergleicht man die Berufszählung von 1882, 1895 und 1907 für Bayern miteinander, so tritt uns die Erscheinung entgegen, daß die der Landwirtschaft zugehörige Bevölkerung an prozentualer Bedeutung erheblich eingebüßt hat. Während sie im Jahre 1882 noch etwas über die Hälfte der Gesamtbevölkerung beschäftigte und ernährte, ist ihr Anteil auf 45,8 v. H. im Jahre 1895 und 40,3 v. H. im Jahre 1907 gesunken. Dagegen ist der Anteil der Industrie von 28,3 auf 31,0 und 33,3, der des Handels von 8,3 auf 9,8 und 11,6 v. H. gestiegen. Als wichtigste Tatsache ergibt sich aus den Ziffern der Statistik, daß die Verschiebung der Berufsabteilungen, die man kurz als Industrialisierung zu bezeichnen pflegt, auch in Bayern recht bedeutende Fortschritte gemacht hat.

Die industrielle Aufwärtsbewegung ist ja bekanntlich im Zusammenhange mit rapider Städteentwicklung erfolgt. Greifen wir nur München, Nürnberg und Ludwigshafen heraus, so stieg die Einwohnerzahl Münchens 1840—70 um 57 v. H., von 1871—1910 um 224,4 v. H., die Nürnbergs in dem ersten Zeitabschnitt um 75,9 v. H., in dem zweiten um 252 v. H. und die Ludwigshafens um 240,8 im ersten und um nicht weniger als 720 v. H. im zweiten Zeitabschnitt.

Hand in Hand mit der Entfaltung von Handel und Gewerbe erfolgte eine namhafte Steigerung des Verkehrs. Es verbesserte sich die Lebenshaltung des Volkes, der Wohlstand nahm zu und damit zugleich die Finanz- und Steuerkraft des Landes. Namentlich die wirtschaftliche und politische Entwicklung des Reiches, mit der ganzen Großartigkeit seiner Gesamtentwicklung und mit der Art, wie sie ermöglicht wurde, hat vorbildlich und belebend auf Bayern gewirkt und ermunternd zugleich in dem Bemühen, auch als Teil mit dem Fortschritt des Reichsganzen Schritt zu halten. Gerade die Zugehörigkeit zum Reiche war für Bayern eine Quelle neuer Kraft, um erheblich und rascher, als es ihm zuvor gelungen war, über seine frühere Kraft hinauszuwachsen und belebt durch den treibenden Wettbewerb mit den anderen deutschen Staaten sich wirtschaftlich zu entfalten. Daß das allgemeine Erwerbsleben seit 1871 in Bayern viel lebhafter einsetzte, als es vordem der Fall war, dies zeigt vor allem der Erfolg der wirtschaftlichen Arbeit.

Wenn auch die landwirtschaftliche Bevölkerung der Zahl nach ihren Vorrang an die übrige Bevölkerung abgeben mußte, so hat sich doch die Leistungsfähigkeit der bayerischen Landwirtschaft in dem letzten Menschenalter gewaltig erhöht, dem Hektar Boden werden immer mehr Früchte abgerungen, der Viehstapel erfuhr — mit Ausnahme der Schafe — eine erhebliche Vergrößerung. Der

Digitized by Google

gesamte Reinertrag des landwirtschaftlich genutzten Bodens ist für 1907 auf 520 Millionen Mark veranschlagt worden. Bezeichnend für die fortschreitende günstige Gestaltung der bayerischen Landwirtschaft ist der bedeutende Rückgang, den die zwangsweisen Veräußerungen landwirtschaftlicher Anwesen aufweisen. In den Jahren 1880 bis 1912 ist ihre Zahl von 3739 auf 534 gesunken und die zwangsweise veräußerte Fläche von 20 059 Hektar auf 3931 Hektar zurückgegangen. Dies erfreuliche Ergebnis erklärt sich zum guten Teil als Folge der rationellen Wirtschaftsweise, für welche die Fachschule, das Vereins- und Genossenschaftswesen, die Wanderlehre, die Anregung und Unterstützung seitens der Behörden in gleicher Weise tätig waren. Von erheblichem Einfluß auf den Fortschritt der Landwirtschaft war auch die zunehmende Verwendung von Maschinen und Apparaten, die eine Ersparung an Arbeitskräften ermöglichten und manche Kulturen sorgfältiger, rascher und gründlicher durchzuführen gestatteten, als die Handarbeit. Der Beweis für die intensivere Bodenwirtschaft darf namentlich in dem stärkeren Verbrauch künstlicher Düngemittel erblickt werden. Es betrug z. B. der durchschnittliche Kaliverbrauch auf den Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche im Jahre 1880: 21 Kg., 1910: 273 Kg., 1913: 571 Kg.

Was Gewerbe und Handel anbetrifft, so war für ihren erfreulichen Aufstieg die Entwicklung zum Großbetrieb und zur Exportindustrie im Verlaufe der letzten Dezennien vielfach charakteristisch. So hat beispielsweise die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rh. im Jahre 1865 mit 30 Arbeitern begonnen, aus denen schon vor dem Kriege mehr als 9000 Arbeiter geworden sind. Als der im Januar 1918 verstorbene Geh. Kommerzienrat Heinrich v. Buz am 1. Juli 1864 Direktor der Augsburger Maschinenfabrik wurde, beschäftigte dieselbe 350 Arbeiter. Aus bescheidenen Anfängen wurde im Laufe der Jahrzehnte ein Weltunternehmen, in welchem nach dem Berichte des Generaldirektors Anton v. Rieppel in der Generalversammlung vom 1. Dezember 1917 über 24 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind. In der im Jahre 1866/67 gegründeten Maschinen- und Armaturfabrik vorm. Klein, Schanzlin u. Becker in Frankenthal (Pfalz) hat anfänglich die Zahl von 12 Arbeitern ausgereicht, während heute nicht weniger als rund 5000 Arbeiter beschäftigt sind. Die Maximilianshütte in der Oberpfalz hat in den letzten Jahren auf ihren bayerischen Werken 3000 Berg- und Hüttenarbeiter beschäftigt. In der Eisengießerei, die in der Pfalz, Oberpfalz und Mittelfranken am meisten vertreten ist, hat sich von 1886 bis 1907 die Zahl der Arbeiter von 5112 auf 11 963 vermehrt. Gleichzeitig hat sich die produzierte Tonnenmenge von 106 160 auf 349 679, der Wert des Erzeugnisses von 14,7 auf 54,9 Mill. M. gehoben. Während somit die Zahl der Arbeiter sich verdoppelt hat, hat sich die Tonnenmenge mehr als verdreifacht, der Wert der Produkte nahezu verdreifacht. In der Roheisengewinnung vermehrte sich die Jahresleistung eines Arbeiters von 1880 bis 1907 von 69,2 auf 193,3 Tonnen. Während die Arbeiterzahl im Bergbau auf Kohle und Eisenerze sowie in den Hüttenbetrieben zusammen im Jahre 1870 6315 betrug, hat sie sich bis zum Jahre 1913 auf nahezu das Vierfache, auf 25 543 vermehrt. In nicht geringerem Maße hat sich die Produktion dieser Betriebsarten erhöht: an Stein- und Braunkohlen stieg die Förderung von 392 700 Tonnen im Werte von 3 232 700 M. im Jahre 1870 auf 2 706 300 Tonnen im Werte von 24 137 900 M. im Jahre 1913. Bei Eisenerzen stieg die Förderung von 97 000 Tonnen im Werte von 690 800 M. im Jahre 1870 auf 485 300 Tonnen im Werte von 3 908 000 M. im Jahre 1913. In Roheisengewinnung und -verarbeitung hatte Bayern eine Zunahme von 117 700 Tonnen im Werte von 19 517 200 M. im Jahre 1870 auf 1 332 300 Tonnen im Werte von 137 016 600 M. im Jahre 1913. Die Bierproduktion hat vom Jahre 1875 bis 1912 von 11 809 772 Hektoliter auf 19 121 830 Hektoliter, also mehr als die Hälfte, zugenommen.

Ein Zeichen der zunehmenden industriellen Entfaltung ist ferner, daß das Nominalkapital unserer Aktiengesellschaften von 1883 bis 1909 von 343 auf 1023 Millionen gewachsen ist, gleichzeitig hat sich der Gesamtumsatz der Kgl. Bank von 956,7 Millionen Mark im Jahre 1870 auf 30 625,5 Millionen Mark im Jahre 1913 und 67 998,0 Millionen Mark im Jahre 1916 erhöht. Die Bilanzsummation der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank ist von 158,0 Millionen Mark im Jahre 1870 auf 1379,5 Millionen Mark im Jahre 1913, auf 1502,1 Millionen Mark im Jahre 1917 gestiegen.

Die vergangenen Jahrzehnte waren aber auch eine Zeit, in der der Verkehr in allen seinen Einrichtungen eine bedeutende Vermehrung, Verbesserung und Verbilligung seiner Leistungsfähigkeit erfuhr. Während die Bahnlänge von 1838 Km. im Jahre 1870 auf 8332 Km. im Jahre 1913 gewachsen ist, hat die Zahl der Lokomotiven sich in dieser Zeit von 443 auf 2470 vermehrt. Wie sich der Verkehr im letzten Menschenalter belebt hat, wird weiter deutlich, wenn man berücksichtigt, daß die Menge der beförderten Güter 1886 8,2, 1908 24,6 Millionen Tonnen betrug, also um 200 v. H. die Zahl der beförderten Personen von 19,2 Millionen auf 81,7, also um 325 v. H. gestiegen ist. Die Vermehrung der beförderten Personen sowohl wie der Güter steht außer allem Verhältnis zur Vermehrung der Bevölkerung, die in dem größerem Zeitraum von 1885 bis 1910 nur 27 v. H. ausmachte. Einen ähnlichen Aufschwung zeigt die Benutzung der Post. Das erhellt aus folgender statistischer Übersicht:

Briefpostsendungen in Tausenden	Postanweisungen Aus- u. Einzahlungen Millionen Mark	Paketsendungen in Tausenden
1870 . . 52 649,0	69,6	8 841,1
1913 . . 798 425,5	1668,0	38 416,9

Telegramme in 1000 Stück	Einnahmen aus Post Millionen Mark	Telegraphie und Telephon Millionen Mark
1870 1010,2	5,6	0,729
1913 . . . . 6 166,2	59,2	17,001

Gleichzeitig hat sich der Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom Jahre 1907 bis zum Jahre 1913 von 2 366 auf 8 775, somit um fast das Vierfache vermehrt, und auch der Verkehr auf den Wasserstraßen hat sich aufwärts entwickelt.

Was nun weiter den Auslandsverkehr der bayerischen Industriebetriebe anbetrifft, so ergab eine amtliche Erhebung schon im Jahre 1899, daß Bayern mit 228 Millionen Mark in den überseeischen Handel verflochten sei, wovon 114,6 auf die Ausfuhr, 113,5 auf die Einfuhr kamen. Da die gesamte Ein- und Ausfuhr Bayerns damals auf 306 Millionen Mark angegeben wurde, so waren 73,7 v. H. auf Konto der überseeischen zu setzen. Unter Anlehnung an diese Erhebung des Reichsmarineamtes über die Überseewerte der deutschen Exportindustrie hat Dr. Michael Horlacher neuerdings in seiner Abhandlung über „Die Übersee-Interessen Bayerns" die Überseewerte in Ein- und Ausfuhr der bayerischen Exportbetriebe vor Kriegsausbruch im Jahresdurchschnitt auf eine halbe Milliarde geschätzt. Angesichts des Fehlens einer erschöpfenden bayerischen Außenhandelsstatistik ist die Erfassung der starken Anteile der bayerischen Industrie an der Ausfuhr Deutschlands nach Amerika von besonderer Bedeutung, wie dies vom Bayerischen Statistischen Landesamt mit der Hebung des bei den amerikanischen Konsulaten befindlichen Materials erfolgt ist. Ist doch die gesamte direkte Ausfuhr Bayerns nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika im Zeitraum von 1900 bis 1913 in erheblichem Umfange von 27 765 400 Mark auf 63 880 844 Mark, somit um den nahezu zweieinhalbfachen Betrag gewachsen und macht im Rahmen der gesamten deutschen Ausfuhr nahezu 10 v. H. aus.

Mit dem gesteigerten Erwerbsleben nahm die Sparfähigkeit und Sparlust der Bevölkerung eine glänzende Entwicklung. Während im Jahre 1843 127 170 Einleger ein Sparguthaben von 32,7 Millionen Mark hatten, betrug dies im Jahre 1913 für 1 147 276 Einleger 706 Millionen Mark. Die wirtschaftliche Hebung des Landes ist dadurch ferner stark beeinflußt worden, daß fortgesetzt größere Mittel aus dem öffentlichen Haushalt zur Durchführung der immer zahlreicher hervortretenden kulturellen

Digitized by Google

Aufgaben bereitgestellt werden konnten. Es sei hier nur als Zeichen der gesteigerten Finanzkraft des Landes auf die außerordentlich erhöhte Fürsorge des Staates und der Gemeinden für den Unterricht und die Erziehung hingewiesen, so daß der gemeindliche Volksschulaufwand, der 1851/52 erst rund 5 Millionen Mark betrug, im Jahre 1911/12 auf fast 48,5 Millionen Mark anwachsen konnte.

Einen weiteren Maßstab für die Zunahme des Wohlstandes dürfen wir in den Steuererträgen erblicken. Nach der bayerischen Steuerstatistik 1912 ergab sich als Gesamtsumme aller Reineinkünfte 3 836 277 261 Mark. Nach v. Eheberg hat sich seit 1885 das bayerische Volkseinkommen verdoppelt, da seitdem mit Ausnahme der Grundsteuer alle Steuern ihre Erträge verdoppelt und mehr als verdoppelt haben. Nach der gleichen Quelle wären 1895 etwa 200, 1910 etwa 330 Mark auf den Kopf der Bevölkerung entfallen. Das bayerische Volksvermögen wäre nach Osel mit 20 Milliarden zu gering eingeschätzt, da schon die Versicherungssumme unserer Gebäude 10,67 Milliarden Mark beträgt. Nach Friedrich Zahn ist der Stand des bayerischen Volksvermögens für das Jahr 1913 auf insgesamt 37 bis 38 Milliarden Mark zu veranschlagen.

Wie aber haben sich die Steuerquellen in Bayern seit der Reichsgründung entwickelt? Da ist in einem Wort zu sagen: Industrie, Handel und Gewerbe wurden die steuerlichen Grundlagen der Finanzkraft des Landes. In dem Maße, in welchem die industriellen und gewerblichen Betriebe der Stadt emporblühten, ging die Landwirtschaft als Hauptträger der Steuerkraft zurück. Während aber im Jahre 1870 an direkten Steuern (brutto) 17,8 Millionen Mark erhoben wurden, also auf einen Einwohner 3,68 Mark trafen, ist der Ertrag an direkten Staatssteuern im Jahre 1913 auf 73,2 Millionen Mark gestiegen, so daß auf einen Einwohner 10,71 Mark kamen. Nur dank der namhaft gestiegenen Steuerkraft von Industrie, Handel und Gewerbe wurde die gewaltige Zunahme der Leistungen des öffentlichen Haushalts möglich, so daß nach den Voranschlagsziffern 1914/15 727,5 Millionen Mark — im Jahre 1840 waren es 72,1 Millionen Mark, im Jahre 1870 waren es 123,3 Millionen Mark — aus dem Staatshaushalt für ordentliche Ausgaben verwendet werden konnten. Im Jahre 1917 entfielen auf die industriell am stärksten durchsetzten drei Regierungsbezirke Oberbayern, Mittelfranken und die Pfalz fast Zweidrittel der gesamten direkten Staatssteuern, nämlich 64 Millionen Mark oder 64,22 v. H., obwohl ihre Bevölkerungsziffer kaum die Hälfte des Staates beträgt. Oberbayern zahlte mit 31,3 Millionen Mark Staatssteuern fast ebensoviel als die fünf Regierungsbezirke Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken, Unterfranken und Schwaben (München 22,2 Millionen Mark).

Was zeigen die verschiedenartigen Hinweise und mannigfachen Ziffernbelege, die wir im Vorausgehenden von der wirtschaftlichen Entwicklung Bayerns im letzten Menschenalter zu geben versucht haben? Sie bestätigen unstreitig, daß die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Bayerns seit Gründung des Reiches gewiß eine sehr erfreuliche Aufwärtsbewegung genommen hat, wenn auch der Grad des Industrialisierungsprozesses in Bayern ein verhältnismäßig bedeutend geringerer als im Durchschnitt des Reiches und der größeren Bundesstaaten geblieben ist. Gerade weil die bayerische Industrialisierung in weit langsamerem Tempo als im Reichsganzen fortgeschritten ist und künftighin im bayerischen Volkskörper notwendig eine intensivere Industrieentwicklung als bisher angebahnt werden muß, gerade deshalb müssen wir in Bayern mit aller Kraft die nationale Einheit des deutschen Volkes fördern und stützen, welche Bayern in der Vergangenheit und für alle Zukunft wirtschaftlich groß und stark gemacht hat. Bayern, das beim Bezuge seiner Rohmaterialien und beim Absatz seiner Fabrikate auf die Verbindung mit der See angewiesen ist, würde bei einer Loslösung vom Reiche sehr bald in den Zustand vor 1866 zurücksinken, um, wiederum durch seine wirtschaftliche Struktur gezwungen, bei den verbliebenen deutschen Bundesstaaten die Aufnahme in ihren wirtschaftlichen Kreis zu erbitten. Wir aber wollen uns den Ertrag des 19. Jahrhunderts nicht verlorengehen lassen. Von Ernst Moritz Arndt bis jetzt war das höchste Volksziel: das ganze Deutschland soll es sein! Nun eröffnet sich jetzt die erfreuliche Aussicht des Anschlusses der österreichischen Deutschen. Wollen wir diesen Zeitpunkt zum Zerfall verwenden? Daran hat uns Friedrich Naumann in Nr. 48 der „Hilfe" (vom vergangenen Jahr) mit Recht erinnert, und er hat hinzugefügt: jetzt handelt es sich um Aufrichtung der Gemüter, daß sie nicht das letzte an der deutschen Einheit und an geschichtlicher Zusammengehörigkeit fahren lassen. Aus tiefstem und schmerzlichem Erleben heraus müssen und sollen jetzt alle pflichtbewußten Männer und Frauen sich zu heiligem Gelöbnis verbinden:

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,
In keiner Not uns trennen noch Gefahr!

Gertrud Bäumer / Wege innerer Erneuerung

Das Leben und die Natur.

Diese Sätze sind uns gewiß geworden: alle Werte sind eines: Lebenssteigerung. Oder noch enger gefaßt: empfundenes Leben. Ferner: dieses Gefühl ist die einzige Wirklichkeit, die wir besitzen. Die einzige Form, in der uns das Wesen hinter der Erscheinung hervor, in unsere Seele eintritt, in der — befreit von Raum und Zeit — es unser Eigen wird.

Diese Sätze verlangen eine Klarstellung des Verhältnisses des Lebens zur Natur, denn in dieser Lebensempfindung ruhen beide, das sogenannte „höhere" geistige Leben und das natürliche, grundsätzlich noch ungeschieden ineinander. Und so ist es ja tatsächlich: die Empfindung, die uns jeweils trägt und spornt, ist eine. Nur dem Denken, das ihren Ursprüngen nachgeht, erschließen sich ihre Quellen. In der Erhebung, die das Anschauen eines Kunstwerkes vermittelt, schwingen alle anderen Saiten von unserer Seele mit, die Lust des Auges und die Fröhlichkeit einer guten Stunde. Das Leben ist eines, aber es ist anders, je nach der Stufe, die es erreicht hat. Das natürliche Leben ist Stufe.

Auch das natürliche Leben entzieht sich der Erkenntnis. Es ist metaphysisch, d. h. es ist in der Erscheinung nicht faßbar. Wir können seiner gewiß sein, aber wir können nichts darüber wissen. Die Naturwissenschaft kann die Bedingungen feststellen, unter denen die natürlichen Lebenserscheinungen entstehen, die Gesetze, nach denen sie voneinander abhängen, die Elemente, aus denen sie sich zusammensetzen. Sie kann feststellen, unter welchen chemisch-physikalischen Bedingungen sich die Lotosblume der Sonne verschließt und das Blatt sich färbt und die Frucht reift. Aber sie kann das Dasein dieser tausend Leben nicht erklären. Sie nimmt es hin und geht von ihm aus. Sie kann das Lebendigsein nicht verdeutlichen. Sie kann die Einrichtungen der Natur zur Erreichung ihrer Zwecke studieren, sie kann feststellen, was zur Erhaltung des Individuums und zur Erhaltung der Gattung geschieht. Aber Zeugen und Nahrungsuchen — Hunger und Liebe — ist nicht Leben, sondern nur Funktion, Mittel, in die sich seine Ströme zuweilen ergießen, aber in denen sein Sinn nicht beschlossen ist. Der Schmetterling, der sich über den Blumen wiegt, die Libelle, die schimmernd am grünen Halm des Schilfes steht, sie sind und sie leben, sie sollen sein und leben um ihres Lebens willen. Die Bibel sagt das in dem wundervollen Wort: „Seht die Lilien auf dem Felde — sie säen nicht, sie ernten nicht und Euer himmlischer Vater nährt sie doch." Das Wort ist viel tiefer als seine lehrhafte Nutzanwendung. Es

Digitized by Google

spricht die unbedingte Geltung des zwecklosen Seins aus. „Euer himmlischer Vater nährt sie doch." Sie sind aus dem Urquell des Lebens, und wir können nicht fragen, wozu. Sie sind — unendlich erhaben über alle Zwecke, denen sie bestimmt sind, tragen sie ihr Dasein — „von Gottes Gnaden". Unserem Verstand, der nichts kann als verknüpfen, eines auf das andere beziehen, ist dieses Sein unfaßbar und unauflöslich. Er vermag die Beziehungen der Lebewesen untereinander aufzuzeigen und die Zusammenhänge der Funktionen in jedem einzelnen von ihnen. Er vermag zu sagen, daß der Keim aus dem Samen hervorgeht, aber die Kraft, die diese beiden Dinge aneinander bindet, kann er nicht erfassen. Er muß stillstehen und sich bescheiden vor der Tatsache, daß das Leben sich in diesen Millionen Formen entfaltet, nicht in der kümmerlichen Not der Anpassung, sondern in der freien üppigen Blüte seines gottgewollten Seins. Mit diesem Sein verbindet uns eine andere Brücke als die des Verstandes: jenes Gefühl, das, lange, ehe die Wissenschaft feststellte, daß unser Gehirn aus den gleichen Atomen besteht wie der Grashalm und die Biene, eine Gemeinsamkeit des Seins mit aller Kreatur erlebte, das von den „Brüdern im stillen Strom, in Busch und Wasser" zu reden wußte und von dem Seufzen der Kreatur, das den Menschen hineingestellt fand in eine Schöpfung, deren Himmel die Ehre Gottes rühmen und deren Erden seiner Hände Werk preisen — das in eine Einheit des Lebens alles gefügt wußte. Daß wir diesen gemeinsamen Begriff „Leben" prägten, daß wir eine Grenze fühlen, über die der Verstand nicht hinaus kann, daß wir den Kopf gegen das Gitter pressen können, das dieses Heiligtum umschließt, in das unser Gefühl einzieht, das aber eben deshalb ewig gestaltlos und „zwecklos" bleiben muß — ist Beweis für ein Wesenhaftes, das anders erlebt wird, als durch Sinne und Verstand. Unser Verstand und unsere Sinne sind Organe, die uns das Miteinandersein vermitteln — aber wir haben ein Gefühl für das Sein. Sein ist Leben.

Wie aber hängt die doppelte Erscheinungsform des Lebens: in der sinnlichen Erscheinung, in der kausalen Verknüpfung und in dem innersten Innewerden zusammen? Zunächst: Leben ist Verwandlung. Verwandlung, die sich aber auch von Schritt zu Schritt gebunden zeigt an ein Bleibendes, die physikalisch-chemischen Gesetze. Verwandlung, die außerdem immer wieder sich bindet in ein Wiedergeborenes: die Form. Das Geheimnis des Lebens liegt in dem Wiedergebären der Form. Wir verbinden den Begriff der Formung mit dem Begriff „Leben" und den des Zerfalls mit dem Begriff Tod. Das Blatt, das auf dem Waldweg fault, verändert sich auch — aber wir unterscheiden zwischen dieser Veränderung und der des Werdens aus dem Zweige und wenden den Begriff „Leben" nur auf die eine an. Warum tun wir das? Es kann das keine Entscheidung unserer Sinne sein, denn sie zeigen uns nichts als wechselnde Farben, Konturen, Gerüche und Festigkeitsgrade. Auch keine Entscheidung unseres Verstandes, denn er zeigt uns das Wirken der Schwerkraft, der chemischen Gesetze und so weiter. Aus einem anderen Bezirk unserer Seele heraus versehen wir diese Bindung von Energien an die organische Form mit dem positiven Vorzeichen: Leben. Weil wir nämlich durch einen inneren Sinn fühlen, daß die Form die Geburt neuen Lebens, nicht nur Fortwirken der gleichen Kräfte ist. Die Form — diese volle Chrysantheme vor mir im Glase und die kleine Spinne, die ihr feines Seil von der stolzen Spitze zu einem der prangenden Kelche spannt — ist Zusammenwirken der Energien zur Geburt einer neuen. Jetzt haben wir nicht nur Kohäsion und Affinität nebeneinander, sondern dieses — fortbestehende! — Nebeneinander hat ein absolut Neues erzeugt: das Leben dieses Organismus. Die einzelnen Energien haben eine neue Beziehung zu einer Mitte und durch sie „vermittelt" zueinander. Besinnen wir uns darauf, daß wir von diesen Dingen nur im Gleichnis reden können — also gleichnisweise kann man sagen, daß der Strom des Lebens, der zwischen zwei Punkten hin und her ging, nun über eine Mitte hin, von ihr ausstrahlend, zu ihr zurückflutend, eine ganze Peripherie erfüllt, die Lebendigkeit, den Funktionsreichtum an jedem Punkte vervielfachend. Die Form ist der sinnfällige Ausdruck dieses Miteinanderwirkens, dieses Sichbedingens der Teile in einer gesteigerten Form des Lebens.

Gestalt ist ein Sichbedingen der Teile im Zeichen einer neuen Lebenswirkung. Darin liegt ihr Geheimnisvolles, ihr Unauflösliches. Gestalt ist Geheimnis, denn sie ist nicht zerlegbar, nur als Ganzes auffaßbar. Was wir aber auffassen, ist die Lebensintensität, die sie darstellt. Wir schauen die Gestalt mit dem Gefühl, indem wir diese Bedingtheit ihre Formen durcheinander als Ausdruck eines Miteinanderlebendigseins erfassen. So wie Goethe dem alten Diktum „ins Innere der Natur dringt kein erschaffener Geist" das Neue entgegenhielt:

„Ihr folget falscher Spur —
Denkt nicht, wir scherzen!
Ist nicht der Kern der Natur
Menschen im Herzen?"

Diese Formen sind das Seiende gegenüber dem Zerfall des Einzelwesens. Die „Gen" stellt sich überall, wo das Leben sich fortsetzt, wieder ein. Diese Gen, die Grundform, die bei allen Abweichungen sich erhält, drückt die zur Gestalt notwendigen Bedingungen aus. Weshalb sie notwendig sind, ist uns verstandesmäßig zu erfassen unmöglich. Wir können negativ nachweisen, daß der Baum nicht höher werden kann, ohne daß auch seine Wurzeln sich breiter erstrecken, aber weshalb nur eben dieses Miteinander von Stoff und Energien einen Organismus bildet, ein Ganzes von neuem Eigenleben, das nachzuweisen ist dem Verstand unmöglich, weil in der sinnlichen Erscheinung der Form ihr Leben nicht enthalten, sondern nur ausgedrückt ist. Wir können nur feststellen, daß die Natur immer wieder zum reinen Typus einbiegt, daß Bastarde unfruchtbar sind, um an diesen Beispielen zu erkennen, daß die Form eine notwendige Ausdrucksform des Lebens ist, aber wir wissen nicht, warum Bastarde unfruchtbar und „unorganische" Verbindungen nicht lebensfähig sind.

So haben wir folgende Erkenntnis gewonnen: das Leben besteht im Gestaltwerden. Gestalt ist die Bindung verschiedenartiger Kräfte zu einer Einheit in der Weise, daß jede dieser Kräfte eine Beziehung zu einem Ganzen, dadurch eine neue Form der Beziehung zu allen anderen und das Ganze eine neue, mit der Summierung der Einzelwirkungen nicht gleichzusetzende, sondern aus ihrer Verschmelzung neu gewordene Lebensfunktion bekommt. Diese Formen sind ein Bleibendes im Zerfall der Einzelwesen. Man kann auch sagen: ein Sein im Werden. Das Werden erhebt sich ins Sein — füllt den unsichtbaren Ring des Seins und wird hier zum „Wachsen", tritt ein in eine andere, dichtere, intensivere Wirkensweise. Im Organismus entsteht Leben

Digitized by Google

aus Leben. Und es gibt nur diesen Weg der Steigerung des Lebens.

Hierzu kommt aber nun noch ein anderes, tief Bedeutsames: die Entwicklung.

Innerhalb der Organismen sehen wir eine Stufenleiter von „niederen", d. h. einfacheren, und „höheren", d. h. komplizierteren. Diese Stufenleiter stellt zugleich eine Entwicklung dar, die sich in der Zeit abgespielt hat und in der die höheren aus den niederen, die zusammengesetzten aus den einfachen Arten hervorgegangen sind. Das Leben hat also noch einem anderen Gesetz gehorcht, als dem, das heute seinen Lauf in stets die gleichen Formen bindet. Es hat höhere aus niederen Formen hervorgetrieben, nach innen zu formuliert: es hat Wege gefunden zu größerer Intensität und Dichtigkeit seiner selbst. Es band im Einzeller wenige Kräfte zu einem Wesen, das sich fortan erhielt und neu schuf, und es schritt fort zu der in Zeit und Raum vielgestaltig ergossenen Gestalt des Baumes. Es glitt in eine neue Welt, als es das Tier erfand, in dem Bewußtsein sich zu äußern und auf die Umwelt zu wirken vermag und das eine unfaßbar erweiterte Mannigfaltigkeit der Beziehungen in neue, nie dagewesene wesenhafte Einheit verschmilzt. Und es stieg auf — von Wesen zu Wesen sich steigernd und verdichtend — bis zum Menschen.

Nachdem einmal die Art die höhere aus sich hervorgetrieben hat, sinkt sie in den Kreislauf der Selbsterhaltung zurück. Die natürliche Entwicklungslehre hat nur Vergangenheit, keine Gegenwart und keine Zukunft. Wir sehen also eine zwiefache Lebensbewegung: Entwicklung und Wiederkehr. Die Stufen, durch die das Leben hindurchging, bestehen fort. Die Entwicklung — ist zum Stillstand gekommen? Wir haben keinen Grund, das anzunehmen, aber sie geht nur von einer Stelle — ihrem Endpunkt — weiter.

Also vom Menschen aus. Dies ist unsere besondere Stellung im Kosmos. Über der ganzen Natur waltet das Gesetz des Kreislaufs, über uns das der Entwicklung. (Vorbeugend: damit ist nicht gemeint, daß der „Übermensch" ein leiblich anderes Gebilde sein muß, es wird vielmehr zu zeigen sein, daß die Sphäre leiblicher Neuschöpfung abgeschlossen, der Weg der Intensitätssteigerung jetzt nach innen zu weiter geht.)

Verdeutlichen wir uns diesen unseren Standort — unser Wesen in seiner Verkettung mit der Natur und seinem Darüberhinausein und -sollen.

Das Leben ist eins, die Stufen, in denen es aufstieg, beharren, die niederen neben den höheren. Beharren nebeneinander und ineinander. Die Kräfte, von denen die unorganische Natur beherrscht ist, walten auch über uns, sie sind nicht aufgehoben und abgelöst durch das Gesetz der höheren Reiche. Der organischen Natur gehört unser Leib, seine Gestalt, seine Triebe, sein Wachsen und Zerfallen! Wir sind Natur geblieben, indem wir Geist wurden. Mehr als das: Der Leib ist in jedem Sinne Bedingung alles höheren Lebens. Wir fühlen mit seinen Organen, sehen mit seinen Sinnen. Unser Denken lebt von Vorstellungen aus der Welt des Körperlichen, der Natur. Kein abstraktester Gedanke, dessen Flamme nicht durch den Stoff der Sinne gespeist ist. Wir wirken unser Wesen aus, indem wir Natur zum Stoff unserer gestaltenden Kräfte machen. Wir können von jedem beliebigen Gipfel des Geistigen das Lot herunterlassen, es wird immer auf dem Boden der Natur enden. „Wir sind von ihr umgeben und umschlungen — unvermögend, aus ihr herauszutreten." — „Die Menschen sind alle in ihr und sie in allen." (Goethe: „Die Natur".) Seltsame, alles durchwirkende Verschmelzung! Aber eben sie ist Bedingung für das Inkrafttreten des höheren Lebens. Wie das organische Leben dadurch entsteht, daß unorganische Kräfte sich binden zur Form und aus ihrem Miteinander ein durchaus Neues gebären, so besteht auch in diesem höheren Reich der Weg der Vermehrung des Lebens in der Bindung des Vielgestaltigen zur Einheit, die nicht Summe, sondern ein Neues, neuer Ordnung, einem höheren Reich zugehörig ist. Darin, daß die Natur immer gegenwärtig bleibt, nachdem die höhere Stufe erreicht ist, liegt das Fortwirken des Lebens begründet. Alles höhere Leben, alles, war wir mehr haben als das Tier, jene unerfaßbare Fülle von Beziehungen, die wir der Intensität unseres Lebens hinzuzufügen vermögen — sie bestehen nur dadurch, daß wir, indem wir Geist wurden, Natur blieben. Darum nur können wir von Steigerung sprechen, nicht nur einfach von einer neuen Phase. Wir haben das eine und das andere, das Überwundene und das Neuerrungene, und im Verbundensein dieser Stufen durch neue Einheiten liegt die Steigerung.

So zeigt sich uns ein Doppeltes: wir sind Natur und haben die Sendung, in uns die Natur unausgesetzt zu der neuen Lebensform zu erheben, die unsere Möglichkeit ist. Die Lebenssteigerung, zu der wir bestimmt sind: die Geburt neuer Lebensintensität aus der Verinnerlichung, der Vergeistigung.

Margarete Rothbarth / Die Deutsche Demokratische Partei und die Frauen

Nicht davon soll hier gesprochen werden, welche Gründe die Frauen gerade bewegen könnten und sollten, um der Deutschen demokratischen Partei beizutreten; sondern es soll die Frage gestellt werden: wie steht die Partei zu den Frauen, die als Wähler so außerordentlich für sie in Betracht kommen, die mit aller Macht für ihre Sache überzeugt und gewonnen werden müssen? Es handelt sich vor allem darum, sich gegen die Behauptungen der Sozialdemokraten zu wenden, die in ihren Frauenaufrufen immer wieder und wieder betonen, daß sie die einzigen und unentwegten Vertreter des Frauenstimmrechts in Vergangenheit und Gegenwart seien. Für die Vergangenheit ist das im wesentlichen richtig: die Sozialdemokratie hat in langen Jahren immer für die Gleichberechtigung des anderen Geschlechtes gekämpft, schon zu einer Zeit, als nur Hohn und Spott bei den anderen Parteien für die Forderungen der Frauen zu finden waren. Nicht erst in dem klassischen Zeugnis des Erfurter Programms (1891), sondern schon 12 Jahre vorher in Bebels kühnem Buch „Die Frau und der Sozialismus" (1879) ist der Standpunkt ausdrücklich vertreten, der in dem Programm von 1875 in voller Deutlichkeit noch nicht zu erkennen war, und der jetzt durch die Revolution mit einer Plötzlichkeit verwirklicht wurde, daß sowohl die Parteien wie die davon betroffenen Frauen sich erst langsam in die neue Sachlage finden können. Wenn die sozialdemokratische Partei dann aber noch weiter geht und behauptet, wie sie dies in einem an die Frauen gerichteten Flugblatt kürzlich getan hat, sie hätte immer das Frauenstimmrecht im Programm gehabt, so ist das keineswegs zutreffend. Marx jedenfalls hat das Frauenproblem im heutigen Sinne nicht gesehen, und die erste Internationale (1869) nahm die Frauen nicht auf: „Der Platz der Frau ist am häuslichen Herd und nicht auf dem Forum; die Natur hat sie zur Amme und Wirtschafterin gemacht. Entziehen wir sie diesen sozialen Funktionen nicht, schleudern wir sie nicht aus ihrer

Digitized by Google

Lebensbahn; dem Mann gehört die Arbeit und das Studium der Menschheitsprobleme. Die Frau hat für das Kind zu sorgen und dem Arbeiter sein Heim zu verschönen." Klingt diese Argumentierung nicht verzweifelt ähnlich derjenigen, die die konservative Rechte den „Stimmrechtshyänen" immer zurief? Damit sollen keineswegs den Sozialdemokraten ihre berechtigten Lorbeeren auf diesem Gebiet abgesprochen werden — nur sollen sie sich nicht allzusehr in die eigene Glorie hineinsteigern.

Und auch nach der anderen Seite schlägt das Pendel der sozialdemokratischen Agitation zu weit aus, nämlich, wenn sie der deutschen demokratischen Partei den Vorwurf macht, stets das Frauenstimmrecht bekämpft zu haben, was mit dem Programm der Fortschrittler von 1910 (ohne zu wissen, daß 1912 auf dem Parteitag in Mannheim eine Resolution für das Frauenstimmrecht angenommen wurde) und deren Stellung zu dieser Frage in der preußischen Wahlreform bewiesen werden soll, wo freilich eine Forderung nicht in den Vordergrund geschoben werden durfte, die das Dringlichste, die Durchsetzung des preußischen Wahlrechts, verhindert hätte. Aber sie vergessen ganz, daß die demokratische Partei ja eine neue Partei ist, die sich keineswegs für die Sünden der alten Zeit verantwortlich machen lassen will. Hätten die alte Fortschrittliche Volkspartei und die Linksnationalliberalen plötzlich am 9. November „umgelernt" und ihr frauenfreundliches Herz plötzlich entdeckt, so wäre das natürlich bedenklich und könnte dem Vorwurf der Opportunitätspolitik keineswegs entgehen. Dadurch aber, daß die Deutsche demokratische Partei als neues Gebilde mit zum großen Teil neuen Menschen und neuem Programm auftritt, hat sie ein ein Recht, ihre Forderungen so zu stellen, wie sie will, ohne befürchten zu müssen, dabei den Verdacht der Zweideutigkeit auf sich zu lenken. Und wenn sie natürlich Mitglieder der alten Parteien in ihren Reihen hat, die man in diesem Sinne als „belastet" bezeichnen wird, so kann sie mit Recht darauf hinweisen, daß man in einer so großen Partei damit rechnen muß, daß sich die verschiedenartigsten Elemente darin aufhalten, wovon vielleicht manche aus Nützlichkeitsgründen etwas vertreten, was ihr Herz nicht kennt — welche Partei ihre Mitgliederliste da ganz einwandfrei weiß, werfe den ersten Stein.

Die deutsche demokratische Partei bekennt sich geschlossen zum Frauenstimmrecht — und trotzdem gibt es noch Ungläubige, die nicht alle Skepsis verbannen können. Das sind vor allem die, die in dem Wahlaufruf eine ausdrückliche Stellungnahme in dieser Frage vermissen, die hohnvoll auf die dort fettgedruckten „Staatsbürger" und die bescheiden danebenstehenden „Staatsbürgerinnen" hinweisen und als stärkstes Argument immer Punkt 5 des Erfurter Programms hervorholen, der sich ausdrücklich der Frauen annimmt: „Abschaffung aller Gesetze, welche die Frauen in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen." Darauf ist zu entgegnen, daß der kurze und schnell entworfene Wahlaufruf sich keineswegs mit der durchdachten, mühevollen Arbeit, die die Ziele der Sozialdemokratie enthält, vergleichen lassen kann und will, sondern daß das Programm, das ihm entsprechen würde, noch in Bearbeitung ist und erst kommen wird. Daß darin und immer die Frau von der Partei als gleichberechtigt anerkannt wird, ist so selbstverständlich, daß es kaum noch einmal besonders ausgesprochen werden muß. Naumann, der auch seit zehn Jahren immer f ü r das Frauenwahlrecht gestimmt hat, hat ja sogar die Forderung aufgestellt, daß die Frauen überall auf den Listen an zweiter Stelle kommen sollen — dies scheint selbst manchen Vorkämpferinnen der Frauenbewegung als zu weitgehend. Aber mit Recht verlangen sie, daß man den ehrlichen Versuch macht, die führenden Frauen in die Nationalversammlung zu bringen. Mit der Erfüllung dieser nicht unbilligen Forderung kann die Partei beweisen, daß es ihr ernsthaft um die Mitarbeit der Frauen zu tun ist, daß sie sie nicht nur als Wählerinnen haben will, die ihr Resultat im Verhältniswahlsystem günstig beeinflussen sollen, sondern daß sie sie für gleichwertig erachtet, mitzuarbeiten an dem großen Werk des Wiederaufbaues.

Zum Schluß ein Beispiel für viele, das zeigen soll, wie die Partei für die Rechte der Frau einzutreten gewillt ist. In einer Frauenversammlung in Frankfurt a. M. hat kürzlich Dr. Marie Baum aus Hamburg auseinandergesetzt, welches die Rechte der Frauen im neuen Reich sein sollten — mit dem Erfolg, daß ein unabhängiger Sozialdemokrat in der Diskussion erklärte, auch er könne jedes Wort dieser Ausführung unterschreiben, ein Zugeständnis aus feindlichem Munde, so wertvoll und überzeugend, wie man es sich nur wünschen kann. Diesen Standpunkt muß die Partei in den nächsten Wochen immer wieder und wieder unterstreichen, und zwar nicht nur durch die Frauen, sondern auch vor allem durch die Männer, damit auch die Zweifelnden und Zaudernden unter den Frauen endlich überzeugt werden, daß die Partei rückhaltlos und ehrlich, ohne Hintergedanken und Gewissensklausel, die Frauen als gleichberechtigte Staatsbürger in ihre Reihen aufzunehmen und im neuen Staate zu vertreten gewillt ist. Dann müssen aber auch die Frauen davon durchdrungen sein, daß sie der Partei gegenüber nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten haben, daß sie arbeiten und sich anstrengen müssen, damit ihre Stellung gefestigt wird — nichts geben die Götter dem Sterblichen ohne Mühe und Arbeit.

Kurt Arnold Findeisen / Zum neuen Jahr

I.

O ihr tausend Augen der Nacht, was habt ihr dem neuen Jahre für ein Horoskop gestellt?

Merkur tief im Südwesten ist Abendstern.

Über meinen Scheitel fährt der Fuhrmann seine ewig versiegelte Fracht.

O Andromeda, unglückliches Kind der weinenden Kassiopeia, stöhnst du noch immer, an den Felsen der Qual geschmiedet!

O Perseus, Sohn Jovis, silberblitzender Held, schlag noch einmal der Meduse das entsetzenstarrende Haupt ab, schwing dich auf das Flügelroß und rette die Schönheit der Welt!

O mattblinkender Saturn, der du die ganze Nacht verharrst, hast du den Menschen von Latium nicht dereinst den Frieden und die Fülle beschert und das Heil des Pflugs? Doch sie sagen von dir, daß du zuvor deine eigenen Kinder verschlungen!

Und ein großes Raubtier panthert im Osten herauf mit Tarquinierschritten!

Nur, daß Mars nicht zu sehen ist die ganze Nacht, das ist ein Trost — — —

II.

Ein neues Jahr! Was wirst du einst bei dieser Jahreszahl auswendig lernen müssen, mein Sohn?

Eine fröhlich wimpelnde Hoffnung ist heute trotz allem in mir im Dämmerlicht des neuen Morgens, eine Zuversicht, die schon fast Gewißheit ist, es müßte bald alles besser und gut werden: Ich beschatte die Augen mit der Hand und schau in grünes Vorland hinaus. Ich seh dich auf kleinen wackelnden Beinen stehn, mein Kind, ich seh dich die ersten Schritte machen, ich höre ein erstes süßes Wort von deinen Lippen, ich fühle — ich fühle — — — Ein Sonnenstrom bricht mir aus deinem Kommen entgegen wie ein Lanzenwald, ein Wonnesturm wie Fanfaren — ich grüße dich, neues Jahr, das du auf K i n d e r f ü ß e n nahst!

Naumann / Gattungsleben

Es ist ein Zeichen gesunkener Lebenskraft, nur an sich selber zu denken. Wer noch Naturkraft in sich hat, der lebt für die Gattung, zu der er gehört, sorgt für ihre Weiterentwicklung und sieht sich nur als Glied in einer langen Kette von zusammengehörigen Wesen an. Überall fast in der Tierwelt finden wir die Spuren derartiger Gattungsgemeinschaft. Es fehlt zwar keineswegs an erbitterten Streiten bis in die engste Herde hinein, aber bei jeder natürlich ent-

Digitized by Google

standenen Tiergemeinschaft ruft die Gefahr den Instinkt der Rasse wach, und eines hilft dem anderen, sei es zu Widerstand, sei es zu Flucht. Der höheren Ausbildung des Menschen blieb es vorbehalten, einen Individualismus, ein Ichbewußtsein zu erziehen, das die Vereinzelung als Tugend und die Selbstsucht als Lebensprinzip ansieht. Mag die einseitige Pflege dieses Ichgefühls als künstlerische Leistung nicht uninteressant sein, so ist sie als allgemeine Gesinnung verhängnisvoll, denn sie ist ihrem Wesen nach ein Zustand der Überreife, der beginnenden Wurzellosigkeit. Alles, was wirklich lebendig ist, lebt gattungsmäßig, denkt gemeinschaftlich und sucht Fortpflanzung. Der Egoismus, der keine Kinder haben will, ist der Anfang des allgemeinen Todes. Jedes gesund fühlende Wesen betrauert es, wenn ihm Nachwuchs versagt ist, und verklagt die sozialen Anschauungen und Gesetze, die es ihm erschweren, der Gattung zu dienen, nur die Absterbenden wollen unfruchtbar sein. In ihnen versickert der Born des Lebens, und ihr Dasein hat nur einen ganz vorübergehenden Wert, selbst wenn es reich sein sollte an Arbeiten und Genüssen.

Soziale Bewegung

Revolution und wirtschaftliche Lage. Die außerordentlich ungünstige wirtschaftliche Lage am Schluß des Jahres 1918 hat der Leiter des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilmachung, Staatssekretär Köth kurz vor Weihnachten in bemerkenswerten Ausführungen dargelegt. Das Ziel der Demobilmachung habe nach dem Hereinbruch der Niederlage geändert werden müssen und umfasse gegenwärtig zweierlei: In der Wirtschaft des alten Systems die Menschen so rasch wie möglich notdürftig vorläufig unterzubringen und die vor dem Zusammenbruch stehende Wirtschaft nicht völlig zusammenbrechen zu lassen. Man denke nicht daran, Sozialisierungsexperimente vorzunehmen, und könne auch nicht gleich an die Übergangswirtschaft herantreten, sondern müsse zunächst mal eine Revolutionswirtschaft führen. Erst wenn man über diese hinausgekommen sei, könnten die Vorbereitungen zur Umstellung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft getroffen werden. Zunächst gelte es Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen für die aus den aufgeblähten Rüstungsbetrieben ausscheidenden Arbeiter und für die aus dem Heere freiwerdenden Menschen. Die Schwierigkeiten, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, seien groß. Die Industrie leide unter gewaltiger Kohlennot. Auch die Lage der Rohstoffversorgung lasse eine Erweiterung der industriellen Betriebe nicht zu. Man könnte mit den vorhandenen Rohstoffen höchstens eine Beschäftigung ermöglichen, die zwischen 25 bis 30 v. H. der Friedensbeschäftigung schwankt. Einen Druck auf die Arbeiter zur Übernahme von Arbeit könne man erst dann ausüben, wenn man in der Lage wäre, den Arbeitgebern Arbeit zu geben. Allerdings sei das Demobilmachungsamt keineswegs eine Zentralschaffungsstelle für Arbeit. Vor allem wolle man nicht in die Tätigkeit des einzelnen Unternehmers eingreifen, sich selbst Aufträge zu beschaffen. Die Initiative der Unternehmer müßte im Gegenteil dringend notwendig gefördert werden. Es sei ein großer Schaden der Kriegswirtschaft gewesen, daß sie das Unternehmertum entnervt habe. Den Unternehmern wurden Rohstoffe und Aufträge geliefert und die Preise gezahlt, die sie forderten. Besonders falsch sei die Methode gewesen, den Unternehmern die Selbstkostenpreise zuzüglich eines Aufschlages zu zahlen. Man solle nicht die Steine allein auf die Arbeiter werfen, was wir jetzt erlebten, sei auch eine Folge unserer Kriegswirtschaft. Notwendig würde es allerdings sein, die kleinen Betriebe zu unterstützen, doch dies würde äußerst freiheitlich geschehen, indem man entweder das Risiko übernehme oder Aufträge erteile. Zur Verteilung der großen Staatsaufträge werde man sich der neuen Organe bedienen, die in der Bildung begriffen sind, und die einen Ableger der bekannten Arbeitsgemeinschaften, zusammengesetzt aus Unternehmern und Gewerkschaften, darstellen. Dies sei der bedeutungsvollste Schritt, den man überhaupt unternehmen könne. Die Gewerkschaften müßten sich jedoch den neuen Verhältnissen anpassen. Die Organisation müsse mehr von unten nach oben hinauf erfolgen, statt wie bisher von oben nach unten. Aus diesen Arbeitsgemeinschaften sollen sich sogenannte Fachgruppen herausbilden, die als Selbstverwaltungskörper benutzt werden, um die Aufträge auf ihre Kreise umzusetzen. Diese Fachgruppen sollen zusammenwirken, um dem Grundsatze Rechnung zu tragen, daß die Arbeit verbreitert werde. Zur Schlichtung von Reibungen innerhalb der einzelnen Fachgruppen werden in das Demobilmachungsamt besondere technische Organe eingeschoben. Im Vordergrunde der Produktion stehen jetzt landwirtschaftliche Maschinen, Verkehrsmittel und Schiffbau. Da in der Industrie die Masse von Arbeitern nicht unterzubringen sei, so müsse sie hinaus auf das Land. Man trachte daher vor allem nach einer Hebung des Kohlenbergbaues, der Land- und Forstwirtschaft und nach der Vornahme von Notstandsarbeiten, bei denen keine Rohstoffe benötigt werden. Eine weitgehende Aufklärung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sei notwendig. Es müsse gesetzlich geregelt werden, wie viele Menschen in den Betrieben, vor allem in den Rüstungsbetrieben zu bleiben haben, unter welchen Bedingungen der Unternehmer verpflichtet ist, sie zu behalten, und welche Menschen hinaus müssen. Einen brutalen Zwang könne man nicht anwenden, sondern nur einen gewissen Druck ausüben. Als Hindernis stände im Wege einmal die Zurückhaltung der Unternehmer, dann die wilden Streiks der Arbeiter. Die Unternehmer müßten sich entschließen, eine Revolutionswirtschaft zu treiben und auf unsern Herrgott zu vertrauen. Wenn sie nicht mitgehen mit der neuen Zeit, dann würden sie untergehen. Gingen sie aber mit, so könnten sie zwar auch untergehen, hätten aber doch die Möglichkeit, hindurch zu kommen. Die gegenwärtigen Lohnforderungen würden, wenn sie sich stabilisierten, unsern wirtschaftlichen Untergang bedeuten. Hier müsse bald eine Änderung eintreten. Der Staatssekretär ist der Überzeugung, daß sich die Lohnforderungen in kurzer Zeit senken werden. Die Arbeiter dächten selbst nicht daran, daß derartige Löhne auf die Dauer bezahlt werden können. Die Tarifverträge müßten weiter ausgebildet und staatlich sanktioniert werden. Manche Unternehmer hätten sich einmal an die Abmachungen nicht gehalten oder aber die Verträge so ausgelegt, wie sie ursprünglich nicht gedacht waren. Man müsse auch bedenken, daß der Arbeiter mehr und mehr seiner Arbeit entfremdet worden sei. Dadurch seien sie in einen Zustand innerer Unzufriedenheit geraten, der den Menschen zwingt, immer mehr nach äußerem Lohn zu trachten. Den Drang der Arbeiter nach Teilnahme an der Arbeit erkenne man auch daran, daß die Arbeiter die Forderung erheben, an den Betrieben teilzunehmen. Darin läge dumpf der Gedanke, daß sie an der Arbeit teilnehmen wollen und nicht etwa nur an dem Verdienst. Augenblicklich sei man leider zur Durchführung der Pläne und Maßregeln nicht imstande, da den staatlichen Organen die nötige Autorität fehle. Doch habe man den unbedingten Willen, dem Problem an die Gurgel zu springen.

Büchertisch

Rumänien und seine Juden. Zeitgemäße Studien von Benjamin Segel. Nibelungen-Verlag, Berlin W., 1918. VIII und 287 S.

Segel hat sich durch zwei Schriften zur Judenfrage bekanntgemacht: „Der Weltkrieg und das Schicksal des jüdischen Volkes" (1915) und „Die polnische Judenfrage" (1916). Im vorliegenden Buche behandelt er sehr sachkundig, mit allen notwendigen Belegen, die Leidensgeschichte der rumänischen Juden, die unter dem Fürsten Cusa sich der Gleichberechtigung mit den Christen näherten, seit der Verfassung von 1866 aber eine durchaus prekäre Existenz führten und noch führen. Artikel 7 dieser Verfassung sagt, daß nur Christen rumänische Staatsbürger werden können. Die Juden hatten als „Fremde" nur das Recht von Vagabunden, durften weder auf dem Lande noch in der Stadt Grundbesitz erwerben und waren der Willkür jedes Verwaltungsbeamten preisgegeben, ohne Schutz gegen die Ausbrüche des Hasses und der wirtschaftlichen Eifersucht. Gegen alle Vorstellungen, die von Westeuropa aus an die rumänische Regierung gerichtet wurden, antwortete diese immer, daß alle rumänischen Staatsbürger gleiche und unbeschränkte Rechte hätten, nur die „Fremden" davon naturgemäß ausgeschlossen seien. Der Artikel 44 des Berliner Vertrages von 1878 bestimmte zwar, daß der Unterschied des religiösen Glaubens in Rumänien keinen Unterschied der bürgerlichen und politischen Rechte begründen dürfe, aber es wurde nichts geändert. Der Begriff des „Fremden", unter den auch die in Rumänien geborenen Juden fielen, diente weiter als Schild zur Abwehr der Gleichberechtigung. — In einem 2. Teile will Segel die Entwicklung nach 1878 verfolgen.

Die Judenfrage ist in Rumänien noch heute ungelöst, und es gibt eben nur eine Lösung: die Gleichberechtigung. Nur sie ist erziehend. Wer selbst keines Rechts sich erfreut, kann das Recht nicht schätzen lernen, wird darum auch das Recht anderer nicht achten, notwendig unsittlich werden. Der Mensch, der zum Sklaven wird, büßt, wie schon Homer sagte, die Hälfte seines Wertes ein. Kein Wunder

daher, daß die Rumänen über die Juden klagen. Auch der Zionismus ist kein Ausweg. So wünschenswert ein Staat der Juden ist, der diesem hochbegabten Volke einen Boden zur neuen Entfaltung eigener Kultur gäbe, so liegt er doch noch weit im Felde der Zukunft, und man wird doch keinen Juden zwingen können, dahin auszuwandern. Die Ostjuden werden größtenteils freiwillig nach Zion gehen, aber die Zurückbleibenden werden immer nur dann wertvolle Elemente des Staates sein, wenn sie volles Staatsbürgerrecht besitzen. Alle diese Probleme werden jetzt, bei der Neuordnung Europas, auch Osteuropas, wieder auftauchen. Darum ist Segels Schrift von aktueller Bedeutung.

Leipzig. Paul Barth.

Dr. Josef Kohler, **Grundlagen des Völkerrechts.** Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. Stuttgart, Verlag von Ferdinand Enke. 250 Seiten. 12 M.

Josef Kohler ist nicht nur einer der produktivsten unter den lebenden Juristen — auf welchem Gebiete der Rechtswissenschaft hat er nichts veröffentlicht? —, sondern auch einer der ideenreichsten. Wie man auch zu seinen Ansichten stehen mag, unleugbar steht hinter allem, was er schreibt, eine eigenartige und eigenwillige Persönlichkeit. Aber diese Eigenart drückt seinen Schriften nur allzusehr ihren Stempel auf. Sie unterrichten meist weniger über das, was Rechtens ist, als darüber, wie das Recht nach Josef Kohlers höchst persönlicher Meinung sein sollte. So wird man z. B. hier keine systematische, nach allen Seiten gleich gründliche Unterweisung über das Werk von Haag und über die Londoner Seerechtsdeklaration finden, wohl aber kritische, zum Teil sehr scharf pointierte Äußerungen darüber. Noch weniger gibt das Buch Auskunft über die Stellung der Wissenschaft zu den einzelnen Streitfragen. Von zeitgenössischen Schriftstellern wird in der Regel nur Josef Kohler zitiert, und daneben noch einige seiner Schüler oder Mitarbeiter seiner Zeitschriften. Um so reichlicher greift er auf die Werke vergangener Jahrhunderte zurück, wie den heiligen Augustin, die Postglossatoren, und die Naturrechtslehrer, von denen er zuweilen ein lateinisches Zitat an das andere reiht. Das hängt allerdings mit seiner nachdrücklich betonten Grundauffassung zusammen, daß die starken Quellen des Völkerrechts im Naturrecht fließen, dessen Höhepunkt nach seiner Meinung in der Zeit vor Hugo Grotius liegt. In diesem Zurückgehen auf das Naturrecht berührt sich Kohler mit katholischen Gelehrten, wie Cathrein und Mausbach, auf deren jüngst erschienene recht interessante völkerrechtliche Abhandlungen bei dieser Gelegenheit hingewiesen sei. Aber während diese den durch den Krieg aufgeworfenen Einzelfragen vielfach mit Zurückhaltung gegenüberstehen, stürzt sich Kohler mit großer Verve gerade auf die aktuellsten Probleme. Und hierbei ergibt sich nun das Seltsame, daß das Kohlersche Naturrecht alle Handlungen der deutschen Kriegführung billigt, die der Engländer und Amerikaner aber mit größter Entschiedenheit mißbilligt. Wir sind gewiß keine Freunde des neuerdings beliebten Verfahrens, die Kritik mit parteiischer Ausschließlichkeit nur gegen das eigene Volk zu richten. Aber Kohlers Methode hat mit echter Wissenschaftlichkeit ebensowenig zu tun. Wie viel sorgfältiger und gerechter wägt demgegenüber Liszt in seinem Lehrbuch ab, das freilich nach K.'s Ansicht der „historischen Vertiefung" und des „konstruktiven Fortschritts" entbehrt. Ebenso versagt Kohler gegenüber allen Bestrebungen, dem Völkerrecht Ideen für eine bessere Zukunft zu entnehmen. Alles, was nach Pazifismus schmeckt, ist ihm zuwider, unwissenschaftlich oder — was das schlimmste in seinen Augen ist — Erzeugnis englisch-französischen Geistes. So gehört auch Kohlers jüngstes Werk zu den wenig erfreulichen Professoren-Erzeugnissen, bei deren Abfassung die kriegerische Leidenschaft über die wissenschaftliche Voraussetzungslosigkeit gesiegt hat.

Erich Eyck.

Die Stimme des Christus im Krieg. Von Chr. Geyer. München, Kaiser. 264 S. — Predigten des bekannten Nürnberger Kanzelredners. Vom Krieg ist nicht sehr viel die Rede; er bildet mehr den dunklen Hintergrund, von dem sich licht das Christentum abhebt, wie G. es verkündet: undogmatisch, stark verinnerlicht, gemütsvoll, man möchte sagen: mystisch, wenn das nicht dahin mißverstanden werden könnte, als fehle die sittliche Energie, die durchaus da ist. So werden von G.s selbständigen und feinsinnigen Predigten auch solche Gewinn haben, die nicht so wie er von Christus als persönlich fortlebender, die Welt bezwingender Geistesmacht zu sprechen vermögen. H. M.

Jahrbuch einer Seele. Herausgegeben von W. Nithack-Stahn. Halle a. S., Fricke. 192 S. 3 Mk. — Das Tagebuch einer deutschen Frau, die erst als Kinderfräulein ihr Brot verdient, dann in der Ehe mit einem Professor der Philosophie Glück, aber nicht das Glück, findet, dabei innerlich reifer wird und im Kriege als Krankenschwester stirbt. Von ungewöhnlicher Zartheit und dabei doch starker Aufrichtigkeit; wert, von vielen ernsten Menschen gelesen zu werden. H. M.

Briefkasten

Auswärtige Parteivereine, die Werbematerial in größeren Mengen beziehen wollen, müssen sich an die Deutsche demokratische Partei, Berlin W., Köthener Straße 35, wenden. Für jugendliche Wähler bestimmte Drucksachen sind erhältlich vom Bund junger Demokraten, Berlin, Schönhauser Allee 6/7 und vom Jungdemokratischen Verein, Berlin W., Kaiserhof, Zimmer 363. Die von uns zu beziehenden Flugblätter für die Politisierung der Frau sind in Nr. 52 der „Hilfe" genannt. Preis der Musterauswahl 1 M. (Postscheckkonto Berlin 8683).

Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40.

Unsere **2 M.-Flugblätter-Auswahl** hat sich wegen Ausbleibens mancher erwarteten Sendung nicht in allen Fällen zusammenstellen lassen. Wir legen als Ersatz für Fehlendes geeignete Hilfe-Nummern aus der letzten Zeit bei.

Die **Staatsbürgerschule** wird erst nach den Wahlen wieder mit größeren Kursen beginnen, da augenblicklich die Mitarbeiter politisch zu sehr in Anspruch genommen sind. Sie fordert aber ihre Lehrer und Schüler hiermit nochmals auf, sich kräftig für und bei den Wahlen einzusetzen.

A. J. Literatur über Schulfragen können Sie aus dem Verlag B. G. Teubner, Leipzig, beziehen. Lassen Sie sich von dort ein Verzeichnis kommen.

Aus **Altdorf** ging eine Bestellung auf 8 verschiedene Naumannschriften bei uns ein, aus **Usingen** ein Betrag von 2,25 M. Bei beiden Sendungen fehlte der Name des Bestellers.

Die bisherigen **Feldleser** (oder deren Angehörige) wollen uns über ihre wechselnden Adressen während der Demobilisierung stets auf dem laufenden erhalten, damit die Versendung der „Hilfe" möglichst ungestört fortgesetzt werden kann. Während der Übergangszeit hoffen wir, den bisherigen Beziehern der billigen Feldausgabe diese weiter senden zu können. Porto muß, wenn nötig, besonders berechnet werden.

P. in Detmold. Die Deutsche demokratische Partei! (Das Buch von Naumann ist ja durch die Ereignete überholt — die Reichskanzlerschaft von Prinz Max aber zählt in der Partei eine große Anzahl von Anhängern.)

Freiwillige Gaben:

Für „Hilfe"-Verbreitung 2 M.: L.-H. in St. 3 M.: K. in M. 30 Pf.: Prof. Dr. H. in L. 2,75 M: J. in C. 50 Pf.: B in M. 75 Pf.: F. in W. 85 Pf.: H. in B.

Allen Gebern herzlichen Dank. **Verlag der „Hilfe".**

Für den Wahlfonds gingen bei uns ein: E. in C. 5,— Mk., K. in F. 2,— Mk., R. in N. 10,— Mk., W. und F. in D. 5,— M., R. in M. 20,— M., H. in L. 3,— M., B. in N. 10,— M., M. in N. 5,— M., Oberl. G. in L. 10 M., Prof. H. in D. 10 M., Dr. L. in F. 5,50 M., L. in B. 100 M., B. in Pf. 10,— M., Prof. Dr. St. in F. 5,— M., B. K. in F. 5,05 M., Dir. St. in Ch. 5,— M.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, Berlin-Zehlendorf für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, Hamburg.

Geschäftliche Mitteilungen

Der Held des Tages. Das Männlichste am Mann ist das freie, zu Herzen gehende und überzeugend gesprochene Wort. Ein ungewöhnliches Kraftgefühl und Machtbewußtsein trägt derjenige in sich, der imstande ist, zu jeder Zeit unvorbereitet, schlagfertig und unwiderlegbar zu reden. Ein tüchtiger Redner, der seine Umgebung zu fesseln versteht, ist der Held des Tages. Nach Brechts „Fernkursus für praktische Lebenskunst, logisches Denken, freie Vortrags- und Redekunst" lernt der Studierende in leichtfaßlicher Weise logisch zu denken, sicher und zielbewußt zu handeln, ruhig und ungeniert aufzutreten und frei zu reden bezw. wirkungsvoll vorzutragen. Dem Brechtschen Unterrichtssystem verdanken viele Tausende aller Stände und Berufe erhöhte Lebensfreude und glänzende Erfolge im beruflichen und öffentlichen Leben. Wir empfehlen jedem Interessenten die Beachtung des dieser Nummer beiliegenden Prospektes der Redner-Akademie R. Halbeck, Berlin 91, Potsdamer Straße 105a.

Digitized by Google

9. Januar 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis im Buchhandel 4 M., beim Postamt 4,12 M., unter Kreuzband 4,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 4,25 M., ins Ausland 5 M. Soldatenausgabe 1,50 M. Einzelhefte 40 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8683.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 2

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 60 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche

Der Umfang dieser Nummer ist infolge der Papierknappheit verkleinert.

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Gertrud Bäumer:** Heimatchronik. — **Dr. Paul Rohrbach:** Die Ostfragen. — **Heinz Potthoff:** Berufsparlament. — **Leberecht Migge:** Die Revolution der Geistigen. — **Chr. Tränckner:** Gebet. (Gedicht.) — **Naumann:** Kinder. — Büchertisch. — Briefkasten.

Naumann / Kriegschronik

Sonntag, 29. Dezember.

Aus einem Bericht der holländischen Telegraphenunion ist zu entnehmen, daß im ganzen von den deutschen Flugzeugen während des Krieges 25 Luftangriffe auf London gemacht wurden. Dabei wurden im Dezember 1915 in der City viele große Warenhäuser zerstört und Eigentum im Wert von 30 Millionen Mark vernichtet. Auch der berühmte Tagesangriff durch zwanzig Gotha-Maschinen am 17. Juli 1917 verursachte in der City enormen Schaden. Durch einen einzigen Abwurf wurden 50 Gebäude zerstört. Unter den großen Gebäuden, die bei den verschiedenen Angriffen ganz oder teilweise zerstört wurden, befanden sich vier Theater, darunter Lyzeum und Strand, vier Bahnhöfe, darunter Liverpool und Waterloo, eine große Druckerei, zwei Schulen, ein Postamt usw. Aus dieser Zusammenstellung glaubt die „Deutsche Tageszeitung" schließen zu können: Hieraus ist wieder zu ersehen, daß eine nicht künstlich gehemmte Kriegführung hätte zum Ziel führen müssen! Diesen Ausspruch halten wir für sachlich durchaus falsch und außerdem in der gegenwärtigen Lage für höchst schädlich, weil er aufreizend wirken muß. Sachlich falsch ist die Meinung, daß durch derartige Zerstörungen der Friedenswille der englischen Nation hätte vergrößert werden können oder daß eine vollständige Besiegung auf solche Weise erreichbar war. Es ist unverantwortlich, dem deutschen Volke nachträglich vorzureden, als hätte man mit etwas vergrößerter Brutalität die ganze Welt besiegen können.

In Oberschlesien herrscht bolschewistischer Streik und Anarchie. Durch Todesdrohung wurde unter Hochrufen auf Liebknecht und Rosa Luxemburg von zwei Grubendirektoren verlangt, daß pro Kopf der Arbeiter 800 M. ausgezahlt werden sollen. Fast alle namhaften Gruben sind in der Diktatur der Arbeiterräte. Die Kohlenversorgung des ganzen deutschen Ostens erscheint gefährdet.

Bei den großen Demonstrationen in Berlin zugunsten der Ordnung wird von demokratischer Seite das Verlangen geltend gemacht, daß die Regierung endlich anfangen müsse, eine nationale Verteidigung gegen Zerstörung deutscher Volksgebiete aufzurufen.

Montag, 30. Dezember.

In der französischen Kammer hat Ministerpräsident Clemenceau gewisse Schwierigkeiten, die verschiedenen Fragen der Sozialisten zu beantworten. Cachin fordert, daß am Vorabend des Kongresses von Versailles die Regierung rund heraus sagen solle, ob sie mit Wilsons Friedensprogramm einverstanden sei; auch sollen die mit Rußland geschlossenen Geheimverträge der Kammer vorgelegt werden. Von Deutschland solle man kein Land annektieren, das später einen protestierenden Abgeordneten in die französische Kammer sende. Das gelte insbesondere vom linken Rheinufer und dem Saargebiet. Demgegenüber behauptet der Abgeordnete De la Haye, daß das Saargebiet schon längst Frankreich angeschlossen sei.

Der russische bolschewistische Propagandachef Radek ist trotz des Verbotes der deutschen Regierung in Berlin eingetroffen und nimmt an einer Konferenz der Spartakusleute teil. Dort bringt er Begrüßung im Namen der russischen Sowjets und stellt in Aussicht, daß er mit den deutschen Genossen zusammen am Rhein gegen das angelsächsische Kapital kämpfen werde. Er hoffe, daß in Berlin der Rat der Sowjetkongresse zusammen mit den Delegierten aller Länder über den Weltfrieden beraten werde. — Die offizielle Anwesenheit eines unerwünschten Vertreters einer benachbarten Macht zeigt die Verworrenheit unserer staatlichen Zustände, und die militärischen Phantasien des bei uns ja genügend bekannten Herrn Radek sind der reine Hohn auf das Zerstörungswerk, das die Bolschewisten durch Unterwühlung unseres Heeres vollzogen haben. Man soll aber nicht glauben, daß derartige Vorgänge ungefährlich sind, da zurzeit an unserer östlichen Grenze die bolschewistischen Truppen leider im allgemeinen einen besseren Zusammenhalt haben als die deutschen. Die Russen haben die notwendige Erholungspause schon hinter sich, während wir noch im Zustand der reinen Kraftlosigkeit sind.

Dienstag, 31. Dezember.

Nachdem die Partei der unabhängigen Sozialdemokraten aus der deutschen Reichsregierung ausgeschieden ist, wurde die Bearbeitung der militärischen Fragen von dem Volksbeauftragten Noske übernommen, der schon früher in der Haushaltskommission des Reichstags seine guten Kenntnisse militärischer Dinge bewiesen hat. Er redet von der Schaffung einer freiwilligen Volkswehr. Diese Kerntruppe der Republik, so sagt er, wird nur aus Freiwilligen gebildet, die das 24. Lebensjahr zurückgelegt und einen längeren einwandfreien Frontdienst hinter sich haben. Sie werden nach einer Probezeit von 21 Tagen zunächst auf sechs Monate durch Handschlag verpflichtet, wählen ihre Führer selbst und unterstehen ausschließlich dem Rat der Volksbeauftragten. Als nächste Hauptaufgabe der freiwilligen Volkswehr bezeichnet Herr Noske den Schutz gegen die von Osten drohenden Gefahren. Die Reichsleitung denke nicht daran, die Übergriffe der Polen auf deutschem Gebiete weiter ruhig mitanzusehen. Die Höhe der künftigen deutschen Friedenswehrmacht werde auf dem Friedenskongreß geregelt werden, doch sei die deutsche Regierung entschlossen, die Rüstungen soweit zu beschränken, „wie dies die allgemeine Abrüstung der europäischen Staaten zulassen werde".

Der Schluß des Jahres 1918 gibt Anlaß zu den schwersten Erwägungen. Es war noch niemals ein einzelnes Jahr in der deutschen Geschichte so verhängnisvoll. Wir stehen am Ende des Versuches, ein führendes militärisches Weltvolk zu werden, und zwar ist der Absturz ein so großer, daß alle Gedanken und Pläne der Nation geändert werden müssen. Vorläufig wird durch die täglichen Sorgen und durch die Vor-

Digitized by Google

bereitungen zur Nationalversammlung für viele Leute der Einblick in die Größe des Verhängnisses noch einigermaßen verhüllt. Je weiter man von den jetzigen Monaten entfernt ist, desto klarer wird man sehen, daß die deutsche Nation unter Führung Ludendorffs bis auf das alleräußerste versucht hat, den bismarckischen dynastischen Reichsgedanken bis zum letzten Ende durchzuführen und daß daran ein System zerbrochen ist, das 70 Jahre lang der Inhalt des deutschen Lebens war. Die Glocken, die zum Abschiede dieses Jahres erklingen, sind Totenglocken für vieles, was unsere Väter gewünscht und gehofft haben. Wieweit sie zugleich von neuer Auferstehung reden, ist in dieser Nacht der Jahreswende kaum zu erkennen, da zunächst ein bolschewistischer Nebel zwischen uns und den ewigen Sternen liegt.

Mittwoch, 1. Januar.

Das neue Jahr 1919 beginnt mit Verhandlungen über das Verbleiben von Schlesien im deutschen Reichsverband. Es hat am 30. Dezember eine Versammlung des Provinzialvolksausschusses für Schlesien im Breslauer Rathause stattgefunden, an der von der Reichskanzlei aus der Volksbeauftragte Landsberg, von der preußischen Regierung aus der Minister des Innern, Hirsch, und von der schlesischen Regierung Oberpräsident Dr. v. Günther teilnahmen. Festgestellt wurde, daß man tschechischen Angriffen mit allen Machtmitteln entgegentreten würde, da ein tschechisches Recht auf irgendwelche Teile von Schlesien nicht anerkannt werden könne. Im allgemeinen herrschte die Meinung vor, daß zu einer Abtrennung Schlesiens oder auch nur Oberschlesiens eine Veranlassung nicht vorliegt, daß man aber besondere Maßregeln treffen muß, um die Ordnung zu sichern. Als solche Maßregeln werden bezeichnet die Heranziehung katholischer, polnisch sprechender Männer in die Regierung, das Einvernehmen mit den Kirchenbehörden über die gegenseitigen Beziehungen von Kirche und Staat. Die Regierung verspricht, mit aller Macht einzutreten für die Freiheit der Religionsübung, für den Religionsunterricht in der Muttersprache und für die Unversehrtheit des kirchlichen Vermögens. Im oberschlesischen Oderbezirk soll eine eigene Delegatur des fürstbischöflichen Stuhles erbeten werden.

Zwei süddeutsche Freunde berichten über den Zustand der Truppen in Estland und Livland. Es ist unbegreiflich, wie wenig die militärische Leitung den Geist der Nationen verstanden hat. Die Lage der deutschen Barone ist sehr schlimm. Vorläufig ist die Linie von Riga bis Memel noch in deutschen Händen.

Donnerstag, 2. Januar.

Die Engländer verlangen auf Grund des Waffenstillstandsvertrages, daß die deutschen Soldaten in den baltischen Provinzen den Kampf gegen die russische bolschewistische Armee fortsetzen. Dieses Verlangen wird von deutscher Seite als unberechtigt hingestellt, da bei den Waffenstillstandsverhandlungen ursprünglich von der Entente die sofortige Zurückziehung der deutschen Truppen von den besetzten russischen Gebieten gefordert wurde. Es schlugen die deutschen Vertreter vor, im Interesse der Bewohner dieser Länder die deutschen Truppen vorläufig dort zu belassen. Die Berechtigung dazu wurde zugestanden, aber eine Verpflichtung gegenüber den Alliierten, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, hat Deutschland damit nicht übernommen. Deutschland kam der Aufgabe, im Osten für Ordnung zu sorgen, freiwillig nach, solange es in seiner Macht lag. Erzberger spricht sich in einer Note an die Ententevertreter folgendermaßen aus: Da die bolschewistische Gefahr für uns viel größer ist als für alle sonstigen Staaten, so kann die Entente davon überzeugt sein, daß wir schon im eigenen Interesse alle möglichen Maßnahmen treffen, um das Vordringen des Bolschewismus zu verhindern. Da aber unsere Truppen nach vierjährigem Kampf und in Anbetracht der deutschen Lage nur noch den Wunsch nach Rückkehr in die Heimat hegen, so sind sie zu kraftvollem Widerstand nicht mehr zu verwenden. Wenn, so sagt Erzberger, die Entente die Auffassung hat, daß der bolschewistischen Gefahr auf jeden Fall und mit allen Mitteln entgegengetreten werden müsse, dann wäre es zweckmäßig, wenn sie selbst die Lösung dieser Aufgabe in die Hand nehmen würde. Inzwischen haben in Riga Besprechungen zwischen einem englischen Regierungsvertreter und dem Reichsbevollmächtigten Winnig stattgefunden, bei denen die Engländer rundweg erklärten, daß die in den baltischen Provinzen vorhandenen deutschen Truppen unter englische Kontrolle gestellt würden und verpflichtet sein sollten, die nachfolgenden Orte zu halten: Walk, Wolmar, Wenden, Friedrichstadt, Pansk und Mitau. Die Vertreter der deutschen Truppen machten auf die Unmöglichkeit dieser Forderungen aufmerksam, die Engländer aber entgegneten, daß bei Versagen der deutschen Hilfsbereitschaft die Folgen für die deutschen Truppen sehr ernst sein würden und daß außerdem Deutschland bei der Festsetzung der Friedensbedingungen und der Grundlegung seiner künftigen Gestaltung auf das schwerste bestraft werden und zu leiden haben würde. — Soweit sind wir also gekommen, daß die Reste der deutschen Armee etwa behandelt werden sollen wie eine griechische oder ägyptische Truppe!

Freitag, 3. Januar.

Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen, Graf Brockdorff-Rantzau, hat eine befriedigende Erklärung abgegeben: Das deutsche Volk soll im Unglück seine innere Größe und Würde bewahren, Selbsterniedrigung wie Überhebung vermeiden. Einen Frieden der Gewalt, der Vernichtung und Versklavung lehnen wir ab. Solange der Staatssekretär in seinem Amte steht, wird er dafür sorgen, daß Deutschland seine Zusagen an Wilson gewissenhaft einlöst, aber nicht um die Breite eines Haares über das hinausgehend, was es als Recht erkannt hat. Nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gehört Deutschland den Deutschen.

Eine Sitzung des preußischen Staatsministeriums hat über das Eindringen der polnischen Macht in der Provinz Posen beraten, was nötig genug ist, da die polnischen Truppen ungefähr bis Bentschen vorgedrungen sind. Man war sich, wie offiziös mitgeteilt wird, klar darüber, daß nur noch ein entschlossenes militärisches Einschreiten den polnischen Expansionsgelüsten Halt gebieten könnte. Bestimmte Beschlüsse wurden indessen gestern noch nicht gefaßt! — So geht es jetzt immer. Die Zeit der vollendeten Willensschwäche ist noch nicht vorüber.

In Oberschlesien mischen sich beständig Streiks mit polnischen Angriffen. Auch keine Ordnung!

Sonnabend, 4. Januar.

Graf Czernin hat sich für die deutsch-österreichische Nationalversammlung als Kandidat und Gründer einer eigenen Partei aufgestellt. Einen Anschluß an Deutschland hält er gegenwärtig nicht für erstrebenswert, weil man sich zunächst der Weltlage entsprechend einzurichten versuchen müßte. Diese Äußerungen werden von Sozialdemokraten und Deutschnationalen auf das lebhafteste bekämpft. Es würde aber nicht bis zu solchen betrübenden Auseinandersetzungen gekommen sein, wenn die deutsche Reichsregierung eine feste Hand den Brüdern in Deutschösterreich entgegengestreckt hätte.

Wie man der „Agence Havas" entnimmt, sollen die Kommissionen des Friedenskongresses in Paris tagen, während die Vollversammlungen in Versailles zusammentreten. Es sollen Kommissionen eingesetzt werden für deutsche Angelegenheiten, für Österreich-Ungarn, für Balkanfragen, für Vorderasien, für das russische und polnische Problem, für den Völkerbund. Die Frage der Zulassung der feindlichen Delegierten zu den Verhandlungen ist bisher nicht erwogen worden. Die Friedensbedingungen, so heißt es, werden von den Alliierten beraten und festgestellt. Man wird hierauf Deutschland und seine Verbündeten auffordern, sie anzunehmen. Die Beratung über den Vorfriedensvertrag wird von Ende nächster Woche an den Gegenstand der Kongreßarbeiten bilden. Erst wenn der Vorfriedensvertrag unterzeichnet ist, werden die Verhandlungen für den endgültigen Frieden beginnen.

Wilson ist in Rom angekommen.

Neue blutige Kämpfe in Oberschlesien und in der Stadt Posen.

Digitized by Google

Gertrud Bäumer / Heimatchronik

Sonntag, 29. Dezember.

Voll tiefer Spannung wartet man auf die Lösung der Berliner Krisis: in dem Gefühl, daß sie Aufstiegsbeginn oder Niedergangsbesiegelung sein kann, Sieg des Chaos oder Beginn der Klärung. So oder so werden wohl blutige Zusammenstöße uns nicht erspart werden.

Heute nachmittag große Versammlung in Altona zur Frage Staat und Kirche. Die Auseinandersetzung hat etwas tief Erregendes. Es ist unbeschreiblich widerwärtig, wie diese Frage von Menschen ohne jedes aufrichtige Verhälinis zur Religion zur äußeren Kampfparole ganz anderer Interessen gemacht wird, — und zugleich fühlt man im Publikum die Sorge um die schreckliche moralische Auflösung, deren Symptome wir sehen, und die bange Frage nach den Kräften, die hier Einhalt tun. Das ist das innere Motiv, das dieser Frage das Gewicht bei den Wählermassen gibt.

Montag, 30. Dezember.

Wir haben seit gestern mittag eine einheitliche Regierung der Mehrheitssozialisten. Eine riesige Straßendemonstration des Bürgertums und der Sozialdemokratie für die Ebert-Partei hat den Rücktritt der Unabhängigen aus der Regierung begleitet. In die Regierung sollen Noske, Wissel und der Breslauer Loebe eintreten. Nachdem Loebe abgelehnt hat, werden wohl nur 5 Volksbeauftragte die Zentralregierung bilden. Der Austritt der Unabhängigen beruht einerseits auf der gegen sie gefällten Entscheidung des Zentralrates in der Sache der Volksmarinedivision, andererseits wohl auch in der Zersplitterung der Unabhängigen untereinander in ihrer Stellung nach links hin. Es wird angenommen, daß nun auch die „unabhängigen" preußischen Minister und die „Beigeordneten" gehen. Der Aufruf der neuen Regierung sagt, daß die Unabhängigen dadurch, daß sie sich um die Pflicht gedrückt haben, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, sich als regierungsunfähig erwiesen. Sie bekundet ihren festen Willen, „jedem unerbittlich entgegenzutreten, der aus der Revolution des Volkes den Terror einer Minderheit machen will". Die große Frage ist nun: findet diese Regierung entschlossene, zuverlässige Truppen, um diesen Willen durchzusetzen?

Der preußische Minister Haenisch hat den Erlaß Adolf Hoffmanns zum Religionsunterricht zurückgenommen.

Dienstag, 31. Dezember.

Gestern begannen hier in Hamburg die Gegendemonstrationen gegen die Mehrheitsregierung: „Erstürmung" des Alsterpavillons und des Hotels Atlantik durch die Revolution mit dem vollkommen erreichten Nebenzweck ausgiebiger Plünderung. Beginn mit Arbeitslosendemonstrationen. Die Arbeitslosen sind natürlich eine sehr leicht erregbare Sturmtruppe der Revolution. Man hört die Argumentation: wenn der Krieg noch ein halbes Jahr fortgeführt werden sollte, wäre das Geld auch dagewesen. Deshalb muß es auch für die Arbeitslosen da sein. Dieses Argument bringe man mal aus den Köpfen! Dabei setzt sich als eine Art Forderung der Selbstachtung durch, keine Arbeit anzunehmen, wenn sie nicht unsinnig entlohnt wird. — Der letzte Abend dieses dunklen Jahres schließt mit Gewehrsalven, die über die Alster her in die stillen Straßen fallen. Vielleicht nur Salut, wie sonst das harmlos fröhliche Geknall der Neujahrsnacht. Aber es klingt heut anders, drohender und schicksalvoll.

Der Himmel schütze die jetzt heranwachsende Jugend vor einem Jahr wie dieses.

Mittwoch, 1. Januar.

Die neue Regierung hat schleunigst ihr Steuerprogramm veröffentlicht, um erstens ihren sozialen Willen zu bekunden und zweitens ihre Absicht zu positiver Ordnung der Reichsfinanzen. Das Programm umfaßt: die nochmalige Erhebung der außerordentlichen Kriegsabgabe vom Mehreinkommen und vom Vermögen der Einzelpersonen und vom Mehreinkommen der Gesellschaften. Die Kriegsgewinnrücklage ist dabei schon am 14. November von 60 auf 80 v. H. erhöht; 2. die außerordentliche Abgabe des Vermögenszuwachses unter Schonung der kleinen Beträge; 3. eine große allgemeine Vermögensabgabe starker Progression; 4. eine Reichseinkommensteuer der höchsten Stufen; 5. eine Kapitalertrags- und Betriebsertragssteuer; 6. eine Erbschaftssteuer, die auch Kinder und Ehegatten trifft, bei der jedoch soziale Rücksichten walten sollen.

Donnerstag, 2. Januar.

Auf den Bahnen — ich fahre nachts nach Thüringen — spürt man schon eine starke Entlastung. Aber die Verwahrlosung der Waggons mit zerbrochenen Fensterscheiben und unsauberen Sitzen — etwas so traurig Undeutsches — bleibt als Folge des großen Ansturms. Allmählich kehrt allenthalben das Friedensgesicht wieder. Wir sehen es nur noch nicht als solches. Die Frauen verschwinden aus der Kriegsvertretung.

Der Streik im Ruhrgebiet ist beigelegt. Seit Montag wird dort wieder gearbeitet.

Aber mit schmerzvollster Anteilnahme folgen wir der Besetzung der Ostmark durch die Polen. Rechtsfrieden! Und die schlimme Ohnmacht der Regierung. Es ist das Schwerste, was das vaterländische Gefühl durchmacht: nicht schützen können, was zu uns gehört — die entsetzlichste Beschämung, die es gibt.

Abends Wählerversammlung in Erfurt. Mit den Deutschnationalen die übliche Diskussion über Rassenfragen, Staat und Kirche und die Behauptung, daß sie nicht konservativ seien.

Freitag, 3. Januar.

Eine Fahrt im offenen Lastauto nach Gotha. Windiger, aber milder Tag mit Sonnenblitzen über den frisch umbrochenen dunklen Feldern der fruchtbaren Erde. Ein Geruch von Frühling in der Luft. Immer wieder begegnen wir rückwandernden Truppen. Offiziere zu Pferde voran, dann die Marschierenden, dann die Bagagewagen. Pferde und Männer mit Seidenpapierblumen und Tannenzweigen geschmückt, aber alle stumm. Ob sie wohl einmal singen: In der Heimat, in der Heimat, da gibt's ein Wiedersehen!? Über den Straßen wehen die Willkommenskränze und an vielen kleinen Häusern die Fähnchen und bunten Tafeln.

Hindenburg hat sich geweigert, den Beschluß der Arbeiter- und Soldatenräte über die Offiziere (Rangabzeichen usw.) auszuführen, und die militärischen Mitglieder der Waffenstillstandskommission drohen mit Rücktritt, wenn diesem Beschluß stattgegeben wird. Wie wird die Regierung entscheiden?

Haenisch hat sich in einem Aufsatz scharf gegen jeden Versuch gewandt, jetzt die Trennung von Staat und Kirche durchzuführen. Man dürfe die politische Einheit jetzt nicht durch solche Fragen gefährden. Herr Adolf Hoffmann „klebt". Eine Riesendemonstration vor dem Kultusministerium gegen ihn und der Protest aller seiner Mitarbeiter scheint diesen radikalisierten Kleinbürger von Berlin N. noch nicht zur Einsicht zu bringen, daß seine gefährliche Komödie lange genug gedauert hat.

Sonnabend, 4. Januar.

Riesenversammlung in Eisenach. Man fühlt das starke politische Leben wie ein Glück und eine Hoffnung.

Die Demobilmachung des Marinekorps ist verfügt. Ob sie sich vollzieht?

In Berlin sind die Unruhen noch nicht zu Ende. Auch hier natürlich Arbeitslosenagitation: dabei brutales Vorgehen gegen die noch beschäftigten Frauen.

In einer großen Streikbewegung der Kellner, die am Silvesterabend durch Erstürmung der großen Restaurants den unverbesserlich gedankenlosen Teilnehmern der Berliner Silvesterfeiern das Antlitz der Revolution zeigten, sind die Gastwirtschaften fest geblieben und haben einmütig ihre Betriebe geschlossen.

In Braunschweig scheint der A.- und S.-Rat nach der Wahrheit, daß „das Böse sich immer mit sich selbst veruneinigen muß", abzuwirtschaften. Eine Denkschrift zur Neugestaltung wurde von den eigenen Anhängern mißbilligt.

Digitized by Google

Paul Rohrbach / Die Ostfragen

Als einige Wochen nach der Revolution die ersten Nachrichten kamen, daß die Polen Stadt und Provinz Posen nicht nur für den polnischen Staat in Anspruch nähmen, sondern tatsächlich schon jetzt dort nach der Gewalt griffen, da hörte man das mit Kopfschütteln und glaubte, selbst die sozialdemokratische Regierung würde von selber einschreiten, bevor eine wirkliche Gefahr im Osten entstehen könnte. Daß es anders geworden ist, daß heute der deutsche Osten tatsächlich in polnischer Hand oder aufs schwerste von den Polen bedroht ist, muß man sich erst immer wieder an den Einzelheiten klarmachen, die täglich berichtet werden, um die volle und unglaubliche Schuld der Regierung an den Ereignissen zu erfassen. Es ist dies derjenige Punkt, wo dem kritischen politischen Beurteiler der Regierung, selbst wenn er noch so loyal und bereit ist, den besonderen tatsächlichen und psychologischen Schwierigkeiten Rechnung zu tragen, in denen sich die Regierung befindet, das Verständnis für ihre Haltung versagt. Es kann nicht anders geurteilt werden, als daß hier ein Verschulden vorliegt aus Unfähigkeit, die Ereignisse zu beurteilen und zu beherrschen.

Nur der größten Unerfahrenheit oder einem krankhaften Doktrinarismus war es möglich, zu übersehen, daß die Polen mit vollem Bewußtsein darauf losgingen, alles Gebiet in Ostdeutschland, das bis zur ersten Teilung (1772) zum damaligen polnischen Staat gehört hatte, wieder an sich zu bringen, und daß sie nichts unversucht lassen würden, ihr Ziel zu erreichen. Sich auf Besprechungen, Abmachungen und Zusagen ihrerseits einzulassen, ohne daß die Mittel bereitstanden und man entschlossen war, sie anzuwenden, um bei jeder Verletzung eines Abkommens und jedem polnischen Übergriff sofort scharf einzuschreiten, war lächerlich. Wenn jemand verantwortliche Politik machen und Staatsgeschäfte leiten will, so muß er über ein gewisses Mindestmaß von Urteil in den Dingen verfügen, die ihm anvertraut sind. An diesem Urteil hat es den Persönlichkeiten, die für die jetzige schimpfliche und gefährliche Lage im deutschen Osten die Verantwortung tragen, gefehlt. Daran ist nichts zu deuteln, und dafür wird der Sozialdemokratie bei den Wahlen zur Nationalversammlung die Quittung erteilt werden. Was zu viel ist, ist zu viel, und was jetzt in Posen geschehen ist und in Oberschlesien und Westpreußen zu geschehen droht, ist eine Gefährdung des deutschen Staats- und Volkswohls ohnegleichen. Eine Partei, die an diesem Unheil die Schuld trägt, kann nicht mehr bei den Wahlen für die Einrichtung des neuen deutschen Volksstaates mit dem Anspruch vor die Nation hintreten, daß deren Wohl und Weh bei ihr am besten aufgehoben ist. Die politische Probe von den Fähigkeiten der Sozialdemokratie, die wir in der Behandlung der polnischen und überhaupt der östlichen Dinge erlebt haben, ist ein so schreckhaftes Exempel geworden, daß man auch für die Zukunft von einer sozialdemokratischen Regierung in solchen Dingen das Schlimmste erwarten müßte.

Richard Gädke, früher Oberst und Generalstabsoffizier, und als solcher ein Mann von klarem militärischen Urteil, hat neulich im „Vorwärts" die beiden entscheidenden Punkte, auf die es in der polnischen Frage ankommt, gekennzeichnet. Der eine ist militärisch, der andere politisch; beides bedingt sich unmittelbar. Über die politische Seite schreibt Gädke:

„Ein Volk mag noch so sehr durchdrungen sein von dem Ideal eines ewigen Friedens; wenn seine Nachbarn nicht von den gleichen Gedanken erfüllt sind, muß es fechten oder untergehen." Und an einer anderen Stelle sagt er über den Unterstaatssekretär v. Gerlach, der den ersten fälschlich beruhigenden Bericht aus Posen erstattet: „Herr v. Gerlach besitzt einen Optimismus, der die Dinge nicht so sieht, wie sie sind, sondern wie er sie sich wünscht. Sein überzeugter Pazifismus verschließt sich der Erkenntnis, daß nicht Schwäche den Frieden fördert, sondern nur die Kraft, die dem Gegner Achtung einflößt."

Den Polen flößt das Verhalten der gegenwärtigen deutschen Regierung alles andere eher ein als Achtung, denn es ist nicht Kraft, sondern unglaubliche Schwäche, und das Schlimme dabei ist, daß diese Schwäche fast noch mehr aus dem Mangel an Einsicht in die Bedeutung des polnischen Problems entsprungen ist, als aus dem Fehlen der Mittel zum Einschreiten. Wo Einsicht und Wille sind, da finden sich auch rechtzeitig Mittel und Wege, und wenn es sich um eine Gefahr von dieser Größe und von diesem unmittelbar drohenden Charakter für Deutschland handelt, so müssen alle anderen Rücksichten, selbst wenn es Prinzipien und Lieblingsgedanken der Sozialdemokratie aus ihrer verflossenen unverantwortlichen Periode sind, hinter den Forderungen der Stunde zurückstehen.

Gädkes militärische Gesichtspunkte sind in folgenden Sätzen enthalten:

Stadt und Festung Posen müssen unter allen Umständen wieder in deutsche Hand gebracht werden. „Geht mit dieser Stadt, die bisher eine der stärksten Grenzfestungen Deutschlands war, die ganze Provinz Posen verloren, dann liegt unsere Ostgrenze nur noch 120 Km. von Berlin ab. Der starke Verteidigungsabschnitt der Warthe und der Obraniederung ist dann in den Händen der Polen; die deutsche Grenzverteidigung aber liegt fürderhin an der Oder bei Frankfurt und Küstrin, 80 Km. von Berlin entfernt. Wir entsinnen uns aus der Beschießung von Paris, daß die Riesengeschütze unserer Zeit diesen Raum spielend überwinden."

Die beiden natürlichen Verteidigungsabschnitte der Warthe bei Posen und der Obra liegen rund 170 und 90 Kilometer östlich der Oder. Der Obraabschnitt wird auf seinem östlichen Ufer beherrscht durch den Bahnknotenpunkt Bentschen, den die Polen dieser Tage durch einen Gewaltstreich zu erobern versuchten. Man sieht also, daß sie planmäßig militärisch geleitet werden und entsprechend vorgehen. Posen, in dem die Polen gewaltige Vorräte an Kriegsmaterial erbeuten, wenn es in ihrer Hand bleibt, wird als polnische Festung ebenso eine gegen das Herz Deutschlands gerichtete Pistole sein, wie Antwerpen nach dem Worte Napoleons gegen England. Gelangt auch noch der nächstfolgende militärische Abschnitt in polnischen Besitz, so ist ganz Ostdeutschland durch den zwischen Ostsee und Sudeten eindringenden polnischen Keil entzweigeschnitten. Die Ersetzung des bisher auf Deutschland lastenden russischen Drucks im Osten durch den polnischen, das Bestehenbleiben der von Natur „eingekreisten" Lage Deutschlands mit all ihren verhängnisvollen Konsequenzen sind dann Tatsache. Schlesien wird zwischen dem polnischen und dem tschechischen Gebiet eingepreßt, und alle Gebiete östlich der Linie Landsberg—Stettin können plötzlich von dem übrigen Körper Deutschlands abgeschnürt werden, sobald es einen polnisch-deutschen Konflikt unter solchen militärischen Verhältnissen auf deutscher Seite gibt, wie wir sie vorläufig haben, oder sobald es unseren übrigen Gegnern einfällt, die Polen gegen uns in Bewegung zu setzen.

In diese Lage und vor solche Aussichten für die Zukunft hat uns das bisherige Verhalten der Regierung den Polen gegenüber gebracht. Jetzt wird beraten, und jetzt sollen Maßregeln ergriffen werden, um das Schlimmste zu verhüten. Ein Mitglied der Regierung aber, der preußische Minister Ernst, kehrte neulich aus Posen zurück und sagte, Posen sei jetzt kaum mit einer Division wieder zu nehmen, und die Regierung habe nicht einmal diese Division zur Verfügung. Wenn man sich diese Sätze ansieht, so weiß man nicht, wodurch sie sich von einer moralischen Konkurserklärung der Regierung unterscheiden sollen. Die einzige Hoffnung, die übrigbleibt, ist die, daß nach der Neu-

Digitized by Google

organisation des Rats der Volksbeauftragten Besserung, d. h. mehr Einsicht und mehr Energie, eintreten werden. Es ist aber wahrhaftig die höchste Zeit — wenn es nicht schon zu spät ist. Die Frage des Schutzes für den Osten ist nicht nur in Polen, sondern auch in Livland kopflos behandelt worden. Die Trümmer der in üblen Brei aufgelösten 8. Armee, immerhin noch an Zahl den heranrückenden russischen Bolschewisten, die mit nur 4000 Mann von Norden und mit 2000 Mann von Osten anrückten, weit überlegen, haben Riga und die Dünalinie schmachvoll preisgegeben. In Kurland und Litauen bestehen keine weiteren Verteidigungsmöglichkeiten mehr, wenigstens nicht für „Truppen" von der Qualität, wie wir sie dort haben. Die Bolschewisten können von Riga nach Mitau, Libau, Schaulen, Kowno, Memel und Tilsit militärische Spaziergänge machen, wie es ihnen beliebt. Mehr als einen ordentlichen Knüppel und ein paar Handgranaten in der Tasche wird bei der augenblicklichen Verfassung unseres sogenannten Grenzschutzes jeder einzelne von ihnen nicht mitzunehmen brauchen. Wenn also Ostpreußen vor einem neuen Russeneinfall, der noch im Winter heran sein kann, geschützt werden soll, so wird sich die Regierung beeilen müssen. Das sind die Folgen der besinnungslosen Auflösung der Armee durch die Revolution. Der sozialdemokratische Gewerkschaftler Emil Kloth hat neulich in der „Täglichen Rundschau" (!) einen Artikel geschrieben mit der Tendenz: Entweder allgemeine Wehrpflicht oder Zerfall der Republik. Von den militärischen Schöpfungen der Regierung sagt Kloth, man gehe wohl nicht fehl, wenn man ihren Wert für den Einzelfall gleich Null setzt, und er beruft sich für die Neuordnung unseres Heerwesens — auf Jean Jaurès! Jaurès, sagt er, wußte sehr wohl, daß man das eigene Land wehrhaft erhalten muß, solange nicht die Gewähr gegeben ist, alle Streitigkeiten durch internationale Schiedsgerichte zu regeln, ein Zustand, der heute noch nicht entfernt besteht. Jaurès „war auch weit entfernt davon, den Bau eines Volksheeres auf Grundlagen zu errichten, die das innere Gefüge des Heeres und die Unterordnung des einzelnen unter die Kommandogewalt von vornherein untergraben mußten. Bei ihm gab es keine Vorschläge, die die Wahl und jederzeitige Absetzung der Offiziere der Laune ihrer Untergebenen überantworteten, sondern die freie Bahn den Tüchtigen sollte auch hier durch sachverständige Kommissionen geebnet werden".

Wann wird unsere Sozialdemokratie erst soweit sein?

Heinz Potthoff / Berufsparlament

Als im vierten Kriegsjahre der Streit um das preußische Landtagswahlrecht entbrannte, warfen die Konservativen den Vorschlag eines Berufsparlamentes hinein, der an mittelalterliche Einrichtungen anknüpfte, neuerdings vielfach vertreten wurde (namentlich auch für die Reform der Herrenhäuser) und der in veränderter Form wieder auflebt in dem Nebenparlamente, zu dem der bayerische Ministerpräsident die organisierten Berufsgruppen, die Arbeiter-, Bauern-, Bürgerräte usw. vereinen möchte. Wenn innerhalb der Berufsgruppe jeder Bürger gleichberechtigt ist, wenn dort nach allgemeinem, gleichem Stimmrechte mit Verhältniswahl gewählt wird, so erscheint der Gedanke vielen verständig, weil er einen „organischen" Aufbau bringt, an Stelle der Atomisierung des Volkes seine wirtschaftlich soziale Gliederung setzt.

Bei der Beurteilung ist zunächst zu fragen, nach welchem Maßstabe die Mandate auf die einzelnen Berufsgruppen verteilt werden sollen. Für den heutigen Volksstaat kann es nur den einen geben, für den allein auch die amtliche Statistik Unterlagen schafft: die Zahl der in ihnen tätigen Personen. Die konservativen Befürworter des Systems wollten natürlich etwas anderes. Sie sprachen von der „sozialen Bedeutung" der Berufe und wollten mit ihr die Herrschaft der Volkszahl korrigieren. Aber für diese soziale Bedeutung gibt es keinen objektiven Maßstab. Die Verteilung der Mandate wäre immer reine Willkür oder vielmehr das Ergebnis von Machtkämpfen unter den Parteien und Berufen. Der Streit würde niemals schweigen, sondern nach jeder Berufszählung neu entbrennen müssen. Wenn aber die Volkszahl zugrunde gelegt wird, so kommt bei allgemeinem, gleichem Wahlrecht mit Proporz aus dem Berufswahlrechte das gleiche Ergebnis heraus, wie aus dem Bürgerwahlrechte. Vorausgesetzt, daß der „Berufsgenosse" sich bei der Wahl von gleichen Beweggründen leiten läßt wie der „Staatsbürger".

Hier liegt nun der innere Unterschied, daß beim Berufswahlrechte die wirtschaftlichen Interessen ausgesprochen in den Vordergrund treten. Während bisher jede Berufsgruppe ihre Interessen mit dem Deckmantel zu verhüllen strebte, daß sie den allgemeinen Interessen entsprächen, während jede materielle Interessenvertretung noch nach einem ideellen Mantel suchte, würde dann offen und brutal um wirtschaftliche Macht gekämpft werden. Diese Offenheit könnte manchem als ein Vorzug erscheinen. Aber man soll doch nicht vergessen, daß zugleich auch die Bedeutung der materiellen Interessen wesentlich gestärkt würde. Heute ist es doch so, daß die Parteien sich auf politische und kulturelle Überzeugungen gründen, daß innerhalb dieser von gemeinsamen Staats- und Wirtschaftsauffassungen geeinten Gruppen sich die wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen suchen. Künftig würde es umgekehrt sein. Kann es etwas Kulturwidrigeres geben, als die Begründung aller Politik auf Wirtschaftsinteressen!? Es würde keine einheitliche geistige Bewegung in der deutschen Politik mehr geben können. Die sogenannten geistigen Arbeiter, die jetzt in allen Parteien und Wirtschaftsgruppen wirken und manches tun, um den Zusammenhang mit dem Gemeinwohle aufrechtzuerhalten, würden ausscheiden und eine eigene Partei zur Vertretung nur ihrer eigenen Wirtschaftsinteressen bilden müssen. Die Bauern und Bürger, die für Aufhebung des Gewissenszwanges sind, könnten sich nicht vereinigen mit den gleichgesinnten Arbeitern und Beamten, sondern jede Gruppe müßte innerhalb ihrer Berufsklasse sich von der Mehrheit der anderen totstimmen lassen. Eine Verfassungsfrage, die Erringung von Volksrechten oder Freiheiten, könnte nicht zur Wahlparole gemacht werden.

Dazu kommt, daß unsere sogenannte Berufsstatistik nur eine Erwerbsstatistik ist. Sie zählt nicht die Personen, die in bestimmter Weise sich beschäftigen, sondern nur diejenigen, die auf solche Weise Geld erwerben. Die hervorragendsten Erzieher des Volkes erscheinen nicht unter den Lehrern, sondern unter den Berufslosen. Aber selbst diese Erwerbsgruppierung ist in der Statistik nicht richtig aufgenommen. Namentlich bei der Zählung von Landwirtschaft und Gewerbe sind ganz verschiedene Grundsätze angewandt. Vor allem wird der gesamte Eigenkonsum bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung mitgezählt. Beim Gewerbe aber nicht. Hier rechnet nur das, was zum Erwerbe tätig ist und was veräußert wird. Die Unsumme von gewerblicher Arbeit, die von Bauern, Bürgern und Arbeitern im Hause geleistet wird, erscheint in der Statistik nicht. All das Nähen, Kochen, Einmachen, Anstreichen, Tapezieren usw. der Hausfrauen und der Familienväter ist in der Statistik nicht vorhanden. Deswegen würde schon eine Verteilung der Mandate nach der Zahl der beschäftigten Personen eine ungerechte Bevorzugung der Landwirtschaft bedeuten.

Das schlimmste aber ist, daß der allerwichtigste „Beruf" in der Statistik gar nicht in Erscheinung tritt. Der Beruf der Hausfrauen und Mütter. Bei einem sozialen Berufswahlrechte müßte man ungefähr die Hälfte aller Mandate vorweg den Hausfrauen geben. Diese werden aber in der Regel gar nicht berücksichtigt, sondern eine Ausdehnung des Wahlrechtes nur auf die „selbständigen" Frauen empfohlen. Das soll wohl heißen: die Erwerbstätigen. Das aber wäre das Kulturwidrigste, was wir tun könnten, noch schlechter als die bisherige Entrechtung aller Frauen. Denn dadurch würden wir alle Fehler der gegenwärtigen Männerpolitik noch verschlimmern.

Digitized by Google

Den Hauptfehler der Männerpolitik sehe ich in dem Vorwiegen der Berufsinteressen, in dem Fachmenschentum, das vergißt, wozu der Mensch auf der Welt ist. Ungezählte brave Männer sind durch die lange Gewohnheit des Berufs und Gelderwerbs so blind geworden, daß sie meinen, ihr Beruf sei ihr Lebenszweck. Sie vergessen, daß der Beruf der Mehrheit nur ein Umweg ist, um die Mittel zur Erhaltung des Lebens zu gewinnen. Die Besten halten es für ihre Pflicht, sich und ihre Familie zu vernachlässigen über dem Erwerb — denn das ist der Beruf der meisten und weiter nichts. Diese Verkehrtheit unserer Anschauungen spiegelt sich in unserer Wirtschaftspolitik, die reine Produzentenpolitik geworden ist; als ob der Mensch auf der Welt sei, um gewisse Erzeugnisse zu verzehren und zu bezahlen; als ob nicht die ganze Produktion nur Mittel zu dem viel wichtigeren Zwecke des Konsums sei. Wann sind je die „Lebensinteressen" des Volkes, die Fürsorge für ausreichende, gesunde, billige Nahrung, ausreichende, gesunde, billige Wohnung und Kleidung der Massen Leitpunkte deutscher Wirtschaftspolitik gewesen?

Wenn die Hineinziehung der Frauen in die Politik, in Gesetzgebung und Verwaltung überhaupt einen sozialen Zweck hat, so kann es nur der sein, eine Abkehr von dieser Berufspolitik zu bewirken und die wichtigsten Interessen der Nation, die Rücksicht auf Leben, Gesundheit und Arbeitskraft der Millionen an die erste Stelle zu rücken. Dazu brauchen wir nicht die Näherinnen, Verkäuferinnen, Lehrerinnen, sondern die Hausfrauen und Mütter, die dem Leben noch nahestehen und die besser als alle Staatsmänner wissen, wo der Reichtum des Volkes liegt: in den Kindern.

Ist somit eine berufsständige Körperschaft als gesetzgebende Volksvertretung, als Organ der demokratischen Selbstregierung abzulehnen, so erhebt sich die weitere Frage, wie diese Einrichtung als Ergänzung des auf allgemeine Staatsbürgerwahl beruhenden Volkshauses (Reichstag, Landtag) zu bewerten ist. Hier kann sie eine günstige Wirkung haben, wenn sie das Parlament von der ungeheuren Fülle der wirtschaftlichen Wünsche aller Berufsgruppen, von dem Streite darüber und von den zahllosen Werbereden zum Fenster hinaus befreit. Natürlich ist nicht anzunehmen, daß ein solches Nebenparlament sich damit begnügen würde, Reden zu halten und keinerlei wirksamen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge, auf Gesetzgebung und Verwaltung auszuüben. Aber auch wenn die Verfassung ihm gewisse Befugnisse zuerkännte, könnte es nach drei Richtungen nützen:

Das Berufsparlament kann die Stätte sein, an der die Auseinandergehenden, oft widerstreitenden Wünsche der Berufsangehörigen sich finden, sich klären, miteinander auskämpfen, so daß an die gesetzgebende Körperschaft an Stelle der Fülle von Einzelforderungen und Sonderwünschen ein Antrag der gesamten Berufsgruppe als Ergebnis seiner inneren Auseinandersetzungen käme.

Das Berufsparlament könnte ferner dem Volkshause die Einzelberatung wirtschaftlicher Gesetze abnehmen, den ganzen Streit der daran Beteiligten, die Beratung der Regierung über das Fachmännische und ähnliches. Vor die gesetzgebende Körperschaft käme dann das fertige Gesetz, das im wesentlichen nur anzunehmen oder abzulehnen wäre.

Für beide Aufgaben würde es zweckmäßig sein, das Berufsparlament in Abteilungen zu zerlegen, so daß jede Hauptgruppe ihre Sonderfragen unter sich beraten und die gemeinsamen Fragen zunächst vorberaten könnte. Diese Gruppen würden sich von selbst bilden, wie im Volkshause die Parteien.

Schließlich wäre das Berufsparlament ein Ausweg, um die Körperschaften, die gegenwärtig noch die Macht auf Grund der Revolution innehaben, die Arbeiter- und Bauernräte mit der gesetzmäßigen Neuordnung auf rein demokratischer Grundlage zu versöhnen. Die Soldatenräte müssen ja mit Beendigung der Abrüstung verschwinden. Aber die Arbeiterräte werden nicht einfach abdanken wollen. Und ihre Ablenkung in das Berufsparlament, wenn auch zunächst mit weitgehendem Einflusse, wäre einer gewaltsamen Beseitigung der widerstrebenden sicher vorzuziehen.

Auch bei gleichem Wahlrechte, dem heute allgemein eingeführten und allein möglichen allgemeinen, gleichen Stimmrechte nach Verhältniswahl, würden die beiden Parlamente nicht das gleiche Bild ergeben. Denn im Berufsparlamente würden allein die Wirtschaftsinteressen maßgebend sein und die Erwerbsgenossen zusammenführen. Desto reiner könnten dann im Volkshause die staatsbürgerlichen Interessen, die allgemeinen politischen, rechtlichen, geistigen und anderen Kulturfragen die Wahlen beherrschen und Angehörige verschiedenster Berufe nach gleicher Überzeugung zusammenführen. Das Volkshaus gewänne sicher bei solcher Teilung. Ob aber dieser Gewinn die doppelte Wahl und Tagung wert ist, steht dahin.

Eine Organisierung der Berufsgruppen nach sozialen Gesichtspunkten ist sicher nötig. Die Gesamtheit der Bürger soll ständig mitarbeiten an den politischen Geschäften, nicht nur einmal in drei Jahren einen Wahlzettel abgeben und das andere den Abgeordneten überlassen. Aber ob das Nebenparlament die beste Form ist, ob nicht ein organischer Aufbau vorzuziehen ist, wie er sich für die Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte) aus den teilweise schon bestehenden Betriebsausschüssen, Ortsausschüssen, Arbeitskammern ergibt, möchte ich stark bezweifeln.

Leberecht Migge / Die Revolution der Geistigen

Man konnte die Menschheit vor dem Kriege wohl in zwei große Kategorien sondern, in politische Menschen und unpolitische Menschen. Die politischen waren im großen und ganzen die Handarbeiter, die unpolitischen die Geistesarbeiter. Natürlich summarisch.

Der politische Mensch nun, der Handarbeiter, sah sich sein Werk an, fand es unnatürlich, zerschlug es kurzerhand und ist dabei, ein neues aufzubauen.

Dieser Vorgang veranlaßte den unpolitischen Menschen, den Geistesarbeiter, ebenfalls Inventur zu machen. Und siehe da, auch er — wenigstens soweit er ehrlich war, — mußte wohl eine niederdrückende Bilanz aus seiner bisherigen Tätigkeit gezogen haben. Jedenfalls geht er in diesen Tagen in sich und beschließt, umzukehren. Wohin, zu neuer Eigenarbeit? Nein — zur Politik.

Nun wird man es gewiß niemand verübeln, wenn er in diesen Tagen Einfluß auf den nächsten Gang der Ereignisse zu gewinnen versucht. Vielmehr ist es zweifellos die verdammte Pflicht und Schuldigkeit gerade der Volksgenossen, die vermöge ihrer Kenntnis und Fähigkeiten eine besondere Lebensübersicht haben, oder doch haben sollten, jetzt ihr Schwergewicht in die Wagschale zu werfen. Und noch viel weniger kann man es den heutigen machthabenden Gewalten verdenken, wenn sie die Hilfe nehmen, wo und in welcher Gestalt auch immer sie sich ihnen anbietet.

Aber es sind doch — auch für die Wirkung — zwei sehr verschiedene Dinge, ob ich meinem Nachbarn beispringe aus einigermaßen geordneten Verhältnissen heraus, oder ob ich mich auf sein Gut verdinge und mein eigenes Haus in verwahrlostem Zustande zurückzulassen.

Das ist aber leider der Fall.

Denn es ist nicht zu bestreiten, daß die Gestaltung unserer Sachkultur (Haus, Garten, Kleidung und alles, was hiervon ausgeht) schon immer die eigenste Domäne der Geistesarbeiter war. Hier herrschte und formte er unumschränkt. Nun weiß aber auch der einfache Mann — er erfuhr es vordem genugsam am eigenen Leibe — daß diese notwendigen Elemente unseres täglichen Daseins vor dem Kriege inhaltlich und formal in keiner Weise ausreichend waren. Und der Unterrichtete — der Verfasser nimmt für dieses Gebiet eine besondere Kennerschaft für sich in Anspruch — weiß sogar, daß die Zustände hier hin und wieder Formen reinster Demoralisation angenommen hatten. Jedenfalls befindet sich gegenwärtig unsere Sachkultur, die in neueren Zeitläuften kaum je aus einem Zustand rein zivilisatorischen Drilles der Dinge herausgekommen war, in einer Verfassung, die sich in nichts — wie sollte

Digitized by Google

es auch anders sein — von derjenigen unserer weiland politisch-militärischen Verfassung unterscheidet. Sie ist innerlich morsch, äußerlich baufällig, insgesamt überreif für den Abbruch.

* * *

Bedarf es dafür wirklich noch besonderer Belege?

Seht die Repräsentanten unseres Bauwesens: diese Straßen, Speicher und Fabriken, diese Paläste, Rathäuser und Kirchen, ein zufälliges Auf und Ab von Formen und Massen, von konstruktiven Versuchen und zierhaften Fassaden. Alles grau in grau. Im besten Falle galt kalte Zweckdienerei. Aber, ist da irgend etwas von Belang, das an die wahre Baulust der Inder, Ägypter und Griechen, ja auch nur an die schlichte Lebenswahrheit barocker Bauten oder an die Kühnheit mittelalterlicher Dome erinnerte? Ein riesiger Aufwand von Menschenkraft und Naturprodukt, kulturgeschichtlich gesehen fast restlos vertan!

Oder nehmt doch das Wohnwesen. Ist es menschenwürdig, Wohnen zu nennen, das Hocken in dunklen Höfen und steilen Steinschluchten viel Stockwerke übereinander. Und wo es schon besser ist, ist es nicht auf alle Fälle eine rein mechanische Hülle, ein totes Gefäß, das da den Menschen zum Wohnen, Essen, Schlafen, Spiel und Genießen geboten wird. Wo haben wir schon die Baumeister wieder, die saftiges Leben umbauten statt leeren Raum?

Ja, wo haben wir schon allgemeiner auch nur Sicherung des nackten Lebens durch Pflege der Menschnatur: die alte Forderung, die jeder Kreatur sein Stück Erde zu eigen gab, der Menschgestalt aber einen Garten, die finden wir immer noch lediglich in den Weisheitsbüchern.

Und das Versagen dieser Urforderung erst war es ja, was so elementare und in ihrer Front fast klassenkämpferische Volksbewegungen aufkommen ließ, wie die Naturheil- und Freiluftbewegung, wie die Freibad- und Jugendbewegung und wie die zum Sport und Spiel. Was haben unsere Geistigen von diesen Revolutionen der Lebensgestaltung im Wesen begriffen, und wo sind die Formen und Gebilde, mit denen sie diesem Drängen und Erneuern von unten herauf hilfreich unter die Arme greifen, festigten und ausbauten zum Segen des Volksganzen?

Oder nehmt gar den riesigen Zerstreuungsrummel, die Kinos, Kaffee- und Bierhäuser mit denen die Gebildeten — hoffentlich nur gedankenlos — die dünstende Menge in Blöde und Blasiertheit ließen!

Was ist denn überhaupt an dem Gebilde der „modernen Stadt", dessen eiertanzartige Künstlichkeit dem in seinen inneren „Betrieb" Eingeweihten sehr bald nur zu klar wurde: ein klappernder Apparat, notdürftig und mit täglich sich wiederholender Angst auf die knappeste Aufrechterhaltung nackter Lebensmöglichkeit der Hunderttausend eingestellt, unfähig auch nur auf ein Dezennium vorschauend zu wirken, geschweige denn Glück und Hort, Inhalt und Ausdruck von Generationen zu sein?!

Von dem platten Land, das überhaupt „vom Geist verlassen" war, nicht erst zu reden.

* * *

Das ungefähr wäre so kurz das Heiratsgut, eingebracht, anläßlich der Vermählung des Geistesarbeiters mit der Revolution. Wenn man's recht besieht — die meisten Menschen sehen leider nichts, sie dulden nur stumpf — ein wahres Damaregeschenk, aus allen Greueln des materiellen Geistes derer um 1900 schnell und grell zusammengeflickt. Und es ist doch das ureigenste verantwortliche Gebilde des Geistigen. Aber dieser selbstlose Bräutigam scheint sogar bereitwilligst auf den weiteren Mitbesitz seines Eingebrachten verzichten zu wollen. Er möchte es höchstens aufpolieren, in der Hauptsache sich aber künftig der aktuelleren „Hausarbeit der Braut" widmen.

Die aber wird sich hoffentlich standhaft weigern, den Kuhhandel in dieser Beschränkung mitzumachen und ihrem Erwählten in gesetzten Worten ungefähr so antworten: „Dein Angebot, Trauter, mir zu helfen, nehme ich an. Ich begrabe sogar in diesem Augenblick ein altes begründetes Mißtrauen gegen Dich — —. Ich will dir glauben, daß auch du, im Innersten getroffen, ohne Nebengedanken mit dem Volk zur Höhe strebst. Aber, offen gesagt, ich habe wenig Neigung, mir durch deinen ungeschickten Pferdefuß mein schönes neues Geschirr zertrümmern zu lassen. Du bist willkommen, wenn du makellos zu mir kommst: wirf ab, wie ich abgeworfen habe und baue auf, wie ich aufgebaut habe: ohne seichte Konzessionen und billige Fortschrittsallüren, grad von Grund auf. Ganz!"

Und siehe da, da wurden mit einem Mal die alten Forderungen oppositioneller Berufsmänner und idealer Kulturführer aus braver Bürgerzeit lebendig, als da sind: Wegbahnung der natürlichen Schaffensweise für Hausbau, Landbau, Handwerk, Industrie und Handel. Weiter: organische Vereinigung von Stadt und Land, ernährungstechnisch, wirtschaftlich, moralisch. Oder: Erneuerung der Gesellschaft in Kleidung, Schriftwerk, Genuß und Repräsentanz. Das wesentliche aber an diesen und ähnlichen Forderungen neuer Lebenskultur ist, daß sie nicht und jedenfalls nicht in erster Linie durch politische Maßnahmen verwirklicht werden, sondern durch sachliche Dinge. Unsere neue politische Ordnung fängt mit der neuen Ordnung des persönlichen Lebens an.

* * *

Das wird jedermann aufgehen, wenn er an die nächste tägliche Not denkt, die ihn bedrängt: was soll ich essen, wo soll ich ruhen! Die Nahrungssorge steigt angesichts der Weltlage und die Wohnungssorge angesichts der Abrüstung wie eine dunkle Wolke am Dasein unseres Volkes auf. Ihr zu begegnen ist die Pflicht aller. Insbesondere aber derer, die durch Herkommen und Mittel dazu in der Lage und dafür recht eigentlich verantwortlich sind: der gebildeten Berufsmenschen, der geistigen Arbeiter. Wichtiger noch und nützlicher als ihre, im übrigen willkommene Hilfe bei dem Ausbau der ökonomischen und gesellschaftlichen Struktur der Zukunft ist die Bereitstellung ihrer organisatorischen Befähigung bei der Regelung unserer praktischen Daseinsmittel. Denn hier heißt es jetzt und ohne Besinnen zufassen, hier muß heute noch schöpferisch und von ganz großen Gesichtspunkten her reorganisiert werden. Wie das möglich ist, das habe ich erst kürzlich (in Nr. 500 der neuen Hamburger Zeitung) im „Ersten Aktionsprogramm der schöpferischen Werkarbeit" dargelegt.

Der sittliche Aufstieg unseres Volkes hängt ab von der Sicherung des materiellen Existenzminimums, das wir uns selber schaffen.

* * *

So etablieren wir, human und natürlich, neben dem Umsturz der politischen Kultur der Handarbeiter — spät, aber noch früh genug — denjenigen der Kopfarbeiter: Die Radikale der Sachkultur. Beide vereint aber erst als geschichtlichen Organismus.

Chr. Tränckner / Gebet

Herr, der du über den Wolken wandelnd,
Den urwaldentwurzelnden Sturm zertrittst:
Sei du mit uns!

Und der du des länderverschlingenden Weltmeers
Urschlund mit stummem Wort zerschmetterst:
Sei du mit uns!

Und der du des Unrechts giftiger Natter
Mit rächender Hand den Nacken zerbrichst:
Sei du mit uns!

In Nacht und Not uns Trost und Rettung,
Komm, o komm und leucht' uns Erlösung,
Vater unser!

Digitized by Google

Naumann / Kinder

Ein Kind aufwachsen zu sehen, ist das Schönste, was es gibt. Man sieht sich selber nochmals werden und versteht nun erst seine eigene Jugend, erinnert sich an hundert traumhafte Gefühle, die man hatte, als wir selber Kinder waren. Im Angesicht des Kindes verstehen wir erst unsere eigenen Eltern, lernen nachträglich ihre Freuden und Sorgen kennen und wissen zu schätzen, was sie uns gestattet oder verboten haben. Im Kinde werden wir wieder jung, freuen uns über Kleinigkeiten, bekommen frische Einbildungskraft, lernen lachen, spielen, lustig sein ohne weiteren Zweck, als um eben zu leben. Vieles von dem, was man uns feierlich beigebracht hat an Steifheit und Verlegenheit, verflüchtigt sich von selber durch den Verkehr mit dem Kinde. Kaum weiß ich, ob die Großen mehr von den Kleinen lernen oder die Kleinen von den Großen. Kinder haben, heißt Glück besitzen. Das ist besser als viele andere Güter. Man sagt zwar auch, daß Kinder Kummer bringen, aber, wo Alte und Junge körperlich und geistig noch gesund sind, überwiegt bei weitem die Freudigkeit. Und selbst ein krankes Kind kann ein Segen sein, indem seine Pflege verinnerlicht und hebt. Im Kinde ist noch viel Vertrauen, Gutgläubigkeit, leichter Sinn und schlichter Mut: es wird schon gehen! Das hilft allen denen, die mit den schweren Sorgen dieser grauen Zeit beladen sind. Im Kinde ist etwas Athem des freieren Jenseits, wie Jesus sagt: wenn ihr nicht werdet wie die Kinder, so werdet ihr nicht in das Himmelreich kommen! Die Kleinen sind mehr als wir noch Kinder Gottes.

Büchertisch

Schriften über Reformation, Protestantismus und Katholizismus.

Manche zum Reformationsjubiläum 1917 bestimmte Schrift wurde erst später fertig; unter den vielen, die hier (1917, Nr. 44) noch nicht erwähnt werden konnten, ist manche von bleibendem Wert. Auch mancher der damals gehaltenen Reden wünscht man, daß sie nicht mit dem Feste selbst vergessen werde. Der Tübinger Historiker Haller schildert in einer im württembergischen Gesetzbuch gehaltenen Die Ursachen der Reformation, die Unterwühlung der mittelalterlichen Kirche um 1500, ohne doch zu verkennen, was Luthers Person für die Reformation bedeutet. Gerade dies letztere hat Gust. Krüger, der Genius Luthers, dargelegt: das bekannte Wort, auch ohne Luther wäre Deutschland nicht katholisch geblieben, ist wirklich anfechtbar. In den Mittelpunkt der reformatorischen Gedanken führt Holl, Was verstand Luther unter Religion? Die Bedeutung dieser Gedanken für die folgende Entwicklung auf den verschiedensten Gebieten stellt Karl Müller dar: Die großen Gedanken der Reformation und die Gegenwart, ähnlich Hans v. Schubert, Die weltgeschichtliche Bedeutung der Reformation, namentlich ihres Gegensatzes gegen die Verrechtlichung des Christentums im Katholizismus. Guthe, Luther und die Bibelforschung der Gegenwart, zeigt, wie Luther rein religiös interessiert war und doch wichtige Gedanken dieser neueren Forschung an ihn anknüpfen. Sehr anziehend behandelt W. Köhler die deutsche Reformation und die Studenten der damaligen Zeit (diese sieben Reden sämtlich bei Mohr, Tübingen, je 1,35 M.). O. Ritschls Rede über Reformation und evangelische Union bringt lehrreiche Bemerkungen über die Unterschiede der reformatorischen Richtungen (Bonn, Marcus & Weber, 1 M.). Lietzmann behandelt Luthers Ideale in Vergangenheit und Gegenwart (ebenda, 80 Pf.); er zeigt ernst, wie der Gedanke des allgemeinen Priestertums und der, daß der Landesherr nur aushilfsweise das Religionswesen regeln soll, in der Gegenwart durchgeführt werden müßten. Luther und wir Deutsche (ich würde sagen: Deutschen) ist der Gesamttitel von fünf Königsberger Vorträgen: Benrath, Die Ursachen der Reformation; Fischer, Luther, der Einiger Deutschlands; Richter, Protestantisches Volkstum; Handcke, Luthers Reformation und die Kunst; M. Schulze, Die Reformation und die evangelische Kirche der Gegenwart. Die wichtigen Fragen sind anregend behandelt; bei Handcke treten Musik und Dichtung zu sehr hinter die bildende Kunst zurück (Potsdam, Stiftungsverlag, 2 M.). Scheurlen, Luther, unser Hausfreund (Stuttgart, Belser, 274 S., 11 Bilder, 6 M.) ist eine mit Liebe geschriebene, an charakteristischen Einzelheiten reiche Schilderung von Luthers Hauswesen und Lebensführung als Vorbild der unseren. Eine wirklich volkstümliche, kurze und auch künftig zur Massenverbreitung geeignete Darstellung von L.s Leben und Wirken gab Gottfried Rade, M. Luther (Berlin SW 11, Hutten-Verlag, 64 S., 80 Pf.); berechtigterweise sind die ersten Jahre der Reformation am eingehendsten behandelt. Mehlhorn hat von den Frauen unserer Reformatoren, d. h. außer Luthers Käthe den bei uns weniger bekannten Frauen Melanchthons, Zwinglis, Calvins ein geschichtlich treues und anziehendes Bild gegeben (Tübingen, Mohr, 60 Pf.). Eine reiche Auswahl von Lutherworten bietet der Stuttgarter Dekan Th. Traub (Stuttgart, Verlag der Evang. Gesellschaft, 2,25 M.), wertvoll gerade dadurch, daß viel wenig Bekanntes darunter ist; dem Verständnis von L.s Grundgedanken bei Menschen unserer Tage wäre vielleicht nützlich, wenn die Worte vom rechtfertigenden Glauben nicht sogleich fast am Anfang stünden. L.s Schrift Von der Freiheit eines Christenmenschen gaben die Brüder Preuß neu heraus, ein Theologe und ein Maler (Leipzig, Drei Rosen Verlag, 32 S., 14 Bilder, 1,50 M.). In keiner seiner bekannteren Schriften hat sich Luther der Mystik so genähert wie hier; welch schwere Aufgabe für den Zeichner! Läßt sich Mystik malen? Unter den Bildern ist aber, wenn auch nicht alle jedem zusagen werden, einiges sehr Schöne. Luthers deutsche geistliche Lieder hat Klippgen in der Reihenfolge ihrer ersten Drucke und mit älteren ähnlichen Texten zusammengestellt (Neudrucke deutscher Literaturwerke des 16. und 17. Jahrhunderts, 230, Halle, Niemeyer, 60 Pf.). Wie dem Protestantismus Aufklärung über den Katholizismus gegeben werden soll, diese Frage ist in der Gegenwart in der Tat für unser Volk besonders wichtig, wie auch die umgekehrte; der bekannte Carl Jentsch, dereinst selbst Katholik, dann Altkatholik, sucht sie zu beantworten (Leipzig, Grunow, 3. Aufl., 1,20 M.), in manchem nicht gerecht gegen den Protestantismus, aber aus guter Kenntnis des Katholizismus heraus und interessant, wie er immer schrieb. Endlich zwei besonders wertvolle Bücher: Karl König, vom Geiste Luthers des Deutschen (Diederichs, 211 S.) verdeutlicht L.s Grundgedanke, in dem Gottvertrauen, Nächstenliebe, Seelenfreiheit und Arbeitsfreude innig verwachsen sind, nach den verschiedensten Seiten hin den Menschen unserer Tage in seinem Wert, unter reicher Benutzung von L.s eigenen Worten, mit großer Klarheit und hinreißender Kraft. Historiker können ihm starke Modernisierung L.s vorwerfen; auch wird L. an einigen Punkten so verteidigt, daß ich starken Widerspruch empfinde. Erwünscht wäre bei Neudruck Angabe der Belege. Aber man kann nur hoffen, daß dieser König vielen Kärrnern zu tun gebe, dieses Lutherbuch von vielen Gebildeten studiert werde und ihnen Freude mache. Das gleiche wünscht man dem wirklich volkstümlich, auf Grund genauester Stoffbeherrschung und mit warmer Liebe zu L. und seinem Werk geschriebenen Buche H. v. Schuberts Luther und seine lieben Deutschen (Stuttgart, Union, 174 S. mit Bildern, 4 M.), das nach der Geschichte der Reformation besonders ihre Bedeutung für unsere nationale Kultur darstellt.

Mulert.

Briefkasten

Der heutigen Nummer der „Hilfe" liegt ein Aufruf der Deutschen demokratischen Partei bei, den wir der Einsicht dringend empfehlen, und um deren Verbreitung wir bitten.

Freiwillige Gaben:

Für den Wahlfonds gingen ein: Von Dr. D. in R. 20 M., Fr. Joh. F. in D. 20 M., Prof. Dr. G. in D. 3 M., Chr. L. in M. 10 M., Pastor K. in M. 10 M., Fr. Prof. G. in L. 10 M., H. K. in M. 20 M., H. B. in B. 5 M., Dr. L. in W. 10 M., Frau M. B. in L. 5 M., L. L. in B. 10 M., B. P. in B. 5 M., J. in T. 10 M.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, Berlin-Zehlendorf
für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, Hamburg.

[redacted] Januar 1919

[redacted]hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis im Buchhandel 4 M., beim Postamt 4.12 M., unter Kreuzband 4.50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 4.25 M., ins Ausland 5 M. Soldatenausgabe 1.50 M. Einzelhefte 40 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8583.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 2

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 60 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern angefertigt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Gertrud Bäumer:** Heimatchronik. — **Dr. Paul Rohrbach:** Die Aufgabe der Nationalversammlung. — **R. Ochab:** Massenpsyche und Demokratie. — **G. Wolff:** Die Stellung der Beamten im republikanischen Staate. — **Walter Dittmann:** Grundbedingungen des Religionsunterrichts. — **Arno Voigt (Miles):** Die Offiziere. — **Dr. Hans Maier:** „Kinderreiche Familien". — **Helene Heine:** Gotische Tendenzen in der modernen Kunst. — **Frankenberg:** Der Vulkan. — **Naumann:** Mensch und Tier.

Naumann / Kriegschronik

Sonntag, 5. Januar.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf Brockdorff-Rantzau, fügt seiner neulich von uns berichteten Erklärung eine andere hinzu, in der er den Anschluß der Deutschösterreicher an das Deutsche Reich als ein natürliches Recht der deutschen Nation auf Grund der Selbstbestimmung fordert. Gegenüber der Aussage des französischen Präsidenten Pichon, Frankreich werde die Angliederung Deutschösterreichs an Deutschland nicht dulden, sagt er, daß es unerträglich sei, wenn die slawischen Nationen das Recht der Selbstbestimmung ohne Einschränkung erhalten, während es den Deutschösterreichern verwehrt werden soll. Das Recht der Selbstbestimmung für Deutschösterreicher bestehe nicht nur in der Wahl der eigenen Staatsform, sondern auch in der ungehemmten Gesinnungsfreiheit über die Vereinigung mit Deutschland. Wenn es der Entente wirklich um einen dauernden Rechts- und Versöhnungsfrieden und um Sicherung der Freiheit und der Selbstbestimmung der Völker zu tun ist, wird sie sich einem solchen brüderlichen Zusammenschluß auf Grundlage einer gesetzlich gewählten Volksvertretung nicht widersetzen können. Wie sehr die deutsche Regierung schon jetzt dem Wunsche des deutschösterreichischen Volkes entgegenzukommen bereit ist, ergibt sich aus der geplanten Verordnung über die Wahlen zu der deutschen Nationalversammlung, die den im Deutschen Reich lebenden Deutschösterreichern das Wahlrecht verleiht. Damit hat das Auswärtige Amt einigermaßen gutzumachen gesucht, was die sozialistische Regierung bisher versäumt hat. Es fehlte ein offizielles Wort, das den Anschluß der Deutschösterreicher proklamiert. Ein solches ist in runder und voller Form auch bisher noch nicht gefallen. Es würde die Durchführung des Anschlusses der Deutschösterreicher für die deutsche Geschichte unendlich viel bedeutsamer sein, als die ganze Revolutionsstänkerei, die zurzeit in Berlin gemacht wird.

Montag, 6. Januar.

Riga ist von den deutschen Truppen geräumt worden. Bei der Unvollkommenheit der uns zugehenden Nachrichten wissen wir nicht genau, ob es von bolschewistischen oder von regulären lettischen Truppen eingenommen worden ist. Es gibt lettische Kompagnien, die zum Kampf gegen Bolschewisten von deutscher Seite mit Waffen ausgerüstet wurden, und die nun, wie es scheint, diese Waffen gegen die Deutschen selbst gewendet haben. Fast alle hervorragenden und bekannten Deutschen haben Riga zur See oder zu Lande verlassen, weil sie sonst dem Tode entgegengehen. Das Besitztum vieler baltischer Deutschen ist vollständig verloren, weil die deutsche Okkupationsregierung nicht gestattete, daß die Depots der deutschen Grundbesitzer und Kaufleute auf reichsdeutsche Banken übertragen wurden. Was also von der deutschen besitzenden Schicht aus Livland und vermutlich auch aus dem nördlichen Kurland heimkehrt, erscheint arm an unseren Grenzen. Es wird beklagt, daß die deutsche Regierung von den Entschädigungsgeldern, die nach dem Frieden von Brest-Litowsk und nach dem Zusatzvertrage von russischer Seite bezahlt wurden, nichts übrigbehalten hat zur Besserung der Lage der aus Rußland nun vertriebenen Deutschen!

Es hat sich ein Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Deutschen Reich gebildet, dessen Vorsitz Fürst v. Wedell übernimmt. Da es sehr zahlreiche Elsässer gibt, die entweder durch die französische Okkupation ausgewiesen oder an der Rückkehr in ihre Heimat verhindert werden, so ist ein beträchtliches Elend unter diesen nun entwurzelten elsässischen Stammesgenossen vorhanden. Man muß sehen, wie man ihnen helfen kann.

Dienstag, 7. Januar.

Das linksrheinische Land liegt uns jetzt so fern, als sei ein Meer dazwischen. Privatbriefe dringen im allgemeinen nicht durch. Das Rheinland wird systematisch mit Wohlwollen und schönen Reden gefüttert, damit es sich der Entente anschließe. Auf persönlichem Wege erhalten wir die Nachricht von einer Umfrage, die die Amerikaner in den von ihnen besetzten Gebieten an hervorragende und gebildete deutsche Staatsbürger gerichtet haben. Da uns der Inhalt der Fragen nicht im genauen Wortlaut, sondern nur nach Erinnerung überliefert wurde, geben wir sie auch nur ungenau:

1. vor dem Kriege:

Waren sie mit der Politik Ihrer Regierung einverstanden?
Hielten Sie 1914 den Krieg für unvermeidlich?
Mußte der Krieg überhaupt einmal wieder kommen?

2. während des Krieges:

Waren Sie für oder gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg?
Hielten Sie diesen für erfolgreich zur Aushungerung Englands?
Wußten Sie, daß Ihre Regierung durch die Zensur dem Volke die Wahrheit vorenthielt?
Was dachten Sie über die proalliierte Stellung Amerikas vor 1917?
Hätten die Deutschen ohne die Hilfe Amerikas den Krieg gewonnen?
Glauben Sie an die Grausamkeiten in Belgien?

3. nach dem Kriege:

Sind Sie für eine rheinische Republik innerhalb des Deutschen Reiches, außerhalb desselben?
Sind Sie für Abtretung von Elsaß-Lothringen, von Nordschleswig?
Halten Sie Handelsbeziehungen für möglich
zwischen Deutschland und England?
„ „ „ Frankreich?
„ „ „ Belgien?
„ „ „ Italien?
„ „ „ den Vereinigten Staaten von Amerika?

Die Empfänger dieser Fragen sind von den Amerikanern gebeten worden, offen und ohne Rückhalt zu antworten. Man er-

Digitized by Google

sieht daraus ein Verfahren, das vielleicht nicht unpraktisch gewesen wäre, wenn wir es auch, etwa bei den Polen, angewendet hätten.

Mittwoch, 8. Januar.

Der frühere nordamerikanische Präsident Roosevelt ist im 67. Lebensjahre verstorben. Damit scheidet wieder einer von jenen Männern aus dem Dasein, die viel zur Verschärfung des Krieges beigetragen haben.

In England beginnt ein Eisenbahnerstreik, der aber offenbar einen unpolitischen Charakter hat. Die teilweise in Deutschland verbreiteten Erwartungen, daß die bolschewistischen Störungen sich auf Frankreich und England fortsetzen werden, erscheinen, soweit England in Betracht kommt, als unbegründet. Aus Frankreich hört man nur, daß dort die Truppen sich nicht zu weiteren Okkupationen in Deutschland wollen verwenden lassen. Bei dem Mangel ausländischer Zeitungen sind alle unsere Kenntnisse sehr lückenhaft.

General Mackensen ist während seines Aufenthaltes in Ungarn widerrechtlich von der Entente nach Saloniki abgeführt worden und soll von dort nach Frankreich gebracht werden.

Die polnischen Truppen sind bis in die Nähe von Lissa vorgedrungen. Paderewski, der inzwischen von Posen nach Warschau weitergereist ist, soll gesagt haben, die Polen müßten jetzt von sich aus die Provinz Posen besetzen, weil die Ententemächte ihnen diese Provinz vorenthalten wollten.

Donnerstag, 9. Januar.

Während in Berlin zwischen der Regierung Ebert-Scheidemann-Noske einerseits und der Regierung Liebknecht-Luxemburg-Radek andererseits ein erbitterter Bürgerkrieg geführt wird, sind wir durch das Nichterscheinen der meisten Zeitungen fast ganz von Auslandsnachrichten abgeschnitten. Offiziös wird mitgeteilt, daß die deutsche Waffenstillstandskommission auf den 14. und 15. Januar nach Trier eingeladen worden ist, weil der französische Generalissimus Foch nicht die Absicht hat, den Waffenstillstand ohne erneute Abmachungen über den 17. Januar hinaus zu verlängern. Clemenceau hat eine Erklärung erlassen, daß es nötig sein würde, weitere Verhandlungen mit der deutschen Waffenstillstandskommission abzubrechen, wenn sich in Deutschland eine bolschewistische Regierung bilden sollte. Noch hoffen wir, daß dieser Fall nicht eintritt.

Zwischen der französischen Regierung und dem bisherigen österreichischen Kaiser Karl sind allem Anschein nach Verhandlungen im Gange, wonach in einer neuen und lockeren Form der Zusammenhang der österreichisch-ungarischen Länder unter französischem Schutz wiederhergestellt werden soll, um die Vergrößerung des deutschen Nationalgebietes zu verhindern. Natürlich hilft der betrübende Revolutionszustand Berlins allen Gegnern Deutschlands, solche Pläne zu fördern.

Freitag, 10. Januar.

In Posen hat sich ein polnischer oberster Volksrat aufgetan und die Regierungsgewalt übernommen. Er teilt mit, daß er sowohl die Leitung der Regierungs- wie der Militärangelegenheiten in seine Hand nimmt. Der deutschen und jüdischen Bevölkerung wird Sicherung des Lebens und des Eigentums zugesagt, aber es müsse das Verhalten der Bevölkerung gegenüber den Polen „loyal und der gegenwärtigen Lage entsprechend" sein. Die Soldaten sämtlicher Grade haben die Befehle des vom obersten Volksrat ernannten Oberkommandos streng zu befolgen. Alle Militärvorräte gehen in polnischen Besitz über. Über die Einführung der polnischen Sprache in den Schulen werden besondere Anordnungen in Aussicht gestellt. Das ist eine Okkupation in aller Form, und es ist Schuld der gegenwärtigen deutschen Regierung, daß so etwas möglich wurde. Das, was Deutschland beim Waffenstillstand gegenüber den 14 Punkten Wilsons zugesagt hat, wird und muß es unweigerlich halten. Eine Auslieferung Posens aber vor Friedensschluß hat niemand im Namen Deutschlands versprochen.

In Riga und den übrigen von den Bolschewiki besetzten Teilen Livlands und Kurlands herrschen nach Mitteilung des bisherigen deutschen Gesandten Winnig äußerst schlimme Zustände. Nach dem Einrücken der Bolschewiki wurde unter den Deutschbalten und unter den dort gebliebenen deutschen Reichsangehörigen eine Bartholomäusnacht veranstaltet. Verhaftet wurden auch die drei Herren der deutschen Gesandtschaft, die im Vertrauen auf ihr Gesandtenrecht zurückgeblieben sind. Ihre amtlichen Gelder in Höhe von ½ Million sind beschlagnahmt. Ähnliches wird aus kleineren Orten berichtet.

Sonnabend, 11. Januar.

Von auswärtiger Politik hören wir nichts. Da überhaupt nur noch einige wenige Zeitungen erscheinen und diese voll sind von erneutem Revolutionsgestank, so sind wir augenblicklich von Paris und London abgeschnittener als während des Krieges, wiewohl wir wissen, daß dort jetzt in den Besprechungen Wilsons die Grundbogen unseres zukünftigen Geschickes gelegt werden.

Von den Kämpfen an der polnischen Ostfront erfahren wir nur unzusammenhängende Ortsangaben. Bei Hohensalza sollen die Polen mit wesentlichen Verlusten gegen deutsche Truppen gekämpft haben. In der Gegend von Bromberg haben ebenfalls Kämpfe stattgefunden. Über den Regierungsbezirk Bromberg ist der Belagerungszustand verhängt. Aus Kolmar sind die Polen wieder abgezogen, nachdem sie Eisenbahnen und Brücken gesprengt haben.

Gertrud Bäumer / Heimatchronik

Sonntag, 5. Januar.

Wahlversammlungen. Es ist immer wieder erstaunlich, daß heute nicht die eigentlichen außenpolitischen und großpolitischen Existenzfragen, sondern anderes den Kampf beherrscht: rechts Staat und Kirche und Antisemitismus; links Verstaatlichung. In jeder Aussprache kommt eines oder das andere und beinahe nichts anderes.

Und doch ist der Wahlkampf etwas Großes und Erhebendes: man fühlt den Gang und Schwung neuer Kräfte. Die Frauen sind in ein paar Wochen zu fabelhafter Taktkraft und politischer Energie gereift.

Die Burschenschaften der Universitäten und Technischen Hochschulen haben sich zu zwei Verbänden zusammengeschlossen. Ihr Programm ist: Politisierung der Burschenschaft. Grundsatz: Vertretung des großdeutschen Gedankens (unter Bekämpfung der studentischen Internationale) im freiheitlichen Staat unter Erziehung und Verpflichtung der Mitglieder zu politischer Betätigung. Außerdem: stärkere Verbindung der Burschenschaft mit dem Volksleben in sozialer Arbeit, Hineinziehung der Studentinnen.

Die Bürgerräte aus dem Reich vereinigen sich zu einer Tagung in Berlin.

Der Entwurf des bayerischen Staatsgrundgesetzes ist veröffentlicht. In manchen Abschnitten ziemlich unbestimmt. Mit allen Requisiten radikaldemokratischer Staatsbildung: Eine Kammer, Referendum im Fall der Differenzen von Kammer und Gesamtministerium. Wirtschaftlich: Die Enteignung von Vermögen kann nur durch Gesetze zum Zwecke des Gemeinwohls erfolgen. (Sie kann also erfolgen.) Kulturell: Die Erteilung des Religionsunterrichtes obliegt den Glaubensgemeinschaften. — Die Glaubensgemeinschaften sind unabhängig vom Staat und unterstehen dessen Schutz.

Montag, 6. Januar.

Der Berliner Polizeipräsident Eichhorn ist abgesetzt. Ob er sich selbst als abgesetzt betrachtet, ist freilich die Frage.

Während in Berlin die Revolution immer drohendere Formen annimmt, vollzieht sich hier in Thüringen der Wahlkampf noch relativ ruhig. Sozialdemokratische Diskussion sachlich und die Zuhörer voll Disziplin.

Der „Vorwärts" teilt Pläne der Regierung für großzügige Kulturarbeiten zum Zwecke der Arbeitslosenbekämpfung mit. Die Arbeiten sollen „unter Mitwirkung der Arbeitslosen selbst organisiert werden". Wenn nur die Bereitschaft, solche Arbeit an-

Digitized by Google

zunehmen, im nötigen Umfange da wäre! An allen Bahnhöfen Plakate und Aufrufe zur Hebung der Arbeitsbereitschaft.

Dienstag, 7. Januar.

Wir lesen mit tiefer Sorge und höchster Spannung die Nachrichten über den „Entscheidungskampf zwischen Regierung und Spartakus" in Berlin. Daß Noske Stadtkommandant von Berlin geworden ist, stärkt die Hoffnung auf energisches und erfolgreiches Vorgehen der Regierung.

In anderen Städten, z. B. Schwerin, sind Putschversuche schnell unterdrückt.

Die Anzeigenteile der Zeitungen enthalten beinahe nur Versammlungen. Man hat den Eindruck, daß in jedem Ort beinahe täglich von jeder Partei eine Versammlung gehalten wird. Und alle sind gedrückt voll.

Es ist einem selbst ein seltsames Gefühl, in Weimar die Wählerversammlung zu halten. Die neue Welt im Rahmen der stillen, erinnerungsvollen Straßen. Schiller und Goethe, Hand in Hand, ragen schattenhaft in den dunklen Himmel. Die Straßen sind dunkel wie vor hundert Jahren: „Schwarz bedecket sich die Erde" — — und aus der Stimmung ihrer vergangenheitbefangenen Stille tritt man in den gedrängten Saal und in den Schauplatz der Tageskämpfe.

Mittwoch, 8. Januar.

Der Leiter des Reichswirtschaftsamtes hat der Presse einen eingehenden Bericht über die Wirtschaftslage in Deutschland vorgelegt. Ebenso eingehend wie einst:

„Das Hauptproblem, das uns im Augenblick beschäftigt, ist die Schaffung eines wirtschaftlichen Lebens überhaupt. Es ist kein Arbeitswille mehr vorhanden im deutschen Volke. Wenn man jetzt durch Deutschland fährt, gewinnt man einen geradezu grauenhaften Eindruck, weil alles ruht und alles feiert und die Ruhe des Friedhofes auf diesem Land der Arbeit liegt. Manches von dem, was wir in den letzten Wochen erlebt haben, wird entschuldigt durch die Nervenanspannung, die wir in vier Kriegsjahren erdulden mußten und die notwendigerweise nach einer Entladung sucht. Aber wir müssen aus dem jetzigen Zustande des Feierns heraus und müssen arbeiten, arbeiten und wieder arbeiten, sonst erleben wir das Entsetzlichste, was jemals in der Geschichte einem Volke beschieden gewesen ist. Die Arbeit ist euch das einzige Mittel, um eine Anpassung des jetzigen Einkommen-Niveaus an das Preisniveau herbeizuführen. Die jetzigen hohen Einkommensverhältnisse machen jeden internationalen Wettbewerb für Deutschland unmöglich. Sie müssen deshalb herabgedrückt werden, wobei aber der Anfang nicht beim Lohn, sondern beim Preis der Produkte zu machen ist. Über die Frage, welche praktischen Maßnahmen ergriffen werden können, um das wirtschaftliche Leben anzukurbeln und wieder in normalen Gang zu setzen, wird gegenwärtig beraten. Ich kann jedoch hierüber noch nichts sagen, da die Dinge noch nicht spruchreif sind. Aber das Reichswirtschaftsamt wird alles tun, was es tun kann, um den Arbeitswillen des Volkes zu heben und wieder zu erwecken, weil das ihm als das einzige Mittel erscheint, um aus der jetzigen Zeit der Not wieder zu erträglichen Zuständen zu gelangen."

Vorläufig versagt die Mahnung. In einer Wahlversammlung in Gera wurde einem Redner, der auf den Arbeiterbedarf der Braunkohlenwerke hinwies, nur zugerufen, er möge selber hingehen. Im übrigen auch hier gute und ruhige Haltung der großen, von vielen Arbeitern besuchten Versammlung. Die deutschen Frauen beginnen ihre Kandidatentätigkeit wahrlich unter ungewöhnlichen Bedingungen. So ein Saal voll Soldaten in dieser Zeit voll Aufregung und latenter Unruhe!

Donnerstag, 9. Januar.

Um von Gera nach Neckhausen zu kommen und dort abends zu sprechen, muß man ½5 Uhr abfahren und ist über 12 Stunden unterwegs. Die Wahlarbeit in den großen Kreisen ist durch diese Art der Entfernungen und Transportmittel beinahe nicht zu leisten. Das Land kann gar nicht genug aufgeklärt werden.

Von Berlin hört man hier draußen wenig. Die Zeitungen sind durch Spartakus besetzt und erscheinen nicht. Die Lücke füllen Gelegenheitsnachrichten und Gerüchte.

Die Wahlen zur badischen Nationalversammlung haben gebracht: 41 Zentrumssitze, 35 Sozialdemokraten, 24 Vertreter der Deutschen demokratischen Partei und 7 der Deutschnationalen. Die Unabhängigen gewannen keinen einzigen Sitz. Die Wahlbeteiligung soll über 90 v. H. gewesen sein.

Freitag, 10. Januar.

Heute einmal eine richtige Spartakusversammlung in einer Wahlversammlung, allerdings erst ganz zum Schluß, aber in übelster Form: blutjunge Mädchen und Burschen mit der Freude ihrer Jahre am Lärm an sich. In den Industriestädten Thüringens, die wegen ihrer zentralen Lage viel Kriegsindustrie bekommen haben, ist die innerpolitische Stimmung naturgemäß sehr kriegerisch.

Die Zentrumspartei hat ein ausführliches Programm herausgegeben, das den ersten Wahlaufruf ergänzt und erweitert. Ausgeprägt demokratisch.

Die Deutsche demokratische Partei hat die Verbindung der Listen mit der Deutschnationalen Partei abgelehnt, weil sie die Bildung einer Front: Bürgertum—Arbeiterschaft verhüten und ihren eigenen demokratischen Charakter freihalten will von jeder Möglichkeit der Verwirrung durch reaktionäre Vergesellschaftungen.

Paul Rohrbach / Die Aufgabe der Nationalversammlung

Heute, wo diese Zeilen geschrieben werden, stehen wir nur noch eine Woche vor den Wahlen zur Nationalversammlung, und niemand weiß, ob am Wahltage in Deutschland soweit Ruhe und Ordnung herrschen werden, daß die Wahl in der Hauptsache gelingt. Es ist nur zu möglich, daß an zahlreichen Stellen, namentlich in den größeren Städten und in den Industriegebieten, der Terrorismus, der die Wahl verhindern oder ihr Ergebnis unbrauchbar machen will, sein Ziel erreicht. In den ruhigeren Teilen des Reichs wird ohne große Hindernisse gewählt werden können, aber im ganzen können bis zu einem Drittel der Ergebnisse ungünstigenfalls durch die Terroristen zunichte gemacht werden. Ob alsdann die zustande kommende Rumpfversammlung als befähigt und befugt wird angesehen werden können, das Geschick Deutschlands in ihre Hände zu nehmen, ist mindestens unsicher. Die Niederwerfung des Terrors in Berlin, die, wie es scheint, gelingt, wird vielleicht Eindruck auf die Spartakisten und ihre Mitläufer im Reich machen. Sicher ist das aber nicht, und es ist unwahrscheinlich für den Fall, daß die Regierung jetzt nicht rücksichtslos bis ans Ende durchgreift. Hoffentlich tut sie es. Paktiert sie in Berlin, so ist ihr Spiel im Reich, wo es selbst im Fall des Sieges in der Hauptstadt noch nicht zweifellos steht, ganz sicher verloren.

Es muß anerkannt werden, daß die Regierung wenigstens im letzten noch möglichen Augenblick Energie gezeigt hat. Für politisch urteilende Menschen wäre es nicht schwer gewesen, schon zu einer Zeit, als die Unschädlichmachung der Terroristen viel leichter war, einzusehen, daß ein Auskommen mit ihnen in Frieden nicht möglich sein würde. Hätte man beim Einzug der Truppen in Berlin sofort die Entwaffnung aller nicht zur regulären Armee gehörigen Elemente verfügt, so wäre es bei der Stimmung der Soldaten nicht schwer gewesen, diese unvermeidliche Aufgabe durchzuführen, viel leichter, als am 24. Dezember, der eine glatte Niederlage der Regierung war, und in den Januarkämpfen, deren Ausgang heute noch nicht feststeht. Daß die Regierung Spartakus und Genossen Zeit ließ, ihre Bewaffnung und Organisation (dazu noch mit Hilfe der russischen Bolschewisten!) durchzuführen, hat zur Folge gehabt, daß heute, trotz des schließlich aufgewandten Blutvergießens, die Nationalversammlung in Frage steht. Gelingen die Wahlen, so kann man unter das Gewesene einen Strich ziehen, der Regierung

Absolution für die früheren Fehler geben und ihr von neuem das Vertrauen erklären, das sie braucht; mißglücken sie, so ist die Regierung gerichtet, und die Folgen sind unabsehbar und unausdenkbar.

Um zu ermessen, was die Nationalversammlung für uns bedeutet, müssen wir uns klarmachen, daß Deutschland gegenwärtig nur noch scheinbar ein Gemeinwesen mit einer halbwegs wirksamen Staatsordnung ist. Zu einem solchen gehört eine anerkannte öffentliche Gewalt, die imstande ist, Leben, Freiheit und Eigentum aller Staatsangehörigen zu schützen, gehört ein sicheres Funktionieren der bewaffneten Macht im Dienst der Staatsautorität nach außen und innen und gehört eine straffe Kontrolle der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen durch die Regierung. Wo eins von diesen Elementen fehlt, ist kein geordnetes Staatswesen mehr vorhanden. Zurzeit aber fehlen sie in Deutschland allesamt. Wenn der staatliche Apparat trotzdem, sei es auch unter zunehmenden Stößen und Stockungen, weiterarbeitet, so kommt das weniger daher, daß die Regierung imstande ist, seine Funktionen zu sichern, als vielmehr durch das Schwergewicht der eingefahrenen Verhältnisse, durch die lange Erziehung und den guten Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung und der alten Beamtenschaft. Wir sind aber auf dem schnellsten Wege auch zum äußeren Niederbruch der noch vorhandenen Ordnung, wenn keine entscheidende Festigung der Staatsautorität in irgendeinem rechtlichen und gesetzlichen Sinne eintritt.

Deutschland hat zurzeit keine Verfassung, sondern nur eine vorläufige und usurpierte oberste Gewalt, der durch ein formloses, vielfach zweifelhaftes Einverständnis des Volks, so gut sie dazu imstande ist, die Führung der Geschäfte provisorisch anvertraut wurde. Die so entstandene Regierung hat dem Heere gegenüber keine feste Autorität, ja es existiert im Grunde gar kein Heer mehr im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern nur einzelne Truppenteile, denen das Wesensmerkmal einer disziplinierten Armee, bedingungslose Anerkennung einer obersten Befehlsgewalt, abgeht. Vermag die Regierung genügend solcher Truppenteile für sich zu gewinnen und sie zum Handeln gegen die Regierungsfeinde unter Einsatz von Blut und Leben zu bewegen, so ist es gut; wo nicht, so bliebe ihr nichts übrig, als die Hände zu falten und abzuwarten. In Deutschland sind heute ferner an keinem einzigen Ort, von den hauptstädtischen Zentren bis zum letzten Weiler, Leben, Eigentum und Freiheit des einzelnen prinzipiell und tatsächlich gesichert, denn es können überall Bewaffnete mit oder ohne den Titel einer angemaßten, die Regierung nicht anerkennenden Autorität erscheinen, die Staatsbürger zwingen und sie im Fall des Widerstandes festsetzen oder umbringen. Geregelte Abhilfe dagegen gibt es nicht, und wenn vorläufig auch die Mehrzahl des Volkes noch in Sicherheit lebt, so ist diese Sicherheit eben nur faktisch und kann jeden Augenblick zu Ende sein.

In Deutschland, das über 10 Millionen waffenfähige und mit der Waffe ausgebildete Männer hat, erobern schlecht ausgerüstete, undisziplinierte polnische Haufen eine ganze Provinz, setzen die obersten Beamten und Militärbefehlshaber gefangen, eignen sich Festungen und Kriegsmaterial an, zerstören Eisenbahnen und Brücken und proklamieren den Anschluß an einen feindlichen Staat, in den sie viele Hunderttausende von Deutschen mithineinzwingen wollen. Das alles geschieht, ohne daß ihnen bisher tatsächlich gewehrt wurde. Russische Bolschewisten, nur wenige tausend Mann stark, treiben die aufgelösten Trümmer einer deutschen Armee so gut wie widerstandslos vor sich her und stehen mit starken Reserven nur noch einen Wochenmarsch von der deutschen Grenze. In Deutschland, das einst die geordnetsten Finanzen und die solideste öffentliche Wirtschaft der Welt besaß, finden, noch hinaus über die ungeheuren Kriegslasten und die bevorstehende Tributleistung an die Feinde, wilde Verschwendung des Nationaleigentums und regellose Eingriffe unkontrollierbarer Faktoren, oft von der zweifelhaftesten moralischen Eignung, in die öffentlichen Ausgaben statt, und die Regierung muß machtlos zusehen. Noch verhängnisvoller, weil schneller zum Ruin des Ganzen führend, wirkt die sinnlose Erpressung unmöglicher Löhne durch die Industriearbeiter und Angestellten, die in Kürze dahin führen wird, daß die Hauptreserve für unsere Verpflichtungen, die Kriegsgewinne der Industrie, aufgezehrt und in der volkswirtschaftlich schädlichsten Weise verschwendet wird.

Dieser wahrhaft furchtbaren Lage wird sich die Nationalversammlung, wenn sie zustande kommt, gegenübersehen. Sie so bald und so durchgreifend wie möglich zu bessern, wird ihre Aufgabe sein. Noch gibt es viel zu wenig Leute in Deutschland, denen klar ist, wo wir stehen — und dabei bleibt die ganze Last all derjenigen Schwierigkeiten, von denen der Wiederaufbau unserer nationalen und wirtschaftlichen Stellung *nach außen hin* gedrückt ist, noch außer Betracht. Von diesen wird ein anderes Mal zu reden sein. Auch sie sind größer, als der Durchschnitt der öffentlichen Meinung glaubt. Den meisten gewählten Mitgliedern der Nationalversammlung wird wohl gleichfalls erst, wenn die Aussprache beginnt, klar werden, was sie zu leisten haben. Man kann jetzt wohl als sicher annehmen, daß die Mehrheit bürgerlich wird. Der unermeßliche Fehler der Regierung, daß sie die anarchischen Elemente der Revolution zu lange gewähren ließ, hat *die* Folge gehabt, daß auch die gemäßigte Sozialdemokratie heute auf kemen nennenswerten Zuzug solcher Wählermassen mehr zu rechnen hat, die nicht schon vor dem Kriege sozialdemokratisch waren. Einschließlich der Mitläufer, die weniger aus sozialistischer Überzeugung als aus allgemeiner Unzufriedenheit stimmten, war das ein gutes Drittel der damaligen Wählerschaft. Wären die Wahlen gleich nach der Revolution gekommen, so hätte die Sozialdemokratie leicht über die Hälfte aller Stimmen steigen können. Heute ist das sehr unwahrscheinlich. Die Hauptsache aber, auf die es praktisch als erstes bei der Nationalversammlung ankommt, ist nicht die Frage, wieviel Sozialismus wir bekommen — *viel mehr als vor dem Kriege jemand für möglich gehalten hätte, wird es auf jeden Fall sein* —, sondern die Hauptsache ist, daß die aus der Nationalversammlung hervorgehende Regierung Autorität und Kraft genug erhält, um mit der Anarchie fertig zu werden. Dazu gehört eher als alles andere die Wiederherstellung des Volksheeres zur Verfügung im Dienst der nationalen Regierung und der nationalen Lebenssicherheit.

K. Ochab / Massenpsyche und Demokratie

Demokratie heißt nicht Herrschaft der Massen, sondern Herrschaft des Volkes, d. i. der Mehrheit des Volkes. *Masse* bedeutet: die große Masse derjenigen, die ohne viel eigene Überlegung einem gewandten Führer oder einer Gruppe von Führern folgt auf Grund von großen Schlagworten, die laut und beständig in die Massen hineingeworfen werden. Die Führer suggerieren der Masse mit Hilfe dieser großen Schlagworte ihre Ansichten und Absichten, und diese ist entweder zu bequem oder nicht befähigt (d. h. in den meisten Fällen: politisch nicht genügend geschult), um die Behauptungen und Folgerungen der Führer auf ihre Richtigkeit zu prüfen. — *Volk* im demokratischen Sinn *soll sein*: die Gesamtheit derer, von denen jeder einzelne in dem Bewußtsein, daß die Selbstregierung des Volkes von allen seinen Gliedern die Fähigkeit und Reife dazu verlangen muß, danach strebt, die großen Probleme des öffentlichen Lebens und ihre Zusammenhänge gründlich zu erfassen und *denkend* zu handeln, im Gegensatz zur Masse, die ohne viel zu überlegen, demjenigen folgt, der ihr die Sache recht mundgerecht zu machen versteht.

Die erste Forderung der Demokratie muß also sein: jeder Staatsbürger hat die *Pflicht*, sich mit den öffentlichen Angelegenheiten zu beschäftigen, um so in der Lage zu sein, sich ein eigenes Urteil zu bilden und danach zu handeln. Der Obrigkeitsstaat mit dem Prinzip der Ausnützung der Masseninstinkte ist gefallen, und an seine Stelle tritt der Volksstaat mit dem Prinzip der Selbstregierung freier Bürger. (Die Anschauung, daß es Pflicht des einzelnen sei, sich mit der Politik zu befassen, ist nicht neu; nach der altathenischen Verfassung konnte der Bürger, der

dieser Pflicht nicht nachkam, aus dem Staatsverband ausgestoßen werden.)

Die Aufstellung dieser Forderung ist der erste Schritt zu der — darüber kann es keine Zweifel geben — schreiend notwendigen Erziehung unseres Volkes zu politischem Denken. Wer den Tatsachen offen ins Auge sieht, weiß, wie politisch ungeschult die große Masse des Volkes ist; die letzten vier Jahre, und besonders die Geschichte der inneren Politik in dieser Zeit, haben es in erschreckender Weise gezeigt. Man möchte fast sagen, kindlich naiv stand das Volk — auch sonst kluge Menschen — den Ereignissen gegenüber und ließ sich von einer kleinen Klique lauter Schreier leiten.

Im Anschluß an diese Forderung an das ganze Volk steht die zweite Forderung der Demokratie an ihre Anhänger: das Prinzip der Demokratie und ihr Wesen darf nicht haften bleiben an der Oberfläche des Denkens und Empfindens der Menschen, sondern muß eindringen in ihren Geist, muß tief und fest verankert werden in ihren Herzen, muß übergehen in Fleisch und Blut der Menschen. Denn nur mit den Prinzipien der Vernunft und der Gerechtigkeit — und diese machen das Wesen der Demokratie aus —, nur mit diesen Prinzipien kann die zerstörte Welt wieder aufgebaut werden. — Soll die Demokratie Wahrheit werden, so muß sie Ernst machen mit dieser Forderung und muß alle Kräfte anspannen, ihr zur Verwirklichung zu verhelfen. Denn die Kreise, die heute hinter den demokratischen Führern stehen, die die demokratischen Versammlungen bevölkern und das Wort Demokratie andauernd im Munde führen, diese Kreise sind zu einem großen Teil nicht demokratisch aus reifer Überlegung und aus der inneren Erkenntnis und der Anerkennung der demokratischen Prinzipien, sondern die große Mehrzahl dieser Männer und Frauen haben sich aus Instinkt, aus Masseninstinkt der Demokratie angeschlossen. Sie fühlen, daß sie nicht mit der Reaktion gehen können und wollen, als Besitzende mit den radikalen Parteien nichts zu tun haben, und da wählen sie die Mitte, nicht weil sie innerlich demokratisch denken und fühlen (sie denken an ihren Vorteil, wie alle und fühlen mit ihren Berufs-, Standes- und Bildungsgenossen), sondern weil der „Weg der Mitte" ihnen (echt bürgerlich) als der „vernünftigste" erscheint und weil die demokratischen Schlagworte ihnen auf der einen Seite bürgerliche Freiheit und auf der anderen Seite Schutz ihres Eigentums versprechen. Ausschlaggebend ist also nicht jene innere Erkenntnis, sondern der Instinkt des „Mittelwegs", der Masseninstinkt. Man wende nicht ein, das sei bei den Anhängern der anderen Parteien auch so, denn es liegt ja gerade im Wesen der Demokratie, von jedem einzelnen — als dem Glied der Selbstregierung des Volkes — das aus eigener Überlegung gewonnene Verständnis der Dinge zu verlangen.

Jeder Einsichtige wird zugeben, daß wir von dem gewünschten und als notwendig erkannten Zustand noch weit entfernt sind und daß der größte Teil der demokratischen Wählermassen aus diesem Instinkt heraus hinter den Wortführern steht und nicht, weil er demokratisch denkt und fühlt. Und es ist aufregend und bitter, zu wissen, ganz bestimmt zu wissen, daß Leute sich heute Demokraten nennen, nur weil Demokratie das Schlagwort unserer Tage geworden ist, und daß sich unter der Masse der demokratischen Wähler Tausende und aber Tausende befinden, die innerlich nichts weniger als Demokraten sind, die vom Wesen der Demokratie keine Ahnung haben, die nur mitlaufen und mitrufen aus dem Masseninstinkt. Diese Tatsache — und es ist eine Tatsache, das kann, wer ehrlich ist, nicht leugnen —, diese grausame Tatsache ist so ungeheuerlich und so empörend für das Gefühl eines wahren Demokraten, daß man an der Möglichkeit der Verwirklichung der Demokratie fast verzweifeln könnte.

Hier heißt es arbeiten! Unermüdlich und unverdrossen und mit allen Mitteln arbeiten zu dem Ziel, das Volk denken zu lehren und es innerlich reif zu machen für die großen Aufgaben, die unserer harren. Jeder und jede, der das Wesen der Demokratie begriffen hat, muß hier mithelfen und mitwirken, bei jeder Gelegenheit und an jeder Stelle. Der Geist der Demokratie muß eingehämmert werden in die Hirne, die altneuen Prinzipien und Anschauungen wahrer Demokratie müssen tief eingefurcht werden in Herzen und fest verankert werden auf ihrem Grund. Denn das Ziel ist nur erreichbar, wenn Demokratie in der Seele des einzelnen Wirklichkeit wird.

E. Wolff / Die Stellung des Beamten im republikanischen Staate

Das bisherige deutsche Herrschaftssystem zusammen mit dem monarchischen System hat sich umgewandelt und republikanische Form angenommen. Diese Umwandlung wird auch das deutsche Beamtentum in mancherlei Weise beeinflussen: schon rein äußerlich wird sich durch die angestrebte Sozialisierung die Zahl der staatlichen Angestellten und Arbeiter bedeutend vergrößern, die neue Regierung wird ferner diesen Arbeitern eine größere Sicherheit der Lebensbedingungen als bisher geben, sie also „verbeamten", und sie wird endlich ihren Hauptgrundsatz, den Volkswillen überall geltend zu machen, auch der alten Beamtenschaft gegenüber in irgendeiner Form anwenden und durchführen wollen. Es ist deshalb zeitgemäß, die Stellung der Beamten in der Republik etwas genauer zu betrachten.

Wir wollen zuerst versuchen, die historische Entwicklung des deutschen Beamtentums in knappen Strichen zu zeichnen. Das Staatsbeamtentum im allgemeinen, die Formen der Besetzung öffentlicher Ämter im besonderen stehen mit der jeweiligen Staatsauffassung und der Staatsverfassungsform in engem Zusammenhang. Die oberen Beamten galten in den germanischen Reichen der Karolinger als rein persönliche Beamte des Staatshauptes, die unteren Beamten wieder als rein persönliche Angestellte der oberen. Das oberste entscheidende Prinzip war das der Treue. Das Lehnsrecht hat diese Auffassung rein persönlicher Unterordnung noch vertieft. Das Streben der Fürsten des ausgehenden Mittelalters nach absoluter Macht und ihre damit verbundenen Übergriffe gegen die Beamten auf der einen Seite und das Streben der Vasallen nach größeren Rechten und ihre Opposition gegen die Fürsten auf der anderen Seite lockerten das Lehnswesen und führten dazu, daß die Landesherren sich Beamte anstellten, die nur ihre Befehle auszuführen hatten, im Gegensatz zu den Vasallen, die das Recht zur Ausübung öffentlicher Funktionen nach dem Lehnsrecht besaßen. Diese fürstlichen Diener standen zu den Landesherren in einem privatrechtlichen Verhältnis, nicht im öffentlich-rechtlichen vasallischen Verhältnis.

Ihrer Abstammung nach waren die Beamten bis ins 16. Jahrhundert fast durchweg Adlige; erst nach dem Verfall der mittelalterlichen Gerichtsverfassung und dem Übergang der Rechtspflege auf die landesherrlichen Beamten wurde eine besondere berufsmäßige Vorbildung notwendig, und es wurden jetzt römisch-rechtlich gebildete Juristen als Kanzler angestellt oder zu Räten der Fürsten gemacht.

Mit der Ausdehnung der staatlichen Tätigkeit wuchs im 16. und 17. Jahrhundert auch die Zahl der landesherrlichen Beamten. Eine ganze Reihe von Gründen verhinderte aber noch, daß die Beamten einen besonderen Berufsstand bildeten; in dem Maße erst, in dem die landesherrliche Gewalt die Macht der Stände brach und die Vorrechte des Adels beseitigte, konnte ein berufsmäßiges Beamtentum entstehen und eine Unterscheidung zwischen ministri publici und Fürstendienern vorgenommen werden. Diese Beamten suchten sich gegen willkürliche Entlassungen zu schützen, und um die Mitte des 18. Jahrhunderts war diese Frage zu ihren Gunsten entschieden.

Besonders in Preußen ging die Bildung eines berufsmäßigen Beamtenstandes unter der tatkräftigen Unterstützung der Könige mit schnellen Schritten vor sich. Besonders Friedrich Wilhelm I. kämpfte erfolgreich für eine wissenschaftliche Vorbildung und für das königliche Ernennungsrecht. Das heutige deutsche Beamtenrecht ist aus der Praxis der preußischen Könige erwachsen.

Zu Anfang des 19. Jahrhunderts setzte sich die Anschauung durch, daß die Beamten selbständige Stellung haben, daß zwischen dem Staat und dem Beamten ein öffentlich-rechtliches Verhältnis besteht, daß also die Beamten nicht Diener oder Gehilfen des Königs sind. Die Beamten werden vom Staate durch jährlich von der Gesamtheit einzutreibende Steuern besoldet, ihnen steht ein rechtlicher Anspruch auf Gehalt und nach Ablauf einer bestimmten Dienstzeit auch auf Ruhegehalt zu, und sie dürfen nicht willkürlich entlassen werden.

Das Beamtentum hat durch das Erstarken des parlamentarischen Prinzips in der letzten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts wieder etwas von seiner bevorzugten Stellung eingebüßt: die Bürger bekamen einen größeren Rechtsschutz gegen Übergriffe der Beamten, der besondere Gerichtsstand und die Erschwerung der gerichtlichen Verfolgung eines Beamten durch Einholung der Erlaubnis der vorgesetzten Behörde und das Vorrecht der Steuerfreiheit wurden abgeschafft.

Geregelt sind die rechtlichen Verhältnisse der Beamten im Deutschen Reich durch das Gesetz vom 31. Mai 1873 und die Novelle vom 17. Mai 1907, in Preußen fand eine Umgestaltung des Beamtenrechtes durch das Gesetz vom 27. Mai 1907 statt; die Materie ist im übrigen geregelt durch die Gesetze vom 27. März 1872, vom 31. März 1882, vom 20. März 1890 und vom 25. April 1896, teilweise bildet auch das Allgemeine Landrecht noch die Grundlage.

Zusammengefaßt: Im Laufe der geschichtlichen Entwicklung sind die Beamten aus Herrschaftsangestellten zu Königsdienern, zu Staatsdienern, zu Volksdienern geworden, und sie werden jetzt in der Republik zu Mehrheitsdienern.

Wie gestaltet sich nun das Anstellungsverhältnis der Beamten in den verschiedenen Staaten mit republikanischer Staatsform? Wir beginnen unseren Rundgang bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Dort werden die Beamten der Bundesregierung von dem Präsidenten ernannt und ihre Anstellungen von ihm unterzeichnet. Ursprünglich geschah diese Anstellung allein nach Wunsch und Willen des Präsidenten. Die Schwierigkeit bei diesem an sich klaren System besteht darin, daß die Präsidenten wechseln, und wenn der einzelne auch zweimal wiedergewählt werden kann, so kommt doch einmal eine andere Partei ans Ruder, und der von ihr getragene Präsident will neue Beamte einsetzen. Geht diese Umrangierung auch nicht bis in die allerletzte Stelle hinab, so wünschen die neueingesetzten Oberbeamten mit ihnen genehmen Mittelbeamten und diese wieder mit passenden Unterbeamten zu arbeiten. Als z. B. Präsident Jackson 1829 die Regierung antrat, entließ er in rücksichtslosester Weise einen großen Teil der Zivilbeamten, um für seine Parteigänger Platz zu schaffen. Auch frühere Regierungswechsel (z. B. bei Jefferson) waren mit Umänderungen verbunden gewesen, so daß Jackson nicht der Erfinder des üblen Spoilssystems ist, aber bei ihm wird es zum erstenmal schonungslos angewandt, und seine Nachfolger wandeln in seinen Spuren. Die Wirkungen dieser Methode zeigten sich bald: Arbeitsleistungen und Amtsführung waren schlecht, oft unehrlich; viele wandten sich der Politik zu, um ein Amt zu bekommen; vor allem fehlte den Beamten das Zusammenwachsen mit ihrer Arbeit, da sie nicht ihre Lebensaufgabe war und auch der Zusammenhang mit der bürgerlichen Erwerbsarbeit nicht ganz verlorengehen durfte. Die Mißbräuche des Spoilssystems wurden durch die Pendletonbill vom 16. Januar 1883, die nach der Ermordung des Präsidenten Garfield durch einen unzufriedenen Amtsbewerber eingebracht wurde, wenigstens teilweise beseitigt; sie bestimmt, daß der Präsident unter Mitwirkung und Zustimmung des Senats eine aus drei Personen bestehende Kommission zu ernennen habe, von deren Mitgliedern nur zwei derselben politischen Partei angehören dürfen. Nach ihrer Empfehlung werden diejenigen unteren Stufen des Bundesdienstes bestimmt, deren Besetzung vom Bestehen einer Konkurrenzprüfung abhängig gemacht werden soll. Auch dieses Gesetz läßt der Willkür des Präsidenten weiten Spielraum: sind auch nach der Verfassung die Ernennungen an die Bestätigung des Senats gebunden, so hat der Kongreß doch auch die verfassungsmäßige Befugnis, die Besetzung untergeordneter Beamtenstellen der Mitwirkung des Senats zu entziehen und sie dem Präsidenten bzw. Departementschef zu übertragen. Im übrigen ist nach Wilsons Urteil der „unglückselige, demoralisierende Einfluß" bei den der Bestätigung durch den Senat unterliegenden Beamtenernennungen nicht weniger schlimm als bei den anderen.

In der englischen Beamtenschaft sind etwas stabilere Verhältnisse; mit der Ablösung der herrschenden Partei des Parlaments wechselt nur die Oberschicht, während Mittel- und Unterschicht als feste Körper bleiben. Durch die Beweglichkeit der höheren Schicht der Staatsbeamtenschaft ist es möglich, daß auch die verbleibenden Schichten allmählich mit der neuen Regierung verwachsen. Die Inhaber der wechselnden Stellen werden durch höhere Gehälter für die fehlende Pensionsberechtigung entschädigt.

Frankreich verfügt über ein sehr vielgliedriges System. Dem französischen Charakter entsprechend ist der Andrang zu den festen Beamtenstellen außerordentlich groß, damit zusammenhängend sind die Gehälter auch außerordentlich niedrig. Der Präsident wird mit absoluter Mehrheit von dem Senat und der Deputiertenkammer, die zur Nationalversammlung zusammentreten, auf sieben Jahre gewählt und ist wieder wählbar. Für die verschiedenen Verwaltungsaufgaben ist Frankreich in Departements eingeteilt, an deren Spitze immer ein Präfekt steht. Diese Präfekten haben von ihrer Amtstätigkeit eine verschiedene Auffassung: es gibt unpolitische Präfekten, die sich als reine Berufsbeamte fühlen und in jedem Falle alles Befohlene ausführen. Sie bleiben deshalb durchschnittlich auch länger im Amt, es besteht keine Notwendigkeit, sie beim Wechsel des politischen Kurses auszuschließen, sie haben relative Sicherheit. Die politischen Präfekten stehen und fallen mit ihrer Partei. Beide Arten aber können vom Präsidenten jeden Augenblick auf Vorschlag des Ministers des Innern des Amtes entsetzt werden. Nur wenige Beamtengruppen haben in Frankreich eine gesicherte Lage (Offiziere, Richter, Hochschullehrer, Gymnasiallehrer, Ingenieure des Wege- und Bergwesens), sind geschützt gegen willkürliche Versetzungen und Entlassungen und haben Anrecht auf bestimmtes Gehalt und Pension. Die anderen Beamten genießen diese Sicherheit nicht: sie haben kein Recht auf das Amt, können willkürlich versetzt und auch entlassen werden. Bei den letzten Wahlkämpfen hat auch die Frage der lebenslänglichen Anstellung der Beamten eine Rolle gespielt, und die Beamten haben einige formelle Schutzbestimmungen gegen Entlassungen erhalten.

Die Bestimmungen in der Schweiz sind nicht einheitlich, die Kantone haben ihre Sonderheiten. So ist z. B. in einigen Kantonen verfassungsmäßiger Grundsatz, die Beamten nicht auf Lebenszeit anzustellen; in anderen sind Geistliche und Lehrer von der Bestimmung ausgenommen, daß sich Beamte nach einer Reihe von Dienstjahren einer Neuwahl durch das Volk unterziehen müssen; andere Kantone haben die Bestimmung: nach erfolgter zweimaliger Wahl wird aus der provisorischen Anstellung eine definitive auf Lebenszeit.

Von Bulgarien hat Naumann jüngst in einem Vortrag berichtet, daß die parlamentarische Regierungsform auf diese Fragen dort besonderes Gewicht legt und daß mit jedem Regierungswechsel ein ganzes Heer von Erwerbspolitikern vom Ministerpräsidenten bis weit hinab in die leergewordenen Stellen rückt. Die Ausgeschiedenen ebnen inzwischen ihrer Partei wieder den Weg zur Herrschaft.

Wenn wir das Übereinstimmende in den genannten Staaten gerade im Gegensatz zur Lage der deutschen Beamtenschaft festhalten, so können wir es auf die Formel bringen: bei der Wahl und Ernennung der Beamten in republikanischen Staaten ist das Volk mehr beteiligt; die Amtsdauer ist seltener lebenslänglich, meist aber auf kürzere Zeit; es wird der Nachweis

Digitized by Google

der Berufsfähigkeit nicht in gleicher Strenge verlangt, häufig wird ganz auf ihn verzichtet; die Besoldung ist geringer, und die Ansprüche auf ein Ruhegehalt sind von geringerer Sicherheit. Diese weitgehende Übereinstimmung ist kein bloßer Zufall, sondern hängt natürlich zu einem Teil mit dem Wesen der Demokratie zusammen: das Machtbedürfnis des Volkes will auch seine Beamtenschaft nicht ganz unabhängig werden lassen, will weiter nicht dulden, daß dieses Beamtentum, das staatlichen Zwecken dienen soll, zum Selbstzweck wird, und will endlich verhüten, daß sich eine selbstsichere Beamtenschaft jedem Fortschritt und jeder Neuerung gegenüber fremd und spröde erweist. Selbstverständlich wird auch ein Unterschied gemacht zwischen den eigentlichen leitenden Beamten einerseits und den mehr ausführenden Beamten, den untergeordneten Stellen, und den in loserem Zusammenhang mit dem Staatsorganismus stehenden Kategorien (Post, Eisenbahn, Kirche, Schule) andererseits. Für diese nähern sich die Bestimmungen dem deutschen Muster.

Wie werden sich die Verhältnisse bei uns in Deutschland entwickeln? Wir haben gegenüber den älteren republikanischen Staaten ein viel größeres und ganz anders geschultes Beamtenheer im Lande; trotz zweifellos vorhandener Fehler weist das deutsche System, das hier nicht dargestellt zu werden braucht, auch große Vorzüge auf: die Unabhängigkeit von den Parteien, größere Ehrlichkeit und vor allem den innigen Zusammenhang, in den es jeden einzelnen mit seiner Arbeit bringt, daß sie ihm Lebensaufgabe wird. Im sozialdemokratischen Erfurter Parteiprogramm (1891) stehen die Sätze: „Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben." Die Forderung lautet: durch das Volk, nicht durch die Regierung, den Präsidenten, die Zentrale. Die Form ist das Referendum, der Volksentscheid, wie wir das in der Schweiz haben. Dieses System paßt nicht für große Staaten; es ist unmöglich, ein so großes Volk wie das deutsche zu allen möglichen Abstimmungen wieder und wieder aufzurufen, ohne dabei den Wahlakt zu entwerten und das Interesse zu töten. Dazu kommt ein zweites Bedenken: zu Beamten werden Leute gebraucht, die arbeiten können und wollen; die Wahl der Beamten durch das Volk wird zu einer Wahl nach der Partei, nicht nach dem Können und den Leistungen.

Wer soll anstellen? Es ist das bessere, die anstellende Oberstelle in dem von der gesamten Volksmenge gewählten Staatsdirektor (Reichskanzler, Präsident) zu suchen, als in dem Führer der Parlamentsmehrheit. Das ist bei unserer Parteizersplitterung und -verwirrung noch nötiger als anderswo; bei einem System von zwei Parteien, die sich einfach abwechseln, sind die Beamten nur von diesen wechselnden Parteien abhängig, bei unserem viel verwirrenderen Wechsel wäre diese Unruhe noch viel größer. Das wird wenigstens zu einem Teil dadurch verhindert, daß die Anstellung durch den Präsidenten erfolgt. Außerdem muß scharf geschieden werden zwischen politischen und unpolitischen Beamten. Dieser Unterschied besteht schon heute, und Bismarck hat bereits in seinem Beamtenerlaß vom Jahre 1882 an die politischen Beamten die Forderung gestellt, im Sinne der Regierung tätig zu sein. Das muß auch im republikanischen Staate befolgt werden: er kann von seinen politischen Beamten, die im Interesse der betreffenden Regierung tätig sind — also bis zum Oberpräsidenten und Landrat —, fordern, daß sie entweder beim Sturz einer Mehrheit verschwinden oder sich unbedingt in den Dienst der neuen Mehrheit stellen; alle anderen Beamten, die Menge der Staatsangestellten, die nicht die Politik der Regierung anzuerkennen und durchzuführen haben, müssen Dauerstellung haben, um die Kontinuität und die Festigkeit der Verwaltung zu sichern. Natürlich müssen auch diese im Dienste völlig unpolitisch und unparteiisch sein, außerhalb des Dienstes aber sind sie Staatsbürger und haben die Rechte wie alle anderen. Unbedingt muß auch dem Beamten das Recht der freien politischen Überzeugung und Betätigung gesichert werden. Und endlich noch ein Wort über die Haftpflicht des einzelnen für seine ordnungsmäßig ausgeführten Dienste. Es geht nicht an, den einzelnen Beamten ständig der Haftbarkeit und Kritik auszusetzen; die Haftbarkeit hat derjenige, der den Befehl ausgibt, nicht der, der ihn ausführt.

So hat der Beamte an den republikanischen Staat folgende Forderungen zu stellen: Wahl auf Grund nachgewiesener Kenntnisse, Befähigungen und Leistungen, nicht nach der Parteifarbe; Anstellung durch den Präsidenten des gesamten Volkes, nicht durch das Oberhaupt der Parlamentsmehrheit; für alle nichtpolitischen Beamten unbedingte Beibehaltung des deutschen Systems der Lebenslänglichkeit, Pensionsberechtigung und Hinterbliebenenfürsorge; bei absoluter Unparteilichkeit und politischer Neutralität im Dienste volle staatsbürgerliche Freiheit und Gleichberechtigung. Daneben bleiben die alten Forderungen bestehen: grundlegende Neuordnung der Beamten- und Lehrerbesoldung, selbsttätige Anpassung der Gehälter an die allgemeine Lebensverteuerung, Aufstieg aller Tüchtigen bis zu den höchsten Stellen der Laufbahn. Es kann in diesem Aufsatz in erster Linie darauf an, festzustellen, in welchen Punkten das Beamtenrecht republikanische Staaten anderer Anschauung als monarchische Staaten sind und welchen Problemen die Beamtenschaft gerade in diesen Tagen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden hat.

Eine solche Regelung des Beamtenverhältnisses liegt vor allen Dingen im Interesse des Staates. Eine Revolution der Verfassungseinrichtungen ist nur möglich auf dem festen Untergrunde bestehender und bleibender Verwaltungseinrichtungen; eine vernünftige Sozialisierung des Wirtschaftslebens kann nur mit Hilfe einer besonders tüchtigen Beamtenschaft geschehen, das lehren die erwähnten Staaten; zu einem wirklichen Emporarbeiten unseres schwer heimgesuchten Volkes bedarf es der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Erziehung durch einen gesicherten, gut vorgebildeten und ehrenhaften Beamtenstand in Verwaltung und Schule. Bricht in diesen Zeiten allgemeiner Unruhe auch noch diese Stütze zusammen, so ist das Schicksal unseres Vaterlandes und unseres Volkes besiegelt.

Walter Dittmann / Grundbedingungen des Religionsunterrichts

Wer aus den aufgeregten und unsachlichen Erörterungen über den Religionsunterricht Klarheit gewinnen will, um in dem Streit zwischen Staat, Kirche und Schule Stellung nehmen zu können, wird seine liebe Not haben. Schlagworte hüben und drüben. Die Sozialdemokratie fordert manches Gute, aber oft nicht aus fester Sachkenntnis, sondern aus Machtbewußtsein, und schießt darum übermütig über das Ziel hinaus. Die Kirche verteidigt vielfach nicht klar, was sie in Wirklichkeit schützen will. Sie gibt zu, daß Religion eigentlich nirgends gefährdet ist, und doch führt sie den Kampf gegen die drohenden Änderungen ihrer äußeren Machtstellung wie eine Verteidigung des christlichen Geistes selbst, als wäre z. B. durch die Erfüllung gewisser Reformwünsche die ganze religiöse Erziehung bedroht. Wer Klarheit haben will über das, was dem Religionsunterricht not tut, darf weder die politischen Parteien noch die Kirche fragen, sondern muß sich an die Sache selbst halten, d. h. an die Bedingungen, die der eigenartige Erziehungsstoff und das Kind stellen.

Versuchen wir einmal den Bann abzuschütteln, in den jahrhundertalte Tradition, liebgewordene Gewöhnungen und altehrwürdige Geistesstoffe uns geschlagen haben. Vergessen wir unsere einstige Schulerziehung zur Religion. Fragen wir möglichst unbefangen: Welches sind die Grundtatsachen religiöser Beeinflussung? Jesus und seine Zuhörer bieten etwa folgendes Bild:

Er selbst ist klargeworden über seine Religion, die auch den anderen Erlösung bringen könnte.

Liebe und Erbarmen treibt ihn zu den Unklaren und Irrenden.

Durch vorbildliche oder helfende Tat sichert er sich deren Achtung und Aufmerksamkeit.

Digitized by Google

Schließlich gewinnt er sie durch eindringliche, d. h. dem Menschen, dem Augenblick und der schwebenden Frage angepaßte Rede, zu der seine Taten in keinem Widerspruch stehen.

Ich glaube, wenn wir diese Bedingungen erfüllen, müssen wir auch heute noch Erfolg haben. Und tun wir es nicht, dann werden wir nicht ein einziges Kind gewinnen, auch wenn wir ihm acht Jahre lang wöchentlich sechs Stunden nach der berühmtesten Methodik Religionsunterricht geben. Die ideale Mutter erzieht so, ohne es zu wissen: ihres Gottes gewiß, getrieben von Liebe und Sorge um ihr Kind, bei dem sie im Vollgenuß der reinsten Autorität steht, und dann im geduldig erharrten günstigsten Augenblick redend, leise und eindringlich, ohne Eitelkeit, nur dem Kinde dienen wollend, und darum alles seinen augenblicklichen seelischen Möglichkeiten anpassend. — — Das schlägt Wurzel!

Das so gewonnene Kind lernt wie wir alle im außerschulischen Leben lernen: durch intensives Aufnehmen, durch sofortige feste Assoziation, unter dem Nachdruck und der Gefühlsbegleitung des regsten Interesses, ohne jede kunstvolle Verarbeitung des Stoffes, wie das empfängliche Herz die Schönheit eines Frühlingsmorgens aufnimmt ohne Vortrag, Gliederung, Zusammenfassung und Wiederholung. Wie ein begabter Junge lernt, der seinen Vater um eine politische Aufklärung bittet. Auf solche gänzlich unschulgemäße Weise haben auch die ersten Christen ihren Glauben gewonnen. Und er war tiefer begründet als bei der Mehrzahl unserer Zeitgenossen.

Wie verhält sich zu den obigen Bedingungen nun unser bisheriger Schul-Religionsunterricht. Daß das Ideal nirgends erreicht sein kann, ist selbstverständlich. Strebt man ihm aber nach?

Klarheit und Sicherheit des religiösen Besitzes wäre vom Lehrer also zuerst zu fordern. Danach wird aber gar nicht gefragt. Jeder Lehrer, der für den Volksschuldienst anstellungsberechtigt ist, muß auf Verlangen Religionsunterricht erteilen, ob er Neigung oder Abneigung, Befähigung oder keine, Erfahrung oder nicht mitbringt. Es durfte keiner sagen: ich kann selbst nicht beten, wie kann ich andere beten lehren! Es lag eine ungeheure Verblendung auf unseren kirchlich-staatlichen Behörden. Darum die selbstverständliche Forderung des Deutschen Lehrervereins: **Beseitigung jedes Glaubens- und Gewissenszwanges für den Lehrer.**

Sieht man schon hier die Notwendigkeit ein, den Religionsunterricht freiwillig erteilen zu lassen, so ergibt sie sich erneut aus einer kurzen Überlegung der zweiten Bedingung. Nur ein von Liebe getriebener Lehrer kommt so nahe an das Kind heran, wie es zum Aufschließen seines Innersten nötig ist. Ein anderer, gleichgültiger kennt das Kind ja gar nicht, nicht seine seelischen Bedürfnisse und die Konflikte seines Lebens, er findet gar nicht den Zugang zu seinem eigentlichen Wirkungsfelde. Sein Religionsunterricht muß zu jenem äußerlichen Betriebe entarten, der günstigenfalls ein flottes Frage- und Antwortspiel bedeutet, logische Übung oder Gedächtnisdressur an Stelle des religiös durchglühten Erkenntnisstrebens setzt; schlimmeren Falls aber zu ödester Langweiligkeit der Stunde und zum verächtlichen Überdruß der ewig wiederholten, unvergeistigten Stoffe führt. Und daß diese schlimmeren Fälle nicht selten und die „günstigeren" recht häufig sind, wissen wir Lehrer am besten. Wir wissen aber auch, was daran schuld ist und hoffen, daß von nun an kein Lehrer mehr zu solchem Schuldigwerden und keine Schulklasse mehr zu solcher Öde verurteilt sein wird. Es gibt genug Befähigte für diesen unvergeßlichen Unterricht, und alle werden sich herandrängen, wenn sie **Freiheit in der Stoffwahl** erhalten.

Ohne diese bleibt weder der Trieb zum Unterricht und zu den Kindern stark genug noch kann natürlich von einem Lehren aus eigenster Klarheit und Sicherheit die Rede sein. Von einem allmählichen „Einarbeiten" in den ganzen Umfang des Faches kann hier das Heil nicht erwartet werden. Es kommt hier eben nicht auf wissenschaftliche Beherrschung, sondern auf eine bestimmte Höhe der Wertschätzung an, auf religiöse Klarheit, nicht auf bloß verstandesmäßige. Und im Kinde soll hier in ganz anderem Maße wie sonst im Unterricht **Leben selbst, Kraft** erweckt werden, nicht ein bestimmtes Wissen. Es ist dringend zu wünschen, daß die Eltern das mit uns einsehen, sonst schütteln sie verwundert und unzufrieden den Kopf. Nicht daß das Lebensbild Johannes des Täufers vorgetragen werden kann, nicht daß die Geschichte des Reiches Gottes im Zusammenhange **gewußt** wird, auch nicht, daß gerade dieser oder jener oder überhaupt eine feste Auswahl von Psalmen und Liedern gelernt wird, ist wesentlich, **sondern daß an religiös ergiebigen Stoffen, die die ganze Wertschätzung des Lehrers genießen, religiöse Wärme erhöht, religiöse Kräfte phantasiemäßig geübt werden. Nur das ist Religionsunterricht.** Alles andere kann in mancher Weise nützlich werden, aber es darf nie einen Nachdruck erhalten, der der Hauptaufgabe Kraft entzieht, der sie oft genug ganz unterdrückt. Protestiert also nicht, ihr Eltern, wenn euer Kind ein historisches Kapitel oder ein Katechismusstück nicht mit durchgenommen oder — gar! — nicht auswendig gelernt hat. Beklagt euch aber dann, wenn ein religiös verwertbarer Stoff nicht gründlich ausgewertet worden ist (aber **religiös** und ethisch, nicht nur logisch und sprachbildend!). Darum brauchen wir Freiheit in der Stoffwahl, d. h. Freiheit vom Lehrplan (im alten Sinne). Der freiwillig unterrichtende, von Liebe zur Jugend und zum Fach getriebene Lehrer muß verlangen, daß er diesen Stoff kurz abtun oder ganz weglassen, jenen aber voll ausschöpfen darf, auch wenn statt des planmäßig vorgesehenen Monats ein Halbjahr darüber vergeht. Und wenn ein gänzlich unvorhergesehener Stoff durch eine Zeit- oder Schülerfrage aufgeworfen wird, so muß auch dafür so viel Raum bleiben, wie sein religiöser oder ethischer Wert fordert. Wer weiß denn, ob nicht gerade aus den Spannungen solcher Fragen der Funke springt, an dem sich neues religiöses Leben entzündet!

Zur Freiheit im Stoff gehört auch **Freiheit im Auswendiglernen.** Natürlich wird nach wie vor manches Schöne, was voll tiefen Gehaltes und leicht lernbar ist, memoriert werden, wenn nicht zu Hause, dann in der Stunde. (Das wird ja vielfach jetzt schon so gemacht, auch im Deutschunterricht mit Gedichten, die eine besondere Klangpflege brauchen.) Wer aber darüber hinaus sein Herz an den Memorierstoff hängt, wer auch künftig noch heilige geheimnisreiche Worte, die einst als tiefernstes Bekenntnis nur mit ehrfürchtiger Scheu gesprochen wurden, herunterleiern läßt, Stunde für Stunde 10 Minuten lang, Montag den 1., Dienstag den 2., Mittwoch den 3. Artikel — der ist von unserem Betriebsnebel so gefährlich eingesponnen, daß er zur Ausübung seines hohen und freien Berufes unfähig geworden ist.

Darum fordern wir auch **Freiheit von nachprüfender Aufsicht,** logischerweise auch von jeder Prüfung. Natürlich könnte man manches mit innerer Berechtigung prüfen und zensieren, Kirchen- und Religionsgeschichte z. B. Das mag getrost geschehen, hier kann man ja, wenn's durchaus nötig scheint, im gewohnten Betriebe bleiben, kann Aufsätze machen, den häuslichen Fleiß tadeln, allerlei Übungsarbeiten aufgeben usw. Aber den eigentlichen Religionsunterricht muß man mit all dem Zwange verschonen. Geeignete Persönlichkeiten erzwingen sich den nötigen Ernst ohne besondere Mittel. In einem guten Konfirmandenunterricht wird weder zensiert noch gestraft. — Den Aufsichtsbeamten müssen natürlich auch die Religionsstunden offenstehen. Feinfühlige Menschen werden es aber vermeiden, dort mehr zu stören, als zum Kennenlernen des Lehrers unbedingt nötig ist. Sie werden daher in der Hauptsache **zuhören** und bei ihrem Urteil nicht vergessen, daß ihre Gegenwart trotz aller Zurückhaltung einen Druck ausübt, der die empfindlichen seelischen Vorgänge nicht zu seiner Wirkung kommen läßt.

Die Notwendigkeit der hingebenden Haltung des Schülers zum Lehrer (unsere dritte Grundbedingung) ist in den meisten Fällen anfangs ohne weiteres erfüllt. Unfreundlichkeit und Ungerechtigkeit können das Vertrauen natürlich rasch verwirtschaften. Ein ungeliebter Lehrer bleibt ungehört. Niebergall sagte, es sei nicht so wichtig, im Unterricht Jesu Sinn richtig zu behandeln, als die Kinder dabei im Sinne Jesu zu behandeln. „Der kindliche Trieb zu idealisieren und auf unserer Schulter zu den Höhen der

Digitized by Google

idealen Welt aufzusteigen, darf keine allzu großen Schwierigkeiten zu überwinden finden." So erhebt sich auch hier noch einmal die Forderung, daß der Religionsunterricht nicht schematisch jedem Lehrer überwiesen werden darf.

Dabei sprechen wir schon von der Eindringlichkeit unserer Rede, die ja zu unseren Taten in möglichst geringem Widerspruch stehen soll. Um Einzelheiten des Lehrverfahrens kann hier natürlich nicht verhandelt werden. Eins aber muß ich hervorheben: die Unerläßlichkeit des Moralunterrichts, der in diesem Zusammenhange wohl nicht abschrecken wird. Ich behaupte: wo es je guten Religionsunterricht gab, war der Lehrer auch moralpädagogisch tätig, ja quantitativ reichlicher als religiöspädagogisch. Religiöse Beeinflussung im engsten Sinne ist das Vorrecht weniger glücklicher Stunden. Die übrige Zeit muß Kleinarbeit leisten, muß anwenden, Beispiele aus dem Leben durchdenken, Ratschläge zu geben suchen, Entschlüsse reifen lassen. Das ist Moralunterricht. Ein übel klingendes Wort, wenn man an eine der berüchtigten unpoetischen Geschichten mit angehängter Nutzanwendung denkt; aber ein notwendiger, höchst wertvoller Ton im Akkorde des Religionsunterrichts, wenn man ihn rechtzeitig und voll ausschwingend erklingen läßt. Nur durch ihn kommt der Religionsunterricht aus der Sphäre des rein Gefühlsmäßigen heraus und in die Willenssphäre hinein und an der Klippe der logischen Übungen vorbei. Nur mit ihm verweben wir das Leben der Kinder mit dem religiösen Einschlag, nur so werden wir in vollem Sinne eindringlich und bringen den Religionsunterricht zur eigentlichen Wirkung. Und das geht ohne üble Moralpredigt, ohne Nüchternheit und Langeweile; das kann voll höchster Lebendigkeit sein. Wir dürfen nur nicht bei blassen biblischen Erinnerungen und äußerlichen Vergleichen bleiben. Es muß das kindliche Leben selbst ernst und innerlich durchforscht, kindliche Konflikte müssen ausgewertet werden. Ein gemeinsames Ringen von Lehrer und Schülern, ein anund aufregendes Hindrängen zum Entschluß, eine wirklich anstrengende Arbeit, auf den Höhepunkten das höchstgespannte Willensleben, dessen eine Schulklasse fähig ist.

Das ist der Moralunterricht, den wir gar nicht entbehren können, den wir viel mehr als bisher pflegen müssen; Moralunterricht, aber auf religiöser Grundlage. Die Fragestellung: ob Religions- oder Moralunterricht? ist falsch, es kann sich nur um Religionsunterricht handeln, der seine schönste Wirkung in einer an Jesus orientierten Moral sucht. Ohne den geht es halt nun einmal nicht mehr, wir kennen ihn doch eben. Und wer Moralunterricht gibt, ohne die Herzensreinheit und das Vollkommenheitsideal Jesu vor Augen zu haben, nun, der hat sie vielleicht nur vergessen, sie beherrschen ihn aber unbewußt (auch der jüdische Religionslehrer hat heut oft christliche Leitsterne und weiß es nicht), oder, wenn er den Namen Jesus nicht nur verschweigt, sondern wirklich, ohne dieses Vorbild zu verwerten, unterrichtet, auch sonst keine tiefere Verpflichtung anruft, der verzichtet auf den stärksten Trieb und das lockendste Ziel. Jedenfalls bringt nichts so sicher wie die klare Idealgestalt Jesu in ihrer bedrückenden und erlösenden, hoheitsvollen und doch schlicht selbstverständlichen Reinheit das tiefe Erschrecken zustande, das die unerläßliche Vorbedingung eines ernsten Aufwärtsstrebens ist. Darum halten wir an der Forderung fest: die Moralerziehung muß ein Arbeitsgebiet des Religionsunterrichtes sein, allerdings eins, das künftig höher gewertet und gründlicher versorgt werden muß als bisher. Und da sie selbstverständlich der Schule übertragen werden muß — gibt es überhaupt eine vornehmere Aufgabe für das öffentliche Erziehungswesen? —, so muß natürlich auch der Religionsunterricht der Schule erhalten bleiben.

Auch zur Lösung dieser neuen Aufgaben braucht der Religionslehrer Freiwilligkeit und Freiheit in der Stoffwahl. Es ist klar, daß sich hier nur Richtungspunkte festlegen lassen, nicht geradlinige Lehrplanstraßen. Die Gewähr dafür, daß wir zum Ziele kommen, muß in den Persönlichkeiten der Lehrenden gesucht werden. Deren Auswahl und Ausbildung muß nach neuen Gesichtspunkten geschehen. Gibt man ihnen dann kleinere Klassen, vermeidet die vielbeklagten Verfrühungen und unterstellt ihnen auch die Jahrgänge zwischen Vierzehn und Achtzehn, dann werden sie die Richtigkeit ihrer anspruchsvoll erscheinenden Freiheitsforderungen beweisen können.

Arno Voigt (Miles) / Die Offiziere

Zwei Offiziersgestalten stehen vor meiner Erinnerung: der eine klemmte sich sein Monokel ein und warf dann Handgranaten, bis er mit seinem Bataillon den englischen Graben aufgerollt hatte; der andere hörte 500 Meter entfernt eine leichte Granate einschlagen und stürzte mit bleichem Gesicht in einen Unterstand, wo er der Bataillonsordonnanz zunächst drei Tage Arrest verpaßte, weil sie den Sanitäter, der ihm den Puls fühlen sollte, nicht schnell genug herbeiholte. Beides aktive Hauptleute; der erste ein Mann aus einer Familie mit alter Soldatentradition, schneidig, ruhig, nicht sehr begabt, aber allen Aufgaben gerecht werdend; der andere ein kleiner quecksilberiger Herr, ewig nervös, klug, aber jederzeit sich zurücksetzt fühlend, mit unglücklicher Hand in allen Situationen, darob verdrossen und stets grilliger Laune, für deren Abfangen ein kriegsstarkes Bataillon halbwegs genügende Aufnahme bot, mit anderen Worten: ein sogenanntes Miststück. Der erste griff nur ab und zu einmal disziplinarisch zu, ließ aber im allgemeinen gern fünfe gerade sein. Sein Bataillon war das „Verlaßbataillon"; so sagte der Regimentskommandeur, weil er ruhig atmen konnte, wenn jenes an brenzlicher Stelle stand. Der andere fauchte jederzeit überall herum wie eine wildgewordene Katze, beleidigte, demütigte, bis endlich einmal der Tag kam, an dem er auf Befehl der Division „erkrankte" und zum Ersatzbataillon versetzt wurde. Da aber war das Bataillon längst verstört und zermürbt. Es war also als bedeutsamer angesehen worden, einen aktiven Offizier auf seinem Posten zu „halten", als einer Truppe den Vorgesetzten zu geben, mit dem sie in bestmöglicher Weise ihren Posten halten konnte. Oder mit anderen Worten: eine immerhin bedeutsame Stelle war jahrelang einem Manne anvertraut worden, über dessen gänzliche Frontungeeignetheit sich der Regimentskommandeur genau so klar war wie der letzte Grenadier. Warum: aus pädagogisch-disziplinellen Gründen; denn kein Oberleutnant, Leutnant, Feldwebel, Unteroffizier oder Soldat sollte, durfte auf den Gedanken kommen, daß „der Vorgesetzte", „der Kommandeur" nicht auf seinen Posten passe, durfte das wenigstens offiziell nicht. Und aus Standesrücksichten: keiner unter 70 Millionen Deutschen durfte sich auch nur der leisesten Ahnung hingeben, daß ein aktiver Offizier auch nur im geringsten nicht ohne Tadel sei. Ihr meint, ein Säugling sei ein Prototyp zärtlichen Geschütztseins gegen jegliche von außen kommende Unbilde — der aktive Offizier ist oder war gegen Angriffe von außen (zu denen eine richtige Beurteilung leicht gehören kann) mehr geschützt als das Baby durch die Mutter. Ihn schützte die Exklusivität. Und so bekam jener Hauptmann, nachdem seine Feigheit und Niederträchtigkeit ihm endlich das Urteil gesprochen hatten, den höchsten Kriegsorden, den sein Landesherr zu vergeben hat, einen Orden, der so hochsteht, daß ein Unteroffizier oder Mann überhaupt gar nicht eine Tat begehen kann, die mit diesem Orden belohnt würde, denn er wird nur an Offiziere verliehen, weil die höchste Tat des gemeinen Mannes immer noch unter der einfachsten des Offiziers steht. Das wenigstens mag die Meinung des Stifters und des Protektors sein. Und es war die Meinung derselben Vorgesetzten, die den Unfähigen abfägten, daß er den Orden verdient habe, denn sonst hätten sie ihn doch nie dazu einreichen können ... genug, der Offizier bekam jenen Orden. Und auf dem Orden stehen die Worte: Virtuti in bello, auf deutsch: für mannhaftes Bewähren vor dem Feinde. —

Das Verhängnisvolle bei der Sache ist, daß der Schneid des einen Hauptmanns dem deutschen Volke nicht den Schaden aufwiegen kann, den die Jämmerlichkeit des anderen verursachte. Auch für das Offizierkorps nicht. Denn ein Übler verdirbt den Ruf zehn Tüchtigen. Unter diesem Zeichen steht heute die öffentliche Meinung über die Offiziere.

Woher kommt das ungünstige Urteil, das allgemein jetzt über die Offiziere herrscht? Auch Leute mit abgeklärtem Urteil und in reifen Jahren sprechen zuweilen in einem Ton, durch den Erbitterung klingt. Diesen Ton tragen sie natürlich in ihre Familien- und Bekanntenkreise, und da die Offiziere numerisch in großer Minderheit waren, herrscht in sehr, sehr weiten Kreisen gegen sie Mißstimmung, und die Stimmen, die sie verteidigen, werden leicht überhört.

Nun soll nichts beschönigt werden. Es hat Mißstände gegeben. Wir führten ja selbst soeben ein Beispiel an, wo ein Offizier, der noch dazu ein Angsthase war, seine Untergebenen seelisch mißhandelte, jahrelang und in dieser Zeit täglich. Unüberlegtes Bestrafen, Bevorzugungen der Burschen, Urlaubsgewährung

Digitized by Google

und -verweigerung, leicht hingeworfene Bemerkungen, die kränkend wirken; kühles, unnahbares Benehmen, vermeintliche Unfehlbarkeit und irrige Anschauung über das Wesen der Disziplin, verbunden mit einer starren Scheu, die Wirkung begangener Fehler aufzuheben, und über alledem eine Unantastbarkeit der Stellung, für die es weder in der Weltgeschichte noch in der Geschichte der sozialen Ideen ein auch nur annäherndes Beispiel gibt — — — all das mußte Abneigung hervorrufen. Hierzu kommen die großen Fehler, die in Verpflegungsfragen geschahen, die Unterschiedlichkeit, Bevorzugung, das (von außen so blendende) Kasino und über dem Ganzen ein ewiges Vertuschen und Verteidigen, das keinen Vorwurf aufkommen lassen will, und schließlich als Letztes und Höchstes das Sicheinhüllen in Standeswürde und Unnahbarkeit.

Diese Fehler wurden sowohl innerhalb der Armee begangen, als auch — und zwar in potenzierter Form — vom Forum herab. Mit welcher Entrüstung wiesen die Vertreter des Kriegsministeriums [illegible] zurück [illegible], d[illegible] mal Untersuchung und Abstellung zugesagt wurde. Wie aber geschah die Abstellung? Es wurde ein „Umlauf" herumgegeben, der auf die Ange[illegible] „Abstellung er[illegible]. [illegible]en Zettel unterschrieb jeder Offizier, zum Zeichen der Kenntnisnahme. Aber was von der Regierungstribüne gar beruhigend klang, das stellte sich im Bataillonsverband oft recht anders dar. Ein Beispiel (ich entnehme es der in solcher Beziehung nicht unergiebigen Figur jenes als zweiten Typus geschilderten Hauptmanns): im Reichstag werden Klagen darüber vorgebracht, daß Urlaub strafweise vorenthalten wird. Vertreter des Kriegsministeriums: „Diese Klage ist begründet. Urlaubsverweigerung als Strafe darf nicht sein. Jeder Soldat hat das natürliche Recht, wenn die militärischen Umstände es gestatten, jährlich mindestens einmal auf Urlaub zu gehen. Es wird, davon können die Herren überzeugt sein, streng darauf gesehen werden, daß Urlaubsverweigerung aus Strafgründen unter keinen Umständen mehr vorkommt." Der Interpellant trollt befriedigt von dannen. Aus dem Kriegsministerium Berlin geht eine Verfügung ab. Mittels des Gummistempels schließen sich die drei einzelstaatlichen Kriegsminister an. Auch unser Herr Hauptmann besieht den Umlauf und unterzeichnet ihn. Auf der Rückfahrt von Osten wagen es einige Soldaten, an einer Haltestelle aus dem 40 Mann fassenden Viehwagen zu klettern, um sich die in tagelangem Hocken klamm gewordenen Glieder ein wenig zu strecken — — wagen es, ohne daß der Herr Kommandeur das Aussteigesignal gegeben hat — — Ukas: bis Ende Mai (das bedeutet neun Wochen) ist für sie der Urlaub gesperrt. Unter den Sündern ist auch der Bursche des Herrn Hauptmanns. Der aber redet sich heraus, „er habe geglaubt, Herr Hauptmann habe gerufen" und kann auf Urlaub fahren, das drittemal in einem Jahre, nachdem er das zweitemal 14 Tage überfällig geblieben war, ohne irgendwie bestraft zu werden.

Allerdings gehörte immerhin eine gewisse Charakterstärke dazu, um sich von der Möglichkeit, die durch Dienststellung und Rang gegebene Gelegenheit des Überschießenlassens der eigenen Gewalt wahrzunehmen, zu enthalten. Denn diese Möglichkeit war eine so große, wie kein anderes gesellschaftliches Verhältnis sie aufweist. Allenfalls ist das des gänzlich unkontrollierbaren Lehrers der Seele des Schülers gegenüber hiermit vergleichbar. Aber wie frei ist ein Schüler im Verhältnis zu dem Soldaten, der den Vorgesetzten auf Schritt und Tritt spürt! Die Macht des Offiziers war grenzenlos, oder mußte vielmehr dem Untergebenen so erscheinen. Denn daß der Offizier selbst wieder Untergebener war und von oben genau so „getreten" wurde, blieb dem Soldaten fremd. Und tatsächlich befand sich ja der Offizier in einer geschützteren Stellung insofern, als für ihn immer Korpsrücksichten galten. Der Lanzer dagegen war ausschließlich „Objekt". Und es gibt im Militarismus keine Relation, kein Verhältnis, kein Etwas, das nicht in der Beziehung Vorgesetzter-Untergebener seine Ausdeutung fände. Ob der Soldat schießt, ob er einen Brief an seine Frau schreibt, ob er schläft, ob er ins Kino geht, ob er im Feldgottesdienst steht, ob er sich laust, ob er Karten spielt, ob er eine Zeitung liest, auf alles hat der Offizier seinen ganz bestimmten Einfluß. Und so bedeutete denn auch für den Lanzer die Sehnsucht nach dem Frieden vor allem einmal Loslösung aus diesem Sklaventum, das ihn mit gierigen Krakenarmen immer und überall umfing. Die wenigsten Soldaten wurden sich auf Urlaub überhaupt dessen bewußt, daß für sie die Todesgefahr eine Zeitlang ausgeschaltet war. Aber daß sie eine Flasche Branntwein kaufen konnten, ohne vorher den Leutnant um Erlaubnis fragen zu müssen —, daß sie einen Brief schreiben konnten, ohne profanes Öffnen durch den Zensor fürchten zu müssen —, daß sie hierhin, dorthin gehen konnten, ohne einem begegnenden Vorgesetzten wie ein Drehkreisel herunterschnurren zu müssen: „Soldat von der xten Kompagnie auf dem Wege von X nach Y" — all das machte die Soldaten in den vierzehn himmlischen Tagen zu Menschen. Und man möchte erstarren bei dem Gedanken, wieviel Ballast an Unmenschentum, an Unkultur diejenigen haben mit sich herumschleppen müssen, die 51 Monate lang ihren Leib den Granaten hinhielten. So wurde Erhabenes mit Sinnlosem gepaart. —

Und eine Stimmung wurde erzeugt, die diametral derjenigen entgegengesetzt ist, die die offizielle Stimmungsmache sich zum Ziele setzte. Der Lanzer aber greift das Nächstliegende auf, und so wird der Offizier zum Sündenbock. Denn das Vergleichen des eigenen Zustandes mit dem des anderen liegt nun einmal in der Natur des Menschen und somit auch das Richten. Der Lanzer siehet, was vor Augen ist. Er hat keine Ahnung, daß all der Ärger, den er über den Leutnant hat, in diesem wiederkehrt über den Stab, daß der Bataillonsstab sich über den Regimentsstab grämt, dieser über die Eigenheiten des Brigadiers, der Brigadier zum Divisionsgeneral im Verhältnis der unverstandenen Frau zu ihrem brutalen Mann steht, daß Exzellenz ein armer Hans ist vor dem Korpsführer, daß auf diesen der Armeeoberbefehlshaber drückt und daß sämtliche Oberbefehlshaber zittern vor — Ludendorff. Dabei ist sich der Lanzer des großen, großen Vorzugs, den er genießt, gar nicht bewußt: er ist der einzige, der seinem Groll unablässig durch Schimpfen ein Ventil schaffen kann, während die anderen hieran durch Standesrücksichten gehindert sind.

Man hört oft sagen, der unglückliche Ausgang des Krieges sei an der Minderschätzung der Offiziere schuld. Gewiß ist daran etwas richtig; denn Mißerfolg gibt Unrecht. Aber auch bei einem vollen Siege, wie ihn die Offiziere, die nicht den Ehrenrat streifen mochten, besprachen, wäre viel Verdrossenheit aus dem feldgrauen Kleid ins Zivil umgesteckt worden. Mein Neffe bekam am heiligen Abend ein wundervolles Scherzspiel: ein Kästchen, von dem man den oberen Deckel aufmacht; dann springt an einer Spirale ein Puppenscheusälchen heraus. Ob Sieg, ob Niederlage — der Deckel wird weggeschoben, und die jahrelang eingedrückte Sprungfeder macht sich Luft. Da sieht man die Fratze. Wild rumort sie umher, denn sie hat zu lange in ohnmächtigem Grimm unter der Klappe kuschen müssen. Der Ärger über die Vorgesetzten nahm in der Psyche des Soldaten so viel Raum weg wie Sorgen um Leben und Sterben, um die Angehörigen, um die Zukunft zusammen. Dazu kommt noch, daß Menschen zueinander gar nicht in einem Dienstverhältnis zu stehen brauchen, um sich aneinander aufzureiben. Der Alltag, dieses fürchterliche Untier, nimmt sie in seine Tatze und quetscht und preßt an ihnen herum, daß sie stöhnen. In täglichen Sorgen, Eifersüchteleien, Unwilligkeiten und Verdrießlichkeiten reibt man sich gegenseitig auf. Die zärtlichste Ehe wird faltig, rissig, und ist doch die Herrschaft, die ein Ehemann über die Frau oder gar diese über den lieben Mann ausübt, an Intensität und Durchführungsmitteln nicht zu vergleichen mit dem Regiment, das der Offizier in den Händen hat! Es gibt Menschen, die deshalb nicht heiraten, weil sie sich vor der Gewohnheit fürchten, die mit rauher Hand den feinen Schmelz von der Seele reibt. Für solche Keuschheitsgedanken hat das Militär kein Organ. Was du ißt, was du trinkst, was du liest, alles wissen die anderen. Was du niederschreibst, reißt der Zensor an sich; du gehst sinnend deinen Weg, die anderen spotten; du bist ernst, den anderen steht der Sinn nach Zoten und du mußt teilnehmen, weil die Masse regiert. Der Militarismus ist der Feind von allem Esoterischen. So kommt es, daß der Soldat dem Soldaten Feind wird. Tatsächlich hörte man an der Front auch fast den ganzen Tag Streiten, Zanken und Keifen, und wenn es nicht Kriegsberichterstatter gegeben hätte, die die allbeliebte Puppe immer wieder aufbliesen — so hätte von dem in Kameradschaftlichkeit für den andern aufgehenden Soldaten längst kein Mensch mehr gehört. Nirgends wie im Felde gab es so viel kleinen Eigentumsstreit, nirgends ein solches gegenseitiges Hinauswimmeln nach dem Grundsatz: den Jüngsten beißen die Hunde!

Wenn solche Verhältnisse die Normalbasis darstellen, so braucht man nur noch jene oben erwähnten Ungeschicklichkeiten und die erdrückende Vormachtstellung der Offiziere hinzuzuaddieren, um auf die Stimmung zu kommen, die ihnen gegenüber in vielen Lanzergemütern Platz greifen mußte. Wenn der Lanzer auch nicht gerade einen Bedrücker im Offizier sah, so fühlte er sich doch bedrückt im Vergleich zu ihm. Das alte System ahnte nichts davon, daß es sich leichter marschiert, wenn man Ziel und Strecke kennt, es befahl: Antreten! und es befahl: Ha—a—alt! Das alte System kannte keine handelnden Subjekte, es „behandelte", und die Hand, deren es sich bediente, war der Offizier.

Diese Hand war meist rauh wie der Krieg. Vom Offizier wurde das Schwerste verlangt, und nicht immer wurden ihm die Wege besonders geebnet. Der typische Frontoffizier ist der Kompagnieführer. Wenn der Lanzer, der sich über ihn so oft ärgern mußte, geahnt hätte, welch armer Max solch ein Führer oft war! Keine Veränderung in der Kommandiertenliste durfte der Kompagnieführer selbständig vornehmen; nicht durfte er den Dienst länger ausdehnen, wenn eine Sache nicht klappte, nicht zeitiger beenden zur Belohnung für gute Leistung. Der Kriegsminister v. Stein bedauerte einmal im Reichstag in seiner sentimentalen Weise, daß der alte Kompagniechef, der immer, wie ein treuer Schäferhund um seine Herde kreist, um die Kompagnie herumgeritten sei, nicht mehr existiere. In der Tat, er existierte nicht

Digitized by Google

mehr, der Herr der Kompagnie, der in ruhiger, ungestörter Arbeit an seiner Truppe schaffen und aufbauen konnte. „Die Herren sind zu jung," hieß es eben immer. Da zwang man sie, Dienstanzeigen einzureichen, gab sie ihnen drei-, viermal zurück, haderte am andern Tag an ihrem Exerzieren herum, ganz krank und frei vor den Lanzern, strich ihre Auszeichnungsvorschläge, schob in die mühsam und mit peinlichster Überlegung aufgestellten Urlaubslisten „Kommandierte" ein, die auf einmal von Gott weiß woher erschienen, verbot zu vertraulichen Verkehr mit den Untergebenen, half der Erziehung durch das — Kasino nach, hielt sie Stunde für Stunde in Atem und ließ sie nur dann allein mit ihren Leuten, ihrer Verantwortung und ihrer Qual, wenn die feindlichen Granaten wie Hagelschloßen prasselten. Danach aber kam eine Aufstellung, Dankesansprache (womöglich gar durch einen hierin sein Betätigungsfeld findenden Fürstensohn), ein Orden, Erholung — und während dieser entdeckte man wieder den „zu jungen" Herrn, von dem der alte, eigentliche Kompagniechef, der um seine Kompagnie wie ein treuer Schäferhund um die Herde herumgeritten war, so beruhigend abstach. . . .

Diese Diskrepanz, die in der Leistung lag und in der Qualifikation für die bloße Vorbereitung der Leistung, war wohl das Schwerste, was der gewöhnliche Frontoffizier zu ertragen hatte. Wie oft hörte man den Seufzer: „Wenn ich mit meiner Kompagnie nur erst wieder vorn wäre!" Es gab also etwas, das schwerer zu ertragen war als Bluten und Sterben. Und doch hat's auch hierin der Offizier nicht leicht gehabt. Im Gefecht hatte der Offizier das Potenzierte von dem zu ertragen, was der einzelne Lanzer durchmachte. Von Schutt und Qualm, von Pulver und Schlamm merkte der Offizier weniger, weil sich seine Gedanken auf die Möglichkeit des feindlichen Angriffs konzentrieren mußten und auf die Qual: wie begegne ich ihm mit meinen dreiundzwanzig Gewehren? Der Soldat, der seine Wache abgeschraubt hat, wirft sich hin, denn er hat nun nichts mehr zu verantworten. Der Offizier rechnet, wie er es nur zwingen soll mit den paar Leuten, muß Meldungen, Skizzen machen, Befehlen gerecht werden, die ihm alles durchkreuzen, muß 600 Meter übersehen und jeder Stelle den Druck seines schaffenden, sorgenden Fingers auflegen, muß jederzeit alles an der Schnur haben und darf nie ruhen, dieses arme perpetuum mobile. Denn: Meister muß sich immer plagen.

Von all diesen Plagen aber ahnt der Lanzer nichts. Er sieht nur das gute Quartier, das der Offizier in der Ruhezeit hat, die Flasche Wein, die auf seinem Tisch steht und — die vielen Sünden, die die Leutnants, in denen die Lebenslust nun einmal nicht tot zu machen ist, in 51 Monaten begehen. Fehler des Nächsten zu sehen, ist nun einmal menschlich. Wie könnte da der Lanzer gar die unzähligen Mühen erkennen, die der Offizier bei der Abwehr von Unangenehmem oder gar Bösem von seinen Leuten hat, und mit denen die Hälfte seiner Arbeitszeit ausgefüllt wird? Es ist ein Dornenmal, das diese Arbeit im Negativen um den Offizier zieht und von dem noch in keines Soldatenrats Sitzung auch nur mit einem einzigen Worte Erwähnung geschah.

Genug: für den Offizier gilt das Wort: Iudicatus es — damnatus es. Man braucht nur in einem Eisenbahnabteil zu fahren, um die schweren Urteile, die die Zivilkreise von den zurückgekehrten Soldaten aufgenommen haben, zu hören. Selbst die zarte Weiblichkeit ist nicht immer zurückhaltend, und man fragt sich nur, was für Monstra sind diese Offiziere gewesen, die auf der einen Seite lauter — negative Charaktereigenschaften aufwiesen, auf der anderen mit den zu Winzigkeiten zusammengeschrumpften Truppenkörpern Tankangriffe abschlugen. Und man fragt sich: was war denn nun eigentlich die Hauptsache: ob der Offizier einmal nach Brüssel fuhr und eine Flasche Schaumwein trank, vielleicht gar in Gesellschaft einer Tochter der Freude, oder ob er 1914 den Graben hielt, 1915 den Gasangriff abschlug, 1916 an der Somme standhielt, 1917 in der flutenden Erde Flanderns immer wieder oben drauf war und 1918 die feindlichen Tanks mit geballten Ladungen in Atome sprengte? Als er dann seine unbesiegte Truppe auf Befehl der Regierung der Grenze zuführte, fanden daheimkämpfende Zivilisten, daß er seine Sache nicht gut gemacht habe, befahlen die Gründung von Soldatenräten, nahmen ihm die Autorität und suchten, suchten, suchten danach: wie können wir den Offizier herabsetzen?

Da geschah etwas, dessen sich das deutsche Volk ewig wird schämen müssen: der unbesiegte Offizier wurde entwaffnet, nicht vom Feinde, nicht etwa auf Verlangen der Waffenstillstandskommission der Entente, sondern von den eigenen Landsleuten, von denen, denen er mit seinem Blute den Feind vom Halse gehalten hatte. Das Weib wird entehrt — der Offizier wird entwaffnet. Beide sind sich dann insofern gleich, als das Palladium, das Heilige von ihnen herabgerissen worden ist. Wer ein Weib mit Gewalt entehrt, fliegt ins Zuchthaus (bzw. er wird dann wieder daraus freigelassen, weil die Gesellschaft an ihm sündigte.) Wer den Schützer der Heimat entwaffnet, sitzt in der Regierung. So steht die Sache heute.

Und nun geschah etwas, was fast noch schlimmer ist als diese Entwaffnung: der Offizier fügte sich, fügte sich ohne Einspruch, und es waren vor allem die Aktiven, die mit „gutem Beispiel" vorangingen.

Das Bild des aktiven Offiziers ist zu bekannt, als daß es hier besonders beschrieben werden müßte. Wenn ich mir je vorgestellt hätte, daß mein Hauptmann, der mich zum Soldaten ausbildete, und der beim Nennen meines Namens merkwürdigerweise immer „Ach Gott" hinzusetzte, daß dieser stets untadelhaft angezogene Soldat, der Schneid, Würde und Abwehr vom profanum volgus war und nichts als dieses Dreies, wenn ich mir vorstelle, daß dieser Mann nach 4 Jahren, in denen er das Eigentlichste seines Wesens in glänzendster und der Allgemeinheit förderlichster Weise betätigt hat, jetzt durch die Straßen der Heimat ohne Seitenwaffe herumgeht — genau so wie ein freigelassener Gefangener —, dann weiß ich nicht, was in mein Hirn einzuordnen mir schwerer fällt: die Niedrigkeit der Gesinnung derer, die solches aus dem Wust ihrer Macht anordneten, oder das Kuschen eines alten Hauptmanns, das ganz, ganz glanzlose Resignieren auf eine eigene, durch jahrzehntelange Arbeit erworbene, durch Blut und Leid erhärtete Würde!

Aber dieses Zusammenknicken der Offiziere steht nur scheinbar mit ihrem früheren Selbstbewußtsein im Widerspruch. Auffällig war immer nur das Relief. Der Hintergrund hierzu aber war eine lückenlose Übereinstimmung mit der jeweiligen Regierungsmaschine oder wenigstens das „dehors" einer solchen Übereinstimmung. Nicht als ob der einzelne nicht ab und zu Gegner einer Regierung gewesen wäre, der Offizier jedenfalls hatte sich als solcher keinen Unmut anmerken zu lassen. Das lag bei ihm so in der Übung, daß diese dem neuen System als Morgengabe gebracht wurde. Die Unabhängigen müssen zwar aus Propagandagründen immer wieder auf die der Revolution von den Offizieren drohenden Gefahren hinweisen; innerlich aber sind sie über das Staunen, daß sie von dieser Seite keinen, aber auch gar keinen Widerstand gefunden haben, noch immer nicht hinaus. Diese Passivität der Offiziere erklärt sich zunächst einmal aus dem Gegenpol zu ihrer bisherigen gesellschaftlichen Vorzugsstellung: aus ihrer persönlichen Zurückhaltung. Der Offizier nahm gesellschaftliche Höchsteinschätzung mit Selbstverständlichkeit hin, im persönlichen Verkehr aber war er der zurückhaltendste Mensch und z. B. ganz das Gegenteil von dem sich geltend machenden Kaufmann. Kam es je zu einer öffentlichen Differenz, so wurde der Offizier vom Korps unbedingt in Schutz genommen dem Publikum gegenüber. Welche Ermahnungen, Rügen, Warnungen und Verweise aber der der öffentlichen Antastbarkeit Entzogene von seinem Kommandeur hinnehmen mußte, wenn er darauf vor diesem mit angezogenen Hacken und dem Helm in der Hand dastand, davon erfuhr das Zivil nichts. Kein Skandal! Das war ein Hauptgebot. Und um es zu beherzigen, begab sich das Offizierkorps in Exklusivität. Diese bedeutete in soziologischer Hinsicht ein Moment der Demut. Aber nichts hat den Offizieren so geschadet wie dieses Sichselbstausschließen. Nicht nur, daß es ihnen gar nicht als Demut, sondern vielmehr als Hochmut angerechnet wurde — es führte auch zu einer verhängnisvollen Vereinsamung und somit zu einem Mangel an Orientierung.

Das merkten die Offiziere zum ersten Male, als infolge der Anforderungen des Krieges das Reserveoffizierkorps eine andere Struktur annahm. Bei Kriegsausbruch zeigte sich die fast nur mit einem sehr schlimmen Attribut zu bezeichnende Gepflogenheit des alten Militarismus, daß er bei der Ausdehnung des Reserveoffizierkorps nur an Ebenmäßigkeit mit der gesellschaftlichen Stellung und Anschauung der aktiven Herren gedacht hatte und nicht an die Notwendigkeit des Krieges. Es gab viel zu wenig Offiziere des Beurlaubtenstandes. Warum? Weil die aktiven Offiziere sich viel mehr Sorge darüber gemacht hatten, welchen Einjährigen sie den Weg zum Leutnant d. Res. verlegen müßten (sei es weil er Geschäftsmann war, oder weil seine Schwester mit einem Israeliten verehelicht war oder weil sein Vater Röllchen trug) als sie sich um Heranbildung einer möglichst großen Zahl tüchtiger Reservekräfte bemühten. Denn der Neuzugenommene mußte auch in das System passen. So wurde der denkbar strengste und denkbar kleinlichste Maßstab angelegt. Fast nur Juristen wurden zur Wahl gestellt, und wenn wirklich einmal ein Kaufmann mit durchschlüpfte, so brauchte man unter seiner Verwandtschaft nicht weit nach dem Geh. Kommerzienrat zu suchen.

Im Krieg wurde das anders. Die Offiziere wurden rasch verbraucht, da mußte man schon schneller zugreifen. Zwar gab es immer noch genügend Kriterien. So ist der Fragebogen, den der Übungskursus Sennelager zur Beantwortung an den Polizeiwachtmeister der Heimat des Aspiranten zu schicken pflegte, in seiner Art ein Kunstwerk, und uns ist ein Regiment bekannt, wo man jedem Volksschullehrer prinzipiell Schwierigkeiten machte — aber im allgemeinen entschieden nicht mehr Ledertafel oder Konfession des Schwagers, auch nicht mehr die Röllchen, sondern die Leistung vor dem Feind. Und wer auf Grund tüchtiger Leistung im Gefecht Reserveoffizier wurde, war Kriegsleutnant und hatte in den Augen der aktiven Offiziere meist dasselbe Disagio wie alles, was mit dieser Vorbezeichnung angesprochen wurde, in der

Digitized by Google

wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Welt. Das war zwar unlogisch, aber das System bestand und wollte es so.

Denn der aktive Offizier war der vornehmste Typus der Unbelehrbarkeit. Wenn er schon mit Menschen in Berührung kam, mußten diese sich ihm anschließen. Er hatte in dieser Beziehung eine gewisse Ähnlichkeit mit der römischen Kirche, nur daß er nicht so klug vorging wie diese. Denn diese stellt sich oft intolerant, schmiegt sich aber an. Der Offizier dachte hieran gar nicht. Wie die Neunzehn-, Zwanzigjährigen ihm in der Kaserne gehorchen mußten, so hatten sich die Soldaten ihm auch im Felde zu unterstellen. Weil hier aber 30-, 40jährige darunter waren und leider oft auch Leute, die schrecklich viel gelesen hatten, so suchte man nachzuhelfen. Da schuf der Gewaltige in Abteilung III b den Unterrichts- und Aufklärungsoffizier.

Die Bedeutung dieser Einrichtung zu würdigen, müßte einem besonderen Artikel zugewiesen werden. Aber schon in diesem Rahmen kann man sagen, daß sie die größte Farce war, die in allen Armeen der Welt je vorgekommen ist. Sie hatte den Zweck, Menschen die Erkenntnisse von jahrzehntelangen Mühen zu nehmen, sie umzubilden, sie zu rekonstruieren, damit sie wieder Neunzehn-, Zwanzigjährige würden, die sich modeln und kneten ließen, bis sie dieselbe politische Meinung hätten wie die aktiven Offiziere.

Über die politische Meinung des Offiziers ist bald das letzte Wort gesprochen. Er ist konservativ, und zwar, wie Franz Oppenheimer in diesen Blättern einmal treffend ausführte, unpolitisch konservativ „— — schon einer, der liberal gesinnt ist, sollte nicht zur Wahl gestellt werden," sagte uns einmal ein tüchtiger Degen. Das trifft den Kern. Der Offizier hat sich der obersten Leitung einfach zur Verfügung zu stellen, dafür gibt sie ihm Glanz und Ehre und hüllt ihn gegen äußeren Wind in die warmen Tücher ihres Schutzes. Es sei denn, daß ein Offizier etwas ganz Schlimmes beging — — sonst wurde er stets „gehalten"; denn er war ja Stütze der Gesellschaft, an der diese schon aus pädagogischen Gründen nicht irre werden durfte. Er stand im Glasschrank, geschützt, verhätschelt, abgeschlossen, und man forderte, daß die Beschauer ihn bewunderten. Für all diese Zärtlichkeit aber mußte er dankbar sein: er mußte politisch indifferent, sozusagen apolitisch sein. Das ging Jahrzehnte lang gut. Als aber der Glasschrank eingeschlagen wurde, sah man keine Nippsfigur mehr, sondern den Greis mit dem bekannten Namen — —.

Denn jetzt rächte sich die ewig so hochgepriesene Enthaltung von der Politik. Die Welt war weitergegangen, der aktive Offizier war stehengeblieben in Selbstgenügsamkeit. Er hatte gekämpft und geblutet, und jetzt ließ er sich entwaffnen und an die Ehre tasten. Und so herrliche Früchte hatte seine Zurückhaltung von der Politik, vom profanum volgus getragen, daß er nunmehr geradezu ein Prototyp von Unbeholfenheit bot. Welchen moralischen Gegenstoß hätten in Friedenszeit z. B. die Bergarbeiter, die Metallarbeiter in der Öffentlichkeit geführt, wenn ihnen aus Arbeitgeberkreisen auch nur der hundertste Teil der Demütigung, der (hier wörtlich zu verstehenden) Niedertracht, d. h. des Trachtens, sie nach unten zu drücken, entgegengestellt worden wäre, die die Arbeiter- und die einheimischen Soldatenräte den Offizieren hinhalten! Wie hätten sie ins Land gerufen und wie wären allenthalben die Geister aufgestanden gegen solche Unterdrückung, Arbeiter, Private, Kommerzielle, Gelehrte — — —!

Die Offiziere aber — sie legen die Waffen ab und diejenigen, die draußen die Unentwegtesten, die „militärischsten" waren, tun es zuerst. Nur solche gehen noch mit ihrer Seitenwaffe herum, die draußen sich „unmilitärisch" benommen. Manchmal tun dies auch ganze Regimenter, nachdem sie mit Niederlegung der Arbeit gedroht haben, und sie tun recht daran. Denn die Waffe gehört zum Soldaten. Waren sie euch gut genug, 51 Monate im Granatregen zu stehen, so laßt sie ihr Seitengewehr auch hier in der Heimat tragen. Daß sie damit keinen Putsch machen, weiß jeder, der im Felde war; denn mit dem bloßen Seitengewehr in der Hand hat noch keiner gekämpft. Daß Herr Ledebour, daß Herr Radek das weiß, ist nicht zu verlangen. Daß Männer, die sich von einem zehnfach überlegenen Feind nicht haben unterkriegen lassen, vor Herrn Ledebour und vor dem Geist vom Geiste des Herrn Radek die Wehr strecken, ist — militärisch.

Hans Maier / „Kinderreiche Familien"

Der enge Zusammenhang zwischen Wohnfrage und Volksgesundheit bedarf keiner längeren Darstellung. Mit steigendem Eifer haben sich neuerdings die Wohnungsreformvereine und in einzelnen Landesteilen in Verbindung mit ihnen die Landesversicherungsanstalten der kinderreichen Familien angenommen. Mietzuschüsse, Staatsprämien für eine zahlreiche Nachkommenschaft, zum mindesten Steuer- und Schulgelderleichterungen sind Forderungen, denen wir in den Schriften von Steuerpolitikern, Volkswirtschaftlern, in der Presse und in Zeitschriften fast täglich begegnen. Aber doch besteht über die Wirtschafts- und Wohnverhältnisse kinderreicher Familien noch keine Klarheit. Ist das Einkommen höher, weil heranwachsende Kinder mitverdienen, oder sind nur die Ausgaben bei den zahlreichen Familienmitgliedern gewachsen, während die Einnahmen aus dem Arbeitsverdienst des Vaters die gleichen geblieben, ob er zwei oder zehn Kinder zu ernähren hat? Müssen bei dem Kinderreichtum die Ausgaben für Ernährung oder für Wohnung eingeschränkt werden? Grundlegende Fragen, auf die eine einheitliche Antwort bis heute noch nicht gegeben ist. Um die Fürsorge für kinderreiche Familien wirksam zu gestalten, sind statistische Feststellungen erforderlich, die bisher nur in sehr beschränktem Maße vorliegen. Drei Schriften der letzten Zeit geben wertvolle Aufschlüsse über die sozialen, wirtschaftlichen und Wohnungsverhältnisse kinderreicher Familien, nämlich: Baum, „Wohnweise kinderreicher Familien in Düsseldorf Stadt und Land" (Berlin, Heymann 1917); Kampffmeyer, „Die Wohnungsverhältnisse kinderreicher Familien in deutschen Städten" (Karlsruhe, Braun 1918); Bernays-Schott, „Kinderreiche Familien in Mannheim und ihre Wohnungen" (Karlsruhe 1918). Die Untersuchungen umfassen nur ein Teil der kinderreichen Familien, und zwar in Mannheim und in den anderen badischen Städten, Haushaltungen mit vier und mehr Kindern mit einer Einkommensgrenze bis zu 2400 M., in Freiburg und Düsseldorf von fünf Kindern an, in Freiburg bis zu einer Einkommensgrenze von 3000 M. Es sind etwa 1/10 aller kinderreichen Familien besucht worden, in Mannheim bei den Haushaltungen von 7 bis 10 Personen 1/6, in Düsseldorf durchschnittlich 1/3. Die Feststellung der kinderreichen Familien erfolgte in Düsseldorf auf Grund der Meldungen der Kriegsfürsorge. Die Ergebnisse sind dort infolgedessen besser, als es dem Durchschnitt der tatsächlichen Verhältnisse entspricht, weil gerade die dienstunbrauchbaren Familienhäupter, bei denen Not und Krankheit recht stark auftreten, nicht mitberücksichtigt wurden. Unsere Haushaltungszählungen erfolgen nach der Kopfzahl der Einwohner, nicht nach der Kinderzahl; die steigende Kopfzahl entspricht aber einer steigenden Kindermenge, wie in Mannheim eingehend festgestellt wurde. Durchschnittlich läßt sich errechnen, daß bei einem Wachsen des Haushalts um drei Personen zwei Familienkinder darunter sind. Erst bei elf Personen und mehr ist der Anteil der Kinder geringer, weil es sich hier vielfach um gewerbliche Vermietungen handelt. Nach der Düsseldorfer Feststellung sind auf Großhaushaltungen 14 v. H. Eltern, 82 v. H. Kinder, 2,7 v. H. Verwandte und 1,2 v. H. Fremde zu rechnen. In kinderreichen Familien wird entgegen der üblichen Annahme wenig an Schlaf- oder Kostgänger vermietet. Der Altersaufbau ergibt, daß bei 50 v. H. der Sechskinder-Familien der Abstand zwischen dem Ältesten und dem Jüngsten sechs bis zwölf Jahre beträgt, bei Vorhandensein von sieben Kindern zwölf bis achtzehn Jahre, immerhin verbleibt bei fast 28 v. H. der Familien mit vier Kinder der Altersabstand unter sechs Jahren, in 27 Familien mit fünf Kindern und in zwei Familien bei sechs Kindern! Die richtigen Orgelpfeifen-Familien sind also gar nicht so selten.

Im elterlichen Hause bleiben die Kinder meist nur bis zum 14. Jahre; dies erweist ein Vergleich der Düsseldorfer und Mannheimer Zahlen. Denn in Düsseldorf sind 84 v. H. der Kinder innerhalb der Haushaltungen unter 14 Jahre alt, während die Mannheimer Feststellung 25 v. H. Kinder unter 14 Jahren zählt, die zu kinderreichen Familien gehören, während 75 v. H. der teils im und teils außer dem Hause befindlichen Kinder über 14 Jahre alt sind. Die Erwerbstätigkeit der Mütter fällt von durchschnittlich 30 v. H. bei fünf Kindern bis zu 18,5 v. H. bei neun und mehr Kindern. Sie ist in größeren Städten wie Mannheim und Freiburg geringer als in den kleineren Orten Lahr und Heidelberg, eine zweifellos auffällige Erscheinung, die sich nur dadurch erklären läßt, daß in diesen Mittelstädten viel Heimarbeit getrieben wird. Für die Erwerbstätigkeit der Frau fällt nur das Alter des ersten Kindes, nicht das des jüngsten ins Gewicht. Sie nimmt zu bis

Digitized by Google

zum Schulentlassungsalter dieses Kindes und sinkt von da an wieder. Wir können daraus schließen, daß das heranwachsende Schulkind zur Beaufsichtigung der jüngeren Geschwister mehr und mehr herangezogen wird, daß aber der Verdienst der Schulentlassenen allmählich höher als jener der Mutter wird und ihr die Rückkehr in den Haushalt und die Befreiung der ältesten Kinder von hauswirtschaftlichen Pflichten zugunsten der Erwerbsarbeit wirtschaftlich erscheinen läßt. Leider sind in den Erhebungen Feststellungen über den Verdienstanteil der Kinder nicht getroffen.

Das traurigste Kapitel der badischen Statistik behandelt die Kindersterblichkeit. In mehr als der Hälfte der Familien ist vor Erreichung des 14. Lebensjahres mindestens ein Kind dahingeschieden, die meisten im Säuglingsalter. Hier erhellt, daß die Stadt mit den ungünstigen Wohnverhältnissen, Heidelberg, auch die größte Säuglingssterblichkeit aufweist.

Der Hauptteil aller Untersuchungen ist der Wohnungsfrage gewidmet. Die berüchtigten, häufig von Berlin behaupteten Zustände, daß in einem Zimmer mehr als 6—10 Personen hausen, finden sich in Westdeutschland anscheinend nicht. Der Fall, daß eine kinderreiche Familie nur einen einzigen Raum bewohnt, war nur einmal in Heidelberg festzustellen, drei und vier Räume stehen den meisten Familien zur Verfügung. Mit Ausnahme des Städtchens Schopfheim entfallen in vier badischen Städten 80 bis 90 v. H. der Familien auf drei bis vierräumige Wohnungen, in Mannheim 72 v. H., in Düsseldorf 67 v. H. In Mannheim ist die Zahl niedriger, weil dort einer größeren Zahl von Familien mehr Raum zur Verfügung steht, schlechter sind die Verhältnisse in Düsseldorf. In allen Wohnungen sind die Küchen mitgezählt, eine sehr berechtigte Zählungsmethode, da erfahrungsgemäß die Küchen in minderbemittelten Familien auch als Wohnräume dienen. Im übrigen wächst die Zahl der Schlafräume nicht entsprechend der Zunahme der zur Verfügung stehenden Zimmer, so daß das Vorhandensein einer größeren Zahl von Räumen in ländlichen Städtchen noch kein besseres und luftigeres Wohnen bedeuten muß. (Auf die Familien in Schopfheim 2,31 Schlafräume bei 4,71 Räumen, in Freiburg 2,55 Schlafräume bei 4,17 Räumen.) Auf einen Schlafraum entfallen 2,84 (Schopfheim) Personen bis 3,7 (Düsseldorf). Im Sinne der Wohnungsverordnung (10 Raummtr. Luftraum) sind in Karlsruhe und Heidelberg fast die Hälfte, in Freiburg, Bruchsal ein Drittel der Wohnungen überfüllt, in Düsseldorf angeblich nur 8,5 v. H. Diese günstigere Zahl beruht aber darauf, daß für Kinder unter 14 Jahren in Düsseldorf nur 5 Raummtr., für Säuglinge gar kein Luftraum vorgeschrieben ist. Die Geschlechtertrennung ist durchschnittlich in 1/6 bis 1/5, in Düsseldorf in der Hälfte der Wohnungen nicht ordnungsgemäß durchgeführt. Ein Mangel an Betten tritt überall zutage. Auf ein Bett entfallen ohne die fremden Schlafgänger von 1,39 Personen in Freiburg bis zu 1,94 in Düsseldorf. Jedenfalls zeigt sich die unzureichende Ausstattung der Wohnungen mit Betten in Stadt und Land gleichermaßen. Im allgemeinen sind die Männer hinsichtlich der alleinigen Bettbenutzung besser gestellt als die Frauen. Mangel an Raum hindert in vielen Fällen die Aufstellung der nötigen Bettzahl. Durch Gärten sind die ländlichen Wohnungen ausreichender ergänzt, als die städtischen, obwohl eine Stadt wie Freiburg fast bei einem Viertel kinderreicher Familien Gartenbenutzung aufweist. In etwa 17 v. H. der Fälle erwies sich der bauliche Zustand der Wohnungen als mangelhaft, unsauberer Haushalt und unzureichende Haushaltspflege waren bei einem Zehntel zu beobachten. Feuchtigkeit ist die Hauptklage der Hausbewohner, diese scheint jedoch nach den Ermittlungen weniger auf ungenügende Bauart als auf unsachgemäße Benutzung und Haltung der Wohnung zurückzuführen zu sein. So werden vorhandene Waschküchen kaum benutzt, aus Kohlenersparnisgründen dient die Küche als Waschraum.

Untersuchungen über das Verhältnis des Mietpreises zum Einkommen liegen leider nur in Düsseldorf vor. Hier ergibt sich, daß in der Innenstadt 25 v. H. unter 15 v. H. des Einkommens als Miete ausgeben, 37 v. H. 15 bis 20 v. H. des Einkommens und 23 v. H. 20 bis 25 v. H. des Einkommens. Leider ist bei dem Einkommen nur das des Familienvaters berücksichtigt, während über das Kindereinkommen Erhebungen nicht angestellt sind.

Im ganzen können wir aus den statistischen Erhebungen das Ergebnis ziehen, daß sie die vielfach an Einzelfälle anknüpfenden Schilderungen furchtbarer Beengung und einer Einpferchung zahlreicher Personen in kleinsten Räumen nicht als allgemeingültige Wohnweise bestätigt haben. Durch diese Feststellung soll aber nicht etwa behauptet werden, daß die Wohnungsverhältnisse unserer kinderreichen Familien gut und schön sind und keine Verbesserungen erforderlich erscheinen. Im Gegenteil, Übertreibungen könnten zwar den wohnungspolitischen Bestrebungen schaden, die Feststellungen der Statistik ergeben aber Überfüllung bei einem Drittel bis zur Hälfte aller Wohnungen.

Die größte Schwierigkeit besteht in dem Finden einer ausreichenden Wohnung. Bei knappem Wohnungsmarkt werden kinderreiche Familien nicht nur durch die Schuld der Hausbesitzer, sondern auch infolge der Ansprüche der Mitbewohner vergeblich geeignete Unterkunftsstätten suchen. Dies gilt für die Kleinstadt meist noch mehr als für großstädtische Wohnungen. Das Eingreifen der Behörden und die Hilfe gemeinnütziger Bauunternehmungen ist hier dringend erforderlich. Eine gesunde Bevölkerungspolitik wird sich von unerfüllbaren Forderungen fernhalten. Dagegen kann sie Nützliches leisten in ständiger Kleinarbeit, durch Mietzuschüsse, die über die Armenpflege hinausgehen, Beschaffung von Möbeln, Beihilfen zu den Fahrtkosten bei Vorortwohnungen u. a. m. Frankfurter gemeinnützige Baugesellschaften geben schon heute an kinderreiche Familien Dreizimmer-Wohnungen zum Preise von Zweizimmer-Wohnungen ab. Ein nachahmenswertes Vorbild!

Helene Heine / Gotische Tendenzen in der modernen Kunst

„Worte sind bedingter noch als die Dinge", sagte Werfel, und doch, wir brauchen sie, um uns verständigen zu können, sie kreisen den Sinn ein, wie in der Malerei der Umriß die Farbe umgreift.

Noch bis ins 18. Jahrhundert hinein bezeichnete man mit gotisch alles Grobschlächtige und Ungeregelte. Die zeitweilige Herrschaft der Ostgoten in Italien ließ bei dem späteren italienischen Volke die fälschliche Meinung aufkommen, daß die Goten es waren, die Rom verwüstet und die antiken Bauten durch neue Formen verdrängt hätten. So war das, was jetzt zum Ehrennamen erhoben ist, zuerst ein verächtlicher Ausdruck für eine minderwertige Kunstrichtung.

Heute nennen wir gotisch eine Stilform, die in Nordfrankreich vom romanischen Stil geboren und im 15. und 16. Jahrhundert durch die Renaissance fast getötet wurde. Aber da Geist nie ganz zerbrochen werden kann, sammelten sich ihre Kräfte immer von neuem, wurden stark und ausschlaggebend. Sie durchsetzten mit ihren Tendenzen die gesamte Kultur.

Wir sind heute noch gewöhnt, die Gotik so eng zu fassen, wie eine schulgemäße Kunstgeschichte sie uns lehrt; Spitzbogen mit Stützensystem wie Strebebögen und Strebepfeiler, mit Kreuzrippen und Diensten, mit Schlußstein und Kreuzblume. Die neuere Kunstgeschichte, wie sie unter anderen Scheffler und Worringer vertreten, schürft tiefer; sie greift einerseits zurück bis in die Formenwelt der Ägypter, schiebt andererseits den gotischen Willen noch hinein in den Formenüberschwang des Barocks. So breitet sich vor unserem Auge ein Formlabyrinth zweier Jahrtausende, durchdrungen vom Geist der Gotik. Cyklopisch-gehäuftes, wie ins Spitze sich Verlierendes, beängstigend Wuchtendes, Lapidares und Starres, wie kreus und geheimnisvoll Lebendiges wartet in diesem ausgegossenen Bild der Formen auf unser Verstehen.

Wenn wir ordnend diesen Reichtum gliedern wollen, müssen wir uns klar werden, daß einmal nicht nur die Architektur ausschlaggebend ist für die Beurteilung, sodann, daß mit dem Erfassen des Sicht- und Abtastbaren nur das Vorhandene einordnend konstatiert ist.

Wohl ist die steinerne Baugotik die erste, und ihrer Eigenwüchsigkeit haftet der Keimstoff für manches spätere Merkmal an,

doch verschwisterte sich ihr bald die Plastik, verschmolz mit ihr zu einem Leib, wurde Bauglied, bekam Funktion; schwächere Bedeutung erreichte die Malerei, die wandarmen Tendenzen des gotischen Baues behinderten sie vorerst. Mit der Kenntnis dieser drei Kunstgattungen in gotischer Zeit haben wir wohl das formale Gerippe festgelegt; für unsere Auffassung unerledigt geblieben aber wäre das psychische Erleben, aus dem die neue Kunstbewegung erwachsen war. Um eine ausgerundete Kunstdarstellung als Glaubensbekenntnis einer Kultur in seinen Tiefen zu erfassen, müssen wir uns auf den Boden einer Weltanschauung stellen, müssen von einer Gesamtvorstellung vom Dasein und Leben jener Zeit ausgehen, müssen also der äußeren Anschauung eine innere vorangehen lassen, d. h. vor die sinnlich empirische eine intellektuelle Anschauung setzen.

Rückwärts schauend werden sich uns zeitpsychologische Momente erschließen; Schrecken jagt vor uns auf, Pest und Tod zerwühlen die Lande. Der religiöse Gedanke des Weltgerichts, der den Griechen so ferne lag, zog die Menschheit in feurige Schlünde. Folter und Marter zersetzten ihre Stunden, bis ihre Seele in langem Schrei die Kreuzzüge durchstöhnte, ein Gottesstreitertum erwachte und der jäh aufschießende Drang zum Uebersinnlichen alles Materielle durchbrach.

Fürchten und Bangen war der zwiespältige Mutterboden, auf dem die Gotik erwuchs. Unter dem Druck seelischer Nöte erstarkte der steinerne Leib des jungen Stils. Bündelweis teilten sich stützende Glieder in den Boden, denn es galt Trutz zu bieten und zugleich hochragendes Verlangen zu tragen in fast immaterielle Höhen. Die Fensteraugen spitzten sich nach oben, Strebebögen stützten die leichter werdenden Mauern, Phantastik wucherte sich aus in Maßwerk und Fialen, und leicht wie Geist stand der Turm in den Lüften.

Den Erlebnisquellen jener Zeit war Unbefriedigtsein und Übersteigerungsdrang entflossen; sie luden sich aus in Pathos, Masse und Kraftaufwand und flammten zugleich auf in Zartheit und Entrückung.

Will es nicht scheinen, als ob Verwandtes sich breitet in dem Erlebnisgange unserer Zeit? Seit einem Jahrzehnt etwa herrscht eine veränderte, dem Materialismus abgewandte seelische Atmosphäre. Tranzendente Wünsche sind erwacht, mit neuem Begreifenwollen ringt die Zeit. In Tasten und Suchen hinein fiel der Krieg. Wieder geht der Tod wie eine ungeheuerliche Bedrängung durch die Lande; er ist gleichsam unmittelbarer geworden. Und wieder, so fühlen wir, stellt sich in der erlebenden Seele des Menschen heute wie damals der Abwehrgedanken auf und der Schrei nach Erhebung. Ein unbeirrbarer Unterstrom des menschlichen Fühlens drängt über die Nöte des Tages hinaus zum Tranzendentalen. Fort vom Tastbaren, Endlichen ins Ungreifbare, Unendliche.

Die neuen Erlebniswellen flossen durch die Kunst. Sehnsucht nach unkörperlichen Weiten, ein Erlösen- und Entfleischlichenwollen blieben zurück. Im Verblassen scheint die seit der Renaissance die Kunst erfüllende Liebe zum Sinnfälligen; Diesseitiges haben tranzendente Sehnsüchte aufgelöst und Hinneigung zum Symbol hat begonnen, die naturalistische Erscheinungsform zu vernichten. Wir hören in dem stürmischen Konzert des Weltgeschehens Akkorde, deren Grundton schon vor einem halben Jahrtausend mächtig geklungen. Und aus dieser seiner von Kulturzusammenhängen genährten Weltanschauung heraus werden wir auch den modernen Künstler begreifen, werden uns einfühlen in den Auftrieb seines Schöpferwillens und dadurch seine ins Gotische hineingreifenden Ideen im Kunstwerk verstehen.

„Stil ist Schicksal", sagt Däubler. Denken wir an die stark religiöse Kunst einer Gruppe der Jüngsten, so nehmen wir das Gefühl der Unentrinnbarkeit des Schaffenszwanges von ihnen auf. Eine Reaktion, die im Glauben wurzelt gegen Materialismus und naturalistisches Vereinzeln der Dinge, eine Rückkehr zu Einfalt und klösterlicher Ruhe, ein erregtes Innenleben von Vorstellungen, wie es dem Gotiker eignete, tritt uns entgegen.

Josef Eberz, um nur einen der sprechendsten zu nennen, bekennt fast in jedem Bild seine mittelalterliche Neigung. Nicht im religiösen Gehalt allein seiner Themen, im formalen Aufbau, Pyramiden und Parallelen, im Dunkel glühenden Farbenleben, das an alte Glasfenster gemahnt, erkennen wir sie. Ursprünglich und ausdrucksvoll erfaßt seine Seele das Wesentliche und gibt in naiver Darstellung, breitflüssig und nahezu zweidimensional, vom umkreisenden Striche eingegrenzt, seine biblischen Typen.

„Stil ist Schicksal", das schreit auch bei Barlach und Minne das ungefüge Wuchten ihrer Schöpfungen. Gotisch gestimmt sind sie. Die Summierung der Kräfte, die Ansammlung des Ausdrucks in eine Hauptlinie, der Aufbau im Großen, erinnert das nicht an die Mächtigkeit und grandiose Schmucklosigkeit gotischer Burgen? Der mittelalterliche Abwehrgedanke begegnet uns hier im modernen Gewande, das Lapidare und Starre jener versunkenen Zeit wacht auf bei ihrem Anblick.

Wie in polarer Ergänzung dieses Willens muten uns Bilder und Plastiken von Lehmbruck, Schwalbach und Milly Steger an. Hier verliert sich ins Spitze, Gezerrte, was dort erdhafte Wucht war. Zum Unkörperlichen drängt der Formungswille. In rhythmischer Gesetzlichkeit recken sich die Gestalten hoch auf. Sybillenhaft, herb ästetisch oder in feierlicher Anmut scheinen diese Menschen jenseits vom Zeitlichen ein uns fremdes Reich zu bewohnen. Das Imitative, das eine vormoderne Kunst beherrschte, ist wieder dem Intuitiven mittelalterlichen Kunstschaffens gewichen. Es ist eine andere Ausformung der Dinge, der wir begegnen, als die uns letztgewohnte. Diese Gestalten alle sind mehr einer gefühlten, denn einer bewiesenen Wahrheit untertan; sie entfernen sich vom Ästhetisch-Schönen, wachsen ins Quadratische oder Übermenschlich-Gedehnte hinein um der Idee willen.

Rückschauend gemahnen sie uns etwa an eine Würfelfigur der Ägypter und an die den hochstrebenden Pfeilern angepreßten langgestreckten Heiligen der gotischen Dome. So wie Barlach, ins Ganze wuchtend, formte die Gotik ihre Verwachsenen und Zwerge, ähnlich wie Lehmbruck baute Memling seine himmelanstrebenden Gestalten auf. So hat weder der Grieche noch der Renaissancekünstler seine Menschen gemodelt. Diese formten nicht Symbole für Begriffe, noch kannten sie den Ausdehnungsdrang des Gotikers, sie gaben keine „Form des heftigen Willens", wie Scheffler den Stil so treffend bezeichnet.

Das, was den modernen Künstler als Gestaltungsmotiv reizt, ist nun auch nicht mehr der Gegenstand an sich, sondern das Durchglühtsein alles Geständlichen vom göttlichen Funken. Fern den Formzielen eines Tizian oder Raffael, fern auch dem Augendienerischen des Impressionismus steht Weißgerber, wenn er die Körperform seines Jeremias ins Maßlose umgestaltet, ihn aus der Idee sich entwickeln und als die phantasiegeborene Hülle des Gedankens — Gott verwirft — erscheinen läßt. Er ist der Form des heftigen Willens so nahe, wie auch Pauli es ist, der die dringliche Gottesminne in seinem Gethsemane unter Weglassung jedes repräsentativen Elementes zum Ausdruck bringt, oder auch wie Kubin, dessen Spukgestalten von heftigem Ursprung sprechen und uns an die Chimären alter Dome gemahnen.

Im Zeichen gotischen Verlanges stehen schließlich auch die Werke Heckels und seines Kreises, die in rhythmischen Verzerrungen leben und im Ringen mit dunklen Rätseln begriffen sind. Oft feiern im modernen Bilde auch die mächtigen Köpfe des mittelalterlichen Stils ihre Auferstehung, nicht um der äußeren, nein um der inneren Schönheit willen. Man denke an die Ostender Madonna Heckels. Die starke Betonung des Kopfes, sowohl des Christuskindes als der Gottesträgerin selbst, ist symbolisch zu verstehen. Der Hauptausdrucksherd, der Sitz des Geistes ist der Kopf, hier verkörpert sich am deutlichsten das seelisch-geistige Leben, und wie in gotischer Kunst Rang und Gewicht einer Persönlichkeit rein durch das Größenverhältnis ausgedrückt ist, so hat auch Heckel hier das ihm am gewichtigsten Scheinende schon äußerlich durch die Größe betont.

Das feierliche Weltgefühl des modernen Malers führt ihn dem Übersteigerungsdrang des Gotikers zu und nährt in ihm ein mystisches Verlangen. In der verfließenden Wirklichkeit möchte er das Überlebende festhalten; darum erweitert er die Grenzen des Vorstellbaren und schafft nach neuen Erkenntnissen. Ihm

Digitized by Google

gilt die Fläche als das göttliche Chaos, aus dem heraus er seine mehr im Abstrakten wurzelnden Gebilde schält. Gleich dem Gotiker spricht er dem Raume Gebärkraft zu. Der Raum ist ihm Ursache, das vom Raume Hervorgestoßene die Folge. Er ist perspektivenarm, und das Geschaffene ist oft von einer sich zusammenpferchenden Allgemeinlebendigkeit, ganz im Gegensatz zum Renaissancekünstler, der die Perspektive liebt und durch ihre Anwendung sowie durch die Komposition die Masse lockert und je nach der Gruppierung der Objekte sich erst die Raumgrenze schafft.

Der Renaissancekünstler schaltet auch dabei den Abstraktionsdrang so viel wie möglich aus; dagegen finden wir ihn als Merkmal gotischer Kunst, und es heißt ein Zurückgehen auf die Urquellen des Kunstempfindens, wenn die moderne Kunst sich wieder des Abstraktionsdranges bemächtigt.

Dieser Trieb erschöpft vielleicht seine letzten Möglichkeiten im Kubismus. Doch nehmen wir beim Betrachten gotischer Bauten, gotischer Skulpturen und Bilder außer dem abstrahierenden Willen im hohen Maße Imponderabilien seelischen Gehalts in uns auf, die wir im kubistischen Bilde schwer herauszufinden verstehen. Der Kubist erstickt das Lebenatmende, entsinnlicht die Vorstellungsgebilde und gibt uns eine antiwirkliche Gestalt der Dinge durch seine kristallinische Formensprache. Paul Fechter, der dieser Richtung Kunst auch eine Art Mystik zuspricht, nennt das grautönige fächrig-geometrische Gebilde „Mystik des Kopfes" im Gegensatz zur Mystik des Herzens. Aber auch Mystik des Kopfes war ja der Gotik nicht fremd; in der Konstruktion der Banglieder und im Maßwerk finden wir sie; hier dokumentieren sich Erlebnisse des Hirns, die den Erlebnissen der Seele an Gewalt und Innerlichkeit kaum nachstehen.

So ergeben sich uns nach verschiedenen Richtungen Gleichungen zwischen Gotik und Moderne; immer finden wir als Untergrund dazu ein ähnliches psychisches Erleben. Der Gotiker sowohl als der moderne Künstler verströmt seine Schöpferkraft nicht nur an das Sinnlichgegebene, sie messen beide die Stromstärke ihres Empfindens ebenso oft auch an übersinnlichen Formaufgaben. Doch ist das moderne Kunstwollen noch im Schreiten begriffen; und es ist uns bewußt, daß, wer von moderner Kunst redet, vielleicht etwas indiskret einen erst zu vollem Leben sich aufbauenden Körper seziert.

v. Frankenberg / Der Vulkan

Das alte Buch! Vergessen lag's und schlief,
Schlief hundert Jahr im Mahagonischrank,
Bis es der wissensdurst'ge Enkel weckte.

Vom Lederrücken blitzt der Titel noch
So blank wie einst — der gutgewählte Titel,
Der ein Befehlswort war und ein Signal
Und widerhallte in Millionen Herzen.

Der Enkel sinnt und blättert, und es steigen
Stolze Gedanken schimmernd aus den Seiten,
Wie Lava plötzlich quillt aus dem Vulkan,
Den Menschenleichtsinn längst erloschen wähnte.

„Wir sind nicht tot noch krank, wir leben, leben
Und sehnen uns nach neuem Siegeslauf,
Und nach uns sehnen sich gespannte Glieder ...
Auf! Wag's! Entrolle unser Fahnentuch!
Reif ward die Welt für unsre Sichel wieder —"

Da schrak der Enkel auf und schloß das Buch.

Naumann / Mensch und Tier

Wenn die Tierwelt eine Stimme besäße, um sich vor dem Schöpfer aller Dinge zu beklagen, so würden alle großen Tiere einmütig einen gellenden Schrei der Anklage gegen die Menschheit ausstoßen. Nur die kleinen und kleinsten, die kaum Tiere zu heißen verdienen, entgehen der Hand des Vernichters und finden Wege, sich im Namen der Tierheit an ihm zu rächen. Was die Elefanten und Löwen nicht fertig bringen konnten, schaffen die Bazillen, bis auch ihnen einmal die tödlichen Säuren gebraut werden. Und zwar ist es nicht das Zeitalter menschlicher Wildheit, das die größte Tiervernichtung herbeiführte, sondern die Zeit der Technik und Zivilisation. Sie erlaubt das Leben von Tieren nur noch, wenn sie verwendbar sind. Die Tiere haben heute keinen Zweck mehr in sich selber, sondern sind in den Haushalt- und Vergnügungsplan des Menschen eingespannt. Man läßt Hirsche grasen, um sie schießen zu können, und züchtet wunderbare Rinder, um sie zu schlachten. So roh vom Standpunkt der betroffenen Tierwelt aus diese Behandlungsweise ist, so entspricht sie doch alten religiösen Grundsätzen der Menschheit, denn schon auf den ersten Blättern der Bibel finden sich die Worte: Machet sie euch untertan und herrschet über sie! Das ist gründlich, fast allzugründlich geschehen. Auch wenn wir wollten, können wir die Tiergemeinschaft nicht wiederherstellen, denn die Erdoberfläche ist nicht mehr Tierland. Wo ist noch Platz für Büffel, wo ist noch Raum für Wölfe? Die Tiere unter sich waren vielfach gegenseitige Vernichter, aber das schrecklichste Tier, so peinlich es für mild erzogene Seelen klingt, ist doch der Mensch, der Mensch!

Büchertisch

Fr. v. Borstel, Die deutsche Auslandsschule und die Vorbildung ihrer Lehrer. Eine Zukunftsfrage für die Stellung des Deutschtums in der Welt. Hamburg, C. Boysen. 53 S., brosch. 1,30 M.

Borstel, der einst selbst an einer deutschen Auslandsschule tätig war, weist auf die Bedeutung hin, die die Schule als Trägerin der Kultur und als Vermittlerin der Völker hat und deckt die Unterlassungssünden auf, die von der Regierung begangen wurden, indem sie sich viel zu wenig um die deutschen Auslandsschulen und ihre Lehrer kümmerte. Unsere Feinde haben früher und besser den Dienst anerkannt, den ihnen die friedliche Propaganda ihrer Auslandsschulen leisten konnte, und sie haben große Summen ausgesetzt zu ihrer Unterstützung, denen gegenüber die deutschen Subventionen fast verschwinden. Nach dem Kriege, wo erst einmal in neutralen Gebieten der verlorene Boden wieder erobert werden muß, muß daher von vornherein alles anders geregelt werden. Der Staat muß Unterstützungen gewähren, die Lehrer müssen die im Ausland verbrachten Jahre angerechnet und ein entsprechend großes Gehalt bekommen, um ihr Vaterland würdig zu repräsentieren und um, ledig von pekuniären Sorgen, dem Studium ihrer neuen Umgebung alle freie Zeit widmen zu können; vor allem aber müssen sie mit einer bestimmten Vorbildung an ihre neue Tätigkeit herantreten. Dafür wird als Ausbildungsstätte Hamburg vorgeschlagen (im Auftrag von dessen Universitätsausschuß der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens die Schrift auch verfaßt ist), das mit seinem Kolonialinstitut, den guten Bibliotheken und Sammlungen und seiner rührigen Lehrerschaft alle Bedingungen für die Vorbereitung auf diesen Beruf erfülle. M. R.

Friedrich Bendixen: Das Wesen des Geldes. Zugleich ein Beitrag zur Reform der Reichsbankgesetzgebung. Duncker & Humblot, München und Leipzig. 2 M.

Der Verfasser weist im Vorwort darauf hin, daß er den Inhalt seiner bereits 1907 erschienenen Broschüre nicht verändert habe, um zu beweisen, daß seine theoretischen Ergebnisse unbeeinflußt von der im Kriege tatsächlich eingetretenen praktischen Entwicklung entstanden sind.

Im Anschluß an das klassische Werk von Friedrich Knapp „Die staatliche Theorie des Geldes" vertritt Bendixen den Stand-

punkt der antimetallistischen Geldlehre. Während Knapp sich fast ausschließlich mit der rechtlichen Seite des Geldbegriffes befaßt — Geld ist das vom Staat sanktionierte Zahlungsmittel, gleichgültig, aus welchem Stoff es besteht —, behandelt der Verfasser die ökonomische Seite des Problems, d. h. das Verhältnis des Geldes zu den Gütern. Geld im ökonomischen Sinne ist definiert als Vermittler zwischen Produktion und Konsumtion, als ein Zeichen, das auf Grund produktiver Leistung ein Anrecht auf verkaufsreife Güter gibt. Es ist daher gleichgültig, aus welchem Stoff das Geld besteht; es bedarf auch zu seiner Umlauffähigkeit, jedenfalls im Inland, nicht einer Deckung durch Gold, es genügt vielmehr, wenn eine Beziehung zur Produktion dadurch hergestellt ist, daß die ausgegebenen Zahlungsmittel durch akzeptierte Warenwechsel gedeckt sind. Auch für den internationalen Verkehr würde jedenfalls auf Grund theoretischer Erwägungen das Gold als Zahlungsmittel durch einen angesammelten Vorrat von Devisen aufs Ausland ersetzbar sein, der zur Zahlung benutzt werden könnte, wenn das Ausland seine Guthaben einfordert. Wenn der Verfasser trotzdem nicht zu einer radikalen Abschaffung der Goldwährung rät, so sind hierfür praktisch-politische Erwägungen ausschlaggebend. Solange die Goldwährung im Ausland besteht, hält Bendixen es für zweckmäßig, sich dem herrschenden Geldsystem zu fügen; er verlangt nur auf Grund theoretischer Einsichten, daß eine Reichsbankreform insoweit durchgeführt wird, „als die Banknote als gesetzliches Zahlungsmittel anerkannt wird, daß in Gold zahlbare Wechsel aufs Ausland bei der Reichsbank als Golddeckung zu zählen seien und endlich, daß die Vorschriften der Dritteldeckung mit einem „tunlichst" versehen wird".

Die Kriegsverhältnisse haben gezeigt, daß die Forderungen Bendixens durchaus erfüllbar sind, und es wäre zu wünschen, daß für die Reform unserer Geldverhältnisse auch nach dem Kriege die neuen Richtlinien maßgebend bleiben. M. M.

Der Ölsucher von Duala. Ein Tagebuch, bearbeitet von Hans Grimm. Ullstein u. Co., Berlin-Wien. 342 S. Geb. 5 M.

In literarischer Einkleidung, nämlich unter der Fiktion, daß ein junger Deutscher, der sich aus der Geradlinigkeit und Nüchternheit des heimatlichen kaufmännischen Berufes herausgesehnte und darum zuerst als Maschinenschlosser nach Amerika, dann als Ölsucher nach Duala ging, wird hier das Schicksal der Deutschen von Kamerun und Togo beim Ausbruch des Weltkrieges erzählt. Die furchtbaren Leiden, die sie besonders im Lager von Abomey unter der Tyrannei des roten sadistischen Venère durchzumachen hatten, hat der Verfasser nicht etwa aus tendenziösen, völkerverletzenden Gründen erfunden, sondern es sind (sogar mit Namensnennung der Zeugen) hier die Aussagen verarbeitet, die in der Veröffentlichung des Reichskolonialamts als Ankläger stehen. Die Motivierung der Niederschrift ist etwas unglaubhaftig, die Liebesgeschichte nach der Schablone und das Ende des fiktiven Helden, der natürlich als erfundener Kronzeuge nicht weiter leben bleiben darf, gar zu banal — aber es bleibt doch der starke Eindruck dessen, was an historischem Material in dem Buche enthalten ist: die grauenvolle Leidensgeschichte von Deutschen, die im mörderischsten Klima Afrikas, unter der Willkür von weißen und schwarzen Franzosen die furchtbarsten seelischen und körperlichen Leiden durchzumachen hatten. M. R.

Wege ins neue Deutschland von Dr. Adolf Grabowsky. Das neue Reich. Perthes' Schriften zum Weltkrieg neue Folge. 3. H. F. A. Perthes, Gotha 1919 (288 S.).

Der Herausgeber des „Neuen Deutschland", der Zeitschrift, die seit etwa zehn Jahren einen Kreis zukunftswilliger Freikonservativer um sich versammelt hat, legt einen starken Band ausgewählter Aufsätze vor. Grabowsky zählt ohne Zweifel unter die eigenkräftigsten Publizisten unserer Zeit. Eine starke Geistigkeit und ein geschulter Blick für den notwendigen Zusammenhang innerer und äußerer Politik haben ihn dem konservativen Parteischema mehr und mehr entfremdet, sodaß der Anhänger der Demokratie und des Volksstaates ein gut Stück Weges mit ihm gemeinsam hat. Sympathisch, wie die reformfreudige Gesinnung, ist die Vielseitigkeit der Interessen. Gewiß fehlt es im Bestreben, die einzelnen geistigen und politischen Zeitfragen zusammenzufassen, nicht an Gewaltsamkeiten (so etwa, wenn Jakob Burkhardt als Vorläufer des „Kulturimperialismus" reklamiert wird), aber solche Konstruktionen können den Gesamteindruck nicht stören: ein Buch voll sachlicher Anregungen, dazu ein Dokument partei- und ideengeschichtlicher Entwicklung. H. R.

Friedrich Wilhelm Brepohl, **Wie gewinnen wir unser Volk für gute Literatur? Ein Werbe- und Mahnruf** für alle, die unser deutsches Volk lieben. Zentralstelle zur Verbreitung guter deutscher Literatur. Bad Nassau-Lahn. 64 S. 1,25 M.

Um gegen die glänzend organisierte Schundliteratur, die in weite Kreise unseres Volkes Verderben getragen hat, mit Erfolg anzukämpfen, macht der Verfasser folgende praktische Vorschläge: Einwirkung auf die Jugend durch Literatur-Sonntagsschulen; private Literaturpropaganda; Literaturauskunftsstellen; Verbesserung der Krankenhaus- und Gefängnisbibliotheken und Einführung von Eisenbahn-Bibliotheken; Verwertung alter Bücher im Interesse der Volksbildung, Märchen- und Sagenabende und ähnliche Veranstaltungen in Waisenhäusern, Erziehungsanstalten usw. Dies alles ist praktisch wohl durchführbar, wenn auch z. B. bei den Literatursonntagsschulen schon manches Bedenken an der Verwirklichung des Planes berechtigt sein dürfte. Dagegen scheint die „von gemeinnützigen Gesellschaften oder Komitees eingerichtete Organisation mit Kolporteuren und Reisesekretären", die auf dem Lande die Verbreitung guter Bücher übernehmen soll, doch zu sehr mit dem Herzen statt mit dem Kopfe geplant. So begrüßenswert die Einrichtung als solche wäre, so unwahrscheinlich ist es, daß sie in dem Umfange und mit dem Aufbau wie er Brepohl als mit Recht erstrebenswertes Ziel vorschwebt, in absehbarer Zeit in Deutschland verwirklicht werden könnte. M. R.

Briefkasten

Verschiedene Flugblätter sind gelegentlich beim Parteibureau oder dem Frauenausschuß für kurze Zeit vergriffen. Wir schicken in unserer Auswahl für 1 M. stets Ersatz ohne besondere Mitteilung.

Naumann, Freier Staat und freie Kirche kostet als Sonderdruck einzeln 5 Pf., im Hundert 3 M, das Tausend 25 M, 10 000 Stück 200 M.

In den nächsten Tagen erscheint in unserem Verlage: Dr. Eugen Katz, Ist Sozialismus rentabel? Preis 1 M. Vorbestellungen erbeten.

Verspätungen in Auslieferung und Beantwortung sind in diesen Tagen wegen der Berliner Straßenkämpfe unvermeidlich gewesen. Wir bitten alle Freunde, dies in Betracht zu ziehen, ehe sie sich beschweren.

Es sei ausdrücklich festgestellt, daß die Bemerkung über das **Verhältniswahlsystem**, die sich vor dem Aufsatz von Ernst Cahn (Nr. 1 der Hilfe) befindet, von der Schriftleitung herstammt und daß der Verfasser keineswegs mit ihr übereinstimmt.

Verlag der „Hilfe".

Freiwillige Gaben:

Für den Wahlfonds gingen ein: de T. in F. 10 M., H. in B. 10 M., K. R. in K. 10 M., B. in B. 20 M., Dr. E. L. in E. 8 M., J. in C. 8 M., H. R. in M. 100 M., Sch. in H. 50 M., Dr. R. in R. 20 M., W. in O. 10 M., Lt. W. in U. 15 M., S. in D. 25 M., K. S. in Sp. 5 M., R. in G. 5 M., R. in B. 5 M.

Allen Gebern herzlichen Dank. Verlag der „Hilfe".

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, Berlin-Zehlendorf, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, Hamburg.

Geschäftliche Mitteilungen

Die Städtische Wohlfahrtsschule für Fürsorgerinnen in Charlottenburg gibt kurzgefaßte Veröffentlichungen über die im Lehrplan behandelten Gebiete der sozialen Fürsorge heraus. Bisher sind erschienen:

von Geheimen Sanitätsrat Dr. Mugdan, Ein Auszug der wichtigsten Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung und Angestelltenversicherung. Preis 40 Pf.,

von Sanitätsrat Dr. Fellchenfeld, Private Wohlfahrtspflege. Preis 50 Pf.,

von Dr. Tugendreich, Kleinkinderfürsorge. Preis 90 Pf.

Die Merkbüchlein bzw. Abhandlungen, die für weitere Kreise Bedeutung haben, sind bei der Schriftleitung im Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reiche, Charlottenburg, Mollwitz-Privatstraße, erhältlich.

LECIN
Appetitanregend
Blutbildend Nervenstärkend
In Apotheken u. Drogenhandlungen :: Proben vom Lecinwerk Hannover
Für Rekonvaleszenten wirksamer und wohlfeiler als Wein.
Tricalcol Kalk-Eiweiß-Mittel zur Kräftigung und Knochenbildung

Digitized by Google

23. Januar 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis im Buchhandel 4 M., beim Postamt 4,12 M., unter Kreuzband 4,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 4,25 M., ins Ausland 5 M. Soldatenausgabe 1,50 M. Einzelhefte 40 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8653.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 4

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Nonpareillezeile 60 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche

Der Umfang dieser Nummer ist infolge der Papierknappheit verkleinert.

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Dr. Paul Rohrbach:** Die Niederlage des russischen Bolschewismus. — **Dr. Max Freyhan:** Ein Wort zur Stunde. — **Landgerichtsrat Dr. Sontag:** Historisches zum Verhältniswahlrecht. — **Dr. Hans Rothfels:** Eine neue „Deutsche Geschichte". — **Dr. Eugen Sulz:** Ein Kapitel öffentlicher Bildungspflege. — **Oskar Maria Graf:** Jung sein. — **Naumann:** Das Unendliche. — Büchertisch.

Naumann / Kriegschronik

Sonntag, 12. Januar.

Von dem Herrn Radek, der zurzeit als eingeschmuggelter Vertreter der russischen Regierung bei unseren deutschen Kommunisten eine verhängnisvolle Rolle spielt, wird etwa folgendes verkündet: Die große russisch-deutsche kommunistische Republik soll am Rhein einen Kampf gegen die kapitalistischen Mächte Frankreich und England führen, so wie einst die französische Revolution etwa an denselben Stellen Krieg geführt hat gegen die feudalen Mächte Österreich und Preußen! Dieser Gedankengang wird von einer Anzahl junger Leute geglaubt, da sie noch kein praktisches Gefühl dafür haben, was für ein windiges Ding diese russisch-deutsche proletarische Republik ist. Man kann von solchen Revolutionsphantasten hören, daß wir übrigen, die wir diesen Schwindel nicht glauben, an demselben Grad von geistiger Verblödung leiden, den damals unsere Großväter hatten, als sie den herrlichen Glanz der französischen Revolution nicht verstanden. Es ist aber zweifellos ein großer Unterschied. Die französische Revolution von 1789—1794 zerstörte das Wirtschaftsleben und damit die Grundlage aller Volkstüchtigkeit bei weitem nicht in dem Maße, als der Bolschewismus dieses tut. Im ganzen erscheint die damalige französische Revolution als eine Schwankung in der nationalen Arbeitsleistung der Franzosen, aber nicht als eine absolute Verminderung ihrer Fähigkeit an sich. Heute aber werden in Rußland alle diejenigen Intelligenzen getötet oder gründlich ausgeschaltet, auf denen der Fortschritt beruhen könnte. Es kommt hinzu, daß der Gedanke eines russisch-deutschen Krieges gegen die Ententemächte jetzt nach dem Zusammenbruch der deutschen Armee der reine Wahnsinn ist. Wir müssen das so scharf aussprechen, damit nicht das Ausland durch unverantwortliche Redereien zu dem Glauben veranlaßt wird, als hätten wir am bisherigen Krieg noch nicht genug gehabt. Der Bolschewismus ist seinem Wesen nach eine Art von Militär- und Söldnerrevolte. Genau wie man früher hinter dem 30jährigen Kriege und hinter den verschiedenen Kriegen Ludwigs XIV. unbeschäftigte Söldnertruppen, die den Anschluß an die bürgerliche und bäuerliche Tätigkeit nicht mehr fanden, durch die Landschaft marodierend herumirren sah, so wollen auch jetzt diese deklassierten Soldaten und Deserteure sich noch irgendwie mit dem Kriegshandwerk befassen, ohne allerdings Garantien ihrer Tapferkeit geben zu können. Es ist gut, daß während der letzten Nacht hier in Berlin mit dieser Kriegspielerei ein kräftiges artilleristisches Wort geredet wurde.

Montag, 13. Januar.

In England hat sich auf Grund der Parlamentswahlen ein neues Ministerium unter Lloyd George gebildet, das dem bisherigen sehr ähnlich sieht. Neu ist, daß als Unterstaatssekretär für Indien ein Inder, Sir Sinha, ernannt wurde, was eine auffällige Nachgiebigkeit gegenüber indischen Wünschen ist und damit zusammenhängt, daß England von nun an seinen farbigen Untertanen größere Rücksichten schuldet. Wir unsererseits haben alle Veranlassung, den Satz von der Selbstbestimmung der Nationen für uns und andere laut und eindringlich zu vertreten.

Der Volksbeauftragte Noske, dem man es wohl hauptsächlich zu danken hat, daß die Ordnung in Berlin sichtbare Fortschritte macht, erklärt, die Reichsregierung werde keinen Augenblick vergessen, was sie den deutschen Brüdern und dem deutschen Lande im Osten schuldig sei. Er sagt: Es wird im Osten deutsch bleiben, was deutsch ist.

Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf Brockdorff-Rantzau, protestiert bei den Regierungen von Frankreich, England, Italien und den Vereinigten Staaten gegen das Verfahren der Franzosen in Elsaß-Lothringen. Aus seiner Protestschrift entnehmen wir folgendes: Die deutschen Dozenten der Universität Straßburg sind abgesetzt worden. In den Volksschulen selbst rein deutscher Sprachgebiete ist der ausschließliche Unterricht in französischer Sprache in weitestem Umfange obligatorisch eingeführt worden. Der Präsident des Konsistoriums der lutherischen Kirche ist aus Straßburg ausgewiesen und rücksichtslos an die Landesgrenze gebracht worden. Aus den Fabriken werden deutsche Werkleiter entfernt. Das industrielle Saargebiet wird als zu Elsaß-Lothringen gehörig behandelt. Alle diese Maßnahmen finden weder eine Stütze im Waffenstillstandsvertrag, noch sind sie durch militärische Notwendigkeiten einem wehrlosen Lande gegenüber zu rechtfertigen.

Dienstag, 14. Januar.

Die großserbische Republik, zu der, wie wir annehmen, alle kroatischen und südslawischen Gebiete Österreichs und Ungarns gehören, hat die österreichische Krone als Zahlungsmittel abgeschafft und dafür innerhalb acht Tagen die Dinarwährung eingesetzt. Die schnelle Umwandlung soll dadurch möglich gemacht werden, daß man zu einem Zwangskurse drei Kronen auf einen Dinar abstempelt. In ähnlicher Richtung arbeitet der tschechoslowakische Staat und trifft Vorbereitungen zum Übergang zur Frankwährung, während man in Wiener deutschen Kreisen überlegt, ob und wie man zur reichsdeutschen Markwährung übergehen kann. Auf diese Weise zerbricht die Finanzeinheit des einstmaligen Guldenstaates. Es hat offenbar keiner der Reststaaten die Neigung, alle in der Welt umlaufenden, wertlos gewordenen Kronenscheine auszulösen. Es kann wohl sein, daß durch diese Finanzvorgänge die immer wieder aufflackernde Hoffnung des früheren Kaisers Karl, noch einmal den Schatten einer Donaumonarchie aufrichten zu können, endgültig verschwindet. In Wien werden jetzt für die reichsdeutsche Mark 1,90 Kronen bezahlt. Da nun schon der Weltkurs der deutschen Mark hinreichend gering ist, kann man daraus entnehmen, wie gesunken der Glaube an die Zahlungskraft österreichischer Staatskassen sein mag.

Es schweben Besprechungen über die freiwillige Abtretung der dänischen Gebiete von Nordschleswig. Auch wir halten es für besser, wenn diese unvermeidliche Abtretung freiwillig voll-

Digitized by Google

zogen wird, ehe sie als Zwang der Friedenskonferenz erscheint. Dazu aber würde gehören, daß schon jetzt in Nordschleswig auf beiden Seiten eine friedliche Gesinnung gepflegt wird, denn die Abtretung hat keine versöhnende Wirkung, wenn durch sie der alte Streit nicht aufhört, sondern nur um eine Anzahl von Kilometern nach Süden gerückt wird. Da unglücklicherweise auch an dieser Stelle die Sprachgrenze nicht durch irgendeine Landesgrenze genau ausgedrückt werden kann, ist es unvermeidlich, daß auch in Zukunft eine Anzahl Deutscher unter dänischer und eine Anzahl Dänen unter deutscher Herrschaft leben müssen. Es empfiehlt sich, wenn man vertragsmäßig die volle Parität festsetzt, so daß die Dänen bei uns genau so behandelt werden müssen wie die Deutschen in Dänemark. Je bestimmter hier und an anderen ähnlichen Stellen der Grundsatz dieser Parität durchgeführt wird, desto eher ist zu erwarten, daß die nationalistischen Hetzer, die in Nordschleswig so unendlich geschadet haben, ihr schädliches Handwerk aufgeben. Gerade zwischen Deutschen und Dänen liegt gar keine Notwendigkeit der gegenseitigen Spannung vor, und der große Krieg hat bewiesen, daß bei aller theoretischen Vorliebe, die man in Kopenhagen für die Entente hat, der verständige Sinn des dänischen Volkes das Richtige zu treffen weiß.

Mittwoch, 15. Januar.

Die polnischen Legionäre sind bis auf vier Kilometer an Bromberg herangerückt und haben mehrere Eisenbahnstationen in der Nähe von Bromberg in ihren Besitz gebracht. Auch Stadt und Festung Thorn erwarten den polnischen Angriff, sind aber zuversichtlich. Die polnische Armee wird auf etwa 25 000 Mann geschätzt. Der Hauptteil der polnischen Truppen steht bei Lemberg gegenüber den Ruthenen. Da aber Verhandlungen zwischen Ruthenen und Polen im Gange sein sollen, ist es nicht unmöglich, daß wir binnen einiger Zeit eine weit stärkere polnische Bedrohung vor uns haben werden. Die Tschechen stellen gegenüber Glatz und Zittau Truppen auf, die vorläufig als etwa 10 000 bezeichnet werden. Es liegt eine große Gefahr für Berlin darin, wenn durch polnische und tschechische Truppen die Verbindung zwischen Oberschlesien und Berlin abgeschnitten wird, weil dann Heizung und Beleuchtung lahmgelegt werden. In Oberschlesien selbst ist leider durch die Revolutionszustände in Berlin der Wunsch, sich unabhängig zu machen, täglich im Wachsen. Fast alle größeren Zeitungen des oberschlesischen Industriegebietes bringen einen Aufruf des Zentralbüros des Bundes der Oberschlesier in Kandrzin, in dem es heißt: Oberschlesier jeglicher Parteirichtung schart euch zusammen zum Bunde der Oberschlesier mit der Parole: Oberschlesien den Oberschlesiern! Der oberschlesische Bund erstrebt sofortige Abschaffung aller antipolnischen Ausnahmegesetze; Gleichberechtigung der polnischen mit der deutschen Sprache vor den Gerichten und bei Behörden; Besetzung der Staatsämter mit Männern, die beider Sprachen mächtig sind; Freiheit der Religionsübungen; keine Einziehung der Kirchen- und Klostergüter; Errichtung einer besonderen oberschlesischen Delegatur des erzbischöflichen Stuhles und Unteilbarkeit Oberschlesiens im Falle der Abtretung vom Deutschen Reiche durch die Friedenskonferenz.

Donnerstag, 16. Januar.

Die Verhandlungen über die Fortsetzung des Waffenstillstandes haben in Trier von neuem begonnen und sind für uns sehr peinlich, weil beim besten Willen von Deutschland aus die übernommenen Verpflichtungen nicht genügend erfüllt werden konnten. Es handelt sich in der Hauptsache um Verzögerung der Ablieferung von Eisenbahnmaterial. Dafür sollen nun als Strafe hinzugeliefert werden: 500 Lokomotiven und 19 000 Wagen! Außerdem verlangen die Ententeregierungen als Ersatz für fehlendes Material an den bisherigen Lieferungen: 400 Dampfpflüge, 6500 Sämaschinen, 6500 Düngerstreumaschinen, zahlreiche andere Pflüge, Eggen, Grasmähmaschinen, Heuwender, Bindemäher usw. Ferner wollen die Ententestaaten, d. h. in diesem Fall Frankreich, erhöhte Garantie haben für künftige Leistungen und besetzen gegenüber der Festung Straßburg auf der rechtsrheinischen Seite 5—10 Kilometer badischen Gebietes. — Das alles regt natürlich bei uns die Bevölkerung sehr auf und wird als absichtliche Schikane empfunden. Jedermann weiß, daß wir gar nicht daran denken können, den Krieg fortzuführen, und daß wir loyal sind in der Ablieferung. Wenn wir infolge von Revolution, Kohlenmangel und Streik unsere von vornherein allzu schwer zubemessenen Verpflichtungen nicht wortgetreu erfüllen können, so liegt hier ohne Zweifel ein äußerer Zwang vor und kein Verschulden. Wir erwarten von der Regierung, daß sie es allen Völkern der Erde deutlich klarmacht, mit welcher Härte das deutsche Volk nach einer ehrenvollen Verteidigung jetzt behandelt wird.

Freitag, 17. Januar.

Von allen größeren Zeitungen werden [illegible] die Deutschösterreicher als künftige Mitbürger der deutschen Republik begrüßt. In weiten Kreisen verlangt man von der Regierung, daß sie die Deutschösterreicher von vornherein zur Teilnahme an der Nationalversammlung auffordert. Es ist unbegreiflich, aus welchem Grunde die Proklamierung der nationalen Einheit Deutschlands unterbleibt. Geschieht auch dies aus Furcht vor weiteren Schritten der Entente? Es würde in diesem Fall sicherlich der Satz gelten, daß ein Volk, das nicht bereit ist, sich selber zu retten, von niemandem gerettet wird.

Die Verlängerung des Waffenstillstandsvertrages ist gestern in Trier von Staatssekretär Erzberger unterzeichnet worden. Wir nehmen an, daß nichts anderes übrigblieb, als auf die ungerechten Strafbedingungen einzugehen.

Im nördlichen Teile des Adriatischen Meeres verstärken sich die Reibungen zwischen Italienern und Slawen. Schon wiederholt sind amerikanische Kontrollschiffe bemüht gewesen, italienischen Regierungsfahrzeugen die Landung an der dalmatinischen Küste zu verwehren.

Sonnabend, 18. Januar.

Die deutsche Regierung Ebert-Scheidemann rafft sich endlich dazu auf, bei der russischen Regierung offiziell gegen die Einmischung in die deutsche Revolution zu protestieren. Sie will keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß gegen alle Russen, die sich einer Unterstützung der aufrührerischen Bewegung schuldig machen, auf das schärfste vorgegangen werden wird.

Die Vorbereitungen des Friedenskongresses in Paris bieten manche interessante Erörterung. England nämlich verlangt für seine Dominions (Australien, Kapland und Kanada) besondere Vertretung auf dem Kongreß. Daraufhin fragen die Franzosen, warum sie nicht besondere Vertretungen von Algier, Tunis, Marokko und Tonkin haben könnten. Vielleicht würde es für den Völkerbund das Beste sein, wenn von vornherein auch die Indier, Ägypter und andere abhängige Nationen ihre Vertretung fänden. Damit freilich erschwert man die Feststellung der Stimmrechte noch um vieles. Jetzt verlautet, daß die Engländer und Amerikaner sich zusammen 15 von 27 Stimmen gesichert haben. Wilson und Lloyd George haben zweifellos die Absicht, in allen großen Angelegenheiten durch private Verhandlungen vorher festzustellen, was sie gemeinsam vertreten wollen. Sobald sie nun mehr als die Hälfte der Stimmen kontrollieren, ist es ziemlich gleichgültig, was Frankreich, Japan, Italien, Brasilien oder sonst ein Hilfsstaat wünscht. Darüber, ob und mit welchem Stimmenverhältnis man später einmal die Deutschen, Ungarn, Bulgaren und Türken an der Friedenskonferenz beteiligen will, wird zunächst nicht verhandelt. Es ist kein Zweifel, daß die Hauptentscheidungen fallen, ehe die Mitteleuropäer hinzugezogen werden. Von deutscher Seite aus sollen Graf Brockdorff-Rantzau und Scheidemann als Träger der Vollmachten entsendet werden. Ehe sie aber in Paris eintreffen dürfen, wird es längst klar sein, ob die Wilsonsche Idee des Völkerbundes von Lloyd George soweit angenommen wird, daß man an eine Verwirklichung glauben kann. Scheinbar nur ein Streit um äußerliche Dinge ist es, wenn mit großem Aufwand von Energie darüber disputiert wird, ob die Vertreter der großen Zeitungen der Entente zur Berichterstattung zugelassen oder nur offiziöse Mitteilungen ausgegeben werden. Die Amerikaner sind für Öffentlichkeit, die Franzosen und Japaner für Heimlichkeit. Es scheint, daß die amerikanische Auffassung siegen wird, was von unserem Standpunkt aus nur sehr gewünscht werden kann.

Paul Rohrbach / Die Niederlage des russischen Bolschewismus

Durch die Säuberung der Hauptstadt von den anarchistischen Bandenkämpfern ist ein Zustand, der jeden Augenblick zur Katastrophe zu werden drohte, soweit gebessert, daß man mit mehr Zuversicht als vorher auf Überwindung der Bolschewisten auch im Reich hoffen darf. Die Analogien mit der russischen Revolution, die sonst bei unseren Ereignissen fast vom ersten Tage an beängstigend groß waren, sind nun wenigstens an einer wichtigen Stelle durchbrochen. Verschiedene günstige Faktoren haben dafür zusammengewirkt. Die oberste Voraussetzung war allerdings, daß die Befehlsgewalt in die Hände eines Mannes gelegt wurde, der bei aller sozialistischen Überzeugungstreue genug Wirklichkeitssinn besaß, um zu sehen, daß nur noch durch rücksichtslosen Waffengebrauch Deutschland als sozialistische oder bürgerliche Republik, oder in welcher Form auch immer, gerettet werden konnte. Wäre Berlin den Bolschewisten preisgegeben worden, so hätte sich der Bürgerkrieg auf ganz Deutschland fortgepflanzt, und die Entente hätte als erstes das gesamte westliche Industriegebiet beschlagnahmt, um sich an ihm für die Zerstörung der Werte und der Zahlungsfähigkeit des übrigen Deutschland schadlos zu halten. Man hätte eine Absperrungslinie um den deutschen bolschewistischen Brandherd gezogen, um ihn in sich selber ausbrennen zu lassen. Das Ende wäre dann die Zerstörung aller nationalen Werte in ähnlichem Umfang gewesen, wie jetzt in Rußland, und eine Reaktion, die von der sozialistischen Republik nichts übriggelassen hätte, als eine klägliche Erinnerung.

Bis zur Niederwerfung der Bolschewisten in Berlin und bis zur Wahl für die Nationalversammlung konnte man die regierenden Führer des deutschen Sozialismus mit einem Fürsten vergleichen, der in allem übrigen den Gegenpol von Demokratie und Sozialismus bildete: mit Friedrich Wilhelm IV.! Ebenso wie diesem Könige, fehlte ihnen der Sinn für die Kräfte der Wirklichkeit. Friedrich Wilhelm IV. erhielt das Angebot der deutschen Kaiserkrone, schlug die Krone aber aus, weil sie vom Volk kam, statt von den Fürsten. Auch das hätte realpolitisch begründet werden können, aber das Motiv des Königs war nicht Realpolitik, wie später bei Bismarck, als er das Reich sorgfältig mit auf das Fundament des Bundesfürstentums gründete, sondern der Glaube an ein mystisches Fürstenrecht, an das die Völker gebunden seien, statt daß sie selbst über sich bestimmten. Ebenso wie Friedrich Wilhelm IV. an die Mystik der Krone glaubte, so scheinen die sozialdemokratischen Führer von heute an die Mystik der Revolution zu glauben, der eine wunderbare Kraft innewohnen soll, alles frei, gut und vollkommen zu gestalten, ohne daß fortan die harten Mittel des alten Zwangsstaates angewendet zu werden brauchten. Statt dessen haben sie die Erfahrung gemacht, daß von Güte und Vollkommenheit keine Rede war, sondern daß Anarchie, Ruin und Barbarei auf den Spuren der Revolution sich aufmachten, sie und ihr Werk zu verschlingen. Zur Zeit Friedrich Wilhelms IV. war die Folge der königlichen Ideologie eine Verzögerung der deutschen Einheit auf ein paar Jahrzehnte; diesmal hätte die Sache Deutschland leicht teurer zu stehen kommen können!

Die Kämpfe in Berlin vom 5. bis zum 13. Januar des Jahres haben der sozialistischen Revolutionsmystik ein für allemal ein Ende gemacht. Hier kurz entschlossen das Wirkliche anerkannt zu haben, ist ein Verdienst des Volksbeauftragten Noske, dessen politischer Sinn dem frommen Kinderglauben der sozialistisch revolutionären Theorie ein ganzes Stück ferner zu stehen scheint, als der einiger seiner Kollegen. Noske wird sich dadurch um die Zukunft des Sozialismus ein nicht geringeres Verdienst erworben haben, als um die Deutschlands, denn nicht nur Deutschland, sondern auch der deutsche Sozialismus wäre übel gefahren, wenn die Bolschewisten in Berlin triumphiert hätten. Wenn wir uns überlegen, wie unter den traurigen Umständen der Gegenwart Deutschland in der Welt wieder vorangebracht werden kann, so wird eins der Hauptmittel ohne Zweifel dieses sein: daß in Deutschland zuerst die grundlegende Auseinandersetzung zwischen dem sozialistischen und dem früheren Wirtschaftsprinzip erfolgt und daß die Synthese in einer Weise vor sich geht, durch die eine ausgesprochene Überlegenheit der neuen Form hervortritt. Dann werden die übrigen Völker sozialwirtschaftlich und sozialpolitisch der Führung Deutschlands folgen müssen. Man mag das eine kühne Hoffnung nennen, und sie wird sich auch sicher nicht von heute auf morgen verwirklichen, aber diese Wendung können die Dinge sehr wohl im Laufe einer nicht zu fernen Zukunft nehmen, wenn bei uns von der Nationalversammlung an ruhig und klar gearbeitet wird. Nachdem Deutschland durch die Taktik seiner Feinde und durch die Schuld seiner eigenen Regierung bei aller Welt in eine Art von moralischer Achtung geraten ist, kommt es für uns doppelt, aus idealen wie aus praktischen Gründen, darauf an, zu beweisen, daß gerade jetzt ein entscheidender Fortschritt in der Entwicklung der menschlichen Verhältnisse von uns ausgehen und der Welt geschenkt werden wird. Ob es dazu kommt, wird davon abhängen, welche produktiven geistigen Kräfte die nächste Zukunft bei uns als vorhanden erweisen wird. Die sachlichen Voraussetzungen dafür sind trotz unserer schweren äußeren Lage gegeben. Alle Möglichkeit aber wäre traurige Unwirklichkeit geblieben, wenn nicht eine feste Hand die Nebel der ideologischen Revolutionsmystik in den Berliner Kämpfen verscheucht und fest auf die Bolschewisten losgeschlagen hätte.

In Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg haben dabei nachträglich auf irreguläre Weise noch zwei Fanatiker des Bolschewismus geendet, die durch ihre besinnungslose, zu Blut und Gewalt aufrufende Agitation und durch ihren Einfluß auf die urteilslos radikalen Teile der großindustriellen Arbeiterschaft zur größten Gefahr für das sozialistische wie für das übrige Deutschland geworden waren. Wenn man bedenkt, daß aus ihrer gläubigen Anhängerschaft wochenlang die Rufe ausgingen, man solle Ebert-Scheidemann und die übrigen Mehrheitssozialisten der Regierung mit Gewalt aus dem Reichskanzlerhause holen und sie an die nächste Laterne hängen, und daß mehr als einmal Volkshaufen unterwegs waren, denen zur Ausführung dieser Absicht keineswegs der Wille, sondern nur die Möglichkeit fehlte, so wird man sich kaum darüber wundern können, wenn Anhänger der Regierung den Spieß umgedreht und — verwerflich genug — das an Liebknecht und der Luxemburg vollzogen haben, was diese selbst Volksjustiz genannt hätten, wenn es Ebert und Scheidemann angetan worden wäre.

Die Niederlage der Bolschewisten in der Hauptadt ist so zu beurteilen, daß durch sie zwar die Katastrophe Deutschlands vorläufig abgewendet ist, daß aber immer noch die Wahrscheinlichkeit eines heftigen Widerstandes der Anarchisten an den anderen durch sie gefährdeten Punkten Deutschlands besteht. Das Ende der Führer wird auf manche vielleicht abschreckend wirken, auf die Radikalsten aber nicht abschreckend, sondern anstachelnd. Auch der Bolschewismus

Digitized by Google

gehört zu den menschlichen Geistesrichtungen, denen der Wirklichkeitssinn fremd ist. Dieser wird ersetzt durch den Fanatismus, der seiner Natur nach kein Paktieren kennt, oder, wo er sich unter äußerem Zwang scheinbar dazu bereit finden läßt, sich doch innerlich an kein Abkommen gebunden fühlt. Er schließt jeden Pakt mit dem selbstverständlichen Vorbehalt, ihn zu brechen, sobald die Umstände es erlauben, und selbst wenn es Führer gäbe, die das nicht wollen, so gibt es doch immer Massen und einzelne, die sich um die Führer nicht kümmern. Daher wird der Regierung nichts übrigbleiben, als nach den Wahlen auch in den übrigen Bolschewistennestern fest zuzugreifen. Die äußeren Kennzeichen sind ja überall ähnlich, wie sie in Berlin waren: Abschneidung des Worts in Schrift und Rede für alle gemäßigten Elemente, Terrorismus auf der Straße, Bewaffnung der Massen, Verschleuderung des öffentlichen Eigentums. Allerdings brauchen die Verhältnisse, was diesen letzteren Punkt angeht, an vielen Stellen in Deutschland freilich noch lange nicht bis zum Bolschewismus gediehen zu sein, um ein Grauen zu erwecken. Das Entscheidende ist die Entwaffnung. Wo sie durchgeführt wird, folgt die Wiederkehr der Ruhe ohne große Schwierigkeiten, weil sich dann regelmäßig zeigt, wie gering die Zahl der Bolschewisten ist, die den Platz terrorisierten. Die Schwäche der Radikalen ist schon durch die Wahlen in Süddeutschland offenbart worden, und wenn auch im Norden stellenweis der Boden für sie günstiger ist, so wird das Ergebnis der Hauptwahl doch auch hier ihre Schwäche im ganzen offenbaren.

Max Freyhan / Ein Wort zur Stunde

Politisierung des Geistes — war sie bisher die der politischen Gleichgültigkeit der Geistigen immer wieder präsentierte Mahnung und Forderung, so scheint sie jetzt mehr und mehr Tatsache zu werden und Wirklichkeit. Die Erschütterungen der Zeit wirken zu heftig, zu unüberhörbar ein auf alle Bezirke der Geistigkeit, als daß noch Unentschiedenheit oder gar ein Unterlassen jeglicher parteilicher Stellungnahme zu rechtfertigen und zu verantworten wäre. Die Probleme des Tages gestatten es nun nicht mehr, die Feinsinnigkeit und Besonderheit gedanklicher Wertungen gleichsam zu überspitzen und, wie es früher die Art und Eigentümlichkeit der unpolitischen Geistigen war, jedes Verflochtensein mit einer Partei als dem Wesen reiner Geistigkeit zuwider abzulehnen. Als ob den Intellektuellen nun diese Einsicht geworden wäre, haben sie des Gedankens Blässe gegen die frische Farbe der Entschließung eingetauscht und haben Partei ergriffen. So sehr diese Wandelung an sich zu begrüßen ist und eindrucksvoll besagt, daß diese große Wende der Geschichte kein kleines Geschlecht gefunden, so kann doch andererseits nicht verkannt werden, daß die Wege, die diese Geistigen ins Politische gehen, bei vielen von ihnen in die Irre laufen, und davon soll hier in letzter Stunde die Rede sein.

Darf gesagt werden, daß alle politischen Überzeugungen in ihren tiefsten Gründen Erlebnisakte sind, so ist fremde Überzeugung mit Erfolg nur beeinflußbar, wenn es gelingt, das politische Erlebnis im anderen aufzuspüren und unmittelbar in die Mitte dieses Erlebnisses vorzustoßen. Ist also festzustellen, daß eine große Anzahl unserer Geistigen ihr politisches Weltbild aus den Gedanken des Sozialismus formt, und muß es jeder bürgerlichen Gesinnung angelegen sein, gerade diese Exponenten deutschen Lebens dem Bürgertum zu erobern, so sind es zwei Fragen, die Antwort heischen: die eine nach der Ursache dieser Erscheinung und aus ihr folgend die andere nach Möglichkeiten, dem sozialistischen Erlebnis dieser Geistigen ein stärkeres „bürgerliches" Erlebnis entgegenzustellen. Was denn führt nun so viele geistige Menschen, vor allem auch aus den Reihen der Jugend und der Künstlerschaft, dem Sozialismus zu und seinen Ideen? Es scheint dies das der geistigen Jugend wie dem Künstler, wie überhaupt jeder Geistigkeit, die über alle Konvention hinweg zum Wesen vorzudringen trachtet, so äquadate Erlebnis zu sein, das seinen Ausdruck findet in der Devise: Gegen den Bürger! Der Bourgeois — das ist gleichsam der gemeinsame Feind: er ist den Enterbten nicht minder als den in den Feuern ihrer Geistigkeit glühenden Menschen der Satte, der Unbeschwingte, der Verwalter und Nutznießer des Bestehenden, und ihn gilt es zu beseitigen, ob nun eine neue Form der Wirtschaft oder eine neue Form der Geistigkeit die Menschheit erlösen soll. So viel Beflügelndes, ja Berauschendes liegt in diesem „gegen den Bürger", daß der Enthusiasmus der Geistigen, die mit dem Proletarier gegen die bürgerliche Welt marschieren, den Preis nicht erwägt, um den solcher Sieg erkauft werden müßte.

Wenn auch die bürgerliche Gesellschaftsordnung kapitalistisch, also in einem großen Ausmaß ökonomisch ist, so gewiß ist die Welt des Sozialismus noch viel definitiver auf Wirtschaft abgestellt. Und dieses Moment gerade und seine tiefgreifenden Auswirkungen übersehen all die Geistigen, die „der Bürger" als einheitliches Angriffsziel in die Reihen des Sozialismus lockt. Sie wissen oder bedenken nicht, daß zum Grunddogma des Sozialismus — im Unterschied zu der anderen bürgerlichen, von der Persönlichkeit ausgehenden Geschichtsbetrachtung — jene Auffassung gehört, die alles historische Geschehen unter der Abfolge wirtschaftlicher Prozesse begreift. Was aber bedeutet dies? Die Rationalisierung alles geschichtlichen Erkennens, die Versimpelung aller Unerklärlichkeit, alles wundersamen Zaubers geschichtlichen Werdens zu gleichsam rechnerischen Greifbarkeiten: kurzum die Entthronung des großen Menschen, des Genies. Sagt Ranke einmal: „Wenn jemals ein Ereignis auf einer großen Persönlichkeit beruht hat, so ist es das Ereignis des Siebenjährigen Krieges," so kann nichts besser den Gegensatz offensichtlich machen zwischen einer materialistischen und einer solchen das bedeutende Individuum in das Zentrum des Geschehens rückenden Geschichtsbetrachtung. Und darum: immer wieder weise man die Intellektuellen, die geistige Jugend, die Vertreter von Kunst und Dichtung auf diese sozialistische Grundidee hin und stelle sie vor die Frage, ob und wie sie dieses Weltbild, in dem das große Menschtum als letztbewegender Faktor keine Stelle hat, ihrem eigensten Schauen und Fühlen einzufügen vermögen. Keines Wortes bedarf es hierbei, daß solche Probleme nicht bloß theoretisch richtig sind, sondern auch für die praktische Wirklichkeit entscheidende Bedeutung haben; gerade weil echte politische Überzeugung aus innersten psychischen Quellen strömt, wirkt die gedankliche Grundrichtung höchst lebendig hinein in jede einzelne aktuelle Stellungnahme und gibt ihr Farbe und ihren besonderen Gehalt. Das Entscheidende und wahrhaft Wesentliche aber ist und bleibt, daß ein Geistiger, der zu einer politischen Gesinnung steht, auch das ganze tiefste Erlebnis dieser Weltanschauung bezeugt — und die Geistigen mögen nun entscheiden, was ihnen mehr gilt: entweder der Kampf gegen den Bürger oder das Einstehen für ein Lebensgefühl, das sich in Ehrfurcht neigt vor dem dunklen Geheimnis aller geschichtlichen Entwicklung und das damit die Abwehr aller nüchternen Entseelung und auch den Kampf miteinbegreift gegen jenen Bürger, der nicht zugleich ist Bürger einer höheren Welt.

Sontag/Historisches zum Verhältniswahlrecht

Wie so viele unserer staatsrechtlichen Ideen, stammt auch die erste Anregung, einer politischen Minderheit eine parlamentarische Vertretung zu gewähren, aus der großen französischen Revolution. Hier sprach der girondistische Deputierte Condorcé zuerst diesen Gedanken aus, ohne daß ihm jedoch in der Revolutionsgesetzgebung Folge gegeben wurde. Englische Politiker der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts nehmen den Gedanken der Minderheitsvertretung wieder auf. Daß diese Vertretung eine „verhältnismäßige" sein mußte, d. h., daß die Mehrheit und die Minderheit im Verhältnis der Stärke ihrer Stimmenzahl vertreten sein mußten, in dieser Form hat den Gedanken zuerst der französische Sozialist Considrant ausgearbeitet. Eingang in die Gesetzgebung fand diese Idee zuerst in Dänemark, weil hier zu-

Digitized by Google

fällig der dänische Mathematikprofessor Andreä, der für die Ausbildung der Theorie der Verhältniswahl viel getan hatte, 1855 Ministerpräsident war. So konnte er seine Theorie gleich in die Praxis des dänischen Reichstages umsetzen. Alsdann folgten in der Einführung der Verhältniswahl mehrere Schweizer Kantone, wie ja überhaupt die Schweiz von jeher sich zu Versuchen für politische Reformen hergegeben hat. Sie eignet sich dazu besonders infolge der Kleinheit der dortigen Verhältnisse. Als erster führte der Kanton Tessin die Verhältniswahl ein, und zwar, was recht interessant ist, zur Bekämpfung einer blutigen Revolution, die wegen der durch das Mehrheitswahlsystem verursachten Unbilligkeiten ausgebrochen war. Bei den Wahlen zum Großen Rat von 1889 hatten im Kanton Tessin die Konservativen mit 12 783 Stimmen 77 Abgeordnete, die Liberalen mit 12 166 Stimmen nur 35 Sitze erhalten. Beide Parteien hatten also annähernd die gleiche Stimmenzahl, und trotzdem waren die Liberalen in den einzelnen Bezirken so ungünstig verteilt, daß sie nur die knappe Hälfte der Sitze erhielten. Hierüber herrschte große Empörung unter ihnen, die sich zur offenen Revolution auswuchs, so daß die schweizerischen Bundesbehörden eingreifen mußten. Auf deren Anraten wurde ein Gesetz beschlossen, wonach zunächst eine zum Zwecke der Abänderung des Wahlgesetzes einzuberufende konstituierende Versammlung auf Grund des Verhältniswahlsystems gewählt werden sollte. Diese Versammlung trat zusammen und führte dann die Verhältniswahl für die Wahlen zum Großen Rat, zur konstituierenden Versammlung und zu den Gemeinderäten ein. Das Volk stimmte dieser Neuerung mit einer Mehrheit von 11 000 gegen 10 000 Stimmen zu. Es folgten dann die Kantone Neuenburg und Genf, Freiburg, Zug, Solothurn, Bern, Schwyz und Basel.

Noch krasser als in der Schweiz waren die Schäden des Mehrheitswahlverfahrens in Belgien hervorgetreten. So erhielten z. B. bei den Wahlen von 1870 die Liberalen mit 42 000 Stimmen 52 Sitze, die Klerikalen mit 35 000 Stimmen 72 Sitze. Der Kampf für Einführung der Verhältniswahl setzte mit großer Hartnäckigkeit ein, aber mit ebensolcher Hartnäckigkeit wehrte sich eine Zentrumsmehrheit lange gegen die Einführung dieses Systems. Es siegte schließlich in einem Gesetz von 1899. Weiter hat in Europa das Verhältniswahlsystem Eingang gefunden in Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland.

Deutschland ist unter den großen Kulturstaaten am längsten von dem Gedanken des Verhältniswahlrechts unberührt geblieben. Wir können uns also in diesem Punkte nicht rühmen, an der Spitze der Nationen marschiert zu sein. Zwar hat gelegentlich Fürst Bismarck geäußert, daß bei den Wahlen zum Reichstage jeder Partei eine der Summe der für sie abgegebenen Stimmen entsprechende Anzahl Abgeordnete zugewiesen werden sollte, aber irgendwelche praktischen Folgen sind diesem Gedanken nicht gegeben worden. Von den politischen Parteien Deutschlands beschäftigte sich zuerst die sozialdemokratische Partei mit dieser Frage, insbesondere hat Wilhelm Liebknecht wiederholt dazu geschrieben. Die Forderung des Verhältniswahlrechts fand dann im Erfurter Programm der Partei ihre Aufnahme. Größeres Interesse regte sich in Deutschland nach dem krassen Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1890 in Baden. Bei der Reichstagswahl von 1887 hatte nämlich die nationalliberale Partei in Baden bei 121 000 für sie abgegebenen Stimmen 9 Mandate erhalten. Die übrigen Parteien hatten mit 154 000 Stimmen 5 Mandate erzielt. Bei den Reichstagswahlen von 1890 sanken in Baden die nationalliberalen Stimmen auf 82 000, mit diesen aber erzielten die Nationalliberalen kein einziges Mandat, obwohl 82 000 fast ein Drittel sämtlicher abgegebenen Stimmen war. Gleichwohl konnte sich das Verhältniswahlrecht für Baden nicht durchsetzen. Erfolgreicher war es in Württemberg. Dort wurde der Proporz durch die Wahlreform von 1906 für die Wahl der 6 Abgeordneten der Stadt Stuttgart und der 17 Abgeordneten der beiden Bundeswahlkreise eingeführt. Weiter hat die Verhältniswahl Aufnahme gefunden für die Parlamentswahlen in Hamburg und die Kommunalwahlen in Bayern, Württemberg, Baden und Oldenburg, nach dem preußischen Berggesetze, bei den Wahlen des öffentlichrechtlichen Versicherungswesens und den Wahlen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Dagegen hat Bayern, trotz einer eifrig entfalteten Agitation für das Proportionalwahlsystem, dieses im Jahre 1906 abgelehnt, und im Deutschen Reichstage fiel im Jahre 1913 die Entscheidung zuungunsten dieses Systems mit 140 gegen 139 Stimmen.

Die Bemühungen der Regierung des Grafen Hertling in der letzten Zeit seiner Regierung, berechtigten Volksforderungen entgegenzukommen, führten zu dem Gesetz vom 24. August 1918, welches die Verhältniswahl, allerdings nur für eine Anzahl Reichstagswahlkreise, nämlich die Großstädte und die Industriebezirke einführte. Erst die Revolutionsgesetzgebung hat das Verhältniswahlsystem für alle Wahlkreise und alle politischen Wahlen gebracht. Für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung ist dies durch Verordnung vom 30. November 1918 geschehen.

Wenn wir an diesem Wendepunkt auf die Entwicklung deutschen Wahlrechts zurückblicken, so gemahnt der neueste Zustand fast wie eine Wiederkehr zu ältestem deutschen Rechte, — wohl verstanden, in verfeinerter Form. Das Majorisierungsprinzip, wie wir es im ständischen Wahlrecht des späteren Mittelalters und im Wahlrecht zum Reichstag, Preußischen Landtag usw. hatten, ist mit seinem Grundsatze des starren Mehrheitsprinzips romanischen Ursprungs. Dem kraftvollen Individualitätsgefühl germanischer Völker widersprach es, sich majorisieren zu lassen, wie dies in alten deutschen Urkunden mit den Worten zum Ausdruck kommt: „Wenn ein kühner Mann im offenen Kampfe fünf überwinden kann, warum soll er sich im Rate der Mehrheit beugen.“ Einen Nachklang davon enthält der Satz zahlreicher mittelalterlicher Ständeversammlungen, nicht die pars major (die größere Partei) solle entscheiden, sondern die pars sanior (die vernünftigere Partei). Wir haben also hier eine Minderheitsvertretung, die sich unter Umständen bis zur Durchsetzung des Willens der Minderheit steigern konnte, freilich unter der schwer festzustellenden Voraussetzung, daß bei der Minderheit auch die richtige Ansicht obwalte. Aber die mittelalterliche Kirche hat auch für diese Voraussetzung die Erfüllung zu finden gewußt. Bei Streitigkeiten innerhalb der Domkapitel haben verschiedene Päpste, zuerst Alexander III. dekretiert: Die Majorität solle entscheiden, aber nur „si major pars capituli et sit sanior“ (wenn die größere Partei des Kapitals auch die vernünftigere sei). Welche Gruppe aber die richtigere Ansicht habe, das bestimme der Papst. Die Päpste haben damit verstanden, über diese Brücke juristischer Auslegung ihre Obmacht über die Domkapitel einzuführen.

Von da ab schwinden die Minderheitsrechte rasch im Bewußtsein der Festlandsvölker, bis sie in unserer Zeit in neuer Form zu hoffentlich neuer Blüte erstanden sind. (Eine Ausnahme macht England, in dessen Recht sich bekanntlich die geschichtlichen Zusammenhänge am reinsten bewahrt haben. Noch heute gilt im englischen Gerichtsverfahren der Satz, daß das Verdikt der Geschworenen, das verurteilende wie das freisprechende, einstimmig gefaßt sein müsse, d. h. es wird so lange beraten, bis eine widersprechende Minderheit zur Ansicht der Mehrheit bekehrt ist oder beide sich auf einer mittleren Linie geeinigt haben. In letzter Linie wird allerdings von der Minderheit *verlangt*, daß sie dem Mehrheitsbeschluß zustimme.)

Hans Rothfels / Eine neue „Deutsche Geschichte“

An knappen und doch gehaltvollen, populären und dabei auf sicherem wissenschaftlichen Fundament ruhenden Darstellungen der deutschen Gesamtgeschichte haben wir nicht gerade Überfluß. Der handliche Band, den der feinsinnige Göttinger Historiker *Karl Brandi* vorlegt (Deutsche Geschichte. Berlin 1919. E. S. Mittler & Sohn. [XIV u. 295 S.] M. 10,50, geb. M. 12), darf somit schon an und für sich auf ein starkes Interesse rechnen. Seinen besonderen Charakter aber und seinen spezifischen Wert erhält das Buch durch Zeit und Ort seiner Entstehung. Es ist abgeschlossen worden im Herbst 1918, unmittelbar

Digitized by Google

also vor dem Umschwung, die Erzählung schließt mit der Kanzlerschaft des Prinzen Max. So ist Brandis Werk die letzte vorrevolutionäre deutsche Geschichte, das gibt ihr eine gewisse dokumentarische Stellung, sie ist nicht nur Darstellung, sondern zugleich Quelle, Zeugnis einer in sich geschlossenen Auffassung, die von dem Glauben an den providentiellen — trotz aller Spannungen letzthin zielstrebigen Zug deutscher Geschichte tief durchdrungen ist. Nur wer auf die Oberfläche sieht, krampfhaft auf die Fehler und Versäumnisse der einen oder der anderen Seite starrt, wird diese Grundanschauung leichthin ablehnen. Mögen wir jetzt die Akzente anders verteilen und die ersehnte Synthese der Elemente unserer Vergangenheit abermals um ein gewaltiges Stück hinausgeschoben fühlen wie nach dem Dreißigjährigen Krieg — allein der Glaube an das im tiefsten Sinn Schicksalsmäßige unserer Entwicklung ist heute — persönlich wie politisch — möglich und fruchtbar. Ein Überblick über die deutsche Geschichte, wie ihn Brandi zeichnet, frei von den Künsteleien psychologischer oder soziologischer Stufenfolgen, mit starker und doch taktvoller Hervorhebung der inneren Notwendigkeiten, der alle persönlichen Leistungen bedingenden Logik der Entwicklung, gibt solchem Glauben eine wohlbegründete geschichtsphilosophische Basis. So steht das Buch an einer Zeitenwende, es ist Dokument einer abgeschlossenen Epoche und wächst doch zugleich vermöge seiner geistigen Struktur über sich selbst und den Moment seiner Konzeption hinaus.

Und die Art der Entstehung. Das Buch ist erwachsen aus Frontverträgen, dadurch ist nicht nur seine äußere Form bestimmt, der knappe Umfang, der leichte, flüssige Stil, sondern — irren wir nicht — auch die innere Stimmung. Brandi war selbst im Feld, und es lebt in seiner deutschen Geschichte etwas von bester Frontgesinnung, von der herben, sachlichen, aller Phrase abholden Art, von der inneren Straffung und jener Beschränkung auf das Wesentliche und Prägnante, die jeder draußen als Wohltat empfunden und die wir — trotz allem — für eine ruhigere Zukunft — menschlich, politisch und wissenschaftlich — als Hoffnung buchen möchten. Typisch für diese knappe Zusammenschau scheinen mir vor allem die ersten 100 Seiten, auf denen Brandi deutsche Urzeit und Mittelalter in ihren charakteristischen Zügen lebendig zu machen weiß — auf geringstem Raum und doch ohne gewaltsame Pressung; selbst komplizierte Einzelheiten, wie die Entstehung der Städte, finden eine durchaus befriedigende Behandlung. Dafür ist eine Fülle des herkömmlichen Ranken- und Arabeskenwerkes gestrichen, an die Stelle des chronologischen Einteilungsprinzips tritt eine strengere Architektur: drei einleitende Abschnitte (Von den alten Deutschen; Franken und Römer; Das Deutsche Reich) und dann drei Kapitel, die in einem gewissen Nacheinander die mit den geistigen und politischen Problemen aufs engste verbundenen rechtlich-sozialen Kernfragen des Mittelalter behandeln: Kaiser und Papst, die Städte, die Landesherrschaft. Es folgt ein Mittelstück, die Reformation, für die Brandi durch eigene Studien besonders kompetent ist, und dann — wiederum auf 100 Seiten — die neuere Geschichte. Hier wechselt der Gesichtspunkt, die äußere Politik in ihren drei Stufen, Territorialpolitik, Kontinentalpolitik, Weltpolitik wird das Prinzip der Einteilung, dem der Stoff der geistigen und sozialen Geschichte untergeordnet wird. Es ist ein kühner Versuch, den Inhalt des 17. und 18. Jahrhunderts und den der Zeit von 1789 bis 1871 unter den Überschriften „Österreich und Preußen" und „Frankreich und Deutschland" zusammenzufassen, wir möchten ihn im Ganzen doch als gelungen bezeichnen. Am wenigsten gilt das von dem zweiten Abschnitt. Hier ist vieles doch allzu summarisch geraten, auch in den Einzelurteilen ist manches recht fischeemäßig, so vermißt man etwa bei Persönlichkeiten wie Napoleon oder Metternich den Blick für das Schicksalsmäßige, den wir sonst als Vorzug des Werkes ansprechen. Auch das letzte Kapitel: „Weltpolitik und Weltkrieg" befriedigt nur sehr teilweise, — doch es wäre kleinlich und fehl am Ort, hier allzu viele Wünsche und Ausstellungen anzuführen; vor der Kritik wollen wir uns der starken eigenkräftigen Leistung freuen, die die Elemente unserer Vergangenheit neu und frisch gestaltet und belebt ist von den Bedürfnissen der Gegenwart.

Eugen Sulz / Ein Kapitel öffentlicher Bildungspflege

In Amerika und England ist es Ehrensache der Verwaltungen aufstrebender Gemeinden, an hervorragender Stelle der Stadt eine allgemein zugängliche öffentliche Bibliothek (Volksbibliothek) zu errichten, weil der Mensch und Staatsbürger, wenn er mit vierzehn oder achtzehn Jahren die Schule verläßt, nicht aufhört, sondern anfängt, sein eigenes Bildungsbedürfnis zu entfalten. In Amerika und England gibt es reiche Großindustrielle (nicht nur Carnegie), die den eigentümlichen Geschmack besitzen, statt des Denkmals aus Kanonenmetall, dessen Unvergänglichkeit den Metallbedürfnissen des Weltkrieges zum Teil zum Opfer gefallen ist, sich Monumente dauernder als Erz zu sichern, aus Marmor oder Hausstein: Bibliotheken für die Gesamtheit. In Deutschland — — —. Gewiß, Schulpaläste, Theater, Universitäten, gelehrte Sammel- und Fachbibliotheken, wir weisen mit Stolz auf sie. Mit größerem Stolz könnten wir noch darauf hinweisen, wieviel entsagungsvolle Arbeit geleistet wird, dem „Volke", nicht nur einigen hunderttausend durch Geburt und Reichtum Bevorzugten, in seinem Ringen um Bildungs- und Kulturwerte Beistand zu leisten, nämlich auch dann, wenn dies über Fach- und Berufswissen und reinen Gelderwerb hinausreicht. Mit größerem Stolz — weil diese Arbeit vielfach geleistet wird unter Ausschluß öffentlicher Anerkennung, mit spärlichen, mühsam zusammengebettelten Vereinsmitteln in dunklen, unzweckmäßigen Winkeln alter, ausgedienter Gebäude.

Im neuen Deutschland soll es anders werden und wird es anders werden. Es hat wieder einen Ruck nach vorwärts getan, mitten im Weltkrieg. Nämlich nicht etwa dank millionenschwer gewordenen Heereslieferanten und Unternehmern. Die preußische Regierung, die schon seit einiger Zeit durch Einrichtung provinzieller Beratungsstellen für die kleinen Volksbibliotheken zielbewußte Kulturarbeit geleistet hat, stützt auch das im März 1915 in Berlin aus Stiftungsmitteln errichtete Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht und die diesem angegliederte Zentrale für Volksbücherei. Die Organisation dieser Zentrale leistet Gewähr dafür, daß der gefürchtete Einfluß des Staates sich darauf beschränkt, die freie (d. h. meist gutgemeintem Dilettantismus ausgelieferte) Bildungspflege durch fachmännische Beratung und moralische und finanzielle Beihilfe zu fördern. In manchen Städten regt sich auch schon das Bewußtsein versäumter Pflicht.

Die Zentrale für Volksbücherei in Berlin hält sich zurück vom Kampf der theoretischen Parteiungen, sie will praktische Arbeit leisten. Sie ist berufen, der Entwicklung, welche auf die Schaffung eines für alle Büchereibedürfnisse zureichenden Personals zielt, für das breitere Erfordernis an Beamten vorzuarbeiten. „Innerhalb des Für und Wider um alles Grundsätzliche der Volksbücherei kann sie zunächst schon durch die Aufzeigung reichlichen archivalisch-historischen Materials für öffentliches Büchereiwesen Mittel zur besten vergleichenden Beurteilung aller einschlägigen Fragen schaffen. Sie kann durch Vereinigung von Sammlungen über bestehende verwaltungstechnische Praxis und Voraussetzungen dieser Praxis dahin führen, daß für die Führung öffentlicher Volksbüchereien gewisse Normalien der Geschäftsführung, die heute noch ungenügend entwickelt ist, vorteilhaft ausgebildet werden — eine Vorarbeit, die dann allen Büchereien zugute kommen wird.

Sie kann durch vielseitige und gründliche Schulung in Theorie und Praxis — beides muß sie — der neuen Büchereiaufgabe im Verlauf weniger Jahre eine Kerntruppe moderner Büchereibeamter schaffen, in deren Reihen auch die wissenschaftliche Bücherei wertvolle Hilfstruppen finden wird.

Die Zentrale kann die öffentliche Bücherei schließlich und nicht zu mindest dadurch fördern, daß sie der Büchereiarbeit in den Provinzen und einzelnen Landesteilen auf Wunsch Rat und Hilfe gewährt, ihre Sammlungen zur Verfügung stellt. Die Arbeit in landschaftlich geschlossenen Bezirken wird sich um selbstgeschaffene Mittelpunkte der Hilfe und Beratung von Fachproblemen kristallisieren, die wiederum an der Zentrale stets höheren Rückhalt zu finden vermögen, ohne von dort irgendeinen Zwang befürchten zu

Digitized by Google

müssen. Solche Tätigkeit ehrlich und opferwillig im Dienst der Gesamtheit geübt, muß zu Erfolgen führen."

Diese Programmworte sind der Eröffnungsrede des Geschäftsführers der Zentrale, Paul Ladewigs, entnommen, des bekannten Praktikers, dessen Berufung an jene Stelle jedem preußischen Volksbibliothekar in seinem abgeschlossenen Arbeitsdasein eine Hoffnung bedeuten wird. Schon ist im Zusammenhang mit der Zentrale eine Bibliotheksschule, auf zwei Jahrgänge abgestuft, ins Leben getreten, an der neben Vertretern der Königlichen Bibliothek und Männern der Wissenschaft wie Prof. Justrow und Dr. Jessen anerkannte Führer der modernen Bücherei-bewegung wie Dr. Ladewig, Dr. Ackerknecht-Stettin und Dr. Fritz-Charlottenburg als Lehrer wirken.

Die Worte, mit denen die neue Bibliotheksschule aus der Taufe gehoben wurde, sind der Hahnenruf eines neuen Tages der öffentlichen Bildungspflege in Deutschland. Die in einem Sammelband (Schriften der Zentrale für Volksbücherei. Erstes Stück. Berlin, Weidmann 1917) erschienenen Reden werden den Berufsverwandten willkommen sein für historische Einstellung und als grundsätzliche Festlegung der Richtung öffentlicher Büchereitätigkeit, sie bieten ihnen Ausblicke für ein gedeihliches Zusammenwirken der Volksbücherei und der ehrwürdigen Stadtbibliothek, die in der deutschen Mittelstadt vielfach ein beschauliches, aber leider gar zu ungestörtes, Dasein führt. (Ladewig und Fritz.) Sie werden aber in jedem Gebildeten das Vorurteil ausrotten, als ob Bücherei und Weltfremdheit eine Ehe ohne Scheidungsmöglichkeit geschlossen hätten. (Justrom, Jessen, Ackerknecht.) Und dem Jugenderzieher, der mit Wolgast den ersten Schritt in eine neue Zeit hineingetan hat, mag Ackerknechts Abhandlung über Jugendbücherei der Leitstern sein, wenn er sich im Entdeckerübermut neuer Bahnen durch das Tor, das die Inschrift trägt: „Erziehung durchs Kunstwerk" etwas zu weit auf ungängiges Gelände vorgewagt hat.

In Sachsen hat die Stadt Leipzig ein ähnliches Unternehmen versucht, wenn es auch nicht auf der breiten und kräftigen Grundlage der Berliner Zentrale ruht. Wie wird man sich in Süd-Deutschland, wo von einzelnen im engsten Rahmen soviel tapfere und treue Bildungsarbeit geleistet wird, zum Gedanken der öffentlichen Volksbildungsorganisation und zum Berliner Musterbeispiel verhalten? Man pflegt ja hier hinter preußischer Organisation, besonders auf kulturellem Gebiet, vielfach den Zwang zur geistigen Uniform und zur altehrwürdigen Denkschablone zu argwöhnen. Wer, wie ich, als Fachmann und kritischen Auges diese preußische Schöpfung in ihrem Werdegang verfolgt hat, kann sie mit ehrlichem Herzen im Sinne jenes Argwohns als „unpreußisch" bezeichnen. **Ein Stück Neu-Deutschland ist sie, möge sie ein Eckstein für das neue Deutschland des Friedens und der Kulturarbeit werden.**

Oskar Maria Graf / Jung sein

Jung sein und kommende Morgen küssend umschlingen
im Ahnen.
Wie eine Pflanze emporrankend an brüchiger Mauer
Von dannen
hebt sich ein Schritt, flügelnd. — Alles ist köstlich,
wenn es ihn grüßt, dieweil er weiter sich richtet. —
Jung sein und mit planlosen Hemmnissen ringen,
wie mit der Welt, die irgendwo flackert, wie fernes Wetterleuchten.
O, wie die Tage sich brautsicher schmücken und festlich
den Reigen beschließen ums blumige Gemach springender Gedanken!
Jung sein, wie Ewigkeit, deren flimmernder Himmel sich lichtet,
wenn noch die Blicke im lockernden Kindsein schwanken.
Wie ein irrender Falter,
schwimmend im sonnigen All und doch der Gestalter
aller berückenden Gärten der Erde sein. — —

Naumann / Das Unendliche

Immer wieder beschäftigt mich die Erkenntnis, daß trotz aller Entdeckungen die Menge des Unbekannten in der Welt nicht geringer wird. An dieser Stelle liegt der tiefe Irrtum der Aufklärungszeit. Sie dachte, daß man das Unbekannte bis auf einen kleinen Rest herunterarbeiten könne, so wie man einen Raum vom Spinngewebe säubert. Aber indem man aufklärte, vertieften sich neue Dunkelheiten, indem man die fernsten Sterne heranzog, öffneten sich weitere Milchstraßen, indem man den Menschen selbst zerlegte, wurde er immer wunderbarer. Das Wissen ist vergrößert, aber was wissen wir denn eigentlich? Sind wir nicht von einer Weltanschauung weiter entfernt als die alten Zauberer, die ihre kleine Welt zu deuten wußten? Auf allen Gebieten fließt unendliche Menge von Kenntnissen zu; auch im Kriege hört der Zustrom nicht auf, denn welche technischen Geheimnisse wurden durch Kriegsversuche offenbar! Man kann vor lauter Menge des Wissenswerten kaum noch ein einigermaßen gebildeter Mensch sein, dabei aber steht über dem allen geschrieben: ignoramus, ignorabimus: es ist und bleibt ein Rätsel. Wir fliegen im Unendlichen und erfassen nur Endliches. Das kann den Menschen niederdrücken oder erheben, je nachdem er Freude an der großen Verborgenheit hat oder nicht. Wer geneigt ist, an eine Gottheit zu glauben, hält dieses unendliche Nebelreich für ihre verehrungswürdigste Offenbarung. Das klingt widersinnig, aber was wir Widersinn nennen, ist in den Dingen selbst: wie kann der Teil das Ganze erkennen? Wie kann ein Mensch wissen, was Gott ist?

Büchertisch

Eugen Katz, **Ist Sozialismus rentabel?** Verlag der „Hilfe", Berlin. 31 S. 1 M.

M. Brahn, **Kann und wie kann man sozialisieren?** B. G. Teubner, Leipzig und Berlin. 24 S. 0,80 M.

Es ist kein Zufall, daß die beiden Schriften, die sich mit dem Problem der Sozialisierung befassen, die Fragestellung für den Titel ihrer Ausführungen gewählt haben. Denn es handelt sich darum, eine Antwort, eine Lösung zu finden auf eine Frage, die im Kampf der Parteien heute aufs leidenschaftlichste umstritten wird. Beide Verfasser kommen zu einem sehr vorsichtigen und zurückhaltenden Ergebnis. Brahn sagt ausdrücklich, daß vieles, was er bringe, das Resultat von Besprechungen mit Arbeitern und Arbeiterinnen gewesen sei, die eingesehen hätten, welche Gefahren eine sofortige Sozialisierung Deutschlands für das Wohl des Landes haben würde. Er ist daher für allmähliche Sozialisierung, wenn Deutschland nach den Kriegswunden leistungs- und konkurrenzfähiger geworden ist, und wenn die neue Schule des neuen Staates andere Menschen herangebildet hat. Katz weist nach, wie gering das heutige Volksvermögen durch den Krieg, den furchtbaren Verbraucher, geworden ist, wie nötig wir Rohstoffe vom Ausland brauchen, um uns vor vollständiger Verarmung und Verhungerung zu schützen, und wie sehr uns dies durch den schlechten Stand unserer Valuta erschwert wird. Daher muß vor allem darauf gesehen werden, ob die neue Betriebsform rentabel ist — ihre bolschewistische Form muß daher unter allen Umständen abgelehnt werden. Bleibt also der „Staatssozialismus", mit seinem bürokratischen Regiment, von dem auch noch nicht bewiesen ist, ob er die gesteigerte Produktivität im Gefolge hat und ob er damit die für uns heute nötige Form der Wirtschaft ist. Die Spuren der Kriegswirtschaft mit ihrem Mangel an Elastizität, mit dem Schleichhandel und dem inoffiziellen Schiebermarkt schrecken den Einsichtigen. „Reif zur Sozialisierung", wie heute sogar das Schlagwort der Unabhängigen Sozialdemokraten heißt, in dem Sinne, daß ihre Produktivität bei der Überführung in die öffentliche Bewirtschaftung steigt, sind nur wenige Betriebe. Selbst bei den Privatmonopolen, die in Staatsmonopole verwandelt werden sollen, läßt nach Katz sich das nicht immer aufrechterhalten. Auch gegen die Sozialisierung der Landwirtschaft, die „nur von [illegible]-fremden Großstädtern" gefordert werde, wendet er sich heftig; die Ernährungsverhältnisse des deutschen Volkes könnten solche Experimente nicht vertragen. Es bleiben also ganz wenige Gebiete, für die Sozialisierung möglich ist: Ausdehnung der staatlichen

Digitized by Google

Forstwirtschaft, Erweiterung des öffentlichen Betriebes im Versicherungswesen, staatliche Monopole für Elektrizität, Gas und Verkehrsmittel — freilich macht der Verfasser auch hier schon aus seiner Erfahrung heraus Einschränkungen, so daß das Ergebnis seiner Untersuchung schließlich doch die Forderung: Demokratie ohne Staatssozialismus ergibt.

Paul Eltzbacher, **Die neuen Parteien und ihre Programme.** Aug. Scherl, Berlin. 63 Seiten. 60 Pf..

F. Salomon, **Die neuen Parteiprogramme mit den letzten der alten Parteien zusammengestellt.** B. G. Teubner, Leipzig und Berlin. 68 Seiten. 1,50 M.

K. Mahler, **Die Programme der politischen Parteien nach dem Kriege.** O. Gracklauer, Leipzig. 80 Seiten. 1,20 M.

H. Bergwiese, **Die politischen Parteien Deutschlands,** Betrachtungen über ihre Grundlagen und Ziele. F. Czwiertnia, Hannover. 22 Seiten. 75 Pf.

Leider erst in letzter Minute sind die für die Nationalversammlung so wichtigen Zusammenstellungen der Parteiprogramme erschienen. Die drei ersten Schriften bringen den genauen Wortlaut der Programme; sie sind also auch für die weitere Entwicklung noch gut zu verwenden.

Eltzbacher hat einen kurzen Abriß der Parteigeschichte, der nicht erschöpfend ist, aber für eine erste Orientierung genügt. Gut zu brauchen ist der tabellarische Anhang, in dem er den Standpunkt der Parteien in den großen Zeitfragen, z. B. Völkerbund, Sozialisierung, Religion, Schule, Mittelstand, Heer einander gegenüberstellt.

Salomon, der ja bekannt ist durch seine früheren Arbeiten über die Parteiprogramme, fügt seinen bisher erschienenen Arbeiten nun diese neue hinzu, deren Wert hauptsächlich darin liegt, daß sie sich nicht auf die Parteiprogramme im engen Sinne beschränkt, sondern daß sie nach dem historischen Überblick, der mit dem Jahre 1891 beginnt, nun auch die verschiedensten charakteristischen Dokumente, die seit dem 9. November erschienen sind und für die Strömungen innerhalb der Parteien grundlegende Bedeutung haben, enthält. Leider fehlt das Programm des Spartakusbundes vom 14. Dezember.

Mahlers Zusammenstellung enthält außerdem noch die Programme der Protestparteien (Elsaß-Lothringer, Litauer usw.), der Wirtschaftsverbände und der regionalen Gruppen. (Bayern, Hessen, Sachsen.)

Die kleine Schrift von Bergwiese ist lediglich eine kurze Darstellung der politischen Parteien, die auf Wiedergabe der Quellen verzichtet. M. R.

Von der Deutschen demokratischen Partei sind eine Anzahl Flugschriften herausgegeben worden, die sich für eine weitere Verbreitung empfehlen. (Demokratischer Verlag, Berlin-Zehlendorf-West, Stück 50 Pf.) Die allgemeinen Werbe-Flugschriften der Deutschen demokratischen Partei, die einen guten Ersatz für das noch nicht vorhandene demokratische Programm bieten, ferner die Frauen-Flugschriften der Demokratischen Partei, die sich durch besondere schlichte Eindringlichkeit auszeichnen. Unter der Überschrift „Wie ist es mit der Verhältniswahl?" gibt H. G. Erdmannsdörfer praktische Winke für die Wahlen zur Nationalversammlung. Von Wichtigkeit ist auch die Schrift „Wie agitiert man zum Wahltage?", die für die jetzige Wahl zwar zu spät kommt, für zukünftige, vor allem für die preußische, aber von Bedeutung sein wird. Joh. Rathje zieht die Grenzen zwischen der Deutschen Volkspartei und der Deutschen demokratischen Partei. Er glaubt, daß die Meinungsverschiedenheiten gar nicht so groß seien, sondern daß es sich lediglich um persönliche Fragen handele, nämlich um Stresemanns Stellung, dem die Deutsche demokratische Partei keine Führerrolle zubilligen konnte. Die so viel erörterte Frage, wo die Trennungslinien zwischen Demokratie und Sozialdemokratie liegen, wird von Walter Pfeiler behandelt. Und schließlich bringt Dr. Bergsträßer unter der Überschrift „Das schwarz-rot-goldene Parlament 1848/49" eine Schilderung der Frankfurter Nationalversammlung, deren wichtige Verfassungsbestimmungen auch abgedruckt sind.

Curt Loewenstein u. Fritz Stern. **Entwurf einer deutschen Verfassung.** Willy Telemann, Königsberg. 21 Seiten.

Um das Werk der Nationalversammlung durch Vorarbeiten zu erleichtern, laufen von verschiedenen Seiten Entwürfe zu einer deutschen Verfassung ein, die zum Teil sich an die alte Reichsverfassung anschließen, zum Teil auch den Zeitumständen entsprechend wesentlich Neues bringen. Der vorliegende Entwurf hat vor allen Dingen das Charakteristische, daß er völkerrechtliche Einrichtungen, die durch deutsches Gesetz als vorbildlich anerkannt sind, mit Zustimmung der deutschen Bevölkerungsteile als für Deutschland wirksam festgesetzt hat. Mag dieser Punkt auch vielleicht später tatsächlich von Bedeutung werden, so ist nach der augenblicklichen Lage der Dinge nicht anzunehmen, daß die von den Verfassern geplante Form des Bundesstaates jetzt praktisch durchführbar sein wird. M. R.

Dietrich Schäfer, **Sprachenkarte der deutschen Ostmarken.** Karl Curtius, Berlin. 2 M.

Die Polenfrage steht im Augenblick mehr denn je im Mittelpunkt des Interesses, und eine zuverlässige wissenschaftliche Karte, die Aufklärung über die umstrittenen deutschen Gebiete gäbe, wäre des größten Beifalls gewiß. Ein anerkannter deutscher Historiker hat sich dieser Aufgabe unterzogen — aber begrüßen kann man seine Lösung keineswegs. Naive Gemüter werden aus ihr die Tatsachen entnehmen, daß das ganze Flachgebiet von Ostpreußen und große Teile Westpreußens ausschließlich von Deutschen bewohnt werden, denn sie prangen alle in der schönen feuerroten Farbe, die das Überwiegen des Deutschtums charakterisieren soll! Der kritische Beurteiler muß aber feststellen, daß es ein ganz unzulässiges Verfahren ist, 50 v. H. der Deutschen als Norm für deutsches Gebiet anzusetzen — auch die Gegenden, in denen beispielsweise 60 v. H. Deutsche, 40 v. H. Polen usw. sich gegenüberstehen, hätten in irgendeiner Weise in den Farben abgestimmt werden müssen. Mag diese tendenziöse Art der Darstellung immerhin noch von irgendeinem Standpunkt aus von dem Verfasser verteidigt werden können, so ist das ganz unmöglich bei der Art, wie die von Masuren, Deutschen und Polen bewohnten Gebiete eingetragen sind. Es genügt da keineswegs, daß der Verfasser die Prozentzahlen der Völker an den betreffenden Stellen eindruckt — dadurch, daß er in der Farbe die Fiktion aufrechterhält, es sei hier eine Bevölkerung von mehr als 50 v. H. Deutschen, macht er sich einer schweren Entstellung schuldig. Es gäbe genug graphische Hilfsmittel, um zu zeigen, daß es sich hier um andersartige als polnisch-deutsche Gebiete handelt — bei dem deutsch-litauischen Memel sind sie ja auch angewandt worden. Zugegeben, daß Masuren und Kassuben nicht mit den Polen zu identifizieren sind — andererseits gehören sie aber noch viel weniger zu den Deutschen. Nimmt der Verfasser das Prinzip der farbig abgetönten Darstellung an, so hat er es auch durchzuführen, selbst wenn dann das Ergebnis seinen Wünschen zuwiderläuft. Dietrich Schäfer hat im Krieg zu den einseitigsten der alldeutschen Professoren gehört — diese Karte beweist, daß ihn auch die neue Zeit noch nicht darüber belehrt hat, daß er mit seiner unwissenschaftlichen Methode nur das Gegenteil von dem erreichen wird, was er eigentlich bezweckt. M. R.

Briefkasten

Auf viele Anfragen. Literatur über den Bolschewismus haben wir im Briefkasten von Nr. 49 und 50, 1918 angegeben, über Gewerkschaftsbewegung, über Genossenschaften und über den Sozialismus in Nr. 51, 1918.

Ins besetzte Gebiet kann die „Hilfe" vorläufig vielen Hundert Hilfe-Lesern nicht geliefert werden. Wir bewahren die Hefte für sie auf oder senden sie auf Wunsch an andere Anschriften.

„Der deutsche Volksstaat", die von Heile und Schotte herausgegebene Schriftensammlung zur inneren Politik, ist von Heft 1—3 noch erhältlich. Nr. 4: Dr. Gertrud Bäumer, Die Frau im Volksstaat, erscheint im März; Nr. 5: Naumann und Heile, Erziehung zur Politik ist z. Z. vergriffen und wird neu bearbeitet. Das früher angezeigte Heft Dr. Schotte, Wer macht die Politik? wird überhaupt nicht erscheinen.

Ein Verzeichnis von Schriften zu den **politischen und wirtschaftlichen Gegenwartsfragen** kann gegen Einsendung von 15 Pf von uns bezogen werden.

G. Hoffmann, Wilmersdorf wird um Angabe genauer Adresse gebeten, weil die Flugblätter sonst nicht gesandt werden können.

R. in W. Als Versicherungsanstalten gegen Feuer und Einbruchsdiebstahl sind uns die „Viktoria Akt.-Ges., Berlin, Lindenstr." und „Die Frankfurter Allg. Vers.-Ges., Frankfurt a. M." bekannt.

Heimatchronik: Infolge der ungünstigen Verkehrsverhältnisse ist die Heimatchronik nicht rechtzeitig eingetroffen und wird in der nächsten Nummer nachgeholt werden.

Verlag der „Hilfe".

Freiwillige Gaben:

Für Hilfe-Verbreitung: 1,75 M. E. M. in St., A. B. in D. 2 M. A. H. in B., Dr. H. in W., 1 M. P. in F., Sch. in T.

Für den Wahlfonds gingen ein: B. in E. 20 M., H. W. in F. 5 M., Dr. W.-St. in B. B. 2 M., K. L. in N. 10 M., H. H. in Ch. 2,50 M., R. Th. in R. 5 M.

Allen Gebern herzlichen Dank. **Verlag der „Hilfe".**

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, Berlin-Zehlendorf. für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, Hamburg.

Digitized by Google

30. Januar 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis im Buchhandel 4 M., beim Postamt 4,12 M., unter Kreuzband 4,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 4,25 M., ins Ausland 5 M. Soldatenausgabe 1,50 M. Einzelhefte 40 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8683.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 5

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 60 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche.

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Gertrud Bäumer:** Heimatchronik. — **Naumann:** Das Wahlergebnis im Reich. — **Wilhelm Heile:** Was soll aus Preußen werden? — **Dr. Paul Rohrbach:** Zur Friedenskonferenz. — **Prof. Dr. Heinrich Herkner:** Unmöglichkeiten. — **Hellmuth Gerlich:** Kirche und Politik. — **Dr. Walther Koch:** Freideutsche Jugendbewegung und Politik. — **Franz Landsberg:** Siedlungswesen und Revolution. — **Naumann:** Parteikämpfe. — Büchertisch.

Naumann / Kriegschronik

Sonntag, 19. Januar.

Gestern wurde in Paris im Saale des Ministeriums des Äußern der Vorfriedenskongreß eröffnet. 25 Staaten nahmen an der Eröffnungssitzung teil. Auch diejenigen Staaten, die zwar ihre diplomatischen Beziehungen zu den Mittelmächten abgebrochen haben, aber nicht am Krieg beteiligt waren, wie Ecuador, Bolivia, Uruguay und Peru, sind zugelassen worden. Im ganzen sind 66 Delegierte anwesend. Clemenceau wird präsidieren und sitzt zwischen Wilson und Lloyd George. Den Pressevertretern ist mitgeteilt worden, daß die Veröffentlichung der Verhandlungen gewissen Einschränkungen unterworfen sein müsse, da die Besprechungen der Großmächte viel mehr Ähnlichkeit mit Kabinettssitzungen haben als mit Beratungen einer gesetzgebenden Körperschaft. Es würde sich vielfach um auseinandergehende Ansichten handeln, bei denen die Methode der Abstimmung nicht angewendet werden könne. Keine Regierung kann anders als durch freie Zustimmung ihrer eigenen Delegierten zu etwas verpflichtet werden. Infolgedessen kann man nur durch den schwierigen Prozeß der Erzielung einer allgemeinen Übereinstimmung zu einem Ergebnis gelangen, was durch verfrühte öffentliche Auseinandersetzungen nur sehr erschwert werden würde. Auch alle diejenigen Fälle, bei denen ein Staat auf einem Punkt ein Zugeständnis macht, um an einer anderen Stelle direkt oder indirekt entschädigt zu werden, eignen sich nicht für öffentliche Behandlung im Stadium des Entstehens. — Wie weit sich die Presse wird abhalten lassen, auf Umwegen das zu erfahren, was man ihr nicht direkt sagen will, darf abgewartet werden. Im ersten der 14 Punkte Wilsons ist ausgedrückt, daß alle Friedensverträge und internationalen Vereinbarungen öffentlich sind und öffentlich zustande kommen. Wilson sagt, daß die Diplomatie immer offen und vor aller Welt getrieben werden soll. Man kann jetzt in Paris probieren, wie weit dieses Wilsonsche Ideal durchführbar ist.

In Paris verstarb als Mitglied der amerikanischen Friedensdelegation der Freund des Präsidenten Wilson, Oberst House. Ihm widmet im „Berliner Tageblatt" unser früherer amerikanischer Botschafter Graf Bernstorff einen sehr freundschaftlichen Nachruf, in dem er sagt, die gute Sache der Versöhnung der Völker verliert in dem Verstorbenen einen ihrer treuesten Vorkämpfer.

Durch den Pariser Berichterstatter der „Neuen Zürcher Zeitung" wird mitgeteilt, daß die Gebietsforderungen der polnischen Delegierten auf der Friedenskonferenz sich nicht nur auf ganz Westpreußen mit Einschluß von Danzig beziehen, sondern auch auf die Bezirke Bütow, Lauenburg und Stolp in Pommern. Ebenso verlangen sie von Ostpreußen den Bezirk Allenstein. Die polnische Delegation begründet diese Ansprüche hauptsächlich damit, daß die handeltreibende Bevölkerung dieser Gebiete die Aussicht auf einen großpolnischen, von dem Verbandskapital befruchteten Seehafen mit Genugtuung begrüßen würde. Davon, was die deutsche Menge der Bevölkerung an der Weichsel, in Danzig und im Bezirk Allenstein darüber denkt, wird natürlich nichts gesagt. — Das polnische Kabinett Woraschewski ist zurückgetreten, und Paderewski ist durch eine Kundgebung Pilsudskis zum Premierminister ernannt. Es scheint also, daß der Herr Brigadier Pilsudski eine Art Monarch geworden ist.

Montag, 20. Januar.

Obwohl alles Interesse der deutschen Bevölkerung den einlaufenden Nachrichten über die Wahl zur Nationalversammlung gehört, kann man sich dem Eindruck der ungünstigen Meldungen von der polnischen Front nicht verschließen. Wir haben den Feind mitten im Lande. Während die Stadt Bomst noch in deutschen Händen ist, ist der Bahnhof Bentschen zum Mittelpunkt des Kampfes geworden und bereits wüst zerschossen. Da die Einwohner des Landes vielfach mit den polnischen Truppen gemeinsame Sache machen und es auch vorkommt, daß preußisch-polnische Soldaten sich erst für Heimatschutz einschreiben lassen, dann aber zum Gegner übergehen, so ist für die geringe Zahl deutscher Verteidiger der Kampf sehr erschwert.

Die Firma August Thyssen stellt in Abrede, ihre in Lothringen gelegenen Eisenhütten an Franzosen verkauft zu haben. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß von Frankreich aus Anstrengungen gemacht werden, um deutsche Privatbesitztümer in Elsaß, Lothringen und im Saargebiet zu sehr herabgedrückten Preisen in französische Hände gelangen zu lassen. Vor kurzem hat mir ein aus Straßburg ausgewiesener Freund erzählt, wie dort Hotels und industrielle Anlagen in einer Art Zwangsverkauf von Franzosen zu Schleuderpreisen übernommen werden mit der Drohung, daß im Weigerungsfall die Fortführung des Betriebes verboten werden würde. Die Mittel, mit denen die Franzosen Elsaß und Lothringen französisieren wollen, müssen notwendig bei uns eine ungeheure dauernde Bitterkeit hervorrufen. In Straßburg schwelgt ein großer Teil der Oberschicht in französischen Gefühlen und Nahrungsmitteln, während die Brot- und Milchversorgung der kleinen Leute sofort mit dem französischen Einmarsch ihre Regelmäßigkeit und Ordnung verloren hat.

Dienstag, 21. Januar.

In dem nun zu Ende gegangenen Wahlkampf für die deutsche Nationalversammlung ist, soviel wir beobachten können, außerordentlich wenig über die künftige auswärtige Politik gesprochen worden, obwohl sie die Hauptangelegenheit des Staates ist. Man hat allgemein das Gefühl, daß die Nationalversammlung jeden Frieden wird annehmen müssen, der ihr von der Regierung geboten wird. Ganz so sicher ist aber diese Annahme nicht, denn es entstehen durch die Brutalität der Ententemächte möglicherweise nationale Verzweiflungszustände, bei denen auch ein waffenloses Volk sich wehrt, seine Unterschrift unter erpreßte Ungeheuerlichkeiten zu setzen. Wenn jetzt berichtet wird, daß Generalissimus Foch das ganz linke Rheinufer französisch machen will, so soll er

Digitized by Google

nicht glauben, daß auch die friedliebendsten Parteien in Deutschland das für eine erträgliche Handlung ansehen werden. Gerade die bisherigen Mehrheitsparteien (Sozialdemokratie, Fortschrittler und Zentrum) können sich mit Recht darauf berufen, daß sie seit Juli 1917 einen Frieden ohne Annektionen und Entschädigungen angeboten und verlangt haben. Wir sind im Falle eines deutschen Sieges bereit gewesen, auf den Boden allgemeiner Menschlichkeit zu treten, und haben darum ein Recht, gegen die Unmenschlichkeiten zu protestieren, deren Ausgangspunkt heute Paris ist.

Mittwoch, 22. Januar.

In Übereinstimmung mit dem Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte hat die Reichsregierung die Aufstellung eines deutschen Volksheeres auf Grund der Freiwilligkeit beschlossen und die Kommandogewalt dem preußischen Kriegsminister Reinhardt unter Gegenzeichnung von Unterstaatssekretär Göhre übertragen. Bei allen Truppenteilen sind Soldatenräte zu wählen, denen es obliegt, die Tätigkeit der Führer in der Richtung zu überwachen, daß die letzteren ihre Dienstgewalt nicht zu Handlungen gegen die bestehende Regierung mißbrauchen. An der Wahl der Soldatenräte beteiligen sich grundsätzlich alle Angehörigen der betreffenden Formation (ohne Parteiunterschiede). Die Soldatenräte sind nicht befugt, sich in Angelegenheiten zu mischen, die anderen militärischen Dienststellen oder der Zivilverwaltung obliegen. Die Stellenbesetzung ist Sache des Kriegsministeriums. Die Soldatenräte sind nicht befugt, Führer selbst abzusetzen oder auszuschalten. Als Grabzeichen gilt ein dunkelblauer Tuchstreifen am linken Rockärmel. — Die wesentlichen Punkte der Neuerung sind, daß überhaupt wieder eine leistungsfähige Truppe geschaffen werden soll und daß diese nicht durch Rekrutierung auf dem Boden der allgemeinen Wehrpflicht, sondern durch freiwillige Anwerbung und entsprechende Bezahlung entsteht. Daraus Schlüsse auf künftige verfassungsmäßige Heeresgestaltung ziehen zu wollen, würde falsch sein. Es handelt sich zunächst um eine Notformation zur Erhaltung der Reichssicherheit und der inneren Ordnung. Hindenburg übernimmt die Führung der Verteidigung an der Ostgrenze und begibt sich zu diesem Zweck nach Kolberg.

Die estnischen Truppen haben Narwa erobert und einen bolschewistischen Heeresteil zurückgeschlagen. Trotzki, der sich bei der bolschewistischen Truppe befand, soll geflohen sein.

Auf der Konferenz in Trier wurde vereinbart, daß in zwei bis drei Wochen deutsche Handelsschiffe unter Kontrolle der Entente auf See fahren werden, um Lebensmittel nach Deutschland einzuholen. Es ist in Aussicht gestellt, daß Deutschland Weizen, Fett und kondensierte Milch wird kaufen können.

Donnerstag, 23. Januar.

Von der Kopenhagener „Nationaltidende" wird berichtet, daß an der russischen Grenze 700—800 russische Offiziere, die kurz nach Weihnachten aus dem Gefangenenlager Gnadenfrei in Schlesien in ihre russische Heimat zurückkehrten, am 2. Januar von Bolschewisten erschossen wurden, weil sie Offiziere waren!

Aus Thorn wird gemeldet, daß der polnische Vormarsch an der ganzen polnischen Front zum Stehen gekommen ist. Die Polen sind zehn Kilometer vor Bromberg steckengeblieben. Thorn ist zurzeit nicht mehr bedroht. Der Druck des verstärkten und nun besser organisierten deutschen Widerstandes mache sich an der ganzen Front fühlbar.

Die Ententemächte wollen in eine nähere Verbindung mit allen politischen Richtungen Rußlands treten und laden jede organisierte Gruppe in Sibirien und innerhalb der Grenzen des europäischen Rußlands ein, drei Vertreter nach den Prinzeninseln bei Konstantinopel zu entsenden, damit sie dort mit Vertretern der verbündeten Mächte zusammentreffen. Gleichzeitig soll ein Waffenstillstand zwischen den eingeladenen russischen Parteien versucht werden. Die Entente wünscht gute Beziehungen zum russischen Volk. — Inwieweit in dieser Aufforderung eine indirekte Anerkennung der bolschewistischen Regierung in Moskau enthalten ist, läßt sich aus den zum Teil widerspruchsvollen Mitteilungen aus Paris und London nicht ersehen.

Freitag, 24. Januar.

Lord Robert Cecil, der Führer der britischen Delegation bei den Friedensverhandlungen, spricht seine Meinung dahin aus, daß ein internationaler Gerichtshof mit bindenden Befugnissen (obligatorisches Schiedsgericht) augenblicklich noch nicht durchführbar ist, sondern daß nur eine vermittelnde schiedsrichterliche Tätigkeit in Aussicht genommen werden könne. Der Schiedshof müßte eine genügend starke, international garantierte Macht besitzen, um imstande zu sein, einer Überraschung durch Kriegserklärungen vorzubeugen. Die letzte Entscheidung müsse bei den Großmächten liegen, da der Völkerbund letzten Grundes seine Entscheidungen nur durch militärische Macht durchsetzen könne und die Großmächte stets die militärische Überlegenheit besitzen würden. Bei kleineren Streitigkeiten zwischen Nationen könnte eine Lösung durch ein internationales Schiedsgericht erreicht werden. Im allgemeinen würde die Macht, auf die sich der Völkerbund stützen werde, die öffentliche Meinung sein. Deutschland, Deutschösterreich und Ungarn sollten nicht sofort zugelassen werden, sondern erst, wenn sie gezeigt haben, daß sie Vertrauen verdienen. Anders stehe es mit den Polen, Tschechen und Südslawen. — Diese Auffassung des englischen Staatsmannes scheint sich also nicht sehr weit von der Haltung zu entfernen, die Deutschland auf den Konferenzen im Haag 1899 und 1907 eingenommen hat. England hat, wie es scheint, nicht die Absicht, seine militärische Souveränität an eine amerikanisch geleitete Bundesversammlung abzutreten. Ob freilich dieses die einheitliche englische Ansicht und der letzte Wille der führenden Männer Englands ist, wird sich noch klären müssen.

In Bern wird eine internationale sozialistische Beratung vorbereitet, an der sich von Deutschland aus sowohl die Mehrheitssozialisten wie die Unabhängigen beteiligen. Die Beratungen zerfallen in eine politische Sozialistenkonferenz, deren Hauptaufgabe darin besteht, die Politik Wilsons zu unterstützen, und in einen internationalen Kongreß der Gewerkschaftsverbände, der über Arbeiterschutz und Lohnfragen ein Übereinkommen aller zivilisierten Nationen anstrebt.

Die Schulden der ehemaligen Donaumonarchie betragen nach einer amtlichen Wiener Mitteilung 127 Milliarden Kronen. Hiervon sind Kriegsschulden 101 Milliarden Kronen. Wer diese Bezahlungspflicht übernehmen soll, das gehört zu den dunkelsten Fragen der Neuordnung. Besprechungen zwischen der deutschösterreichischen Regierung und den wirtschaftlichen Vertretern der Entente haben in Bern stattgefunden und sollen zu einem für die Deutschösterreicher befriedigenden Ergebnis geführt haben. Ausgeschlossen von der Lieferung von Lebensmitteln sind dabei die Deutschen in Böhmen, die völlig auf Gnade oder Ungnade den Tschechen überliefert sind. Die weltberühmten Badeorte Karlsbad und Marienbad machen in Amerika eine nicht erfolglose Propaganda für die Erhaltung ihrer Lebensfähigkeit und ihres deutschen Charakters.

Sonnabend, 25. Januar.

Zu einer Zeit, da vielfach statt der Könige die Republiken ausgerufen werden, wirkt es einigermaßen ausgleichend, daß für Portugal in Lissabon neuerdings wieder einmal die Monarchie verkündet wurde. Das Landheer soll königlich, die Marine republikanisch sein.

Die Friedenskonferenz in Paris soll nach amerikanischen Nachrichten in diesen Tagen über Rüstungsbeschränkungen verhandelt haben. Lloyd George setzte auseinander, daß die britische Flotte nicht vermindert werden könne, und Clemenceau sagte, daß Frankreich ein Heer haben müsse, das größer sei als je. Bei den Engländern und Amerikanern, so heißt es weiter, bestehe eine große Abneigung gegen die Ansprüche der französischen Militärs auf den Besitz des linken Rheinufers, ebenso auch gegen die italienischen Forderungen bezüglich der östlichen Adriaküste.

In Deutschland wächst die Besorgnis über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich mit jedem Tag. Nachdem am 14. Januar die letzten gefangenen Franzosen aus Deutschland an Frankreich zurückgeliefert worden sind, würde es nun an der Zeit gewesen sein, mit dem Abtransport deutscher Gefangener aus Frankreich zu beginnen. Das ist nicht

Digitized by Google

einmal mit Verwundeten und Kranken geschehen. Statt dessen wird mitgeteilt, daß 200 000 deutsche Gefangene in Frankreich auf dem Wege nach den zerstörten Gebieten seien, um dort den Aufbau zu besorgen. Wenn das wahr ist, so entspricht es genau der Art, in der die alten Römer ihre Kriegsgefangenen als Sklaven zu behandeln pflegten. Was soll man von einem Weltfrieden erwarten, der auf solche Weise begonnen wird? Wenn die Franzosen erklären lassen, daß sie keine Lokomotiven und Eisenbahnwaggons zum Rücktransport deutscher kranker Gefangener besitzen, so ist zu erwidern, daß wir es sind, die die Eisenbahnwagen abliefern mußten und daß wir trotzdem die Gefangenen an die französische Grenze brachten.

Aus Paris kommt die Nachricht, daß Oberst H o u s e nur sehr krank war, aber nicht gestorben ist, wie irrtümlich gemeldet worden war.

Gertrud Bäumer / Heimatchronik

Sonnabend, 11. Januar.

Die Befreiung Berlins vom Terror wird von der Regierung jetzt kraftvoll durchgeführt. Wir hören hier nur durch telephonische Gelegenheitsmitteilungen davon: Der „Vorwärts" wieder in den Händen der Regierungstruppen. Man versucht sich vorzustellen, wie Artilleriefeuer mitten in den Straßen wirken muß. Auch die übrigen Zeitungshäuser sollen befreit sein. In Hamburg hat heute eine große Massendemonstration der Mehrheitssozialisten gegen die linksradikale Führung des A.- und S.-Rates (hier in Thüringen sagen sie: Angst- und Sorgenrat) stattgefunden, die zum Beschluß von Neuwahlen geführt hat. In Dresden ist der Spartakistenführer Rühle bei einem Putsch gegen die „Dresdener Volkszeitung" verhaftet. In Spandau haben die Regierungstruppen sich gleichfalls der Artilleriewerkstätten und der Gewehrfabrik wieder bemächtigt. Man hat den Eindruck, daß die Regierung der Lage Herr wird." Nur Bremen ist dem kommunistischen Terror zurzeit ganz unterworfen. Im Ruhrrevier ist von neuem Streik ausgebrochen, der, wie es scheint, alle Zechen erfaßt.

Bei solchen Nachrichten kommt einem der Wahlkampf wie eine friedliche Arbeit vor. Die Sicherheitsmannschaften, die unser Auto vor den größeren Orten anhalten und nach Ausweisen befragen, erklären entschuldigend, daß es „wegen Spartakus" geschähe, wobei sie die zweite Silbe betonen, und antworten dem Führer auf eine spöttische Frage: „auf wen wartet ihr denn hier?" prompt: „auf Liebknecht". Wo man Gespräche hört, sind sie eins in dem Bekenntnis zu Ordnung und Vernunft. Auf der schönen Wagenfahrt am mondhellen Spätnachmittag durch leicht beschneiten Wald erzählt mir der Kutscher — Metallarbeiter im eigentlichen Beruf — vom Spartakusputsch in der Heimatstadt. Ein Bierbrauer stellt sich auf den Markt und rät den Leuten, die Läden zu plündern. Der A.- und S.-Rat bringt sie wieder zur Vernunft. Vom Kommunismus denkt er sehr lebenserfahren: Zwei Drittel aller Menschen wären von Natur arbeitsscheu, deshalb dürfe es keinen Kommunismus geben.

In Erfurt ist spät abends noch große Unruhe auf den Straßen. Für morgen ist eine Demonstration angesagt. Versammlung jedoch verläuft ganz ruhig.

Sonntag, 12. Januar.

Die Nachricht, daß das Berliner Zeitungsviertel durch die Regierungstruppen von Spartakisten geräumt, das Polizeipräsidium zurückerobert, der Schlesische Bahnhof wiedergewonnen, daß die Daimlerwerke in Marienfelde den Revolutionären abgenommen sind, hat ihren Weg in dieser oder jener Form überallhin genommen, wo ich heute zu tun habe. Vormittags eine Versammlung in Jena. Eine klug und energisch, dabei jugendlich enthusiastisch aussehende Arbeiterin erklärt, daß die Revolution nicht zu Ende sein würde, wenn die Nationalversammlung ihre Resultate n i c h t sichere. Ich sehe sie mir an: ihre freie kluge Stirn und die hübschen, begeisterten Augen und fühle einmal wieder die ganze Tragik eines auf falsche Wege geführten Zukunftsglaubens. Taktik der Sozialdemokraten, im übrigen wie an manchen Stellen zu sagen: das ist alles gut und richtig, aber die Vertreter solcher Meinungen benutzt die Deutsche demokratische Partei nur als Aushängeschild; sie wird ganz anders handeln, glaubt ihren Idealisten nicht.

Wir fahren im Auto durch schönstes Thüringer Land: über das Schloß „Fröhliche Wiederkunft", das seinen Namen hat, weil dort Johann Friedrich nach seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft 1552 mit seinen Kindern zusammentraf. Die seltsame Beziehung dieser Erinnerung zur Gegenwart bringt einem auf einmal zum Bewußtsein, welch ein Bruch mit jahrtausendalter Geschichte ein Deutschland ohne Fürsten ist. Zeulenroda, dann Greiz. Wie selbstverständlich in den kleinen Städten, in denen früher nie ein Wort von Frauenstimmrecht gefallen ist, heute die politische Mitarbeit der Frauen ist. An der bürgerlichen Reife der Frauen ist gar kein Zweifel möglich. Sie haben politische Kräfte für die Agitation gestellt, die ganz einfach und selbstverständlich die ungewohnte Aufgabe auf sich genommen haben, trotzdem sie früher nie Ähnliches taten.

Montag, 13. Januar.

Bei der Fahrt nach Altenburg ein Abstecher ins Vogtland. Zwickau. Rieselnder Ruß über trübem, kaltem Himmel in freudlosen Straßen. Eine dunkle Menschenmenge vor der sozialdemokratischen Zeitung, auf die von den Spartakisten ein erfolgloser Putsch gemacht ist. Es hat Tote gegeben. Die Leute stehen stumm und erwartungsvoll vor dem Hause.

Der Eindruck überzeugungsvoller, pflichtbewußter, politischer Arbeit aus Gesinnungsgemeinschaft heraus ist das Beste, was wir heute haben. In Altenburg muß man einmal wieder durch ein Fenster auf die Bühne gelangen, da der Andrang die natürlichen Eingänge versperrt.

Der von Spartakus angezettelte Generalstreik im rheinischen Industriegebiet wird als mißlungen bezeichnet.

Dienstag, 14. Januar.

Der Versuch, über Berlin nach Hamburg zu kommen, scheitert. Erst läßt sich alles gut an. Anhalter Bahnhof ruhig. Häuser der Königgrätzer Straße zeigen zahlreiche Spuren von Gewehrkugeln. Auf dem Wege zum Lehrter Bahnhof Untersuchung durch Patrouillen nach Waffen. Man wird von oben bis unten befühlt. Der Lehrter Bahnhof ist gesperrt. Es gehen keine Züge ab. Einige sagen: Eisenbahnerstreik. Andere: Spartakismus in Spandau. Man muß über Lehrte nach Hamburg. Im Tiergartenviertel sind in allen unteren Etagen die Läden geschlossen. Sonst spürt man heute früh nichts von der Bewegung, die Berlin noch durchwühlt.

Etwas Ähnliches von Überfüllung wie in dem Zuge, der nun alle nach Hamburg Wollenden über Lehrte führt, habe ich noch nicht erlebt. Ein barmherziger Eisenbahnbeamter zwängt schließlich meinen Koffer noch in einen Wagen vierter Klasse unter einen Soldaten, den die Möglichkeit, darauf zu sitzen, versöhnlich stimmt. So geht es stundenlang in körperlicher Zwangslage nach Hamburg. Aber man vergißt alles im Meinungsaustausch mit dem bunten Menschengewimmel, das ab- und zuströmt. Soldaten: ein junger Bursch, der sich ohne jedes Gepäck, ohne Mantel aus der Mackensenarmee durchgeschlagen — Mackensen sei der beste General, weil er bei seinen Leuten geblieben sei — hat, ohne Heimat ist, Vater und drei Brüder gefallen, zur Stiefmutter will er nicht, er fährt aufs Geradewohl nach Lüneburg, um Arbeit zu suchen. Viele andere aus den Garnisonen. Immer noch voll innerer Auflehnung gegen die Offiziere (bei ehrlicher Anerkennung derer, die es gut gemeint haben) und voll Genugtuung über die aufgehobene „Sklaverei" — aber zugleich für Ordnung und gegen Spartakus. Wahlgespräche: man müsse Volkspartei wählen, die anderen wollten ja „die Religion verstaatlichen", „und das geht ja doch nicht an".

Mittwoch, 15. Januar.

Wahlergebnisse in Württemberg: Sozialdemokratie 52 Sitze, Deutsche Demokratische Partei 38 Sitze, Zentrum 31, Rechtsblock, württembergische Bürgerpartei, Bauern-Bund, Weingärtner und kleine Landwirte 25, Unabhängige Sozialdemokratie 4. Die Gesamtstimmenzahlen ergaben: Sozialdemokratie 452 415, Deutsche demokratische Partei 228 555, Zentrum 273 192, Rechtsblock 214 474.

Digitized by Google

davon Bürgerpartei 97 726, Bauern-Bund 75 756, Weingärtner und kleine Landwirte 35 249, Verband der Landwirte Oberschwaben 5743, Unabhängige Sozialdemokraten 40 622, Friedenspartei 4027.

Die „Republik Kuxhaven" gehört zu den spielerischen Juxeinfällen der Revolution und wird ihr Dasein hoffentlich ohne viel Blutvergießen schnell wieder zu Ende bringen.

Der Bremer A.- u. S.-Rat hat sich mit knapper Majorität für die Beteiligung Bremens an den Wahlen zur Nationalversammlung ausgesprochen. Das ist in dem dortigen kommunistischen Chaos wenigstens etwas.

Die Reichsregierung macht ein bißchen viele Aufrufe. Es werden weniger die ständigen Beschwörungen sein, zu Arbeit, Ordnung und freiwilliger Verteidigung der Grenzen zurückzukehren, als die aus dem Volk selbst herauswachsende Einsicht, die zur Umkehr führt. In Hamburg hat in einem großen, dichtbesetzten Café ein Offizier in voller Uniform eine Ansprache gehalten, um zum Eintritt in die freiwillige Volkswehr aufzurufen. Er hat volle Zustimmung des Publikums gefunden. Diese Stimmung wird sich ohne Zweifel verstärken.

Streik der Eisenbahnarbeiter unter dem Einfluß spartakistischen Terrors.

Donnerstag, 16. Januar.

In Bremen werden die Zustände immer anarchischer. Dazwischen wenig haltbare, undeutliche Einigungsversuche zwischen den einander bekämpfenden Parteien der Arbeiter und Soldaten.

Die Abendblätter bringen die tief erregende Nachricht, daß Liebknecht, als er seiner Verhaftung sich durch die Flucht entziehen wollte, erschossen und daß Rosa Luxemburg gelyncht wurde. Die furchtbare Vorstellung, daß eine Frau von einer Masse totgeschlagen wird wie ein Tier, läßt das Grauen der Gewalt, die jene über sich selbst entfesselt haben, zehnfach entsetzlich erscheinen. Wer bindet die Mächte wieder, die in Wehr und Gegenwehr gegeneinander toben?

Freitag, 17. Januar.

Das gewaltsame Ende der Spartakusführer — in gewissem Sinne wieder ein Beweis, daß die Regierung noch nicht die nötigen Machtmittel zur Durchsetzung des Rechtsweges besitzt — ist für das Kabinett Ebert selbstverständlich schwer belastend. Scheidemann hat es in einer Rede seines Wahlkreises gut verstanden, zu der Schuldfrage Stellung zu nehmen. Zweifellos aber werden noch Demonstrationen folgen. Die Unabhängigen fordern zum Proteststreik auf.

Unterdessen geht das Säuberungswerk der Regierung in Berlin systematisch weiter.

Bedeutende Tariferhöhungen der Eisenbahn stehen bevor, die sich von vierter bis erster Klasse von 25 bis 100 Prozent steigern. Auch die Gütertarife werden um 40 Prozent erhöht.

Wahlkampfstimmung: Im Ringen der Parteien um die Seelen geht das Bewußtsein des Gemeinsamen immer mehr verloren, und die Gegensätze werden herausgebohrt bis zur Sinnlosigkeit. Das ist immer so gewesen, ist aber diesmal besonders peinlich. Man sehnt sich nach dem Ende, daß der Nebel der Polemik sich über den Häuptern wieder verzieht und der Zusammenschluß zum Aufbau erfolgen kann.

Sonnabend, 18. Januar.

Heute große Demonstration zum Ende der Spartakusführer. Man hört die Rufe des Demonstrationszuges in regelmäßigem Rhythmus über die Alster dröhnen.

Abends noch einmal Riesenversammlung in St. Pauli. Ein Pult, hoch über der Menge in der großen Halle, die tausend Köpfe um einen herum geben noch einmal die Stimmung der Entscheidungsstunde. Etwas von der Parteikampfstimmung fällt ab, und das Große wird Sieger, das von dem ganzen deutschen Volk jetzt geleitet werden muß. Morgen ist das „neue Deutschland" da. Die große Versammlung singt stehend: „Einigkeit und Recht und Freiheit."

Sonntag, 19. Januar.

Der Wahltag. Man hat vor innerer Inanspruchnahme, Belastung mit allen Geschehnissen, vor lauter Fülle schmerzlicher und in jedem Sinne anspruchsvoller Eindrücke nicht recht den Raum in sich, um ganz sich bewußt zu werden: Der erste Wahlgang der Frauen. Ziel eines Jahrhunderts — Beginn eines Jahrtausends. So werden wir, nicht erfüllt von uns, sondern von allem, dem wir dienen, hinübergedrängt über die Schwelle. Fast unbewußt, was sie bedeutet.

Es ist schön und wie selbstverständlich: dieser Aufmarsch der Familien am Wahlbureau. Vater und Mutter und Töchter. Die kleinen Kinder laufen mit. Sie wollen sehen, wie Mutter wählt. Und eine Mutter sagt: sie sollen ihr ganzes Leben an diesen Tag denken.

Bei uns geht es trotz riesigen Andrangs und einer schlechten, mausefallenhaften Anordnung des Bureaus friedlich und gutgelaunt zu. Alte Frauen führt der Polizist außer der Reihe hinein. Vertrauensleute der Parteien rennen wie die Schäferhunde an der straßenlangen Reihe der Wartenden auf und ab und lassen sich immer noch einmal wieder den Zettel zeigen: haben Sie auch den richtigen?

Als Fazit des Eindrucks von Wahlkampf und Wahlakt: der ganze Streit um das Frauenstimmrecht kommt einem aufgebauscht und gekünstelt vor. Wenn wählen heißt: Volkswillen bekunden — dies ist erst Volkswille, das Natürlichste, Selbstverständlichste, Volkstümlichste von der Welt, vor dem alle die Gespensterseherei von früher zerschmilzt.

Montag, 20. Januar.

Heute sind schon viele Ergebnisse da. Fast durchweg — mit ganz wenigen Ausnahmen — ist der Wahlakt mustergültig ungestört verlaufen, auch in Hochburgen der Linksradikalen, z. B. in Braunschweig. Noch kann man auf die Parteizusammensetzung keine Schlüsse ziehen.

In die Erregung vor dem Wahlergebnis flutet vor uns eine andere hinein: der Protest Hamburgs gegen die Auslieferung der deutschen Handelsflotte zur Lebensmittelbeschaffung unter Ausschaltung deutscher Bemannung. Führer und Angestellte, Arbeitgeber und Arbeitnehmer der ganzen hamburgischen Schiffahrt vereinigen sich zu einem schärfsten Widerspruch und der Forderung, daß die Regierung die Entscheidung der Waffenstillstandskommission nicht ratifiziert.

Abgesehen von der Sache selbst: daß einmal wieder eine nationale Solidarität von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in einem gemeinsamen großen Interesse da ist, erfüllt alle mit Glück und Schwungkraft.

Demonstrationen Arbeitsloser in Breslau, denen versprochen wird, daß „die weiblichen Hilfskräfte aus städtischen Diensten alsbald entlassen werden sollen". Eine nachdenkliche Tatsache. Hilft der Klassenkampf den Frauen? Bis jetzt beweist alles das Gegenteil.

Dienstag, 21. Januar.

Die Wahlergebnisse lassen nun die neuen Mehrheitsverhältnisse schon erkennen. Die nichtsozialistischen Parteien können eine Mehrheit gegen die Sozialdemokratie bilden. Die Unabhängigen haben sehr — überraschend — geringe Erfolge gehabt. Die stärkste Partei bildet der Mehrheitssozialismus; dann entweder Zentrum oder Deutsche demokratische Partei. — Jedenfalls kann die Deutsche demokratische Partei den Ausschlag nach rechts oder nach links geben. Wenn man sich alle vorhandenen Möglichkeiten der Grundlage für den Wiederaufbau ausdenkt, so scheint doch die jetzt verwirklichte noch die relativ günstigste. Und dieses Gesamtergebnis muß Enttäuschungen im einzelnen zum Schweigen bringen. Das demokratische Deutschland ist gesichert.

Die Nationalversammlung ist auf den 6. Februar nach Weimar einberufen. Ein seltsamer Rahmen für die geschichtliche Aufgabe dieses Parlaments. Schiller und Goethe als Schildwachen vor dem Hause der Tagung!

Die Entthronung Berlins beginnt!

Der Entwurf der deutschen Verfassung ist nun der Öffentlichkeit zugänglich. Das ist ein zu großes Thema für Tagebuchnotizen. Ein starkes Grundgefühl bei der Lektüre: es darf — es

Digitized by Google

darf nicht zu voraussetzungslos, doktrinär und geschichtslos aufgebaut werden.

Unsere „Zivilverlustliste" ist durch genaue medizinalstatistische Untersuchungen jetzt festgestellt worden. Die Todesfälle, die als Folge der Unterernährung unter sorgfältiger Abrechnung aller anderen Ursachen feststellbar sind, betragen vom März 1916 bis Ende 1918 über eine halbe Million. Man kann wohl kaum erwarten, daß diese Zahl den Feinden jetzt Eindruck macht — aber einmal wird die Geschichte ihnen ihr anklagendes Pathos zurückgeben, und dann wird das Kennwort der Barbarei in diesem Krieg sich etwas anders verteilen als heute.

Mittwoch, 22. Januar.

Das Wahlergebnis liegt heute bis auf die sechs Mandate der Rheinpfalz vor:

162 Mehrheitssozialisten,
86 Christliche Volkspartei (Zentrum),
76 Deutsche demokratische Partei,
34 Deutschnationale Partei,
24 Unabhängige Sozialdemokraten,
22 Deutsche Volkspartei,
11 Welfen und Sonderbündler.

Die Revolution spiegelt sich in diesem Wahlergebnis überhaupt nicht. Sie ist wie nicht vorhanden.

Berlin liegt durch einen Streik bei den Elektrizitätswerken im Dunkel. Dazu tut unter Führung von Herrn Radek der Spartakismus wieder einige Flügelschläge. Bei uns geht plötzlich das Gerücht von Kämpfen am Hauptbahnhof durch die Stadt, der Belagerungszustand war erklärt. Um 8 Uhr muß alles von den Straßen sein, und man ist wieder einmal sehr empfindlich in seiner Arbeit gestört.

In Bremen treten nun auch die bürgerlichen Kreise in die Obstruktion: Ärzte und Apotheker haben erklärt, ihre ganze berufliche Tätigkeit einzustellen, wenn durch politische Streiks die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Kohlen, Gas usw. in gefahrdrohender Weise unterbunden wird und wenn aus politischen Gründen Verhaftungen von Einwohnern vorgenommen oder zugelassen werden.

Donnerstag, 23. Januar.

Unser Belagerungszustand ist aufgehoben. Es war eine ganz sinnlose Putscherei, durch Mißverständnisse, Verwirrung und Radausucht weniger entladen.

Das Wahlergebnis steht nun fest. Die Ziffern sind noch wenig verändert, nämlich nach der Reihenfolge vom Mittwoch 164, 88, 77, 34, 24, 23, 11.

Mit größter Spannung wartet alles auf die Wahlen für die Preußische Nationalversammlung. Wie wird Preußen aus den Fluten des allgemeinen Wahlrechts auferstehen?

Freitag, 24. Januar.

Gegen Weimar regt sich das entthronte Berlin. Auch der Zentralrat der A.- und S.-Räte protestiert gegen seine Übergehung bei dem Beschluß.

Es heißt, daß die Regierung sehr scharfe Maßnahmen zur Gesundung des Arbeitsmarktes beabsichtigt. Während über eine halbe Million Arbeitskräfte in der Landwirtschaft fehlen und die Frühjahrsbestellung gefährdet erscheint, häufen sich in den Städten die „freiwilligen" Arbeitslosen.

Kräftiger Widerstand gegen diejenigen Punkte der Reichsverfassung, die Preußen gefährden, bei dem ganzen preußischen Staatsministerium. Aus 15 Bundesstaaten liegen außerdem schon Proteste gegen die Reichsverfassung vor.

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die Stimmenzahlen der Parteien:

Sozialdemokraten	11 112 450
Deutsche demokratische Partei	5 552 936
Christliche Volkspartei	5 368 804
Deutschnationale Volkspartei	2 739 196
Unabhängige	2 186 305
Deutsche Volkspartei	1 106 408

Auffallend und ein Zeichen gegen diese Verhältniswahl, daß die Deutsche demokratische Partei — trotz höherer Stimmenzahl — 11 Mandate weniger hat als das Zentrum.

Sonnabend, 25. Januar.

Wir werden angewiesen, heute, als am Tage der Verhaftung Liebknechts, rote Fahnen auf Halbmast zu entfalten — d. h. die öffentlichen Gebäude!

Eine Verordnung von größter Tragweite: Sämtliche bisherigen Gemeindevertretungen werden aufgelöst. Die Neuwahlen müssen bis zum 2. März an einem Sonntag auf Grund des allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts aller Männer und Frauen nach dem System der Verhältniswahl erfolgen.

Naumann Das Wahlergebnis im Reich

24. Januar 1919.

Das vorläufige Ergebnis der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung lautet:

Sozialdemokraten	165	187
Unabhängige	22	
Deutsche Demokraten	76	223
Zentrum	87	
Deutsche Volkspartei	20	
Deutschnationale	40	
Bayerischer Bauernbund	4	10
Welfen	4	
Schleswig-Holsteiner	1	
Braunschweiger	1	
	420	

Es scheint in dieser Zusammenstellung noch 1 Abgeordneter zu fehlen, auch ist möglich, daß einige irrige Angaben noch untergelaufen sind, da zwischen Deutscher und Deutschnationaler Volkspartei ebenso wie zwischen bayerischem Bauernbund und Zentrum noch kleine Verschiebungen möglich sind. Am Gesamtbilde aber ändert das nichts mehr.

Da die Mehrheit 211 beträgt, so würde eine Mehrheit der Nichtsozialisten an sich möglich sein, wenn sie arbeitsfähig wäre. Das aber ist nicht der Fall. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß sich die deutsche Demokratie niemals auf diesen Versuch einläßt, und daß sie aufhören würde zu existieren, wenn sie es täte. Der große Grenzstrich liegt nämlich nicht zwischen uns und der Mehrheitssozialdemokratie, sondern weiter rechts. Denkbar ist, daß einmal in einem einzelnen Falle die Nichtsozialisten gemeinsam stimmen, aber eine Grundlage für dauernde politische Arbeit ist das nicht.

Ob auf der anderen Seite die Sozialisten für sich allein eine arbeitsfähige Regierung würden aufstellen können, wenn sie die Mehrheit hätten, ist eine bloße Doktorfrage, nachdem auch beim freiesten Wahlrechte die Sozialisten nur 13,5 Millionen Wähler haben gegenüber 15,6 Millionen anderen. Wir unsererseits glauben nicht an ein grundsätzliches Zusammenarbeiten des linken Flügels mit der Mehrheitssozialdemokratie.

Was folgt daraus?

Es ergibt sich daraus, daß für ein Zweiparteiensystem die Verhältnisse nicht reif sind und in absehbarer Zeit nicht sein werden. Das kann von den Parteitheoretikern beklagt werden, aber es ist für die schwer geprüfte Gegenwart besser, so wie es ist. Die Regierung muß sich durch Vereinigung in der Mitte bilden, wenn Deutsch-

Digitized by Google

land überhaupt von der Volksvertretung regiert sein will. Es gibt nur die eine Möglichkeit. Wenn sie nicht zustande kommt, ist das Chaos vorhanden.

Die Mehrheitssozialdemokratie braucht zu ihrer Regierungsfähigkeit mindestens einen festen Zufluß von 46 Stimmen, doch wird sie auf so knappem Baugrunde nicht arbeiten wollen, und es sind auch die 46 Stimmen für sich allein nicht zu haben. Das bedeutet, daß die Mehrheitssozialdemokratie mit der deutschen Demokratie oder mit dem Zentrum oder mit beiden Zusammenschluß suchen muß. Der letztere Fall würde am meisten vorzuziehen sein, weil er die größte arbeitsfähige Mehrheit liefert, worauf in der Periode des Verfassungsneubaues besonderes Gewicht zu legen ist. Die alte Mehrheitsgemeinschaft aus dem verflossenen Reichstage kehrt wieder; nur mit dem Unterschiede, daß die ziffernmäßige Führung vom Zentrum auf die Sozialdemokratie übergegangen ist.

Ob das Zentrum oder die deutsche Demokratie die stärkere Partei ist, kann zweifelhaft sein, da durch irgendwelche Wahltechnik, die wir im Augenblicke noch nicht ganz überschauen, das Zentrum mehr Abgeordnete erhalten hat als wir, obwohl es an Stimmenzahl (5,5 Millionen) gegen uns (5,6 Millionen) etwas zurücksteht. Auch ist nicht ganz sicher, daß nach dem Ausscheiden Adolf Hoffmanns aus der preußischen Regierung alle Zentrumskreise geschlossen beieinander bleiben, da hier teilweise partikularistische Neigungen obwalten. Immerhin muß als feststehend angenommen werden, daß die Gruppierung Scheidemann-Payer-Erzberger vom Jahre 1917 im Grunde noch heute fortbesteht, und zwar mit einer stolzen Reichsgründungsmehrheit. Bei Geschick und allseitigem guten Willen können weit über 300 Abgeordnete zu einem Verbande vereinigt werden.

Wenn wir dabei von „Geschick und gutem Willen" reden, so ist das allerdings sehr ernst gemeint, denn von selber und ohne überzeugte Entschlossenheit gestaltet sich ein so breitgelagerter Körper nicht. Immerhin haben wir schon eine gute Lehrzeit hinter uns.

Es sei erlaubt, davon offen zu reden, daß es innerhalb der deutschen Demokratie Elemente gibt, denen der Zusammenschluß mit der Sozialdemokratie weniger Schwierigkeit bereitet als der mit dem Zentrum. Es wirken alte Konfessionsgegensätze durch allen Wandel der Dinge hindurch weiter, und man kann Worte der Sorge vor der Katholisierung des Deutschtums hören. Aber, so fragen wir, sind denn die Zentrumsmänner in Gemeinschaft gerade mit den Sozialdemokraten in der Lage, einen konfessionellen Staat aufzurichten? Und wollen sie es in ihrer Mehrzahl? In den Landtagen der deutschen Einzelrepubliken wird bei Schul- und Kirchenfragen der konfessionelle Gegensatz vielleicht nicht ganz zu vermeiden sein, aber in Reichsangelegenheiten ist er wirklich nicht am Platze. Wir haben jetzt wahrhaftig anderes zu tun, als Kulturkampf zu führen! Wird aber das Zentrum an der Reichsgründungsmehrheit nicht beteiligt, so wächst die Gefahr der Absplitterung ganzer Landesteile.

Die Mehrheit der Mitte wird unter dem Druck von links und rechts arbeiten. Welche Formen dieser Doppeldruck annehmen wird, kann heute noch kein Mensch vorhersagen. Es ist etwas Großes, einen Frieden und eine Verfassung unter solchen Belastungen herzustellen, aber im Bewußtsein der Schwere der Aufgabe müssen wir es wagen, weil es keinen anderen Weg zur Lebenserhaltung des deutschen Volkes gibt.

Wilhelm Heile/Was soll aus Preußen werden?

Der Zusammenbruch unseres alten deutschen Staatswesens hat bei all dem Furchtbaren, was er uns bringt, doch auch sein Gutes im Gefolge. Er zwingt uns, von Grund auf neu zu bauen. Bismarcks Reichsgründungsbau konnte kein einheitlich harmonisches Bauwerk werden. Es waren ja nicht bloß wertvolle, tragende Pfeiler des geschichtlichen Werdeganges, die in den Reichsbau mithineingearbeitet werden mußten, sondern auch viel wertloser, aber um so anspruchsvollerer Plunder meist jüngeren Datums. Was von Napoleons Gnaden stehengeblieben war oder mit Hilfe des neu erfundenen Legitimitätsprinzips der Talleyrand und Metternich sich in einem halbhundertjährigen Gottesgnadentum sonnte, verlangte damals und erhielt pflegliche Berücksichtigung. Sein Fortbestehen mochte noch so sehr die Begründung eines einigen und festgefügten Deutschen Reiches erschweren und selbst verhindern: es mußte erhalten werden und blieb bestehen. Denn nicht das deutsche Volk schloß sich zu einem deutschen Staat zusammen, sondern die deutschen Fürsten schlossen einen „ewigen Bund", dessen Präsidium der König von Preußen mit dem Titel „Deutscher Kaiser" führte.

Es gibt wundervolle alte Kirchen und andere Bauten, die im äußeren Aufbau und in der inneren Anordnung die Entstehung durch Umbau und Anbau in verschiedenen Zeiten deutlich verraten und darum doch und oft gerade deswegen Herz und Auge des Kenners und jedes für Kunst überhaupt empfänglichen Menschen entzücken. So war es auch mit der bisherigen Reichsverfassung: ein glanzvoller Bau, der durch den Reichtum seiner Fassade und die erinnerungsschwere Pracht ihrer Linienführung auf jeden Beschauer wirken mußte. Im Innern aber ein wahres Labyrinth, in dem sich nur die Übung der Erfahrenen und Auserlesenen zurechtfand, ein Irrgarten ohne Hoffnung für den Neuling, ein wahrer Fuchsbau Markepartus mit ungezählten Ausgängen und Schleichwegen für die dadurch wohl gesicherten Verteidiger ihrer alten Herrschaftsansprüche.

Wie haben wir gelitten unter der Gebrochenheit und dem inneren Widerspruch dieses Staatswesens! Wie hat das deutsche Volk dafür gebüßt, daß es die Halbheiten und Zweideutigkeiten seiner staatlichen Zustände so lange geduldet hat! Und jetzt ist die weltgeschichtliche Stunde gekommen, in der das deutsche Volk sich seinen Staat nach dem alleinigen Gesetz innerer Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Zielklarheit bauen kann. Die Stunde darf nicht ungenützt vorübergehen. Nie hat das Wort des Dichters mehr gegolten: Was du von der Minute ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit dir mehr zurück.

Wenn wir also jetzt in Weimar ans Werk gehen, dem deutschen Volke sein neues Haus zu bauen, dann soll es ein wohnliches Haus sein, bei dem die Fassade nach den inneren Notwendigkeiten gestaltet ist und nicht umgekehrt die Innenausstattung nach den Bedürfnissen der äußeren Architektur. Und der Staat, der da werden soll, soll auch wirklich ein Staat sein, und nicht bloß, wie das alte Reich, ein Bund, der einem Staate ähnlich sieht; und zwar ein freier deutscher Volksstaat, dem alle deutschen Volksgenossen als vollberechtigte Bürger zugehören und sich verpflichtet fühlen, und in dem alle Volksgenossen, „so weit die deutsche Zunge klingt", vereinigt sind als in ihrer Lebens- und Willensgemeinschaft. Wohl ist es notwendig, was der Aufruf der „Deutschen demokratischen Partei" betont hat, daß der deutsche Volksstaat den einzelnen deutschen Stämmen Raum

Digitized by Google

und Möglichkeit schafft, ihre Eigenart selbständig und frei zu entwickeln, sowie in den Angelegenheiten, die nur sie angehen und nicht die Gesamtheit des deutschen Volkes, sich selbst zu verwalten. Wir alle wissen ja, daß es die Liebe zur engeren Heimat ist, die die Liebe zum Vaterlande mit dem Herzschlag warm und lebendig fließenden Blutes durchströmt. Aber schließlich ist es doch das ganze Vaterland, das Voraussetzung und Inhalt des deutschen Volksstaates bildet. Nicht Preußen, Bayern, Sachsen, sondern Deutschland gibt uns Sinn und Richtung unseres staatlichen Zusammenschlusses. Und nicht mehr das doppelte Dutzend größerer und kleiner Gliedstaaten, sondern das Reich ist uns der eigentliche Staat.

Wir haben von allem Anfang an an dieser Stelle solche Gedanken vertreten. Wir freuen uns deshalb, daß der Staatssekretär Preuß, den die neue Regierung mit den Vorarbeiten für die neue deutsche Verfassung betraut hat, von den gleichen Grundgedanken ausgeht und so auch in seinem Entwurfe zu gleichem oder doch ähnlichem Ziele gelangt. Und auf Grund reicher Wahlkampferfahrungen aus den letzten Wochen glauben wir auch trotz allen Geschreies, das jetzt an vielen Stellen laut wird, sagen zu dürfen, daß diese Grundgedanken nicht bloß von der großen Mehrheit geteilt werden, sondern geradezu Gemeingut des deutschen Volkes sind. Was dem entgegensteht, beruht in Wirklichkeit nur auf Mißverständnissen, die künstlich hervorgerufen und planmäßig vergrößert werden.

Wir wollen uns nicht die Ohren verstopfen gegen alle die Bedenken, die jetzt von preußischen, bayerischen, sächsischen, schwäbischen Landespatrioten vorgebracht werden. Wir wollen uns aber auch nicht verleiten lassen, die Kraft der Stimme mit der Kraft der Gründe zu verwechseln.

Was ist denn das Große dieser Stunde für den schaffenden, aufbauenden Staatsmann? Daß er sich nicht mehr durch das Trägheitsmoment geschichtlicher Zufallsergebnisse von jedem höheren Gedankenflug zurückhalten zu lassen braucht. Daß er die größeren, innerlicheren, echten Kräfte, die aus unserer geschichtlichen Vergangenheit quellen, für neues Geschehen und lebendiges Werden freilegen und nutzbar machen kann.

Nichts Verblendeteres und leider oft auch nichts Unwahrhaftigeres, als wenn die Verteidiger der alten Bundesstaatlichkeit sich als die Pfleger der Stammeseigenart und Widersacher eines schablonenhaften Zentralisierens nach französischem Vorbild hinstellen! Was haben die alten Bundesstaaten mit den deutschen Stämmen zu tun? Die kleinen Bundesstaaten umschließen nur einen Bruchteil eines Stammes, und die großen, ja selbst schon die mittleren, sind aus Bruchteilen verschiedener Stämme zusammengesetzt. Alemannen, Schwaben und Franken bilden den badischen Staat; Schwaben und Franken wohnen in Württemberg; Bayern, Franken und auch Schwaben gehören zum bayrischen Staat. Und Preußen? Die Frage andeuten, heißt schon, sie beantworten.

Wenn also wirklich die Pflege der Stammeseigenart und nicht kurzsichtige Gründe aus dem Gebiete der kleinen Klugheiten und Schlauheiten die Machtnachfolger der alten Fürsten und fürstlichen Regierungen bei ihrem Denken und Tun beeinflussen, so dürften sie sich nicht an die Zufallsgrenzen halten, die aus dem Elend der Napoleonszeit und aus der Zeit Bismarcks stammen. Nicht alles, was unter Bismarcks Führung geworden ist, war gut. Auch Bismarck selbst hat in dem, was er uns hinterließ, doch ganz gewiß nicht das Ideal gesehen. Es war nur das Höchstmaß des damals praktisch Möglichen. Und es scheint, als ob die Kräfte, die Bismarck gezwungen haben, der Großpreuße, der er von Haus aus war, auch dann noch zu bleiben, als er sich und sein Tun von der großen deutschen Welle tragen ließ, auch heute noch nicht abgestorben sind. Aber während damals alle Entscheidung und alle staatsbildende Kraft bei den Fürsten und ihren Regierungen lag, hat heute nur das Volk selbst zu bestimmen. Und dieses deutsche Volk will — daran besteht kein Zweifel — seinen deutschen Staat.

Wie aber soll dieser deutsche Staat feste Gestalt bekommen? Das zusammengebrochene Reich hatte sein Rückgrat in der Vereinigung der preußischen und der deutschen Krone. Welche Schwierigkeiten diese Vereinigung für die deutsche Politik zur Folge hatte, das ist an dieser Stelle so oft gesagt, daß wir das heute nicht zu wiederholen brauchen. Es war auch nicht bloß die Gegensätzlichkeit im Grundgedanken des staatlichen Aufbaus, die unter einem bösen Verschleiß moralischer und körperlicher Kräfte der leitenden Personen eine klare und zielbewußte Reichspolitik unmöglich machte. Das in Reich und Staat so fest verankerte Übergewicht der ostelbischen Führer Preußens ließ eine von Zweifeln und Sorgen und Mißstimmungen freie, wirkliche Reichsstimmung nicht so recht aufkommen. Und wenn es möglich gewesen ist, daß wir selbst in dem großen Schicksalskampfe des deutschen Volkes wiederholt die schändlichsten Neuauflagen des schon vor hundert Jahren von Stein gegeißelten „gott- und rechtslosen Souveränitätsschwindels der deutschen Teilfürsten" erlebt haben, und daß die neue bayrische Regierung unter des wunderlichen Herrn Eisners Führung im gleichen Geiste gehandelt hat, so verdanken wir solche tieftraurigen Erlebnisse eben jenem falschen Staatsaufbau, der als Vorherrschaft Preußens alle Nichtpreußen — auch innerhalb des preußischen Gliedstaates — mit Mißtrauen und ungünstigem Vorurteil erfüllte.

Nun aber sind die Kronen von den Häuptern der Fürsten genommen, und auch die Zeit, in der der preußische Ministerpräsident ganz selbstverständlich zugleich deutscher Reichskanzler war, ist dahin. Auf wen soll sich denn nun die Reichsregierung stützen, wenn nicht auf das ganze deutsche Volk? Das geht aber mit Erfolg nur dann, wenn nicht Eigenbrödelei und kindische Staatenspielerei, sondern der Geist freier Selbstverwaltung und freudigen Dienstes am Reichsganzen die Teilstaaten leitet. Solcher Geist kann jedoch nicht gedeihen, wenn ein einzelner Teilstaat so viel stärker als alle übrigen zusammengenommen ist, daß die Reichsregierung in allem und jedem zuvor seine Zustimmung einholen muß. Entweder muß man also den preußischen Staat und damit auch seine Bürger gegenüber allen anderen entrechten, wie es in der Form, nicht in der Tat, in der alten Reichsverfassung der Fall war. Oder aber man läßt den Dingen ihren natürlichen Lauf und gestattet den großen Stämmen und Teilen des preußischen Staates, die nicht durch eigenen Willen und innere Notwendigkeit dem preußischen Staate verbunden sind, die Freiheit, eigene Selbstverwaltungsgebiete zu bilden, die nicht dem preußischen Staate, sondern dem Deutschen Reiche eingegliedert sind. Hat, um nur ein Beispiel anzuführen, mein Heimatland Niedersachsen mit seiner reichen und großen geschichtlichen Vergangenheit und der mehr als irgendwo sonst unverfälscht gebliebenen Eigenart seiner Bevölkerung nicht das gleiche Recht auf Selbstverwaltung wie Bayern und Baden? Und fühlt man nicht, wie aus der Befriedigung solchen eingeborenen Sehnens dem Deutschen Reiche nicht Schwächung, sondern nur neue Kraft erwächst? Es wird

Digitized by Google

ja dadurch nicht bloß freigegeben, was nicht zusammengebunden sein will, sondern es wird auch — man denke in diesem Falle an Braunschweig und Oldenburg — vereinigt, was bisher sinnlos getrennt war. Das Beispiel der thüringischen Staaten mit den dazwischen liegenden Teilen Preußens spricht vielleicht noch deutlicher.

Und noch eins wollen wir nicht vergessen: Was war es denn, was hinter 1815 das Werden des einigen Deutschen Reiches verhindert hat? Was war es, das den Männern der Paulskirche die Möglichkeit nahm, ihr Sehnen und das des deutschen Volkes nach staatlicher Einheit zu erfüllen? Was war es, das dem deutschen Volke als Notersatz seines Herzenswunsches das Werk von 1866 gab, das ebensosehr schmerzliche Trennung wie glückliche Einigung war? Das war die unglückselige Folge der habsburgischen Hausmachtpolitik und des preußischen staatlichen Eigentriebes. Es ist unnötig, hier zu sagen, was Deutschland diesem preußischen Eigentriebe verdankt. Aber nachdrücklich muß gefordert werden, daß wir nur, was gut und groß daran war, erhalten und pflegen, aber aus dem Wege räumen, was daraus an Hemmnissen für die deutsche Einheit entstanden ist. Wir wünschen und wollen, daß die deutschen Brüder aus Österreich endlich wieder ihren Anschluß an Deutschland finden. Wir wollen das ihnen und uns so leicht wie möglich machen. Glaubt man wirklich, daß das Übergewicht Preußens hierfür die Wege ebnet? Wenn wir den einigen deutschen Staat herstellen wollen, so darf es drin nicht von vornherein und nie wieder heißen: hier Wien und hier Berlin. Nur wenn die Freiheit aller Glieder, durch niemanden und nichts bedroht, zur freudigen Freiwilligkeit des Dienstes am Ganzen wird, wird die Vielheit der Gliederung zur leben-, wärme- und kraftspendenden Quelle des stets wachsenden Einheitswillens. Das ist der Geist, in dem wir an den Neubau Deutschlands gehen wollen. Und das muß auch der Geist sein, der das Schicksal Preußens bestimmt.

Paul Rohrbach / Zur Friedenskonferenz

Graf Brockdorff-Rantzau, der neue Staatssekretär des Auswärtigen, hat neulich gesagt, er habe nur widerwillig die Reden der französischen Staatsmänner bei Beginn der Friedensbesprechungen zur Kenntnis genommen, denn es sei kaum möglich zu fassen, wie die Herren Clémenceau und Poincaré von einem Siege der Gerechtigkeit sprechen könnten. Der Staatssekretär begründet das noch besonders, indem er auf das neuliche Bekenntnis Clémenceaus hinweist, er sei ein Anhänger des alten Systems in der Politik, d. h. des Systems der Bündnisse und des europäischen Gleichgewichts.

Von Anfang an war klar, daß Frankreich nichts vom Völkerbund wissen will und daß die französische Politik statt dessen die Entente verewigen möchte, um Deutschland dauernd niedergedrückt zu halten. Verbündet mit dieser Absicht ist in gewissem Sinne das England Lloyd Georges. Gegenspieler ist Wilson mit seiner Anhängerschaft innerhalb und außerhalb Amerikas. Clémenceaus und Lloyd Georges Motive sind nicht ganz dieselben. Die Franzosen können damit rechnen, daß sie durch diesen Krieg bis auf weiteres Elsaß-Lothringen zurückgewonnen haben. Ihr Ziel war aber nicht allein dieses, sondern viel wichtiger ist es für sie, dauernd die Überlegenheit über Deutschland zu behaupten, denn andernfalls müssen sie damit rechnen, daß Elsaß-Lothringen ihnen wieder verlorengeht. Jeder französische Politiker kann sich sagen, daß zukünftige deutsch-französische Konflikte sich nicht ohne weiteres unter der Voraussetzung abzuspielen brauchen, daß Frankreich mit der Welt gegen Deutschland verbündet ist. Es ist leicht möglich, daß die Elsaß-Lothringer schon aus wirtschaftlichen Gründen nach einiger Zeit finden, sie seien bei Deutschland besser aufgehoben gewesen als bei Frankreich. Dazu kommt, daß man es in Deutschland natürlich je länger desto weniger vergessen wird, wie brutal und haßerfüllt Frankreich sich seit dem Waffenstillstand benommen hat und wie gemein es die deutschen Kriegsgefangenen, Mannschaften wie Offiziere, behandelt hat. Der Haß, das schlechte Gewissen und die Zweifel, ob es der Mehrheit der Elsaß-Lothringer lange bei Frankreich gefallen wird, lassen die Franzosen mit der Möglichkeit eines erneuten Waffenganges mit Deutschland rechnen. Sie zählen durch ihre hohen Kriegsverluste selbst mit Elsaß-Lothringen heute noch nicht einmal so viele Menschen wie vor dem Kriege ohne Elsaß-Lothringen, kaum 40 Millionen. Deutschland dagegen wird mit Deutsch-Österreich, selbst wenn man Elsaß-Lothringen aufgibt und alle sonstigen Verluste mit in Betracht zieht, an 75 Millionen stark sein, fast das Doppelte Frankreichs. Diese Aussicht macht die Franzosen rasend, und daher setzen sie alles daran, Deutschland zu zerstückeln und zu schwächen. Vor allem arbeiten sie gegen den Anschluß Deutsch-Österreichs. Unsere Regierung hat Unsagbares dadurch verschuldet, daß sie die deutsche Einheit nicht zur Tatsache machte, als sie im Sturm der Begeisterung in einem Augenblick zu verwirklichen war!

Lloyd George und den übrigen englischen Politikern dieses Schlages kommt es im Unterschied zu den Franzosen nicht viel darauf an, ob Deutschland 50 oder 75 Millionen Menschen hat. Sie rechnen nicht mit Menschen, sondern mit den Wirtschaftskräften. Diese wollen sie niederhalten. Deutschland soll nie wieder ein Konkurrent Englands werden können. Es soll zahlen bis zum Weißbluten, und es soll in diesem Zustand der Blutleere dauernd erhalten bleiben. Andere Engländer, auch ganz unsentimentale englische Geschäftsleute, sagen, der Schaden, den England von einem vollständig verarmten Deutschland durch das Schwinden der Geschäftsbeziehungen mit uns haben würde, könnte größer sein als der Gewinn, den es an anderen Stellen erzielt, aber das ist kein Argument für die Schule des Hasses und für diejenigen, die auf alle Fälle lieber ein kleineres, aber vor Deutschland sicheres zukünftiges englisches Geschäft haben wollen, als umgekehrt.

In diesem Sinne bilden also Clémenceau und Lloyd George die eine, gegen Deutschland absolut feindliche Schule bei den Friedensbesprechungen. Für sie ist der Völkerbund entweder, wie die Franzosen ehrlich zugeben, eine Sache, die man lieber gar nicht machen sollte, namentlich nicht so, daß Deutschland auch darin aufgenommen wird, oder, wenn er durchaus geschlossen werden soll, dann wünschen sie ihn nur als Attrappe für ein Bündnis der heutigen Gegner Deutschlands, das dazu bestimmt sein soll, diese und die übrige Welt dauernd gegen uns zusammenzuhalten. Anders steht hierzu die Wilsonsche Schule. Wilson will den Völkerbund, und man braucht die idealen Motive, die er dabei verkündet, nicht zu bestreiten. Außerdem aber trifft es sich so, daß diese Motive und der Vorteil der Vereinigten Staaten zusammentreffen.

Digitized by Google

Der einzige wirkliche Sieger im Weltkriege ist Amerika. Das wird besonders deutlich, wenn man die Stellung Englands und der Vereinigten Staaten vor dem Kriege und nach dem Kriege vergleicht. Vorher war England die führende angelsächsische Macht, heute sind es die Amerikaner. Diese haben den deutschen U-Boot-Krieg, namentlich den verschärften, auf jede Weise moralisch schlechtgemacht, aber so kurzsichtig waren sie dabei sicher nicht, zu übersehen, welchen Nutzen ihnen dieser unmoralische U-Boot-Krieg brachte. Er verringerte die englische Handelsschiffstonnage dauernd, er ließ die amerikanische Ozean-Handelsflotte, die durch den Bürgerkrieg der 60er Jahre mit Englands eifriger Beihilfe vom zweiten Platz in der Welt zu einer ganz unbedeutenden Größe herabgedrückt worden war, aufs neue erstehen, und er machte die gesamte Entente, England voran, Tag um Tag abhängiger von Amerika. Heute stehen die Dinge so, daß die englische Politik überhaupt keinen Schritt mehr tun kann, den die Vereinigten Staaten entschieden mißbilligten. Die Engländer sind in den Krieg gegangen, um die „deutsche Gefahr", das heißt die deutsche Kriegsflotte und die deutsche Wirtschaftskonkurrenz, zu beseitigen. Das Ergebnis des Krieges ist für sie, daß eine deutsche Gefahr allerdings nicht mehr existiert, daß aber statt dessen Amerika in eine Stellung England gegenüber eingerückt ist, die für die Engländer viel schlimmer ist, als eine deutsche Gefahr je hätte werden können. Die Amerikaner sind jetzt reicher als England, sie haben ihre Industrie im ganzen und ihren Schiffbau im besonderen ungeheuer entwickelt, sie haben wieder eine große Handelstonnage für Ozeanfahrten, sie haben ihre Kriegsflotte verstärkt, sie haben Materialien, Mittel und Menschen genug, um diese Kriegsflotte stärker zu machen als selbst die englische, und sie haben außerdem ein mächtiges Landheer sich zugelegt. Dementsprechend sind ihr Ehrgeiz, ihre Unternehmungslust, ihr Wunsch und ihre Fähigkeit, sich auf der ganzen Welt wirtschaftlich und politisch zu betätigen, gewachsen. Dies Können sind sie auch entschlossen, rücksichtslos zu betätigen, und wenn es sich so trifft, auch gegen England nicht weniger rücksichtslos als gegen andere Leute.

Der Wunsch der Amerikaner ist nun, diese ganze neugewonnene enorme Stellung, mit allen Vorteilen, die sich aus ihr ergeben, unter die Garantie einer großen internationalen Friedensversicherung zu stellen, eben den Völkerbund. Es trifft sich, wie gesagt, vortrefflich für die Amerikaner, daß eine Idee von so hohem idealen Wert so vortrefflich mit dem politischen und ökonomischen Nutzen des amerikanischen Volks übereinstimmt. Sie stimmt so sehr damit überein, und die Amerikaner sind zugleich von ihrer sittlichen Höhe so fest überzeugt, daß sie den Engländern ganz kaltblütig erklären: wünscht ihr keinen Völkerbund, so bleibt uns nichts anderes übrig, als unsere Kriegsflotte stärker zu machen als die eurige! Das ist im amerikanischen Munde keine leere Drohung, sondern das können die Amerikaner gut tun, und sie werden es tun, wenn sie es für nötig halten.

Soll der Völkerbundsgedanke nicht eine Phrase ohne Inhalt, ein Hohn auf seinen Namen sein, so muß auch Deutschland ohne Versklavung, ohne materielle Knebelung und ohne entwürdigende moralische Bedingungen in ihn aufgenommen werden. Der Präsident Wilson ist klug genug, um zu sehen, daß der Völkerbund, nachdem Deutschland vorbehaltlos die 14 Programmpunkte angenommen hat, ethisch betrachtet, mit der Aufnahme Deutschlands unter loyalen Bedingungen steht und fällt. Die offene Vergewaltigung Deutschlands, gleichviel ob mit oder ohne nominellen Anschluß an den Bund, würde aus Deutschland sicher eine fressende Wunde am Leibe der Welt, und je länger desto sicherer eine erneute Gefährdung des Weltfriedens machen. Wer in der Welt mit dem Bestehenden unzufrieden ist, eine Änderung oder einen Umsturz herbeizuführen wünscht, er könnte darauf rechnen, daß ein zur Verzweiflung getriebenes Volk von 75 Millionen im Herzen Europas, das seine Fähigkeit zu unerhörten Kraftleistungen mehr als einmal bewiesen hat, mitgehen würde, um seiner unerträglichen Lage ein Ende zu machen. Dabei würde dieses Volk, wenn es losbräche, wirklich in allen seinen Schichten und Ständen innerlich einig sein und bleiben, denn nichts ist wahrscheinlicher, als daß die ganze deutsche Arbeiterschaft unter dem Druck des gemeinsamen nationalen Sklavenloses, das Deutschland aufgezwungen werden sollte, sich wie ein Mann dem nationalen Freiheitskampf zuwenden würde, der zugleich ein Kampf für ein menschenwürdiges Arbeiterdasein wäre.

Will also die amerikanische Politik den Völkerbund, so muß sie sich auch entschließen, Deutschland soweit wie dazu erforderlich, zu schonen. Das ist zunächst eine idealpolitisch begründete Notwendigkeit; sie liegt in der Konsequenz der Völkerbundsidee als eines moralischen Gedankens. Glücklicherweise aber tut sie nicht nur das, sondern liegt außerdem noch in der Linie des amerikanischen Nutzens. Es braucht nicht im einzelnen bewiesen zu werden, daß es zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten, anders als zwischen Deutschland und England, natürliche Gegensätze nicht weiter gibt, nachdem die den Amerikanern unerwünschte Möglichkeit beseitigt ist, daß Deutschland eine absolute Vormacht in Europa erwerben könnte. Ebenso unerwünscht aber ist für Amerika ein Deutschland, zumal ein republikanisches und demokratisches, das bis zur Ohnmacht geschwächt wäre und daher auch als unterstützender Faktor für die amerikanischen Interessen nicht weiter in Betracht käme. Jeder verständige Politiker rechnet nicht nur mit der Gegenwart, sondern auch mit der Zukunft, zumal der näheren und absehbaren. Unter diesem Gesichtspunkt versteht es sich von selbst, daß eine amerikanische Politik, die Deutschland dauernd als Machtzentrum ausschalten ließe, töricht wäre.

Die Hauptfolgerung, die wir aus diesen Erwägungen für die Friedenskonferenz zu ziehen haben, ist die, daß wir entschlossen sein müssen, zwar ohne Weigerung und überflüssiges Hin- und Herreden die Opfer zu bringen, wie sie nach Lage der Dinge einmal gebracht werden müssen, aber keinen Schritt darüber hinaus zu gehen: weder im Punkt der materiellen Zugeständnisse noch in dem der nationalen Würde. Was uns gegen unsere notwendigen Lebensbedingungen und gegen unsere Ehre geht, das muß kategorisch und auf jede Gefahr hin abgelehnt werden. Droht man uns mit Einrücken, mit Beschlagnahmungen, mit der Besetzung von halb oder ganz Deutschland, so muß uns das kalt lassen. Unsere Antwort kann nur sein: tut, was ihr nicht lassen könnt! Erstens ist das für ein Volk wie das deutsche der einzig moralisch mögliche Standpunkt, und zweitens werden die inneren Gegensätze auf der feindlichen Seite der Friedenskonferenz dafür sorgen, daß unser Mut nicht umsonst bleibt. Verderben kann uns allein die Feigheit, die dazu herausfordern würde, alle für Deutschland günstigeren Bestrebungen auf der Friedenskonferenz mit dem Argument abzutun: Die Deutschen wollen es ja gar nicht besser!

Digitized by Google

Heinrich Gerland / Unmöglichkeiten

Durch die Entscheidung der Reichsregierung, die Nationalversammlung in Weimar tagen zu lassen, entstehen eine Reihe von Schwierigkeiten. Namentlich wird die Frage von Wichtigkeit, wie sich die Reichsregierung das Zusammentagen der Deutschen und der Preußischen Nationalversammlung denkt, eine Frage, die um so bedeutungsvoller wird, da wir doch eine Reihe Doppelmadate haben. Es verlautbart nun, daß die Preußische Nationalversammlung erst nach Schluß der Reichsversammlung zusammentreten soll. Mit Verlaub: eine derartige Lösung ist unmöglich, weil sie dem parlamentarischen Prinzip auf das schroffste widersprechen würde. Nach diesem Prinzip wird die Regierung in Übereinstimmung mit der Majorität des Parlaments gebildet, als deren Vertrauensausschuß sie erscheint. Wir haben zurzeit eine rein sozialistische Regierung in Preußen, soweit wenigstens die politische Leitung in Frage kommt. Es steht zu erwarten und ist zu hoffen, daß die Preußische Nationalversammlung wie die Reichsversammlung keine rein sozialistische Majorität aufweisen wird. Wenn dies aber der Fall ist, so muß doch sofort ein der Majorität der Preußischen Nationalversammlung entsprechendes Ministerium gebildet werden. Wie soll dies nun geschehen, ohne daß die Nationalversammlung selbst zusammentritt und aus sich heraus die Männer ihres Vertrauens als Träger der Regierungsgewalt bestimmt? Man kann hier den Zusammentritt auch um keinen Tag verzögern, will man nicht unter Verletzung eben des parlamentarischen Prinzips eine sozialistische Regierung im Amt halten, die keinen Anspruch mehr auf dieses Amt hat. Es kann nicht in der Absicht der Regierungssozialdemokratie liegen, die doch immer ihren demokratischen Standpunkt scharf betont, zu ihren Gunsten den Zusammentritt der Preußischen Nationalversammlung hinauszuzögern, um sich damit in der Gewalt zu erhalten. Die Konsequenzen eines derartigen Vorgehens wären in der Tat unabsehbar, und es darf namentlich auch auf die Möglichkeit hingewiesen werden, die heute schon in der Presse besprochen wird, daß sich die konstituierende Deutsche Nationalversammlung kraft eigenen Beschlusses in ein konstituiertes Parlament verwandelt. Dann würde ja die Dauer der Tagung der Reichsversammlung ganz von ihrem Belieben abhängen, und unterdessen bleibt die sozialistische Regierung in Preußen erhalten, auch wenn die Zusammensetzung der Preußischen Nationalversammlung eine andere als eine sozialistische Majorität aufweisen würde. Hier muß also geholfen werden!

Die Preußische Nationalversammlung muß daher nach ihrer Wahl, wenn auch nur kurz, zusammentreten, und die einzige Möglichkeit, die mir gegeben zu sein scheint, ist die, daß eine Tagung von einigen Tagen sofort nach der Wahl herbeigeführt wird, die die einzige Aufgabe hat, eine parlamentarische Regierung auch für Preußen zu bilden. Dies müßte auch geschehen, wenn die Majorität eine rein sozialistische wäre, denn auch in diesem Falle müßte das Provisorium in der Regierung in ein Definitivum verwandelt werden, was nur durch den Willen des Parlamentes erfolgen kann. Man übersehe nicht, daß die jetzige Regierung ihr Mandat lediglich der Macht der Revolution verdankt, und für alle Teile ist es dringend erforderlich, diesen tatsächlichen *Machtzustand* so bald als möglich zu legalisieren, d. h. in einen *Rechtszustand* zu verwandeln. Dies kann aber nur erfolgen durch das Volk, bei dem ja in Zukunft ausschließlich die Souveränität liegt, d. h. also durch die Beauftragten des Volkes, das Parlament.

Im übrigen möchte ich auch gleich darauf hinweisen, daß es doch großen Bedenken begegnet, wenn sich die konstitutionelle Deutsche Nationalversammlung in ein konstituiertes Parlament kraft eigener Entscheidung umwandeln würde. Gewählt ist die Nationalversammlung zur Aufstellung der Verfassung und zum Friedensschluß. Wenn jetzt die Nationalversammlung das Mandat, welches ihr das Volk gegeben hat, selbständig überschreiten würde, so würde sie sich damit eine Souveränität anmaßen, die kraft des republikanischen Prinzips nur beim Volke liegen darf.

Eine einzige Ausnahme hiervon ist jedoch aus Gründen dringendster Staatsnotwendigkeit zuzulassen. Man wird sich erinnern, daß kurz ehe die Revolution ausbrach, eine neue Kreditvorlage dem Reichstage unterbreitet werden sollte, die dann aber infolge der Revolution nicht mehr erledigt worden ist. Ich habe es immer für einen Fehler der provisorischen Regierung gehalten, daß sie sich auf den Standpunkt gestellt hat, der Reichstag existiere nicht mehr, denn dadurch hat sie sich selbst um die Möglichkeit gebracht, den provisorischen Charakter ihrer Existenz zu legalisieren und geordnete Verhältnisse an Stelle der revolutionären zu setzen. Sie selbst hat damit die Revolution bis heute, d. h. bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung, in Permanenz erklärt. Das aber ist, abgesehen von allem anderen, für die Finanzen des Reiches außerordentlich verhängnisvoll geworden, denn wenn Anfang November eine neue Kreditvorlage dem Reichstage unterbreitet werden sollte, so ergibt sich aus dieser Tatsache ohne weiteres, daß die bis zu diesem Zeitpunkte bewilligten Kredite des Reiches erschöpft waren. Die Frage erhebt sich von selbst, wie die seitherigen Ausgaben des Reiches gedeckt sind. Daß diese außerordentlich hoch waren, wissen wir alle, und so ergibt sich in der Tat die dringendste Staatsnotwendigkeit, unsere Finanzen sofort wieder einigermaßen dadurch in Ordnung zu bringen, daß für das Reich neue Einnahmequellen erschlossen oder neue Kredite bewilligt werden. Diese Aufgabe scheint mir nun zurzeit bei dem vollkommen zerrütteten Zustand unserer Finanzen von so großer Wichtigkeit zu sein, daß ihre Erledigung keinen Aufschub erduldet, und nach dieser Richtung hin sollte man der Nationalversammlung über das Recht, die Verfassung aufzustellen, das weitere Recht zubilligen, die Finanzvorlage der augenblicklichen Regierung zur Erledigung zu bringen. *Hier muß vor der materiellen Not, in der sich das Reich befindet, der formale Gesichtspunkt zurücktreten*; hier muß so rasch wie möglich eingegriffen, so rasch wie möglich dem Reiche geholfen werden. Denn beinahe wichtiger, als unsere Verfassung aufzustellen, ist es doch, unsere Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Nur dadurch kann unserer Valuta geholfen werden. Und man übersehe doch ja nicht, daß eine einmal eingebürgerte Valutabewertung sich nur sehr schwer wieder abändern läßt. Die Verhältnisse, die wir im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts in Italien erlebt haben, sollten uns eine überaus ernste Lehre sein. Heute können wir durch energische Finanzpolitik unsere Valuta wieder einigermaßen regulieren. Hat sich aber der heutige Kurs erst einmal eingebürgert, so wird es schwer sein, auch bei gebesserten Verhältnissen ihn wieder zu ändern. Letzten Endes wird aber derjenige Staat doch den Krieg, ich möchte nicht sagen gewonnen, aber doch am besten überstanden haben, der seine Finanzen am raschesten wieder in Ordnung gebracht hat.

Digitized by Google

Diese vier Aufgaben also würde die Nationalversammlung zu erledigen haben: das Ministerium zu bilden, die Verfassung aufzustellen, die notwendigsten Finanzgesetze zu erledigen und den Friedensschluß zu sanktionieren. Erst nach Beendigung dieser Aufgaben muß die Nationalversammlung aufgelöst werden und muß das Provisorium eintreten, d. h. es müssen die ersten Wahlen zum neuen Reichsparlament ausgeschrieben werden. So wird man vielleicht schon Mitte des Sommers mit neuen Reichswahlen zu rechnen haben, und die Parteien tun gut daran, sich schon heute darauf einzurichten.

Hellmuth Gerlich / Kirche und Politik

Höchst merkwürdig, ja man möchte fast sagen unverständlich ist im Wahlkampf die Stellungnahme der Kirche. Anstatt sich neutral und fern von allem Parteizank und -hader zu halten, nimmt sie entschieden Partei für eine politische Richtung, und zwar für diejenige, die sich dem Zeitgeiste entgegenstemmt und die Konservativen, Agrarier, überhaupt die Anhänger des alten Systems, zu ihren Anhängern zählt. Damit gibt sie durch ihren Beistand ein höchst wirksames Anziehungsmittel, das zugleich als Deckmantel für ihre eigentlichen Ziele dient, an Hand. Pastoren werden Vorstände und Leiter in dieser, der „Deutschnationalen Volkspartei". Darf das sein? Erreicht die Kirche dadurch nicht gerade das Gegenteil des Angestrebten? Nachdem die jetzige sozialdemokratische Regierung die Trennung der Kirche vom Staat und der Kirche und Schule proklamiert und Religion für jedermanns Privatsache erklärt hat, hat ein Sturm der Entrüstung seitens der Kirche eingesetzt. Manches wurde auch der Reichsleitung vorgeworfen, was nicht auf Tatsachen beruht. Wohl wäre es richtiger gewesen, wenn die Sozialdemokraten diese Fragen nicht angeschnitten hätten, aber da dies einmal geschehen ist, muß man sich damit abfinden. Schließlich mußte diese Trennung einmal stattfinden und wurde von einsichtigen Pastoren schon vor Jahren vorausgesehen und durchaus als kein Unglück für das Christentum, sondern aus verschiedenen Gründen sogar als wünschenswert bezeichnet. Erinnert sei z. B. daran, daß in Polen die deutsch-evangelischen Kirchengemeinden vor dem Kriege blühten und sogar eine ausgebreitete Missionstätigkeit entfalten konnten, obwohl sie keine Beihilfen vom russischen Staate erhielten, sondern sämtliche Mittel durch Selbstbesteuerung der Kirchengemeinde beschafft werden mußten. Und was die Trennung der Schule von der Kirche anlangt, so soll den Kindern doch, wie vielfach fälschlich angenommen wird, der Religionsunterricht nicht genommen werden, sondern es soll jedermann freistehen, ob er sein Kind an demselben teilnehmen lassen will oder nicht, und ich bin sicher, daß dies in den allermeisten Fällen geschehen wird. Eltern hörte ich oft sagen, daß sie zwar nicht an Gott glaubten, ihre Kinder aber sollten dieselbe Unterweisung in geistlichen Dingen erhalten, wie sie einst ihnen in der Jugend zuteil wurde. Später, wenn sie alt genug wären, mögen sie sich selbst entscheiden. Ebenso verhält es sich mit den kirchlichen Handlungen, der Taufe, Konfirmation usw.; sie werden die wenigsten missen wollen. Wie aus Vorgesagtem ersichtlich, ist die Entrüstung der Kirche über obengenannte Maßnahmen der Revolutionsregierung nicht nur fast — insbesondere, wenn die Trennung, wie es zu hoffen ist, tolerant durchgeführt wird — unbegründet, sondern sogar unklug. Unverzeihlich beinahe aber ist ihre Stellungnahme für eine politische Partei; denn sie verliert dadurch den Charakter der Volkskirche. Ist es mit ihrer Ehre und Würde als Pflegestätte christlichen Geistes vereinbar, wenn von den Kanzeln herab Parteipolitik getrieben wird, von den Stätten, von denen nur Liebe ausgehen sollte, Angriffe gegen einzelne Personen und Parteien gerichtet werden? Soll der Gläubige, der die Kirche besucht, um Erbauung für seine Seele zu haben, mit diesen weltlichen, unerquicklichen Fragen abgespeist werden? Wird endlich der Arbeiter, Beamte, Geschäftsmann usw., der wohl Christ ist, aber infolge seiner sozialen Stellung nur Sozialdemokrat oder Demokrat sein kann, der Kirche treu bleiben, wenn sie sich als Hort des Rückschritts darstellt, muß er sie nicht als seinen Feind betrachten und sie bekämpfen? Warum traten besonders viele Sozialdemokraten vor dem Kriege aus der Kirche aus, weshalb wurden die Kirchen in letzter Zeit immer leerer? Nicht nur, weil der Geist des deutschen Volkes entartete und verflachte, sondern zum großen Teile dadurch, weil die Kirche nicht verstand, die Seelen zu fesseln, weil sie nicht Politik des Reiches Gottes, sondern Klassen-, Partei- und Nationalpolitik trieb. Konnte ein Arbeiter angezogen werden, wenn bei Lohnforderungen und Streiks sich die Kirche auf die gegnerische Seite stellte, wenn der Geistliche von der Kanzel herab die Wahl eines sozialdemokratischen Abgeordneten „als ein bedenkliches Zeichen des Niedergangs des christlichen Geistes" bezeichnete? War es nicht geradezu ein Verstoß gegen die reine Lehre Christi und insbesondere des höchsten Gebotes derselben, der Nächsten- und Feindesliebe, den Krieg zu billigen, zu verherrlichen, ja den Haß der Völker untereinander zu nähren, wie es am Anfange des Krieges geschehen ist? Nicht tief genug kann es derjenige, der es mit seinem Christentum ernst meint, beklagen, daß jetzt sogar beabsichtigt ist, in den Kirchen Wählerversammlungen zur „Aufklärung der Christen" zu veranstalten. Obwohl keine Diskussionen stattfinden sollen, wäre es nicht möglich, daß Zwischen- und Protestrufe ertönen und es in der Kirche zu erregten Auftritten kommt? Soll denn die Kirche in Zukunft nur für bestimmte Klassen vorhanden sein? Will sie das nicht, sondern will sie eine wahre Volkskirche im freien Volksstaate werden, so ist es höchste Zeit, daß sie den eingeschlagenen Weg verläßt und sich ihrer eigentlichen in der Bibel ihr vorgezeichneten Aufgaben erinnert. Dann wird ihr keine Trennung vom Staate, selbst kein Fortfall des Religionsunterrichts in den Schulen schaden können. Darum: weg mit der Politik aus der Kirche!

Walther Koch / Freideutsche Jugendbewegung und Politik

Welche politische Haltung muß die Jugend einnehmen? Das ist meine Frage. Welche Jugend? Nicht die Gesamtheit der Menschen, welche etwa zwischen 16 und 25 Jahren alt sind. Ich meine unter „Jugend" also nicht die physische Jugend, sondern die Menschen, welche jugendlichen Geistes sind. Unter den dem Alter nach Jugendlichen finden sich große Mengen greisenhafter Menschen oder solche, die sich nicht eigentlich von den Durchschnittsmenschen unterscheiden. Auf der anderen Seite gibt es Jünglinge im weißen Haar, jugendliche Menschen, die hochbetagt

Digitized by Google

sind und doch wie ein ganz junger Mensch für ihre Ideale kämpfen. Was heißt nun: „jugendlichen Geistes" sein? Ich meine, das heißt innerlich ganz wahrhaftig und aufrecht sein, in allem Denken und Tun sich von innerstem Verantwortlichkeitsgefühl leiten lassen, also auch von Grund aus alle Dinge selbständig frisch und tief zu erfassen suchen. Jung sein heißt, nicht sich ohne weiteres in das nun einmal Gegebene fügen, sondern die Wirklichkeit nach eigenem Ideal umzugestalten suchen, statt des an allen Ecken und Enden gebundenen Lebens des Philisters, das Unbedingte, das Unbedingtsein-Sollende wollen. Eine solche Jugend, die auf das letzte zurückzugehen sucht und noch voller Glauben an die Welt herangeht, fühlt sich naturgemäß in einem starken Gegensatz zu der älteren Generation, soweit diese auf Durchsetzung irgendwelcher Ideale verzichtet und sich in das Gegebene gefügt hat, soweit sie sich nur noch von Interessen und Nützlichkeitserwägungen leiten läßt. Also, eine neue grundsätzlich idealistische Jugendgeneration will die ältere durchschnittlich realistisch, oft sogar materialistisch geartete Generation der Bismarckzeit ablösen. Das ist ein geschichtlicher Vorgang, wie er sich schon oft abgespielt hat, man denke etwa an die Ablösung der Generation des friderizianischen Staates durch die idealistische Strömung um die Jahrhundertwende, die sich dann in der Stein-Hardenbergschen Reform staatlich betätigt. Allein heute kommt dazu noch eine ganz einzigartige Wendung. Die Jugend fängt an, sich ihrer selbst als „Jugend", nicht nur als neue Generation bewußt zu werden. Jugend im zeitlosen Sinne der ewig neuen Kraftquelle der Menschheit. Unser subjektivistisches Zeitalter stürzt nicht nur alle Werte und kämpft nicht nur für neue Ideen, sondern wird auch sich seiner selbst in diesem Tun bewußt und erkennt diese Jugendlichkeit als Wert. Die Jugend emanzipiert sich von der Welt des Alters, für die sie bisher meist nur als Vorstufe gegolten hat, und behauptet den Selbstwert der Jugend. So kam man zu dem Gedanken einer eigenen „Jugendkultur", wie ihn hauptsächlich Gustav Wynecken (Wynecken: Schule und Jugendkultur. Diederichs) ausgeprägt hat. Jugend soll sich selbst zu echter Jugendlichkeit bilden und dann sich ihre eigene Welt schaffen in Schule, Haus und Geselligkeit. Aus diesem Bedürfnis der Jugend heraus, ihr Leben selbst zu leben, entstand als Protest gegen die Einengung der Jugend in Schule und Haus, in Stadt und Altersgeselligkeit die Wandervogelbewegung, wie sie in ihrem durchaus unbürgerlichen und radikalen Ursprung von Hans Blüher geschildert worden ist. (Hans Blüher: Der Wandervogel. Geschichte einer Jugendbewegung.) Man suchte sich im freien Leben in der Natur, durch Wanderungen, in selbstgewählter Freundschaftsgruppe der Konvention und der Unwahrhaftigkeit der Großstadt zu entledigen. Die negative Tendenz der Rückkehr zur Natur der Kulturflucht mußte, weil sie auf einem positiven, eigenen Lebensgefühl beruhte, bald eine positive Wendung zu eigener Kulturgestaltung nehmen. Aus Lebensgewohnheiten der wandernden Jugendscharen, aus den Interessen und Beschäftigungen bei den „Nestabenden" entwickelte sich ein eigener „Stil", eine „Wandervogelkultur", mit eigenen Ausdrucksformen in Kleidung und Haltung, in Tänzen und Liedern, in Denkweisen und Stimmungen. Diese Versuche einer neuen „Kultur" vom Wandervogelgeiste aus waren zwar meist recht unzulänglich, aber es war wenigstens eine Wendung zu positiver Lebensgestaltung. Zunächst wollte man das eigene Leben unmittelbar aufbauen; bestimmte hygienische Tendenzen, wie Abstinenz, Gymnastik, teilweise auch Vegetarismus, fanden Eingang und starke Verbreitung. Die Wandervogelbewegung lief Gefahr, herabzusinken zu einem „Reformphilistertum", das sich mit allen möglichen hygienischen und quasi kulturellen Reformen begnügte, anstatt das Leben von Grund aus neuzugestalten. Über diesen Gefahrenpunkt suchte Wynecken die Jugend hinwegzubringen durch den Versuch, sie gerade als noch ganz stark und unmittelbar empfindende Jugend mit den höchsten Kulturwerten in Verbindung zu setzen. Er wollte durch Schaffung freier Schulgemeinden der Jugend in ihrem höchsten Kulturverlangen dienen.

Hohe Schöpfung in Kunst und Dichtung, Bach und Stefan George, deutsche Gotik und Fichte glühten der Jugend wieder als unbürgerliche, schöpferische Welt auf. In kleinen befreundeten Gruppen, in Kameradschaft mit selbsterwählten Führern sollte das jugendliche Leben zum Wachstum kommen. Und ebenso führte andererseits das Bedürfnis nach engerer Lebensgemeinschaft gleichgestimmter Jugend im Zusammenhang mit der Sehnsucht nach einem naturhaften und gesunden Leben zu Versuchen, sich in ländlicher Umgebung, oft in der Nähe der Stadt, anzusiedeln, um das eigene Kulturideal unberührt von der Großstadt leben zu können, Versuche, die nur zu oft zum Scheitern verurteilt waren. Alle diese verschiedenen Tendenzen, in mehr oder minder naher Beziehung zum Wandervogel stehend, fanden ihren großen gemeinsamen Ausdruck in dem Fest, das 1913 im Herbst deutsche Jugend als eigene Wiederaufnahme des Geistes von 1813 auf dem Hohen Meißner feierte. (Festschrift: Freideutsche Jugend. Diederichs. Die damals in dem Bewußtsein gemeinsamen Lebens sich einende Jugend nennt sich „freideutsch".) Doch die auf dem Hohen-Meißner-Fest ein einziges Mal sich begeistert einende Jugend war nur durch ein allgemeines Lebensgefühl, nicht durch irgendeine Verwirklichung ihres Geistes verbunden. Sobald die verschiedenen Elemente nun zur Verwirklichung im öffentlichen Leben schritten, mußten die latent in der Jugendbewegung liegenden Gegensätze hervortreten. War die erste Phase der Jugendbewegung ihrem Ursprung nach individualistisch, romantisch, völlig unpolitisch, so trat die Jugendbewegung vollends mit dem Krieg in ihre weitere Phase der Auseinandersetzung mit den großen Mächten des öffentlichen Lebens ein. Es begann eine Politisierung und Sozialisierung der Jugend. 1914 kam dieser rein menschlich empfindenden Jugend zum erstenmal der Staat in seiner ganzen Bedeutung zum Bewußtsein. Fast die gesamte männliche Jugend suchte in der damals ehrlich empfundenen Verteidigung des Vaterlandes ihren hochgespannten Idealismus zu betätigen. Durch die Meldung als Kriegsfreiwillige vollzog die Jugend faktisch die Hinwendung zum Staat, die sie noch lange theoretisch zu verwerfen suchte. Seit dem August 1914 ist die Jugendbewegung in den Wirbel des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens hineingerissen worden und damit in eine Krise eingetreten, deren Lösung noch nicht abzusehen ist. Nicht nur, daß die Wandervogeljugend mit dem Alterwerden sich vor die praktischen Aufgaben des öffentlichen Lebens und damit vor die verschiedenen Lösungsversuche gestellt sah. Die weitere Entwicklung des Krieges führte zu einer völligen seelischen Entzweiung der Nation, nicht zumindest in der Jugend. Die Jugendbewegung fing an, sich, soweit sie ins Politische ausmündete, zu gabeln in zwei Richtungen, die beide irgendwie in dem alten Wandervogelgeist vereint lagen. Die einen, welche die Freiheit der Jugend, die Loslösung von den alten Konventionen und Mächten besonders stark empfanden, erkannten mehr und mehr im Kriege den großen Feind und Vernichter der Jugend. Das Kriegsfreiwilligentum von 1914 schlug, deutlich bemerkbar, 1917 in ein pazifistisches, antimilitaristisches Bewußtsein um, das sich mehr und mehr bei tiefer Denkenden zur Erkenntnis des Kapitalismus als Quelle von Krieg und Jugendvernichtung ausweitete. So war es nicht verwunderlich, daß große Scharen aus der freideutschen Jugendbewegung sich dem Sozialismus zuwendeten, und zwar teilweise als Folge eines noch nicht überwundenen Romantismus und politischen Dilettantismus der radikalsten sozialistischen Richtung. Diese romantische politische Einstellung wurde noch durch eine teilweise Berührung mit der immer radikaler werdenden proletarischen Jugendbewegung verstärkt, wobei man in der Sympathie für die jugendliche Tatkraft der jüngeren Proletarier ganz die große Kluft in der Geistesrichtung beider Jugendbewegungen, der freideutschen und der proletarischen, verkannte. Allerdings verhielt sich die proletarische Jugendbewegung dem Ganzen der freideutschen Jugendbewegung gegenüber bisher völlig ablehnend. Diesem linken politischen Flügel der Jugendbewegung entspricht ein rechter deutschvölkischer Flügel. Auch diese Strömung, die den nationalen Gedanken im Sinne des Volkstums, vermischt mit antisemitischer Rassetheorie pflegt, leitete sich mit Recht aus dem Wandervogelgeiste her. So wie die Jugend hinauszog aufs Land und dort im Bauern und in den alten Sagen, Bräuchen und Volksliedern das unverfälschte deutsche Volksleben fand, glaubt sie nun im

Digitized by Google

deutsch-völkischen Gedanken die politische Konsequenz des Wandervogelgeistes zu sehen. Während die Linke von dem freideutschen Gedanken mehr das Freie betont, legt die Rechte den Nachdruck auf das Deutsche. Wie die Linke in ihrem Extrem zur radikalen Sozialdemokratie ging, so die Rechte in ihrem Extrem zur Vaterlandspartei. Die Extreme sind augenblicklich sehr bestimmend und drohen die ursprünglich von einheitlichem Lebensgefühl getragene freideutsche Jugendbewegung zu zerreißen.

Ein solches Auseinanderfallen ist nur zu verhindern, wenn von neuem mit aller Klarheit und Wahrhaftigkeit noch einmal die politischen Konsequenzen des freideutschen Gedankens durchdacht und von allen von außen kommenden parteipolitischen Beimengungen gereinigt werden. Für die Jugend kann nicht irgendein Parteiprogramm dogmatisch maßgebend sein, vielmehr muß die ihr innewohnende Kulturidee durchaus bestimmend bleiben, auch im politischen Denken. Zwei Momente waren, wie wir sehen, grundlegend für die Jugendbewegung, einmal der Individualismus einer alte Fesseln sprengenden Jugend, dann aber auch der Gedanke frei sich bildender Gemeinschaften. Befreiung der Persönlichkeit und freiwillige Wiedereinfügung in neue selbstgefügte Zusammenhänge, also eine Verbindung von Individualismus mit Sozialismus. Nur wo diese beiden Grundelemente jugendlichen Lebens gebührend gewahrt sind, kann Jugend, wenn sie sich selbst treu bleiben will, positiv mitarbeiten. Mir scheint bei der Sozialdemokratie das Moment der individuellen Freiheit nicht genügend gegeben, ebensowenig wie mir eine Mitarbeit bei Parteien, die einen äußeren Autoritätsbegriff haben wie das Zentrum und die Rechte, bei einer freien Jugendbewegung in Betracht zu kommen scheint. Nur wo die Freiheit, d. h. die Autonomie des Menschen als sittliche Basis anerkannt ist und ferner ein Zusammenschluß der Menschen auf gleichberechtigter, genossenschaftlicher Grundlage erstrebt wird, scheint mir wirklich freideutsche Politik möglich zu sein. Die konsequente Linie aus dem freideutschen Gedanken zur Politik führt vielmehr zu einem Sozialliberalismus, wie er sich eher an die alte Gedankenwelt Friedrich Naumanns anknüpfen läßt, als etwa zur Sozialdemokratie. Denn man täusche sich doch darüber nicht, daß die materialistische Geschichtsauffassung und der Klassenkampfstandpunkt die Basis der Sozialdemokratie ist und bleiben wird, während die jungen Menschen, die von der freideutschen Jugendbewegung aus zur Sozialdemokratie kommen, doch Politik auf ethischer Grundlage treiben wollen. Ethos und Marxismus schließen sich aber aus, während der Sozialliberalismus, etwa der Genossenschaftssozialismus, als freie Vereinigung der Individuen durchaus von ethischem Gehalt ist. Nicht die Wirtschaft, überhaupt keine Sachgüter, können letztes Ziel freideutscher Politik sein, sondern nur der Mensch. Statt der Herrschaft der Sachen über den Menschen eine Herrschaft des Menschen über die Sachen herbeizuführen, das kann doch auch als Kern wahrhaft sozialliberaler politischer Weltanschauung gelten. Wie der Mensch in der Wirtschaft und im Staate, so soll in der Welt der Gedanke der Menschheit als freie Gemeinschaft der einzelnen Volkspersönlichkeiten herrschen. Pazifismus ist Sozialliberalismus auf die Völker bezogen.

Ich suchte zu zeigen, wie mir der freideutsche Gedanke zu einer Verbindung von Individualismus und Sozialismus, also zum Sozialliberalismus zu führen scheint. Hier fände die Jugend eine große positive Aufgabe, nämlich die innere Erneuerung des demokratischen Gedankens aus dem Geiste der freideutschen Jugendbewegung heraus. Jugend darf nie Material für Parteizwecke werden nach der viel verwandten Phrase: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft." Nein, die Jugend muß selbsttätig eingreifen in den politischen Prozeß, sich zur sinnvollen politischen Arbeit durch philosophische Grundbesinnung, wie sie z. B. der von Leonard Nelson begründete Internationale Jugendbund anstrebt, und durch fachlich tüchtige volkswirtschaftliche, politisch-historische Ausbildung vorbereiten, und dann da einsetzen mit eigener politischer Tätigkeit, wo Raum vorhanden ist zu freier Wirksamkeit im Sinne des freideutschen Gedankens. Dann möge die Jugend streben, Schule und Wirtschaft, Gesellschaft und Staat mit jugendlichem Geist zu durchdringen.

Franz Landwehr / Siedlungswesen und Revolution

Bereits lange Zeit vor dem Jahre 1914 war es jedem Einsichtigen klar, daß das Wohnungs- und Siedlungswesen nicht weiter nach manchesterlich liberalen Grundsätzen der privaten Tätigkeit und Untätigkeit der Grundstückseigentümer überlassen werden durfte. Auch die vorbildlichen Werke von Arbeitgebern und gemeinnützigen Vereinigungen erschienen schon damals nur als ein Schritt auf dem Weg zur Mitwirkung öffentlicher Körperschaften bei der Herstellung und der Benutzung von Wohnungen. Jahrelang sind Volkswirte und Baukünstler gegen die wirtschaftlich und künstlerisch gleich verfehlte Art unserer Siedlungstätigkeit angelaufen. Und wenn sich heute eine neue Zeit anschickt, mit einer sündigen Vergangenheit zu brechen, so findet sie einen Boden, der gut für ein soziales Werk vorbereitet und bereit ist, die schönsten Früchte zu tragen, wenn nur der rechte Gärtner kommt.

Wenn diese auch nur mit Hilfe entsprechender gesetzlicher Vorschriften geerntet werden können, die Hauptsache ist auch hier die Gesinnung. Das Moment, das bisher einem wirtschaftlich und künstlerisch gleichbefriedigenden Siedlungswesen entgegenstand, war der aus den siebziger Jahren uns überkommene Eigentumsbegriff, welcher sich, historisch betrachtet, als eine Karikatur dieses Rechtsinstituts darstellt.

Man muß zunächst beachten, daß die zeitige Grundstückswirtschaft auf einer gesetzlichen Regelung beruht, die aus der Gründerzeit nach 1870 stammt. Wie stark die Köpfe in den damals herrschenden Anschauungen des Manchesterliberalismus lange Zeit befangen waren, geht zum Beispiel aus dem Kampf um die Wertzuwachssteuer hervor, bei der es jeder erlebt hat, daß durchaus kluge und wirtschaftlich klarsehende Männer mit sozialem Empfinden kein Verständnis dafür aufbringen konnten, daß es berechtigt, ja selbstverständlich ist, die Allgemeinheit in irgendeiner Form und in irgendeinem Umfange an der Wertsteigerung der Grundstücke teilnehmen zu lassen, da diese Wertsteigerung niemals allein durch Aufwendungen des Eigentümers eingetreten ist, sondern stets unter der Mitwirkung der Gemeinden, der Provinz, des Staates oder des Reiches, die irgendwelche Lasten übernommen oder Veranstaltungen getroffen haben, welche dem Grundstück des einzelnen zugute gekommen sind. Diese Überspannung des Eigentumsbegriffs hat insbesondere nach drei Richtungen gewirkt.

Zum ersten gebot er, das Eigentum des einzelnen gegen jeden Eingriff zu schützen. Dieser Gedanke hat seinen kräftigen Niederschlag im Enteignungsgesetz sowie im Baufluchtliniengesetz gefunden. Das Enteignungsgesetz gibt die Möglichkeit zur Enteignung von Grundstücken nur in ganz wenigen, bestimmten Fällen, so daß es für die Förderung des Siedlungswesens fast gar nicht in Betracht kommt. Und zu diesem unzulänglichen Ziel wählt es einen Weg, der umständlich und geradezu schikanös gegen den Enteignungsberechtigten ist.

Hierzu kam dann weiter die Anschauung, daß jeder mit seinem Eigentum, solange es ihm gehört, machen könne, was er wolle. Man braucht sich nur die Stadterweiterungen der letzten Jahrzehnte plan- und aufbaumäßig anzusehen. Soweit einsichtige Stadtverwaltungen überhaupt den Versuch machten, wirtschaftlichen und künstlerischen Anforderungen einigermaßen Entsprechendes zu schaffen, springen die Schwierigkeiten schon einer Aufteilung des städtischen Geländes im Zweckgebiete sofort in die Augen. Ebenso können die Stadtverwaltungen ein Lied von der Mühe singen, einen auch nur einigermaßen harmonischen Aufbau zu erreichen.

Endlich verbietet der manchesterliche Eigentumsbegriff jede Art von Beschränkung des einzelnen gelegentlich der Veräußerung seines Grundstücks, sei es, daß Vor- oder Wiederkaufsrechte der Gemeinde oder gemeinnütziger Unternehmungen, sei es, daß Verkauf an bestimmte Personenkreise in Frage stehen.

Wenn nun unter dem gewaltigen Ereignis des Krieges und seiner Begleiterscheinungen auch eine weitere Auslegung des Begriffs Eigentum sich durchgesetzt hat, so daß es heute selbst rechtsstehenden Leuten aufgegangen ist, daß diese Überspannung un-

Digitized by Google

gerechtfertigt war, so beruht doch unsere Gesetzgebung, im besonderen auch das Sachenrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches, durchaus auf dieser Idee.

Wenn sich daher zunächst der Begriff des Eigentums gewandelt hat, um die geringste, aber unerläßlichste Vorbedingung für eine gesunde Entwicklung des Bau- und Wohnungswesens zu schaffen, so muß zweitens diese Änderung in der Gesetzgebung so zum Ausdruck gebracht werden, daß das heutige Wirtschaftssystem von Grund auf um- und neugestaltet wird. Von Grund auf! Um mit dem Grundstückshandel zu beginnen, so ist es undenkbar, wirtschaftlichen und künstlerischen Anforderungen genügende Stadterweiterungen und Siedlungen durchzuführen, wenn infolge des Grundstückshandels dauernde und durchaus ungerechtfertigte Bodenpreissteigerungen herbeigeführt werden, die die Volkswirtschaft und das einzelne Grundstück mit unfruchtbaren Renten belasten und eine wirtschaftliche Bebauung dann verhindern, zumal, wenn zugleich eine Besserung des Wohnungswesens in hygienischer und künstlerischer Richtung erreicht werden soll.

Wie endlich die Bodenfragen und das Kreditwesen mit einer Gesundung des Wohnungswesens verbunden sind, haben vor allem die Arbeiten Eberstadts nachgewiesen, der überhaupt das Verdienst hat, Licht in die wirtschaftlichen Grundlagen der Wohnungsherstellung gebracht zu haben. Aus diesen Forschungen ergibt sich auch, daß grundlegende Änderungen im Hypothekenrecht nötig sind, wenn alle Früchte hereingeholt werden sollen, die unter der Tätigkeit hervorragender Theoretiker und erfolgreicher Praktiker herangereift sind. Ein großer Teil der führenden Männer kommt in dem „Programm des Kleinwohnungs- und Siedlungswesens" zum Wort, das für den „Deutschen Bund Heimatschutz" und die „Vereinigung für deutsche Siedlung und Wanderung" der Tübinger Volkswirtschaftslehrer Karl Johannes Fuchs herausgegeben hat. (Stuttgart, Wilhelm Meyer-Ilschen 1918, 20 M.) Es führt den Titel: „Die Wohnungs- und Siedlungsfrage nach dem Kriege", behandelt aber in seinem Hauptabschnitt die Wohnungsproduktion und ihre Grundlage vor dem Kriege.

Da das Werk im Sommer 1918 erschienen ist und mit einer Fülle von Material in umfänglicher Weise über den zeitigen Stand des Wohnungs- und Siedlungswesens Auskunft gibt, wird es nicht nur staatlichen und Kommunalbehörden und mit dem Siedlungs-, Bau- und Wohnungswesen befaßten Amtsstellen und Vereinigungen in ausgezeichneter Weise zur Unterrichtung dienen, sondern es wird darüber hinaus einst historisch interessant sein, an seiner Hand zu sehen, inwieweit auf diesem Einzelgebiet die Ereignisse des November 1918 eine plötzliche Änderung des bisherigen wirtschaftlichen Systems bedeuten oder inwieweit sich das Neue im Alten vorbereitet hat. Schließlich wird sich dabei herausstellen, daß das geschriebene Gesetz sich zwar mit den Ideen nicht deckt, die die deutsche Revolution zu den leitenden gemacht hat, daß aber die Gesichtspunkte, die nun in den Vordergrund treten werden, im wesentlichen den Anschauungen entsprechen, die auch schon vor dem November 1918 herrschend waren.

Die Hauptstützen des Alten waren allerdings so fest in die Grundmauern des bisherigen Rechts und der Wirtschaft eingebaut, daß ihre Ersetzung durch andere Pfeiler bei ruhigem Fortbau nur sehr schwer und allmählich möglich gewesen wäre. Nachdem sie aber nun im Sturm gefallen, sind zugleich die Kräfte frei geworden, die entwickelt genug sind, einem Chaos zu wehren und einen organischen Aufbau zu ermöglichen. Denn das danken wir denen, die sich um das Wohnungs- und Siedlungswesen bemüht haben und deren beste Sachkenner sich in dem „Programm" ein Stelldichein gegeben: die Ziele liegen klar und eindeutig vor uns, und der Weg dorthin ist schon eine gute Strecke weit ausgebaut. Jetzt heißt es nur: marschieren.

Die Aufsätze des „Programms" sind in der Hoffnung auf ein günstiges Kriegsende geschrieben. Die inzwischen eingetretenen Ereignisse lassen die Siedlungsfrage nun nicht als minder wichtig erscheinen. Das Wohnungsbedürfnis für ländliche und industrielle Arbeiter sowie für Kriegsbeschädigte ist das gleiche geblieben, und die Lösung dieser Fragen hat an Bedeutung nichts verloren. Allerdings hätte ein anderes Kriegsende die Geldwirtschaft für das Siedlungswesen wesentlich günstiger gestaltet. Aber es ist, wenn auch ein magerer Trost, daß die Reformen des Realkreditwesens und der Besteuerung sowie des gesamten Siedlungsrechts nun um so umfassender und vollständiger sein müssen, um den sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen zu genügen. Aus dieser wirtschaftlichen Not wird das Siedlungswesen aber den Hauptvorteil ziehen, daß Reich, Staat und Gemeinde sich seiner an erster Stelle und in der Weise annehmen müssen, daß sie nicht etwa die private und gemeinnützige Bautätigkeit durch Geldhingabe fördern oder verwaltungsmäßig bevorteilen, sondern daß sie selbst Siedlungen unternehmen und Wohnungen herstellen. Denn das ist heute eine unerläßliche Forderung: daß die öffentlichen Körperschaften nicht nur für ihre eigenen Angestellten und Arbeiter Wohnungsbauten unternehmen, sondern im weitesten Maße Wohnungsfürsorge treiben durch Schaffung und Hebung, Erhaltung und Besserung der Wohnungen.

Alle für diese Aufgaben in Betracht kommenden Fragen finden in dem „Programm" eine umfängliche und eindringliche Betrachtung. Dem wissenschaftlichen Charakter des Werkes entsprechend ist den Beiträgen eine Geschichte des Kleinwohnungswesens vorangestellt, in der alle die Probleme schon anklingen, die dann nachher in gesonderten Aufsätzen erörtert werden und die die rechtlichen und wirtschaftlichen, technischen und künstlerischen Grundlagen des Kleinwohnungswesens und seine Träger behandeln. Bei den Aufgaben der Zukunft ist die Abhandlung über die wichtige Frage der inneren Kolonisation in Stadt und Land von besonderer Bedeutung, und es ist erfreulich, ein so schwieriges Problem, wie die Sanierung der Mietkaserne, von einem Fachkenner bearbeitet zu sehen.

Diesem theoretischen, aber eminent praktischen Teile des Siedlungswerkes soll sich ein zweiter anschließen, von dem die erste Lieferung: „Die halbländliche Vorstadtsiedlung", bearbeitet von Regierungsbaumeister Gerhard Jobst und Regierungsbaumeister Gustav Langen (Georg D. W. Callwey Verlag) vorliegt, die hält, was sie verspricht, indem sie an einem bestimmten Beispiel aus der Praxis zeigt, welche Fehler bei Siedlungsanlagen in der Regel gemacht werden und wie die für eine Siedlung Richtung gebenden Grundsätze aus der Lage und Gestaltung des Geländes und ihren besonderen Bedürfnissen entwickelt werden müssen. Dieser ersten Lieferung sollen weitere ähnliche Studien aus der Praxis folgen.

Zu den allgemein gleichen Ergebnissen wie das hohen wissenschaftlichen Anforderungen genügende Werk von Fuchs kommt das neueste Büchlein von Hermann Muthesius „Kleinhaus und Kleinsiedlung" (F. Bruckmann, München 1918, 7,50 M.), das die einschlägigen Probleme fast ausnahmslos, und zwar in volkstümlicher Weise behandelt und hierbei den geschmacklichen Fragen besondere Beachtung schenkt. Vor allem aus dem Kapitel über den Aufbau der Häuser wird ein jeder schließen, wie wirtschaftlich und wertvoll es ist, bei der Auswahl des Architekten auch für die einfachste Bauaufgabe nicht unbedacht zu handeln und sich insbesondere nicht bloß von Sparsamkeitsrücksichten leiten zu lassen. Denn, wenn sich im Architekten der künstlerische Trieb mit der Beherrschung des handwerklichen vermählt, dann wird auch ein hohes Honorar eine gute Geldanlage sein, die sich in der Anlage und im Betrieb der Siedlung und des einzelnen Hauses rasch bezahlt macht.

Vor allem kommt aber Muthesius in seinem Handbuch zu demselben Schluß, wie die Wohnungs- und Siedlungsfrage nach dem Kriege: daß alle Arbeit zur Verbesserung des Wohnungswesens mit wirtschaftlichen Maßnahmen zu beginnen hat, insbesondere mit einer Sanierung der Grundstückswirtschaft und des Hypothekenwesens.

Digitized by Google

Naumann / Parteikämpfe

Wie soll das parteipolitische Leben aussehen? Gewisse gute Leute ohne eigene Kenntnisse des öffentlichen Getriebes wünschen, daß die Parteien überhaupt verschwinden sollen. Zunächst freilich sieht es gar nicht danach aus, denn in allen Lagern ist durch Kriegsschluß und Revolution das parteipolitische Interesse gewachsen und eine vermehrte Spannung eingetreten über alles das, was im Kriege getan und versäumt wurde, Abrechnung zu halten und neue Formen des Lebens zu finden. Selbst aber, wenn man durch irgendein Zaubermittel die Abrechnungswünsche stillmachen könnte, so darf der Kampf um Recht und Vorteil nicht ausgeschaltet werden, weil sonst die innerliche Volksbeteiligung am Staate überhaupt verlorengeht. Ein lebendiger Volkskörper muß Gegensätze haben und verarbeiten. Das Ziel der Neugestaltung kann also nicht sein, ein parteienloses Gehorsamsvolk zu schaffen, aber unser Parteigeist, unser politischer Ton darf und soll doch besser werden. Es muß jetzt nach dem Krieg ausgeschlossen sein, daß Parteien für vaterlandslos erklärt werden, denn es haben Mitglieder aller Parteien ohne Ausnahme ihr Blut fürs Vaterland vergossen. Die Einheit in der nationalen Opferleistung muß der unvergeßliche Hintergrund bleiben, und der wunderbare Stimmungsgehalt des 4. August 1914 darf auch nach der Revolution nicht verschüttet werden. Wir Deutschen waren bis vor dem Krieg arm an großer nationaler Legende, da wir wenig gemeinsame Vergangenheit besaßen. Jetzt aber haben wir nun gewaltige, erhebende und bedrückende Einheitserlebnisse, wie sie zur Reife der Nationalitätsgesinnung nötig sind. Im Kriege wurde das ganze Deutschtum neugeboren in Feuer und Blut. In der Revolution wurde dem ganzen Volke die Selbstverantwortung gegeben. Wer das verkleinern will, der versündigt sich am Allerheiligsten der Nation.

Büchertisch

Walther Schotte, Der Weg zur Gesetzlichkeit. Hans Robert Engelmann, Berlin. 210 S. und eine Karte des Deutschen Reiches. Geh. 6 M., geb. 8 M.

Wenn der Völkerbund kommen wird, so setzt er ähnliche Staatsformen seiner Mitglieder voraus — in der inneren Verfassung, in den Idealen des politischen und wirtschaftlichen Lebens. Von diesem Gedanken geht Schotte aus und untersucht dann die Kernfragen der zukünftigen deutschen Verfassung und der Weltdemokratie. „Eine Gemeinsamkeit der Ziele und einen Zusammenklang der einzelstaatlichen Organisationen" — das ist die Voraussetzung, aus der sich dann ergibt: Ablehnung der Diktatur des Proletariats, die die Kriegserklärung an die westlichen Demokratien bedeuten und uns damit aus jeder übernationalen Gemeinschaft, in welcher Form sie auch kommen möge, ausschließt; ebenso Verneinung der Sozialisierung, deren bürokratische Mängel und Mechanisierung zur Vernichtung der individuellen Freiheit und zum Untergang der Demokratie führen werden; und schließlich die Forderung, daß Demokratie und ein sozial denkendes Bürgertum die einzigen Retter aus dem heutigen Chaos seien. Freilich, die politische Schwäche des Bürgertums im Krieg und später in der Revolution wird zugegeben, aber es liegen in ihm noch genug Kräfte, die eine starke Zukunft garantieren. Der bürgerliche Imperialismus alten Stils, dessen Ziele in diesem Kriege einen letzten Versuch machten, sich durchzusetzen, ist dahin, jetzt ist das Bürgertum der Hort der Demokratie, und eine große Aufgabe ist zu erfüllen. Vom Proletariat geschieden durch das höhere Kulturbedürfnis und die qualifiziertere Arbeitsleistung, von der reaktionären Rechten getrennt durch die lebendigeren Gedanken der Entwicklung und Demokratie, wird das Bürgertum sich in einem Zusammenschluß finden, der von zukunftsreicher Bedeutung ist.

Die Verfassungsfrage des neuen Deutschland enthält drei Zentralprobleme: Einheitsstaat und Bundesstaat; Kompetenzen der Legislative; Stellung des Präsidenten! Das Ideal des Einheitsstaates ist für uns leider unerfüllbar, jedoch ist der Bundesstaat heute für uns mehr als nur ein Notbehelf, vor allem durch die durch den Anschluß Deutsch-Österreichs geschaffene neue Lage. Das großdeutsche Problem, auch die künftige Stellung Wiens, wird ausführlich erörtert. Als beste Lösung wird eine Neugliederung Deutschlands in etwa dreißig gleich große „Länder" vorgeschlagen, wodurch die Zerschlagung Preußens, dessen Vorherrschaft als größter Staat damit zu Ende sein müsse, die Spitze genommen wäre, da ja auch die anderen größeren Bundesstaaten zerlegt würden. Eine Karte zeigt, wie nach des Verfassers Ansicht ungefähr die neuen Grenzen innerhalb Deutschlands zukünftig verlaufen sollen.

Die anderen wichtigen Verfassungsfragen werden in einem durchgeführten ausführlichen Verfassungsentwurf Schottes behandelt, zu einigen Punkten gibt er dann noch die Begründung. So interessant diese Dinge sind, besonders in den Tagen, da der Verfassungsentwurf von Preuß im Mittelpunkt einer lebhaften Debatte steht, so kann doch hier auf diese schwerwiegenden und komplizierten Fragen nicht ausführlich eingegangen werden. Es sei nur erwähnt, daß der Präsident nach amerikanischem Vorbild vom Volke gewählt wird, daß er wie in England der König ein Auflösungsrecht dem Volkshause gegenüber hat, daß die Minister von dem durch den Präsidenten ernannten Reichskanzler gewählt werden, aber daß sie demissionieren müssen, wenn die Mehrheit des Volkshauses ihnen das Vertrauen verweigert. Neben dem Volkshaus, steht ein Länderhaus, dessen Mitglieder aus den Volkshäusern der verschiedenen Länder aus ihrer eigenen Mitte gewählt werden und das sich wie der amerikanische Senat ergänzt. Daneben aber gibt es noch den Bundesrat, der aus den Gesandten der deutschen Bundesstaaten bei der Reichsregierung besteht und der lediglich eine beratende Stelle ist, die aber auch berechtigt ist, von dem Präsidenten in allen Angelegenheiten Auskunft zu verlangen. Auf ein Referendum wird verzichtet, da das Volkshaus ja aufgelöst werden kann, also damit eine Form gegeben ist, in der an das Volk appelliert werden kann.

Die Arbeit Schottes ist vor dem 19. Januar vollendet worden, kennt also den Ausfall der Wahlen noch nicht. Gewidmet ist sie der Nationalversammlung, für deren Hauptaufgaben sie ja auch ein gutes Material liefert. Besonders zu begrüßen ist es, daß in einem Anhang die wichtigsten demokratischen Verfassungen der Welt im Wortlaut und in deutscher Sprache folgen. Es sind dies: Die Verfassung von Connecticut (1639), das Agreement of the People (1649), die Verfassungen der Vereinigten Staaten (1787), des Deutschen Reichs (1848), der Schweizer Eidgenossenschaft (1874), Frankreichs (1875) und der russischen Sowjetrepublik (1918). Dadurch, daß jeder Verfassung noch eine reiche Literaturangabe beigefügt ist, wird der Wert des instruktiven Buches noch erhöht.

M. R.

Klabund, Bracke. E. Reiß, Berlin. Br. 6,50 M., geb. 9 M.

Was den durch eine immerhin etwas anrüchige Kriegslist zu plötzlichem Ruhm gelangten deutschen Schriftsteller und Dichter Klabund anbetrifft, so stellt er eine jener sowohl zu bedauernden als auch zu beklagenden Persönlichkeiten dar, die infolge eines gar zu leicht und üppig funktionierenden schöpferischen Vermögens zwar einen Erfolg an den anderen reihen, aber kaum je zu einem synthetischen Ausdruck ihres künstlerischen Wesens sich durchzuringen befähigt sind. Menschen wie er stolpern auf Schritt und Tritt über ihre eigene naive Gefallsucht und über ihren Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl. Gerade Klabund hat etwas weibisch Anschmiegsames und etwas Unberechenbares an sich. Seine Kompaßnadel schwankt bedenklich. Er ist mehr ein Talent denn ein Charakter, und seine blendenden formalen Vorzüge können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sein „Weltbild" verschwommen ist wie die Silhouette eines Laternenpfahls im Abendnebel.

Nach diesen säuerlichen Vorbemerkungen muß sogleich mit freudiger Entschiedenheit ausgesprochen werden, daß Klabunds neues Werk, ein Eulenspiegelroman namens Bracke, so viele unverkennbare Merkmale des Wachstums und der Reife aufweist, daß der

Digitized by Google

eben noch so schlagfertige Rezensent schier eine Anwandlung von Reue spürt und seine tadelnden Worte zu widerrufen versucht ist. Dieser neue Roman überrascht durch die hohe Geschlossenheit seiner kühn und restlos beherrschten Form und durch die wundervolle Überlegenheit seiner dichterisch verklärten Weltweisheit. Die früher erschienenen Prosabücher Klabunds hinterlassen keinen reinen Eindruck. Der „Moreau", wie ein scheu gewordener Gaul blind dahinstürmend, leidet offensichtlich an einem Übermaß von angeblich expressionistischer Wildheit, und die „Krankheit" trägt verstimmende Züge einer gewissen koketten Leichtfertigkeit zur Schau. Der Soldatenroman ist zu straff, die spukhafte Novelle zu locker. Das Heil liegt in der Mitten. Der „Bracke", obschon die in jähen Zickzacklinien verlaufende Lebensgeschichte eines überaus seltsamen und exzentrischen Menschen, erscheint in künstlerischem Betracht als eine Komposition von machtvoll bezwingender Einheitlichkeit.

Es gibt (bekanntlich) keine zuverlässigere Wahrheit als die, daß alles Dichten aus einem leidenschaftlichen Trieb zur Selbstrechtfertigung und demnach aus durchaus autobiographischen Bedürfnissen hervorquillt. Gedichte sind Stufen zur Selbsterkenntnis, Romane und Dramen mehr oder minder geschickt maskierte Selbstbildnisse. (Wer, zum drastischen Exempel, wollte etwa daran zweifeln, daß sowohl Asmus Semper als auch August Gutbier mit ihrem Schöpfer sozusagen — und sozuklagen — identisch sind?!) Es steckt also in dem narrenbunten Gewand des erleuchteten Abenteurers Bracke niemand anders als Klabund selbst, der es liebt, in immer neuen Inkarnationen die Grimasse seines Geistes zu offenbaren. Bracke, „mit sonderbaren und verwegenen Organen ausgerüstet, die für diese (!) Welt nicht taugen," ist aber nicht nur der Dichter Klabund, sondern der Dichter überhaupt. Er wandelt wie ein sich selbst verzehrendes Gestirn und wie ein Heiliger irr und schier gespenstisch durch den Roman, verfolgt von dem großen „malheur d'être" und dem größeren „malheur d'être poète".

Der Vater schilt den frühreifen Sohn ein kindliches Monstrum und jagt ihn mit der Peitsche aus dem Haus. (Der pedantische und übelwollende Vater spielt in der Dichtung der neuen Generation eine entscheidende Rolle!) Nur ein verrückter italienischer Conte und Musikschwärmer Namens Gaspuzzi erkennt die göttliche Begabung des eigensinnigen und einsamen Knaben. Den Kopf lauschend an des kleinen Bracke Brust gelegt, flüstert er: „Du bist nicht wie andere Menschen. Du singst." Der Verstoßene streift durch die Wälder, begibt sich zu einem Uhren- und Brillenmacher in die Lehre, erwirbt einen Ziegenbock, den er an der Schnur wie einen Hund mit sich führt, und folgt schließlich dem Kurfürsten, nachdem er sich bei ihm durch eine ebenso dreiste wie pfiffige Antwort in Respekt gesetzt hat, an den Hof nach Berlin. Wie ein Schwert schwenkt er das Füllhorn seiner tiefsinnigen Narrenstreiche und schüttet es aus über Würdige und Unwürdige. Er beschämt Kaiser und Kurfürst, betört die Kurfürstin, übertölpelt einen geckigen Franzosen, erteilt einem Bierfuhrmann den aus dem niedersächsischen Volksbuch vom Till Eulenspiegel sattsam bekannten guten Ratschlag („Wenn du langsam fährst, so kommst du wohl noch vor Abend hin"), hockt mit einem Mörder, einem Henker und einem Abdecker zusammen in einer üblen Kneipe beim Würfelspiel, macht Hochzeit mit Grieta, der Tochter des Klempners, vertreibt das Irrlicht am Heidehibbel und kämpft gegen Krieg (!) und Ungeziefer-plage. Aber die Verworfenheit der Welt raubt ihm Glück und Heimat. Unheil bricht lawinengleich herein. Hungersnot, Pest, Überschwemmung. Bracke, mit wehenden Haaren auf dem Giebel eines Kaufhauses reitend, brüllt im fahlen Mondschein den angstbebenden Menschen eine fürchterliche Bußpredigt in die Ohren. Sein trunkener Zorn schleudert Geschosse von übernatürlicher Sprengkraft. Haß, Ekel und Verachtung treiben ihn in die Einsamkeit des Klosters und des winterlichen Waldes. Die Unversöhnlichkeit des Vaters bringt ihn dem Wahnsinn nahe. Wie ein „riesiger Rabe mit flatternden Armen" stapft er querfeldein und sinkt zu Füßen einer hämisch grinsenden Vogelscheuche bewußtlos in den Schnee . . .

Jeder Leser wird aus diesem weisen und witzigen Geschichtenbuch, über dem wie ein Regenbogen der Adel einer großen Seele sich wölbt, einen inneren Wertzuwachs schöpfen; denn jeder findet in ihm (nach dem Wunsche des Dichters) etwas, das ihn ergötzt oder erschüttert, nachdenklich oder zum reinen Klange stimmt.

Hans Harbeck.

Luise Scheffen-Döring, **Das politische Wahlrecht und die christlichen Frauen.** 11.—20. Tausend. Furche-Verlag, Berlin 1919. 40 S. 1,20 M.

Die durch ihre preisgekrönte größere Schrift über „Frauenbewegung und christliche Liebestätigkeit" bereits rühmlichst bekannte Verfasserin hat sich die Aufgabe gestellt, in einer kleinen allgemeinverständlichen Schrift, die seither im allgemeinen nur auf dem Felde der Charitas in die Öffentlichkeit getretene deutsche christliche Frau in den reichen Pflichtenkreis einzuführen, der ihr durch das politische Wahlrecht geworden ist. „Wie war es und wie ist es heute?" „Wie rüsten wir uns für das Heute?" „Wie erfüllen wir unsere Wahlpflicht?" „Wie erfassen wir unsere besonderen Aufgaben im öffentlichen Leben?" — diese Fragen werden mit voller Sachkenntnis beantwortet. Die kluge und feinsinnige Schrift, deren erste Auflage vor dem 19. Januar bereits vergriffen war, wird auch in Zukunft ihren Dienst an der politischen Erziehung und damit am Aufbau des neuen Deutschland leisten. Daß hier eine bei aller Unparteilichkeit ihrer sachlichen Mitteilungen offenbar der demokratischen Auffassung zuneigende christliche Frau das Wort genommen hat, ist besonders bemerkenswert und ein erfreuliches Zeichen dafür, daß das alte und verhängnisvolle Mißtrauen mancher christlichen Kreise in Deutschland gegen die Demokratie im Schwinden begriffen ist.

Adolf Deißmann.

Martin Radt, **Frühlingsmärchen.** Rudolf Schick & Co., Leipzig. 141 S. 5,50 M.

Keine Volksmärchen, sondern Kunstmärchen und als solche allzureichlich mit klügelnder Erfindung und mit Anspielungsballast beladen. Für Kinder nicht ursprünglich, nicht naiv genug, für Erwachsene zu aufdringlich, den kindlichen Ton nachahmend, stellen diese Dichtungen eine Zwittergattung dar, die zwar manches Hübsche enthält, der aber letzten Endes doch keine große Lebensfähigkeit prophezeit werden kann.

Briefkasten

Pastor R. Dank für die Zustimmung zum Aufsatz von Voigt, Die Offiziere. Ein Sonderdruck ist nicht beabsichtigt, aber einzelne Exemplare des betr. „Hilfe"-Heftes stehen gern zur Verfügung.

Th. 111. Wir können aus Raummangel leider nicht alle von Ihnen gesuchten Bücher hier nennen. Lassen Sie sich doch von den Verlagsbuchhandlungen Vandenhoeck u. Ruprecht, Göttingen und Fr. A. Perthes, Gotha ein Verzeichnis kommen. Ein Verzeichnis von Schriften zur Politik lassen wir Ihnen zugehen. (15 Pf.)

Cand. jur. K. in Frankfurt a. M. Eine an Sie gerichtete Flugblattsendung kam wegen Ungenauigkeit des Namens zurück. Wir bitten um deutliche Angabe.

G. W. in Hamburg wird empfohlen, eine diesbezügliche Anzeige in der „Hilfe" aufzugeben.

2 M. aus Hamburg vom 17. 1. sind ohne Angabe des Absenders eingegangen.

Cand. phil. M. Einen ermäßigten Bezugspreis für die „Hilfe" für Studenten können wir auf Grund unserer Spendensammlung zur Verbreitung der „Hilfe" gern gewähren. Meldungen erbeten.

Dr. Kr. in W. Die „100 politischen Fragen zur Reichstagswahl" von Fr. Naumann stehen im Hilfe-Almanach von 1912 (Preis 50 Pf. und 10 Pf. Porto.)

Über Ausbleiben und Verspätung der „Hilfe" kommen ungewöhnlich viele Klagen der Postbezieher. Wir bitten, in allen Fällen erst den Briefträger oder das Postamt zu verständigen und erst, wenn auf diesem Weg kein Erfolg zu erzielen ist, sich an uns zu wenden.

Freiwillige Gaben:

Für Verbreitung der „Hilfe": 30 M. G. in Basel.

Für den Wahlfonds: Dr. W. in H. 300 M., A. H. in T. 15 M., B. R. in D. 5 M., R. in S. 3 M., B. in Pb. 50 M.

Allen Gebern herzlichen Dank. **Verlag der „Hilfe".**

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, Berlin-Zehlendorf, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, Hamburg.

Digitized by Google

6. Februar 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis im Buchhandel 4 M., beim Postamt 4.12 M., unter Kreuzband 4.50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 4.25 M., ins Ausland 5 M. Soldatenausgabe 1.50 M. Einzelhefte 40 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8683.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 6

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 60 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche

Der Umfang dieser Nummer ist infolge der Papierknappheit verkleinert.

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Gertrud Bäumer:** Heimatchronik. — **Wilhelm Heile:** Das Recht der Nationalversammlung. — **Dr. Paul Rohrbach:** Die Entente als Ankläger Deutschlands. — **Dr. Martin Wenck:** Was lehren die preußischen Wahlen. — **Johannes Fischer:** Sozialismus und Betriebsform. — **Naumann:** Verkehrszeitalter. — Büchertisch. — Briefkasten.

Naumann / Kriegschronik

Sonntag, 26. Januar.

Die dänische Regierung läßt durch das offiziöse Büro Ritzau ihre Meinung über die nordschleswigsche Frage aussprechen. Dänemark wünscht keine Landgebiete zu erwerben, die nicht dänisch reden und empfinden, denn die Kraft Dänemarks als Staat würde durch den Besitz von Landgebieten mit einer nichtdänischen Bevölkerung nur belastet werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muß auch in Nordschleswig durch Abstimmung festgestellt werden. Dabei braucht im eigentlichen Nordschleswig eine Abstimmung nach Bezirken nicht vorgenommen zu werden, weil hier der unzweifelhaft dänischnationale Teil vorwiegt, während in Mittelschleswig den Einzelbezirken und, wenn es nötig ist, auch den Einzelgemeinden das Recht des Anschlusses vorbehalten sein muß. Was Flensburg betrifft, so werde man sich nicht darauf einlassen können, daß diese Bezirke ohne freie Abstimmung mit Dänemark vereint werden, da sie zweifellos eine überwiegende deutsche Bevölkerung besitzen. Es ist wünschenswert, daß die dänische und die deutsche Regierung sich über die nordschleswigsche Grenzfrage untereinander einigen, ohne die Friedenskonferenz zu bemühen.

Montag, 27. Januar.

Der 60. Geburtstag des bisherigen deutschen Kaisers, Wilhelms II., gibt verschiedenen Blättern auf der rechten Seite Anlaß, ihm ihre Huldigung darzubringen. Es kann fraglich sein, ob sie damit ihm selbst einen guten Dienst erweisen. Wilson soll sich nach dem „Progrès de Lyon" mild über die von der Entente viel erörterte Frage der Schuld Wilhelms II. ausgesprochen haben. Er würde, so heißt es, durch Verbannung genügend gestraft sein. Die Mehrzahl der französischen und englischen Blätter fordern nach wie vor ein moralisches Weltgericht, weil es für sie von vornherein festzustehen scheint, daß niemand anders als Kaiser Wilhelm den Krieg gemacht hat. Soweit wir die bis jetzt veröffentlichten Dokumente verstanden haben, sind die Aussichten Wilhelms II. bei einem wirklichen, ehrlichen Gerichtsverfahren nicht schlecht, denn daß er persönlich den Krieg hat vermeiden wollen, ergibt sich aus jeder seiner Handlungen. Es kann sein, daß er von Anfang an darin geirrt hat, daß er ein Eingreifen des russischen Zaren zugunsten der serbischen Königsmörder für ausgeschlossen hielt.

Auf der Friedenskonferenz in Paris hat Präsident Wilson den Entwurf des Völkerbundes eingereicht, und Lloyd George hat sich grundsätzlich zu seiner Unterstützung bereit erklärt. Dasselbe tun für die Franzosen Léon Bourgeois und für die Italiener Orlando. Es scheint nach dieser Einleitung, daß tatsächlich ein Völkerbund zustande kommen wird, noch aber kann man seinen Inhalt nicht genauer bestimmen.

Dienstag, 28. Januar.

Auf der Pariser Friedenskonferenz wird vielfach über die bisherigen deutschen Kolonien geredet. Wilsons Meinung geht dahin, daß sie im ganzen an den Völkerbund abgetreten und durch den Völkerbund später einzelnen Staaten zur Verwaltung überlassen werden. Unter dieser Formel kann man für möglich halten, daß auch die Deutschen selbst nach irgendwie an der Verwaltung Anteil haben. Das ist es, was die Franzosen und insbesondere auch die englischen Südafrikaner und Australier und die Japaner vermeiden wollen, denn ihnen liegt daran, möglichst bald und sicher ihre Annexionen zu vervollständigen. Zwischen Australien und Japan soll der Aquator als Grenze der Okkupation angesehen werden. Die Südafrikaner verlangen unbedingt den Besitz von Deutsch-Südwest; die Franzosen verlangen Togo und den 1911 von ihnen abgetretenen Zipfel am Ubangi. Am wenigsten ist bisher über Deutsch-Ostafrika etwas Bestimmtes gesagt worden. Englische koloniale Kreise wollen natürlich bei jetziger Gelegenheit den Zusammenhang vom Kap bis Kairo herstellen. Die Belgier sind reichlich anspruchsvoll und glauben ein Recht zu haben, ihren Kongostaat über den Tanganjikasee hinaus bis nach Tabora auszudehnen.

Der „Corriere della Sera" nimmt in auffälliger Weise Stellung zugunsten des Anschlusses der Deutsch-Österreicher an Deutschland, indem er vom Standpunkt der italienischen Politik aus unter allen Umständen die Wiedererstehung der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie zu verhindern sucht. Nachdem die italienischen Truppen fast vollständig durch den Ententeoberbefehl genötigt wurden, Fiume zu verlassen, sehen sie ihre ganzen ostadriatischen Hoffnungen für gefährdet an und wollen sich für spätere kriegerische Auseinandersetzungen mit den Südslawen möglichst freie Hand behalten. Da sie annehmen, daß die italienisch sprechenden Gebiete von Südtirol ihnen nun unter allen Umständen sicher sind, so besteht für sie keine Veranlassung mehr, der deutschen Einigung Steine in den Weg zu legen. — Man ersieht aus diesen Erörterungen, wie richtig es gewesen wäre, im Jahre 1915 oder besser schon 1914 durch freiwillige Opferung dieser fremdsprachigen Teile den Kern von Mitteleuropa vor großen Katastrophen zu retten.

Mittwoch, 29. Januar.

Etwas für das deutsche Gefühl sehr Neues und Ungewohntes sind die Zeitungsaufforderungen zum Eintritt in militärische Freikorps. Ich habe ein Zeitungsblatt vor mir, in dem nicht weniger als sechs verschiedene Werbestellen sich an die Kameraden wenden. So fordert beispielsweise Oberleutnant und Batterieführer Hencke Fußartilleristen auf, sich bei der schweren Grenzschutzbatterie Ost, 1. Batterie, 2. Garde-Fußartillerie-Bataillon, zu melden: Helft mit, unser Ostpreußen vor den Bolschewisten zu schützen und unseren Kameraden im Baltenlande die Rückkehr in

Digitized by Google

die Heimat zu ermöglichen. Wir brauchen alles, Unteroffiziere, Kanoniere, Nichtkanoniere, Fernsprecher, Handwerker und Fahrer. Bedingung: Mobile Löhnung, im Reich 5 M., außerhalb der Landesgrenze 9 M. tägliche Zulage, außerdem Treuprämien bis 50 M. monatlich. Anwerbung in Döberitz, Lager, Steinbaracke 16. Zeigt, daß der gute Geist, der in unserer schönen Waffe geherrscht hat, noch in Euch lebt, und meldet Euch zahlreich. — Wir sind auf einmal wieder in das Zeitalter der Werbekompagnien geraten. Das Freikorps Lützow ruft insonderheit die ehemaligen Angehörigen der Jägerwaffe und des Infanterie-Regiments von Lützow Nr. 25 als freiwillige Jäger in seine Reihen. Wieder soll das Korps ein Muster freudiger Hingabe an das Vaterland, freiwillig geleisteter strasser Disziplin und deutscher Gesinnung sein. Und wieder wird dem Korps dann der Dank des Vaterlandes in Wort und Schrift, in Sang und Klang sicher sein!

In Marburg in Steiermark hat eine Abstimmung über die Staatszugehörigkeit stattgefunden, wobei sich zwei Drittel der Bevölkerung für die Zugehörigkeit zu Deutsch-Österreich entschieden. Dadurch erregt, begannen jugoslawische Truppen auf einen deutschnationalen Demonstrationszug zu schießen, so daß 17 Tote, 70 Schwerverwundete und über 100 Leichtverletzte gezählt wurden.

Unter den in Oberberg befindlichen tschechischen Truppen geht das Gerücht, daß der Vormarsch gegen Ratibor geplant sei. Auch sollen die Tschechen die Absicht haben, in die Grafschaft Glatz einzumarschieren. Deutschland wird täglich von allen Seiten her weiter angefressen.

Donnerstag, 30. Januar.

Das Lebensmittelamt in Washington stellt fest, daß auch bei wohlwollendem Ausgleich die Ernährung Europas nur gesichert werden kann, wenn ungefähr die bisherige Rationierung beibehalten wird. Es seien für Europa, einschließlich Deutschlands und Österreich-Ungarns, für das Jahr 1919 notwendig 728 Millionen Bushels Getreide. Da nun Kanada, Argentinien und Australien einen Überschuß von 495 Millionen, die Vereinigten Staaten aber einen solchen von 277 Millionen haben, so ergibt sich bei Innehaltung der bisherigen Brotkarte ein Gesamtüberschuß von 44 Millionen. Eine wesentliche Erhöhung der Rationierung, so wünschenswert sie ist, würde nach Angabe des amerikanischen Lebensmittelamtes die Berechnung umstoßen.

In England sind nicht unbeträchtliche Kämpfe der Gewerkschaften. Für den 1. Februar werden die Baumwollarbeiter in Manchester zusammentreten, um über die Einführung der 44-Stunden-Woche zu beraten. Gegenwärtig beträgt die Arbeitszeit 55½ Stunden. Die Vereinigung der Grubenarbeiter verlangt eine allgemeine Lohnerhöhung um 30 v. H. Eine Konferenz der Grubenarbeiter, Eisenbahner, Transportarbeiter kündigt an, daß sie eine Agitation unternehmen will, damit die durch den Krieg zeitweilig in öffentliche Hände übergegangenen Kohlen- und Verkehrsunternehmungen nicht wieder in Privatbesitz zurückkehren. Die auf 5 Millionen zu berechnende Mitgliedschaft der Trade Unions legt besonderes Gewicht auf die Sicherung eines Lohnminimums und auf die Schaffung einer internationalen Industriegesetzgebung.

Ein Unterausschuß der Pariser Konferenz beschäftigt sich mit der Prüfung der Frage des deutschen Kolonialbesitzes. Die japanische Regierung verlangt die Karolinen und die Marschallinseln, Australien beansprucht Neuguinea. Neuseeland hat Absichten auf Samoa, China wünscht Klautschou zurückzuerhalten. Der französische Kolonialminister Henry Simon macht energisch die französisch-englischen Landforderungen in Afrika geltend. Der japanische Anspruch auf die Karolinen und Marschallinseln stützt sich, einem Lyoner Funkspruch zufolge, auf ein Geheimabkommen zwischen England und Japan, wonach Japan die nördlich, England die südlich des Äquators gelegenen Inseln erhalten soll. Einem solchen Abkommen stehe aber die Forderung Wilsons nach Abschaffung aller Geheimverträge entgegen.

Freitag, 31. Januar.

Die polnischen Soldatenwerbungen werden auf preußischem Boden mit immer größerer Unverfrorenheit fortgesetzt. Im Kreise Karthaus, nahe an der pommerschen Grenze, versprechen polnische Agenten denjenigen, die für das neue Polen kämpfen, reichliche Unterstützung aus besonderem Fonds neben einer hohen Löhnung. Auch hätten polnische Großgrundbesitzer sich erboten, aus ihren Besitzungen Ansiedlungen für polnische Heeresangehörige zu schaffen, um ihnen ein sorgenfreies Dasein zu gewähren. — Sehr bedenklich ist die Art, wie die Polen mit den deutschen Ernährungsdepots im Osten verfahren. Sie haben uns die Zufuhr von Kartoffeln und Getreide so gut wie abgeschnitten. In Oberschlesien bedrohen sie den Transport der Kohlenvorräte. Jetzt werden auch die Vorräte der Zuckerfabriken im Osten von den Polen ergriffen und nach Polen verschleppt. Wenn wir während des Krieges häufig die Gelegenheit ergriffen haben, um innerhalb der Reichstagskommission und an anderer Stelle gegen die Ausnutzung der polnischen Gebiete durch die deutsche Okkupation zu protestieren, so reichte doch offenbar alles das, was die deutsche Okkupationsregierung sich zuschulden kommen ließ, nicht an die Willkür heran, die heute von polnischer Seite uns gegenüber ausgeübt wird.

In Frankreich sind die Arbeiterverbände für beschleunigten Friedensschluß und schnelle Demobilisierung. Clemenceau betrachtet ihre Agitation als einen Angriff auf die nationale Regierung und hat einen Gewerkschaftsführer der Paris—Lyon—Mittelmeerbahn verhaften lassen. Die Eisenbahner wollten darauf Delegierte an ihn senden, er jedoch hat sie nicht empfangen. Es sollen große Friedenskundgebungen bevorstehen.

Sonnabend, 1. Februar.

Der tolle Zustand der deutschen inneren Verhältnisse bringt es mit sich, daß man in der Heimatchronik mehr von kriegerischen Vorgängen wird lesen können als in der Kriegschronik, denn eben jetzt marschiert die Division Gerstenberg nach Bremen, um dort staatliche Ordnung herzustellen und um den Bolschewisten von Wilhelmshaven und Hamburg einen Wink zu geben, daß sich Deutschland nicht durch sie vom geordneten Auslandverkehr will absperren lassen. Ebenso kann zweifelhaft sein, ob die jetzigen Vorkommnisse in Schlesien mehr unter auswärtige oder innere Politik zu rechnen sind. Man erfährt aus der „Schlesischen Zeitung", daß ganz Oberschlesien vorbereitet sei für einen polnischen Einbruch. Es seien überall schon die Stadträte, Gemeindevorsteher und Bürgermeister vorgesehen, selbst die Metallknöpfe für die polnischen Uniformen seien bereit. Mag das letztere Phantasie sein oder nicht, so wissen wir aus balkanischen Vorkommnissen, daß bei neugeborenen slawischen Völkern die Dinge leicht so gehandhabt werden, daß durch einen Handstreich vollständig neue Regierungsverhältnisse auf ein bisher nicht zugehöriges Land übertragen werden. Aus der Grafschaft Glatz ist an den Präsidenten Wilson das Ersuchen gerichtet worden, einen Vertreter zur Feststellung der Nationalitätszugehörigkeit nach Glatz zu senden. Auf den uns zugänglichen Karten ist überall der Bestand der Grafschaft Glatz als rein deutsch bezeichnet, so daß wir nicht begreifen, woher überhaupt ein Zweifel auftauchen kann. Welche Zusendungen jetzt Wilson alles erhalten mag und wieviel davon er wohl selber zur Kenntnis nimmt!

Die „Daily Mail" sagt, die Friedenskonferenz sei in ihrem Fortgang aufgehalten durch drei Geheimverträge, die eine bedauerliche Erbschaft aus der alten in die neue Welt seien. Es bestehe nämlich ein Vertrag zwischen Großbritannien, Frankreich und Italien bezüglich der Küste des Adriatischen Meeres, ferner ein Vertrag zwischen Großbritannien und Japan über die deutschen Besitzungen im Stillen Ozean und schließlich ein Vertrag zwischen Großbritannien und dem arabischen Königreich Hedschas, wonach Damaskus den Arabern versprochen wurde. — Schon diese drei Verträge an sich genügen, die Ausgleichbarkeit der Pariser Konferenz zu erschweren, aber vermutlich sind es nicht nur diese drei Geheimverträge, sondern es gibt noch andere Abmachungen zwischen Frankreich, Rußland und England über französische Ansprüche auf dem linksrheinischen Gebiet, von denen nur bisher offiziell noch nicht geredet wird.

Digitized by Google

Gertrud Bäumer / Heimatchronik

Sonntag, 26. Januar.

Heute sind die preußischen Wahlen. Man hat ein bißchen den Eindruck, als ob sie psychologisch unglücklich in die Woche der natürlichen Müdigkeitsreaktion auf die Anspannung der politischen Bewegung für die Reichswahlen gefallen sind. Das Ergebnis muß es zeigen, ob der größere Nachbar die Sonne weggenommen hat.

Die Berichte des Demobilmachungsamtes zeigen den wahrhaft trostlosen Zirkel der Stockung, in dem wir sind. Arbeitsunwille an der Energiequelle der ganzen Wirtschaft: bei der Kohlenförderung. Wo die Wiederbelebung einsetzen könnte, fehlt es an Kräften, und in den Städten gerät ein Betrieb nach dem anderen in Stillstand, und das Heer der nur verzehrenden Arbeitslosen steigt von Tag zu Tag. Auch das Land ruft nach Kräften. Es zeigt sich die Folge einer einseitigen politischen Bildung, die jahrzehntelang unser Volk daran gewöhnt hat, die ganze Politik und das ganze Wirtschaftsleben nur vom Gesichtspunkt des Lohnkampfes zu erfassen. Die folgenschwerste und gefährlichste Art der Verbildung, die man sich denken kann. Die Erkenntnis, statt die Instinkte zu zügeln, dient nur zu ihrer Stütze. Jetzt kann die Regierung sich beschwörend vor die von ihr erzogenen Massen stellen: wo ist die Stelle, von der aus ihre Arbeitspredigt Glauben finden soll? Sie haben sie früher selber stumpf gemacht.

Die Sozialisierungskommission arbeitet ein „Reichsenergiegesetz" aus, das die Zusammenfassung aller Energiequellen zum Staatsmonopol vorbereiten soll: Kohle, Wasserkräfte, Elektrizität, Erdöle.

In steigendem Maße wird das Mittel des Streiks jetzt auch von obenher angewandt. Die Offiziere des 9. Armeekorps haben ihre Tätigkeit eingestellt, weil der Arbeiter- und Soldatenrat nicht — entsprechend der Weisung des Kriegsministeriums — die Kommandogewalt wieder in die Hände der militärischen Vorgesetzten legen wollte.

Der Nationalversammlung wird zunächst ein provisorisches Gesetz vorgelegt werden, das die Einsetzung einer Zentralgewalt, die Bildung eines Reichsministeriums und die Mitwirkung der bundesstaatlichen Regierungen bei der Nationalversammlung vorsieht.

Montag, 27. Januar.

Der Geburtstag des Kaisers. Es wehen hier und da schwarzweißrote Fahnen. Alte Herren erscheinen zum täglichen Geschäftsgang im Zylinder. Die Deutschnationale Volkspartei hat eine Versammlung des kaisertreuen Bekenntnisses veranstaltet. Wie schön wäre es, wenn man sie mitmachen könnte — wenn das innerste Bedürfnis eines starken Gefühlsbekenntnisses zu einem deutschen Namen und einer großen deutschen Vergangenheit nicht ins Leere stieße, das kein gläubiger Wille zu füllen vermag.

Adressen mit Glückwünschen sind von vielen Stellen abgesandt. Menschlich so richtig und politisch so inhaltslos.

Die Wahlen zur preußischen Nationalversammlung haben sich unter anscheinend überall auffallend geringer Beteiligung vollzogen. Die politische Kraft ist bei den Reichswahlen verpufft. Aber ein trauriges Zeugnis für den politischen Sinn ist es doch. Es scheint, als ob auch die preußische Nationalversammlung eine nicht sozialistische Mehrheit bekommen wird. Auch in Mecklenburg-Schwerin haben gestern Wahlen stattgefunden, anscheinend auch mit dem Ergebnis einer bürgerlichen Mehrheit.

Die Spartakisten haben in Braunschweig eine Reichskonferenz veranstaltet, um zu überlegen, ob eine antidemokratische Gegenregierung die Nationalversammlung sabotieren und sich durch gegenseitige Waffenhilfe erhalten könne.

Die Schüler einer Reihe höherer Schulen in Hamburg haben einen Demonstrationsstreik gegen das Halbmastflaggen der Fahne zu Ehren Liebknechts durchgehalten — unter großer Sympathie der Bevölkerung.

Dienstag, 28. Januar.

Eine Adresse der Deutschen Volkspartei an den Kaiser von merkwürdiger Halbheit: „Wir wünschen Ew. Majestät von ganzem Herzen einen friedlichen Lebensabend" (ein Ausspruch, der die unheroische Tragik des Hohenzollernausgangs in peinlich geschmackloser Weise beleuchtet) „und bitten, davon überzeugt zu sein, daß Millionen Deutscher auf einer neuen Grundlage des Staatslebens stets das Bekenntnis zum monarchischen Gedanken hochhalten werden" usw. Es scheint, wenn man nicht mehr zu bieten hat, sollte man lieber die eigene Ohnmacht oder Resignation schweigend tragen.

Mittwoch, 29. Januar.

Es ist ein Notgesetz veröffentlicht, das eine provisorische Form der gesetzgebenden und Regierungsgewalt in Deutschland schaffen soll: d. h. neben der Nationalversammlung das Staatenhaus in der Form, daß seine Vertreter zunächst von den Regierungen ernannt werden, etwa im Verhältnis des alten Bundesrats, und der Präsident, der von der Nationalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt werden soll. Der Präsident beruft das Reichsministerium, das aber des Vertrauens der Nationalversammlung bedarf und ihr verantwortlich ist.

Allenthalben noch Proteste gegen die erzwungene Landestrauer für Liebknecht. In Stettin drohen 5000 Beamte mit Arbeitseinstellung, wenn dem Oberpräsidenten nicht für die Beleidigung der erzwungenen Fahnenhissung Genugtuung geleistet werde.

Das preußische Wahlergebnis steht bis auf zwei Kreise fest. Es zeigt 142 Mehrheitssozialisten, 24 Unabhängige, 61 Demokraten, 87 Zentrum, 18 Deutsche Volkspartei, 41 Deutschnationale Volkspartei, 6 Welfen und 1 Bauerndemokraten.

Eine Neuorganisation der Arbeitsnachweise, oder richtiger ihrer Zusammenfassung soll der besseren Wirksamkeit des Austausches dienen. Die zwischenörtliche Vermittlung soll den Zentralauskunftstellen übertragen werden. Die Reichszentrale soll dem statistischen Reichsamt angegliedert und eine zweckmäßige Umgestaltung des allerdings ganz unbrauchbaren Arbeitsmarktanzeigers vorgenommen werden.

Franz Mehring, der literarisch bekannteste und fruchtbarste Vertreter der marxistischen Sozialdemokratie, ist im 71. Lebensjahr gestorben.

Donnerstag, 30. Januar.

Die Wahlen zur hessischen Landesversammlung ergaben 31 Sozialdemokraten, 1 Unabhängigen, 13 Demokraten, 13 Zentrum, 7 Deutsche Volkspartei, 5 Hessische Volkspartei.

Die Frage der Aufteilung oder Nichtaufteilung Preußens wird innerhalb der Parteien zum Kampfobjekt. Die Deutsche demokratische Partei hat in ihrem geschäftsführenden Ausschuß für den Zusammenhalt Preußens Stellung genommen, während ihr Vorstandsmitglied als Urheber der Reichsverfassung an die Aufteilung denkt. Hans Delbrück hält auch Preußen, das seine Mission für Deutschland erfüllt habe, für aufteilungsreif. Batocki tritt ebenfalls für Auflösung ein.

Der „rote Soldatenbund" verbreitet in Berlin Flugblätter, in denen zu neuer Zusammenfassung der revolutionären Kräfte aufgefordert wird.

Winter ist endlich ernsthaft gekommen. Schwerer Eisgang und schneidender Nordost werden neue Transportschwierigkeiten schaffen.

Sehr niederdrückender Bericht des Kalisyndikats über die Kaliförderung, deren Stillstand eine direkte Gefahr für die Volksernährung bedeutet.

Wilhelm Heile / Das Recht der Nationalversammlung

Bevor die Nationalversammlung ihre große Aufgabe vollbracht hat, gibt es doch schon ein Gesetz, ein Grundrecht, von dem alle kommende Reichs- und Staatsverfassung ausgehen muß: des Volkes Wille ist das höchste Gesetz. Dieser Wille darf nicht angetastet und nicht gefälscht werden. Es gibt kein sic volo sic jubeo mehr, kein „So will und so befehle

ich es und so hat es zu geschehen". Und wenn an Stelle der alten Könige und Herzoge ein Eisner oder ein Berges oder sonst wer sich zum Propheten solchen Geistes aufwirft und den Willen des Tyrannen zum höchsten Gesetz machen will, so muß schleunigst die angemaßte Gewalt durch die rechtmäßige Gewalt zerschmettert werden, damit endlich an die Stelle aller Gewalt das Recht treten kann. Der Volkswille gilt, der durch die Wahlen festgestellt ist. Er allein ist Gesetz.

Viel kostbare Zeit ist leider ungenützt verstrichen, obwohl für die Herstellung des Friedens nach außen und der Ordnung im Innern geradezu alles davon abhängt, daß wir schleunigst klare Rechts- und Regierungsverhältnisse bekommen. Um so dringlicher ist es, daß jetzt die Nationalversammlung schnell handelt und um der großen Dringlichkeit willen zunächst einmal vorläufige Regelung schafft, damit wir auch schon bis zur endgültigen Fertigstellung der künftigen deutschen Verfassung eine rechtmäßige Regierungsgewalt und unzweifelhaft beglaubigte Vertreter des deutschen Volkswillens für die Verhandlungen mit der Außenwelt haben. So beginnt die Tagung in Weimar mit der Wahl eines vorläufigen Präsidenten, der Bestellung einer vorläufigen Regierung und dem Beschluß einer vorläufigen Verfassung.

Damit wird man sich abzufinden haben; denn Eile ist geboten. Aber alle Eile darf nicht dazu verleiten, die einstweilige Regelung für wenig wichtig zu halten. Denn auch die vorläufige Gestaltung der Reichsverfassung birgt in sich bereits Entschließungen von so großer Tragweite, daß durch sie auch der Aufbau der endgültigen Verfassung schon in seinen Hauptzügen bestimmt wird. Es wird deshalb nötig sein, den Entwurf des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt, den die Regierung der Nationalversammlung vorgelegt hat, mit aller Sorgfalt darauf zu prüfen, ob nicht durch seine Annahme das alleinige Recht der Nationalversammlung zur Schaffung der Verfassung beeinträchtigt wird.

Man spürt es diesem Gesetzentwurf an, daß er nicht von der Reichsregierung, sondern von den Machthabern der Bundesstaaten ausgearbeitet worden ist. Die sind genau so eifersüchtig wie einst die fürstlichen Regierungen darauf bedacht, daß nur ja das Reich nicht zu mächtig werde und sie selbst wirkliche Regierungen und nicht bloß hohe Selbstverwaltungsbehörden bleiben. Und so taucht denn in diesem Entwurf der alte Bundesrat unseligen Angedenkens wieder auf. Auch in dem Entwurf von Preuß ist ein Staatenhaus vorgesehen, aber doch nur als erste Kammer des Reichstags und keineswegs als Kollegium der „verbündeten Regierungen". Bei Preuß sollten die Mitglieder dieser ersten Kammer von den Landtagsabgeordneten der Einzelstaaten gewählt werden, wobei Voraussetzung war, daß die Landtage ihr Dasein dem freiesten Wahlrecht zu verdanken haben. Der Staatenausschuß der Regierungsvorlage aber soll einfach von den derzeitigen einzelstaatlichen „Regierungen" ernannt werden. Welch sonderbare Demokratie ist das, die einem Eisner, jenem sonderbaren Urbayern, der nicht mal so viel Anhang in Bayern hat, daß er selbst oder irgendeiner seiner Parteigenossen in die Nationalversammlung gewählt worden war, das Verfügungsrecht über die acht Stimmen gibt, die Bayern zugebilligt worden sind. Genau so ist es mit den Stimmen von Braunschweig oder Bremen oder anderen Stätten bolschewistischer Tyrannei. Und ganz ähnlich auch mit Preußen. Gewiß in Preußen ist jetzt demokratisch gewählt worden. Aber noch ist die alte Regierung von ihrem Platze nicht gewichen. Und selbst wenn die Regierung schon auf Grund des Wahlergebnisses neu gebildet worden wäre, so würde diese Regierung die 19 preußischen Stimmen immer nur einheitlich abgeben und deshalb gerade in den Dingen des deutschen Staatsumbaus den Forderungen großer Teile des noch zum preußischen Staate gehörenden Volkes nicht gerecht werden können. Wenn z. B. wir Niedersachsen unter ausdrücklichem Bekenntnis zu einer starken einheitlichen Reichsgewalt unser Recht auf Selbstbestimmung in unseren eigenen Angelegenheiten verlangen, so wird die preußische Regierung gar nicht daran denken und auch gar nicht in der Lage sein, für die Vertretung dieser Forderung eines so großen Stammes mit so reicher und für die Entwicklung Deutschlands so bedeutender Geschichte einen Teil seiner Stimmen abzugeben. Und das um so weniger, als die 19 Preußen zugebilligten Stimmen an sich schon in gar keinem Verhältnis zur Größe Preußens stehen, das nur ein Drittel der Stimmen hat und doch doppelt soviel Einwohner zählt wie alle übrigen Staaten zusammengenommen. Wo bleibt also, wenn solch ein Staatenhaus über große grundlegende Fragen mitzubestimmen hat, die erste und oberste Forderung aller Demokratie, die Gleichberechtigung der Staatsbürger und Volksgenossen? Sind die Preußen, sind insbesondere die „Mußpreußen" Reichsbürger zweiter und dritter Klasse?

Nun gesteht freilich der Regierungsentwurf zu, daß es die Aufgabe der Nationalversammlung sei, die künftige Reichsverfassung zu beschließen. Es wird aber gleich hinzugefügt, daß der Gebietsbestand eines Freistaates nur mit seiner Zustimmung geändert werden könne. Das steht im schroffsten Widerspruch zu dem demokratischen Grundrecht, daß, wie in der Welt die Völker, so innerhalb des Reiches die Stämme sich frei entwickeln und selbst verwalten können. Ja, wenn es Beweggrund und Ziel solcher Bestimmung wäre, die Reichseinheit zu stärken, so würde man sich vielleicht mit dem Gedanken vertraut machen müssen. Es ist aber umgekehrt der wildeste Partikularismus, der unter dem Vorwand der Erhaltung Preußens die Sonderpolitik der übrigen Einzelstaaten treibt. Es ist ein hoher Preis, den Preußen für die Erhaltung seines alten Bestandes zahlt. Es zahlt ihn mit dem Verlust seiner gesetzlich verankerten Vormachtstellung. Wem der preußische Staat mehr ist als das Deutsche Reich, der mag sich mit solchem Preis abfinden können. Sollte der so geschaffene Zustand aber wirklich mit dem Willen des deutschen Volkes oder auch nur des preußischen Volksteils zu vereinigen sein? Die alte Form der Reichseinheit, die in der preußischen Führung ihre Sicherung besaß, ist zerbrochen. Wenn darüber nicht die deutsche Einheit selbst zerbrechen soll, so muß doch etwas anderes an die Stelle der alten preußischen Führung treten. Und das kann nur eine wirkliche, eine unmittelbare und starke Reichsgewalt sein.

Was folgt daraus? Nicht um Deutschland noch mehr zu zersplittern, sondern um die Vorbedingungen für einen einheitlichen, kraftvollen Aufbau des deutschen Volksstaates herzustellen, muß man den Stämmen des deutschen Volkes gestatten, zu vereinigen, was nach Geschichte und Wesensart und wirtschaftlichen Verhältnissen zusammengehört, und vom Zwang der Zusammengehörigkeit zu befreien, was sich zueinander aus eigenem freien Willen nie und nimmermehr fügen will. Wenn dann kein Gliedstaat mehr besteht, der alle anderen überragt, dann heißt Führung nicht mehr Herrschaft. Und dann läßt sich eine Reichsleitung bilden, die,

Digitized by Google

vom Willen und Vertrauen aller getragen, auch wirklich eine Reichsleitung ist. Erst unter solchen Voraussetzungen kann der Gedanke eines Staatenhauses seinen guten Sinn und Inhalt bekommen. Ein Staatenhaus, das auf solcher Grundlage entsteht, braucht nicht durch eine ungerechte Stimmenverteilung den Einfluß großer Volksteile und ganzer Stämme künstlich schwach zu halten oder gar zu verneinen. Und wenn es zudem nicht von den Regierungen ernannt, sondern von den Volksvertretungen gewählt ist, kann es ohne Gefahr für den Gedanken des freien Volksstaates und für den Reichsgedanken neben dem Volkshaus des Reichstages stehen. Aus dem gleichen Wahlrecht, wenn auch indirekt, hervorgegangen, wird es eine Vertretung der Eigenart und der berechtigten Eigeninteressen der Teilstaaten sein und neben der Verkörperung der Reichseinheit durch das Volkshaus eine Verkörperung der geschichtlich gewordenen Mannigfaltigkeit deutschen Wesens, nicht aber der Zersplitterung und gegenseitigen Eifersucht.

Solange aber noch alle Einzelstaaten eine demokratisch zustande gekommene Volksvertretung und eine ihr entsprechende echte Volksregierung haben, kann es auch noch kein Staatenhaus geben, das Anspruch auf Anerkennung durch die Nationalversammlung hat. Gegen Beratung der vorläufigen Reichsregierung durch die Vertreter der derzeitigen einzelstaatlichen Regierungen hat niemand etwas einzuwenden. Aber ein Recht dieser Regierungen, auf die Gestaltung der deutschen Verfassung irgendwelchen bestimmenden Einfluß auszuüben, gibt es nicht und darf es nicht geben. Das deutsche Volk ist souverän in seiner Gesamtheit. Und der Träger der Volkssouveränität ist jetzt ausschließlich und allein, und ganz besonders im Hinblick auf das Verfassungswerk, die deutsche Nationalversammlung. Nicht bloß in ihrem eigenen Interesse, sondern im Interesse des deutschen Volkes darf sie sich von diesem ihren Grundrecht nichts nehmen lassen. Sie allein bestimmt, nach welchem Grundsatz der einzelstaatliche Zusammenschluß sowohl in Wahrung wie in Veränderung des früheren Bestandes, in Trennung wie in Vereinigung zu erfolgen hat. Sie setzt die Regierung ein, die darüber zu wachen hat, daß auch wirklich in diesen, wie in allen anderen Dingen des staatlichen Lebens der durch die Wahlen festgestellte Wille des Volkes entscheidet.

Paul Rohrbach / Die Entente als Ankläger Deutschlands

Mit einem Hochdruck ohnegleichen wird in der feindlichen Presse, unter Führung der kriegshetzerischen englischen Organe, die alte unwahre These von der „Schuld Deutschlands am Kriege“ und von seinen „Verbrechen“ während des Krieges fortgesetzt. Unsere Pazifisten haben sich eingebildet, ein „erneuertes“ Deutschland werde von seinen bisherigen Feinden bereitwillig und unter loyalen Bedingungen in die projektierte Friedensgemeinschaft der Nationen aufgenommen werden. Wenn je eine Aussicht dazu bestand, so ist sie auf das verhängnisvollste in Frage gestellt worden, als die Revolution vom 9. November uns entwaffnete und den erbittertsten, höhnischsten Feinden wehrlos zu Füßen warf. Eine gewisse Hoffnung auf erträgliche Waffenstillstands- und Friedensbedingungen war vorhanden, solange die Gegner damit rechnen mußten, daß es Bedingungen gab, denen Deutschland sich selbst auf die Gefahr des äußersten hin nicht fügen würde. Auch die feindlichen Heere waren unlustig, weiterzukämpfen, und in England wie in Amerika, in schwachen Ansätzen selbst in Frankreich, gab es Parteien, denen mehr oder weniger an einem Frieden des Ausgleichs und der Versöhnung lag, der diese Namen verdiente. Daß wir auch dann hätten bedeutende Opfer bringen müssen, ist klar, aber sie wären in den Grenzen dessen geblieben, was wir aushalten konnten.

Die Selbstentwaffnung durch die Revolution hat uns dieser Hoffnung, noch durch uns selbst etwas für uns zu erreichen, der einzigen, die halbwegs gegründet war, beraubt. Was irgend in England für Vernunft und Billigkeit war, muß jetzt vor dem Chor der Hetzer schweigen, und die deutschen revolutionären und nichtrevolutionären vertrauensseligen Pazifisten können jetzt zusehen, wie auf der Gegenseite diejenigen triumphieren, denen nichts an Frieden, Gerechtigkeit und Völkerbund, vielmehr alles an der Niedertretung Deutschlands liegt, das sich ihnen in seinem Wahnsinn selbst an Händen und Füßen gebunden ausgeliefert hat. Einigermaßen Widerstand leistet nur noch Wilson, und er bedeutet jetzt für uns die letzte Chance für einen Frieden, der nicht einfach eine Fortsetzung des Vernichtungskrieges mit veränderten Mitteln ist. Wilson aber ist abhängig von der öffentlichen Meinung der Welt und namentlich der Vereinigten Staaten. Die englischen und französischen Feinde Deutschlands, des pazifistischen, revolutionären, demokratischen so gut wie des kaiserlichen und militaristischen, schätzen die Gefahr seines Widerstandes gegen ihre Pläne sehr hoch ein, und sie benutzen dagegen das Instrument, das bei den Ententevölkern das wirksamste ist: die Bearbeitung der öffentlichen Meinung durch die Presse. Das ist ein Hauptgrund dafür, daß jetzt vor dem Friedensschluß die Hetze wegen der „Schuld“ Deutschlands womöglich noch lauter tobt, als während des Krieges.

Für die deutsche Nationalversammlung wird es vom Tage ihres Zusammentritts an eine der allerwichtigsten Aufgaben sein, die unermeßlichen Versäumnisse der deutschen Regierung in der Frage der politisch-moralischen Offensive, soweit noch möglich, wieder gutzumachen. Die alte Regierung hat hier Verschuldungen auf sich geladen, die kaum schwer genug verurteilt werden können, und die neue hat bisher wenig Beweise geliefert, daß sie besser begreift, worauf es hier ankommt. Zwei Dinge vor allem sind es, mit denen nach wie vor Stimmung gegen uns gemacht wird: Belgien und die Verwüstung Frankreichs. Mit dem letzteren Mittel versucht man jetzt besonders scharf auf Wilson und die Amerikaner zu wirken. Auch hier gilt der Grundsatz: Die beste Deckung ist der Hieb. Sind wir auch waffenlos geworden, so stehen uns doch die Blätter der politischen Geschichte der Neuzeit offen, aus denen wir beweisen können, wie gerade England sich derselben Dinge schuldig gemacht und selbst gerühmt hat, die es uns vorwirft. Das muß in der Nationalversammlung hervorgezogen und verkündet werden, wenn die Regierung es nicht tut. Auf das, was in der deutschen Nationalversammlung gesagt werden wird, achtet jetzt die ganze Welt mit Spannung; ihre Verhandlungen wird man überall eifrig verfolgen, und hier ist jetzt die Gelegenheit, mit Erfolg die Aufmerksamkeit der Völker darauf zu lenken, wie wenig moralisches Recht gerade auf englischer Seite vorhanden ist, pharisäische Anschuldigungen auf Deutschland zu häufen.

Die beiden Beispiele, Belgien und Nordfrankreich, werden fürs erste genügen. Es ist schon gelegentlich gesagt worden, daß die englische Regierung in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wesentlich kühler über einen deutschen Durchmarsch durch Belgien gedacht hat, als 1914 und jetzt. Warum aber ist der englische Überfall auf Kopenhagen 1807 nicht herangezogen worden, um England in dieser Frage des „beleidigten Völkerrechts“ mit seinen eigenen Waffen zu schlagen? Die Engländer griffen Dänemark mitten im Frieden an, bombardierten die Hauptstadt, töteten und verwundeten Tausende von Menschen und erzwangen die Auslieferung der Flotte, weil sie fürchteten, Napoleon könnte sie sich aneignen und gegen England gebrauchen. Wie begründeten das amtliche England, König, Regierung und Parlament, diese Handlung?

In der königlichen Proklamation wegen Kopenhagen heißt es: Seine Majestät hege das Vertrauen, daß in den Augen Euro-

Digitized by Google

pas und der Welt die Rechtfertigung seines Verfahrens gefunden werden wird in der gebieterischen, alle anderen Verpflichtungen eines Herrschers überragenden Pflicht, für die unmittelbare Sicherheit seines Volkes zu sorgen, solange es noch Zeit dazu war.

Der Minister des Auswärtigen, Canning, sagte in der Parlamentsdebatte vom 3. Februar 1808: Klugheit und Politik hätten eine Handlung geboten, auf die zu verzichten, bloß aus dem Grunde „weil wir, wenn wir unter dem Andrang gesunken wären, den Trost haben würden, die Autorität Pufendorfs (d. h. des Völkerrechts) für uns anführen zu können", Torheit gewesen wäre.

Lord Palmerston sagte: In dem vorliegenden Falle freue er sich bemerken zu können, daß England die Gesetze des Völkerrechts nicht ohne Not außer Kraft gesetzt habe, mit anderen Worten, daß es sie angewendet habe in Gemäßheit des Naturrechts, welches Selbsterhaltung befiehlt und gebietet.

Der Abgeordnete Lushington sagte: Man müsse den sophistischen Schwätzer verachten, der da sage, es sei eine moralische Pflicht, die er anderen schulde, zu warten, bis die Gefahr über sein törichtes Haupt hereinbreche, und daher behaupte er „die Sittlichkeit und jedenfalls die Notwendigkeit der Expedition gegen Kopenhagen". (Vgl. Breßlau, Belgien und Kopenhagen, im „Zeitgeist" des „Berl. Tagebl." vom 1. Februar 1915.)

Das England, das diese Grundsätze über die Behandlung des Völkerrechts 1807/08 aufstellte, hat damit sein moralisches Recht verwirkt, über Deutschland in der belgischen Frage zu Gericht zu sitzen. Wird ihm das von der Deutschen Nationalversammlung gesagt werden, nachdem die deutsche Regierung es so viele Jahre hindurch versäumt hat? Und was die militärischen Zerstörungen in Nordfrankreich betrifft, so sollte die Nationalversammlung die englischen Pharisäer auffordern, die Schrift ihres jetzigen Parteigängers zu lesen, des Generals Smuts, der früher, als er noch ein Gegner Englands war, nach dem Burenkriege eine flammende Anklageschrift veröffentlicht hat, unter dem Titel „Englands Unrecht in Südafrika". In dieser schildert Smuts die radikale Verwüstung Transvaals und des Oranjefreistaats auf Befehl des englischen Oberbefehlshabers Kitchener, um dadurch die Widerstandskraft der Buren zu brechen.

Diese Totalzerstörung eines ganzen Landes erstreckte sich über ein weit größeres Gebiet, als Nordfrankreich einnimmt, und nicht nur das, sondern England griff außerdem noch zu dem unsagbar barbarischen und niedrigen Mittel, daß es die von den zerstörten Wohnplätzen fortgeschleppten Frauen und Kinder der Buren dem Hunger, der Kälte und jeglichem Mangel preisgab, um dadurch die kämpfenden Männer zur Niederlegung der Waffen zu zwingen. 26 000 Opfer hat diese scheußliche Maßnahme dem Burenvolk gekostet, 26 000 Frauen und Kinder, die in den Konzentrationslagern in Südafrika umgekommen sind. Ein Schrei der Entrüstung und des Abscheus ging durch die Welt; Smuts brandmarkte diese wahrhafte Hunnenpolitik Englands mit den schärfsten Worten; in Bloemfontein ragt heute das Denkmal der 26 000, der Obelisk mit den Bronzefiguren der leidenden Mutter mit ihrem verschmachtenden Kind — und England hat die Stirn, uns wegen der Zerstörungen in Frankreich, wegen Geiseln usw., die wir genommen haben sollen, vor dem Richterstuhl der Moral und des Völkerrechts zu belangen! Noch einmal — welche Worte wird die Nationalversammlung gegen diese Ankläger Deutschlands finden?

Martin Wenck / Was lehren die preußischen Wahlen?

Die preußischen Wahlen haben mehr als in jedem anderen Bundesstaat, der seit der Revolution Wahlen für die Landesvertretung vornahm, eine radikale Umwandlung des Wahlergebnisses gezeigt. Das war auch nicht anders zu erwarten. Das neue rein demokratische Wahlrecht mußte dort geradezu revolutionär wirken, wo man bisher im Dreiklassenwahlrecht mit öffentlicher Stimmabgabe am rückständigsten gewesen war. Vergleichen wir die Zahlen! Bei der letzten Wahl zum Preußischen Abgeordnetenhaus (Juni 1913) wurden gewählt 146 Konservative, 54 Freikonservative (zusammen gerade 200), Zentrum 103, Polen 12, Nationalliberale 73, Fortschrittliche Volkspartei 40, Sozialdemokraten 10, dazu 5 Fraktionslose bei insgesamt 443 Mandaten. Dieses Mal brachte es die Deutschnationale Volkspartei, die als Nachfolgerin beider konservativer Fraktionen anzusprechen ist, auf 48 (nach anderer Zählung auf 50) Sitze, das Zentrum weist 85 Mandate auf, die Deutsche demokratische Partei 65, die Deutsche Volkspartei 24, beide zusammen 89 gegen 73 Nationalliberale und 40 Fortschrittliche Volkspartei im Jahre 1913. Die Polen sind verschwunden. Die Sozialdemokratie zählt 145 Sitze, die Unabhängigen 24 (zusammen 169), dazu treten noch 1 Vertreter der Bauerndemokratie, 2 Welfen und 7 Abgeordnete der Vereinigten deutschhannoverschen und Zentrumspartei. Zählt man diese 9 zu den Zentrumszahlen hinzu, so ergeben sich 94, unter denen allerdings auch von den jetzt fehlenden polnischen Stimmen einige zu berücksichtigen sind. Im ganzen aber hat zweifellos das Zentrum sich, da es sich bei der neuen Wahl um nur 401 gegen früher 443 Sitze handelte, auf ungefähr der gleichen Höhe gehalten. Das große Wachstum liegt auf der sozialdemokratischen, der Rückgang bei den an die Stelle der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei getretenen Parteien der Demokraten und der Deutschen Volkspartei noch in beschränkter Weise, am eklatantesten aber auf der Rechten, mit dem Verlust von rund 150 Mandaten. Man sieht, wie begründet die Furcht und der Widerstand der Konservativen gegen ein demokratisches Wahlrecht in Preußen war und wie richtig das Urteil auf der Linken, daß die Konservativen ihre parlamentarische Herrschaft in Preußen nur einem Wahlrecht verdankten, das den Volkswillen künstlich und gewaltsam nicht zum Ausdruck kommen ließ.

Und dabei verdankt die an die Stelle der beiden konservativen Fraktionen getretene Deutschnationale Volkspartei auch die Mandatszahlen von 48—50 nur besonderen Umständen, die der Deutschen demokratischen Partei zu denken geben. Sie hat gerade in großen Städten, in Berlin zumal und den ihn benachbarten Wahlkreisen schlecht gegen die Deutschnationalen abgeschnitten. Die Furcht vor Spartakus hat offensichtlich intellektuelle und besitzende bürgerliche Kreise, die ihrer ganzen geistigen Richtung nach in die Demokratie hineingehören, auf die rechte Seite getrieben, andere ähnlich geartete Kreise suchten den Schutz der Religion bei den Deutschnationalen und wohl auch bei dem neuen protestantischen Flügel in der christlichen Volkspartei. Ein betrübliches Zeichen für die politische Unbildung dieser Kreise! Sie verkennen sowohl, daß jede für die Deutschnationale Volkspartei abgegebene Stimme Wasser auf die Mühle der Spartakusleute und ihrer Agitation ist, die darin mit Recht eine Stärkung reaktionärer Elemente sieht, die nur widerwillig dem demokratischen Zug der neuen Zeit folgen und Konzessionen machen. Sie verkennen aber auch, daß der Schutz der Religion dort viel besser aufgehoben ist, wo ihre Freiheit von jedem Zwang seit alters her erstrebt worden ist, anstatt bei jenen, die durch ihre Verbindung von Thron und Altar der Religion so unendlich viel geschadet haben und die heute nur gezwungen einem freieren Aufschwung huldigen.

Aber diese politische Unbildung der von uns genannten Kreise ist keine Entschuldigung für die Deutsche demokratische Partei, sondern eine Anklage. Sie hat sich hier bei der Wahlagitation wie bei ihrer politischen Werbearbeit überhaupt viel zu sehr auf die Defensive gegen die deutschnationalen Angriffe beschränkt, anstatt gestützt auf ihre gute politische Überzeugung und Haltung zur Offensive überzugehen. Das lehrt, was in Zukunft notwendig ist.

Das gilt auch der ganzen traditionellen Gefühlspolitik der Deutschnationalen Volkspartei gegenüber, mit der sie gegen die „Demokraten" operiert. Genau so wie in den Tagen vor der Revolution die Konservativen vor einem bürger-

Digitized by Google

lichen Demokraten „gruselig" zu machen suchten, ihn nicht nur als einen politischen Umstürzler abmalten, sondern auch als „gesellschaftlich" minderwertig, so treiben es heute die Deutschnationalen und verraten damit, daß sie trotz ihrer Beteuerung, eine „neue", sogar eine „Volkspartei" sein zu wollen, von konservativer Tradition leben. Die gesellschaftliche Ächtung, die immer zu den unsauberen Mitteln konservativer Kampfesweise gehört hat, wird heute von deutschnationaler Seite in Stadt und Land gerade so wieder versucht wie ehedem, nur, daß sie sich jetzt die Frauen ganz besonders aussucht, die sich zur Deutschen demokratischen Partei bekennen. Das wird uns aus einer ganzen Reihe von Wahlkreisen bestätigt. Das hat zweifellos Erfolge gehabt. Auch dies ist letzten Endes politische Unbildung, die sich unfähig zeigt, den politischen Gegner als Menschen zu achten. Wiederum eine Aufgabe der Demokratischen Partei, hier durch politische Aufklärung Wandel zu schaffen und durch eigenes Verhalten dem politischen Gegner gegenüber zu zeigen, daß der gesellschaftliche Verkehr keine parteipolitischen Grenzen kennen darf.

Das scheinen mir in Kürze einige Lehren zu sein, die sich aus der Beobachtung des Verlustes der preußischen Wahlen ergeben. Das Thema ist damit bei weitem nicht erschöpft. Aber einige Winke sind doch für die Zukunft gegeben.

Johannes Fischer / Sozialismus und Betriebsform

Die jahrzehntelange Bearbeitung der sozialdemokratischen Arbeitermassen im Sinn und auf der Grundlage des Erfurter Programms hat es notwendigerweise mit sich gebracht, daß auch jetzt, wo die Frage der Sozialisierung mehr in das Stadium ihrer praktischen Durchführung eintreten soll, sie in erster Linie als eine Sache der Form des Wirtschaftsbetriebes angesehen und behandelt wird. Das ist sie natürlich auch, aber sie ist es nicht allein und vielleicht nicht einmal in erster Linie. Der für diese Auffassung entscheidende Satz des Erfurter Programms lautet: „Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums von Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde." Die ideale Hoffnung ist dabei vor allem die, daß auf diese Weise die Über- und Unterordnungsverhältnisse in der Wirtschaft, der Lohn- bzw. Gehaltsstandpunkt überwunden werden und niemand mehr in einer Arbeit stehe, deren Reinertrag einem einzelnen Privatbesitzer zufließen solle.

Ich habe die innere und äußere Not des Arbeiterdaseins zwischen den beiden Gewalten der Technik und des Kapitals genug am eigenen Leibe verspürt, um das gefühlsmäßige dieses Sehnens aus dem Bau dieser Gewalten heraus zu begreifen, aber gerade dieses Sehnen wird unbefriedigt bleiben. Die Abhängigkeit kann erleichtert werden, aber sie bleibt auch in der sozialistischen Form. Man sehe in die Staats- und Gemeindebetriebe hinein, in denen nur für die Gesellschaft gearbeitet wird und deren Ertrag — falls ein solcher da ist — lediglich der Gesamtheit zugute kommt, und man wird an der Stimmung der Arbeiter, Unterbeamten und Beamten finden, daß kein nennenswert gesteigertes Glücksgefühl zu bemerken ist. Und selbst in den sozialistischen Produktionsgenossenschaften bilden sich dieselben Gegensätze heraus zwischen den Genossen, die an der Leitung sind, und denen, die im Anstellungs- und Arbeitsverhältnis stehen. Wenn diese eben gekennzeichnete sozialistische Hoffnung erfüllt werden sollte, müßte die Geldwirtschaft durch etwas anderes — etwa ein Tausch in Naturalien oder sonstwie — abgelöst werden und die Unter- und Überordnung, die Teilung in freundlichere, interessantere und freudlose Arbeit bliebe auch dann eine Quelle des Unbehagens und der Mißgunst. Wie sehr das in der Praxis des Lebens mitspricht, zeigt ein unbefangener Blick in die Wirklichkeit. Darum aber erscheint mir auch die ganze Einstellung auf diese, mehr äußeren Dinge, jedenfalls in der Ausschließlichkeit, in der es vielfach geschieht, für falsch und verhängnisvoll.

Man muß den Sozialismus, will sagen die Indienststellung des Arbeitsertrags für das Wohl der Gesamtheit weit mehr auf dem Gebiet der Sozial-Steuer-Wohlfahrtspolitik aller Art und auf dem Wege eines Ausbaues des Arbeiter- und Angestelltenrechtes suchen. Das Wort auf der Rückseite des Kruppschen Denkmals in Essen: „Der Zweck aller Arbeit soll das Gemeinwohl sein" muß der Leitgedanke in der neuen Wirtschaft werden, anders können wir von den Massen gar nicht erwarten, daß sie uns erneut ihren Willen und ihre Arbeit zu neuem Aufbau leihen. Aber die Mittel und Wege, wie dies hohe Ziel zu erreichen sei, die Verteilung der Funktionen und die Art ihrer Auswirkung werden auch in der neuen Zeit so verschieden und verschiedenartig sein und sein müssen wie bisher.

Es soll gewiß gelten, daß der Mensch, die höchste Wohlfahrt und Gesittung aller, oberstes Ziel bleiben muß. Und man wird sich dabei zu allen Zeiten des Uhlandschen Wortes zu erinnern haben:

„Soll der Mensch im Leibe leben,
so brauchet er sein täglich Brot,
Und soll er sich im Geist erheben,
so tut ihm seine Freiheit not."

Wobei nicht besonders gesagt zu werden braucht, daß wir unter täglich Brot selbstverständlich einen verständigen Anteil auch an den geistigen und kulturellen Gütern der jeweiligen Zeit und ihrer Verhältnisse verstehen. Aber gerade das hängt weit mehr von den allgemeinen Zuständen ab, vom Recht, von der Schule und Volksbildung, den sozialen und geistigen Einrichtungen und damit von der Finanzkraft der Gesellschaft und von dem Geist, der sie beseelt und ihre Ordnung bestimmt. Daß da sehr vieles schon in der zurückliegenden Zeit hätte besser sein können, ist kein Zweifel. Wenn man das Wort Naumanns „Entweder wir steigen alle nach oben, oder die Unkultur und Unbefriedigtheit der Massen reißt uns alle in die Tiefe" früher besser gehört und williger befolgt hätte, wäre es uns erspart geblieben, die Wahrheit dieses Satzes so brutal erleben zu müssen. Nur soll man nicht meinen, daß es jetzt einen grundsätzlich so ganz anderen Weg gebe, zu einer von sittlich-sozialen Gedanken geleiteten Gesellschaft zu kommen, gegenüber dem bisherigen.

Es wird immer der Geist sein, der sich den Körper baut. An diesem Geist hat es oben noch weithin gefehlt, aber diese Erkenntnis ist auch unten noch viel zu wenig eingedrungen. Unter dem Deckmantel des „Sozialismus" hat sich — wenn man darunter eine höchstentwickelte Form der Gesellschaft, der Volksgemeinschaft versteht — sehr vieles breitgemacht, was durchaus nicht auf dieses hohe Ziel hinstrebte, was vor allem die natürlichen Bedingungen einer solchen Ordnung entweder absichtlich, jedenfalls aber tatsächlich gröblich mißachtete. Uns fehlt heute noch in sehr hohem Maße eine vernünftige soziale — will sagen gesellschaftliche — Wertung der für unser Volkstum notwendigen wirtschaftlichen Funktionen. Das Wort von Prof. Abbé, daß ein Betrieb dann zugrunde gehe, wenn die Leitung nicht verstehe, die Menschen zu behandeln, ist für den Staat und die Wirtschaft Deutschlands in sehr hohem Maße zugetroffen. Aber diese richtige Behandlung ist nur dort zu erwarten, wo die ernste Einsicht in die Bedeutung der einzelnen Arbeitsleistungen für die Gesamtheit und damit auch für sich selbst vorhanden ist. Der große Mangel ist die viel zu enge, individualistische Auffassung und Erziehung unserer Volksgenossen, von denen sehr viele — man verzeihe den derben Ausdruck — sich und ihre Tätigkeit als den Nabel der Welt betrachten. In Württemberg schrieb neulich ein Dienstmädchen einem sozialistischen Minister, „hoffentlich komme bald die Zeit, wo die Herrschaften ihren Dreck selber schaffen

müssen". Das ist derselbe Unsinn, wie wenn Paul Ernst vor einiger Zeit mitteilte, daß sich eine „Dame" bei ihm beschwerte, daß er die Dienstmädchen mit ihren Dienstgebern auf die gleiche soziale Stufe stellte und im gleichen Atemzug klagte, daß kein „besseres" Mädchen mehr als Dienstbote zu bekommen sei. Gedankenlosigkeit und Mangel an richtiger Wertung der Arbeitsordnung und der einzelnen Arbeitsnotwendigkeiten hier wie dort.

Hier einzusetzen, scheint mir im jetzigen Augenblick viel wichtiger zu sein als die Frage nach der Betriebsform. Wo einzelne Wirtschaftszweige in sozialistischer Form dem Gemeinwohl höheren Nutzen bringen, soll und muß unbedenklich zugegriffen werden. Das ist gar nicht mehr eine Arbeiterfrage, sondern eine Angelegenheit der Volksgemeinschaft im ganzen, der Nation und ihres Staates. Für das, was die ringenden Schichten von unten bedrückt, ist dieser Vorgang mehr nur in dem Sinne von Bedeutung, daß ein alter Glaubenssatz ein weiteres Stück Erfüllung finden soll, als daß praktisch für ihre Lebensgestaltung sehr viel herauskäme. Ich kenne die Bedeutung der Illusion für das Gefühlsleben der Masse genau genug, um auch diesen Vorteil einzusetzen. Aber wenn nicht neue Enttäuschungen kommen sollen, dann muß nebenher in die Tiefe und die Breite an dieser anderen Sozialisierung der Gesinnung und an der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Durchbildung unseres Volkes ganz anders gearbeitet werden als bisher. Sozial sein, heißt Sachwalter des Gemeinwohls sein zu wollen in den tausendfältigen Abstufungen und Arbeitsformen, die unsere Wirtschaft bedingt. Wenn wir diesen Sozialismus nicht schaffen, ist alles andere Selbstbetrug, von dem gelten wird, daß er ärger ist als der erste.

Naumann / Verkehrszeitalter

Es ist sehr merkwürdig, sich auszudenken, wie lange die Menschheit ohne Eisenbahnen existiert hat! Und es ging damals ganz gut. Weder Napoleon noch Goethe sind auf der Eisenbahn gefahren. Welche kurze Frist hat genügt, um Schienen und Fahrpläne menschheitsnotwendig zu machen! Wir können nicht wieder rückwärts. Mag sich sonst verändern, was will, mögen Großstaaten zerbröckeln und fremde Erdteile steigen, unser westeuropäisches Verkehrssystem bleibt als Menschheitsform, bis es vielleicht einmal durch ein noch vollkommneres überwunden wird. Die alten abgeschlossenen Heimaten sind endgültig vorbei; überall wird Menschenvolk hinweg- und hinzugefahren; es rollt auf Eisenbahnen, wie die Gesteinsarten durch Bergflüsse in die Sammelseen vereinigt werden. Der Bestandteil an menschlicher Molasse, Gemischtkörper, nimmt in allen Zentralorten zu. Zunächst minderwertig gegenüber festen Altbeständen, kann und wird er Zukunftsbedeutung erlangen. Es entsteht ein Weltaustauschsvolk, so wie es in der Zeit des alten Römerreiches ein mittelländisches Küstenvolk gab, dessen Ursprünge unergründlich waren. Dieses Austauschsvolk vermittelt den Handel, die Technik, die Modernität und den Allerweltslugus. In ihm bewegen sich Christen, Heiden, Juden; Weiße, Gelbe, Mischlinge bunt durcheinander. Man denkt dabei an die Beschreibung des ersten Pfingstfestes in der Apostelgeschichte. Gerade jetzt nach dem Kriege wird diese Austauschsgesellschaft ihre Weltaufgabe vor sich finden: die Härten des blutigen Nationalitätenstreites soweit zu mildern, daß wieder Verkehr möglich wird. Man braucht sie überall, denn kein Volk lebt mehr für sich allein. Eisenbahn und Dampfschiff sind einesteils Diener der Menschen und anderseits Herren.

Büchertisch

E. Spranger. Was muß die deutsche Frau von der politischen Lage wissen? B. G. Teubner, Leipzig. 32 S., 0,80 M.

Von allen Aufklärungsschriften für Frauen, wovon uns die Wahlwochen ein so reichliches Maß beschert haben, ist diese weitaus die klarste und tiefste. Wäre nicht der eng umschriebene Titel, der eigentlich nur für das erste und das letzte Kapitel in Betracht kommt, so wäre diese kluge kleine Schrift sicherlich in weitere, auch männliche Kreise gedrungen. Und das wäre sehr zu wünschen, denn sie entwickelt in wenigen Sätzen außerordentlich klar die Grundunterschiede der Parteiprogramme und die innerpolitischen Verhältnisse seit Kriegsausbruch, ohne durch das Bestreben nach Einfachheit zum Schematisieren verführt zu werden oder in einen nachsichtig popularisierenden Ton zu verfallen, wie man es leider so oft bei Schriften dieser Art findet. Auch nach den Wahlen wird man noch immer Anregung, Belehrung und Nutzen von diesen Ausführungen haben. M. R.

Das **neue Jahrbuch des Bundes deutscher Frauenvereine**, herausgegeben von Elisabeth Altmann-Gotheiner (B. G. Teubner, Leipzig. 257 S. Geb. 5.50 M.) führt den Untertitel: Handbuch der kommunalsozialen Frauenarbeit. Die einzelnen Gebiete werden von den bekannten Führerinnen behandelt und sind nicht nur außerordentlich aktuell, sondern geben auch ein vorläufiges Material als erste Zusammenfassung für denjenigen, der sich als Neuling hineinarbeiten will. Wie alljährlich enthält der Band ein Verzeichnis aller Frauenorganisationen, Auskunftsstellen für Frauenberufe, Adressen und Namen, so daß für jeden, der in der Frauenbewegung arbeitet, hier ein willkommenes Hilfsmittel geboten ist.

Unser Weg 1919 (116 S. 3,30 M.), so heißt ein Almanach, den der Verlag Paul Cassierer herausgegeben hat. Der programmatische Titel weist auf die einheitliche geistige Richtung der Mitarbeiter hin, aus deren in dem Verlag erschienenen Werken hier Proben zu finden sind. Sie stehen zum größten Teil sowohl ästhetisch wie politisch auf der äußersten Linken. Neben manchem alten Autor wie Lasalle, Proudhon und Kropotkin findet man Eisner, Kautsky, Rosa Luxemburg, Gustav Landauer. Kunstwerke von Liebermann und Gaul wirken schon fast akademisch neben Kokoschka, Pechstein, Beckmann. Wer die geistige Struktur, den gedanklichen Schwung einer Bewegung kennenlernen will, die in ihren Führern viel Idealismus und Begabung aufweist, wird in diesem Almanach und damit in dem Verlag manche Aufklärung und Anregung finden.

Der **Literarische Ratgeber des Dürerbundes** (G. D. W. Callwey, München. 171 S. Geh. 3 M., geb. 4,50 M.) ist wieder erschienen und ist ein vortrefflicher Führer durch die Literatur von 1918/19. Es ist zwar schade, daß für die Gebiete, die eben am stärksten im Mittelpunkt des Interesses stehen, für Parteipolitik und Sozialisierung noch wenig dort zu holen ist, doch geben dafür die Abschnitte: „Politikwissenschaft und Völkerrecht", „Volkswirtschaft", „Weltwirtschaft", „Geschichte" über die Neuerscheinungen in benachbarten Gebieten einen guten Überblick.

Briefkasten

Wir bitten, alle für die „Hilfe" bestimmten Manuskripte während der Dauer der Nationalversammlung nach Weimar an die Adresse von Fräulein M. Katter, bei Herrn Regierungsrat Schaper, Landesversicherungsanstalt, senden zu wollen.

Auch nach den Wahlen zur preußischen Landes- und deutschen Nationalversammlung ist die politische Aufklärung und Belehrung besonders der Frauen noch erwünscht. Auf Wunsch versenden wir daher auch weiterhin die kleinere Musterwahl verschiedener Werb- und Flugblätter gegen Einsendung von 1 M. (2 M. für die erweiterte Auswahl).

Für die Kommunalwahlen bietet reichhaltigen Belehrungsstoff das Jahrbuch des Bundes deutscher Frauenvereine (B. G. Teubner, Leipzig) für 1919, Preis 5,50 M.

Flugblätter für die Kommunalwahlen werden nur von den Ortsvereinen der Deutschen demokratischen Partei verschickt.

Über Ausbleiben und Verspätung der „Hilfe" kommen ungewöhnlich viele Klagen der Postbezieher. Wir bitten, in allen Fällen zunächst den Briefträger oder das Postamt zu verständigen und erst, wenn auf diesem Weg kein Erfolg zu erzielen ist, sich an uns zu wenden. Wir versuchen dann durch das Berliner Postzeitungsamt, die Störung zu beseitigen.

Verlag der „Hilfe".

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, Berlin-Zehlendorf, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, Hamburg.

Digitized by Google

13. Februar 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis im Buchhandel 4 M., beim Postamt 4,12 M., unter Kreuzband 4,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 4,26 M., ins Ausland 5 M. Soldatenausgabe 1,50 M. Einzelhefte 40 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW.40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8683.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 7

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 60 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preisermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme Freitag der vorhergehenden Woche

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Gertrud Bäumer:** Heimatchronik. — **Gertrud Bäumer:** Die Geburt des neuen Deutschland. — **Dr. Paul Rohrbach:** Satanische Politik. — **Prof. Dr. Heinrich Gerland:** Demokratische, nicht „bürgerliche" Politik. — **Heinz Potthoff:** Die Mitwirkung der Arbeitnehmer-Ausschüsse bei Kündigungen. — **Dr. Margarete Rothbart:** Nachträgliche Erwägungen. — **Gertrud Bäumer:** Aus dem Kreise Nietzsche. — **Dr. Grete Ring:** Jean Paul zur Not der Zeit. — **Margarete Sachse:** Fanget an! — **Chr. Tränckner:** Altes Lied eines Mönches in Kriegszeit. — **Naumann:** Volkswille. — Sprechsaal. — Büchertisch. — Briefkasten.

Naumann / Kriegschronik

Sonntag, 2. Februar.

Nachdem sich unsere Gegner im allgemeinen grundsätzlich darüber geeinigt haben, daß Deutschland von der Kolonialwirtschaft ausgeschlossen werden soll, erscheint ihnen die Verteilung der bisherigen deutschen Kolonien offenbar nicht ganz einfach. Aus den dürftigen Brocken, die wir erfahren, ist zu schließen, daß die deutschen Besitzungen in der Südsee Gegenstand recht schwieriger Ausgleichsverhandlungen sind, da zwar der Besitzwert dieser Inseln selbst nicht übermäßig groß ist, da sie alle aber Stationen für einen künftigen Kampf um den Großen Ozean werden können. Wenn Japan alle deutschen Besitzungen nördlich des Aquators erhalten soll, so wird es auf den Marianen-, Karolinen- und Marshallinseln Kohlenstationen und Befestigungen anlegen. Dasselbe gilt für die Australier von den Samoainseln. Ganz umstritten scheint der bisher deutsche Teil von Neu-Guinea zu sein. Schon werden Vermutungen laut, daß man ihn den Deutschen zurückgeben könne, um ihn nicht unter sich verteilen zu müssen. Von amerikanischer Seite wird die Auslieferung sämtlicher deutscher Kolonialgebiete an den künftigen Völkerbund verlangt, eine Forderung, die ebensogut von den pazifistischen wie von den imperialistischen Amerikanern gestellt werden kann, je nachdem sie über die Aussichten des Völkerbundes urteilen. Was ist überhaupt innerhalb der Pariser Verhandlungen der Völkerbund? Alles, worüber man sich zurzeit nicht einigen kann, wird als Gegenstand der Verwaltung oder Beratung des Völkerbundes bezeichnet, so daß neulich ein erfahrener Diplomat sagte, der Völkerbund habe bereits vor seinem Entstehen eine Arbeit von mindestens zehn Jahren. Belastet man nun den Völkerbund von vornherein mit sämtlichen dunklen Problemen der Menschheit, so verliert er naturgemäß seinen idealistischen Friedenscharakter und wird zu einer Art Oberkammergericht der Menschheit, wobei die Frage der Besetzung der Stellen und der Verhandlungsmethode zum entscheidenden Punkt der künftigen Diplomatie wird.

Montag, 3. Februar.

Durch einen Freund, der von der östlichen Front kommt, erhalten wir etwa folgende Darstellung: Libau ist zurzeit noch deutsch, wird aber, wie es scheint, von bolschewistischen Truppen bedrängt. Kowno ist ziemlich sicher deutsch, und es besteht alle Aussicht, daß die Letten in Gemeinschaft mit dem Restbestand der deutschen Soldaten das Land gegen die bolschewistische Welle verteidigen, falls nicht rechts oder links eine Umgehung erfolgt. Wilna ist zurzeit bolschewistisch, nachdem es eine halbe oder ganze Woche polnisch gewesen ist, aber von den Polen schwach und schlecht verteidigt wurde. Das Ansehen der Polen habe durch diesen Vorgang in Litauen sehr gelitten. Grodno ist deutsch und vermittelt die Heimkehr deutscher Truppen aus der Ukraine. Der Zustand dieser deutschen Truppen wird als nicht eigentlich bolschewistisch, aber als verwildert dargestellt. Die russisch-bolschewistische Armee ist in Ausrüstung gut, da sie sich der großen Vorräte des Krieges bedient. Es sei aber keine Angriffslust vorhanden, solange die Ernährung der Truppe ohne Blutvergießen zu bewerkstelligen ist. Erst dann, wenn ein Landstrich vollständig kahl gegessen wurde, muß sie daran denken, sich neues Gebiet zu erobern. Da nun außerdem die gegenwärtigen Führer oder Offiziere der Bolschewisten eigene Privatgeschäfte in Nahrungsmitteln nach Petersburg hin zu machen pflegen, wird der Tag, an dem aus Hungergründen die Kriegführung wieder beginnt, spätestens auf Anfang des Frühlings zu erwarten sein. Wenn wir dann nicht den genügenden militärischen Schutz auf unserer Seite aufstellen können, erwächst eine sehr ernste Gefahr für Ost- und Westpreußen.

Dienstag, 4. Februar.

Englische und französische Kreuzer sind bis zum Hamburger Hafen in die Elbe eingelaufen, um die Bereitstellung deutscher Handelsschiffe zur Abgabe an die Entente zu kontrollieren. Es kann leicht so aussehen, als ob das Eintreffen dieser Schiffe eine Warnung vor Bolschewismus in den deutschen Seestädten sein soll, da gerade jetzt zwischen Regierungstruppen und Revolutionären in Bremen eifrig geschossen wird. Wahrscheinlich aber sind die Aufträge zum Einlaufen der englischen und amerikanischen Kreuzer erteilt worden, ehe die letzten revolutionären Vorkommnisse in London bekannt sein konnten.

Die deutsche Nationalversammlung in Weimar beginnt sich zu füllen und wird auch vom Ausland her stark beachtet, wie man aus der journalistischen Vertretung sehen kann. Amerikanische Pressevertreter erkundigen sich, ob wir eine bürgerliche Demokratie sein werden wie Amerika oder eine sozialistische Demokratie. Dabei ist es schwer, ihnen klar zu machen, daß zwischen dem alten liberalen Wirtschaftssystem und einem neuen sozialisierten Zustande sehr viele Entwicklungsstationen vorhanden sind. Wir unsererseits suchen ihnen verständlich zu machen, daß die Krankheit des Bolschewismus nur durch gute Volksernährung überwunden werden kann, daß aber eine gute Volksernährung unmöglich ist, solange die Blockade aufrecht erhalten wird. — Obwohl es schwierig sein dürfte, die Kriegschronik von Weimar aus inmitten der dortigen Arbeit zu schreiben, will ich dennoch den Versuch machen, um die Chronik nicht vor dem Tage des Friedens abbrechen zu müssen.

Mittwoch, 5. Februar.

Auf einer internationalen sozialistischen Konferenz in Bern, bei der Franzosen und auch Engländer anwesend, Amerikaner und Belgier noch fehlend sind, tritt der Unterschied zwischen deutschen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen ebenso zutage, wie der entsprechende Unterschied bei den französischen Genossen. Auf deutscher Seite glaubt Eisner noch immer, den Gegnern den Gefallen tun zu müssen, die Schuld am Krieg auf deutsche Schultern zu laden. Er nennt das den Be-

Digitized by Google

brennen der Wahrheit. Auf Grundlage seiner Konstruktion kann dann der französische Regierungssozialist Thomas behaupten, daß vor Erörterung jeder Einigung die Regelung der Schuldfrage gestellt werden müsse, wobei die Fragestellung sei, wer hat auf seiten der Landesverteidigung gestanden und wer auf seiten des Verbrechens. Es wird auf diese Weise voraussichtlich die gesamte Kriegführung der Franzosen als Landesverteidigung, die deutsche Kriegführung aber als Verbrechen bezeichnet werden. Etwas gemäßigter und gerechter äußert sich George Longuet, der Enkel von Karl Marx, ein Vertreter der jetzigen französischen sozialistischen Mehrheit. Er sagt: Wenn man wirklich die von Thomas vorgeschlagene Dummheit begehen will, alle deutschen Mehrheitssozialisten aus der Internationale auszuschließen, so werde man noch ganz andere Leute, nämlich die französischen Sozialisten wie Renaudel und Thomas ausschließen müssen. Die revolutionären Massen Deutschlands seien international gesinnt; auf sie könne man nicht verzichten, ohne die Internationale für immer zu zerstören. Die deutschen Mehrheitsvertreter Müller, Molkenbuhr und Weis weigern sich, an der Verurteilung der früheren deutschen Regierung teilzunehmen, verlangen Rückgabe der deutschen Kolonien und Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen.

In einer Sitzung der Waffenstillstandskommission in Spaa wurde über die Regelung der Verhältnisse in den deutsch-polnischen Gebieten verhandelt. Die Entente wollte verlangen, daß die deutschen Behörden in Deutschpolen von jetzt ab sich nicht mehr in Angelegenheiten des öffentlichen Lebens einmischen, sondern die Beendigung der Arbeiten der Friedenskonferenz abwarten. Der stellvertretende deutsche Vorsitzende behielt sich die Antwort vor, stellte aber immerhin fest, daß im Bereich der deutschen Grenzen die deutsche Regierung das unzweifelhafte Recht und auch die Pflicht habe, für Ordnung zu sorgen und ihre Untertanen zu schützen. Die furchtbarsten Verbrechen würden von den Polen an deutschen Untertanen verübt. General Nudant erwiderte, die genaueren „Weisungen" über die Ostfragen würden der deutschen Regierung noch zugehen!

Donnerstag, 6. Februar.

Der Zusammentritt der Nationalversammlung in Weimar ist ebenso ein Ereignis der inneren wie der äußeren Politik. Die Eröffnungsrede des Volksbeauftragten Ebert kündigt den Übergang vom Imperialismus zum Idealismus an und hat damit eine Formel gefunden, die einem Teile der Angelsachsen gut gefallen mag und in der auch Wahrheit enthalten ist. Natürlich liegt es nicht so, als ob im Imperialismus aller Nationen nicht auch starke ideelle Momente vorhanden seien und als ob nicht auch der Pazifismus sich stark auf materielle Nützlichkeitserwägungen stütze. Ebert protestiert mit bemerkenswerter Schärfe gegen die Behandlung der 800 000 deutschen Kriegsgefangenen im feindlichen Auslande und kündigt den Zusammenschluß mit den Deutschösterreichern in offener Weise an. Er sagt dem Auslande, daß Deutschland nicht um jeden Preis und unter allen Umständen Frieden schließen werde, sondern daß wir uns an die verschiedenen Punkte Wilsons als die Grenze unserer bisher gemachten Zugeständnisse halten werden. Im Zweifelsfalle zwischen Entehrung aber Entbehrung würde die deutsche Nation die rechte Wahl zu treffen wissen.

Freitag, 7. Februar.

Auf der sozialistischen Konferenz in Bern ist unter Mitwirkung von Branting, Troelstra, Ramsey Macdonald, Cachin und Thomas die Internationale (sozialistische Weltvereinigung) neu begründet worden. Die Vertreter der deutschen Mehrheitssozialdemokratie versprechen, im Geist und im Dienst der Internationale gemeinsam mit den Sozialisten aller Länder im Völkerbund den Sozialismus zu erkämpfen. Es wird wohl noch einige Zeit dauern, bis alle sozialistischen Gruppen der Welt ihren Anschluß an diese Neubildung finden, aber immerhin scheint ein beachtlicher Anfang vorzuliegen. Da man in radikal sozialistischen Kreisen am Ernste der Völkerbundbestrebungen zweifelt und dem „Bund der Diplomaten" von vornherein nur geringes Vertrauen entgegenbringt, [illegible] sich leicht in Zukunft um eine internationale Gegenbewegung gegen den angelsächsisch gedachten offiziellen Völkerbund handeln, wenn sich dieser zur neuen heiligen Allianz ausgestaltet. Worin freilich die gemeinsame positive Arbeit der sozialistischen Internationale bestehen soll, ist nicht ganz klar ersichtlich. Man wird zweifellos ein allgemeines kommunistisch-sozialistisches Programm für alle Staaten der Menschheit aufstellen können, wird aber damit nicht aus der Welt schaffen, daß die Arbeitsbedingungen der halbentwickelten Länder andere bleiben, als die der hochzivilisierten; das heißt: die gewaltsam hervorbrechende Konkurrenz der Indier, Japaner und Chinesen wird durch keine Beschlüsse aufgehalten werden können, die eine Versammlung irgendwo in Europa oder Nordamerika faßt. Dasselbe aber gilt von den europäischen Ländern untereinander, sobald überall die Lebensverhältnisse knapp werden. In diesem Falle wird beispielsweise die polnische Industrie eine rücksichtslose Unterbietungspolitik machen, nur um selbst leben zu können. Das spricht nicht gegen den Plan der sozialistischen Internationalisierung an sich, sondern warnt nur vor übertriebenen Hoffnungen.

Sonnabend, 8. Februar.

Die russisch-bolschewistische Regierung teilt den Ententemächten mit, daß sie bereit ist, an den Friedensbesprechungen auf der Prinzeninseln teilzunehmen.

Die deutsche Regierung hat bei der Entente angefragt, ob im Monat Februar eine einfache Fortsetzung des Waffenstillstandsvertrages angenommen werden solle, oder ob besondere erneute Verhandlungen in Spaa notwendig sein würden. Gleichzeitig protestiert die deutsche Waffenstillstandskommission gegen die von der anderen Seite erhobene Aussage, daß Deutschland den Krieg gewollt und hervorgerufen habe. Die deutsche Regierung habe wiederholt erklärt, sie sei bereit, auf dem Friedenskongreß die Schuldfrage im weitgehendsten Sinn zu erörtern. In die Waffenstillstandsverhandlungen aber gehört es nicht, Urteile über die Schuldfrage abzugeben.

Gertrud Bäumer / Heimatchronik

Freitag, 31. Januar.

Die „Belagerung" Bremens mit einer ganzen Division, Panzerwagen, Flugzeugen und Minenwerfern ist ein seltsames und trauriges Wiederaufleben der Kriegsberichte. Es scheint, als wolle die Arbeiterschaft, die die Waffen abliefern soll, noch nicht nachgeben.

Mittlerweile sind wir gezwungen, die Entente um die Genehmigung von Kohlentransporten zur See nach dem Osten zu bitten, der sonst — mit infolge der geringen Kohlenförderung in Oberschlesien — nicht versorgt werden kann.

Die Reichsregierung hat eine Verordnung zur Beschaffung von Siedlungsland herausgehen lassen. Danach müssen die Bundesstaaten gemeinnützige Siedlungsunternehmungen begründen, die zunächst Staatsdomänen zum Ertragswert, ferner landwirtschaftlich unbewirtschaftetes Land kaufen sollen und außerdem das Verkaufsrecht für jedes in ihrem Bezirk befindliche Grundstück haben sollen. Außerdem kann der Landlieferungsverband vom gemeinnützigen Siedlungsunternehmen veranlaßt werden, zu Siedlungszwecken geeignetes Land aus dem Bestande der großen Güter zum gemeinen Wert zu erwerben. Diese Landmasse ist kontingentiert auf 10 % der landwirtschaftlichen Nutzpflege des Ansiedlungsbezirks. Das scheint zunächst sehr einschneidend, aber die Steinsche Gesetzgebung war viel, viel eingreifender. Wenn etwas aus dem Siedlungsgedanken werden soll, dann muß ja irgendwo angegriffen werden. Eine andere Frage ist, ob es demokratisch ist, eine so grundlegende Maßnahme auf dem Verordnungswege in dem Augenblick zu erlassen, in dem die gesetzgebende Körperschaft sich bilden will.

Sonnabend, 1. Februar.

Reise nach Hagen. Vor Bremen wird unser Zug angehalten und von höflichen und sehr wenig revolutionär wirkenden Truppen nach Waffen untersucht. Dann anstandslos durchgelassen.

Der Bahnhof in Münster hat den ersten im alten Sinne [illegible] gepflegten Wartesaal, der mir in dieser Zeit begegnet

Digitized by Google

ist. Es ging ordentlich etwas von Behagen und Hoffnung davon aus in all der Verwahrlosung, mit der man sich heute abfinden muß. Der buchstäblich tätliche Kampf um die Plätze in den beispiellos überladenen Lokalzüge wirft einen in die ganze Verrohung durch die Not zurück, unter der wir leiden.

Der Groß-Berliner Arbeiterrat hat sich faktisch gegen die Nationalversammlung erklärt, d. h. für Einberufung eines Kongresses der A.- und S.-Räte in Deutschland, der über die künftige staatsrechtliche Stellung der A.- und S.-Räte entscheiden soll.

Sonntag, 2. Februar.

Die Streiklage in Oberschlesien bessert sich scheinbar. Es sollen aber doch noch etwa 50% der Gruben ausständig sein.

Dagegen fordert die Streikpsychose im Ruhrrevier immer noch wieder neue Opfer.

In Bremen scheint eine Verständigung zwischen Regierungstruppen und Arbeitern nicht zustande zu kommen. Also wird es Kämpfe geben.

Montag, 3. Februar.

Man fährt von Hagen nach Erfurt von 10 Uhr morgens bis 3 Uhr nachts. Die Geduld, die erst das Anstehen übte, wird jetzt in Zügen und Wartesälen geschult. Auch dort reichen die Sitzplätze nie, und stundenlang müssen sich die Menschen auf Koffern hockend oder stehend einrichten. Fast niemals haben die Restaurants irgend etwas zu essen, selten zu trinken.

Soldaten sind immer noch zahllose unterwegs. Die Demobilmachung ist noch nicht zu Ende.

Das Gespräch geht um die bevorstehende Nationalversammlung. Man sieht, daß sie überall als der Beginn für die ersehnte Ordnung erwartet wird.

Dienstag, 4. Februar.

Den ganzen Tag Sitzungen des Parteivorstandes der Deutschen demokratischen Partei zusammen mit der Fraktion in Erfurt. Die Berichte aus den Bundesstaaten lassen zum erstenmal wieder lebendig Deutschland — seine Lage und seine Probleme — emporwachsen. Man war wieder in den großen Horizont gestellt und dem Leben des Ganzen angeschlossen. Dieses Zusammenkommen der Gleichgesinnten ist ein großer und schöner Auftakt für Weimar. Abends siedelten wir gemeinsam dorthin über. Ein schöner Tag des Austausches, der gemeinsamen Arbeit und persönlichen Fühlung vieler neuer Menschen.

In Bremen hat sich die Arbeiterschaft bereit erklärt, die Waffen n i c h t den Regierungstruppen, sondern den Hamburger und Oldenburger Truppen abzuliefern. Es ist nicht wahrscheinlich, daß sich die Regierung darauf einläßt. In Hamburg ist das Proletariat nach Beschlüssen des Arbeiterrats bewaffnet und veranstaltete eine Kundgebung zugunsten Bremens.

Mittwoch, 5. Februar.

Weimar im leichten Schnee und einem lebhaft bewegten Treiben in den Straßen, das den Charakter der stillen Stadt merkwürdig verändert. Zeitungsausrufer an allen Ecken. Große Schilder: „Telegraph" an dem dafür eingerichteten Sophienstift, Fahnen von den Hauptquartieren der Parteien, auf den Straßen die großstädtischen eiligen Typen von in- und ausländischen Reportern, Photographen, Menschen der großen politischen Welt von jeder Art, Soldaten in großer Zahl in Stahlhelmen.

Alle Fraktionen tagen heute für sich. Die vollkommene Isolierung in den Hauptquartieren der Hotels ist wohl politisch nicht sehr günstig. Man sieht sich kaum, und jede Fraktion arbeitet wie auf einer Insel.

In Bremen tatsächlich Straßenkämpfe, bei denen aber die Regierungstruppen Erfolg haben.

Donnerstag, 6. Februar.

Die Eröffnung der Nationalversammlung. Das Weimarer Theater von einem bescheidenen Kordon von Schutzleuten und Truppen umringt, von denen Noske „die Parade abnimmt". Der schöne Innenraum läßt das Gefühl eines p o l i t i s c h e n Aktes nicht ganz aufkommen, wohl aber des feierlichen Neubeginns. Nelkensträuße und Maiblumenreihen flammen rot und smaragden vor dem Steingrau der Bühnenverkleidung schön und festlich. Und aus dem Gewirr der Menschen, die sich im Halbrund der Bühne und im Parterre sammeln, steigt einem die Frage auf: sind sie die rechten Erbauer des neuen Deutschland? Kommen sie, in diesem oder jenem Sinne, und als Hüter und Kämpfer für alte Besitzstände (jede Partei, auch die der Revolution, hat solche), oder werden sie sich frei, überlegen, geschichtlich schöpferisch machen können, so sehr, wie das Neue es fordert! Gewaltige, aber zum Teil noch ungeklärte Willensregungen sind zu formen und zu gestaltender Arbeit zu führen. Unendlich guter Wille ist notwendig.

Er sprach aus Eberts Rede, aber nicht aus dem alten Methoden folgenden Geschrei, mit dem die Rechte diese Rede begleitete.

Ein geschichtlich starker Eindruck waren die Telegramme aus Österreich, Böhmen, Kärnthen, Tirol. Man fühlt den großen Augenblick vor, in dem Deutsch-Österreich zu uns kommt.

Freitag, 7. Februar.

Spartakistenputsche im Reich. Außer in Hamburg nichts sehr Folgenreiches. Heute erfolgt die Bildung des Reichstagspräsidiums. Es ist klar, daß Sozialdemokratie, Zentrum und demokratische Partei eine Mehrheit im alten Sinne bilden. Die Unabhängigen sind nicht dabei. Im Reichstagspräsidium stellt die Deutsch-nationale Partei den vierten Präsidenten: also David, Fehrenbach, Haußmann und Dietrich. Die Antrittsrede Davids ist wie die Eberts betont national. Die Sozialdemokratie will, auf eine neue politische Sicherheit im Innern gestützt, ein guter Hüter der nationalen Forderungen sein.

Sonnabend, 8. Februar.

Man lebt in Sitzungen des Vormittags und Nachmittags, unterbrochen durch die große Plenarsitzung um drei Uhr. Heute die erste Lesung der provisorischen Verfassung mit der Begründung durch den Staatssekretär Dr. Preuß. Nüchtern und mehr taktisch gewandt als schwungvoll und geschichtlich großzügig. Das Hindurchschiffen durch die unitarischen und partikularistischen Strömungen ist freilich eine Aufgabe, die alle Künste der Abwägung herausfordert. Es kommt darauf an, zu verhüten, daß die großen Streitfragen des Föderalismus bei der provisorischen Verfassung schon zum Austrag kommen. Sie müssen für die endgültige Debatte vertagt und es muß jetzt eine Form gefunden werden, die nichts im voraus festlegt. Heute gehen die Verhandlungen zur Verständigung darüber noch weiter, ohne bis jetzt zum Abschluß geführt zu haben. Montag aber soll die zweite und unter Umständen schon die dritte Lesung sein, damit das Interim der Gesetzlosigkeit rasch und kraftvoll beseitigt werde.

Ebenso dauern die Verhandlungen über die künftige Reichsleitung. Die endgültigen Beschlüsse sind noch nicht gefaßt.

Gertrud Bäumer / Die Geburt des neuen Deutschland

Kann man überhaupt eine Parallele ziehen zwischen der Paulskirche und dem Theater in Weimar? Vielleicht verschiebt ein solcher Vergleich mehr als daß er klärt das Wesen dessen, das am 6. Februar 1919 geschehen ist.

Wenn wir, die wir uns vor den flammenden Nelkensträußen der Rednertribüne in Weimar zusammenfanden, unser Gefühl befragten, so lebte darin zuerst die Tatsache: Deutschland, das deutsche Volk ist wieder da. Es kann wieder handeln und reden. Boden unter unseren Füßen, ein Rahmen für unsere Arbeit. Ein Wille, der sich sammelt aus ziellosem und vergeblichem Hin und Her. Dies neue Gefühl der Festigkeit, die Überwindung der Lähmung an allen Gliedern, das war das stärkste. Aus ihm kam die Stimmung von einem Anfang, einem Wiedererwachen.

Im übrigen? Der Eindruck der Nationalversammlung verleugnet nicht die Tatsache, daß Deutschland schon vorher nach allgemeinem Wahlrecht regiert wurde. Kein durchaus neuartiger Kreis,

sondern die alten Parteien mit den alten Führern. Nur die Rechte ist schmal geworden und vielleicht am entscheidendsten umgewandelt. Sie hat ihren feudalen Stempel verloren, vielleicht ihren alten einheitlichen Typus.

Die „neuen Menschen". Wir Frauen sollten ein sehr starkes, feierliches Gefühl unserer Zugehörigkeit haben. Ein starkes Gefühl des Epochalen, das unsere Mitarbeit bedeutet. Kein Parlament der Welt hat bis jetzt einen so starken Einschlag weiblicher Teilnehmer. Und doch: es kommt uns nicht so neu vor, so als unvermittelter Anbruch ganz anderer Möglichkeiten, als Eintritt in eine fremde Welt. Vielleicht sind wir so lange und so stark innerlich beteiligt gewesen am politischen Schicksal, daß wir deshalb heute das Überschreiten der Schwelle wie etwas beinahe Selbstverständliches fühlen. Vielleicht aber auch ist das Große, Entscheidende, das uns obliegt, so übermächtig, daß daneben kein Raum bleibt für einen Gedanken an uns selbst und das Neue, das an uns geschieht.

Und doch liegt neuer Geist über der Versammlung, und die Größe neuer Gestaltung beginnt sich ihres Stils zu bemächtigen. Er wächst erst heraus aus der Vertiefung in die Aufgabe selbst, ist nicht von vornherein gegeben.

Denn diese Versammlung kommt nicht mit durchaus einheitlichem Willen und den gleichen Impulsen. Die Revolution war antimilitaristisch und sozial, sie war nicht staatspolitisch — hatte wenig zu tun mit der großen Frage von Reich und Bundesstaaten. Die bundesstaatlichen Dynastien sind nicht einem unitarischen, sondern dem republikanischen Prinzip zum Opfer gefallen. Nun aber wächst aus den geschichtlichen Bedingungen der Nationalversammlung als erste, wesentlichste Angelegenheit die Neubegründung der Reichseinheit zu. Und sie steht vor der gewaltigen geschichtlichen Frage, in welcher Verbindung von Einheitsbetonung und bundesstaatlicher Selbstverwaltung die Festigkeit des Reiches am besten begründet ist. Diese Frage zieht eine andere Orientierungslinie durch die ganze Versammlung als die durch die Parteizugehörigkeit gegebene. Wenn auch wohl kein Zweifel daran bestehen kann, daß die Welle des neuen Geistes auch die Reichsidee über bundesstaatlichen Partikularismus hinaufgetragen hat, so liegt doch zum Teil wieder gerade im revolutionären und demokratischen Temperament etwas, das auf die Behauptung bundesstaatlicher Freiheit im Reich hinweist und diese Freiheit stützt. Und die große nationaltaktische Frage ist, wie diesem Selbstverwaltungsbedürfnis der Einzelstaaten Genüge geleistet werden kann in einer Form, die dem Willen zur Einheit keine inneren und äußeren Hemmungen bereitet. Und wie andererseits die große Idee der Reichseinheit in einer anpassungsfähigen, beweglichen Form durchgeführt werden kann, in der sie fähig bleibt, Eigenleben in sich aufzunehmen. Es gibt eine starre, ungeschichtlich-doktrinäre Art, die Reichseinheit durchzusetzen, eine Art, gegen die sich alles Bodenständige auflehnen muß, und es gäbe eine lebendige, elastische Art, die gesucht werden muß. In dem Maße, als der Geist des Reiches von innen heraus stark ist, wird der zweite Weg gefunden werden. Und die Gefahr liegt wohl darin, daß bei den Auseinandersetzungen über die Grenzen von Reichs- und Landeskompetenzen dieses Bewußtsein, der Wille, der Geist des Ganzen zu stark verlorengeht.

Es ist die entscheidende, innere Pflicht eines jeden vor dem geschichtlichen Augenblick, den Geist des Reiches in sich lebendig werden zu lassen, deutsch zu fühlen. Nur daraus wird die rechte Entscheidungsform herauswachsen, sowohl im Dienste der Einheit als im Dienste der Selbständigkeit. Denn nur eine Einheit, die das Lebendige aufnimmt, schont, schützt, eine demokratische Einheit, die den Persönlichkeiten der Staaten ihr Eigenleben erhält, ist die uns angemessene.

Ob diese Kraft des Reiches aus dem Wollen der Nationalversammlung sieghaft aufsteigt, ist noch nicht gewiß. Aber so viel ist sicher, nur wenn wir im alten Sinne des Liedes lernen zu bekennen: „Deutschland, Deutschland über alles", werden wir den rechten Weg finden.

Paul Rohrbach / Satanische Politik

Vor kurzem kamen einige Amerikaner, Vertrauensleute der amerikanischen Regierung, nach Deutschland, um Fühlung mit deutschen Kreisen zu nehmen und sich über die Lage bei uns zu unterrichten. Es mag sein, daß sie sich auch jetzt noch in Deutschland aufhalten. Sie fragten nach allem möglichen und wünschten, deutsche Meinungen zu hören. Man sagte ihnen wiederholt, die deutsche Meinung sei die, daß Deutschland in unerhörter Weise betrogen sei. Präsident Wilson hat wiederholt feierlich und verbindlich verkündet, daß für den Frieden die politisch-moralischen Grundsätze seines Völkerbundes maßgebend sein sollten, so wie sie auch in seinen 14 Punkten zum Ausdruck gelangten, und daß Deutschland demgemäß behandelt werden würde. Statt dessen aber zeigt sich, daß nicht die Prinzipien des Völkerbundes, sondern Vernichtungsmaßnahmen von unerhörter Grausamkeit gegen uns angewendet werden. Die amerikanischen Herren erwiderten, es handle sich jetzt nur um den Waffenstillstand, dieser falle noch unter den Kriegszustand, und solange Krieg sei, blieben die Forderungen des von der gesamten Entente anerkannten militärischen französischen Oberbefehls formell maßgebend. Beim Friedensschluß aber würden sich die Prinzipien des Völkerbundes auch für Deutschland zeigen.

Wir wollen annehmen, daß diese Auskunft subjektiv ehrlich gemeint war und von den amerikanischen Herren selbst geglaubt wurde. Objektiv hat sie aber wenig Wert, denn wir erleben es, daß unter dem Titel des Waffenstillstandes eine Praxis gegen Deutschland geübt wird, die nicht nur auf dauernde schwere Schädigungen des deutschen Volkes abzielt, sondern auch durch ihre Planmäßigkeit, durch ihre Ausführung im einzelnen und durch ihren deutlich erkennbaren Zweck das Vorwalten eines wahrhaft teuflischen Charakters zeigt. Wenn Präsident Wilson nicht imstande ist, hier Einfluß im Sinne von Moral und Menschlichkeit zu üben, so ist es auch unwahrscheinlich, daß er, selbst den besten Willen vorausgesetzt, dem Friedensschluß einen merklich anderen Charakter wird geben können.

Satanisch vor allen Dingen muß die Fortsetzung der Blockade genannt werden, die Verweigerung ausreichender Lebensmittel und die Verhinderung des deutschen Fischfangs in der Ost- und Nordsee. Es ist lächerlich zu sagen, daß die Blockade nötig ist, um keinen erneuten militärischen Widerstand Deutschlands aufkommen zu lassen. Wer das sagt, hat keinen gesunden Verstand oder will zur Grausamkeit noch den Hohn fügen. Deutschland bringt nicht einmal genügende militärische Kräfte auf, um Posen und das kurisch-litauische Vorgelände für Ostpreußen zu schützen, und es soll imstande sein, an eine erneute Aufnahme des Kampfes gegen Frankreich, England und Amerika zu denken, wenn ihm Brot, Fett und Fische und Milch für seine Kinder und Kranken erlaubt würden!

Man hat gehört, es gebe Ententeberichte, die die Zustände in Deutschland als gar nicht so schlimm schildern; das Volk habe genügend zu essen, sei gut gekleidet und vergnügt und brauche keine Zufuhr. Wer das sagt, der lügt, wenn er das Material kennt, das zur Frage der Ernährungsnot vorliegt, und wenn er es nicht kennt und doch so redet, so handelt er verbrecherisch gedankenlos. Seit Monaten kennt man die Zahlen, in denen sich die Folge der Hungerblockade für das deutsche Leben ausdrückt. Sie sind der Entente übermittelt worden, sind

zahlreichen Berichterstattern der neutralen und feindlichen Presse gegeben worden und daher allen maßgebenden Stellen in den feindlichen Ländern bekannt.

Ich erhalte von befreundeter Seite zwei Aufzeichnungen über die Folgen der Blockade, wie sie sich heute übersehen und an bestimmten Ausschnitten unserer Zustände deutlich machen lassen. Sie sprechen für sich selbst, und ich lasse sie wörtlich folgen, um an ihnen zu zeigen, welch eine teuflische Gesinnung aus der bewußten und gewollten Aufrechterhaltung solcher Zustände spricht.

I.

Erst jetzt lassen sich die Folgen der Blockade Deutschlands in ihrer ganzen Schwere übersehen. Allerdings haben die Sachverständigen auf dem Gebiete des Ernährungswesens schon 1916 darauf hingewiesen, daß Deutschland, das in Friedenszeiten etwa ein Viertel seines Nahrungsbedarfes durch direkte Einführung von Nahrungsmitteln oder indirekt durch Einfuhr von Futtermitteln aus dem Ausland bezogen hat, nach seiner völligen Absperrung nicht mehr lange werde auskommen können. Es liegen schon aus dem Jahre 1916 wissenschaftlich einwandfreie Berechnungen und Versuche der ersten Autoritäten, z. B. der Berliner Physiologen Rubner und Zuntz, darüber vor, daß die „rationierte", der Bevölkerung pro Kopf zugeteilte Nahrung nur etwa die Hälfte des für einen Erwachsenen notwendigen Bedarfs enthielt. Bei den Insassen geschlossener Anstalten (Irrenanstalten, Siechenhäuser, Gefangenenhäuser usw.), die wirklich auf diese rationierte Nahrungsmenge angewiesen waren, begann in der Tat von Ende 1916 ab die „Hungerkrankheit". Der Anblick ihrer Opfer in einem Gefangenenhaus wird von dem berühmten Berliner Kliniker Kraus mit dem Bilde der schwersten Epidemien früherer Zeiten verglichen: „Die bleichen, bis 40 v. H. ihres ursprünglichen Gewichts abgemagerten, hydropisch geschwollenen, durch Muskelschwäche unbeweglich gewordenen Menschen boten einen nicht weniger schrecklichen Anblick als die Facies pestica. Todesfälle waren überaus häufig, an einzelnen Stellen bis zur Hälfte der Erkrankten." Der 1917 von einem Siechenhaus eingeforderte Bericht lautete lakonisch: Die Insassen sind alle gestorben!

Die Verhältnisse in den geschlossenen Anstalten beweisen, daß die offiziell zugeteilte Nahrungsmenge in der Tat unzureichend war. Sie mußte zu einer unaufhaltsam zunehmenden Erschöpfung und endlich zum langsamen Hungertode führen, wenn nicht die Halbverhungerten schon früher anderweitigen Krankheiten widerstandslos zum Opfer fielen. Daß der wahre Stand der Dinge so lange verborgen bleiben konnte, rührt daher, daß die frei bewegliche und einigermaßen zahlungsfähige Bevölkerung sich unter dem Zwang der Verhältnisse ganz allgemein auf Seitenwegen ein Plus an Nahrungsstoffen über die rationierte Menge hinaus verschafft hat. Kein Gesetz kommt eben gegen die physiologischen Notwendigkeiten auf. Es wurde auf dem Lande keineswegs alles abgeliefert, vielmehr ein Teil der Erzeugnisse von den Erzeugern selbst zur Aufbesserung ihres Nahrungsanteils verwendet; ein anderer Teil floß zu immer teureren Preisen in die benachbarten Städte. Aber diese Nebenquellen der Ernährung wurden immer spärlicher, schon 1916/17 in den Großstädten und Industriezentren, später auch in den kleineren Städten. Die im Dezember 1918 in einer Sitzung der vereinigten ärztlichen Gesellschaften Berlins amtlich mitgeteilte Sterblichkeitsstatistik offenbart nunmehr die traurigen Folgen der von Jahr zu Jahr verschlechterten Ernährung. Die Feststellungen beziehen sich natürlich nur auf die Zivilbevölkerung des Deutschen Reiches, sind also ohne Berücksichtigung der Kriegsteilnehmer und Kriegsgefangenen gewonnen. Ein Vergleich mit dem letzten Friedensjahr 1913 zeigt im Jahre 1914 noch keine Steigerung der Sterblichkeit, 1915 aber schon ein Mehr von 10 v. H. an Todesfällen, 1916 ein Mehr von 14 v. H. Nach der völligen Absperrung vom neutralen Ausland und infolge der ungünstigen Ernte 1916 und der berüchtigten Rübenernährung im Winter 1916/17 ging die Mortalität 1917 sprungartig in die Höhe, sie war 1917 32 v. H. und 1918 sogar 58 v. H. höher als im letzten Friedensjahre. Die Berechnung ergibt, daß bisher etwa 800 000 Menschen mehr gestorben sind, als nach dem Durchschnitt der letzten Friedensjahre zu erwarten gewesen wäre. Die Opfer der Influenza-Epidemie sind dabei nicht mitgezählt.

Daß die unzureichende Ernährung die Hauptursache bildet, geht zunächst daraus hervor, daß die rapide Steigerung der Mortalität mit der rückweisen Verschlechterung der Ernährungsverhältnisse in der zweiten Hälfte 1916 einsetzt. Beweisend ist ferner der Vergleich von Stadt und Land. In Bayern ist die Statistik von 1914 bis Mitte 1917 für Städte und Land getrennt durchgeführt worden und ergab für die weibliche Bevölkerung von 5 und mehr Jahren auf dem Lande eine Steigerung der Sterblichkeit um 30,9 v. H., in kleineren und mittleren Städten um 51,6 v. H. und in Großstädten um 56,4 v. H. Endlich offenbart die Art der Todesursachen den Zusammenhang mit den Ernährungsverhältnissen: vor allen die Zunahme der Tuberkulosesterblichkeit, die sich im Jahre 1918 in Städten mit über 15 000 Einwohnern gegen 1913 glatt verdoppelt hat. Weiter haben Magen- und Darmkrankheiten verheerend gewirkt und endlich — insbesondere in den höheren Altersstufen — die sogenannte „Ödemkrankheit", ein Anschwellen der Beine mit Wasseransammlung unter Abmagerung des übrigen Körpers, ein Symptom des langsamen Hungertodes.

Diese Tatsachen zeigen zur Genüge, wie furchtbar die Absperrung eines auf Einfuhr von Nahrungsmitteln angewiesenen Landes in heutiger Zeit wirkt.

II.

Immer bestimmter lauten die Nachrichten aus Petersburg und aus anderen russischen Großstädten, daß dort der Hungertod keine Seltenheit mehr ist. Aber auch in Deutschland ist die rationierte Menge von Lebensmitteln tatsächlich ungenügend. Es kommt lediglich darauf an, wieviel sich noch der einzelne im freien und verbotenen Handel verschaffen oder bezahlen kann. Nach der amtlichen Statistik sind bisher etwa 800 000 Menschen in Deutschland unmittelbar oder doch mittelbar durch Hunger zugrunde gegangen. Vor uns liegen die Ausweise eines süddeutschen Siechenhauses. Es besteht die Bestimmung, daß der Körper derjenigen, welche auf Staatskosten versorgt worden sind, nach ihrem Tode — falls von keiner Seite Einwendungen erhoben werden — der unerläßlichen Ausbildung der jungen Ärzte in der Anatomie dienen soll. Schließlich kommen also nur diejenigen zur Ablieferung an die Anatomie, welche bereits zu Lebzeiten außer dem Staat, der für sie sorgte, von „aller Welt" verlassen waren.

Wie in einem Experiment ist aus der Leichenzufuhr zur Anatomie festzustellen, wie die staatliche Rationierung auf die Sterblichkeit wirkt. Die Zahlen sind schauerlich. Die betreffende Anstalt überführte vor dem Kriege durchschnittlich 10—12 Leichen pro Jahr (1914 waren es 13). Es stieg die Zahl 1915 auf 33, 1916 auf 45, 1917 auf 94. 1918 waren es 38. Der Abfall beruht nicht auf Zunahme der Rationen; es waren eben für eine hohe Sterbeziffer nicht mehr genügend Leiche vorhanden. Es sind andere Versorgungsanstalten tatsächlich ganz ausgestorben.

In allen Fällen geht Wassersucht, die an den Beinen beginnt, dem Tode voraus. In den Großstädten sind die Erscheinungen des Hungerödems seit dem Winter 1916/17, als die schlechte Kartoffelernte dazu nötigte, Rüben statt Kartoffeln auszuteilen, sehr wohl bekannt. In Hamburg spricht das Volk seitdem von „Rübenbeinen". Man sieht sie nicht auf der Straße, denn die Verhungernden können nicht mehr herumlaufen. Auch aus der Sterbestatistik kann man den Hungertod Gestorbenen nicht direkt feststellen. Die Geschwächten fallen vor dem endlichen Hungertod bereits anderen Krankheiten zum leichten Opfer, und doch ist der Hunger die Hauptursache des Todes.

Erst jetzt sind zahlenmäßige Feststellungen hierüber bekannt geworden; die obengenannte Ziffer — zirka 800 000 Tote —

ihnen entnommen. Man findet das Nähere in den Mitteilungen medizinischer Autoritäten wie Rubner, Orth, Kraus u. a. in einer Sitzung der vereinigten Berliner Ärztegesellschaften (Berliner klinische Wochenschrift 1919, Nr. 1). Beweiskräftiger noch im einzelnen als große Zahlen ist ein ausgesuchtes kleines Material wie das obengenannte, welches vor jeder falschen Auslegung der statistischen Zahlen schützt, aber in unserem Fall wie eine Stichprobe das bestätigt, was die großen Statistiken im allgemeinen aussagen.

Jetzt trennt die deutschen Großstädte vielleicht nur noch eine kurze Spanne Zeit vor dem Schicksal, das Petersburg bereits erreicht hat. Dann wird die Blüte eines Kulturvolkes im Zeitalter der „Humanität" dem grauenvollen Zuge des Todes folgen müssen, dem bereits Hunderttausende von Siechen, Kranken, Alten und Kindern angehören.

Es ist nicht nötig, hierzu noch viele Worte zu machen. Zu den Daten, die hier oben mitgeteilt sind, kommt die starke Zunahme der Säuglingssterblichkeit in ganz Deutschland. Ihr könnte Einhalt getan werden, wenn von all der Moral und Menschlichkeit, mit der sich die Entente brüstet und die uns für den Friedensschluß versprochen worden ist, Präsident Wilson nur einen genügenden Vorrat von konservierter Milch für die kleinen Kinder und die Alten und Kranken nach Deutschland gelangen zu lassen fähig wäre. Er ist es offenbar nicht. Statt dessen lesen wir, wie englische Ärzte im Interesse ihres Landes mit Behagen ihrem Publikum erzählen, durch die Folgen der Blockade sei nicht nur die jetzige Generation in Deutschland schwer geschädigt, sondern auch die zukünftige werde es sein, die Kinder, die von den Eltern geboren werden würden, die die Blockade durchgemacht haben. Man nenne, sagt ein englischer Autor, die Rachitis in Deutschland die „englische" Krankheit. In Zukunft würde diese Bezeichnung für die Deutschen noch einen viel genaueren und wörtlich richtigen Sinn haben, denn die Hauptkrankheit der kommenden Generation werde eben, infolge der elterlichen Unterernährung durch die englische Blockade, die Rachitis sein!

Der Sinn solcher Ausführungen von englischer Seite ist der, daß eben hierdurch die „deutsche Gefahr" für England so gründlich wie möglich vermindert würde. Je mehr rachitische oder sonst lebensschwache, an Körper und Geist minderwertige Kinder in Deutschland geboren werden, desto erfreulicher für England. Dazu war die Blockade gut, und dazu soll sie noch so lange wie möglich fortdauern. Ist das die Politik der Regierung des „auserwählten" englischen Volks, so ist sie darum doch höllisch. Herr Wilson, der ein guter Mann sein mag und uns allerlei Tröstliches sagen läßt, ist, wie man sieht, machtlos, etwas dagegen zu tun. **Wozu aber haben wir denn selber eine Regierung, eine Nationalversammlung, eine Presse, wenn alle diese Instanzen nicht wie ein Mann vor aller Welt gegen diese Politik der Hölle aufstehen?** Jetzt, so erfährt das deutsche Volk von der Waffenstillstandskommission, soll ihm tropfenweise das Notdürftigste an Nahrung bewilligt werden, **wenn es — bedingungslos seine Handelsflotte ausliefert!** Das ist eine Erpressung auf Kosten unserer zukünftigen Lebensfähigkeit, die nicht weniger teuflisch genannt zu werden verdient als alles Vorhergehende.

Man hat den Notstand in Deutschland absichtlich sich immer weiter verstärken lassen. Man hat befriedigt zugesehen, wie die Folgen der Revolution uns der Möglichkeit beraubten, selbst nur auf die bisherige an unserem Lebensmark nagende Art und Weise uns weiter durchzuhelfen. Nun, wo die unmittelbare Hungerkatastrophe droht, stellt man uns eine kärgliche Lebensmittelration in Aussicht, wenn wir die Handelsschiffe hergeben, die uns dazu dienen sollen, später wieder aus eigener Kraft unseren Unterhalt zu verdienen. Und diese satanische Politik soll die Einleitung zum Völkerbund und der Ausfluß des Wilsonschen Weltgewissens sein!

Heinrich Gerland / Demokratische, nicht „bürgerliche" Politik

Alfred Weber soll in einer Volksversammlung das Wort gebraucht haben, die Deutsche demokratische Partei sei keine bürgerliche Partei.

Mit diesem Wort ist von der Gegenseite starke Agitation getrieben worden, indem behauptet wurde, ein wesentlicher Unterschied zwischen der Demokratie und der Sozialdemokratie bestehe mithin nicht, da ja sonst die Demokratie auch eine bürgerliche Partei sein müsse.

Ich lasse dahingestellt sein, ob Weber das fragliche Wort wirklich so gebraucht hat oder nicht, jedenfalls aber ist es richtig, sofern man auf seinen wirklichen Sinn zurückgreift. Und gerade in der Tatsache, daß die Demokratie keine bürgerliche Partei im alten Sinne sein will, gerade hierin liegt meiner Ansicht nach das Neue an ihr, das die politische Zukunft unseres Parteilebens grundlegend umgestalten kann.

Zunächst, um das Ausgeführte zu beweisen, muß davon ausgegangen werden, den Gegensatz zu den sogenannten bürgerlichen Parteien einmal festzustellen. Es kann dies schließlich doch nur die sozialdemokratische Partei sein, obwohl, wie man ohne weiteres zugeben wird, zwischen Bürger und Sozialdemokratie überhaupt kein Unterschied ist. Man könnte auch daran denken, den Gegensatz dahin festzulegen, daß die Bürger auf der einen Seite, die Arbeiter auf der anderen Seite stehen. Allein die großen Parteien haben doch in der Vergangenheit immer wieder der Sozialdemokratie auf das entschiedenste die Berechtigung abgesprochen, sich als die Vertreter der Arbeiter schlechthin zu bezeichnen, da auch sie die Interessen der Arbeiter zu vertreten sich rühmten. Immerhin wird man zugeben, daß der ganze Gegensatz — bürgerlich und nichtbürgerlich — recht unklar ist, und es mag darauf hingewiesen werden, daß ein anderer Gegensatz, den man in früheren Zeiten leider Gottes immer wieder gebraucht hat, der staatserhaltenden Parteien oder der Ordnungsparteien gegenüber der Sozialdemokratie vielleicht sich mit diesem Begriff der bürgerlichen Parteien deckt, die also inhaltlich alle diejenigen umfassen sollten, die die gegebenen Verhältnisse im Staatsleben, wenn auch mit Änderungen, aufrecht zu erhalten bemüht waren.

Man sieht, eine wirklich klare Begriffsbestimmung sich hier zu bilden, ist nicht ganz einfach. Aber wie dem auch sei, jedenfalls würde keine der bisher gegebenen Begriffsbestimmungen so gestaltet sein, daß man sie zurzeit auf die Demokratie im Gegensatz zur Sozialdemokratie anwenden könnte. Denn da augenblicklich, um nur ein Beispiel hervorzuheben, die Sozialdemokratie Trägerin der Staatsverhältnisse ist, so würde sie vom Standpunkt der augenblicklichen Verhältnisse aus eine staatserhaltende, die Deutschnationale Volkspartei aber, die ja offen die Rückkehr zur Monarchie propagiert, das gerade Gegenteil davon sein. Um nun aber die Stellung der Demokratie festzulegen, dürfte folgendes von Wichtigkeit sein.

Das, was der Sozialdemokratie ihre außerordentliche Stoßkraft seinerzeit verliehen hat, war, abgesehen von der Unterdrückungspolitik Bismarcks, die Tatsache, daß sie als bewußte Vertreterin der Interessen eines Standes in den Kampf der Parteien eintrat. Sie basierte auf dem Klassenkampf, und sie nahm nur die Interessen der einen Seite der Kämpfenden wahr, die Inter-

essen der Arbeiter, des Proletariats. Mochten auch noch so viele Arbeiter sich ihr nicht anschließen, die Tatsache konnte nicht geleugnet werden, daß sie bewußt die Interessenvertretung der Arbeiter zu ihrem eigentlichen Programm machte. Dieses Beispiel fand Nachahmung, und es verwandelte sich namentlich die konservative Partei, die dies ja von Anfang an nicht gewesen war, in eine Partei, die im wesentlichen lediglich die agrarischen Interessen der Großgrundbesitzer vertrat. Auch die nationalliberale Partei, wenigstens ihr rechter Flügel, stellte Interessenvertretung immer mehr in den Vordergrund der politischen Erwägungen, und zwar war es hier die Schwerindustrie, die sich durch Männer, die heute die Deutsche Volkspartei gegründet haben, vertreten ließ. So entstand das eigenartige politische Bild, das namentlich noch aus den Kämpfen um den Zolltarif in unerquicklichster Erinnerung ist, daß die ganze politische Frage eine Interessenfrage wurde, daß der politische Kampf Interessenkampf, daß die politische Tätigkeit Interessenvertretung war.

Hier nun muß die Deutsche demokratische Partei einsetzen, wenn sie wirklich gänzlich ungesunde politische, ja, man möchte beinahe sagen, unpolitische Verhältnisse wieder sanieren, wieder politisieren will. Sie muß und wird davon ausgehen, daß es ein grundlegender Fehler ist, anzunehmen, Politik sei Interessenvertretung. Dieser Gedanke hat sich ja allerdings im Laufe der Zeit in der deutschen Wählerschaft in wenig schöner Weise festgesetzt und heute, wo der Wahlkampf vorbei ist, darf doch ruhig ausgesprochen werden, daß eine seiner unerfreulichsten Erscheinungen das Jagen der Interessenverbände nach den Mandaten war. Sie alle, wie sie sich auch nun nannten, wollten ihre Männer im Parlament haben, und sie überlegten nicht, daß Politik eine schwierige Kunst ist, die nicht nur darin besteht, daß bestimmte Forderungen einzelner Klassen vorgetragen werden, sondern darin, daß die verschiedenen Forderungen, die dem Parlament keineswegs bloß durch Mitglieder übermittelt werden können, untereinander in Einklang gebracht werden müssen.

Es liegt doch auf der Hand, daß die vielen wirtschaftlichen und sonstigen Standesinteressen Deutschlands nicht alle restlos befriedigt werden können, wenn auch manche Parteien vor den Wahlen noch so weit restlose Versprechen gegeben haben. Für diese Interessen muß vielmehr ein vernünftiger Ausgleich gefunden werden, der jedes Interesse so weit wie möglich berücksichtigt, der aber zwischen den widersprechenden Interessen den billigen Ausgleich herstellt. Und damit kommen wir zu dem, was eigentlich das Wesen der Politik ausmacht: **Politik ist Interessenausgleich, nicht Interessenvertretung**, und die Aufgabe eines jeden Parlaments ist es, diejenigen Grundsätze in der Politik, in der Verwaltung festzulegen, nach denen die verschiedenen Stände, die verschiedenen Klassen zusammenleben können unter reichster Entfaltung ihrer Eigenart, unter möglichster Schonung der anderen Klassen und anderen Stände. Jede andere Auffassung der Politik, die von der Interessenvertretung ausgeht, endet schließlich in der brutalen Gewalt, und es ist historisch wie politisch nichts interessanter als die Tatsache, daß die Sozialdemokratie heute in ihren radikalen Elementen logischerweise zur Diktatur des Proletariats gelangt. Sie muß dahin gelangen, will sie ihrem Ausgangspunkt getreu bleiben — der Interessenvertretung —, denn es ist klar, daß sich die einseitige Vertretung der Interessen der Arbeiter auf die Dauer nur ermöglichen läßt durch Gewalt, durch Diktatur, genau wie sich die einseitige Aufrechterhaltung der junkerlichen Vorherrschaft in Preußen nur durch die Gewalt, nur durch die verschleierte Diktatur des alten Regimes erhalten ließ.

Es dürfte nunmehr klar sein, warum die Deutsche demokratische Partei keine „bürgerliche Partei" im üblichen Sinne sein will. Sie will eben nicht ein Interesse vertreten, sagen wir, um den einen Gegensatz hervorzuheben, das Interesse der „Bürgerlichen" gegenüber den „Arbeitern", oder, um ein anderes Interesse zu betonen, das der Kapitalisten gegenüber den Nichtbesitzenden. Die Deutsche demokratische Partei geht vielmehr davon aus, Grundsätze für das politische Leben festzulegen, nach denen die soziale Gesamtheit ohne innere Reibungen, ohne innere Kämpfe im Einklang der Gesamtinteressen leben und wirken kann. **Ihre ganze Politik ist mithin eingestellt auf die Gesamtheit.** Hier ist ihr letztes Ziel, und dieses Wohl der Gesamtheit durchzuführen auf der Grundlage politischer, sittlicher und sozialer Gerechtigkeit macht ihr eigentliches Programm aus.

Die Tatsache nun, daß durch die demokratische Politik jener leidige Gegensatz der bürgerlichen und der nichtbürgerlichen Parteien überwunden wird, scheint mir von den segensvollsten Einflüssen auf unsere innere Politik zu sein, und zwar nach doppelter Richtung hin.

Wir bemerkten schon, daß die große Stoßkraft der Sozialdemokratie darauf beruhte, daß sie bewußt die Interessen der Arbeiterschaft vertrat. In dem Augenblick nun, wo die anderen Parteien sich im Gegensatz zur Sozialdemokratie bürgerliche Parteien nannten, lag für den Arbeiter der Gedanke wirklich sehr nahe, die Sozialdemokratie wolle nicht nur seine Interessen vertreten, sondern sie sei auch die einzige Partei, die dies tue, mithin die eigentliche Arbeiterpartei. Denn wie konnte er anders den Unterschied „bürgerlich" und „nichtbürgerlich" auffassen, als in dem Gegensatz von Bürger und Arbeiter oder dem Gegensatz vom Besitzenden und Nichtbesitzenden. Ich glaube, das starke Wachstum der Sozialdemokratie beruht zum wesentlichen darauf, daß sich die anderen Parteien in diesen Gegensatz zu ihr — bürgerlich und nichtbürgerlich — gesetzt haben. Je entschiedener nun die Deutsche demokratische Partei betont, daß sie mit diesem alten Schablone nichts zu tun hat und haben will, um so mehr dürfte es auch den unbefangenen Arbeitern, die noch nicht zu den Organisationen der Sozialdemokratie gehören, klar werden, daß auch andere Parteien Vertreter der Arbeiter sind, so gut wie die Sozialdemokratie, ja, daß es überhaupt diesen Unterschied von bürgerlich und nichtbürgerlich nicht gibt. Und damit wird dann die Werbekraft der Sozialdemokratie unendlich abnehmen. Alle die unzählig vielen Mitläufer der Sozialdemokratie stehen dann vor einer neuen Entscheidung. Und wenn diese Entscheidung im augenblicklichen Wahlkampf noch nicht im vollen Umfange zum Nutzen der demokratischen Partei getroffen ist, so ist das verständlich genug. Denn der schönen Worte werden immer sehr viele im Wahlkampf gemacht, aber auf die Dauer gewinnt man die Wähler doch nur mit Taten, und eine Partei, die, wie die neue demokratische Partei, noch keine Taten aufweisen kann, befindet sich selbstverständlich in einer schwierigen Lage. Daß aber die alten Parteien das Vertrauen der breiten Massen nicht ohne weiteres besessen haben und besitzen konnten, auch soweit sie liberal waren, ist eine Tatsache, an der auch der überzeugteste Anhänger des Liberalismus nicht vorübergehen kann. So hat denn auch die eigentliche Entscheidungsstunde für die Partei nicht etwa an den Wahltagen geschlagen. Ihre Schicksalsfrage steht vielmehr jetzt zur Entscheidung, wo die Betätigung der Partei zu beginnen hat. Denn es kann nicht zweifelhaft sein, daß an die Partei die Aufforderung herantreten wird, sich an der Bildung der Regierung zu beteiligen. Sie muß und wird diesem Rufe Folge leisten. **Und dann beginnt die Stunde der Verantwortung.** Denn vom rein parteitaktischen Standpunkt aus war ja das alte System der Bürokratie so unendlich viel bequemer; da war die Partei immer unverantwortlich und konnte sich immer damit decken, daß sie sagte: „Ja, wenn ich regiert hätte, so wäre es ganz anders gekommen." Heute muß sie selbst das Ruder mit ergreifen. Heute wird sie in Bälde zu beweisen haben, ob ihr Programm mehr als ein Wahlprogramm, ob es wirklich die Richtlinie für künftiges Handeln ist. Wenn dies aber der Fall ist, und nur wenn dies der Fall ist, dann wird sie die Wähler besser gewinnen, als wenn sie nur Wahlversprechungen macht.

Die Schwierigkeit ihrer Aufgabe liegt nun natürlich besonders darin, daß sie nicht allein die Majorität besitzt, um zu regieren, sondern daß sie in ein Koalitionsministerium eintreten muß, bei dem die Sozialdemokratie die stärkere sein wird. Daß natürlich ihr Eintritt sich nicht vollziehen kann auf der vom „Vorwärts" verlangten Basis, daß das sozialistische Programm verwirklicht wird, liegt auf der Hand. Nur soweit das Parteiprogramm der Demo-

Digitized by Google

schen demokratischen Partei geht, ist ein Zusammenarbeiten möglich, und wenn auch im einzelnen Kompromisse nicht ausbleiben können, so ist es selbstverständlich, daß nicht die einseitige sozialistische Idee zur Durchführung gelangen darf, sondern daß die mittlere Linie gefunden werden muß zwischen dem, was die Sozialdemokraten, zwischen dem, was die Demokraten anstreben. Daß diese Verantwortung der Koalitionsministerien aber parteipolitisch eine überaus schwere Belastung darstellt, ist selbstverständlich. Durchaus aber muß der Gedanke zurückgewiesen werden, der vereinzelt geäußert ist, daß die Demokratie nicht in die Regierung eintreten soll, sondern daß sie der Sozialdemokratie die ganze Verantwortung überließe. Das hieße: am wichtigsten Punkt parlamentarischer Politik zu versagen, den es überhaupt gibt, bei der Tat.

Auf der anderen Seite würde aber die Methode des Interessenausgleiches auch noch die Wirkung haben, daß unser Parteikampf, soweit die Sozialdemokratie in Frage kommt, entgiftet würde. Es ist eine der traurigsten Tatsachen deutscher Parteigeschichte, die die innere Politik Bismarcks außerordentlich belastet, daß die größte Partei Deutschlands mit dem Stigma des Vaterlandsverrats, der nicht staatserhaltenden Partei so lange Zeit belastet werden konnte. Von konservativer Seite aus war es ja ganz klug, die Sozialdemokratie zu ächten und in eine Stellung zu bringen, die ungefähr ähnlich derjenigen war, die der Radikalismus in England in dem ersten Drittel des vorigen Jahrhunderts einnahm. Durch diese Ächtung wurde erreicht, daß ein wirklich politisch wirkungsvoller Liberalismus nicht existierte, denn, da bei unserem damaligen Wahlsystem in den Stichwahlen in den meisten Fällen die Entscheidung bei der Sozialdemokratie lag, so war der entscheidende Schnitt für die konservative Politik stets zu machen zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus, wollte man den Liberalismus wirklich treffen. Daß diese Ächtung großer Volksteile einen unsagbaren Haß in diesen hervorrufen mußte, daß die verwaltungsmäßige Entrechtung der Sozialdemokraten, die man anstrebte und durchführte, nur zu einer immer stärkeren Radikalisierung der Massen führen mußte, das konnte nur Politikern von einer Kurzsichtigkeit entgehen, wie den Konservativen, die ja zumeist nur Tagespolitik für ihre kleinen Interessen getrieben haben. Das Fehlen des Liberalismus in der politischen Leitung unserer Staatsgeschäfte, die einseitige Orientierung unserer Politik nach rechts, mußte notgedrungen zur Revolution führen, die der Einsichtige, sollte der Staatskurs nicht grundlegend geändert werden, schon vor dem Jahre 1914 als unausbleibliche Notwendigkeit erkannt hatte. Stets hat der Liberalismus die Funktion im politischen Leben ausgeübt, der Radikalisierung der großen Menge vorzubeugen. Aber bei uns war er zur Einflußlosigkeit verdammt, und es ist interessant, daß die ganze sozialdemokratische Bewegung, wie sie bei uns sich so überraschend groß entwickelt hat, eine doch in dieser Form fast ausschließlich auf Deutschland beschränkte historische Erscheinung ist. Sie war und ist die revolutionäre Erscheinung des Gegendrucks gegen den ungeheuren Druck der verschleierten deutschen Autokratie. Sie kann daher heute vom entschiedenen Liberalismus in ihren letzten Konsequenzen überwunden werden.

Leider hat der Liberalismus diese klare Sachlage nicht immer erkannt. Er ließ sich von politischen Dilettanten zu der bekannten Bülowschen Blockpolitik einfangen, die das Gegenteil vom politisch Möglichen war. Er machte die bürgerliche Mischmaschpolitik nur allzu häufig mit, und es kann und darf nicht geleugnet werden, daß auch heute noch in Kreisen der Deutschen demokratischen Partei politische Anschauungen vertreten werden, die an den alten Gedanken der bürgerlichen Parteien festhalten und die vor nichts mehr zurückschaudern, wie vor einem bewußten Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie.

In dieser Hinsicht bedaure ich auch auf das tiefste, daß während der Wahlen Wahlbündnisse mit der konservativen Partei abgeschlossen worden sind. Diese Wahlbündnisse müssen die demokratische Partei auf das schwerste kompromittieren und ziehen taktisch die überaus große Gefahr nach sich, daß die Mitläufer der Sozialdemokratie nicht das Vertrauen zur demokratischen Partei gewinnen, um sich ihr anzuschließen. Wie sollten sie dies auch tun, wenn auf der einen Seite die demokratische Partei ihr Programm entwickelt, das doch im fundamentalen Gegensatz zu der konservativen Partei der Vergangenheit und der Gegenwart steht, und auf der anderen Seite Parteipolitiker bei den Wahlen unterstützt, die sachlich auf dem Standpunkt der Herren v. Oldenburg und Grafen Westarp stehen. Wahlbündnisse sind keine Versprechungen mehr; Wahlbündnisse sind Handlungen, und überaus bedauerlich ist es, daß sich die Deutsche demokratische Partei nicht gerade bei der ersten entscheidenden Wahl zu einer ganz klaren entscheidenden Wahlparole entschlossen hat. Wenn wir mit der Sozialdemokratie — ich rechne hierzu nur die Regierungs-Sozialdemokratie — in eine Regierung eintreten wollen, wenn wir mit ihr die radikalen Elemente links und rechts zurückhalten wollen, warum sollen wir nicht auch unter Umständen bei den Wahlen mit ihr zusammengehen? Gewiß, es wäre nicht richtig gewesen, ein derartiges Wahlbündnis als möglich zu erwägen oder gar vorzuschlagen, man hätte die Initiative der anderen Seite überlassen müssen. Allein, dann hätte man lieber völlig schweigen sollen! Denn jetzt machte die Ablehnung dieser Möglichkeit doch den Gedanken diskutabel, ob sich nicht etwa wieder die demokratische Partei als bürgerliche Partei in Gegensatz zu der Sozialdemokratie stellen wolle. Hier mußte klipp und klar entschieden werden: wollte man nicht mit der Sozialdemokratie zusammengehen, so durfte man bei klarer Innehaltung des eigenen Programmes unter keinen Umständen mit der Deutschnationalen Volkspartei zusammengehen. Ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen hätte sich auch schon aus dem Gesichtspunkte der Parteiehre verbieten müssen gegenüber den grenzenlosen Beschimpfungen niedrigster Art, die von konservativer Seite in überreichem Maße gegen die Demokratie gerichtet waren. Eine einzige Ausnahme hätte zugelassen werden können — das war im Kampfe gegen die Polen, da hier nicht die Parteifrage, da hier lediglich die deutsche Frage zur Entscheidung stand. Ich hoffe, daß diese Wahlbündnisse, wie sie leider vorgekommen sind, in Zukunft nicht mehr vorkommen und daß wir doch noch die Zeit erleben, wo in klarer Erkenntnis der Staatsnotwendigkeiten die Regierungsparteien untereinander Blocks abschließen, wie sie ja in Frankreich schon lange, und sicher nicht zum Nachteil der französischen Politik gebildet sind.

Allerdings ist dazu nötig, daß unsere Wähler gründlich umlernen, und zwar nicht nur die Wähler, die für uns eintreten. Wenn man, wie es die Sozialdemokratie getan hat, den Wählern jahrzehntelang den Klassenkampf gepredigt hat, wenn man hier eine Saat des Mißtrauens, ja, des Hasses gesät hat, die nun in so schrecklicher Weise aufgeht und ihre blutigen Früchte trägt, so wird es längerer Zeit bedürfen, ehe man die politische Atmosphäre wieder reinigen kann, und hier ist die große Aufgabe der Sozialdemokratie, auch ihren Standpunkt zu ändern, denn auch sie muß umlernen, sollen in Deutschland endlich wieder vernünftige politische Verhältnisse herrschen. Daß die Ansätze hierzu vorliegen, ist ohne weiteres zugegeben. Der „Vorwärts“ in den letzten Monaten hat eine Sprache geschrieben, die, treu dem sozialistischen Grundgedanken, doch erkennen ließ, daß auch von dieser Seite aus die Zeichen der Zeit verstanden sind. Die Stellung der sozialdemokratischen Parteileitung in der Streikfrage, in der Frage der Sozialisierung, der Arbeitslosenunterstützung, und andere Fragen mehr, kann nur mit Genugtuung begrüßt werden. Und wir alle, hüben und drüben, wissen ja, wie groß das Gebiet ist, das wir in gemeinsamer Arbeit beackern können, wie lang der Zeitraum ist, der notwendig ist, um allein unsere gemeinsamen Ziele durchzuführen. Wir wissen, daß das Trennende heute ruhig zurückgestellt werden kann, weil die Sozialdemokratie selbst nicht daran denken kann,

Digitized by Google

in dieser ungeheuren Stunde unseres Vaterlandes die letzten Gedanken des Erfurter Programmes völlig zu verwirklichen, und den Zukunftsstaat, wie sie ihn erträumt, einzurichten. Es würde dies ja auch ihrer eigenen Auffassung widersprechen, wonach Entwicklungen sich nicht von heute auf morgen durchsetzen können. Allein, sie hat nun einmal ihren Wählern den Zukunftsstaat stets in so glänzenden Farben geschildert, daß sie sich nicht wundern kann, wenn heute diese Wähler mit zunehmender Heftigkeit die sofortige Einführung des Zukunftsstaates verlangen, eines Staates, dessen eigentliche Ideen sie allerdings doch wohl in überwiegender Mehrzahl nicht verstanden haben, denn sie könnten doch sonst eine Sozialisierung nicht so durchzuführen versuchen, daß an die Stelle der alten Kapitalsinhaber, der Unternehmer, die neuen Kapitalsinhaber, die Arbeiter, treten.

Wie gesagt, die Sozialdemokratie hat hier eine sehr schwierige Aufgabe, die noch dadurch erschwert wird, daß ihre radikale Linke sich von ihr getrennt hat und als unabhängige Partei weiter die Versprechungen in die Masse wirft, die eine überlegte Politik doch nie verwirklichen kann. Und diese Tatsache wird umso bedeutungsvoller, als von unabhängiger Seite aus immer und immer wieder betont wird, daß der Gedanke des Klassenkampfes reingehalten werden muß, und daß nur durch den Klassenkampf der endliche Sieg der Arbeiter gewonnen werden kann. Hier klingen dann die Töne bereits an, die auf der äußersten Linken in der Forderung der Diktatur des Proletariats und der Abstreifung aller demokratischen Gedanken enden.

Aber auf der anderen Seite muß auch die demokratische Wählerschaft umlernen. Es ist auch ihr ein Gedanke fortwährend in den letzten Jahrzehnten eingehämmert worden von Freund und namentlich von Feind, und das ist der Gedanke, daß die Sozialdemokratie der letzte eigentliche Feind des Bürgertums, d. h. auch wohl des organisierten Staates überhaupt ist. Die Angst vor der Sozialdemokratie in den breiten Wählermassen ist das eigentliche charakteristische Merkmal für die Zeiten vor 1914 gewesen, und diese Angst machte sich natürlich immer geltend in dem Bestreben des Zusammengehens aller sogenannten Bürgerlichen. Hier muß umgelernt werden! Hier müssen die alten Werte umgewertet werden, denn nur so ist die Erneuerung unseres politischen Lebens möglich, und wer hier bei diesem Entwicklungsprozeß innerhalb der Parteien nicht mitmachen kann, weil er auf dem Standpunkt der alten Sammlungspolitik steht, *für den ist in der Tat kein Platz in einer klar entschiedenen, auf einer demokratischen Basis aufgebauten Partei!*

Die Aufgaben, die hier der demokratischen Partei erwachsen, sind sehr groß. Denn in der Tat handelt es sich um eine geistige Neuorientierung der Massen, die auch nicht von heute auf morgen durchgeführt werden kann, aber man irre sich nicht! Nur wenn es gelingt, auf dieser Grundlage die Partei aufzubauen, nur dann wird es auch gelingen, die widerstrebenden rechten und linken Elemente in der Partei wirklich zu verschmelzen. Denn daß diese Gegensätze vorhanden sind, ist bei jeder großen Partei selbstverständlich. Sie können zusammengefaßt werden durch eine Methode des Handelns, die gerade auf die eigentliche Partei selbst angewandt und durchgeführt wird. Denn jener Interessenausgleich, den wir in der Politik anstreben, der muß natürlich auch durchgeführt werden in der Partei selber, bei der es nicht mehr Nationalliberale oder fortschrittliche Volksparteiler in Zukunft geben darf, sondern nur noch Demokraten.

Wird aber die Partei diese ihre Aufgaben entschlossen durchführen, so wird sie ein Großes erreichen, nicht sowohl für sich, als vielmehr für das deutsche Volk. Sie wird erreichen, daß nicht mehr die Stände und Klassen sich gegenseitig bekämpfen, sondern daß alle Berufe mitwirken an dem Aufbau und der Gesundung unseres Vaterlandes. Sie wird das Trennende, was die Bismarcksche Politik in das Volk hineingeworfen hat, wieder beseitigen. Sie wird den politischen Kampf entgiften, und sie wird damit dem letzten Ziel der Demokratie zum Siege verhelfen, daß da, wo es um die Gesamtheit des Volkes geht, auch das gesamte Volk als Einheit mitzuwirken hat. So erscheint mir der Gedanke durchaus erfreulich und nichts weniger als schrecklich, daß wir keine bürgerliche Partei sind, sondern daß wir eine Partei des Volkes sind, in der Arbeiter und Bürger, Städter und Bauern Hand in Hand gehen, um ihre politischen Gedanken zur Durchführung zu bringen, die nicht nur ihnen allein nützen sollen, sondern deren Nutzen lediglich bewertet wird durch die Wirkungen auf die Allgemeinheit. Damit ist dann erreicht die Überwindung der öden Nützlichkeitspolitik und Selbstsucht des einzelnen, der Sieg des wahren Sozialismus, der doch im wesentlichen auch nur eine bestimmte Einstellung des politischen Denkens und Wollens ist, nicht aber etwa seine Begriffsbestimmung ausschließlich in irgendeinem Programm, sei es auch im Erfurter Programm, findet.

Heinz Potthoff / Die Mitwirkung der Arbeitnehmer-Ausschüsse bei Kündigungen

Die Schicksalsfrage der deutschen Volkswirtschaft ist, ob es gelingt, in kürzester Zeit den Arbeitswillen der Millionen wieder zu wecken und zu steigern. Denn viel schlimmer noch als die unsinnige Hinauftreibung der Löhne und die phantastische Verschuldung des Reiches ist der Rückgang in der Arbeitsleistung und die Abneigung der Erwerbslosen gegen jede unbequeme Tätigkeit. Wieweit diese allgemeine Stimmung durch Kriegsdienst und Kriegsarbeit erklärlich ist, wieweit die Erwerbslosenfürsorge ungünstig wirkt, soll nicht untersucht werden. Tatsache ist, daß Streikfieber, Rückgang der Arbeitsleistung bei Steigerung der Löhne und Arbeitsunlust weiter Kreise uns unfehlbar in den Bankrott führen müssen.

Als *einziges* Rettungsmittel erscheint mir die radikale *Demokratisierung* der Wirtschaft, die den Arbeitern und Angestellten selbst einen Teil der Verantwortung auflegt. Nur wenn frei gewählte Vertrauensleute der Erwerbslosen es anerkennen und vertreten, kann die Erwerbslosenunterstützung aus einem Hemmnis zu einer Förderung der Arbeitslust abgebaut werden. Nur wenn die Arbeiter und Angestellten *jedes* Betriebes an der *Regelung* seiner inneren Verhältnisse *mitwirken* und am *Ertrage beteiligt* werden, ist zu hoffen, daß sie Arbeitsbedingungen und Löhnen zustimmen, die den Betrieb wieder wirtschaftlich möglich machen.

Die dazu nötige Vertretung der Arbeitnehmer ist durch die Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 23. 12. 18 (RGB. S. 1456) geschaffen, die für *alle* Betriebe, Verwaltungen und Büros mit mindestens 20 Arbeitern einen Arbeiterausschuß, mit mindestens 20 Angestellten einen Angestelltenausschuß vorschreibt. Die Aufgaben dieser Ausschüsse sind in § 13 der Verordnung zusammengefaßt. Neben Einzelheiten, wie Überwachung der Tarifverträge, Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren, liegt ihnen ob, das gute Einvernehmen zu fördern, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten dem Arbeitgeber gegenüber wahrzunehmen, bei der Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse mitzuwirken. Das umfaßt sowohl die Regelung der Kündigungsfristen und sonstigen Kündigungsbedingungen im allgemeinen, wie die Vertretung der Arbeitnehmer im einzelnen Kündigungsfalle.

Eine solche Mitwirkung ist ausdrücklich vorgesehen in den Verordnungen über Einstellung und Entlassung während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung. Die Verordnung vom 4. 1. 19 (RGB. S. 9) für die gewerblichen *Arbeiter* schreibt in § 6 vor, daß die bei einer Einschränkung der Arbeiterzahl eines gewerblichen Betriebes mit mindestens 20 Arbeitern zur Entlassung kommenden Arbeiter „*im Benehmen* mit dem Arbeiterausschuß zu bestimmen" sind. Der Ausdruck „im Benehmen" ist leider recht unbestimmt. Er verpflichtet zweifellos den Arbeitgeber zur Anhörung des Ausschusses, läßt aber offen, ob er an dessen Zustimmung gebunden ist. Diese Zustimmung dürfte als *nicht* erforderlich erscheinen, wenn man zur Auslegung die Verordnung über Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 9. 1. 19 (RGB. S. 8)

Digitized by Google

heranzieht. Denn in deren § 5 heißt es, daß Schwerbeschädigte „nur nach Anhörung der bestehenden Arbeitnehmerausschüsse" entlassen werden dürfen. Und es ist kaum anzunehmen, daß der Gesetzgeber (hier der Staatssekretär für wirtschaftliche Demobilmachung allein, dort in Verbindung mit der Reichsregierung) dem Schwerbeschädigten eine geringere Sicherung gewähren wollte als den übrigen Kriegsteilnehmern und den beim Inkrafttreten der Verordnung vom 4. 1. 19 gerade beschäftigten Arbeitern. Ob diese Verordnung auch für Arbeiter, die erst nachher eingestellt werden, die 14tägige Kündigungsfrist und das Benehmen mit dem Arbeiterausschuß vorschreibt, ist recht zweifelhaft.

Noch unklarer wird der Sinn des „Benehmens" durch die neueste Verordnung vom 24. Januar 1919, welche die Einstellung und Entlassung von Angestellten regelt. In ihrem Entwurfe war vorgesehen, daß eine Kündigung der wiedereingestellten Kriegsteilnehmer und der von ihnen verdrängten gegenwärtigen Angestellten nur im Einverständnisse mit dem Angestelltenausschuß erfolgen dürfe. Dieses Einverständnis ist wesentlich klarer als das Benehmen und verbietet zweifellos eine Kündigung gegen den Widerspruch des Ausschusses. In der endgültigen Fassung der Verordnung ist leider die Verschlechterung aus der Arbeiterverordnung übernommen worden, und § 9 schreibt (unter erheblicher Abweichung vom § 6 der Verordnung vom 4. Januar 1919) vor: „Welche Angestellten nicht wieder eingestellt zu werden brauchen oder zur Entlassung zu kommen haben, ist im Benehmen mit dem Angestelltenausschuß oder, wenn ein solcher nicht besteht, mit der Mehrzahl der Angestellten zu bestimmen." Schon dieses „Benehmen mit der Mehrzahl der Angestellten" ist widersinnig, denn warum soll sich der Unternehmer nicht mit allen ins Benehmen setzen, und welche soll er von der Beratung ausschließen?

Nun handelt aber der § 8 von dem Rechte der Wiederaufhebungen solcher Kündigungen, die seit dem 1. November 1918 ausgesprochen sind, und nimmt davon diejenigen aus, die „im Einverständnis mit dem zuständigen Angestelltenausschuß erfolgt" sind oder für die „das nachträgliche Einverständnis des Angestelltenausschusses herbeigeführt wird". Hier ist eine Änderung augenscheinlich vergessen. Da auch die Verordnung vom 9. Januar 1919 über Schwerbeschädigte für alle Angestellten gilt, so stehen hier also die drei Ausdrücke Anhörung, Benehmen und Einverständnis nebeneinander.

Diese Unklarheiten machen eine unzweideutige amtliche Auslegung oder eine Änderung wünschenswert. Dabei wird man nicht so weit zu gehen brauchen, jede Entlassung eines Arbeiters oder Angestellten von der Zustimmung des Ausschusses abhängig zu machen. Aber in folgenden vier Fällen sollte diese als Voraussetzung für die Rechtswirksamkeit der Kündigung vorgeschrieben werden:

1. Bei der Kündigung eines Ausschußmitgliedes. § 14 der Verordnung vom 23. Dezember 1918, der den Arbeitgebern bei Strafe untersagt, ihre Arbeiter und Angestellten wegen der Übernahme oder der Art der Ausübung der Tätigkeit als Mitglied eines Ausschusses zu benachteiligen, entspricht den Vorschriften des Hilfsdienstgesetzes, der Versicherungsgesetze, der Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetze. Alle diese Bestimmungen stehen nur auf dem Papiere, solange die Kündigung ohne Angabe eines Grundes zulässig bleibt — es sei denn, daß die Organisationen endlich einmal wegen Benachteiligung eines Arbeitnehmers durch ungerechtfertigte Kündigung Strafanzeige erstatten und ein Gericht den Unternehmer verurteilt. Der wirksamste Schutz ist der Ausschluß der Kündigung — es sei denn, daß ein „wichtiger Grund" zur fristlosen Entlassung vorliegt oder der Ausschuß die Kündigung als berechtigt anerkennt.

2. Bei der Kündigung eines wiedereingestellten Kriegsteilnehmers oder eines Schwerbeschädigten. Mindestens für die nächsten Monate, in denen die Erwerbsmöglichkeiten schwierig und ungeklärt sind, müßten gerade diese Arbeitnehmer vor grundloser Entlassung geschützt sein.

3. Bei Entlassung eines Arbeitnehmers, der seit einer Reihe von Jahren ununterbrochen im Betriebe tätig ist. Namentlich dann, wenn mit der Beschäftigung die Mitgliedschaft zu irgendwelchen Kassen oder sonstigen Wohlfahrtseinrichtungen verbunden ist und womöglich Zwangsbeiträge gezahlt sind, deren Wert beim Austritt verlorengeht.

4. Schließlich sollte auch, wenn in Großbetrieben (über 100 Arbeitnehmer) eine Verminderung der Arbeiterzahl um einen erheblichen Teil (etwa mehr als ein Zehntel) eintritt, die Auswahl der zu Entlassenden an die Zustimmung des Ausschusses geknüpft werden. Wenn der Arbeitgeber die Entscheidung darüber behält, ob die Einschränkung erfolgen soll, so kann gegen die Mitwirkung der Leidtragenden an der Auswahl kaum etwas eingewandt werden.

Etwaige Bedenken der Unternehmer gegen solche Bindungen verlieren sehr an Gewicht durch die Erwägung, daß es sich in den beiden ersten Fällen nur um sehr wenige Angestellte handelt, daß die „wichtigen Gründe" unberührt bleiben, die neuen Vorschriften auf Arbeitnehmer mit vorübergehender und aushilfsweiser Beschäftigung keine Anwendung finden und schließlich, daß eine Meinungsverschiedenheit über Kündigung dem Schlichtungsausschusse unterbreitet werden kann. Wenn auch die Verordnungen über Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern während der wirtschaftlichen Demobilmachung nur den Charakter vorübergehender Notmaßnahmen haben, so dürfte ihr Inhalt doch in die künftige Gesetzgebung als dauernde Einrichtung übergehen, wenn sie sich bewährt haben. Deswegen ist zu wünschen, daß die Vorschriften klar sind und daß sie von beiden Parteien des Arbeitsverhältnisses in dem Sinne der Gemeinbürgschaft beachtet werden, die allein uns aus der gegenwärtigen Not retten kann.

Margarete Rothbarth / Nachträgliche Erwägungen

Während der Gedanke an den Völkerbund als den einzigen großen positiven Wert, den das Grauen von mehr als vier Jahren der Welt geschenkt hat, von allen Ländern verhandelt wird, während die einen in ihm den staatenlosen Weltvölkerbund des Sozialismus erhoffen, die anderen ihn als Deckmantel angelsächsischen Imperialismus glauben befehden zu müssen, taucht im Schwalle theoretischer Erörterungen mehr denn einmal von unbefangener Seite die Frage auf: Wie wird sich der Völkerbund praktisch in einer Streitfrage zu verhalten haben, wie stellt er es an, um künftige Kriege zu vermeiden, kann es überhaupt Unparteilichkeit in Entscheidungen von solcher Tragweite und nationaler Verflochtenheit geben? Wie wäre der Lauf der Dinge gewesen, was hätte das Schiedsgericht tun müssen, wenn man sich im Juli 1914 an es gewandt hätte? Die Antwort auf diese Frage findet sich in dem Buche Walther Schückings, des bekannten Vorkämpfers der Friedensbewegung: „Die völkerrechtliche Lehre des Weltkrieges" (Veit & Co., Leipzig. 237 S., geh. 9 M., geb. 12 M.). Der Gedankengang dieser Arbeit soll hier wiedergegeben, aber nicht zur Diskussion gestellt werden. Es muß ferner auch berücksichtigt werden, daß das Buch vor mehr denn einem Jahr geschrieben wurde, daß es also noch nicht alles Material, das über den Ausbruch des Krieges vorhanden ist, hat verarbeiten können, das zeitlich letzte sind die Enthüllungen des Suchomlinow-Prozesses. Dadurch ist natürlich manches im einzelnen unvollständig, das Ganze aber ist trotzdem sehr lehrreich, um zu zeigen, wie auf Grund der Haager Vorarbeiten, die ja leider im großen Publikum noch immer wenig genug bekannt sind, doch manches versucht worden ist, was leider durch die Tatsache, daß die Institution als solche noch zu wenig ausgebaut und fundiert war, scheitern mußte.

Schücking unterscheidet zwei durch die Haager Vereinbarungen gebotene Möglichkeiten, die in der kritischen letzten Woche des Juli 1914 auch wirklich aufgetaucht sind, ohne aber — leider — mehr als Vorschläge gewesen zu sein: Der Gedanke einer Lösung durch einen Haager Schiedsspruch oder durch eine formelle Vermittlungsaktion.

Digitized by Google

Zweimal wurde der Vorschlag zu einer schiedsgerichtlichen Entscheidung gemacht. Einmal von der serbischen Regierung in ihrer Antwortnote (25. Juli 1914) auf das Ultimatum und später durch eine Depesche des Zaren an den deutschen Kaiser.

Das Haager Schiedsgericht, wie es durch die Konferenz des Jahres 1907 ausgebaut war, zählt nur juristische Streitfragen zu seinem Verhandlungsbereich, und Schücking kommt an der Hand des österreichischen Ultimatums und der serbischen Antwort zu dem Ergebnis, daß die durch die Mordtat in Serajewo geschaffene Lage rechtlich vor das Forum des Schiedsgerichts zu bringen gewesen wäre. Die Hauptschwierigkeit, über die eine Einigkeit nicht zu erzielen war, war, daß Österreich eine Mitwirkung seiner Beamten bei der Untersuchung in der gegen seinen Bestand gerichteten serbischen Bewegung verlangte, eine Forderung, die in die Souveränität Serbiens eingriff. „Auf internationalem Gebiet können reine Rechtsfragen durch irgendwelche Zufälle einen politischen Charakter annehmen", und so liegt der Fall auch hier. Einerseits verlangte das Prestige von Österreich, daß für das Verbrechen eine Sühne geschaffen und in Zukunft ein Riegel vor die feindlichen serbischen Bestrebungen geschoben wurde. Andererseits mußte bei der Schärfe der Forderungen des Ultimatums damit gerechnet werden, daß Österreich vor dem Schiedsgericht unterliege. Aber das konnte wiederum Österreichs Ansehen nicht dulden. Es war ein Unglück, daß man sich festgelegt hatte und nun nicht mehr zurück konnte. Doch hat sich Österreich damit keineswegs in Widerspruch mit den Ideen des modernen Völkerrechts gesetzt. Auswege hätte es aber trotzdem wohl noch gegeben, indem man den Haager Schiedshof nicht um einen Richterspruch, wohl aber um ein unverbindliches Gutachten gebeten hätte, das eine Lösung dieses Konfliktes zeigen sollte und worin neue Vorschläge enthalten gewesen wären, auf die man sich hätte einigen können, ohne dadurch an Prestige etwas zu verlieren. — Der Vorschlag des Zaren an den Kaiser, das österreichische Problem der Haager Konferenz zu übergeben, kam zu spät (28. Juli). Der Krieg war schon erklärt, und nun konnte keiner mehr zurück. Das Schiedsgericht, das die Weltkatastrophe verhindern sollte, hatte also versagt.

Aber das Haager Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitkräfte sah noch eine andere Möglichkeit voraus: Die guten Dienste und die Vermittlung durch die nicht am Krieg beteiligte Mächte das Unglück verhindern sollten. Hier hatte Sir Edward Grey die Initiative ergriffen und wollte mit Berlin, Rom und Paris Schritte tun, um die inzwischen eingetretene Verwicklung zwischen Rußland, das sich zum Anwalt Serbiens gemacht hatte, und Österreich zu lösen. Dieser Vorschlag ist am Widerstande von Berlin und Wien gescheitert, und zwar auf Grund der durch die Bündnispolitik der Jahre vor dem Krieg geschaffenen Lage. Nur Deutschland hätte auf Seiten Österreichs gestanden, die drei anderen Mächte aber — Italiens Haltung war Eingeweihten schon damals kein Geheimnis — hätten für Rußland gestimmt, und dieser Ungleichheit in der Stimmenvertretung wollte man sich nicht aussetzen.

Aber es gab noch andere Möglichkeiten, um Österreich die in Serbiens Beantwortung des Ultimatums vermißten Garantien zu geben. Der Vorschlag des französischen Botschafters Cambon war der, daß Serbien zwar die Kontrolle einer einzelnen Macht zurückweisen müsse, daß aber bei einer internationalen Kommission die Lage wohl anders und daher annehmbarer für es sei. Solche Fälle hat es ja schon öfters gegeben, z. B. die Finanzkontrolle Griechenlands seit 1879 oder das Ergebnis der Blockade in Venezuela 1903. Aber auch hier hatten die Zentralmächte wieder den Verdacht, daß das System der großen europäischen Bündnisse für sie von Nachteil sei, weil die Vermittler in gewissem Sinne gleichzeitig Parteien waren. Es zeigt sich hier so recht offenbar, wie wichtig der erste von Wilsons vierzehn Punkten ist, nämlich, daß „keine geheimen internationalen Vereinbarungen irgendwelcher Art mehr getroffen werden dürfen, sondern daß die Diplomatie immer offen und vor aller Welt getrieben werden soll". Nur auf dieser Grundlage läßt sich der Völkerbund aufbauen. Die Ablehnung des Vermittlungsversuchs durch die Zentralmächte ist „also das Resultat der allgemeinen politischen Konstellation in Europa mit dem fortgesetzten diplomatischen Ringen der beiden Bündnissysteme und der dadurch geschaffenen Atmosphäre".

Ein Versuch einer direkten Verständigung zwischen Österreich und Rußland, das als Schützer Serbiens nun die größte Behinhinderung für die Lokalisierung des Konflikts darstellt, scheitert. Da schlägt am 29. Juli Grey noch einmal eine Vermittlung vor, nämlich, daß Österreich sich bei den militärischen Handlungen gegen Serbien, die ja bereits begonnen hatten, darauf beschränken solle, Belgrad und Umgebung zu besetzen, um dann von dort aus seine Forderungen zu formulieren. Berlin hat diesen Vorschlag Greys unterstützt — da hat die russische Mobilisierung alles zerstört, was noch an verheißungsvollen Hoffnungen auf eine glückliche Lösung vorhanden war. Als Grey noch einmal versucht, einzugreifen, freilich dieses Mal schon mit einem für Österreich ungünstigeren Vorschlag als vorher — volle Genugtuung, wenn Serbiens Souveränität nicht angetastet und ihm kein Gebiet entrissen werden würde —, da ist es im Grunde schon zu spät, da durch die russische Mobilisierung unzweifelhaft ein politischer Druck ausgeübt wurde, der jede friedliche Beilegung vereitelte.

Dies sind die schwachen Versuche, die in Anlehnung an das Werk vom Haag vor dem Aufflammen des Weltbrandes unternommen wurden? Warum sind sie fruchtlos gewesen? Die Beantwortung der Frage zeigt gleichzeitig den Punkt, wo eine künftige Reform einzusetzen hat.

Die erste und wichtigste Bedingung ist die, daß die Geheimdiplomatie und das Bündnissystem fallen müssen. Der reinste Friedenswille scheiterte bisher an ihnen. Es ist falsch und zugleich naiv, anzunehmen, wie es heute überall geschieht, die „Schuld am Kriege" liege bei irgendeiner einzelnen Regierung — die Ursache des Übels liegt viel tiefer, liegt in der ganzen „Anarchie der zwischenstaatlichen Beziehungen", wie sie früher von den Menschen als vorhandene Tatsache ergeben hingenommen wurde. Es muß vor allem ein *neuer Geist* in die Welt seinen Einzug halten, der dann die neuen Formen der staatlichen Beziehungen erfüllt, die sich aber auch wieder wechselseitig bedingen. Für diese neue Welteinstellung müssen die Erzieher der Völker, die Lehrer, die Führer sorgen. Das ist das wichtigste — alles andere ergibt sich daraus von selbst. Denn wenn das Schiedsgericht einmal zum eisernen Bestand unseres völkerrechtlichen Denkens gehört, dann wird kein Staat mehr einen Krieg beginnen, ohne sich vorher an es gewandt zu haben. Sowie das aber geschehen ist, hat das alte Sprichwort wieder sein Recht: „Zeit gewonnen, alles gewonnen". Hätten sich die Ereignisse nicht zeitlich so furchtbar überstürzt, daß für ein besonnenes Eingreifen gar kein Platz mehr da war, so hätte sich trotz der Zuspitzung der Lage vielleicht doch noch manches zum Besseren gewendet.

Im engen Zusammenhange damit steht das Durch- und Nebeneinander von militärischen und politischen Handlungen. Max Weber sagte kürzlich treffend im Hinblick auf Rußlands frühe Mobilisierung im Weltkrieg, daß der § 1 eines zukünftigen Völkerbundes heißen müsse: „Ein Staat, der mobil macht, während noch verhandelt wird, verfällt dem internationalen Verruf". Das unheilvolle voreilige Extrablatt des „Berliner Lokalanzeigers" über die Mobilisierung gehört auch in diese Kategorie — man machte sich ja dann gegenwärtig andauernd den Vorwurf: „Du hast angefangen!" — aus dem sehr richtigen Gefühl für die Schwere der Verantwortung, die gerade in diesem Schritte lag.

Wenn aber erst einmal der Weg der Verhandlung eingeschlagen ist, so ist damit wirklich schon fast alles gewonnen. In allen Ländern können die Einsichtigen, die abraten und warnen und versöhnen, dann noch genügend zu Worte kommen, der erste Zorn und chauvinistischer Eifer werden verrauchen und die Besinnung kommt zu ihrem Recht. Die Massen müssen Zeit haben, sich selbst ein Urteil zu bilden, damit es nicht wieder wird wie jetzt, wo jedes Volk durch seine Regierungen überzeugt worden war, es allein sei angegriffen und habe daher ein Recht, in dem

Digitized by Google

Gegner den Todfeind zu sehen. Denn ohne diese felsenfeste Überzeugung war ja der Volkskrieg in seiner heutigen Form nicht durchzuführen.

Sobald aber eine Konferenz aller Beteiligten sich gleichzeitig an einem Ort zusammenfindet, so ist damit die Gefahr schon sehr abgeschwächt. Dann kann es nicht mehr passieren, daß ein Vermittlungsvorschlag nur deswegen nicht durchdringt, weil er bei seiner Ankunft in Wien eine ganz andere Lage vorfindet als die war, unter deren Voraussetzung er in London gemacht wurde. Wenn alle diese Vorsichtsmaßregeln getroffen sind, dann wird auch die Entfesselung eines Krieges so schwierig sein, daß nur unbedingter Kriegswille sich daran wagt — und dieser wäre dann vor der ganzen Welt gerichtet und würde dem Verdikt und der Strafe des Völkerbundes anheimfallen.

Schückings Ausführungen, die die Gesichtspunkte der Reform einleiten, stellen die These auf: „Das Netz der völkerrechtlichen Normen über die Kriegsverhütung muß so enge und kräftige Maschen erhalten, daß die Regisseure des Krieges nicht mehr hindurchschlüpfen können." Wenn das die völkerrechtliche Lehre des Weltkriegs ist, so haben wir zwar für ihre Erkenntnis ein bitteres und hartes Lehrgeld zahlen müssen, dafür gewährleistet uns aber auch ihre Nutzanwendung eine bessere und glücklichere Zukunft.

Gertrud Bäumer / Aus dem Kreise Nietzsche

Wie soll ein Buch über einen Philosophen geschrieben werden? Welches Ziel soll es sich setzen? Soll es Darstellung der Person, des Lebens, der Lehre sein? Soll es erklären und deuten — den Grundriß des Systems nachzeichnen oder den Umriß der Persönlichkeit in der Lehre betonen, oder aus Leben, Erfahrungen und Einflüssen die Lehre entstehen lassen?

Das Buch kann aber auch etwas anderes sein: Huldigung und Preis, Verkündung aus Jüngerschaft, Bekenntnis eigener Begnadung.

So ist das Buch von Ernst Bertram über Nietzsche. (Verlag von Georg Bondi in Berlin.)

Der Stefan-George-Kreis hat eine eigene Art der Beschreibung großer Menschen eingeführt. Gundolfs Goethe ist das (übrigens in diesem Nietzschebuch trotz seines Reichtums unerreichte) Vorbild. Man könnte, ein Wort Wilhelm v. Humboldts aufgreifend, sagen, daß diese Beschreibung sich zum Ziel setzt: die individuelle Idealität. Was heißt das? Sie will nachfühlend die Persönlichkeit so erfassen, wie sie „gemeint" ist, wie ihr zu sein vergönnt war in ihren größten und wahrsten Augenblicken. Nicht naturalistisch wahrheitsgetreue Wiedergabe, sondern Herausheben der idealen Linie aus den mancherlei Ansätzen, Versuchen, Nebensächlichkeiten der empirischen Lebensführung, ist das Ziel. Denn der Held, ein der Zeit und den Zeitumständen entwachsendes, Ewigkeit berührendes, ja ihr angehörendes Wesen, geheimnisvoll verbunden mit fernen Vorfahren des Geistes, zu denen keine leibliche, geschichtliche Brücke führt, hat sein Wesen nicht in allen Zügen seiner wirklichen Pilgerschaft. Lasten der Erde hemmen die Verkörperung seiner Bestimmung; die äußeren Umstände versagen sich ihm; leibliche Kraft langt nicht zu; Zeit entstellt, indem sie dehnt oder verkürzt. Wer aber das Bild des Helden verstehend, im Geiste, schaut, der darf sich vermessen, die Bestimmung, die Gestalt (Idee) aus der Hülle von Zufall und Hemmung zu lösen. Das ist der wahre Dienst eines Mittlers, der sich und anderen ein großes Leben nicht nur aufbewahren, sondern deuten und von innerlich Unzugehörigem befreien soll.

Das Buch Bertrams über Nietzsche ist weder Biographie noch Systemdarstellung. Es ist die Rechenschaft des Liebenden über das, was er liebt. Dabei fehlt ihm der konstruktive Geist des Gundolfschen Goethebuches. Ebenso tief, reich, fühlend und feinsinnig in der Deutung, ist es weniger kraftvoll im Aufbau. Bertram bleibt in dem Stoff seiner Darstellung, führt uns in Nietzsches Geist hin und her wie der Hüter eines kostbaren Gartens, aber er besitzt nicht die geistige Wucht und Freiheit, nach außen zu treten und nun die Persönlichkeit nochmals aufzubauen. Nicht deutend, einfühlend, zitierend, sondern mit eigenem Wort, nach eigenem Grundriß eigene Schau nochmals gestaltend. Äußeres Zeichen dieser geringeren Kraft: es wird in dem Buch zuviel zitiert. Wäre nicht das durchdringende, wahrhaft jüngerhafte Verstehen, das immer den tiefsten, oft noch wieder neuen Sinn findet, man würde ermüden an dem Zusammentragen von „Aussprüchen". Es geben trotz aller inneren Beseelung der Darstellung etwas Philologisches. Man sieht den Zettelkasten.

Trotz dieser Einschränkung ist Bertrams Buch das beste über Nietzsche. Nicht Drews, nicht Raoul Richter, nicht Richard M. Meyer, auch nicht Simmel (Schopenhauer und Nietzsche). Das Buch, das Nietzsche am nächsten kommt. Es erfaßt sein Wesenhaftes von Kernpunkten aus, die, nicht in zeitlich-biologischer Anordnung, sondern aus dem Gesamtleben emporgehoben, tatsächlich eine Fülle von Beziehungen sammeln und ausstrahlen: die tragischer Gesinnung entsteigende Tapferkeit unter dem Motto „Ritter, Tod und Teufel", — die Auflösung des Seins in Leben, Verwandlung „das deutsche Werden", — das leidenschaftliche und ahnungsvolle Spüren nach dem vereinenden Sinn in den Gegensätzen der Welt „Gerechtigkeit". Und dann alles Gauklerische, königlich Spielende dieser im eigenen Reichtum rastlos umgetriebenen Natur: „Maske" — „Scherz, List und Rache". Und ihr menschlich Weiches, Wehmütiges, Kindliches, Südliches: „Nachsommer" — „Portofino". Und endlich: der Künstler in Vermögen und Unvermögen, tragisch-leidvoller Hingabe und Selbsterrettung. Zugleich auch wesentlichste Beziehungen zu geistigen Ahnen, Kulturgewalten, Persönlichkeiten und Atmosphären: zu Weimar, Napoleon, Wagner, zur Antike und dem Christentum. In der Deutung dieser letzten Beziehung dringt Bertram tiefer als die vielfach am Äußeren haftende Nietzschebeschreibung seiner Vorgänger. Er findet das Christliche in Nietzsche aus der nach außen gewandten Feindschaft und Bekämpfung scharfsinnig heraus: die freilich Torso gebliebene, aber in der Anlage vollkommene Synthese von Antike, Christentum und Deutschtum, die in ihm einzigartig, schmerzvoll und reich sich vollzieht.

Bertrams Buch ist kein Führer zu Nietzsche im pädagogischen Sinne eines „Kommentars". Wer Nietzsche ohne Bertram nicht nahezukommen vermag, dem kann auch das Bertramsche Buch nichts geben. Es verlangt ebensoviel Geist, Gefühl und Schwungkraft. So ist es durch sich selbst, durch sein Eigenes aufbauend und wertvoll. Ein geistiger Typus aus dem Kreise Nietzsche.

Grete Ring / Jean Paul zur Not der Zeit

Schon vor 1914 sprach der Maschinendeutsche mit Stolz: „Wir haben Gott sei Dank aufgehört, ein Volk der Dichter und Denker zu sein." Es folgten die Jahre des Krieges, in denen der denkende Kriegsdynamos das mechanistische Prinzip zum letzten Triumph zu führen schien — da kam die Wendung: der schmähliche Waffen-

Digitized by Google

Stillstand, verschärft durch Revolution. Nun meinte auch die fleischgewordene Maschine des stimmungmachenden „Propagandisten", es sei wohl an der Zeit, den Geist wieder in seine Rechte einzusetzen: Man müsse „Dichter und Denker" der Nation eilends herbeischaffen, daß sie das rechte Wort fänden, das arme, wie betäubte Volk zu wecken, ihm das Bewußtsein der Größe seines Opfers neu zu verleihen, sein zertretenes Würdegefühl neu aufzurichten. Wo aber blieben die Denker, die Dichter? In der Kapitale des Landes hat sich eine kleine Schar von ihnen als „Geistesrat" auf, betrieb eine halb lächerliche, halb gefährliche Züchtung von Hysteriebazillen, spielte dem Berliner Westen ein neuartiges Revolutionsbrettl vor. Der Intellektuelle, in übersozialistische, anationale Gewandung gehüllt, begann rückwärts zu prophezeihen, Dinge über Imperialismus, Militarismus, Pazifismus auszusprechen, die es vielleicht schön und mutig gewesen wäre, im August 1914 zu bekennen, die im Augenblick jedoch nur als ein normales Ausnutzen der Revolutionskonjunktur verstanden werden können.

Da es den Lebenden — wie es scheint — schwer fällt, die Worte zu finden, die das Gebot der Stunde erheischt, sei es erlaubt, einen Geist aus vergangener Zeit zu beschwören, einer Zeit, in der Deutschland wie heute daniederlag und in Gefahr stand, sich selbst zu verlieren. Jean Paul Friedrich Richter von Wunsiedel stehe auf und halte seine „Friedenspredigt an Deutschland", verkünde seine „Dämmerungen für Deutschland" zum zweitenmal.

„Die ängstliche Gebärde der Zeit" — sagt Jean Paul im Jahre 1808 — „kann nur die Übel verhärten, die man beklagt. Dem ersten Schmerze ist Übermaß natürlich und verzeihlich . . . Himmel! Wie anders aber erduldeten unsere Vorfahren ein ganz größeres, ein dreißigjähriges Weh! . . . Wenn man wenige Schriftsteller ausnimmt . . . so liest man überall nur abgedruckte Weiber . . . und um ein Almosen für ein geplündertes, verhungertes Dorf weichen Herzen und nassen Augen abzuquetschen, verdrängnet man deutsche Männlichkeit und kecke Ansicht . . . Nur ist's schlimm, daß politisch nicht hilft, was physisch rettet vor Gewittern und Bären, nämlich scheinleichenhaftes Hinliegen auf die platte Erde . . .; jedes Volk vergeht wie ein faulender Schwamm, zerfließend, wenn es keinen Mut mehr hat."

Weiter sagt Jean Paul — im Jahre 1809 — zu den Zeitgenossen, die sich in Selbstzerpflücken gefallen: „Stellt doch eure Trauergesänge über deutschen Zeitgeist ein, als wären wir bloß der Kraft des ausländischen erlegen, der doch gewiß nicht der bessere ist . . . überhaupt den Zeitgeist anlangend, so sprechen ihn nicht Schlachtsiege — diese Kinder der Stunde, diese neueren Geschöpfe weniger der Herzen als der Berechnungskraft —, sondern nur die Art und Weise aus, wie Kampf geführt, Niederlage ertragen und Sieg genossen wird . . . Und wie haben denn die Deutschen auf ihren langen Schlachtfeldern geblutet? Nicht wie Missetäter, sondern wie die Franzosen, mit Ruhm!"

Der Prediger klagt nicht einer Vergangenheit nach, die er als überlebt erkennt, er stellt sich freudig und bewußt auf den Boden der neuen Zeit. „Der alte Berg-Schwaden Deutschlands mußte durch Anzünden in reinere Luft verwandelt werden . . . Der Krieg hat uns unsere Verfassung nur mehr gezeigt als gewonnen, wäre die alte, ehrwürdige noch ununtergraben dagewesen, so wäre sie eben dageblieben, denn der Krieg, dieser bohrende Wundensucher der Völker, ist dem Trunk und Wahnsinn gleich, der nur die Sünden enthüllt, nicht erzeugt . . . Das Alte hatten wir früher verloren als unsere Schlachten, und das Neue ist mehr Gegengift als Gift . . . Wir wohnen jetzt noch im Baugerüste der Zeit — und freilich ist ein Gerüste nicht die bequemste Wohnung. Aber unsere vorige war ja noch zerlöcherter und durchsichtiger als irgendein Gerüst, gleichsam nur das Gerüste zu einem Gerüst."

Kluge Worte findet der „Prediger" für die Frage der „Schuldigen" am Krieg; ihm ist bewußt, daß jeder Zeitgenosse des verflossenen Entsetzens, er lebe in welchem kriegführenden Lande er wolle, die gleiche Schuld auf sich geladen hat, wie der „kompromittierteste" General: in jeder Stunde wohnt ihm der ganze Krieg, „wie in jedem Funken eine Feuersbrunst" . . . „Mancher außen unbescholtene Mann ist vielleicht in nichts einer Geisel Gottes verschiedener als im Mangel des Ruhms . . ."

Jean Paul weiß nicht nur glossierend abzulehnen, sein Wort baut auf und stärkt die Hoffenden: „Deutschlands Unglaube an sich wird aufhören, wie neulich sein Glaube an sich. Jetzt können die Deutschen werden, entweder was sie fürchten oder was sie hoffen; ich hoffe aber, sie hoffen, nämlich sie glauben, und dann gehe ihnen statt des Regengestirns ein Glücksstern auf. Daher ist's Sünde gegen Deutschland, bloße Wunden abzubilden, ohne Wundkräuter dabei" . . . „Im geheimen hatten sich in der verfallenden Verfassung wie in einem verfallenen Schacht schon neue Goldadern wieder angesetzt . . ." Und an anderer Stelle: „Wir brauchen vielerlei Hoffnungen, schon das Glück kann ohne diese nicht genossen werden, geschweige das Unglück ertragen oder geheilt . . . In jedem Falle ist Hoffen besser als Fürchten . . ."

So vermag Jean Paul vom Hoffen zu sprechen, ohne doch die jammervolle Lage des Landes zu verschleiern: „England legte uns bisher die 100 Jahre eiserner Kontribution auf, Frankreich die episodische; der englische Leopard leckte unsere Lazaruswunden unermüdet mit seiner Vampirzunge, sogar im Schlaf; der französische Hahn hackte einige Male stark nach uns und weckte uns auf . . ."

Die Situation ist der von heute gleichsam mystisch verwandt. Und doch findet der Schulmeisterssohn von Wunsiedel zukunftsvollste Töne: „Das Kriegsfeuer hat gewiß etwas Besseres entzündet als Häuser, nämlich Herzen für Deutschland . . . Es finden sich deutscher Norden und deutscher Süden jetzt verwandter, zusammentreffend auf demselben Dornensteg des Leidens . . . Einerlei Ziel löscht den Unterschied unter deutschen Staaten immer mehr aus." — Uns faßt die Scham! Weshalb zerfleischt sich heute das Land im Partikularismus? Weshalb hat es kein Wort des Willkommens für die gleichsprechenden Brüder? Kein Wort des Hoffens und Selbstvertrauens? Mich deucht, weil der alte „recke" Geist noch nicht gewichen ist, weil man noch jetzt ein Wort von den „Dichtern und Denkern" nur unter dem Schutz der Ausführungsstriche auszusprechen sich getraut, aus Furcht vor snobistischer Belächlung. Jean Paul Friedrich Richter, selbst dem Geistesrat von Berlin heilig, rufe die Geister auf: „Mit den deutschen Wunden sind zugleich auch die deutschen Ohren offen, daher rede Heilsames, wer es vermag; und möchten nur Männer, die es am besten können, jetzo nicht schweigen! — Die neue Zeit fordert neue Kräfte. Neue Staatsschiffe lassen wie neue Boote noch Wasser ein, bevor sie zugequollen sind."

Margarete Sachse / Fanget an!

Eine Arbeit wartet auf euch! Nicht diese oder jene. Nicht die erste beste. Eine, die alle verborgenen Kräfte aufruft und in Bewegung setzt. Sie will sich von innen ergießen, ein reicher, gesättigter Strom. Erschöpfend will sie sein wie die Arbeit eines Flußbaumeisters, der nicht ruht, bis alle Quellen, die den Zustrom speisen, auch die kleinsten Rinnsale, erforscht und befreit sind.

Fühlt ihr, um was es geht? Zu den Tiefen sollt ihr hinab, zu den Lebensquellen, um gegen die Mutlosigkeit und die traurige Kräftezersplitterung zu kämpfen, die unser ganzes Volk befallen hat.

Es ist nicht leicht, anzufangen. Der Wille ist wohl da, aber die Handhaben fehlen. Selbst für den, der etwas zu sagen hat, ist es eine schwere Überwindung, auf die anderen die Fremden, die er leiden sieht, ohne weiteres einzusprechen; wenn aus ihnen die Verzweiflung bricht, daß die geistigen Werte verschüttet werden, der Arbeitsmarkt überfüllt, die Arbeitskräfte versiegen, daß sie hungern.

Vielleicht ist der, der die Hilfe bringen möchte, auch selbst noch nicht reif für das überzeugend aufrichtende Wort.

Dazu gehört etwas, was sich nur in der Stille lernt; die strenge Sammlung aller Kräfte auf das zu erreichende Ziel hin.

Digitized by Google

Eine Weile sich abwenden und den Blick nach innen richten. An sich selbst die erste, die Vorarbeit der schmerzhaft schweren Fragen tun.

Tragen wir nicht alle Mitschuld an dem Unglück, das uns getroffen hat? Wer von uns ist nicht mitgeschwommen in dem gedankenlosen Hindämmern vermeintlicher Sicherheit? Haben wir nicht jahrzehntelang in naiver Selbstbewunderung etwas auf den Schild gehoben, was nur noch das Gewand einstiger wirklicher Größe trug?

Nur die ganz Einsichtigen haben die Hohlheit des Bewunderten und seine Einsturzgefahr erkannt; die Masse der übrigen hat sich am Vorgefundenen genügen lassen und sich in abgeputzten Begriffen gespiegelt.

Jetzt stehen sie ratlos vor erschreckenden Anforderungen. Das zeigt uns, wie wenige, selbst unter den Denkenden, sich auf wirklich Neues einzustellen vermögen; sie suchen noch immer in Reminiszenzen die Normierung für das Kommende. Das Gewesene aber läßt sich nur dann mit hinübernehmen in einen organischen Aufbau, wenn es von frischen Kräften durchsetzt und von neuem Geiste beseelt ist: dieser Geist aber muß der eigene sein; ihm gilt es nachgraben bis an die Wurzeln des Deutschtums heran. — Laßt uns eine Weile Bergleute sein, unsere Arbeit ungesehen im Dunkel tun. Wo wollen wir sonst die Quellen alles starken Wesens finden?

Tanzen sie etwa von den hellen Höhen des Glücks herab? — Waren nicht vielmehr die Zeiten tiefster Niedergeschlagenheit stets die Geburtsstunden starker Erhebungen? — Und gab es nicht Männer und gab es nicht Völker, denen Siege gefährlicher wurden als Niederlagen? Weil die Niederlagen den Ursprung der Kraft erkennen lehrten... Welchen Aufstieg hätte dann ein Volk vor sich, das solchen Absturz erlebte wie unser Vaterland!

Es gibt keine Erkenntnis, die so aufrichtend wirkt wie diese; keine, der eine so heilige, helfende, aufrichtende Größe innewohnt. Aber sie muß selber erlebt sein; sie muß sich herausbluten aus der eigenen Wunde, sie muß sich tief in den Staub der eigenen Ohnmacht gebeugt haben, damit sie sich aufrichten kann zur freien, stolzen Höhe.

So greife in dein Innerstes! Gib dein Bestes her. Frage nicht: „Können sie dies brauchen?“ Wäge nicht: „Ist das zu schade?“ Laß dich aufreißen von der Macht der Notwendigkeit; sie streckt ihre fordernden Hände nach deinen verborgenen Tiefen aus. Anders als aus dem Innersten kann kein Volk genesen. — „Ich bin doch nur ein einzelner“, sagst du, „auf mich wird niemand hören. Ich bin so allein zu wenig, kann den vielen nichts geben.“ Geh hinter die Tür und höre, wie dieser oder jener sagt: „Von ihm geht deutlich Kraft aus.“

Und du zögerst noch? Du wagst noch ein Wort des Zagens, eine Regung des Zurückflüchtens hinter die dichtgewachsenen Hecken deiner scheuen Verborgenheit? — Niemand ist sich bewußt, wie sehr er wirken kann; niemand fühlt genug die Verantwortung, die es heißt, zu leben. Heute mehr denn je, wo aller Augen auf die Führer warten und die Führer ausbleiben. — Da fahre denn in die einzelnen die treibende Sehnsucht zur Tat! Dann gibt es keine Frage mehr, die nicht brennt, keine Arbeit, die nicht eilt; wir rufen uns gegenseitig auf und wecken und fördern einander zu lebendigem Zusammenwirken.

Die Zeit zieht nicht mehr Kreise, sie schleudert Donnerkeile!

Und wo sie die Erde aufwühlen, da senken wir schon die Wurzeln ein für den neuen deutschen aufstrebenden Kräftewald. Brüder, wir leiden. Aber vergeßt nie: wir tun es nicht für heute; wir leiden und schaffen für übermorgen: für eine ferne Zeit vielleicht, deren Früchte wir nicht kosten. — Hochstämmiger Wald wollen wir werden, Windschutz den Heimstätten, Festigung dem Erdreich, daß es sich nie wieder lockern kann.

„Von der Gefahr, der ungeheuren,
errettet nur gesamte Kraft.“

Chr. Tränckner / Altes Lied eines Mönches in Kriegeszeit

O Jesu, heil'ges Lamm,
Der Gottesfriede ist gebrochen;
Sie haben deinen Leib
Mit tausend Wunden gar verstochen;
Ohn' Ende fließt dein heil'ges Blut
Von ihrer Wut.

Des Himmels Sonn' und Mond
Vergeht in rotem Dunst ihr Scheinen,
Und durch die dunkle Nacht
Unmaßen alle Sterne weinen;
Es schreit vor Leid und Jammer schier
Der Erd' Getier.

Das ist der jüngste Tag,
Da fühllos sie den Gott zerfleischen.
Weh über ihrem Haupt,
Wenn du darob wirst Sühne heischen!
Sieh nimmer ihren Wut und Wahn,
Sieh ihn nicht an!

Ich knie zu deinem Kreuz:
Komm, Herr, die grimme Not zu enden!
Steig eilend nun herab
Und stürz' mit deinen starken Händen
Der Höllen Engel Haß und Mord
An ihren Ort.

Naumann / Volkswille

Ob Völker sich selber regieren können? Sicher ist, daß die Erledigung der Einzelfragen des Regierens immer nur von Einzelpersonen unternommen werden kann. Auch das ist unbestritten, daß nie alle Glieder eines Volkes mit gleicher Schärfe der Urteilskraft in die technischen Probleme der Verwaltung und der Staatspolitik eindringen. Und schließlich werden nie alle Volksgenossen über eine wichtige Streitfrage einer Meinung sein, so daß gerade dann, wenn das Regieren am bedeutsamsten ist, der Auftraggeber Volk die größten Schwierigkeiten hat, sich als Einheit zu bewähren. Kann etwa jetzt nach dem Weltkrieg eines der beteiligten Völker eine unzweifelhafte Gesamtansicht über die Bedingungen des Friedensschlusses zutage fördern? Aus allem dem folgt aber nicht, daß nun das vergangene monarchische System weniger innere Hemmungen in sich trug. Wo ist ein Monarch oder Präsident, der alles weiß, der auch nur alle Hauptsachen richtig erkennt? Wird er nicht beeinflußt und bearbeitet wie die Volksmasse auch? Ist er über Schwankungen erhaben? Es gibt kein Gewaltheilmittel für alle Regierungsfälle, und jede Nation macht sich aus ihrer Vergangenheit ihre Gegenwartsverfassung so gut als möglich zurecht. Dabei aber enthält doch die Idee des Volksstaates

Digitized by Google

eine überaus wichtige Wahrheit: man soll alle beteiligen, damit keiner das Gefühl hat, nur als Materie in fremder Hand zu dienen. Ist die Masse beteiligt, so wird sie zeigen können, ob und inwieweit sie zur Willensbildung fähig ist. Sie wird kontrollieren, anregen, protestieren, Willkür ablehnen und im Falle der Staatsgefahr ein Selbsterhaltungsgefühl erzeugen, das die Nöte überwindet. Je mehr das Volk Vertrauen genießt, desto mehr wächst seine Kraft.

Sprechsaal

Sollen die „Kriegsprimaner" das Abiturientenexamen machen?

Unter den jetzt zurückkehrenden Kriegern befinden sich viele, die eine höhere Schule mit dem Primanerzeugnisse verlassen haben. Manche von ihnen, wahrscheinlich die Mehrzahl, werden den begreiflichen Wunsch haben, nun noch das Abiturientenzeugnis zu erwerben, um Zutritt zu jeder Laufbahn zu haben.

Durch Sonderkurse, wie sie schon bestehen, wird ihnen die Erwerbung des Reifezeugnisses bedeutend erleichtert werden, und „feldgraue" Philologen, die man zweifellos vornehmlich mit dieser Art des Unterrichtes betrauen wird, werden alles tun, um den jungen Kriegskameraden das schwierige Einarbeiten zu erleichtern.

Es fragt sich aber, ob es überhaupt notwendig ist, daß die heimkehrenden Krieger sich dieser Arbeit unterziehen. In Friedenszeiten war es doch wohl so, daß die verschiedenen Arten höherer Schulen danach strebten, ihren Schülern eine möglichst umfassende Bildung zu geben, die sie hernach berechtigte, in die Vorbereitung auf bestimmte Berufe einzutreten.

Diese Ausbildung umfaßte 9 Jahre, nach deren Ablauf der Schüler theoretisch im Besitze mannigfacher Kenntnisse sein sollte.

Bei den heimkehrenden Kriegern liegt die Sache nun so, daß sie nicht nur einen erheblichen Teil dessen, was sie früher gelernt haben, vergessen haben, sondern, daß sie im Grunde genommen die Ausbildung der Oberstufe kaum „genossen" haben, einmal, weil sie vor der Zeit abgegangen sind, sodann weil die besonderen Verhältnisse während des Krieges wohl überall eine so eingehende Vorbereitung verhinderten, wie sie im Frieden gefordert wurde.

Daß derartige „Lücken" nicht in längstens 6 Monaten, wie es vorgesehen ist, ausgefüllt werden können, ist klar. Man hat deswegen ja auch die Anforderungen an die Kriegsprimaner sehr heruntergesetzt, ihnen aber doch auf Grund des Kriegszeugnisses z. B. den Besuch der Hochschulen erlaubt, in der richtigen Voraussetzung, daß sie sich dort gegebenenfalls die notwendigen Kenntnisse nachträglich aneignen. Das beweist, daß die maßgebenden Kreise der Ansicht waren, daß es auch so gehen müsse. Damit ist aber das Dogma von der absoluten Notwendigkeit der Abiturientenkenntnisse für eine höhere Ausbildung mindestens zeitweise aufgegeben. Glücklicherweise!

In solch weitherziger Anschauung könnte man nun einen Schritt weitergehen und sagen: Unsere Kriegsprimaner sollen nicht ein Abiturientenexamen machen, das gar keins ist, sondern ein Examen, in dem sie nur zu zeigen brauchen, daß sie sich den Teil der Schulkenntnisse angeeignet haben, der für den Sonderberuf, dem sie sich widmen wollen, zur Zeit als unentbehrlich erachtet wird. Weshalb soll z. B. jemand, der zur technischen Hochschule gehen will, nun noch etliche Monde in Shakespeare, Homer oder Racine herumstümpern müssen? Müssen, denn freiwillig wird sich wohl keiner, der etliche Monate oder Jahre Krieg hinter sich hat, mit solchen Dingen befassen. Lieber eine Patrouille! Oder weshalb soll sich der künftige Theologe den bisher heilen Kopf noch eilends über mathematischen Aufgaben zerbrechen! Das würde Widerwillen erregen, und von Widerwärtigkeiten haben die jungen Leute genug gehabt. Wenn man aber nur das von ihnen fordert, was bewährte Vertreter ihres Faches für ihre Ausbildung für notwendig halten, so verliert der Zwang, sich wieder auf die Schulbank setzen zu müssen, viel von seiner Bitterkeit. Es sollte deswegen schleunigst von den berufenen Vertretern der einzelnen Fächer und Stände — ihre Zahl ist groß, z. B. Post, Forstfach, die sogenannten gelehrten Berufe, Bergfach und wie sie alle heißen — festgestellt werden, welchen Teil der im Abiturientenexamen geforderten Kenntnisse sie als unbedingt erforderlich für ihre künftigen Jünger ansehen. Diese Kenntnisse könnten dann den Kriegsprimanern leidlich gründlich beigebracht werden, natürlich in Sonderkursen, wenn möglich an den Anstalten, denen die Kriegsprimaner früher angehört haben, damit sie erst noch mal wieder die Luft des Elternhauses atmen können. Nach Abschluß solcher Vorbereitung würden sie dann die Berechtigung erhalten, in ihre besondere Berufsvorbereitung einzutreten.

Die Sache ist allerdings nicht „kinderleicht". Eine gewisse Schwierigkeit bietet schon die Herbeiführung von Gutachten durch die Vertreter der einzelnen Fächer und Stände über das Maß der von ihnen geforderten Kenntnisse, zumal diese Gutachten bald abgegeben werden müßten. Aber in einer Zeit, wo schwerwiegendere Entschlüsse von heute auf morgen gefaßt werden und wo man Reformen im Sauseschritt durchführt, ließe sich das auch erreichen, zumal die in Frage kommenden Stände organisiert sind und ihre Vertretungen haben, die sich gegebenenfalls in Verbindung mit den Hochschulen setzen müßten.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß eine derartige Einrichtung möglicherweise der erste Schritt zu einer Organisation sein könnte, die dahin führt, daß die einzelnen Berufe durchweg ein Eintrittsexamen verlangen, ohne bei diesen zu fragen, wo der Betreffende sich seine Kenntnisse erworben hat ... Das wäre doch wohl im Sinne derer, die den Wahlspruch haben: Freie Bahn dem Tüchtigen.

Und freie Bahn würde dann auch der Schule geschaffen, wenn der Druck des Berechtigungswesens von ihr genommen würde. Dann könnte sie sich ihrer Aufgabe widmen, die schon vor Jahren eine geistvolle Frau so bestimmt hat: Nicht auf die Masse des Angelernten kommt es an, sondern darauf: die Sinne zu schärfen zu eignen, lebendigen, gesunden Anschauungen, das Denkvermögen zu klarem scharfen Begriff und Ausdruck zu entwickeln und die Phantasie mit hohen Vorbildern und Eindrücken zu erfüllen, kurz: selbstdenkende, prüfende, schöpferische Menschen zu erziehen.

H.

Büchertisch

In einem „Offenen Brief" an Wilson (F. A. Perthes, Gotha. 30 S., 1,20 M.) zeichnet Karl Hönn die Gedankenwelt des amerikanischen Präsidenten, so wie sie sich in seinen Werken, Reden und Handlungen kundtut. Kein Bittgesuch eines Deutschen an den Mann, der jetzt unser Geschick in seiner mächtigen Hand hält, wohl aber eine Definition seiner Weltanschauung, die als logische Folge nicht zur Zertrümmerung und Mißachtung Deutschlands führen kann. Wer tiefer in die Gedankenwelt Wilsons eindringen und zu seinen eigenen Werken in deutscher Sprache greifen will, dem sei empfohlen: Die Kundgebung an den Kongreß zur Friedensfrage vom 18. Dezember 1916 bis 27. September 1918. (R. Hobbing, Berlin, 1 M.). Ferner liegt die zweite Auflage vor von Reden, die Wilson während seines Wahlkampfes 1912 gehalten hat: Die neue Freiheit. Ein Aufruf zur Befreiung der edlen Kräfte eines Volkes. (G. Müller, München. 283 S. Geh. 6 M., geb. 8 M.). Schon die Überschriften der einzelnen Kapitel zeigen, wie aktuell sie für uns sind, auch abgesehen von Wilsons überragender Persönlichkeit: Was ist Fortschritt? — Ein freies Volk braucht keine Vormundschaft. — Das Volksparlament. — Die Befreiung des Geschäftslebens — usw. Wer sich nicht an Wilsons Hauptwerke, „Den Staat" und „Die Geschichte des amerikanischen Volkes" herangetraut, der wird in diesen einfachen, der freien Rede nach stenographierten und für einen großen Kreis von Zuhörern bestimmten Vorträgen eine vorzügliche Einführung in den Geist des heutigen Amerika und seines bedeutendsten Vertreters erhalten.

M. R.

W. Gelesnoff, Grundzüge der Volkswirtschaftslehre. Nach einer vom Verfasser für die deutsche Ausgabe vorgenommenen Neubearbeitung des russischen Originals übersetzt von Dr. E. Altschul. B. G. Teubner, Leipzig und Berlin 1918. XI. und 614 Seiten. Geh. 10 M., geb. 13 M.

In mustergültigem Deutsch sind die 18 Vorträge, die der Verfasser, Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Moskau, 1893 auf Anregung der historischen Gesellschaft in Kiew vor einer mannigfaltig zusammengesetzten Zuhörerschaft gehalten hat, nach der 7. Auflage des russischen Werkes von Altschul dem deutschen Publikum zugänglich gemacht worden. Für die vorliegende deutsche Bearbeitung sind Teile, die speziell russische Verhältnisse betrachten, teilweise fortgelassen, mindestens aber stark gekürzt worden. Dafür aber haben — ein zweifelloser Vorzug des Werkes — die Abschnitte über Arbeit, Arbeitslohn und Arbeitsvertrag einen breiteren Raum erhalten, ebenso wie auch die Lehre vom Tausch eine ihrer Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft entsprechende Darstellung gefunden hat.

Mehr in der Form eines Lesebuches als eines Lehrbuches, wie es die meisten Grundrisse, schön in Paragraphen eingeteilt, vorstellen, wird der Leser durch das ganze weite Gebiet der Volkswirtschaftslehre geführt und angeregt, aus den unparteiisch vorgetragenen Grundsätzen ein eigenes Urteil sich zu bilden über die Grundlage, auf der die Volkswirtschaftspolitik der kommenden Tage aufzubauen sein wird, vor allem auch in der brennend gewordenen Wohnungsfrage und den Problemen der Währungsfrage und des beschleunigten Konzentrationsprozesses in Industrie und Handel, die gegenwärtig bei uns mit im Vordergrunde allen Interesses stehen.

Digitized by Google

Ein weiterer Vorzug des Werkes ist die Durchdringung des Stoffes mit den sozialökonomischen Anschauungen eines Marx, Lassalle usw. und die mustergültige Art, mit der der Verfasser es versteht, diese Lehren dem Leser vorzuführen im Hinblick auf deren Bedeutung für die Entwicklung der einzelnen Staatswesen und ihrer Volkswirtschaft.

Ausgehend vom Begriff der Volkswirtschaftslehre, die der Verfasser ausschließlich behandelt, ohne auf Wirtschaftspolitik anders als andeutungsweise einzugehen, wird dem Leser zunächst die geschlossene Hauswirtschaft der alten Römer vorgeführt. Aus ihr entwickelt sich wie von selbst die Stadtwirtschaft, und aus dieser gelangt man zur modernen kapitalistischen Wirtschaft, ja zum System des entwickelten Kapitalismus unserer Tage. Nach weiteren einleitenden Bemerkungen über Einteilung, den Einfluß des Klimas, der Pflanzen- und Tierwelt, die Größe der menschlichen Bevölkerung im Vergleich zu den vorhandenen Naturschätzen, die Malthussche Bevölkerungslehre und andere Theorien werden ausführlich behandelt die Grundelemente der „Produktion", dabei auch dem Probleme der „Arbeitslosigkeit" gebührende Beachtung geschenkt, danach die Arbeitsgemeinschaft besprochen nach den Gesichtspunkten der „Arbeitsvereinigung" und „Arbeitsteilung" und schließlich beim Kapitel der „Klein- und Großbetrieb in der Industrie", das „Handwerk", „Kartelle, Syndikate und Trusts" eingehend gewürdigt. Die weiteren Vorträge beschäftigen sich mit dem „Tausch", dem „Marktverkehr", „Geld", „Kredit", „Verkehrswesen" und „Handel". Von der „Verteilung des Ertrages „in der Volkswirtschaft", „Arbeitsvertrag", „Kapitalzins", „Grundrente" und der „Konsumtion" handeln die letzten Vorträge.

Leider fehlt ein Sachregister, das es ermöglichen würde, das Werk auch als Nachschlagebuch zu verwenden. Die schlagwortartigen Inhaltsangaben der einzelnen Vorträge genügen diesem Zweck nur unvollkommen, denn all jene äußerst lehrreichen und anschaulichen Beispiele aus dem Wirtschaftsleben und seiner Statistik, die in den Text eingeflochten sind, entgehen so leicht dem Blicke des schnell Auskunft Suchenden. Herbing.

W. Wygodzinski, **Einführung in die Volkswirtschaftslehre.** 2. Aufl. Leipzig, Quelle & Meyer 1918. (Wissenschaft und Bildung 113.) Geb. 1,50 M.

Auf knappem Raum führt der Verfasser ein, und zwar in das wesentlichste Gebiet des Wirtschaftslebens: den Kreislauf Gütererzeugung, Güterverteilung, Güterverwendung, in dem sich das ganze Leben abspielt. Man wird sagen können, daß diese Einführung, obwohl zum Teil reichlich abstrakt und nicht immer genügend mit historischen und kritischen Beispielen belegt (wohl in Anbetracht des geringen Raumes), zweifellos eine außerordentlich lehrreiche Anleitung zur Begriffsbildung und zum Gewinn eigenen Urteils in den Vorgängen, zur Vertiefung der Beobachtung, namentlich der Zusammenhänge von der Wirtschaft mit dem Gesamtleben darstellt. Dr. M.

Eugen Schmitz, **Richard Wagner.** 2. verb. Aufl. Leipzig, Quelle & Mayer 1918. (Wissenschaft und Bildung 55.) Geb. 1,50 M.

Der in Dresden rühmlich bekannte Musikkritiker, zugleich Dozent für Musikwissenschaft an der Technischen Hochschule, kann die Genugtuung erleben, daß seine Richard-Wagner-Biographie eine 2. Auflage erlebt hat. Es ist eine zugleich feinsinnig, mit wissenschaftlicher Akribie und stilvoll durchgeführte Arbeit, von der man trotz des geringen Umfanges von 130 Seiten sagen kann, sie sei erschöpfend, nämlich in der Herausarbeitung der wesentlichen Entwicklungslinien des großen Meisters, Dichters und Tonschöpfers, Individualisten und Philosophen und seiner Werke. Dr. M.

Ina Seidel, **Weltinnigkeit.** Neue Gedichte. Verlag von Egon Fleischel & Co., Berlin 1918. 3 M.

Nur mit wenigen Worten sei auf das neue Gedichtbuch von Ina Seidel hingewiesen, das der Verlag Egon Fleischel soeben in einer, auch für Kriegsverhältnisse unerlaubt mangelhaften Ausstattung auf den Markt bringt. Der Krieg und sein Erleben ist darin nur von ferne gestreift; aber seine Folge, seine Auswirkung ist jenes neue Erdbewußtsein, das allenthalben in unserer heutigen Dichtung zutage tritt und hier in all der pflanzenhaften Innigkeit erscheint, die dem Wesen der Frau so schön ansteht.

D. M.

Arthur Luther, **Die geistige und politische Vorstellungswelt der Bolschewiki.** G. J. Göschen, Berlin und Leipzig. 20 S. 1,10 M.

Der Verfasser, der selbst lange in Rußland gelebt hat, sucht im Zusammenhange der Strömungen in der russischen Gesellschaft und Literatur die geistigen Mächte zu skizzieren, die die Vorstellungswelt der Bolschewiki beherrschen. Die Arbeit, die aus dem Juli dieses Jahres stammt, ist natürlich heute von besonderer Aktualität. Freilich vermißt man ein ausführliches Eingehen auf die wirtschaftlichen Gedankengänge der Bolschewisten, die sich dort leicht einfach mit dem Schlagwort „Marxismus" abtun lassen.

Briefkasten

Wir bitten alle Leser, die sich an uns um Auskunft über Literaturangaben wenden, zunächst doch darauf zu achten, ob nicht im Buchertisch oder Briefkasten ihre Frage schon vorher beantwortet worden ist, da wir in letzter Zeit zuweilen drei- und mehrmal dasselbe wiederholen mußten.

Obersekundaner M. M. Wenden Sie sich an das Sekretariat der Handelshochschulen von Charlottenburg oder Mannheim. — In dem Verlag von S. Mittler ist eine ausgezeichnete kleine Schrift: „Literatur zur Berufsberatung" (1,20 M.) erschienen, da werden Sie für Ihren speziellen Fall sicherlich etwas finden.

Inhaltsverzeichnisse des Jahrgangs 1918 stehen kostenlos noch in beschränkter Zahl zur Verfügung.

An viele Buchbesteller: Alle Werke Naumanns bis auf „Der Kaiser im Volksstaat" und einige kleine Vorträge aus letzter Zeit sind nicht bei uns, sondern bei Georg Reimer, Berlin W. 10, erschienen. Die Bestellungen geben wir dorthin weiter.

Die vielen neuhinzutretenden Leser bitten wir, ebenso wie die alten, uns Adressen von Freunden aufzugeben, bei denen wir mit einiger Aussicht auf Erfolg für die „Hilfe" werben können.

Die Vorträge der **Staatsbürgerschule** haben wieder begonnen, die Ankündigungen dazu befinden sich auf dem blauen Umschlag.

Pfarrer J. in Freiburg i. Br. Über die Leitung von Versammlungen ist eine Anweisung im Verlag von Guttentag erschienen (ca. 1,50 M.) — Die nordische Volkshochschulbewegung behandeln: Else Hildebrandt, Die schwedische Volkshochschule, ihre politischen und sozialen Grundlagen (K. Heymann, Berlin); Hollmann, Die dänische Volkshochschule und ihre Bedeutung für die völkische Kultur Dänemarks (P. Barey, Berlin); ferner 2 Aufsätze in der Hilfe 1911, Nr. 9 und 10.

Flugblätter für die Kommunalwahlen erbittet von Ortsvereinen Kaufmann Gustav Friedrich, Altenburg, S.-A., Wilhelmstraße 4.

Freiwillige Gaben:

Für „Hilfe"-Verbreitung: W. H. in Berlin 60 M.

Für den Wahlfonds: Ed. H. in Eh. 50 M.

Allen Gebern herzlichen Dank. **Verlag der „Hilfe".**

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, beide z. Z. Weimar.

Geschäftliche Mitteilungen

Neben der Volksgesundheitspflege ist die Volkserziehung mehr denn je eine unabweisbare Aufgabe geworden. Daher müssen alle, die am Volkswohl zu arbeiten berufen sind, Erzieherpersönlichkeiten sein. Dies gilt auch von der Kreisfürsorgerin, der die Säuglingsfürsorge, Kleinkinderfürsorge und andere Aufgaben der Wohlfahrtspflege anvertraut sind.

Das **Frauenseminar für soziale Berufsarbeit** in Frankfurt a. M., dessen Hauptaufgabe die Einführung sozial gesinnter Frauen in die verschiedenen Gebiete der Wohlfahrtspflege, namentlich der hygienischen Fürsorge ist, erweitert daher, hier Richtlinien folgend, die das preußische Ministerium für die Ausbildung von Fürsorgerinnen gegeben hat, seine bisher 1½jährige soziale Ausbildung durch einen Halbjahreskursus, der mit der theoretischen Unterweisung in sozial-pädagogischen Fragen eine Einführung in den Betrieb der Kindergärten, Kinderhorte und ähnlicher Einrichtungen verbindet. Dieser Kurs wird am 1. April 1919 zum ersten Male eröffnet. Es seien darauf besonders Krankenpflegerinnen aufmerksam gemacht, die nach Verminderung bzw. Auflösung der Lazarette frei geworden sind und Freude und Begabung für soziale Tätigkeit haben; Voraussetzung ist höhere Schulbildung und mindestens einjährige vollwertige Krankenpflege bzw. Säuglingspflege. Näheres ist aus dem Inserat und Prospekt zu ersehen, der auf Wunsch gern zugesandt wird.

20. Februar 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis im Buchhandel 4 M., beim Postamt 4,12 M., unter Kreuzband 4,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 4,25 M., ins Ausland 5 M. Soldatenausgabe 1,50 M. Einzelhefte 40 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8583.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 8

Anzeigen kosten: die 45 mm breite Nonpareillezeile 60 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche

Der Umfang dieser Nummer ist infolge der Papierknappheit verkleinert.

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Gertrud Bäumer:** Heimatchronik. — **Dr. Paul Rohrbach:** Unsere koloniale Frage. — **Gertrud Bäumer:** Soziale Erneuerungen. — **Naumann:** Dankbarkeit. — Büchertisch. — Briefkasten.

Naumann / Kriegschronik

Sonntag, 9. Februar.

Die Berner Sozialistenkonferenz ist ohne wesentliches Ergebnis geschlossen worden. Soviel wir aus Zeitungsberichten ersehen, haben die Vertreter der unabhängigen deutschen Sozialisten Eisner, Kautsky und Bernstein sich mit den Franzosen leidlich gut verständigt, indem sie von vornherein die Schuld am Krieg auf ihr eigenes Vaterland geschoben haben. Eine eigentliche Abstimmung über die Schuldfrage fand nicht statt. Man kann auch nicht einsehen, was es für den Weltfrieden etwa bedeuten sollte, wenn eine Anzahl von Arbeitervertretern ohne die Möglichkeit vollständiger Aktenprüfung irgendein Gefühlsurteil abgeben. Aus einer Bemerkung des französischen Ministers Thomas ist zu entnehmen, daß die englischen Vertreter die ewige Behandlung der Schuldfrage satt haben. Der französische Sozialistenführer Renaudel beansprucht Elsaß-Lothringen für Frankreich, lehnt aber darüber hinausgehende Annexionen, wie z. B. Saarbrücken, grundsätzlich ab.

Aus der englischen Zeitung „Daily Chronicle" wird ein Absatz mitgeteilt, wonach die Friedensverhandlungen in der Rede des neuen deutschen Reichspräsidenten Ebert deshalb ungenügend sind, weil sie keine bedingungslose Reue über das Vergangene aussprechen. Mit anderen Worten: Es wird verlangt, daß alle diejenigen Deutschen, die im August 1914 für die Kriegskredite gestimmt haben (und das sind alle damaligen Vertreter), jetzt nachdrücklich ihr Bedauern vor versammelter Menschheit ausdrücken sollen. Das kann natürlich nicht geschehen, denn es würde nichts als eine riesenhafte Komödie sein. Wir Deutschen sind damals fast ausnahmslos überzeugt gewesen, daß Engländer, Franzosen und Russen den Krieg gegen uns seit langem vorbereitet haben, und es ist inzwischen noch nichts eingetreten oder veröffentlicht, was uns in dieser Meinung wankend gemacht haben könnte. Indem wir dem Verteidigungskriege zustimmten, haben wir einfach genau dasselbe getan, was die Vertreter Frankreichs und Englands für sich in Anspruch nehmen. Es ist eine traurige Folge der englischen Methode, diesen Krieg als moralische Schandtat einzelner Personen hinzustellen, daß nun die gesunde Anbahnung künftigen Friedens gehindert wird durch ein für uns unerträgliches Pharisäertum.

Montag, 10. Februar.

Die Waffenstillstandskommissionen in Trier verhandeln über drei unter sich zusammenhängende Abkommen, nämlich

1. Das Tonnage-Abkommen handelt von den Schiffen der deutschen Handelsmarine, die in die Gesamtverwaltung der Ententeschiffahrt eingeliefert werden müssen, um dort Dienst zu tun, damit von der allgemeinen Schiffahrtsverwaltung der Laderaum für die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln zur Verfügung gestellt werde. Dabei sind strittig der Umfang der Ablieferungen, die Verwendung und Behandlung deutscher Seemannschaften und die Garantie der Ablieferung dieser Schiffe bei späterer Auflösung der Weltschiffahrtsgemeinschaft.

2. Das Ernährungsabkommen behandelt den Einkauf von Schweinefett, Schweinefleisch, kondensierter Milch, Weizenmehl und ähnlichen Artikeln. Als Bedarf für die Monate März bis August wird angegeben: 400 000 To. Weizen, 100 000 To. Fett und Fleisch für jeden Monat und außerdem eine Million Tonnen Mais zur Viehfütterung. Zunächst sollen 30 000 To. Schweinefett und Schweinefleisch und 250 000 Kisten kondensierter Milch geliefert werden, sobald das Tonnage-Abkommen und das Finanzabkommen in Ordnung gebracht sind.

3. Das Finanzabkommen behandelt die Bezahlungsweise der eben genannten Lieferungen. Das einfachste würde sein, wenn amerikanische Bankhäuser eine Dollaranleihe für Deutschland zusammenbringen wollten, von der dann die amerikanischen Händler und Produzenten zu bezahlen sind. Es scheint aber, daß in Amerika keine Neigung besteht, eine Anleihe für Deutschland zurechtzumachen, ehe man weiß, mit welchem Grad von Zahlungsfähigkeit Deutschland aus den Friedensverhandlungen herauskommen wird. Man verlangt Zahlung in bar. Da aber natürlich unsere begrenzten Goldbestände nicht vollständig aus der Hand gegeben werden können und sich bei Fortsetzung des Verfahrens erschöpfen würden, so scheinen die Besprechungen zu einem Resultat überhaupt noch nicht gekommen zu sein.

Man ersieht daraus, wie abhängig und gebunden die deutsche Wirtschaft in ihrem Neubeginn ist. Ein trauriges Erbe, das die Republik von der Monarchie übernimmt!

Dienstag, 11. Februar.

Die in Weimar entstehende neue deutsche Reichsregierung wird bisher von den Zeitungen der Ententemächte mit offensichtlicher Unfreundlichkeit begrüßt, indem Ebert und Scheidemann als Kriegssozialisten unter den Verdacht gestellt werden, daß sie nur mit demokratischer Umhüllung denselben Imperialismus weiterführen wollen, der im langen Krieg zu Boden geschlagen wurde. Wenn Engländer und Franzosen eine Ahnung hätten, welche wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten wir jetzt zu überwinden haben, so würde kein ehrlicher Mensch unter ihnen einen derartigen Gedanken auch nur auszusprechen versuchen. Den größten Schaden tun uns die parteipolitischen Ausstreuungen der unabhängigen Sozialisten und Kommunisten. Diese werden im Ausland als vollgültige Zeugnisse dafür genommen, daß Ebert ein Blutmensch sei und Scheidemann ein glühender Militarist. Das, was bei uns zu Hause kaum von jemand geglaubt wird, weil wir die betreffenden Männer in langjähriger Praxis kennengelernt haben, erscheint natürlich der Phantasie des Auslandes viel eher möglich. Heute ist es in Deutschland so, daß selbst eine konservative Regierung (falls sie denkbar wäre) einen Angriffskrieg unter keinen Umständen mehr führen könnte. Was die Franzosen hören wollen, ist die vollständige und restlose Ergebung auf Gnade und Ungnade unter Verzicht auf

Digitized by Google

jeglichen Widerspruch auch bei Zerfetzung und Ausplünderung des ganzen deutschen Gebietes. Eine Regierung, die derartigen Wünschen genügt, werden wir überhaupt nicht haben, solange wir noch etwas besitzen, was den Namen Regierung verdient.

Mittwoch, 12. Februar.

Bei der deutschen Nationalversammlung in Weimar laufen täglich warme Begrüßungen aus deutsch-österreichischen Ländern ein. Noch wichtiger ist, daß auch der Wahlaufruf der christlich-sozialen Partei in Wien es als Aufgabe der künftigen deutsch-österreichischen Nationalversammlung bezeichnet, sofort Grundlagen zu schaffen, die den Anschluß an Deutschland unter Wahrung der deutsch-österreichischen wirtschaftlichen Interessen zur Tat werden lassen. Nachdem schon immer Deutschnationale und Sozialdemokraten für den Anschluß an die deutsche Republik gewesen sind, hat also nun auch die klerikale Partei das rechte Wort gefunden. Sie zweifelte am längsten, weil bei ihr die Verbindung mit dem bisherigen Kaiserhaus besondere Festigkeit besaß. Es scheint auch, als ob diejenigen Finanz- und Industriekreise, die bisher sich um eine lockerere Wiederaufrichtung der österreichischen Gesamtvolkswirtschaft bemüht haben, nun mehr oder weniger zum Eintritt in die künftige deutsche Reichswirtschaft bereit sind. Welche Bedeutung in der christlich-sozialen Kundgebung die Worte „unter Wahrung der deutsch-österreichischen wirtschaftlichen Interessen" haben, läßt sich von vornherein nicht sagen. Ob dabei an eine Art von Zwischenzöllen gedacht ist oder nur an die notwendige schonende Überführung des bisherigen wirtschaftsgesetzlichen Zustandes und des bisherigen Münzsystems, wird man genauer feststellen können, sobald erst einmal die deutsch-österreichischen Vertreter in Weimar angekommen sind.

Donnerstag, 13. Februar.

Mit Befriedigung erfährt man, daß es endlich gelungen ist, den russischen Bolschewistenführer Radek in Charlottenburg zu verhaften. Er hat nach dem Tode Liebknechts und nach der Flucht Eichhorns aus Berlin von einem Versteck aus die Berliner bolschewistische Revolution geleitet. Wenn er als Deutscher unter Deutschen dieses getan hätte, so würde es zwar auch in hohem Grade unerwünscht, aber nicht so unerhört sein, wie wenn ein galizischer Russe mit russischem Geld sich nach Berlin setzt, um den deutschen Staat zu unterwühlen.

Hindenburg hat sich mit den Resten des Hauptquartiers nach Kolberg begeben, um von da aus den unvermeidlichen Kampf gegen das polnische Vordringen zu führen. Es hat ein Artilleriekampf um Bomst stattgefunden, bei dem die Deutschen die Stadt wieder in ihre Hände gebracht haben.

In der Nationalversammlung gibt der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission, Erzberger, die Erklärung ab, daß deutsche Schiffe nicht in den Weltschiffsverband geliefert werden, ehe man vertragsmäßig ihrer Lieferung sicher ist und ehe das Finanzabkommen so geschlossen ist, daß eine Nahrungsmittellieferung in Aussicht steht. Es ergibt sich aus seinen Darlegungen, daß die Art, in der der französische Generalissimus Foch verhandelt, für unsere Vertreter außerordentlich schwer ist.

Freitag, 14. Februar.

Graf Brockdorff-Rantzau hält in der deutschen Nationalversammlung eine ausführliche Rede über die Lage der auswärtigen Politik: An Deutschland hat es nicht gelegen, wenn der Kriegszustand noch besteht. Als sich die frühere deutsche Regierung auf Grund der Wilsonschen Friedenssätze zur freiwilligen Entwaffnung entschloß, hat sie nicht angenommen, daß die Drohung mit der Erneuerung der Feindseligkeiten uns immer wieder verfolgen und zur Übernahme von Nachteilen zwingen würde. Wir haben einen baldigen Frieden erwartet, weil die Waffenstillstandsbedingungen nur Sinn hatten, wenn sie auf kurze Dauer angelegt waren. Wir sind im Begriff, die ganze bisherige Streitmacht aufzulösen und unser altes Friedensheer, das wir jetzt im Osten gut brauchen könnten, durch eine neue, republikanische Truppe zu ersetzen. Trotzdem werden die Bedingungen des Waffenstillstandes von Monat zu Monat verschärft. Über die Schuld am Kriege sollen unparteiische Männer urteilen. Unsere Feinde lehnen wir als Richter wegen Befangenheit ab. Nach den Wilsonschen Grundsätzen sind dem Sieger keine Kriegskosten zu bezahlen und keine Gebiete der Besiegten abzutreten. Verpflichtet und bereit aber sind wir, die Schäden wieder gutzumachen, die in den von uns besetzten Gebieten der Zivilbevölkerung durch unseren Angriff entstanden sind. Wenn wir aber in diesen Gebieten das Zerstörte wieder aufbauen, so wollen wir dies durch unsere freie Arbeit tun. Wir verwahren uns dagegen, daß man unsere Kriegsgefangenen solche Arbeit als Sklaven verrichten läßt und etwa den Kriegszustand deshalb verlängert, um einen völkerrechtlichen Vorwand für diese Fronarbeit zu haben. Da Präsident Wilson den Grundsatz wirtschaftlicher Freiheit und Gleichberechtigung als eine Hauptbedingung für einen gerechten und dauerhaften Frieden bezeichnet, dürfen wir annehmen, daß die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz vom 1916 fallen gelassen werden. Es ist klar, daß eine auch nur zeitweise Differenzierung Deutschlands auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs für uns unannehmbar wäre. Man darf ein Volk wie das deutsche nicht als Volk zweiter Klasse behandeln. Man darf ihm nicht vor Eintritt in den Völkerbund eine Quarantänezeit auferlegen, so wie man ein Schiff wegen Pestgefahr vor dem Hafen zurückhält. Allerdings müssen auch wir auf dem Gebiet der Handelspolitik umlernen. Mit bürokratischen Mitteln lassen sich die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker, die durch den Krieg tief zerrüttet sind, nicht wieder herstellen. Die Freiheit des Handels aber setzt Freiheit der Meere voraus. Dabei kommt es uns weniger auf die Regeln des Seekriegsrechtes an als vielmehr auf friedliche Benutzung der Seestraßen und Häfen. Deutschland kann ebensowenig ohne Kolonien in den Völkerbund eintreten wie ohne Handelsflotte. In bezug auf das Arbeiterrecht will sich die deutsche Regierung auf den Boden der internationalen sozialistischen Zusammenkünfte in Leeds und Bern stellen. Zu einer Verständigung mit der russischen Sowjetregierung sind wir grundsätzlich bereit. Das deutsche Volk will unbedingt den Frieden, und ich stehe vor Ihnen zugleich als Graf und als überzeugter Demokrat. Die Eigenart und Selbständigkeit Deutschlands werden wir auf jede Gefahr hin und unter allen Umständen erhalten. — Diese Rede hat in ihrer Offenheit und Festigkeit außerordentlich wohlgetan, um so mehr als schwere Gerüchte über die Absichten der Ententemächte im Umlauf sind. Man vergißt dabei nicht, daß der Besiegte, der noch keinen Frieden erlangt hat, in der schwierigsten Lage ist, die es gibt.

Sonnabend, 15. Februar.

Aus dem Finanzbericht, den gestern Staatssekretär Schiffer vor der Nationalversammlung erstattete, ergibt sich als Summe der Kriegskosten 146 Milliarden. Der Papiergeldumlauf, der bei Beginn des Krieges etwa zwei Milliarden betrug, ist auf rund 35 Milliarden an Banknoten, Reichskassenscheinen und Darlehenskassenscheinen gestiegen. Es erscheint rätselhaft, wo sich diese unglaubliche Menge von Zahlungsmitteln heute befindet. Die Entwertung des Geldes ist eine natürliche Folge des Umlaufes so zahlreicher ungedeckter Papiere. Die Anleihen betragen 98 Milliarden. Dabei ist nicht einbegriffen, was die Feinde an Wiederherstellungskosten und Entschädigungen von uns fordern werden, und ebensowenig das, was wir an Kriegspensionen zu entrichten haben. Der Eindruck aller dieser Ziffern ist ungeheuerlich. Vorläufig fordert der Schatzsekretär einen Kredit von 25 Milliarden, um die seit der deutschen Revolution entstandenen und noch täglich sich fortsetzenden Demobilisations- und Heereskosten bezahlen zu können. Auf die Frage, welchen Einfluß die längere oder kürzere Herrschaft der Soldatenräte auf das Finanzsystem gehabt hat, bedauert er, eine ziffernmäßige Antwort nicht geben zu können. Es sei anzuerkennen, daß ein Teil der Soldatenräte sich mit Erfolg bemüht hat, deutsche Heeresgüter zu schützen und in die Heimat zu bringen, während andere Soldatenräte in unverantwortlichster Weise öffentliches Gut verschleudert haben. Rückblickend wird erörtert, ob das von Havenstein und Helfferich verfolgte System, den Krieg wesentlich durch Anleihen zu führen, richtig gewesen ist oder nicht. Zuzugeben

ist, daß man von vornherein, wie es in England geschah, die direkten Steuern stärker einsetzen konnte. Damit würde man vielleicht einen Teil der Anleihen unnötig gemacht haben, ob aber jetzt im Zustand der Niederlage es für uns ein wirklicher Vorteil sein würde, bessere Finanzen zu besitzen, ist eine melancholische Frage.

Gertrud Bäumer / Heimatchronik

Sonntag, 9. Februar.

Der Sonntag bringt noch keinen rechten Einschnitt der Besinnung über die Eindrücke dieser ersten Tage deutscher Nationalversammlung. Die Fraktionen tagen auch heute und reden über die Kabinettsbildung. Hoffnungen und innere Verzichte, Glauben und Zweifel wogen in uns Neulingen noch auf und ab. Haben wir Anrecht, einen größeren Zug, mehr Geist, der Taktisches von selbst überwindet und gestaltet, zu erwarten? Oder ist all dies Abwägen der Rechte, sind diese Prozentuaklügeleien unvermeidlich und schließlich unwesentlich? Soll man sich heute — auch heute — der parlamentarischen Erfahrung und Tradition überlassen oder einem neuen Willen?

Montag, 10. Februar.

Heute ist die Notverfassung verabschiedet worden. Die Verhandlungen waren so vorbereitet, daß alle Parteiführer sich mit kurzen Erklärungen begnügten. Alle erklärten, daß die Zustimmung zur Notverfassung sie in ihrer Stellungnahme zum endgültigen Entwurf nicht festlege. Das gilt insbesondere für den § 4, der das föderalistisch-unitarische Problem zunächst in dem Sinne festlegt, daß zwar die Nationalversammlung die Verfassung verabschiedet, daß aber das Gebiet keines Freistaates ohne dessen Zustimmung geändert werden könne. Die Deutschnationale Volkspartei erklärt, sich auch in der Frage des Reichsoberhauptes nicht festlegen zu wollen. Die Unabhängigen bringen Abänderungsanträge, die im wesentlichen dahin gehen, überall das Wort „Republik" an Stelle von „Reich" einzusetzen, die Arbeiter- und Soldatenräte als öffentliche Körperschaften zu erhalten und ihnen ein Vetorecht allen Gesetzen gegenüber zu geben und schließlich die Geheimverträge unbedingt und vorbehaltlos abzuschaffen, während der Verfassungsentwurf sie unter der Bedingung abschafft, daß die anderen Völker sich im Völkerbund zu gleicher Praxis verpflichten. Dieser Antrag, so sehr in der Ablehnung der Geheimdiplomatie die Nationalversammlung einer Meinung war, konnte nicht angenommen werden.

Dienstag, 11. Februar.

Die Präsidentenwahl! Es fallen von 379 abgegebenen Stimmen 277 auf Ebert, 49 auf den Grafen Posadowsky, 51 weiße Zettel werden von den Unabhängigen und vielleicht von der Deutschen Volkspartei abgegeben sein.

Der Präsident der Nationalversammlung Dr. David findet zur Verkündung des Wahlresultats würdevolle, kräftige Worte, die das haßerfüllte Toben der Unabhängigen doch nicht um ihren Eindruck bringen konnte. Diese erbitterten Zurufe hielten uns die Schwere der erschütterten Zeit in diesem denkwürdigen Augenblick gegenwärtig.

Der Präsident hatte in seiner Antrittsrede gegen den gleichen wilden Sturm der Zwischenrufe zu kämpfen. Man fühlte, indem man die Feierlichkeit des Aktes bedauernd preisgab, daß das neue Reichsoberhaupt und alle, die ihm ihr Vertrauen schenken, noch nicht in der Epoche ruhigen Aufbaues stehen und daß dieser Vorgang in seinem Verlauf dem verhängnisschweren Charakter unserer Zeit entspricht. Ich denke, die Rede des ersten deutschen Volksführers muß wörtlich in der Heimatchronik stehen:

Gestatten Sie, daß ich zunächst danke für die freundlichen Worte des Herrn Präsidenten. Ihr Vertrauen ist meine größte Ehre. Der Ruf, den Sie soeben an mich gerichtet haben, ist ein Ruf zur Pflicht. Ich folge ihm in dem Bewußtsein, daß heute mehr denn je jeder Deutsche auf dem Platz, auf den er gestellt ist, seine volle Schuldigkeit zu tun hat. (Lebhafter Beifall.) Mit allen meinen Kräften und mit voller Hingabe werde ich mich bemühen, mein Amt gerecht und unparteiisch zu führen (Lebhafter Beifall, Widerspruch bei den Unabhängigen), niemanden zuliebe und niemanden zuleid. (Erneuter lebhafter Beifall.) Ich gelobe, daß ich die Verfassung der deutschen Republik getreulich beachten und schützen werde, ich will und werde als der Beauftragte des ganzen deutschen Volkes handeln. Nicht als Vormann einer einzelnen Partei. Ich bekenne aber auch, daß ich ein Sohn des Arbeiterstandes bin, aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus, und daß ich weder meine Herkunft noch meine Überzeugung jemals zu verleugnen gesonnen bin. Indem Sie das höchste Amt des deutschen Freistaates mir anvertraut, haben Sie keine einseitige Parteiherrschaft aufrichten wollen. Sie haben damit aber den ungeheuren Wandel, der sich in unserem Staatswesen vollzogen hat, zugleich auch die gewaltige Bedeutung der Arbeiterklasse für die Aufgaben der Zukunft Deutschlands anerkannt. Die große wirtschaftliche Entwicklung läßt sich darstellen als eine fortgesetzte Verringerung und Übertragung der Vorrechte der Geburt. Jetzt hat das deutsche Volk diese Vorrechte aus dem Gebiet der Politik restlos beseitigt, und auch auf sozialem Gebiet vollzieht sich diese Wandlung. Auch hier werden wir bestrebt sein müssen, allem, was menschenmöglich ist, den gleichen Ausgangspunkt zu geben und das gleiche Gepäck aufzulegen. Mögen wir um die Form ringen, in der sich dieses Recht durchführen läßt. Das Streben nach dieser höchsten menschlichen Gerechtigkeit wird in uns allen sein. (Lebhafter Beifall.) Freiheit und Recht sind Zwillingsschwestern. Die Freiheit kann sich nur in fester Staatsordnung gestalten. (Lebhafter Beifall.) Sie zu schützen und wiederherzustellen, wo sie angetastet wird, das ist das erste Gebot aller, die die Freiheit lieben. (Lebhafter Beifall.) Jede Gewaltherrschaft, von wem sie auch kommen möge, werden wir bekämpfen bis zum äußersten. (Stürmischer, lebhafter Beifall. Unruhe und Unterbrechung bei den Unabhängigen.)

Dem Gewaltprinzip unter den Völkern haben wir feierlichst abgesagt. Auch dort wollen wir, daß das Recht und die Freiheit zur Geltung komme. Niemand soll in den Verband der deutschen Republik gezwungen werden. Aber es soll auch niemand mit Gewalt von ihm abgetrennt werden, den es zu ihm zieht und drängt. (Lebhafter Beifall.) Nur auf das freie Selbstbestimmungsrecht wollen wir unseren Staat gründen nach innen und nach außen. Wir können aber um des Rechts willen nicht dulden, wenn man unsere Brüder dieser Freiheit beraubt. (Lebhafter Beifall.) Die Freiheit aller Deutschen zu schützen mit dem äußersten Aufgebot der Kräfte und der Hingabe, deren ich fähig bin, das ist der Schwur, den ich in dieser Stunde in die Hände der Nationalversammlung lege. (Stürmischer, lebhafter Beifall.)

Den Frieden zu erreichen, in diesem das Selbstbestimmungsrecht zu sichern, die Verfassung auszubauen und zu behüten, die allen deutschen Männern und Frauen die politische Gleichberechtigung unbedingt verbürgt, dem deutschen Volk Arbeit und Brot zu verschaffen, sein ganzes Wirtschaftsleben so zu gestalten, daß die Freiheit nicht zur Bettelfreiheit, sondern zur Kulturfreiheit wird, das sei das Ziel, dem wir zustreben. (Stürmischer Beifall bei der großen Mehrheit.) Ich weiß, daß die Kraft des einzelnen, wo immer er auch steht, gering ist, wenn sie sich nicht mit allen lebendigen Kräften des Volkes verbindet. Ein wie hartes Geschick unser Volk auch getroffen hat, an seinen lebendigen Kräften verzweifeln wir nicht. Unser Volk hat sich in der großen Bewegung Licht und Luft geschafft, unser Volk wird sich auch Recht schaffen draußen in der Welt und zu Hause, die Tüchtigkeit der Männer der Volkswahl, die Ehrlichkeit ihres Strebens und die Reinheit ihres Willens muß den Beweis erbringen für die Richtigkeit des großen Prinzips der Selbstregierung. (Lebhafter Beifall.) Alle diese Forderungen stellen an mich die Pflicht, mein Bestes dafür einzusetzen, um Ihnen zu genügen. Gemeinsam aber wollen wir unermüdlich arbeiten für das Glück und Wohlergehen des freien deutschen Volkes. Und so, meine Damen und Herren, lassen Sie uns rufen: Das deutsche Vaterland und das deutsche Volk, sie leben hoch!

Mittwoch, 12. Februar.

Ein Tag, der von Plenarsitzungen frei ist, aber angefüllt durch die letzten Beratungen über die Kabinettsbildung, die morgen

Digitized by Google

geschlossen sein wird. Es entsteht das erste Problem des neuen Regimes: sollen die Parteien die Mitglieder des Kabinetts bestimmen oder soll der Präsident sie von sich aus unter Berücksichtigung der Mehrheitsbildung auswählen? Dem neuen Zustand entspricht der zweite Weg. Faktisch geht man heute noch auf dem ersten vor.

Überhaupt: der Übergang in die ganz neuen Formen wird sich nicht auf einmal vollziehen. Wieweit sind die Regierungsmitglieder noch Parteimänner? Wieweit haben sie die Pflicht der Objektivität? Sollen bei parlamentarischem Regime auch die Mehrheitsparteien an die Regierung mit Forderungen und Kritik kommen? Soll der Mehrheitsausschuß des alten Reichstags neu begründet werden oder ist er überflüssig. Aus der Opposition rechts wird die Nationalversammlung überflutet mit Anträgen. Bleibt dies nun im wesentlichen Sache der Opposition?

Donnerstag, 13. Februar.

Heute ist die Bildung des Kabinetts vollzogen. Scheidemann Ministerpräsident. Von den Staatssekretariaten entfallen das Reichswirtschaftsamt, das Reichsarbeitsamt, das Reichsjustizamt und das Ministerium der Landesverteidigung auf die Sozialdemokraten, das Reichsschatzamt, Reichsfinanzamt, Staatssekretariat des Äußeren, Reichsamt des Innern auf die Demokraten (denen Graf Brockdorff-Rantzau zugerechnet wird), das Kolonialamt und Reichspostamt auf das Zentrum. Außerdem gibt es noch einige Minister ohne Portefeuille.

Entwicklung des Regierungsprogramms durch den Ministerpräsidenten. Man erkennt in diesem Programm naturgemäß die verkleisterten Risse der Meinungsverschiedenheiten, die Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten in wichtigen Fragen trennen und außerdem noch mitten durch die Fraktionen hindurch Föderalisten und Unitarier der verschiedenen Lager scheiden. Die Reichseinheit wird als Prinzip der Wirtschaftsführung stark betont, so daß die Tendenz, hier den Partikularismus zurückzudrängen, fühlbar hervortritt. (Gemeinsame Grundlage für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, einheitliche Führung der auswärtigen Wirtschaftspolitik, Förderung des Verkehrswesens unter voller Wahrung des Reichsinteresses und Recht des Reiches, ausgleichend und regelnd einzugreifen.) Die „Sozialisierung" wird zunächst gefordert für Bergwerke und Energien, wobei unter Sozialisierung die Übernahme auf Reich, Staat oder Gemeinde verstanden ist, aber auch die Form der gemischt-wirtschaftlichen Betriebe als möglich hingestellt wird. Für den Wiederaufbau des Heerwesens ist die demokratische Grundlage festgelegt. Vertrauensausschüsse der Truppenteile zur Mitwirkung bei allen die Mannschaften betreffenden Angelegenheiten. Fürsorge für die aktiven Offiziere und Unteroffiziere. Demokratie im Beamten-, Arbeiter- und Angestelltenrecht. Verschärfte Erfassung der Kriegsgewinne, wiederholte Erhebung einer Mehreinkommensteuer, Heranziehung der Vermögen, unter Freilassung der kleinsten, zur Verminderung der Schuldenlast des Reiches.

Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung auf bäuerlicher Grundlage unter Förderung des Genossenschaftswesens, erforderlichenfalls durch Anwendung des Vorkaufsrechts und Enteignung.

Der Rede Scheidemanns, die dieses Programm, zu dem noch die Forderungen der auswärtigen Politik kommen, begründet, folgen Reden von Groeber (Zentr.) und Naumann. Es beginnt die „große Aussprache", die Deutschland seine Zukunft zeigen soll. Die Zentrumsrede betont die Selbständigkeit des Zentrums trotz seines Eintritts in die Regierung und nimmt Stellung zur Revolution. Eine Parteirede alten Stils, wenig erschüttert, ohne große Linien, mit vielen Einzelpunkten. Man fühlte den Geist der Ereignisse in keiner Weise, sah den neuen Hintergrund kaum. Naumann erst hob uns aus dem Rahmen parlamentarischer Parteidebatte zur Höhe und Weite unseres Volksschicksals.

Freitag, 14. Februar.

Der Staatssekretär des Auswärtigen entwickelt in einer großen Rede seine Politik. Das Innere berühren seine Ausführungen über den internationalen Arbeiterschutz. Dadurch und durch die demokratische Begründung der internationalen Rechtsordnung, an der wir mitarbeiten wollen, ist zum erstenmal in einer außenpolitischen Rede Inneres und Äußeres fest und organisch verbunden. Insofern ist die Rede Ausdruck einer neuen Zeit, eines neuen politischen Geistes.

Die Fortsetzung der Aussprache bringt den Vertreter der Sozialdemokratie, Keil, und den ersten Redner der Opposition, den Grafen Posadowsky. Keils Rede entwickelt u. a. die Stellung der Partei zu den Arbeiter- und Soldatenräten, die als konkurrierende politische Gewalten nicht erhalten werden können. Er betont zur Sozialisierungsfrage, daß wichtiger als die Produktionsweise z. B. die Produktion selbst sei, die mit allen Mitteln gesteigert, nicht aber gefährdet werden dürfe, und schließt wie alle anderen mit einem kräftigen Bekenntnis zur Freiheit auch gegen Knebelungsversuche der Feinde. Graf Posadowsky — trotzdem er die Expansionspolitik des Krieges und vor dem Kriege verurteilt und durchaus nicht als Vertreter der alten Vaterlandspartei auftritt — wirkt ganz wie ancien régime, würdevoll, vornehm auch in der Polemik und gespenstisch unberührt von den seelischen Explosionen, die uns erschüttern.

Sonnabend, 15. Februar.

Der Reichsschatzsekretär legt mit „grausamer Offenheit" die Finanzlage dar. Er macht die furchtbare Rechnung des Krieges auf.

Wir verbrauchten im Jahre 1914 (in 5 Monaten) 7,5 Milliarden,
" " 1915 23 "
" " 1916 26,6 "
" " 1917 39,6 "
" " 1918 48,5 "

Auf den monatlichen Durchschnitt verteilt, ergibt sich für unsere Kriegskosten ein monatlicher Durchschnitt von

1,5 Milliarden im Jahre 1914,
1,9 " " " 1915,
2,2 " " " 1916,
3,3 " " " 1917,
4,0 " " " 1918.

Und nimmt man den Tagesdurchschnitt dieser Kriegskosten, so ergeben sich

für 1914 täglich 40,6 Millionen,
" 1915 " 63,9 "
" 1916 " 73,9 "
" 1917 " 109,9 "
" 1918 " 135 "

Für die Zeit nach dem 1. Juli 1918, wo die letzte Kriegsanleihe stattgefunden hat, ergibt sich, daß wir verbraucht haben:

im Juli 1918 4,2 Milliarden,
" August 4,6 "
" September 4,4 "
" Oktober 4,8 "
" November 4,1 "
" Dezember 3,8 "
" Januar 1919 3,5 "

Das ergibt insgesamt einen Betrag von 161 Milliaren, die die schon bewilligte Kredite um 15 Milliarden überschreiten.

Das Steuerprogramm wird nicht im einzelnen entwickelt (denn es handelt sich noch nicht um eine Steuervorlage), sondern nach seinen großen Gesichtspunkten gekennzeichnet: Einvernehmen von Reich und Bundesstaaten, engste Fühlung mit dem Wirtschaftsleben, dessen Produktivität erhalten werden muß, und soziale Gerechtigkeit. Es ist merkwürdig, wie aus der einfachen Not nun zwingend die sozialen Forderungen herauswachsen. Die Lösung unserer Finanzfragen ist nicht denkbar ohne „eine" sittliche Erneuerung, die den Begriff der Arbeit und des Eigentums noch viel mehr loslöst vom Ichtum und es in den Dienst der Allgemeinheit stellt.

Die Fortsetzung der Debatten durch Herrn Haase ist uns Neuen ein tief bedrückendes Erlebnis. Diese hämische Negation als den Geist zu sehen, der unser erschöpftes und verzweifeltes Volk rücksichtslos weiter bearbeitet, ist erschütternd. Nicht den Funken einer Glut, die wärmt und nährt, statt zu vergiften und zu zerstören,

Digitized by Google

Paul Rohrbach / Unsere koloniale Frage

Der Staatssekretär Graf Brockdorff-Rantzau hat in seiner Weimarer Rede gesagt: „Nach Wilsons Programm sollen Kolonialfragen eine freie, weitherzige, unbedingt unparteiische Schlichtung finden. Im Sinne dieses Programms erwarten wir Rückgewähr unseres Kolonialbesitzes, der uns z. T. unter Bruch internationaler Verträge, z. T. unter fadenscheinigen Vorwänden genommen worden ist. Wir sind bereit, über Abtretung dieser oder jener Kolonie zu verhandeln, aber als rechtmäßige Eigentümer."

Damit ist also das kolonialpolitische Programm der neuen Regierung erklärt. Es berührt schmerzlich, zu hören, daß trotz der Berufung auf das Wilsonsche Friedensprogramm unsererseits doch offen von vornherein mit der Notwendigkeit von Verzichten gerechnet wird. Sollte die Schlichtung der kolonialen Probleme tatsächlich „frei, weitherzig und unparteiisch" stattfinden, so ließe sich damit eine Verkleinerung des deutschen Kolonialbesitzes nicht vereinigen, denn wir haben unsere Kolonien redlich erworben und unsere Kolonialpolitik in Ehren geführt. Graf Brockdorff sagt, was die Behandlung der Eingeborenen betrifft, seien „auch von uns" Fehler begangen worden. Dabei hätte noch stärker unterstrichen werden können, daß die deutsche Eingeborenenpolitik sich keiner solchen Dinge schuldig gemacht hat, wie sie in der Kolonialgeschichte unserer Gegner vorgekommen sind, und zwar nicht nur in ihrer älteren, sondern auch in der neuesten und selbst bis auf die Gegenwart.

Nicht einmal das Amerika des Präsidenten Wilson ist hier frei von Schuld. Über die Ausrottung der Indianer durch die vordringenden weißen Ansiedler der Vereinigten Staaten, sind von keiner Seite moralisch so vernichtende Urteile gefallen, wie aus amerikanischem Munde. Wenn die Überbleibsel dieser rothäutigen Stämme jetzt ein materiell gesichertes und bequemes Dasein als eine Art von Staatspensionären im fernen Westen führen und die Unionsregierung ihren Unterhalt sich jährlich eine Anzahl von Millionen kosten läßt, so steht dahinter das allgemein in Amerika verbreitete Empfinden: hier wird eine verspätete Sühne für ein großes und langdauerndes Unrecht geleistet, aus dem die weißen Amerikaner unermeßliche materielle Vorteile gezogen haben. H. H. Bancroft sagt in seiner History of the Pacific States (Bd. XXII, S. 533), daß alle Indianerkriege der Vereinigten Staaten auf drei Ursachen zurückzuführen seien: 1. Gewalttaten der Ansiedler an den Grenzen der Reservationen, 2. Nichterfüllung der Versprechungen der Regierung, 3. Betrügereien der staatlichen Indianer-Agenten. Er teilt (S. 534) aus dem Gesetzblatt von Idaho, das erst 1863 Territorium wurde, einen Erlaß mit, der wohl verdient, daß die Menschheit ihn im Gedächtnis behalte, wenn sie, wie Wilson jetzt in Paris, einseitig nur über unsere Kolonialpolitik den Stab brechen will: „Beschluß: Es sollen drei Männer bestimmt werden, die 25 Mann aussuchen, die auf die Indianerjagd gehen sollen, und zwar sollen alle diejenigen, die sich selbst ausrüsten können, eine gewisse Summe für jeden Skalp erhalten, den sie beibringen; alle diejenigen aber, die sich nicht selbst ausrüsten können, sollen durch ein Komitee ausgestattet werden, und sollten sie Skalpe beibringen, so werden die Kosten von der zu zahlenden Summe abgezogen. Für jeden männlichen Skalp sollen 100 Dollar, für jeden weiblichen 50 Dollar und für jeden Skalp eines Indianers unter 10 Jahren 25 Dollar bezahlt werden. Jeder Skalp muß die Kopflocke haben, und jedermann soll beschwören, daß der betreffende Skalp von der Gesellschaft erbeutet wurde." (Supan, Die territoriale Entwicklung der europäischen Kolonien S. 317/18). Daß diese Verordnung in dem amtlichen Gesetzblatt eines Territoriums der Vereinigten Staaten von Amerika erschien, ist nur etwa ein halbes Jahrhundert her. Wir machen weder den amerikanischen Präsidenten noch irgendeinen amerikanischen Menschenfreund von heute für solche Dinge verantwortlich, aber daß sie vorgekommen sind, und zwar noch zur Zeit der jetzt lebenden älteren amerikanischen Generation, gibt auch uns einen Anspruch darauf, nicht nach einzelnen Ausschreitungen gewalttätiger Naturen oder nach verurteilenswerten Maßnahmen eines oder des anderen Befehlshabers eingeschätzt zu werden. Was der englische General Kitchener gegen die Derwische bei der Eroberung des Sudans verübte, war um nichts weniger schlimm, als Trothas von unseren Soldaten und Offizieren überwiegend nicht befolgter Befehl, den Hereros keinen Pardon zu geben. Kitchener ließ nach dem Siege sogar das Grab des Mahdi schänden, die Leiche köpfen und in den Nil werfen. Dazu sagte Lord Morley am 3. Februar 1899 im Unterhaus: „Ein Vorfall, empörend an sich, entehrend für jeden Befehlshaber, der ihn veranlaßt, eine Schande für den nationalen Ruf!", und Herr Churchill, damals Journalist, später englischer Minister, nannte die Schlächtereien Kitcheners (er hatte den Beinamen butcher, der Schlächter) „Vandalismus und Wahnsinn".

Man wird annehmen dürfen, daß die Rede des Grafen Brockdorff im Einverständnis mit dem Präsidenten Ebert und der übrigen Reichsregierung gehalten worden ist, auch was den Abschnitt über die Kolonien betrifft. Damit wären die umlaufenden Behauptungen erledigt, wonach die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder, und speziell Ebert und Scheidemann, der Kolonialfrage gleichgültig gegenüberständen. Allerdings hat die Sozialdemokratie von Kolonien lange nichts wissen wollen, und zwar keineswegs nur deshalb, weil ihr die bisherige Kolonialpolitik nicht gefiel, sondern weil sie von der Sache nichts hielt und Kolonien ihr für Deutschland überflüssig zu sein schienen. Schon in der letzten Zeit vor dem Kriege kamen aber manche sozialdemokratischen Stimmen von diesem Irrtum zurück, und jetzt, nach dem für Deutschland unglücklichen Ausgang des Kampfes, wäre es geradezu ein Wahnsinn, freiwillig den Kolonien zu entsagen. Unsere Kolonialwirtschaft ist lange falsch geführt worden, insofern der Reichstag keine Eisenbahnen für Afrika bewilligte und die Regierung es nicht verstand, ihre Notwendigkeit glaubhaft zu machen. Wären die kolonialen Bahnbauten ein Jahrzehnt eher begonnen worden, so wäre der Aufschwung unserer kolonialwirtschaftlichen Produktion auch entsprechend früher eingetreten. Infolge der gemachten Fehler waren wir zur Zeit, als der Weltkrieg ausbrach, erst am Beginn größerer kolonialer Erfolge.

Unverständige Gegner der Kolonialpolitik wiesen darauf hin, daß unser Handel mit den Kolonien erst einen geringen Bruchteil des deutschen Gesamthandels ausmache. Noch ein Jahrzehnt weiter aber, und die Dinge hätten schon sehr anders ausgesehen. Jetzt, wo unser Handel mit den Rohstoffländern über See zerstört ist und wo es auf jeden Fall lange dauern wird, ihn wieder aufzubauen, werden für den zunächst verringerten Bedarf der deutschen Industrie eigene koloniale Bezugsgebiete noch weit wichtiger sein als früher. Ein besonders starker Grund dafür liegt auch darin, daß wir für Produkte unserer eigenen Kolonien dem Auslande nicht

Digitized by Google

tributpflichtig sein werden, und gerade das ist bei dem zerrütteten Stande unserer Volkswirtschaft und bei unserer voraussichtlich schlechten Zahlungsbilanz auf längere Zeit hinaus entscheidend. Man denke z. B. an unsere Versorgung mit Pflanzenfetten. Diese könnte in kurzer Zeit annähernd vollständig aus unseren Tropenkolonien gedeckt werden, sobald alle Ölpalmenwälder erschlossen und Erdnuß- und Kokospflanzen in genügender Menge angelegt sind. Natürlich würde man sich auf diese Dinge jetzt, wo die unmittelbare Not vorliegt, noch mit größerer Energie werfen als früher. Man denke weiter an die kolonialen Faserstoffe, an Sisalhanf, an Baumwolle und an die in Südwestafrika bereits begonnene, in Ostafrika durch die natürlichen Verhältnisse gleichfalls begünstigte Wollschafzucht. Man denke an Kautschuk und Kupfer, an Rohmaterial für die Lederindustrie, an Fleisch und Fleischkonserven. Auch von diesen letzteren stand der Beginn der Einfuhr nahe bevor, und die Hauptsorge der Produzenten war nicht, wo sie die Weideflächen hernehmen und wie sich die Stammherden vermehren sollten, sondern wie man den Widerstand der agrarisch beeinflußten Gesetzgebungen in Deutschland gegen die Einfuhr würde überwinden können. Es ist leicht zu sehen, daß die Kolonien nach dem Kriege noch ein ganz anderer Gegenstand der Pflege und sorgsamen Entwicklung für uns bilden werden als früher. Nur grobe Unwissenheit oder ein Leichtsinn ohnegleichen können das übersehen.

England als der kolonialpolitische Führer und Hauptinteressent auf seiten der Entente, hat sich schon lange seine Formel zurechtgemacht, nach der es den Ausschluß Deutschlands aus der Kolonialpolitik als „moralische Pflicht" der Sieger darstellen möchte. Es hat insbesondere für Südwestafrika im August 1918 ein Blaubuch über die Behandlung der dortigen Eingeborenen durch die Deutschen herausgegeben, in dem es zu beweisen versucht, daß wir vom Anfang der Kolonisation an dort übel gehaust, daß wir uns des Rechtes auf Rückerstattung der Kolonie unwürdig gemacht hätten und daß im Interesse der Menschlichkeit und gemäß den Bitten der Eingeborenen (natürlich!) nichts übrigbliebe, als Annexion des Landes durch England. Darauf ist vor kurzem eine Abfertigung durch eine Denkschrift des Reichskolonialamts erfolgt, von der man nur sagen kann, daß, wenn unsere Regierung es früher verstanden hätte, der unwahrhaftigen und tendenziösen Propaganda der Feinde so entgegenzutreten, vieles in diesem Kriege überhaupt anders gekommen wäre. Das Material, das hier über die englische Kolonialpolitik nach der Seite brutaler Vergewaltigung der Eingeborenen hin für Australien und Südafrika, für Westafrika und in anderem, aber womöglich noch schlimmerem Sinne auch für Indien beigebracht wird, ist ungeheuer. Selbst gute Kenner der englischen Kolonialpolitik werden erstaunt darüber sein, was sie in der Schrift des Kolonialamts finden. Ich gebe zwei kleine Proben. 1. Das Zeugnis des amerikanischen Staatsmanns Bryan über die englische Herrschaft in Indien: „Er (der Brite) hat Indien einiges Gute gebracht, aber er hat einen furchtbaren Preis dafür erhoben. Während er sich gerühmt hat, den Lebenden den Frieden zu bringen, hat er Millionen zum Frieden des Grabes geleitet; während er die Ordnung hervorhebt, die er geschaffen hat unter streitenden Völkerschaften, hat er das Land durch legalisierte Plünderung ausgesogen. Plünderung ist ein hartes Wort, aber kein Drehen und Deuteln kann das gegenwärtige System seiner Schändlichkeit entkleiden." 2. Lord Lansdownes Worte in der Oberhaussitzung vom 9. Mai 1905 über die zur Sprache gekommenen Eingeborenenmißhandlungen in Westaustralien: „Ich habe mit einem Gefühl tiefer Entrüstung und auch mit einem Gefühl tiefer Scham diesen Bericht gelesen, weil wir immer geglaubt hatten, solche Mißbräuche seien im britischen Reiche seltener als in fremden Kolonien. Aus dieser Überzeugung heraus haben wir oft genug andere wegen Verfehlungen gegen die Gesetze der Menschlichkeit angegriffen. Eine der beschämendsten Folgen der in Australien vorgekommenen Dinge ist, daß unsere Vorwürfe in Zukunft einen großen Teil der Autorität einbüßen, die sie bisher besaßen!"

Soviel zur Kennzeichnung der pharisäischen englischen Ansprüche auf das Recht, die deutsche Kolonialpolitik moralisch zu verurteilen. Die deutsche Antwort (sie ist zu beziehen durch den Verlag von H. R. Engelmann, Berlin W., Knesebeckstraße 52) enthält aber in ihrem ersten Teil auch noch eine Sammlung englischer Lobsprüche auf die deutsche Kolonialpolitik aus der Zeit vor dem Kriege. Damals galt es für England freilich noch nicht als die Aufgabe, „moralische" Gründe für den Ausschluß Deutschlands als Kolonialmacht beizubringen. Damals urteilte auch der Amerikaner Forbes: „Von allen Schutzherrn in Afrika hat der Deutsche die reinsten Hände und die besten Aussichten." Ein gutes Wort für die koloniale Entscheidung der Friedenskonferenz!

Gertrud Bäumer / Soziale Erneuerung

Man hat die Deutsche Nationalversammlung vielfach mit der der Paulskirche verglichen. Mit Unrecht, wenn man Schwung, Feuer, Jugendlichkeit der Paulskirche an der Stimmung im Weimarer Nationaltheater mißt. Es ist schwer zu sagen, woran es liegt, daß kein Augenblick von der Größe geschichtlichen Schicksals und eines hinreißenden mächtigen Willens getränkt war. Der Augenblick der Erfüllung für die Träume und das Streben eines Jahrhunderts, und zugleich eine Schicksalsstunde unserer Nation, die alle heiße Liebe zu ihr aufruft und jeden Gedanken mit der Würde schwerer Trauer tränken sollte — beides Elemente großer Stimmung. Und trotzdem über dem Ganzen eher die trockene Geschäftsmäßigkeit einer beliebigen 35. Sitzung der 10. Session usw. usw. als Anbruchsstimmung. Überlastung der einzelnen, Erschöpfung, am meisten aber wohl der automatische Lauf der parlamentarischen Maschine, mögen daran Schuld sein.

Wir Frauen aber empfinden die Anbruchsstimmung. Eine alte Welt, die uns vom Aufbau ihrer Einrichtungen ausschloß, ist zugrunde gegangen. Wenn wir gerufen wurden, um die neue mit errichten zu helfen, so muß der Geist, der diese Welt gestalten soll, dem verwandt sein, was wir wollen. Wir sind dem Herrn Ministerpräsidenten dankbar für die Deutung, die er der Aufgabe der Frauen an dieser Stelle gegeben hat.

Welcher Art ist der Geist, der uns Frauen gerufen hat?

Wir sind gerufen durch die Revolution. Aber wir sind auch gerufen gegen die Revolution.

Durch die Revolution. Graf Posadowsky hat der Nationalversammlung beweisen wollen, daß die Revolution „nicht nötig gewesen" sei. Wer so zu der Bewegung dieser Monate steht, wird ihren seelischen Grundlagen, dem Kern ihrer Kraft und ihrer Leidenschaft, nicht gerecht.

Man könnte gerade so gut einem Menschen, der in rasendem Schmerz aufschreit, sagen, sein Schrei sei nicht nötig, es werde auch ohne dies vorüber gehen.

Digitized by Google

Wir bekommen aus dem Kriege zurück ein erschöpftes, seelisch entwurzeltes, verzweifeltes, vertrauensloses Volk. Viereinhalb Jahre, in denen das Gesetz des Krieges — das Gesetz der Gewalt — alle einfache volkstümliche Moral außer Kraft setzte, hätten nur dann ohne verhängnisvolle Erschütterung vorüber gehen können, wenn die zur Führung berufenen Schichten, („die Maßgebenden", wie man sagt, ohne noch einen rechten Begriff damit zu verbinden) ihre Bestimmung, das Maß zu geben, wirklich erfüllt hätten. Wenn sie durch ihre moralische Haltung einer aus den Bahnen gerissenen Zeit den Glauben an Unerschütterliches erhalten, wenn sie durch ihr soziales Handeln stark und greifbar die Solidarität zum Ausdruck gebracht hätten, ohne die eine so ungeheure Belastung moralisch unerträglich sein mußte.

Das ist *nicht* geschehen. Unzählbare Opfer einzelner haben *nicht* vermocht, die sittliche Atmosphäre dieser furchtbaren Jahre zu bestimmen. Es ist *nicht* wunderbar, daß bei denen, die *nicht* abzuwägen und Bedingtes zu sehen vermögen, Mißtrauen und Skepsis die Oberhand gewinnen. Ein Nihilismus, der alle gesunden Instinkte verwirrt und betäubt, der die Ausnutzung der Gewalt für den eigenen Vorteil, den Sieg als ein lange vorenthaltenes Recht empfindet, ist keine verwunderliche Spiegelung des Bildes, das unsere Welt dumpfen, ungehärteten Seelen bieten mußte.

So brandet eine Welle von Zorn, Enttäuschung, Bedrücktheit, von leidenschaftlichen Hoffnungen in die Höhe. Sie hebt große Ideen, einen Jahrzehnte gehegten Zukunftsglauben in verwilderter und entstellter Gestalt mit empor. Es gilt, diese Ideen, diesen Glauben wieder zu erlösen, die Wege zu finden, die Ziele zu zeigen, in denen er Gestalt und Leibhaftigkeit gewinnt. Es ist Lebensfrage, ob es gelingt, die Revolution durch diesen Geist zu klären.

Die Aufgabe der Nationalversammlung ist zwar in erster Linie eine politische. Sie soll die Verfassung zustande bringen. Soziale Einzelforderungen erscheinen als etwas außerhalb des Rahmens. Aber der Geist der Revolution ist nicht auf politischem Gebiet zu beschwören. Hier ist ihr durch die Republik des freiesten Wahlrechts alles nur Denkbare geboten. Es wird ihr wenig Eindruck machen, denn sie will im letzten Grunde etwas anderes, geht aus anderer Entbehrung und Leere hervor und sucht Erfüllung. Die Revolution ist in ihrem letzten Kern sozialistisch, und nur sozialer Geist kann sie auflösen. Darum gehört die kraftvolle Vertretung dieses Geistes zu der aufbauenden Bestimmung der Nationalversammlung.

Jetzt liegt ihr Wille in den Banden des Klassenkampfes. Klassenkampf ist nicht Sozialismus. Eine die Grundlagen der Volkswirtschaft untergrabende Summe von Lohnforderungen ist der Individualismus der großen Zahl, aber nicht Gemeinsinn, nicht Verkörperung sozialen Bewußtseins. Und die Vertretung des Friedens- und Menschheitsgedankens nach außen stimmt nicht zusammen mit der Proklamation des Kampfes der Klassen im Innern.

Wir brauchen wahren Sozialismus, d. h. Erneuerung des wirtschaftlichen und politischen Geistes im Sinne eines durchschlagenden Solidaritätsbewußtseins — Umgestaltung der wirtschaftlichen Organisation unter dem Gesichtspunkt der Überwindung des Klassenkampfes. Bezeichnend, daß in allen wirtschaftlich orientierten Reden der Nationalversammlung dies als der Weisheit letzter Schluß stand. Vor allem in der Rede des Reichsschatzsekretärs.

Das Programm der Regierung drückt das unvollkommen aus. Es ist, ohne den Versuch eines umfassenden ideellen Rahmens eine Zusammenstellung solcher praktischen Forderungen, über die sich drei Parteien zu einigen vermochten. Es steht dahin, ob hier nicht in Verbindung und Begründung der einzelnen Punkte Größeres, Einheitlicheres hätte entstehen können. Jedenfalls: die seelische Atmosphäre, die diesen nächsten Aufgaben das Wesen und den Glanz einer durchdringenden Erneuerung gibt, muß noch geschaffen werden. Das ist Sache aller. Und es ist die Hauptsache.

Naumann sagte in seiner Rede, es sei die Tragödie der Sozialdemokratie, daß in dem Augenblick, in dem sie ihrer Programmforderung entsprechend das Erbe des Kapitalismus antreten wolle, dieses Erbe zerschlagen oder überschuldet sei. Materiell hat die deutsche Wirtschaft dem Arbeiter zurzeit wenig zu bieten. Ideell und organisatorisch kann sie gleichwohl die entscheidenden Grundlagen einer Erneuerung schaffen, die mit dem Wiederaufstieg Gestalt gewinnt und dann auch greifbare Besserstellung bringt. Diese Grundlagen sind doppelter Art: Die Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses und die zur Bewältigung der Steuerlast notwendigen Methoden, Privateigentum in Gesamteigentum zu verwandeln.

Zum ersten: es ist keine Ueberwindung des Klassenkampfes denkbar ohne den „Parlamentarismus" in der Wirtschaft, eine Organisation der Mitbestimmung, durch welche der Arbeiter die Solidarität aller, die von einem Industriezweige leben müssen, wirklich erfassen kann. In einer Tatsächlichkeit, die wesentlicher und bedeutsamer ist als der alte einzige Arbeitgeber-Arbeitnehmergegensatz. Aus dieser „Sozialisierung" des Arbeitsverhältnisses, die aus Unternehmern, Angestellten und Arbeiterschaft eine Gemeinschaft bildet, kann, wo es geht, eine Sozialisierung des Ertrages (Gewinnbeteiligung) herauswachsen.

Auf alle Fälle muß Klarheit darüber sein, daß die „Verstaatlichung" als solche dem Arbeiter nicht die Erfüllung dessen sein wird, was er sich als Endziel seiner Hoffnungen und Wünsche vorstellt. Für das Lebensgefühl des Bergarbeiters wird es wenig bedeuten, ob er von nun an in einem staatlichen Schacht einfährt. Darin liegt keine Befriedigung lebendiger Sehnsucht, keine Erlösung von dem Druck des „Enterbten". Das muß von anderen Veränderungen kommen, solchen, die bis zum einzelnen Mann eine neue Luft der Gemeinsamkeit dringen lassen. Demokratisierung der Arbeitsgemeinschaften. Man wird später, wenn sich die kleinen Geschehnisse in großen Linien ordnen, sich wundern, durch welche Verblendung die Menschen, nachdem sie die politische Demokratie längst als Errettung erkannt hatten, immer noch nicht sahen, daß das Untertanentum noch weit drückender, aufreizender, verhängnisvoller sein mußte im Arbeitsverhältnis.

Und weiter: die Kriegslast von 161 Milliarden, die zu verzinsen ist (abgesehen von dem, was uns noch auferlegt wird), führt mit unerschütterlichem Zwang in eine Gemeinwirtschaft, die von jedem privaten Arbeitsertrag ihren vollen Tribut verlangt. Dadurch wachsen wir in neue Zustände der Abgabegewohnheiten hinein. Wenn wir einmal von Kriegslasten wieder aufatmen können, werden die Grundlagen zu einer gegen früher beispiellosen Verstärkung der sozialen Mächte gegenüber den individualistischen vorhanden sein. Durch die Not, in der wir sind, ist uns die Aufgabe gestellt, unter sorgfältiger Schonung der Produktivkräfte des

Gesamtheit den irgend erreichbaren Höchstbetrag von Mitteln zur Verfügung zu stellen. Daß dies ausprobiert werden muß, ist Vorbereitung, ja Gewähr für ein künftiges Höchstmaß sozialer Leistung. Wenn wir überhaupt eine Zukunft haben, so kann an die Stelle der Kriegskosten nach und nach eine Leistung für die Gesamtheit, ein sozialpolitischer Posten treten.

Es ist unsere Aufgabe, den Geist zu erhalten, der die Ueberführung der einmal ausgebildeten Technik zu positiver sozialer Leistung gewährleistet, aus dem Notbau der jetzigen Lastendeckung allmählich den Neubau des sozialen Staates werden zu lassen. Dazu gehört sittliche Kraft, sozialer Wille, eine neue Art nationaler Erziehung, und vor allem: brüderliche Liebe und idealistische Wärme.

Naumann / Dankbarkeit

Wie dankbar müßten wir sein, wenn wir alles wüßten, was für uns getan wird! Für uns arbeitet Heimat und Fremde, an unserer Versorgung beteiligen sich freiwillig oder gezwungen zahllose Mitmenschen. Gerade weil wir im Kriege und jetzt die Unterbrechung so vieler Zufuhren erlebten, wächst das sonst oft schlummernde Gefühl der Dankbarkeit auch für kleinere Genüsse und Wohltaten. Der Städter gedenkt mit mehr Einsicht der Arbeiten des Landmannes, des Bergmannes, des Schiffers, ohne die er nicht zu existieren vermag. Alle werden sich ihrer vielseitigen Abhängigkeiten weit mehr als sonst bewußt. Jeder lebt vom anderen! Du lebst, weil du in einen lebendigen Organismus hineingeboren wurdest! Dafür Gefühl zu haben, ist Dankbarkeit. Dankbar sein aber führt zum Vergeltenwollen. Du magst dir nicht dein Dasein schenken lassen, ohne etwas Entsprechendes als Gegengabe zu bieten. Je mehr du annimmst, desto mehr mußt du austeilen wollen. Zwar genau ausgleichen kann niemand die große, allgemeine Rechnung; es bleibt bei der alten Regel: wem viel gegeben ist, von dem wird man viel fordern. Darum sprachen unsere frömmeren Voreltern viel von der Dankbarkeit gegen Gott, weil er als Ausgangsort aller empfangenen Wohltaten und als Empfänger aller Gegenleistungen gedacht wurde. Von ihm und zu ihm sind alle Dinge. Er gilt als der große Ausgleicher im Haushalte der sittlichen Menschheit, als Vater der Gewesenen und der Kommenden, dem wir das in die Hände legen, was wir dankbar für die Tüchtigkeiten unserer Ahnen nun unseren Enkeln stiften, damit sie an uns so sich erinnern, wie wir an jene.

Büchertisch

Max v. Boehn, Bekleidungskunst und Mode. Delphin-Verlag, München. 128 Seiten und 135 Abbildungen. 12 M.

Dieses schön ausgestattete Buch sei jedem empfohlen, den der darin behandelte Stoff interessiert. Entstehung der Kleidung, Entwicklung der Tracht, die Mode und die damit verknüpften ästhetischen und psychologischen Probleme werden in klarer Weise behandelt, mit gut ausgewählten Bildern illustriert. Der Verfasser stützt sich durchweg auf strenge wissenschaftliche Forschung. Hier wäre auch der Punkt, wo die Kritik etwas zu beanstanden hätte: entweder man legt das Buch so an, daß man im Text eine Einführung in die strittigen, sehr schwierigen Fragen mit Erwähnung der Namen der Verfasser, die sie vertreten, gibt, dann muß man aber auch unbedingt sagen, wo in der Literatur man das Nähere über diese Dinge findet; oder man will den wissenschaftlichen Ballast vermeiden und ein gemeinverständliches Essay schreiben, dann darf aber nicht das schwere Kaliber all dieser Namen aufgeführt werden, mit denen man ohne die Nennung der dazugehörigen Werke wenig genug anfangen kann. Neben diesem technischen Mangel sei noch eine kleine sachliche Ausstellung gemacht. Als Gründe für die Entstehung der Kleidung werden genannt: das Schmuckbedürfnis, das Verlangen nach Schutz gegenüber der Witterung und das Schamgefühl. Es kommt aber wohl noch ein Weiteres dazu, was hier gar nicht bewertet wird, nämlich der Aberglaube. Gerade das Verhüllen wird ja von den Primitiven als wirksamer Schutz gegen Dämonen angesehen, ein Glaube, der sich volkskundlich oft belegen läßt. (Verhüllen der Hände, Verhüllen der Braut usw.) — Als Ganzes aber schöpft man Anregung und Gewinn aus dieser wirklich gut geschriebenen Einführung in eine Frage, die als eine der schwierigsten und immer noch nicht zu aller Zufriedenheit eindeutig gelösten Frage der Volks- und Völkerkunde gehört. M. R.

Hermann Kesser, Vorbereitung. Vier Schriften. Frauenfeld u. Leipzig, Huber u. Co., 1918. 95 S. Geh. 4,50 M., geb. 5,50 M.

Von Hermann Kesser ist 1917 ein Roman erschienen: „Die Stunde des Martin Jochner. Roman aus der vorletzten Zeit", der unter die stärksten und ausdrucksmächtigsten jüngster Epik gezählt werden muß. Als Zeitroman eine merkwürdige Ergänzung zu Heinrich Manns „Untertan" — mehr Aufbau und Ausblick, wo Mann abrechnet —, einig im entscheidenden Begehren: die Seele vom System zurückzufordern. Martin Jochner heißt der ringende Vorläufer jener erwachten Journalisten der Zukunft, der wahrhaftigen Tagesarbeiter, Taggestalter, die von der Macht des Geistes im Staate zu zeugen haben werden. Ihre Aufgabe umreißt im Ton des Manifests die erste der vier Schriften (sie trägt die Jahreszahl 1916). „Der Journalismus und die politische Seele." Über die katastrophalen Versäumnisse deutschen politischen Schrifttums der Vorkriegszeit ist selten Eindringlicheres gesagt worden. Forderung, ungeheure, aber unerläßliche, bleibt die Schaffung einer neuen Presse, die nicht „berichtet", sondern politische Werte setzt. Was ist Journalismus? Zusammenebben der menschlichen Wortträger. Und was Politik? Menschheitlicher Verwirklichungswille. Wir wußten es längst und haben es doch, unter welchen Schmerzen! neu erfahren müssen. (In Parenthese: man lernt nur, was man schon weiß; aber was man weiß, muß man erst lernen....) Das Ziel weist der zweite Aufsatz: „Der nächste Gipfel" (geschrieben 1917), in dem bedeutsam verkündet wird, was sich in Umrissen heute schon zu enthüllen, zu erfüllen beginnt. Rechtfertigung einer vielfach verklagten Generation, ihres Schicksalsmäßigen und Unbedingten, ist der leidenschaftliche kleine Essay: „Die Stimme der Dichter." Die letzte der Schriften, allerpersönlichst im Stil, erinnerunggetragen, zeichnet in Ehrfurcht und Ergriffenheit die „Züge Ferdinand Hodlers", als des letzten großen Bejahers und Heiligsprechers der Menschen. D. M.

Helene Nathan, Sozialismus, Demokratie, Tagesfragen. Eine Literaturübersicht mit kritischen Anmerkungen. Deutsche Zentrale für volkstümliches Büchereiwesen, Leipzig. 30 S. 2 M.

Nun ist endlich auch der so erwünschte und, es sei gleich gesagt, auch sehr brauchbare Führer durch die Literatur der Fragen, die heute alle bewegen, vorhanden. Er gibt mehr als eine Aufzählung der Bücher, dadurch, daß jedes einzelne Werk kurz charakterisiert wird und die Stellen, wo es besprochen ist, beigefügt sind, so daß man den grundsätzlichen Standpunkt des Verfassers, den man dem Titel ja nicht ansehen kann, schon auf diese Weise erfährt. Man hätte es noch ausführlicher gewünscht, damit auch Gebiete wie die Gewerkschaften, Genossenschaften usw. behandelt würden. — Vielleicht wird eine erweiterte spätere Auflage diese Lücken ausfüllen.

Briefkasten

Wir bitten, alle für die „Hilfe" bestimmten Manuskripte während der Dauer der Nationalversammlung nach Weimar an die Adresse von Fräulein M. Kutter, bei Herrn Regierungsrat Schaper, Erfurter Str. 60, senden zu wollen.

Schriften über das Verhältnis von Kirche und Schule können bei der Schriftleitung der Zeitschrift „Freie Deutsche Schule", Würzburg, Lerchenweg 1, erfragt werden.

Aus Bebra ist eine Bestellung auf Bücher ohne Namensunterschrift eingegangen.

Ortsvereine der Deutschen Demokratischen Partei, die ihren Mitgliedern die „Hilfe" zustellen wollen, werden gebeten, sich über den Bezug mit uns zu verständigen.

Wegen Raummangels mußten die Artikel von Martin Wenck, Bruno Raueder und Oscar Wingen für die nächste Nummer zurückgestellt werden. Der Artikel von Wilhelm Heile fällt ganz weg, dafür wurde der von Gertrud Bäumer eingeschoben.

Verlag der „Hilfe".

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, beide z. Z. Weimar.

Digitized by Google

27. Februar 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis im Buchhandel 4 M., beim Postamt 4,12 M., unter Kreuzband 4,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 4,25 M., ins Ausland 5 M. Soldatenausgabe 1,50 M. Einzelhefte 40 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8583.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 9

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 60 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Gertrud Bäumer:** Heimatchronik. — **Naumann:** Der neue Parlamentarismus. — **Naumann:** Rede in der Nationalversammlung. — **Prof. Dr. Heinrich Gerland:** Der Entwurf des Völkerbundvertrages. — **Prof. Dr. Paul Wentzcke:** Rheinische Republik. — **Dr. Walter Oppermann:** Aufgaben der Gemeindepolitik. — **Martin Wenck:** Partei und Presse. — **Dr. Oscar Wingen:** Mehr wirtschaftliche Bildung. — **Naumann:** Fremde Sprachen. — Büchertisch. — Briefkasten.

Naumann / Kriegschronik

Sonntag, 16. Februar.

Der deutschen Regierung ist eine außerordentlich schwere Aufgabe zugefallen, da sie innerhalb weniger Stunden sich darüber entscheiden muß, ob der Waffenstillstand in der von General Foch geforderten Form unterschrieben werden kann. Das Neue an dem jetzt vorliegenden Entwurf ist erstens, daß zwischen Deutschen und Polen eine Demarkationslinie gezogen wird, über die hinaus die Deutschen nicht angriffsweise vorgehen sollen, und zweitens, daß von nun an eine dreitägige Kündbarkeit des Waffenstillstandes eintritt. Was die Grenzlinie anlangt, so ist ihr Inhalt die Auslieferung fast des ganzen Regierungsbezirks Posens an die aufständischen Polen. Bromberg, Thorn, Ost- und Westpreußen sind auf deutscher Seite, ebenso Schlesien. Die Deutschen werden aber gezwungen, die Orte Bentschen, Bomst und Birnbaum preiszugeben, obwohl sie durchweg deutschen Charakter tragen. Der Bahnhof Bentschen soll auch weiterhin von deutschen Truppen besetzt bleiben. Ein Vorgreifen hinsichtlich der endgültigen Grenzbestimmungen des Friedenskongresses ist mit dieser Grenze nicht beabsichtigt, sondern nur eine Sicherung der Polen vor deutschen Angriffen, wobei die umgekehrte Sicherung der Deutschen vor polnischen Angriffen bis jetzt nicht garantiert erscheint. Was die dreitägige Kündigung betrifft, so wird sie als ein furchtbarer Druck empfunden, da sie das schon bestehende System des Herauspressens unmöglicher Leistungen noch sehr zu steigern geeignet ist. Die Befehlshaber der Entente können beliebige Forderungen an uns stellen und bei Nichterfüllung mit dreitägiger Frist von Freiburg bis nach Düsseldorf an beliebiger Stelle einmarschieren. Es besteht im deutschen Volke, soweit wir es hier an seinen Vertretern feststellen können, vielfach die Meinung, daß es besser sei, gar keinen Vertrag zu haben als eine derartige dreitägige Bedrängung. Wenn wir imstande sein würden, unsere Ernährungsverhältnisse und den Wiederbeginn industrieller Arbeiten aus eigenen Materialien und Kräften in Ordnung zu bringen, so würden wir wohl zu einer Absage an General Foch gelangen. Da aber die Dinge umgekehrt liegen, und da wir doch binnen kürzester Zeit genötigt sein würden, wieder um Anknüpfung vertragsmäßiger Formen zu ersuchen, so bleibt auf unserer Seite nichts anderes übrig, als sich auch diesem neuen Zwange zu unterwerfen. In diesem Sinne wurde Staatssekretär Erzberger telegraphisch beauftragt. Das Abkommen wird heute abend tatsächlich in Trier unterzeichnet.

Montag, 17. Februar.

Die Bewegung der Geister über die Unterzeichnung des neuen Waffenstillstandes dauert an. In den Zeitungen finden sich verfrühte und wahrscheinlich falsche Meldungen über den Rücktritt des Grafen Brockdorff-Rantzau von der Leitung des Auswärtigen Amtes. Erzberger erscheint in Weimar und gibt vor der Nationalversammlung kurzen Bericht über den bereits bekannten Inhalt des unterzeichneten Abkommens. Er sieht die Sachlage etwas optimistischer an, als es im allgemeinen hier geschieht; aber das ist ja ein bekannter Vorzug seines arbeitskräftigen Naturells. Er hält für möglich, daß die Verhandlungen über den Präliminarfrieden in Kürze beginnen.

Präsident Wilson hat vor seiner Rückfahrt nach Amerika einen Entwurf des Völkerbundes vorgelegt, durch den die Hoffnungen auf eine wirkliche Weltfriedensgemeinschaft wesentlich herabgestimmt wurden. Es entsteht offenbar nicht ein Bundesstaat aller Nationen, sondern ein Verband, in dem die Engländer durch das Stimmrecht ihrer Kolonien und die Amerikaner durch das Stimmrecht der mittel- und südamerikanischen Staaten sich in allen europäischen Angelegenheiten eine unzweifelhafte Mehrheit sichern. Bei derselben Gelegenheit wird von Wilson ausgesprochen, daß die Deutschen ihre Kolonien nicht wiedererhalten, sondern daß zunächst die deutschen Kolonien vom Völkerbund verwaltet werden. Wilsons Macht innerhalb der Westmächte scheint zu sinken, seit die Engländer und Franzosen militärisch keine Hilfe mehr brauchen.

In Deutsch-Österreich haben gestern unter großer Beteiligung die Wahlen für die Nationalversammlung stattgefunden. Die bis jetzt vorliegenden Ziffern bedeuten einen gewaltigen Sieg der Sozialdemokratie.

Dienstag, 18. Februar.

In Paris hat General Foch vor den Vertretern der feindlichen Großmächte über den Waffenstillstandsvertrag mit Deutschland referiert und mitgeteilt, daß in den nächsten Tagen ein definitiver Entwurf eingereicht werde, der bis zum Abschluß des Präliminarfriedens Geltung haben solle. Deutschland werde danach nur eine Militärmacht von 25 000 Mann zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung besitzen dürfen. Alles Kriegsgerät und alle Kriegsindustrien sollen der Entente unterstellt werden. Der Berichterstatter der „Times" fügt hinzu, man werde vermutlich die Vernichtung aller Werkzeuge, die nur dem Kriege dienen, fordern. Vor der Ausführung dieser Bestimmungen werde die Besetzung Essens und der Marinearsenale unter der einen oder anderen Form für notwendig erachtet. Deutschland werde auch die internierten deutschen Schiffe ausliefern müssen. Es stehe beinahe fest, daß die deutsche Kriegsflotte als altes Eisen verkauft werden wird.

In der Nationalversammlung erhebt der mit Hugo Stinnes zusammenhängende Generaldirektor Dr. Vögler die allerstärksten Angriffe gegen die Geschäftsführung Erzbergers bei Herstellung der Waffenstillstandsverträge. Erzberger verteidigt sich mit Glück und Geschick, so daß ihm der parlamentarische Sieg unzweifelhaft gehört. Man muß zugestehen, daß es eine undankbare Aufgabe ist, für ein geschlagenes Volk Unterhändler zu sein, und man wird hinzufügen dürfen, daß es nicht recht ist, dem Unterhändler Steine in den Weg zu werfen, während er gerade die schwierigsten Verhandlungen zu vollziehen hat. Eine Kri-

Digitized by Google

ist an den Ergebnissen der Erzbergerschen Verhandlungen ist selbstverständlich zuversichtig, und die starken Besorgnisse der Hafenstädte, der rheinischen Industriegebiete und der ganzen Bevölkerung überhaupt sind menschlich sehr begreiflich.

Mittwoch, 19. Februar.

Bei den Wahlen zur deutsch-österreichischen Nationalversammlung gelangten von 255 ausgeschriebenen Mandaten nur 162 zur wirklichen Wahl, weil die übrigen Wahlkreise durch tschecho-slowakische oder italienische Besetzung der Wahlmöglichkeit entzogen waren. Es wurden gewählt: 70 Sozialdemokraten, 67 Christlichsoziale, 23 Deutsch-Freiheitliche (bürgerliche Liste), 1 Jüdisch-Nationaler und 1 Tscheche. Nach einer Berechnung der christlichsozialen „Reichspost", die sich dabei auf frühere Wahlergebnisse stützt, würden bei ungehindertem Wahlverfahren etwa im ganzen vorhanden sein 120 Sozialdemokraten, 76 Christlichsoziale und 55 Deutschnationale, so daß in jedem Fall eine kleine bürgerliche Mehrheit gegenüber der Sozialdemokratie zu verzeichnen ist, etwa so wie auch im Deutschen Reiche. Die Abgeordneten für die besetzten Gebiete sollen ernannt werden, und zwar so schnell, daß sie bei der Konstituierung der Nationalversammlung in der ersten Märzwoche teilnehmen können.

Die „Frankfurter Zeitung" meldet, daß auf der Pariser Friedenskonferenz die Tschechen zwei ihrer Hauptwünsche nicht bewilligt erhielten. Sie verlangten nämlich einesteils, daß die Zugehörigkeit der Deutschböhmen zum tschechischen Staat ohne weiteres international anerkannt und daß in der Gegend von Preßburg eine geographische Zusammengehörigkeit zwischen Nord- und Südslawen konstruiert werde. Bezüglich der Deutschböhmen legt Amerika Gewicht darauf, daß die Bevölkerung befragt wird. Statt der geographischen Landverbindung soll nur eine Internationalisierung der Eisenbahnlinien zwischen Brünn, Preßburg und Fiume eintreten. — Wir nehmen an, daß bei freier Volksabstimmung die überwältigende Mehrzahl der Deutschböhmen sich für den Anschluß an das Deutsche Reich entscheiden wird.

Donnerstag, 20. Februar.

Der französische Ministerpräsident Clemenceau wurde von einem Anarchisten durch zwei oder mehrere Schüsse getroffen. Man glaubt an die Erhaltung seines Lebens.

Die Friedenskonferenz in Paris beschäftigt sich ausführlich mit den Ansprüchen der Südslawen, die ein großes serbisch-kroatisches Reich mit etwa 15 Millionen Einwohnern errichten wollen, gegen das Sonnino im Namen der Italiener protestiert. Dabei beruft sich Sonnino auf ein Sonderabkommen, das im Februar 1918 zwischen England und Frankreich einerseits und Italien andererseits abgeschlossen worden sei. Nächst den Serben sollen die Albaner ihre Angelegenheiten vortragen dürfen. Dann steht auf der Tagesordnung ein Bericht dänischer Vertreter über die Ansprüche an Schleswig.

In Dänemark gibt es hinsichtlich der Behandlung der nordschleswigschen Frage zwei verschiedene Auffassungen. Die friedensfreundlichen Parteien der Linken, geführt durch Ministerpräsident Zahle und Minister des Auswärtigen Scavenius, wünschen nur solche Gebiete mit Dänemark zu vereinigen, die tatsächlich dänischen Charakter tragen, da sie sich von Annektierungen deutscher Bezirke nichts Gutes versprechen. Sie würden sich unter Umständen auch ohne Zuhilfenahme der Friedenskonferenz mit Deutschland über eine geeignete Grenzlinie verständigen. Diese Partei aber leidet sehr unter dem Druck der konservativen dänischen Nationalisten, die auf das halbe oder, wenn es ginge, auch auf das ganze Schleswig-Holstein ihre Hände legen möchten. Sie fordern die Ausdehnung der dänischen Herrschaft bis zum Nord-Ostsee-Kanal. Diesen Übertreibungen gegenüber entsteht natürlich eine starke Beunruhigung der deutschen Kreise in Schleswig, und zahlreiche Versammlungen protestieren gegen dänische Anmaßung. Man kann nachträglich sehr bedauern, daß Bismarck nicht sofort nach dem Prager Frieden im Jahre 1866 die deutsch-dänische Grenze durch eine Volksabstimmung endgültig geregelt hat.

Freitag, 21. Februar.

Mit einer gewissen Absichtlichkeit wird ein Aufsatz verbreitet, den Graf Andrassy in einem Schweizer Blatt über die politische Lage veröffentlicht hat. Er empfiehlt Ungarn dem Wohlwollen der Westmächte, indem er das Bündnis mit Deutschland als schon während des Krieges erschüttert bezeichnet, und versichert, daß die angelsächsische Herrschaft in Ungarn keiner Opposition begegnet und daß die nationale Politik Frankreichs in Budapest einen Widerspruch nicht findet. Nur das frühere Bündnis mit Deutschland habe die Ungarn in eine Gegnerschaft zu Frankreich getrieben. Wenn jetzt die Ungarn nicht zur Verzweiflung getrieben werden, so muß das Alldeutschtum auf jede Hoffnung auf Revanchebündnisse verzichten. Ungarn und Polen müssen sich untereinander verständigen, um den Deutschen gegenüber einen Wall zu schaffen. — Diese Ausführungen sind vom Standpunkt der ungarischen Ententefreunde aus, wie es etwa Graf Karolyi immer war, durchaus verständlich. Bedauerlich für uns ist nur, daß unter dem Druck der gegenwärtigen Lage auch ein Mann wie Graf Andrassy sein Weltbild in so merkbarer Weise umgestaltet. Wie übrigens die künftige Harmonie von Madjaren, Tschechen und Polen aussehen wird, liegt noch völlig im Dunkel.

Der frühere englische Flottenchef Admiral Jellicoe hat ein Buch über seine Kriegstätigkeit veröffentlicht, in dem u. a. der Untergang des „U 29 Weddingen" am 18. März 1915 dargestellt wird. Über die Tätigkeit der deutschen Hochseeflotte spricht der englische Fachmann sich durchaus anerkennend aus und gibt offen zu, daß durch das defensive Verhalten der deutschen Flotte eine schwierige Lage für die englische Hochseeflotte geschaffen wurde. Allerdings, so sagt er, mußte eine derartige untätige Haltung auf die Dauer die Moral der deutschen Flotte erschüttern. Er hält letzten Endes dieses defensive Verhalten für den Grund der wiederholten Meutereien an Bord deutscher Kriegsschiffe und damit für den Beginn der Revolution im November 1918. Nach dem uns vorliegenden Bericht der „Vossischen Zeitung" sagt Jellicoe, daß die Schlacht am Skager Rak die Überlegenheit des deutschen Panzers und der deutschen schweren Geschosse über die englischen erwiesen habe.

Sonnabend, 22. Februar.

Leider sieht Deutschland in diesen Tagen fast wie ein Kriegslager aus. Wir haben blutige Kämpfe in München, Düsseldorf, im Ruhrgebiet und an anderen Stellen. Dazu erklärt die Republik Gotha in fast mittelalterlicher Weise dem Deutschen Reiche den Krieg! Bei dieser betrüblichen Sachlage begreift man, daß die Polen sich nicht an die von der Waffenstillstandskommission bezeichnete Demarkationslinie halten wollen. Die Franzosen stellen durch Funkspruch fest, daß von ihnen aus die Polen Anweisung erhalten haben, nicht über die Abmachung hinauszugehen. Täglich aber werden von verschiedenen Stellen kleinere Vorstöße gemeldet. Dabei sitzt die Nationalversammlung hier in Weimar und hat nichts anderes in ihren Händen als Protest und Resolutionen. Alles das haben diejenigen verschuldet, die uns verhindert haben, zur rechten Zeit Frieden zu machen.

Gertrud Bäumer / Heimatchronik

Sonntag, 16. Februar.

Über uns liegt die schwere Stimmung der Entscheidungen, die heute mittag die Regierung treffen muß; die Fraktionssitzung wird abgebrochen durch die Berufung unserer Führer zu einer gemeinsamen Beratung mit dem Kabinett.

Und die Heimatchronik bleibt immer noch ein Kriegsbericht: neu aufflammende Spartakistenbewegungen im Ruhrrevier (Gelsenkirchen, Recklinghausen) und Nürnberg.

Montag, 17. Februar.

Heute früh wird uns in der Fraktion die Entscheidung des Kabinetts mitgeteilt; sie steht auch schon in den Zeitungen. Mit

Digitized by Google

empfinden mit unseren Fraktionsgenossen aus dem Osten tief und leidenschaftlich die Schmach, die in diesen Bedingungen liegt, und schwer gibt das Gefühl der Empörung über das sinnlose Unrecht, die überflüssige Demütigung, die uns damit geschieht, dem Verstand nach, der sich von der Richtigkeit der Entscheidung überzeugen muß. Viele von uns sind jetzt fast so weit, daß sie es lieber auf einen neuen Kriegszustand ankommen lassen würden, als diese demütigende Politik der Erpressungen weiterzuertragen.

Die Nationalversammlung hat am Nachmittag nur den Bericht Erzbergers über das neue Abkommen angehört und sich dann vertagt. Diese stumme Vertagung war ihr bisher stärkster Augenblick.

Draußen im Lande übertäubt der Lärm des Bürgerkriegs selbst den schweren Klang der Worte: dreitägige Kündigungsfrist. Im Ruhrrevier versuchen Spartakisten den Generalstreik zu erzwingen. Fast alle Zechen des Bochumer Reviers sind von Spartakisten besetzt, die Arbeitswillige am Einfahren verhindern. Telephon- und Telegraphenämter werden besetzt, Zeitungen beschlagnahmt und am Erscheinen verhindert, Banken von Plünderern eingenommen. Anarchie zersetzt die Gebiete, in denen vor allem Deutschlands Wirtschaftsleben wiederauferstehen müßte. Und man ist innerlich so eingestellt auf diese furchtbaren Dinge, daß man seine Arbeit einfach weiter tun kann.

Dienstag, 18. Februar.

In der Nationalversammlung vollzieht sich die Aussprache über das Waffenstillstandsabkommen. Für uns Novizen ist es bedrückend, wieviel rein parteipolitische Tendenz diese Aussprache durchzieht. Die Seele des parlamentarischen Kampfes, dem kein Gegenstand groß genug ist, um ihm die kleinen Gelegenheiten agitatorischer Urteile zu opfern, ist uns noch unvertraut. Man entdeckt es erst immer wieder von neuem, daß diese Aussprache immer K a m p f, niemals in erster Linie gemeinsame Arbeit ist, und begreift nicht immer die sportliche Freude am „guten Coup" auch bei den größten und verhängnisvollsten Gegenständen. Kommt die leidenschaftliche Stimmung der Opposition von rechts und links dazu, um den Ton bis zum Sturm zu steigern.

Abends in der schönen Stadtkirche in Weimar eine Kundgebung für die Kolonien. Redner aller Parteien und Interessen. Sehr kraftvoll der sozialdemokratische Abgeordnete Quarck und der Vertreter der katholischen Mission Prälat Baumgarten.

In Braunschweig wird eine rein sozialistische Regierung gebildet. Die Volkskommissare haben darauf ihre Mandate niedergelegt.

Die preußische Nationalversammlung ist auf den 4. März einberufen.

Im rheinischen Industrierevier geht der Streik weiter, er hat den Dortmunder und Hammer Bezirk ergriffen, sämtliche Thyssenschächte, einen großen Teil der Stinnesschächte, Gute Hoffnungshütte — die meisten bekannten Namen sind in dem Kriegsbericht als Schauplatz genannt.

In Hamburg dauert ein Streik aller Verkehrsbeamten schon Tage.

Mittwoch, 19. Februar.

In der Nationalversammlung hat heute als Vertreterin der Sozialdemokratie im Fortgang der großen Aussprache über das Regierungsprogramm die erste Frau das Wort ergriffen. Sie hat nicht nur als Parteiangehörige, sondern zugleich für die Frauen, erfüllt von dem Gefühl der repräsentativen Bedeutung, die sie in diesem Augenblick hatte, gesprochen.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands wird auf der Basis in Aussicht genommen, daß die Bezahlung — nachdem die Entente Kreditgewährung abgelehnt hat — durch die noch im Inland befindlichen ausländischen Werte und durch gesteigerte Ausfuhr erfolgen soll.

Im Ruhrrevier haben Regierungstruppen Erfolge gegen die Spartakisten. Der Kampf wird aber schwer sein, da von den Hochburgen des Spartakismus, von Düsseldorf, Essen, Hamborn große Massen bewaffnet sind — in Düsseldorf wird ihre Zahl auf 15 000 geschätzt.

Donnerstag, 20. Februar.

In der Nationalversammlung gehen die „Abrechnungen" weiter. Wer hat schuld an der Niederlage? Dabei ist es unheimlich, wie die Vertreter des Annexionismus an dem Zugeständnis ihrer zahllosen Irrtümer, falschen Versprechungen und Zielsetzungen vorbei sich in ihre neue Rolle als Ankläger hineinwinden. Man sollte meinen, daß ein Mensch, der an der Stimmungsmache für die Annexionspolitik beteiligt war, heute zerbrechen sollte unter der Last solcher Verantwortung. Aber das Gegenteil ist der Fall. Man ist irgendwie immer noch oben auf und fühlt sich als Hüter der „nationalen Würde".

Als zweite Frau in der Nationalversammlung sprach in später Stunde Frau Luise Zietz für die Unabhängigen. Sie hat die Mission bekommen, in zweistündiger Rede alle Fehler, Rechtsbrüche, Gewalttätigkeiten der jetzigen Regierung gegen die Revolution zusammenzustellen und entledigt sich dieser Aufgabe im leidenschaftlichen Stil der Agitationsrede der Volksversammlung. Es schallt aus dem Walde heraus, wie man hineinruft, und so wird das Ganze ein rohes Schauspiel des Kampfes einer Frau mit Zurufen und Spott, der die persönliche Würde nicht unangetastet läßt. Man fühlt im Hintergrunde einer furchtbar negativen Einstellung ein Feuer, um dessen unfruchtbare Verwendung man traurig ist.

Freitag, 21. Februar.

In die Vormittagssitzung der Fraktion kommt die Nachricht von der Erschießung Eisners durch den Grafen Arco, der Sprengung der bayerischen Nationalversammlung und dem wilden Wiederaufflammen des Bürgerkrieges in Bayern. Die zweite Garnitur journalistischer Führer, Landauer, Mühsam, tritt an der Spitze neuer fanatisierter Volksmassen, als Rächer Eisners, die Herrschaft an.

Dazu immer noch schlimme Nachrichten aus dem Ruhrgebiet, Eroberung von Bottrop durch Spartakisten, Düsseldorf ganz unter ihrer Herrschaft in vollkommener Anarchie.

Es gehört viel Optimismus dazu, jetzt in diesem Augenblick von sozialen Zukunftszielen zu sprechen, wie es in der Nationalversammlung die drei Redner der dritten Reihe zu tun die Aufgabe hatten. Aber wir begegneten uns, der Redner der Sozialdemokratie, Dr. Meerfeld, der Arbeitervertreter Stegerwald und ich, in dem Glauben, daß die gestaltenden Kräfte in unserem Volk gesund sind, um doch schließlich über alles Chaos hinweg die Zukunft in neuem Geist aufzubauen. Damit ist die große Aussprache beendet, und die Regierung bekommt ihr Vertrauensvotum, von dem sich die Opposition ausschließt.

Sonnabend, 22. Februar.

Von der Lage in München ist noch kein deutliches Bild gewonnen. Generalstreik, Belagerungszustand sind beinahe selbstverständlich. Wer eigentlich die Macht hat, läßt sich nicht endgültig übersehen. Bayern ist zur „Räterepublik" ausgerufen.

Eine Konferenz der Streikleitungen in Essen beschloß Beendigung des Generalstreiks, da die Arbeiterschaft nichts davon wissen wolle, und sofortige Ablieferung aller Waffen. Die Frage ist nur, ob diesem Beschluß Folge geleistet werden wird.

Naumann / Der neue Parlamentarismus

Als man die Deutsche Nationalversammlung von Berlin nach Weimar verlegte, geschah es einesteils, um frei von Berlin zu sein, andernteils aber um schon durch die Wahl des Ortes zu bekunden, daß hier e t w a s g a n z N e u e s in Erscheinung treten solle. Das letztere wäre sehr gut gewesen, wenn es möglich war. Aber wieweit war es eben möglich? Die Proportionalwahlen haben unsere Zusammensetzung beträchtlich verschoben, der weibliche Zusatz hat unsere Gesamtart verändert, die Neuheit der Probleme hat uns vor unerhörte Aufgaben gestellt, und doch e

Digitized by Google

klappert dieselbe Mühle, es wird geredet und geredet. Wie lange wird es dauern, bis die neue Nationalversammlung für die Menge des Volkes nichts anderes ist als ein neuaufgebügelter alter Reichstag? Diese Gefahr fühlen wir selber vielleicht am stärksten, die wir mitten im Betriebe stehen, aber wir fühlen sie oft wie ein Verhängnis, eine fast unentrinnbare Folge des demokratischen Systems.

Es gehört zur Demokratie, daß auf freiem Markte gearbeitet wird. Der Volkswille, der als Halbfabrikat hierher geliefert wird, soll und muß von uns in Gesetze, Bewilligungen und Strafen verwandelt werden. Dieser Vorgang vollzog sich in monarchischen Zuständen innerhalb der vier Wände, so daß die fertigen Gesetze und Kundgebungen eines Morgens wie frische Butter ausgetragen wurden. Je mehr nun aber die Monarchie durch die Demokratie abgelöst wird, desto zerkratzter und zerredeter ist jedes Stücklein öffentlicher Ordnung schon, ehe es anfängt zu leben. Es ist wahrhaftig Großes und Bedeutsames, was jetzt in diesen Tagen hier fertiggemacht wird. Man muß sachmännisch anerkennen, daß bisher alles verhältnismäßig gut und ordentlich gegangen ist, aber es fehlt die Mystik der Staatsgeburt, der überwältigende Trieb einer Offenbarungszeit; die neue Staatsgründung hat noch keine eigene Legende. Und in diese unvermeidliche Nüchternheit wird nun vielerlei Ersatzöl hineingegossen. Eine absolute Knappheit der Aussprache würde stilgerechter wirken, sie aber ist undemokratisch. Ich muß das sagen, obwohl ich selber zu denen gehört habe, die im Auftrage ihrer Parteien der neuen Republik ihren Gruß darzubringen hatten. Ich spreche absichtlich offen darüber, um den Vielen, die jetzt etwas Historisch-Dramatisches vermissen, ein wenig zu helfen, zu einem reinen und gerechten Urteil zu kommen.

Wir haben unter dem früheren Regierungssystem einen ermüdenden Parlamentarismus gehabt, der sich aus der Scheinrolle erklärte, zu der die Volksvertretung verurteilt war. Damals galt es wirklich: Steter Tropfen höhlt den Stein! Nun aber ist eigentlich das viele Geplätscher nicht mehr nötig, sobald Volk, Presse und Abgeordnete selbst begriffen haben, daß die Regierungsparteien durch einfache Aufklärung und Handlungen wirken können und nur der Opposition Rede und Antwort gewähren müssen. Daß die Oppositionsparteien rechts und links den Bedarf nach Kritik und auch nach Verschleppung haben, liegt im Wesen ihrer Stellung, im rechtverstandenen Interesse aber der regierenden Parteien ist es, zu den Verhältnissen etwa der Anfangszeiten des Norddeutschen Bundes zurückzukehren, als man in der Woche etwa drei dreistündige Plenarsitzungen abzuhalten pflegte. Vom Präsidenten der Nationalversammlung erwarten wir, daß er ein Meister sei im Maßhalten mit den parlamentarischen Hilfsmitteln, weil sonst das technisch durchgebildete deutsche Volk nicht zu der Überzeugung kommen wird, daß auch der politische Betrieb der Republik „intensiv", das heißt: sparsam und sicher in der Arbeitsweise sei. Es ist mit den parlamentarischen Reden wie mit den Reichskassenscheinen: je mehr man verausgabt, desto geringer wird die Valuta. Schließlich hat auch jeder einzelne Abgeordnete mehr davon, wenn er zwar kürzer, aber unter mehr Volksaufmerksamkeit redet. Es handelt sich um Qualitätsarbeit.

Sowenig es beim Monarchen gleichgültig ist, mit wieviel Stilgefühl er auftritt, so ist der wohlerzogene Takt ein zu erwerbendes Lebensgut einer beginnenden Demokratie. Das trifft auch sonst zu bei der Herstellung neuer Ämter und Verkörperungen des Nationalgeistes. Sicherlich wird man keine kleinliche Ängstlichkeit zu haben brauchen in den Tagen, wo die Schlösser Deutschlands zu Burgen des Volkstums werden, und wo lange zurückgehaltene proletarische Ströme mit elementarer Kraft ins Gefilde der Herrschaft hervorbrechen. Solchen Naturvorgang zu erleben hat etwas Hinreißendes an sich. Nur darf dabei der richtige Unterton nicht fehlen. Die Proletarier und Demokraten kommen nicht wie Alanen und Vandalen, sondern sie erscheinen als die Träger der Kultur für alles Volk. Kultur ist aber nie ohne Achtung für die guten Werte der Vergangenheit. Den neuen Volksvertretern eines zur Selbstregierung gelangenden Volkes sagt ihr eigener gehobener Sinn zugleich mit der Tradition von Weimar: Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben! Wir werden wohl eines Tages von hier nach Berlin heimkehren, dann aber soll etwas gewonnen sein durch diesen Umgestaltungsaufenthalt am Denkmale der beiden großen Dichter.

Niemand wird leugnen, daß die Nationalversammlung eine starke Last auf ihren Schultern trägt. Mißlingt ihr Werk, so ist Deutschland mißlungen. Dieses Mal handelt es sich wahrhaftig nicht um die landläufige Theatervorstellung des Parlamentarismus. Dieses Mal wird regiert im eindringlichsten Sinne des Wortes. Darum ist kein Platz für bloße Rechthabereien. Die Volksvertreter sollen eine Verfassung fertigbringen, die kein ausgeklügeltes Kompromiß ist, sondern eine natürliche Organisation des deutschen Volksstaates. Alles andere ist gegenwärtig Nebensache. Wenn nun dabei von hundert Seiten her den Abgeordneten allerlei Lieblingswünsche und Reformpläne vorgetragen und vielstimmig empfohlen werden, so ist es ihre Pflicht, das Große vom Kleinen unterscheiden zu können und erst der Hauptangelegenheit selber zu dienen, dem nationalen Staate.

Naumann / Rede in der Nationalversammlung

(13. Februar 1919.)

Solange eine monarchische Regierung neben und über der Volksvertretung stand, lag für die Volksvertretung kein Zwang vor, sich in bestimmte Mehrheitsgruppierungen zu formieren. Jetzt aber, nachdem die monarchische Regierung nicht mehr vorhanden ist, ist es für den Staat, seine Existenz und seine Leitung eine absolute Vorbedingung und Notwendigkeit, daß aus den Gruppen und Parteien dieses Hauses heraus ein gemeinsamer Gedankengang organisatorisch fest gefügt wird. Es ist nun der Inhalt des heutigen Tages, daß durch die Proklamation des neuen Reichskanzlers — ich sage lieber „Reichskanzler", statt mich zwischen der Mehrheit von allerlei Präsidenten nicht mehr durchfinden zu können — eine Mehrheitsregierung aufgetreten ist, zu der ebenso, wie die Herren vom Zentrum, auch wir neben den Mehrheitssozialdemokraten gehören. Und nachdem schon mein Herr Vorredner Abgeordneter Gröber über die Ursachen und Erwägungen gesprochen hat, aus denen wir in diese neue Mehrheitsregierung eingetreten sind, setze ich seinen Gedankengang noch um etwas weiter fort.

Es gibt auf Grund der Wahlziffern in der Nationalversammlung nur zwei Mehrheitsmöglichkeiten; da nämlich die Sozialisten für sich allein eine Mehrheit nicht bekommen haben, gibt es eine Mehrheitsmöglichkeit unsozialistischer Art nach rechts hin, und eine andere Mehrheitsmöglichkeit, die eine Mischung oder eine Koalition zwischen den Mehrheitssozialisten und bürgerlichen Parteien

Digitized by Google

darstellt. Es gibt nun in der Tat innerhalb der bürgerlichen Kreise Deutschlands nicht wenige, die glauben, wir hätten die erste Möglichkeit ergreifen und die unsozialistische Mehrheit herstellen sollen, die etwa mit der Deutschen Demokratie beginnt und bis an jene rechte Wand reichen würde. Dabei aber würde, ganz abgesehen von den Gesinnungs- und Gemütswiderständen, die innerhalb dieser Rechten reichlich vorhanden sind, ihre Zusammenfassung die zwei Hauptzwecke der Gegenwart nicht erfüllen können. Nämlich, es würde zunächst unmöglich sein, mit dieser bürgerlichen Mehrheit der Rechten die Revolution zu beenden. Denn gerade diese Zusammenfassung würde alle sozialistischen Arbeiter, unbeschadet der Differenzen ihrer eigenen Temperaturen und Auffassungen, zusammen zu einer gemeinsamen Opposition formieren, und es würde absolut unmöglich sein, trotz der ziffernmäßigen Mehrheit mit dieser Rechten im Augenblick einen ruhigen Gang der Geschäfte in Deutschland herzustellen oder zu gewährleisten. Und zweitens: dem Auslande gegenüber würde diese Mehrheit der Rechten niemals als eine Garantie für einen künftigen Weltfrieden erscheinen. Denn innerhalb dieser Rechten müßten dann unvermeidlicherweise solche zusammengefaßt werden, die immer nur den Verteidigungskrieg haben wollten und auf dem Boden der Friedensresolution vom Juli 1917 standen, mit solchen, die damals dieser Resolution gegenüber den allerlebhaftesten Protest und eine den Krieg weiter fortsetzende und fordernde Agitation durchgeführt haben. Und da nun das Ausland mit uns einen Frieden machen soll und machen muß, bei dem wir die Friedenbittenden geworden sind durch die Übertreibungen des Krieges, die von rechts her verlangt wurden, so ist es unmöglich, daß eine Regierungsmehrheit, in die die frühere Vaterlandspartei eingefügt ist, heute vor die Menge der Nationen hintritt und zu ihnen sagt: jetzt kommen wir und wollen Frieden haben!

Es bleibt nichts anderes übrig, als daß die zweite in diesem Hause vorhandene Mehrheit, eben die Zusammenfassung der Mehrheitssozialdemokratie mit den demokratischen Teilen des Bürgertums, die Verantwortung und Führung übernimmt. Indem diese Gruppen zusammentreten, können sie sich leicht vereinigen auf dem Gebiet der exakten Demokratie. Das, was Deutschland bisher nicht gehabt hat, eine wirklich bis zu Ende gegangene bürgerliche Umgestaltung, kann jetzt vollendet werden, indem Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum darüber heute einig sind: wir besitzen von jetzt an keine angeborenen politischen Vorrechte mehr, wir haben keine Kasten und keine Klassen mehr, wir sind ein Volk! Können wir darüber nicht einig sein? Wir besitzen keine undemokratischen Unterschiede mehr unter uns! Auch darüber aber können wir miteinander klar sein, daß wir der Außenwelt gegenüber den Frieden etwa auf der ideellen Grundlage fordern können, die in unserer Friedensresolution vom Juli 1917 ausgesprochen ist.

Wir können auch insbesondere die Einheitlichkeit und Zusammengehörigkeit des ganzen deutschen Volkes, indem wir uns zu einer großen Mehrheit fügen, in viel anderer Weise garantieren, als es durch irgendeine andere Gruppierung denkbar und möglich ist. Wenn Mehrheitssozialdemokratie, Deutsche Demokratie und Zentrum mit allen ihren Verbindungen in Nord und Süd, und wo überhaupt Deutsche sind, ihre Hände ineinander legen, so ist das an sich schon ein nationales Werk: wir wollen zusammen trotz aller Eigenart und trotz aller Differenzen ein gemeinsames deutsches Einheitsreich bilden, wir wollen gemeinsam die eine große Gruppe der Neuaufrichter des Staates sein. Dadurch sind sehr große Gefahren der Abspaltung von Teilen des Deutschtums von vornherein überwunden.

Wenn man die Zusammenfassung dieser Mehrheit sich durchdenkt, kommt man zu dem Ergebnis, daß sie allgemeinpolitisch, nationalpolitisch und demokratisch ohne wesentliche Hemmnisse miteinander arbeiten wird. Gewisse Schwierigkeiten bleiben aber wie bei jeder Koalition, und mein Herr Vorredner hat auch davon durchaus in unserem Sinne geredet. Jede der drei Parteien hat ihren eigenen historischen Charakter, und indem wir jetzt zusammengehen, so bleiben wir doch, was wir sind: Sie bleiben Sozialisten, wir bleiben bürgerliche Demokraten, Sie bleiben Mitglieder der Zentrumsgruppe! Wir haben miteinander kein einheitliches, formulierbares, sozialwirtschaftliches Programm, da wir unsererseits nicht daran denken, den ersten Teil des sozialdemokratischen Erfurter Programms als unser Lehrbuch anzusehen. Wir besitzen zwar untereinander einen großen Teil Stimmungen, die ganz ähnlich einem geschichtlichen Zwange unterworfen sind, der auf Sie und auf uns gleich wirkt. Aber wenn jemand heute genau formulieren will, was der gemeinsame Bestand an Wirtschaftslehre und Staatslehre ist, so wird der Konstruktionsversuch mißlingen. Wir teilen im allgemeinen den materialistisch-historischen Grundgedanken der Marxisten nicht. Das erscheint als eine innere Schwierigkeit der neuen Regierung, aber ich halte es sogar für einen Vorteil, daß gerade in jetziger Zeitlage eine dogmatische Bindung nicht besteht. Eine Regierung unter jetzigen Verhältnissen muß etwas anderes sein als eine theoretisch festgelegte Klassenregierung. Sozialisten und Nichtsozialisten müssen sich in ihrem Nebeneinander begreifen wie Protestanten und Katholiken. Die Sozialisten müssen sich gewöhnen, daß auch die Individualisten lebensnotwendig sind, und ebenso müssen die bürgerlichen Kreise begreifen, daß eine große Menge sozialistisch denkender Leute in unserem Vaterlande heute an führender und ausschlaggebender Stelle gefunden werden.

So halten wir dafür, daß die allgemeinen Grundlagen der neuen republikanischen Regierung möglich und richtig sind, und es muß kommen, es muß geschaffen werden der Volksstaat oder, wenn man das Fremdwort lieber hören will: die Republik; denn nach dem Verschwinden der Monarchen, nachdem die Könige und Großherzoge gegangen sind, bleibt uns gar nichts anderes übrig, als unseren deutschen Volksstaat mit aller Kraft, mit aller Hingebung und aller Treue zu bauen. Wir werden dabei nicht unsere eigene deutsche Vergangenheit auslöschen wollen. Die Vergangenheit fast aller deutschen Landesteile hat, wie die ganze bisherige deutsche Historie, einen monarchischen Charakter. Den können wir unter keinen Umständen aus den vergangenen Jahrhunderten herausstreichen; denn selbst wenn wir es versuchen wollten, würden die Steine der Architektur in ganz Deutschland laut rufen von den Zeitaltern, in denen Fürsten und Völker gruppen- und stammweise zusammen gelebt haben. Mag es Theorie sein, zu untersuchen, ob mehr der Fürst dem Volke gedient hat oder mehr die Völker den Fürsten genützt haben: jedenfalls waren die ganzen letzten Jahrhunderte voll von dieser wechselseitigen Gemeinschaft. Und wenn wir uns der letzten Periode erinnern, der Zeit des großen deutschen Aufstieges vor dem betrübenden Umschwung, der Zeiten des Glücks vor dem Kriege und vor der Niederlage, so wird bei aller späteren Geschichtsbetrachtung auch die Romantik des nun vergangenen Fürstentums weiterhin in Wort und Lied eine Rolle spielen. Wir denken nicht daran, uns die Vergangenheit unserer Vorfahren oder selbst die Erlebnisse unserer eigenen in Bismarcks Tage fallenden Jugend nachträglich etwa verketzern und in den Schmutz ziehen zu lassen. Das Gewesene behält seine Ehre. Aber so sehr wir der Vergangenheit gegenüber die Ehre hochhalten — deutsche Geschichte bleibt, was sie gewesen ist, eine Geschichte der Fürsten und Völker —, der Strich ist dennoch nun gemacht, und der Strich ist endgültig! Ebenso sicher, wie ich von der Anerkennung der Historie reden mußte, ebenso bestimmt und unzweideutig muß nun auch davon geredet werden, daß heute ein Träumen vom Wiederkommen der Monarchen nur die Bedrohung mit einem Bürgerkriege ist, der das Schlimmste und Unheimlichste ist, was wir erleben könnten.

Die Fürsten mögen selbst untersuchen, wie und warum es so weit gekommen ist! An sich war ja eine Neigung, die Fürsten zu verabschieden, in Deutschland nicht sehr lebhaft vorhanden. Auch die Herren von der Sozialdemokratie werden mir darin recht geben, daß sie zwar immer den Programmpunkt von der Republik gehabt, daß sie aber in kluger Mäßigung auf diesen Punkt nicht ein hervorragendes Gewicht gelegt haben in den Jahren des Kampfes. Wir hatten alle anderes zu tun, als diese Frage staatsrechtlicher Art zu erörtern.

Digitized by Google

Durch den Krieg aber ist die letzte große Probe der Monarchie gemacht worden, und der Befähigungsnachweis der Monarchie wurde nicht geliefert im großen Fegefeuer der Weltgeschichte. Die Monarchie hat uns nämlich im Kriege nicht die Einheit gebracht. Einheitlicher als wir waren demokratisch eingerichtete Völker. Bei uns sind wir nicht darüber hinweggekommen, daß die Einheitlichkeit des Regiments durch die oberste Stelle nicht zustande gebracht wurde. Alle die vier Jahre hat ferner die oberste Stelle jenes historische Gefühl nicht gehabt, das ihr sagte, wann der Friede endgültig kommen mußte.

Wenn die bisherige monarchische Führung des Deutschen Reiches noch im Juli 1917 das Ohr für die Mehrheit des Volkes geöffnet hätte — wer weiß, wir hätten jetzt vielleicht staatspolitische Verhältnisse wie in England. Wir wären vielleicht auf einen Weg gegangen, den man mit dem Doppelwort „Demokratie und Kaisertum" bezeichnen kann. Wir konnten ohne Katastrophe in eine historische Periode hineinkommen, in der das Demokratische wuchs, indem die neue Staatsform sich vollendete, während die alte allmählich würdig in ruhige Gefilde hinüberging. Wenn das nicht geschehen ist, so lag das jetzt an der Monarchie selbst, und es ist über uns gekommen als ein deutsches nationales Schicksal, daß wir jetzt nichts anderes können, als aus dem Volke heraus auf Grund des Volkswillens unvermittelt die Republik aufzurichten.

Das würde an sich eine innerlich befreiende und erfreuliche Leistung sein, wenn das Technische an der Republik so leicht fertigzustellen wäre, wie der Enthusiasmus dafür sich einbürgern kann. Alle Republiken in der ganzen Welt, die wir als Muster vor uns haben, sind technisch betrachtet, schwierige Apparate und recht verwickelte Körper. Jede Republik hat ihren besonderen Typ, ihre eigenen Vorzüge und Hemmnisse. Wenn wir also hier in Weimar zusammengekommen sind, um den Volksstaat zu bauen, so reicht es nicht, daß wir die allgemeine Parole ausgeben: Wir machen die deutsche Republik — das wollte man auch schon im Jahre 1848! Zusammengekommen sind wir, um die deutsche Republik nicht nur auszudenken, sondern in Betrieb zu setzen. Wir suchen eine Republik, die nicht nur auf dem Papier steht, sondern die wirklich funktioniert, die nicht nur das Ideenwerk einer legislativen Versammlung ist, in der man Resolutionen faßt, sondern die auch eine Exekutive, eine ausführende Verwaltung besitzt, in der sich der deutsche Geist und der deutsche Wille tatsächlich verwirklichen. Wir sehen schon aus den verhältnismäßig wenigen Worten, die bisher in diesem Hause gewechselt worden sind, auch aus gewissen Sätzen meines Herrn Vorredners Gröber: hier liegen vor uns ganz große Schwierigkeiten, hier liegen die alten Schwierigkeiten von vor 70 Jahren noch genau so vor wie damals: Dezentralisation und Zentralisation, vorhandene Bundesstaaten und werdende Reichsgewalt; hier zeigen sich noch heute die geographischen Zwiespältigkeiten zwischen Nord und Süd. Wir sind kein einheitlich, schematisch gefügtes Volk, sondern voll von Verschiedenheiten, voll innerer Wirrnisse und Dunkelheiten infolge unserer Vergangenheit. Aus dem wirklichen alten Deutschtum ein volksstaatliches, republikanisches deutsches Volk zu machen, das ist die Aufgabe, um deretwillen wir hierher geschickt worden sind. Wir sind nicht hierher gesendet worden, um uns sozusagen sensationell hier zu zanken. Wenn das gelegentlich nebenbei geschieht, ist nichts dagegen zu sagen, beim Holzhacken fallen Späne. Aber wir dürfen nie aus den Augen verlieren, daß man die Nationalversammlung nur bewerten wird nach dem Endergebnis, daß man sie nur danach beurteilen wird, ob wir den deutschen Volksstaat fertiggebracht haben oder ob wir ihn nicht fertiggebracht haben. Alle anderen Resolutionen, mögen sie über dies oder jenes sein, mögen sie sich auf Sozialpolitik oder Agrarpolitik oder sonst etwas erstrecken, sind Dinge, die in sich selber zusammenfallen, wenn wir nicht den Staat selbst in seiner Größe und Festigkeit und Selbstverständlichkeit aus unseren Händen auf Grund des ganzen Volkes hier können hervorgehen lassen.

Der Abschied der Könige stellt uns, die wir hier beisammen sind, vor eine der größten, kompliziertesten und verwickeltsten Aufgaben, die es geben kann. Wir waren in Deutschland schon auf dem Wege zu einer größeren Demokratisierung. Niemand wird verkennen, daß, als wir im letzten Reichstage im August 1914 versammelt waren, um uns für den Verteidigungskrieg miteinander zu stärken, in der Temperatur und in der Wunderstimmung jener Tage bereits eine innere Umformung lag. Wenn damals die Staatslenkenden nicht die Neuorientierung nur immer vor sich hingeschoben hätten auf fernere und weitere Zeiten, so hätte man aus jenem Tage die Folgerungen sogleich ziehen müssen. Das alte Preußen wäre an diesem Tage zu Ende gewesen! An jenem Tage, als die Sozialdemokratie, meines Erinnerns einschließlich des Herrn Haase, für die Kriegskredite votiert hat, gab es ein deutsches Staatsbürgerbewußtsein, auf das hin die Staatsgründung an sich möglich gewesen wäre. Diese Entwicklung wurde uns verzögert, weil man im Kriege den Gedanken des rein Militärischen so einseitig in den Vordergrund rückte, daß es immer nur hieß: alles Volkstümliche und Innerpolitische können wir später machen. Als ob man den Krieg führen könnte, ohne ihn mit den Seelen des Volkes zu führen! Man hat den Krieg glänzend geführt, aber man hat ihn in bezug auf Menschenpsychologie unglücklich geführt. Und darum war dann an einem anderen Tage auf einmal alles aus, zerfloß unter den Händen, weil man zu spät kam mit der Demokratisierung des deutschen Volkes, weil man die Folgerungen aus der Tatsache der allgemeinen Wehrpflicht und des Volksheeres nicht rechtzeitig gezogen hat. Darum zwingt nun die Niederlage, darum zwingt auch der Druck des Auslandes dazu, das nachzuholen, was in unserer geschichtlichen Entwicklung vor der Tür stand, aber bis jetzt nicht hereingelassen wurde. Es zwingt, sage ich, auch das Ausland dazu; denn zu allen Zeiten haben die Siegenden einen gewissen Einfluß auf die politischen Formen der Unterliegenden gehabt, und wir wollen auch darüber ganz offen reden: wir stehen in einer Weltsituation, wo der politische Typ von Amerika ausgegeben wird. Genau wie vor mehr als hundert Jahren, in den Jahren 1813 bis 15, nach dem Sieg, der von Rußland ausging, Alexander I. von Rußland seinen Herrschertyp mitbrachte, ihn auf den Wiener Kongreß führte und seine heilige Allianz auf seinem Gedankengang aufbaute, weil er gesiegt hatte, so kommt ein besserer Alexander I. vom Westen — Wilson — herüber mit dem amerikanischen Typ und mit der heiligen Allianz des Völkerbundes: jener Zusammenfassung der Nationen aller Zonen nach der jetzigen Gestaltung der Menschheit. Es liegt in unserer geschichtlichen Lage nach dem, was wir erlebt haben, daß wir die Einfügung in diesen Welttyp notwendig brauchen. Es wäre besser gewesen, wir hätten diese Einfügung früher und freiwilliger vollzogen. Auf den verschiedenen Tagungen der Friedenskongresse im Haag hatten wir die Gelegenheit, die Einfügung schmerzloser und sehr viel einfacher zu machen. Dort liegen die Versäumnisse der Vergangenheit! Jetzt ist es uns schwer; denn jetzt besteht die große Legende von der Brutalität des deutschen Volks. Wir, die wir uns untereinander kennen, Deutsche unter Deutschen, haben kaum eine genügende Vorstellung, was für einen Gedankengang sich die Welt da draußen in vier Jahren über die Deutschen zurechtgemacht hat und wie tief er in die Gemüter eingefressen ist. Der Deutsche an sich erscheint dort vielfach als der, der den Krieg um seiner selbst willen geführt hat, als das Raubtier innerhalb der Menschheit, dessen Vernichtung notwendig ist, weil Rauben seine angeborene Natur sei. Dieser Gedankengang beruht darauf, daß das Ausland nur in wenigen Personen eine wirkliche Kenntnis unserer deutschen Seele und Vergangenheit hat. Die deutsche Vergangenheit besagt, daß unser Volk sich einstmals viel zu lange alles hat gefallen lassen, was die anderen ihm zufügen wollten. Die Deutschen waren eigentlich von Haus aus ohne großen politischen Ehrgeiz, waren in ihrer Art harmlos, gute Soldaten, aber ohne einheitlichen Willen. Und darum: dies Deutschland war das Schlachtfeld der Nationen. Hier haben wir den Dreißigjährigen Krieg, den Siebenjährigen Krieg gehabt, auf diesem deutschen Boden haben sich die Napoleonischen Feldzüge abgespielt. Erst auf diesem Untergrunde erwuchs nun im letzten Jahrhundert der Wille der militärischen Selbsterhaltung, und unser Volk, das von Haus aus geneigt war, mit allen Völkern des Erdkreises in Frieden, Harmonie und Austausch des Geistes und der Materie zu leben, dieses Volk kam durch die unentrinnbare Pflicht der Verteidigung in den Militarismus hinein und ging dann

Digitized by Google

in ihm über die naturgegebene Grenze hinaus. Dieses Psychologische ist für uns, die wir die Kinder unserer Väter und Vorfahren sind, von innen heraus verständlich, aber was wissen von uns die anderen draußen? Wenn sie heute sehen, daß wir jetzt aus den Resten, aus dem, was übriggeblieben ist von der opfervollen, herrlichen deutschen Armee, noch wieder kleine Armeeteile formieren, damit wir nicht ganz aufgefressen werden von Polen und Tschechen, dann rufen sie in Frankreich und sagen: seht, den Leuten ist es nicht Ernst mit dem Völkerbunde, sie wollen ehrlich keinen Frieden! Nein, wir wollen ehrlich Frieden; das ganze Haus der Volksvertreter sagt es dem Auslande; die neue Regierung in allen ihren Gruppen ist darüber unweigerlich einig; aber wir wollen nicht aufgefressen werden auf deutschem Boden von Fremden, die die Zeit unserer Not benutzen und denen es scheint, als lägen wir jetzt da, wie ein halb verendetes großes Tier, zu dem nun alles kleine Raubgesindel kommen kann und an Knien und Beinen herumfressen, weil sie meinen, das gestürzte Tier könne sich nicht mehr regen und könne nicht mehr schlagen. Wenn in dieser unserer Lage, in dieser verzweifelten Not der Gegenwart die Staaten der Entente zu uns nichts anderes zu sagen wissen als: rührt euch nicht, bleibt ganz still, laßt euch weiter fressen! dann bekommen wir diese Zweifel gegenüber den großen Deklamationen von der Zivilisation und von der Humanität. Wir unsererseits sind bereit, und zwar ausnahmslos, auf den Gedanken: Volk unter Völkern in der Menschheitsgemeinde! mit Herz und Willen einzugehen, denn wenn man uns die Todesgefahr von unseren Grenzen wegnimmt, dann gibt es kein Volk, das mehr Entlastung hätte als das deutsche Volk. Wir standen in der Mitte des Erdteils, beständig unter dem Druck von allen Seiten. Welches Volk haben wir nicht an unseren Flüssen und auf unseren Ebenen gehabt! Wenn uns jemand diese Weltgeschichtslast, bedrückt zu sein in der Mitte Europas, wegnimmt, wirklich wegnimmt, kein Volk atmet freudiger auf und wird mehr aus dem Innern heraus Freund des Völkerbundgedankens als dieses vielgeplagte Volk der Kriege der vergangenen Jahrhunderte. Aus unserem deutschen Volke kam, und zwar aus der Hand des größten unserer Denker, aus Kants Hand, der Plan, der durchgedachte Gedankengang vom „ewigen Frieden"; der liegt im deutschen Sinn tief drin. Aber dann müssen wir auch fühlen, daß die andere Welt, die Welt der Sieger, uns gegenüber Gefühle der Anständigkeit, der Menschlichkeit und der Noblesse besitzt. Man kann es nicht deutlich genug aussprechen: das, was uns jetzt zerreißt und stört, ist, daß wir seit unserer Niederlage die übrige Welt von einer Härte kennenlernen, die unerhört ist.

Die Völker sind um uns versammelt, und wir sind ihnen als Geschlagene entgegengegangen, indem wir in der Hand die Sätze von Wilson trugen und zu den Völkern sprachen: wir erkennen an, daß wir die Schwächeren gewesen sind, wir haben ehrlich gekämpft, ihr seid mehr als wir, ihr habt die größeren Erfolge gehabt; wir berufen uns auf die Sätze vom Präsidenten Wilson, jetzt wollen wir Frieden, jetzt wollen wir Schluß, wir wollen mit euch zusammen arbeiten an der Menschlichkeit. Da hieß es nun gleich von Anfang an: zuerst gibt es die Probezeit des Waffenstillstandes. Und jetzt wird diese Probezeit des Waffenstillstandes verlängert, bis die anderen unter sich einig sind. Solange es dauert, bis die Weltpolitik der Angelsachsen und der Lateiner geordnet sein wird, so lange sitzen wir hinter verschlossenen Türen bei fortdauernder Blockade und warten. So lange haben wir nicht das Notwendige zum Leben. Für uns geht die Not des Krieges weiter, nämlich die Leiden des Mangels, die Schmerzen des Sterbens. Für die da draußen ist der Kampf zu Ende, wir aber ringen vom Tage zu Tage!

Unsere Gefangenen, Hunderttausende, sehnen den Tag der Heimkehr herbei, und hier bei uns sitzen ihre Familien und fragen jeden Morgen und Abend: wo ist er, was machen sie mit ihm da draußen? Sollte man die Gefangenen nicht nach Hause gehen lassen? Werden sie etwa eine kämpfende Truppe jetzt bei uns sein wollen? Werden nicht gerade sie unter uns die stärksten Verkündiger sein müssen, daß der Friede absolut notwendig ist? Was haben die Feinde für einen Grund, unsere Gefangenen weiter draußen zu lassen? Und wie kommen die Ententenationen dazu, den Waffenstillstand zu benutzen, um aus dem Verhandlungsstoffe des Friedens vorher schon alles das vorwegzunehmen, was sie für sich wünschen und haben wollen?

Wir sehen unsere Unterhändler jetzt zur Verlängerung des Waffenstillstandes abreisen, und dabei scheint es, als ob dabei unsere deutsche Handelsflotte geopfert werden sollte. Das, was jetzt vor sich geht, ist ein Handeln um die Auslieferung aller wesentlichen und größeren Schiffe, die es in den deutschen Häfen überhaupt gibt. Wir sollen sie in den Weltschiffahrtsverband vor dem Frieden hingeben. Welche Sicherheit haben wir, daß sie wiederkommen? Wenn sich jetzt die Entente, soviel mir bekannt, die Baupläne der Schiffe, die wir erst noch auf die Werft legen, geben läßt, damit sie ihrerseits die ganze Handelsschiffskontrolle in der Hand hat, wenn sie also die Hand auf unsere kaufmännische Marine legt, und wir verlieren sie, was nützt uns dann die Freiheit der Meere, wenn wir keine Fahrzeuge mehr besitzen, um auf den freigewordenen Meeren fahren zu können? Wenn die Entente ferner jetzt versucht, ihre Hände auf deutsche Bergwerke oder Eisenwerke zu legen, so ist das eine dringende Gefahr für die Volkswirtschaft der Zukunft. Wir müssen als Freunde und Mitglieder dieser Regierung hier im Hause in aller Klarheit fragen: wie werden diese hochwichtigen Dinge gemacht und geordnet? Wird es erlaubt sein, daß man die deutschen Schiffe ausfahren läßt, ehe man weiß, ob man sie je wiedersehen wird? Wir wollen auch wissen, zu welchen Ämtern und Verantwortlichkeiten die Behandlung dieser Sache gehört, welche Sachverständigen in Marinefragen von Anfang an dabei gewesen sind. Hier liegt ein so großes, allgemeines nationales Interesse vor, daß wir durchaus nicht zögern dürfen, mit dem eigenen und vor dem fremden Volk darüber zu sprechen: was erleben wir im sogenannten Waffenstillstand?

Und da wir eben von der Entente und von dem Waffenstillstand reden, so haben wir alle Ursache, der Entente zu sagen, daß sie allein die Autorität haben würde, um den Polen und Tschechen diejenigen Grenzen anzuweisen, in denen ihr Vorgehen berechtigt und erlaubt ist. Wir wissen genau, was wir Wilson zugesagt haben und was in den Wilsonschen Punkten geschrieben steht. Keiner von uns hat die Absicht, von den Wilsonschen Punkten abzugehen. Denn wenn in Deutschland die frühere Regierung, nicht ohne ihre eigene Schuld, in den Geruch kam, doppelzüngige Politik zu treiben, so darf die jetzige Regierung um keinen Preis in den Verdacht der Doppelzüngigkeit gelangen. Wir haben versprochen, auf Wilsons Punkte einzugehen, mögen sie sauer oder süß sein. Es wird das gehalten bis aufs letzte Wort. Aber darüber hinaus ist nichts bisher versprochen. Darüber hinaus ist nichts abgemacht worden. Wo etwa liegen polnische Rechte, jetzt vor dem Friedenskongreß uns unsere Ostgrenzen zu überfluten? Wir werden uns nach Wilsons Sätzen und weil wir selbst es für das einzig Mögliche halten, auf dem Grundgedanken von der Selbstbestimmung der Nationen zurechtfinden. Wir werden durchaus und freiwillig alle diejenigen Glieder des Deutschen Reichs, die als fremdsprachliche und fremdstaatliche Gruppen bei einander wohnen, gehen lassen, wohin sie gehören. Aber ebenso sicher wollen wir das Wort von der Selbstverwaltung angewendet wissen auf die deutsche Nation. Überall, wo es Deutsche gibt, müssen sie das Recht haben, wenn sie wollen, zu uns zu kommen.

Elsaß-Lothringen! Was ist Elsaß-Lothringen anders als auch ein Stück diplomatisch zurechtgeschnittenes Land aus der alten fürstlichen Epoche, ein Land, in dem es französische, gemischte und deutsche Teile gibt? Wir sagen nicht: die Elsässer Deutschen sollen mit Gewalt bei uns gehalten werden, aber wir verlangen, man soll den deutschen Elsässern die Möglichkeit geben, daß sie als Deutsche votieren, wie die Franzosen als Franzosen votieren, und wenn sie als Neutrale votieren wollen, so soll ihnen das Recht dazu ebenfalls gewährt werden.

Und im übrigen, was nimmt man dort jetzt an Austreibungen vor, wie werden die Deutschen binnen 12 oder 24 Stunden gezwungen, Haus und Heim zu verlassen! Alles, was über deutsche

Digitized by Google

Brutalität geredet wird, war nicht so stark und bitter wie das, was jetzt über die Deutschen im Elsaß herniederkommt. Und bei demselben Wort von der Selbstverwaltung der Nationen müssen wir an die Nordböhmen denken. Die sind zweifellos Deutsche! Auf der Linie von Reichenberg bis Eger, das ist ein ganz deutscher Strich. Wenn jetzt die Tschechen kommen und ihr altes böhmisches Staatsrecht verlangen, so ist das doch wahrhaftig auch eines der Rechte aus der Rumpelkammer, von denen man heute nichts mehr hält. Heute heißt es: Nationalität! Mögen die Tschechen unter sich bleiben und ihren Staat begründen; die Deutschen aber, die in Böhmen sind, sollen ihren Anschluß nach der deutschen Seite herüber finden. Und zusammen mit meinem Herrn Vorredner grüße auch ich im Namen der eigenen Partei und zweifellos aller übrigen die Deutsch-Österreicher in Ober- und Niederösterreich, in Steiermark und Tirol, im Salzkammergut und sonst im Gebirge, diese Deutschen, die so oft in schweren Zeiten treu ausgehalten haben, denen wir im Jahre 1866 die Hand nicht reichen konnten, die zwei Menschenalter hindurch abgeschlossen waren von der gemeinsamen Fühlung mit der Nation und die nun nach Hunger und Not, nach Opfern ohne Zahl zu uns, zum Reiche kommen von der Donau zum Rhein, von der Etsch bis an den Belt, um wieder Familienblut zu fühlen, damit wir und unsere Deutsch-Österreicher aus dem Kriegsgefängnis herauswandern ins neue Leben als Brüder einer Mutter, die sich wiedergefunden haben in wunderbaren und schweren Erlebnissen. Wir grüßen die österreichischen Brüder. Kommt; wir warten! Und wenn die österreichischen Deutschen zum Nationalstaate gekommen sein werden und wir haben einmal wieder feste Grenzen unseres Landes gefunden, dann beginnt der Neubau.

Unsere Väter haben schon zweimal einen großen Neubau aufrichten müssen: hinter dem Dreißigjährigen Kriege, als halb Deutschland eine Wüstenei war, als Dörfer zerstört und Menschen haufenweise auf den Feldern gestorben waren, da fingen sie von vorn an und arbeiteten sich in die Höhe mit ganz einfachen elementaren Mitteln: Treue, Fleiß und Gottvertrauen. In aller Einfachheit hat das Volk sich wieder in die Höhe geschafft aus einer Niederlage fast zum Tode. Und hinter den Zeiten Napoleons ist das Emporarbeiten des Volks im buchstäblichen Sinne des Wortes von neuem zu finden gewesen. Was wir von unseren Vätern als Erbe übernahmen an Kultur und Gut, das war alles Folge jener Treue, die in verzweifelter Lage nicht verzweifelt ist, sondern trotz der Not an eine Zukunft glaubte. Und das, was wir heute zum Neubau brauchen, sind nicht zuerst die Paragraphen, sondern weit vor ihnen muß jener Glaube stehen, daß das Aufarbeiten einen Zweck hat: die Überwindung des Pessimismus an sich.

Es leben zahllose Leute, deren Kinder gestorben sind, jetzt dumpf dahin und sagen: wozu sind wir überhaupt noch auf der Erde? Andere haben im Kriege ihre Glieder verloren oder sind matt und schlaff. Wir sind ein krank gewordenes Volk. Aber in aller Krankheit bleibt die Lebensfrage: glaubst du, daß du in der Welt noch einen Zweck hast, oder glaubst du es nicht? Wenn wir aufhören, das zu glauben, dann rettet uns nichts im Himmel und auf der Erde. Wir müssen, müssen daran glauben, daß das deutsche Volk, die deutsche Nation eine Notwendigkeit ist vor sich selbst und vor der Geschichte und vor dem Unsichtbaren und Höheren. Und in diesem Sinne müssen wir alle etwas besitzen und pflegen, was der Religion außerordentlich verwandt ist. In Zeiten, wo es gut geht, wo alles aufsteigt, da kann man verkündigen, daß der Mensch das Produkt seiner Verhältnisse sei. In Zeiten aber, wo es niedergeht, kann und darf man nicht sagen: sei das Produkt deiner Verhältnisse, denn dann wird man schlecht mit den Verhältnissen. In solchen Zeiten tiefer Bedrückung bleibt nichts anderes übrig als jener über die Gegenwart hinausgreifende, glaubende Wille: trotzdem und trotz aller Schwierigkeiten, wir wollen unser Volk nicht fallen lassen, wir wollen wieder Lebensaufgaben haben und mit ihm steigen. Und darum müssen wir untereinander die Ordnung aufrichten, denn der Aufbau, den wir brauchen, kann nur gedeihen, wenn jeder wirklich arbeiten kann. Zur Arbeit gehört zuerst, daß das Ausland uns bald die Türen aufmacht. Rohstoffe und Nahrungsmittel! Ich habe es verschiedenen Ausländern immer wieder gesagt: auch über unsere inneren Schwierigkeiten, den Bolschewismus und die Arbeitslosigkeit, hilft uns nichts anderes als das Aufmachen der Türen der Welt. Solange man uns eingeschlossen hält, haben wir notwendigerweise Arbeitslosigkeit; denn durch alle Kunst kann man es nicht fertigbringen, Arbeit für Millionen zu schaffen, wenn der natürliche Austausch des großen Arbeitsprozesses gehindert ist. Wir können nicht versprechen, ein beruhigtes Volk zu haben, solange man uns vom Ausland durch Blockade absperrt, und dies ist ein Punkt, der dem Ausland gegenüber mit aller Klarheit ausgesprochen werden muß: ihr verlangt von uns, daß wir zur Ordnung gelangen, aber ihr hindert uns gleichzeitig, daß wir die Ordnung beginnen können. Gebt uns die Existenz- und Bewegungsfreiheit, das andere wird dann schon kommen; denn sobald wir normales Leben gewinnen, wird sich sondern, was in der jetzigen revolutionären Bewegung eine gesunde, sozusagen natürliche Grundlage hat und was in ihr bloß Krankheit und Hungerfolge ist.

Man kann unter den Trägern dieser Revolution, die noch fortdauert und die den jetzigen Abschluß der Regierung nicht für das Ende der Revolution ansehen will, verschiedene Gruppen unterscheiden. Die einen — und die sind in meinen Augen die wichtigsten — sind die enttäuschten Sozialisten, denen man jahrzehntelang verkündigt hat: wenn einmal die Diktatur des Proletariats politisch möglich sein wird, dann werdet ihr den ersten Teil des Erfurter Programms durchführen können! Jetzt gestalten sich nun die politischen Verhältnisse so, daß man zwar noch nicht von einer Diktatur des Proletariats reden kann, aber doch so, daß man für die erste Stelle in Deutschland einen Mann wählt, der aus der sozialistischen Organisation stammt. Die Widerstände der alten Mächte und Parteien sind weg. Statt dessen aber sind neue Widerstände eingetreten. Man hat früher bei den Sozialisten die Verwirklichung des Sozialismus im strengen Sinne des Wortes sich immer zusammengedacht mit einer Zeit günstiger Konjunktur. Man hat immer gedacht: die Entwicklung geht notwendig aufwärts, es werden Gewinne gemacht, es quillt Mehrwert, der Mehrwert steigert sich, irgendeines Tages dann kommt die Menge der Sozialisten zur Herrschaft, faßt zu und sagt: wir nehmen den Mehrwert von nun an für uns! Das Tragische an der deutschen sozialdemokratischen Entwicklung ist: sie ging in der aufsteigenden Periode bis vor dem Kriege in und mit dem Kapitalismus, abwartend, die glänzende Erbschaft eines Tages anzutreten. Inzwischen aber zerbrach die Erbschaft; denn es zerbrach die deutsche Volkswirtschaft in ihren Grundlagen auf Jahrzehnte hinaus. Im Kriege entstand eine ermattete Wirtschaft voll Verdunklung, voll finanzieller Lasten und Verpflichtungen, ohne Stoffe, eine Wirtschaft mit abgebrauchten Maschinen, mit verlorenen Absatzmärkten, mit zugeschlossenen Straßen der Welt. Gerade in dem Augenblick, wo der deutsche Kapitalismus von seiner Höhe heruntergestürzt ist, gelangt der Sozialismus an die Führung, besieht sich die Erbschaft und sagt: so können wir die Erbschaft nicht antreten! Bei dieser Lage entsteht natürlich bei vielen, die gutgläubig, aber nicht wirtschaftlich vertieft in ihrer Auffassung sind, die Meinung, hier müsse irgendwo ein großer Betrug oder eine große Schuld vorhanden sein. Sie begreifen nicht, daß und warum sie jetzt zwar die Möglichkeit der Macht, nicht aber die Möglichkeit der grundsätzlichen Sozialisierung haben. Die Möglichkeit ist deshalb nicht da, weil Gewinn und Aufstieg für alle miteinander nicht da sind. Soweit aber Produktionsgewinn und Wirtschaftsertrag vorhanden sind, müssen wir sozial genug werden, um die selbsttätige aktive Teilnahme aller Arbeiter und Angestellten in allen Branchen an Arbeit, Gewinn und Risiko ganz anders zu erreichen als bisher. Ein Sozialismus nicht parteidogmatischen Sinnes, sondern als moralische Verpflichtung und gemeinsame Lebenshaftbarkeit des ganzen Volkes muß in uns wirksam sein; denn wir können uns überhaupt nicht emporarbeiten, wenn wir nicht jedem Beteiligten durch die Tat klarmachen, daß er am höchstmöglichen Erfolg der nationalen Arbeit sein persönlichstes Interesse hat. Hinter der deutschen Niederlage läßt sich der Aufbau nicht so gestalten, daß man neues Knechtsvolk neben neuem Herrenvolk hat.

Digitized by Google

Wir brauchen jetzt organisatorische Rechtsverhältnisse für gemeinsame Arbeit, Arbeiterrecht, Angestelltenrecht, aber wir brauchen ebenso, um nicht alle miteinander tiefer zu sinken, als wir gesunken sind, daß man keine Experimente macht, um der Theorie willen; das können wir jetzt, wo wir krank sind und gebrochene Knochen haben, alle miteinander nicht aushalten.

Vorhin haben wir gesagt: es bleiben die Meinungsunterschiede! Sie (zu den Sozialdemokraten) sind Sozialisten. Wir sind bürgerliche Demokraten. Die Herren vom Zentrum sagen: wir bleiben, was wir sind. Das ist wahr, aber ebenso wahr ist: keiner bleibt, was er ist, sondern jeder lernt aus dieser dringenden Umgestaltung, aus dieser Flutung, aus diesem Zwang, in dem wir alle jetzt leben. Wir von rechts her lernen mehr soziale Auffassung. Sie (zu den Sozialdemokraten) lernen links mehr Praxis der Realitäten.

Wenn wir das beiderseits gelernt haben, dann werden wir zwar nicht einen Katechismus verfassen, der uns an formale Lehrsätze bindet, aber wir werden einen praktischen Gleichtritt und Mittelweg finden, da es sich darum handelt, mühsam in Jahrzehnten jede selbständige Kraft und jede organisierte Gemeinschaft zur Mitwirkung zu rufen, um als Volk noch einmal sozusagen von den Toten aufzuerstehen. Nahe daran am Tode ist es!

Dabei aber verlangen wir auch, daß uns nicht das revolutionäre Rubelgeld von draußen her den Aufbau stört. Daß wir in Deutschland einen linkesten politischen Flügel haben, ist naturgemäß; — den gibt es immer, und das ist sein gutes Recht! Uns mit der äußersten Linken auseinanderzusetzen, wird immer unsere Aufgabe bleiben, und es wird darum auch notwendig sein, sich geistig in die Gedankengänge zu vertiefen, die abgesehen vom Revolutionären in dem russischen bolschewistischen Projekt enthalten sind. Aber zunächst lebt Deutschland in seiner Gefahr auch in dieser Sache sein Leben für sich. Wir arbeiten nicht für die Russen, sondern für uns. Nicht, daß wir nicht internationale Beziehungen suchen wollten! Die sind gerade auch mit Rußland notwendig. Aber diese Art von Beziehungen, bei denen die Russen den Rubel rollen lassen, so wie er früher für Väterchen in die Balkanstaaten rollte, der Zustand, den Joffe und Radek durch Millionen bei uns hervorgerufen haben, die Politik der Subversion, die mit Geld und Unterstützung von der Fremde aus Groll gemacht wird, das ist etwas, was das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit nicht ertragen will und nicht ertragen wird. Wir wünschen hinter dem Kriege kein neues Blut, wir wünschen nur geistigen Kampf und sachliche Auseinandersetzung. Aber dazu gehört die Autorität der Regierung als der einzigen Stelle, an der die Garantie der Ordnung vorhanden sein kann.

So wünschen wir, daß die neue Regierung frei, aber auch fest ihres Amtes walte, und versprechen, wenn wir auf republikanische Wege übergehen, die Augen offen haben zu wollen auch für die Gefahren, die im Wesen der Republik liegen. Es lagen Gefahren im Wesen der Monarchie, — wir haben genug davon; es liegen Gefahren ebenso im Wesen der Republik, denn es ist sehr leicht möglich, daß beim republikanischen Wesen das Verantwortungsgefühl des einzelnen nicht den Grad von Reinheit und Dauerhaftigkeit erreicht, der dazu gehört, um eine Volksregierung dauernd sauber zu erhalten. (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Über die kapitalistische Gefahr können wir ja, sobald Sie (zu den Unabhängigen) im geordneten Staat mit uns verkehren wollen, jeden Tag weiter verhandeln. Die Steuerprogramme und Wirtschaftsfragen geben Veranlassung genug, über diese Dinge miteinander zu sprechen.

Einen Volksstaat aufzurichten, ist ebenso ein technisches Kunstwerk als ein moralischer Entschluß. Um beides möglich zu machen, gehen wir mit der neuen Regierung

Heinrich Gerland | Der Entwurf des Völkerbundvertrages

Der Völkerbundvertrag ist im Entwurf veröffentlicht. Wilson hat ihn mit einer Rede begleitet, in der er davon spricht, daß in Zukunft die Einheitlichkeit der Welt in allen Fragen der Gerechtigkeit nicht mehr dem Zweifel oder der Unsicherheit unterliege, daß der Entwurf eine Friedensverfassung, nicht einen Kriegsbund bedeute, daß jetzt alle Menschen Brüder seien mit gemeinsamem Ziel auf Grund dieses neuen Freundschaftsvertrages.

Es ist anzunehmen, daß der Entwurf veröffentlicht ist, um ihn der Kritik zu unterbreiten. Es ist zu hoffen, daß das Ausland auch Deutschland das Recht einräumt, doch zum mindesten kritisch bei der Neuverteilung der Welt und ihrer Verfassung mitzureden. Und noch mehr ist zu wünschen, daß diese Kritik Deutschlands auch im feindlichen Ausland wenigstens angehört wird. Denn es geht doch nicht gut an, uns auf die Dauer nur als Objekte der Entente zu behandeln. Wäre dies doch nur eine neue Form des Imperialismus, gegen die der Rückschlag nicht ausbleiben würde.

Der Entwurf zu dem Völkerbund ist in einer Zeit veröffentlicht, in der die praktische Politik Wege wandelt, die sich immer weiter vom Völkerbund entfernen. Nicht mit Unrecht hat Rohrbach in der „Hilfe" ausgeführt, daß unsere Gegner Deutschland gegenüber eine geradezu satanische Politik treiben. Wenn ich auch zugebe, daß in der Vergangenheit von uns schwer gesündigt ist, das eine muß doch auch offen und ehrlich ausgesprochen werden: so wie wir augenblicklich von der Entente behandelt werden, ist noch nie ein Volk in der Weltgeschichte vergewaltigt worden. Ich lasse die kleinlichen Brutalitäten außer acht, daß uns der Waffenstillstand auch nicht um eine Stunde verlängert wird, wenn bei uns die Verkehrsmittel nicht mehr funktionieren, ich lasse noch viel außer acht, aber wenn all die wohlklingenden Phrasen verklungen sind, mit denen sich heute unsere Gegner in einer für uns nüchterne Deutsche so überaus befremdenden Weise ihre eigene Vortrefflichkeit und Moral bescheinigen, wird die Weltgeschichte doch einmal die Brutalität an den Pranger stellen, mit der durch die verschärfte Blockade, mit der durch die Waffenstillstandsbedingungen ein besiegtes Volk nicht bloß gedemütigt, nicht bloß unschädlich gemacht, sondern einfach vernichtet werden soll. Und die Weltgeschichte wird auch einmal davon melden, daß, war in so furchtbarer Weise, nachdem der Krieg eingestellt ist, den Haß weitersät, nichts als blutigen Haß ernten wird.

In dieser Zeit kommt der Entwurf zum Völkerbund. Ist er ernsthaft gemeint? Das ist die grundlegende Frage, die heute die aktive deutsche Politik stellen muß, das ist der Gesichtspunkt, unter dem allein die Kritik Deutschlands an den Entwurf herantreten kann. Soll wirklich hier auf gerechter Basis eine Gemeinschaft der Völker geschaffen werden, die für die Zukunft die Kriege beseitigt? Und diese Frage ist um so ernsthafter zu stellen, als ja doch zweifellos die Basis, die gewonnen wird, gewonnen wird in einem Augenblick der höchsten Triumphe der Entente, eine Basis, die in der Völkerbund für alle Zeiten festlegen will. Die Frage ist doch nur zu berechtigt, ob nicht etwa in der Form des Völkerbundes kein anderes Ziel verfolgt wird, als die augenblicklichen imperialistischen Ziele so sicherzustellen, daß sie für die Ewigkeit vor Abänderungen geschützt sind. Ist der Völkerbund gemeint als wirklicher Bund gleichberechtigter

Digitized by Google

Nationen oder ist er gedacht als eine Versicherung auf Gegenseitigkeit für gemachte Eroberungen? Und hier sei es nun erlaubt, auf eine Reihe von höchst auffallenden Tatsachen hinzuweisen, die sich aus dem Entwurf ergeben.

Zunächst entsteht die Frage, ob Deutschland mit zu den Gründern des Völkerbundvertrages gehören soll oder nicht. Die Frage scheint nach Ansicht der Verfasser des Entwurfes verneint zu werden müssen, denn sonst wäre der § 7 nicht verständlich. Wenn aber diese Auffassung richtig ist, so ergeben sich hieraus Folgen für Deutschland, die in ihrer Tragweite nicht unterschätzt werden dürfen. Es heißt im § 7, daß später Länder zu dem Bunde nur zugelassen werden können, wenn sie in der Lage sind, wirksame Garantien für ihre loyale Absicht zu geben, die internationalen Verpflichtungen zu beobachten, und wenn sie sich den Grundsätzen entsprechend verhalten, die der Völkerbund hinsichtlich seiner Streitkräfte und seiner militärischen und maritimen Rüstungen festsetzen kann.

Was soll das heißen: wirksame Garantien für seine loyale Absicht zu geben? Man kann hier jede Forderung aufstellen, die man will, selbst bis zu Gebietsabtretungen, und kann sich auf den § 7 berufen. Und ferner: der Wortlaut des Paragraphen ist unklar. Soll der Völkerbund darüber entscheiden, welche Rüstungen der hinzutretende Staat haben soll, oder sollen die allgemeinen Vorschriften des Völkerbundes über Beschränkung der Rüstungen auf ihn zur Anwendung kommen? Der Wortlaut, wie gesagt, ist unklar. Aber die erste Möglichkeit wäre denn doch so ungeheuerlich, daß sie einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund unmöglich machen würde. Hier könnte der Völkerbund ja ganz einfach Bestimmungen gegen Deutschland treffen, die lediglich für Deutschland und zu seinem Nachteil gegeben wären.

Dann weiter: im § 19 werden die Fragen der Kolonien behandelt. Hier wird zunächst deutlich ausgesprochen, daß Deutschland seine Kolonien genommen und sie der Verwaltung des Völkerbundes unterstellt werden sollen. Man spricht zwar nicht geradezu davon, daß die Kolonien annektiert werden. Man überträgt sie einem Verwalterstaat, der als Sachwalter des Völkerbundes handelt. Man will einigen von ihnen, und ebenso auch Teilen des osmanischen Reiches, eine gewisse Selbstverwaltung belassen; allein sie sollen vorläufig dem Rat und der Hilfe einer damit beauftragten Macht zugewiesen werden, die die Verwaltung bis zu dem Augenblick zu führen hat, wo sich diese Gebiete selber leiten können. In anderen Kolonien übernimmt die beauftragte Macht die ganze Verwaltung. Wieder andere Gebiete, wie Südwestafrika, werden dem Verwalterstaat als unlöslicher Bestandteil einverleibt. Dabei ist wohl zu beachten, daß die übrigen Mitglieder des Völkerbundes in bezug auf Güteraustausch und Handel auf den Fuß der Gleichheit gesetzt werden. Solange also Deutschland nicht Mitglied des Völkerbundes ist, ist es von allen Rohstoffen einfach ausgeschlossen. Man beachte in diesem Zusammenhang auch wiederum den § 7, der die Zulassung zum Völkerbund an die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der delegierten Staaten bindet.

Daß diese Bestimmungen sämtlich ein Spielen mit Worten sind, liegt auf der Hand. Ihr klarer Inhalt, jeder Phrasen entkleidet, ist, daß die Kolonien auf die einzelnen Staaten der Entente verteilt werden. Und daß ein Unterschied zwischen der Verwaltung im Auftrage des Völkerbundes und der Einverleibung nicht gemacht werden kann, liegt praktisch klar zutage. Selbstverständlich wird alles mit der Wohlfahrt und der Entwicklung der zu kolonisierenden Völker begründet. Man geht von der Grundbehauptung aus, daß Deutschland die heilige Kulturaufgabe, die Entwicklung dieser Völker zu fördern, nicht erfüllen kann. Man will den Schutz der Völker den fortgeschrittenen Nationen anvertrauen. Aber hat man denn die verschleierte Sklaverei im Kongogebiet, die belgischen Kongogreuel so ganz vergessen, über die man sich doch früher gerade in England so aufgeregt hat? Wo bleibt hier die Moral, wo die Menschlichkeit, wo all die tönenden Phrasen, die man gegen uns so reichlich verwendet? Und charakteristisch ist, daß die einzige Beschränkung, die dem Verwalterstaat auferlegt wird (man scheint in Humanitätsfragen auf seiten der Entente recht bescheiden geworden zu sein), die ist, daß Mißbräuche wie der Sklaven-, der Waffen- und der Alkoholhandel verhindert werden, daß Gewissens- und Religionsfreiheit gewährleistet wird. Denn selbst das Verbot, die Eingeborenen militärisch zu unterweisen, ist außerordentlich eingeschränkt, indem die dehnbare Ausnahme gegeben ist, „es sei denn für Polizeizwecke und zur Verteidigung ihres Gebietes".

So muß mit aller Entschiedenheit festgestellt werden, daß der § 19 des Entwurfes nicht etwa einen gerechten Ausgleich der schwebenden Fragen sucht, sondern daß er die sämtlichen imperialistischen Ziele der Entente auf dem Gebiete der Kolonien restlos zu verwirklichen bestrebt ist. Hier ist nur die Alternative möglich: entweder ist Wilson in dem Kampf auf der Konferenz unterlegen, oder er hat von Anfang an eine Politik geführt, die mit seinen 14 Punkten innerlich nicht übereinstimmt.

Ein weiterer Punkt: Die Beschränkung der nationalen Rüstungen wird zwar verlangt, aber es sollen dabei die geographische Lage und die allgemeinen Umstände eines jeden Landes berücksichtigt werden. Man sagt, daß auf Verlangen Frankreichs diese Bestimmung in den Entwurf aufgenommen ist. Auch hier liegt die Gefahr nahe, daß man auf diese Art Frankreich das Recht einräumen will, eine stärkere Armee zu halten, und wahrscheinlich den Polen auch, und endlich wohl auch den Tschechen, und wer sonst noch von der Entente gegen uns ausgespielt werden soll. In diesem Zusammenhang ist auch der § 18 wichtig. Danach wird dem Völkerbund die allgemeine Kontrolle über Waffen und Munition der Länder anvertraut, wo diese Kontrolle im gemeinsamen Interesse des Völkerbundes nötig ist. Wozu hier die Einschränkung? Warum nicht den Grundgedanken, der an sich richtig ist, einfach und unbedingt ausgesprochen? Wiederum liegt der Gedanke nur zu nahe, daß auch hier eine Bestimmung vorliegt, die lediglich gegen Deutschland ausgenutzt werden soll. Und es ist selbstverständlich ein derartiges Kontrollrecht des Völkerbundes ein Mittel, um überhaupt die inneren Verhältnisse eines Landes unter die Kontrolle des Auslandes zu bringen. Dieser Gedanke kann nur allgemein aufgestellt werden oder gar nicht. Denn es soll ja doch gerade im Völkerbund verhindert werden, daß es Staaten erster und zweiter Ordnung gibt. Daß der Völkerbund aber die Verstaatlichung der Munitions- und Waffenfabriken nicht gefordert hat, ist eine schwere Unterlassungssünde. Die Formel, die man gefunden hat, den ausführenden Rat zu beauftragen: „zu erwägen, wie die hieraus sich ergebenden verderblichen Folgen hintangehalten werden können unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Länder, die selbst nicht die für ihre Sicherheit nötige Munition und Kriegsgerätschaften herstellen können," bedeutet eine Vertagung der Frage auf immer. Und in der merkwürdigen Fassung dieses Satzes scheint auch noch das Bestreben verborgen zu sein, der eigenen Industrie der Entente die Mög-

Digitized by Google

lichkeit zu verschaffen, monopolistisch den Völkerbund, soweit er nicht selbst eine Munitionsindustrie hat, mit Waffen usw. zu versorgen.

Ich habe nur einige Punkte herausgegriffen, die besonders auffallend sind. Sie beweisen, daß der Entwurf des Völkerbundvertrages ebenfalls imperialistischen Zwecken dient und in entscheidenden Punkten tatsächlich nichts weiter bezweckt, als die Waffengewinne der Entente für alle Zukunft sicherzustellen. Dieser Entwurf ist nicht mit den Grundlinien der 14 Punkte Wilsons in Übereinstimmung zu bringen. Ist er doch in seinem innersten Wesen nichts als ein Schutzbündnis einer Reihe von Staaten, die sich gegenseitig Kriegsgewinne garantieren. Daran ändert keine Rede von Wilson etwas, denn mit der Gerechtigkeit ist es nicht vereinbar, Deutschland seiner gesamten Kolonien zu berauben, mit der Gerechtigkeit ist es nicht vereinbar, ein ganzes Volk für die Sünden einer gestürzten und überwundenen Koterie dauernd büßen zu lassen.

Noch ist dieser Entwurf nicht als Vertrag angenommen. Noch steht die Möglichkeit bevor, daß Deutschland an den Gründungsverhandlungen mitbeteiligt wird, und daß die Bestimmungen, die so unmöglich sind wie die vorher geschilderten, beseitigt werden. Die Aussicht dazu ist gering. Denn in dem Augenblick, in dem Wilson als Ideal die Brüderlichkeit aller Menschen verkündet, weist Amerika noch fortgesetzt bis auf die letzten Tage naturalisierte Deutsche aus, auch wenn sie schon seit Jahrzehnten das amerikanische Bürgerrecht erworben haben.

Mehr als je ist die Weltgeschichte an einem Scheidepunkt angelangt. Mehr als je erhebt sich die Frage, ob das alte Elend wiederkommen soll oder ob wir wirklich von 1918 an mit einer neuen Ära der Weltgeschichte zu rechnen haben. Die Verantwortung liegt bei der Entente, denn Deutschland hat zurzeit aufgehört, auf die geschichtlichen Ereignisse einen bestimmenden Einfluß auszuüben. Und es ist eine der verlogensten Phrasen des französischen Imperialismus, daß wir heimlich einen neuen Krieg rüsteten, wo wir in Wahrheit noch nicht einmal die Polen mit ihren Banden aus deutschen Gebieten haben vertreiben können.

Paul Wentzcke / Rheinische Republik

Nun Gedanke an eine Rheinische oder Rheinisch-Westfranzöse Republik ist tot": So frohlocken die Stimmen der öffentlichen Meinung im eigentlichen Industriegebiet, von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" bis in den Kreis der kleinen sozialdemokratischen Parteiblätter hinein. Und in der Tat hat die eigentliche Verkündigerin dieser Ideen, die „Kölnische Volkszeitung", die Werbung mit einem Schlage eingestellt, als sich aus sämtlichen Parteien der Nationalversammlung heraus lauter Widerspruch erhob. Aber gefährlich wäre es, aus diesem taktischen Rückzug des rheinischen Zentrums zu schließen, daß nun auch der ganze Plan endgültig begraben sei. Im Gegenteil: im kleineren Kreise der rheinischen Parteifreunde dauern die Vorbesprechungen fort, und es ist höchste Zeit, auch im Innern Deutschlands Klarheit zu gewinnen über die Macht der inneren und äußeren Kräfte, die hier am Werke sind. Nicht müßige Entschließungen, wie sie Handelskammern und Parteiversammlungen augenblicklich mit Vorliebe fassen, sind in solch kritischen Zeiten am Platze, sondern energische Selbstprüfung nach den Wurzeln dieser unheilvollen Entwicklung, und vor allem schneller Entschluß, wie dem Fortschreiten der Zersetzung gewehrt werden könne.

Außenpolitische Einflüsse stehen im Vordergrund. Wie in den Zeiten tiefsten Niederganges des alten Deutschen Reiches hat auch jetzt wieder Frankreich den Vormarsch aus den Festungen Diedenhofen und Metz mosel- und saarabwärts begonnen. Militärische Macht schlechthin begründete nach dem Westfälischen Frieden den ersten Rheinbund, der Deutschlands Ohnmacht nach dem Dreißigjährigen Kriege auch politisch besiegelte. Gedeckt von der geistigen Vorhut der „Ideen von 1789" und umschwärmt von der Begeisterung für die „demokratischen" Leitworte von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" rückten dann in den Revolutionskriegen von 1792 neue Heere aus dem Herzen Frankreichs heran, die unter dem großen Korsen die Niederwerfung des Reiches vollendeten. Zur militärischen und politischen Hegemonie trat damals schon die wirtschaftliche Knechtung, die die reichen Hilfsmittel des ganzen Rheinlandes, auch der rechtsrheinischen Gebiete, restlos der Weltherrschaft des ersten Kaiserreiches dienstbar machten. Erst die Erwerbung der heutigen Rheinprovinz durch die starke Militärmacht Preußen hielt dann mehr als ein halbes Jahrhundert hindurch die Flankenstellung Frankreichs an der oberen Mosel und am Oberrhein in Schach, während die Eifersucht der übrigen Großmächte die selbständige Entwicklung des „belgischen Bollwerkes" als Hilfsmacht des Bürgerkönigtums und des zweiten Kaiserreiches verhinderte.

Heute ist Belgien auf Gedeih und Verderb dem Machtstreben der Westmächte verfallen. Elsaß-Lothringen und mit ihm die Angriffsbastion für die doppelte Offensive gegen Süd- und Westdeutschland ist aufs neue in Frankreichs Hand. Alle Hilfstruppen des Gegners, die die deutsche Geschichte aus der Entwicklung vergangener Jahrhunderte kennt, marschieren aufs neue auf: militärische Machtentfaltung, demokratische Verheißungen vom ewigen Frieden und vom künftigen Völkerbund, der Segen der französischen Kultur und Sprache und wiederum wirtschaftliche Drohungen. Gestützt auf dieses Heer, dem das geschwächte Deutschland kaum widerstehen kann, erhebt der Vielverband immer neue Ansprüche. Fortsetzung der bisher üblichen Lieferung von Rohstoffen an Kohlen, Koks, Manganerzen, Maschinenersatzteilen, Treibriemen und Motoren aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet nach Lothringen war am 15. Dezember 1918 die wesentlichste Bedingung der französischen Unterhändler in Spaa für die erste Verlängerung des Waffenstillstandes.

Bereitwillig erkannten auch die Westmächte damit an, daß die letzten Jahrzehnte deutscher Herrschaft das ganze Rheintal aufs neue zu wirtschaftlicher Einheit zusammengeschmiedet hatten. Wie die Reunionskammern Ludwigs XIV. ein Vierteljahrtausend zuvor aus Gebietstiteln, die die Reichsstände in den abgetretenen Herrschaften besaßen, neue Ansprüche Frankreichs an das Reich selbst erschlossen, so nutzen ihre Nachfolger in Versailles und Spaa die enge wirtschaftliche Verbindung zwischen Diedenhofen, Metz, Duisburg und Essen [illegible] aus, um ihrerseits jetzt neue wirtschaftliche Hegemonieansprüche daraus auch auf unwidersprochen deutsches Land und deutsche Arbeitskraft abzuleiten. Nicht umsonst durchzieht ja schon die Revanche-literatur der letzten Jahre das Schlagwort, daß der Weltkrieg nicht mehr um die Rheingrenze allein gehe, sondern vor allem um „Eisen und Kohle". Und in unerbittlicher Logik geht daher jetzt die neue Vorbedingung für eine weitere Verlängerung des Waffenstillstandes auf Besetzung Essens als des Mittelpunktes des Industriegebietes, während die Spartakistenherrschaft in Düsseldorf und Mülheim, in Wesel, Hamborn und Sterkrade gleichzeitig von innen heraus die Adern unseres Wirtschaftslebens unterbindet. Offen bekennt gerade in diesen Tagen die „Humanité", daß die Entwaffnung Deutschlands nur das „Vorspiel war für den Diebstahl des Saarbeckens und für die verkappte Annexion des linken Rheinufers" Mit Zuckerbrot und Peitsche arbeiten englische, französische und belgische Einflüsse an der Loslösung der Rheinlande vom Reich. Mit welchem Erfolg, zeigt schon die letzte Abstimmung des preußischen Handelskammertages, auf dem sich die Vertreter von Aachen, Bonn und Köln der Stimme enthielten, weil sie einem offenen Bekenntnis zu unverbrüchlicher Treue zu Preußen und dem Reich nicht beitreten durften.

Digitized by Google

Zu diesem äußeren Druck aber und zu den sozialen Revolutionen, die diese Kernlande des deutschen Wirtschaftslebens immer aufs neue erschüttern, kommen fast gefährlicher noch Sonderbestrebungen der deutschen Parteien. Aus geschichtlich wohl begründeten und rein ideologisch aufgebauten Gedankenreihen strömen dem nackten klerikalen Machtstreben und einer leichtherzigen Auslegung des Rechtes der „Selbstbestimmung der Völker" Kräfte zu, die die Einheit des Reiches nach außen wie im Innern zu zerbrechen drohen. Mit den Sonderbestrebungen des linken Rheinufers verbindet sich die Erörterung der preußisch-deutschen Frage, die heute, wie in allen Krisen der deutschen Einheitsbewegung die Schicksalsfrage des Reiches geworden ist.

Schon vor einem Jahrhundert gerade, als sich der neugekräftigte preußische Staat nach dem kurzen Aufschwung der Befreiungskämpfe wieder auf die Bewahrung seiner absolutistischen Eigenart zurückzog, dachte der junge rheinische Liberalismus wohl eine Zeitlang an Selbstverwaltung des Rheinlandes und an eine Loslösung vom alten Preußen. Aber der schlechthin deutsche Sinn, der seine Gedankenwelt beherrschte, zwang sehr bald schon diese Ideen zurück. Gierig griff sie dagegen der aufstrebende politische Katholizismus auf, der seit der Trennung des klerikalen Belgien vom protestantischen Holland nur zu willig mit dem Plan einer belgisch-rheinischen katholischen Republik spielte. Als dann der „Kölner Kirchenstreit" den offenen Konflikt des protestantischen preußischen Königtums mit diesen Kräften entfesselte, strebten bestimmte Gruppen katholischer Rheinländer bewußt auf eine endgültige Trennung des katholischen Westens vom protestantischen Osten der Monarchie hin, „um so die Natur wieder in ihre Rechte einzusetzen". Die erste deutsche Volksrevolution mit ihrer klar und bestimmt gestellten Forderung an den preußischen Staat, sich selbst aufzugeben um Deutschlands willen, stärkte diese Bewegung, aber sie schied sie zugleich dauernd von den Gedankengängen des rheinischen und des deutschen Liberalismus, die unzweifelhaft fest und sicher in der deutschen Einheitsbewegung selbst wurzelten.

Wenn in ihr ebenfalls immer wieder das Verlangen auftaucht, daß Preußen in seine Provinzen aufgelöst werde, so führt diese Entwicklung der preußisch-deutschen Frage doch immer stets auf eine unitarische Zukunft Deutschlands hin. Ihr Sinn ist aufbauend, vereinheitlichend und stärkend, während der Gedanke eines selbständigen Rheinlandes stets auflösend und zermürbend, föderativ im schlimmsten Sinne des Wortes wirken mußte und gemeint war. Und kaum scharf genug kann daher die Warnung sein, sich nicht vom äußeren Gleichklang von Worten und Ideen betören zu lassen, die innerlich grundverschiedene Elemente umfassen und grundverschiedene Kräfte bergen.

Zugleich liegt aber die Gefahr nahe, daß gerade diese Mimikry der klerikalen Agitation auch warme Freunde der deutschen Einheitsbewegung schlechthin von der reinlichen Lösung des preußisch-deutschen Problems selbst abschreckt, wie das in der Tat schon die letzten Kundgebungen der Handelskammern und anderer berufener Körperschaften im eigentlichen Industriegebiet selbst beweisen.

Gewiß hängen beide Gedankenreihen, wie oben erwähnt, in ihrem Ursprung aufs engste zusammen. Heute aber berühren sie sich nur insoweit, daß das gemeinsame Mittel gegen die Schäden, die dem ganzen Deutschland aus leichtsinniger Aufteilung Preußens wie aus der Absplitterung der Rheinlande allein erwachsen können und müssen, einzig die Stärkung der Reichsgewalt ist und bleibt. Nur sie kann die Macht Preußens ersetzen, die mit starker Hand auch die Kräfte, die seinem innersten Wesen oft genug widerstrebten, an die Staatspersönlichkeit Preußens und damit an Deutschland fesselte.

Mit scharfem Blick für die Notwendigkeit, die Außenprovinzen mit unlösbaren verwaltungstechnischen und territorialen Klammern in den Kern des Staatsgebäudes einzulassen, setzte die preußische Verwaltung vor gerade hundert Jahren alle Regierungsbezirke, die den Rhein berührten, rittlings über den deutschen Strom. Bewußt und scharf brach sie so mit der primitiven Anschauung, daß Flüsse ideale Grenzen zum mindesten engerer Verwaltungseinheiten seien. Die konservativere, großenteils auch protestantische Bevölkerung des Westerwälder und Bergischen Landes wurde damit das heilsame Gegengewicht gegen die auflösenden Tendenzen, die am linken Rheinufer zu Hause sind. Fällt heute Preußen, so wird dieser Zusammenhang preisgegeben, wenn nicht zur rechten Zeit noch die Reichsgewalt das Gewicht des preußischen Namens, des preußischen Staatsgedankens, des preußischen Landesbeamtentums, der preußischen Wirtschaftszusammenhänge und der preußischen Macht in allen Punkten ersetzt.

Gerade von der gefährdeten Westgrenze her ertönt heute immer lauter und nachhaltiger der Ruf, daß die Reichsgewalt so stark wie möglich gemacht werden muß, wenn nicht in absehbarer Zeit schon das linke Rheinufer das Schicksal Elsaß-Lothringens teilen soll. Stärker noch als das „Reichsland" ist ja die Rheinprovinz ohne Flankendeckung dem feindlichen Druck von außen und den auflösenden Kräften im Innern ausgesetzt, wenn es nicht gelingt, ein vollwertiges Gegengewicht zu schaffen. Auch äußerlich aber muß diese Wandlung zum Ausdruck gebracht werden, soll das „Reich" für die weitesten Kreise der Bevölkerung wirklich an Stelle „Preußens" treten. Nicht Freistaaten oder gar Vereinigte Staaten von Deutschland dürfen die preußischen Provinzen und die souveränen Bundesstaaten Süd- und Mitteldeutschlands verdrängen, sondern Reichsprovinzen schlechthin, nicht mehr und nicht weniger! Nur das rückhaltlose Streben nach dem nationalen deutschen Einheitsstaat, wie es die erste, schönste Periode der großen deutschen Volksrevolution von 1848 erfüllte, kann restlos das preußisch-deutsche Problem lösen und zugleich die Gedanken an eine „Rheinische Republik" endgültig überwölben und überwinden.

Walther Oppermann / Aufgaben der Gemeindepolitik

„Es kann nicht verkannt werden, daß in unseren Tagen das Wohlseyn, ja die Erhaltung der Staaten, durch ungewöhnliche Kraftanstrengung bedingt ist, und daß, wenn in dem bequemen, ruhigen Zustand früherer Zeiten manche Kraft ohne Gefahr für das Ganze schlummern mochte, es jetzt gilt, alle Kräfte zu wecken und in Anspruch zu nehmen, um die Aufgabe zu lösen, die in gleichem Maße schwieriger und ruhmvoller geworden ist." So schrieb Savigny vor fast 90 Jahren in einem Aufsatz über die preußische Städteordnung (Verm. Schriften 5, 187). Man darf annehmen, daß Überzeugungen dieser Art — und nicht allein der Wunsch, ein Stück Erfurter Programm zu verwirklichen — die provisorischen Regierungen der deutschen Bundesstaaten geleitet haben, als sie die Neuwahl der Gemeindevertretungen auf eine wesentlich verbreiterte Grundlage stellten. In der Tat handelt es sich hierbei keineswegs um eine bloße Änderung des Wahlrechts, sondern um eine grundsätzliche Erneuerung des Geistes der Selbstverwaltung: um die Politisierung der kommunalen Körperschaften.

In weiten Kreisen ist das noch nicht begriffen worden. Noch immer spukt — wie Schäffle 1874 schrieb — das rote Gespenst bis in die letzte Bierstube, und noch immer hofft man es zu bannen durch „Sammlung" der „bürgerlichen" Elemente, als deren letztes Ziel die Fernhaltung der Sozialdemokratie von den öffentlichen Verrichtungen erscheint. Wohin der geflissentliche Ausschluß sozialdemokratischer Mitarbeit in der Politik geführt hat, wird dabei schon wieder vergessen. Vor allem aber ist die hergebrachte Auffassung, daß es sich in der Kommunalpolitik lediglich handle um die

Digitized by Google

Pflege von Standesinteressen und von Wirtschaftsinteressen, erhalten geblieben bis weit in Kreise hinein, die sich sonst gegen den Vorwurf des Spießbürgertums entschieden verwahren würden. Jede kleine oder größere Personengruppe, die sich für einen Stand im Staate hält, die Saalbesitzer und die Militäranwärter, die Produktenhändler und die kleinen Rentner, sieht in der Gemeindevertretung das Forum, wo ihre Sonderwünsche zur Geltung kommen müßten. Wie weit entfernt sich solche Engherzigkeit von dem alten Grundgedanken der Selbstverwaltung, wie ihn Steins Städteordnung von 1808 aussprach in dem schönen Satze: „Das Gesetz und ihre Wahl sind die Vollmacht der Stadtverordneten, ihre Überzeugung und ihre Ansicht vom gemeinen Besten der Stadt ihre Instruktion, ihr Gewissen aber die Behörde, der sie deshalb Rechenschaft schulden." Das bedeutet Freiheit, sittlich gebunden durch das Gemeininteresse, und das ist nichts anderes als der Ausdruck der alten deutschen Genossenschaftsidee, die Wolzendorff in seinem schönen Buche „Vom deutschen Staat und seinem Recht" als Entwicklungselement des deutschen Staatslebens nachgewiesen hat: „Recht ist nicht das, was der einzelne hat, oder schuldet, weil oder damit es der andere schuldet. Sondern Recht ist das, woran der einzelne teilhat, weil es das Band der Gesamtheit ist. . . Nicht der Nützlichkeitsgedanke des subjektiven Interesses der einzelnen in seiner Gegenseitigkeit ist die Grundlage der Rechtsidee, sondern die Rechtsidee in ihrem eigenen sittlichen Gehalt ist als leitende soziale Kraft die Grundlage für die Bewertung der Lebensregungen des einzelnen" (S. 20 ff.).

Wie grundverkehrt es ist, wirtschaftliche Fragen zum Angelpunkt aller Politik zu machen, das ist erst kürzlich wieder von Potthoff betont worden („Hilfe", 1919, S. 21). Das gilt von der kommunalen Politik nicht weniger wie von der Staatspolitik. Trotzdem hat es in einer sächsischen Mittelstadt — und vielfach anderswo wird es ähnlich gewesen sein — eine unter dem Gesichtspunkt der „bürgerlichen Sammlung" auftretende Gruppe fertiggebracht, bei den Stadtverordnetenwahlen die Parole auszugeben: Nur wirtschaftliche Fragen sind in der Stadtverordnetenversammlung zu lösen, und Parteipolitik gehört da nicht hinein; — also wähle man unsere aus Angehörigen verschiedener bürgerlichen Parteien unter besonderer Berücksichtigung der einzelnen Berufsstände gebildete Liste. Da fragt man sich sofort, was denn Gesundheitspflege, Wohlfahrtspolizei, Unterrichtswesen, Wohnungsfürsorge mit der Wirtschaft zu tun haben. Es gibt freilich Leute, die einen solchen Zusammenhang herzustellen wissen; ich erinnere mich eines kleinstädtischen Ratsmitgliedes, das sich der Ersparnisse rühmte, die bei dem seinem Dezernat unterstehenden städtischen Krankenhause gemacht worden waren; dieses Krankenhaus war freilich wegen der Unzulänglichkeit seiner Einrichtungen weithin berüchtigt. Ist es also unrichtig, in der Erledigung wirtschaftlicher Fragen die einzige oder auch nur die vorwiegende Aufgabe der Gemeindevertretung zu sehen, so ist es nicht minder verkehrt, zu glauben, daß man die bestmögliche Lösung dieser wirtschaftlichen Fragen erreiche, wenn man eine berufsständisch orientierte Vertretung anstrebt. Dem liegt der grobe Irrtum zugrunde, daß es sich bei den kommunalwirtschaftlichen Fragen um die materiellen Nöte einzelner Stände handle, und daß ein rechtschaffener Stadtverordneter bemüht sein müsse, die öffentlichen Lasten möglichst von seinem „Stande" abzuwälzen und anderen aufzuladen. Es handelt sich vielmehr darum, daß die gesamte Bürgerschaft gesunde Wohnungen und ausreichende Nahrung hat. Wird das erreicht, so kommt dabei ganz von selbst jeder einzelne „Stand" zu seinem Rechte, aber nicht auf Kosten der anderen Stände, sondern immer nur in Gemeinschaft mit ihnen. Nicht deshalb also wird man Wert darauf legen, Angehörige gewisser Stände, etwa Juristen, Ärzte, Kaufleute ins Stadtparlament zu wählen, damit die Interessen dieser Berufsgruppen wahrgenommen werden, sondern damit Sachverständige vorhanden sind, wenn die Stadt Verträge einzugehen, ein Krankenhaus zu verwalten oder Geschäfte abzuschließen hat.

Wenn man aber die Parteipolitik aus der Gemeindevertretung verbannen will, so stellt man sich auf den Kannegießerstandpunkt, der in den parteipolitischen Gegensätzen ein Übel sieht, dem man möglichst aus dem Wege gehen soll, während sie doch das befruchtende Element des öffentlichen Wirkens bilden; denn nur aus dem Streite der Meinungen wird die Wahrheit geboren. Dazu kommt, daß die Sozialdemokratie sich längst als solche an den Kommunalwahlen beteiligt, so daß ein ihr entgegengesetzter politischer Wille nur dann sich zur Geltung bringen kann, wenn er von geschlossenen politischen Parteien getragen wird. Endlich weist auch das System der gebundenen Listen von vornherein darauf hin, daß die Wahlen von den bestehenden politischen Gruppen vorbereitet werden.

Man sieht, wie sehr in weiten Kreisen noch das Wesen der Selbstverwaltung verkannt wird. „Gewiß hören, lesen und reden jetzt Unzählige von öffentlichen Dingen, die sonst nicht daran dachten, und viele spüren die Neigung, sich damit zu befassen, die vormals über ihren engen Beruf nicht hinweg sahen. Aber jene Verbreitung ist darum nicht erhöhte Einsicht, und diese Neigung ist von wahrem Bürgersinn, das heißt von hingebender, selbstverleugnender Liebe zum gemeinen Wohl noch sehr verschieden." (Savigny, a. a. O., S. 185 f.)

Martin Wenck / Partei und Presse

Es gehört zu den politischen Binsenwahrheiten, daß man Wahlerfolge für die Stärke und den Bestand einer Partei nicht überschätzen darf. Die Zahl der „Mitläufer", von denen man gern bei der Sozialdemokratie spricht, ist auch bei anderen Parteien groß, je nachdem die politische Grundstimmung, die eine Wahl beherrscht, für oder gegen sie spricht. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch der erste starke Erfolg, den die Deutsche demokratische Partei bei den Wahlen zur Nationalversammlung gehabt hat, zu werten. Ihr kam die große demokratische Welle zustatten, die mit der Revolution über Deutschland hereinbrach. Sie führte der Deutschen demokratischen Wahlliste über 5 Millionen Männer und Frauen zu, ohne daß nun die Partei sich der kühnen Hoffnung hingeben darf, eine etwaige politisch reaktionäre Welle bei den nächsten Wahlen werde von vornherein an der gefestigten demokratischen Gesinnung der Wähler vom 19. Januar 1919 abprallen. Nicht nur die Sozialdemokratie gibt sich der Hoffnung hin, die jetzt ihr noch verwehrte Mehrheit in dem Parlament der Deutschen Republik zu erlangen. Auch die Gegner der deutschen Demokratie zur Rechten, die zurzeit nicht viel zu verlieren haben, hoffen um so mehr in der Zukunft zu gewinnen. Man braucht nur ihre täglichen P. korgane, ihre Kritik an der Republik, ihre Entstellung der deutsch-demokratischen Grundsätze und Ziele zu lesen, ihre unlautere Polemik zu verfolgen, die bis in die Stimmungsbilder der Weimarer Verhandlungen hineingeht, dann ist man darüber orientiert, daß sie den Kampf gegen die deutsch-demokratische Partei nach derselben Methode fortsetzt, die wir da

Digitized by Google

Wahlkampf genügend kennengelernt haben. Die Abwehr, die hier dringend geboten ist, kann nur von der Presse geleistet werden. Von ihr soll hier geredet werden.

Liberalismus und Demokratie haben in Deutschland immer eine weitverbreitete Presse gehabt, die im Sinne ihrer Gedankenwelt die öffentliche Meinung beeinflußte. Wenn trotzdem im alten Obrigkeitsstaat liberale und bürgerliche Demokraten parteimäßig in den Parlamenten nicht so zur Geltung kamen, wie man es nach der Verbreitung dieser Presse erwarten konnte, so lag das keineswegs nur an dem politischen Druck, unter dem während des alten Regimes die Wahlen geschahen, und nicht nur an den Wahlsystemen, auch nicht an den bekannten Mängeln der Organisationen der Parteien der Linken. Nein — auch die Presse ist dafür verantwortlich zu machen. Sie war — von verhältnismäßig wenigen Organen abgesehen —, um es mit einem Wort zu sagen, zu wenig „Parteipresse". Wir meinen damit, daß sie allzu leicht zu zaghaft war, über die Vertretung allgemeiner, namentlich kultureller Ideen des Liberalismus und der Demokratie zu einem bestimmten Parteibekenntnis und zu den hieraus sich für ihren Inhalt ergebenden Konsequenzen hinauszugehen, offen parteipolitische Werbearbeit zu tun und daß sie bei entscheidenden Parteifragen zugunsten der Partei höchstens sich defensiv verhielt, aber auf eine forsche Offensive gewöhnlich verzichtete. Typisch ist hier ja aus den letzten Jahren die Haltung der Presse der Linken zu der Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917 und zu der Parteikonstellation im Herbst 1918, wodurch, wenn wir von der entschiedenen Haltung einzelner Preßorgane absehen, die ganze bürgerliche Linke, obwohl sie politisch im Recht war, in eine überaus schwierige Verteidigungsstellung gedrängt worden ist, anstatt sofort erfolgreich die öffentliche Meinung für sich gewinnen zu können und damit Volk und Vaterland einen unschätzbaren Dienst zu leisten.

Wo der Grund für eine solche zaghafte Haltung der Presse der Linken in geschäftlichen Rücksichten liegt, kann, wenn überhaupt etwas, dann nur der Hinweis nützen, daß erfahrungsgemäß jede klare, jede entschiedene politische Haltung, an der auch der Gegner sich freut, auf die Dauer das beste bewährte Propagandamittel ist, wenn diese Haltung nur mit der notwendigen Geschicklichkeit und Ausdauer verquickt wird. Das kann man an der konservativen und agrarischen Presse sehen! Aber vielfach war auch die Haltung der Partei gegenüber der Presse schuld, wenn die Presse, die zu ihr halten wollte, nicht parteimäßig genug für sie wirkte, und gerade das sollte die junge Deutsche demokratische Partei sich von Anfang an vor Augen halten. Sie kann ihrer Presse sehr wesentliche Dienste leisten, und je mehr sie es tut, um so mehr wird die Presse Werbearbeit für sie vollbringen können.

Wir meinen damit in erster Linie Aufgaben, die die Parteileitung und die parlamentarischen Fraktionen zu lösen haben. Von diesen Stellen aus sollte die Presse fortlaufend über die politischen Absichten der Parteileitung und der Fraktionen, über die Gründe ihrer Haltung zu dieser oder jener politischen Frage im Parlament rechtzeitig und hinreichend informiert werden, bei aller Wahrung der Freiheit der Presse, sich im einzelnen zustimmend oder ablehnend zur Taktik der Partei zu verhalten. Die Unterlassungen, die hier in der Vergangenheit, z. B. bei der Fortschrittlichen Volkspartei, geschehen sind, haben sich bitter gerächt, wie bei der schon erwähnten Friedensresolution vom 19. Juli 1917. Das darf in der demokratischen Partei nicht vorkommen. Ein enges, inniges Vertrauensverhältnis zwischen Partei und Presse, insonderheit in allen parlamentarischen Fragen, ist dringend vonnöten. Gilt dies von der gesamten Presse der Partei, gerade auch der großstädtischen, so bedarf die mittlere und erst recht die kleine Parteipresse in reichem Maße der Hilfe der Partei, indem diese sie von einer Zentrale aus nicht nur mit Informationen, sondern auch mit Artikeln und Nachrichten versorgt. Die frühere konservative Partei hat dies in geradezu vorbildlicher Weise unter Aufwendung großer Geldmittel geleistet. Die Deutschnationale Volkspartei wird diesem Vorbild ohne Zweifel eifrig nachkommen. Bei der Presse der Linken ist man aber über Anfänge der Art durch Artikel, Glossen, Stimmungsbilder in der Parteikorrespondenz und über wohlwollende Versprechungen niemals hinausgekommen. Geschweige denn, daß man, wie es notwendig ist, in großzügiger Weise eine umfassende Preßzentrale für die Parteipresse geschaffen hätte, die allen Bedürfnissen der Presse gerecht wird, wenn möglich einschließlich eines eigenen Parlamentsbüros, wie es das Zentrum und die Sozialdemokratie seit langem besitzen.

Das ist es, was wir der jungen Deutschen demokratischen Partei und ihrer Presse als Aufgabe für die Gegenwart vorhalten möchten, damit die Zukunft gute Früchte zeigt. Wir reden davon ohne Scheu in aller Öffentlichkeit, denn von dem Zusammenwirken von Presse und Partei hängt für jedes Mitglied und jeden Freund der Deutschen demokratischen Partei viel zu viel ab, als daß man diese Fragen nur in kleinen Konventikeln oder gar nur als Parteigeheimnis behandeln dürfte. Ein in der Entstehung begriffener „Verband der demokratischen Presse" wird diese Aufgabe als sein spezielles Arbeitsgebiet zu behandeln haben. Aber über ihn hinaus muß es Pflicht der gesamten Partei werden, für eine Presse zu sorgen, die mit ihr politisch gleichen Schritt hält, als guter Kamerad im Dienst für dieselben Ideen.

Oscar Wingen / Mehr wirtschaftliche Bildung

Die Stellung des Arbeiters im deutschen Wirtschaftsleben hat sich durch die Revolution erheblich gewandelt, er will nicht mehr nur ausführender Teil, sondern auch mitbestimmender, richtunggebender Faktor in Zukunft sein. Was in dieser Hinsicht bis jetzt bekanntgeworden ist, klingt unerfreulich und wenig verheißungsvoll. Mit parvenühafter Geste hat man sich an die Tafel gesetzt und gefordert, als ob Küche und Keller unerschöpflich seien! Und das zu einer Zeit, da wir gerade im Interesse der wirtschaftlichen Selbsterhaltung äußerst sparsam mit unseren volkswirtschaftlichen Kapitalien sein müssen. Aber jede Umwälzung hat ihre Kinderkrankheiten, und der Freiheitsrausch wird wieder der Besonnenheit und Mäßigung weichen. Die weit über das erreichbare Ziel hinausgehenden Forderungen der Arbeiterschaft erklären sich zu einem nicht geringen Teile aus einem mangelnden Einblick in die Gesetze des wirtschaftlichen Lebens, aus dem fehlenden Überblick über die Zusammenhänge des volks- und weltwirtschaftlichen Geschehens. Diese klaffende Lücke in der Allgemeinbildung unseres Volkes hat sich schon während der ganzen Zeit der uns aufgedrungenen kriegswirtschaftlichen Zwangsregulierung unseres ökonomischen Daseins schwer gerächt, um so fühlbarer macht sie sich heute, da die in dieser Hinsicht durch keine tiefgehende Sachkenntnis beschwerten Massen die Führung im Labyrinth der verwickeltsten Wirtschaftsvorgänge übernehmen wollen. Hier gilt es, Versäumtes schnell und weitgehend wieder gutzumachen durch Verbreitung allgemeiner Tatsachenkenntnis über Wesen und Inhalt der eigenen Volkswirtschaft, über wirtschaftliche Gesetze überhaupt und endlich über die internationale Verflechtung der einzelnen Staatswirtschaften zur Weltwirtschaft. Die heranwachsende Generation muß zu wahren Staatsbürgern erzogen werden, zu Menschen, die für ihre praktische Beteiligung am Leben des Staates die erforderlichen theoretischen Grundlagen mitbringen, damit sie die Folgewirkungen ihrer Handlungen abzusehen vermögen und erkennen, was im Bereich des Möglichen liegt und was nicht. Dann wird das Wirtschaftsleben unseres Volkes nicht zu heillosen sozialistischen Experimenten herhalten müssen, dann wird sich in verständnisvoller Zusammenarbeit von Unternehmern und Arbeitern die deutsche Volkswirtschaft wieder zu ihrer früheren Höhe emporarbeiten können. Und noch ein anderes! So mancher begreift heute nicht, wie wenig die großen Volksmassen von der Tatsache bewegt werden, daß das reiche Erz- und Kaliland Elsaß-Lothringen von der Aktivenseite unserer Wirtschaftsbilanz gestrichen wird, oder daß das deutsche

Digitized by Google

Bauernland im Osten bedroht ist, und schüttelt den Kopf über diese „erbärmlichen Patrioten“. Kann es denn aber anders sein? Kennt der junge Deutsche denn sein wundervolles Vaterland der Arbeit mit seinen reichen Kohlengruben, seinen schaffenden Industrien, seinen wogenden Kornfeldern? Woher?! Die Schule füllt sein Hirn mit Geschichtszahlen und reicht ihm, wenns hoch kommt, ein paar staatsbürgerliche Wissensbrocken. Daraus soll er Verständnis und Liebe zu seinem arbeitsamen und werktätigen Vaterlande schöpfen? Gibt es etwas Kläglicheres als z. B. die Art, wie man Kolonialpolitik daheim nicht getrieben hat? Wahrlich, die Erziehung des Deutschen zum Staatsbürger ist fragmentarisch genug, die zum Weltbürger ist überhaupt nur ein frommer Wunsch! Und doch ist beides uns so bitter nötig. Erst lehre man den jungen Deutschen sein Vaterland in seinen verschiedenen wirtschaftlichen Darstellungen kennen, damit in ihm der Stolz auf deutsche Arbeit und deutsches Schaffen erwacht und die entwürdigende Anbetung des Ausländischen verschwindet. Dann aber zeige man ihm, daß sein Vaterland nicht isoliert irgendwo im Weltenraume hängt, sondern anderen Völkern gibt und von ihnen nimmt, daß er in seinem Hause nicht irgendeine schön ausgeklügelte „Hausordnung“ einführen darf, ohne deren Wirkung auf die Umwelt zu berechnen, daß heute große internationale Wirtschaftsgesetze existieren, denen man sich bei Gefahr des wirtschaftlichen Bankerotts nicht einfach entgegenstellen darf. Nur so erzieht man auch die uns mangelnde und doch für ein Mitglied der großen Völkerfamilie unerläßliche Achtung fremdvölkischer Eigenart, dann wird der „Schulmeister“ bescheiden und läßt auch den Andersdenkenden in seiner besonderen Gesinnung gelten. Auf der anderen Seite gibt uns die Erkenntnis vom eigenen Wert im wirtschaftlichen Wettbewerb der Nationen das so sehr fehlende völkische Selbstbewußtsein, das achtet, aber auch geachtet werden will. Republikaner sein, heißt, mehr Menschenrechte, aber auch mehr Menschheitspflichten haben. Von nun an trägt jeder die Verantwortung für Sein und Werden der Nation selbst an seinem Teil, und dazu gehört nicht nur guter Wille, sondern auch ausreichendes Wissen vom wirtschaftlichen, kulturellen und politischen „Stoffwechsel“ im Staatsorganismus. Vorurteilsloser, sachlicher, von jeder Tendenz freier Unterricht in der Wirtschaftswissenschaft — Wirtschaftsgeschichte, Wirtschaftstheorie und Politik, internationales Wirtschaftsleben — muß erst die Grundlagen zum Wiederaufbau unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens schaffen, dann wird der Deutsche sich in seinem neugeschaffenen Hause wohl fühlen, stolz sein auf sein Land, sein „Vaterland“ erst erkannt haben und draußen im Völkerstrom freier und und selbstsicherer seinen Mann stehen.

Naumann / Fremde Sprachen

Ihr laßt euren Kindern fremde Sprachen beibringen. Viele Jahre der Jugend werden angefüllt mit Latein, Griechisch, Französisch, Englisch. Dabei ist das Ziel ganz klar und deutlich: Der vollgebildete Mensch muß ein Vielsprachler sein, da die Menschheit international ist. Er muß sich auch jenseits der eigenen Volksgrenzen behelfen können, und da er nicht alle Sprachen lernen konnte, so soll er wenigstens etwas Austauschsmöglichkeiten gewinnen. Auch soll er sich in der großen Geisteswelt des Altertums selber zurechtfinden können, denn von dorther fließen ja noch immer unsere stärksten seelischen Wellen. Laßt uns aber dabei auch ehrlich zugestehen, daß solche großen Ziele nur von einer Minderzahl erreicht werden! Die meisten Schüler, selbst der höheren Lehranstalten, bleiben lebenslänglich im Unterland der Fremdsprachen. Auch das mag für die Übung von Gedächtnis und Logik nicht wertlos sein, aber wir werden uns beim Neubau unseres Volkslebens nach dem Kriege doch ernstlich fragen müssen, ob wir nicht denen, die voraussichtlich nie zur Sprachenfreiheit gelangen, mehr deutsche Bewegung und weniger Fremdsprachenkultur verordnen sollen. Das ist keineswegs bloß eine schultechnische Frage, sondern hängt mit tiefsten Entscheidungen der Volksseele zusammen. Unsere Vorväter haben sich an den klassischen Sprachen und am Französisch emporgelernt bis zur vollen deutschen Nationalsprache. Nun aber, nachdem es seit über hundert Jahren eine deutsche Geisteswelt gibt, genügt es für den deutschen Menschen der mittleren Berufe, richtig deutsch zu können und in der deutschen Fülle zu Hause zu sein. Wer aber wird dazu erzogen? Unsere eigene Literatur wächst und die Menge dessen, was von ihr jeder kennen sollte, vermehrt sich, aber unser arbeitender Nachwuchs hat dafür leider keine Zeit!

Büchertisch

Der Völkerbund.

Heinrich Lammasch, Europas elfte Stunde. Mit einem Geleitwort von Fr. W. Förster. Verlag für Kulturpolitik, München. 175 S. Geh. 6 M., geb. 8,50 M. und 15 % Teuerungszuschlag.

Heinrich Lammasch, Der Friedensverband der Staaten. Der Neue-Geist-Verlag, Leipzig. 43 S. 1,20 M.

Walther Schücking, Internationale Rechtsgarantien. Broschek & Co., Hamburg. 136 S. 3 M.

Walther Schücking, Der Bund der Völker. Studium und Vorträge zum organisatorischen Pazifismus. Der Neue-Geist-Verlag, Leipzig. 173 S. 6 M.

Eduard Bernstein, Völkerbund oder Staatenbund. Paul Cassirer, Berlin. 29 S. 1,50 M.

Hans Cornelius, Völkerbund und Dauerfriede. (Fehler und Forderungen. Schriften zur Neugestaltung der deutschen Politik. Heft 8.) Georg Müller, München. 69 S. 3 M.

O. P. Trautmann, Der Völkerbund. Verlag der Grenzboten, Berlin. 23 S. 1,60 M.

August Hommerich, Deutschtum und Schiedsgerichtsbarkeit. Mit einem Vorwort von Philipp Zorn. Herdersche Verlagshandlung, Freiburg i. Br. XIV und 90 S. 2,50 M.

Der Völkerbundsgedanke, der seit Wilsons Botschaften von Freund und Feind heftig diskutiert wurde, wurde in diesen Wochen in seinen praktischen Grundlagen zu Paris erörtert, damit daß er aus einer Utopie, einem Projekt nun zu einer Realität werden solle. Noch zählt er viele Gegner, die an den Krieg als solchen glauben, noch mehr aber Zweifler, die in ihm einen schönen, aber unerfüllbaren Traum sehen. Kluge und weitschauende Geister haben schon lange für ihn gekämpft und sehen nun endlich das auf dem Wege zur Wirklichkeit, was ihnen früher nur Hohn und Spott eingetragen hat. An erster Stelle stehen hier Schücking und Lammasch, von denen je ein Band Aufsätze vorliegt, in denen sich die Frucht ihrer Arbeit vor und während dem Weltkrieg befindet, als sie auf anscheinend verlorenem Posten standen und mutvoll für eine Sache kämpften, deren Lohn der Fluch der Lächerlichkeit oder Gefährdung der eigenen Sicherheit war. Außerdem aber sind gerade in den letzten Monaten Arbeiten von ihnen erschienen, die schon im Hinblick auf den kommenden Umschwung den Friedensverband der Staaten behandeln und die die internationalen Rechtsgarantien Punkt für Punkt erläutern, wie sie zum Ausbau und zur Sicherung der zwischenstaatlichen Organisation nötig sind. Wenn uns der Friedenskongreß wirklich den Völkerbund bringt, so kann er an den Arbeiten dieser beiden Forscher, die eine Fülle von praktischen Vorschlägen bringen, nicht achtlos vorbeigehen. Das Odium, das Deutschland durch seine ablehnende Haltung auf den Haager Konferenzen auf sich geladen hat, wird schwinden, wenn nicht nur deutsche Gelehrte für diese Gedanken wirken, sondern auch das ganze Volk hinter ihnen steht und für ihre Arbeiten zum beifälligen Resonanzboden wird.

Viel weitgehender als bei diesen beiden Vorkämpfern des Völkerbundes sind die Forderungen, die der Sozialist Bernstein für das neue Gebilde aufstellt. Nach einer Einleitung, die summarisch die Geschichte des Völkerbundgedankens enthält und bei der Stellung Greys und Bethmann Hollwegs zu diesem Problem etwas länger verweilt, kommt er zu dem Kernpunkt seiner Untersuchung: soll das neue internationale Gebilde ein Staatenbund oder ein wirklicher Völkerbund, der allein die Keime künftiger Kriege ersticken könnte, werden? Das deutsche Wort „Völkerbund“ gibt vorläufig noch ein falsches Bild, denn die

Digitized by Google

von Wilson geplante „League of Nations" ist noch weit von dem entfernt, was die Sozialisten heute erhoffen. Bernstein nimmt eine weitreichende Intimität der Beziehungen und eine demokratische Natur als Voraussetzung des Bundes an, wie dies ohne gleichzeitige Umwandlung aller vertragschließenden Gemeinwesen in sozialistisch-demokratische Republiken unmöglich ist. Entschiedene Demokraten haben daher sogar noch unter Umständen Krieg gefordert behufs Aufhebung der Hörigkeit anderer Völker — man denkt bei diesen vor drei Monaten geschriebenen Worten sofort an Liebknechts und Radeks Forderung, den Krieg an den Rhein zu tragen, um die Entente zu zwingen, den russisch-deutschen Bolschewismus anzunehmen. Nur im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts kann daher der Völkerbund geschaffen werden, der einer festen Organisation nicht entbehren darf. Der Sozialdemokrat Bernstein macht dabei auch nicht vor dem Staate halt: „Wir müssen den mystischen Glauben an den Staat abstreifen, um reif für den Völkerbund zu werden." Freiheit der Meere, Gleichheit der Handelsbeziehungen, offene Tür — alle Forderungen der heutigen Verfechter des Völkerbundes ergeben sich von selbst bei der Sozialisierung des Kapitals und bei gleichzeitiger Internationalisierung der größeren Handels- und Verkehrswege. Die Schutzzöllnerei muß fallen, nicht der Stand der Selbstversorgung, der wirtschaftlichen Autarkie, sondern die gegenseitige wirtschaftliche Verbundenheit und Arbeitsteilung der Völker ist die Gewähr für den Völkerbund.

Interessanterweise kommt Cornelius zu ähnlichen Ergebnissen seiner Untersuchung, obwohl der Gedanke der allgemeinen Sozialisierung in seiner Beweisführung keine Rolle spielt. Seine Hauptforderung ist die allgemeine Abrüstung — wenn nur der Völkerbund allein, als einheitliche Zentralbehörde, zum Zwecke der Exekutive über ein Heer verfügt, die einzelnen Staaten aber keines besitzen, dann ist das Schiedsgericht in der bisher geforderten Form überflüssig, denn der Friede ist dann nie mehr in Gefahr. Der internationale Staat aber verträgt sich keineswegs mit Zollgrenzen, er setzt ein einheitliches Wirtschaftsgebiet voraus. Die Gliedstaaten des Bundes haben die politische Verwaltung zu regeln, das nationale Justizwesen und die nationalen Finanzen, sowie alle Angelegenheiten der nationalen Kultur, z. B. Fragen des Kultus und des Unterrichts; nur die eigene Diplomatie und die eigenen Kanonen dürfen ihnen nicht gelassen werden.

Nach diesen außerordentlich anregenden, wenn auch vorderhand wohl als utopisch zu bewertenden Vorschlägen sei der Vollständigkeit halber noch auf zwei Schriften aufmerksam gemacht, die sich ebenfalls mit den hier behandelten Fragen befassen. Trautmann sieht in der Völkerbundsidee der englischen Liberalen nur „den praktisch-politischen Ausdruck der Erkenntnis, daß England diesen Krieg nicht gewinnen kann" — ein Standpunkt, der, selbst wenn er nicht durch die Ereignisse ad absurdum geführt worden wäre, von geringer Erfassung des Problems zeugt. Einige angehängte Sätze am Schluß, die der neuen Zeit einen etwas gezwungenen Tribut zahlen, täuschen nicht darüber hinweg, daß prinzipiell der Verfasser dem Gedanken unfreundlich und mißtrauisch gegenübersteht. Schließlich sei noch auf die Arbeit Hommerichs aufmerksam gemacht, die einen historischen Überblick gibt, in welchem Umfange von den alten Germanen bis auf neuere Zeit der Schiedsgerichtsgedanke bei den Deutschen eine Rolle spielt. Man erfährt daraus recht interessante Einzelheiten, die für jeden, der sich mit dem Problem des Völkerbundes beschäftigt, wertvoll und lehrreich sind.

M. N.

Baltenhilfe

Durch den bolschewistischen Einbruch in Livland und Kurland sind viele tausend baltische Deutsche aus der Heimat vertrieben worden. Sie weilen als Flüchtlinge auf deutschem Boden, in persönlicher Sicherheit, aber viele von ihnen ohne Existenzmittel, solange die Verbindung mit der Heimat unterbrochen ist. Es ist seit Jahren in Deutschland viel für alle Arten von Kriegshilfe gebeten worden, aber hier liegt eine besondere deutsche Ehrenpflicht vor.

Grauenhaft sind die Einzelheiten, die über das Schicksal derer gemeldet werden, die den Bolschewisten in die Hände fielen. Konnten wir die Stammesgenossen vor diesem Schicksal nicht retten, so müssen wir darum doch doppelt uns bemühen, denen, die sich zu uns geflüchtet haben, auf so lange zu helfen, bis sie entweder in Deutschland eine bleibende Statt oder eine Möglichkeit zur Rückkehr in die Heimat gefunden haben. Wir bitten um Spenden zur Baltenhilfe an die Geschäftsstelle der „Hilfe", Berlin NW., Kronprinzenufer 27.

Briefkasten

Adressenänderungen können nur für Kreuzbandbe[zug] bei uns für den Versand der „Hilfe" berücksichtigt werde[n]. Die anderen Bezieher müssen Anschriftänderungen der Stelle [mit]teilen, von der sie die „Hilfe" zuletzt erhalten haben (Postamt, [Land]briefträger, 50 Pf., oder Buchhandlung). Bei häufigem Ortswechsel [kann] ungestörter Fortbezug der „Hilfe" nur in Kreuzbandbezug ge[währ]leistet werden.

Ortsvereine der Deutschen demokratischen Partei werden um Angabe ihrer Adresse zwecks regelmäßiger Übersendung von neuen Schriftenverzeichnissen gebeten.

J. St. in H. Verlag Duncker & Humblot, München, und Gustav Fischer, Jena, verlegen Werke über Sozialpolitik.

Landwirtschaft. Wenden Sie sich an Verlag Paul Parey, Berlin W., Hedemannstr. 10, in dem mehrere landwirtschaftliche Zeitschriften und eine Zeitung erscheinen.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, beide z. Z. Weimar.

An der — vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung und des Provinziallandtages — im April, spätestens im Mai d. J. in Breslau zu eröffnenden

Sozialen Frauenschule der Provinz Schlesien u. der Stadt Breslau

ist die Stelle der

Leiterin

alsbald zu besetzen.

Das Jahresgehalt soll — vorbehaltlich der Zustimmung der genannten Körperschaften — etwa 7500 M. betragen. Im übrigen soll der Vertragsinhalt besonderer Vereinbarung unterliegen.

Bewerberinnen, besonders Akademikerinnen, die reiche theoretische und praktische soziale Erfahrung besitzen und die mit Erfolg in der sozialen Ausbildungsarbeit tätig waren, werden aufgefordert, ausführliche Bewerbungen an das Magistratsbüro XIV in Breslau, Gartenstr. 3/5 bis zum 10. März 1919 einzusenden.

Dr. von Thaer, Landeshauptmann von Schlesien. Dr. Wagner, Oberbürgermeister von Breslau.

Staatsbürgerschule

Kronprinzenufer 27 Berlin NW. 40 Tel.: Moabit 9596

Veranstaltungen in der Woche vom 24. Februar—2. März:

Dr. Margarete Rothbarth: „Völkerbundsfragen."
3 Vorträge, Beginn Montag, den 24. Februar 1919, abends 8 Uhr.

Dr. Walter Schotte: „Verfassungsrechtliche Probleme der Demokratie."
3 Vorträge, Beginn Mittwoch, den 26. Februar 1919, abends 8 Uhr.

Else Lüders: „Probleme der Frauenbewegung."
Dritter Vortrag: „Sittlichkeitsfragen":
Freitag, den 28. Februar 1919, abends 8 Uhr.

Dr. Pauli: „Liberalismus und Demokratie."
3 Vorträge, Beginn Sonnabend, den 1. März 1919, abends 8 Uhr.

LECIN

Appetitanregend
Blutbildend Nervenstärkend
In Apotheken u. Drogenhandlungen :: Proben vom Lecinwerk Hannover

Für Rekonvaleszenten wirksamer und wohlfeiler als Wein.

Tricalcol Kalk-Eiweiß-Mittel zur Kräftigung und Knochenbildung

Digitized by Google

6. März 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis im Buchhandel 4 M., beim Postamt 4,12 M., unter Kreuzband 4,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 4,25 M., ins Ausland 5 M. Soldatenausgabe 1,50 M. Einzelhefte 40 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8683.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 10

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 60 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche

Der Umfang dieser Nummer ist infolge der Papierknappheit verkleinert.

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Naumann:** Das Gegenwartsproblem. — **Wilhelm Heile:** Braucht Preußen einen Präsidenten? — **Univ.-Prof. Dr. Heinrich Gerland:** Gefahren. — **Dr. Margarete Rothbarth:** Prinz Max und der Völkerbund. — **Naumann:** Fleißig sein! — Büchertisch.

Naumann / Kriegschronik

Sonntag, 23. Februar.

Da für die militärischen Vorkommnisse an der Ostfront regelmäßige Berichte nicht ausgegeben werden, sind wir auf gelegentliche amtliche Mitteilungen und zufällige Einzelnachrichten angewiesen. Im ganzen scheint es, als ob sich die Dinge in Kurland nicht zu unseren Ungunsten verändern. Mehrere Einzelgefechte verliefen glücklich. Libau ist noch immer deutsch, steht freilich auch immer noch unter der Sorge vor einem bolschewistischen Vorstoß. Deutsche Verstärkungen sind nach Libau hin unterwegs. In Litauen ist der Feind an mehreren Stellen zurückgedrängt worden, so daß von einer völligen Wiederherstellung unserer alten Linie geredet wird. Den Polen gegenüber sind wir durch Waffenstillstandsbeschluß an die Demarkationslinie gebunden, während sich die Polen keineswegs überall an sie halten. Wo Übergriffe vorkommen, werden sie zurückgewiesen. Es ist von der [illegible] bei der Entente zu fordern, daß der einseitige Zustand aufhört, bei dem die Polen praktisch noch ein Angriffsrecht besitzen, während wir nur ein Verteidigungsrecht haben. Von den Tschechen wird gemeldet, daß sie Truppen nach der schlesischen Grenze hin zusammenziehen, wahrscheinlich mit Richtung auf die Grafschaft Glatz. Oderberg ist noch immer in tschechischen Händen.

Alle größeren Zeitungen veröffentlichen eine Kundgebung der deutschen Pressevertreter bei der Nationalversammlung in Weimar, die für Elsaß-Lothringen das nun von aller Welt anerkannte Grundgesetz des Selbstbestimmungsrechts der Völker verlangen. „Mit der ganzen deutschen Presse treten wir dafür ein, daß die Bevölkerung Elsaß-Lothringens in vollkommen freier Abstimmung den endgültigen Entschluß über ihre staatliche Zukunft fassen kann." — Im Saargebiet wachsen die Besorgnisse vor französischer Annexion. Die Bergwerke werden behandelt, als seien sie bereits fester französischer Besitz. Gerade die Saarbrückener Bevölkerung ist grunddeutsch und wird eine Annexion nicht gutwillig über sich ergehen lassen. Außerdem aber findet eine derartige Absicht nicht den geringsten Stützpunkt in den 14 Sätzen Wilsons.

Montag, 24. Februar.

Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller protestiert gegen die Auslieferung der deutschen Handelsflotte, welche dadurch vorbereitet erscheint, daß die Schiffe in den Weltschiffsverband einzutreten und für ihn zu fahren gezwungen werden. Der Übergang der deutschen Handelsschiffe in gegnerische Kontrolle würde bedeuten, daß die deutsche Volkswirtschaft über die Höhe der Frachtsätze und andere Transportbedingungen keinerlei eigene Verfügung mehr besäße, daß die deutschen Hafenstädte arbeitslos und öde gemacht werden und daß besonders auch die deutsche Eisenindustrie in der Zufuhr ihrer Rohstoffe außerordentlich behindert wäre, was den Zusammenbruch der Eisenindustrie und damit Arbeitslosigkeit und Anarchie zur Folge haben müßte. Ohne Handelsflotte würden wir unsere Kriegsgefangenen aus Japan und der Türkei in absehbarer Zeit nicht in die Heimat zurückholen können. Die deutsche Handelsflagge würde für viele Jahre vom Weltmeer verschwinden. Die angelsächsischen Länder aber würden ein Monopol für Seetransport erhalten, wodurch sie auch allen Neutralen die Frachtpreise vorschreiben könnten.

Der französische Minister Pichon erklärte beim Empfang ausländischer Journalisten, nach seiner Ansicht sei für den Friedensabschluß die Hauptsache, ein Übereinkommen der Alliierten über die von Deutschland in bar und in natura zu fordernde Gesamtsumme zu erzielen. Die Verteilung unter die Alliierten werde leicht vor sich gehen. Aus diesem Satze kann man schließen, daß über den Grad der Ausraubung Deutschlands schwierige Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Die Franzosen verkünden offen als System, daß für jedes verdorbene Schiff ein Schiff, für jede verlorene Kuh eine Kuh, für jede Lokomotive eine Lokomotive geliefert werden müsse, ganz gleichgültig, welche Folgen dieser Lieferungszwang für die Existenz Deutschlands haben müßte. Einem derartigen Räubersystem gegenüber scheinen die Engländer nur die Schiffahrtsvernichtung zum Ziele zu haben und die Amerikaner von der Ansicht auszugehen, daß Deutschland auch in Zukunft ein Handelsstaat bleiben müsse.

Dienstag, 25. Februar.

Die Verhandlungen über die Lebensmittelsendung nach Deutschland sind wieder einmal um eine Woche hinausgeschoben worden, da nach Angabe der Vertreter der Entente die Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen seien. Man ist bei uns empört über dieses Spiel der Katze mit der Maus.

In Weimar ist unter Führung des gegenwärtigen Ministers des Äußeren Bauer und unter Teilnahme des Handels- und Wirtschaftsministers Riedel eine österreichische Regierungsvertretung angelangt, die hier und in Berlin mit den deutschen Amtsstellen über die Vorbedingungen des Anschlusses verhandelt. Damit ist die Frage des Zusammenschlusses aus dem Zustand der bloßen Absichten und Deklamationen in den Zustand praktischer und ernsthafter Verhandlungen übergegangen. Zunächst scheint die Finanzfrage die größten Schwierigkeiten zu machen. Deutsch-Österreich muß sich aus dem Finanz- und Schuldenverbande der ehemaligen Doppelmonarchie loslösen, um in den Bereich der deutschen Reichsmark und des deutschen Reichshaushaltes einzutreten. Das würde nun schon in Friedenszeiten kein einfacher Vorgang sein, da die Bewertung der Aktiva und Passiva eines großen Staatshaushaltes immer nur annähernd vollzogen werden kann. Jetzt aber rechnet man mit fast lauter Unbekannten. Schon allein die Frage der Umstempelung der Kronen auf Markwährung veranlaßt lange Debatten, da man zwar nach augenblicklichem Kurswerte die Krone etwa auf 50 Pfennig festsetzen könnte, dabei aber Gefahr liefe, daß die Österreicher an weiteren Senkungen der deutschen Valuta teilnehmen müßten, oder umgekehrt, wozu beiderseits keine besondere Lust vorhanden ist, da die Unterhändler sich naturgemäß als die Treuhänder der

Digitized by Google

hinter ihnen stehenden Volkswirtschaften ansehen. Auch verfassungsmäßig erheben sich verwickelte Aufgaben, da ja Deutsch-Österreich nicht ein Einheitsstaat ist, sondern in sich selbst bereits ein Bundesstaat. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob die einzelnen Länder, wie beispielsweise Oberösterreich, Niederösterreich, Steiermark, sich an das Deutsche Reich angliedern sollen oder ob sie innerhalb der Gesamtheit der österreichischen Länder als neuer deutscher Bundesstaat eintreten. Soweit Oberösterreich, Niederösterreich und Alpenländer in Betracht kommen, spricht alles für die letztere Auffassung, soweit aber von Nordböhmen und österreichisch Schlesien geredet wird, scheint es richtiger, daß die einzelnen Bezirke sich an die nächstliegenden deutschen Provinzen und Bundesstaaten anschließen.

Mittwoch, 26. Februar.

Ein Funkspruch aus Lyon besagt, der oberste Kriegsrat in Paris hat beschlossen, den Deutschen nicht einzelne Teile, sondern einen ganzen Friedensvertrag vorzulegen. Mit diesem einstimmig auf Wunsch Frankreichs gefaßten Beschluß sei man von der ursprünglichen Absicht abgekommen, zunächst nur die militärischen und maritimen Bedingungen des Vorfriedens von den Deutschen bewilligen zu lassen. Der Grund für diese Umänderung sei der, daß man von Deutschland nicht völlige Abrüstung verlangen wolle, ohne daß es wisse, welche Behandlung es zu gewärtigen habe. Die militärischen Bedingungen würden hart sein, und wenn das deutsche Volk sie erfährt, ohne Kenntnis von den anderen Teilen des Vertrages zu haben, in denen es vielleicht eine Entschädigung finden könnte, so wäre es möglich, daß Deutschland seine Zustimmung verweigerte. Dies würde jedoch eine lang andauernde Anwendung von Gewalt nötig machen, um die Vertragsbestimmungen zu erzwingen. Es sei ferner in Paris beschlossen worden, zuerst den Frieden mit Deutschland herbeizuführen und dann die Friedensschlüsse mit Österreich, Ungarn, Bulgarien und der Türkei. — Das ist eine Vorbereitung auf irgendeine unerhörte allerletzte Forderung.

Die Polen schießen ruhig weiter! Die Entente hat, wie verlautet, Befehl zur Räumung des Gebietes östlich der Bahnlinie Oderberg—Tetschen gegeben, die polnischen Truppen aber weigern sich, aus der guten Verpflegung dieser Linie herauszugehen.

Wilson hat bei seiner Ankunft in Amerika eine schöne, optimistische Rede über das neue Zeitalter gehalten.

Donnerstag, 27. Februar.

General Ludendorff tritt wieder in die Öffentlichkeit und macht einem Zeitungsberichterstatter Mitteilungen, die ziemlich genau dieselbe Darstellung enthalten, die wir früher hundertfach von ihm gehört haben. Er leugnet, daß in den Jahren 1917 und 1918 mit den Gegnern auch nur ein Verständigungsfriede hätte geschlossen werden können, da der Vernichtungswille der Gegner ein absoluter gewesen sei. Wir zweifeln nicht daran, daß das genau die Auffassung der politischen Abteilung des Hauptquartiers gewesen ist, halten aber für sehr möglich, daß die Auffassung des Auswärtigen Amtes sich damit nicht immer gedeckt hat. Ludendorff sagt: „Auch die Reichsleitung hat mir nie von irgendeiner Friedensmöglichkeit gesprochen!" Das ist aus sachlichen Gründen unwahrscheinlich, denn welchen Zweck würde sonst die Kundgebung vom Dezember 1916 und die Antwort auf die Note des Papstes im Herbst 1917 gehabt haben? Es ist klar, daß durch den verstärkten U-Boot-Krieg die Friedensmöglichkeiten außerordentlich zurückgingen. Man müßte also von General Ludendorff vor allem auch die Frage beantwortet hören, was für ein Friede nach seiner Meinung erreichbar war, ehe Deutschland zum verstärkten U-Boot-Krieg überging. Auch damals (also etwa Neujahr 1917) konnte Deutschland einen Siegesfrieden nicht haben, aber den hat es überhaupt zu keiner Zeit während des ganzen Krieges erreichen können. Daß die politische Abteilung des Hauptquartiers dem deutschen Volke über das geringe Maß militärisch-politischer Aussichten keine klare Wahrheit mitgeteilt hat, sondern im Gegenteil mit allen Mitteln militärischer Preßzensur die Erörterung der wirklichen Sachlage verhinderte, mag menschlich erklärlich sein aus dem Wunsche, die „Stimmung" hochzuhalten, wirkte aber unendlich verhängnisvoll, weil eine Illusion erzeugt wurde, die uns zu immer größeren und nutzloseren Opfern zwang. Das, was General Ludendorff über die Forderung eines Waffenstillstandes am 29. September mitteilt, bedarf der Nachprüfung. Er sagt: „Die Anschauung, ich hätte in 24 Stunden einen Waffenstillstand gefordert, weil sonst die Front zusammenbräche, ist irrig!" Soviel wir wissen, ist genau das, was hier Ludendorff in Abrede stellt, durch Hindenburg in Berlin gegenüber der Regierung des Grafen Hertling ausgesprochen und gefordert worden. General Ludendorff hat das volle Recht, sich und seine Ehre zu verteidigen, aber er wird dem deutschen Volke nicht verdenken können, wenn es sich nach allen schweren Erfahrungen nicht mit Auskünften beruhigen läßt, wie wir sie aus der Kriegszeit her leider nur allzusehr gewöhnt sind, als jeder Fortschritt in die Welt telegraphiert und jeder Rückschritt absichtlich verschleiert wurde.

Freitag, 28. Februar.

General v. Lettow-Vorbeck, der große, tapfere Verteidiger von Deutsch-Ostafrika, erkennt an, daß das Verhalten der Engländer auf der Heimfahrt durchaus rücksichtsvoll und taktvoll war, bezeichnet es aber als eine andere Frage, ob überhaupt eine Behandlung als Gefangene für ihn und seine weißen Begleiter zulässig war, da die Engländer in den Übergabebedingungen die Evakuation (Ortsverschiebung) der Ostafrikaner zugesagt hätten. General v. Lettow ist voll vom Lobe gegenüber den Eingeborenen, die mit der kleinen deutschen Schar die schwersten Strapazen ausgehalten haben. Schon allein durch diese Kampfgemeinschaft ist schlagend widerlegt, daß die Eingeborenen von den Deutschen schlecht gehalten worden wären, denn mißhandelte Eingeborene sind zu solcher Treue und Hingebung niemals fähig.

Über die Vorgänge auf der Pariser Konferenz werden direkte Berichte nicht ausgegeben, so daß die Welt auf allerlei unkontrollierbare Zeitungsnachrichten angewiesen ist. Offenbar hat sich die Konferenz in letzter Zeit eingehend mit der Frage des linken Rheinufers beschäftigt, und es scheint, daß Frankreich zurzeit keine Annexion außer Elsaß-Lothringen verlangt, dafür aber militärische Besetzung und Benutzung der Bergwerke. Das „Journal des Débats" schreibt: Wenn Österreich sich an Deutschland anschließt, dann ist es Pflicht der Konferenz, das Rheinland von Preußen abzutrennen und einen unabhängigen Rheinstaat zu gründen! Der „Intransigeant" sagt: Der Rhein wird als militärische Grenze auf [illegible] durch Truppen der Alliierten besetzt. Die Bewohner der Rheinstrecke werden unter der Kontrolle des Völkerbundes gewisse politische und wirtschaftliche Verpflichtungen eingehen müssen, ohne aber von Deutschland getrennt zu werden! — Die Franzosen scheinen doch von allen modernen Völkern dasjenige zu sein, das die wenigste Achtung vor dem Nationalsinn ihrer Nachbarn besitzt. Indem die Franzosen Elsaß-Lothringen annektieren, nehmen sie weit mehr Deutschen ihr Vaterland weg, als umgekehrterweise im Jahre 1871 durch die deutsche Annektierung geschah. Aber selbst wenn man die französische Meinung gelten lassen will, daß die Mehrheit im Elsaß wirklich französisch sei, so unterliegt es doch nicht dem geringsten Zweifel, daß alles übrige linksrheinische Land zum klarsten Deutschtum gehört. Der Versuch, diese Gebiete zu französifizieren, kann nur ihre dauernde Unordnung und Zerstörung zur Folge haben.

Sonnabend, 1. März.

Augenblicklich sind wir in Weimar ziemlich abgeschlossen durch bolschewistische Vorgänge. Wir beraten über die Nationalverfassung, ohne zu wissen, durch welche Kräfte diese Verfassung ins Leben eingeführt werden kann. Darin zeigt sich deutlich, daß die Selbsterhaltung unseres Volkes in jeder Richtung ein Wagnis ist. Es muß aber eben gewagt werden!

Ein Engländer, mit dem ich in diesen Tagen sprechen konnte, sagte folgenden für uns merkwürdig klingenden Satz: „Im Grunde haben Sie es jetzt besser als wir, denn Sie haben einen neuen Anfang, wir aber versinken durch den Sieg in die Reaktion." Uns selbst ist es nicht immer leicht, den neuen Anfang so optimistisch zu betrachten; aber vielleicht wäre es für das künftige deutsche Schicksal gut, wenn wir es täten.

Digitized by Google

Naumann / Das Gegenwartsproblem

Man kann in jetziger Lage dreierlei Betrachtungsweisen verfolgen:

1. Die bolschewistische Bewegung wird nur als Aufruhr betrachtet und mit militärischen Mitteln niedergeschlagen. Das würde möglich sein, wenn man genügendes staatstreues Militär beschaffen und erhalten könnte! Wie aber soll man das machen, da alle Soldaten kriegsmüde sind und viele von ihnen nicht genau wissen, ob sie absolute Feinde der Bolschewisten sein wollen? Das Eigentümliche des gegenwärtigen Zustandes liegt darin, daß der Staat nicht einfach mit militärischen Mitteln aufgebaut werden kann, wenn nicht vorher der Glaube an den guten Willen und die Notwendigkeit des Staates vorhanden ist. Die Staatsidee als solche ist die Vorbedingung der militärisch-polizeilichen Staatskraft. Für einen Staat, den man nicht für lebensnotwendig hält, geht niemand in die Gefahr eines Bürgerkrieges. Also: um militärisch wirksam sein zu können, muß der deutsche Volksstaat als die Erfüllung der Wünsche der Mehrheit seiner Bürger erscheinen oder als eine große Weissagung. Es muß an ihn geglaubt werden können.

2. Die bolschewistische Bewegung wird als vorübergehendes Hunger- und Ermüdungserzeugnis betrachtet. Bei solcher Auffassung hilft die militärische Methode wenig, solange den Mengen nicht Arbeit, Brot, Fett und Gemüse gegeben werden kann. Man kann den Leuten die Unterernährung nicht aus dem Leibe herausschießen. Die Revolution wird dauern, bis die Blockade aufgehoben wird, und bis wir wieder vollen Beschäftigungszustand haben. Wann wird das sein? Und was können wir tun, um unser Wirtschaftsgefängnis zu öffnen? Wir sind entsetzlich hilflos. So wenig man Fett aus Luft machen kann, ebensowenig kann man Arbeit in großem Maßstabe beschaffen, wenn keine da ist. Der Mann auf der Straße sagt, daß es ihm gleichgültig sei, wie man ihm Arbeit und Nahrung verschaffe, er verlange nur, daß es nächstens geschehe. Damit kann er jede Regierung umstürzen, ob er aber eine Regierung finden kann, die ihn befriedigt, das ist die Frage. Vielleicht gibt es keinen anderen Ausweg, als daß ein Teil der Menschen sich totschlagen, bis das übrige für die übrigen reicht. Das ist eine verzweifelte Methode, und wir verfluchen diejenigen, deren absolute Unmenschlichkeit uns zwingt, solche schrecklichen Gedanken zu haben!

3. Die bolschewistische Bewegung wird als Entwicklungsstufe in der Geschichte des Sozialismus betrachtet, und zwar als Übergang vom Staatssozialismus der Marxisten zum Gruppensozialismus (Gruppenanarchismus) der Syndikalisten. Bei dieser Betrachtungsweise wird man nicht annehmen, daß jeder Spartakist so weitgehende Gedankengänge hat oder auch nur haben kann. Es fragt sich nur, ob der innere Trieb der ganzen Bewegung über die Befriedigung der nächsten Bedürfnisse hinausgeht und zu neuen sozialen Gestaltungen drängt. Das läßt sich schwer genau beantworten, denn die Bewegung ist, soviel wir sehen, auf deutschem Boden noch außerordentlich unklar und entbehrt des programmatischen Ausdrucks. Man liest in den bolschewistischen Blättern älteste kommunistische Bekenntnisse neben ganz modernem Gruppenegoismus. Mag der letztere als Kern der Bewegung angesehen werden, so ist man damit der Verwirklichung des gefährlich heranrückenden neuen Ideals noch wenig nähergekommen. Die Lage ist etwa so: für den gewöhnlichen Sozialismus haben sich die Aussichten sehr erhöht, gleichzeitig aber genügt er den gesteigerten Ansprüchen der nächsten Generation schon nicht mehr, weil sich deren Weltanschauung inzwischen verschoben hat. Für den theoretischen Bolschewisten ist Ebert ungefähr dasselbe, was vor 30 Jahren für den Sozialdemokraten Eugen Richter war. — —

Aus allen diesen Vordersätzen ergibt sich die Regierungsaufgabe, die zurzeit noch wichtiger ist als die Herstellung der Reichsverfassung: Staatsideal, Wirtschaftsfreiheit, Entwicklungsprogramm! Der Reichspräsident müßte ein geistiger Riese sein, um jetzt das zu tun, was nötig ist, nämlich die richtige Mischung von Festigkeit, Resignation und Programm von sich ausgehen zu lassen. Mit Versammlungsbeschlüssen ist wenig getan, solche Dinge sind Personalangelegenheiten. Es verkörpert sich das Militärische in Noske, das Weltwirtschaftliche (soweit es möglich ist) in Erzberger, das Sozialpolitische einigermaßen in Bauer. Es versteht aber jedermann, daß damit die erforderliche Regierungskraft noch nicht erreicht ist. Der Ideals noch wenig nähergerückt. Die Lage ist etwa so: für stärkeren Sonnenaufgang. Wie aber soll im Nebelwetter der Niederlage dieses Größere gefunden werden können? Das ist es, worüber zahlreiche Leute jetzt sinnen und sorgen.

Wilhelm Heile / Braucht Preußen einen Präsidenten?

Die Frage, ob Preußen, und dann natürlich auch alle anderen Bundesstaaten, einen eigenen Staatspräsidenten haben sollen, berührt keineswegs bloß eine äußerliche Angelegenheit; sie steht im Mittelpunkt des ganzen deutschen Verfassungswerkes. Wir wollen versuchen, als Preußen zu ihr Stellung zu nehmen, dürfen sie aber entscheidend unter allen Umständen nur als Deutsche beantworten.

Wenn Preußen ein Staat wäre, der, ganz auf sich allein gestellt, nur eigene und selbständige politische Aufgaben hat, so brauchte es auch einen Präsidenten. Ohne Staatsoberhaupt kann dieses Staatengebilde mit seiner nach Geschichte, Stammeseigenart und wirtschaftlichen Interessen so buntfarbig zusammengesetzten Bevölkerung unmöglich fest zusammengehalten werden. Denn was ist Preußen? Eine auf Macht beruhende Schöpfung seiner Fürsten. Kein Volk und erst recht kein Volksstaat. Es gibt ja nur eine deutsche und nicht eine preußische Nation, und die deutschen Stämme, die das Volk Preußens bilden, umschlingt lediglich das straffe, staatliche Band; in ihren Gefühlen streben sie, die als Deutsche eines Herzens sind, als Preußen auseinander. Will man also den preußischen Staat in seinem ganzen, alles andere in Deutschland weit überragenden Umfange erhalten, so muß man auch seinem Staatsaufbau die nötige Festigkeit geben und zum Ausdruck dessen seiner das Ganze beherrschenden Spitze neben und über der Vielköpfigkeit der Regierung die zusammenfassende Einheitshand des Präsidenten.

Es gibt aber niemanden unter uns, der diese Frage beantworten könnte, ohne sich zuvor zu fragen: was aber wird dann aus Deutschland? Wird Preußen, das in seiner gewaltigen Ausdehnung vom äußersten Nordosten bis zum Südwesten des Deutschen Reiches diesem eine feste Klammer war, auch jetzt noch als Klammer wirken, oder wird es durch seine übergroße Last das übrige Deutschland auseinanderdrücken, nachdem das Kaisertum und die mit ihm verknüpf-

Digitized by Google

ten und von ihm ausstrahlenden Einheitskräfte nicht mehr da sind?

Früher war der preußische König zugleich deutscher Kaiser und der preußische Ministerpräsident deutscher Reichskanzler. Und die ganze Verfassung mit ihrem überaus verzwickten Bundesratssystem sicherte Preußen obendrein bei äußerlicher Benachteiligung so sehr die tatsächliche Führerschaft und selbst Herrschaft, daß das Reich, das kein Staat war, sich doch in steigendem Maße zur Staatlichkeit hin entwickelte. Freilich: zur preußisch-deutschen, nicht zur schlechthin deutschen Staatlichkeit. Und das gerade war es, was trotz allen Glanzes unseres wirtschaftlichen und weltpolitischen Aufstiegs die Reichsfreudigkeit immer wieder schwächte und die Erhaltung jenes unseligen Partikularismus verschuldet hat, dessen Dasein wir in der Nationalversammlung mit tiefer Beschämung und Trauer nur allzu drückend und hemmend verspüren. Konnte das früher, in dem unter Siegen entstandenen Reiche, ertragen werden — in dem Deutschland, das hinter dem Zusammenbruch neu errichtet werden soll, ist das schlechterdings unerträglich.

Und ein anderes ist es, was der Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der preußischen Hegemonie entgegensteht. Die Deutschen aus Österreich, die durch den Sieg Preußens über Österreich im Kampf um die deutsche Führerschaft 1866 von Deutschland getrennt wurden, wollen und sollen wieder mit uns vereinigt werden. Einem Reiche, in das sie als Gleichberechtigte eintreten, werden sie mit innerer Freudigkeit angehören. Ein Deutschland aber, in dem Preußen allein und immer den Ausschlag gibt, wird nur zu bald Erinnerungen wecken, und der alte Gegensatz Wien—Berlin lebt dann in neuer Form wieder auf.

Wenn wir also als Deutsche, schlechthin Deutsche empfinden, so dürfen wir an dem bisherigen Übergewicht Preußens nicht festhalten. Freilich darf Preußen auch nicht benachteiligt werden. Die Bevölkerung Preußens stellt innerhalb des bisherigen Reichs fast zwei Drittel dar. Dennoch hatte Preußen im alten Bundesrat weniger als ein Drittel, als die Hälfte der ihm zukommenden Stimmen. Das war an sich ein Unrecht oder ein Opfer, das Preußen dem Reichsgedanken brachte. Aber die Verfassung sorgte durch gekünstelte Bestimmungen, daß gegen Preußens Willen in allen großen und grundsätzlichen Fragen, namentlich in denen der Verfassung, nichts geschehen konnte. Und das tatsächliche Übergewicht ergänzte die Künstelei der Verfassung noch dahin, daß in Wirklichkeit Preußens Wille allmächtig war.

Diesen Zustand wiederherzustellen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Einmal wird durch den Eintritt Deutsch-Österreichs das preußische Übergewicht an sich geringer. Sodann fehlt fortan — und muß um der deutschen Einheit willen fehlen — die Personalunion der Krone, wie sie beim Kaiser und Kanzler zugunsten Preußens wirksam war. Soll die preußische Bevölkerung sich dennoch damit zufriedengeben, daß sie — wie die vorläufige Verfassung es vorsieht — auch endgültig wieder nur durch ein Drittel der Stimmen im Staatenausschuß oder Reichsrat vertreten wird? Ist das schon für die Alt-Preußen ein Opfer, das man ihnen, um der Demokratie, das ist der Gerechtigkeit willen, nicht zumuten dürfte, so ist es für die „Muß"-Preußen, die schon innerhalb des preußischen Staates nicht zu ihrem Rechte kommen und deshalb im Reichsrat überhaupt nicht vertreten sind, eine Zumutung, die lähmend auf die Reichsfreudigkeit wirken muß.

Wir stehen also vor dem Zwiespalt: Behält Preußen seinen alten Umfang und Staatscharakter, so muß es auf die Hälfte seines staatsrechtlichen Einflusses verzichten und mit gekünstelten Mitteln auf Wegen hintenherum sich sein Recht verschaffen. Das gibt eine böse Atmosphäre der Intrigen, der Eifersucht und der Sonderbestrebungen, wie sie uns aus der Vergangenheit nur allzusehr vertraut ist. Soll aber dem preußischen Volksteile und dem deutschen Reichsgedanken sein Recht werden, so muß man entschlossen den Weg beschreiten, den Friedrich Wilhelm IV. verkündete, aber nachher nicht ging: Preußen geht fortan in Deutschland auf.

Wie aber soll das geschehen? Der geradeste Weg dorthin ist leider nicht rechtzeitig beschritten und jetzt vollends verbaut worden. Hätte in den Tagen der Umwälzung die neue Reichsregierung auch die preußischen Staatsgeschäfte an sich gerissen, wie es damals ganz natürlich und nahezu selbstverständlich war, so wäre heute Reich und preußischer Staat eins, und was in Preußen geschah, das hätte mit unwiderstehlicher Wucht auf alle anderen Teile Deutschlands gewirkt. Mit dem Augenblicke aber, wo es wieder preußische Staatsminister gab, hatten auch die Eisner und Merges, und wie sie alle heißen mögen und mochten, festen Boden unter den Füßen. Nun wurden sie kraft des Naturgesetzes von der Beharrung die getreuen Nachfolger ihrer königlichen und fürstlichen Vorgänger. Und um sich in ihrer Macht zu festigen, mußten sie wollend oder nicht wollend die partikularistischen Strömungen sich dienstbar machen — und sich ihnen. So ward der ermordete Eisner, landfremd und stammfremd, wie er war, zum Urbajuvaren. Schwer ist es, keine Satire zu schreiben.

So ist das große Hauptstück der Revolution unvollendet geblieben. Unzählige Deutsche — und gerade die besten, auch die, die sonst mit der Umwälzung ganz und gar nicht einverstanden sind — haben, Jubel im Herzen, gehofft, daß die glatte Beseitigung des gesamten Bundesfürstentums den Boden geebnet habe für einen stolzen, zweckmäßigen, starken und schönen Neubau des deutschen Volksstaates. Haben sie zu früh und zu viel gehofft? Soll nun wirklich Serenissimus in der Arbeiterbluse und im Bürgerrock neu erstehen?

Wir sind die letzten, die den inneren Reichtum missen möchten, der uns Deutschen aus den mancherlei Quellen lebendiger Stammeseigenart von jeher zugeflossen ist und heute noch fließt. Wir sind die letzten, die nicht den Wunsch hätten, daß solche Stammeseigenart gepflegt und durch Pflege der Gesamtheit nutzbar gemacht und erhalten werde. Aber sind denn die deutschen Staaten wirklich Stammesstaaten? Nichts weniger als das. Alles — im eigentlichen Sinne — ungeschichtliche Zufallsgebilde, entstanden durch Bruderkrieg und Gewalt, fürstliche Hausmachtpolitik Heiraten und Erbschaftsverträge und nicht zuletzt auch durch fremden, namentlich napoleonischen Einfluß. Ist es wirklich nötig, und ist es wirklich volkstümlich, diese „Staaten" auch im Rahmen des neuen Reiches zu erhalten?

Wo es wirklich volkstümlich ist, daß sie erhalten bleiben, da mag es angehen, wenn man zugleich das Reich und die Macht der Reichsgewalt stärkt und die Zuständigkeit von Reich und Staat scharf abgrenzt. Aber man soll die Wege nicht verrammeln, die zu größerer Vereinheitlichung der staatlichen Gliederung Deutschlands und zugleich zu größerem Gleichgewicht der Glieder führen. Das aber tut die Bestimmung der vorläufigen Verfassung, nach der Abtrennungen nur mit Zustimmung des bisherigen Staates und nicht auf Beschluß der Nationalversammlung erfolgen können, wenn

Digitized by Google

auch die betroffene Bevölkerung noch so laut und einheitlich den Wunsch danach geäußert hat. Wie soll Groß-Thüringen geschaffen werden, wenn Preußen Erfurt nicht herausgeben will? Wie soll Braunschweig, dessen Landtag bereits beschlossen hat, das alte Herzogtum im größeren Niedersachsen aufgehen zu lassen, den Zusammenschluß mit Hannover vollziehen, wenn Preußen die Hannoveraner gegen ihren ganz einmütig bekundeten Willen mit Gewalt im preußischen Staatsverband festhalten will?

Schafft man aber, wie es der Staatssekretär Preuß in seinem ursprünglichen Entwurf vorgesehen hatte, die Möglichkeit, die Einzelstaaten durch Zusammenlegungen und Trennungen so zu gestalten, wie das Volk selber es will, so gewinnt man dadurch neben der Stärkung der Reichsfreudigkeit eine Gliederung, die mit den vielen, allzuvielen Kleinstaaten gründlich aufräumt und zugleich eine Stimmverteilung im Staatenausschuß auf demokratisch einwandfreier, gerechter Grundlage ermöglicht. Denn nur, wenn Preußen nicht auf der Erhaltung seines äußeren Umfanges besteht, kann es sein volles Recht erhalten. Dann ist der Gegensatz von Nord und Süd nur noch ein Gegensatz der Stammeseigenart, der uns innerlich reich macht und uns politisch nicht trennt.

Vorbedingung dafür ist aber, daß die alte starke Zentralgewalt, die bisher in der Hand Preußens lag, nunmehr ganz in die Hände der Reichsleitung gelegt wird. Die Gliedstaaten dürfen nicht mehr den Charakter politischer Staatlichkeit behalten, sondern nur Gebiete der Selbstverwaltung im höchsten und freiheitlichsten Sinne sein, d. i. der Selbstbestimmung überall da, wo nur Landes- und Stammesangelegenheiten, nicht aber die Angelegenheiten des Reiches und des ganzen deutschen Volkes auf dem Spiele stehen.

Will man diesen Weg gehen, der uns als der allein und eigentlich deutsche Weg erscheint, so muß Preußen auf einen eigenen Präsidenten verzichten. Denn ein preußischer Präsident zieht sofort nicht bloß einen bayerischen und schwäbischen, sondern auch einen österreichischen Präsidenten nach sich. Welche Gefahren und Hemmungen unserer Entwicklung das in sich schließt, lehrt die deutsche Geschichte mit wahrhaftig abschreckender und warnender Deutlichkeit. Und zudem: Ein preußischer Präsident, der die große Mehrheit des deutschen Volkes repräsentiert, *neben* einem Reichspräsidenten? Beide in Berlin? Muß man erst ausmalen, welche ungeheuren Schwierigkeiten und Wirrungen das nach sich ziehen würde? Trotz der Personeneinheit der preußisch-deutschen Spitze im Kaiserreich von der Gründung bis zum Zusammenbruch ist die preußische Frage *die* deutsche Frage gewesen und geblieben. Soll das, wo die einheitliche Spitze des Reiches und Preußens nicht mehr möglich ist, in weit schlimmerem Maße erneuert und verewigt werden? Kaiser Karl V., der das Geschick von Weltteilen in fester Hand gehalten hatte, mühte sich an seinem Lebensabend vergebens damit, zwei Uhren in gleichmäßigem Gange zu erhalten. Noch aber ist Deutschland nicht an seinem Lebensabend angelangt, daß es seine Kraft in ähnlich müßigem und hoffnungslosem, daneben aber für seinen Bestand furchtbar gefährlichem Spiel vergeuden dürfte. Wir sind *ein* Volk und wollen *ein* Reich und *einen* Präsidenten.

Heinrich Gerland / Gefahren

Der große Erfolg der Wahlen zur Nationalversammlung bürgen eine entsprechende Zukunft der Deutschen demokratischen Partei zu verbürgen. Allein, dem aufmerksamen Beobachter bleiben Gefahren nicht verborgen, auf die von allem Anfang an mit Nachdruck hingewiesen werden muß, soll die zukünftige Politik Deutschlands wirklich mit Erfolg von den Staatsmännern unserer Partei beeinflußt werden. Und zwar ist hier auf zwei Momente aufmerksam zu machen: einmal mutet das bisherige Verhalten der Nationalversammlung sonderbar genug an, und die Kritik, die hieran in führenden Blättern geübt worden ist (ich verweise z. B. auf den vorzüglichen Leitartikel in der „Frankfurter Zeitung" vom 10. Februar), ist nicht zu scharf. Bedenklicher aber ist noch der zweite Umstand: das Erlahmen des politischen Interesses bei weiten Schichten der Wähler, wie es so deutlich bei den Wahlen der preußischen Nationalversammlung in die Erscheinung getreten ist. Möchten für das Zurückgehen der demokratischen Stimmen auch noch andere Gründe entscheidend sein, so z. B. die Zertrümmerungsidee Preußens im Verfassungsentwurf von Preuß, so kann doch nicht zweifelhaft sein, daß eine gewisse Ermattung der Wählerschaft sich beobachten ließ, die auch namentlich der schwächere Besuch der Wahlversammlungen bezeugte. Diesen Gefahren muß die Partei offen ins Auge sehen und muß ihnen mit allen Mitteln vorzubeugen suchen. Um aber hier wirklich dauernde Wirkung erzielen zu können, *ist rückhaltlose Offenheit* der Kritik in unseren eigenen Verhältnissen erforderlich. So sei es mir gestattet, auf einige, meiner Ansicht nach besonders wichtige Punkte aufmerksam machen zu dürfen.

Nach der aufpeitschenden Wahlagitation muß nunmehr die besonnene Organisation einsetzen, die noch in den ersten Anfängen steht. Denn man täusche sich über eines nicht: damit, daß der größte Teil der Nationalliberalen mit dem größten Teil der Fortschrittlichen Volkspartei sich auf ein gemeinsames Programm in einer neuen Partei zusammengefunden hat, ist noch nicht das eigentlich Entscheidende geschehen. Denn diese beiden Gruppen, die zusammen die Partei bilden, sind fürs erste nur mehr *äußerlich* geeint, aber noch nicht *innerlich verschmolzen*. Fürs erste haben wir nur eine neue *Parteigruppierung*, aber keine neue *Partei*. Und doch ist die innerliche Verschmelzung beider bestehenden Teile, die Überwindung aus früherer Zeit noch vorhandener Gegensätze so überaus wichtig. Denn die Intrigen unserer Gegner, die neue Parteieinheit zu sprengen, werden nicht ausbleiben, ja, sie werden gerade augenblicklich leichter durchgeführt werden können, als ja in der Nationalversammlung die Berührung ehemaliger Parteigenossen durch die Berufsgeschäfte herbeigeführt wird und so die Gelegenheit sich bietet, Fäden zu Zwecken anzuspinnen, die für uns bedenklich genug sein können. Hier also muß in den bestehenden Organisationen eingesetzt werden, und es muß unter Zurückdrängung alles Trennenden in wirklich großzügiger Weise dem Bewußtsein der Wähler immer wieder der Gedanke eingeprägt werden, daß die Vergangenheit mit den alten Parteien tot ist, daß wir *eine* große Partei bilden, daß wir *ein* großes und fortreißendes Programm besitzen.

Hierzu ist zweierlei notwendig: Wir müssen ein *ausgearbeitetes* Parteiprogramm besitzen, wir müssen aber auch ein *Mindestprogramm* aufstellen, welches die Aufgaben der nächsten Zeit zum klaren Ausdruck bringt, und hier, meine ich, können die einzelnen Organisationen im Lande fruchtbringende Arbeiten leisten, die den doppelten Zweck verfolgen, die Einheit in der Partei durch gemeinsames Handeln zu garantieren, das Interesse der organisierten Wähler dauernd aufrechtzuerhalten. Ich denke mir die Sache so, daß in den verschiedenen Vereinen bestimmte Probleme in Angriff genommen werden, daß man Arbeitsausschüsse bildet, die die einschlägigen Fragen wirklich gründlich und nicht nur am Biertisch verarbeiten, und daß die gefaßten Beschlüsse, falls notwendig, mit den Materialien in entsprechenden Blättern veröffentlicht werden. Hierdurch erreicht man noch ein anderes: man erzieht wirklich die Wähler zur Politik, man bildet Staatsmänner, geschulte Politiker aus, und namentlich der Aufstieg junger Talente wird auf die hier geschilderte Art und Weise auf das beste gefördert.

Damit wären wir zu einem weiteren Punkt gelangt, auf den unter allen Umständen hingewiesen werden muß. Im alten

Digitized by Google

Obrigkeitsstaate stand auf der einen Seite eine juristisch, wie auch einigermaßen politisch geschulte Bürokratie, auf der anderen Seite das Parlament. Die eigentliche Politik war die Aufgabe eben dieser Bürokratie, während das Parlament nur Gesetze zu machen, den Etat zu bewilligen und mehr oder weniger bedeutsame Reden zu halten hatte. Für die Bürokratie war das Parlament doch eigentlich ein Fremdkörper; man empfand seine Tagung als eine lästige Erschwerung, durch die man von seinen eigentlichen Arbeiten abgehalten wurde. Man war froh, wenn die Tagung vorüber war, damit man seinen Berufsgeschäften wieder nachgehen konnte. Für den Parlamentarier erschöpfte sich seine ganze Tätigkeit im Reden und Abstimmen; irgendeinen Einfluß auf die Politik der Bürokratie konnte er prinzipiell nicht ausüben. Eine Verantwortung trug er für seine Reden nicht, denn ein Mehrheitsvotum war auf die Bildung der Regierung ohne jede Bedeutung. Mehr als Abgeordneter konnte er nach dem gewöhnlichen Gang der Dinge nicht werden, ja, er wollte dies auch gar nicht, denn er fand die Unverantwortlichkeit seiner Stellung eigentlich ganz angenehm.

Die Wähler selbst standen in großer Gleichgültigkeit diesem Verhältnis gegenüber. Die politischen Organisationen mochten ja ausgebildet sein, eine große Menge indessen nicht der schlechtesten Wähler war in ihnen nicht vertreten oder hielt sich den Vereinssitzungen fern. So lag der entscheidende Einfluß in allen wichtigen Fragen (Kandidatenaufstellung!) in der Hand einiger Drahtzieher, und eine Geschichte späterer Zeit wird einmal mit Erstaunen feststellen, wer eigentlich die Geschicke Deutschlands auf dem Gebiet der Parteipolitik wirklich lange Zeit hindurch in der Hand gehabt hat.

Die hier geschilderten Verhältnisse traten namentlich in die Erscheinung beim liberalen Bürgertum, dessen Bedeutungslosigkeit in der Politik zum Teil hier seine Ursachen findet. Die Sozialdemokratie weist ein ganz anderes Bild auf, und daß sie am 9. November als Erbe der durch eine Armeerevolution niedergebrochenen alten Regierung so ohne weiteres auftreten konnte, verdankt sie lediglich ihrer anderen kraftvolleren Organisation. In dieser Hinsicht muß sie unbedingt dem liberalen Bürgertum in Zukunft als Vorbild dienen.

Was nun aber soll geschehen? Hier ist ein Doppeltes notwendig: einmal müssen alle Demokraten in die Organisation restlos hinein, und ferner muß die Führung in den Organisationen in die Hände wirklich politisch denkender Männer gebracht werden. Und nun nehme man ein offenes Wort nicht übel: Politik und Parteipolitik ist nicht dasselbe. Man hat früher Politik zumeist in den Bezirksvereinen betrieben und hat gedacht, diese Tätigkeit sei Politik, während sie in Wahrheit nur Parteipolitik war. Parteipolitik kann aber nie ein Endzweck sein, sondern ist nur die Vorbereitung derjenigen Bedingungen, unter denen Staatspolitik getrieben werden soll. Und mit dem Gedanken, daß, wer sich um die Bezirksorganisation verdient gemacht hat, nun auch hierdurch allein seine Bewährung als Politiker nachgewiesen hat, muß ein für allemal gebrochen werden. Hier muß rückhaltlos Wandel geschaffen werden, denn ich glaube, daß die Zukunft der demokratischen Partei mindestens ebensosehr durch Männer als durch Prinzipien bedingt ist. Die Organisation muß daher von allem Anfang an nicht nur den Zusammenschluß der Vereinheitlichung der Wähler, sondern in erster Linie deren politische Bildung anstreben. Man übersehe doch nicht, daß die Sozialdemokratie ihre großen Erfolge nur erzielt hat, weil sie von jeher das Bildungselement in den Vordergrund geschoben hat. Die Gewerkschaften haben nach dieser Richtung hin, so unpolitisch sie sich auch gaben, unendlich politisch gewirkt. Unsere Wähler sind heute noch in der überwiegenden Mehrzahl gänzlich unpolitisch; ihre Führer leider zum Teil auch, denn sonst wären Vorgänge, wie sie bei der Kandidatenaufstellung zu den Berliner Kommunalwahlen sich eben erst ereignet haben, einfach unmöglich. Sonst hätten die Listen zur Nationalversammlung, dies muß offen ausgesprochen werden — ganz anders ausfallen müssen als sie ausgefallen sind, und ich glaube, daß das zu Anfang unserer Ausführungen gerügte, sonderbare bisherige Verhalten der Nationalversammlung, das doch in den weitesten Kreisen schwerste Enttäuschung hervorgerufen hat, zum Teil mit auf dem Umstand beruht, daß in unseren Parteien zu wenig Politiker, aber viel zu viel Interessenvertreter sind. Und diesen Interessenvertretern gegenüber, die nur ihre Interessen kennen, sind die anderen als die Minderzahl machtlos. Man kann gewiß als Volksschullehrer ein hervorragender Staatsmann sein, aber man ist kein Staatsmann, weil man ein Volksschullehrer ist, und im Reichsparlament brauchen wir vor allem Staatsmänner, die zwar aus der Partei hervorgehen, aber dann doch die Führung in der Partei haben sollen. Denn man vergesse nicht: Demokratie ist nicht Herrschaft der blinden Masse, sondern Herrschaft der politisch Organisierten, politisch geschulten und namentlich politisch geführten Menge, und zu allen Zeiten ist die Politik gemacht, nicht durch die Partei, sondern durch Angehörige der Partei.

Rückhaltlos die vorstehenden Ansichten zu äußern, scheint mir ein Gebot der Stunde. Große und schöne Aufgaben ergeben sich hier für die Partei, und gerade die Männer, die bisher in den Organisationen gewirkt haben, finden ein größeres, schöneres Betätigungsgebiet, als sie es früher gehabt haben. Denn, indem sie unser Volk nun wirklich zu politisieren anfangen, indem sie es lehren, über die Einzelinteressen hinaus das Gesamtinteresse als letzte Orientierung der Politik aufzufassen, schaffen sie die Zukunft, schaffen sie die Bedingungen, aus denen wir aus den Jämmerlichkeiten der alten Politik oder — besser gesagt — der alten Bierbankpolitik herauskommen. Soll unsere Politik wirklich für lange Zeit die Geschicke Deutschlands mitbestimmen, so muß dieser Weg beschritten werden. Denn das, was uns bitter not tut, das, was wir nicht mehr entbehren können, wenn nicht unser Zusammenbruch ein Dauerzustand werden soll, das sind starke Persönlichkeiten mit produktiven Gedanken. Ihnen den Aufstieg zu ermöglichen, muß die ganze politische Organisation aufgestellt werden. Nur dann haben wir den Grundgedanken unseres Programms: „Freie Bahn dem Tüchtigen", verwirklicht. Ist diese Idee aber in die Tat umgesetzt, dann werden wir siegen, denn das beste Programm vermag sich nicht durchzusetzen, wenn es nicht zum Schwert in der Hand wirklich kraftvoller Charaktere wird. Nur dann aber kann sich der Parlamentarismus wirklich bei uns einbürgern, was er heute noch nicht getan hat. Denn unter diesem System hat die Partei nicht nur Abgeordnete zu stellen, sondern auch die Minister, die die Fähigkeit besitzen, die Verwaltung zu leiten. Nicht von heute auf morgen wird sich das neue Prinzip verwirklichen lassen. Aber die politische Ausbildung der Gewählten wird nunmehr zum Prüfstein für die Partei, die unter allen Umständen das Vertrauen der Wähler verlieren wird, wenn sie sich nicht fähig bewiesen hat, die Staatsgeschicke der Gesamtheit zu lenken. Und auch hier wieder sei auf den entscheidenden Satz hingewiesen, daß dies eine Sache der Politik, nicht aber der Parteipolitik ist. Durch Parteipolitik zur Politik, das muß die Parole der Zukunft sein.

Margarete Rothbarth / Prinz Max und der Völkerbund

Zwei bittere Enttäuschungen hat Deutschland in den letzten Wochen erlebt: der Waffenstillstand ist nur unter unerhörten Bedingungen verlängert worden, Bedingungen, die so furchtbar und grausam sind, wie sie unsere Phantasie sich in ihren trübsten Stunden nicht ausgemalt hätte; und der Völkerbund, der uns die einzige Garantie und Hoffnung auf einen Frieden des Rechts erschien, und für dessen Vertreter Wilson in Deutschland eine Begeisterung und Dankbarkeit ohnegleichen sich vorbereitete, scheint in einer Form nun zur Wirklichkeit zu werden, die mehr an die berüchtigte heilige Allianz der Jahre nach den Napoleonischen Kriegen gemahnt, als an die große, alles umfassende und friedenbringende Organisation der Welt, wie sie allein die Gewähr für den dauernden Frieden sein kann, den die erschütterte Welt jetzt ersehnt und braucht.

Digitized by Google

Wann werden endlich die Worte voll Empörung und Pathos erklingen, die der ganzen Welt zurufen, daß auf diese Weise Deutschland nicht behandelt werden darf? Wo tritt der Ankläger auf, der im Hinblick auf die Zukunft Europas und die Vergangenheit Deutschlands die rechten Töne findet, um die Herzen derer zu treffen, denen die Verantwortung für diese schweren Entscheidungen in die Hand gelegt ist?

Am 3. Februar, als die beiden Unerhörtheiten des letzten Waffenstillstandes und des neuen Völkerbundplanes noch nicht Form angenommen hatten, wohl aber in drohender Nähe standen, hat sich in Heidelberg eine Arbeitsgemeinschaft für Politik des Rechts gebildet. Träger der besten deutschen Namen finden sich hier zusammen, und als verheißungsvoller Anfang für die Tätigkeit der Heidelberger Vereinigung steht an ihrem Beginn die Rede des Prinzen Max von Baden, in der er sich mit dem Völkerbund auseinandersetzt. (Abgedruckt in den „Preußischen Jahrbüchern", Märzheft 1919.) Die ruhige, klare Art des Redners, die einfache, logische Folgerungen aus der jetzigen und früheren Politik der Entente zieht und abrechnet, hat nicht die Schwungkraft, die gerade in gallischen Ländern erst richtig den Boden für die Empfänglichkeit der Hörer vorbereitet, aber vielleicht ist diese Form werbender und eindrucksvoller, als wenn in klingenden Phrasen gezürnt und gefleht worden wäre, statt ruhige Haltung und Würde und Ernst im Vertrauen auf die eigene Sache zu bewahren.

Ausgehend von dem Greyschen Plan des Völkerbundes (in deutscher Sprache jetzt im Verlag von Reimar Hobbing, Berlin erschienen), betont Prinz Max, daß der Völkerbundsgedanke jedem Staat Beschränkungen und Verpflichtungen auferlege. Die Beschränkungen liegen ja auf der Hand, aus ihnen allein ist das stete Widerstreben der imperialistischen Staaten gegen den Zwang eines höheren Tribunals zu verstehen. Über die Verpflichtungen sagt er:

„1. Die Verpflichtung zur Machtanwendung besteht nicht nur gegen den, der die Liga-Satzungen verletzt, sondern sie tritt in allen Fällen in Kraft da, wo von Staats wegen gegen schutzlose nationale Minderheiten offenbar Gewalt vor Recht gesetzt wird und nur ein Eingreifen von außen die Vergewaltigten schützen kann; und für solche Fälle, in denen nur rasches Handeln helfen kann, sollte ein internationaler Mechanismus in Wirksamkeit sein, durch den einem einzelnen Bundesmitglied die Autorisation zum Eingreifen ohne Versäumnis erteilt wird; z. B.: es darf nicht wieder vorkommen, wie vor dem Kriege, daß im Golf von Adana ein englisches Kriegsschiff während eines Armeniermassakers liegt und zur Untätigkeit verdammt ist, oder daß Pogrome sich vorher ankündigen und ungestört vollziehen können.

2. Die Liga der Nationen und besonders die mächtigen Mitglieder des Bundes sind zur unzweideutigen moralischen Stellungnahme gegen offenkundiges Unrecht verpflichtet, mag auch die Anwendung von Gewalt nicht am Platze sein; keine Rücksicht auf einen Protegé oder Vasallen oder nützlichen und mächtigen Nachbarn gibt einer Nation das Recht zur Verschweigung oder Beschönigung eines Tatbestandes, gegen den öffentlich Anklage zu führen das Interesse des Unrechtleidenden verlangt. Macht verpflichtet; das ist die alte Forderung des ethischen Liberalismus, die wir heute erneut erheben."

Auf unsere Lage bezogen heißt das, daß die Entente, sobald sie die Völkerbundsbedingungen annahm, verpflichtet war, in Polen und im Baltikum einzugreifen. In Polen hätte erst die Friedenskonferenz über die Gebietsfragen entscheiden dürfen; die baltischen Lande hatten als Schutzwall gegen den Bolschewismus eine so große europäische Bedeutung, daß, nachdem Deutschland nicht mehr dort helfen konnte, die Entente im allgemeineuropäischen Interesse hätte eintreten müssen. Das schwerste Vergehen an der Idee des Völkerbundes ist die Blockade gegen Deutschland, wie sie während des Krieges geübt und während der Waffenstillstandsverhandlungen in äußerster Schärfe weiter aufrecht erhalten wurde. Furchtbar sind die Wirkungen, die die Hungersnot in Deutschland hervorgebracht hat, und die Entente weiß ganz genau auf Grund unanfechtbarer, wissenschaftlicher Grundlagen, was alles geschehen ist und noch geschieht. Nämlich:

„1. daß an den Wirkungen der Blockade täglich ungefähr 800 Menschen in Deutschland sterben;
2. daß sich unter den kleinen Kindern an manchen Zentren die Sterblichkeit nahezu verdoppelt hat;
3. daß unter Kindern und Halbwüchsigen die Todesernte der Tuberkulose in großen Städten doppelt so groß wie vor dem Kriege geworden ist, die Sterblichkeit der Mütter an Kindbettfieber sich für ganz Deutschland um zwei Drittel vermehrt hat;
4. daß die Ärzte vielen heilbaren Krankheitsfällen ratlos gegenüberstehen, weil ihnen die nötigen Arzneien und Nahrungsmittel zur Hilfeleistung fehlen;
5. daß infolge der Unterernährung das ganze Volk von einer nervösen Erkrankung ergriffen ist, welche die Initiative lahmlegt und die moralischen Hemmungen schwächt;
6. daß Hunderttausende von Müttern nicht in der Lage sind, ihre rekonvaleszenten Kinder vollends gesund zu pflegen, weil sie sie nicht auffüttern können, so daß vielfach Siechtum auf Lebenszeit zurückbleibt, daß mit einem Wort die Lebenskraft der heranwachsenden Generation an der Wurzel getroffen ist."

Was auch an Vorwürfen uns von seiten der Entente gemacht wird, mit Recht oder mit Unrecht, jedenfalls darf sie nicht beanspruchen, den reinen Sittenrichter uns gegenüber zu spielen. Als die 14 Punkte von der Oktoberregierung angenommen worden waren, da war es auch die Pflicht, sie so durchzuführen, wie sie beide Seiten vorher anerkannt hatten. „Der Völkerbund", so sagt Prinz Max, „ist für meine Generation tot. Seine Grundlagen mußten im ersten Augenblick der Waffenruhe gelegt werden. Europas Not schrie nach erster Hilfe, nur internationale Zusammenarbeit konnte sie leisten. Was hilft uns die Liga der Nationen, wenn Nationen erst zerstört werden, die sie bilden sollen?

Die brennendsten Aufgaben lagen klar zutage:

1. Gemeinsame Abwehrmaßnahmen gegen den Bolschewismus: Kooperation im Osten zwischen der Allianz und Deutschland, der okkupierenden Macht, hätte allein die Ukraine, das Baltikum und Polen sicherstellen und den Bolschewismus von Europa abriegeln können.
2. Die bewährten Orientsachverständigen, die das Vertrauen der christlichen Völker im Orient besaßen, mußten zu sofortiger Notstandsarbeit zusammentreten.
3. Immunisierung Mitteleuropas gegen die östliche Ansteckungsgefahr konnte nur durch die Überwindung des Hungers und der Arbeitslosigkeit gewährleistet werden; internationale Gewerkschafts- und Ärztekommissionen hätten rasche Hilfe gefordert und durchgesetzt.
4. Das internationale Rote Kreuz mußte wieder seine Pforten öffnen, feindliche Vertreter zusammenrufen, um die rascheste Hilfe für die verwundeten und kranken Soldaten aller Länder zu leisten. Wie im Frieden mußten die Roten-Kreuz-Delegierten eines jeden Landes in alle Länder Zutritt erhalten."

Erst muß die Rechtsorganisation geschaffen werden und dann der endgültige Friede, nicht umgekehrt. Statt dessen ist durch die jetzigen Waffenstillstandsbedingungen eine Lage entstanden, die dem Friedenskongreß weit vorgegriffen hat. „Die internationale Rechtsorganisation müßte drei Kommissionen gründen aus Männern, die von den neutralen Staaten als ihre würdigsten bezeichnet werden. Ihre Aufgabe wäre, die bestimmenden Tatsachen und Zusammenhänge klarzustellen:

a) der Schuld am Ausbruch des Krieges,
b) der Schuld an der Verlängerung des Krieges,
c) der Völkerrechtsverletzungen und Greueltaten, welche sich die Kriegführenden gegenseitig vorwerfen."

Prinz Max begnügt sich nicht mit Umrissen seiner Pläne, sondern er gibt ganz konkrete Beispiele, wie er sich die Arbeit der Kommissionen vorstellt, was für Fragen an sie gestellt werden sollen. Hier seien aus Gründen des Raummangels nur die Fragen, die an die beiden letzten Kommissionen gerichtet werden sollen, angeführt:

„a) Welche Friedensmöglichkeiten boten sich während des Krieges?

b) Wer ist schuld daran, daß sie nicht benutzt wurden?

c) Welche Regierungen haben während des Krieges Ziele proklamiert, die sich mit der Ehre und dem Rechte der Gegner nicht vereinen und sich nur auf dem Wege einer vollständigen Niederwerfung des Gegners erreichen ließen?"

Ferner:

a) Die Priorität der verschiedenen Völkerrechtsverletzungen. Wer hat angefangen?

b) Untersuchung des englischen und des deutschen Anspruchs, die völkerrechtswidrige Blockade und den völkerrechtswidrigen U-Boot-Krieg nur als Repressalie gegen die Praxis des anderen eingeführt zu haben.

c) Feststellung, wie der Wilsonsche Vermittlungsvorschlag vom 22. Februar 1915 behandelt wurde, worin bei beiden Mächten angeregt wurde:

Digitized by Google

daß sie sich verpflichten sollten, treibende Minen nicht mehr zu legen;
keinerlei Unterseebootangriffe auf Handelsschiffe zu machen, es sei denn nach den Regeln des Kreuzerkrieges;
die neutrale Flagge nicht zu mißbrauchen;
und bei England angeregt wurde:
Nahrungsmittel für die Nichtkombattanten der deutschen Bevölkerung nach Deutschland hineinzulassen."

Während des Krieges hat Prinz Max schon zuweilen seine Stimme erhoben, schon damals, als er noch nicht an verantwortungsvoller Stelle als Reichskanzler stand, und immer haben seine Worte ein lebhaftes Echo bei Freund und Feind gefunden. Auch jetzt spricht er nicht mehr als offizieller Vertreter des deutschen Staates, sondern als der Rufer, der, von einem starken Gefühl für Recht und Sittlichkeit im Völkerleben getragen, sein Volk dazu bringen will, daß es aus der Niedergeschlagenheit des Zusammenbruchs sich wieder aufraffe zu gemeinsamem Denken, daß die Lebensmüdigkeit Deutschlands überwunden werde, und daß jeder dabei die Pflicht habe mitzuhelfen. Möge aber über dieses Ziel hinaus auch seine Stimme ins Ausland dringen und dort die wachrufen, die im chauvinistischen Taumel kurzsichtig nur das Nächstliegende erblicken und vergessen, daß der Völkerbund nur dann Anspruch auf diesen Namen hat, wenn alle Völker gleichberechtigt, mit gleichen Pflichten, aber auch gleichen Rechten zusammentreten und zusammen wirken, um allein auf diese Weise den Keim zu künftigen Kriegen zu unterdrücken und damit eine Wiederholung der Katastrophe, wie sie jetzt über die Welt hereingebrochen war, für immer zu verhindern.

Naumann/Fleißig sein!

Hinter dem Friedensschlusse wird bei uns die allgemeine Losung ausgegeben werden müssen: seid fleißig! Unsere Wirtschaftslage wird uns trotz vieler überwundener Schwierigkeiten kein Ausruhen gestatten, denn wir müssen die meisten Betriebe neu anfangen, die verlorengegangenen kaufmännischen Verbindungen wieder anknüpfen, das unterbrochene emsige Leben durch gute Leistungen herstellen, so lange der allgemeine Weltbedarf noch besteht. Nur so werden wir die Schuldenlast bewältigen können, die Steuern tragen und frische Freudigkeit im nächsten Geschlechte pflanzen. Dazu gehört, daß alle sich aufs äußerste anstrengen. Wir müssen mit den vorhandenen Kräften sehr haushälterisch umgehen, jede Minute berechnen, die besten Maschinen einsetzen, die Arbeitsverteilung studieren, bis wir dahin gelangen, mit möglichst wenig menschlicher Abnutzung den möglichst großen Erfolg zu erzielen. Das methodische Arbeiten muß aus Not noch mehr als bisher Volkscharakter werden. Jeder einzelne soll arbeiten, indem er sich als ein Stück der Nationalmaschinerie fühlt. Das entspricht nicht unserem Menschenideal an sich, ist uns aber als Pflicht auferlegt durch unsere Zeitumstände. Menschlich ideal ist diese alleräußerste Mechanisierung der Arbeit nicht, denn alle gute, tiefe Kunst wächst besser ohne Drang und Zwang, und Völker sollen nicht immer dastehen wie geheizte Lokomotiven. Aber was bleibt uns übrig? Auf dem Menschenalter hinter dem Krieg liegt mehr als doppelte Last. Werden wir jetzt lässig sein und ohne Spannkraft, dann haben die Gegner erreicht, was sie wollten: ein Deutschtum ohne großen Trieb! Diesen Gefallen werden wir ihnen nicht tun.

Büchertisch

Das Märchenbuch, so heißt eine Sammlung, die Bruno Cassirer herausgibt (der Band je 4—6 M.). Ausgehend von der Tatsache, daß seit den Tagen Ludwig Richters, Schwinds und Rethels zeichnerisch für das deutsche Märchenbuch wenig Bedeutsames hervorgebracht worden ist, will der Verlag nun etwas schaffen, das allen künstlerischen Forderungen entspricht. Der Preis ist freilich außerordentlich hoch — anderseits aber muß man bedenken, daß es sich um Originalwerke der bedeutendsten lebenden Künstler handelt, und daß ferner noch eine in unseren Tagen des Löschpapiers fast geschichtlich gewordene gute Ausstattung an die besten Friedenszeiten gemahnt.

Ob der Verlag freilich sein Vorhaben, allen Kindern und Erwachsenen ein gemäßes und willkommenes Gut zu schaffen, erfüllt hat, das läßt sich nicht in vollem Umfange bejahen. Die moderne Zeichnung bedarf eines besonders geschulten Auges — dazu die Kinder zu erziehen, wird Pflicht der künstlerisch interessierten Eltern sein —, aber spontan wirken diese Illustrationen heute noch nicht, die breite Masse werden sie sich leider nur langsam erobern. Und doch ist ein volkstümlicher Zug ganz entschieden in all diesen Zeichnungen, so fremdartig sie manchen auch zuerst anmuten werden. Das gilt vor allem von Slevogts Bildern zu Grimmschen Märchen und zum Rübezahl. Keiner meistert die Bewegung so wie er. Prachtvoll ist der Märchenstil getroffen, wundervoll sind die feinen humoristischen Noten, die mitklingen. Wer die „alten und neuen Lieder" des Inselverlags kennt und schätzt, dem ist das vortreffliche Mitschwingen Slevogts im Volkston keine Überraschung, zuweilen aber hat er sich selbst übertroffen. Hans im Glück, der gestiefelte Kater, die Gänsemagd seien neben einigen wundervollen Rübezahlbildern an erster Stelle genannt.

Auch Kalckreuth hat Grimmsche Märchen illustriert, und manches ist auch ihm gut gelungen. Sein Stil ist so andersartig als der Slevogts, daß man die beiden eigentlich kaum vergleichen dürfte. Das Volkstümliche ist auch ihm geglückt, wenn auch in einem anderen Rhythmus, seine ruhigere Art paßt gerade zu manchem der von ihm ausgewählten Märchen, z. B. zum Fischer und seiner Frau. Ebenso lebt sich auch Strathmann in die eigentümliche Atmosphäre von Alladin und die Wunderlampe ein, wenn er auch gerade für Kinder schon schwerer verständlich sein dürfte. Der Überfülle an allen Gütern dieser Erde und der Freude an ihrem Besitz, die hier im Märchen auf die naivste und köstlichste Weise ihre Verherrlichung findet, wird er schwungvoll gerecht, eine gestaltenfrohe Phantasie ist hier an den ihr angemessenen Stoff geraten, und aus dieser Synthese ist etwas Wertvolles, Bezauberndes entstanden. Sehr viel schwächer wirkt neben diesen Künstlern Walter Klemm. Die Volksbücher von Genofeva und dem armen Heinrich, die ja schon fast über den Rahmen des Märchenbuchs hinausgehen, wären wahrlich ein Stoff, packend genug, gewesen. Immerhin stehen die Zeichnungen noch turmhoch über all dem, womit man früher Märchenbücher ausgestattet, um nicht zu sagen verdorben hat. Eine ganz neue Note bringen die Illustrationen von Karl Walser zu Zwerg Nase, die farbig sind und damit über andersartige Wirkungen wie die Schwarzweißkunst verfügen. Manches ist auf diese Weise freilich in seiner Wirkung beeinträchtigt, da sowohl Farbe wie Linie zu sparsam gebraucht sind, anderes wieder bekommt erst seine volle Kündung durch das Zusammentreffen dieser beiden. — Der Verlag stellt noch weitere Bände namhafter Künstler in Aussicht, worauf man sich nach dieser ersten Probe entschieden freuen darf. M. R.

Briefkasten

Ein Kriegsblinder bittet für sich und seine Kameraden um Vorlesestoff. Wir vermitteln die Sendungen gern.

Von „Hilfe" 1918 sind jetzt wieder die Nummern, die vergriffen waren, vorhanden und können nachbestellt werden. Auch gebunden ist der Jahrgang zum Preise von 18 M. zu haben.

Dr. F. in Sch. Das „Demokratische A B C", erstes politisches Handbuch nach der Revolution, von Hugo Krenz können Sie auch von uns beziehen. Preis 1,40 M. (einschl. Zuschlag).

Freiwillige Gaben zur Verbreitung der „Hilfe": 2 M. Lehrer V. in L.

Infolge der schlechten Zug-Verbindungen ist die Heimatchronik ausgeblieben und wird in der nächsten Nummer nachgeholt werden. — **Verlag der „Hilfe".**

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, beide z. Z. Weimar.

Geschäftliche Mitteilungen

Die **Handels-Hochschule Mannheim** gibt bekannt, daß ihr neues **Vorlesungs-Verzeichnis für das Sommer-Semester 1919** soeben erschienen ist. Ergänzt wird der regelmäßige Vorlesungsplan durch eine Reihe neuer Vorlesungen, wie: Betriebswissenschaftliche Zeitfragen, Der politische und wirtschaftliche Wiederaufbau, Sozialpolitische Zukunftsaufgaben, Frauenfrage, Frauenarbeit, Frauenrecht, Postverkehrswesen, Geschichte und Weltanschauung, sowie Hygiene der Arbeit. Das gesamte Vorlesungs-Verzeichnis kann von der Hochschule für 20 Pf. bezogen werden.

Der heutigen Nummer ist ein Prospekt des Neuwerk-Verlages in Schlüchtern über die Neugründung einer Zeitschrift „Der christliche Demokrat" beigefügt, den wir gern der Beachtung unserer Leser empfehlen.

Digitized by Google

13. März 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis im Buchhandel 4 M., beim Postamt 4,12 M., unter Kreuzband 4,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 4,25 M., ins Ausland 5 M. Soldatenausgabe 1,50 M. Einzelhefte 40 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8633.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 11

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 60 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Gertrud Bäumer:** Heimatchronik. — **Naumann:** Sozialisierung. — **Heinz Potthoff:** Die Macht des Geistigen. — **Dr. Paul Rohrbach:** Betrachtungen zur Vorgeschichte des Krieges. — **Dr. Bruno Rauecker:** Das Lohnproblem. — **Dr. Hans Rothfels:** Äußere und innere Politik. — **Wilhelm Schremmer:** Die ersten Schritte der ländlichen Besiedelung. — **Helene Stranz:** Hinterbliebenenfürsorge. — **Hedwig Hintze:** Die Frage des Frauenwahlrechts in der Französischen Revolution. — **Anna Henschke:** Miss Ruskins sozialen Schriften. — **Naumann:** Der Gott der Armen. — Büchertisch. — Briefkasten.

Naumann / Kriegschronik

Sonntag, 2. März.

Bei den Verfassungsdebatten der Nationalversammlung muß natürlich häufig von den staatsrechtlichen Zuständen anderer kultivierter Nationen, insbesondere der Engländer, Amerikaner und Franzosen, gesprochen werden. Nun fehlt in Deutschland oft die genauere Kenntnis der Einzelheiten. Wer sich nach Material über ausländische Verfassungsgeschichte umsieht, wird gut gebrauchen können: „Ausgewählte Urkunden zur außerdeutschen Verfassungsgeschichte seit 1776" von Professor Dr. Wilhelm Altmann, Weidmannsche Buchhandlung, Berlin, 1913. Diese Zusammenfassung ist noch vor dem Krieg unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten gemacht worden und bietet die Texte der betreffenden Verfassungsgesetze in ihren eigenen Sprachen oder vielfach in Französisch. Wem es bequemer ist, die hauptsächlichsten derartigen Dokumente in deutscher Übersetzung vorzufinden, dem ist anzuraten: „Der Weg zur Gesetzlichkeit" von Dr. Walther Schotte, Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin. Das kleine Werk unseres Freundes Dr. Schotte besteht einestells aus einer geistvollen und sehr beachtenswerten Darlegung der Gründe, warum die Republik Deutschland, um den Auslandsverkehr wiederzugewinnen, keine rein sozialistische Republik sein darf, sondern aus einer Mischung bürgerlicher und proletarischer Politik zusammengesetzt sein muß. Andererseits enthält es eine kleine, aber immerhin sehr lehrreiche Zusammenstellung von ausländischen Verfassungen. Wir finden hier drei Entwicklungsstufen des amerikanischen Verfassungszustandes, den Verfassungsentwurf der Paulskirche aus dem Jahre 1849, die Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft, die französische Verfassung von 1875 und die allerneuste russische Sowjet-Verfassung von 1918. Gerade auch die letztere ist zur Erkenntnis der Triebkräfte und Ziele der bolschewistischen Bewegung wichtig. Den Schluß bildet eine Länderkarte der deutschen Nation mit Vorschlägen für die Bildung von Einzelländern nach Zusammengehörigkeit der Stämme. Derartige Vorschläge und Karten werden uns jetzt von verschiedenen Seiten nahegebracht. Man wird aber dabei nicht außer acht lassen dürfen, daß weder die Nationalversammlung noch irgendeine andere Stelle eine Verteilung Preußens und Deutschlands nach theoretischen oder geschichtlichen Gesichtspunkten vornehmen darf. Es ist wohl möglich, daß der Stammesgedanke innerhalb des Deutschen Reiches in den nächsten Monaten eine große Auferstehung erlebt. Das aber darf nicht von irgendeiner Zentralstelle aus gemacht werden, sondern es muß auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes auf eine natürliche Weise entstehen, und zwar so, daß der Zusammenhang der deutschen Nation im ganzen darunter nicht leidet, sondern vermehrt und gestärkt wird. Dr. Schotte selbst wird in diesem Gedankengang mit uns einig sein, aber es ist nicht unnötig, Mißverständnisse, die naheliegen könnten, von vornherein abzuwehren.

Montag, 3. März.

Zwischen Italienern und Jugoslawen ist erneute gegensätzliche Spannung. Eine italienische Militärmission wurde aus Laibach ausgewiesen. Ein italienischer Bericht besagt, daß daraufhin die amtlichen Beziehungen zwischen Italienern und Südslawen abgebrochen seien. Da auf beiden Seiten noch beträchtliche Armeeteile vorhanden sind, gilt die Lage für nicht ungefährlich.

Von der Pariser Friedenskonferenz wurden die Ansprüche Dänemarks auf die nordschleswigschen Gebiete einstimmig für begründet anerkannt. — Wir nehmen bis auf weiteres an, daß eine Volksabstimmung stattfinden muß.

Präsident Wilson hat sich der amerikanischen Presse gegenüber über Abrüstungsfragen ausgesprochen: Die Abrüstung stehe militärischer Ausbildung der Bevölkerung nicht im Wege, und diese könne auch keine Gefahr für den Frieden bilden, wenn das Maß der Waffenbeschaffung sich in gewissen Grenzen hielte. Diese Worte sind verschiedener Deutung fähig. Sie bedeuten entweder, daß Wilson gegenüber dem militaristischen Teil der amerikanischen Bevölkerung zum Nachgeben gezwungen ist und zur Rettung des Restes seiner Völkerbundidee eine Art Milizausbildung zuläßt. Oder Wilson fühlt sich stark genug, die Auseinandersetzung mit Engländern und Franzosen durchzuführen, und hält es dabei für notwendig, den westeuropäischen Völkern mit einer nordamerikanischen Miliz zu drohen, so daß der Kern seiner Meinung etwa sein würde: Ich rate euch, pazifistisch zu werden, denn wenn ihr das nicht wollt, so werden wir Amerikaner militaristisch! Welche dieser beiden Deutungen die richtige ist, oder ob gemischte Beweggründe durcheinandergehen, können wir um so weniger genau sagen, da wir die geheimen Vorgänge auf der Pariser Friedenskonferenz nur durch die undeutlichen Nachklänge der Presseberichterstatter vernehmen. Wie undeutlich derartige Berichterstattungen aber zu sein pflegen, erleben wir jetzt in Weimar auf der Nationalversammlung so häufig und in so hohem Grade, daß wir noch vorsichtiger gegen internationale Nachrichten sind, als wir es bisher schon waren. In Frankreich wird sehr vieles davon abhängen, ob Clemenceau sich von seiner Attentatsverwundung so gut erholt hat, wie es die Regierungsblätter melden, und ob die französischen Soldaten sich noch immer zu einem Einmarsch in Deutschland würden gebrauchen lassen. An dem Tag, wo sie das nicht mehr tun werden, gestaltet sich unsere Lage wieder freier. Inzwischen ist sie stark beengt.

Dienstag, 4. März.

Leider haben wir mit unseren eigenen Revolutionsunruhen so viel zu tun, daß wir nur mit halbem Ohr auf das hören, was von Rußland herüberklingt. Auf dem Umweg über Helsingfors gelangen Nachrichten über erneuten Bürgerkrieg in Petersburg zu uns. Dort hat sich eine Verbindung zwischen antibolschewistischer Reaktion und Deserteuren vollzogen. Vermutlich sind unter antibolschewistischer Reaktion alle diejenigen zu verstehen, die noch irgendwelche Reste von Besitz zu verteidigen haben, und

unter Deserteuren diejenigen, die aus irgendeinem Grunde in der Trotzkischen Roten Armee nicht angenommen oder wieder abgeschoben wurden. Es sammeln sich also die Gegner des herrschenden Systems von rechts und links. Ob sie zusammen in der Lage sein würden, eine neue Staatsregierung herzustellen, kann billig bezweifelt werden, denn mit jedem neuen Wechsel wird zunächst die Sachlage immer noch trostloser; aber es ist nicht ausgeschlossen, daß ein Sturz der Gruppe Lenin-Trotzki erfolgt, um so mehr, da man von beträchtlichen Meutereien unter den Roten Garden hört, die dahin führten, daß die Estländer ihr Land weithin von ihnen zu säubern vermochten. In der Gegend von Libau wird geschossen.

Mittwoch, 5. März.

Die verfassunggebende deutschösterreichische Nationalversammlung ist durch den sozialdemokratischen Abgeordneten David als Alterspräsidenten in Wien eröffnet worden. Er brachte unter lebhaftem allgemeinen Beifall und Händeklatschen das einmütige Verlangen aller Abgeordneten nach Anschluß an Deutschland zum Ausdruck und erklärte, er sei überzeugt, daß die Entente das ihnen zustehende Selbstbestimmungsrecht nicht in irgendeiner Weise werde beschneiden können. Er schloß mit dem Ausdruck der zuversichtlichen Erwartung, daß Deutschösterreich in absehbarer kurzer Zeit, vereint mit den Vertretern Deutschböhmens, des Sudetenlandes, Deutschtirols und auch der westungarischen Gebiete, soweit es der Volkswille dort verlangt, sich in der konstituierenden Nationalversammlung eines großdeutschen Vaterlandes zusammenfinden werde. Die deutschnationalen Abgeordneten beschlossen, eine einheitliche parlamentarische Partei unter dem Namen „Großdeutsche Vereinigung" zu bilden. Zum Obmann wurde Dinghofer gewählt. Der Staatssekretär der Finanzen, Steinwender, wird zunächst in der neuen Nationalversammlung eine Vorlage über eine größere Vermögensabgabe einbringen.

Hier in Weimar ist die Verfassungskommission in Tätigkeit getreten. Bei der Beratung der Überschrift „Deutsches Reich" hielt ich es, ohne einen Antrag zu stellen, für meine Pflicht, darauf hinzuweisen, welche Schwierigkeiten es für die internationalen Beziehungen bietet, daß der gute und historische Ausdruck „Reich" in französischer und englischer Sprache nur mit „Empire" übersetzt zu werden pflegt. Es würde Vorzüge haben, wenn wir für den auswärtigen Dienst einen Ausdruck wählen könnten, der nicht so sehr einen imperialistischen Klang hat. Im inneren Verkehr der deutschen Republik oder des deutschen Bundes würden wir selbstverständlich die Bezeichnungen „Reich" und „Einzelstaaten" (Länder) weiterführen. . . . In diesen Ausführungen fanden andere Vertreter eine bedenkliche oder unberechtigte Nachgiebigkeit gegenüber der Sprache und den Gewohnheiten des Auslandes. Es ist aber für denjenigen, der nicht in der Lage war, deutsche politische Verhältnisse vom Ausland aus zu betrachten, nur schwer möglich, sich ein zutreffendes Urteil darüber zu bilden, wieviel an allgemeinem Übelwollen der übrigen Nationen auch von kleineren und fast zufälligen Dingen abhängt. — Nicht uninteressant bleibt die historisch-philologische Frage, ob in dem Wort „Reich" eine monarchische Staatsgestaltung ausgedrückt ist. Rein sprachlich scheint es nicht der Fall zu sein, geschichtlich aber ist das Reich immer mit der Hoheit des Kaisers zusammengedacht worden. Als kein Kaiser vorhanden war, bezeichnete man die Zeit als Interregnum, die kaiserlose oder die reichslose Zeit. Sobald man nun statt des deutschen Wortes „Reich" das lateinische Wort „Imperium" einsetzt, wird der Herrschaftsklang des Ausdruckes sehr verstärkt. Die Endabstimmung darüber, ob der Obertitel unseres Staates künftig „Deutsches Reich" oder „Deutsche Republik" lauten wird, erfolgt erst am Ende der Kommissionsberatungen.

Donnerstag, 6. März.

Wir sind in Weimar im Zustand der Unkenntnis über den Verlauf der Welt, weil in Berlin infolge spartakistischer Unruhen der Generalstreik ausgebrochen ist und sich auf die Zeitungen erstreckt hat. Einige Tage hindurch waren nur die großen liberalen Zeitungen unterbrochen, wir erhielten aber noch die „Deutsche Tageszeitung" und andere konservative Blätter. Jetzt erfahren wir nur noch, was in die Weimarer Blätter gelangt ist, oder was offiziell von Berlin hierher telephoniert wird. Davon ist bei weitem am wichtigsten die Nachricht von der zeitweiligen Unterbrechung der Verhandlungen der Waffenstillstandskommission in Spaa. Der erste Eindruck der Heimfahrt der Ernährungsunterhändler war ein sehr ungünstiger. Inzwischen hat man erfahren, daß eine Aufkündigung des Waffenstillstandes im ganzen nicht vorliegt, sondern daß die beiderseitigen Unterhändler nach Paris und Weimar gefahren sind, um sich neue Instruktionen zu holen. Die Entente fordert die Auslieferung der gesamten deutschen Handelsflotte, weil sie nur unter dieser Voraussetzung uns mit Nahrungsmitteln versehen könne. Wie peinlich eine solche Forderung für die Seestädte und für das ganze deutsche Volk ist, bedarf keiner weiteren Darlegung. Leider ist es aber auch eine offen eingestandene Wahrheit, daß wir ohne fremde Nahrungszufuhr überhaupt nicht existieren können. Unsere großen Städte und Industriegebiete werden nach den Mitteilungen der betreffenden Amtsstellen ohne fremde Zufuhr kaum den ersten Juni überleben können. Da man für nächste Woche eine zweitägige Aussprache der Nationalversammlung über die Ernährungsfragen in Aussicht gestellt hat, so wird die deutsche Bevölkerung sich selbst ihr Urteil bilden können.

Freitag, 7. März.

Zur Abreise der Lebensmittelkommission von Spaa werden folgende Mitteilungen gemacht: Auf deutscher Seite wurden die Besprechungen geleitet von Unterstaatssekretär v. Braun, auf englischer Seite von Admiral Hope. Dieser erklärte, seine Zeit sei bemessen, und bis übermorgen müßten die Verhandlungen beendet sein. Im übrigen möchte er klar zu verstehen geben, daß man nicht erlauben werde, irgendwelche Nahrungsmittel nach Deutschland gelangen zu lassen, bis ein bedeutender Fortschritt in der Übergabe der deutschen Handelsflotte gemacht sei. Es müßte daher sofort eine Versicherung der deutschen Regierung abgegeben werden, daß sie die gesamte Handelsflotte unter die Kontrolle der Alliierten stellen werde. Aus den Verhandlungen geht nun klar hervor, daß die Alliierten nicht bereit sind, eine runde Versicherung abzugeben, daß sie die lebensnotwendigen Mengen bis zur deutschen nächsten Ernte liefern werden. Admiral Hope erklärte, es sei keine Rede davon, Deutschland oder irgendsonst jemanden bis zur nächsten Ernte zu versorgen. Die Entente habe beschlossen, nicht über mehr zu verhandeln, als über die Menge von 270 000 Tonnen, und diese Menge könne Deutschland nur auf dem Wege der Ablieferung der Schiffe erhalten. Der deutsche Delegierte erklärte, daß die Auslieferung der Flotte nach dem bisherigen Vertrage nur erfolgen soll, um die Lebensmittelversorgung Deutschlands sicherzustellen. Eine Abmachung über die Gesamtversorgung Deutschlands wäre die notwendige Vorbedingung. Da Admiral Hope auf diese Fragestellung nicht einging, wurden die Verhandlungen am 5. März sonntags vertagt.

In Österreichisch-Schlesien und Nordmähren fand anläßlich des Zusammentritts der deutsch-österreichischen Nationalversammlung als Protest gegen die Verhinderung der Wahlen ein Demonstrationsstreik in allen deutschen Städten und Gemeinden statt. In Troppau kam es zu Ansammlungen, die durch tschechische Legionäre auseinandergetrieben wurden.

Im „Manchester Guardian" finden sich folgende Worte über die Blockadepolitik der Alliierten: Wie soll ein ruiniertes und in sozialer Auflösung begriffenes Deutschland Entschädigungen zahlen? Wie kann es zahlen, wenn es nicht arbeiten kann? Wie aber soll es arbeiten, wenn es kein Material hat?

Sonnabend, 8. März.

Der frühere österreichische Ministerpräsident von Körber ist gestorben, der letzte Regierungsmann größeren Stiles, den die Doppelmonarchie hervorgebracht hat. Er war zum letztenmal nach der Ermordung des Herrn v. Stürgk Lenker des Ministeriums, trat aber zurück, als die Wünsche seines kaiserlichen Herrn Karl mit den seinigen nicht mehr übereinstimmten.

In Oberschlesien wird wieder einmal auf 14 Gruben gestreikt, und zwar fordern die Bergleute die Entfernung des

Digitized by Google

deutschen Grenzschutzes und die Errichtung einer polnischen Schutzwehr. Der Streik ist ein politisches Kampfmittel zur Verschiebung der Landesgrenzen vor Friedensschluß.

Die Lebensmittelkommission aus Spaa ist in Weimar zum Bericht angelangt, aber auch schon wieder zur Fortsetzung von Verhandlungen abgereist. Es wird vielfach die Meinung vertreten, daß wir uns nicht darauf einlassen können, zur Erlangung von nur einem Zehntel unseres Ernährungsbedarfes die ganze Handelsflotte auszusenden. Andererseits wird darauf hingewiesen, daß dieselbe Handelsflotte auch innerhalb unserer Häfen kaum sicherer ist, als wenn sie zur Weltschiffsgemeinschaft gehört.

Gertrud Bäumer / Heimatchronik

Sonntag, 23. Februar.

Der Nationalversammlung ist der endgültige Verfassungsentwurf zugegangen. Man liest mit dem Herzklopfen, das die Berührung einer geschichtlichen Stunde weckt, den einleitenden Satz: „Das deutsche Volk, geeint in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich auf der Grundlage der Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, den inneren und äußeren Frieden zu sichern und den sozialen Fortschritt zu fördern, hat sich diese freistaatliche Verfassung gegeben." Werden diese Worte, die kommenden Geschlechtern den Anbruch einer neuen Zeit bedeuten, klangvoll werden durch das, was sie an neuen Lebensformen gezeugt haben — oder wird schon eine nahe Zukunft sie fortwischen und andere Willensbekundung an ihre Stelle setzen? Man hätte gewiß für den neuen Geist einen volleren, positiveren Ausdruck finden können als das leere und abgegriffene „sozialer Fortschritt". Da ist fast das Wort der alten Verfassung, obgleich es ein wenig patriarchalisch-spießbürgerlich klingt, noch besser: „Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes."

Die Verfassung verschiebt die Befugnisse von Reich und Bundesstaaten mehr, als daß sie sie umgestaltet. In einigen Punkten — wesentlich da, wo die Hegemonie Preußens abgeschwächt werden soll — werden die selbständigen Befugnisse der Einzelstaaten verstärkt (z. B. Art. 5, der den Kommandostellen der Gliedstaaten selbständige Verwaltungsbefugnisse gibt). Andererseits wird die Kompetenz des Reiches, wenn auch sehr vorsichtig — erweitert: Wohnungswesen, Siedlungswesen, Regelung der Bevölkerungsverteilung, Bindung des Grundbesitzes, Produktionsregelung, Schutz und Pflege der schulentlassenen Jugend. Es wird vielen merkwürdig vorkommen, daß man bis zu 14 Jahren Bayer oder Preuße und von da ab Reichsdeutscher sein soll. Den Verzicht auf einheitliche Grundlagen des Schulwesens und auf eine einheitliche reichsgesetzliche Regelung der gesamten Jugendfürsorge werden ihre Anhänger nicht ohne weiteres bringen.

Montag, 24. Februar.

Was wird aus Bayern? Eine Räteregierung ist bisher nicht proklamiert. Der Landtag soll zusammenbleiben und wieder tagen, sobald seine Sicherheit gewährleistet werden kann. Unterdessen soll unter Ausschaltung der Kommunisten ein Zentralrat gebildet werden aus Sozialdemokraten und Gewerkschaftsvertretern als provisorische Regierung. Ob aber diese Lösung sich durchsetzt, ist die Frage. In der Provinz ist man jedenfalls gegen den Münchener Bolschewismus.

Spartakismus in Mannheim, von wo eine badische Räterepublik ausgerufen wird! Es scheint aber, als ob man der Sache schnell genug Herr wird. Regierungstruppen werden in Heidelberg konzentriert, um eventuell in Mannheim Ordnung schaffen zu können.

Im Ruhrrevier haben die Regierungstruppen Erfolge. Sie sind in Essen und Bottrop einmarschiert, von wo die Spartakisten sich zurückgezogen haben. In Köln haben Spartakistenbanden die Wahllokale nach den Stadtverordnetenwahlen gestürmt und die Stimmzettel vernichtet.

Als die russische Revolution ausbrach, stand in unseren Zeitungen, daß in Petersburg Selbstmorde unter der Jugend des alten Regimes an der Tagesordnung seien. Und man dachte damals wohl, daß es begreiflich sei, wenn nationale Hoffnungen zerschellen und Anarchie das Vaterland zerfleischt, daß man nicht weiter leben möchte. Heute geht es uns fast so. Und doch kann man leben. Denn im letzten Grunde ist da eine Gewißheit, daß diese furchtbare Krankheit einen Kern gesunder sittlicher und geistiger Kraft nicht zerstört, daß wir durch einen Wust von Verwirrung, Leidenschaft und dumpfem Mißverstehen hindurch doch einmal wieder auf klare Bahnen kommen werden.

Und mitten in Aufruhr und Selbstzerstörung geht das Verfassungswerk weiter. Heute hat der Reichsminister des Innern seinen Verfassungsentwurf vor der Nationalversammlung begründet.

Dienstag, 25. Februar.

Bei den Berliner Gemeindewahlen haben die Unabhängigen 49, die Mehrheitssozialisten 47, die Demokraten 20 und die Rechtsparteien 30 Sitze errungen. Die Wahlbeteiligung ist verhältnismäßig sehr gering gewesen, wieder ein Beweis für die seltsame Apathie der Menschen ihren vitalsten Interessen gegenüber. Unter den gewählten Stadtverordneten sind 28 Frauen.

Die bayrischen Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung erlassen, da der bayrische Landtag mundtot gemacht ist, eine Kundgebung, in der sie die begangenen Mordtaten verurteilen, sich gegen jede Diktatur erklären und die Wiederherstellung gesetzlicher Grundlagen der Regierung fordern.

Wenn man ein paar Tage die Nationalversammlung nur nach den Berichten von außen verfolgt, statt dabei zu sein, so wird man sich erst klar, wie wenig die Menschen draußen nach den Zeitungsberichten ein Bild bekommen von der Arbeit und den Entscheidungen.

Mittwoch, 26. Februar.

In Mitteldeutschland breiten sich Unruhen aus, die als eigentliches Ziel die Störung der Nationalversammlung haben. Der gestern von Weimar nach Berlin gehende Parlamentszug hat über Corbetha-Leipzig geführt werden müssen, da Halle, der Hauptsitz der Bewegung, in hellem Aufruhr ist. Generalstreik in Erfurt, Naumburg, Merseburg.

Während hier die revolutionäre Bewegung weitere Kreise zieht, scheint man an anderen Stellen ihrer müde zu werden. In Düsseldorf hat der aus Unabhängigen und Spartakisten bestehende Arbeiterrat beschlossen, die Wiederaufnahme des Generalstreiks abzulehnen. Daraufhin ist dieser Arbeiterrat allerdings von radikalen Elementen gestürzt, aber die Empörung der arbeitswilligen Arbeiterschaft gegen diese Vergewaltigung dürfte eine Gewähr dafür sein, daß das Eingreifen der Regierung die Zustimmung der Bevölkerung findet. In Essen und Bochum flaut der Streik weiter ab.

Donnerstag, 27. Februar.

Ich warte auf die Möglichkeit, nach Weimar zurückkehren zu können. Es heißt aber, Weimar sei ganz abgeschnitten.

Gegenstreiks der Bürgerschaft gegen die Arbeiter werden in verschiedenen Städten mit mehr oder weniger Energie und Erfolg versucht. In Leipzig Generalstreik beschlossen. Im gesamten Braunkohlenrevier Ruhen der Arbeit. Um was es eigentlich dabei geht, ist nicht überall klar. Augenscheinlich sind die Massen durch irrtümliche, demagogisch vorbereitete Auffassungen von den Absichten der Regierung gegen Betriebsräte u. a. m. aufgepeitscht.

Die Forderungen der Gewerkschaften im mitteldeutschen Kohlenrevier, die sich mit der streikenden Arbeiterschaft solidarisch erklärt haben, sind: sofortige Einsetzung von Betriebsräten; sofortige Sozialisierung der Berg- und Monopolbetriebe; Zurücknahme des Erlasses über Wiederherstellung der Kommandogewalt, restlose Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte.

In Düsseldorf löst eine Spartakistenherrschaft die andere ab. Der Bergarbeiterausstand im Ruhrrevier ist aber beendet.

Digitized by Google

Freitag, 28. Februar.

Die erste Lesung des Verfassungsentwurfes. Sie zeigt die Parteien zum erstenmal in ihrer grundsätzlichen Stellung zu den entscheidenden Fragen: die Sozialdemokratie erklärt sich konsequent unitarisch — bestimmter, als man es nach bundesstaatlichen Proben eigentlich erwartet hatte —, das Zentrum bereitet die Welt auf seine Stellungnahme für die Auflösung Preußens vor: „Die Frage der Zerlegung Preußens erfordert Beachtung und Prüfung im Interesse der Reichseinheit"; die deutschnationale Volkspartei beklagt die Beseitigung der Vorrechte Preußens bei gleichzeitiger Erhaltung, ja Verstärkung der Reservatrechte der Bundesstaaten und wünscht zur Abschwächung partikularistischer Tendenzen eine erste Kammer, die zur Hälfte aus Ernennungen, zur Hälfte aus berufsständischen Wahlen hervorgeht. Der Redner der demokratischen Partei spricht gegen die Reservate der Bundesstaaten, aber für die Erhaltung Preußens. In keinem Fall dürften die Redner heute schon eine einheitliche Meinungsbildung in den Parteien hinter sich haben. Die deutsch-hannoverschen Abgeordneten haben den Mitgliedern der Nationalversammlung eine Erklärung zugehen lassen, in der sie die Trennung Hannovers von Preußen fordern: „Im neuen Deutschland ein freies Hannover."

Sonnabend, 1. März.

Der Parlamentszug von Berlin nach Weimar wird über Chemnitz—Gera geführt und kommt ohne Störungen an.

Die Groß-Berliner Arbeiterräte haben in einer Tagung die Einberufung eines Rätekongresses noch vor dem 18. März verlangt, um die wirtschaftlichen Aufgaben der Räte festzulegen und auf die Durchführung der Sozialisierung einen Druck auszuüben. Die Arbeit der Nationalversammlung erfährt dabei eine scharfe Kritik. Man will Durchgreifendes, Verwirklichungen sehen. Die Neuwahl des Vollzugsrates ergibt je sechs Sitze auf Unabhängige und Mehrheitssozialisten und je zwei auf Demokraten und Kommunisten. Ein Aufsatz im „Vorwärts" von gestern abend fordert gleichfalls rascheres und entschlosseneres Arbeiten der Nationalversammlung durch Notgesetze über Wohnungswucher, Arbeitsrecht, Lebensmittelbewirtschaftung u. a. m.

Das sind Symptome der wachsenden Ungeduld und des Mißtrauens, die uns sehr ernstlich zu schaffen machen sollten. Die Arbeit an der Verfassung wird uns von der Bevölkerung nicht angerechnet, denn die Revolution ist ihrem Kern nach sozial und nicht politisch, und soziale Ergebnisse will sie sehen.

Naumann / Sozialisierung

1.

Die Idee des Sozialismus ist auf ihrer Höhe angelangt, die Widerstände sind grundsätzlich gebrochen, die Verwirklichung kann beginnen. Sozialistische Minister sitzen an ihren Schreibtischen, entwerfen Gesetze und fragen sich: wie formulieren wir nun den Inhalt unseres Lebens? Eigentlich sollten sie das gar nicht erst überlegen müssen, denn wovon haben sie vierzig Jahre lang geredet als von dieser Stunde? War nicht der Übergang von der alten zur neuen Gesellschaft ihr höchster Gedanke? Nicht das hat sie so sehr beschäftigt, wie es in späteren sozialistischen Jahrhunderten aussehen werde, wenn einmal das Glück begründet sein wird, sondern gerade der Umwandlungsprozeß, die Götterdämmerung der versinkenden kapitalistischen Welt, das war ihr Vergnügen und Hoffen. Wie sollte dann die Sonne anders aufgehen! Kein Christ der ersten Gemeinde konnte sehnsüchtiger auf die Wiederkunft des Erlösers warten, als die ältesten Jünger Bebels auf diesen unseren Tag. Nun ist er da! Jetzt blüht der Frühling der Menschheit! Tut er es wirklich?

2.

Es ist zwar noch nicht die volle Hälfte des deutschen Volkes sozialistisch gesinnt, und in der Tat können die vereinigten bürgerlichen Parteien gewisse Widerstände leisten, wenn sie wollen; aber an dieser Stelle liegen die Gründe der Mattigkeit des neuen Sozialismus nicht, denn innerhalb der noch nicht beendeten Revolution entscheidet keineswegs die einfache Ziffer. In allen Großbetrieben und Großstädten ist ein sozialistisches Übergewicht vorhanden. Auch haben die verständigeren Mitglieder der bürgerlichen Parteien das sichere Gefühl, daß sie jetzt nicht als Hinderer des Sozialisierungsvorganges an sich auftreten dürfen, selbst wenn sie der neuen Entwicklung teilweise recht kritisch gegenüberstehen, weil dadurch nur der Anprall der Woge verstärkt werden würde. Die Mattigkeit liegt anderswo; sie liegt einerseits im noch unbeendeten Kriegszustande und anderseits ist der Schwäche des sozialdemokratischen Gedankens selbst, nämlich im inneren Gegensatze der Begriffe Sozialisierung und Demokratie.

3.

Wenn man unter Sozialisierung Verstaatlichung versteht, so ist eine solche geradezu gefährlich geworden im Zeitalter der Friedensverhandlungen, wird aber auch noch auf Jahrzehnte hinaus bedenklich bleiben, weil die Gegner alle verstaatlichten Betriebsgruppen daraufhin ansehen werden, ob sie als Garantie für Schuldzahlung dienen können. Es würde unter Umständen mit dem Worte Verstaatlichung ein Vorgang gedeckt werden, der etwa so aussieht: das Deutsche Reich entschädigt die bisherigen Besitzer dafür, daß von nun an die Franzosen deren Aktien besitzen! Was haben wir, was hat die Arbeiterschaft davon? Deshalb kann es nicht auffallen, wenn nicht mehr von Verstaatlichung geredet wird, sondern von „Gemeinwirtschaftlicher Organisation". Die Reichsregierung führt die Oberaufsicht und regelt die Feststellung der Preise, im übrigen aber tritt der „Sachverständigenrat" in Tätigkeit. Aus dem gleichen Grunde wird überhaupt von „wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern" geredet.

4.

Die Ausschaltung des reinen Verstaatlichungsgedankens ist kein Verlassen der sozialistischen Idee an sich, denn diese war immer biegsam hinsichtlich der Betriebsgestaltung und enthielt nebeneinander zur Auswahl: Staatssozialismus, Gemeindesozialismus, Genossenschaftssozialismus, Gewerkschaftssozialismus (Syndikalismus). Das einzige, was durch den Gedanken des Sozialismus ausgeschlossen schien, war die Fortdauer des Privatbesitzes der Unternehmer. Der Privatunternehmer ist der Monarch, der in der Wirtschaftsrepublik nicht weiterhin geduldet werden soll, wie aber im übrigen die Republik sich gestaltet, bleibt der Nützlichkeitserwägung überlassen. Dabei ist es eine offene Frage, ob der Unternehmer entschädigt werden soll oder nicht, was aber nicht als sozialistische Prinzipiensache behandelt wird. Der Kern ist, ob der Unternehmer als solcher weiterexistiert. Das aber wird vom neuen Sozialisierungsentwurf in ziemlich weitgehendem Sinne bejaht. Man kann den neuen Zustand nach den kargen Andeutungen des Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft als eine Art von verwickeltem Konstitutionalismus bezeichnen. Das ist wahrscheinlich sehr klug, aber es ist gemilderter Sozialismus, Wein mit Wasser, Brot mit Kartoffeln. Die „Quintessenz des Sozialismus" ist noch nicht herstellbar.

Digitized by Google

5.

Der sozialistischste Satz im Kohlenentwurfe ist: „Die Reichsregierung regelt die Feststellung der Preise." Indem sie das tut, regelt sie nämlich auch die Festsetzung der Löhne, denn man kann auf die Dauer nicht höhere Löhne zahlen, als im Verkaufspreise enthalten ist. Damit sind wir nach einer ziemlich langen Zwischenzeit wieder beim preisregulierenden Polizeistaat angelangt, der durch die Kriegswirtschaft vorbereitet wurde. Diese Preisregulierung wird der Regierung keine ungetrübte Freude machen, denn von nun an wendet sich die Unzufriedenheit der Arbeiter gegen sie. Der Arbeiter als Demokrat erhebt sich gegen den Staat als Sozialisierungsanstalt, weil er trotz aller Freiheit kein Gefühl des Herrschens erlangt. Das liegt in der Natur der Sache und nimmt niemanden wunder, der wirtschaftliche Zusammenhänge kennt, aber es kommt den sozialistischen Proletariern erst jetzt zum eigenen peinlichen Bewußtsein. Er kann zwar dem Unternehmer und seinen Hinterleuten den Dividendengenuß kürzen und damit der bürgerlichen Rentnergesellschaft einen scharfen Schmerz zufügen, aber er kann sich auch dadurch nicht aus der „Lohnsklaverei" befreien. Das ist tragisch, das belastet den Sonnenaufgang einer neuen Zeit.

6.

Und trotzdem ist das, was in diesen Stunden geschieht, nichts Kleines. Sobald man diese Vorgänge nicht mit der Erwartung von Augenblicksvorteilen betrachtet und keine schnellen Zauberwirkungen auf die Volksseele von ihnen erwartet, kann man unter entwicklungsgeschichtlichem Gesichtspunkt überzeugt sein, daß wir eben an einem Meilenstein der Kultur- oder Zivilisationsbahn vorübergegangen sind. Wie die Bauernbefreiung der Napoleonischen Zeit zwar nicht sofort einen anderen Bauernstand schuf, aber die Grundlagen zum gegenwärtigen Bauerntum legte, so wird bei geordneter Weiterführung von Staat und Gesellschaft auch die Arbeiterschaft ihre Lebensform finden, obwohl das viel schwerer ist als die Daseinsform des Bauern zu entdecken und zu verwirklichen. Auch in großen Revolutionen geht alles schrittweise, weil die Natur selber keine Sprünge macht. Wir stoßen alte Vorzugsrechte und Hemmnisse ab und erwarten, daß der Lebenstrieb selbst sich unter den vielen Paragraphen diejenigen heraussucht, in denen lebendiger Inhalt ist.

Heinz Potthoff / Die Macht des Geistigen

Als ich vor einem Jahre im ersten Hefte der „Hilfe" von 1918 den „Niedergang der Wirtschaftsmoral" schilderte und als einziges Mittel zur Rettung vor völligem sittlichen Zusammenbruche die „Moral" der führenden Männer aufrief, ihren Verzicht auf Bereicherung durch den Krieg, gesellschaftliche Achtung der anders Handelnden — damals wurde ich in sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsblättern als „bürgerlicher Ideologe", d. h. als ein wohlmeinender Dummkopf abgetan. Heute dürfte bei einigermaßen klar Sehenden und vorurteilsfrei Denkenden kaum noch ein Zweifel sein, daß diese „Ideologie" berechtigt, ja notwendig war.

Nichts hat uns im Kriege die Bekämpfung des Wuchers und anderer sozialistischer Entartungen mehr erschwert als die irrige Behauptung der Sozialisten, daß solche Dinge notwendig mit dem bestehenden Wirtschaftssysteme verbunden, nur eine „Funktion" des Kapitalismus seien. Nichts gefährdet den Erfolg der Revolution mehr als der Materialismus der Massen, der sie zu einer Lohnbewegung hat herabsinken lassen. Nicht der Kapitalismus als Wirtschaftsverfassung hat Bankerott gemacht, sondern der Geist unseres Wirtschaftslebens. Die Sozialisten selbst denken ja gar nicht daran, heute unsere Wirtschaftsordnung umzustürzen, sondern rufen die Führer der alten Ordnung, die Unternehmer, zu Hilfe, damit unsere Volkswirtschaft erst einmal wieder in Gang und in die Höhe kommt, damit die Vorbedingungen zur Sozialisierung gegeben sind. Aber es wäre eine bittere Selbsttäuschung, wollte man diese Vorbedingungen nur im Materiellen suchen. Wenn nicht ein neuer Geist in allen Schichten unseres Volkes wächst, vor allem auch in den Arbeitermassen, dann wird keine Sozialisierung helfen. Denn es fehlt die Vorbedingung: die höhere Leistung der Gesamtheit, die nicht durch technische Verbesserung allein erzielt werden kann, wenn nicht Arbeitswille, Verantwortung für das Schicksal der Wirtschaft, soziales Pflichtgefühl und Gemeinsinn herrschend werden. Davon ist heute noch recht wenig zu merken. Im Gegenteil steht die Arbeitslust und Arbeitsleistung im umgekehrten Verhältnisse zur Lohnforderung, und der Egoismus macht sich überall mit noch größerer Ungeniertheit breit als im Kriege.

Dagegen ist mit Gewalt gar nichts zu machen. Denn man verkenne nicht, daß die sozialen Bedingungen heute ganz andere sind als früher. Die Revolutionen der Vergangenheit wurden mit positiver Gewalt, mit Waffenmacht durchgesetzt; man konnte sie mit Waffenmacht bekämpfen. Wenn man die Volkshaufen auseinanderjagte, die Volksvertretungen schloß oder ihre Mitglieder einsperrte, so war die Sache erledigt. Es genügte, wenn die Staatsmacht die Staatsangehörigen an gewissem Tun hinderte, sie zur Ruhe zwang. Das konnte man mit Bajonetten erreichen.

Die heutige Revolution wird endgültig auf dem Wirtschaftsgebiete ausgekämpft. Nicht die Maschinengewehre sind das Entscheidende, sondern die Beherrschung der Produktion. Die Hauptwaffe der Massen, die nach Freiheit, Herrschaft und mehr Anteil an den Gütern dieser Erde trachten, ist nicht die Waffengewalt, sondern die Verweigerung der Arbeitsleistung: der Generalstreik.

Er ist ein rein negatives Kampfmittel. Wirkungsvoll macht ihn, daß er nicht einzeln, sondern die Gesamtheit bedroht. Furchtbar macht ihn, daß er nicht mit Gewalt bezwungen werden kann. Regierung, Bürgertum und Beamtenschaft können das gleiche Mittel anwenden, den Streik; aber wenn das unblutige Ringen der Nichttätigkeit gegeneinander sich auskämpft, so kann es nur mit dem Untergange aller enden.

Wenn im November die Beamten und Offiziere, die dem alten Systeme die Treue zu halten wünschten, wenn die viel größere Zahl derer, die für Demokratie und sozialen Volksstaat eintraten, aber den gewaltsamen Umsturz in dieser Notzeit als Verbrechen am Volke verabscheuten, sich den neuen Machthabern versagt und das Kampfmittel benutzt hätten, was diese sie gelehrt, so wäre die Revolution in Chaos und Bürgerkrieg versunken. Wenn gegenüber den klassenegoistischen und politischen Streiks mancher Arbeitergruppen die Beamten und Geschäftsleute mit dem gleichen Mittel antworten, so ist auch jetzt noch der Zusammenbruch unserer Wirtschaft und damit das Ende unserer staatlichen Selbständigkeit sicher. Und keine Waffenmacht oder andere Ge-

Digitized by Google

walt kann die Arbeitsleistung erzwingen, die allein Deutschland aus der gegenwärtigen Not rettet.

Als der römische Spartakus die Proletarier sammelte, da war es ein schlichter Gewaltkampf, der sein Ende erreichte, sobald das Bürgerheer über das Sklavenheer gesiegt. Man schlug die sämtlichen aufrührerischen Sklaven tot; hatte eine Zeitlang einige Tausend Arbeitstiere weniger; aber sonst war alles in Ordnung. Heute kämpfen nicht rechtlose Sklaven gegen den Staat, sondern Staatsbürger ringen miteinander um die Macht im Staate. Und ihr Wirtschaftskampf setzt den staatlichen Organismus matt. Der grausamste Bürgerkrieg kann den Staat nicht erhalten, wenn er nicht die Massen zur Arbeit bringt.

Wenn wir diesen Weg gehen müssen, so bedeutet er einen langen, finsteren Gang durch schwerste Not, bis das Volk so zermürbt ist, daß es sich einen auf Waffenmacht gestützten Diktator gefallen läßt und aus Hunger wieder an die Arbeit geht. Heute würde der Diktator vielleicht Foch heißen. Und die Notarbeit würde auf lange Zeit hinaus uns in Verarmung und Verelendung halten.

Dieser Weg der Not ist unvermeidlich, wenn nicht schleunigst der andere, der einzige außerdem mögliche beschritten wird: wahre Demokratie, nicht nur des Staates, sondern auch seiner Bürger; nicht nur der Verfassung, sondern auch der Wirtschaft, der Kultur; nicht nur der Paragraphen, sondern auch der Gesinnungen. Nicht zur Ruhe, sondern zur Tätigkeit müssen die Massen gebracht werden; nicht Regierung, sondern Arbeitswille der Millionen rettet uns. Der aber kann nicht aufgezwungen, sondern nur anerzogen werden.

Niemals hat das Geistige eine solche Bedeutung gehabt wie heute. Der auf dem Materialismus aufgebaute Sozialismus ist tot in dem Augenblicke, da er ins Leben treten will. Die „Gebildeten", die durch Versäumnis schwere Schuld auf sich geladen, können diese jetzt ausgleichen, indem sie sich an die Spitze derer stellen, die soziale Demokratie als eine sittliche Pflicht erkennen und anerkennen; die *höchstes Glück aller nur durch die höchste Leistung* aller erringen wollen; und die sich zu den unerwünschten, unbequemen Arbeitspflichten drängen, weil sie vom Wohle der Gesamtheit gebieterisch verlangt werden.

Die Revolution wird äußerlich nicht zum Ziele kommen, wenn nicht der Arbeitswille als soziale Pflicht allgemein empfunden und geübt wird. Sie wird innerlich ihr Ziel verfehlen, wenn nicht erreicht wird, daß die Gesamtheit deutscher Volksgenossen im *Schaffen das Glück* sucht. Denn anderswo ist es für die Gesamtheit nicht zu finden!

Paul Rohrbach / Betrachtungen zur Vorgeschichte des Krieges

Die Flut der Enthüllungen und des nachträglichen Besserwissens, warum alles so gekommen ist, fängt an zu steigen. Wenn erst die Fähigkeit und der Wille, politischen Stoff solcher Art zu verarbeiten die jetzt bei den meisten wie erloschen sind, wieder zurückgekehrt sein werden, so wird diese Literatur auf lange hinaus eine große Rubrik in unserem politischen Leben bilden. Heute sind die einen müde und verzweifelt und wollen nicht zu allem Schmerz der Gegenwart auch noch die Vergangenheit umwühlen und sich die Zusammenhänge zeigen lassen, die von weither auf den Zusammenbruch hinführten. Die anderen bestehen umgekehrt mit einer Art von selbstmörderischer Genugtuung darauf, daß uns nichts von früheren Fehlern und Versehen geschenkt wird. Beides ist falsch, aber den Kopf nachträglich in den Sand zu stecken, ist noch falscher als der Übereifer des Untersuchens.

Worum es sich in erster Linie handelt, ist unser Verständnis des Auslandes während der Zeit nach dem Abgang Bismarcks. Der erste Kanzler des Deutschen Reiches zeigte seine politische Meisterschaft auch darin, daß er es verstand, die Psychologie der anderen zur Grundlage seines Urteils zu machen. In England hat man während dieses Krieges gesagt: Die deutsche Diplomatie wäre die beste der Welt, wenn alle Menschen Preußen wären, und ein anderes Wort hieß: Wäre die Strategie der Deutschen so schlecht wie ihre Psychologie, so hätten sie den Krieg auch auf dem Schlachtfeld verloren gehabt, ehe sie ihn begannen. Das ist in der Tat ein Hauptunterschied der deutschen Politik im Zeitalter Bismarcks und später: Bismarck beherrschte die psychologischen Grundlagen des gesamten europäischen Systems seiner Zeit auf das vollkommenste, was auch dann noch eine gewaltige Kunst war, als der Wille der Kabinette und einige klar faßliche Grundströmungen in der öffentlichen Meinung der Nationen die erkennbaren Hauptfaktoren der Politik ausmachten. Seit dem Beginn des imperialistischen Zeitalters aber, wo die inneren Zusammenhänge verwickelter wurden, wirtschaftliche und politische Interessenkonflikte sich gegenseitig immer mehr durchdrangen und die Presse in ganz anderer Weise als vorher eine politische Macht wurde, zeigte sich die deutsche Schulung als rückständig.

Die deutsche Diplomatie war den ins Große wachsenden Schwierigkeiten ihrer Aufgabe nicht mehr gewachsen! Das ist der Haupteindruck, den man aus den wichtigeren Veröffentlichungen zur Vorgeschichte des Krieges erhält, und darum ist es auch notwendig, trotz des wenig erfreulichen Charakters dieser Arbeit, die Rückblicke zu studieren. Ohne das werden wir nicht lernen, zukünftige Fehler zu vermeiden. Einstweilen die wichtigste unter den Schriften *zur Vorgeschichte des Weltkrieges* ist ein Buch, das diesen Titel trägt, von *Otto Hammann*, bis vor kurzem Chef der Preßabteilung des Auswärtigen Amtes, mit dem Untertitel: „Erinnerungen aus den Jahren 1897—1906", Berlin 1918. Fragt man, was das Wichtigste in dieser Neuerscheinung ist, so wird der politische Laie antworten: die Darstellung der englisch-deutschen Unterhaltungen 1898—1901, die von englischer Seite zu einem Bündnisabkommen beider Staaten führen sollte, und als auf ein besonders interessantes Detail wird sicher auf den englischen Vorschlag hingewiesen werden, der eine Teilung Marokkos zwischen beiden Mächten anbahnen zu sollen schien. Der erfahrenere Politiker jedoch wird sagen: Gewiß, das ist sehr interessant und wichtig, aber viel wichtiger ist der im Anhang mitgeteilte *Brief Bismarcks an Lord Salisbury vom November 1887*.

Bismarck nimmt das Gerede, der damalige Prinz Wilhelm habe russenfreundliche und antienglische Neigungen, zum Anlaß, um den englischen Premierminister hierüber prinzipiell zu beruhigen. Er führt dann aus, daß Deutschland bei dem System der allgemeinen Wehrpflicht seiner Organisation nach kaum einen anderen als einen Verteidigungskrieg führen könne und sagt dann: Österreich und England haben aufrichtig den status quo des Deutschen Reiches anerkannt; Frankreich und Rußland dagegen schienen Deutschland zu bedrohen — „Frankreich, indem es den Traditionen der letzten Jahrhunderte treubleibt, wo es sich als den beständigen Feind seiner Nachbarn erwiesen hat, und infolge des französischen Nationalcharakters; Rußland, indem es heute Europa gegenüber die für den europäischen Frieden beunruhigende Haltung einnimmt, welche Frankreich unter den Regierungen Ludwigs XIV. und Napoleons I. kennzeichnete." Bismarck führt die russische Gefahr einerseits auf den Panslawismus, andererseits darauf zurück, daß sowohl die Umsturzpartei als auch die konservativen Monarchisten in Rußland von einem auswärtigen Kriege den Sieg oder die Sicherung ihrer Ideen erwarteten und ebenso die Regierung die Tendenz haben könnte, lieber einen auswärtigen Krieg als eine Verfassungsänderung zu machen. Deutschland sei wohl imstande, sich gegen das vereinte Frankreich und Rußland zu behaupten, wie Preußen im Siebenjährigen Kriege, indes der Krieg würde „immerhin ein so großes Unglück für das Land sein, daß wir versuchen würden, ihn uns durch eine freundschaftliche Ver-

Digitized by Google

ständigung mit Rußland zu ersparen, für den Fall, daß wir denselben **ohne Bundesgenossen** führen müßten".

In diesen Worten „ohne Bundesgenossen" ist der Kern des Briefes enthalten: **das Bündnisangebot an England.** Bismarck fährt dann fort, die deutsche Politik werde einen russischen Krieg vermeiden, „solange es mit unserer Ehre und unserer Sicherheit vereinbart ist und solange die Unabhängigkeit Österreich-Ungarns, dessen Bestand als Großmacht für uns eine Notwendigkeit allerersten Ranges ist, nicht in Frage gestellt wird". Nie würde Deutschland an Rußland die Unterstützung seiner Waffen leihen können, um ihm zu helfen, eine der Mächte niederzuwerfen, auf deren Bestand Deutschland rechnen müsse, um Rußland in Schranken zu halten. „Von diesem Gesichtspunkt aus wird die deutsche Politik **immer** gezwungen sein, in die Reihe der Kämpfenden einzutreten, wenn die Unabhängigkeit Österreich-Ungarns durch einen russischen Angriff bedroht wäre oder England oder Italien Gefahr liefen, durch französische Heere überflutet zu werden."

Zweimal also findet sich in dem Brief die Entscheidung Deutschlands im voraus für den Fall gekennzeichnet, der beim Ausbruch des Weltkrieges eintrat: lebensgefährliche Bedrohung Österreich-Ungarns durch Rußland. Außerdem aber, und das ist von der größten Wichtigkeit für das Bild der wahren Politik Bismarcks, sehen wir jetzt deutlich, wie Bismarcks innere Stellung zu Rußland war. Er hat Rußland für die eigentliche europäische und für die deutsche Gefahr gehalten; er hat noch kurz vor dem Ende seiner Kanzlerschaft das englische Bündnis gegen die von Osten drohende Gefahr und die Verankerung der deutschen Politik nach Westen gesucht. Erst als Lord Salisbury auf seinen Vorschlag nicht einging, blieb nichts übrig, als den Draht mit Rußland so haltbar es ging zu knüpfen.

Hammanns Schrift ist auch, abgesehen von diesem Bismarckbrief, voll von interessanten Darlegungen, die dem Interesse des Lesers zur direkten Kenntnisnahme empfohlen seien. Bei aller Schonung in der Form bedeutet die Veröffentlichung sachlich doch eine Verurteilung der Bülowschen Politik, die sich nicht entschließen konnte, vierzehn Jahre später, als England seinerseits die Hand ausstreckte, zuzugreifen und im Sinne des Bismarckschen Briefes von 1887 auf ein näheres Verhältnis zu Rußland zu verzichten. Noch viel schärfer als bei Hammann tritt die Verurteilung Bülows in der Schrift des Botschaftsrats a. D., **Freiherrn von Eckardstein**, hervor: **Diplomatische Enthüllungen zum Ursprung des Weltkrieges**, 3. Auflage, Berlin, Carl Curtius. Eckardsteins Darstellung ist weit schroffer gehalten als die Hammanns und scheint literarisch auf eine gewisse Sensation berechnet. Von Bülow heißt es, dieser habe sich selbst als Bismarcks Schüler bezeichnet, aber wenn Bismarck erwacht wäre, so hätte er gesagt: „Keiner meiner Schüler hat mich verstanden, nur Bernhard von Bülow, aber dieser hat mich gründlich mißverstanden!" Auch bei Eckardstein tritt der Nachweis hervor, daß Bismarck nur widerwillig den Rückversicherungsvertrag mit Rußland im Jahre 1887 erneuert hat, daß er seit 1876 „in der stetig wachsenden Woge des russischen Imperialismus und Panslawismus" den gefährlichsten Feind für Deutschland gesehen und schon vor dem Brief an Salisbury wiederholte Versuche gemacht hat, ein deutsch-englisches Defensivbündnis herbeizuführen.

Eckardstein gibt (S. 14—28) eine ausführliche chronologische Darstellung der Vorgänge, die der ersten englischen Bündnisanregung, 1899, folgten. Nicht angenehm berührt es, daß die Persönlichkeit des Verfassers dabei auffallend in den Vordergrund geschoben wird. Die entscheidenden Punkte sind aber alle durch Daten belegt. Auf die verhängnisvolle Art des Kaisers, durch psychologisch verfehlte Derbheiten im Ausdruck Schaden in der Politik zu stiften, fällt dabei ein neues und unerfreuliches Licht. Der Kern auch dieser Schrift ist die Bekräftigung der Einsicht, daß es die von Grund auf verfehlte Hinneigung starker, politisch einflußreicher Kreise zu Rußland war, die uns in die Lage gebracht hat, aus der schließlich das Verhängnis des Weltkrieges erwuchs. Die Wurzel des Unheils war dabei immer die Unfähigkeit, die psychologischen Voraussetzungen der Politik auf der Gegenseite und die innere Bedeutung ihrer Motive zu begreifen.

Bruno Rauecker / Das Lohnproblem

In fast allen Gewerben hat die Revolution zu Lohnbewegungen geführt, deren Forderungen maßlos sind. Schon zu Beginn der Revolution meinte der radikalste der drei ausgeschiedenen Volksbeauftragten, der Unabhängige Barth, die **politische** Bewegung drohe in eine Lohnbewegung auszuarten, und allen Warnungen Vernünftiger und Verantwortlicher zum Trotz ist es so geblieben. Eine „Konjunktur" wird ausgebeutet, für deren Träger der preußische Finanzminister Simon mit Recht das Wort „Revolutionsgewinnler" geprägt hat. Was können wir dagegen tun?

1. Wir können übertriebenen Lohnforderungen mit aller Schärfe entgegentreten, und die preußische Regierung hat diesen Weg beschritten, indem sie am 3. Januar in einer amtlichen Auslassung von der „gebieterischen Pflicht der Staatsregierung, dem Anwachsen der Lohnausgaben über das Maß des Erträglichen hinaus mit Festigkeit entgegenzutreten" sprach. 2. Wir können **berechtigte** Lohnforderungen sofort und ohne Umschweife bewilligen helfen.

Wer kann darüber entscheiden, ob eine Forderung berechtigt oder unberechtigt ist?

Die großen Arbeitgeberverbände sind mit den großen Arbeitnehmerverbänden am 15. November zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengetreten, der die Regelung der wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Gewerbe anvertraut ist. Durch eine Verordnung des Rates der Volksbeauftragten sind ihre Vereinbarungen unabdingbar gemacht, und das Reichswirtschaftsamt kann ihnen für **sämtliche** Gewerbeangehörige, auch für diejenigen, die der Arbeitsgemeinschaft **nicht** angehören, Rechtsverbindlichkeit verleihen. In das Zentrum ihrer Aufgabenkreise wird diese Arbeitsgemeinschaft das Lohnproblem stellen und es besteht kein Zweifel, daß für die der Gemeinschaft angeschlossenen Verbände die Lösung der Gegensätze auf dem Verhandlungswege möglich ist.

Allein: Wird diese Arbeitsgemeinschaft, wird diese bisher reifste Frucht des neudeutschen Industrieparlamentarismus die Kraft und den Nachdruck haben, ihren Vereinbarungen auch tatsächlich Wirkung zu verleihen? Spartakus beutet die Nichtorganisierten für seine Zwecke aus, in den Kohlenrevieren Schlesiens, Rheinlands, Westfalens, auf den Schiffswerften in Hamburg und Bremen, in den Stickstoff- und Elektrizitätswerken ruhten und ruhen zeitweilig die Betriebe, weil die Lohnforderungen der Arbeiter unersättlich sind. Es rächt sich jetzt, daß im alten Deutschland der Obrigkeitsstaat mit Polizeigewalt und unlauterer Rechtsprechung die Gewerkvereine wieder und wieder schwächte. Es zeigt sich, wie es sündigte, als er die Arbeiterverbände zu politischen Vereinen stempelte, ihnen Versammlungs- und Vereinsfreiheit immer wieder unterband. Wie schlecht beraten war er doch, als er die Arbeitskammervorlage an dem Einspruch der Regierungen gegen die Wahl der Gewerkschaftsführer scheitern ließ, in denen er bezahlte Hetzer, Demagogen sah. Mit einer Rechtsbeugung ohnegleichen hat er die Autorität der Arbeiterführer untergraben — eine Autorität, die uns jetzt so nötig wäre!

Denn es besteht kein Zweifel: die **Nichtorganisierten** werden dem Zunftzwange der Arbeitsgemeinschaft sich nicht fügen wollen. Sei es aus welchen Gründen immer, aus Abneigung gegen die politisch maßvolle Haltung dieser Führer, aus Angst vor einer möglichen Reaktion: für den Augenblick steht ihnen über alles ihre „goldene Freiheit". Wovon, das wissen sie selbst nicht klar; wozu, ist ihnen noch weniger deutlich.

Die Reichsregierung hat an die Errichtung von Lohnämtern gedacht, die Aufstellung von Schiedsausschüssen zur Klärung der Lohnverhältnisse. Zweifellos, dort ist der Ort, in gründlicher Vorarbeit die Rentabilitätsberechnungen der einzelnen Gewerbezweige zu erledigen, die Berechnung der **Möglichkeiten** der Lohnforderungen kann dort vollendet werden. Doch zweifeln wir an der Wirksamkeit und Spruchkraft dieser Lohnämter vor Ablauf vieler Monate. Besser mag es mit der Arbeitsfähigkeit der Schlichtungsausschüsse stehen. Aus dem Hilfsdienstgesetz in die Übergangswirtschaft mit übernommen, ist ihnen durch eine Verordnung des Rates der Volksbeauftragten der Rechtsvollzug ihrer Sprüche gesichert. Gleichzeitig in ordentlichen Wahlen aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen hervorgegangen, werden ihre Beisitzer in der Lage sein, unter **geordneten** politischen Verhältnissen geordnete sachliche Arbeit zu leisten. Auch die Zusammensetzung der Betriebsausschüsse (Arbeiterausschüsse, Angestelltenausschüsse), die in allen Betrieben mit 20 und mehr Arbeitern zu wählen sind (Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 23. 12. 18) und in denen Nichtorganisierte neben Organisierten sitzen können, kann die Schlichtung von Lohnstreitigkeiten fördern.

Allein kein guter Wille der Beteiligten, keine noch so glückliche Zusammensetzung gleichseitiger Schiedsstellen wird das Lohnproblem zur Lösung bringen, wenn nicht an einem gearbeitet wird: An der Verstetigung des Wirtschaftsprozesses. **Ohne die Abwehr der Produktionsstriken werden bindende Lohnvereinbarungen auch für die stärksten**

Fristen unmöglich sein. Das haben die Tarifverträge gelehrt, das werden die Arbeitsgemeinschaften nur bestätigen können. Immer wieder waren in jenen Gewerben die Löhne am brüchigsten, in denen mit einer unregelmäßigen Zufuhr der Rohstoffe und Halbfabrikate zu rechnen war, in denen im Ablauf der Mode- und Musterkonjunktur jedes Vierteljahr Neuumstellung der Betriebe brachte.

Über die Zufuhr der Rohstoffe entscheidet der Friedensschluß. Wir haben anzunehmen, was und wieviel man uns gibt. In der Frage der Modekonjunktur sind wir frei. Was haben wir für Richtigkeiten auf den Markt gebracht! Was wird nicht an Modewaren ausgeboten! Zu schweigen von dem Kitsch, den sog. „Luxusgütern", deren stilloser Prunk, wie man zu sagen pflegt, „Geld unter die Leute bringt". Handels- und Handwerkskammerberichte klagen über „die Mode"! Der Absatz von Sonnenschirmen, von Kinderwagen, von Unterhosen sei unter der „Konjunktur" zu Schaden gekommen. Tapeten und Ohrringe der letzten „Saison" seien „unmodern" geworden, die Mode der langen Ärmel habe Zehntausende von Arbeitern auf Armhandschuhe brotlos gemacht.

Liegt es nicht mehr in der neugegründeten Arbeitsgemeinschaft vom 15. November, ein Modeparlament auszubauen, in dessen Rahmen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichzeitig vertreten sind? Die Schuhindustrie hat den Anfang gemacht. Sie ist schon 1911 zu Besprechungen zusammengetreten, um Richtlinien festzulegen für die Herbstsaison 1912 unter „Benutzung und organischer Fortentwicklung der gangbaren Muster der verflossenen Saison."

Die Not des Krieges hat uns vor die Rationalisierung unserer Wirtschaft gestellt. Wiederaufbau und „Vergesellschaftung" hängen von ihrer Lösung ab. Mode aber bedeutet Individualismus, Gegnerschaft nationaler Betriebsführung, Hindernis der Sozialisierungsbestrebungen überhaupt.

An einem Beispiel soll verdeutlicht werden, welche Ersparnisse am Material durch Modebeschränkungen zu erreichen sind, Ersparnisse, die in jedem der Mode unterworfenen Gewerbe — und welches Gewerbe wäre dies nicht — sich erreichen lassen. „In einer mittleren Tuchfabrik mit Nouveauté-Arbeit werden jährlich etwa 1200 Abschnitte zu je 8 Metern, also im ganzen rund 10 000 Meter, für Musterzwecke verwandt und zum größten Teile durch Zerstückelung zerstört. Noch viel größer aber stellt sich die durch Neubemusterung bedingte Stoffverschwendung im Handel. Den Musterverschnitt in der Fabrik kann man bei der sog. „Nouveauté"-Fabrikation auf etwa 6 v. H. der gesamten Stofferzeugung ansetzen, also beispielsweise bei einer Jahreserzeugung von 500 000 Metern auf etwa 30 000 Meter, so daß schon von der Fabrik aus nur noch 470 000 Meter in den Handel kommen. Weiter hat der Versender, der zwischen dem Fabrikanten und dem Schneider vermittelt, etwa 15 bis 18 v. H. der von ihm umgesetzten Stoffmenge auf Musterverbrauch anzurechnen, während der Grossist, der im wesentlichen an den Kleinhändler (nicht den Schneider) weiterverkauft, nur etwa 5 v. H. des umgesetzten Stoffes für Muster verbraucht. Auf die ursprünglich in der Fabrik hergestellte Menge berechnet, würde der gesamte Verlust an Mustern sich demnach auf dem Wege Fabrikant—Versender—Schneider auf 20 bis 23 v. H., auf dem Wege Fabrikant—Grossist—Kleinhändler auf 10 bis 11 v. H. stellen, d. h. von den beispielsweise angenommenen 500 000 Metern Jahreserzeugung werden auf dem ersten Wege 100 000—115 000 Meter, auf dem zweiten Wege 50 000—55 000 Meter durch die Bemusterung ihrem eigentlichen Zwecke entzogen, und es wird eine entsprechende Menge Rohstoff vernichtet." (Franz Pariser, Direktor der Kriegs-Wollbedarf-A.-G., in „Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung" Nr. 19 v. 11. 5. 18.) Legt man die Produktionskosten eines Meters Stoff mit beispielsweise 6 M. zu Grunde, so ergibt sich bei einer Gesamtvernichtung von 150 000—170 000 Metern ein Betrag von 900 000—1 020 000 Mark, der in einer einzigen Fabrik dem Moloch der Mode zum Opfer fällt. Setzt man den Musterverbrauch in Stapelartikeln mit 3 bis 4 v. H. an, so ergibt sich ein Mehr von 27 bis 28 v. H., das in der Modeproduktion zugrunde geht.

Es braucht nicht bemerkt zu werden, was dies für die Möglichkeiten der Lösung des Lohnproblems bedeutet. Ein einmaliger Verzicht auf die Modekonjunktur der Saison würde dem deutschen Gewerbe Milliarden ersparen, die zu einem Teile frei würden für die erhöhten Löhne.

Man komme nicht mit dem Einwand, der „Bedarf erfordere den Modewechsel"! Der Bedarf läßt sich erziehen und ist all die Jahrhunderte erzogen worden. Könige, Fürsten und Städte haben bis in das 19. Jahrhundert vorgeschrieben, wie der einzelne im Rahmen seines Standes sich kleiden soll, und als die Gewerbefreiheit kam, hat die Industrie die Rolle der Fürsten und Städte übernommen. Wir wollen die Gewerbefreiheit nicht antasten, aber wir wollen sie der Allgemeinheit dienstbar machen und nicht den Interessen der Mode-Unternehmer. Auch hier ist Freiheit ohne Verpflichtung Eigennutz.

Der Staatssekretär des Demobilmachungsamtes Dr. Koeth hat recht, wenn er die wilden Lohnbestrebungen der Arbeiter auf die heutige Form der Arbeit zurückführt, die Arbeitsteilung und Mechanisierung entgeistigt habe. Er hat doppelt recht, wenn er die gegenwärtigen Lohnurteile auf psychologische Würdigungen verweist. Doch die Voraussetzung dafür, daß es anders werde, daß an die Stelle der Verdumpfung innere Beteiligung am Werke tritt, hat er nicht genannt: Die Verstetigung des Marktes. An ihr muß wirken, wer glaubt, daß uns der Volksstaat gerechtere Verteilung materieller Güter, aber auch Versittlichung des Arbeitslebens bringen soll.

Hans Rothfels / Äußere und innere Politik

Die deutsche Revolution hat den letzten bedeutsamen Typus der autoritären Staatsform zertrümmert. Der demokratische Geist wird das Verfassungsleben der Zukunft in der einen oder anderen Gestalt beherrschen, er beansprucht auch die äußere Politik nach seinen Prinzipien zu regeln. Zugleich aber ist handgreiflich deutlich, daß eben aus dieser Sphäre der Antrieb zu jenem gewaltigen Umschwung entstammt. Das alte System war hinter den entwicklungsgeschichtlichen Notwendigkeiten zurückgeblieben, die Verflechtung in die Weltpolitik machte eine breitere Fundamentierung des Gemeinwesens nötig, das Volksheer und der Volkskrieg forderten dringlich die Ergänzung durch den Volksstaat. Der Moment der Reform wurde versäumt. So führte der immer wachsende äußere Druck den Zusammenbruch der alten Formen herbei.

Keine Generation hat den unmittelbar wurzelhaften Zusammenhang innerer und äußerer Politik so erschütternd erfahren wie die unsere. Aber von diesem elementaren Erlebnis bis zu klarer Anschauung und praktischer Folgerung ist ein weiter und mühsamer Weg. Es soll deshalb mit allem Nachdruck auf eine kurze Skizze hingewiesen werden, die der Heidelberger Historiker Oncken kürzlich veröffentlicht hat. (Über die Zusammenhänge zwischen äußerer und innerer Politik. Vorträge der Gehe-Stiftung IX, 4. Teubner 1919.) In der knappen Form eines Vortrages werden hier die Zusammenhänge zwischen äußerer und innerer Politik erörtert, nicht abschließend, aber ungemein anregend und bedeutungsvoll für die lastenden Aufgaben der Gegenwart. Es ist ein zentrales, aber schwer greifbares und daher häufig unbeachtetes Problem, das hier vorliegt. Das reichste und fruchtbarste Material für seine Klärung bieten die Werke Rankes dar, der in diesem geheimnisvollen Herüber und Hinüber der Wirkungen einen der stärksten Hebel des weltgeschichtlichen Geschehens ahnte. Es war sein Verdienst, daß er mit der naturrechtlichen Vorstellung einer allgemein gültigen Form des Staates brach, ihn als historische Individualität anschaute, als Staat unter Staaten. So faßte er auch scheinbar rein innerliche Bildungen, die Entwicklung der deutschen Reformation, die französische und die englische Revolution als europäische Ereignisse auf, maßgeblich bestimmt durch den Gang der großen Politik, und lehrte sie so tiefer und allseitiger verstehen. Die Geschichte Richelieus, das Erlebnis des Zusammenbruchs der heiligen Allianz bezeugten übereinstimmend, daß innerpolitisch orientierte Prinzipienkämpfe, zwischen den konfessionellen Parteien dort, zwischen Legitimität und Revolution hier, nicht standhielten vor den Lebensinteressen der Staaten und Völker. So formte Ranke, der Historiker der Ideen, zugleich die Lehre vom „Primat der auswärtigen Politik", nicht im Sinn einer ethischen Wertung, sondern als sachlich-biologische Feststellung. Die Dynamik des äußerpolitischen Geschehens ist so durchgreifend, die Forderung der Selbsterhaltung von so zwingender Natur, daß die innerpolitische Organisation nach dem äußeren Lebensgebot hin orientiert sein muß. Wohl ist die Intensität dieses Zusammenhangs nach Zeit und Ort stärksten Schwankungen unterworfen. Das eine Extrem ist etwa das Italien des 16. Jahrhunderts, auf dessen Boden die Machtkämpfe Europas ausgefochten wurden —, hier ist die Lehre Machiavellis entstanden; den Gegenpol stellen England und Amerika in ihrer sturmfreien Lage dar, ihre Entwicklung ist in hohem Maße autonom. Aber auch hier ist jener Primat wirksam. Die „Utopia" des Thomas Morus, scheinbar ein Werk freiesten Gedankenspiels, und doch ganz charakteristisch abgestellt auf die Bedürfnisse des

Digitized by Google

Welt- und Kolonialmacht, ist ein theoretisches, der Schiffbruch der liberalen englischen Außenpolitik Gladstones ein praktisches Beispiel dafür. In neuester Zeit häufen sich die Belege unter dem Einfluß der imperialistischen Entwicklung, man denke an die Demokratisierung der englischen Verfassung, an den Ausbau der Stellung des Premier und des amerikanischen Präsidenten, an die „Militarisierung" Englands und Amerikas.

Vollends durch die deutsche Geschichte geht jener Zusammenhang wie ein roter Faden hindurch. An einer großen auswärtigen Unternehmung, der Italienpolitik des Kaisers, erwuchs zuerst ein deutsches Nationalgefühl, ihr Stillstand im 13. Jahrhundert trug wesentlich zur inneren Zersetzung bei. Der atmosphärische Druck, der sich damit über Deutschland legte, half sehr bedeutsam mit, den Typus des preußischen Beamten- und Militärstaates zu entwickeln. Das gleiche Element war eines der stärksten Motive der preußischen Erhebungszeit, die jene Staatsform durch freiere Einrichtungen umzubilden begann. Alle innere Reform ist seitdem mit unserem äußeren Aufstieg verknüpft gewesen, denn nicht darum handelt es sich, daß eine starke Politik nach außen auch eine starke Hand im Innern erfordere. So mechanisch ist der Zusammenhang nicht. Aber umgekehrt war auch nicht die Freiheit schlechthin das Ziel unserer Entwicklung, wir suchten — eingedenk unserer europäischen Lage wie unserer besten geistigen Tradition — eine Synthese von Macht und Freiheit. Man braucht an dieser Stelle nur an Naumanns Parole von „Demokratie u n d Kaisertum" zu erinnern.

In ähnlicher Richtung gehen auch Onckens Reformwünsche und die daran geknüpften theoretischen Erörterungen. Sie sind in vielen Einzelheiten inzwischen überholt, — gilt das gleiche von dem großen Grundgedanken, der innerhalb der vielfaltigen Wechselwirkung innerer und äußerer Politik, der letzteren eine beherrschende Stellung zuweist? Die Frage scheint müßig, denn nie war es in brutalerem Sinne deutlich, daß Deutschland in seiner europäischen Mittellage keiner autonomen Politik fähig ist, daß die Aufgaben innerer Organisation zurücktreten hinter der bangen Frage nach der Existenz überhaupt.

Aber gerade um dieses harten Zusammenhangs willen findet der Ruf einer neuen geistbestimmten Zeit in Deutschland so besonders lebhaften Widerhall. Zwei universale Ideen beanspruchen die Welt nach ihrem Bilde zu gestalten: der Gedanke des demokratischen Völkerbundes und des Bolschewismus. Man mag die verpflichtende Gewalt dieser geistigen Tendenzen noch so hoch anschlagen, jede verantwortungsvoll nüchterne Betrachtung muß vor übertriebenen Hoffnungen warnen. Was wir erleben, ist eine grandiose Wiederholung und Übersteigerung der Lage von 1792 und 1815, nur daß beide Mächte, die der Erhaltung der alten Gesellschaftsordnung und Kultur und die der Revolution, jeweils um eine Entwicklungsstufe nach links gerückt sind. Aber schon heute deutet sich die Erfahrung an, die Ranke damals machte: der unvermeidliche Durchbruch der auswärtigen Interessen. Um nur eines zu nennen. Wie bezeichnend, daß der Völkerbundsgedanke, dargestellt in der Person des Präsidenten Wilson, zum ersten Male Hörner und Klauen bekam, als es sich darum handelte, die für die amerikanische Weltstellung so bedenklichen Ansprüche Japans auf die deutschen Südseeinseln zurückzuweisen. — Und anderseits lebt im Bolschewismus ein Grundzug des russischen Imperialismus wieder auf, jener Gedanke Dostojewskis und der Panslawisten, daß der Orient den Völkern des faulen Westens die Erlösung zu bringen berufen sei.

Was folgt für Deutschland aus dieser Lage? Die äußere Situation wie die Gemeinsamkeit der gesellschaftlichen und geistigen Kultur führen uns an die Seite des Westens, Äußeres und Inneres zugleich. Und wir fühlen wohl die Hoffnung in uns, es möge unsere Aufgabe sein, die Ideen des Westens, in gewissem Maße auch die des Ostens, aus eigenem Geiste wiederzugebären und in einem eigenen Typus geistigen und staatlichen Lebens zur Versöhnung zu bringen. Zu diesem Ziel aber wird ein verachtetes und in sich zerfallenes Volk nichts beitragen. Nicht feige Verleugnung unserer Vergangenheit, nicht der schwächliche Ruf „Zurück zu unseren Denkern und Dichtern" kann uns den Weg der Zukunft freimachen. Es war wahrlich nicht Zufall und Willkür, daß um die Wende des 18. Jahrhunderts der deutsche Idealismus sich dem Staate zuwandte. Wollen wir diese tief innerlich notwendige Entwicklung mit dem zu unserer Vernichtung ersonnenen Schlagwort der „beiden Deutschland" schmähen? Nur ein verhängnisvoller Dilettantismus konnte glauben, durch einen radikalen Bruch mit unserer Geschichte, durch Selbstgeißelung und Selbstzerfleischung unsere internationale Lage bessern zu können. Wir hoffen, daß dieser innerpolitische Doktrinarismus nun endgültig verabschiedet wird. Rankes Lehre von der Individualität des Volkes und Staates hat auch heute noch ihre tiefe Bedeutung für uns. Nur, wenn wir uns bekennen zu dem, was wir gewesen und geworden, zu dem unerhört leidvollen Ganzen unserer Geschichte, zu dem über alle „Schuld"fragen turmhoch erhabenen schicksalsmäßigen Zug unserer Entwicklung, nur dann dürfen wir auch fürderhin etwas für die Welt zu sein hoffen.

Die Wirtschaftspolitik weist uns als Rettungsmittel auf die Wiederherstellung der Produktivität hin, aber heute mehr wie je ist zu betonen: Staaten wie Einzelmenschen „leben nicht von Brot allein". Auch bei ausreichender Nahrung (und gerade dann) kann ein Volk verderben und verdorren, wenn die Luft, die es atmet, nicht rein und klar ist. Erst muß die Atmosphäre entgiftet werden, erst müssen wir das Haupt wieder erheben können, ehe an innere Gesundung zu denken ist. Nicht Revanche fordern wir, wohl aber Rehabilitation.

So steht auch heute der innere Neubau unter dem Primat der auswärtigen Politik. Der Abbruch der Arbeiten der Sozialisierungskommission ist ein lehrreiches Beispiel dafür. Es gilt nicht die Konstruktion des besten Staates, der Gesellschaft, in der es für den einzelnen sich am bequemsten lebt. In ganz anderem Maße noch wie in der preußischen Reformzeit sollte das Recht auf Pflichten vor dem Recht auf Rechte stehen, Anteilnahme am Staat, nicht Freiheit vom Staat die Parole sein. Das sei der Sinn deutscher Demokratie: die Wurzeln des Gemeinwesens so tief wie möglich in den nationalen Lebensboden einzusenken, die Freiheit des einzelnen mit der Macht des Ganzen innigst zu verknüpfen. Auch das Verhältnis von Gesamtstaat und Einzelstaat steht unter dieser Forderung. Nicht zufällig bildete die Schweiz, da sie von aristokratischen Regierungsformen zu demokratischen überging, ihre staatenbündische Verfassung zu einer bundesstaatlichen um: der einzige Staat in Mitteleuropa, der dem schlechthin anarchistischen Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht der nationalen Splitter widerstanden hat. Die größere Flüssigkeit der inneren Grenzen, die Anwendung des Prinzips der Volkssouveränität auf den Einzelstaat fordern dringend als Gegengewicht eine rationelle Zentralisierung des Reiches. Nur sie vermag den völligen Zerfall zu verhindern. An der Erfüllung dieser Aufgabe aber hängt schlechthin alles. Man täusche sich nicht: selbst als „Kulturdünger" sind wir entwertet, seit man draußen Kultur mit K zu schreiben und in Anführungsstriche zu setzen sich gewöhnt hat. Wir können nicht an das 18. Jahrhundert anknüpfen, das aristokratische Zeitalter einer isolierten, mit sozialer Rückständigkeit breiter Schichten erkauften Geistigkeit ist vorbei. Ebensowenig freilich taugt uns das Ideal des wirtschaftlichen Auskommens, der selbstgenügsamen Gemächlichkeit. Nur als Ganzes, nur in einer Gemeinschaft aller Anstrengungen können wir wieder emporkommen, mit der inneren zugleich die äußere Aufgabe unserer Geschichte lösen: die widerstrebenden Elemente unserer Vergangenheit aufs neue in einer fruchtbaren Synthese zu einen, mit der Formung einer eigenkräftigen staatlichen Kultur uns der Welt als wertvolles Glied wieder einzufügen.

Wilhelm Schremmer / Die ersten Schritte der ländlichen Besiedelung

In den östlichen Provinzen Preußens sind die Dörfer nicht selten, die seit etwa 1880 ein Drittel der Bauernbevölkerung verloren haben. Das Land ging in die Hände des Großgrundbesitzes über, den der alte Staat nach allen Richtungen hin stärkte,

Digitized by Google

In Schlesien z. B. ist mehr als ⅘ der Bodenfläche, in den Regierungsbezirken Breslau und Oppeln mehr als die Hälfte Rittergutsland. Noch in den letzten Kriegsjahren sollten die Fideikommisse stark verankert werden, und es steht fest, daß jetzt mit allen Mitteln die Aufteilung des Großgrundbesitzes hintertrieben wird. Die Konservativen hätten es bei der alten Regierung durchgesetzt, daß ihren Söhnen auch das staatliche Domänenland verblieb, der im östlichen Preußen 1,6 Millionen Morgen ausmacht.

Die Sozialdemokratie will den Großbesitz verstaatlichen, ihn, wie es Hofer ausgedrückt hat, unter zentraler Leitung bearbeiten lassen. Damit ist dem Dorfe, den Bauern, dem Volke nicht geholfen. Wir haben im Kriege soviel Staatswirtschaft gekostet, daß viele genug haben. Die Versuche in Italien, solche Betriebsformen durchzuführen, ermuntern nicht zur Nacheiferung. Der Eigenbesitz wurzelt den Menschen an die Scholle. Die Vergesellschaftung kann auch nicht sofort durchgeführt werden, denn wir besitzen noch nicht die Bedingungen der nächsten Durchführung: eine sichere Landarbeiterschaft, die im Gedanken der Sozialisierung zu leben vermag.

Was soll nun getan werden? Es steht fest, daß auch der Teilung von Rittergütern in kleine Wirtschaften jetzt gewichtige Gründe gegenüberstehen. Wir können kaum die nächsten Jahre daran gehen, viel neue Gebäude aufzurichten. Es fehlt auch an landwirtschaftlichen Ackergeräten. Und doch ist ein Weg gangbar, der scheinbar von der jetzigen Regierung ganz außer acht gelassen wird. Es finden sich in allen Dörfern Wirtschaften, deren Gebäude fast verlassen stehen, seit sie der Großbesitz verschlang; die Gebäude sind fast noch immer vorhanden. Diese Wirtschaften sollen zunächst von den Rittergütern abgetrennt werden und Bauern aufnehmen. Es ist durchaus nicht nötig, nun genau dasselbe Ackerland zurückzufordern, das einst zum ursprünglichen Besitz gehörte; die Umstände werden hier sichere Maßstäbe aufstellen. Damit könnten ohne Not, ohne Störung, zu großem Nutzen der Bevölkerung sofort Zehntausende von neuen Bauernstellen geschaffen werden. Es gibt in jedem Dorfe genug sachverständige, auch kaufkräftige Bewohner, die nach solchen Wirtschaften auslangen würden. An die Landarbeiter, die vielen Bauernsöhne, an die heimlosen Krieger, die nach Land hungern, müßte besonders gedacht werden. Pferde könnten aus den Heeresbeständen gestellt werden. Das Saatgut wäre vom Herrenbesitz zu liefern. Im Dorfe A., das ich als Beispiel neuer Besiedelung hinstelle, sind 34 Bauerngüter vom adligen Herrn aufgekauft worden. Von den Wirtschaftsgebäuden sind noch 28 nutzbar. Die Ansiedlungsgesellschaft, die in jedem Kreise aus Bauernschaft und Landarbeitern zu wählen ist, der Regierungsbeamte beigegeben werden, bestimmt zunächst diese 28 Wirtschaften zur Neubesiedelung. Die Größe jeder Wirtschaft wird auf 80 Morgen festgesetzt; die Regierung bietet nach allgemeinen Richtlinien Verhältnisse, unter denen die Ansiedler vorwärts kommen können. Nur solche Aussicht kann locken. So zehrt von dieser Richtung aus das freie Bauerntum langsam und segenskräftig am Großbesitz, ohne die Not der Zeit zu steigern. Was der Staat und diese Zeit so sehnsüchtig braucht, ist hier gewonnen: freie, an der Scholle hängende Bauern.

Es tut der Sache keinen Eintrag, wenn der Staat zunächst als Besitzer des Siedlungslandes auftritt. Wenn nur das Erwerbsrecht gesichert bleibt und der Staat günstige Verhältnisse für die Ansetzung gewährt! Durch Rentenabgabe können die Verbindungen mit dem Staate, wenn eine Bezahlung bald oder später nicht ermöglicht werden kann, langsam gelöst werden, doch muß sich der Staat stets Sicherheiten in der Hand halten, die einer Verschleuderung des Besitzes entgegenstehen.

Ohne Rücksicht muß der Staat gegen den Großbesitz vorgehen, der das Land schädigt, weil er den Acker nicht bebaut. Ein offenbares Hindernis für die völlige Aufteilung eines Gutes bieten die Gutsgebäude. Ställe, Scheunen, Wohnhaus können die Gedanken nahelegen, ein großes Restgut zu lassen. Doch kann hier gewiß manches von der Ansiedlungskommission in Posen übernommen werden, die große Gebäude zerteilte, zu bäuerlichen Anwesen ausbaute, Gutshäuser in Schulen und Anstalten umwandelte. Oft kann der Gutspark als öffentliche Anlage erhalten bleiben. Später soll nach Aufteilungsplänen gearbeitet werden. Die Baunot wird nicht ewig anhalten. Die Ansiedlungen können sich frisch in das Dorfbild eingliedern, sich auch als Neugründungen über die Feldmark zerstreuen, was freilich wirtschaftliche Nachteile bedingt. Man denke allein an die Wegeunterhaltungslast. Bei dem Aufbau der einzelnen Gehöfte werden Wünsche der Ansiedler berücksichtigt werden können. Niemals präge der Staat seinen Willen allzu hinderlich aus, sonst wird leicht das Gefühl der Staatsbauern großgezogen. In jeder Provinz wird der Staat eine Besitzbefestigungsbank errichten, die die Abtragrente einzieht. Besonders ist auf den Zuzug aus Städten Bedacht zu nehmen. Der genossenschaftliche Zusammenschluß der Ansiedler wird sich von selbst ergeben. Wie insbesondere Steuerfreijahre, Bauhilfen, Darlehen an die Unbegüterten gewährt werden sollen, ist eine Frage der Zeit.

Setzt die neue Zeit fest und sicher die Schritte der Besiedelung, kann das deutsche Dorf neuer Blüte zugeführt werden. Durch ungezählte Kanäle fließt das neue Wirtschaftsleben in die Provinz.

Nach Aufteilung der Scholle vermag sie drei- bis viermal soviel Menschen zu ernähren. Der Großbesitz arbeitet aus dem Boden lange das nicht heraus, was ein gesunder Kleinbesitz vermag. Dafür haben wir geschichtliche Beweise. Die Domäne Trantow bei Loitz in Pommern wurde in Mittel- und Kleinbesitz aufgeteilt. Sie ernährte einst hundert Menschen, jetzt aber 900. Ebenso bekannt ist das Beispiel der ehemaligen Domäne Schwessin in Hinterpommern, die 1850 210 Einwohner beherbergte, nach der Aufteilung im Jahre 1900 1269 Einwohner ernährte. Bei solcher Aufteilung können auch kleinere Ansiedlungen für Handwerker und gewerbliche Arbeiter erfolgen. Den Grafen bleibt natürlich die Aufteilung ein Greuel, schrieben sie doch bei der Bauernbefreiung an den König: „Wenn man freie Bauern neben uns setzt, so macht man unsere Schlösser zur Hölle."

Es wird Großbetriebe geben, bei denen eine Sozialisierung einsetzen kann. Sie ist nicht Zweck, sondern nur Mittel zum Zweck, das Wirtschaftsleben zum Wohle der Gesamtheit zu heben, es unter die Aufsicht der Allgemeinheit zu stellen. Der Großbetrieb hat kein Recht, Hunderte und Tausende von Morgen brachliegen zu lassen. Überall gilt es heraus zu suchen, welche Betriebe am geeignetsten zur Vergesellschaftung sind. Musterbetriebe sollen in der Hand der Eigentümer bleiben. Deutschland ist heute ein blutarmes Land. Von innen heraus, vom deutschen Dorfe her müssen wir uns wieder aufrichten.

Sozialisierung besteht schon darin, daß der Staat Gesetze erläßt, durch die wirtschaftliche Zwecke ausgebaut werden können. Nur schrittweise hat die Auflösung des Großbesitzes zu erfolgen, d. h. nicht, daß alle Rittergüter zerbrochen werden sollen, sie sollen nur das hergeben, was das deutsche Volk braucht: freies Bauernland! Es kann in einem guten Gesetz oft mehr Sozialismus stecken als in der Verstaatlichung von tausend Betrieben.

Wie wichtig das Bauernland für unsere Zukunft ist, werden nun alle begreifen. Der Wirtschaftskrieg unserer Feinde zeigt es alle Tage. Wir sind heute dem Vernichtungswillen unserer Feinde schimpflich preisgegeben. Die gesamte Volkszukunft steht heute bei der Landwirtschaft. Die überwiegend großstädtische Wirtschaftsweise war dabei, die Wurzel unseres Volkes, das Bauerntum, aufzuzehren. Der verlorene Krieg hat uns gezwungen, alle Blicke auf die ländliche Besiedelung, die erste Stufe neuer Kraftentfaltung, einzustellen. Die Arbeit kann nur von dauerndem Segen begleitet sein, wenn wir unsere ersten Schritte kräftig, sicher, ohne Hast setzen. Die wirtschaftliche Selbständigkeit und Selbstverantwortung liegt dem Bauerntum im Blut. Hüten wir uns vor einer falschen Sozialisierung! Das Bauerntum wird eine völlig neue Stellung in der völkischen Lebensgemeinschaft einnehmen. Es kann nicht nur der Kraft- und Röhrquell, sondern die gesamte Grundlage unserer Innenkultur werden.

Digitized by Google

Helene Stranz / Hinterbliebenenfürsorge

Eines der wichtigsten Gebiete der Kriegsfolgenhilfe bildet die Hinterbliebenenfürsorge. Durch die jahrelange Dauer des Krieges, die Einziehung weitester Kreise zum Militärdienst, die Grausamkeit der Kampfführung und die gewaltige Masse unserer Gegner ist die Zahl der Kriegsopfer eine ungeheuer große: rund 1½ Millionen, aus allen Berufs- und nahezu allen Altersklassen. Nach vorliegendem Zahlenmaterial war ungefähr ein Drittel der Gefallenen verheiratet; die durchschnittliche Kinderzahl war zwei; nach einer sehr guten und genauen Statistik der Stadt Posen, die als Stichprobe angeführt sei, betrug bei 2040 Gefallenen das Einkommen von 1555 oder 76,23 v. H. unter 1500 M., davon standen 1472 = 72,15 v. H. als Gemeine im Heeresdienst. — Diese kurzen Angaben, aus denen wir ersehen, daß die überwiegende Masse der Gefallenen dem unvermögenden Arbeiterstand angehörte und ihre Familien nur auf die geringen Renten für Hinterbliebene von Angehörigen der Unterklassen angewiesen sind, beleuchten die Notwendigkeit fürsorgerischer Maßnahmen für die Mehrzahl der Kriegerwitwen, der Waisen, der erwerbsunfähigen Eltern — von letzteren vor allem der Mütter.

Die Versorgung der Hinterbliebenen erfolgt auf Grund des Militärhinterbliebenengesetzes von 1907. Schon während des Krieges hat sich die unbedingte Notwendigkeit der Erweiterung und Reform dieses Gesetzes ergeben. Aus dieser Erkenntnis heraus sind eine Reihe wichtiger Ergänzungserlasse ergangen, von denen hier erwähnt seien: Gewährung von Zuwendungen zu den Renten aus militärischen Mitteln mit Rücksicht auf das frühere Einkommen des Gefallenen (dies war notwendig, weil das Militär-Hinterbliebenengesetz von 1907 bei seinen Versorgungssätzen wesentlich mit Berufssoldaten und Aktiven gerechnet hatte und die Höhe der Rentensätze nach dem Dienstgrad bestimmte); Erweiterung des versorgungsberechtigten Personenkreises durch Zuwendungen für uneheliche Kinder, Stief- und Pflegekinder, Geschwister, Stiefpflegeeltern u. a.; weitgehendere Berücksichtigung der Kriegseltern; Rentenabfindung bei Wiederverheiratung der Witwen; Kapitalabfindung; Bestimmungen über die Versorgung von Angehörigen Vermißter. — Diese Erlasse bilden die Grundlage zur Reform des Militär-Hinterbliebenengesetzes. Schwerwiegend wird bei dieser Reform das Aufhören der Familienunterstützung ins Gewicht fallen. Hat doch diese Familienunterstützung, die neben der Zuwendung einem Teil der versorgungsberechtigten Hinterbliebenen — vor allem Eltern und unehelichen Kindern — gewährt werden konnte, diesen Personenkreis vor Not geschützt. — Hier muß das Gesetz einen Ausgleich schaffen durch Erhöhung der Versorgung arbeitsunfähiger Kriegseltern einerseits und das Recht auf Rentenbezug für uneheliche Kinder andererseits. Auch der Unterschied zwischen Dienst- und Kriegsdienstbeschädigung sollte möglichst aufgehoben werden, da die Entscheidung über diese Frage Härten zur Folge hat und zur Erbitterung der Hinterbliebenen führt. (Die Verordnung des Demobilmachungsamts vom 9. Dezember 1918 bestimmt, daß für Witwen und Waisen, deren Rentenverfahren schwebt, die Vorschriften des Familienunterstützungsgesetzes bestehen bleiben, d. h. die Familienunterstützung fortgezahlt wird bis zum Einsetzen der Rente und wie bisher drei Monate Familienunterstützung und Rentenbezüge nebeneinander gewährt werden.)

Die Versorgung der Hinterbliebenen durch Renten ist kein Akt der Fürsorge, sondern beruht auf einem gesetzlichen Rentenanspruch. Diese Rente muß jeder Witwe und Waise auch ohne Vorliegen eines Bedürfnisses gewährt werden. Doch auch eine umfassende weitgehende und einsichtige Reform des Militär-Hinterbliebenengesetzes (Erhöhung der Versorgung, Erweiterung des Personenkreises) wird die Notwendigkeit der ergänzenden Fürsorge aus Spendenmitteln und sozialer Fürsorge nicht ausschalten können.

Gerade die erste Zeit nach dem Kriege wird an die Geldunterstützung erhöhte Ansprüche stellen. Waren doch die meisten Kriegerwitwen in Stadt und Land bisher leicht in der Lage, lohnenden Erwerbsverdienst zu finden, da im Kriege jede arbeitswillige Hand gesucht und gewertet wurde. Auch ungelernten Arbeiterinnen und Witwen, die nie verdient hatten, boten kriegswirtschaftliche Betriebe und Hilfe bei Landarbeiten ausreichende Verdienstmöglichkeit. Die gesunden Witwen konnten aus eigener Kraft genug verdienen, um für sich und ihre Kinder ausreichend zu sorgen. Die Wirtschaftslage der Hinterbliebenen auf dem Lande wurde fast durchgehend als günstig bezeichnet. Hier trat zu der reichlich vorhandenen Arbeitsgelegenheit meist eigener Landbesitz, Einkommen aus Vieh- und Geflügelhaltung u. ä. Auch die Rente als solche bedeutete auf dem Lande ein höheres Einkommen für die Witwe, zumal durch die hier meist größere Kinderzahl der Gesamtbetrag der Rente für die Familie ein erheblicher ist. Ein Bericht sagt: „Manche kinderreiche Witwe ist jetzt besser gestellt als zu Lebzeiten des Mannes." In den Städten wurden die Rentenbezüge bald erheblich von den Familienunterstützungen (mit Gemeindezuschlag) übertroffen. Die Witwen empfanden das als große Härte, und viele Städte gewährten aus Mitteln der Kriegswohlfahrtspflege sogenannte Ausgleichsunterstützungen (d. h. den Unterschiedsbetrag zwischen Rente und Familienunterstützung). Bei Gewährung dieser Ausgleichsunterstützung wurde Verdienst in kriegswichtigen Betrieben meist nur zum Teil angerechnet. (Vgl. Soziale Kriegshinterbliebenenfürsorge II, Seite 44.) Eine Umfrage des Arbeitsausschusses der Kriegerwitwen- und Waisenfürsorge (Die Ergebnisse dieser Umfrage betr. Zahlenverhältnisse und Wirtschaftslage der Hinterbliebenen, sowie die Organisation der Fürsorgestellen wird das nächste Heft der Schriften, die die Soziale Abteilung der Nationalstiftung veröffentlicht, behandeln. Dieser Umfrage sind die verschiedenen Zahlen und Beispiele entnommen.) an alle amtlichen Hinterbliebenenfürsorgestellen in Preußen ergab Ende 1917 das Bild einer gewaltigen Arbeitsleistung der Witwen. In den Städten waren oft bis zu 50 v. H. in kriegswirtschaftlichen Betrieben (Munitionsfabriken, Post, Eisenbahn, Nähарbeit für das Militär, Kriegsgesellschaften) tätig. Der Arbeitseifer der Witwen wird allgemein gelobt. Gerühmt wird in den Mitteilungen von vielen Landfrauen, wie umsichtig sie unter den erschwerten Verhältnissen die landwirtschaftlichen Betriebe weiterführen.

Das Kriegsende bringt für die Wirtschaftslage der Witwen eine gewaltige Änderung. Durch die Heimkehr der Männer, ihre Rückkehr an die alten Arbeitsplätze werden zahllose Kriegerwitwen vertrieben. Die Kriegsindustrie, die viele ungelernte Hände verlangte, die Näharbeit für das Militär werden eingestellt. Bei den ungeheuren wirtschaftlichen Lasten, die Deutschland in den nächsten Jahrzehnten drücken werden, ist kaum damit zu rechnen, daß sich bald Arbeit für alle entlassenen Witwen finden wird. (Vgl. Soziale Kriegshinterbliebenenfürsorge I, S. 127 ff.) Die vom preußischen Kriegsministerium in seinem Erlaß vom 20. Juli 1917 angeregte vorzugsweise Beschäftigung von Witwen in Stellungen, die sie nach dem Kriege innehalten könnten, ließ sich nach vorliegenden Berichten nicht erreichen. Ob die Kriegerwitwen als solche bei der Arbeitszuteilung von Behörden bevorzugt werden sollen, ist eine ungelöste Streitfrage. Die Kriegerwitwe ist schon ohnehin durch ihre feste Rente besser gestellt als jede andere unvermögende Witwe, eine weitgehende Bevorzugung bei der Arbeitzuteilung dürfte deshalb leicht erbitternd wirken. — Vor Not wird die Witwe, die heute ihre Arbeit verliert, durch Gewährung der vom Staat eingeführten Arbeitslosenunterstützung geschützt, da bei ihrer Gewährung der Bezug geringer Renten nicht angerechnet wird. Doch wird auf die Dauer die Zahlung einer Unterstützung den Wert geregelter Arbeit und damit verbundener wirtschaftlicher Selbständigkeit für die Witwe nicht ersetzen. Den Fürsorgestellen erwächst die wichtige Aufgabe, den arbeitslos werdenden Witwen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Viele Witwen haben sich gefahrbringende Leiden durch Überanstrengung bei der Arbeit zugezogen, Unterernährung und Aufregung haben sie und die Kinder geschwächt. Die Mittel der Nationalstiftung und anderer Spenden, sowie städtische Wohlfahrtseinrichtungen sollten deshalb jetzt vornehmlich herangezogen werden, um die Gesundheit von Witwen und Waisen zu stärken. Abmachungen der Fürsorgestellen betr. freien Arzt, Arznei u. ä. für die Hinterbliebenen, wie sie im Kriege in

Digitized by Google

den Städten bestanden, müssen aufrechterhalten werden. (Vgl. den Aufsatz betr. „Versorgung unversicherter, erkrankter Hinterbliebener", Soz. Kriegshinterbliebenenfürsorge II, Nr. 11 u. 12.) Es muß versucht werden, bisher erwerbstätigen Witwen die Mitgliedschaft in der Krankenkasse auch während der Arbeitslosigkeit zu erhalten, gegebenenfalls durch Zuschüsse für diesen Zweck. — So notwendig es im Kriege aus dem Gebot der Stunde erschien, allen Witwen zur Arbeitsübernahme — vor allem auch außerhäuslicher — zu raten, so sollte jetzt versucht werden, die Mütter ihren Erziehungspflichten mehr freizugeben. Der Arbeitsausschuß der Kriegerwitwen- und -waisenfürsorge hat wiederholt die Gewährung von laufenden Erziehungsbeihilfen an Witwen mit vielen und kleinen Kindern angeregt. Diese Anregung sollte jetzt durch Bereitstellung von Spendemitteln verwirklicht werden. Die wachsende Verwahrlosung der Jugend im Kriege spricht eine beredte Sprache für die Notwendigkeit geordneter Familienerziehung. — Da eine große Zahl der Witwen keine Berufsbildung hatte, im Kriege um des Verdienstes willen ungelernte Arbeit verrichtete, müßte die Fürsorgestelle jetzt mehr als bisher vor allem kinderlosen Witwen und Witwen mit herangewachsenen Kindern gründliche Berufsausbildung ermöglichen. Der gelernte Beruf gibt der Witwe nicht nur besseren Verdienst, sondern auch mehr Befriedigung und eine gehobene Stellung in der Arbeiterschaft.

Da der Kreis der Kriegerwitwen und -waisen sich jetzt nicht mehr sehr wesentlich vergrößern dürfte, wird die Ausübung sozialer Fürsorge den Hinterbliebenenstellen von nun an erleichtert. Sie haben mit einer bestimmten Zahl von pflegebedürftigen Hinterbliebenen zu rechnen und müssen zuerst dafür sorgen, daß ihre Wirtschaftslage geregelt wird. Die weiteren Zweige sozialer Fürsorge: Gesundheitspflege, in deren Rahmen auch die Wohnverhältnisse der Hinterbliebenen besondere Beachtung erfordern, Arbeitsberatung und -beschaffung, Jugendfürsorge müssen möglichst in Zusammenarbeit mit schon vorhandenen Einrichtungen, die gleichen Zielen dienen, erfolgen. Bei der Jugendfürsorge erfordert die Unterbringung der Vollwaisen besonderes Augenmerk. Die vorhandenen Waisenanstalten genügen, wie das Ergebnis einer Umfrage des Arbeitsausschusses zeigte, bisher dem Bedarf. (Vgl. Heft 9 der Schriften des Arbeitsausschusses „Stand und künftige Entwicklung der Kriegerwitwen- und -waisenfürsorge" S. 61 ff.)

Zweckmäßige Organisation, sachgemäße vielseitige Zusammensetzung und gedeihlicher Ausbau der Fürsorgestelle bildet die Grundlage nutzbringender Tätigkeit für die Hinterbliebenen in Stadt und Land. In Preußen ist diese Organisation auf Grund verschiedener ministerieller Erlasse erfolgt. (Vgl. Heft VII der Schriften des Arbeitsausschusses: „Verzeichnis der amtlichen Fürsorgestellen in Preußen" S. 87 ff.) Es bestehen jetzt rund 2300 amtliche Stellen (Orts-, Bezirks-, Kreisausschüsse). Die Zahl der Fürsorgestellen in den übrigen Bundesstaaten beträgt rund 2700. Die Leistungen dieser Stellen sind noch sehr ungleiche. Ihr Aufgabengebiet ist ein sehr weites. Es umfaßt die Herbeiführung der Geldversorgung aus staatlichen Renten und sonstigen staatlichen und privaten Ansprüchen (Versicherungen); die Beschaffung von Mitteln aus Stiftungen und die gesamte soziale Fürsorge. Die Zusammensetzung der Fürsorgestelle: amtlicher Leiter, Vertreter von Gewerkschaften, Gemeinden, Wohlfahrtsorganisationen, verschiedenen Berufsständen sucht die richtige Ausübung und einheitliche Behandlung dieser Aufgaben zu verwirklichen. Die Angliederung der Fürsorgestelle an ein bestehendes Wohlfahrtsamt, an eine Organisation oder die Bildung ganz selbständiger Ämter wird sich nach den örtlichen Verhältnissen richten. Die Frage der örtlichen Zuständigkeit, d. h. welche Stelle zugezogene Hinterbliebene zu unterstützen hat, muß einheitlich geregelt werden. Zu erstreben ist für die kommenden Jahre möglichst enge Verbindung mit den von der Nationalstiftung zur Verwaltung ihrer Mittel eingesetzten Ausschüssen sowie mit den Ausschüssen der Kriegsbeschädigtenfürsorge, da sich für diese beiden Gebiete oft verwandte Maßnahmen empfehlen und außerdem damit gerechnet werden muß, daß aus den Familien der Kriegsbeschädigten weitere Hinterbliebene erwachsen. (Als besten Wegweiser für die Mitarbeiter der Fürsorgestellen empfiehlt sich der vom Kriegsministerium und der sozialen Abteilung der Nationalstiftung herausgegebene Leitfaden der Kriegshinterbliebenenfürsorge, Verlag C. Heymann, Berlin, Preis 1,75 M.)

Das Reichsarbeitsamt, das auch das Gebiet der Kriegshinterbliebenenfürsorge in seinen Arbeitsplan aufgenommen hat, wird hier ein weites Feld der Betätigung finden. Hoffentlich bringt es recht bald die schon im Kriege angestrebte Reform des Militär-Hinterbliebenengesetzes. Die Einführung eines neuen Rechtsweges (Schiedsgericht an Stelle des Kriegsministeriums) zur Entscheidung über das Zustehen der Rente ist bereits in Aussicht gestellt. Da die Witwen schwerlich selbst zu einer zweckmäßigen Organisation vereint werden können, um ihre Interessen zu wahren, sollten sachverständige Mitarbeiter herangezogen werden. In erster Reihe müßte man hier die in dieser Fürsorge arbeitenden Frauen hören, die die geeignetsten Vertreter der Witwen und Kinder sein dürften und die gerade in der Hinterbliebenenfürsorge ihr eigenstes Arbeitsgebiet sehen. Aus diesem Grunde ist auch Aufhebung des kriegsministeriellen Erlasses zu erstreben, der es Frauen unmöglich macht, eine Hinterbliebenenstelle zu leiten, weil sie kein Amtssiegel führen dürfen, obgleich bereits viele Frauen praktisch als Geschäftsführerinnen die Leitung ausüben und ihre Eignung dazu wiederholt betont wird.

Die Gefallenen, die im Kriege ihr Leben für uns zum Opfer brachten, werden die beste Ehrung finden in einer ausreichenden Versorgung und umfassenden liebevollen Fürsorge für ihre Hinterbliebenen.

•

Hedwig Hintze / Die Frage des Frauenwahlrechts in der Französischen Revolution

Als am 5. Mai 1789 in Versailles die Generalstände eröffnet wurden, saßen in dieser Versammlung einzelne Vertreter des Adels und der Geistlichkeit, die einer weiblichen Stimme ihr Mandat verdankten; denn Mädchen und Witwen adligen Standes, die ein Lehn besaßen, durften nach altem französischen Recht einen Vertreter ihrer Interessen wählen; ebenso konnten sich weibliche Kongregationen und Kapitel vertreten lassen. So war es noch ausdrücklich festgesetzt in dem königlichen Erlaß vom 24. Januar 1789, der die Wahlen zu den Generalständen regelte (Art. 12 und 20).

Es war die letzte rein ständische Versammlung des alten Frankreich, die am 5. Mai zusammentrat und die bald genug, an jenem berühmten 20. Juni, sich in die konstituierende Nationalversammlung verwandelte, die dem französischen Ständestaat für immer ein Ende bereitete. Sie hat am 26. August die Menschen- und Bürgerrechte verkündigt, Prinzipien wie die folgenden: „Das Gesetz ist der Ausdruck des Gemeinwillens. Alle Bürger haben das Recht, persönlich oder durch ihre Vertreter an der Gesetzgebung teilzunehmen. Da alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind, sind sie auch gleichmäßig, je nach ihrer Befähigung, zu allen Würden, Stellen und öffentlichen Ämtern zuzulassen ohne andere Unterscheidung als die nach ihrer Tüchtigkeit und ihren Talenten."

Die Männer, die so nach amerikanischem Vorbild das moderne Staatsbürgerrecht begründeten, haben nicht daran gedacht, dieses Recht auf die Frauen auszudehnen. Und doch hätte schon aus Rousseaus Konstruktion des Gemeinwillens die Teilnahme der Frau an der Gesetzgebung logisch gefolgert werden müssen. Aber wie Rousseau sie ausdrücklich von der politischen Betätigung ausschloß, so wollte auch Mirabeau ganz und gar nichts von einer politischen Emanzipation der Frauen wissen. Sie dem Frieden des häuslichen Herdes entziehen und mitten unter die Geschäfte und Gefahren des öffentlichen Lebens verpflanzen, heißt nach ihm, sie herabsetzen. „Es heißt, unter dem Vorwand ihnen Anteil zu verschaffen an der Souveränität, sie ihrer Herrschaft entkleiden. Zweifellos soll die Frau herrschen im Innern ihres Hauses, aber einzig und allein dort; denn anderswo ist sie stets am falschen Platz." So äußert sich Mirabeau in einer aus seinem Nachlaß veröffentlichten Schrift über Volkserziehung.

Digitized by Google

Aber ein anderer der großen französischen Geschichts- und Rechtsphilosophen, Condorcet, war schon 1787 und 1788 in verschiedenen Schriften nachdrücklich für das Staatsbürgerrecht der Frau eingetreten. Sie davon auszuschließen, sei „eine Ungerechtigkeit, die freilich der fast allgemeine Brauch befestigt" habe. „Die Männer verdanken jenes Recht nicht ihrem Geschlecht, sondern ihrer Eigenschaft als fühlende und denkende Wesen, einer Eigenschaft, die sie mit den Frauen teilen." So fordert er für die Frauen das aktive und passive Wahlrecht mit der sehr radikalen Begründung, es gäbe keinen Unterschied zwischen den Geschlechtern, als den durch die Erziehung geschaffenen.

Und die Frauen selbst beginnen sich zu regen. In verschiedenen Broschüren verlangen sie Sitz und Stimme in den Generalständen. Als der „größere und gesündere Teil der Nation" wollen sie einen „vierten Stand" in dieser Versammlung bilden; sie protestieren gegen die „sogenannten" Generalstände, in denen sie selbst nicht vertreten seien, und als die Nationalversammlung in der Nacht des 4. August alle ständischen Privilegien beseitigt hatte, rufen Frauen ihr zu: „Nun hebt auch noch das Privilegium des männlichen Geschlechtes auf!" Es folgt ein regelrechter Gesetzentwurf, der von weiblicher Seite der Konstituante eingereicht wird: „1. Alle männlichen Vorrechte werden vollständig und unwiderruflich in ganz Frankreich aufgehoben. 2. Das weibliche Geschlecht genießt fortan für immer die gleiche Freiheit, die gleichen Vorteile, die gleichen Rechte wie das männliche Geschlecht" usw.

Dann trat im Juli 1790 Condorcet nochmals und mit ganz besonderem Nachdruck für die Frauen ein. Seinen Aufsatz im Journal der „Gesellschaft von 1789" „Über die Ausdehnung des Staatsbürgerrechtes auf die Frauen" nennt der Historiker der französischen Revolution Aulard „das feministische Manifest par excellence". Condorcet trägt auch hier wieder seine Ansicht von der wesentlichen Gleichheit beider Geschlechter vor, die sie zu gleichen Ansprüchen berechtige. Lächelnd weist er Einwände gegen das Frauenwahlrecht zurück, die man etwa aus der physischen Beschaffenheit des Weibes, aus den durch den Mutterschaftsberuf bedingten körperlichen Behinderungen schöpfen könnte. Hat man je daran gedacht, das Wahlrecht Männern zu nehmen, „die jeden Winter die Gicht haben und sich leicht einen Schnupfen zuziehen"? Die Pflichten der Hausfrau und Mutter mögen ein Motiv bilden, die Frauen bei den Wahlen nicht eben zu bevorzugen, aber ihr vollständiger Ausschluß kann nicht mit Recht darauf begründet werden. Und in ähnlicher Weise werden von dem tief gelehrten Sekretär der französischen Akademie oft gehörte andere Einwände abgetan: die angebliche Überlegenheit des männlichen Geistes, die mangelnde Logik, das mangelnde Gerechtigkeitsgefühl der Frauen.

In einer der führenden Zeitungen jener Tage, in den „Révolutions de Paris", erschien im Februar 1791 eine Erwiderung auf Condorcets dieselben schürfenden Aufsatz. Der anonyme Autor findet, daß der politische Einfluß der Frauen stets ein schlechter gewesen sei. Beispiele: Die Du Barry und Marie Antoinette. Im Juli und Oktober 1789, meint er, vertrugen die Pariser Bürgerinnen schlecht den Anblick der abgehauenen, auf Piken gespießten Köpfe. In diesem „nationalen Drama" haben nur die Weiber aus dem Volke sich als echte Staatsbürgerinnen betragen. „Die übrigen flohen vor diesem männlichen und erhabenen Schauspiel; ihre zarte Organisation hat es nicht aushalten können. Ohnmachten, Nervenkrisen, Frühgeburten haben gezeigt, welche Rolle diese Weibchen künftig in unserer großen politischen Krisis spielen werden." Und sich direkt an Condorcet wendend, versichert er ihm, daß „die Aufregungen der Tribüne sich ganz und gar nicht für das schwächere Geschlecht eignen".

Aber das schwächere Geschlecht war noch nicht zum Schweigen gebracht. Unter dem Namen Olympe de Gouges war eine Südfranzösin in Paris erschienen, die, unglaublich produktiv, zahllose Theaterstücke, Broschüren, Pamphlete veröffentlichte, obgleich Zeitgenossen behaupten durften, sie habe nicht einmal lesen und schreiben können. Verschiedene politische Frauenklubs hat sie gegründet, in denen sie als feurige Rednerin auftrat. Im September 1791, als die Konstituante die Revision der Verfassung beendet hatte, veröffentlichte Olympe ihre „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin" in fast wörtlicher Anlehnung an die Erklärung der „Menschenrechte": „Die Frau ist von Geburt frei und gleichen Rechtes wie der Mann... Die Ausübung ihrer natürlichen Rechte findet nur an der beständigen Tyrannei ihre Schranken, mit der ihr der Mann entgegentritt... Das Gesetz ist der Ausdruck des Gemeinwillens; alle Bürgerinnen und Bürger müssen persönlich oder durch ihre Vertreter an der Gesetzgebung teilnehmen... sie müssen auch gleichmäßig, je nach ihrer Befähigung, zugelassen werden zu allen Würden, Stellen, öffentlichen Ämtern ohne andere Unterscheidung als die nach ihrer Tüchtigkeit und ihren Talenten." Und sie schließt mit der oft, u. a. auch von Bebel zitierten Antithese: „Die Frau hat das Recht, das Schafott zu besteigen, sie muß gleicherweise das Recht haben, die Tribüne zu besteigen." Olympe de Gouges hat sich dann im Dezember 1792, obgleich „aufrichtige und loyale Republikanerin", dem Konvent als Verteidigerin Ludwigs XVI. zur Unterstützung des alten Malesherbes angeboten. Seitdem war es um die leidenschaftliche Gegnerin Robespierres geschehen. Man fand leicht einen Vorwand, ihr den Prozeß zu machen. Aus einigen ihrer Schriften ließen sich Angriffe „gegen die Souveränität des Volkes" und „gegen die Einheit Frankreichs" herauslesen, und sie wurde im Herbst 1793 zum Tode verurteilt. Aber die kühne Kämpferin für Frauenrechte hat doch vor der drohenden Guillotine gezittert in einer Zeit, wo mehr als eine Frau dem Tode auf dem Schafott mit wahrhaft männlicher Unerschrockenheit entgegenzugehen wußte. Olympe versuchte in ihrer furchtbaren Lage als Weib und gerade als Weib Mitleid zu erregen. Sie hatte gehört, daß hoffenden Müttern ein Aufschub der Hinrichtung gewährt worden war. An diesem Strohhalm klammerte sich die seit langen Jahren „verwitwete Aubry" in wenig würdiger Weise und — vergebens. Vor dem Schafott hat sie dann ihren Mut wiedergewonnen.

Im gleichen Jahre 1793 hatten im Konvent die Verhandlungen über die neue Verfassung Frankreichs stattgefunden. Condorcet hatte dort am 15. Februar die allgemeinen Ideen seines Entwurfes vorgetragen und bei dieser Gelegenheit merkwürdigerweise kein Wort für die Rechte der Frauen gefunden. Aber in den Debatten über die verschiedenen Verfassungsprojekte bemerkte anläßlich der Wahlrechtsfrage der Redner des sogenannten Sechserausschusses, Lanjuinais, früher Professor des Kirchenrechts in Rennes, später Graf von Napoleons Gnaden: „Das Komitee scheint die Frauen von den politischen Rechten ausschließen zu wollen; mehrere Projekte protestieren gegen diesen Ausschluß, über die unser Kollege Romme sich bereits vor Ihnen beklagt und über die Guyomar eine interessante Abhandlung eingereicht hat." Die Nationalbibliothek in Paris besitzt Pierre Guyomars kleine Schrift, betitelt: „Der Anhänger der politischen Gleichheit der Individuen." Er will den Frauen vollen Anteil an den „Menschenrechten" zubilligen, von denen Brauch und Vorurteil sie ausschließen. Er bekämpft diese Hindernisse im Namen der „Prinzipien des Kosmopolitismus, der Gleichheit und Freiheit", zu denen er sich bekennt. — Der Engländer David Williams, dem am 26. August 1792 zugleich mit Schiller, Klopstock u. a. vom Konvent das französische Bürgerrecht verliehen worden ist, war in seinen „Betrachtungen über die letzte Verfassung Frankreichs" (datiert vom 8. Januar 1793) für ein sonderbar beschränktes Stimmrecht der Frau eingetreten. Er sagt: „Obgleich nach der allgemeinen Auffassung Mann und Weib, durch das Band der Ehe verbunden, nur als ein sittliches Wesen, mit einer Meinung angesehen werden können, so müssen doch Frauen, die unverheiratet bleiben oder verwitwet sind, unbestreitbar das Wahlrecht haben, ein Recht, dessen Verweigerung eine Ungerechtigkeit ist, die neben anderen Mißständen die Frauen darauf beschränkt, ihre Talente durch Intrige und indirekten Einfluß zur Geltung zu bringen." — Der Sechserausschuß war den weiblichen Ansprüchen keineswegs ganz abgeneigt. Aber für eine Zeitlang noch wollte man die Frauen von der politischen Mitarbeit ausschließen, und die Begründung Lanjuinais' läßt sich sehr wohl hören: „Die Fehler unseres Erziehungswesens", sagt er, „machen diesen Ausschluß noch notwendig, wenigstens für ein paar Jahre."

Digitized by Google

Leider ist uns die Rede des Mathematikers Gilbert Romme zugunsten des Frauenstimmrechtes nicht erhalten geblieben. Er war ein Freund der schönen und geistreichen Hetäre, Théroigne de Méricourt, die, in Belgien geboren, nach abenteuerlicher Jugend 1789 zum zweiten Male in Paris auftauchte und sich mit Leidenschaft in die Politik stürzte. Sie besuchte regelmäßig die Sitzungen der Nationalversammlung, empfing eine Reihe der bedeutendsten Abgeordneten in ihrem Salon, woselbst auch der von Romme gegründete Klub der „Freunde des Gesetzes" tagte; und sie hat am 25. März 1792 in einem Frauenklub ihre Geschlechtsgenossinnen mit flammenden Worten zur Teilnahme am öffentlichen Leben aufgerufen: „Zerbrechen wir unsere Ketten; es wird endlich Zeit, daß die Frauen aus der schmachvollen Einflußlosigkeit heraustreten, in der die Unwissenheit, der Hochmut und die Ungerechtigkeit der Männer sie schon so lange versklavt halten. Versetzen wir uns in jene Zeit, wo unsere Mütter, die gallischen Frauen und die stolzen Germaninnen, in den öffentlichen Versammlungen ratschlagten und an der Seite ihrer Gatten kämpften, um die Feinde der Freiheit zurückzutreiben." — Auch Théroigne nahm ein trauriges Ende. Eine begeisterte Anhängerin der Girondisten, namentlich ihrer Kriegspolitik, wurde sie im Mai 1793 von jakobinisch gesinnten Marktweibern vor den Tuilerien in rohester Weise verprügelt, zog sich nun ganz aus der Öffentlichkeit zurück und starb nach langer Geisteskrankheit im Jahre 1817.

Die politisch einflußreichste Frau im damaligen Frankreich, die durch ihre im Gefängnis geschriebenen Memoiren auch weiteren Kreisen bekannte Madame Roland, ist niemals für öffentliche Rechte des Weibes eingetreten; die Zeit, meint sie 1791, sei noch nicht reif dafür. Ihr selbst hat es genügt, stille Mitarbeiterin ihres Gatten zu sein. Der etwas schwerfällige Gelehrte war auf seinem Ministersessel nicht so ganz am rechten Platz und ließ nicht ungern die gewandtere Feder seiner Frau walten, wenn es galt, Zirkulare, Erlasse, politisch wichtige Briefe zu entwerfen. Die so aus dem Arbeitskabinett des Ehepaares hervorgegangenen Schriften gelten den Historikern als die eigentlichen Manifeste der girondistischen Partei. Frau Roland, ein Typus edler, anmutiger Weiblichkeit, aufopfernd als Gattin und Mutter, erschien den Zeitgenossen — Freunden und Feinden — als die Seele dieser Partei, ein Urteil, das von der Nachwelt, d. h. von den genauesten Kennern jener Tage, bestätigt wird. Der Triumph der Jakobiner im Sommer 1793 besiegelte auch ihr Los. Am 8. November 1793 schritt die Schülerin Plutarchs und Rousseaus lächelnd der Guillotine entgegen mit einem wehmütigen Gruß an die heißgeliebte, schwer mißhandelte Freiheit.

Mit dem Sturz der gemäßigten Girondisten, dieser Idealisten und Individualisten, die nur allzuwenig den Realitäten des politischen Lebens Rechnung trugen, hat auch jene erste Bewegung zugunsten des Staatsbürgerrechts der Frauen ihr Ende erreicht. Fast alle die Männer, die dafür eingetreten sind, gehörten zu dieser Partei oder standen ihr doch nahe. Die Sieger von der Bergpartei, die radikalen Demokraten, die das Panier des Schreckens aufpflanzten, schritten energisch gegen die politischen Bestrebungen der Frauen ein. Am 30. Oktober 1793 beschloß der Konvent auf Vorschlag des Sicherheitsausschusses die Aufhebung aller weiblichen Klubs und verweigerte den Frauen das Versammlungsrecht. Der öffentliche Ankläger der Girondisten, Anwar, erklärte, die allgemeine Ansicht widerstrebe dem Gedanken, daß Frauen politische Rechte ausübten und sich in die Regierungsgeschäfte mischten. Anläßlich des Todes der drei sehr verschiedenen Frauen, Marie-Antoinette, Olympe de Gouges, Madame Roland, rufen die Zeitungen den Bürgerinnen zu: „Frauen, wollt ihr Republikanerinnen sein, so gehorcht den Gesetzen, die eure Gatten und Söhne zur Ausübung ihrer Rechte aufrufen; seid einfach in der Kleidung, fleißig im Haushalt und erscheint niemals in den öffentlichen Versammlungen mit dem Wunsche, selbst das Wort zu ergreifen." Ganz im nämlichen Sinne äußerte sich Chaumette, ebenfalls ein wütender Gegner der Girondisten, als am 19. November 1793 eine Anzahl Frauen, mit der roten Jakobinermütze bekleidet, vor der Pariser Kommune erschienen und durch diese männliche Kopfbedeckung gewaltigen Anstoß erregten.

Der Konsul Bonaparte sagte einst im Gespräch zu Frau Condorcet: „Ich mag es nicht leiden, daß sich die Frauen in die Politik mischen"; und die geistvolle Witwe des Philosophen antwortete schlagfertig: „In einem Lande, wo man ihnen den Kopf abhaut, möchten sie natürlicherweise wissen warum." Die schöne, vornehme Dame mag dabei bewußt oder unbewußt an das Wort der unglücklichen Abenteurerin Olympe de Gouges gedacht haben.

Weder unter der Herrschaft Napoleons, noch während der bourbonischen Restauration ist das weibliche Geschlecht im öffentlichen Leben zu Wort gekommen. Erst die Saint-Simonisten sind etwa ein Menschenalter nach dem Scheitern jener ersten französischen Bewegung für die politischen Rechte der Frauen eingetreten, indem sie das Weib zur echten Genossin des Mannes „in dem dreifachen Amte der Familie, des Tempels und des Staates" berufen wollten.

Anna Henschke / Aus Ruskins sozialen Schriften

Der hundertste Geburtstag John Ruskins (geb. 8. Februar 1819 zu London) richtet soeben den Blick von dem heißen, zwiespältigen Ringen der Gegenwart hin zu jener stillen, vornehmen Versammlung aus allen Nationen, die Ruskin selbst in einem köstlichen kleinen Buch „an eternal court" genannt hat. Eine weltweite Gemeinschaft, unübersehbar wie die Tage der Erde. Die Erwählten und Geistesmächtigen aller Zeiten und Zonen! Die Tür zu ihrem Saal steht immer offen. Auch lassen sie den Besuchenden nicht antichambrieren, wie etwa ein Kabinettsminister, der dir zehn flüchtige Minuten gönnt, oder eine Königin, die dir einmal im Leben einen gütigen Blick zuwirft. Die hier, in schweigende Geduld gebannt, auf ihren schlichten, schmalen Bücherbrettern stehen, scheinen vielmehr zu warten. Wer darf herein? Tritt nur heran, du Sterblicher, wer du auch seist und welchen Rock du trägst. Man wird dich, einmal aufgenommen, nie mehr von hier verweisen. Du kannst hier Umgang pflegen nach Herzenslust. Nur mußt du dich zu den hier Waltenden hinaufbemühen — sich zu dir herunterbücken, das können sie nicht. Und diese hier ansässige Aristokratie wird dir am Eingang eine Frage stellen, nur eine kurze: Verdienst du einzutreten? Passiere! (Nach „Sesame and Lilies".)

Sein Volk hat dem großen englischen Prosadichter, dem genialen Interpreten hoher Kunst, dem Mitreformator des englischen Kunstgewerbes, der sich auf halbem Weg des Menschenlebens — umschwirrt von Spott und Protesten — gedrungen sah, die Geißel zu ergreifen, um bitterer Ankläger der Schäden der Gesellschaft und Anwalt aller Mühseligen und Beladenen zu werden, längst einen Platz in diesem Saale zugebilligt. Dicht neben seinem Freund, jenem älteren grimmen Wecker der Gewissen, der uns in Deutschland besonders nahesteht, Thomas Carlyle.

Bei den folgenden Auszügen sind fast nur Ruskins soziale Schriften berücksichtigt worden. Sie sind vor ungefähr 50 und 60 Jahren erschienen.

Möchte Ruskins nachdenkliche, warnende, anfeuernde Stimme — oft scheint sie die eines Zeitgenossen von 1919 zu sein! — zu denselben Problemen, die uns eben jetzt auf das schmerzlichste beunruhigen und bewegen, in dem vielgemischten Chor unserer Tage mitvernommen werden!

(Unto this Last 1860. Munera Pulveris 1862. Sesame and Lilies 1865. The Crown of Wild Olive 1866. Time and Tide 1867. Fors Clavigera 1871—84.)

Es gibt nur eine Art Reichtum: das Leben; das Leben, welches alle Möglichkeiten, zu lieben, sich zu freuen, zu genießen und zu bewundern einschließt. Das Land ist das reichste, welches die größte Anzahl glücklicher menschlicher Wesen nährt.

Unto this Last.

Es ist von geringer Wichtigkeit für einen jeden von uns, ob wir zur Freiheit kommen oder nicht, wohl aber ist es von der höchsten, daß wir sie verdienen. Ob wir sie uns gewinnen können, bestimmt das Schicksal, ob wir ihrer wert sind, bestimmen wir selbst. Und das Verhängnisvollste, das uns treffen könnte, wäre der Genuß der Freiheit, ohne inneres Anrecht an sie.

Queen of the Air.

Digitized by Google

Es sind gegenwärtig zwei einander widerstreitende Theorien über die Landfrage im Umlauf. Beide falsch. Die eine besagt, daß durch Beschluß des Himmels zu allen Zeiten existiert habe und weiterhin existieren müsse eine gewisse Anzahl durch Geburt geheiligter Personen, denen die Erde, die Luft und das Wasser dieser Welt als persönliches Eigentum zustehen, von welcher Erde und Luft und von welchem Wasser diese Personen nach Gefallen dem Rest des Menschengeschlechts erlauben oder verbieten können zu essen, zu atmen oder zu trinken. Diese Theorie kann nicht mehr allzulange aufrechterhalten werden. Die entgegengesetzte Theorie lautet, daß eine Aufteilung alles Landbesitzes in der Welt unter den Pöbel in der Welt besagten Pöbel augenblicklich zu geheiligten Personen erhöhen würde, daß die Häuser sich dann von selbst bauen, das Korn von selbst wachsen würde und daß jedermann sein Leben müsse führen können, ohne das geringste für seinen Lebensunterhalt arbeiten zu müssen. Auch diese Theorie würde sich in der Praxis ganz unhaltbar erweisen. Sesame and Lilies.

. . . Alle Arbeitslosen, Mann, Frau oder Kind, sollten sogleich von der nächsten öffentlichen Schule aufgenommen und dort zu solcher Arbeit angehalten werden, zu der sie sich, nach einem Versuche, zu eignen scheinen, gegen einen festen, jedes Jahr zu bestimmenden Lohnsatz. Sind sie aus Unwissenheit arbeitsunfähig, so müßten sie belehrt werden; sind sie es wegen Krankheit, so müßten sie gepflegt werden; gäbe es aber Arbeitsscheue unter ihnen, so müßten solche unter Zwang von der schärfsten Art gestellt und zu den Arbeiten, die einmal gemacht werden müssen, die aber ihrem Wesen nach anstrengend und erniedrigend sind, angehalten werden.
Unto this Last.

. . . . Wie vollkommen aber auch ein Erziehungssystem ausgestaltet werden möge, es müssen unendliche Verschiedenheiten in der Natur und den Fähigkeiten der Menschen bestehen bleiben, und diese Verschiedenheiten lassen sich im Allgemeinen unter die zwei Arten der Herren-Naturen (die auf Regelmäßigkeit, Aufbau, Harmonie gerichtet sind), und der Knechts-Naturen (auf Regellosigkeit, Zerstörung, Disharmonie gerichtet) einordnen, und da die Herren-Naturen, nur wenn sie herrschen, von Nutzen sind, die Knechts-Naturen, nur wenn sie dienen, auf höhere Stufen kommen können, so hängt die Gesundheit des Staates vollständig von der deutlichen Scheidung dieser beiden Elemente ab. Denn wenn der durch seine Natur zum Dienen bestimmte Teil nicht abgetrennt wird und seine Dienstbarkeit nicht offensichtlich in die Erscheinung tritt, so vermischt er sich mit dem ganzen Staatskörper und korrumpiert ihn, und wenn der zum Herrschen geborene Teil nicht herausgehoben und zur Herrschaft gebracht wird, so wird er erdrückt und geht verloren und bleibt ohne Einfluß, so daß die feinsten Eigenschaften einer Nation ihr umsonst geschenkt sind. Munera Pulveris.

In jedem tätigen und wohlregierten Volke zeitigen die verschiedenartigen Kräfte der einzelnen, wenn sie voll zur Wirkung kommen und verschiedenartigen Bedürfnissen dienstbar gemacht werden, ungleiche, aber harmonische Verhältnisse und erlangen Lohn oder Einfluß, je nach ihrer Beschaffenheit und ihrem Verdienst; indessen in jedem untätigen oder schlecht regierten Volke ein stufenweiser Verfall und der Triumph des Verrats ihr eigenes grobes System der Über- und Unterordnung und des Erfolges ausarbeiten und an Stelle harmonischer Ungleichheiten wetteifernder Kräfte ungerechte, auf Schuld und Unglück beruhende Machtverhältnisse schaffen. Unto this Last.

Wir haben in letzter Zeit das Problem der Arbeitsteilung, diese große Erfindung der Zivilisation, studiert und sie immer weiter vervollkommnet; nur daß wir dem Ding einen falschen Namen geben. Es handelt sich dabei nicht um Teilung der Arbeit, sondern des Menschen. Er ist in bloße menschliche Segmente zerteilt — in kleine Bruchteile und Krumen zerbröckelt. Das bißchen Intelligenz, das ihm bleibt, genügt nicht, um eine Stecknadel herzustellen oder einen Nagel — es erschöpft sich in einer Nadelspitze und einem Nagelkopf. Nun ist es gewiß gut und wünschenswert, daß täglich viele Nadeln fabriziert werden. Wenn wir aber nur sähen, mit welchem Glasstaub ihre Spitzen poliert werden — dem Staub der Menschenseele, den wir unter die Lupe nehmen müssen, ehe wir ihn als das erkennen, was er ist —, dann würden wir es glauben, daß auch damit einiger Verlust verbunden sein mag. Und der gewaltige Schrei, der sich aus unseren Fabrikstädten erhebt, lauter als das Getöse ihrer Dampfkessel, bedeutet tatsächlich, daß wir alles fabrizieren, nur keine Menschen. Wir bleichen Baumwolle, glühen Eisen, raffinieren Zucker und formen Ton; aber niemals berechnen wir, was es bedeutet, auch nur eine einzige lebendige Seele zu stärken, zu erhellen, zu formen.
The Stones of Venice.

Und als Letztes: ich verstehe unter „Co-operation" nicht nur eine Verbindung zwischen Handelsfirmen, sondern zwischen Handelsvölkern, so daß es nicht mehr als ein Vorteil für das eine Volk betrachtet wird, das andere zu unterbieten und es seiner Erwerbstätigkeit zu berauben, wie es jetzt in frivolem und törichtem Eigennutz geschieht; sondern daß das erste und ewige Gesetz lebendigen Handelsaustausches von allen Menschen verstanden werden soll: daß nämlich eine jede Nation durch ihre Charakteranlage wie durch die Beschaffenheit ihres Landes für einige bestimmte Erwerbs- oder Produktionszweige geeignet ist und daß es das wahre Interesse jeder andern Nation ist, sie in ihrer Spezialität zu ermutigen, sie in nichts zu stören, sie vielmehr in jeder Weise zu fördern und ihre Anstrengungen zu unterstützen, indem sie jede Rivalität mit ihr aufgibt, sobald sie stark genug ist, den ihr zukommenden Platz einzunehmen. Time and Tide.

Man hat oft den Vorwurf der Inkonsequenz gegen mich erhoben. Ich glaube, diese Anschuldigung auf fast allen Punkten zurückweisen zu können, mit alleiniger Ausnahme meiner Ausführungen über den Krieg. Es ist mir unmöglich, in meinen Äußerungen über den Krieg konsequent zu sein, da die Tatsachen, die ich in bezug auf ihn gesammelt habe, mich in ihrer Totalität zu ganz entgegengesetzten Resultaten führen.

Mache ich in anderen Dingen diese Erfahrung, so halte ich mich zurück, bis sich meine Überzeugung geklärt hat; was aber den Krieg angeht, so zwingen mich die Zeitverhältnisse dazu, mein Schweigen zu brechen, zwingen mich auch dazu, zu handeln in diesem oder jenem Sinne. Ich handle nun aus der Idee heraus, daß der Krieg ein unberechenbares Maß willkürlich heraufbeschworenen menschlichen Leidens in seinem Gefolge hat und daß es deshalb unter christlichen Nationen keinen Krieg geben sollte . . . Auf der anderen Seite aber weiß ich nur zu gut, daß die edelsten Charaktere, deren sich die Menschheit je zu rühmen hatte, herausgerissen sind im Kriege — daß alle großen Nationen Nationen von Kriegern waren und daß die einzige Art des Friedens, die uns etwa in unseren Tagen beschieden sein könnte, gleich verderblich sein würde für unsere geistige wie für unsere sittliche Entwicklung.
The Crown of Wild Olive.

Und vergeßt nicht, daß jede Tugend oder Vortrefflichkeit, die etwa diesem Kriegsspiele, wenn recht gespielt, innewohnt, zunichte wird, sobald ihr es . . . mit einer Anzahl menschlicher Pfänder spielt.

Wollt ihr, die Herren dieses oder eines anderen Königreiches, den Kampf zu eurem Zeitvertreib erheben, immerhin, mir soll es recht sein; nur setzt nicht die unglücklichen Bauern auf das Schachbrett von Feld und Wald. Wenn der Einsatz Tod sein soll, so spielt darum mit euren eigenen Köpfen, nicht mit den ihrigen. Auf einen ehrlichen Kampf im olympischen Staube, und wäre es auch der Staub des Grabes, werden die Götter gnädig herabblicken; aber sie werden nicht mit euch sein, wenn ihr euch zu den Seiten des Amphitheaters niederlaßt, dessen Stufen die Berge der Erde bilden, dessen Arena ihre Täler sind, um die Millionen eurer Bauern zum Gladiatorenkampfe anzutreiben.
The Crown of Wild Olive.

Es gibt heutzutage kein Verbrechen, das so jenseits aller Verzeihung läge, das so ohne Gegenstück wäre in seiner Schuldbeladenheit als die Herstellung von Kriegsmaschinerie und die Erfindung verderbenbringender Substanzen. Zwei Völker können in Wut aufeinander losgehen . . . Gott erbarme sich ihrer — ihr aber, die ihr ihnen die Messer vom Tische zureicht, damit ihr selbst ein heruntergefallenes Fünfzigpfennigstück auflesen dürft, wer soll sich eurer erbarmen?

Wir sind so human und so weise, und unsere Vorfahren hatten Pechtonnen für die Hexen; wir haben Pechtonnen für alle Welt und treiben selbst Hexengewerbe, am hellichten Tage. Wir haben unsere eigenen Hexenkessel, dank Hekate, mit Affenblut gekühlt, und wir verkaufen höllisches Feuer auf offener Straße.
Fors Clavigera.

. . . Keine dieser Formen des Krieges bringt etwas anderes hervor als Gräber. Krieg aber, der nicht zerstört, sondern schafft, das ist der Krieg, in dem mit Zustimmung aller die natürliche Ruhelosigkeit und Kampfesliebe der Menschen zu Formen eines schönen — wenn auch vielleicht verhängnisvollen — Spieles gemäßigt wird, in dem der natürliche Ehrgeiz und die Machtliebe der Menschen auf Bekämpfung des umgebenden Übels hingelenkt wird und in dem die natürlichen Instinkte der Selbstverteidigung geheiligt werden durch den Adel der Institutionen und die Reinheit des Familienlebens, zu deren Hütern sie bestellt sind. Zu solchem Kriege sind alle Menschen geboren; in solchem Kriege zu sterben mag jeder als ein glückliches Los preisen, und aus Kriegen solcher Art sind durch alle vergangenen Zeitalter hindurch die heiligsten Empfindungen und höchsten Tugenden der Menschen erwachsen.
The Crown of Wild Olive.

Naumann / Der Gott der Armen

Am Wegrande der Menschheitsstraße sitzen und liegen viele Mattgewordene, die den Wettbewerb nicht mehr ausgehalten haben. Kranke, Atemlose, Zerschossene, Unterernährte, Schwerhörige, Blinde, Hilflose. Für sie hat das Lied vom Fortschritte der Menschheit nur einen sehr weh-

Digitized by Google

mütigen Klang. Selbst wenn der Fortschrittsglaube trotz des Kriegselends wahr sein sollte, so ist es doch nur ein ferner Trost für die Müden und Armen, daß weit über ihren Köpfen Siege gefeiert werden, an denen sie nicht teilhaben können. Was hilft es ihnen, wenn die Straßen einer unendlich fernen Stadt glänzend erleuchtet sind? In den guten alten Zeiten hatten es diese Menschen vom Wegrande vielleicht im ganzen doch besser als jetzt, denn wenn auch die Krankenhäuser und Armenversorgungen der Gegenwart viel ordentlicher sind als die Sammelstätten der Verkümmerten in der Vorzeit, so gab es damals mehr Glauben an den Gott der Armen, der abwischen wird alle Tränen von ihren Augen und für sie eine ewige Erquickung bereit hält. Selbst wer dem Inhalte dieses Glaubens an den ausgleichenden Gott zweifelnd gegenübersteht, kann nicht leugnen, daß in ihm eine große Milde enthalten war, Balsam für zahllose Wunden. Und wer will sagen, daß wirklich alles nur Täuschung war, worauf man in den Armeleutehäusern der früheren Zeiten hoffte? Schon der Glaube selber war eine Art Ausgleichung, die Geschichte vom reichen Mann und armen Lazarus war ein tatsächliches Evangelium. Die öffentliche Achtung vor den Bedrückten war eine weit höhere, solange sie als unter Gottes besonderem Schutze stehend angesehen wurden. Je verweltlichter die Gesinnungen werden, desto schwieriger wird es, mit Geduld und ohne Verzweifelung schwach zu sein. Man hat den Mattgewordenen viel seelischen Halt weggenommen, ohne etwas Entsprechendes geben zu können.

Büchertisch

Siegfried Marck, **Imperialismus und Pazifismus als Weltanschauungen.** J. C. B. Mohr, Tübingen. 56 S. 2 M.

Wäre der Pazifismus nur egoistisch und utilitaristisch, entspränge er nur einem persönlichen Ruhebedürfnis des einzelnen, der durch den Krieg in seiner Bequemlichkeit gestört wird, so hätte er neben dem Imperialismus mit seinem Schwung, seiner Unterordnung des Individuums unter das Gesamtinteresse einen schweren Stand. In einer ausgezeichneten Untersuchung geht Marck bis in die letzten Tiefen, in denen beide Weltanschauungen verankert sind. Denn alle technischen Lösungen des Friedensproblems genügen nicht, solange nicht eine Idee, die die Menschen mit fortreißt, als Grundlage vorhanden ist.

Der Imperialismus nimmt die Gewalt zur Norm jedes politischen Handelns. Dieses selbst ist ein Lebensvorgang, der sich im Rahmen überindividueller, kollektiver Einheiten abspielt, es handelt sich also beim „Staate als Lebensform", wie Kjellén es so treffend ausgedrückt hat, um eine biologische Größe, die dem naturwissenschaftlichen Gesetz der Entwicklung unterliegt. Dadurch werden auf der einen Seite Ausdehnungsbestrebungen, auf der anderen Herrschaft über die einzelnen im Innern zum Kennzeichen des starken Staates. Derselbe Entwicklungsgedanke bedingt aber auch einen ausgesprochenen Fatalismus — Natur, Notwendigkeit, Determinismus steht im imperialistischen System gegen sittliche Entscheidung, Freiheit, Vernunft des einzelnen; da der Gesamtwille des Staates über dem Willen der einzelnen steht, liegt es nicht in deren Macht, einen Konflikt zweier Staaten zu verhindern, das kleine Ich kann sich diesen Umwälzungen nicht entgegenwerfen. Das Subjekt ist nur der willenlose Vollstrecker des vom Objektiven Geforderten.

Der Gegenpol dieser Weltanschauung ist der Pazifismus, der ethisch und individualistisch ist, wo der Imperialismus naturalistisch und kollektivistisch war. Über das Glücksstreben des einzelnen hinaus liegt im individuellen Leben noch der Wert der persönlichen Aufgabe, die dem Leben jedes einzelnen gesetzt ist und die nur er, niemand anders, erfüllen kann. Der einzelne Mensch ist der Träger der absoluten sittlichen Werte, nur zu ihm spricht die Stimme des Gewissens, nur er kennt Verantwortung, Entscheidung, Schuld und Verpflichtung — den kollektiven Persönlichkeiten dagegen fehlt das Organ dieser sittlichen Einsicht. Und wenn für den fatalistischen Imperialismus die Vernunft im naturnotwendigen Gange der Dinge liegt, sich ihm die Geschichte zur Vernunft entwickelt, so will im Gegensatz dazu der rationalistische Pazifismus mit der Kraft des menschlichen Geistes Geschichte und Wirklichkeit erst zur Vernunft bringen. Das Schicksal, die zwangsläufige Entwicklung, ist der Feind, der durch Freiheit und Vernunft besiegt werden muß.

So stehen sich also zwei Typen der Geister streng geschieden gegenüber, in einem uralten Kampfe, dem letzten Endes ist es der Gegensatz zwischen Aristoteles und Plato, der hier in anderer Form, aber auf den gleichen Grundlagen ruhend, zum Ausdruck kommt. Der Mensch muß wählen, zu welcher von den beiden Parteien er sich schlagen will, ob er die Gesamtheit oder den einzelnen, die Staatsmacht oder die Gerechtigkeit höher bewertet. Während aber der radikale Staatsgedanke zur Despotie führt, ist die letzte Konsequenz des radikalen Individualismus die Anarchie. Beide Extreme sind zu verwerfen, in einer Synthese der positiven Werte der beiden Weltanschauungen muß daher die Lösung liegen. Der Pazifismus muß selbst eine politische Macht werden, er muß eine Organisation, einen Mechanismus ersinnen, wodurch der dauernde Frieden sichergestellt ist. Auch die Entwicklung muß in sein System einbezogen, der menschliche Trieb nach Fortschritt und Veränderung muß von ihm in Rechnung gesetzt werden. Mit der negativen Tätigkeit der Kriegsverhütung und der gegenseitigen polizeilichen Kontrolle ist es allein nicht getan, ein neuer Genius der Geschichte muß an Stelle des alten, verdrängten, gesetzt werden.

Das sind in knappstem Auszug die Grundgedanken Marcks. Vollendet wurde die kleine Schrift im Felde im September 1918. Ihre Vortrefflichkeit mag der Umstand bezeugen, daß auch die gewaltigen Umwälzungen, die seitdem vor sich gegangen sind, ihr nichts von ihrer Gültigkeit raubten, da es sich hier um allgemeine, durch keine Zufälle zu erschütternde Wahrheiten handelt. M. R.

Joh. und Rob. Koppe, Architekten in Leipzig. **Ausgeführte und geplante Kriegerheimstätten.** 2. Auflage. 4,50 M.

Unter besonderer Berücksichtigung der sparsamen Bauweise geben die Verfasser viele augenscheinlich in der Praxis gewonnene Winke für die Kleinsiedlung, von der Finanzierung und Geländeaufteilung bis zur Ofenfrage. Die volkstümlichen Ausführungen werden durch zahlreiche Abbildungen und Pläne ergänzt und deutlich gemacht. F. S.

Briefkasten

Staatsbürgerschule, Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27, Tel. Moabit 9596. Die Vorträge von Dr. Margarete Rothbarth, Dr. Schotte und Dr. Pauli mußten in der letzten Woche infolge der Verkehrsverhältnisse ausfallen. Die Teilnehmer werden rechtzeitig Mitteilung erhalten, wann die Vorträge wieder beginnen.

Pfr. S. in W. Zur Kirchenfrage nennen wir Ihnen Naumanns Flugblatt „Freier Staat und freie Kirche" (Ein Wort an deutsche Männer und Frauen). 100 Stück kosten 8 M., Einzelexempl. sind gegen Einsendung von 5 Pf. und 5 Pf. für Porto erhältlich.

Die vielen Hunderte neuer Leser, die in den letzten Wochen in den „Hilfe"-Kreis eingetreten sind, bitten wir um Angabe von Werbeadressen, an die wir Probehefte schicken können. Einem Teil der Auflage wird zu diesem Zwecke eine Postkarte beigefügt. (Die alten Angaben von Preis und Adresse auf der Vorderseite dieser Karte wollen die Leser selbst berichtigen.)

Wegen der Unruhen und Streiks in Berlin und Leipzig hat ein Teil der „Hilfe" Nr. 10 noch nicht verschickt werden können. Auch sind tagelang keine Postsachen ausgeliefert und zur Beförderung angenommen worden. Ausbleiben oder Verspätung bitten wir mit diesen Umständen zu entschuldigen.

Freiwillige Gaben zur Verbreitung der „Hilfe": 3,15 M. v. E. in S. **Verlag der „Hilfe".**

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, beide z. Z. Weimar.

Digitized by Google

20. März 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis im Buchhandel 4 M., beim Postamt 4.12 M., unter Kreuzband 4.50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 4.25 M., ins Ausland 5 M. Soldatenausgabe 1.50 M. Einzelhefte 40 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8633.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 12

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 60 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Gertrud Bäumer:** Heimatchronik. — **Naumann:** Deutsche Grundrechte. — **Wilhelm Heile:** Preußen-Deutschland? — **Dr. Paul Rohrbach:** Ein amerikanischer Irrtum. — **Stadtschulrat Conrad Weiß:** Rede in der Nationalversammlung über den Religionsunterricht in der Schule. — **Prof. Dr. Heinrich Gerland:** Die Finanzlage des Reiches. — **E. D. Gallwitz:** Der Kommunist Christus. — **Naumann:** Glaube und Kirche. — Büchertisch.

Naumann / Kriegschronik

Sonntag, 9. März.

Es ist sehr merkwürdig, wie wenig wir alle von Rußland wissen. Auf der Nationalversammlung wird beständig vom Bolschewismus geredet, und die Partei der unabhängigen Sozialisten spielt die Rolle des advocatus diaboli (Teufelsverteidigers). Sie verlangt, daß die Bolschewisten, Spartakisten und alle sonstigen Sorten von Kommunisten als die Vertreter einer ernsthaften politischen und wirtschaftlichen Weltanschauung genommen werden und daß man ihnen deshalb ihre blutig radikalen Sünden weniger übelnehmen solle. Das letztere ist natürlich eine Art schauerlicher Komödie, denn solange diese deutschen Bolschewisten als bewaffnete Straßenräuber auftreten, bleibt gar nichts anderes übrig, als sie in derselben Art zu behandeln. Aber es ist zuzugeben, daß mit den Waffen allein die Sache nicht erledigt ist, sobald hinter den wilden Einzelvorkommnissen eine durchführbare und für das Volk wohltätige Idee steht. Ob dieses letztere der Fall ist, würde sich einigermaßen nach Tatsachen beurteilen lassen, wenn wir von den Geschehnissen in Rußland eine genügend deutliche Vorstellung hätten. Wir wissen, daß die bolschewistische Verfassung seit dem Juli 1918 in Geltung ist, erfahren aber nicht, wieweit sie in den einzelnen Provinzen und Bezirken zur Durchführung gelangt ist und welches dort, wo die Durchführung erfolgte, die praktischen Zustände sind. Die volle Ausschaltung aller bisher besitzenden und leitenden Personen wird durch die Verfassung zur öffentlichen Pflicht gemacht. Der Gedankengang des neuen Staatssystems ist, daß nur die Kleinbauern, Landarbeiter, Fabrikarbeiter, Eisenbahnangestellten, Kosaken und Soldaten irgendeine Führung übernehmen. Daß ihre Ausschaltung für die Mitglieder der bisherigen Oberschicht höchst peinlich und widerwärtig ist, versteht sich von selbst. Bedeutsamer aber für die jetzt bei uns geführten Diskussionen ist eine Erkenntnis darüber, ob der Gesamtbetrieb ohne weiteres sinkender Produktivität auch ohne alle bisherige Leitung seinen Dienst tut. Unsere Spartakisten pflegen zu behaupten, daß das geschehe. Wir anderen zweifeln fast ausnahmslos an der Wahrheit dieser Behauptung. Woher kommt es nun, daß die sonst so eifrige Journalistik keine wirklichen Mitteilungen zu machen hat? Ist der Zustand der russischen Zeitungen derartig, daß man aus ihnen über die Hauptfragen des Lebens nichts erfährt?

Montag, 10. März.

Von der Pariser Konferenz ist die Blockade für Österreich aufgehoben. Man wird darunter kaum etwas anderes zu vermuten haben, als eine freiere Behandlung der Häfen von Triest, Fiume und Cattaro, vielleicht auch die Zulassung einiger amerikanischer Sendungen.

Die Stockung der Verhandlungen in Spaa über die Lebensmittelzufuhr nach Deutschland bildet den Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit. Es ist aber falsch anzunehmen, daß die Verhandlungen abgebrochen sind. Die Mitglieder der verschiedenen alliierten Kommissionen, die zum Studium der gegenwärtigen deutschen Lebensverhältnisse bei uns gewesen sind, haben einmütig den Präsidenten der feindlichen Länder berichtet, daß Deutschland ohne Zuführung von Lebensmitteln nicht aus dem bolschewistischen Aufruhrzustand herauskommen kann.

Die chinesische Regierung hat sich vor dem Weltribunal in Paris über die Japaner beschwert und Kiautschou für China in Anspruch genommen. Es sei nicht Chinas Schuld, daß es in den Jahren 1914 und 1915 nicht am Krieg teilnehmen konnte, sondern japanische Bedrohungen hätten ihm eine derartige Teilnahme am Weltkrieg unmöglich gemacht. Gleichzeitig läßt die chinesische Regierung ausdrücken, daß sie den lebhaften Wunsch habe, in den Völkerbund einzutreten. Ohne Zweifel erwarten die Chinesen vom Völkerbund eine Existenzgarantie gegenüber Japan. — Man kann sich gerade an diesem Fall klarmachen, welche verwickelten und fast unlösbaren Aufgaben ein angelsächsisch geleiteter Völkerbund übernehmen müßte. Er würde sich zum Schiedsrichter der schweren ostasiatischen Fragen aufwerfen müssen, ohne die Mittel zu haben, den Japanern bindende Verpflichtungen aufzuerlegen. Durch die riesenhaften Anstrengungen Deutschlands sind die Japaner viel freier und selbständiger geworden, als sie es vorher waren. Es verdient beachtet zu werden, wie wenig bei den Berichten über die Pariser Konferenz von einer Beteiligung der japanischen Vertreter gesprochen wird.

Dienstag, 11. März.

Belgien hat Entschädigungsansprüche in Höhe von 1400 bis 1600 Millionen Pfund angemeldet, wobei es nicht nur den Ersatz des angerichteten Schadens berechnet, sondern auch Ersatz für entgangenen Gewinn, nichtbezahlte Staatspensionen usw. Wenn auf diese Weise verfahren wird, so gelangt man zu Summen, die auf keine Art aus Deutschland herausgeholt werden können, besonders, wenn man den heutigen Zustand unserer internationalen Valuta ins Auge faßt.

Von den Franzosen werden die größten Anstrengungen gemacht, um einesteils das Saargebiet zu annektieren und anderenteils einen rheinischen Pufferstaat zu gründen. In dem Wort Pufferstaat soll ausgesprochen sein, daß der rheinische Staat nicht zum Deutschen Reiche gehört, sondern sich unter dem Schutz Frankreichs oder des Völkerbundes selbständig bewegt. Leider gibt es einzelne Personen in Saarbrücken und Bonn, die sich aus irgendwelchen egoistischen Gründen diesen Plänen gefällig zeigen! Nicht zu verwechseln damit ist der von Zentrumsmitgliedern, aber auch von einer Anzahl liberaler Männer, wie Professor Stier-Somlo, veröffentlichte Aufruf, die Selbständigkeit Rheinlands und der benachbarten Gebiete zu proklamieren. Die Urheber dieses Aufrufs lassen keinen Zweifel darüber, daß sie unter allen Umständen beim Deutschen Reiche bleiben wollen und nicht daran denken, ihr Vaterland aufzugeben. Ihnen liegt nur daran, als selbständiges deutsches Land die eigenen Verhältnisse selbst zu regeln und nicht mehr von Berlin abhängig zu sein. Es würde, so sagen

Digitized by Google

sie, für die Rheinländer leichter sein, sich der französischen Umklammerung zu erwehren, wenn der Gedanke der landsmannschaftlichen Selbständigkeit, der tief im Volke wurzele, zu Hilfe gerufen werde. Gegenüber den Besorgnissen, daß es sich um einseitige klerikale Wünsche zur Herstellung eines „Pfaffenstaates" handle, wird geantwortet, daß Rheinland glücklich sein würde, wenn protestantische Gebiete, wie Pfalz, Nassau oder auch Westfalen und Friesland sich anschließen wollten. Die rheinische Sozialdemokratie steht diesen Plänen im allgemeinen ablehnend gegenüber, und auch die Mehrheit der bürgerlichen Demokraten äußert starkes Mißtrauen. Noch sind die Dinge so im Fluß, daß ihr Verlauf von hier aus nicht beurteilt werden kann.

Mittwoch, 12. März.

Je mehr sich der Zeitpunkt nähert, an dem die Pariser Konferenz die Friedensbedingungen für Deutschland formuliert, desto ungeheuerlicher werden die Nachrichten, die über den zu erwartenden Inhalt dieses Friedens durch die Welt gehen. Die gesamte Entschädigungssumme wird mit 8 Milliarden Pfund Sterling angegeben, d. h. 160 Milliarden Mark in Friedenswaluta, fast das Doppelte bei heutiger Berechnungsweise. Daß eine solche Summe auf dem Wege staatlicher Steuern und naturaler Lieferungen niemals geleistet werden kann, liegt offen zutage. Gleichzeitig wird behauptet, daß Elsaß-Lothringen, die Rheinprovinz, Nordschleswig, Danzig, Posen und Oberschlesien abgetreten werden sollen, damit durch den Zuwachs der Deutsch-Österreicher die Gesamtziffer der deutschen Staatsbürger nicht größer werde, als sie vor dem Kriege gewesen ist. Darüber hinaus aber besagen verschiedene Mitteilungen, daß auch der Anschluß der Deutsch-Österreicher überhaupt nicht von der Selbstbestimmung der Nation, sondern von der Zulassung der Pariser Regierenden abhängig gemacht werden solle. Der oberste Kriegsrat der Alliierten hat beschlossen, daß die Stärke des deutschen Heeres statt 140 000 Mann nur 100 000 betragen dürfe. Die allgemeine Wehrpflicht solle nach einem Antrag Lloyd Georges in ganz Europa aufgehoben werden und an ihre Stelle ein Freiwilligen- oder Söldnersystem treten, bei dem sich der einzelne Soldat auf zwölf Jahre verpflichten müsse. Ein amerikanischer Funkspruch besagt: Die deutsche Armee wird unter die Zahl herabgedrückt werden, die kleinere Nationen haben. Dies wird die Deutschen nachdrücklich dazu zwingen, ihre Zukunft und ihr Schicksal dem Völkerbund anzuvertrauen. Es kann sein, so heißt es weiter, daß die Deutschen nicht sofort den Vertrag annehmen. Die Bedingungen sind in der Tat so streng, daß eine deutsche Weigerung erwartet werden kann. Tritt dieser Fall ein, so werden die Alliierten die Blockade fortbestehen lassen, und schließlich wird Deutschland die Bedingungen annehmen. Über unsere Handelsflotte steht im Pariser „Journal" der Satz: Die Deutschen wissen, daß, wenn sie ihre Handelsflotte ausliefern, sie diese nicht mehr wiedersehen werden. — Das würde der absolute Sieg des Hasses und der Brutalität sein!

Der schwedische Sozialdemokrat Branting vermeint auf Grund seiner Kenntnis der internationalen Arbeiterverhältnisse, daß in Frankreich und England bolschewistische Bewegungen größeren Umfanges auftreten werden. Er hält Streiks für wahrscheinlich, aber nicht für staatsgefährlich. Das mag so lange richtig sein, als Deutschland sich gegen den vollen Sieg der Bolschewisten wehrt. Ob es aber noch richtig ist, wenn das deutsche Volk im ganzen zur Verzweiflung getrieben wird, ist eine andere Frage. Auch wir haben eine Bolschewikiregierung Deutschlands vor einem halben Jahre nicht für möglich gehalten und müssen ihr jetzt schon recht nahe ins Auge sehen, wenn der Unverstand der Gegner jede Gesundung unmöglich macht.

Donnerstag, 13. März.

Der deutsch-österreichische Staatssekretär des Äußeren, Bauer, macht in Wien vor der konstituierenden Nationalversammlung Ausführungen über das Ergebnis seiner Reise nach Weimar und Berlin: Wir können und sollen zum Deutschen Reich nicht anders kommen als durch unseren eigenen, freien und vom Reiche völlig unbeeinflußten Entschluß. Aber wenn wir diesen Entschluß fassen, sind wir durchaus der Überzeugung, daß wir in Deutschland mit brüderlicher Gesinnung willkommen geheißen werden und volles Verständnis finden für die geschichtliche Eigenart Deutsch-Österreichs. Die von uns der deutschen Reichsregierung gemachten Vorschläge über die Durchführung der Verhandlungen über den wirtschaftlichen und staatsrechtlichen Zusammenschluß wurden ohne jede Änderung angenommen. Unter dem Vorsitz von Graf Brockdorff-Rantzau fand in Berlin eine Besprechung statt über den Eintritt Deutsch-Österreichs in das deutsche Zollgebiet. Wir brauchen, so sagt Bauer, eine gewisse Übergangsperiode, in der die Interessen unserer deutsch-österreichischen Industrie innerhalb des deutschen Zollgebiets einen besonderen Schutz genießen werden. Man hat in diesen Fragen in Berlin die größte Bereitwilligkeit gezeigt. — Das ist also vorläufig das einzige, was unter den traurigen Verhältnissen, der Niederlage und der Zerbröckelung der Doppelmonarchie von den mitteleuropäischen Wirtschaftsplänen übriggeblieben ist! Zurzeit läßt sich gar nichts anderes tun. Ob in irgendeiner späteren Lage die benachbarten magyarischen, tschechischen und polnischen Staaten nicht von sich aus aus materiellen Gründen auf den weiteren Gedanken von Mitteleuropa zurückkommen, ist heute nur eine akademische Frage, da Tschechen, Magyaren und Polen voll beschäftigt sind, ihrem nationalistischen Fanatismus zu dienen. Gerade in den letzten Tagen sind die Beziehungen zwischen der tschechischen Republik in Prag und der deutsch-österreichischen Republik in Wien abgebrochen worden. Es schadet vielleicht nichts, wenn beide Teile eine Zeitlang sich gegenseitig nichts zu sagen haben.

Freitag, 14. März.

Der Korrespondent der „Times" in Paris teilt mit, daß die nach Brüssel fahrenden Unterhändler der Waffenstillstandskommission sich bereit erklären werden, an Deutschland bis zum 1. September monatlich 300 000 Tonnen Getreide und 70 000 Tonnen Fett zu liefern. Der englische Nahrungsmittelkontrolleur habe gesagt, es bestehe in der Welt im allgemeinen kein Mangel an Nahrungsmitteln, außer etwa an Milchprodukten. Es sei aber Mangel an Schiffsraum. Deutschland befinde sich in einem Zustande, der an Hungersnot grenze. Weder Deutschland noch die anderen hungernden Länder hätten Geld, um Lebensmittel zu bezahlen. Es liege aber kein Grund vor zu befürchten, daß durch die Versorgung dieser Länder mit Lebensmitteln auch in England Mangel entstehen könne. Die deutsche Kauffahrteiflotte müsse ausgehändigt werden. Es solle aber in die kontrollierende Kommission der Alliierten ein Deutscher aufgenommen werden. Über Helgoland sei noch keine Entscheidung gefallen, aber es stehe fest, daß es nicht an Deutschland zurückgegeben werde. Man wird also ungefähr annehmen müssen, daß heute oder morgen auf dieser Grundlage ein Nahrungsmittelabkommen geschlossen wird.

Weitere Nachrichten aus Paris besagen, daß die westlichen Grenzfestungen Deutschlands im allgemeinen zerbrochen werden sollen, daß aber die östlichen Festungen als Wall gegen Bolschewisten und teilweise zur Ausstattung des neuen polnischen Staates bestehen bleiben. Der deutsche Generalstab werde verschwinden, und der Stab des künftigen deutschen Heeres von 100 000 Mann nur aus dem Oberbefehl und den Stäben zweier Armeekorps bestehen. Militärische Luftschiffe sollen für Deutschland verboten sein, während Luftschiffe für Handels- und Verkehrszwecke unter gewissen Sicherheiten gestattet sind. Die Schiffahrtskommission der Alliierten empfiehlt, den Rhein für die Schiffahrt aller Nationen freizugeben und einen Beaufsichtigungsausschuß nach dem Muster der Donaukommission zu bilden. Der Nordostseekanal müsse allen Völkern geöffnet sein, dürfe aber deutsch bleiben.

Es werden in Danzig Vorbereitungen getroffen, um die bisher in Frankreich kämpfenden polnischen Soldaten in Empfang zu nehmen.

Vertreter neutraler Staaten werden zu einer Besprechung über den Völkerbund nach Paris eingeladen. Für uns klingt das Wort Völkerbund sehr merkwürdig. Das, was jetzt vor sich geht, ist alles andere als eine Annäherung an den ewigen

Digitized by Google

Frieden. Europa wird zum Balkan gemacht. Es nützt aber nichts, darüber toll zu werden.

Wilson ist wieder in Frankreich eingetroffen.

Sonnabend, 15. März.

Durch Telegramm wird gemeldet, daß die deutschen Unterhändler in Brüssel den Schiffahrtsvertrag, Finanzvertrag und Lebensmittelvertrag unterschrieben haben. So wird es uns in schwebenden Verhandlungen noch öfter gehen, denn ein Volk mit mangelnder Nahrung hat wenig in der Hand, womit es Erfolge erringen kann. Wie die Bezahlung der monatlichen Raten abgemacht ist, wissen wir noch nicht. Wir nehmen an, daß jetzt die Getreide- und Fettlieferungen bis zum September festgelegt sind.

Die Auslieferung Danzigs und der unteren Weichsel an die Polen scheint in Paris als endgültig betrachtet zu werden. Ferner sei beschlossen worden, daß Ostpreußen eine besondere Republik sein soll, deren Landverbindung mit Deutschland in hohem Maße eingeschränkt ist.

Während Deutschland zerteilt und zerschnitten wird, geschieht dasselbe mit der asiatischen Türkei. Frankreich erhält ganz Syrien, England Mesopotamien und Palästina. Von unserem einstigen afrikanischen Besitz übernehmen die Engländer Ostafrika, die Franzosen Kamerun und Togo, die Südafrikaner Südwest.

Durch die Versorgung Europas mit Lebensmitteln werden die Amerikaner das reichste Volk der Erde, denn sie lassen sich sowohl das Getreide wie den Laderaum stark bezahlen und sind darauf bedacht, soweit möglich, gegen bar oder gegen Waren und Naturalien zu verkaufen.

Gertrud Bäumer / Heimatchronik

Sonntag, 2. März.

Die Reichsregierung hat eine Proklamation erlassen, die blinde Leidenschaften durch eine nochmalige Klarstellung ihrer Ziele und ihrer Stellung beschwören soll. Ein Bekenntnis zur politischen Demokratie: „Wir stehen und fallen mit den Grundsätzen der Demokratie — hier gibt es für uns kein Paktieren — die politische Macht gehört allein der freigewählten Vertretung des Volks und der von ihrem Vertrauen getragenen Regierung.“ Und eine Willenserklärung zur wirtschaftlichen Demokratie: es soll geschaffen werden „das Gesetzbuch der wirtschaftlichen Demokratie, das einheitliche sozialistische Arbeiterrecht auf freiheitlicher Grundlage“ — es sollen die Betriebsräte ausgebaut und die konstitutionelle Fabrik auf demokratischer Grundlage erreicht werden. „Alles das in Verbindung mit der Sozialisierung der Wirtschaftszweige, die sich, wie vor allem die Bergwerke und die Erzeugung von Energie, zur Übernahme in die öffentliche oder gemischtwirtschaftliche Bewirtschaftung eignen oder der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden können.“

Andererseits aber: „Wilde Sozialisierungsversuche, terroristischen Zwang gegen die Arbeiterschaft, bewaffneten Aufstand und die Zerstückelung des Reiches werden wir rücksichtslos bekämpfen. Uns ist jedes Menschenleben heilig. Die Revolution gibt keinen Freibrief auf Raub, Mord und Gewalttätigkeiten aller Art. Über allem steht das Leben des Volkes. Wer sich an ihm vergreift, ist unser Feind! Die Strenge des Gesetzes wird ihn treffen.

Nach vier Jahren furchtbaren Krieges mit den ungeheuren Zerstörungen von Kulturwerten und dem Meer von Blut wollen wir nicht, daß auch noch die Schrecknisse des Bürgerkrieges mit seinen mörderischen Bruderkämpfen und mit all seinem Haß und der Zerrüttung unser Vaterland zerstören! Frieden nach innen und außen, Wiederaufbau und Wiedergenesung, das ist die Sehnsucht unseres leidenden Volkes! Die gewaltige Mehrheit von 22 Millionen Wählern berief uns zur Reichsregierung. Steht zu uns, wie wir zu euch stehen! Das ganze Volk schließe sich uns gegen die Vergewaltigung, Zerstörung und den Zusammenbruch an! Wenn wir einig sind, ist uns die Zukunft sicher!“

Diese Erklärung hätte stärker gewirkt, wenn sie — auch in der Nationalversammlung — wirksamer eingeleitet worden wäre. Worte sind den Volksmassen leichte Ware geworden, sie bleiben unbeachtet, wenn sie nicht sehr wuchtig in das Getöse des Aufruhrs hineingestoßen werden. Heute hat eine solche Erklärung zudem etwas Abgenötigtes.

Sie wird auch überholt durch einen sozialdemokratischen Antrag: „Die Nationalversammlung wolle beschließen:

1. Das Eigentum an allen zur Erhaltung der Volkswirtschaft notwendigen Bodenschätzen steht allein der Nation zu.

2. Die Reichsregierung wird aufgefordert, die Bergwerke und die Erzeugung von Energie mit aller Beschleunigung der öffentlichen Bewirtschaftung (Sozialisierung) zuzuführen und dabei die Arbeiter und Angestellten durch geeignete Vertretungen (Betriebsräte) an der Kontrolle und Verwaltung zu beteiligen.“

Wir stehen in den Beratungen dieses Sonntagvormittags alle unter dem Eindruck, daß das Tempo der Ereignisse uns vorausstürzt. Wer sie noch bewältigen will, muß mit fester Hand in die Zukunft hineingreifen.

Nachmittags ein „parlamentarischer“ Frühlingsspaziergang nach Tiefurt. Die Ellernkätzchen schweben wie Flämmchen im braunen Gezweig über dem dunkelgrünen Wasser der Ilm; Bürger mit Weib und Kind auf allen Wegen; und für eine Stunde kommt die Stimmung des Osterspaziergangs, die Revolution erscheint wie wenn „hinten, weit, in der Türkei die Völker aufeinander schlagen“.

Montag, 3. März.

Aus Halle hören wir von erfolgreichem Vordringen der Regierungstruppen. Im Bahnbezirk Erfurt, Halle, Magdeburg und Leipzig ruht der Bahnbetrieb vollständig. In Erfurt ist die gesamte bürgerliche Bevölkerung in den Gegenstreik eingetreten: Lebensmittelversorgung, ärztliche Hilfe, Wasser, Licht ist seit fast einer Woche eingestellt. Die Toten werden nicht begraben. Verbrechen nach Eintritt der Dunkelheit sind selbstverständlich an der Tagesordnung.

In Bayern ist ein provisorisches Ministerium gebildet. Die Spartakisten sind aber so sehr im Besitz der Gewalt, daß die Geiseln kaum vor ihnen geschützt werden können. Die Münchener Regimenter haben eine Resolution verbreiten lassen, die sich scharf gegen die Spartakisten wendet.

Die Nationalversammlung setzt die Beratung des Verfassungsentwurfs fort. Die zweite „Garnitur“ der Redner läuft ab. Partikularismus — der Zentrumsvertreter Bayerle — und stark unitarische Stimmung — Schücking von der Deutschen demokratischen Partei — dazu der Weise Alpers zeigen noch einmal die Konstellation der Meinungen. Der preußische Justizminister vertritt die Einheit Preußens, das, ohne Aufrechterhaltung seiner äußeren Hegemonie, doch mit seiner einheitlichen Verwaltungsorganisation, seinem Eisenbahnsystem, seinen Finanzen ein starker Rückhalt der Reichseinheit sei.

Die Nationalversammlung soll mit Rücksicht auf die kritische Lage nicht vertagt werden.

Dienstag, 4. März.

Rückfahrt von Weimar nach Hause. Der Parlamentszug, der zum erstenmal wieder über Halle geht, das von den Regierungstruppen besetzt ist, ist fast leer. Erst weiche Vorfrühlingsdämmerung über den ewigen Äckern draußen. Dann Nacht. Regentropfen an den Fenstern, die Glühlämpchen in den Abteilen brennen trübe. Alles ist im Halbdunkel. Eine schwere Beklommenheit rinnt herab und umfängt einen ganz. Man ist den ganzen Tag mit vielen Menschen zusammen, verfolgt Gedanken, ist mit hundert Dingen beschäftigt, die nicht schmerzen; Verfassungsdebatte, Geschichte lebte auf, Preußen in Deutschland (Stresemann war ein sehr guter Anwalt Preußens) — das alles ist in der Sphäre politischer Dispute, nimmt den Geist lebhaft und wohltätig gefangen, konzentriert. Und das drückende, schwere Wissen weicht zurück wie Dunkel aus dem Kreise eines freundlichen Lichtes.

Aber jetzt, aus der Dunkelheit quillt die düstere Trauer der Wirklichkeit ringsumher überwältigend und lähmend. Draußen im Dunkel liegen die mitteldeutschen Städte, in denen der Streik tobt.

Aus der Finsternis, die den Bahnhof in Halle umlagert, dröhnen vereinzelte Schüsse. Man fühlt den Abgrund, der unsere Arbeit in Weimar von dem fiebernden Leben unseres Volkes trennt.

Digitized by Google

Worte werden gesprochen, die draußen klanglos werben, redliche Gedanken steigen auf und sinken draußen flügelmatt nieder, weil kein Wind sie hebt und weiter trägt. Eine Not, heißer, verworrener, hilfloser als sie je gefühlt ist, beucht vor den Toren, aber sie will von uns nichts wissen. Sie erkennt uns nicht mehr; wie der Rasende den Arzt fortstößt, der ihm helfen möchte. Man geht Tag für Tag in dem schönen Hause aus und ein — immer bedrückter durch die Gewißheit: hier ist **nicht** die Erlösung für die Krämpfe, in denen die Menschen sich winden. Niemals wird hier das Wort gesprochen werden — niemals! — das die Luft reinigt, die Menschen satt macht und befriedet. **Keine** der Parteien hat den Schlüssel, der die Ketten der kranken Sehnsucht aufschließt, daß sie klirrend abfallen.

Mittwoch, 5. März.

In Berlin, wo unser Zug gestern um Mitternacht einlief, spürt man zunächst vom Generalstreik wenig. Heute morgen strömen von den Vorortbahnhöfen die Leute in die Stadt hinein zur Arbeit — ganz das gewohnte Bild. Nur daß die Straßenbahnen nicht fahren. Droschken aber sind zu sehen. Die Läden öffnen sich friedlich. Man sieht wenig militärische Bedeckungen. Beim Lehrter Bahnhof keine einzige Uniform. Ist sie da, so wird sie doch nicht ins Straßenbild gestellt. Es ist keine Generalstreikstimmung, das fühlt man deutlich. Es wird einem an diesem hellen, fröhlichen Frühlingstag, im Strom friedlicher Arbeitsmenschen sogar schwer, überhaupt an eine bedrohliche Stimmung zu glauben. Der sozialdemokratische Sozialisierungsantrag klebt in großen Plakaten an allen Wänden. Es sind nur ein paar Zeitungen zu haben. Aus ihnen ist ersichtlich, daß die Vollversammlung der Berliner Arbeiterräte gegen die Kommunisten eine Resolution angenommen hat, die sagt: „Der Streik richtet sich **nur insoweit** gegen die Regierung, als von ihr eine befriedigende Erfüllung der gestern aufgestellten sachlichen Forderungen verlangt wird." Viele Betriebe, auch die Beamten, haben sich gegen den Streik erklärt. Putsche, die als Mittelpunkt den Alexanderplatz haben und Blutvergießen kosten.

Währenddessen tagt der Parteitag der Unabhängigen — ausgezeichnet durch starke Gegensätze in den eigenen Reihen, die das Wort von Klara Zetkin, die U. S. P. sei ein Zerfallsprodukt der Sozialdemokratie, richtig erscheinen lassen.

Donnerstag, 6. März.

Das Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft ist erschienen und macht einen etwas übers Knie gebrochenen Eindruck. Im Grunde nur ein Mantelgesetz.

Das Reich regelt die gemeinwirtschaftliche Organisation der Kohlenwirtschaft. Die Leitung der Kohlenwirtschaft wird dem zu bildenden Kohlenrat übertragen. Die Reichsregierung schließt die Kohlenerzeuger für bestimmte Bezirke zu Verbänden und diese zu einem Gesamtverband zusammen. Den Verbänden liegt die Regelung der Förderung, des Selbstverbrauchs und des Absatzes unter Aufsicht der Reichsregierung ob. Der Reichskohlenrat und die Reichsregierung regeln die Feststellung des Preises. Vor der Regelung beruft die Reichsregierung einen Sachverständigenrat für die Kohlenwirtschaft, der aus 45 Mitgliedern besteht. Je 15 Mitglieder sind nach näheren Bestimmungen der Reichsregierung von Arbeitgebergruppen, Arbeitnehmergruppen und Arbeitskammern zu wählen. Die Reichsregierung erläßt die näheren Vorschriften.

Außerdem hat die Regierung in ihren Verhandlungen mit der Berliner Deputation der Mehrheitssozialisten ihre gesetzgeberischen Absichten für die nächste Zeit in folgenden Richtlinien niedergelegt:

1. Die Arbeiterräte.

a) Die Arbeiterräte werden als wirtschaftliche Interessenvertretung grundsätzlich anerkannt und in der Verfassung verankert. Ihre Abgrenzung, Wahl und Aufgaben werden durch ein sofort zu veranlassendes besonderes Gesetz geregelt: Für die einzelnen Betriebe sind Betriebsräte und Angestelltenräte zu wählen, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben.

b) Zur Kontrolle und Regelung der Produktion und Warenverteilung werden für alle Industrie- und Gewerbezweige Arbeitsgemeinschaften gebildet, in der die Unternehmer und Betriebsleiter, Arbeiter und Angestellten und die Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen mitwirken.

c) Für bestimmte territoriale Bezirke werden Bezirksarbeiterräte (Arbeitskammern) und für das ganze Reich ein Zentralarbeiterrat gebildet. In den Bezirks- und Zentral-Arbeitsräten sollen alle selbst Arbeit leistenden, auch die Arbeitgeber freier Berufe usw. vertreten sein. Diese Räte haben bei den Sozialisierungsmaßnahmen mitzuwirken und sind zur Kontrolle sozialisierter Betriebe und Gewerbezweige heranzuziehen. Sie haben weiter alle wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesetze zu begutachten und das Recht, selbst solche Gesetze zu beantragen. Die Reichsregierung wird den Zentralrat vor der Einbringung wirtschaftlicher und sozialer Gesetze hören.

2. Arbeitsrecht.

Ein Gesetz über ein einheitliches demokratisches Arbeitsrecht mit dem Ziel der Schaffung demokratisch-konstitutioneller Verhältnisse in den Betrieben ist sofort der Nationalversammlung vorzulegen.

3. Sozialisierung.

a) Die Berichte und die Vorschläge der Sozialisierungskommission sind sofort zu veröffentlichen.

b) Die Sozialisierungsgesetze und das Gesetz über die Sozialisierung der Kohlenbewirtschaftung sind von der Reichsregierung und dem Staatenausschuß bereits angenommen und der Nationalversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet worden. Weitere Sozialisierungsmaßnahmen werden unter Zuziehung von Sachverständigen und der Arbeiterräte in Angriff genommen.

4. Militärisches.

Alle nach den allgemeinen Strafgesetzen strafbaren Handlungen werden auch bei Militärpersonen den bürgerlichen Gerichten zugewiesen. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist von der Reichsregierung bereits vor einer Woche in der Nationalversammlung angekündigt worden und wird mit Beschleunigung fertiggestellt werden.

5. Lebensmittelversorgung.

Die Regierung hat bereits angeordnet, daß die Lebensmittel unter Ausschaltung jedes unnötigen Zwischenhandels durch Vermittlung der Gemeinden an die Konsumenten verteilt werden. An der Verbesserung der Lebensmittelerfassung wird dauernd gearbeitet.

Freitag, 7. März.

Der Berliner Generalstreik kann wohl als im Keim steckengeblieben schon jetzt bezeichnet werden. Er hat sich zwar noch auf einen Teil der Elektrizitätswerke erstreckt und den Vorortverkehr ergriffen, ist aber doch keineswegs „Generalstreik". Die Erklärungen der Regierung über ihre gesetzgeberischen Absichten werden das ihre tun, um der Demonstration den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Schwere Kämpfe am Alexanderplatz und seiner Umgebung. Auch im Norden und Osten Berlins Feuergefechte.

Man kann bei allen Menschen ein Aufatmen spüren, daß wir in Spaa uns den Bedingungen **nicht** gefügt haben. Das Bewußtsein, daß doch irgendwo einmal Widerstand geleistet wird, erhebt und strafft die Menschen mehr als die wieder eingetretene Unsicherheit der Lebensmittelversorgung sie bedrückt.

Sonnabend, 8. März.

In Bremen entbrennen, scheint's, wieder neue kommunistische Störungen. Der kommunistische Führer, der sich des nicht gerade germanisch lautenden Namens Frasunkiewicz erfreut, wurde verhaftet.

Digitized by Google

In der Nationalversammlung ist gestern das Sozialisierungsgesetz in erster Lesung besprochen. Der Sozialdemokrat Hue will keine „Verstaatlichung" der Kohlenwirtschaft im Sinne einer vollen Bürokratisierung. Das Zentrum ist ganz einverstanden mit dem Regierungsvorschlag und sieht in ihm „eine Tat in der Kulturgeschichte der Menschheit". Die demokratische Partei stimmt der Sozialisierung der Kohle und der elektrischen Kraft zu, will aber nicht weiter gehen. Die Deutsche Volkspartei sieht in dem Gesetz eine Kapitulation der Regierung vor den Volksmassen und lehnt es ab.

Der Berliner Generalstreik ist beendet. Die Regierung ist auch militärisch ganz Herr der Lage.

In München wird ein Einigungsprogramm vorgelegt, das eine Verschmelzung von Demokratie und Rätesystem vorsieht, allerdings von den bürgerlichen Parteien des Landtags sehr undemokratisch verlangt, daß sie ihre Rechte ganz an eine sozialistische Regierung abtreten. Im einzelnen ist folgendes vorgesehen:

1. Sofortige Einberufung des Landtages zu einer kurzen Tagung, Bildung eines sozialistischen Ministeriums durch die beiden sozialistischen Parteien mit Errichtung eines land- und forstwirtschaftlichen Ministeriums und Besetzung durch einen Bauernbündler. Anerkennung des Ministeriums durch den gewählten Landtag, Schaffung einer Notverfassung. 2. Übertragung weitgehender Vollmachten durch den Landtag auf das Ministerium für die Leitung der Regierungsgeschäfte. 3. Zusammenfassung und Ausbau einer Propagandaabteilung für Volksaufklärung. 4. Gesetzgebung und vollziehende Gewalt liegen während der Zeit des Provisoriums allein in den Händen des Ministeriums. Je ein Vertreter der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte kann mit beratender Stimme an den Sitzungen des Ministeriums teilnehmen. 5. Sofortige Schaffung eines freiwilligen Volksheeres aus gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und sofortige Ablösung des stehenden Heeres. 6. In Vertretungen der Gemeinden, Bezirke und der Kreise und bei den staatlichen Behörden steht den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten das Recht der praktischen Mitarbeit durch Abordnungen in diese Körperschaften zu. Im Ministerium des Innern ist ein Referat für die Räteorganisationen zu errichten und im Einvernehmen mit dem Funktionsausschuß zu besetzen. 7. Den Räten steht ferner das Recht zu, beim Landtag und bei den Regierungen Beschwerden, Eingaben und Gesetzentwürfe einzureichen und letztere jeweils durch einen Beauftragten vertreten zu lassen. Den neugewählten Räten steht die Berufung gegen die Beschlüsse des Landtages an die Volksgesamtheit (Referendum) zu. 8. Die Neuwahlen der Räte sind im ganzen Lande nach dem Grundsatz der Verhältniswahl baldmöglichst anzuordnen. 9. Die Rechte der Räte sind unter Berücksichtigung von Punkt 6 und 7 durch ein besonderes Gesetz umgehend festzulegen.

Naumann / Deutsche Grundrechte

Als man im Jahre 1848 gleichzeitig eine deutsche und eine preußische Verfassung beriet, schuf man für beide ein etwa gleiches Bild der Freiheiten und Mitarbeiten im Staat. In der preußischen Verfassung ist diese Gedankenarbeit, die ältere ausländische Vorbilder gern benutzte, unter der Überschrift „Von den Rechten der Preußen" in den Artikeln 3 bis 42 zu Gesetzeskraft gelangt, während die „Grundrechte des deutschen Volkes" von der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M. in 50 Paragraphen zwar angenommen wurden, aber nicht zur Gesetzeskraft kamen, weil sich keine Macht fand, die ihre Durchsetzung übernahm, und auch Bismarck 1866 bei der Verfassung des Norddeutschen Bundes an ihnen vorüberging. Man hat später öfter sagen hören, daß dieser Verlust leicht zu tragen gewesen sei, da ja auch die preußischen Bürgerrechte nicht dadurch lebendiger geworden sind, weil sie in der Verfassung stehen oder standen. Über diese nicht zur Durchführung gelangten Menschen- und Bürgerrechte aus der Paulskirche ist zur Zeit unserer Väter noch ziemlich viel gesprochen worden, teils spottend teils bedauernd, bis dann die ganze Debatte darüber einschlief. Und nun stehen wir durch die Revolution ziemlich unerwartet wieder an derselben Stelle. Der Verfassungsentwurf von Weimar enthält einen Abschnitt „Die Grundrechte des deutschen Volkes", Artikel 28 bis 40, in dem mancherlei gute alte Sätze gesammelt und neue Formulierungen versucht werden. Von diesem Abschnitt wollen wir jetzt reden:

Zum guten alten Bestande rechnen wir folgende Sätze:

Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich (gleichberechtigt).

Der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte, sowie die Zulassung zu öffentlichen Ämtern ist unabhängig vom religiösen Bekenntnis.

Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei.

Die Wohnung ist unverletzlich.

Das Eigentum ist unverletzlich.

Um diese festen älteren Sätze gruppieren sich einige, die mehr künstlich gefügt erscheinen und ihren schwankenderen Ursprung schon dadurch verraten, daß an Stelle des handfesten „ist" das fast bittende „soll" auftritt oder ein „kann" oder „darf":

Der Unterricht in den öffentlichen Volksschulen soll unentgeltlich sein.

Die Ausübung politischer Rechte kann von dem Besitz der Staatsangehörigkeit abhängig gemacht werden.

Die Koalitionsfreiheit darf in keiner Weise beschränkt werden.

Wirklich neu ist im vorliegenden Entwurfe weniges. Man kann hierher rechnen die Aufnahme des Gedankens der Einheitsschule, des Schutzes der Arbeitskraft und des freien Gebrauches der Muttersprache für fremdsprachliche Staatsbürger. Das aber sind nicht eigentlich die Dinge, um deretwillen eine Revolution gemacht worden ist. Es fehlt ein verfassungsmäßiger Ausdruck für den Charakter der neuen Periode. Damit sind wir an die wichtigste Stelle der neuen Reichsverfassung gekommen. Wird es gelingen, jetzt schon, wo wir noch mitten in der Revolution sind, für diese geschichtliche Bewegung den monumentalen Ausdruck zu finden?

Es handelt sich um die staatsrechtlichen Folgen der doppelten Tatsache, daß die Monarchie aufgehört hat und daß die Arbeiterklasse in die Regierungsführung eingetreten ist.

Die Folgen des Aufhörens der Monarchie sind im gesamten Aufbau der Staatsgewalt in vielen Artikeln ausgesprochen. Das Reich ist ein „Freistaat", neue Angliederungen geschehen auf Grund des „Selbstbestimmungsrechtes", die „Staatsgewalt liegt beim Volke", „Völkerrecht gilt als Reichsrecht", „Reichsrecht bricht Landrecht", „Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichsgesetz", „der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags". Das alles ist seiner Natur nach Stoff der Grundrechte, es ist das Neue, fehlt aber gerade dort, wo der neue Geist sich grundsätzlich äußern soll.

Durch das Aufhören der Monarchie ist nun aber weiterhin das Verhältnis von Staat und Kirche in Fluß gekommen, davon aber merkt man im Entwurfe wenig, da in Artikel 30 fast nur alte Sätze über die Freiheit des persönlichen Bekenntnisses aufgenommen wurden, ohne daß klar

Digitized by Google

die große Gegenwartsaufgabe des Neubaues der freien Kirche im freien Staate Grundsätzliches gesagt wird. Hier wird es Aufgabe der Verfassungskommission sein, für das herandrängende neue Problem die geeigneten Grundformen auszusprechen.

Im ganzen ist durch das Ausscheiden der Monarchie der demokratische Staat möglich geworden, der Staat, von dem die Grundrechte von 1848 weissagten, so daß viele Worte von damals nun erst lebendige Kraft erhalten. Neu aber im engeren Sinne ist das Eintreten der Arbeiterklasse in die Mitregierung. Darin liegt eine Verschiebung des sozialen Ideals gegenüber den bürgerlichen Idealen von 1848. Hier muß, soweit es gelingt, Neubildung eintreten, neues Grundrecht entstehen. Der neue Massenmensch, der Arbeiter, sucht sein Recht innerhalb der Staatsgemeinschaft, wie es früher der Bauer und Bürger gegenüber dem Adel gesucht hat. Dafür gibt es keine verfassungsgeschichtlichen Vorbilder, wenn man nicht die neueste bolschewistische Verfassung Rußlands als ein derartiges sehr extremes Vorbild gelten lassen will. Sie als Normaltyp zu fassen, liegt der deutschen Volksmehrheit fern, aber es wird nichts schaden, sie zum Vergleich heranzuziehen.

Die Verfassung der russischen föderalistischen Sowjetrepublik vom 5. Juli 1918 (abgedruckt in dem Buche von Dr. Schotte: Der Weg zur Gesetzlichkeit) bezeichnet „die wirtschaftliche Befreiung der arbeitenden Klassen vom Joche des Kapitalismus" als die größte Aufgabe unserer Zeit und beurteilt von da aus und nicht vom Standpunkte demokratischer Gleichberechtigung aus die Einrichtungen des Staates. Daraus folgt die Abschaffung des Eigentums an Grund und Boden mit dem Prinzip der gleichen Bodenbenutzung, Kontrolle der Arbeiter in der Industrie, Nationalisierung der Banken, Annullierung der Anleihen, Bewaffnung der Arbeiter und Bauern bei Entwaffnung der besitzenden Klassen, Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht. Von da aus werden die Wahlrechte denen versagt, die gemietete Arbeitskräfte beschäftigen oder die ein Einkommen ohne Arbeit genießen, Kaufleuten, Religionsangestellten usw.

Diese russische Verfassung von 1918 ist das bewußte Gegenteil der deutschen Verfassungen von 1848. Der deutsche Entwurf steht mit seinem Artikel 37 innerhalb der alten sozialen Welt: „Das Eigentum ist unverletzlich; eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit gegen Entschädigung auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden." Dieser Standpunkt ist deutscher Mehrheitsstandpunkt, und von ihm aus müssen diejenigen Sätze gearbeitet werden, die den Gegenwartsauffassungen des deutschen Volkes gerecht werden, soweit das durch knappe Formeln geschehen kann. Vorarbeit dazu liegt in den bisherigen Kundgebungen der neuen Regierung und im Sozialisierungsgesetz: Volle Demokratie mit grundsätzlicher Anerkennung des Privateigentums an sich als Grundlage einer allgemeinen Hebung der Volksmasse, der Produktivität und Bildung.

Wilhelm Heile / Preußen-Deutschland?

Mitten im niederdrückenden Erleben des deutschen Zusammenbruchs war es uns tröstende und aufrichtende Hoffnung, daß aus den Trümmern von zweiundzwanzig Thronen neues Leben für Deutschland erblühen werde. Und wenn es etwas gibt, was auch jetzt noch alle Herzen zu erwärmen und erheben vermag, so ist es der Gedanke von der deutschen Einheit, der allein uns retten kann aus unserer lastenden Not.

Aller Augen waren auf die deutsche Nationalversammlung gerichtet. Man wartete und lauschte. Aber das Wort, nach dem sich ganz Deutschland sehnte und sehnt — es ist bisher nicht gefallen. Wenigstens nicht da, von wo aus es nach außen dringen kann. In den Sitzungen der Fraktionen, in ungezählten Besprechungen aus Angehörigen verschiedener Fraktionen bunt gemischter Gruppen und erst recht in so manchem Einzelgespräch — da klang und klingt es oft ganz anders. Wo die Stimme des Herzens noch sprechen darf, wo nicht die neunmal weise Staatsmännerei eine Politik des geronnenen Blutes aufdiktiert, da bekennen sich viele — ich glaube, es ist die große Mehrheit — zum deutschen Einheitsstaat. Aber dann kommen die klugen Männer mit der großen Erfahrung und lehren — ganz einerlei, ob Bismarck-Schwärmer von einst oder leidenschaftliche Gegner der Politik des großen Kanzlers — die alles Leben, allen großen Glauben, jedes frische und fortreißende Wollen ertötende Lehre von der Realpolitik. „Lieber Kollege, ich bin ganz Ihrer Meinung, das Ideal ist der Einheitsstaat, aber — das ist ja doch nicht zu erreichen." Und ist es ein Preuße, der so spricht, so sagt er: Ja, wenn es nach Preußen ginge, dann wäre es leicht gemacht; wir sind immer bereit gewesen, im Reiche aufzugehen; aber die Süddeutschen, besonders die Bayern, die denken ja nicht daran; wir würden sie den Franzosen in die Arme treiben, wollten wir sie zum Verzicht auf ihre Selbständigkeit zwingen; also es hilft nichts, wir müssen uns bescheiden. Und ist es ein Bayer, ein Badener, ein Württemberger, so sagt er: Wir möchten schon, wenn nicht die Preußen von jeher so rücksichtslos ihre Sonderpolitik betrieben hätten; wenn Preußen wirklich im Reiche aufginge, so daß wir nicht mehr zu fürchten brauchten, durch Preußen erdrückt zu werden, dann brauchen wir keine Reservatrechte mehr. Aber daß wir uns nicht zur preußischen Provinz herabdrücken lassen wollen, das müssen Sie als Hannoveraner uns doch nachfühlen können.

Keiner will schuld sein, und so wenig rühmlich scheint ihnen allen die Rolle des Partikularisten, daß ein jeder immer in vollkommenem Edelmut nur über den Partikularismus der anderen schirmend seine Hand erhebt. Der Preuße verteidigt die süddeutschen Sonderstaaten, und die wieder zeigen sich erkenntlich, indem sie in schöner Selbstlosigkeit für die Erhaltung des ungeteilten und unversehrten Preußen eintreten. Man ist versucht, an Heinrich Heines wackere Polen zu denken: Und da keiner wollte leiden, daß der andere bezahl', zahlte keiner von den beiden — ein System, das sich empfahl.

Soll es wirklich so kommen? Das wäre tieftraurig für Deutschlands Zukunft und beschämend für die, die jetzt berufen sind, am deutschen Verfassungswerk mitzuarbeiten. Als unter Bismarcks Führung das Werk der Einigung auf halbem Wege stecken blieb, da waren unüberwindliche Hindernisse vorhanden. Von Bismarck gilt das Wort, daß in der Beschränkung sich der Meister zeigt. Aber heute sind die Hindernisse, die Bismarck zur Beschränkung zwangen, aus dem Wege geräumt; heute hindert uns nur Engherzigkeit und Selbstsucht und häufiger noch schwächliche Rücksicht auf Engherzigkeit und Selbstsucht kleiner, aber lärmender und darum einflußreicher Kreise. Diese Schwächlichkeit muß überwunden werden, und dazu brauchen wir die Hilfe des Volkes, das seine Stimme erheben und seine Vertreter vorwärts treiben muß. Wenn heute eine Volksabstimmung stattfände für den Einheitsstaat

Digitized by Google

mit freier Selbstverwaltung der deutschen Stammesgaue oder für die Erhaltung der Vielstaaterei, dann würden wir ohne allen Zweifel eine erdrückende Mehrheit für den Einheitsstaat bekommen, und zwar im Süden sowohl wie im Norden. Es ist ja nicht das Volk, das sich vom Alten nicht trennen kann, es sind nur die Träger des aus traurigster Vergangenheit überkommenen einzelstaatlichen Apparates, ob sie noch aus dem alten Regiment stammen oder ob sie von der Flut der Umwälzung auf ihren Platz geworfen, nur getreue Machthaber in dem Geleise sind, das die Diener der entthronten Fürsten gelegt haben . . .

Das ist die große Schuld der deutschen Revolution, daß sie sich damit begnügte, die Fürsten zu beseitigen, und in dem Jubel über ihre Beseitigung die Hauptsache vergaß. Die Männer, die sich zu preußischen Ministern aufwarfen, anstatt der neuen Reichsleitung auch die Leitung Preußens zu überlassen, die haben viel schlimmer und folgenschwerer als die neuen Männer in Bayern und den anderen Staaten der glücklichen Entwicklung Deutschlands den Weg verbaut. Herr Hirsch, der preußische Ministerpräsident, sagt zwar in seiner Rede zur Eröffnung des preußischen Landtags: „Preußen ist bereit, aufzugehen im Reich, in der Republik der politisch geeinten Nation, im deutschen Einheitsstaat." Aber warum hat man denn, wenn das nicht bloß Phrase ist, den günstigsten Augenblick, das wahr zu machen, nicht wahrgenommen? Warum tat man auch jetzt noch nicht den kleinsten Schritt, um zur Einheit zu kommen? Warum wehrt man sich mit so viel Zähigkeit gegen alles, was mit dem Aufgehen Preußens in Deutschland den Anfang machen will? Herr Hirsch sagt ganz richtig: „Hörten die Gliedstaaten auf, dann könnte das ganze Reich nach Zweckmäßigkeit in neue Verwaltungsbezirke eingeteilt werden." Der gesamte Menschenverstand vermutet, daß er dann fortfahren würde: Also muß Preußen seine Sonderstaatlichkeit aufgehen, und zwar Preußen zuerst, vor allen anderen Staaten, nicht bloß um folgerichtig seine deutsche Aufgabe zu vollenden und dadurch die Politik von 1866 nachträglich zu rechtfertigen, sondern auch, um für den gleichen Schritt der anderen die notwendige Voraussetzung zu schaffen. Denn den Kleinen kann man es nachfühlen, daß sie im Hinblick auf die bisherige preußische Politik in ihrer vorsichtigen Zurückhaltung verharren: Hannemann, geh du voran, du hast die größten Stiefel an. Herr Hirsch meint freilich: „Solange die deutschen Staaten und Deutsch-Österreich, dem wir zu seinem bevorstehenden Eintritt in die großdeutsche Republik unsern herzlichsten Brudergruß zurufen, selbständige Gliedstaaten bilden, solange muß auch Preußen als einheitlicher Gliedstaat bestehen bleiben." Umgekehrt aber kommt erst Sinn in diesen Satz. Solange Preußen seine alles andere um fast das Doppelte überragende Masse geschlossen in die Wagschale wirft, werden die anderen, wird insbesondere Deutsch-Österreich auf eigene Staatlichkeit nicht verzichten können.

Es ist ja so grundfalsch und unwahrhaftig, uns, die wir für das Aufgehen Preußens in Deutschland und zu diesem Zwecke für die freie Selbstbestimmung der großen geschichtlichen Bestandteile des bisherigen preußischen Staates eintreten, die „Zerschlagung Preußens in leistungs- und lebensunfähige Zwergrepubliken" vorzuwerfen, wie Herr Hirsch das tut. Nicht noch größere Zersplitterung, sondern größere Vereinheitlichung ist unser Ziel. Wenn die thüringischen Kleinstaaten verschwinden sollen, so muß Preußen seine thüringischen Bezirke an Großthüringen abtreten. Oder glaubt Herr Hirsch, daß diese Kleinstaaten sich an Preußen anschließen sollen? Wenn Braunschweig mit seinen verschiedenen Splittern in eine größere Gemeinschaft überführt werden soll, so kann das nach dem einstimmig, einschließlich der Unabhängigen, gefaßten Beschluß seines Landtags nur durch Anschluß an Niedersachsen geschehen; eine Angliederung an Preußen lehnen die Braunschweiger ab. Wie die Braunschweiger, so denken die Lippe. Und ähnlich liegt es überall.

Will man also die Kleinstaaten und Staatensplitter beseitigen, so muß Preußen Teile seines Gebietes zur Vereinigung mit den Stammesgenossen in größeren Selbstverwaltungsgebieten freigeben, zumal deren Bevölkerung es — namentlich in Hannover — einmütig stürmisch verlangt. Aber selbst wenn man den Willen des Volkes entgegen allen demokratischen Grundsätzen unbeachtet lassen und alle die von Preußen umklammerten Kleinstaaten zur Beseitigung der unseligen Vielstaaterei einfach in Preußen einverleiben wollte, so würden wir zwar auf der nicht sonderlich tragfähigen Grundlage des Zwanges einen großen norddeutschen Einheitsstaat erhalten, aber der Partikularismus des Südens würde dadurch ins Ungemessene vergrößert werden; und wie man die Eingliederung Deutsch-Österreichs in das Reich unter solchen Bedingungen durchführen will, das wissen die Götter und Herr Hirsch.

Das leidenschaftliche Eintreten der süddeutschen Partikularisten und Preußenfresser für das „ungeteilte und unversehrte Preußen" sollte doch zu denken geben. Es gibt keinen anderen Weg zur Reichseinheit als den der Auflösung Preußens. Es ist unmöglich, die preußische Hegemonie, auf der der alte Reichsbau beruhte, unter den neuen Verhältnissen und namentlich bei Anschluß Deutsch-Österreichs wiederherzustellen oder aufrechtzuerhalten. Wenn also das Reich nicht der Auflösung verfallen soll, so muß Preußen sich auflösen, und so muß die preußische Hegemonie der Reichshegemonie weichen. Preußen hat seine große geschichtliche Aufgabe erfüllt, als es durch seinen Machtstaat die gewaltige und notwendigerweise auch vielfach vergewaltigende Klammer für den bisherigen Notbau des Deutschen Reiches schuf. Es würde sein eigenes Werk zerstören, wenn es jetzt nicht die Folgerungen aus seiner Geschichte ziehen wollte. Herr Hirsch hat seine Rede geschlossen mit dem Rufe: „Das alte Preußen ist tot, es lebe das neue Preußen!" Hätte er seine Aufgabe als preußischer Ministerpräsident in der Zeit der deutschen Revolution auch nur einigermaßen geschichtlich und politisch durchdacht, so hätten seine Worte lauten müssen: Das alte Preußen ist tot; es lebe das neue Deutschland! Und — das ganze Deutschland soll es sein!

Paul Rohrbach / Ein amerikanischer Irrtum

Präsident Wilson hat wieder eine Rede über den Friedensschluß gehalten und darin die Behauptung wiederholt, die seit Grey zum eisernen Bestand im Ententeschema gehört: Deutschland habe sich „schuldig" gemacht, indem es auf den Vorschlag einer europäischen Konferenz über den Konflikt Österreich-Ungarns mit Serbien nicht einging. Hätte es das getan, meint Wilson, so wäre der Krieg vermieden worden. Wir wollen annehmen, daß er auch meint, er wäre nicht nur überhaupt, sondern auch so vermieden worden, daß die Lebensinteressen der verbündeten Mittelmächte weder materiell noch moralisch einen Schaden erlitten. Machen wir diese Voraussetzung und sehen wir zu, ob Wilson recht hat.

Digitized by Google

Über die „Schuld“ im obigen Sinne ist schon so viel geredet und geschrieben worden, daß Weiteres überflüssig erscheinen könnte. Weil man uns aber bei Friedensschluß mit der Schuldschlinge moralisch und politisch erdrosseln will, so müssen wir dem Präsidenten wohl oder übel antworten. Er hat nicht nur unrecht, sondern er zeigt auch mit seiner Behauptung, daß er in diesem Falle gesprochen hat, ohne das Material zur Entscheidung der Frage genügend zu kennen. Andernfalls wäre anzunehmen, daß er nicht sachlich, sondern tendenziös zugunsten der Entente und zuungunsten Deutschlands hat sprechen wollen. Für das Vertrauen, das wir in Wilson als politischen Schiedsrichter und überragende Persönlichkeit setzen sollen, ist es in keinem Falle von Vorteil, wenn sich zeigt, daß der Präsident ein gewichtiges Urteil in einem Deutschland ungünstigen Sinne fällt, ohne den Stoff für seine Entscheidung zu beherrschen. Dabei sehen wir ab von der Frage, welche F e h l e r im gewöhnlichen politischen Sinn Deutschland begangen haben mag. Daß die deutsche Politik im ganzen fehlerhaft orientiert war, ist nicht zu bestreiten, und ebensowenig, daß hieraus schlimme Folgen für Deutschland entstanden sind. Nicht um Fehler aber handelt es sich hier, sondern um den Vorwurf der S c h u l d am Kriege im moralischen Sinn: einer Gesinnung, die lieber den Krieg als den Frieden gewollt und entsprechend gehandelt haben soll. Auch dieser Vorwurf würde zutreffen, wenn er sich nicht an die Adresse Deutschlands im ganzen oder an die der deutschen Regierung richtete, sondern an die Alldeutschen. Diese haben den Krieg gewollt, aber sie waren im Sommer 1914 weit davon entfernt, Deutschland oder die deutsche Regierung zu sein. Außerdem wäre dann zu bemerken, daß vor dem Ausbruch des Krieges die alldeutsche Kriegspartei in Deutschland nach Zahl und Einfluß ihrer Mitglieder und ihrer Organe jedenfalls weit hinter den Hetzern zum Kriege auf der Seite der Entente zurückstand.

Am 26. Juli 1914 macht Grey den Vorschlag einer Konferenz der Vertreter Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Englands in London, um einen Ausweg aus dem österreichisch-serbischen Konflikt zu finden. Bis zur Beendigung der Konferenz sollten alle österreichisch-serbischen Kriegshandlungen eingestellt werden. Bei einer derartigen Vermittlung zu vieren gegenüber Österreich-Ungarn und Rußland, das sich selbst als mitinteressiert an der Sache Serbiens erklärt hatte und rüstete, war von vornherein klar, daß Deutschland allein auf der österreichischen Seite stehen, die Ententemächte aber gegen Deutschland und Österreich zusammenhalten und Italien nicht beim Dreibund, sondern auf der Seite der Gegner sein würde. Der entscheidende Punkt, den Wilson hier nicht berücksichtigt, ist die lebensgefährliche Bedrohung Österreich-Ungarns durch die großserbische Agitation, die zugleich das Werkzeug Rußlands war. Wilson müßte wissen, daß Miljukow, der engste Vertraute des russischen Ministers des Auswärtigen Ssasonow und Führer der stärksten politischen Partei in Rußland, später selbst Minister des Auswärtigen, es direkt eingestanden hat: Serbien war der russische Sturmbock gegen Österreich-Ungarn, und es hatte ein „Recht“, Rußlands Eintreten für die Vereinigung der österreichisch-ungarischen Serben mit denen im Königreich zu erwarten. Miljukow sagt das ausdrücklich im Jahrbuch seiner „Rjetsch“ von 1916 und in der „Rjetsch“ selbst vom 25. Juli 1916. Dort heißt es wörtlich: „. . . so muß man auch das zugestehen, daß unsere (die russische) Politik Serbien gegenüber zwar nicht der Grund, wohl aber die wirkliche Ursache des Krieges ist.“ Die Überzeugung der österreichischen Regierung, daß Rußland und Serbien vereint planmäßig auf die Zerstörung der Donaumonarchie ausgingen, war also richtig, und daraus ergab sich, daß Österreich-Ungarn keine andere Sühne für den Mord seines Thronfolgers annehmen konnte, als eine nachdrückliche und unvergeßliche Züchtigung Serbiens. Waren doch die Mörder von serbischen Beamten und Offizieren unterstützt und mit Waffen aus dem serbischen Regierungsarsenal ausgerüstet worden.

Mangelhafte Genugtuung für Österreich-Ungarn bedeutete Lebensgefahr für unseren Verbündeten, denn wurde der Mord nicht von Grund auf gesühnt, so war der großserbischen und der übrigen gegen den Bestand des Staates gerichteten slawischen Agitation das Tor weit geöffnet. Österreich-Ungarn aber war Deutschlands einziger Bundesgenosse. Auf Italien war nicht zu rechnen, und brach das habsburgische Reich auseinander, so stand Deutschland allein gegen ein übermächtig gewordenes Rußland, das auch den Balkan beherrschte und mit seinem Machtgebiet bis an die Bucht von Cattaro und bis in das Tal der oberen Drau reichte, gegen Frankreich, das im Dienst der Revanche eben die dreijährige Dienstzeit eingeführt hatte, gegen England und über kurz oder lang auch gegen Italien. Daraus ergab sich die Zwangslage für uns, sobald Österreich-Ungarn vor die Frage seines weiteren staatlichen Daseins gestellt wurde.

Die von Grey vorgeschlagene Konferenz wäre schon aus diesen Gründen für Österreich-Ungarn und uns gefährlich gewesen. Dazu aber kam noch, daß sie stattfinden sollte, während Rußland mobil machte. Die Tatsache war der englischen Regierung bekannt, denn in dem englischen Blaubuch über den Ausbruch des Krieges findet sich unter Nr. 17 die Depesche des Botschafters Buchanan an Grey, worin der Botschafter mitteilt, er habe Rußland gewarnt, gleich beim Beginn der Krisis mit Mobilmachung vorzugehen, da zu befürchten sei, daß Deutschland darauf mit der Kriegserklärung antworten werde. Buchanan erkannte die Gefahr, mit der Deutschland durch seine eingeschlossene Lage bedroht wurde, sobald seine Nachbarmächte sich kriegsbereit machten. Was er Ssasonow über die Möglichkeit einer deutschen Kriegserklärung andeutete, war eben dasselbe, was gleich danach der deutsche Botschafter, Graf Pourtalès, im Ton einer beschwörenden Warnung den Russen sagte: wenn ihr fortfahrt zu mobilisieren, so schafft ihr dadurch für uns eine lebensgefährliche Situation und zwingt uns zum Handeln!

Der ursprüngliche Vorwurf Greys gegen Deutschland, den Wilson jetzt wiederholt hat, besäße nur dann Sinn, wenn England gleichzeitig mit dem Konferenzvorschlag eine Garantie dafür übernommen hätte, daß Rußland seine für uns lebensgefährliche Mobilmachung anhielt. Man kennt das Telegramm des Deutschen Reichskanzlers nach Wien, das dort Mäßigung verlangte und die Worte enthielt, Deutschland weigere sich, in einen Weltkrieg hineingerissen zu werden, weil sein Verbündeter seinen Rat mißachte. Hätte Grey ein solches Telegramm nach Petersburg geschickt, so hätte der Friede in der Tat erhalten werden können, sobald feststand, daß Serbien eine ausreichende Strafe bekam. Wilson sollte wissen, daß der Krieg nicht darum unvermeidlich war, weil Deutschland oder eine deutsche Kriegspartei ihn wollte, sondern weil Rußland entschlossen war, den „Mechanismus der Entente“, ein Wort, das von dem englischen Kriegshetzer, Lord Northcliffe, stammt, wegen Konstantinopel, Serbien, Galizien usw. in Bewegung zu setzen. Mechanismus der Entente hieß in diesem Fall, daß, wenn Herr Paschitsch in Belgrad den Mord von Serajewo zuließ, veranlaßte aber dafür

Digitized by Google

wenn Herr Sfasonow in Petersburg hinter ihn trat und die französische Regierung den Bündnisfall mit Rußland für gegeben erklärte, dann auch England vermöge seiner „moralischen" Bindung an Frankreich mitzugehen hatte. Genau so meinte es auch Lord Northcliffe. Es wird dem Präsidenten Wilson bekannt sein, daß der frühere russische Kriegsminister Suchomlinow eingestanden hat, er habe die vom Zaren auf die dringende Vorstellung Kaiser Wilhelms hin befohlene Rückgängigmachung der russischen Mobilisation nicht geschehen lassen, vielmehr den Zaren belogen, sein Befehl werde ausgeführt — bis dann am nächsten Vormittag der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch den Fortgang der Mobilmachung erzwang und den haltlosen Zaren auch innerlich wieder umstimmte. Hält es der Präsident Wilson wirklich für möglich, daß Deutschland den Ausbruch des Krieges hätte vermeiden oder verhindern können, wenn die russischen Machthaber den Krieg mit dieser Entschlossenheit wollten? Wenn sie vor keinem Mittel zurückschreckten, um ihn zu erzwingen und England sich nicht dazu herbeiließ, in der entscheidenden Frage, der Mobilmachung, auf Rußland ähnlich zu drücken, wie Deutschland auf Österreich-Ungarn wegen Serbien?

Der Präsident wird doch auch wissen, daß am 29. Juli der deutsche Botschafter in London Fürst Lichnowsky und Grey zusammen eine Verständigungsformel entworfen hatten, nach der Österreich-Ungarn sich auf die Besetzung Belgrads beschränken, dann sein Vormarsch in Serbien angehalten und das Weitere durch eine europäische Konferenz geregelt werden sollte? Diesem Konferenzvorschlag hat die deutsche Regierung nicht nur zugestimmt, sondern sie hat auch Wien durch den energischen Ton ihrer Ratschläge dazu veranlaßt einzuwilligen. Auch die russische Regierung hat rechtzeitig davon erfahren. Sie wußte, daß die Erklärung der österreichischen Nachgiebigkeit unterwegs war, und sie hat sie selbst erhalten, bevor der Krieg erklärt war. Sie wußte auch genau, daß die Gesamtmobilmachung Rußlands den Krieg bedeutete, da nach Buchanan wie nach Graf Pourtalès „lebensgefährliche Bedrohung Deutschland zu raschem Handeln zwang". England hätte nur zu verlangen gebraucht, daß die russische Regierung den Grey-Lichnowskyschen Konferenzvorschlag ebenso annahm, wie Österreich-Ungarn es unter dem Druck von Berlin getan hatte, und daß die russische Generalmobilmachung, die offiziell noch nicht verkündet war, tatsächlich unterblieb. Hätte England den Russen erklärt, im Weigerungsfall würde es neutral bleiben, so wäre der Weltkrieg tatsächlich verhindert worden. Wie kann also der Präsident Wilson sagen, Deutschlands Weigerung, auf eine Konferenz zu gehen, habe den Krieg entzündet? Es kann nicht dazu beitragen, jetzt das deutsche Vertrauen auf Wilson zu stärken, wenn offenkundig zu sehen ist, daß der Präsident ohne ausreichende objektive Kenntnis der Tatsachen urteilt.

Weiß/Rede in der Nationalversammlung über den Religionsunterricht in der Schule

[Wortlaut des amtlichen Stenogramms.]

Meine hochverehrten Damen und Herren, es sei mir zunächst gestattet, einige Bemerkungen in formeller und rechtlicher Beziehung zu der Interpellation der Herren Kollegen Arnstadt und Genossen zu machen. Die Reichsregierung hat nach meinem Dafürhalten unzweifelhaft recht, wenn sie heute früh erklärte, daß sie sich für unzuständig halte, in dem Sinne der Interpellation der Kollegen Arnstadt und Genossen vorzugehen. Nur glaube ich, ist es ein etwas ungewohnter Vorgang, daß gerade die Herren Kollegen von der rechten Seite, die doch in der möglichsten Bewahrung des gegenwärtigen Rechtszustandes ihre Hauptaufgabe sehen, diejenigen sind, welche der Reichsregierung die Aufgabe zuschreiben oder zumuten wollen, über ihre Zuständigkeit hinausgehen. (Sehr gut! bei den Dem.) Es ist so, als wenn sie sich ein Stück Revolutionsrecht beilegen wollen (Sehr gut! bei den Dem.), um aus irgendwelchen Gründen heraus nun von der Reichsregierung eine Stellungnahme zu erzielen, die sie für ihre Zwecke glauben gebrauchen zu können. (Zuruf rechts.) Der Art. 31, ruft mir der Herr Kollege Mumm zu. Er meint jedenfalls den Artikel, der ein Artikel des Entwurfs einer deutschen Verfassung ist. (Heiterkeit.) Es dürfte aber auch Herrn Kollegen Mumm bekannt sein, daß dieser Artikel noch nicht Gesetzeskraft erhalten hat. (Sehr gut! bei den Dem.) Auch dürfte ihm bekannt sein, daß gerade von der linken Seite jedenfalls die mannigfachsten Anträge zur Erweiterung der Artikel 30 und 31 kommen werden. (Sehr richtig! bei den Soz. und Dem.) Wenn wir es heute erleben, daß die verehrten Herren von der rechten Seite sich durch ihre Interpellation zu der Meinung bekennen, daß gewisse Grundlinien der Schulpolitik reichsgesetzlich geregelt werden sollen, so kann dies auf der linken Seite des Hauses nur Zustimmung finden. (Sehr richtig! bei den Soz. und Dem.) Denn schon bei der ersten Beratung des Verfassungsentwurfes haben Redner von der linken Seite darauf hingewiesen, daß es eigentlich ein unhaltbarer Zustand ist, wenn das neue Reich, das sich nicht bloß auf neuen wirtschaftlichen, politischen und sozialen, sondern vor allem auch auf neuen kulturellen Verhältnissen aufbauen soll, achtlos an dem Gebiete der Schule vorübergehen würde, und wir haben darauf hingewiesen, daß es eine Kulturaufgabe werden wird, den Artikel 31, den Sie mir eben durch Zuruf gezeichnet haben, so auszubauen, daß seine Grundlinien dem Reiche die Möglichkeit geben, das Erziehungs- und Unterrichtswesen in den gesamten deutschen Landen grundsätzlich zu regeln. — Der Herr Kollege Mumm nickt mir zu. Ich bin außerordentlich darüber erfreut, weil wir dann in der zweiten Lesung des Entwurfs der deutschen Verfassung gerade auch auf der rechten Seite einen Helfer haben werden, wenn wir in dieser Beziehung die Reichskompetenz zu erweitern gedenken. (Sehr gut! links.) Aber nach einer anderen Seite hin haben wir auch Bedenken gegenüber der Interpellation, und zwar deswegen, weil wir meinen, daß alle die Beschwerden, die heute der verehrte Herr Kollege Mumm dargelegt hat, auch dargelegt hätten werden können, wenn die Artikel 30 und 31 der Verfassung zur Beratung gestanden hätten; der Herr Kollege wird mir zugeben, daß die Frage, welche Stellung der Religionsunterricht in der Schule haben wird, ganz davon abhängig ist, welche Stellung die Schule zu Kirche und Staat in der Verfassung einst haben wird. (Sehr richtig links.) Es ist doch selbstverständlich: die Frage des Religionsunterrichts wird anders gelöst werden, je nachdem die Trennung — gebrauchen wir einmal das Wort — von Kirche und Staat rechts herum oder links herum, religionsfreundlich oder religionsfeindlich erfolgen wird.

Daß wir recht haben mit unserer Ansicht, es wäre besser gewesen, den ganzen Komplex dieser Fragen im Rahmen der Verfassungsberatung ausführlich zu beleuchten und zu erörtern, das hat uns heute früh auch die Rede des Herrn Kollegen D. Mausbach gezeigt. Diese klassisch schöne Rede war nach meinem Empfinden weniger eine Begründung oder eine Äußerung zu der Interpellation der Herren Arnstadt und Genossen, sondern mehr eine Verfassungsrede, und eben diese Tatsache, daß er sich da grundsätzlich geäußert hat, macht es wohl notwendig, auch vom Standpunkte unserer Fraktion einige Äußerungen über das Verhältnis zwischen Kirche und Staat anzufügen.

Ich glaube, daß ich das Recht habe, namens meiner Fraktion zu erklären, daß wir denken, das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne festzustellen. (Sehr gut! bei den Demokraten.) Ich glaube, daß wir der Meinung sind, daß das Verhältnis möglichst auf dem Wege gegenseitiger Verständigung zu regeln ist (erneute Zustimmung) und wir deswegen durchaus nicht damit einverstanden sind, daß es in Preußen einen Kultusminister gegeben hat, der geglaubt hat, einen Erlaß machen zu können, der bestimmt, daß vom 1. April 1919 an für Kirchen Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen sollten.

Der Herr Kollege Mumm ist auch auf die hohe Bedeutung der theologischen Fakultäten zu sprechen gekommen, und ich glaube, auch in dieser Beziehung namens meiner Fraktion erklären

Digitized by Google

zu können, daß wir uns eigentlich eine deutsche Universität ohne eine theologische Fakultät kaum denken können, (sehr richtig! bei den Demokr.) daß wir aber diese theologischen Fakultäten nicht allein der Kirche und der Heranbildung des Priester- und des Pfarrerstandes wegen wollen, sondern daß wir sie vor allem auch der allgemeinen wissenschaftlichen Bedeutung unserer Universitäten wegen unbedingt nötig haben. Ich brauche ja nur an Männer wie Herder, Schleiermacher oder — um einen neuzeitlichen anzuführen — an Harnack zu erinnern, Männer von so großer Weltbedeutung, daß ich sagen kann: für den guten Ruf unserer Universitäten im Auslande haben insbesondere auch die theologischen Fakultäten wesentlich beigetragen. Darum glaube ich mit meiner Fraktion, nicht bloß im religiösen, sondern auch in nationalem Sinne zu handeln, wenn wir heute schon erklären, daß wir der Beibehaltung und Ausbildung der theologischen Fakultäten unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden werden.

Dann muß ich in rechtlicher Beziehung noch auf einen Punkt aufmerksam machen. Es handelt sich zweifellos nicht um den Religionsunterricht, soweit er eine religiös-kirchliche Pflicht ist, sondern bei den Erlassen, die uns heute früh von dem Herrn Kollegen Mumm vorgeführt worden sind, um den Religionsunterricht, der in der allgemeinen Volksschule, in der Staatsschule erteilt wird. Da gestatten Sie mir doch eine kurze Bemerkung deswegen, weil ich bei der ersten Beratung des Entwurfs einer deutschen Verfassung gesehen habe, daß maßgebende Persönlichkeiten und Parteien hier über den Begriff der Staatsschule eine ganz andere Auffassung haben, als unsere Partei. Weil je nach dieser Auffassung die Stellung und die Bedeutung des Religionsunterrichts sich regelt, so habe ich wohl ein Recht dazu, auf die Äußerungen des Herrn Kollegen Spahn zurückzukommen, die er bei der ersten Beratung des Verfassungsentwurfs gemacht hat. Er hat sich auf den westfälischen Frieden berufen, in dem festgelegt sei, daß die Schule nichts anderes sei als ein Anner der Kirche. Das war einmal der Fall. (Sehr richtig! bei den Dem.) Aber ich glaube, seit dem Jahre 1648 haben sich doch auf diesem Gebiete die Dinge ganz wesentlich geändert (Erneute Zustimmung bei den Dem.), und zwar nicht bloß auf dem Gebiete der Volksschule, sondern auf dem Gebiete des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens. Denn wenn ich die ganze Entwicklung von zwei Jahrhunderten in etlichen Worten zusammenfassen darf, so handelt es sich im ganzen um eine Verstaatlichung, um eine Verweltlichung und um eine Demokratisierung der Bildung. Diese Verstaatlichung, Verweltlichung und Demokratisierung der Bildung begann bei den Universitäten, und zwar begann sie damit, daß sich die Universitäten freimachten von der kirchlichen Lehrnorm, und daß sie für ihre gesamten Fakultäten die Freiheit der Lehre und der Forschung sich erwarben. Im Abstand folgten dann diesem Emanzipationskampfe der Universitäten die höheren Schulen, insbesondere begünstigt von dem absolutistischen Zeitalter, und dann wieder im Abstande die Volksschulen.

Ich will gerne zugeben, daß es seinerzeit eine kirchliche Verpflichtung war, diese Volksschule zu besuchen; aber weil wir gerade uns auf Weimarer Boden befinden, darf ich darauf aufmerksam machen, daß hier schon im Jahre 1619 eine Schulverordnung erschienen ist, welche den Besuch der Volksschule nicht als kirchliche, sondern als staatliche Verpflichtung hingestellt hat. Etwa 150 oder 200 Jahre später sind die Volksschulen nicht mehr Anner der Kirche, sondern Staatsanstalten, und in den großen und gewaltigen Kämpfen um die Schule, an denen das gesamte Bürgertum und in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts auch die Arbeiterschaft teilnahm, ist unsere moderne Schule als eine Staatsschule mit dem Staat als Schulherrn entstanden, der die Befugnis hat, den Lehrplan, den Lehrstoff usw. zu bestimmen, Lehrer anzustellen und insbesondere auch die Beaufsichtigung und Leitung der Schule selbständig zu übernehmen. (Sehr richtig! bei der D. D. P.) Nun muß zugegeben werden, daß bezüglich des Verhältnisses des Religionsunterrichts durch die Staatsschule eine Klärung noch nicht stattgefunden hat. Während wir z. B. in Sachsen-Coburg-Gotha oder in Sachsen-Meiningen schulgesetzlich die Bestimmung haben, daß auch der Religionsunterricht unter Mitwirkung der Kirche vollkommen unter Oberaufsicht des Staates steht, und während wir im früheren Königreich Sachsen insofern eine ähnliche Bestimmung haben, als dort bei gleichwertiger Mitwirkung der Kirche der Staat das Recht der Oberaufsicht führt, ist in anderen Ländern, z. B. in Bayern, das Verhältnis des Religionsunterrichts in der Weise geregelt, daß die Kirche das Recht und die Verpflichtung besitzt, den Religionsunterricht selbständig zu regeln. Ich weise auf diese Tatsache hin, weil ich später, wo es sich darum handelt, die Frage, wie der Religionsunterricht gestaltet werden soll, zu erörtern, die Behauptung glaube aussprechen zu sollen, es sei nicht Aufgabe der Nationalversammlung und nicht Aufgabe des Reichsregiments, sondern, je nach der geschichtlichen Entwicklung Aufgabe der Einzelstaaten, diese Schulfrage innerhalb der durch die Reichskompetenz gezogenen Grenzen selbständig zu regeln und zu ordnen.

Ich glaube ferner, nach diesen Bemerkungen rechtlichen Inhalts wohl sagen zu dürfen, daß die ganze Frage, die uns heute beschäftigt, nicht bloß eine pädagogische, sondern auch eine politische Frage von weitestgehender Bedeutung ist.

Nun haben die verschiedenen Erlasse, die uns heute früh von dem Herrn Abgeordneten Mumm vorgeführt wurden, vor allem zwei Hauptpunkte als Inhalt gehabt. Der erste Hauptpunkt ist der, daß eine Reihe dieser Erlasse in den vergangenen Wochen die geistliche Ortsschulaufsicht aufhoben, und der zweite, daß sie Stellung zum Religionsunterricht selbst genommen haben. Zunächst möchte ich meiner lebhaften Freude darüber Ausdruck geben, daß an dieser Stelle der Begründer der Interpellation ausdrücklich ausgeführt hat, daß er auch für seine Person ein Verteidiger und Befürworter der weltlichen Fachschulaufsicht ist, und diese Tatsache wird, wenn wir bei Beratung des Art. 31 dazu kommen sollten, die Staatsaufsicht über die Schule, und insbesondere die Fachaufsicht, verfassungsrechtlich festzusetzen, außerordentlich dankenswert und interessant sein. (Sehr gut! links.) Nun zu der anderen Sache, der Stellung der verschiedenen Erlasse zum Religionsunterricht selbst. Den Standpunkt meiner Fraktion kann ich dahin präzisieren, daß wir die Richtigkeit dieser Erlasse an folgenden zwei Gesichtspunkten messen. Erstlich, wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Eltern nicht gezwungen werden können und nicht gezwungen werden dürfen, gegen ihr Gewissen Kinder einem Unterrichte zuzuführen, bei dem sie einen Gewissenszwang und eine Gewissensbedrückung empfinden. (Sehr richtig! links.) Und zweitens, daß auch Lehrkräfte, die innerlich nicht mehr in dem Verhältnis zu dem Bekenntnisse und zum Dogma der Kirche stehen, wie es notwendig ist, um einen gedeihlichen Unterricht erteilen zu können, gleichfalls nicht mehr gezwungen werden dürfen, diesen Unterricht zu erteilen. Erlasse, die weiter gehen, die sich insbesondere einer Regelung des religiösen Lebens und der religiösen Lehre unterfangen, so z. B. ein Erlaß des heute früh auch von dem Vertreter der sozialdemokratischen Partei preisgegebenen Kultusministers Adolf Hoffmann, der das Schulgebet, ferner das Lernen von Sprüchen, Liedern und dergleichen, verbot, halten wir nicht nur für unzulässig, sondern für eine Art Gewissenszwang. (Sehr richtig! bei der D. D. P.) Dieser Gewissenszwang ist nicht bloß dann vorhanden, wenn Dissidentenkinder an einem Unterricht teilnehmen sollen, den die Eltern nicht wollen, sondern nach meinem Dafürhalten auch dann, wenn die Eltern nicht die Möglichkeit haben, ihre Kinder einer religiösen Erziehung zuzuführen, obwohl sie der Anschauung sind, daß diese religiöse Erziehung ein wesentliches Stück der Jugenderziehung ihrer Kinder bedeutet. (Sehr richtig! bei der D. D. P.) Darum muß ich es dankbar begrüßen, daß heute früh auch der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei die Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrates in Hamburg preisgegeben hat, wonach nach einer mir gewordenen Mitteilung der Religionsunterricht in Hamburg verboten wurde. Wir halten ein derartiges Verfahren für so verletzend und den Religionsunterricht herabwürdigend, daß wir dagegen mit aller Entschiedenheit Einspruch erheben. (Bravo! bei den Dem.) Bei der Beurteilung dieser Erlasse der einzelnen Kultusminister kann ich auch nicht verschweigen, daß es nicht zu billigen ist, daß diese Erlasse gleichsam wie aus der Pistole herausgeschossen erschienen. Bei einer so wichtigen Angelegenheit, die unsere Volksseele so tief erfaßt, wäre es notwendig gewesen, den Weg des Gesetzes zu beschreiten und insbesondere auf die Stimme des Volkes und die Stimme der beteiligten Religionsgesellschaften zu hören. Gerade derjenige, der demokratisch empfindet, muß auf diesem Gebiete es fordern, daß das Volk zu derartigen Fragen sich zu äußern und Stellung zu nehmen hat. (Sehr richtig! bei den Dem.)

Nun hat der Herr Vertreter der sozialdemokratischen Partei heute früh seine Anschauung, der Religionsunterricht müsse aus der Schule verschwinden, damit begründet, daß der Religionsunterricht in der Großstadt ungemeine Schwierigkeiten bereite und außerdem an mancherlei schweren Mängeln leide. Damit hat der Herr Kollege durchaus recht. Der Religionsunterricht gegenwärtig

bei den Großstadtkindern außerordentlichen Schwierigkeiten; aber ich folgere daraus nicht, daß er deshalb aus dem Lehrplan der Volksschule zu entfernen ist. Wer diesen Standpunkt einnimmt, darf ihn nicht bloß bezüglich des Religionsunterrichts einnehmen, sondern muß ihn jedem Gesinnungsfach entgegenbringen. (Sehr richtig! bei den Dem.) Auch der Geschichtsunterricht müßte dann aus dem Lehrplan entfernt werden. (Erneute Zustimmung bei den Dem.)

Wenn es heißt, der Religionsunterricht weist mancherlei Mängel auf, so bin ich der letzte, der das bestreiten wollte. Die Wahrheit gebietet es, an dieser Stelle zu sagen, daß leider immer noch der Religionsunterricht unter dem didaktischen Materialismus insofern leidet, als heute noch der Gedächtnisstoff gerade im Religionsunterricht eine unverdiente Wertschätzung genießt, nicht etwa, daß ich auf dem Standpunkte stände, Kinder sollten überhaupt nicht Sprüche, Gedichte usw. lernen — o nein, das ist vielfach eine gute Mitgabe für das spätere Leben. (Sehr richtig! bei den Dem.) Aber diese Unsumme von Liedern, Sprüchen, Katechismusstellen usw. bewirkt es, daß die Religionsstunde nicht mehr eine Stunde der Erbauung und inneren Erhebung, sondern vielfach Stunden der Last für Lehrer und Schüler sind. (Sehr richtig! bei den Dem.) Und dann beklagen wir beim Religionsunterricht nicht nur den didaktischen Materialismus, sondern dort, wo der systematische Katechismusunterricht im Mittelpunkt steht, wo Sprüche und Lieder nur der Erläuterung wegen behandelt werden, einen Intellektualismus, der es hindert, daß die Gesinnung bildende Kraft des Religionsunterrichts zur Geltung kommt. Daraus ist es begreiflich, daß sich vielfach eine feindliche Stellungnahme gegen den Religionsunterricht geltend macht. Es darf auch nicht verschwiegen werden, daß Stoffauswahl und Stoffanordnung *nicht* von dem psychologisch Nahen zu dem psychologisch Fernen geht, daß vielfach ein Religionsunterricht nach dogmatischen Grundsätzen erteilt wird, der bei den Kindern auf kein Verständnis treffen kann. Aber all diese Mängel — und das Nicken des Herrn Abg. Mumm bestätigt seine Zustimmung — bringen *mich* nicht dazu, zu sagen: deshalb ist der Religionsunterricht der Schule zu nehmen, sondern sie zwingen *mich* dazu, zu fordern, daß *wir* alle zusammen, Theologen und Pädagogen, kirchliche und staatliche Behörden, zusammenwirken müssen, um endlich den Religionsunterricht durchgreifend zu reformieren. Es ist lebhaft zu bedauern, daß die Kirchenbehörden bisher auf diesem Gebiete außerordentlich zögernd und zurückhaltend waren. Sie hätten doch an der oft genug beobachteten Unfruchtbarkeit des religiösen Unterrichts einen Gradmesser dafür gehabt, wie dringend notwendig es ist, baldigst mit einer durchgreifenden Reform des Religionsunterrichts zu beginnen. (Sehr richtig! bei den Dem. und im Zentrum.)

Wenn nun vielleicht darauf hingewiesen wird, daß auch der andere Unterricht in der Volksschule an zu beklagender Unfruchtbarkeit leidet, so bemerke ich, daß ein früheres Mitglied des Deutschen Reichstages, der bekannte Oberstudienrat Dr. Kerschensteiner, wiederholt darauf aufmerksam gemacht hat, daß wir daraus die Verpflichtung ableiten müßten, möglichst eine durchgreifende Reform des gesamten Unterrichts durchzuführen. Ich brauche nur an das Schlagwort „Arbeitsschule" zu erinnern, so haben sie in diesem Schlagwort alle die Reformbestrebungen zusammengefaßt, die dazu dienen sollen, einen Unterricht zu geben, der sich nicht bloß auf das Wissen, sondern auf das Können erstreckt, der nicht bloß das Lernen, sondern das selbständige Verarbeiten des Lehrstoffes bei den Kindern bewirken soll. Es wäre dringend notwendig, nach diesen Grundsätzen auch im Religionsunterricht eine innere Reform vorzunehmen. Wenn das geschieht, dann kann der Religionsunterricht ein wesentliches und ein organisches Stück im Lehrplan unserer Volksschule bilden. (Zustimmung bei den Demokraten, im Zentrum und rechts.)

Für diese Auffassung führe ich gegenüber dem Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, der heute morgen gesprochen hat, noch kurz folgende Gründe an. Ich will einmal zugeben, ich könnte mich auf den Satz: „Religion ist Privatsache" stellen, nicht in dem Sinne, daß Religion vielleicht deswegen Privatsache sei, weil es sich hier um eine Schrulle, um etwas Althergebrachtes, um etwas Ungefährliches handelt, sondern in dem Sinne, daß sich in der Religion ein Stück unserer innersten Persönlichkeit zeigt, daß Religion eine der tiefsten und wesentlichsten Eigenschaften der menschlichen Natur bildet. Daraus folgere ich aber dann zweierlei, ich folgere erstens daraus, daß es geradezu ein Verbrechen an der Kindesseele ist, wenn in diesen tiefsten inneren Kern brutal durch Gewalt und Zwang hineingegriffen wird, folgere aber zweitens, daß die Volksschule, wenn sie wirklich eine Menschenbildungsanstalt ist, was sie nach Pestalozzi sein und werden soll — auch die Aufgabe hat, das gesamte Kind mit allen seinen Anlagen, also auch mit seinen religiösen Anlagen zu einer vollkommenen harmonischen Persönlichkeit zu entwickeln. (Sehr gut! bei den Demokr., im Zentrum und rechts.) Das ist für mich der erste Grund, der ausschlaggebend ist, dem Religionsunterricht ein wesentliches Stück an der Bildung des Kindes zuzuweisen. (Sehr wahr! bei den Demokr., im Zentrum und rechts.)

Das zweite aber, meine verehrten Damen und Herren ist, — und das glaube ich, sollte nicht auf der linken Seite des Hauses übersehen werden, daß doch der Religion eine gemeinschaftsbildende Kraft innewohnt, wie kaum einer zweiten geistigen und sittlichen Kraft. (Lebhafte Zustimmung bei den Demokr., im Zentrum und rechts.)

Wir brauchen ja nur die Augen aufzumachen, um zu sehen, wie sie gewaltige Kirchen bilden, in denen Hunderttausende und Millionen von Menschen erfüllt sind von Gemeinsamkeit edelster Bedürfnisse, von einer Gemeinsamkeit von Hoffnungen und Bestrebungen. Da muß ich doch sagen: eine Partei, die auf wirtschaftlichem Gebiete der Verbrüderung, den Gedanken der Solidarität predigt, sollte auf diesem geistigen und sittlichen Gebiet etwas mehr Verständnis für die Verbrüderungskraft haben, die zweifellos in der Religion steckt. (Erneute lebhafte Zustimmung bei den Demokr., im Zentrum und rechts.) Darum glaube ich, daß Sie vom sozialen Standpunkt aus auch gut tun, dem Religionsunterricht eine wesentliche Bedeutung in der Schule beizumessen.

Dann darf ich noch drittens kurz sagen, daß die Religion ferner eine große geistige und sittliche Macht in unserem ganzen Kulturleben ist. (Sehr richtig! bei den Demokr., im Zentrum und rechts.) Vor Jahrhunderten umfaßte wohl die Religion überhaupt unsere gesamte Wissenschaft. Allmählich ist neben die Religion eine Fülle anderer geistiger und sittlicher Kräfte getreten: Wissenschaft, Dichtung, Kunst und dergleichen. Aber wir können auch das Gebiet der Wissenschaft, der Literatur, der Dichtung, der Kunst kaum verstehen, wenn wir nicht, sei es zustimmend, sei es ablehnend, religiöse Kenntnisse und Erlebnisse gehabt haben. (Sehr richtig! bei den Demokr.) Wenn es nun Aufgabe unserer Schulen ist, unsere Jugend reif zu machen zum Verständnis für die Gegenwartskultur, wenn unsere Jugend dazu gebracht werden soll, mit Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit diese Gegenwartskultur weiterzuführen, dann können wir sie nicht ohne religiöse Kenntnisse und ohne religiöse Erlebnisse lassen, es sei denn, daß diese Jugend verständnislos wie ein Tauber in einem Konzertsaal in diesem Kulturleben sich befindet. (Sehr gut! bei den Demokr.) Von diesem Standpunkt aus sehen wir in der religiösen Unterweisung ein wesentliches Stück auch des Schulunterrichtes, und ich betone noch einmal: Gewissenszwang übt nicht nur der aus, der den Religionsunterricht aus der Schule entfernt, der das Kind wider Willen zwingt, an dem Religionsunterricht teilzunehmen, sondern Gewissenszwang übt auch der aus, der den Religionsunterricht aus der Schule entfernt und es Tausenden und aber Tausenden von Eltern, die ihre Kinder nicht in Privatschulen schicken können, weil sie dazu nicht die Mittel haben, unmöglich macht, die Kinder in Ergänzung der häuslichen Erziehung religiös zu erziehen. (Sehr richtig bei der D. D. P., im Zentrum und rechts.) Man kann eben einen Gewissenszwang sowohl von der Seite der Gläubigkeit wie auch von der Seite der Ungläubigkeit ausüben, und ich glaube: niemals könnte sich ein Staat die Macht zuweisen, den Eltern zu verbieten, ihre Kinder aus der religionslosen Schule heraus in eine Privatschule, in eine Kirchenschule usw. zu geben. (Sehr richtig! bei der D. D. P.) Gerade die verehrten Freunde auf der linken Seite, die doch Vertreter des Einheitsgedankens, der Einheitsschule sind, möchte ich darauf hinweisen, welche verderblichen Folgen für diese Einheitsschule erwachsen würden, wenn wir durch Maßnahmen zur religionslosen Schule übergingen. (Sehr richtig! bei der D. D. P.)

Nun, meine verehrten Damen und Herren, will ich gern zugeben, daß die Einfügung eines pädagogisch gestalteten Religionsunterrichtes auf außerordentliche Schwierigkeiten stößt. Hier stößt nun einmal zusammen das Herkommen mit dem Streben nach Neuerung, stößt zusammen die kirchliche Tradition mit einem freieren Denken, stoßen kirchenpolitische mit erziehungswissenschaft-

Digitized by Google

lichen Bestrebungen, hierarchische Bestrebungen mit dem autonomen Bestreben des Staates zusammen.

Es ist selbstverständlich, daß weiter bei der Einfügung dieses Religionsunterrichtes auch die mannigfaltigsten pädagogischen Anschauungen ebenfalls zu berücksichtigen sind. Ich würde meine Aufgabe verfehlen und wohl auch die mir zugebilligte Redezeit überschreiten, wenn ich das Wort auch noch zu der pädagogischen Gestaltung des Religionsunterrichtes nehmen wollte. Hier ist es nach meinem Dafürhalten Aufgabe der Einzelstaaten, in Berücksichtigung des Werdens ihrer Schulen und unter Zuziehung des Rates der beteiligten Kreise, nicht zuletzt der Eltern, die Wege zu finden, die gegangen werden müssen, um diesen Religionsunterricht, der pädagogisch gerechtfertigt sein muß, in den Lehrplan der Schule einzufügen. (Sehr gut!)

Nun hat der Herr Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion heute früh noch darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Lehrerschaft eine ablehnende Stellung zu dem Religionsunterricht der Schule einnimmt. Mag sein, daß das in Hamburg der Fall ist, wiewohl ich aus privaten Mitteilungen auch das Umgekehrte schließen kann, da noch kurz vor dem Kriege in Hamburg eine Abstimmung in der Lehrerschaft stattgefunden haben soll, in welcher ungefähr 80 v. H. der Lehrer sich für die Beibehaltung des Religionsunterrichtes ausgesprochen haben. (Hört! Hört! bei den Demokraten.) — das weiß ich aber bestimmt: der weitaus größte Teil der deutschen Lehrerschaft steht auf dem Standpunkt, daß der Religionsunterricht ein wesentliches und ein wertvolles Stück der Schulerziehung zu sein und zu bleiben hat. (Zustimmung!) Ich stehe persönlich, ohne dadurch meine Fraktion zu binden, ferner auf dem Standpunkt, den die deutschen Lehrerversammlungen bezüglich der Gestaltung des Religionsunterrichts eingenommen haben.

Und nun zum Schluß, meine verehrten Damen und Herren. Der Herr Abgeordnete D. Mausbach hat heute vormittag seine Rede mit der Ermahnung geschlossen, die ganzen Beratungen und Verhandlungen über das Verhältnis von Kirche und Staat im Geiste der Gerechtigkeit und im Geiste der Freiheit zu führen. Ich unterschreibe dieses Wort vollkommen! (Sehr gut! bei den deutschen Demokraten) und möchte nur wünschen, daß wir beide unter Freiheit das gleiche verstehen möchten. (Erneute Zustimmung bei den deutschen Demokraten.) Ich fürchte nämlich — der Hinweis auf Belgien hat mich stutzig gemacht —, daß hier unter Freiheit etwas anderes verstanden werden könnte, weil — soweit ich unterrichtet bin — das Verhältnis in Belgien so geregelt ist, daß man wohl von einer freien Kirche im Staat, aber weniger von der Freiheit des Staates von der Kirche reden kann. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Wir werden uns aber darüber noch unterhalten, wenn wir Gelegenheit haben, über den § 31 des Entwurfs der deutschen Verfassung zu reden.

Und nun lassen Sie mich zum Schluß meiner lebhaften Freude darüber Ausdruck geben, daß es durch diese Interpellation überhaupt möglich war, auch vor der Nationalversammlung Erziehungs- und Unterrichtsfragen, und zwar eine bedeutsame Erziehungs- und eine bedeutsame Unterrichtsfrage, zu besprechen. Meine verehrten Herren, wiederholt haben wir von dieser Stelle aus gehört: wir sind bettelarm geworden, wir haben nichts mehr an wirtschaftlichen Gütern. Wir haben doch wohl etwas, wir haben unsere Kinder und damit unsere Zukunft, und diese Zukunft haben wir dann, wenn wir der Erziehung und Bildung unserer Jugend gerade jetzt höchste Aufmerksamkeit zuwenden. (Beifall!) Wir waren schon einmal so bettelarm, wie wir es jetzt sind: vor hundert Jahren, als wir nach der Schlacht von Jena ebenfalls Gut und Ehre verloren hatten. Und als wir uns in diesem Zustande befanden, da galt es auch, durch die Entfesselung der Volkskräfte ein neues Preußen, ein neues Deutschland im kleinen, möchte ich sagen, herauszubilden, und die Staatsmänner haben dies nicht allein durch wirtschaftliche und politische, sondern durch kulturelle Maßnahmen getan, dadurch, daß sie Schulmänner Preußens in die Schweiz schickten, damit sie sich an dem Feuer eines Pestalozzi erwärmten und die edle Begeisterung für ihren Beruf aus der Schweiz mit nach Preußen brächten, um in Preußen neue Schulen, neue Bildung und eine neue Erziehung zu begründen. Und das haben sie auch getan. Es war nur die Schuld der bleiernen Reaktion, die unter Metternich bald einsetzte, daß es dann in Preußen seinerzeit nicht zu dem Notwendigsten kam, zu dem, was die Schüler eines Wilhelm von Humboldt entworfen hatten, zu einem preußischen Schulgesetz. An diesem Fluche der Reaktion leidet die ganze Schulentwicklung in Preußen seit hundert Jahren. Möchte uns die gegenwärtige Zeit nicht um das ehrliche Bestreben bringen, unseren Kindern und unserer Zukunft zu dienen.

Von diesem Tische aus ist das Stichwort hinausgegeben worden: Vom Imperialismus zum Idealismus! Ich wandle dieses Stichwort in bezug auf die Schule, um: Vom Materialismus, dem praktischen und didaktischen, zum Idealismus, damit ein festes, ein männliches, ein freigesinntes und auch ein frommfühlendes Geschlecht entstehe, glücklicher, weil es das Erforschbare erforscht, das nicht Erforschbare ruhig verehrt. (Lebhaftes Bravo.)

Heinrich Gerland, Die Finanzlage des Reiches

Die glänzende Rede des Reichsministers Schiffer hat berechtigtes Aufsehen in Deutschland erregt. Die Lage, die Schiffer von den Finanzen und der Finanzwirtschaft des Reiches entwickelt hat, ist so überaus ernst, daß man es nur als zu berechtigt empfindet, wenn sich die Rede mit Schärfe gegen den zurzeit in Deutschland noch herrschenden ruchlosen Optimismus wendet. Die Zahlen, die mitgeteilt sind, sind 161 Milliarden Schulden und 34,432 Milliarden umlaufendes Papiergeld, wobei das von den Kommunen ausgegebene Papiergeld nicht mitberechnet ist. Diese Zahlen sind so furchtbar, so in der Finanzgeschichte der Welt noch nie dagewesen, daß man die sorgenvolle Frage des Ministers verstehen, ob es überhaupt möglich sei, jemals dieser Finanznöte Herr zu werden. Das Katastrophale nun aber in der Lage ist, daß wir zwar eine Verschuldung von noch nie dagewesener Größe erreicht haben, daß aber diese Verschuldung selbst noch nicht zu Ende ist. Denn einmal ist in den 161 Milliarden der Betrag noch nicht enthalten, den wir für die Wiederherstellung Belgiens, Nordfrankreichs usw. zu leisten haben. Ferner sind die laufenden Ausgaben zwar allmählich geringer werdend, aber doch immer noch weit über das Normale. Die Einnahmen dagegen bleiben weit hinter dem Normalen zurück und werden dies auch für lange Zeit hinaus noch tun. Ferner wirkt unsere Valuta, die zurzeit in der Schweiz nach der offiziellen Berliner Notierung der Frank = 1,71¼ M. steht, verheerend. Die Mark ist also heute etwa 43 Pf. wert, verglichen mit den Verhältnissen 1914. Es ist aber mit Bestimmtheit zu erwarten, daß bei steigender Verschuldung Deutschlands die Valutaverhältnisse sich immer mehr verschlechtern werden, wie denn die österreichische Krone im Ausland bereits nicht mehr notiert wird und nicht mehr absetzbar ist.

Es entsteht die Frage, wie man hier wird helfen können und ob man überhaupt noch helfen kann. Die Frage des Staatsbankerotts ist es, die mithin offen zur Erörterung steht. Die „Rote Fahne" macht ja nun ganz einfach dafür Propaganda, die sämtlichen Kriegsanleihen zu annullieren. Der Gedanke scheint sehr einfach, da hierdurch die Entlastung des Reiches am raschesten und am durchgreifendsten herbeigeführt würde. Allein eine derartige Maßregel würde den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands nach jeder Richtung hin bedeuten. Man überlege nur folgendes: Rußland hatte seine Anleihe im Ausland unterbracht, namentlich in Frankreich; als es sie annullierte, war es in erster Linie das ausländische Kapital, nicht die inländischen Verhältnisse, die getroffen wurden. Deutschlands Kriegsanleihen sind bis zu einem verschwindenden Bruchteil in Deutschland untergebracht. Ihre Aufhebung würde also in erster Linie Deutschland selbst treffen. Hier aber wären die Folgen einer Aufhebung gar nicht zu übersehen. Unsere Versicherungs-Gesellschaften, unsere Sparkassen, unsere Banken sind alle mit Kriegsanleihe vollgesogen und würden in den Bankerott des Reiches unrettbar mithineingezogen werden. Was das bedeuten würde, braucht nicht ausgeführt zu werden. Nur darauf sei hingewiesen, daß der kleine Sparer gerade am ersten zu leiden hätte, denn er ist es, der sein Guthaben auf die Sparkasse bringt, und es würde also nichts helfen, wenn man etwa geringere Beträge der Kriegsanleihe aufrechterhalten würde. Ferner würden die freien Berufe außerordentlich in Mitleidenschaft gezogen werden, denn gerade in ihnen werden infolge des Mangels einer Pension die Lebensversicherungen am regelmäßigsten abgeschlossen, die nun alle nicht

mehr zur Auszahlung gelangen könnten, da den Versicherungs-Gesellschaften ihr Kapital genommen wäre. Und so würden auch noch andere übelste Folgen eintreten, da ja auch die Städte, die Provinzialverbände usw. sich in größtem Umfange bei den Zeichnungen beteiligt haben. Es rächt sich eben jetzt die falsche Politik, den ganzen Krieg nur auf einen großen Borg anzulegen, und um größtmögliche Zahlen bei den Zeichnungen zu erzielen, vor Mitteln nicht zurückgeschreckt zu haben, die man im anständigen Handel nicht als fair bezeichnen könnte. Es ist eben nicht nur die Militärpolitik der alten Zeit, sondern auch ihre Finanzpolitik, ihre Wirtschaftspolitik unhaltbar zusammengebrochen.

Was soll nun aber geschehen? Daß tatsächlich Verhältnisse eingetreten sind, von denen man sagen kann, daß sie den Bankerott des Deutschen Reiches bedeuten, kann leider nicht bezweifelt werden, und alle Maßnahmen zur Rettung des Reiches bedeuten doch nur entweder den offenen oder den verschleierten Bankerott. Über die Maßnahmen, die Schiffer treffen will, hat er sich nur sehr vorsichtig ausgedrückt. Er hat nur erklärt, daß die Kriegsanleihen nicht annulliert, die Sparkassen- und Bankguthaben nicht beschlagnahmt werden sollen. Er hat ferner recht allgemein zum Ausdruck gebracht, daß die Steuergesetzgebung im Einvernehmen mit allen Gliedern des Reiches vorzunehmen ist, daß das Steuerwesen sich im engsten Zusammenhang mit dem Wirtschaftsleben abspielen und endlich, daß diese Gesetzgebung eine soziale sein muß. Diese drei Gesichtspunkte sind (man gestatte die Offenheit) nichts als selbstverständliche Gemeinplätze. Über den Inhalt der zukünftigen Steuergesetzgebung erfährt man kein Wort, und es wäre doch vielleicht gerade jetzt der Augenblick, ein Wirtschaftsprogramm prinzipieller Art aufzustellen.

Das, worauf es nun zuerst ankommt, ist doch, daß man zum mindesten erreicht, die Ausgaben bedeutend herabzusetzen. Wenn wir eine große Vermögensabgabe durchführen, die ja sicher nicht ausbleiben wird, so ist das natürlich auch nur ein verschleierter Staatsbankerott, denn ob mir mein Vermögen durch Annullierung der Kriegsanleihen teilweise genommen wird oder ob ich Steuern zahlen muß, die ich in Kriegsanleihe leisten kann, ist ja doch bei Lichte besehen dasselbe. Die Vermögensabgabe hat nur den einen Vorteil, daß sie alle Vermögen trifft, während die Annullierung der Kriegsanleihen doch immer die außer acht läßt, die in nicht gerade patriotischer Klugheit Kriegsanleihe überhaupt nicht gezeichnet haben. Andererseits darf man sich darüber nicht täuschen, daß die Vermögensabgabe nur einmal wirksam sein kann, daß sie also Dauerwirkung nicht ausübt. Außerdem schließen sich an sie die starken Rückgänge der Einkommensteuern, die ebenfalls nicht außer acht gelassen werden können. Erforderlich ist aber vor allem, daß sofort die Ausgaben des Reiches dauernd und unzweifelhaft herabgesetzt werden. Und das es ja nun für den einzelnen ohne Bedeutung ist, wie ihm sein Vermögen genommen wird (denn genommen wird es ihm ja doch), so scheint mir eine Konvertierung der Kriegsanleihe unumgänglich notwendig zu sein. Eine Herabsetzung des Zinsfußes von 5 auf 3½ v. H. würde für das Reich bei 160 Milliarden Kriegsschulden 2 Milliarden 400 Millionen Mark weniger Ausgaben für das Jahr bedeuten, so daß wir von den 19 Milliarden jährlicher Ausgaben über den zehnten Teil erspart haben würden. Allerdings würden die Einnahmen der Einkommensteuer auch wiederum zurückgehen. Allein dem gegenüber würde doch der große Vorteil stehen, daß diese Konvertierung sich leicht durchführen ließe, während die Vermögensabgabe im Hinblick auf investiertes Kapital doch nur sehr schwierig sich in die Wirklichkeit umsetzen läßt. Eine Hinterziehung wäre ferner ganz ausgeschlossen. Ich glaube, wir kommen um diese Maßnahme der Konvertierung nicht herum, und ich glaube, je rascher wir zu ihr greifen, desto besser für das Deutsche Reich. Denn es wäre doch möglich, daß hierdurch unsere Valuta im Ausland sich heben würde. Wenn man bedenkt, daß die durchschnittlichen Kosten des Krieges pro Tag von 1914 49,6 Millionen bis 1918 auf 135 Millionen gestiegen sind, so dürfen in dieser furchtbaren Steigerung gewiß auch die vermehrten Beschaffungskosten für das technische Material, es macht sich hier aber doch auch die Valuta ganz zweifellos in erschreckendem Maße geltend. Und da wir ja nun nicht die geringsten Rohstoffe mehr im Lande haben, da unsere Handelsbilanz für längere Zeit hindurch eine passive sein wird, so muß sich gerade die Valuta für Deutschland auf das verhängnisvollste bemerkbar machen. Ja, man geht nicht zu weit, wenn man sagt, daß von dem ausländischen Markkurs in Zukunft das deutsche Wirtschaftsleben entscheidend mitbedingt wird. Der Einwand, daß durch die Konvertierung nur die national empfindenden Zeichner betroffen werden, kann meiner Ansicht nach nicht durchschlagend sein gegenüber der entsetzlichen Zwangslage, in der wir uns befinden. Aber selbstverständlich müßte an dem Gedanken festgehalten werden, daß trotz der Herabsetzung des Zinsfußes die Kriegsanleihe zu Steuerzahlungen pari benutzt werden könnte. Dadurch würde es auch gelingen, den Kurs der Kriegsanleihen einigermaßen aufrechtzuerhalten. Was allerdings das Reich mit den massenweis eingehenden Kriegsanleihen anfangen soll, ist wiederum unklar. Verwerten wird es sie nicht können, da der Markt nicht aufnahmefähig sein wird. Und gerade dieser Umstand ist es wieder, der mit so zwingender Notwendigkeit zu der Forderung führt, die laufenden Ausgaben herabzusetzen, und zwar um entscheidende große Beträge.

Wir bemerkten vorher, daß die österreichische Krone im Ausland nicht mehr abgesetzt werden kann. Ein ähnliches Schicksal wird die Mark haben, wenn sie es nicht schon hat. Dann bleibt uns nichts übrig, als das, was wir von dem Ausland brauchen, im Tauschverkehr zu erwerben. Hier aber stehen neue Schwierigkeiten entgegen. An sich sind die Aussichten für die deutsche Industrie, wenn wir von dem Rohstoffmangel absehen, gar nicht so schlecht. Die Welt ist für Industrieerzeugnisse aller Art aufnahmefähig, da ja die Industrie der Welt in den letzten Jahren nur unproduktiv gearbeitet hat. Von einer Reihe größerer Werke ist mir bekannt, daß die Aufträge aus dem neutralen Ausland schon ganz gut eingehen. Dem aber steht hindernd entgegen der politische Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens, der unglaubliche Egoismus der Arbeiter, der sich zurzeit in den maßlosesten Lohnforderungen austobt. Hier hat die Schraube ohne Ende angefangen. Denn wenn der Straßenbahnschaffner höhere Löhne bekommt, so zahlt der andere Arbeiter höhere Straßenbahnbillette. Wenn die Kohlenarbeiter ihre Einnahme steigern, so zahlt die Frau des Eisenbahnarbeiters höheres Geld für die Kohle usf. usf. Einer steigert den anderen, ein Ende ist nicht abzusehen. Dazu kommt die durch die Kriegsteilnahme zum Teil bedingte Arbeitsscheu weiter Schichten. Im Kriege waren die Soldaten der Sorge für die tägliche Nahrung und Kleidung gänzlich enthoben; sie lebten in der Etappe ein Leben, das wirklich für den Charakter außerordentlich bedenklich war, wenn man sich überlegt, daß es vier Jahre lang zum großen Teil im Wachdienst bestand. Kann man sich wundern, wenn viele von diesen Leuten heute nicht mehr an die Notwendigkeit des Lebenserwerbes gewöhnt sind? Kann man es ihnen verdenken, wenn sie heute, nachdem sie für die Allgemeinheit so lange draußen gestanden haben, von der Allgemeinheit mehr als sonst verlangen? Die psychologischen Wirkungen des Kriegs als Dauerzustandes treten nunmehr in die Erscheinung, und zwar in einem Zeitpunkt, wo alles darauf ankommt, daß gearbeitet, und zwar mit eiserner Energie gearbeitet wird. Dazu kommt noch der psychologische Zusammenbruch nach all den ungeheuren Spannungen der letzten Jahre, der sich in einer Erschlaffung und Ermattung nur zu begreiflich bemerkbar macht. Die Aufregungen der Revolution haben dann zu einer politischen Unruhe geführt, die auch den einzelnen und die Massen aus ihrer Arbeit herausgerissen haben, mehr als dies der Gesamtheit gut ist. So ist das Streikfieber entstanden, das heute Deutschland schüttelt. Wollen wir aber der wirklichen Katastrophe entgehen, so ist es notwendig, daß diesen Verhältnissen vorgebeugt wird. Und hier ergibt sich eine überaus ernste Aufgabe für die Regierung. Sie ist nicht nur verantwortlich dafür, daß Ruhe und Ordnung im Lande herrscht, sondern auch dafür, daß das Wirtschaftsleben des Reiches nicht in sich zusammenbricht. Mit dieser Auf-

Digitized by Google

gabe steht sie und fällt sie. Und die Frage, die sich heute als Schicksalsfrage des Deutschen Reiches vor ihr erhebt, ist doch die, ob das Streikrecht ein unbedingtes Menschenrecht ist oder ob es nicht seine durch das Gesamtwohl diktierten natürlichen Grenzen hat. Die Frage stellen, heißt sie im Sinne der zweiten Alternative bejahen. Es geht nicht mehr so weiter, daß die Regierung alle diese Streiks in Deutschland einfach duldet, daß sie höchstens wohlmeinende Warnungen gibt oder durch ihre Organe vermittelt in dem Sinne, daß die Arbeitgeber im wesentlichen immer nachgeben. Jedes weitere Nachgeben der Begehrlichkeit der Masse gegenüber führt unrettbar weiter in die Katastrophe hinein. Man nehme nur ein Beispiel; den Elektrizitätsstreik in Berlin. 1500 Arbeiter legten ganz Berlin lahm. War es nicht möglich, durch Ingenieure und Techniker, die man dort in Berlin in größter Menge freiwillig bekommen haben würde, diese 1500 Arbeiter zu paralysieren? War es nicht möglich, den krassen Egoismus der einzelnen hier einfach zu brechen? Ist denn jeder und jeder Egoismus dann restlos erlaubt, wenn es sich um Arbeiter handelt? Das sozialistische Zukunftsideal geht ja doch von der Gesamtheit aus, kennt das Prinzip der Arbeitspflicht. Nun wohl, man führe diese Arbeitspflicht dann endlich ein! Man beseitige nicht die Arbeitslosenunterstützung, wenn es sich um wirklich unverschuldete Arbeitslosigkeit handelt, aber man bedenke doch, daß bei der Leichtigkeit, mit der heute Arbeitslosenunterstützung erlangt werden kann, die Folgerung ganz logisch erscheint, die ein Arbeiter gemacht hat, er arbeite nicht für 10 M. am Tag, da ja dann sein Arbeitslohn in Wahrheit nur 2 M. betrage, weil ihm 8 M. als Arbeitslosenunterstützung sicher seien. Und man greife hier nicht nur durch mit papiernen Erlassen, sondern mit wirklicher Energie der Verwaltung; hier ist Verwaltung alles.

„Was sollst du tun?" fragt Goethe einmal und antwortet: „das Nächstliegende." Wenn wir das Nächstliegende tun wollen, so scheint es mir das zu sein; Sofortige Konvertierung der Kriegsanleihen von 5 auf 3½ v. H.; sofortiges Eingreifen der Regierung, um die Streiks zu verhindern und den Egoismus der Arbeiterklassen zu überwinden; endlich sofortige Verknüpfung der Arbeitslosenunterstützung mit der Arbeitspflicht und Durchführung dieses Prinzips in wirklich entschlossener tatkräftiger Verwaltung. Damit ist nicht das letzte erreicht, Deutschlands Finanzen wiederherzustellen; aber es ist doch ein Schritt auf diesem Wege, der zu greifbaren Resultaten führt.

S. D. Gallwitz/Der Kommunist Christus

Vor einer Reihe von Jahren gab es einmal eine große Enttäuschung im Kunstleben. Es war da eine Ausstellung, die, von München ausgehend, in den Kunststädten die Runde machte, eine ganz beschränkte Anzahl von Gemälden unserer besten zeitgenössischen Maler; Christusbilder. Das Ergebnis wurde ein Fiasko, eine ausgesprochene künstlerische und rein seelische Enttäuschung. Eine Erkenntnis brach sich damals Bahn, daß unsere Zeit mit der Christusgestalt, die Jahrhunderten deutscher Kultur die großen Erregungen des Erlebens zutrug, auch die des künstlerischen Erlebens, nichts mehr anzufangen weiß. In der Malerei ist Christus heute noch wirksam als Mittelpunkt der dramatisch bewegten Szene der Kreuzigung oder Geißelung oder als Lichterscheinung vor dunklen Volksmassen; kompositorische, malerische oder auch Stillebengesichtspunkte sind dabei der Kern der Konzeption gewesen; der Auffassung der reinen gottmenschlichen Persönlichkeit bleibt man alles schuldig.

Nur einen Christusmaler gab es in der letztgewesenen Kunstepoche, der es noch im Blut hatte: Fritz v. Uhde. In seinen Christusgestalten sammelt er ein solches Maß von Vergeistigung und Beseelung, daß sie weit über die biblischen Zufallshandlungen hinauswachsen und zum Bild des Gegenwarts-Christus an sich werden.

In der Literatur tritt das gleiche zutage. Einer der Führer des neueren literarischen Frankreichs, Charles Louis Philippe, nennt ein Kapitel in seinem Buch: Die kleine Stadt, „Wenn du wiederkämst". Da sagt er: „Du glaubst gewiß nicht, daß man dich gleich oben in der Straße erkannt hätte. Ich frage mich noch, wie du wohl angezogen gewesen wärst. Unter deinem linken Arm hättest du ein in eine Zeitung eingewickeltes Flanellhemd getragen. Man hatte es dir unterwegs gegeben, und du hattest es nicht zurückweisen mögen. Du hättest kein Brot in den Taschen gehabt ... usw."

Die Gegenwart, deren Anfänge schon Jahrzehnte zurückliegen, sieht ihren Christus nicht als den am Kreuz duldenden und noch viel weniger als den in Herrlichkeit gekrönten Gottessohn, sie sieht ihn als Mensch unter Menschen, in irdisch unvollkommener Gestalt; sie hat ihn neu geboren in Alltäglichkeit und Nüchternheit in einem elenden Stall auf Heu und Stroh wie damals in Bethlehem. Sie trägt ihr stärkstes seeelisches Verlangen ihm entgegen und sagt: Du bist die Erfüllung. Das Verlangen heißt Menschenliebe, Liebe zu den Armen und Elenden, es ist heute in der Menschheit so groß geworden, daß sie seine Erfüllung nur mit einem Namen zu nennen vermag: Christus. Das sind Dinge, die unter der Oberfläche liegen, wie alles, was Seele und seelisches Erlebnis ist, zu denen auch das Erlebnis künstlerischer Konzeption gehört.

Da ist aber eine Stelle im politischen Chaos der Gegenwart, wo man diesen Christus mitten in den Tag, wo er am lautesten ist, hineingestellt hat: die Kommunisten nehmen ihn für sich in Anspruch, sie machen ihn gleichsam zu ihrem Parteimitglied. Die Revolution in Bremen, die in diesen Tagen mit Waffengewalt, Bruder gegen Bruder, das große Entweder — Oder entscheidet, ob weiterhin Zertrümmerung, ob Ordnung und Aufbau die Losung für unser Vaterland sein soll, zeigte von ihren ersten Anfängen an Merkmale dieses Unterfangens. Vom ersten Tage an kam ein anfachender Wind in sie hinein, der im benachbarten Worpswede aufgesprungen war. Bremen und Worpswede sind eng verbunden, sind nicht ohne einander denkbar. Wir in Bremen holen uns dort das ganze Jahr hindurch Feierstunden, auf endlos gebreiteten Wiesen, unter Birken, an Kanälen und auf Heidewegen und über blauglitzernden Eisflächen; auch in den Malerateliers. Feierstunden in gewissem Sinne waren es auch, die die Worpsweder für einen Teil von Bremen in diesen Monaten der Revolution mit ihren Vorträgen in die Nüchternheit des Tages und seiner Arbeit und Pflicht hineintrugen: mit ihrer dort gegründeten kommunistischen Gesellschaft für sozialen Frieden. Was für ein bezauberndes Wort allein schon in dieser Zeit, wo jedermanns Hand gegen jedermanns Hand steht! Wenn Heinrich Vogeler mit der schönen Wärme seiner Dichternatur den kommunistischen Christusgedanken neu geprägt als Expressionismus der Liebe entfaltete, träumend von einer seligen Menschenwelt, da niemand mehr besitzen will, sondern jeder das Seine dem anderen gibt, bekam in seinem Munde und durch seinen Geist den reinen Geist eines weltfernen und liebenswerten Ideallisten, der Sinn des Wortes: Siehe, das Himmelreich ist nahe herbeigekommen! — für die Hörer eine unmittelbar neuempfundene Kraft. Wenn Karl Uphoff, ein eisig klarer Intellektueller, mit sicherer Geistigkeit die Lösung alle

Digitized by Google

Gegenwartsprobleme aus dem Geist des christgewollten Kommunismus aufbaute, gab er damit eine starke und immer interessante Anregung, indem er über den Alltag hinüberführte. Das war dort wie hier ein hemmungsloses Schweifen der Gedanken, die ihre Ziele sich so fern und leuchtend, wie sie nur immer mochten, setzten, da alle Fragen nach Verwirklichung und Tat abseits liegenblieben.

Die Entwicklung nach dieser Richtung hin ging weiter. Im Kampf in Wort und Schrift dieser letzten Wochen in Bremen von seiten der Radikalen aus erschien Christus immer deutlicher als der Göttliche, dessen Nachfolge an der Hand des Parteiprogramms der Kommunisten und Spartakisten erreicht wird. (Seit den Berliner Spartakusvorgängen stand er da neben Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.) Es begegnete einem das Bild des Gekreuzigten in der Gestalt eines Proletariers von heute und sein Name und Worte seiner Reden in wilden Propaganda- und Hetzartikeln. Die Ausdrücke und Wendungen der biblischen Reden Jesu wurden gleichsam als Grundmotiv des journalistischen Stiles festgelegt (alle Zeitungen jener Tage wurden zwangsweise mit Artikeln des kommunistischen Rates der Volksbeauftragten versehen), um das herum starke feuilletonistische Effekte komponiert waren. Ein unbeschreiblich peinlicher Eindruck war es, diese zeitlos großen schlichten Redelinien im Dienst des banalen Parteigezänkes der Linksradikalen! Die gesteigerte Geste, die damit erzwungen wurde, konnte nicht mehr Wirkung machen, als die Geste eines leeren Komödianten, der sein Pathos von außen her übernimmt, unfähig abzuwarten, bis sein natürlicher Ausdruck sich dazu kristallisiert.

Trivialisiert und mißverstanden wie die Worte Christi im journalistischen Stil der Kommunisten steht seine Gestalt in ihrer Partei. Christus kam als Heiland der Armen und Unterdrückten, und er sprach Worte von einer neuen Liebe, die er den Menschen brächte, er sprach auch von den Gefahren des Reichtums und des Schätzesammelns. Die Kraft und Wahrheit dieser Worte ist im ideologischen Kommunismus, wo immer er aufgetreten ist, sehr stark, stärker als an irgendeiner anderen Stelle, empfunden worden. Sie nahmen das Recht alles gedanklichen Auslebens für sich in Anspruch, frei in allen Gebieten des Geistes und der Seele sich zu bewegen, ohne durch Grenzen der Tatsächlichkeiten gehemmt und gestoßen zu werden, und sie tun es heute noch. Aber Christus als Kommunist im Sinn einer, wenn auch noch so entfernten Zugehörigkeit zur politischen kommunistischen Partei? Christus im hetzerischen Feuilleton? Nichts ist verspürt worden von seines Geistes Hauch, wo das sich zutragen kann. Der Kommunisten-Christus ist ein nachträglich konstruierter; er gleicht dem Geist, den die Kommunisten von heute begreifen, aber nicht dem welterobernden Geist des Gottmenschen. Der Christus, in dessen Nachfolge sie heute gehen oder zu gehen meinen, müßte erst nachträglich konstruiert werden, damit er zum Vorbild für sie werden könnte. Ganz anders müßte sein Leben und Wesen sich darstellen als dasjenige, was überliefert und von uns zum Mythos umgeschaffen wurde: der Christus der Bibel. Dieser Christus predigte wie der Kommunismus von heute ein neues Reich, und die um ihn waren, hörten da einen Macht- und Herrschaftsgedanken heraus. Warum, so muß man im Sinn heutiger Kommunisten fragen, hatte Christus nicht jene Aktivität, die dieses Reich, unter Umständen mit Gewalt, den Menschen brachte, da es doch alles Glück und alle Seligkeit enthielt? ... Er hatte ja entschlossene temperamentvolle Leute um sich; da waren der feurige Petrus und alle diese schnell zufahrenden Jünger, die immer wieder in ihn drangen: Herr, wann wirst du deine Macht offenbaren, daß wir unsere Ketten brechen und über unsere Unterdrücker triumphieren? ... Tausende, Zehntausende hingen ihm an und folgten ihm nach in die Wüste. Es wäre für Christus ein leichtes gewesen, diese Massen mit Worten zu fanatisieren, denn seine Rede war gewaltig, und sie zur Erhebung und zum Kampf gegen die über ihnen stehende Gewalt zu führen. Es wäre auch ein leichtes gewesen, die Vornehmen des Volkes, die unter seinen Hörern waren, als Machtmittel gegen jene in die Hand zu bekommen, indem er sie als Geiseln zurückhielt. (Ein Vorgehen, das ihrerzeit den Bremer Kommunisten den Weg zu ihrer vorübergehenden Machtstellung bereiten half.)

Ein solcher Christus hätte wahrscheinlich als König von Juda geendet, und er wäre heute ein Punkt neben anderen in der Weltgeschichte, nicht mehr. Nichts von alledem geschah. Jener Christus der Bibel hielt den Gewalt- und Machtlüsternen unter denen, die um ihn waren und ihm folgten, entgegen: mein Reich ist nicht von dieser Welt! Und als seine Gegner ihn auf Grund seiner „revolutionären" Aussprüche in politische Fragen und Probleme verstricken wollen, hält er ihnen entgegen: gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist ... Dieser Kommunist Christus litt und starb für seine Lehre des Friedens und wurde der Weltheiland, er wächst und dauert als Herrscher der Seelen über die Jahrtausende hin, und wie jede Zeit, so empfängt auch die jetzige ihre innerlichste Kraft und Schönheit von ihm und seiner Lehre.

Die französische Revolution zertrümmerte alle übernommenen Gottesbegriffe, formulierte sich einen neuen im blutlosen Rationalismus und nannte ihn Vernunft.

Die kommunistische Revolution der Gegenwart zertrümmert das göttliche Reich der Seele, das Herrschaftsgebiet des Christus und vermaterialisiert ihn, indem sie ihn nach ihrem Bilde umschafft zu einem politischen Aufrührer und Machthaber. Der Geist, aus dem heraus das geschieht, ist alles andere, als ein Vorbote neuer deutscher Zukunft: er ist eine letzte Tributzahlung an das Zeitalter des Materialismus, das an der Schwelle des Krieges zusammenbrach.

Das Christusgesetz: ein neu Gebot gebe ich euch, daß ihr euch untereinander liebet, schwingt heute lebendiger denn jemals über uns. Es wird Wahrheit in der tiefen, ernsten Erkenntnis, die aus den Herzen der Menschheit hervorgebrochen ist und wie ein goldener Faden auch noch die harten grauen Parteiprogramme aller Richtungen durchzieht: in dem Sozialisierungsgedanken; in dem Bekenntnis, daß Menschenrecht vor Geldesrecht geht. Dieser Gedanke ist ein Licht auf unserem Wege; ihn verwirklichen, heißt, das Himmelreich, das Christus als ewiges Ziel eines edelsten Verlangens über der Menschheit aufgerichtet hat, ein Stück näher zu uns herunterholen.

Naumann / Glaube und Kirche

Es finden sich Leute, die viel mehr Sorge vor einem Untergange der Kirche haben, als vor einer Vernichtung des Staates. Sie machen geradezu aus der Kirchenerhaltung den Mittelpunkt ihres politischen Denkens und Wirkens. Wenn es Katholiken sind, so ist das leichter verständlich als bei Evangelischen, weil für jene der Glaube und die Kirche

Digitized by Google

sehr eng zusammengehören. Das evangelische Bekenntnis aber entstand im Gegensatze zum Katholizismus gerade durch die Hervorhebung des großen Unterschiedes zwischen Glauben und Kirche. Der Gerechte wird seines Glaubens leben! Es können Konzilien und Synoden irren, denn der Geist Gottes wehet, wann und wo er will und ist nicht gebunden an kirchliche Autoritäten. Nach evangelischer Überzeugung ist die Kirche ein menschliches Gefäß für überirdische Heiligtümer, und es kommt unter allerhöchsten Gesichtspunkten wenig darauf an, ob die Form der Kirche staatskirchlich ist oder freikirchlich oder sektenhaft. Hierbei entscheiden nur praktische Nützlichkeitsgesichtspunkte. Wer also fest auf dem Boden der Reformation steht, kann das starke Geschrei, als ob die Religion unterginge, nur für Kleinglauben ansehen. Die Religion geht nicht unter, solange es Gläubige gibt. Diese aber entstehen im Notfalle auch ohne geistliches Amt und ohne konfessionelle Schule. Das ist der Hauptsatz der evangelischen Überzeugung, und erst dahinter kommt die Sorge für die Aufrichtung einer zeitgemäßen und praktischen Organisation der Glaubensverkündigung. Zu solchem Werke ist nun unsere Zeit berufen, da die Landeskirchen ihre Rechtsgrundlage verloren haben. Auf dem allgemeinen Priestertum der Gläubigen soll ein Kirchenbau neuer Art errichtet werden: gläubig, weitherzig, brüderlich. Die alten, zwecklos gewordenen Landesgrenzen müssen mehr beiseite geschoben werden, damit wir eine deutsche, evangelische Kirche gewinnen, die eine Heimat des Trostes und der Hoffnung bleibt für ein schwer leidendes Volk.

Büchertisch

Else Meisner, **Der Wille zum Typus.** Ein Weg zum Fortschritt deutscher Kultur und Wirtschaft. Jena, Eugen Diederichs, 1918. 88 S. 3 M.

Mit allem Nachdruck sei auf dieses schöne, klare und überzeugende Buch hingewiesen: es zeigt das Ziel, dem die organisatorische Bewegung der Gegenwart zustreben muß, wenn die Normalisierung, unter deren Zeichen unsere Volkswirtschaft auf Jahre hinaus stehen wird, nicht zur öden Schematisierung führen soll. Die Not der Zeit zwingt zur Vereinfachung und Verbilligung des gesamten Wirtschaftslebens; die ungeheure Verschwendung an Energie, Material, Erfindungsgabe und Kaufkraft, die die Mode- und Musterhetze der Vorkriegszeit mit sich brachte, muß einer weisen Beschränkung weichen. Für die Neubelebung der Bautätigkeit, für Wohnungs- und Heimstättenfürsorge, für das formvereedelnde Gewerbe aller Zweige ist eine weitgehende Typisierung und Rationalisierung unerläßlich. In dieser Richtung arbeitet bekanntlich der vor einem Jahr gegründete „Normenausschuß der deutschen Industrie", der sich in erster Linie die Normalisierung bestimmter Maschinengruppen, d. h. Musterschaffung zur Massenherstellung einheitlicher fixer Grundteile, zur Aufgabe gesetzt hat. Bei der gewaltigen Umwälzung der Sozialisierung unserer gesamten Wirtschaft wird der wachsenden Typisierung eine vorbereitende Rolle von größter Bedeutung zufallen. Vermag doch die durch sie erreichte Materialersparnis allein einen Ausgleich für die ungeheuerlich gestiegenen Lohnforderungen zu bewirken, die Stabilität des Arbeitsprozesses zu kräftigen und die Schwankungen von Absatz und Fabrikation, mit ihren Folgen der Arbeitslosigkeit, einzudämmen!

Wesentlich, ja Lebensfrage für den Neuaufbau unserer zertrümmerten Kultur ist aber, daß die unvermeidliche Typisierung sich nicht nach mechanistischen, sondern nach organischen Prinzipien vollzieht. D. h. darauf wird alles ankommen, daß die gewählten Dauerformen wahrhaft Typen notwendiger und bezeichnender Ausdruck für das Wesen unserer Kulturgemeinschaft seien. Erst eine solche Typenbildung bewirkt Steigerung nicht bloß der Leistung, sondern vor allem auch der Qualität. Strengste Durchdenkung des Arbeitsgegenstandes und des Arbeitsvorgangs ermöglicht Individualisierung innerhalb des Typus und bereitet dadurch dem schaffenden Künstler auf allen Gebieten der Erzeugung jenen Spielraum der Betätigung, den ihm bisher nur das Kunstgewerbe im engsten Sinne bot. Durch Vereinheitlichung der Herstellung, Vervielfältigung qualifizierter Künstlerentwürfe, Ausnutzung der Arbeitsteilung und aller technischen Hilfsmittel des genossenschaftlichen und Großbetriebs kann — Hand in Hand — Verbilligung und Veredelung der Ware bis zur letzten Möglichkeit erreicht werden.

Gewöhnung an den Typus bedeutet aber auch ein hochwichtiges Mittel zur Geschmacksbildung, zur „ästhetischen Erziehung des Menschengeschlechts". Sachlichkeit und Ehrlichkeit sind die zwei großen Forderungen, die das deutsche Volk an seine Schaffenden stellen wird, und ist die Nation noch, was wir von ihr glauben, so wird es ihr auch an den schöpferischen Persönlichkeiten nicht fehlen, die ihr die typische Ausprägung ihres eigentümlichen Seins in diesem Sinne schenken. Überall, wo gestaltender Wille den Erscheinungen gebietet, wird des Angelus Silesius „Mensch, werde wesentlich", das Losungswort der Zukunft sein. D. M.

Feller, Arthur, **Der Staat des sozialen Rechts.** Frankfurt a. M., Verlag der Frankfurter Sozietäts-Druckerei, 1919. Preis 60 Pf.

Weit entfernt von dem Schematismus, wie er z. B. im Erfurter Programm der Sozialdemokratie zutage tritt, fordert der Verfasser hier in einem sozialen Programm demokratischer Wirtschaftspolitik ziemlich tiefgehende Eingriffe des Staates auf dem Gebiete der Zerschlagung des Großgrundbesitzes, der Sozialisierung gewisser Betriebe und der Steuerpolitik. Das Programm Fellers gipfelt in dem Satze: „Der Staat muß neue und je nach der Wirtschaftslage sich verändernde Normen dafür aufstellen, wieweit jeder Volksgenosse an den materiellen Gütern zur Behausung, Bekleidung und Ernährung, ebenso wie an den Kulturgütern der Erziehung und Belehrung beteiligt sein soll, bevor andere einzelne das Recht für sich beanspruchen dürfen, mehr davon zu genießen." Für die Wirtschaftspolitik der Staaten untereinander fordert der Verfasser Gleichberechtigung, Meistbegünstigung und offene Tür, wenn anders wir nach dem Friedensschlusse nicht in wirtschaftlicher Beziehung die Sklaven der Entente werden sollen. — Im ganzen ein Programm, dem jeder überzeugte Demokrat wohl zustimmen kann. Dr. R. K.

Rückwandererhilfe E. V.

Große Not herrscht unter den aus der Internierung zurückkehrenden Auslanddeutschen und unter den auslanddeutschen Flüchtlingen aus der Ukraine, aus dem Baltenlande und aus anderen Gebieten. Um den Betroffenen, unter denen sich auch viele Angehörige freier Berufe und gebildeter Stände befinden, die Hand zum Wiederaufbau einer Existenz zu bieten, haben sich alle an der Fürsorge für die Auslanddeutschen und die Zivilgefangenen interessierten Organisationen zur „Rückwandererhilfe" zusammengeschlossen und wenden sich mit einem Aufruf zu einer allgemeinen Spende an das deutsche Volk.

Eile tut not! Helft denen, die um der Heimat willen gelitten haben! Den Aufruf haben u. a. unterzeichnet: Generalfeldmarschall v. Hindenburg, der Präsident der Nationalversammlung Fehrenbach, der Vizepräsident Haußmann, Dr. Max Quarck, Gerhart Hauptmann, Reichsbankpräsident Havenstein, Kardinal v. Hartmann.

Die Geschäftsstelle der Rückwandererhilfe befindet sich Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 21. Einzahlungen werden erbeten auf Postscheckkonto Berlin 49 023 und bei der Reichsbank auf Konto Rückwandererhilfe.

Briefkasten

Sonderdrucke der Naumann-Rede vom 13. Februar und der Rede von Weiß aus dieser Nummer werden bei Eingang genügender Zahl von Bestellungen hergestellt. Preis einzelner Stücke 20 Pf., 10—25 Stück 18 Pf., 26—50 Stück 15 Pf., 51—100 Stück 12 Pf., über 100 Stück 10 Pf.

Berichtigung. In Nr. 10 der „Hilfe" fehlt auf Seite 115 im Aufsatz Gegenwartsfragen von Naumann folgende Zeile (Sl. 20): Der arbeitslose Mensch auf der Straße verlangt nach einem stärkeren Sonnenaufgang.

Für die Baltenhilfe gingen ein: von E. v. W. in A. 15.— M., J. B. in A. 5.— M., Dr. H. in M. 50.— M., M. E. in D. 5.— M., K. in R. 10.— M., E. Sch. in E. 5.— M., G. B. in St. 20.— M., Pastor Sch. in H. 10.— M.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, beide i. T. Weimar.

27. März 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis im Buchhandel 4 M., beim Postamt 4.12 M., unter Kreuzband 4.50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 4.25 M., ins Ausland 5 M. Soldatenausgabe 1,50 M. Einzelhefte 40 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8683.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 13

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 60 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche

Der Umfang dieser Nummer ist infolge der Papierknappheit verkleinert.

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Gertrud Bäumer:** Heimatchronik. — **Naumann:** Versuch volksverständlicher Grundrechte. — **Wilhelm Heile:** „Die Ratten verlassen das Schiff." — **Dr. Paul Rohrbach:** Weltanschauung und nationale Politik. — **Naumann:** Das Weltgericht.

Naumann / Kriegschronik

Sonntag, 16. März.

Aus der Londoner Zeitung „New Statesman" hören wir, es sei eine Frage von verhängnisvoller Bedeutung für England, wie sich die zurückkehrenden irischen Soldaten verhalten würden. Der irische Führer Redmond habe den Soldaten gesagt, daß sie jetzt für die Freiheit Irlands kämpfen müßten, und es hätten sich von den zurückgekehrten Mannschaften 50 000 Iren dem Freiwilligenheere zur Bekämpfung der Ulstersoldaten angeschlossen. Die Soldaten hätten nach ihrer Rückkehr die Verhältnisse in der Heimat vollständig verändert angetroffen, und man stehe am Beginn eines heftigen Kampfes gegen England. Natürlich war es vom Standpunkt der Engländer aus ein gewagtes Unternehmen, die Menge der Irländer zu bewaffnen.

Die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa hat Kenntnis erhalten, daß deutsche Kriegsgefangene von den Polen schmachvoll behandelt werden. Die Polen haben die Prügelstrafe für die geringsten Vergehen eingeführt. Bei ihrer Gefangennahme wurde den deutschen Mannschaften ihre gesamte Habe, selbst Hemden, Strümpfe, Stiefel, gestohlen. Die deutsche Kommission protestiert und ersucht die Entente um schnelle Abhilfe.

Die Alliierten teilen mit, daß sie zwei Luftverkehrslinien nach Prag einzurichten wünschen, und zwar eine von Straßburg und die andere von Mainz aus. Dazu werden verlangt Landungsplätze nördlich Würzburg und Bayreuth. Später wird Fortsetzung der Luftlinie von Prag nach Warschau beabsichtigt.

Montag, 17. März.

Präsident Wilson hat bei seiner Ankunft in Paris die Herren der Friedenskonferenz einigermaßen in Verwirrung gebracht, indem er erklärte, das, was in der Zwischenzeit ohne seine Mitwirkung beschlossen sei, müsse nun erst von ihm nachgeprüft werden. Das scheint sich besonders auf die Fragen des linken Rheinufers zu beziehen. Ferner erklärt Wilson, daß der schon im Januar gefaßte Beschluß, daß der Völkerbund ein Bestandteil des Friedensvertrages sein müsse, noch heute zu Recht bestehe. An dem ursprünglichen Plan des Völkerbundes seien keinerlei Änderungen vorgenommen.

An der Ostgrenze haben in Nordlittauen und Kurland die Bolschewisten eine empfindliche Niederlage erlitten. Von Kowno bis Windau ist die ganze Front in Bewegung gekommen. Der Vormarsch auf Mitau wird fortgesetzt. Alles das vollzieht sich mit kleinen Truppenteilen. Wodurch es notwendig geworden ist, jetzt vor Toresschluß des großen Krieges noch einmal zum Angriff vorzugehen läßt sich von hier aus nicht beurteilen. Wahrscheinlich mußte man die Bolschewisten rückwärts drängen, wenn man nicht erlauben wollte, daß sie in unser Land vorstoßen.

Reichsminister Erzberger hat auf einer Versammlung der deutschen Liga für den Völkerbund starke Worte des Vertrauens zu Wilson geredet: Der Völkerbundgedanke hat die Welt erobert. In dieser Beziehung hat das deutsche Volk dem Präsidenten Wilson volles und grenzenloses Vertrauen entgegengebracht. (Mehrere Zwischenrufe: Leider! Erzberger bittet, jeden Zwischenruf zu unterlassen, da auch sie dem deutschen Volke augenblicklich schaden könnten.) Wilson muß jetzt sein Wort einlösen. Das deutsche Volk, das jetzt eine wirkliche Volksregierung hat, darf in der Völkerbundfrage nicht einer Quarantäne unterworfen werden. Man kann Deutschland von der Kultivierung der Welt nicht ausschließen. Elsaß-Lothringen muß genau wie Polen das Selbstbestimmungsrecht erhalten. Dem Spruch der Bevölkerung Elsaß-Lothringens werde sich Deutschland fügen, möge er ausfallen, wie er wolle. Danzig ist eine deutsche Stadt und muß es bleiben. Den Polen soll der Zugang zum Meere nicht verwehrt werden. Sie könnten ihn aber nur auf Grund internationaler Vereinbarungen durch das Wilson-Programm erhalten. Deutschland ist nicht mehr schuldig am Kriege als jede andere Nation, die in ihn verwickelt wurde. — Im Anschluß an die Rede Erzbergers sagte Gewerkschaftsführer Legien, das, was jetzt geplant sei, sei kein Völkerbund, sondern eine Aktiengesellschaft der Sieger zur gründlichen Ausnutzung des Sieges. Demgegenüber müsse ein wirklicher Völkerbund geschaffen werden.

Dienstag, 18. März.

Die Donauschiffahrt ist zurzeit verkehrspolitisch in drei Strecken geteilt: eine deutsche und deutsch-österreichische Strecke bis Preßburg, sodann eine tschecho-slowakische Strecke bis Baja (160 km südlich Budapest), ferner der weitere Lauf der Donau unter militärischer Ententeverwaltung in Belgrad. Die Tschechen haben mit Zustimmung der Entente den Verkehr auf ihrer Strecke monopolisiert und zu diesem Zwecke ungarische und deutsch-österreichische Schiffe mit Beschlag belegt. Die deutsch-österreichische Donauschiffahrt oberhalb Preßburgs ist vollständig abgeschnürt. Man darf wohl annehmen, daß die Tschechen ihr Donaumonopol nur benutzen werden, um andere Vorteile bei den Auseinandersetzungen mit Deutschen und Ungarn herauszuschlagen, da sie selbst die Donau kaum berühren.

Im Verfassungsausschuß der Deutschen Nationalversammlung in Weimar erscheinen zwei Vertreter der Republik Deutsch-Österreich, um an den Verhandlungen teilzunehmen. Das ist der Beginn der gemeinsamen Arbeiten. Der österreichische Gesandte Professor Ludo Hartmann sagt: Deutsch-Österreich betrachtet sich als Gliedstaat des Deutschen Reiches!

Der Papst Benedikt XV. hat sich im Konsistorium zu Rom über die Zukunft Palästinas geäußert: „Und nun, da diese heiligen Orte zur unbeschreiblichen Freude aller der Gewalt der Christen zurückgegeben sind, kann es uns nicht gleichgültig sein, welches Schicksal ihnen die Friedenskonferenz vorbehält, denn ohne Zweifel wäre unser eigener Schmerz und der Schmerz aller Christen groß, wenn in Palästina die Ungläubigen eine bevor-

Digitized by Google

zugte Stellung erhielten. Er wäre noch größer, wenn diese erhabenen Stätten Völkern anvertraut würden, die nicht Christen sind. Wir wissen außerdem, daß nichtkatholische Ausländer, die über Mittel aller Art verfügen, das Elend und das Leid, das der Krieg über diese Gegenden gebracht hat, dazu benützen, um für ihre Lehren Propaganda zu machen." — Wenn wir die Worte des Heiligen Vaters recht verstehen, so ist er zwar unbeschreiblich erfreut, daß Jerusalem wieder christlich ist, zugleich aber sehr besorgt, daß die Engländer den eingeborenen Syrern und Arabern eine bevorzugte Stellung einräumen möchten, wie sie es in Indien und anderswo gegenüber der mohammedanischen Bevölkerung tun. Sogar den Fall scheint der Papst für möglich zu halten, daß Jerusalem entweder an Juden oder an Araber ausgeliefert wird. Wenn er von nichtkatholischen Ausländern spricht, die über Mittel aller Art verfügen, so sind darunter vermutlich methodistische und sonstige Amerikaner gemeint.

Mittwoch, 19. März.

Auf einer Sitzung der Waffenstillstandskommissionen in Spaa gab General v. Hammerstein den Vertretern der Alliierten einige Aufschlüsse über die Lage an der Ostfront. Trotz kleinen Fortschrittes bleibe die Schwäche der deutschen Truppen gegenüber den Bolschewisten bestehen, da keine Verstärkungen eintreffen. Zur Heranführung von Truppen und Lebensmitteln für die Bekämpfer des Bolschewismus sei die bisher verweigerte Erlaubnis zum Seeverkehr zwischen den westlichen deutschen Ostseehäfen wie Lübeck mit Libau notwendig. General v. Hammerstein wies sodann darauf hin, daß die Polen an der Grenze Schlesiens immer rührriger werden und dort unter dem Deckmantel des Bolschewismus nationale Ziele verfolgen. Insbesondere werde unter den Kohlenarbeitern Oberschlesiens Erregung hervorgerufen. Es dränge sich die Frage auf, ob es nicht für Polen selbst und gleichzeitig für Deutschland besser wäre, wenn die Polen ihre Kräfte ostwärts gegen die Bolschewisten verwenden wollten. Von alliierter Seite wurde geantwortet, daß die letztere Ansicht von ihnen geteilt werde, deshalb sei der französische General Henry unter dem Titel eines militärischen Beraters beim polnischen Oberbefehlshaber nach Warschau entsendet worden mit der Aufgabe, den Widerstand an der Ostfront zu organisieren.

Dem „Temps" zufolge würde der Kieler Hafen nicht internationalisiert werden, sondern deutsch bleiben. Es müßten jedoch alle Befestigungswerke geschleift und der Kanal für Kriegs- und Handelsschiffe aller Länder geöffnet werden. Es würde Deutschland freistehen, im Kriegsfall den Kanal zu schließen.

Donnerstag, 20. März.

Der englische Kriegsminister Churchill erklärte im Unterhaus im Laufe einer Debatte über die Dienstpflicht: Man könne unmöglich sagen, wie lange England ein Heer am Rhein werde unterhalten müssen, um dadurch einen Druck auf Deutschland auszuüben. Da man Nahrungsmittel nach Deutschland senden müsse, um den Deutschen die Möglichkeit zu geben, wieder an die Arbeit zu gehen und sich des Friedens zu erfreuen, so sei es um so nötiger, eine Streitmacht auf den Beinen zu erhalten, die darauf achte, daß die Bedingungen des Friedensvertrages auch zur Ausführung kommen. Der Zustand in Europa gehe nicht vorwärts, sondern rückwärts, und die Schwierigkeiten werden größer, statt kleiner. Unter diesen Umständen sei die Aufrechterhaltung der Militärpflicht bis mindestens 30. April 1920 nötig. — Ob die Aufrechterhaltung der englischen allgemeinen Wehrpflicht bloß deshalb notwendig ist, um die armen bedrängten Deutschen zur Erfüllung ihrer Friedenspflichten zu nötigen oder ob nicht vielmehr die wirklichen Gründe im gegenseitigen Mißtrauen der Ententestaaten untereinander liegen? Es ist für die Engländer schmerzlich, daß sie entgegen vielen früheren Versprechungen die allgemeine Wehrpflicht über den Frieden hinaus beibehalten müssen.

Die Verhandlungen einer deutsch-polnischen Kommission in Posen, die unter Oberleitung der Entente feststellen sollte, in welcher Weise die vorläufigen Grenzabmachungen vom 16. Februar durchzuführen seien, ist ergebnislos auseinandergegangen, weil es unmöglich war, einen dauernden paritätischen Ausschuß herzustellen, bei dem nicht von vornherein die Polen das Übergewicht gehabt hätten. Es scheint kein besonders großer Verlust, daß die Abmachung nicht zustande kam, weil nach den bisherigen Erfahrungen die Grenzlinie von den Polen doch nur sehr ungenau geachtet wird.

Den Engländern gegenüber hat sich Deutschland zur Lieferung von 30 000 Tonnen Kali im Wert von 750 000 Pfd. Sterling bereiterklärt, damit wir einen Teil der notwendigen Nahrung durch Naturallieferung bezahlen können.

Freitag, 21. März.

Gestern wurden wir stark erschreckt durch die telegraphische Mitteilung, daß eine Vollversammlung der hamburgischen Seeleute es allen deutschen Seeleuten und Arbeitern zur Pflicht macht, die Arbeit an deutschen Schiffen zu verweigern. Ein solcher Beschluß ist, wie wir heute hören, tatsächlich gefaßt worden, aber nur von der einen Hälfte der Hamburger Seeleute und Hafenmannschaften, und zwar unter Führung und Druck des spartakistischen Seemannsbundes. Die Spartakisten haben ihren Genossen und der Hamburger Bevölkerung gesagt, es sei nicht nötig, Ernährung aus Amerika zu holen, da Rußland bereit sei, die Ernährung zu liefern! Glücklicherweise ist es der Hamburg-Amerika-Linie möglich gewesen, die Dampfer „Patricia" und „Cleveland" ausgehen zu lassen.

Auch abgesehen von bolschewistischer oder spartakistischer Agitation ist die Notwendigkeit der Auslieferung deutscher Schiffe hinreichend bedenklich. Aber was bleibt uns anderes übrig, als auf die Methode der Ernährung einzugehen, die uns vom Feinde vorgeschrieben wird? Noch steht die englische Blockade. Wenn in einer Hamburger großen Arbeiterversammlung gesagt wurde, Deutschland werde bei Auslieferung seiner Flotte zwar ein einziges Mal Brot bekommen, dann aber die Schiffe niemals wiedersehen, und sämtliche Seeleute seien dann auf Jahre hinaus existenzlos, so ist das der Ausdruck von Besorgnissen, die auch sonst verbreitet sind. Eines Tages aber muß doch mit den Gegnern der Versuch der Wiederanknüpfung des Verkehrs gemacht werden.

Der frühere Kaiser Karl von Österreich-Ungarn hat bei der Schweiz angefragt, ob er dort seinen Aufenthalt nehmen kann. Sein Ersuchen geschieht mit Wissen der deutsch-österreichischen Regierung, die es sowohl im Interesse der Republik wie auch der persönlichen Sicherheit des Kaisers für wünschenswert hält, daß er seinen Aufenthalt im Ausland nimmt. Die Entente soll mit der Übersiedelung einverstanden sein.

Sonnabend, 22. März.

Unter Zustimmung aller Parteien wurde im Verfassungsausschuß in Weimar die nachstehende Resolution angenommen:

„Der Verfassungsausschuß der verfassunggebenden Nationalversammlung begrüßt es als bedeutsamen Fortschritt auf dem Wege der Vereinigung zwischen dem Deutschen Reiche und Deutsch-Österreich, daß zwei Regierungsvertreter aus Deutsch-Österreich an den Verhandlungen teilnehmen. Er erwartet, daß die Besprechungen der beiden Regierungen so rasch durchgeführt werden, daß auch Abgeordnete Deutsch-Österreichs an den Verhandlungen der Nationalversammlung über die Verfassung des Gesamtreiches noch teilnehmen können. Wir zweifeln nicht, daß die deutsche Reichsregierung der Zustimmung des ganzen Volkes sicher ist, wenn sie bei den Abmachungen auf die besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutsch-Österreichs Rücksicht nimmt."

An sich würde es dringend erwünscht sein, daß schon jetzt die deutsch-österreichischen Vertreter an allen Verhandlungen des Verfassungsausschusses teilnehmen könnten, da ja jede dieser Bestimmungen sonst später noch einmal daraufhin durchgearbeitet werden muß, ob und wieweit sie für die österreichischen Verhältnisse paßt. Der deutsch-österreichische Gesandte Professor Hartmann hob bei der Besprechung der Entschließung hervor, daß die Österreicher bedingungslos ohne deutsch-österreichische Reservatrechte in das Deutsche Reich eintreten wollen, sich aber eine längere Übergangszeit ausbedingen müssen, damit sie ebenfalls ihre Gesetze

Digitized by Google

wie ihre Volkswirtschaft den neuen Lebensverhältnissen anpassen können. Er spricht mit Anerkennung von dem Geist voller Brüderlichkeit, in dem die Verhandlungen bis jetzt geführt wurden, und zwar besonders durch den Vertreter des Auswärtigen Amtes Körner. Am schwierigsten ist die Regelung der Valutafrage.

Aus Ungarn kommen Nachrichten bedeutender Staatsumwälzungen, die aber bis heute hier noch nicht übersehen werden können. Die Entente hat ihre Okkupation in der Ebene der Donau und Theiß um 100 Km. weiter vorgerückt, so daß zur Stunde dem ungarischen Staat kaum mehr übrigbleibt, als das Land zwischen Preßburg und Budapest. Damit ist die Stellung des Ministerpräsidenten Karolyi unmöglich geworden, weil gerade er versprochen hat, daß Franzosen und Engländer mit größtem Wohlwollen den Ungarn gegenüber erscheinen würden. An dieses Wohlwollen glaubt heute kein Mensch. Das Neue ist nun, daß Graf Karolyi zurückgetreten ist und den Sozialisten die Regierung überlassen hat. Unter den Sozialisten scheint die Mehrheit bolschewistisch gerichtet zu sein und einen Vertrag mit der russischen Sowjetregierung entweder schon geschlossen zu haben oder zu beabsichtigen, nach dem Ungarn in den Krieg gegen die Entente eintritt. Damit steht im Zusammenhang die Nachricht, daß die Bolschewisten nach Überwältigung der Selbständigkeit der Ukraine bis Lemberg und Tarnopol vorgedrungen seien und von dort in etwa zwei Wochen Budapest erreicht haben können, wenn sie an einigen Punkten von der Entente nicht gehindert werden. Die ungarische Volksverzweiflung scheint also vollkommen vorhanden zu sein. Wir nehmen an, daß Tschechen und Rumänen heute noch ziemlich fest mit der Entente zusammenhängen. Wer aber will sagen, wozu sich die tschechisch-mährischen Bergarbeiter entschließen werden? Die Bolschewisierung Mitteleuropas macht traurige Fortschritte.

Gertrud Bäumer / Heimatchronik

Sonntag, 9. März.

Wir sind alle immer noch in einem halbbetäubten Zustand den Geschehnissen gegenüber. Immer noch? — vielleicht wird man es noch mehr. Betäubt, weil man das Gefühl hat, daß die Umgestaltung der Grundlagen unseres Lebens unabsehbar viel weiter reicht, als wir heute zu erkennen vermögen, daß der Mechanismus, der heute noch einen Tag nach dem anderen weitertreibt, schon irgendwie an seinen Ursprüngen abgerissen ist. Diese Unheimlichkeit des Lebens auf unterwaschenem Boden, vor lauter verhüllten Horizonten hat etwas unbeschreiblich Lähmendes. Jedes Stück Übersicht, und wäre es über noch so Vernichtendes, ist schon Befreiung.

Und dann die Keulenschläge in jedem Satz der Verhandlungen mit den Feinden. Man muß immer wieder „von den Toten auferstehen", um weiter arbeiten zu können. ●

Montag, 10. März.

Über Berlin ist das Standrecht verhängt. Die Stadtteile östlich und nordöstlich vom Alexanderplatz sind wie Straßenzüge einer bombardierten Stadt. Häuser von Minen zerrissen, Fronten eingestürzt, die Straßen blockiert von Trümmern, Schußlöcher und zersprengte Fenster in allen Mustern. Die Menschenopfer sind gar nicht zu übersehen. Dabei heißt es, daß trotz des Verkehrsstreiks sich mehr Menschen durch die Straßen wälzen als sonst. Betäubungssucht, Sensationsgier, Hilflosigkeit? Man sucht immer wieder mit seinen Gedanken nach einer Stelle, von der Heilung, Aufrichtung und Kraft ausgehen könnte. Man ruft die Eindrücke von moralischer Tüchtigkeit, die hundertfach die Erinnerung birgt. Das ist doch Tatsache und Wahrheit und muß einmal wieder zum Durchbruch kommen.

Dienstag, 11. März.

Die Streiks im Ruhrrevier und in Oberschlesien nehmen wieder größeren Umfang an. In München ist die Machtfrage noch ganz ungeklärt. Die Truppen seien unsicher. Die Nationalversammlung verhandelte über Religion und Schule im Anschluß an eine deutschnationale Interpellation, die von der Reichsregierung Sicherungen gegen bundesstaatliche Gewaltsamkeiten in dieser Frage verlangte. Die Antwort der Regierung ist selbstverständlich die Ablehnung der Kompetenz und Verweisung auf Artikel 30 und 31 des Entwurfs der Reichsverfassung. Die Aussprache zeigt eine so tiefe Übereinstimmung in der Sache, d. h. in der Wertung der Halt gebenden Macht jener letzten und tiefsten Sicherheit, die wir haben, daß einem die Meinungsverschiedenheiten fortan über die Wege des Unterrichts geringfügig erscheinen wollen.

In Berlin gelingt die Bewältigung der Spartakisten. Anscheinend bewährt sich die rücksichtslose Energie, mit der gegen sie vorgegangen wird, an den vielen, die nun lieber die Waffen wegwerfen und in der Menge untertauchen. Den Gedanken an die Metzelei im Lichtenberger Polizeipräsidium wird man nicht los.

Mittwoch, 12. März.

In der Nationalversammlung das Sozialisierungsgesetz. Ist es ein vergängliches Notprodukt zur Beruhigung drängender Massen, das vergebliche Experimente aus sich erzeugen wird? Ist es eine Maßnahme fiskalischer Nützlichkeit und begrenzter Tragweite? Ist es der Anbruch einer neuen Ordnung der wirtschaftlichen Dinge? „Jeder Deutsche hat seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit von ihm fordert. Die Arbeitskraft als höchstes wirtschaftliches Gut der Nation steht unter dem Schutz des Reiches. Das Reich gewährleistet jedem Deutschen die Möglichkeit, durch eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeit sein Leben zu unterhalten. Soweit er Arbeitsgelegenheit nicht zu finden vermag, wird ihm nach Maßgabe eines besonderen Reichsgesetzes der notwendige Unterhalt aus öffentlichen Mitteln gewährt." — Man denkt daran, wie in der französischen Revolution zum erstenmal der Gedanke des „Rechtes auf Arbeit" auftauchte — wie ein Jahrhundert lang niemals ein Volk wagte, es zu proklamieren.

Und ferner: das Recht gemeinwirtschaftlicher Organisation wird dem Reich übergeben — die Ausübung des Rechtes wird zunächst betätigt für Kohle und Energien.

Die Gegensätze der Grundauffassung traten in der Nationalversammlung zu diesem Gesetze scharf hervor. Es zeigt sich, daß der unbedingte wirtschaftliche Liberalismus in der Deutschen Volkspartei seine Stelle hat. Die Deutschnationale Volkspartei hat einen Einschlag von Sozialismus, der ihre Stellung etwas anders färbt. Die Deutsche demokratische Partei kann dem Gesetz, ihrem Programm entsprechend, ohne weiteres zustimmen und wird ihre Aufgabe darin sehen müssen, in jedem durch dies Rahmengesetz ermöglichten Einzelfall dafür zu sorgen, daß das bureaukratische System die Initiative nicht erdrückt. Die Unabhängigen, die negativen Parasiten der Mehrheitssozialisten, lehnen das Gesetz natürlich ab, weil es von der sozialdemokratischen Regierung kommt und weil es sozialistisch ist.

Donnerstag, 13. März.

Das Sozialisierungsgesetz ist in der Kommission angenommen. Ein Antrag Auer, der die Entschädigungspflicht des enteignenden Staates beseitigen will, ist mit 165 gegen 135 Stimmen abgelehnt. Das Gesetz ist in namentlicher Abstimmung mit 240 gegen 53 Stimmen angenommen. Das Kohlenwirtschaftsgesetz wird gleichfalls angenommen. Ein Teil der Rechten stimmt diesmal nicht gegen das Gesetz.

Außerhalb der Tagesordnung wird zur französischen Propaganda in den Rheinlanden eine Erklärung der Regierung unter lebhafter Zustimmung des ganzen Hauses gegeben.

Freitag, 14. März.

In Hamburg stehen die Vorbereitungen zur Bürgerschaftswahl unter dem Einfluß der eigentümlichen Lähmung, die den politischen Geist der Bevölkerung ergriffen hat. Man spürt ein starkes Hervortreten der wirtschaftlichen Interessenvertretung, das den Aufmarsch der Parteien schwunglos und kleinlich macht. Viel zu viele Listen.

Die preußische Landesversammlung ist gestern eröffnet. Als Ministerpräsident hat der Minister des Innern Hirsch die Rechenschaft über die bisherige Führung der Regierung zu geben und

Digitized by Google

den Anbruch neuer gesetzmäßiger Zustände in Preußen einzuleiten. Er tut es mit einem starken und nachdrücklichen Zeugnis zur preußischen Einheit; Preußen sei zu jeder Preisgabe seines Partikularismus an das Reich bereit, aber nicht zur Preisgabe seiner Einheit an kleinere Gebilde. Auch die Zusammensetzung der preußischen Landesversammlung zeigt einen Teil der alten Führer, das Überschwellen der Linken weit über die Mitte des Hauses ist wie in Weimar. Aus der Stimmung des Hauses, in dem die Rede des Ministerpräsidenten überparteiliche Zustimmung fand, sprach etwas von Arbeitsenergie und Strenge, Glauben an Preußen und Willen zur Zukunft.

Naumann / Versuch volksverständlicher Grundrechte

Artikel 28.

Alle Deutsche sind vor dem Gesetze gleich.

Vorrechte der Geburt, des Standes und der Konfession finden nicht statt.

Männer und Frauen haben dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.

Jeder Deutsche ist ein Wertgegenstand der Nation, solange er seines Volkes würdig bleibt.

Auslandsdeutsche stehen unter dem Schutze des Reiches.

Alte, Schwache, Kranke und Verwundete sind im Falle des Unvermögens Pfleglinge der Gemeinschaft.

Volkserhaltung ist Staatszweck, Kinderzuwachs ist Nationalkraft.

Artikel 29.

Die Staatsgewalt liegt beim Volke.

Mehrheit entscheidet.

Das Wahlrecht ist in Reich, Land und Gemeinde allgemein, gleich, unmittelbar und geheim.

Volksvertreter sollen keine Interessenvertreter sein.

Das Vaterland steht über der Partei.

Reichsrecht bricht Landrecht.

Gleiches Bürgerrecht aller Reichsangehörigen in allen deutschen Ländern.

Selbstverwaltung als politische Grundform in Menschheit, Reich, Land und Gemeinde!

Völkerrechte sind die Voraussetzung zum Völkerbunde.

Völkerbundsrechte werden zu Reichsrechten gemacht, sobald sie anerkannt sind.

Artikel 30.

Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Deutschen Vaterland.

Gleiches Recht für alle!

Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden.

Die richterliche Gewalt wird als Auftrag des Volkes im Namen des Reiches geübt.

Die persönliche Freiheit ist unverletzlich.

Überall in Deutschland besteht Gedankenfreiheit, Preßfreiheit, Versammlungsfreiheit, Wahlfreiheit.

Die Vereinigungsfreiheit aller Berufe darf nicht beschränkt werden.

Vereinigungsfreiheit darf nicht zum Zwange der persönlichen Freiheit werden.

Ordnung und Freiheit sind Geschwister.

Artikel 31.

Im Deutschen Reiche besteht Gewissens-, Glaubens-, Kirchen- und Freidenkerfreiheit.

Freie Kirche im freien Staate!

Alle Religionsgemeinschaften verwalten unter Aufsicht des Staates ihre Angelegenheiten selbständig.

Kirchenbesitz wird geachtet wie Privatbesitz.

Die Religionsgemeinschaften haben das Recht, ihre Mitglieder zu besteuern.

Die Würde heiliger Handlungen und Orte steht unter dem Schutze des ganzen Volkes.

Gesetzliche Feiertage werden erhalten.

Religionsunterricht wird in öffentlichen Schulen angeboten, aber nicht aufgezwungen.

Alle idealen Bestrebungen helfen und dulden sich gegenseitig.

Artikel 32.

Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.

Für den Unterricht in öffentlichen Volksschulen besteht in den ersten Schuljahren allgemeiner Zwang.

Alle Volksschulen sind unentgeltlich.

Arbeitsschule und Bildungsschule gehören zusammen.

Privatschulen sind unter Staatsaufsicht erlaubt.

Die öffentliche Einheitsschule wird erstrebt, ohne den Geist des Fortschrittes zu lähmen.

Einheitlichkeit aller deutschen Hochschulen bei vollster Selbstverwaltung und Lehrfreiheit.

Freie Bahn dem Tüchtigen!

Volksuniversitäten sollen gefördert werden.

Kunst ist Nationaleigentum.

Artikel 33.

Jede ehrliche Arbeit ist gleichen Rechtes und gleicher Würde.

Die Arbeitskraft gilt als das oberste menschliche Gut.

Die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit ist dauernde Staatsaufgabe.

Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen!

Steigerung der Arbeitsleistung ist der sicherste Weg zur Errettung Deutschlands.

Wer die Arbeitsleistung steigert, soll daran verdienen können.

Privateigentum ist berechtigt als gesammelter Arbeitsertrag für die Nachkommen.

Privateigentum verliert seinen sittlichen Anspruch, sobald es den Arbeitsfortschritt hindert.

Volkswirtschaft steht über Privatwirtschaft.

Artikel 34.

Der Grund und Boden ist Nationaleigentum unter privater Benutzung.

Erhöhung des Ackerertrages ist vaterländischer Dienst.

Wer den Ackerbau steigert, muß selbst davon Gewinn haben.

Landwirtschaftliche Bodenabgaben können in Landerzeugnissen bezahlt werden.

Künstliche Düngung liefert der Staat als Entgelt für Bodenabgaben.

Landarbeiter stehen unter Arbeiterrecht; Gesindeordnungen sind aufgehoben.

Wald bleibt erhalten.

Viehzucht wird gefördert.

Bergschätze sind Volkswerte.

Städtische Grundstücke können zum Besteuerungswert von Staat und Gemeinde übernommen werden.

Die Bildung von Heimstätten wird erleichtert.

Artikel 35.

Zum demokratischen Industriestaat gehört Industrieparlamentarismus.

Arbeiterräte, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, Gewerkschaften, Syndikate, Unternehmerverbände, Arbeits-

Digitized by Google

kammern und Industriegemeinschaften sind anerkannte Körperschaften.

Industrielle Selbstverwaltung unter Staatsaufsicht ist die Grundform der großgewerblichen Wirtschaft.

Ein deutsches Gewerbeparlament leistet Vorarbeit für die politische Reichsverwaltung.

Verstaatlichung ist eine Nützlichkeitsfrage.

Bei Enteignung wird Entschädigung gezahlt.

Mittelstand und Kleinbetrieb haben ebensoviel Lebensrecht wie Großbetrieb und Staatsbetrieb.

Genossenschaften stehen den Privatbetrieben gleich.

Artikel 36.

Wir leben im Zeitalter des Verkehrs.

Verkehrsmittel dienen dem ganzen Volke.

Weltverkehr ist Lebensluft.

Das Deutsche Reich bildet ein einziges Marktgebiet.

Persönliches Wagnis darf aus der Volkswirtschaft nicht ausgeschaltet werden.

Artikel 37.

Schulden zu bezahlen ist öffentliche und private Pflicht.

Reichshaushalt, Landeshaushalt und Gemeindehaushalt ist in Wahrheit ein Haushalt.

Wenn der Staat Steuern erheben will, muß er Erwerbende besitzen.

Die staatliche Volkswirtschaft ist stille Teilhaberin aller privaten Unternehmungen.

Erbschaft ist berechtigt aber steuerpflichtig.

Verstecktes Eigentum verliert seine Eigentumskraft.

Sparsamkeit ist die Vorbedingung jeden Fortschrittes.

Artikel 38.

Die Vervollkommnung des Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenrechtes ist deutsches Reichsideal.

Die Kraft der Völker liegt in der Kultur ihrer Massen.

Lohnfragen sind Daseinsfragen.

Deutschland muß trotz seiner Armut sozialpolitisch ein Vorbild der Welt bleiben und werden.

Beamte dienen nicht der herrschenden Partei, sondern dem Staat.

Außerhalb des Dienstes ist der Beamte nicht mehr und nicht weniger als andere Staatsbürger.

Lebenslänglicher Anstellung entspricht lebenslängliche Pflichttreue.

Artikel 39.

Fremdsprachlichen Volksteilen darf volkstümliche Entwicklung und Gebrauch ihrer Muttersprache nicht beeinträchtigt werden.

Wir behandeln unsere Ausländer so, wie wir wünschen im Ausland behandelt zu werden.

Jedes deutsche Gebiet, das sich uns anschließen will, ist willkommen.

Das deutsche Volk ist und bleibt eine Einheit.

Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt!

Artikel 40.

Kriegserklärung und Friedensschluß sind Volkssache.

Die Landesverteidigung entspricht den internationalen Abmachungen.

In Verträgen mit fremden Staaten ist Deutschland innerhalb der Völkerbundssatzungen bereit.

Der Dienst des Auswärtigen Amtes soll ehrlicher Friedensgeist sein.

Geheimpolitik gibt es nicht mehr.

Wir achten alle Völker, die uns achten.

Wilhelm Heile / „Die Ratten verlassen das Schiff"

Im Verfassungsausschuß der Deutschen Nationalversammlung ist es endlich einmal zu der grundsätzlichen Aussprache über das Kernstück der deutschen Verfassung gekommen, über die Frage, ob das Reich in seinem Aufbau auch weiter ein geschichtlich-ungeschichtliches Zufallsprodukt bleiben soll, eine große Zahl von verbündeten Staaten, die im Gemengelager durcheinandergeschüttet daliegen und sich nur widerstrebend der Führung des stärksten Staates beugen, oder ob das Reich selbst ein Staat sein soll, der deutsche Staat, der unter Anpassung an die Geschichte, die Stammesgefühle und wirtschaftlichen Lebensbedingungen, die überlieferte Gliederung Deutschlands umgestaltet zu einer organisch gedachten und durchgeführten Organisation des deutschen Volkes. Die Aussprache endete mit einem Siege des Einheitsgedankens, einer Niederlage des bewußten und des unbewußten Partikularismus aus der kleindeutsch-großpreußischen Gedankenwelt. Noch ist dieser Sieg nicht endgültig errungen, da die Mehrheit des Ausschusses nur knapp war und keineswegs sehr sicher; fast alle Fraktionen haben ja durcheinandergestimmt, und es ist durchaus nicht unmöglich, daß die Abstimmung der Fraktionen selbst ein anderes Bild ergeben würde, als die ihrer Vertreter. Die Zeit ist also noch nicht gekommen, wo man sich des erzielten Erfolges sorglos freuen dürfte.

Ein warnendes Anzeichen dafür ist der Verlauf der Aussprache, die in der preußischen Landesversammlung über die Unteilbarkeit des preußischen Staates und die Loslösung der Rheinlande von Preußen stattgefunden hat. Regierung und Landesversammlung Preußens denken nicht daran, dem Reichsgedanken ein ernsthaftes Opfer zu bringen. Platonische Erklärungen für den Einheitsstaat konnte man zwar wiederholt vernehmen. Wie der sozialdemokratische Ministerpräsident, so ließen auch die deutschen Demokraten erklären, daß das Aufgehen aller Bundesstaaten im Reiche das mit aller Kraft zu erstrebende Ziel sei. Aber sie wollen nicht, daß Preußen den Anfang macht. Das heißt, daß überhaupt nichts geschieht und alles beim alten bleibt.

Der stärkste Trumpf, den man gegen den Beschluß des deutschen Verfassungsausschusses ausgespielt hat, ist die Behauptung, daß — namentlich im Falle des Rheinlands — die Loslösung von Preußen gleichbedeutend mit der Loslösung von Deutschland sei. Alle Erklärungen der Rheinländer, daß sie nicht daran dächten, niemals daran gedacht hätten und niemals daran denken würden, sich von Deutschland zu trennen, haben nicht verhindern können, daß diese Behauptung immer wieder auftauchte. Und selbst der sonst so kluge und ruhige Wolfgang Heine, der als preußischer Minister in Weimar wiederholt in die Debatte eingriff, hat sich zu dem unerhörten, von allen Beteiligten sofort mit Entrüstung zurückgewiesenen Vorwurf verstiegen, daß die Loslösungsbestrebungen metallischen Beigeschmack hätten, also daß man sich drücken wolle um die schweren Lasten, die Preußen-Deutschland infolge des Krieges zu tragen habe: „Die Ratten verlassen das sinkende Schiff."

Wenn wirklich die Rheinländer, die Niedersachsen und die anderen, die von Preußen losstreben, im preußischen Staate nur die Rolle von Ratten im Schiff gespielt haben, so könnte man sich ja nicht wundern, wenn sie keine Lust hätten, mitunterzugehen. Aber leidet denn Preußen allein unter dem unglücklichen Krieg? Wer nicht das Reich verläßt, bleibt doch im Schiff. Auch unser einstiger Freund

Digitized by Google

Traub, der nun von den Bänken der äußersten Rechten spricht, hat die Selbständigkeitsbestrebungen der Mußpreußen eine Schmach genannt und dabei zugunsten der vollen Erhaltung des preußischen Staates den Gedanken ausgesprochen, daß Preußen gerade gegenüber dem bloßen Stammesbewußtsein ein Staatsbewußtsein herausgebildet habe und dadurch der beste Erzieher zum Einheitsgedanken des Reiches geworden sei. Wenn das wahr wäre, so müßte man die Wahrheit des Satzes doch just jetzt verspüren. Wir erleben aber das Gegenteil: Mit Ausnahme der preußischen Kronlande will niemand bei Preußen bleiben. Es zeigt sich, was jeder, der sehen will und ohne Scheuklappen herumläuft, schon immer gewußt hat: Von einem preußischen Staatsgefühl der Rheinländer, Hessen-Nassauer, Hannoveraner, Schleswig-Holsteiner kann gar keine Rede sein. Die mögen und wollen nicht Preußen sein; ihr Stammesgefühl ist durch den preußischen Zwang nicht ertötet, sondern nur um so lebendiger geworden. Und je lebendiger es ist, um so größer das Streben nach unmittelbarer Einfügung in den deutschen Reichsbau.

Wenn nun aber wirklich, wie man jetzt in demagogischer Absicht immer wieder behauptet, der Wunsch der Trennung von Preußen bei unseren Feinden die trügerische Hoffnung auf Absplitterungswünsche vom Reiche weckt, so kann man doch erst recht nicht von einem Verdienste, sondern nur von einer schweren geschichtlichen Schuld des preußischen Staates sprechen, der es eben nicht verstanden hat, die ihm angegliederten nichtpreußischen Teile Deutschlands zu preußischem Staatsgefühl zu erziehen. Und wenn gar, was ich bestreite, in diesen Teilen Preußens irgendwelche Reichsverdrossenheit bestände, so könnte das doch auch nur Preußen zur Last gelegt werden, da das Reich ja nur auf dem Umwege über Preußen zu ihnen sprach.

Haben wir denn aus dem Schicksal Elsaß-Lothringens noch immer nichts gelernt? Es war der Geist des preußischen Obrigkeitsstaates, der es den Elsässern unendlich schwer gemacht hat, im Bewußtsein ihres Deutschtums ihrer deutschen Reichszugehörigkeit wirklich froh zu werden. Heute sind wir uns doch wohl alle einig darin, daß eine rechtzeitige Anerkennung der staatlichen Selbständigkeit Elsaß-Lothringens innerhalb des Reiches uns in eine günstigere Lage gebracht hätte: die französische Legende würde dann weder bei den niederen Völkern, noch bei den Elsässern selbst so viele Köpfe verwirrt haben. Und wir hätten den Appell an das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht zu fürchten brauchen. Ein freies und gleichberechtigtes Elsaß würde sich für Deutschland entschieden haben.

Betrachtet man unter solchem Gesichtspunkt die rheinische Frage, so kann man sich doch nicht mehr dem Gedanken verschließen, daß über die Form, in welcher die Rheinländer zum Reiche gehören, außer dem Reiche, das ist dem deutschen in seiner Gesamtheit, auch die Rheinländer selbst gehört werden müssen. Jeder Zwang der Zugehörigkeit zu Preußen muß doch die Reichsfreudigkeit derer erschüttern, die nun einmal nur mit Widerstreben preußische Staatsbürger sind. Wenn jetzt die Feinde eine über den Frieden hinaus dauernde Besetzung des Rheinlands vorhaben, gar mit dem Hintergedanken des rheinischen Pufferstaates, so sollte uns das doch allerernstester Anlaß sein zum Nachdenken über die Frage, mit welchen Gefühlen wir die Rheinlande in dieser schweren Zeit ihrem Schicksal überlassen wollen. Fühlen sie sich durch den Preußenzwang in ihrer Seele bedrückt, so wird der Boden für die französische Wühlarbeit weit günstiger sein, als wenn sie sich sehnen nach dem Tag, an dem sie in freier Selbstverwaltung ihr neues Eigenleben aufnehmen können als reichsunmittelbares Glied des geeinten deutschen Volksstaates.

Was von den Rheinländern gilt, das gilt von den anderen auch. Niemand will von Deutschland fort, niemand hofft, durch Liebäugeln mit den Feinden sich billigere Friedensbedingungen zu erkaufen. Sie alle sind weder dumm genug, zu glauben, daß die Feinde töricht wären, das, was sie kaum aus dem ganzen Deutschland herauspressen können, lediglich auf das verkleinerte Deutschland zu legen, das nicht einmal die reichsten Bezirke umschließen würde. Noch sind sie so schamlos und vaterlandslos, eine Bevorzugung durch die Feinde auch nur im flüchtigsten Spiel notgeborener Gedanken zu wünschen. Aber wenn man ihnen, den Mußpreußen, weiter Gewalt anut, ihnen den Glauben nimmt, daß das neue Reich ein Rechtsstaat und ein Staat der Freiheit sei, aufgebaut nach denselben Grundsätzen, nach denen wir Deutschen im ganzen von der Außenwelt behandelt zu werden wünschen, dann ist es durchaus möglich, daß manches verbitterte Herz seine Hoffnungen im stillen auf die Feinde setzt, die sich die günstige Gelegenheit, als Freiheitsbringer auftreten zu können, ganz gewiß nicht entgehen lassen werden. Will man es wirklich dahin kommen lassen? Glaubt man dem Vaterlande damit einen Dienst zu tun? Wann wird man in Deutschland endlich lernen, daß man ohne Seelenkunde keine gute Politik machen kann? Politik ist kein bloßes Rechenexempel, sondern eine Kunst, deren Material die Menschenseele ist.

Nun aber sagen die Rechenkünstler der Politik, daß die Neuorganisation Deutschlands nach unseren Vorschlägen eine große Vergeudung vorhandener Werte und Kräfte mit sich bringe, die wir gerade jetzt uns nicht leisten könnten. Die Loslösung einiger Teile von Preußen sei eine Vermehrung der Kleinstaaten, erfordere also eine Vervielfältigung des bisherigen Verwaltungsapparats. Man gebe eine bereits vorhandene große Organisation, die ausgezeichnet eingearbeitet sei, auf, um sie einzutauschen gegen kleine Organisationen, die in manchen Dingen der Selbstverwaltung ganz zweckmäßig sein möchten, aber für die Aufgaben allgemeinerer Art niemals die Leistungsfähigkeit des bisherigen Großapparates, des preußischen Einheitsstaates, erreichen könnten. Dieser Einwand hat manchen auf den ersten Blick stutzig gemacht; uns kann er nicht schrecken. Erstens handelt es sich nicht um eine Vermehrung, sondern eine Verminderung der Staaten. Die vielen Kleinstaaten Nord- und Mitteldeutschlands sollen — und wollen ja zum größten Teile auch — mit angrenzendem preußischen Gebiet stammesverwandter Bevölkerung zu einer kleinen Zahl größerer, organisch gebildeter Staaten vereinigt werden. Der Einwand behielte nur dann seine Berechtigung, wenn man den preußischen Einheitsstaat aufgeben wollte, um eine eifersuchtgespaltene Schar von Mittelstaaten an dessen Stelle treten zu lassen, ohne den preußischen Notersatz der Reichseinheit durch eine wirkliche Reichseinheit zu ersetzen. Wir aber wollen, daß an die Stelle des preußischen der deutsche Einheitsstaat treten soll, der in allen großen Reichsangelegenheiten den vorhandenen Apparat der preußischen Einheitsverwaltung einfach übernimmt und den bisherigen Apparat der doch immerhin recht beschränkten provinziellen usw. Selbstverwaltung den neuen Gliedstaaten als Grundstock ihrer Organisation überläßt. Es gehört wirklich keine große, zeitraubende und kostspielige Organisationsleistung dazu, um solchen Umbau durchzuführen. Nur den Willen braucht man, auf den allein kommt es an.

Digitized by Google

Sollten wir nun uns, wie uns gesagt wird, mit solchen Gedanken als die schlechten Kenner und Künder der Volksseele erweisen? Immer heißt es: die süddeutschen Staaten wollen nicht im Reiche aufgehen; und sie wollen es nicht, weil die Bevölkerung selbst es nicht will. Dem gegenüber fragen wir: hat man denn je den Willen des Volkes erkundet? Hat man je gewagt, auch nur gegenüber dem partikularistischen Widerstand der einzelstaatlichen Regierungen im entscheidenden Falle festzubleiben? Wir könnten uns nichts sehnlicher wünschen, als daß man einmal die Probe aufs Exempel machte. Man wage nur endlich einmal, zum Beispiel bei der Zuweisung direkter Steuern an das Reich, den Versuch, über den Widerstand der Einzelstaaten, die in der Beibehaltung des alten Maßes ihrer Steuerhoheit das wichtigste Stück ihrer staatlichen Selbständigkeit sehen, ruhig hinwegzugehen und das Reich endlich auch finanziell fest auf die Füße zu stellen. Glaubt man wirklich, die Bayern würden dann die Steuerzahlung verweigern oder gar aus dem Reiche austreten? Wenn das bayerische Volk in solchem Falle vor die Frage gestellt würde, ob es dem Reiche geben soll, was des Reiches ist, oder aus Eigenbrödelei sich vom Reiche trennen, dann würde die gewaltige Mehrheit in Bayern so gut wie in jedem anderen Teile Deutschlands sich für das Reich entscheiden. Wir sind die allerletzten, die den Selbständigkeitswunsch und Eigenstolz der deutschen Stämme unterschätzen. Wir gehen bei unserem Gedanken ja geradezu davon aus, daß wir mehr Verständnis für diese Regungen der Volksseele fordern! Stärker aber als aller Stammesstolz muß sein und ist auch der deutsche Gedanke. Aus dem Einheitsgedanken strömen dem deutschen Volke jetzt in der Stunde schwerster Not seine größten, lebensvollsten und zukunftfrohesten Hoffnungen zu. Der Einheitsgedanke, insbesondere im Hinblick auf den Anschluß Deutsch-Österreichs, hilft uns hinweg über alle Stimmungen des Verzagenwollens. Wer also die gewaltige Kraft, deren die deutsche Volksseele fähig ist, für den Wiederaufbau unseres Staatswesens nutzbar machen will, der darf sich nicht mit der Wiederherstellung des gekünstelten alten Notbaues begnügen, der muß den seelischen Kräften des deutschen Volkes freien Lauf zu ihrer Betätigung lassen. Wohin diese Kräfte treiben, daran ist kein Zweifel. Die Volksseele klammert alle ihre Hoffnungen an den Gedanken der deutschen Einheit, und sie sehnt sich nach einem in der Einfachheit seiner Gliederung gewaltigen Einheitsbau, dessen tragende Pfeiler in organisch gefügtem Zusammenwirken ihrer Stützkräfte die deutschen Stämme sind.

Paul Rohrbach / Weltanschauung und nationale Politik

Alle großen Völker, die in der Geschichte bestimmend waren oder es heute noch sind, finden wir im Besitz einer zugleich national und universal gerichteten Weltanschauung. Die einzige Ausnahme hiervon scheinen die heutigen Deutschen zu machen. Von den Griechen und Römern des Altertums brauchen wir nicht zu reden. Auch die Deutschen im Mittelalter betrachteten sich als Träger einer großen Weltidee, des Kaisertums. Wir brauchen da nur an die Bezeichnung des „heiligen römischen Reiches deutscher Nation" zu denken. Der Engländer von heute ist nationaler Politiker auf so egoistische Weise wie nur möglich, aber er ist zugleich durchdrungen von der Überzeugung, daß die Welt um so besser werde, je englischer sie wird. Frankreich marschiert nach dem Glauben der Franzosen an der Spitze der Zivilisation, und mindestens für die geistige Kultur der Menschheit beansprucht der Franzose für sich die Erfüllung einer Weltmission. Jeder Amerikaner glaubt wie an das Evangelium an die amerikanische Verfassung und die innere Freiheit des amerikanischen Lebens; er ist überzeugt, daß beides die höchste denkbare Form des politischen Daseins für die Menschheit repräsentiert.

Wie aber steht es mit uns Deutschen? Haben wir eine nationale Weltanschauung herausgearbeitet, die auch in der Tiefe eines großen, universal gerichteten Gedankens verankert liegt? Offenbar nicht. Der letzte große deutsche Geist, dem ein Weltziel vorschwebte, war unter den Dichtern Schiller, unter den Philosophen Hegel. Danach fiel das deutsche Leben dem Materialismus anheim. Erst war es der theoretische Materialismus des Kraft- und Stoff-Zeitalters, dann der praktische Materialismus der Gründerjahre und des wirtschaftlichen Aufschwungs der letzten Jahrzehnte. Die idealistische Bildung verschwand, und des gewöhnlichen Deutschen Denken und Arbeit konzentrierte sich auf das eine Ziel: „Vorwärtskommen!" Friedrich Theodor Vischer in seinem berühmten Zeitroman „Auch Einer" hat das mit prophetischen Worten gekennzeichnet: Die Deutschen würden reich werden, „so recht genußgierige Geldhunde mit hängender Zunge", bis die große Katastrophe sie ereilt!

Ein mißglückter Versuch, die deutsche Weltanschauung im Zeitalter des neuen Reiches zu gründen, war die alldeutsche Bewegung. Sie führte das Geibelsche Wort vom deutschen Wesen, an dem die Welt genesen mag, wohl im Munde, aber sie verstand seinen eigentlichen tiefen Sinn nicht, sondern dachte nur an gewaltsame Durchsetzung der nationalen Interessen im materialistischen Verstande. Bei den einen war es der berühmte Platz an der Sonne, bei den anderen einfach die brutale deutsche Weltherrschaft. Auch persönliche Idealisten gingen mit, ohne die Geistlosigkeit der alldeutschen Gedanken zu erkennen. Unser geistiges Leben war verarmt, die Bildung gesunken. Nicht, was ein Deutscher innerlich war, gab ihm seine Geltung, sondern seine wirtschaftliche oder soziale Stellung, das, wozu er es gebracht hatte und die äußere Anerkennung durch die Maßgebenden.

Die Folge war, daß wir ohne große Idee in den Weltkrieg gingen. Als man uns angriff und die furchtbarste Krisis seit Jahrhunderten über uns hereinbrach, da hatten wir zunächst nichts, als den Instinkt der Verteidigung. In begeisterter Kraft flammte das deutsche Volk empor; als es aber zu siegen anfing, als der feindliche Überfall abgeschlagen und das Dasein gesichert schien, da zeigte sich, wie verhängnisvoll das Fehlen eines universalpolitischen Gedankens war. Der herrschende Teil unserer öffentlichen Meinung wandte sich alsbald materiellen Eroberungszielen zu. Man nannte sie Sicherungen, änderte damit aber kaum ihre Natur. Keine geistigpolitische Idee von tragender universaler Kraft trat hervor. Es fehlte an Verständnis dafür, daß gegenüber einem so ungeheuren Ansturm die deutsche Zukunft nur auf einen Gedanken gegründet werden könne, der zugleich einen inneren Weltfortschritt bedeutete.

Die Feinde trugen das Banner der Demokratie vor sich her, aber in seinem Schatten wälzten sie Pläne zu Eroberungen und Vergewaltigungen. Wir hätten ihnen die falsche Fahne entreißen und statt ihrer die der wahren Völkerfreiheit, des Rechts aller kleinen und unterdrückten Nationen auf selbständige Entwicklung, aufpflanzen können. Unsere Siege im Osten hätten uns erlaubt, ein gut Teil

Digitized by Google

davon sofort zu verwirklichen und der Idee auch in den Reihen der Gegner eine gefährliche Kraft zu verleihen. Wir hätten den sozialen Fortschrittsgedanken damit verbinden und Deutschland auch in dieser Beziehung mitten im Kriege an die Spitze der Weltentwicklung setzen können. Erst als es zu spät war und die Absicht verdächtigt werden konnte, haben wir uns daran erinnert. Weil uns eine universale politische Weltanschauung fehlte, brachten wir es auch während des Krieges nicht zu der Einsicht, die nach Ranke zu den fundamentalen Erkenntnissen des historischen Geschehens gehört, daß die innere Politik eines großen Staates maßgebend durch die äußere bestimmt werden muß. Während die Feinde einen großen Teil ihrer Kraft aus der demokratischen Formel zogen und je länger desto mehr in diesem Zeichen die Welt gegen uns vereinigten, stemmte man sich bei uns im Innern gegen die Demokratisierung und den Volksstaat. Es war, als ob wir alles dazu tun wollten, den Feind politisch zu stärken und uns selbst zu schwächen. Aller tiefere Verstand auf dem Gebiet der auswärtigen Politik war verschlungen in den kurzsichtigen sozialen und klassenpolitischen Egoismus der bei uns maßgebenden Faktoren.

Keine der herrschenden Gewalten in Deutschland begriff zur rechten Zeit, wie sich in unserer nationalen Daseinsfrage die innere Politik und die auswärtigen Fragen zunehmend durchdrangen. Weder der Kaiser war dazu imstande, noch die Parteien, noch die großen Interessenvertretungen, noch die Presse und die öffentliche Meinung. Niemand fragte, ob es nicht möglich sei, unsere Stoß- und Widerstandskraft von innen hervor zu erhöhen und die der Feinde abzuschwächen. Auslandskunde war das dringendste Erfordernis der deutschen politischen Erziehung, aber um nichts stand es so mangelhaft, wie gerade um sie. Um beurteilen zu können, ob und wie Deutschland sich in der Welt würde durchsetzen können, mußte man imstande sein, die Psychologie und die Lebenswünsche der anderen Völker zu beurteilen, sie zu beeinflussen und demgemäß unsere Ziele zu setzen. Unfähigkeit gegenüber dieser Aufgabe aber herrschte in Deutschland vom einen Ende bis zum andern. All das stammte aus der politischen Unerzogenheit des deutschen Volkes. Der Materialismus und das militaristische Prinzip, die Anbetung der Gewaltpolitik und der Technik, die Oberflächlichkeit des politischen Denkens und das Fehlen der großen universalen Idee flossen alle aus derselben Quelle. Weil keine politische Erziehung da war, darum gab es auch so wenig politische Sachkenntnis und Nüchternheit, richtige Zielsetzung, Methodik des Handelns, Abwägen der Folgen, Fähigkeit mit Strom und Wind zu segeln, und keinen tieferen Instinkt für die Macht des Moralischen in der Politik.

Bald zwei Monate tagt die Deutsche Nationalversammlung. Die Reden, die während der Zeit in ihr gehalten worden sind, füllen schon viele Bände. Wer aber die Berichte über sie verfolgt hat, der wird wenig davon gemerkt haben, daß unter den 425 Abgeordneten und unter den Mitgliedern der Regierung eine Erkenntnis davon durchgebrochen wäre, was Deutschland am dringendsten jetzt nottut. Nur in einigen wenigen Reden leuchtet etwas davon hervor, aber nicht sie bestimmen den Charakter des Ganzen. Man spricht von tausend Dingen, aber ohne Schwung, ohne Kraft, ohne das Bewußtsein, daß Deutschland verloren ist, wenn das deutsche Volk sich nicht jetzt endlich einen großen Gedanken von universaler Kraft aus der Höhe der Ideenwelt herabholt und sein Zukunftsdasein mit ihm verbindet. Dieser Gedanke ist da, es ist nichts weiter nötig, als ihn zu ergreifen. Er heißt: Deutschland muß die Führung in der wirtschaftlichen und sozial-sittlichen Umwandlung der gewinnen.

Naumann / Das Weltgericht

Ob wirklich die Weltgeschichte das Weltgericht ist? Ob tatsächlich die Sünden der Völker an den Völkern gerächt werden? Und wenn es eine geschichtliche Abrechnung gibt, welches ist der Richter und welche Zeugen werden von ihm vernommen? Man sagt jetzt, daß die drei Mächte, die einst Polen geteilt haben, ihre späte Bestrafung erleben, oder daß die Tschechen jetzt erst in die Lage kommen, die deutsche Vorherrschaft seit Rudolf von Habsburg zu brechen und damit das geschichtliche Gleichgewicht herzustellen. Aber ist es denn so sicher, daß die Polen im Jahre 1772 nicht geteilt werden durften, während sie früher an Annexionen deutschen, litauischen und ukrainischen Landes das Menschenmögliche geleistet hatten? Kommt man bei näherer Betrachtung dieser Zusammenhänge nicht zu der Auffassung, daß schon jene Teilung von 1772 eine Weltgerichtsverhandlung gewesen sei, bei der über Allpolen der Prozeß geführt wurde? Und liegt es nicht ähnlich mit der Vorgeschichte des Königreichs Böhmen? Überall besteht eine gegenseitige Sündenrechnung! Was macht nun der Weltenrichter? Er läßt einmal den einen Teil schuldig werden und einmal den anderen. Er straft Kinder für die Vergehen der Väter. Er zieht vergessene und unbewußte Bedrückungen ans Licht. Ist das noch ein Gericht zu nennen? Bei den siegreichen Nationen werden die täglich wachsenden Untaten gesammelt bis auf einen fernen Tag des Zornes und der Rache, bei den Besiegten aber ist die Geduld zu Ende, das Maß ist voll. Und wie steht es bei untergehenden und untergegangenen Völkern? Waren sie immer die allerschlechtesten? Es ist wahrhaftig schwer, sich den Gedanken eines moralischen Weltgerichtes durchzudenken, besonders wenn man sich vorstellt, daß seine Ausübung in den Händen eines Gottes liegen soll, der auch gegen die Einzelmenschen gerecht sein soll. Aber es ist ebenso schwer, sich dem umgekehrten Gedanken hinzugeben, daß alle großen weltgeschichtlichen Schicksale nur zufällige Kraftproben sind und weiter nichts. Gerade auch der Besiegte, dem es schlecht geht, verlangt danach, irgendeine tiefere Erklärung darüber zu finden, weshalb er zum Leiden verurteilt wurde, während andere, die nicht besser sind, ihm Leiden auferlegen. Er sucht nach der Ahnung einer weltgeschichtlichen Gerechtigkeit, mag sie auch noch so schwer aus den tatsächlichen Dingen herauszuschälen sein.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, beide z. Z. Weimar.

Digitized by Google

3. April 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis im Buchhandel 4 M., beim Postamt 4,12 M., unter Kreuzband 4,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 4,25 M., ins Ausland 5 M. Soldatenausgabe 1,50 M. Einzelhefte 40 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8583.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 14

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 60 Pfennig. Einfache Beilagen: Tausend 15 M. Bei Wiederholungen Preisermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme Freitag der vorhergehenden Woche

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Gertrud Bäumer:** Heimatchronik. — **Dr. Paul Rohrbach:** Danzig. — **Dr. Heinz Potthoff:** Der Klassencharakter der Räte. — **Arbeitersekretär Anton Erkelenz, M. d. R.:** Gemeinwirtschaft und Deutsche demokratische Partei. — **Landgerichtsrat Dr. Wilhelm Kulemann:** Die Trennung von Staat und Kirche. — **Dr. Margarete Rothbarth:** Der wirkliche Völkerbund. — **Dora Schoenflies:** Nach der Rückkehr. — **Adolf Himmels:** Das Erkerfenster. — **Naumann:** Konfession.

Naumann / Kriegschronik

Sonntag, 23. März.

Das Tagesgespräch sind bei uns die Vorgänge in Ungarn. Der bisherige Ministerpräsident Graf Karolyi hat eine Kundgebung erlassen, in der er sagt: „Die Produktionsordnung kann nur dann gesichert werden, wenn das Proletariat die Macht übernimmt. Nebst der drohenden Anarchie in der Provinz ist auch die außenpolitische Lage Ungarns kritisch. Die Pariser Friedenskonferenz hat im geheimen dahin entschieden, daß sie beinahe das ganze Gebiet Ungarns militärisch besetzt. Die Ententekommission erklärte, daß sie die Demarkationslinie fortan als politische Grenze betrachte. Die ferneren Besetzungen des Landes verfolgen offenbar den Zweck, daß man Ungarn zum Aufmarsch- und Operationsgebiet gegenüber der an der rumänischen Grenze kämpfenden russischen Sowjetarmee machen will. Das uns geraubte Land aber soll der Sold der rumänischen und tschechischen Truppen sein, durch die man die russische Sowjetarmee niederringen lassen will... Ich danke ab und übergebe die Macht dem Proletariat der Völker Ungarns."

Man fragt sich, ob und inwieweit dieses Schicksal Ungarns das unserige sein wird. Indem Graf Karolyi sagt, daß die Produktion des Landes nur in den Händen des Proletariats aufgehoben sein kann, bezeichnet er einen Zustand von Anarchie, wie wir ihn bei uns bis heute noch nicht erlebt haben. Aber niemand kann sagen, ob wir nicht bei gesteigertem Hunger und vergrößerter Verwirrung zu einem ähnlichen trostlosen Schlusse gelangen werden. Als trostlos bezeichnen wir diesen Schluß, weil wir nicht glauben, daß durch die Übergabe der gesamten Industrieleitung an die Räte eine volkswirtschaftliche Steigerung eintreten kann. Man wird sicherlich auch bei uns noch mehr als bisher die Mitwirkung der Arbeiterräte brauchen. Aber wir haben bisher die Meinung, daß es nicht nötig sei, ihnen die gesamte Wirtschaft in die Hände zu legen. Wie aber gestalten sich die Dinge, wenn auch bei uns die Mächte der Entente dasselbe tun, was sie gegen Ungarn getan haben? Wenn man auch bei uns die Demarkationslinie zur Grenze machen und den Franzosen und Belgiern im Westen und den Polen im Osten alles das geben will, was sie mit den Waffen in den Tagen unserer Zerrüttung genommen haben, dann wird eine große Zahl auch von den leitenden und besitzenden Kreisen unseres Volkes keinen anderen Ausweg mehr wissen, als den, der in der Erklärung des Grafen Karolyi angegeben ist. Die Schuld derer, die uns vom Jahre 1917 an immer weiter in die Fortsetzung eines unmöglich gewordenen Krieges hineingetrieben haben, wird mit jedem Tage unheimlicher und größer.

Montag, 24. März.

Der russische Präsident Lenin begrüßt die ungarische Räterepublik und versichert, daß sie in Moskau mit unendlicher Begeisterung aufgenommen wurde. Es soll sofort drahtlose Telegraphie zwischen Budapest und Moskau eingerichtet werden.

Lenin, der offenbar von den Folgen des Attentats wieder genesen ist, hat am 18. März auf einem Kongresse der kommunistischen Partei in Moskau eine Rede gehalten, deren Grundton ist: Der Kommunismus kann nicht mit Gewalt verbreitet werden. Jede Nation muß das Recht auf Selbstbestimmung behalten, da nur hierdurch auch das Selbstbestimmungsrecht der arbeitenden Klassen gefördert werde. Diese Sätze scheinen den Zweck zu haben, den mitteleuropäischen Bevölkerungen die Sorge vor russischen Plünderungen möglichst zu benehmen, um einen freundlichen Zusammenschluß des russischen und mitteleuropäischen Proletariats zu erreichen. Lenin verspricht ferner, daß der Lösung der Frage des bürgerlichen Facharbeiter größere Sorgfalt zugewendet werden müsse, denn es sei notwendig, die bürgerlichen Angestellten durch Anbieten einer guten Existenzmöglichkeit für den Bolschewismus zu gewinnen. Niemand sei es eingefallen, sagt Lenin, die Bourgeoisie aus den Sowjets auszuschließen, sondern diese habe ihre Mitwirkung selbst verweigert. Jetzt gelte es auch, den mittleren Bauernstand zu einem Verbündeten und Freund der kommunistischen Revolution zu machen. Kurz, Lenin scheint sein Werk einigermaßen demokratisieren zu wollen, indem er Mittelschichten hinzuzieht. Das kann natürlich nicht geschehen, ohne den reinen Proletariern etwas von ihrem Siegesgefühl wegzunehmen. Wieweit dieses Siegesgefühl noch vorhanden ist, wissen wir nicht.

Der Nahrungskommission in Spaa wird von dem englischen Vertreter mitgeteilt, daß für 35 Millionen Dollar Nahrungsmittel aus amerikanischen Quellen und für 20 Millionen Dollar aus britischen Quellen zu sofortiger Lieferung bereit seien, wenn die deutsche Regierung die dafür vorgesehenen 11 Millionen Pfund Sterling in Brüssel einzahlen werde. Die Einzahlung soll in Brüssel am 26. März geschehen.

Dienstag, 25. März.

Unter dem Druck, daß, wenn er nicht freiwillig seinen Platz räumte, die deutsch-österreichische Regierung ihn dazu nötigen würde, ist der bisherige Kaiser Karl nach der Schweiz abgefahren.

Der deutsche Vertreter in Spaa hat der Ententekommission für Kriegsgefangene eine Note übersandt, worin er auf die traurige Lage der in Frankreich gefangenen Offiziere und Mannschaften hinweist. Die deutsche Regierung hat durch ihren Gesandten in Bern eine Reihe von Berichten erhalten über Besuche, die Schweizer Vertreter in den französischen Gefangenenlagern gemacht haben. Daraus geht hervor, daß teils durch Überfüllung und teils durch gehässige Gesinnung Mißstände erwachsen sind. Insbesondere hat es während des Winters vielfach an Heizung gefehlt, oft an Betten oder Decken, an Wäsche, Eßgeschirr oder sonst etwas anderem. Die Verpflegung, so heißt es, ist unzureichend und wird immer schlechter. Es ist für die Familien der Gefangenen ein entsetzliches Gefühl, gar nichts dazu tun zu können, daß nun auch für diese Unglücklichen eine Erleichterung ihres Daseins eintritt.

Digitized by Google

Mittwoch, 26. März.

Inmitten der scheinbar willkürlichen Ereignisse der Revolution bildet sich etwas aus, was man als Methode oder Instruktionsbuch für Revolutionen der Gegenwart bezeichnen kann. Die Revolutionäre in Budapest wissen schon ganz genau, wie sie es zu machen haben. Sie bilden eine Räte-Republik und stellen eine Rote Armee auf. Die Soldaten der Roten Armee erhalten Verpflegung, Bekleidung, Ausrüstung und monatlich 450 Kronen Gehalt, jedes ihrer Familienglieder aber außerdem eine Familienzulage von 50 Kronen monatlich. Rangunterschiede gibt es in der Armee nicht, nur Befehlshaber und Soldaten. Die Befehlshaber werden vom Volkskommissar für das Kriegswesen ernannt. Mit anderen Worten: Der militärische Grundcharakter des Bolschewismus bleibt auch jetzt ganz deutlich. Bolschewisten sind in erster Linie Soldaten, die als Söldner weiterleben wollen und dies nur können, wenn sie die übrige Gesellschaft in Schrecken halten. Natürlich wird ihnen ihre Herrschaft erleichtert, sobald, wie es wohl in Ungarn sein mag, zahlreiche bürgerliche Kreise aus allgemeiner politischer Not und Verzweiflung mit ihnen gemeinsame Sache machen. Wer sich nicht gefügig zeigt von politischen Autoritäten, wird gefangengesetzt. So ist es jetzt dem alten 76jährigen mehrfachen Ministerpräsidenten Wekerle gegangen, der in ein Sammellager von allen möglichen Internierten verbracht wurde. Wohin sind die großen Köpfe der Ungarn gekommen, mit denen wir in der Kriegszeit zusammen gearbeitet haben? — In Paris gibt der Budapester Vorgang viel zu denken. Im Journal wird der Eindruck der Budapester Nachrichten auf die Ententekonferenz mit der Wirkung verglichen, die einst die Nachricht von der Landung Napoleons auf den Wiener Kongreß machte. Sehr häufig stellen die Franzosen die Sache so dar, als ob Ebert und Scheidemann, die als zwei weltkundige Betrüger erscheinen, mit den Ungarn ein abgekartetes Spiel treiben, indem sie Frankreich ängstigen und von seiner zivilisatorischen Pflicht abzulenken suchen. Derartige Geschichtsdichtungen scheinen in jedem Falle zum französischen Charakter zu gehören.

Es beginnen allerlei wenig angenehme Erörterungen über die Schuld am Krieg und seiner Fortsetzung. Die deutsche Regierung kündigt an, es werde ein Staatsgerichtshof eingerichtet, vor den alle Persönlichkeiten berufen werden sollen, die den Wunsch nach Klärung ihrer persönlichen Haltung ausgesprochen haben, wie z. B. Ludendorff und Bethmann Hollweg. — Die deutsche Regierung beantragte bei der englischen Regierung eine internationale Kommission für Feststellung der Schuld am Kriege und erhielt darauf nach erneuter Mahnung eine englische Antwort, daß es unnötig sei, darauf einzugehen, da nach Meinung der Verbündeten Regierungen die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg längst unzweifelhaft festgestellt sei. Durch wen die Feststellung erfolgte, wird nicht gesagt. Wir sind überzeugt, daß in der nächstfolgenden Periode das von England ausgehende Verdammungsurteil über Deutschland nicht zu beseitigen sein wird, daß aber eine spätere Geschichtschreibung bei voller Kenntnis der Akten weit milder und weit gerechter über die deutsche Regierung von 1914 urteilen muß.

Donnerstag, 27. März.

Im englischen Unterhaus wurde ein Gesetz über militärische Dienstpflicht angenommen. Dabei kam ein Verbesserungsantrag zur Sprache, beim Militärdienst die Pflicht zum Dienst in Rußland auszuschließen, wurde aber mit 282 gegen 48 Stimmen verworfen. Churchill sagte, man müsse die Annahme dieses Antrages ablehnen, doch sei die Regierung nicht von der Absicht erfüllt, ein großes Heer von Dienstpflichtigen nach Rußland zu senden. Die Frage der russischen Politik im allgemeinen gehe nicht die britische Regierung an, sondern ein Völkerbund oder ein Bund siegreicher Nationen müsse sie behandeln. — Man beachte, daß für Churchill noch jetzt die zwei Möglichkeiten bestehen: ein Völkerbund oder ein Bund siegreicher Nationen. Wenn der Bund siegreicher Nationen die Behandlung der russischen Frage übernimmt, so wird er vermutlich zugleich die Behandlung der deutschen Frage mitübernehmen sollen. Dann würden wir auf diese Weise ohne unser Zutun sehr nahe an die Russen herangebracht, mögen sie nun Bolschewisten sein oder nicht. Die Daily News sagen, vielleicht nicht ohne Recht, es gibt nur ein wirksames Mittel, um mit Rußland fertig zu werden und das Übergreifen des Bolschewismus aufzuhalten: das ist ein rascher Friedensschluß mit Deutschland!

Freitag, 28. März.

Der Oberste Wirtschaftsrat in Paris hat die Anordnung erlassen, daß die für Deutschland in Rotterdam lagernden Lebensmittel zur Auslieferung freigegeben werden, da die deutsche Regierung den Bedingungen der Alliierten nachgekommen ist. Die zur Verfügung gestellten deutschen Schiffe werden teils nach Liverpool, teils nach Brest und Cherbourg dirigiert. Bisher wurden 38 Schiffe aus deutschen Häfen übernommen, und zwar bisher nur größere Schiffskörper über 2500 Tonnen. Es wird aber wohl bis Ende Mai dauern, ehe diese Schiffe Lebensmittel nach deutschen Häfen bringen, da sie erst die Fahrt nach Amerika und zurück erledigen müssen. Inzwischen kommt in Hamburg etwas Getreide und Fett auf ausländischen Schiffen an.

Der deutsch-österreichischen Nationalversammlung in Wien ist eine Regierungsvorlage über die Absetzung des habsburgischen Kaiserhauses zugegangen. Die Vorlage enthält die Aufhebung aller Herrscherrechte und sonstigen Vorrechte des Hauses Habsburg-Lothringen für immerwährende Zeiten und die Landesverweisung aller Mitglieder dieses Hauses und desjenigen von Bourbon-Parma. Die Republik Deutsch-Österreich, so heißt es weiter, ist Eigentümerin des in ihrem Gebiet befindlichen beweglichen und unbeweglichen sowie des für das früher regierende Haus oder eine Zweiglinie desselben gebundenen Vermögens, dessen Reinerträgnis für durch den Krieg gesundheitlich geschädigte oder ihres Ernährers beraubte Staatsbürger verwandt werden kann. Das freie und persönliche Privateigentum des früheren Kaisers und der Mitglieder des kaiserlichen Hauses bleibt unangetastet. — Ob es nötig ist, dem Hause Habsburg diesen peinlichen Abschiedsgruß nachzurufen, mögen die Herren von der Wiener Regierung beurteilen. Es scheint, daß die habsburgische Monarchenfamilie sich durchaus nicht taktvoll in die neue Lage hineingefunden hat. Was die Unterscheidung von Hausvermögen und Privatvermögen anbetrifft, so zeigt sich überall die Erbschaft verschwindender Fürsten als ziemlich verwickelt. Um wieviel mehr muß dies bei einer Monarchie der Fall sein, die seit so vielen Jahrhunderten unter immer neuen und verschiedenen Amtsbenennungen und Herrschertiteln die Donaumonarchie zusammengeheiratet hat. Welche Güter der Erzherzöge gehören nun ihnen und welche der Republik?

Sonnabend, 29. März.

Als die deutsche Regierung vor ungefähr einem Monat sich genötigt sah, auf den Wunsch der Entente einzugehen, daß der Waffenstillstand jederzeit mit dreitägiger Frist gekündigt werden konnte, war uns allen bewußt, daß darin eine außerordentliche Gefahr liege; nur stand die Sache so, daß bei Verweigerung dieser Bedingung die Kündigung ebenso vorhanden war. Jetzt sind wir sehr nahe an der Verwirklichung der damals knapp umgangenen Bedrängnis. Die Entente will die polnischen Soldaten, die in Frankreich gekämpft haben, unter Führung eines Generals Haller auf dem Wege über Danzig in die Heimat zurückbringen lassen. Wenn es sich um französische oder englische oder amerikanische Truppen handelte, so würden wir auf Grund des Waffenstillstandsvertrages eine Einwendung nicht erheben können. Denn es wurde von uns zugestanden, daß zur Herstellung von Ruhe und Ordnung Heeresteile der Entente in den Hafenstädten landen könnten. Daß man unter dem Schutz der Entente polnische Truppen gerade nach Danzig sendet, ist eine ausgesuchte Bosheit, und die Vermutung liegt sehr nahe, daß auf diese Weise unter dem Schutz französischer oder englischer Kriegsschiffe eine polnische Besetzung der Stadt Danzig durchgeführt werden soll, die dann der Friedenskonferenz als bereits bestehende Tatsache vorgelegt wird. Es ist für die deutsche Reichsregierung ein außerordentlich schwieriger Entschluß, die polnischen Soldaten entweder hereinzulassen oder

Digitized by Google

nicht hereinzulassen. Nach hinreichenden Überlegungen, an denen auch die Führer der politischen Parteien beteiligt waren, hat man sich entschlossen, der Entente mitzuteilen, daß für den Transport der betreffenden polnischen Truppen Stettin, Königsberg, Memel oder Libau zur Verfügung stehen, und daß man jede denkbare Erleichterung gewähren wolle, aber die Einfuhr oder Durchfuhr einer polnischen Besatzung von Danzig ablehnen muß. In der Antwortnote der deutschen Regierung ist erinnert an die Erfahrungen, die wir mit dem freien Geleit des polnischen Ministerpräsidenten Paderewski gemacht haben, der unter grober Verletzung der gewährten Gastfreundschaft in Posen das Zeichen zum Aufruhr und Bürgerkriege gab. Er war es, der im Dezember 1918 sagte: Wenn die polnischen Divisionen aus Frankreich und Italien erst einmal in Danzig sind, so werde Danzig und ganz Westpreußen polnisch werden. — Durch die Presse läuft die Behauptung, daß von den großen politischen Gruppen des polnischen Landtages ein Antrag auf ein Bündnis mit den Ententemächten gestellt wurde. Es ist wohl möglich, daß das richtig ist. Wie anders würden diese Dinge gegangen sein, wenn man bei uns im August 1915 die Wichtigkeit der Selbstbestimmung des polnischen Volkes begriffen hätte. An sich war in der polnischen Nation Möglichkeit und Neigung, mit den Deutschen zusammenzugehen, nicht geringer als der Zug zur Entente, zu der damals die Russen gehörten. Jetzt erst erleben wir, von wie großem Werte es sein kann, unbeirrt von Augenblickserfolgen für die nationalen Rechte an sich einzutreten. In Deutschland sind unterschiedslos alle Parteien darin einig, daß die grenzdeutsche Stadt Danzig uns nicht genommen werden darf. Vielerlei Protestversammlungen finden statt, und die Regierung wird in ihrem Widerstande gegen unbillige Forderungen der Entente, soviel wir sehen, von ganz Deutschland unterstützt.

Gertrud Bäumer / Heimatchronik

Sonnabend, 15. März.

In der Preußischen Landesversammlung vollzieht sich die Abrechnung mit den Spartakisten im Anschluß an einen Antrag Hoffmann auf Aufhebung des Standrechtes und Belagerungszustandes. Die Regierung teilt mit, daß der Mörder der Rosa Luxemburg ermittelt sei und steckbrieflich verfolgt werde. Präsident des Hauses ist der Sozialdemokrat Leinert, Vizepräsidenten Dr. Porsch (Christl. Vp.) und Dr. Frentzel (Dem.). Einen dritten Vizepräsidenten zu wählen wird abgelehnt.

Die Lebensmittelverhandlungen in Brüssel scheinen sich glatt abzuwickeln. Aber es ist so viel Demütigung mit diesen Zugeständnissen verbunden, daß sie einem kaum eine innere Erleichterung gewähren. Man kann sich ein Leben und Arbeiten ohne diesen dumpfen schweren Druck des Zertretenseins gar nicht mehr vorstellen.

Sonntag, 16. März.

Heute sind die Wahlen zur Hamburger Konstituante. Ein sonnig-kalter Vorfrühlingssonntag, an dem die Menschen den Wahlgang mit einem Spaziergang verbinden. Andrang wohl erheblich geringer als bei den letzten Wahlen. Vor dem Wahllokal um die Posten herum Jungens mit Spielgewehren, die „Spartakus" spielen. In Hamburg hat das Verhältniswahlrecht schon seine bedauerlichen Zersplitterungen gezeitigt. Es gibt sogar eine Liste der Vertreter der Leibesübungen und eine Liste der Friseure. Das sind die kleinen Auswüchse des großen Prinzipienkampfs: Wirtschaft oder Politik? An allen Mauern klebt der Aufruf des Wirtschaftsbundes, der für die Hamburger Konstituante mit einem nur wirtschaftlichen Programm auskommen will.

Das Abkommen über die Lebensmittel wird veröffentlicht. Ob die Arbeiterschaft die Rechnung wirklich erfaßt, die man uns präsentiert: Bezahlung in Fabrikaten?

Montag, 17. März.

Das Demobilmachungsamt leitet seine Arbeit in die der anderen Ministerien über. Die Demobilmachung ist fast abgeschlossen. Man denkt zurück an alle Verhandlungen, die man mit gemacht hat, an alle diese sorgfältigen Pläne und Überlegungen, wie der Übergang möglichst krisenlos durchzuführen sei. Das ist alles über den Haufen geworfen, irgendwie ist es auch so gegangen. Was Schlimmes dabei herausgekommen ist, Verschleuderung von Heeresbeständen, Verseuchung der Bevölkerung mit unausgeheilten Kranken — neben der Desorganisation des Arbeitsmarktes — sehen wir wohl noch nicht.

Die Nachrichten über die Lebensmitteleinfuhren sind schließlich doch etwas wie ein Aufatmen. Die furchtbare Beklemmung der verrammelten Türen fällt von uns ab.

In Berlin ist — mit 1200 Toten — der Spartakistenaufstand niedergeschlagen und das Standrecht aufgehoben. Verkehrseinrichtungen sind wieder in Betrieb.

Heute tritt der Bayerische Landtag unter strengen Vorsichtsmaßregeln wieder zusammen. Das Präsidium bilden ein Mehrheitssozialist, ein Zentrumsvertreter, ein Demokrat.

Dienstag, 18. März.

Das Ergebnis der Hamburger Wahlen: Mehrheitssozialisten 82, Deutsche demokratische Partei 33, Wirtschaftsbund, Deutsche Volkspartei und Unabhängige je 13, Deutschnationale und christliche Volkspartei 6. Unter den Abgeordneten sind 16 Frauen. Die Wahlbeteiligung war etwa 81 v. H. — Das ist nicht so schwach, als befürchtet wurde. Die Schwächung ist aber anscheinend bei den Bürgerlichen etwas stärker, denn die Sozialdemokratie, die am 19. Januar 58,1 aller Stimmen auf sich versammelte, hat heute 58,2. Das ist freilich eine sehr geringe Verschiebung. Mitten in der Revolution und Unruhe eine seltsame Stetigkeit der Zahlen.

Der Verfassungsausschuß der Preußischen Landesversammlung ist zur Beratung der Notverfassung zusammengetreten. Die Ernennung des Ministeriums, auch des Ministerpräsidenten, ist dem Präsidenten der Landesversammlung zugewiesen. Der Gedanke der Ernennung eines eigenen provisorischen Staatspräsidenten ist fallen gelassen.

Mittwoch, 19. März.

Vorboten neuer Generalstreikabsichten melden sich hier und da. Die Spartakisten sollen einen deutschen Generalstreik beabsichtigen. Es wird mitgeteilt, daß die Unabhängigen den Generalstreik *abgelehnt* haben.

In Bayern ist eine Los-von-München-Bewegung entstanden etwa derselben Art wie die Los-von-Berlin-Strömungen in Preußen. Der alte Gegensatz von Nord und Süd, der zur Psychologie des Bayerntums gehörte, gewinnt Gestalt in fränkischen und schwäbischen Trennungswünschen. Schwaben sucht Anlehnung an Württemberg.

Die Hamburger Bürgerschaft hat noch in letzter Sterbestunde die Universitätsvorlage mit 65 gegen 65 Stimmen zu Fall gebracht. Auf ihre gesetzgeberische Leistungsfähigkeit drückt dieser Beschluß in vieler Hinsicht das Siegel.

Donnerstag, 20. März.

Die Sozialdemokraten haben einen „kleinen" Parteitag nach Weimar einberufen, um ihre Stellung zu den Unabhängigen zu klären, insbesondere wohl angesichts der Generalstreikandrohung.

Unter den Hamburger Seeleuten will eine radikale Gruppe eine Weigerung der Seeleute, die deutschen Lebensmittelschiffe nach den Häfen zu fahren, erreichen. Sie behauptet, daß wir von Rußland Lebensmittel bekommen können. Glücklicherweise hat die Abteilung des Transportarbeiterverbandes Besonnenheit genug, um sich gegen die verbrecherische Torheit dieser Agitatoren zu wenden.

Streik der Eisenbahnarbeiter droht, wenn ihnen nicht ein Stundenlohn von 3,50 M. bewilligt wird!

Freitag, 21. März.

Die Hamburger Seeleute haben mit 1770 gegen 804 Stimmen sich für die Abfertigung der Dampfer ausgesprochen. Jeder atmet erleichtert auf.

Digitized by Google

Bei Verteilung der Lebensmittel werden die Großstädte und Industriebezirke in erster Linie berücksichtigt werden. Die Bevölkerung erwartet natürlich mehr, als sich verwirklichen kann. Sie erwartet große Aufbesserungen, aber es wird und kann nicht sehr viel mehr herauskommen als Erhaltung der Rationen.

In Preußen finden die Verhandlungen über die Kabinettsbildung statt, es wird ein Koalitionsministerium aus denselben Regierungsparteien wie aus der Deutschen Nationalversammlung herauskommen.

Sonnabend, 22. März.

Über dem allen der Osterabschluß der Arbeit im eigenen kleinen Kreise. Sie erscheint einem zwiespältig — einerseits so auf äußerlich unsicherem Boden wie alles andere — andererseits das Festeste, Unerschütterlichste, was man heute hat. Denn alle Arbeit von Seele zu Seele ist ja wurzelhaft und unvergänglich. Niemals hat man so überzeugend erfahren, daß alles Innere unbedingt sicherer Grund ist, ewig und bleibend, wenn alles schwankt und stürzt.

Sonntag, 23. März.

Die Quellen heimatlicher Versorgung versiegen mehr und mehr. Von den Großstädten wird geklagt, daß die Viehhandelsverbände ihren Verpflichtungen in immer geringerem Umfang nachkommen. Dabei spielt eine Rolle, daß gerade diesen Kreisen gegenüber die Autorität der Regierung gegen früher sehr viel schwächer ist. Gestern liefen von Hamburg zwei Lebensmittelschiffe nach Liverpool aus, heute früh zwei andere.

Die Zusammenlegung der Eisenbahnverwaltungen zu einer Reichseisenbahnverwaltung wird sowohl im Verfassungsausschuß wie auch in Besprechungen der einzelnen Eisenbahnverwaltungen vorbereitet. Prinzip ist allmähliche Überführung der Einzelverwaltungen. Man rechnet mit einer Befristung von zwei bis drei Jahren.

In der preußischen Landesversammlung werden kräftig und unzweideutig von allen Parteien die Lostrennungsbestrebungen abgelehnt. Der Vertreter des Zentrums verbindet mit seinen Erklärungen über die inneren Motive einer westdeutschen Republik das starke Bekenntnis der unbedingten Reichstreue. Der demokratische Redner betont, daß von 88 Stadtverwaltungen der Rheinlande nicht eine einzige sich für die Sonderrepublik, 44 aber ausdrücklich dagegen erklärt haben. Eines scheint immer wieder klar: Die Reichseinheit ist so fest, daß sie den schwersten Stürmen trotzt. Dieser Teil von Bismarcks Werk ist ewig.

Man grübelt immer von neuem über den beschämenden und schamlosen Vergnügungstaumel der Großstädte. Wie ist er zu vereinen mit allem Guten, Ernsten, Tüchtigen, das doch da ist? Schwäche, Muße, die Leere und Richtungslosigkeit eines Lebens ohne Arbeit und Ziele? Die Ungewißheit der Zukunft, die auf den Augenblick verweist? Vor allem wohl die Hohlheit einer Zeit, die noch keinen Sinn wieder bekommen hat, nichts Haltgebendes, Formendes.

Montag, 24. März.

Der „kleine" sozialdemokratische Parteitag hat als seine wichtigste Aufgabe die Stellung zum „Rätesystem" behandelt. Dabei kommt ein Doppeltes in Frage: einmal die demokratische Grundlage des sozialistischen Programms, die die Verleihung politischer Machtbefugnisse an einzelne Klassen verbietet. Dann die Stellung der Räte zu den Gewerkschaften, die sich nach wie vor als Vertretung der Wirtschaftsinteressen der Arbeiter fühlen. Der Mittelweg, den der Parteitag zwischen dem Festhalten an diesen Grundlagen und der Berechtigung des Rätegedankens findet, wird festgelegt in einer Entschließung, deren Hauptsatz sagt: „Zur Mitwirkung an den Sozialisierungsmaßnahmen, zur Kontrolle, zur Überwachung der Gütererzeugung und der Verteilung im gesamten wirtschaftlichen Leben sind gesetzliche Arbeitervertretungen zu schaffen." Es wird ein Gesetz gefordert, das die näheren Bestimmungen darüber trifft.

Gestern sind in Berlin große Volkskundgebungen gegen den Gewaltfrieden gewesen. Leider verbindet sich damit eine Kundgebung der sogenannten „nationalen Verbände" und eine Ovation an Ludendorff, der einem demonstrierenden Zuge zufällig begegnet. Dadurch bekommt die Kundgebung ein Gepräge, das nur eine verschwindende Minderheit der Demonstranten ihr zu geben wünschte.

Dienstag, 25. März.

Die preußische Regierung ist durch den Ministerpräsidenten Hirsch gebildet. Finanzen: Südekum, Landwirtschaft: Braun, Kultus: Hänisch, Inneres: Heine, Eisenbahnen: Oeser, Handel: Fischbeck; ein Wohlfahrtsministerium soll unter Stegerwald gebildet werden.

Die Einführung des neuen Kabinetts bei der Landesversammlung geschieht durch eine Programmrede des Ministerpräsidenten. Sie vereinigt Fühlung für die preußische Tradition mit einer staatsmännisch maßvollen Vertretung neuer politischer und sozialer Formen. Sie hat etwas Preußisches in Nüchternheit und klarer, praktischer Programmerfassung. Und davon geht Zuversicht auf den Erfolg eines neuen mühsamen Weges des „Großhungerns" aus.

Heute tritt die Nationalversammlung in Weimar wieder zusammen: Notetat und kleinere Vorlagen.

Berlin starrt noch von Plakaten, Werbung von Truppen, Warnung vor Bolschewismus und Streik, in denen die Erregung und Nervosität der Zeit seltsam eindringlich festgehalten ist. Sie sind künstlerisch zum Teil weit besser als alles, was während des Krieges erzeugt wurde, aber sie reden von Verzweiflung und erschütterten Nerven.

Mittwoch, 26. März.

Scharfe Rede des deutschen Ministerpräsidenten — man führt fast unwillkürlich fort: gegen die Berliner Demonstration für Ludendorff. Denn die Abwehr dieser Demonstration blieb als stärkster Eindruck einer Rede, deren wesentlicher politischer Inhalt der Protest gegen einen Gewaltfrieden war. Es ist schmerzlich, daß die tatsächliche Einmütigkeit in dieser Sache durch eine teils notwendige, teils übersteigerte Pointierung dieser Ablehnung mangelhaft zum Ausdruck kam. Ankündigung des Staatsgerichtshofs für Ludendorff. Es wird unvermeidlich sein, um Klarheit zu schaffen, aber es will einem nicht in den Sinn, daß politische und militärische Verantwortungen wie Fragen der persönlichen Moral abgeurteilt werden sollen.

Wie vertraut einem schon die politische Arbeitsgemeinschaft ist! Man hat ein richtiges Heimatgefühl zu seinem Platz, zu dem Ausblick auf den Regierungstisch und Rednerpult, zu dem ganzen Aus und Ein der Sitzung mit ihren kleinen und großen Spannungen, ihrem Kampf und ihren dennoch vorhandenen Gemeinsamkeiten.

Donnerstag, 27. März.

Die Auseinandersetzungen über die gestrige Rede des Ministerpräsidenten nehmen eine scharfe Tonart an. Förmlicher Protest der Deutschnationalen. Es muß doch verstanden werden, daß die Verknüpfung der Berliner Kundgebung mit dem Namen Ludendorffs nach innen ihren Zweck zerstört und nach außen ihre Meinung in ein sehr verkehrtes Licht gerückt hat. Andererseits fühlt man so stark das ehrliche vaterländische Gefühl auch in diesem Teil der Kundgebung.

Freitag, 28. März.

Die Spannung vor den Entscheidungen über Danzig erfüllt uns ganz. Alles rüstet sich innerlich auf den Augenblick, da wir uns dem Diktat versagen müssen. Wie groß wird unsere Kraft sein?

Im Verfassungsausschuß geht die Arbeit besser und glatter vor sich, als viele zu hoffen wagten. Die Opposition ist weit weniger fühlbar als im Plenum, von rechts wie von links. Die Größe und Gemeinsamkeit der Aufgabe überwindet hier faktisch jede Parteigesinnung. Wenn die Plenarverhandlungen diesen Charakter ins Große übertragen, kann die Verfassungsberatung ein Stück Geschichte werden, an dem die Skepsis gegenüber der Nationalversammlung zerbricht.

Digitized by Google

Sonnabend, 29. März.

Vertagung nach Verabschiedung des Notetats. Im Parlamentszug, dessen Wagenreihe heute erheblich länger ist, ist etwas wie Ferienstimmung trotz des Ernstes und der Erwartung angesichts der kommenden Entscheidungen.

Wir arbeiten alle an unserer inneren Auseinandersetzung mit dem Rätesystem. Was ist daran innerlich notwendig und richtig? Der revolutionären Vorzeichen entkleidet, ist es das alte ständische Prinzip. Aber in diesem Prinzip steckt ein lebensvoller Gedanke: daß der Mensch seine Macht in der Gesellschaft herleitet aus seiner Arbeit, von dem Kreise, in dem er wurzelt und den er beherrscht, hinauswirkt auf das Ganze. Andererseits es darf nicht sein: Minderheitsherrschaft, nicht Behandlung politischer Gesamtheitsfragen vom engen Gesichtskreis des einseitigen Interessenten, Trennung von Leib und Seele — nämlich Wirtschaft und Politik — des Volkes. Und in all dem die tiefere Sehnsucht nach einer Gemeinschaft anderer innerer Struktur, anderer Bindung als die alten Formen der kapitalistischen Wirtschaft.

Das wird uns alle in der nächsten Zeit innerlich beschäftigen.

Paul Rohrbach / Danzig

Nach den Bedingungen des Waffenstillstandes hat die Entente das formelle Recht, Danzig als Landungsplatz für Truppen zu benutzen, die sie zu irgendwelchen Zwecken, namentlich „zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Gebieten des ehemaligen russischen Reiches" durch das deutsche Gebiet hindurchtransportieren will. Darauf beruft sich jetzt der Feind, um für eine polnische Armee die Landung in Danzig zu fordern. Die Deutschen sollen gestatten, „daß die Armee des Generals Haller, *welche ein Teil der alliierten Armeen ist*, durch Danzig in Richtung auf Polen frei durchmarschiere mit dem Zweck, dort die Ordnung aufrechtzuerhalten." Weigerung werde als Bruch des Waffenstillstandes durch Deutschland angesehen werden.

Es ist eine überraschende Wendung, daß hier ein polnisches Korps als zu den alliierten Armeen gehörig erscheint. Jedenfalls befand sich Polen, als der Waffenstillstand geschlossen wurde, noch nicht im Bündnis mit der Entente. Man könnte also fragen, ob die deutsche Verpflichtung auch gelten muß, wenn ein neuer Staat, der sich heute im aktiven Kriegszustande mit Deutschland befindet und die Beziehungen mit uns abgebrochen hat, *nachdem der Waffenstillstand geschlossen war*, zur Entente hinzutritt, und wenn gerade für seine Truppen der Durchzug beansprucht wird. Die Sache liegt aber noch viel klarer. Der jetzige polnische Ministerpräsident Paderewski, der im Verein mit Offizieren der Entente den Aufruhr in Posen entfesselte, hat bei seiner Anwesenheit in Danzig im Dezember 1918 gesagt: „*Wenn die polnischen Divisionen aus Frankreich und Italien erst einmal in Danzig sind, so werden Danzig und ganz Westpreußen polnisch.*" Dadurch, daß diese beglaubigte Aeußerung des jetzigen leitenden polnischen Staatsmanns vorliegt, ist es uns ganz unmöglich gemacht, in die Forderungen der Entente einzuwilligen. Trotz aller erfolgten Zusagen ist es den Vertretern der Entente in Polen bisher nicht gelungen (vielleicht ist es auch gar nicht ernsthaft erstrebt worden), die Polen auf deutschem Reichsgebiet von der Fortsetzung ihrer bewaffneten Angriffe abzuhalten. Es ist also klar, was geschehen wird, wenn die Hallersche Armee in Danzig landet. Die westpreußischen Polen werden, wenn sie die Landsleute aus Frankreich erblicken, sofort dasselbe tun, was die Posenschen Polen getan haben, ohne sich viel um etwaige Versprechungen der Entente zu kümmern, und sie werden es um so sicherer tun, als sie ja wissen, was Paderewski vor einigen Monaten in Danzig gesagt hat.

Ein polnischer Aufstand in Westpreußen würde, das läßt sich jetzt mit Sicherheit sagen, sofort gewaltsamen Widerstand bei der deutschen Bevölkerung finden. Als die Polen sich Posens bemächtigten, konnte das geschehen, weil das Deutschtum in Posen sich noch verkehrterweise auf die Regierung verließ und von dieser erwartete, sie würde Maßnahmen zur Erhaltung des Gebietes unter deutscher Autorität treffen. Die strafwürdigen Versäumnisse der Regierung und die Narrheit, mit der ihre Vertreter sich einbildeten, es sei möglich, mit den Polen zu einem gütlichen Einvernehmen zu kommen, haben uns Posen gekostet. Seitdem ist die deutsche Bevölkerung im Osten wenigstens zum Teil aufgewacht und weiß, daß sie selbst etwas dazu tun muß, wenn sie von dem polnischen Joch gerettet werden will. Allerdings ist seitdem auch ein etwas anderer Geist in die Regierung eingezogen. Man braucht nicht mehr zu fürchten, daß der nationale Skandal von Posen sich auf der Regierungsseite wiederholen wird. Gleichviel aber, wie die Regierung sich stellen, wie schnell und in welcher Weise sie handeln wird — die Westpreußen werden jedenfalls von sich aus zur Waffe greifen, sobald die Polen es mit der Losreißung der Provinz von Deutschland versuchen. Haben die Polen gediente Leute aus der einstigen deutschen Armee, so haben die Deutschen solche auch, und wenn der deutsche Bauer in der Weichselniederung, um Thorn und Bromberg und im Elbinger Land merkt, wohin die Reise geht, so wird er trotz allem, was ihm der Krieg gebracht hat, doch aufstehen und sagen: lieber tot als polnisch. Tun es nicht alle, so werden es doch genug Leute tun, um die Gegenwehr in Gang zu bringen. Man braucht sich diese Entwicklung der Dinge nur vorzustellen, um auch die Antwort auf die Frage zu haben, was dann die polnische Armee des Generals Haller tun wird.

Die Landung Hallers in Danzig bedeutet für uns so gut wie sicher den Verlust von Danzig und Westpreußen. Ist dies Gebiet nicht mehr deutsch, so hängt auch Ostpreußen nicht mehr mit dem Reich zusammen, d. h. es scheidet mit seiner Menschen- und Wirtschaftskraft für das übrige Deutschland aus, sobald sich eine äußere Krisis erhebt. Es ist auch ausgeschlossen, daß die Entente nicht weiß, wohin die polnische Landung in Westpreußen führen wird. Es heißt zwar, die Armee solle nur in der Richtung auf Polen frei durchmarschieren und wir sollten alle Erleichterungen „für die vorübergehenden Einrichtungen jeder Art" geben, die für den Durchzug der Truppen notwendig sind. „Vorübergehende" Einrichtungen sind aber, wie man weiß, ein sehr dehnbarer Begriff. Auch die englische Okkupation in Aegypten sollte nach den wiederholten und bündigen Versicherungen der englischen Regierung vorübergehend sein. Es wäre ja an sich denkbar, daß die Entente bestimmte und ausreichende Garantien, z. B. einen befristeten Termin für den Durchmarsch gibt, und wenn der Präsident Wilson sich mit seinem Wort dafür einsetzte, daß unter keinen Umständen nach Ablauf der Frist ein polnischer Soldat auf deutschem Boden verbleibt oder Danzig auf andere Weise im Interesse Polens von der Entente besetzt wird, so wäre es immerhin möglich, über die Sache zu reden. So wie aber die Dinge vorläufig stehen, liegt der dringende Verdacht nahe, daß zum mindesten die Franzosen und die Polen im Einverständnis handeln und gemeinsam entschlossen sind, dafür zu sorgen, daß Danzig und Westpreußen mit Hilfe der jetzigen Aktion an Polen kommen. Die Entente muß

Digitized by Google

vor allen Dingen Frankreich weiß, daß es kein anderes Mittel gibt, um Deutschland, trotz des zu erwartenden Beitritts von Deutsch-Oesterreich zum Reich, so entscheidend zu schwächen, wie die Fortnahme des deutschen Ostens. Alle andern Bedingungen, die man Deutschland auferlegen mag, finanzielle, wirtschaftliche und militärische, können eines Tages durch eine Aenderung der Weltverhältnisse hinfällig werden, und Deutschland kann sich von ihnen befreien. Verlieren wir aber die Ostgebiete, so sind wir dauernd schwer getroffen. Ostpreußen könnte, wie gesagt, nach dem Verlust Danzigs und des Weichsellandes nicht mehr als eigentlicher deutscher Besitz gelten. Ganz Posen würde selbstverständlich folgen, und ebenso würde man versuchen, uns Oberschlesien mit seinen Bergwerksschätzen und seinem fruchtbaren Ackerland zu nehmen. Im Osten liegen die Siedlungsgebiete, auf denen unsere innere Kolonisation hauptsächlich stattfinden soll. Im Osten wächst das Korn und die Kartoffeln, auf die Deutschland für seine Ernährung angewiesen ist. Dort gibt es noch große Möglichkeiten, die landwirtschaftlichen Erträge so weit zu steigern, daß wir daran denken können, für den Notfall vom Auslande unabhängig zu werden. Im Osten ist auch noch ein kräftiges Stück deutscher Volksvermehrung möglich. Das sind die Dinge, an die Frankreich mit Angst und Wut denkt. Die Franzosen rechnen sich aus, wie stark die Bevölkerung Deutschlands sein wird, wenn Deutsch-Oesterreich hinzutritt. Sie sagen sich, daß Deutschland dann nach dem Friedensschluß von vornherin ungefähr doppelt soviel Menschen zählen wird, als sie selbst. Sie wissen, daß sie keine Volksvermehrung mehr haben, wir aber noch einen leidlichen Geburtenüberschuß. Im Osten können sie uns nicht nur schwächen, sondern auch durch die Ausstattung Polens auf unsere Kosten uns auf immer einen schweren Klotz ans Bein binden. Polen soll Frankreichs Wehr und Schild auf der Gegenseite von Deutschland werden. Je mehr man von Deutschland abreißen und zu Polen hinzufügen kann, desto größer ist die Sicherung für Frankreich. Glückt dieser Plan nicht, so ist nach der französischen Vorstellung früher oder später doch zu erwarten, daß Deutschland Frankreich wieder überlegen ist. Dieser Alpdruck ist es, der die Franzosen plagt. Polen soll sie von ihm befreien, gerade darum aber ist nichts sicherer, als daß die Landung in Danzig weitere Ziele verfolgt, als den bloßen Durchmarsch der Hallerschen Armee.

In England sind die meisten augenblicklich maßgebenden Politiker von vornherein für jeden Plan zu haben, der Deutschland dauernd am Boden hält. In Amerika, wo an sich aus dem eigenen wohlverstandenen Interesse heraus Bereitschaft vorhanden ist, Deutschland lebensfähig zu erhalten, arbeitet man auf das eifrigste damit, daß es sich gar nicht um deutsche, sondern um geschichtlich und bevölkerungspolitisch polnische Gebiete handele. Die amerikanischen Kenntnisse über die Ethnographie und Geographie von Ostdeutschland gehen nicht sehr tief. Gegen diese Kombination ungünstiger Faktoren gibt es für uns kein anderes Mittel, als zunächst die entschlossene Weigerung unserer Regierung, die Polen nach Danzig zu lassen, und danach den ebenso entschlossenen Widerstand der deutschen Bevölkerung in Danzig und Westpreußen gegen die polnische Gefahr. Die Deutschen dort müssen vor allen Dingen selbst zeigen, daß das Land deutsch ist. Dann wird man, wenigstens in Amerika, vielleicht darauf aufmerksam werden, daß hier ein Bruch der Zusagen Wilsons stattfinden soll. Bleibt es trotzdem bei der Vergewaltigung, und soll Westpreußen den Polen überliefert werden, dann hört eben für uns die weitere Verhandlungsmöglichkeit über den Frieden auf, und die Folgen kommen auf das Haupt der Schuldigen.

Heinz Potthoff / Der Klassencharakter der Räte

Die sozialistische Reichsregierung hat einen schweren Fehler begangen, daß sie sich dem Rätegedanken von vornherein durchaus ablehnend gegenüberstellte, anstatt ihn für die wirtschaftliche und berufliche Interessenvertretung als berechtigt und notwendig anzuerkennen, seine weitgehende Durchführung für solche Zwecke selbst in die Hand zu nehmen. Vielleicht wäre es dann möglich gewesen, ihn auf das soziale Gebiet zu beschränken, ihn unter Heranziehung von Berufsorganisationen auch anderer Wirtschaftsgruppen zu einem Berufsparlamente neben der regierenden Volksvertretung auszubauen, wie es der bayerische Ministerpräsident Eisner ursprünglich plante. Allerdings hätte das weiter zur Voraussetzung gehabt, daß die Reichsregierung durch eine starke Betonung und tatkräftige Inangriffnahme ihrer sozialistischen Aufgaben das Vertrauen der gesamten Arbeiterschaft sich erworben und damit Ruhe und Zeit für die Durchführung gewonnen hätte. Beides ist versäumt. Die Folge ist nur, daß der Rätegedanke an Breite und Schärfe gewonnen hat. Weite Kreise, die ihm bisher zum mindesten gleichgültig gegenüberstanden, beginnen sich für ihn zu erwärmen. Sein Inhalt ist radikaler geworden. Schon spitzt die innerpolitische Lage sich letzten Endes auf eine Auseinandersetzung zwischen Parlament und Rätesystem als politischer Regierung zu. Und die Reichsminister, die nicht rechtzeitig die neue Bewegung erkannt und durch eigenes Vorgehen in die Hand bekommen haben, werden durch die Massenbewegung schrittweise weitergedrängt, ohne daß sich bisher absehen läßt, wo der Kampf enden wird.

Um diesen Kampf der Idee, der vielleicht noch einen Kampf mit Wirtschaftsmacht und Waffengewalt im Gefolge haben wird, durchfechten zu können, ist vor allem *Klarheit* nötig. Sie muß gewonnen werden bei der Festigung der Räte, die sich gegenwärtig vollzieht. Während in den Tagen der Revolution die meisten Räte sich recht willkürlich zusammensetzten aus denjenigen, die am Umsturze teilnahmen oder sich hinterher in den Vordergrund zu drängen wußten, während damals Gesinnung und Reden mehr ausmachten als soziale Stellung, soll jetzt das Rätesystem über das ganze Land sich ausdehnen, sollen ordnungsmäßige *Wahlen* stattfinden, sollen die Räte in den *Verfassungen* des Reiches wie der Gliedstaaten einen festen Platz erhalten. Auch hier liegt die Leitung nicht bei der Reichsregierung, sondern der Zentralrat der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte hat sie ihm aus der Hand genommen, indem er für den zweiten Reichskongreß am 8. April Neuwahlen vorgeschrieben und Richtlinien dafür ausgegeben hat. Diese lassen den einzelnen Bezirken weite Freiheit und schreiben nur vor, daß die Ortsräte in Gemeinden oder aus mehreren Gemeinden bestehenden Wahlbezirken nach den Grundsätzen der *Verhältniswahl* gewählt werden müssen. Wahlberechtigt und wählbar zu den Arbeiterräten sollen *alle* Zwanzigjährigen sein, die gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt sind und deren Jahreseinkommen 10 000 Mark nicht übersteigt. Zu den Bauernräten sind wahlberechtigt und wählbar *alle* Zwanzig-

Digitized by Google

jährigen, die einen landwirtschaftlichen Betrieb zu Eigen oder in Pacht haben, und die im Betriebe beschäftigten Familienangehörigen.

In diesen Leitsätzen sind deutlich die zwei Grundgedanken ausgesprochen, die unbedingt überall durchgeführt werden müssen, und die auch für Bayern die Basis für die Neuordnung nach der Ermordung des ersten Ministerpräsidenten bilden:

1. die Beschränkung der Räte auf einzelne soziale Gruppen,
2. die Gleichberechtigung aller Mitglieder dieser Gruppen.

Das Letzte sollte unter den heutigen Umständen eine Selbstverständlichkeit sein. Denn eine Volkswahl kann nur auf dem vom Reiche für alle öffentlichen politischen Körperschaften verkündeten und in allen Verfassungen angenommenen allgemeinen, gleichen, geheimen Stimmrechte, und auch eine Klassenvorherrschaft darf nur auf dem Mehrheitswillen der gesamten Klasse, nicht auf der Diktatur einer bestimmten politischen Richtung oder sonstigen Gruppe innerhalb der Klasse beruhen.

Eine Klassenherrschaft aber wollen und sollen die Räte darstellen. Deshalb ist es folgerichtig, daß bei den Wahlen dieser Charakter nicht verwischt wird, indem das aktive und passive Wahlrecht sich durchaus auf diejenigen sozialen Gruppen beschränkt, die den Umsturz vom November hervorgerufen haben und die nun die dadurch eingeleitete Umwandlung Deutschlands in eine sozialistische Republik vollenden wollen: Arbeiter, Bauern und Soldaten.

Die Soldaten haben die geringste Bedeutung. Denn ihre politische Rolle dürfte bald ausgespielt sein. Mit der völligen Auflösung des alten Heeres müssen die bisherigen Räte verschwinden. An ihre Stelle werden mit der Neuformierung des Heerwesens neue Räte mit anderen Aufgaben treten. Wenn das Milizsystem zur Einführung kommt (wie zu erwarten ist), so dürften die Soldatenräte auf Befugnisse innerhalb des Dienstbetriebes beschränkt werden. Denn eine politische Rolle des Militärs würde dem Verlangen nach Ausschaltung des „Militarismus" widersprechen; sie würde sozial unberechtigt sein, weil die auf wenige Monate zur Ausbildung einberufenen Bürger keine soziale Gruppe bilden; sie würde wenig ersprießlich sein, weil diese jugendlichen Soldaten für eine Leitung des Staates oder auch nur der Gemeinde nicht geeignet wären. Zwingt uns aber die Entente, uns mit einer geworbenen Polizeitruppe zu begnügen, so wird kein vernünftiger Demokrat wünschen, daß diese Truppe von Berufssoldaten die Politik Deutschlands oder seiner Teile beherrscht.

Daß die Bauernräte mit den Arbeiterräten zusammengekoppelt werden, ist ein sozialer Irrtum, der sich nur durch die ungenügende geistige Vorbereitung der Revolution, durch ihre Abhängigkeit von alten Büchern des Sozialismus und vom russischen Vorbilde erklären läßt. In Rußland ist die Zusammenfassung von Arbeitern und Bauern zur Errichtung einer kommunistischen Demokratie berechtigt, ja notwendig. Denn der russische Kleinbauer war ein bedrückter, ausgebeuteter Proletarier. Er hungerte, weil die Regierung ihm mit Gewalt sein Getreide zu Exportzwecken abpreßte. Er buckte vor dem Gutsbesitzer, den er als Herrn über sich fühlte. Dazu herrschten infolge des Gemeindebesitzes an Land kommunistische Gedanken. Zwischen Dorf und Stadt war ein ständiger Wechsel und Übergang. Stadt- und Landproletariat war noch wenig geschieden. Es konnte gemeinsam sich erheben, um die Fesseln politischer und wirtschaftlicher Bedrückung abzuwerfen. Eine Bewegung der gewerblichen Arbeiter war aussichtslos, wenn sie nicht von der Masse des Bauerntums mitgetragen wurde.

Ganz anders liegen die Verhältnisse in Deutschland, zum mindesten in den großen, wichtigsten Gebieten des Bauerntumes wie ganz Süddeutschland, Westfalen, Hannover, Holstein usw. Hier ist der Bauer kein besitzloser, „von seinen Produktionsmitteln getrennter" Proletarier, sondern solider, besitzender Mittelstand; kein Kommunist, sondern der zäheste Anhänger des Privateigentums; kein bedrückter und ausgebeuteter Abhängiger, sondern der bestfundierte, unabhängigste Mann. Deswegen kann er sehr wohl Träger einer demokratischen Bewegung sein; denn der deutsche Bauer ist stets für Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstverwaltung gewesen. Aber er kann nicht Träger einer sozialistischen Bewegung im Sinne des Marxismus sein. Sobald die Bauernräte nicht nur an einzelnen Orten und von einzelnen Machern, sondern auf Grund allgemeiner Wahlen über ganz Deutschland gebildet sind, wird sich ihr Gegensatz zu den Arbeiterräten deutlich zeigen. Um es mit einem Schlagworte zu kennzeichnen: Die Bauernräte sind Berufsorganisationen zur Erhaltung und Verbesserung der wirtschaftlichen Lage auf Grund individualistischer Wirtschaftsordnung. Die Arbeiterräte sind Klassenorganisationen zum Kampfe gegen diese Wirtschaftsordnung, zu ihrem Umsturze, zur Ersetzung durch eine sozialistische Ordnung mit gemeinsamem Besitze an Boden und an den Produktionsmitteln.

Damit dieser soziale Charakter der Arbeiterräte deutlich zum Ausdruck kommt, müssen alle Arbeitnehmer an ihnen teil haben, also Arbeiter, Privatangestellte und öffentliche Beamte, soweit sie nicht durch ihre Stellung im Betriebe oder in der Verwaltung oder durch ihr Einkommen den Unternehmern gleichstehen. Alle anderen Gruppen müssen ausgeschlossen sein, im besondern das Kleinbürgertum: Handwerker, Kaufleute und die sog. geistigen Arbeiter. Die russische Räteverfassung schließt vom Wahlrechte alle Personen aus, die zur Erzielung von Gewinn Lohnarbeiter beschäftigen, die von arbeitslosem Einkommen leben, ferner Kaufleute, Handelsvermittler, Geistliche, Polizeiagenten usw. Dieses neue Schlagwort von den geistigen Arbeitern ist bezeichnend für die Unklarheit unserer Begriffe und für die damit angestiftete Verwirrung. Denn es wirft den Begriff des sich anstrengenden Menschen zusammen mit dem des wirtschaftlich Abhängigen. Soweit der geistige Arbeiter ein Arbeiter im sozialen Klassensinne ist, d. h. in einem Dienstverhältnisse steht, seine Arbeit im Dienste und zum Nutzen eines anderen leistet, ist er wahlberechtigt und wählbar zum Arbeiterrate. Soweit er aber unabhängig, wirtschaftlich selbständig oder gar Arbeitgeber ist, scheidet er aus. Denn sonst gibt es überhaupt kaum einen sich betätigenden Menschen, der nicht zu den Arbeitern gehörte.

Mit dem Wahlrechte aller Arbeitnehmer kommen schon viele geistige Arbeiter und viele Nichtproletarier in die Bewegung, vielleicht in ihre Führung hinein, und der Rahmen des von Marx gezeichneten Klassenkampfes dürfte erheblich überschritten werden. Aber das muß auch sein. Denn es ist eine Schicksalsfrage, ob die Arbeiterschicht den vor zwei Menschenaltern gedruckten Prophezeiungen noch entspricht. In Rußland sind die Intellektuellen, die ursprünglich die Revolution führten, allmählich beiseite gedrängt, vielfach umgebracht worden. Auch in Deutschland beginnt bei

Radikalen das Drängen nach Ausschaltung der Gewerkschaftsführer, der Parteiführer, überhaupt aller „Geistigen". Wenn sich das durchsetzt, wenn der proletarische Handarbeiter im Sinne von Marx und Lenin Alleinherrscher wird, so gehen wir dem Chaos entgegen. Denn er vermag die reiche und komplizierte Kultur Deutschlands nicht zu meistern, wahrscheinlich nicht zu begreifen, daher nicht zu würdigen. Er kann sie nur zerstören. Das muß sich jetzt klären. Deswegen ist es von so großer Bedeutung, daß die sozialistischen Arbeiter den Kampf um die Räte unter sich ausfechten, daß sie aus sich heraus die Führung gewinnen, und daß möglichst wenig von „bürgerlichen Ideologen" und anderen Außenseitern hineingepfuscht wird.

Wenn man die kleinen Gewerbetreibenden heranziehen wollte als Menschen, die nützliche Arbeit leisten, so läge keine Berechtigung vor, die kaufmännischen und technischen Leiter großer Betriebe, die Vorstandsmitglieder von Erwerbsgesellschaften und die Inhaber von Unternehmungen auszuschließen. Denn sie leisten ganz sicher volkswirtschaftlich nützliche Arbeit, in der Regel weit mehr als Handwerker und Kleinkaufleute. Erst recht arbeiten die Hausfrauen und die Mütter; ihre Arbeit ist für das Volk viel wertvoller als die meiste Erwerbsarbeit von Frauen. Sollen die Arbeiterräte alle im technischen und wirtschaftlichen Sinne arbeitenden Volksgenossen umfassen, so bleiben nur solche Leute draußen, die auf Grund ihres Besitzes oder aus Arbeitsscheu oder wegen Arbeitsunfähigkeit ohne nützliche Tätigkeit leben. Das aber ist eine so verschwindende Minderheit, daß ihr Ausschluß nicht lohnt. Denn die im Arbeitsdienste alt und invalide gewordenen Mitbürger würde man nicht ausschließen dürfen.

Auf diese Weise kommen wir zur berufsständischen Organisierung des ganzen Volkes. Darum handelt es sich bei der Auseinandersetzung der Arbeiterräte mit der allgemeinen Demokratie heute nicht. Sondern um eine Klassenorganisation, mittels derer die bisher unterdrückte Klasse der Lohnarbeiter die Abhängigkeit abschütteln und eine neue Wirtschaftsform durchführen will, die ihr zunächst die Vorherrschaft im Staate verschafft, und ihr ermöglicht, nach Sicherung der sozialistischen Grundlage wirkliche Demokratie durch Abschaffung aller Klassenunterschiede und durch Gleichberechtigung aller Volksgenossen einzuführen.

Die Entscheidung ist klar und einfach, wenn dem bisherigen demokratischen Grundgedanken von der souveränen, aus allgemeinen Staatsbürgerwahlen hervorgehenden Volksvertretung die Forderung des Spartakusbundes entgegengesetzt wird: Abschaffung aller Parlamente und Gemeindevertretungen! Alle Macht den Räten! Schwieriger wird die Sachlage, wenn das Rätesystem mit und neben dem Parlamente arbeiten soll, wie es im Reiche gefordert und zugesagt, wie es in Bayern und anderen Bundesstaaten bereits in Angriff genommen ist. Auf die Dauer wird sich ein Mit- und Nebeneinander zweier souveräner Volksvertretungen nicht ermöglichen lassen. Zu den unvermeidlichen technischen und persönlichen Reibungen und den Umständlichkeiten, die sich aus jedem Nebeneinander mehrerer gleichberechtigter Körperschaften ergeben, würde ein unaufhörlicher Kampf treten, wenn diese Körperschaften auf ganz verschiedenen Grundlagen beruhten und entgegengesetzten Zielen zustrebten. Was wir jahrzehntelang in dem Widerspruche zwischen Reich und Preußen erlebt haben, würde verschärft wiederkehren, wenn ein sozialistischer Rätekongreß im Kampfe mit einem „bürgerlichen" Parlamente stände. Da die Revolution von Sozialisten gemacht ist und die Arbeiterschaft zur Herrschaft gebracht hat; da nicht anzunehmen ist, daß diese Herrschaft gutwillig wieder abgegeben und sich in eine andere als die von ihr erstrebte Ordnung fügen wird, so ist die Kernfrage, ob ein auf allgemeinen Staatsbürgerwahlen beruhendes Parlament eine Gefährdung der Revolutionsziele bedeutet. Diese Frage ist glücklicherweise zu verneinen. Die Ziele sozialer Demokratie sind auf dem Wege allgemeiner Gleichberechtigung und Selbstregierung zu erreichen. Damit verlieren die Klassenräte ihre politische Notwendigkeit, beschränken sich zum mindesten auf eine kurze Übergangszeit, und im übrigen auf die Vertretung sozialer Aufgaben, wie ich sie in einer Denkschrift über „Die staatliche Organisierung der Arbeiter, Angestellten und Beamten" (bei Duncker & Humblot, München 1919) näher entwickelt habe.

Anton Erkelenz / Gemeinwirtschaft und Deutsche demokratische Partei

Die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei in der Nationalversammlung hat bei der Gelegenheit der Sozialisierungsgesetze einen kleinen Ausschuß eingesetzt, der untersuchen soll, ob und welche Sozialisierungen möglich sind, und wie sich die Parteigrundsätze zu ihnen verhalten sollen.

Diesem Ausschuß gehören an: Staatsminister Dietrich-Karlsruhe, Justizrat Falk-Köln, Senator Dr. Petersen-Hamburg, Syndikus Dr. Vershoven-Sonneberg, Staatssekretär Dr. Dernburg, Frl. Dr. Baum-Hamburg, Justizrat Grünewald-Gießen, Dr.-Ing. Wieland-Ulm, Landwirt Schmidthals-Breslau, Arbeitersekretär Erkelenz-Düsseldorf.

Dieser Ausschuß hat Grundsätze niedergelegt, die aber aus Zeitmangel bisher in der Fraktion nicht endgültig verabschiedet werden konnten.

Da das Ergebnis der Arbeiten des Ausschusses geeignet erscheint, als Grundlage zu dienen für die Beratung eines Parteiprogramms für die Deutsche demokratische Partei, halte ich mich für berechtigt, die Arbeiten der Kommission hiermit der Öffentlichkeit zu unterbreiten, um eine nähere Aussprache dadurch herbeizuführen.

1. Die demokratische und soziale Ausgestaltung unserer gesamten Wirtschaft kann den am Wirtschaftsprozeß Beteiligten nur Vorteil bringen, wenn der Unternehmungsgeist erhalten, umfangreiche, neue Arbeitsgelegenheiten geschaffen und die Wirtschaft selbst wieder aufgerichtet wird. Das wird dann geschehen, wenn die Wirtschaft in allen ihren Teilen getragen und gefördert wird durch das Interesse der Beteiligten. Wir wissen, daß die Überführung von Wirtschaftszweigen in staatlich-bürokratische Verwaltung keine Förderung, sondern Hemmung des Wirtschaftsbetriebes zur Folge hat. Die Frage, wie die Sozialisierung und Demokratisierung durchzuführen ist, muß daher nach Sachlage des Einzelfalls entschieden werden.

Hierbei ist der Grundsatz zu wahren, daß die Betriebe in ihrer Erzeugung und Ertragsfähigkeit und damit in ihrer steuerlichen Leistungsfähigkeit gesteigert werden.

2. Der Begriff der Sozialisierung von Betrieben ist mehrfacher Deutung ausgesetzt. Wir stellen fest, daß zu unterscheiden ist zwischen

dem Eigentum am Betriebe,
der Verwaltung des Betriebes,
der Verteilung des Erträgnisses,

Digitized by Google

und daß die Sozialisierung auf diesen drei Gebieten in verschiedener Weise zu erfolgen hat.

3. Vom Standpunkt der Gemeinwirtschaft aus ist die Bewirtschaftung der Verbrauchsgüter, die Regelung der Verkehrsmittel und die Behandlung von Grund und Boden verschieden zu bewerten, je nachdem es sich handelt um

a) natürliche Monopole, d. i. die Bewirtschaftung von Gütern, die für die Volkswirtschaft unentbehrlich und in nicht willkürlich vermehrbarer Menge vorhanden sind (z. B. Kohle, Kali, Wasserkräfte),
b) die Bewirtschaftung der Güter und Einrichtungen, die für die Volkswirtschaft besonders wichtig sind (z. B. Kraftverteilung, Erzeugung von Stickstoff, Verkehrseinrichtungen),
c) die Nutzung von Grund und Boden,
d) die Bewirtschaftung aller übrigen Verbrauchsgüter.

4. Die Verwertung der natürlichen Monopole muß in erster Linie den Interessen der Allgemeinheit dienen, sie muß somit gemeinwirtschaftlich erfolgen. Ihre Verwaltung geschieht durch Selbstverwaltungskörper, die sich in gleicher Zahl aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammensetzen. Deren Entschließungen sind, da sie das Allgemeininteresse berühren (z. B. Preisbildung), der Aufsicht des Staates unterstellt, welchem die Wahrnehmung der Interessen der Weiterverarbeiter und Verbraucher obliegt.

5. Wirtschaftsbetriebe, die für die Volkswirtschaft besonders wichtig sind, sind hinsichtlich der Verwaltung den natürlichen Monopolen gleichzustellen. Das gilt von den Hauptverkehrseinrichtungen, den Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken.

6. Wird durch die Sozialisierung bisher Berechtigten Eigentum oder Recht entzogen, so ist eine für jeden Einzelfall festzusetzende angemessene Entschädigung zu leisten.

7. In allen bisher nicht genannten Wirtschaftszweigen bleibt das Privateigentum erhalten, der Privatbetrieb bestehen.

8. Der bei den Unternehmungen zu 4 und 5 erzielte Gewinn gehört der Allgemeinheit. Der bei allen anderen Unternehmungen entstehende Gewinn unterliegt angemessener Besteuerung. Neue Fabrikationszweige, wie Erfindungen, die nach Ansicht des Reichswirtschaftsamts geeignet sind, einer größeren Anzahl von Beschäftigten dauernd Arbeit zu gewähren, sind hierbei entsprechend zu bevorzugen.

Inwieweit bei allen Unternehmungen den im Betrieb Tätigen ein Anteil am Reingewinn zufallen soll, ist durch einen alsbald von der Reichsregierung einzusetzenden gemischten Ausschuß zu prüfen.

9. Wir fordern soziale Ausgestaltung des Vertrages für Arbeiter, Angestellte und Beamte. So fordern wir die Schaffung eines einheitlichen deutschen Arbeiterrechts für Arbeiter und Angestellte, ebenso die Schaffung eines Beamtenrechts für die öffentlichen Beamten.

Die Grundlage für das demokratische Arbeitsrecht bildet der gesetzlich auszugestaltende Tarifvertrag mit gesetzlichem Schutz für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Hier sind Bestimmungen zu treffen, für die Aufgaben der zur Mitverwaltung zu berufenden Betriebsräte (Arbeiter- und Angestelltenausschüsse). Ihre fachliche und örtliche Zusammenfassung ist schon zum Zwecke der Begutachtung aller das Arbeitsrecht berührenden Fragen und der Vertretung in den unter 4 und 5 genannten Selbstverwaltungskörpern erforderlich.

Es sind Einrichtungen geboten, um den in den Betriebsräten usw. tätigen Arbeitern die nötigen wirtschaftlichen und betriebstechnischen Kenntnisse auf wissenschaftlicher Grundlage zugänglich zu machen.

10. Im Rahmen des Völkerbundes ist ein internationales Arbeitsrecht mit Arbeitsamt und Arbeitsparlament zu schaffen.

11. Zur Begründung eines Mitwirkungsrechts der Beamten bei der Regelung von Fragen des örtlichen Dienstbetriebes werden bei allen Behörden Beamtenausschüsse eingerichtet, deren Befugnisse gesetzlich im Beamtenrecht festzulegen sind. Zur Wahrung der allgemeinen Interessen der Beamtenschaft werden Beamtenkammern gesetzlich geschaffen.

12. Der Boden in Stadt und Land ist unter ein Gesetz zu stellen, das einen Mißbrauch ausschließt. In der Landwirtschaft ist an der Individualwirtschaft festzuhalten; die Betriebe sind auf Größenformen zurückzuführen, die sich bevölkerungspolitisch und produktionstechnisch lohnen; daher ist der Großgrundbesitz soweit aufzuteilen, als er wirtschaftlich unrentabel oder nicht im Interesse des Saat-, Muster- und Studiumbetriebes nötig ist.

Die innere Kolonisation ist unter Verwendung des frei werdenden Grund und Bodens tatkräftig zu fördern.

Im allgemeinen ist auch in der Stadt an der Individualwirtschaft des Bodens festzuhalten. Der Wohnungsbau ist durch Unterstützung gemeinnütziger Unternehmungen zu fördern, die Überführung des städtischen Bodens in die Hand der Gemeinde ist zu begünstigen.

Wilhelm Kulemann / Die Trennung von Staat und Kirche

Die Frage, ob die geschichtlich entstandenen engeren Beziehungen der evangelischen Kirche zum Staate auch in Zukunft fortbestehen oder beseitigt werden sollen, bildet schon seit der Aufklärungsperiode den Gegenstand eines lebhaften Streites. Er wird jetzt von selbst seine Beendigung dadurch finden, daß das frühere Verhältnis durch einen Akt der Staatsgewalt gelöst wird, denn nach den Erklärungen derjenigen Stellen, in deren Händen die Entscheidung liegt, ist nicht daran zu zweifeln, daß die Trennung kommen wird, und daß deshalb der Kirche nichts übrigbleibt, als sich mit ihr abzufinden. Aber damit ist die Angelegenheit nicht entfernt erledigt, vielmehr handelt es sich darum, in welcher Weise die Durchführung geschehen und wie in Zukunft das beiderseitige Verhältnis sich gestalten soll. Darüber besteht heute noch eine sehr große Unklarheit, zu deren Beseitigung auch die in neuester Zeit entstandene umfangreiche Literatur wenig beigetragen hat, da sie sich ganz überwiegend auf abstrakt theoretische Erörterungen beschränkt und das Hauptgewicht darauf legt, den Wert von Religion und Kirche für das staatliche Zusammenleben der Menschen zu betonen, woraus dann die Forderung hergeleitet wird, daß durch die Trennung die kirchlichen Interessen nicht geschädigt werden dürfen. Im folgenden soll versucht werden, zur Ausfüllung dieser Lücke einen Beitrag zu liefern durch Besprechung einiger Punkte, die in erster Linie geklärt werden müßten, um zur Lösung der Frage konkrete Vorschläge machen zu können. Selbstverständlich ist das nur möglich in der durch die Rücksicht auf den Raum gebotenen Kürze. (Eine ausführliche Behandlung des Themas bietet meine Broschüre: Die Trennung von Staat und Kirche. Wolfenbüttel 1919, Julius Levißter.)

I.

Das Verhältnis des Staates zur Kirche hat sich in den einzelnen Ländern sehr mannigfaltig gestaltet. Immerhin kann man dabei einige Grundtypen unterscheiden.

Digitized by Google

Den ersten bildet das Staatskirchentum. Es besteht in der engsten Verbindung der beiden Faktoren. Allerdings ist die ältere Form, bei der die Angelegenheiten der Kirche einfach durch die Organe des Staates besorgt wurden, in der Gegenwart bis auf geringe Reste beseitigt. Der normale Zustand in Deutschland ist der, daß die Erledigung der kirchlichen Geschäfte in die Hand von Behörden gelegt ist, deren Tätigkeit sich freilich hierauf beschränkt, die also staatliche Funktionen nicht ausüben, die aber vom Staate eingesetzt sind und staatlichen Charakter haben. Man bezeichnet sie in der Regel als Konsistorien. Sie standen bisher dem Landesherrn in seiner Eigenschaft als Inhaber der Kirchengewalt mit Rat und Gutachten zur Seite, hatten also eine ähnliche Stellung wie im Staate die Ministerien. Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts sind auch nach dem Muster der Volksvertretungen auf politischem Gebiete in der Synode Körperschaften gebildet, die bei der kirchlichen Gesetzgebung mitzuwirken haben. Dagegen war die Stellung des Landesherrn in der Kirche anders geordnet als im Staate, denn während hier seine Verfügungen nur dann rechtsgültig waren, wenn sie die Unterschrift eines verantwortlichen Ministers trugen, fehlte es auf kirchlichem Gebiete an einer entsprechenden Beschränkung.

Alles bisher Gesagte bezieht sich lediglich auf die Kirchengewalt (jus in sacra). Unabhängig von ihr ist die Kirchenhoheit (jus circa sacra). Sie ist von ihr begrifflich verschieden, bildet vielmehr einen Ausfluß der Staatshoheit und beruht auf der Souveränität des Staates, die ihm auch gegenüber der Kirche die Macht gibt, in deren Angelegenheiten soweit einzugreifen, wie er es mit Rücksicht auf die von ihm zu schützenden Interessen geboten findet.

Das dem Staatskirchentum gerade entgegengesetzte System ist das der völligen Trennung. Aber bei ihm gibt es mehrere erheblich verschiedene Unterarten. Die Haupttypen zeigen uns Frankreich, Belgien und Nordamerika.

Das französische Trennungsgesetz vom 9. Dezember 1905 trägt einen ausgesprochen kirchenfeindlichen Charakter. Das Kirchengut ist vom Staate eingezogen und kann frei sich bildenden Kulturvereinigungen lediglich zur Benutzung überlassen werden. Weder der Staat noch die Gemeinden dürfen für kirchliche Zwecke Ausgaben machen. Gottesdienstliche Versammlungen müssen der staatlichen Behörde vorher angezeigt werden. Prozessionen und Glockenläuten bedürfen der polizeilichen Genehmigung.

Umgekehrt ist das Verhältnis in Belgien, wo seit 1884 die Regierung in den Händen der Klerikalen liegt. Der Staat hat gegenüber der Kirche keinerlei Rechte, wohl aber weitgehende Pflichten. Er zahlt ihr jährlich 7,2 Millionen Frank. Das Vermögen der toten Hand beträgt 1035 Millionen. Nicht mit Unrecht hat man gesagt: In Frankreich besteht die unfreie Kirche im freien Staate, in Belgien die freie Kirche im unfreien Staate.

Einen Mittelweg gehen die Vereinigten Staaten von Amerika. Ist die Stellung des Staates zur Kirche in Frankreich diktiert von offener Abneigung, in Belgien von ebenso offener Freundschaft, so befolgt man in Nordamerika den Grundsatz der Neutralität. Eigentlich gibt es dort überhaupt keine Kirchen in unserem Sinne, sondern nur private Vereinigungen mit religiösen Zwecken. Insbesondere besitzen sie kein Besteuerungsrecht, sondern müssen die erforderlichen Geldmittel durch freiwillige Beiträge aufbringen. Das hat zur Folge, daß sie in erheblichem Umfange auf das Wohlwollen ihrer Mitglieder angewiesen sind, denen sie als Gegenleistung einen weitgehenden Einfluß einzuräumen genötigt sind. Ist schon das geeignet, dieses System als verfehlt anschauen zu lassen, da es eine dem kirchlichen Leben in hohem Maße schädliche Plutokratie schafft, so muß auch die Tatsache Bedenken gegen dessen Brauchbarkeit veranlassen, daß von den 90 Millionen Einwohnern 22½ keiner der zahllosen kirchlichen Gemeinschaften angehören. Die Kirchen haben ihre Stellung als Volkskirchen durchaus verloren und sind zu bloßen Sekten herabgesunken.

Neben dem Staatskirchentum und dessen Gegensatz, der radikalen Trennung, gibt es jedoch noch eine dritte Grundform des beiderseitigen Verhältnisses. Sie ist verwirklicht in mehreren Kantonen der Schweiz, insbesondere in Basel, und besteht darin, daß der Staat einerseits seine formellen Beziehungen zur Kirche gelöst hat und sich auf sein gegenüber allen übrigen Organisationen in Anspruch genommenes allgemeines Aufsichtsrecht beschränkt, daß er aber anderseits den Fehler vermeidet, Kirchen mit Hunderttausenden oder gar Millionen von Mitgliedern mit Kegelklubs und Gesangvereinen auf dieselbe Stufe zu stellen. Dies führt dahin, daß er sie nicht als Privatvereine behandelt, sondern als Korporationen des öffentlichen Rechts mit Autonomie und insbesondere mit der Befugnis, von reichen Angehörigen Steuern zu erheben, zu deren Beitreibung er ihnen seinen Arm leiht. Auch bedarf es zum Erwerbe der Mitgliedschaft nicht einer besonderen Beitrittserklärung, sondern jeder Kantonseinwohner des betreffenden Bekenntnisses gilt als Kirchenangehöriger, solange er nicht dem gegenteiligen Willen formell zum Ausdruck bringt.

Das Gesagte zeigt bereits, daß nur der zuletzt erwähnte Mittelweg, wie er einerseits den realen Verhältnissen gerecht wird, so anderseits auch dem Grundcharakter des Staates als Kulturstaates im Gegensatze zu dem bloßen Rechtsstaate am meisten Rechnung trägt. Allein auf diesem Boden kann ein befriedigender Zustand geschaffen werden.

II.

Die vom Staate anerkannten christlichen Kirchen, also die katholische, die lutherische, die reformierte und die unierte, hatten bisher gegenüber anderen Religionsgemeinschaften in mehrfacher Hinsicht eine bevorzugte Stellung. Man bezeichnete sie deshalb als Landeskirchen in weiterem Sinne. Vielfach standen aber die evangelischen zum Staate in dem bereits obenerwähnten noch wesentlich näheren Verhältnis, daß der Landesherr in ihnen zugleich die Kirchengewalt innehatte. Das ist mit der Beseitigung der monarchischen Staatsform hinfällig geworden. Man hat wohl die Meinung vertreten, daß mit dieser Umgestaltung die Kirchengewalt auf die jetzigen Regierungen übergegangen sei. Aber man wird davon absehen dürfen, diese Ansicht hinsichtlich ihrer theoretischen Richtigkeit zu prüfen, weil zweifellos die Regierungen gar nicht daran denken würden, eine solche Stellung für sich in Anspruch zu nehmen, da mit ihr neben Rechten auch weitgehende Pflichten verbunden sind, die man kaum Neigung haben würde zu erfüllen. Geht man von dieser Voraussetzung aus, so ergibt sich die für die künftige Organisation der Kirche grundlegende Frage, wer heute als Subjekt der kirchlichen Souveränität anzusehen und deshalb berufen ist, die Neuordnung in Angriff zu nehmen.

Man wird diese Frage dahin zu beantworten haben, daß die bezeichnete Stellung, also die Kirchengewalt im weitesten Sinne, auf die Kirche selbst, d. h. die Gesamtheit ihrer Mitglieder übergegangen ist. Da eine Gesamtheit als solche nicht handlungsfähig ist, sondern ihren Willen nur durch Vertreter zum Ausdruck bringen kann, so ist nur eine konstituierende Synode als befugt anzusehen, diese Aufgabe zu lösen. Daß sie hervorgehen muß aus allgemein unmittelbaren Wahlen aller erwachsenen Kirchenangehörigen einschließlich der Frauen, bedarf keiner näheren Begründung. Nur unter dieser Voraussetzung wird sie die erforderliche innere Legitimation und äußere Autorität besitzen.

Man hat gegen diesen Standpunkt den Einwand erhoben, daß derartige Wahlen den kirchenfeindlichen Elementen und insbesondere der Sozialdemokratie die Möglichkeit bieten würden, in die Kirche einzudringen und in ihr zerstörend zu wirken. Aber eine solche Befürchtung kann nicht als gerechtfertigt anerkannt werden. Daß innerhalb der Sozialdemokratie geringe Sympathien für die Kirche vorhanden sind, ist richtig, aber nicht allein gibt es unter den Anhängern, die der Fahne des Sozialismus folgen, viele, die durchaus an Religion und Kirche festhalten, sondern selbst die Partei als solche kann nicht recht daran denken, einen Kampf gegen die Kirche zu unternehmen, da sie dadurch mit ihrer Grundauffassung, daß Religion die Privatsache jedes einzelnen sei, in den schärfsten Widerspruch geraten würde. Ja sogar rein praktisch-politische Erwägungen müßten ihr das verbieten, denn sie würde, ohne irgendwelchen Vorteil zu haben, nur die ohnehin große Zahl ihrer Gegner vermehren.

Digitized by Google

Die wichtigste Aufgabe der konstituierenden Synoden wird sein, der Kirche eine Verfassung zu geben. Daß diese nur auf ausgesprochen demokratischer Grundlage aufgebaut sein kann, bedarf keiner weiteren Ausführung. Das oberste Organ muß eine Landessynode bilden, die in ähnlicher Weise zu wählen sein wird, wie die konstituierende selbst. Ausschließlich in ihrer Hand hat die Kirchengewalt und das aus ihr fließende Recht der Gesetzgebung zu liegen. Die Verwaltung ist kirchlichen Behörden zu übertragen, die an die Stelle der heutigen Konsistorien treten, die aber nur innerhalb des ihnen zugewiesenen Rahmens zu selbständigen Entschließungen befugt und an die von der Synode getroffenen Anordnungen gebunden sind. Deren Mitglieder sind von der Synode zu wählen.

Bezog sich das bis hierher Gesagte auf die Kirche als Gesamtheit, so ist von mindestens der gleichen Wichtigkeit die Ordnung innerhalb der Einzelgemeinde. Gerade sie ist die Urzelle des kirchlichen Organismus, und in sie ist deshalb der Schwerpunkt der Tätigkeit zu verlegen. Die Hauptaufgabe ist, ihr ein wesentlich größeres Recht von Selbständigkeit und freier Bewegung als früher zu verschaffen. In dieser Beziehung bedarf es einer ganzen Reihe von Änderungen des gegenwärtigen Zustandes, die tief in das Bestehende eingreifen.

Die wichtigste von ihnen ist die Besetzung der Pfarrämter. Für sie muß das freie Wahlrecht der Gemeinden gefordert werden, wobei allerdings Vorsorge dahin zu treffen ist, daß auch dem Rechte der Minderheiten ausreichend Rechnung getragen wird. Aber damit ist nur der erste Schritt getan, dem noch andere folgen müssen. Daß der Pfarrer den Mittelpunkt des kirchlichen Gemeindelebens bilden muß, beruht auf der geschichtlichen Entwicklung und wird ungeachtet des Grundsatzes von dem allgemeinen Priestertum aller Gläubigen stets so bleiben. Aber es muß dahin gestrebt werden, in wesentlich größerem Umfange, als es bisher geschehen ist, auch die Laien zur Mitarbeit heranzuziehen, wobei man selbst vor einer Beteiligung an kultischen Handlungen, einschließlich der Predigt, nicht zurückschrecken darf. Auf der anderen Seite muß der Pfarrer vor allem entlastet werden, was mit seinem geistlichen Amte nicht im Zusammenhange steht und wofür er in der Regel nicht die erforderlichen Eigenschaften und sonstigen Vorbedingungen mitbringt, wie z. B. die Rechnungs- und Kassenführung, oder was geeignet ist, ihn in einen Interessengegensatz zu den übrigen Gemeindegliedern zu bringen, wie die Verpachtung der Pfarrgrundstücke und die Einziehung der Pachtgelder. Auf Einzelheiten einzugehen, fehlt hier der Raum.

III.

Kaum weniger wichtig als die organisatorische, ist die finanzielle Seite der Trennungsfrage. Solange der Staat die Angelegenheiten der Kirche besorgte, bedurfte diese keiner eigenen Mittel. Es war deshalb naturgemäß, daß der Staat deren Vermögen in Besitz nahm. Als später die beiderseitigen Beziehungen sich lockerten, sah er sich genötigt, ihr gewisse Einnahmen zu verschaffen. Das geschah teils durch einmalige Zuwendungen, teils durch jährliche Zuschüsse, teils endlich dadurch, daß die Kirche das Recht erhielt, ihre Mitglieder in ähnlicher Weise zu besteuern, wie der Staat seinerseits es gegenüber seinen Angehörigen tut. Die Trennung kommt deshalb auf finanziellem Gebiete in mehrfacher Hinsicht in Betracht.

Was das bei der Säkularisation vom Staate in Besitz genommene Kirchengut betrifft, so muß es offenbar jetzt der Kirche zurückgegeben werden. Man hat wohl dagegen geltend gemacht, daß dieses Vermögen nicht ausschließlich solchen Aufgaben gedient habe, die nach jetziger Auffassung der Kirche obliegen, sondern auch anderen, die heute der Staat übernommen hat, insbesondere dem Unterrichte und der Unterstützung Hilfsbedürftiger; deshalb könne das Kirchengut nicht im vollen Umfange der Kirche zur Verfügung gestellt werden, sondern es müßte eine Teilung zwischen Staat und Kirche stattfinden. Aber dieser Einwand würde nur dann begründet sein, wenn hinsichtlich dieser Leistungen, solange die Kirche sie besorgte, eine Verpflichtung für sie bestanden hätte, und diese Voraussetzung liegt nicht vor. Unterzog sich die Kirche freiwillig gewissen Aufgaben, weil der Staat sie vernachlässigte, so kann sie nicht angehalten werden, das noch ferner zu tun, und zwar um so weniger, als inzwischen die Auffassung über den Beruf des Staates und die aus diesem sich ergebenden Verpflichtungen sich völlig geändert haben.

Daß die Zuwendungen, die der Staat der Kirche durch Hingabe von Kapitalien gemacht hat, nicht zurückgefordert werden können, da er sich ein Recht dazu nicht vorbehalten hat, bedarf keiner Ausführung, denn es entspricht lediglich einem allgemein geltenden unbestrittenen Rechtssatze.

Anders verhält es sich mit den jährlichen Zuschüssen. Leistete der Staat sie auf Grund einer Auffassung über sein Verhältnis zur Kirche, die er früher hatte, aber jetzt aufgibt, so ist es nur folgerichtig, daß er für die Folge diese Zuschüsse nicht mehr gewährt. Ja, es muß zugegeben werden, daß es nicht gerechtfertigt ist, von den durch Steuern aller Staatsbürger aufgebrachten Mitteln größere Summen für Zwecke zu verwenden, an denen nicht alle beteiligt sind.

Immerhin fordert das bestehende Verhältnis eine nicht unerhebliche Einschränkung dieses Grundsatzes. Kann, wie bemerkt, der Staat ein der Kirche gegebenes Kapital nicht deshalb zurücknehmen, weil er den bei der Hingabe von ihm vertretenen Standpunkt jetzt geändert hat, so muß das zunächst auch insoweit gelten, wie nicht ein Kapital gegeben ist, aber gewisse sehr regelmäßige Leistungen zugesichert sind, sofern dies in rechtlich bindender Form geschehen ist.

Das würde ganz klar sein, wenn eine derartige Verpflichtung durch einen zwischen Staat und Kirche abgeschlossenen Vertrag geschaffen wäre. Nun ist das freilich nicht geschehen, aber vielfach ist ein Weg eingeschlagen, der als rechtlich gleichwertig angesehen werden muß. Man kann ihn als den der Parallelgesetzgebung bezeichnen. Er besteht darin, daß von Staat und Kirche nicht allein gleichzeitig Gesetze erlassen sind, die denselben Inhalt haben, sondern daß auch diese Gesetze ausdrücklich aufeinander Bezug nehmen. Soweit man ein solches Verfahren beobachtet hat, ist der Staat nicht als berechtigt anzusehen, durch Aufhebung des Gesetzes sich der durch dieses begründeten Verpflichtung zu entziehen, und zwar deshalb, weil das Gesetz erlassen ist auf Grund von Verhandlungen zwischen Staat und Kirche, die den Zweck hatten, einen beiderseits beabsichtigten Erfolg durch ein gemeinsames Vorgehen herbeizuführen. Es bestand also zwischen beiden Faktoren eine Willensübereinstimmung. Ist diese freilich nicht vertragsmäßig festgelegt, aber in der hier erörterten Weise zum Ausdruck gelangt, so ist das nur als ein Unterschied in der Form anzusehen, der nichts daran ändert, daß materiell eine Verpflichtung des Staates zustande gekommen ist.

Sollten die hier angedeuteten Gedanken Anerkennung finden und zur Ausführung gelangen, so würde in Zukunft die Kirche über erhebliche finanzielle Mittel verfügen. Immerhin werden wichtige Einnahmequellen in Wegfall kommen, und es ist deshalb erforderlich, den Fehlbetrag auf andere Weise zu verschaffen. Das kann nur durch einen weiteren Ausbau der Kirchensteuer geschehen. Alle kirchlich interessierten Kreise sind darüber einig, daß die Kirche das Steuerrecht nicht entbehren kann.

Man hat wohl behauptet, daß dieses Recht mit dem Grundgedanken der Trennung nicht vereinbar sei, aber das würde nur zutreffen, wenn man diese Trennung im Sinne der eben erörterten Auffassung verstände, d. h. die Kirche als einen privaten Verein betrachtete und mit einem Kegelklub oder Gesangverein auf dieselbe Stufe stellte. Daß das falsch ist, haben wir bereits ausgeführt; ein solcher Standpunkt ist nichts anderes, als der Ausfluß einer blutleeren doktrinären Abstraktion, die den realen Verhältnissen keine Rechnung trägt. Aber man wird ihn um so mehr abzulehnen haben, wenn man erwägt, daß das, was nach der hier vertretenen Auffassung der Staat tun soll, freilich der Kirche zum Nutzen gereicht, jedoch niemanden schädigt. Nur derjenige würde deshalb Veranlassung haben ihn zu bekämpfen, der sich nicht darauf beschränkte, der Kirche keinerlei Art von Sympathie entgegenzubringen, sondern sie mit ausgesprochener Abneigung betrachtete und das Ziel verfolgte, ihr absichtlich und ohne zwingenden Grund Schwierigkeiten zu bereiten. Selbst ein privater Verein ist berechtigt, von seinen Mitgliedern Beiträge zu fordern, denen sie sich nur

Digitized by Google

durch ihren Austritt entziehen können. Der Unterschied dieser Befugnis gegenüber dem Steuerrecht besteht lediglich darin, daß das Verfahren, das angewandt wird, um die geschuldete Summe tatsächlich zu erhalten, vereinfacht und für die Kirche günstiger gestaltet wird, indem an die Stelle der Zivilklage gegenüber den säumigen Schuldnern die Beitreibung im Verwaltungswege tritt. Aber gerade diese Überlegung zeigt, daß eine solche Einrichtung der Kirche keine materiellen Rechte gewährt, die nicht auch einem privaten Vereine zuständen, sondern lediglich eine Erleichterung in formeller Beziehung darstellt.

Margarete Rothbarth / Der wirkliche Völkerbund

Der Stadt Bern wurde ein besonderes Los: während in Paris der blinde Chauvinismus und eine kurzsichtige Gewaltpolitik ihre Orgien feiern, hat man in ihr den Grundstein zu einer neuen Epoche gelegt, da man in den zwei in der Schweizer Hauptstadt stattgefundenen Zusammenkünften hellsichtig die Not der Zeit und das Gebot der Stunde erkannt hat und ein hoffentlich wirksames Korrektiv der maßlosen imperialistischen Politik der Entente von dort seinen Ausgang nehmen wird: So hat die Internationale Sozialistenkonferenz, die Mitte Februar für kurze Zeit sich dort traf, mehr für den Frieden und die Völkerversöhnung getan, als die Pariser Konferenz in mehrmonatiger Arbeit. Und der Entwurf der Völkerbundkonferenz, der in Bern ausgearbeitet wurde, zeugt von mehr Verständnis für das, was jetzt not tut, als die Mißgeburt, die aus der Kreuzung imperialistischer und pazifistischer Gedanken in Paris das Licht der Welt erblickt hat.

Der einzige Trost, den man in der trüben Lage des bedrängten Heute haben kann, ist die Tatsache, daß in Paris ja noch nichts Endgültiges geschaffen worden ist, daß es sich um einen vorläufigen Entwurf handelt. Bereits ist an die Neutralen eine Aufforderung ergangen, sich dazu zu äußern und Vorschläge auf Änderung der von Wilson geleiteten Kommission zu unterbreiten. Da zeigt der Berner Entwurf denn bedeutende Abweichungen, die beweisen, wie wohl man auf dieser auch von den Ententeländern beschickten Konferenz die Mängel und Nachteile des Pariser Elaborats erkannte. Das wichtigste ist die Änderung der beiden ersten Paragraphen: nicht ein Delegiertenrat, der von den Regierungen der vertragschließenden Teile ernannt würde, sondern ein aus direkten Volkswahlen hervorgegangenes Völkerparlament soll geschaffen werden, und zwar so, daß jeder Staat einen Kreis bilden und nach dem Proportionalsystem auf je eine Million Wahlberechtigter einen Abgeordneten schicken soll. Damit will man vermeiden, daß ein Staatenbund im Sinne der heiligen Allianz trüben Angedenkens, belastet mit der Tradition der Kabinettspolitik, den Völkern beschert werde, die für ihre eigene Verwaltung das demokratische Prinzip anerkannt haben und es daher auch von ihrem Oberstaat fordern dürfen. Im gleichen Sinne sollen zukünftige Verfassungsänderungen des Völkerbundes mit Dreiviertelmehrheit beschlossen werden — in Paris wird vor allem die Bestätigung durch den „ausführenden Rat", der aus den fünf Vertretern der Großstaaten und aus allen übrigen Völkern besteht, zur Voraussetzung gemacht; der reine Macht-, nicht der Gleichheitsgedanke hat diesen Artikel (26) diktiert.

Die demokratische Forderung der Gleichheit hat auch bei der Änderung des Artikels 7 mitgewirkt, in dem in Paris die Zulassung zum Völkerbunde unter alle möglichen Kautelen gestellt wird. Statt dessen sollen alle Staaten, die ein Selbstbestimmungsrecht haben, daran teilnehmen können, sogar dem jüdischen Volk und dem Heiligen Stuhl wird das Recht zuerkannt.

Schärfer als dies in dem Pariser Entwurf zum Ausdruck kommt, wird die Forderung eines internationalen Gerichts und eines internationalen Vermittlungsrats gestellt, dessen Entscheidung unter Ausschluß eines Krieges sich die Staaten zu unterwerfen haben. Der Gedanke der völligen Ausschaltung jedes Krieges kommt tatsächlich in dem Pariser Entwurf nicht ganz klar heraus, es wird auch darin noch mit dem Säbel gerasselt, wenn's auch im Gegensatz zu früheren Zeiten die internationale Exekutive ist, mit der man sofort droht, anstatt die ein für allemal verpflichtende Unterwerfung unter den Schiedsspruch bestimmend an die Spitze zu stellen und die Entscheidung durch Waffengewalt nur als den allerletzten betrüblichen Notbehelf anzusehen.

Der ominöse Artikel 18 besagt: „Dem Völkerbund wird die allgemeine Kontrolle über Waffen und Munition anvertraut, wo diese Kontrolle im gemeinsamen Interesse des Völkerbundes nötig ist" — man hatte ja auch die Rüstungen nur soweit beschränken wollen, als es mit der gemeinsamen Ausführung der internationalen Verpflichtungen und der nationalen Sicherheit verträglich sei, und dabei die „allgemeinen Umstände und die geographische Lage" freundlichst berücksichtigen wollen. Demgegenüber wird folgerichtig von allen Staaten die vollkommene Abrüstung zu Lande und zur See und die vollständige Abschaffung der militärischen Wehr- und Dienstpflicht verlangt. Zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung sollen Freiwilligenverbände dienen — so wie sie Deutschland allein nach Friedensschluß vorgeschrieben werden —, und der Völkerbund selbst soll nur für den äußersten Notfall über eine eigene Exekutive verfügen.

Ebenso soll nach dem Prinzip der Gerechtigkeit die Verwaltung aller Kolonien, die keine Selbstverwaltung haben, unter gleichartige internationale Überwachung durch ein besonderes Amt des Völkerbundes gestellt werden — also nicht wie im Pariser Entwurf, wo man der Verteilung der Beute den schönen Deckmantel umgehängt hat, „daß der Schutz dieser Völker den fortgeschrittenen Nationen anzuvertrauen ist, die durch ihre Hilfsmittel, ihre Erfahrungen oder ihre geographische Lage (!) am besten geeignet sind, diese Verantwortung zu übernehmen"!

Interessant und wichtig ist auch, daß man in Bern nicht nur die Ausmerzung des Frauen- und Mädchenhandels dem internationalen Programm eingefügt hat, sondern auch für die gleichen Rechte der Frauen in allen Staaten eintritt. Auch der Freihandel — man hat sich in Paris um dieses Wort herumgewunden — wird klipp und klar verlangt. Schließlich wird auf die Lücke der Pariser Artikel hingewiesen, die nichts vom Selbstbestimmungsrecht und dem Schutz der Minderheiten enthalten — wahrscheinlich scheut man sich davor, den Finger in die irische Wunde zu legen —, und auch diese Forderungen werden formuliert.

Vielleicht scheinen manchem die Berner Artikel als zu weitgehend, als zu radikal. Der hat aber die Stellung des Zuges der Zeit nicht erkannt, der glaubt, jetzt mit Kompromissen den Siegeslauf der Idee hemmen zu können. Wer nicht für mich ist, der ist wider mich — nur wenn man den Völkerbund bis in seine letzte Konsequenz durchdenkt und befolgt, kann er zum Heile der Menschheit werden. Anders-

falls kommt ein solches Zwitterding zustande wie in Paris, das nicht leben und nicht sterben kann, von rechts angefeindet wird und von links und es keinem zu Danke macht. Hoffentlich haben sich die Ohren derer, denen die Entscheidung überlassen ist, in den letzten Wochen soweit geschärft, daß sie den beherrschenden Grundton aus der Kritik, die sie von allen Seiten überschüttete, heraushören konnten. Mögen sie den Berner Entwurf gründlich studieren und erwägen! Dann wird zwar ein ganz andersartiger Völkerbund, als der zuerst von ihnen geplante, zustande kommen, dieser aber wird auch nicht von vornherein mit dem Todeskeime belastet sein, sondern kann sich zu kräftiger Blüte und Daseinsfreude entwickeln, zum Segen der jetzigen und künftigen Menschheit.

Dora Schoenflies / Nach der Rückkehr

„Daheim bei meinen Lieben". Das Buch wird bald geschrieben werden. Ob als eine nationalökonomische Studie über Hemmungen der Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik? Ob als erkenntnistheoretisch-philosophische Abhandlung? Oder ob als eine Novellenreihe?

Ich glaube, es wird eine Novellenreihe sein; denn ein Dichter erschaut am raschesten den tiefen Quell des Geschehens.

Vier lange Jahre richtete der Soldat im Krieg bei maßloser Überbürdung seiner Körperkräfte, bei Grauen, Qual der Seele, die auf ihm hämmerten, die Hoffnung nach Erlösung in die Vorstellung: zu Haus. „Wenn ich wieder daheim bei euch, meine Lieben, sein werde", so faßten gerade die Männer aus dem Volk, undifferenziert, eine innere Abwehr gegen all das zusammen, was der Krieg an Vergewaltigung der sonst gültigen Begriffe über die Einschätzung von menschenwürdigem Handeln, von menschenwürdigem Denken und Gefühl ihnen auferlegte. Nun ist die Entspannung gekommen!

Das Gemüt überquellend an Erwartung, trifft der Krieger zu Haus ein, voll bester Liebeserwartung wird er empfangen.

Dem Dichter dieser Novellenreihe liegt die Eitelkeit fern, durch sensationelle Probleme das Interesse des Lesers zu bestechen. Ehebruch, Untreue, Betrug über wirtschaftlichen Zusammenbruch, sogar Elend und Gram durch hoffnungsloses Siechtum eines Heimgekehrten oder durch Tod und Siechtum unter den Angehörigen schildert er aus.

Er schildert nur das Alltägliche.

Novelle der jungen Ehe: die Kriegsgetrauten, die Flitterwochen.

Davon abgegrenzt die Darstellung, wie der reifere Krieger zu Gattin und heranwachsenden Kindern zurückkehrt.

Eine kürzeste Gruppe der Novellen umfaßt das Wiederaufblühen der ganz jungen Feldgrauen im Elternhause.

Der Dichter gleicht sich dem Nationalökonomen für die Einteilung ein wenig an: Arbeiterstand, jene bürgerliche Schicht der Handwerksmeister und Kleinhandelsleute, das gehobene Bürgertum in den verschiedenen Staffeln von den wirtschaftlich eng abhängigen Angestellten bis zu aller sozial möglichen Freiheit der geistigen Berufsbetätigung hinan, die Gruppe der geldkräftigen Unternehmer auch, läßt er in ihrem Familienleben vor uns sich darbieten.

Und wie unsere alten Barden kündet er: ein Grundakkord, darauf sich Lied um Lied emporschwingt.

Wir sind moderne Leute, der Grundakkord ist unromantisch düster: zerriebene Nerven.

Jedes einzelne Lied lautet: Liebe — und —?

Novelle der jungen Ehe.

„Sie" hat in Treuen geharrt. Und ihre Leidenschaft und Sehnsucht sind groß und schwer geworden und träumen doch zugleich auch noch federzart. Sein Werben, seine Zärtlichkeiten hat sie nur erst kaum gekostet. Behutsame Bindigkeit für bräutliches Springen der Knospen, stürmende Erfüllung zugleich gaukeln vor ihr als „das Glück". Erkennt sie noch an sich selbst, wie Bangen um ihn, während Schlachtentod ihn umdrohte, wie persönliche, wie auch schon wirtschaftliche Mühen des Tages, auch Nahrungsdarben am Gleichgewicht ihres eigenen Temperaments unterwühlten? Merkt sie, daß sie auf das, was sich als Äußerung ihres Charakters zeigt, mehr aufzupassen nötig hat als früher, damit sie nicht zerfahren, oder launisch, etwa schon beinahe unverständlich zu sein scheine? Wie sollte sie es, einzig von der Zuversicht beherrscht: nun kommt das Glück! Wie könnte ihr einfallen: er, er hat noch so viel mehr an Gleichgewicht seines Temperaments einbüßen müssen.

Er stürmt in Leidenschaft und begehrt ihrer. Aber er ist aus Nervenmüdigkeit tappig. Und er läßt so oft alles bleiben, was ihre „Liebe" bedeutet! Er ist nicht bereit, ihre junge sorgende Hausfraulichkeit mit Süße des Freuens zu belohnen. Jede Stunde bringt ihr Stimmungen der Enttäuschung für die Minuten, die Erfüllung sind. Sie gibt ihm Schuld, gleichviel ob sie es ausspricht oder nicht.

Gibt auch er ihr Schuld, daß Lasten auf ihm weiter wuchten, davon er „daheim" Erlösung erwartete? Ach nein, Schuld nicht. Darauf kommt es ihm gar nicht an. Vor ihm ist das Leben, das ganze, lange Leben, und er mag nicht. Er mag nicht auf das Klingen horchen, das in tiefster Brust fordernd lockt: sei das Beste, was du bist. Er ist müd, zerhetzt vom Krieg. Der Dichter schildert, wie nach geistiger Entwicklung und Eigenart der Volksschicht und nach persönlich fein oder ungeschlachtem Sinne die Sprache der Faust oder dumpfe Stummheit von Leib und Seele oder Schreie des Herzens, in Einsamkeit fast mehr noch als zu „ihr", die gefahrvolle Enttäuschung ausdeuten: kein Friedenseiland fand er. Sie leidet und er leidet, jedes für sich, weil sie nicht erlebt: ein Weib muß Mutter sein für die ganze Welt! Mutter sein: selbstlos dem Geliebten darbringen, daß er sich erholt. Wenn langsam, ganz langsam durch ihren beherrschten Mut, so ihre Liebe zu pflegen, die Sprunghaftigkeit seines Temperaments sich wieder mehr beruhigt, wäre das kein — großes Glück der Liebe?

Zur „Mutter seiner Kinder" kehrt der andere Krieger, der bereits in sich gefestigte Mann zurück, kehrt zurück in den Lebenskreis, der ihm vordem schon als geformt vertraut war: Berufsfortsetzung für Fortsetzung der Familiensicherung. Wahrlich, er sieht es ein, die Frau hat, allein, wo es anging, in seiner Vertretung, getan, was irgend möglich war. Aber wieder: der Heimkehrende ist müd. Es ist schwer, bei der Müdigkeit gleich wieder alles Sorgen, Anspannung und Achtgeben auf sich zu nehmen, die jeder neue Arbeitstag bringt. Frau und Kinder finden den Gatten und Vater zwar nicht müd, sondern sehr aufgeregt. Populär ausgedrückt: man kann es ihm mit nichts rechtmachen. Man beabsichtigt gewiß, ihm rücksichtsvoll entgegenzukommen. Jedoch wenn man gar nicht spürt, daß er es anerkennt? Die Frau entgegnet schließlich auf das sinnwidrig anempfindende Schweigen gleich schreiend, und Frau und Kinder werden in sich und bei den Äußerungen an ihn tränenreich verletzt oder bitter, die Kinder auch scheu, stehen verlassen im Heim, können sich nirgends mehr anschmiegen mit ihrem natürlich kindlichen Drang nach Herzlichkeit.

Ach wollten sich nur jene anderen „Kinder" anschmiegen, die ganz jungen Feldgrauen, die ins Elternhaus zurückkehren! Störrisch weisen aber diese ab, überhaupt noch irgendwelche jugendharmlose Anhänglichkeit zu bezeigen. Sie behaupten, daß ginge sie gar nichts mehr an.

Sie verstehen nicht, was ihnen geschehen ist. Und die Eltern, die es verstehen könnten, finden oft genug unberechtigt, daß sie sich darein schicken sollten. Knabe noch, zog der Sohn hinaus, und seine Entwicklung ist steckengeblieben. Im Intellekt, im Gefühl, sogar im körperlichen Erstarken treiben lauter wilde Schößlinge. Diese einfach abhauen, damit Edeltriebe wachsen können? Unmöglich. Ganz unaufdringlich gelte es, beständigend vorzuleben: so und so geht das Streben nach Wert im Dasein unter den Menschen! Verständnisreich gelte es zu sein, die verbogenen, jungen Reben freizugeben von jeder Unterordnung, und sie dann

Digitized by Google

noch sacht zu führen in langsam sich regelndes Erlernen des Lebens!

Aber der Dichter der Novellenreihe hat auch den Sinn der erkenntnistheoretischen wissenschaftlichen Forschung und der nationalökonomischen Folgerungen in sich aufgenommen. Er zeigt Brüchiges, Zerstörtes, im günstigsten Fall mühsam ringendes Familienglück. Indessen er sieht auch den heimgekehrten Krieger des Morgens aus der Familie fort dem Berufe sich zuwenden und darf nicht unterlassen zu schildern, wie nach den durchschüttelnd stets neuen Augenblicksgewaltsamkeiten an Ereignis während der Kriegsjahre, die im wesentlichen gleichförmige Regelung fast einer jeden Berufstätigkeit in besonderer Weise Last bedeutet. Diese Berufslangeweile ist vielleicht für deren Träger selbst überraschend! Nein, die allgemein unharmonisch gewordene Familienstimmung kann ihn nicht einmal zu dem Willen locken, ins ehemalige wertvolle Gleichgewicht zurück auch nur zu suchen — oder es gar durch Reifen, das Kriegserfahren brachte, schließlich noch zu stärken. Berufslangeweile zerrt oder zehrt sogar ebenso an den heimgekehrten jüngeren und jüngsten Feldgrauen.

Endlich, im Namen des Volkswirtschaftlers, spricht der Novellendichter aus, nationalökonomisch schroff: die wirtschaftliche Höchstleistung wird nicht erreicht, wenn die innerste Schwungkraft einem Menschen überhaupt fehlt, ja, wenn die Lust stockt, daß Menschen in der Welt etwas leisten, zugleich das Lieben lahmt, zerstäubt der Wille, in einer künftigen Generation sich fortzusetzen — der Dichter streift, ohne sich einer wissenschaftlichen Richtung anzuschließen, an Fragen der Bevölkerungspolitik. In der Novelle stellt er das Einzelschicksal hin, aber ein Künstler kann dabei vor dem Geist des Lesers das gesammelte Schreiten von Weltgeschehen aufbauen.

So wäre denn jener Dichter, der es als erster wagt, in eine durch diese Zeilen gerade nur flüchtig angeklungene, tiefe Herzenswunde der Zeit zu rühren, ein Pessimist? Mit nichten. Der aufmerksame Leser findet in dem Buch geheime, wundervolle Hoffnungsstimmung.

Gewiß, unser Tag ist eben berstend voll an scheinbar viel unmittelbarer wichtiger, rauher Wirklichkeit. Aber auch dies ist auf die Stunde notwendig. Helft heilen, bringt Erkenntnis! Erfleht das Familienglück zu denen, die ungeschickt danach lechzen. Tragt es einander zu, was das schlichte Fabulieren der Novellen bedeutet: die unendliche, geduldige Güte bei der Frau. Milde, vorsichtige Bitte, gerade vom Außenstehenden am besten, an den Mann, er möge doch in sein Bewußtsein nehmen, daß seine Nerven zerrieben sind und daß, was ihn und andere quält, durch seine Müdigkeit und Aufgeregtheit, im Grunde gar nicht er ist; aus diesem Bewußtsein wird auch er sich die Geduld gewinnen, an der eigenen Qual nicht allzu tief sich niederdrücken zu lassen, wird er auch zum Zugeständnis aufwachsen, Frau und Kinder, die er bedrückt, durch Zuversicht auf seine besseren Zeiten wieder zu trösten. Der Dichter weiß, es gibt vom triebhaftest, traumhaftest handelnden Enterbten des Geistes bis zu dem differenziertest entfalteten Kulturmenschen hinüber keinen Mann, keine Frau und kein Kind, denen nicht die tiefsten Lebenskräfte: Familienglück und -leid entscheidende Mächte für ihre ganze Lebensgestaltung sind.

Adolf Himmele / Das Erkerfenster

Nachdem man während fünf Jahre Militärzeit seinen einstigen Beruf immer mehr hat vergessen und erblassen sehen müssen, ist man mit so vielen, die die Revolution urplötzlich zur Arbeitssuche zwang, auf irgendeinem Büro angelangt und arbeitet sich dort als „Anfänger" oder „Volontär" wieder ein. Dabei darf man sich mitunter auch von Damen etwas oder alles sagen lassen, nachdem sie den Chefs während des Krieges gezeigt haben, daß die Männer ruhig draußen Entbehrung, Verwundung, Gefangenschaft oder Tod über sich ergehen lassen könnten — und entbehrlich seien.

Vor dem Fenster meines Büros nicken griesgrämig ein paar knorrige Äste im nebligen, nassen Wetter und ärgern sich, daß die Scheiben anlaufen, weil wir aus der Dampfheizung alle nur mögliche Wärme herauszuholen versuchen. An diesem Erkerfenster steht noch die Schreibmaschine, und über ihr hängt eine Landkarte, die mit vielen Stichen kleiner Stechmücken übersät ist — so sieht es wenigstens aus. Doch sind es nur die feinen Löcher ehemaliger farbiger Fähnchen, die man jedesmal dann hineingesteckt hat, wenn sich die Riesenfront bewegte — wenn wir draußen wieder einen schlimmen Tag hinter uns hatten ...

Wer wohl hier im Büro in den Jahren so treulich das Vor- und Rückwärtsschreiten der Front verfolgt hat? Ob es jene Kontoristin war, die nun so herrisch weit über mir im nächsten Zimmer an ihrem Pult sitzt —? Paha! Was die sich wohl aus der Landkarte, aus dem Stand der kleinen Fähnchen im Erkerfenster gemacht hat, aus dem blutigen Ringen, dem täglichen, stündlichen. Sie hat ihr Pult, ihr Telephon, ihr Auskommen, ist ja unentbehrlich — und will gar nicht wissen, daß an ihrem Pult ein reifer Mensch saß, dessen Heldentod draußen in den Gräben vor Ypern sie ihre Stelle verdankt. Und wer fragt schließlich noch danach?

In vergangener Woche hätte man fast die alte zerstochene Karte mit den sechs halbrostigen Reißstiften heruntergeholt. Das Laufmädchen war gerade im Begriff eine neue, die einen herrlichen Duft im Zimmer verbreitete, an Stelle der alten anzuheften. Aber da war man erstaunt, daß ich so warm für die alte eintrat und selbstlos die neue verschmähte. Wie ich denn allein im Zimmer war, da ging ich nach dem Erkerfenster. Draußen nickten die alten knorrichten Äste mir freundlich zu, daß ich ihnen die Karte nicht habe wegholen lassen, auf der sie sich allmählich durch die angelaufenen Scheiben zurechtgeschaut und zurechtgefunden hatten. So sind wir drei Freunde geworden, die halb vergilbte Landkarte, der Baum da draußen und ich. Wenn es ganz still im Zimmer ist, halten wir Zwiesprache ...

Man steht vor der Karte und überblickt die vielen, vielen hundert Kilometer, man überblickt das Geschehen vier schwerer Kriegsjahre — man sieht sich im Wagen hocken, in dumpfen Unterständen, in Gräben, in Höhlen, in der Feldeisenbahn, einmal gen Elsaß, einmal gen Flandern oder die Champagne ziehen — tausend Bilder steigen auf, eines eindringlicher als das andere.

Unter dem Finger werden die Strecken so klein — was liegt alles für Erleben hinter diesen Strichen, die einstige Chausseen bezeichnen wollen, den Eisenbahnlinien, Kanälen, Wäldern ... die kaum noch ragende Stummel sind.

Da wirbelt Staub auf, hartnäckig legt er sich auf Tornister, auf Gewehr, ins Gesicht, der Gaumen brennt, und in der Ferne liegt hinter grünen Bergzügen Baccarat. Jene drei Ruhetage mit den Grenadieren in Baccarat ...

Eine pechfinstere Nacht. Die Schlünde Verduns speien prasselnd Verderben auf uns herab. Scheinwerfer spielen, Raketen steigen, vier Uhr morgens. Wortlos stampft man nach vorn, die Stiefel versinken im Schmutz, in den Granattrichtern, eine Lehmkruste der Anzug, die Hände. Hohläugige Ruinen eines Dorfes. Eine Granate nimmt mir den besten Kameraden. Der Abschied ist kurz. Wir müssen nach vorn, krachend stürzt eine Mauer vor uns zusammen. Fresnes-en-Woevre — — und von der Combreshöhe schleichen graugrüne tückische Schwaden herab.

Dicht aneinander hatte man wohl die Fähnchen gesteckt, wo sich vier Straßen kreuzen, der Kreuzungspunkt ist ein kleiner Kreis — Tahure. Einen halben Finger breit davon, an einem kleinen Berghügel, ist die Karte zerstochen, unleserlich — aber jeder kennt die Butte 192, den Entenschnabel, die Tunnelstellung. Eine Feldbahn rollt in die Höhlung, abgekämpfte Bataillone strecken in ihr die Leiber zur Ruhe aus, die Wände tropfen, und in die Decke der Höhlung fressen sich Granaten. Dumpf, wie von weiter Ferne, hört man das Dröhnen und Trommeln des Todes.

Nesle. Schwere Artillerie rollt von der Front zurück. Aus einer Scheune dringen Geigenspiel und Akkorde einer Zither. Ein paar bayerische Fußartilleristen spielen ihren müden Kameraden Heimatlieder. Einwohner lauschen durch die Spalten des zerfetzten Tores, und kleine, lachende Franzosenkinder lassen sich eben aus einer Feldküche dampfendes Essen reichen.

Laon. Du einsame Insel, dahingestreckte. Zinnengekrönter Hügel mit deinen ansteigenden Straßen, steilen Treppen — wahr-

Digitized by Google

gekrönte Stadt. Du trägst die alte Kathedrale, um deren Türme krächzende Raben flattern — aufgeschreckt vom Bersten schwerster Granaten eigener Geschütze, die schmachvoll, grausam an deiner Schönheit frevein. Stumm steht der deutsche Soldat vor deinem Bauwerk, und hinter ihm erzittert das Pflaster, spritzen die Steine, zerfällt Kunst, Kultur ...

Lierval ... Trucy ... Filain — Dörfer in Schutt und Staub. Es geht gegen Mitternacht. Immer noch speien Waldwege, Chausseen, Wiesen, Wälder, Dörfer Truppen und Kolonnen aus. Fliegerbomben zischen dazwischen. Ratternde Motorräder, fauchende Kraftwagenkolonnen, zwischen Infanterie marschierende Kanoniere, Fliegersignale überm Wald, Maschinengewehrkompagnien, Tragtiere, Gebirgstruppen. Ein Waldlager mit Artillerieprotzen, Zelten und Pferden — die Protzenstellung einer Abteilung. Fahrer, in Decken und Zeltbahnen gewickelt, schlafen bei ihren Pferden, ein verglimmendes Feuer unter einem Zelte. Unter den Stahlhelmen Flüsterlaute, knarrendes Lederwerk, klirrende Schanzzeuge, ferne rollende Fahrzeuge, Pferdegetrampel — darüber die schweigende Nacht, Orion, die funkelnden Plejaden.

Schon funkt der Franzmann über unsere Köpfe hinweg, Lichtsignale steigen hoch, überm Chemin des Dames schwebt lange eine weiße Leuchtkugel ...

Im Nu überfliegt der Finger zwei Jahre — huscht über Péronne, Arras, Lens, La Bassée in den Ypernbogen hinein. Zurück ihr Bilder! Nicht will ich euch heute beschwören, neuerstehen lassen, euch grausigen — — belgische, flämische Laute, Westflandern — aber immer das ewig rollende Feuer der Front. Weit ist das Gesichtsfeld, Ypern speit Straßen aus, zwingt sie in seinem Zentrum sich zu vereinigen. Der blutige Yper-Yser-Kanal schillert, gleich einem stolzen Flieger übersieht man das Land — und von ferne leuchtet das Meer!

Ob ich es kenne, das weite, unendliche Meer! Man muß die Arme ausbreiten, spricht man von ihm, muß sie vor den Augen zusammenlegen, um das gewaltige Brausen zu hören, zu verstehen, in seiner ewiggleichen Melodei ... das Meer, das weite unendliche Meer!

Ostende. Wenn der Fuß die Strandpromenade betritt, weiße, schäumende, rollende, brausende Wellenkämme — soweit das Auge blicken kann Wasser und Himmel. Gen Osten und Westen die Front der stolzen Strandpaläste vor der Unendlichkeit, Erhabenheit des Meeres beschämt zurücktretend, nichtssagend klein werdend. Man fühlt hier eine göttliche Macht, die mit anderen Maßen mißt, und sieht nebenan den Kursaal, den der Mensch in verschwenderischer Pracht mit Glaswänden, Bogen und Türmen — der kleine Mensch — der Meerbezwinger hat hinzustellen gewagt ...

Mitternacht. Flut, Meeresleuchten, schäumender, zorniger, brüllender Gischt, Sturzwellen. Middelkerke, Lombartzyde — französische Scheinwerfer der Front tasten, suchen ins Meer hinaus ...

Letzte Bilder drängen sich auf. In das kleine Soucy zwischen Marne und Soissons hat man uns gebracht, ein kalter Morgen schimmert durch die klaffende Öffnung im Dache. Feindliche Flieger summen höhnisch und suchen ihre Opfer. Draußen brandet ein letzter großer Kampf, die Erde zittert voller Grausen, und gemalte, geborstene Glasfenster klirren. Stöhnen und Ächzen. Ambulanzen kommen und gehen ... aber alles hört man nur wie von weiter Ferne — nicht mehr vernimmt das matte Blut die Brandung des mordenden Völkerringens — alles scheint versunken in Ewigkeiten.

Vom Fenster lächelt in seiner Unschuld das Muttergotteskind, das einzige Lächeln im Raume —, als ob es wieder an das Leben erinnern wollte.

Ein mancher mag es angestarrt haben — — und mit dem Morgen dämmert eine leise Hoffnung — die Heimat ...,

— — — — — — — — — —

Nun hat man das Leben wieder. Bedächtig nicken draußen die Äste, unter dem schmelzenden Schnee keimt, knospt neues Leben. Man sitzt vor seiner Arbeit, ist wieder „Anfänger" oder „Volontär", Laufboten gehen ab und zu, Türen öffnen und schließen sich. Unsere, d. h. meine, Kontoristin mit dem himmelhohen Lächeln legt mir eben Arbeit auf den Tisch. Nur hier und da streift der Blick die vergilbte Karte im Erkerfenster — dann halten wir wieder stille Zwiesprache, wir drei Freunde ...

Naumann / Konfession

Im Streite der Meinungen wird der einzelne viel zu häufig haftbar gemacht für das, was jemals von seiner Konfession geschehen ist, als sei es eine Art persönlicher Schuld, in diese oder jene Religionsgruppe hineingeraten zu sein. In den allermeisten Fällen liegt es aber in Wirklichkeit so, daß nicht einmal unsere Vorfahren in der Lage waren, sich mit freiem Willen für Protestantismus oder Katholizismus zu entschließen, denn was vermochte während des Dreißigjährigen Krieges ein einfacher Bürger oder Bauersmann in Sachen der weltbewegenden Konfessionspolitik? Er wurde vom Schicksal geschoben, und die Untertänigkeit bestimmte seinen Glauben, seine Denkweise und den Unterricht seiner Kinder und Kindeskinder. Dadurch entstand eine Zerreißung des Volkes, an der unsere Nation wohl bis an ihr Ende zu tragen haben wird. Die Versuche, eine neue Einigung der Konfessionen herbeizuführen, sind gut gemeint, versprechen aber wenig Erfolg, weil zwei Arten von Geistlichkeit vorhanden sind, die als Träger zweier Systeme des inneren Lebens sich keineswegs nur aus äußerlichem Wettbewerb bekämpfen, sondern um ihres angeborenen und anerzogenen Gewissens willen. Während der Aufklärungszeit ums Jahr 1800 schien der Gegensatz fast erloschen, aber kaum stieg mit den Freiheitskriegen und mit der romantischen Geistesrichtung die allgemeine Gläubigkeit, so wuchs auch zugleich der alte Unterschied. Nicht verschmelzen können wir uns, aber vertragen! Dazu drängt auch das Kriegserlebnis, in dessen Verlauf sich protestantisches und katholisches Blut brüderlich mischte. Der Nationalgedanke und die Menschheitsidee vereinen das, was durch Konfession und Katechismus getrennt bleibt.

Büchertisch

Europäische Bücher.

Will die Idee weite Kreise für sich gewinnen, so muß sie herabsteigen aus der reinen Sphäre des Abstrakten, muß warmes, lebewiges Blut trinken wie die Schatten, die Odysseus in der Unterwelt beschwört, auf daß sie ihm Rede und Antwort stehen. Durchdrungen von dieser Erkenntnis, haben kühne Vorfechter neuer Gedanken öfter als Notbehelf den Roman als ein Sprachrohr benutzt, wodurch sie das Spröde und Herbe dem Gaumen der Menge genießbar zu machen suchten. Die klassischen Beispiele hierfür sind Beecher-Stowes: Onkel Toms Hütte, das mehr für die Sklavenbefreiung warb als hundert Flugschriften, und Bertha v. Suttners: Die Waffen nieder!, jene leidenschaftliche Anklage gegen den Krieg, die selbst da vernommen wurde, wo man von Pazifismus und Völkerorganisation bisher noch nichts gehört hatte. Gerade bei dem Suttnerschen Buch aber zeigt sich in voller Schärfe, wie wenig sich bei dem Tendenzwerk Idee und Form fast immer decken. Und so fest man von der Richtigkeit der hier bewiesenen Thesen auch überzeugt ist, so sehr wird man heute abgestoßen durch das Gewand, in das sie gekleidet sind — die Suttner war zwar die glühende Verfechterin des Friedensgedankens, aber keine Künstlerin, die in diesem Sinne dauernde Werte schaffen konnte. Was in dem Moment der Geburt wirkte durch seine Neuartigkeit, hat der kurzen Probe von nur einem Vierteljahrhundert schon nicht mehr standgehalten.

Aber auch die neue Zeit braucht den Dolmetscher, der ihr das vermittelt, was in der Luft liegt und sie packen soll, was ihre tauben oder unwilligen Ohren aber in der ursprünglichen Gestalt nicht hören können oder wollen. So hat schon im Krieg, als der Menschheitsgedanke nur von wenigen Vorkämpfern kühn und entschieden verfochten wurde, der Verlag Max Rascher in Zürich

eine Sammlung begonnen, die er — omen et nomen — Europäische Bücher nannte (vgl. Hilfe 1918, Nr. 51), und die leider unter dem Druck der Zensur vor dem 9. November nur vereinzelt über die Grenze kamen. Hier wird der Sattlersche Kampf fortgeführt, doch mit den Waffen unserer Zeit, so daß das neue Gewand dem Denken und Fühlen unserer Generation sich glatter anschmiegt. Dabei ist der Rahmen noch weiter gespannt, indem nicht nur der Krieg verneint, sondern vor allem der große, einigende Menschheitsgedanke bejaht wird. Das ist das Ergebnis des (nebenbei: fürchterlich schlecht übersetzten!) umfangreichen Buches von H. G. Wells: Mr. Britlings Weg zur Erkenntnis, eines der besten dieser Sammlung, in dem die Entwicklung eines Engländers — der Name „Britling" ist ja schon ein Programm! — vom rechtschaffen-gleichgültigen Genießer der Vorkriegszeit über den Hurrapatrioten der ersten Kriegsmonate zum ernsthaften Verkünder des Friedensgedankens in der ganzen Menschheit wird. Die trockene humoristische Art, in der das typische Engländertum von dem eigenen Landsmann geschildert wird, und die Einblicke in das politische Denken der anderen Nation tragen neben dem werbenden Grundgedanken zur Anziehungskraft dieses Buches bei, das auch nicht so sehr an den oben erwähnten Mängeln des Tendenzwerks krankt. Dies trifft eher zu auf Andreas Latzko, Friedensgericht, das künstlerisch nicht schwer wiegt, das aber in eindringlichster, nicht zu vergessender Weise die Schrecknisse des modernen Krieges predigt und an seinem Helden, einem differenzierten Künstler, zeigt, wie bitter schwer gerade die Geistigen an der Mechanisierung und dem sinnlosen Grauen dieser vier Jahre gelitten haben. Mag das Buch auch in zehn Jahren veraltet sein — heute tut es seine Pflicht, wachzurufen und anzuklagen, in vollem Umfange. Doch übertroffen wird es noch von Leonhard Frank, Der Mensch ist gut — hier werden auch künstlerische Töne angeschlagen, die noch lange weiterklingen werden. „Den kommenden Generationen" ist dies Buch gewidmet, und der Grundgedanke, der sich darin ausspricht, geht auch weit über die Bekämpfung des Krieges, der hier an einzelnen erschütternden Beispielen an den Pranger gestellt wird, hinaus und weist auf eine neue Ethik hin, wie sie ihren größten Verkünder in Tolstoi hat; der Kellner der ersten, der Arzt der letzten Novelle sind Geist von seinem Geiste, Fleisch von seinem Fleisch.

Neben der Belletristik sind in den Rahmen der europäischen Bücher dann auch noch andere Werke aufgenommen, deren Verfasser auch allen Nationalitäten angehören und die ebenfalls sich zu der gemeinsamen Heimat des Geistes freudig bekennen. Albert S. Asseo zeigt in einfacher autobiographischer Form, ohne romanhafte Beigaben, dem Europäer Das Massengrab, den Orient, wie er sich in der Stadt Saloniki am fürchterlichsten manifestiert, wo Raubtiermenschen, grausame Elemente, ewiger Krieg das Dasein zerstören und die gehetzten Menschen in die Resignation oder ins Exil treiben. Wer von uns Abendländern vor fünf Jahren diese Schilderungen gelesen hätte, bei dem hätte gewiß das sichere Gefühl, daß uns so etwas nicht passieren könne („hinten weit in der Türkei!"), der Schilderung ihren Stachel genommen — heute packt uns das Grauen, daß auch bei uns solches zur Wirklichkeit werden könnte. In noch verstärkterem Maße herrscht diese Stimmung bei der Lektüre von Oberutschew: Die Morgenröte vor, wo der verheißungsvolle Beginn der russischen Freiheit und das schnelle Gleiten in den bolschewistischen Abgrund von einem erzählt wird, der selbst tätigen Anteil an den Ereignissen genommen hat. Oberutschew war von der zaristischen Regierung verbannt worden und erst einen Monat vor dem Ausbruch der Revolution nach Rußland zurückgekehrt. Zuerst als Kriegskommissar, dann als Oberbefehlshaber von Kiew hat er aus nächster Nähe alles miterlebt, und der enttäuschte Sozialrevolutionär berichtet aus Stockholm, wo er auf den Sturz der bolschewistischen Herrschaft seit anderthalb Jahren wartet, wie alles gekommen ist — die erschreckende Parallele mit Deutschland drängt sich gewaltsam auf. Der einfache, sachliche, oft sogar zu nüchterne Stil bildet in seiner Objektivität einen starken Gegensatz zu dem von Alfred H. Fried, dessen in der „Friedenswarte" veröffentlichte Aufzeichnungen aus dem ersten Kriegsjahre als „Mein Kriegstagebuch" nun im Zusammenhang vorliegen. Es ist klar, daß das Tagebuch eines überzeugten Pazifisten, der immer vor diesem Krieg gewarnt und all seine Kraft und Lebensarbeit in den Dienst seiner Verhinderung gestellt hatte, voll von Anklagen, von Verzweiflung und Kummer sein muß. Und wenn es auch den Kenner der Bewegung ermüdet, immer wieder die gleiche Melodie zu hören, so muß man wiederum zugeben und einsehen, daß vom Standpunkt einer zielbewußten Propaganda die ewige Wiederholung der einzige Weg ist, die Gedanken in das stumpfe Hirn der Masse einzuhämmern und ihnen zum Siege zu verhelfen. Überflüssig aber sind ganz entschieden die Subjektivismen und zahlreichen persönlichen Momente, die, sehr zum Schaden des Ganzen, einen großen Raum in dem ohnehin schon recht breit angelegten Buch einnehmen. Abgesehen von einigen Entgleisungen, vertritt Fried in diesem ersten Kriegsjahre auch noch, obwohl er alle Fehler deutlich sieht, den deutschen Standpunkt, der ja in seinen jüngsten Veröffentlichungen nicht mehr so klar zum Ausdruck kommt.

In diesem Zusammenhang sollen auch zwei Gedichtbände genannt werden: Marcel Martinet, „Die Tage des Fluches", und P. J. Jouve, „Ihr seid Menschen", die zwar nicht in den Rahmen der europäischen Bücher von dem Verlag aufgenommen worden sind, die aber in ihrer diesen ähnlichen Ausstattung dokumentieren, daß sie durch ihren Inhalt in engster Nachbarschaft zu ihnen stehen. Bei übersetzten Gedichten, deren Original man nicht kennt, kommt es vor allem darauf an, was gesagt wird, denn das Wie kann nur im seltensten Fall durch den Vermittler ganz rein wiedergegeben werden. Jouve, dessen Vaterstadt Arras unter dem Kriege schwer gelitten hat, schleudert heftige Anklagen gegen die Zerstörer von Reims und Belgien, aber trotzdem widmet er sein Buch „Den feindlichen Brüdern" — der Menschheitsgedanke als oberstes Prinzip bricht sich doch schließlich Bahn. Tolstoi und Romain Rolland und Whitman, das ist die Dreiheit, mit der er zu der „ewigen Familie" gehören möchte. Martinet sagt in seiner Einleitung, daß sein Land „verblutet, verkauft, seit dreißig Monaten ein Land der Staatsraison und des Schweigens" sei, so daß die Schweiz ihm der Zufluchtsort werden mußte, in dem er seine Gedichte veröffentlichen konnte. Auch hier steht ein Wort Tolstois an der Spitze, ist die Widmung des Buches an Rolland gerichtet. Alles, womit die „temps maudits" an Schmerzen und Trauer belastet sind, findet seinen leidenschaftlichen Ausdruck. Vergleicht man die verwandte deutsche Proletarierdichtung eines Lersch, Broger oder Barthel mit diesen wilden, verzweifelten Versen, so ist die stärkere Kraft des Ausdrucks, das erfolgreiche Ringen nach neuen Wegen gewiß auf seiten der Franzosen.

Von allen Seiten regen sich jetzt die Hände, um die durch den Krieg zerrissenen Fäden wieder zu knüpfen. Der echteste und packendste Aufruf dafür stammt von dem Franzosen Barbusse, dessen „Feuer" das stärkste der europäischen Bücher ist — mögen auch die anderen dieser Werke, kraft der ihnen innewohnenden Menschlichkeit und Wahrheit dazu verhelfen, Brücken zu schlagen über den Abgrund, den diese schrecklichen Jahre zwischen den Völkern gerissen haben:

„Die Gefolgschaft der Arbeit, die Gefolgschaft des
Menschentums finden sich wieder,
Und ihren Seelenbund knüpfen sie neu." (Martinet.)

Margarete Rothbarth.

Briefkasten

Neubestellungen zum Vierteljahrswechsel müssen jetzt schleunigst von allen Lesern bei den sie beliefernden Stellen aufgegeben werden, weil sonst die lückenlose Fortbezug in Frage gestellt ist. Die von uns beziehenden Leser wurden bereits durch Rechnung an die Weiterbestellung erinnert.

Hilfeleser aus der Gegend von Premnitz-Pritzerbe im Westhavelland werden um Angabe ihrer Adressen gebeten.

Dipl.-Ing. Bunber, Döberitz, Post Premnitz.

Pf. Kn. in Wolfsgefährt. Es gibt eine im vorigen Jahre von Lietz selbst verfaßte Broschüre: „Die ersten drei Landerziehungsheime, zwanzig Jahre nach ihrer Begründung (Verlag des Landwaisenhauses an der Ilse, Beckenstedt am Harz). Besprochen ist die Schrift in der Hilfe Nr. 26, 1918.

Für die Baltenhilfe: R. K. in C. 20,— M., E. D. in D. 20,— M., Fr. A. S. in W. 35,— M., L. L. in Großrhüden 5,— M., R. W. in R. 10,— M., Fr. Sch. in O. 10,— M., Stadtpfarrer W. in W. 30,— M., Sch. in T. 4.40 M.

Allen Gebern herzlichen Dank.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, beide z. Z. Weimar.

Geschäftliche Mitteilungen

Ludo Moritz Hartmann, der Gesandte der Deutschösterreichischen Republik in Berlin, hat im Verlage von Andreas Perthes A.-G., Gotha, ein großes zwölfbändiges Sammelwerk: „Weltgeschichte in gemeinverständlicher Darstellung" vorbereitet, dessen erster und dritter Band, „Einleitung und Geschichte des alten Orients" und „Römische Geschichte", soeben erschienen. Nicht allzuhäufig wird es heute mehr vorkommen, daß der Geschichtschreiber auch zugleich berufen ist, selber Geschichte zu machen. Hartmann hat im Rahmen des Unternehmens auch den wichtigsten Band übernommen, die Geschichte des letzten Jahrhunderts, die damit wohl zum ersten Male von einem Forscher bearbeitet wird, der zugleich in führender Stelle politisch tätig ist. Für die jetzt erschienene Römische Geschichte hat Hartmann die „Ältere römische Geschichte" und den „Untergang der antiken Welt" geschrieben. Aus der Ankündigung der „Weltgeschichte in gemeinverständlicher Darstellung" interessiert ferner, daß die „Griechische Geschichte" von E. Ciccotti und die „Geschichte der französischen Revolution" von C. Bourgin, also von angesehenen Gelehrten des bisher feindlichen Auslandes, bereits im Frühjahr 1919 erscheinen werden.

Digitized by Google

10. April 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis im Buchhandel 4 M., beim Postamt 4,12 M., unter Kreuzband 4,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 4,25 M., ins Ausland 5 M. Soldatenausgabe 1,50 M. Einzelhefte 40 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8683.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 15

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 60 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Gertrud Bäumer:** Heimatchronik. — **Gertrud Bäumer:** Die Seele der Revolution. — **Dr. Georg Hohmann:** Die politische Lage in Bayern. — **Amtsgerichtsrat Dr. Ludwig Herz:** Urabstimmungen. — **Professor Paul Schubring:** Französische Kunstraubpläne. — **Naumann:** Geduld! — **S. D. Gallwitz:** Roselius gegen Vogeler.

Naumann / Kriegschronik

Sonntag, 30. März.

Ein Freund, der in der Lage ist, englische Zeitungen und Wochenschriften zu lesen, teilt uns mit, daß im allgemeinen die deutschen Blätter viel zu wenig Nachrichten über die großen Verschiebungen in der inneren Politik Englands bringen. Dabei werden folgende Punkte hervorgehoben: Innerhalb der großen Regierungsmehrheit verliert Lloyd George an Sicherheit, weil ihm vorgeworfen wird, daß er die Parlamentswahlen unter anderen Versprechungen habe vornehmen lassen, als was er jetzt gesonnen sei einzulösen. Der Wahlkampf wurde mit dem Programm geführt, daß Deutschland wirtschaftlich vollständig vernichtet und zu unglaublich großen Zahlungen gezwungen werden solle. Diese Forderungen wendeten sich in der praktischen Ausübung gegen den Wilsonschen Gedankengang. Heute nun gilt Lloyd George den zahlreichen Überpatrioten als ein Schwächling, weil er sich von Wilson beeinflussen lasse. Eine sehr große Zahl von Abgeordneten, man spricht von 400, soll ihm schriftlich ihr Mißvergnügen über zu geringe Entschiedenheit ausgedrückt haben. Zweitens bröckelt es ebenfalls auf der linken Seite der Regierungsmehrheit, indem die längere Zeit fast totgedrückten Altliberalen mit ihren pazifistischen Neigungen sich wieder an die Oberfläche wagen und bei allen in der letzten Zeit stattgehabten Nachwahlen bedeutende Erfolge aufweisen konnten. Drittens werden die Zustände der Arbeiterverbände als besorgniserregend geschildert. Die Anforderungen, die an Lohn und Sozialisierung gestellt werden, bedeuten eine Umformung der englischen Wirtschaft in einem Zeitpunkt, wo die Steuern eine unerträgliche Höhe erreichen. Die in England so wichtige Klasse der mittleren Industrieunternehmer wird zwischen Steueramt und Gewerkschaft zerdrückt. Gleichzeitig gewinnen die Syndikalisten durch Vorbild und Einfluß der russischen Bolschewisten an Regsamkeit und beunruhigen die Kohlenindustrie und auch andere Industriezweige mit vorübergehenden unberechenbaren Streiks. Es wird behauptet, daß Lloyd George das dringende Bedürfnis habe, den Frieden sehr bald zu schließen, um sich den Aufgaben der inneren Politik widmen zu können.

General Foch teilt mit, daß er wegen des Truppentransportes durch Danzig bereit ist, am 3. April den Vertreter der deutschen Waffenstillstandskommission, Erzberger, in Spaa zu sprechen.

Montag, 31. März.

Auf der großen Rheinbrücke bei Düsseldorf versehen neuerdings Kongoneger den Bewachungsdienst. Diese Schwarzen behandeln die Passanten in ungehöriger Weise. Namentlich sind die Frauen bei den Untersuchungen durch die Neger großer Willkür ausgesetzt. Auch das gehört zum Sieg der Zivilisation.

Der Berichterstatter der „Daily News" aus Paris meldet, daß die Gesamthöhe der französischen Ansprüche an Deutschland von der Friedenskommission auf 160 Milliarden Mark herabgesetzt sei. Diesem Beschlusse des Friedensausschusses wird allerdings von amerikanischer Seite entgegengestellt, daß Deutschland höchstens 48 Milliarden Mark werde aufbringen können. An anderer Stelle weist dasselbe Blatt darauf hin, daß sich Deutschland lediglich zur Annahme der 14 Punkte Wilsons verpflichtet habe, worin die Zahlung von ungeheuerlichen und unmöglichen finanziellen Entschädigungen nicht enthalten sei. Man setze sich der Gefahr aus, daß Deutschland nicht unterzeichnen werde, und daß dadurch jede Hoffnung auf eine baldige Rückkehr normaler Verhältnisse in Europa zunichte werde. Eine Okkupation Deutschlands würde für die Alliierten ungeheure Opfer bedeuten und auch bei ihnen die wirtschaftliche Gesundung aufhalten. Es sei zu hoffen, daß sich auch Frankreich derartigen Gründen zugänglich zeigen werde. — Es ist also offenbar die Unersättlichkeit der Franzosen, die das Friedenswerk von Woche zu Woche hinausschiebt. Ob Deutschland Zinsen und Amortisierung von 48 Milliarden Mark wird aufbringen können, ist schwer zu beantworten. Sicher aber ist, daß an eine Verzinsung von 160 Milliarden nicht gedacht werden kann.

Dienstag, 1. April.

Der Geburtstag Bismarcks wird zu Gedanken und Erinnerungen benutzt, die meist trauriger Natur sind. Das Ende der ganzen Bismarckischen Epoche liegt klar zutage, während die Gestaltung der nun beginnenden nächstfolgenden Zeit von niemand durchschaut werden kann.

Sehr beachtet wird, daß aus Paris die japanischen Journalisten abgereist sind. Die Vertreter Japans in der Friedenskonferenz haben sich fast durchweg schweigend verhalten und nur an den Abstimmungen beteiligt. Ursprünglich wollten sie bei der jetzigen Gelegenheit ein Bekenntnis der Gleichberechtigung aller menschlichen Rassen erzielen, durch welches eine unfreundliche Behandlung der Ostasiaten in Amerika und anderswo ausgeschlossen würde. Auch diese Absicht scheint zurzeit als aussichtslos aufgegeben zu sein. Japan hüllt sich in geheimnisvolles Schweigen, damit man sich Mühe geben soll, sein Wohlwollen zu wecken.

Unseren vorgestrigen Aufzeichnungen über England ist noch nachzutragen, daß nach der Demobilisation ein Heer von annähernd einer Million Friedensstärke aufrechterhalten werden soll. Das würde keinen Zweck haben, wenn der Glaube an den Völkerbund ernsthaft wäre.

Mittwoch, 2. April.

In Wien wird von französischer Seite mit allem Hochdruck daran gearbeitet, den Zusammenschluß der Deutsch-Österreicher mit Deutschland zu verhindern. Besonders zeichnet sich dabei das „Neue Wiener Journal" aus, dessen Abhängigkeiten wir im übrigen nicht genauer kennen. Es läßt sich von seinem Baseler Korrespondenten melden, daß in unverbindlicher Weise von Frankreich her an Deutsch-Österreich das Anerbieten gemacht worden sei, Deutsch-Österreich könne als selbständiger, nicht vom Reiche abhängiger Staat die westungarischen Komitate mit Ödenburg sowie den südmährischen Bezirk Znaim erhalten. Tirol solle eine unabhängige selbständige Republik werden. Hierzu ist zu bemerken, daß die genannten Gebiete ganz

einfach auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker befragt werden sollen, ob sie zu Deutsch-Österreich und damit zum Reiche gehören wollen. Wir zweifeln durchaus nicht, daß sie die Frage mit Ja beantworten. Deutsche Gebiete als Schenkung oder Belohnung zu vergeben, hat Frankreich kein Recht. Ebensowenig darf Frankreich eine vom übrigen deutschen Verbande losgelöste Republik Tirol herstellen, sobald die Tiroler selbst dem Deutschen Reiche zustreben. Soweit wir die Tiroler kennen, denken sie gar nicht daran, ihr Schicksal von dem der übrigen Deutsch-Österreicher zu trennen.

Die türkische Regierung hat den größeren Ententemächten eine Denkschrift überreicht, in der das **freie Durchfahrtsrecht durch Bosporus und Dardanellen** in Kriegs- und Friedenszeiten allen Völkern angeboten wird. Unter dieser durch den Friedenskongreß garantierten Voraussetzung würde der osmanische Staat weiter bestehen können, da er für niemanden ein Hindernis bereitet. In den meisten Vilajets sei die osmanische Bevölkerung in der Überzahl, so daß der türkische Charakter des Staates nicht zu bezweifeln sei. Für Griechen, Armenier und Juden wolle man eine weitgehende Autonomie gewähren. — In den uns vorliegenden etwas dürftigen Mitteilungen über diesen Vorschlag ist nicht gesagt, ob die Türkei auch fernerhin beanspruchte, Herrschaftsrechte in den arabischen Gebieten auszuüben, oder ob von vornherein Mesopotamien, Syrien und Arabien als verloren angesehen werden. Es ist anzunehmen, daß der Schiffsverkehr durch die Dardanellen und den Bosporus eine internationale Regelung im Sinne der Entente erfährt.

Donnerstag, 3. April.

Die **deutsche Friedensgesellschaft** erläßt eine Kundgebung, aus der wir die nachfolgenden Sätze mitteilen:

Heute tritt die Betrachtung der Schuldfrage zurück gegenüber der alles überragenden Notwendigkeit, auf dem Trümmerfeld Europas eine neue Welt der Ordnung aufzurichten. Dies ist aber nur möglich auf dem Boden der Gleichberechtigung.

In ernster Stunde wendet sich daher die „Deutsche Friedensgesellschaft", zugleich als Dolmetscher der Gefühle des neuen Deutschlands, an die Einsicht und das Gewissen der Völker. Sie sind verpflichtet, alles aufzubieten, damit dem entsetzlichen Wahnsinn des letzten Jahrfünfts endlich ein Abschluß folge, der auf der Gleichberechtigung aller Völker beruht und darum allein dauernden Frieden verheißt.

In der Nationalversammlung finden Besprechungen darüber statt, ob es sich empfiehlt, einen dauernden **Parlamentsausschuß für auswärtige Politik** einzurichten, der vom Auswärtigen Amt regelmäßig über die Führung der diplomatischen Geschäfte unterrichtet werden soll. Dieselbe Angelegenheit ist schon früher einmal besprochen worden, und man machte Versuche, regelmäßige Parlamentarierkonferenzen für auswärtige Dinge einzurichten. Damals verlor die Einrichtung sehr bald dadurch an Interesse, daß die Mitteilungen kaum etwas anderes enthielten, als das, was jeder aufmerksame Leser aus einheimischen und ausländischen Zeitungen bereits wissen konnte. Die Schwierigkeit liegt darin, daß es für die Volksvertretung im ganzen nur geringen Wert hat, wenn eine kleine Anzahl ihrer Mitglieder unter dem strengen Gebot des Stillschweigens Kenntnisse erhält, die den übrigen vorenthalten sein müssen. Ob Wilsons Wunsch einer Politik, die überhaupt gar keine Geheimnisse mehr hat, jemals durchführbar sein kann, ist eine sehr offene Frage an die Zukunft.

Die Zeitungen des Inlandes und offenbar noch mehr die des Auslandes sind voll von einer bunten Menge von Vorschlägen, wie man die **polnischen Ansprüche auf Danzig** mit dem deutschen Besitzrecht ausgleichen könne. Darunter ist sehr vieles, auf das die Deutschen nie werden eingehen können. Der Gedanke, die Oberherrschaft über Danzig einer neutralen Großmacht zu übergeben, um die Stadt und den Hafen weder den Deutschen noch den Polen zu belassen, widerspricht auf das klarste dem Selbstbestimmungsrecht eines fast rein deutschen Gebietes. Deutschland war schon längst bereit, den Polen eine ungehinderte Hafenbenutzung oder einen eigenen Freihafen und eine ungestörte eigene Eisenbahnverbindung zwischen Danzig und Mlawa zu geben. Auf dieser Grundlage müßte sich nach unserer Meinung der Streit regeln lassen.

Freitag, 4. April.

Marschall Foch ist in Spaa mit Minister Erzberger zusammengetroffen. Die deutsche Regierung hält ihren Standpunkt aufrecht, daß durch den Waffenstillstand ein Durchzugsrecht durch Danzig und Westpreußen für **polnische Truppen** nicht geschaffen sei, ist aber bereit, die Landung der zurückkehrenden polnischen Truppen in anderen Ostseehäfen möglichst zu erleichtern. Zu diesem Zwecke werden Stettin, Pillau oder Libau vorgeschlagen. Danzig könne nur in Betracht kommen, wenn die Entente besondere Garantien für das Verhalten der polnischen Truppen geben wolle, die erst von der Reichsregierung geprüft werden müßten. Die Teilnehmer an den Verhandlungen in Spaa haben den Eindruck, daß eine entscheidende Krise nicht zu befürchten ist, da beide Seiten Entgegenkommen zeigen. Es verlautet weiterhin, daß Erzberger vorgeschlagen hat, die polnischen Truppen auf dem Landweg durch Eisenbahn von Frankreich nach Polen zu befördern.

Noch immer beschäftigt sich der Engere Rat der Pariser Friedenskonferenz mit dem **linken Rheinufer**. Es verlautet, daß eine unmilitärische Zone bis 50 km östlich des Rheines hergestellt werden solle, in der es keine deutschen Festungen, Kasernen oder Munitionswerkstätten geben dürfe. Unerledigt scheint bis heute noch immer die Frage des Saargebietes. Die Franzosen fordern als das mindeste, daß ihnen der Saarbrücker Bergbau solange restlos ausgeliefert wird, bis die nordfranzösischen und belgischen Bergwerke wieder im vollen Betriebe sind. Man nimmt an, daß das fünf Jahre dauern könne.

Sonnabend, 5. April.

Foch und Erzberger haben sich in Spaa verständigt. Die Entente legt Gewicht darauf, daß sie nach ihrer Auffassung des **Waffenstillstandsabkommens** das Recht habe, Streitkräfte über Danzig einzuführen, darunter auch die polnischen Truppen des Generals Haller. Sie gibt aber praktisch zu, daß sie einen oder mehrere der von der deutschen Regierung in Vorschlag gebrachten Land- oder Wasserwege benutzen wolle. Die deutsche Regierung gewährleistet die vollkommene Sicherheit dieser Transportwege. Auf der anderen Seite werden Maßnahmen ergriffen, damit die auf dem Transport befindlichen Truppen unterlassen, was Unruhe in der deutschen Bevölkerung hervorrufen könnte. Die Transporte werden etwa 15. April beginnen und ungefähr 2 Monate dauern. — Man kann mit einer gewissen Befriedigung feststellen, daß der deutsche Protest nicht vergeblich gewesen ist, und daß uns eine Erneuerung der Feindseligkeiten erspart bleibt. Immerhin zeigt der Vorgang, wie ungesichert die Verhältnisse sind, solange der Waffenstillstand nicht in einen Frieden verwandelt wird. Die Hinausziehung des Friedensschlusses wird von allen beteiligten Völkern als peinlich empfunden. Deutschland ist an dieser Verschleppung vollständig unschuldig, weil unsere Vertreter ja überhaupt noch nicht in die Lage gekommen sind, verhandeln zu können. Es dreht sich noch immer um die Ausgleichung innerer Schwierigkeiten der Ententeregierungen untereinander. Amerikanische Journalisten bringen sensationelle Darstellungen, als könnte oder würde Wilson sich von den Friedensverhandlungen zurückziehen. Es ist anzunehmen, daß diese Nachrichten nur den Zweck haben sollen, die französischen Vertreter etwas zur Nachgiebigkeit und Eile zu ermuntern. Offenbar wagt es kein französischer Staatsmann, dem französischen Volke zu sagen, daß es zwar voraussichtlich Elsaß-Lothringen werde behalten können, daß aber weitere Annexionen nicht gemacht werden. Ganz ungeklärt ist noch immer die Frage, was aus den deutschen Gefangenen wird, die sich in Frankreich und England befinden. Manche Zeitungsnachrichten besagen, daß sie noch 6 Monate hinter dem Friedensschluß nicht in ihre Heimat zurückkehren dürfen. Wir wollen bis jetzt noch hoffen, daß ein so unmenschlicher Beschluß nicht gefaßt wird. Der Rücktransport wird auch bei einem kurzen Beschlusse sowieso genügende Zeit in Anspruch nehmen.

Digitized by Google

Gertrud Bäumer / Heimatchronik

Sonntag, 30. März.

Im Ruhrrevier wird um die Sechsstundenschicht der Bergarbeiter gekämpft. Die Regierung bringt die Tatsache, daß bei solcher Verkürzung die Versorgung der deutschen Industrie und die Bezahlung der eingeführten Lebensmittel und Rohstoffe unmöglich ist, mit Energie und Entschiedenheit zur Geltung.

Die Ostseefahrt ist — allerdings doch mit starken Einschränkungen — wieder freigegeben. Wie würde man eine nach der anderen dieser Erleichterungen erleben können, wenn nicht das Ganze auf so schwankendem Boden wäre!

Die Ernährungslage wird in der preußischen Landesversammlung so gekennzeichnet, daß wir trotz der starken Kartoffelknappheit mit Hilfe der zugesagten Einfuhr auszukommen, „sogar einige Erleichterungen gewähren zu können glauben."

Eine Konfirmationsfeier, Märzschnee auf den schon aufgebrochenen Blattknospen und eisige Kälte in der Kirche, von deren Orgel die ihrer Pfeifen beraubten Höhlen herunterstarren. Und doch geht von diesen Mädchen und Jungen Zuversicht aus. Noch zu jung, als daß der Krieg und dieses furchtbare Jahr ihre seelische Kraft angreifen könnte, werden sie's schon machen. Diese Erneuerung eines Volkes in seiner Jugend ist die stärkste Hoffnung.

Montag, 31. März.

Die erste Anbahnung deutsch-amerikanischer Handelsbeziehungen ist die Eröffnung einer Berliner Niederlassung der American Mercantile Interchange Company. Wenn nur endlich einmal die Grundlagen für diesen „Interchange" so klar wären, daß er in großem Maßstab einsetzen könnte.

Dauer-Generalstreik im Ruhrrevier! Eine Delegiertenkonferenz der revolutionären Bergarbeiter hat über den Kopf der Arbeitervertretungen hinweg den Beschluß gefaßt, am 1. April aufs neue in den Generalstreik zu treten. Die Forderungen sind: Sofortige Einführung der Sechsstundenschicht mit Ein- und Ausfahrt für Untertagearbeiter unter Beibehaltung des bisher für die längere Schichtdauer bezahlten Lohnes. Eine 25prozentige Lohnerhöhung. Regelung der Knappschaftsfragen. Anerkennung des Rätesystems. Sofortige Durchführung der Hamburger Punkte betr. die Kommandogewalt. Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen. Sofortige Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr. Sofortige Auflösung aller Freiwilligenkorps. Sofortige Anknüpfung aller politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der russischen Sowjetregierung. Entwaffnung der Polizei im Industriegebiet und im Reiche. Bezahlung der Streikschichten.

Die Regierung hat sich schon im voraus dahin geäußert, daß sie diesen Forderungen nicht nachgeben wird.

Dienstag, 1. April.

Die Regierung hat zum Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier auf ihre Vereinbarungen mit den Bergarbeitern vom Februar hingewiesen und folgende Maßnahmen angekündigt:

Über das Ruhrrevier wird der Belagerungszustand verhängt.

Die Regierungstruppen rücken in das Revier ein, um die Arbeiter und die Betriebsanlagen vor dem Terrorismus zu schützen.

Der Reichsernährungsminister wird, entsprechend den Brüsseler Forderungen der Alliierten, in das Streikgebiet kein Pfund der eingeführten Lebensmittel abliefern lassen.

Der Reichsarbeitsminister wird keinerlei Bezahlung für Streikschichten gewähren.

Dagegen soll den Arbeitern der Zechen, auf denen noch der 7½ Stundenschicht gefördert wird, eine besondere Schwerarbeiterzulage, steigend mit dem Förderquantum, bereitgestellt werden.

In Hamburg ist der neue Senat aus neun der alten und neun mehrheitssozialistischen Mitgliedern gewählt. Neben den Bürgermeister v. Melle tritt als zweiter Bürgermeister der Führer der Sozialdemokraten.

Mittwoch, 2. April.

In Frankfurt a. M. Krawalle, die aber keinen politischen Charakter haben, sondern reiner Unfug sind.

Im Ruhrrevier ist bis jetzt der Streik in verhältnismäßig engen Grenzen geblieben. Der Einmarsch der Regierungstruppen erhält ziemlich große Massen von Arbeitswilligen. Ob der Optimismus einer Meldung berechtigt ist, die besagt, daß schon jetzt die Erfolglosigkeit des Generalstreiks erkennbar sei, darf aber sehr bezweifelt werden.

In Weimar einigen sich die Vertreter der Mehrheitsparteien über die Verankerung des Rätesystems in der Verfassung.

Donnerstag, 3. April.

Die Streiklage im Ruhrrevier hat eine Verschärfung erfahren. Es sind etwa 110 000 Bergleute im Ausstand. Die Regierung bleibt ihren Forderungen gegenüber fest.

Mittlerweile ist auch in Württemberg der Generalstreik proklamiert und z. T. — auch unter Unruhen und dem Eingreifen der Truppen — durchgeführt. Es bleibt aber ein Teilstreik. Die Bürgerschaft hat zum Gegenstreik aufgerufen. Es scheint, als ob der Streik schnell beendigt sein wird.

In München Anzeichen eines neuen, anscheinend sehr energischen Vorstoßes der Spartakisten, Ankündigung des Generalstreiks und einer Anknüpfung mit der russischen Sowjetregierung wegen eines Bündnisses. Gleichzeitig sind Anzeichen dafür da, daß das Land sich dieser Politik versagen wird.

Freitag, 4. April.

Die Streikbewegung im Ruhrgebiet ist auf 131 000 Mann angewachsen, es heißt jedoch — wieder zu optimistisch? —, daß sie ihren Höhepunkt überschritten habe. An die arbeitenden Bergleute werden die mittlerweile eingetroffenen Lebensmittel verteilt. Verschärfter Belagerungszustand über einigen Gebieten.

In Württemberg ist der Streik beendet.

Die Ernteaussichten für dieses Jahr sind schwer beeinträchtigt durch das Fehlen der künstlichen Düngemittel, die teils durch den Stillstand der Fabriken, teils durch den Ausfall der elsaß-lothringischen Erzeugung, teils durch die lange Störung der Eisenbahn in Mitteldeutschland ausgeblieben sind. Man sagt — das ist natürlich eine pauschale Schätzung ohne Anspruch auf Exaktheit —, daß die Böden nur die Hälfte der Erträge liefern können. Unsere heimische Ernährung wird uns also auch im kommenden Jahr noch im Stich lassen.

Gertrud Bäumer / Die Seele der Revolution

Als ich in der Nationalversammlung gegen das mehrfach dort ausgesprochene merkwürdig blinde Wort: Die Revolution sei „nicht nötig" gewesen, einwandte, daß man den elementaren Ausbruch eines seelisch mißhandelten Volkes nicht mit einem solchen Urteil abtun könne, da hat man diese Auffassung nicht nur in den rechtsstehenden Zeitungen — selbstverständlich — mit Entrüstung zurückgewiesen, sondern es ist mir auch in einigen persönlichen Zuschriften eine seltsame und erschreckende Verständnislosigkeit für das Wesen dieser entsetzlichen Entladungen entgegengetreten.

Ja, erschreckend! Denn um so schmerzvoller ist natürlich die Pein derer, die sich oder ihre Ideale durch die Revolution bedroht fühlen, um so schärfer der Riß, der unser Volk zerreißt, um so hoffnungsloser steht es um die Frage, ob wir der Sache Herr werden, ob wir einen neuen Weg finden.

Es ist sehr merkwürdig, daß gerade die Kreise, die in den ersten Kriegsjahren nicht stark und allgemein genug von der moralischen Kraft des deutschen Volkes reden konnten, heute die strengsten Richter sind. Als ob es nicht dieselben Menschen wären, die gefaßt und bereit hinauszogen oder verlassen zurückblieben, die in unbeschreiblicher Geduld Stunden und Stunden bei Wind und Wetter auf müden

Füßen auf ihre paar Kohlen oft genug vergeblich warteten — und die heute mit geballten Fäusten fordernd vor der Gesellschaft stehen, Rechenschaft und Rache heischend! Das, was sie einmal waren, ist nicht auszulöschen; sie besaßen die moralische Kraft, sie waren tapfer, geduldig, pflichttreu. Das alles ist ein Stück ihres Selbst; ein Mensch wird nicht aus einer braven Seele im Handumdrehen ein Verbrecher. Das Gute und Gesunde muß da sein. Darum muß es eine Erklärung geben für das, was wir jetzt erleben, eine andere Erklärung als jene Verzweiflung an uns selbst. Einem Volk, das vier Jahre das ertragen hat, geschieht bitter Unrecht mit dieser Verzweiflung.

Es gibt keine „überflüssige" Revolution in der Geschichte. Wenn Volksmassen die ruhigen Bahnen ihres Lebens verlassen und sich zur Gewalt entschließen, ist irgend etwas geschichtlich Notwendiges da, das sie treibt.

Das heißt nicht, daß die Beteiligten in ihren Motiven von dieser letzten Notwendigkeit wirklich bewegt sind. Jede Revolution sammelt die Hyänen ihres Schlachtfeldes. Mehr noch: ihre Durchführung ist immer zum Teil Sache des Pöbels. Wo Gewalt ist, finden sich die gewalttätigen Menschen als Werkzeuge und Mitläufer. Und die besonderen Umstände dieser Zeit, die Gewöhnung an Blut und Grausamkeit bei Millionen, die aus Mühsal und Unterernährung zur Raserei gesteigerte Begehrlichkeit machen die Zahl dieser Mitläufer groß und gefährlich.

Und doch ist das Wesen der Revolution nicht in diesem Rauben und Erpressen. Räuberbanden sind noch nicht Revolutionäre. Tausende und aber Tausende lassen sich nur hinreißen, wenn in der gewaltsamen Tat irgendwo das Pathos des Rechts steckt, wenn der Schrei des Aufruhrs die Saite des sittlichen Bewußtseins irgendwo berührt und zum Klingen bringt.

Das glaubt der entsetzte Zuschauer nicht. Niemals haben die Unbeteiligten die innere Berechtigung einer Revolution gesehen. Aber die Geschichte hat das Warum hernach gewußt. Und an dem, was wir heute erleben, ist das Qualvollste, das immer wieder fordernd auf einen eindringt — daß entstellt und getrübt in ihr ein Recht und eine entwickelnde Kraft ist. Zukunft ruft aus dem Gefängnis der Gegenwart. Sie ruft aus falschen Worten, aus verwirrtem Geschrei, aus blinder, trüber Gehässigkeit. Aber es kann sein, daß einmal dieser entstellte, unreine Wille als geschichtliche Kraft mehr bedeutet als die braven Urteile der Rechtlichen.

* * *

Was wir erleben, ist die Abrechnung mit dem Kapitalismus. Sie vollzieht sich selbstverständlich nicht so, daß ein engelreiner Richter einem schuldbedeckten Angeklagten den Prozeß macht. Sie besteht darin, daß das soziale Produkt des Kapitalismus: die Masse, ihren Lebenswillen geltend macht. Er ist subjektiv nicht gerechter und reiner, als der der Machthaber. Vielleicht das Gegenteil. Denn in lichtlosen Wohnungen, bei lebloser Arbeit werden die Begierden nicht nobler, wird die Einsicht nicht klarer. Die gärenden Wünsche, die diese Masse erfüllen, sind das genaue Gegenbild der kapitalistischen Wirtschaftsmoral, Echo und Antwort auf die anstandslose Geltung des Satzes, daß jede Ausnutzung der Konjunktur für individuellen Erwerb erlaubt sei. Der einzige Unterschied ist die mangelnde Einsicht, die tragische Verblendung über das Ziel und den Weg. Die Arbeitermassen sagen sich nicht, daß keine Umstürzung der Gesellschaftsordnung der Mehrzahl der Menschen bei wenig Arbeit so viele Genußgüter zu verschaffen vermag, wie sie sie sich erträumen, daß es sich hier nicht um eine Frage der Verteilung, sondern um Grenzen handelt, die von der Natur gesetzt sind: „im Schweiße deines Angesichts". Jahrzehntelang hat jenes Gegenspiel des Kapitalismus, das sich die materialistische Geschichtsauffassung nennt, die Lebensziele in das Materielle verlegt, und die Verwirklichung dieser Ziele von einer wirtschaftlichen Methode zu erwarten gelehrt, die nicht die Güter vermehrt, sondern nur die Verteilung verschiebt. Jahrzehntelang ist die Phantasie mit dem Gedanken erfüllt, als sei es möglich, die Masse in genau die Lage zu versetzen, in der die beneideten Wenigen sich heute befinden. Auf der anderen Seite ist die Skala des Privatbesitzes nach oben hin bis ins Abenteuerliche gewachsen, die Spannweite zwischen dem wirtschaftlichen Unten und Oben maßlos und herausfordernd geworden, haben sich die Ziele der Begehrlichkeit in einer Kultur des materiellen Luxus von Jahr zu Jahr vervielfacht.

Nach vier Jahren voll Blut, Gewalt, Entwurzelung, Entbehrung, Hunger, Kriegswucher, Demoralisation in allen Schichten; nach vier Jahren, von denen jedes einzelne mehr als das vorhergehende die Drachensaat einer sittlichen Skepsis aussäte — kommt die Entladung. In unglücksvoller Stunde — unglücksvoll nicht nur, weil in entscheidendem Augenblick die Widerstandskraft nach außen gebrochen wird, sondern auch, weil sie belastet ist mit den Marodeuren des Krieges, mit allem Bösen, aller Gleichgültigkeit gegen das Leben, aller Brutalität, die er wachsen ließ — mit aller Gier, Überreizung, Ermattung dieser freudlosen Jahre.

Daß es diese unglücksvolle Stunde ist, setzt alles aufs Spiel. Denn jetzt wissen wir nicht, ob die bösen Kräfte, die, selbst Kinder des Kapitalismus, ihren Vater stürzen wollen, zu bändigen sind durch wahrhaft aufbauende, wahrhaft gestaltende Geister, von denen die Flammen des Bürgerkriegs zur Klarheit gewendet werden:

„Die sich verdammen,
Heile die Wahrheit,
Daß sie vom Bösen
Froh sich erlösen" — — —

Fast unwillkürlich stellt sich das große Bild der erlösenden Überwindung des Unreinen aus dem „Faust" ein!

Hier steht die große Frage. Ist genug geistige Kraft, Selbstverleugnung, Verständnis, Idealismus in uns, um den innersten Sinn dieser Katastrophe zu erkennen, verwirklichen zu wollen; verwirklichen zu können? Werden gegenüber den Verführern übelster Art, jenen verantwortungslosen, unfähigen Bohemiens, jenen gewissenlosen Schmarotzern der Volksleidenschaften, die jetzt vielfach das Chaos für ihre Sensationen oder ihre leeren Taschen ausbeuten, die aufrichtigen Führer die Macht behaupten, die ein Neues ehrlich wollen und deshalb die gangbaren Wege suchen? Wird das Ziel erkannt werden, da, wo es wirklich liegt: in der Aufrichtung eines Gemeinschaftslebens, das den Namen verdient, und nach dem in der Umhüllung der Begehrlichkeit die verzweifelte Seele des zur Masse degradierten Volkes in Wahrheit ruft? Wird es uns möglich sein, den Idealismus der Bewegung aus seinem Gefängnis zu befreien? Wird die Gewalt, die jetzt angewendet werden muß gegen Frevel, Wahnsinn und Verantwortungslosigkeit, das Vertrauen derer, die geführt werden müssen, sich trotzdem zu erhalten vermögen?

Werden wir alle mutig, kraftvoll, hellsichtig, liebevoll genug sein zu einem Bunde derer, die der Revolution selbstlos zu ihrer wahren geschichtlichen Bestimmung zu verhelfen bereit sind?

Digitized by Google

Georg Hohmann / Die politische Lage in Bayern

Der Aufsatz unseres Freundes Dr. Hohmann, des Vorsitzenden der deutschen demokratischen Partei Bayerns, ist vor der Ausrufung der Räterepublik in München geschrieben worden, hat dadurch aber an aktueller Bedeutung und sachlichem Werte nichts eingebüßt.

Kurt Eisner, der Führer der bayrischen Revolution, hatte sich in hartem Kampf mit sich selbst bezwungen und war bereit, den Platz, auf den er sich am Tage der Revolution geschwungen hatte, zu räumen, da ihm die Wahlen nur 2,6 v. H. der Stimmen = 3 Mandate gebracht hatten. Da streckte ihn am 21. Februar auf dem Wege zum Landtage, dem er seinen Verzicht mitteilen sollte, die Kugel des Fanatikers nieder. Der Mordtat folgten die anderen Attentate. Eine wahnsinnige Erregung wühlte die Massen der Hauptstadt auf, die schon durch die wochenlang vorausgegangene Agitation Eisners, Leviens und Landauers für den Rätegedanken in wachsende Unruhe und Leidenschaft geraten waren. Vom Ministerium waren eigentlich nur noch die beiden Fachminister übrig, Eisner war tot, Auer schwer verwundet, die anderen hielten sich zum Teil vor den Nachstellungen der fanatischen Menge verborgen. An die Stelle der Regierung setzte sich *alsbald, wie auf Verabredung*, der Arbeiter- und Soldatenrat, der den Belagerungszustand verhängte, die Zeitungen besetzte, schärfste und vergangener Scharfmacherei würdige Preßzensur einführte, den Rätekongreß berief, Adelige und Industrielle als Geiseln nach russischem Muster festnahm und alle Anschläge auf die neue Regierungsgewalt mit dem Tode bedrohte, nebenbei auch das Plündern, letzteres allerdings mit anfangs recht geringem Erfolge. Die Stimme des soeben gewählten Landtags wurde nicht gehört, das Verlangen des Alterspräsidenten, die Fortsetzung der Tagung zu gewährleisten, nicht geachtet, bis die seelische Schockwirkung, die vor allem die bayrischen Mehrheitssozialisten betroffen hatte, einigermaßen vorübergegangen war und von den sogenannten bürgerlichen Parteien, Demokratie und Zentrum, der Wille in die Tat umgesetzt werden sollte, den Landtag als den Ausdruck des souveränen Volkswillens an einem Orte außerhalb Münchens in Wirksamkeit treten zu lassen, selbstverständlich nicht als bürgerlichen Rumpflandtag, sondern zusammen mit allen Parteien. Die Parteien des Reiches mit Einschluß der Mehrheitssozialisten unterstützten diese Absicht. Es galt, *das Prinzip der Demokratie hochzuhalten* gegenüber den Willkürbestrebungen der selbstgewählten Räte in München. Die Etablierung des Landtags in Bamberg oder sonstwo hätte nun fraglos die Kriegserklärung an den Zentralrat in München bedeutet, sie hätte die Mobilmachung der Provinz gegen die Hauptstadt zur Folge gehabt, und wer die Stimmung in Bayern kennt, weiß, wie die Sache ausgegangen wäre. Die klügeren Schüler Eisners, wie Fechenbach, haben es den Räten sehr deutlich gesagt, daß München nicht Bayern und daß München in vierzehn Tagen auszuhungern sei. Sie wissen genau, daß das Rätespiel in München eine Vergewaltigung des Landes durch die Hauptstadt ist, der sich allenfalls noch eine Industriestadt, wie Augsburg, anschließt, hinter der aber die Provinz nicht steht. Vor dieser Kriegserklärung an den Zentralrat, die den Bürgerkrieg hätte einleiten können, aber scheuten sich die Mehrheitssozialisten. Darum suchten sie nach einer anderen Lösung der Krisis. Und so kam dann nach eingehendsten Verhandlungen die Vereinbarung zwischen den Parteien des Landtages zustande, nach der der Landtag einzuberufen ist, eine rein sozialistische Regierung bildet, dieser auf vereinbarten Gebieten in provisorischer Weise gesetzgeberische Vollmacht erteilt, sich selbst auf die Annahme einiger wichtiger Gesetzentwürfe während dieser Tagung beschränkt und elf Ausschüsse bildet, die Gesetzentwürfe vorzubereiten und zu beraten haben (Verfassung, Rätegesetz, Lehrergesetz usw.).

Zu einer rein sozialistischen Regierung entschloß man sich, obwohl die Wahlen nur etwa ein Drittel sozialistische Stimmen erbracht haben, weil die „bürgerlichen" Parteien die ihnen angesonnene alleinige Übernahme der Regierung von sich wiesen und die Sozialisten andererseits sich vor den revolutionären Massen mit einer Koalitionsregierung nicht glaubten sehen lassen zu können. Die Übertragung beschränkter Vollmachten auf die gebildete Regierung, ein parlamentarisch ungewöhnlicher Vorgang, ist, wie betont, rein provisorisch geschehen, er darf unter keinen Umständen als ein Abweichen vom Grundsatze der Demokratie aufgefaßt werden. Der Landtag, als die vom *ganzen* Volk gewählte Vertretung, darf von seinen Rechten nichts grundsätzlich aufgeben und wird, sobald es praktisch möglich ist, zu der üblichen parlamentarischen Ordnung zurückkehren.

Was die Rätefrage betrifft, die durch Eisners Agitation in Bayern eine nicht zu leugnende Bedeutung erhalten hat, so ist für uns die Übertragung politischer Kompetenzen an die Räteorganisation vollständig ausgeschlossen. Es kann sich nur darum handeln, die Auswirkung der lebendigen Kräfte in den verschiedenen Arbeitszweigen in Organisationen zu ermöglichen, deren Form in einem besonderen Rätegesetz die eingesetzte Landtagskommission bestimmen und dem Plenum vorlegen soll. Auf der einen Seite erscheint der Zentrumsvorschlag (Helm-Schlittenbauer) der Schaffung einer berufsständischen Kammer neben dem Parlament, auf der anderen die Bildung von Organisationen einzelner großer Berufsstände, der Arbeiter und Bauern zur Beratung und Vertretung ihrer eigenen berufsständischen Interessen in Berufskammern.

Mit einer rein ablehnenden Haltung zu dem in die Massen geworfenen Rätegedanken kommen wir jetzt nicht aus. Die Vorwürfe, die von den Räteanwälten gegen den parlamentarischen Betrieb erhoben werden, dürften freilich in ganz kurzem auf den Rätebetrieb zurückfallen. Zur „Schwatzbude" wird der berufsständische Rat genau so wie der parlamentarische. Das zeigen ja jetzt die wochenlangen Verhandlungen des bayrischen Rätekongresses oder des Münchener Arbeiterrates, die auf einem Niveau stehen, über das der bürgerliche Reichstag der Vergangenheit sich wie der Berg aus der Ebene erhebt. Und auf fruchtbare neue Gedanken und praktische Vorschläge aus diesem vom „Volk" allein, d. h. von den Arbeitern gewählten Gremium heraus warten wir schon lange vergebens. Aber immerhin, man wird versuchen müssen, die unzweifelhaft im Volk vorhandenen zahlreichen Kräfte zur Mitarbeit heranzuziehen, was das heutige parlamentarische System allein nicht möglich macht. Wogegen wir uns aber auf das schärfste und grundsätzlich wenden, das ist die Verletzung der Demokratie durch die beabsichtigte Ersetzung des vom ganzen Volk gewählten Parlaments durch eine Rätevertretung, die allein auf dem Wahlrecht ausgewählter bevorzugter Stände, der Arbeiter und höchstens noch der Zwergbauern beruht, bei der alle anderen Stände, einerlei wie viele und wie entscheidende Arbeit für die Volksgemeinschaft sie leisten, grundsätzlich als „Ausbeuter" ausgeschlossen sind. Wir sind den Junkerstaat mit seinem Klassenparlament los, wir danken für ein neues Klassenwahlrecht, das uns im Namen des kommunistischen Sozialismus präsentiert werden soll.

Ludwig Herz / Urabstimmungen

I. Geschichtliches.

§ 51 des ersten Entwurfs der künftigen Reichsverfassung enthielt folgenden Satz:

Nach Ablauf von fünf Jahren nach dem Inkrafttreten dieser Verfassung bedarf jede Verfassungsänderung der Bestätigung durch eine Volksabstimmung.

Der der bayerischen Nationalversammlung vorzulegende Verfassungsentwurf bestimmt, daß eine Volksabstimmung stattfinden muß, wenn die Nationalversammlung und die Regierung sich über die neue Verfassung nicht einigen können.

Geplant ist für die Reichsverfassung eine Bestimmung, daß bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsrat und Reichstag eine Volksabstimmung entscheiden kann, wenn der Reichspräsident es für angemessen hält; ferner soll der Reichspräsident durch eine Volksabstimmung seines Amtes entsetzt werden können.

Digitized by Google

Diese Vorschläge, die eine endgültige Entscheidung dem Volke selbst, nicht seinen gewählten Vertretern zuschieben, beruhen auf einer Auffassung der Volkssouveränität, die in einigen wenigen Staaten und von einer Minderheit von Wissenschaftlern als richtig angesehen wird, von den Demokratien der meisten Staaten aber bisher abgelehnt worden ist. Für das deutsche Bewußtsein wird mit ihnen ein vollkommen neuer und so ungewohnter Weg beschritten, daß es erforderlich ist, das Problem der Urabstimmung durch das Volk selbst gründlich zu prüfen.

Die Volksgesetzgebung durch die Volksgemeinde steht am Anfang der Geschichte aller Völker. Die Griechen, die Römer kannten sie, nicht minder aber die germanischen Völker.

Die Gauversammlungen (das gebotene, ordentliche und das ungebotene, außerordentliche Ding / Thing) geben die Gesetze und sprechen Recht. In dem ausgedehnten und zentralisierten Reich der Angelsachsen wird bald aus ihnen der Witagenot, die Versammlung der Wissenden, der Keim des Parlaments. Auf dem Kontinent verkümmern die Volksrechte, es bilden sich die ständischen Systeme, Geistlichkeit, Ritterschaft und Städte-, seltener Bauernschaften, deren Bedeutung aber durch das Anwachsen des fürstlichen Absolutismus immer weiter heruntergedrückt wird. Die alte germanische Volksfreiheit hält sich nur vereinzelt in nordwestlichen und einigen bayerischen Bauerngegenden und in der Schweizer Eidgenossenschaft.

Die französische Revolution schwankte zwischen der direkten Volksgesetzgebung, die den Grundsätzen Rousseaus, den sie als ihren geistigen Vater ansah, entsprach, und dem in England praktisch erprobten Vertretersystem. Allerdings eine Versammlung des ganzen Volkes war undenkbar. Die zweite Verfassung von 1793, die erste nach der Vertreibung des Königs, fand folgenden Ausweg. Die Gesetze werden von dem gesetzgebenden Körper oder einer gewählten Vertreterversammlung vorgeschlagen. Das vorgeschlagene Gesetz wird an alle Gemeinden der Republik geschickt. Wenn in dem nun eine größeren Teile der Departements 40 Tage nach Einsendung des vorgeschlagenen Gesetzes ein Zehntel aller regelmäßig von ihnen gebildeten Urversammlungen nicht Einspruch eingelegt hat, so wird der Entwurf Gesetz. Wenn Widerspruch erfolgt, müssen die Urversammlungen einberufen werden, die aus mindestens 200, höchstens 600 Bürgern bestehen. Diese stimmen mit Nein oder Ja. Schon die Verfassung von 1795 schafft dieses System ab und führt das reine Vertretersystem ein.

Mit entschiedenem Unwillen wiesen dagegen die kleinen demokratischen Kantone der Schweiz das Vertretersystem von sich, als es bei ihnen eingeführt werden sollte. Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug und Glarus — der klassische Boden altschweizerischer Freiheit —, auch Toggenburg, Rheintal, Gaster, Appenzell und St. Gallen verbanden sich zur Verteidigung ihrer bestehenden Rechte mit Gut und Blut.

Noch heute haben einige ganz kleine Kantone der Schweiz keine Volksvertretung, sondern nur Urversammlungen. Aus diesen Volksabstimmungen entwickelt sich zuerst in den einzelnen Kantonen, dann auch für den Bund selbst das Referendum und später die Volksinitiative.

Das Referendum bedeutet folgendes: Wenn eine bestimmte Anzahl von Bürgern — in der Schweiz 8 Kantone oder 30 000 Wahlberechtigte — es verlangt, muß ein Gesetz der Urabstimmung unterbreitet werden; die Volksinitiative ist das Recht des Volkes, Gesetze vorzuschlagen; in der Schweiz, wenn es von 50 000 Bürgern verlangt wird. Ähnlich geht die Entwicklung in vielen Bundesstaaten der Union, für die Vereinigten Staaten selbst besteht die Einrichtung noch nicht. Noch häufiger sind Referenden und Initiativen in den Gemeinden, sie finden sich in gewisser Form auch in England. Für den Staat kennt England das Referendum nicht, obwohl bereits im zweiten Drittel des 16. Jahrhunderts der Puritaner Buchanan, der zu den Monarchomachen zu zählen ist, die von der Gewissensfreiheit ausgehend, die Volkssouveränität fordern, eine unmittelbare Mitwirkung des Volkes verlangt hat. Er verlangte, daß die Gesetze, nachdem sie nach alter Sitte von der gewählten Körperschaft beschlossen sind, dem Urteil des Volkes unterbreitet werden.

In der letzten Zeit hat diese Frage in England eine eigenartige Entwicklung genommen. Ich folge dabei den Ausführungen von Lowell, Die englische Verfassung. Das Haus der Lords kommt mit der Behauptung, daß die Regierung sich nicht in wirklicher Übereinstimmung mit der Verfassung befinde, eine Auflösung des Unterhauses erzwingen. Im Jahre 1909 lehnte das Oberhaus die große Finanzreform Lloyd Georges ab und nahm den Antrag an, daß das Haus sich nicht für berechtigt halte, vor Erhebung der Meinung des Landes dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Infolge dieses Widerspruchs wurden die Rechte des Oberhauses energisch beschnitten. Das Haus der Lords wollte auf die Ablehnung von Finanzgesetzen verzichten, forderte aber bei Meinungsverschiedenheiten eine gemeinschaftliche Sitzung; für den Fall, daß die Angelegenheit von weittragender Bedeutung sei und dem Urteile des Volkes noch nicht hinreichend unterbreitet sei, verlangte es ein Referendum.

So steht es wenigstens in der mir allein zugänglichen deutschen Übersetzung; daß damit eine Urabstimmung gemeint ist, scheint mir wahrscheinlich, denn die Liberalen entgegneten, ein Referendum sei unbrauchbar, kostspielig und würde lediglich gegen liberale Gesetze angewendet werden, es würde das Verantwortlichkeitsgefühl zerstören und die Repräsentativverfassung untergraben.

Nach der Neuordnung von 1919 machte das Haus der Lords folgenden Vorschlag: Gesetze, die das Bestehen der Krone oder der protestantischen Erbfolge berühren, ein Bundesparlament oder eine Bundesvertretung in Irland, Schottland, Wales oder England einführen oder eine Frage von großer Bedeutung aufwerfen, über die das Volk noch nicht sein Urteil abgegeben hat, können über das Haus der Lords hinweg nicht ohne Referendum Gesetzeskraft erhalten. Auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt.

Der Art nach verschieden von den bisher behandelten Urabstimmungen über Gesetze sind, wenn auch die Grenzen manchmal schwer zu ziehen sind, Urabstimmungen über Verfassungsfragen. Man verlangt, daß die Grundsätze, die die wesentlichen Rechte der Staatsbürger festlegen, durch eine Urabstimmung des ganzen Volkes gebilligt werden müssen. Dieser Gedanke ist wohl zuerst während der englischen Revolution aufgetaucht. Am 28. Oktober 1647 wurde der Versammlung des Armeerates des Cromwellschen Heeres ein von den Levellers ausgearbeiteter Entwurf einer neuen Verfassung für England vorgelegt, der später, mannigfaltig erweitert und modifiziert, dem Parlament mit der Bitte überreicht wurde, es dem ganzen englischen Volke zur Unterschrift zu unterbreiten. In diesem merkwürdigen Aktenstücke wird die Gewalt des Parlaments in ähnlicher Weise, wie es später die Amerikaner taten, als beschränkt hingestellt und eine Reihe von angeborenen Rechten aufgezählt, die nicht der gesetzgebenden Gewalt der künftigen Volksvertretung unterliegen dürfen.

Durch solche Urabstimmungen sind die Verfassungen der meisten amerikanischen Bundesstaaten beschlossen worden. Die französischen Verfassungen von 1793 und 95, die belgische Verfassung von 1813 sind durch Urabstimmung gebilligt worden, in der Schweiz muß seit 1848 jede Verfassungsänderung durch ein Referendum bestätigt werden. Zu diesen Verfassungsreferenden kann man auch das Plebiszit rechnen, das 1905 das Band zwischen Schweden und Norwegen zerschnitt.

(Fortsetzung folgt).

Paul Schubring / Französische Kunstraubpläne

Mit Betroffenheit und Unwillen hat man gehört, daß neulich eine italienische Kommission in die Wiener Hofmuseen drang und die Herausgabe von 50 Gemälden forderte, die 1866 aus Italien „geraubt" sein sollen. Und doch ist das nur ein Vorspiel und Vorgeschmack von ganz anderen Plänen, die die Franzosen — nicht nur ihre unverantwortliche Presse — seit Monaten propagieren. Es geht nicht länger, diese Dinge als überhitzte Beutegier zu belächeln und den Kopf in den Sand zu stecken; denn die Gefahr ist

Digitized by Google

tatsächlich groß, so daß wir uns mit allen Mitteln wehren müssen. Aus einer noch nicht veröffentlichten Denkschrift des Auswärtigen Amtes entnehme ich die folgenden „Vorschläge". Die Männer, von denen sie ausgehen, stehen in halbamtlichen Stellungen und arbeiten mit einem großen Apparat der musealen und wissenschaftlichen Institute. Frankreich hat sich seit den Tagen Napoleons I. so sehr vertraut gemacht mit dem System der Kunstbeutepolitik, daß man sich nicht wundern darf, daß man jenseits des Rheins den Augenblick wieder für gekommen glaubt, die Sammlungen des Louvre um ein beträchtliches zu vermehren. Man sucht allerlei Rechtsgründe aus zerstörtem und geraubtem Kunstbesitz der vom Krieg verheerten Landstriche abzuleiten. Unsere offizielle Denkmalschutzpflege hat da gerettet, was zu retten war; aber natürlich ist vieles verschwunden, nicht nur im Feuer der Granaten. Es ist verständlich, wenn die Franzosen erschüttert auf diese Ruinenwelt und die verwüsteten Schlösser starren und nachdenken, wie sie Verlorenes ersetzen können. Aber blicken wir Deutschen nicht seit 250 Jahren auf die Ruinen, die Mélacs fürchterliche Banden in Süddeutschland hinterlassen haben? Ist nicht das eine Heidelberger Schloß eine Klage ohnegleichen? Wer will uns weismachen, daß sie eine militärische Notwendigkeit gewesen? Oder ein anderer Punkt: Wie viele Gemälde besitzt der Louvre aus Napoleons großzügigem Kunstraub, die 1815 nicht zurückgegeben worden sind? Und ist nicht der Transport der Elgin marbles von der Akropolis Athens in die Dunkelkammern des britischen Museums auch ein Kunstraub gewesen, selbst wenn der Fremde ausgestellt war und das Geld bezahlt ist? Das ganze South-Kensington-Museum in London ist schließlich ein einziger riesiger Beutezug des englischen Geldes in den wirtschaftlich von ihm bezwungenen Weltgegenden.

Wir wollen das nicht, aber wir verlangen, daß bei einem voraussichtlich siegreichen Kriege die gleiche großzügige Rechnung aufgemacht wird. Wenn eine Stadt von vorn und hinten beschossen wird, so kann es auch in ihrem Museum nicht so sauber zugehen wie in Gretchens Stube. Die Franzosen aber rechnen uns vor: 311 Bilder besaß das Museum, 268 sind zurückgekehrt; also habt ihr 43 zu ersetzen. Das sind Milchmädchenrechnungen, und Augurren stellen sie höhnisch auf.

Der Leiter der „Gazette des beaux arts", August Marquillier, hat im „Mercure de France" schon 1915 angedroht, für jedes „geraubte" Kunstwerk müssen beim siegreichen Einmarsch in Berlin zehn Bilder aus öffentlichen Sammlungen entnommen werden. Als compensations artistiques nennt er natürlich in erster Linie die französischen Bilder der Watteau (12), Pater (37), Lancret (26) im Besitz des Deutschen Kaisers, ferner alle Bilder von Pesne, Chardin, Coypel, dazu Houdons, Adams und Pigalles Plastiken usw. Aus dem Berliner Kaiser-Friedrich-Museum wünscht der — hier noch — Bescheidene die beiden Tafeln Simon Marmions, den Etienne Chevalier von Fouquet, vier Bilder von Watteau, vier von Pesne, Le Bruns Bild des Bankiers Sabach, Maria Mancini von Mignard u. a. Aus der Münchener Pinakothek gedenkt Herr Marquillier das Porträt des Claude de France von Clouet, des Turennes von Phil. de Champaigne, des Fenélons von Vivien und des Bourdalous von Souvenet zu wählen, ferner Bilder von Le Nain, Valentin, Chardin und Boucher. Dresden soll geschont werden, da die sächsischen Truppen nicht so gewütet haben wie die preußischen und bayerischen; es darf also seine Poussins behalten — warum so zaghaft dem Fest der Flora gegenüber? —, aber Clouet und Largillière werden doch eingefordert. Karlsruhe soll seine Chardins, Kassel seinen Poussin, Braunschweig Bilder von Claude, Poussin, Vanloo und Simon Vouet, Schwerin seinen Poussin und die Bilder Oudrys hergeben — schließlich wird auch Wien eifrig gemustert.

Beschränkte sich Marquillier bisher auf französische Meister und Bilder — ohne sich im mindesten darum zu bekümmern, auf welche Weise die Tafeln in deutschen Besitz gelangt sind —, so wird er, begeistert vom eigenen Beutezug, von Artikel zu Artikel immer kecker und überlegt, welche Bilder aus Deutschland wieder in ihre ursprüngliche Heimat zurückgebracht werden könnten, um ein schönes, heute gestörtes Ensemble wieder zu rekonstruieren. Wäre es nicht charmant, wenn Berlin und München seine Flügelbilder von Dick Bouts wieder an St. Peter in Löwen zurückgäben, wo die Mitte ach so verwaist dasteht? Frankfurt darf seine Flémalle-Bilder nicht behalten, weil sie für die Geschichte der altniederländischen Malerei sehr wichtig sind. Auch sollen Berlin und Wien die Leda Correggios und Bennen. Cellinis Salzfaß nun endlich herausrücken. — Der unermüdliche Accapareur hat aber noch einen dritten Gesichtspunkt. Er kennt die Lücken des Louvre und rät, den kostbaren Augenblick zur Komplementierung nicht zu versäumen! So sollte Berlin der Dürerwand des Louvre aufhelfen mit der Zeisigmadonna und dem Holzschuher (sic!), von Altdeutschen sind ferner Hans v. Culmbach, Cranach und Altdorfer tributpflichtig. Ferner leiht Herr Marquillier Rembrandts Anelo und das Porträt des Bruders im Helm, die Dame mit dem Perlenhalsband von Jan van der Meer, das Konzert von Terbosch, aber auch den ganzen Pergamonfries, den betenden Knaben — an die archaische Göttin hat er gerade nicht gedacht. Auch beim Kasseler Museum beweist Marquillier keinen schlechten Geschmack: da sei eine Ruinenlandschaft von Rembrandt, Jacobs Segen von demselben, Bilder von Frans Hals und Jordäus werden sachverständig ausgewählt. Karlsruhe darf seine Kreuzigung Grünewalds abgeben, München soll die vier Apostel Dürers (!), den Oswald Krell, die Schlacht von Arbela von Altdorfer, den Marientod von M. Schaffner, den David von Strigel, den Johannes auf Pathmos von Burgkmair, die Schlacht von Alesia von Feselen und die Kirchenväter Pachers herausrücken. Augsburg, Stuttgart, Frankfurt, Darmstadt, Köln, Leipzig, Dresden, Budapest werden weiter berücksichtigt. „Cette liste pouvrait naturellement être allongée sur les indications de la direction de nos musées nationaux . . . ."

Alle diese Forderungen hat Herr Marquillier nicht etwa nach dem Waffenstillstand aufgestellt, sondern mitten im Krieg, als unsere Heere in West und Ost tief in Feindesland standen. Naive Gemüter haben wohl gemeint, wir hätten in den vier Jahren soviel wie möglich rauben sollen, dann hätten wir jetzt genug zurückzugeben. Zur Ehre des viel beschmutzten deutschen Namens sei es gesagt, daß in all den Jahren, auch in der stärksten Kriegspsychose, sich bei uns — eine Entgleisung von Emil Schaeffer ausgenommen, die aber von Bode sofort gebührend zurückgewiesen wurde — kein einziger Museumsmann oder Journalist für einen Kunstraub und die Beutepolitik in Bildern ausgesprochen hat. Daß in Frankreich und Belgien der Siegestaumel auch auf unserem Gebiet alle Schranken der Leidenschaften durchbrechen würde, war beinahe zu erwarten. Ein der Royal Society of arts in London vom belgischen Museumsdirektor Paul Lambotte eingereichter Vorschlag forderte als Entschädigung für zerstörte belgische Städte: die Flügel des Genter Altars von den van Eyck, einige Breughels aus Wien, und einen dortigen Rubens, der „für Brüssel gemeldet worden sei"; dann von Frankfurt die Bilder des Meisters von Flémalle. Aus München, Dresden, Kassel sollen nicht nur Gemälde und Skulpturen, sondern auch Teppiche, Holzschnitzereien und Möbel gesandt werden. Der Lehrkörper der Universität Brüssel und Henry Kervyn de Lettenhove haben den Gedanken solcher Kompensationen noch weiter ausgeführt. Frankreich ist eifrigst gefolgt und auf Anregung von A. Deville, des Präsidenten der „Commission des Beaux arts de la ville de Paris" soll die französische Kammer bereits ein derartiges Kompensationsgesetz angenommen haben.

Ich bin mit Absicht ausführlich in den Listen gewesen; denn es handelt sich um eine großzügige Beutepolitik, die keinen Anstand, keine Würdigung der Situation kennt, sondern einfach das resolute Zugreifen im günstigen Augenblick empfiehlt. Wir haben ja genug „Realpolitiker" in Deutschland, die solches Gebaren eigentlich nur billigen können. Werden sie in diesem Falle nicht einsehen, daß die Saat des Hasses und der Vergiftung unendlich viel verhängnisvoller ist als der momentane Gewinn? War es ein Unrecht, daß wir die Bilder Poussins und Claudes, Watteaus und Paters, Millets und Manets liebten und sie auf völlig legalem Wege in unsere Museen und Privatsammlungen brachten? Was hat damit

Digitized by Google

das Schicksal zu tun, das Löwen und Chateau le Coucy zerstört oder beschädigt hat? Ist der Besiegte verpflichtet, die Lücken des Louvre zu ergänzen? Hat Deutschland nicht bewiesen, daß es in der Museumspflege den Vergleich mit allen europäischen Ländern aufnehmen kann? Und nun soll der Zufall des Sieges — denn ein Zufall ist und bleibt es — den Gegner berechtigen, eine Kulturarbeit zu zerstören, deren Segnungen auch der Franzose dankbar in Jahrzehnten miterlebt hat. Oder wäre die Bibliothèque Doncet in Paris je zustandegekommen, wenn es keine deutsche Archäologie und deutsche Kunstwissenschaft gegeben hätte? Wir haben dankbar die Gastfreundschaft dieser edlen Stätte genossen; aber wir haben dort auch ernsthaft gearbeitet und durch Leistungen des Kopfes uns unseren Arbeitsplatz verdient. Jetzt appellieren wir an die Fachgenossen, mit denen wir in glücklicheren Tagen fruchtbarsten Austausch hatten, daß sie in ihrem Land den Geist des Anstands und des Respekts auch vor dem Besiegten wieder beleben mögen. Es gibt ungeschriebene Gesetze, die nicht von der Macht, auch nicht von der Klugheit, sondern vom Anstand formuliert sind, und die bisher zwischen den Männern der Wissenschaft und Kunst für selbstverständlich galten. Nicht nur die Niederlage von 1918 ist eine Tatsache, sondern auch die Geschichte des deutschen Geistes und der deutschen Seele von den Tagen Karls des Großen an, und zwar eine viel größere. Assyrer-Methoden sind heute nicht mehr möglich; wir wohnen zu nahe aufeinander, und exekrieren lassen sich 80 Millionen Menschen nicht. Also denken wir an die Zeiten, in denen wir wieder gegenseitig das austauschen werden, was der andere nicht hat. Bilder sind nicht geeignet, vergossenes Blut zu ersetzen.

Naumann / Geduld!

Den großen Schicksalsschlägen gegenüber hilft Ungeduld gar nichts. Ob wir zittern, zagen, klagen oder zürnen, ob wir uns und andere quälen, so hat die Verworrenheit der Dinge ihre eigenen Entwicklungsgesetze, die uns verborgen sind wie die Bodengestaltung eines Landes, in dem noch keiner von uns jemals gewesen ist. Was wissen wir von der Zukunft unseres Volkes, was wissen wir überhaupt? Unser eigenes kleines Leben ist verwoben in tausendfältiges unglaubliches Ringen. Weniger als jemals gilt das Wort, daß jeder seines Glückes Schmied ist. Wie der Soldat in den dunklen Gräben, wartet die ganze Bevölkerung auf das Unerhörte und lauscht aufmerksam, aber fast hilflos auf jedes einzelne Geräusch in der langen Nacht. Mit dem Propheten fragen wir: Hüter, ist die Nacht bald hin? Das sind Prüfungszeiten der Seelen. Wer ist stark genug, im Allerinnersten ruhig zu bleiben? Nur derjenige kann es sein, der auch jetzt, um mit Schleiermacher zu reden, das Gefühl der unbedingten Abhängigkeit nicht verloren hat, jenes Vertrauen zur Gottheit, das auch im Unglück noch Licht sieht und ewige Ziele vermutet, wo kein Verstand sie erkennt. Das Zutrauen zum Unerkannten ist nichts, worüber man disputieren kann, aber es enthält eine Kraft der Lebenserhaltung, die von unbezahlbarem Werte ist. Aus diesem Vertrauen erwächst die Geduld, das stille Abwarten ohne Verzweiflung. Geduld!

Büchertisch

Ludwig Rosselius gegen Heinrich Vogeler. Kommunismus? Kommissionsverlag H. M. Hauschild, Bremen 1919.

In den Tagen, wo in Bremen mit der Gewalt der Waffen ein Entweder—Oder für die Zukunft der alten Hansestadt entschieden wurde: Zertrümmerung und Bolschewismus oder Aufbau und Ordnung, erschien ein Bremer Buch, das ein starkes Dokument von geistigen Kämpfen der letzten Monate ist. Sein Mittelpunkt ist die Gestalt des bekannten Bremer Großkaufmanns Ludwig Roselius; alles andere, was es enthält, sind von seinem [illegible] geweckte Stimmen. Als noch das unglückliche Ende des [illegible] wie eine Lähmung auf allen Lebensgebieten lag, stieß die [illegible] volle Aktivität von Roselius mit einer Reihe umfassender [illegible] licher und politischer Artikel, die zum Teil in der „Weser-Ze[illegible] zum Teil außerhalb erschienen, eine Tür auf, hinter der [illegible] Zukunft, Wiederaufbau, — zunächst noch nicht sah, aber [illegible] Sie waren zunächst ein leidenschaftliches Ringen um einen [illegible] Stützpunkt im Chaos des Werdenden. Indem wir das vorl[illegible] Buch lesen, das unter anderen auch diese Veröffentlichungen [illegible] hält, werden wir Zeugen davon, wie nach und nach sich [illegible] Verfasser eine sichere Basis der Voraussetzungen für [illegible] Zukunftswirtschaft gestaltet. Es kommt zu einem fest umrissenen klaren Bild des wirtschaftlichen Neubaues Deutschland, wie ihn ein Sozialist, der die Freiheit des Individualismus in die Vergesellschaftung hinüberretten und dort zu neuen Werten umprägen will, vor Augen sieht. Was auch die Zukunft bauen mag, der Beweis muß erbracht werden, daß Grundlage für jede Arbeit der Gedanke ist: „Menschenrecht geht vor Geldesrecht". Nicht Parteien haben wir notwendig, sondern ein Arbeitsprogramm, zu dem sich das ganze Volk in freudiger Mitarbeit zusammenfindet ... Roselius steht in wesentlichen Punkten im Gegensatz zu Rathenau, den er ein Lehrbeispiel nennt „für die Segnungen eines gut angewandten Kapitalismus; er möchte das von ihm erkannte Gesetz allen geben, während es werden muß" ... Die veröffentlichten Zustimmungen und Widersprüche, die des Verfassers Stellungnahmen zu den Problemen und Geschehnissen des letzten Jahres gefunden haben, geben dem Buch das gesteigerte Leben einer von den Tatsachen des unglücklichen Kriegsendes und der Revolution befruchteten Äußerung aller Klassen der deutschen Gesellschaft, die einzig dasteht. Großindustrielle verschiedener Richtungen kommen zu Wort, Industriearbeiter, Gelehrte, Frauen, Künstler. Einer der interessantesten Teile der Sammlung ist der Briefaustausch des Verfassers mit dem bekannten Worpsweder Maler Heinrich Vogeler, diesem Kommunisten dem Geiste nach. In schärfstem Widerspruch zu Wesen und Meinung des anderen hat hier jeder dieser beiden, gesteigert noch durch den Umstand der sie persönlich eng verbindenden Freundschaft, den stärksten Ausdruck aus dem anderen herausgeholt. Die Gestalten der beiden wachsen in dem Buch weit über das Maß des Rurpersönlichen hinaus; alles neben ihnen wird mehr oder weniger Ergänzung; sie stehen wie Eckpfeiler da, zwischen denen die Kampflinie unseres ganzen Volkes in der Gegenwart gespannt ist. Unsere geistige Zukunft steht auf dieser Linie. S. D. Gallwitz.

Briefkasten

Für Baltenhilfe gingen ein: J. H. in G. 40.— M.
Für Kriegsblinde gingen ein: F. R. in A. 13 Bücher.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, beide z. Z. Weimar.

Geschäftliche Mitteilungen

Hochschule für kommunale und soziale Verwaltung Köln. Das Vorlesungsverzeichnis für das Sommerhalbjahr 1919 ist erschienen. Der Lehrplan umfaßt insgesamt 63 Vorlesungen und Übungen in 108 Wochenstunden. Neu hinzugekommen sind u. a. die Vorlesungen über Einführung in die Rechtswissenschaft, Grundzüge der Rechtsphilosophie, staats- und völkerrechtliche Gegenwartsfragen, die wirtschaftlichen Unternehmungen der Städte sowie das Seminar für wissenschaftliche Politik.

Die Vorlesungen und Übungen beginnen am 28. April.

Städt. Handelshochschule Köln. Das Vorlesungsverzeichnis für das Sommerhalbjahr 1919 (Beginn 28. April) ist erschienen. Es umfaßt insgesamt 188 Vorlesungen und Übungen in 329 Wochenstunden. Unter den 39 abendlichen öffentlichen Vorlesungen, die außer den Studierenden auch weiteren Kreisen Gelegenheit zur Vertiefung ihrer Allgemeinbildung bieten, befinden sich eine Anzahl von Vorlesungen, die sich hauptsächlich mit Problemen der Gegenwart, wie Sozialisierung, Völkerrechtsfragen, Tagesfragen der Wirtschaftspolitik usw. beschäftigen.

17. April 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis im Buchhandel 4 M., beim Postamt 4,12 M., unter Kreuzband 4,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 4,26 M., ins Ausland 5 M. Soldatenausgabe 1,50 M. Einzelhefte 40 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW.40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8683.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 16

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 60 Pfennig. Einfache Beilagen: Tausend 15 M. Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Gertrud Bäumer:** Heimatchronik. — **Univ.-Prof. Dr. Heinrich Gerland:** Die akademische Jugend und die heutigen Verhältnisse. — **Amtsgerichtsrat Dr. Ludwig Herz:** Urabstimmungen. — **Professor Dr. Karl Doormann:** Steuerpsychologie. — **Gertrud Bäumer:** Bürgerliche Kultur. — **Oswald Riedel, Mitglied der preuß. Landesversammlung:** Sozialpolitik im neuen Deutschland. — **Dr. Gerhard Schulze:** Die Trennung von Staat und Kirche in den Verhandlungen der Frankfurter Paulskirche 1848. — **Margarete Grethen:** Ostern. — **Naumann:** Auferstehung?

Naumann / Kriegschronik

Sonntag, 6. April.

Die „Vossische Zeitung" bringt Beschreibungen des jetzigen ungarischen Zustandes: In Ungarn arbeitet augenblicklich niemand. Die Zentralregierung ist nur für Budapest und Umgebung maßgebend, die Bebauung des Landes wird vernachlässigt, es herrscht großer Mangel an Rohstoffen. Durch die Enteignung der Bürger wurde eine neue Schicht von Proletariat gebildet. Die Folge wird sein, daß die Bevölkerung der besetzten Gebiete sich mit Vergnügen von Ungarn lostrennen wird. Denn in den besetzten Gebieten leben die Bewohner gesichert und in Ordnung und haben gar keinen Grund, sich nach einem bolschewistischen Vaterland zurückzusehnen. Dem Grafen Karolyi ist es gelungen, Ungarn völlig zugrunde zu richten. Die Entente hat den englischen General Smuts nach Ungarn entsandt. Die ungarländischen Ruthenen melden ihre Zugehörigkeit zum tschechischen Staate an.

Der Reichswirtschaftsminister Wissell hielt vor der Hamburger Handelskammer eine Rede, in der er über den deutschen Außenhandel sprach. Bei wieder freigegebenem Spiel der Kräfte wird es wohl möglich sein, Lebensmittel und Verbrauchsgüter an den Markt zu bringen. Damit wird aber auch unser letzter Kredit verbraucht, und wir behalten keine Mittel mehr übrig für den Bezug der notwendigen Rohstoffe, die wir für unsere Arbeit brauchen. Man kann den freien Einfuhrhandel nicht schrankenlos sich betätigen lassen, sondern es ist eine Außenhandelskontrolle notwendig. Wir können zunächst nur so viel Rohstoffe einführen, als absolut notwendig sind. Soweit Privatkredit im Auslande zur Verfügung steht, soll er in vollem Umfange ausgenutzt werden. In engstem Zusammenhang mit der Knappheit an Zahlungsmitteln steht unsere schlechte Valuta; auch diese gebietet, daß jede entbehrliche Einfuhr unterbleibt. Bei der Einfuhrkontrolle soll aber an die Stelle bureaukratischer Behandlung wirtschaftliche Selbständigkeit gesetzt werden. Es soll der Handel mit Kolonialwaren nicht von Berlin, sondern von Hamburg aus geleitet werden. Der Vorsitzende der Handelskammer, Witthoefft, dankte dem Minister, verschwieg aber nicht, daß seine Rede manches enthalte, was der Hamburger Kaufmann bekämpfen müsse. Ein Zuviel an Zwang würde die Kaufleute zur Auswanderung bewegen.

Montag, 7. April.

Fast möchte man sagen, daß Bayern jetzt in die Kriegschronik hineingehört, da nämlich die gegenwärtige Münchener Regierung ihre angenehmen Beziehungen zur deutschen Reichsregierung abgebrochen hat. Solange aber freilich außerdem noch eine andere und vielleicht auch schon wieder eine allerneueste bayerische Regierung vorhanden sind, wollen wir diesen niederdrückenden Teil gegenwärtiger Geschichte der Heimatchronik überlassen. Im allgemeinen werden die Interessen von den inländischen Revolutionsvorkommnissen so stark in Anspruch genommen, daß viele Leute gar kein volles Gefühl dafür haben, daß noch immer die ganze Zukunft des deutschen Volkes auf dem Spiele steht. Die Münchener Revolution wird von Ungarn und von Rußland aus angejubelt.

Aus England liest man Mitteilungen über ein Gespräch mit Lloyd George, in dem er sich für Mäßigung gegenüber dem besiegten Deutschland ausspricht, aber hinzufügt: es werden für uns immerhin einige wertvolle Stücke zutage kommen. Man nimmt an, daß diese Worte sich auf außereuropäische Gebiete beziehen.

In Paris finden bedeutsame Protestkundgebungen statt gegen die Freisprechung des Mörders von Jaurès', Villain. Anatole France schreibt: „Der Mörder Jaurès' ist für nichtschuldig erklärt worden. Arbeiter! Jaurès hat für euch gelebt, ist für euch gestorben. Ein ungeheuerliches Urteil hat erklärt, daß die Ermordung Jaurès' kein Verbrechen war. Dieser Urteilsspruch schafft für euch und alle, die eure Sache verteidigen, einen Zustand der Gesetzlosigkeit. Arbeiter, seid auf eurer Hut!"

Dienstag, 8. April.

Vom deutschen Auswärtigen Amt gehen Veröffentlichungen aus, in denen mehr oder weniger damit gedroht wird, daß Deutschland sich mit dem bolschewistischen Rußland vertragen wolle, wenn es keine gleichberechtigte Aufnahme im Völkerbund findet. Der Bolschewist Lenin ist trotz seiner anerkannten politischen Häßlichkeit von beiden Seiten umworben. Denn auch die Engländer möchten gern den Krieg in Rußland los werden, insbesondere, nachdem neuerdings die Truppen der Entente nicht ganz freiwillig Odessa verlassen haben sollen. Deutsche und Engländer wollen aber im Grunde nur dann mit Lenin gemeinsam arbeiten, wenn er hochfeierlich verspricht, außerhalb seines eigenen Landes keine bolschewistische Ideenpropaganda treiben zu wollen. Was aber würde ein derartiges Versprechen helfen, selbst wenn es abgegeben wird? Wir vergessen nicht, daß im Frieden von Brest-Litowsk der etwas ungewöhnliche Satz stand, daß jenseits der Landesgrenzen die Propaganda aufhöre. Wir behalten aber ebenso im Gedächtnis, in welcher Weise sich während der Geltung dieses Satzes die russische Botschaft in Berlin verhalten hat. Lenin und seine Leute werden niemals äußere und innere Politik voneinander trennen und werden den am meisten ruinieren, dessen Bundesgenossen sie sind.

Bei den Pariser Beratungen über eine möglichst hohe Entschädigungssumme, die für zerstörte Werte von den Deutschen bezahlt werden soll, scheint die Phantasie der Franzosen und Belgier sich blühend zu entfalten. So wird beispielsweise mitgeteilt, daß die Verwaltung der französischen Nordbahn erklärt hat, es seien 1186 Brücken im Gesamtwert von 2½ Milliarden zerstört worden. Nach den Feststellungen deutscher Sachverständiger sind aber an der Nordbahn nur 45 Brücken vorhanden, während

Digitized by Google

es sich im übrigen nur um kleine Wasserdurchlässe handeln kann. Die Wiederherstellung dieser Dinge erfordert nach deutscher Auffassung 300—400 Millionen, so daß nur ein geringer Teil der feindlichen Forderungen als berechtigt angesehen werden kann.

Mittwoch, 9. April.

Über Rotterdam hört man Verschiedenes von den Pariser geheimen Verhandlungen. Man müsse sich, so heißt es, darauf vorbereiten, den Abschluß des Friedens noch nicht bald zu erleben, da zu den bekannten bisherigen Schwierigkeiten neue Meinungsverschiedenheiten über die Besetzung des linken Rheinufers gekommen seien. Die Zahl der Truppen, die für eine Besetzung nötig sind, wird auf 200 000 geschätzt. Für die Bezahlung dieser Truppen wird Deutschland belastet, aber es fragt sich, welche Nation auf Jahre hinaus die 200 000 Mann zu stellen hat. England und Amerika haben keine Neigung, ihre Landeskinder dazu zu verwenden, weil ihnen an der Besetzung des linken Rheinufers nicht soviel liegt. Ob aber die Franzosen für sich allein den Besetzungsdienst übernehmen können, ist eine innerpolitische Frage. Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, daß sowohl Italiener wie Südslawen innerhalb der ersten Serie des Friedens behandelt werden wollen, da sie das wahrscheinlich richtige Gefühl haben, daß nach einem Frieden der Großmächte mit Deutschland die adriatischen und balkanischen Fragen mit geringerer Sorgfalt behandelt werden. Je mehr Fragen man aber in die erste Gruppe von Friedensverträgen hineinpackt, desto mehr schiebt sich die Unterzeichnung hinaus. Die Pariser Zeitung „Journal" geht sogar noch einen kleinen Schritt über das Mitgeteilte hinaus, indem sie behauptet, es sei ein Beschluß angenommen worden, wonach der Frieden mit Österreich gleichzeitig mit dem Frieden mit Deutschland unterzeichnet werden müsse, nachdem ein Schiedsspruch Wilsons zwischen Italienern und Südslawen entschieden habe. — Von Wilson kann man bald lesen, daß er gesund, bald aber auch, daß er krank sei. Es gilt das als politischer Wetterbericht.

Donnerstag, 10. April.

Es soll in Weimar bei der Nationalversammlung eine Kommission für Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen eingerichtet werden. Auch an anderen Stellen werden die Vorbereitungsarbeiten eifrig betrieben. Man versteht unter dieser Arbeit wohl kaum mehr als den Versuch, die gegenwärtigen Tatsachen des gestörten Wirtschaftslebens festzustellen. Beispielsweise wird eine gewisse Klarheit darüber zu schaffen sein, was für den Einkauf von Rohstoffen unter Anspannung des deutschen Privatkredites geschehen kann, oder welche Menge von Kleineisenwaren zur Ausführung bereitsteht, oder wie schnell der Lokomotivenbau ergänzt werden kann. Durch den Krieg ist alle vorhandene Statistik fast wertlos geworden. Wir gleichen einem Geschäft, in dem seit Jahren keine Inventur stattgefunden hat. Die verschiedenen Erwerbszweige wünschen beim Friedensschluß berücksichtigt oder begünstigt zu werden, indem ihnen entweder Einfuhr oder Ausfuhr erleichtert werden soll. Das kann man protokollieren; wer aber weiß, ob überhaupt in handelsvertragsartige Abmachungen eingetreten wird?

In diesen Tagen wurde uns eine aus Frankreich stammende Abrechnung darüber gezeigt, daß Frankreich finanziell den Krieg mindestens ebenso verloren habe wir wir. Der Fehlbetrag der Volkswirtschaft wurde auf 180 Milliarden Franken angegeben. Das ist im Verhältnis zur französischen Bevölkerung sicherlich ebenso hoch wie das Defizit der deutschen Kriegswirtschaft. Nun fragt es sich, ob es den Franzosen gelingt, aus Deutschland so viel herauszupressen, daß der französische Konkurs vermieden werden kann. Natürlich ist im Durchschnitt der Franzose geneigt, vom Deutschen zahllose Milliarden zu verlangen. Sobald er aber diese Milliarden verlangt, tritt die deutsche Zahlungsunfähigkeit ein, und den Franzosen ist wiederum nicht geholfen. Er muß uns leben lassen, wenn er selbst leben will. Ein so schwieriger Gedankengang aber wird einem so aufgeregten Volke, wie es das französische ist, nur schwer beigebracht.

Freitag, 11. April.

Der französische Ministerpräsident Clemenceau hat auf eine Anfrage, in welcher Form die Friedenspräliminarien der Kammer vorgelegt werden würden, geantwortet, daß die Friedensverträge, um endgültig zu sein, beiden Kammern des französischen Parlaments zur Abstimmung vorgelegt werden müssen. Keinerlei Gebietsveränderung könne ohne Erlaß eines Gesetzes erfolgen. Die Friedenspräliminarien würden ein einheitliches Ganzes sein, das von der Kammer als solches angenommen oder abgelehnt werden müsse. Es könne keine Rede davon sein, einzelne Bestandteile der Friedensabmachungen Sonderkommissionen zu überweisen, bevor der ganze Entwurf vorliegt. — Diese Antwort Clemenceaus entspricht ungefähr denselben verfassungsmäßigen Bestimmungen, die auch bei uns und wohl in allen demokratischen Ländern maßgebend sein werden. Das Wichtigste daran ist, daß kein Einzelbestandteil der Friedensabmachungen Gegenstand parlamentarischer Abstimmungen sein kann. Wenn das nämlich geschehen könnte, so würde sehr leicht irgendein Einzelteil abgelehnt und damit ein Zwang zu erneuter schwierigster Verhandlung geboten werden. Da wir schon bei gewöhnlichen Staatsverträgen dieselbe Methode befolgen, so kann über Rechtsmäßigkeit und Notwendigkeit dieses Verfahrens kein Zweifel bestehen. Immerhin wird die Bevölkerung aller beteiligten Länder gut daran tun, sich die Folgen dieser Rechtslage schon beizeiten zu vergegenwärtigen. Wenn von der Regierung ein Frieden vorgelegt wird, in dem etwa einzelne Landabtretungen enthalten sind, mit denen sich die Volksmehrheit nicht befreunden kann, so hat diese Mehrheit keine Möglichkeit, nur gegen die betreffenden Abtretungsparagraphen zu protestieren, sondern muß sie entweder innerhalb des Friedens annehmen oder den Frieden als solchen verwerfen. Daraus entstehen harte Zwangslagen für die einzelnen Gewissen.

Sonnabend, 12. April.

Eine Anzahl skandinavischer Professoren und Ärzte hat in Berlin, Halle und Dresden Untersuchungen über den Gesundheitszustand der Bevölkerung angestellt und daraufhin an den Präsidenten Wilson einen neutralen Bericht telegraphiert: Die Bevölkerung der Großstädte befindet sich in einem Zustande unzweideutiger Unterernährung und infolgedessen auch in einem Zustand größter Hoffnungslosigkeit, Mißmutes und Erregung. Überall findet man Personen mit einem Gewichtsverlust von etwa 20 v. H., und überall trifft man auf Mütter, die vergeblich die notwendigen Nahrungsmittel für ihre Kinder aufzutreiben versuchen. Die Markthallen stehen leer. Was man der ärmeren Bevölkerung in Massenspeisungen geben kann, spottet jeder Beschreibung. Das allgemeine Chaos ist ganz unvermeidlich. Die Tuberkulose steigt, namentlich auch bei den Kindern, in erschreckender Weise.

Nachdem schon vor einigen Tagen der Rückzug der Ententetruppen von Odessa gemeldet wurde, verlautet heute, daß der Zugang zur Halbinsel Krim von den Bolschewisten erzwungen wurde. Französische und andere Truppen befestigen sich in Sewastopol. Dort können sie sich der Toten des Krimkrieges erinnern.

Amerikanische Journalisten geben als Zeitpunkt für die Fertigstellung des Friedensvorschlages der Entente Mitte Mai an. Es ist unerhört, daß während dieser Hinauszögerung des Friedens der Blockadekrieg gegen uns weitergeführt wird!

Gertrud Bäumer / Heimatchronik

Sonnabend, 5. April.

Neue Sturmzeichen: Die Regierung entdeckt den Versuch militärische Formationen für eine Militärrevolte zum Sturz der Regierung, zur Sprengung der Nationalversammlung und Berufung der Räterepublik zu gewinnen. In Berlin wurde in einer Massenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte unter tosendem Beifall beschlossen, daß die Mehrheitssozialisten, die Unabhängigen,

Digitized by Google

Kommunisten und Spartakisten in einer gemeinsamen revolutionären Arbeiterpartei aufgehen. Ferner wurde ein Beschluß gefaßt, der sich solidarisch mit der ungarischen und russischen Räterepublik erklärt und von der bayerischen Regierung verlangt, daß sie sofort für Bayern die Räterepublik nach russischem Muster ausruft. Heute fährt eine dreiköpfige Abordnung nach München, um diese Forderung der bayerischen Regierung vorzutragen. Als Sympathiebeweis für die Räterepublik findet heute ein Generalstreik statt. An der Massendemonstration nahmen etwa 40 000 Menschen teil.

In München soll in den nächsten Tagen die Räterepublik ausgerufen werden; von den bayerischen Städten ist Augsburg mit dem Münchener Zentralrat einer Meinung. In anderen Städten und auf dem Lande wird starker Widerstand erwartet, insbesondere wird ein Generalstreik der Bürger und Bauern in Aussicht gestellt. Die Regierung wird ihren Sitz nach Bamberg verlegen und auch die gesetzgebende Nationalversammlung dorthin berufen.

Im Ruhrrevier steigt die Streikbewegung noch an und greift auf die Arbeiter über Tage über. Es wird von einer Gesamtzahl von etwa 260 000 Ausständigen gesprochen, doch ist aus den Angaben nicht erkennbar, für welche Bezirke sie gelten. Das ganze Kruppwerk ruht. In Düsseldorf ist der Beschluß gefaßt, in den Generalstreik als Kundgebung gegen die Regierung einzutreten. In Duisburg haben die Zechenarbeiter ein Ultimatum gegen die Regierung gerichtet. Werden ihre Forderungen nicht erfüllt, so werden auch die Notstandsarbeiten auf den Zechen eingestellt. Das bedeutet: Ersaufen der Zechen.

Sonntag, 6. April.

In Bayern ist die Ausrufung der Räterepublik — und damit die Auflösung des Landtags — noch heute nacht zu erwarten. Bayern — d. h. München und einige andere überrumpelte Großstädte. Nicht Nürnberg und der Hauptteil Nordbayerns. Das ist die dritte Phase; erst: Verbindung von Mehrheitssozialisten und Unabhängigen; dann: Linkssozialisten; nun steht die dritte Revolution unter dem Einfluß der Kommunisten. Zugleich bieten die Vorgänge ein Satirspiel mit der Überschrift: Das Führerproblem. Eine Fülle von reinem und unreinem Willen, Kraft, Wut, Verzweiflung, Skepsis, Idealismus hingerissen von der Führerschaft eines Schwabingertums ohne einen Funken Bewährung als die des zündkräftigen Wortes: Schaffung einer roten Garde, eines Revolutionstribunals, und Brüderschaft mit Rußland und Ungarn.

In Düsseldorf Beschluß des Generalstreiks. Im übrigen wird aus dem Ruhrrevier von einem „leichten Abflauen" des Streiks in einigen optimistischen Zeitungen berichtet.

Die Gesetzgebung arbeitet unterdessen fieberhaft, um den gärenden Wünschen im Tempo folgen zu können. Eine Kommission zur Ausarbeitung eines Arbeitsrechtes ist einberufen und beginnt ihre Arbeiten.

Montag, 7. April.

Das Kabinett hat zu Artikel 34 der Verfassung einen Abänderungsvorschlag beschlossen, der die versprochene „Verankerung der Räte in der Verfassung" verwirklicht: eine gesetzliche Vertretung der Arbeiter in Betriebsräten, Bezirksräten und einem Reichsarbeiterrat. Dieser Arbeitervertretung entspricht eine Unternehmerorganisation, die sich mit ihr in Bezirkswirtschaftsräten und einem Reichswirtschaftsrat zur Beratung sozial- und wirtschaftspolitischer Gesetzentwürfe zusammenfindet.

In Magdeburg unter Führung eines Teiles der Garnison Putsche. Verhaftung von Geiseln, unter ihnen der Minister Landsberg, der aber wieder befreit worden ist.

In München scheinen die Kommunisten die Ausrufung der Räterepublik nicht revolutionär genug zu finden, sie vielmehr mit Mißtrauen als ein Scheinmanöver der Machtbehauptung anderer Kreise anzusehen.

Die Verkündung der Räterepublik ist erfolgt. Zugleich Arbeitsruhe auf „Montag, den 7. April 1919", der damit „zum Zeichen des beginnenden Abschieds vom fluchwürdigen Zeitalter des Kapitalismus" zum Nationalfeiertag erklärt wird. „Die Presse wird sozialisiert." Dazu Erklärung eines der Führer: „Die Lügenfreiheit der Presse hört auf! Die Sozialisierung des Zeitungswesens sichert die wahre Meinungsfreiheit des revolutionären Volks." Eine Beschönigung der Zensur, die in besseren Zeiten in das Witzblatt gehört hat.

Das Generalkommando des 1. Armeekorps erklärt gleichzeitig den verschärften Belagerungszustand im Korpsbezirk.

Dienstag, 8. April.

In Berlin beginnt die Tagung des Zweiten Rätekongresses. Von 243 Delegierten entfallen auf die Mehrheitssozialisten 138, die Unabhängigen 53, die Demokraten 12, Bauernbund 3, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale und Kommunisten je einer. Bei jeder aus Wahlen hervorgegangenen Körperschaft sieht man wieder die numerische Schwäche derer, die durch ihre Gewaltpolitik Kraft und Breite vortäuschen.

Die neue Räteregierung in Bayern schleudert in fieberhaftem Tempo ihre revolutionären Beschlüsse heraus. Betriebsräte, Fachräte, Kontrollräte, Bankräte werden angeordnet bzw. neu formiert. Ein Hochschulrat enthebt an Universität und Technischer Hochschule erst einmal den Senat seiner Befugnisse und wird zum kommenden Sommersemester schon durchgreifende Neuordnungen vorbereiten. An der Universität hat ein Rat der revolutionären sozialistischen Akademiker die Verfügungsgewalt in den Händen, um ein von einem Professor aufgestelltes Hochschulprogramm durchzuführen.

Einmarsch der Regierungstruppen in Magdeburg.

Das Kabinett hat den Gesetzentwurf über die Einrichtung des Staatsgerichtshofs beschlossen.

Mittwoch, 9. April.

Bankbeamtenausstand bei der Darmstädter Bank, der in einen allgemeinen Ausstand auszumünden droht. Es handelt sich nicht um politische, sondern um reine Angestelltenfragen.

In Bayern arbeiten die neuen Männer flott weiter: Beschlagnahme aller Wohnungen, Sozialisierung der Presse, Revolutionstribunal, sofortige Vollsozialisierung des Bergbaues — alles in sehr kurzen, summarischen und mehr oder weniger pathetischen Anordnungen.

Der Wiederzusammentritt der Nationalversammlung heute steht unter dem Eindruck der Lage. Wieweit repräsentieren wir mit unserer Arbeit noch die geschichtlichen Vorgänge, die diese Bewegungen überdauernd den eigentlichen Faden zur Zukunft darstellen? Welches Maß von Gestaltungskraft geht von hier aus?

Die Etatsrede Schiffers gibt wieder einen starken Eindruck der inneren Festigkeit der wirtschaftlichen Maschine, die ihrer Natur nach Willkür und Minderheitserhebungen überdauern muß.

Donnerstag, 10. April.

In Magdeburg ist der Generalstreik beendet und nach kurzem Kampf die Ordnung wiederhergestellt.

Im Ruhrgebiet soll der Streik abflauen. Aber blutige Zusammenstöße — in Düsseldorf Kampf um den Bahnhof — dauern fort.

In Bayern organisiert sich der Widerstand gegen München. Die alte Regierung betrachtet sich als zu Recht bestehend und versucht von Bamberg aus, mit Aussicht auf Erfolg, das Land zusammenzuhalten. Die Bauern bereiten einen Boykott Münchens mit der Lebensmittelversorgung vor — ein furchtbares, in seinen sozialen Wirkungen unabsehbares Mittel.

Unterdessen regiert die neue Behörde weiter; sie beruft den Gesandten in Berlin ab, weil sie gegen die Preußische Nichtachtung der Rechte Bayerns das verteidigen zu müssen behauptet, was die Bayern in Sedan und Wörth mit ihrem Blut erkämpft haben. Man sieht, die neuen Leute haben keine Stilbedenken, auf allen Registern zu spielen, den partikularistischen wie den militaristischen. Es muß ihnen alles „zum Besten dienen".

Freitag, 11. April.

Die Etatsdebatten entfalten noch einmal die ganze Programmatik der Parteien und bieten dadurch einen neuen Durchblick auf die Frage, wieweit die auf dem Regierungsprogramm begründete Mehrheitsbildung heute noch fest ist. Dabei offenbart sich betonter

Digitized by Google

noch als damals der Gegensatz sozialpolitischer und politischer Auffassung angesichts zweier Fragen: Verankerung der Räte in der Verfassung und Staatsgerichtshof. Das Zentrum gewinnt von seinen alten Prinzipien ständestaatlicher Richtung leicht eine Brücke zu einem Rätesystem, dessen Rechte zwar als wirtschaftliche bezeichnet werden, aber doch die politische Sphäre vielfach mehr als nur berühren. Die demokratische Partei hat zum Rätesystem noch Stellung zu nehmen; sie wird auf der Grundlage beruhen, daß die Räte als Organe wirtschaftlicher Selbstverwaltung erwünscht, als Verdoppelung des politischen Organs unmöglich sind. In der Stellung zum Staatsgerichtshof sind die Meinungen auch innerhalb der Parteien geteilt. So sehr die Unvermeidbarkeit von vielen Seiten zugegeben wird, so sehr widerstrebt vielen von uns die Abstempelung politischer Aktionen zu kriminellen oder moralischen.

Sonnabend, 12. April.

Am Nachmittag verbreitet sich die Meldung von einer brutalen Ermordung des sächsischen Kriegsministers.

Der Rücktritt Schäffers bleibt nach langer Fraktionsberatung endgültig — zu unser aller tiefer Enttäuschung, die nicht nur persönlich ist, sondern auch die Hoffnungen berührt, die sich auf Zusammenhalten der bürgerlichen Demokratie mit der Sozialdemokratie beziehen.

Heinrich Gerland / Die akademische Jugend und die heutigen Verhältnisse

In der 48er Revolution und den die damaligen Ereignisse vorbereitenden Zeiten stand die studentische Jugend auf seiten der Revolution, der Entwicklung. Sie schmachtete in den Gefängnissen, sie kämpfte auf den Barrikaden, sie endlich jauchzte begeistert der Nationalversammlung zu, die sich in der Paulskirche versammelte. Heute liegen die Verhältnisse leider anders. Unsere akademische Jugend steht in ihrer Mehrheit, wie nicht bezweifelt werden kann, im deutschnationalen Lager oder doch wenigstens auf dem rechten Flügel der Parteien, eine starke Minderheit steht ganz links auf sozialistischem Boden. Die Mittelparteien sind nur gering vertreten.

Diese Tatsache ist bedauerlich genug. Denn die Bedeutung der Studentenschaft liegt ja weniger in der Gegenwart, als vielmehr vor allem in der Zukunft. Und es mag die politische Entwicklung sein, wie sie will, daran kann nicht gezweifelt werden, daß die Führung der Geschicke Deutschlands immer wieder in den Händen der Intelligenz liegen wird. Infolgedessen ist die politische Orientierung der akademischen Jugend von allergrößter Bedeutung für die künftige Entwicklung unseres Vaterlandes, und das Augenmerk auch der demokratischen Partei sollte von allem Anfang an auf die hier in Betracht kommenden Verhältnisse gerichtet sein.

Lassen wir die sozialistischen Kreise der Studentenschaft außer Auge, die, wie gesagt, eine starke Minderheit bilden, so lassen sich für die Stellungnahme der Mehrheit eine Reihe von Gründen feststellen. Einmal ist unser studentischer Nachwuchs mit der größten Begeisterung in den Krieg hinausgezogen und hat draußen in unvergleichlichen Schlachten unter Einsetzung der ganzen Persönlichkeit für Kaiser und Reich gekämpft. Ferner spielt der Geist der letzten Jahrzehnte eine große Rolle, der Geist, wie er namentlich in den meisten Korporationen gepflegt wurde, und der doch der freiheitlichen Gesinnung eines demokratischen Liberalismus sehr fremd gegenüberstand. Der Liberalismus war vor 1914 ja beinahe ebenso geächtet, wie der Sozialismus. Die großen Schichten der Beamtenschaft, der besitzenden Bourgeoisie, aus denen unser akademischer Nachwuchs zum starken Teile stammt, standen auf dem Standpunkt konservativer Weltanschauung, mochten sie sich nun offen der konservativen Partei angeschlossen haben oder aber als Nationalliberale Gesinnungen vertreten, die doch in Wahrheit nur konservativ waren. Von Haus aus brachte also ein großer Teil der akademischen Jugend Gesinnungen mit, die nichts wußten von der Größe und der befreienden Kraft liberaler Weltanschauung. Diese Gesinnungen wurden nun selbstverständlich im Kriege noch vertieft, da ja hier alles, was an Nationalismus anklang, das leichtempfängliche Gemüt begeisterungsfähiger Jugend mächtig bewegen mußte. Es kam hinzu, daß unsere Studenten Offiziere wurden mit weittragender Befehlsgewalt in einem Alter, in dem man sonst als Einjähriger diente. Sie traten in die Offizierkorps ein, deren Geist auf den ihrigen nicht ohne Einfluß bleiben konnte. Endlich aber dürfte auch der Einfluß nicht ohne Bedeutung gewesen sein, den deutschnationale oder konservative Hochschullehrer auf die akademische Jugend ausgeübt haben. Allerdings sind in den Kreisen der Professoren die demokratischen Gedanken ebenfalls weit verbreitet, und eine ganze Schar hervorragender Männer stehen auf dem Boden unserer Partei. Allein sie haben es doch nicht so verstanden, vielleicht auch nicht so versucht, politisch hervorzutreten, politischen Einfluß auf den akademischen Nachwuchs zu gewinnen, wie dies etwa ein Mann wie Roethe getan hat. Wenn man bedenkt, daß die deutschnationalen Hochschullehrer sich in einem prononzierten Aufruf an die akademische Jugend gewandt haben, auf den die demokratischen Hochschullehrer keine Antwort gegeben haben, so begreift man, daß sich die Anschauung entwickeln konnte, die Dozentenschaft der deutschen Hochschulen sei überwiegend deutschnationaler konservativer Gesinnung. Und die Bedeutung dieser Tatsache darf nicht unterschätzt werden. Sie tritt klar zutage in der großen Rede des Abgeordneten v. Kardorff im Abgeordnetenhause. Kardorff beruft sich hier ausdrücklich auf die deutschen Hochschulen. Er weist auf den Aufruf hin, um darzutun, daß die Führer der Intelligenz auf seiten der deutschnationalen Volkspartei stehen. Und es ist begreiflich, daß diese Anschauung für weite Kreise der Studierenden — und zwar nicht die schlechtesten unter ihnen — bestimmenden Einfluß für ihre eigene politische Gesinnung gewinnen muß, namentlich dann, wenn sie auf wissenschaftlichem Gebiet ihre Lehrer verehren und hochachten.

Schließlich kommt aber noch ein Moment herbei, welches uns die Stellung des akademischen Nachwuchses in seiner Mehrheit erklärt. Es ist das die Tatsache, daß wir es heute mit einer Sozialrevolution zu tun haben, die ihrem Wesen nach dem Bürgertum und damit denn auch den aus diesem stammenden Studenten so fremd wie möglich ist. Die Trennung im Geistesleben, wie sie in Deutschland vor 1914 beobachtet werden konnte, zwischen der Sozialdemokratie und fast dem ganzen übrigen Deutschland, rächt sich jetzt bitter. Zum überwiegenden Teil galt bei unserer Jugend die Sozialdemokratie doch nur als die vaterlandslose Partei, als die Umsturzpartei. Man hatte unklare Vorstellungen von den Utopien, die sie verfolgte, von dem Erfurter Programm, und man ahnte fast nichts von der ungeheuren Geistesarbeit, die in der sozialdemokratischen Literatur sich vollzog, von den großen Kulturleistungen der deutschen Gewerkschaften in bezug auf die Hebung der Bildung in den Arbeiterkreisen. Hier rächte sich bitter die so oft über Gebühr belobte poetische Romantik des ungebundenen Studentenlebens. Kaum klang in das Leben der Musensöhne ein Ton von drüben aus den Arbeiterkreisen, kaum ahnte unsere Jugend, welche weltgeschichtliche Entwicklung sich neben ihr und um sie vollzog. Das Gesagte gilt nicht für alle Studenten. Die Freie Studentenschaft z. B. hat immer versucht, sich die Kenntnisse auf allen Gebieten des Lebens zu verschaffen, die zur politischen Betätigung durchaus notwendig sind. Die Freie Studentenschaft hat richtig erkannt, daß es für das politische Leben keine größere Gefahr gibt, als wenn größere Teile und namentlich die sogenannten gebildeten Kreise in die Parteien hineingeboren werden, nicht aber sich ihre Parteistellung selbst erst auf Grund eigenen Ringens, eigener Bildung, erkämpfen. Aber die Mitglieder der Freien Studentenschaft kommen in unserer Frage kaum in Betracht. Denn sie sind es gerade, die in ihrem großen Teil heute den linken, sozialistisch orientierten Flügel unserer Studentenschaft bilden.

Die Stellungnahme der Mehrheit unserer Studenten zu den politischen Fragen der Gegenwart zeigt sich am auffallendsten in ihrem Verhalten gegenüber den Fragen des Grenzschutzes. Die Regierung wirbt mit allen Mitteln um Freiwillige. Sie hat sich an die Hochschulen direkt gewandt, mit dem Hinweis darauf, daß

Digitized by Google

sie der akademischen Jugend im Kampf gegen die drohende Anarchie dringend bedürfe und daß sie auf ihre Treue und Hingebung baue. Die Stimmung in der Studentenschaft ist — von Ausnahmen wie erfreulicherweise in Erlangen abgesehen — mehr ablehnend als zustimmend. Auch hier kann man manches verstehen. Man kann verstehen, daß eine allgemeine Kriegsmüdigkeit die ergriffen hat, die nun seit Jahren und ach, so vergebens, im Kampf gegen die Übermacht der Welt gestanden haben. Man kann auch verstehen, daß die äußerste Linke der Sozialisten sich am Grenzschutz nicht beteiligen will, weil sie jede Unterstützung der gegenwärtigen Regierung teils aus praktischen, teils aus theologischen Erwägungen heraus ablehnt. Allein, daß unsere rechts gerichtete Studentenschaft dem Rufe der Regierung nicht sofort folgt, ist auffallend genug. An der Not des Vaterlandes kann doch wirklich kein Zweifel sein. Ohne Armee sind wir im Innern durch den Bolschewismus auf das äußerste bedroht. Ohne Armee können wir den polnischen und tschechischen Anmaßungen keinen Einhalt gebieten. Ohne Armee ist die Gefahr der russischen Invasion zur Entfesselung der Weltrevolution keineswegs ein Ding der Unmöglichkeit. Ohne Armee endlich werden wir nun und nimmer im Rate der Völker wieder die Stellung bekommen, die Deutschland gebührt, auch ohne daß wir irgendwie eine chauvinistisch gefärbte Politik damit treiben wollen. Gerade beim Friedensschluß wäre es so notwendig, daß die Welt sieht, daß in uns noch Kräfte rege sind. Und ich glaube, die Bildung einer Armee lediglich aus der Freiwilligkeit des Volkes heraus würde eine bessere Demonstration gegen die Zerstückelungsabsichten Frankreichs sein, als noch so gut gemeinte Reden in Volksversammlungen und noch so ausgedehnte Straßenumzüge.

Alles also spricht eigentlich dafür, daß national denkende Kreise dem Rufe der Regierung sofort Folge leisten würden, um das Vaterland zu retten aus einer Notlage, in der es die Weltgeschichte noch niemals gesehen hat. Das Gegenteil ist der Fall, und das ist tief bedauerlich. Die Parteifrage kann hier doch nicht ausschlaggebend sein, denn nicht eine bestimmte Staatsform steht in Frage, die zu retten wäre, Republik oder Monarchie. In Frage steht Sein oder Nichtsein deutscher Kultur, die letzte Existenzmöglichkeit unseres Volkes. Hier müßte jede Parteipolitik zurückzutreten haben vor dem einen großen Gedanken, das Vaterland vom Untergang zu retten. Allerdings treiben gewisse Kreise rechtsstehender Politiker direkt das, was man Katastrophenpolitik nennt. Sie meinen, wenn man nur alles weitertreiben ließe, so würde aus dem vollkommensten Zusammenbruch unserer Verhältnisse heraus sich die Reaktion von selbst entwickeln. Sie empfehlen infolgedessen schroffste Opposition gegen die herrschende Regierung, ja sogar Negation der bestehenden Verhältnisse. Wenn man z. B. Traub hat reden hören, so kann man an den Tendenzen solcher Politik nicht zweifeln. Ihre Gefahren brauchen nicht geschildert zu werden. Denn wenn wir auch aus diesem katastrophalen Zusammenbruch vielleicht wieder zur Reaktion kämen: würde es sich überhaupt noch lohnen, in einem Deutschland zu leben, daß durch derartige Situationen hindurchgegangen wäre? Und unsere Studentenschaft sollte es sich sehr wohl überlegen, daß sie 1914 nicht hinausgezogen ist, um die nicht bedrohte Monarchie zu schützen, sondern um das Vaterland zu retten. Das Vaterland zu retten, ist auch heute die einzige Parole, die möglich ist. Und wer in Zukunft wirklich Führer des Volkes sein will, der muß die Eignung dazu heute erweisen, der darf heute nicht zurückstehen, der muß mittaten am Aufbau und Schutz des Vaterlandes, ein jeder nach seinen Kräften.

Nun wirft man der heutigen Regierung vor, sie habe selbst das Instrument zerschlagen, nach dem sie heute so dringend rufe. Nie ist ein ungerechterer Vorwurf gegen eine Regierung erhoben worden, als dieser. Die alte Armee ist in sich selbst zusammengesunken. Die Bewegung, die zu den Soldatenräten geführt hat, war nicht von außen in die Armee hineingetragen, sondern aus ihr selbst heraus entstanden. Und es würde unserer akademischen Jugend besser anstehen, zu versuchen, die heutigen Verhältnisse in ihrer historischen Entstehung unvoreingenommen, unparteiisch zu ergründen, als sie ohne weiteres zu verwerfen. Denn der letzte Grund der Militärrevolte von 1918 ist nicht allzu schwer zu erkennen. Auf die Dauer läßt sich das geistige Leben des Menschen nicht ohne Gefahren vollkommen unterdrücken. Unsere Heereseinrichtungen mit den Übertreibungen ihrer an sich absolut notwendigen Disziplin führte zum vollständig passiven Verhalten, zur unbedingten Schweigepflicht des Soldaten dem Vorgesetzten gegenüber und damit zu einem seelischen Spannungsverhältnis, das sich einmal entladen mußte. Die Militärrevolution vom November 1918 ist diese Entladung. Sie ist eine Revolution der unterdrückten Intelligenz, an sich ohne eigentlichen politischen Inhalt, der ihr erst dadurch verliehen wurde, daß die Arbeiterschaft sich der Bewegung angeschlossen und sie in die von ihr für gut befundenen Bahnen gelenkt hat.

Wie man nun aber auch hierüber denken mag, jedenfalls bestanden die Soldatenräte bereits überall, als die Volksbeauftragten die Regierung übernahmen, und an eine sofortige Beseitigung dieser Einrichtungen der Revolution war nicht zu denken. Die Reichsregierung hat (wenn man ehrlich ihr Verhalten prüft, muß man das zugeben) sich von Anfang an bemüht, die Disziplin in der Armee wieder herzustellen, und ihr berühmter Kommandoerlaß beweist das aufs klarste. Wieso hätten denn auch die Soldatenräte so energisch gegen diesen Erlaß sich aufgelehnt, wenn es nicht ihre so eifersüchtig gewahrte Macht auf das weitgehendste beschneiden wollte? Die Regierung hat den Kommandoerlaß durchgesetzt. Die Disziplin in der Armee ist wieder gewährleistet. Und gerade dadurch, daß unsere akademische Jugend in großen Mengen in die Armee eintreten würde, wäre die Möglichkeit für sie gegeben, den alten Geist des Heeres in verjüngter, veredelter Form wieder lebendig auszugestalten. Es ist mir nicht recht erklärlich, daß diejenigen Teile unserer akademischen Jugend, die sich gegenüber dem Eintritt in die Armee ablehnend verhalten, nicht selber einsehen, wie politisch unklug dieses Verhalten ist. Denn hier bietet ihnen die Regierung ja selbst die Hand dazu, die Geschicke Deutschlands mitzubestimmen, mitführend zu werden bei der Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland. Sollte sich die akademische Jugend diese Gelegenheit entgehen lassen, so wird sie das vielleicht noch einmal bitter bereuen. Denn eine Armee muß sein und wird sein. Und wenn unsere Studenten nicht die Führung in ihr miterlangen, so wird die Führung nur zu leicht in andere Hände gleiten, die dann nicht mehr den großen Gedanken der Gesamtheit in den Vordergrund stellen, die vielmehr die Armee zu parteipolitischen Interessen ausnutzen und sie zu einem Instrument in der Hand des Egoismus eines einzelnen Standes machen, das späterhin zu überwinden kaum möglich sein würde.

Überaus bedauerlich muß es aber genannt werden, daß an einzelnen Universitäten die Frage der Beteiligung am Grenzschutz mit ganz anderen Fragen verbunden wird. Die Vertretung der Göttinger Studentenschaft hat z. B. zu dem Aufruf der Reichsregierung, sich dem Grenzschutz anzuschließen, folgendermaßen Stellung genommen:

1. Es dürfen nicht nur die Studenten und Akademiker aufgerufen werden, sondern es sind alle bürgerlichen und arbeitenden Kreise hierzu aufzurufen (eventuell zwangsweise).

2. Vorbedingung, um dem Aufruf seitens der Studenten Folge zu leisten, ist:

Volle Schließung sämtlicher deutscher Universitäten und Hochschulen.

Hierfür ist die Sicherstellung folgender Forderungen Voraussetzung:

1. Möglichst weitgehende Aufklärung über die tatsächlichen durch Spartakismus und Bolschewismus hervorgerufenen Zustände in Deutschland.

2. Anrechnung der verlorenen Zeit auf Studium und Staatsdienst; kein Kündigungsrecht der Arbeitgeber.

3. Keine Examina in der fraglichen Zeit. Jetzt ist die Möglichkeit der Zulassung zu Notprüfungen in der bisher gehandhabten Form denjenigen zu geben, die den Nachweis erbringen, in ein Freiwilligenkorps eingetreten. Die Gültigkeit der

Examens ist abhängig zu machen von einer bestimmten Dienstzeit.

4. Entschädigung der Dozenten für den durch die Schließung entstehenden Kollegausfall.

5. Wirtschaftliche Sicherstellung der Teilnehmer für die Wiederaufnahme und Fortsetzung der Studien nach Heimkehr.

6. Bevorzugung jetziger Teilnehmer bei Prüfungen und späterer Anstellung.

7. Beschädigte Teilnehmer haben als Kriegsteilnehmer im Sinne des alten Kriegsversorgungsgesetzes zu gelten.

8. Hinzuziehung von Vertretern der organisierten Studentenschaft (Studentenvertretung oder Ausschuß) der einzelnen deutschen bzw. preußischen Universitäten bei der zu fordernden und geplanten Hochschulreform in das betreffende Ministerium.

9. Eintreten der Regierung und des Staates für Achtung, Anerkennung und Schutz des akademischen Standes und Berufes.

Die Forderungen, die hier aufgestellt werden, beweisen, daß der Egoismus, der in den Arbeiterkreisen leider zu bösen Folgeerscheinungen geführt hat, heute auch in Teilen unserer gebildeten Jugend sich breit macht. Wie anders kann man die Forderung verstehen, daß sämtliche deutschen Universitäten und Hochschulen vollständig geschlossen werden, als daß dadurch die sich dem Grenzschutz anschließende Studentenschaft von der Konkurrenz der nicht hinausziehenden Studenten befreit werden soll? Und daß dem so ist, beweist die weitere Forderung, daß keine Examina in der fraglichen Zeit abgehalten werden dürfen. Nun ist es zwar richtig, das gebe ich zu, daß es für die zum Grenzschutz Hinausziehenden ein wenig erfreulicher Gedanke ist, wenn kräftige, gesunde Kommilitonen nicht mit hinausziehen und dann weiter studieren und so Vorsprung gewinnen. Aber wer Ehre im Leibe hat, wird ja, wenn sie alle hinausziehen, nicht zurückbleiben, und das, was zurückbleibt, sind die vielen, vielen Kriegsbeschädigten, für die doch auch gesorgt werden muß. Es kann gar nicht daran gedacht werden, die Universitäten vollständig zu schließen, denn die Kriegsbeschädigten sind da, und je rascher wir dafür sorgen können, daß sie ihr Studium vollenden, umsobesseristes. Die Rücksicht auf sie allein zwingt uns, die Vorlesungen fortzusetzen, und wenn die deutschen Studenten sich aus Konkurrenzrücksichten weigern, ihr Vaterland zu retten, dann allerdings muß es weit gekommen sein mit unserm Volk, und dann möchte man an seiner Zukunft beinahe verzweifeln. Das muß offen ausgesprochen werden. Ich bin überzeugt, daß der überwiegende Teil unseres akademischen Nachwuchses, wenn er erst einmal die ganze Tragweite dieser Forderung erkennt, sich selber sofort von ihr abwenden wird.

Ebensowenig erfreulich ist die Forderung, die Teilnehmer am Grenzschutz bei Prüfungen und der späteren Anstellung zu bevorzugen. Gewiß soll ihnen jeder Zeitverlust ersetzt werden. Gewiß ist ihnen der Dank des Vaterlandes sicher für ihre Leistungen, aber daß sie schlechthin bei Prüfungen und Anstellung bevorzugt werden sollen, das geht nicht an. Wieder stehen die Kriegsverletzten da, die ebensolches Recht auf Berücksichtigung haben, und wieder müssen wir sagen, daß auch späterhin der Tüchtigste allein den entscheidenden Anspruch im sozialen Leben haben wird und daß es nicht angeht, Wechsel auf die Zukunft so unbedingt auszustellen, wie es hier von der Göttinger Vertretung verlangt wird.

Noch sonderbarer ist es aber, daß man sogar die Fragen der Hochschulreform mit der Frage des Beitritts zum Grenzschutz verbindet. Als während des Krieges der Reichstag in klarer Erkenntnis der für die Volksstimmung notwendigen Reform unserer inneren Verhältnisse eben an diese Reform heranging, da waren es gerade die rechtsstehenden Parteien, die der Reichstagsmehrheit vorwarfen, sie nutze im egoistischen Parteiinteresse die Notlage des Vaterlandes aus, um Sondervorteile zu erlangen. Was geschieht denn eigentlich hier? Was hat die Hochschulreform, die Beteiligung der Studentenschaft an ihr, mit dem Grenzschutz zu tun? Ich bin der letzte, der eine Hochschulreform ablehnt. Ich bin früher für diese eingetreten und werde später für sie eintreten. Aber daß die Studierenden die Mitwirkung an dieser Hochschulreform als Quittung für ihre Beteiligung am Grenzschutz verlangen, das kann ich nur als eine der sonderbarsten Tatsachen rubrizieren, die ich in diesem an Seltsamkeiten so reichen Krieg erlebt habe. Im übrigen möchte ich auch gleich hier darauf hinweisen, daß wir eine Mitwirkung an dieser schwierigen Reform nur denen zugestehen können, die die gesamten Beziehungen und Verhältnisse wirklich zu überschauen vermögen. Man reformiert ja heutzutage sehr leichthin. Tertianer bilden Schülerräte, die an der Verwaltung der Gymnasien mitbeteiligt sind. Die Trennung von Kirche und Staat wird leichthin besprochen, als ob das ein Ding wäre, das sich von heute auf morgen durchführen ließe. Ich möchte raten, daß die, die sich für diese Frage interessieren, einmal die Abhandlungen von Riedner über die rechtliche Stellung und die finanzielle Lage der evangelischen Landeskirche nach ihrer Trennung vom Staat durchzulesen, damit sie sehen, welch komplizierte Probleme hier ihrer Lösung harren! Und so und nicht anders ist es bei der Universitätsreform. Studentenräte, man erlaube den verpönten Ausdruck, hat es ja immer gegeben, denn die Studentenausschüsse sind in der Tat nichts anderes gewesen. Daß in ihnen zwar immer sehr weittragende Fragen behandelt worden wären, kann man eigentlich kaum behaupten. Die Etikette, die Rangordnung spielten eine größere Rolle, als es eigentlich nötig gewesen wäre. Aber das mag den gewaltigen Forderungen der Zeit entsprechend ja in Zukunft besser werden. Denn wenn man die Reform des Hochschulwesens ins Auge faßt, so gehören ja wohl die Studentenschaften mit zu den Hochschulen, und auch ihre Verhältnisse erscheinen mir gründlich reformbedürftig. Hier mag denn bei sich selber die Jugend zuerst Hand anlegen. Hier in ihrem eigensten Gebiet mag sie beweisen, was sie leisten kann. Hier mag sie sich die Sporen verdienen, um dann später mitzuwirken an dem Aufbau unseres Vaterlandes und an den Reformen, die auf allen Gebieten notwendig sind. Aber wir können zu grundlegenden Reformen unserer kompliziertesten Einrichtungen, ich wiederhole das, nur Menschen mit reicher Erfahrung gebrauchen, und ich glaube nicht, daß das Wahlrecht allein die nötige Erfahrung verleiht.

Wenn endlich die Göttinger Studenten Entschädigungen der Dozenten für den durch die Schließung entstehenden Kollegausfall verlangen, so dürfte es wohl keinen deutschen Professor geben, der die Verbindung dieser Frage mit der Frage der Beteiligung am Grenzschutz nicht mit Bestimmtheit ablehnt. Für uns ist diese Frage keine Geldfrage, sondern eine Frage der Rettung des Vaterlandes aus der größten Not, in der es die Geschichte je gesehen hat.

Es wäre zu hoffen, daß alles das, was wir hier ausgeführt haben, von unseren Studenten einmal in wirklich unvoreingenommener Weise nachgeprüft würde. Ich bin überzeugt, daß namentlich in den Fragen des Grenzschutzes dann eine andere Auffassung Platz greifen wird. Vielleicht hat hier die Regierung manches dadurch verschuldet, daß sie nicht die genügenden Aufklärungen über die Aufgaben und die Notwendigkeit des Grenzschutzes gegeben hat. Und man kann verstehen, daß die Studenten, ehe sie sich zum Eintritt in die Armee entschließen, hier vollständige Klarheit haben wollen. Immer wieder kann man nur die dringende Aufforderung an die Regierung richten, mit den alten Gebräuchen des versteckten Kartenspielens vollständig zu brechen und unserem Volk rückhaltlos die Verhältnisse zu schildern, wie sie wirklich sind. Geschieht das, so bin ich überzeugt, daß die deutsche Studentenschaft doch sich auf den Boden der Tatsachen stellen wird, und daß sie wieder wie einst im Jahre 1914 ihren Mann zum Schutz des Vaterlandes und seiner Errettung stehen wird. Dann wird auch für die eine neue Zeit angebrochen sein, die bis dahin den neuen Verhältnissen innerlich ablehnend und feindlich gegenübergestanden haben. Denn auf dem Boden der Gegenwart lernt man diese selbst erst begreifen, und nur, wer sich auf ihren Boden stellt, kann sie ja auch gestalten, und kann auf ihre Entwickelung mitbestimmenden Einfluß gewinnen.

Aber aus dem, was wir im Vorherstehenden ausgeführt haben, ergibt sich doch auch eine sehr ernste Lehre für die demokratische Partei und namentlich die ihr an-

Digitized by Google

gehörenden Dozenten. Wir müssen politische Fühlung suchen auch mit der akademischen Jugend. Wir dürfen es nicht ruhig mit ansehen, daß die größten Teile dieser Jugend im feindlichen Lager stehen, sei es nun im Lager der Sozialdemokraten, sei es im Lager der Deutschnationalen. Wir müssen versuchen, sie für uns zu gewinnen. Ich gebe zu, der Kampf wird schwer sein, namentlich gegenüber den konservativen Kreisen der akademischen Jugend. Denn wir haben mit dem unsinnigen Glauben zu rechnen, daß wir das Nationale nicht in genügender Art betonen, und daß wir die Ehre des Vaterlandes nicht hinreichend schützen. Hier gilt es einzusetzen. Hier gilt es, den Verunglimpfungen der Gegner entgegenzutreten und zu beweisen, daß unsere Ziele nicht anders sind wie die einer jeden deutschen Partei: die Größe und die freie Entwickelung des Vaterlandes, das Glück und die gesicherte Zukunft unseres deutschen Volkes. Und es gilt namentlich, zwei Gedanken unserer akademischen Jugend einzuprägen und immer wieder einzuprägen, einmal, daß das Nationale lediglich im Ziel, niemals aber in der Methode zur Erreichung des Zieles gesucht werden darf, ferner daß im Kampf um die Wahrheit (und was ist der politische Kampf denn anderes?) das Streben um die Wahrheit jeden adelt, mag er in der Erkenntnis noch so sehr von unserer Auffassung abweichen und somit zu unseren Gegnern gehören.

Ludwig Herz / Urabstimmungen

Schluß.

II.

Seinem Wesen nach ist das moderne Referendum keineswegs dasselbe wie eine Urabstimmung in den Versammlungen der Volksgenossen, wie sie der Anfang der Geschichte, später einige Schweizer Kantone und die Gemeinde kennen. Dort wird beraten und dann abgestimmt, genau wie im Parlament, nur daß die Wähler selbst und nicht Vertreter beraten und abstimmen. Das Referendum setzt dagegen fest, daß über ein vorher durchberatenes Gesetz, und zwar von den verantwortlichen Faktoren durchberatenes und beschlossenes Gesetz ohne Beratung von der unverantwortlichen Masse einfach mit Ja oder Nein abgestimmt wird, ohne daß es möglich ist, zu ändern oder zu verbessern. Es ist nichts anderes als das Veto des Monarchen, es ist das Veto der Masse, die in den meisten Fällen nach Stimmungen handeln wird und der die Sachkenntnis fehlen muß, das man fälschlich oder als Volkssouveränität bezeichnet. Die wahre Volkssouveränität besteht darin, daß der Staat, der allein die Souveränität hat, durch eine politische Körperschaft regiert wird, die in seinem Namen handelt und über sein Schicksal bestimmt, und daß diese politische Körperschaft nach demokratischen Grundsätzen berufen wird. Das scheint gegen das allgemeine Wahlrecht zu sprechen, scheint aber nur so, da es Parteien gibt, Parteien haben Programme, Weltanschauungs- oder Interessenprogramme. Der Wähler stimmt, wenigstens der Theorie nach, für den Abgeordneten nicht als Person, sondern als Vertreter der Partei. Er vertraut ihm sein Schicksal an, weil er auf dem Boden einer Weltanschauung, einer Interessengenossenschaft steht, vielleicht auch, weil er gegen eine Weltanschauung, gegen eine Interessengenossenschaft steht, und überläßt ihm die Behandlung der einzelnen Frage, über die entschieden werden muß.

Näher kann man über konstituierende Verfassungsreferenda urteilen, obwohl auch dort, wo sich auf Grund grundstürzender Umwälzungen neue Staaten bilden oder Staatsformen grundstürzend abgeändert werden, eine Nationalversammlung ausreichend erscheint. Wie soll es aber dort gehandhabt werden, wo gewisse Grundrechte als ewig stabilisiert und Abänderungen entzogen sind? Der Fehler, menschliche Einrichtungen dem Laufe der Entwicklung entziehen zu wollen, kann allerdings nur, wenn man nicht gewaltsamen Umsturz abwarten will, durch eine Urabstimmung wieder gutgemacht werden.

Wollen wir die Urabstimmung werten, so müssen wir prüfen, wieso sich die Minderheit der Mehrheit unterwerfen muß. Der Mehrheitswille ist keineswegs ein jus divinum, keineswegs von Gottes Gnaden. Die Stände stimmten nicht ab. Es wurden Vergleiche (Rezesse) geschlossen. Der polnische Reichstag verlangte Einstimmigkeit. Im Mittelalter war, wo abgestimmt wurde, meist $^2/_3$-Mehrheit erforderlich. Auch bei Verfassungsänderungen ist in vielen Staaten auch heute noch eine qualifizierte Mehrheit nötig. Gerade in neuester Zeit wird besonders in der Demokratie eine Einschränkung des reinen Mehrheitssystems verlangt, man will auch die Minderheiten zu Worte kommen lassen und tritt für Verhältniswahl ein. Selbst Kautsky tritt neuerdings für den Schutz der Minderheit ein.

Wohl der erste, der die Frage aufgeworfen hat, warum der Wille der Mehrheit maßgebend sein soll, ist Marsilius von Padua in einer im Jahre 1327 erschienenen Schrift zur Verteidigung des in Bann getanen Ludwig von Bayern. Nach ihm steht die gesetzgebende Gewalt dem Volke zu. Nur die Gesamtheit gibt die besten Gesetze, die Mehrheit muß maßgebend sein, weil Stimmeneinhelligkeit nicht erzielt werden kann. Auch Kant (das mag in der Theorie richtig sein usw.) sieht in der Mehrheit der Stimmen nur einen Ersatz für die nicht zu erreichende Einhelligkeit, der genügen müsse.

Aus der Philosophie der Glückseligkeitslehre kann das Recht der Mehrheit begründet werden, weil der Sinn des Staates das größtmögliche Glück der größtmöglichen Zahl sei, die Interessen der meisten also maßgebend sein müssen.

Proudhon führt aus:

„Nach der Philosophie von Rousseau entspringt die Souveränität des Volkes aus der Vereinigung der individuellen frei ausgedrückten Willen. Daraus folgt, daß das Recht des Menschen, der Ursprung des Rechts der Nation, seinen Sitz im Willen des Menschen hat. Aber es ist klar, daß die Vereinigung von 100 000 Wählern juristisch den Willen eines einzelnen nicht außer Kraft setzen, daher auch gegen seinen Protest eine regelrechte Souveränität nicht herstellen kann. Mein Recht als Ausdruck meines Willens ist unzerstörbar und kann mir nicht genommen werden. Und wenn ich mich dagegen erkläre, so gibt es tatsächlich nichts in dem Zusammenstimmen meiner 100 000 Gegner, was meine Ablehnung ausgleichen könnte. Wenn man das Recht der Mehrheit der Minderheit überordnet, so bedeutet das nichts weiter als einen Appell an die Macht. Wenn aber die Macht kein Recht in sich hat, so vergewaltigt man durch einen Majoritätsbeschluß. Es liegt dann eine Usurpation, aber kein Rechtsakt vor.

Sicherlich liegt in dem Recht der Majorität noch mehr als die Macht der Zahl. Es liegt darin das Prinzip des gesunden Menschenverstandes, das in zweifelhaften Dingen die Meinung der großen Zahl verständiger ist, als die Meinung nur weniger, daß das Gewissen der Nation sicherer geht als das einer Sekte."

Wenn wir aber den Staat als sittliche Erscheinung nehmen, so können alle diese Erklärungen nicht genügen. Nach ihnen macht die Mehrheit die Minderheit immer zum Objekt der Gesetzgebung, vergewaltigt sie irgendwie. Das geschieht aber bei einer Abstimmung durch eine Vertreterversammlung nicht. Warum nicht?

Ursprünglich mag die Abstimmung durch Vertreter dadurch notwendig geworden sein, daß die Versammlung aller Bürger praktisch undurchführbar war. Die Vertreter gingen in die Versammlungen mit bestimmten Aufträgen, an die sie gebunden waren, mit sogenannten Imperativ-Mandaten. Es ist interessant zu lesen, wie bei der Versammlung der Stände im Jahre 1789 eine ganze Reihe Abgeordneter des dritten Standes Bedenken trug, über eine Verfassung zu beraten, da ihre Wahlhefte ihnen nur aufgetragen haben, eine gemeinschaftliche Sitzung der drei Stände zu erzwingen. Liegen solche Imperativmandate vor, so ist zwischen einer Urabstimmung und einer Vertreterversammlung kein Unterschied. Das ist jetzt nicht mehr der Fall. Der Abgeordnete ist nicht mehr Vertreter einer bestimmten Anzahl Wähler, er wird nur in einem bestimmten Wahlkreise gewählt, aber als Vertreter des ganzen Volkes. Das ist in den meisten Verfassungen ausdrücklich ausgesprochen. Damit ändert sich die Sachlage vollkommen.

Digitized by Google

Jeder Abgeordnete vertritt danach alle Bürger, sowohl diejenigen, die ihn gewählt haben, als diejenigen, die gegen ihn gestimmt haben, und damit auch alle Anhänger und alle Gegner eines vorgeschlagenen Gesetzes. Aus den Beratungen und Abstimmungen bildet sich ein Gesamtwille, der etwas anders ist als die Stimme einer Reihe von Einzelwillen, deren größere Zahl dann entscheidet. Niemand ist vergewaltigt, da jeder der Abgeordneten auch sein Vertrauensmann war. Nur die Vertreterversammlung also, nicht die Urabstimmung ist wirklich demokratisch.

Ganz verschieden von den bisher behandelten Urabstimmungen über Gesetze sind die Gelegenheitsplebiszite der Bonaparte. Es sind deren seit dem berüchtigten 18. Brumaire (9. November 1797) sieben. Vier entfallen auf Napoleon I. (Einführung der 3 Konsuln, lebenslängliches Konsulat, erbliches Kaisertum, Zusatz zu der Verfassung nach der Rückkehr von Elba. Doch war das letztere mehr eine Huldigung auf dem Marsfelde zu Paris.)

Unter Napoleon III. sind durch Plebiszit festgesetzt: zehnjährige Präsidentschaft, Kaisertum, und kurz vor dem Deutsch-Französischen Kriege die Zusätze zur Verfassung, d. h. Napoleon III. hat, um seinen Staatsstreich zu rechtfertigen, sich die Kaiserkrone zu erringen, und um zu sehen, ob das Volk Vertrauen zu ihm habe, Urabstimmungen veranstaltet.

Der jetzige französische Kammerpräsident Deschanel hat zutreffend ausgeführt, diese Plebiszite seien gerade das Gegenteil eines Referendums, das Referendum beziehe sich auf Dinge, das Plebiszit aber auf die Männer, die es vorschlagen, die napoleonischen Plebiszite sollten nur beweisen, daß der Absolutismus seine Sicherung und seine Grundlage im Nationalwillen habe. Der Grundgedanke der napoleonischen Herrschaft war der plebiszitäre Cäsarismus oder wie Ollivier es nennt, die autoritäre Republik, d. h. die Herrschaft des Genies, nicht beschränkt durch die Beratungen einer gewählten, gesetzgebenden Körperschaft, sondern gestützt auf die Stimmungen der Bevölkerung. Tatsächlich errang Napoleon III. durch sein erstes Plebiszit unter dem Schimmer der napoleonischen Legende eine ungeheure Mehrheit, während die Kammer zweifelsohne nicht ihm, sondern Cavaignac die Präsidentschaft übertragen hätte. In dieselbe plebiszitäre Kategorie fallen die Dinge, die wir während des Weltkrieges erlebt haben. In Italien die von der Regierung gebilligte und geleitete Tätigkeit der Fasci (Klubs), um die Kriegsstimmung aufzupeitschen und die sogenannte Piazza (die Straße) gegen das Kriegsunwilligen-Parlament aufzureizen. In Deutschland die Agitation und Telegrammstürme der Alldeutschen und der Vaterlandspartei für den U-Boot-Krieg und gegen die Reichstagsresolution. Alles dies sollte die Volksstimmung gegen die gesetzgebende Gewalt ausspielen.

Auf den ersten Blick ist es klar, daß die Bestimmung im bayerischen Verfassungsentwurf das gefährliche Element der bonapartischen Gelegenheitsplebiszite enthält, und der ermordete Eisner hat ausdrücklich darauf hingewiesen, daß er dieses Mittel in der Hinterhand halte, falls die Beratungen über die Verfassung nicht das gewünschte Ergebnis hätten; aber auch aus der Machtbefugnis des Reichspräsidenten, Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsrat und Reichstag nach seinem Belieben der Volksabstimmung zu unterbreiten, droht dieselbe Gefahr.

Zusammenfassend können wir also sagen, daß durch die Urabstimmungen nicht demokratische Forderungen erfüllt, sondern Despotismus geschaffen wird. Despotismus ist nach Kant (Zum ewigen Frieden) „das (Staatsprinzip) der eigenmächtigen Vollziehung des Staats von Gesetzen, die er selbst gegeben hat, mithin der öffentliche Wille, sofern er von dem Regenten als sein Privatwille gehandhabt wird". „Despotismus findet sich überall, wo das Vertretersystem fehlt." Die Urabstimmung ist „notwendig ein Despotismus, weil sie eine exkutive Gewalt gründet, da alle über und allenfalls auch wider einen (der also nicht miteinstimmt), mithin alle, die doch nicht alle sind, beschließen, welches ein Widerspruch des allgemeinen Willens mit sich selbst und mit der Freiheit ist. Alle Regierungsform nämlich, die nicht repräsentativ ist, ist eigentlich eine Unform, weil der Gesetzgeber in einer und derselben Person zugleich Vollstrecker seines Willens (so wenig, wie das Allgemeine des Obersatzes in einem Vernunftschlusse zugleich die Subsumtion des Besonderen unter jenem im Untersatze) sein kann."

Kants spezifische Aufstellung stützt sich auf die Lehre Montesquieus von der Trennung der Gewalten. Die Lehre wird vielfach als veraltet abgelehnt. Ist sie wirklich irrig? Jedenfalls fälscht sie den Gedanken der Volkssouveränität nicht so, wie Rousseaus Lehre vom Gemeinwillen, auf die allein die Urabstimmung gegründet werden kann.

Karl Doormann / Steuerpsychologie

Vor längerer Zeit hat einmal der bisherige Reichsfinanzminister, Herr Schiffer, die zunehmende Wichtigkeit dessen betont, was er Steuerpsychologie nannte. Er erwähnte als hierbei in Betracht kommende Gesichtspunkte u. a. die Einfachheit und Verständlichkeit der Steuergesetze, die Bestimmtheit und Klarheit, mit der die Steuerpflicht nach Art und Umfang abgegrenzt werde, ferner die Zuverlässigkeit eines geordneten Rechtsweges; also Gesichtspunkte, die im wesentlichen auf dem Gebiet der Steuertechnik liegen.

Mit vollem Recht. Hat man bereits früher, indem man die Terminologie der reinen Geisteswissenschaften auf die Grundsätze praktischer Politik übertrug, von Steuerlogik und Steuerethik gesprochen, so erscheint es durchaus zweckmäßig, mit einem prägnanten Schlagwort daran zu erinnern, daß die Steuerpolitik, wie jeder Zweig der Politik, auch eine psychologische Seite hat. Tagtäglich erfahren wir, welche Rolle nicht nur in der Beurteilung, sondern auch in der Vorbereitung und Durchführung politischer Pläne das psychologische Moment spielt. Seine ehrliche Ausnutzung haben wir zu unserem Vorteil, seinen gewissenlosen Mißbrauch im feindlichen Lager leider auch häufig zu unserem Schaden spüren können. Die auflodernde Opferlust der Kriegsjahre beweist, welch unendliche Fülle gesammelter Kraft sich aus ihm schöpfen läßt. Und ebenso sicher ist, daß der beharrliche Opfersinn, dessen wir jetzt nach dem Ausgang des Krieges bedürfen, ohne sorgsame Würdigung und Pflege dieses wichtigsten, aber auch kompliziertesten aller Imponderabilien versagen muß.

Die Verteilung der öffentlichen Lasten ist ein Teil der Regierungskunst. Und deshalb versteht es sich von selbst, daß neben finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen und noch manchen anderen Gesichtspunkten, aus denen Art und technische Ausgestaltung eines Steuersystems beurteilt zu werden pflegt, auch sein Einfluß auf das Gemütsleben des Steuerträgers Beachtung verlangt. In zweierlei Rücksicht: einmal, um den Erfolg zu sichern, den die Gesetzgebung für ihren unmittelbaren Zweck zu erreichen wünscht, eine dauernd und willig fließende Einnahmequelle zu schaffen; zum anderen, um der Rückwirkungen und Nebenwirkungen willen, die sich mittelbar anschließen. Hierüber finden wir bei Schäffle eine sehr zutreffende Bemerkung. „Auch in die Saiten des Volksgemüts", sagt dieser theoretisch wie praktisch gründlich geschulte Finanzpolitiker, „greift das Steuerwesen ein. Die Besteuerung überhaupt wird als Last empfunden. Sie erzeugt Unlust, welche bei Wahlen regelmäßig heftig aufflammt. Es ist die Aufgabe, die unumgängliche Steuerbelastung für das Volk so wenig als möglich empfindlich werden zu lassen. Um des Staates selbst willen und nicht zum Zwecke der Täuschung des Volks". Im einzelnen weist er in diesem Zusammenhang darauf hin, wie notwendig es sei, die direkten und indirekten Steuern in das steuertechnisch richtige Verhältnis zu bringen und das Gefühlsmoment bei gewissen Steuern, wie Lustbarkeits- und Luxussteuern, nicht außer acht zu lassen. Denn dem Staat, so warnt er, stehe zwar die Übermacht der öffentlichen Gewalt, der Steuerzwang zu Gebote, aber auch die Steuerträger hätten starke Stellungen, vor allem in der Heimlichkeit des Besitzes, der Undurchsichtigkeit der Einkünfte inmitten einer durch und durch privatwirtschaftlich angelegten Wirtschaftsordnung. Darum müsse der Staat von seiner Steuergewalt einen psychologisch feinen Gebrauch machen, mit den menschlichen Schwächen und Leidenschaften rechnen.

Digitized by Google

Auch in der Praxis ist dieser Gesichtspunkt, seitdem es überhaupt eine Steuerpolitik gibt, die im heutigen Sinne diesen Namen verdient, nie völlig unbeachtet geblieben. Vorher freilich war häufig so wenig davon zu spüren, daß man sagen kann, es wurden bei der willkürlichen Geltendmachung des staatlichen Herrschaftsrechts selbst die elementarsten Forderungen einer verständigen Rücksichtnahme auf Stimmung und Gefühl der Pflichtigen geradezu verletzt. Man braucht nur an die für den Staat bequeme, für seine Angehörigen schädliche und zum Widerstand aufreizende Einrichtung der Steuerpächter zu denken. Erst das 19. Jahrhundert hat rationelle Steuersysteme entwickelt und dabei allmählich mehr und mehr bewußt und einsichtig psychologische Grundsätze verwertet.

Natürlich hängt der Einfluß, der ihnen zugestanden wird, von mancherlei Umständen ab, nicht zuletzt von dem Maß staatsmännischer Klugheit und Weitsicht, das in der Gestaltung der Steuerpläne seinen Niederschlag findet. Neben dem finanziellen Zweck, der den Ausgangspunkt bildet und natürlich erreicht werden soll, treten Erwägungen auf und geben nicht selten den Ausschlag, die auf bestimmte gewollte Nebenwirkungen abzielen, andere nichtgewollte auszuschließen beabsichtigen.

So legt Fürst Bismarck bei der Auswahl seiner Finanzvorschläge stets ganz besonderen Wert, ja den Hauptnachdruck darauf, schädliche politische oder soziale Folgeerscheinungen, die er befürchten zu müssen glaubt, nach Möglichkeit zu vermeiden. Dabei geht er den Einflüssen, welche die Imponderabilien im Staatsleben von den beabsichtigten Maßnahmen voraussichtlich erfahren, den Rückwirkungen, die möglicherweise eintreten können, mit jener Sorgfalt und Umsicht nach, die dem Meister diplomatischer Geschäfte zur zweiten Natur geworden ist. So will er anfänglich bei der Reichsgründung und auch noch später überhaupt keinerlei selbständige Reichsfinanzpolitik. Von der Kritik, der diese, wie er voraussieht, unvermeidlich ausgesetzt sein werde, befürchtet er eine Stärkung der zentrifugalen Kräfte, welche die Ausbreitung und Festigung des Reichsgedankens gefährde. Aber auch nachher, beispielsweise bei Beratung des ersten Zolltarifs im Jahre 1879, erörtert er mit Vorliebe die Frage, ob für die Last, die im staatlichen und Reichsinteresse notwendig aufgelegt werden müsse, bisher diejenige Form gefunden sei, in der sie am leichtesten getragen werden könne. Und neben der objektiv wirtschaftlichen beschäftigt ihn besonders die subjektiv psychologische Seite des Problems. Er verneint die Frage und beruft sich dafür auf den ungünstigen Eindruck, den eine Überzahl von Zwangsbeitreibungen kleiner und kleinster Steuerbeträge auf die Betroffenen und auf die ganze Öffentlichkeit machen müsse. Lediglich aus diesem Grunde kommt er dazu, die direkte Besteuerung der kleinen und mittleren Einkommen zu verwerfen. Wie er denn über die Einkommensteuer an sich überhaupt weit ungünstiger urteilt, als es vor ihm und jemals nach ihm geschehen ist und als nach allgemeiner und schon damals vorherrschender Auffassung selbst bei strengster Kritik sich rechtfertigen läßt. So hoch schätzt Fürst Bismarck das psychologische Moment, das bei ihr mitspricht, daß er als wünschenswertes Ziel einer Reform aufstellt, lediglich die großen Einkommen aus Gründen des Anstandes, wie er sich bezeichnenderweise ausdrückt, der direkten Steuerpflicht zu unterwerfen, alle anderen ganz frei zu lassen.

Man erkennt leicht, daß sich gerade vom psychologischen Standpunkt aus auch anders deduzieren läßt; vielleicht muß sogar anders deduziert werden. Allein darauf kommt es uns hier nicht an. Wir wollten nur an diesem Beispiel zeigen, daß eine weitblickende Staatskunst sich nicht damit zufrieden gibt, Steuerfragen ausschließlich unter finanz- oder wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten zu betrachten.

Wir begnügen uns mit diesen beiden Belegen aus den Gebieten der steuerpolitischen Theorie und Praxis und bemerken nur noch das eine: Sie stammen aus einer Zeit, wo sich der Steuerbedarf der Staaten und anderen öffentlichen Körper in mäßigen Grenzen hielt. Selbst wer lediglich mit privatwirtschaftlichen Anschauungen zu operieren gewöhnt war, konnte bei einigem guten Willen die öffentlichen Abgaben sich immer noch als eine Art Entgelt für empfangene staatliche Leistungen vorstellen. Im Grunde genommen begreift nämlich jedermann leicht, daß auch ideelle Leistungen, wie Sicherheit nach innen und außen, einen Wert repräsentieren und neben anderen Aufwendungen auch Geldopfer erforderlich machen. Mag eine derartige Auffassung des Steuerproblems theoretisch ungenügend oder nach heutiger Ansicht falsch sein, sie bezeichnet praktisch einen Fortschritt gegenüber der völlig gedankenlosen oder widerwilligen Unterwerfung unter den nackten Zwang; freilich fehlte es schon damals nicht an Klagen über Steuerdruck, und jede neue Auflage hatte mit merklich zunehmendem Widerstand zu kämpfen. Die Sorge vor allzu starken Zumutungen an die Steuerkraft und Steuerwilligkeit führte bei jeder Finanzreform zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen in Parlament und Presse. Und auch die dem Tagesstreit abgewandte Theorie erörterte die Voraussetzungen und Wirkungen der mit dem Kreis der öffentlichen Aufgaben wachsenden öffentlichen Lasten mit steigendem Interesse. Allein welcher Abstand heute gegen damals! Von dem, was früher als Höchstmaß steuerlicher Belastung galt, ist nicht mehr die Rede. An die geringfügigen Oszillationen der Steuersätze, um die früher regelmäßig heftig gestritten wurde, vermag man sich nur mit einem Gefühl der Wehmut zu erinnern. Desto unabweisbarer wird die Aufgabe, alles zu vermeiden, was den Druck unnötig verschärft, zumal es sich um einen hart mitgenommenen, in seiner Struktur radikal veränderten und deshalb ungeheuer empfindlichen Wirtschaftskörper handelt.

Für die Aufklärung über Steuern ist in Friedenszeiten so gut wie nichts geschehen. Vielmehr hat es bisher der Staat bei uns dem Zufall überlassen, ob seine Angehörigen von ihrem Wesen, den Grundsätzen ihrer Verteilung, der Steuertechnik, nicht zu vergessen die Verwendung der aus ihnen fließenden Einnahmen, mehr erfahren, als was sich aus der periodisch wiederkehrenden praktischen Berührung mit diesen Dingen und aus gelegentlichen bruchstückweisen Informationen, wie sie die öffentliche Erörterung bietet, lernen läßt. Das ist selbst im günstigsten Falle für den Durchschnittssteuerzahler außerordentlich wenig. Außerdem besteht die Gefahr, daß die auf solche Weise erworbene vermeintliche Einsicht ein völlig schiefes Bild von den wirklichen Zusammenhängen gibt. Man kann in dieser Hinsicht auf Vorstellungen stoßen, die teils lächerlich, teils leider durch die Mischung von Halbwahrem und Falschem heillos verzerrt, in jedem Falle aber schwer zu bekämpfen, geschweige denn auszurotten sind. Dies gilt beispielsweise von den Ansichten über das, was als steuerpflichtiges Einkommen zu gelten hat. In jedem Einzelfalle, besonders in dem eigenen Falle, kann es nicht eng genug gefaßt werden, und in seltsamem Kontrast dazu stehen dann die phantastischen Vorstellungen von der schier unerschöpflichen Ergiebigkeit dieser Steuerquelle im ganzen genommen, vorausgesetzt, daß sie an der richtigen Stelle aufgesucht und mit dem erforderlichen Nachdruck angepackt wird. Ein Vorbehalt, der sich wie eine Wand jeder besseren Einsicht in den Weg stellt. Und weil aus guten Gründen die Einzelheiten der Steuerpraxis sich der Öffentlichkeit entziehen, arbeitet die Phantasie des Steuerzahlers um so lebhafter mit Gedankengängen, die letzten Endes auf die felsenfeste Überzeugung hinauslaufen, von lauter Ungerechtigkeit und Unlauterkeit umgeben zu sein. Diese schädliche Stimmung ist wenigstens zum Teil die Folge von Unterlassungen, die sich schwer rächen werden, zumal Zutrauen zu der Gerechtigkeit des staatlichen Steuerwesens in Zukunft mehr denn je erforderlich sein wird. Vielleicht oder sogar wahrscheinlich steht es anderswo nicht besser, aber dadurch wird die Aufgabe nicht geringer, unsere Verhältnisse so zu ordnen, daß sie das Vertrauen der Volksgenossen finden.

Da die Steuern sich an die Nation als Ganzes wenden und die Mittel für ihren Beruf als Staat aufzubringen haben, so spielen sozialpsychologische Momente hinein. Da sie aus dem Einzeleinkommen und Einzelvermögen schöpfen und darum persönlichen Charakter haben, so ist es eine Frage der Individualpsychologie, wie sie beurteilt und getragen werden.

Nach Volkscharakter und Kulturhöhe bestehen, so wird uns versichert, in dem Verhalten zu Steuern mancherlei Unterschiede. Das ist sicherlich richtig. Leider wird sich Genaueres höchstens ausnahmsweise feststellen lassen, vielmehr wird man sich, namentlich

was den Volkscharakter anlangt, im allgemeinen mit diesem ziemlich nichtssagenden Hinweis begnügen müssen. Denn daneben wird die Gewohnheit wie in allen Dingen, so auch hier, eine beträchtliche Rolle spielen, vielleicht die wichtigste. Sie ersetzt bis zu einem gewissen Grade die Erziehung. Wie die anderen großen Pflichtenkreise, die Wehrpflicht und die Schulpflicht sich erst eingewöhnen mußten, ehe sie der Bevölkerung in Fleisch und Blut übergingen und widerspruchslos auch dort geübt wurden, wo ihr Sinn immer noch unverstanden blieb, ebenso gilt dies auch von der Steuerpflicht, mag es sich um Steuern im allgemeinen handeln oder um bestimmte neue, die zu den bisherigen hinzutreten. Ob in dieser Hinsicht der deutsche Volkscharakter besonders hervorstechende Eigentümlichkeiten aufweist, ob er sich etwa leicht zugänglich gegenüber steuerlichen Notwendigkeiten erweist, oder ob er sich auffallend spröde verhält, ob er sich Neuerungen bereitwillig fügt oder zum Widerstande neigt, wagen wir nicht zu entscheiden. Überhaupt erscheint uns zweifelhaft, ob sich in diesen Dingen ein einfaches zusammenfassendes Urteil gewinnen läßt. Denn wenn man die Erfahrung zu Rate zieht, so kann von einem durchgängig einheitlichen Verhalten nirgends die Rede sein. Um zunächst nur die gröbsten Unterschiede hervorzuheben, ein Mehr oder Minder an Steuerwilligkeit oder Steuerscheu, so gibt es hier wie überall die mannigfachsten Schattierungen; inmitten der willigen oder halbwilligen Zahler wird es nie an solchen fehlen, denen jedes Mittel recht ist, sich ihrer Verpflichtung zu entziehen. Von einem besonderen Volkscharakter ist in dieser Art des Verhaltens wohl kaum etwas zu entdecken. Freilich ist gelegentlich den Deutschen, und zwar aus ihren eigenen Reihen, ein mehr als durchschnittliches Maß von Steuerscheu zum Vorwurf gemacht worden; auch an dem Versuch, diesen Vorwurf aus einer gewissen kleinbürgerlichen Knickerigkeit auch bedeutungsvollen Staatsaufgaben gegenüber zu begründen, hat es nicht gefehlt. Wir brauchen nur darauf hinzuweisen, wieviel hierbei auf den Standpunkt des Beurteilers ankommt, auf den Gesichtswinkel, unter dem er die Verhältnisse sieht, welchen Eindruck er somit gewinnen muß, um die Sache nicht allzu ernst zu nehmen. Ohne weiteres können wir ein derartiges Urteil nicht als allgemeingültig anerkennen.

Und wenn, wie uns die Steuertheoretiker versichern, die Kulturhöhe eines Volkes mitbestimmend sein soll, so dürfte es in dieser Hinsicht nicht viel anders liegen. Soll es bedeuten, daß mit wachsender Bildung und zunehmendem Wohlstand auch die Neigung zunimmt, für die Allgemeinheit Opfer zu bringen, so mahnen uns vielfache Erfahrungen vom Gegenteil, dieser Regel nicht allzu sehr zu trauen. Selbstverständlich darf man sie deshalb ebenso wenig umkehren, als ob zugleich mit der steuerlichen Leistungsfähigkeit auch die Neigung zu Hinterziehungen allgemeiner würde; denn auch hier gibt es Beweise vom Gegenteil.

Wollen wir aber die Bedeutung psychologischer Momente auf diesem Gebiet richtig abwägen, so dürfen wir hierbei nicht stehen bleiben. Denn nicht darauf allein kommt es an, ob der innere Widerstand gegen die materielle Belastung in den Kreisen der Pflichtigen größer oder geringer ist. Wichtiger könnte in diesem Zusammenhang die Frage erscheinen, ob die Hinneigung zu gewissen Steuerformen, die Abneigung gegen andere besonders ausgeprägt ist, einerlei ob Volkscharakter oder Kulturhöhe oder geschichtlich überkommene Gewohnheiten hieran Anteil haben. Muß die Staatsgewalt, wo sie auf Widerstand stößt, unerbittlich sein, so ist es doch politisch klug, solche klar ausgesprochenen Neigungen, wenn irgend möglich und so weit als möglich zu berücksichtigen, schon damit der Widerstand von vornherein so gering ausfällt, wie es die Umstände gestatten. Natürlich kann nicht davon die Rede sein, daß dem vielleicht schnell wechselnden Gemütszustand in jeder Hinsicht nachgegeben wird; denn dann würde man überhaupt nicht zu Steuern kommen. Wie weit zweckmäßig zu gehen ist, das zu entscheiden, schlägt in das Gebiet der Steuerpsychologie, ja macht sie recht eigentlich aus. Praktisch ist es allerdings nicht immer leicht, festzustellen, wohin das meist dunkle und unklare Gefühl drängt, zumal sich unlautere Motive gern einmischen. Häufig wird auch durch geschickte Agitation die Stimmung erst erzeugt, was mangels ausreichenden Überblicks und Einblicks in die Voraussetzungen und Wirkungen eines passenden Steuersystems nicht allzu schwer ist. Wir erinnern an den Eifer und an den Erfolg, mit dem die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Kinder und Ehegatten als eine Art Sakrileg bekämpft worden ist. Wir erinnern andererseits an den weitverbreiteten und auch heute noch genährten Aberglauben, als ob die progressive Einkommensteuer ganz allein erforderlich sei und auch ausreiche, um eine ideale Lastenverteilung zu sichern. Beides Übertreibungen und Einseitigkeiten, die sich gewiß nicht instinktiv als eine gemeinsame Überzeugung weiter Kreise herausgebildet haben, sondern durch eine geschickte und rührige Agitation künstlich denen nahegebracht worden sind, die sich zu ihnen bekennen.

Dies vorausgeschickt, wird sich sagen lassen, daß aus dem ursprünglichen Empfinden der Bevölkerung heraus kaum mehr zu erwarten ist, als die Zustimmung zu den allgemeinen Grundsätzen steuerlicher Gerechtigkeit. Das ist aber keineswegs wenig, denn an wirklichen oder vermeintlichen Verstößen gegen diese Grundsätze nimmt das Volk allerdings ein weitgehendes Interesse und verfolgt sie mit der herbsten Verurteilung.

Gerechtigkeit auch im Steuerwesen gilt gewöhnlich und allein als ein ethisches Gebot; sie ist in gleichem Maße eine psychologische Forderung. Denn genau wie Billigung oder Mißbilligung erfolgt, je nachdem beobachtet wird, wo der Gerechtigkeit Genüge geschieht und wo nicht, so begleitet der Beurteiler ihre Verletzung in jedem Falle mit dem Gefühl der Unlust, des Unwillens. Das psychische Moment fehlt tatsächlich nirgends, wo die persönlichen Faktoren der Steuerkraft ins Spiel kommen. Denn wenn von der Verhältnismäßigkeit nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit gesprochen wird, ist nichts anderes gemeint, als daß das Gefühl des Drucks für alle gleich sei. Wird in einem praktischen Falle hiergegen verstoßen, so lehnt sich das gesunde Empfinden auf. Die eigene Steuerwilligkeit, die Bereitwilligkeit, ein Opfer auf sich zu nehmen, wird gemindert, wenn nicht der Anstoß weggeräumt wird. Schon aus diesem Grunde allein ist höchste Gerechtigkeit im Steuerwesen ein Gebot höchster Klugheit. Natürlich läßt sich das herkömmliche Mißtrauen dadurch nicht abhalten, nach Verstößen zu suchen. Bleiben die Bemühungen jedoch dauernd erfolglos, so verschwindet, wie die Erfahrung zeigt, nach und nach die Atmosphäre des Mißtrauens, und es breitet sich in der Gesamtheit der Pflichtigen ein Gefühl der Solidarität, der gegenseitigen Bürgschaft aus, das geneigt macht, selbst stärkere Belastungen ohne Widerspruch zu übernehmen, ja, wenn nötig, Belastungen, deren Druck im anderen Falle völlig unerträglich wäre.

Kommt es also darauf an, das natürliche Mißtrauen, das schon in gewöhnlichen Zeiten leicht zu einem sozialen Mißbehagen wird, zu bannen, so muß ausreichende Gelegenheit geboten sein, sich von seiner Grundlosigkeit zu überzeugen. Das kann nur teilweise geschehen durch Offenlegung der Verhältnisse. Restlose Klarheit und Durchsichtigkeit für jeden einzelnen zu schaffen, ist bei der ungeheuren Mannigfaltigkeit und auch aus anderen Gründen natürlich unmöglich. Hier muß, so weit Inhalt und Fassung der Gesetze nicht ausreichen, jeden Zweifel auszuschließen, die Einsetzung von Instanzen ergänzend hinzukommen, die sich durch Sachkenntnis und Unparteilichkeit jenes Höchstmaß von Vertrauen erwerben, das billigerweise gefordert werden kann und in menschlichen Beziehungen erreichbar ist.

Alles dies gilt in erster Linie für jeden Pflichtigen hinsichtlich seiner eigenen Steuerangelegenheiten. Hauptsächlich nach den persönlichen Erfahrungen beurteilt er, ob die Dinge ordnungsmäßig laufen, denn nur diese sind ihm vollständig bekannt.

Die Anforderungen, die sich aus den vorgetragenen Erwägungen für die Steuergesetzgebung und Steuerpraxis ergeben, liegen auf der Hand. Klar und eindeutig muß die Sprache der Gesetze sein. Das ist freilich leichter gesagt als befolgt. Die Tatbestände, auf die der Wortlaut der Bestimmungen passen soll, sind sehr mannigfaltig; um Anwendung finden zu können, sind sinngemäße Auslegungen nicht zu umgehen. Häufig muß ein gesunder Takt aushelfen, weil strenge Folgerichtigkeit zu Absurditäten führen würde. Damit öffnet sich, wie vorauszusehen, eine Quelle von Mißverständnissen, Zweifeln, Streitpunkten, denen Herr zu werden, immer neue Anstrengungen kostet und nie völlig gelingt.

Digitized by Google

Ebenso einleuchtend und nicht weniger schwer durchführbar ist, wenn der Steuerpflichtige verlangt, die Art und das Maß seiner Pflicht fest umschrieben und normiert zu finden. Man hat wohl gesagt, Ungewißheit der Steuer sei noch schlimmer als Ungleichheit. Wie weit das zutrifft, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls ist die Ungewißheit ein überaus schwerwiegender Mangel. Das ist ganz offensichtlich überall da, wo es sich um Abwälzung oder Fortwälzung handelt und der Steuerbetrag in irgendeine Kalkulation einbezogen werden muß. Aber auch wenn dies nach strenger kaufmännischer Weise nicht erforderlich ist, empfindet jeder Haushalt solche Ausgabeposten besonders lästig, deren Höhe von einem fremden Willen bestimmt wird, doppelt lästig, wenn dabei der Eindruck der Willkür nicht aufs sorgfältigste vermieden wird. Nun kann freilich im vorliegenden Falle von einer Willkür im eigentlichen Sinne nicht gesprochen werden. Allein es wird durch die Ungewißheit doch unmöglich gemacht, einen Plan für die Haushaltsführung, sei er auch noch so primitiv, aufzustellen. Das unbehagliche Gefühl, ein zwischen Einnahmen und Ausgaben vielleicht mühsam genug hergestelltes Gleichgewicht durch eine Steuerforderung in unerwarteter Höhe bedroht zu wissen, die Aussicht auf unliebsame Konsequenzen, die hieraus entstehen können, verstimmt im Endeffekt genau so, wie wenn sich jemand von dem guten oder bösen Willen eines anderen abhängig fühlt.

Daß die Einschätzung streng nach den Weisungen des Gesetzes erfolgen muß, ist selbstverständlich. Der Schaden, den eine laxe oder nur ungleichmäßige Praxis anrichtet, kann gar nicht hoch genug angenommen werden. Nichts erbittert und verbittert so sehr wie die Wahrnehmung, daß diskretionäres Ermessen, auch soweit das Gesetz es zuläßt, da eintritt, wo feste Normen beobachtet werden sollten. Besser etwas zu viel Schematismus, als Differenzierungen, deren Grund nicht offensichtlich ist.

Hiermit hängt zusammen die Schaffung eines geordneten Instanzenzuges, der nicht nur verletzte Rechtsgrundsätze wiederherstellt, sondern auch materielle Fehlgriffe beseitigt. An der Spitze ein oberster Gerichtshof von höchstem Ansehen, der in allgemein anerkannter Unabhängigkeit dafür sorgt, daß der Staat wie auch jeder Staatsbürger zu seinem Rechte kommt.

Von außerordentlicher psychologischer Wirkung endlich ist die Einsicht in den Zweck, für den die aufzubringenden Summen bestimmt sind, und nichts ist wertvoller, als wenn es gelingt, hierfür die allgemeine Anerkennung zu gewinnen. Gewaltige Schuldsummen zu verzinsen und zu tilgen, ist beispielsweise eine Aufgabe, deren Lösung jedermann als notwendig anerkennt, denn den Staatsbankerott früher oder später will letzten Endes kein Mensch. Allein es geht hiervon etwas ungeheuer Lähmendes aus, zumal wenn keinerlei Aussicht besteht für den einzelnen oder auch für die gegenwärtig tätige Generation, jemals eine merkliche Erleichterung zu erleben.

Natürlich lassen sich alle diese Forderungen auch ohne Bezugnahme auf die psychologische Seite des Steuerproblems begründen. Gleichwohl ist es nicht überflüssig, darauf hinzuweisen, wie dringend sie gerade unter diesem Gesichtspunkt sind. Die beste Steuerpsychologie allerdings wäre es, die öffentlichen Angelegenheiten so zu führen, daß die erforderliche Belastung sich stets in mäßigen Grenzen hält. Steuern, die eine gewisse Höhe überschreiten, haben immer etwas Entmutigendes. Von dieser Lehre können wir leider keinen Gebrauch machen. Mit unerhört schwerer Hand wird auf lange hinaus der Steuerfiskus das deutsche Land und seine Bürger heimsuchen. Das ist ihr hartes Los und läßt sich auf keine Weise ändern. Noch wissen wir nicht, wie sie es tragen werden. Um so nötiger ist es, alle Kräfte zu wecken und wachzuhalten, keine zu vernachlässigen, am wenigsten die der Seele.

Gertrud Bäumer / Bürgerliche Kultur

Das Bürgertum steht augenblicklich in einem schweren Kampf um seine Daseinsberechtigung. Dabei ist nicht das Entscheidende, wie es ihm äußerlich ergehen wird. Das Entscheidende ist vielmehr seine innere Selbstbehauptung. Wird es die sozial siegreiche Arbeiterschaft in seine Kulturformen hineinziehen, oder werden auch sie zurückgedrängt, besiegt werden durch irgend etwas Neues?

Äußerlich ist der Unterschied der Lebensbedingungen zwischen der gehobenen Arbeiterschicht und dem wenig bemittelten Bürgertum kaum noch vorhanden. Angestellte und Privatbeamte bilden die Brücke. Wohin würden sie sich orientieren? Es wird darauf ankommen, wie selbstbewußt wurzelecht und lebendig die bürgerliche Kultur ist. Auch sie erfährt zurzeit schärfste Kritik. Eine reformatorische Jugend wehrt sich gegen das, was sie das „Bürgerliche" nennt, und meint damit den Inbegriff alles Selbstsüchtigen, Gebundenen, aller Sattheit, alles Phlegmas und Beharrungsvermögens — den absoluten Gegensatz zu Persönlichkeit, Freiheit und Schwung, zu Natur und Seele, zu einem Leben von innen heraus. Die Bürgerlichkeit hat es schwer, dieser leidenschaftlichen Kritik ihre Werte entgegenzusetzen, denn sie sind ihrer Natur nach nicht demonstrativ; sie sind eingetaucht in Selbstverständlichkeit und Schlichtheit. Jedes Dokument aber solch bürgerlicher Gesinnung und Lebensführung läßt gerade in die Gärungen und Leidenschaftlichkeit unserer Zeit ihre stilleren Tugenden um so heller erstrahlen.

Diese Gedanken spiegeln den Eindruck einer Sammlung von Briefen und Aufzeichnungen des Hamburger Bürgermeisters M ö n c k e b e r g, herausgegeben von seinem Sohn (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart). Sie zeigen einen Menschen, der nichts Glänzendes, vielleicht nicht einmal über die Tüchtigkeit eines Verwaltungsleiters hinaus etwas Bedeutendes hat — mindestens solche Eigenschaften in seinen Briefen nicht spiegelt. Aber jeder Satz ist geprägt von einem Geist, für den ich den Ausdruck „bürgerliche Kultur" am bezeichnendsten finde.

Der hervorstechendste Zug ist die angeborene, anerzogene und anerlebte Gewissenhaftigkeit der Lebensauffassung, die sich allen Lebensgebieten gegenüber, der Arbeit, der Familie, der Kultur, dem Staat gleichmäßig beweist. Es ist die Frage, ob sich diese Gewissenhaftigkeit mit Enge paart und dadurch zur Pedanterie wird. Wenn das nicht der Fall ist, wenn diese Gewissenhaftigkeit sich mit einem klugen Sinn und wirklicher Bildung verbindet, so entsteht eine feine Gerechtigkeit, eine vornehme Billigkeit, die sich allen Lebens- und Kulturerscheinungen gleichmäßig vorurteilslos und ernsthaft zuwendet.

Und diese Gesinnung kennzeichnet Mönckeberg und läßt aus dem Buch alle die Tugenden hervorleuchten, die sich in den besten Typen einer in langer Verantwortung geschulten und erprobten Schicht entwickeln können. Wie fein und gerecht, verstehend und gelassen sind die Auseinandersetzungen mit dem Sohn, der als junger Student in den neunziger Jahren sich mit entschiedenem Enthusiasmus sozialistischen Überzeugungen zuwendet. Mit unerschütterlicher Bereitschaft zum Verstehen und einer zuchtvollen Objektivität steht Mönckeberg allen Zeiterscheinungen gegenüber: Politik, sozialen Bewegungen, Kunst, Literatur. Er erhebt sich damit, selbst, wo seine Urteile, wie die jedes Menschen, aus den Wurzeln des eigenen Lebensgrundes herauswachsen und durch das eigene Milieu bestimmt sind, über jede Art von Bourgeoistum. So vermag er „Die Weber" von Gerhart Hauptmann künstlerisch zu würdigen — im Gegensatz zu seinen Gesellschaftskreisen —, und man denkt unwillkürlich bei diesem Bekenntnis zu Hauptmann an das unerhört egoistisch beschränkte Urteil des ehemaligen Reichskanzlers Hohenlohe über das „Hannele". So nimmt er zum großen

Digitized by Google

Hafenarbeiterstreik eine Stellung ein, deren Objektivität damals moralisch noch mehr bedeutete, als heute verstanden werden kann. Es sei andererseits auch nicht verschwiegen, daß er der Gründung der Nationalsozialen Partei verständnislos gegenübersteht, anscheinend weil dem durchaus auf das handgreiflich Praktische gerichteten Mann die theologische Programmsetzung zu undurchsichtig ist.

In allen menschlichen Angelegenheiten kennzeichnet diese bürgerliche Kultur eine sorgfältige und in sich gefestigte Ehrenhaftigkeit. Sie ist nicht nur Ausfluß individueller Gesinnung, sondern Ergebnis einer Tradition, die Ehr- und Pflichtbegriffe immer wieder von neuem an den verschiedensten Lebensverhältnissen und Beziehungen erprobt hat. Es ist das eine Sicherheit des Empfindens, in der sich die Erziehung von Generationen spiegelt. Und eben diese Erziehung prägt sich aus in der Stellung zur Leistung, zur Arbeit. Über allen Maßstäben und Wertungen steht in diesen Äußerungen eine: die Forderung der Gediegenheit der Arbeit, ein fester Qualitätsbegriff, der die Ansprüche an sich und andere beherrscht.

Auf der Geltung dieser Maßstäbe beruht letzten Endes die Kraft eines Volkes. Wenn ich sage, sie sei wichtiger als Genialität, so nehme ich damit ein Urteil von Goethe auf, der oft — am ausführlichsten in den Wanderjahren — auf diese Handwerkstugenden solider aufbauender Arbeit als die gesellschaftlich wichtigsten hingewiesen hat. „Der Handwerker sei" — auf jedem Gebiet — „notwendiger als der Künstler".

* * *

Es ist, das kommt einem beim Lesen dieser einfachen Briefe und Aufzeichnungen zum Bewußtsein, heute wohl doppelt notwendig, auf den Bestand dieser Kräfte bürgerlicher Kultur hinzuweisen. Wenn die Seelen- und Geistesmächte stark und lebendig genug sind, um diese Traditionswerte vor Narrheit und Philistertum zu bewahren, so sind sie ein schlechthin unentbehrlicher Faktor des Wiederaufbaus und der Volkskultur im allgemeinen. Auch heute, und heute erst recht.

Wir bedürfen heute gewiß solcher Menschen, die sich zu lösen wissen von alten Formen und neue Wertungen wie neue Wege zu sehen vermögen, aber es darf nicht geschehen, daß diese Erhaltungstugenden ganz außer Kurs geraten. Es ist ein gewisses Maß von Dilettantismus unvermeidlich mit aller Neuerung verbunden, aber es muß dabei das allgemeine Bewußtsein sich immer wieder orientieren an den Maßstäben, die einmal in bezug auf Beherrschung und Qualität gegolten haben. Sonst geraten wir — die Gefahr ist nicht klein — in eine Schlamperei, die alle programmatischen Errungenschaften praktisch illusorisch macht. Um sich das Gefühl dieser alten Sachlichkeit und Gewissenhaftigkeit zu erhalten, ist dies Buch in seiner Anspruchslosigkeit und selbstverständlichen Tüchtigkeit besonders geeignet.

Oswald Riedel / Sozialpolitik im neuen Deutschland

Die Revolution ist nicht nur eine politische. Sie gewinnt mehr und mehr sozialen Charakter. Die politische Revolution ist in Weimar beendet worden. Die soziale dauert noch an. Gerade sie aber ist es, die alle Schrecken des Bolschewismus in ihrem Schoße birgt. Sie ist es, die eine Welle der Zügellosigkeit aufbranden und unter sich alles Wirtschaftsdasein begraben läßt. Alle Krankheiten unseres sozialen und wirtschaftlichen Lebens, in der Vergangenheit zu wenig beachtet und daher oft gröblich vernachlässigt, haben sich hier zu einem gefährlichen Geschwür vereinigt. Wird die Nationalversammlung auch ihm Arzt zu sein vermögen?

Das ist die Frage, die nicht unwichtiger erscheint als die Entscheidung über die äußeren Staatsformen und über den Rechtsinhalt der neuen Verfassung. Einem von sozialen Zuckungen entkräfteten Volke nutzen die schönsten politischen Grundlagen und Freiheiten nichts. Wir sind nun einmal in der traurigen Lage, daß wir in den nächsten Jahrzehnten uns sorgen müssen um unser wirtschaftliches Dasein. Hart werden die Daseinsbedingungen sein. Bis zur Grenze der Erträglichkeit gehen die finanziellen Lasten. Rohstoffzufuhr und Warenabsatz bleiben aus, wenn unser Geldwert nicht konkurrenzfähig zu gestalten ist. Aber unsere Wirtschaft ist aus den Fugen. Wo sind heute die Werte, die uns kreditfähig machen? So ist das A und das O unseres Beginnens heute: schafft Werte! Nur Arbeit erzeugt sie. Die Organisation dieser gewaltigen nationalen Arbeit ist eine Riesenaufgabe für den neuen Freistaat. Einer der Grundsteine dieser Organisation aber ist die neue Sozialpolitik.

Sie hat also zweierlei Bedeutung: die negative, daß sie die soziale Revolution beendet und in das rechte Gleis führt, und die positive, daß sie den neuen Staat und seine Lebensfähigkeit aufbauen hilft. Angesichts dieser erheblichen Verschiebung ihrer Bedeutung für das Staatsganze muß sich auch das Wesen der Sozialpolitik verschieben. Aus der Politik der sozialen Wohltaten wird — wozu schon früher oft der Anlauf vergeblich unternommen wurde — die Politik des sozialen Rechtes. Der Arbeitnehmer gilt nicht mehr als vierter Stand. Seine politische Gleichberechtigung hat die soziale im Gefolge. Zwar heißt das nicht die Anarchie im Wirtschaftsleben einführen. Gleichberechtigung auch für den Arbeitgeber, für den Unternehmergeist! Aber mit den alten politischen Feudalrechten ist auch die letzte Möglichkeit einer patriarchalischen Wirtschaftsordnung oder schwerindustriellen Herrentums zusammengebrochen. Zwischen die Extreme von links und rechts schiebt sich auch hier, unaufhaltsam in ihrem Siegeszuge, die demokratische Idee. Die Demokratie des neuen Deutschland muß sozial und die neue Sozialpolitik muß demokratisch sein. Vereint sich beides zu fruchtbarem Tun, so liegt darin eine der sichersten Bürgschaften für unsere Zukunft.

So nehmen wir die Sozialpolitik als etwas Neues, dabei doch auf Altem fußend. Aber nach all den Fehlschlägen auf anderen Wegen darf ich meinen in den letzten Jahren schon mehrfach in der „Hilfe" verfochtenen Vorschlag erneuern: man stelle in den Vordergrund das Arbeitsvertragsrecht! Auf Form und Inhalt des Arbeitsvertrages, insbesondere aber auf die Art seines Zustandekommens, kommt es heute mehr als je an. Hier gilt es endlich die notwendige Einheit zu schaffen. Dabei muß auch mit allen Standesvorurteilen der Beamten und Angestellten aufgeräumt werden. Ein Prinzip muß scharf herausgemeißelt werden: das Mitbestimmungsrecht des Arbeitnehmers in allen Fragen seines Arbeits- oder Anstellungsverhältnisses. Dieses ist für den Einzel- wie für den Kollektivvertrag, für den privatrechtlichen, wie für den öffentlichrechtlichen Vertrag sicherzustellen. Mehr und mehr drängt alles zum Kollektivarbeitsvertrag. Angestellte und Staatsarbeiter suchen jetzt schon in Tarifvertragsbewegungen. So wird denn das Arbeitsvertragsrecht mit dem Tarife

recht zu verbinden sein. Beides wird das Recht der Arbeit regeln, darin also auch Rechte und Pflichten der Arbeitnehmer. Ein solches Recht ist so bedeutsam, daß man sich davor hüten muß, ihm lediglich durch Änderung oder Erweiterung bestehender Gesetzesbestimmungen zu genügen. Elementar ist vielmehr die natürliche Forderung nach einem völlig neuen Recht und Gesetz.

Das Tarifrecht legt seinerseits den Gedanken an das Koalitionsrecht nahe. Mit schönen Revolutionsgesten und -versprechungen wird gerade auf diesem Gebiete nicht gespart. Aber munter bestehen alle die Fallstricke für das Vereinigungsrecht im Strafrecht und bürgerlichen Recht weiter. Andererseits kann ein Koalitionsrecht nicht bloß schrankenlose Rechte vorsehen. Räumt man den Berufsorganisationen mit Recht großen Einfluß ein auf das Zustandekommen und den Inhalt des Arbeitsvertrages, dann muß auch die Verantwortlichkeit und namentlich die Haftbarkeit bei Vertragsuntreue geklärt werden. Die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine wird damit wieder aktuell.

Aber man muß auch noch einen Schritt weitergehen und sich ernsthaft fragen, ob nach solcher Autorisierung der Berufsvereine sich die Schaffung besonderer öffentlich-rechtlicher Standesvertretungen nicht erübrigt. Diese alte Streitfrage bedarf der endlichen Entscheidung. Bisher litt sie darunter, daß man mit den Berufskammern sowohl das Einigungswesen als auch die öffentlichrechtliche Standesvertretung erledigen wollte. Wer nun ein großzügiges Arbeitsvertragsrecht schaffen will, der wird das Einigungswesen in dieses einbeziehen. Wer aber den Berufsorganisationen sozusagen die amtliche Anerkennung gibt und durch den Kollektivarbeitsvertrag auch den indirekten Koalitionszwang einführt, der wird darüber hinaus öffentlichrechtliche Standesvertretungen kaum noch für nötig erachten. Weshalb denn auch heute niemand von Arbeitskammern spricht.

Erst hinter diesen organisch ineinandergreifenden Rechtsgebieten tauchen der Arbeiterschutz und die Arbeiterversicherung auf. Sie sind noch längst nicht veraltet. Der Gesundheitszustand ist — wir dürfen es ja endlich sagen — doch schwer durch den Krieg beeinträchtigt worden. Soll unser Volk wieder gesunden, muß der Arbeiter- und Arbeiterinnenschutz seine Ausdehnung finden. Fragen von der Bedeutung des Achtstundentages und des Erholungsurlaubes spielen hier eine erhebliche Rolle. Die Arbeiterversicherung leidet gleicherweise unter Kriegsschäden und Geldentwertung und bereitet dadurch ernste Sorgen. Diese alten sozialpolitischen Gebiete erfordern also die gleiche Aufmerksamkeit wie früher und womöglich noch mehr.

Aber das sind doch materielle Einzelsorgen. Heute ist weit wichtiger jenes politische Recht, das in der oben angedeuteten Neuentwicklung liegt. Beseitigung des vierten Standes, so kann man es ruhig nennen. Würde das die Folge der sozialen Revolution sein, so hätte sie segensreich gewirkt. Mancher Kampf, manche Erschütterung des wirtschaftlichen Lebens in der Zukunft wäre damit im Keime erstickt. Viel wäre gewonnen für die Entwicklung des deutschen Volkes zu neuer Blüte.

Viel — nicht alles. Die Sozialpolitik darf und kann nicht Selbstzweck sein. Mit einer gehörigen Dosis sozialen Geistes muß auch die übrige Politik gewürzt sein. Im Vordergrunde steht die Kulturpolitik. Ohne Einheitsschule muß jeder soziale Gedanke unfruchtbar bleiben. Die Trennung der Kinder in der Wiege schon richtet eine unüberbrückbare soziale Kluft auf. Und wenn ihr nun den Arbeitern die politische und die soziale Gleichberechtigung gebt und ihnen auch den Weg zu den Kulturgütern freimacht — was nützt es alles, wenn ihr dann diese Leute hineinsendet in die engen Mietskasernen? Alles dann vergebens! Die schreiende Wohnungsnot vergiftet mehr als den Leib noch die Seele. Hier ruht eins der schwersten Probleme, das man freilich nicht mit guten Absichten, schönen Reden und Resolutionen löst. Die Wohnungsfrage ist ein Teil unserer Wirtschaftspolitik. Je sozialer diese gestaltet wird, um so leichter wird sich wieder die Lösung jener Frage gestalten. Darum also jene Folgerung, daß unsere gesamte Politik sozial durchtränkt sein soll. Und das ist nach einer sozialen Revolution eigentlich selbstverständlich. Aber bitte sozialen Geist — keine Kompottschüssel!

Gerhard Schulze / Die Trennung von Staat und Kirche in den Verhandlungen der Frankfurter Paulskirche 1848

In der Deutschen Nationalversammlung zu Weimar hat der deutschdemokratische Abgeordnete Koch-Kassel bei der Beratung der Verfassungsvorlage darauf hingewiesen, daß eine gerade Linie von 1848 auf 1918 führt. Und in der Tat ist es von hohem Reiz, sich jetzt wieder einmal in die Verhandlungen zu vertiefen, die im Frankfurter Parlament stattgefunden haben, von hohem Reiz besonders auch deshalb, weil in der Paulskirche tatsächlich eine Auslese, die „besten Köpfe" des damaligen Deutschlands beisammen waren. Es ist nur zu bedauern, daß diese Verhandlungen einem weiteren Kreise so schwer zugänglich sind. Sie stehen in dicken Bänden auf den großen Bibliotheken, aber es fehlt fast völlig an handlichen Ausgaben von ihnen. Der Akademische Freibund München hat allerdings vor Jahren sehr geschickt ausgewählte Auszüge aus den Debatten der Paulskirche herausgegeben, leider ist aber inzwischen der Verlag (Buchhandlung Nationalverein München-Gern) eingegangen. Unter den Materien, über die in Frankfurt debattiert wurde, verdienen eine allseitige Beachtung ganz besonders die Beratungen über die Trennung von Staat und Kirche und die Gewährung der Glaubens- und Gewissensfreiheit, nicht nur, weil diese Fragen auch jetzt wieder das allgemeine Interesse auf sich gezogen haben, sondern auch, weil die Verhandlungen über diese Punkte zweifellos einen Höhepunkt in der Parlamentsgeschichte bilden.

Wollte heute freilich ein Redner im Parlament Ausführungen der Art machen, wie sie in Frankfurt an der Tagesordnung waren, so würde er wohl bald mit dem Hinweis unterbrochen werden, daß er „religionsphilosophische Vorlesungen" hielte. Bezeichnend ist, daß ein großer Teil der Debatteredner 1848 vom Wesen des Staates und dem Wesen der Kirche ausgingen und ihre Behauptungen nicht selten durch weit ausholende geschichtliche Rückblicke zu stützen suchten. Der bayerische Kultusminister v. Beisler ging zum Beispiel bis auf die Merowinger und Karolinger zurück und ließ Karl den Großen und Ludwig den Frommen, „auch den Einfältigen genannt", für sich sprechen; während die Linke in Giordano Bruno und Galilei ihre geistigen Väter sah. Daß die Schlüsse, die auf die Lehren der Geschichte gebaut wurden, je nach der Partei des Redners verschieden ausfielen, ist so wenig verwunderlich, wie die Tatsache, daß von den einzelnen Parteien das Wesen von Staat und Kirche verschieden bestimmt wurde und demgemäß auch verschiedene Folgerungen aus dieser Wesensbestimmung gezogen wurden. So definierte der großdeutsch-klerikale Professor Sepp: „Das Gebiet der Kirche ist das der Wahrheit und der religiösen oder dogmatischen Spekulation. Das Gebiet des Staates aber ist das des Rechts", und zog hieraus den Schluß, daß „beide gut und in Frieden nebeneinander bestehen können", solange jedes sich auf sein Gebiet beschränke. Ungleich

Digitized by Google

dieser ging der Professor der Philosophie Biedermann, der damals noch dem linken Zentrum angehörte. Ihm sind „der einfache Begriff des Staates" einerseits und „der einfache Begriff der Religion und der Kirche" andererseits auch zwei vollkommen getrennte Begriffe. Er erkennt aber, daß die sittlichen Ideen der Religion dieselben sind, die dem Staate zugrunde liegen; „aber eben weil sie beiden gemeinsam sind, nicht etwa der Religion ausschließlich, weil sie die allgemeinen Grundlagen des Menschen und des menschlichen Wesens sind, kann und muß der Staat sich auf diese Grundlage selbständig stellen, ohne sie erst von einem anderen Gebiete zu entlehnen". Charakteristisch ist die Wesensbestimmung, die der von der katholischen Kirche ausgegangene demokratisch-konstitutionelle Prof. Jordan gab. Er sieht in der Kirche eine äußere Macht, die über die Einheit und Reinheit des Glaubens wacht und alle, die sich ihrem Willen widersetzen, verfolgt, ausstößt oder auf irgendeine andere Weise quält. Es ist verständlich, daß die so aufgefaßte Kirche für ihn neben dem Staat überhaupt keine Daseinsberechtigung mehr besitzt. Es kann nur e i n e Gewalt geben, und das ist der Staat. Dieser stellt eine Gesellschaft dar, die zunächst für irdische Interessen bestimmt ist, damit der Mensch unter ihrem Schutze zugleich seine höheren geistigen Zwecke verfolgen und verwirklichen könne.

Auf den ersten Blick kann es auffallen, daß sich in Frankfurt wenig Stimmen klipp und klar gegen eine Trennung von Kirche und Staat ausgesprochen haben. Unter den einflußreichen Rednern war es eigentlich nur v. Beisler, der die Verbindung von Staat und Kirche beibehalten wissen wollte, freilich auch er unter Voraussetzung einer Verfassungsreform der Kirche nach dem Geist der Zeit. Und was konnte v. Beisler für seinen Standpunkt geltend machen: das tausendjährige Sich-gegenseitig-Durchdringen beider, ferner die Tatsache, daß die Organe der Kirche (!) keine Trennung gefordert hätten, und schließlich, daß die Freunde der Trennung durch diese Maßnahme die Kirche vor den demokratischen Einrichtungen schützen wollten. Dieser letzte Punkt traf tatsächlich für die klerikale Partei zu. Sie hoffte durch die Trennung oder, wie sich ihre Anhänger lieber ausdrückten, durch die Unabhängigkeit der Kirche vom Staate für sie völlige Souveränität gegenüber jeder gesetzlichen und polizeilichen Verordnung zu erlangen. Darum wandte sich ein Döllinger gegen den Polizeistaat und warnte davor, ihm in dem „unendlich mächtigen Gebiet der Religion und Konfession" eine letzte Domäne zu überlassen, denn von ihr aus werde er Schritt für Schritt das verlorene Terrain wiedergewinnen. Die Kirche sollte, frei von allem staatlichen Zwang, in sich gefestigt und erstarkt eine Gewalt werden, mit der der Staat schon werde zu rechnen haben. Ein Mittel, ihre Macht auszuüben, wollten sich die Klerikalen mit der Schule sichern; so leidenschaftlich sie die Trennung von Kirche und Staat verfochten, so wenig waren sie für eine Trennung von Schule und Staat zu haben. Sie wollten eben „die Zukunft des Staates", die Jugend in der Hand behalten.

Es ist klar, daß die liberale Partei ganz andere Ziele verfolgte, wenn sie für die Trennung von Kirche und Staat eintrat. Sie wollte den Staat von allen kirchlichen Fesseln befreien und auch in der Kirche die absolute Herrschaft der Hierarchie beseitigen. Dem Staate sollte zurückgegeben werden, was ihm gehörte, so vor allem Schule, Eheschließung, Führung der Zivilstandsregister, der Eid. Der Kirche sollte Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährt werden, und die Bildung von Religionsgesellschaften mit Selbstregierung und Selbstverwaltung allgemein freistehen. War sich die Linke in diesem Ziel einig, so traten jedoch in der Frage der näheren Bestimmung der Freiheit der Kirche zwei Strömungen zutage. Die ängstlichen Gemüter, in deren Sinn besonders der Privatdozent Welcker vom linken Zentrum sprach, meinten gegenüber der drohenden Erstarkung der Kirche zum Schutz des Staates verschiedene besondere Maßregeln ergreifen zu müssen. Namentlich wurde ein Einwirkungsrecht des Staates auf die Ernennung oder Bestätigung der Geistlichen und auf die Verwaltung des Kirchenvermögens verlangt. Sie zitterten aber auch vor dem Gespenst neuer Klostergründungen und der Rückkehr der Jesuiten. „Heilig sei die Überzeugung, aber unter dem Staatsschutz stehe der Bürger gegen den Mißbrauch der Gewalt." Demgegenüber traten die überzeugten Demokraten für die restlose Anwendung des Prinzips der Freiheit ein. „Geben sie volle, unbedingte Freiheit, geben sie volle, unbedingte Entwicklung der Demokratie in allen Richtungen, in allen Konsequenzen, dann brauchen sie die Trennung der Kirche vom Staat, dann brauchen sie die, welche aufwühlen im Namen Gottes und der Religion, nicht zu fürchten" (Vogt, Gießen, ähnlich Weißenborn u. a.).

Es hat etwas Herzerfrischendes, wenn man sieht, wie die demokratischen Trennungsfreunde im einzelnen ihre Position auseinandersetzten, und man kann nur bedauern, daß bis vor kurzem so wenige ihrer Gedanken zur Tat geworden sind. Obwohl ihnen auch damals von der rechten Seite vorgehalten wurde, sie wollten „die Religion dem Menschen nehmen" oder „die Menschen berauben, sie dem Heidentum übergeben", so konnte die Linke in ihren besten Vertretern mit vollem Recht den Vorwurf der Irreligiosität und des Indifferentismus zurückweisen (so z. B. Biedermann). Ja, die Rechte mußte sich von dem Berliner Abgeordneten Nauwerck die bitteren Worte sagen lassen, daß sie dem Atheismus verfalle, daß ihr das Zutrauen zur Vorsehung fehle, wenn sie zum Schutze der Kirche nach Polizeivorschriften und Präventivmaßregeln rufe. Auf welcher Seite die im Grunde frommere Stellungnahme zu finden war, zeigen Worte, wie etwa die Weißenborns: „Oder fürchten wir für die Existenz der evangelischen Kirche, dann müßten wir ein schwaches Zutrauen zu ihr haben, . . . wir müßten verzweifeln an dem Geiste der Wahrheit." Im gleichen Sinne sprach der kirchlichliberale Pfarrer Zittel in einer sehr eindrucksvollen Rede von dem „Vertrauen auf den Geist, der in dem Protestantismus wohnt und lebt," sprach von seiner Freude, daß der Protestantismus einmal sich regen müsse und zusehen, welche Stellung er sich gewinne, denn dadurch erst werde er in und durch sich selbst stark werden. Und wie erfrischend wirkt es, wenn von katholischpriesterlicher Seite der Satz formuliert wird: „Eine Kirche oder Religionsgesellschaft, die nicht mit Glaubens- und Gewissensfreiheit bestehen kann, die zu ihrer Erhaltung des Glaubens- und Gewissenszwanges bedarf, will ich ruhig ihrem Untergang entgegengehen lassen; sie trägt das Element des Verderbens in sich selbst."

Nur die äußerste Linke schlug zum Teil recht scharfe Töne gegen die Kirche an. „Das, was man Kirche nennt," sollte ihrer Meinung nach überhaupt spurlos von der Erde verschwinden; denn jede Kirche, habe sie einen Namen, welchen sie wolle, sei ein Hemmschuh der Zivilisation. Das Kampfmittel der Kirche sei die Verdummung des Volkes. So gehässig und unverständig diese Vorwürfe waren, zumal sie sich nicht gegen eine bestimmte, geschichtliche Erscheinung der Kirche wandten, sondern ganz ausdrücklich gegen den Begriff „Kirche", so verdient doch eine Forderung der Radikalen, die sich inzwischen auch durchgesetzt hat, zweifellos Zustimmung: Freiheit zum Atheismus. „Sie müssen das Individuum nicht nur in seiner Religion, in seinem Glauben, freimachen, sondern sie müssen es auch in seinem Unglauben freimachen." Von der äußersten Linken wurde damals auch der Satz formuliert, der sich im Erfurter Programm von 1891 wiederfindet: „Die Religion (und Kirche) muß eine Privatangelegenheit werden." Er wurde aber auch damals schon von Nauwerck dahin ausgelegt, daß die Religion durchaus der Freiwilligkeit der einzelnen und der Gesellschaft anheimgestellt werden müsse.

Haben die Radikalen der ganzen Tendenz ihrer Partei entsprechend wenig positive Arbeit geleistet, so war die überwiegende Mehrzahl der Demokraten der Überzeugung, daß die Trennung der Kirche nur zugute kommen würde. Und zweifellos waren sie hierin im Recht. Denn wie sie die Trennung beabsichtigten, brachte sie der Kirche gewiß keine Gefahr, aber bot ihr wesentliche Vorteile. Sie dachten — wie es Löwe-Calbe in einer Sonderberatung ausdrücklich sagte — gar nicht daran, der Kirche die staatlichen, finanziellen Zuschüsse zu entziehen. Und bei der Verstaatlichung der Schule sollte nach den Versicherungen verschiedener Redner die Religion als Gegenstand des Unterrichts nicht beseitigt werden. Ja, Weißenborn war der Ansicht, daß die religiösen Interessen so bedeutend sind, so tief in

die Verhältnisse des Lebens eingreifen, daß sie auch nach der Trennung für den Staat eine wichtige Sorge bilden müssen. Freilich lag ihnen auch nichts daran, das kirchliche Leben, „wie die Hierarchie es darstellt", zu unterstützen, aber sie sprachen die Überzeugung aus, das wahre religiöse Leben zu fördern. Sie hofften, die Religion werde durch die Trennung die bloße Außenseite verlieren und ein Inneres des Menschen werden. Und „wenn die Religion eine innere, wahre Heiligung erhält, wird der Mensch als ein innerlich religiöser Mensch freiwerden" (Jordan).

Sieht man sich die einzelnen Vorschläge an, die an ihrem Teile helfen sollten, die Kirche wieder lebendig in das Volksleben hineinzustellen, so kann man nur bedauern, daß sie nicht verwirklicht worden sind. Ist doch vielfach noch nicht einmal das damals wiederholt geforderte Pfarrerwahlrecht der Gemeinde gesichert. Wie selbstverständlich klingt es uns oder sollte es uns doch klingen, daß auch die Kirche „bei dem großen Umschwung der Weltverwandlung nicht zurückbleiben kann". Wie richtig war die Aufgabe der Kirche erkannt, wenn ihr in erster Linie die Arbeit an der Lösung der sozialen Aufgabe zugewiesen wurde. „Es ist die soziale Frage, die so gewaltig in allen Verhältnissen an uns herantritt, hier in ihrer höchsten Bedeutung, welche auch das religiöse Leben erfaßt hat, und es ist die Aufgabe aller religiösen Genossenschaften, von nun an, hier den Geist der Zeit zu erkennen, zu erfassen und auf denselben im Geiste des Christentums zu wirken" (Zittel).

Möchte die Hoffnung, die Biedermann seinerzeit an die Trennung von Kirche und Staat knüpfte, in unserer Zeit sich verwirklichen: „Es wird dem Kampfe der Geister freier Spielraum gewährt, es wird einer unbeschränkten Entwicklung der philosophischen und religiösen Ideen die Bahn gebrochen sein, es werden aber auch die Elemente wahrer, inniger Religiosität . . . ein um so tieferes Bett sich graben, um so sicherer in diesem Bette fortfließen."

Margarete Grethen / Ostern

Selbst ernsthafte Menschen können lange um die Frage nach dem Tode herumkommen. Es gehen ja auch manche dahin, die wenig persönliches Leben besitzen, und deren Wesen keine tiefen Furchen zieht in die Seelen anderer. Aber wenn dann jemand von denen stirbt, von den wenigen, die bleibende, starke, bestimmende Eindrücke hinterlassen, dann wird die Frage nach dem Tode unausweichlich.

Wenn jemand stirbt, der so voll Leben war, daß man meint, nur in memoriam, im Seingedenken noch leben zu können, dann bäumt sich die Seele auf, er kann nicht tot sein! Wenn jemand stirbt, von dem die große Kraft des Lebens ausging, die die Liebe heißt, dann schreit das Herze auf, du durftest nicht sterben!

Dann versteht man auf einmal, wie es den Jüngern zumute war, als Jesus von ihnen ging, daß ihre Seelen sich empörten gegen den Tod, daß mit Riesengewalt der Gedanke sie packte: er kann nicht tot sein! Man versteht, daß sie Visionen hatten und Gesichte schauten, daß es ein verzückter Jubel war, als es bei ihnen durchbrach: Er lebt; versteht, daß diese Begeisterung Lebenskräfte auslöste, die sich stellten gegen eine Welt.

Kleine Seelen haben in ein Dogma gezwängt und andere unter dessen Druck geknebelt, was doch kühnste Tat eines flammenden Enthusiasmus war. Es gibt nichts Überschwänglicheres, nicht Irrationaleres, nichts, was mehr aller Erkenntnis ins Gesicht schlägt, als von einem Toten zu sagen: Er lebt. Und doch steigt die Seele gerade unter dem Drucke des Todes immer wieder auf zu dieser letzten kühnsten Leistung, weil sie es nicht ertragen kann, daß die sehnsüchtig ausgestreckte Hand ins Leere greifen soll.

Ostern ist das Fest der Ekstase, auf ihr ist die Kirche erbaut. Der Auferstehungsglaube gab ihr die Grundlage, so daß jede Kirche eigentlich eine Grabstätte war, die unterm Altar heilige Gebeine barg, der ganze Grundriß war darauf aufgebaut. Liebe, Freundschaft, Bewunderung, Verehrung, alle die feinen Beziehungen zwischen Mensch und Mensch, die wollen Ewigkeit. Ohne sie ist die Liebe kein Glück, sondern eine Qual. Es ist eine Qual ohne Ende, zu denken, daß ich eines Tages das Kind, das an mir hängt, im Stiche lassen muß. Wenn alle zarten Bande doch nur wieder abgerissen werden, dann wäre es ja so viel besser, dies alles wäre nicht. Wenn das holde Saitenspiel der feinen Seele nur erklingt, um dann zu verstummen zu endlosem Herzeleid, dann hätte es lieber niemals ertönen sollen. Dann sind das die Glücklichsten und die Klügsten, die stumpf durchs Leben gehen. Dann ist es die größte Torheit, die es geben kann, wenn man sein Heil sucht in den zwingenden Persönlichkeiten.

Denn Persönlichkeit ist unersetzbar, unausfüllbar die Lücke, die sie hinterläßt. Man kann im heitersten Gespräch mit anderen sein, und auf einmal fängt das Herz zu bluten an, Natur und Kunst können einen packen mit starkem Eindruck, und es genügt schon ein leiser Ton der Erinnerung, ein Hauch, ein Duft, ein Schatten, und die Seele wird überschwemmt von Traurigkeit bis an den Rand.

Ohne Ewigkeit ist das Leben ein beständiges Sterben, Trauern und Scheiden. Ewigkeit wird immer die eigentliche Frage der Menschen sein. Wer kennt die Dinge zwischen Himmel und Erde, wer will sich vermessen, da ja oder nein zu sagen?

Aber dies ist gewiß: gibt es eine Gemeinschaft der Geister, die sich hier nur anbahnt und drüben vollendet, finden sich einmal die, die hier nicht haben zusammenkommen können, wird die große Sehnsucht des Lebens, die die Liebe heißt, einmal volle Wahrheit und Gewißheit, so liegt ein Glanz über dem Leben trotz allem Winsel und Grauen. Ist alles dies im Hinblick auf die Einigkeit nur Anfang und Übergang, dann bekommt dies Leben, das so furchtbar schwer jetzt auf uns lastet, trotz alledem und alledem Tiefe, Sinn und Zweck, die ihm sonst nichts geben kann. Dann kann man Hoffnung pflanzen, wo nichts mehr zu erwarten ist, hoffen am Grabe aller Hoffnungen, am Grabe von Ehre, Würde und Weltmacht.

So ist die Frage nach dem Tode die eigentliche Frage nach dem Leben, man muß zu ihr Stellung nehmen, um hier im Leben seinen Standpunkt zu finden. Leben kann nur von der Ewigkeit her sich begründen, oder es ist überhaupt nicht begründet. Ohne Ewigkeit ist Herzeleid das tiefste, was ein Mensch empfinden kann, aber mit ihr wird Lust zum stärksten Lebensgefühl, das alles trägt und treibt, und in dem man selig versinken kann. „Denn," so sprach die tiefe Mitternacht:

„Lust ist tiefer noch als Herzeleid
Ist tiefe, tiefe Ewigkeit!"

Naumann / Auferstehung?

Wird unser Volk sich wieder aufrichten können? Jetzt ist es zerstochen, zerbrochen, zerschunden und gebunden, ein Opfer der Welt. Nach dem Naturgesetz haben wir wenig Aussicht, aus dem Grabe herauszukommen; ein harter Stein liegt vor des Grabes Tür und wird von allen sogenannten

Digitized by Google

Kulturstaaten versiegelt. Die Wächter stehen an des Grabes Rand. Nach unendlichem Ringen ist Ruhe eingetreten, der Himmel aber ist voll von düstersten Wolken, und Erdbeben rollen unter den Bergen. In solcher Lage entscheidet es sich, ob der Tod siegt oder das Leben. Glaubst du, o Menschenkind, daß diese Gebeine auferstehen werden? Glaubst du an einen Ostertag deines Volkes? In diesem Falle ist der Glaube an das Leben schon an sich die Hälfte der Lebendigkeit. Der Lebensglaube ist voll von Wechselwirkungen zwischen der Gesamtseele und der Einzelseele. Du wirst in aller deiner Todesmattigkeit aufrechterhalten durch das Dasein der Gesamtheit, der du verpflichtet bist; indem du dann aber dich in die Höhe richtest, hilfst du der Menge der übrigen, daß auch sie nicht tot bleiben wollen. Das wunderbare Ostergeheimnis vollzieht sich in unserer Mitte. Wer kann es richtig beschreiben? Es vollendet sich in dir wie ein Wunder im Dunkeln. Das Alte ist vorbei, die Form ist zerschellt, vieles ist verloren, aber noch schlägt das deutsche Herz! Auch uns wird die Sonne noch einmal wieder aufgehen. Das, was auferstehen will, ist seinem Wesen nach anders als das, was man begraben hat: ein neuer Körper! Man kann bis heute nicht sagen, daß die neue Gestaltung schon sichtbar und greifbar sei; sie wird geahnt und taucht auf wie eine Erscheinung. Eine merkwürdige Andacht ist um uns herum. So feiern wir Ostern.

Büchertisch

Leitfaden der Kriegshinterbliebenenfürsorge, 2. erweiterte Auflage für den Handgebrauch der örtlichen Fürsorgestellen, Carl Heymanns Verlag, Berlin, Preis 2,50 M. postfrei, bei Bestellung mehrerer Exemplare durch die Nationalstiftung ermäßigt sich der Preis auf 1,75 M.

Die 2. Auflage des Leitfadens bringt eine erhebliche Bereicherung und Erweiterung des Inhalts. Er gliedert sich in drei Teile. Der erste Teil „Allgemeine Anleitung" gibt Richtlinien für die Einrichtung und den äußeren und inneren Betrieb der Fürsorgestellen. Ein weiterer Abschnitt dieses Teils erörtert die äußere Gestaltung der Fürsorgestellen, ihre innere Einrichtung, den Verkehr mit den Hilfsbedürftigen, das Verhältnis der Fürsorgestelle zu den militärischen Behörden sowie den Verkehr der Fürsorgestellen untereinander. Am Schluß des ersten Teils wird auf die bisher vorhandenen Einrichtungen und die Zeitschriften, die das Gebiet der Hinterbliebenenfürsorge behandeln, hingewiesen.

Der 2. Teil „Die Geldversorgung der Hinterbliebenen" gibt in allgemeinverständlicher und umfassender Weise Auskunft über die Versorgung der Hinterbliebenen a) aus Heeresmitteln, b) aus der reichsgesetzlichen Versicherung, c) aus der reichsgesetzlichen Familienunterstützung.

Der 3. Teil, „Die ergänzende Hinterbliebenenfürsorge", behandelt alle wichtigen Gebiete der sozialen Fürsorge. Er geht aus von der Ordnung der wirtschaftlichen Lage, die das erste Erfordernis einer planmäßigen Fürsorge ist, und gibt sodann Richtlinien für die Gesundheitsfürsorge. Ein weiterer Abschnitt beschäftigt sich mit der Hilfe bei Verwertung der Arbeitskraft. Ferner wird hingewiesen auf die Wichtigkeit der Beratung in Siedlungsfragen und die Bekämpfung der Landflucht. Ein besonderes Kapitel gilt der Waisenfürsorge mit ihren vielseitigen Gebieten, den Fragen der Berufsvormundschaft, der Beistandschaft, der Pflegschaft, der Waisenhausfrage, der Adoption sowie der Berufsbildung der Waisen und der Kriegspatenschaft. Der 3. Teil erörtert ferner das Geldunterstützungswesen, insbesondere die Unterstützungen aus Heeresmitteln und aus Mitteln der gemeindlichen Kriegswohlfahrtspflege sowie aus Spenden und Stiftungen. Der Schluß des Leitfadens bringt ein Literaturverzeichnis sowie Muster verschiedener Formulare und ein ausführliches Stichwörterverzeichnis, das den Gebrauch des Leitfadens erheblich erleichtert.

Helene Stranz.

Wo bleibt unser Halt? Ein Wort an ernste Seelen. Von Rudolf Eucken. 29 Seiten. Geh. 1 M. Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig 1918.

Der bekannte Jenaer Philosoph erblickt die Ursache der Katastrophe, die das deutsche Volk erlebt, in einer unglückseligen Verkettung von Schicksal und Schuld. — Es wird viel geredet von unserer Schuld, dabei wird meist übersehen, daß wir allenfalls eine Schuld vor uns selbst, aber keine Schuld vor der Welt haben, also allein wir unsere Richter sind. Es liegt eine große Gefahr darin, unsere Schuld nach außen hin immer wieder zu betonen.

Aus tiefen Wellentälern hat das deutsche Volk sich wieder heraufgearbeitet; die rechten Kräfte erwachsen erst an Widerstand und Schwierigkeit. Die großen Deutschen aller Zeiten beweisen, was wir an geistigen Kräften besitzen. Der Gedanke an dies unser Besitztum kann uns Halt und Trost sein, besonders wenn wir alles daran setzen, uns dieses Erbes würdig zu erweisen.

Von der lebenden Generation erhofft der Verfasser keine Gesundung mehr, er setzt sein Vertrauen auf die Jugend, hofft, daß es ihren jungen Kräften gelingen wird, uns wieder emporzuhelfen.

A. Indorf.

Das bekannte Werk von Sombart: **Sozialismus und soziale Bewegung,** das lange vergriffen war, liegt nun nach elf Jahren in neuer, siebenter Auflage vor. (G. Fischer, Jena, 387 S., 6 M.) Der Führer durch die sozialistische Literatur ist durch die wichtigsten Neuerscheinungen der letzten Jahre ergänzt worden, die Chronik der sozialen Bewegung ist bis zum Jahre 1914 fortgeführt. Neu hinzugefügt ist ein Kapitel über den Bolschewismus, womit Sombart zwar über den Rahmen seines Buches, das sich bisher auf Theorie und soziale Bewegung beschränkte, hinausgegangen ist, was aber im Hinblick auf die Bedeutung und Wichtigkeit des Stoffes durchaus seine Berechtigung hat.

Einige neue Zeitschriften verschiedenster Richtung seien hier genannt mit genauer Titelangabe, aber ohne kritische Notiz, da es an Raum mangelt, sie ausführlicher anzuzeigen:

Die deutsche Nation. Eine Zeitschrift für Politik. Monatlich ein Heft 1 M. Jahrespreis 10 M. Verlag die deutsche Nation.

Deutsches Volkstum. Herausgeber: Dr. W. Stapel. Einzelheft 1,20, vierteljährlich 3 M. Deutschnationale Verlagsanstalt, Hamburg.

Das Tribunal. Herrische radikale Blätter. Jahrespreis (zwölf Hefte) 6 M. Die Dachstube, Verlag, Darmstadt.

Die Drehlade. Monatsschrift zum Schutz der ungeborenen und unversorgten Kinder. Herausgeber: Dr. M. Nassauer und J. Mayer-Kroy. Halbjährlich 3 M. Isis-Verlag, München.

Die neue Erziehung. Sozialistische pädagogische Zweiwochenschrift. Herausgeber Dr. M. Baege. Vierteljährlich 5,50 M. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin.

Der Bosch-Zünder. Eine Zeitschrift für alle Angehörigen der Robert Bosch-A.-G., Stuttgart und Feuerbach.

Der Neue Merkur. (Während des Krieges nicht erschienen.) Herausgeber E. Frisch und W. v. Hausenstein. Vierteljährlich 7,50 M. Verlag „Der Neue Merkur", München. Dazu ein Sonderheft: Der Vorläufer.

Der Orchideen-Garten. Herausgeber Karl Hans Strobl. Einzelheft 0,80 M., vierteljährlich 5 M. Dreibänder-Verlag, München.

Briefkasten

Sch. in M. „Gothein, Warum wir den Krieg verloren" ist bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart erschienen.

Druckfehlerberichtigung.

S. 172, I. Spalte, Zeile 6 von unten: und aus vier Vertretern aller übrigen Völker besteht . . . .

S. 172, II. Spalte, Zeile 5 von unten: des Zeigers der Zeit.

S. 176, I. Spalte, Zeile 17 von oben: gezeigt wird.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, beide z. Z. Weimar.

Geschäftliche Mitteilungen

An der Handelshochschule Berlin ist die erste Immatrikulation für das Sommer-Semester 1919 auf Sonnabend, den 26. April festgesetzt. Das Nähere ersehen die Leser aus der amtlichen Bekanntmachung im Inseratenteil dieser Nummer.

Das Sanatorium Stolzenberg hat aufs neue seine Pforten zur Aufnahme von Kurgästen geöffnet. Die Verwaltung hat alles vorbereitet, um den diesjährigen Gästen der Anstalt den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Mit seiner Station Salmünster-Soden, an der Haupteisenbahnlinie Bebra—Frankfurt a. M. gelegen, ist Stolzenberg von allen größeren Städten Deutschlands aus schnell und bequem zu erreichen. Die ärztliche Leitung liegt in den bewährten Händen des bekannten Naturarztes und Lebensreformers Herrn Dr. med. K. Strünckmann, dessen langjährige Betätigung als Sanatoriumsleiter die beste Gewähr für gute Heilerfolge bietet. Die Patienten finden in Stolzenberg nicht nur eine vortreffliche ärztliche, individuelle Behandlung, sondern auch eine behagliche Unterkunft und eine gute kurgemäße Verpflegung. Durch die Benutzung der kohlensäurereichen Solquellen hat Stolzenberg vor vielen ähnlichen Sanatorien einen ganz besonderen Vorzug. Die Preise sind im Verhältnis zu dem Gebotenen sehr mäßig. Über Einrichtungen des Sanatoriums, Preise, Aufnahmebedingungen usw. unterrichtet am besten die ausführliche Werbeschrift, die auf Wunsch kostenfrei zugesandt wird.

24. April 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis im Buchhandel 4 M., beim Postamt 4,12 M., unter Kreuzband 4,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 4,25 M., ins Ausland 5 M. Soldatenausgabe 1,50 M. Einzelhefte 40 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8663.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 17

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 60 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe" Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche

Der Umfang dieser Nummer ist infolge der Papierknappheit verkleinert.

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Gertrud Bäumer:** Heimatchronik. — **Naumann:** Die Industrieverfassung. — **Wilhelm Heile:** Kritik an der Nationalversammlung. — **Dr. Erich Schairer:** Sozialisierung. — **Gertrud Bäumer:** Der „Stimmer". — **Naumann:** Die große Not.

Naumann / Kriegschronik

Sonntag, 13. April.

In der Pariser Friedenskonferenz ist von amerikanischer Seite ein neuer Entwurf für den Völkerbund eingereicht und von den Mächten verhandelt worden. Aus Mitteilungen des „New York Herald" erfährt man die Festsetzung der nachfolgenden Punkte: Es werden keinerlei Rasseunterschiede gemacht; Japaner und Chinesen sind den Abendländern gleich geachtet und genießen alle Vorteile des gegenseitigen Bevölkerungsaustausches. Die von Frankreich gewünschte Herstellung einer ständigen Armee des Völkerbundes ist nicht geplant; Frankreich kann also seine Annexionen nicht auf Kosten des Völkerbundes bewachen lassen. Die amerikanische Monroe-Doktrin wird in den Völkerbundsvertrag aufgenommen; England kann also in Südamerika seine Einflußsphäre nicht ausdehnen und wird auch in Zukunft Sorge wegen Kanada haben müssen. Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in der Besetzung der Völkerbundsämter wird festgestellt; es werden sich also auch die lateinischen Völker an weibliche Geschäftsführung gewöhnen können. Jedes Mitglied des Völkerbundes hat das Recht, mit zweijähriger Frist aus dem Völkerbund auszuscheiden, sobald seine internationalen Verpflichtungen erfüllt sind; dieser letzte Satz ist von weitgehenden Folgen, weil er gerade den größten Staaten die Drohung mit Rücktritt beständig erlaubt, so daß sie weniger Gewicht auf die Ziffernhöhe bei Abstimmungen zu legen brauchen. Zum Sitz des Völkerbundes wird Genf bestimmt und nicht Brüssel. England und Nordamerika sind für Genf. — So interessant diese Nachrichten sind, so bringen sie noch nicht alles, was wir zu wissen begehren. Es fehlt insbesondere die Mitteilung, welche Art von Handels- und Seerecht künftig herrschen soll. Außerdem fehlt für uns jede Klarheit darüber, ob und unter welchen Bedingungen Deutschland in den Völkerbund eintreten darf oder soll.

Montag, 14. April.

Der Reichsverband „Ostschutz" und andere deutsche Vereine haben in Posen eine überfüllte Versammlung abgehalten, in der folgende Entschließung angenommen wurde:

„Die Ablösung der Provinz Posen ganz oder teilweise von Deutschland ist unvereinbar mit Punkt 13 der Wilsonschen Richtlinien, die als Grundlage des Friedens von sämtlichen Kriegsteilnehmern vereinbart sind. Nirgends in der Provinz Posen gibt es unbestritten polnische Bezirke. Die Lostrennung von Teilen der Provinz Posen liegt zudem nicht im Interesse der Bevölkerung, auch nicht der polnischen, weil sie von einer Gemeinschaft, mit der sie wirtschaftlich und kulturell aufs innigste verbunden ist, abgerissen würde, zudem würden durch Gewährung der polnischen Ansprüche neue Streitigkeiten geschaffen, die den Frieden dauernd stören müssen. Selbstverständlich muß unseren polnischen Mitbürgern das größte Maß nationaler Freiheit eingeräumt und gewährleistet werden. Wir erwarten von der Regierung, daß sie schleunigst ihre Vorschläge hierüber veröffentlicht, und wir verlangen, daß sie, gestützt auf das Wilson-Programm, mit Entschiedenheit für den Verbleib der ganzen Provinz Posen bei Deutschland eintritt und einen Frieden ablehnt, durch den auch nur ein Teil der Provinz Posen abgetreten werden soll." —

Der Satz, daß es nirgends in der Provinz Posen unbestritten polnische Bezirke gibt, ist natürlich nicht ganz eindeutig. Wenn man unter einem unbestritten polnischen Bezirk ein solches Gebiet versteht, welches eine zweifellose statistische Mehrheit polnischer Bewohner aufweist, und welches schon innerhalb des einstigen Königreiches als polnischer Landesteil bezeichnet wurde, so ist wohl leider kaum zu leugnen, daß für große Teile der Provinz Posen diese Begriffsbestimmung zutrifft. Sobald man aber auf andere Dinge Gewicht legt, wie z. B. darauf, wer die Kultivierung am meisten gefördert hat, und von wem die wertvollsten Anlagen stammen, so kann das Urteil sehr umgekehrt lauten.

Alle Parteien der Stadt Danzig mit Einschluß auch der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei erlassen eine Kundgebung, in der dem polnischen Volksrat in Posen das Recht bestritten wird, irgend etwas über Danzig zu äußern. Danzig will für immer deutsch bleiben!

Dienstag, 15. April.

Der zurzeit in Berlin versammelte Rätekongreß hat sich zeitweise auch mit auswärtiger Politik beschäftigt, und zwar aus Anlaß eines Antrages Kaliski: Der Rätekongreß bedauert die Politik, die einen kontinentalen europäischen Zusammenschluß und damit die wichtigste Voraussetzung eines sozialistischen Völkerbundes unmöglich macht. Kaliski sprach bei der Begründung seines Antrages sehr franzosenfreundlich und behauptete, daß das französische Volk eine wesentlich sympathischere Haltung gegenüber Deutschland eingenommen habe als England und Amerika. Clemenceau sei der erste gewesen, der gesagt hat, es müssen Lebensmittel für Deutschland beschafft werden. Wir müssen, so fährt er fort, das große Wirtschaftsabkommen mit Frankreich fordern, welches sagt: unser Kohlengebiet braucht Erze, euer Erzgebiet braucht Kohlen! Das wäre sozialistisch gewesen. Auch Cohen-Reuß beschuldigt den Minister Erzberger, durch die Mitteilungen der Waffenstillstandskommission unser Verhältnis zu Frankreich verschlechtert zu haben. Schließlich wird mit überwältigender Mehrheit gegen die Stimmen der Demokraten folgender Schlußantrag angenommen:

„Der Rätekongreß verwirft die auswärtige Politik der gegenwärtigen Regierung und insbesondere die Führung der Waffenstillstandsverhandlungen durch Erzberger, die geeignet ist, die Gegensätze zwischen den Völkern und besonders zwischen Deutschland und Frankreich zu verschärfen, und dadurch einen sozialistischen Völkerbund unmöglich macht. Er verurteilt auf das schärfste, daß das deutsche Volk über die Verhältnisse im Ausland völlig falsch unterrichtet wird, daß ihm Nachrichten vorenthalten werden, die die Möglichkeit einer Verständigung mit anderen Völkern, namentlich mit Frankreich und Rußland, beweisen. Er fordert die unverzügliche Einstellung der Feindseligkeiten gegen die Sowjetregierung

Digitized by Google

und die Anknüpfung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Mächten, insbesondere zu Rußland." —

Die im Rätekongreß vertretenen Sozialisten glauben also an den Bund mit der russischen Sowjet-Republik einerseits und mit der französischen Republik andererseits. Dabei kommt es nicht zum Ausdruck, ob und inwieweit Deutschland und auch Frankreich bolschewisiert sein müssen, um eine derartige gemeinsame Politik möglich zu machen. Alles, was über Frankreich gesagt wird, ist unwahrscheinlich. Auch wenn wir zugeben, daß unsere offiziellen Darstellungen einseitig sein mögen, so liegt doch andererseits keinerlei Material vor, aus dem man günstige Schlüsse für eine deutsch-französische Annäherung ziehen könnte. Uns erscheint es ein sehr bedenkliches Beginnen, der Arbeitermasse Vorstellungen eines Friedens nahezubringen, der durch die Natur der Verhältnisse leider ausgeschlossen ist.

Mittwoch, 16. April.

Durch Funkspruch Lyon vom 14. April wird gemeldet, daß der französische allgemeine Arbeiterverband, der fast zwei Millionen Mitglieder zählt, in Paris Plakate folgenden Inhaltes angebracht hat:

„Vom August 1914 bis zum November 1918 ist uns zu wiederholten Malen gesagt worden, daß wir für das Recht kämpften. Diese Versicherung bedeutete, der Friede würde den Völkern das Selbstbestimmungsrecht verleihen und auf allgemeine Abrüstung begründet sein, das einzige Mittel, das die Liquidation der Kriegsschulden ermöglicht. Die feierlich gemachten Zusagen werden heute gebrochen. Unsere Diplomaten legen uns heute den Plan eines Völkerbundes vor, der nicht eine Gesellschaft von Nationen ist. Diese 14 Punkte, die wir uns auch zu eigen machten, wurden von allen Völkern der Erde in ihrer Sehnsucht nach Gerechtigkeit mit Beifall aufgenommen. Die Arbeiterklasse Frankreichs, die der Auffassung „Krieg dem Kriege" vertraute, erhebt sich gegen die Sabotage am Frieden. Die Völker können nicht ständig zu der Qual verurteilt werden, Abgaben zu leisten, die für den Ausgleich der Rüstungsbudgets bestimmt sind. Der Allgemeine Arbeiterverband verurteilt jede Blockadepolitik, jeden politischen Druck oder jedes bewaffnete Einschreiten, die die Formel der französischen Revolution widerrufen. Jede Nation hat allein die Macht, sich Gesetze zu geben, und das unantastbare Recht, sie zu ändern. Die Absicht, dieses Recht mit Gewalt einem fremden Volke zu nehmen, bedeutet, ein Feind der Menschheit zu werden. Der Allgemeine Arbeiterverband ruft die öffentliche Meinung und das Gewissen der sozialistischen Organisationen auf, gegen diese Zustände anzukämpfen. Der Allgemeine Arbeiterverband verurteilt jede Fortsetzung des Krieges und fordert dringend den Abschluß eines wahren Friedens, den alle Völker unterschreiben können." — Wenn tatsächlich zwei Millionen Arbeiter hinter dieser Resolution stehen, so ist sie als bedeutsames Dokument anzusehen und kann uns in den bevorstehenden Auseinandersetzungen helfen. Wir müssen ohne Unterschied der Parteien uns auf den Boden der genauen Innehaltung der Wilsonschen Punkte stellen und müssen in aller Welt jeden als unseren Bundesgenossen ansehen, der desselben Sinnes ist.

In der Nationalversammlung in Weimar wurde nach längeren Kämpfen mit beträchtlicher Mehrheit die Feier des bevorstehenden 1. Mai als gesetzlichen Feiertages beschlossen. Es heißt in dem von den Abgeordneten Payer und Müller-Breslau eingebrachten Vorschlag: In diesem Jahre wird am 1. Mai gefeiert als eine Volkskundgebung für politischen und sozialen Fortschritt, für einen gerechten Frieden, für sofortige Befreiung der Kriegsgefangenen, für Räumung der besetzten Gebiete und für volle Gleichberechtigung im Völkerbund. Ob und in welcher Weise in späteren Jahren der Weltfeiertag fortgesetzt werden soll, hängt von erneuter Beschlußfassung ab, da wir erst den Frieden kennen müssen, um zu wissen, ob eine spätere Feier im Sinne des Völkerbundes möglich sein wird.

Wie man der „Agence Havas" entnehmen kann, besteht bei den Ententemächten die Absicht, mit den deutschen Friedensdelegierten über die Regelung der finanziellen Fragen in eine Aussprache einzutreten, aber über Gebietsabtretungen, Regelung der linksrheinischen Okkupationsverhältnisse, Danzig und ähnliche Fragen grundsätzlich nicht zu verhandeln, sondern nur Beschlüsse mitzuteilen, die dann von den Deutschen angenommen oder abgelehnt werden müssen.

Donnerstag, 17. April.

Der Ausschuß der Friedenskonferenz hat sich mit der Verantwortlichkeit für den Krieg beschäftigt und einen Bericht beendet, der von allen Mitgliedern außer von der japanischen Abordnung unterzeichnet wurde. Hiernach sollen der deutsche Kaiser, der Kronprinz, Hindenburg, Ludendorff, Tirpitz, sowie diejenigen Offiziere, die die Unterseeboote und Bombardements kommandiert haben, abgeurteilt werden. Der Pariser Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung" teilt seinem Blatte mit, daß sich die amerikanischen Delegierten diesem Begehren lange Zeit widersetzten, schließlich aber habe Wilson seine Unterschrift für den Bericht der Kommission gegeben, die die Frage der Verantwortung für den Krieg und andere von den militärischen Führern Deutschlands begangene verbrecherische Handlungen zu prüfen hat. Die „Chicago Tribune" erklärt diese Schwenkung aus der Auffassung, daß Frankreich und England auf den Ersatz ihrer Kriegskosten haben verzichten müssen, und daß darum die Regierungen dieser Länder ihren Völkern wenigstens eine moralische Genugtuung schulden. Die Forderung wurde von den Belgiern als den ersten Opfern unrechtmäßigen deutschen Angriffs gestellt und von den Verbündeten mit Ausnahme der Japaner unterstützt. — Es hat leider den Anschein, als ob diese Mitteilungen wahr sein könnten. Dadurch würde für uns die Annahme des Friedens ungeheuer erschwert, denn es ist unbillig und gegen allen geschichtlichen Brauch, daß die Führer einer Nation dem parteiischen Urteil gegnerischer Mächte ausgeliefert werden. Gegen einen neutralen internationalen Gerichtshof, der die Vorgänge des Jahres 1914 klärt und prüft, wird nichts einzuwenden sein, desto mehr aber gegen ein Gericht, das von vornherein die Aufgabe übernimmt, den Belgiern, Engländern und Franzosen eine moralische Genugtuung zu liefern. Wir wissen, wie unsagbar schwer es für uns sein wird, auch die niederdrückendsten Friedensbedingungen abzulehnen, da wir zu einer Erneuerung des Krieges in keiner Weise imstande sind. Wenn eine Spur von Humanität und wirklicher Gerechtigkeit bei unseren Gegnern ist, so müssen sie derartige brutale Herausforderungen unterlassen. Lloyd George hat in den letzten Tagen vor dem englischen Unterhaus gesagt, die Alliierten wünschten einen strengen, aber nicht einen rachsüchtigen Frieden. Das aber, was wir gleichzeitig erfahren, würde einfach Rache sein, denn zur Sicherung der Zukunft trägt es in keiner Weise bei, wenn das Selbstbestimmungsrecht des Deutschtums auf das härteste verletzt wird. Man erinnere sich, mit welchen Tönen im Anfang des Krieges über die österreichische Anforderung an Serbien geredet wurde, als die Österreicher nur durch einen Vertreter an der Untersuchung über die Mörder des Thronfolgers teilhaben wollten. Das könne kein Volk sich gefallen lassen! Wenn das damals von den Serben galt, was gilt dann heute von uns?

Gertrud Bäumer / Heimatchronik

Sonntag, 13. April.

Für das Parlament ein Arbeitstag. In der Nachmittagsdämmerung des regnerischen Tages arbeiten die Kommissionen an eilig zu verabschiedenden Gesetzen: Das Koalitionsgesetz, das politisch zu erhöhter Bedeutung sich auswachsende Ermächtigungsgesetz für die Regierung, Verordnungen der Übergangswirtschaft unter Zuziehung einer Kommission der Nationalversammlung zu erlassen. Es ist wirklich falsch, von der Tatenlosigkeit der Nationalversammlung zu reden; das Bedenken der Überstürzung ist viel gerechtfertigter.

Die Zeitungen enthalten Näheres über den Mord des sächsischen Kriegsministers, der sich mit unerhörter Roheit vollzogen

Digitized by Google

hat. Dabei scheinen Zufälle, Mißverständnisse von Instruktionen u. dgl. eine verhängnisvolle Rolle gespielt zu haben.

Der Bankbeamtenstreik dauert an. Ein Streik der Angestellten der Berliner Metallindustrie dreht sich nicht um wirtschaftliche Fragen, sondern um die Forderung des Mitbestimmungsrechts der Angestelltenausschüsse.

Die gesamte deutsche Industrie hat sich in einem Reichsverband zusammengeschlossen, in dem der Zentralverband deutscher Industrieller und der Bund der Industriellen aufgehen. § 1 der Satzung fordert unter anderem Gemeinschaftsarbeit mit den Arbeitnehmern, auch in den Fach-, Orts- und Landesverbänden.

Die alte konservative Partei erläßt durch ihren engeren Vorstand eine Kundgebung, in der sie die Tätigkeit der Deutschnationalen Volkspartei billigt, ihr auch weiterhin politische Unterstützung zusagt, aber den Fortbestand der konservativen Partei in alter Form für notwendig erklärt, um an den alten konservativen Grundsätzen im Rahmen ihrer monarchischen konstitutionellen Tradition festzuhalten.

Die preußische Landesversammlung hat den Antrag auf Einführung des 1. Mai als gesetzlichen Festtages mit einer ganz knappen Mehrheit abgelehnt.

Montag, 14. April.

Der Rätekongreß ist erst am Sonnabend dazu gekommen, sich seiner eigentlichen Aufgabe zuzuwenden: Die Grundlagen des Rätesystems festzulegen. Cohen-Reuß hat namens der sozialdemokratischen Fraktion einen Antrag eingebracht und begründet, dessen Hauptinhalt in folgenden Sätzen besteht:

„Die sozialistische Demokratie strebt danach, die Bevölkerung auf Grund der Arbeitstätigkeit durch Schaffung von Kammern der Arbeit zu erfassen, zu denen alle arbeitsleistenden Menschen, nach Berufen gegliedert, wahlberechtigt sind. Der Wirtschaftsrat des einzelnen Gewerbezweiges der Gemeinde wird mit dem Wirtschaftsrat des gleichen Zweiges in Kreis, Provinz, Land und Reich zu einem Zentralwirtschaftsrat verbunden. Jeder Wirtschaftsrat wählt Delegierte in die Kammer der Arbeit. Überall besteht eine allgemeine Volkskammer und eine Kammer der Arbeit. Jedes Gesetz bedarf der Zustimmung beider Kammern, doch erhält ein Gesetz, das in drei aufeinanderfolgenden Jahren von der Volkskammer (Gemeindevertretung, Kreisausschuß, Provinzialvertretung, Landtag, Reichstag) unverändert angenommen wird, Gesetzeskraft. Jede der beiden Kammern hat das Recht, eine Volksabstimmung zu verlangen. Der Kammer der Arbeit gehen in der Regel alle Gesetzentwürfe wirtschaftlichen Charakters, vor allem Sozialisierungsgesetze, zuerst zu."

Es dürfte schwer zu sagen sein, wodurch sich dieser Antrag von dem alten Gedanken der Ständevertretung unterscheidet. Es sind die modernen Stände, die damit zur Herrschaft kommen würden. Nicht mehr und nicht weniger.

Die Bankbeamtenbewegung greift weiter um sich. Die Hamburger Bankbeamten beschlossen, am Dienstag in den Streik zu treten, falls nicht heute eine Einigung in Berlin gelingt. Hauptforderung: Mitbestimmungsrecht der Angestelltenausschüsse bei Entlassungen und Einstellungen, der sich die Bankleitungen nicht fügen zu können meinen. Außerdem Gehalts- und Arbeitszeitfragen.

Dagegen hat eine Versammlung der Arbeitervertreter in Hamburg, die auf dem Boden der alten sozialdemokratischen Partei stehen, sich gegen den Generalstreik ausgesprochen. „Hamburg als Einfuhrhafen für die Lebensmittel, deren die gesamte deutsche Arbeiterschaft dringend bedarf, muß bleiben, was es war: die Stadt der denkenden Arbeiter."

Von München wird der Sturz der Räterepublik berichtet. Ob sie, auch nach militärischen Erfolgen der Regierung, sich so glatt zurückdrängen läßt, scheint allerdings bei dem brodelnden Wirrwarr der Strömungen zweifelhaft. Dauer kann aber auch aus inneren Gründen eine Regierung, die am Sonnabend die Frauen „kommunisiert" hat, nicht haben. Sie ist ein blutiger Karneval auf dem Untergrunde aufgelöster Ordnung.

Dienstag, 15. April.

Der Generalstreik im Ruhrgebiet geht zu Ende. Es wird damit gerechnet, daß der größte Teil der Arbeiter heute die Arbeit wiederaufnimmt.

In der Nationalversammlung heute eine erregte und erregende Debatte über den 1. Mai als Nationalfeiertag — eine Debatte, die wie manche andere in der Nationalversammlung zu rubrizieren ist unter dem Nennwort: Verpaßte Gelegenheiten.

Man kam bei den Gegnern „des 1. Mai" nicht über den demonstrativen Sinn hinweg, den dieser Tag jahrzehntelang gehabt hat, und behandelte die Frage im alten Sinne parteipolitisch, statt sie als eine große Gelegenheit zu ergreifen, in zerrissener Zeit uns gemeinsam an neuen Hoffnungen aufzurichten, neuen Zielen zuzuwenden, die Arbeit in der Gemeinschaft und für die Gemeinschaft als die Grundlage einer neuen Welt des Friedens und der Kultur zu feiern. Statt dessen hat das Markten um ein Kompromiß, das im Grunde keinen Sinn hat (denn das Zentrum hat doch nicht mitgestimmt), den Stimmungserfolg zerstört und die Feier, die wir nun am 1. Mai begehen werden, von neuem belastet mit alter Gehässigkeit.

In Hamburg ist es zu einer Einigung der Bankbeamten mit den Bankleitungen gekommen auf Grund folgenden Angebots:

„Die Vertreter der Hamburger Bankleitungen erklären sich bereit, das Mitbestimmungsrecht der Angestellten in bezug auf Kündigungen und Entlassungen nach Maßgabe des § 8 der Verordnung vom 24. Januar 1919 (Reichsgesetzbl. Jahrg. 1919 Nr. 18, Seite 102) unter Ausschaltung der in den §§ 7 und 9 vorgesehenen Ausnahmen mit Wirkung von heute ab bis zur anderweitigen Regelung durch einen Reichstarif, ein Reichsnotgesetz oder eine für das Reich gültige Vereinbarung der Berliner Großbanken anzuerkennen."

Mittwoch, 16. April.

In München sind die Machtverhältnisse noch keineswegs entschieden. Zurzeit haben die Spartakisten wieder die Oberhand.

Der Rätekongreß in Berlin ist gestern zu Ende gegangen. Er hat den Antrag Cohen-Kaliski, betreffend das Rätesystem, angenommen. Das ist aber auch das einzige positive Ergebnis. Gesetzgebungsreif ist diese Körperschaft zweifellos nicht.

Der Nationalversammlung ging bei ihrem Auseinandergehen eine Botschaft des Reichspräsidenten zu. Sie sagt zu den inneren Problemen:

„Der Drang der Massen nach Menschlichkeit und Menschenwürdigkeit ist keine Entlastung für die Handvoll führender Unruhestifter, die planmäßig den Ausbau der deutschen Republik zu stören trachten. Das neue Deutschland soll aufgebaut werden im Wege energischer und organischer Ausgestaltung zum sozialen Volksstaat.

Den wirtschaftlichen und sozialen Interessenvertretungen soll ein dauernder Einfluß auf die Gestaltung des Staatslebens eingeräumt werden. Besonders die letztere Frage ist Gegenstand eingehender Prüfung der Regierung. Aber das neue Deutschland kann nicht geschaffen werden durch den radikalen Sprung ins Dunkle, der sicher ein Sprung in den Abgrund wäre. Die bolschewistische Diktatur der Minderheit des Proletariats würde den Industriestaat Deutschland sicher in wenigen Monaten ruinieren.

Selbstverständlich muß den berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten Rechnung getragen werden. Dafür wird sich immer die Regierung einsetzen. Aber sinnlose politische Streiks setzen das Schicksal der Arbeiter und ihrer Familien aufs Spiel und müssen zur Verelendung führen. Deshalb gebietet uns das Lebensinteresse des deutschen Volkes, diesen Bestrebungen mit allen Kräften entgegenzutreten und gegen die Gewaltakte terroristischer Elemente entschieden einzuschreiten.

Ein schleuniger Friede nach außen, fußend auf einer Grundlage der Verständigung und des Bundes aller Völker, ist für uns eine Lebensfrage. Aber nicht weniger beruht unsere Rettung vor dem Untergang auf der Notwendigkeit von Frieden und Arbeit im Innern. Darum wende ich mich in dieser ernsten Stunde an unser deutsches Volk in allen seinen Schichten mit der mahnenden Bitte:

„Laßt von der Selbstzerfleischung ab, überwindet euch, tut eure Augen vor dem Abgrund auf und arbeitet!"

Die gesamte Streikleitung des Ruhrkohlenreviers — etwa 300 bis 400 Mann — ist bei einer Delegiertenkonferenz in Werden durch Regierungstruppen verhaftet.

Rückfahrt von Weimar im Nachtzug zeigt die Schwierigkeiten, die durch den Kohlenstreik geschaffen sind. Die Züge sind weiter vermindert, und die Überfüllung der Wagen und Bahnhöfe, die Unruhe und Leidenschaft der Menschenmassen, die um die Plätze ringen, wird schlechthin unerträglich.

In Hamburg muß vom 18. April ab der Straßenbahnverkehr ganz eingestellt werden.

Der Bankbeamtenstreik scheint Aussicht auf Beilegung zu haben. Dagegen haben im Anschluß an die Angestellten der Berliner Metallindustrie die Angestellten aller Berufsstände den Generalstreik in Aussicht gestellt.

Regierungstruppen marschieren auf München, da die Münchener Besatzung sich als zu schwach erwiesen hat, um den Kampf mit den Spartakisten zu bestehen.

Die Reinigung Braunschweigs durch das Korps des Generals Maercker ist begonnen.

Donnerstag, 17. April.

Die bayerische Regierung bedarf nun doch württembergischer und preußischer Truppen, um München zu „entsetzen". Die Nachricht wird allerdings wieder von anderer Seite dementiert. Gleichzeitig Verhandlungen über die Möglichkeit einer unblutigen Lösung.

Ein Generalstreikversuch in Bremen scheint mißglückt, d. h. auf die großen Werke beschränkt zu bleiben.

In Braunschweig Erfolge der Regierungstruppen.

Die Studentenschaft der deutschen Hochschulen nimmt Stellung zur Frage ihrer Verpflichtung, jetzt an der Sicherung der inneren Ordnung und dem Grenzschutz mitzuwirken. Leipzig und Kiel haben sich für Verschiebung des Semesterbeginns ausgesprochen, damit die Studenten frei sind für die Volkswehr. Es ist ein harter Entschluß für die eben in die Friedensarbeit Zurückgekehrten, zu so wenig erhebendem Dienst wieder die Uniform anzuziehen.

Freitag, 18. April.

Karfreitag. Die neue Bürgerschaft von Hamburg hat kraft ihrer sozialdemokratischen Majorität beschlossen, Tänze und Lustbarkeiten an diesem Tage freizugeben — eine Lizenz, für die sich Kultusgründe wohl kaum werden beibringen lassen. Die Amseln singen über den aufbrechenden Kastanienknospen unausgesetzt und leidenschaftlich, die Weiden schütten lichtgrüne Strahlenbündel über das dunkle Wasser der Kanäle. Dieses ewig gleiche stille Geschehen draußen, die Geduld der Natur mit den Menschen, die weit von ihr fort sind, ist heute so etwas Ergreifendes.

Unruhen und Streik in Oberschlesien. Braunschweig ist von Regierungstruppen besetzt. Der Landtag soll am 24. April zusammentreten und eine neue Regierung wählen. Eichhorn ist entflohen, Merges in Schutzhaft genommen.

Naumann / Die Industrieverfassung

Als ich im Jahre 1905 meine „Neudeutsche Wirtschaftspolitik" verfaßte, schrieb ich unter der Überschrift „Die Industrieverfassung" folgende Sätze:

Die moderne Industrie hat noch keine normale Verfassung gefunden, und das Suchen nach ihr durchzittert unser ganzes soziales Leben..... Trotz aller Verschiedenheiten bleibt bestehen, daß sich der Betrieb aus 5 Gruppen von Arbeitskräften zusammenzusetzen pflegt: Zentralleitung, kaufmännische Abteilung, technische Beamte und Unterbeamte, Betriebsarbeiter und Hilfsarbeiter. In der richtigen gegenseitigen Verkoppelung und Abgrenzung dieser Elemente liegt das Geheimnis einer guten Verfassung. Meist gilt unbewußt das militärische System als stillschweigende Voraussetzung. Man kann sagen, daß Deutschland durch seine militärische Erziehung für den industriellen Großbetrieb herangebildet worden ist; aber im militärischen Vorbilde liegt neben unleugbaren großen Vorzügen eine sehr bedeutende Gefahr, nämlich die Erziehung zur gehorsamen Unterordnung auf Kosten der Erziehung zur bewußten Mitarbeit. Je größer die Unternehmungen werden, desto dringlicher wird diese Gefahr. Es entstehen Beamte und Arbeitskräfte, die nur eben ihre Arbeit fertig machen und deren seelische Interessen außerhalb des Betriebes liegen. Ob man mit einem Bankbeamten redet oder mit einem Angestellten der Stadtbahn oder mit einem Arbeiter der Lokomotivenfabrik oder einer Verkäuferin im Warenhause, immer ist es dieselbe Sache: ich arbeite ohne Einsicht in das Ganze, bin nichts als ein Maschinenteil! Das aber ist nicht die geistige Disposition, mit der starke Wirtschaftserfolge errungen werden. Das echte Problem der Verfassung heißt also: wie macht man Arbeiter und Angestellte zu Interessenten?..... Heute ist der Arbeiter- und Beamtenausschuß dort, wo er existiert, mit verschwindenden Ausnahmen nur eine beratende Körperschaft —, man soll aber trotzdem diese Ausschüsse nicht verachten, denn sie sind Vorschulen des in der Zukunft kommenden Fabrikparlamentarismus. Es gilt, den Umkreis ihrer Tätigkeiten genau zu bestimmen und im Laufe der Zeit zu erweitern. Alle Schwierigkeiten staatlicher Verfassung kehren dabei wieder: soll man eine erste und eine zweite Kammer machen für Beamte und Arbeiter, oder einen gemeinsamen Körper, soll man den Unternehmer oder seinen Stellvertreter als geborenen Vorsitzenden ansehen, oder soll der Ausschuß seine Geschäftsordnung selbständig regeln und nur eine Vertretung des Besitzes garantiert sein, sollen die Sitzungen geheim oder öffentlich abgehalten werden....., soll gleiches Wahlrecht sein oder Kurienstimmrecht oder Wahlrecht nach Lohn und Gehaltsklassen? Hier ist Spielraum fast endloser Versuche und Diskussionen. Und welche tatsächlichen Befugnisse kann die privatwirtschaftliche Betriebsleitung dem Fabrikparlament einräumen, ohne die Geschäftsführung selbst aus der Hand zu geben?

Das, was damals vor 14 Jahren fast nur sozialpolitische Theorie war, ist jetzt die brennendste Tagesfrage geworden. Es wird heute um fast genau dieselben Dinge gestritten, die damals in meiner „Neudeutschen Wirtschaftspolitik" als Probleme bezeichnet wurden: Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften, Fabrikordnung und Strafgewalt, räumliche und zeitliche Arbeitseinteilung und Lohnverteilung unter die verschieden gearteten Arbeitergruppen und Angestellten. Dazu kam und kommt das Verhältnis des Fabrikparlaments zu den Gewerkschaften. Darüber heißt es:

Im allgemeinen wird sich das Verhältnis so gestalten, daß die Gewerkschaften den kleinen Betrieben gegenüber die Arbeitervertretung direkt in die Hand nehmen und mit den Unternehmerverbänden verhandeln (Tarifvertrag) und daß sie den größeren Betrieben gegenüber nur informatorische Hilfsstellen für die Fabrikparlamente abgeben, solange die Arbeitsgemeinschaft selbst in Kraft steht. Erst dann, wenn sie zeitweilig gelöst ist (Streik), wenn also der Fabrikausschuß rechtlich aufgehört hat zu existieren, tritt bis zur Wiederherstellung der Arbeitsgemeinschaft die Gewerkschaft als Vertretung der kontraktlos gewordenen Arbeiter auf ... Es entwickelt sich etwas, was man Betriebspatriotismus nennen könnte: der Betrieb sind wir alle! ... Hätten wir starke Gewerkschaften einerseits und wirksamen Fabrikparlamentarismus anderseits, so würden wir uns viele staatliche Bureaukratie ersparen können.

Allen denen, die glauben, daß die Frage der Betriebsräte nur jetzt zeitweilig durch die Revolution aufgeworfen sei und eines Tages nach allgemeiner Beruhigung (wann?) wieder verschwinden werde, mag es zu denken geben, daß schon inmitten des vollsten Friedens dieselben Dinge als kommende vorausgesehen wurden. Der traurige Kriegsausgang hat die Erörterung beschleunigt, sie lag aber an sich in der Luft als logische Folge des Fabriksystems. Der Arbeiter

Digitized by Google

will Mitarbeiter werden, Teilnehmer der Schicksale des Unternehmens. In welcher Weise das gemacht werden kann, ist ihm allermeist verborgen, denn ihm wurde ja bisher im Großbetriebe kein Einblick in den inneren Gang des Betriebes erstattet. Es ist auch den Arbeitern in vielen Fällen gar nicht möglich, die Vorgänge zu beurteilen, unter denen er lebt und arbeitet, weil sowohl der technische wie der kaufmännische Teil viel zu verwickelt und schwierig sind, um sich denen zu erschließen, die nur gelegentlich einen Blick in Kasse oder Protokoll tun. Das Höchste, was die Arbeiterschaft erlangen kann, ist, daß einzelne begabte Vertreter sich an ihrer Statt über den Zustand der Arbeitsverhältnisse unterrichten. Die Vertrauensmänner müssen in beiderseitiger Verständigung eingeschoben werden. Daran, daß Vertrauen herrscht, liegt in dieser Sache geradezu alles, denn wenn der Fabrikparlamentarismus angefüllt ist mit Mißtrauen der Arbeiter gegen ihre eigenen Vertreter, der Vertreter gegen die Oberleitung des Betriebes, der Angestellten- und Arbeitergruppen untereinander, so trägt alle verfassungsmäßige Verankerung der Betriebsräte nur sehr geringe Früchte. Nach einer Periode des Klassenkampfes brauchen wir in der Not der Zeit den Beginn einer Periode der sozialen Verständigung. Nur so erwächst der Arbeitswille, ohne den wir nicht aus dem Sumpfe herauskommen.

Die Industrie zu ruinieren ist heute ein leichte Sache, da sie schon überall fast ganz oder halb zerbrochen ist. Wenn jetzt Unternehmer oder Arbeiter steif auf Klassenkampf stehenbleiben, ist der letzte Tag da. Beide müssen ihren Kahn zusammen anfassen und ihn wieder ins Wasser schieben; beide müssen alle Hände regen. — Indem sie zusammen verlieren und gewinnen, werden sie Kameraden aus Not. So wird in diesen Tagen ein neuer Anfang geboren.

Nicht als ob die Einführung von Betriebsräten schon alles sei! Nein. Mit ihnen beginnt erst die Arbeit. Alle Beteiligten werden erst lernen müssen, in parlamentarischer Form das Gedeihen des Betriebes zu pflegen. In Streitfällen werden die Bezirksräte angerufen werden, in Fachangelegenheiten werden die Berufsräte (erweiterte Gewerkschaften) um Rat gefragt, in Verordnungs- und Gesetzesangelegenheiten entsendet man Abgeordnete zum Reichswirtschaftsrat. Zuerst wird es den Anschein haben, als wüchse durch die Fülle der Räte die Ratlosigkeit, aber bei Verstand und gutem Willen wird es sich doch für die Volkswirtschaft im ganzen reichlich verlohnen, viele tüchtige Kräfte beratend und beschließend zu beschäftigen, die jetzt nur widerwillig ihren Dienst taten. Die Schwierigkeit liegt nur darin, daß das notwendige Werk jetzt in der Aufgeregtheit der Revolution begonnen werden muß unter ungeheurem Wirtschaftsdruck bei allgemeiner Blutarmut. Das ist unser gefährliches Schicksal. Aber was hilft alles Zappeln und Zagen. Wir müssen, um leben zu können, die neue Form der Arbeit finden.

Wilhelm Heile / Kritik an der Nationalversammlung

Zwei und einen halben Monat hat jetzt die Deutsche Nationalversammlung getagt. Wer an ihren Arbeiten teilgenommen oder auch nur sie wirklich verfolgt hat, der weiß, daß die Volksvertretung in Weimar mit einem nicht mehr zu steigernden Fleiße in dieser Zeit geleistet hat, was nur zu leisten war. Trotzdem findet sie im Volke nicht die Anerkennung, die sie verdient. Und selbst im demokratischen Lager findet man nur zu häufig ein williges Ohr für den hämischen Spott derer, die vom konservativen oder vom bolschewistischen Standpunkt aus ein Interesse daran haben, durch Herabwürdigung der parlamentarischen Leistung dem demokratischen Gedanken zu schaden.

Man hat, scheint es, ganz vergessen, wie allgemein vorher infolge der Unsicherheit aller Verhältnisse der Zweifel verbreitet war, ob die Versammlung überhaupt zustande kommen würde. Nun aber ist sie nicht bloß zustande gekommen, sondern sie hat unter den schwierigsten Bedingungen fast schon ein Vierteljahr unbeirrt getagt; sie hat gleich zu Beginn schnell eine Regierung eingesetzt, die sich auf die große Mehrheit von rund 330 Abgeordneten stützen kann, sodaß alle parlamentarischen Voraussetzungen für eine feste und klare Politik gegeben sind; sie hat einen Reichspräsidenten gewählt und hat eine vorläufige Verfassung geschaffen, gegen die sich vom nationaldemokratischen Standpunkt gewiß manches einwenden läßt, die aber doch als Ergebnis rasch durchgeführter Verständigung zwischen Unitariern und Partikularisten bis zur endgültigen Regelung des Verfassungswerkes für alle die großen und dringlichen Aufgaben von Regierung und Volksvertretung die Vorbedingung der Gesetzmäßigkeit herstellt; sie hat mit dem Sozialisierungsgesetz einen ersten Schritt getan auf dem Wege, der zum Siege des demokratischen Gedankens auch im Wirtschaftsleben führen soll, mit dem Ziele, daß auch aus dem Wirtschaftsuntertan der Wirtschaftsbürger wird, und daß am Ertrag der Arbeit dem Arbeiter wie auch der Gesamtheit der angemessene Anteil gesichert wird; sie hat die gesetzlichen Voraussetzungen für die Bildung einer Volkswehr geschaffen, die uns die Durchführung dieser Pläne sichern soll, indem sie inmitten unserer inneren und äußeren Not die Aufrechterhaltung und Wiederherstellung der Ordnung und den Schutz unserer Grenzen ermöglicht; sie steht im Begriffe, auf Grund der Vorlage des aus ihrer Mitte gebildeten Ministeriums den durch Krieg und Revolution schwer erschütterten Reichshaushalt durch tief eingreifende Steuergesetze wieder in Ordnung zu bringen; und ihr Verfassungsausschuß hat seine Arbeiten in unermüdlichem Fleiße so überraschend schnell gefördert, daß sie dem Abschluß nahe sind und bald die zweite Lesung beginnen kann.

Es ist nicht meine Absicht, hier alles aufzuzählen, was die Nationalversammlung seit ihrem Bestehen geleistet, und welche weitere Fülle von Aufgaben sie in Angriff genommen und in einer stattlichen Reihe besonderer Ausschüsse bereits bearbeitet hat. Ich schweige auch von der Antragsflut, mit der die Opposition von rechts und links den Eindruck besonderen Verständnisses für die Nöte aller möglichen Interessengruppen wecken möchte, und die von der Mehrheit trotz ihres meist rein demagogischen Zweckes nicht einfach durch Übergang zur Tagesordnung erledigt wurde, während die Mehrheitsparteien auf breite öffentliche Erörterung ihrer Anregungen verzichten, um Zeit und Kräfte freizuhalten für die großen und dringlichsten Aufgaben, die um der Sache und nicht um der Agitation willen erledigt werden müssen. Erinnert aber sei daran, wie eindrucksvoll sich die Nationalversammlung in ihrer Minderheit gegenüber dem unsinnigen und unheilvollen Treiben der anarchistischen Hetzer und der von ihnen verhetzten und von der russischen Krankheit ergriffenen Volksteile zum Sprecher des Volkswillens gemacht

Digitized by Google

hat, wie sie dem Bruderstamm der Deutschen Österreichs die Hand zum Bunde gereicht und wie sie vor allem gegenüber dem Raub- und Vernichtungswillen der Feinde eine Einheitlichkeit des deutschen Willens hergestellt hat zur Wahrung unseres Rechts, unserer Freiheit und unserer Würde, indem sie mit der alleinigen Ausnahme der „Unabhängigen" einstimmig bekundet hat, daß nur ein Friede, der den ehrlich ausgelegten Bedingungen des Wilson-Programms entspricht, von ihr unterzeichnet und damit vom deutschen Volke anerkannt werden würde.

Wie kommt es, daß trotz solcher Leistungen die Nationalversammlung in weitesten Kreisen so wenig Anerkennung findet? Es gibt so viele Enttäuschte, weil es so viele gibt, die sich das Wesen parlamentarischer Arbeit noch immer nicht klargemacht haben. Wie viele gibt es, die ein fertiges Rezept für alle Gebrechen unseres Volkskörpers in der Westentasche tragen? Wie viele mit einem — an sich oft vielleicht recht guten — Lieblingsgedanken, von dessen Durchführung sie sich neue Kraft und Größe für unser zerbrochenes Vaterland versprechen! Aber haben sie einmal versucht, auch nur im kleinen Kreise von 10 oder 20 oder 30 Leuten ihren Plan zu besprechen, dann werden sie wissen, wie schwer es ist, einen einheitlichen Willensausdruck zu finden. Wo nur zwei oder drei versammelt sind, da gibt es auch zwei oder drei Meinungen! Und nun gar in einem Parlament, in das doch das Volk als seine Vertreter nicht gerade die aller„bequemsten" Männer und Frauen gewählt hat, sondern solche, die alle — ein jeder in seiner Art — schließlich immerhin eine eigene Lebensleistung aufzuweisen und also wohl auch einen eigenen Gedanken und besonderen Willen haben! Wenn es keine Fraktionen gäbe, wäre die Fülle der Meinungen überhaupt nicht zu ordnen. Die Kritiker der Nationalversammlung aber schwärmen in schöner Ahnungslosigkeit, die Gruppierung in Parteien wäre in solchen Zeitläuften ein nahezu verbrecherischer Luxus. Ach, wenn nicht die Fraktionen durch lange und gründliche Aussprache in ihrem engeren Kreise eine einheitliche Stellungnahme ihrer Mitglieder herbeiführten, so würde das Parlament einfach arbeitsunfähig sein. Solche Einheitlichkeit läßt sich doch aber nur im Rahmen von Fraktionen erreichen, deren Mitglieder in ihren Grundanschauungen gleichgerichtet sind. Alle Sammlung, die bloß auf große Zahlen erpicht ist und der nicht die Herstellung einer Gemeinschaft des Gedankens und des Willens vorausgeht, ist nicht bloß für die Gesammelten verderblich, sondern auch für ihren eigentlichen Zweck, d. i. für die Bildung einer regierungsfähigen Mehrheit. Sammlung hat nur Zweck, wenn sie zusammenfügt, was zusammengehört.

Was aber gehört jetzt zusammen? Alles, was schon während des Krieges, und zwar während wir noch auf der Höhe unserer Kraftentfaltung standen, gemeinsam den Weg der rechtzeitigen Verständigung mit den Feinden für den besten und kürzesten Weg zum Frieden hielt und die innere Neuordnung des preußisch-deutschen Staatswesens für die Vorbedingung der Erhaltung unserer Kraft. Zwischen Mehrheitssozialisten, Zentrum und deutschen Demokraten gibt es gleichwohl des Trennenden gewiß genug. Es gibt sogar einzelne Dinge, in denen uns die Konservativen näher stehen, als die Sozialdemokratie Scheidemanns und Eberts, und andere, in denen wir uns selbst mit den „Unabhängigen" leichter verständigen würden als mit dem Zentrum. Aber in allem Wesentlichen gibt es nicht bloß eine Mehrheit, sondern auch einen klaren Mehrheitswillen. Und wenn dennoch uns Demokraten jemand mit der Sammlungsparole kommen will, so soll er bei denen, mit denen wir uns [illegible] seiner Meinung sammeln sollen, zuvor den festen Wi[illegible] erweisen, mit der Parlamentsmehrheit zu arbeiten, sich [illegible] sie einzufügen, so wie sie ist und wie sie nach Lage der Di[illegible] gar nicht anders sein kann.

Parlamentarische Arbeit also verlangt oder ist geradezu Mehrheitsbildung. Das aber ist immer ein zeitraubend und mühselig Geschäft. Und der Schrei nach dem starken Mann, nach dem Diktator, ist nur zu begreiflich bei denen, die namentlich in bösen Tagen nicht die Ruhe haben und nicht die Kraft, sich für ihre Meinung eine Mehrheit zu suchen. Gewiß, mit diktatorischen Vollmachten läßt sich regieren, kann sogar „jeder Esel regieren". Auch in der Zeit des absoluten Königtums hat es ja Herrscher gegeben, deren Wirken für ihr Volk und Land wahrhaft „von Gottes Gnaden" war. Aber erstens sind die Könige selten, bei denen nicht bloß der Titel von Gottes Gnaden ist. Und zweitens ist, selbst wenn solch ein Glücksfall vorhanden ist, auch solch ein König oder Diktator in einem Lande mit politisch gereifter Bevölkerung gar nicht mehr in der Lage, ohne Fühlung und Übereinstimmung mit dem Volk zu handeln. Alle Kritik, die sich jetzt gegen das Parlament und den Parlamentarismus richtet, würde sich bei Einführung der Diktatur gegen den Diktator richten, der nur dann schneller und darum mit dem Anschein größerer Kraft handeln könnte als das Parlament, wenn fest und geschlossen hinter ihm eine große Partei stünde, die für sich allein die Mehrheit bildet. Unter so glücklichen Bedingungen aber brauchten wir gar nicht erst einen Diktator; denn dann hätte auch ein Ministerpräsident ohne diktatorische Vollmachten die gleiche Möglichkeit des Zupackens und schnell entschlossenen Handelns.

Was also bleibt nach alledem übrig von dem, was man der Nationalversammlung vorzuwerfen hat? Daß der Friede noch immer nicht abgeschlossen ist und vermutlich traurig genug aussehen wird? Dafür kann man doch sie nicht verantwortlich machen. Daß in Deutschland die inneren Unruhen nicht aufhören? Dafür klage man die an, die durch ihre böse Politik den Boden reif gemacht haben für die Drachensaat, die jetzt so üppig aufgeht. Daß sie das Volk nicht, wie es früher üblich war, mit schönen Versprechungen, die sie nachher doch nicht halten könnte, hinwegzutäuschen sucht über die schlimme Lage, in der wir uns befinden? Für solche Politik der sachlichen Arbeit und des Verzichts auf jeden Phrasenrausch sollte man ihr nur dankbar sein.

Nur in einem wäre ein Vorwurf berechtigt; der aber trifft mehr noch als die Gewählten diejenigen, die bei Aufstellung der Kandidatenlisten die kleinen Gesichtspunkte ihrer örtlichen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sonstigen Sonderinteressen nicht außer acht zu lassen vermochten. Ich meine den Vorwurf, den man leider nur selten hörbar genug zum Ausdruck bringt, daß die Nationalversammlung nicht Schwungkraft genug in sich birgt, um sich und mit ihr das ganze deutsche Volk fortreißen und erheben zu lassen durch den einzigen großen, leuchtenden Gedanken, der wenigstens etwas Licht auf unsern gegenwärtig so dunklen Dornenweg werfen kann, den Gedanken von der Überwindung unsrer alten staatlichen Schwäche und Zersplitterung durch Herstellung eines einzigen und einigen deutschen Staates! Warum steht dieser Gedanke nicht im Vordergrund aller unsrer Beratungen, warum ist er nicht Leitstern bei allem unsrem Tun? Es ist für den Gedanken des auf Selbstverwaltung der einzelnen deutschen Lande und staats-

Digitized by Google

bürgerliche Freiheit und Gleichberechtigung aller Volksgenossen gegründeten deutschen Einheitsstaates sehr wahrscheinlich, in der Nationalversammlung eine ansehnliche Mehrheit vorhanden. Nur muß sie erst gesucht und gesammelt werden. Denn keine Fraktion ist in dieser Frage vollkommen eines Sinns. Ist das aber ein zulänglicher Grund, am Kernproblem des deutschen staatlichen Neubaus ängstlich ausweichend vorüberzugehen?

Wie kommt es nun, daß der Gedanke, der im Volke so lebendig ist, von den Volksvertretern nur so mattherzig vertreten wird? Weil das Gefühl, Träger der Volkssouveränität zu sein, nur den wenigsten Abgeordneten in Fleisch und Blut übergegangen ist. Der alte Untertanengeist lebt in ihnen in veränderter Form fort. Und da die gegenwärtigen Leiter der Einzelstaaten mit denselben fadenscheinigen Gründen und ganz derselben Engherzigkeit, Kurzsichtigkeit und Selbstsucht, wie ihre Vorgänger in der dynastischen Zeit, sich dem staatlichen Einheitsgedanken widersetzen, so bleibt selbst bei den Anhängern des Einheitsstaats von der Begeisterung des ersten großen Augenblicks vielfach nichts übrig als ein müder Seufzer, daß dieser große Augenblick beim ersten Anbrausen der revolutionären Sturmflut leider verpaßt sei; wegen des Widerstandes der Regierungen müsse man sich bescheiden mit dem, was jetzt noch erreichbar sei, in dem man in der Verfassung den Weg für eine Entwicklung zum Besseren offen halte.

Hier ist die Stelle, wo die Kritik an der Nationalversammlung einsetzen sollte. Das Volk fordere von seinen Vertretern, daß sie sich ihrer Aufgabe und ihrer Würde bewußt bleiben. Es zeige ihnen durch Kundgebungen seines Willens, daß die deutsche Revolution noch nicht beendet, sondern im vollen Flusse ist. Wenn nur der Wille nicht gebrochen ist, so ist der Augenblick noch nicht verpaßt, so ist die weltgeschichtliche Stunde noch da, in der das deutsche Volk zum erstenmal frei von allen Rücksichten auf geschichtliche Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse seinen Staatsbau und damit sein Schicksal nach seinem eigenen Willen und seinen eigenen Bedürfnissen, nach innerer Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit selbst gestalten kann. Die Stunde darf nicht ungenutzt verstreichen. Keine schlimmere Sünde jetzt, als das ängstliche, schüchterne, müde „Es ist ja doch nicht zu erreichen" der Ewig-Gestrigen. Das deutsche Volk braucht nur zu wollen, und es wird einen Staat bekommen, der frei ist von den Unfertigkeiten und Schwächen des zusammengebrochenen staatlichen Halbfabrikats. Wenn das Volk nur will, so müssen auch seine Vertreter wollen. Also helft uns durch Kundgebung eures Willens, ihr, die mit uns den einigen und freien deutschen Volksstaat wollt!

Wenn dann noch und dennoch die Nationalversammlung versagen sollte, so ist die Kritik an ihr berechtigt, dann möge man von der Volksvertretung an das Volk appellieren. Dann möge in besonderer Abstimmung über die wichtigste Lebensfrage der Nation und ihrer staatlichen Organisation das Volk selbst entscheiden. Der Ausfall kann nicht zweifelhaft sein. Der Sieg des Einheitsstaates ist sicher.

Erich Schairer / Sozialisierung

Im Sozialisierungsgesetz, wie es Nationalversammlung und Staatenausschuß angenommen haben, erscheint die Forderung erfüllt, die das Wesen der Gemeinwirtschaft kennzeichnet: diese will nicht ohne weiteres Verstaatlichung (auf keinen Fall Staatsbetriebe, wie wir sie bisher haben), sondern Einordnung der privaten Wirtschaftstätigkeit in einen nationalen Wirtschaftsplan, der naturgemäß nicht Einzelinteressen, sondern das Interesse der Gesamtwirtschaft im Auge hat. Also Privatwirtschaft, aber keine ungezügelte, sondern eine ihrer Verantwortung gegenüber dem Ganzen bewußte Privatwirtschaft! Und Gemeinwirtschaft, in der die Kräfte nicht mehr nebeneinander und gegeneinander arbeiten, wie in der bisherigen anarchischen Privatwirtschaft, sondern miteinander und füreinander! Die neue Wirtschaft soll aus der bisherigen regellosen Unordnung zu einem planmäßig geordneten Organismus entwickelt werden. Wenn das gelingt, wird sie einen gewaltigen technischen Fortschritt darstellen, ihre Produktivität wird der alten gegenüber ganz bedeutend gesteigert sein. Ist das richtig, so liegt darin nicht nur die Rechtfertigung, sondern geradezu die Verpflichtung zur Gemeinwirtschaft begründet; denn nur die höchstmögliche Steigerung des Gesamtwirtschaftsertrages wird uns aus der wurzelerschütternden Krise heraushelfen, in die uns Krieg und Niederlage gestürzt haben.

Wird sie es wirklich können? Wird es dem Staate möglich sein, auf dem bisher üblichen Wege der Besteuerung auch einer als gesteigert angenommenen Produktion die Milliarden aufzubringen, die er jährlich braucht? Noch ist kein Finanzminister erstanden, der diese Frage mit einem sicheren Ja zu beantworten sich getraute. Bis zur Durchführung der Gemeinwirtschaft werden Jahrzehnte vergehen; so lange wollen und können die Gläubiger des Staates drinnen und draußen nicht warten. Wird nicht die radikale Vermögensbesteuerung, von der man das Heil erwartet, gerade die Kapitalgrundlagen zerstören, deren die neue Wirtschaft dringend bedarf, die Henne schlachten, die die goldenen Eier legen soll? Und vor allem: werden die neuen Steuern die erhofften Erträge abwerfen? Werden sie überhaupt bezahlt werden, bei einer Steuerflucht, die alle bisherigen Erfahrungen offenbar weit in den Schatten stellen wird?

Angesichts dieser schweren Ungewißheiten wird es sich ergeben, daß die Sozialisierung bei der gemeinwirtschaftlichen Organisation der Privatwirtschaft nicht wird stehen bleiben können. Sie wird wahrscheinlich in geeigneten Fällen einen Schritt weitergehen müssen: den Schritt zur Verstaatlichung, der der Allgemeinheit auch das Eigentum an den Betrieben überträgt und ihre Gewinne unmittelbar, nicht auf dem Steuerumweg, erschließt! In der Tat enthält der Bericht der Sozialisierungskommission diesen Gedanken, dessen Möglichkeit auch das Sozialisierungsgesetz offen läßt, wie sich schon aus dem in § 2 hereingenommenen Zusatz „gegen angemessene Entschädigung" ergibt. Die Sozialisierungskommission, das Kautskysche Aktionsprogramm, auch bürgerliche Volkswirte (z. B. Bücher) verstehen unter Sozialisierung die Verstaatlichung gegen Entschädigungsrente (durch Aushändigung von Schuldverschreibungen des Staates).

Von Nutzen für den schon vorher schwer verschuldeten Staat wird diese Enteignung aber ohne Zweifel nur dann sein, wenn die Entschädigung nicht „angemessen" ist, d. h. wenn die Rente wesentlich geringer ist, als sie nach dem Wert des enteigneten Guts eigentlich sein müßte. Anderenfalls wäre sie ein schlechtes Geschäft. „Ein Finanzminister", schreibt Rathenau, „der um einer jährlichen Provision von zehn Millionen willen seinen verschuldeten Staat um eine weitere Milliarde verschuldet, verdient davongejagt zu werden". Wird die Entschädigung aber nicht „angemessen" angesetzt, dann

Digitized by Google

kommt eine Ungerechtigkeit heraus, die lediglich dadurch gemildert würde, daß bei einer Verstaatlichung der ganzen Wirtschaft alle Privatbesitzer von ihr betroffen wären.

Denken wir uns nun diese Verstaatlichung durchgeführt — wird das dann „Sozialismus" sein? Wenn etwas dabei herauskommen soll, nicht; denn auch diese Staatswirtschaft wird insofern kapitalistisch sein müssen, als sie das private Gewinninteresse nicht ausschalten darf, wenn sie florieren will. Auch in ihr werden die Arbeiterlöhne nicht wesentlich höher, die Gehälter und Tantiemen der Direktoren nicht wesentlich niederer sein als bisher. Wirklicher Sozialismus ist nicht möglich, solange die Menschen nicht sozial, sondern selbstsüchtig gesinnt sind. Und das sind sie. Die Unternehmer, das hat der Krieg als Konjunktur, die Arbeiter, das hat die Revolution als Lohnbewegung gezeigt. Darauf wird mit Recht immer wieder hingewiesen; bloß daß es eigentlich eine Schande ist, vergißt man oft hinzuzusetzen. Und nebenbei: es macht sich schlecht, wenn gerade die Leute den Arbeiter als Revolutionsgewinnler schlecht machen, die früher selber Kriegsgewinne gemacht haben; wenn Tagediebe über den Achtstundentag zetern, die selber nicht arbeiten und nicht wissen, was acht Stunden Fabrikarbeit heißen.

Gertrud Bäumer / „Der Stimmer"

Ein wehmütig ausdrucksvolles Symbol hat Mechtild Lichnowsky in dem Stimmer gefunden (erschienen im Verlag von Kurt Wolff). Der Mann, der in der Maske des Handwerkers ein stilles, von niemand gekanntes und befleckes Künstlertum in Schmerzen, Wonnen und Sehnsucht auslebt, trägt alle Resignation des Lebens mit sich. Glückhaft und herzbrechend traurig, stolz und demütig, unbewußt weise ist diese Resignation. Eine vollkommene Anpassung an das Leben, das stärker ist in Verheißung als in Erfüllung, unerschöpflich reich nach innen und fast immer karg nach außen, ist in diesem Verzicht. So vollkommen und unbewußt wissend, wie die Pflanze sich dem Boden anpaßt, nichts Unmögliches will, nichts verzweifelt Widerstrebendes versucht, und im Einklang sein muß mit ihrem „Nicht-Ich", sei es ihr hold oder feindlich, freigebig oder geizend.

Der Stimmer ist ein Symbol. Daß er nur der Stimmer ist, deckt sein Künstlertum; niemand achtet auf seine Musik; niemand entdeckt ihn; so gehört er sich selbst; so bleibt er angewiesen auf sein verborgenes Reich, Schätze, die niemand sieht, von denen niemand will.

Wir haben alle solche Maske, die unser Eigentliches schützt. Freiheit nach innen zu, königliches Schweifen im Eigensten, Tiefe, Inbrunst unseres Seins, besitzen wir durch schmerzhaften Verzicht nach außen. Was das äußere Leben uns schuldig bleibt, wird Reichtum nach innen. Weil das niemand kennt, so, wie wir sind, kennt und will, sind wir grenzenlos unabhängig, unerschöpflich, ungehemmt reich und fruchtbar. Einsamkeit ist Schicksal, Schmerz, Seligkeit.

Dies Widerspiel von Stummheit und unendlich blühendem, vielgestaltigem, weichem, innerem Leben, der Reiz, der darin liegt, daß jeder Mensch — nicht jeder, aber vielleicht dieser oder jener, den der Zufall unerkannt an uns vorüber treibt — Träger funkelnder, duftender, süßer Geheimnisse ist, eine köstliche, reiche Welt für sich, zu der niemand Zutritt hat — dies Widerspiel ist der seelische Quell dieser Skizze. Der Stimmer, in der Kunst, weil niemand sie bei ihm erwartet oder voraussetzt, Gast, in dem Hause, in dem er den Bechsteinflügel stimmt, uninteressanter Zuschauer des Lebens, das sich trübe, verwirrt, unrein um ihn abspielt, ist gleichwohl ein Pol, um den Geschehnisse kreisen, ein selbständig eigener, bewegter Mensch. Bei ihm ist Kunst — was kommt darauf an, ob die anderen es wissen und hören wollen?

Und ein bewegter, seelisch weiter und freier Mensch hat diese Dichtung gefunden. Sie ist im Wesen der Erscheinungen heimisch, durchleuchtet tote Fassaden, erfaßt alle kleinen, rührenden Bekundungen der Seele im flachen, trocken geschäftigen Alltag und ist so heiter und wehmütig, so frei, zugreifend und ehrfürchtig wie nur ein Mensch sein kann, der um das Leben weiß.

Naumann / Die große Not

Vor schweren Entscheidungen zittern die verantwortlichen Menschen, bis ihnen die Klarheit kommt. Sie möchten die Pein des endgültigen Wortes von sich abschieben, aber irgend jemand muß doch schließlich sagen, ob wir uns endlos demütigen oder nochmals hungernd kämpfen wollen. Als Einzelperson sich mit dem unnatürlichen Tode auszusöhnen, ist nicht unüberwindlich schwer; das haben Hunderttausende getan. Für ein ganzes Volk aber die Würfel zu werfen, das belastet das Allerinnerste. Darum soll man diese Sache nicht als Partei- und Agitationsangelegenheit behandeln! Das laute Reden macht den Vorgang selbst nicht leichter. Gründe gibt es für Ja und Nein. Gründe, aber keine Gewißheiten! Niemand in aller Welt sieht voraus, wie unser Nein wirkt, und niemand weiß, ob es bei uns nicht schlimmer sich gestalten wird als in Rußland. Wenn wir genug Brot besäßen, so wäre alles viel einfacher! In diese äußerste Leibes- und Seelennot sind wir hineingeworfen zu einer Zeit, in der die meisten Leute bei uns matt und blutarm sind. Jetzt hat uns die Geschichte der Vergangenheit nicht mehr viel zu erzählen von schauerlichen Tagen verstorbener Geschlechter. Wir selbst sind es, von denen die späteren Zeiten reden werden als von denen, die in der Hölle waren! In solcher Verlassenheit fragen wir, ob es einen Gott gibt, der hilft? Wir haben so oft in unserer Jugend von ihm gehört. Lebt er noch? Hört er von aller Menschheit nur uns nicht? Das ist sehr menschlich und kindlich geredet. Man kann dieselbe Sache auch unpersönlicher ausdrücken: gibt es einen Sinn im Werden und Vergehen? Gibt es eine Weltidee und was haben wir von ihr zu erwarten?

Briefkasten

Der Artikel von Univ.-Prof. Dr. Ludwig Bergsträßer: „Verfassungskunde oder staatsbürgerliche Bildung" mußte wegen Raummangel zurückgestellt werden.

Für die Baltenhilfe: M. W. in D. 20.— M.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, beide z. Z. Weimar.

Tricalcol
Phosphorhaltiges Kalk-Eiweiß-Mittel
Fördert die Entwicklung des Knochenbaues
Kräftigt den gesamten Organismus
Blutarme nehmen es im Wechsel mit Lecin
In Apoth. u. Drogenhdlg. Lecinwerk Hannover

1. Mai 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis im Buchhandel 4 M., beim Postamt 4,12 M., unter Kreuzband 4,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 4,25 M., ins Ausland 5 M. Soldatenausgabe 1,50 M. Einzelhefte 40 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8683.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 18

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 60 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Gertrud Bäumer:** Heimatchronik. — **Naumann:** Wie wir gesund werden? — **Gertrud Bäumer:** Zur Begriffsklärung über die Räte. — **Dr. v. Frankenberg:** Ewige Feindschaft? — **Dr. Käthe Gaebel:** Der nationale Gedanke in der französischen Revolution. — **Landgerichtsrat Dr. Ernst Sontag:** Ein Reichsstumultschadengesetz. — **Dr. Wilhelm Erman:** Die wissenschaftlichen Bibliotheken und die Reichsgesetzgebung. — **Univ.-Prof. Dr. Ludwig Bergsträßer:** Verfassungskunde oder Staatsbürgerliche Bildung. — **Amalie Schmidt:** Sich kennenlernen. — **Margarete Sachse:** Ewigkeit. — **Naumann:** Im Frühling. — Büchertisch.

Naumann / Kriegschronik

Freitag, 18. April.

Am Karfreitag wiederholt sich der Eindruck des ungeheuren Leidens, das durch den Krieg über uns hereingebrochen ist. Die Bilder der Märtyrer bieten kaum etwas Schlimmeres als das, was vielfältig unter den Marterwerkzeugen der Gegenwart ausgehalten wurde. Gerade jetzt sind die erschreckendsten Gerüchte über die Quälereien Deutscher in den bolschewistischen Ostseeprovinzen im Umlauf. Wir besehen alte Kreuzigungsbilder und bedenken dabei moderne Pein. Auf alten Bildern lagern häufig im Vordergrunde die Kriegsknechte, verteilen die Kleider der Verstoßenen und werfen das Los darum, wobei sie noch höhnen: Wenn du bist Christus, so steige herab vom Kreuz! So etwa sitzt jetzt die Vertretung der Entente in Paris beieinander. Es ist buchstäblich wahr, sie werfen das Los um unser Gewand, d. h. um die Außenseite unseres Volkskörpers. Von allen angrenzenden Nationen sind die Holländer und die Schweizer die einzigen, die nichts haben wollen. Unendlich gierig erscheinen in ihren Äußerungen Tschechen und Polen. Auch wenn man annimmt, daß es nicht gerade die besten Elemente dieser beiden Völker sind, die das wüste Kreuzigungsgeschrei uns gegenüber erheben, und daß es überall eine Minderheit von verständigen und humanen Köpfen geben mag, so ist dennoch dieser fünfte Karfreitag des Krieges in seiner Gesamtwirkung schauerlicher als einer der früheren. Es häuft sich die Quälerei, und es vermindert sich die Kraft, einer ganzen Welt gegenüber aufrecht zu bleiben und sein gutes Gewissen zu behalten.

Sonnabend, 19. April.

In dem Abkommen von Brüssel über die Ernährung Deutschlands war bestimmt worden, daß Deutschland eine erste Lieferung von 270 000 Tonnen Lebensmitteln erhalten solle und dann monatlich 370 000 Tonnen (davon 300 000 Tonnen Getreide und 70 000 Tonnen Fett und Fleisch) einführen dürfe. Diese ursprünglichen Bestimmungen sind aus allerlei Gründen nicht ganz wörtlich innegehalten worden, worunter auch die zeitweilige Streikdrohung Hamburger Hafenarbeiter mit eingerechnet wird. Verzögerungen im Transport sind auf seiten der Entente vorgekommen. Im ganzen sind nach einer soeben erschienenen Veröffentlichung 100 000 Tonnen geliefert worden oder werden jetzt in Rotterdam, Antwerpen und Kopenhagen verschifft. Über 300 000 Tonnen sind von Amerika aus unterwegs oder liegen zur Verschiffung während des Monats April bereit. Ein Frachtraum von 200 000 Tonnen ist auf dem Wege, um weitere Mengen zu übernehmen. Außer den Nahrungsmitteln sind gewisse Quantitäten von Schmierölen geliefert worden, weil Eisenbahn und Industrie ohne sie nicht mehr arbeiten können.

Über die deutschen Gefangenen in Rußland wird eine halbamtliche Mitteilung verbreitet, in der gesagt ist: Es sei der Transport aus dem bolschewistischen Rußland so gut wie abgeschlossen. Nur einige Tausend Leute, die zum Teil in die Rote Garde oder in internationalistische Regimenter eingetreten sind, sind freiwillig in Rußland verblieben. — Die Tatsache, daß nicht ganz wenige deutsche Gefangene sich der russischen Revolution angeschlossen haben und insbesondere in der Roten Garde militärische Dienste tun, teilweise auch Abteilungen führen, war bei uns schon bekannt. Darüber hinaus aber konnten wir niemals richtige Klarheit erhalten, was aus den übrigen deutschen Truppenteilen geworden sei. Wie die jetzt verbreitete tröstliche Nachricht entstanden ist, ob sie auf Einzelvergleichung mit der Verlustliste beruht, oder ob sie sich nur auf eine allgemeine Auskunft der bolschewistischen Regierung gründet, ist uns unbekannt. Aber selbst angenommen, daß die Auskunft an sich richtig ist, so fragt es sich, welche Gebiete als das bolschewistische Rußland bezeichnet werden. Gehört dazu auch Ukraine und Kaukasus? Sicherlich gehört nicht dazu Sibirien, und gerade dort waren zahlreiche deutsche Gefangene untergebracht. Es verlautet, daß die deutsche Regierung auf dem Weg über die Schweiz und Japan Erkundigungen nach dem Verbleib dieser sibirischen Kriegsgefangenen angestellt habe.

Die deutschen Vertreter sind zur Entgegennahme der Friedensbedingungen auf Freitag, 25. April, eingeladen.

Sonntag, 20. April.

Der Ostersonntag bringt den Wortlaut der französischen Einladung nach Versailles und die deutsche Antwort. Durch Vermittlung der Waffenstillstandskommission wird mitgeteilt, daß der Oberste Rat der alliierten und assoziierten Mächte beschlossen hat, die mit Vollmachten versehenen deutschen Delegierten für den 25. April, abends, nach Versailles einzuladen, um dort den von den alliierten und assoziierten Mächten festgesetzten Text der Friedenspräliminarien in Empfang zu nehmen. Die deutsche Regierung wird daher gebeten, dringendst Zahl, Name und Eigenschaft der Delegierten anzugeben, die sie nach Versailles zu schicken beabsichtigt, ebenso Zahl, Name und Eigenschaft der Personen, die sie begleiten. Die deutsche Delegation soll strengstens auf ihre Rolle beschränkt bleiben und nur Personen umfassen, die für ihre besondere Mission bestimmt sind. Daraufhin hat der Reichsminister des Auswärtigen, Graf Brockdorff-Rantzau, auf demselben Weg geantwortet: Die deutsche Regierung wird die Herren Gesandten v. Haniel, Geheimen Legationsrat v. Keller und Wirklichen Legationsrat Schmitt mit Begleitung zum Abend des 25. April nach Versailles entsenden, mit den erforderlichen Vollmachten ausgestattet, den Text des Entwurfes der Friedenspräliminarien entgegenzunehmen, den sie alsbald der deutschen Regierung überbringen werden. Die deutsche Antwort geht offenbar von der Voraussetzung aus, daß die Bevollmächtigten der Entente überhaupt nicht verhandeln wollen und daß es darum genügend ist, einige Beamte mittlerer Rangordnung zur Entgegennahme des Friedensvor-

Digitized by Google

schlages nach Paris fahren zu lassen. Ob diese Annahme ganz richtig ist, wird sich ja zeigen. Der Wortlaut der französischen Einladung macht den Eindruck, als wolle man die deutschen Vertreter nur als Briefträger benutzen. Das entspricht auch einer in den französischen Zeitungen vielfach zutage getretenen Stimmung, als ob Deutschland nur einfach zu gehorchen habe.

Montag, 21. April.

Gespräch mit einem Freunde, der als Sachverständiger mit nach Paris gehen sollte, nun aber unter veränderten Verhältnissen hier den Gang der Dinge abwartet: Es muß Grenzen dessen geben, was wir uns gefallen lassen! Man weiß zwar gar nicht, zu welchen Folgen eine Ablehnung des sogenannten Friedens führt, und wir müssen auf alle schlechten Möglichkeiten gefaßt sein. Zu den üblen Möglichkeiten gehört, daß wir wegen Mangels an Ernährung in einigen Monaten nochmals und dann ohne jeden Rest von Widerstandskraft um Frieden bitten müssen. Es gehört noch mehr dazu: Man weiß nicht, ob bei dieser Verzweiflungsmethode in einigen Monaten noch eine Regierung vorhanden sein wird, die überhaupt etwas wie einen Frieden schließen kann. Das würde für die Entente ein peinlicher Verlust sein, weil sie dann niemanden besitzt, der für Kriegszahlungen seine Unterschrift hergibt; aber es würde der noch größere Verlust für uns sein, die wir dann auf keinen Anfang der neuen Wirtschaft hoffen könnten. Durch Mattigkeit und feindliche Erpressung ist ein Teil der Deutschen so mürbe geworden, daß sie ihre eigene Zukunft zu opfern bereit sind, wenn sie nur sicher sind, daß Franzosen und Engländer dabei mit zugrunde gehen. Diese letztere Sicherheit aber kann nicht geboten werden. Auch ein deutscher Verzweiflungsbolschewismus garantiert nicht, daß die französische und englische Armee zum revolutionären Umsturz übergeht. Und selbst, wenn gewisse revolutionäre Erhebungen in Paris und in englischen Arbeiterbezirken Platz greifen sollten, so ist anzunehmen, daß das Zwischenspiele sind, während bei uns zur Wiederherstellung der Ordnung keine Kraft vorhanden wäre. Den Fall, daß auch der Bolschewismus in Deutschland eine Gesundung der Verhältnisse herbeiführen könnte, kann man leider beim Mangel jeglicher Zufuhren nicht in die Rechnung einsetzen. Wir haben nicht danach zu fragen, ob der Bolschewismus dem einzelnen unter uns zu nützen oder zu schaden scheint, sondern danach, ob er als ein Heilmittel einer tötlich kranken Nation in Betracht kommen kann. Auch in letzterer Hinsicht ist von ihm nach allen vorliegenden Proben etwas Wirkliches und Nützliches nicht zu erwarten. Aus dem allen folgt aber nicht, daß nun ein Zwangsfriede restlos angenommen werden kann. Denn wenn dieser Friede die Vernichtung unserer Wirtschaft ebenso enthält, wie es bei der Erneuerung des Krieges der Fall ist, so verlieren wir jedes eigene Interesse, einen solchen heuchlerischen Frieden zu unterzeichnen. Wir werden unserseits der Entente einen ausgearbeiteten Vorschlag machen müssen, wie wir uns in Anerkennung unserer Niederlage das künftige Verhältnis der Nationen im Völkerbunde denken. Es wird dann Aufgabe der Ententevertreter sein, zu sagen, ob sie darüber mit uns vertragsmäßig etwas beschließen wollen.

Dienstag, 22. April.

Die Antwort der französischen Regierung besagt: Die verbündeten Mächte müssen von der deutschen Regierung fordern, daß sie Bevollmächtigte nach Versailles entsendet, die ebenso vollständig ermächtigt sind, die Gesamtheit der Friedensfragen zu verhandeln, wie die Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen. Daraufhin hat der Reichsminister des Auswärtigen angemeldet, daß er kommen wird und außer ihm Reichsjustizminister Landsberg, Reichspostminister Giesberts, Präsident der preußischen Landesversammlung Leinert, Dr. Karl Melchior und Professor Schücking. Die deutsche Regierung ist bereit, die vorstehend bezeichneten Personen und ihre Begleiter zu entsenden, wenn ihr die Zusicherung gegeben wird, daß den Delegierten und ihren Begleitern während ihres Aufenthaltes dort Bewegungsfreiheit sowie freie Benutzung von Telegraph und Telephon zum Verkehr mit der deutschen Regierung gewährleistet ist. Die deutsche Regierung behält sich vor, für einzelne Friedensfragen nachträglich besondere Sachverständige zu benennen. Damit ist also festgesetzt, daß verhandelt werden soll. Was das in der Praxis bedeutet, wird man sehen. Man nimmt an, daß die Abordnung Ende dieser Woche nach Paris fährt.

Im „Berliner Tageblatt" ist von einem Mitglied der deutschen Gesandtschaft in Libau eine Darstellung über das Verhungern der Einwohner von Riga gegeben worden. Verhungerte Menschen liegen auf den Straßen herum und suchen aus dem Pferdemist die Haferkörner. Ratten, für die man in den ersten Tagen des April vier Rubel pro Stück zahlte, sind nicht mehr aufzutreiben. Da die Männer, soweit es noch solche gibt, an die Front gezwungen wurden, haben wildgewordene Weiber die Herrschaft über die Stadt, verüben aus Wut die schlimmsten Greueltaten, halten rücksichtsloseste Haussuchungen und entleeren die besseren Stadtteile, indem sie die Bewohnerschaft in Baracken außerhalb der Stadt jagen, wo sie durch Hunger und Elend langsam aber sicher zugrunde gehen. Niemand hat das Recht, aus der Gegend, die entvölkert wird, in eine andere Gegend der Stadt, wo noch Wohnungsrecht besteht, hinüberzusiedeln. Lebende sind zusammengepfercht mit verhungerten Leichen und Irrsinnigen. Die annähernd 3000 Menschen, die in Riga erschossen worden sind, können glücklich sein, daß sie nicht diesem furchtbarsten Märtyrertode anheimgefallen sind. Der Protest des dänischen Konsuls hat nichts geholfen. So sieht das Ende des Kulturkrieges aus, der gegen Deutschland geführt wurde! Der Untergang der baltischen Hauptstadt ist ein entsetzliches Drama. Wenn wir im Juli 1917 Frieden gemacht hätten, so würde zwar Riga nicht deutsch geworden, aber am Leben geblieben sein.

Mittwoch, 23. April.

Wenn es Zweck hätte, in Zeiten wie sie heute sind, mit Gründen des Verstandes gegen Leidenschaften anzukämpfen, so würden wir den Führern des tschechischen Volkes sagen, daß die tschechische Nation eine sehr vorteilhafte Gemeinschaft mit den umwohnenden Deutschen erreichen kann, wenn sie auf den Versuch der Tschechisierung der deutschen Nordböhmen verzichtet. Die Tschechen können ihr Nationalitätsideal vollständig befriedigen, ohne die Deutschen dauernd zu verletzen, sie können aber nicht das sogenannte böhmische Staatsrecht in eine Zeit hinüberführen, die für derartige altfürstliche Begriffe keinen Sinn mehr hat. Landgebiete, die unzweifelhaft deutsch sind, gehören nach Deutschland, während Landgebiete, die unzweifelhaft tschechisch sind, zur Republik Prag gehören. Über gemischte Gebiete wird man sich verständigen können. Jedoch, wer hört im Sturm auf Rat?

Ein kluger Deutschamerikaner sagt: Niemand glaubt jetzt in der Welt, was in Deutschland gesprochen wird. Man nimmt bei uns noch immer an, daß die Deutschen eine Armee von 300 000 Köpfen haben und daß die Revolution in Bremen, Halle oder München nur wohlabgekartete Schauspiele sind, um die Nachsicht der großen Völker zu erlangen. — So unglaubhaft es klingt, es ist in dieser Welt alles möglich!

Donnerstag, 24. April.

Auf dem Weg über die Waffenstillstandskommission wird von der Entente mitgeteilt, daß die deutschen Delegierten abreisen können, sobald sie dazu bereit sind. Sie werden in Versailles untergebracht werden und haben völlige Freiheit für telegraphische und telephonische Verbindung mit der Heimatregierung. Es wird ein deutscher Entwurf für den Völkerbund veröffentlicht, der bei der Friedenskonferenz vorgelegt werden soll. Als Zwecke des Völkerbundes werden angegeben: die Verhütung internationaler Streitigkeiten; Abrüstung; die Sicherung der Verkehrsfreiheit und der allgemeinen wirtschaftlichen Gleichberechtigung; der Schutz der nationalen Minderheiten; die Schaffung eines internationalen Arbeitsrechts; die Regelung des Kolonialwesens; die Zusammenfassung bestehender und künftiger internationaler Einrichtungen; die Schaffung eines Weltparlaments. Als Organe des Völkerbundes werden genannt: der Staatenkongreß; das Weltparlament; der ständige internationale Gerichtshof; das internationale Vermittlungsamt; die internationalen Verwaltungsämter; die Kanzlei. Das Weltparlament setzt sich zusammen aus Vertretern der einzelnen Parlamente der

Digitized by Google

Völkerbundstaaten, so daß zunächst für je eine Million Einwohner ein Vertreter entsendet wird. Es darf jedoch kein Staatsparlament mehr als zehn Vertreter entsenden. — Es würde besser gewesen sein, wenn wir diesen Entwurf schon während des Krieges vorgelegt hätten.

Freitag, 25. April.

Die Italiener sind von der Friedenskonferenz arg gekränkt worden, weil ihnen zwar Triest aber nicht Fiume zugesprochen werden soll. Wilson hat eine Erklärung über das adriatische Problem veröffentlicht, in der er den einstigen Londoner Vertrag zwischen Großbritannien, Frankreich und Italien nicht mehr als grundlegend anerkennt, da inzwischen der österreichisch-ungarische Staat zerbrochen ist. Fiume soll den Jugoslawen als Hafen dienen. Der italienische Minister Orlando empfängt aus der Heimat viele Zustimmungskundgebungen und ist entschlossen, mit seinem Gefolge nach Italien zurückzukehren, um dort zunächst der Kammer Bericht zu erstatten. Die italienischen Zeitungen behandeln die Sachlage mit Leidenschaft: Das italienische Volk sei zum Kanonenfutter für die Erfüllung der Wünsche Frankreichs und Englands benutzt worden. Der „Popolo d'Italia" droht England, daß Italien die revolutionäre Bewegung in den englischen Kolonien unterstützen werde. Die „Perseveranza" kündigt den Handelsboykott gegen die Alliierten und die sofortige Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland und Österreich an.

Sonnabend, 26. April.

Aus der Mitte der tschechischen Nation kommen auffallend deutschfreundliche Stimmen, deren Ursprung darin liegt, daß die Friedenskonferenz den Tschechen die deutschen Gebiete Nordböhmens zuerkennen will, wenn Garantie dafür geboten werden kann, daß das Deutschtum nicht gewaltsam unterdrückt wird. Es redet der tschecho-slowakische Verteidigungsminister Klofatsch darüber, daß es Aufgabe der tschechischen Republik sei, dem Muster der Schweiz nachzufolgen und aus verschiedenen nationalen Bestandteilen eine neue historische Einheit zu bilden. Das klingt nicht ganz übel, nur wird man gerade den Tschechen schwer diejenige Vorsicht und Zurückhaltung zutrauen, ohne die ein solcher Plan von vornherein unmöglich ist. Auch soll nicht vergessen werden, daß unsere deutsch-böhmischen Volksgenossen anders gesonnen sind als die Deutschen in der Schweiz. Diese letzteren wollen von sich aus Schweizer sein, während die Bewohner der nordböhmischen Industrie kein anderes Verlangen haben, als sich dem Deutschen Reiche anschließen zu dürfen.

Es wird vielfach die Frage erörtert, ob in Deutschland eine Volksabstimmung über den Frieden herbeigeführt werden wird. Staatsrechtlich ist es nicht nötig, da die Nationalversammlung von vornherein den Auftrag des Friedensschließens erhalten hat. Sollte aber, so äußert sich der Ministerpräsident Scheidemann, in der Nationalversammlung eine sehr knappe Mehrheit für oder gegen den Frieden sein, so würde man überlegen müssen, ob nicht eine Volksabstimmung eingeschoben werden soll.

Gertrud Bäumer / Heimatchronik

Sonnabend, 19. April.

Das preußische Ministerium hat die Richtlinien zur Organisation von Einwohnerwehren erlassen, die den Selbstschutz der Bevölkerung gegen bewaffneten Aufruhr, Plünderung und Bandendiebstahl zum Zweck haben sollen.

In Leipzig weigert sich die Arbeiterschaft, den Belagerungszustand zu respektieren, den die Regierung nach der Ermordung des Kriegsministers verhängt hat, sie proklamiert den Kampf gegen die Regierung Gradnauer.

München wird wie ein Stück Feindesland eingekreist. Die kommunistische Regierung hat faktisch die Tresors der Banken öffnen lassen und die Inhalte beschlagnahmt.

In Braunschweig ist auf Veranlassung von General Märker eine provisorische Regierung aus vier Mehrheitssozialisten, zwei Unabhängigen und einem Demokraten gebildet, die bis zum Wiederzusammentritt des Landtags die Geschäfte führen wird.

Indem man dies aufzeichnet als Inhalt des stillen Tages der geschlossenen Gräber zwischen Karfreitag und Ostern, während die Vögel im Netz der aufbrechenden Knospen singen, will das Heimweh kommen nach der fernen, fernen Zeit, da einen nichts zu kümmern brauchte, als die erwartungsvolle Stimmung dieser geweihten Zeit. Wann wird die Welt wieder still genug dazu sein?

Bei uns hört mit heute aus Kohlenmangel jeder Straßenbahnverkehr auf.

Sonntag, 20. April (Ostern).

Im Ruhrgebiet wird die Arbeit wieder aufgenommen. Trotz des Dortmunder Beschlusses, den Streik fortzusetzen bis zur Einführung des Sechsstundentags sieht die große Mehrzahl der Bergleute den Streik für beendet an.

In Bayern sammelt die Regierung immer noch Truppen zur Befreiung und Säuberung Münchens. In Rosenheim hat sich die Bevölkerung gegen die Spartakisten zur Wehr gesetzt und hat sie zuerst überwunden, bis Nachschub von 500 Mann aus München ein blutiges Strafgericht über die unglücklichen Menschen verhängte.

In Berlin werden Vorbereitungen gegen neue spartakistische Unruhen getroffen. Militärische Anlagen im Tiergarten, Drahtverhaue in der Wilhelmstraße!

Bei uns in Hamburg treibt ein vollkommen unpolitisches, bandenhaftes Marodeurtum in St. Pauli sein Wesen und wächst sich zu einer starken Gefahr für die Sicherheit von Leben und Eigentum aus. Wann und wie werden wir dieser seelischen Kriegswirkung, der Verrohung von Tausenden, Herr werden? Durch welche Mittel? Man denkt oft: welche Tragödien erleben jetzt Frauen mit ihren Männern, Mütter mit ihren Söhnen! Aber viele Frauen werden von dem Aufruhr mit ergriffen. Was sie in vier Jahren heruntergeschluckt haben an Mühsal, steht in ihnen auf als Anklage unter den aufpeitschenden Worten der Männer, die ihnen ihre Geduld nachträglich noch zersetzen und leid werden lassen.

Über diesen Tagen steht irgendwie der Satz aus der Bibel: „Er sah die Stadt an, und weinte über sie."

Montag, 21. April.

Im Handelsteil der Zeitungen spiegelt sich eine bedeutsame Bewegung zur wirtschaftlichen Selbstverwaltung einzelner Industriezweige. Es erfolgen Zusammenschlüsse (z. B. in der Tabakindustrie) mit dem Ziel, die Sozialisierung in dieser Form, d. h. ohne Staatseingriff und Staatssozialismus zu vollziehen. Man kann sich vorstellen, daß daraus eine in höchstem Maße zweckmäßige und wertvolle Organisation unseres in vieler Hinsicht anarchischen Wirtschaftslebens erfolgen könnte, bei der auch eine gesetzgeberische Behandlung der wirtschaftlichen Dinge in denkbar bester Form gewährleistet wäre.

In Bremen ist der Bürgerabwehrstreik organisiert: alle Behörden haben seit gestern ihre Tätigkeit eingestellt, alle Läden sind geschlossen, ärztliche Versorgung ruht vollständig. Es ist das die Antwort auf einen Streik der Gasarbeiter, von der man eine rasche Wirkung erhofft.

Die militärischen Operationen zur Besetzung von München werden fortgesetzt. Es ist schauerlich, regelrechte Kriegsberichte aus dem eigenen Lande zu lesen.

Dienstag, 22. April.

Aus München die widersprechendsten Gerüchte. Die Garnison habe die Räteregierung gestürzt und die Führer verhaftet. Andererseits haben sich geschulte Offiziere den Bolschewisten zur Verfügung gestellt, die in großem Maßstab militärische Stützpunkte außerhalb Münchens schaffen.

Der Angestelltenstreik scheint durch Entscheidungen des Schlichtungsausschusses beigelegt zu werden.

Bei uns nehmen die Unruhen in St. Pauli zu, keine Idee von politischer Absicht dabei, reines Verbrecherbandentum, das Passanten auf der Straße und erbrochene Läden ausplündert.

Digitized by Google

Im Ruhrrevier zwar Abflauen des Streiks, aber doch noch beinahe vollständiges Ruhen des Versands nach außen. Förderung etwa ein Fünftel der normalen Leistung.

Mittwoch, 23. April.

Dann und wann einmal bringen die Zeitungen Beruhigungsnotizen über die amerikanischen Lebensmittel. Es sei schon viel Speck im Lande, die Organisation der Verteilung müsse aber noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

In München noch nichts Entscheidendes. Die Nachricht vom Sturz der Räte war natürlich falsch, dagegen scheinen Unstimmigkeiten in der Führung, an der russische Elemente einen starken Anteil haben, entstanden zu sein, was auch kein Wunder ist.

Der Bankbeamtenstreik ist abgebrochen. Ergebnis: 42stündige Arbeitszeit, Mitbestimmungsrecht der Angestelltenausschüsse bei Fragen des Arbeitsverhältnisses, Kündigungen und Entlassungen.

Bei uns in Hamburg Verhängung des Belagerungszustandes, um der Banden Herr zu werden. 8 Uhr Polizeistunde, 9 Uhr Sperrung der Straßen für Zivilverkehr. Aus dem Dunkel der kalten, windigen Frühlingsnacht nahe und ferne Schüsse — es ist merkwürdig, wie wenig erregend das noch ist.

In Oberschlesien neue Unruhen, drohender Generalstreik. Wir haben uns bei andauernder Kohlennot an das Zufußgehen gewöhnt. Schlimmer ist die Gas- und Lichtbeschränkung.

Donnerstag, 24. April.

In München noch keine Veränderung. Nach den Berichten scheinen die Spartakisten durch Haussuchungen und Plünderungen dem Privateigentum mehr und mehr zu Leibe zu rücken. Die Vorbereitungen der Regierungstruppen scheinen immer noch wieder Zeit zu brauchen. Dieser Aufschub wird den Entscheidungskampf umso blutiger machen — daran denkt man mit Grauen.

Die „Säuberung" von St. Pauli wird mit großer Tatkraft durchgeführt und es wird uns versprochen, daß der Belagerungszustand nicht mehr lange notwendig sein wird. Aber man fragt sich: was wird aus diesen Hunderten von Marodeuren? Man kann sie ja nicht ewig in Gefängnissen halten, sie bleiben auf der Erde; sind sie noch wieder zivilisierbar?

Freitag, 25. April.

Über ganz Sachsen ist der Belagerungszustand verhängt, und zwar durch die Reichsregierung.

Der Arbeiterrat in Hamburg hat seine Befugnisse — Beginn einer Einberufung des Rätesystems und daher grundsätzlich nichts — in folgenden Sätzen niedergelegt:

1. Der Arbeiterrat Groß-Hamburg entsendet auf jeweiligen Beschluß in die Organe der Selbstverwaltung seines Wirkungsgebietes eine entsprechende Anzahl Mitglieder als Beigeordnete. Diese sind den leitenden Beamten gleichgeordnet. Die entstehenden Kosten tragen die zuständigen Staats- und Kommunalkassen.

2. Die Beigeordneten haben das Recht und die Pflicht, über Mißstände in der Verwaltung und über Angelegenheiten von wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung, die Gegenstand der staatlichen oder städtischen Gesetzgebung und Verwaltung sind, von den in Frage kommenden Körperschaften die Einsetzung einer Untersuchungskommission zu verlangen, wenn die Exekutive des Arbeiterrats dementsprechend beschließt. Die Hälfte der Mitglieder dieser Kommission ist vom Arbeiterrat zu bestimmen.

3. Der Arbeiterrat hat das Recht, bei den in Frage kommenden gesetzgebenden Körperschaften Gesetzesvorschläge einzureichen und durch Delegierte vertreten zu lassen. Lehnen die in Frage kommenden gesetzgebenden Körperschaften in zweimaliger Beratung den Gesetzesvorschlag ab, so steht dem Arbeiterrat die Anrufung an die Bevölkerung zu. (Referendum.)

4. Gegen Beschlüsse der gesetzgebenden staatlichen und städtischen Körperschaften steht dem Arbeiterrat innerhalb 14 Tagen das Einspruchsrecht mit aufschiebender Wirkung zu. Wird von diesem Gebrauch gemacht und wird nach einer vorausgegangenen nochmaligen Beratung eine Einigung nicht erzielt, so entscheidet auch hier eine Volksabstimmung.

5. Die Gewerkschaften sind die Vertreter der Arbeiter eines jeden Berufes. Die ausführenden Organe der Gewerkschaften in den Betrieben sind die Betriebsräte. Sie haben die bisherigen und die erweiterten Aufgaben der Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Ausschüsse zu erfüllen.

Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eines Gewerbe- oder Berufszweiges erfolgt von Organisation zu Organisation, also zwischen Gewerkschaft und Unternehmerverband.

Als höchste Instanz gelten die zuständigen Organe des Arbeiterrats Groß-Hamburg.

Sonnabend, 26. April.

Das Reichsgesundheitsamt hat eine Denkschrift über die Schäden ausgearbeitet, die Deutschland durch die Hungerblockade erlitten hat. Wir lasen die Statistik unserer Strapazen doch noch wieder mit tiefem Erschrecken. Die Todesfälle infolge der Unterernährung werden auf 763 000 angegeben, neben 150 000 Menschen, die der Grippe aus mangelnder Widerstandsfähigkeit erlegen sind. Tuberkulose stieg auf das Doppelte. Geburtenausfall im Reich 4 Millionen, in Preußen 2½ Millionen, — das ist freilich nur zum Teil Folge der Blockade. Die Kostenberechnung des uns entstandenen Schadens muß natürlich einigermaßen phantastisch anmuten, um so mehr, als sie den Verlust an Menschenleben zahlenmäßig ausdrückend mit dem Satz Kants brechen muß, daß der Mensch wohl einen Wert, aber keinen Preis hat.

Ganz langsam belebt sich der Verkehr im Hamburger Hafen. Es sind schon Dampfer nach Holland und den skandinavischen Ländern abgefertigt.

Naumann / Wie wir gesund werden?

Während diese Blätter hergestellt werden, fahren unsere deutschen Vertreter nach Paris. Es hat keinen Zweck, Vermutungen darüber anzustellen, was man ihnen dort vorlegen wird, denn ehe unsere Zeilen in den Händen der Leser sind, werden sie durch den Telegraphen unterrichtet sein, wenigstens über den Anfang des letzten Aktes des Weltkrieges. Auch er kann sich noch zu einem eigenen und besonderen Drama auswachsen, aber wer weiß das? Wir alle sind allmählich sehr geduldig geworden und haben warten gelernt. Das Böse erfahren wir zeitig genug, und vom Guten erhoffen wir nicht viel. Es ist aber diese letzte Wartepause vor den Friedensverhandlungen doch von eigenartiger, bleierner Schwere, wie wenn jemand vor Gericht erscheinen soll oder zu einer Operation geht oder ein Testament öffnen muß. Es bereitet sich nun die Periode nach dem Kriege vor, eine lange Landstraße, die wir bis zu Ende durchmarschieren sollen. Wie wird es dabei uns gehen und unseren Kindern und deren Kindern und allem deutschen Volke?

Ganz tot sind wir nicht. Es mag kommen, wie es will, so wird man uns nicht völlig wehrlos finden. Die Schlaffheit der ersten Novembertage ist um ein weniges gewichen. Damals wurde viel mehr preisgegeben als nötig war: angesammelte Materialien und Güter, Getreide, Wolle, Geschütze wurden verlassen und verschleudert, ein Widerstand gegen den Wahn der Unordnung schien fast unmöglich; es sanken nicht nur die Monarchien und ihr Pomp, nein, es versank auch Staatsbewußtsein, Zucht und Pflichtgefühl in kurzen Stunden. Eine Handvoll aufgewühlter Matrosen warfen den Bau der deutschen Disziplin um, weil zu viel Schwäche, Schein und Lüge vorhanden war. Man hatte dem Volke von Siegesmöglichkeiten geredet, wo längst die Verantwortlichen nicht mehr daran glauben konnten, durch Kriegsfortsetzung irgend etwas zu bessern. Das fühlte das Volk und glaubte nun überhaupt nichts mehr, was ihm gesagt wurde. Die Last der falsch verwendeten Autorität erdrückte alles eigene Selbständigkeitsgefühl. Dazu gab es

Digitized by Google

Hunger, Blutarmut, Abspannung. Deutschland war am Ende seiner Kräfte. In diesem Zustande schloß es einen Waffenstillstand, nur damit Ruhe sei.

Wir hatten ein schweres Nervenfieber. Es war alles wie zitternder Traum. Hätten wir einen Arzt gehabt, so würde er uns Ruhe und gute Ernährung verordnet haben. Aber Ernährung blieb knapp, wurde nicht schlechter, aber blieb mager. Das verzögerte die Überwindung der Krisis. Wir erlebten einen revolutionären Anfall nach dem anderen, weil das Gehirn der Menschen wie ein hohler Topf aussah. Sie wollten den Sozialismus ohne Arbeit zum Siege bringen! Immerhin aber wurde draußen an den Grenzen nicht mehr geschossen. Die Übriggebliebenen kamen heim. Es gab wieder befriedigte Familien; man beweinte die Toten, sehnte sich nach den Gefangenen, liebte die Erretteten und dankte Gott, daß die unendlichen Kanonen endlich still waren. Daß die große Lüge vom nicht mehr geglaubten täglichen Siege vorbei war und daß in aller Not und Qual das Volk selbständigeres Recht und staatsbürgerliche Freiheit erhielt, änderte etwas an der allgemeinen Atmosphäre. Es traten wohl genug neue Sorgen an die Stelle der früheren, doch die inneren Bedrohungen waren zwar sehr gefährlich, aber ihrem Wesen nach nicht so methodisch, unüberwindlich wie die von der ganzen Welt zusammengesammelten feindlichen Heere. In solchem bedrängten und doch erleichterten Notzustande haben wir nun fast sechs Monate gelebt.

Während dieser sechs Monate hat jeder etwas hinzugelernt (abgesehen von denen, die nie etwas zu lernen brauchen!). Der Militarist hat gelernt und der Pazifist, der Konservative und der Demokrat, der Regierende und die Regierten. Es wollte keine alte Formel mehr passen. Die Republik erschien als eine beschiedene Notwendigkeit. Wer sie früher im Strahlenglanze eines hohen Freiheitskampfes hatte begrüßen wollen, mußte seine Palmenzweige noch etwas zurückhalten, denn die Republik kam im Hauskleide der mühsamen täglichen Pflicht. Keinen Tag war sie ganz sicher. Darum aber lernten wir alle für sie sorgen wie für ein mattes Kind. Das half uns selber geistig vorwärts. Man vergegenwärtige sich, wie leer diese entsetzliche Wartezeit gewesen wäre, wenn wir nicht beständig von einem Tage zum anderen uns mit dem neuen Volksstaate beschäftigt hätten! Dann hätte es nur Vorwürfe gegeben, nur nachträgliche Abrechnungen, bei denen doch nichts herauskommt. Wir haben in der Zwischenzeit für Reich, Staat und Gemeinde gewählt, Mann und Frau, beinah Kind. Das ist für die Volksseele höchst heilsam gewesen. Das Volkstum überwindet die Räsonniererei durch politische Anspannung. Das ist wie Atemübung zur Besserung der Lunge. Sehr gesund!

Der genesende Volkskörper fing an, durch das Vergangene einen Strich zu machen. Das Verlorene ist verloren, die Toten sind tot, die Zeit des Wohlseins ist vergangen! Es bleibt ein tiefer Groll gegen diejenigen, die uns in dieses Unglück gestürzt haben. Darüber, wer es hauptsächlich gewesen ist, sind sich nicht alle Deutschen ganz einig, aber fast jeder hält einige Männer oder Gruppen für besonders schuldig. Immerhin ist es anzuerkennen, wie gelinde die Streite um die Schuldigkeiten bisher bei uns gewesen sind. Es kam das vielleicht am meisten daher, daß neuer Zorn den alten Zorn begrub, ein neuer Zorn über das grausame Spiel, dem wir in diesem halben Jahre ausgesetzt wurden. Wir hatten im November die Waffen gestreckt, aber uns nicht selber hingeworfen. Nun aber war das vielen Franzosen und Engländern viel zu wenig, und sie fingen an, uns methodisch zu quälen, als seien wir Probetiere unter der Luftpumpe. Man experimentierte an uns, was ein Volk aushält. Sicherlich sind auch wir Deutschen als Eroberer nicht besonders milde und gerecht aufgetreten; man weiß in Polen und Litauen, was deutsche Herrschaft ist. Aber unsere Militärherrscher lebten unter dem Drange des gewaltigen Kriegsbedarfs, während die Franzosen und Angelsachsen im ganzen linkselbischen Deutschland jetzt seit November kein eigenes Risiko mehr haben. Was hinderte sie, die Blockade aufzuheben, unsere Gefangenen heimzusenden, uns zur Gesundung behilflich zu sein? Wir waren geschlagen, entwaffnet, aber Menschlichkeit fanden wir nicht. Alles Reden von Humanität war für uns Ironie. So etwas macht zäh, das macht langsam gesund. Vielleicht war diese harte Kur notwendig. Wir wissen nicht, welche Kräfte wir noch brauchen! Schwach sind wir noch immer, aber stärker als am Anfang des November ist das deutsche Volk. Es hat in der Nacht nicht verzweifelt, nun wird es auch am grauen Morgen leben wollen.

Gertrud Bäumer / Zur Begriffsklärung über die Räte

Ein Merkmal revolutionärer Zustände ist Unklarheit. Sie entsteht einmal daraus, daß der revolutionäre Wille, aus tausend unreinen und reinen Quellen zusammengeflossen, stets unbegrenzter, unbestimmter, vielgestaltiger ist als das Programm, das Führer aufstellen. Daß er sich selbst leidenschaftlich überbietet und somit einmal aufgestellte Ziele ungenügsam immer von neuem überrennt und weiter hinausträgt. Die Unklarheit wird vermehrt dadurch, daß paktierende Regierungen der elementar fordernden Gewalt diese oder jene Abfindung anbieten, bei der die Tendenz besteht, Forderungen in einem begrenzten Sinne zu erfüllen, ohne daß diese Begrenzung gleich bemerkt wird. Man schiebt etwas ein, das scheinbar, aber nicht ganz, das gleiche ist, und verwischt dadurch die ursprüngliche Meinung.

Bei uns kommt, die Unklarheit vermehrend, noch zweierlei hinzu: was die sozialistische Revolution zuerst als Ziel erhob, ist von der starken sozialistischen Bewegung in Deutschland in dieser Form nicht vorbereitet gewesen. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind eine improvisierte und importierte Einrichtung, vorher in ihrer prinzipiellen Bedeutung, ihrem politischen Sinn nicht durchdacht, und schon deshalb — so handgreiflich sie faktisch gewirkt haben — politisch, staatsrechtlich vollkommen verschwommen; daher, Leute verschiedenster Parteien und mehr oder weniger naiver, politisch ungeschulter Menschen, auch nach ihrer Struktur verschiebbar und nachgiebig.

Ferner: es waren Bedürfnisse und Wünsche nach einer wirtschaftlichen Selbstverwaltung da (Betriebsräte, Arbeitskammern usw.), die schon sehr viel konkretere, klarere Gestalt hatten und deshalb durch ihre größere Bestimmtheit sich in die nebelhaften Formen eines aus der Revolution entstehenden Rätesystems einzeichneten.

Schließlich: wir sind nicht auf der Höhe unserer geistigen Fähigkeiten. Nicht viele Menschen, und die zu Führern berufenen nun einmal sicher nicht, haben Zeit, einen Gedanken zu Ende zu denken. Die Revolution verlangt auf Schritt und Tritt Verwirklichung von unfertigen Projekten, Notbauten auf widerspruchsvollen, ungenauen Grundrissen. Aber auch die Kraft, die geistige Energie, um sich die massenhaft entstehenden Probleme bis in die Tiefe zu

klären, ist heute einfach nicht da. Wir sind erschöpft, apathisch, kurzen Atems, froh, wenn wir uns irgendwie von Tag zu Tag weiterhelfen.

So spielt sich der ganze Kampf um die „Räte" in einer Atmosphäre bemerkenswerter Unklarheit ab, in der sich in jedem Augenblick Einrichtungen vollkommen verschiedenartiger Herleitung und Bedeutung miteinander vertauschen.

Zur Klärung ist zunächst notwendig: die ganz scharfe Erfassung des Sinnes der Leninschen Organisation.

Sie weist auf zwei Quellen: die Pariser Kommune von 1870 und die Revolutionstheorie von Marx — mehr noch, von Engels.

Was die Rückführung auf Marx und Engels angeht, so hat es fast etwas Rührendes, wie Lenin in seinen Schriften mit der philologischen Akribie eines streitbaren Professors und vielen Weitschweifigkeiten nachzuweisen bemüht ist, daß die russische Revolution echt marxistisch verlaufen sei. Das Gewicht liegt dabei auf der Stellung des obersten Propheten zum Staat. Lenin gewinnt aus Engels und (mit sehr willkürlicher Zusammenstellung und Ausdeutung einzelner Sätze) aus Marx die Behauptung, daß der Staat *nur* ein Gewaltapparat sei, um bei vorhandenen Klassengegensätzen die Macht einer Minderheit aufrechtzuerhalten. Die Notwendigkeit des Staates beruht also auf einer Disharmonie der Gesellschaft, und *nur* auf ihr, und zwar insbesondere darauf, daß eine Minderheit mit einem System sorgfältig ausgeklügelter Machtmittel im Widerspruch mit den natürlichen Machtverhältnissen die Gewalt über eine Mehrheit ausüben will. Ohne solche Disharmonien, ohne Klassenspaltung und Ausbeutung der einen durch die andere, *ist überhaupt kein Staat notwendig*. Bei natürlicher Organisation der Gesellschaft stirbt der Staat — dessen Wesen eben Repressionsgewalt ist — ab, verschwindet. Was dann noch notwendig ist, kann wirtschaftliche Organisation oder so ähnlich heißen, ist aber nicht *Staat*, weil das entscheidende Merkmal der Staatsbestimmung, die zwanghafte Erhaltung (durch Polizei, Beamte usw.) einer Klassenherrschaft, wegfällt.

Diese Gedankengänge scheinen logischerweise woanders hinzuführen, als zu einer „Diktatur des Proletariats". Denn ohne Zweifel ist Diktatur Zwang und daher im oben entwickelten Sinne „Staat" — sogar in besonders ausgesprochener Form der Gewaltausübung. Der Staat soll ja aber gerade überflüssig werden durch Herstellung der natürlichen gesellschaftlichen Ordnung. Wozu ist die Diktatur des Proletariats nötig?

Sie ist eine *Übergangsnotwendigkeit*, um die alte Staatsmaschine Stück für Stück zu zerbrechen, um die bisher ausbeutende Klasse so lange niederzuhalten, bis sie in einer neuen Wirtschaftsorganisation verschwunden ist, und um eben diese Wirtschaftsorganisation aufzubauen.

Die Form seiner Diktatur nahm das russische Proletariat von der französischen Kommune. Sie hatte drei Merkmale: 1. Ersatz des stehenden Heeres durch das bewaffnete Volk, 2. Bestellung von Bezirksräten aus allgemeinen Wahlen der „Ausgebeuteten" mit Selbstverwaltungsbefugnissen, 3. Ersatz der alten Bureaukratie durch aus Wahlen hervorgegangene Personen, die den öffentlichen Dienst gegen Arbeiterlohn verrichten. Das Wesentliche dieser Organisation ist die Ausschaltung des Parlamentes. Gesetzgebende und vollziehende Gewalt sind eins und sollen eins sein in den Händen des als bewaffnete Macht organisierten Proletariats. Die Räte also sollen die einstmals differenzierten staatlichen Funktionen der gesetzgebenden, ausführenden und strafenden Gewalt wieder in eine zusammenziehen. Insofern tragen sie nun Merkmale bloßen Überganges und zugleich dauernder Gestaltung. Ein Merkmal des Überganges ist ihr Charakter als *Klassenherrschaft*. Wenn sie ihr Werk der Überführung der Produktionsmittel in Staatseigentum durchgeführt haben, dann gibt es nur noch *eine* Klasse, *eine* Gesellschaft. Dann braucht die Diktatur des Proletariats nicht mehr „Staatscharakter" zu tragen, denn es gibt nichts mehr zu unterdrücken, es gibt keine Sonderinteressen mehr, die mit einem künstlichen Repressivapparat niedergehalten werden müssen. Die Gesellschaft ist vollkommen solidarisch. Dann aber kann erst recht dieses Rätesystem seine primitive Form der Einheit von Gesetzgebung und Exekutive bewahren, denn dann werden die Aufgaben der Verwaltung sehr einfach sein. Der Regierungsapparat des alten Staates wurde nur deshalb so kompliziert, weil er künstliche Aufgaben — die Aufrechterhaltung des Ausbeutesystems einer Minderheit — hatte. Diese Minderheit schuf sich eine Waffe, ein Organ für sich, das ihre an sich geringe Macht künstlich verbreiterte: den Staat. Schon daß die Mehrheit die Herrschaft hat — das Proletariat über das Bürgertum — nimmt dem Staat das wesentlich Staatliche. „Die Kommune war schon eigentlich kein Staat mehr," sondern ein „Gemeinwesen". Wenn künftig die Gesellschaft durch Verschwinden der Ausbeuter solidarisch geworden ist, so werden sich die staatlichen Aufgaben auf „Rechnungslegung und Kontrolle" beschränken, die jeder ausüben kann und soll, der lesen, schreiben und rechnen kann. Der Fachbeamte ist nicht mehr notwendig.

Mit der grundsätzlichen Rückkehr zu einer „primitiven Demokratie" hängt auch die örtliche Selbständigkeit der Räte zusammen. Ihre Zentralisation soll freiwillig sein, von unten nach oben, von der Peripherie zur Mitte dringend; denn wenn von einer Zentrale aus der Zusammenhang der Räte organisiert wird, so ist das schon wieder Bureaukratie, eine Verwaltung, die nicht mehr unmittelbar aus der Gesellschaft herauswächst, sondern in einer zweiten Zone über ihr waltet und damit in Gefahr ist, wieder ein unselbständiges Werkzeug zu werden.

Dieses Rätesystem hat also zwei politische Phasen vor sich, die zwar ineinander übergehen, aber doch prinzipiell voneinander zu scheiden sind, erst: Leitung der Erdrosselung des Bürgertums — insofern ist das Rätesystem noch „Staat", dann: Selbstorganisation der Gesellschaft, wobei die Reste staatlicher Aufgaben sich beschränken auf Rechnungslegung und Kontrolle. Sein Wesen besteht in beiden Phasen in der Beseitigung des Beamtentums, des Parlamentarismus, des Zentralismus. In der ersten ist es Klassenherrschaft, in der zweiten — nachdem die Ausbeuterklasse stranguliert ist — beamtenlose Selbstverwaltung der solidarischen Gesellschaft.

In dieser Doppelseitigkeit seines Programms liegt für Lenin die von ihm stets mit viel Geschick benutzte Möglichkeit, sich auf die eine Seite zurückzuziehen, wenn die andere versagt, d. h. grundsätzliche Unbrauchbarkeiten als Ergebnisse der gegenwärtigen besonderen Notlage und augenfällige Programmwidrigkeiten aus den vorübergehenden Notwendigkeiten der Übergangszeit zu erklären. In dieser Hinsicht ist Lenins Schrift „Die nächsten Aufgaben der Sowjet-Regierung" ungemein lehrreich (Deutsch im Verlag der „Aktion") — lehrreich übrigens auch, weil sie einen Durchblick auf die verzweifelten Anstrengungen zur Hebung des Arbeitswillens gewährt; ist es nicht ein seltsames Zeugnis der Desperation, wenn der zentrale Vollzugsrat der Sowjets schon einstimmig Akkordlohn, Taylorsystem, Prämien für

Digitized by Google

gute Arbeitsergebnisse empfiehlt, und ist es nicht ebenso desperat, wenn die gewaltige Lücke, die in einem unzentralistisch und unparlamentarisch verwalteten Großstaat entstehen muß, ausgefüllt wird durch Diktatoren (z. B. über das Eisenbahnwesen), die mit unbedingter „revolutionärer" Macht ausgerüstet, natürlich nichts anderes sind als der Bureaukrat in der Potenz, Bureaukrat plus Generalkommando! Wer sich dagegen wehrt, ist aber kein Revolutionär, sondern ein kleinbürgerlicher Revoluzzer, der nicht auf der Höhe proletarischer Disziplin iertheit steht.

Wären uns die Schriften Lenins im Frieden begegnet, so daß man sie etwa nur rein wissenschaftlich zu beachten gehabt hätte, so hätten sie in ihrer Naivität nicht mehr Beachtung verdient als die Weltverbesserungsgedanken eines theoretisch begabten Studenten im ersten Semester. Nun steht die Naivität eines revolutionären Volkes hinter ihnen, die Auseinandersetzung über sie vollzieht sich mit Blut und Terror, mit wirtschaftlichen Zusammenbrüchen, Desorganisation und vergeblichen Versuchen. Vielleicht auch wachsen unter diesen Stürmen Fundamente eines Neuen, wenn auch nicht in dieser Form.

Aber nicht, um sie kritisch zu behandeln, sind hier die Grundzüge des Sowjetsystems dargestellt, sondern um scharf hervorheben zu können, daß die ganze Entwicklung des Gedankens in Deutschland eine diametral andere Richtung genommen hat, und daß, was heute — auch nach dem Antrag Kalisky-Cohen auf dem Rätekongreß — bei uns gewollt wird, etwas grundsätzlich und unvereinbar anderes ist, als der Sinn des Rätesystems.

Antithetisch ausgedrückt: 1. bei uns ist der Rätegedanke eine weitere Gliederung der Staatsorganisation, dort Rückkehr zu primitiverer Einheit. 2. Bei uns ist das Rätesystem zunächst eine innerwirtschaftliche Organisation, die von da aus und kraft ihrer wirtschaftlichen Bedeutung ihre etwaigen politischen Befugnisse ableitet, in Rußland stehen diese innerwirtschaftlichen Befugnisse der Räte so im Hintergrund, daß man in den Betrieben sogar zur unbedingten Diktatur des einzelnen (Eisenbahn) zurückkehrt. 3. In allen deutschen Projekten sind die Räte parlamentarische Körperschaften ohne oder fast ohne Exekutivgewalt, in Rußland sind sie grundsätzlich Exekutivinstanzen. 4. In Rußland ist ein Wesensmerkmal der Räte die unmittelbare Verfügung über die militärischen Machtmittel — sie sind ein grundsätzlich militaristisches System; bei uns sind sie grundsätzlich unmilitärisch.

Man könnte noch eine ganze Reihe ähnlicher Parallelen ziehen, um zu erweisen, daß das, was bei uns aus dem Rätegedanken sofort nach seiner Übernahme geworden ist, in vollkommen andere Richtung weist als der Sinn des Sowjetsystems. Und wenn eine „Verankerung der Räte in der Verfassung" bevorsteht, so muß klar sein, daß das, was die Regierung dazu vorgeschlagen hat, mit dem russischen System nicht mehr als — unglückseliger- und eigentlich unwahrhaftigerweise — den Namen gemein hat, im Grunde aber ganz anderen Bedürfnissen, Wünschen und Notwendigkeiten ihre berechtigte Befriedigung bieten soll.

(Fortsetzung folgt.)

von Frankenberg / Ewige Feindschaft?

Es wohnen seit alters in den Grenzen unseres Reiches zwei Nationen. Sie heißen: „Die besseren Kreise" und „Das Volk". Aber natürlich haben diese Namen, die wir ihnen beizulegen pflegen, wenig zu bedeuten. Wenn wir ehrlich sein wollen, müssen wir gestehen, daß es treffender wäre, sie „Die Besitzenden" und „Die Besitzlosen" zu nennen. Denn tatsächlich ist es der Besitz, dessen Vorhandensein die Zugehörigkeit zu dieser oder jener Klasse entscheidet. Ein gebildeter Arbeiter kann nie in „unsere Kreise" gelangen, es sei denn, daß er eine große, aber schon sehr große Erbschaft machte. Dann ließe sich darüber reden. Zwar stehen Besitz und Bildung in der Regel in Personalunion, doch Bildung ist für den, der Pferd und Wagen hat, nicht schlechthin unerläßlich, und anderseits schützt sie keinen besitzlos Gewordenen vor dem Herabsinken ins profanum vulgus.

Fast ist's, als ständen sich in diesen beiden Klassen, welche die wirtschaftliche Machtstellung schuf, zwei verschiedene Rassen gegenüber. So groß ist die Verständnislosigkeit, mit der sie einander begegnen, so ungeheuer die Kluft, die ihr Denken und Fühlen trennt. Sie unterscheiden sich voneinander in Sprache, Sitte und Kleidung, bewohnen in den Städten getrennte Viertel und benutzen in der Eisenbahn verschiedene Wagenklassen. Wahrlich, wenn die eine Volksschicht aus Weißen edelsten Stammes und die andere aus wollhaarigen Niggern bestände, die Trennung könnte kaum schärfer sein. Wohl gibt es tausend Übergänge — wie zwischen zwei Rassen, die lange nebeneinander lebten, auch —, aber damit ist der Gegensatz nicht überbrückt, die Feindschaft, die zwischen beiden herrscht, nicht aus der Welt geschafft.

Wenn es erlaubt ist, Persönliches anzuführen, so möchte ich wohl erzählen, wie ich mich als Schüler eine Zeitlang mit dem Problem der Armut dadurch abfand, daß ich mir einredete, es handele sich bei Arm und Reich tatsächlich um zwei verschiedene Rassen. Da schien es mir denn durchaus in Ordnung, daß die fähigere von beiden herrschte und die primitivere sich mit der Rolle des Dienenden begnügte. Natürlich konnte ich diese wunderliche Auffassung nur so lange festhalten, wie ich über die wirklichen Rassenverhältnisse im unklaren war. Sobald ich nun sah, daß ich mich durch Zufälligkeiten und durch das elende Aussehen und abweichende Benehmen der Proletarier hatte irreführen lassen, war ich wie vor den Kopf geschlagen. Denn nun stand ich plötzlich vor einem ungeheuerlichen Rätsel, einer ganz tollen und abenteuerlichen Erkenntnis. „Wie," fragte ich mich, „es ist dasselbe Volk, das in den Salons lächelt und in den Hinterhäusern verkommt? Es ist Blut von unserem Blut, das durch diese bleichen Wangen, diese schmutzigen Hände strömt? Es ist der Bruder, der den Bruder für sich arbeiten läßt, ohne Licht, ohne Luft, ohne Menschenwürde und ohne Feiertag?" Nun, ich mußte mich wohl oder übel davon überzeugen, daß dem wirklich so sei. Ich sah Menschen, die mir eines Ministersessels würdig schienen, ihre reichen Gaben im Einerlei eines drückenden und hoffnungslosen Frondienstes vergeuden, ich sah andere, Männer und Frauen, die unter kluger Leitung gewiß brave Durchschnittsarbeit geleistet hätten, sich auf den besten Plätzen breitmachen und ihre Mitmenschen zu Sklaven erniedrigen, ihre Rassengenossen und Blutsbrüder hartherzig ausbeuten. Der wunderlichste Eindruck aber, den ich dabei hatte, war der, daß die Ungeheuerlichkeit und Sinnlosigkeit dieses Zustandes denen, die so handelten, gar nicht zum Bewußtsein kam.

Diese eigentümliche soziale Gedankenlosigkeit der Besitzenden, welche sie das Unnatürliche unserer Besitzverteilung nicht erkennen ließ, hat es möglich gemacht, daß die Exple-

Digitized by Google

sion, die der November 1918 brachte, die meisten wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf. Daß sich das deutsche Volk in Bruderkämpfen zerfleischt, ist freilich ein unerhörtes Neues, stellt aber nur den offenen Ausbruch jahrelangen stillen Hasses dar. Wie konnte man glauben, ein paar Wochen junger Kriegsbegeisterung oder ein paar Jahre gemeinsam erlebter Not reichten hin, um jene Gegensätze auszulöschen, die so lange dauern werden, wie die alte Wirtschaftsordnung selbst bestehen bleibt! Das widerliche Schauspiel eines Bürgerkrieges ist in Wahrheit nur der letzte Akt eines sozialen Dramas, das sich vor unser aller Augen abspielte und trotz seiner jahrzehntelangen Dauer fast unbeachtet blieb.

Wer freilich blind war für die Unnatürlichkeit eines Systems, das die Güter nicht nach irgendwelchen Vernunftgründen, sondern nach der Willkür des Zufalles und dem aus dem Zufall entspringenden Recht des Stärkeren verteilte, der konnte allerdings auch nicht ahnen, welche Unsumme von Haß und Verachtung sich in den Opfern dieser Wirtschaftsform allmählich aufspeichern mußte. Gerade das Gefühl, nicht zum Sklaven geboren zu sein, gerade die Erkenntnis, der Gesamtheit unter günstigeren Bedingungen weit besser dienen zu können, mußte die Begabtesten und Tüchtigsten unter den Proletariern mit heiligem Zorn und grimmiger Kampflust erfüllen.

Ach, wie wenigen ist die innere Notwendigkeit dieser Entwicklung klar geworden! Die überwiegende Mehrheit der Bürger sieht im reformfreudigen Sozialisten nach wie vor einen Störer und Verächter der öffentlichen Ordnung, einen Aufrührer, der sich gegen ehrwürdige alte Satzungen empört, um ein Chaos an ihre Stelle zu setzen. Daß der Sozialismus in Wirklichkeit eine neue und, wie wir glauben, *bessere* Ordnung des menschlichen Zusammenlebens heraufführen will, daß er, statt gesetzlos zu sein, vielmehr jedem auch *wirtschaftlich* das Seine geben will, ja wer von all den zornigen und bekümmerten Gegnern des Neuen ahnt das?

Und doch ist es so wichtig, daß es *alle* einsehen, und *schnell* einsehen. Denn unsere politische und wirtschaftliche Lage fordert Geschlossenheit, fordert brüderliche Gesinnung und gegenseitiges Vertrauen, ohne das keine gemeinsame Arbeit gelingen kann.

Dazu aber muß eben vor allem *die* Erkenntnis sich Bahn brechen, daß unser bisheriges Wirtschaftssystem *widernatürlich* war. Leider ist die Unnatur des Zustandes, unter dem wir alle aufgewachsen sind, im allgemeinen nur von denen empfunden worden, die darunter zu leiden hatten. Die anderen haben keinen Blick dafür gehabt. Sie übersahen entweder das Problem ganz oder fanden sich auf eine mehr oder weniger kindliche Weise damit ab.

Das liebenswürdigste Beispiel hierfür lieferte mir eine alte, sehr vornehme Dame, welche mir erklärte, daß nach ihrer Erfahrung die Armut stets *selbstverschuldet* sei. Meine bescheiden vorgetragenen Einwände meinte sie durch eine Fülle von Beispielen aus ihrem Bekanntenkreise entkräften zu können. Und in den Fällen, wo einem Unbemittelten wirklich keinerlei Schuld nachzuweisen war, tröstete sie sich mit dem Gedanken, es werde im Leben des Betreffenden wohl einen dunklen Punkt geben, um deswillen die Vorsehung (an die sie sehr aufrichtig glaubte), sein Hinabsinken in Armut zuließ oder seinen Aufstieg zum Wohlstand verhinderte. Ich hatte damals den Eindruck, daß dies auf jeden Fall ein sehr *bequemer* Standpunkt sei.

Es gibt sicherlich noch viele ähnliche Anschauungen, die den Mangel an sozialem Verständnis erklären. Aber sie haben wohl nur noch historisches Interesse. Denn jetzt handelt es sich nicht mehr darum, *wie* der einzelne zu seiner weltfremden Stellungnahme gegenüber dem Problem der Armut gelangt ist, sondern ob er es in diesem Augenblick *noch immer* für unmöglich hält, die bisherige Wirtschaftsweise durch eine bessere zu ersetzen.

Und da kann ich denn doch den meisten Angehörigen meiner eigenen Klasse den Vorwurf nicht ersparen, daß sie vor den ungeheuren Möglichkeiten der Zukunft absichtlich die Augen schließen. Sie *wollen* nicht glauben, daß es möglich ist, unser Wirtschaftsleben auf eine ganz neue Basis, die der Gemeinwirtschaft, zu stellen. Sie verbeißen sich in den Gedanken: „Reiche und Arme wird es immer geben!" Sie werfen mit Schimpfwörtern, wie „Utopie", „Theorien" und „Idealismus".

Nun ist freilich zuzugeben, daß die Propaganda von den Anhängern des Sozialismus nicht immer geschickt betrieben wird. Man scheut sich nicht, die Verteidiger des Alten durch schroffes Auftreten und verblüffende Forderungen erst recht in Harnisch zu bringen, statt sie mit einer Entwicklung, deren Ziele schließlich auch sie billigen würden, *auszusöhnen*. Man strebt wohl gar noch, die mannigfachen Gegensätze zu agitatorischen Zwecken besonders zu betonen, nennt die Gegner rückständig, dumm und schlecht und schwärmt von einer Herrschaft des ausgeprägten Straßenproletariats. Damit macht man aber den Besitzenden eine ruhige Beurteilung der Lage nahezu unmöglich. Man fordert sie ja geradezu heraus, sich zu wehren und ihrerseits zum Angriff überzugehen, wenn man ihnen jede Möglichkeit eines ehrenvollen Rückzugs abschneidet! Wie soll ich mich mit jemand verständigen, der mir von vornherein den guten Willen abspricht? Es ist auch nicht zu verlangen, daß ein Kapitalist von heute auf morgen zum Sozialisten wird, zumal, wenn der Lehrgang damit beginnt, daß man ihm das Seinige zu nehmen droht und das verbrennt, was er angebetet hat. Zeigt sich hier vielleicht eine Parallele zu unserer Unfähigkeit, Kolonisation zu treiben? — Jedenfalls steht der beklagenswerten Verständnislosigkeit der Besitzenden, die den Klassenkampf in unserem Lande so verschärft hat, eine nicht minder schädliche Unfähigkeit der Besitzlosen gegenüber, sich in die Lage der Besitzenden, in ihre seelische Verfassung und in den Kreis ihrer Anschauungen hineinzudenken. Möchten doch wir alle uns immer bewußt sein, daß es die *Brüderlichkeit* ist, um die es geht, und daß wir nur in ihrem Zeichen siegen werden!

Wenn es wahr wäre, daß es immer Reichtum und Armut geben muß, dann würde es freilich auch immer Haß und Neid zwischen Arm und Reich geben. Dann würde die Feindschaft, die unser Leben verbittert und uns in die Not der Gegenwart hineingeführt hat, ewig dauern.

Das ist denn auch die Meinung vieler Besitzenden. Und hieraus erklärt sich ihre Taktik. Sie wollen dem Armen wohl *helfen*, aber sie wollen ihm nicht *heraushelfen*. Allerdings nicht (wie ihnen die Gegenseite gern unterschiebt), weil sie auf die „industrielle Reservearmee" der Darbenden nicht verzichten wollen! Sondern einfach deshalb, weil es ihnen einstweilen noch unmöglich ist, sich eine Wirtschaftsordnung vorzustellen, die auf *planmäßiger* Zusammenarbeit aller beruht und von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nichts mehr weiß. Es wird nötig sein, ihnen wieder und immer wieder zu sagen *und zu beweisen*, daß es unser fester Wille ist, *das Proletariat ganz abzuschaffen* und daß diese unsere Forderung durchaus nicht

Digitized by Google

maßlos, sondern sehr natürlich und vollkommen erfüllbar ist, wenn auch gewiß nicht von heute auf morgen und nicht ohne Mitarbeit des ganzen Volkes.

Wir wollen den Gebildeten nicht in den Kreis der Proletarier hinabziehen, sondern wir wollen ihn von der Nachbarschaft dieser unangenehmen Mitbürger befreien, indem wir sie auf seine eigene Bildungsstufe hinaufführen. Dann, aber auch nur dann wird sozialer Friede sein.

Und hier scheiden sich die Wege des „Bürgerlichen" von denen des wirklichen „Reaktionärs". Wenn anders unsere Ideen verdienen, siegreich zu sein, dann wird in nicht zu ferner Zeit die Mehrheit der Bürger — der Bourgeois, meine ich — den Sozialismus in sich aufnehmen und an der Herbeiführung einer neuen, gerechteren und vernünftigeren Wirtschaftsordnung mitarbeiten. Und wenn diese mächtige Truppe, stark an Können und reich an Erfahrung, auf unsere Seite tritt, so ist der Kampf zugunsten des Sozialismus entschieden. Die Zahl derer, die auch dann noch das Gute im Neuen nicht sehen wollen oder (was fast dasselbe ist) nicht sehen können, wird nicht allzu groß mehr sein.

Bürger! Niemand verlangt, daß ihr dem Umsturz zujubelt. Aber darüber hätten wir gern ein Bekenntnis von euch, daß ihr die Ungerechtigkeit und Untauglichkeit des alten Systems einseht und mit uns entschlossen seid, ein neues Zeitalter zu schaffen, in dem es weder Unterdrücker noch Unterdrückte geben soll. Dies ist die Frage: Wollt ihr aus Proletariern Menschen machen? Oder wollt ihr sie in Ewigkeit nicht als eure Brüder anerkennen? Es mag sein, daß ihr nicht glaubt, die Durchführung des Sozialismus noch zu erleben. Aber wollt ihr ihn wenigstens?

Es ist nicht wahr, daß ewige Feindschaft gesetzt ist zwischen Mensch und Mensch. Glaubt es nicht! Und sagt euch öffentlich los von dieser traurigen Lehre! Wagt's, auf die Gerechtigkeit und Vernunft der natürlichen Weltordnung zu bauen!

Käthe Gaebel / Der nationale Gedanke in der französischen Revolution

Während Frankreich unter furchtbaren Wehen neue Grundlagen seines innerstaatlichen Wesens aufzubauen sucht — eine Aufgabe, die an sich die Vollkraft des Volkes und seiner Führer ganz ausgefüllt hätte —, muß es einen jahrelangen Krieg gegen fast ganz Europa führen, einen Krieg, der Frankreich in ein Heerlager verwandelt, in dem plötzlich und unerwartet Sieg und Niederlage wechseln und in dem mehr als einmal die staatliche Selbständigkeit dem Untergang nahe scheint. Aufs äußerste erschwert wird diese Aufgabe dadurch, daß der Feind starke und gefährliche Bundesgenossen im Lande hat, voran die königliche Familie und die Aristokraten, die mit den Emigranten in Koblenz und den Höfen von England, Preußen und Österreich in engen Beziehungen stehen. Infolgedessen bedingen sich die außer- und innerpolitische Lage aufs stärkste, besonders von 1792 an. Viele Ereignisse und Maßnahmen werden erst verständlich, wenn man sich klarmacht, daß sie unter dem Eindruck eines Sieges oder einer Niederlage, einer unmittelbaren Bedrohung der Hauptstadt oder der glücklich durchgeführten Eroberung wichtiger Gebietsteile stattfinden. Diese äußeren Umstände lassen stärker als vielleicht in irgendeiner anderen Revolution neben den beherrschenden Gedanken — dem demokratischen und dem republikanischen — den nationalen hervortreten.

Die Opfer, die Frankreich in dieser Zeit für seinen nationalen Bestand gebracht hat, sind ungeheuer; die Leistungen staunenswert. Steht es doch völlig isoliert den Heeren fast ganz Europas gegenüber, lange Zeit von allen Zufuhren durch die englische Blockade abgeschnitten, mit ruinierten Finanzen, den Bürgerkrieg im Innern. Aber ein leidenschaftliches Nationalgefühl und das Bewußtsein, Träger der Freiheit und des Fortschritts zu sein, befähigen es immer wieder zu den gewaltigsten Anstrengungen und lassen es schließlich als Sieger hervorgehen.

Die französische Revolution ist im Beginn durchaus monarchisch. Man will die beschränkte Monarchie, nicht die Republik. Erst die Verbindungen Ludwigs XVI. mit dem Feinde lassen den republikanischen Gedanken erstehen. So schreibt Lafayette am 20. Mai 1790: „Die Frage, ob Krieg oder Frieden, die man seit einiger Zeit erörtert, hat uns in der entschiedensten Weise in zwei Parteien, eine monarchische und eine republikanische, geteilt." Aus der äußeren Gefahr geht die französische Republik 1792 hervor.

Schon im Oktober 1790 war der Plan gereift, daß der König heimlich nach Montmédy reisen, der Kaiser von Österreich gleichzeitig eine militärische Demonstration an der Grenze vornehmen und der König gegen das dadurch eingeschüchterte Paris mit einem Heer losziehen sollte. Die Ausführung des Plans verzögerte sich bis in den Juni 1791, wo sie den bekannten Verlauf nahm. Aulard (Histoire politique de la révolution Française) schildert die Stimmung des durch den Verrat des Königs im tiefsten erschütterten Volkes: „Schreckliche Gefahren sah man überall — Frankreich verwüstet und — weil führerlos — verloren. Aber die tapferen Franzosen! Überall, nach dem Vorbild der Nationalversammlung, geben sie sich den Anschein einer sicheren und festen Haltung. Man steht in Waffen, bereit, für das Vaterland zu sterben." Der radikale Klub der Cordeliers erklärt, daß er „ebenso viele Tyrannenmörder wie Mitglieder umfaßt, die alle geschworen haben, die Tyrannen zu ermorden, die die Grenzen anzugreifen wagen würden oder ein Attentat auf die Verfassung machen würden".

Noch einmal versucht das Bürgertum die Monarchie zu retten und stellt dem König einen Freibrief aus; es fürchtet, daß die republikanische Welle auch eine demokratische sei und die Vorrechte des dritten Standes beseitigen könne. Das Volk aber erfaßt die Lage klar. Ließe man den König unbehelligt, so würde er sofort wieder mit Österreich und Preußen konspirieren und die Invasion beschleunigen. Man müsse ihm also die Krone nehmen, die Absetzung aussprechen. Daß diese Auffassung vollberechtigt war, haben später die Geheimakten und namentlich der Briefwechsel Marie Antoinettes mit Fersen ergeben. Und so kommt es, ohne daß das Volk die Einzelheiten kennt, zu der Volksbewegung vom 22. Juni und 10. August, die Aulard viel mehr als patriotisch denn republikanisch bezeichnet, und zu den zahlreichen Kundgebungen aus der Provinz, die allein durch das Gefühl diktiert sind, daß das Vaterland in seinem Bestand bedroht ist. „Aus Vaterlandsliebe, aus reiner Vaterlandsliebe, sprechen sich so viele Franzosen gegen den König und einige gegen das Königtum aus. Weil man sich im Kriege befand, weil der König seine Pflicht als Leiter der nationalen Verteidigung versäumte, erhob sich die Nation gegen Ludwig XVI. in einer großen, schmerzlichen und angstvollen Bewegung, und indem sie sich entschloß, selbst die Verteidigung in die Hand zu nehmen, stürzte sie diesen König, den sie so geliebt hatte und der ihr schlimmster Feind geworden war."

Die durchaus monarchische Legislative, für die die Erhaltung der königlichen Gewalt der Schlußstein der Verfassung ist, und die sich mit dem König durch die gemeinsame Furcht vor dem „Volk" verbunden fühlt, sieht sich um der nationalen Erhaltung willen zu einer durchaus antimonarchischen Politik gezwungen. Sie erklärt das „Vaterland in Gefahr", was keine schöne Geste ist, sondern eine Reihe bedeutsamer Maßnahmen in sich schließt. Alle waffenfähigen Bürger werden in den Zustand ständiger Bereitschaft erklärt, Waffen werden requiriert; es gibt eine große Erhebung von Freiwilligen, die sich tief in die ländlichen Kreise erstreckt. Der Bauer, noch vor drei Jahren Sklave, erhebt sich zur Verteidigung seiner Freiheit und setzt sich nicht eher zur Ruhe, bis er ganz Europa besiegt hat. Frankreich, das der König nicht gerettet hat, rettet sich selbst. — Gleichzeitig werden an alle, auch die nicht stimmberechtigten, Bürger Waffen verteilt, und das allgemeine Stimmrecht, oder doch etwas, das ihm sehr nahekommt, erklärt. „Die Gerechtigkeit und das Staatsinteresse fordern, daß

Digitized by Google

derjenige, der sein Leben für die Freiheit des Vaterlandes aufs Spiel setzt, all die Vorteile hat, die ihm die Dankbarkeit des französischen Volkes geben kann. Da in dem System die politische Gleichheit, die politischen Rechte das wertvollste Gut sind, soll jeder Franzose, der für die Freiheit in den Krieg gezogen ist (unter bestimmten Umständen), alle Rechte des Aktivbürgers (also das Wahlrecht) haben." Da das gleiche Recht auch den im Lande gebliebenen Nationalgardisten gegeben wird und alle Franzosen sich irgendwie einreihen lassen müssen, bedeutet diese Maßnahme das allgemeine Wahlrecht als Preis des Kampfes für die Freiheit. — Wie erbärmlich hat sich in ähnlicher Lage das preußische Klassenparlament verhalten! —

Die ganze Armee stellt sich auf den Boden der Republik „einstimmig mit der Schnelligkeit und Gewalt eines Stromes", wie Dumouriez in seinen Memoiren berichtet. „Das Wort Republik hat in der Armee die gleiche Wirkung wie das Wort ‚Dritter Stand' im Anfang der Revolution." Nun erscheint die Republik in dem Augenblick, in dem der Umschwung der militärischen Lage zugunsten Frankreichs eintritt. Sie wird für den Soldaten die Personifikation des siegreichen Patriotismus. Ebenso verkörperte sie für Frankreich den siegreichen Patriotismus. „Man löste sich vom König, weil er das vom Ausland bedrohte Frankreich nicht gerettet hatte. Man schließt sich an die Republik, weil man gleichzeitig die Nachricht vom Siege und von ihrer Errichtung empfängt."

Die Kriegserklärung Englands und der Verrat Dumouriers, Niederlagen und der Krieg in der Vendée ändern im Frühjahr 1792 die Lage. In dieser kritischsten Zeit beschließt der Konvent die straffste Zusammenfassung der Staatsgewalt. Außer der Gesetzgebung und Rechtsprechung reißt er auch die Exekution an sich. — Der Wohlfahrtsausschuß erhält fast diktatorische Gewalt, die er nur mit dem Sicherheitsausschuß, der die Polizeiangelegenheiten unter sich hat, teilt. Diese Diktatur erweist sich als äußerst wertvoll für die Standhaftigkeit des Heeres. Sie ermöglicht es, seine Reorganisation vorzunehmen, die unzuverlässigen Generale durch Anhänger der Republik zu ersetzen, fast alle oberen Kommandostellen auf demokratischer Grundlage zu erneuern, zur Versorgung des Heeres mit Lebensmitteln, Munition und Ausrüstung alle irgend verfügbaren Mittel heranzuziehen. Im Elsaß müssen die Einwohner ihre Stiefel hergeben; Kupfer- und Bleigefäße werden requiriert, Strümpfe und Hemden erbeten, um die zerlumpten Sansculottes zu kleiden. Und diese Freiwilligen von 1793, jammervoll gekleidet, oft barfuß, oft ohne Nahrung, erreichen Siege, wo Niederlagen gewiß erschienen. Der Gedanke der Revolution, der Wille, das Vaterland zu verteidigen, verleiht der Nation und insbesondere ihren unteren Schichten eine wilde Kraft. Die Besten der Nation stehen an der Front. Die zeitgenössischen Biographien legen ein glänzendes Zeugnis für die zähe Energie ab, mit der man aus zusammengelaufenen Banden ein diszipliniertes Heer schafft.

Inzwischen fühlt man sich durch den hier und da aufflackernden Bürgerkrieg und die zweifelhafte Haltung der Gironde ständig beunruhigt. Die Lebensmittelteuerung, die trotz Höchstpreisen eintritt und die man auf den Wucher und Schleichhandel schiebt, wächst; nur mit äußerster Mühe gelingt es, Paris notdürftig zu versorgen. All das erhöht naturgemäß die Spannung und erzeugt jene Stimmung, die dann schließlich die Schreckensherrschaft zeugt. Aulard betont, daß ihr kein eigentliches politisches System zugrunde liege, daß sie vielmehr aus der Notwendigkeit des Augenblicks geboren sei, um den Erfolg der nationalen Verteidigung zu sichern und diejenigen zur Ohnmacht zu verurteilen, die diese Verteidigung bloßstellen. Denn die Feinde des Vaterlandes sind auch zugleich die der Republik, seien es nun die bourgeoisen Girondisten oder die anarchosozialistischen Hébertisten.

Als aber dann die Sicherheit des Vaterlandes hergestellt ist, will man den Schrecken nicht mehr; wenn man sich solange darunter beugte, so war es, weil man nicht die Einheit der Regierung in der Verteidigung zerstören wollte. Man wartet nur auf militärische Siege, um den Umsturz ohne Gefahr wagen zu können. „Die Ursachen des 9. Thermidor (Robespierres Sturz)," sagt Aulard, „sind hauptsächlich die Siege unserer Heere im Messidor, besonders der Sieg bei Fleury. Diese Erfolge, anstatt die Herrschaft Robespierres zu stärken, zertrümmern sie: sie zeigen die Unnötigkeit und die Wildheit der neuerlichen Verschärfung des Terrors." „Die Siege hatten sich Robespierre als Furien an die Fersen." (Barère.) Der Siegestaumel läßt den Schrecken unzeitgemäß erscheinen; man stürzt den Mann, in dem er sich zu verkörpern scheint. Die bourgeoise Regierung pflückt dann die Früchte der Anstrengungen der Demokratie und schließt den Frieden zu Basel.

Jeder Revolution, die große, allgemein menschliche Gedankengänge verwirklichen will, wohnt der Wille zu einer internationalen Propaganda inne. „Der Konvent hält in seinen Händen die Geschicke eines großen Volkes, der ganzen Welt und der kommenden Geschlechter; er soll arbeiten für das Menschengeschlecht." (Rede Pétions im Konvent.) Man träumt davon, die anderen Völker dahin zu bringen, die Menschenrechte auf ihr Banner zu schreiben, aber unter Frankreichs Führung. Frankreich soll die Hegemonie, wenigstens die moralische, in Europa haben. Und so erwächst auf den Trümmern des ancien régime die geistige Macht, die in Frankreich die gewaltigste nationale Bewegung auslöst, eine Bewegung, die 20 Jahre lang die Welt in Atem hält.

Ernst Sontag / Ein Reichstumultschadengesetz

Der Kampf des Rechts und der Gerichte gegen das Unrecht ist ein uralter, und da Unrecht jederzeit verübt wird und berechtigte Ansprüche jederzeit unbefriedigt bleiben, so rosten eigentlich die Waffen des Rechtes nie. Dennoch gibt es Gesetze, die jahrzehntelang vergessen in der Rüstkammer des Rechts ruhen und erst infolge besonderer Ereignisse ans Tageslicht gezogen werden. Ein solches Gesetz war bei Beginn des Krieges das Preußische Gesetz über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851, und solche Gesetze sind jetzt bei dem bedauerlichen Auftreten revolutionärer Kämpfe in Deutschland die sogenannten Tumultgesetze.

Die Revolution von 1848 hatte den verschiedenen deutschen Bundesstaaten die Erfahrung gebracht, daß Verteidigen und Stürmen von Barrikaden nicht ohne schwere Beschädigung von Leben und Gut unbeteiligter Bürgerschaft abgehe. Wer aber sollte den geschädigten Bürgern ihre Schäden ersetzen? Zu einer billigen Beantwortung dieser Frage griff man auf das Vorbild des französischen Tumultgesetzes von 1795 — wie man sieht, auch einem Kinde der Revolution — zurück, und es bestimmten 10 deutsche Bundesstaaten, daß die Schäden, die in den Bezirken einer Gemeinde von einer bewaffneten oder unbewaffneten Menge mit offener Gewalt gegen Personen oder Sachen verübt worden sind, grundsätzlich von den Gemeinden zu erstatten sind. Bei der Frage, wie weit die Gemeinden eine Haftung mangels eines Verschuldens ablehnen könnten, trennten sich die Geister. Die Gesetze Preußens, Bayerns, Württembergs und Badens erblickten den Grund der Schadenersatzpflicht schlechthin in einer Gesamtbürgschaft der Gemeindebewohner und schlossen deshalb jede Erörterung der Schuldfrage aus. Die Gesetze Hessens, Schwarzburg-Rudolstadts, Braunschweigs und Sachsen-Koburg-Gothas gestatteten der Gemeinde die Einrede des mangelnden Verschuldens.

Das sind die gesetzlichen Bestimmungen, auf welche die jetzt in Berlin und Halle, in Stuttgart und Düsseldorf und anderwärts an Leib und Gesundheit, an Häusern und Mobilien geschädigten Bürger ihre Schadenersatzansprüche gründen können. Da diese Schäden aber in die Millionen gehen, — man denke nur an die in ausgeplünderten Warenhäusern befindlichen Werte und an die von Wurfminen zerstörten Häuser — so haben sich begreiflicherweise die Stadtgemeinden gesträubt, diese Schadenersatzpflichten anzuerkennen. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat deshalb bereits am 7. Januar dieses Jahres die Ansicht entwickelt, daß die Tumultgesetze auf diese Revolutionsschäden keine Anwendung finden. Aber so begreiflich dieser Standpunkt ist, so wenig scheint er berechtigt. Man hat eine alte Entscheidung des ehemaligen Ober-Appellationsgerichts Dresden von 1852 ausgegraben, nach welcher die beim Dresdner Mai-Aufstand von 1849 verursachten Schäden

Digitized by Google

nicht als Tumultschäden, sondern als Kriegsschäden angesehen worden sind. Es sei ein innerer Krieg zum Schutze der Regierungsgewalt gegen hochverräterische Unternehmungen gewesen, die nur im Wege wirklicher Kriegführung hätten unterdrückt werden können. Die Sophistik eines fehlgehenden Urteils machen sich die jetzigen Vertreter des Städtestandpunktes zu eigen. Sie übersehen aber dabei, daß eine Kriegführung auf beiden Seiten anerkannt kriegführende Mächte voraussetzt. Das ist wohl innerhalb eines Bürgerkrieges möglich, wie sich z. B. im Kampfe der Nord- und Südstaaten Amerikas beide Teile gegenseitig als Kriegführende anerkannt haben, aber das ist doch Gottlob bei uns noch nicht geschehen. Vorläufig gelten die Spartakisten doch noch nicht als kriegführende Macht, sondern als Aufrührer, wie schon daraus zwingend hervorgeht, daß sie bei ihrer Festnahme nicht als Kriegsgefangene behandelt werden — wenn auch dem Reichspräsidenten Ebert einmal dieses Wort entschlüpft ist —, sondern daß sie als Beschuldigte ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert werden. Ein Berliner Magistratsrat geht in seinem soeben erschienenen kleinen Kommentar zum Tumultgesetz sogar noch weiter und meint, daß nur Schäden, die durch die im Frieden von Militär und Polizei gehandhabten Waffen angerichtet seien, ersatzpflichtig seien, daß aber Schäden, die durch Handgranaten, Flammenwerfer und Minen verursacht seien, nicht unter das Tumultgesetz fallen. Das ist vollkommene Willkür und entbehrt jeder gesetzlichen Grundlage. Jedes Zeitalter nimmt die Waffen, die es kennt, und daß sich das Tumultgesetz nicht auf kleinere Aufläufe und Zusammenrottungen beziehen sollte, die mit harmlosen Waffen zu bekämpfen waren, das beweist gerade die Zeit ihrer Entstehung. Sie sind sämtlich nach der Revolution von 1848/49 entstanden, die sich von der gegenwärtigen Revolution nur quantitativ, nicht qualitativ unterscheidet. Hat man aber die Schadenersatzpflicht der Gemeinden mit Rücksicht auf die Erfahrungen von 1848/49 geschaffen, so hat man wahrhaftig nicht an harmlose Putsche, sondern an echte Revolution gedacht.

So ist also die Haftpflicht der Gemeinden nicht abzuwälzen.

Wohl aber ist anzuerkennen, daß die von der Revolution betroffenen Gemeinden mit den für den Schadenersatz aufzubringenden Summen unverhältnismäßig hart getroffen würden und daß es wirklich mehr Zufallssache ist, in welchen Gemeinden nun die Kämpfe ausgefochten worden sind und welche anderen Gemeinden von diesen Kämpfen und damit von den Schäden verschont geblieben sind. Es würde deshalb durchaus der Billigkeit entsprechen, wenn wir die verschonten Gemeinden, d. h. das gesamte übrige Reich, zur Mittragung dieser Millionenlasten heranzögen und ein Reichstumultgesetz schafften, das sich rückwirkende Kraft bis zum 9. November 1918 beilegte. Der Einwand, daß das Reich anderweit schwere Lasten zu tragen habe, kann meines Erachtens nicht mit Recht erhoben werden. Die Ursachen für die revolutionären Kämpfe in den einzelnen Ortschaften sind nicht lokaler Natur, sodaß die Bürger der einzelnen Gemeinden dafür verantwortlich gemacht werden könnten — dies nämlich ist der gesetzgeberische Grund der Tumulthaftung — sondern die jetzigen Unruhen sind allgemeiner Natur, hervorgegangen aus Zuständen und Ereignissen, an denen das ganze Reich teil hat; deshalb muß auch meines Erachtens das ganze Reich den Schaden mittragen helfen.

Wilhelm Erman / Die wissenschaftlichen Bibliotheken und die Reichsgesetzgebung

In den Erörterungen und Kämpfen um die mehr oder minder unitarische Gestaltung des neuen Deutschlands werden von den partikularistischen Gegnern des Einheitsstaats mit Vorliebe die Vorteile betont, welche Deutschland auf kulturpolitischem Gebiet der Kleinstaaterei verdankt. Gewiß nicht ganz mit Unrecht; wir wissen es zu schätzen, daß Deutschland in der Pflege von Wissenschaft und Kunst ein mannigfaltigeres und reicheres Bild darbietet als die übrigen, früher zu staatlicher Einigung gelangten Kulturländer. Aber über diesem unbestreitbaren Vorzug dürfen auch die schwerwiegenden Nachteile nicht übersehen und verschwiegen werden, welche die durch den Zufall und durch dynastische Interessen entstandene staatliche Zersplitterung nicht nur auf politischem, sondern auch auf kulturellem Gebiet bewirkt hat und noch bewirkt. Sie bestehen zunächst in einer sehr unwirtschaftlichen Überproduktion an höchsten Bildungsanstalten, an wissenschaftlichen und Kunstsammlungen, die ganz ungleichmäßig und ohne Rücksicht auf die reellen Bedürfnisse über das Land verteilt sind, die sich sogar oft in schädlicher Weise Konkurrenz machen. Der Umfang der staatlichen Bibliotheken und die Aufwendungen für ihre Vermehrung ergeben, verglichen mit der Bevölkerungszahl, ganz gewaltige Unterschiede in den einzelnen Staaten. Während in Preußen 1909 auf 100 Einwohner 15 Bände der 31 größeren staatlichen öffentlichen Bibliotheken kamen, waren in den thüringischen Staaten 71 Bände in 9 Bibliotheken auf 100 Einwohner vorhanden, und während Preußen auf je 100 Einwohner 1,80 M. für die Vermehrung dieser Bibliotheken aufwendete, betrug die entsprechende Zahl im Großherzogtum Hessen 7,50 M. und in Baden 8,30 M.

Während im sächsisch-thüringischen und besonders im hessischen Lande eine über das Bedürfnis weit hinausgehende Zahl öffentlicher Bibliotheken dicht gedrängt beisammen liegt, entbehrten große Teile des deutschen Ostens, sogar ganze preußische Provinzen bis vor kurzem jeder staatlichen Fürsorge auf diesem wichtigen Gebiet. Erst in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hat hier die Bibliothek der Technischen Hochschule in Danzig und die Kaiser-Wilhelm-Bibliothek in Posen einige Abhilfe geschaffen, wenn auch die Zusammensetzung der letzteren nicht unbeeinflußt war von den verkehrten Tendenzen unserer Ostmarkenpolitik. Schwerer noch als die Ungleichmäßigkeit der Verteilung der Büchervorräte wiegt der zweite Nachteil der Kleinstaaterei: sie vereitelt die Erreichung des höchsten Ziels auf diesem Gebiet, die Schaffung einer großen zentralen Sammlung, einer so weit möglich alle literarischen Denkmäler deutscher Geschichte, Kultur und Literatur enthaltenden Bibliothek. Eine solche Nationalbibliothek fehlt in keinem Kulturland; nur in Deutschland war sie zwar seit lange oft und nachdrücklich gefordert und von Gelehrten und Schriftstellern heiß ersehnt, aber unter den bisherigen Verhältnissen immer unerreichbar geblieben.

Darüber, daß eine solche umfassende Büchersammlung heute nicht mehr aus dem Nichts geschaffen werden kann, sondern nur durch Ausbau einer der vorhandenen deutschen Bibliotheken ersten Ranges, welche die ältere deutsche Literatur schon in großer Vollständigkeit besitzen, dürfte unter Sachverständigen kaum ein Zweifel bestehen. In Betracht kommen hierfür eigentlich nur die Staatsbibliotheken in Berlin und München. Wohl hat Preußen wie so oft nach dem Grundsatz noblesse oblige auch hier die sonst unerfüllbaren Gesamtaufgaben nach Möglichkeit mit eignen Mitteln zu befriedigen versucht. Es hat seit 1885 seiner königlichen, der jetzigen Staatsbibliothek die möglichst vollständige Sammlung deutscher Literatur als Aufgabe gestellt und sie für diesen Zweck mit besonders reichen Mitteln ausgestattet; aber mit Geldaufwand allein ist das Ziel vollständiger Sammlung der deutschen literarischen Produktion nicht zu erreichen. Sie kann nur durch ein wirksames Pflichtexemplargesetz gesichert werden, welches die Gewähr leistet, daß alle in Deutschland erscheinenden Druckschriften, nicht nur die im buchhändlerischen Verlag erschienenen, sondern auch alle amtlichen und Privatdrucke der Nationalbibliothek restlos zugehen.

Die im Jahre 1913 vom deutschen Buchhandel mit Unterstützung des Königreichs Sachsen und der Stadt Leipzig ins Leben gerufene großartige „Deutsche Bücherei" in Leipzig kann leider die Aufgabe einer Deutschen Nationalbibliothek unmöglich erfüllen, weil sie der Grundlage einer reichen Sammlung der älteren Literatur entbehrt und weil sie für die Sammlung der zeitgenössischen Werke auf den guten Willen der Verleger, Behörden und Selbstverleger angewiesen ist, der niemals dasselbe leisten kann und wird wie ein wirksamer gesetzlicher Zwang. Dieser wiederum kann nur dann erreicht werden, wenn die Zuständigkeit der neuen Reichsgesetzgebung auch auf das wissenschaftliche Bibliothekswesen ausgedehnt wird.

Digitized by Google

In den bisherigen Beschlüssen des Verfassungsausschusses in Weimar wird unterschieden zwischen Gebieten, über welche das Reich die Gesetzgebung ausüben kann oder soll und solchen, für welche sie nur die allgemeinen Grundsätze aufstellen kann. Unter den letzteren ist das Schulwesen einschließlich der Hochschulen genannt, leider aber nicht das davon doch untrennliche wissenschaftliche Bibliothekswesen. Noch wäre es Zeit, diese bedauerliche Lücke auszufüllen und damit die Grundlage zu schaffen für die endliche Erfüllung des alten berechtigten Verlangens nach einer zentralen deutschen Hauptbibliothek. Das dann vor allem zu schaffende allgemein deutsche Pflichtexemplargesetz würde für den größten Teil des deutschen Verlagsbuchhandels keine Mehrbelastung bedeuten, denn das neue reichsdeutsche Pflichtexemplar würde in Preußen, Österreich, Bayern und in den meisten kleineren Staaten, wo noch einzelstaatliche Pflichtexemplare bestehen, an deren Stelle treten; nur da, wo diese früher in kurzsichtiger Weise abgeschafft worden sind, wie leider 1870 in dem für die Buchproduktion so besonders wichtigen Sachsen (den großen, nicht wieder gut zu machenden Schaden, welchen die Aufhebung der Pflichtexemplare in Sachsen angerichtet hat, habe ich schon vor 15 Jahren zahlenmäßig und unwiderleglich nachgewiesen im Vorwort zu der Bibliographie der deutschen Universitäten. [1. 1904. S. XI ff.] Dieser Nachweis, ebenso wie die Darlegung über den allein möglichen Ausbau einer alten Bibliothek zur Nationalbibliothek, ist von den Begründern der Deutschen Bücherei, denen sie nicht unbekannt waren, nach Kräften totgeschwiegen worden) würde die alte Belastung der Verleger wieder eingeführt werden müssen. Als einen freilich nur schwachen Ersatz für die Vereinigung der Bücher, selbst in einer großen Zentralbibliothek, hat Preußen seit 16 Jahren unternommen, wenigstens einen Gesamtkatalog seiner großen staatlichen Bibliotheken herzustellen, der sich im Manuskript der Vollendung nähert. Auch dies große und verdienstliche, auf eine 1884 von Heinrich v. Treitschke geäußerte Idee zurückgehende Unternehmen würde den vollen Nutzen erst dann bringen, wenn es über die schwarz-weißen Grenzen hinausgreifend, die Bestände aller großen Bibliotheken ganz Deutschlands umfaßte. Das Bestreben, die wichtigsten nichtpreußischen Bibliotheken zu freiwilliger Mitarbeit heranzuziehen, ist bisher fast erfolglos geblieben; die Abneigung und das Mißtrauen gegen alles von Preußen Ausgehende, erwies sich auch hier, wie leider so oft, mächtiger als das nationale Interesse. So kann auch in diesem wichtigen Unternehmen das letzte Ziel möglichst vollständiger Verzeichnung der deutschen Literatur nur durch reichsgesetzliche Regelung der Grundsätze erreicht werden.

Endlich wäre eine solche auch dringend erwünscht für die Vorbildung der Bibliotheksbeamten, der wissenschaftlichen und der mittleren, die heute ohne jeden vernünftigen Grund in den verschiedenen Teilstaaten verschieden ist, wodurch die im Interesse der Bibliotheken und der Beamten gleich notwendige Freizügigkeit der letzteren erschwert oder unmöglich gemacht wird. Lehnt doch selbst das sonst in solchen Dingen weitherzige Preußen gegenwärtig die Anerkennung der in Straßburg bestandenen Diplomprüfung für den mittleren Bibliotheksdienst für die Bewerbung um preußische Sekretärinnenstellen ab!

Möchte diese Anregung an den maßgebenden Stellen auf fruchtbaren Boden fallen; möchte die Ausdehnung der Kompetenz der Reichsgesetzgebung auf das wissenschaftliche Bibliothekswesen die bisher auf diesem wichtigen Gebiet vergeblich erstrebten großen Ziele erreichbar machen!

Dann werden auch in dieser düsteren Zeit die schönen Worte wahr werden, die in ähnlicher Lage vor 100 Jahren bei Begründung der Berliner Universität gesprochen worden sind: „Der Staat muß durch geistige Kräfte ersetzen, was er an physischen verloren hat."

Ludwig Bergsträßer / Verfassungskunde oder Staatsbürgerliche Bildung

Vor einiger Zeit hat Professor Radbruch im „Vorwärts" den Vorschlag gemacht, die neue Reichsverfassung solle in Zukunft an allen Schulen gelehrt werden, Professor v. Liszt hat dem in einem Aufsatze in der „Liberalen Korrespondenz" zugestimmt. Und das wird jeder tun, der davon überzeugt ist, daß ein demokratisches Staatswesen nur leben und gedeihen kann, wenn es getragen ist von der bewußten und freudigen Mitarbeit der großen Masse seiner Bürger. Dazu gehört allerdings Kenntnis seiner Verfassung; sie ist dazu Voraussetzung.

Insofern stimmen auch wir diesen Vorschlägen zu; aber sie enthalten doch auch eine Gefahr, auf die hinzuweisen vielleicht nicht unnötig ist. So hoch man immer die Bedeutung und den Wert der Verfassung anschlagen mag, so macht sie doch den Staat und sein Leben nicht aus, sie bildet nicht den Inhalt des Staatslebens, sondern gibt ihm nur den Rahmen. Dadurch bekommen alle Erörterungen von Verfassungsfragen leicht einen abstrakten Zug, etwas Theoretisch-Allgemeines. Man kann deshalb zweifeln, ob die Verfassung in allen ihren Einzelheiten besonders geeignet ist, als Unterrichtsgegenstand behandelt zu werden. Wenn man von dem alten und unbestrittenen pädagogischen Satze ausgeht, daß es überall gilt, an Bekanntes anzuschließen, wenn man sich den staatsbürgerlichen Unterricht ähnlich aufgebaut denkt, wie etwa den in der Erdkunde, wo ausgegangen wird von Schulhaus, Stadtviertel, Stadt zu Provinz, Staat, Erdteil, Welt — dann wird man es für gut und praktisch halten, den staatsbürgerlichen Unterricht ähnlich anzupacken. Und dazu gehört denn doch wohl, daß man die Verfassung nicht an den Anfang und in den Mittelpunkt stellt, sondern mit der Verwaltung beginnt, und zwar mit den Stücken, die das Kind täglich vor Augen sieht: Gemeinde, Kreis. Man wird dabei ganz von selbst allmählich auch zu den Verfassungsfragen kommen. Und wenn man die Zeitung und das, was sie enthält, in den Schulunterricht einbezieht, was leider noch viel zu wenig geschieht, so kommt man den Kernfragen der Verfassung mehr von der praktischen Seite bei. Zunächst wird man sich dann vor allem mit der Volksvertretung zu beschäftigen haben.

Andere Teile der Verfassung, ihre innerlichsten Zusammenhänge, die Probleme der Kräfteverteilung, Einzelstaat und Bundesstaat, die allgemeinen Normen, die Reichskompetenzen wird man fast als Schlußsteine des Unterrichts betrachten müssen. Überdies muß man sich bewußt sein, daß es mit der Verfassung und Verwaltung allein nicht getan ist. Wir wollen nicht vom demokratischen Standpunkt aus in den Grundfehler verfallen, der die frühere Zeit kennzeichnet, die allzu isolierte Betrachtung unseres Staates. Das führt zu den schlimmsten Einseitigkeiten und Ueberschätzungen und zu einem völligen Verkennen der wirkenden Kräfte. Ein Unterricht nur in den Fragen der Verfassung würde den Jugendlichen schon eine falsche Perspektive mitgeben, sie an den Realitäten des politischen Lebens vorbeiführen. Wir brauchen nach dem Kriege — ebenso, wie wir's vorher gebraucht hätten, und vielleicht nötiger — ein Stück weltpolitische Bildung für die heranwachsende Generation; nur soll sie nicht in einseitiger Kriegsgeschichte bestehen. Es war ja doch im Geschichtsunterricht vielfach eine Stoffauswahl, als sollten Feldwebel und Generalstabsoffiziere herangebildet werden, nicht Bürger. Wir brauchen daneben, genau wie früher, Kenntnis des Wirt-

Digitized by Google

schaftslebens, und all dies vermittelt im Rahmen der bestehenden Lehrpläne und ihrer Stoffe nur eine bessere und nach der staatsbürgerlichen Seite aufgebaute Auswahl der Lehrbeispiele; nicht ein gesonderter Verfassungsunterricht, der nur langweilen würde durch die ihm notwendige Systematik. Des Lebens grüner Baum soll im Geschichtsunterricht, im Deutschen, ebenso im Rechnen und auf den höheren Schulen in den Fremdsprachen seine Früchte für die staatsbürgerliche Bildung tragen; im letzteren Fache, indem nicht nur literatische Werke, sondern Parlamentsreden, Gesandtenberichte, politische Broschüren gelesen werden.

Erst ein solches völliges Durchdringen des Unterrichts mit den staatsbürgerlichen Gesichtspunkten wird uns ermöglichen, die Staatsgesinnung zu pflegen, von der ein großes Stück unserer Zukunft abhängt, eine Staatsgesinnung, die sich nicht in Chauvinismus und Dynastizismus äußert, sondern in dem Gefühl der Verantwortung und der Hingebung für die Gesamtheit.

Amalie Schmidt / Sich kennenlernen

Lizentiat Siegmund-Schultze riet in einer Versammlung für die Jugend Berlins als bestes Mittel zur Einigung Deutschlands, sich kennenzulernen, hinauszuziehen in die Arbeiterviertel, dort zu leben und durch unermüdliche Kleinarbeit von Mensch zu Mensch die trennenden Schranken zu überwinden. Settlements also! Er erzählte eine Menge Geschichten aus seiner Erfahrung im Osten Berlins und Londons und aus Chicago, um diesen seinen Vorschlag zu verlebendigen. Es sei gestattet, einige Worte aus eigener Erfahrung dagegenzusetzen.

Die Bewegung, die 1889 mit der Gründung des berühmten Hull House Settlements in Chicago durch Jane Addams, die Jungfrau Maria Amerikas, einsetzte, ist eine rein charitativ-fürsorgerische. Sie war die erste Regung sozialer Arbeit in dem Lande äußersten Individualismus. Die Bewegung der sozialen Arbeiter und Arbeiterinnen (social workers) auf eigene Faust, des gefühlsmäßigen Individualismus in der sozialen Arbeit gegen die Schäden des schrankenlosen wirtschaftlichen Individualismus der ökonomischen Kräfte der Umweltwende mit unendlichem Eifer und großer Gefühlsverschwendung getrieben. Zumeist waren es Frauen, die sich dieser Liebestätigkeit hingaben und, da sie unentgeltlich geschah, Frauen der reichen, wenigstens der bemittelten Klassen. Sie stehen der Wirklichkeit stets und überall fern. Und sie teilen mit allen Frauen die weibliche Eigenschaft der Geschäftigkeit und den Wunsch nach schnellem Beglücken und Erfolg. So hing man dem Schlagwort „social service“ an, d. h.: jedes Mädchen, jede Frau, die nichts mit sich anzufangen wußte, arbeitete sozial. Es entbindet das von der Verpflichtung, in Wahrheit das Ganze zu empfinden und zu wollen, und schmeichelt dem billigen Begriff der Nächstenliebe von Mensch zu Mensch, was ohne wahres Empfinden und ohne Kenntnisse geschehen kann.

Ich habe bei meinen häufigen Besuchen im Hull House und anderen Stätten sozialer Arbeit, bei meinem monatelangen Verkehr mit Helferinnen des Settlements und der Immigration League, durch meine Beobachtungen und Gespräche unter den Eingewanderten, die mir als einer Europäerin offener entgegenkamen als den amerikanischen Frauen, die ihnen helfen sollten, den Eindruck gehabt, als ob dieser Verkehr mit den Eingewanderten weniger diesen als den social workers etwas gab. Die in der Wohlgeregeltheit ihrer unromantischen Existenz lebenden Frauen und Mädchen waren glücklich, durch das buntere, von keinen Hemmungen beschwerte Leben der ihren Instinktantrieben folgenden Griechen, Süditaliener, Galizier, Iren, Russen etwas Farbe in ihr nüchternes, graues Leben zu bringen. Daß außerdem ihre Betätigung Ausdruck ihres guten Willens, einer meist amorphen Energie — selten wirklich lebendigen Gemeinschaftsgefühls — war, soll nicht bestritten werden.

Das Gute, was diese Bewegung brachte, was Jane Addams Persönlichkeit — jetzt allerdings ist sie bereits ein wenig historische Größe, ihr eigener Grabstein geworden — hervorrief, neben dem unmittelbar aus der Natur dieser Kleinarbeit fließenden Erfolge, war dieses: die amerikanische Gesellschaft wurde zum erstenmal gewahr, daß es in den riesenhaft und überschnell wachsenden Städten, dem Stolz des Landes, Millionen von Menschen gab, die in höchst menschenunwürdigen Zuständen lebten und an dem vielgepriesenen Fortschritt keinen Anteil hatten. Das lernte man sehen. Man empfand auch Abscheu und Mitleid. Das Durcheinander der ökonomischen und sozialen Mächte aber, die die Ursachen der Leiden sind, gegen die die Settlements ihren heroischen Kampf kämpften, zu erkennen und zu verstehen, versuchte man im Ernst nicht. Das ging über den Rahmen der Arbeit hinaus, lag nicht in ihrem Bereich. Ja, hätte der Unermüdlichkeit, der stets sich erneuernden Bereitschaft der social workers wohl eher den Schwung genommen.

Settlementarbeit ist Kleinarbeit, wie Lizentiat Schultze auch sagte. Sie gedeiht am besten und echtesten als Ausfluß einer Persönlichkeit, deren Geschicklichkeit in der Menschenbehandlung groß sein muß; die sich nicht erlernen läßt durch Bürgerkunde und Gesetzgebung. So allein betrachtet hat sie Daseinsberechtigung. Als Mittel zu einer großzügigen Annäherung der verschiedenen Klassen, als Einigungsmittel in einer Jugendversammlung in diesen Zeiten anempfohlen, muß sie, über ihre natürlichen Schranken hinausgehend, Ablehnung erfahren.

Und noch etwas anderes ist es, was einer Übertragung der Settlementidee aus Amerika nach Deutschland entgegensteht: Das ist die Verschiedenheit der Menschen, denen geholfen werden soll, drüben und hier.

Die Einwanderer — denn nur sie sind Schützlinge der Settlements —, die die Millionenstädte Amerikas füllen, kamen zur Zeit der Gründung des Hull Houses aus England, Deutschland, Irland, Skandinavien, Frankreich. Jetzt aus dem Süden und Osten Europas. Beide Gruppen wanderten aus, um dem wirtschaftlich und sozial stärkeren Druck ihrer Heimatländer in das menschenleere, reiche Land der unbegrenzten Möglichkeiten zu entfliehen. Es waren Menschen, die, nicht immer größer an Energie und Strebsamkeit als die Daheimgebliebenen, Geld verdienen wollten. Über den kleinsten, primärsten Kreis der Familien- und Kirchenzugehörigkeit hinaus wollten sie keine andere soziale Bindung, keine politische Betätigung. Sie kamen zum größten Teil und neuerdings fast ausschließlich aus Dörfern, vom Lande. Sie wissen nicht, was Sozialismus, Kapitalismus, Mehrwert ist. Sie kommen in ein Land, wo das Gefüge des Kapitalismus noch locker ist; die Möglichkeiten, durch einen Spalt zu entschlüpfen und — bei einiger Energie — selbst Kapitalist zu werden, noch zahlreich sind. Die Macht, der die Eingewanderten anfangs dienen, zu deren Teilhaber die meisten sich durch Energie und Ausdauer im Laufe von 10—15 Jahren machen, die Macht des konservativen Kapitalismus fehlt, die traditionelle, geistige Macht, die sie bei uns in Europa durch ihre Verbindung mit dem Landbesitz, dem Adel, dem Hof, der Kirche hat. Gehöre ich heute nicht zu den Herrschenden, so doch sicher morgen. Dieses Gefühl teilt sich drüben unmittelbar mit. Daraus ergibt sich, daß die naiven, ahnungslosen Griechen und Süditaliener, sizilischen Bauern und polnischen Dorfbewohner sich anfangs wie Kinder von den wohlmeinenden social workers leiten lassen. Und doch! wie wenige sind es, die die stimmungsvollen Räume des Hull House mit ihren sorgfältig gewählten Bildern an den Wänden aufsuchen! Und einige Schritte vom Hull House entfernt, ist man mitten im wüstesten, häßlichsten, schmutzigsten Durcheinander der freudlosen Straßen und der grellen Lasterhaftigkeit der Arbeiterviertel.

Die Wirkungsmöglichkeit von Settlements in deutschen Städten aber ist durch die Andersartigkeit der deutschen Arbeiter bedeutend erschwert. Es sind alles deutsche Menschen, sprechen dieselbe Sprache, haben dieselbe historische Vergangenheit, dieselbe Volksschulbildung. Der seelische Kontakt zwischen unseren deutschen Arbeitern und den bürgerlichen Helfern ist ein ganz anderer als der zwischen den Eingewanderten drüben und den social workers. Diese verdanken ihre fröhliche Robustheit in der Behandlung der

Digitized by Google

Schützlinge der völligen Unkenntnis der Wesensart der zu Helfenden. Oder wie kann z. B. ein puritanisches, wohlerzogenes, reiches amerikanischen Mädchen einen kalabresischen Bauern verstehen, der Arbeiter in den Chicagoer Schlachthäusern ist und zehn Worte Englisch kann? Bei uns aber ist der seelische Kontakt nicht viel näher, wohl aber unendlich schwieriger und diffiziler. Die Arbeiter sind bewußt eingeordnet zu gemeinsamen, großen Zielen; sie wissen über Kapitalismus und Sozialismus, Industrialismus und Mehrwert auf ihre Art Bescheid. Sie merken die Klassenunterschiede von Jugend auf und leben unter dem Druck völliger Aussichtslosigkeit, als Einzelwesen, als Klasse je sich zu befreien. Sie sind aufs äußerste reizbar.

Wenn bei uns die Arbeiter schon früher, jetzt aber bestimmt gegen jede wohlaffektionierte Geneigtheit und Beglückungsabsicht gutgesinnter Bürgerlicher Mißtrauen und Widerwillen empfanden, so liegt das nicht allein, nur zu einem kleinen Teil, an politischer Verhetzung. Es liegt daran, daß die Arbeiter wissen, daß wirtschaftliche Kräfte und umfaßte Einflüsse die Ursachen ihrer Lage, ihres Abgetrenntseins vom übrigen Körper der Volksgenossen sind, denen mit noch so viel Settlements beizukommen, ein Kampf gegen Windmühlen wäre.

Oder gibt es denn kein anderes Mittel, die Schranken abzubauen, die die Menschen voneinander trennen? Denn Schranken bleiben bestehen, da die Revolution ja nur die äußeren trennenden Mauern der Gesetze und Rechte, Kasten und Klassen einreißt. Die inneren Schranken, Vorurteile und Gefühle, bleiben bestehen.

Amerika ist uns da mit gutem Beispiel vorangegangen. Seit einer Reihe von Jahren gibt es dort die Bewegung der Civicclubs. Die Settlements hatten die Menschen aus ihrer Beschaulichkeit geweckt. Das Grundbewußtsein aber der amerikanischen Gesellschaft war dasselbe geblieben, welches das des Bourgeois ist, der den banalen Glücksbegriff der angelsächsischen Philosophen festhält und, will er etwas übriges tun, den Frauen seiner Familie und Freundschaft die eifrigen Beglückungspraktiken hingehen läßt.

Die Civicclubs aber drängen vorwärts. Sie sind Verbindungen von Männern der jungen Generation, Rechtsanwälte, Arbeiterführer, Ärzte, Ingenieure, Lehrer, Schriftsteller, Journalisten, Kaufleute; und Frauen. Sie sammeln sich um konstruktive Gedanken, arbeiten sie in ihrem Kreise aus, propagieren sie und leiten sie in die Praxis über. Sie bemühen sich, die Erkenntnis zu verarbeiten, daß all die vielgerühmte Freiheit nichts hilft, nichts die Vielgesetzgeberei Washingtons, solange nicht der Wille des Volkes zur Durchführung wahrhaft aufbauender Ideen dahinterstehe. Sie bemühen sich, in ihrem Lande des Individualismus und der Selbsthilfe ein administratives Gefühl für die Allgemeinheit zu erwecken, d. h. das Gefühl zu erwecken, daß alle Amerikaner Treuhänder sind in der Verwaltung des materiellen und gedanklichen Eigentums des Volkes. Praktisch wenden sie ihre Grundsätze an, indem sie durch Umfragen, Untersuchungen, Statistiken die nötige Unterlage zur Bearbeitung von Gesetzen schaffen. Die Vorarbeiten für die Arbeiterschutzgesetzgebung, für die Gesetze über Schiedsgerichtsverfahren zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben diese öffentlich gesinnten Männer — es ist das eine wörtliche Übersetzung aus dem Amerikanischen, die wohl verdiente, ins Deutsche übernommen zu werden — veranlaßt und geleitet. In den korrupten Städteverwaltungen sind sie es, die Wandel schaffen durch Vorträge, durch praktisch pädagogische Ausstellungen, wie z. B. über Städtebau; dadurch, daß ihre Mitglieder in die Städteverwaltungen einzudringen versuchen.

Sollte etwas Ähnliches nicht auch bei uns möglich sein? Daß es notwendig ist, daß geistig Gleichgerichtete, Gleichgesinnte, ganz gleich welchen Standes und Berufes, sich persönlich näher treten und frei miteinander arbeitend, sich verbinden, ist wohl allen klar, deren Sinn nicht durch Parteipolitik verdunkelt ist. Bis jetzt waren solche Verbindungen in Deutschland aus inneren und äußeren Gründen unmöglich. Die Menschenbehandlung und Menschenannäherung erfolgte nach gesellschaftlichen und legitimistischen Grundsätzen oder auf Grund von Geschäftsinteressen. Die bisherigen Vereinigungen waren ungeistig und unlebendig, also unfruchtbar.

Jetzt aber können solche Vereinigungen sich bilden. Da sie sich treffen würden auf dem Boden gemeinsamer Arbeit, wo jeder seinen Teil an Erfahrung, Wissen, Willen dazu tut, wäre von irgendwelcher pastoralen oder fürsorgerischen Auffassung keine Rede. Man würde sich kennenlernen, eine gegenseitige Bereicherung würde eintreten, und darüber hinaus würden alle zusammen sich vereinigen in Arbeiten, die diesen Geist der Gemeinschaft in das Volksganze hineintragen würden als Gesetzesentwürfe, Ausstellungen, Vorträge, Broschüren.

Von selbst würde es sich ergeben, daß die Männer, die durch Erziehung, Tradition oder Glück aus Quellen schöpfen, die anderen weniger Glücklichen nicht fließen, hierin die Führer und Gebenden sind. Die hierin Empfangenden wiederum würden aus dem Schatz der Erfahrungen, ihres praktischen Wissens mitteilen an die, welche weniger Gelegenheit zu praktischer, reeller Tätigkeit hatten.

So würden in jedem die individuellen Kräfte und Fähigkeiten gestärkt und gefestigt werden und zugleich das Gefühl geistiger Gemeinschaft in allen leben und Frucht bringen. Es würden auf einem Niveau, das nicht durch Verantwortungslosigkeit — weil man mit dem Willen zu Arbeitsresultaten zusammenkommt — durchzogen wird, Führernaturen sich finden und ausbilden können. Die Höhe des Niveaus würde für die notwendige Kritik und die gleichnotwendige Unterstützung und Ermunterung sorgen. Damit wäre ein Mittel gefunden, dem Einfluß der Massen, der immer und überall verflachend und verelendend wirkt, zu begegnen. Zusammengefaßt: das Resultat wäre: innerlich begründete Gemeinschaft; Herausbilden und Hinausstellen von Führern, zu denen die Geführten, die Massen, Vertrauen haben.

Margarete Sachse / Ewigkeit

Sie war dem Menschen fremd wie etwas außer *ihn Gestelltes*; luftleere, lebensleere Weite, ohne Licht, ohne Klang, ohne *faßliche* Vorstellung. Worte und Begriffe blieben weit hinter ihr zurück. Zeit, Tag, Raum — sie waren ragend überwachsen und vergessen, bevor sie an ihre Höhe rühren konnten.

Sie schien den Menschen nicht zu verstehen, und er verstand sie nicht. Er fror in ihr und wußte nicht, daß sie es war, die aus ihm selber brannte. Er redete zu ihr, um zu erfahren, wer sie sei. Tausend Namen gab er dieser tiefinnen springenden Quelle: Leben nannte er sie, Seele, Geist, Glut, Kraft, Sinnlichkeit: er feuerte sie an, wenn er sie schwächer fühlte, er suchte sie zu geschweigen, wenn sie ihm zu mächtig ward. Sie hörte nicht zu, sie gehorchte nicht; sie sickerte durch alle Fugen seiner Herzwände, so viel er sie zu dichten suchte.

Wenn er müde ward und nachlassen wollte im Kampf gegen das Böseste, gegen Lauheit und Gleichgültigkeit — sie wachte, sie weckte: sie wellte als feiner, fiebernder Strom durch alle Adern: sie schob die roten Regungen des Lebenswillens vorwärts bis unter die Handflächen, in die Fingerspitzen hinein, bis die schlaffen Hände sich wieder hoben, schaffensbereit, nicht ohne stilles Zürnen.

Aber wenn das Werk getan war und die wirkliche, die erarbeitete Müdigkeit kam, dann schwebte sie über heißgedachten Stirnen als köstlich kühlender Wind und ließ gelöste Glieder sich dehnen in tiefem, auskostendem Schlaf.

Sie konnte dem Menschen fast ganz verloren gehen: so klein konnte sie sich machen, daß er sich ganz von ihr verlassen glaubte. Das war in den Stunden der Anfechtung durch äußere Disharmonien, in denen er die Würde seines Wesens vergaß. Dann saß sie nur wie ein schmerzliches Zucken still und geduckt im hintersten Winkel seiner Seele und litt, und litt. — Aber wenn dann das Aufrichten kam und das Mutfassen; wenn die Abwehr gegen die Widersacher einsetzte: dann wurde sie lebendig, dann sprudelte sie, dann war sie es, die den Kämpfer anfeuerte als dumpfbrausender Schlachtgesang. — Und wenn es galt, die schwerste, die einzige wirkliche Schlacht zu schlagen, die gegen den trauernden Tod, der alles Leben von oben packte und zusammen-

Digitized by Google

drücken wollte wie ein Häuflein Stroh — dann wuchs sie riesengroß, dann ward sie zur heulenden, tösenden Flut, die gegen alle Ufer rannte mit Brandungsgewalt, die den Menschen aus den Grenzen seines Wesens hob zu einer Größe, die ihn selbst erschauern machte. Und diese Schauer lösten sich in wildem, wehem Weinen. Bedrängt und befeligt kniete er und fragte:

„Was ist es — Gott — das so gewaltig wird in mir? Bist du es immer noch nicht selbst? Kannst du noch größer sein? Ist es doch noch deine Schöpfung — deines Wesens größtes Kind? Ist es in dir, bist du in ihm gegründet? Und neue Schauer kamen und rissen den Fragenden hin und her, daß er aufschrie in verlassener Qual.

— Da sah er sie.

Er sah einen Grabstein, darauf stand: Ewigkeit.

Dunkel sank über den Namen darunter, Dunkel über alles, was um ihn war. Aber das Wort lebte. Seine Buchstaben waren nicht mit Gold belegt, nur still in den Stein gegraben. Der trug es wie eine Krone. Er hob es stumm in die Abendluft, ein ragender Beter, ein ragender Verkünder.

Aus der Brust des Lebendigen hob er das Herz heraus und trug es dem Wort entgegen, trug es mitten in die Ewigkeit. Sein heller Lichtstrom schwamm in ihrer Weite wie ein hinausgestreutes Leuchten.

Es sah andere Lichtströme schwimmen: manche trafen sich, wurden breiter und strahlender, flossen in eins zusammen: viele lösten sich wieder, wenige ließen sich nicht. Es war ein unaufhörliches Fluten und Ebben, Heraufschweben und Niederlauchen; bebend erkannte das schwimmende Licht die Seelen, die sich auf Erden gesucht hatten; es fand die eine, die sein war, und floß ihr selig zu.

Da es aber seine irdische Hülle noch hatte, fühlte es einen seinen brennenden Zwang, wieder in sie zurückzukehren, als sei dort noch ein Rätsel zu lösen, eine Aufgabe zu erfüllen.

Das wandernde Licht verstand; es löste sich schmerzlos und schmiegte sich wieder in seine verlassene Form hinein. Und fand sich selber wieder als Teil der Ewigkeit. Und wußte nun: Sie war in ihm begründet, wie es in ihr. Die Weite hatte sich ihm aufgetan, die die eigentliche Heimat seines Wesens war. In ihr vergaß es die falschen unruhigen Grenzlinien seiner drückenden Lebensenge; in ihr, dem Ursprung, fand es die ursprüngliche Richtung seines Strebens.

Nun blieb es nicht mehr in den Raum beschränkt, in den es zufällig gefangen war; es hob sich flammend hinaus, um Helligkeit und Wärme auf andere verlassene Feuerstätten zu tragen.

Es fühlte sich wachsen, ward stark und groß; nun brennt es den Kern seines innersten Feuers stärker und stärker aus, bis es einmal die Hülle sprengen wird in der höchsten Höhe seiner Glut: dann und nicht eher wird Sterben Vollendung in die Ewigkeit sein; Leben der Weg dahin, der Brennstoff, die Tat.

Naumann / Im Frühling

Die langen Reden sind uns gleichgültiger geworden als jemals zuvor. Am gleichgültigsten aber ist das theatralische Dröhnen derer, die uns schon früher immer falsch geraten haben. Jetzt brauchen wir die allerschlichteste und stillste Sprache, keine Theologie, keine Philosophie, nichts Ausgedachtes! Die langen Begriffe haften nicht mehr, denn man hat uns schon so unendlich vieles vorgetragen, was im Grunde nichts war. Jetzt spricht ohne Aufdringlichkeit zu unseren Seelen fast nur noch die Natur. Die gute treue Mutter Natur ist dieselbe geblieben vor dem Kriege, im Kriege, und nach dem Krieg. Sie jubelt nicht, sie verzweifelt nicht, sie tut ihren heiligen ewigen Dienst. Es hört nicht auf Morgen und Abend, Sommer und Winter, Samen und Ernte. Wo alte Stämme niedersanken, wachsen junge Zweige und strecken sich aufwärts. Aus kargem Unterholz wird neuer Wald. Selbst in harten Rinden quillt im Frühling neuer Saft. Der Wille zum Dasein ist unsterblich, er ist stärker als die Axt der Zerstörer; und um verwundete Äste spinnt sich verdeckend und tröstend das leuchtende Laub. Wer kennt alles das Volk kleineren Getiers, das zwischen diesen Blättern sich regen wird? Sonst sind diese Allerkleinsten dir gleichgültig gewesen, nun aber fühlst du dich ihnen näher, denn sie wollen ja auch leben! Alles, was leben will, ist irgendwie verwandt, selbst wenn sie sich gegenseitig bestreiten. Sie helfen sich trotzdem untereinander und die Sonne dient ihnen allen. Diese kann man auch uns nicht wegnehmen, das letzte strahlende Gut der Enterbten.

Staatsbürgerschule

Vom 13.—17. April fand in Berlin der dritte Kursus der Staatsbürgerschule zur Einführung in politische Probleme und Tagesfragen statt. Aus Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Westfalen, Hannover, Pommern, Schlesien und Sachsen waren 139 Teilnehmer, davon 91 Männer und 48 Frauen erschienen. Die meisten gehörten dem Lehrerstande an; weiter waren vertreten: kaufmännische und technische Angestellte, Partei- und Gewerkschaftsbeamte, Handwerker, Arbeiter, Offiziere, Pfarrer u. a. m. Viele der Hörer stehen bereits in der Parteiarbeit, zumeist ehrenamtlich. Ein anderer großer Teil beabsichtigt, in die politische Arbeit noch einzutreten. Der Eifer und das Verständnis für politische Fragen trat in den Debatten, die regelmäßig auf die Vorträge folgten, lebhaft zutage. Wenn auch auf die kurze Zeit recht viel zusammengedrängt und so der Fassungskraft und dem guten Willen der Hörer Ziemliches zugemutet werden mußte, wenn manche Probleme recht gut eine längere und eingehendere Behandlung hätten beanspruchen können, so war zum Schluß des Lehrgangs der Eindruck bei den meisten doch unverkennbar der, daß sie vieles Brauchbare für ihre fernere politische Tätigkeit mit sich nach Hause nehmen konnten. Den nächsten Kursus beabsichtigen wir in den kommenden Pfingstferien wiederum in Berlin abzuhalten. Anmeldungen und Anfragen erbitten wir möglichst frühzeitig an die Staatsbürgerschule, Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. F. P.

Büchertisch

Ed. Spranger: **Völkerbund und Rechtsgedanke.** „Philosophische Zeitfragen", Heft 1. Felix Meiner, Verlag, Leipzig. 26 S.

„Die Gegenwartskultur ist der Gefahr ausgesetzt, zu verkümmern. Eines der bedenklichsten Symptome ist die Art, wie einschneidende Fragen der politischen und sozialen Reform heute fast nur noch von Gesichtspunkten augenblicklicher Interessen beurteilt und in Szene gesetzt werden. Die Tagespresse leistet dieser Verflachung Vorschub. Uns fehlt die besonnene, tiefe Kritik früherer Zeiten."

Mit diesen Worten, in denen, leider, ein gut Teil Wahrheit steckt, wird eine Reihe von Broschüren „Philosophische Zeitfragen" vom Verlage Felix Meiner, Leipzig, angekündigt, deren erstes Heft eine Rede Eduard Sprangers über das Thema: „Völkerbund und Rechtsgedanke" bildet. Die „Philosophischen Zeitfragen" wollen jener drohenden Verflachung entgegenarbeiten und zeigen, wie sich die Streitfragen des Augenblicks im Lichte philosophischer Besinnung ausnehmen. Das soll, um eine breite Wirkung zu ermöglichen, in einer freieren künstlerischen Darstellung unter Verzicht auf allzu gelehrten Ballast geschehen.

Der Schritt des Meinerschen Verlages ist durchaus zu begrüßen, und die vorliegende Schrift ist ein gutes Beispiel dafür, wie das gesteckte Ziel erreicht werden kann.

Spranger betrachtet den Aufbau des Völkerbundes auf dem Fundamente der Rechtsidee und der positiven Rechtsgestaltung als die beherrschende Idee unserer Zeit, die „nicht in dem Kriege selbst drinlag, sondern erst aus seiner Beendigung wie das Morgenrot eines neuen Tages hervorgehen sollte". Das sei nichts ganz Neues und Fremdes; es sei nur die Vollendung und letzte Krönung eines Vorganges, der schon mit den Anfängen des politischen Lebens einsetzte und besonders in der Neuzeit eine große sichtbare Strömung

Digitized by Google

geworden ist: der allmählichen Umwandlung des Machtstaates in den Rechtsstaat. Ebenso wie das Recht im Innern des Staates zu einer Macht wurde, müsse es auch in dem äußeren Verhältnis der Staaten zueinander, im Völkerbund, zu einer Macht werden. Den Merkmalen des Rechtsstaates nach Innen, der Volkssouveränität, den Menschenrechten und der Teilung der Gewalten sollten auf der Stufe der Völkerrechtsgemeinschaft entsprechen: die Völkersolidarität, die Freiheit und Gleichheit der Nationen und die Bildung übernationaler Organe.

Der Völkerbundsentwurf, wie er von Paris ausgegangen ist, damit kommt Spranger auf die aktuelle Politik, entspreche diesen Forderungen keineswegs. Er sei kein Vertrag aller mit allen, sondern der Zusammenschluß eines Kreises von Erwählten, dem die Verworfenen rechtlos gegenüberstehen, bis man sie rufe. Und die Frage sei, ob man sie jemals rufe.

Drei Fragen richtet Spranger vor allem an die Entente: Entspricht es der Gerechtigkeit, wenn 1. bei dem Grundsatze des nationalen Selbstbestimmungsrechtes der Vereinigung Deutsch-Österreichs mit Deutschland Hindernisse in den Weg gelegt werden, 2. wenn unsere Gefangenen immer noch zurückgehalten werden und 3. wenn uns unsere Kolonien genommen werden sollen?

Der Schrift ist eine Entschließung beigeheftet, die von den studentischen Gruppen aller Parteien der Leipziger Universität unterzeichnet ist und die die Neuordnung der Völkergemeinschaft auf dem Boden des Rechtsgedankens fordert. — Am wertvollsten sind die geschichtsphilosophischen Betrachtungen Sprangers, die in anschaulicher Weise die notwendige Hinausspannung des Rechtsgedankens vom Innenleben im Staate auf das Zusammenleben der Völker untereinander aufzeigen. Die gedankliche Möglichkeit eines solchen Zustandes muß erst gründliches Allgemeingut aller Völker werden, damit die politische Verwirklichung eintreten kann. Und uns Deutschen, deren Regierung 1899 und 1907 im Haag dem Gedanken eines Weltschiedsgerichtes so ablehnend gegenüberstand, fällt aus historischer Notwendigkeit im tiefsten und reinsten Sinne des Wortes ein vornehmster Teil an dieser Aufgabe zu. Darum ist der Sprangerschen Schrift weiteste Verbreitung zu wünschen. Dr. Franz Pauli.

Zur deutschen Revolution. Flugschriften der „Frankf. Ztg.", Heft VII. W. Cohnstädt: „Amerikanische Demokratie und ihre Lehren." 60 Pf. 34 S.

Der innere Grund, der C. über „Amerikanische Demokratie und ihre Lehren" schreiben läßt, ist die Tatsache, daß unser deutsches Volk durch 4½ Jahr Weltkrieg und fast ½ Jahr Revolution im Denken, Wollen und Handeln so unabhängig und selbständig geworden ist, wie man es vor dem Kriege nicht für denkbar gehalten hätte und daß diese Selbständigkeit nach Betätigung drängt. Diesem Drange müsse nachgegeben werden durch restlose Verwirklichung der Demokratie oder aber der aktivste, entschlossenste, rücksichtsloseste Teil des Volkes, der radikale Teil der Arbeiterschaft nimmt allein die Herrschaft in die Hand, und wir erhalten die Diktatur des Proletariats. Die restlose Verwirklichung der Demokratie erblickt C. vor allem in der Möglichkeit der unmittelbaren Volksabstimmung und im Rechte des unmittelbaren Volksbegehrens. Er fordert von der Nationalversammlung, daß sie diese beiden Punkte als die Grundlage unserer neuen Verfassung sofort proklamiere. Anlaß zu dieser Forderung gaben ihm die Verhandlungen über Artikel 26 des Verfassungsentwurfes, die den Einspruch des Reichsrates gegen ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz regeln. Nach Absatz 3 dieses Artikels kann unter bestimmten Umständen durch den Präsidenten eine Volksabstimmung herbeigeführt werden. C. verlangt, daß die Volksabstimmung auf Antrag des Reichsrates oder des Reichstages erfolgen muß. Gleichzeitig fordert er, daß jede Verfassungsänderung der Bestätigung durch eine Volksabstimmung bedürfe und daß das Recht des unmittelbaren Volksbegehrens und der späteren Volksabstimmung über das begehrte Gesetz gewährleistet werde.

Der Verfasser stützt seine Forderungen durch die günstigen Erfahrungen, die in Amerika durch eine immer mehr erweiterte Möglichkeit der Volksabstimmung und des Volksbegehrens gemacht geworden sind. Aus der Reihe der anderen Lehren, die C. aus den Erfahrungen der amerikanischen Demokratie zieht, sei nur noch die Forderung nach einer starken Präsidialmacht erwähnt. Er erblickt in einem unmittelbar vom Volk gewählten Präsidenten mit weitgehenden Befugnissen gegenüber einem starken Parlamente die nächstliegende Sicherung ehrlicher Demokratie. Diese Ansicht erscheint widerspruchsvoll; aber sie erscheint auch uns als richtig und wohlbegründet. Wer die Art, wie C. den Widerspruch auflöst, selber nachlesen will, dem sei die Beschaffung des gediegenen kleinen Heftes angelegentlich empfohlen. Dr. Franz Pauli.

Flugschriften für Deutschösterreichisches Recht. Herausgegeben von Dr. A. A. v. Wotawa. Verlag Alfred Holder, Wien I, Rotenturmstraße 25.

Nr. 1. Dr. Richard Pfaundler: Die Ansprüche Italiens auf Deutschsüdtirol.

Nr. 2 Dr. Richard Pfaundler: Die Staatsgrenze Deutschösterreichs auf dem Gebiet Steiermarks.

Nr. 3. Dr. Richard Pfaundler: Die Staatsgrenze Deutschösterreichs auf Kärntner Gebiet.

Nr. 4 Prof. Dr. Rudolf Laun: Die tschechoslowakischen Ansprüche auf deutsches Land.

Nr. 6. Prof. Dr. Alfons Dopsch: Die historische Stellung der Deutschen in Böhmen.

Nr. 7. Dr. Rudolf v. Lodgman: Für die Selbstbestimmung Deutschböhmens.

Nr. 8. Dr. Richard Pfaundler: Die Zukunft der Deutschen in Westungarn.

Sehr zur rechten Zeit erscheinen diese Flugschriften für Deutschösterreichisches Recht. Möchten sie auch bei uns im Deutschen Reich weite Verbreitung finden! Denn Deutschösterreicher und Reichsdeutsche gehören künftig zusammen. Ihre Sorge ist auch unsere Sorge. Und es muß unsere erste Aufgabe sein, uns mit ihren Sorgen bekannt zu machen — uns, d. h. nicht bloß einzelne politische Führer, sondern die weiten und breiten Schichten unseres Volkes, das ja jetzt die Leitung seiner politischen Schicksale selbst zu übernehmen willens ist. Hier ist nun die tiefeingewurzelte, verhängnisvolle Gewohnheit des Reichsdeutschen zu überwinden, daß er unter Politik nur die Fragen des innerpolitischen Lebens versteht, sich mit zäher Leidenschaft in sie verbeißt und darüber blind wird für die Regelung unserer Beziehungen zu den auswärtigen politischen Mächten. Die demokratische Masse muß auf diesem Gebiet noch viel, beinahe alles lernen. Augenblicklich ist sie geneigt, den Glauben an das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Narkotikon (Betäubungsmittel) auf sich wirken zu lassen. Aber das Selbstbestimmungsrecht fällt nimmer dem, auch dem besiegten deutschen Volke nicht, vom Himmel in den Schoß. Gegen mannigfache Widerstände hat es sich durchzusetzen und nur durch entschlossene Aktivität kann es erworben werden. Es ist hier nicht Gabe, sondern Aufgabe. Speziell die Gegner Österreichs tasten das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes aufs empfindlichste an. Nicht bloß die Tschechoslowaken, auch die Jugoslawen und Italiener wollen wichtige Stücke vom deutschen Volkskörper losreißen, im ganzen vier bis fünf Millionen Menschen! Gegen diese Vergewaltigung gilt es die reichsdeutsche öffentliche Meinung mobil zu machen; dazu können die vorliegenden Flugschriften, welche die verschiedenen Einzelfragen jede für sich kurz und bündig erörtern, gute Dienste leisten.

(In Deutschland können sie auch von der „Deutschen Mittelstelle für Österreich", Berlin W. 62, Kurfürstenstr. 105, gegen Erstattung der Versandkosten bezogen werden.)

Dr. G. Fittbogen.

Briefkasten

Für die Baltenhilfe: Dr. R. in F. 20.— M., **Pfarrer** Sch. in Frankf. 3.— M.

Den Gebern herzlichen Dank.

Druckfehlerberichtigung

In Hilfe Nr. 16, S. 200 muß es heißen: Hessische Blätter (statt Herrische Blätter), Dreiländer-Verlag (statt Dreibänder-Verlag).

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, beide z. Z. Weimar.

Geschäftliche Mitteilungen

Der heutigen Nummer ist ein Prospekt der Firma **Georg D. W. Callwey München** über: „Avenarius, Das Bild als Kunst" beigefügt, dessen Beachtung wir unseren Lesern gern empfehlen.

Im wissenschaftlichen Verlagsbuchhandel hat sich ein bemerkenswerter Zusammenschluß vollzogen. Die bekannten und angesehenen Verlage G. J. Göschen, J. Guttentag, Georg Reimer in Berlin, Veit & Comp. in Leipzig und Karl J. Trübner in Straßburg haben sich zu einem Unternehmen, der Vereinigung wissenschaftlicher Verleger Walter de Gruyter & Co., mit dem Hauptsitz in Berlin, verschmolzen. An dem Wiederaufbau Deutschlands ist auch der wissenschaftliche Verlag mit bedeutsamen Aufgaben beteiligt, die eine Zusammenfassung wertvoller Kräfte rechtfertigen und erfordern. In diesem Sinne gewissenhaft und zielbewußt der Wissenschaft und dem geistigen Leben gute Dienste zu leisten, dürfte die neue Verleger-Vereinigung besonders geeignet und berufen sein. Ihre Tätigkeit umfaßt sämtliche Wissensgebiete, insbesondere Rechtswissenschaften, Sprachwissenschaften und Naturwissenschaften mit allen Nebenzweigen und im weitesten Umfange. Die Verlage gehören zu den ältesten und bekanntesten Deutschlands. Sie feiern zusammen ein Alter von 535 Jahren. Göschen wurde 1785, Reimer 1749, Guttentag 1829, Veit 1834 gegründet. Um die alten bekannten Namen auch in Zukunft zu erhalten, ist deshalb vorgesehen, sie in der neuen Firma einzubringen und dieser insofern hinzuzufügen. Die letzten Inhaber der Einzelfirmen bleiben, wie wir hören, die Leiter des Gesamtunternehmens. Es sind die Verlagsbuchhändler Wilh. von Gruyter, Dr. Walter de Gruyter, Eug. von Salem, Oscar Schönfeld und Dr. Curt Trübner.

Digitized by Google

8. Mai 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis im Buchhandel 4 M., beim P[illegible]amt 4,12 M., unter Kreuzband 4 [illegible] M., durch Postüberweisung vom Verlag 4,25 M., ins Ausland 5 M. Soldatenausgabe 1,50 M. Einzelhefte 40 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8583.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 19

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 60 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Wilhelm Heile:** Der Friede. — **Univ.-Prof. Dr. Fritz Klingmüller:** Nationalbewußtsein und Demokratie. — **Univ.-Prof. Lic. H. Mulert:** Staat und Kirche. — **Dr. Fritz Darmstaedter-Helversen:** Der Stand der ländlichen Siedlungsfrage. — **Walter Hofmann:** Von der deutschen öffentlichen Bücherei. — **Dr. Hans Jantzen:** Fritz von Unruh. — **Dr. Margarete Rothbarth:** Wilhelm Schäfer. — **Naumann:** Fortschritt. — Büchertisch.

Naumann / Kriegschronik

Sonntag, 27. April.

Es liegt allerlei Material zur Beurteilung der künftigen Lage Tirols auf unserem Tisch, besonders auch eine Denkschrift des akademischen Senats der Universität Innsbruck über die Einheit Tirols. Sie beginnt mit dem Satz: „Wie die Schweiz, so bildet auch Tirol eine durch Natur und Geschichte geschaffene Landes- und Volksindividualität." Tirol hat deutsche, italienische und ladinische Siedlungsgebiete. Wenn die letzteren von den Italienern reklamiert werden, so ist das ungefähr ebenso, wie wenn die schlesischen Wasserpolacken zu Warschauer Nationalpolen umgetauft werden sollen. Aber selbst wenn man die ladinischen Gebiete den Italienern zuschieben will, so geht das, was von italienischer Seite gefordert wird, weit über jedes billige Maß hinaus. Die von den Italienern geforderte Grenze geht auf der Höhe der Ötztaler Alpen (Hochjoch-Niederjoch), biegt dann um bis zum Bildstöckl und zur Höhe des Brenner Passes. Von dort macht sie mit den Zillertaler Alpen eine Biegung bis zur Dreiherren-Spitze und senkt sich dann südwärts in Richtung auf die Marmolata. Mit Sprachgrenze hat das durchaus nichts mehr zu tun, denn die Sprachgrenze, die ebenfalls in der Denkschrift der Universität Innsbruck eingetragen ist, läßt Meran, Bozen und Brixen in unzweifelhaft deutschem Besitz. Es werden auch von den Italienern für den Südabhang der Hochalpen nicht sprachliche, sondern militärische Gründe geltend gemacht. Wer aber wird glauben wollen, daß es bei den künftigen Verhältnissen Europas notwendig sei, die Schneegefilde der Ötztaler und Zillertaler Alpen militärisch zu befestigen? Es ergibt sogar jede tiefere Überlegung, daß zwischen den Deutschösterreichern und den Italienern nach Bereinigung der Sprachgrenzen eine reelle nachbarliche Freundschaft eintreten kann, weil beide untereinander keine Reibungsflächen mehr haben, dafür aber beide von den Südslawen bedrängt sind. Die Italiener haben ein sehr starkes Interesse daran, daß nicht Triest dadurch, daß es in italienische Hände übergeht, zu einer toten Stadt wird. Das aber geschieht, wenn Wien und Österreich sich grundsätzlich den nördlichen Häfen zuwenden. Italien und Österreich müssen sich über den Betrieb der Südbahn verständigen, deren Aktien meist in französischem Besitz sind und deren Linie künftig deutsch, slowenisch und italienisch sein wird. Zur Südbahnverwaltung gehören aber auch die Brennerbahn und andere Alpenbahnen, die die Verbindung mit Italien herstellen. Ein österreichischer Freund erklärt mir gegenüber, es für möglich anzusehen, daß die deutschen Teile Südtirols erhalten werden, falls wir uns zum italienischen Charakter des Adriatischen Meeres bekennen wollen. — Um wie vieles leichter hätte das alles im Jahre 1914 geregelt werden können!

Montag, 28. April.

Am gestrigen Sonntag haben in allen Landesteilen vielfache Protestversammlungen stattgefunden, in denen die Rückkehr der deutschen Gefangenen gefordert und gegen die Abreißung deutscher Volksbestände Einspruch erhoben wurde. Der Grundton war nach den vorliegenden Berichten etwa dieser: Deutschland will die fremdsprachlichen Bestandteile gern aus seinem Staatsverband entlassen, wenn ihm dafür die Zusammenfassung aller deutschen zu einem Nationalstaat erlaubt wird. Wir protestieren aber dagegen, daß aus nichtnationalen Gründen Gebiete wie Mittel- und Unter-Elsaß, Saarbrücken, Danzig, Nordböhmen und Südtirol vom Deutschtum abgerissen werden. Das Deutsche Reich wird mitten in die brennendsten Nationalitätenstreite hineingeworfen. In allen Versammlungen wird hervorgehoben, daß wir selbstverständlich bereit sind, uns auf den Boden der Wilsonschen Sätze zu stellen.

Nach einer Meldung aus Lyon besteht die französische Besatzungsarmee in Deutschland aus 250 000 Mann. Die britische Besatzungsarmee wird 200 000 Mann umfassen. Dazu kommt noch eine etwa gleich große amerikanische Armee, so daß die Verbündeten ungefähr 700 000 Mann zur Verfügung haben, wenn Deutschland den vorgeschlagenen Frieden nicht annehmen will.

Dienstag, 29. April.

Heute ist der Hauptteil der deutschen Friedensabordnung unterwegs nach Versailles. Es sollen 150 Personen sein. Das sind etwas reichlich viele Menschen für den Fall, daß man unverrichteter Dinge sollte heimkehren müssen. Inzwischen wird die Friedenskommission der Nationalversammlung auf Freitag, 2. Mai, nach Berlin berufen, um dort mit der Regierung zusammen die Pariser Mitteilungen beraten zu können. Wo und in welcher Weise die Nationalversammlung als Ganzes an der Friedensentscheidung beteiligt werden soll, läßt sich noch nicht übersehen. Das Natürlichste würde sein, auch diese Versammlung nach Berlin zu rufen; es haben aber die Räumlichkeiten des Reichstages durch die Folgen der Revolution allzusehr gelitten und sind noch nicht wieder verwendungsfähig. Der Friedensentwurf, den unsere Unterhändler morgen oder übermorgen erhalten werden, soll ein Aktenstück von ungefähr 300 Seiten sein, dessen Durcharbeitung und Beurteilung selbstverständlich nicht in ganz wenigen Tagen geschehen kann.

Der unabhängige Sozialdemokrat Haase hat in Amsterdam bei Gelegenheit einer Sozialistenkonferenz etwa folgendes gesagt: „Ich glaube nicht an einen Untergang Deutschlands, weil die innere Volkskraft zu stark ist; aber es wird wohl lange dauern, bevor geregelte Zustände wiederkehren. Durch die Rückkehr der verwahrlosten Massen vom Kriegsschauplatz, durch allgemeine Demoralisation und Arbeitslosigkeit sind Zustände geschaffen, die der Ordnung im Wege stehen. Diese Schwierigkeiten könnten durch Heimkehr von 600 000 Kriegsgefangenen nur noch erhöht werden. Ich bin in der Friedensfrage gegen eine Volksabstimmung. Diese würde ein falsches Bild ergeben, da das Volk über eine so umfangreiche

Materie nicht genügend informiert werden kann, um ein Urteil ungetrübt von nationaler Sentimentalität abgeben zu können." — Haase scheint demnach für Annahme des Friedens zu sein, von einer Volksabstimmung aber eine Ablehnung zu befürchten. Man kann auch ganz umgekehrte Urteile hören.

Mittwoch, 30. April.

Der Präsident der Schweizer Eidgenossenschaft, Ador, ist dringlich nach Paris berufen worden, weil die Alliierten ihn mit dem Amt eines Schiedsrichters im Adriastreit betrauen wollen. Gleichzeitig wird vermutlich der Schweizer Präsident mit der Friedenskonferenz darüber verhandeln wollen, wie sich die Seßhaftmachung des Völkerbundes in Genf gestaltet. So ehrenvoll und wohl auch praktisch nützlich es für die Schweizer sein mag, den Sitz der künftigen obersten Weltverwaltung in ihrem Bereich zu haben, so liegt andererseits darin doch auch eine gewisse Verantwortung, zumal in politisch aufgeregten Zeiten. — Von Belgien aus wird Widerspruch laut gegen die Bevorzugung der Schweiz, die in der Auswahl des Ortes Genf liegt. Belgische Blätter behaupten, daß die Alliierten den Belgiern eine gewisse geistige Entschädigung schuldig seien für den Schaden und die Sorgen, die die Belgier haben aushalten müssen.

Der sozialistische Kongreß in Amsterdam, der im wesentlichen von den radikalen Elementen besucht wird, hat beschlossen, für den Weltfrieden einzutreten, wenn der Friede mit den Wilsonschen Sätzen in Harmonie stehe. Dabei fordert er die allgemeine und gleichmäßige Abrüstung und die Herstellung eines wirksamen Strafverfahrens im Fall von Übertretung der Völkerbundsordnungen. Unerörtert blieb, soviel wir sehen können, die Frage, ob ein bolschewistischer Staat seiner Natur nach Mitglied des Völkerbundes sein kann. Der Wilsonsche Völkerbund setzt freien Handel voraus und beruht auf dem Gedanken des internationalen Privateigentums. Der bolschewistische Staat aber beruht auf dem Gedanken des Gruppeneigentums der einzelnen Erwerbszweige und leugnet grundsätzlich die Preisbildung durch persönliches Angebot und Nachfrage. Man kann sich sehr wohl einen wirtschaftlichen Handelsbund verschiedener bolschewistischer Länder untereinander denken, aber nur schwer einen Bund, der bürgerliche und bolschewistische Elemente zugleich umfaßt.

Donnerstag, 1. Mai.

Heute feiern wir zum erstenmal den 1. Mai als Staatsfeiertag. Als der Gedanke dieses Festtages im Jahre 1889 von Paris aus bei den sozialdemokratischen Parteien aller Länder verbreitet wurde, konnte niemand ahnen, in welcher gespannten und gefährlichen Lage die Durchführung dieses Feiertags nach 30 Jahren vor sich gehen würde. Von einer internationalen Weltfeier kann man ja auch heute noch nicht reden. Kaum wagt man zu sagen, ob die Idee der internationalen Einheit der Menschheit mehr Fortschritte oder Rückschritte zu verzeichnen hat. Der Krieg als Ganzes war ein großer Rückschritt der internationalen Idee. Durch die Kriegsschrecken wurde der Wunsch nach einem neuen Internationalismus desto dringender. Ob nun der Friede mehr Harmonie oder Entzweiung bringt, können wir heute noch keineswegs beurteilen. Auf deutscher Seite ist das Anwachsen der Friedensgesinnung handgreiflich, weil offenbar nur durch ein friedliches Arbeiten der Wohlstand der Nation wiedergewonnen werden kann. Um unsere Grenzen herum entstehen auf allen Seiten neue und vielleicht verhängnisvolle Nationalitätsgegensätze. Europa ist möglicherweise nach diesem Frieden zerklüfteter als vorher. Das alles spricht aber nicht gegen die Feier des Friedenstages, sondern spricht eher dafür, daß nicht nur die Arbeiterparteien, sondern die Völker im ganzen aufgerufen werden, an den Frühling der Eintracht zu glauben.

Freitag, 2. Mai.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat an den Reichspräsidenten Ebert ein Schreiben gerichtet, in dem er seinen Wunsch ausspricht, sich ins Privatleben zurückzuziehen, nachdem er im Wechsel der Zeit an der Spitze der Obersten Heeresleitung geblieben sei, weil er dem Vaterlande in seiner höchsten Not weiterdienen wollte. Der Reichspräsident nimmt Hindenburgs Rücktritt für die Zeit nach Unterzeichnung des Vorfriedens an und spricht den unauslöschlichen Dank des deutschen Volkes aus: „Daß Sie auch in den Zeiten schwerer Not in Treue auf Ihrem Posten ausgeharrt und dem Vaterland Ihre Persönlichkeit zur Verfügung gestellt haben, wird Ihnen das deutsche Volk niemals vergessen." — Wir überdenken noch einmal das Schicksal dieses Mannes, der in hohem Alter einen Sieg nach dem anderen erfocht, bis er an die Spitze der größten Armee gestellt wurde und die Riesenleistung der deutschen und mitteleuropäischen Verteidigung dirigierte. Er tat es wesentlich unterstützt von General Ludendorff, mit dem er zu einer Einheit verwachsen zu sein schien. Erst von da an, wo Ludendorffs Bedeutung ihre eigene Grenze nicht mehr finden konnte, kam der für Hindenburg schwere Tag der Trennung. Es hätte ihm seiner eigenen Natur nach nahegelegen, der beginnenden deutschen Republik die Unterstützung seines Namens und seiner Autorität zu versagen. Aus nationalem Pflichtgefühl aber unterdrückte er eigene Wünsche und auch Abneigungen und hat wirklich durchgehalten bis ans Ende. Der Dank, den jetzt der Reichspräsident ihm ausspricht, wird von der überwältigenden Mehrheit des Volkes auf das wärmste empfunden.

Der ehemalige deutsche Staatssekretär v. Jagow veröffentlicht Erinnerungen an die entscheidenden Tage des Jahres 1914. Nach dieser Darstellung hat der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Szögyeny dem Berliner Staatssekretär am 22. Juli in den Abendstunden von dem Inhalt des an Serbien zu sendenden Ultimatums Kenntnis gegeben, nachdem es am 19. Juli in Wien im gemeinsamen Ministerrat beschlossen wurde. Bei dieser Gelegenheit hat auch Graf Tisza ausdrücklich bestätigt, daß die Deutschen bei der Festsetzung nicht mitgewirkt haben. Staatssekretär v. Jagow äußerte nach Kenntnisnahme des Ultimatums, daß es ihm als „reichlich scharf und über den Zweck hinausgehend" erscheine. Graf Szögyeny erwiderte, da sei nun nichts mehr zu machen, denn das Ultimatum sei schon nach Belgrad gesandt und sollte dort am nächsten Morgen übergeben werden. Ich sprach, so fährt v. Jagow fort, dem Botschafter mein Befremden aus, daß uns die Entschlüsse seiner Regierung so spät mitgeteilt würden, so daß uns die Möglichkeit abgeschnitten wäre, dazu Stellung zu nehmen. Auch der Reichskanzler, dem ich alsbald den Wortlaut des Ultimatums vorlegte, war der Ansicht, daß es zu scharf sei. — Diese Darstellung des Herrn v. Jagow stimmt nicht überein mit der landläufigen Annahme, daß der Hauptinhalt des Ultimatums bereits am 5. Juli in Potsdam festgesetzt worden sei, aber er stimmt überein mit den Äußerungen, die auch sonst bisher von der deutschen Regierung gemacht wurden, die man aber vielfach für absichtlich unvollkommen hielt. Ein österreichischer Politiker sagte vor einiger Zeit zu mir: Je tiefer man die Akten durchforscht, desto besser wird die deutsche Regierung dabei wegkommen und desto mehr wird die damalige österreichisch-ungarische Regierung belastet sein.

Sonnabend, 3. Mai.

Es scheint den Mitgliedern der Entente außerordentlich schwer zu sein, die Form zu finden, in der mit den zahlreichen deutschen Vertretern in Paris verhandelt oder nicht verhandelt werden soll. Heute heißt es, es würde am Dienstag oder Mittwoch der Text des Friedens mit Deutschland bekanntgegeben werden. Von da an solle eine vierzehntägige Wartezeit eintreten, in der die Deutschen schriftlich Bedenken oder Einwendungen geltend machen könnten. Dann würde die Entente fünf Tage brauchen, um ihrerseits festzusetzen, wieweit sie auf deutsche Wünsche und Einwendungen eingehen wolle. Wenn sie darüber das letzte Wort gesprochen haben würde, so bleibe gar nichts anderes übrig, als daß die Deutschen zu unterschreiben hätten, wenn nicht alle Schuld an den kommenden Dingen auf sie geworfen werden müßte. Ob nun dieses die Auffassung der wirklich maßgebenden Männer ist oder eine der vielen Zeitungserfindungen, läßt sich nicht genau sagen. Es scheint, daß die Ententevertreter sich darauf einrichten, daß sie den wahren Geist der 14 Punkte Wilsons besitzen, so daß uns der Protestgrund weggenommen wird, wir würden nur den

Digitized by Google

annehmen, was sich mit den 14 Punkten vertrüge. Es ist ja so einfach für unsere Feinde: Wer kann besser bestimmen, was auf Grund der Wilsonschen Sätze möglich ist, als Herr Wilson selbst. Wenn er also das Diktat gebilligt hat, was haben wir dann noch dazu zu sagen! Bei uns ist ziemlich viel Resignation und Bitterkeit. Die Nationalversammlung wird zunächst nicht nach Weimar, sondern nach Berlin berufen, damit dort nach Möglichkeit eine Einheitsmeinung über den kommenden Frieden entsteht.

Wilhelm Heile / Der Friede

In den Blättern der Rechten ist es Brauch, den Mehrheitsparteien mit einer Art von Schadenfreude jetzt immer wieder vorzuhalten: Nun, wie gefällt er euch, dieser Waffenstillstand? Und was sagt ihr zu dem Frieden, den sie euch da in Paris zurechtbrauen? Seht ihr endlich ein, wie falsch und töricht es war, den schönen Phrasen Wilsons und der anderen zu trauen?

In der Tat: das fortgesetzte Anziehen der Daumenschrauben, die man uns mit den Waffenstillstandsbedingungen angelegt hatte, war mehr als niederträchtig. Und wenn es wahr ist, daß der Friedensvertrag, den man uns zur bloßen Unterzeichnung vorlegen möchte, so aussieht, wie es nach den freilich sehr widerspruchsvollen Pressemeldungen den Anschein hat, so ist kein Wort der Entrüstung scharf genug, um zu kennzeichnen, wie scham- und ehrlos man unser Vertrauen auf die vorher von allen Beteiligten anerkannten Wilsonschen Grundsätze getäuscht hat, wie brutal man uns in unserer durch die Waffenstillstandsbedingungen vollendeten Ohnmacht vergewaltigt hat und weiter vergewaltigt.

Aber, Hand aufs Herz, ihr Herren von der Rechten: glaubt ihr wirklich, daß auch nur einer unter den führenden Persönlichkeiten der einstigen Reichstagsmehrheit und der heutigen Regierung aus blinder Vertrauensseligkeit den Ränkeschmieden der Entente ins Garn gegangen sei? Ach, die Unwahrhaftigkeit, mit der ihr tut, als ob ihr das glaubtet, wird ja kaum von der Unwahrhaftigkeit der gerissensten Ententediplomaten erreicht, geschweige denn übertroffen. Ihr wißt so gut wie wir, daß die Reichstagsmehrheit den Verständigungsfrieden forderte und nicht bloß für erreichbar, sondern auch für gut hielt, als Deutschland noch stark war und den Gegnern gewachsen. Hättet ihr euch damals nicht durchzusetzen vermocht, so würdet ihr heute wie damals den dann erzielten Frieden einen Verzicht-, Schmach- und Hungerfrieden nennen und kühnlich behaupten: wenn ihr am Ruder gewesen wäret — wie herrlich würde der Friede sein, den ihr geschlossen hättet! Nun aber seid ihr nicht rechtens, aber tatsächlich und letzlich entscheidend damals wie früher am Ruder gewesen, und jetzt ist der herrliche Friede, sind die herrlichen Tage da, denen ihr uns entgegenführen wolltet.

Ihr seid schuld daran, wenn im feindlichen Lager die Stimmen derer, denen Recht und Gerechtigkeit und Freiheit noch kein leerer Wahn ist, übertönt werden von dem Rachegeschrei derer, die euch wesensgleich sind, und wenn eure Gleichsetzung von Macht und Recht den anderen jetzt billiger Vorwand ist, uns höhnend ihre Macht als unser Recht aufzuzwingen.

Nein, es war niemand unter uns, der das nicht vorausgesehen hätte. Wir wußten, daß die Gelegenheit für einen Verständigungsfrieden verpaßt war, nachdem Deutschland — dank eurem Übermut und eurer Verblendung — zusammengebrochen war. Uns war es von vornherein klar, daß eure Gesinnungsgenossen unter den Feinden, die wir genau so durchschauen wie euch, jetzt Hochkonjunktur haben. Lüge ist es, infame, gehässige Lüge, zu sagen, wir hätten im Vertrauen auf unsere Gesinnungsgenossen im feindlichen Lager, Diligentiam prästierend, liebedienerisch Deutschland seiner Macht entäußert, um nun — zu spät — zu erkennen, daß es ohne Macht in dieser Welt ein Recht nicht gibt.

Gerade umgekehrt liegt es. Unter eurer Herrschaft, die trotz der Reichstagsmehrheit unbestreitbar bestand, ist die deutsche Macht zusammengebrochen. Und uns ist infolgedessen die undankbare Aufgabe zugefallen, aus dem Zusammenbruch zu retten, was noch zu retten ist.

Nun aber gibt es auch jetzt noch in euren Reihen Leute, die mit eiserner Stirn behaupten, wenn nur die rechten, starken Männer an der Spitze ständen, könnte auch aus der gegenwärtigen traurigen Lage für Deutschland mehr herausgeholt werden. Gern verweist man da auf Talleyrand, der als Vertreter des völlig zerschmetterten Frankreichs zum Wiener Kongreß gegangen war, um ihn fast wie ein Sieger wieder zu verlassen. Gewiß, es ist fabelhaft, wieviel Talleyrand für sein Land erreicht hat. Aber so sehr wir wünschen, daß unseren Vertretern Ähnliches glücken möge, so müssen wir uns doch eingestehen, daß unsere Lage heute ungleich schwieriger ist als die Frankreichs 1815. Frankreich war durch eine übermächtige Koalition militärisch bezwungen worden. Deutschlands Heer ist bis zuletzt unbesiegt geblieben, hat seine Niederlage nicht mehr erlebt, und diese Niederlage ist kein Sieg der feindlichen Heere, ist ein Sieg der feindlichen, eine Niederlage der deutschen Politik. Deshalb ist sie auch verbunden mit dem furchtbaren staatlichen Zusammenbruch, der in böser Wechselwirkung zugleich ihre Ursache und Folge war. Sollte dennoch möglich sein, was vor hundert Jahren für Frankreich möglich war? Die Wut der Welt galt damals Napoleon. Gilt sie heute im gleichen Maße dem Kaiser oder auch nur der jetzt gestürzten Herrenschicht, deren Politik es eigentlich war, die man die des Kaisers nennt? Das ist gewiß nicht der Fall. Das ganze deutsche Volk ist verhaßt in aller Welt, während das französische Volk trotz Friedrich Ludwig Jahn den Menschen von damals das Volk der großen Revolution, das Volk der Menschenrechte war. Es ist unnötig zu sagen, wieviel Heuchelei und Torheit in dem Vorurteil gegen das unfreie, rückständige, gewalttätige Barbarenvolk der Deutschen steckt. Aber es ist nun einmal so, daß die demokratische Welt von heute den Völkern selbst und nicht mehr bloß ihren Führern die Verantwortung für ihr Tun beimißt, so daß alles Urteil und Vorurteil gegen die deutsche Politik sich gegen das deutsche Volk richtet und richten muß. Nicht weil wir uns schuldig fühlten oder auch nur unsere frühere Regierungspolitik für schlimmer und schuldiger hielten als die der Engländer, Franzosen, Russen, Italiener — beileibe nicht —, sondern weil die politische Niederlage nur durch gute Politik wieder gutgemacht werden kann, müssen wir uns in die Gedankenwelt der Feinde hineindenken und ihnen durch unsere Politik beweisen, daß wir anders und besser sind als unser Ruf. Das ist auch der einzige Weg, den feindlichen Völkern klarzumachen, wie pharisäerhaft die Reden ihrer Führer, wie unanständig und darum auf die Dauer wie unklug ihr Verhalten gegenüber dem geschlagenen Deutschland ist. Mit Schelten und gar — in unserer Lage — mit Drohen ist nichts getan. Wenn von Deutschland ein Gedankenstrom ausginge, wie seit 1789 von Frankreich; wenn die ganze Menschheit sich diesem Strom nicht mehr entziehen könnte; wenn sie fühlen müßte, wie aus deutschem Geist —

und sei es auch aus deutscher Not heraus — eine neue Gedankenwelt sich aufbaut, die den Völkern der Erde den Weg zu einer glücklicheren Zukunft weist, dann würde der gekünstelte Machtbau der Entente, der uns in Form eines Friedensvertrages eine furchtbare Zwingburg sein soll, zusammenbrechen und zerflattern wie ein Kartenhaus beim ersten frischen Windstoß.

Wir haben es darum auch nie begriffen, warum unsere amtliche Politik — und zwar die neue nicht minder wie die alte — den Gedanken vom Völkerbund im wesentlichen abwartend und tatenlos Wilson überlassen hat. Dieser Gedanke ist beste deutsche Erbweisheit von Kants Tagen her, ist Geist von unserem Geist, zu dem freudig sich zu bekennen und nicht bloß aus Not zu bekennen zu rechter Zeit politisch eine Tat gewesen wäre. Jetzt ist zwar endlich auch ein amtlicher deutscher Entwurf für eine Völkerbundssatzung erschienen, der dem Entwurf von Paris an Klarheit und Folgerichtigkeit des Denkens unendlich überlegen ist. Leider aber kommt er viel zu spät. Denn jetzt, nachdem die Feinde sich geeinigt haben, wirkt er fast nur wie eine zu Protokoll gegebene Gegenerklärung zu ihrem Vergewaltigungsentwurf; während er, rechtzeitig herausgebracht, die Gegner unter allen Umständen gezwungen hätte, sich schon bei ihren Verhandlungen untereinander ernstlich mit ihm auseinanderzusetzen.

Gleichwohl ist trotz aller Großsprecherei der feindlichen Chauvinistenpresse für den echten Völkerbundgedanken noch nicht aller Tage Abend. Denn wenn wir auch gegenwärtig ohnmächtig am Boden liegen, so ist das deutsche Siebzigmillionenvolk doch nicht durch noch so wahnwitzige Vernichtungsmaßnahmen einfach aus der Welt zu schaffen. Man kann das mit uns lebende Recht unseres Volkes zum Leben mißachten, man kann uns dadurch das Leben furchtbar hart machen, aber das Leben selbst kann man uns nicht nehmen. Das Verbrechen, das man heute an uns begeht, muß zur Schuld werden, die sich grausam rächt.

Heute mag man die Völker Englands und Frankreichs, die man immer wieder durch Aufrichtung des Menschheitsideals von der Herrschaft des Rechts und der Freiheit auf Erden in schwersten Stunden zum Aushalten bis zum endlichen Siege angefeuert hat, im Siegesrausch darüber hinwegtäuschen, wenn man die Ideale von Recht und Freiheit in den Staub tritt. Aber dem Rausch folgt notwendig der Jammer, und je stärker er war, je toller man es im Rausch getrieben, desto grauer hinterdrein das Elend.

Es gibt nur einen Weg, der die Menschheit aus der Not unserer Tage herausführen kann zu einer glücklichen Zukunft. Das ist der Weg des Rechtes, das endgültig an die Stelle der bloßen Macht treten muß. Auch das Recht ist freilich ohne Macht nicht denkbar. Und darum sind die vorsichtigen Zweifel, mit denen die alte deutsche Regierung angesichts der eingekreisten geographischen Lage Deutschlands und in Erinnerung an seine trübe Geschichte dem Friedenswerk vom Haag gegenüberstand, nicht so völlig unverständig, wie man heute es so oft darstellt. Man fürchtete nicht mit Unrecht die pax Britannica, die Verewigung und völkerrechtliche Festlegung der englischen Weltherrschaft. Das furchtbare Gewitter aber, das sich jetzt über uns entladen hat, hat nicht bloß für uns, auch für alle anderen Staaten eine vollkommen veränderte Sachlage gebracht. Amerika ist gewachsen, fast über England hinaus. Und nur wenn man einen ewigen Bund der angelsächsischen Mächte annimmt, ist jetzt noch eine Tyrannis denkbar. Aber selbst die kann nach dem Erlebnis dieses Krieges auf die Dauer in den eigenen Staaten keine sichere Stütze finden. Der Gedanke der Solidarität aller Völker hat dazu viel zu stark Wurzeln geschlagen.

Das ist freilich zunächst nur ein Glaube, auf den man keinen Friedensvertrag gründen kann, von dem für Deutschland Sein oder Nichtsein abhängt. Aber es ist ein Glaube, und allein als solcher eine gewaltige moralische Kraft. Je stärker ihr Glaube an eine bessere Menschheitsorganisation ist, desto stärker werden unsere Vertreter in Versailles auftreten können. Sie dürfen dort nicht stehen wie arme Sünder im Büßerhemd. Denn das Land, das sie vertreten, hat nicht mehr und wahrscheinlich sogar viel weniger gesündigt als die, die sich jetzt infolge ihrer Übermacht so sehr in der Rolle der strafenden Richter gefallen. Stolz und aufrecht müssen unsere Vertreter das Recht unseres geschlagenen Volkes verteidigen, das wahrhaftig angesichts solcher Übermacht keinen Grund hat, sich seiner Niederlage zu schämen. Stolz und aufrecht sollen sie dastehen als die Verkünder einer neuen Weltordnung, die keineswegs bloß uns vor dem Schlimmsten bewahren, sondern der gesamten Menschheit dauernden Frieden bringen soll.

Glauben aber unsere Feinde, klüger zu handeln, wenn sie ihre Macht ausnützen, um uns auszurauben bis aufs Hemd, so mögen sie für den Augenblick in ihren eigenen Ländern die Zustimmung einer verblendeten Mehrheit bekommen können; die Zustimmung des deutschen Volkes bekommen sie dazu nicht. Die deutsche Nationalversammlung hat bereits deutlich genug bekundet, daß sie keinen Friedensvertrag unterschreibt, der nicht wirklich ein Vertrag ist. Wir versprechen nicht, was wir nicht halten können, und unterschreiben keinen uns vorgelegten „Vertrag", dessen Schicksal nur das eines beschriebenen Fetzens Papier sein könnte.

Wir kennen vom Waffenstillstand her, wie man uns zwang, auf Bedingungen einzugehen, die unerfüllbar waren. Das ist uns Warnung genug. Auch besiegt wollen wir nicht vertragsbrüchig werden.

Wir haben ferner noch nicht vergessen, welches die Voraussetzungen waren, unter denen wir auf die Waffenstillstandsbedingungen eingingen, die uns den letzten Rest von Verteidigungsmöglichkeit nahmen. Am 5. November 1918 teilte Lansing, der Staatssekretär der Vereinigten Staaten, die Note der Alliierten mit, nach der diese die Bedingungen, die Präsident Wilson in seiner Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 aufgestellt, und die Grundsätze, die er in seinen späteren Ansprachen verkündet hat, als Grundlage des Friedensschlusses annehmen.

Das ist es, worauf auch wir uns verpflichtet haben. Nicht mehr und nicht weniger. Das wollen wir in Treuen und rückhaltlos ehrlich halten. Darauf bestehen wir, nicht bloß um unserer selbst, sondern um unseres Glaubens willen, daß es allein der darin ausgedrückte Rechtsgedanke ist, durch den die kranke Menschheit wieder gesunden kann. Darum sollen unsere Vertreter auch nicht mit kleinen Listen und Klugheiten und Schlaubergereien nach kleinen Vorteilen jagen. Der große Gedanke ist es, der allein uns helfen kann, uns — und auch den anderen.

Digitized by Google

Fritz Klingmüller / Nationalbewußtsein und Demokratie

Es ist ein bekanntes und berüchtigtes Schlagwort, daß von rechtsstehenden Parteien in den verflossenen Wahlkämpfen hundertfach wiederholt worden ist: die Anhänger der Deutschen demokratischen Partei sind national unzuverlässig, sie sind die gehorsamen Gefolgsleute des internationalen Mammonismus und Schrittmacher der internationalen revolutionären Sozialdemokratie. Schon dieser letztere Gegensatz, daß die Demokraten einmal großkapitalistisch, das andere Mal sozialistisch verseucht sein sollen, müßte vorurteilslose Leute stutzig machen; aber da solche Leute, soweit politisches Denken in Deutschland in Frage kommt, offenbar nur in erheblicher Minderzahl vorhanden sind, sollen diese und ähnliche Schlagworte nicht durch ihre etwaige innere Begründung wirken, sondern vielmehr durch die Anmaßung, mit der sie vorgetragen werden. Auch das anfangs erwähnte Schlagwort fließt nur aus solcher Anmaßung, die selbst wieder ihren Grund hat entweder in politischer Unbildung oder fehlerhafter Charakterbildung.

Man hat das vergangene 19. Jahrhundert mit Recht als das Jahrhundert des Nationalismus bezeichnet. Die durch die Gemeinsamkeit des Wohnsitzes, der Abstammung, der Sprache und des geistigen Lebens bereits verbundenen Völker streben nach endgültiger Zusammenfassung auch in einem eigenen selbständigen staatlichen Verbande. In Deutschland übernimmt bald am Anfang einer kräftigen Nationalbewegung zu Beginn des 19. Jahrhunderts der deutsche Liberalismus die Führung, um die Sehnsucht des deutschen Volkes nach einem neuen geeinten Reiche mitbefriedigen zu helfen. Die Reichsregierung selbst geschieht aber durch das überragende Genie Bismarcks, und der von ihm eingeschlagene Weg folgt nicht der von dem Liberalismus vorgeschlagenen großdeutschen Richtung, sondern endet mit dem Ausschlusse Deutsch-Österreichs. Aber für den inneren Ausbau des neuen Reichs kann auch ein Bismarck nicht auf die freiheitlichen Kräfte im Volk verzichten; er macht seinen Frieden mit dem in der Konfliktsperiode der sechziger Jahre arg bekämpften Liberalismus und baut mit ihm die Fundamente des neuen Staatswesens. Über vier Jahrzehnte hielt der Bau und schien ein unzerstörbares Bollwerk zu sein gegen einen Ansturm der Feinde in West und Ost. Da kam der Weltkrieg und erforderte von dem deutschen Volke eine Anspannung des Nationalgefühls bis zum äußersten, eine Opferbereitschaft bis zum letzten. Und bei der Betrachtung dieses höchsten Martyriums schweigt auch der einseitigste Parteifanatismus: nirgends wurde der Vorwurf erhoben, daß diejenigen Volkskreise, aus denen sich die Anhängerschaft der jetzigen demokratischen Partei zusammensetzt, ihre höchsten nationalen Pflichten nicht in demselben Maße wie jeder anders gesinnte Deutsche erfüllt habe. Was soll also der Vorwurf „nationaler Unzuverlässigkeit", wenn gerade die schwerste Prüfungszeit nationaler Pflichterfüllung dafür gar keine Beweise gibt?

In den Novemberstürmen des vorigen Jahres wurde unser Staatswesen bis in seine Grundfesten erschüttert; der militärischen Katastrophe folgte mit geschichtlicher Regelmäßigkeit die politische, der Niederlage in dem bisher größten aller Kriege die größte Revolution. Vor allen übrigen schweren Aufgaben stand nun als erste voran, einen Zerfall des Reiches in einzelne Teile zu verhindern und somit wenigstens die äußere Form des Bismarckischen Erbes, die staatliche Einheit des deutschen Volkes aufrechtzuerhalten. Jedem Einsichtigen war es klar, daß diese Aufgabe, wenn überhaupt, so nur mit Hilfe des „gutgesinnten" Teiles der Arbeiterschaft gelöst werden konnte, d. h. desjenigen Teiles, der besonders infolge der Gewerkschaftsbewegung zu einem staatlichen und sozialen Gemeinschaftsgefühl erzogen worden war und so den gefährlichen Verlockungen des Spartakismus widerstehen konnte. Zu einem derartigen gemeinsamen Vorgehen bot die neue demokratische Partei der Mehrheitssozialdemokratie die Hand und erfüllte damit eine im richtigen Sinne des Wortes vaterländische Aufgabe. Daß dies von den rechtsstehenden Parteien nicht erkannt und anerkannt werden konnte, lag an der Einseitigkeit ihrer innerpolitischen Orientierung. So war es nicht verwunderlich, daß von ihnen die demokratische Partei wieder mit anmaßenden Worten in Acht und Bann getan wurde, als sie bei den Wahlen die Listenverbindung mit den „bürgerlichen" Parteien ablehnte; jetzt war ja die „nationale Unzuverlässigkeit" an einem einfachen Tatbestande klar erwiesen! Das Zentrum war bedeutend „zuverlässiger": es machte das Wahlgeschäft mit den konservativen Parteien, erreichte dadurch mehr Sitze, als ihm nach der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen zukamen, machte dann eine höfliche Verbeugung nach rechts und trat in die Regierungskoalition der Linksparteien ein! So nützte das Zentrum als konfessionelle Partei seine zentrale Lage zwischen den politischen Parteien in sehr realpolitischer Weise aus.

Die Rechtsparteien stehen auch heute noch, nachdem sich die staatsfeindlichen Folgen des angeblich staatserhaltenden Sozialistengesetzes bis in unsere Tage geltend gemacht haben, grundsätzlich und innerlich auf dem Boden einer Politik, welche die Anwendung staatlicher Macht- und Zwangsmittel gegen die Arbeiterpartei empfiehlt. Es bleibt aber ein von ihnen sorgsam gehütetes Geheimnis, wie jetzt noch in Deutschland gegen den Willen der Arbeiterschaft regiert werden soll. Sie wollen nicht sehen, was soeben ein sehr objektiver Beobachter der politischen Ereignisse ausgesprochen hat: „Die fortgesetzte Gewaltpolitik gegen die Arbeiterpartei ist der größte Schuldposten im Bismarckschen Nachlaß." So Otto Hamann, der langjährige Pressereferent im Auswärtigen Amt in seiner Vorgeschichte des Weltkrieges (S. 31). Eine tiefe Tragik liegt darin, daß gerade durch diesen Schuldposten das ganze geniale Werk Bismarcks in Verfall zu geraten droht! Und nur an dieser Stelle sind Sanierungsversuche möglich und aussichtsvoll. In klarer Erkenntnis dieser Sachlage hat die demokratische Partei die schwere Aufgabe übernommen, die notwendige Brücke der Verständigung zwischen der Arbeiterschaft mit Staatsgesinnung und dem Bürgertum mit Sozialgesinnung zu schlagen. Gelingt dieser Brückenbau, dessen Pfeiler noch von der roten Flut des Bolschewismus umbrandet sind, so öffnet sich ein Weg zu neuen Ufern, auf dem nachfolgende Geschlechter einer glücklicheren Zukunft entgegenschreiten mögen.

Schon dieser kurze Überblick zeigt, daß Nationalbewußtsein und Demokratie zwei Elemente sind, die dauernd bestrebt sind, sich gegenseitig zu durchdringen. Nationalbewußtsein ist die Zusammenfassung der nationalen Regungen zu einem bewußten Willen, der das ganze Volk, alle seine Schichten durchströmen soll. Das kann aber restlos nur geschehen im wirklichen Volksstaat, das heißt, wenn durch die demokratische Staatsform das Volk in seiner verfassungsmäßigen Gliederung zum Träger der nationalen Staatsgewalt emporgehoben wird.

Digitized by Google

H. Mulert / Staat und Kirche

Zwischen Weimar und Berlin

Die von der deutschen und die von der preußischen Nationalversammlung über Staat und Kirche gefaßten Beschlüsse stehen zum Teil in Widerspruch miteinander. Sobald die neue Reichsverfassung Gesetz geworden ist, gehen ihre Bestimmungen natürlich den Landesgesetzen vor. Bis dahin aber wird noch einige Zeit verstreichen, und in jedem Falle lohnt es, zu erwägen, wo, soweit Weimar und Berlin auseinandergehen, die sachlich bessere Regelung vorliegt. Besonders kommt in Betracht, daß in Weimar vom Verfassungsausschuß — vorläufig handelt es sich nur um diesen — beschlossen worden ist: „Jede religiöse Gesellschaft . . . verleiht ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinden." Die preußische Landesversammlung dagegen faßte in der dritten Lesung den § 4 a so, daß die Rechte, die nach den Gesetzen und Verordnungen bisher dem König zustanden, auf die Staatsregierung übergehen; „die Rechte des Königs als Trägers des landesherrlichen Kirchenregiments" (über die evangelischen Landeskirchen) gehören jedoch hierzu nicht, sondern „diese gehen bis zum Erlaß der Kirchenverfassung auf drei von der Staatsregierung zu bestimmende Staatsminister evangelischen Glaubens über". Es ist das eine nur vorläufige Regelung; immerhin geht der Weimarer Beschluß in der Verselbständigung der Kirchen weiter.

Im ganzen wird bei uns die nächste Zeit von dem Gedanken beherrscht sein, daß Staat und Kirche getrennt werden sollen. Nur bestehen über die Art der Trennung noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Überdies kann, auch wer immer für diese Trennung war, nicht verkennen, daß die Stellung des neuen deutschen Staates zu diesen Dingen sich zu seiner sonstigen Arbeit eigentümlich verhält. Schon im Kriege ging, und erst recht seit der Revolution geht bei uns die Entwicklung dahin, vieles für Sache der Allgemeinheit zu erklären, zu vergesellschaften, verstaatlichen, was vorher Privatsache war. Die Macht des Staates wird erweitert. Auf kirchlich-religiösem Gebiet ist es gerade umgekehrt.

Rechtfertigen wollen kann man diesen Gang der Dinge auf zweierlei Art. Entweder man sagt: „die wirtschaftlichen Dinge, über die der Staat immer größere Macht zu gewinnen sucht, sind für die Gesamtheit wichtig, die kirchlich religiösen sind es nicht." Diese Meinung wäre falsch schon im Lichte unserer Geschichte. Gab es einmal eine für Deutschland oder doch für Preußen der jetzigen ähnliche Lage, dann 1807. Damals haben die Männer, die nach dem politischen Zusammenbruch und bei großer wirtschaftlicher Not Preußen innerlich erneuten, gerade auf staatliche Pflege sittlicher und religiöser Gesinnung den höchsten Wert gelegt. Und der Erfolg hat ihnen recht gegeben. Auch die gegenwärtigen Zustände zeigen uns, daß alle alten und neuen Gesetze und Verordnungen gar nichts helfen, wenn nicht die Gesinnungen der Menschen anders werden. Vielen mag zwar aller religiöse Glaube fremd geworden sein; für Tausende ist aber das sittliche Empfinden heute noch eng mit dem religiösen verwachsen. Und daß religiöse Fragen und die Schicksale der Kirchen weiten Kreisen unseres Volkes nicht gleichgültig sind, hat sich eben erst wieder gezeigt: bei Wahlversammlungen fanden gerade diese Dinge überraschendes Interesse.

Viel einleuchtender ist die andere Begründung dafür, daß der Staat die wirtschaftlichen Dinge entschiedener in die Hand nehme, von den religiösen aber seine Hand lasse: jene seien äußerlich, diese innerlich, geistig. Diese Begründung wird auch nicht dadurch hinfällig, daß der Staat die Pflege von Wissenschaft und Kunst nicht aus der Hand gibt. Bei beiden handelt es sich zwar gleichfalls um geistige Güter. Aber wissenschaftliche Erkenntnisse tragen einen mehr objektiven Charakter, der religiöse Glaube mehr subjektivpersönlichen. Die Kunst ist in ihm hierin ähnlich, aber ihre Pflege ist für den Staat auch entsprechend schwieriger und auf diesem Gebiet übt er mit Recht mehr Zurückhaltung, als auf dem der Wissenschaftspflege.

Freilich die Hoffnung, die man hauptsächlich an Trennung von Staat und Kirche knüpft, daß nämlich dadurch die Gewissensfreiheit besser gewahrt werde, ist nicht sicher. Was bei solcher Trennung aufhört, sind einige staatliche Leistungen für die Kirche, namentlich Zuschüsse. Keineswegs hört damit auch die Möglichkeit auf, daß kirchliche Kreise das politische Leben, Parlament und Regierung beeinflussen, und die Neigung, das zu tun. Das Zentrum wird seine Macht weiterhin geschickt ausnutzen. Andererseits verliert der Staat im wesentlichen seinen rechtlichen Einfluß auf die Kirchen. Nach dem Weimarer Beschluß würde auch sein Bestätigungsrecht für die Wahlen von Bischöfen, Generalsuperintendenten, Konsistorialräten schwinden. Die Regierung konnte in Preußen zwar bisher schon Männer ihres Vertrauens nicht einfach zu Bischöfen machen, aber die Wahl solcher Bewerber verhindern, die ihr als staatsfeindliche Hierarchen oder kulturfeindliche Fanatiker erschienen. Es sind bei Ausübung dieses staatlichen Mitwirkungsrechts arge Fehler gemacht worden; immerhin war es nicht ohne Wert. Nun mag es das Vornehmere sein, hier auf den Geist zu vertrauen, zu sagen: „wenn in der katholischen Kirche ein kultur- und staatsfeindlicher Sinn stärker werden sollte, als der Wille unserer katholischen Brüder, mit dem übrigen Volksteil in Frieden zu leben, dann helfen dagegen alle staatlichen Bestätigungsrechte nichts; ist solch guter Wille aber vorhanden, dann braucht der Staat nicht hineinzureden." Entsprechende Erwägungen kann man der evangelischen Kirche gegenüber anstellen. Finden in ihr, den Überlieferungen des deutschen Protestantismus gemäß, auch künftig verschiedene Richtungen Licht und Luft, der freie Geist Herders und Schleiermachers neben dem eines ernsten Pietismus und einer strengen Rechtgläubigkeit, dann braucht der Staat nicht einzugreifen, um ein heilsames Zusammenwirken verschiedener Strömungen zu sichern. Macht aber zunehmende Streitsucht die Gegensätze unerträglich, kommt es zu Spaltungen, Austritten, Sektenbildungen, dann kann auch staatliches Mitwirken bei Ernennung der Kirchenhäupter nicht viel nützen.

Eine völlige Trennung von Staat und Kirche bedeuten freilich auch die Weimarer Beschlüsse nicht. Die theologischen Fakultäten unserer Staatsuniversitäten sollen erhalten bleiben. Hier wirken Staat und Kirche irgendwie zusammen. Auf die Besetzung der katholisch-theologischen Professuren hatten bisher schon die Bischöfe starken tatsächlichen und rechtlichen Einfluß. Die tatsächliche Macht über die katholischen Theologen ihres Bezirkes, Professoren, Priester und Studenten, werden sie in jedem Falle behalten. So würde es keine nennenswerte Bedeutung haben, wenn der Staat erklären wollte: „Rechtlich steht künftig die Ernennung katholischer Theologieprofessoren allein bei mir." Er würde sich da doch mit den Bischöfen einigen müssen. — Bisher bestand wenigstens ein gewisser Ausgleich darin, daß der Staat eben nicht ohne Einfluß auf die Bischofswahlen war.

Digitized by Google

Das soll künftig wegfallen. Nun werden alle solche Bestimmungen nicht für Jahrhunderte gemacht. Würde künftig ein Papst die katholisch-theologischen Fakultäten noch mehr einengen, als es Pius X. mit seinen Maßregeln gegen den Modernismus tat, dann würden sie sich kaum halten können, auch wenn die Verfassung zunächst eine Bestimmung zu ihrem Schutze enthält. Wichtiger als die theologischen Fakultäten ist der Religionsunterricht in den Volks- und höheren Schulen. Daß kein Lehrer und kein Schüler vom Staate mehr zu solchem Unterricht gezwungen wird, das setzt sich offenbar durch; daß aber in der Staatsschule solcher Unterricht den Schülern, deren Eltern ihn wollen, erteilt wird, das ist in einigen Einzelstaaten, wie vom Weimarer Reichsverfassungsausschuß bestimmt worden.

So lange jedoch Religionsunterricht in den Staatsschulen gegeben wird, behält, auch wenn er rechtlich reine Staatssache ist, die Kirche offiziell keinen Einfluß auf ihn hat, der in den Kirchen herrschende Geist tatsächlich doch Einfluß auf die Schule. Der Staat leistet dann den Kirchen einen erheblichen Dienst; soll er seinerseits auf all die Rechte verzichten, die er bisher über die Kirchen hatte? Welcher Geist und welche Männer in solchen Kirchen regieren, die er einfach als Privatvereine behandelt, denen er keine Dienste leistet, das braucht ihn wenig zu interessieren. Gibt er aber den Kirchen, wie in Aussicht steht, das Besteuerungsrecht, streicht er auch seine Zuschüsse für kirchliche Zwecke nicht rücksichtslos, sondern löst er sie schonend ab, etwa durch einmalige Abfindung, stattet er also die Kirchen mit erheblichem Kapital aus, erhält er an seinen Universitäten theologische Fakultäten, die mit den Kirchen auch weiterhin in zum mindesten geistigem Zusammenhange stehen, gibt er in seinen Schulen für die Masse des Volks Unterricht, der vom Geiste dieser Kirche beeinflußt ist, soll er dann wirklich über diese Kirchen keine anderen Rechte mehr beanspruchen, als das der Polizeiaufsicht, wie er es über jeden Musikverein und Kegelklub hat? Heißt das nicht freie Kirchen im unfreien Staate schaffen?

Wer in jedem Falle Trennung von Staat und Kirche durchführen will, würde auf all diese Einwendungen vielleicht nur erwidern: „Gut, dann müssen also folgerichtigerweise auch alle jene Leistungen, die der Staat den Kirchen weiter gewähren will, wegfallen.“ Aber ist dafür die Mehrheit unseres Volkes zu haben? In Sachsen oder Braunschweig würde die sozialdemokratische Landtagsmehrheit den Religionsunterricht aus den Staatsschulen gewiß gern entfernen; in Hamburg, wo die Revolution ihn abgeschafft hatte, ist er unter Zustimmung der großen Mehrheit der Lehrerschaft wieder eingeführt worden; in Preußen und anderwärts ist die Mehrheit der gesetzgebenden Versammlung dafür, daß er (ohne Zwang) bestehen bleibt.

Worauf es ankommt, das darf nicht die konsequente Durchführung einer Theorie sein, sondern eine solche Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche, die der verwickelten religiösen Lage in unserem Volke entspricht. Leistet der Staat den Kirchen die in Aussicht genommenen Dienste weiter, so braucht das noch keine Verletzung des Motivs zu bedeuten, aus dem heraus Liberale und Sozialdemokraten eine Änderung der bisherigen Rechtslage bei uns anstreben, aus dem schon längst viele ehrliche Menschen, Fromme wie Zweifler, Trennung von Staat und Kirche forderten: daß nämlich die Gewissensfreiheit gesichert werde. Aber in einem Punkte bedürfen, soll diese Sicherung wirklich erreicht werden, die in Weimar gefaßten Beschlüsse der Ergänzung.

Die Gewissensfreiheit ist oft durch oder in Staatskirchen beeinträchtigt worden, oft genug aber auch in Kirchen, die vom Staat frei waren. Manche Freikirchen und Sekten sind besonders engherzig und unduldsam. Nun sagt man: „wer unter solchem Druck steht, mag austreten.“ Dem entspricht es, daß jetzt die Bestimmungen, die den Kirchenaustritt erschwerten, abgeschafft werden. Aber das kommt nur dem einzelnen zugute. Und wer austritt, sich aber seinen Überzeugungen nach nicht sogleich anderswo anschließen kann, fällt sozusagen ins Leere. Viele, die in ihren Kirchen unzufrieden sind, wollen jedoch nicht gern konfessionslos sein. Sie wollen zu einem festen Bau gehören, nicht als vereinzelte Sandkörner verweht werden. Geholfen wäre ihnen nur, wenn viele Gesinnungsgenossen mit ihnen austräten und mit ihnen eine neue Gemeinde bildeten. Wenn dies geschieht und daß dies geschehen kann, daß eine in der Kirche sich nicht mehr heimisch fühlende Minderheit (seien es nun Pietisten oder Liberale oder wer sonst) austreten kann, das ist überhaupt viel wichtiger, als daß ein einzelner, der austreten will, diesen Schritt ohne Schwierigkeiten vollziehen kann. Rechtssicherung der Minderheiten, die austreten, und Schutz der Minderheiten, so lange sie noch in der Kirche sind, beides fordert die Gerechtigkeit. Es kommt nicht nur darauf an, Freiheit von den Kirchen zu gewähren, nämlich denen, die von der Kirche los wollen, sondern der Staat soll auch für ein gewisses Maß von Freiheit und Gerechtigkeit in den Kirchen sorgen, solange die Mehrheit des Volkes sich in den Kirchen hält.

Gibt er den Kirchen weiterhin erhebliche Rechte, dann lege er ihnen erstens die Pflicht auf, innerhalb ihrer Mauern den Minderheiten eine angemessene Vertretung zu gewähren, wie unser politisches Wahlrecht sie jetzt den Minderheiten verschafft. So ist es auch in Basel bei der Trennung angeordnet worden. Natürlich findet diese Bestimmung nur dort Anwendung, wo es überhaupt gewählte kirchliche Vertretungen gibt, also im Protestantismus. Die katholische Kirche kennt keine parlamentarische Verfassung; sie wird aristokratisch von den Bischöfen (oder monarchisch vom Papste) regiert. Zweitens verpflichte er die Kirchen, ausscheidenden Minderheiten einen billigen Anteil am Vermögen zu geben. Bisher waren solche Minderheiten bei uns wesentlich rechtlos. Den Gerichten die Entscheidung darüber zuzuschieben, ob die Minderheit noch hinlänglich auf dem Boden des Bekenntnisses der Kirche steht, um Anspruch auf solchen Vermögensanteil zu haben, heißt ihnen Unmögliches zumuten. So wenig der Staat wissenschaftliche Fragen entscheiden kann, so wenig dürfen seine Richter über Rechtgläubigkeit entscheiden sollen. Worauf er achten kann und soll, ist, daß die austretende Minderheit den ihr zufallenden Vermögensanteil nicht für andere Zwecke, als es die Pflege der Religion und Weltanschauung ist, verschleudert. So wachen in Nordamerika die Gerichte darüber, daß Kirchenvermögen seinen stiftungsmäßigen Zwecken nicht entfremdet wird.

Ob diese Ergänzungen der bisher in Aussicht genommenen Bestimmungen über Staat und Kirche im neuen Deutschland vom Reiche oder von den Einzelstaaten vorgenommen werden, ist Nebensache. Der erwünschten Gleichmäßigkeit und der Tatsache, daß man sonst in Weimar allgemeine Grundsätze aufgestellt hat, die Regelung der Einzelheiten den Bundesstaaten überlassend, würde es indes entsprechen, daß das Grundsätzliche auch in diesem Falle in der Reichsverfassung zum Ausdruck gebracht würde.

Digitized by Google

Fritz Darmstaedter-Helversen / Der Stand der ländlichen Siedlungsfrage

Durch die Revolution sind auch so manche alte Ideale der Linken auf agrarpolitischem Gebiet ihrer Verwirklichung nähergekommen. Die letzten Überreste des Feudalstaates, wie z. B. das Fideikommißwesen, sind beseitigt oder werden alsbald abgeschafft werden; dasselbe ist hinsichtlich der Vorrechte des Großgrundbesitzes in der inneren Verwaltung der Fall; es ist zu hoffen, daß, nachdem die Kreiswahlordnung demokratisiert worden ist, alsbald eine völlige Neuregelung der ländlichen Verwaltung, vor allem unter Aufhebung der Gutsbezirke und der Amtsbezirksverfassung, Platz greift. —

Die Herbeiführung einer gerechten, ausgleichenden Grundbesitzverteilung hat stets zu unseren Hauptforderungen gehört; in zahlreichen eingehenden Aufsätzen in der „Hilfe" wurde immer und immer wieder die Notwendigkeit dargelegt, auf den weiten Gebieten des Großgrundbesitzes im preußischen Osten und in Mecklenburg Bauernsiedlungen zu begründen. Mehr denn je scheint die Dringlichkeit dieser Maßregel zu einer Zeit gegeben, wo erhebliche Teile der Industrie vor eine völlig ungewisse Zukunft gestellt sind, die Arbeitslosigkeit in den Städten ein gefährliches Maß angenommen hat und die Volksgesundheit durch die verheerenden Folgen des Krieges aufs allerschwerste geschädigt worden ist.

Durch die Revolution waren die politischen Voraussetzungen für die Einleitung einer großzügigen Siedlung geschaffen; die alten Mächte des Junkertums und Großgrundbesitzes, die bisher jeder Verringerung der Großgüter feindlich oder zum mindesten unfreundlich gegenüberstanden, waren ausgeschaltet. — Es ist nun das Verhängnis der gesamten politischen Umwälzung, daß sie in einem Augenblick eintrat, wo ihre praktischen Auswirkungen auf ungeheure, kaum überwindbare Hemmungen stießen. Auf kaum einem Gebiet traten diese Hindernisse praktisch-technischer Art schärfer in die Erscheinung, als auf dem der Siedlungsfrage. Der Mangel an Baumaterial sowie an allen für die Anlage von Siedlungen unerläßlichen Inventarien (Möbeln, Vieh, Geräten) oder, soweit diese vorhanden sind, ihr außerordentlich hoher Preis machen zurzeit eine erfolgreiche Siedlung unmöglich. — — — Deshalb bleibt bedauerlicherweise die im großen und ganzen vortreffliche Regierungsverordnung vom 29. Januar 1919 eine, wenigstens im Augenblick, stumpfe Waffe. Diese Verordnung, die im wesentlichen der unmittelbaren Anregung Serings zu verdanken ist, gibt dem Staate oder den von ihm bezeichneten gemeinnützigen Trägern der Siedlungstätigkeit alle Befugnisse in die Hand, die zu einer großzügigen Landreform notwendig sind: das Vorkaufsrecht bei allen Verkäufen von Gütern über 20 Hektar, das Recht der Enteignung, namentlich gegenüber solchen großen Gütern, die während des Krieges von Kriegsgewinnlern oder Spekulanten erworben wurden, oder deren Bewirtschaftung besonders mangelhaft ist. Fernerhin kann sich die Enteignung auch auf die sogenannten „walzenden" Güter erstrecken, d. h. auf solche, die in der letzten Zeit mehrfach den Besitzer gewechselt haben, sodann auch noch auf Güter, deren Besitzer überwiegend abwesend sind. — Die Bereitstellung des Landes soll zunächst in der Form vor sich gehen, daß in allen Kreisen, in denen mehr als 13 v. H. der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf die Betriebe über 100 Hektar entfällt, die Eigentümer dieser Betriebe zu „Landlieferungsverbänden" zusammengeschlossen werden, denen es obliegt, mindestens 1/3 der Großbetriebsfläche zur Verfügung zu stellen. Als Kaufpreis gilt der gemeine Wert ohne Rücksicht auf die besondere Kriegswertsteigerung. Das bei einer außerordentlichen Vermögensabgabe gegebenenfalls als Steuer abgetretene Land soll in Anrechnung gebracht werden. — Die eigentliche Siedlungstätigkeit soll nur in den Händen der gemeinnützigen Landgesellschaften ruhen, die in allen preußischen Provinzen und in den meisten Bundesstaaten unter Mitwirkung des Staates, einer Reihe von Kommunalverbänden (Provinzialverbänden, Kreisverbänden, Städten u. a.) und gemeinnützigen Körperschaften (Landschaften, Genossenschaftsverbänden u. a.) entstanden sind. Den Gesellschaften liegt es ob, gemeinsam mit den Landlieferungsverbänden zu arbeiten, sowie das gesamte Siedlungswerk zu leiten.

Es wird nun vor allem darauf ankommen, diese gemeinnützigen Gesellschaften staatlicherseits derart zu kräftigen und auszustatten, daß sie, sobald die technischen Möglichkeiten vorliegen, mit aller Macht an die Durchführung der Verordnung gehen können. In der Institution des Rentenguts und in dem staatlichen Rentenbankkredit, sowie den bereits vor dem Kriege gewährten Betriebs-(Zwischen)-krediten besitzen wir sehr gute, bewährte und ausbaufähige Grundlagen einer gesunden Siedlungspolitik. — Erfreulicherweise hat bereits die demokratische Fraktion der preußischen Landesversammlung in einem Antrage Vollert-Schreiber den weiteren finanziellen Ausbau der gemeinnützigen Landgesellschaften gefordert. — Gewaltige Mittel werden erforderlich sein, um Zehntausende neuer Höfe mit allem Zubehör einzurichten und die Nachfrage nach Siedlerstellen nur einigermaßen zu befriedigen — aber es gibt keine Anlage, die für den Staat und die Allgemeinheit in höherem Maße ein werbendes Kapital darstellt als gerade die Bauernsiedlung. Sie schafft vor allem Menschen, gesund an Leib und Seele, und in wirtschaftlicher Hinsicht selbständige und leistungsfähige Existenzen. Die Voraussetzungen hierfür sind aber: die Ansetzung geeigneter Siedler zu Bedingungen, die ihnen ein Fortkommen ermöglichen, eine ruhige Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft und eine innere und äußere Wirtschaftspolitik, die der bäuerlichen Produktion förderlich ist. Nur, wenn diese Grundbedingungen erfüllt sind, wird es gelingen, viele Tausende unserer Volksgenossen zur Rückwanderung aufs Land zu veranlassen und die für unsere Zukunft unerläßliche Verbreiterung unserer klein- und mittelbäuerlichen Grundlage mit dauerndem Erfolg zu bewirken.

Walter Hofmann / Von der deutschen öffentlichen Bücherei

In Nr. 4 der „Hilfe" hat Dr. Eugen Sulz, in Verbindung mit einem Bericht über die Büchereizentrale des Zentralinstitutes für Erziehung und Unterricht in Berlin, von der Pflege der freien, nicht schulmäßigen Bildungsarbeit im neuen Deutschland gesprochen. Ich stimme mit Dr. Sulz überein in der Auffassung, daß die freie Bildungsarbeit eine der wichtigsten Aufgaben ist, die vor uns liegen. Handelt es sich doch bei diesen Bestrebungen letzten Endes darum, daß die Nation und ihre Kulturgüter in eine innere, ein organisches Zusammenwachsen ermöglichende Verbindung gebracht werden, daß im Falle der deutschen öffentlichen Bücherei die innere Nationalisierung der Nation durch das höchste Gut der nationalen Kultur erfolge und daß, im besten und reinsten Sinne, die Sozialisierung des deutschen Schrifttums stattfinde. Freilich haftet gerade der volkstümlichen Bücherei — durch ihre äußerliche Verwandtschaft mit der alten „Volksbibliothek" — noch der Armeleutegeruch einer Fürsorgeveranstaltung für eine sozial benachteiligte Schicht der Gesellschaft an, und selbst die Gründer, ja manchmal auch die Leiter neuer öffentlicher Büchereien haben sich von dieser engen charitativen Auffassung noch nicht immer freimachen können und dadurch oft die Werbekraft des großen Kulturgedankens der öffentlichen Bücherei geschwächt. Wir werden zu einer allgemeinen Durchsetzung dieses Büchereitypes nur kommen, wenn wir ihn in seiner allgemeinen gesellschaftlichen Funktion, eben als Organ der Vermittlung zwischen der Nation und ihren höchsten Werten, begreifen. Sobald wir ihn aber so erfassen, können wir seine Bedeutung für das Leben der Nation kaum überschätzen. Nur der könnte achtlos an ihm vorübergehen, der die Nation als notwendige Form des gesellschaftlichen Lebens leugnete oder dem der tiefe Zusammenhang zwischen nationalem Schrifttum und dem innersten Bewußtsein des nationalen Selbst nicht aufgegangen wäre.

Sind wir so von der Bedeutung der deutschen öffentlichen Bücherei, wie sie heute freilich kaum erst in den ersten Anfängen

Digitized by Google

vorhanden ist, durchdrungen, dann verdienen auch alle Maßnahmen unsere vollste Aufmerksamkeit, die auf die Förderung dieser Büchereibewegung in Deutschland gerichtet sind. Es ist aber klar, daß wir es dann nicht bewenden lassen dürfen bei der Empfehlung dieser oder jener Instanz, die mit der Betriebsamkeit, die wir in Deutschland auf kulturellem Gebiete ja bis zum Verdruß kennen gelernt haben, daran geht, Propaganda für die Büchereisache zu betreiben, Auskunftsstellen zu errichten, Fachschulen zu gründen usw. Man verstehe mich nicht falsch, — ich bin der letzte, der die schaffende Tatkraft auch auf unserem Arbeitsgebiete unterschätzte! Alles das, wovon ich soeben, scheinbar vielleicht etwas abschätzig, sprach, habe ich als Leiter der Deutschen Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen ja selbst getan, und es ist ein mir nicht recht begreiflicher Irrtum Dr. Sulz', wenn er annimmt, diese Zentralstelle stehe auf einer schmaleren Basis als die von ihm gewürdigte Berliner Organisation. Alle Bibliothekare, die an der Entwicklung ihres Berufes Anteil nehmen, wissen doch, daß das Gegenteil der Fall ist. Aber auf jeden Fall, — Bedeutung haben alle diese schönen Dinge nur, wenn sie von dem Geiste getragen sind, von dem her die deutsche öffentliche Bücherei ihre innerste Rechtfertigung, ihren Anspruch auf Beachtung und Förderung durch die deutsche Öffentlichkeit herleiten darf. Und wenn sich nun zeigt, daß in einer Bewegung von der Bedeutung der deutschen Büchereisache sich zwei bildungspolitische Strömungen und Schulen diametral gegenüberstehen, die sich in zwei verschiedenen zentralen Organisationen verkörpert haben, dann geht es doch nicht gut an, den Lesern eines Blattes wie „Die Hilfe" nur eine dieser beiden Organisationen gewissermaßen als die höhere Zusammenfassung des deutschen volksbibliothekarischen Wollens vorzustellen. In diesem Sinne, nicht so sehr als Berichtigung, wohl aber als Ergänzung zu den Angaben Dr. Sulz', bitte ich die folgenden kurzen Mitteilungen machen zu dürfen. Ich enthalte mich dabei zunächst einer Empfehlung einer der beiden Auffassungen, ich möchte die Leser der „Hilfe" vor allem unterrichten über das, was ist.

Als die deutsche Bücherhallenbewegung vor zwanzig Jahren einsetzte, war es den Vätern dieser Bewegung, den Ernst Schultze, Constantin Nörrenberg, Roß und anderen eine Selbstverständlichkeit, daß die Bildungsarbeit der deutschen öffentlichen Bücherei nur mit dem echtbürtigen deutschen Schrifttum zu betreiben sei. Alles Gemachte und alles Gefühlsverlogene, für das damals die Namen Marlitt und Eschstruth Symbol waren und für das wir heute die Namen Ullstein und Courths-Mahler setzen könnten, — alles das sollte von der deutschen öffentlichen Bücherei ausgeschlossen bleiben. Und man war im fröhlichen Gründeroptimismus auch des festen Glaubens, daß die Masse das wertvolle deutsche Schriftgut auch lesen würde, wenn es ihr nur erst einmal geboten würde. (Siehe hierzu Dr. Ernst Schultze, Freie öffentliche Bibliotheken. Stettin 1900).

Ganz anders heute! Es ist die übereinstimmende Überzeugung so ziemlich aller derer, die auf diesem Gebiete praktisch gearbeitet haben, daß *heute wenigstens* weite Kreise des Volkes für die echten Werte des Schrifttums nicht zu haben, daß sie dem Talmiwesen rettungslos verfallen sind. Die Gründe dieser betrüblichen Erscheinung darzulegen, würde zu weit führen, ich verweise auf die entsprechenden Abschnitte meiner Schrift „Buch und Volk und die volkstümliche Bücherei". (Leipzig, Th. Thomas Verlag 1916).

Auf Grund dieser gemeinsamen Erfahrungserkenntnis spaltet sich nun die Welt der Bibliothekare unserer volkstümlichen Bücherei in zwei Parteien. Die eine, die sogenannte „Dynamische Richtung", sagt, daß Bildungsarbeit unter allen Umständen nur mit dem „Reinlichen Bildungsmittel", d. h. in unserem Falle mit dem Schrifttum der menschlichen und dichterischen Werte, geleistet werden kann. Bildung kann nicht von angeblichen Bildungsmitteln herkommen, die selbst ein Ausdruck der Verbildung, der Verkümmerung und Versumpfung der Seele und der Sinne des Menschen sind. Sind nun für diese echten Bildungsmittel nicht alle empfänglich, so muß zunächst auf die absolute Masse in der Bildungs- und Büchereiarbeit verzichtet werden, es müssen die Empfänglichen erfaßt und sie als die Geförderten, als die Kern- und Kristallisationspunkte der geistigen menschlichen Gemeinschaft in das Volk hineingestellt werden. Also: Hochhaltung des Bildungs- und Kulturgedankens, Verzicht, nicht auf das Volk, sondern auf die absolute Masse. Die stärkste Förderung der absoluten Masse aber, vor allem der halben und versunkenen Seelen, die uns unser bisheriger Zivilisationsbetrieb in so erschreckendem Maße beschert hat, wird von dieser volksbildnerischen Schule nicht von der Bildungsarbeit, sondern von der religiössozialen Neuorientierung unseres gesamten Volkslebens erwartet, von der Ablösung der kapitalistischen und mechanistischen Gesellschaftsordnung durch die aus dem Geiste der Menschlichkeit und Brüderlichkeit geborene soziale Organisation. Die nähere Ausführung dieser Gedanken siehe in meiner obengenannten Schrift: „Buch und Volk."

Demgegenüber die andere, die sogenannte praktischrealistische Richtung im deutschen Volksbüchereiwesen. Sie geht von der Auffassung aus, daß die volkstümliche Bücherei als „ein Glied des sozialen Organismus" die „soziale Pflicht" habe, dem „Volke aller sozialen Schichten in seiner breiten Masse" zu dienen. An Stelle des Bildungs- und Kulturgedankens als obersten Leitmotivs tritt hier also die Forderung sozialer Gerechtigkeit. Und diese Forderung, in dieser Auffassung, führt dann auch ganz konsequent dazu, der Talmi- und Pseudoliteratur die Tore der öffentlichen Bücherei zu öffnen. Die Vertreter dieser Lehre sind sich des Bedenklichen, das für eine deutsche Volksbildungsanstalt in dieser Wendung liegt, wohl bewußt, und sie fügen daher ihrer Theorie an dieser Stelle eine sozialpsychologische Hilfskonstruktion ein: die These nämlich, daß für den in seinem Gefühls- und Empfindungsleben Korrumpierten die Pseudo- und Talmiliteratur sowohl in bezug auf den subjektiven Ertrag als auch im Blick auf die objektive Förderung dasselbe bedeute wie für den „Empfänglichen" das Schrifttum der Werte. — Die Praxis unserer öffentlichen Büchereien ist dieser Theorie schon längst vorausgeeilt, ja diese Theorie ist aufgestellt worden, um jener Praxis, die sich immer mehr den Angriffen von Bibliothekaren und von Freunden des Volkes, seiner Bildung und seines Schrifttums ausgesetzt sah, ein brauchbares theoretisches Rüstzeug zu schaffen. Die ausführliche Darlegung und Begründung dieser Lehre siehe in dem Sammelband „Büchereifragen" (Berlin, Weidmannsche Buchhandlung, 1914), vor allem in Dr. Sulz' dort veröffentlichten interessanten Aufsatz „Fortschritt und Reaktion in der deutschen Bücherhallenbewegung".

* * *

Dieses also ist der Gegensatz, von dem unsere ganze gegenwärtige Büchereisache erfüllt ist. Und ich meine: ein folgenschwererer Gegensatz ist innerhalb einer Institution, die der Volksbildung und der nationalen Kultur gewidmet ist, überhaupt gar nicht denkbar. Und da ist es nun für den Außenstehenden, soweit er für den großen Gegenstand der deutschen öffentlichen Bücherei interessiert ist, notwendig zu wissen, daß die von Dr. Sulz gewürdigte Berliner Zentrale die Vertretung der realistischpraktischen Richtung ist und daß die dynamische Volksbildungsarbeit der öffentlichen Bücherei sich ihren zentralen organisatorischen Stützpunkt in der deutschen Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen zu Leipzig geschaffen hat. (Interessenten seien auf das Werbeheft der Zentralstelle hingewiesen, das von der Geschäftsstelle, Leipzig, Zeitzer Straße 28, versichert wird). Die Berliner Zentrale, dieser Unterschied ist vielleicht wichtig genug, um noch hervorgehoben zu werden, ist dabei eine von dem zuständigen Dezernenten im preußischen Kultusministerium geschaffene halboffizielle Organisation, während die Deutsche Zentralstelle aus der freien Initiative einer Anzahl von Berufsgenossen hervorgegangen ist. Die Angabe Dr. Sulz', daß die Stadt Leipzig die Deutsche Zentralstelle geschaffen habe, ist unzutreffend und irreführend. Es wäre vielmehr hervorzuheben, daß zu den deutschen Mitgliedern der Zentralstelle — vor allem sind es preußische Bibliotheken, Bibliothekare und Bibliothekverbände — schon seit Jahren hervorragende Fachgenossen des befreundeten und neutralen Auslandes — das bis dahin ganz unter dem Einfluß des englisch-amerikanischen Büchereivorbildes stand — gestoßen sind, und daß Männer wie

Digitized by Google

Ferdinand Avenarius, Rudolf Eucken, Paul Natorp, Wilhelm Waldeyer, Robert v. Erdberg und andere durch ihren Beitritt als außerordentliche Mitglieder sich zu dem Bildungsgedanken der Deutschen Zentralstelle bekannt haben.

* * *

Wie wird nun die Wendung, die unser nationales Geschick genommen hat, auf diese tiefgehenden Meinungskämpfe in der deutschen Büchereisache einwirken? Es sei mir gestattet, hierzu als bildungspolitischer Parteimann noch ein paar Worte zu sagen. Mir erscheint es nicht zweifelhaft, daß im neuen Volksstaat, der den Begriff des Volkes in seinem hohen echten Sinne faßt, kein Platz mehr sein kann für die Volksbildungsarbeit, die zu einer Einschläferung des Volkes mit den Narkotika aus der Sudelküche der bisherigen Unterhaltungs- und Amüsierliteraturfabrikanten führen muß. Es war schon immer ein charakteristisches Zeichen, daß die Vertreter der vom preußischen Kultusministerium geschützten und gestützten Richtung sich mit Vorliebe auf ihren demokratischen und sozialen Standpunkt beriefen, während es berufene Vertreter der sozialistischen Bildungsarbeit waren, die sich zu der von ihren Gegnern als unsozial und undemokratisch verschrienen Auffassung der Deutschen Zentralstelle bekannten.

Es sind aber nicht allein sittliche Erwägungen, die gerade heute sich der praktischrealistischen Richtung entgegenstellen, sondern auch Erwägungen sehr praktischer, sehr realistischer Natur. Büchereiarbeit kostet Geld. Vor den Kosten sind die Gemeinden bisher schon in sehr vielen Fällen zurückgeschreckt, nirgends ist heute, selbst in den vorgeschrittensten Städten, die öffentliche Bücherei wirklich auskömmlich gestellt. Wollen wir also die deutsche öffentliche Bücherei im neuen Volksstaat wirklich durchführen, so müssen die Gemeinden mit weitem Sinne sich zu nicht unwesentlichen finanziellen Opfern bereit finden. Sie werden sich vielleicht trotz ihrer üblen Finanzlage bereitfinden, wenn ihnen von allen Seiten, auf die die Nation zu hören Ursache hat, gesagt wird, daß es sich hierbei um eine Aufgabe von höchster nationaler und kultureller Bedeutung handelt. Ganz anders aber das Programm der praktischrealistischen Richtung — es führt zu einer Verdoppelung und Verdreifachung der Benutzerzahl und damit noch einmal zu einer außerordentlichen Erhöhung der Kosten. Und das, damit Frl. Klärchen Schulze ihre Courths-Mahler, Frau Paula Schulze ihre Marlitt und Fritz Schulze jun. seinen Karl May lesen können. Also eine uferlose Erhöhung der Kosten, nicht für eine national wichtige, sondern vielmehr für eine das nationale Gefühl beschämende Aufgabe. Eine solche sinnlose, eines tieferen Verantwortungsgefühls entbehrende Luxuswirtschaft hätten wir uns vielleicht nach einem „glorreich" ausgegangenen Krieg mit Eroberungen und Entschädigungen leisten können, der verlorene Krieg verbietet uns, Gott sei Dank, eine derartige deutsche „Kulturpolitik" auf viele Jahre hinaus.

* * *

Hans Harbeck / Fritz von Unruh

Der Lügenturm des militärischen Machtwahnsinns ist mit weithin hörbarem Poltern in sich zusammengebrochen, und alsbald hat das Verlangen des deutschen Volkes nach aufrichtiger Geschichtschreibung und nach dem Dichter, der die ungeheure Erlebensfülle des großen Krieges in einem Werk von höchster menschlicher Freiheit zu bewältigen vermag, einen nahezu leidenschaftlichen Charakter angenommen. Dieser Zeitstimmung verdankt der junge Fritz von Unruh den (zweifelhaften) Vorzug, der am meisten überschätzte Dramatiker der Gegenwart zu sein. Die durchschnittliche Kriegspoesie ist mit langweiligem Eifer darauf erpicht, die Vortrefflichkeit des eigenen Volkstums zu besingen und in wechselnden Tonarten zu verherrlichen, während auf der anderen Seite eine Gruppe von verzückten Friedensfreunden nicht aufhört, die Fahne der Brüderlichkeit und der allerbarmenden Liebe zu entrollen und im Wind flattern zu lassen. Beide Gattungen von Poesie kranken an dem Fehler der Voreingenommenheit und begeben sich zu ihrem Nachteil auf das schwankende Gebiet parteipolitischer Bestrebungen. Sie schmachten im Käfig der Zeitgebundenheit. Demgegenüber muß anerkannt werden, daß Fritz von Unruhs Tragödie „Ein Geschlecht" mit bemerkenswerter Energie danach trachtet, die Gitterstangen dieses Käfigs zu zerbrechen und adlergleich in die Regionen des reinen Geistes sich zu erheben. Dieses Trachten ist an sich schon löblich, und der Umstand, daß es sogar zu ernsthaften Ergebnissen geführt hat, fördert zu weiteren Sympathiebezeugungen für den Dichter und seine Schöpfung heraus. Aber ich halte es für einen kindlichen Mißbrauch ehrwürdiger Begriffe und für einen Beweis arger Verwirrung im Bereich der ästhetischen Kritik, wenn man vor Unruhs Tragödie, in trunkener Begeisterung sie für das schlechthin stärkste Werk der ganzen Epoche erklärend und den Tag der Frankfurter Uraufführung als ein literarisches Epiphaniasfest feiernd, bedingungslos auf die Knie fällt und in ihr das erste leuchtende Sturmzeichen einer neuen überwirklichen Bühnenkunst erblickt. Antinaturalistisch ist die Gesinnung, die die Dramatiker der jüngsten Generation erfüllt, und darum hat Unruh im Lager der Expressionisten freudige und dankbare Zustimmung gefunden; denn seine Tragödie ist (ausdrücklich) an kein Zeitkostüm gebunden und macht nicht individuell ausgestattete Menschen, sondern überlebensgroße und symbolhaft wirkende Gestalten zu Trägern der dramatischen Handlung. Der Jubel der Wirklichkeitsüberwinder klingt um so aufrichtiger und voller, als Unruh ein bekehrter Sünder ist, der nach einigen in jugendlicher Verblendung begangenen Torheiten reumütig an die Brust der alleinseligmachenden Göttin der Wahrheit sich geworfen hat.

Fritz von Unruh hat vor dem „Geschlecht" zwei Dichtungen veröffentlicht, die, nehmt alles nur in allem, als Hohenzollerndramen bezeichnet werden müssen, nämlich: „Offiziere" (1911) und „Louis Ferdinand, Prinz von Preußen" (1914). Das Erstlingswerk zeigt viel angeborenen Sinn für straffe Form und effektvoll zugespitzte Dialogführung und stellt mit verblüffender Unbekümmertheit einen Kontakt zwischen Kleist und — Hardenberg her. Der „Louis Ferdinand" schlingt allerlei romantischen Zierat um einen blonnysischen Hohenzollernjüngling und verrät bereits eine ausgesprochene Vorliebe für die abkürzende und sprunghafte Technik der heute herrschenden Richtung. In beiden Dramen greift törichte Ruhmsucht keck nach den Sternen, und in beiden Dramen erscheint der Krieg als die höchste Stufe menschlicher Betätigungsmöglichkeit. Nur auf dem Schlachtfeld ist Unsterblichkeit zu erwerben. Des Königs Rock gilt als das Maß aller Dinge, soldatische Tapferkeit als des Mannes vornehmste und erstrebenswerteste Eigenschaft. Kurz und — nicht gut, der Verfasser dieser hitzigen Theaterstücke betrachtet die Welt durch die Brillengläser des Militarismus und huldigt jener subalternen Gesinnungstüchtigkeit, die der alte Vater Gleim, Anakreontiker und Patriot dazu, in seinen preußischen Kriegsliedern mit unvergleichlicher Einfalt gepriesen hat, und darum erinnern diese junkerlichen Anfänge des Dramatikers Fritz von Unruh heute schon (streckenweise wenigstens) an einen historischen Maskenball!

Das Feuerbad des wirklichen, am eigenen Leib und in eigener Seele schmerzlich erlebten Krieges hat in dem Dichter der „Offiziere" eine radikale Sinneswandlung hervorgebracht. Auf den Leichenfeldern vor Verdun sind seine knabenhaften Einbildungen zerronnen. Der Bau der preußischen und sozusagen mittelalterlichen Weltanschauung ist krachend zusammengestürzt und hat unter seinen Trümmern manchen rührenden Traum von Glück und Mannesehre begraben. Aber den Dichter haben wehes Entsetzen und flammende Empörung ergriffen, und in seines Hirnes dunkelsten Zellen ist blitzhell eine bessere Einsicht in den Plan der Menschheitsgeschichte aufgekeimt. Aus furchtbaren seelischen Erschütterungen hat er das Licht einer neuen Erkenntnis gewonnen, und die Tragödie „Ein Geschlecht" (begonnen im Sommer 1915 und beendet im Herbst 1916) erweist sich als das erste poetische Denkmal seiner Bekehrung!

Die Mutter beerdigt mit ihrem jüngsten Sohn und ihrer Tochter auf kahlem Bergesgipfel fromm den schlachtgefallenen Stammling. Ehe noch das Grab geschaufelt ist, werden von Soldaten

Digitized by Google

haldenblößt und „wildzersträubt“ zwei weitere Söhne gebracht. Die Familie ist nun vollzählig; denn der Gatte und Vater ist „vor der Zeit“ gestorben. Der älteste Sohn, der in maßloser Gier ein Weib geschändet, und sein Bruder, der sich der Feigheit Ekel aufgeladen, werden zu beiden Seiten des Kirchhoftores festgebunden. Sie sind zum Tode verurteilt, aber der zum Henker bestimmte jüngste Sohn läßt das Beil sinken und fällt ohnmächtig um. Er wird auf den Befehl des Soldatenführers mit in das Kampftal geschleppt, um „in der Schlacht zum würdigen Glied des großen Volkes gehämmert“ zu werden, und es bleiben außer den beiden Geächteten nur die Mutter und die Tochter auf dem nächtlichen Gipfel zurück. Und nunmehr brechen alle Instinkte der beleidigten Natur wie Raubtiere aus dunklen Höhlen hervor und zerfleischen sich gegenseitig mit mordsüchtigen Zähnen. „Schleuderglut der Sinne irrt wie Wirbelsturm durch Trümmer.“ Während sich der feige Sohn darauf beschränkt, hin und wieder kläglich zu wimmern, klettert der älteste Sohn auf der Leiter des Gefühls bis zu schwindliger Höhe empor und lockt die Schwester in den roten Kraftrausch seiner Gottverachtung. Düstere Wolken ballen sich. Qualvolle Liebesbrunst treibt die Schwester in die Arme des unheimlichen Bruders, und mit erhobenem Spaten sucht die entsetzte Mutter das schändliche Paar zu trennen: „O Gräßlichstes! Mein Auge fault daran!“ Aber dann ringt sie sich zu einer jenseits von Gut und Böse gelegenen Betrachtungsweise durch und verteidigt die ewigen Rechte des Lebens gegen den „Weltvernichtungsgeist“. Sie macht den Wahnsinn des Krieges verantwortlich für die Leiden und die Verirrungen ihrer Kinder und ruft alle Mütter zu einem „Blutbund“ auf. Die Eintracht wäre wiederhergestellt, wenn nicht jetzt der älteste Sohn, von einem dämonischen Erkenntnisdrang angepeitscht, gegen die Naturgesetze sich empörte und die Götzenbilder kindlicher Ehrfurcht frech zertrümmerte. Er will heraus aus jeder „Knechtung“, um dorthin gelangen zu können, wo wirklich Wahrheit herrscht. Sein faustischer „Urtrotz“ reißt alle Schranken nieder und alle Vorhänge auf. Sein wildes Begehren macht nicht vor Abgründen halt.

„Und ist die Kraftfaust wirklich gottverschlossen —,
Ich bieg' sie auf, bis sich in flacher Hand
die Linien aller Rätsel vor mir lösen!“

Wut über die eigene Schwäche verwandelt ihn in einen Rasenden. Er stemmt die Schwester gen Himmel und wirft sie fort. Er packt die Mutter. Und er stürzt sich schließlich, um nicht „vom Beil der Macht geköpft“ zu werden, rücklings in den Kirchhof. Der freiwillige Tod erlöst ihn von dem Zwang, „Knecht“ zu sein. Die Schwester umklammert seine Leiche und faßt, um nicht den „Machtgeist“ füttern zu müssen, den Entschluß, keinem Mann je ihren Schoß zu schenken. Aber die Mutter reckt sich wie eine triumphierende Gottheit empor und schöpft aus dem jammervollen Untergang ihrer Kinder die prophetische Gewißheit, daß eine neue Zeit anbrechen wird. Sie entwindet den aus siegreicher Schlacht zurückkehrenden Kriegern den Führerstab und begrüßt den grauenden Morgen.

„Schon pfeift's um mich wie junger Gertenschlag
und bricht aus leichenfatten Feldern, Sturm!
Da jauchzt er! Hei, wie seine Schauer
vor Überglück erwachte Schollen schütteln!“

Und:

„Es naht der Tag, voll Lachen steigt er auf,
da wir von der Erinnrung harter Last,
die uns in unsres Ursprungs Dämmer zwingt,
befreit sind, und wie Adler hoch im Flug
der Uralgebirge Gipfel selig streifen!“

Wohl wird auch sie von rohen Fäusten auf den Gräberhügel geschossen, aber der Soldatenführer, bis ins Innerste erschüttert, schleudert seinen blutbefleckten Mantel fort, und der jüngste Sohn, den die jählings erleuchteten Kameraden jubelnd auf die Schultern nehmen, stürmt zu Tal mit den Worten:

„O Mutterhauch,
von dir geschmolzen rolle die Lawine
auf die Kasernen der Gewalt hinab,
und was sich je zu frech ins Blau gebaut,
fall ihn!“

Die ohnedies reichlich verworrenen seelischen Vorgänge sind leider in eine Sprache gekleidet, die den Sinn eher erdrückt als enthüllt. Fritz von Unruh teilt mit den Expressionisten nicht nur die hemmungslose Leidenschaftlichkeit des Hasses und der Liebe, sondern auch den Überschwang der gleichsam von Fieberschauern geschüttelten Diktion. Aber mich dünkt durchaus, daß dieser (früher erfolgreich an Kleist sich anlehnende) Dichter zu seinem Schaden und ohne wirkliche innere Notwendigkeit der modischen Literaturströmung sich angeschlossen hat. Seine Tragödie zeigt starre und krampfhaft verzerrte Züge und entbehrt jener organischen Wohlgeratenheit, die das Kennzeichen des großen Kunstwerks ist und immerdar sein wird.

In irren Zickzacklinien schweift die ruhelos suchende Phantasie des Dichters von Pol zu Pol. Psychologische Unsicherheit verbirgt sich notdürftig hinter breitbrüstigen Phrasen, die wegen ihrer inneren Haltlosigkeit eher Mitleid als Furcht einflößen. Aber aus chaotischen Gefühlsballungen und krausen Satzgefügen bricht hier und da die Blume Schönheit hervor und schüttet ihren unirdischen Glanz auch über Dornen und Disteln aus. Fritz von Unruhs Tragödie „Ein Geschlecht“ ist trotz ihrer peinlichen Unzulänglichkeiten ein aus echtem Sturm und Drang geborenes Bekenntnis und läßt, was die Eindringlichkeit der dichterischen Gesamtwirkung anbelangt, die den Kriegsproblemen gewidmeten Theaterstücke eines Lion Feuchtwanger („Die Kriegsgefangenen“), eines Hans Franck („Freie Knechte“) und eines Carl Sternheim („Tabula rasa“) um etliche Entfernungseinheiten hinter sich zurück.

Margarete Rothbarth / Wilhelm Schäfer

Wir leben im Zeitalter des Kampfes und des Krampfes. Bewegung läuft jetzt nicht in ruhigen, zweckmäßigen Bahnen, sondern stößt und drängt, überschlägt sich, verläßt den ihr vorgeschrittenen Weg, reißt Wunden und gräbt Löcher — und erreicht bei all diesen Umwegen, durch die sich schöne, dem Leben dienstbare Energie verschwendet, weniger ihr Ziel, als ihr's im gleichmäßigen Gang gelungen wäre, bleibt zurück und versäumt Zeiten, die kostbar und unwiederbringlich sind. Warum? Ist's, weil die Götter, die sie verderben wollen, mit Windheit schlagen, oder liegt ein tiefer Zweck darin, daß erst nach leidvoller Prüfung die Erfüllung kommen soll? „Soll dich der Olymp begrüßen, arme Psyche, mußt du büßen . . . .“

Mehr denn je verlangt man aus dem wüsten Getriebe des schmerzlichen Alltags in das reine Reich der Kunst. Aber auch da empfängt grellfarbiger Aktivismus, zerrt von einem Schlagwort zum nächsten, bedrängt mit Inhalten und Formen, deren gutes Recht es ist, sich auf den draußen tobenden Kampf der Geister zu berufen und seine Verkünder zu sein — dem Ruhe Suchenden, Umhergetriebenen ersetzen diese Steine nicht einmal das Kriegsbrot. Wo findet der Speise, den nach Stille und Schönheit und Sicherheit verlangt, abseits von dem Chaos einer bedrückten Gegenwart und doch im Zusammenhang mit seiner Generation?

Gewiß, er brauchte sich ja nur in seinen Wünschen zu beschränken und die Toten zu beschwören, und hilfreich nahen sich die guten Geister des Alten von Weimar, des Pfarrherrn von Cleversulzbach, des Züricher Stadtschreibers. Wie aber, wenn er das Heute fassen will, wenn Goethe, Mörike, Keller ihm mit all ihrer Größe und Wärme wohl zwar Ruhe und Frieden, nicht aber das unwägbare und doch so schwer zu vermissende Aroma seiner Zeit reichen? Wie dann?

Digitized by Google

Wohl mag es manchem eine Anmaßung erscheinen, wenn man für einen solchermaßen um Hilfe Rufenden neben dieser freundlichen Trias auf Wilhelm Schäfer, den Rheinländer, weist. Einmal, weil an diesen Großen gemessen, das Wort Epigone doch nicht ungerechtfertigt sei und ferner, weil man bei diesem, im Historischen wurzelnden Künstler vom Rhythmus unserer Zeit mit geringen Ausnahmen in seinen Werken wenig genug verspüre. Das erste sei allenfalls zugegeben; das zweite aber ist nicht richtig, ist falsche Einstellung oder mangelndes Stilgefühl. Denn trotz des altväterischen Stils und des historischen Stoffs spürt man den Menschen unserer Zeit durch die Einstellung, wie er die Dinge sieht, und durch die stoffliche Auswahl, die er trifft. Es gehört gerade zum Wesen von Schäfers Kunst, daß nichts in seinem Schaffen zufällig ist, daß alles durch den Ring eines eigenartigen und schöpferischen Geistes zusammengehalten wird — wie er selbst denn auch sein Leben und seine Kunst durchaus fatalistisch betrachtet, und alles als sinnvoll gewachsen, von seiner ersten kleinen Novelle bis zum krönenden Lebenswerk, dankbar und freudig erkennt.

Wollte man über Wilhelm Schäfer, den Künstler und Gestalter, etwas aussagen, wie er geworden und was er ist, so müßte man bescheiden zurücksetzen und auf ihn selbst verweisen, wie er in seinem „Lebensabriß" in klaren und eindringlichen Linien seine Entwicklung und seine Ziele vorführt. (Diese kleine autobiographische Skizze, die Aufsätze der Freunde sowie alle erzählenden Schriften Schäfers sind im Verlag von Georg Müller in München erschienen.) Oder man greife zu der Gabe, die seine Freunde dem Künstler zum 50. Geburtstag (20. Januar 1918) dargebracht haben; Richard Dehmel, Leopold Ziegler, Schmidtbonn und viele andere vereinigen sich da, um zu sagen, was ihnen der Dichter war und ist. Fast sollte man denken, nach diesem schönen, von berufenen Händen gewundenen Kranz wäre es überflüssiges Beginnen, noch eine Blume des Lobes hinzuzufügen — und doch trägt man keineswegs Eulen nach Athen, wenn man seine Stimme erhebt zu seinem Lobe. Zu wenig ist er noch bekannt im lieben Vaterlande, er, der als letztes und größtes ein Werk schaffen will, das ganz dem deutschen Volke gehört, auf daß es zur Selbstbesinnung komme, nachdem ein böses Schicksal es sich selbst entfremdet und es zum leichtfertigen Erbe des Guts seiner Väter, das es nicht zu nutzen verstand, gemacht hatte.

Wilhelm Schäfer ist Rheinländer, und die leichte freie Luft seiner Heimat weht durch seine Werke; der alte Kulturboden dieses schönen Landes verleiht ihnen Kraft und Inhalt. Der „Rheinische Antiquarius", ein Sammelsurium merkwürdiger Begebenheiten, hat ihm den Stoff zu den meisten seiner köstlichen Anekdoten gegeben, jenen Novellen und Historien, die in ihrer eigenartigen schlanken und kapriziösen Form einen ganz neuen Typ unserer Literatur darstellen. „Was mir am übelsten an der landläufigen Erzählung erschien, war eigentlich — abgesehen von der unzulänglichen Gestaltung — die Armseligkeit des Stoffes, der sich fast ausschließlich darum drehte, ob ein Hans seine Liese bekam. Gewiß ist die Liebe der „Dichtung Kern", aber ihr Mißbrauch als Spannungsmittel schien mir immer ein blöder Unfug; so bin ich stolz darauf, daß in meinen novellistischen Versuchen die sogenannte Liebesgeschichte keine Rolle spielt, daß sie wenigstens einen Anlauf nehmen, den ganzen Umkreis des Lebens abzuwandeln." Daß er seinen Novellen den auf den ersten Blick mißverständlichen Namen Anekdoten gab — hundert möchte er in seinem ganzen Leben vollenden, vorläufig dürfen wir ihn für vierzig danken! — sollte nichts anderes besagen, als daß sie in irgendein Stück Weltgeschichte anekdotisch, d. h. von einer zufälligen Seite aus hinein leuchten.

Es ist ein eigener Genuß, in den kurzen Andeutungen des „Lebensabrisses" zu erfahren, wie Schäfer zu seiner Kunst und dem ihm eigenen Stil gelangt ist. Der begabte Junge, aus ärmlichen Verhältnissen erwachsen, verspürt in sich einen heftigen Drang zum Zeichnen und Malen, und nur, um als Lehrer noch genügend Zeit für seine Lieblingsbeschäftigung zu behalten, quält er sich durch die Öde des Seminars und sieben Jahre Lehrertum hindurch, um dann, statt in die Malerei, gleich in die Dichtung zu geraten. Zuerst mit nicht schwerwiegenden dramatischen Versuchen, um dann sicher und planvoll den Weg seiner Bestimmung zu gehen. Ein gutes Geschick hat ihn davor bewahrt, seine beste Kraft eigensinnig da zu verzetteln, wo zwar viel guter Wille, nicht aber seine Hauptbegabung lag. Man denkt hier unwillkürlich an Gottfried Keller, der sich ja geradezu in das Schaffen für die Bühne verbiß, und in der Hoffnung, hier noch etwas zu erreichen, seine besten Jahre vertan hat. Mit dem Schweizer hat er ja nicht nur die malerische Ader und die unglückliche Liebe zu den weltbedeutenden Brettern gemeinsam, sondern an ihn gemahnt auch seine epische Einstellung — es liegt eine enge Nachbarschaft zwischen den Sieben Legenden, den Züricher Novellen und den Anekdoten. Wie denn Schäfer zweifelsohne zu der Gruppe der optischen Künstler gehört, die Goethe, Mörike, Keller zu den Ihren zählen dürfen, während seine kühle, klare Art fern der Unruhe aus dem musikalischen Künstlertum der Romantik erwachsen ist. Auch heute greift Schäfer zuweilen zum Pinsel, und nach der Anspannung seines großen Pestalozzi-romans im Kriegsfrühjahr 1915 hat er Trost und Erquickung in der Kunst seiner Jünglingsjahre gefunden.

Und die „Rheinlande", die er in Düsseldorf herausgibt und die literarisch auf einer bemerkenswerten Höhe stehen, so daß man ihnen ein Wachstum über ihr enges Provinzdasein hinaus wünschte — die „Rheinlande" weisen lange Reihen von künstlerischen Aufsätzen aus seiner Feder auf. Auch der „Verein der Kunstfreunde in den Ländern am Rhein" verdankt seine Blüte manchem befruchtenden Artikel aus seiner Feder und der Hingabe, mit der er dem organisatorischen Teil dieser Unternehmung sich unterzogen hat. Schließlich ist es auch kein Zufall, wenn dieser Maler-Dichter sich Stauffer-Bern, den Künstler, der auf allen drei Gebieten der bildenden Kunst sich versucht hatte, in den Mittelpunkt und zum Helden eines seiner größten Werke auserkor.

Diese Werke hier zu zergliedern, ist nicht der Platz — sie durch ein paar knappe, in ihr Wesen hineinleuchtende Sätze auch für den mit ihnen Unbekannten zu charakterisieren, dazu bedürfte man schon der Stilkunst ihres Schöpfers. Das Altväterische im Ausdruck und Satzbau, das deutlich und nach des Dichters eigener Aussage in selbständiger Nachfolge des Kalenderfreundes Johann Peter Hebel erwachsen ist, ist in eine neue Sphäre gerückt durch den Rhythmus der Sprache, der jeder Erzählung ihr eigenes Tempo verleiht. Schäfer hat uns einen Blick in seine Werkstatt gegönnt, als er in einem Bonner Vortrag auseinandersetzte, wie er das Stoffliche seiner Anekdoten den alten Vorlagen abfing und wie er stilistisch schon durch die Anfangszeilen die Melodie intonierte, in der sich dann die ganze Erzählung bewegt.

Die strenge Zucht, in der der Dichter seine Sprache hielt, macht ihn dann auch würdig für das große Werk, dessen Vollendung er sich als höchstes Ziel gesetzt hat: die Geschichte der deutschen Seele. „Wie das deutsche Volk mit der Völkerwanderung eintrat in das Licht der Geschichte, wie es seine Seele im Mittelalter am Christentum anschwellen ließ zu einer Inbrunst sondergleichen, wie sein Gewissen erwachte in der Reformation und den Kampf auskämpfte, auf dem der moderne Menschengeist steht, wie es sich selbst, dank seiner Fürsten, an die Sonne von Versailles verlor, bis es in den Dichtern und Denkern um 1800 endlich wieder für sein eigenes Dasein erwachte: das ist eine Odyssee im großen Ausmaß, wenn aus dem Ballast fürstenhistorischer Vorgänge das Schicksal der suchenden leidenden Volksseele aufgedeckt und gestaltet wird." Ein Teil dieses großen Werkes ist bereits zur Vollendung gediehen: Wie Jesus von Nazareth der Deutschen Heil wurde — prachtvolle knappe Ausschnitte aus der deutschen Geschichte bis zu Luthers Bibelübersetzung. Wollte man die Stoffauswahl banausisch definieren, so könnte man sie für das Muster dessen erklären, was ein künftiger Geschichtsunterricht, der sich von dem Dogma der Schlachten- und Fürstenhistorie freigemacht hat, der deutschen Jugend bieten müßte. Und es wäre gewiß auch in des Dichters Augen der schönste Erfolg, die Jugend aufzuwecken dafür, daß sie die einzelnen Glieder seiner Kette fassen und in ihrer künstlerischen Eigenart werten könne. Nach Homer und dem Nibelungenlied das dritte große Epos eines Volkes — unseres Volkes! Ein Geschenk der Götter, in einer Zeit, da man am wenigsten darauf hoffen konnte.

Digitized by Google

Neben diesen beiden Schöpfungen mit historischer Wurzel, dem umfassenden Hauptwerk, erwachsen aus einem Gedanken, und den bunten, zuweilen leichtfüßigen Anekdoten, stehen die beiden anderen: „Die Chronik einer Leidenschaft“ und „Der Lebenstag eines Menschenfeindes“. Das Pestalozzibuch ist das Reifste und Abgeschlossenste, was Schäfer bisher geschaffen hatte. Die reine Menschlichkeit, die sein Held vertritt, sein Ringen mit den mißgünstigen Gewalten des Alltags, die Idee, die der Leitstern seines Lebens ist — das alles greift uns ans Herz, als handele es sich um unser aller heutiges Schicksal, so daß von dem historischen Requisitenroman, wie er durch Ebers und Dahn diskreditiert wurde, nichts als der gemeinsame Name übrigbleibt. Noch mehr gilt das von Karl Stauffer-Berns Leidensgang, der ja auch nach quellenmäßiger Unterlage gearbeitet ist, der aber so suggestiv wirkt, daß man keinen Augenblick loskommt von dem Gedanken, hier die wirkliche unerbittliche Autobiographie des unglücklichen Künstlers von seiner eigenen Hand vor sich zu haben. Alles Zufällige schwindet vor dem ewig typischen Schicksal dessen, bei dem Wollen und Können sich nicht deckten — „und so zerrann ihm seine Kunst wie sein Leben“, wie Goethe von dem Stauffer verwandten Christian Günther sagt.

Neben diesen Gegenwartsroman tritt ebenbürtig die „Unterbrochene Rheinfahrt“, die wunderlicherweise noch weniger bekannt ist als die anderen großen Werke. Es gibt kaum ein Werk in unserer neuen Literatur so voll schwermütiger Weisheit und bitterer Wahrheit, die selbst der mildernde Rahmen rheinischer Munterkeit nicht abzublenden vermag. Wie dieser Basler Patriziersohn seinem Lehrer entläuft und von dem Zufall einer Schiffsbekanntschaft sich in Gefahr und Schuld verstricken läßt; wie ihm „der Schaukasten seiner Knabenträume an der Wirklichkeit zerbrochen und ein Abenteuer zum Erlebnis geworden ist“: das ist so reif und groß gesehen, daß alle Qual und alle Lust des Daseins sich in diese schmalen Bändchen zusammendrängt. Welch ein Künstler!

Nicht alles kann auf so knappem Raum aus der reichen Lebensarbeit des Fünfzigjährigen erfaßt werden. Es fehlen die „Rheinsagen“, die weit über ihre Heimat erklingen könnten; es fehlt die tragische „Halsbandgeschichte“, die Marie Antoinette lange vor ihrem Gang aufs Schafott den Todesstoß gab. Und schließlich fehlt die leidvolle Erzählung von den „Mißgeschickten“, die in des Dichters Leben so wehmütig verflochten ist, das einzige, was einen subjektiven Ton anklingen läßt. Alles aber gehört zueinander. Denn, was dieser Künstler auch geschaffen hat, so steht es zwar fest und selbständig für sich auf der wohlgegründeten Erde; seine rechte Beleuchtung aber erhält es doch erst im Zusammenhang mit dem Ganzen. Denn da jedes Werk aus einer wirkenden Kraft und Anschauung erwachsen ist, so erhält es Sinn und tiefere Bedeutung erst durch die Nachbarschaft und Hilfe seiner Brüder, und alles rundet sich in Neben- und Miteinander prachtvoll und zweckmäßig zum schönen Ganzen: so daß man keine Stufe vermissen möchte, die zu dem Altare des krönenden Lebenswerks führt, wie es der Dichter seinem geprüften Volke als erhabenes Geschenk in Aussicht gestellt hat.

Naumann / Fortschritt!

Das Zauberwort Fortschritt hat viel von seinem guten Klange verloren, seit die Technik zur Zerstörerin wurde. Wir sahen in kurzen Monaten mächtige Fabriken entstehen, wunderbare Hallen. Wozu? Für Kriegsmaterial! Wir sahen die Eisenbahnzüge rasen. Wofür? Für den Krieg! Das alles liegt wie ein gespensterhafter Traum hinter uns. Es mußte sein, aber es hat uns nichts geholfen; die Feinde haben uns zerdrückt. Unsere Wirtschaft liegt am Boden. Ob sie wohl wieder wird Schritte und Fortschritte machen können? Ja, sie muß es, sie kann es! Auch unter den schwersten Lebensbedingungen ist ein Rest von Energie vorhanden. An ihn knüpfen sich unsere Hoffnungen. Wo es noch menschlichen Schöpfergeist gibt, ist noch kein Anlaß zum Verzweifeln. Sind wir auch arm, belastet, verschuldet, verhöhnt und beschimpft, so wollen wir doch trotzdem nicht sagen, daß wir gar nichts seien. Unser Acker kann wieder Frucht tragen, und unser Gewerbe kann wieder blühen. Rufet das hinaus bis an alle Enden unseres Landes, damit die Gemüter sich aufrichten! Wir haben noch immer einen geheimen Schatz, den uns die Bosheit der Welt nicht rauben konnte: wir sind ein fleißiges, anstelliges, denkendes Volk, eine technische Nation. Wenn wir vor dem Kriege von einem Hektar etwa 20 Hektoliter geerntet haben, so wird es uns nicht versagt sein, mit noch besserer Pflege der Feldbereitung 25 und mehr zu erzielen. An die Wand, an der vier Rinder standen, werden wir fünf bringen, bis wir die Ställe erweitern können. Das Eisen muß wieder fließen wie in den besten Tagen, und selbst der Webstuhl wird mit irgendeinem Faserstoffe wieder klappern. Bei dem allen wird es wie ein Wurm an unserer Seele fressen, daß wir ausnahmslos Lohnknechte der Fremde wurden, aber wir sind entschlossen, das nur als vorübergehend anzusehen. Unsere Kinder werden wieder für sich selbst arbeiten. Um dieses Fortschrittes willen, behalten wir unsere Tüchtigkeit.

Beate Bonus / Nun lern ich tun, wie ihr Kleinsten tut

Vögel mit klingendem Singemund,
Hasen am Berg und im Wiesengrund,
Ihr unter Welten und Sonnen so klein,
Wie traut ihr euch immer so fröhlich zu sein?

Eichhorn und Vögel und Tierlein im Wald, —
Viel kleiner noch ist meine Seele gestalt't.
Ich werf sie in Strom, ich werf sie ins Meer,
Sind alle Gottes, — mich kümmert nichts mehr.

Brandung war ich und Sturm und Glut,
Nun lern ich tun, wie ihr Kleinsten tut.
Ein Hauch von Gott, der das All durchzieht,
Irgendein Ton in dem großen Lied.

Hans Dittmer / Meine Wiesen

Einmal, da — wenn sich das alte Summen
mit dem tiefen Rot zusammensehnt
und der Abend sich mit weißen Sternen
auf die sanft verwehten Wiesen lehnt —

Einmal werde ich verwundert fragen —
wie die Mühle, die uns heimlich winkt,
und an einem fremden Himmel tragen . . . .
bis der Mond auf meine Wiesen sinkt.

Digitized by Google

Sprechsaal

Der springende Punkt im Programm.

Der erste Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei rückt heran. Schaffung des Parteiprogramms ist seine Hauptaufgabe. Von ihrer Lösung hängt — angesichts der dem ersten Aufschwung gefolgten Versumpfung ihres geistigen Lebens — außerordentlich viel für die Zukunft der Partei ab.

Gedacht als Linkspartei, sind wir eine Mittelpartei geworden. Zurück zur Idee der Gründer! möge der Programmberatung als Leitstern voranschweben.

Über die meisten Forderungen werden wir uns — Blick für das Wesentliche und Verständigungswillen vorausgesetzt — leicht einigen.

Der Finger sei gelegt auf die erfahrungsgemäß wundeste Stelle, den Trennpunkt von der Sozialdemokratie: unsere Stellung zum Wirtschaftsproblem.

Die von Erkelenz kürzlich hier mitgeteilten Leitsätze der demokratischen Sozialisierungskommission haben mich, offen gestanden, wenig befriedigt. Mit den landesüblichen Schlagwörtern: Hier Kapitalismus — hier Sozialismus! ist es nicht getan. Wir müssen das Problem anders angreifen, resolut an der Wurzel.

Auf dreierlei kommt es in der Wirtschaft für uns an: Besitz an den Produktionsmitteln, Organisation des Produktionsbetriebs, Verteilung des Produktionsertrags.

Nr. 1 — die Frage: Individual- oder Sozialkapitalismus? — wird m. E. zu Unrecht in den Vordergrund geschoben. Ich stelle sie daher bis gleich zurück.

Nr. 2 — die Demokratisierung des Betriebs, das wirtschaftliche Rätesystem — wird mit unserer Zustimmung in der Verfassung vor Anker gehen.

Und nun Nr. 3, die Verteilung des Produktionsertrags. Sie muß das Kernstück unseres sozialwirtschaftlichen Programms werden. Sie ist es, die letzten Endes hinter dem Vergesellschaftungsproblem steckt. Der bisherige „kapitalistische" Verteilungsmodus ist nichts Gottgewolltes, Unabänderliches. Ist ein Krebsschaden, der das ganze Volksleben vergiftet. Die Privatinitiative verliert sich in zahlreiche Irrwege und überschwemmt das Land mit kulturwidrigem Firlefanz. Unverdienten Rieseneinkommen und -vermögen stehen Minimallöhnungen und Besitzlosigkeit gegenüber (Großlandbesitz und Großgeldbesitz, die getreuesten Schildknappen der Reaktion!).

Der Liberalismus konnte und kann, seiner Manchesternatur folgerichtig entsprechend, an dieses Problem nicht herangehen bzw. es nur negativ, höchstens kurpfuscherisch lösen. Eine Demokratie, die sich daran vorüberdrücken wollte, verkennt die Zeit und hat keine Zukunft. Sozialpolitik allein tut es nicht. Die moderne Demokratie muß sich unzweideutig dafür einsetzen, daß die Produktion, gemäß dem geistigen wie körperlichen Arbeitsanteil, gerecht verteilt wird. Nicht schematisch, gleichmacherisch. Nach der Tüchtigkeit! Begrenzung der Einkommen und Vermögen nach unten und oben. Nivellierung, nicht Egalisierung!

Auf welchem Wege? Der Sozialist schwört auf den einen: Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Wir sind skeptischer, Feinde des Dogmas gegenüber der Mannigfaltigkeit des praktischen Lebens. Viele Wege führen nach Rom. Auf welchem wir zur wirtschaftlichen Gerechtigkeit kommen, ist weniger wichtig, als daß wir hingelangen. Sozialismus ist nach dieser Anschauung nicht Ziel, sondern Weg. Ein Mittel, nicht das Allheilmittel. Direkte Wegsteuerung, Gewinnbeteiligung sind andere. Eines schickt sich nicht für alle Fälle.

Der uns jetzt doppelt fehlende Dr. Theodor Barth pflegte (dem Sinne nach) zu sagen: Demokratie schützt vor Torheit nicht. Das Bewußtsein aber, nicht anderer, sondern eigene Dummheiten zu büßen, ist tröstlich. Ähnlich mögen sich die Sozialisierungs-Grämlinge in unseren Reihen gesagt sein lassen: eine etwaige Minderproduktivität wird reichlich wettgemacht durch den ethischen Vorteil, daß im sozialisierten Betriebe nicht die vielen für die wenigen zu arbeiten haben. Nicht auf das Wieviel der Produktion, auf das Was und Wie muß es uns ankommen. Weniger Materialismus, mehr Idealismus — weniger Zivilisation, mehr Kultur — nur in diesem Zeichen werden wir als Volk gesunden können.

Und darum: Lassen wir die Doktor-(oder Doktrinär-)frage nach dem Wege jedem für den Einzelfall frei, aber einigen wir uns in unserem Programm auf das Ziel: Wider die plutokratische, die „Bourgeois"-Republik!

Hic Rhodus, hic salta, Deutsche Demokratische Partei!

Richard Tronnier.

*

Gemeinwirtschaft und D. D. P.

Was Erkelenz in Nr. 14 der „Hilfe" unter dieser Überschrift mitteilt, führt auf ein Arbeitsfeld, das nach der Revolution mit ganz besonderer Sorgfalt behandelt werden muß. Hier ist es nicht mit einigen An- oder Umbauten, mit Notbehelfen oder Verzierungen getan, und es wäre eine gefährliche Sache, wollte die Partei an die Fragen der Gemeinwirtschaft, der „Sozialisierung" mit der Vorstellung herangehen, sie seien lediglich Zweckmäßigkeitsaufgaben.

Eine durchaus grundsätzliche Stellung muß zunächst bestimmt werden, und von ihr aus ist jede Einzelfrage zu betrachten. Das bedeutet nicht, daß die Dinge aus der „Tiefe des Gemütes" heraus aufgebaut werden sollen. Der unbefangene Blick auf die lebendige Wirklichkeit soll sein volles Recht behalten, und stets soll gegenwärtig bleiben, daß die Dinge mannigfaltig und die Seelen der Menschen bunt sind. Eine letzte Einstellung aus einer Grundanschauung her muß aber da sein, sonst bläst jeder wechselnde Wind das steuerlose Schiff in einen anderen Kurs.

Die Grundanschauung, die gewählt werden muß, ist schon oft ausgesprochen worden. Schlagwortartig hat man von der „inneren Sozialisierung", der Sozialisierung der Gesinnung oder des Gewissens geredet.

„Wirtschaft dient dem Menschen, Wirtschaft ist Volkssache." Dieser Satz gibt eine knappe Fassung dessen, was gemeint ist, und muß an der Spitze des Wirtschaftsprogramms der Partei stehen und es in all seinen Einzelheiten leiten.

Aus diesem Satz folgt: Die Wirtschaft soll den Volksgenossen eine ausreichende Versorgung mit äußeren Gütern schaffen. Das setzt voraus eine freudige Mitarbeit aller Wirtschaftstätigen. Darum: Bewegungsfreiheit und angemessener, rechtlich gesicherter Ertrag dem erfinderischen unternehmenden Kopfe; ausreichende Bezahlung und Muße, Sicherheit vor willkürlicher Entlassung, Mitbestimmungsrecht, Heimstätten den Arbeitern und Angestellten.

Die äußeren Güter sind die unerläßliche Grundlage des inneren Daseins und haben nur darin ihre Bestimmung und Berechtigung. Daher: Verwerfung jeder Wirtschaftsform und -tätigkeit, die das Menschliche schädigt, die der Seele, der Geistbestimmtheit entgegen ist; Abwehr jeder Überschätzung der Wirtschaftsgüter, jeder Vergeudung von Stoff oder Arbeit an minderwertige Erzeugnisse.

Der einzelne ist zunächst zu seinem Nutzen wirtschaftlich tätig. Das muß so sein. „Was hülfe dem Menschen diese ganze Welt, wenn er nicht wäre," sagte Meister Eckhart. Der Kapitalismus benutzt lediglich den Eigennutz als treibende Kraft aller Wirtschaftstätigkeit. Das ist seine tiefe Unsittlichkeit und sein Rechenfehler. Der Mensch ist vom Innersten her mit der Gemeinschaft verbunden. Diese Tatsache muß auch im Wirtschaftlichen zu ihrem Rechte kommen. „Wirtschaft ist Volkssache." Daher: Die Wirtschaftstätigkeit ist auch öffentliche Aufgabe, Amt; Eigentum ist anvertrautes Gut der Gesamtheit. Mißbrauch hat Entziehung des Amtes, Wegnahme des anvertrauten Gutes zur Folge. Solange kein Mißbrauch, besteht ein Recht auf das Werkzeug. Müheloser oder übermäßiger Erwerb ist unanständig. Auch das Volk führt Wirtschaft um des Menschlichen willen, nicht zur Sicherung „erbärmlichen Behagens". Jede Wirtschaftsform, die dem Gedanken der Volkswirtschaft besonders gut Ausdruck zu geben geeignet ist, ist zu fördern. Daher: ungehinderte Auswirkung und Unterstützung des Genossenschaftswesens auf allen Gebieten. —

Unter diesen Voraussetzungen gesehen, sind die in dem Aufsatze von Erkelenz wiedergegebenen Grundsätze, die die Fraktion der Nationalversammlung in Weimar ausgearbeitet hat, im ganzen zu billigen. Ob der staatlich-bürokratische Betrieb stets minderwertig ist (Punkt 1), scheint mir zweifelhaft. Punkt 7 („Freie" Wirtschaftszweige) bedarf einer Ergänzung dahin, daß gesagt wird, es sei nicht auszuschließen, vielmehr zur Erprobung der besten Wirtschaftsform und zur Schaffung eines Gegengewichts gegen private Übermacht zu erstreben, daß auch öffentliche Körperschaften und Genossenschaften sich auf diesen Gebieten betätigten, und es sei zu verhüten, daß Kartelle und sonstige Zusammenschlüsse schädlich würden.

Zu 9 (Arbeitsrecht) ist hinzuzufügen, daß die örtlich und sachlich zusammengefaßten Betriebsräte auch das Recht haben, Gesetzesvorschläge an die Regierung oder den Reichstag zu bringen, und nicht nur in Sachen des Arbeitsrechts, sondern auch in allen anderen wirtschaftlichen Fragen. Es ist Aufgabe der Betriebsräte, im Gesamtaufbau der Volkswirtschaft den Geist des Leitsatzes (Wirtschaft dient dem Menschen und ist Volkssache) gegenüber „mammonistischen" Strebungen zu vertreten.

Zu 12 (Bodenrecht) ist der Zielsatz des bodenreformerischen Programms nicht nur stückweise, sondern vollständig aufzunehmen (einschließlich Besteuerung der Grundrente). Der genossenschaftliche Landwirtschaftsbetrieb ist als eine Form, der Gelegenheit zur Erprobung zu geben ist, zu erwähnen.

Der Wohnungsbau durch die Städte ist nicht auszuschließen, die gemeinnützige Verwertung des städtischen Grundeigentums als Ziel des städtischen Bodenerwerbes zu bezeichnen. Weiträumiger Flachbau und Sicherung städtischer Kleingärten sind zu fordern.

Bruno Müller.

*

Die akademische Jugend und die heutigen Verhältnisse.

In Nr. 16 der „Hilfe" hat Professor H. Gerland einen Aufsatz über „Die akademische Jugend und die heutigen Verhältnisse" veröffentlicht, der, wie ich glaube, den tatsächlichen Umständen durch

aus entspricht. Ich habe selbst während des Krieges alles getan, um die Gedanken der „Hilfe" unter meinen Kameraden zu verbreiten. Daß ich gerade unter meinen studentischen Freunden oft wenig Verständnis gefunden habe, führe ich auf den von Gerland am Ende seines Aufsatzes geschilderten Übelstand, jedenfalls zum überwiegenden Teil, zurück. Es ist einfach dringendste Notwendigkeit, daß die politisch liberalen Dozenten alles tun, um die Studentenschaft für die „liberale Idee" zu gewinnen. Gerade bei uns in Süddeutschland ist guter Boden dafür vorhanden; wird jetzt nichts getan, so ist zu befürchten, daß ein Teil der Studenten der ideologischen Propaganda der Linkssozialisten anheimfällt, die bereits mit außerordentlicher Energie und Überzeugungsfreudigkeit in akademischen Kreisen Boden zu gewinnen suchen. Ich als Tübinger Student möchte selbstredend keiner Politisierung der Studentenschaft das Wort reden; es muß unter allen Umständen die objektive Forschung gerade auch in politicis unsere erste Pflicht bleiben. Aber wir können in Zukunft nicht mehr so außerhalb des politischen und wirtschaftlichen Lebens, außerhalb all der Nöte und Kämpfe unseres Volkes stehen. Dazu aber brauchen wir vor allem ein Verständnis für eine liberale Staats- und Weltanschauung.

Mit zwei Gedanken möchte ich aber Gerlands Aufsatz ergänzen.

1. Ich bitte, daß nachfolgende Resolution zur allgemeinen Kenntnis genommen wird (in den meisten süddeutschen und einigen norddeutschen Blättern bereits erschienen), die von der Tübinger Studentenschaft in einer Vollversammlung (anwesend waren etwa 1700 Studenten) mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde, nachdem eine rege Aufklärungsarbeit vorangegangen war. Die Resolution lautet ihrem hauptsächlichsten Inhalt nach:

„Wir sind durch den Krieg in unserer Berufsausbildung in einer Weise zurückgeworfen worden, daß wir unsere ganze Zeit der Arbeit widmen mußten. Daraus wird unsere bisherige Zurückhaltung erklärt, sie darf nicht als Gleichgültigkeit oder gar als Gegensatz gegen die Neuordnung aufgefaßt werden . . . Wir stehen vor dem Bau eines deutschen Volksstaates. Da reichen wir unseren Volksgenossen die Hand, um mit ihnen gemeinsam dafür zu arbeiten, daß die großen Hoffnungen auf die neue Zeit verwirklicht und nicht durch Umsturzversuche von rechts oder von links zerschlagen werden. Wir erachten diese Arbeit keineswegs als abgeschlossen, sondern wollen die Ideen, die auf eine wirtschaftliche und kulturelle Hebung aller Volksschichten, ganz besonders der Arbeiterschaft abzielen, jetzt in friedlicher Entwicklung auf verfassungsmäßiger Grundlage ausbauen und zur Durchführung bringen helfen. Ohne uns auf irgendein Parteiprogramm festzulegen, geben wir der Überzeugung Ausdruck, daß die Tyrannei eines internationalen Großkapitalismus endgültig gebrochen werden muß und daß oberster Grundsatz für die politische und wirtschaftliche Neugestaltung nicht der Vorteil einzelner Stände sein darf, sondern das Wohl der Gesamtheit. Insbesondere halten wir es für eine grundlegende Notwendigkeit für die innere Gesundung unseres Volkes, daß unverzüglich zu einer gründlichen Bodenreform geschritten und der Bau von Volksheimstätten, in erster Linie für unsere Krieger, in die Wege geleitet wird . . . Es muß dafür gesorgt werden, daß das Recht der arbeitenden Bevölkerung, an der Lösung der wirtschaftlichen Fragen und der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse im neuen Volksstaate dauernd tätig mitzuwirken, gesetzlich festgelegt wird. Eine allmähliche Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist nur möglich auf der Grundlage eines aufrichtigen Vertrauens der einzelnen Stände unseres Volkes zueinander und einer sozialen Gesinnung, die bereit ist, die eigenen Interessen dem Wohle der Gesamtheit unterzuordnen. Wir machen es deshalb der ganzen deutschen Studentenschaft zur Gewissenspflicht, diese Gesinnung zu pflegen . . . Wenn gewalttätigen Übergriffen auf Leben und Eigentum, wie sie leider immer häufiger werden, auch mit allen Machtmitteln des Staates entgegengetreten werden muß, so sind wir doch der Überzeugung, daß die bolschewistischen Ideen im letzten Grunde nur durch Verbreitung wahrheits- und wirklichkeitsgemäßerer Ideen widerlegt werden können. Aufgabe vor allem des Studenten ist es deshalb, jede mögliche Gelegenheit zu ergreifen, um sich mit den Vertretern aller politischen Programme und Weltanschauungen in sachlicher Weise auseinanderzusetzen und dadurch Bande des gegenseitigen Verständnisses und des Vertrauens anzuknüpfen. Dazu wollen wir regelmäßig mit Männern aller Parteien in Verbindung treten . . . Wir geben diese Erklärung den Kommilitonen aller deutschen Hochschulen, um sie zu gleicher Stellungnahme zu veranlassen, soweit das noch nicht geschehen ist, und übergeben sie zugleich der Öffentlichkeit, um jedes Mißtrauen anderer Volksgruppen gegen die akademische Jugend endgültig zu beseitigen. Denn wir sind der festen Überzeugung, daß unser Vaterland nur dann gerettet werden kann, wenn alle Stände sich rückhaltlos auf den Boden der neuen Ordnung stellen und in ehrlicher Zusammenarbeit an den Neuaufbau des deutschen Staates herangehen."

Wir waren uns klar bewußt, damit einen Weg zu gehen, der allein noch verspricht, unser in sich völlig zerrissenes Volk zu einen. Wir dringen auf ein Verstehenwollen den neuen Verhältnissen gegenüber, wir wollen überall eine wahrhaftige soziale Gesinnung beweisen, wir sind uns darüber klar geworden, daß die soziale Revolution als Reformation mit demokratischen und sozialen Zielen entschlossen zu einer neuen, gesetzlich begründeten Form von Staat, Wirtschaft und geistiger Bildung weitergeführt werden muß, wir wollen uns hineindenken in die neue Zeit und dahin wirken, die Triebkräfte der Revolution mit geistig-sittlichen Gedanken und Kräften zu erfüllen, um über dem Eudämonismus und Egoismus der einzelnen Stände ein neues Einheitsbewußtsein unseres Volkes zu begründen. Wenn diese Gedanken auch unter der Studentenschaft nicht ohne Widerstreben und Kämpfe Eingang fanden, durchdrang doch die furchtbare innere Not des Volkes uns alle immer mehr; wir richteten deshalb unseren Aufruf an alle deutschen Hochschulen und baten um Zustimmung.

Was Gerland über die Göttinger Äußerungen vorbrachte, möchte ich noch von uns Tübinger Studenten aus dahin ergänzen: Auch wir haben auf Grund der Berliner Tagung, auf die am 9. April Vertreter aller deutschen Hochschulen (Studentenschaft und Senat) zusammengekommen waren, um zu der Frage „Hochschule und Volkswehr" Stellung zu nehmen, dem dort eingebrachten Vorschlag von Jena zugestimmt, der einen dringenden Aufruf an alle Akademiker richtet, sich dem Vaterland in der höchsten Not erneut zur Verfügung zu stellen. Gewiß haben auch wir an „Sicherungen" gedacht; auch bei uns sind stark egoistische Strömungen aufgetaucht. Aber die Größe der Gefahr hat die meisten aufs tiefste ergriffen; die Berufsinteressen mußten dabei zurücktreten! So sind in den letzten Wochen die Studenten in hellen Scharen zu der neugegründeten Volkswehr geeilt.

Wir sind uns klar, daß auch heute den Waffen niemals das letzte Wort gehören kann, daß es gerade Aufgabe von uns Akademikern ist, durch Aufklärung in Wort und Tatbeweis, durch die Kraft der reinen Ideen die bolschewistischen Triebkräfte zu überwinden. Aber es geht um alles heute! Der Boden wankt, auf dem überhaupt noch Aufklärung, Arbeit mit geistig-sittlichen Waffen möglich ist. Darum stehen wir Studenten heute in der Volkswehr, überzeugt, die zu Recht bestehenden staatlichen Gewalten so lange schützen zu müssen, bis einerseits Lebensmittel eine gewisse Beruhigung, Rohstoffe andererseits den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens nach Friedensschluß einigermaßen ermöglichen.

Diese Stabilisierung unserer Zustände aber setzt eine Änderung der innersten Motive der breiten Arbeitermassen überhaupt voraus; erst dann können auch wir Akademiker zu unseren eigentlichen Aufgaben der geistigen Überwindung des Bolschewismus restlos zurückkehren. Gewiß kann diese Änderung nicht durch äußere Reform allein erreicht werden, aber doch mit vor allem durch sie. Positive Ergebnisse der Gesetzgebung: Lösung der kapitalistischen Frage, Sozialisierung, Bodenreform muß die Regierung dem Volk darbieten können; erst dann kann allmählich der bolschewistischen Propaganda der Boden entzogen werden. Dies zu fordern, ist m. E. die ernsteste Pflicht von uns Studenten. In dieser Hoffnung tritt eine große Zahl der Tübinger Studenten in die Wehr des neuen, deutschen Volksstaates.

Karl Hartenstein, stud. theol.

Büchertisch

Heinrich Friedjung: **Das Zeitalter des Imperialismus. 1884—1914.** 1. Band. Neufeld & Henius, Berlin 1919. (XII und 472 S.) Preis geb. M. 20.—.

Nur mit einer gewissen Scheu nimmt man heute ein umfängliches Buch zur Hand, das die Weltpolitik der jüngsten Epoche behandelt. Alles, was die letzten Monate zu diesem Thema brachten, war schlechthin unerfreulich, kleinlich, verletzend, in Angriff oder Verteidigung im einzelnen verhaftet. Auch die beiden Bände, die der frühere Pressechef des auswärtigen Amtes, Hamann, veröffentlicht hat, lassen eine geistige Gesamtauffassung und eine geschliffene literarische Form schmerzlich vermissen.

Gerade diese beiden Elemente machen den besonderen Vorzug des Friedjungschen Buches aus. Der österreichische Historiker hält, was sein Name verspricht. Mit einer sehr sicheren und festen Hand wird die Erzählung geführt, ihr Stil ist ungemein flüssig (fast zu flüssig für eine wissenschaftliche Darstellung). Eine leichte ironische Note würzt die Speise. Man spürt den geübten Publizisten —, darin steht Friedjung Reventlow nahe.

Aber auch nur darin. So anschaulich die Darstellung in ihren Einzelheiten ist (man vergleiche aber die Kapitel über die englische Ägypten- und Südafrikapolitik, über die amerikanischen Parteien und über den Panamakanal — oder die aus intimer Kenntnis geschöpften Charakteristiken der österreichischen Staatsmänner: Andrassy, Kalnoky, Goluchowski), es liegt ihr ein starker universalgeschichtlicher Trieb zugrunde, das Bestreben, die Epoche des Imperialismus als eine eigentümliche, in sich notwendige und zusammenhängende Lebenseinheit zu begreifen. Auf die Ära der liberalen und der nationalen Idee, in der nacheinander Frankreich

und Deutschland voranstanden, folgt die des Imperialismus mit dem Primate Englands. Darwin und Marx, die streitbare Kirche und die streitbare Kunst sind geistige Parallelerscheinungen. Als Epochenjahr setzt Friedjung 1884 an, in dem Sinne natürlich, daß die längst vorhandenen imperialistischen Tendenzen jetzt bewußt und vorherrschend werden. Der Eintritt Deutschlands in die überseeische Politik, die Niederlage Englands auf der Kongokonferenz sind die äußeren Zeichen, die neue Welle kolonialer Expansion, die auf die Konsolidierung Deutschlands, Italiens, Japans und der christlichen Balkanstaaten sowie auf das Versagen der englischen liberalen Außenpolitik folgt, das tiefere Moment. Ihr Ansteigen füllt den ersten Band des Friedjungschen Werkes, der bis 1905 reicht: Solange Afrika und Ostasien zur Verteilung standen, blieben die Konflikte Europas unter der Oberfläche. Mit dem ersten Zusammenprall zweier Großmächte, dem russisch-japanischen Krieg, änderte sich die Lage total, England traf seine Wahl. — Die Einzelperiodisierung dieses Zeitraumes, wie sie Friedjung vornimmt, wird keinen Kritiker ganz befriedigen. Man kann in einer kurzen Skizze die Dynamik der Ereignisse herausstellen, wie dies Oncken meisterhaft für die deutsche Bündnispolitik getan hat, jede ausführliche Darstellung aber steht in Gefahr, lebendige Zusammenhänge zu zerreißen; genug, daß es Friedjung ohne allzuhäufige Wiederholungen gelingt, eine Anschauung zu vermitteln von der Mannigfaltigkeit und Kompliziertheit der internationalen Beziehungen, zu dem bunten Spiel von Aktion und Gegenaktion.

So ist es zuerst und vor allem immer das Streben nach Anschauung, nach Erkenntnis der wirkenden Faktoren, das dem österreichischen Historiker die Feder geführt hat. Freilich, nun könnten sich diese Probleme ganz ohne Herz und Galle betrachten lassen! Immer aber steht doch das Urteil durchaus an zweiter Stelle. Auf Einzelheiten einzugehen ist hier nicht der Ort, es sei deshalb nur kurz der Standpunkt umrissen, den Friedjung gegenüber der Politik der Mittelmächte einnimmt. Er ist (sein spezifisch österreichischer Einschlag ist hier nicht zu verkennen) ein gemäßigter Vertreter der östlichen oder kontinentalen Orientierung, mit besonderer Vorliebe verweilt er bei den Episoden deutsch-französischer Verständigung, sein Urteil über die heißumstrittenen Fragen des Rückversicherungsvertrages und der englischen Bündnisangebote ist dementsprechend bestimmt. Von allem Kritikastertum aber ist Friedjung weit entfernt. Er macht die ganze Schwere der Last anschaulich, die auf der neuen Ära ruhte, den Druck der Weltlage, den Groll Bismarcks, die Unreife der öffentlichen Meinung. So gibt sein Buch — entstanden unmittelbar vor unserem Zusammenbruch — zwar wiederholt Anlaß zu ernster Selbstprüfung, aber wie jede tiefer grabende Forschung führt es weit hinaus über die Sphäre der Verdammungsurteile, die Leichtfertigkeit oder Böswilligkeit hüben und drüben aufgehäuft hat. H. Rothfels.

Chr. J. Klumker: **Fürsorgewesen, Einführung in das Verständnis der Armut und der Armenpflege.** Quelle & Meyer, Leipzig, 1,50 M.

Der Verfasser legt in dieser kurzen aber inhaltsreichen Einführung das Hauptgewicht darauf, das Problem der Armut und der Armenpflege als gesellschaftliche Erscheinungen zu erklären, um dadurch der Fürsorge ihren berechtigten Platz innerhalb der Gesellschaftsordnung anzuweisen. „Die Armen sind der unwirtschaftliche Teil der Bevölkerung" und „Fürsorgewesen ist die Erziehung, Versorgung und Verwertung Unwirtschaftlicher mit einem rein wirtschaftlich bestimmten Ziel". Der Verfasser betont, daß die Unwirtschaftlichkeit als solche — die entweder schaffender, erwerbender oder haushälterischer Natur sein kann — kein Urteil über die Gesamtpersönlichkeit biete, denn sie sei in jedem einzelnen Falle aus der individuellen Veranlagung des Fürsorgebedürftigen sowie aus dem wirtschaftlichen Aufbau seiner Klasse, Standes oder Berufes zu erklären. Damit entfallen die Angriffe, die sich gegen die gesellschaftliche und sittliche Berechtigung des Fürsorgewesens richten. Ihre soziale Notwendigkeit, aber auch ihre Grenzen, sind in dieser Definition scharf formuliert. Das Fürsorgewesen hat sich nur mit der wirtschaftlichen Hebung der Armen zu befassen, eine Beeinflussung z. B. in religiösem Sinne liegt außerhalb ihrer Aufgaben.

In einzelnen Kapiteln finden ferner die rechtliche Gestaltung und die geschichtliche Entwicklung des Fürsorgewesens im letzten Jahrhundert eingehende Behandlung. Es werden endlich die Grundsätze praktischer Fürsorgearbeit erörtert: die Forderungen, die an die Persönlichkeit des Armenpflegers zu stellen sind, die Mittel, die ihm zur Verfügung stehen und der zu erstrebende Zusammenschluß der behördlichen und freiwilligen Bestrebungen zu einer einheitlichen und planmäßigen Fürsorgetätigkeit. K. M.

Auf dem Wege zum Volksstaat. Gedanken zur Verfassung. Von Dr. Erwin Ritter. Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe. Preis 2,50 M.

Der Verfasser bietet hier den Entwurf einer Verfassung für den Volksstaat Baden nebst gemeinverständlich geschriebener Begründung, der weit über die Grenzen des badischen Landes hinaus Beachtung verdient. Getreu dem vorausgeschickten Motto: „Die Verfassung muß über den Parteien stehen; sie darf nicht einer allein dienen," hält sich die Schrift frei von ungesundem Radikalismus, ohne daß dabei die Idee des Volksstaates nur einen Augenblick verleugnet würde. Interessant und einleuchtend ist besonders, was Ritter über die Zweckmäßigkeit des Zweikammersystems, von denen die erste ein Ständehaus sein soll, sagt. Jedem politisch interessierten Bürger sei die Schrift wärmstens empfohlen.

Dr. Kurth.

An die Leser

Der auf dem stets vor Druck des Blattes hergestellten Umschlag angekündigte Aufsatz von Gertrud Bäumer, sowie ihre Heimatchronik mußten für nächste Nummer zurückgestellt werden, da das Manuskript infolge der Verkehrsschwierigkeiten zu spät eintraf.

Briefkasten

Demokratische Reden. Die Herausgabe des Heftes „Soziale Erneuerung" von Dr. Gertrud Bäumer hat sich leider etwas verzögert, ist aber jetzt erfolgt. In Vorbereitung befindet sich als Heft 4 die Rede des Abgeordneten Hermann, Handelskammersyndikus, über „Mittelstandspolitik". Die Preise betragen wie bei Heft 1 und 2 der „Demokratischen Reden" für das Einzelstück 20 Pf., (Porto 5 Pf.), für 10—25 Stücke je 18 Pf., 26—50 Stücke je 15 Pf., 51—100 Stücke je 12 Pf., über 100 Stücke je 10 Pf. Porto wird besonders berechnet.

Freiwillige Gaben zur Verbreitung der „Hilfe": 2,— Rat E. St. i. D., A. S. i. Schn., Fr. D. K. i. L.

Berichtigung. Die Verfasserin des Aufsatzes „Sich kennenlernen" in voriger Nummer heißt Annaliese Schmidt.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, beide z. Z. Weimar.

Geschäftliche Mitteilungen

Auf den dieser Nummer beiliegenden „Gertrud Bäumer-Postkarte" der Verlage Eugen Diederichs-Jena machen wir hierdurch besonders aufmerksam.

Fr. Wilh. Grunow Verlag in Leipzig, 1819 von Fr. Ludw. Herbig zusammen mit einem Kommissionsgeschäft begründet, feierte am 1. Mai sein hundertjähriges Bestehen. Unter seinen vier Besitzern, Fr. Ludw. Herbig, dessen Neffen Fr. Wilh. Grunow, dessen Sohn und Enkel Johannes und Wolfg. Grunow nahm der Verlag besonders seit der Begründung der „Grenzboten" im Jahre 1841, die er bis 1900 im eigenen Besitz behielt, einen großen Aufschwung. Er wurde zu einem Mittelpunkte des politisch-wissenschaftlichen und literarisch-künstlerischen Lebens, als Julian Schmidt und Gustav Freytag von 1848 bis 1865 resp. 1870 die „Grenzboten" leiteten. Schmidt seine hervorragenden literarhistorischen Schriften im Verlage erscheinen ließ. Auch unter der Redaktion von Johannes Grunow erhielt die Wochenschrift in Bismarcks Gefolgschaft großen Einfluß auf das politisch-kulturelle Leben der Zeit. In dem umfangreichen Buchverlag traten Jahr um Jahr ausgezeichnete Werke aus allen Wissensgebieten, der Politik und der Völkerkunde hervor. Namen zu nennen erübrigt sich. Wer die Geschichte der wilhelminischen Epoche kennt, kennt auch Grunowbücher genug von Dr. M. Buschs Bismarckwerken hin bis zu Karl Jentschs unübertrefflichen nationalökonomischen Arbeiten, von Göhres „Drei Monate als Fabrikarbeiter" bis zu Wustmanns „Allerhand Sprachdummheiten" hin. Besonders gepflegt wurde mit Autoren wie Aug. Niemann, Rob. Waldmüller, W. Speck, H. Bette, Charl. Rese, S. Bandity, A. Schmitthenner, E. J. Groth, Fritz Anders die gediegene dichterische Unterhaltungsliteratur. Seit 1914 im Besitze von Bernhard Schulze erlebt der Verlag einen neuen Aufschwung. Dichter wie Gustav Kohne, Chr. Rabel, F. Janoske, E. Clausen, Fr. Ganzer, W. Poeck, Johs. Thummerer, A. Babillotte, B. Fleischer, F. Runkel usw. haben hier Werke von breitem Erfolge und wirklicher Freude für einen Leserkreis, der auf sich hält, herausgebracht. Und das politische Gebiet wird durch Werke Dr. Ferd. Runkels, Dr. K. Hoffmanns, Dr. A. H. Roses u. a. m. im freiheitlich nationalen Sinne bestritten. Der Sozialdemokrat Paul Göhre gab aber in seinem Bekenntnis „Der unbekannte Gott" jüngst ein religiöses Werk von mehr als nur zeitlichem Werte. So darf der Verlag begründete Hoffnung auf eine glückliche Fahrt auch im zweiten Jahrhundert seines Wirkens hegen.

LECIN
Appetitanregend
Blutbildend Nervenstärkend
In Apotheken u. Drogenhandlungen :: Proben vom Lecinwerk Hannover
LECIN-Tabletten

Digitized by Google

15. Mai 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist ⟡ Rückporto beizufügen. ⟡

Vierteljahrspreis im Buchhandel 4 M., beim Postamt 4,12 M., unter Kreuzband 4,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 4,25 M., ins Ausland 5 M. Soldatenausgabe 1,50 M. Einzelhefte 40 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8683.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 20

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 60 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Gertrud Bäumer:** Heimatchronik. — **Naumann:** Neue Weltpolitik. — **Gertrud Bäumer:** Zur Begriffsklärung über die Räte. — **Justizrat Wilhelm Grünewald, M. d. R.:** Ein großzügiges Finanzprogramm! — **Naumann:** Noch nicht verloren!

Naumann / Kriegschronik

Sonntag, 4. Mai.

Bis zu welchen gequälten Beschlüssen der Zwang der Entente eine Bevölkerung treiben kann, sieht man an einem Beschluß der Tiroler Landesversammlung, welche der Entente mitteilt, daß sie bereit sind, sich von Deutsch-Österreich loszusagen und als selbständiger neutraler Freistaat Tirol sich ausrufen zu lassen, wenn sie damit Südtirol einschließlich der ladinischen Gebiete retten könnten, daß sie aber, wenn Südtirol abgetrennt werden würde, sich der deutschen Republik anschließen müßten. — Der neutrale Freistaat Tirol würde selbstverständlich sich nicht ohne einen fremden Anschluß halten können. In Wirklichkeit bedeutet sein Anerbieten, daß er bereit ist, sich in ein Schutzverhältnis zur Entente zu begeben, wenn ihm damit Meran, Bozen, Brixen und Dolomitengebiet erhalten bleiben. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die italienische Regierung derartige Pläne fördert, um auf diese Weise nach Norden hin einen halb abhängigen Pufferstaat zu gewinnen.

Die deutsch-österreichischen Friedensdelegierten sind auf Montag, 12. Mai, nach St. Germain-en-Laye eingeladen, um die Friedensbedingungen der Entente zu erfahren. Die Führung der Delegation hat der frühere Justizminister Dr. Franz Klein; für wirtschaftliche Fragen begleitet ihn Sektionschef Schüller. Man kann mit Sicherheit auf die deutsche Zuverlässigkeit dieser Männer rechnen, muß aber im Auge behalten, daß in den Wiener Zeitungen sich leider vielfach eine Art Rheinbundstimmung geltend macht, die bereit ist, auf den Anschluß an Deutschland zu verzichten, falls von der Entente nach Süden hin Vorteile gewährt werden. Auch innerhalb der christlich-sozialen Partei ist eine Einheitlichkeit nicht vorhanden.

Montag, 5. Mai.

Der Tag verläuft mit Gefühlen dumpfen Wartens. Die deutschen Delegierten sind in Versailles von jedem Verkehr abgeschlossen und verlangen vergeblich, daß mit ihnen verhandelt wird. Es scheint, daß innerhalb der Entente noch Besprechungen mit den Italienern und mit den Belgiern nötig sind, um eine einheitliche Kundgebung zu ermöglichen. Je schwieriger es ist, jeden Ententestaat zu befriedigen, desto zäher wird die Entente auf der Innehaltung ihrer mühsam gewonnenen Einheit bestehen müssen. In englischen und anderen Zeitungen sind Angaben über die Höhe der deutschen Kriegsentschädigung zu lesen, die sich auf 100 Milliarden Mark in Gold beziffern soll. Das würde nach heutigem Kurs über 200 Milliarden unseres Geldes bedeuten — sachlich unmöglich.

Dienstag, 6. Mai.

Die italienischen Minister Orlando und Sonnino kehren nach Paris zurück, ein sicheres Zeichen dafür, daß die Schwierigkeiten innerhalb der Entente überwunden werden. Clemenceau hat im französischen Ministerrat den Friedensentwurf vorgelesen. Der Text soll allgemein befriedigt haben. Clemenceau äußerte sich: „Ich habe mein Bestes getan. Ich glaube, es ist ein guter Friede."

Alles einzelne, was in diesen Tagen geschieht, hat nur sehr vorübergehendes Interesse. Man streitet sich, ob der deutsche Militärvertreter v. d. Goltz in Libau an einem Angriff der baltischen Barone gegen die lettische Regierung Kurlands beteiligt war. Noske stellt jede deutsche Einmischung in kurländische Verhältnisse in Abrede.

Ungefähr gleichzeitig wird die kommunistische Herrschaft in München und in Budapest beseitigt. Ungarn wird bis nahe an die Hauptstadt teils von Tschecho-Slowaken und teils von Rumänen überschwemmt. Eine englische Kontrollbehörde begibt sich nach Budapest.

Mittwoch, 7. Mai.

Durch die „Times" werden gewisse Teile des Friedensvertrages veröffentlicht, die wahrscheinlich in der Hauptsache richtig wiedergegeben sind. Binnen zwei Monaten nach Unterzeichnung des Vertrages müssen die deutschen Streitkräfte zu Lande auf höchstens 70 000 Mann Infanterie und 30 000 Mann Kavallerie herabgesetzt sein. Die Gesamtzahl der Offiziere darf nicht mehr als 4000 Mann betragen. Nur freiwillige Anwerbung ist erlaubt (keine allgemeine Wehrpflicht). Alle Befestigungen 50 Meilen östlich des Rheins werden entwaffnet und geschleift.

Zwei Monate nach Unterzeichnung des Friedensvertrages dürfen die deutschen Streitkräfte keinerlei U-Boote mehr halten und dürfen nur noch bestehen aus: 6 Schlachtschiffen, 6 leichten Kreuzern, 2 Torpedojägern und 12 Torpedobooten. Die Gesamtbesatzung darf nur 15 000 Mann betragen, darunter 1500 Offiziere und Deckoffiziere. Alle maritimen und militärischen Werke auf Helgoland müssen geschleift werden. Der Kieler Kanal muß für die Kauffahrteischiffe aller Staaten, die mit Deutschland in Frieden leben, auf Grund völliger Gleichheit offenstehen.

Nach dem 1. Oktober dürfen keinerlei militärische oder maritime Luftstreitkräfte und keine Fluglager innerhalb 150 Kilometer der deutschen Grenze sich befinden.

Die Alliierten beschuldigen den früheren deutschen Kaiser öffentlich nicht eines Vergehens gegen die Strafgesetze, sondern der ernstesten Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge. Es soll ein besonderer Gerichtshof errichtet werden, um über ihn Recht zu sprechen. Die Personen, die der Verletzung der Kriegsgesetze beschuldigt werden, sollen vor alliierte Kriegsräte gebracht werden.

In Abwartung der völligen Feststellung der Forderungen der Alliierten muß Deutschland 1000 Millionen Pfund Sterling bezahlen (20 Milliarden Mark in Gold). Weiterhin muß Deutschland für alle Schäden Vergütung geben, die den Zivilpersonen der Alliierten selbst oder deren Eigentum zugefügt wurden.

Digitized by Google

Elsaß-Lothringen muß an Frankreich zurückgegeben werden, das auch die Bergwerke des Saartales erhalten soll. Die Verwaltung über das Saargebiet soll von einer Kommission des Völkerbundes übernommen werden, bis nach Verlauf von 15 Jahren die Bevölkerung entscheidet, ob sie durch den Völkerbund, durch Frankreich oder durch Deutschland regiert werden will. Wenn Deutschland gewählt wird, muß es die Kohlenbergwerke zurückkaufen.

Polen soll einen Durchgangsweg erhalten, der bis zu Danzig läuft. Danzig selbst soll zu einer freien Stadt gemacht werden. In Schleswig soll eine Volksabstimmung abgehalten werden.

Deutschland soll auf seine Kolonien verzichten, die dann entweder vom Völkerbund oder von einer der großen Kolonialmächte verwaltet werden. Deutschland verzichtet auf die bisherigen Abmachungen über Marokko. Die größeren deutschen Kabel gehen an die Entente über. Überall wird erörtert, ob man derartige Friedensbedingungen annehmen kann oder nicht. Die Frage lautet: Was geschieht, wenn wir sie nicht annehmen?

In der Sitzung der Friedenskommission der Nationalversammlung, die in Berlin abgehalten wird, geben die Minister Schmidt, Gothein und Erzberger Aufklärungen über den Stand unserer Ernährung und unserer Finanzen.

Donnerstag, 8. Mai.

In Paris hat die Übergabe der Friedensbedingungen stattgefunden. Dabei hat Clemenceau eine kurze Ansprache gehalten, die mit höflicher Grausamkeit das Buch übergibt, durch das dafür gesorgt sein soll, „daß auf diesen zweiten Versailler Frieden, der einen so schrecklichen Krieg beschließt, kein weiterer folge". Ihm antwortete Graf Brockdorff-Rantzau mit einer wohlvorbereiteten Rede, in der er es ablehnt, daß die Deutschen die einzigen Schuldigen am Weltkriege seien.

In den letzten 50 Jahren hat der Imperialismus aller europäischen Staaten die internationale Lage chronisch vergiftet. Die Politik der Vergeltung, die Politik der Expansion und die Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker hat zu der Krankheit Europas beigetragen, die im Weltkrieg ihre Krisis erlebte. Wir wiederholen die Erklärung, die bei Beginn des Krieges im Deutschen Reichstag abgegeben wurde: Belgien ist Unrecht geschehen, und wir wollen es wiedergutmachen.

Aber auch in der Art der Kriegführung hat nicht Deutschland allein gefehlt. Die sachlich unnötige Fortsetzung der Blockade nach dem 11. November hat Hunderttausenden von Nichtkämpfern den Tod gebracht. Wir haben schon vom 5. Oktober an auf Machtfrieden verzichtet und appellieren an das Recht. Der Wiederaufbau der von uns besetzt gewesenen und durch den Krieg zerstörten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs wird von uns übernommen. Dabei sind wir auf die Mitwirkung unserer bisherigen Gegner angewiesen. Eine Durchführung dieser Arbeit durch deutsche Kriegsgefangene würde der Welt teuer zu stehen kommen, wenn Haß und Verzweiflung das deutsche Volk darüber ergreifen würde, daß seine gefangenen Söhne, Brüder und Väter über den Vorfrieden hinaus in der bisherigen Fron weiter schmachteten. Ohne eine sofortige Lösung dieser allzulange verschleppten Frage können wir nicht zu einem dauernden Frieden gelangen. Die Sachverständigen werden zu prüfen haben, wie das deutsche Volk seiner finanziellen Entschädigungspflicht Genüge leisten kann, ohne unter der schweren Last zusammenzubrechen.

Das deutsche Volk ist innerlich bereit, sich mit seinem schweren Los abzufinden, wenn an den vereinbarten Grundlagen des Friedens nicht gerüttelt wird. Ein Friede, der nicht im Namen des Rechts vor der Welt verteidigt werden kann, würde immer neue Widerstände gegen sich aufrufen. Niemand wäre in der Lage, ihn mit gutem Gewissen zu unterzeichnen, denn er wäre unerfüllbar.

Als Anfang des Friedensvertrages werden die dort vorgeschlagenen neuen Grenzen mitgeteilt. Es sind folgende Stücke:

1. Ein den Belgiern zuzuweisendes Stück, in dem Eupen, Montjoie und Malmedy enthalten sind.
2. Das Saargebiet unter den bereits gestern von der „Times" erwähnten Bedingungen.
3. Abtretung von Elsaß-Lothringen an Frankreich.
4. Herstellung einer neuen deutschen Ostgrenze, welche fast ganz Oberschlesien von uns abtrennt und dann über Rawitsch, Lissa, Bentschen, Filehne, Schneidemühl, Konitz bis zum Nordostzipfel Pommerns in der Nähe von Lauenburg sich erstreckt. Als deutsche Insel bleibt der größere nördliche Teil von Ostpreußen. Danzig, Marienburg, Graudenz, Bromberg, Thorn, Posen, Krotoschin, Kreuzburg, Oppeln, Beuthen, Königshütte, Gleiwitz, Kattowitz, Ratibor sollen polnisch werden. — Jedermann steht unter dem Eindrucke dieses unerhörten und über alle Voraussagungen hinausgehenden Anforderns. Ehe man sich ein letztes Urteil bilden kann, muß der übrige Inhalt des „Friedensbuches" abgewartet werden.

Freitag, 9. Mai.

Aus der großen Fülle der im Friedenstraktat enthaltenen Punkte werden beständig weitere veröffentlicht, ohne daß im einzelnen Genauigkeit und Übersetzungstreue bis jetzt nachgeprüft werden kann. Die Normalübersetzung des Auswärtigen Amtes konnte noch nicht fertig sein. Besonders tiefen Eindruck machen außer den Forderungen der Landabtretungen im Osten und Westen die Abschnitte über die künftige Behandlung der Finanzen. Die internationale Schaden-Wiederherstellungs-Kommission, die bis zum 1. Mai 1921 die Gesamtverpflichtungen Deutschlands hinsichtlich der Bezahlung von Entschädigungen festsetzen soll, wird ein vollständiges Verfügungsrecht über die deutschen Finanzen erhalten. Sie hat das deutsche Steuersystem zu untersuchen und darauf zu sehen, daß die Anforderungen der Alliierten ein Vorzugsrecht vor dem Zinsendienst und vor dem Einlösungsdienst jeder inneren Anleihe haben. Deutschland soll nur das Recht haben, über seine Zahlungsfähigkeit angehört zu werden. Zunächst werden 60 Milliarden M. in Gold gefordert, wobei aber der Entente vorbehalten bleibt, nach Befund der Ansprüche geschädigter Einzelpersonen diese Summe weiter zu erhöhen. Wenn diese Summe, die nach heutiger Valuta 150 bis 180 Milliarden M. bedeutet, verzinst werden soll, ehe Deutschland für seine eigenen Zwecke irgendeine Staatseinnahme verwenden kann, so ist das einfach der Staatsbankerott. Staatsbankerott bedeutet aber im gegenwärtigen Deutschland den Sturz aller Banken und Privatvermögen, weil sie alle einen Hauptteil ihrer Bestände in Kriegsanleihe verwandelt haben. Diejenigen, die diesen Teil des Friedensvertrages sich ausgedacht haben, wissen natürlich, was sie damit beabsichtigen. Sie wollen alle deutschen Unternehmungen, Maschinen und Anlagen nach dem ungeheuren Konkurs für sich zusammenkaufen. Das ist in seiner Gesamtwirkung durchaus nichts anderes als die Betriebsvernichtung des Bolschewismus. Auch solche Beurteiler, die bis jetzt gewillt waren, nach der Möglichkeit eines ausgleichenden Friedens zu suchen, mochte er noch so hart sein, sind nach Kenntnisnahme der Finanzbedingungen auf dem Standpunkt angekommen, daß hier die einfache Unmöglichkeit konstruiert ist. Wir wissen, daß wir keinen Widerstand leisten können, aber es ist Verrücktheit, ein derartiges Todesurteil selbst zu unterschreiben.

Die Deutschen in Österreich sind ebenso bewegt und erschüttert wie wir, weil sie das Ende der deutschen Nation im ganzen vor sich sehen, und weil ihnen die Entente verbietet, sich in dieser größten Not mit dem Mutterlande zu vereinen. Der Staatskanzler Dr. Renner sagt: Physische Übermacht kann uns zwingen, höhere Gewalten können unser Handeln bannen und können bewirken, daß unser Ziel jetzt nicht ganz oder vielleicht auch gar nicht erreicht wird. Aber unser Ziel steht fest, so wahr wir Deutsche sind. Man wird es niemals vermögen, uns vergessen zu machen, daß wir Deutsche und damit Kinder der unglücklichsten Nation der Welt sind. — Leider hat er recht!

Überall in Deutschland wird natürlich von nichts anderem geredet, als von der Frage, ob man diesem Friedensschluß zustimmen kann. Die einzige Gruppe, die sich bis jetzt öffentlich für diesen Frieden ausspricht, ist die Unabhängige Sozialdemokratie, indem sie dem Volke verspricht, man könne den Frieden ruhig annehmen, da er doch nicht gehalten werden würde. Ob es für Franzosen und Engländer einen Zweck hat, mit Männern

Digitized by Google

dieser Auffassung einen Frieden zu schließen, mögen sich die Herren in Paris überlegen.

Sonnabend, 10. Mai.

Immer neue Mitteilungen aus dem Friedenstraktat: Deutschland soll von jetzt an zur Schuldenabzahlung doppelt soviel Tonnen Kohlen ausführen als bisher. Wir sollen von unserem gering gewordenen Vieh eine noch unbestimmte Menge in Natur abliefern. Deutschland besitzt keine eigene Handelsflotte mehr und hat die Pflicht, jährlich 200 000 Tonnen Schiffsraum für fremde Rechnung zu bauen. Die deutschen Werften werden vom Ausland kontrolliert. Internationale Kommissionen können sowohl die Tarife wie die Linienführungen der Eisenbahnen beeinflussen. Die großen Stromläufe werden internationalisiert. Die gesamte Finanzwirtschaft (nicht nur die des Reiches) soll unter fremder Kontrolle stehen. Deutschland erhält nach dem Friedensvertrag nur so viel Rohstoffe, als die Alliierten für notwendig halten. Damit ist jede Art von Konkurrenzfähigkeit totgeschlagen. Deutschlands Besitztümer in Übersee werden ihm nicht wiedergegeben. Zu dem allem kommt, daß wir außer der unglaublichen materiellen Schädigung noch das moralische Todesurteil mitunterschreiben sollen, daß wir am Kriege schuld sind. Selbst angenommen, daß es in Deutschland gewisse Personen gibt oder gab, denen man einen Teil der gemeinsamen europäischen Schuld aufladen könnte, — was hat die große Menge des deutschen Volkes mit einer derartigen Schuld zu tun? Der vorliegende Friedensentwurf ist Volksmord. Auch die pessimistischsten Beurteiler haben nicht geglaubt, daß etwas Derartiges innerhalb der Menschheit möglich sei.

Gertrud Bäumer / Heimatchronik

Sonntag, 27. April.

Aus München bekommt man anekdotenhafte Berichte von dem Revolutionstheater. Es wird Phantasie und Stilisierung dabei sein, aber der Charakter der schauerlichen Groteske, die das wunderliche Kollegium der dortigen Machthaber aufführt, wird der Wahrheit entsprechen. Die militärischen Operationen der Regierungstruppen werden mit einer strategischen Planmäßigkeit ausgeführt, von der man mit Grauen liest — Grauen, daß der Kriegsbericht wieder auftaucht als Bericht über die Selbstvernichtung im Innern.

Im Ruhrgebiet, in Bremen, in Dresden sind neue Putschversuche vereitelt. Wir leben immer noch im Belagerungszustand und kohlenlos. Die Wärme, die man im Hause nicht haben kann, muß man sich durch die Märsche in die Stadt verschaffen.

Montag, 28. April.

Am Eröffnungstage der Leipziger Messe hat in der Alberthalle eine Kundgebung für den Völkerbund stattgefunden. Sie nahm eine Entschließung an: „Die Versammlung deutscher und neutraler Kaufleute, vertrauend auf die sittliche Macht des Rechtes, bekennt sich freudig zu dem Gedanken des Völkerbundes. Gegründet auf die Ebenbürtigkeit aller Glieder, wird er der Menschheit einen dauernden Frieden sichern."

Zum Besuch der Messe sind bisher 85 000 Menschen eingetroffen. Die Zahl der Aussteller ist über 8000.

Der Streik im Ruhrrevier ist erloschen, die Arbeit im vollen Umfang wiederaufgenommen.

Hamburg protestiert unterdessen beim Reichskohlenkommissar gegen die vollkommene Ausschaltung bei der Belieferung, während Berlin Gas, Straßenbahnen und beleuchtete Restaurants hat. Bei uns wird das „Licht aus" des Abends mit größter Strenge und viel Schießerei gehandhabt.

Dienstag, 29. April.

Sehr bedrohlich wird die Lage in Oberschlesien, wo polnische Agitation und Spartakismus sich unheilvoll verbünden. Die treibende Kraft einer Streikbewegung, die bisher das ganze Kleinkohlengebiet und die Gruben um Zabrze, außerdem aber die oberschlesischen Elektrizitätswerke ergriffen hat, soll der Arbeiterrat von Hindenburg sein, der nur aus unabhängigen Sozialisten und nationalen Polen besteht.

Der Briefverkehr mit Italien ist wieder eröffnet. Bei aller Dunkelheit der Aussichten auf die Friedensbedingungen ist doch jede solche Nachricht von dem Wiederaufgehen der Tore von etwas wie Frühlingsluft umweht.

Wichtiger als dies: Die von den assoziierten Regierungen seinerzeit aufgestellten schwarzen Listen sind auf Antrag der englischen Regierung aufgehoben — ein Schritt, der in vieler Hinsicht symptomatisch ist, denn er ist natürlich nicht Ausdruck freundlicher Gesinnung, sondern Wirkung bestimmter Interessen an den deutschen Handelsverbindungen.

Mittwoch, 30. April.

Die Streiklage in Oberschlesien hat sich verschärft, so daß die Bürger von Gleiwitz zum Abwehrstreik rüsten. Es ist Generalstreik in Aussicht gestellt.

Der „Imperator" der Hamburg-Amerikalinie ist ausgelaufen, um den Amerikanern als Truppentransportdampfer zu dienen. Es gibt Vorstellungen, an denen uns unsere Demütigung bis zu Tränen des Zornes trifft: Im Hafen von Newyork werden die Leute stehen und das Schiff einbringen wie einen gefangenen Fürsten. — Und dann kommt der andere Gedanke, und man muß ihm Raum geben: Buße für die Lusitania.

Eine Teewirtschaftsstelle zur Regelung der Teeeinfuhr ist in Hamburg begründet. Tee soll dem freien Handel noch nicht wieder überlassen werden, weil er als Luxusgut wichtigeren Einfuhrartikeln nachgestellt werden soll.

Wir Mitglieder der Nationalversammlung sind noch in Ungewißheit, ob die Tagung in Berlin oder Weimar wieder beginnen wird. Die Entscheidung über die Friedensbedingungen fordert Zusammentritt am Ort der Regierung.

Donnerstag, 1. Mai.

Der Nationalfesttag leidet etwas unter Bewegungsfreiheit, weil alle Verkehrseinrichtungen auch die volle Arbeitsruhe proklamiert haben, auch die Mehrzahl der Gastwirtschaften außer den Ballokalen. Die Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten demonstrieren je besonders. Alles verläuft ziemlich stimmungslos — in musterhafter Disziplin. Der Belagerungszustand ist aufgehoben. Das Bürgertum betrachtet hier den Tag als einen sozialistischen Partei-Trutztag, ein gegen das übrige Volk gerichtetes Triumphfest und hält sich zurück. Es gäbe eine größere, freiere, weltgeschichtlich würdigere Auffassung. Man hätte den Tag allen guten Mächten der Erhebung weihen sollen, kein „Fest", aber eine Feier, Selbstbesinnung auf die Kräfte des Aufstiegs, die wir haben: Arbeit, Gemeinschaft, Klassenüberwindung. Kirche und Schule hätten mittun sollen, und jeder, der etwas innerlich zu geben hat, hätte sein Bestes aus sich herausholen müssen zu einem Frühlingstag eines verzweifelten Volkes. Man ist von beiden Seiten dazu nicht groß genug gewesen, und so gingen wohl viele seelisch hungrige Menschen ungesättigt nach Hause.

Nachmittags kalter Regen, so unmaiisch wie möglich.

Freitag, 2. Mai.

Die Kohlenförderung im Ruhrrevier hat sich trotz Beendigung des Streiks noch nicht auf die Hälfte der normalen Förderung gehoben: d. h. die Arbeiter fahren zwar ein, sie tun aber nichts, sie streiken sozusagen unter Tage weiter.

Die Blockade lockert sich allmählich. Aber eine andere Gefahr dringt in jeden geöffneten Spalt, das ist der ungeheuerlichste Wucher. An der dänischen Grenze nimmt er schon die phantastischsten Formen an. Das wird allerdings radikal erst dann anders werden, wenn genug hereinkommt, um das Gesetz von Angebot und Nachfrage einigermaßen wirksam zu machen.

Der Partikularismus scheint doch ein wenig ins Weichen zu kommen. Der bayerische Gesandte hat im Verfassungsausschuß erklärt, daß Bayern nach Klärung aller Einzelheiten auf seinen Eisenbahnbesitz zugunsten der Reichseisenbahn zu verzichten bereit sei. Ebenso sei es unter gewissen Voraussetzungen zum Verzicht

auf seine Militärhoheit und sein Biersteuerreservat (Ablösung) bereit.

Braunschweig hat nun eine von der Landesversammlung eingesetzte rechtmäßige Regierung aus zwei Mehrheitssozialisten, zwei Unabhängigen und einem parteipolitisch scheinbar nicht rangierten Finanzpräsidenten.

Einmarsch der Regierungstruppen in München. Anscheinend unter erbittertsten Kämpfen und Gewalttaten der Kommunisten an den von ihnen verhafteten Geiseln. Der Einmarsch ist nach vollständiger Zernierung planmäßig von allen Seiten geschehen.

Sonnabend, 3. Mai.

Die Einberufung der Nationalversammlung ist nach Berlin erfolgt. Der Termin steht noch nicht fest: Bereitschaft vom 7. Mai an. Es heißt, daß wir in der Singakademie tagen werden. Der Reichstag ist noch „verlaust". Warum das heute noch sein muß, nachdem schon seit Februar der Wunsch zum Wiederbezug bestand, wird uns niemals genügend begründet erscheinen.

In München sind die meisten der gegenwärtigen Machthaber verhaftet und sollen erschossen werden. Gerüchte von furchtbaren Mißhandlungen der Geiseln gehen um. Doch steht amtlich nichts fest.

Und heute oder morgen haben unsere Delegierten die Friedensbedingungen entgegenzunehmen!

Sonntag, 4. Mai.

In Oberschlesien ist durch den Staatskommissar der Arbeitszwang verfügt. 70 v. H. der Arbeiter, so heißt es, haben dem Gestellungsbefehl Folge geleistet. Ein Reichsgesetz gegen die Streiks ist angekündigt. Es ist ein Gedanke, der viele von uns schon lange beschäftigt, daß der Weltfriedensgedanke nach außen und die wirtschaftliche Demokratisierung nach innen den wirtschaftlichen Krieg als innere Methode ebenso ausschließen müßte.

Eine in Berlin angefertigte Wahlstatistik der Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung gibt sehr interessante Ziffern. Es stellt sich heraus, daß nur 62 v. H. der männlichen Wähler gewählt haben, aber 78 v. H. der Frauen. Am stärksten ist das Übergewicht der weiblichen Wahlbeteiligung bei den jüngsten Jahrgängen. Von den 20jährigen Männern erschienen 43½ v. H., von den Frauen 73 v. H., von den 21—25jährigen erschienen 60 v. H. der Männer und 76 v. H. der Frauen.

Montag, 5. Mai.

Der Streik in Oberschlesien ist zu Ende. Augenblicklich also läuft, wenigstens nominell, die Kohlenförderung in Deutschland. Dabei bleibt die Förderung gering. Obstruktion unter Tage.

München kommt — wenn auch zunächst äußerlich — in Ordnung. Die von den Kommunisten erschossenen oder erschlagenen Geiseln sind festgestellt. Die Führer sind zum großen Teil — scheinbar mit Ausnahme der Russen — in den Händen der Regierungstruppen und fast alle tot.

In Sachsen äußern sich die Wirkungen der schwierigen Arbeiterverhältnisse hier und da in Bemühungen, die Industrie nach außerhalb zu verlegen. Welche sinnlose gegenseitige Not sich die verrannten Menschen machen!

Der Landwirtschaftsminister ersucht, auf Freiwilligenwerbungen auf dem Land zu verzichten, weil die an sich vorhandene Leutenot durch die Werbungen verstärkt wird.

Dienstag, 6. Mai.

Ein Aufsatz der „Deutschen Tageszeitung" über die Gewerkschaften und die Revolution. Wenn das Urteil, das hier die Gewerkschaftsführer auf der Folie der Revolution erhalten — besonnene, verständige Leute zu sein, die wissen, was die Industrie ertragen kann —, sich in jenen Kreisen vorher durchgesetzt hätte, wäre manches sehr anders.

Als Organe der Industrieregelung — Rohstoffzufuhr, Ausfuhr, Kontingentierungen usw. — sollen Selbstverwaltungskörper der einzelnen Zweige geschaffen werden.

Der Städtetag verlangt von der Regierung gesetzgeberische Grundlagen für die Kommunalisierung der dazu geeigneten Wirtschaftsbetriebe.

Der Reichsernährungsminister fordert von den Landesregierungen Maßnahmen zur schärferen Erfassung des Schleichhandels — einer der vielen schwachen Dämme gegen die unaufhaltsame Auflösung der Kriegswirtschaft.

Mittwoch, 7. Mai.

Heute mittag wird durch Extrablatt ein Auszug aus den Friedensbedingungen bekannt. Man versteht die antike Geste, daß man sein Haupt verhüllt; man möchte niemanden sehen und sich von niemanden sehen lassen. Man möchte mit niemand sprechen müssen. Mir kommt eine Erinnerung an einen kleinen tapferen Jungen, dessen Vater im Anfang des Krieges fiel, und der zu seiner Mutter sagte: „Mutter, nicht wahr, wenn dann der Krieg aus ist und die anderen alle zurückkommen, dann verstecken wir uns." Und das unerträglichste Gefühl ist, daß wir geschmiedet sind an einen demoralisierten, zermürbten, kläglich gewordenen oder ideologisch verrannten Teil unseres Volkes, der uns fesselt.

Donnerstag, 8. Mai.

Der Gesetzentwurf über die Betriebsräte ist fertiggestellt. Es ist ja auch, wenn er politisch nützen soll, höchste Zeit, daß er verabschiedet wird.

In München sind die linksradikalen Zeitungen zunächst verboten. Die Regierungstruppen haben sich scheinbar auch manchen Mißbrauch des Standrechts zuschulden kommen lassen. Es steht einem das Herz still bei der unmöglich klingenden Nachricht, daß eine Zusammenkunft katholischer Gesellen für eine spartakistische Verschwörung gehalten und daß 21 unschuldige Menschen erschossen sind. Daß es nicht möglich gewesen sein sollte, solche schauerlichen Übereilungen zu vermeiden, ist undenkbar!

Freitag, 9. Mai.

Wir werden, als Nationalversammlung, in Berlin auf Montag einberufen. Die meisten Abgeordneten sind schon dort. Morgen sind Fraktionssitzungen.

Alles andere verschwindet nun hinter der Spannung, den heißen, blutenden Gebeten, mit denen man die Haltung des deutschen Volkes sich festigen sieht.

Sonnabend, 10. Mai.

Es ist auf einmal Frühling geworden. Vor den grauen Straßenwänden flammen lichtgrüne Wolken. Die staubige Wärme frühen Sommers ist über dem Asphalt. So ist einem Berlin aus vielen Jahren vertraut — aus den schweren Kriegsjahren und dem fernen, fernen Frieden.

Bei uns in der demokratischen Fraktion ist die Stimmung einheitlich. Dieser Friede kann nicht unterschrieben werden.

Naumann / Neue Weltpolitik

Wenn Deutschland gemordet sein wird, dann fehlen im Konzert der Mächte: Rußland, Österreich-Ungarn und Deutschland. Irgendwann kann zwar von diesen vergangenen Großstaaten etwas wieder auftauchen, aber zunächst spielen sie nicht mit, sondern haben genug zu tun, von einem Tage zum anderen ihr Dasein weiter zu fristen. Die Menschheit wird beherrscht von Großengland, Amerika und den Ostasiaten. Die Weltgeschichte geht von Ost nach West, von Europa nach der Ost- und Westküste von Amerika. Europa liegt verlassen, entkapitalisiert, wie einst Mesopotamien nach dem Sturz seiner alten Herrscher. So verlangen die obersten Männer der angelsächsischen Nationen.

Wir wollen nicht sagen, daß diejenigen Engländer, die den großen Krieg vorbereiteten, schon genau dieses Bild vor Augen gehabt hätten: das konnten sie schon deshalb nicht, weil sie das zaristische Rußland als Bundesgenossen warben und nicht mit seinem Zusammenbruch rechneten. Erst damit, daß Rußland unter deutschen Waffen zerbrach, gewann das Angelsachsentum seine unerhörte Gewalt. Auch die Fran-

Digitized by Google

zosen haben sich den Verlauf anders gedacht. Sie wollten die Zerdrückung Deutschlands fast genau so, wie sie jetzt geschieht, und wie sie 1915 von dem inzwischen verstorbenen A. Delaire beschrieben wurde (au lendemain de la victoire), aber sie wollten keine völlige Umschiebung der Weltverhältnisse, sondern nur eine neue Einteilung Europas (le nouvel équilibre européen). Eher schon wird man annehmen können, daß die führenden Amerikaner eine allgemeine Ahnung hatten, wohin der Weg führte, denn sie wollten die moralische Weltherrschaft der Vereinigten Staaten. Alle jene kleinen Räuber aber und Hilfsvölker der Mächtigen, wie Italiener, Rumänen, Südamerikaner und Griechen, haben sich wohl überhaupt keine bestimmte Vorstellung darüber gemacht, wie es nach dem Kriege werden sollte, da es ihnen immer nur auf gewisse Einzelvorteile ankam. Aus hundert verschiedenen Interessen fügte sich der ungeheure Chor der Gegner zusammen und umkleidete sich mit dem Mantel der Gerechtigkeit. Nun erst, wo dieser Mantel abgeworfen wird, zeigt sich, was das objektive Kriegsziel war, das Ziel der im Unterbewußtsein der Menschheit arbeitenden Gewalten. Es ist der angelsächsische (englisch-amerikanische) Riesenimperialismus, das neue römische Imperium über die Erdoberfläche.

Die Männer, die jetzt in Versailles als Weltrichter der Reihe nach Deutschland, Österreich, Bulgarien und die Türkei wie Schlachtopfer vor sich fordern, haben durch den Kriegsausgang eine Aufgabe erhalten, die eigentlich über ihre Kräfte geht, und die sie wahrscheinlich mehr beschäftigt, als die Abmachungen mit den Bestrafungsvölkern, deren erstes wir sind. Es sollen die Grundlagen eines englisch-amerikanischen Weltherrschaftssystems gelegt werden, durch welches der englisch-amerikanische Zukunftskrieg unnötig gemacht wird. Man ist durch den Krieg klüger geworden und sagt sich in London: so gut es für die Deutschen vorteilhafter gewesen wäre, sich mit uns vorher zu verständigen, so wird es für Großbritannien nützlicher sein, den Völkerbund, das heißt das angelsächsisch-amerikanische Syndikat, vorher zu gestalten, ehe die Reibungen und Rivalitäten allzu hoch ansteigen. Die Amerikaner können warten, bis die Engländer zu ihnen kommen, aber sie wünschen doch, daß bald Klarheit erfolgt. Dabei wird Frankreich als vielgeprüfte, etwas anspruchsvolle Leidträgerin und Japan als frecher Vetter mit zur Familie gerechnet. Alle anderen Nationen sind nichts als Objekte der Behandlung. Vom Standpunkt der neuen Weltherren aus gibt es etwa folgende Klassen von Staaten:

1. Großherrschaftsstaaten: England, Vereinigte Staaten.
2. Mitherrschaftsstaaten: Frankreich, Japan.
3. Dienststaaten: fast alle Südamerikaner, Mittelamerikaner, Portugiesen, Belgier, Norweger, Serben, Rumänen, Polen, Tschechen usw.
4. Neutrale Staaten: Schweiz, Holland, Schweden, Dänemark, Italien, Bulgarien (?), Mexiko, Spanien usw.
5. Ausbeutungsgebiete: Rußland, China, Türkei, Persien.
6. Kolonialgebiete: fast ganz Afrika, Indien, Südseeinseln.
7. Strafstaaten: Deutschland, Deutsch-Österreich, Ungarn.

Dieses System soll Völkerbund genannt werden!

Demgegenüber reicht unser Staatssekretär einen besseren Völkerbundsplan ein als Appell an die Zukunft: den Menschheitsbund zur Überwindung dieses Imperialismus!

* * *

— — Das englisch-amerikanische Weltsystem ist kapitalistisch durch und durch. Es ist sozusagen derleibhaftig gewordene Kapitalismus, denn die Klassen der Völker werden auf ihre Nutzbarkeit hin sortiert und verschieden behandelt. Der Weltfriede wird als Sicherung des Weltrentenbetriebes gedacht. Krieg ist in Zukunft dasselbe wie Revolution gegen den Gewinn der Herrschaftsvölker und ihrer Trabanten. Die Weltordnung ist eine angelsächsische Erwerbsordnung, in der wir die Rolle des Heimarbeiters der Nationen spielen. Wir werden so belastet, daß wir Tag und Nacht arbeiten müssen und dabei nicht satt und nicht froh werden. Man sieht es ja jetzt: wir wissen nicht, womit wir Speck und Getreide bezahlen sollen. Werden wir es in Zukunft besser wissen? Das, was Lassalle einst als das eherne Lohngesetz darstellte, wird von nun an unser Lebensgesetz sein: niemals können wir mehr erwerben, als was gerade zur Aufrechterhaltung der Arbeitskraft nötig ist. Alles weitere nimmt die Schuldenkommission. Unsere Finanzen sind noch kontrollierter als es bisher die türkischen Finanzen durch die dette publique, öffentliche Schuldenverwaltung waren. Diesen Zustand sollen wir jetzt selber beschließen, so wie wenn sich ein verurteilter Russe sein eigenes Grab schaufeln muß. Er muß es tun, weil er geschlagen wird. Das nennt man dann freiwillig! Den anderen Völkern aber wird gesagt: Seid fleißig, gehorsam und dienstwillig, damit es euch nicht geht wie den Deutschen! Das neue System braucht das Exempel des Strafvolkes zu seinem Bestande. Und warum sind wir es gerade geworden?

Als Simson vor Zeiten in die Gewalt der Philister geraten war, stachen sie ihm die Augen aus, banden ihn mit zwei eisernen Ketten und er mußte mahlen im Gefängnis. (Buch der Richter 16.) Aber das Haar seines Hauptes fing wieder an zu wachsen. Die Philisterfürsten aber versammelten sich und sprachen: Unser Gott hat unseren Feind Simson in unsere Hände gegeben ... Simson aber sprach zu dem Knaben: Laß mich, daß ich die Säulen taste, auf welchen das Haus steht, daß ich mich daran lehne. Das Haus aber war voll Männer und Weiber. Und er faßte die zwei Mittelsäulen und sprach: Meine Seele sterbe mit den Philistern! Da fiel das Haus auf die Fürsten und auf alles Volk, das drinnen war. Daß der Toten mehr war, die in seinem Tod starben, denn die bei seinem Leben starben. — Das ist eine alte schauerliche Geschichte. Wer Ohren hat zu hören, der höre!

Ob Wilson manchmal in der Bibel liest? Er sollte dieses Kapitel lesen!

Gertrud Bäumer / Zur Begriffsklärung über die Räte

Fortsetzung.

Das Rätesystem, seiner revolutionären Vorzeichen entkleidet, heißt einfach: Ständestaat. Bei uns in Deutschland hat die praktische Entwicklung, die das revolutionäre Rätesystem nahm, sehr schnell dem Einfluß dieser inneren Verwandtschaft nachgegeben. Wir besaßen immerhin genug demokratisches Volksbewußtsein, um zu schließen: was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Gibt es einen Arbeiterrat, so kann es konsequenterweise auch einen Beamten-, Lehrer-, Angestellten- usw. Rat geben. Wir entnahmen dem Rätegedanken das Prinzip ständischer Vertretung, und dieses trat sogar vielfach verdunkelnd vor das andere: Diktatur des Proletariats. Wo sich dem Arbeiterrat ein „Bürgerrat" gegenüberstellte, war das Rätesystem schon eher

Digitized by Google

in seiner revolutionären, klassenkämpferischen Bedeutung erfaßt. Aber vielfach haben dann wieder diese Arbeiter- und Bürgerräte als grundsätzlich gleichberechtigte Größen miteinander verhandelt, sich damit gewissermaßen doch beide als Glieder eines Regierungssystems anerkennend und den Sinn des Arbeiterrats als einziger klassenkämpferischer Staatsmacht preisgebend.

Was verbindet das Rätesystem mit dem Ständestaat? Sie haben einander schon einmal in der Geschichte der politischen Gedanken sehr nahegestanden. Als die französische Revolution von 1789 ihr individualistisches Prinzip ausgelebt hatte, entstanden aus ihrem Schoße in zwei ganz verschiedenen seelischen Betonungen sozialistische Systeme: das eine der patriarchalische Sozialismus der Reaktion, dessen Väter Bonald und de Maistre waren, und das andere, die Vorläufer von Marx: St. Simon, Fourier, und die anderen ersten Begründer des modernen Sozialismus. Comte stand, von beiden Seiten her bestimmt, aber doch sie beide überragend, zwischen ihnen.

Gemeinsam ist diesen beiden Sozialismen die Ablehnung aller liberalen und individualistischen Gesellschaftsideen, aller „Emanzipation" des einzelnen. An die Stelle der Idee der Freiheit treten Begriffe wie Gesellschaft, Ordnung, Organisation, Harmonie. Auf alle Fälle ist der einzelne nichts für sich, er ist Teil und Glied der Gesellschaft, die in sich wieder ein System von Gruppen und Massen ist. Das Wesentliche des Lebens liegt in dieser Zugehörigkeit, nicht in der Selbständigkeit. Der gemeinsamen Herstellung einer gesellschaftlichen Harmonie ist die Freiheit des einzelnen unbedingt zu opfern. Diese Freiheit ist überhaupt — dies bei den katholischen Philosophen der Restauration ebenso wie bei den atheistischen Sozialisten bis zu Marx — ein Irrtum oder eine Sünde oder beides. Es muß dem Menschen zum Bewußtsein gebracht werden, daß er Glied einer Gemeinschaft ist, daß alle seine Lebensbeziehungen durch sie bedingt sind. Das Individuum, sagt Comte, existiert nur als zoologischer Begriff, äußerlich. In allen Kulturfragen, von den wirtschaftlichen und politischen bis zu den geistigen, gibt es nur Organe. Daher kann der einzelne auch seine Mitwirkung am Aufbau der Staatsordnung nicht individualistisch-demokratisch ausüben. Vielmehr hat er hier seine Bestimmung innerhalb der engeren Gemeinschaft, der er angehört, die ihn umschließt: durch sie hindurch, als Glied seines Arbeitskreises, soll er politische Rechte ausüben, erst innerhalb dieses Kreises, dann mit ihm hinauswirkend: Ständesystem, Rätesystem. Der Unterschied zwischen den beiden Sozialismen besteht nur darin, ob die Vorzeichen heißen: Patriarchalismus oder Volksherrschaft, ob der Schwerpunkt der Autorität nach unten oder nach oben verlegt wird.

Im Grunde handelt es sich heute um einen ganz ähnlichen Vorgang, dem auch psychologisch und politisch ähnliche Beweggründe innewohnen. Man ist einmal wieder fertig mit Liberalismus, Parlamentarismus, Demokratie. Man will nicht individuelle Freiheit, sondern Organisation der Gesellschaft. Und wieder fließen zwei ganz verschieden abgeleitete Ideenquellen in eine zusammen: Ständestaat, Rätesystem.

Der Gedanke des Ständestaates ist in der katholischen Sozialphilosophie nie erloschen. Hitze hat ihn in seinen Schriften aus dem Anfang der achtziger Jahre („Quintessenz der sozialen Frage", „Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft") in einer Weise formuliert, die ganz ähnliches ausdrückt, wie heute gewollt wird: „Unser ganzes Leben muß wieder ständisch werden, von der Politik bis zum Vergnügen. Nur so kann unser Leben wieder sozial werden — erst sozial im Stande, dann in und mit dem Stande auch mit der übrigen Welt. Jede Allerweltsverbindung kann nicht von Dauer und Ernst sein." Und andererseits: „Wiedereinsetzung der Gesellschaft in ihr Recht auf Individuum und Kapital". Aus beiden Gedanken prägt Hitze vor vierzig Jahren die Forderung: „ständischer Sozialismus".

Das Rätesystem kann eigentlich gar nicht treffender bezeichnet werden als mit diesem Ausdruck Hitzes: „ständischer Sozialismus". Die Sowjets setzen ja an die Stelle der losen „Allerweltsverbindung" des atomisierten Wählers zu einem aus beliebigen Individuen zusammengesetzten Parlament einen Aufbau von engen lokalen Klassengemeinschaften, die das Recht der Gesellschaft auf Individuum und Kapital unbegrenzt verwirklichen: auf das Individuum, denn es hat keine Möglichkeit mehr, politisch aus seiner Klasse herauszutreten, es besitzt politische Macht nur in ihr und durch sie. Mitgefangen, mitgehangen.

Wenn man sich diese Zusammenhänge einmal ganz deutlich werden läßt, dann enthüllt „die List der Vernunft" den zweideutigen Charakter des Rätesystems mit all seinen Gefahren. (Wenn hier von Rätesystem gesprochen wird, so ist immer der Gedanke der Begründung der ganzen politischen Macht auf Klassenvertretungen, nicht die Schaffung einer wirtschaftlichen Selbstverwaltung nach Art des Regierungsprogramms gemeint.) Das Rätesystem ist der Tod der Freiheit. Es baut sich entweder auf dem alten buchstäblich reaktionären Gedanken auf, daß der einzelne nicht frei sein, daß er als einzelner nie und nirgend mit irgendwelcher Macht ausgerüstet werden soll, weil der Individualismus das böse Prinzip an sich ist — oder es baut sich auf aus der den Menschen innerlich ebenso versklavenden Anschauung, daß er nichts sei als Klassenträger, Genosse, Proletarier — nur als solcher eine Meinung hat, die gleiche wie alle seine Millionen Parteigenossen, nur als solcher einen politischen Willen haben und bekunden kann, den Willen des klassenbewußten Proletariats. Im Grunde kommt beides ziemlich auf eins heraus. Denn im Sowjetsystem ist der demokratische Einschlag, die Macht- und Autoritätsbildung von unten her, praktisch sehr bald hinter allen möglichen Ratediktaturen verschwunden, und ob ein ständisches System alter Art meine politischen Menschenrechte auf meine Eigenschaft als Kaufmann oder Arbeiter oder Bauer einschränkt, oder ob ich mein Menschentum in meine Eigenschaft als Proletarier zusammenschrumpfen zu lassen gezwungen werde, auf alle Fälle heißt es: Freiheit, ade!

Fortsetzung folgt.

Wilhelm Grünewald, M. d. R./Ein großzügiges Finanzprogramm!

Die Steuerpläne, die bis jetzt bekannt geworden sind, stellen nur einen Ausschnitt aus dem gesamten Steuersystem dar, nicht ein Gesamtbild, das eine Übersicht über Bedarf, Deckungsmöglichkeiten, Wirkung der einzelnen Steuern auf die Volkswirtschaft ermöglicht. Es müßte m. E. ein gesamter Plan für die Ordnung des Reichshaushalts vorgelegt und allen beteiligten Volkskreisen genügend Zeit zur Prüfung und Äußerung gegeben werden.

Die Schulden des Reichs, der Bundesstaaten, der Provinzen und Gemeinden müßten dargestellt werden — und ihnen gegenüber die Deckungsmittel. Die staatlichen und

die Gemeindeabgaben müssen ermittelt und gegen die Reichsabgaben abgewogen werden. Man schickt sich an, die deutsche Volkswirtschaft vom ersten bis zum letzten von Reichswegen zu besteuern; hinterher, oder auch zwischendurch, kommen die Bundesstaaten, die Provinzen, Kreise und Gemeinden, bis das Volk völlig ruiniert und ausgesogen ist. Und dabei ist es gar nicht einmal sicher, ob diese Steuern die gewünschte Wirkung, die Schuldenlast zu tilgen, haben werden; es ist vielmehr sicher, daß sie nicht genügen und die ganze Aussaugung erfolglos sein wird. Mit solchen Steuerplänen wird man einer so außerordentlichen, noch nicht dagewesenen Notlage nicht gerecht; vielmehr muß zu ihrer Bewältigung mit einem großzügigen Finanzprogramm vorgegangen werden. Dieses Programm muß die größte Rücksichtnahme auf die Volkswirtschaft und ihre künftige Leistungsfähigkeit wahren.

Ich habe in diesen Tagen der Parlamentsferien wahrgenommen, daß unser Volk in größter Sorge ist wegen der Steuerpläne, namentlich sind die Kreise des Handels und der Industrie von der größten Besorgnis erfüllt und nicht imstande, wieder Unternehmungsgeist zu gewinnen, so lange diese zum größten Teil ganz rohen, aber auch ungerechten und für die Volkswirtschaft verderblichen Steuerpläne bestehen. Der Gedanke, die ungeheuere Schuldenlast jetzt mit einem Male durch Auferlegung riesiger Steuern abbürden zu können, ist ganz falsch und seine Durchführung würde uns ruinieren; es müssen vielmehr Wege gefunden werden, die Schuldentilgung auf lange Zeit zu verteilen. Die kommenden Generationen, denen die jetzige Heimat und wirtschaftliches Leben bewahrt hat, können voraussichtlich eher die Lasten aufbringen als die gegenwärtig lebenden Menschen, die geschwächt, in ihren Nerven und ihrem Vermögen zerrüttet, und deren Produktionsmittel abgenutzt und zerbrochen sind, die erst langsam wieder anfangen können, gewinnbringende und der Besteuerung fähige Arbeit zu liefern. Wie haben denn unsere Vorfahren gehandelt? Noch heute zahlen viele Landgemeinden Tilgungsrenten, die aus Kriegen herrühren, die vor Hunderten von Jahren gekämpft wurden! Feststellung aller Schulden, Übernahme aller Schulden auf das Reich, Feststellung aller Mittel, die zur Deckung jetzt und in Zukunft herangezogen werden können, und dann Aufstellung eines die gesamte Vermögenslage umfassenden Programms, das scheint mir die Forderung zu sein, welche die Volksvertretung erheben muß.

Die kleinliche, stückweise, zur Beruhigung niemals führende Methode, heute eine Kriegssteuer für zwei Jahre, dann eine für fünf, und zwar eine solche, die den bereits besteuerten Zeitraum nochmals besteuert, zwischendurch Besitzsteuern, dabei eine, die nur dann gilt, wenn die „große Vermögensabgabe" nicht kommt, dann die „große Vermögensabgabe", dazwischen eine „Kapitalertragssteuer", deren offensichtliche Ungerechtigkeit geradezu Entsetzen in weiten Kreisen des Volkes hervorgerufen hat, zwischendurch indirekte Steuern aller Art — das ist eine die Nerven des Steuerpflichtigen geradezu zermürbende, auf jeden Sinn für Arbeit und Erwerb lähmend wirkende Steuermaschine, die allein noch „produktiv" ist, während jede andere Produktion aufgehört hat. Man höre sich nur einmal um in den Kreisen der Leute, die von einem Renteneinkommen von 3-, 4-, 5000 M leben müssen — das ist kein unverdientes, arbeitsloses Einkommen, wie die gedankenarmen Schlagworte lauten, das ist Einkommen, das früher erarbeitet worden ist, von dem jetzt die Witwe, der bejahrte Vater mit vielleicht unverheiratet gebliebenen Töchtern lebt — man wird auf eine Erbitterung stoßen darüber, daß auch nur der Versuch gemacht werden kann, kurzweg von diesem Einkommen 10 v. H. wegzusteuern, während vom Millionär ebenfalls nur 10 v. H. genommen werden sollen, weil man „an der Quelle erfasse", nicht staffeln kann — ei, dann möge der Scharfsinn des Steuergesetzgebers, dem doch keine Möglichkeit entgeht, eine Staffelmöglichkeit ausfindig machen! Gerechtigkeit ist der oberste Grundsatz in Steuersachen und die Volksvertretung muß den Mut haben, von der Wirkung der Schlagworte wie „restlose Erfassung", „schärfste Heranziehung" sich in dem Sinne freizumachen, daß die gerechte, nach der Leistungsfähigkeit sich bemessende Besteuerung nicht leidet. Wer wäre nicht einverstanden, daß der Wucherer, der Spekulant, der Kriegsgewinner im wahren Sinne scharf besteuert, daß ihm der ganze Profit wieder abgenommen wird — aber wer empfindet es nicht als ein schweres Unrecht, daß der Sparer, der fleißige Handwerker, der bis zur äußersten Anspannung aller Kräfte tätige Industrielle, die während des Krieges einen Vermögenszuwachs erfahren, ordnungsmäßige Bücher geführt haben, in einen Topf geworfen werden mit dem Schieber, über dessen Geschäfte kein Papierschnitzel, noch nicht einmal eine Quittung existiert — der seinen Gewinn längst fortgeschafft, verlebt oder in Gütern und Kostbarkeiten angelegt hat. Schon sieht man die bekannten Typen wieder in Luxusautos durchs Land fahren, denen nichts zu teuer und nichts gut genug ist.

Die Steuerpläne sind von dem Wahn beherrscht, daß aus dem Vermögen der Reichen und aus dem Einkommen insbesondere der Industrie alles bezahlt werden könne; aber man wird auf diesem Wege nur das Vermögen von Industrie, Landwirtschaft und Handel wegsteuern und das wirtschaftliche Leben endgültig zugrunde richten. „Die Möglichkeit" schreibt der Senatspräsident vom Reichsfinanzhof Dr. Strutz in München „unter derartig konfiskalischen Steuern noch ein Wirtschaftsleben aufrechtzuerhalten, geschweige denn ihm neuen Odem einzuflößen, erscheint mir schleierhaft".

Ich will heute auf Einzelheiten nicht eingehen, Anlaß zur Kritik bieten die einzelnen Entwürfe in Hülle und Fülle; ich weise nur hin auf die Notwendigkeit eines erschöpfenden, direkte und indirekte, vorhandene und noch in Aussicht stehende Steuern und Einnahmen des Reichs und seiner Glieder, sowie alle sonstigen Einnahmen (Monopole, Beteiligung an Betrieben, an Bodenschätzen usw.) einschließenden Programms, das erkennen läßt, was notwendig ist und wie die Steuern miteinander und nebeneinander wirken.

Zuerst muß der Friede geschlossen sein, weil erst dann sich übersehen läßt, wie groß die unserem Volke obliegenden Lasten sind, aber auch weil es töricht wäre, jetzt Berechnungen aufzustellen und zu veröffentlichen über die voraussichtlichen Erträge der Steuern, die unseren Gegnern in die Augen stechen und sie in dem Wahne bestärken werden, daß wir über große, erfolgreicher Besteuerung fähige Werte verfügen.

Die im Vorstehenden enthaltenen Betrachtungen stehen nicht der Forderung im Wege, daß dringliche, d. h. nur im Augenblick faßbare Steuermöglichkeiten ausgenutzt werden. So ist die Einziehung der Kursgewinne, die die Besitzer von exotischen jetzt vom Reich beschlagnahmten Werten erzielen, eine gerechte und erträgliche Maßnahme. Große Mengen

dieser Exoten sind angekauft worden um ein Papier zu erlangen, das dem Zugriff der Steuerbehörde nicht in dem vollen Maße ausgesetzt ist wie ein inländisches Papier, dessen Vorzeigung und Abstempelung das Reich zu verlangen in der Lage ist. — Auch eine einmalige Abgabe von ganz großen, nicht in Produktionsmitteln investierten Vermögen, vorbehaltlich späterer Anrechnung im Rahmen des gesamten Steuersystems, könnte zum Zwecke der raschen Heranbringung größerer Mittel in die Reichskasse bewirkt werden.

Naumann / Noch nicht verloren!

Klagen erleichtert das Herz, ohne sonst viel zu nützen. Anklagen befriedigt den angehäuften Zorn, ändert aber nichts an der Sachlage. Verklagen hat nur da ein Recht, wo bestimmte Gesetze übertreten wurden. Der Haufen von gutgemeinten, aber oberflächlich gedachten Maßnahmen, der hinter uns liegt, die Menge von Irrtümern und falschen Selbsteinschätzungen, der Nebel vergangener Unwahrhaftigkeiten wird uns innerlich erdrücken, wenn wir nicht mit Entschlossenheit neu anfangen wollen. Wir sind ein anderes Volk geworden — ärmer, dürftiger, gebrochener! Niemand kann den Gedanken wehren, die das Gegenwärtige mit dem Vergangenen vergleichen, aber laßt uns darüber im klaren sein, daß wir die Germania nicht zum Klageweib dürfen werden lassen. Wer sich nicht aus der Vergangenheit herauswickeln kann, der trage still seine schwere Last, aber er hindere diejenigen nicht, die auf der neuen Grundlage versuchen wollen, etwas Lebensfähiges zu schaffen! Seid tapfer im Leid, soweit es euch möglich ist! Ihr habt bessere Tage erlebt, wollt ihr nun nicht auch in den schlechteren Zeiten eure Würde erhalten? Irgendwie wird und muß das deutsche Volk weiter leben, auch wenn erst noch mehr Opfer sterben sollten. Ist die Gewalt, die uns bezwingt, unmenschlich, so trösten wir uns, daß die wildeste Gewalt irgendwann und irgendwie sich selber aufzehrt oder in eine Grube fällt, in der sie andere töten wollte. Treibt man uns in die Verzweiflung, so findet auch sonst der Erdteil keine Ruhe. Das Gift, das man über uns ausgießt, bleibt nicht innerhalb unserer Landesgrenzen. Die Internationalität ist entweder Heilung oder Rache, da Gesundheit und Krankheit sich von uns aus nach allen Himmelsrichtungen verbreiten. Jetzt, wo der Sang von der Menschheit bei unseren Feinden zu Ende gesungen ist, laßt uns ihn neu beginnen als das Erneuerungslied der schwachen Nationen, als die Weissagung vom Sturze aller Hoffärtigen und Harten! Wir tragen die Kleider der Arbeit, denken aber nicht daran, ewige Sklaven der sieghaften Großvölker sein zu wollen. Unsere Kinder sollen eines Tages wieder für sich selber arbeiten! Besiegt sind wir, aber noch nicht verloren! Man muß warten können, wenn man schwach ist.

Büchertisch

Karl Kautsky, **Habsburgs Glück und Ende.** Berlin, P. Cassirer, 1918. 3 M.

Die Zahl der Sozialdemokraten, die sich mit auswärtiger Politik und besonders den historischen Zusammenhängen aus der Vergangenheit heraus intensiver beschäftigen, ist noch gering. Doch jetzt drängt die Gegenwart selbst fast noch mehr dazu als die Zeit während des Krieges. Karl Kautsky veröffentlichte an aktuellen Themen bisher „Serbien und Belgien in der Geschichte" (1917), „Elsaß-Lothringen" (1918) und zuletzt das obengenannte Werk über die österreichische Monarchie (zuerst in der „Sozialistischen Auslandspolitik"). Ihm fehlt auf keinen Fall der kritische Blick für die organischen Zusammenhänge, es geht ihm aber die völlig abstrahierende, nicht pragmatisch urteilende Objektivität des Historikers ab, jede Zeit aus sich zu erklären und wieder lebendig werden zu lassen. Er bezieht vom Urteile des Gegenwartspolitikers, so wie er es ist, die Bewertung der Vergangenheit. Trat das bereits im „Elsaß-Lothringen" zutage, so gleichfalls in „Habsburgs Glück und Ende". Schon die erste Hälfte des Titels „Glück" wird nicht aus einer rechten Würdigung der Staatsgeschichte ersichtlich. Er verfolgt diese höchstens im Abschnitt „Wirtschaftsgebiete" nach deren Zusammenhanglosigkeit, d. h., wenn man die Entwicklung vom jetzigen Stand rückwärts besieht. Die kolonisatorische Tätigkeit fällt ganz hinunter, ebenso die kulturelle Hebung all der im einzelnen unterschiedlichen Völker durch die Jahrhunderte. Es bleibt die Macht der Armee und die Kraft der katholischen Kirche als alleinige Triebkraft der Staatsbildung. In dieser Ausschließlichkeit sicher unrichtig. Wertvoll sind die knappen Umrisse über die Nationalitäten nach dem jetzigen Stand. Doch Kautskys letztes Urteil liegt auch hier in dem Satze: „unglücklicherweise überwiegt noch nicht der sozialistische Gedanke den nationalen in der Revolution." G. H. Müller.

Chauvinismus und Weltkrieg. herausgegeben von Paul Rohrbach. Erster Band: Die Brandstifter der Entente. Von Paul Rohrbach und Joachim Kühn. Verlag von Hans Robert Engelmann, Berlin W. 15.

In dieser Zeit, wo man so oft nach den Ursachen des großen Krieges fragt, sollte man an den „Quellenwerken" nicht achtlos vorübergehen. Dieses Buch gehört (wie man wohl sagen muß, leider) dazu; denn es pumpt seine Wasser aus den unglaublich trüben und sumpfigen Schächten des Chauvinismus in die Höhe. Welche Bedeutung indes gerade diesem Kapitel zuzumessen sein wird, weiß jeder Zeitungsleser, mindestens aus der mißbräuchlichen Verwendung, die man während der Kriegsjahre mit dem Begriff „Militarismus" (dem man das Adjektiv „preußisch" schon als stehendes Beiwort hinzuzufügen gewöhnt war) getrieben, wo es sich um kaum etwas anderes als um eine Übersetzung des französischen Schlagwortes „Chauvinismus" schlechthin gehandelt haben dürfte. Die Kehrseite der Medaille endlich vorgezeigt zu haben, ist das Verdienst der vorliegenden Sammlung, die sich mit deutscher Objektivität bemüht, den ganzen Herd moralischer und physischer Infektion abzutasten und aufzudecken. Das Buch selbst, mit dessen Materialsammlung bereits vor nahezu vier Jahren begonnen wurde, tritt erst jetzt hervor, weil es dem Verfasser widerstrebte, in die ihm von der alten Regierung zugemutete Einseitigkeit der Veröffentlichung zu willigen: dem Manuskript der ersten Hälfte war das Imprimatur zugesichert worden, während es dem zweiten, die Sünden der Alldeutschen aufdeckenden Teil verweigert werden sollte. Man begreift den Verzicht auf eine Publikation unter solchen Umständen vollkommen, möchte aber wünschen, daß die Sensation sich dieser Tatsache nicht in dem Sinne zunutze macht, daß der erste Band darunter zu leiden hätte. Denn all den Kleingläubigen und Wankelmütigen, die jeden Schatten und jede Schuld nur im eigenen Lande suchen und deren Zahl leider Legion ist, kann nicht nachdrücklich genug das Studium beider Hälften dieser unentbehrlichen und darum äußerst dankenswerten Materialsammlung zur Korrektur ihres armseligen Weltbildes empfohlen werden. W. E.

Briefkasten

Literatur-Verzeichnis. Auf viele Einzelanfragen nennen wir hier: Zum Frauenwahlrecht. Verzeichnis einführender Schriften über Geschichte, Politik und Frauenbewegung. Gegen Einsendung von 15 Pf. zu beziehen vom Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40, Postscheckkonto Berlin 8683. — Führer durch das Schrifttum der deutschen Sozialdemokratie von Ernst Drahn. Preis 1,25 M. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 114.

Oybin b. Zittau. Die Umbestellung der „Hilfe" kann nicht erledigt werden, da Sie die Namensangabe auf der Postkarte vergessen haben.

Kriegs- und Heimatchronik der „Hilfe" Nr. 2 und Nr. 46 werden zu kaufen gesucht.

Demokratische Reden. Bis jetzt sind 4 Hefte erschienen:
1. Fr. Naumann, Die Demokratie in der Nationalversammlung,
2. Conrad Weiß, Der Religionsunterricht in der Schule,
3. Gertrud Bäumer, Soziale Erneuerung,
4. Karl Hermann, Mittelstandspolitik.

Die Preise betragen für das Einzelstück 20 Pf. (Porto 5 Pf.), für 10—25 Stücke je 18 Pf., 26—50 Stücke je 15 Pf., 51—100 Stücke je 12 Pf., über 100 Stücke je 10 Pf. Porto wird besonders berechnet.

Für die Baltenhilfe: E. Sch. in N. 2.— M.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, Zehlendorf, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, Hamburg.

Digitized by Google

22. Mai 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis im Buchhandel 4 M., beim Postamt 4,12 M. unter Kreuzband 4,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 4,25 M., ins Ausland 5 M. Soldatenausgabe 1,50 M. Einzelhefte 40 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8683.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 21

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 60 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Gertrud Bäumer:** Heimatchronik. — **Naumann:** Was soll geschehen? — **Gertrud Bäumer:** Zur Begriffsklärung über die Räte. — **Dr. Hans Rothfels:** Das Problem des demokratischen Heeres. — **Dipl.-Ing. Albrecht Fritze:** Akkordsystem und Arbeitsleistung. — **Gustav Schneider, M. d. R.:** Das Mitbestimmungsrecht. — **Paul Honigsheim:** Aus den Erinnerungen eines Soldatenrates. — **Dr. Theodor Heuß:** Mann gegen Mann. — **Naumann:** Nachbarvölker. — Büchertisch.

Naumann / Kriegschronik

Sonntag, 11. Mai.

Die Frage, wie wir uns zum Friedensentwurf der Entente verhalten sollen, gehört gleichzeitig in die äußere und in die innere Politik. Die rechtsstehenden Parteien sind am sichersten in ihrem Protest, was nicht wundernehmen kann, da die Mehrzahl ihrer Angehörigen unter dem Kriegshunger weniger direkt leidet als die Masse der Arbeiter. Wenn unser Volk eine genügende Ernährung besäße, so unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß mit ganz geringen Ausnahmen jeder Mann und jede Frau für den entschiedensten Protest gegen den uns angesonnenen Frieden gestimmt sein würden. Die Empörung, Zorn, Bitterkeit wachsen mit jeder Stunde und mit jeder neuen Mitteilung über den schaudervollen Mechanismus unserer Versklavung. Es sind traurige Sklavengefühle, die sich da und dort äußern: Alles ist gleichgültig, wenn man nur zu essen hat. Dabei wird nicht genügend verstanden, daß bei Annahme des Friedensentwurfes kein einziges Stück Brot oder Fleisch uns geschenkt werden soll, sondern daß wir es alles kaufen müssen, ohne doch die Möglichkeit zu haben, den Kaufpreis aufzubringen. Wenn man weiß, wie peinlich schwer es schon jetzt ist, die Bezahlung für die amerikanischen Getreide- und Fettschiffe aufzubringen, so gehört eine kleine Rechnung dazu, um zu wissen, daß unser Gold und unsere noch vorhandenen Auslandswerte nicht geeignet sind, uns auch nur bis zum Schlusse des Jahres zu erhalten. Wir können unseren Unterhalt erwerben, wenn man uns freien Weltverkehr, freie Rohstoffe und freien persönlichen Auslandskredit gewährt. Deutschland hat sicher die Absicht, ein redlicher Schuldner zu sein. Dazu aber gehört, daß ihm Erwerbsmöglichkeiten gelassen werden und daß die Schuldsummen nicht in phantastische Höhe hinaufsteigen.

Montag, 12. Mai.

Die Nationalversammlung hält in Berlin im Festsaal der Universität eine Protestsitzung gegen den Pariser Friedensentwurf ab. Das Wesentlichste dabei war die Erklärung des Ministerpräsidenten Scheidemann, daß dieser Friede nicht nur unerträglich und undurchführbar, sondern darum auch unannehmbar sei. Um dieses Wort „unannehmbar" war vorher viel hin und her gesprochen worden, weil kluge Leute glaubten, sie müßten sich eine Hintertür offen lassen, um im äußersten Falle doch sagen zu können: wir unterschreiben. Da aber unaufhaltsam sich die Überzeugung Bahn gebrochen hat, daß der vorliegende Friede gar nicht unterschrieben werden kann, weil es rein technisch unmöglich ist, ihn zu halten, so wirkte es als Befreiung, daß das Wort „unannehmbar" mit runder Klarheit amtlich ausgesprochen wurde. Die meisten von uns wissen oder ahnen, welche schauerlichen Möglichkeiten in diesem Nein enthalten sind, da die Entente alle Machtmittel in ihren Händen hat. Es ist aber jetzt die letzte Gelegenheit, den sittlichen Geist des deutschen Volkes zu erhalten. Wenn wir Selbstachtung und Wahrhaftigkeit so sehr verkaufen, daß wir einen Frieden unterzeichnen, von dem Regierende und Regierte einmütig überzeugt sind, daß er von gar niemand gehalten werden kann, so sind wir vor uns selbst und unseren Kindern nichts mehr wert. Ein Sturm der Zustimmung begleitete die Erklärung Scheidemanns. Neben ihr aber kann als das Bedeutsamste dieses Tages gelten, daß der Führer der unabhängigen Sozialisten, Haase, die bestimmte Aussage machte, er und seine Freunde dächten nicht daran, zum Zwecke der Friedensherstellung die Regierung zu übernehmen. Die Haltung dieser Unabhängigen ist einigermaßen schwer zu beurteilen: Sie erklären auch ihrerseits den Frieden für tyrannisch und undurchführbar, behaupten jedoch, daß er unterzeichnet werden müsse und könne, weil ihm ja doch keine Dauer beschieden sein werde, lehnen aber persönlich ab, die Unterzeichnung zu vollziehen. Was ist nun das Ergebnis? Es kann sehr leicht der Fall eintreten, daß die Entente in Deutschland überhaupt keine Regierung findet, die bereit ist, den von ihr diktierten Frieden anzunehmen. Das ist für uns selbst darum sehr gefährlich, weil wir in einen Zustand der Regierungslosigkeit hineingeraten können. Andererseits aber ist es auch für Franzosen und Engländer eine peinliche und gefahrvolle Sache, Deutschland im ganzen okkupieren und regieren zu sollen. Voll von stürmenden Gedanken ging die Nationalversammlung auseinander, wobei viele des 4. August 1914 gedachten. Auch heute ist große Einmütigkeit, aber wie anders ist unsere Welt geworden!

Dienstag, 13. Mai.

Die verschiedensten Berufsvertretungen protestieren gegen die Friedensbedingungen, deren deutsche Übersetzung seit gestern in den Händen aller Interessierten ist. Die Landwirtschaft verwahrt sich gegen die Auslieferung der Milchkühe und anderen Viehes. Der Handel beklagt sich über die Unmöglichkeit, bereits begonnene Geschäfte fertig zu vollziehen. Im Namen des Hansabundes hält Dr. Rießer eine Ablehnungsrede im Zirkus Busch, während gleichzeitig viele Zehntausende von sozialdemokratischen Gewerkschaftlern auf dem Königsplatz ihrem entschlossenen Zorn Ausdruck geben. Aus allen Landesteilen beginnen die Kundgebungen in gleicher Richtung. Am eifrigsten wird verfolgt, was wir aus Oberschlesien, Posen und Danzig hören. Große Versammlungen fassen Resolutionen mit dem Gelöbnis der Treue zum Deutschen Reich und voll von der Anforderung, daß Wilson seine Zusage halten solle.

Die Gesandtschaft der deutsch-österreichischen Friedensunterhändler reist nach St. Germain bei Paris. Bisher werden die Deutsch-Österreicher von den französischen Zeitungen sehr viel anständiger behandelt, als es gegenüber den reichsdeutschen Vertretern der Fall ist. Es besteht offenbar die Absicht, aus Österreich und Tirol eine Art Rheinbundstaaten zu machen.

Digitized by Google

Mittwoch, 14. Mai.

Graf Brockdorff-Rantzau versammelte in Versailles die dort anwesenden deutschen Pressevertreter und gab ihnen eine Darstellung der politischen Lage, bei der er hervorhob, daß er mit der Rede Scheidemanns in der Nationalversammlung völlig übereinstimme. Er ließ sodann drei Noten vorlesen, die heute an die Entente zu Händen Clemenceaus abgegangen sind: über die Festsetzung der Entschädigungen, über die Veröffentlichung des Materials zur Beurteilung der Verantwortlichkeit am Kriege und über das Recht Frankreichs auf Naturalentschädigung an Kohle. — Der Vorschlag des Friedensentwurfes über das Saargebiet ist nicht nur vom nationalen Standpunkt aus völlig zu verwerfen, weil es sich um rein deutsches Gebiet handelt, sondern auch deshalb, weil ein fünfzehnjähriges Warten auf eine Abstimmung über die Zugehörigkeit zu Frankreich oder Deutschland geradezu eine immer offene Wunde schafft. Alle internationalen Schwierigkeiten, die in der vergangenen Zeit durch die französischen Teile von Elsaß-Lothringen entstanden sind, werden mit noch größerer Schärfe in Zukunft aus Saarbrücken entstehen.

Französische Sozialisten versuchen Kundgebungen gegen den Gewaltfrieden, kommen aber, wie es scheint, zu keinen größeren Erfolgen, da die Mehrheit der Franzosen nichts anderes im Auge hat als Rache und Entschädigung.

Donnerstag, 15. Mai.

Viel beachtet wird, daß der tschechische Regierungspräsident Masaryk bei wiederholten Gelegenheiten freundliche Erklärungen gegenüber Deutschland ausspricht: „Ich kann nur versichern, daß wir alles tun werden, um mit dem Deutschen Reiche korrekte Beziehungen zu pflegen. Ich selbst und wir alle hoffen und wünschen, daß das Verhältnis mit der Zeit beide Teile in jeder Beziehung befriedigen wird." Über die Deutschböhmen sagt Masaryk: „Sie werden als Bürger völlig gleichberechtigt und keinem Versuch der Entnationalisierung ausgesetzt sein. Die Entwicklung drängt zur Bildung des Völkerbundes oder der Vereinigten Staaten von Europa." Es verlohnt sich immerhin, darüber nachzudenken, aus welchen Gründen der Führer des Tschechentums jetzt nicht in der Tonart der Ententeredner sich äußert. Er will offenbar andere Wege gehen, als es die jetzige polnische Regierung tut, und hat nicht die Absicht, seinen Staat in einen erneuten Kleinkrieg zu verwickeln. Vielleicht darf man annehmen, daß bei Masaryk persönlich der pazifistische Gedankengang mitwirkt. Was aber seine Landsleute anlangt, so wissen sie genau, daß auch bei staatlicher Selbständigkeit ihre Zukunft nicht ohne die oberschlesischen Kohlen und ohne Wirtschaftsverkehr mit den Seehäfen möglich ist. Deutschland darf nicht aufhören, den Anschluß der Deutschböhmen an das Reich zu fordern, kann aber im übrigen inmitten der von allen Seiten auf uns hereinbrechenden Bosheit es mit einer gewissen Befriedigung feststellen, daß es eine Stelle gibt, die über die Wut des gegenwärtigen Zeitpunktes hinaus Vernunft zu bewahren bestrebt ist.

Freitag, 16. Mai.

Jeder Tag bringt eine Menge von Protestversammlungen gegen den Gewaltfrieden. Gestern haben wir vor dem Reichstagsgebäude in Berlin mit zahllosen Menschen zusammen das feierliche Gelübde abgelegt, unsere deutschen Brüder in den Grenzprovinzen nicht zu verlassen und die Regierung treu zu stützen, solange sie diesen Frieden nicht annimmt. Es geht eine wahrhafte und starke Bewegung durch das Volk, wobei freilich viele Leute noch kaum zu überschauen vermögen, welche unsagbare Härte von der Entente uns gegenüber noch entwickelt werden kann. Wir müssen auf alles gefaßt sein. Franzosen und Belgier schaffen große Mengen schweren Geschützes an den Rhein. Wozu brauchen sie schweres Geschütz, wenn auf unserer Seite ein militärischer Widerstand nicht geleistet werden kann? Wollen sie die Zerstörungen, die in Nordfrankreich infolge des Krieges stattgefunden haben, nun nach Schluß des Kampfes einfach zur Rache nach Westdeutschland übertragen? Es ist nicht möglich, einen bestimmten Plan aufzustellen, was wir in Deutschland jetzt tun sollen, da man abwarten muß, ob ernsthafte Verhandlungen begonnen werden oder ob der Waffenstillstand binnen kurzer Frist gekündigt wird. Ebenso müssen wir abwarten, ob die Polen es für richtig halten, ihrerseits mit Angriff gegen uns vorzugehen. Vielfach wird die Frage aufgeworfen, ob wir uns nicht in der gegenwärtigen Not mit der russischen bolschewistischen Regierung verständigen sollen. Dabei wird meist übersehen, daß nach unserer Kenntnis die russischen Bolschewisten weder Truppen noch Nahrungsmittel zu unserer Hilfe zur Verfügung stellen können. Wir werden in der kommenden äußersten Not alleinstehen müssen mit unserem entschlossenen passiven Widerstande.

Sonnabend, 17. Mai.

Im allgemeinen trösten sich die französischen Zeitungen damit, daß die Deutschen zwar sich etwas sträuben, dann aber doch gehorsam unterzeichnen würden. Um diesen Gehorsam zu beschleunigen, wird die Abreise des General Foch an den Rhein mit ziemlich viel Reklame ausposaunt. Er soll Deutschland in acht oder vierzehn Tagen zur Unterschrift zwingen. Man liest zwischen den Zeilen, daß es den Franzosen unbehaglich sein würde, den Krieg nochmals anzufangen. Natürlich kann für den Franzosen ein Zweifel darüber nicht bestehen, daß er, falls er es wünscht, von Berlin aus den endgültigen Frieden diktieren kann. Aber er beginnt zu berechnen, daß durch keine weitere militärische Verfolgung die Summe größer werden kann, die man aus Deutschland herauszieht. Mehr als durch den Friedensentwurf kann auch durch marodierende Soldaten nicht erpreßt werden, denn je mehr die deutschen Fabriken und Felder zerstört sind, desto weniger werden sie später an Staatssteuern geben können. Die Zwecklosigkeit der Fortsetzung des Krieges lastet uneingestanden auf der Entente. Dazu kommt, daß selbst die franzosenfreundlichsten Neutralen gewisse Zweifel äußern, ob es verständig ist, Deutschland seiner Arbeitskraft und seines Lebensunterhaltes so völlig zu berauben, daß es zur Wiederherstellung der Menschheit nichts mehr beitragen kann.

In Deutschland wird versucht, ein freiwilliges Parlament der östlichen Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Oberschlesien herzustellen, damit die bedrängtesten Teile des Vaterlandes eine eigene Vertretung für alle Fälle behalten.

Die Flut der Protestversammlungen in ganz Deutschland ist noch im Steigen.

Gertrud Bäumer / Heimatchronik

Sonntag, 11. Mai.

Ob vor dieser Heimatchronik des Krieges nun bald das letzte Wort aufgezeichnet werden wird? Heute ist mir das Gefühl so lebendig, das ihre ersten Zeilen diktierte: nichts von allem, das heraufbeschworen war und sich an uns vollziehen sollte, war uns vorstellbar, alles undeutlich, dunkles Verhängnis, und das stärkste Gefühl war, daß es den Todeskampf gegen eine unüberwindliche Übermacht galt. Das war der letzte Grund der Feierlichkeit, die über jenen Tagen lag

Dieser Sonntag ist ein Tag des Wartens. Keine Sitzungen der Fraktionen. Kabinettsberatung über die Haltung morgen. Wir sind noch nicht ganz sicher, was herauskommen wird.

Berlin ist ein wenig stiller als sonst. In strahlender Frühlingssonne, weiß und blendend, breitet sich das stumpfe Asphalt unter den maigrünen lebendigen Schirmen, und der Tiergarten ist so hinreißend heiter, als sei die ganze Welt nur da, um Frühling zu feiern. Wieder klopft in einem, bedrängend bis zum Ersticken, das Vorgefühl, daß wir noch einmal wieder von unserer Vergangenheit losgerissen werden und eine Zukunft aus neuen Elementen sich schichtet. Wird sie das, was auf dem Wege vom Brandenburger Tor, an Reichstag und Siegessäule vorbei an Geschichte sich einzeichnete, unter sich begraben? Welchen Sinn wird die Vergangenheit künftig gewinnen als Boden unserer inneren und äußeren Orientierung?

Digitized by Google

Wer lebt diese mit Geschichte beladenen Augenblicke wirklich mit? An den Litfaßsäulen prangt die Anzeige von den Rennen und ein Schrägstreifen darüber, der sagt, daß sie bestimmt stattfinden — trotz Landestrauer.

Montag, 12. Mai.

Morgens wird in Fraktionsbesprechungen über die Tagesordnung von heute nachmittag berichtet. Das „Unannehmbar" soll gesprochen werden.

Die Tagung der Nationalversammlung ist um 3 Uhr im Festsaal der Universität. Die ganze Wand hinter dem Präsidentenplatz nimmt das große Bild von Fichtes Reden an die deutsche Nation ein. Es beherrscht mit seinen Riesengestalten den Raum, als sei die Vergangenheit größer als die Gegenwart. Daß wir erst von der Universität in ihren Räumen begrüßt werden, erscheint einem irgendwie unangemessen. Es ist doch so belanglos, wo wir tagen, daß man meint, daraus dürfe kein Anlaß zu Reden abgeleitet werden.

Als in der Rede des Ministerpräsidenten das „Unannehmbar" fällt, wie ein von fester Hand geführter Hammerschlag, geht mit dem Gefühl der Schwere der in diesem Augenblick übernommenen Verantwortung etwas wie eine moralische Erlösung durch uns hindurch, beschwert und gedämpft durch das Wissen, daß es mit dem Wort noch nicht getan ist: nun muß es eingelöst werden durch die Haltung eines ganzen Volkes und durch eine klare und kühle Leitung der kommenden Notwendigkeiten. Alle Abgeordneten stehen in spontaner Bewegung des Entschlusses und der Zustimmung auf. Die Reden, die folgen, sind Bestätigung: von Vertretern der Parteien und der bedrohten Gebiete. Aus einem Zuviel von Worten, das abfällt, bleibt das Bild des Hinzutretens einer Gruppe nach der anderen zu einer geschlossenen Kette. Die Unabhängigen allein schlimmer als ablehnend: zwar protestierend, aber zugleich nachgebend. Das Wichtigste ist ihre Erklärung, die Regierung nicht zu übernehmen, um den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Die Vorbedingung des Vertrages, eine Vertretung des deutschen Volkes, die zur Übernahme der Garantie bereit ist, fällt also dahin.

Von den übrigen Rednern ist am eindruckvollsten Quidde, weil er als Pazifist und Völkerrechtsvertreter, als ein unentwegt Gläubiger an das Weltgewissen, die Ungerechtigkeit dieses Friedens mit ungebrochenem Pathos anklagt — und die Vertreterin der sozialistischen Frauen, die als Mutter von der Verantwortung vor der Zukunft mit stärkerer und unmittelbarer Überzeugungskraft reden kann als ein Mann.

Dienstag, 13. Mai.

Nun beginnt die Stellungnahme des Volkes selbst. Heute abend Massenversammlungen der Unabhängigen in Berlin, die sich als „der Wille des Volkes" ausgeben. Sie protestieren, erklären zugleich, daß unterzeichnet werden muß, und krönen diese widerspruchsvolle Haltung mit dem Ausdruck der Erwartung, daß die Weltrevolution den Frieden bald wegfegen wird, d. h. mit der Versicherung, daß wir zwar unterzeichnen, aber durch unsere Unterschrift uns zu nichts verpflichtet halten.

Im übrigen quält einen der Eindruck des Straßenlebens, der Restaurants, des Marktes der Eitelkeiten in Schaufenstern und Läden, die Ausdruckslosigkeit der Menge in Straßenbahnen und Cafés — und man argumentiert sich immer wieder vor, daß es menschliche Grenzen überschreitet, immer und ganz erfüllt zu sein von einem Schicksal, das zunächst nur erst Wort und Wille ist.

Mittwoch, 14. Mai.

Die Mehrheitssozialisten demonstrierten auf dem Königsplatz. Die Demokraten heute abend in einer Anzahl von Versammlungen. Die Parteien gehen scheinbar auch im Reich vielfach für sich: zuweilen unter Gruppierung der „Bürgerlichen", an deren Kundgebungen die Sozialdemokratie nicht teilnehmen kann, um nicht nach links hin Vertrauen zu verlieren und ihre Stellungnahme nach Sinn und Wesen verwischt zu sehen. Doch kommt in vielen Städten auch äußerlich Gemeinsames zustande. Nur, was nicht mehr geht und nicht mehr gewollt werden kann, ist der Burgfrieden von 1914. Jede Partei muß jetzt, da das Wohin? und Woher? des Protestes sehr mannigfaltig ist, die Möglichkeit haben, ihre Stellung ganz scharf herauszuarbeiten. Der Einheit des „Nein" an sich schadet das nicht.

Donnerstag, 15. Mai.

Heute ist eine große gemeinsame Kundgebung, die auf 200 000 Menschen geschätzt wird, auf dem Königsplatz für die Erhaltung der deutschen Gebiete für Deutschland. Hier entquillt der Wille, der sich zum Unannehmbar aufreckt, dem unmittelbarsten und einfachsten Gefühl des Deutschtums und der Aufbäumung gegen die Fremdherrschaft. Hier ist kein volkswirtschaftlicher Überblick notwendig, kein Vorwegnehmenkönnen künftiger Geschehnisse, um zu verstehen, was der Friede bedeutet. Aber die Unabhängige Zeitung — die ihren Namen „Freiheit" mit wenig Recht trägt — vergiftet dies Bekenntnis als „nationalistische" Kundgebung. Und man fragt sich vor diesem Zwiespalt: Wird sich eine Politik finden lassen, die in nationalem Sinn stark genug ist für die besten und stärksten Gefühle der bedrohten Gebiete und zugleich so klar und kühl, wie wir sie heute vor allem brauchen?

Freitag, 16. Mai.

Gestern abend war Versammlung der Kolonialgesellschaft in Berlin, die gegen den Raub der Kolonien protestiert. Man hat viele Menschen vor sich, die man als Kolonialdeutsche erkennt. Der Kolonialminister und die beiden Gouverneure von Ost und Südwest sprachen.

Heute die Frühlingsfahrt in den Wahlkreis. Wie schön ist das Land: das helle Violett der Erde, das Lichtgrün der Saaten und Bäume, glänzendes Braun von Pferden vor dem Pflug und überall die weißen Netze der blühenden Bäume in den Himmel gespannt. Immer wieder wächst einem aus dem unbeirrten Kreislauf des Wachsens der Glaube, daß nicht das Katastrophale das Entscheidende ist, sondern daß Kraft und Leben immer und immer sich wieder Platz schafft aus unerschütterlicher Notwendigkeit heraus. Damit zugleich die Frage: was ist in uns an solchem Leben?, und die Überzeugung, daß die Arbeit der Zukunft vor allem nach innen weist, um von hier aus Kraft wachsen zu lassen.

Sonnabend, 17. Mai.

Im Reich — besonders entschieden aus der bedrohten Ostmark — mehrt sich Kraft und Einheitlichkeit des Ablehnungswillens, saugt Lauheit, Kurzsichtigkeit und Mißtrauen in sich auf. Der Osten bereitet sich vor, unter Umständen unabhängig vom Reich auf eigene Verantwortung zu handeln, ein Parlament aus seinen Abgeordneten bei Landtag und Nationalversammlung einzusetzen und sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Hier in Thüringen, wo keine unmittelbare Bedrohung da ist, ist die Stimmung naturgemäß ruhiger. Die Menschen leben für den Tag, und der Frühling ist ein Versucher zu Ablenkung und Hoffnung.

Naumann / Was soll geschehen?

1. Wir müssen uns davon überzeugen, daß der Friedensentwurf der Weltmächte tatsächlich undurchführbar ist. Dazu müssen seine wirtschaftlichen und finanziellen Teile immer wieder gelesen werden, denn sie sind geradezu Kunstleistungen an Unterbindung jeder eigenen Kraft. Es wird ein Tributverhältnis vorgeführt, bei dem es kein Losringen und Abarbeiten geben kann, da immer neue Verpflichtungen nachwachsen und beständig dafür gesorgt ist, daß wir wegen nichterledigter Schulden in neue Strafvollstreckungen einbezogen werden. Unter dem Druck dieses „Friedens" gibt es kein Aufatmen, keine Erlösung. Das ganze Volk bleibt müde und geknechtet. Wollt ihr das tragen?

2. Wir müssen den deutschen Brüdern im Osten, Westen und Norden die Treue bewahren. Von ihnen verlangen wir, daß sie in allen Gefahren und gegenüber allen Verlockungen deutsch bleiben wollen und alles tun, um nicht

Digitized by Google

selber in Gleichgültigkeit oder Verrat zu versinken; aber weil wir das von ihnen fordern, dürfen auch wir nicht um eigener Bequemlichkeit willen der Volksgenossen an den bedrohten Grenzen vergessen. Es muß ein unzerstörbarer Schutz- und Trutzverband aller Deutschen entstehen, die in der Not noch viel fester zusammengehören wollen als in guten Tagen.

3. Wir müssen auf jeden Stoß und jede Gewalttat innerlich vorbereitet sein. Die Feinde werden alle ihre Mittel in Bewegung setzen, um uns in Hunger und Grauen versinken zu lassen. Was sie dabei im einzelnen tun werden, können wir nicht vorhersagen, aber wir wissen, daß wir keinen Grenzschutz im Westen mehr haben, daß unsere Kohlen dem Angriff offen liegen, daß die Fliegergeschosse über unseren Städten und Fabriken schweben werden, daß die Häfen gesperrt und alle Zufuhren verhindert werden. Die Zeit des Opferns, Leidens und Sterbens wird nun erst recht von neuem beginnen. Das soll man dem Volke offen sagen, denn die Zeit des Lügens muß nun vorbei sein!

4. Wir müssen im deutschen Volke Klarheit darüber verbreiten, daß wir auch bei Annahme des „Friedens" hungern und leiden werden. Auf diesem Gebiete bestehen viele falsche Wahnvorstellungen. Die Feinde wollen uns Brot und Speck nicht schenken, sondern wir sollen das Lebensnotwendige bezahlen. Das würden wir gern tun, wenn wir es könnten. Wie aber bezahlt man, wenn es an Rohstoffen, Heizmitteln, Schiffen und Ausfuhrerlaubnis fehlt? Die verschiedenen Artikel des Friedensentwurfes ergänzen sich gegenseitig und schaffen einen absoluten Hungerzwang. Dazu kommt die Auslieferung der Milchkühe, Schafe und Ziegen. Das ist Kindermord!

5. Die Arbeiterschaft hat nicht das geringste Interesse an der Annahme dieses Friedens, denn der Zwangsfriede ist das Ende jeden Sozialismus. Die Unternehmer sind enteignet, aber nicht etwa zugunsten der Arbeiter, sondern zugunsten der ausländischen Kapitalisten. Da aller Überschuß des Betriebes weggesteuert wird, bleibt kein Mehrwert zur Hebung der Arbeiterklasse. Wir werden zurückgeschleudert werden in Arbeiterzustände, wie sie vor dem Jahre 1870 in Schlesien oder im Erzgebirge vorhanden waren.

6. Alle Staatsbürger sollen wissen, daß es auf Grund des Ententefriedens keine demokratische Regierung geben kann. Da wir kein selbständiges Heer mehr besitzen, keine freie Waffenerzeugung, keine wirksame Vertragsmöglichkeit, keine eigene Handelspolitik, keine freie Finanzverwaltung, so sind wir in Wirklichkeit ein besetztes Gebiet, dessen eigentlicher Herr der Vorsitzende der Kontrollkommission sein wird. Erst hieß es, man wolle nur mit einem demokratischen Deutschland Frieden schließen; nun aber, wo die Demokratie da ist, wird sie zerdrückt und mißachtet!

7. Da wir einen Verteidigungskrieg nicht mehr führen können, so bleibt uns nichts als passiver Widerstand. Wir zahlen nicht, wir unterschreiben nicht, wir liefern nicht, bis man bereit ist, uns als Menschen zu behandeln. Es soll und darf keine Regierung geben, die unter das Vernichtungsschriftstück ihren Namen setzt! Es ist der Generalstreik einer mißhandelten Nation, der sich zu zeigen anfängt. Wir wollen bis zum gerechten Frieden alles arbeiten, was dem eigenen Volke dient, aber nichts arbeiten, was nur dem Feinde nützt. Wir zahlen fürs Vaterland, nicht aber für unsere Fronvögte. Mögen die Gegner sich ihre Zinsen selber holen!

8. Es liegt in dem allem für uns eine sehr große Gefahr, denn wir können leicht in schwerste Unordnung geraten. Auch darüber sollen Bürger und Bürgerinnen nicht im dunklen gehalten werden. Wenn Kohle fehlt, Beleuchtung ausbleibt, Feindesgefahr droht, Ernährung stockt, dann können revolutionäre Versuche sich erneuern, ohne etwas zu nützen. Eine allgemeine Aufregung kann die Provinzen und Länder erfassen, so daß zeitweise die Kraft der Reichszentrale nicht ausreicht, um sie in festem Zusammenhange zu behalten. Deutschland kommt an den Rand des Todes nach dem Worte: Und setzt ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein!

9. Wer aber wird schließlich ein Volk bezwingen, das sich durchaus nicht in Sklaverei begeben will? Wenn wir nur tapfer bleiben im passiven Widerstande, so werden zwar zahlreiche Einzelopfer gebracht werden müssen, aber das Volk als Ganzes behält seine Selbstachtung und bewahrt im Elend seinen Stolz. Jetzt sind Fichtes Reden an die deutsche Nation zu lesen! Freiheitsgeist!

10. Man sagt uns, das deutsche Volk sei durch den langen Hungerkrieg bereits zu entkräftet und moralisch ermattet, um noch zu einem heldenhaften Widerstande Energie genug aufbringen zu können. Solche Einwendungen können nicht mit leichter Hand abgeschoben werden, denn in der Tat ist die Müdigkeit und Kriegsschlaffheit sehr verbreitet, und das Schicksal der Frauen und Kinder in den Großstädten ist vielfach schlimm. Aller sogenannte Hurrapatriotismus ist in den arbeitenden Massen völlig ausgeschlossen. Trotzdem aber wirkt der Zwang: das Unterzeichnen des „Friedens" ist noch schlimmer als das Nichtunterzeichnen. Auch in schwachen Menschen entstehen Entschlüsse, wenn die Quälerei zu groß wird. Und sie ist zu groß geworden!

Gertrud Bäumer / Zur Begriffsklärung über die Räte

Fortsetzung.

Zu den beiden extremen Bedeutungen des Rätesystems: Diktatur des Proletariats und ständisch-patriarchalischer Sozialismus — kommt eine dritte und vierte: Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses und wirtschaftliche Selbstverwaltung.

Von den beiden ersten Formen des Rätegedankens unterscheiden sich diese dritte und vierte dadurch, daß sie den Räten keine über das wirtschaftliche Gebiet, das sie repräsentieren, hinausgehende politische Macht geben wollen. Die ersten beiden Formen setzen die Räte an die Stelle jeder anderen Volksvertretung. Sie bedeuten, daß die gesamte politische Macht ständisch aufgebaut sei: einseitig auf dem Proletariat in dem einen Fall, auf alle Berufsschichten gestützt in dem anderen.

Unter den beiden letzten Gesichtspunkten ist das Rätesystem gedacht neben der politischen Demokratie und dem Parlament, und zwar unter dem doppelten Gesichtspunkt: der Entlastung des Parlamentes in den Aufgaben der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, und der Einführung des demokratischen Gedankens auch in das Arbeitsverhältnis.

Beide Gedanken sind liberalen Ursprungs und Gehalts und bewegen sich doch auf der Linie großer sozialer Aufgaben: wirtschaftliche Organisation und Überwindung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit. Sie sind eine

Digitized by Google

Korrektur des wirtschaftlichen Liberalismus, der seine anarchisch-individualistischen Seiten hier abstreift, die sozialen Aufgaben bejaht, gesellschaftliche Organisationsbedürfnisse neben den staatlichen anerkennt und dadurch wieder zu sich selbst kommt, zu seinem Sinn der wirklichen, nicht nur der formalen Menschenbefreiung.

Das entscheidende Problem des Rätesystems ist dieses: soll es den Menschen in seiner politischen Betätigung einzwängen in den Rahmen seines Berufs, soll es den Staatsbürger töten zugunsten des Metallarbeiters oder Briefträgers — — oder soll es umgekehrt das Prinzip der politischen Demokratie ausdehnen auf das Wirtschaftsleben und die bisher im unlebendigen Untertanenverhältnis verbliebene menschliche Arbeitskraft liberalisieren?

Das Sowjetsystem läßt den Menschen im Klassenangehörigen aufgehen; das ζωον πολιτικον fällt zusammen mit dem Begriff des Arbeiters. Wie dieser Arbeiter zu den nicht-wirtschaftlichen Lebensfragen steht, ist hier belanglos. Er hat die Gesamtheit seiner politischen Interessen aufgehen zu lassen im Klassenkampf. Es bleibt ihm keine Freiheit persönlicher Stellungnahme zu den politischen Aufgaben, die nichts mit der Masse zu tun haben: z. B. Kulturpolitik, bürgerliche Rechtsordnung, außenpolitische, nationale Fragen. Die freie politische Gruppierung der Bürger nach solchen Fragen oder gar nach Ideen ist hier ausgeschlossen, es gilt als Prinzip der politischen Organisation und als Grundlage aller Rechte der Beruf. Zwangsläufig wird alle Politik in die Bahnen berufs- oder produktionspolitischer Auseinandersetzungen hineingeleitet.

Das gilt sowohl für das Sowjetsystem wie für die alten ständischen Vertretungen. Die große demokratische Entdeckung des Menschen, der mehr ist als seine Arbeit oder seine soziale Stellung, wird hier zurückgenommen. Auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung, die in den Ideen nur Spiegelungen von Masseninteressen und Produktionsverhältnissen sieht, ist das ganz konsequent. Wer des Glaubens ist, daß der Mensch mehr ist und umfassen soll als seine Arbeit und besonders als die moderne Arbeit, der muß es als eine Beeinträchtigung der Bürgerwürde, die den ganzen Menschen in Anspruch nehmen will, ansehen, wenn Politik grundsätzlich ständisch getrieben werden soll.

Man wende nicht ein, daß durch die Beteiligung aller Stände als Stände das Bild der politischen Energien wieder vollständig und alles umfassend werden muß. In dem Sinne etwa, daß die geistigen Angelegenheiten durch die Räte der Lehrer, Pfarrer, Gelehrten, Schriftsteller, die ästhetischen durch die Künstler, die der Körperpflege durch die Ärzte vertreten werden, die politischen im engeren Sinne durch die Staatsbeamten. Das hieße menschliche Angelegenheiten zu bloßen Fachfragen herabdrücken und einengen. Das wäre der Tod aller lebendigen Politik und der Tod aller menschlichen Gemeinsamkeiten.

Man braucht das Sowjetsystem nur konsequent zu Ende zu denken, um seine Enge und Einseitigkeit, die Vernachlässigung und Verkümmerung des Menschen über den Berufsangehörigen, die Hemmungen, die es dem Sichdurchdringen der Stände bietet, klar zu erkennen. Unsere Zukunft kann, nachdem die menschliche Gemeinsamkeit durch den Massenkampf jahrzehntelang aufs fürchterlichste gehemmt worden ist, nicht in dieser politischen Befestigung der wirtschaftlichen Gruppierungen der Weisheit letzten Schluß sehen.

Ein anderes ist noch zu bedenken: In diesem Aufbau der politischen Macht auf die Stellung des Menschen im Produktionsprozeß verschwinden die politischen Rechte der Frauen, sofern sie nicht Arbeiterinnen sind, überhaupt mit den „Menschenrechten" ist es aus. Es war ja aber bisher eines der gewichtigsten Argumente des Frauenstimmrechts, daß der einseitige Einfluß von Produktionsinteressen und -gesichtspunkten auf die Politik ergänzt werden müsse durch eine Wählerschaft, deren Interessen wirtschaftlich vom Konsum aus bestimmt sind und geistig von dem Allgemeineren, Menschlicheren, im Gegensatz zur Wirtschaft. Jedes Ständesystem verstärkt die produktionspolitischen Befangenheiten und drängt die Rücksicht auf den „Verbraucher", den Menschen, als eigentlichen Zweck und Maßstab der Wirtschaft zurück.

* * *

Das Rätesystem hat seine lebendigste Wurzel bei uns in Deutschland in den beiden — vor der Revolution in unrevolutionärer Betonung längst vorhandenen — vorhin ausgesprochenen Forderungen: Organisation der Produktion ohne Bureaukratisierung und Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses.

Beide Forderungen können nur richtig eingestellt und in ihrem eigentlichen Sinn erfaßt werden, wenn man sie in Verbindung setzt mit der „Sozialisierung". Denn es handelt sich nicht nur um einen faktischen Abbau des Privatkapitalismus.

Der Sozialisierungsgedanke taucht in zwei Formen auf, die einander in Herleitung und Wirkung diametral gegenüberstehen. Man will nämlich entweder den Arbeitsertrag sozialisieren zugunsten der Arbeiter oder zugunsten der Verbraucher. Bei den Forderungen der Verstaatlichung steht der letzte, bei denen der Gewinnbeteiligung der Arbeiter der erste Gesichtspunkt im Vordergrund. Der Staat soll Besitzer der Monopolbetriebe werden, um sie im Interesse der Verbraucher, seiner Bürger, zu verwalten. Ließe es sich doch sehr wohl denken, daß auch eine Genossenschaft als Besitzerin eines Monopolbetriebes ihren Vorteil auf Kosten der Verbraucher durchsetzte, d. h. daß die gemeinsame Gewinnsucht aller an dem Betrieb Beteiligten auf rücksichtslose Preispolitik gegen den Verbraucher drängte. Also: Vergesellschaftung eines monopolisierten Produktionszweiges schützt die Verbraucher nicht vor Ausbeutung. Umgekehrt kann man sich eine Verstaatlichung denken, von der der Arbeiter nichts hat. Ein Staatsbetrieb kann unter dem Einfluß einer Volksvertretung, die vor allem niedrige Preise verlangt, und aus fiskalischen Gründen eine geradezu arbeiterfeindliche Lohnpolitik haben. Also ist die eine Form der Vergesellschaftung kein ausreichender Schutz für den Arbeiter und die andere keine genügende Sicherung für den Verbraucher. Ein System, das beides erreichen will, muß sie beide verbinden. Die letzte ideelle Lösung wäre die Synthese: Die Konsumgenossenschaft mit Produktionsunternehmungen.

Nun ist die Lage unter dem Einfluß unserer Friedensbedingungen ja so, daß Deutschland mit der Verstaatlichung aus Selbsterhaltungsgründen glatt Schluß machen muß. Wenn wir auf Bedingungen eingehen müssen, die unsere Staatseinkünfte in erster Linie für die Wiedergutmachung fordern, haben wir kein Interesse an einer künftigen Verstärkung dieser Staatseinkünfte. Der Staatssozialismus in diesem Sinn verbietet sich von selbst.

Digitized by Google

Um so wichtiger wird die Aufgabe einer in Freiheit durchgeführten sehr großartigen und weitblickenden Organisation unserer Produktion unter den Gesichtspunkten: erstens denkbar wirksamster Steigerung der Produktionslust, zweitens: Vermeidung aller Kraftverschwendung durch Anarchie und überflüssigen Interessenkampf, drittens: reibungsloses soziales Miteinanderwirken der deutschen Menschen zum Wiederaufbau.

In den Zusammenhang dieser dreifachen Aufgabe muß das Rätesystem eingestellt werden. (Schluß folgt.)

Hans Rothfels / Das Problem des demokratischen Heeres

Als das alte französische Heer im Jahre 1789 innerlich zusammenbrach, handelte die Pariser Nationalversammlung so, wie parlamentarische Körperschaften in ähnlicher Lage zu handeln pflegen: — sie setzte eine Kommission ein. In dieser Kommission kam wohl auch die Auffassung zu Worte, daß der junge Freistaat, so, wie er auf der Souveränität des Volkes beruhe, auch die Gesamtheit seiner waffenfähigen Bürger zum Schutze der Freiheit aufzurufen berechtigt sein müsse. Aber die Furcht vor dem „Despotismus" war so eingewurzelt, das Verfügungsrecht des einzelnen über seine Person ein so unantastbarer Glaubenssatz, daß der Gedanke der allgemeinen Aushebung, der im französischen Heerwesen des Mittelalters nie ganz verschwunden war, den Richelieu in seinem politischen Testament lebhaft betont hatte, schließlich fast einstimmig abgelehnt wurde. In den ersten Jahren der Revolution standen nebeneinander ein Söldnerheer und die Nationalgarde, nicht „das Volk in Waffen", sondern die „Furcht in Waffen", wie man spöttisch bemerkt hat. Erst die Not des Jahres 1793 schaffte dem Gedanken der levée en masse Raum — doch nur so, indem an die Stelle des absoluten Königtums die jakobinische Diktatur trat. Nachdem dann der unausbleibliche Rückschlag gegen diese Gewaltherrschaft eingetreten war, behielt Frankreich zwar eine Armee, die auf gesetzlicher Wehrpflicht beruhte, aber diese Grundlage war, analog dem Geiste des Verfassungslebens überhaupt, höchst undemokratisch. Der politischen Entrechtung der niederen Klassen entsprachen Remplacement und Loskauf vom Dienst.

Tiefer und glücklicher faßte die preußische Reformzeit das Verhältnis von Freiheit und Wehrhaftigkeit des Volkes. Die allgemeine Dienstpflicht, wie sie Scharnhorst entwarf und Boyen ausführte, sollte ausgesprochenermaßen das Gegengewicht und die innere geistige Ergänzung sein zur Bauernbefreiung, zur Städteordnung und zu der geplanten Repräsentativverfassung. Eines stützte das andere: die Gleichheit der Rechte und die Gleichheit der Pflichten, zusammengenommen erst, vollendeten den Begriff des Staatsbürgers. Nun kam es freilich so, daß zunächst mehr von diesem Ideal als von jenem verwirklicht wurde. Man mag das bedauern und sollte doch zugleich stolz darauf sein. Der Vorrang des Pflichtgedankens vor dem Rechtsgedanken gehört zum besten Erbteil der Epoche unserer idealistischen Philosophie. Wer heute mit dem Blick auf die zeitgeschichtlichen Schranken, in welche die Verwirklichung der Wehrpflicht gebannt war, das ganze Werk zum alten Eisen werfen möchte, den darf man an das Urteil eines Mannes erinnern, der gewiß nicht — um den jetzt beliebten Ausdruck zu verwenden — „kompromittiert" ist. F. A. Lange, aufgewachsen in der Schweiz, der erbitterte Gegner des Alt-Liberalismus, der Verfasser der „Arbeiterfrage" und der „Geschichte des Materialismus", schrieb 1852, in den Blütejahren also der Manteuffelschen Reaktion: „Übrigens kann ich mich doch nicht enthalten auszusprechen, was einem stolzen Republikaner vielleicht nicht ganz einleuchtet, daß unser Heerwesen ein so demokratisches Institut ist, wie nicht nur bei uns, sondern auch anderwärts nicht mehr leicht zu finden ist" (Ellisen, F. A. Lange. S. 81).

In der Tat, faßt man das Problem des demokratischen Heeres tief genug, so ist die Konsequenz unabweisbar: Es gibt keine Wehrpflicht, die zu allgemein wäre, es gibt nichts Undemokratischeres als ein Söldnerheer. Das wurde früher durchweg anerkannt. Auch das Erfurter Programm, Bebel und Jaurès standen prinzipiell auf diesem Boden, die Frage des Frauendienstjahres wurde in den gleichen Zusammenhang einbezogen. Aber heute gehen die Gespenster aus dem Jahre 1789 wieder um. Wer wollte die Parallelen verkennen? Ein rein negativer Freiheitsbegriff wendet sich gegen den Pflichtgedanken überhaupt. Einwohnerwehren entstehen, die immer in Gefahr sind, dem bourgeoisen Charakter der alten Nationalgarde zu verfallen, daneben Soldtruppen, die gar zu leicht sich dem Volksganzen entfremden, zum bloßen Regierungsinstrument werden. Von unabhängig sozialistischer Seite wird der Volkswehrgedanke dem Prinzip der proletarischen Diktatur dienstbar gemacht, mit der Idee des Klassenkampfes vermischt und verfälscht (Vgl. Grünberg: Die sozialistische Volkswehr. Mit Vorwort von Däumig).

Gewiß, es ist eine harte, sachliche Notwendigkeit, die auf den Weg der freiwilligen Werbung zwingt. Breite Schichten der waffenfähigen Jugend sind politisch und moralisch derart zersetzt, daß selbst für die dringendsten Aufgaben des inneren und äußeren Schutzes auf ihre Hilfe nicht zu rechnen ist. Noch auf lange hinaus werden wir eine festgeschlossene, straff disziplinierte Polizeitruppe brauchen. Aber es ist etwas anderes, diesen praktischen Rücksichten sich unterordnen, etwas anderes, die Idee lästern.

Vor allem gilt das dem Ausland gegenüber. Man kann uns in unserer gegenwärtigen Lage eine obere Grenze der Heereszahlen, der Rüstungen usw. auferlegen, aber — *geben wir selbst die Idee der allgemeinen Pflichtigkeit nicht preis, so vermag sie uns keine Macht der Welt zu entreißen*, so wenig wie das Prinzip der allgemeinen Schulpflicht, des allgemeinen Wahlrechts oder des Achtstundentags. Niemand kann uns das Söldnertum aufzwingen, eine Form der Heeresverfassung, die einem altertümlichen Staatstypus, dem Absolutismus oder einem besonderen, unter ozeanischen Bedingungen erwachsenen, dem anglo-amerikanischen Weltreich, zugehört, die den besten Überlieferungen unserer geistigen Entwicklung zuwiderläuft. Hier liegt ein Stück elementaren inneren Selbstbestimmungsrechtes vor; gegen seine Verletzung gibt es einen Protest, der in seiner endlichen Wirkung nicht aufzuhalten ist. Zugleich aber hält es nicht schwer, auch die praktischen Einwände unserer Gegner zu entkräften. Es ist einfach nicht wahr, daß das Heer der allgemeinen Dienstpflicht an sich eine stärkere Friedensandrohung sei als eine Freiwilligentruppe. Die Dinge liegen vielmehr umgekehrt. Sehr mit Recht konnte Bismarck 1887 an Lord Salisbury schreiben: „—diese Millionen von Männern eilen ohne Ausnahme zu den Fahnen und ergreifen die Waffen, sobald ein ernsthafter Krieg die nationale Unabhängigkeit und den Bestand des Reiches bedroht. Aber dieser große Kriegsapparat ist zu gewaltig, um selbst in unserem, von monarchischem Gefühl erfüllten Lande willkürlich durch den bloßen Willen des Königs in Bewegung gesetzt zu werden; es würde vielmehr der Übereinstimmung der Fürsten und Völker dieses Reiches in dem Glauben bedürfen, daß das Vaterland, seine Unabhängigkeit, seine neugeschaffene Einheit in Gefahr schwebt, um eine so große Zahl von Leuten ohne Gefahr zur Aushebung zu bringen." Heute vollends, nach der Revolutionierung unserer Verfassung, unter Republik und Parlamentarismus, bei der Umbildung im demokratischen Sinne, die dem neuen Volksheer bevorsteht, ist jene Sage völlig unbegründet. Eine Freiwilligentruppe bildet immer in gewissem Maße einen Staat im Staate und kann unter Umständen in Versuchung kommen, Politik auf eigene Faust zu treiben, ein Volksheer in der völlig ähnlichen Gestalt, die für uns jetzt die einzig mögliche ist, kann nur bei handgreiflicher Bedrohung unserer Ehre oder unserer dringendsten Interessen und auch dann nur sehr langsam, nach Erschöpfung der internationalen Schlichtungsmöglichkeiten, in Schwung gebracht werden.

Damit ist schon eine andere Seite der Frage berührt, das innerdemokratische Problem der Heeresverfassung. Auch wer zugibt, daß der deutsche Volksstaat seine ideale Ergänzung findet im Volksheer, im Heer der allgemeinsten Dienstpflicht, mag in Sorge

sein, ob die auf solcher Grundlage ruhende Armee mit ihren eigenen militärischen Bedürfnissen sich dem demokratischen Staatsgefüge wird einpassen können. Die Unterordnung der militärischen unter die zivile Gewalt, das Werk der Oktobergesetze genügt allein nicht. Es bleiben noch wichtige strittige Punkte, aber es ist nicht allzuschwer, hier zwischen zeitlich Besonderem und unbedingt Notwendigem zu scheiden. Sicher ist, daß alle ständischen Vorrechte, Einjährigen-Privileg, Schranken der Offiziersergänzung usw., zu fallen haben, ebenso sicher aber, daß auch das neue Volksheer eine jeder Diskussion enthobene schlechthin autoritäre Disziplin braucht. Es liegt hier ein Einzelfall des allgemeinen Problems: „Demokratie und Führung" vor, das praktisch zu vielen Schwierigkeiten Anlaß geben kann, das im Grunde aber kein Problem ist, — oder keines sein sollte. Demokratie duldet nicht nur Führung, sondern fordert und rechtfertigt sie geradezu. So steht das dem Heer notwendige Maß aristokratischer Rangordnung nicht im Widerspruch mit dem allgemeinen Geist des Verfassungslebens. Auf Einzelheiten der Ergänzung und Beförderung sei hier nicht eingegangen, nur darauf ist hinzuweisen, daß die Zahl der Berufsoffiziere und -unteroffiziere (sowie der Kapitulanten, die aus den Freiwilligen der stehenden Polizeitruppe zu gewinnen wären), relativ größer sein muß als früher. Gerade um der Demokratisierung willen. Denn sie sollen die Kadres und das Lehrpersonal abgeben, das es ermöglicht, mit einer sehr kurzen Einziehung der breiten, wehrpflichtigen Massen auszukommen. Die Miliz ist eine Form der Heeresverfassung, die uns zunächst durch die äußeren und finanziellen Notwendigkeiten aufgezwungen wird, die wir aber auch aus innerem Entschluß mit eigentümlichem, bodenständigem Leben zu erfüllen vermögen. Unter veränderten Verhältnissen erstehen die Gedanken wieder, die Scharnhorst, die vor allem Boyen hegte. Sein Ziel war es, Heer und Volk in denkbar engsten Zusammenhang zu bringen, in der Aufstellung der Landwehr an die städtischen Quartiere, die ländlichen Kreise anzuknüpfen, den Waffenübungen den Charakter von Volksfesten zu geben usw. Zu diesem Ideal freilich muß der Weg erst bereitet werden. Das Mittel dazu ist eine von jeder Standes- und Parteischablone freie, militärische Jugenderziehung, — eine alte demokratische Forderung. Sie macht die Miliz — ihren inneren und äußeren Erfordernissen nach — überhaupt erst möglich. Über ihren Charakter kann heute kein Mißverständnis mehr aufkommen. Nicht Soldatenspielerei, nicht Militarisierung der Jugend, wohl aber Nationalisierung, staatsbürgerliche Ertüchtigung, Durchdringung mit dem Bewußtsein, zum Dienst am Volksganzen verpflichtet zu sein.

So ist die allgemeine Wehrpflicht mit allen äußeren und inneren Fragen unserer demokratischen Zukunft auf das engste verknüpft. Sie allein gibt die Möglichkeit, den Wiederaufbau unserer Wirtschaft, die Selbständigkeit vor allem unserer sozialen Entwicklung im äußersten Fall auch mit militärischen Mitteln zu verteidigen. Wieder gilt, was Scharnhorst nach Jena schrieb: „Nur dadurch, daß man die ganze Masse des Volkes bewaffnet, erhält ein kleines Volk eine Art von Gleichgewicht der Macht in einem Defensivkriege gegen ein größeres, welches einen Unterjochungskrieg führt." Noch wichtiger ist zunächst das andere: Die allgemeine Wehrpflicht steht in vorderster Linie der Erziehungsmittel zur Demokratie, sie ist der stärkste, sinnfälligste Ausdruck einer über alle Einzelwünsche und Einzelinteressen erhabenen Gemeinschaftsidee. Nur an dieser inhaltlich bestimmten Idee, nicht an den formalen Prinzipien der Rechtsgleichheit oder der Mehrheitsregierung, kann sich der Geist der Solidarität entzünden, der den Volksstaat tragen muß, wenn anders er innerlich lebendig und fruchtbar sein soll.

Albrecht Fritze / Akkordsystem und Arbeitsleistung

Die Frage, auf welche Weise die Arbeitsfreudigkeit und damit die tägliche Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters in unseren Wirtschaftsbetrieben und im besonderen in unseren industriellen Unternehmungen gehoben werden kann, ist für das Weiterbestehen und den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens eine äußerst brennende geworden. Nach dem Zusammenbruch aller in langen, segensreichen Friedensjahren erworbenen Existenzunterlagen ist als einziges Volksvermögen die Arbeitskraft des einzelnen und der Gesamtheit bestehen geblieben. — Die Ausnutzung dieser Arbeitskraft in möglichst wirtschaftlicher Hinsicht unter Berücksichtigung sozialer Anforderungen ist das Hauptproblem, von dessen Lösung unsere Zukunft abhängt. Die Revolution hat für die Lösung dieses Problems bis jetzt nur die Beseitigung der seit Jahren bekämpften Arbeitsentlöhnung nach dem Akkordsystem gebracht, ohne daß etwas an dessen Stelle getreten wäre, daß mit den allgemeinen Anforderungen des Wirtschaftslebens in Einklang zu bringen wäre. — Anstelle des Akkordsystems ist die einfache Bezahlung nach Stundenlohn getreten. Es wird nicht mehr die geleistete Arbeit bezahlt, sondern diejenige Zeit, die an der Arbeitsstätte verbracht und durch die Stempeluhren am Fabrikeingang markiert wird. Jedes materielle Interesse des Arbeiters an dem Wert der geleisteten Arbeit, auf die es allein für das Wirtschaftsleben ankommt, hat vollkommen aufgehört. — Diejenigen, die die Rückkehr zu der einfachen Stundenbezahlung befürworteten und durchsetzten, waren von der Auffassung ausgegangen, daß die reinen idealen Gesichtspunkte, das Bewußtsein, die Arbeit für die Allgemeinheit zu leisten, ein genügender Anreiz für die Arbeiter bedeuten würde. — Sozialismus ist Arbeit, mit diesem Wort wurde die Arbeiterschaft zur Pflichterfüllung angehalten. — Aber der Erfolg ist ein geradezu trauriger. Die durchschnittliche Arbeitsleistung des Arbeiters ist auf ein Minimum gesunken, und es kann nachgewiesen werden, daß sie häufig nur noch den vierten Teil der früheren beträgt. — Von allen Fehlern, die der Mensch in seiner Allgemeinheit zu tragen hat, ist eben keiner weiter verbreitet als die Trägheit und die Bequemlichkeit, und wo der Anreiz zur Arbeit fehlt und die egoistischen Motive der Selbsterhaltung und des Vorwärtskommens ausgeschaltet sind, geht auch der Arbeitswille zugrunde. — Die ungeheure Gefahr, die hiermit verbunden ist, liegt auf der Hand. Die Arbeitsleistung auf den dritten oder vierten Teil gesunken, die Entlöhnung auf das dreifache gestiegen, das gibt eine Verteuerung auf den zehnfachen Satz. — Schleunigste Abhilfe ist notwendig, wenn das Wirtschaftsleben nicht rettungslos zugrunde gehen soll.

Daß mit dem einfachen Zeitlohnsystem auf die Dauer nicht auszukommen ist, und daß in irgendeiner Weise ein materielles Interesse des Arbeiters an der Arbeitsleistung geschaffen werden muß, ist nach den in den letzten Monaten gemachten Erfahrungen auch dem einsichtigen und verständigen Arbeiter klar geworden. Die Frage ist nur, auf welche Weise läßt sich dies im sozialen Geiste erreichen. Der Vorschlag, den einzelnen Arbeiter an dem pekuniären Ergebnis des Unternehmens zu beteiligen, liegt nahe, würde aber für größere Betriebe, um die es sich doch in erster Linie handelt, eine wirkliche Lösung nicht bedeuten und den gewünschten Erfolg nicht haben können. Einerseits ist der Einfluß der Arbeit des einzelnen Arbeiters auf das Gesamtergebnis, d. h. den Jahresabschluß des einzelnen Unternehmens, im allgemeinen verschwindend klein. Der Arbeiter sieht nicht handgreiflich vor Augen, was seine individuelle Tätigkeit für das Ergebnis bedeutet. Auch wenn er persönlich mit erhöhter Kraftanstrengung arbeiten würde, so hängt doch das Ergebnis von anderen Faktoren ab, von der Arbeit seiner Kollegen, von der Leistung anderer Werkstätten, und schließlich auch noch und ganz besonders von der Leistung, Geschäftstüchtigkeit und Klugheit der technischen und kaufmännischen Leitung, auf die er keinen Einfluß hat, und die er nicht übersehen kann. Auch die lange Zeit eines Jahres zwischen der Auszahlung der Gewinnanteile, und ihre geringe Höhe, die z. B. bei der Firma Krupp nach Ausführungen des Finanzamtes Haux in den letzten Jahren nur etwa 75 M. betragen haben würden, dürften klartun, daß durch diese Gewinnbeteiligung ein Anreiz des Arbeiters zur vollen Ausnutzung seines wirklichen Schaffensvermögens nicht erzielt werden kann. — Als Hauptforderung, die für die Lösung der Frage der Interessierung des Arbeiters an seiner Leistung zu stellen ist, muß gelten, daß einerseits der Einfluß der

Leistung jedes einzelnen Arbeiters auf das Ergebnis, d. h. die Bezahlung, klar und deutlich in Erscheinung tritt, und auch von dem einzelnen Arbeiter erkannt werden kann, und daß andererseits der Abschluß und die Errechnung des Ergebnisses in nicht zu langen Zeitperioden erfolgt. —

Daß bei dem alten Akkordsystem diese beiden Anforderungen erfüllt wurden, kann nicht bestritten werden. — Das System bedeutet eben die einfache direkte Bezahlung nach dem Wert der geleisteten Arbeit ohne jede Einschränkung. Es bedeutet aber gleichzeitig, wenn es unbegrenzt angewendet wird, den rücksichtslosesten Konkurrenzkampf des einzelnen gegen alle. Da bei dem unbeschränkten Akkord eine Begrenzung des Verdienstes nicht besteht, so ist für den einzelnen Arbeiter ständig der Anreiz zur Höchstleistung gegeben; es wird aus ihm das denkbar Mögliche herausgeholt. Das viel zitierte Wort „Akkord ist Mord" will die ständige Anreizung zur Höchstleistung bis zur Erschöpfung kennzeichnen. — In Wirklichkeit ist allerdings der unbegrenzte Akkord wohl nur noch in wenigen Betrieben uneingeschränkt in Kraft gewesen. Einerseits sorgte die Solidarität der Arbeiterschaft dafür, daß sich der Akkord des einzelnen nicht allzusehr über den Durchschnitt erhob, andererseits setzten die Betriebsleiter solche Akkorde bald herunter, die zu hohe Verdienste ergeben hatten, und die Folge war, daß fast ganz allgemein eine Begrenzung in der Höhe des Akkordüberverdienstes bestand, über die allerdings die Arbeitsordnungen und sonstigen Bestimmungen nichts enthielten, über die aber die Arbeiterschaft genau so gut unterrichtet war, wie die Betriebsleitung. — Die Ungerechtigkeiten, die mit diesem beschränkten Akkordsystem verbunden sind, liegen auf der Hand, und es ist keine Frage, daß neben der Arbeiterschaft auch die Betriebsleiter häufig ihre Unzufriedenheit mit dem System zum Ausdruck brachten.

Das beschränkte Akkordsystem kann daher als eine Verbesserung nicht angesehen werden. Die Einzelverdienste der Arbeiter werden zwar im gewissen Grade ausgeglichen, eine wirkliche Abhilfe gegen die sozialen Härten des Akkordsystems ist aber nicht damit geschaffen. Diese Härten und sozialen Mängel des Akkordsystems, die auch bei seiner Begrenzung nicht beseitigt werden, bestehen in der Zufälligkeit der übertragenen Arbeiten, in plötzlich eintretenden Arbeitsschwierigkeiten, Fehlern des Arbeitstückes, Wohlwollen der Vorgesetzten, persönlicher Veranlagung und Gesundheitszustand usw., alles Momente, die den Arbeitsverdienst beeinflussen, so daß derselbe nicht feststeht, sondern trotz des besten Willens des Arbeiters, sein bestes herzugeben, Schwankungen ausgesetzt ist.

Es ist daher die Frage aufzuwerfen, ob für eine Lösung der Frage der Interessierung des Arbeiters an seiner Leistung der gesunde Kern, der fraglos in dem Akkordsystem liegt, nicht dadurch beibehalten werden kann, daß das ganze System auf eine soziale Basis gestellt wird, und dadurch die sozialen Mängel beseitigt werden. Meiner Ansicht nach ist dies durchaus möglich. — Bei der jetzt zumeist eingeführten Zeitlohnbezahlung ist eine Art Vergesellschaftung des Arbeitsverdienstes, d. i. eine Beseitigung der Ungleichheiten dadurch erzielt worden, daß einfach die Zeit als Maßstab für die Bezahlung gewählt wurde, ohne Interessierung des Arbeiters an seiner Arbeit; warum soll es nicht möglich sein, dieselbe Gleichheit des Arbeitsverdienstes dadurch zu erreichen, daß die Arbeitsleistung der Gesamtheit der Arbeiter rechnerisch ermittelt, der Gesamtverdienst festgestellt und entsprechend den geleisteten Lohnstunden an die Arbeiterschaft verteilt wird? — Der Weg, der zu dieser zweifellos sozialen Lösung führt, dürfte technisch auf keine Schwierigkeiten stoßen und benutzt das bisher üblich gewesene Akkordsystem als rechnerischen Ermittlungsweg. Die Akkorde würden für den einzelnen genau wie früher festgesetzt, und der sich ergebende Akkordverdienst ebenso wie früher errechnet werden, nur die Auszahlung würde nicht an den einzelnen Arbeiter erfolgen, sondern der erzielte Akkordüberverdienst jedes einzelnen Arbeiters fließt in einen besonderen Fonds der mit ihm in derselben Werkstatt oder Werkstattsgruppe zusammen arbeitenden Arbeiter, und wird nach Schluß jeder Akkordperiode gleichmäßig auf die einzelnen Arbeiter im Verhältnis der geleisteten Arbeitsstunden und des Lohnsatzes verteilt, so daß für alle Arbeiter ein gleicher Überschußprozentsatz ausgezahlt wird. Wenn z. B. die im einzelnen von den Arbeitern rechnerisch erzielten Akkordüberschüsse gleichmäßig zwischen 40 und 60 v. H. schwanken, so würde doch für die Arbeiterschaft in der Gesamtheit eine Auszahlung von 50 v. H. erfolgen. — Die Schwierigkeiten und Ungerechtigkeiten des alten Akkordsystems sind hierdurch vollkommen beseitigt, und doch wird gleichzeitig das Interesse des Arbeiters an seiner Leistung gewahrt. Zunächst ist der Akkordraubbau des einzelnen ausgeschlossen. Der ständige Anreiz zur Höchstleistung fällt fort, da der Verdienst nicht in die eigene Tasche fließt. Dagegen ist ein starker Anreiz für die Gesamtheit gegeben, in ruhiger Pflichterfüllung fleißige Arbeit zu leisten. — Ein selbstgewählter Überwachungsausschuß nimmt ständig Kenntnis von dem Ergebnis der Einzelakkorde, und es würde auch keine Schwierigkeiten machen, auf den schwarzen Brettern die Einzelergebnisse der Akkorde durch Aushang in den Werkstätten bekanntzugeben, so daß jeder einzelne die Leistungen der anderen und den Betrag, den sie zum Gesamtverdienst beitragen, übersehen kann. — Die Solidarität der Gesamtheit sorgt dafür, daß jeder seine Schuldigkeit tut, und daß notorische Nichtstuer auf die Dauer nicht geduldet werden, denn sie drücken durch ihre geringen Akkordüberverdienste die Überschußquote. Gegen schwache und minderkräftige, oder sonst durch Gebrechen in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigte Arbeiter wird die Arbeiterschaft stets Nachsicht üben; ein kollegiales Eintreten für einander, besonders wenn es sich um Notfälle von Kollegen handelt, hat stets die deutsche Arbeiterschaft ausgezeichnet. Dies war früher der Fall und wird auch in Zukunft so bleiben. Es gibt genügend und schöne Beispiele dafür.

Selbstverständlich werden Streitigkeiten mit der Betriebsleitung in der Frage der Akkordfestsetzung auch bei dem System der Durchschnittsakkorde, wie man es wohl am besten bezeichnet, nicht ausbleiben. Aber die Streitigkeiten werden sich doch in einem viel ruhigeren Rahmen erledigen lassen, weil ein Schade für den einzelnen Arbeiter, wie es früher bei einer zu niedrigen Akkordfestsetzung der Fall war, nicht eintritt und bei dem Ergebnis für die Gesamtheit ein Ausgleich durch die anderen Akkorde erzielt wird. Die Akkordvereinbarungen werden sich daher verhältnismäßig ruhig vollziehen, zumal die Erfahrungen bei den einzelnen Akkorden mit größerer Ruhe und Sachlichkeit abgewartet und bewertet werden können. —

Auch sonst wird das Verhältnis der Arbeiterschaft zu den Werkmeistern günstiger werden. Die Interessengegensätze sind nicht mehr in demselben Maße wie früher vorhanden. Da die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit genau so an dem guten Fortschreiten der Arbeit interessiert ist, wie das Aufsichtspersonal, so wird die Arbeit viel reibungsloser vonstatten gehen. Ermahnungen zu fleißigerer Arbeit werden seltener notwendig und können deshalb nicht so leicht wie früher zu ausgesprochenen Konflikten führen, weil die Gesamtheit der Arbeiterschaft erst nach Prüfung der Sachlage für den betroffenen Arbeiter Partei ergreifen wird.

Die Frage, wie groß der in gemeinsamem Durchschnittsakkord arbeitende Kreis von Arbeitern ausgedehnt werden soll, muß nach den örtlichen Verhältnissen geregelt werden. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß bei einer zu großen Ausdehnung des Kreises, etwa auf die gesamte Arbeiterschaft eines großen Unternehmens, der Einfluß des einzelnen Arbeiters auf das Gesamtergebnis, d. h. auf die erzielte Quote zu klein wird. Es dürfte sich empfehlen, den Kreis auf höchstens hundert oder zweihundert Arbeiter auszudehnen. Dies entspricht einer mittelgroßen Werkstatt. In größeren Werkstätten müßten die Arbeiter nach Gruppen eingeteilt werden. Immer muß darauf Bedacht genommen werden, daß die Arbeiter sich möglichst untereinander kennen, gegenseitig Einfluß aufeinander ausüben, und das Zustandekommen ihres Durchschnittsakkordes übersehen können.

In gleichem Maße wie für die Arbeiterschaft wird sich das System der Durchschnittsakkorde auch für das Unternehmen günstig gestalten. Es ist zwar richtig, daß ständige Höchstleistungen einzelner Arbeiter nicht mehr eintreten können. Dies war aber auch bei dem früheren, beschränkten Akkordsystem nicht der Fall. Es ist aber wohl möglich, daß bei dem System der Durchschnitts-

Digitized by Google

akkorde, bei dem natürlich jede Beschränkung der Akkordhöhe ausgeschlossen sein muß, gelegentlich Höchstleistungen erreicht werden können, indem die Arbeiterschaft bei besonderen Anlässen oder zu besonderen Zeiten — es ist da z. B. an die Wochen vor Weihnachten zu denken — sich gegenseitig besonders aufmuntert und ihre höchste Kraft einsetzt. Ein unsoziales Moment wird hierin selbstverständlich nicht gefunden werden können. Dagegen wird dem Unternehmen selbst dadurch ein Vorteil erwachsen, daß die schlechten Leistungen fraglos vermindert werden. Wie mancher Akkord wurde vom Betriebsleiter bei dem alten Akkordsystem säumigen Arbeitern nur deshalb schweren Herzens bewilligt, um Schwierigkeiten mit der Arbeiterschaft wegen zu geringen Verdienstes der einzelnen zu vermeiden! Bei dem neuen System wird diese Sorge zum Teil auf die Arbeiterschaft abgeschoben. Das gemeinsame Interesse verlangt, daß jeder seine volle Arbeitskraft für den gemeinsamen Zweck einsetzt und leistet. Und keine Kontrolle ist wohl besser und auch wohl gerechter, als die der Kollegen.

Ob das geschilderte System der Durchschnittsakkorde bereits in einer größeren Zahl technischer Betriebe in Anwendung gewesen ist und ob es sich dort bewährt hat, ist mir nicht bekannt. Eingeführt gewesen ist es bereits mit bestem Erfolge in den Gießereien der Reichswerften Kiel und Wilhelmshaven. Auf der letzteren geschah die Einführung auf eigenen Wunsch der Arbeiter, die bis dahin in der Stahlgießerei durch freiwillige Übereinkunft an Lohntagen nach der Zahlung selbst gegenseitig einen Ausgleich ihrer Akkordüberschüsse vornahmen. Man kann hieraus ersehen, wie tief das soziale Empfinden in der Arbeiterschaft fußt und wie erstrebenswert es ist, in der Organisation der Fabrikunternehmungen den sozialen Bestrebungen der Arbeiter auch in der allerwichtigsten Frage der Art und Form der Bezahlung entgegenzukommen, wenn es dabei nur gelingt, das Interesse der Arbeiter an der Arbeitsleistung und damit die Schaffensfreudigkeit zu erhalten. Mir scheint es, daß das System der Durchschnittsakkorde diese Bedingungen erfüllt, und daß seine Weiterverbreitung zu der Lösung der in der jetzigen Zeit so ungemein wichtigen Frage der Erhöhung der Arbeitsleistung unserer Wirtschaftsbetriebe in hervorragendem Maße beitragen kann.

Gustav Schneider, M. d. R. / Das Mitbestimmungsrecht

Deutschland war unbestritten das Land weitestgehender Sozialreform. Seine Leistungen auf diesem Gebiete, vor allem auf dem der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, wurden von keinem anderen Staate erreicht. Erst in den letzten Jahren vor dem Kriege war England ihm nahe gekommen, hatte wohl auch in einzelnen Zweigen einen kleinen Vorsprung gewonnen. Aber in der Gesamtleistung blieb es doch hinter Deutschland zurück. Trotz dieser weitgehenden Leistungen erleben wir die gewaltige Gärung, die unsere Angestellten und Arbeiter durchwühlt, sehen wir ein fast haßerfülltes Mißtrauen gegen den Staat, das Unternehmertum ständig wachsen. Können es nur die traurigen Erfahrungen des Krieges sein, die solche Stimmung erzeugen, oder liegen die Ursachen tiefer und hat der Krieg nur ausgelöst, was vorher latent in den Seelen schlummerte? Der Ausgangspunkt der deutschen Sozialpolitik war im wesentlichen politisch-taktischer Natur. Sie sollte das Mittel sein, die wachsende Sozialdemokratie einzudämmen. Ihre ursprüngliche Tendenz war also nicht das Recht der Arbeitnehmer auf Schutz des Staates, sondern vielmehr der Schutz des Staates vor der Geltendmachung dieses Rechts durch die Arbeitnehmer. Was gewährt wurde, trug deshalb den Charakter der Wohlfahrt, des Geschenkes und konnte deshalb nur die äußeren, materiellen Dinge regeln, aber die Seelen der Angestellten und Arbeiter nicht erfassen. Das Gefühl, minderen Rechtes zu sein, konnte durch alle noch so weitgehende Fürsorge nicht erstickt werden, denn im tiefsten Grunde seufzten die Arbeitnehmer nach Recht, nach Anerkennung ihrer immer bedeutender werdenden Stellung im Produktionsprozeß. Charitative Wohltat erschien ihnen geradezu als Beugung dieses Rechts. Zumal ja auch diese sozialen Wohltaten stark umstritten waren. Die Bekämpfung der „krankmachenden" Sozialpolitik durch das Unternehmertum, die schroffe Ablehnung aller Bestrebungen, die soziale Fürsorge zu einem sozialen Recht zu entwickeln — Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, Arbeiter- und Angestelltenkammern usw. —, das alles hat das verbitternde Gefühl verstärkt, daß die Sozialpolitik nur als Mittel zum Zweck der Niederhaltung, nicht aber zum Aufstieg der nach Gleichberechtigung ringenden Arbeitnehmerschichten dienen sollte. Wenn auch die Begeisterung der ersten Kriegswochen diese Gefühle des Mißmuts übertönte, so mußten sie sich im weiteren Verlaufe des Krieges in dem Maße wieder bemerkbar machen und steigern, in dem der Zwang auf alle Gebiete der Wirtschaft ausgedehnt und die Erfahrung des einzelnen durch diesen Zwang immer rücksichtsloser wurde. Zumal ja dieser Zwang von dem größten Teil der Unternehmer ausgenützt werden konnte zur Erringung großer materieller Vorteile. Diese Ungleichheit des Erfaßtwerdens von den Wirkungen der Kriegsmaßnahmen, die fast völlige Rechtlosigkeit der Arbeitnehmer, die Willkür, der sie preisgegeben waren, ließ das alte Mißtrauen wieder lebendig werden, wenn es auch zunächst unter den drakonischen Kriegsgesetzen nur wenig an die Oberfläche drang. Man glaubte diese Stimmung durch Lohnerhöhungen bannen zu können, Lohnerhöhungen, die von den Unternehmern erkauft wurden durch die Erhöhung der an sich schon hohen Preise für den Kriegsbedarf. So notwendig die Lohnerhöhungen waren, so waren die Löhne doch andererseits nur eine der Ursachen für die wachsende Mißstimmung. Sie entsprang vielmehr dem Mißverhältnis, das in den ungeheuren Gewinnen der Unternehmer und dem bescheidenen Anteil der Arbeitnehmer lag. Mit einem Wort: Der gerechte Anteil am Arbeitsertrage sollte gewährt werden. In einer Zeit, wo das ganze Volk Opfer brachte, sollte nicht ein kleiner Teil zu Reichtum gelangen oder vorhandenen Reichtum vermehren, während die große Masse gerade nur soviel verdiente, um leben zu können.

Solange die Kriegsgesetze schrankenlos walteten, konnten sich diese Stimmungen nicht bemerkbar machen; sie wurden einfach unterdrückt. Nach der Revolution aber brachen sie um so elementarer hervor und vielfach in Formen, die unser ganzes Wirtschaftsleben zu zerstören drohten. Das sind Übergangserscheinungen, die erklärbar sind aus dem starken Drucke, dem die Arbeitnehmerschaft jahrelang ausgesetzt war. Was aber an berechtigter Forderung aufgestellt wird, darf nicht mit dem Hinweis auf Ausnahmeerscheinungen einer revolutionär bewegten Zeit abgetan werden. Denn das würde bedeuten, die Früchte an sich guter sozialer Arbeit wiederum aufs Spiel setzen, wie es leider durch unverständige Maßnahmen vor und während des Krieges geschehen ist. Was jetzt aus den Arbeitnehmerschichten emporsteigt, ist im Grunde genommen alte Rechtsforderung, die Forderung nach dem, was die alte Sozialreform schuldig geblieben ist: Den Industrieuntertan zum Industriebürger zu machen, um es mit einem Worte Fr. Naumanns zu sagen. Denn das ist ja der Kern dessen,

Digitized by Google

was mit dem Mitbestimmungsrecht gesagt werden soll. Dieses Mitbestimmungsrecht soll bei den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen auf Arbeits- und Lohnverhältnisse beschränkt bleiben, dann aber in den Betriebs-, Bezirksräten und dem Reichsrate weitergehende Aufgaben erhalten. Können sie wesentlich anders sein, als die beim Arbeitskammergesetz bereits zugestandenen? Im Grunde genommen ist das Rätesystem ja nichts anderes als die Arbeiter- und Angestelltenkammer in bezirksweisem Aufbau, wie er von den Arbeiter- und Angestelltenverbänden gefordert wurde, also eine Einrichtung, die sich den vorhandenen Landwirtschafts-, Handels-, Industrie- und Gewerbekammern als gleichberechtigt angliedern würde. Der Widerstand gegen eine solche Einrichtung ist also sachlich kaum gerechtfertigt und findet eine mehr gefühlsmäßige Erklärung nur in den Begleitumständen, unter denen sie gefordert wird. Daß die Arbeitnehmer berechtigt sind, eine ihrer Bedeutung im Produktionsprozeß entsprechende Vertretung und Mitbestimmung zu verlangen, kann kaum noch bestritten werden, ebensowenig, daß diese Bedeutung bisher stark unterschätzt worden ist.

Daß einseitige Interessenvertretungen auf sich allein gestellt, nicht die Gesamtinteressen wahrnehmen können, bedarf keiner näheren Erläuterung. Die ganze Entwicklung drängt also zu einer Zusammenfassung aller produktiven Stände, wie sie in den Regierungsvorschlägen durch Bezirkswirtschaftsämter und das Reichswirtschaftsamt vorgesehen ist. Eine solche Zusammenfassung aller Wirtschaftskräfte kann aber nur eine Stärkung der Gesamtwirtschaftskraft zur Folge haben. Wenn alle Beteiligten gemeinsam über das Schicksal unserer Wirtschaft beraten, dann wird zu weit getriebene Selbstsucht sich einfügen müssen in das gemeinsame Ziel, wird das Gemeinwohl eher zu seinem Rechte kommen, als wenn jeder einzelne Stand nur nach seinem eigenen Interesse handelt. Aus den Wirtschaftsämtern kann die organische Gestaltung unseres Wirtschaftslebens sich entwickeln, die ohne Zwang und ohne die Unternehmungslust des einzelnen zu fesseln, das Wirtschaften zur Volkssache macht. Dann wird auch die Freude an der Arbeit wieder bei uns einkehren, die Arbeit wird ihres Sklavencharakters entkleidet und wieder die Quelle werden, aus der Persönlichkeitswerte, Charakter und Staatsgesinnung strömen.

Paul Honigsheim / Aus den Erinnerungen eines Soldatenrates

Manche Leute meinen wohl, man dürfte es nicht allzu laut sagen, daß man Soldatenrat gewesen ist. Und in der Tat liegt ja an dem Wort ein gewisses Odium, weil im allgemeinen nach den vielerlei, auch vom Ministerpräsidenten Scheidemann gebrandmarkten Ausschreitungen geurteilt wird, welche verschiedene Soldatenräte begangen haben, übrigens Ausschreitungen, die bei allen Umstürzen unvermeidlich und bei den Revolutionen anderer Völker in noch ganz anderer Wildheit aufgetreten sind. Doch gibt es immerhin auch Leute, die das Positive anerkennen, das etliche Soldatenräte geleistet haben, und die insbesondere die Beweggründe zu würdigen wissen, die mehr als einen in den Soldatenrat hineingebracht haben. So sind zweifelsohne die Mehrheit derer, die in den Soldatenräten meine Kameraden waren, Männer von reinen Absichten und lauterer Gesinnung gewesen. Sonst wäre bei uns nicht alles so verhältnismäßig glatt abgelaufen, wie es schließlich doch geschehen ist.

In unserem Truppenübungsplatz, der gleichzeitig ein großes Gefangenenlager, vor allem aber ein Zivilgefangenenlager enthielt, an dem ich den ganzen Krieg über als Dolmetscher in selbständiger Stellung tätig gewesen bin, ging die Revolution eines Sonnabend mittag los. Ich war gerade auf Urlaub und erfuhr, als ich Montag morgen wieder antrat, daß ich vom deutschen Gefangenenlager-Personal, wo mich allerdings infolge meiner langen Tätigkeit jedermann kannte, in den Soldatenrat gewählt worden sei. Als ich an den Ort der Tagung ging, fand ich außer alten Bekannten mehrere ganz fremde Gesichter. Unser Truppenübungsplatz beherbergte nämlich zahlreiche Truppen aller Waffengattungen und hatte gerade damals großen Zugang an Artillerie bekommen. So schien ein Zusammenarbeiten zuerst etwas schwierig, insbesondere da die meisten von uns sich doch noch wenig klar darüber waren, was eigentlich unsere Aufgabe sei, vor allem aber sehr viele mit parlamentarischer Art noch gar nicht recht vertraut waren. Es ging aber schließlich doch; man wählte einen Vorstand aus den verschiedenen Truppengattungen, und da ich schon seit langem mancherlei volkstümliche Vorträge für Lazarettkranke, Genesende usw. gehalten hatte und deshalb im Rufe gewisser rednerischer Gewandtheit stand, so wurde ich vorläufig mal zum Verhandlungsleiter bei den Vollversammlungen bestimmt, was auch zweckmäßig war, da bei dem Riesenbetrieb unser erster Vorsitzender oft zu Besprechungen abwesend sein mußte. Zuerst redeten wir alle sehr viel und tagten endlos lange, dann sahen wir, daß alle diese Dinge doch nicht die Gesamtheit interessierten, bildeten für die einzelnen Zweige besondere Kommissionen, setzten vor allem einen engeren Ausschuß ein, der alle paar Tage die Vollversammlungen einberufen sollte und hatten auf diese Weise bald den neuen Betrieb einigermaßen in Schuß. Es war aber auch nötig; denn was kam nicht alles an uns heran! Natürlich glaubten die meisten Kameraden, der Soldatenrat sei dazu da, seinen Freunden besondere Vorteile zu verschaffen, und man konnte kaum mit unserer schwarzrotgoldenen Soldatenratsbinde über den Übungsplatz gehen, ohne auf Schritt und Tritt von dem einen um einen Mantel, von dem anderen um eine neue Hose angebettelt zu werden. Schlimmer noch waren diejenigen, welche entlassen werden wollten. Da hatte dann jeder einen besonderen Grund, und es dauerte einige Tage, bis daß man endlich einmal den meisten Soldaten klargemacht hatte, wozu eigentlich ein Soldatenrat da sei, vor allem aber, wozu er nicht da sei und auch nicht da sein sollte, und daß für die meisten Einzelfragen, wie bisher, die Truppenverbände zuständig seien, nur unter Hinzuziehung der jetzt auch dort befindlichen und wirksamen Vertrauensleute.

Hatte man so schon mit den dort lagernden alten Truppen seine liebe Not, so erst recht, als nun bei dem großen Rückzug täglich neue Etappen- oder Fronttruppen einliefen, die teils bei uns demobilisiert werden sollten, teils auch bei uns ihr Standquartier erhielten. Die hatten offenbar auf ihrer Rückkehr von der Front sehr schlechte Erfahrungen mit den örtlichen Soldatenräten gemacht und trauten uns nicht über den Weg. Es kam zeitweilig beinahe zu Gewalttätigkeiten. Bei Versammlungen im Freien und abends in den Kantinen bekamen wir nach unseren Reden manch scharfe Opposition, dann aber verständigten wir uns doch, und zwar recht gut sogar. Man sah, daß wir den Unterschied zwischen mein und dein durchaus gewahrt wissen, vor allem aber, daß wir uns gar nicht irgendeine Herrschaft über die neu hinzukommenden Truppen anmaßen wollten. Um allen Mißverständnissen dieser Art auch künftighin vorzubeugen, verfaßte ich — ich war inzwischen offiziell zum zweiten Vorsitzenden aufgerückt — ein Flugblatt, berechnet für die heimkehrenden Truppen. Darin war sehr unzweideutig ausgedrückt, wir ständen grundsätzlich auf dem demokratischen Boden der neuen deutschen Republik und seien deshalb nur dann ein echter Soldatenrat, wenn wir uns aus den gewählten Vertrauensleuten aller in unserem Truppenübungsplatz befindlichen Formationen zusammensetzten; wir bäten deshalb die Kameraden aller neuen Truppenteile, uns sofort ihre Vertrauensleute zuzusenden, damit wir durch ihren Hinzutritt erst wieder vollzählig und nach wahrhaft demokratischen Grundsätzen rechtsfähig würden. Zugleich gaben wir in diesem Flugblatte ein kurzes politisches Programm, ohne uns dabei auf ein Parteipro-

Digitized by Google

gramm festzulegen. Es enthielt: Unser Bekenntnis zur deutschen Einheit, grundsätzliche Anerkennung der Forderung wirtschaftlicher und sozialer Umgestaltungen, aber mit einer Warnung gegen gefährliche Experimente in dieser schweren Stunde, dadurch also eine Absage an alle etwaigen reaktionären Gelüste, nicht minder aber an bolschewistischen Terrorismus, und vor allem die Auffassung unserer Aufgabe und der Aufgabe der Soldatenräte überhaupt, mitzuarbeiten an der Aufrechterhaltung der Ordnung bis zum Zusammentritt der von uns so sehnlichst erwünschten Nationalversammlung, des wahren demokratischen Ausdrucks des deutschen Volkswillens.

Das Flugblatt hat tatsächlich den gewünschten Erfolg gehabt; wir haben es jeweils an alle neukommenden Mannschaften verteilen lassen, und auch den Offizieren habe ich es nach einer kurzen Rede in einer Offiziersversammlung aushändigen lassen mit der Bitte, sich gleichfalls auf den Boden dieses Flugblattes zu stellen und uns bei der Arbeit in diesem Sinne Beistand zu leisten, was denn auch Verständnis und Befolgung gefunden hat.

Überhaupt wurde das Zusammenarbeiten mit den Offizieren bald ein recht gutes; ja, ich wage sogar die Behauptung, daß erst bei diesem eigenartigen, aus der Not geborenen Zusammenwirken manche menschlichen Werte auf beiden Seiten nicht nur zur Entfaltung, sondern auch zur Anerkennung gelangt sind, und daß auf diese Weise vielleicht mehr als eine innerliche Versöhnung erlebt worden ist. Insbesondere werden mir einige Szenen stets unvergeßlich bleiben:

Es war in den allerersten Tagen; bei der Vollsitzung waren auch mehrere der dortigen höheren Offiziere anwesend; wir wußten alle noch nicht recht, was los war, sollten es aber offenbar aus dem Munde eines „Gastes" von auswärts erfahren. Von diesem wurden nun die anwesenden Kommandanten in einer derartigen Weise angepöbelt, daß der damalige, gerade präsidierende zweite Vorsitzende — also mein Vorgänger — sich nicht zu helfen wußte, die meisten Offiziere empört aufstanden und eine völlige Verwirrung da war. In dem allgemeinen Durcheinander ergriff nun mein alter Lagerkommandant das Wort; es war ein Mann aus der alten Schule; am Anfang hatten wir über ihn geschimpft, später hatten wir gesehen, daß er einer der wenigen war, die nach drei und vier Kriegsjahren noch Charakter hatten. Den hatte er bei Revolutionsbeginn erst recht erwiesen; obwohl schon längst im Ruhestande, unverheiratet, in guten Verhältnissen lebend und nicht gezwungen, für irgendwen zu sorgen, dabei aber sogar noch Invalide, — war er unter den neuen Verhältnissen doch auf seinem Platz geblieben. Der furchtbare innere Kampf beim Zusammenbruch alles dessen, was ihm bisher das Heiligste gewesen war, hatte sich in seinem verwitterten Gesicht scharf eingezeichnet. Und nun sprach er; seine grauen Adleraugen glühten aus seinem gutgeschnittenen weißen Haupt hervor, als er sagte, wie er als alter Mann aus Vaterlandsliebe sich auf den Boden der neuen Verhältnisse gestellt und seinen Namen unter die neue militärische Ordnung gesetzt habe, nun aber auch verlangen könne, daß die anderen, die jüngeren, alles Persönliche beiseite setzten und einfach zusammen arbeiteten. Alles hatte sich erhoben, jubelte ihm Beifall zu, — und es befanden sich doch einige recht grimmige Antimilitaristen unter den Beifallspendern — der große Gast „verduftete" sich recht bald, aber der alte Oberstleutnant hatte alle Herzen gewonnen; jeder Soldat kannte ihn von jetzt an und ehrte ihn ob seiner rein menschlichen Echtheit und Größe. Ich habe dann in einer Versammlung bei anderer Gelegenheit ganz allgemein den Anwesenden nahegelegt, daß sich auch der schärfste Gegner von Preußentum und Militarismus nichts vorgebe, wenn er den inneren Kampf eines solchen grauen Hauptes, das unter ganz anderen Verhältnissen aufgewachsen, nun doch die Selbstüberwindung habe, weiter seinen Mann zu stellen und auf dem Posten zu bleiben, menschlich ehre und auch äußerlich dieser seiner Ehrfurcht den geeigneten Ausdruck verleihe.

Nicht ganz so menschlich erschütternd, aber doch auch charakteristisch war, was wenige Tage später in der Provinzhauptstadt geschah, als die Delegierten aller Soldatenräte sich zusammenfanden, um einen General-Soldatenrat für das ganze Armeekorps zu gründen, — übrigens, soviel mir bekannt, den ersten in ganz Deutschland. Der Generalstabschef sprach über die Notwendigkeit des Weiterwirkens der alten Verkehrs-, Eisenbahn- und ähnlichen Behörden, da anderenfalls in dem industriereichen Bezirk, durch welchen auch noch ungezählte Truppen aus Belgien zurückgeleitet werden sollten, bald Verkehrsnot und Kohlennot eintreten würde. Das würde den Zusammenbruch bedeuten, woran dann dem General-Soldatenrat, wenn er wirklich die alten Behörden in ihrer unentbehrlichen Arbeit hindern sollte, auch sein Teil Schuld zugesprochen werden müßte. Da erhob sich mitten in dieser Rede ein Arbeiterdelegierter, ein ruhiger Mann, der sonst nicht gesprochen hatte, stellte sich vor den Redner hin und sagte: „Schuld am Zusammenbruch sind diejenigen, die den Krieg so in die Länge gezogen haben!" Kein Laut ertönte im Saale; der Generalstabschef war so erschüttert, daß er einige Augenblicke lang nicht sprechen konnte. Dann sammelte er sich und, da er nicht nur ein wertvoller Mensch, sondern auch ein gewiegter Diplomat war — was ja bisweilen miteinander verbunden sein kann — fand er die glänzende Antwort: „Ich glaube nicht, daß unter uns jemand da ist, der irgendwie auf die Dauer des Krieges Einfluß gehabt hat; sollte es aber doch der Fall sein, so würde es mich sehr interessieren, eine solche bedeutende Persönlichkeit kennenzulernen." Die Situation war gerettet, und der Oberst hatte alle für sich gewonnen, weil jeder gesehen hatte, daß bei ihm, nicht weniger als bei dem Zwischenrufer, eine tiefe menschliche Erschütterung und ein innerstes Erleben all des Ungeheuren unseres Zusammenbruches vorhanden war.

Bei diesem ersten Zusammenkommen der Delegierten in der Provinzhauptstadt hatte ich auch zum erstenmal Gelegenheit, die Stimmung der Zivilisten den Soldatenräten gegenüber kennenzulernen. Unser Truppenübungsplatz bestand ja eigentlich nur aus einer großen Sandwüste, 13 Wirtshäusern mit mehr oder weniger wohlklingenden Musikautomaten und einigen Photographen, die durch malerische Auslagen die jungen Rekruten anlockten, sich im lenkbaren Luftschiff oder sonst besonders anziehender Stellung verewigen zu lassen. Diese paar Familien lebten alle von den Soldaten, hielten es natürlich mit ihnen, gehörten gewissermaßen zur Garnison und kamen deshalb als eigentliches Zivilpublikum gar nicht in Betracht. Die nächstgelegene größere Stadt war 40 Minuten mit der elektrischen Bahn entfernt, hatte auch eine große Garnison, lebte zum Teil ebenfalls von den Soldaten und hielt sich zum mindesten passiv.

Jetzt sollten wir aber erst einmal von anderen Kreisen erfahren, was wir für schreckliche Menschen seien. Wir fuhren nämlich im Automobil zur Provinzhauptstadt, unsere Soldatenratsbinden am Arme und den Flaggenwimpel am Wagen. Durch eine Provinzstadt, die im 16. Jahrhundert, z. B. der Wiedertäufer, Zeuge revolutionärer Szenen gewesen, seitdem aber recht still geworden ist und an Interessantem nur noch eines der in jener Gegend zahlreichen Franziskanerklöster sowie wenige alte Bauten bietet, mußten wir langsamer fahren. An einer Kreuzung zweier größerer Straßen blieben nicht nur die Frauen stehen, schlugen die Arme über dem Kopf zusammen und riefen: „Um Gottes willen, was soll nun aus uns werden!" — auch die Schuljungen, vor allem aber sogar die gesetzten Männer, blieben erstaunt stehen, und letztere schüttelten höchst mißbilligend ihren Kopf. Auch in der Provinzhauptstadt war man in dem Gasthause, wo wir zuerst einkehrten, sehr wenig erbaut über solchen Besuch. Als wir dann auf der Rückfahrt einen anderen Weg nehmen, und in einer größeren Stadt, Knotenpunkt mehrerer Eisenbahnen, frühere Reichsstadt, mit malerischen alten Kirchen und einer sich neuerdings entwickelnden Industrie, gezwungenerweise rasten mußten, uns in einem Gasthause nach den Essensmöglichkeiten erkundigten, dabei aber auf Befragen erklärten, daß wir als Soldaten keine Fleischkarten hätten, hörten wir noch, wie der Wirt dem besorgten Mädchen draußen sagte: „Bringen Sie denen da lieber doch eine Fleischportion, das ist bei solchen Leuten sicherer." Später atmete er sichtlich auf, als wir unsere Zeche bezahlten; das hatte er offenbar nicht recht erwartet.

Digitized by Google

In kurzer Zeit hatte sich aber die Stimmung ziemlich in diesem ganzen Teile der Provinz verändert. Als ich nach einer Woche wieder durch jene zuerst erwähnte alte Stadt fuhr und rasten mußte, kam ein Soldat eines dortigen Kommandos zu uns gelaufen, sprach von seiner Absicht, dort einen Arbeiter- und Soldatenrat zu bilden und bat um unsere Unterstützung. Wir sagten natürlich zu, versprachen, abends auf der Rückkehr wieder anzuhalten; er wollte bis dahin Vertrauensmänner zusammenrufen, und mit denen wurde dann auch am Abend die Sache besprochen. In der Stadt gab es natürlich allerlei Cliquen, und die sogenannte „gute Gesellschaft" wollte auch unter den neuen Verhältnissen wieder ihre exklusive Rolle spielen, indem sie in einen sogenannten „Volksrat" allerlei Juristen und Arbeitgeber, und dazu noch einige von ihnen abhängende, recht brave Arbeiter bringen wollte. Wir sagten nun für den nächstfolgenden Tag, einen Sonntag, eine Volksversammlung auf mittags 12 Uhr an, während die von der „guten Gesellschaft" anberaumte Versammlung um 4 Uhr stattfinden sollte. Ich blieb da, während meine Kameraden nach Hause fuhren und hielt am nächsten Mittag eine Rede, ganz im Sinne des obenerwähnten Flugblattes. Dabei richtete ich allerdings an die Akademiker und Intellektuellen ein besonderes Wörtlein und forderte sie auf, von dem bisherigen Standesdünkel und der gesellschaftlichen Exklusivität abzulassen, die wirklich nicht mehr zeitgemäß sei und genug Verbitterung in das deutsche Volk getragen habe. Inzwischen war aber der anderen Gruppe ob der Anwesenheit eines lebendigen Soldatenrates in ihrer guten Stadt der Schreck derartig in die Glieder gefahren, daß sie sofort ihre Bereitschaft zur Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates erklärte, mit einer Zweidrittelmajorität von Arbeitnehmern. Und in der Nachmittagssitzung war dann schon der Friede da. Dem Landrat und Bürgermeister war es zwar nicht ganz angenehm, am Vorstandstische neben einem so unstürzlerischen Individuum wie mir zu sitzen, aber die Wahl des Arbeiter- und Soldatenrates kam glatt zu Stande. Es hätte gar nicht einmal mehr des Herbeikommens eines Arbeitersekretärs aus einer benachbarten Stadt bedurft, um die Sache perfekt zu machen. Letzterer war übrigens kein Sozialdemokrat, sondern, entsprechend den dortigen Verhältnissen ein christlicher oder speziell ein katholischer Gewerkschaftsbeamter. Er redete aber so, daß jemand, der unvermutet in die Versammlung gekommen wäre, ohne zu wissen, wer der Redner sei, unbedingt hätte annehmen müssen, es sei ein sozialistischer Gewerkschaftler, — eine Beobachtung, die man übrigens öfter machen kann. Ich hörte später von verschiedenen Seiten, daß man meine Mahnung zu Ruhe, Ordnung und vor allem zum einheitlichen Zusammenarbeiten im Vergleich zu seiner Hetzrede als wohltuend empfunden habe.

Bei dieser Gelegenheit konnte man übrigens merken, wie wenig auch solchen, die immer davon reden, der demokratische Gedanke in Fleisch und Blut übergegangen ist. In der Stadt gab es vielleicht 10 bis 15 Arbeiter, die nicht zur christlichen Gewerkschaft gehörten, sondern Freidenker, Demokraten, Sozialisten oder sonst etwas waren. Diese — und unter ihnen vor allem ein Buchdrucker, der sogar Max Stirner gelesen, aber nicht recht verdaut hatte — machten nun später mir gegenüber einen großen Lärm, daß sie, die eigentlich demokratischen, nicht in den Arbeiterrat gewählt worden seien. Ich hatte die größte Mühe, ihnen klar zu machen, daß sie doch gerade nach demokratischen Gesichtspunkten sich dem Mehrheitswillen fügen müßten und nicht als Minorität eine Majorität terrorisieren dürften. Im übrigen ist in der Stadt alles weitere glatt abgelaufen, ich bin dort immer von allen gut aufgenommen worden, als ich später noch öfter vorbeikam. Die Stadt lag nämlich am Wege von meinem Truppenübungsplatz zur Provinzhauptstadt, wohin ich in Soldatenrats-Angelegenheiten noch mehrmals fahren mußte und nach einigen Wochen gänzlich übersiedelte. Man war sich nämlich einig geworden, auch den General-Soldatenrat des Armeekorps als ständige Einrichtung, aufgebaut auf demokratischer Basis, aus gewählten Delegierten aller Bezirks-Soldatenräte, zu gestatten. Mein Truppenübungsplatz als selbständiger Bezirkssoldatenrat wählte mich dorthin, und nun begann naturgemäß eine ganz andere Tätigkeit.

Zunächst gab es auch hier einige Mißverständnisse zu beseitigen. Ich hatte in dieser Stadt einige Beziehungen zu Universitätskreisen, die ich wieder aufgriff, insbesondere zu meinem früheren Gymnasialdirektor, der jetzt in höherer Stellung dort wirkte. Er war ein selbständiger Charakter, der sich im Frieden oftmals mit den vorgesetzten Behörden gerieben hatte, dann aber im Kriege trotz seiner Jahre unter Zurückstellung aller anderen Rücksichten und Gesichtspunkte mitgegangen war, und im Felde, wie im Leben und in der Gelehrtenstube, seinen Mann gestanden hatte. Ich merkte sofort, daß er zuerst ein ganz klein wenig erstaunt war, mich als Soldatenrat wiederzusehen. Er verstand aber gleich meine Beweggründe, und ich habe dann in den folgenden Wochen menschlich viel von ihm gehabt und auch politisch, obwohl oder vielleicht gerade weil er nicht so stand wie ich, manche Anregungen erhalten.

Im übrigen aber gab es gleich vom ersten Tage an Konflikte und Kämpfe. Zwar war man ursprünglich bei der Majorität des General-Soldatenrates so gestimmt, wie wir in unserer Stadt wußte auch; man wollte vor allem praktische Arbeit leisten, damit unter allen Umständen der Karren weiterlaufe und nicht im Sande stecken bliebe; doch gleich bei der ersten konstituierenden Sitzung kam es anders, und zwar wegen des Bergarbeiterstreikes und der Entsendung von Truppen. Auch ein Moment, den ich nie vergessen werde: Wie unser Vorsitzender — ein älterer, mehrheitssozialistischer Gewerkschaftsbeamter, nicht nur mit Redegabe, sondern auch mit politischer Bildung und menschlicher Klugheit versehen — uns mitteilte, daß man wegen der Gefahr der Ersäufung von Zechen Truppen habe entsenden müssen. Bei den Worten: „also gegen unser Proletariat die Hilfe des Militärs hat anrufen müssen!" versagte ihm vor innerer Ergriffenheit die Stimme. Er erhielt aber auch gleich eine starke Majorität, wie überhaupt damals noch die Verhältnisse dort so lagen, daß die gemäßigte ordnungs- und arbeitsfreudige Richtung die Mehrheit hatte. Ich sage ausdrücklich die ordnungsfreudige Richtung, könnte vielleicht noch besser sagen, die regierungsfreundliche; denn es war keine parteipolitische Majorität. Es gab damals schon, wie bald danach anderwärts auch, eigentlich nur zwei Gruppen: Unabhängige und Gegner derselben. Unser Vorsitzender hielt es zum Beispiel durchaus für unnötig, daß ich mich, ebenso wie noch ein anderer (der aber dem Zentrum nahe stand) ausdrücklich als Nichtmitglied einer der sozialistischen Parteien bezeichnete. Wir taten es aber doch und das hat wesentlich zur Klärung und gegenseitigen Anerkennung beigetragen. Es kam aber doch einmal der Moment, wo es uns deshalb beinahe an den Kragen gegangen wäre.

Ein Teil der Provinz, insbesondere der Industriebezirk, wurde im Laufe des Dezember und Januar immer radikaler; die bisherigen gemäßigteren ständigen Delegierten wurden zum Teil zurückgezogen und durch schärfere ersetzt. Vor allem aber fand sich plötzlich auf einer Sitzung des erweiterten General-Soldatenrats, wo also die Vertreter der ganzen Provinz besonders zusammenkamen, eine Blütenlese unentwegter Unabhängiger und spartakistischer Theoristen zusammen. Hier wurden nun die verwegensten Beschlüsse gegen den Grenzschutz Ost und für die Entfernung der Truppen aus dem Industriegebiet gefaßt. Wir blieben immer stark in der Minorität, viele hielten es für ganz zwecklos, überhaupt noch bei der Gegenprobe ihre Hand zum Protest zu erheben, und schließlich waren wir nur noch zu zweien, die es wagten. Nun aber kam der Antrag, sofort alle diejenigen aus den Soldatenräten zu „entfernen", die nicht auf dem Boden „des sozialrevolutionären Proletariats ständen". Nachdem zuerst mein Kollege, derselbe, der dem Zentrum nahestand, sich entrüstet dagegen gewandt hatte, meldete ich mich sofort zum Worte und hielt den Herren „Sozialrevolutionären", wie sie sich, um nur ja alles den Russen nachzumachen, auch nannten, eine sehr unzweideutige Rede: Es sei wohl das erstemal, daß man in einem Parlament einen Abgeordneten, — denn als solche fühlten wir uns doch, — welcher der Mehrheit nicht passe, „entfernen" wolle; wie könne man das mit den demokratischen Grundsätzen vereinigen, die jene doch auch als die ihren

Digitized by Google

anerkennten; ich betrachte mich als gewählten Vertrauensmann von mehreren tausend Soldaten, die meine politischen Grundsätze, meine bisherige Tätigkeit und meine bisherigen Abstimmungen kennten und allein in der Lage seien, mich zu „entfernen", das heißt, mir ihr Vertrauen zu entziehen. Im übrigen würde ich die Folgen hieraus ziehen, und meinen Wählern mein Mandat zur Verfügung stellen; wählten sie mich nicht wieder, — nun, um so besser für mich, da ich doch noch anderes vorhätte, als Soldatenrat zu spielen; wählten sie mich aber doch wieder, so würde ich allerdings erst recht meinen Mann stellen und in dem bisherigen Sinne gegen den Geist der Herren Antragsteller wirken.

Ich erreichte dadurch, daß der Antrag zurückgezogen und andererseits, daß ich in meinem „Wahlkreis" durch den Bezirks-Soldatenrat des Truppenübungsplatzes einstimmig wiedergewählt wurde, wobei nicht zuletzt die organisierten Mehrheitssozialisten energisch für mich eintraten. Inzwischen legten sich aber die Wogen wieder, und nach zwei Wochen intensivster Arbeit hinter den Kulissen hatten wir es erreicht, daß auf der nächsten Sitzung des erweiterten General-Soldatenrats alle jene Beschlüsse mit einer kleinen Majorität wieder aufgehoben wurden. Darunter war auch jener berüchtigte Beschluß, durch den die Werbung und Bildung von Freiwilligen-Bataillonen für die Regierung verboten worden war. Wir hatten uns allerdings nicht darum gekümmert, sondern im Stillen weitergearbeitet, und ich habe zu diesem Zweck mehr als eine Automobilfahrt über Land gemacht, was bei der Kälte und dem schlechten Fahrmaterial nie ein Vergnügen, vielmehr mit zahlreichen Pannen und sonstigen Schrecknissen verknüpft war.

Im ganzen hatten wir aber Erfolg dabei und wurden auch jetzt meistens in Dörfern und Kleinstädten gut aufgenommen. Ich habe auch da wiederum Gelegenheit gehabt, noch weitere Einblicke in Lebensart und Sitten dieser katholischen Teile Niederdeutschlands zu machen, über die ich vielleicht in anderem Zusammenhange berichten werde.

Im ganzen entbehrten also die Dezember- und Januarwochen weder der dramatischen Spannung noch der äußeren Abwechslung, und zu der praktischen Tätigkeit, die wir uns ursprünglich als die Hauptsache vorgenommen hatten, kam man zunächst noch gar nicht so sehr. Das war aber tatsächlich nicht so schlimm, denn die „alten Behörden" arbeiteten auch so. Mir hatte man außer anderem als früherem Dolmetscher in einem Gefangenenlager die Kriegsgefangenen-Abteilung des Generalkommandos, dazu aber auch noch das Sanitätsamt zu „überwachen" gegeben. Für jeden einigermaßen taktvollen Menschen muß es ja etwas Peinliches haben, einen alten Beamten, der in seinem Dienste ergraut ist, und doch im allgemeinen — wie sehr man auch gegen Bürokratie und Langsamkeit eingenommen sein mag — seine Pflicht getan hat, nun unter seine Kontrolle zu nehmen. Es bedarf des ganzen guten Willens beiderseits, um das Zusammenarbeiten erträglich zu machen. Dann kann es allerdings sachlich und menschlich ausgezeichnet werden, und man kann dabei nicht nur Einblicke in Verwaltungszweige bekommen, die einem bisher verschlossen waren, sondern auch hinter alten Bürokraten Menschenherzen finden, die man da nicht vermutet hätte. Und so werde ich auch in dieser Hinsicht an meine Soldatenratszeit stets mit Dankbarkeit zurückdenken.

Inzwischen konnte sie ja nach den zuletzt geschilderten Begebenheiten nun bald zu Ende gehen. Die von allen Gleichgesinnten ersehnten Wahlen zur Nationalversammlung kamen tatsächlich, entgegen den Befürchtungen der Pessimisten, zustande, und die Nationalversammlung trat zusammen. Auf sie hinzuarbeiten, hatten wir uns seinerzeit beim ersten Zusammentreten gelobt; das deutsche Volk würde dann haben, und hat ja nun auch tatsächlich bekommen, das einzige Organ, das sich mit vollem Recht als demokratischen Ausdruck des souveränen Volkswillens bezeichnen darf, und von jedem, der nicht mit dem Worte Demokratie nur sein Spiel treibt, anerkannt werden muß. Wie sich die Soldatenräte in Zukunft in einer neuen Volksarmee ausgestalten werden, ist eine Frage, über die zunächst ausschließlich die Nationalversammlung zu urteilen ein Recht hat. Die eigentliche politische Macht jener ist mit dem Zusammentritt dieser erledigt, und diejenigen, die auf einem solchen grundsätzlich demokratischen Boden stehen und in den Soldatenräten als Verwaltungsorgane der Übergangszeit in diesem Sinne gearbeitet haben, konnten sich nun aus ihnen zurückziehen und an anderen geeigneten Stellen am Neuaufbau des deutschen Volkes mitwirken.

Eine Überzeugung allerdings dürfen sie wohl alle aus dieser Zeit mit herübernehmen, und die wird ihnen ein Licht sein in den dunkelsten Zeiten deutscher Erniedrigung: Auch in dieser Revolution hat das deutsche Volk noch Eigenschaften an den Tag gelegt, um die es andere beneiden können. Wo ist ein Volk, dessen Revolution doch verhältnismäßig noch so blutlos verlaufen, und wo doch schließlich von so vielen auf beiden Seiten der Weg zur inneren Versöhnung wiedergefunden worden ist! Wie unendlich viel „Schuldige" hätte man in romanischen Ländern gefunden, die man an den Pranger gestellt oder gar hingerichtet haben würde! Bei uns nichts von alledem. Das deutsche Volk erhebt sich gegen die von ihm nicht mehr gewollten Formen eines militärischen Systems, das vielleicht in anderen Zeiten angebracht oder historisch notwendig war. Aber mit wenig Ausnahmen, die es ja überall gibt, sieht man keine Vergewaltigung der einzelnen Person, keine Verantwortlichmachung des einzelnen für die Fehler eines Systems.

Und als viele Vertreter des alten Systems sich bereitwillig auf den Boden der neuen Verhältnisse stellen, da arbeiten diese Revolutionäre sofort mit ihnen, erkennen ihren Wert und auch ihre menschliche Größe an. Und auch die würde uns das Ausland nicht nachmachen. Man stelle sich immer wieder vor, was es für einen alten preußischen Offizier bedeutet, nach seiner Erziehung, seinen Idealen und seinen Grundsätzen nun auf seine alten Tage — nicht etwa umzulernen, denn das verlangt kein Einsichtiger von ihm — aber nun doch mitzumachen und sich womöglich von seinem früheren Untergebenen „kontrollieren" zu lassen. Bleibt er aus vaterländischen Gründen und aus Gewissenspflicht doch auf seinem Posten, so ist er der menschlichen Hochachtung eines jeden Deutschen würdig. Auf ihn dürfen wir stolz sein, der aus Vaterlandsliebe das furchtbar Schwere über sich ergehen läßt und auf sich nimmt — ebenso stolz wie auf manchen unserer Revolutionäre, der im Augenblicke, wo er die Herrschaft in der Hand hat, seinen Haß vergißt und den Besiegten zur Mitarbeit auffordert.

Beide haben sich eben doch als Deutsche erwiesen und geben uns die Hoffnung, daß es auch in Zukunft Männer geben wird, die das Gewesene zu vergessen wissen, ihre persönliche Abneigung zurückstellen können und sich zusammenfinden werden zur schweren, nüchternen Arbeit, die allein nach dem Zusammenbruch uns wirtschaftlich und geistig erheben kann.

Theodor Heuß / Mann gegen Mann

Eine seltsame Anekdote in den oberen Bezirken der zeitgenössischen deutschen Dichtung: zwei Brüderpaare, in sich gespalten, geben die Repräsentanten verschiedenen Kunstwollens, und sofern das Programmatische nicht ihr eigenes Ziel, trennt sie der Applaus ihrer Gefolgschaft, die betonte Propaganda ihrer Verleger. Gerhart Hauptmann und Thomas Mann kamen jung zum Erfolg, ihr Name trug den Ruhm eines neuen Dramas, einer neuen Epik; neben Dehmel und George mochten sie als die deutlichsten Vertreter eines neuen Geschlechts gelten, (das nunmehr freilich längst nicht mehr das junge ist). Werk und Arbeit der Brüder blieb im Dunkeln. Bis die Jungen sich Karl Hauptmanns annahmen und in der grüblerischen Phantastik seiner Versuche den eigenen Vorläufer aufzeigen wollten, bis Heinrich Mann auf den Schild gehoben und einem neuen Geschlecht als der Führer vorangetragen wurde. Wer einmal eine Geschichte nicht des dichterischen Wertes und Werkes, sondern der literarischen Wertung und Wirkung schreiben wollte, die nicht vom Dichter, sondern von Kritik, Publizistik, Ver-

Digitized by Google

breitung, Verlag aus gehen müßte, könnte hier Wesentliches über die Bedeutung der beiden Verleger S. Fischer und Kurt Wolff anmerken, die für die Entfaltung des literarischen Wesens in Deutschland so wichtig geworden sind.

Bei den Brüdern Hauptmann ist das Profil nicht sehr scharf gezeichnet. Der junge Gerhart war ja auch einmal eine Losung gewesen, aber das Stichwort ging nicht eigentlich von ihm aus. Er schrieb seine Werke, manches in tastender Unsicherheit, andere, wie etwa den Quint, mit einer groß gearteten inneren Weite — wo er gelegentlich den Versuch machte, Grundsätzliches zum künstlerischen Schaffen auszusprechen, wurde es dünn, blaß, zufällig.

Anders bei den Manns.

Ihr Dichtertum, verschieden genug, ist völlig unnaiv, intellektuell, mit Rechtfertigungsbedürfnis oder Zielsetzung. Nicht so sehr in den Anfängen als in der Entfaltung ihres Werkes: sei es, daß sie dem begleitenden Essai die Aufgabe des reflektierenden Chorführers zuwiesen, sei es, daß sie die Dichtung selber zum Träger geistiger Werte und Urteile machten, die den Ring der epischen Fabel sprengen, wie Thomas im „Tod in Venedig", Heinrich in seinen beiden letzten Romanen. Und die Betonung wird so scharf, daß es sich nicht mehr um ein Auseinandergehen verschiedener Temperamente handelt, sondern um ein fast feindseliges Messen der Kräfte. Als Heinrich in seinem Essai über Zola Bemerkungen über den deutschen Roman machte, fühlte sich Thomas getroffen, und nun sind dessen „Betrachtungen eines Unpolitischen" in weiten Stücken ein böses Hadern mit dem Bruder geworden. Man nennt sich nicht; um so verletzender der Hohn, der ausgetauscht wird, um so schmerzlicher und erstaunlicher für den Leser, der von den beiden persönlich nichts weiß und nur auf ihr Werk blickt.

Eine Familiengeschichte also — ja und doch mehr; das familienhaft Gebundene aber ein Symbol. Man kennt die Novelle „Tonio Kröger" — in den beiden Worten stößt südliche Romantik mit dem ausgesprochen Bürgerlichen zusammen; gibt es etwas „Bürgerlicheres", Norddeutscheres, als so zu heißen, Kröger? Und man weiß, dies ist das eigene Blutproblem der Brüder — vom Vater her Lübecker Patriziat, schwer, ernst, von der Mutter aber südlich romanische Abstammung. Man denkt einen Augenblick an den Vers, in dem Goethe den Eltern dankt, was sie ihm gaben — bei ihm wuchs die Synthese aus einer wundervollen und reichen Auswirkung seiner Kräfte. Aber hier bei Mann, vorweg bei Thomas, wird die Spannung erkannt, beobachtet, notiert. Indem sie die Form der Kunst suchen, setzen sich zwei Temperamente auseinander, das Bürgerliche, Geordnete, Gefestete, Verantwortungsbereite und das Künstlerische, Kecke, Wagende, Schweifende, Romantische. Man möchte sagen: Thomas optiert für das Norddeutsche, für das Bürgerliche — in seiner Sprache, in der Führung der Fabel, in der geistigen Haltung strebt er zu Ordnung, Klarheit, Disziplin. Die Sinnlichkeit ist beherrscht, die intellektuelle Skepsis hemmt die Abenteuer der Phantasie oder wendet sie doch zur wehmütig betrachtsamen ironischen Groteske. In den „Buddenbrocks" ist das Motiv groß angeschlagen; in den „Betrachtungen" erfährt es seine eigentümliche Vertiefung. Insofern als dieses umfangreiche Buch wie die Verteidigungsschrift eines Nicht-Angegriffenen wirkt, der zur Klarheit vor sich, zur Rechtfertigung vor den anderen kommen will, warum er sein Deutschtum als etwas tragisch Großes und Stolzes empfindet, warum er sich von dem „Zivilisationsliteraten" trennt, diesem bedingungslosen, besinnungslosen Anhänger fremdländischer, westlicher Phraseologie.

Wenn er manchmal mit einer etwas gequälten Gereiztheit diesen „Zivilisationsliteraten" niederkämpft (ein Typus, der seit der Revolution übrigens ins Wuchern gekommen ist), so denkt er an den Bruder Heinrich. Ist dieser nur „Literat", nicht auch ein Dichter? Sollte er kein Dichter sein, so ist er es zum mindesten gewesen, in den Büchern der „Herzogin von Assy", in dem Komödiantenroman „Die kleine Stadt". Seine Heimat ist der Süden; ruft ihn das mütterliche Blut? Nun hat er wohl sich stark mit den großen französischen Epikern auseinandergesetzt, und in den neuen Werken hat sein Stil geradezu romanische Partizipialwendungen, ganz unerträglich, übernommen, aber sein Bekenntnis zum Süden hat die heitere Gelöstheit, die sinnliche Phantastik, die der großen strengen Kunst der Romanen selber mangelt. Die Fülle seiner Erfindungen ist unermeßlich und mühelos, Anmut und Groteske, Politik und Liebe, Abenteuer und Besinnlichkeit wirbeln, große Welt, kleine Welt geben sich Licht und Schatten, Adel und Gemeinheit gehen Arm in Arm, die Sprache ist von höchster Biegsamkeit, Wärme, Witz — hier kann Heinrich Mann lieben, hier strahlt zwischen der Fabulierlust, dem Spaß an der tragisch oder kokett posierenden Menschlichkeit, manchmal zarte Liebe aus. Diese Liebe friert ein, wenn sie die Alpen nordwärts überschreitet.

Die italienische Bergstadt, durch die ein paar Wochen lang die Sensation einer Schauspielertruppe tollt, ist wunderbar plastisch gesehen — keine Kulturnovelle, eine menschliche Komödie, bei der man sich die Kulissen aus Volterra oder Cortona oder Viterbo oder sonst einem Nest holen mag, das einen Advokaten, einen Apotheker, einen verkommenen Herrensitz beherbergt. Dies alles mit einer freudigen Sinnlichkeit gesehen und doch mit Ironie durchwebt, die die Gabe des nordischen Romantikers ist. Ansätze zum großen Humoristen, zum Sprachkünstler, der nicht das Pathos, aber die Farbigkeit von Heinse in dem Tempo unserer Tage neubelebt. Alles ist beschwingt, frei, sehr unbürgerlich.

Der Dichter wird zum Literaten, zum Pamphletisten. Er beginnt politisierende Aufsätze zu schreiben, für die Demokratie, den Sozialismus, vom öffentlichen Führerberuf des Dichters, nicht sehr konkret, mit einer bestimmten radikalen Haltung. Auch er kommt zur Auseinandersetzung mit seinem inneren Wesen; er schlägt den Bürger in sich tot, sofern einiges davon in ihm war, und will zu einem neuen, antibürgerlichen Ethos kommen. Seltsam genug der Weg dorthin: über den großartigen bürgerlichen Charakter des Emile Zola, der immerhin in seinen späten Werken ein tapferer antiklerikaler, antimilitaristischer, gedämpft sozialistischer Philister gewesen ist. (Wie er auch einmal ein Romantiker war, den er nie ganz los wurde.)

Heinrich Mann auf den Spuren Zolas: was der Franzose in ungezählten Bänden leisten wollte, die „Natur- und Sozialgeschichte einer Familie unter dem zweiten Kaiserreich", in den Rougon-Macquarts, das ungefähr wollte Mann in den zwei Büchern verdichten: „Der Untertan" und „Die Armen". Damit bei dem blöden Leser kein Mißverständnis über den Ernst des Unternehmens entstehe, erhält der Umschlag des ersten Bandes die Aufklärung: „Das Deutschland Wilhelms II. Von einem, der es früher als andere durchschaut hat." Die Zensur, plump wie sie ist, hatte das Buch während des Krieges verboten; nun erscheint es Publiko mit der Sensation einer Enthüllung.

Digitized by Google

Während Thomas Mann aus seiner beherrschten Kühle die Liebe leuchten lassen will, die Deutschland für ihn bedeutet, immer etwas bedacht, daß dies in guter Form geschehe, verwandelt Heinrich seine bewegte Leidenschaft zu erkältendem Haß, und auf gute Haltung kommt es ihm nicht mehr an. Der „Untertan" ist ein starker Versuch, und der Einfall, in dem „Helden", dem Parvenu-Industriellen Heßling, den Kaiser zu zeichnen, konnte zum großen Wurf werden, aber die Ausführung blieb leider in der Kolportage stecken. Nicht darüber soll gesprochen werden, ob das wilhelminische Deutschland in der Tat so ausgesehen hat, ob der deutsche Typus der ekelhafte, feige, verbrecherische und brutale Bursche war, wie er hier beschrieben ist, ob die deutsche Mittelstadt eine Sammlung von Eseln, Lüstlingen, Bonzen usw. — das Buch ist ein gut geschriebenes Pamphlet, aber ein ganz dürftiges Kunstwerk. Zum Humor fehlt ihm die Liebe, zum Haß die freie Leidenschaft — was bleibt, sind ein paar glänzende Episoden, wie die Lohengrin-Aufführung, die das Tempo einer überlegenen Satire erhält, während die sexuellen Geschichten, die Gerichtsszenen, die politischen Intriguen nur wenig über ganz grobe Mache emporragen. Mann möchte Pedant des „Milieus" sein — es fehlt ihm die Geduld. Er möchte die Groteske geben — es fehlt ihm die Freiheit des Lachens. Der hassende Politiker erschlägt den anschauenden Dichter.

Ganz verunglückt ist die Fortsetzung dieses Buches „Die Armen". Vorderhaus, Hinterhaus, „Villa Höhe", Arbeiterkaserne B — wie wird uns? So hat man vor einem Vierteljahrhundert Germinal nachempfunden. Verkommenheit oben und unten, ein edler Proletariersproß dazwischen, der Lateinisch lernt, damit er einmal als Rechtsanwalt den da oben anklagen kann (er resigniert dann), Diebstahl, Brandstiftung, blödsinnig erfundene Internierung im Irrenhaus, Herrensöhnchen als Arbeiterfreund, das ach so rührende und neue Motiv vom Arbeitermädchen, das die Geliebte des jungen Fabrikanten wird — der sozialistische Abgeordnete sagt in einer Versammlung: „Alter Klassenkampfgenosse", die deutsche Sprache triumphiert: „Kaum ausgesprochen, verfolgte er das Wort auf den Gesichtern der Nächsten" oder „Die Arbeit getan in der Fabrik, erfrischte ihn diese andere" und so weiter — das Ethos, zu wirken, indem er seine Zeit spiegelt, zu bessern, indem er wahrhaftig sei, trieb den Romantiker dazu, soziale Romane zu schreiben, die politisch gedacht sind, und er bezahlt das Unterfangen mit dem Bankerott seines Künstlertums. Zola hat das gleiche erlebt, als er die Städtebilder und Evangelien zu schreiben begann.

Der literarische Artist ist unmodern geworden, l'art pour l'art, ehedem eine Gassenweisheit, gilt als Schimpfwort. Die jungen Dichter wollen Kämpfer sein, Menschen, Menschenverbesserer, Weltverbesserer. Sie wollen das Ethos der Menschlichkeit und Menschheit in ihren Werken gestalten und damit, ob laut, ob leise, Aufrührer gegen die Dumpfheit des Bürgers, gegen den Geist der Gewalt sein — sie wollen irgendwie die Welt erlösen, sprechen von Demokratie, die sie vielleicht aber nach der neuen Mode als „Formaldemokratie" bereits verächtlich finden, und sagen, daß der Geist, das Geistige künftig, auch durch die Kunst, den Menschen lenken und zu seinem Guten leiten müsse. Nicht als ob die Losung plump „politische Dichtung" laute, sondern durch die Dichtung seelisch-politische Wirkung. Sie sprechen, scheint mir, ein wenig zu viel davon; denn das große Menschentum, das über die Grenzen der ästhetischen Unterhaltsamkeit hinausstrahlt, ist kein beschwatzbares Programm, sondern es ist dort vorhanden, wo Künstlerkraft und menschliche Größe in einem Schöpferischen sich begegnet ist. Die diskutierte Zwecksetzung, der Rationalismus eines Bekennens, eines außerkünstlerischen Wollens, wird zur peinlichsten Gefahr — das ist die Lehre Heinrich Manns.

Thomas aber wehrt sich mit einem gequälten Eifer gegen all dies: Demokratie, Aufklärung, Politik. Er sieht Versuchung und Vergewaltigung durch den „westlichen" Geist — denn Frankreich ist ihm die Heimat des „Zivilisationsliteraten" — und dieser Kampf hat manchmal etwas Rührendes, weil es ein Gefecht gegen Schatten ist. Er tut das Notwendige, Reinliche, indem er künstlerisches Schaffen und politisches Räsonnement auseinanderhält — nimmt man dies an, so wird man zu seinen „Betrachtungen", in denen viel ungestaltete Klugheit und Feinheit des Herzens neben nervöser Unruhe liegen, sagen müssen: seine Aufgabe wird sein, nun im reinen zweckentbundenen Künstlertum das eingeborene Ethos der künstlerischen Schöpfung neu zu offenbaren.

Naumann / Nachbarvölker

Die Mehrheit der Deutschen wollte gegen andere Völker nicht ungerecht sein. Es ist zwar wahr, daß es unseren Vätern und uns nicht immer geglückt ist, die östlichen Nachbarvölker, wie Polen, Tschechen, Magyaren, richtig zu schätzen, obwohl wir mit ihnen gut hätten Hand in Hand gehen können, wenn unser Bildungsgang uns nicht so einseitig auf westliche Kultur eingestellt hätte. Es ist wahr, daß wir als Volk nicht Widerstand genug geleistet haben gegen die Fürstenpolitik, die mit den Nationen willkürlich spielte. Aber niemand, der die Seele der Deutschen kennt, wird sagen, daß das aus Haß der Fremden geschah. Wir waren befangen, folgten der gewohnten Herrschaft, hatten aber nie jene häßliche Glut der Völkerleidenschaft, die wir jetzt von allen Seiten her gegen uns emporlodern sehen. Unserer eigensten Volksnatur nach können wir gute Nachbarn sein, sobald unsere Erziehung dahin gelenkt wird. Und wir werden es sein müssen, da wir sonst wie zwischen lauter Raubtieren wohnen werden. Wir unsererseits müssen willig bereit sein, mit jeder Nation auf dem Fuße der Gleichberechtigung und Gleichachtung zu verkehren als Volk unter Völkern, als Menschheitsgruppe unter Menschen. Das sprechen wir laut und rückhaltlos aus in demselben Zeitpunkt, wo wir zerrissen werden, weil uns nicht nur vor dem eigenen Schicksal graut, sondern eben so sehr vor dem Menschheitszustande, der eintritt, wenn der Völkerhaß zur europäischen Dauererscheinung gemacht wird. Wir wollen gute Nachbarn sein, verlangen aber auch nachbarlich behandelt zu werden: jedem das Seine! Wir erkennen die Selbstbestimmung der Nationen an; tut ihr es auch! Wir verkündigen das Aufhören der gewaltsamen Germanisierungen; hört auch ihr auf, eine ähnliche Weise zu befolgen! Noch ist es Zeit, daß aus unsagbarem Unglück ein bescheidener neuer Frühling erwachsen kann; Europa braucht noch nicht ganz zum streitvollen Balkan zu werden. Wir stellen uns in Reihe und Glied mit allen, die guten Willens sind. Das ist in der Tat die Meinung der allergrößten Menge im neuen Freistaat Deutschland.

Büchertisch

Gesetzliche Regelung der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge. Durch Verordnung der Reichsregierung vom 8. Februar 1919 ist die soziale Fürsorge für Kriegs-

beschädigte und Kriegshinterbliebene dem Reich übertragen worden. Zur Durchführung der Aufgabe wird beim Reichsarbeitsamt ein Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen errichtet, der die oberste Leitung für das Reichsgebiet übernimmt. Die unmittelbare ausführende Tätigkeit liegt bei den grundsätzlich für den Bezirk jeder unteren Verwaltungsbehörde zu errichtenden örtlichen Fürsorgestellen. Der Reichsausschuß besteht aus den beiden Abteilungen Kriegsbeschädigtenfürsorge und Kriegshinterbliebenenfürsorge. Die Bundesstaaten und Selbstverwaltungskörperschaften sind zur Mitwirkung verpflichtet. Für jeden Bundesstaat sollen als Zwischenglieder zwischen Reichsausschuß und örtlichen Stellen amtliche „Hauptfürsorgestellen der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge" gebildet werden.

Die wesentliche Neuerung der Regelung besteht darin, daß die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge von Reichs wegen in einen organischen Zusammenhang gebracht wird. — Der Reichsausschuß soll unter Zustimmung des Staatssekretärs bindende Grundsätze für die Handhabung der gesamten Fürsorge aufstellen. Bei den Hauptfürsorgestellen und den örtlichen Fürsorgestellen werden Beiräte errichtet, denen Vertreter der Kriegsbeschädigten, der Kriegshinterbliebenen, der Unternehmer und Arbeitnehmer, sowie auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge erfahrene Persönlichkeiten angehören sollen. Der Beirat der Hauptfürsorgestelle beschließt nach § 7 in allen grundsätzlichen Fragen, stellt Richtlinien für die Verwaltung und Verwendung der Mittel auf und entscheidet endgültig über Beschwerden der einzelnen Fürsorgestellen. Für den Ausbau der örtlichen Fürsorgestelle und der Hauptfürsorgestelle sollen nach Möglichkeit die bisherigen Einrichtungen der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge benutzt werden. § 1 der Verordnung betont ausdrücklich, daß die bisherige Mitarbeit der freien Wohlfahrtspflege durch diese neue Verordnung nicht eingeschränkt werden soll. — Dem Reichsausschuß, Abtlg. Kriegshinterbliebenenfürsorge, wird auch ein Vertreter der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen angehören, deren Selbständigkeit und Befugnis, frei über ihre Mittel zu verfügen, unberührt bleibt.

Es ist zu wünschen, daß die neue Regelung zum Wohle der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen in Stadt und Land dienen wird, für die eine umfassende und gut eingerichtete soziale Fürsorge dringend zu fordern ist. Helene Stranz.

Der tote Aufruhr in Finnland im Jahre 1918. Eine Schilderung auf Grundlage offizieller Urkunden. Von Henning Söderhjelm. Berechtigte Übersetzung von Johannes Öhquist. Leipzig 1918, Quelle & Meyer. 182 Seiten. Preis geh. 3,20 M., geb. 4,80 M.

Herzlich wenig weiß man in Deutschland von den Vorgängen in Finnland, die schließlich im Anfang des Jahres 1918 zur Entsendung deutscher Truppen zur Niederwerfung bolschewistischer Unruhen führten. Diese Ereignisse treten — gleichsam eine kleine Episode von minderer Bedeutung — gegenüber dem Geschehen des Weltkrieges völlig in den Hintergrund. Und doch hing Sein oder Nichtsein eines tüchtigen, aufstrebenden, gebildeten Volkes von dem Ausgange des Kampfes zwischen dem Bürgertum und der durch den russischen Bolschewismus angesteckten und verblendeten Arbeiterpartei ab. Die Leidenszeit des finnischen Volkes vom Beginn der Revolution 1917 bis zur glücklichen Befreiung durch die vereinigten deutschen Truppen und finnischen Freiwilligen unter General Mannerheim behandelt der Verfasser in einer Reihe von Bildern, die unser volles Mitleid erregen, andererseits uns aber Hochachtung abfordern vor der Geduld und dem zielbewußten Ausharren des Bürgertums. Herbing.

Dmitri Mereschkowsky, **Vom Krieg zur Revolution.** Ein unkriegerisches Tagebuch. 1. bis 3. Tausend. München, R. Piper & Co., 1918. 4 M.

Mit Begierde greift man zu diesem Buche, das ein Geschichtsphilosoph geschrieben hat: wird es Worte enthalten, die von dem furchtbar geheimnisvollen Antlitz der russischen Sphinx einen Zug uns enträtseln? Und siehe, es hebt an mit der Frage, die wir alle auf den Lippen haben: wohin geht Rußlands Weg? Antwort wird gesucht bei den ewigen Wegweisern, den großen russischen Dichtern. Von Gorkys tiefem, schmerzlich schönem Kindheitsbuch geht die Deutung aus: in den unvergeßlichen Gestalten des Großvaters und der Großmutter sind die beiden Seelen Rußlands, des „heiligen" und des „unheiligen". Sie ringen miteinander in Tolstois, des gewaltigen „Taglöhners Christi", erschütterndem Tagebuch; sie suchen und fliehen sich bei Turgenjew, der uns hier mit liebevoller Intuition als der „Dichter des Ewig-Weiblichen" aufgezeigt wird. Zu den reinen Gestalten der ersten Freiheitskämpfer, der Dekabristen, führt sodann der Weg; und mündet bei dem tragischen Bildnis ihres vielverlästerten Lehrers, Tschaadjews, des Philosophen, den Nikolaj I. offiziell für verrückt erklären ließ. Seine seltsam widerspruchsvollen Linien zeichnet Mereschkowsky mit ehrfürchtiger Zärtlichkeit; wir fühlen, er liebt ihn, sieht in ihm — und in Wladimir Scolowjow, dem tiefsinnigen Denker, Dichter und Gottsucher — die echtesten Vertreter des russischen Geistes. Denn sie sind „die ewigen Wanderer, die hier keine Stätte haben, sondern die zukünftige suchen"; und ihrer ist das tiefste Geheimnis, das Mysterium der russischen Allmenschheit. „Russe sein, heißt Allmensch sein," sagt der Nationalist Dostojewsky, und er sagt es und wiederholt es durch sein ganzes Buch Mereschkowsky, dem die nationale Bestimmung Rußlands eben „in der Überwindung des Nationalen und in der Erreichung des Allmenschlichen" liegt. Und nun hören wir seinen eigenen Ton, aufsteigend aus dem Urgrund einer gläubigen Seele, die das furchtbare Erlebnis des Weltkrieges im Tiefsten aufgewühlt hat. Von der „religiösen Lüge des Nationalismus" spricht er, von der gräßlichen Verwilderung moderner Kultur, die schlimmer ist als jede Wildheit, von dem „vernünftigen Wahnsinn" ihrer aufgeklärten Barbarei. Ist Rettung möglich? Ja, sie ist es: denn Christus hat gelebt. Und dies ist Rußlands Sendung: daß es zuerst erkannt hat, daß die Frage, ob man mit Christen sein soll oder gegen Christen, für die ganze Menschheit die Daseinsfrage bedeutet. Das Ende ist da; das Ende, das zugleich ein Anfang ist. „Den Geist dämpfet nicht", ist der vorletzte Abschnitt dieses Tagebuches überschrieben; der letzte aber heißt „Die Erfüllung der Kirche". Nicht die historische Kirche der Dogmen und Priester ist gemeint, sondern die vom Sturm des Prophetentums erbrausende allchristliche, allmenschliche, weltumfassende Kirche der Zukunft. D. M.

Th. Niemeyer und K. Strupp, **Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkrieges.** II. Band: Politische Urkunden zur Entwicklung des Weltkrieges, herausgegeben von Th. Niemeyer. Jahrbuch des Völkerrechts IV. Band. Duncker & Humblot, München und Berlin. 755 S. Geb. 24 M. und 25 v. H. Teuerungszuschlag.

Der vorliegende Band umfaßt die Materialien über den Eintritt weiterer Staaten in den Krieg, zeitlich beginnend mit der Stellungnahme Ägyptens im August 1914 und außer den Vereinigten Staaten von Amerika, für die ein besonderer Band vorgesehen ist, die in den Weltkrieg verwickelten Staaten behandelnd. Dabei ist der Begriff „Urkunde" nicht gar zu eng gezogen, da auch eine große Anzahl halbamtlicher Mitteilungen, die zum Thema gehören, Aufnahme gefunden hat in diesem umfangreichen Bande, der für den Historiker und Staatsrechtler und jedem, der sich in das Wirrsal der Kriegspolitik vertiefen will, reiches Material liefert.

Briefkasten

Beim Ausbleiben oder bei verspäteter Lieferung einer Nummer wollen sich die Postbezieher stets nur an den Briefträger oder die zuständige Bestellpostanstalt wenden. Erst wenn Nachlieferung und Aufklärung nicht in angemessener Frist erfolgen, wende man sich unter Angabe bereits unternommener Schritte an unseren Verlag.

Die Staatsbürgerschule gibt bekannt, daß der Vortrag von Dr. Fr. Naumann am 26. Mai nicht stattfinden kann. Näheres wird noch mitgeteilt.

Als 4. Heft der „Demokratischen Reden" erscheint demnächst **Karl Hermann, Mittelstandspolitik.**

In Vorbereitung befindet sich ferner ein Vortrag von Fr. Naumann über „Demokratie als Staatsgrundlage", gehalten am 4. März in der Stadtkirche zu Jena. Preis eines jeden Heftes 20 Pf., in größeren Mengen billiger.

Für die Baltenhilfe: K. B. in R. 5,— M.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, Zehlendorf, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, Hamburg.

Geschäftliche Mitteilungen

Die große Aufgabe, mit der sich jetzt jeder auseinandersetzen muß, ist ein neuer organischer Aufbau des deutschen Volksstaates und das damit zusammenhängende Problem der Sozialisierung. Näheres hierüber erfährt man in dem bei **Eugen Diederichs-Jena** erschienenen Werk **„Neue Wege zum Aufbau Deutschlands"**, über das der heutigen Nummer auch ein Prospekt beigefügt ist.

Tricalcol
Phosphorhaltiges Kalk-Eiweiß-Mittel
Fördert die Entwicklung des Knochenbaues
Kräftigt den gesamten Organismus
Blutarme nehmen es im Wechsel mit Lecin
In Apoth. u. Drogerien. Lecinwerk Hannover

29. Mai 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrespreis im Buchhandel 4 M., beim Postamt 4,12 M., unter Kreuzband 4,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 4,25 M., ins Ausland 5 M. Soldatenausgabe 1,50 M. Einzelhefte 40 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8683.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 22

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 60 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme Freitag der vorhergehenden Woche

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Gertrud Bäumer:** Heimatchronik. — **Wilhelm Heile:** Worauf wir hoffen. — **Prof. Dr. Ludwig Quidde, M. d. R.:** An Wilson. — **Dr. Georg Hohmann:** Aus der Münchener Revolution. — **Dr. Heinz Potthoff:** Zur Kritik des Rätesystems. — **Naumann:** Menschheit. — Büchertisch.

Naumann / Kriegschronik

Sonntag, 18. Mai.

Berlin ist voll von Demonstrationen gegen den Friedensentwurf, wobei aber nicht zu übersehen ist, daß im großen Hintergrunde des Ostens und Nordens der Stadt weite Arbeiterkreise den Frieden um jeden Preis haben wollen. Ich spreche bei den Auslandsdeutschen auf den Stufen des alten Museums. Da ist viel bunt gewürfeltes Schicksal beieinander: Deutsche Männer und Familien aus Rußland, Rumänien, Ägypten, Frankreich und aus vielen anderen Ländern. Es haben manche davon sich mit Mühe durchgedrängt, um überhaupt für Deutschland kämpfen zu können. Inzwischen ist ihr Hab und Gut draußen verdorben. Eltern und Kinder haben sich jahrelang gesucht. Einige bleiben völlig verschollen. Diese Leute sind in ihrer Mehrzahl wahrhaftig Pioniere der Kultur gewesen, deutsche Handwerker, Kaufleute, Lehrer, Apotheker, Techniker. Welches wird ihr Lebensspielraum sein, wenn der Friedensentwurf angenommen wird? Alle Existenzgrundlagen sind unsicher; der Deutsche soll rechtlos gemacht werden wie ein geschlagener Hund! Viele Tausende der Auslandsdeutschen und ihrer Freunde bewegen sich in langem Zuge zum Präsidenten. Dort finden sich andere Züge von Vertretern der Ostgebiete, Heimatschutz, elsässische Flüchtlinge, Landwirte usw. Alle heben die Hände hoch und sprechen: unannehmbar, wissen aber nur teilweise, was alles in diesem „unannehmbar" verborgen sein mag. Mehr als einer spricht: der Frühling tut mir in diesem Jahre so weh!

Montag, 19. Mai.

In der Wiener „Arbeiterzeitung" schreibt der deutsch-österreichische Staatssekretär des Äußern, Otto Bauer, einen Aufsatz mit der Überschrift „Der andere Anschluß", in dem er darlegt, welche zwei Möglichkeiten den Deutschösterreichern nur übriggeblieben sind: ein Bundesstaat Deutschlands, des armen und herabgedrückten, oder eine Kolonie Frankreichs, wie Marokko oder Tunis. Ganz Europa ist, so sagt Bauer, in zwei feindliche Lager geteilt. Auf der einen Seite die gärende Welt Ost- und Mitteleuropas, in der der Kapitalismus durch die Katastrophe der Niederlage zusammengebrochen ist, und auf deren Trümmern in Wirren und Wehen die sozialistische Ordnung der Zukunft entsteht; auf der anderen Seite die Welt der Sieger, in der die ungebrochene Gewalt siegreicher Armeen den Kapitalismus beschützt und der Siegesrausch den Imperialismus zu dem Versuche ermutigt, eine Weltherrschaft sondergleichen aufzurichten. Zwischen diesen beiden Welten haben wir die Wahl. Der Anschluß an Deutschland ist die Entscheidung für die werdende sozialistische Welt!

In Deutschland ist man fast überall geneigt, die „Schuldfrage" beiseite zu schieben, da es nicht würdig ist, im großen Unglück Strafgerichte an Männern vollziehen zu wollen, die man als Helden preisen und umkränzen würde, wenn sich der Erfolg an ihre Sohlen geheftet hätte. Inzwischen aber bekommt die Schuldfrage durch die Artikel 227—230 des Friedensentwurfes ein bedrohlicheres Gesicht. Deutschland soll dort die Auslieferung derer versprechen, die nach Meinung der Gegner Völkerrecht und Weltsitte verletzt haben sollen. Dieses Versprechen mag gegenüber den territorialen und finanziellen Angelegenheiten klein erscheinen, es bleiben aber gerade die Persönlichkeitshandlungen im Gedächtnis der Nationen. Die Auslieferung ist ihrem Inhalte nach eine schmachvolle Demütigung. Und wenn man wirklich ausliefern wollte, so würde das im Gebiete der Entente erst recht als unbedingtes Zugeständnis des Schuldbewußtseins erscheinen, und man würde noch mehr auf uns herumtreten.

Dienstag, 20. Mai.

Graf Brockdorff-Rantzau, der Kopf unserer Pariser Delegation, und Dernburg, der Chef des Reichsschatzamtes, haben sich in Spaa getroffen, um über das zu reden, was als mögliche Finanzleistung Deutschlands bezeichnet werden kann. Die Mehrzahl der Menschen kann natürlich über die Fragen, wie viele Milliarden wir abgeben können, ohne uns dabei zu verbluten, überhaupt kein Urteil abgeben, aber auch für die berufsmäßigen Sachverständigen ist es eine fast übermenschliche Aufgabe, zu sagen: die deutsche Wirtschaft kann 40 oder 60 oder 80 Milliarden in Gold abgeben oder nicht. Wir können mehr abgeben, wenn wir im freien Welthandel stehen als wenn wir eingeschlossen werden. Erst muß man wissen, wie es sich mit Rohstoffen und Absatzmärkten verhält, mit Kredit und Frachten, ehe man auch nur in den allerallgemeinsten Ausdrücken einen Versuch eines künftigen volkswirtschaftlichen Haushaltsplanes aufstellen kann. Die zermarternde Schwierigkeit liegt darin, daß die Gegner gleichzeitig unsere Industrie vernichten und Steuergelder von uns erpressen wollen. Wir können nur zahlen, wenn wir konkurrenzfähig sind, das aber gerade soll uns verweigert werden. — Zur Teilnahme an den Besprechungen der deutschen Delegation in Versailles wurden neuerdings die Professoren Hans Delbrück und Max Weber und General Graf Montgelas berufen.

Mittwoch, 21. Mai.

Von deutscher Seite sind in Paris Noten übergeben worden über die Frage der deutschen Ostmarken, über das linksrheinische und elsaß-lothringische Gebiet, über den Umfang der Schadenersatzverpflichtungen, über Behandlung deutschen Privateigentums im feindlichen Auslande und über die Frage des Arbeiterrechtes. Ob über diese Noten verhandelt werden wird, ist noch ganz unsicher.

Die dänischen Linksparteien haben eine Resolution gefaßt, in der die Regierung aufgefordert wird, sich unerschütterlich einer Einverleibung von Gebieten zu widersetzen, deren Bevölkerung unzweifelhaft deutsch von Sprache und Gesinnung ist, da die Einverleibung solcher Gebiete den Interessen des dänischen Vaterlandes widerspreche.

Von linkssozialistischer Seite wird in der Agitation für den Friedensentwurf geltend gemacht, daß der Arbeiter durch keinen Staatsvertrag unter sein Lohnminimum herunter

Digitized by Google

gedrückt und am Streiken gehindert werden könne. Der Proletarier könne in jeder Form kapitalistischer Wirtschaft seine Widerstandskraft zeigen ... Das ist aber nur soweit richtig, als die betreffende Arbeit gerade an diesem Orte von diesen Arbeitern gefertigt werden muß. Sobald das nicht der Fall ist, kann jedes streikende Gebiet von der kapitalistischen Weltwirtschaftsleitung lahmgelegt werden. Kein bolschewistischer Protest schafft Baumwolle oder Eisenerz nach Deutschland, sobald die Entente die Zufuhren sperrt. Auch vom streng proletarischen Standpunkt aus darf nicht vergessen werden, daß erst Arbeit da sein muß, ehe Sozialismus sein kann. Alle Teile des deutschen Volkes essen von derselben Tafel. Sie können sich um ihre Portionen streiten, aber alle müssen zuerst dafür sorgen, daß überhaupt etwas auf den Tisch kommt.

Donnerstag, 22. Mai.

Den Deutschen ist für die Überreichung der Gegenvorschläge eine Verlängerung der Frist bis 29. Mai gewährt.

Professor Lavisse in Paris, ein Mann von Ansehen, der sich vor und während des Krieges vielfach mit den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland befaßt hat, veröffentlicht im „Temps" einen offenen Brief, in dem er den harten Frieden billigt und Deutschland allein für schuldig erklärt. Deutschland habe im Jahre 1871 auch nicht deshalb Milde walten lassen, weil Frankreich zur Republik überging; warum solle es jetzt von Deutschlands Wandelung Notiz nehmen? Lavisse ruft: sprecht uns nicht von Aussöhnung, von Recht und Gerechtigkeit! Die Deutschen haben immer nur an sich gedacht, nicht an das Recht! — Ja, in der Tat, woran dachten die Franzosen, als sie einst Heidelberg zerstörten und Straßburg besetzten? Es wurde auf beiden Seiten gesündigt, und jetzt, jetzt endlich wäre es an der Zeit, alten Hader zu vergessen. Der Sieger muß dabei vorangehen. Wo aber findet sich solche Siegergenerosität bei den Franzosen?

Es verlautet, daß der Friedensvertrag der Deutsch-Österreicher in sehr bestimmter Form die Nichtzusammengehörigkeit mit Deutschland fordert, dafür aber Verkehrs- und Wirtschaftsgemeinschaft mit den slawisch-österreichischen Ländern anbahnt. Südtirol soll den Italienern gehören, Nordböhmen den Tschechen. Die westungarischen Gebiete sollen über Nationalzugehörigkeit abstimmen dürfen. — Das würde eine tolle Grausamkeit sein, Deutsch-Österreich künstlich auf dem Zustande des hilflosen Kleinstaates erhalten zu wollen! Das Ideal der Franzosen ist ein völlig gespaltenes und geschlagenes Deutschtum.

Freitag, 23. Mai.

Die „Frankfurter Zeitung" bringt sachkundige, aber recht traurige Berichte aus der Pfalz. Da unter Mitwirkung französischer Offiziere und Beamten eine künstliche Bewegung für einen selbständigen, nichtdeutschen Linksrheinstaat sich an die Bevölkerung heranbrängt, versammelte Regierungspräsident v. Winterstein die Köpfe aller Parteien und die Führer von Landwirtschaft und Industrie, um das Bekenntnis abzulegen: „Auch von einem armen Deutschland werden wir uns nicht trennen! Die Pfälzer werden gerade in dieser schwersten Stunde der deutschen Geschichte ihrem geliebten deutschen Vaterlande unverbrüchliche Treue halten. Die Frage, ob die Pfalz mit Bayern vereinigt bleiben soll oder nicht, ist eine rein innerdeutsche Angelegenheit, die erst nach Abschluß des Friedensvertrages auf Grund der künftigen Reichs- und Landesverfassungen entschieden werden kann." So deutlich nun diese Absage an die undeutschen Bestrebungen auch war, so wurden die Vorbereitungen eines Putsches für die „Republik Pfalz" doch fortgesetzt. Der Landauer Staatsanwalt ließ die Vaterlandsverräter verhaften, wurde aber wenige Stunden später von der französischen Militärbehörde samt dem Amtsrichter und Gefängnisdirektor ins Gefängnis gesetzt. Der deutsche Bürgermeister Mohla wurde über den Rhein abgeschoben. — So geht es schon zu!

In Spaa treffen sich Regierungsmitglieder und Delegierte aus Berlin und Versailles, um die Absendung der deutschen Antwort nochmals zu besprechen. Es sind anwesend: Scheidemann, Erzberger, Dernburg, Graf Rantzau, Graf Bernstorff, Landsberg, Giesberts, Leinert, Melchior, Schücking. In den Händen dieser Männer liegt jetzt eine unendlich schwere Last.

Sonnabend, 24. Mai.

In Rumänien erhebt sich Unzufriedenheit, weil der Friedenskongreß die eine Hälfte des Banats, wo Serben und Rumänen sich mischen, dem neuen Serbenstaate zugewiesen hat und weil ein Teil der Dobrudscha den Bulgaren überlassen werden soll. Das betreffende Telegramm besagt: „Rumänien steht am Vorabend ernster Entscheidungen." Das klingt etwas balkanisch, aber auch dieser Vorgang zeigt, wie weit die Welt von allgemeiner Befriedigung entfernt ist.

Der bekannte jüdische Großbankier Jakob Schiff aus Newyork hielt in London eine Rede, in der er dafür eintrat, daß den Polen die Zugehörigkeit zum Völkerbunde verweigert werden müsse, solange die polnische Regierung den Judenverfolgungen nicht Einhalt gebiete. Die englische Presse, so sagte er, unterdrückt die Nachrichten über Judenpogrome in Polen, weil England ein starkes Polen wünsche. Auch der frühere amerikanische Präsidentschaftskandidat Hughes trat für die Juden in Polen ein.

Verschiedene Nachrichten über Unruhen in Indien und Afghanistan. In Indien wird von den Mohammedanern für den Kalifen in Konstantinopel agitiert.

Gertrud Bäumer / Heimatchronik

Sonntag, 18. Mai.

Man fühlt immer klarer, daß es auf eines ankommt: das Wort zu finden, das alle echten, wirklichen Kräfte sammelt. Keine Partei vermag das: denn was wir nötig haben, ist weiter als jede Partei. Auch die vielen kleinen Zirkel, die sich zusammenfinden, um in engem Rahmen zu beginnen, sind Vorarbeit — bestenfalls. Dabei verströmt eine Flut von Kraft — und wir haben nichts mehr zu verlieren — in vergeblichen, unpraktischen Ideologien. Die Revolution ist zugleich ein Trauerspiel der deutschen Jugend — ein unsagbar trauriges, weil edles Feuer Verderben schaffen muß und sich dabei selbst verzehrt. Vielleicht ist noch die Stunde der allgemeinen Empfänglichkeit für die neue Sammlung nicht da. Aber sie kommt. Die Sehnsucht und Ratlosigkeit aller Lebendigen bei uns ruft sie. Vorläufig wird das Notwendige auf anderen Wegen gesucht: im Umbau der äußeren Formen — der gewiß unerläßlich ist, aber nur etwas bedeutet, wenn eine neue Gesinnung in ihnen leben und durch sie wirken will.

Zu diesen äußeren Formen gehört das neue Gesetz über die Betriebsräte, das die Regierung fertiggestellt hat und zurzeit mit den Fachkreisen erörtert. Die Betriebsräte, die aus getrennten Wahlen der Arbeiter und Angestellten hervorgehen sollen, haben den bisherigen Aufgabenkreis der Arbeiterausschüsse, mit dem Zusatz eines Mitbestimmungsrechtes bei Einstellungen, Kündigungen und Entlassungen. Sie sollen zugleich eine gewisse Verantwortung für die Arbeitsleistung übernehmen und insofern eine demokratische Unterstützung der Betriebsleitung darstellen.

Das kann ein Schritt zur Überwindung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit sein, wenn von beiden Seiten die richtige Gesinnung dahinter gesetzt wird.

Versammlung in dem eigenartigen kleinen Rudolstädter Theater, dessen menschengefülltes Innere aussieht wie ein mittelalterliches Bild — Protest gegen den Frieden mit sehr einmütiger Stimmung.

Montag, 19. Mai.

Das „Reichsarbeitsblatt" vom 30. April, das jetzt erscheint, berichtet für den Monat März eine Abnahme der Arbeitslosigkeit. Allerdings sind alle Stellen, an denen die Statistik erhoben wird, nicht unbedingt maßgebend für die Tatsachen. Die Statistik der Arbeitsnachweise zeigte im März auf 100 offene Stellen 168 arbeitsuchende Männer und 159 Frauen (gegen 205 bzw. 203 im Vormonat). Die Arbeitslosenziffer betrug Ende März 1 053 854. Aber das Bild sieht zweifellos günstiger aus,

als die Wirklichkeit. Ungeheuer hart ist das Vorgehen gegen die weiblichen Bürokräfte, denen gegenüber die Regierung die Konkurrenzpolitik der männlichen Berufsverbände beinahe unbedenklich mitmacht.

Ob die Auffaugung der Arbeitslosen bald und reibungslos vor sich gehen kann, ist ein drückendes Problem. Es ist natürlich, daß die Demoralisation steigt, je länger diese bezahlte Untätigkeit dauert.

Dienstag, 20. Mai.

Die Stimmung des deutschen Volkes für Nichtunterzeichnung des Friedens wäre vollkommen einmütig — kraftvolle und entschlossene Proteste aus allen Gebieten, aus Süddeutschland sowohl wie aus den bedrohten Provinzen bestätigen es — wenn nicht die in höchstem Maße wiederwärtige Stimmungsmache der unabhängigen Sozialdemokratie wäre. Widerwärtig, weil sie die Kraft und das Gewicht unseres Entschlusses nach außen hin zerbricht, ohne irgend etwas an die Stelle zu setzen! Auch sie findet die Bedingungen unerträglich, auch sie vertritt die Meinung, daß versucht werden muß, sie zu verändern, aber das einzige Mittel, mit dem eine Veränderung erreicht werden kann, windet sie uns aus der Hand durch eine widerliche Art der Propaganda für Unterzeichnung. Gibt es irgendein Volk, in dem die Leidenschaft der Kritik, die Skrupellosigkeit der Opposition ein solches perverses Flagellantentum erzeugt?

Mittwoch, 21. Mai.

Ein strahlender Maitag nach dem anderen zieht herauf wie eine Versuchung zum Vergessen und zu dem Trost, daß es noch andere Quellen von Leben und Kraft gibt als Staat und Politik. Aber es ist schon dafür gesorgt, daß diese Macht der Sonne und des Frühlings über unseren zerquälten Seelen nicht zu stark wird.

In Hamburg entfaltet sich neues Studentenleben an der eben eröffneten Universität. Es ist nicht leicht heute, für die Hochschulgemeinde den einheitlichen, sammelnden Geist zu finden. Zu viel zerreißende, auseinandertreibende Probleme leben in jedes Seele — und zu viel Fragen, an denen die Stellungnahme spaltet, stehen zur Entscheidung. Da entsteht schwer geistige Atmosphäre von umfangender Macht.

Donnerstag, 22. Mai.

Die preußische Landesversammlung behandelt die Schaffung eines Ministeriums für Volkswohlfahrt als Zentrum des Wiederaufbaus der Volkskraft: in diesem Ministerium soll zusammengefaßt werden die Gesundheitsfrage, Wohnungs- und Siedlungsfragen, Jugendschutz. Es scheint, als stände vorläufig die hygienische Betrachtungsweise etwas stark im Vordergrund. Es handelt sich nicht nur um körperliche Kräfte, die gehoben werden müssen und an der Hebung zu wirken haben.

Freitag, 23. Mai.

Ein von der französischen Okkupation angezettelter Versuch, zu dem sich einige Deutsche hergegeben haben, eine selbständige Republik der Pfalz zu begründen, gibt den Ausblick auf die Demoralisationsversuche, mit denen wir in den nächsten Jahren zu kämpfen, gegen die wir uns stark zu machen haben. Schwächung der Instinkte durch Abstumpfung, Bequemlichkeit und unser deutsches temperamentloses Räsonnement. Und dazu Strebertum und Gewinnsucht, Abenteurerei — — —

Bevölkerungsbewegung in Hamburg als Typus des Reichs: Es sind im Jahr 1918 19 858 Kinder geboren, wenig mehr als im Vorjahr und weniger als die Hälfte des letzten Friedensjahres (24 237). Dem stehen 16 766 Todesfälle gegenüber. Die Säuglingssterblichkeit ist mit 11,5 v. H. höher als die der letzten drei Jahre (Milchmangel).

Sonnabend, 24. Mai.

Die Wirkungen der Lohnpolitik am eigenen Leibe erfährt das Gewerkschaftshaus Hamburg, das seinen Gastwirtschaftsbetrieb nicht mehr aufrechterhalten kann wegen der Lohnforderungen der Kellner, die 660 M. im Monat einnehmen. Das ist eine Mehrausgabe von 300 000 M. im Jahr, die natürlich die Arbeiter aufzubringen nicht gesonnen sind. Gut, daß auch Arbeiterorganisationen Wirtschaftsbetriebe leiten und zu solchen Erfahrungen gezwungen sind.

Die „Daily News" haben, um den imperialistischen Nimbus von „Deutschland, Deutschland über alles" zu zerstören, eine englische Übersetzung gebracht — ein Oxforder Professor hat sie angefertigt —, die den Sinn des Liedes gut wiedergibt:

„Germany our dearest object, dearest in the world shall be
If for home and hearth we Germans hold together brotherly
From Memel east to western Meuse, from southern Alp to
[northern sea
Germany our dearest object, dearest in the world shall be."

Wilhelm Heile / Worauf wir hoffen

Und dennoch: ich kann den Glauben an Deutschland nicht verlieren, weil ich den Glauben an das deutsche Volk mir nicht aus dem Herzen reißen kann. Immer muß ich in diesen Tagen an das Wort des Dichters denken: In Fährden und in Nöten zeigt sich ein Volk erst recht. Tag für Tag habe ich, seit die Nationalversammlung im Zusammenklang mit der Reichsregierung einmütig als Antwort auf den Raubfriedensvorschlag ihr Unannehmbar in die Welt hinausgerufen hat, in großen und kleinen Städten, meist unter freiem Himmel, da die Säle dem Andrang nicht gewachsen waren, zu vielen Tausenden aus allen politischen Parteien gesprochen und dabei Gelegenheit gehabt, die Stimme des Volkes zu hören. Ich habe keineswegs bloß die Forderungen der Feinde in ihrer vernichtenden Wirkung den Hörern klargemacht, um dadurch ein möglichst einhelliges Nein, einen möglichst leidenschaftlichen Protest zu erzielen; ich habe vielmehr mit ganz rückhaltloser Offenheit die furchtbaren Folgen geschildert, die ein Beharren im Nein wahrscheinlich schon in der nächsten Zeit für uns bringen würde. Manches verzweifelte und vergrämte Gesicht habe ich gesehen, manchen Aufschrei aus gequälten Herzen gehört, namentlich von Müttern, Frauen, Bräuten, deren Hoffnung, den kriegsgefangenen Gatten oder Sohn endlich wiederzubekommen, beim Nein noch weiter in die Ferne entschwindet. Aber nicht einen hörte ich, nicht einen lernte ich kennen, der sich aus Furcht vor den Folgen der Gewalt beugen und von der Regierung fordern wollte, daß sie ihren Namen unter solchen „Vertrag" setzen und dadurch sich und das deutsche Volk für immer entehren solle.

Schlimmer als alle Folgen für das eigene Leben, als Hunger und Elend und die Vernichtung aller Hoffnung, sich durch Tüchtigkeit und Tatkraft und Sparsamkeit wieder emporarbeiten zu können, schien ihnen allen die Zumutung, Verrat an Millionen von Volksgenossen üben zu sollen, Verrat an den Deutschen Österreichs, Verrat an den Deutschen der Ostmark, Verrat an den Deutschen aus Elsaß und Lothringen, aus dem Saargebiet, dem Rheinland und dem meerumschlungenen Schleswig. Und Verrat schien es ihnen zu sein an Kind und Kindeskind, wenn wir uns gar durch Unterschrift dazu bekennen würden, daß wir — deutsches Volk — mutwillig den Weltkrieg heraufbeschworen, raubgierig friedliche Feinde überfallen hätten und deshalb nur gerechte Strafe erduldeten. Sollen wir zu dem furchtbaren Schaden selbst noch den Schimpf fügen, wider besseres Wissen und Gewissen? Unmöglich! Niemals!

Wir wissen, daß das Los der Besiegten hart ist. Wir rechnen nicht mit der Barmherzigkeit der Sieger und flehen nicht ihre Gnade an. Aber an ihren Gerechtigkeitssinn wollen wir nicht aufhören, uns zu wenden, auch wenn es im Augenblick noch

Digitized by Google

hoffnungslos zu sein scheint. Wie aber sollten wir noch Gerechtigkeit fordern können, wenn wir selbst unser Recht preisgeben? Wie noch Achtung heischen, wenn wir uns selbst mit Schmutz bewerfen? Und wie gar Treue von den unglücklichen Volksgenossen erwarten, die man jetzt von uns reißen oder nicht wieder zu uns kommen lassen will, wenn wir selbst ihnen die Treue nicht halten, indem wir durch Annahme des „Vertrags" erklären, daß ihnen und uns recht geschieht?

So denkt und fühlt die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes. Das ist nicht bloß mein eigener Eindruck, sondern der Eindruck aller, die in diesen Tagen ihrer Abgeordnetenpflicht genügten, indem sie vor der letzten Entscheidung Fühlung mit ihren Wählern und auch Wahlgegnern suchten.

Ist das wirklich ein moralisch zerrüttetes und zusammengebrochenes Volk? Ich muß gestehen, daß ich viel stolzer auf dieses Volk bin, das jetzt nach so viel Hunger aus dem Gefühl der Notwendigkeit heraus fast gelassen noch schärferer Anziehung der Hungerschraube entgegensieht, als auf das Volk vom August 1914, das, zum Verteidigungskampf aufgerufen, im Gefühl der Gerechtigkeit der eigenen Sache einem Siege entgegensah.

Was ist es, woraus das Volk in allen seinen Schichten jetzt noch die Kraft nimmt, an sich selber zu glauben, statt, was so nahe läge, sich dumpfer Verzweiflung hinzugeben? Es steigt die geschichtliche Erinnerung auf an Zeiten, in denen wir noch tiefer gesunken waren, in denen ganz Deutschland eine einzige Trümmerstätte war, und aus denen das deutsche Volk in seiner stillen Arbeitsamkeit doch noch einen Ausweg gefunden hat. Und manche denken über 1648 hinaus auch noch an 1806, und das Wort ist in ihnen lebendig: exoriare aliquis nostris ex ossibus ultor, es wird dereinst aus unseren Gebeinen ein Rächer uns erstehen.

Es ist ein magerer Trost — der Gedanke an den Rächer. Damit, daß unsere Nachfahren uns rächen, ist kein Unrecht wieder gut oder gar ungeschehen gemacht, das wir heute erleiden. Und wenn auch wir selbst noch, wie die vor hundert Jahren, auf ein Jena mit einem Leipzig und Waterloo antworten könnten, so erhübe sich doch daraus die Frage: ist das wirklich der Weisheit letzter Schluß, daß im ewigen Wechsel die alten Widersacher bald unten liegen und bald oben?

Nun aber sieht es heute ganz anders aus wie 1806. Damals war im Felde der Mann noch etwas oder vielmehr geradezu alles wert. Was aber kann heute noch eine Volkserhebung bringen? Heute entscheiden die technischen Hilfsmittel, ohne die aller Manneseinsatz ein Massenselbstmord ist. Nein, so begreiflich und — gestehen wir es offen — wohltuend fürs vaterländisch empfindende Herz jene ingrimmige Stimmung ist: es wäre Wahnsinn, sich jetzt mit Haß und Rachegedanken den Blick zu trüben für das, was ist und was recht ist und deshalb werden soll.

Und da ist es wiederum erfreulich, zu sehen, wie allgemein im deutschen Volke das Gefühl dafür vorhanden ist, daß trotz des unglücklichen Ausganges für uns aus der Weltkatastrophe doch noch neues und besseres Menschheitsleben erblühen kann. Nicht bloß aus Not, weil es für uns jetzt die einzige Rettung ist, sondern aus einem im Unglück geläuterten Sinn und aus gläubigem Herzen heraus klammert sich das hoffende Denken unseres Volkes an den großen Gedanken des Völkerfriedens, der nur Wirklichkeit werden kann, wenn die Völker selbst einen ewigen Bund miteinander schließen.

Es scheint in der großen Politik zu sein, wie in den kleinen Dingen des Alltags: die, deren Amt es ist, den Weg zu weisen, sehen oft den Wald vor Bäumen nicht. Vor lauter Bedenklichkeit kommen sie nicht zum Denken.

Warum hatten wir nicht schon vor dem Kriege, so daß er also hätte vermieden werden können, den Völkerbund und das Weltschiedsgericht? Weil jeder, der den Bund mit schließen sollte, von dem Gedanken ausging, daß damit die Machtverteilung, die beim Abschluß des Bundes vorhanden war, für immer festgelegt werden würde. Darum waren die Angelsachsen, insbesondere die Engländer, erfüllt vom pazifistischen Gedanken, weil der Friede, die pax, die so zustande kam, eine pax Britannica geworden wäre. Und darum war man in Deutschland durchdrungen von dem Mißtrauen des Starken, der wohl bereit ist, keinen anderen zu vergewaltigen, aber nicht auf Anwendung seiner Kräfte verzichten will, wenn er sich selbst vergewaltigt fühlt.

Nun ist der Streit ausgetragen, wir sind unterlegen, die Angelsachsen regieren die Welt. Und niemand wundert sich bei uns, wenn die Führer der siegreichen Staaten jetzt, just jetzt, nicht aus der Enge ihrer alten Vorstellungen heraus können und die Sicherung des Friedens in der Sicherung ihrer Herrschaft sehen. Wir kennen doch unsere eigene Kraftentfaltung und wissen, wie schwer wir ihnen den Sieg gemacht haben. Wir begreifen deshalb ihre Angst, daß ein nicht völlig vernichtetes Deutschland schnell wieder aufleben und unter anderen Bedingungen noch einmal und dann mit Erfolg versuchen könnte, das aufgezwungene Joch wieder abzuschütteln. Es gibt also für die Entente nur zwei Möglichkeiten, sich ihren Sieg zu sichern: entweder nach Clemenceauschem Muster uns so zu zertrümmern, daß von dem Volke nichts übrigbleibt, was noch lebensfähig wäre; oder aber den Sieg auszunutzen durch einen Frieden, der uns nicht bloß das Leben läßt, sondern in uns den Wunsch wecken muß, diesen Frieden für immer zu erhalten. Das war es, was Wilson so oft und so eindrucksvoll der Welt verkündet hat und was der großen Mehrheit des deutschen Volkes aus der Seele gesprochen war, auch als noch Hoffnung vorhanden war, daß wir als Sieger aus dem großen Kriege hervorgehen könnten. Muß man wirklich noch daran erinnern, wie Wilson gesprochen hat?

Wilson in seiner Botschaft an den Senat vom 22. 1. 17:

. . . ein dem Besiegten vom Sieger aufgezwungener Friede „würde in Erniedrigung, unter Zwang und unter unerträglichen Opfern angenommen werden, er würde einen Stachel, Rachsucht und Bitterkeit zurücklassen, so daß ein solcher Friede nicht auf fester Grundlage, sondern nur wie auf Triebsand ruhen würde. Nur ein Friede zwischen Gleichen kann von Dauer sein, nur der Friede, dessen erster Grundsatz „Gleichheit" ist."

Wilson in Washington am 14. 6. 17:

„Wir wissen es heute noch ebensogut, wie wir es vor dem Eintritt in den Krieg wußten, daß wir ebensowenig ein Feind des deutschen Volkes sind, wie dieses der unsere ist. Das deutsche Volk hat diesen entsetzlichen Krieg nicht angestiftet oder gewollt, noch auch gewünscht, daß wir in ihn verwickelt werden sollten. Und wir haben ein dunkles Bewußtsein dafür, daß wir nicht nur für unsere eigene Sache kämpfen, sondern auch für die seinige, wie sie sich ihm dereinst darstellen wird . . ."

Wilson im Kongreß am 4. 12. 17:

„Ihr hört mit mir die Stimmen der Menschlichkeit, die in der Luft schweben. Diese Stimmen bestehen darauf, daß der Krieg nicht in Akten der Rache irgendwelcher Art endigen dürfe, daß keine Nation, kein Volk beraubt oder bestraft werden dürfe, weil die unverantwortlichen Herrscher eines einzigen Landes tiefes, ja verabscheuungswürdiges Unrecht begangen

haben. Dieser Gedanke ist es, der in der Formel ausgedrückt worden ist: Keine Annexion, keine Kontribution, keine Strafentschädigung!"

Wilson im amerikanischen Kongreß am 11. 2. 18:

„Was jetzt auf dem Spiele steht, ist der Friede der Welt. Was wir anstreben, ist eine neue internationale Ordnung, die auf weitherzigen und universellen Prinzipien von Recht und Gerechtigkeit beruht . . . nicht ein bloßer Friede aus Fetzen und Flicken . . ."

Noch sieht es so aus, als ob alle solche Worte in den Wind gesprochen seien. Und viele glauben sogar, sie kämen aus einem hohlen Faß. Ich glaube das nicht. Mir scheint, daß vielmehr bisher der eigentliche Besiegte beim Ententefrieden Wilson ist, der, um seinen Völkerbund verwirklichen zu können, Schritt für Schritt vor den Forderungen der anderen zurückgewichen ist, bis nicht bloß der Friedensvorschlag, sondern auch der Völkerbundsentwurf der Entente zu einem häßlichen Zerrbild seiner Gedanken geworden war. Nicht schlechter Wille, sondern Kraftlosigkeit scheint die Ursache dafür zu sein, daß Wilson Gefahr läuft zu erleben, wie sein Name, der den Völkern der Erde eine hohe Hoffnung geworden war, zum Gespött der Menschen wird.

Und dennoch glauben wir an den Sieg der Gedanken, zu deren Träger sich Wilson in besseren Tagen machte. Denn die Gedanken sind nicht an ihn gebunden, der sie ja auch nicht als erster gedacht hat. Habt ihr den Brief gelesen, mit dem sein amerikanischer Mitdelegierter sein Amt niederlegt und Abschied von Wilson nimmt, weil er an den Idealen festhält, die Wilsons Schwäche zu leicht fallen ließ? Habt ihr beachtet, wie trotz aller amtlichen Täuschung über den wirklichen Inhalt des Friedensvorschlages in den Völkern der Entente die Stimmen des Protestes sich mehren von Tag zu Tag? Ach, noch ist das wenig, noch tönen diese Stimmen nicht sehr laut. Aber glaubt man, daß sie lauter und eindringlicher tönen werden, wenn sie bei uns kein Echo finden und wir mißmutig verzagend durch Anerkennung des Friedens von Versailles selbst unser Recht preisgeben und den Gerechtdenkenden im feindlichen Lager die Verteidigung unseres Rechts allein überlassen? Und vor allem: glaubt man, daß andere uns helfen werden, unser Recht zu verteidigen, wenn wir nur an u n s e r Recht denken?

Das aber ist es, worauf sich unsere Hoffnung gründet: das Gefühl dafür, daß es deutsche Art ist, anderen gerecht zu werden, auch wenn die es umgekehrt nicht tun, das ist wieder stark in unserem Volk geworden. Die seelischen Voraussetzungen dafür sind da, daß wir als ganzes Volk die Fahne der Völkerfreiheit, des Völkerrechts und des Völkerbundes wieder aufheben, die Wilsons müder Hand zu früh entfallen ist. Mögen die Feinde in ihrer Verblendung unter niedrigstem Wortbruch zu unserer völligen Vernichtung schreiten, mögen sie ihre Truppen, deren wir uns jetzt nicht erwehren können, einmarschieren lassen! Wenn wir nur wirklich an d a s Recht, nicht bloß unser Recht, glauben und mit der ganzen sittlichen Kraft, die unser Erbteil aus den Tagen unserer Größten ist, den Gedanken des Rechtes verkünden, dann werden die, die man zu unserer Knechtung sandte, zu Boten des Rechtes und der Freiheit im eigenen Vaterlande werden. Denn: ist eine Bewegung von Gott, so könnet ihr sie nicht dämpfen; ist sie aber nicht von Gott, so wird sie von selber zugrunde gehen.

Ludwig Quidde / An Wilson

Berlin, 22. Mai 1919.

Herr Präsident!

In den letzten beiden Wochen werden aus Deutschland unzählige Rufe der Empörung über die uns zugemuteten Friedensbedingungen an Ihr Ohr gedrungen sein.

Manchen derer, die am lautesten sich entrüsten, werden Sie die Berechtigung dazu bestreiten; denn sie haben in Tagen des Glückes die Grundsätze, als deren Verfechter sie jetzt auftreten, verleugnet. Wir deutschen Pazifisten aber dürfen sprechen; denn wir haben auch zur Zeit der glänzendsten deutschen Siege verlangt, daß der Friede, der diesen Krieg beendigt, ein Friede des Rechts sein solle, der das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu achten habe und die Lebensinteressen auch der Besiegten nicht verletzen dürfe, ein dauernder Friede, gesichert durch einen Völkerbund, der eine Gemeinschaft gleichberechtigter freier Völker sein müsse. Wir haben unseren Landsleuten zu zeigen versucht, daß es unmöglich sei, den Frieden durch Vergewaltigung der Besiegten zu sichern; wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die Einverleibung von Gebieten, deren Bevölkerung sich nur widerwillig der neuen Herrschaft fügt, eine Gefahr für den Frieden bedeute, zugleich aber auch eine Schwächung des Staates, der mit solchen Annexionen kurzsichtig seine Machtstellung zu stärken glaubt; wir haben eindringlich gewarnt, daß der Gedanke, die ungeheuren Kriegskosten auf fremde Schultern zu wälzen, unausführbar sei — außer vielleicht auf dem Papier des Vertrages —, da er zu wirtschaftlicher und politischer Anarchie führen müsse und ein neuer Krieg erforderlich sein würde, um die unbezahlbaren Restforderungen des alten einzutreiben.

In Vertretung all dieser Gedanken befanden wir uns in völliger Übereinstimmung mit dem Friedensprogramm, zu dem Sie, Herr Präsident, sich bekannt haben. In Vertretung dieser gleichen Gedanken protestieren wir jetzt gegen den Entwurf, der unter Ihrer Mitverantwortung dem deutschen Volke vorgelegt ist.

Die Beweggründe Ihres Handelns sind uns unbekannt. Wir können uns auch — aufrichtig gestanden — keine Vorstellung von ihnen machen, so unverständlich ist uns der Gegensatz zwischen Ihren Worten und der Tat dieses Vertragsentwurfes.

Man sagt uns, dieser Entwurf sei ein Kompromiß zwischen Ihren Grundsätzen und den noch viel weiter gehenden Forderungen Ihrer Verbündeten, insbesondere des Herrn Clemenceau; wir hätten es also Ihnen zu verdanken, daß die Vorlage nicht noch viel ungeheuerlicher ausgefallen sei. Gestatten Sie uns zu sagen, daß es wohl in Fragen der Zweckmäßigkeit oder der Anwendung eines Prinzips, aber nicht in Fragen der Grundsätze selbst Kompromisse geben darf, und daß Sie die Welt berechtigt haben, Ihre Handlungen nicht durch einen Vergleich nach unten, sondern nach oben zu messen, sie nach dem Abstand, nicht von einer Abscheulichkeit, sondern von einem Ideal, das Sie selbst aufgestellt haben, zu beurteilen.

Viele sagen, Ihre Sache sei in dem Augenblick verloren gewesen, als Sie darin willigten, Ziffer 1 Ihrer vielbesprochenen 14 Punkte, die Öffentlichkeit der Verhandlungen, preiszugeben. In der Heimlichkeit des Pariser Milieus der alten Diplomatie — meint man — sei Ihr ideales Programm abgewürgt und Ihnen ein Zugeständnis nach dem anderen aufgezwungen worden. Wir wissen nicht, ob das zutrifft. Aber wir wissen, daß die Machthaber in einem Teil des uns feindlichen Auslandes noch heute die Öffentlichkeit fürchten. Die uns vorgelegten Bedingungen haben dort noch immer nicht im Wortlaut veröffentlicht werden dürfen, und es ist zu erwarten, daß es den Gegenvorschlägen unserer Regierung nicht besser ergehen wird. Erzwingen Sie, Herr Präsident, noch jetzt die Öffentlichkeit im Sinne Ihres Programmes, und lassen Sie der öffentlichen Meinung in allen Ländern Zeit, zu den vorgelegten Bedingungen und zu den Gegenvorschlägen Stellung zu nehmen. Die Aussichten auf einen Erfolg der Sache, von der wir glauben möchten, daß sie noch immer die Ihnen und uns gemeinsame Sache ist, werden damit gewaltig wachsen. In dem Prozeß Menschheit gegen Völkerhaß muß man öffentlich verhandeln und die Massen zu Hilfe rufen.

Digitized by Google

Man hat Sie über die Schlachtfelder des verwüsteten Frankreichs und Belgiens geführt, um Sie für die französischen Forderungen zu gewinnen und Ihr Herz zu panzern gegen Mitgefühl mit deutschen Opfern. Wir empfinden mit Ihnen das Entsetzliche des alles Maß übersteigenden Zerstörungen, die von der deutschen Heeresleitung in Nordfrankreich angerichtet sind, und wir sind geneigt zu glauben, daß sie die Notwendigkeiten der Kriegführung in unverantwortlicher Weise überschritten haben. Wir erkennen die Pflicht des deutschen Volkes, für diese Verwüstungen und für die Verletzung der belgischen Neutralität Wiedergutmachung zu gewähren, bedingungslos an. Wir glauben sagen zu dürfen, daß wir deutschen Pazifisten das auch getan hätten, wenn wir Deutschen die Sieger gewesen wären. Aber wir bitten Sie auch, im Geiste das deutsche Schlachtfeld des völkerrechtswidrigen Aushungerungskrieges zu besichtigen. Wohl können wir es Ihnen nicht körperlich zeigen, und Sie würden, auch wenn Sie Deutschland besuchten, kaum Opfer finden, die direkt auf der Straße Hungers sterben. Aber die Sterblichkeitsstatistik, deren Ziffern während des Krieges nicht veröffentlicht werden durften, zeigt, wie viele Hunderttausende aus Mangel an genügender Nahrung zugrunde gegangen sind, von den neugeborenen Kindern und altersschwachen Greisen angefangen bis zu Männern und Frauen im kräftigsten Alter, die dem Ansturm einer an sich nicht lebensgefährlichen Krankheit keinen Widerstand mehr entgegensetzen konnten. Wenn Sie im Geist den Jammer dieses Schlachtfeldes dem Nordfrankreichs gegenüberstellen, wird es Ihnen leichter werden, vollkommen gerecht zu sein. Sie bekennen sich ja zu der unterschiedslosen Gerechtigkeit, die nicht nach Gunst oder Ungunst Recht bewilligt oder verweigert.

Nur noch eine Erwägung, die in diesen Tagen vielfach angestellt wird, bitten wir Ihnen unterbreiten zu dürfen. Wenn der Friede im wesentlichen auf der Grundlage, die uns jetzt geboten wird, geschlossen werden sollte, so bedeutet er keinen dauernden Frieden, sondern neue Kriege; er bedeutet die Aufpeitschung aller nationalistischen Instinkte und die Wachhaltung des Völkerhasses; er erschwert denen, die den dauernden Frieden und einen echten Völkerbund wollen, ihre Arbeit ungeheuer. Aber nicht nur das: er bedeutet für Deutschland die schwerste Erschütterung der jungen Demokratie und besorgt die Geschäfte der Reaktion, nicht nur in Deutschland, sondern in allen beteiligten Ländern. Damit gefährdet er das ganze Werk einer friedlichen Neuorganisation der Welt, als deren Prophet Sie aufgetreten sind.

Wir bitten und flehen nicht, Herr Präsident. Wir appellieren nur an Ihre eigenen Grundsätze, und wir tun das als Männer und Frauen, die sich unter ganz anderen Umständen, auch gegenüber den Versuchungen des Kriegsglückes, im Kampf für diese Grundsätze bewährt haben. Wir hoffen deshalb Gehör zu finden.

Hochachtungsvoll

Ludwig Quidde,
Mitglied der deutschen Nationalversammlung,
1. Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft.

Georg Hohmann / Aus der Münchener Revolution

Im Reich hat man vielfach den Kopf geschüttelt über die seltsamen Formen, die die Revolution in München in diesen Monaten angenommen hat. Man erkannte München, das man als sommerlicher Gast besucht hatte, nicht wieder, diese Stadt mit der breiten Grundlage eines behäbigen Bürgertums und einer gesunden bodenständigen Arbeiterschaft, die es vertrug, daß auf ihr eine dünne Schicht von aus aller Welt zusammengekommenen Literaten, Künstlern und Studenten ihr so ganz anderes Wesen trieb. Wenn der Bürger diese schwarzgelockten Jünglinge, in deren üppigen Kopfschmuck die ordnende Hand des Friseurs nur selten eingriff, an den Marmortischen des Café Größenwahn sitzen sah, wie sie einander ihre welterschütternden Pläne vortrugen, dann störte ihn dies in seiner selbstsicheren Ruhe nicht im mindesten. Die Herrchen gehörten als Staffage mit zum Bilde. Und jetzt waren sie mit einem Male die handelnden Figuren geworden und wollten den Bürger und Arbeiter kommandieren und an ihm ihre weltverbessernden Ideen ausprobieren. Der Münchner war immer unpolitisch, ließ sich gern, wenn auch unter Schimpfen, regieren und war höchst überrascht, als eines Tages König und Regierung spurlos verschwunden waren. Ja, er fand sich sogar anfangs teilweise mit dem neuen Landesvater ab, sprach gemütvoll von „Vater Eisner", und erst die bizarren Einfälle des neuen Herrn und seiner landfremden Trabanten machten ihn mehr und mehr stutzig. Zum Handeln brachten sie ihn aber nicht. In der Tat hat die Münchener Revolution ihren besonderen Stil. Sie ist viel mehr eine Literatenrevolution als sonst im Reich. Die Führer sind Literaten, und der Kreis der Geführten war es ursprünglich auch, bis die breiten Arbeitermassen sich mehr und mehr von den glückverheißenden Reden der neuen Männer einfangen ließen. An der Spitze der Bewegung stand Kurt Eisner, der Bohème entstammend, ein erlesener Theaterkritiker, glänzender Stilist, Phantast, niemals Politiker, immer Dilettant. Er wirkte aber sicherlich auf die Phantasie der Menschen, nicht nur durch seine von der üblichen Volksversammlungsart sich unterscheidende, bedeutend scheinende, schillernde, dialektische Methode der Beweisführung, sondern auch, das darf nicht unterschätzt werden, durch seine ganze Erscheinung. Ein kleiner Mann mit hoher Stirn, bleichem Antlitz und großem Patriarchenbart in langem dunklen Rock stand dort oben auf dem Podium und trug mit merkwürdig aufreizender, schneidender Note seine unklaren Gedanken vor, die der Masse, und nicht nur der der Ungebildeten, neu und erfüllungbringend klangen. Der Münchener Revolution hat eine gewisse Theatralik von Anfang an ihren besonderen Charakter gegeben.

Mit Bildern wurde eine bewußte Wirkung auf die Massen geübt. In immer wiederholten Revolutionsfeiern im Hoftheater sprach Eisner vor dem Vorhang zwischen selbstverfaßten Gesängen und Gedichten zum Volke. Ihn ersetzt bisweilen der jetzt erschlagene „Edelanarchist" Gustav Landauer, den Eisner ins Land gezogen hatte, wie Eisner selbst von seltsam auffallender Erscheinung, mit schwarzer wallender Mähne, fremdartig und darum nicht ohne Wirkung. Mit der Zeit schmächtete sich dieser faszinierende Einfluß Eisners auf die Massen ab, je mehr radikalere Elemente die Ohren der Proletarier gewannen. Eisner umgab sich mit einer Leibwache von Matrosen, sein Leibgardist war der Matrose Egelhofer, ein Mann von riesigem Körperbau, früherer Athlet und Zuhälter, in den Tagen der Räterepublik zur Würde des Stadtkommandanten und zuletzt des Führers der roten Armee emporgestiegen, der jetzt auch von dem Wellen der Revolution verschlungen wurde. Welch ein Bild war es, als Eisner eines Tages einer Arbeitslosendeputation, die vor dem Ministerium erschien und von ihm bestimmte Zusagen erpressen wollte, das Fenster zuschlug, und als sein Leibgardist, der Matrose Egelhofer, sich wider den Minister wandte und am Ministerium außen in die Höhe kletterte, das Fenster einschlug und von dem entsetzten Eisner die Erfüllung der Wünsche der Arbeitslosen verlangte! Oder welch ein Bild, als der Bolschewist Dr. Levien, der einmal verhaftet war, infolge der Drohungen der Räte freigelassen, in die Sitzung des Rätekongresses kommt und unter ungeheurem

Digitized by Google

Jubel des Parketts und der Tribünen seinen Einzug hält in theatralischer Pose wie ein afrikanischer Häuptling, voran ein Matrose eine große rote Fahne schwingend, dann Trommler und danach sieghaft Dr. Levien! Man muß schon sagen, man hat dem Volk etwas geboten.

Nun ist das alles zunächst vorüber. Der Irrsinn der Räterepublik, vollführt von Phantasten und Schwindlern, von Wundermännern und Verbrechern, ist vorüber unter Hinterlassung eines Gesamtschadens von beiläufig 200 Millionen Mark. Diese Kur war, scheint es, notwendig, um den Münchener zum Handeln zu bringen. Und die Münchener Bürgerschaft hat ja an dem entscheidenden Tag sich selbst geholfen, indem sie aufstand, als infolge des grausigen Geiselmords sich der weitesten Kreise helle Empörung bemächtigt hatte.

Nun sind diese Spukbilder vorüber. Die Reichstruppen, gegen deren Verwendung das sozialistische Ministerium Hoffmann und das engherzig partikularistische Zentrum sich anfangs sträubten, haben die bayerische Hauptstadt befreit und der gesetzmäßigen Regierung die Möglichkeit, ernsthaft zu regieren, verschafft. Die Zusammenarbeit mit den Unabhängigen, durch die das Ministerium anfangs die Massen gewinnen zu können glaubte, stellte sich als Unmöglichkeit heraus, gerade so wie im Reich. Die Unabhängigen betrogen die Mehrheitssozialisten, indem sie die Diktatur des Proletariats aufrichteten und Regierung wie Landtag beiseite zu schieben suchten. Die Regierung muß jetzt den Weg gehen, den die Reichsregierung und die Regierungen der anderen Bundesstaaten, Badens, Württembergs usw. gegangen sind, sie muß *zusammen mit den anderen großen Parteien* gemeinsam die Geschicke des Landes zu leiten versuchen. Nur so wird sie imstande sein, die schweren Aufgaben, vor denen sie steht, zu erfüllen.

Heinz Potthoff / Zur Kritik des Rätesystems

Leitsätze.

Das Rätesystem ist als Regierungsform ungerecht. Denn es will eine *Klassenherrschaft*, nicht die Selbstherrschaft des ganzen Volkes. Ihm liegt nicht, wie der Demokratie, eine Idee zugrunde, die durch ihre Gerechtigkeit sich durchzusetzen vermöchte; sondern es beruht auf Macht: auf der Möglichkeit, die deutsche Wirtschaft zugrunde zu richten, und auf Waffengewalt. Daher kann es wohl bestimmte Zustände erzwingen, nicht aber sie dauernd, in Ruhe erhalten. Es führt nicht zum Frieden, sondern zu ständigen wirtschaftlichen Gegensätzen und letzthin zum Bürgerkriege.

Die Verkoppelung von *Bauernräten* mit den *Arbeiterräten*, nach russischem Vorbilde, ist unlogisch. Denn die deutschen Bauern sind keine Proletarier, die durch den Sozialismus ein Joch abzuschütteln streben, sondern solider, am Privateigentume hängender Mittelstand. Die Bauern werden auf die Dauer der Durchführung des Marxismus wahrscheinlich den stärksten Widerstand entgegenstellen.

Die Ausdehnung des Rätesystems auf *alle* Erwerbsgruppen ist falsch, wenn sie zur Begründung der *politischen Selbstregierung* des Volkes auf sogenannter beruflicher Grundlage führen soll. Denn das Berufsparlament würde sich nicht auf „Berufe" im wahren Sinne des Wortes (die Arbeit, zu der man sich „berufen" fühlt), sondern auf *Erwerbs*interessen gründen und diese in kulturwidriger Weise noch viel mehr als bisher in den Vordergrund drängen.

Richtig und wertvoll ist dagegen die *Organisierung* aller Gruppen zu *wirtschaftlichen* und sozialen Zwecken. Im besonderen bedarf die *Arbeiterschaft* eines systematischen Aufbaues von Vertretungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Betriebsräten, Ortsräten, Bezirksräten, Landesräten, endend in einem Reichsrate beim Reichsarbeitsamte. Jede dieser Arbeitervertretungen muß mit einer Unternehmervertretung zu bestimmten Zwecken zusammenarbeiten können (Tarifverträge, Schiedswesen, Gewerbepolizei, Arbeitsvermittlung). Die *Demokratisierung der Wirtschaft* ist notwendige Folge der neuen politischen Zustände und Voraussetzung erfolgreicher Sozialisierung.

Auch die Zusammenfassung aller Berufsorganisationen zu einem *Wirtschaftsparlamente* kann von Nutzen sein, wenn sie die regierende Volksvertretung von dem Streite um wirtschaftliche und soziale Interessen befreit, ihr die Einzelvorbereitung wirtschaftlicher Gesetze abnimmt und ihr dadurch ermöglicht, sich mehr als bisher politischen und kulturellen Fragen zu widmen.

Die *regierende* Volksvertretung muß aus allgemeinen Staatsbürgerwahlen hervorgehen. Da die Arbeitnehmer mindestens zwei Drittel des deutschen Volkes ausmachen und die Industriearbeiter unter ihnen die bei weitem zahlreichste, bestorganisierte und willensstärkste Gruppe sind, so *muß* wahre Demokratie zur Vorherrschaft ihrer Bedürfnisse und Wünsche führen. Denn in jedem richtig gewählten Parlamente muß die Mehrheit des Volkes ausschlaggebend sein. Und das Ziel des Volksstaates: Das höchste Glück aller, muß in allen Streitfragen sich in die Förderung des Aufstieges und der Wohlfahrt möglichst vieler verwandeln.

Alle angeblich technischen Vorzüge des Rätesystems in der Bildung des Volkswillens (Beschränkung des Vielredens, ständige Fühlung der Abgeordneten mit den Wählern, lebendige Mitwirkung aller) lassen sich auch für eine rein demokratische Volksvertretung durchführen. Der Aufbau des Rätesystems auf Delegationen statt auf Urwahlen hat nur für vorübergehende Kampfzeiten Vorteil, ist aber auf die Dauer bedenklich und schließt die Massen von geordneter Mitwirkung aus.

Die Räte sind also für eine Übergangszeit vielleicht unentbehrlich, auch auf *die Dauer* für beschränkte Zwecke nützlich, als Regierungsorgane aber überflüssig, weil ihr berechtigtes Ziel besser auf dem Wege einer gerechten Teilnahme aller an der Selbstregierung erreicht werden kann.

Ein Wort Fichtes

Es beschwören euch eure noch ungeborenen Nachkommen. Ihr rühmt euch eurer Vorfahren, rufen sie euch zu, und schließt mit Stolz euch an an eine edle Reihe. Sorget, daß bei euch die Kette nicht abreiße; macht, daß auch wir uns eurer rühmen können und durch euch, als untadeliges Mittelglied, hindurch uns anschließen an dieselbe glorreiche Reihe. Veranlaßt nicht, daß wir uns der Abkunft von euch schämen müssen als einer niederen, barbarischen, sklavischen, daß wir unsere Abstammung verbergen oder einen fremden Namen und eine fremde Abkunft erlügen müssen, um nicht sogleich ohne weitere Prüfung abgeworfen und zertreten zu werden. Wie das nächste Geschlecht, das von euch ausgehen wird, sein wird, also wird einer Ahnenreihe ausfallen in der Geschichte: ehrenvoll, wenn dieses ehrenvoll für euch zeugt; sogar über die Gebühr schmählich, wenn ihr seine letzte

Digitized by Google

Nachkommenschaft habt, und der Sieger eure Geschichte macht. Noch niemals hat ein Sieger Neigung oder Kunde genug gehabt, um die Überwundenen gerecht zu beurteilen. Je mehr er sie herabwürdigt, desto gerechter steht er selbst da. Wer kann wissen, welche Großtaten, welche trefflichen Einrichtungen, welche edlen Sitten manchen Volkes der Vorwelt in Vergessenheit geraten sind, weil die Nachkommen unterjocht wurden und der Überwinder, seinen Zwecken gemäß, unwidersprochen über sie Bericht erstattete.

(14. Rede an die deutsche Nation.)

Naumann / Menschheit!

Durch den Krieg ist der Menschheitsgedanke unterbrochen worden, und jetzt nach dem Kriege wird er von den Weltsiegern vollends zertreten. Er ist wie ein Samenkorn, das in die Erde geworfen wird, das dort verlorengeht, um später Frucht zu bringen. Die Unmöglichkeit, auf Grund von Haß und Eigennutz einen wahrhaften Frieden herzustellen, liegt offener vor allen Augen als jemals zuvor. Wie jämmerlich verzankt wird nun die Menschheit sein! Überall bleiben unerfüllte Wünsche und gefährliche Anklagen. Ein unübersehbarer Prozeß schließt mit einem schlechten Richterspruch. Es ist nicht etwa so, daß nur an uns Deutschen ein Justizmord vollzogen wird. Wir zwar leiden am schwersten, aber viele andere leiden mit uns. Daraus muß ein gemeinschaftlicher Gegensatz gegen den Unterdrückerbund entstehen; Deutschland übernimmt ganz von selbst aus Not die wichtigste Stelle unter den Enterbten der Menschheit. Auf uns werden diejenigen hinblicken, die nach Freiheit begehren. Darum ist es unsere Pflicht, den Gedanken freier Menschheitsorganisation rein und groß auszudenken, damit in ihm unsere neue Kraft erwächst. Das Recht der Völker wird unser Programm. In aller Bedrücktheit brauchen wir diesen neuen Idealismus, um ein Ziel des öffentlichen Lebens zu haben. Wir verkündigen den Sozialismus der Nationen, wir weissagen uns und anderen den Sturz der Ausbeutung und Despotie. Das bedeutet für viele unserer Volksgenossen eine schwere Umdenkung, aber es bedeutet in anderem Sinne auch eine Heimkehr. Wir setzen uns wieder zu den Füßen unserer künftigen großen Propheten und lernen von ihnen: Menschheit!

Der Bund Neue Kirche

Aus der „losen Vereinigung evangelischer Friedensfreunde", die sich während des Krieges im Anschluß an die Friedenserklärung deutscher Protestanten im Oktober 1917 gebildet hatte, ist neuerdings der „Bund Neue Kirche" hervorgegangen. Dieser erläßt soeben einen Aufruf an die protestantischen Volksgenossen, der u. a. von den Berliner Pastoren Aner, Dehn (im Namen der „Sozialistischen Kirchenfreunde"), H. Francke, sowie von den Pastoren Felden-Bremen, Mensing-Dresden (i. N. des „Bundes für Gegenwartschristentum"), Planck-Winnenden (i. N. der württembergischen „Vereinigung für evangelische Freiheit"), Starke-Kirchberg (i. N. des sächsischen Pastorenbundes „Neue Kirche"), Tittmann-Isserstedt (i. N. der Thüringer Gaugruppe), ferner den Universitätsprofessoren Rade-Marburg und Weinel-Jena, bekannten Schulmännern, Schriftstellern, Ärzten und sonstigen namhaften Persönlichkeiten, auch Frauen, unterzeichnet ist. Der Aufruf enthält ein durchgreifendes Reformprogramm mit dem Ziel, ein neues protestantisches Kirchenwesen zu schaffen, das auf die freien Bürger des neuen Volksstaats anziehend zu wirken vermag. Dem Ursprung des Bundes gemäß wird die Forderung mit aller Entschiedenheit erhoben, daß die Kirche der Zukunft eine Pflegestätte der Weltfriedensidee sei. Da sich aber der pazifistische Gedanke nicht vom sonstigen politischen und kulturellen Leben isolieren läßt, so wird von der zukünftigen Kirche verlangt, daß sie für einen gerechten und weitblickenden Sozialismus eintrete, daß ihr Geistesleben engere Fühlung mit dem allgemeinen Geistesleben nehme und ihre Verfassung die demokratischen Grundsätze der Rechtsgleichheit, der gemeinsamen Verantwortlichkeit und des Minoritätenschutzes durchführe.

Da auf dem Boden des Protestantismus die Alleinherrschaft einer theologischen Richtung unzulässig ist, mehrdeutige Kompromißformeln aber dem religiösen Wahrheitsbedürfnis widersprechen, so soll die zukünftige Volkskirche darauf verzichten, Bekenntnisgemeinschaft sein zu wollen, und vielmehr nur eine Rechts-, Finanz- und Verwaltungseinheit darstellen, innerhalb deren die einzelnen religiösen Gruppen uneingeschränkte, geistige Selbständigkeit genießen. Wenn wirklich eine „Volkskirche" werden soll, so muß dieser Rahmen nicht nur die bisherige positive und liberale Richtung, sondern auch die pietistischen Gemeinschaften und die freireligiösen Gruppen protestantischen Gepräges umspannen.

Das ausführliche Programm wolle man erbitten vom Bureau des Bundes Neue Kirche, z. H. des Schriftstellers Hans Freimark, Berlin-Wilmersdorf, Deidesheimer Straße 11. Ebendorthin sind auch Anmeldungen und Beiträge nach freiem Ermessen (mindestens 1 M.) zu senden.

Büchertisch

Flugschriften aus der Deutschen Demokratischen Partei. Verlag Ernst Wunderlich, Leipzig. Heft 1. Des deutschen Volkes Schicksalsstunde. Ein erweiterter Vortrag von Dr. Richard Seyfert. Die vorliegende Arbeit ist aus einem Vortrage hervorgegangen und zu einem umfassenden Programm der Demokratie erweitert worden. Der Verfasser, der der deutschen Nationalversammlung angehört, untersucht die Ursachen der Niederlage und der Demütigung, die unser Schicksal geworden sind. Er mahnt mit ernsten Worten, am Aufbau des Vaterlandes mitzuwirken und erläutert die Notwendigkeit wertschaffender Arbeit als alleiniges Mittel, wieder zur Weltgeltung zu gelangen. Heft 2. Demokratie als Staatsgesinnung. Von Dr. Johannes Richter. Der Wert dieser Schrift beruht in dem ernsten Versuch, die demokratische Gedankenwelt zu deutscher Denkweise in Beziehung zu setzen. Beide Schriften sind allen, die nach Vertiefung ihrer politischen Anschauungen verlangen, und besonders denen, die in der Parteiarbeit stehen, aufs nachdrücklichste zu empfehlen. Preis des Heftes 1 M. Bei Mehrbezug tritt Ermäßigung ein.

Christentum und Weltkrieg. Von Prof. O. Baumgarten. Tübingen, Mohr. 138 S. Eine 1917, als das Ende des Krieges noch nicht abzusehen war, gehaltene Vorlesung, durchzogen von leidenschaftlichem Wirklichkeitssinn, der die mit dem Krieg für den christlichen Gottesglauben gekommenen oder verschärften Probleme — ist Gott allmächtig? heilig? gerecht? gütig? — und die nicht geringeren für den christlichen Menschheits- und Kulturglauben, den Glauben an menschliche Freiheit, an den Wert der Einzelperson, an die Berufung aller Völker zur Teilnahme an Gottes Menschheitsziel rücksichtslos erörtert. Dabei ergibt sich mancher Verzicht als nötig, namentlich der auf moralische Ausdeutung der Weltgeschicke, soweit wir sie sehen, und auf ein widerspruchsloses System religiöser Gedanken. Stellenweise wird das Idealistische geradezu dem Weltfremd-Konstruktiven gleichgesetzt, doch ist B. selbst Idealist in dem Sinne, daß er, Verinnerlichung des Glaubens fordernd, darin neben der Bescheidung Mut predigen kann. H. M.

Briefkasten

Die monatlichen Sonderausgaben der Kriegs- und Heimatchronik können leider nicht weiter herausgegeben werden, da die Herstellung schon seit längerer Zeit unverhältnismäßig hohen Zuschuß erforderte. Nur die Hefte bis einschließlich Februar 1919 sind zum Preise von je 35 Pf. noch erhältlich; für die spätere Zeit empfehlen wir den Bezug der betreff. „Hilfe"-Nummern oder der Jahresbände der Chronik.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, Zehlendorf, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, Hamburg.

Geschäftliche Mitteilungen

Der Mensch, Ein deutsches Blatt für gemeinsames Leben, heißt eine bei Prof. Dr. Hunzinger in Hamburg am 1. April 1919 herausgegebene Halbmonatsschrift. Wir verweisen auf den unserer heutigen Ausgabe beiliegenden Prospekt.

5. Juni 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis ab 1. Juli bei Post und Buchhandel (beim Abholen) 5 M., unter Kreuzband 5,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 5,25 M., ins Ausland 6 M. Einzelhefte 50 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 17. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8683.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 23

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 80 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche.

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Gertrud Bäumer:** Heimatchronik. — **Dr. Paul Rohrbach:** Staatskunst und Friede. — **Walter Rochlitz:** Zur Geschichte der gescheiterten deutsch-englischen Verständigung. — **Alfred Herrmann-Posen, M. d. R.:** Das Schicksal der Provinz Posen im Friedensvertrage. — **Dr. Fritz Darmstaedter-Helversen:** Friedensvertrag und deutsche Landwirtschaft. — **Gertrud Bäumer:** Zur Begriffsklärung über die Räte. — **Dr. Heinz Potthoff:** Volks- und Kultur-Geschichte. — **Dr. Bruno Rauecker:** Beruf und Berufung. — **Karl Büttner:** Die Erfüllung der Revolution. — **Naumann:** Pfingstbewegung. — Büchertisch.

Naumann / Kriegschronik

Sonntag, 25. Mai.

Die Pariser Zeitungen sind nach dem, was wir erfahren, voll von der täglichen Versicherung: Die Deutschen werden sicher unterzeichnen! Sie bringen mit Vorliebe Nachrichten des Inhaltes, daß Deutschland den Frieden unbedingt braucht und haben will. Dabei aber sind sie offenbar nervös über die Reisen des Grafen Brockdorff-Rantzau und anderer Minister nach Spaa, weil es ja möglich sein könnte, daß die deutschen Delegierten eines Tages die Lust verlieren, nach Versailles zurückzukehren. Während nun die Franzosen mit einer gewissen Einseitigkeit aus Deutschland nur das hören wollen, was für unbedingte Unterwerfung sich ausspricht, so sind die deutschen Zeitungen begreiflicherweise einseitig darauf bedacht, Stimmen aus Amerika, England und gelegentlich auch aus Frankreich zu sammeln, in denen die Härte und Undurchführbarkeit des Friedens ausgesprochen wird. Wir glauben davor warnen zu müssen, daß man derartige Urteile für die wahre Kennzeichnung der Volksstimmung der Entente ansieht. Es ist immer gut, wenn wir Deutschen uns möglichst genau erinnern, mit welchen Gefühlen der Gleichgültigkeit oder auch der Zustimmung bei uns die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest aufgenommen wurden. Damit soll nicht gesagt sein, daß diese Verträge ebenso schlecht und vernichtend gewesen seien wie der heute vorliegende Vertragsentwurf von Versailles. Der rumänische Staat konnte nach dem Bukarester Frieden ungefähr mit Verdoppelung seiner Steuern geordnet weiterexistieren. Rußland wurde durch den Vertrag von Brest-Litowsk keines russischen Landesteiles beraubt und übernahm nur verhältnismäßig geringe finanzielle Verpflichtungen. Das, was jetzt in Paris uns zugemutet wird, übersteigt bei weitem das, was selbst die alldeutsch militärische Richtung in Deutschland zu tun bereit war. Immerhin aber darf nicht vergessen werden, daß siegende Völker im allgemeinen wenig Sinn haben für die Notlage der Besiegten. Wenn es einen Grund gibt für die Herstellung einer Völkerversöhnung, so ist es eben dieser, daß ein diktierter Siegesfrieden seiner Natur nach nichts Versöhnendes in sich haben kann. Wir gehen durch eine harte Schule der politischen Erziehung hindurch. Jetzt würde Deutschland bereit sein, mit voller Ehrlichkeit am Menschheitsbunde mitzuwirken; jetzt aber sind Angelsachsen und Franzosen ferner davon als jemals.

Was ich bei einem Aufenthalt im Westen Deutschlands aus persönlichen Gesprächen heraushöre, ist etwa folgendes: Wenn wir in Todesgefahr sind, so unterschreiben wir alles, halten uns aber dadurch nicht für verpflichtet, sondern erklären die Unterschrift für eine Erpressung! Ich meinesteils höre diese Art von Erwägungen sehr ungern, denn durch jede derartige Äußerung wird die Unterschrift, die möglicherweise einmal für einen veränderten Entwurf geleistet werden soll, von vornherein entwertet. Ist man nicht entschlossen, nach Möglichkeit die Bedingungen zu erfüllen, so soll man lieber auf jede Gefahr hin aussprechen, daß man zur Unterschrift nicht imstande ist.

Montag, 26. Mai.

Die einzelnen Paragraphen des Friedensentwurfes werden von den Führern und Sachverständigen aller Berufe daraufhin geprüft, welche Folgen für die verschiedenen ausführenden und einführenden Gewerbe in den verwickelten Paragraphen enthalten sind. Meist aber ist das Ergebnis, daß jede Art von Auslandstätigkeit so absolut unsicher sein wird, daß niemand sich darauf einlassen kann, sich mit Geschäften abzugeben, die ihm jeden Tag untersagt werden können. Manche Leute verlangen, daß eine billige Volksausgabe des Friedensentwurfes hergestellt werden soll, durch die jeder Staatsbürger sich ein eigenes Urteil bilden kann. Dabei wird aber zu wenig in Betracht gezogen, daß man zwar mit Hilfe von Staatsgeld die große Druckschrift von 192 Seiten sehr weit verbreiten kann, daß aber ziemlich viel politische, juristische und kaufmännische Vorbildung dazu gehört, um aus den 440 Artikeln den wahren Sinn herauszulesen. Alle Zeitungen haben Auszüge gebracht und fahren noch täglich darin fort. — In der württembergischen Landesversammlung haben alle Nichtsozialdemokraten einen Antrag angenommen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß Deutschland einem völkerrechtswidrigen Verlangen der Entente auf Auslieferung von Deutschen, insbesondere des früheren deutschen Kaisers, mit aller Entschiedenheit entgegentritt. Es handelt sich dabei um die Artikel 227—230. Durch nichts würde die Rechtshoheit des deutschen Staates offensichtlicher gebrochen werden, als durch den Zwang solcher Auslieferung. Was den bisherigen Kaiser anlangt, so befindet er sich, wie man weiß, noch immer in Holland, und die deutsche Regierung ist dadurch einer peinlichen Entscheidung fürs erste überhoben.

Dienstag, 27. Mai.

Es wird neuerdings viel über den russischen Admiral Koltschak gesprochen, weil die Ententeregierungen erwägen, ob sie ihn und seine Regierung als die berechtigte Vertretung Rußlands anerkennen und in den Völkerbund aufnehmen sollen. Genaues aber scheint niemand zu wissen. Dieser Admiral, der dem rechten Flügel der Sozialrevolutionäre nahegestanden hat, schuf sich in Omsk eine Herrschaft. Er verlangt eine russische gesetzgebende Versammlung. Als „Mann auf dem weißen Pferd" übernimmt er den militärischen Kampf gegen die rote Armee der Sowjets. Es wird abzuwarten sein, ob und wie viele frühere zaristische Offiziere, die jetzt im Dienst der Bolschewisten stehen, zu ihm übergehen werden. — Sowohl bei Pleskau wie in der Nähe von Petersburg finden Gefechte statt, deren Inhalt und Bedeutung uns aber dunkel bleiben.

Griechische Truppen sind in Smyrna gelandet. Venizelos behauptet, daß dieses auf einstimmigen Beschluß

Digitized by Google

Friedenskonferenz geschehen sei. Das Wort „einstimmig" würde die Zustimmung der Italiener in sich schließen. Natürlich sind die Griechen mit Smyrna noch lange nicht zufrieden und erklären, daß ihnen Konstantinopel gehören müsse.

Aus Schweizer Blättern erfährt man, daß Oberst House im Auftrag von Wilson in Genf eine Fläche von 200 Hektar gekauft habe, damit dort die Gebäude des Völkerbundes sich erheben sollen. Es handelt sich um einen sechs Kilometer von der Stadt gelegenen schönen, alten Park. Hier, nahe am Wasser, mit dem Blick auf die ewigen Schneeberge sollen sich drei Paläste erheben, die man wohl als künftige Weltresidenz bezeichnen kann. Das eine Gebäude soll dem internationalen Parlament, das zweite dem Schiedsgericht und das dritte dem Arbeitsgerichtshof dienen.

Mittwoch, 28. Mai.

Die deutschen Gegenvorschläge auf den Vertragsentwurf der Entente bestehen aus einer Mantelnote, die unter allgemeinen Gesichtspunkten die Unmöglichkeit der gegnerischen Friedensvorschläge darlegt, und aus einer Denkschrift, deren einzelne Teile unter Mitarbeit der in Paris versammelten deutschen Sachverständigen entstanden sind. Die Fülle des Inhalts wird erst im Laufe einiger Tage zur öffentlichen Kenntnis kommen können. Was wir bis jetzt davon gesehen haben, ist kräftig im Ton und voll von der entschiedenen Absicht, es zu einem wirklichen Frieden zu bringen. Deutschland erklärt sich bereit, bis zum Jahre 1926 zwanzig Milliarden Goldmark zu zahlen und vom 1. Mai 1927 an jährliche Abzahlungen in zinsfreien Raten zu leisten mit der Maßgabe, daß die gesamte festzustellende Schadenslast unter keinen Umständen den Betrag von 100 Milliarden Goldmark übersteigen darf. In die 100 Milliarden soll alles eingerechnet sein, ob es Entschädigung heißt oder Vorschuß, oder sonst mit einem Titel belegt wird. Tritt eine Verminderung des Reichsgebietes ein, so muß auch die Schadenersatzsumme entsprechend verteilt werden. Um zu verhindern, daß die commission des réparations, die Wiederherstellungskommission, mit diktatorischen Befugnissen über unsere Gesetzgebung und unseren Staatshaushalt verfügt, soll ihr eine deutsche Kommission beigegeben werden, die sich mit ihr über alle strittigen Ansprüche einigen soll. Kommt eine Einigung nicht zustande, so soll ein Schiedsgericht unter neutralem Vorsitz urteilen. Es soll nach den deutschen Gegenvorschlägen festgesetzt werden, daß Deutschland auf Grund seiner Leistungsfähigkeit einen bestimmten Prozentsatz der gesamten Reichseinnahmen als Jahresratenzahlung zu liefern hat. Die Denkschrift sagt, es sei wohl anzunehmen, daß diese Jahresleistung die Höhe des gesamten Friedenshaushaltes des Deutschen Reiches erreicht (etwa zwei Milliarden Mark). Deutschland beansprucht die Wiedergewinnung von Kolonien unter Kontrolle des Völkerbundes, die Belassung einer hinreichenden Handelsflotte im Zusammenhang mit dem Welthandels-Pool und Hilfe der anderen Staaten, um die aus dem Reichsgebiet entfernten Vermögen auf dem Wege internationaler Rechtshilfe zur Besteuerung heranzuziehen. Sowohl unsere Gegner wie wir selbst würden bei Unterzeichnung des Friedens sehr daran interessiert sein, daß die Abwanderung der Vermögen aus Deutschland nicht in derselben Weise fortgeht, wie sie jetzt begonnen hat.

Donnerstag, 29. Mai.

Was die Landabtretungen anlangt, so verlangt der deutsche Entwurf, daß unter keinen Umständen eine territoriale Veränderung stattfinden darf ohne Befragung der von ihr betroffenen Bevölkerung. Ferner darf es sich bei territorialen Veränderungen nicht nur um Interessen von Staatsregierungen, sondern es muß sich um Interessen der beteiligten Bevölkerungen handeln. Von diesen Grundsätzen ausgehend, muß eine Abtretung Oberschlesiens mit allem Nachdruck abgewiesen werden. Das gleiche gilt für die Ansprüche auf Ost- und Westpreußen, auf Danzig und Memel. Was Danzig anlangt, so werden Vorschläge über Herstellung eines Freihafens und Neutralisierung der Weichsel gemacht. Deutschland wiederholt seine Bereitschaft, das deutsche Heer allmählich auf 100 000 Mann herabzusetzen und bietet auch die Abrüstung sämtlicher Linienschiffe an, die uns noch verbleiben sollen, unter der Voraussetzung, daß uns dafür ein Teil der unentbehrlichen Handelsflotte zurückgegeben oder belassen wird. — Der deutsche Gegenvorschlag lehnt es ab, daß deutsche Reichsangehörige vor nichtdeutschen Gerichten zur Verantwortung gezogen werden sollen, und zwar um so mehr, als nach den gegnerischen Vorschlägen die Alliierten Kläger und Richter zu gleicher Zeit sein sollen. Deutschland wiederholt den Vorschlag eines neutralen Gerichtshofes, der alle Verletzungen gegen die Gesetze und Gebräuche des Kriegs aburteilen soll.

Die offizielle Übergabe der Gegenvorschläge in Paris hat sich etwas verzögert, weil die dazu notwendigen Übersetzungen nicht rechtzeitig bereitgestellt werden konnten. Es kommt aber in der Tat auch weniger auf den Akt der Übergabe an, als darauf, daß sich nun die Nationen mit der deutschen Antwort zu beschäftigen beginnen. Wir wissen zwar nicht, wieviel von dem deutschen Texte selbst Engländer, Amerikaner und insbesondere Franzosen in die Hand bekommen werden.

Freitag, 30. Mai.

Die deutschösterreichischen Delegierten sitzen wartend in St. Germain bei Paris. Auch ihnen soll in öffentlicher Sitzung mit einer Ansprache Clemenceaus ein Friedensentwurf überreicht werden. Staatskanzler Renner ist in Wien geblieben, während der Minister des Äußeren, Otto Bauer, sich in St. Germain befindet. Die Verzögerungen scheinen sich u. a. daraus zu erklären, daß die tschechische Republik auf den Gedanken einer Wirtschaftsgemeinschaft mit dem deutschösterreichischen Staat nicht eingehen will, keine Kriegsschulden zu zahlen beabsichtigt und sich überhaupt nicht irgendwie als Rechtsnachfolgerin der alten österreichisch-ungarischen Gesamtmonarchie betrachtet. Die Oberköpfe der Entente haben sich, wie es scheint, die Sache so gedacht, daß unter ihrer Kontrolle ein verkleinerter und geschwächter Donaustaat oder Donaubund aufgerichtet wird. Sie wollen, um es so auszudrücken, ein Mitteleuropa ohne Deutsches Reich. Das aber ist ein unvollziehbarer Gedanke, weil ein verkleinerter Donaubund sich innerhalb der Weltwirtschaft noch weniger wird halten können, als es bisher die Doppelmonarchie fertigbrachte. Es ist gar nicht aufzuhalten, daß in irgendwelcher ferneren Zeit die Deutschösterreicher allen Widerständen zum Trotz doch den Anschluß an das Deutschtum im ganzen finden. Durch welche Strudel und Wirrnisse wir uns hindurcharbeiten müssen, um bei diesem Ziel anzulangen, geht über jede menschliche Einsicht hinaus. Soviel aber ist sicher, daß das, was heute in Paris zusammengeklebt werden soll, eine eigene Lebenskraft überhaupt nicht besitzt.

Sonnabend, 31. Mai.

Die Zeitungen des Auslandes sind voll vom Inhalt und vom Eindruck des deutschen Gegenentwurfes. Im allgemeinen ist die Aufnahme keine günstige. Dieselbe mißgünstige Verschlossenheit gegenüber allen deutschen Lebensinteressen, die wir bisher gefunden haben, ist auch jetzt noch vorhanden. Eine Anzahl von Blättern sind blöde genug, die von der Entente vorgelegten Friedensbedingungen noch als unverdient mild zu bezeichnen. Das Wirtschaftsproblem, ob es überhaupt möglich ist, daß ein zerschlagenes und bevormundetes Volk im Laufe irgendwelcher Zeiträume hundert Milliarden Goldmark zahlt, wird nur von wenigen englischen liberalen und finanztechnischen Blättern verstanden. Der große Chor brüllt nach Entschädigungen. Wir können uns überlegen, ob es richtig war, im Waffenstillstand dem Grundsatze der Entschädigung von Zivilverlusten zugestimmt zu haben; aber darüber, wer am Waffenstillstand schuld ist und warum er so wurde, mag ja wohl später noch viel geredet werden. Wenn das Hauptquartier so übermäßig drängte, den Waffenstillstand schnell zu erreichen, so lag darin eine Beschränkung unserer Verhandlungsfreiheit. Nachträglich wissen wir sehr wohl, daß es sachlich fast gleichgültig war, ob wir den Waffenstillstand einen Monat früher oder später bekamen. Kurz, es handelt sich jetzt darum, ob auf Grund des ungeheuren im Waffenstillstand gemachten Zugeständ-

Digitized by Google

nisses ein Vertrag möglich ist, bei dem die Entschädigungen geleistet werden und doch die deutsche Wirtschaft wieder aufgebaut wird. Sollten einmal erst die großen entscheidenden Führer des Angelsachsentums dieses Problem rein kaufmännisch-volkswirtschaftlich vor sich hinstellen, so würde mit ihnen geredet werden können. Dann würde sich wohl auch von selbst ergeben, daß es unmöglich ist, Oberschlesien von einem Deutschland hinwegzunehmen, das Milliarden zahlen soll. Der Überblick über die Zeitungsstimmen des Auslandes zeigt, daß in Nationalitätsfragen keinerlei Grundsätze vorwalten. Die Bevölkerungen der sieghaften Staaten benutzen Nationalitätserwägungen nur dann, wenn sie ihnen in den Plan der Verkleinerung Deutschlands hineinpassen. Es ist zuzugeben, und auch wir haben es schon öfter ausgesprochen, daß auch Deutschland auf diesem Gebiet eine Last vergangener Sünden zu tragen hat. Auch unsere Nationalitätenpolitik ist nicht rein und frei gewesen. Das aber, was jetzt unter der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit der Nationen an uns vollzogen wird, ist so unglaublich, daß man sich immer wieder überlegt, warum denn nicht in London oder Neuyork wenigstens einzelne Männer mit hervorragender Bedeutung sich gegen dieses Schlachtfest und diese absolute Prinzipiosigkeit wenden. — Alles, was über die offizielle Behandlung des deutschen Entwurfes bisher in den Zeitungen zu finden ist, geht über die bloßen Vermutungen nicht hinaus.

Gertrud Bäumer / Heimatchronik

Sonntag, 25. Mai.

Das Reichswirtschaftsamt hat eine Denkschrift ausgearbeitet, aus der (scheinbar im Sinne einer Art Flucht in die Öffentlichkeit) einzelne Teile in der „Vossischen Zeitung" veröffentlicht werden. Man hat den Eindruck eines gewaltigen Versuchs, die deutsche Wirtschaft auf gemeinschaftlichen Boden zu stellen. Ein Bild im einzelnen zu gewinnen, gestatten die Auszüge noch nicht. Grundgedanke ist: gemeinwirtschafliche Produktionslenkung, gemeinwirtschaftliche Ertragsverwaltung, Arbeitsfrieden — d. h. ein Versuch, lebenswichtige Betriebe dem wirtschaftlichen Kampf zu entziehen. Man erwartet die vollständige Mitteilung dieses Programms mit größter Spannung: aus dem Gefühl heraus, daß es nicht möglich ist, die Durchführung des wirtschaftlich-sozialen Willens der Revolution in die Befriedigung ungezählter ziemlich wahlloser Einzelforderungen ausmünden zu lassen, sondern daß (so fast unlösbar schwierig die Durchführung sein mag) ein großes, zusammenfassendes Programm da sein muß.

Die Kosten Hamburgs für die Erwerbslosenfürsorge haben vom 16. April bis zum 19. Mai etwa 400 000 M. täglich betragen. Durch nachträglich bewilligte Nachzahlungen sind die Kosten auf 1 Million Mark täglich erhöht worden.

Montag, 26. Mai.

Wir gehen durch diese strahlenden Maitage in einer Bedrückung, daß auch jede Kundgebung von Kraft, Entschlossenheit, jede Aktion des aufbauenden Willens wie unter einer schwülen, unüberwindlich schweren Luft liegt. Immer wieder muß man sich innerlich die Posten zusammentragen, die man auf das Konto Hoffnung einstellen darf. Hoffnung auf innere Gesundung und Zusammenfassung der inneren Hilfen, die wir haben. Das Drückendste liegt nicht in äußeren Bedingungen, sondern in der Tatsache, daß die guten Kräfte auseinandertreiben, statt sich zu sammeln. Wir wären — auch passiv widerstehend — unüberwindlich, wenn wir eins wären. Aber wir sind — in jedem nur denkbaren Sinne — innerlich entzweit. Das betrifft gar nicht einmal direkt die Stellung zum Frieden — die trotz der Unabhängigen fast genug ist für die Konsequenzen, die daraus erwachsen, sondern das gilt vielmehr für die großen inneren Aufgaben, an denen wir erstarken könnten, wenn sie einheitlich erfaßt würden.

Dienstag, 27. Mai.

Die Firma Krupp in Essen teilt eine Reihe von Fällen mit, in denen ihr Auslandsaufträge lediglich mit Rücksicht auf die unsichere Lage in Deutschland entgangen sind, die es den Bestellern zweifelhaft erscheinen ließ, ob Deutschland Lieferungsverträge einhalten könne. Angesichts solcher Tatsachen gewinnt die Bedeutung der Betriebsräte, denen Einblick in die Produktionsbedingungen gewährt wird, verstärktes Gewicht. Bei Umstellung der Spandauer Heereswerkstätten, die die Herstellung von Eisenbahnmaterial und mannigfachen anderen Gegenständen übernommen haben, ist sofort die Mitwirkung der Arbeiter bei Leitung der Geschäfte ermöglicht worden. Wenn es wirklich gelingt, Arbeiterschaft und Unternehmertum allmählich auf das „Wir" des gemeinsamen Werkinteresses zu bringen — wir wollten ja mit unseren Produktionskräften Berge versetzen. Hier könnte, entsprechend dem Bild aus Fichtes Reden an die deutsche Nation, „der Zeit ein neues Glied eingesetzt werden" — eine neue, unausgenutzte Kraft!

Mittwoch, 28. Mai.

Illustrationen der Lage: In Flensburg hat der sozialdemokratische stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Sörensen sein Amt niedergelegt, um ungehindert für die „Wiedervereinigung" Flensburgs mit Dänemark wirken zu können. Das Stadtverordnetenkollegium hat diese Erklärung mit dem einmütigen (Ausnahme ein Unabhängiger) Bekenntnis beantwortet, daß die Zukunft Flensburgs nur in Gemeinschaft mit Deutschland gesucht werden könne.

Die allgemeine Unruhe eines begabten Volkes lebt sich aus im Entstehen immer neuer Zeitschriften, in einer Überflutung mit Flugschriften oder auch größeren Werken, in denen hundertfache Projekte des Wiederaufbaus behandelt werden. Diese zerrissene vielgestaltige Aktivität ist zugleich Hoffnung und Bedrückung. Es ist eine unerschöpfliche Summe an Energie da — aber ihr mangelt heute zweierlei: erstens die Geduld, Selbstbeschränkung und Sachlichkeit des Handelns, und zweitens: die politische Einsicht, die zur Einheitsbildung zwingt, und die Fähigkeit, einen Mittelpunkt für all diese Willensimpulse zu finden.

Der Separatismus am Rhein beschäftigt die preußische Landesversammlung. Undurchsichtig im Miteinander von wirtschaftlichen und kulturellen Motiven — neben widerlicher Gesinnungslosigkeit auf der einen Seite und zweifellos auch auf der anderen die Überzeugung, damit der Erhaltung des deutschen Rheinlandes zu nützen — aber im ganzen würdelos, unpolitisch, dilettantenhaft! Das Zentrum schüttelt seine Männer, die daran beteiligt sind, mit einer angesichts der entschlossenen Haltung der deutschen Landesversammlung etwas ad hoc zusammengerafften Energie ab. Aber es bleiben unbehagliche und traurige Gefühle zurück, daß da wirklich Verrat und disziplinlose Betriebsamkeit umgehen.

Donnerstag, 29. Mai.

Ein ähnlich lastendes Kapitel ist die Kapitalflucht in die Nordmark. Ganze Automobilzüge mit Waren und Geld gehen nach Dänemark, Landbesitz in Nordschleswig wird zu Phantasiepreisen erworben, um das Geld unterzubringen, und die dänischen Banken müssen durch ihren Widerstand gegen das deutsche Geld dem Vaterlandsverrat des deutschen Kapitals den Riegel vorschieben. Die tiefe Unsittlichkeit des Kapitalismus und die Geldversklavung eines gewissen Bourgeoistums kann gar nicht nackter in die Erscheinung treten.

Das Hamburger Straßenbild stand gestern wieder im Zeichen der Demonstrationszüge. Die Volkswehr demonstriert gegen ihre Gleichstellung mit der Reichswehr (sie war bisher höher besoldet und hatte weniger Dienststunden), die Kriegsbeschädigten, die kaufmännischen Angestellten und schließlich die Jugendlichen, die die Verlegung ihrer Fortbildungsstunden in die Tageszeit wollten (was natürlich an sich durchaus richtig ist und in Hamburg längst hätte sein müssen). Man hat dabei immer das Gefühl, daß das Notwendige nicht rechtzeitig und grundsätzlich genug gemacht wird, und daß dann dies Versäumnis durch Zugeständnisse des Unnötigen wieder gutgemacht werden muß.

Freitag, 30. Mai.

Arbeitslosenbewegung: es zeigt sich doch allgemein eine Abnahme der Arbeitslosen, die zwar langsam, aber anscheinend stetig sich vollzieht.

Digitized by Google

Man hat immer wieder Gelegenheit, über die Wandlungen der Menschen in dieser Zeit zu staunen. Der wildeste Annexionspolitiker und Kriegsverkünder erscheint plötzlich im Lager der Menschheitsapostel, der Ästhet wird Aktivist, der raffinierte Salonmensch wandelt hingerissen unter der roten Fahne. „Bekehrungen" jeder Art. Es gibt Begabungen unter den deutschen Literaten, die kriechen sofort in jede Zeitstimmung hinein und geben sich ihrer Verkündung und Deutung mit einer Beweglichkeit und einem Feuer hin, die etwas Entsetzliches haben. Niemals verstand ich so gut Goethes Wort von der Gefahr derer, die in schwankender Zeit auch schwankend gesinnt sind.

Sonnabend, 31. Mai.

Die Hamburger Betriebsräte haben einmütig (bei geschlossener Stellungnahme der verschiedenen Parteien) den Gesetzentwurf über die Betriebsräte, den die Regierung veröffentlicht hat, abgelehnt. Mit ihrem Eingehen auf den Rätegedanken hat die Regierung kein Glück — hauptsächlich infolge der Halbheiten, die Verfassungsparagraph und Gesetz kennzeichnen.

Paul Rohrbach / Staatskunst und Friede

Von der Staatskunst hat man gesagt, ihre Aufgabe sei es, auf politischem Gebiet aus mehreren bekannten Größen auf unbekannte zu schließen. Das Schwierige und Verantwortliche dabei beruht, wie Bismarck an einer sehr eindrucksvollen Stelle der „Gedanken und Erinnerungen" ausführt, auf der Notwendigkeit, mit den Größen, die durch jenes Schlußverfahren gefunden sind, so zu rechnen und so Entschlüsse zu fassen, als ob es wirkliche bekannte Größen wären, während sie doch in Wahrheit mit allen möglichen Elementen der Unsicherheit behaftet sind. Trotzdem muß der Politiker handeln, als ob er mit seinen Kombinationen überall auf tragfähigem Boden stünde. Wer das am sichersten tut, der ist der geniale Staatsmann.

Diese normale Staatskunst war gut für uns, solange ihre Voraussetzungen galten. Heute aber reichen ihre Methoden für uns nicht mehr aus. Wir stehen nach allen Seiten so sehr vor dem Ungewissen und Unbekannten und sehen so wenig feste Linien nach außen wie nach innen, daß wir für unsere Entschlüsse zurückgehen müssen bis auf die großen Urkräfte des Lebens, der einzelnen wie der Völker: Mut, Instinkt, Glaube. Gegenüber der Frage, ob man einen Frieden, wie ihn die Feinde uns zumuten, unterzeichnen soll oder nicht, mag er nun durch kleine Subtraktionen von dem ursprünglichen Entwurf oder durch große Zwangsadditionen zu unserem Gegenvorschlag zustande kommen, reicht das „staatsmännische" Prinzip im gewöhnlichen Sinne nicht mehr aus; einfach, weil niemand wissen kann, was von der feindlichen Seite kommt und was bei uns geschieht, wenn wir die Unterzeichnung verweigern. Auch für den scharfsinnigsten politischen Kopf sind der unbekannten Größen zu viele und der bekannten zu wenig, und das würde sich vielleicht nicht einmal grundlegend ändern, wenn wir heute ungesehen unter den Feinden sitzen und zuhören könnten, wie sie überlegen, was geschehen soll, wenn die Deutschen nicht unterzeichnen. Man kann nicht mehr um Rat fragen bei der staatsmännischen Methode; man muß sich den Urkräften anvertrauen, von denen wir sprachen, und kann nur darauf hoffen, daß sie bei unserem Volk noch sittlich gesund und stark genug sind, um unser Schiff im Orkan auf dem Kurs zu halten, wenn die Anker gekappt sind. Entweder kommen wir durch, oder es geht auf die Klippen; fürchten wir uns aber vor dem Entschluß, so sinken wir auf jeden Fall — und mit Schande.

Die beiden Hauptursachen, die zusammenwirken, uns die Würgeschlinge um den Hals zu legen, sind erstens die Furcht der Franzosen, wir könnten uns wieder erheben und Revanche nehmen; zweitens das Bestreben der Engländer, auf jeden Fall zu verhindern, daß wir wieder wirtschaftlich konkurrenzfähig werden. Diese beiden Motive sind an den entscheidenden Stellen in Frankreich wie in England so absolut stark, und ihnen gegenüber gelten Menschlichkeit, Recht und Sitte so absolut gar nichts, daß die Leiter der englischen und französischen Politik sich ohne Wimperzucken auf das Programm geeinigt haben: die deutsche Volkszahl muß herunter bis auf einige 40 Millionen! Wie das zustande kommen soll, das ist gleichgültig. Gewaltsame Abtrennungen vom deutschen Körper, Abtötung des deutschen Wirtschaftslebens, Hunger, Kindersterblichkeit, gnädigstenfalls vielleicht später die Erlaubnis zur Auswanderung — alle Mittel sind gleich recht, wenn sie nur ans Ziel führen.

Clemenceau hat neulich gesagt: Es gibt zwanzig Millionen Deutsche zuviel! Wörtlich: vingt millions de trop! Das ist der Schlüssel zu den feindlichen Friedensbedingungen.

Persönlichkeiten, die jetzt Gelegenheit haben, mit den Franzosen zu sprechen, hören dort offen das Geständnis: Ihr müßt unsere Psychologie verstehen. Wir sind „Sieger", aber wir fühlen uns als die Besiegten. Unser Volk nimmt nicht zu, wir sind finanziell ruiniert, unsere Industrie kommt nicht wieder in die Höhe, wir haben keine Selbständigkeit mehr gegenüber England und Amerika. Behält Deutschland eine Möglichkeit, sich wieder zu erholen, so fällt es eines Tages über uns her. Es braucht nicht einmal seinen Militarismus wieder aufzurichten, um uns zu besiegen. Es braucht nur erfolgreich zu sozialisieren, so schlägt es uns, denn wir sind nicht imstande, wirklichen Sozialismus mitzumachen.

Das ist in der Tat die politisch-nationale Rechnung der Franzosen, und aus ihr folgern sie, daß Deutschland Bedingungen auferlegt werden müssen, die geeignet sind, ein Drittel der Deutschen, die heute innerhalb der Grenzen des Reiches leben, entweder als solche oder überhaupt aus der Welt zu schaffen. Eine entscheidende Milderung der Friedensparagraphen würde bedeuten, daß den Franzosen dies Ziel entschwindet: nicht mehr Deutsche sich gegenüber zu sehen, als höchstens soviel wie es Franzosen gibt, und auch die zur Sicherheit gebunden und geknebelt. Wie sollten die Franzosen da einer Abschwächung der Friedensbedingungen zustimmen?

In England hat man sich mit derselben Kaltblütigkeit zum vollkommenen Satanismus in der Politik bekannt. Ich habe seinerzeit in Nr. 7 der „Hilfe" vom 13. Februar d. J. Beweismaterial dafür beigebracht und später in der „Deutschen Politik" weitere Zeugnisse mitgeteilt. Ich erinnere an das Gutachten des berühmten englischen Arztes und Physiologen Dr. Saleeby, das in der Rede des Prinzen Max von Baden über Völkerbund und Rechtsfriede (Preußische Jahrbücher, Märzheft 1919) zitiert ist. Es sollte noch während des Krieges dazu dienen, Stimmung für die äußerste Schärfe der Hungerblockade zu machen und die englische öffentliche Meinung „moralisch" durch die Erwartung zu stärken, daß durch die Blockade nicht nur der Krieg beendet, sondern auch die deutsche Rasse ruiniert werden würde. In dem Gutachten hieß es:

Digitized by Google

„Wenn deutsche Eltern heute schlecht ernährt oder unterernährt oder halb ausgehungert oder durch die tausend und einen unheimlichen sogenannten Nahrungs-„Ersatzmittel", mit denen sie sich jetzt erhalten, vergiftet werden, so wird ihre Nachkommenschaft dementsprechend minderwertiges Erzeugnis sein. Sie wird in weitem Maße allen möglichen Varietäten erblicher Leiden unterworfen sein. Sie wird in geringem Maße widerstandsfähig sein gegen die Ansteckung durch Tuberkulose. Sie ist möglicherweise verkrüppelt, mißgebildet, oder im Wachstum unternormal. Es ist gewiß: daß kein noch so reichliches Hanteln, Keulenschwingen oder preußischer Kasernenhofdrill — kein noch so ausgiebiges Anwenden der Gymnastik in den so gerühmten deutschen Turnvereinen die Arme und Beine von Kindern geraderecken kann, die von schlechternährten Eltern stammen, oder gutes rotes Blut in ihre anämischen Adern zu pumpen vermag, oder auf andere Weise die dauernden Spuren abändern kann, die die Natur ihren mangelhaften Konstitutionen eingegraben hat . . . Man nennt in Deutschland die Rhachitis „die Englische Krankheit". Nun wohl, es kann dazu kommen, daß sie diese Bezeichnung in Zukunft noch besser als in der Vergangenheit verdient, denn die britische Blockade ist an erster Stelle verantwortlich für Deutschlands jetzige fürchterliche Ernährungsnotlage und infolgedessen für die Dauerwirkungen, die deren Folge sein werden."

Auch die englische politische Schule, der dieses entsetzliche Dokument entstammt, will auf das 40-Millionen-Deutschland hinaus, weil ein deutsches Volk, das bis auf diese Zahl zurücksinkt, nur noch in ganz unbedeutendem Umfange Industrie und Handel zu treiben braucht. Als Konkurrent für England in der Weltwirtschaft käme es nicht mehr in Betracht. England hat ungeachtet aller Reden von Moral und Völkerfreiheit diesen Krieg vom ersten Augenblick an als Wirtschaftskrieg geführt, und weil es sich um Wirtschaft und um Verdienen handelt, hört die Menschlichkeit gegenüber Deutschland ebenso selbstverständlich auf, wie vor 80 Jahren gegenüber China im Opiumkriege, der den Chinesen um der Taschen der englischen Kaufleute willen das tödliche Gift aufzwang. Die Maßstäbe sind verschieden, die Gesinnung, das Aufhören der Menschlichkeit dort, wo das Geschäft anfängt, dieselbe.

Mit diesen Faktoren haben wir auf der Gegenseite zu rechnen. Natürlich kämpfen auch in England und bis zu einem gewissen Grade selbst in Frankreich Kräfte des Rechtsempfindens und der politischen Vernunft gegen die herrschende Politik an. Wie stark sie sind und was sie im Konfliktsfall bedeuten, wissen wir nicht; schwerlich allzuviel. Ebensowenig wissen wir, wie stark die Kräfte sind, die die amerikanische und die italienische Politik in eine andere Richtung führen könnten, als die offizielle englisch-französische. Spannungen sind vorhanden, aber sie abzuschätzen, ist unmöglich. Aus diesem Grunde hören die politische Wahrscheinlichkeitsrechnung und die gewöhnliche Staatskunst hier für uns auf. Was übrigbleibt, ist der Instinkt, der uns vor dem Weg in den Abgrund der Schande zurückscheuen lassen muß, der Glaube, daß unser zweitausendjähriges Volk mit diesem verlorenen Krieg noch nicht ans Ende seines Daseins gelangt sein kann, und der Mut, lieber dem ungewissen Furchtbaren ins Auge sehen zu wollen, feindlicher Besetzung, Hunger, Zerfall, Anarchie, als einem gewissen Sklavendasein in Schande und Armut.

Walter Rochlitz / Zur Geschichte der gescheiterten deutsch-englischen Verständigung

Wenn wir uns heute über die Frage der Schuld am Weltkriege schlüssig werden wollen, dürfen wir nicht bloß die unmittelbaren Vorgänge in Betracht ziehen, die zum Ausbruche des Krieges im Sommer 1914 führten, sondern wir müssen weit zurückgreifen in die Zeit der Einkreisung Deutschlands und die Jahre, die dieser Einkreisung unmittelbar voraufgingen. Wir haben uns gewöhnt, das englisch-französische Abkommen vom 8. April 1904 über die Aufteilung Marokkos und Ägyptens und die damit eingeleitete Verständigung zwischen Frankreich und England als den äußersten Termin der Einkreisungsära anzusehen. Soweit dieses Abkommen eine neue Periode in den internationalen Beziehungen und Händeln der Welt einleitete, hat es damit seine Richtigkeit. Will man aber weiter prüfen, wie es zu diesem Abkommen gekommen ist, dann kann man an den Versuchen nicht vorübergehen, die um die Jahrhundertwende zwischen England und Deutschland gemacht wurden, um zu einer Art Verständigung, wenn nicht gar zu einem Bündnis, zu kommen. Mancherlei Enthüllungen der letzten Zeit haben die Aufmerksamkeit in schärferem Maße auf das Bündnisangebot Englands hingelenkt und ein helleres Licht auf die Vorgänge geworfen, die von so außerordentlicher Bedeutung für die deutsch-englischen Beziehungen waren und hätten werden können. Der langjährige Pressedezernent im Auswärtigen Amte, Otto Hammann, hat darüber in seinem kürzlich erschienenen Werke „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges" sehr lesenswerte Betrachtungen angestellt und etwas mehr Licht in diese dunkle Affäre gebracht. Im Zusammenhange damit stehen die Denkwürdigkeiten, die Freiherr v. Eckardtstein, der frühere Botschaftsrat bei der Botschaft in London vor einiger Zeit hat erscheinen lassen. Man gewinnt aus beiden Denkwürdigkeiten den Eindruck, daß Deutschland mit der Ablehnung des englischen Bündnisangebotes einen verhängnisvollen Fehler begangen hat und daß dieser Fehler auch durch das ganze nachfolgende Jahrzehnt nicht wieder gutzumachen war. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß in diesem diplomatischen Fehler tatsächlich der Ausgangspunkt für die verfehlte Politik zu sehen ist, die Deutschland vollständig isolierte, die weiterhin zur Einkreisung führte und nach und nach eine Koalition auf die Beine gebracht hat, der im Jahre 1914 die halbe Welt angehört hat.

Es ist bekannt, daß England um die Jahrhundertwende sich außerordentlich vereinsamt fühlte und daß es danach trachtete, aus der „splendid isolation", die ihm allmählich unbehaglich zu werden begann, herauszukommen. Großbritannien fühlte sich zu jener Zeit nicht auf der Höhe seiner Macht. Es hat niemals soviel äußere Schwierigkeiten und Reibungen zu bekämpfen gehabt, wie in jener Zeit. Der englisch-russische Gegensatz stand damals in seiner vollen Blüte. Die englische Überlegenheit in China wurde von Rußland schwer bedroht. Dazu kamen vielfältige überseeische Streitigkeiten, die fortwährende Gärung in Südafrika, weiterhin der koloniale Gegensatz zu Frankreich, der in der ägyptischen Frage seine schärfsten Formen angenommen und zu der Demütigung Frankreichs bei Faschoda geführt hatte. In Südafrika stand ein heißes Ringen mit den Buren bevor, welches bei der Zähigkeit dieser Rasse sehr langwierig zu werden und Englands Kräfte über See lahmzulegen drohte. England hatte also alle Veranlassung, mit der militärisch stärksten Macht in Europa trotz aller wirtschaftlichen Nebenbuhlerschaft eine feste verbriefte Freundschaft einzugehen. Wohl fing damals bereits der deutsche Wettbewerb an, den Briten unangenehm zu werden, nichtsdestoweniger konnte von einem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den beiden Ländern dazumal noch nicht die Rede sein. Chamberlain konnte im Jahre 1898 noch mit Recht ausführen, daß es sehr wichtige, die beiderseitigen Interessen berührende Fragen gebe, in denen man sich auch ohne ein allgemeines Bündnis verständigen könnte und sollte. Derselbe Chamberlain gab es in einer vertraulichen Unterhaltung mit dem deutschen Botschafter in London, dem Grafen Hatzfeld, offen zu,

Digitized by Google

daß die Vereinsamung immer schwerer auf der britischen Politik laste. Chamberlain war der stärkste Mann im Kabinett Salisbury und als Kolonialsekretär von außerordentlichem Einfluß. Nun ist zwar später behauptet worden, daß Lord Salisbury seinen Kolonialminister abgeschüttelt habe; dem stehen aber andere Äußerungen entgegen, die keinen Zweifel daran lassen, daß der englische Premierminister gleichfalls einem Bündnis mit Deutschland geneigt war. Es wäre eine einfache Sache der Klugheit für die deutsche Politik gewesen, dieses englische Angebot über alle Schwierigkeiten der Völkergegensätze hinweg für die deutschen Zwecke nutzbar zu machen, denn es lag auf der Hand, daß eine (relativ) günstige Gelegenheit für das Deutsche Reich, mit England zu einem herzlichen Einvernehmen zu gelangen, eine Gelegenheit, die schon Fürst Bismarck 1887 herbeigesehnt und erstrebt hat, in solch vorteilhafter Form in Jahrzehnten nicht wiederkehren konnte. Indessen hat ein eigenartiges Verhängnis über den beiderseitigen Versuchen, zu einem Bündnis oder wenigstens zu einem Einvernehmen zu gelangen, geschwebt, mehr aber noch hat nach allem, was wir heute darüber wissen, die unselige Neigung der deutschen verantwortlichen Staatsmänner, aus der bisherigen Reserve nicht herauszutreten und den Eintritt in eine neue Mächtekombination zu vermeiden, den Ausschlag gegeben.

Die Anfänge zu einer deutsch-englischen Verständigung waren jedenfalls durchaus verheißungsvoll. Schon im Jahre 1898 war ein durchaus glückliches Abkommen über die portugiesischen Besitzungen in Afrika abgeschlossen worden. Wenn auch das Abkommen nicht alle daran geknüpften Erwartungen erfüllte, und England kurz hinterher durch einen Spezialvertrag mit Portugal, den sogenannten Windsorvertrag, das Abkommen zu einem großen Teil entwertete, so war doch mit diesem der Bann gebrochen und die Möglichkeit zu weiterer Verständigung auf kolonialem Gebiete eröffnet. Ein Vertrag über die Vollendung der Bagdadbahn wurde alsbald in Angriff genommen, ein Vertrag, in welchem England sich bereit erklären wollte, die deutsche Vorhand für ganz Mesopotamien und das Recht der Beteiligung Deutschlands an wirtschaftlichen Unternehmungen in Vorderasien anzuerkennen. Man hat gesagt, daß durch diese Abkommen eine wärmere Temperatur zwischen dem englischen und dem deutschen Volke in Bildung begriffen war. Das war durchaus richtig, und es erwies sich schon wenige Zeit später bei der Schlichtung der Wirren auf den Samoainseln, daß das englische Kabinett von ehrlichem Verständigungswillen beseelt war. Das deutsch-englisch-amerikanische Abkommen über Samoa, welches im Jahre 1899 zustande kam, und welches der Dreiherrschaft auf den Samoainseln zugunsten einer Teilung gemäß den Hauptansprüchen der nächstbeteiligten Staaten ein Ende machte, lieferte dafür einen weiteren bündigen Beweis.

Soweit waren die gegenseitigen Beziehungen gediehen, als der Burenkrieg ausbrach. Diese Tatsache brachte ein stark hemmendes Moment in die weitere Entwicklung der deutsch-englischen Beziehungen. In Deutschland war man allzusehr geneigt, in überschäumender Gefühlsduselei die Partei der Buren zu nehmen und ließ es in Presse und Parlament an scharfen Äußerungen gegen England nicht fehlen, Äußerungen, denen sich auch die leitenden Staatsmänner nicht immer entziehen konnten, vielfach auch nicht entziehen wollten. Es konnte von Anfang an kein Zweifel darüber sein, daß der Kampf der Buren ein Verzweiflungskampf war, und daß keine der Großmächte jemals imstande gewesen wäre, England ernstlich in den Arm zu fallen. Aber die schulmeisterliche Art vieler Deutscher und die Verquickung von Moral und Politik, über die schon Fürst Bismarck so oft geklagt hatte, sah nur den Kampf des Schwachen gegen den Starken und übersah dabei die günstigen Chancen, die sich für Deutschland aus einer Ausnutzung der Konjunktur ergeben mußten. Immerhin besaß die deutsche Regierung soviel Einsicht und Klarheit, um eine von russischer Seite ausgehende Anregung, gemeinsam mit Frankreich einen Schritt zur Beendigung des Burenkrieges beim englischen Kabinett zu tun, höflich, aber bestimmt, abzulehnen. Der deutsche Botschafter in Petersburg bekam damals die Anweisung, der russischen Regierung zu erklären, die deutsche Politik könne sich der Möglichkeit von Verwicklungen mit anderen Großmächten nicht aussetzen, solange es mit feindseligen Tendenzen seines französischen Nachbarn zu rechnen habe. Aus intimen Besprechungen mit maßgebenden russischen Persönlichkeiten ergab sich, daß weder Rußland noch Frankreich geneigt waren, zusammen mit Deutschland eine gegenseitige Garantie des europäischen Besitzstandes der drei Großmächte einzugehen. Auch ein zweiter Versuch, der ein halbes Jahr später von russischer Seite unternommen wurde, konnte zu keinem anderen Ergebnisse führen, da der Verdacht nicht von der Hand zu weisen war, daß die russische Regierung versuchen wollte, ein Druckmittel auf England in ihren asiatischen Streitigkeiten zu erlangen. Deutschland konnte damals nichts weiter tun als seine allgemeine Bereitwilligkeit, zur Beendigung von Kriegen überall beizutragen, zu betonen. Daß dieses Verhalten seitens Deutschlands richtig war, bewies das Echo, welches aus England herüberkam. Nicht nur in der englischen Presse war die Haltung Deutschlands angenehm vermerkt worden, auch der Prinz von Wales äußerte sich zu englischen Parlamentsmitgliedern, daß man es der allgemeinen Haltung der deutschen Regierung und insbesondere der Haltung des deutschen Kaisers zu verdanken habe, wenn England ein fremder Interventionsversuch erspart geblieben sei.

Es konnte somit kein Zweifel sein, daß die deutsche Regierung damals auf dem richtigen Wege war. Praktisch prägte sich das Verlangen Englands nach einer Verständigung mit Deutschland in einem Abkommen aus, welches anläßlich der sogenannten Boxerwirren in China zustande kam. Ein Abkommen, welches als der sogenannte Yangtsevertrag bekannt geworden ist. Beide Mächte verpflichteten sich, daß im Yangtsebecken der Handel und jede andere wirtschaftliche Tätigkeit für die Angehörigen aller Nationen offen bleiben sollte. Nicht nur im Yangtsebecken, sondern in allen chinesischen Gebieten, „wo sie einen Einfluß ausüben könnten", wollten beide Regierungen den Grundsatz der offenen Tür beobachten. Auch versprachen sie sich gegenseitig den Territorialbestand des chinesischen Reiches unvermindert zu erhalten. Zweifellos bezeugte England mit dem Abschluß dieses Vertrages ein nicht unerhebliches Entgegenkommen gegen die deutschen Ansprüche, wenn man bedenkt, daß England bisher beansprucht hatte, im Yangtsetal die Vorhand zu haben. Das Abkommen ist in der deutschen Presse seinerzeit mit Unrecht stark angegriffen worden, es war aber, wie Hammann vollständig richtig hervorhebt, durchaus nicht geeignet, uns in einen Gegensatz zu Rußland hineinzubringen. Und Fürst Bülow konnte im Reichstage damals mit Recht betonen, daß Deutschland nicht daran denke, für irgendeine Macht den Blitzableiter abzugeben.

Inzwischen war in England ein Wechsel im Auswärtigen Amt eingetreten. An die Spitze desselben war Lord Lansdowne getreten, dem die englische Presse ein ruhig überlegendes Urteil nachsagte. Lansdowne war, damals wenigstens ebenso wie Chamberlain, von dem ehrlichen Bestreben beseelt, eine Verständigung mit Deutschland zu suchen, nachdem sich eine Annäherung an Rußland als nicht durchführbar erwiesen hatte. Beide Staatsmänner gaben verschiedentlich und unverhohlen zu erkennen, daß England sich unter gewissen Voraussetzungen zu einem Bündnis, welches ganz auf Verteidigungszwecke bei einem Doppelangriff beschränkt sein sollte, grundsätzlich bereit erklären würde. Im deutschen Auswärtigen Amt hat man diesen Bündnisantrag, der in der englischen Geschichte etwas ganz Unerhörtes war, offenbar nicht ernst genug genommen. (England ließ deutlich genug durchblicken, daß es aus seiner bisherigen Isolierung heraustreten wolle. Sache einer geschickten Politik wäre es gewesen, diesen Faden unter allen Umständen weiterzuspinnen und zu einem glücklichen Abschluß zu bringen.) Dunkel fühlte man wohl auch im deutschen Auswärtigen Amt, daß mit diesem englischen Angebot ein Wendepunkt in der europäischen Geschichte eingetreten war, man wagte nur, wie so oft, nicht die vollen Konsequenzen aus der veränderten Lage zu ziehen, blieb auf halbem Wege stehen und geriet so schließlich

Digitized by Google

zwischen zwei Stühle. Das Bestreben der deutschen Politik, die bisherigen leidlich guten Beziehungen zu Rußland nicht zu trüben, war an sich wohl zu billigen und anerkennenswert, aber die Lage war damals so, daß die deutsche Politik seit ihrer Erweiterung zur Weltpolitik, von der russischen Freundschaft nicht allein leben konnte, sondern Anlehnung an England suchen mußte. Es ist gesagt worden, ein Bündnis mit England hätte uns unfehlbar in einen Krieg mit Rußland verwickelt. Zunächst ist es keineswegs sicher, daß ein deutsch-russischer Krieg die Folge einer deutsch-englischen Allianz hätte sein müssen, aber selbst wenn wir einen solchen Krieg etwa um das Jahr 1905 gegen Rußland hätten ausfechten müssen, hätte er niemals so unglücklich ausfallen können, wie der verflossene Weltkrieg. Da wir durch die Freundschaft Englands gesichert waren, hätten uns Frankreich und Italien niemals in den Rücken fallen können. Der Krieg gegen Rußland hätte also aller Wahrscheinlichkeit nach mit einem Siege Deutschlands geendet und es wäre uns die verhängnisvolle Konstellation erspart geblieben, die im Jahre 1918 zum vollständigen Zusammenbruch Deutschlands geführt hat.

Rein technisch genommen, kamen die Verständigungsverhandlungen zunächst wohl in Gang, es wurden aber deutscherseits so viele Bedingungen an die Allianz geknüpft, daß die Stimmung für das Bündnis in England rasch zu erlahmen begann. Herr v. Holstein bestand auf der Auffassung, daß ein Zusammenschluß Englands nicht nur mit Deutschland, sondern mit dem gesamten Dreibunde versucht werden und auch Japan eingeschlossen werden sollte, und zwar sollten die Verhandlungen über Wien gehen. Diese reichlich künstliche Konstruktion ging England stark gegen den Strich, da es die Schwäche Österreich-Ungarns im Dreibunde wohl erkannte, es machte Bedenken gegen die Konzentration der Verhandlungen in Wien geltend und erreichte auch, daß zunächst England, Deutschland und Japan unter sich verhandelten. Aus den Denkwürdigkeiten des japanischen Botschafters in London, Grafen Hayashi, die im Jahre 1913 durch eine Veröffentlichung in einem japanischen Blatte bekannt geworden sind, wissen wir, daß auch bei Japan eine Geneigtheit zu einem Anschluß bestand. Gleichwohl kamen die Verhandlungen nicht recht vom Fleck, weil man im deutschen auswärtigen Amte (namentlich der allmächtige Holstein), sowohl dem Lord Salisbury wie auch dem Lord Lansdowne nach wie vor mißtraute und weil man die Notlage Englands offenbar überschätzte. Im Juli und August 1901 waren die Besprechungen der Diplomaten über die Allianzfrage tatsächlich eingeschlafen. Sie wurde noch in gelegentlichen Besuchen der beiden Monarchen von England und Deutschland berührt, ohne daß indessen die Sache dadurch irgendwie ernstlich gefördert wurde. Zu Weihnachten 1901 kam Lord Lansdowne noch einmal auf den Bündnisgedanken zurück. Es hatte sich inzwischen bei den englischen Staatsmännern unter dem Einfluß der Burenfehde die Überzeugung festgesetzt, daß für den Abschluß eines Bündnisses zwischen den beiden mächtigsten Staaten Europas zuviel Hindernisse vorlägen. Die Kluft in den Gefühlen beider Völker hatte sich gerade in der fraglichen Zeit durch die Gefühlsausbrüche in der Burenangelegenheit stark vertieft. Von deutscher Seite war vieles geschehen, was die englische Empfindlichkeit reizen mußte, und auf der englischen Seite reagierte das alte Herrenbewußtsein und der grenzenlose Machtdünkel. Ein großer Teil der deutschen Presse konnte es sich nicht versagen, das allgemeine Feuer noch zu schüren und alle wirklichen und angeblichen englischen Grausamkeiten, die im Burenkriege begangen worden waren, dem englischen Volke haarklein vorzurechnen. Nicht zum wenigsten durch die Schuld des deutschen Volks war also die Stimmung zwischen den beiden Völkern erheblich vergiftet worden. Zum Lobe der deutschen Regierung und der damals regierenden deutschen Staatsmänner muß allerdings gesagt werden, daß sie sich diesen Gefühlsausbrüchen bis zu einem gewissen Grade entgegengestemmt und die allgemeine Stimmung in eine andere Richtung zu lenken versucht haben, in eine Richtung, die, wenn auch nicht ein Bündnis, so doch eine Verständigung mit England zur Folge gehabt hätte. Trotzdem kann man die deutsche Regierung von Vorwürfen nicht freisprechen, insofern, als sie den Auswüchsen des Englandhasses nicht scharf genug entgegentrat und der öffentlichen Meinung in Deutschland zuviel Gewicht beilegte. Hammann sagt mit Recht, daß wohl ein überlegener Wille imstande gewesen wäre, mit der beiderseits widerwilligen öffentlichen Meinung fertigzuwerden. Ein solcher Wille und eine solche Energie war aber im damaligen Deutschland nicht vorhanden. Es hätte ein Staatsmann von Bismarckschem Format dazu gehört, um trotz der widerstehenden öffentlichen Meinung die allgemeine Richtung der deutschen Politik nach der englischen Seite hinzulenken. Aber eine solch überragende Kraft konnte man im Deutschland der wilhelminischen Epoche vergebens suchen.

Wie man aber auch die Sache wenden mag, verloren war auch im Jahre 1901 noch nichts. Zwar wurde der Bündnisgedanke wohl von beiden Seiten als abgetan betrachtet, aber die Geneigtheit Englands, mit Deutschland in den großen Fragen der Weltpolitik zusammenzugehen, war gleichwohl noch in starkem Maße vorhanden. Großbritannien bewies diese Geneigtheit auch praktisch durch die Tat, indem es aus Anlaß des Ausbruches der Marokkowirren Deutschland ein gemeinsames Vorgehen im Scherifenreiche anregte. Noch einmal war hier eine günstige Gelegenheit gegeben, eine Annäherung an England zu vollziehen und wenigstens in einer Reihe von Einzelfragen mit dem britischen Reiche zusammenzuarbeiten. Der Vorschlag, in Marokko zusammenzugehen, ist von englischer Seite, wie heute festgestellt ist, im ganzen dreimal gemacht worden, jedesmal aber ist das Angebot kurzsichtig und unbedacht abgelehnt worden. Die Folge war, daß sich England nunmehr der französischen Republik näherte und eine Verständigung mit ihr über die marokkanischen Händel herbeiführte. Marokko ist im wahrsten Sinne des Wortes die Brücke zwischen England und Frankreich geworden, auf deren festem Fundament sich die entente cordiale gebildet hat. Es wäre ein leichtes gewesen, über Ägypten und Marokko hinweg eine Verständigung zwischen den beiden stammverwandten Völkern anzubahnen und, wenn möglich, zu einem Bunde für die großen Fragen der Weltpolitik auszubauen. Mangelnde Voraussicht verhinderte die deutsche Politik in jener kritischen Periode Englands daran, zu sehen, daß die Konstellation seit Bismarcks Abgang sich erheblich geändert hatte und daß die Politik des unbedingten Anschlusses an Rußland uns allein nicht mehr genügen konnte, daß auch der Wert dieser Freundschaft um so unsicherer war, als sich inzwischen der Bund zwischen Frankreich und Rußland gebildet hatte und die Rückendeckung Deutschlands für den Fall eines Weltkrieges nicht mehr vorhanden war. Es unterliegt keinem Zweifel, daß England, nicht Deutschland zu einem Anschluß an befreundete Großmächte drängte, und daß diese Verständigungsneigung Großbritanniens neue Entschlüsse durch die deutschen Staatsmänner forderte, bei denen die herkömmliche einseitige Rücksicht auf Rußland zurückzutreten hatte und eine klare Stellung zwischen den Mächtegruppen zu wählen war. Man kann darüber streiten, ob es möglich gewesen wäre, über alle Hemmnisse der öffentlichen Meinung hinweg ein deutsch-englisches Bündnis zustande zu bringen. Zweifellos sind Fehler auf beiden Seiten gemacht worden, wohl aber können wir rückblickend das eine feststellen, daß es wohl möglich war, die Verständigung zwischen England und Frankreich und in weiterer Folge auch mit Rußland zu verhindern, wenn man ernstlich auf eine Verständigung mit England in den großen überseeischen Einzelfragen hinarbeitete. Daß die deutsche Politik das in den entscheidenden Jahren nicht zu erreichen vermocht hat, ist der schwere Vorwurf, der ihr gemacht werden muß. Kurze Zeit nach den letzten deutsch-englischen Verhandlungen kam das Bündnis zwischen England und Japan zustande, welches das Datum vom 30. Januar 1902 trägt. Das folgende Jahr sieht die entente cordiale zwischen England und Frankreich, und den Schlußstein bildet das Abkommen vom 8. April 1904, welches als der Beginn der Einkreisungspolitik gegen Deutschland bezeichnet werden kann, Teilungsverträge zwischen Frankreich und Spanien sowie zwischen Frankreich und Italien über die Aufteilung des nordafrikanischen

Kolonialbesitzes waren vorausgegangen. Ein festes System von Bündnissen umschloß die ganze westliche Welt, ein System, welches dann seine Krönung in dem Abkommen mit Rußland vom Jahre 1907 über die Aufteilung Persiens fand. In Frankreich hatte man im Gegensatz zu Deutschland in geschickter Weise verstanden, den Auswüchsen der Burenbegeisterung entgegenzuwirken und trotz der nationalen Demütigung von Faschoda diejenige Politik einzuschlagen, die allein den wahren Interessen der Franzosen zu entsprechen schien, nämlich die Politik der Revanche unter kräftiger Anlehnung an England. Alle Bemühungen der deutschen auswärtigen Politik, in den Tagen der Marokkokrisis von 1905 und 1911 und der Algeciraskonferenz den Ring der Gegner zu sprengen, mußten vergeblich bleiben, nachdem einmal der schwere Fehler der Zurückweisung des englischen Angebotes gemacht war und die westlichen Mächte sich durch Verträge, die von offenbar deutschfeindlichem Geiste eingegeben waren, fest aneinandergekittet hatten. Darin liegt die Tragik der deutschen Weltpolitik der letzten Jahrzehnte.

Alfred Herrmann-Posen, M. d. R. / Das Schicksal der Provinz Posen im Friedensvertrage

Die territorialen Forderungen unserer Gegner im Osten haben in ganz Deutschland gerechte Empörung hervorgerufen. In den Gegenden links der Elbe ist man sich vielfach bei dieser Gelegenheit vielleicht zum erstenmal voll bewußt geworden, welche gewaltige Bedeutung Oberschlesien für die deutsche Industrie, und welche geradezu lebensnotwendige Bedeutung für unsere Volksernährung die agrarischen Überschußgebiete der Provinzen Preußen und Posen haben.

In den bedrohten Gebieten Oberschlesien und Preußen konnte sich der Widerspruch gegen die uns zugemutete Vergewaltigung mit besten Gründen auf die Wilsonschen Äußerungen stützen, die unsere Rechtsbasis für die Friedensverhandlungen sind. Nirgends handelt es sich hier um Gebiete mit unbestreitbar polnischer Bevölkerung. Ihre historische Zugehörigkeit in der Vergangenheit spricht durchaus zugunsten von Preußen, und vollends ist die wirtschaftliche und kulturelle Überlegenheit des Deutschtums in ihnen über jeden Zweifel erhaben.

Weniger günstig liegen in allen diesen Beziehungen die Verhältnisse in der Provinz Posen, und begreiflicherweise ist darum gerade hier die Erregung der deutschen Bevölkerung besonders groß, und die Frage ist berechtigt, welche Ansprüche, unter ehrlichster Zugrundelegung der Wilsonschen Äußerungen, Deutschland auch auf dieses Gebiet geltend machen kann.

Seit unserer Note vom 5. Oktober erhob sich in der Provinz Posen ein lebhafter Widerstreit zwischen den maßlosen Forderungen der Polen auf die ganze Provinz und der deutschen Auffassung über die Bedeutung von Punkt 13 dieser 14 Punkte. Niemals hat er bisher durch unsere Gegner eine authentische Auslegung erfahren, und auch unsererseits ist bis zur Stunde ein ganz bestimmter Vorschlag, wie der Charakter Posenscher Landesteile als unbestreitbar deutsch oder polnisch festgestellt werden solle, noch nicht gemacht worden. Unsere Gegenvorschläge bieten nur ganz allgemein an, lediglich jene Gebiete abzutreten, mit Einschluß der Provinzialhauptstadt Posen, die wir als unzweifelhaft polnisch anerkennen, während die feindlichen Friedensbedingungen uns die ganze Provinz mit Ausnahme der Kreise Schwerin und Filehne und von Teilen der Kreise Meseritz, Bomst und Fraustadt nehmen wollen. Schon dieses Entgegenkommen unserer Regierung hat in den Kreisen der beteiligten Ostmärker die lebhafteste Enttäuschung und Erregung hervorgerufen, die noch genährt worden ist durch den am 31. Mai veröffentlichten Aufruf der Regierung an die Ostmärker, in dem zwar aufs neue betont ist, daß die Reichsregierung mit allem Nachdruck und Ernst für das Verbleiben der deutschen Landesteile im Osten beim Reiche eintritt, dann aber im einzelnen nur Oberschlesien und Westpreußen, Danzig und Memel aufführt, nicht aber jene ganz zweifellos überwiegend deutschen Gebiete der Provinz Posen, die an und diesseits der sogenannten Demarkationslinie liegen. Dieser Aufruf hat denn auch in der rechtsstehenden Presse sofort die maßlosesten Angriffe gegen die Regierung hervorgerufen. Wir nehmen an, daß, obwohl auch schon in mancher voraufgegangenen Regierungserklärung eine Erwähnung der Provinz Posen vermieden worden ist, an eine freiwillige Preisgabe dieser deutschen Gebiete unter keinen Umständen gedacht wird. Immerhin ist es zur Stunde nicht mehr angebracht, Illusionspolitik zu treiben, und so furchtbar es für die Deutschen in den in Frage kommenden Gebieten sein mag, wir müssen uns jetzt ehrlich darüber klar werden, daß wir erhebliche Opfer bringen müssen, wenn wir dem Punkt 13 irgendeine konkrete Auslegung geben wollen.

Wir haben in den früheren Stadien der Angelegenheit stets den Standpunkt vertreten, daß dieser Punkt 13 in der Provinz Posen nirgends ganz rein zur Anwendung kommen kann. Das ist schon deshalb voll berechtigt, weil die im Jahre 1910 gezählten 62 v. H. Polen und 38 v. H. Deutschen in untrennbarer Gemengelage in der ganzen Provinz durcheinander wohnen, und weil kein Zweifel darüber besteht, daß auch selbst in den Kreisen mit der stärksten polnischen Bevölkerung der Deutsche wirtschaftlich und kulturell überlegen und führend ist. Wir haben zweifellos ein Recht, zu fordern, daß auch diese Faktoren und nicht nur die rohe Zahl, will man die Wilsonschen Grundsätze, namentlich die späteren Erläuterungen zu den 14 Punkten, ihrem Geiste und nicht nur dem Buchstaben nach berücksichtigen, in Rechnung gesetzt werden. Wie hoch aber die einzelnen Faktoren — Bevölkerung, Wirtschaftskraft und kulturelle Kraft — zu bewerten sind, haben leider nicht wir zu bestimmen, so daß uns schließlich nur das Mittel bleiben wird, den Friedensvertrag abzulehnen, falls die Forderungen der Feinde auf die Provinz Posen durch die Verhandlungen nicht auf ein mit den deutschen Lebensnotwendigkeiten erträgliches Maß zurückgeführt werden können. Bei diesen Verhandlungen dürfen wir freilich nicht allein geltend machen, was die Provinz Posen durch deutsche Arbeit, deutschen Fleiß, deutsche Organisationskraft und deutsches Kapital in rund 1½ Jahrhunderten wirtschaftlich für uns geworden ist. — Ebensowenig auch, daß durch die deutsche Kulturarbeit diesen Gebieten ein deutscher Charakter in starkem Maße aufgeprägt worden ist. Es hat leider den Anschein, daß die rohe Zahl nach dem Willen unserer Feinde das entscheidende Merkmal für die Zuteilung an Polen werden soll, und wo diese nicht zugunsten der Polen liegt, da müssen historische, wirtschaftspolitische, ja, was im Zeitalter des angeblich kommenden Völkerbundes besonders verwunderlich erscheint, auch strategische Gründe herhalten, um die polnischen Forderungen zu rechtfertigen. Gegen eine solche enge Auslegung von Punkt 13 der Wilsonschen Note kann aber nicht energisch genug Front gemacht werden. Immer wieder muß aber vor allem auch betont werden,

Digitized by Google

daß die Forderungen unserer Feinde auf die Provinz Posen, selbst rein ethnographisch genommen, eine starke Vergewaltigung Deutschlands darstellen, da uns damit die Abtretung von Gebieten zugemutet wird, die, wie Bromberg, Schneidemühl, Birnbaum, Lissa, um nur einige in der ganzen Provinz verstreut liegende Orte zu nennen, bis zu 80 und mehr v. H. von Deutschen bewohnt sind, wie denn überhaupt der ganze Regierungsbezirk Bromberg, der bis auf den Kreis Filehne völlig in der abzutretenden Zone liegt, im Jahre 1910 in seiner Gesamtheit etwas über 50 v. H. Deutsche zählte, und, wenn man ihn wirtschaftlich abschätzt, mindestens 75 v. H. auf den deutschen und nur 25 v. H. auf den polnischen Anteil entfallen.

Wie unhaltbar es aber wäre, wenn man für die Entscheidung über die staatliche Zugehörigkeit lediglich die Einwohnerzahlen zugrunde legt, zeigt unter vielen anderen Beispielen der Kreis Birnbaum, in dem die Polen mit 14 514 gegenüber 14 374 Deutschen ein kleines Übergewicht haben und der voll und ganz den Polen zugesprochen werden soll. In diesem Kreise besitzen aber die Deutschen 52 057 Hektar, die Polen 12 321 Hektar, ist der Grundbesitz in der Kreisstadt Birnbaum zu 99 v. H. deutsch, zahlen die Deutschen etwa 85 v. H., die Polen nur etwa 15 v. H. der Einkommensteuer, besuchten die höheren Schulen 97 v. H. deutsche und nur 3 v. H. polnische Kinder. In dem südöstlich davon gelegenen Kreise Neutomischel war das Verhältnis der Einwohnerzahl noch ungünstiger für die Deutschen, 15 811 zu 18 481, während die Grundbesitzverhältnisse mit 28 496 zu 4801 Hektar für die Deutschen noch viel günstiger liegen als im Kreise Birnbaum, nicht minder die Einkommensteuerverhältnisse mit 91 zu 9 v. H. Im Distriktsamt Neutomischel sind 92,5 v. H. des bäuerlichen Besitzes in deutscher Hand, in der Kreisstadt vom Grundbesitz 90 v. H.

Der Wille der Bevölkerung, der nach den Wilsonschen Grundsätzen für die Regelung der durch den Krieg aufgeworfenen territorialen Verhältnisse maßgebend sein soll, hat sich denn auch in diesen Gebieten ganz unzweifelhaft für ein Verbleiben bei Deutschland ausgesprochen. Die Erfahrungen der letzten Monate haben den Deutschen der Provinz Posen nur allzu deutlich gezeigt, was ihrer unter der polnischen Herrschaft wartet, und wenn die Blätter in diesen Tagen melden, daß polnischerseits Angriffe auf das von ihnen militärisch noch nicht besetzte Gebiet der Provinz Posen bevorstehen oder bereits eingeleitet sind, so darf die Regierung gewiß sein, daß die deutsche Bevölkerung an und diesseits der Demarkationslinie in Gemeinschaft mit unseren Grenzschutztruppen die polnischen Übergriffe mit bewaffneter Hand abweisen wird. Sie ist fest entschlossen, nur der Gewalt zu weichen, und sie rechnet bis zur Stunde, trotz aller Enttäuschungen, noch immer darauf, daß die Reichsregierung alles aufbietet, um wenigstens diese überwiegend deutschen Randgebiete im Norden, Westen und Süden der Provinz bei Deutschland zu erhalten.

Wird von dem Gegner die kulturelle und wirtschaftliche Überlegenheit des Deutschtums für nichts geachtet, dann möge er wenigstens, als sinngemäßes Korrelat für die Selbstbestimmung der Nationen, die er bis zum Überdruß im Munde führt und nur Deutschland gegenüber verleugnen zu wollen scheint, die Volksabstimmung in den strittigen Gebieten zugestehen. Daß diese freilich in den in den Friedensbedingungen vorgesehenen Formen niemals ein einwandfreies Bild der wahren Volksmeinung geben könnte, sondern daß Sicherungen getroffen werden müßten für eine wirklich objektive Durchführung der Abstimmung, versteht sich von selbst. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sie nur unter Leitung neutraler Kommissionen und unter Fernhaltung aller demagogischen und mit unwahren Angaben auf die niedersten Instinkte der Massen berechneten Agitationsmittel stattfinden dürfte. Schon heute ist z. B. erkennbar, daß es eine bewußte Irreführung ist, wenn polnischerseits behauptet wird, im neuen Polenreiche würden in steuerlicher Beziehung bessere Verhältnisse herrschen als im geschlagenen Deutschland. Daß aber in einem Lande, das aus den heterogensten Elementen erst zusammengeschweißt werden soll, die staatlichen Einrichtungen, wenn wir von der geringen staatsbildenden Kraft der Polen ganz absehen, viel zu wünschen übrig lassen müssen, ist vor allem den deutschen Arbeitern ebenso klar wie die Erkenntnis, daß sie in sozialer Beziehung in Polen Verhältnissen entgegengehen würden, die sich mit den fortgeschrittenen Zuständen in Deutschland in keiner Weise vergleichen lassen.

Zusammenfassend ist also zu sagen, daß auch von der Provinz Posen sehr erhebliche Gebiete bei Deutschland bleiben müssen, wenn die Regierung die Grundsätze, die für ihre Gegenvorschläge mit Recht maßgebend gewesen sind, aufrechterhalten will. Mit jenen Gebieten aber, deren Abtretung nicht zu vermeiden sein wird, geht ein hochbedeutsames Stück deutscher Kulturarbeit und gehen Hunderttausende von Deutschen, die zum größten Teile eine alteingesessene Bevölkerung bilden, an den polnischen Staat über. Die Gefahren, die ihnen für ihr Deutschtum drohen, sind angesichts des polnischen Fanatismus riesengroß. Möchten unsere deutschen Brüder im Posener Lande sich ihrer Pflicht, auch unter polnischer Herrschaft deutsch zu bleiben, stets voll bewußt sein. Was aber wir ihnen schuldig sind, um sie in ihrer dunklen Zukunft zu fördern und zu stützen, das möge ganz Deutschland sich allzeit als eine große nationale Pflicht gegenwärtig halten.

Fritz Darmstaedter-Helversen / Friedensvertrag und deutsche Landwirtschaft

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß im Deutschen Reiche, so wie es sich in der nächsten Zeit gestalten wird, die Landwirtschaft eine weit größere Rolle spielen muß als bisher. Es ist damit zu rechnen, daß wesentliche Teile der Exportindustrie zum Erliegen kommen werden; zahlreiche Menschen werden vor die Frage gestellt sein, entweder auszuwandern oder aufs Land zurückzukehren. Wichtiger denn je ist gerade jetzt und in der Zukunft eine tatkräftige Siedlungspolitik, wie sie in diesen Blättern häufig gefordert worden ist. Und gerade jetzt, wo es gilt, Zehntausenden von Volksgenossen den Erwerb einer eigenen ländlichen Heimstätte zu ermöglichen, droht uns der Verlust wichtigster landwirtschaftlicher Gebiete, in denen eine reiche Gelegenheit zur inneren Kolonisation vorhanden ist. Insgesamt dürfte die Einbuße an landwirtschaftlichem Gebiet nach den Vorschlägen der Entente betragen:

in der Provinz Posen	267 000 ha
Westpreußen	160 000 „
Ostpreußen	129 000 „
Schlesien	84 000 „
Schleswig-Holstein	30 000 „
Pommern	4 400 „
insgesamt	675 000 ha

Digitized by Google

Es ist bekannt, daß in den in Frage stehenden Gebieten (mit Ausnahme von Schleswig-Holstein) der Großgrundbesitz einen erheblichen Anteil an der Fläche aufweist. (Im Durchschnitt mindestens 40 v. H.) Für wie viele Ansiedlungslustige wäre hier Raum! Von wirtschaftlichen Erwägungen ganz abgesehen, würde schon allein aus Gründen der deutschen **Volksgesundheit** ein Verlust dieser Gebiete von ungeheurem Nachteil für das deutsche Volk sein.

Würde eine Abtretung dieser Gebiete zur Wirklichkeit werden, so wäre rund 21 v. H. der gesamtdeutschen Ernte an Brotgetreide und Kartoffeln verloren. Der Ausfall an Rindvieh würde rund 16 v. H., an Pferden über 20 v. H., an Schweinen 16 v. H. des gesamtdeutschen Bestandes ausmachen. Was das bei unserer Ernährungslage jetzt und in Zukunft zu bedeuten hat, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Die Ernährung des deutschen Volkes würde vollends vom Auslande abhängen; Deutschlands Abhängigkeit von den überseeischen Agrargebieten und den östlichen Randstaaten würde ein unerträgliches Maß erreichen. Mit aller Kraft müßte nunmehr an die Intensivierung der noch übrigbleibenden deutschen Landwirtschaft geschritten werden. Aber auch hier richtet der Friedensvertrag außerordentliche Hemmnisse und Schranken auf. Eine eigene autonome auswärtige Handelspolitik soll dem deutschen Volke verwehrt werden; ohne Gegenseitigkeit ist den anderen Staaten das Recht der Meistbegünstigung einzuräumen. Wenn auch vorläufig eine möglichst ungehemmte Einfuhr von Agrarprodukten erwünscht ist und der tiefe Stand unserer Valuta sich gleichsam wie eine Schutzzollmauer um das deutsche Reichsgebiet legt, so muß doch schon bald mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die unter günstigeren Bedingungen arbeitende Landwirtschaft des Auslandes die heimische Erzeugung unterbietet. Es muß berücksichtigt werden, daß die deutsche Landwirtschaft an den gewaltigen Kriegslasten mitzutragen hat, daß weiterhin die Höhe der Löhne und der sozialen Verpflichtungen sowie der hohe Preisstand aller Geräte und Düngemittel usw. die heimische Erzeugung zugunsten der ausländischen Konkurrenz (besonders der östlichen Länder und auch Amerikas) schwer beeinträchtigen. Es muß deshalb unsererseits mit aller Kraft darauf hingewirkt werden, daß wir gegebenenfalls wiederum imstande sind, unserer bäuerlichen Produktion den notwendigen Schutz angedeihen zu lassen.

Über die von der Entente verlangten Viehlieferungen ist bereits in der Öffentlichkeit vielfach geschrieben und gesprochen worden. Die Ablieferung von 140 000 Milchkühen erscheint bei dem jetzigen Stande unserer Milch- und Fettversorgung völlig ausgeschlossen; die Abgabe der geforderten Jungrinder, Stiere, Zuchtschweine, Schafe und Ziegen würde unsere Aufzuchtmöglichkeiten aufs schwerste schädigen, um so mehr, als die zurzeit völlig abnormen Preise für Zucht- und Jungvieh eine Wiederauffüllung der geschwächten Bestände, besonders in der kleineren Landwirtschaft, so gut wie unmöglich machen.

Auch die Versorgung mit künstlichem Dünger wird durch die Vorschläge der Entente empfindlich betroffen. Ob die Erzeugung von Stickstoff nach der Abtretung von einem Drittel unserer Kohlenproduktion und infolge der von uns verlangten Kohlenlieferungen in der beabsichtigten Weise wird durchgeführt werden können, erscheint fraglich. Einen sehr empfindlichen Nachteil stellt weiterhin der Verlust von 64 v. H. unserer einheimischen Produktion von Thomasmehl dar. Gerade das phosphorhaltige Thomasmehl ist für den rationellen Feldbau unentbehrlich; durch die Abtretung von Lothringen, dem Saargebiet und Oberschlesien würde die deutsche Landwirtschaft gezwungen werden, ihren Bedarf wahrscheinlich zu erheblich höheren Preisen wieder einzuführen.

Die nachteiligen Wirkungen des Friedensvertrages in der von der Entente vorgeschlagenen Form auf die deutsche Landwirtschaft könnten noch an zahlreichen anderen Beispielen erläutert werden. Die bereits erwähnten Beispiele sollen aber genügen. Sie zeigen mit aller Deutlichkeit, daß der Friedensvertrag in der Form, wie er uns heute vorliegt, eine Wiederaufrichtung der heimischen Landwirtschaft, geschweige ihre Intensivierung völlig unmöglich machen würde, ganz abgesehen von den kaum je heilbaren Wunden, die unserer Volksgesundheit und Volkskraft sonst geschlagen wären.

Gertrud Bäumer / Zur Begriffsklärung über die Räte

Fortsetzung.

Es ist von Arbeitgeberseite mehrfach — die Untersuchungen sind voneinander unabhängig in drei großindustriellen Betrieben in Berlin, im Rheinland und in Hannover angestellt — festgestellt, daß die Verteilung der dem Kapital zufließenden Dividende an die Arbeiterschaft im Jahre 1917/18 pro Kopf 240—270 M. ergeben haben würde. Diese Ziffern sollen gegen die Sozialisierung sprechen. Sie beweisen aber tatsächlich etwas anderes. Sie beweisen, daß Sinn und Zweck der Sozialisierung nicht in der materiellen Besserstellung der Arbeiterschaft beschlossen sein kann. Vielmehr: in der Überwindung der falschen Einstellung zu Arbeit, Unternehmertum, Arbeitsertrag, die — eine Folge kapitalistischer Organisation — die schwerste Hemmung der Produktivität der Arbeit war. Man muß sich nur einmal daran gewöhnen, zu sehen: welche Belastung der Arbeitsleistung war die Lohnarbeiter- — die Mietlingsgesinnung! Daß die Politik der Arbeitermassen, der Hauptträger unserer volkswirtschaftlichen Arbeit, **nicht** Produktions-, sondern Lohnpolitik war. Daß sie gewöhnt waren, alles für sich selbst **nicht** von der Blüte ihres Erwerbszweiges, sondern nur von der Minderung des Kapitalertrags zugunsten des Lohnfonds zu erwarten, welche Bremse der Arbeit! Daß der Widerstand gegen das Zuviel des von ihnen Verlangten ein Element ihrer Berufspolitik wurde, daß jede Steigerung der Leistung ihnen nur als ein Erfolg der Ausbeutung erschien, welch ein Element der Zurückhaltung und Obstruktion in der Arbeit selbst! Fleiß, Interesse an der Arbeit, Tüchtigkeit wird zum Verbrechen an der Solidarität, Bequemlichkeit fast zur Klassentugend. Hier liegt ein schwerer Organisationsfehler der Wirtschaft. Der Gegensatz von Kapital und Arbeit hat Milliardenwerte an gelähmten, erstarrten, produktiven Energien verschlungen, hat eine falsche Einstellung zur Arbeit erzeugt, die nicht nur unmittelbar durch alle Arten von ca-canny-Methoden, sondern auch mittelbar durch die tiefdringende Beirrung, ja Vergiftung der Arbeitsgesinnung wie ein schwerer Bann auf unserer Wirtschaft gelegen hat.

Diesen Bann zu zerbrechen, ist die große Aufgabe der Gegenwart. Und wenn so viel von der notwendig zu erhaltenden freien Initiative des Unternehmers gesprochen wird, so möge man aus eben diesem Verständnis für Initiative heraus sich auch einmal die Frage nach den psychologischen Quellen der Initiative des Arbeiters vorlegen.

Denn es ist Stockblindheit, anzunehmen, daß diese Arbeit keiner inneren Initiativen bedürfe, sondern unter dem mechanischen Druck von Zwangssystemen jeder Art ebensogut zu erpressen sei.

An dieser Stelle fließt die Frage der Sozialisierung mit der des Rätesystems zusammen. Wenn die alte volkswirtschaftliche Struktur unseres Wirtschaftslebens bleiben soll — der Kapitalismus —, so ist es im Grunde sinnlos, verfassungsmäßig etwas anderes aufzubauen. Der Kapitalismus ist ein monarchisches System und kann durch kollegiale Methoden nur belastet und gehemmt werden. Setzt man in ein im alten Geist, d. h. im Geist des Gegensatzes von Kapital und Arbeit geleitetes Unternehmen einen Arbeiterrat mit den Befugnissen der Einwirkung auf den Produktionsprozeß, so bewirkt man nur, daß jede Maßnahme durch ein Fegefeuer von fruchtlosen Debatten hindurch muß, unabsehbare Schwerfälligkeit und Verschleppung. Nur dann kann eine neue Industrieverfassung sich bewähren, wenn sie einen neuen Willen zum Ausdruck bringt.

Der Entwurf der Regierung zu einem neuen Artikel der Verfassung (34a) lautet:

Die Arbeiter sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre tariflichen Vereinbarungen werden anerkannt.

Sie erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen nach Betrieben und Wirtschaftsgebieten gegliederte gesetzliche Vertretungen in Betriebs- und Bezirksarbeiterräten und einem Reichsarbeiterrate.

Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer zu Bezirkswirtschaftsräten und einem Reichswirtschaftsrate zusammen.

Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung beim Reichstag dem Reichswirtschaftsrate zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetze beim Reichstag zu beantragen, die ebenso wie Vorlagen der Reichsregierung oder des Reichsrats zu behandeln sind.

Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden.

Aufbau und Aufgaben der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern werden durch Reichsgesetz geregelt.

In diesem Entwurf ist der alte Gegensatz von Kapital und Arbeit zunächst festgehalten, insofern als bis zur Zentrale des Reiches hinauf ein System der reinen Arbeitervertretungen aufgebaut ist, ebenso wie an reine Unternehmervertretungen gedacht ist, die aber nicht als solche genannt, verfassungsgemäß festgelegt und durch Reichsgesetz geregelt werden sollen. Nach wie vor verhandeln die beiden Gruppen als zu festen Parteien zusammengeschlossene Kontrahenten, fast wie zwei feindliche Heere. Man kann sich die Vertretung sozialisierter Betriebe in diesem System überhaupt nicht denken. Sie passen schlechtweg nicht hinein. Dem gemeinschaftlichen Gedanken widerspricht dies System eher als daß es ihn ausdrückt. Eine tatsächlich neue Basis ist mit diesen Sätzen in keiner Weise gewonnen: das Recht auf Begutachtung wirtschaftlicher Gesetzentwürfe und auf Einbringung solcher ist zwar etwas verfassungsgemäß und staatsrechtlich Neues, faktisch hat man immer Gutachten eingezogen und den Wünschen der Wirtschaftsvertreter durch Gesetze entsprochen.

In diesem Entwurf der Reichsregierung kommen verschiedene, ganz verschiedene Standpunkte zur Schaffung der Interessenvertretung der Arbeit zusammen.

Auf der einen Seite (Sinzheimer: Die Zukunft der Arbeiterräte im 1. Beiheft zur „Tat") will man die Arbeiterräte unabhängig von der Frage der Gesamtvertretung der Industrie (Wirtschaftsrat) als reine Interessenvertretungen der „abhängigen Arbeit" aufbauen, und zwar auf der Grundlage der Gewerkschaften, die zu Zwangsorganisationen gemacht werden sollen. Den so aufgebauten Interessenvertretungen der Arbeiter (Provinz-, Landes-, Reichsverbände) wird das Recht gegeben, Gesetzesvorlagen einzubringen. Die Vertretung der Unternehmer, überhaupt der Produktion als solcher, scheidet hier ganz aus, ebenso jede Einwirkung auf die Produktion. Es handelt sich um eine verfassungsmäßige Festlegung einer Rechtsvertretung von „Arbeiter- und Angestelltenintereſſen" im engsten Sinne des Wortes.

Dem steht nun der andere Gedanke gegenüber, den in mannigfacher Ausprägung Kaliski, Vershofen, auch der hervorragende Österreicher Otto Bauer, Robert Wilbrandt u. a. vertreten: Das Rätesystem als Ausdruck der Gemeinwirtschaft, d. h. als Vertretung der Träger der Produktion im weitesten Sinne des Wortes und in einer Form, die von zwei Gesichtspunkten beherrscht wird: Überwindung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit, und weitgehende Selbstverwaltung der großen Wirtschaftszweige. Auf diesem Standpunkt steht auch ein Entwurf, den soeben der Gewerkverein der Metallarbeiter ausgearbeitet hat.

In diesem Aufbau gelten die Arbeiter wesentlich als Vertreter der Produktion. Sie sollen mit den Unternehmern gemeinsam agieren als die schaffenden Kräfte der Produktion. Die Anknüpfung bieten hier nicht die Gewerkschaften, weil diese zu sehr auf die Berufsfragen im engeren Sinne, d. h. die Fragen des Arbeits- und Vertragsverhältnisses eingestellt sind. Die Anknüpfung bilden vielmehr die Syndikate, die nur aus Unternehmerorganisationen in paritätische Arbeitsgemeinschaften verwandelt zu werden brauchen, um ihre neue Bestimmung zu erfüllen. Die Gewerkschaften sollen dabei als Vertretung der Klassengemeinschaft der Arbeiter bestehen bleiben — in der freien Form wie heute. Arbeiterräte, Arbeitsgemeinschaften, die gleichermaßen für Industrie, Handel, Handwerk, Landwirtschaft und die freien Berufe zu bilden sind, entsenden ihre Vertreter in eine „Kammer der Arbeit", die als ständische Kammer neben die demokratische Volksvertretung tritt. Diese letzte Konsequenz zieht Kaliski; in dem Entwurf des Gewerkvereins der Metallarbeiter bildet die oberste Vertretung der Produktion ein Reichswirtschaftsrat, dem die Begutachtung der sozialpolitischen Gesetze und die Ausführungsbestimmungen zu allen wirtschaftlichen Gesetzen obliegt, die von der Volksvertretung nur als Rahmengesetze gegeben werden sollen.

In jedem dieser Pläne treten als Grundgedanken hervor: Erziehung der Arbeiter zu einem neuen wirtschaftlichen Bewußtsein als Träger der Produktion; wirtschaftliche Selbstverwaltung im Sinne der Entlastung der Gesetzgebung; Entstaatlichung der Wirtschaft bei Herausarbeitung ihres sozialen Charakters: also ein liberaler Sozialismus, der die wirtschaftliche Initiative kollektiviert, aber grundsätzlich frei, d. h. außerhalb staatlichen Zwanges läßt.

Digitized by Google

Die Vorschläge Sinzheimers und aller derer, die nur Arbeitervertretungen mit Rechtscharakter und gesetzlicher Basis ausstatten wollen, bleiben auf dem alten Klassenkampfboden und stellen nur die politische Krönung eines langjährigen Klassenkampfes dar. Die Vorschläge der zweiten Gruppe sind etwas grundsätzlich anderes (natürlich auch etwas grundsätzlich ja unvergleichbar anderes als der Bolschewismus). In ihnen steckt zweifellos die Zukunft. Um so genauer aber muß die Frage der politischen Rechte und die Stellung dieses Rätesystems zur Volksvertretung geprüft werden. Das soll ein Schlußaufsatz tun.

Heinz Potthoff / Volks- und Kultur-Geschichte

Was bisher an Geschichtskunde gedruckt und gelehrt wurde, war zu neun Zehnteln Staatengeschichte, wenn nicht gar Fürstensage. Die geschichtliche Entwicklung des Volkes als solchen, unabhängig von seiner staatlichen Zusammenfassung (die ja mit dem Volksganzen selten übereinstimmt), ist nur in der Kulturgeschichte behandelt worden. Und auch dort ganz unzureichend. Denn abgesehen davon, daß die Kulturgeschichte noch in den Anfängen steckt, daß sie sich nur zu häufig an die politischen Grenzen und Zusammenhänge viel stärker bindet, als gut ist, verfällt sie meist in den gleichen Fehler wie die politische Geschichte: daß sie undemokratische Fürstengeschichte ist, einseitig die Leistungen und die Gewohnheiten einer dünnen Oberschicht schildert und diese dann als Kultur des Volkes ausgibt. Eine Kulturgeschichte der Volksmassen gibt es noch gar nicht; sie bleibt die große Aufgabe der neuen Zeit, die nicht nur Staat und Wirtschaft, sondern auch alle andere Kultur demokratisieren und im Zusammenhange damit auch die bisherige Massenkultur erkennen und darstellen wird.

Eine Ausnahme von dem Gesagten macht vielleicht die Wirtschaftsgeschichte. Sie bemüht sich seit einer Reihe von Jahren eifrig, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Volksgesamtheit, namentlich der proletarischen Massen, festzustellen, auch sie rückwärts zu verfolgen. Aber auf geistigen Gebieten sind wir damit noch sehr weit zurück. Man lese irgendeine Geschichte der deutschen Literatur, und man muß den Eindruck bekommen, daß vor hundert Jahren ein Goethe das deutsche Geistesleben beherrscht habe. In Wirklichkeit bedeutete damals Goethe so wenig, daß er noch nicht einmal zusammen mit Schiller eine literarische Zeitschrift lebensfähig machen konnte. Dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit war er kaum ein Zehntel von dem, was er ihm heute ist (wahrscheinlich haben neun Zehntel seiner deutschen Zeitgenossen nicht seinen Namen gekannt). Und auch heute ist Goethe dem Volke kaum ein Zehntel dessen, was er ihm bedeuten sollte und könnte — wenn Regierung, Schule, Kirche, Besitz und Bildung ihren sozialen Pflichten nachgekommen wären.

Was uns als die harmonische, beneidenswerte körperliche Kultur des klassischen Zeitalters geschildert ist, betrifft doch nur eine ganz dünne Oberschicht von einigen Tausenden, hinter denen die Millionen der in ländlicher Hörigkeit oder städtischer Freiheit vegetierenden Arbeitstiere ganz im Dunkel bleibt. Was lasen, erzählten und sangen diese Millionen? Auf diese Frage haben wir noch keine Antwort. Und selbst für die Gegenwart sind die Feststellungen darüber, was die Massen lasen, was an fremder und eigener Dichtung, Erzählung in ihnen lebt, erst in den Anfängen. Auch aus älterer Zeit haben wir einzelne solche Feststellungen, wie die Sammlungen der Volksmärchen, der Volkslieder und dergl. Aber von einer zusammenhängenden Geschichte des Volksschrifttums sind wir noch unendlich weit entfernt.

Eine solche demokratische Literaturgeschichte verzichtet natürlich nicht auf die Leistungen der Großen; aber sie beurteilt sie anders als bisher: nicht nur nach den Ansichten der Kritiker, der Höfischen und sogenannten gebildeten Kreise, sondern in erster Linie nach dem Verhältnis der Volksmassen zu ihnen, nach ihrer Einwirkung auf das Denken und auf die Sprache dieser Massen. Dadurch werden sehr wesentliche Änderungen eintreten. Mancher Name, der in der Literaturgeschichte glänzt, wird in bescheidenes Dunkel versinken, weil 99 v. H. der Zeitgenossen und Nachfahren in Deutschland kaum seinen Namen gehört haben. Literarische Zänkereien, die vor hundert Jahren einen kleinen Kreis und heute längst keinen Menschen mehr interessieren, werden übergangen werden. Volkslied, Märchen und Kirchengesang werden viel stärker in den Vordergrund treten. Vielleicht wird die Lutherische Bibel sich als das bedeutsamste Stück deutschen Schrifttums erweisen. Wahrscheinlich wird sich zeigen, daß Goethes „Heideröschen" für das Volk mehr bedeutet als Tasso und Iphigenie zusammen. Die Wirkungen der großen Kunstwerke auf das Volk werden erst mittelbar in Erscheinung treten; gerade solchen Zusammenhängen nachzuforschen, muß höchst reizvoll sein.

Ich verzichte auf jedes Urteil, begnüge mich mit diesen Andeutungen und behauptete: eine Geschichte der deutschen Volksliteratur haben wir noch nicht; sie zu schaffen, ist eine Aufgabe der neuen demokratischen Wissenschaft.

Aber das gleiche gilt von den bildenden Künsten. Wir haben eine Geschichte der Museumskunst, aber nicht der Volkskunst. Ja, wir haben uns erst seit kurzem darauf besonnen, daß es eine Volkskunst gibt und bei ihrem Studium mit Schrecken gesehen, wie bergab es mit dieser Volkskunst gegangen ist. Mit Museen und Ausstellungen ist da wenig zu retten, die dringen nicht in die Massen — oder wenigstens nur auf sehr langen Umwegen. Die größten Erziehungsmittel zum Kunstverständnis und Geschmack des Volkes sind heute: Plakat, Schaufenster und Ansichtspostkarte. Dieser Hinweis mag auch zeigen, wie verschieden eine Geschichte der Volkskunst von den bei uns üblichen Kunstgeschichten sein wird.

Für eine Volksgeschichte des Theaters stehen nicht die Hofbühnen an erster Stelle, sondern die Kinos. Denn sie ergötzen und — bilden die Massen. Der Einfluß der Tagespresse, namentlich der kleinen Ortsblätter und der Fachzeitungen auf Denken, Sprechen und Handeln der Millionen ist noch wenig erforscht. Die Musikgeschichte bleibt viel zu sehr bei den großen Komponisten und ihren Beziehungen zueinander stehen, kümmert sich zu wenig um das Maß ihres Eindringens ins Volk und ihres Einflusses auf dessen Gehör und Geschmack. Wer bedeutet für die Millionen mehr: Beethoven oder Sousa? Mozart oder Lehar? Das sind peinliche Fragen; aber sie müssen einmal gestellt und mit aller Ehrlichkeit beantwortet werden. Denn es nutzt nichts, uns mit einer Kultur zu brüsten, die tatsächlich nicht besteht. Und für den Kulturstand der Zukunft ist der Durchschnitt der Massen entscheidend.

Kein größerer Irrtum, als daß die deutschen Gesetzbücher das deutsche Recht enthielten. Vieles davon steht auf dem Papiere und ist überhaupt nicht Wirklichkeit; vieles widerspricht durchaus dem Rechtsempfinden der Massen und wird nicht beachtet; noch mehr gilt durch Gewohnheit als

Digitized by Google

Recht, was in keinem Paragraphen steht. Diesem wirklichen Rechte anstatt des geschriebenen Gesetzes haben wir viel zu wenig Beachtung geschenkt; auch die erfreulichen Bemühungen der neuesten Zeit haben das nicht ändern können. Die schlimmen Folgen zeigen sich erschreckend deutlich seit der Revolution. Die arbeitenden Schichten, die sich Macht und Selbstregierung errungen haben, zeigen eine solche verrückte Suche nach Gesetzesvorschriften und behördlichen Maßnahmen, daß man annehmen muß, Deutschland sei bisher viel zu wenig bürokratisch obrigkeitlich regiert worden und seinem Volke fehle jedes Verständnis für Demokratie.

Was wissen wir von der Religion des Volkes? Wir haben geschichtliche Darstellungen der Religionssysteme, der Kirchen und ihrer Dogmen. Aber das religiöse Glauben und Fühlen der Massen dürfte von ihnen so weit entfernt sein wie irgendein Nähmädchenlied von dem Beethovenschen Gedanken, auf dessen motivische Gestaltung jenes durch Vermittlung dreier nachempfindender Komponisten zurückgeht.

Deutschland ist überreich an Akademikern aller Art. Dieser Überfluß wird in den nächsten Jahren stärker als je zutage treten. Soweit die jüngeren Kräfte nicht den richtigsten Schritt in die praktische Arbeit, namentlich in die Landwirtschaft, tun können oder wollen, sollten sie wenigstens sich den großen sozialen Forschungsaufgaben widmen, die schon längst bestanden, die aber erst durch die Ereignisse des letzten Jahres in den Vordergrund getreten sind und zu einer Lösung zwingen.

Bruno Rauecker / Beruf und Berufung

Je arbeitsgeteilter unser Wirtschaftsleben wird, je mehr die ökonomischen Erfordernisse dazu zwingen, beizeiten den rechten Mann an die rechte Stelle zu setzen, je rationalisierter das Arbeitsleben wird, je vordringlicher wird auch das Problem der Berufsberatung.

In Schulen, in Berufsberatungsstellen, in Berufsämtern des Staates, in Prüfungsbüros der Gemeinden und Privater sind Untersuchungen über Berufseignung im Gang. Wissenschaftliche Zentralstellen auch für die akademische Berufsberatung sind errichtet worden. Durch Reichsgesetz steht straffe Zusammenfassung des paritätischen Arbeitsnachweises bevor. Ein Netz von Arbeitsnachweisverbänden ist über das ganze Reich gespannt. Arbeitsnachweise für Geistesarbeiter sind in der Errichtung begriffen. Der mechanische Ausbau der Menschenökonomie ist in geregelte Bahnen gekommen.

Ist damit das Problem des Berufes in dem Verstande des „Berufenseins" erschöpft? Uns scheint es, als begänne es gerade dort, wo die wirtschaftliche Bewertung des Berufes aufhört. Denn stärker als je ist in der Häufung und Zentralisation der Arbeitsvermittlung die Möglichkeit der Verkümmerung des sittlichen Teiles der Vermittlung und Berufsberatung gegeben; stärker als je werden die Menschen sich ihrer Atomisierung im Erwerbsleben erwehren müssen. Wenn schon die Spannung zwischen Arbeitslust und mechanischer Arbeitsleistung vor dem Kriege gelegentlich unerträglich war, so wird sie es jetzt, wo die Verarmung unseres Volkes die breitesten Massen zum wahllosen Verdienenmüssen treibt, noch viel mehr sein. Im Mittelalter hat die Gottesidee, in der Renaissance die Natur, im Zeitalter der Aufklärung die Vernunft die „Idee" des Berufes erfüllt, jetzt fließt die Idee aus dem Berufe selbst. Quelle und Mündung der Arbeitsfreude ist die Arbeit selbst geworden: ihr Inhalt strömt letzlich in sich selbst zurück. Wir sind an Kulturgütern nicht verarmt hierdurch, nur die Form, in deren Transzendenz ehedem die Inhalte sich ergossen, ist in der modernen Kultur verlorengegangen. Eine tiefernste Aufgabe, die damit des Berufsberaters harrt. Mehr als je wird er darauf angesprochen werden, den Beruf nach seinen Verdienstmöglichkeiten zu kennen und zu werten, und weniger doch als je sollte er ihn nach diesen Gesichtspunkten werten müssen. Tausende von Menschen, von heimgekehrten Kriegern, von arbeitslosen Frauen werden zu ihm kommen. Tausenden von Menschenseelen wird er helfen oder sie verroten müssen. „Die Menschen sollen zu den Zwecken der Zeit abgerichtet werden, um so zeitig wie möglich mit Hand anzulegen. Sie sollen in der Fabrik der allgemeinen Utilitäten arbeiten, bevor sie reif sind, ja, damit sie gar nicht mehr reif werden, weil dies ein Luxus wäre, der „dem Arbeitsmarkte" eine Menge von Kraft entziehen würde." (Nietzsche: Vom Nutzen und Nachteil der Historie.) Nur sittliche Berufsberatung kann uns vor dieser Not bewahren. In den „unzeitgemäßen Betrachtungen" steht: „Alles Lebendige braucht um sich eine Atmosphäre, einen geheimnisvollen Dunstkreis. Wenn man ihm diese Hülle nimmt, wenn man eine Religion, eine Kunst, ein Genie verurteilt, als Gestirn ohne Atmosphäre zu kreisen, so soll man sich über das schnelle Verdorren, Hart- und Unfruchtbarwerden nicht mehr wundern." Stets und immer werden die Berufsberater sich hieran erinnern müssen.

Zwar mag es kommen, daß an die Stelle des Wirtschaftssubjektivismus, der Krisen, der Moden, der freien Konjunktur die Bindung und Ordnung sozialistischer Weltgemeinschaft tritt. Solange aber in Arbeitsteilung und Tausch die Mechanik kapitalistischen Getriebes verankert ist, bleibt kein Raum für einen Inhalt der Arbeit, der aus sich selbst den Bedürfnissen der Allgemeinheit entspricht. Immer wird zwischen dem Individuum und der Gesellschaft zu vermitteln sein, und es ist die grundlegende Aufgabe der Berufsberatung, dies in Rücksicht auf die Sittlichkeit des Arbeitslebens auszuüben.

Ob die sittlichen Voraussetzungen hierzu Gemeingut unserer Berufsberatung sind, ist ungewiß. Die Versklavung der Menschen der letzten Menschenalter hat den Blick für seelische Werte getrübt und an die Stelle der Berufspolitik — das Wort „Beruf" im biblischen Sinne des Berufenseins genommen — einen öden Utilitarismus des Verdienstes gesetzt. Noch hat man in weiten Kreisen den Begriff der Kultur als einer „neuen und verbesserten Physis ohne Innen und Außen, ohne Verstellung und Konvention, der Kultur als einer Einheitlichkeit, zwischen Leben, Denken, Scheinen und Wollen" (Nietzsche) nicht erkannt, noch ist auch die Erziehung nicht auf diese Begriffe eingestellt. Das einzige Bestreben der meisten Eltern geht auf baldige Versorgung ihrer Kinder aus. Kaum ein Erzieher leistet dieser Meinung Widerstand. Nicht nur das Proletariat, die ärmeren Kreise des sogenannten „neuen" Mittelstandes der Beamten und Angestellten, denken so, auch weite Kreise der „Gebildeten" und „Vermögenden" unseres Volkes, und sie erst recht. Die Berufsberatung muß hier ein Gegengewicht bilden. Sie muß die Meinungen ergänzen und klären und im Sinne der „Berufung" wie des Berufs gleichmäßig tätig sein. Der Beruf muß werden ein Mittel zu sittlicher Lebenserfüllung, der Beruf muß werden ein Sprachrohr der sittlichen Natur im Menschen, ein Weg zur Persönlichkeitsvollendung überhaupt.

Digitized by Google

Unabhängigkeit des Berufsberaters von allen Interessentengruppen ist hierfür Vorbedingung. Berufsberaterschulen müssen gefördert werden unter staatlicher Aufsicht, in denen das Ergebnis wissenschaftlicher Berufsforschung zu lehren ist. Die Prüfungen sollten nach technisch-wirtschaftlichen wie nach pädagogischen Gesichtspunkten gehalten werden. Weder ein übertriebener Idealismus noch auch intellektualistischer Drill sind in der Lehrmethode angebracht. Darüber hinaus wird in Berufsämtern die praktische Wirksamkeit der Berufsberater einheitlich nach Normen festzusetzen sein.

Vor allem aber ist vor einem zu warnen: Niemals sollen pädagogische Berufsberatung und Arbeitsnachweis miteinander verbunden werden. Der Beruf als solcher hat mit der Gunst oder Ungunst seiner wirtschaftlichen Verwertung nichts zu tun. Niemals darf ein Berufsberater, weil ein „Berufener" zuzeiten schlechte Aussichten hat, sich der Erkenntnis seiner Berufenheit versperren. Niemals kann andererseits die mechanische Arbeitsvermittlung auf jene Berufenheit Rücksicht nehmen. Des einen Amt ist Erkenntnis und Würdigung der sittlichen Natur im Menschen, des anderen deren zweckmäßige Verwertung im Wirtschaftsleben. Beides läßt sich in einer Person schwer vereinigen. Weit bequemer ist es, die Verantwortung für die schöpferische Begabung zugunsten der wirtschaftlichen „Realisierung" abzulehnen als umgekehrt.

„Der wahre Zweck des Lebens" — erklärte einst Wilhelm von Humboldt in einem Freiheitsprotest gegen den mechanisierten Wohlfahrtsstaat des 18. Jahrhunderts — „nicht der, welchen die wechselnden Neigungen, sondern der, welchen die ewig unabänderliche Vernunft ihm vorschreibt, ist die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen. Und das, wonach der Mensch ewig ringen müsse, und was der, welcher auf Menschen wirken wolle, nie aus den Augen verlieren dürfe, sei: Eigentümlichkeit und Kraft der Bildung." Wir haben im deutschen Idealismus, in der deutschen Romantik nach dem Individuellen in uns gelebt, und das Handwerkliche der Epoche hat uns dies leicht gemacht. Aufgabe unserer Tage ist es, dieses Individuelle mit dem Sozialen zu versöhnen, in aller Rationalisierung des Lebens das einzelne und seine Würde zu bewahren. Aus innerster Überzeugung muß der deutsche Geist das eigene und das übereigene Leben zusammenleben in einer Freiheit, der nur die sittliche Persönlichkeit den Charakter geben kann. In dieser Verbindung von Individual- und Sozialprinzip geistiger Art bleiben und werden wir frei, persönlich und politisch. Dazu diene uns die Erfüllung in der Arbeit, die Erfüllung im Beruf. Ob wir in altbäuerlich-germanischer Genossenschaftlichkeit uns diese Freiheit geben oder mit unseren Philosophen uns im transzendenten Sein verankern, ob wir in religiös erfülltem Bewußtsein nationale Demokraten oder Sozialisten sind, bleibt sich schließlich gleich. All dies ist nur die Form, in der wir Diener an der Menschheit sind, nur der äußere Ausdruck innerer Rechtsverhältnisse, nur der Rahmen für jenen Inhalt, den wir Deutschen so stark, so schöpferisch und gotterfüllt besitzen, wie kaum ein anderes Volk: Die sittliche Persönlichkeit.

Karl Büttner / Die Erfüllung der Revolution

„Über fünf Monate dauert die Revolution, fast ein halbes Jahr schon haben „sie" die Macht in Händen, und immer noch Unordnung, ja, es wird von Tag zu Tag schlimmer statt besser, und man sieht noch kein Ende ab."

Die so reden, übersehen nicht nur die Begleitumstände der großen deutschen Umwälzung, den Zusammenbruch der vor kurzem so gewaltigen Weltmacht der Deutschen, die Arbeitsnot, den Hunger, die körperliche und sittliche Erschöpfung des überanstrengten, überhetzten deutschen Volkes, sondern sie verraten auch geringes Verständnis für das innere Wesen dieser Revolution.

Unsere Revolution war und ist keineswegs nur eine politische. Oder wo wäre eine wirkliche Befriedigung und dementsprechend eine Beruhigung der Gemüter über den Sturz der Monarchie und die Errichtung der denkbar freiesten Demokratie und Republik zu beobachten? Auch von einer Räterepublik erwartet sich das Volk nicht das Heil. Kaum die Theoretiker und Fanatiker der Spartakusse glauben daran; sie sind sich offenbar selbst noch ganz unklar über ihre positiven politischen Ziele. Politische Not und politische Ideen allein drängen und führen unsere echten Revolutionäre ganz gewiß nicht; wenigstens jetzt nicht mehr.

Die Revolution war auch keine wirtschaftliche. Nicht die wirtschaftlich Ärmsten waren und sind ihre Träger, wie es sonst doch sein müßte. Es ging tatsächlich den revolutionären Arbeitern, Soldaten und Bauern nicht schlechter als den übrigen Volksgenossen, von der verhältnismäßig kleinen Schicht einiger Reicher in Stadt und Land abgesehen. Auch jetzt ist die wirtschaftliche Notlage in den Kreisen der Revolutionäre, sogar der Arbeitslosen oder der Streikenden, nicht größer als in weiten Kreisen desjenigen Volksteiles, welcher der Revolution ablehnend oder doch teilnahmslos gegenübersteht.

Eine Hungerrevolte war der große Umsturz vom November auch nicht. Der Hunger war allgemein, soweit man von den Bauern und von den Hamsterkünstlern in der Stadt absieht. Am wenigsten hungerten die Mannschaften der Marine und der Etappe, und doch gaben sie das Signal zur Empörung.

Auch keine bloße Militärrevolte; so sehr auch die maßlosen Zumutungen der Kriegspartei und die Übersteigerung des Militarismus sowie die systematische Agitation inländischer und ausländischer Gegner der in Deutschland bestehenden Ordnung dazu beitrugen, daß schließlich die Soldaten über den Anforderungen des blutigen, opferreichen und dabei doch aussichtslosen Krieges versagten und zusammenbrachen bzw. ihre noch standhaft kämpfenden Frontkameraden zum Anschluß an die Revolution nötigten.

Die deutsche Revolution war eine Naturnotwendigkeit, sie kam, sie mußte kommen, als „ihre Zeit erfüllt" war. Sie ist eine lange zurückgehaltene Explosion des Unwillens eines sehr großen Teiles des deutschen Volkes über die geistige und seelische Bevormundung durch eine kleine und noch dazu sittlich keineswegs tüchtigere Oberschicht; noch genauer, sie ist die Folge des Versagens der im deutschen Gesamtvolke wirksamen sittlichen Kräfte, sie ist die Tat gewordene, bewußte oder unbewußte Sehnsucht nach innerer Erneuerung, sie ist der Schrei eines ganzen Volkes nach Erlösung von sich selbst.

An Äußerlichkeiten sich haltende Beurteiler weisen wohl gegenüber dieser Auffassung von dem Wesen der deutschen Revolution auf die wilden Streiks hin, auf die Revolutionsgewinnler, auf all die abstoßenden Kostgänger und Leichenfledderer der Revolution, kurz auf die grob materiellen Wünsche und Begehrungen von Mitläufern (oder sogar „Wortführern") der Revolution. Es ist aber doch so: Die letzten Triebfedern dieser deutschen Revolution sind geistiger und seelischer Art, so sehr auch ihre Träger und Werkzeuge rein politische und wirtschaftliche Ziele zu verfolgen scheinen. Das Schlagwort von „wirtschaftlich und politisch Enterbten" ist tatsächlich in Deutschland schon lange nicht mehr wahr, sicher viel weniger als in anderen Ländern, wie etwa in Italien, Frankreich, England und Amerika, und konnte deshalb auch nicht mehr so gewaltige Umwälzungen, wie wir sie jetzt erleben, bewirken und innerlich tragen; wahr aber dürfte sein, daß jetzt noch ein sehr großer Teil unserer Volksgenossen geistig und seelisch hungert und sich gegenüber denjenigen, welche an der vollbesetzten Tafel höherer Kultur zu sitzen scheinen,

als ererbt vorkommt. Dieser Hunger nach Menschentum und wahrem Menschenglück ist der Vater unserer Revolution.

Am stärksten herrschte und am quälendsten (meist unbewußt) empfunden wurde diese geistige und seelische Hungersnot unter den Industriearbeitern. Darum dort die Geburtsstätte und der Herd der Revolution; darum diese die willigsten Gläubigen der (sicherlich oft falschen) Propheten eines neuen Menschentums. Wir aber sehen oft nur diese „blinden Blindenführer" und sind entrüstet über ihre Gaukelei oder spotten über sie und ihre Gemeinde oder leugnen überhaupt die geistige und seelische Not der anderen und unsere eigene Versäumnis und Schuld.

Aber Hand aufs Herz! Wie viele von den Gebildeten, Künstlern, Lehrern, Geistlichen kümmerten sich ernsthaft und kameradschaftlich um das Geistes- und Seelenleben z. B. der Arbeiter und Arbeiterinnen in den geisttötenden Fabrikbetrieben? Der „4. Stand" war ihnen doch wohl meistens nur Objekt, nicht aber Subjekt. Ja, man gab gute Lehren, man hatte Almosen und wohl auch wertvolle und wohlmeinende Gaben bereit, man schuf Volksbibliotheken, Kinderhorte, soziale Versicherungen, veranstaltete Volkskonzerte, Volksvorstellungen, Volksweihnachtsbescherungen, Wohltätigkeitsfeste (ach, wie taktlos waren sie oft!), man trieb geradezu Sport mit Volksfürsorge usw. usw. Aber fast stets wie für Unmündige, Ungleichwertige, Unreife, die man dadurch in guter Laune erhalten und vor unbequemen Selbständigkeiten bewahren wollte. Nicht in ihrer Sprache, nicht durch sie und mit ihnen und aus ihnen heraus, sondern für sie. Wer gab sich redliche, mitfühlende Mühe, die Psyche des 4. Standes zu ergründen, sie frei zu machen, sie als mitbestimmenden, vollwertigen Faktor in die Rechnung des Volksganzen, der Volkssitte, des lebendigen Organismus der ganzen Nation, der gesamten deutschen Kultur zu stellen? Behielt man sich nicht doch das eigene Klassen- und Gesellschaftsbewußtsein als etwas durchaus Berechtigtes vor? Haben nicht Staat und Stadt sehr sorgfältig und eifersüchtig ihr „Recht" gewahrt, ein „bürgerlicher" Staat zu sein? Beschränkten sich ihre Maßnahmen nicht fast alle auf wirtschaftliche, materielle Besserstellung und Sicherung des 4. Standes? Hat nicht auch die Kirche das Proletariat mehr gefürchtet als geachtet und geliebt und hat es (praktisch) von sich ferngehalten?

Selbstverständlich gab es rühmliche Ausnahmen; im ganzen aber handelten gerade unsere Gebildeten und geistig Hochstehenden und maßgebenden Kulturträger nach dem häßlichen Satze des römischen Hofdichters Horaz „Odi profanum volgus et arceo". „Ich hasse das gemeine Volk und halte es ferne." Sogar wirklich edle Menschenfreunde von tiefer Herzensbildung brachten es nur schwer über sich, aus ihrer Sphäre herauszutreten, alle Hemmungen der Kinderstube, der Erziehung, der gesellschaftlichen Gewöhnung tapfer zu überwinden und rein als Volksgenosse auf gleich und gleich, nicht nur gebend, sondern auch empfangend, an den vierten Stand heranzutreten. Es ist schon so: Sippenhochmut, Erwerbsegoismus, geistige Überhebung und Abschließung, lieblose Selbstkultur kennzeichneten die materiell, intellektuell und kulturell (seelisch?) Besitzenden; sie fanden und finden immer noch Prediger und Gläubige in Schlössern und Herrensitzen, in Bürgerhäusern und Gelehrtenstuben, in Kirchen und Theatern, in Büchern, Zeitungen und Kunstwerken.

Und schufen und schaffen doch nicht eine wahrhaft höhere Sittlichkeit. Sie waren über der hastenden Arbeit ja selbst seelisch arm geworden. Das war schon lange vor dem Kriege so, wurde aber gerade im Kriege am abstoßendsten offenbar und wurde im Kriege am wirksamsten, weil hier der vierte Stand zu den gleichen Leistungen wie die geistig Höherstehenden, wie die Gebildeten und gesellschaftlich Bevorrechteten berufen wurde und sich dazu befähigt zeigte. So entstand die Stimmung, aus der unsere deutsche Revolution geboren wurde. Und, was bedeutsamer ist, jetzt noch genährt wird. Denn die Revolution wächst noch. Sie ist noch lange nicht überwunden. Sie ist noch nicht erfüllt.

Die Revolution kann nicht erfüllt und auch nicht besiegt werden durch Waffengewalt, so sehr diese zur Verteidigung der natürlichen Baustoffe einer neuen deutschen Kultur gegen verkehrte Methoden von Revolutionsfanatikern berechtigt und unerläßlich ist. Auch in rücksichtslosem Zugreifen gegen Großbesitz und Kapitalismus, so nötig dies ist, auch nicht in Vergesellschaftungen auf wirtschaftlichem Gebiete, erst recht nicht in ödem, mechanischem Kommunismus, der ja nur nivelliert und zerstört, kann das Heil liegen. Sondern nur in einer geistigen und seelischen Sozialisierung unseres ganzen Volkes.

Darunter ist aber nicht etwa eine pedantische Gleichmacherei zu verstehen. Das wäre naturwidrig, das wäre wilde Sozialisierung und führte bestenfalls zu einer Klassenkultur des Proletariats an Stelle der Klassenkultur, die wir bisher hatten. Anderseits dürfte sich diese geistige und seelische Sozialisierung keineswegs darauf beschränken, allen Volksschichten möglichst gleichmäßigen Anteil an den derzeitigen Bildungsmöglichkeiten zu geben, sondern müßte eine neue Bildung schaffen, müßte die Seelenbedürfnisse der seelisch Notleidenden erforschen und, soweit das menschenmöglich ist, befriedigen. Dazu wäre vor allem nötig die Freimachung der Religion in ihrem weitesten und tiefsten Sinne. Dazu wäre nötig eine „revolutionäre" Zurückwertung der nur formalen Bildung, des lebensfeindlichen Intellektualismus zugunsten des Könnens und des körperlichen Arbeitens. Deutschland ist krank am Studierwahnsinn. Der „deutsche Schulmeister" hat Deutschland groß und mächtig — und seelisch arm gemacht und geistig zerrissen. Man mißverstehe mich nicht! Kein Wort soll gesagt werden gegen tiefschürfende deutsche Forschung und Volksunterricht im Geiste Pestalozzis, höher aber noch steht deutsches Dichter- und Sehertum und deutsche Innerlichkeit. Ihr Feind war der streberhafte, hochmütige Lern- und Studierwahn der Deutschen; von ihm müssen wir uns vor allererst befreien.

Wir brauchen eine große, geistige, seelische Revolution. Nur diese kann unsere gegenwärtige Revolution erfüllen. Wir brauchen, wir ersehnen eine tiefstschürfende Umwälzung auf dem Gebiete des Geistes und der Seele und der Sitte. Wir brauchen Männer und Frauen, die von tiefstem sozialen, von geschwisterlichem Geiste beseelt hineintreten ins Volk und, ohne sich selbst zu verlieren, gewillt sind, all seine Herzenslast und all sein Herzensleid mitzutragen und mitzuleiden und mitzuüberwinden. Wohl wissen wir, daß nicht alle unsere Hoffnungen dabei in Erfüllung gehen werden. Aber wir wollen dabei sein, in vorderster Front, im Kampfe um die seelische Freiheit und um die Schaffung und gerechte Verteilung seelischer Nahrung, um die innere Einheit des Geistes und der Sitte und des seelischen Lebens unseres deutschen Volkes, als einer einigen, wahrhaft brüderlichen Gemeinschaft der Gesinnung.

Naumann / Pfingstbewegung

In der Not lernt man beten; das soll heißen: wenn alle kleinen und gewöhnlichen Pläne und Mittel nichts mehr helfen, gibt man die Zuversicht zur bloßen Klugheit auf und wendet sich unmittelbar an die Urkräfte des Daseins, indem man dem großen Zuge der Naturtriebe und Gemeinschaftsideen folgt und das zu tun sucht, was höher ist als die gewöhnliche Rechnerei und Taktik. Aus Verzweiflung wird der Mensch frei von Spießbürgertum und Knechtsgesinnung. Wenn denn doch einmal alle Berge ins Meer sinken und alle Felsen zersplittern, dann lernt auch der Furchtsame sich als einen Teil des Sturmes und Wetters fühlen und heult und ruft mit im grausamen Konzert des Unterganges einer Weltzeit. Dann gibt es wilde Überschwemmungen des Geistes. Die anerzogene Normalgesinnung ist zu schwach für solche Zeiten der innersten und größten Aufregungen; die alten Hauptbegriffe wie Wahrheit, Ehrlichkeit, Pflicht, Eigentum, Gerechtigkeit schwanken und wanken, alles wogt und brauset, es ist Revolution überall. Erst in solchen Brandungen beginnen wir den heiligen Geist der Bibel völlig zu

Digitized by Google

verstehen, der kein sanftes Säuseln und keine Theologengeschichte war, sondern eine Grunderschütterung aller davon betroffenen Seelen. Aus dem Grauen des Kreuzestodes und der unfaßbaren Glut des Auferstehungsmorgens entstand bei den Jüngern Jesu eine neue Wesensart des Gemeinschaftslebens, als wären Flammen zerteilet auf ihren Köpfen. Sie stammelten in neuen Zungen und wußten dabei, daß ihr Stammeln von Gott komme und besser sei als die wohlüberlegte Weisheit der ältesten Doktoren. Ihr neuer Lebensdrang war ein Glaube, der nicht zweifelt an dem, das er nicht sieht, und eine Todesbereitschaft gegenüber einer weiten feindlichen Welt. Nur durch diese göttliche Unvernunft konnten die Apostel zu Weltreformatoren werden. Das zu beachten, ist der Sinn des Pfingstfestes. Es ist kein stilles Fest mit Sonnenschein und gelben Blumen, sondern es trägt sein Gewitter in sich. Jetzt, meine Freunde, in diesem unglaublich harten und tollen Jahr, jetzt wollt ihr Pfingsten so feiern, daß ihr dabei zittert wie einst die Gemeinden im Tempel von Jerusalem!

Büchertisch

Richard Gilády Gruber, **Internationale Staatenkongresse und Konferenzen**, ihre Vorbereitung und Organisation. Eine völkerrechts-diplomatische Untersuchung auf Grund der Staatenpraxis vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. 348 S. Geh. 17 M., geb. 22 M.

Das vorliegende Werk, dessen ausführlicher Titel ja schon ein Programm enthält, erscheint in einem Augenblick, da sich auch weitere Kreise mit den darin behandelten Fragen befassen; aus dem Bedürfnis heraus, die überwältigenden Ereignisse der Gegenwart aus der Praxis der Vergangenheit zu erklären, dort Zuflucht und Rat zu finden für das, was jetzt unverständlich und fremd sie vergewaltigt.

Die große Materialsammlung, die der Verfasser bietet, würde wohl ein besseres und abgerundeteres Bild der Vorgänge geben, wenn nicht der eigentliche Text — aus dem begreiflichen Bestreben heraus, das Wichtigste möglichst scharf zu formulieren und hervorzuheben — zu kurz gekommen und zu sehr belastet worden wäre durch die Unsitte, zuviel in die gehäufte Fülle der Anmerkungen zu drängen; so daß (S. 198 ff.) ein groteskes Bild entsteht, indem drei aufeinanderfolgende Seiten nur Anmerkungen enthalten, während ein Strich oben an der kopflosen Seite andeutet, daß sie eigentlich hier vom Text gekrönt sein sollte. Wenn man Quellennachweise und Zitate hier bringen will — gut; aber die hier angeführten Beispiele aus der Konferenzpraxis gehören in den Text, da sie eine fortlaufende Erläuterung sind zu dem, was vorher als These aufgestellt worden war.

Da der Verfasser sich anscheinend nicht viel mit historischen Fragen beschäftigt hat (er zitiert hauptsächlich als Zeugnis Weber-Baldamus, ein gutes Nachschlagewerk für den Laien), unterlaufen ihm auf diesem Gebiete auch zuweilen Mißverständnisse. So war, entgegen seiner Ansicht, beispielsweise (S. 83) die Interventionspolitik der Heiligen Allianz keineswegs ein Widerspruch zu dem Grundsatze der Legitimität, sondern gerade dessen logische Folge. Denn in den Staaten, wo man mit Waffengewalt eingriff, tat man dies ja gerade zugunsten der legitimen Gewalten, der Fürsten, deren Rechte durch eine Verfassung geschmälert worden wären. Auf diese Weise hoffte man in Spanien, in Neapel einer Gefahr für den konservativen Geist Europas zu begegnen.

In den Tagen der Schmach von Versailles ist es von besonderem Interesse zu sehen, wie sich die Idee der Kongresse gebildet und weiterentwickelt hat und wie sie aus dem ehemaligen Monopol der Großmächte in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zu einer gleichberechtigten Vertretung aller Staaten, auch der allerkleinsten, führte. Alles Formale, das gerade hier so ungeheuer wichtig ist, wird genau erörtert, die Vorbereitungen, die Zusammensetzung der Delegationen der Teilnehmerstaaten, die Rangordnung (einstmals von großer Wichtigkeit, inzwischen aber durch das verständigere alphabetische Prinzip ersetzt), die Teilnahmeberechtigung, die Vollmachten und der Geschäftsgang der Konferenzen. Wer das umfängliche Material durcharbeitet, wird mit trauriger Genugtuung feststellen können, daß die Versailler Verhandlungen allen Gepflogenheiten des Völkerrechts ins Gesicht schlagen — selbst Frankreich hat 1814/15 nicht annähernd ähnliches erfahren. Ein Rückschlag ist in der Entwicklung eingetreten, und der völkerrechtliche Fortschritt, den man sich als einzigen Gewinn des jahrelangen Blutbades erhoffte, wird erst für eine spätere Generation da sein. M. R.

Der Verlag Max Rascher in Zürich bringt immer neue Sammlungen auf den Büchermarkt, die das Verbrechen des Krieges aufdecken und an der Versöhnung und Besserung der Menschen mitarbeiten sollen. Zu den europäischen Büchern und der europäischen Bibliothek kommt nun eine Reihe kleiner Broschüren, von denen uns zugegangen sind: Andreas Latzko, **Frauen im Krieg**, eindringliche Geleitworte zur Internationalen Frauenkonferenz für Völkerverständigung in Bern, im Jahre 1918 geschrieben, und trotz vielem, was inzwischen voll guten Willens unternommen worden ist, noch keineswegs überholt, und Annette Kolb, **Die Last**, einzelne Aufsätze der Verfasserin der „Briefe an einen Toten", zu denen ein Epilog folgt. Auch hier weht die reine Luft der Menschlichkeit und der Liebe. Mögen beide Hefte die Verbreitung haben, die sie verdienen, und die Wirkung, daß sie eine bessere Zeit heraufführen helfen.

M. Beer, **Jean Jaurès, Sozialist und Staatsmann.** 4. verm. und verb. Auflage. (Band 9 der Sozialwissenschaftlichen Bibliothek.) Berlin 1918. Verlag für Sozialwissenschaft. 79 Seiten. Preis geh. 2,50 M.

Nicht in einer bloßen Lebensbeschreibung wird uns Jaurès, der Herausgeber der „Humanité", vorgeführt, sondern wir gewinnen dank der getroffenen Auswahl aus den Schriften und Reden von Jaurès ein weit vollkommeneres Bild seines Wirkens und Strebens, als es eine, selbst die beste, Lebensbeschreibung liefern könnte. Von ganz besonderem Interesse dürfte im jetzigen Augenblick Jaurès' Stellung zur elsaß-lothringischen Frage sein. Als echter Franzose erhoffte er Elsaß-Lothringens Rückkehr zum Mutterlande, wollte aber von einem Revanchefeldzug nichts wissen.

Es wird uns in allen bedeutenden Fragen des Sozialismus und der äußeren Politik — in dieser besaß Jaurès einen fast untrüglichen Blick für das, was seinem Vaterlande frommte — das Wirken Jaurès' vor Augen geführt, und man legt das Heft aus der Hand mit dem Gedanken, gern noch weiter eingedrungen zu sein in den Ideenkreis dieses scharfsinnigsten und wohl gebildetsten der französischen Sozialisten, man mag zu dem Programm selbst stehen, wie man will. Herbing.

Von den Aufgaben der Juden im Weltkriege. Von Eduard Bernstein. Berlin, Reiß. 52 S., 1,50 M. — Die Aufgabe, überhitztem Nationalismus entgegenzuwirken, ist auch nach dem Kriege vorhanden; B. weist sie den Juden zu, die durch ihre Geschichte besonders darauf hingewiesen sind. Er ist aber dabei keineswegs ohne Verständnis für nationale und staatsbürgerliche Pflichten. „Nicht die nationale Wurzellosigkeit macht den Weltbürger, sondern das mit einem bestimmten Pflichtbewußtsein verbundene Gefühl der Zusammengehörigkeit mit der großen Völkerfamilie, die den geistigen Kosmos unseres Planeten bildet."

H. M.

Briefkasten

Leider sind wir durch die noch immer andauernde Steigerung der Herstellungskosten gezwungen, den Vierteljahrspreis der „Hilfe" zum 1. Juli auf 5 M. zu erhöhen. Wir hoffen aber, dafür wieder regelmäßig den alten Umfang von 16 Seiten bieten zu können. Trotz der Preissteigerung bleibt die „Hilfe" die billigste Zeitschrift ihrer Art, weshalb wir unsere Freunde bitten, die Erhöhung ohne Unwillen zu tragen. Auch bei dem neuen Preise kann der Verlag die hohe Belastung nur mit Anstrengung ausgleichen, und erbittet darum die Leser, ihm zur Erweiterung des Bezieherkreises durch Angabe von Werbeadressen, Auslegen von Probeheften in Versammlungen und sonstige Werbetätigkeit behilflich zu sein.

Verlag der „Hilfe".

Arno Voigt, Heimkehr konnte nicht mehr in diese Nummer kommen und wird in einer der nächsten nachgeholt werden.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, Zehlendorf, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, Hamburg.

Digitized by Google

12. Juni 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis ab 1. Juli bei Post und Buchhandel (beim Abholen) 5 M., unter Kreuzband 5,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 5,25 M., ins Ausland 6 M. Einzelhefte 50 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8683.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 24

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 80 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche.

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Gertrud Bäumer:** Heimatchronik. — **Wilhelm Heile:** Sieg des Partikularismus. — **Gertrud Bäumer:** Zur Begriffsklärung über die Räte. — **Erich Obst:** Demokratisierung des Verhältniswahlrechts. — **Adolf Fraenkel:** Ein drohender innerer Feind. — **Dr. Grete Ring:** Falsche Propheten. — **Paul Schubring:** Dantes Paradies. — **Naumann:** Dem Volke die Wahrheit.

Naumann / Kriegschronik

Sonntag, 1. Juni.

Infolge Erkrankung Naumanns wird die Kriegschronik wieder von Heile fortgeführt.

Die Presse aller Länder ist voll von Betrachtungen über die Doppelfrage: Wird die Entente sich auf Änderung ihrer Bedingungen unter Anpassung an den deutschen Gegenvorschlag einlassen, und: wird Deutschland, wenn jede oder doch jede wesentliche Änderung abgelehnt wird, sich nicht doch noch zur Unterschrift bereit finden? Die vielen Meldungen über angebliche Äußerungen oder Auffassungen von Lloyd George, Wilson und Clemenceau müssen ebensosehr mit Vorsicht und Zweifeln gelesen werden, wie es gut für die Franzosen und die Entente überhaupt wäre, wenn sie etwas weniger leichtgläubig gegenüber jenem Geschwätz wären, daß die Deutschen nur blufften und schließlich doch unterschreiben würden. Gewiß gibt es unter den feindlichen Völkern viele Menschen, die imstande sind, gerecht zu denken und auch uns Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen; aber die Mehrzahl ist ergriffen vom Rausch des Siegers. Und gewiß gibt es bei uns Menschen, die moralisch zermürbt sind und alles unterschreiben würden, um nur endlich Ruhe zu haben; aber die gewaltige Mehrzahl weiß, daß die Unterschrift uns keine Ruhe geben würde und keineswegs bloß ein Ende mit Schrecken fürs Deutsche Reich bringen würde, sondern darüber hinaus einen Schrecken ohne Ende fürs deutsche Volk. — Um allen Zweifeln die Spitze abzubrechen, hat der Reichspräsident Ebert bei Gelegenheit des Empfangs einer Deputation der Volkshochschule Groß-Berlin noch einmal feierlich erklärt, die Bedingungen von Versailles, die nicht bloß unsere Wohlfahrt, sondern auch unsere Kultur vernichten würden, seien unannehmbar und unerfüllbar. Er hoffe aber, daß es zu Verhandlungen kommen werde, und erwarte von diesen eine günstige Gestaltung der Dinge.

Montag, 2. Juni.

Zwanzig Millionen Deutsche zu viel, d. h. so viel mehr Deutsche als Franzosen, selbst wenn man die Elsässer und deutschen Lothringer zu den Franzosen zählt, — dieser Ausspruch Clemenceaus ist kennzeichnend für die französische Seelenverfassung. Sie gehören zu den Siegern und fühlen doch irgendwie, daß sie in ähnlichem Maße wie wir die Besiegten der Angelsachsen sind, weil sie ohne sie nichts mehr vermögen. Der alte ehrgeizige Traum der Franzosen brennt deshalb heißer in ihren Herzen als je. Und die Zerstückelung Deutschlands ist wieder die Politik der großen Nation, deren Größe mehr auf der Uneinigkeit der Nachbarn beruht als auf eigener Kraft. Darum der Länder- und Menschenhandel mit dem Saargebiet; darum die fünfzehnjährige Besetzung des Rheinlandes! Schon jetzt strengen sie alle Kräfte der Agitation und der Bestechung an, um einen neuen Rheinbund vom Deutschen Reiche abzutrennen. Sie haben leider auch einige Dunkelmänner gefunden, die einen Putsch mit dem Ziel der Begründung einer rheinischen Republik vorbereitet haben. Trotz aller Begünstigung durch die französische Besatzung ist dieser Putsch aber elend ins Wasser gefallen. Die große Masse der Bevölkerung denkt nicht daran, sich an die Franzosen verkaufen zu lassen. In Mainz und Wiesbaden hat die gesamte Bevölkerung als Protest gegen den Putschversuch einen 24stündigen Abwehrstreik beschlossen. In Speyer hat die erregte Menge die Landesverräter bei ihrem Versuch, die rheinische Republik auszurufen, gründlich verhauen. Rädelsführer des ganzen Putsches ist — gestützt auf den französischen General Mangin — der Redakteur der Köln. Volksz., Dr. Froberger, und ein Berliner Staatsanwalt a. D. Dr. Dorten, der seit einiger Zeit aus Gesundheitsgründen in Wiesbaden wohnt. Dieser Dorten hat sogar jetzt die Frechheit gehabt, sich zum Präsidenten der rheinischen Republik ausrufen zu lassen und bei den Mächten seine völkerrechtliche Anerkennung zu beantragen.

Dienstag, 3. Juni.

Die Entente hat bei den Neutralen angefragt, ob sie bereit seien, im Falle der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages ihre Grenzen gegen Deutschland zu sperren. Die Schweizer Presse hat diese Zumutung als Beleidigung zurückgewiesen, und der Schweizer Bundesrat hat sich jetzt im gleichen Sinne geäußert. Seine amtliche Erklärung schließt mit den Worten: „Die Verpflichtung, die einzugehen ihm vorgeschlagen wird, erscheint ihm unvereinbar mit der Politik der Neutralität, die er bis heute verfolgt hat, und von der er in der letzten Phase des Krieges nicht abweichen kann." — Auch in einer zweiten Sache hat der Schweizer Bundesrat seinen neutralen Sinn bekundet. Die „société suisse de surveillance économique", die während des Krieges dafür zu sorgen hatte, daß keine Waren aus den Ländern der Entente über die Schweiz nach Deutschland und Österreich gehen, war schon immer arg verhaßt. „Souveraineté suisse suspendue" nannte sie der Volksmund. Jetzt fordert der Bundesrat, daß diese S. S. S. schleunigst und restlos aufgehoben werde. Tut die Entente das nicht, so ist die Schweiz entschlossen, die S. S. S. von sich aus zu beseitigen, da die Handelsfreiheit für den Verkehr mit Deutschland für sie Lebensfrage ist. Die Sache ist um so dringlicher, als das neue Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz jetzt abgeschlossen ist und nur noch der Ratifikation bedarf. Die Vereinbarung gilt für die Dauer von sechs Monaten bei monatlicher Kündigung. Deutschland liefert danach der Schweiz monatlich 50 000 bis 60 000 Tonnen Ruhrkohle, 250 Wagen Kali und 125 Wagen Thomasmehl. Die Gegenlieferungen der Schweiz bestehen in der Hauptsache in Lebensmitteln.

Das englische Kabinett befindet sich seit gestern vollzählig in Paris und hält dort unter dem Vorsitz von Lloyd George Sitzungen ab. Es heißt, daß Lloyd George in engster Fühlung mit seinen Kollegen feststellen wolle, wie weit man der liberalen Meinung in England Rechnung tragen müsse. Der liberale Flügel des Kabinetts stehe in Fühlung mit den gleichgerichteten Mitgliedern der amerikanischen Delegation. — Es wäre verfrüht und leichtfertig, daraus Hoffnungen für Deutschland ableiten zu wollen. Wohl aber kann man den Schluß ziehen, daß man im

Digitized by Google

Ententelager keineswegs ganz einmütig und fest entschlossen ist. Im Zusammenhang mit dem großen Eindruck, den der deutsche Gegenvorschlag gemacht hat, darf man darin eine weitere Bestätigung für die Richtigkeit der festen Haltung von Reichsregierung und Nationalversammlung erblicken. Wie sollen die liberalen Strömungen in der Entente ihre Politik fortsetzen und durchführen können, wenn wir in Deutschland weniger fest als sie sein wollten gegen die ebenso ruchlose wie kurzsichtige Politik der Vergewaltigung!

Auf die „Note" des „Präsidenten der rheinischen Republik" hat die Reichsregierung lediglich durch eine Erklärung geantwortet, wonach sie den Oberreichsanwalt angewiesen hat, gegen den Herrn Dorten und die übrigen Mitglieder der sogenannten Regierung der rheinischen Republik das Verfahren wegen Hochverrats zu eröffnen. — Erzberger hat als Vorsitzender der Waffenstillstandskommission den schärfsten Protest bei Marschall Foch dagegen eingelegt, daß französische Besatzungsbehörden, unter Mißbrauch der ihnen durch den Waffenstillstand eingeräumten Befugnisse, hochverräterische Bestrebungen unterstützen und fördern. Er konnte diesem Protest als Anlage eine einstimmig beschlossene Kundgebung der rheinischen Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung und preußischen Landesversammlung gegen die Ausrufung von Sonderrepubliken in Westdeutschland beifügen. — In ganz Rheinland finden große Kundgebungen, meist unter freiem Himmel, gegen die Lostrennungsbestrebungen statt. In fast allen größeren Städten ist zum Zeichen des Protestes der Generalstreik der Arbeiter und Bürger ausgerufen. Es scheint, als ob die amerikanischen und englischen Behörden diesen Protestdemonstrationen keine Schwierigkeiten in den Weg legen, während die französischen Militärbehörden alle Machtmittel für die Hochverräter einsetzen.

Mittwoch, 4. Juni.

Auch Schweden und Dänemark haben sich, wie „Reuter" zugeben muß, gleich der Schweiz geweigert, bei einer möglichen Erneuerung der Blockade gegen Deutschland mitzuwirken. Wir Deutschen wissen, wieviel Mut für die Neutralen dazu gehört, sich dem Drucke der Entente auch jetzt noch zu widersetzen. Um so höher ist solche Haltung moralisch zu bewerten, auch wenn man sich sagt, daß die Neutralen nicht bloß die Sache des Rechtes, sondern letzten Endes — auf größere Fristen gesehen — ihre eigene Sache verfechten.

Den Deutsch-Österreichern sind in St. Germain jetzt endlich die Friedensbedingungen der Entente überreicht worden. Die Bedingungen sind von einer Härte und zeugen von einer geographischen Ahnungslosigkeit oder politischen Kurzsichtigkeit, daß stellenweise selbst das Werk von Versailles dagegen verblaßt. Deutsch-Böhmen ist der Entente anscheinend gar nicht bekannt; für die 3½ Millionen Deutsche der Sudetenländer gibt es keine Selbstbestimmung; sie werden bedingungslos den Tschechen ausgeliefert. Das gleiche Schicksal trifft das deutsche Südmähren mit Znaim, das als geschlossenes deutsches Siedlungsgebiet unmittelbar an Niederösterreich grenzt. Von Niederösterreich soll das deutsche Land um Gmünd und Felsberg und ein Landstreifen an der March den Tschechen gegeben werden. Die deutschen Komitate Westungarns sollen bei Ungarn verbleiben. Die ganz deutsche Stadt Marburg und Klagenfurt, die völlig deutsche Hauptstadt Kärntens, sollen an die Jugoslaven ausgeliefert werden. Ganz Südtirol soll an Italien fallen, und zwar nicht nur das wirklich italienische Trentino, sondern das Land von Meran im Westen über Bozen und Brixen bis nach Toblach im Osten und bis zum Brenner und dem Hochalpenkamm im Norden. — Und dem auf die Größe etwa von Bayern zusammengeschnittenen Rest von Deutsch-Österreich will man noch den Anschluß ans Deutsche Reich verweigern! — Das nennt man: Selbstbestimmungsrecht der Völker!

In den Zeitungen erscheint jetzt die Deutsche Denkschrift über die Frage der Schuld am Kriege, die den Ententeregierungen zusammen mit dem deutschen Gegenentwurf des Friedensvertrags überreicht worden ist. In dieser Denkschrift wird mit Nachdruck betont, daß die Frage der Verantwortung für den Kriegsausbruch nur durch eine von beiden Seiten als unparteiisch anerkannte Untersuchungskommission entschieden werden kann, der alle Archive zugänglich sind und vor der beide Parteien gleichmäßig zu Worte kommen. — Mit besonderer Eindringlichkeit weist die Denkschrift nach, daß keineswegs von einem geheimen Komplott zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn zur Vernichtung Serbiens die Rede sein kann. Das Vorgehen gegen Serbien sei im guten Glauben als eine Maßregel gedacht gewesen, um einen seit langem die Gefahr eines Weltkrieges in sich bergenden Konfliktsstoff zu beseitigen. Es wird festgestellt, daß die deutsche Regierung die Wiener Regierung von übereifrigem Vorgehen zurückzuhalten versucht habe, sogar unter Androhung des Versagens der Bundeshilfe. In bezug auf den Vorschlag schiedsgerichtlicher Regelung des englischen Außenministers Grey heißt es, daß die Verfasser der Denkschrift an dem guten Willen Greys nicht zweifeln. Es sei aber fraglich, ob dieser gute Wille in einer Art zum Ausdruck gelangte, um auch angesichts des die Lage umstürzenden Verhaltens Rußlands der deutschen Regierung das Vertrauen zu geben, daß Grey nicht nur den Willen, sondern auch die Macht hätte, die unzweifelhaft vorhandenen russischen Kriegsabsichten im Zaume zu halten. Die allgemeine russische Mobilmachung war es, wodurch die von Deutschland nachdrücklichst geförderte glückliche Lösung der Krise vereitelt wurde. Die inzwischen bekanntgewordenen Bestimmungen der russisch-französischen Militärkonvention vom 17. August 1892 bestätigen die damalige deutsche Annahme, daß die russische Mobilmachung für Deutschland auch den Krieg mit Frankreich, d. i. den Zweifrontenkrieg gegen eine erdrückende Übermacht bedeute. Defensiven nach beiden Seiten wäre sicheres Verderben gewesen. Die Verletzung der belgischen Neutralität war also aus dieser Notlage heraus verständlich; sie war ein Unrecht, aber ein Unrecht, das wieder gutzumachen sich der Reichskanzler unter dem Beifall des Reichstags am 4. August 1914 verpflichtet hat. — In der Denkschrift heißt es ferner sehr richtig: Man kann die Frage einer Kriegsursache nicht durch Aufzählung von formellen Anlässen lösen, welche einen bestehenden Zustand politischer Hochspannung in einen Krieg hinübergleiten ließen. Man wird vielmehr die Fragen aufwerfen müssen:

1. Welche Regierungen hatten in der Vergangenheit am meisten jenen Zustand dauernder Kriegsbedrohtheit gefördert, unter welchem Europa vor dem Kriege jahrelang gelitten hat? Ferner und damit im Zusammenhang:

2. Welche Regierungen haben politische und wirtschaftliche Interessen verfolgt, welche nur durch einen Krieg verwirklicht werden konnten?

Die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei der Nationalversammlung faßte heute einstimmig folgende Entschließung: „In vollständiger Übereinstimmung mit dem Reichsministerium und den Mitgliedern der Fraktion im Kabinett erklärt die Deutsche demokratische Fraktion der Nationalversammlung die Zustimmung zu dem deutschen Friedensvorschlag trotz seiner bis an die äußerste Grenze gehenden Belastung und beharrt einmütig auf dem Standpunkt, daß der mit den Lebensbedingungen des deutschen Volkes unvereinbare, völlig unerfüllbare Friedensvorschlag der Entente unannehmbar ist und bleibt."

In Frankreich gibt es in diesen Tagen eine gewaltige Streikbewegung, die nicht bloß Kampf um den Achtstundentag und Lohnbewegung ist, sondern auch politischen Hintergrund hat. Am stärksten wird der Protest gegen die militärischen Maßnahmen der Entente in Rußland betont, in denen man einen Kampf des Ententekapitalismus gegen die russische Arbeiterschaft sieht. Es kommt hinzu, daß in die Streikbewegung hinein der Aufruf der sozialistischen Parteien zum 24stündigen Generalstreik als Protest gegen den Frieden von Versailles fällt.

Donnerstag, 5. Juni.

Da die französischen Behörden die rheinischen Landesverräter unterstützen durch Maßregelung aller derer, die sich gegen die Verräter zur Wehr setzen, hat Erzberger in

einer zweiten und dritten Note erneut gegen die Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen Protest eingelegt. Das Tollste ist ein öffentlicher Anschlag des Generals Mangin, der § 81 des Deutschen Strafgesetzbuches, auf Grund dessen das Verfahren wegen Hochverrats gegen Dorten und seine Spießgesellen eingeleitet ist, sei aufgehoben. — Auch Graf Brockdorff-Rantzau hat eine Beschwerdenote an die Entente gerichtet.

Die Deutsche demokratische Fraktion der Deutschen Nationalversammlung hat gestern den einstimmigen Beschluß gefaßt, sich an ihre Freunde in den bedrohten Gebieten im Osten und Westen mit folgenden Aufrufen zu wenden:

„Die Mitglieder der Deutschen demokratischen Partei der Nationalversammlung senden euch, unseren Freunden und Gesinnungsgenossen im bedrohten Osten unseres Vaterlandes, in dieser Schicksalsstunde treudeutschen Gruß und die Versicherung, daß wir mit unserem Herzen bei euch sind, und daß euch unsere einmütige Sorge und Arbeit gilt.

Hunderttausende von Deutschen sind in höchster Gefahr, mit einem Teile des Posener Landes, obwohl dieses dank ihrer Arbeit und ihrer Tüchtigkeit wirtschaftlich und kulturell einen überwiegend deutschen Charakter aufweist, unter polnische Herrschaft zu kommen. Wir sind uns der hohen nationalen Pflichten voll bewußt, die uns für euren Schutz und die Erhaltung eures Deutschtums in der Zukunft erwachsen, wenn dieses Urteil unabwendbar sein sollte.

In Ost- und Westpreußen, in Posen und Oberschlesien sind weitere Millionen von Deutschen durch die Begehrlichkeit unserer Feinde bedroht.

Unsere Freunde sollen wissen, daß wir unseren ganzen Einfluß aufbieten, damit Regierung und Nationalversammlung die berechtigten Wünsche und Interessen dieser Gebiete mit allem Nachdruck wahrnehmen und namentlich auch alles tun, um sie vor dem unmittelbar drohenden Zugriff der Feinde zu schützen.

Die Deutsche demokratische Fraktion der Nationalversammlung sendet den Freunden und Gesinnungsgenossen im besetzten Gebiet der Westmark brüderlichen deutschen Gruß. Wir wissen, daß die Demokraten am Rhein sich durch Einflüsterungen der Gegner, verräterische Vorspiegelungen landfremder Elemente und durch eigensüchtige, irreführende Gedankengänge nicht von der Treue zu unserem gemeinsamen Vaterlande abdrängen lassen. Wir kennen ihre Standhaftigkeit, Entschlossenheit, Vaterlandsliebe und Besonnenheit. Diese demokratischen Tugenden werden auch in dieser schwersten Stunde unseres Volkes den Rheinländern den richtigen Weg weisen.

Unsere ernste Sorge und unser fester Wille war und ist es, unseren Brüdern vom Rhein und insbesondere von der Saar zu ihrem Rechte zu verhelfen. Die Nationalversammlung wird alles tun, um die berechtigten Wünsche und Interessen der einzelnen Teile, Schichten und Gruppen des deutschen Volkes durchzusetzen. Das gilt von euren wirtschaftlichen Wünschen, es gilt aber namentlich von den Friedensbedingungen. Die Nationalversammlung hat vor Gegenwart und Zukunft die Pflicht, das Deutsche Reich vor dem Zerfall zu schützen. Rheinländer, helft dazu! Ihr dient damit euch und euren Kindern.

Auf die Rheinländer sind die Blicke der ganzen Welt gerichtet. Die Rheinländer werden vor dem Urteil der Mitwelt und der Geschichte bestehen.

Für den Vorstand: Der Vorsitzende
Payer."

Freitag, 6. Juni.

In der Entente-Presse ist viel die Rede davon, daß von englischer Seite jetzt Vorschläge zur Abänderung der Friedensbedingungen gemacht seien, die sich mit den früheren amerikanischen Vorschlägen decken. Auch Wilson soll zur gründlichen Umarbeitung geneigt sein. Alle solche Meldungen sind aber so widerspruchsvoll, daß es sich nicht lohnt, sie zu verzeichnen. Inmitten der wechselnden Eindrücke, die auf uns einstürmen, bleibt ein Gedanke unwandelbar fest bestehen: Wenn wir Gerechtigkeit wollen, so müssen wir die Träger des Rechtsgedankens sein, einerlei ob es uns Vorteil oder Nachteil bringt. Nur folgerichtiges Vertreten dieses Gedankens schafft uns auch im feindlichen Lager die nötigen Bundesgenossen. Wollen wir aber den Sieg des Rechts, so dürfen wir die Versailler Bedingungen nicht unterschreiben; auch dann nicht, wenn die fürchterlichsten feindlichen Drohungen Wirklichkeit werden sollten. Denn wenn wir nicht einmal jetzt für das Rechtsideal Opfer bringen wollen: wer soll uns dann noch glauben, daß wir das Recht um seiner selbst willen lieben und fordern?

Im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung wird bei Gelegenheit der zweiten Beratung des Artikels 15, der von der Neugliederung des Reiches handelt, auch von der rheinischen Frage gesprochen. Vielen ist der Putsch der Französlinge ein Beweis für die Notwendigkeit, den preußischen Staat unter allen Umständen unangetastet zu erhalten. Sie verwechseln die Bewegung „Los von Preußen", die innerhalb des Reiches nach Selbständigkeit mit gleichem Recht wie Bayern oder Schwaben strebt, mit der hochverräterischen Ausrufung eines rheinischen Pufferstaates unter französischer Oberherrschaft. Man sagt, daß aus dem ersten unter dem Druck der Verhältnisse gar zu leicht das zweite folge, und sieht in den jetzigen Vorgängen einen Beweis für solche Auffassung. Nichts irriger als das. Würden die Rheinländer, die nicht Preußen sein mögen, jetzt die Hoffnung haben, daß sie nach dem Abzug der fremden Besatzung ihr staatliches Eigenleben im Deutschen Reiche im gleichen Maße wie andere Stämme haben würden, so würden sie viel weniger leicht der Agitation der Franzosen und ihrer „deutschen" Agenten erliegen. Das Beispiel der Elsässer, denen man die Gleichberechtigung im Reiche nicht gegönnt hat, sollte uns eigentlich die Augen geöffnet haben.

Gertrud Bäumer / Heimatchronik

Sonntag, 1. Juni.

Der von der Regierung eingebrachte Gesetzentwurf über die Betriebsräte findet die nahezu allgemeine Mißbilligung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, von denen ganz zu schweigen, die noch weiter links stehen. Man fragt sich angesichts der Unmöglichkeit, irgendein auch nur eine größere Gruppe befriedigendes Gesetz aus dem Kabinett herauszubringen, ob eine Koalitionsregierung angesichts der gegenwärtigen innerpolitischen Aufgaben überhaupt das Richtige ist. Wir brauchen sie, weil wir nach außen eine von breiter Majorität gestützte Regierung haben müssen. Nach innen wird ihre Stellung automatisch immer schwieriger. Im übrigen versachlicht sich die Revolution in manchen ihrer führenden Schichten fühlbar. Gerade die für die Arbeiterräte herausgegebenen Zeitungen und Zeitschriften werden ernsthafter und gewissenhafter.

Schon so oft während des Krieges hat man die tragende Kraft der Natur auf eine Art gefühlt, wie niemals früher. Das Einzige, das auch jetzt noch imstande ist, ein Gefühl von Kraft, Glück, Unabhängigkeit und Zuversicht zu geben, ist so ein Sonnentag, Erde, Ginsterbüsche, Buchen und blühende Kiefern, alles durchflossen und atmend von Wärme und Duft.

Montag, 2. Juni.

Die Reisebeschränkungen sind aufgehoben. 42 v. H. der Züge fahren wieder. Das ist natürlich nicht genug zur Bewältigung des Reisebedürfnisses. So verstärkt sich noch einmal wieder die Überfüllung.

Man denkt und spricht über nichts anderes als über die Aussichten unseres Friedensangebotes. Die Volksmeinung festigt sich in dieser aufreibenden Zeit des Wartens und der Spannung, die an sich so geeignet wäre, die Kraft zu zernagen.

Dienstag, 3. Juni.

Sitzungen der demokratischen Fraktion. Eine sehr lange, ernste Auseinandersetzung über die Aussichten in Versailles. Stimmungsberichte aus allen Teilen des Reiches. Im Osten, besonders auch in Oberschlesien, sehr entschlossene Haltung.

Übereinstimmend ist die Meinung, daß die Form der deutschen Gegenvorschläge richtig ist.

Digitized by Google

Der Verfassungsausschuß hat die erste Lesung beendet und beginnt die zweite, um sehr schnell seine Arbeit fertigzumachen. Dabei hat man das Gefühl, daß diese Verfassung in mancher Hinsicht sehr bald von den Ereignissen überholt werden wird, die auf den Einheitsstaat hindrängen.

Mittwoch, 4. Juni.

Die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei hat heute ihre Verhandlungen über die Friedensfrage mit dem einstimmig gefaßten Beschluß beendet, an dem Unannehmbar gegenüber den Friedensbedingungen der Entente unter allen Umständen festzuhalten. Dabei sind alle Druckmittel, die von der Entente angewendet werden können, gewissenhaft erwogen und aus dieser Überlegung festgestellt, daß nichts Schlimmeres als die Zustimmung zu diesen Bedingungen geschehen kann.

In Bayern schafft eine Regierung, an der Zentrum und Demokraten teilnehmen, endlich die Grundlagen des Neubaues. Man gewinnt, trotzdem äußerlich die Dinge auf des Messers Schneide stehen, doch ein Gefühl der wachsenden Sicherheit und Kursstetigkeit. Vielleicht ganz unberechtigt. Aber es ist da und läßt sich nicht entmutigen.

Die Frage der Reichsfarben steht im Verfassungsausschuß zur Erörterung. Sie ist so schwer zu entscheiden. Das neue Deutschland verlangt mit innerer Notwendigkeit das Schwarz-Rot-Gold. Aber gerade heute ist die Preisgabe der Vergangenheit, die in dem Verzicht auf Schwarz-Weiß-Rot liegt, wie eine Untreue und eine Selbstherabsetzung. Und dazu kommt die Bedeutung eines Flaggenwechsels in Übersee, die als sehr verhängnisvoll angesehen wird. Denkbar ist die Übernahme des Schwarz-Rot-Gold als neue Reichsfarben und die Beibehaltung des Schwarz-Weiß-Rot als Handels- und Kriegsflagge.

Donnerstag, 5. Juni.

Berlin wird zusehens wieder geordneter und unrevolutionärer. Ein Spielplatz mit Kindern gibt einem doch einen erschreckenden Eindruck der Hungerwirkungen. Es dünne Beinchen und matte Gesichter wie diesmal hat die Frühlingssonne noch nicht beschienen. Im „Simplizissimus" ist ein erschütterndes Bild von Gulbranssen zu dem Text: „Mutter, was ist das: Friede?"

Der Führer der Kommunisten in München, Levine, ist verhaftet und zum Tode verurteilt. Es heißt, daß er begnadigt werden wird.

Freitag, 6. Juni.

Der Reichswirtschaftsminister hat den Plan der Reichsregierung für den Aufbau einer planvollen Gemeinwirtschaft an Stelle der Anarchie der freien Konkurrenz in einer Versammlung von Kaufleuten entwickelt. Bis jetzt war dieser Plan — sehr unglücklicherweise für das Verständnis, das er finden sollte — nur in Bruchstücken bekannt und wurde als Ganzes vertraulich behandelt. Jetzt ist er zugänglich. Die Stimmen der Presse sind voll in einmütiger Ablehnung. Namentlich die Sozialdemokraten fürchten die Vertrustung, die Anknüpfung an die Syndikate ist ihnen unheimlich. Und die anderen Parteien wollen an der privatwirtschaftlichen Freiheit festhalten.

Levine ist erschossen. Er ist verantwortlich für vieler Menschen Blut. Er hat Geiseln ohne Notwendigkeit erschießen lassen. Und doch ist einem das Prinzip des „Auge um Auge" grauenvoll, wenn es sich um den Kampf für eine Überzeugung handelt. Und schwer nur überzeugt man sich innerlich zu der Notwendigkeit, die man äußerlich einsieht.

Es wird gesagt, daß die Ernteaussichten gut seien. Trotz der Trockenheit des Mai.

Wilhelm Heile / Sieg des Partikularismus

Die zweite Lesung des Verfassungsentwurfes hat mit einer schweren Niederlage der Nationalversammlung begonnen. Sieger ist der Nachfolger des Bundesrats, der Staatenausschuß, den man später den Reichsrat nennen will, der aber besser der Reichsverrat hieße, er, seines Vaters unseliger Sohn.

Die Nationalversammlung ist gewählt worden, damit sie als Trägerin der Souveränität des deutschen Volkes diesem, d. i. dem Volke in seiner Gesamtheit, eine Verfassung gebe, deren Grundgedanke sein sollte: Volk und Staat sind fortan eins. Schon als die vorläufige Verfassung geschaffen wurde, ließ sich die Nationalversammlung durch die Drohungen des Staatenausschusses einschüchtern und vergewaltigen. Sie gab, obwohl sie dazu gar nicht berechtigt ist, einen Teil der ihr vom Volke in allgemeiner und freier Wahl übertragenen Souveränität an den Staatenausschuß ab.

Im Entwurfe der Verfassung hatte es einleitend geheißen: „Das deutsche Volk, geeint in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich auf der Grundlage der Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, den inneren und äußeren Frieden zu sichern und den sozialen Fortschritt zu fördern, hat sich diese freistaatliche Verfassung gegeben."

In der Zusammenstellung dessen, was vom Verfassungsausschuß in erster Lesung beschlossen worden ist und die Zustimmung der Reichsregierung und der einzelstaatlichen Regierungen gefunden hat, gähnt hier ein leerer Fleck. Mit Recht. Am Eingang der Verfassung, wie sie nach diesen Beschlüssen aussieht, darf nicht stehen, daß das deutsche Volk selber sich diese Verfassung gegeben habe. Wie früher, müßte es auch jetzt wieder heißen: S. M. der König von Preußen, S. M. der König von Bayern usw. usw. schließen einen ewigen Bund. Nur mit dem Unterschiede, daß an Stelle der Könige und Fürsten von einst die neuen Serenissimi stehen, zwar ohne Kronen und ererbtem Glanz, aber mit allen Schwächen und Fehlern; die einen wie die anderen ein Unsegen für das deutsche Volk. Wieder wie einst, bildet nicht das deutsche Volk den deutschen Staat, sondern die ererbten Staaten den deutschen Bund unter dem Namen „Deutsches Reich".

„Das deutsche Volk, geeint in seinen Stämmen"? Ach, diese Stämme, so lebendig sie im Bewußtsein des Volkes vorhanden sind, bleiben bunt zerstückelt und bunter noch zusammengeleimt, so wie die Fürstengeschichte, Napoleon und der Wiener Kongreß und der Bruderkrieg von 1866 die deutsche Landkarte gestaltet haben. Keine Gerechtigkeit für die Vergewaltigten von einst, keine Freiheit für das Volk, sich nach eigenem Wunsch und Bedarf zu gliedern.

In der ersten Lesung hatte der Verfassungsausschuß zwar auch nicht einen Neubau des deutschen Staatswesens in Angriff genommen. Man hatte sich dem Druck der Verhältnisse, das heißt insbesondere der neugebackenen Staatsregierungen gefügt und einfach an das angeknüpft, was bisher gewesen war. Aber man hatte doch wenigstens den Weg frei gehalten für eine allmähliche Umgestaltung und bessere, zweckmäßige Lösung der Aufgabe. Im Artikel 15 hatte man grundsätzlich mit dem alten Prinzip gebrochen und im Gegensatz zum Staatenausschuß die überkommenen Staaten nicht mehr für sakrosankt erklärt, sondern klar gefordert: „Die Gliederung des Reichs in Länder (die Staaten sollten auch nicht mehr dem Namen nach „Staaten" bleiben!) soll im Sinne der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung unter möglichster Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerungen erfolgen."

Diesen Satz haben sonderbarer und eigentlich nicht sehr ehrlicher Weise die Staatenvertreter unverändert stehengelassen, also gebilligt. Aber im Nachsatz, in dem die prak-

tischen Folgerungen aus dem Grundsatz gezogen werden, haben sie diesen so ziemlich in sein Gegenteil verkehrt. Der Verfassungsausschuß hatte beschlossen: „Die Neubildung von Ländern oder die Änderung ihres Gebietes durch Vereinigung oder Abtrennung von Gebieten kann durch Reichsgesetz erfolgen, wenn sie durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird oder ein überwiegendes Allgemeininteresse sie erheischt." Die Staatenvertreter haben statt dessen beschlossen — und der Verfassungsausschuß hat sich unter ihrem Druck dem gefügt: „Die Neubildung . . . . setzt die Zustimmung der beteiligten Länder voraus. Wird diese Zustimmung nicht erteilt, so kann eine solche Neubildung oder Gebietsänderung nur durch ein verfassungänderndes Reichsgesetz erfolgen, wenn sie durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird oder ein überwiegendes Allgemeininteresse sie erheischt."

Wenn es bei diesem Beschluß bleibt, so sollte man lieber jenen Familienspruch des alten Rittergeschlechts zum Verfassungsgrundsatz für die staatliche Gliederung Deutschlands erheben: Massow was so, is so, bliwt so. Daß Preußen seine Zustimmung zu einer Verbesserung der Einteilung Deutschlands in selbständige Verwaltungsgebiete nicht freiwillig gibt, das steht unter den neuen Verhälnissen genau so fest wie unter den alten. Und gezwungen kann nach diesem Gesetz Preußen nicht werden. Dazu bedürfte es eines verfassungändernden Reichsgesetzes, d. h. einer Zweidrittelmehrheit auch im Reichsrat. Preußen allein hat aber zwei Fünftel der Stimmen. Also: Groß-Thüringen und Groß-Hessen gibt es nicht, Niedersachsen und Rheinland erst recht nicht. Was preußisch war, muß preußisch bleiben. Was die Bevölkerung will, ist gleichgültig. Was durch solchen Zwang moralisch und politisch aus ihr wird und werden muß, was infolgedessen für Deutschland auf dem Spiele steht — was verschlägt das, wenn nur Preußen unversehrt bleibt! Preußen in Deutschland voran! Nicht auf dem Gebiete moralischer Eroberungen, beileibe nicht! Nein, voran auf dem Wege partikularistischer Selbstsucht. Und die Preußenfresser aus Schwabenland und Bayern stimmen jubelnd ein. Solange der preußische Koloß bleibt, hat es ja mit der Reichseinheit noch weite Wege.

Was aber sagt das deutsche Volk dazu, das doch ganz ohne allen Zweifel sich in all dem Elend unserer Tage noch mehr als in den Tagen des Glücks nach dem einigen Deutschen Reich als dem allein lebenskräftigen Träger seiner Zukunftshoffnungen sehnt? Ahnungslos lebt es seinen sorgenbeschwerten Tag. Merkt nicht, daß es sich unter den erschwerten Bedingungen unseres jetzigen und künftigen Lebens geradezu um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes handelt.

Wohl hört man, auch in der Nationalversammlung, immer wieder sagen, daß die Not der Zeit, insbesondere die Finanznot, die Pflicht zur Sparsamkeit zur Vereinfachung, also zur Vereinheitlichung unseres ganzen staatlichen Aufbaues und Verwaltungsapparates zwinge. Aber wenn man dann bei dem kritischen Punkt angelangt ist, an dem die Entscheidung fällt, dann scheut man den Konflikt und tröstet sich mit der gelassenen Miene des Weisen: der Einheitsstaat kommt von selbst. Ach, der Zwang der Verhältnisse, aus dem heraus er kommen soll, ist jetzt da. Wenn er j e t z t nicht kommt, kommt er überhaupt nicht. Und w e n n er nicht kommt, wenn wir nicht dem auf freier Selbstbestimmung seiner Stämme und Länder gegründeten Einheitsstaat wenigstens den Weg zur Entwicklung ebnen, so ist die Gefahr vorhanden, daß Deutschland nicht einmal in seinem lockeren Gefüge bestehen bleibt, sondern ganz auseinanderfällt.

Wer Ohren hat zu hören, der höre. Und wer Augen hat zu sehen, der mache sie auf. Sieht man denn nicht, was jetzt im Rheinland vor sich geht? Oh, sie sehen es wohl, aber sie begreifen es nicht. Sie sagen, die Vorgänge beweisen nur, wie notwendig es sei, daß die starke Hand Preußens das Rheinland festhalte. War es wirklich nur der preußische Staat, der 4½ Jahre lang der feindlichen Übermacht standhielt? Ich war noch immer der Meinung, daß Deutschland das gewesen sei, das ganze deutsche Volk; auch der preußische Teil, selbstverständlich. Was Preußen als Staat besonders geleistet haben soll, um das Rheinland bei Deutschland zu halten, ist nicht erfindlich. Wohl aber wissen wir, daß ein großer Teil der rheinischen Bevölkerung, allem Anschein nach die ganz überwältigende Mehrheit, nur deutsch, aber ganz und gar nicht preußisch fühlt, die Zugehörigkeit zu Preußen sogar als drückenden Zwang empfindet. Einige gehen in dieser Abneigung gegen Preußen bis zur Krankhaftigkeit und spielen sogar mit dem Gedanken, lieber auf die Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche zu verzichten, wenn dieses sie zwingen will, bei Preußen zu bleiben. Hier setzt die französische Hoffnung und Propaganda ein. Einstweilen glücklicherweise mit geringem Erfolg. Aber haben wir nicht an den Elsässern erlebt, wie wenig preußisch-deutsche Zwangspolitik geeignet ist, schwankende Deutsche in ihrem deutschen Volks- und Staatszugehörigkeitsgefühl zu stützen und stärken? Wir müssen damit rechnen, daß das Rheinland als besetztes Gebiet fünfzehn Jahre von uns getrennt und französischer Werbearbeit preisgegeben bleibt. Fünfzehn Jahre sind eine lange Zeit. Wollen wir, daß das rheinische Volk der Verwelschung nicht erliegt, so müssen wir ihm einen Gedanken geben, an dem es sich aufrichten kann. Es nützt nichts, über Hochverräter zu schelten. Gefährlicher als die paar Hochverräter ist die Politik des preußischen Zwanges, die dem Hochverrat die Wege ebnet, indem sie die Herzen der Menschen ihm zugänglich macht.

Will man erst warten, bis es in Hannover gerade so wird? Es gibt keinen deutscheren Stamm als den der Niedersachsen, nach Blut und nach Gesinnung. Nirgends ist der Reichsgedanke, aber nirgends auch der Rechtsgedanke lebendiger im Volksbewußtsein vorhanden. Der Gedanke vom Völkerbund, vom Selbstbestimmungsrecht der Völker hat hier seine natürliche Statt. Dieser Stamm, der kaum einen großen Dichter oder Künstler, aber die meisten und besten Rechtsgelehrten, viele große Rechtsdenker und Rechtsschöpfer hervorgebracht hat, ist in allen seinen Lebensäußerungen durchdrungen von einem Rechtsgefühl, das bis zum Rechtsfanatismus geht. Der Lehre, daß Gewalt vor Recht geht, hat man sich hier immer widersetzt. Und seit vor einem halben Jahrhundert Preußen Gewalt vor Recht setzte, hat das vergewaltigte Volk, das so manchen Teil seiner Geschichte mit Preußen gemeinsam erlebt hat und bis dahin und auch heute noch keinen Preußenhaß kannte und kennt, in allen seinen Teilen, keineswegs bloß in der Partei der sogenannten „Welfen", nicht aufgehört an den endlichen Sieg des Rechts zu glauben. Die einen, die meisten, erhoffen ihn auf dem Wege des deutschen Einheitsstaates, die anderen auf dem Wege der Wiederherstellung der staatlichen Selbständigkeit. Allen aber gemeinsam ist die im tiefsten Gefühlsgrund wurzelnde Ablehnung der Zugehörigkeit zu dem Staate, der den eigenen Staat einst vergewaltigt hat. Auf diesem Untergrunde ist genau

Digitized by Google

das gleiche möglich, was wir mit Abscheu und Sorge jetzt im Rheinland erleben. Will man nicht, daß alte Fäden, die nach England führen, von wilden Fanatikern wieder angeknüpft werden, und will man dann nicht Gefahr laufen, daß aus der Bewegung „Los von Preußen" eine von England begünstigte Agitation „Los vom Reiche" wird, so darf man nicht weiter das Wasser auf die Mühlen der Partikularisten leiten.

Durch nichts werden die Rheinbundpläne der Feinde mehr gefördert, als durch den preußischen Partikularismus, der der schier unerschöpflich sprudelnde Quell aller kleinen partikularistischen Strömungen ist. Nicht warten, bis die Einheit Deutschlands von selber kommt! Dann kommt sie überhaupt nicht, oder zu spät und nur für einen traurigen Rest. Jetzt muß die Einheit geschaffen werden. Darum fort mit der neuen Fassung des Artikels 15, die, um Preußen und vielleicht auch Bayern im alten Umfang zu erhalten, das Reich zu opfern sich anschickt. Was nützen die schönsten Bestimmungen, wie im Artikel 9, über die Erweiterung der Zuständigkeit des Reichs gegenüber den Befugnissen der alten Einzelstaaten? Solange ein einzelner Gliedstaat doppelt so groß ist wie alle anderen zusammengenommen, stehen alle solche Bestimmungen nur auf dem Papier. Dann bleibt, wie bisher, Preußen stärker als das Reich. Dann bleibt als Notwehr der Partikularismus der anderen Staaten, und als natürliche weitere Folge entsteht die Fahnenflucht derer, die keine Hoffnung haben, ihr Recht und ihre Freiheit im preußisch beherrschten Deutschland zu finden. Es gibt keinen anderen Weg, um Deutschland zu erhalten, als den: Preußen geht fortan in Deutschland auf. Dann gehen ganz von selbst auch Bayern und Schwaben und Sachsen und Hessen in Deutschland auf. Sie alle erhalten oder behalten das Recht, ihre eigene Angelegenheiten selbst zu regeln, und statt der Kraft des Abstoßens, die Preußen nun einmal eigen ist, wird der Reichsgedanke dann eine Anziehungskraft beweisen, die Deutschlands Zukunft für alle Zeiten sicherstellt.

Gertrud Bäumer / Zur Begriffsklärung über die Räte

Schluß.

Wenn man die Frage nach der politischen Rolle der „Räte" aufwirft, so muß vor allem klargestellt werden, was sie — staatsrechtlich betrachtet — sein sollen. Sollen sie zu der Gruppe der wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper gehören, die man als „gesetzliche Berufsvertretungen" bezeichnet? Sollen sie Teile der Regierung sein und deren Befugnisse übernehmen? Sollen sie zur Volksvertretung gehören, d. h. an den parlamentarischen Rechten teilnehmen?

Festzuhalten ist, daß man unmöglich ihnen Aufgaben aus beiden oder allen drei Gebieten übertragen kann. Was Regierung ist, kann in einem parlamentarischen Staat nicht zugleich Volksvertretung sein. Wer die Regierung „kontrollieren" will, kann ihr nicht selbst angehören.

Tatsächlich werfen die Wünsche, die sich in dem Aufbau des Rätesystems austoben (das starke Wort ist zur Kennzeichnung der allgemeinen hemmungslosen Regier- und Kontrollierfucht, die vielfach den Schrei nach den Räten erzeugt, nicht zu stark), diese drei Dinge durchaus zusammen. Aus Unersättlichkeit des Machtgewinns, staatsbürgerlicher Unreife und Unklarheit und — Bureaukratismus. Denn es ist tragikomisch, festzustellen, daß in diesem Rätefanatismus im Grunde doch nur der alte Bureaukratismus sein Kind mit der Revolution gezeugt hat. Die Freude am Mitregieren, am Autoritätshaben, am behördlichen Auftreten, am Polizeispielen: „Im Namen des Gesetzes" steht als starke psychologische Macht hinter sehr vielen Räteforderungen.

Diesem „Zuviel" gegenüber muß festgehalten werden, daß die Räte als gesetzliche Berufsvertretung aufgefaßt und aufgebaut werden müssen. Der Regierungsentwurf spricht sehr undeutlich nur von Arbeitern und Unternehmern. Es ist unklar, ob an anderes als die Industrie und ob an die Angestellten gedacht ist. Das ist eine Lücke, den ein Reichsgesetz beseitigen müßte — der vorliegende Entwurf über die Betriebsräte tut das allerdings nicht.

In jedem Zweige der Arbeit haben die Räte eine doppelte Aufgabe: Regelung der Arbeitervertretung innerhalb des einzelnen Unternehmens und des ganzen Branchenverbandes, und Vertretung der Produktion durch Unternehmer und Arbeiter gemeinsam gegenüber Regierung und Volksvertretung. Die zweite Aufgabe ist wichtiger noch als die erste. Sie ist das Neuartige.

Auf diese Weise entsteht eine Körperschaft, der man manche Maßnahmen, die sonst etwa gesetzlich getroffen wurden, selbst überlassen kann: z. B. Ausführungsbestimmungen zur Gewerbeordnung, wie sie früher der Bundesrat erließ, und ähnliches. Das würde aber nicht eine Verstaatlichung der Räte, sondern ein Stück Entstaatlichung der Sozialpolitik bedeuten. In ähnlichem Sinne könnten sie auch Kontrollrechte haben, von denen der Regierungsentwurf spricht (obgleich es noch fraglich ist, ob solche Kontrollen, also etwa Teile der Gewerbeinspektion, nicht viel zweckmäßiger von einer unbedingt neutralen Stelle ausgeübt werden).

Daraus ergibt sich ohne weiteres, was den Räten nicht übertragen werden kann. Zunächst eine Kontrolle der Regierung. Der Antrag der U. S. P. D. zum zweiten Rätekongreß, der in Nr. 15 der Zeitschrift „Der Arbeiterrat" von einem Parteimitglied (Kreft) mit Recht zerfetzt wird, will Arbeiterräte für „das politische Gebiet" und Betriebsräte für das wirtschaftliche Gebiet. Die Arbeiterräte sollen „die Kontrolle" der Gemeindeverwaltungen ausüben, aus ihnen sollen sich Kreis-, Bezirks-, Provinzialarbeiterräte konstituieren, die wiederum die zuständigen Verwaltungen zu „kontrollieren" haben. In nichts könnte der negative, unproduktive Geist der U. S. P. D. sich besser ausdrücken als in der Ausschließlichkeit, mit der hier die „Kontrolle" als das Wesentliche der neuen Körperschaften angesehen wird. In nichts auch mehr die Gesinnung des Mißtrauens, aus der diese Vorschläge hervorgehen. Als ob demokratische Verwaltungen Verbrecherbanden wären, denen gegenüber nichts notwendiger ist, als eine stete Volkspolizei! Und welche Garantie besteht, daß diese Polizei zuverlässiger ist, als die von ihr kontrolliert werden sollen? Sowohl die Erfahrungen wie die Psychologie legen das Gegenteil nahe. Die Psychologie: denn immer pflegen Leute, die positive Arbeit tun, wertvoller zu sein als solche, die nur schnüffeln und kritisieren. Diese Vorschläge beweisen überdies im Grunde nur, wie wenig entwickelt das demokratische Bewußtsein in ihren Vertretern ist. Sie sind noch gar nicht davon durchdrungen, daß heute der Staat der Staat der Masse ist, daß das Vertrauen der ganzen Bevölkerung die Führer beruft. Sonst wäre dieser widersinnige Gedanke einer Kontrolle der Demokratie durch ihre eigenen Organe einfach unmöglich.

Hier ist auch die Stelle, wo die fabelhaften Unklarheiten in den Vorschlägen über die „Beamtenräte" berührt werden

müssen. Daß Beamtenräte zur Mitbestimmung der Formen des Dienstverhältnisses begründet werden, ist gut und richtig. Dieser Vorschlag schließt aber vielfach weitere ein: nämlich erstens eine Mitentscheidung über die Arbeit selbst, d. h. die Auflösung der ganzen Exekutive aus der bureaukratischen in die kollegial-demokratische Form. Und zweitens: das Recht, Gesetzesvorlagen einzubringen, die wie Regierungsvorlagen behandelt werden müssen.

In allen diesen Vorschlägen steckt einerseits eine vollkommen sinnwidrige Übertragung des Arbeitsverhältnisses der industriellen Arbeiter auf die Beamten, andererseits wird dabei der Charakter der Beamtenschaft als eines Teils der Regierung selbst verkannt, und schließlich ebenso das Wesen der demokratisch-parlamentarischen Verwaltung. Denn wie kann ein Minister noch irgendeine Verantwortung vor der Volksvertretung tragen, wenn er in seinem Ressort wiederum die Macht zu teilen hat mit seinem Beamtenstab? Und wenn Beamtenräte verlangen, Gesetzentwürfe einzubringen, so vergessen sie, sich klarzumachen, *als was* sie das tun wollen. Sie *sind* ja Regierung. Also entweder sie entkleiden sich dieser Eigenschaft und erscheinen als reine Arbeitervertretung, oder aber sie verlangen, daß Gesetzentwürfe, deren Einbringung ehemals durch das Gesamtministerium beschlossen werden konnte, nun von den einzelnen Ressorts direkt vor die Volksvertretung gebracht werden können. Aus allem entsteht letzten Endes eine Gegenüberstellung von Regierung und Volksvertretung als Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die eine vollkommene Auflösung des Staates bedeutet. Beamtenausschüsse also können unter keinen Umständen andere Befugnisse haben als eine Vertretung der Beamtenschaft rein in den Angelegenheiten des Dienstverhältnisses. Sie müssen ihre Bedeutung durchaus innerhalb ihrer Verwaltungszweige entfalten und erschöpfen. Ein Beamtenrat als eine Körperschaft, die aus dem eigenen Kreise heraustretend, unmittelbar politische Rechte der Volksvertretung gegenüber ausübt, macht den ganzen Aufbau des demokratischen Staates schief. Man kann dem Volke gegenüber nicht zugleich Regierung und Interessenvertretung sein. Wer das nicht fühlt, unterliegt einer bedauerlichen Begriffsverwirrung oder steckt noch in den Anfängen demokratischen Staatsbewußtseins. Der Grundpfeiler demokratischen Staatsbewußtseins ist die Souveränität der Volksvertretung. Diese Souveränität, begrenzt dadurch, daß man die Beamtenschaft — also das Organ des Volkswillens — zu einer politischen Körperschaft mit eigener Machtstellung macht, ist nicht nur ein Rückschritt aus dem Großen und Weiten ins Kleine und Enge, sondern auch ein Fehler gegen primitivste Gesetze des Staatsaufbaues. Man soll die Staatsbürgerrechte des Beamten so sicher stellen wie nur möglich. Man soll durch Beamtenausschüsse die Würde und Selbstverantwortlichkeit des einzelnen innerhalb seiner Verwaltung klar und unumstößlich zum Ausdruck bringen. In *diesem* Rahmen liegt die innere Überwindung des Obrigkeitsstaates, sofern sie eine Umgestaltung des Beamtentums fordert.

Der Zusatz zur Verfassung, den die Regierung beantragt hat und den die Kommission soeben in erster Lesung annahm, spricht dem Reichswirtschaftsrat das Recht zu, Gesetzesvorlagen einzubringen. Ein sozialdemokratischer Antrag hat diesem Vorschlag noch eine weitere Bestimmung hinzugefügt: daß Delegierte des Reichswirtschaftsrates zum Reichstag entsandt und dort wie Regierungsvertreter stets das Wort nehmen dürfen. Es wäre sehr verhängnisvoll, wenn der Reichswirtschaftsrat im Mitreden in der Volksvertretung das Schwergewicht seiner Wirksamkeit sehen wollte. Es ist kein Anlaß zu wünschen, daß die Reden dort vermehrt werden. Viel wichtiger ist, ob es sich selbst die Aufgaben wirtschaftlicher Selbstverwaltung zu stellen vermag, die es lösen kann. Dieser Antrag zeigt die unproduktive Halbheit, die sich in der Stellungnahme der Mehrheitssozialisten zur Revolution schon so oft dokumentiert hat. Zugeständnisse, die nichts weiter als das sind, d. h. der Sache selbst nicht sinngemäß dienen, können sich nicht weiterentwickeln. Entweder man nimmt sich vor, den Reichswirtschaftsrat zur „Kammer der Arbeit" zu entwickeln. Dann ist *dieser* Zusatz falsch, weil er in eine ganz andere Richtung führt. Oder man beläßt es bei dem Charakter des Reichswirtschaftsrates als einer gesetzlichen Berufsvertretung. Dann ist das Recht, Gesetze *einzubringen*, das Äußerste, was ihm gewährt werden kann.

Es ist nicht unrichtig, neben die Volksvertretung eine Kammer der Arbeit setzen zu wollen, wenn ihre Befugnisse so umgrenzt werden, daß sie keine Gefahr in sich birgt, den Produzentenstandpunkt einseitig zur Geltung zu bringen bei Dingen, die unter anderen Gesichtspunkten gesehen werden wollen. Solange aber wir noch ein Staatenhaus als Vertretung der Bundesstaaten haben, ist der Aufbau eines Zweikammersystems neben dem Staatenhaus eine unerträgliche Komplizierung des gesetzgeberischen Apparates. Es ist sicher richtig, daß der Reichswirtschaftsrat zunächst in der in Aussicht genommenen Begrenzung seiner Kompetenzen arbeitet. Aber damit er das Volksbewußtsein der Arbeit herausbildet, müßte er stärker auf die Produktionsgemeinschaft, statt auf den Klassenkampfgedanken begründet sein. Der Aufriß Kaliskis ist besser als der der Regierung. Denn wenn die Bezirksräte und der Zentralrat nichts werden als ein Forum für Lohnkämpfe, wozu ihr Aufbau verleitet, wird nichts dabei herauskommen. Gerade das *Neue* nicht, das sie leisten sollen.

Erich Obst / Demokratisierung des Verhältniswahlrechts

Daß das Verhältniswahlrecht, das freieste Wahlrecht der Welt, auch seine bedenklichen Schattenseiten hat, darf heute als allgemein anerkannt gelten. Die einige Minderheit erhält mehr Sitze als die zersplitterte Mehrheit, die breite Masse der Wählerschaft wählt nicht mehr direkt, sondern eine Liste, die die Wahlmänner, in diesem Falle die Parteien, aufgestellt haben usw. Nun liegt es gewiß im Wesen der Sache, daß es ein ideales, allen Forderungen restlos genügendes Wahlrecht nicht gibt und nicht geben kann, aber auf der anderen Seite darf kein Versuch ungescheut bleiben, die Mängel des Verhältniswahlrechts nach Möglichkeit zu beseitigen und den festen Willen zu politischem Fortschritt auch auf diesem Gebiete zu bekunden.

Den demokratischen Grundsätzen widerspricht vor allem, daß die Wähler in ihrer Gesamtheit bei der Aufstellung der Wahllisten in keiner Weise mitwirken können, die Liste vielmehr von einem kleinen Ausschuß aufgestellt und der Wählerschaft dann mehr oder weniger aufoktroyiert wird. Niemand zweifelt natürlich daran, daß der Ausschuß bei der Aufstellung der Liste nach bestem Wissen und Gewissen handelt, ob aber auf diesem Wege wirklich der Wille der Wählerschaft erfaßt wird, muß nach den Erfahrungen der bisherigen Wahlen entschieden bezweifelt werden. Hier muß unseres Erachtens die Reform in erster Linie einhaken; sie muß das Verhältniswahlrecht von dem Odium der indirekten Wahl befreien und dafür sorgen, daß in dem demokratischen deutschen Volksstaat demo-

kratische Grundsätze bei der Aufstellung der Wahlliste befolgt werden.

Man hat vielfach den Wunsch geäußert, die vom Vorstand bzw. einem Ausschuß entworfene Liste möge zuvor rechtzeitig der Mitgliederversammlung zur Genehmigung unterbreitet werden. Der Versuch, diesem Wunsche zu entsprechen, hat zu dem Ergebnis geführt, daß dieser Weg unter keinen Umständen zu dem erstrebten Ziele führt. Bei einer Mitgliederzahl von mehr als 10 000 ist es einfach ein Ding der Unmöglichkeit, aus der Versammlung heraus eine einwandfreie Liste aufzustellen, ganz abgesehen davon, daß die am Erscheinen verhinderten Mitglieder sich naturgemäß benachteiligt fühlen. Auf dieser Erkenntnis fußend, unterbreite ich im folgenden zwei andere Vorschläge, die zunächst zur Erörterung im Kreise der Parteifreunde bestimmt sind, vielleicht auch darüber hinaus einiges Interesse wecken könnten.

I. Feste Liste auf Grund schriftlicher Abstimmung aller eingeschriebenen Parteimitglieder.

Die verschiedenen Orts- und Kreisverbände erörtern zunächst unter sich die von den Wählern geäußerten Wünsche, vereinigen sich dann in dem Vertretertag des gesamten Wahlbezirks und entwerfen hier nach den Regeln der einfachen Stimmenmehrheit eine Kandidatenliste. Diese vom Vertretertag des Wahlbezirks aufgestellte Liste wird nun auf einem besonderen Wahlblatt gedruckt. Das Blatt ist in der Mitte perforiert und enthält auf der linken Seite die vom Vertretertag vorgeschlagene und ausdrücklich nur als Vorschlag bezeichnete Kandidatenliste, während die rechte Hälfte des Blattes für handschriftliche Eintragungen frei gelassen ist. Derartig hergerichtete Wahlblätter werden nun in der durch die Mitgliederstärke festgelegten Anzahl den Kreisverbänden bzw. Ortsgruppen zwecks Zustellung an die einzelnen organisierten Parteimitglieder zugesandt. (Größere Ortsgruppen müssen die Wahlblätter den organisierten Parteimitgliedern entweder per Post zusenden oder durch Zeitungsinserate bekanntgeben, wann die Wahl gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte auf dem Parteibüro vorgenommen werden kann.) Diejenigen Parteifreunde, die mit dem Vorschlag des Vertretertages restlos einverstanden sind, trennen die gedruckte linke Hälfte des Wahlblattes ab und senden sie binnen acht Tagen als ihren Stimmzettel der Ortsgruppe zu. Diejenigen Parteimitglieder, die in ihren Wünschen von den Vorschlägen des Vertretertages abweichen, schreiben die ihnen genehmen der Partei angehörenden Kandidaten in der gewünschten Reihenfolge auf die rechte Hälfte des Wahlblattes, trennen diese ab und senden ihren geschriebenen Stimmzettel wiederum binnen acht Tagen der Ortsgruppe ein. Sache der Ortsgruppen bzw. der Kreisverbände wird es sein müssen, darauf zu achten, daß alle organisierten Parteimitglieder von diesem ihrem höchsten Recht der Wahl zur Kandidatenliste ordnungsmäßig Gebrauch machen und eine wüste Stimmenzersplitterung verhindert wird. Stimmzettel sind ungültig, wenn ein und derselbe Kandidatenname auf einem Stimmzettel mehrfach aufgeführt worden ist oder Kandidaten vorgeschlagen werden, die nicht zweifelsfrei ermittelt werden können (deshalb gegebenenfalls Vornamen, Stand und Wohnung angeben) oder nicht eingeschriebene Mitglieder der Partei sind.

Die erste Prüfung und Sichtung der Stimmzettel erfolgt durch die Ortsgruppen. Auf besonderen Vordrucken, die am Kopf den Namen des Kandidaten tragen, wird durch Auszählen der Stimmzettel festgestellt, wie oft jeder einzelne Kandidat auf den verschiedenen Stimmzetteln an 1., 2., 3. usw. Stelle steht. Während die Originalstimmzettel von den Ortsgruppen bis zum Abschluß des Auszählverfahrens sorgfältig aufbewahrt werden, wandern die Auszählergebnisse der einzelnen Ortsgruppen an die Leitung des Kreisverbandes, die ihrerseits das Ergebnis der Auszählung aller ihr angeschlossenen Ortsgruppen ermittelt und es an den Bezirksverband weiterleitet. Der hier eingesetzte Wahlausschuß berechnet nun für jeden einzelnen Kandidaten die auf ihn entfallene Punktezahl, indem bei beispielsweise 18 Kandidaten die für die erste Stelle abgegebene Stimmenzahl mit 18, die für die zweite Stelle abgegebene Stimmenzahl mit 17, die für die dritte Stelle abgegebene Stimmenzahl mit 16 usw., die für die 18. Stelle abgegebene Stimmenzahl mit eins multipliziert wird. Jeder auf den Stimmzetteln des gesamten Wahlbezirks aufgeführte Kandidat erscheint in der so gewonnenen Kandidatenliste mit dem seinem Anhang tatsächlich entsprechenden Punktgewicht. Diejenigen 18 Kandidaten, die die höchsten Punktzahlen erhalten haben, sind in der durch die Punktzahl festgelegten Reihenfolge als Kandidaten endgültig aufgestellt. Bei gleicher Punktzahl entscheidet der Wahlausschuß des Bezirksverbandes durch das Los. Die so auf Grund der schriftlichen Abstimmung aller organisierten Parteimitglieder unter Berücksichtigung auch der Minderheit gewonnene Kandidatenliste wird als offizieller Wahlzettel gedruckt und bei der Wahl als Stimmzettel benutzt.

Es ist selbstverständlich nicht zu übersehen, daß ein solches wahrhaft demokratisches Wahlverfahren etwas umständlich ist und einen nicht ganz unbedeutenden Aufwand von Arbeitskraft und wohl auch Geldmitteln erfordert, aber daran darf natürlich die Demokratisierung des Wahlrechts nicht scheitern. Jeder, der die unendlich undankbare Mühe der bisherigen Listenaufstellung kennengelernt hat, wird erleichtert aufatmen bei dem Gedanken, daß der Wettstreit zwischen Stadt und Land, daß die beim besten Willen niemals ganz zu befriedigende Rivalität der verschiedenen Berufsstände bei dem vorgeschlagenen Wahlverfahren gänzlich fortfallen wird. Glaubt irgendeine Gruppe, sie habe dank ihrer Mitgliederzahl innerhalb der Partei einen Anspruch auf einen Kandidaten ihres Vertrauens in aussichtsreicher Stelle, so möge sie innerhalb der Partei für diesen Kandidaten propagieren und ihn an die erste Stelle des Stimmzettels schreiben. Stehen wirklich viele Tausend organisierter Parteifreunde hinter dieser Kandidatur, so muß sich dies automatisch aus der Punktezahl des betr. Kandidaten ergeben. Und noch einen weiteren großen Vorteil hat dieses demokratische Wahlverfahren: Es ist endlich wieder jedermann die Möglichkeit geboten, sich einen Wahlbezirk zu erobern, es ist jede nur denkbare Parteibürokratie voll und ganz ausgeschaltet. Nach dem bisher üblichen Verfahren fehlte für die Kandidaten jedweder persönliche Ansporn zu intensiver Teilnahme am Wahlkampf. Die an erster Stelle stehenden Kandidaten waren sicher, gewählt zu werden, auch wenn sie sich persönlich gar nicht bemühten. Jeder, der zur Partei und ihren politischen Idealen halten wollte, war ja gezwungen, ihnen als den von der Parteileitung gewählten Kandidaten die Stimme zu geben. Die an aussichtsloser Stelle stehenden Kandidaten hatten erst recht keine persönliche Veranlassung, sich mit ganzer Tatkraft und heller Begeisterung in den Wahlkampf zu stürzen. Und wenn sie mit Engelszungen redeten und alle Welt zur Partei bekehrten, sie wurden deshalb keineswegs gewählt, weil die einzelnen Parteimitglieder keinen irgendwie maßgebenden Einfluß auf die Kandidatenliste ausübten, ein Wettkampf zwischen den einzelnen Kandidaten von vornherein ausgeschaltet war.

Es mag zum Schluß nur noch kurz darauf hingewiesen werden, daß innerhalb der Ortsgruppen, zum mindesten der großen Ortsgruppen, die Wahlen zum Vorstand und Beirat, die Aufstellung der Listen für Kommunalwahlen usw. ohne weiteres nach dem skizzierten Verfahren vorgenommen werden können.

II. Aufhebung des Systems der festen Liste.

Das im Absatz 1 in den Hauptzügen kurz umrissene demokratische Verhältniswahlrecht hat vielleicht noch einen letzten Mangel: es kommt durch dieses Verfahren wohl der Wille der organisierten Parteimitglieder einigermaßen klar zum Ausdruck, diejenigen Parteifreunde aber, die aus irgendeinem Grunde nicht eingeschriebene Mitglieder der Partei sind, trotzdem aber treu zu ihrer Fahne halten, sind an die von den Parteimitgliedern aufgestellte Kandidatenliste unbedingt gebunden. Ich persönlich empfinde dies nicht eben als einen Mangel, denn wenn einmal nach politischen Parteien gewählt wird, müssen sich möglichst alle Parteifreunde auch der Parteiorganisation anschließen oder sich den Parteibeschlüssen fügen. Nur in Anbetracht des leider noch vielfach geübten Terrors von links und von rechts, eine Tatsache, die namentlich

Digitized by Google

den Geschäftsleuten in der Provinz den offiziellen Beitritt zur Partei im Augenblick oftmals noch nahezu unmöglich macht, könnte man geneigt sein, für die politische Übergangszeit eine besondere Maßregel zu empfehlen. In Betracht käme etwa das folgende:

Keine Partei ist gehalten, dem Wahlkommissar einen festen Wahlvorschlag zu unterbreiten. Die Parteien teilen vielmehr dem Wahlkommissar lediglich ihre Absicht mit, Kandidaten aufzustellen und erhalten von ihm alsdann eine möglichst für alle Wahlen beizubehaltende Farbe mitgeteilt, in der die Stimmzettel zu halten sind. Die Partei berät nun auf dem Vertretertag des Bezirksverbandes einen Wahlvorschlag und läßt alsdann in der betreffenden Farbe gehaltene Wahlblätter nach den im Abschnitt 1 angegebenen Normen drucken. Wieder ist das Wahlblatt in der Mitte perforiert, wieder stehen auf der linken Seite die vom Vorstand des Bezirksverbandes den Wählern vorgeschlagenen Kandidaten, während die rechte Hälfte für handschriftliche Eintragungen frei gelassen ist. Der Wähler kann nun ganz wie bei dem unter 1 beschriebenen Verfahren entweder die linke gedruckte Hälfte abtrennen und als Stimmzettel benutzen oder auf der rechten Hälfte seine Kandidaten bzw. die Kandidaten in der ihm genehmen Reihenfolge aufschreiben.

Die Sichtung und Prüfung der Stimmzettel würde nunmehr bei den einzelnen Stimmbezirken einsetzen und in der vom Wahlkommissar geleiteten Zentrale ihren Abschluß finden. Zunächst werden die Stimmzettel nach ihrer Farbe geordnet. Hieraus ergibt sich nur, genau so schnell wie bei dem bisher gültigen Wahlverfahren, wie viele Stimmen auf die einzelnen Parteien entfallen sind, wie viele Mandate also jede einzelne Partei erobert hat. Danach würden die gleichfarbigen Zettel einer und derselben Partei nach dem unter I angegebenen Verfahren ausgezählt werden müssen, um zu ermitteln, an welche Kandidaten der Partei die Mandate fallen. Der Wahlkommissar würde also seine erste Mitteilung über die Verteilung der Mandate auf die einzelnen Parteien nach einiger Zeit ergänzen durch eine zweite Mitteilung, welche Männer und Frauen innerhalb der einzelnen Parteien auf Grund der selbständigen, unabhängigen Abstimmung jedes einzelnen Wahlberechtigten aus dem Wahlkampf als Sieger hervorgegangen sind.

Auch dieses Verfahren setzt die umständliche Auszählarbeit voraus, um die man aber nach unserem Dafürhalten auf keinen Fall herumkommt. Der Vorteil dieser Methode besteht darin, daß der Wille nicht nur aller organisierten Parteimitglieder, sondern der Wille der gesamten Wählerschaft erfaßt wird und zum Ausdruck gelangt. Die naheliegende Gefahr der Stimmenzersplitterung abzuwenden, bleibt auch hier wieder Aufgabe der Ortsgruppen bzw. Kreisverbände. Daß die für jede Partei anders gefärbten Stimmzettel den geheimen Charakter der Wahl beeinträchtigen könnten, ist nicht einzusehen, steckt doch jeder Wähler seinen Stimmzettel nach wie vor gänzlich unbeobachtet in der Wahlzelle in den Wahlumschlag. Für die Agitation der Parteien bedeutete aber die Färbung der Stimmzettel zweifellos eine wesentliche Erleichterung. Namentlich auf dem Lande stehen die Wähler dem mannigfachen Namen der ihnen persönlich meist unbekannten Kandidaten der einzelnen Parteien einigermaßen rat- und hilflos gegenüber. Die konstante Parteifarbe würden sie sich zweifelsohne viel schneller und nachhaltiger einprägen als die ewig wechselnden, dem Ohre stets fremdklingenden Kandidatennamen.

Man wird vielleicht einwenden, das beide von mir vorgeschlagenen Verfahren zu sehr die Verhältnisse in der Stadt berücksichtigen, das Land, d. h. die überwältigende Mehrheit der Wähler, ein Interesse nur an der Partei nimmt, nicht an den Kandidaten. Ich kann diesen Einwand nicht als stichhaltig anerkennen. Sind irgendwo die Wähler so stumpfsinnig, daß sie sich nur für die Partei, nicht für deren Kandidaten interessieren, so werden sie eben einfach die linke gedruckte Hälfte des Wahlblattes als Stimmzettel benutzen. Auf der anderen Seite wird es eben Aufgabe der Kandidaten sein, sich vor allem immer und immer auch den ländlichen Wählern vorzustellen und dafür zu sorgen, daß persönliche Beziehungen zwischen der ländlichen Wählerschaft und dem Gewählten angebahnt werden und das politische Leben des platten Landes geweckt und vertieft wird. Derjenigen Partei gehört die Zukunft, die nicht nur in den Städten, sondern vor allem auch auf dem Lande arbeitet, die allen ihren Mitgliedern den gleichen weitreichenden Einfluß auf alle allgemeinen Wahlgeschäfte einräumt und sich, dank eines innigen persönlichen Vertrauensverhältnisses zwischen Wählerschaft und Gewähltem, als Vollstreckerin des Allgemeinwillens fühlen kann und fühlen darf. Möge die Deutsche demokratische Partei auch in diesem Punkte ihrer Losung getreu bleiben:

Freiheit und Fortschritt, gleiches Recht für alle!

Adolf Fraenkel / Ein drohender innerer Feind

Deutschland ist geschlagen. In einem vierjährigen Wahnsinn ist seine beste Männerkraft vernichtet, sind Hunderttausende von Deutschen durch Unterernährung zugrunde gegangen oder in ihrer Gesundheit zerrüttet, sind wirtschaftliche Werte, die an die Hälfte des deutschen Volksvermögens heranreichen, zerstört oder für die Kriegsopfer festgelegt. Weitere unabsehbare Schädigung erfährt Deutschlands wirtschaftliche Kraft durch die Forderungen der Sieger und durch die Begleiterscheinungen der Demobilisierung und der inneren Umwälzung.

Und dennoch: All dies kann Deutschland nicht vernichten, all dies kann durch generationenlange Arbeit und Entbehrung wieder gutgemacht werden.

Aber ein weiterer Feind bedroht uns, eine Gefahr, deren Folgen niemals mehr aufgehoben werden können, die des deutschen Volkes Existenz für alle Zeiten in Frage zu stellen vermag; eine Gefahr, auch schon vor dem Kriege bestehend, aber seit dem Krieg und in innerem Zusammenhang mit dem Krieg bedrohlich angewachsen.

Ich meine die sexuelle Gefahr: die Gefährdung aller deutschen Zukunft durch das Verhalten einer einzigen Generation auf dem Gebiete der Geschlechtsbeziehungen.

Wie waren und sind wir so stolz auf die Errungenschaft der Monogamie, auf das Band der Familie, zusammengehalten durch ein einziges Elternpaar! Wie sehen wir mitleidig und verächtlich herab auf vergangene Zeiten und entfernte Länder, wo der Mann eine Reihe von Frauen besitzt, ihrer aller Kinder zu seiner Familie rechnet, oder gar auf die Wilden, bei denen die Frauen wahllos in Verbindung bald mit diesem, bald mit jenem Manne ihre Kinder hervorbringen!

Und wie sah es, wie sieht es demgegenüber bei uns aus? Liegen bei uns die Verhältnisse besser, sind wir wirklich in dieser Beziehung auf höherer Kulturstufe? War und ist bei uns die Monogamie, die körperliche und geistige Lebensgemeinschaft eines Mannes mit einer Frau tatsächlich durchgeführt?

Auf dem Lande mochten vor dem Krieg die Zustände ja noch leidlich sein. Selten freilich zügelte wohl der junge Bursch seinen Geschlechtsdrang bis zur Ehe, aber die Regel war doch, daß er das Mädchen, an dessen Kammerfenster er erschienen war, auch heimführte. Aber in der Stadt? Die Männer der sogenannten niederen wie der „höheren" Stände, die jungen Arbeiter, Kaufleute, Studenten fanden es in gleicher Weise selbstverständlich, nach Herzenslust „sich auszuleben". Wer nicht ganz gesunken war und es mit dem Geldbeutel oder sonstwie leisten konnte, der verführte, geschlechtskrank oder nicht, ein reines oder noch wenig verdorbenes Mädchen, lebte eine Zeitlang mit ihm und über-

Digitized by Google

ließ es schließlich, wenn nicht besonders günstige Ausnahmeumstände für das Mädchen eintraten, der Schande, dem Elend oder der Prostitution, um das gleiche Spiel bei einer anderen zu wiederholen. Der Rest ging einfach zu einer Dirne, ohne auch nur erheuchelte Gefühle zu verlangen, erledigte die Sache wie ein beliebiges Unterhaltungsbedürfnis. So vorbereitet trat man, in vielen Fällen noch geschlechtskrank, in die Ehe ein, mit Selbstverständlichkeit eine noch unberührte Jungfrau zur Gattin beanspruchend, um nicht selten neben dem Eheleben ein ähnliches Treiben fortzusetzen, ungeachtet der Gefahr, der man, auch in gesundheitlicher Beziehung, Frau und Kinder aussetzte.

Da kam der Krieg. — Eine Reinigung der Gefühle, eine Festigung des Willens wollte man verspüren und zog hinaus zum Schutz des Vaterlandes. Und draußen? An patriotischen Gebärden freilich ließ man es, zumal im Anfang, nicht fehlen. Strenges, ja hartherziges Vorgehen gegen die Bevölkerung wurde durch den Hinweis auf die Notwendigkeit dem Feind gegenüber begründet. Aber wie viele, Offiziere und Mannschaften, haben es in diesem Sinne auch unter ihrer Würde gehalten, sich mit der Französin, mit der Polin, mit der Rumänin einzulassen? Da hemmte keine Erinnerung an das Elternhaus, an eine liebende Frau und anhängliche Kinder. Der Gedanke an die Möglichkeit der Ansteckung wurde nötigenfalls durch alkoholische Vorbereitung hinweggeschwemmt; war der Alkoholgenuß doch, in so vielen Offizierskasinos namentlich, geradezu unerläßliche Pflicht! Die Heeresverwaltung, statt mit der Energie, die sie in so vielen gleichgültigen Fällen aufbrachte, auch hier vorzugehen, duldete das Treiben mehr oder minder passiv und bekämpfte es schließlich durch Einrichtung offizieller Bordelle in den Etappenorten!

Und daheim? Wir Feldsoldaten hörten es ja in Briefen, durch die Urlauber, nur zu oft, wie nicht nur die jungen, oft kaum erst schulentlassenen hochbezahlten Burschen sich in der freien Zeit auszuleben verstanden, sondern wie auch unter Mädchen und Frauen eine nie gekannte Zügellosigkeit Platz griff, wie so viele, deren Männer im Schützengraben weilten, zucht- und schamlos ihre Ehre dem ersten besten Mann preisgaben.

Die durch all diese Umstände unheimlich gewachsene Gefahr der Geschlechtskrankheiten mit all ihren Folgeerscheinungen — die Unfruchtbarkeit obenan — wäre für sich allein imstande, die schlimmsten Befürchtungen für die Zukunft heraufzubeschwören. Aber es ist nicht nur dies, nicht nur die physische, gesundheitliche Seite der Frage: Ein Volk, das der geschlechtlichen Zügellosigkeit verfallen ist, bringt auf keinem Gebiet die nötige Lebensenergie, den ungeschwächten Willen auf, sich allen äußeren und inneren Schwierigkeiten zum Trotz durchzufinden und durchzusetzen.

Was ist gegenüber dieser fürchterlichsten aller uns bedrohenden Gefahren zu tun? Wo gibt es ein Mittel zur Rettung?

Zwei Wege sind es, die gleichzeitig und unabhängig voneinander beschritten werden müssen: auf der einen Seite der rechtliche, auf der anderen der menschlich-gesellschaftliche, die Lebensanschauung des einzelnen berührende.

Was den ersten Weg betrifft, so seien die hier nötigen Reformen nur durch Stichworte bezeichnet: Verpflichtung zu ärztlicher Untersuchung beider Gatten vor der Eheschließung mit Mitteilung des Ergebnisses an beide; scharfe Zwangsmaßregeln für den Mann, der ein Mädchen unter Zusage der Heirat verführt und sie verläßt; weitgehende Verpflichtung zur finanziellen Unterhaltung unehelicher Kinder und nötigenfalls auch ihrer Mutter seitens des Vaters; allmähliche aber stetige und energische Maßregeln zur Abschaffung der reglementierten Prostitution; zielbewußte Betrachtung und Beeinflussung der wirtschaftlichen Verhältnisse unter dem Gesichtswinkel der Ermöglichung früher Heiraten; Behandlung der Frauenfrage unter Einstellung auf den Hausfrauen- und Mutterberuf als wichtigsten und vornehmsten; Unterordnung der gesamten Steuerpolitik unter den bevölkerungspolitischen Gesichtspunkt im Sinn nicht nachträglicher unbedeutender Erleichterung bei größerer Kinderzahl, sondern völliger Steuerentlastung beziehungsweise staatlicher Zubuße für kinderreiche Familien unter Abwälzung der ausfallenden Steuerleistungen und der entstehenden Kosten auf Junggesellen, Kinderlose und Kinderarme — nicht als Strafmaßregel sondern zwecks gerechten wirtschaftlichen Ausgleichs. Dazu scharfe Bekämpfung des Alkoholismus unter weitgehender Erfassung des Übels bei der Wurzel, nämlich bei der Produktion.

Sämtliche Parteien wären zu zwingen, zu diesem Programm Stellung zu nehmen. Keine Wahlhandlung, keine große politische Versammlung sollte möglich sein ohne Erklärung der Kandidaten oder Redner über ihre *Haltung* gegenüber diesen Forderungen. Weiter ist erforderlich die gründliche Belehrung des Volkes, der Männer und namentlich der Frauen, nach der Richtung, bei Wahlen grundsätzlich nur für solche Bewerber zu stimmen, die das angeführte Programm als Ganzes oder doch in der Hauptsache anerkennen.

Aber alle gesetzlichen Maßnahmen werden keine genügende Wirkung ausüben können, wenn nicht das Denken und moralische Empfinden jedes einzelnen im Volke, in allererster Linie aber der Jugend, von Grund aus umgeändert und in neue, wahre und reine Bahnen gelenkt wird. Es darf nicht mehr sein, daß junge Männer, einzeln oder gar in größerer Gesellschaft, einander stolz und sich rühmend erzählen, wie sie die Mädchen und Frauen zu umgarnen verstehen, wie es ihnen gelingt, ihrem brutalen Sinnendrang ein Opfer nach dem anderen zu verschaffen, wie sie sich „auszuleben“ und „ihre Jugend zu genießen“ wissen. Es muß durch Erziehung und Selbsterziehung erreicht werden, daß jeder Verein junger Männer, jede kaufmännische oder Arbeitervereinigung, jede studentische Korporation es von ihren Mitgliedern als erste und selbstverständliche Pflicht fordere, jedes Weib unterschiedslos wie eine Schwester oder Mutter rein- und hochzuhalten, daß sie mit Schimpf und Schande, als unwürdig anständiger Gesellschaft, ein Mitglied ausstößt, das ein Mädchen verführt und dann verläßt, oder das sich herabwürdigt, zu einer Dirne zu gehen. Jeder Vater müßte seinem Sohne klarmachen, in welch hohem Maß sein inneres und äußeres Glück davon abhängt, daß er bis zum Eheschluß seinen Körper rein erhalte, und wie es wohl bisweilen schwer, aber durchaus möglich sei, so lange den Geschlechtstrieb zu beherrschen, wenn man nur Herr seiner selbst sein wolle und sich von künstlicher Erregung, von Alkoholmißbrauch und unreiner „Kunst“ und „Literatur“ fernhalte. Jede Mutter müßte bei der Versorgung ihrer Tochter in erster Linie, vor Prüfung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, ja selbst gesundheitlichen Verhältnisse des Schwiegersohnes, vor allem sich darüber möglichst Klarheit zu verschaffen suchen, ob der junge Mann auch in der Lage ist, für den jungfräulich reinen Körper und Geist des Mädchens, das es zur Gattin wünscht, das Äquivo-

lent, nämlich die gleiche Reinheit, in die Ehe mitzubringen; die doppelte Moral wird in ihren Grundfesten erschüttert sein, wenn nur erst einmal die Frauen sich dazu aufraffen, ihr die Anerkennung grundsätzlich zu verweigern. Man komme nicht mit dem Einwand: solche Anforderungen an den nun doch einmal polygam veranlagten Mann seien unmöglich, widersprächen der Natur; auch solche Ansicht in allen Ehren, gewiß — aber wer sie hegt, muß konsequenterweise zur Forderung der gesetzlichen Zulassung der Polygamie gelangen, nicht aber zur Betrachtung des Weibes als eines dem Elende oder der Verworfenheit preiszugebenden Ausbeutungsobjekts des Mannes. Es muß weiter der Kampf gegen den Alkohol zielbewußt und ohne irgendwelche Rücksichten aufgenommen werden; es darf nicht mehr vorkommen können, daß ein bayerischer Bauer an einem einzigen Sonntag zwanzig und mehr Liter Bier vertrinkt, daß ein norddeutscher Arbeiter seinen Wochenlohn in Schnaps vertut, daß deutsche Offiziere — wie es ja leider selbst im Felde so oft vorkam — und deutsche Studenten, statt anderen Bevölkerungsschichten mit gutem Beispiel voranzugehen, sich vielmehr gar nicht selten in einen Zustand herabwürdigen, dessen Bezeichnung als „tierisch" noch eine Beleidigung der Tiere darstellen würde. Ist dieser Kampf gegen den Alkohol und gleichzeitig eine gesellschaftliche Verpönung alles Dirnenhaften und Sinnesaufreizenden in Theater, Kunst und Literatur, die einer gesetzlichen Bekämpfung dieser Dinge bei weitem vorzuziehen ist, erfolgreich durchgeführt, so wird auch ein Hauptanreiz zur Übertäubung der in jedermann klar und vernehmlich sprechenden Stimme des Gewissens verschwunden sein, so wird es jedermann leichter fallen, in schonungsloser und niemals locker werdender Selbstzucht den Sieg des Willens über die Sinne zu ermöglichen, einen Sieg, dessen Gelingen bei jedem einzelnen die Vorbedingung darstellt für eine wirkliche und dauernde Wiedererneuerung Deutschlands, für die Abwendung der Gefahr der Vernichtung seiner Volkskraft und für die Überwindung der furchtbaren äußeren und inneren Schäden, mit denen belastet wir eintreten in die Friedenszeit.

Grete Ring / Falsche Propheten

Seit das Volk souverän geworden ist, nahen die Weisen in Scharen seinem jungen Thron und bieten ihre Gaben dar: Bildung, Wissenschaft, Kunst. Der zum letzten aufgewühlte, blutgedüngte Boden erscheint gerade recht bereitet, um die neue Saat zu empfangen. Ich nehme an, daß dem in der Tat so sei: daß nicht allein die Zahl der „Volksbildner" plötzlich emporgeschnellt ist, sondern daß auch im Volke selbst Impulse freigeworden sind, die es der Empfängnis neuer Inhalte zugänglicher machen. Gerade ein solcher fruchtbarer Augenblick sollte, wie mich deucht, das Gewissen des Kunstreformers schärfen, ihm doppelt das Gefühl der Verantwortung jedes Schrittes geben, den er unternimmt. Wer schon in vornovemberischer Zeit an Dingen der Volksbildung mitgearbeitet hat, weiß, daß es leicht ist, den Weg zum Kunstverständnis des Volkes zu finden, daß ein ungeschickter Griff lernbegierige Kunstfremdheit schnell in mißtrauische Kunstfeindschaft verwandeln kann. Um so unverantwortlicher erscheint es daher, wenn jetzt der „Arbeitsrat für Kunst" die Arbeiterschaft Berlins in den Westen lädt, um ihr eine „Ausstellung unbekannter Architekten" vorzuführen, die in ihrer Auswahl geeignet ist, auch den Gutwilligsten für immer von volksbildenden Veranstaltungen abzuschrecken. Es wäre nur billig, wenn man dem Volk eine größere Schau architektonischer Entwürfe zugänglich machte, damit es sich selbst über den Stand des Siedlungswesens, der Kleinhausanlagen, der Hausgärten, Ledigenheime usw. usw. unterrichtete. Dem mündigen Arbeiter steht das Recht zu, die Wohngelegenheiten kennenzulernen, die für ihn und seine Nachkommen geplant werden, er könnte durch praktische Hinweise dem Architekten fruchtbare Mitarbeit leisten. Gerade diese Aufgaben jedoch, die das Gebot der Zeit in den Vordergrund schiebt, werden vom „Arbeitsrat" hintangestellt: W. Biel zeigt ein paar hübsche Siedlungsanlagen — besonders gelungen eine Rundkolonie, die an die Versuche der Siedlungsarchitekten Friedrichs des Großen anzuschließen scheint —, Andrae baut mächtige Stadtwohnkerker, die in ihren kahlen Riesenproportionen nicht ohne Großartigkeit sind — man denkt an Radierungen von Pennell —, nahezu alles andere jedoch ist unfruchtbares Ästhetenwerk. Was sollen uns verarmtem Volk Finsterlins kapriziöse Phantasien über architektonische Themata, die Formen von Muscheln, Seetieren und seltenen Pflanzen mit indischen Baureminiszenzen verquicken? Was soll uns ein „Voluptarium", ein „Haus des Sammlers", ein „Haus der Monomanen"? Was die in ihrer Art reizvollen Luxus- und Festdekorationen Cesar Kleins? Was die Kritzeleien, die der jugendliche Russe Jefim Golyscheff im Stil Paul Klees — gewiß nicht ohne Talent — hinwirft, darunter eine Wasserdekoration von „Unterseeblumen aus Glas mit Innenbeleuchtung"? All dies kommt vielleicht der Phantasie eines amerikanischen Nabobs entgegen, Johannes V. Jensensche Grotesken werden lebendig —, doch welche Urteilslosigkeit, für dergleichen den Namen Volkskunst zu bemühen! Welche Verständnislosigkeit — oder Nichtachtung — für die wahren Bedürfnisse des Volkes! Zum Glück der Veranstalter verirrt sich Berlin N. und O. — trotz der dringenden Aufforderung der „Freiheit" — nicht in das gepflegte Lokal des Kurfürstendamms: die ausliegenden Fragezettel „Was mir von der Ausstellung am besten gefällt?" verraten Namen und Geschmack eines guten Teils der Beschauer: es sind die gewohnten Gäste des Kunstsalons Neumann. Die wenigen Handarbeiter — ich zählte vier aus der Menge der Zettel — erteilen automatisch den Entwürfen von Biel ihr Lob, mit Ausnahme eines Metallarbeiters, der anmerkt: „Ich schätze alles, was Kunst ist", und sich dabei unbewußt auf den gleichen Snobstandpunkt stellt, wie der berühmte Kriegsgewinner, der versicherte, „vor mir sind alle Bilder gleich". Zur völligen Verwirrung des supponierten Arbeiterpublikums dient ein Programm, in dem zunächst Gropius die Künstler auffordert, wieder Handwerker zu werden, dann Bruno Taut die Nutzbauten herabsetzt und dabei den Namen Erwin von Steinbachs unnützlich führt und zum Beschluß Adolf Behne auf die Verkäuflichkeit der aufgestellten Skizzen hinweist: „Daß der Snob architektonische Entwürfe kauft, erwarten wir ja nicht! Der Snob sucht eine Sensation, einen Effekt." Nun, die Sensation wäre gefunden! Eines Finsterlinschen Stückes mit seinen skurrilen Formen und morbiden Farben hat kein Snob — weder einer von oben, noch einer von unten — sich zu schämen. Ebensowenig wie des von Behne an anderer Stelle angeregten Gedankens eines internationalen Künstlerkongresses in Neuyork oder Bangkok, den die Teilnehmer per Flugzeug aufsuchen sollen. Zu schämen hätten nur wir Bürger uns, wenn das Volk wirklich zu der Kunstratsschau strömte und sehen würde, wie seine Baumeister, statt an der Lösung der für sein Wohl bedeutungsvollsten Fragen nach Kräften mitzuarbeiten, Spielereien für Millionäre treiben.

Etwas von der gleichen volksfremden Volksfreundschaft lebt in der Schrift eines der Initiatoren des „Kunstrats", in W. R. Valentiners „Umgestaltung der Museen im Sinne der neuen Zeit" (Berlin, G. Grote, Schriften zur Zeit und Geschichte). Valentiners wichtigster Vorschlag — er lehnt ausdrücklich ab, die Idee als Utopie verstanden zu wissen — geht auf Schaffung eines internationalen Qualitätsmuseums: Alle Städte Deutschlands, Berlin, München, Dresden an der Spitze, sollen ihre hochwertigsten Werke an einen Kunsttempel abgeben, der auf einer Anhöhe in der Nähe einer der stillen Städte Mitteldeutschlands — in Thüringen oder Hessen — von einem „Meister der Architektur" zu errichten wäre. Das „Museum der Meisterwerke" soll alle

Digitized by Google

Länder und alle Epochen der Kunst, alle Gattungen des künstlerischen Schaffens gleicherweise umfassen, beginnend bei der Negerplastik, endend mit der französischen Kunst des 19. Jahrhunderts. Wer wollte leugnen, daß der Gedanke für den kunstliebenden Genießer etwas Lockendes hat! Die höchsten Meisterwerke, die das Land in Jahrhunderten ersammelt, an einem Fleck mühelos zu betrachten, fern von der „profanen Menge", die sonst den Genuß zu beeinträchtigen droht? Aber ist ein solcher Gedankengang demokratisch, ist er sozial? Der „Kunsttempel" muß mit Notwendigkeit zu einem Reservatbesitz der oberen Zehntausend werden, denn woher nimmt der Mann aus dem Volk die Mittel, die Reise dorthin zu bestreiten, woher die Zeit, den Aufenthalt zu ermöglichen, woher endlich die Initiative, die Expedition zu unternehmen? Mit Recht bedauert Valentiner bei Besprechung der für Berlin geplanten Museumsneubauten, daß gerade die Kunst des Orients, die vielfach anregend wirke, aus dem Zentrum der Stadt in das schwerer erreichbare Dahlem verbannt werden solle — und in wie unerreichbare Ferne will er unseren wertvollsten Besitz aus den lebendigen Zentren des Landes verbannen! Es offenbart sich in dem Plan des „Museums der Meisterwerke" letzten Endes derselbe Geist, aus dem heraus ein Bayreuth hat entstehen können: auch dort war nach dem Programm ein Weihefestspielhaus für das deutsche Volk das Ziel — und eine beliebte „Nummer" reisenden Amerikanertums blieb als Effekt. Exklusiv die Interessen der Wenigen wahrend wie der Grundgedanke sind die einzelnen Vorschläge zur Auswahl der „Meisterwerke": es sollen „die Epochen, deren Werke modernem Empfinden am nächsten stehen, stärker vertreten sein", d. h. die ägyptische und griechisch-archaische Plastik, die Malerei der nordischen Primitiven, der Italiener des Trecento — wieder Werke, die dem Geschmack des auf der Höhe der Mode stehenden Ästheten am glücklichsten entgegenkommen. Neben dem „Museum der Meisterwerke" will Valentiner das „Museum für nationale Kunst" beibehalten, das „Gesamtbilder der verschiedenen künstlerischen Epochen der Nation" gibt und in dem das Historische neben dem absolut Künstlerischen naturgemäß stärker zur Geltung kommen wird; ferner die „wissenschaftliche Studiensammlung" — ein schmuckloses Magazin für die Spezialzwecke des Kunstforschers —, eine „Typensammlung für das Kunsthandwerk" und endlich eine Sammlung von Werken lebender Künstler, deren Leiter „noch noch wenig bekannten Künstlern, die eine Zukunft haben, Ausschau halten, und ihre Werke möglichst erwerben soll, ehe sie hohe Preise im Handel erreicht haben."

Ein zweiter Teil der Schrift gibt Vorschläge zu einer vorläufigen Umstellung der Berliner Museen auf „Bildungsstätten für das Volk". Ein Teil der Forderungen, die vorgebracht werden, ist unbestreitbar richtig, doch kaum mehr neu, so der tägliche unentgeltliche Eintritt, das Offenhalten der Sammlungen während der Sonntage und aller Feiertage bis zum Dunkelwerden, das evtl. Eröffnen an einem oder zwei Abenden der Woche bei künstlichem Licht — wobei zu bedenken steht, daß die Kosten einer solchen Beleuchtungseinrichtung nahezu die Höhe des bisherigen Gesamtankaufsfonds der Museen betragen würden. Der Vorschlag der „wechselnden Ausstellung, die in einigen Räumen des Museums für eine bestimmte Zeit Werke aus den Beständen unter besonderen Gesichtspunkten gruppiert, entspricht wieder mehr den Wünschen der tatkräftigen jüngeren Museumsbeamten und der sensationsfreudigen Oberschichten des Publikums als denen des „Volkes." Jeder von uns hat es an sich selbst erprobt, daß Kunstwerke in veränderter Umgebung und Beleuchtung ihm nicht geahnte Eigenschaften offenbarten, neue Wirkungen bei ihm auslösten; der Mann aus dem Volke jedoch verlangt bei wiederholtem Galeriebesuch gebieterisch das Stück, das ihm dort einmal gefallen hat, an Ort und Stelle wiederzufinden — eine Beobachtung, die man beispielsweise in den oft umgeordneten bayerischen Sammlungen täglich machen konnte. Kein Museum der Welt ist so sehr Nationalheiligtum wie der Louvre, der im wesentlichen seit Jahrhunderten die gleiche Anordnung beibehielt, der gebildetste wie der schlichteste Volksgenosse huldigt seiner ruhenden Größe. Auch die deutschen Museen sind historisch gewachsene, durch Generationen überlieferte Gebilde; weshalb soll Deutschland auf die Vorrechte seiner Kultur- und Kunsttraditionen freiwillig verzichten und einen Betrieb annehmen, der für ein in Kunstdingen voraussetzungsloses Land wie Amerika — Valentiners visitiertes Vorbild — gut sein mag? Für die Aufstellung der Kunstwerke will Valentiner das von Bode im Kaiser-Friedrich-Museum mit glücklicher Diskretion angedeutete Prinzip des Zusammenordnens aller Kunstgattungen ad adsurdum führen. Zu diesem Zweck muß im besonderen das Kunstgewerbemuseum seine qualitätreichsten Stücke an die übrigen Sammlungen abgeben und als nackte „Typensammlung" zurückbleiben — eine Maßnahme, die gerade bei dem hohen Gesamtniveau des Gewerbemuseums eine schmerzliche Verarmung des Berliner Galeriewesens bedeuten würde. Die Nationalgalerie soll — so scheint es zum mindesten — zum historischen Nationalmuseum werden und nur in einigen Räumen ausgewählte Stücke aus dem 19. Jahrhundert zeigen, das nach Valentiner „eine der unfruchtbarsten Perioden der deutschen Kunst" gewesen ist. Um diese Stücke einigermaßen schmackhaft zu machen, sollen sie in „Stilzimmern" vorgeführt werden, ein Biedermeierzimmer wird Blechen, C. D. Friedrich und andere vereinen, Menzel hat sich mit Möbeln des Neurokokostils der Zeit Friedrich Wilhelms IV. abzufinden, den Werken Liebermanns und Leibls ist ein Jugendstilraum zugedacht. Wer der Ansicht ist, daß die deutsche Kunst des 19. Jahrhunderts, dem verdorrenden Hauptstamm zum Trotze, an Seitensprossen eine insonderheit reiches Blühen erlebt hat, und wer in der Nationalgalerie Hugo v. Tschudis die schönste Bestätigung dieses Glaubens zu finden gewohnt war, wird sich solchen „Verbesserungen" schwer fügen können. Die Ergänzung, der Nationalgalerie durch eine „Galerie der Lebenden", die Valentiner fordert, ist schon früher durch den Direktor der Nationalgalerie Ludwig Justi begründet; der Plan wird voraussichtlich schon in allernächster Zeit zur Ausführung gelangen.

Am bedenklichsten erscheint die Forderung eines besonderen Ressorts zur Erziehung des Volkes zur Kunst bei den Museen, das alle Führungen, Vorträge usw. usw. unter einheitlicher Leitung zentralisieren soll. Daß ein sozial orientierter Museumsleiter schon in vorrevolutionärer Zeit etwas zur Propagierung guter Kunst zu tun imstande war, hat man an dem alten „Praeceptor Germaniae" Lichtwark, an dem Mannheimer Wichert gesehen, und daß es in der Richtung der Zeit liegt, vom Museumsleiter stärkere volksbildnerische Tendenzen zu erwarten, bedarf keiner Diskussion. Weshalb jedoch müssen derlei Bestrebungen gleich in Formeln eingefangen werden? Die Neigung zum Programmatischen, zum Schematisieren, die der neuen Kunst so verhängnisvoll eignet, zeigt sich wieder in der Museumspolitik: hier wie dort liegt die Gefahr vor, daß durch ein vorzeitiges Festlegen auf Paragraphen der lebendigen Beweglichkeit des einzelnen Gewalt angetan wird. Ehe sie es sich selbst versehen, werden die Neuerer von heute, in ihrem eigenen Formelnetz gefangen, als Reaktionäre von morgen vor uns stehen. In bedenklicher Weise decken sich Valentiners Forderungen mit dem Programm des „Kommissariats für Volksaufklärung" in Rußland: auch dort wird „Organisation der staatlichen künstlerischen Bildung", „Organisation des Aufblühens der Kunst" (noch nie wurde eine krasser militaristische Formel erdacht!) gefordert und die Ernennung von Kunstkommissionen in allen Städten zur Vorbedingung erhoben. Alle Gedankengänge der Art sind, es kann nicht oft genug betont werden, keineswegs freiheitlich oder gar demokratisch: der Druck von oben, dessen Kunst und Museumswesen eben ledig sind, wird nur durch einen anderen — wesentlich strafferen — Zwang ersetzt, der auch nicht einmal wirklich von „unten" ausgeht, sondern von einer schmalen Schicht volksfremder Snobs und Ästheten.

Paul Schubring / Dantes Paradies

1. Mit feierlichen Klängen hebt die dritte Cantica an: es gilt, die letzte Steile zu überwinden, den höchsten Flug zu nehmen. Dante bittet Apollo, ihm beizustehen, daß er den geliebten

Lorbeer sich verdiene. In Erinnerung an diese Bitte hat Raffael später im Fresco der ersten Stanze Dante den Göttern und Musen des Parnaß beigesellt: der Aufstieg gelang also, der Dichter des Paradieses steht nun gleichberechtigt neben Homer und Vergil. Wir erinnern uns des Gesprächs im vierten Gesang der Hölle, da durfte Dante sich zum erstenmal mit den sechs großen Dichtern des Altertums bereden. Jetzt gilt es, die kühnste Fahrt zu wagen. Bisher ging der Weg die Schluchten der Hölle abwärts, die Stufen des Berges aufwärts. Aber nun umfaßt Beatrice den Dichter, und sie fliegen in die Sonnen. Rasch wie ein Pfeilschuß geht es jedesmal von einem Planeten zum anderen. Aber der Dichter hat den Schwindel überwunden, damals, als ihn Antäus im Bogen 100 Meter abwärts setzte und als er 500 Meter an den Zotten Luzifers herunterkletterte. Im hellen Licht der Sterne und Fixsterne, der Planeten und der Milchstraße schwimmen die beiden nun durch ewige Räume. Begriffe des Ewigen, Unendlichen und Zeitlosen treten jetzt an Stelle der Bulgen und Stufen. Eben noch ein Wald, ein Hain, ein Fluß und Vogelzwitschern; jetzt hellblauer Azur, goldene und rote Feuerkreise, Sphärenmusik. Die Sonne tönt in neuer Weise in Brudersphären Wettgesang.

2. Das alte ptolomäische System nimmt an, daß die Erde fest stehe und um sie die Planeten kreisen. Diese bilden sieben Himmel: Mond, Merkur, Venus, Sonne, Mars, Jupiter und Saturn. Dann folgt als achter Himmel der der Fixsterne, als neunter das primum mobile und endlich, darüber freischwebend, der zehnte, das Empyreum. Wenn Dante vom neunten Himmel einen Blick in das Empyreum tun darf, ist der Höhepunkt erreicht. Wie am Ende der Hölle der Ausblick durch den Kanal zum jenseitigen Ufer den Abschluß bildet, wie vom Wald des irdischen Paradieses aus die Sphären geahnt werden, so bildet eine höchste Schau auch den Schluß des Paradieses. In der Hölle war das Ohr das tätigste Organ; Dante hört Seufzer, Schreie, Peitschenknalle, Knirschen des Eises. Im Fegefeuer fühlt er den Brand des Feuers, das Bad in der Sumpfe, er fühlt den Morgenwind und er fühlt Beatrices noch unentschleierte Nähe. Im Paradies ist das Auge der wichtigste Vermittler: lautlos, raumlos, zeitlos alles; aber Sterne glänzen auf, Feuerkränze glühen, die Rose des Empyreums öffnet sich, und ein Blick, der letzte einzige, der die Trinität erschaut, beendet die Schau. So kommt es, daß bei dieser letzten Vision der Heilige der tiefsten Schau ihm als Führer dient: Bernhard v. Clairveaux. Alle Seligen in der Rose schauen auf Maria, und ihre eigene Mutter Anna wendet kein Auge von der Tochter. — Der Germane ist der Mensch des Ohrs; Faust und Parsifal enden im chorus mysticus, und auch die Götterdämmerung verlodert im goldenen Klang von Brunnhildes Sterbelied. Der Italiener sieht als Höchstes den Augenblick einziger Stille, tiefsten Schweigens, gebreiteter Schau. Selbst die Sphären stehen dann still, und Allgegenwart breitet sich mit feierlichem Mantel aus. Vielleicht hängt es auch damit zusammen, daß Beatrice nun nicht mehr mit Dante spricht, sondern schweigend entschwebt.

3. Die gleiche Architektur wie in der Hölle und im Fegefeuer herrscht im Paradies. Neun Stufen hier wie dort. Im ersten Himmel, dem Mond, sind solche, die ein Gelübde getan, aber nicht halten konnten; im zweiten Himmel (Mercur) Fromme, die aber mit dem Ruhm auf Erden rangen; im dritten Himmel (Venus) solche, die sich rein der irdischen Liebe weihten; im vierten Himmel (Sonne) sind die seligen Lehrer der Kirche versammelt; im fünften Himmel (Mars) die Kreuzfahrer; im sechsten (Jupiter) die gerechten Könige; im siebenten (Saturn) die Kontemplativen; im achten (Fixsternhimmel) zieht der Triumphzug Christi vorüber; im neunten (primum mobile) endlich die Hierarchie der Engel. Erst von hier aus wird jenes Amphitheater sichtbar, das die Gesamtzahl der Seligen aufnimmt, halb dem alten Bund gehörend, wo die Plätze natürlich alle besetzt sind, halb dem neuen, wo noch einige wenige Plätze frei sind — auf einen Sitz hofft Dante selbst zu kommen. Das klingt alles sehr mittelalterlich; aber ist denn der Schluß des II. Faust nicht auch mittelalterlich gestaffelt? Wir brauchen Kategorien, uns vom Einfachen ins Reichere, vom Gegebenen ins Gesteigerte zu führen. Durch unendliche Mühen, Qualen und Ängste hat sich der Höllenwanderer durcharbeiten müssen; der Aufstieg zum Berg der Sühnung war ebenfalls ein mühsames Ringen um die Höhe. Nun kann er die Schwingen breiten; nun durchmißt er ewige Räume, und so hoch er schwebt, noch heller glänzt das Licht über ihm. Diese Weite zeigt Dante durch die Stationen, die Abschnitte; nur mit ihrer Hilfe wird der unendliche Raum meßbar. — Einmal heißt ihn Beatrice sich umschauen, zurückblicken auf die Bahn, die er durchflogen. Und da sieht er ganz unten tief und bescheiden die Erde liegen, wie eine kleine Insel im Weltenmeer. Welch ein Trost ist es für den Menschen, sich aufschwingen zu können von der Scholle und durch die Zonen des Geistes zu schweifen! Welch ein fürstliches Vorrecht, von Niederungen sich zu erheben und das Ewig-Gesetzmäßige im Gang der Himmelskörper mit eigenen Augen zu schauen! Moriz v. Schwind hat uns ein Bild gemalt, wie am Tage vor der Einweihung des Straßburger Münsters ein Engel den Baumeister Erwin v. Steinbach bei der Hand nahm und mit ihm die hohen Räume der Wölbungen durchwallte, damit der Schöpfer des Domes doch einmal wenigstens die Ecclesia superna, die er erbaut, durchschreiten dürfe. Was aber sind die Räume einer Kathedrale gegen die Welten der Planeten?

4. Beatrice wird schöner und schöner, von Gesang zu Gesang. Der Dichter sucht neue, stärkere Worte, sie versagen sich ihm. Aber das Merkwürdige ist, wir glauben ihm trotz seiner Unfähigkeit, das Wie zu beschreiben. Auch darin fühlen wir die Steigerung von Stufe zu Stufe. „Licht ist das Kleid, das du anhast." Ihr Antlitz glüht im roten Schein des Mars, es leuchtet neu in Jupiters Helle, es verklärt sich aufs höchste unmittelbar vor dem Abschied. Dann kehrt sie an den seligen Sitz ihrer Gnadenwahl zurück, den sie ausnahmsweise, in seltenster Berufung verließ, um vom Tal der Entsühnung aus einen Sterblichen bis zu diesen Kreisen zu führen. Die Idee der Berufung des Dichters wird wieder verdeutlicht. Der Dichter wird aus allen Fesseln menschlicher Begrenzung und Belastung herausgenommen, einzigartige Wege darf er gehen, vor anderen wieder tausendfach bevorzugt. Wohlgemerkt, ein Dichter ist es, nicht ein Priester. Zur Zeit, als Dante geboren wurde, hatte die Kirche das Fest der Transsubstantiation eingesetzt, das den Höhepunkt des Priestertums darstellt. Der Priester ist danach der unentbehrliche Vermittler zwischen Gott und Mensch. Und 50 Jahre später entsteht nun diese Dichtung, die den Priester absetzt und dafür dem Dichter den leeren Thron zuspricht. Auf diesem übt der Dichter sein Richter- und Scheideamt auch dem Priester gegenüber; Päpste und Kardinäle, Erzbischöfe und Äbte müssen sich vor seinem Spruch beugen. Ebenso werden die Könige, die Fürsten, die Großen der Erde durchschaut. Es ist eine völlig neue Instanz gefunden, auf Grund höchster Gnadenwahl, neben der die Priesterweihe und das Gottesgnadentum der Könige verbleicht. Hier liegt das eigentlich Umstürzlerische in Dante; wären die damaligen Päpste nicht in Avignon und mit anderen Sorgen beschäftigt gewesen, so hätten sie sich wohl an Dante herangemacht. Dantes Leser aber genossen diese Entthronung. Das sieht man an den Fresken, die bald nach Dante an die Trecentowände gemalt wurden. Da müssen in den Höllenrachen die Könige und Priester herein, und die Teufel schlagen auf sie besonders kräftig los. Die Saat des Hl. Franz von Assisi geht auf; der „Mensch" wird der Träger der Dinge, nicht mehr der Priester oder König. In diesem Sinne ist Dante der erste — und das heißt doch wohl der wichtigste — Vertreter des Humanismus.

5. Liebessünden barg die Hölle in ihrer ersten, weitesten Tasche; auf dem Berg der Sühne bilden sühnende Liebessünder den letzten obersten Flammenring. Hier im Paradies leben die Liebesdurchglühten im Planet der Venus. Und wieder erleben wir eine Huldigung für Eros. Herzen, die Liebe durchglühte, sind geweiht. Kälte wird dadurch zur Sünde gestempelt. Und Eros ist der eigentliche Dämon der Dichter, das bewegt die Gestalt des Dichters Folco von Marseille. Die ganze Troubadour-Dichtung steht mit ihm auf, Männersangs Frühling

Digitized by Google

leuchtet im Morgenstern. Das Gegenteil des Eros aber ist der Fiorino, der harte Goldgulden, der Florenz und Rom entseelt hat. Also auch hier wieder der Kampf zwischen Liebe und Gold. — Höher freilich als die Kinder der Venus stehen die Söhne Jupiters. Denn diese hat Liebe und Glut zur Weisheit geführt. Die großen Lehrer des Abendlandes treten in langer Schar heran: Thomas der Aquinate, Petrus der Lombarde, Dionysius Areopagita, Paulus Orosius, Boethius, Isidor von Sevilla, Beda usw. Gewiß, manche Namen sind uns Heutigen ein ferner Klang, jener Zeit aber waren sie lebendig im Beben tiefster Ehrfurcht. Und wer einmal wieder vor einem gotischen Kathedralenportal steht, erinnere sich dieser Männer; denn ihre Weisheit ist hier in den Stein gehauen. Die Namen klingen damals mit ebensolchem Ton, als wenn wir Mommsen, Ranke und Lamprecht sagen — Männer, die den Zusammenhang der Dinge erfaßt haben und die uns die Vergangenheit zur Gegenwart machen. Franz von Assisi und Domenico Guzman reihen sich an; ein Dominikaner preist den Stifter des Franziskanerordens, und umgekehrt. Dabei muß man wissen, daß damals beide Orden schon in scharfer Konkurrenz lebten. Wo gibt es höheren Ruhm, als vom Gegner gepriesen zu werden?

6. Mit dem fünfzehnten Gesang bekommt Dantes Lied wieder rein menschliche, persönliche Züge. Denn der Wortführer der heiligen Krieger im Planeten Mars ist der Kreuzfahrer Cacciaguida, der Ahn Dantes. In den Erzählungen dieses Altvordern aus dem Geschlecht der Alighieri greift Dante in die mehr als hundertjährige Vergangenheit seiner Heimatstadt Florenz zurück. Man bedenke: er dichtete das Paradies, als er schon fünfzehn Jahre lang verbannt und seine dringende Bitte um Heimkehr immer wieder vor den Toren abgewiesen war. Zahlreich sind daher die Strafreden in der Comedia gegen die Krämerstadt. Hier erhebt sich die Anklage auf eine letzte typische Höhe. Dem heutigen (damaligen) Florenz wird das sittenstrenge, einfache, frohe Florenz vom Anfang des 12. Jahrhunderts gegenübergestellt — froh, weil es den Fluch des Goldes, des Florinen, noch nicht kannte. Wird hier der alternde Dante zum laudator temporis acti? Mit nichten, obwohl er über 50 Jahre alt ist. Im Spiegel der Vergangenheit sehen wir den Verderb der Gegenwart. Tiefer und tragischer aber ist der Grundton der Klage: alles Lebendige hat seine Zeit des Blühens und des Welkens. Dante sah in dem Florenz seiner Zeit, also um 1300, schon die Abnahme des gesunden Lebenswillens. Wir heute aber setzen den Anfang seiner Blüte erst um 1400, also hundert Jahre später an! Und wir berufen uns dabei auf die goldenen Tage der Medici. Ob Dante nicht richtiger sah als wir, denen der Ducento kein lebendiger Begriff ist? Wir denken an Kulturfortschritt, Dante aber an die Klarheit und Festigkeit des Lebenswillens. Schwermütig klingt Cacciaguidas Weissagung, aus: er meldet Dante sein Schicksal, daß die Rückkehr nie gestattet, daß die Verbannung nie aufhören werde und „daß der Ruf der Schuld stets dem Gekränkten folge". Hier senkt sich die autobiographische Kurve der Komödie so tief wie nirgends sonst. Was Cacciaguida weissagt, hatte sich bereits erfüllt. Dante schrieb diese Gesänge wohl schon in Ravenna nieder, der letzten Zuflucht auf seiner langen Wanderung. Hier ist er ja dann auch gestorben.

7. Im siebenten Himmel, Saturn, thronen die Heiligen der Kontemplation; wiederum ist es die Schau, die die höchste Einsicht vermittelt. Eine Leiter führt von hier zu den letzten Höhen. Die alten Einsiedler legen nun Zeugnis ab vom Zwang ihrer Seele: Benedikt, der Gründer von Montecassino und damit des abendländischen Mönchstums, die Anachoreten der Thebais Macarius und Romuald. Es ist, als ob der unruhige Städter sich Rat hole bei den Patriarchen des Waldes und der Einsamkeit; der viel wandernde, gehetzte Dante rastet bei den ruhigen Männern des Landbaues. Oft malte man sich später die Wonne dieser Mönche in der Cyrenaica an die Wände; wie sie heiter die Hütte bewohnten, das Gemüsche bestiegen und am Ufer fischten, auch wohl dem Teufel mit der Mistgabel wehrten, wenn dieser als schöne Frau verkleidet bei ihnen eindringen wollte. Solch eine Darstellung gefriedeter Seelen in der Thebais findet sich im Pisaner Camposanto; Goethe entnahm dann diesem Fresko das Landschaftsgemälde zu der Faustszene: „Waldung, sie schwankt heran; Berge, sie lasten dran." So wird Poesie zur Malerei, Malerei zur Poesie. Leider führt kein direkter Weg von Dante zu Goethe.

Wir übergehen das Examen, das Dante bei Petrus, Johannes und Jakobus über Glaube, Liebe und Hoffnung zu bestehen hat — nicht weil es zu scholastisch wäre, sondern weil es im Auszug seltsam klingt. Dann folgt ein seltsames Zwiegespräch mit Adam, an den Dante vier Fragen stellen darf. Dabei hören wir, daß Adam und Eva nicht ganz sieben Stunden im Garten Eden vergebracht haben! (ad auram post meridiem — Luthers Übersetzung: „da der Tag kühle worden war", ist nicht ganz genau.) Sieben Stunden nur Reinheit, und dann schon der Fall! Wir sehen, die scholastischen Exegeten fassen scharf zu. Nun folgt die obenerwähnte Rückschau auf die winzig und fern unter ihm liegende Welt — er übersieht die Strecke Jerusalem—Florenz—Cadix, das etwa ist das Bild des Mittelmeeres, das sich dem Staunenden als glänzendes Binnenmeer breitet. Ein odysseeisches Ozeangefühl überströmt Dante, und wirklich späht er nach der Meerenge von Gibraltar, durch die Odysseus auf jener letzten in der Hölle (Gesang 26) geschilderten Fahrt ausgefahren ist. Odysseus ist Seefahrer, Dante Landwanderer. Beide suchen auf nie rastender Fahrt den Pol. Nun hat Dante ihn in der Höhe erreicht; von oben sieht er im Geist den antiken Bruder ebenfalls die Grenze des Mittelmeeres durchbrechen, wenn auch zu tragischem Untergang.

8. Im Zeichen des Zwillingsgestirns geht der Flug zum neunten Himmel, dem primum mobile, das sich am schnellsten dreht, über dem nichts mehr ist als das ruhende Empyreum. In dieser Sphäre schweben die neun Engelchöre: Seraphim, Cherubim, Throne, Herrschaften, Kräfte, Mächte, Fürstentümer, Erzengel, Engel. Wer sieht bei diesem Bild nicht die Reigen der Engel Fra Giovannis da Fiesole? Oder die Engelfülle von Raffaels Disputa? Mit dieser festen Ordnung der Engel haben die Maler des Trecento, Quattrocento und Cinquecento die obere Welt schaubar gemacht und dem Unendlichen in Gottes Nähe Form und Gestalt geliehen. Dionysius Areopagita hatte diese scala de coelesti hierarchia aufgestellt, Dante bringt die Engel zum Singen, Raffael zum Leuchten. So reichen sich wieder Antike und Renaissance über der Schatztruhe des Mittelalters dankbar die Hand. Das Mittelalter ist Schatzbehalter und Verwalter des antiken Weisheitsschatzes; mannigfach umdeutend, sorgt es doch vor allem, daß die gefundenen Schätze nicht verlorengehen. Die Renaissance öffnet dann beglückt die alten Truhen und zieht das Geschmeide ans Licht. Sie empfand keinen Widerspruch zwischen der antiken und christlichen Weisheit. Vieles benannten sie anders, und die Kategorien wechselten. Aber die Christen der Renaissance waren nicht so hochmütig, zu glauben, sie allein könnten alles neu finden. Wie die antike Sage den Rohstoff zur mittelalterlichen Heiligenlegende bietet, so schwingt antike Weisheit zur platonischen Akademie in Florenz herüber. Dante ist einer der Vermittler, vielleicht der größte. Aber auch Petrarca ist stark beteiligt.

9. Und nun bietet sich dem Dichter im Empyreum und dem Amphitheater eine letzte höchste Schau. Dies Amphitheater, die sogenannte Rose, ist etwa rechts zu denken, etwas höher links strahlen die drei Kreise der Trinität im Engelkranz. Von der Trinität fällt das erste Licht auf die vollerblühte Rose, von da auf die einzelnen Planeten. Aus dem Lichtstrom steigen Funken auf, die die Rose in einen goldenen Schimmer hüllen. Die Rose ist als ein riesiges Amphitheater gedacht, durch Barrikaden in zwei Teile gelegt. Hier thront auf der Höhe der obersten Stufe Maria, ihr gegenüber der Täufer, und daran schließt sich rechts der alte, links der neue Bund. Frauen und Männer sitzen also getrennt; aber die Frauen haben denselben Rang, ja sie sitzen um die höchste Frau, der kein gleich hoher Mann entspricht. Hier sieht Dante nun auch zu seinem höchsten Staunen Beatrice sitzen, die unbemerkt entschwebte, und dem heiligen Bernhard von Clairveaux die Führung Dantes überließ. Ein einziger Blick

zwischen der Geliebten und dem Entsühnten wird ausgetauscht; dann wendet Beatrice die seligen Augen wieder Maria zu. Also auch hier wieder kein Händedruck zum Abschied, keine Umarmung, kein Kuß.

10. Der letzte Gesang des Paradieses enthält das wundervolle Gebet des Heiligen Bernhard an Maria, das ich in Georges Übersetzung hersetze:

Jungfrau und Mutter, Tochter deines Sohnes!
Voll Demut und voll Würde wie kein Wesen,
Nach vorbestimmtem Rat des ewigen Thrones.
Du machtest unsere Menschheit so erlesen.
Und edel, daß der Schöpfer selbst geruhte,
Geschöpf zu werden, dessen du genesen.
Die Liebe ward entfacht in deinem Blute,
Damit von ihrem Brand in ewiger Wonne
Solch eine wunderbare „Rose" gluhte.
Du bist für uns die mittagliche Sonne
Der Himmelslust; doch auf der Erdenscholle
Gleichst du der Hoffnung stets lebendigem Bronne.
O Frau, du bist die große Hilfevolle,
Wer Gnade sucht und nicht zu dir sich wendet,
Ist wie wer ohne Schwinge fliegen wolle.
Und so ist deine Milde, daß sie sendet
Nicht nur dem Bittenden — oft ward dem Armen
Freigebig vor dem Bitten schon gespendet.
In dir ist Mitleid! In dir ist Erbarmen!
In dir ist Langmut! Was nur je des Guten
In Menschen war, entströmt aus deinen Armen.

Ich denke, solchen Worten wird sich auch kein Protestant entziehen. Das Ewigweibliche zieht auch hier uns hinan. Maria gewährt die Bitte Bernhards; auf ihre Fürsprache hin darf er einen Augenblick Gott schauen. Wie ein Blitz dringt es auf ihn ein; er vermag keine Rechenschaft zu geben, was er schaute. Damit endet „die hohe Phantasie" und so auch das Gedicht. Von der Rückkehr Dantes auf die Erde ist nicht die Rede.

* * *

Diese paar Andeutungen wollen nichts anderes, als dem Leser Mut machen, zu Dante zu greifen. Er ist kein Scholast und kein Mittelalterlicher, sondern ein Gestalter höchster Ordnung im rein humanen Sinne. Das Größte bei ihm ist die Architektur dieses Riesendoms der Komödie, wo alles von der ersten bis letzten Zeile klar verankert, fest disponiert und notwendig ist. Die Bogen dieser Gewölbe schließen sich erst im Schlußstein des Ganzen. Man beginne mit der Hölle und versenke sich in den Reichtum der Szenen, der Bilder, der Sprache. Wer einmal bis zu Luzifer vorgedrungen ist, der will auch den Thron sehen, von dem er herabstürzte. Der Urtext bietet weniger Schwierigkeiten als z. B. Leopardi oder Carducci; für das Inhaltliche genügen die Noten Scartazzinis oder Olschkis durchaus. Mit Dante wandern, heißt im Hochgebirge wandern. Gletscher und Felsen sind unsere Begleiter, steil sind die Wege, und Abgründe öffnen sich. Aber solche Wanderung ist unvergeßlich, und sie führt auf den höchsten Gipfel.

Sprechsaal.

Charles Kingsley / Über Deutschlands Recht auf Elsaß-Lothringen.

Bekannt ist der Brief Carlyles an die „Times" (jetzt neu herausgegeben Insel-Bücherei Nr. 164) aus dem deutsch-französischen Kriege, in dem er das historische Recht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen darlegt, und die Tatsachen der französischen Raubkriege seinen englischen Landsleuten in Erinnerung bringt. Indessen Carlyle stand damals nicht allein mit seinem Wahrheits- und Gerechtigkeitssinn. Auch der alte, in Deutschland allgemein bekannte und beliebte Charles Kingsley bekannte sich offen zur geschichtlichen Wahrheit und Gerechtigkeit. In seinen „Briefen und Gedenkblättern", herausgegeben von seiner Gattin, deutsch von M. Sell (Gotha, Fr. Andr. Perthes) bringt die Herausgeberin u. a. folgenden Brief Kingsleys an Sir Charles Bunbury, der in diesen Tagen der Vergewaltigung Deutschlands durch die Entente und deren Weltlüge über Deutschland und insonderheit Elsaß-Lothringen von allgemeinstem Interesse ist. Doch nun der Brief selbst:

„Nun ein paar Worte über diesen furchtbaren Krieg (von 1870/71). Ich gestehe Ihnen, daß, wenn ich ein Deutscher wäre, es mir als eine Pflicht gegen mein Vaterland erscheinen würde, meinen letzten Sohn, meinen letzten Schilling in den Krieg zu senden und schließlich selbst zu gehen, damit endlich geschehe, was geschehen muß, damit es so getan werde, daß es ein zweites Mal nicht mehr nötig ist. Ich hoffe, es wäre mir möglich, die Rache aus meinem Herzen fernzuhalten — zu vergessen, was Deutschland seit 200 Jahren von dieser eitlen, raubgierigen, unruhigen Nation gelitten hat, alles, was es selbst noch im letzten Krieg (Männer wie Frauen) gelitten hat: obgleich die Deutschen das nicht vergessen, und ihrer etliche es auch um ihrer Mütter und Tanten willen nicht vergessen dürfen. Aber der gewöhnliche Deutsche hat ein Recht, zu sagen: ‚Das Eigentum, das Leben, die Freiheit war zweihundert Jahre lang in Deutschland bedroht, weil es so zerstückelt war. Die französischen Könige haben stets die Zersplitterung befördert, damit das Land um so sicherer das Spielzeug ihres Ehrgeizes sei. Seit der französischen Revolution hat das Volk (alle Denkenden und Handelnden, also die Armee und die gebildeten Stände) ein gleiches getan. Das soll nun ein Ende haben. Wir wollen es ihnen unmöglich machen, sich in unsere inneren Angelegenheiten zu mischen. Wir wollen, zumal nach Alfred de Mussets brutalem Lied, es so einrichten, daß es eine Kriegserklärung ist, wenn Frankreich noch den Namen des Rheinstroms nennt.'

Was den gegenwärtigen Krieg angeht, so war er früher oder später doch unvermeidlich. Die Franzosen sehnten sich danach. Sie wollten 1813—15 rächen, und nicht wissen, daß Deutschland damals ungeheuer glimpflich für 1807 Rache genommen hatte. Bunsen pflegte mir zu sagen — und zwar unter Tränen, daß dieser Krieg kommen müsse, daß er Gott nur bitte, ihn nicht kommen zu lassen, bis Deutschland bereit sei und die Nachwehen der französischen Invasion überwunden habe. Er ist gekommen, und Deutschland war bereit. Hätte doch der alte Herr es noch erlebt, daß die Schlacht an dem Ort Haemaggedon, wie er sie zu nennen pflegte, nicht, wie er fürchtete, auf deutschem, sondern auf französischem Boden ausgefochten wird. Sie mußte kommen. Es wäre Unrecht gewesen, wenn die Deutschen zuerst angefangen hätten. Aber als die Franzosen es taten, wären die Deutschen ewig blamiert gewesen, wenn sie den Fehdehandschuh nicht aufgenommen hätten. Wenn einer jahrelang Ihnen mit seiner Faust vor dem Gesicht herumfährt und versichert, einmal werde er sie gründlich durchhauen, und sie seien ja doch nicht imstande, ihm zu widerstehen, — so wird der kluge Mann, wie Deutschland in diesem Fall, ruhig warten, bis der Schlag wirklich fällt; aber er wird auch, wie Deutschland, sich vorsehen, bereit zu sein für das, was sicher kommen muß. Preußen aus seiner Kriegsbereitschaft eine Sünde und einen Vorwurf zu machen, als hätte es auf einen Angriff Frankreichs gesonnen, beweist nur aufs neue die ungeheuerliche Unwissenheit in der Geschichte, besonders in der deutschen Geschichte, welche ich durchschnittlich beiden Engländern beobachte. Eine plumpe Ignoranz oder ein absichtliches Vergessen nicht minder der Drohungen, welche Frankreich seit Jahren über Grenzberichtigungen ausgestoßen hat. An Kundgebungen, daß der Schlag demnächst fallen würde, haben die Franzosen es gegen die Deutschen nicht fehlen lassen. Jetzt, wo es geschehen ist, sanft die andere Backe auch darzubieten, mag recht, christlich sein, wenn es einen Mann allein angeht; es ist aber höchst unchristlich, niedrig und selbstsüchtig gegen seine Frauen und Kinder und die noch ungeborenen Nachkommen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Frankreich auch diesmal wieder darauf gerechnet hat, Deutschland zu entzweien und als den geschwächten Teilen eine leichte Beute zu gewinnen. Ein Deutscher aber, der solches einsah — wie alle Vernünftigen es einsehen mußten — hatte nicht sowohl der Schriftsteller zu gedenken, welche uns verbieten, persönliche Beleidigungen zu rächen, als der anderen: ‚Wer das Schwert nimmt, soll durch das Schwert umkommen', nicht der Greul und Verwüstungen des Krieges, sondern dessen, der gesagt hat: ‚Fürchtet euch nicht vor denen, die nur den Leib töten, und dann nichts mehr tun können, aber fürchtet ihn — den Teufel der Selbstsucht und Trägheit, der in Sklaverei endenden Anarchie, welcher Leib und Seele verderben kann in die Hölle moralischer und politischer Erniedrigung. Wenn nun aber etliche tüchtige Handwerker

ihn einen dynastischen Krieg nennen, weil sie noch die veraltete Theorie im Kopf haben, nur Könige fingen Kriege an, — so ist das einfach unwahr. Es ist von deutscher Seite nicht dynastisch. Es ist die Erhebung eines Volkes vom Höchsten bis zum Niedrigsten, weil es in einem tieferen Sinne Volk zu sein anstrebt, als ein französischer oder englischer republikanischer Demokrat dies überhaupt verstehen kann. Und auch von französischer Seite ist er nicht eigentlich dynastisch. Wohl unternahm der französische Kaiser ihn, um seine Dynastie zu retten, aber er hätte dies doch nie getan, wäre er nicht der Ansicht gewesen, daß es nicht ein dynastischer, sondern ein Volkskrieg würde. (Und wer kennt die Franzosen wie er?) Wie hätte er ihm sonst seinen Thron retten können? Hätte der Krieg sonst etwas anderes vermocht, als seinen Fall zu beschleunigen, wenn er die Gefühle der Nation kreuzte? Er kreuzte sie aber faktisch nicht. Sehen Sie die Zeitung noch einmal durch, so werden Sie finden, daß Paris und die Armee (welche ja leider eben die Nation in sich darstellen) die Kriegserklärung mit einem Delirium frecher Freude aufgenommen haben. Sie haben sich geirrt . . . Der Kaiser hat sich geirrt . . . trotz all seiner Schlauheit . . .'

Und ebendaselbst in einem Briefe an Professor Max Müller: „Meine einzige Furcht ist, die Deutschen möchten an Paris denken, das sie doch nichts angehen kann, und möchten dadurch ihr Augenmerk von dem abwenden, was sie mächtig angeht: Die Wiedereroberung des Elsaß, welches ihnen gehört, damit der Franzmann auch keinen Fuß breit Land mehr am Rheinufer besitze. Aus dem Rhein ein Wort zu machen, welches kein Franzose mehr auszusprechen Gelegenheit findet, muß das eine Ziel aller denkenden Deutschen sein, und dies allein . . ."

*

Sozialismus und neues Menschentum.

Von Wilhelm Goßmann.

Wenn vor kurzem an dieser Stelle (im ersten Maiheft der „Hilfe") ein von sozialistischen Ideen erfüllter Mann seine Stimme erhob, um das Bürgertum zu einer entschlossenen Abkehr von der alten Wirtschaftsordnung und zu einem Bekenntnis zum Sozialismus, den er der Brüderlichkeit gleichsetzt, aufzurufen, so sei demgegenüber eine kurze, grundsätzliche Entgegnung gestattet.

Viele demokratisch gesinnte Männer und Frauen sehen die Ungerechtigkeit und Härten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung vollkommen ein, und die Entwicklung der demokratischen Ideen hat gezeigt, daß wir auf dem besten Wege sind, diese so viele Volksgenossen ins Unrecht setzende Ordnung scharf zu revidieren. Der Sozialismus fordert ihren vollkommenen Umsturz und predigt von einer neuen Zeit, die gleiche Rechte, gleiche Pflichten für alle bringen soll, ohne daß vornehme Geburt, ererbtes Kapital und nur für bestimmte Klassen infolge ihres Reichtums bestehende Bildungsmöglichkeiten (Gymnasium, Universität) einen Zustand offenbarer Ungerechtigkeit hervorrufen. „Es ist unser fester Wille, das Proletariat ganz abzuschaffen." Gut so. Aber ist denn das — wenn man unter dem Proleten nicht nur den Mann mit wenig Geld versteht, sondern den Begriff tiefer faßt — überhaupt möglich und hilft uns die veränderte Wirtschaftsordnung allein? Unsere durch und durch mit materialistischen Ideen durchsetzte Sozialdemokratie hat die Behauptung, daß die Verhältnisse den Menschen machten, zu einem Grundsatz gemacht, dem entschieden entgegengetreten werden muß. Hier scheiden sich die Geister. Reichtum, wirtschaftliche Sorglosigkeit machen unseres Erachtens viel, aber nicht alles aus, und oft sind sie auch Hemmungen des Lebens, vor allen Dingen des inneren, des geistigen Lebens. Daß der, wenn auch wirtschaftlich arme, Tüchtige auch unter der alten Wirtschaftsordnung — der ein Loblied zu singen, uns fernliegt — hat emporkommen können, ist eine Tatsache, die doch als allgemeine Feststellung niemand bestreiten wird. Beispiele aus der Geschichte und aus dem Bekanntenkreise hat jeder zur Hand.

Der Sozialismus hat eine Voraussetzung, die gar zu leicht übersehen wird, trotzdem sie ausschlaggebend ist: er verlangt ganz einfach einen neuen Typus Mensch. Diesen neuen Menschen aber nur durch wirtschaftliche Besserstellung und erhöhte Bildungsmöglichkeit (deren Ausnutzung man nebenbei, das zeigen schon bisherige Erfahrungen, nicht überschätzen sollte) zu schaffen, geht doch wohl nicht an. Solange der Sozialismus nicht neue Werte — und zwar hauptsächlich Werte religiöser und ethischer Art — lebendig machen kann, so lange wird die sozialistische Gesellschaft auch eine Utopie bleiben. Man erhofft viel von der neuen Einheitsschule. Wir wollen abwarten, ob sie wirklich unser Volk innerlich entscheidend umzugestalten vermag — meine persönliche Meinung ist, daß das nicht durch Lehrer und Bücher, sondern nur durch eine gewaltige, unser ganzes Volk erfassende neugeartete Religiosität möglich sei — oder ob sie nicht vielleicht zur Verschärfung der innervölkischen Gegensätze noch beiträgt, wenn derjenige Teil unseres Volkes, der sich bisher wirtschaftlich unterdrückt fühlte, nun dem höher Gebildeten gegenüber nicht mehr behaupten kann, es sei ihm wegen des leidigen Geldes unmöglich gemacht worden, eine bessere Bildung zu erlangen, sondern einsehen muß, daß es geistige Unterschiede sehr erheblicher Art (die von selbst auch andere im Gefolge haben) auch fernerhin geben wird. Wer für einen Fehler keine Entschuldigung mehr hat, wird um so verbissener im Kampf gegen andere, die ihn überragen.

Diese Bemerkung nur nebenbei. Vor allen Dingen muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß viele von uns, die wir nicht in der materiell-sozialistischen Bewegung stehen, wohl von Herzen gern zum Sozialismus übergehen würden, wenn er auf sein Banner das stolze Wort „Neues Menschentum" schriebe und wenn er dieses Wort nicht rein äußerlich auffaßte, wie er es jetzt tut, sondern eine innere Erneuerung des Menschen darunter verstände, eine Umwertung der Gesinnung, die sich nicht erreichen läßt durch Gold und Bürcherschätze, sondern durch Religion. Erst wenn wir edlere Menschen haben, kann der Sozialismus leben.

Naumann / Dem Volke die Wahrheit

Es hat während des Krieges ein Bann der Unwahrhaftigkeit auf uns gelegen, da wir mit Siegesnachrichten gespeist wurden, in denen sich Richtiges mit Falschem mischte. Man redete laut von den wunderbaren Erfolgen unseres Heeres, verschleierte aber den Gesamtzustand der Weltpolitik, um das Volk nicht mutlos zu machen. Die Feinde wurden schwächer hingestellt, als sie waren, wir wurden als die Starken beschrieben, nun aber hat sich das Blatt gewendet. Jetzt wissen wir, jetzt sieht es alle Welt, wie unheimlich groß die Gewalt der Feinde war. Wir hören keine Trompeten der Täuschung mehr blasen. Fast unterliegen wir der anderen Gefahr, daß wir auch das nicht mehr anerkennen wollen, was an uns noch immer gesund und lebensfähig ist. Aus künstlichem Optimismus verfallen viele in einen schrankenlosen Pessimismus. Eines davon ist so schädlich wie das andere, denn wer sich überschätzt, gerät ins Unglück, aber wer sich selbst hinwirft, der bleibt verworfen. Es muß heilige Pflicht sein, mit dem ganzen Volke offen zu reden und ihm die Sorgen und Hoffnungen ohne Hintergedanken tapfer mitzuteilen. Daran hat es gefehlt! Die neue Demokratie bedarf einer neuen Wahrheitsgesinnung. Wir verlangen von der Menge, daß sie selber Ordnung und Mut aufrechterhält. Wie aber wird das möglich sein? Ihr müßt, ihr sollt die Masse als mündig behandeln. Keine Schonung, sondern Wahrheit. Aussprechen, was ist! Auch kleine Leute werden groß, wenn sie in die Wahrheit versetzt werden.

Briefkasten

Frau Pfr. K. Das Heft „Soziale Erneuerung" von Dr. Gertrud Bäumer (Demokratische Reden Heft 5) enthält die Rede, die in der Nationalversammlung am 21. Februar 1919 gehalten worden ist. Die früher in der „Hilfe" abgedruckten Aufsätze „Wege zur inneren Erneuerung" sind noch nicht in Buchform erschienen.

In der Woche nach Pfingsten beginnt an der Staatsbürgerschule eine neue Serie von Abendvorträgen. Es wird über folgende Themen gesprochen werden: „Die politische Presse des In- und Auslandes", „Politische Probleme der Gegenwart" und „Die Frauen im neuen Deutschland".

Jede nähere Auskunft erteilt die Leitung der Staatsbürgerschule, Kronprinzenufer 27, I.; Moabit 9596.

Der Deutsche Protestantenverein (Berlin W. Potsdamer Straße 90) hat ein Generalsekretariat errichtet, das die gesamte Arbeit des liberalen Protestantismus organisieren soll. In Ergänzung der Volkskirchenbewegung tritt er für das liberale Gepräge der neuen Kirche ein unter der Fahne: „Für die Kirche des XX. Jahrhunderts."

Der Aufsatz Wilbrandts kann aus Raumgründen erst in der nächsten Nummer gebracht werden.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, Zehlendorf, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, Hamburg.

Digitized by Google

19. Juni 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis ab 1. Juli bei Post und Buchhandel (beim Abholen) 5 M., unter Kreuzband 5,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 5,25 M., ins Ausland 6 M. Einzelhefte 50 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 6683.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 25

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 80 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche.

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Gertrud Bäumer:** Heimatchronik. — **Gertrud Bäumer:** Der Geist der neuen Volksgemeinschaft. — **Prof. Dr. Richard Charmatz:** Deutsch-Österreichs Vernichtung. — **Dr. Margarete Rothbarth:** Pazifistentagung. — **Wilhelm Grünewald, M. d. R.:** Reichsaufgaben im Hochschulwesen. — **Prof. Dr. Robert Wildbrandt:** Die Weltwirtschaft. — **Naumann:** Albrecht Guttmann †. — **M. Stolt:** Heinrich Sohnrey. — **Naumann:** Heiliges Erinnern.

Naumann / Kriegschronik

Sonnabend, 7. Juni.

——Das amerikanische Marineministerium hat seine Pläne auf eine Vergrößerung des Flottenbaues aufgegeben. Es tritt damit das Programm von 1916 wieder in Kraft, das zwölf Großschiffe und entsprechende Nebenformen voraussetzt. Diese Zurückziehung eines weitergehenden Kriegsprogramms ist offenbar geschehen, ohne daß eine Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und England vorangegangen ist. Es sei das eine natürliche Folge der Völkerbunderrichtung. Die Amerikaner erwarten, so heißt es, eine entsprechende Erklärung Englands über seine Rüstungsbeschränkungen. Ganz unmöglich ist es nicht, daß ohne besonderen Vertrag die Engländer und die Amerikaner beiderseits ihre Flotte auf einen einfacheren Fuß einrichten, da sie ja voraussichtlich in künftiger Zeit einer flottenarmen übrigen Welt gegenüberstehen. Englands altes Ideal, daß die englische Flotte stärker sei, als die zwei nächstgrößten, ist von selbst erreicht und weit übertroffen, da auch Frankreich vermutlich aus Finanzgründen seine Flotte sehr beschränken wird. So sind die Japaner fast die einzigen, die noch eine gewisse Beunruhigung hervorrufen könnten, solange die beiden angelsächsischen Großmächte untereinander ihres Einverständnisses sicher sind.

Offiziös wird gemeldet, daß die Regierungen von Schweden und Dänemark es abgelehnt haben, sich im Falle einer Nichtunterzeichnung des Friedens an einer erneuten Blockade Deutschlands zu beteiligen. Ob bei dieser Nachricht mit Absicht oder aus Zufall die Erwähnung Norwegens unterblieben ist, können wir zurzeit nicht feststellen. Mag man auch annehmen, daß im Falle einer ernstlichen Absicht der Entente die skandinavischen Staaten auch jetzt nicht imstande sind, einem endgültigen Druck zu widerstehen, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß eine erneute Unterbindung allen Handels mit Deutschland jetzt bei den neutralen Staaten nur ungern aufgenommen werden würde.

Sonntag, 8. Juni.

Wenn man am Pfingstfest die Bevölkerung Berlins in die umliegenden Wälder strömen sah, so hat man wenig Eindruck davon, daß gerade jetzt um das endgültige Schicksal dieser vielen Menschen und ihrer Kinder gewürfelt wird. Die Bevölkerung als Ganzes hat ein absolutes Bedürfnis nach Ruhe, Ernährung und Arbeit, und von ihr würde sich ein unglaublicher Friede erzwingen lassen, solange er nur eben den Namen „Frieden" trägt. Wie wenig das, was heute in Versailles gearbeitet wird, als Frieden wirken wird, ist der Menge der Bevölkerung schwer klarzumachen, weil die finanziellen und handelspolitischen Artikel des Friedensentwurfes eine gewisse Vertrautheit mit wirtschaftspolitischen Dingen voraussetzen. Überall wird diskutiert, ob man für Annehmen oder Ablehnen sein würde. Dabei kann unter Umständen noch damit gerechnet werden, daß von der Entente einige Nachgiebigkeit zu erwarten ist. Um wieviel es sich freilich dabei handelt, wissen auch diejenigen deutschen Delegierten nicht, die jetzt aus Versailles bei uns zum Pfingstbesuch eingetroffen sind. Sicher ist, daß die Arbeit am Frieden außerordentlich weit vom Ideal des Völkerbundes und der pazifistischen Gesinnung entfernt ist. Daher kommt auch die sonst schwer erklärliche Erscheinung, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt die stärksten Nationalisten und die entschiedensten Pazifisten einig sind in der Verwerfung des vorliegenden Friedens, während diejenigen Kreise, die auch in anderen Dingen zu Kompromissen und Verständigungen geneigt waren, sich eher überlegen, ob man das Übel vergrößert oder verkleinert, wenn man ihm seine Zustimmung gibt.

Montag, 9. Juni.

Während wir bis vor kurzem der Meinung gewesen sind, daß Frankreich durch keinerlei bolschewistische oder sonst radikal sozialistische Strömungen in seiner sieghaften Ruhe gestört werden könne, bringen die letzten Tage doch verschiedene Nachrichten, aus denen hervorgeht, daß man die Streikbewegungen in Paris und bei den Wiederherstellungsarbeiten nicht allzu leicht auffassen darf. In der Hauptsache sind es freilich Mitteilungen sozialistischer Blätter, bei denen vorauszusetzen ist, daß der Wunsch, eine französische radikale Arbeiterbewegung zu erleben, die Abfassung der Berichte einigermaßen beeinflussen will. Auch wird man nicht außer Auge lassen dürfen, daß die eigentliche industrielle Arbeiterschaft in Frankreich im Verhältnis sehr viel geringer ist als bei uns. So leicht zwar, wie es während des Krieges gewesen ist, Streiks zu unterdrücken, dürfte es heute kaum mehr sein.

In Großbritannien vollzieht sich im Anschluß an die irischen Vorgänge eine gewisse weitere Dezentralisation. Im Unterhaus wurde mit 187 gegen 34 Stimmen eine Entschließung zugunsten der Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses angenommen, der sich mit dem Gedanken der bundesstaatlichen Entwicklung beschäftigen und versuchen soll, ob man für England, Schottland, Wales und Irland besondere gesetzgebende Landeskörperschaften einrichten soll.

Dienstag, 10. Juni.

Durch Besprechung mit einem Deutsch-Balten, der die Verhältnisse einigermaßen kennt, wird festgestellt, daß tatsächlich Riga seit mindestens zwei Wochen wieder in den Händen der Deutschen und Livländer ist. Die Barone (so werden die Deutschen genannt) haben die Sowjettruppen vor der Stadt zurückgeschlagen und unmittelbar über die Brücke bis in die Stadt hinein verfolgt, so daß, wenn unsere Nachrichten zutreffend sind, die große Stadt zunächst von 300 Mann erobert worden ist. Die Russen sollen eben eine Anzahl lutherischer Geistlicher massakriert haben, als sie sich zur schnellen Flucht entschließen mußten. Ob das alles ein Zwischenspiel ist oder eine geschichtliche Änderung bedeutet, ist für uns nebelhaft, wie fast alles, was jenseits unserer Ostgrenze passiert. Es wird von einem größeren Kampfe gesprochen, der sich um Petersburg zusammenzieht, in dem finnische und englische Truppen mit den Soldaten des Generals Koltschak sich zusammentun, um die rote Herrschaft zu zerbrechen. Die Festung Kronstadt soll von finnischer Artillerie in Brand geschossen sein.

Digitized by Google

Nachdem die Ungarn Kaschau von den Slowaken zurückerobert haben und auch die anderen Stellen sich mit Erfolg der tschechischen Angriffe erwehren, hat die Pariser Leitung der Entente, nach Budapest ein 48stündiges Ultimatum telegraphiert, auf Grund dessen verlangt wird, daß sich die ungarischen Truppen zurückhalten, wenn nicht die Mächte der Entente sie mit den äußersten Mitteln zur Einstellung der Feindseligkeiten zwingen sollen. Dabei beruft sich die Entente darauf, daß sie ihrerseits den Rumänen befohlen habe, nicht weiter ins ungarische Gebiet einzudringen. Die Angegriffenen sind aber den Tschechen gegenüber zweifellos die Ungarn, der Fall liegt ähnlich wie zwischen uns und den Polen.

Auf der deutschen Nationalversammlung in Wien wird über die Friedensbedingungen berichtet und dagegen protestiert, daß der deutsch-österreichische Staat für alle Schulden und Verschuldungen der alten Doppelmonarchie haftbar gemacht werden soll.

Mittwoch, 11. Juni.

Bei Eröffnung des sozialdemokratischen Parteitages in Weimar sagt der Parteivorsitzende Hermann Müller: Die französischen und englischen Ludendorffs und Tirpitze wollen uns einen Gewaltfrieden aufzwingen, bei dem die Arbeiter die Hauptleidtragenden sein werden. Aber so wenig es gelingen kann, Rußland und die Ukraine auseinanderzuhalten, ebenso unzerstörbar wird sich die deutsche Einigkeit erweisen einschließlich Deutsch-Österreichs.

In Italien macht das Nationalgefühl nach allem, was wir erfahren, eine tiefe Umänderung durch: Nachdem der alte Gegner Österreich-Ungarn als solcher nicht mehr vorhanden ist, wendet sich die italienische Volksseele gegen das Wachsen des slavischen Einflusses in Mitteleuropa und auf dem Balkan. Während in den ersten Jahren des Krieges zwischen Tschechen und Italienern Annäherungen stattfanden, die auf tschechischer Seite bis zum Verrat am alten Vaterlande führten, so werden jetzt die tschechischen Vorkommnisse mit geringer Sympathie aufgenommen, weil Tschechen und Südslawen als eine verbündete Körperschaft gelten. Die Folge davon ist, daß der deutsch-österreichische Staat sich einer größeren Beliebtheit erfreut, nachdem man ihm die italienischen und ladinischen Gebiete abgenommen hat. Dieses neu entstehende freundlichere Verhältnis ist zwar noch keineswegs beiderseitig, denn die Deutsch-Österreicher können es nicht ohne Zorn und Protest überwinden, daß man bei Herstellung einer natürlichen Grenze zwischen Italien und Deutsch-Tirol allzu stark und unberechtigterweise in das deutsche Sprachgebiet hinübergegriffen hat. Es ist vielleicht nicht undenkbar, daß Italien über die Tiroler Grenzlinie noch mit sich würde reden lassen, wenn es für sich allein die Verhandlungen führen könnte, von Paris aus aber wird alles getan, um den deutsch-österreichischen Staat so klein und so gebrechlich zu halten wie möglich.

Donnerstag, 12. Juni.

Es scheint zwecklos zu sein, jeden Tag in die Chronik einzutragen, was die Zeitungen über die vermutliche Antwort der Entente auf die deutsche Friedensdarstellung orakeln. Wir werden mit unklaren und zweifelhaften Nachrichten überschwemmt, besser ist es, die wenigen Tage, die uns noch von der entscheidenden Klarheit trennen, ruhig abzuwarten.

Die großen Arbeiterausstände in Paris dauern in unvermindertem Umfange fort. Berg- und Seeleute haben den Generalstreik auf den 16. Juni festgesetzt, falls bis dahin ihre Forderungen nicht erfüllt sind. Zu den Forderungen gehört, daß der Friedensschluß beschleunigt wird, um der beständigen Teuerung ein Ende zu machen. — Man soll nicht außer acht lassen, daß bei den Franzosen der Ausdruck Generalstreik bisher niemals so scharf aufgefaßt wurde, wie innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

In der „Vossischen Zeitung" veröffentlicht Behrmann eine Darlegung über die heutige Umkreisung der russischen Sowjet-Republik durch vereinigte Engländer, Franzosen, Finnen, Polen, Sibirier und antibolschewistische Russen. Aus der beigefügten Karte ersieht man, daß Engländer und Finnen, die noch vor nicht zu ferner Zeit sich um den nördlichen Teil des russischen Reiches stritten, im gegenwärtigen Zeitpunkt als gemeinsame Kampfgenossen gegenüber der Sowjet-Republik auftreten. Sie stehen von Norden und Westen kommend an den Ufern des Onega-Sees, der Ausgangspunkt der Engländer ist auch heute noch die Murmanbahn und Archangelsk. Über den Ural ist, geführt von dem neuerdings oft genannten General Koltschak, eine Armee zwischen Ufa und Wjatka im Vordringen, um die sich südöstlich eine Armee Dutow und eine Anhäufung von Uralkosaken anschließen. Es scheint, daß der Lauf der Wolga bis nach Zarizyn bolschewistisch ist, nördlich des Kaukasus aber bis jenseits von Rostow und Taganrog steht eine von Süden vordringende Armee Denikin. Die Westlinie läuft vielfach ungefähr dort, wo früher der russische Schützengraben war. Odessa und fast die ganze Ukraine gehören zum bolschewistischen Staat. Um diese Gesamtgruppierung beurteilen zu können, müßte man genaue Kenntnis der Stärke und Leistungsfähigkeit dieser Truppenteile haben. Wieviel von ihnen aber überhaupt ernstlich gesonnen sind, Krieg zu führen, entzieht sich unserer Beurteilung. — Wir besehen den Zustand Rußlands mit dem unheimlichen Interesse eines Volkes, dessen Zukunft unter Umständen in nicht allzuferner Zeit dem russischen gleichen könnte.

Freitag, 13. Juni.

Es mehren sich die Nachrichten, daß nach fast beendeter Rückkehr der aus Frankreich nach Polen gebrachten Armee Haller die Polen sich ernstlich zu einem größeren Angriff auf Deutschland bereit machen. Reichsminister Erzberger stellt an die Waffenstillstandskommission die Frage, ob die einzelnen Mitteilungen über Unterstützung polnischer Rüstungen durch die Entente richtig sind. Wir nehmen an, daß im Falle einer deutschen Ablehnung des Friedensentwurfes die Polen sofort einen starken Vorstoß nach Deutschland hin unternehmen werden. Von allen Seiten her wird gegen das fast waffenlose Deutschland mit starken Drohmitteln gearbeitet, was wir aber nicht wissen können ist, ob wir nicht auch bei Annahme des Friedens dieselben polnischen Begehrlichkeiten würden erleben müssen.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Weimar vertritt Eduard Bernstein seine englandfreundliche Stellung, während Cohen-Reuß den antienglischen, sogenannten Kontinentalstandpunkt zum Ausdruck bringt. Beides erscheint im gegenwärtigen Zeitpunkt als überflüssige Theoretisiererei. Scheidemann und damit die gegenwärtige Regierung erhalten eine Vertrauenskundgebung.

Sonnabend, 14. Juni.

Es steht noch nicht fest, an welchem Tage die Antwort der Entente an die deutsche Friedensdelegation gegeben wird, und zwar sind wir doppelt im unklaren, da heute früh infolge eines Streiks keine Zeitungen ausgegeben werden.

In der französischen Kammer wurde über Mißstände in der französischen Orient-Armee gesprochen. In Korfu und Saloniki herrsche größtes Elend, Entmutigung und höchste Unzufriedenheit bei den Mannschaften. Die Zustände in der Krim seien unbeschreiblich, die Räumung Odessas sei in größter Unordnung und Verwirrung erfolgt. Die Meutereien auf französischen Kriegsschiffen hätten keinen bolschewistischen Charakter, sondern seien im allgemeinen auf Überanstrengung der Mannschaften zurückzuführen. Einer Regierung, welche Frankreich durch ihre Unfähigkeit nach Sewastopol und Odessa führte, dürfe man, so sagte der Abgeordnete Kerguezec, kein Vertrauen schenken. In Rumänien werde Frankreich durch Engländer und Amerikaner verdrängt. Abgeordneter Lafont erkundigte sich nach dem 21. Kolonialregiment in Archangelsk und nach dem 26. Infanterieregiment in Tiraspol (bei Odessa). Diese Regimenter hätten sich geweigert, zu marschieren, Verbände von Genietruppen seien mit Waffen und Gepäck zu den Bolschewisten übergegangen. Rußland müsse von Frankreich geräumt werden.

Es sind vier türkische Vertreter in Paris eingetroffen, ohne bisher offiziell als Friedensdelegierte anerkannt zu sein.

Digitized by Google

Gertrud Bäumer / Heimatchronik

Sonnabend, 7. Juni.

Die Erschießung Levinés hat überall zu Demonstrationsstreiks geführt. In Hamburg hat sich an eine Protestversammlung (die diesmal von den Mehrheitssozialisten einberufen war), ein Zug vor das Rathaus geschlossen, auf dem die Unabhängigen vorübergehend die rote Fahne auszuhängen vermochten. Die Bürgerschaft weigerte sich, unter der roten Fahne zu tagen, der Antrag der bürgerlichen Parteien auf Vertagung wurde aber abgelehnt. Sie verließen darauf das Haus und machten damit die Bürgerschaft beschlußunfähig. — Auch Berlin hat Generalstreik beschlossen. Die Mehrheitssozialisten nahmen Teil im Sinne eines Protestes gegen die Todesstrafe als solche. Im Ruhrrevier neue Unruhe. Belagerungszustand in Duisburg und Remscheid.

Hier in Hannover hat der Pfingstsonnabend sein gewöhnliches, vorpfingstliches Gepräge: volle Geschäftsstraßen unter strahlendem Himmel und die Eilfertigkeit letzter Einkäufe. Die Alltagsgewohnheiten des Privatlebens sind das Mächtigste und Durchschlagendste.

Zum Abbau der Kriegswirtschaft gehört die rasche Verwertung des Militärguts, die sich nach den Mitteilungen des Reichsschatzamtes schon deshalb notwendig macht, weil eine wirksame Bewachung angesichts der Verwilderung der Eigentumsbegriffe sich nicht durchführen läßt. Die Bestände werden, soweit sie nicht zur Einkleidung der zurückkehrenden Kriegsgefangenen verwendet oder als Rohstoffe solchen Betrieben zugeführt werden, die sich auf Friedenswirtschaft umstellen, dem Handel zu Marktpreisen zugeführt. Dabei wird im Interesse der Devisenbeschaffung das Auslandsgeschäft vor dem Inland bevorzugt. Jeder Käufer muß sich genaue Unterlagen des Eigentumsbewerbes beschaffen, da die Eigentumsübertragung an Militärgut nur durch die Reichsverwertungsstelle möglich und jeder andere Erwerb nichtig ist. Auf die Art soll das Schiebertum ausgeschaltet werden.

Sonntag, 8. Juni.

Wenn man nach dem äußeren Eindruck der Straßen urteilen sollte, ist Pfingsten wie immer. Die Menschen haben immer noch neue oder doch neu aussehende Kleider an, meist sogar heile Schuhe, und strömen hinaus wie sonst. Über den Straßen nach langer Trockenheit Staubwolken und glühende Sonne. Aber die furchtbare innere Spannung fühlt man unausgesprochen, wo lebendige und verantwortungsbewußte Menschen zusammen sind. Heute beginnt die Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins, die des Krieges wegen vier Jahre lang nicht getagt hat. Was einem zunächst in der altgewohnten geistigen Atmosphäre auffällt, ist ihre Durchdringung mit parteipolitischen Bazillen. Sehr begreiflich und doch traurig. Oder richtiger: eine neue Aufgabe, denn dieser parteipolitische Novizenfanatismus muß überwunden werden.

Das neue bayerische Koalitionsministerium hat ein Programm veröffentlicht, in dem eine gewisse Auflockerung des partikularistischen Eigenwillens zugunsten der Reichseinheit zu erkennen ist; bekräftigt durch eine Erklärung, daß ein Sonderfriede Bayerns mit der Entente als gänzlich ausgeschlossen gelten müsse. Der Bauernbund nimmt an der Koalition nicht teil, da seinem Verlangen nach Ministersesseln nicht entsprochen ist.

Montag, 9. Juni.

Wir verhandeln heute über die künftige Gestaltung des Religionsunterrichtes. Die Versammlung formuliert ihre Stellungnahme in einem Satz, der von der Schule verlangt, daß sie sowohl für einen interkonfessionellen wie für einen konfessionellen Religionsunterricht die Möglichkeit schafft. Die Aussprache über drei Vorträge, die den konfessionell protestantischen, den katholischen und den interkonfessionellen Unterricht behandeln, bringt die Tatsache zum Ausdruck, daß bei einem Teil unserer Volksgenossen heute alle Überzeugungen eher fester und starrer geworden, als aufgelockert und zu höherer Einheit bereit sind. Aber die Jugend fühlt das Werden dieses Neuen und kämpft um Formen für ihr religiöses Erlebnis, das ihr alte Symbole vielfach nicht mehr deuten.

Dienstag, 10. Juni.

Die Krisis im Reichswirtschaftsministerium ist zunächst vertagt. Es handelt sich — auf der Grundlage eines prinzipiellen Gegensatzes zwischen Anhängern der Planwirtschaft und der freien Wirtschaft im Kabinett — um eine Meinungsverschiedenheit über den Abbau der Devisenordnung. Daß aber der große Gegensatz zwischen Liberalismus und Sozialismus der Wirtschaft noch einmal grundsätzlich zum Austrag kommen muß, ist klar. Und dafür ist zu hoffen, daß nicht altgewordenes Manchestertum den Zugang zu neuen Wirtschaftsformen verstellt — und daß anderseits Unsachverständigkeit nicht das innerlich Notwendige durch unpraktische Wege der Skepsis ausliefert.

Heute beginnt der sozialdemokratische Parteitag in Weimar. Er wird über viele Fragen eine Klärung bringen. Bis jetzt hat sich, trotz aller Gerüchte und geheimen Unterminierungen, noch immer gezeigt, daß die Mehrheitssozialisten fester stehen und geschlossener sind, als das siegesbewußte Auftreten ihrer Gegner vermuten lassen wollte. Es ist sehr möglich, daß es auch diesmal so ist.

Die Hamburger Mehrheitssozialisten haben von dem einmaligen Versuch eines Zusammengehens mit der Linken in der Protestkundgebung gegen Levinés Erschießung genug. Sie erklären, keine gemeinsame Feier des Tages der Beisetzung von Rosa Luxemburg (Freitag) veranstalten zu wollen, sondern ihre Kundgebung am Vorabend für sich abzuhalten.

Mittwoch, 11. Juni.

Der Duisburger Generalstreik ist durch Verhandlungen beendet, die zur Aufhebung des Belagerungszustandes geführt haben. In Remscheid hat man die verhafteten Spartakisten freigegeben.

Das innere Standhalten vor immer wieder anderen Gerüchten über das Schicksal der deutschen Gegenvorschläge erfordert eine Spannkraft, daß man wünschen möchte, die Zeit der Probe möchte bald vorüber sein, auch wenn dann Schlimmeres kommen wird.

Der sozialdemokratische Parteitag bringt die Aussprache über den Geschäftsbericht und die Eröffnungsrede Hermann Müllers, die beide mit einer stark nationalen Note, dem Aufruf an die Arbeiter zum Festhalten ihres Deutschtums, geschlossen haben. Die Aussprache stellt selbstverständlich die Einigung mit den Unabhängigen in den Mittelpunkt, wie auch der Bericht die Versuche gemeinsamer Arbeit sehr eingehend behandelt hatte. Der entscheidende Punkt ist die Forderung des Festhaltens an den demokratischen Grundlagen der Partei, d. h. die Ablehnung des Kommunismus und der proletarischen Diktatur.

Donnerstag, 12. Juni.

Gestern hat Noske auf dem Parteitag seine große und anscheinend eindrucksvolle Rechtfertigungsrede gehalten. Seine Stellung erscheint durchaus befestigt, seine Furchtlosigkeit belohnt sich schließlich. Einen besonderen Trumpf konnte er ausspielen durch die Mitteilung der Tatsache, daß die Unabhängigen, die die Auflösung der Freiwilligenverbände verlangen, gleichzeitig versuchen, diese Verbände zu sich herüberzuziehen.

Sehr interessant die Tatsache, daß man im oberschlesischen Bergbau die Akkordarbeit wieder eingeführt hat. Man hat den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht bei den Akkordsätzen zugestanden, hat ihre Tageseinnahme gegenüber dem bisherigen System um 1,80 M. erhöht und der Lebensmittelsteigerung dadurch vorgebeugt, daß die Zechen die Hälfte des Mehrertrags der Kohlenpreiserhöhung zur Verbilligung der Lebensmittel verwenden.

In Weimar die große Rede Scheidemanns für das Festhalten an der demokratischen Grundlage des sozialistischen Staates.

Freitag, 13. Juni.

Gegen die Außenhandelsdiktatur des Reichswirtschaftsamtes lehnen sich naturgemäß die Exporteure auf. Sie geben die Notwendigkeit einer Kontrolle zu, verurteilen aber jede staatliche Aktivität auf diesem Gebiet. Die Zwangsbewirtschaftung des Hafers ist aufgehoben, die der Gerste soll bis zur Übersicht über die neue Ernte noch fortdauern.

Digitized by Google

Die Feier der Bestattung von Rosa Luxemburg ist fast überall ohne Durchführung der Arbeitsruhe erfolgt. In Hamburg haben die Werften mit zwei Ausnahmen den Streik abgelehnt, dagegen beteiligten sich die Straßenbahner.

Ein Referat Bernsteins über die auswärtige Politik bringt durch seinen Mangel an nationalem Instinkt den sozialdemokratischen Parteitag in gesunde Entrüstung, die trotz des etwas kläglichen Rückzuges Bernsteins (er nannte die Friedensbedingungen zu 9/10 gerecht) sich in einer Reihe schärfster Zurückweisungen entlädt und in der sehr einmütigen Ablehnung einer Resolution Bernsteins ihren gemeinsamen Ausdruck findet.

Sonnabend, 14. Juni.

Die Beisetzung Rosa Luxemburgs ist allenthalben im Reich ohne erhebliche Störungen und Ausschreitungen begangen worden. Nur in Bremen kam es zu Ausschreitungen in einigen Betrieben, wo die Direktion sich weigerte, die rote Fahne zu hissen und kommunistische Anschläge anheften zu lassen. In Lübeck schwere Lebensmittelunruhen, Plünderung, Versagen der Sicherheitswehr.

Ich lese das soeben erschienene Kriegstagebuch von Richard Dehmel (S. Fischer, Berlin). Unwillkürlich sucht man darin die Psychologie des Krieges, sofern sie die jetzigen Erscheinungen der Verwilderung und Zügellosigkeit vorbereitet. Und findet die Erklärung für vieles. Wie ahnungslos haben wir in der Heimat — insbesondere wir Frauen — dieser männlichen Welt voll Gewalt, Derbheit und Brutalität gegenübergestanden! Das fühlt man doppelt, weil Dehmel das eine und das andere, die Entartung und alle die guten, anständigen, gesunden Züge, mit so viel überzeugender Wahrhaftigkeit wiedergibt.

Gertrud Bäumer / Der Geist der neuen Volksgemeinschaft

Die Zentrale für Heimatdienst als „Aufklärungsstelle" der Reichsregierung hat eine Denkschrift herausgegeben (S. Fischer, Berlin), die in vierzehn Beiträgen „die Erkenntnis der moralischen und geistigen Triebkräfte" fördern will, „in denen die gegenwärtige Bewegung lebt". Eine Schrift im Dienst innerer Erneuerung, die unserem Volk Kraft, Halt, Einheit zurückgeben soll.

Wenn man im Hinblick auf dies Versprechen — das Vorwort gibt es — diese vierzehn Aufsätze durchliest, wird einem zunächst ein *Mangel* bewußt. So kommt Führung nicht zustande. Dies Mosaik von Gedanken nicht ganz einheitlicher — ja zuweilen widersprechender Herkunft und Richtung, in *dieser* Form des Zeitschriftenaufsatzes, von der Stunde für die Stunde geschaffen, ist nicht mächtig genug, um das Vielerlei der revolutionären Stimmungen, Ideen, Pläne zu vereinen und zu leiten. Wieder einmal Anlaß, die Kurzatmigkeit, Eilfertigkeit und den Mangel an Sammlung zu beklagen, die uns heute (schon seit lange) kennzeichnen. Die Persönlichkeit zerstreut sich selbst in Dutzende von Zeitungsaufsätzen, und die sammelnden Ideen muß das Publikum zusammenlesen aus lauter Bruchstücken, Gelegenheitsäußerungen ohne Vollständigkeit und innere Festigkeit.

Heute aber ist die geschlossene Wirkung der Person und der Weltanschauung allein imstande zu den starken, nachhaltigen, richtunggebenden Eindrücken, die uns nötig sind. Wir gaben *zu viel* an Programm- und Gedankenbruchstücken, zu wenig Ganzes.

Wenn also die Sammlung der Reichsaufklärungsstelle auch nicht Führung im großen Sinne des Wortes gibt, so ist sie doch nicht ohne Wert — — als eine Folge von Zeugnissen über den Willen, der an der Zukunft arbeitet. Zeugnisse von ungleichem Gewicht und ungleicher Reife, die aber Ausdruck werden des Geistes, der sich aus der Revolution herausarbeitet, und damit Zeitdokumente, in denen wir uns selbst nicht wiedererkennen, an die andere Eindrücke sich kristallisieren zu einer stärkeren Sicherheit der Richtung, nach der wir streben.

Dieser Geist ist ein *ethisch* begründeter Sozialismus. Das auffallendste in der Entwicklung der Ideen seit Ausbruch der Revolution ist, so seltsam es klingt, die Götterdämmerung der materialistischen Geschichtsauffassung, des marxistischen Geistes. Das ist kein Wunder. Denn Marx ist zu Ende mit der Katastrophe, die den Sieg des Proletariats bringt. Er hat keinen Plan darüber hinaus. Die Stärke seiner Betrachtungsweise, die alles aus ökonomischen Bedingungen willenlos, planlos, ohne bewußte Gestaltung werden läßt, die darum keine Propaganda braucht, sondern den Fatalismus der Notwendigkeit erzeugt, wird nun Schwäche. Denn nun, angesichts des Neuen, das aufgebaut werden muß, enthüllt es sich, daß Geist und Plan notwendig sind, daß die gesellschaftlichen und politischen Formen keineswegs von selbst werden, sondern *geschaffen* werden müssen, daß man dazu der Maßstäbe bedarf und daß diese Maßstäbe ideenhaft sind, aus dem sittlichen Bewußtsein stammen. Der Sozialismus wird seinen Bekennern selbst eine geistige Aufgabe. Und aus dem Materialismus, der die Ideen als bloßes Spiegelbild der Wirtschaft ansieht, wächst angesichts des Rhodos, das den Sprung in die neue Gesellschaft verlangt, die umgekehrte Einsicht: „*daß die Wirtschaft ein Teilgebiet des die Gesellschaft tragenden Glaubens* ist, daß demgemäß die Verfassung der Wirtschaft nicht von dem Gesetz ihrer Eigenbewegung bestimmt wird, sondern von dem Gesetz des Glaubens, der die Zeit erfüllt und der in den verschiedenen Teilgebieten, gleichgültig, welcher Art sie sind, seine entsprechende Ausdrucksform findet". (Arnold Metzger: der neue Glaube und der Weg zur Volksgemeinschaft.)

Wenn es bisher hieß: „die materialistische Geschichtsauffassung ist wissenschaftlich überwunden" — heute ist sie *praktisch* überwunden. Im entscheidenden Augenblick begreifen wir den Sozialismus als *Idee*, als Glaube und innere Forderung, der *darum* das Äußere unterworfen werden soll. Alle *Idealisten* des Sozialismus haben recht bekommen. Die Zeit ruft sie und braucht sie, um den sozialen Staat aufzurichten.

Das Buch der Zentrale für Heimatdienst trägt Bausteine aus allerlei Gebieten zu diesem Neubau zusammen: Schule (sehr wenig schöpferisch und bedeutsam, es gibt unendlich Besseres), Literatur (von Kasimir Edschmid in aktivistischen Aperçus von geringem praktischen Wert behandelt), bildende Kunst (in einem klugen und feinfühligen Aufsatz von Wichert), Recht (der Aufsatz von Radbruch ist einer der aufrichtigsten und besonnensten der Sammlung), einen sehr merkwürdigen Aufsatz des Konjunkturphilosophen Scheler, der es vermag, aus Völkerverständigung, Internationalismus ebenso schnell Honig zu saugen, wie er ehemals den Krieg vergötterte. (Nebenbei: daß eine derartige Herabsetzung Preußens in einer von der Reichsregierung gedeckten Veröffentlichung enthalten sein kann, zeigt die Gefahr amtlicher Mitwirkung bei solchen Publikationen). Der Hauptteil der Aufsätze behandelt natürlich die *wirtschaftlichen* Fragen. Und dieser wirtschaftliche Baustein heißt: Gemeinwirtschaft. Hier aber genügt allerdings Fragmentarisches, Nur-Ideelles nicht — hier

Digitized by Google

versagt der Zeitschriftenaufsatz. Mit programmatischen Anregungen ist wenig gewonnen; jeder praktische Schritt bedeutet mehr. Die in dem Sammelband enthaltenen Aufsätze zur Gemeinwirtschaft und „Sozialisierung" aber werden helfen, unser Volk den Gedanken der Überwindung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit denken zu lehren. Die nationalsoziale Bewegung hat diesen Gedanken vor Jahrzehnten in sich aufgenommen. Was sie wollte: Sozialismus auf der Grundlage einer idealistischen Weltanschauung als Willensziel und in nationalem Geist, wird heute neu geboren aus dem Tode der materialistischen Geschichtsauffassung und dem Beharren der Idee, die im letzten Grunde auch Marx bestimmte: soziale Gerechtigkeit. Wird wiedergeboren aus einer nationalen Not, die Deutsche zwingt, zueinanderzustehen und sich ihrer seelischen Art, ihres kulturellen Rechts und ihrer eigenen geschichtlichen Aufgabe bewußt zu sein.

Enthält das Buch über den Geist der neuen Volksgemeinschaft auch keine einheitliche Führung, so läßt es doch, wie viele andere Zeugnisse der Zeit, erkennen, in welchen Formen sich der geistige Wille herausarbeitet, der an uns wirkt. Und so wird es manchem noch ungeformten Idealismus helfen, sich selbst zu finden, seine Ziele zu sehen und jene unvergleichliche Kraftquelle zu finden, die aus der Bestätigung eigener innerer Erkenntnis durch andere erwächst.

Richard Charmatz / Deutsch-Österreichs Vernichtung

Wien, 6. Juni 1919.

Die Pariser Diktatoren haben gesprochen. Der Entwurf ihres Friedensvertrages, den sie am 2. Juni in Saint-Germain überreichten, hat die deutsch-österreichische Bevölkerung in einen bejammernswerten Zustand des Schreckens, der Verzweiflung, der Trostlosigkeit versetzt. Man war auf einen harten Schiedsspruch gefaßt, wollte das Urteil der Gegner mit Würde und Fassung hinnehmen, aber man hoffte bis zur letzten Stunde, bei der Entente und ihren Verbündeten wenigstens eine Spur von Gerechtigkeit, vielleicht sogar ein Fünkchen Wohlwollen zu finden. Um so furchtbarer wirkte die Enttäuschung, um so grauenvoller die Erkenntnis, daß nicht bloß ein Staat kaltherzig, fast hohnlächelnd vernichtet werden solle, sondern daß auch seine Bewohner dem nackten Elend preisgegeben werden. Einen teuflischeren Plan, als die in Saint-Germain vorgelegten Zerstörungsbedingungen kennt die Weltgeschichte nicht, die doch von der Züchtigung Karthagos und von anderen entsetzlichen Vergeltungsmaßregeln zu berichten weiß. Deutsch-Österreich wird noch schimpflicher behandelt als Deutschland. Die Bevölkerung der kleinen Donaurepublik hatte aber bis zum letzten Augenblicke geglaubt, daß die Sympathie, die ihrer Eigenart, ihrem Wesen vielfach entgegengebracht wird, daß ihr stets friedfertiges, schlichtes Denken und ihre heitere Genügsamkeit irgendwie berücksichtigt würden. In dieser Erwartung war sie auch tückisch bestärkt worden. Vertrauensmänner der Pariser Gewaltigen ließen in der Schweiz Gerüchte aufflattern, die dem Optimismus einigen Spielraum gewährten. In der Wiener französischen Gesandtschaft aber, in der Herr Allizé als beglaubigter Diplomat wirkt, nährte man, wenngleich vorsichtig, die auch so kläglich zerstörten Illusionen. Deutsch-Österreich hat eben das Unglück, nicht nur den allgemeinen Fluch tragen zu müssen, der auf den Unterlegenen lastet; es muß noch, wie sich jetzt herausstellt, die Folgen besonderer Feindschaften fühlen. Mit großem Geschicke wurde im gegnerischen Lager die Anschauung verbreitet, daß der Zwergstaat der eigentliche Rechtsnachfolger der österreichisch-ungarischen Monarchie sei, daß Wien für den Geist verantwortlich gemacht werden könne, der in den verflossenen Jahrzehnten die Habsburgermonarchie erfüllte. Wie falsch diese Anschauung ist, braucht nicht erst dargelegt zu werden. Aber es gibt Ohren, die nicht hören, Augen die nicht sehen wollen. Die deutsch-österreichische Friedensabordnung in Saint-Germain wird von den Gegnern amtlich nur als österreichische Delegation anerkannt, obgleich es zur Zeit, da der Weltkrieg seinen Anfang nahm, ein Österreich gar nicht gegeben hat. Der alte Kaiserstaat, der diesen Namen trug, erlosch nach dem Ausgleiche mit Ungarn im Jahre 1867, und die „im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder" erhielten die Bezeichnung Österreich erst im Oktober 1915, damals als die Militärdiktatur und der Absolutismus jede Willensäußerung und Regung der Bevölkerung im Keime erstickten. Aber die Verhältnisse in der einstigen Habsburger Monarchie waren so verwickelt, für den Fremden so undurchsichtig, daß die Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Orlando in sie kaum einen zureichenden Einblick zu gewinnen vermochten. Deshalb führten bei der Pariser Konferenz im entscheidenden Augenblicke Dr. Kramarsch, Bratianu, Paderewsky und Pasić das ausschlaggebende Wort. Diese jedoch benützten die Gelegenheit, ihren alten Groll und Haß sprechen zu lassen. So kam der Entwurf des Friedensvertrages zustande.

● Die Deutsch-Österreicher haben früher als die anderen Völker der einstigen westlichen Reichshälfte die Konsequenzen aus dem kaiserlichen Manifeste vom 16. Oktober 1918 gezogen. Ehe noch eine Woche verstrichen war, wurde die provisorische deutsche Nationalversammlung in Wien vom Abgeordneten Professor Waldner eröffnet, um im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes den Aufbau des neuen Staates zu beginnen. Man vertraute auf die Macht der Ideen, rechnete mit dem Siege der Wilsonschen Botschaft und wollte keine Minute versäumen, um zur Verwirklichung der denkwürdigen, seither mit Füßen getretenen vierzehn Punkte das seinige beizutragen. Deutsch-Österreich nahm den Grundsatz der Volksfreiheit heilig ernst. Seine Bewohner bewiesen — wie Dr. Renner in Saint-Germain wahrheitsgemäß ausführte — ein bewunderungswürdiges Maß von „Selbstzucht, Geduld und Einsicht". Sie „befleckten ihre Revolution nicht durch Blut", erduldeten — der Einsicht der Friedenskonferenz vertrauend —, daß „die Nachbarn zwei Fünftel des deutsch-österreichischen Gebietes besetzten" und erstrebten nichts anderes, „als eine Stütze der friedlichen und organischen Entwicklung im Zentrum Europas" zu sein. Man richtete eine wirklich demokratische Republik auf und sehnte sich nach der Stunde, in der man nach schreckensvollen Jahren zur Arbeit in Ruhe und Ordnung zurückkehren könne. Aber eine Enttäuschung kam nach der anderen. Deutsch-Österreich wurde von den ehemaligen Reichsgenossen ausgehungert, wirtschaftlich und finanziell auf das schwerste bedroht. Die Bevölkerung konnte nur von der Hand in den Mund leben. Der glühende Wunsch nach dem Anschlusse an Deutschland, nach der nationalen Vereinigung, der in der Verfassung vom 12. November seinen gesetzlichen Ausdruck fand, begegnete in der Welt einem schmerzlichen Un-

Digitized by Google

verständnisse, sogar der offenen Gegnerschaft. Dies bewies das Versailler Knechtungsansinnen zuletzt gar deutlich. Immer mehr zeigte es sich auch, daß der größte Teil der Sudetendeutschen und damit wohlhabende, tüchtige, rührige Massen der Bevölkerung für die kleine Republik verloren seien, daß ihnen die Fremdherrschaft winke. Bloß auf sich gestellt wäre die Donaurepublik nicht imstande, selbst ein kümmerliches Dasein zu fristen, ihren Bürgern einige Lebens- und Erwerbsmöglichkeiten zu bieten. Es blieb also nur die Zuversicht übrig, daß die Pariser Konferenz der jungen Republik wirtschaftlich zur Hilfe eilen werde, daß sich durch Fügsamkeit im Süden, Osten und Norden immerhin noch manches zum Wohle der Volksgenossen in den Grenzgebieten bewirken lasse. All diese Erwartungen sind jedoch am 2. Juni zunichte geworden.

Der Entwurf des Friedensvertrages ist ein Monstrum einzig in seiner Art, widerspricht von der ersten bis zur letzten Zeile den Geboten der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der politischen Einsicht und Voraussicht. Er hat mit den vierzehn Punkten so wenig Zusammenhang, wie das Feuer mit dem Wasser. Aus ihm grinst die Freude an den Qualen des Schwachen. Man überlege nur folgendes! Die deutsch-österreichische Bevölkerung gehörte ehedem zu einem großen Gemeinwesen, das eine wirtschaftliche Einheit bildete. Sie ist also heute noch durch ihre wirtschaftlichen und finanziellen Interessen mit den neuen Nationalstaaten auf das innigste verknüpft. Dennoch sollen ihre ganzen Vermögens- und Rechtsansprüche, soweit sie das tschechoslowakische, polnische, rumänische, südslawische und italienische Gebiet der früheren Habsburger Monarchie berühren, hinfällig sein. Die Nationalstaaten können das Eigentum „zurückbehalten und liquidieren". Und dies ohne jede Ersatzleistung! Für die unübersehbaren Verluste hätte lediglich die deutsch-österreichische Republik aufzukommen, die bereits jetzt von Schulden erdrückt wird. Ihre Valuta ist vollständig zerstört, ihr Haushalt außer Rand und Band geraten. Aber die vorbereitete, sehr einschneidend gedachte Vermögensabgabe wird illusorisch gemacht, denn der Entwurf des Friedensvertrages befreit einen großen Teil der Nichtdeutschösterreicher von jeder Beitragsleistung, Wien war ja durch Jahrhunderte der Mittelpunkt eines weiten Reiches. In dieser Stadt befinden sich infolgedessen sehr viele Staatsangehörige der nun selbständig gewordenen Nachbarländer. An sie aber darf Deutsch-Österreich mit Forderungen nicht herantreten. Die kleine Republik, in der noch immer die meisten Betriebe nur ganz geringfügige Arbeit zu leisten vermögen, wird, wenn sie irgendwie fortbestehen will, je früher, je besser, zu einer rationellen Tätigkeit übergehen müssen. Wie soll jedoch das Wirtschaftsleben in Gang kommen, wenn die in Praxis vertretenen Mächte die Meistbegünstigung, die sie beanspruchen, einseitig eingeräumt erhalten. Wohl sind die finanziellen Bedingungen zur Stunde nicht bekannt. Aber das amtliche tschechoslowakische Preßbüro verbreitet die Mitteilung, daß die Kriegsschulden Österreichs ausschließlich von Deutsch-Österreich zu tragen sind, das nach den Grenzbestimmungen sechs Millionen Einwohner haben würde, doch in Wirklichkeit bloß etwa vier Millionen Menschen notdürftig ernähren könnte. Der Wahnsinn, der im Entwurfe des Friedensvertrages zutage tritt, wird erst offenbar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Friedrich Fellner im Jahre 1913 das gesamte Volksvermögen der damals „im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder" auf 84 Milliarden Kronen (nach Abzug der Schulden gegenüber dem Auslande) schätzte und das gesamte jährliche Volkseinkommen mit 12 Milliarden Kronen berechnete.

Ungeheuerlich sind die Grenzen, die man Deutsch-Österreich zumutet. Sie übersteigen alles, was die ärgsten Schwarzseher als möglich erachtet haben. Deutsch-Westungarn soll nicht angeschlossen werden, Deutsch-Südtirol verloren sein. Selbst das deutsche Klagenfurt, die Hauptstadt Kärntens, und deutsche Städte, wie Marburg a. d. Drau, Radkersburg und Pettau werden losgerissen. Deutsch-Südmähren wird der tschechoslowakischen Republik zugedacht, die sogar Stücke von Niederösterreich erhält. Die March soll auf tschechoslowakischen Boden fließen, damit Deutsch-Österreich in der Zukunft von dem zu erbauenden Donau—Oder-Kanal abgesondert sei. Preßburg, oder wie es nun heißt, Wilsonstadt, würde ein großer Hafen und Umschlagplatz sein — auf Kosten Wiens, das zwar weiter an dem mächtigen Strome läge, aber keinen nennenswerten Donauverkehr haben würde. Man scheute sich nicht einmal, die Grenzen so willkürlich zu ziehen, daß man eine einzelne große Zuckerfabrik (in Hohenau) der tschechoslowakischen Republik zuschlug, den Ort selbst jedoch bei Deutsch-Österreich ließ, und daß man gar eine Stadt von ihrem Bahnhöfe gewaltsam trennte (in Gmünd). Wohin der Blick fällt — nichts als Unsinnigkeiten, himmelschreiendes Unrecht! Dr. Kramarsch will Rache nehmen. Wir haben den Prozeß gegen ihn niemals gut geheißen und daraus kein Hehl gemacht; wir haben für unseren Teil immer für eine vernünftige Politik gegenüber den Völkern im alten Österreich-Ungarn gekämpft. Doch selbst die Militärdiktatur griff nur nach einzelnen Personen, wollte bloß einzelne als Opfer fällen. Der Entwurf von Saint-Germain verkündet aber einem ganzen Staate und einem Volke den Untergang unter entsetzlichen Leiden, unter einem Chaos, das übrigens für Europa die bedenklichsten Folgen haben müßte, und das auch den stolzen Siegern von heute schwere Sorgen bereiten würde. Kein Zweifel, das Entsetzliche kann nicht zur Tatsache werden! Der Staatskanzler Dr. Renner wird verhandeln, wird aufklären und zur Vernunft mahnen. Indes, der Abstand zwischen dem, was man Deutsch-Österreich zumutet, und dem, was denkbar und durchführbar ist, erscheint so furchtbar, daß heute niemand weiß, wie ein brauchbarer Ausgleich zustande kommen soll ... In die lebhaften Proteste Deutsch-Österreichs klingt stark und eindrucksvoll der Wunsch, nicht losgerissen von der großen Nation zu sein, mit Deutschland gemeinsam das Schicksal zu teilen und vereint um die Zukunft zu kämpfen. Die Not verbindet noch fester als das Glück — jedenfalls im Gefühle, im Bewußtsein!

Margarete Rothbarth / Pazifistentagung

Von Alexander dem Großen, dem Helden so vieler Sagen und Märchen, berichtet die Überlieferung, daß er auf seinen Fahrten zu einem fernen König gekommen sei, der für einen verwickelten Rechtsfall eine kluge und friedliche Lösung fand. Als Alexander sich darob wunderte, da er in gewaltsamer Weise kurzerhand die Rechtenden erschlagen und den Schatz an sich genommen hätte, fragte ihn der Fürst: „Scheint denn die Sonne in eurem Lande?" Alexander antwortete: „Sie scheint bei uns wie überall." Der Fürst fragte weiter: „Fällt der Tau bei euch nieder?" Alexander erwiderte: „Der Himmel spendet uns wie euch seinen Tau." Der Fürst fragte: „Seid ihr auch mit Haustieren beschenkt worden?" Alexander entgegnete: „Auch das haben wir." Da sprach der Fürst: „So sind es wohl die Tiere, um derentwillen euch Leben

Digitized by Google

und Unterhalt gewährt werden, denn ihr selbst seid der Gnade nicht wert." — —

Diese schöne Legende ist alt — und Gewaltpolitik nach außen wie nach innen hat damals und seitdem weiter stolz ihr Haupt erhoben in Asien und Europa. Am furchtbarsten in den Höllenjahren, die hinter uns liegen. Soll die „neue Zeit", die so sehnlich gewünscht wird, wirklich antreten, so muß der Götze aus Blut und Eisen fallen.

Unter diesem Zeichen stand der achte Pazifistenkongreß, der in den Junitagen jetzt in Berlin im Herrenhaus zusammentrat. War es bewußte Ironie oder bloß ein satirischer Zufall, der die Tagung gerade an diesem Ort versammelte, von wo die unversöhnlichsten Gegenpole pazifistischer Ideale einst ihre verderbliche Herrschaft ausgeübt hatten? Wahrlich, ein ander Bild war es, und anderer Geist weht aus den Worten, die hier gewechselt wurden, als aus denen einer „guten alten Zeit", die glücklicherweise nicht mehr ist.

Wenig genug hat man im großen Publikum von der Arbeit der Pazifisten während der Kriegsjahre erfahren — der Eingeweihte weiß, wie schwer Belagerungszustand und Zensur, Verbot der Erörterung der Kriegsziele und andere Knebelungsmaßnahmen gerade auf ihnen lasteten. Man lese die Broschüre „Pazifismus und Belagerungszustand", die im Juli 1917 dem Reichstag eingereicht wurde und aus der man einen Begriff von der schikanösen Behandlung durch die Behörden, den Leiden der Mitglieder, den vergeblichen Versuchen, die Wahrheit zu verbreiten, empfängt. Noch heute ist es so, daß längst nicht alles dem Volke bekannt ist, womit die deutsche Kriegführung unser Konto belastet und uns damit dem Haß der ganzen Menschheit preisgegeben hat. Es wurde auf der Tagung eine neue Broschüre von Friedrich Wilhelm Förster verteilt: Zur Beurteilung der deutschen Kriegführung, die so furchtbares Material enthält, daß, selbst wenn nur die Hälfte davon einer genauen Nachprüfung standhielte — der Verfasser hat sein Material ja auch nur auf Treu und Glauben aufgenommen —, es schon genügte, um uns mit tiefer Scham und Niedergeschlagenheit zu erfüllen. Wenn uns die Härte der Versailler Bedingungen jetzt zu Boden drückt, so darf doch nicht vergessen werden, daß wir Drachenzähne gesät haben, die nun zu furchtbaren eisernen Männern der Vergeltung geworden sind.

Die Schuldfrage mit Beziehung auf die Führung und den Ausbruch des Krieges bildete einen der Hauptstreitpunkte der Tagung. Während die Radikalen im Sinne Eisners allein das deutsche mea maxima culpa in alle Welt rufen wollen, hat eine gemäßigtere Richtung den vermittelnden Standpunkt vertreten, der keineswegs die Schuld der deutschen Politik sowohl in den Jahren vorher wie in der kritischen Juliwoche verkennt, der aber auch die Sünden der gegnerischen Seite betont und nur eine fahrlässige, keine böswillige Schuld Deutschlands für erwiesen hält. Immerhin wirkte es auch auf diese sensationell, als aus den im Druck befindlichen Erinnerungen von Tirpitz mitgeteilt wurde, daß der Admiral, dem doch niemand den Vorwurf machen kann, er wolle die deutsche Abwehr- und Verteidigungspolitik herabsetzen, es ganz offen ausspricht, daß nach seiner Auffassung das Ultimatum an Serbien den Weltkrieg bedeutet habe und daß sowohl Serbiens Antwort wie Greys Vermittlungsvorschlag ein guter Ausweg zur Vermeidung der Katastrophe gewesen seien.

Neben der Schuldfrage stand vor allem die Demonstration gegen das Gewaltprinzip auf dem Programm. Fort mit der Gewalt! — das bedeutet nicht nur nach außen eine ganz neue Politik der Verständigung und des Schiedsgerichts, sondern ist vor allem nach innen die heftigste Absage gegen den Bürgerkrieg, wie er seit Monaten tobt und wie er auch in Zukunft noch einmal sein Gorgonenhaupt erheben kann. Bezeichnend ist, daß gerade von Frauen am eindringlichsten für Friede und Versöhnung geredet wurde, und zwar gerade von solchen Frauen, die nicht von einer blassen Theorie her ihren Standpunkt vertreten, sondern die durch Schrift und Tat schon mutiges Zeugnis abgelegt hatten, trotz persönlicher Gefährdung und Not. Erschütternd wirkte der Bericht aus München, wo in den Tagen der größten Verzweiflung drei junge Frauen es auf eigene Faust versucht hatten, mit der roten Garde zu verhandeln, und als sie da keinen Erfolg hatten, sich aufmachten, um erst im Auto, dann zu Fuß die weiße Garde zu erreichen, weil sie kein Mittel unversucht lassen wollten, das den Bruderkrieg verhindern hätte. Es ist ihnen nicht geglückt — aber ihre Tat, die dem Blutrausch der Männer die Besonnenheit und den Verständigungswillen der Frauen entgegensetzte, sollte nicht vergebens gewesen sein, sondern als Beispiel weiter wirken.

Am eindrucksvollsten war innerhalb dieser Tagung die große öffentliche Kundgebung, in der drei bedeutungsvolle Themen des Pazifismus verhandelt wurden. Georg Fr. Nicolai, der Verfasser der „Biologie des Krieges" (Orell Füßli, Zürich) sprach über „Naturwissenschaft und Pazifismus". Er legte in einleuchtender Weise dar, wie fälschlich der darwinistische Begriff vom Kampf ums Dasein aus der Tierwelt auf den Krieg der Menschen übertragen wurde; denn niemals entbrennt bei den Tieren ein Kampf innerhalb derselben Art, auch hat die „natürliche Auslese" nur dann einen Sinn, wenn Tier gegen Tier, Mann gegen Mann kämpft — der moderne Krieg mit seinen wahllos in die Ferne wirkenden Waffen und die allgemeine Wehrpflicht, die gerade die Tüchtigsten ins Feld schickt, die Schwächlinge und Unbrauchbaren zu Hause behält, führt dies Prinzip ad absurdum. Wohl aber ist neben dem Kampf ums Dasein ein anderer Grundsatz in der Tierwelt lebendig, der der „gegenseitigen Hilfe", wodurch sich sogar verschiedene Tierarten beistehen und ergänzen — so bildet die Natur eine große Harmonie, der Mensch aber hat sie zerbrochen. — Auguste Kirchhoff wies bei dem Thema Jugend und Weltfriede darauf hin, daß man bei den Kindern anfangen müsse, wenn man den neuen Geist der Versöhnung schaffen will. Der Züricher internationale Frauenkongreß hat aus dieser Erkenntnis heraus schon einen pädagogischen Ausschuß geschaffen, der eine Revision der Lehrbücher vorsieht und eine neue Lehrerausbildung verlangt. Aber vor allem muß der Boden zu Hause vorbereitet werden, muß die Mutter, die beste Helferin, beeinflußt werden, daß sie, der das Kind am liebsten vertraut, eine Verkünderin der Menschlichkeit und der Völkerliebe wird. — Schließlich behandelte Prof. Ttsca noch die enge Verflochtenheit von Pazifismus und Freihandel. Wie Cobden, der Vorkämpfer des englischen Freihandels, auch überzeugter Pazifist war, so ist Abschaffung der Schutzzölle, Freiheit der Meere, Politik der offenen Tür und Verbot jedes Wirtschaftskriegs die beste Gewähr für einen dauernden Frieden. Schutzzoll und Imperialismus sind fremdenfeindlich — Versöhnung in der Wirtschaftspolitik und Freihandel sind Vorbedingung und Grundlage des Pazifismus.

Damit sind nur wenige der Probleme berührt, die der Pazifismus in sich birgt, und der Aufgaben, die er für die Zukunft uns stellt. Der „Deutsche Bund für Weltfrieden" — so heißt von nun an die Deutsche Friedensgesellschaft nach ihrer Verschmelzung mit der Zentralstelle Völkerrecht — hat ein weites und fruchtbares Arbeitsfeld vor sich und ein großes Programm zu erfüllen. Von der Gründung einer politischen pazifistischen Partei hat man mit Recht Abstand genommen — der Pazifismus soll kein Konkurrenzunternehmen für die schon bestehenden Parteien sein, wohl aber soll er sich in allen Boden erobern. Mögen auf anderen Gebieten Meinungsverschiedenheiten vorhanden sein — hier ist ein Land, wohin man von allen Seiten zusammenkommen kann. Und schwer und entsagungsvoll wird die Arbeit der nächsten Jahre werden. Denn der Versailler Friede, gegen den heute schon von rechts her das Revanchegeschrei ertönt, der eine Germania irredenta in den losgerissenen Provinzen hervorruft, er könnte den Keim zu künftigen furchtbaren Kriegen in sich tragen — wenn sich nicht inzwischen die Welt unter Führung der Friedensfreunde besinnt und damit durch Verständigung und Liebe das für die Dauer erreicht, was in hoffentlich für immer versunkenen barbarischen Zeiten nur Blut und Eisen für eine kurze Zeitspanne möglich zu lösen vermochten.

Digitized by Google

Wilhelm Grünewald, M. d. N. / Reichsaufgaben im Hochschulwesen

Der Anregung, daß ich die letzthin in der Nationalversammlung gelegentlich der Debatte über das Gesetz betreffend juristischen Vorbereitungsdienst geäußerten Andeutungen über das deutsche Hochschulwesen eingehender behandeln möge, will ich gerne entsprechen. Es ist meines Ermessens höchste Zeit, daß Regierung und Parlament sich auch wieder mit den geistigen Elementen der Nation beschäftigen und namentlich ihre Aufmerksamkeit den Hochschulen und der akademischen Jugend zuwenden, dem wertvollen Gute, aus dem die Beamten und Lehrer, die Ärzte und Anwälte, die Ingenieure und Forscher in Wissenschaft und Technik, mit einem Worte die Führer der Nation, hervorwachsen sollen. Die Zwecke der Hochschulen sind gesteigert: nicht mehr allein der Forschung und der Lehre, sondern vornehmlich auch der Lösung großer Aufgaben, die Industrie, Landwirtschaft und Technik stellen, Aufgaben, die während des Krieges hervorgetreten sind und jetzt um so wichtiger erscheinen als der Wiederaufbau unserer Wirtschaft die intensivste Ausnutzung unserer eigenen Kräfte erfordert, müssen sich die Universitäten widmen. Nicht als ob darüber die Geisteswissenschaften vernachlässigt werden dürften — gerade in einer Zeit, in der der Sinn der Menschen auf konkrete Dinge, Erwerb und Verlust, Arbeit und Lohn, Mangel an der Befriedigung der Leibesbedürfnisse, an Nahrungsmitteln, an Kleidern, an Möbeln, an Produktionsmitteln, gerichtet ist, ja fast ausschließlich mit diesen Dingen sich beschäftigt, ist es, soll das Volk nicht in Materialismus, geistige Armut und Roheit versinken, notwendig, daß das Feuer des geistigen Lebens wach erhalten, daß abstraktes Denken wieder erweckt und gepflegt werde, daß die kulturellen Güter der Nation, die so hoch von ihr entwickelt waren wie von irgendeinem Volke der Erde, nicht verschüttet werden, sondern daß gerade ihre Blüte und ihr Glanz deutschem Wesen die echte Geltung und den wahren Ruhm verschaffen, den seine Führer in den verflossenen Jahrzehnten durch andere, falsche Mittel ihm verschaffen wollten. Die Pflege der inneren Güter, die Bildung, das Bewußtsein vom Staate und seinen Notwendigkeiten, der Idealismus, der Geist, der ein Volk beseelt, die Bildung des Volkscharakters, das sind die geistigen Elemente, deren Kultur den Hochschulen obliegt. Dem zuzustimmen ist nicht Parteisache, alle Bürger des Staates sind einig in der Erkenntnis, daß die Kultur ein Volk groß und gut macht. Die jetzt zur politischen Herrschaft gelangte sozialdemokratische Partei hat niemals versagt, wenn die Förderung kultureller und wissenschaftlicher Dinge in Frage stand. Hindernisse bestanden auf anderen Seiten. Jeder Volksgenosse hat Interesse an der Erhaltung, Vertiefung und Verbreitung geistiger Bildung. Aber in gegenwärtiger Zeit ergeht das Aufgebot aller Kräfte der Nation auch an die Hochschulen; Wissenschaft, Forschung und Lehre müssen in dem Kampfe um die Neuordnung der Welt und unserer Weltgeltung mitarbeiten. Die weiten Gebiete der Anwendung der Wissenschaft im praktischen Leben müssen mit ganzem Eifer gepflegt werden: die Technik, Physik, Chemie, Bodenbearbeitung, Herstellung von Ersatzdünger und Futtermitteln, Verwertung industrieller Nebenprodukte, Ergebnisse des Verkokungsprozesses der Kohle, Textilfragen, Verwertung der Bestandteile der Hölzer, Nutzbarmachung der Abwässer, Bekämpfung der Schädlinge in Landwirtschaft und Industrie, Biologie der Pflanzen — nur beispielsweise seien diese Dinge berührt, ein Heer weiterer Probleme könnte aufgezählt werden, um darzutun, wie wichtig die Durchdringung der Wissenschaft und Praxis in heutiger Zeit ist.

Diesen Aufgaben stehen die Hochschulen für die Zukunft nicht mit genügender Rüstung gegenüber. Sie sind auf die Unterstützung durch die Bundesstaaten angewiesen, deren Leistungsfähigkeit, auch wenn sie bestehen bleiben, was keineswegs sicher ist, zukünftig ganz gewiß nicht gestärkt, sondern, im Verhältnis zur Vergangenheit gesehen, gemindert sein wird. Das Reich wird ganz oder zum großen Teile die Leistungen für die Universitäten übernehmen müssen. Und schon aus diesem Grunde werden die Universitäten ihren Blick auf die Konzentration zum Reiche richten, in gewissen Hinsichten eine Zentralisation, eine unitarische Tendenz einschlagen müssen. Ich meine dies gewiß nicht in dem Sinne, daß die einzelne Hochschule an ihrer Selbständigkeit, ihrer Eigenart, der Freiheit ihrer Lehre eine Einbuße erfahren soll. Im Gegenteil, das Reich wird allen Universitäten, welchem Einzelstaate sie angehören, ob sie groß oder klein sind, nahe beieinander oder voneinander entfernt liegen, das gleiche Interesse entgegenbringen, gewisse Beengungen und Richtungen, unter denen manche Hochschulen gelitten haben, werden fortfallen. Die Universitäten, und alles das gilt auch für die technischen Hochschulen, werden miteinander und mit dem Reiche in eine Verbindung treten müssen, nicht mehr wird jede in allen Stücken für sich allein handeln, den Lehrplan, die Prüfungsordnung einrichten, Institute errichten können, eine gewisse Übersichtlichkeit und Einteilung wird eintreten müssen. Es wird vermieden werden müssen, daß unsere Hochschulen ein Institut gleichen Zweckes, sagen wir ein solches für das Studium der Chemie oder der Landwirtschaft oder beider Disziplinen in Verbindung miteinander besitzen, vielmehr werden diese Institute vereinigt werden müssen zu einer großen, leistungsfähigen, mit großen Mitteln ausgestatteten Einrichtung. Die durch solche Zusammenlegung eines Instituts beraubten Hochschulen werden durch Zuweisung eines anderen zu entschädigen sein. Vermieden muß werden die Zusammenballung zahlreicher Institute an einer großen Hochschule, beispielsweise Berlin. So hat die Nationalversammlung mit Recht die Errichtung des Instituts für Textilforschung in Berlin abgelehnt, und nicht minder wird Bedacht genommen werden müssen auf die Unterbringung des geplanten Instituts für Zelluloseforschung. Hier kommen lokale, landschaftliche Verhältnisse, Sitz der beteiligten Industrien in Frage. — Und ein Weiteres: mit Recht ist in der Hochschulliteratur (so von Salvisberg in den Halbjahresberichten über Hochschulwesen) wiederholt darauf hingewiesen worden, daß das Studium einer besseren Regelung und Übersichtlichkeit bedürfe. Jetzt ergreift der junge Mann nach Neigung, Familientradition, mitunter auch ganz zufälligen Momenten ein Studium, ohne Rücksicht auf die Verhältnisse, welche bei dem dieses Studium verwertenden Berufe bestehen, ob er Bedarf an jungen Anwärtern hat, ob er überfüllt ist, ob neue Tätigkeitsgebiete im Inlande oder Auslande sich ihm erschließen. Die Folge ist, daß hier und da ein Berufsstand an Mangel an Nachwuchs leidet, ein anderer überfüllt ist und seine Jünger vielleicht Jahre und Jahrzehnte auf Verwendung und Anstellung warten müssen. Man denke an die Überfüllung des Juristenstandes mit Referendaren und Assessoren, an die Tatsache, daß Forstleute oft erst zur Er-

Digitized by Google

stellung gelangen, wenn auf ihr Haupt bereits der Silberglanz des herannahenden Alters gefallen ist. Diesen Mißständen wäre abgeholfen, wenn die Hochschulen, und zwar alle im Reiche, ein stetes Einvernehmen miteinander pflegen, bei den berufsstatistischen Ämtern regelmäßig Nachrichten einholten und mit diesem Material eine Berufsberatungsstelle ausstatten, bei der Eltern und Studenten sich unterrichten über die Frage, welches Studium zu ergreifen zweckmäßig erscheint. Diese bis jetzt gar nicht vorhandene Übersichtlichkeit und Ökonomie in der Verwendung der geistigen Elemente wird das zweite Erfordernis einer gewissen Zentralisation des gesamten Hochschulwesens sein. Endlich möge gedacht sein der großen Aufgaben, welche das Auslandswesen den deutschen Hochschulen stellt. „An keiner deutschen Hochschule darf eine Auslandskommission fehlen," ruft mit Recht der oben bereits zitierte Verfasser der Berichte über das Auslandsstudium auf deutschen Hochschulen aus. Die von ihm empfohlene „Nachrichten- und Auskunftsstelle für akademische Auslandsarbeit" könnte wohl dem vom Reiche neu geschaffenen Reichswanderamt, der dringend notwendigen Stelle für die Regelung des Auswandererwesens, angegliedert werden.

Die im vorstehenden nur im allgemeinen angedeutete Entwicklung möge zeigen, daß die neue Zeit auch an das deutsche Hochschulwesen mit Forderungen herantritt, von deren Erfüllung es selbst, aber auch Volk und Reich, große Vorteile haben werden.

Was die Gegenwart und Zukunft von dem Studententum erwartet und verlangt, möge später erörtert werden, noch leidet die studierende Jugend an den Nachwirkungen des Krieges, noch hat sie, fast durchweg Kreisen entstammend, von denen die gegenwärtig bestehenden Zustände irrigerweise als vorübergehende angesehen, die Revolution als eine Episode betrachtet wird, nicht begriffen, daß auch sie sich ändern, demokratisieren, daß sie der Allgemeinheit dienen und Einrichtungen, die recht eigentlich Pertinenzen des überwundenen alten Systems sind, beseitigen muß — es wird klüger sein, die Entwicklung, die nicht ausbleiben kann, spontan herankommen zu lassen, als von außen fördern zu wollen.

Robert Wilbrandt / Die Weltwirtschaft

(Aus dem demnächst bei Eugen Diederichs, Jena, erscheinenden Buch „Sozialismus".)

Dieses vielumstrittene Wort, das vom selben Autor bald im Sinn von internationalen Tauschbeziehungen, bald im Sinn von internationalen Staatsverträgen verfochten wird, hat sich mit dieser zweiten Deutung dem Gedanken angenähert, der mich beschäftigt: so wie der Staat für sein Volk die Ökonomie erwägt, die den Volkswohlstand tunlichst steigert und so dem Staat die unentbehrlichen Mittel liefert, so kann auch gemeinsam von den Staaten erwogen werden, ob für sie alle zusammen, also für die Welt, alles tunlichst ökonomisch eingerichtet sei; ob der Weltwohlstand, wenn ich so sagen darf, durch den heutigen Zustand am denkbar besten gefördert werde. Eine solche Betrachtung kann als weltwirtschaftliche bezeichnet werden, parallel zu der volkswirtschaftlichen, die z. B. nach der Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft, ihres Wohlstands und seiner Hilfsquellen fragt. Die internationalen Tauschbeziehungen zwischen den einzelnen, von der staatlichen Handelspolitik gehemmt und gefördert, und die Kampfrüstung der Staaten, ihr latenter Kriegszustand auch im Frieden, das sind die beiden Hauptprobleme, die herausfordern zu einer solchen Kritik. Die Weltwirtschaft also, im Sinn der heutigen internationalen Beziehungen, wird einer weltwirtschaftlichen Kritik unterworfen, bei der der Gesamtwohlstand aller Völker uns Ziel und Maßstab ist; so wie uns im letzten Abschnitt eine volkswirtschaftliche Kritik der Volkswirtschaft, vom Standpunkt des Gesamtwohlstands des Volkes aus, beschäftigt hat. Dem Doppelsinn des Wortes Volkswirtschaft, das sowohl Tauschverkehr als auch staatliche Vorsorge für den Wohlstand eines einzelnen Volks bedeutet, entspricht der Doppelsinn der Weltwirtschaft, die den Tauschverkehr internationalen Umfangs, aber auch die ökonomische Erwägung vom Standpunkt der Welt, bedeuten kann. Doch während dort die ökonomische Kritik sich lediglich mit den Folgen des Tauschverkehrs zu befassen hatte, springt hier eine weitere Verwicklung ins Auge: der Tauschverkehr wirkt nicht allein, sondern die Gewalt, von den Staaten ausgeübt mit allen Mitteln, wirkt kräftig mit. Und so entsteht in der heutigen Praxis, wie in der des alten „Merkantilsystems", eine Weltwirtschaft höchst erstaunlicher Art: eine gegenseitige Abschließung und Bekämpfung ist das wirkliche Objekt, das man so gern mit dem Euphemismus der „Weltwirtschaft" bezeichnet.

Von Urzeiten sich entwickelnd als die erste einfachste Gestalt der Wirtschaftsführung, hat die Alleinwirtschaft in der Hand des Patriarchen, der „Herrschaft", des Staats stets einen Willen allein verfügen lassen, und es galt immer nur den Kampf um die Entscheidung, wer der Verfügende sei, wessen Wille gebiete. Die Weltgeschichte, wie sie gewöhnlich gelehrt wird, besteht in den Kämpfen, die um diese Alleinverfügung geführt werden. So ist auch heute noch der Staat für sein Gebiet der Alleinverfügende. Das Gebiet, auf das seine Herrschaft sich erstreckt, bedeutet den räumlichen Umfang seiner Verfügung über den Boden und über die Menschen; von seinen Grenzen schließt er aus, was ihm nicht genehm ist: Einwanderung von Menschen und Einfuhr von Waren; er setzt die Bedingungen beliebig fest, unter denen er sie gestattet, hält Menschen und Waren im Lande fest, wenn er ihrer selber bedarf, und bestimmt die Kultur, vor allem die Sprache, in seinem Gebiet. So tritt, ausschließend und befehlend, die Gewalt des Staates überall zwischen die internationalen Tauschbeziehungen hinein. Darum denken wir bei der Weltwirtschaft nicht allein an die rollenden Züge und fahrenden Schiffe, den Weltverkehr, nicht nur an die einzelnen, die über die Staatsgrenzen hinüber ihre Leistungen und Waren anzubieten bemüht sind, sondern auch an die Staaten, die an dem Erwerb ihrer Staatsangehörigen das lebhafte Interessen haben, das sie mit ihrer Steuerquelle und so mit der Quelle ihrer Macht verbindet. Ganz abgesehen von dem Staatsmann, der echt und groß sein Volk im Auge hat bei all seinem Wirken.

In solchem Sinn hat jenes System gewirkt, das als Merkantilismus bekannt ist: die Staatsmacht eingesetzt für die Untertanen, deren Wohlstand, vom Staat mit all seinen Mitteln gefördert, ihm wieder die Mittel gab für all seine Zwecke. Der Kampf der Staaten, der so die letzten Jahrhunderte erfüllte, der Kampf um Nationalwohlstand, in jedem einzelnen Volk im Gegensatz zu anderen, hat im Liberalismus eines Hume, eines Adam Smith seinen Kritiker gefunden. Eine weltwirtschaftliche Kritik ist es gewesen, wenn Hume die kämpfenden Staaten mit dummen Kerlen verglich, die sich in einem Porzellanladen miteinander balgen und nachher das zerbrochene Porzellan bezahlen müssen, und weltwirtschaftlich nicht minder die Kritik von Smith, daß der gesuchte Nationalwohlstand jedes einzelnen Volkes am besten gefördert werde durch eine internationale Arbeitsteilung, wie sie bei einem frei gelassenen Tauschverkehr von selbst herauskommt: die freie Konkurrenz läßt jedes Volk auf die Dauer das produzieren, wozu es von Natur am besten ausgestattet ist, was es daher am leichtesten und besten liefern kann.

Und wirklich, diese ökonomisch unzweifelhaft richtige, weltwirtschaftlich gedachte Kritik hat eine Zeitlang den Staat aus dem Tauschverkehr zurückgedrängt, freien Handel gefördert, Völker tauschen lassen in friedlicher, für alle Tauschenden vorteilhafter Arbeitsteilung. Wenn Deutschland aus seinem Osten nach England Getreide sandte und von England Industrieprodukte dafür empfing, so gewannen beide: mit weniger Arbeit war hier das Getreide, dort die Industrieware herzustellen, denn weite menschen-

Digitized by Google

leere Fläche hier und dicht gedrängte hochentwickelte Industriearbeit dort vermochte ohne den Arbeitsaufwand auszukommen, der auf dicht besiedeltem Boden in der Landwirtschaft Englands und in unentwickelter Industriearbeit Deutschlands nötig gewesen wäre. Aber es blieb nicht dabei. Das deutsche Volk wuchs, es hatte den Boden nicht mehr übrig, der für England mitgenügt hatte, solange die Volkszahl gering war; man mußte auf diesen Agrarexport verzichten und darum auf den Industrieimport auch, der mit jenem bezahlt worden war; eine eigene Industrie mußte liefern, was man vom Ausland nicht mehr mit überschüssigen Produkten des Bodens erkaufen konnte. Die eigene Industrie aber war noch schwach: die Konkurrenz Englands, daß so viel billiger, weil durch überlegene Technik ökonomischer, zu liefern vermochte, war für dieses junge Pflänzchen verderblich: sie erdrückte seinen Keim, noch ehe er Wurzeln faßte. So trat an die Stelle freien Tausches ein notgedrungener Schutz, und überall in der Welt wiederholt sich dieser typische Vorgang, den Friedrich List als „Erziehungszoll" bezeichnet. Die jüngeren Völker alle, wie Nordamerika, Rußland, Japan usw. sind diesen Weg gegangen. Ja noch mehr: nicht nur die Kulturunterschiede, die verschiedene Höhe der Entwicklung, auch die Unterschiede der Natur werden wieder ausgeglichen durch Zölle, die dem eigenen Land die Möglichkeit gewähren, ungünstiger und darum teurer zu produzieren, was stets vom Ausland leichter und darum billiger geliefert werden könnte. Das eigene Volk ist dann der Produzent, die Menschen im Staate selbst finden darin Erwerb, Existenz und Steuerkraft, statt daß im Ausland billiger, aber von Menschen anderer Staaten, produziert und erworben und so die Existenz von fremden Staatsangehörigen begründet wird. Demgegenüber ist am sichersten, was in den eigenen Grenzen erreicht wird. Es ist nicht dem beliebigen Ausschluß ausgesetzt, wie aller Export und die auf ihn gegründete Existenz, die ganz von dem Ausland abhängt und ebenso tief sinkt, als dort sich eigne zollgeschützte Produzenten erheben mögen. Wird statt dessen die eigene, wenn auch karge und beengte Natur, ausgenutzt, so können die eigenen Staatsangehörigen, wenn auch weniger reichlich, so doch um so sicherer, sich vermehren.

Für die Weltwirtschaft freilich, für alle Völker zusammengenommen, wird so mit mehr Aufwand ein geringerer Ertrag produziert: man macht alles selbst, aber nicht unter den günstigsten Naturbedingungen, darum schlechter und teurer. Die Welt wird nicht ausgenutzt. Die Arbeit liefert nirgends das, was die Natur ergeben würde, wenn man ihr folgte. So wird zwar für den einzelnen Staat, aber nicht für alle zusammen ökonomisch verfahren.

Blicken wir zurück. Der Merkantilismus mit all seinen Fehlern, die der Kritik so viel Angriffsflächen boten, wurde unter weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten verurteilt, und das mit Recht. Der Gedanke zündete. Der wirtschaftliche Liberalismus drang siegreich vor. Der Freihandel schien im Laufe des 19. Jahrhunderts sich durchzusetzen. Auch allen übrigen Völkern, nicht nur seiner englischen Heimat, wurde er gepredigt. Sie gingen darauf ein, Deutschland idealistisch voran. Aber Friedrich List und dann der große Praktiker, Fürst Bismarck, und ihnen folgend all die jüngeren Völker: sie schwenkten wieder ab von dem weltwirtschaftlichen Urteil, das die gesamte Menschheit als wirtschaftende Einheit voraussetzt, und sich wieder zu dem nationalen oder staatlichen Standpunkt der Volkswirtschaft wendend, mußten sie das Allerweltsrezept, das da für die Leiden aller Völker verschrieben ward, verwerfen. Der Grobschmied und der Schneider, von denen einer bei Lungenentzündung nach Sauerkraut wieder gesund wird, der andere aber stirbt, war das drastische Beispiel von Friedrich List für die verschiedene Wirkung des Freihandels auf die Völker: die ökonomisch überlegenen, sei es infolge von Kulturhöhe oder infolge von Gaben der Natur, werden vom Freihandel belebt, die ökonomisch schwächeren getötet. Freie Konkurrenz läßt Überlegenheit zur vollen Wirkung kommen. Sie ist daher notwendiges Bedürfnis aller an Naturgaben reicheren, an Technik höherstehenden Völker. Und so werden einzelne Staaten immer im Freihandel ihren Vorteil finden. Aber ist bei dieser Sachlage zu erwarten, daß, wie es im 19. Jahrhundert schien, auch die übrigen darin folgend

Auch wenn wir absehen von dem Sturm der privaten Interessen auf die Regierung, von der geschlossenen Phalanx all der verbündeten Interessengruppen, die nur in einem einig sind: die Gesamtheit gemeinsam ausbeuten zu wollen unter dem Schutz von Zöllen — auch wenn wir eine so weise und unabhängige Regierung voraussetzen, wie sie nur denkbar ist: so wird das wirkliche ökonomische Interesse ganzer Völker nicht zugleich das der ganzen Menschheit sein. Die Staaten werden Absatz erstreben für ihre Staatsangehörigen, sei es draußen, sei es drinnen, und wenn die Konkurrenzfähigkeit für den Weltmarkt nicht ausreicht, dann werden sie weiter den inneren Markt beschützen. Denn, das ist der letzte Grund, in dem alles das verankert liegt: der Erwerb der einzelnen, im Tauschverkehr, ist heute die Grundlage der Staaten, er muß als Staatsnotwendigkeit, als Existenzbedingung des Staates, erhalten werden, er ist aber völlig unsicher, wie aller Erwerb in der Tauschwirtschaft, und es muß daher für den Staat, wenn nicht die Überlegenheit in der Konkurrenz seine Staatsbürger sichert, die dringendste Sorge sein, von sich aus für sie einzutreten. So sind die einzelnen Staaten gezwungen, um ihrer Selbsterhaltung willen zu tun, was für die Staaten in ihrer Gesamtheit ökonomisch schädlich ist: die Völker abzusperren, den Austausch zu hemmen, die internationale Arbeitsteilung einzuschränken, die allen gegebene Erde nicht auszunützen, sondern den ökonomischen Vorteil der eigenen Volkswirtschaft dem gemeinsamen der Weltwirtschaft voranzustellen.

Die Freihandelsidee war richtig. Sie ist unvergänglich als weltwirtschaftliches Prinzip. Aber sie ist unausführbar in dem Tauschverkehr, für den sie gedacht war. Sie glaubte den Tausch nur allgemein durchführen zu müssen, um die höchste Ökonomie für immer zu erreichen. Aber die Weltgeschichte verläuft nicht so einfach. Sie hat das Durchdringen höherer Ökonomie an Vorbedingungen geknüpft. Nicht im Tauschverkehr sind diese gegeben. Vielmehr ist es gerade die Unsicherheit des Erwerbs im Tausch, die Absatzunsicherheit und Absatznot, die das Durchdringen der Freihandelsidee unmöglich macht. Der Tauschverkehr selber, jener Liebling der Freihandelsschule, deren ganzes System auf Verherrlichung und Durchsetzung des Tausches hinauslief, ist das letzte, unübersteigliche Hindernis. Solange die einzelnen als Erwerbende auftreten, als Erwerbende die Steuerzahler und so die Stützen des Staates sind, so lange wird freier Verkehr nicht durchführbar sein. Denn er bedroht überall in der Welt die Erwerbsinteressen der in freier Konkurrenz unterliegenden Volksmassen und damit zugleich auch ihre von jenen Erwerbsinteressen ökonomisch abhängigen Staaten.

So ist das Ergebnis: der Neumerkantilismus, der die Welt heute wieder auseinanderhält, die volle Ausnutzung ihrer örtlichen Produktionsmöglichkeiten verhindert, ist kein vergängliches Gebilde, sondern tief begründet in der gegebenen Lage, die durch das Zusammenwirken von Tausch und Gewalt gekennzeichnet ist. Die Ausnutzung der Welt ist ökonomisches Ideal der Weltwirtschaft, die heutige Politik aber liegt in der Hand von Staaten, deren Grundlage, der Erwerb ihrer Staatsbürger, eine ganz entgegengesetzte Rücksicht fordert. So wird der Freihandel zur Utopie. Aber nicht für immer!

Denn die weltwirtschaftliche Betrachtung wird nicht verstummen. Nicht nur als Interessenvertretung für die günstiger Gestellten, deren Interesse mit dem Freihandel und darum mit dem der ganzen Welt parallel läuft. Sondern auch als Stimme der Menschheit, die begonnen hat und nicht wieder aufhören wird, zu urteilen als Gesamtheit, wie der Liberalismus es sie gelehrt hat. Im ganzen für alle Völker zusammen möglichst wenig Mangel, das wird immer wieder Ideal und Maßstab sein; auch wenn die Möglichkeit noch fehlt, die Folgerungen in die Tat umzusetzen. Der Sozialismus übernimmt die weltwirtschaftliche Kritik. Er übernimmt sie nicht nur, er führt sie weiter. Er verlangt von den Staaten, daß sie sich der Moral und dem Recht unterwerfen sollen wie die einzelnen. Er stellt so, in der Inauguraladresse der Internationale 1864 (von Marx entworfen), eine Forderung auf, die kindlich erhaben, in der heutigen Welt unausführbar und einer ganz anderen Organisation der ganzen Welt

Digitized by Google

bedürftig ist, um verwirklicht zu werden. Er verlangt Frieden. Er protestiert in jedem Land gegen Rüstungen. Er will den Krieg verhüten, doch er sieht ihn kommen, er rechnet mit ihm, trotz aller Proteste: weil er seine Notwendigkeit als Folge der heutigen Verhältnisse erkennt. Er wird der Vertreter des internationalen Gedankens; doch vom Liberalismus ganz verschieden, glaubt er nicht durch Freihandelspredigt oder Pazifismus, nicht durch eine die heutige Wirtschaftsform überfliegende Idee, sondern nur durch radikale, an die Wurzeln gehende Erkenntnis und Behebung der Ursachen ändern zu können, was in Gewalt und Tausch so fest verankert ist.

Die Wurzeln der Weltabsperrung und der Kriege sind auch die Wurzeln des Sozialismus. Sie können oberflächlich als Imperialismus und Kapitalismus, in theoretischer Vertiefung als Gewalt und Tausch bezeichnet werden, oder auch: als Staat und Volkswirtschaft.

Wir müssen dem Mißerfolg des ökonomischen Liberalismus nun noch den Erfolg hinzufügen, den sein siegreicher Gegner, der Neumerkantilismus, mit innerer Notwendigkeit nach sich zog, indem er ihn aus dem Wesen der Dinge, wie sie heute sind, hervorgebracht hat: den Weltkrieg.

Wir fragen nicht nach Schuldigen. Wir wissen von Kriegsparteien in jedem Lande; wir wissen von der Vorgeschichte, die Jahrzehnte, ja Jahrhunderte weit zurückführt. Doch wir halten das alles für unfruchtbar. Wir sehen das System, aus dem die Absperrung nicht nur, sondern auch der latente und zuweilen akut ausbrechende Kriegszustand notwendig hervorgeht. Uns ist nicht, wie Clausewitz, der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, sondern die ganze die Weltwirtschaft gestaltende Politik eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, solange die Grundlagen — nicht moralisch, nicht ideell, sondern materiell, in der ganz gemeinen Lebensnotdurft verankert — nicht von Grund aus geändert worden sind.

Zunächst der Staat. Auf sich gestellt, durch niemand über sich geschützt und insofern stets von „Gottes Gnaden", ist der Staat als alleiniger Hüter seines Rechts darauf angewiesen, daß er sich selbst erhält: durch Macht und nur durch Macht, die er stützen mag durch moralische Eroberungen, durch Ansehen, Freundschaft, Bundesgenossen, wie England uns das so meisterhaft vormacht, die er aber irgendwie unbedingt soweit stets sichern, ja ausdehnen muß, daß er auch wachsenden Gegnern gewachsen ist: zu seiner Selbsterhaltung. Also Macht ist seine Grundlage, und so ist es eine Sorge für ihn, wenn andere mächtig werden, weil er dann fürchten muß, daß sie ihn bedrohen. So besteht beständig, im Wesen des Staats begründet, eine innere latente, immanente (notwendig mit ihm verbundene) Tendenz zu einer Machterweiterung, zur Expansion, zum Imperialismus einerseits und zur Bekämpfung derselben Tendenz bei den anderen anderseits.

Das muß so sein. Wenn ein Staat anders ist, dann muß er es büßen, wie China. Dann fallen tatsächlich die anderen über ihn her, stellen Forderungen, erzwingen sie, stellen schließlich selber den Staat in Frage.

Man muß es sich einmal klargemacht haben, dieses Wesen des Staats. In dem einen Wort „Souveränität" ist alles beschlossen. Denn darin liegt: Niemand über ihm! Und das zieht die Selbstverteidigung und damit das Machtstreben nach sich, „bei Strafe des Untergangs", wie Marx sagen würde, der ganz ähnlich das Muß des Konkurrenzkampfs der Unternehmungen schildert.

Das ist das Geheimnis des Staats und seiner stets gefährdeten, notgedrungen stets angestrebten Allmacht. Solange nicht ein überstaatlicher Rechtsbund der Staaten ihn schützt, solange muß er, koste es, was es wolle, sich alles untertan machen, Seelen und Leiber, Geld und Gut, im Notfall mit Gewalt sich durchsetzen im Innern, um sich nach außen durchsetzen zu können.

Dazu kommen ökonomische Gründe. Ausdehnung der Sphäre, über die ein Staat gebietet, ist Ausdehnung der eigenen Verfügungsgewalt. Anderwärts verfügen andere. Wo der Staat verfügt, kann er ausschließen: Waren, Absatz und damit Existenz — wie die Menschen selber, deren Einwanderung er verbietet. Daher muß der Staat zur Sicherung seiner Erwerbsuchenden, seiner Steuerzahler und so seiner selbst einen möglichst großen Umfang erstreben, um für viele Menschen Platz zu haben, und möglichst alle Produktion bei sich selbst zu ermöglichen suchen, um keine fremde Verfügung dazwischen sprechen zu lassen.

Dazu nun noch der Tausch. Die Verkehrsmittel tragen ihn über die ganze, so erst auszunutzende Erde. Die Eisenbahn, und noch mehr die Schiffahrt; mit ihr schwillt, über die Grenzen hinüber, der internationale Seeverkehr auf das Doppelte in den letzten Jahrzehnten, und wie die Waren, so wandern die Tauschenden selbst zwecks Erwerbs in die fremden Gebiete. So ersteht Konkurrenz für dortige Produzenten: durch Waren und durch Personen; oft unerwünscht, für die bedrohten einzelnen und für ihren Staat. Der schließt sich ab, erschwert den Eingang, aus begreiflichen Gründen, wieder so wie früher; er hat beides ausprobiert und ist zum Alten zurückgekehrt. Daher nun der widerspruchsvolle Zustand: die Technik nähert die Völker, erleichtert ihre durch den Tausch zu vermittelnde Arbeitsteilung; doch die Staaten verbieten es. Gerade um so mehr, je mehr es sich aufdrängt. Also wieder Abschluß, Gewalt, Erschwerung des Tausches.

Je mehr Abschluß, um so schlimmer für die, die angewiesen sind auf Export. Sie müssen Märkte „erobern", durch Billigkeit, Druck auf die Löhne, wo es sonst nicht geht, und können nicht fragen, ob es nationalökonomisch sei, in exportierten Kleidern eingewebt und eingenäht die beste Kraft der Mütter und Kinder ins Ausland zu werfen, damit dort die Kleider recht billig seien.

Warum diese Angst, dieser Kampf um Absatz? Wenn er nicht gelingt, so müssen sie selbst hinaus, die jetzt davon leben. Dann folgt die Auswanderung! Auswandererelend sprachunkundig, fremd, hilflos, der Nation verloren, und selbst der eigenen Sprache und Kultur verlustig, das droht, oder vielmehr: das winkt, denn es ist noch günstig, wenn es geduldet wird dort, wo man hin will: wenn einem nicht, wie Japanern und Chinesen, der Zutritt (in irgendeiner Form) verwehrt oder durch nicht zu erfüllende Bestimmungen unmöglich gemacht wird. Das bedeutet dann Elend, erst recht Elend, wenn man auf Export oder Auswanderung gestellt ist — wie vielleicht Millionen von Deutschen in der nächsten Zukunft.

Und warum das? Warum gezwungen, entweder Waren oder Menschen zu exportieren?

Die Notwendigkeit fließt aus zwei Quellen: aus dem Mangel an Boden oder seinen Schätzen und aus dem Mangel an Kapital.

In der Welt ist genug an beidem, aber nicht bei denen, die es brauchen. Darum die Notwendigkeit, es beides irgendwie bei denjenigen mitzubenutzen, die es haben.

Zunächst der Boden und seine Schätze.

Wie der Großgrundbesitz über viel Land gebietet, wie es darum anderen, die es brauchen, fehlt, so daß auswandern muß selbst aus menschenentleertem Lande, wer zu den wenigen Grundbesitzern nicht gehört (siehe Irland! siehe alle Länder mit irgendwie ähnlicher Agrarverfassung) — so stehen die Nationen sich gegenüber: mit viel Land, mit Kolonien, die sie appropiierten, mit der Gewalt über weite, kaum benutzte Flächen, über unermeßliches Gebiet, das noch lange nicht ausgenutzt werden kann, und daneben der andere, auch von Deutschland verkörperte Typ sich später erst rührender Völker, dem zu spät gekommenen Träumer, dem Dichter verwandt, der nur im Olymp eine Stätte findet. Denn die Erde ist vergeben. Und wer zu spät kam, mag sehen, ob er geduldet wird bei anderen, und wenn: wie es ihm unter fremder Herrschaft, Sprache, Kultur ergehen wird, wenn er alledem untertan, wie ein Knecht, noch Einlaß findet.

Daher ist es der naheliegende, notwendige Standpunkt eines kräftigen, später emporkommenden Volkes, das alles besetzt findet: Macht zu erringen, seine Kraft anzuwenden, Raum zu gewinnen, zu nehmen, die nun dort sitzen, im Vollgefühl ihrer Tugend, legitime Herren, als ob das Land ewig ihres gewesen wäre. Die Geschichte erzählt: sie haben es selbst genommen, sie haben andere vertrieben oder unterworfen. Und die später Kommenden ziehen die Folgerung: machen wir es wieder so!

(Schluß folgt.)

Digitized by Google

Naumann / Albrecht Guttmann †

Liebe Trauergemeinde! Wir sammeln uns noch einmal hier um Albrecht Guttmann, denken an ihn und sprechen von ihm und wollen so einfach über ihn sprechen, als ob er dabei wäre, so, wie wir mit ihm reden konnten. Einzelne von euch erinnern sich, wann und wo er bei den verschiedenen Gelegenheiten mit ihnen zusammen war, und die ältesten Freunde, deren einen wir eben gehört haben und deren andere hier vor mir stehen, die denken rückwärts bis in die Posener Zeit; dann kommt die Zeit in Breslau, dann die Zeit in Hamburg, und dann folgt der Schluß des Lebens in den Jahrzehnten hier in Berlin. Die einen von uns, die wir hier sind, kennen ihn mehr im geschäftlichen Bewertungsraum, kennen ihn dort überlegen als einen ausgezeichneten Kaufmann. Andere kennen ihn mehr in der Versammlung, in den Sitzungssälen der Öffentlichkeit, bei den Stadtverordneten, in Vereinen, in politischer Gemeinschaft, überall, wo es irgendeinen idealen Zweck zu verfolgen galt. Anderen ist er erinnerlich, wie wir bei ihm draußen gesessen haben auf seiner Terrasse, und der Abend ist gekommen, und der Mond stand da drüben, als ob er gerade für ihn gemacht wäre, weil er immer noch ein wenig länger in die Nacht hinein ihm zuschauen wollte. Man sprach Altes und Neues, und man konnte auch miteinander ruhig sein, ohne sich zu verlieren, was ein Zeichen innerlichen Verständnisses ist. Und wir kannten ihn hier, in seinen früheren Räumen und in diesen Räumen, deren Ausstattung von dem Inhalt seines Lebens Kunde gibt, hier, wo die Familie sich um ihn sammelte und wo so manches an bedeutenden Personen und an wichtigen Interessen zusammengeflossen ist und allerlei beschlossen wurde, drüben, hier, in jener Ecke.

Wir versuchen, sein ganzes Leben als eine Art Einheit zu fassen. Was ist es?

Geboren ist Albrecht Guttmann 1845, zeitiger als die meisten, die wir uns hier um ihn versammeln. Seine Lebenszeit läuft jetzt ab, wo so vieles stirbt und zusammenbricht, am Ende der Periode des Deutschen Reiches alter Form, im Jahre 1919. Von 1845 bis 1919 ist überhaupt eine Periode. Was kommen wird — keiner von uns ahnt es — aber es wird etwas anderes werden. Es wird eine andere Lebensfarbe, ein anderer Grundton der Gesinnungen und der Absichten sein. Er geht genau mit seiner Zeit, mit der Zeit, deren Widerschein in ihm lag. Denn, wenn ich versuchen will, was in diesem bescheidenen und doch bedeutenden Mann sich gesammelt hat, zu schildern, so sind es die Hauptzüge eben der Periode, aus der wir alle herauskommen. Er war die Periode der bürgerlichen Arbeit, auf der Reich und Kultur beruhten. Diese bürgerliche Arbeit, von hunderttausenden und mehr selbständigen Personen vollzogen und gefördert, war auch die Luft, in der er atmete. So sehr ich nachher mit Ihrer Zustimmung ausführen werde, welche starken Interessen er für künstlerische und andere allgemeine Zwecke hatte, so würde man unseren heimgegangenen Freund verkennen, wenn man nicht den Kern seines Wesens in der Arbeit, und zwar in der ihm überkommenen Berufsarbeit, finden würde. Wenn wir später sprechen von dem, was er für Kunst und Künstler getan hat, so war auch das für ihn nichts Zufälliges; es kam aus seinem Wesen. Aber es war doch nicht das Erste, sondern zuerst muß der Mensch im Dienste der gemeinsamen Wirtschaft seine Pflicht tun. Dieser scheinbar so einfache und doch so inhaltreiche Grundgedanke, daß aus der Arbeit das Wohlsein aller entsteht, hat ihn zu einem der fleißigsten Menschen gemacht. Es ist in seinem Sinn, wenn ich solche scheinbar elementaren Dinge hier an seinem Sarge ausspreche, denn ich weiß aus Privatgesprächen, wenn wir über Menschen geredet haben, wie er häufig darauf zurückkam, ob der arbeitet oder nicht? Über die Methode der Arbeit hat er immer nachgedacht, daß man die Arbeit sparsam tun soll, indem man seine Zeit nicht vergeudet, und daß man sie zweckvoll tun soll, indem man weiß, was man damit erreichen will. Es war vielleicht zuerst, diese innere Einstellung auf nützliche Arbeit, die ihn inmitten dieser aufsteigenden Periode des deutschen Wirtschaftslebens schrittweis emporgehoben hat. Indem er anderen zeigte, wo und wie Arbeit zu finden sei, wuchs er selber mit in die Höhe und wuchs empor aus einer selbsterwerbenden Einzelperson bis zu einem typischen Kopfe für ein ganzes Gebiet deutscher Arbeit und Volkswirtschaft und bis zu einem jener, die überschauen konnten, was auf dem weiten volkswirtschaftlichen Gebiet möglich, nützlich und wahrscheinlich sei. Er hat es nicht getan in der Art des theoretischen, akademischen Wirtschaftsbetriebes, aber er brachte etwas anderes dafür mit. Er hatte ein sehr sicheres Feingefühl für das, was ist, und für das, was kommen kann, gepaart mit der Achtung für die anderen Menschen in der Arbeit.

Mir scheint, ich berühre damit einen Punkt, der zu seinem intimen Verständnis durchaus wesentlich ist. Man kann wirtschaftlich groß sein, indem man technisch hervorragend ist und neue Formen, entweder maschineller oder kaufmännischer Technik erfindet, hervorbringt und fördert; man kann ebenso wirtschaftlich hervorragend sein, wenn man die finanziellen Gesichtspunkte neu und noch anders denkt, als die anderen es bisher getan haben. Aber man kann auch groß sein in der Wirtschaft, wenn man die Behandlung der Menschen richtig versteht. Ohne sagen zu wollen, daß er nicht mit vollem Sinn und mit voller Kraft auf den zuletzt anderen genannten Gebieten zu Hause war, so scheint mir, — und es scheint wohl seinen ältesten Freunden ebenso — seine große Gabe lag in der Art, wie er den Mitmenschen in der Arbeit aufzunehmen wußte. Er hielt auch Gedanken von anderen Menschen für wertvoll. Mancher schafft sein Lebtag und hält nur seine eigenen für wertvoll. Da aber sitzt ein stiller und guter Mensch mit Klugheit, könnte auch zuerst vor anderen reden, aber er wartet erst ab und sucht auch beim anderen das relativ Berechtigte heraus, und ist darum oft der, der nicht den ersten Ton singt, aber der die letzte Formulierung in der Hand hat. So gab es sich von selbst, daß er, ohne nach Herrschaft zu suchen, in die Führung hineingestellt wurde, daß er der Mann des Vertrauens ward und als der Mann des Vertrauens zunächst des Berufszweiges der großen Spiritusproduktion und der Spiritusindustrien dastand, die den Mittelpunkt seiner Tätigkeit bildeten. Aber auch darüber hinaus. Er saß wie ein Arzt, zu dem die Menschen kamen, wenn etwas verfahren war. Er hörte ruhig zu, nicht, indem er sich ausbreitete als: ich werde es schon machen, sondern: ihr werdet es schon sehen; gelingt es mir, euch etwas dazu beizutragen und nützliches zu sagen, so soll es mir lieb und erfreulich sein. Solche Vertrauensmänner sind in seinem Leben sehr viele enthalten, und darum schauten immer mehrere auf ihn, die ihn für schwere Fälle brauchten.

Wenn ich jetzt vom Geschäftlichen herübergehe auf die andere Seite seines Wesens, die man mehr die allgemeine, kulturelle nennen möchte, so liegen gerade auf der Linie zwischen beiden jene Gebiete, auf die man eingehen muß, damit man ihn ganz faßt. Es gibt Enthusiasten der Künste und sonstiger wohltätiger und freier Bestrebungen, die ohne Rücksicht auf alles, was es kostet und welche Kräfte vorhanden sind, sozusagen verschlungen sind vom Blick auf den guten Zweck, Menschen, deren Herz vorzüglich ist, deren Einführungskraft aber stockt, weil sie von einem gewissen Moment an den Boden unter den Füßen verlieren. Ich glaube es sagen zu können, daß Albrecht Guttmann bei allem, wobei er half und diente, den Boden nicht unter den Füßen verlor, weil es für ihn auch wieder ein ganz elementarer, aber wichtiger Satz war: erst muß ein Betrieb rentieren, wenn er nützen soll! Man muß auch bei den besten Bestrebungen irgendwie auf eigenen Füßen stehen. Ich kenne das in Anwendung auf die verschiedensten Sachen aus seinem Munde heraus. Er sieht Kunst und freie Kultur und alles das an, wie eine Folgeerscheinung der geordneten Wirtschaft, die darunter liegt. Man braucht den Zusammenhang nicht immer zu zeigen, der einzelne Künstler braucht ihn nicht zu sehen, aber der, der Kultur und Volkswirtschaft miteinander verbindet — das war hier der Fall — der muß sich dieser Zusammenhänge bewußt sein. Darum kam es auch vor, daß er zurückhielt, daß er warnte, daß er bei aller Herzensbeteiligung für volkstümliche, gute Zwecke dennoch warnend dabeistehen konnte. Er hat vielleicht auch manchem mit Warnen noch gerade so gut geholfen als mit dem, was er ihm gegeben hat. Er war nicht, wie man sagt, Mäzen in jenem Sinne, daß er, wenn ihm etwas gefiel, einfach nach Gutdünken mühelos hinlegte. Es war aber in ihm das Bewußtsein, wer materiell

Digitized by Google

Mitbürger gewonnen, daß der ganz natürlich Verpflichtungen hat, die über seinen privaten Kreis hinausgehen. Das war nicht etwas, das er pharisäerhaft um sich herumtrompetete, sondern das verstand sich natürlicherweise von selbst. Das war das Wohltuende daran, diese Selbstverständlichkeit. Die Mitwirkung und Mithilfe an großen und guten Dingen begann zeitig, längst vor der Zeit, in der man das Wort Sozialismus hörte. Soviel ich gerade weiß — und mancher weiß noch mehr von euch —, sind es der Wohnungsbau für die ärmeren Klassen, den sein Freund Schrader damals führte, und den sein Schwager, den wir vorhin gehört haben, in der Hand hatte, der ihn zeitig beschäftigte; die Volkshygiene — ich habe eben unter den Kränzen den Kranz der Volkshygiene gesehen — gehörte zu seinen alten Lieblingen, die Ferienkolonien, die ganze leibliche Fürsorge für Kinder und Alte und solche, denen es nicht wohlging. Als ihm von seinen Freunden in der Spiritusindustrie die Idee gebracht wurde, der Staatsinstitution voranzueilen und die Versicherungseinrichtungen privatim zu beginnen ehe die Öffentlichkeit die Versicherungseinrichtungen machte, da ist er bereit gewesen und hat seinen Einfluß dafür in die Wagschale gelegt, daß dieser Schritt tatsächlich getan wurde. Man muß erst erwerben können, dann muß man aber auch die Pflichten, die aus dem Erwerb kommen, ruhig und konsequent vollziehen!

Auf dieser Grundlage eines sozial arbeitenden, gehobenen Lebens erscheint nun dann sein Eintritt in die verschiedenen Gebiete des Künstlerischen. Er selbst sah es als ein Glück seines Daseins an, daß er durch Schicksal, durch Güte der Weltführung gerade an die Stelle kam, wo er bedeutende neuere Kunstbewegungen miterleben konnte. Ich rede davon, daß er die Sezession in der Malerei, die sich an den Namen Liebermanns anknüpft, von vornherein mitbegleitet hat. Sie wissen, daß die Wände hier und auch draußen lange Zeit — und zum Teil heute noch — die Zeugnisse dieses Zusammenhanges mit der malerischen Entwicklung der 90er Jahre und des Jahrhundertanfangs getragen haben. Mögen ihm diese gemalten Arbeiten und Werke zunächst selbst etwas fern gewesen sein, weil sein früheres Leben wesentlich kaufmännischen Ideen und Arbeiten gegolten hat, so lebte er mit den Bildern zusammen in sie hinein und erlebte an sich, daß wer mit guten Werken zusammen ist, von diesen guten Sachen etwas in sich hinein erlebt.

Als dann wie eine andere Welle die kunstgewerbliche neue Entwicklung kam, als Hellerau aufstieg, war er auf Anregung von Theodor Barth einer der ersten, der dort mitzugriff und tatsächlich sich in die Arbeit mithineingesetzt hat; er, dessen Kunstsinn nicht nur Sentiment war, sondern sich praktisch ausdrückte auch auf ein gewisses Risiko hin, damit ein gutes Vorbild für ein Volk geschaffen wurde, welches sich künstlerisch vertiefen muß, wenn es nicht verfinden will.

Nach der musikalischen Seite hin, Volkskunst, hat der älteste seiner Söhne in voller Berufsmäßigkeit das ausgeführt, und wir haben ein Beispiel davon soeben hier unter uns gehört, was geschaffen werden kann bei gutem Willen. Für diesen guten Willen an sich war er in und außer dem Hause zu haben. Dort steht das Charlottenburger Opernhaus. Auch dieses Opernhaus ist zu einem gewissen Teil eine Erinnerung an Albrecht Guttmann, unseren Freund, um den wir uns hier versammelt haben. Ich weiß nicht, was etwa noch alles aufgezählt werden soll. Hier kommt es aber auch nicht darauf an, daß ich in der Art einer Buchführung jeden Verein nenne, zu dem er gehört hat; das konnte er selber nicht! Ich habe die Charakterrichtung vor euch darstellen wollen, wie der ausgezeichnete Kaufmann sich auszuarbeitete zu dem Mann, der immer mit in der vorderen Tätigkeit bei wichtigeren Entwicklungen der neueren Kultur gestanden hat.

Das trifft nun auch seine Teilnahme am öffentlichen Leben, im Leben der Gemeinde, des Staates, der Partei. Entsprechend dem, was ich vorhin ausführte, daß er die Periode von 1845 an bis jetzt in sich trug, so war er seinem Grundcharakter nach liberal. Und da er einmal liberal war, so war er ehrlich liberal. Es ist in seinem Sinn, auch jetzt noch festzustellen, daß er von jenen Liberalen, die es nur mit hundert Wenn und Abers gewesen sind, immer gern abrückte. Es war für ihn Theodor Barth vielleicht die lebendigste Person, die ihn mit dem Liberalismus als politischer Richtung verbunden hat. Gerade weil wir in den nächsten Tagen der zehnjährigen Wiederkehr des Abschiedes von Theodor Barth gedenken, ist es durchaus richtig, auch hier von den seelischen Wirkungen dieses energischen und glänzenden Politikers zu sprechen. Er hat in vielen Köpfen den Willen, über die Privatinteressen hinaus den Staat erbauen zu wollen, geweckt, und Albrecht Guttmann ist einer von denen, die er mit Erfolg gesammelt und aufgerufen hat. Von da an hat Guttmann politisch geholfen. Ich kann aus sehr vielen Beziehungen berichten, wie er politische Arbeit dauernd und treu unterstützt hat, noch bis zuletzt hin die Staatsbürgerschule, von der wir mit ihm hoffen, daß noch mancherlei politisch Gutes aus ihr folgt. Er war nicht politischer Parteimann in jenem engsten Sinne, als ob es nichts auf der Welt gäbe als gerade diese Partei. Ich habe erlebt, daß er mit seiner eigenen Partei sehr unzufrieden war; aber ich habe auch wieder bei ihm nie jenen weltfremden Sinn gefunden, als könnte der Mensch öffentlich tätig sein, ohne organisiert zu sein. Dafür war er, im Geschäftlichen wie auch im Politischen, nüchtern und klug genug, daß nicht Ideen allein Änderungen und Besserungen des Staates hervorrufen, sondern das man auch hier den Boden unter den Füßen behalten muß.

In allen diesen Beziehungen des Berufes, der kaufmännischen Arbeit, der Kunst, der sozialen Fürsorge, der politischen Gesinnung und Richtung ist er ein treuer Freund seiner Freunde gewesen. Mein Herr Vorredner hat gesprochen zu euch, die ihr zur Familie gehört, zu den Söhnen und Enkeln, zu den Zugehörigen des Hauses, zu denen, die ihn treu gepflegt haben bis in seine letzten erlöschenden Tage hinein. Ich füge hinzu, wie groß der Kreis derer ist, denen er wahrhaft Freund gewesen ist. In dieser jetzigen, schnell lebenden Zeit gibt es nicht mehr so viel Freundschaft, wie in den alten ruhigen Zeiten. Man hat mehr Bekanntschaften, massenhaft, aber es entwickelt sich zwischen vielen Leuten nie das, was Freundschaft in gegenseitiger Vertiefung ist. Wenn ich aber vorhin ausführte, seine geschäftliche hervorragende Kraft lag zu einem guten Teil darin, daß er das Menschliche im Geschäft vorzüglich verstand, so muß ich hier wieder sagen, das Menschliche in ihm war das Freundschaftliche, und zwar das Freundschaftliche, das selbstlos am anderen Menschenleben Interesse hat. Er hatte nicht nur Interesse an der Kategorie, Klasse oder Interessenabteilung, sondern am Einzelmenschen. Ich habe manchesmal mit Bewunderung gehört und gesehen, wie er sich nach Personen erkundigte und sich ihrer erinnerte, mit denen er ein Jahrzehnt vorher vielleicht zusammen gewesen war. Wie gehts ihr jetzt? Kann sie noch? Dabei war reich und arm unterschiedslos in dieser Hinsicht. Wenn in der Person etwas drin war, merkte er, daß etwas in ihr lag. Man kann nicht Freundschaft für jeden Menschen verlangen, weil es Menschen gibt, die können ein Echo überhaupt nicht geben. Aber bei den Menschen, bei denen ein Echo zu haben war, da lag es in seiner Natur, daß er das fühlte. Ich will nicht anfangen, denn ich würde nicht aufhören können, wer für ihn im besonderen sein Freund war, wem er Vertrauen geschenkt hat. Und in dieser Hinsicht war er dankbar. Ich habe öfter miterlebt, daß andere Leute ihm vielleicht nicht ganz dankbar waren, wenn er in seiner Weise lieb und liebreich ihnen geholfen hat. Das hat im allgemeinen nicht sehr schwer auf ihm gelastet, das wurde mit einem ironischen Lächeln ein-, zweimal erwähnt und dann wars dahin. Er selber hatte aber etwas dankbares in seinem Gemüt. Ihr, die ihr ihn gepflegt habt, die ihr um ihn wart, ihr wißt, daß er das gehabt hat, eine Form bescheidener und lieber Dankbarkeit, die bei ihm in seinem Alter und bei seiner sonstigen Stellung außerordentlich wohltuend war und die für den inneren und lauteren Kern seiner Seele spricht. Mancher möchte, wenn er dieses Mannes gedenkt, ein Wort aus dem alten Testament (Jesus Sirach) herausnehmen: „Wer einen rechten Freund hat, der hat einen großen Trost; ein rechter Freund ist eine Gabe Gottes". So ist er vielen Menschen geworden, gewesen und bis ans Ende geblieben. Manche, die hier nicht in unserem Kreis sein können, stehen mit uns und sprechen das aus.

Ich glaube, es hängt sehr oft zusammen, wer das innere Menschenverständnis hat, daß er Freund sein kann, der ist auch

Digitized by Google

mit der Natur auf gutem Fuße. Er war kein Naturkundiger, aber mit ihm unten in Wannsee zwischen seinen Beeten herumzugehen und die einzelnen Pflanzen anzusehen, war dennoch ein Vergnügen, weil er auch hier individualisierte, weil ihm auch diese Dinge etwas Persönliches waren; und das wuchs mit dem Alter. Laßt mich, nachdem er von uns gegangen ist, eines Gespräches gedenken, das er wohl auch mit anderen hatte; er sagte: Das Leben wird um so wohltuender, je älter man wird. Ich begreife nicht, so sagte er, wie man die Jugend für die schönste Zeit im Leben erklärt, denn als ich jung war, war ich immer bedrängt von dem, was ich noch sollte, und war immer befangen, ob ich es richtig machte. Erst jetzt, wo ich alt geworden bin, habe ich dasjenige Maß von Sicherheit bekommen, welches man braucht, um in der Welt ohne innere Sorge und Angst zu existieren, habe die Resignation gewonnen, welche nötig ist, um vom Leben nicht mehr zu erwarten, als was es bieten kann. In dieser dankbaren Stimmung ist er auch noch in den letzten Jahren — sagen wir — der Sonne nachgegangen, wo er sie finden konnte. Und mit dieser Stimmung hängt zusammen, der Optimismus, von dem ich noch reden will. Optimismus, Gutes erwarten von den Dingen und von den Menschen, sozusagen die Absicht und die Anlage, die Welt und die Menschen von einer guten Seite aufzufassen, ist teils Naturanlage, Blutzusammensetzung möchte man sagen, zum Teil aber auch Erziehung und Selbsterziehung. Auch das letztere war bei ihm der Fall. Ich beziehe mich dabei auf die Art, wie er den Krieg erlebte. Es war im Juli 1914; ich konnte damals gerade bei ihm draußen in Wannsee wohnen. Die ersten Nachrichten vom kommenden Krieg sind durch mich, noch wohl ehe die meisten Menschen es wußten, an ihn gekommen. Er sah sofort den Ernst und bereitete sich vor und sagte: wir wollen niemand angst machen. Er hat immer gesorgt, seine Umgebung solle, wo sie doch nichts ändern kann, möglichst behütet sein vor den Dingen, die dunkel sind. So hat er den Krieg hindurch, während seine beiden Söhne dem Vaterlande dienten, während sein geliebter Neffe dem Vaterlande sein Leben darbrachte, während unzählige von denen, die wir alle kennen und lieben, in dem Kriege draußen waren, in allen Schmerzen den Kopf hoch gehalten, weil er anderer Leute Köpfe hochhalten wollte. Es kam vor, aber sozusagen nur abends dem See und dem Mond gegenüber, daß er darin einen Augenblick wankend wurde; im übrigen raffte er sich aber immer wieder zusammen. Es pulsierte in diesem guten, alten Manne eine große seelische Energie, sich zu diesem pädagogischen Optimismus immer wieder in die Höhe zu bringen. Der Krieg hat auch an ihm gebohrt und gearbeitet wie an uns allen; es hat ihn ja keiner durchlebt, der heute noch derselbe wäre, was er vorher gewesen ist. Aber auch im Krieg blieb bei ihm etwas von der Weltauffassung, die man Glauben nennt. Ich meine, es würde nicht recht sein und nicht in seinem Sinn, wollte ich über dogmatische Fragen reden. Er hat über diese Dinge auch fast nie ausführlich und bekenntnismäßig gesprochen. Aber er hat etwas geglaubt, was ich etwa als die große Weltordnung nach dem Geist des Philosophen Fichte bezeichnen möchte: die oberste Leitung der Dinge ist noch etwas anderes als der Zufall. Es gibt eine ideale Zweckbestimmung; wir kennen ihre Technik nicht, wir sitzen nicht in ihrem Rat, wir sollen nicht voreilig so tun, als ob wir volle Kenntnis zu beanspruchen hätten, aber wir verzweifeln deshalb nicht, weil die große Vorsehung für uns eine innere Notwendigkeit ist, zu glauben. Soweit wird man sicher gehen können, um andeutend zu beschreiben, was er in dieser Hinsicht in sich trug. Er unterschied zwischen allem, was rein negativ zersetzend und auflösend, und allem, was seelisch aufbauend war. Das seelisch Aufbauende nahm er mit Geduld in der Form, in der es sich bot, weder konfessionell noch sonst gebunden. Es gibt Menschen, die die Welt und ihre Kälte überwinden durch einen Glauben ohne viele Worte. Zu denen hat er gehört, und seine Innerlichkeit wurde uns eine Stärkung. Indem wir dieses aussprechen, nehmen wir von ihm Abschied. —

M. Stolt / Heinrich Sohnrey

Zum 60. Geburtstag (19. Juni 1919).

Nicht von dem gemütvollen novellistischen Volkserzähler niedersächsischer Dorfgeschichten, dem fein beobachtenden Schilderer ländlicher Gestalten, Sitten und Gebräuche, sei hier die Rede, sondern von Heinrich Sohnrey als dem sozialwirtschaftlich tätigen Mann, der seinen Lehrerberuf aufgab, um seine ganze Kraft miteinzusetzen für den Kampf gegen die drohende Entwurzelung und Entartung des deutschen Volkes, die hervorging aus der immer schneller fortschreitenden Umschichtung der Berufsbevölkerung aus einem vorwiegend ackerbauenden Volke zu einem vorwiegenden Industrievolk. Diese auf dem Zuge vom Lande in die Stadt und vom landwirtschaftlichen Osten nach dem industriereichen Westen beruhende Entwicklung prägte nicht nur das wirtschaftliche Leben, sondern auch das ureigene Wesen des deutschen Volkes um und barg in ihrer Einseitigkeit schwere völkische und wirtschaftliche Gefahren in sich. Angesichts dieser Entwicklungsrichtung machte Heinrich Sohnrey es sich zur Lebensaufgabe, die Zustände und Lebensbedingungen auf dem Lande zu ergründen und bessern zu helfen, um dadurch den Jungborn unseres deutschen Volkes und Volkstums: eine gesunde blühende Landbevölkerung zu erhalten und zu kräftigen. Die Erscheinung der Landflucht ist meist oberflächlich, in selbstsicherer Beurteilung leichthin als geistige Kurzsichtigkeit, die sich durch die höheren städtischen Barlöhne blenden lassen, sowie als eine in neuerer Zeit einreißende Genügsamkeit hingestellt worden. „Vergnügungssucht", „Veränderungssucht", „Verblendung" u. a. waren die Schlagworte, die diese soziale Krankheit erklären sollten; selbst der „altgermanische Wandertrieb" mußte herhalten. Der Grund für diese einseitige Beurteilung lag darin, daß die überwiegende Mehrzahl der Schriftsteller, auf dieses Gebiet ihre Auffassung nicht aus vorurteilsloser persönlicher Forschung herleiteten, sondern die Behauptungen aufstellten, auf Grund vom Hörensagen oder auf Grund von Fragebogen, die an einseitig ausgewählte Gewährsmänner zur Beantwortung versandt waren. Es gibt sogar Beispiele, welche zeigen, daß nicht nur oberflächliche und oft nicht vorurteilsfreie Untersucher in diesen Fehler der Einseitigkeit und des Mangels an persönlicher Kenntnisnahme verfielen, sondern auch Stellen, welche die beste Absicht leitete. Wohl hatten auch Vergnügungssucht oder Mangel an Einsicht und Verständnis bei einem Teil der Abwandernden Anteil an den Beweggründen, die sie zur Aufgabe ihres landwirtschaftlichen Berufes veranlaßten, aber in größerem Maße waren die Triebfedern zur Landflucht auch wirkliche Übelstände, die Grund zu berechtigter Mißstimmung gaben. Was viele leichthin „schnöde Vergnügungssucht" und „Veränderungssucht" nannten, war in Wirklichkeit zumeist nicht anderes als eine ganz natürliche Folge der Öde und Leere, die mit dem Vordringen des kapitalistischen Wirtschaftsbetriebes während des letzten Menschenalters im Landvolk auf dem Gebiete des Geistes- und Gemütslebens eingetreten war, und was man leichthin „Verblendung durch den hohen städtischen Barlohn" nannte, war größtenteils begründet mit unleugbaren wirtschaftlichen und sozialen Mißständen.

Diese Sachlage hat Sohnrey frühzeitig richtig erkannt und demgemäß die Maßregeln, die zur Heilung dienen konnten, nach drei Gebiete gegliedert: Erstens: Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Zustände auf dem Lande, zweitens: Pflege des Geistes- und Gemütslebens und drittens: Förderung der inneren Kolonisation.

Sohnreys Haupttätigkeit liegt auf den beiden ersten Gebieten, die man in den Begriff der ländlichen Wohlfahrts- und Heimatpflege zusammenfaßt. Als Geschäftsführer des Ausschusses für Wohlfahrtspflege auf dem Lande und des aus diesem hervorgegangenen deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege in Berlin, an dessen Gründung er in erster Linie beteiligt war, hat er eine weitreichende Tätigkeit entfaltet und sich große Verdienste erworben, für die ihm der Professortitel verliehen wurde. Zahlreiche Provinzialvereine wurden als Glieder der Berliner Zentrale auf Sohnreys Anregung und unter seiner tätigen Mithilfe ins Leben gerufen. Im Jahre

Digitized by Google

1898 gründete er als literarisches Werkzeug zur Förderung seiner Bestrebungen „Das Land; Zeitschrift für die sozialen und volkstümlichen Angelegenheiten auf dem Lande"; sie sollte sein und wurde ein geistiger Mittelpunkt, um den sich die Freunde dieser Bestrebungen zusammenscharen konnten, um einzutreten für die materielle, geistige und sittliche Erhaltung und Kräftigung der Grundschicht unserer deutschen Bevölkerung. Seit Ende vorigen Jahres gibt Sohnrey als Ergänzung dieser Zeitschrift ferner ein wissenschaftlich gehaltenes Jahrbuch für Wohlfahrtspflege auf dem Lande heraus. Von seinen älteren grundlegenden Schriften seien genannt: „Der Zug vom Lande und die soziale Revolution", Göttingen 1894, „Die Wohlfahrtspflege auf dem Lande", Berlin 1895, „Die Bedeutung der Landbevölkerung im Staate und unsere besonderen Aufgaben auf dem Lande", Berlin 1896.

Neben dieser pfleglichen Behandlung der wirtschaftlichen, sozialen und volkstümlichen Angelegenheiten auf dem Lande hat Professor Sohnrey auch tätigen Anteil gehabt an der Förderung der inneren Kolonisation, die durch planmäßige Schaffung von neuen Siedlungsstellen dem Übel der Landflucht unmittelbar entgegenzuwirken sucht. Durch die beiden Schriften „Bauernland; ein Gespräch mit Vater Brinkhöfer über das Ansiedlungswesen in den Provinzen Posen und Westpreußen", Berlin 1897 und „Eine Wanderfahrt durch die deutschen Ansiedlungsgebiete in Posen und Westpreußen", Berlin 1897, die das Ergebnis einer eingehenden Bereisung der beiden Provinzen waren, machte Sohnrey weite Kreise der deutschen Öffentlichkeit aufmerksam auf das Ansiedlungswerk. Namentlich die erste dieser beiden Schriften hat im Volke eine stark werbende Wirkung gehabt.

Ein weiteres literarisches Verdienst erwarb sich Professor Sohnrey dadurch, daß er im Jahre 1909 das „Archiv für innere Kolonisation" gründete, dessen Mitherausgeber er heute noch ist. Diese auf dem Gebiete der Binnensiedlungsfragen führende Zeitschrift, die er im Jahre 1912 der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation als Sprachrohr zur Verfügung stellte, sollte Gelegenheit geben, die in der Siedlungsarbeit gemachten praktischen Erfahrungen zu veröffentlichen und die Freunde und Förderer des Siedlungsgedankens über alle praktischen, politischen, organisatorischen und gesetzgeberischen Maßregeln auf dem laufenden zu halten.

Auch auf dem Gebiete der praktischen Siedlungsarbeit ist Sohnrey vorübergehend tätig gewesen. Im Jahre 1898 gründete er zusammen mit drei jüngeren akademisch gebildeten Landwirten die deutsche Ansiedlungsgesellschaft, die mustergültig aufgeführte Kolonien gegründet hat. Wenn die Gesellschaft auch nach etwa zwei Jahren wegen Kapitalmangels bereits wieder aufgelöst werden mußte, da die Regierung und einflußreiche landwirtschaftliche Kreise es am nötigen Entgegenkommen fehlen ließen, so ist sie doch insofern von Bedeutung gewesen, als sie bahnbrechend gewirkt und die Notwendigkeit und Möglichkeit von gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften auf privatwirtschaftlicher Grundlage nachgewiesen hat; man kann die deutsche Ansiedlungsgesellschaft als Vorläufer der heutigen großen gemeinnützigen provinziellen Landgesellschaften in Preußen bezeichnen.

Die Bestrebungen, für die Professor Sohnrey ein Menschenalter hindurch gearbeitet hat, haben leider mit erheblichen Widerständen, geheimen und offenen, zu kämpfen gehabt, Widerständen, die größtenteils auf Verkennung des wirklichen Eigeninteresses beruhten. Hätte man die Wege, die Heinrich Sohnrey wies, zur rechten Zeit beschritten, so wäre uns der heutige völkische Jammer, dieser völlige Zusammenbruch, diese tiefgreifende Zerrüttung des deutschen Volkes wahrscheinlich erspart geblieben. Hoffentlich hat das deutsche Volk nach diesem verlustreichen Kriege, der auch von Sohnrey ein schmerzliches Opfer forderte, noch die sittliche und wirtschaftliche Kraft, wieder zu einem freien und sozial besser geschichteten Volke emporzuwachsen. Möge es unserem gefeierten Sechzigjährigen vergönnt sein, diesen Wiederaufbau, für den die von ihm vertretenen Bestrebungen einen besonders wirksamen Hebel bilden werden, noch viele Jahre in körperlicher und geistiger Frische mitzuerleben und eine bessere Zukunft heranreifen zu sehen. Das sind seiner großen Freundeschar herzlichste Wünsche!

Naumann / Heiliges Erinnern

Gedenket euerer Kriegstoten! — Es wird nicht nötig sein, daß ich euch dazu ermahne, denn sie stellen sich von selbst vor euren Geist. Je enger ihr mit ihnen verbunden waret, desto stärker ist nun ihr Fortleben in euch. Auch ungerufen sind sie da! Wie kann eine Mutter ihres Kindes vergessen, selbst wenn es weit im unendlichen Nebel wandelt? Es bleibt ihr die Lücke, die offene Wunde, das Gebundensein an ein verlorenes Teil des eigenen Ich. Aus dem undurchdringlichen Jenseits heraus fragt es sie bittend: Denkst du an mich? Wie können die Frauen, die mit ihren Männern eine wahre Gemeinschaft hatten, nun von ihnen loskommen? Sobald es bei ihnen still wird, sprechen sie mit den Gewesenen. Sie leben zwar äußerlich weiter als sei alles wieder in Ordnung, aber bei gewissen Klängen müssen sie ihr Gesicht verbergen, weil das Zittern im Verborgenen zu mächtig wird. Auch Väter gibt es, die nicht vergessen können, und Geschwister und Freunde. Täglich legen sie einmal heimlich die Hand auf den Arm, der nicht mehr da ist. Das ist ein tausendfältiges Sehnen: Germania beklagt ihre Söhne und will sich nicht trösten lassen. Wie seid ihr so schön dahingegangen, ihr lieben und herrlichen Helden! Wie waret ihr jung und tapfer und voll von keimender Zukunft! Nun aber weht der Wind kalt über euer fernes unbekanntes Feld! Ihr starbet für das Vaterland, fürs arme, zertretene Vaterland. Als ihr in den großen Schlaf hinübergingt, wußtet ihr noch nicht, was wir heute wissen; und es ist gut, daß ihr es nicht wußtet! Euere Seele erstarb in Hoffnung. Mögen wir jetzt matt und verzweifelt erscheinen, ihr bleibt uns in ewiger Jugend und Kraft als die unauslöschlichen Sterne. Bei euch ist jetzt das wahre Vaterland, und es wird seiner Zeit wieder niedersteigen von euch auf die Erde. Durch unser Erinnern werdet ihr lebendig gehalten, bis wieder Blut und Glaube des Werdens zurückkehrt. Man soll nicht sagen, daß unsere geheime Zwiesprache mit euch zwecklos sei. Sie ist es nicht, denn in ihr rettet sich das Beste, was wir noch haben. Nehmt ihr Lieben, ihr Verschwundenen, nehmt unseren Gruß: ihr und wir, wir sind ein Volk im Himmel und auf Erden, eine heilige Gemeinschaft derer, die mehr suchen als nur sich selbst!

Büchertisch

Erich Franz, **Politik und Moral.** Über die Grundlagen politischer Ethik. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht 1917. 76 S.

Die vorliegende Schrift ist in der Hauptsache eine Auseinandersetzung mit dem früher hier angezeigten gleichnamigen Buche Otto Baumgartens. Franz behauptet, man dürfe nicht zwischen staatlicher und Einzelmoral als zwischen zwei selbständig nebeneinander stehenden ethischen Wertsystemen unterscheiden, wie das B. tue, es handele sich vielmehr nur um zwei verschiedenen Lebensgebieten entsprechende, besondere Anwendungen des einen Sittengesetzes, das keine Ausnahme gestatte. Ohne unsere Auffassung an dieser Stelle, wo nur ein kurzer Problemhinweis gestattet ist, näher begründen zu können, scheinen uns ihre Ansichten gar nicht so weit voneinander entfernt, wie man auf den ersten Blick glauben muß. Ob man nämlich (mit Franz) von besonderen „Anwendungen" bzw. „Ausgestaltungen" ein und desselben Sittengesetzes oder (mit Baumgarten) von eigenen Maßstäben und Normen des Sittlichen jeweils in der individuellen und politischen Sphäre redet, kommt schließlich sachlich auf dasselbe heraus. Franz legt den Ton allzusehr auf die Einheitlichkeit der Moral, auf die Bestimmung der Staatsmoral von derjenigen des privaten Individuum her und muß infolgedessen die unleugbaren Differenzen als „selbstverständliche" (S. 49) Ausnahmen zugeben und zusetzen. Baumgarten geht (unseres Erachtens mit größerem Recht) von einem klaren Dualismus aus, kommt daher ganz von selbst auf Milderungen und zukünftigen Ausgleich. Charakteristischerweise finden sich bei beiden Autoren die gleichen „moralischen" Urteile über gewisse Fragen der politischen Praxis

(z. B. Bruch von Verträgen) wie denn überhaupt, um es mit aktuellen Schlagworten auszudrücken, weder Franz, der moralisierende Pazifist, noch Baumgarten, der machiavellisierende Gewaltpolitiker, ist, wie man lediglich auf Grund vorliegender Fehde zunächst annehmen könnte. Die „Synthese von politischem Machtstreben und ethischem Individualismus", die Franz im Anschluß an die deutsche idealistische Staatsauffassung des 19. Jahrhunderts vertritt, vom Standpunkt Baumgartens weniger entfernt als er glaubt, ist nichts anderes als die alte Wahrheit, Recht ohne Macht gilt nichts auf Erden, Macht ohne Recht kann niemals Meister werden, wobei diese ähnlich das vorwärtstragende, jene das vorwärtsreißende Moment der Entwicklung darstellt, wie man es treffend von der gegenseitigen Wechselwirkung zwischen Masse und Individuum in der Geschichte ausgesagt hat. H. D. Meisner.

Wenn man von den mit Händen zu greifenden Kulturarbeiten der Deutschen spricht, so wird Reclams Universalbibliothek mit Recht immer an erster Stelle genannt. Die im Jahre 1867 zum ersten Male erschienenen rotgelben Bändchen, die damals wie lange Jahre später nur zwei Silbergroschen kosteten, haben eine reiche Nachkommenschaft gefunden, und jetzt kann der Verlag voll berechtigtem Stolz seine 6000. Nummer in die Welt hinaussenden. Freilich, der billige Preis, der bis zum Januar 1917 beibehalten werden konnte, ist jetzt auch geschwunden, und 50 Pf. für die einzelne Nummer mag manchem zu hoch erscheinen. Liest man aber die Angaben, die der Verlag über das Hinaufschnellen der Preise für Druck-, Papier- und Buchbinderkosten macht und von denen ja jeder eine Vorstellung hat, der mit dem Verlagswesen auch nur entfernt in Berührung kommt, so wird man die Gründe für die Preiserhöhung einsehen und weiterhin den handlichen kleinen Bänden treu bleiben. Bringen sie doch die Klassiker vollständig, die Philosophen in großer Anzahl; für die ausländische Literatur — ich nenne vor allem die russische — sind sie aber geradezu die unentbehrlichen Vermittler geworden. Es ist natürlich nicht zu vermeiden, daß sich in die Fülle des Dargebotenen auch Gleichgültiges, sogar Wertloses einschwärzt. Der Verleger nimmt Rücksicht auf den nicht immer einwandfreien Geschmack des kaufenden Publikums — reines Volkserziehertum ist Idealismus und daher unrentabel —, und unter der Entschuldigung der Eisenbahnlektüre oder des Polterabendscherzes schleicht sich manches ein, was vor einer strengen Kritik keinen Bestand hat, im Grunde auch gar keinen Wert auf eine solche legt. Mag man also an sich dem Verleger mildernde Umstände zubilligen, wenn er auch die zahlenden harmlosen Gemüter in den Kreis seiner Berechnungen zieht, so wird man doch die Wahl der jüngsten Verlagserzeugnisse wohl kaum begreifen. Während in den letzten Nummern eine gute Auswahl aus Rudolf Euckens philosophischen Schriften steht und ferner erst vor kurzer Zeit Friedrich Theodor Vischers unsterblicher Roman „Auch Einer" (Nr. 5968—5973) erschienen ist, so daß nun jeder sich dieses Meisterwerk für den eigenen Bücherschrank beschaffen kann, hat der Verlag für die Verherrlichung der stolzen 6000 Nummern niemand anders gefunden als Hermann Sudermann, dessen Novellen diese Ehre doch wahrlich nicht verdienen; in einem unangenehm frivol-sentimentalen Tone geschrieben, geben sie uns Heutigen das Rätsel auf, wie es kam, daß ihr Verfasser einst den papiernen Kranz des Modedichters erringen konnte. Die dicht dabei in der Jubiläumsreihe stehenden Novellen von Elisabeth v. Heyking brauchte man in ihrer literarischen Belanglosigkeit kaum zu erwähnen. Überhaupt hätte man über diese beiden Fehlgriffe an solcher Stelle gegenüber dem sonst so verdienten Verlag zur Tagesordnung übergehen können, wenn nicht in dichtester Nachbarschaft davon ein Werk stünde, dessen Existenzberechtigung ebenfalls vom literarischen Standpunkt nicht recht zu begreifen ist: Adolf Bartels, Weltliteratur. Teil I. Deutsche Dichtung (Nr. 5997—5999). Man fragt sich vergebens, für wen diese unübersichtliche Kompilation wohl gedacht ist. Der Gelehrte hat andere Hilfsmittel; der Bücherliebhaber ebenfalls; der Leser der Universalbibliothek verfügt über deren übersichtlichen Katalog; bleibt also nur der Laie, der sich schnell und sicher informieren möchte über einen Künstler oder ein Kunstwerk, und dafür ist dies der schlechteste Führer. An sich wäre es ja gar nicht undenkbar, eine handliche Literaturgeschichte auf knappem Raum zu verfassen. Wenn man aber alles, was je in deutscher Sprache gedruckt wurde, wahllos zusammenstopft, so entsteht ein so unorganisches Monstrum wie dieses, das ungefähr 2000 Namen auf 400 kleinen Seiten erledigt, — wieviel Zeilen da durchschnittlich auf den einzelnen kommen, kann man sich ja mit einem einfachen Regeldetriansatz ausrechnen. Belehrung und Empfehlung kann natürlich im Telegrammstil nicht gegeben werden, so daß der Ratsuchende enttäuscht das Buch aus der Hand legen wird. Es kommt noch dazu, daß der wegen seines sonstigen wenig sympathischen Standpunktes doch recht bekannte Verfasser sich dieses Mal einer gewissen Reserve befleißigt und seine Urteile nur mit einem „er gilt für" oder „ist bekannt durch" in die Welt hinausschickt, so daß man durch diese Angaben kaum klüger wird. Anscheinend aus dem durchsichtigen Grunde, daß er die Leser nicht kopfscheu machen und vor dem Ankauf eines Werkes warnen will, da diese „Literaturgeschichte", die bei jedem in der Universalbibliothek erschienenen Werk auch die betreffende Nummer angibt, als Reklame für Reclam angelegt ist und daher auch die unmöglichsten Dichterlinge und Skribenten in die Betrachtung einbezieht. Mit dieser Tendenz ist das Herausbringen des Buches zwar zu erklären, aber nicht zu entschuldigen; wer es einmal in der Hand gehabt hat, wird wohl wenig Lust auf die geplanten beiden anderen Bände: Fremländische Dichtung (inzwischen erschienen) und Wissenschaftliche Literatur und Bücher des praktischen Gebrauchs, haben. Was aber soll man nach der Verurteilung des Verlags von dem „Wissenschaftler" halten, der sich zu solcher Arbeit hergibt? M. R.

Briefkasten

Die „Staatsbürgerschule" beabsichtigt, in der ersten Hälfte des Juli einen 14tägigen Kursus zu veranstalten. Wer teilzunehmen wünscht, wird gebeten, der Geschäftsstelle der „Staatsbürgerschule" (Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27) möglichst bald Mitteilung davon zu machen, damit ihm Kursusplan und nähere Bedingungen zugestellt werden können.

Aus **Hamburg** gingen 8 M. Hilfe-Bezugsgeld für das 3. und 4. Quartal ohne Angabe des Absenders beim Verlage ein.

Freiwillige Gaben zur Verbreitung der „Hilfe": Gertrud [illegible] in R. 2,— M.

Für die Baltenhilfe: Frl. L. P. in Frankfurt a. M. 25,— M.

Der Aufsatz Arno Voigt (Miles) kann aus Raumgründen erst in der nächsten Nummer gebracht werden.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, Zehlendorf, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, Hamburg.

Geschäftliche Mitteilungen

Auf den heute beiliegenden Prospekt über die Bestrebungen des Bundes Deutscher Bodenreformer, die ja stets in der „Hilfe" tatkräftige Unterstützung gefunden haben, machen wir hierdurch besonders aufmerksam.

Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. (Alte Stuttgarter). Die wachsende Erkenntnis von dem großen wirtschaftlichen Werte der Lebensversicherung, die Riesensummen brachliegenden Kapitals und der tief gesunkene Geldwert haben den Zugang zu ihr erheblich gefördert. Im abgelaufenen 64. Geschäftsjahre wurden 10 693 neue Versicherungsanträge über 122 932 088 M. Versicherungssumme (im Vorjahre 7631 Anträge über 78 620 050 M.) eingereicht. Damit ist das größte Geschäft seit Bestehen der Bank, das Jahr 1913, um nahezu 10 Mill. M. übertroffen. Angenommen wurden 8079 Anträge über 100 364 005 M. (im Vorjahr 6550 Anträge über 61 551 040 M.). Nach Abzug aller fällig gewordenen und vorzeitig aufgegebenen Versicherungen verblieb in der Todesfallversicherung ein Reinzuwachs von 61 754 609 M. Versicherungssumme (im Vorjahr 24 228 908 M.). Mit Einschluß der Altersversicherung erhöhte sich damit der Gesamtversicherungsbestand der Bank auf 1 Milliarde 265 467 090 M. (gegen 1 Milliarde 194 719 481 M. im Vorjahre).

Die Kriegssterblichkeit belief sich auf 990 Personen mit 6 004 580 M. Versicherungssumme. Insgesamt sind seit Kriegsbeginn für 5420 Kriegssterbefälle 37,7 Mill. M. Versicherungskapital ausgezahlt oder zur Zahlung anerkannt worden.

Die Prämien- und Zinseinnahme ist gegen das Vorjahr um 6 Mill. M. auf 76 Mill. M. gestiegen. Der Durchschnittszinsfuß für die Kapitalanlagen stellte sich auf 4,44 %. Die Verwaltungskosten beliefen sich auf 6,87 % der Gesamtjahreseinnahmen. Durch die Einstellung sämtlicher Wertpapiere zu den vom Reichsfinanzministerium festgesetzten Steuerkursen entstand ein buchmäßiger Kursverlust von 4,9 Mill. M. Dieser außerordentliche Kursverlust sowie die Abnahme des Sterblichkeitsgewinns infolge der Grippe, ferner die Erhöhung der laufenden Verwaltungskosten und die Steigerung aller Materialpreise mußten den Überschuß schmälern. Er beträgt in der Todesfallversicherung einschließlich 854 231 M. den Dividendenreserven vorweg zugeschriebener Zinsen 14 102 616 M. Von ihm sollen 13 [illegible] M. der Sicherheitsfonds I und II, 22 450 M. der Kursausgleichungsreserve, 200 000 M. dem Pensionsfonds der Innen- und Außenbeamten zugewiesen werden. Das Bankvermögen ist von 523 504 420 M. im Vorjahr auf 542 016 116 M. gestiegen, einschließlich eines Sicherheitsfonds von 55 Mill. M., woraus an die Todesfallversicherten im Laufe der nächsten Jahre die Grunddividenden nach Plan A I fließen.

Tricalcol

Phosphor haltiges **Kalk-Eiweiß**-Mittel
Fördert die Entwicklung des Knochenbaues
Kräftigt den gesamten Organismus
Blutarme nehmen es im Wechsel mit **Lecin**

In Apoth. u. Drogenh. **Lecinwerk Hannover**

Digitized by Google

26. Juni 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis ab 1. Juli bei Post und Buchhandel (beim Abholen) 5 M., unter Kreuzband 5,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 5,25 M., ins Ausland 6 M. Einzelhefte 50 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8683.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 26

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 80 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche.

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Wilhelm Heile:** Deutschlands Ende? — **Dr. Paul Rohrbach:** Was nun weiter? — **Naumann:** Bethmanns Rechtfertigung. — **Anton Erkelenz,** M. d. N.: Demokratie und Wirtschaftsleben. — **Prof. Dr. Robert Wilbrandt:** Die Weltwirtschaft (Schluß). — **Gertrud Bäumer:** Dehmels Kriegstagebuch. — **Dr. Fritz Schneider-Sorau:** Die Selbstverwaltung in der Reichs- und in der preußischen Staatsgesetzgebung seit Errichtung der deutschen Republik. — **Julius Bab:** Die Bürger von Calais. — **S. D. Gallwitz:** Das Vaterland als Aufgabe. — **Oskar Beyer:** Landschaft von L. D. Friedrich. — **Naumann:** Das Erkennen des Lebens. — Sprechsaal. — Büchertisch. — Briefkasten.

Naumann / Kriegschronik

Sonntag, 15. Juni.

Da in Berlin der Streik der Hilfsarbeiter in den Druckereien fortdauert, ist die Menge der Bevölkerung von allen politischen Nachrichten abgeschlossen. Diejenigen, welche Zeitungen aus anderen Städten hatten, sind in der üblichen Weise orientiert. Man spannt, ob heute oder morgen die Antwort der Entente übergeben wird. Regierung und Nationalversammlung haben sich erwartungsvoll in Weimar zusammengefunden, und man nimmt an, daß die deutsche Delegation sofort nach Empfang der Antwort von Versailles nach Weimar fahren wird. Auffällig ist die Nachricht, daß der Vertreter Japans, Baron Makino, das Verlangen gestellt hat, vor Absendung der entscheidenden Note zur Beratung in engstem Kreise zugezogen zu werden. Vielleicht handelt es sich dabei bloß um den Ehrenpunkt, daß der Vertreter der gelben Rasse mit zu den ersten fünf Unterzeichnern gehören will, vielleicht aber benutzt er auch die Schwierigkeit der letzten Stunde, um irgend etwas Asiatisches zu erreichen. Die Annahme, daß er zugunsten der Deutschen eingreifen wolle, ist bei uns nicht ernstlich vorhanden.

Der preußische Ministerpräsident Hirsch sagt zum Berliner Vertreter des Daily Herald: Es liegen Beweise vor, daß von gewissen deutschen Kapitalisten 10 Mill. M. bezahlt worden sind für die Propaganda zugunsten eines französischen Protektorats über eine rheinische Republik, die von der französischen Militärbehörde amtlich unterstützt wurden. — Da man annehmen muß, daß der preußische Ministerpräsident etwas Ähnliches nicht ausspricht, ohne hinreichende Grundlagen dafür zu haben, so öffnet sich leider ein Einblick in einen Teil Verworfenheit; es ist sicherlich von vornherein nicht zu beanstanden, wenn die Rheinländer oder irgendeine alte deutsche Landmannschaft ihre Selbstverwaltung innerhalb Deutschlands anstreben und reichsunmittelbare Länder begründen wollen. In diesem Falle bleiben sie haftbar für alle deutschen Schulden und Verpflichtungen und tragen das Schicksal des gesamten Volkes. Anders aber liegt die Sache dann, wenn sie sich vom Reiche trennen wollen, um ihren Besitz von Steuern zu entlasten. Die Mitteilung des Ministerpräsidenten muß den Eindruck erwecken, daß deutsche, im linksrheinischen Gebiet ansässige Kapitalisten Millionen ausgeben, um die deutsche Steuerbelastung zu vermeiden. Nebenbei erscheint es keineswegs sicher, daß sie dieses ihr egoistisches Ziel erreichen werden, denn auch Frankreich hat sehr große Kriegslasten aufzubringen und wird nicht zögern, die linksrheinische Bevölkerung daran zu beteiligen.

Montag, 16. Juni.

Am 11. Juni hat die Pariser Zeitung „Matin" einen Leitartikel gebracht unter der Überschrift: „Ja, wir ziehen Frankreich Herrn Clemenceau vor." Niemals, so heißt es, habe ein Staatsmann sich eines Ansehens erfreut wie Clemenceau im November 1918, und doch ist er unfähig, mit England zu verkehren, Wilson gegenüber ist er von übertriebener Ironie zu übertriebener Schwäche gelangt. Er hat die kleinen Völker unterdrückt, die von Frankreich Unterstützung erhofften. Für die Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben fehlt ihm das Verständnis, und militärische Fragen wollte er besser verstehen als Foch. Die Enttäuschung, die über den Vertragsentwurf Platz griff, faßte er als persönliche Beleidigung auf. Die Finanzpolitik seines Ministeriums hat Schiffbruch erlitten. Clemenceau hat die Interessen Frankreichs, die er im Kriege so gut verteidigt hat, bei der Vorbereitung des Friedens vernachlässigt. Man kann ihn heute nur beklagen, noch mehr zu beklagen aber ist Frankreich, mit dessen Sieg man Spott treibt. — Der „Matin" vertritt die übernationalistische Richtung. Schon heute also genügt selbst Clemenceau den toll gewordenen Ansprüchen der dortigen Vaterlandsparteiler nicht mehr. Immerhin würde es falsch sein, auf größere Zersplitterungen innerhalb Frankreichs jetzt zu rechnen. Wenn wir bereit sind, den kommenden Friedensvorschlag abzulehnen, so müssen wir das tun, ohne uns irgendwelche Illusionen über Regierungskrisen oder Revolution in Paris zu machen.

Dienstag, 17. Juni.

Heute früh ist der „Vorwärts" in Berlin wieder erschienen. Aus ihm ergibt sich, daß die Antwortnote der Entente Sonntag, den 15. Juni, abends 6½ Uhr, dem Grafen Brockdorff-Rantzau übergeben worden ist. Die Frist für die deutsche Entscheidung beträgt nur fünf Tage. Der Inhalt der Antwort ist bis jetzt bei uns noch nicht offiziell bekannt. Nach Aussage des „Echo de Paris" scheint die Sache so zu liegen, daß man auf verschiedenen Gebieten uns verspricht, später Nachverhandlungen einleiten zu wollen, daß aber zunächst die Deutschen für alle Fälle ihre Unterschrift leisten sollen. So wird beispielsweise über die finanzielle Wiedergutmachung eine sechsmonatige Frist zu weiteren Besprechungen eingeräumt, ohne daß wir irgendeine Sicherheit haben, was im Laufe dieser sechs Monate zustande kommt. Ebenso verlautet, daß in Oberschlesien im Laufe der nächsten eineinhalb Jahre eine Volksabstimmung stattfinden soll, wir wissen aber nicht, unter welchen Bedingungen sie veranstaltet werden wird und können darum den Wert dieser Zusage nicht beurteilen. Auch von der Zulassung Deutschlands zur Gesellschaft der Nationen wird als von einer Möglichkeit geredet, ohne daß irgendeine Bindung übernommen wird. Das gleiche gilt von der Herabsetzung der Truppenziffer unserer Nachbarn. Vorläufig soll man uns für drei Jahre eine Präsenzstärke von 200 000 Mann gewähren. Man wird ja wohl bald wissen, wieviel von dem allem richtig ist.

Digitized by Google

Wilhelm Heile / Deutschlands Ende?

Weimar, 22. Juni.

Vom 12. Mai bis zum 22. Juni — welch ein Umschlag in der Stimmung und der Kraft des Wollens! Als der Friedensvorschlag der Feinde uns zum ersten Male vorgelegt wurde, da gab es mit Ausnahme der „Unabhängigen" kaum einen in der Nationalversammlung, der nicht aus vollem Herzen eingestimmt hätte in das Nein der Parteiführer aller Richtungen von rechts und links und das „Unannehmbar" des Ministerpräsidenten, der in nur zu berechtigter Entrüstung über das Unerhörte der Zumutungen die Hand zum Verdorren bestimmte, die den Raubfrieden von Versailles unterzeichnen würde. Scheidemann selbst hat die Folgerungen aus seiner Rede vom 12. Mai gezogen; aber die damals neben ihm in der Regierung saßen und gleich ihm die Unerträglichkeit, Undurchführbarkeit, Unannehmbarkeit der feindlichen Friedensbedingungen bekundeten, — sie sitzen heute aufs neue auf der Regierungsbank; nur die Deutschen Demokraten sind auf ihre Plätze in den Reihen der Volksvertretung zurückgekehrt, die vom Zentrum und von der Sozialdemokratie sind Scheidemann und Brockdorff-Rantzau nicht gefolgt.

Wer die Sitzung vom 12. Mai in der Berliner Universitätsaula miterlebt hat, in der man wirklich nicht bloß durch das große Bild an der Wand an jenen besseren deutschen Geist erinnert wurde, der in Fichtes Reden an die deutsche Nation einst seinen stärksten und tiefsten Ausdruck fand, und wer nun am 22. Juni in Weimar beim Abschluß der Tragödie zugegen war, der greift sich an den Kopf und fragt sich erstaunt und erschüttert zugleich, ob das wirklich dieselben Menschen sind, die gleichen Vertreter des gleichen Volkes in der gleichen grausamen Schicksalsnot, die so grundverschieden urteilen, empfinden und handeln konnten.

Oder sollten sich in diesen sechs Wochen die Verhältnisse geändert und die Menschen zu anderer Stellung gezwungen haben? Wir möchten es glauben; aber vergebens fragen wir uns, was denn eigentlich seitdem anders geworden sei.

Ist es vielleicht der Vertrag selbst? Nicht im geringsten. Auch nicht einer von denen, die damals nur unterschreiben wollten, wenn der Vertrag in seinem Wesen geändert würde, hat zur Begründung seines Umschwungs vom Nein zum Ja behauptet, daß die paar Änderungen, die auf unsere Note hin von der Entente vorgenommen worden sind, irgendwie wesentliche Verbesserungen seien. Es handelt sich nach wie vor um denselben Vertrag, mit denselben unerträglichen, unerfüllbaren und unannehmbaren Bedingungen.

Oder ist etwa inzwischen die Entente noch stärker geworden und unsere Kraft noch weiter gesunken? Keineswegs. Die Festigkeit der Ententestaaten gegenüber inneren Schwierigkeiten wird nach wie vor auf harte Proben gestellt, und die Erhaltung der Einigkeit untereinander erfordert noch immer viel Klugheit und Kunst. Heute wie damals wäre es leichtfertig, darauf für uns große Hoffnungen zu bauen, aber ganz gewiß hat sich seither darin nichts zu unseren Ungunsten gewandelt. Und was unsere eigene Kraft anlangt, so hat auch am 12. Mai niemand an die Möglichkeit eines Widerstandes mit den Waffen gedacht. Die Kräfte aber, die nötigenfalls zum passiven Widerstand befähigen, sind heute die gleichen wie vor anderthalb Monden. Höchstens, daß die inzwischen gesicherte Aussicht auf eine nahe und unerwartet gute Ernte uns besser über schwerste Stunden hinweghelfen könnte, als wir damals annehmen durften.

Was also hat sich geändert? Nicht die Vertragsbedingungen — sie sind so fürchterlich wie zuvor. Nicht das Kräfteverhältnis — es konnte ja kaum noch ungünstiger werden, als es schon war. Aber was sich geändert hat, das ist das Urteil vieler über die moralische Widerstandskraft des Volkes. Man glaubt nicht, daß die zum letzten Leiden entschlossene Stimmung, die am 12. Mai die Nationalversammlung beseelte und aller Herzen in der Stunde tiefster Not höher schlagen ließ, allgemeine Stimmung des Volkes ist. Eher umgekehrt. Von vielen Seiten wurde berichtet, daß das deutsche Volk so völlig gebrochen und zermürbt sei, daß es, wie Esau sein Erstgeburtsrecht um ein Linsengericht, um ein Pfund weißen Mehles, ein paar Gramm amerikanischen Speckes jederzeit seine Zukunft zu verkaufen bereit sei. Und aus dem Westen und Süden kamen Stimmen, die uns den Abfall der Rheinlande und der süddeutschen Staaten ankündigten für den Fall, daß der Friede nicht zustande käme und die Feinde mit ihren Truppen einen trennenden Keil zwischen sie und das übrige Deutschland treiben würden.

Wir haben anderes erlebt und beobachtet; aber vielleicht sehen sich die Menschen wie die Welt mit anderen Augen anders an. Und wenn die anderen recht hätten: Sollte solche Stimmung dann nicht auch schon am 12. Mai in Deutschland bestanden haben? Wer seinem Volke so wenig vertraut, der hätte dann auch damals schon mit gleichen Gründen zum gleichen Schluß kommen müssen. Oder sollte wirklich solche Stimmung erst nach dem 12. Mai entstanden sein? Und wenn das so ist: wie ist das bloß möglich geworden?

Vielleicht hat die Müdigkeit jener, die jetzt den Frieden angenommen haben, den Massen ihre Mattigkeit erst recht zum Bewußtsein gebracht. Und ein anderes, ein wesentlicheres mag mitgewirkt haben. Mancher hat am 12. Mai sich mitfortreißen lassen zu einer heroischen Geste, nicht weil er wirklich zum Aeußersten entschlossen war, sondern weil er in echt deutscher mystischer Gläubigkeit nicht die Folgen klar erwog, sondern das Wunder einer erschütternden Wirkung auf die Feinde erhoffte. Viele haben nur nein gesagt, weil sie glaubten, daß die Entente daraufhin nachgeben würde. Sie sind durch die Antwort enttäuscht und, weil ihre Haltung nicht auf Kraft und Überlegung, sondern auf Unklarheit beruhte, nun völlig verzweifelt, und sagen mutlos und glaubenslos zu allem ja.

Wir hatten uns von dem Nein kein Wunder versprochen, uns aber aus ganz nüchterner Erwägung heraus gesagt, daß, wenn es überhaupt irgendwie wirksam werden sollte, wir es wirklich ernst meinen und unbeugsam und dauernd dabei verharren müßten. Man hat aber von vornherein der Welt das unwürdige und für Deutschland so traurig folgenschwere Schauspiel geboten, daß nicht bloß „Unabhängige" und auch sonst von wirklichem Verantwortungsgefühl unabhängige Gernegroß-Politiker, sondern sogar ein leitender und verantwortlicher „Staatsmann" jedem, der es hören wollte, in Deutschland und in der Welt, zuflüsterten: nehmt das Nein nur ja nicht tragisch, es ist wirklich bloß eine schöne Geste und unterschrieben wird doch.

Was konnte da das Nein der Nationalversammlung nützen, was die geschickte und würdige Arbeit unserer Friedensdelegation? Der neue Ministerpräsident Bauer erhob, gegen Haase gerichtet, den Vorwurf, daß die unabhängigen Sozialdemokraten durch ihr fortgesetztes Schreien „der Vertrag muß unterzeichnet werden" frevelhafterweise die Schuld daran auf sich geladen haben, daß die Entente an das Unannehmbar nicht geglaubt habe. Der Vorwurf ist nur zu berechtigt. Aber neben Herrn Bauer saß als sein Stellvertreter Herr Erzberger. Wir riefen Herrn Bauer, als er mit Recht

so vernichtend über das Verhalten der „Unabhängigen" sprach, fragend zu: Und Erzberger? Herr Erzberger aber lächelte, wie immer und — schwieg.

Da dachten wir an den Sommer 1917, an jenen Unheilstag, an dem Michaelis die Friedenskundgebung des Reichstags um ihre Wirkung brachte durch seinen unglückseligen Vorbehalt „so wie ich sie auffasse". Wie hat Erzberger sich einst darüber entrüstet!

Was aber hilft es, wenn wir uns jetzt über ihn und seinesgleichen entrüsten! Eine — noch dazu leider, leider sehr große Mehrheit der Nationalversammlung hat die Regierung ermächtigt, die Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen. Nun geht das Schicksal seinen Gang. Das Nein der überwältigenden Mehrheit der Demokraten hat das nicht hindern können, so wenig wie die Versuche, die wir bis in die letzte Stunde hinein unternommen haben, selbst unter schweren und drückenden Opfern unserer Überzeugung einen Vermittlungsweg zu ebnen. Man ging auf unsere Vorschläge nicht ein, und bedingungslos, wenn auch unter Worten des Protestes, wird die Regierung Erzberger-Bauer das Todesurteil gegen Deutschland unterzeichnen.

Was wird die Folge sein?

Der Vertrag enthält so viele unerfüllbare Bedingungen, daß die Feinde in kurzer Frist in der Lage sein werden, mit einem Schein des Rechts unter Berufung auf unsere Unterschrift uns des Vertragsbruches zu zeihen und uns die Daumenschrauben anzulegen. Und alle fürchterlichen Folgen, die uns in unserer Wehrlosigkeit jetzt die Verweigerung der Unterschrift hätte bringen können, werden uns dann in genau der gleichen Weise bevorstehen. Dann mögen wir seufzen und klagen und protestieren. Niemand in der weiten Welt hört darauf. Auch diejenigen in den feindlichen Ländern, die bis jetzt als Träger des Rechtsgedankens für uns eintraten, sind ja mundtot gemacht. Sie können nicht mehr von Vergewaltigung und Unrecht sprechen. Was wollt ihr, wird man ihnen antworten, die Deutschen haben anerkannt, daß alles, was wir über sie verhängt haben, recht und billig sei; wollt ihr deutscher sein als die Deutschen selbst?

Dann aber werden wir uns darauf berufen, daß wir uns dem Unrecht nicht gebeugt haben und daß der Verzicht aufs Recht, den die derzeitigen Machthaber Deutschlands nicht aus innerer Zustimmung, sondern nur in Verzweiflung und moralischer Zerbrochenheit ausgesprochen haben, den Verzicht des deutschen Volkes auf sein Recht, auf sein Dasein, auf seine Zukunft nicht in sich schließt. Das können mit Eindruck und Wirksamkeit dann nur wir sagen, wir, die wir bereit waren und bleiben, für den Gedanken des Rechts als Grundlage für die Neuordnung des Aufbaues der Menschheitsorganisation das deutsche Volk einen Leidensweg zu führen, der im ersten Augenblick wahrscheinlich noch viel steiler und dorniger sein würde, als der, den wir jetzt willenlos und mutlos abwärts taumeln.

Die Unterzeichner des Friedens sagen zwar jetzt, daß sie sich durch die Unterzeichnung nicht für gebunden halten. „In der Sekunde der Unterzeichnung", meint der „Vorwärts", „beginnt für uns der Kampf gegen diesen Frieden, der Kampf mit allen Mitteln des Geistes, des Rechtes und der Moral." Diese Mittel des Rechtes und der Moral stehen den Unterzeichnern aber nur noch in sehr unwirksamem Maße zur Verfügung. Sie haben diese Waffen des geistigen Kampfes selber stumpf gemacht, indem sie ihren Namen und damit ihre Ehre dafür verpfändeten, daß Deutschland den unterschriebenen Vertrag auch halten wird, sodaß also Recht und Moral nicht auf Deutschlands Seite stehen, wenn es sein Joch wieder abzuschütteln sucht.

Wir aber, die wir nicht unterschrieben haben und, um nicht unterschreiben zu müssen und auch nicht den Schein der Zustimmung zu geben, unsere Vertreter aus der Regierung zurückberufen haben, wir, die wir Deutschlands Recht nicht preisgegeben haben, wir dürfen und wir wollen jetzt diesen Kampf gegen den Gewaltfrieden fortführen. Unsere Brüder in den nun von uns gerissenen Gebieten sollen wissen, daß das Volk der glücklicheren deutschen Lande nicht daran denkt, sie für immer als verloren zu betrachten. Und wenn zu den Abtrennungen im weiteren Verlaufe der Dinge noch weitere erpreßte Losplitterungen im Westen und Süden kommen sollten, und wenn gar in diesen geraubten Gebieten moralisch zerbrochene Teile des Volkes in ihrem Willen der Zugehörigkeit zum deutschen Volke in bösen wie in guten Tagen schwankend werden sollten, dann wird niemand mit größerer Kraft werbend für die Erhaltung des deutschen Geistes und damit die Wiedergewinnung des verlorenen deutschen Landes und die endliche Herstellung der vollen deutschen Einheit wirken können, als wir, die wir stets nur d a s Recht, auch das Recht der anderen gewollt und niemals auch nicht in der Stunde, in der für die ganze Nation Lebensgefahr damit verbunden war, auf Deutschlands Recht verzichtet haben. Welche Kraft und welche Hoffnung in diesem Rechtsgedanken liegt, davon wollen und müssen wir in der kommenden schweren Zeit noch oft und eingehend sprechen. Inzwischen aber wollen wir uns aufrichten an dem Gedanken, daß Deutschland noch nicht verloren ist, solange es selbst sich nicht verloren gibt.

Paul Rohrbach / Was nun weiter?

Der eine fragt: was kommt danach?
Der andre: was ist recht?
Und also unterscheidet sich
Der Freie von dem Knecht!

Mit der Entscheidung von Weimar, diesen Frieden zu unterzeichnen, hat die Vertretung des deutschen Volkes das Bekenntnis zur Knechtschaft abgelegt, oder wenn man will, das Bekenntnis zum mangelnden Willen, dem Knechtschaftslos zu entgehen. Die einen suchen es zu verdecken, und die andern sagen es offen heraus, was sie zum Unterzeichnen getrieben hat, nachdem sie zuerst mit tönenden Worten bekannt haben: niemals! Es ist Furcht vor dem gewesen, was danach kommen würde oder könnte, wenn man nicht unterzeichnet. Bei vielen ist es sicher eine Furcht, die aus dem Gefühl der Verantwortlichkeit stammt. Dieser oder jener mag es als wirkliche Gewissenspflicht empfunden haben, unser Volk davor zu bewahren, was „danach" kommt. Der entscheidende Fehler dabei ist, daß, wer so denkt, nicht weiß, daß die Verantwortlichkeiten je nach Größe und Art der Entscheidung mit verschiedenen Maßstäben gemessen werden müssen. Niemand wird behaupten, daß der Spruch an der Spitze auch für die Entscheidung über Zolltarife oder Wahlmethoden gelte. Er gilt für moralische, nicht für Zweckmäßigkeitsfragen. Wer in moralischen Konflikten sich bestimmen läßt durch die äußeren Folgen, die eine Handlung für ihn hat, der darf sich nicht einen „Freien" nennen, sondern muß sich als „Knecht", d. h. als einen Menschen bekennen, den das Motiv der Furcht bestimmt.

Digitized by Google

War die Entscheidung, vor der wir standen, moralischer Natur? So sehr, daß es überhaupt keine gab, von der man es in noch höherem Sinne hätte behaupten können. Wir müssen immer daran denken, was die Feinde eigentlich wollen. Sie wollen uns moralisch schuldig sprechen vor der Welt nach all dem Entsetzlichen dieses Krieges; sie wollen die Welt überzeugen, daß sie mit diesem Urteil recht haben, und sie wollen uns zwingen, daß wir selber es mit unterzeichnen. Es ist eine unerlaubte Selbsttäuschung, wenn behauptet wird, dagegen können wir ja protestieren, auch wenn wir unterschreiben. Erstens wird danach später niemand fragen, sondern unsere Unterschrift wird gelten — und zweitens ist keine Unterschrift imstande wegzuwischen, daß der Kaiser ausgeliefert werden soll. Dieser Kaiser ist in manchen Dingen Deutschlands Unheil gewesen, aber wer die Entstehung des Krieges kennt (und die Entente kennt sie nur zu gut) und dann sagt, Wilhelm II. sei schuld am Kriege, der lügt. Auch wenn jemand politisch oder persönlich der schärfste Gegner des Kaisers ist, so muß er begreifen, daß in ihm das deutsche Volk getroffen werden und den Knechtsstempel aufgedrückt bekommen soll. Allerdings, es hätte schlimm kommen können, wenn wir nicht unterschrieben. Mit dem 24. Juni wäre wieder Kriegszustand eingetreten. Der einrückende Feind hätte, auch wenn er keinen Widerstand fand, nach Kriegsrecht gehandelt, requiriert, beschlagnahmt, fortgeführt, was er wollte, das Vieh, die Ernte, die Depots, die waffenfähigen Männer. Wir wären bald ohne Kohle gewesen, die Hungerblockade hätte wieder eingesetzt, es hätte vielleicht wieder Bombenabwürfe auf Kinderfeste geben können, Plünderungen und Gewalttaten jeder Art. Gleichzeitig konnte im Innern der Aufruhr ausbrechen, Massenstreiks, Einbrüche, Mord und Brand. Die freiwilligen Truppen und die Reichswehr hätten in dem Falle kaum sehr sicher funktioniert. Es wäre nicht möglich gewesen, notdürftige Ordnung aufrechtzuerhalten.

Erstens aber waren die Feinde nur dadurch imstande, uns mit dem Einrücken und allen Folgen zu drohen, weil sie sahen: die Deutschen sind uneinig, und es gibt Leute und Parteien, die sich durch Drohungen einschüchtern lassen. Wären nicht so viele bei uns bereit gewesen, das Bekenntnis zur Knechtschaft abzulegen, so hätten Engländer und Franzosen schwerlich den äußersten Schritt gewagt. In ein Deutschland natürlich, wo die Hälfte ihnen entgegenrief: „Kommt nicht, wir unterwerfen uns!“, konnten sie ohne große Furcht einmarschieren. Zweitens — und das ist in diesem Fall das moralisch Entscheidende — mußten wir wissen, daß gegenüber der Forderung des eigenen Bekenntnisses zur Knechtschaft nicht die Verantwortlichkeit im gewöhnlichen, sondern allein im höchsten Sinne gelten mußte, so wie Luther es meinte, als er schrieb:

Nehmen sie den Leib,
Gut, Ehr, Kind und Weib,
laß fahren dahin,
sie haben's kein Gewinn,
das Reich muß uns doch bleiben.

Es ist ein wahres Wort, daß die Völker und die Menschen dann aufhören, lebensfähig zu sein, wenn sie nichts mehr haben, wofür sie zu sterben bereit sind. Mit weltlichen Worten heißt das: „Und setzet ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein.“ Mit biblischen heißt es: „Wer sein Leben behalten will, der wird es verlieren; wer es aber verlieret um meinetwillen, der wird es behalten.“

Darum durften die Führer des Volkes, die für das Volk die verantwortliche Wahl zwischen dem Weg der Freiheit und der Knechtschaft zu treffen hatten, sich nicht fürchten vor alledem, was danach kommen konnte, wenn sie für die Freiheit entschieden. Sie hätten dem Feind erklären können: eine deutsche Unterschrift unter diesen Frieden gibt es nicht; wir, die Nationalversammlung und die Regierung, legen unsere Vollmachten nieder, denn die deutsche Souveränität hört mit solchen Friedensbedingungen auf. Rückt ein, sorgt für Ordnung und verwaltet Deutschland, wie ihr wollt und könnt! Das wäre mehr gewesen als eine bloße Demonstration. Auch wenn die Entente teuflisch oder verzweifelt genug gewesen wäre, darauf einzugehen oder uns auch dann noch mit Bomben und Hungerblockade die Unterschrift abzwingen zu wollen — sie konnte auch versuchen, uns aufzuteilen an Tschechen, Polen, Dänen, Belgier, Engländer, Franzosen —, so wäre sie damit gerichtet gewesen, und Deutschland hätte später eine siegreiche Auferstehung gefeiert, weil es nicht die Selbstknechtung erwählte.

Jetzt sind die Vertreter des Volkes in zwei Wege auseinandergegangen: den Weg des Bekenntnisses zur Knechtschaft und zum Freiheitswillen. Es ist gut, daß von den Parteien der Zukunft die demokratische auf der Freiheitsseite geblieben ist. Wären auch die Demokraten den andren Pfad gegangen, so hätte man an Deutschlands Zukunft überhaupt verzweifeln können. Auch so fällt es nicht leicht, noch an sie zu glauben, aber wenigstens bleibt das Wort eine Möglichkeit: Wir heißen euch hoffen!

Naumann / Bethmanns Rechtfertigung

— Um endlich allen Unklarheiten und Wirrnissen in der moralischen Welt ein Ende zu machen, wurde der Erzengel Gabriel beauftragt, für den obersten Herren aller Dinge ein Gutachten über die „Schuld am Kriege“ vorzubereiten. Du sollst, so sagte der Ewige, alles prüfen, alles verstehen und alles beurteilen!

Gabriel war überrascht von dem mühevollen Amte, das ihm auferlegt wurde, und fühlte sich hilflos gegenüber der Menge der Meinungen und Anklagen, die von der Erde zum Himmel aufstiegen. Einige eifrige jüngere Engel aber stellten sich mit kluger Eilfertigkeit um ihn herum und sagten: genau genommen ist die Schuldfrage längst klar, denn die Mehrheit aller denkenden Menschen vereinigt sich im Urteil der Pariser Friedenskonferenz. Es liegt einer jener wunderbaren Fälle vor, in denen der äußere Sieg der inneren Würdigkeit entspricht und in denen ein moralisches Urteil kaum nötig ist zu formulieren, weil es sich von vornherein mit dem Ausgange des Kampfes deckt. Nimm, o Gabriel, das letzte Wort der Pariser Männer und übergib es zur Aufnahme in die ewigen Akten!

Doch Gabriel blieb stumm und zweifelnd. Es wäre, so dachte er, gar zu seltsam, wenn wirklich der Waffenerfolg dieses Mal genau mit Vernunft und Moral übereinstimmen sollte; fast alle bisherige Geschichte spricht dagegen. Wozu lehren die heiligen Propheten, daß man sich nicht von der Schmeichelei der Macht soll verführen lassen? Obwohl Gabriel im Grunde kein Philosoph war, machte es ihm doch

Digitized by Google

Sorgen, daß man den Unterschied zwischen einer materialistischen und einer sittlichen Beurteilung nicht aufrechterhalten wolle. Materialistisch, das sah er ein, hat derjenige recht, der gewinnt; aber er fühlte, daß es unbedingt eine zweite und andere Art der Betrachtung geben müsse. In diesem Sinne fragte er schließlich seinen alten Freund, der aller Rechte kundig war: sage mir, Ariel, haben wir hier oben eigentlich eine Art Handbuch der politischen Moral?

Ariel unterbrach sein sonstiges Grübeln und antwortete: kann es gar nicht geben!

Warum nicht? fragte Gabriel. Warum kann es kein Handbuch der politischen Moral geben, wenn doch eine politische Moral vorhanden ist?

Ariel wartete eine Weile und fragte dann: ist sie das?

Nach dieser Frage wurden beide eine Zeitlang ganz ruhig, denn Gabriel fühlte deutlich, daß er seinen Auftrag überhaupt nicht würde übernehmen dürfen, wenn er hierauf keine Antwort fände. Man kann ja doch nicht von Schuld reden, wenn nicht vorher, und zwar vor Ausführung der unter Anklage gestellten Handlungen, von Gesetzen oder Vorschriften oder Prinzipien gesprochen wurde, die befolgt werden müssen. Nimm an, so wendete er sich wieder an Ariel, nimm den Fall an, ich hätte über den früheren deutschen Reichskanzler Bethmann zu urteilen, so würde ich erst den tatsächlichen Stoff seiner Kriegshandlungen zusammenstellen, dann seine eigenen Absichten und Beweggründe erforschen, dann aber eine Tafel von Gesetzen auffinden müssen, nach denen ich sein Tun und Lassen abschätze, und zwar eine Gesetzestafel, die ihm vorher bekannt war oder bekannt sein sollte.

Um uns die Arbeit zu ersparen, hob Ariel an, schlage ich vor, daß wir zunächst einmal seine eigene Rechtfertigungsschrift „Betrachtungen zum Weltkriege, erster Teil (bei R. Hobbing, Berlin, 1919)“ als Grundlage unserer weiteren Erörterungen ansehen. Da er ein ehrlicher Mann ist und kein Phantast oder Schönfärber, so kann zwar menschlicher Irrtum selbstverständlich mit unterlaufen sein und wir werden spätere Nachprüfung uns vorbehalten, aber in der Hauptsache gibt er selber offen zu, was er getan hat. Es mag zwar sein, daß er den früheren Kaiser etwas zu nachsichtig darstellt, was für ihn keine Unehre ist, weil er zur alten, treuen Beamtenklasse gehört, aber sich selber färbt er nicht, da er gewöhnt ist, bei Tag und Nacht nüchtern mit seiner eigenen Seele zu reden. Es ergibt sich aus seiner Schrift genau, in welcher Reihenfolge, aus welchen Gründen und unter welchen Hemmungen er für eine Verständigung mit den Engländern gearbeitet hat, warum und wie er die österreichisch-ungarische Monarchie erhalten wollte, welche Schritte er gegenüber Rußland tat und warum er auch in der peinlichen belgischen Angelegenheit gerade das für nötig hielt, was ihm in allen Erdteilen vorgeworfen wird und weshalb ihn auch ein Teil der Engel für völlig erledigt hält.

Er hat, sprach Gabriel, einen Vertrag gebrochen!

Ja, das hat er getan und denkt nicht daran, es zu vertuschen.

Also erscheint er schuldig!

Du drückst dich, o Gabriel, vorsichtig aus, denn in der Tat erscheint er schuldig, du aber wirst feststellen müssen, ob er schuldig ist.

Was brauche ich, entgegnete der Erzengel, noch weiterer Feststellung, nachdem er selbst das Geständnis ablegt?

Verzeihe, sagte Ariel, daß ich dich darauf aufmerksam mache, daß er selbst nicht als reumütiger Sünder sich vor dir anklagt, sondern daß er erhobenen Hauptes vor dir steht als ein Sterblicher, dem die Unsterblichen Ungeheures zu vollbringen auferlegten und der sich verpflichtet gefühlt hat, seinem tragischen Schicksal sich mit Würde zu unterziehen. Du wirst den Zwang prüfen müssen, unter dem er gehandelt hat. Du wirst erforschen müssen, welche anderen Sünden er begehen mußte, wenn er diese vermeiden wollte. Darin liegt eben die Verwickeltheit der politischen Moral, daß keine einzelne Handlung für sich allein wie ein Schulbeispiel betrachtet werden darf oder kann. Deshalb sagte ich vorhin zu dir, daß es das Handbuch nicht geben könne. Wenn du hier Richter sein sollst, so mußt du als Seele über Seelen urteilen! Das ist es, was ich dir sagen kann....

Und Gabriel blieb allein und dachte weiter über Bethmanns Schicksal: Irgendeine Schuld hat dieser Mann sicher, denn er war der verantwortliche Leiter jenes mächtigen Staates, der nun zerbrochen ist. Er würde nur dann ganz schuldlos sein, wenn er völlig gezwungen gewesen wäre, denn Zwang entschuldet. So oft nun aber auch von ihm Zwangselemente hervorgehoben werden, so war er sich selbst seiner persönlichen Freiheit dennoch bewußt und beabsichtigte nicht, sich auf den Boden einer Dogmatik zu stellen, nach der die Menschen nur sind wie geworfene Steine. Er konnte anders handeln und konnte im Zweifelsfalle seine Stellung verlassen, wobei aber immer nur eine Verantwortlichkeit mit einer anderen vertauscht wurde. Das, was man den Streit der Pflichten nennt, ist unabtrennbar von hohen verantwortlichen Stellen. Man wird diesen Hintergrund nicht außen Augen lassen dürfen. Schließlich kommt es darauf an, ob jemand von den Göttern gesegnet ist oder nicht. Es ist Schuld, Unglück zu haben .... Schuld?! Sage mir, ewige Weisheit, was ist Schuld?

Und Gabriel ging bis zu der Stelle, wo man kleine Menschen nach kleinem Maßstabe beurteilt, wo Alltagssünden verhandelt werden: Einer schlägt seine Frau, ein anderer treibt Schleichhandel, ein dritter fälscht seine Steuerangabe. Solche Dinge hat Bethmann nicht gemacht! Sollte er also gerichtet werden, so müßten seine Richter andere sein, nicht Gewohnheitsrichter, sondern Kunstrichter, ja, politische Kunst- oder Gewerberichter, die selbst im hohen Getriebe gestanden haben und von da aus ein inneres Mitfühlen mit der Lage des Beschuldigten haben können. Diese dürften nicht seine Gegner sein und nicht seine Freunde, sondern Sachkenner mit heiliger Unabhängigkeit. Vor ein derartiges Gericht würde er sich sicherlich gern stellen, aber wo ist es zu finden? Wer wird es berufen? Die Pariser Konferenz ist dafür nicht der Ort, denn in Paris weiß man von vornherein, daß man ein historisches Exempel statuieren will — im Namen der Gerechtigkeit!

— — Drüben im Tale Elysium vergnügten sich inzwischen die guten kleinen Engel in täglicher Weise, ohne die tieferen Probleme des Himmels zu ahnen. Einen von diesen winkte Gabriel heran und sagte: Hole mir den Oberengel der Gerechtigkeit und bitte ihn, zu mir unter die drei Palmen zu kommen, von denen aus man die Welt überblickt! Langsam ging er inzwischen selbst in der klaren Luft des Jenseits bis zu den Palmen und sah schon von der anderen Seite her den Engel der Gerechtigkeit heranschreiten, eine feine, leuchtende Geistesgestalt mit hoher Stirn und freien Augen.

Laß mich mit dir, so begann Gabriel, einige Worte austauschen über einen Gerechten, der unter die Ungerechten ge-

raten ist. Du kennst den gewesenen Reichskanzler von Bethmann. Er ist nicht ein beliebiger, wahrheitsloser diplomatischer Schauspieler, sondern ein tiefernster, disziplinierter und gedankenvoller Mann. Ihm gerade sagt man nach, daß er sich sittlich verfehlt hat, indem er die Verantwortung für die deutsche Kriegspolitik übernahm. Was hätte er tun sollen? Sollte er von Anfang an seine Ungenügendheit eingestehen und einem anderen Platz machen, dem das Lügen leichter wurde als ihm, oder der irgendwelche anderen höheren Gaben mitbrachte?

Welchen anderen meinst du? fragte der Engel der Gerechtigkeit.

Alle, die ich kenne, waren für seine Stelle nicht besser, antwortete Gabriel. Man kann sich einen Bismarck oder Herkules denken, einen Mann mit viel größerer schöpferischer Phantasie, einen Bezwinger des Kaisers und der Generale und gleichzeitig einen Organisator der Parteien und der öffentlichen Meinung, aber wenn er dagewesen wäre, so würde er sich wohl inzwischen offenbart haben. Ihm freiwillig zu weichen, würde in der Not des Vaterlandes Bethmanns Pflicht gewesen sein. Solange er sich aber nicht zeigte, scheint mir, daß es für Bethmann kein Unrecht war, ja sogar daß es seine Schuldigkeit war, auf seinem Posten zu bleiben. So wenigstens stand es in den ersten Jahren des Krieges.

Mögest du recht haben! sagte der Engel der Gerechtigkeit, laß dir aber dabei nicht verhehlen, daß auch schon in einem gewissen Mangel an Phantasie, Kraft oder Wucht des Willens etwas liegt, was zwar keine persönliche Schuld ist und was keinerlei Strafbarkeit begründet, was aber als Unvollkommenheit empfunden wird, und zwar oft am meisten von dem Betreffenden selbst. Man kann in solchen Fällen von einem Fatum reden, von einer unentrinnbaren ererbten Last, die auch auf den Schultern hoher Charaktere zu liegen pflegt. Über solche Menschlichkeiten hat kein Strafrichter irgend etwas zu sagen, und widerlich ist es, Menschen von viel geringerer Güte darüber schelten zu hören wie über einen Ofen, der nicht brennen will; aber der Geschichtsschreiber darf sich Fragen stellen wie etwa die, ob nicht ein anderer Diplomatikus doch noch bessere Ergebnisse des Verhandelns mit England fertiggebracht oder sich rechtzeitig eine tragfähige Parteigrundlage beschafft hätte. Diese Art von Urteilen aber scheiden im gegenwärtigen Zeitpunkt aus, denn dem Lebenden gegenüber gebührt es, das zu beurteilen, was er, so wie er war und so wie er innerhalb der Welt stand, tun und lassen konnte. Auf anderen Grundlagen Gericht zu halten, würde ungerecht sein.

Gabriel aber unterbrach den Fluß der Rede, die sich etwas fern von dem zu halten schien, was er zu ergründen suchte, und zeigte nach unten auf die alte wunderbar glänzende Stadt Paris und fragte den anderen Engel: sage mir, was ist das für eine Gerechtigkeit, in deren Namen er und andere dort verurteilt werden sollen?

Es ist so, antwortete der Leuchtende, die wahre Gerechtigkeit, die man in Paris so wenig hat wie an anderen Orten, die Gerechtigkeit als Idee oder als Endziel, deren sonnige Kraft so groß ist, daß kein anderes Licht neben ihr scheinen mag, die Lehre der Bergpredigt Jesu und vieler heiliger Propheten, der Gedankengang Kants und zahlreicher seiner Jünger, das unvergängliche Evangelium von der reinen Hingabe an die ganze Menschheit, der Sozialismus aller Völker, die Auslöschung alles Hasses und aller Bedrückung. Gegenüber dieser Idee sind alle Wirklichkeitsmenschen klein. Deshalb eignet sie sich auch nicht zur Handhabung für irdische Gerichte.

Hier aber bitte ich dich, sprach Gabriel, mir zu erklären, ob nicht ein gewisser Teil dieser überirdischen Idee bereits zur Rechtsform geworden ist, ohne daß Bethmann und andere Staatsmänner seiner Generation ihre Augen geöffnet und ihren Willen richtig eingestellt haben. Wenn irgendwo, so muß seine persönliche Schuld an dieser Stelle zu finden sein. Er war blind gegen eine Offenbarung, die bereits auf Erden war.

Ja, sprach der Engel der Gerechtigkeit, ich sehe die Anfänge der Offenbarung und glaube an ihre Vollendung, und auch unter den Menschen finden sich solche, die in den völkerrechtlichen und schiedsrichterlichen Veranstaltungen im Haag den Beginn einer neuen Menschheitsmoral begrüßen. Daß Deutschland als Ganzes diesen Bestrebungen viel zu kalt und mißtrauisch gegenübergestanden hat, ist leider richtig und es würde ihm ein unsagbarer Segen gewesen sein, wenn es sich an den Beschlüssen der zwei Haager Konferenzen in anderer Weise beteiligt hätte, aber es muß hinzugefügt werden, daß gerade diese schweren Unterlassungssünden vor der Zeit Bethmanns liegen, und daß er persönlich den friedensfreundlichen Ideen mit stärkerem Wohlwollen begegnete als seine Umgebung. Wer ihn also als eine Einzelperson richten will, kann ihm zwar die Vorwürfe nicht ersparen, die fast sein ganzes Volk sich jetzt nachträglich selber macht, soll ihn aber nicht als besonderen Übeltäter gegenüber dem Geiste der Zukunft in die Wüste treiben. Er war und ist kein Übermensch solcher Seelenbewegungen, die seiner Zeit voraneilen; das hat niemand von ihm verlangt und erwartet, und es ist sehr zweifelhaft, ob je ein derartiger überzeitlicher Held sich als politischer Leiter einer ringenden Nation völlig geeignet zeigen wird. Denke an Wilsons Ideal und Praxis! Im übrigen würde es besser sein, dieses mit unserem Historiker zu besprechen, den du sicher noch heute unter den Palmen finden wirst.

. . . — Der Historiker der oberen Welt las gerade den ersten Band von Bethmanns Betrachtungen und war bei seinen Schlußworten angekommen: „Nur in freier, gemeinsamer Arbeit wird Europa die Wunden, die es sich selbst schlug, allmählich heilen können, oder es blutet sich zu Tode." Er nickte bedächtig mit seinem silberweißen Haupte und sprach vor sich hin: „Europa ist Urheber, Träger, Subjekt und auch Objekt des Krieges; Europa besaß keine Organisation, ja nicht einmal einen europäischen Organisationsgeist. Auch Bethmann war kein europäischer Mensch, sondern, wie seine Berufsgenossen alle, ein Interessenvertreter des Einzelstaates. Er hätte wissen können, daß eine überstaatliche Organisation unentbehrlich sei, bei der nicht nur die Staaten, sondern auch das Ganze als solches vertreten sind, denn Bethmann sah die Fehler der deutschen Reichsverfassung vor Augen, bei der die Freiheit zu schwach vertreten war. Als Techniker der Staatsverwaltung hätte gerade er den Gedanken der mitteleuropäischen und dann europäischen Gesamtgestaltung verfolgen können. Das wäre mehr in seinem Fache gewesen als prinzipieller Pazifismus, und hätte praktisch etwas Großes werden können. Aber — man pflegt die Brunnen erst nach dem Unglück zuzudecken.

Als historisches Werk ist, so etwa sagte der Vertreter der Geschichte, Bethmanns bis jetzt vorliegender erster Band eine Arbeit, die zunächst unter der Fülle von Kriegs- und Verteidigungsliteratur fast versinkt, die sich aber im Laufe der Zeit sichtbar herausheben wird, weil hier Erfahrung und Verant-

wortung sich in wohltuender, klarer Einfachheit ausspricht. Bethmann hat in seiner Weise ein persönliches Dokument geschaffen, an dem nicht heute und morgen, aber in ruhigeren Zukunft sich viele Wellen der Weltlegende brechen, ein schicksalsschweres, trauriges Nachwort zu Bismarcks Gedanken und Erinnerungen.

Anton Erkelenz, M. d. R. / Demokratie und Wirtschaftsleben

Der Parteitag ist vertagt. Leider scheint es, daß die damit gewonnene Zeit nur wenig zur Besprechung der so wichtigen Programmfrage benutzt wird. An dem vorliegenden Entwurf werden zwar viele Ausstellungen gemacht, aber die Kritik geht viel zu wenig auf das Grundsätzliche, bleibt am einzelnen hängen. Die Partei braucht aber in wichtigen Punkten eine ganz grundsätzliche Klärung. Wir dürfen uns nicht begnügen, eine einfache Sammelstelle mehr oder minder klarer Demokratengesinnung zu sein. Vor allem in den Punkten, die die zukünftige Entwicklung bestimmen werden, haben wir unsere Aufgabe klar zu erfassen, ihr furchtlos ins Auge zu sehen.

Am nötigsten brauchen wir eine solche grundsätzliche Klärung auf dem Gebiete, das mit den Schlagworten „Sozialisierung", „Gemeinwirtschaft" angedeutet ist. In diesen Tagen bricht das äußerlich so glänzende Gebäude des theoretischen, marxistischen Sozialismus zusammen. Es wäre aber eine verhängnisvolle Täuschung, wollte man annehmen, daß damit die Kritik an den bisherigen Wirtschaftsverhältnissen verstummen würde. Oder auch nur, der gemeinwirtschaftliche Gedanke sei damit erledigt. Die Zwangswirtschaft des Krieges scheitert an ihrer inneren und äußeren Unmöglichkeit. Ihr sündenbeladenes Haupt findet kaum einen Verteidiger. Es erhebt sich ihr gegenüber der Ruf nach der „freien Wirtschaft". Allzu warme Freunde der freien Wirtschaft versuchen mit dem Abbau der Kriegswirtschaft gleichzeitig jeden Gedanken an eine Weiterentwicklung des Wirtschaftslebens zu erschlagen. Ein nicht unbeträchtlicher Teil von ihnen ist auch bei uns. Es gilt sehr darauf zu achten, daß sie die deutsche Demokratie nicht in jene unglückliche Lage hineinmanövrieren, in der sich der alte Liberalismus gegenüber der staatlichen Sozialpolitik allzulange befunden hat. Wirtschaftssysteme und Wirtschaftsordnungen sind keine Fragen der Philosophie, keine Frage unerschütterlicher Parteiprinzipien. Hier entscheiden die Notwendigkeiten des praktischen Lebens. Noch niemand hat bisher versucht, zu sagen, was bis zum Kriegsausbruch freie Wirtschaft war oder in Zukunft sein soll. Die beste Auskunft, die man auf Fragen danach erhält ist die: die öffentliche Gewalt soll das Wirtschaftsleben nicht einschränken. Wobei wir glücklich wieder beim Manchestertum übelster Ausprägung angelangt wären und prinzipiell selbst die Sozialpolitik der Vorkriegszeit fallen müßte. Jede Forderung nach Richtlinien für die Weiterbildung des Wirtschaftslebens, jeder planmäßige Ausbau des Wirtschaftslebens wird abgelehnt. Die Ideen und Gedankenlosigkeit auf diesem Gebiet wird zum einzigen Grundprinzip der Wirtschaftspolitik gestempelt. Mehr als je gilt aber heute der Satz aus jener bekannten Abbeschen Rede von 1894: „Wie töricht und unheilvoll nun auch die Verbesserungsideen der Sozialdemokratie befunden werden mögen — keine Ideen haben zu wollen ihr gegenüber ist noch viel törichter und unheilvoller." Wobei das Ideenhaben heute nicht so sehr der parteimäßigen Sozialdemokratie gegenüber gilt — sie hat selber nur wenige jetzt brauchbare —, als gegenüber der geistigen Entwicklung der Völker im gesamten.

Wie diese Ideenlosigkeit wirkt, zeigt die heutige Zeit. Aus den Reihen der Träger der alten Wirtschaft ist gegenüber der sozialen und sozialistischen Kritik selten ein den berechtigten Ausstellungen Rechnung tragender positiver Gedanke geäußert worden. Abbe und Freese waren lange die einzigen. Dann kam Rathenau. Als die Stunde erfüllt war, hatten weder die Sozialdemokratie noch die Anhänger der freien Wirtschaft einen brauchbaren Gedanken sozialistischer Reform zur Verfügung. Rathenaus Vorschläge waren das einzige, was einen Weg in die Zukunft zu weisen schien. Sozialistische Minister kamen in die Verlegenheit, die sozialen Ideen des Präsidenten der A. E. G. aufzugreifen. Rathenaus Standesgenossen wettern gegen ihn als ihren größten Feind. Rathenau mag recht haben oder unrecht, wer gegen seine Ideen wirken will, muß bessere Vorschläge machen, die den Übeln der Zeit Rechnung tragen. Leider stürzen sich die Träger der alten Wirtschaft in wenig geistige Unkosten und ziehen es vor, ihre Gebetsmühlen der „freien Wirtschaft" zu drehen.

Die Deutsche demokratische Partei kann sich ebensowenig grundsätzlich zur „freien Wirtschaft" bekennen, wie zu irgendeiner Form gebundener Wirtschaft. Ein sogenanntes System kann ihr in dieser Richtung nicht frommen. Wir haben keine Doktrin zu vertreten, aber wir haben uns zu bemühen, der Zeit ihre Notwendigkeiten abzulauschen, sie rechtzeitig zu erkennen, vorurteilslos zu prüfen und sie gebären zu helfen, ehe sie sich in revolutionären Erschütterungen gewaltsam Bahn brechen. Wir sind die Partei des täglich sich erneuernden Lebens. „Es gilt nicht festzustellen, was das Volk (jetzt) will, sondern was es später wollen wird, nicht was Tatsache ist, sondern wohin die Entwicklung geht." (Schmidt im Juniheft der „Tat".) Kein Anhänger der freien Wirtschaft kann sich darüber im unklaren sein, daß das Volk es einfach nicht erträgt, da wieder fortzufahren, wo es am 1. August 1914 aufgehört. Der schematische Lösungsversuch des Vulgärmarxismus ist tot. Aber entweder sind wir jetzt die Suchenden, bereit, alle Wege zu betreten, die von der Vielgestaltigkeit des Lebens gefordert werden, oder wir schreiten hinter der Entwicklung einher, können allenfalls die Maroden und Lahmen hinter der Front auflesen und verlieren dabei die Fühlung mit dem Strom der Entwicklung. Gewiß bekennen heute viele Anhänger der freien Wirtschaft mit Wärme, daß sie für alle zweckmäßigen Maßnahmen zum „Schutze der Schwachen" zu haben sind. Aber das kommt ein Menschenalter zu spät. Mit diesem Lehrsatz kann man die Gärungen der heutigen Zeit nicht mehr meistern.

Es genügt auch nicht, wenn der hier geforderte Wille sich an dem Suchen und Entwickeln neuer Fortschritte zu beteiligen im Parteiprogramm fein säuberlich niedergelegt wird. Er muß das ganze Wesen der Partei durchdringen und jeden Parteigenossen ergreifen. Immer und überall muß dieser Wille zur lebendigen Tat werden. Was hätte zunächst zu geschehen? Es sei hier ein Vorschlag wiederholt, den ich mehrfach gemacht und den inzwischen auch die „Frankfurter Zeitung" aufgreift. Das Volk und nicht zuletzt die Arbeiter sind in wirtschaftlichen Dingen irregeführt. Führende Köpfe aus der Sozialdemokratie sind ehrlich genug anzuerkennen, daß die Massen durch die sozialdemokratische

Agitation jahrzehntelang in wesentlichen Punkten falsch erzogen sind. Alles Klagen darüber im einzelnen hilft dagegen nicht. Alle verstreuten Gegenbeweise ändern nichts. Kein großer Staatsmann ist da, und keiner hätte zurzeit Vertrauen genug, daß ihm die Massen die Grenzen ihrer Macht und ihres Könnens heute glauben werden. Nur eines könnte noch helfen. Nämlich, wenn die gesamten Tatsachen und alle Wege, die uns aus dem Chaos herausführen könnten, vor der ganzen Nation ausgebreitet werden. Wir nennen uns heute eine Demokratie, haben aber von den Formen wirklich demokratischer Volksbelehrung noch wenig Verständnis. Wir brauchen einen aus den bedeutendsten Fachkennern und aus Männern des öffentlichen Lebens zusammengesetzten Ausschuß, der in öffentlichen Verhandlungen, getragen von weitestgehender Publizität, alle wichtigen wirtschaftlichen Streitfragen der Gegenwart erörtert und schließlich in einem oder mehreren Berichten seine Ansichten und Vorschläge niederlegt. Er hätte als Zeugen alle namhaften Sachkenner aus dem geschäftlichen und dem öffentlichen Leben zu vernehmen. Vielleicht könnte er nach folgendem Arbeitsplan verfahren.

1. Vorteile und Nachteile der bisherigen Wirtschaftsweise.
2. Vorteile und Nachteile der Kriegswirtschaft.
3. Preise und Löhne.
4. Die Stellung der Arbeitnehmer in den Wirtschaftsbetrieben.
5. Umstellung unseres Wirtschaftslebens gemäß den Verhältnissen, die sich aus dem Kriege und dem Friedensvertrage ergeben.
6. Leistungen der Staatsbetriebe (Bergwerke, Eisenbahn, Militärbedarf).
7. Rohstoffbeschaffung. Arbeitsbeschaffung.
8. Ein- und Ausfuhr.
9. Der nationale und internationale Kapitalmarkt.
10. Prüfung der Vorschläge für die zukünftige Wirtschaft.
    a) die freie Wirtschaft,
    b) die gebundene Planwirtschaft,
    c) die Vergesellschaftung im Sinne des Marxismus.
11. Landwirtschaft und Bauernansiedlung.

Die Arbeitsweise eines solchen Untersuchungsausschusses ist aus den englischen Beispielen bekannt. Gerade zurzeit verhandelt in Baden ein ähnlicher Ausschuß seit Wochen über die Verstaatlichung der Bergwerke. Natürlich müssen alle Ansichten gehört werden von Däumig bis Wangenheim, von Rathenau bis Rießer, von Legien und Hue bis Richard Müller. Bei einer solchen Untersuchung würde dem ganzen Volke alles Material öffentlich unterbreitet. Die Ansichten im Volk würden sich klären, die Willensrichtung auf das Maß des Möglichen hingelenkt.

Robert Wilbrandt / Die Weltwirtschaft

(Schluß.)

Wenn sie nicht erobern, doch zu zahlreich sind für ihr Gebiet, so brauchen sie Absatz ihrer Industrieprodukte, um so fremden Boden mitzubenutzen: seine Produkte als Gegengabe erlangend für die ihrer Technik. So machen es die Industrieländer alle, so England, so Deutschland; ein jedes so weit, als seine Waren geduldet und überlegen genug sind, um vorzudringen.

Doch setzt das voraus, daß wenigstens im Boden drin, wenn auch seine Fläche nicht ausreicht, die Schätze und Kräfte vorhanden sind, um die Räder zu treiben. Ein Land wie Italien, dem die Kohle fehlt (und damit rührt man an dem Schlüssel zu seinem gesamten Verhalten), braucht Siedlungsland, muß erobern oder Aufnahme für seine Menschen erbitten, wenn es nicht gelingt, durch Wasserkraftnutzung und Reform der Agrarverfassung die Heimat weit genug zu machen für den Zuwachs an Menschen.

Dies ist der eine Gegensatz: zwischen Völkern, die an Boden reich, und anderen Völkern, die an Boden arm sind. Sie haben ihn nicht, weil jene ihn haben. Denn die Erde ist beschränkt und unvermehrbar. Doch gehört sie nicht allen?

So erwächst eine soziale Frage zwischen den Völkern. Und sie verschärft sich, der Gegensatz nimmt moderne Gestalt an, zur Spannung geworden, auch zwischen solchen, die Mangel, und solchen, die Überfluß haben an Kapital.

In älterer Zeit gab es Handelsnationen, wie Venedig, die auf Kosten anderer Völker gediehen. So gibt es heute Kapitalistennationen, die ihre Renten auf Kosten unentwickelter Nationen beziehen: durch Handel, Leihe und Unternehmung bei denen, die fremdes Vermögen nötig haben, um ihr Land ökonomisch zur Ausnutzung bringen zu können, und darum zu Schuldnervölkern werden.

Das reichere Volk ist in der Lage, mehr ein- als auszuführen. Auch Deutschland hatte bereits eine wechselnd hohe, z. B. 1907 schon 1,7 Milliarden Mark betragende Mehreinfuhr. Die Deckung erfolgt durch die „Zahlungsbilanz": Dividenden und Zinsen fließen herein, mit ihnen zahlt man die Waren; diese kommen daher ohne eine Gegengabe in Waren herein. England, sagte Sombart einmal in diesem Sinne, „bezieht heute schon die Hälfte der Einfuhrmengen unentgeltlich". Es lebt soweit, wie ein Rentner ohne eigene Arbeit, auf Kosten derer, die ihm Kapitalrenten zu entrichten haben.

Wie erfolgt das Aufbringen des Kapitaltributs? Entweder durch Lohnarbeit, wie wir sie schon kennen (ich erinnere an das erste und zweite Kapitel), oder es handelt sich um Staatsschulden, für deren ans Ausland fließende Zinsen der härteste Druck die nötigen Steuern aus dem Schuldnerlande herauspreßt (Rußland! Ägypten!). Bis es endlich durch einen den Import übersteigenden Export gelingt, so viel Geld ins Land zu bekommen, daß die Schuld getilgt werden kann.

Also wieder auf Export angewiesen, aus Armut an Kapital, wie das dichtbevölkerte Industrieland aus Armut an Boden, sucht auch das Schuldnerland mit gewaltsamem Export — von Industrie- oder von Agrarprodukten — den Kampf um die Märkte aufzunehmen.

Der Kampf um die Märkte! Er wird geführt mit allen Mitteln. Mit Schmiegsamkeit und Gewalt. Mit der Demut der Armen und den Waffen des Reichtums. Vor allem: Kapitalanlagen, nicht nur um des Kapitalgewinns und um der Gläubigerstellung willen, die Macht verleiht, sondern um Absatz zu gewinnen; indem an die Anleihe, z. B. für eine Eisenbahn, die Bedingung geknüpft wird, daß die Schienen beim Anleihegeber zu bestellen sind. Und ähnliches mehr, was der ewigen Absatznot des Großbetriebs seinen Massenauftrag für die Massenproduktion einbringt, die er technisch braucht, um ökonomisch gut produzieren zu können, die er jedoch im Tauschverkehr nicht hat, weil kein Massenabsatz organisiert, sondern durch die Konkurrenz viel zu vieler für alle unmöglich gemacht wird. Da muß alles helfen! „Kulturpolitik", Anlage von Schulen, christliche Mission, ganz besonders, wenn die Missionare ermordet werden, so daß Konzessionen für Niederlassungen es sühnen müssen; bis zur nackten Gewalt, die in Handels- und Friedensverträgen mithilft, Kolonien als Absatzmärkte erobert — so tobt in allen erdenklichen Formen das Ringen um Absatz. Es rüttelt an verschlossenen Türen, es sprengt sie mit Gewalt. Es verläuft äußerlich friedlich, zum Vorteil geschickter, eifriger, rastloser Händler, zum Nachteil ruhiger gewordener, schon der Ruhe bedürfender, sie als vornehm fordernder Tradition. Und im Hintergrund die Macht! Die mitspricht und droht oder still wartet; die rüstet und vorbereitet . . . bis schließlich die Hauptkonkurrenten in Sorge, Neid, Haß aufeinanderstürzen und Hunderte von Milliarden darauf verwenden, den wirtschaftlichen Kampf durch die Machtmittel des Staats zur Entscheidung zu bringen. Die Furcht davor,

Digitized by Google

daß es schließlich so kommt, daß der andere zuschlägt, sobald er stark genug geworden, verstärkt die Rüstungen, die Bündnisse, die Kriegsparteien. Und das Endergebnis ist bekannt.

Von den Rüstungsfabriken, für ihren Absatz, stets geschürt, von einer Hetzpresse — in ihrem Solde, aber auch aus den eben geschilderten verständlichen Sorgen — wie mit ständigem Blasebalg angeblasen, so glimmt es im Frieden und lodert es im Kriege empor, auch in der Zukunft wieder — und erlischt nie: das Feuer des Völkerkampfes, der unvermeidlich, solange die Existenzgrundlage vom Absatz und der Absatz vom Kampf um die Märkte abhängt, solange die Kapitalsinteressen samt denen der ganzen Völker die doppelte Basis haben: den privaten Erwerb oder Tausch, mit der Sorge um Absatz, und die Macht des Staates, der mit davon abhängt.

Es wäre lächerlich, Vorkriegszahlen, wie die Kosten der Rüstungen, zu erwähnen, als ob nicht der Krieg gewesen wäre. Als ob nicht das Endergebnis bekannt genug wäre. Nur seine Notwendigkeit, als Ausfluß der Doppellage: Staatsunsicherheit und Absatznot, wird zu wenig durchdacht. Man muß verstehen, wie die „Weltwirtschaft" das alles hervortreibt: als Krisen, in denen die Krisen der Tauschgesellschaft und die Krisen der Staatengesellschaft die gemeinsame letzte Lösung finden.

Wir fangen an, uns der Unökonomie bewußt zu werden, die da auf uns liegt. Zwar genügt sie noch nicht, um allen Gefühlen und Leidenschaften, aller Freude an der — etwas kostspielig gewordenen — Sensation und Unterhaltung für sonst gelangweilte brave Leute, ein genügendes Gegengewicht zu bilden. Was man so verbraucht, rein gegeneinander aufgewandt, ganz ohne Ertrag — es wird immer wieder Verteidiger haben, die im Kampf den vorwärtstreibenden Ansporn sehen und ihn nicht zu teuer finden. Vor allem aber: es muß so sein, es ist unveränderlich, solange die Grundlagen weiterbestehen: Gewalt und Tausch. Mit diesem Paar ist auch das andere unlöslich verbunden: unökonomischer Abschluß, unökonomischer Aufwand.

An sich ist das alles nicht nötig, da für alle Völker noch lange genug auf der Erde vorhanden, ja die Gefahr der Übervölkerung in Geburtenrückgang und eine die Volkszahl eifrig steigernde „Bevölkerungspolitik" umschlägt, doch ist durch die Formen der Wirtschaft, in denen wir leben, alles das unvermeidlich geworden: durch Gewalt und Tausch. Will man ändern, so muß man nicht sagen: wir machen nicht mit; denn das hilft zu gar nichts, als nur zur Schädigung des eignen Volks. Sondern aufbauen muß man: eine höhere Form, eine Stufe aufwärts, auf der dann die Ökonomie erst höher hinauf kann.

Ansätze dazu sind zwischenstaatliche Vereinbarungen, internationale Büros, gemeinschaftliche Kontrolle und Verwaltung. Schritt für Schritt kann so die Weltwirtschaftsleitung vorwärtsschreiten; Stein um Stein kann der Bau errichtet werden, der ihr ein dauerndes Heim gewährt. Aus der Katastrophe mag sich tatsächlich das internationale Parlament erheben, dem der idealistische Schöpfer der Weltreisestiftung für Gelehrte, Albert Kahn, gegenüber von Boulogne auf der Höhe über Paris einen Platz erwählte, als er uns den Sinn seiner Stiftung offenbarte — es mag wirklich werden!

Wenn nicht Leidenschaft, Haß, Rachsucht und Hochmut, wenn nicht Gewaltpolitik und Rüstungsindustrie in so gut verständlichem Bunde miteinander die Hemmungen zu sehr stärken, die ohnehin das Bestehen der beiden Faktoren, Gewalt und Tausch, jeden Schritt auf dem Wege zum Frieden bereitet. Der Gewaltstandpunkt ist dem Kapitalmagnaten der nächste, sobald sein Staat ihm das Geschäft erleichtern kann. Ich sehe es noch vor mir, jenes andere Bild, auf derselben Reise um die Welt, der Albert Kahn in Paris jenen Auftakt gegeben hatte — ich sehe das Bild, das der ehrwürdige Professor Clark von seinem Fenster aus mir zeigte, über Neuyork hinweg auf den Hudson deutend, wo die Kriegsschiffe sich mit den gewaltigen Lagern und Gebäuden der Trusts zu einem Gemälde der heutigen Wirklichkeit und der sie beherrschenden Mächte vereinten. So wie der innere Zusammenhang sie aneinander bindet: die größten Industrien verdienen am meisten am Kriege, dem entspricht ihr politischer Standpunkt; es ist der einer Gewaltpolitik, die zum Kriege hinführt, indem sie die Interessen des eigenen Volks und vor allem die führenden des Kapitals bevorzugt und sichert in einem erweiterten Machtgebiet: durch Imperialismus.

Darum hilft es der ganzen Welt, wenn ein Volk nach dem anderen diese Hemmung ausschaltet: durch Sozialismus! Er ist Gegenbewegung, wie der Pazifismus, eine Stütze für diesen, ein Bundesgenosse, ja vielleicht unentbehrlich, um den Weg zu ebnen: durch eine ganz andere Organisation des Wirtschaftslebens. Wie der Pazifismus die Gewalt — durch Vereinigung der Staaten — entwurzeln möchte, so er den Tausch, durch Gemeinwirtschaft. Damit trifft er die in der Wirtschaft gelegene Kriegsursache: den modernen Konfliktsstoff. Damit entwurzelt er den stärksten Gegner: die Kriegsindustrie, die Kriegsgewinnler, die Kriegswucherer, die Kriegsinteressenten, die Millionenzuschüsse ihrer Presse, die Kriegshetze bezahlter Blätter und Generale (Krupp und Keim) und so die realen Mächte, die hinter den Idealisten — diesen unbewußt — stehen, das „Nationale" benutzen und die „Ordnung" erhalten — so wie sie ist, so wie ihre Opfer, die „verteidigten" Frauen und Kinder, die vertriebenen Menschenmassen, die zerstörten Völker, die verwüsteten Länder, die Krüppel, Witwen und Waisen, sie kennengelernt haben.

Doch graben wir tiefer. Nicht nur Wegbereiter, Schrittmacher ist der Sozialismus dem „Völkerbund", indem er Urteil, Gefühl, Bewegung der Masse weltwirtschaftlich stimmt und die stärksten Gegner des Friedens radikal beseitigt. Er ist nicht nur Protest, wie der Anarchismus, der den Staat verneint, wie die Nationalökonomen, die seit Adam Smith begonnen haben, den Staat als den größten unter allen Verschwendern anzuklagen, er ist nicht nur Verständnis der heutigen Notwendigkeit dieser Verschwendung, als Ausfluß der Lage: ohne Macht kein Reichtum! Er ist nicht nur vertiefte Erkenntnis; die hatten hier andere auch, ja zuweilen mehr. Der Sozialismus ist Lösung des verschlungenen Knotens „Staat und Volkswirtschaft" von der Volkswirtschaft her: nicht durch Verdrängen des Staats aus dem Wirtschaftsleben, wie der Freihandel hoffte, vielmehr durch Umgestalten der Wirtschaft selbst. So daß der Kapitalismus samt der ihm eigenen Absatznot und den Kampf um Absatz entwurzelt wäre und damit der wichtigste Grund der Kriege. Und das ist wohl kaum zu entbehren, selbst wenn — was so zweifelhaft wie schwer ist — der Aufbau eines ganz anders gedachten Staatensystems, eines Rechts- und Friedensbundes, gelingen sollte.

Der Aufbau des internationalen Rechtszustandes wird ständig gehemmt sein durch den aus der Wirtschaft kommenden Konfliktsstoff. Und nur soweit der Rechtsbund gelungen, kann wiederum dem Staat zugemutet werden, auf eigene Macht und die ihm unentbehrliche Förderung ihrer Hilfsquellen in der eigenen Volkswirtschaft zu verzichten. So daß die unermeßlichen Probleme, die da zu lösen sind, nur Schritt für Schritt lösbar werden können, immer eins bedingt vom anderen, immer eins auch weitertreibend zum anderen.

Gewiß, schon die Freihandelsfrage drängt, von der Wirtschaft her, mit innerer Logik zum Staatenverband. Denn die Idee ist richtig, so sahen wir, nur durch die einzelnen Staaten nicht zu verwirklichen. Sind die Staaten dazu nicht in der Lage, so ist die weitergehende Folgerung gegeben: über die Staaten hinauszustreben zu einer Vereinigung, die imstande ist, die Forderungen weltwirtschaftlicher Ökonomie zur Erfüllung zu bringen. So drängt schon die Unerfüllbarkeit der Freihandelsforderung zu dem hin, was für ihre Verwirklichung die Vorbedingung: eine Staatengemeinschaft.

Doch das genügt nicht. Es treibt viel weiter. Zum Weltstaat und zum Sozialismus.

Selbst ein überstaatlicher Verband, ein „Völkerbund", kann den Freihandel noch nicht zur Verwirklichung bringen. Man mutet es ihm auch noch gar nicht zu. Denn überall, wo jetzt Zölle den Erwerb ermöglichen, würde überlegene Konkurrenz ihn vernichten. Auswanderung müßte die Folge sein, nach den Plätzen hin, wo Natur und Kulturbedingungen günstiger sind. Eine Umschichtung

Digitized by Google

nach den Gaben der Natur griffe Platz. Nur allmählicher Abbau der Zölle könnte akutes Elend verhüten. Und überall müßte der Eintritt frei zugänglich sein. Ein einziger Staat sozusagen müßte an die Stelle der vielen getreten sein, nicht nur ein Staatenbund, sondern ein Bundesstaat. So wie das Deutsche Reich gegenüber dem verflossenen Deutschen Bund, so müßte der Weltstaat gegenüber dem Völkerbund eine viel höhere Stufe der Vereinigung sein, um erfüllen zu können, was hier verlangt wird. Nicht ein Syndikat von Staaten, sondern ein Trust von Staaten müßte es sein. Der einzelne Staat nicht mehr darauf angewiesen, als selbständiges Gebilde auf seine Selbsterhaltung und darum auf die Ermöglichung der Existenz seiner Staatsangehörigen in seinen eigenen Grenzen bedacht zu sein, sondern als Glied eines Weltstaats (wie der Gliedstaat im Deutschen Reich) nur noch eine Verwaltungseinheit, der solche Sorgen abgenommen sind. Dann könnte — und müßte — der einzelne Staat davon absehen, für seine Bürger zu sorgen, ihnen Konkurrenz fernzuhalten, er könnte sie leichten Herzens ziehen oder andere einwandern lassen, da beides seine eigene Existenz nicht berühren würde. Die müßte vom Weltstaat gesichert sein. Dann könnte — und müßte — Wirklichkeit werden, was der Völkerbundsentwurf der Studienkommission der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht unter Verkehrsfreiheit, Art. 26 und 27, vorschlägt: „Die Staatsangehörigen der Völkerbundstaaten müssen in jedem Völkerbundstaat in bezug auf persönliche Freiheit und Hausrecht, Kultusfreiheit, Polizei und Gerichtsschutz, Erwerb von Grundeigentum, geistiges Eigentum, Verlags- und Markenschutzrecht, Ein- und Ausreisefreiheit den Inländern gleichgestellt werden. Die Staatsangehörigen der Völkerbundstaaten dürfen in keinem Völkerbundstaat höheren Steuern, Gebühren oder sonstigen Abgaben unterworfen werden als die Inländer. In jedem Völkerbundstaate müssen die Angehörigen der übrigen Völkerbundstaaten gleich behandelt werden. Dies gilt insbesondere für Niederlassungs- und Gewerbefreiheit, Steuern, Gebühren und sonstige Abgaben, Zulassung zur Benutzung von Unterrichtsanstalten und anderen Kultureinrichtungen."

Doch damit wären nicht alle Zölle unentbehrlich gemacht! Die Zölle zum Ausgleich natürlicher Vorzüge wohl, nicht aber die zum Ausgleich der Entwicklungshöhe, die Erziehungszölle. Ihr Wegfall würde die dauernde Teilung der Welt in Werkstattländer und Naturländer, in Industrie- und Agrarstaaten bedeuten. Zum Vorteil von Privatinteressen in den bereits technisch überlegenen Ländern, zum Nachteil anderer, ja der ganzen Welt, sogar der Industrieländer selbst: denn eine einseitig zugespitzte Industrialisierung hier, mit allen hygienischen Folgen, ein Brachliegen aller entsprechenden Anlagen anderer Völker wäre die Wirkung. Für die ganze Welt wäre die entwicklungsfähige Industriebegabung nicht ausnutzbar, die zufällig noch nicht auf die Höhe der Konkurrenzfähigkeit gelangt ist. Es müßte ein neuer Friedrich List für die ganze Welt erstehen, um aufs neue den Freihandel einzuschränken.

So ergibt sich: der Staat kann zwar so, durch einen übergeordneten Weltbundsstaat, ausgeschaltet werden; das geht, allmählich, ist aber noch nicht genug: es bedürfte zugleich damit einer Weltwirtschaftsleitung. Sonst kommt es zu jener die Keime erdrückenden Wirkung der Überlegenheit höher entwickelter Technik. Sonst herrscht einfach Konkurrrenz im Tauschverkehr, sonst herrscht all das andere, was wir in der Volkswirtschaft kennenlernten: all die Unwirtschaftlichkeit, nun im Weltwirtschaftsmaßstab. All die Wirkungen des Tausches, des Handels, des Kapitalismus, sie wären die alleinigen Beherrscher der Welt, durch keinerlei Pflege eines dauernden Gemeinwohls, wie die staatliche Handelspolitik es sein kann, mehr eingeschränkt. Der einzige Maßstab wäre der kapitalistische: Verwertung eines Sachvermögens. Wo bliebe die Verwertung von menschlichen Anlagen, zur Erziehung von Fähigkeiten und produktiven Kräften? Alles wäre nur soweit möglich, als die Verwertung von Sachvermögen es verlangt. Das wäre stets die einschränkende Vorbedingung.

So wäre der Tauschmechanismus, der dann allein herrschte, die Einschränkung des internationalen Ausnützens aller Anlagen durch eine die Keime ertötende Konkurrenz, und alles andere, was uns als Unwirtschaftlichkeit in der Volkswirtschaft bekannt ist, es wäre unverändert, ja zum alleinigen Herrscher der Welt erhoben.

Es bliebe mithin die Notwendigkeit, vom Einzelstaat aus zu korrigieren, was der Kapitalismus und überhaupt der Tausch durch ökonomische Einseitigkeit und all die anderen Konsequenzen der Wirtschaftsform ökonomisch sündigt (mit dem stets zweifelhaften Ergebnis jedes staatlichen Eingriffs), oder aber: statt aller Konkurrenz, statt aller Absatzkämpfe, überhaupt die Wirtschaftswelt wie die der Staaten auf ein neues Prinzip, die Solidarität, zu begründen, also beide einheitlich auf ganz neuem Fundament wiederaufzubauen.

Wiederaufzubauen! Wohltuendes Wort — erlösende Tat! In anderer Weise, der Zusammenbruch fordert es. Die ökonomische Rechnung verlangt es, und die Empfindung legt es nahe.

Brüderlichkeit, einst ein Wort, aus der bürgerlichen Tradition der Zunft geschöpft, die zu eng geworden und darum von „Freiheit und Gleichheit" allein verdrängt worden ist: von der Freiheit des Erwerbs, von der Gleichheit vor dem Gesetz, kurz vom Erwerbsleben eiskalter Tauschgesellschaft — Brüderlichkeit, weltweite Brüderlichkeit („a worldwide brotherhood"), ist das Programmwort einer neuen Zeit. Kein stürmischer Beifall kann denkbar sein als der, bei den dicht gedrängt jubelnden Engländern vor allem nach der Friedensrede eines deutschen Genossenschaftlers, Gewerkschaftlers und Sozialdemokraten, von Elm, auf dem internationalen Kongreß in Glasgow 1913, ein Jahr vor dem Krieg. Und Grüße empfing ich, über Basel, während des Krieges, aus der englischen Genossenschaftswelt, wo kurzes Begegnen in Manchester Fäden gesponnen hatte, die der Krieg nicht zerriß. Und es begegnet schon jetzt — noch ohne „Frieden" — der Mensch dem Menschen, wo er groß genug ist, nichts anderes zu sein als das.

Dieses Menschentum mag — Menschentum sein, wie Marx, mit Feuerbach, es als das Natürlich-Selbstverständliche ansah. Es mag, in verwandter Seele empfunden, gereinigtes Christentum sein, wie bei Hegel. Es mag, aus tausend Kulturen, auch aus der deutschen, zusammengeflossen, das Blut unserer Seele sein, das Fleisch und Blut unseres geistigen Wesens, wie es heute ist. Verdeckt und versteckt, überkrustet vom Schmutz entstellender Leidenschaften, verlassen und fremd in einer Welt von Gewalt und Kälte, kaum ausgesprochen, keusch und scheu — so scheint es mir doch zugrunde zu liegen beim Sozialismus. Von ihm vergessen, ja scheinbar weggeworfen, als gäbe es nur Wirtschaft, nur „Materielles", als wäre das Wichtigste nicht in uns, ist doch dies das letzte, Tiefste, das ihn begründet: die Menschheit in uns, das Menschsein, seine Würde, sein Mitempfinden.

Das läßt den Sozialismus über Meere und Länder hinweg die Hand ausstrecken nach allem, „was Menschenantlitz trägt", die Bruderhand, die helfen will, wo Ausbeutung Mensch und Mensch verfeindet, den einen herabdrückt und entwürdigt, den anderen hochhebt und verdirbt, das läßt ihn jede Ausbeutung bekämpfen, zwischen Völkern so wie zwischen einzelnen und Klassen. Das macht ihn „international". Das läßt ihn wünschen, die Welt, wie das Volk, ganz anders aufzubauen. Das treibt vom Freihandelstraum des Liberalismus zur Genossenschaftswelt: nicht mehr das „Geschäft" die Völker verbindende und Völker verfeindende Seele der Welt, sondern gemeinsamer Vorteil, gemeinsames Eigentum.

Das ergibt den tragenden Unterbau. Ihm entspricht als Spitze der Sinn der Weltwirtschaftsleitung: für die ganze Welt, für alle Menschen, für die „Gesellschaft", also, im vollsten Sinne, das Gemeinwohl zu suchen und durchzusetzen, nicht mit Waffengewalt und Vorschrift, in ein geschickt sich entziehendes „Geschäft" hinein, sondern einfach als die selbstverständliche Richtschnur derer, die beauftragt sind von den gleichberechtigten Genossen, den Miteigentümern. Das ökonomisch Beste für alle, der gemeinsame Vorteil, die Konsequenz des Gemeineigentums: statt staatlichen Eingriffs, statt kapitalistischer Einseitigkeit der Ökonomie, statt alles dessen, was heute die „Weltwirtschaft" ist — es würde eine wirkliche Weltwirtschaft möglich machen und begründen.

Digitized by Google

Gertrud Bäumer / Dehmels Kriegstagebuch

Uns alle quält seit Monaten ein innerer Kampf, in dem jeder Eindruck und jedes Erlebnis unwillkürlich seine Stelle findet, Partei ergreift: der Kampf um den Glauben an unser Volk. Man kann geradezu die Menschen danach unterscheiden, ob ihnen dabei das Herz blutet oder nicht, ob sie nach jedem Zeugnis, das dieses Vertrauen rechtfertigt, aufatmend greifen, oder ob sie ohne Schmerz und Herzklopfen und mit pharisäischer Genugtuung alle Gegenbeweise zur Kenntnis nehmen.

In diesem Kampf, von dessen Ausgang für uns Arbeitsfreudigkeit, Glauben und Kraft abhängt, ist Dehmels Kriegstagebuch ein Helfer. Nicht etwa, weil es uns noch einmal den Helden, den Soldaten in der Verklärung malt, wie ihn die Dankbarkeit und die Beschämung der Beschützten und Geschonten jahrelang gesehen hat, sondern gerade weil es unverblümt, wahrhaftig das Menschliche sieht. Und vor allem, weil die Kriegserlebnisse Dehmels bezeichnet sind durch ganz dasselbe Ringen: um den Glauben an den deutschen Menschen und seine Bestimmung. Gerade aus dieser Einstellung heraus erklären uns die Aufzeichnungen manches, vor dem viele wie vor Unbegreiflichem entsetzt und niedergeschlagen stehen.

Die Verrohung und Zermürbung durch den Stellungskrieg im Feindesland lernen wir begreifen. Wenn schon im ersten Kriegsjahr, aus dem Dehmels Aufzeichnungen stammen, diese Abstumpfung und innere Erschlaffung so kenntlich waren, wieviel mehr muß es später geschehen sein! Wir begreifen, wie sehr diese seelischen Faktoren unterschätzt sind, indem es immer wieder von neuem für selbstverständlich gehalten wurde, daß man ihrer schrankenlos durch die Gewaltmittel der äußeren Disziplin Herr werden könnte. Wir verstehen, welche Riesenleistung das Ausharren von Millionen einfacher Menschen in einem widernatürlichen Leben, arm an Eindrücken, wirklichen Freuden, seelischer Berührung — und zugleich in jener Sphäre der brutalen Notwendigkeit trotz alles Versagens zum Schluß gewesen ist. Die Psychologie des Eigentumsbegriffes im Kriege — wie aus einem gewissen Kommunismus der Truppe und aus der Notwendigkeit der requirierenden Selbsthilfe schließlich die Achtung vor fremdem Besitz sich auflöst — wie die Gewöhnung an Bilder der Zerstörung, die Nachlässigkeit aus Übermüdung, die Ohnmacht von 30 sorgsamen Menschen einem rohen Patron in ihrer Mitte gegenüber zuletzt die Schonungsgefühle abstumpft oder entmutigt — hat Dehmel als Kamerad mit immer wieder bekämpfter Depression miterlebt. Aber was ihn auch immer wieder erhebt, sind — nicht so sehr die Beweise besonderer Tugend und heroischer Kraft — sondern einfachen, treuherzigen, naturhaften Menschentums. Das Gesunde, Gutmütige, Kräftige, das auch durch seine Untugenden ein Lächeln abnötigt, versöhnt und beruhigt immer wieder über Enttäuschungen und Bedenken.

Darum sind auch in Dehmels Beobachtungen die deprimierendsten Erlebnisse nicht an dem einfachen Mann gemacht, sondern an einer gewissen Sorte platter und materialistischer Bürgerlichkeit, die wir auch aus der Heimat genugsam kennen. Die „Etappenschweinerei" hat in diesem Materialismus ihre ekelhafte Wurzel. Die Untergrabung der Disziplin ist hier zum großen Teil mit begründet. Der einfache Mann hat seinen natürlichen Respekt vor höherer Bildung und verantwortungsbewußter Führung verloren angesichts der Ungeistigkeit, der sich selbst immer mehr nachgebenden Genußsucht dieser sogenannten Gebildeten oder Halbgebildeten. Diese Art „Bildung", an der nichts aufrichtig und bodenständig ernst ist, die keine Möglichkeiten innerer Belebung äußerlich inhaltloser und einförmiger Tage birgt, ist draußen keine moralische Kraft. Die Leere füllt dann der Alkohol und die von ihm geprägte, auf gegenseitiger geistiger Anspruchslosigkeit und einem gewissen bequemen Wohlwollen für einander geprägte Geselligkeit. Die sich persönlich aus diesem Milieu erheben — und das sind natürlich nicht wenige — kommen gleichwohl gegen die träge Macht dieser anderen nur selten auf. Viele von einem tiefinnerlichen Mitmenschenbewußtsein erhellte Erfahrungen werden immer wieder in das Ergebnis zusammengefaßt, daß unsere Zuversicht auf den deutschen Geist sich viel mehr stützt „auf den guten Willen unseres unteren Volkes und den reinen Eifer einer kleinen Oberklasse — als auf die selbstgefällige breite Mittelschicht".

Mit der Schwunglosigkeit und mangelnden Opferwilligkeit dieser Schicht hängt dann wohl auch das wachsende soziale Mißverhältnis in Verpflegung und Lebensweise draußen zusammen, das Dehmel schon 1915 und 1916 feststellt, und das wohl mehr als irgend etwas anderes den inneren Zusammenbruch des Heeres verschuldet hat.

Dehmels Buch zwingt zur Aufrichtigkeit, weil es selbst mit Recht das Leitwort trägt: „Schreibe, was du gesehen hast und was da ist." Eine Aufrichtigkeit, die in einer von Stimmung stark umflorten Wirklichkeit über eigenes Illusionsbedürfnis siegt und dabei auch in Enttäuschung und Anklage sich bewahrt, ist ein wundervoller Wesenszug des wirklich großen Menschen. Es gehört ebensoviel Klarheit und Kraft wie Klugheit und Liebe dazu, damit sie so sich geben kann wie hier, auch die durchgreifende plastische Ausdrucksfähigkeit des Künstlers.

Schon dadurch wird das Kriegstagebuch Dehmels an der Schwelle eines neuen Aufbaues zu einem Erziehungsbuch für das deutsche Volk. Wenn er dem Leitwort, das aus der Offenbarung Johannis genommen ist, auch den zweiten Satz hinzufügt: „und was geschehen soll danach", so geschieht auch das mit Recht. Denn es wächst aus diesem seelischen Kriegsgang des Mannes, der als 51jähriger mit die Waffen ergriff in der Hoffnung, daß „etwas mehr Himmelsluft sich nach diesem reinigenden Sturm ausbreiten werde", nicht nur Kraft und Wille, sondern auch die Forderung selbst, da wir fortan „von der Pike auf" noch einmal wieder zu dienen haben.

Fritz Schneider-Sorau / Die Selbstverwaltung in der Reichs- und in der preußischen Staatsgesetzgebung seit Errichtung der deutschen Republik

I.

Weltkrieg und Revolution haben das alte Deutsche Reich getilgt, ein völlig neues ist im Erstehen. Das Wesen aber der neuen Reichs- und Staatspolitik ist die Demokratisierung: Selbstbestimmung des Volkes über die Ordnung des sozialen Lebens. Die Selbstregierung (Demokratisierung der Verfassung) wird ergänzt durch die Selbstverwaltung. Auch auf diesem Gebiet soll der obrigkeitliche Beamtenstaat durch den Volksstaat ersetzt werden. So hat es die Regierung angekündigt, und ihre bisherigen Maßnahmen scheinen zu bestätigen, daß sie die ausschlaggebende Bedeutung der Selbstverwaltung voll erkannt hat. Weitestgehende Beteiligung des Volkes an der Selbstverwaltung muß allmählich

den herrschenden Bureaukratismus beseitigen. Auf diese Weise allein ist eine durchgreifende Politisierung des Volkes zu erhoffen. Ein völliger Neubau der gesamten Verwaltung vom höchsten bis zum kleinsten Organ ist erforderlich, und jeder Gedanke an Wiederaufbau des Früheren muß fallen.

Indessen ertönt das Wort „Wiederaufbau" von allen Seiten, und die Erkenntnis von der Notwendigkeit der grundsätzlichen Erneuerung unseres politischen Daseins scheint sich nur sehr schwer und langsam durchringen zu wollen. Die demokratischen Parteien und die Regierung haben neue leitende Ideen für die deutsche Politik aufgestellt. Aber dem Ideal der Einheit des Deutschen Reiches stellen sich die Ablösungsbestrebungen fast in allen Gauen und Ländern des Reiches, und dem Ideal großzügiger deutscher Einheitspolitik stellen sich die unbelehrten alten politischen Parteiklicken mit unveränderten Programmen gegenüber. Diese zentrifugalen und negativen Strömungen müssen wir als die schädlichen Folgen und das traurige Erbe des alten Bureaukratenstaates erkennen. Äußerlich ist seine Macht geschwunden und schwindet täglich mehr, aber die im Obrigkeitsstaat erwachsenen und lange gepflegten Anschauungen und Gewohnheiten werden nicht verlassen. Deshalb erkennt auch die Öffentlichkeit noch nicht das Neue, das unter der Oberfläche des alten Beamtenstaates ersteht.

So rasch will das dem Bureaukratismus eingeprägte und scheinbar unauslöschliche Mißtrauen gegen Gemeinsinn, Ehrlichkeit und Verwaltungsbefähigung der ohne juristische Examina lebenden erwerbstätigen Bevölkerung nicht schwinden, ebensowenig das tiefe Mißtrauen des Volkes gegen Lebensverständnis, freien Blick, Entschlußkraft und Liberalität der Beamten. Für die Regierung, in erster Linie also für die Minister, aus deren Händen die Gesetzentwürfe hervorgehen, ist es außerordentlich schwer, die bremsende Passivität des Beamtentums zu überwinden, und sowohl die Gesetze als auch die Verwaltung mit dem neuen Geist zu durchdringen. Die neue Bewegung vollzieht sich daher langsam und großenteils fast unmerklich.

Es dürfte an der Zeit sein, einmal zu prüfen, in welchem Umfange bereits Grundlagen für die Ablösung des Obrigkeitsstaats durch den Volksstaat geschaffen sind. Bei diesem Überblick soll von der Neuordnung der Verfassung, also der parlamentarischen Demokratisierung abgesehen werden. Hinzuweisen ist zunächst auf diejenigen Maßnahmen zur Verwaltungserneuerung, welche mehr persönlicher als sachlicher Natur sind. Das ist die Erneuerung in der Besetzung der leitenden Posten: Minister, Unterstaatssekretäre, Ministerialdirektoren, Oberpräsidenten, Bezirkspräsidenten und Landräte. Wenn es gelingt, auf diese Posten wenigstens in der Mehrzahl tatkräftige Führernaturen aus dem freien Betriebe des Volkslebens zu setzen und diese Erneuerung auch durchzuhalten, so wird sich der frische Luftzug im ganzen Hause des Bureaukratismus nach Überwindung der Übergangskrankheiten bald segensreich fühlbar machen. Daneben befindet sich die Durchführung der Selbstverwaltung mit Hilfe von Gesetzen auf allen Gebieten der Verwaltung, sowohl der bestehenden als auch der neu geschaffenen, kräftig im Marsch. Hier finden wir teils die Fortführung von Maßnahmen, welche auch im alten Reich und Staat mehr und mehr Boden gewannen, teils die glückliche Einführung neuer Ideen.

II.

a) Innerhalb der im Reiche und im Staate Preußen während der ersten fünf Monate der deutschen Republik erlassenen Gesetze drängen sich mit Rücksicht auf den Ausbau der Selbstverwaltung naturgemäß die beiden preußischen Gesetze zur Abänderung der Organisation der Lokalverwaltung in den Vordergrund. Die preußische Verordnung vom 24. Januar 1919 über die anderweitige Regelung des Gemeindewahlrechts hat die lange vor dem Kriege bereits vertretenen Wünsche verwirklicht. Das allgemeine, unmittelbare und geheime Wahlrecht sowie die Verhältniswahl sind eingeführt worden. Auch sonst ist das Gemeindewahlrecht dem neuen Wahlrecht für das Reichs- und für das Staatsparlament angepaßt. Wichtig ist insbesondere die Aufhebung des Wahlrechts der Forensen und der juristischen Personen, ferner die Beseitigung der Möglichkeit, das Wahlrecht von der Zahlung eines Bürgerrechtsgeldes abhängig zu machen. Das Vorrecht der Grundbesitzer und die Ausschließung gewisser Beamtengruppen sind endlich beseitigt. Von einer zu weitgehenden Radikalisierung des Gemeindewahlrechts wird man, insbesondere auch nach dem Ausfall der ersten Wahl, kaum sprechen können.

Zweifelhafter erscheint es, ob die Reform des Kreistagswahlrechts geglückt ist. Die preußische Verordnung vom 8. Februar 1919 betr. Zusammensetzung der Kreistage und einige weitere Änderungen der Kreisordnung dürfte meines Erachtens dieses Wahlrecht in allzuweitgehendem Maße dem Gemeindewahlrecht angepaßt haben. Von den früheren drei Wahlverbänden sind nur derjenige der Städte und derjenige der Landgemeinden aufrechterhalten worden. Die Abgrenzung zwischen den beiden Wahlverbänden erfolgt nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl, und auch für die Wahlen innerhalb der beiden Wahlverbände ist wiederum lediglich die Bevölkerungszahl maßgebend. Hierdurch ist also jede Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungskraft und der sozialen Bedeutung sowohl einzelner Gemeinden als auch einzelner Wählergruppen beiseite geschoben. Daß nach der Verordnung vom 8. Februar 1919 die Wahlen zum Kreisausschuß und zu den Kreiskommissionen nach dem Verhältniswahlsystem erfolgen, und daß der Landrat durchweg auf Vorschlag des Kreistages vom Staatsministerium ernannt wird, muß an sich für eine Verbesserung des bisherigen Zustandes erachtet werden.

Die preußische Verordnung vom 24. März 1919 über Bildung und Aufgaben der Beamtenausschüsse schreibt die Bildung eines Vertrauensorgans der Staatsbeamten zur Erhaltung ihrer Arbeitsfreudigkeit und Vermeidung von Reibungen sowie zur gutachtlichen Äußerung über allgemeine innerdienstliche Angelegenheiten vor. Diese Einrichtung entspricht den demokratischen Grundsätzen und ist zu begrüßen.

b) Von den Verordnungen, welche zur Durchführung ihrer Vorschriften die fachliche Selbstverwaltung teils einschalten, teils vernachlässigen, behandle ich im folgenden zunächst diejenigen, welche mir die Forderungen der Selbstverwaltung teils ausreichend, teils wenigstens einigermaßen zu berücksichtigen scheinen. Zunächst die Gruppe derjenigen Verordnungen, welche die Verhältnisse der Arbeiter und Angestellten behandeln.

Die Reichsverordnung vom 23. November 1918 über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter sieht die Möglichkeit vor, daß über Ausnahmen von der gesetzlichen Arbeitszeit im Verkehrsgewerbe Vereinbarungen zwischen den Betriebsleitern und den Arbeitnehmerverbänden getroffen werden. Hier ist also eine wesentliche Forderung wirtschaftlicher Selbstverwaltung erfüllt. Ferner gestattet die Verordnung, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten für gewisse Betriebe eine von der Verordnung abweichende Regelung genehmigen. Hierzu ist ein Antrag des Arbeitgebers unter Zustimmung der Vertreter der Arbeitnehmer erforderlich. Auch dabei nimmt also die Verordnung auf das Gebot der Selbstverwaltung Rücksicht. Allerdings scheint sie mir in diesem Punkte allzu vorsichtig zu sein. Überhaupt zeigt die Gesamtheit der Verordnungen über die Arbeitsverhältnisse der Angestellten und Arbeiter eine überwiegende Neigung der Regierung, Aufsicht und ausschlaggebende Entscheidungen in die Hand der Gewerbeaufsichtsbeamten zu legen. Hierdurch wird der Selbstverwaltung Abbruch getan, während es doch in Anbetracht der wesentlichen Stärkung, welche die Arbeitnehmerinteressen durch die weitgehende Förderung der Arbeitervertretungen auf allen Gebieten der Gesetzgebung erfahren, keines schweren Entschlusses bedürfte, um der Gemeinschaft von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen maßgebenden Einfluß auf die Ausführung der in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen zu gewähren. Die Gewerbeaufsicht muß allmählich, etwa analog der Kesselaufsicht, zu einer Selbstverwaltungseinrichtung der wirtschaftlichen Berufsgruppen werden, und die Oberaufsicht der Regierung muß mehr und mehr durch nur wenige Kommissare ausgeübt werden. So wäre es m. E. im Falle der vorliegenden Verordnung richtig gewesen, das Genehmigungsrecht einem Gemeinschaftsausschuß der zuständigen Arbeitnehmer- und Arbeit-

geberverbände unter kommissarischer Mitwirkung der Gewerbeaufsicht zu übertragen. Noch schwächer ist die in der Verordnung enthaltene Vorschrift, daß die Gewerbeaufsicht befugt ist, Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor der Entschließung zu hören. Hier hätte mindestens statt der Befugnis eine Verpflichtung aufgestellt werden müssen.

Die Anordnung vom 9. Dezember 1918 über Arbeitsnachweise besagt, daß Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet werden können, öffentliche unparteiische Arbeitsnachweise einzurichten, an deren Verwaltung Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig zu beteiligen sind. Diese Organisation, welche den bisherigen Zustand fortführt, kann natürlich nicht als eine dem Gedanken der Selbstverwaltung entsprechende anerkannt werden. Richtig würde vielmehr sein, daß die Arbeitsnachweise von einer Gemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingerichtet und verwaltet werden, den Gemeindevertretungen jedoch ein Aufsichtsrecht zugestanden wird. Weiter besagt die Anordnung, daß vor dem Zusammenschluß von Arbeitsnachweisen zu Zentralorganisationen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu hören sind. Auch abgesehen von dem Vorhergesagten ist diese Vorschrift als zu zaghaft zu betrachten. Den Arbeitgebern und Arbeitnehmern müßte vielmehr mindestens ein mitwirkendes Beschlußrecht zugestanden werden. Was für Arbeitsnachweise gesagt ist, gilt auch für die Einrichtung und Verwaltung von Stellen für Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung.

Die Verordnung vom 23. Dezember 1918 über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten überträgt dem Reichsarbeitsamt die Befugnis, Tarifverträge auf Antrag von Beteiligten für allgemein verbindlich zu erklären. Die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse beruhen auf unmittelbarer und geheimer Verhältniswahl, die Schlichtungsausschüsse bestehen paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Übertragung des Vorsitzes an einen Unparteiischen ist nicht erforderlich. Die Vorschriften dieser Verordnung können vom Standpunkt der Selbstverwaltung meines Erachtens als vorbildlich betrachtet werden.

Die Verordnung vom 4. Januar 1919 über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung sieht für streitige Fälle die Mitwirkung der Tarifgemeinschaften und der Schlichtungsausschüsse vor. Die Verordnung vom 28. März 1919 über die Freimachung von Arbeitsstellen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung gibt den Demobilmachungsausschüssen das Recht, einzelne oder Gruppen von Arbeitgebern zur Kündigung von Angestellten oder Arbeitern anzuhalten. Vor der Kündigung muß der Arbeitgeber die zuständige Angestellten- bzw. Arbeitervertretung hören. Wenn der Demobilmachungsausschuß selbst die Kündigung vollzieht, muß er Arbeitgeber und Arbeitnehmer hören. — Gegen diese beiden Verordnungen dürfte nichts Wesentliches einzuwenden sein.

Die Verordnung vom 2. Dezember 1918 über die Entlohnung und die Errichtung von Fachausschüssen im Bäckerei- und Konditoreigewerbe ordnet an, daß die Kommunalverbände solche Fachausschüsse einsetzen und deren Mitglieder unter Berücksichtigung von Vorschlägen der zuständigen Berufsvereinigungen ernennen. Die Aufgaben der Fachausschüsse sind teils die eines Beirats, teils Mitwirkung. Daß die Mitglieder der Fachausschüsse vom Kommunalverband ernannt werden, ist im Sinne der Selbstverwaltung ein erheblicher Fehler der Verordnung. Dem Kommunalverband darf höchstens ein Bestätigungsrecht zuerkannt werden, jedoch halte ich auch dieses für überflüssig. Wahl durch die Berufsvereinigungen muß genügen. Ferner müßte den Fachausschüssen eine beschließende Stellung gegeben werden. Alle solche Anordnungen, wie die vorstehende, sind nur halbe Maßnahmen und lassen deutlich erkennen, daß es auch der neuen Regierung schwer fällt, sich von dem hergebrachten Mißtrauensverhältnis zwischen Beamtenregierung und erwerbstätiger Bevölkerung loszumachen.

Die vorläufige Landarbeitsordnung vom 24. Januar 1919 verweist Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vor die Schlichtungsausschüsse. Die Verordnung vom 13. Januar 1919 über Errichtung von Fachausschüssen für Hausarbeit und die Verordnung vom 8. Februar 1919 über Errichtung von Arbeitskammern im Bergbau entsprechen gleichfalls den Grundsätzen der Selbstverwaltung.

Die Verordnung vom 13. November 1918 über Erwerbslosenfürsorge sieht die Errichtung von paritätischen Fürsorgeausschüssen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Entscheidung von Streitigkeiten vor. Ferner ist unter bestimmten Voraussetzungen Auszahlung und Kontrolle der Unterstützungen an die zuständige Arbeitnehmerorganisation auf deren Antrag zu übertragen. Man kann mit diesen Vorschriften im allgemeinen zufrieden sein; jedoch wäre es noch besser gewesen, wenn Auszahlung und Kontrolle der Unterstützungen allgemein und grundsätzlich auf die zuständigen Arbeitnehmerorganisationen übertragen wäre. Die Verordnung vom 9. Januar 1919 über Beschäftigung Schwerbeschädigter schreibt vor, daß die Überwachungsstellen im Benehmen mit den Hauptfürsorgestellen handeln sollen. Die Verordnung vom 24. Januar 1919 über Einstellung, Entlassung und Entlohnung der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung sieht wie die vorher genannte entsprechende Verordnung vom 4. Januar 1919 die Mitwirkung der Tarifgemeinschaften und der Schlichtungsausschüsse vor. Die Verordnung vom 8. Februar 1919 über die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge setzt einen Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge beim Reichsarbeitsamt ein. Mit diesen Verordnungen kann man im allgemeinen einverstanden sein.

Das gleiche gilt für die folgenden Verordnungen: vom 4. Februar 1919 über die Sicherung der Acker- und Gartenbestellung. Durch diese Verordnung wird die Anhörung des Bauern- und Landarbeiterrats vorgeschrieben. Die Verordnung vom 29. Januar 1919 zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungslande verpflichtet die Bundesstaaten, gemeinnützige Siedlungsunternehmungen zu gründen, soweit solche nicht bereits vorhanden sind. An der Aufsicht über das Siedlungswesen sind Vertrauensleute der Ansiedler und der früheren Besitzer mit beschließender Stimme zu beteiligen. Die großen Güter werden zu Landlieferungsverbänden zusammengeschlossen. Die Verordnung vom 18. Januar 1919 über den Bergbau sieht die Ernennung von Reichsbevollmächtigten für die einzelnen Bergbaugebiete vor und stellt diesen Beamten je einen Vertreter der Unternehmer und der Arbeitnehmer zur Seite.

Julius Bab / Die Bürger von Calais

(Stimmen aus der Gruppe Rodins.)

Ein Jüngling:

Tut auf! Tut auf! Im Namen unsrer Not!
Der Hunger schlägt an eures Leibes Tor.
Was Fleisch war, starb. In grauen Falten schlottern
Fetzen von dem, was uns Gewand gewesen.
Seid ihr Gespenster schon? — In meiner Brust
Ringt noch ein runder Hunger nach dem Licht, —
Blut, das noch blühen will, — Haare wollen flattern.
Mein Leben werf' ich voll mit diesem Schrei
In euer Hirn: Tut auf! Wir sind nicht Erz.

Ein Mann:

Nein, wir sind's nicht. Denn das, was in uns war
und wie Metall und gottgeweihte Waffen
hart, unverletzlich fest dem Hochmut schien,

Digitized by Google

ist so zermürbt, in Elend hingeworfen,
zerstückt, zerbrochen, in den Wind gestreut,
daß uns nichts bleibt, als unsre hohlen Hände
an dieser Stirne Knochenwand zu schlagen. —
Daß sie doch fiele! wie die Mauer fiel!
zerrisse, wie der Söldner Panzerhemden!
hinschmölze, wie das Wasser schwand im Krug!
Schließt oder öffnet! — Gebt euch, fallt durch's Schwert —
tut auf, verhungert — alles ist am Ende
und gilt ganz gleich! Denn unsre Kraft zerbrach,
der Stolz der Wehr, die Lust des eignen Lebens
zerbrach, sank hin, beugt wuchtend im Genick —
zertrümmert Erz — gewaltsam uns zum Fall.

Ein Greis:

Erz trägt auch Erz. Mit hochgestrafften Gliedern
trag ich die Last. — Nichts brach und nichts versank:
Wälle und Waffen, Panzerhemd und Brot
reich ich euch dar und halt ich so in Händen
wie diesen Schlüssel. — Öffnen und versperren
kann euer Stolz. Ihr könnt euch so ergeben
daß euer Sieger noch erröten wird,
und so die Schlüssel nimmt aus euren Händen
wie Bettler einen Pfennig.
Geht, tut auf!
Mit dieser Stirn, die achtzig Lebensjahren
entgegendrohte, trotz ich den Bezwinger
in seine Schmach. — Die Fetzen der Gewänder
falln wie ein Krönungsmantel starr herab.
Tut auf. Die Rosse unsrer Feinde treten
nicht unsern Stolz. Seid frei! tut auf! — Seid Erz!

S. D. Gallwitz / Das Vaterland als Aufgabe

Gerade in Zeiten, wo ein Begriff, als Wort gefaßt wahllos aus jedermanns Mund hervorgeht, ist es notwendig, daß man einmal seinem Wesen und seiner Bedeutung wie etwas Neuem nachspürt. Denn Begriffe haben das Schicksal von Münzen: sie werden, je mehr sie durch aller Hände gehen, abgegriffen.

Vaterland! täglich tritt es uns als Erreger neuer Erschütterungen neu gegenüber, kaum vermögen wir Deutschen die Realität Vaterland, gemessen an ihrem Vergangenheitsbild heute noch zu erkennen. Das innen und außen blühende Deutschland, das sich selbstsicher im Bereich seiner weitgesteckten Grenzpfähle dehnte, existiert heute nicht mehr, das Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland?" mit seinem, dem Reichsgedanken jubelnden Ausdruck verleihenden Kehrreim „mein Vaterland muß größer sein . ." ist zu Spott und Schanden geworden. Wir stehen auf Trümmern, von denen niemand heute sagen kann, ob und wann sie sich wieder zu einheitlichem Bau zusammenfügen lassen werden.

Der Vaterlandsgedanke ist auf allen Zungen und wird durch tausend Versammlungen und Demonstrationszügen in den Straßen geschleift. Je lauter die Worte dabei geschrien werden, um so weniger erkennt man sein Gesicht. Die Art, wie die Massen rechts und links, die nie und nirgends identisch sind mit dem Volk, sich zu ihm stellen, gibt zu unzähligen anderen noch einen neuen Beweis dafür, daß vaterländisch, oder nennen wir es mit dem gangbaren Wort: patriotisch gerichtet sein nicht eine angeborene Eigenschaft und Zubehör jeder Menschlichkeit ist, sondern eine erworbene Sittlichkeit; sie fliegt in ihrer jeweiligen bestimmten Art nicht zu, weil man zwischen diesen oder jenen Grenzpfählen geboren und aufgewachsen ist.

Die furchtbaren Erlebnisse Deutschlands gipfeln heute in der Frage, die, je nachdem, verzweifelt, unsicher, zynisch im Volk umgeht. Was ist Vaterland? . . . Man soll es sich heute im Ernst fragen.

Wir wissen alle noch, was das Vaterland, was Deutschland vor dem Kriege uns war: es war unser Stolz; ein junger Riese an Kraft, an Wirkung und Zukunft, es gab so leicht nichts, das wir ihm nicht zugetraut hätten, wir waren verliebt in seine Erfolge und spannten seine Möglichkeiten immer weiter und immer phantastischer. Ein altes, tiefes Wort wurde neu belebt; es besagte, daß am deutschen Wesen die Welt genesen solle. Übertragen in den Zeitgeist vor dem Kriege lautete es: Deutschland voran in der Welt! Manche faßten es in seiner sehnsuchtsvollen, tief verpflichtenden Bedeutung, der Masse rechts und links aber diente es als Aufruf zur Befriedigung rein materieller Gelüste. Was soll diese Masse, die sowohl unter den „vaterlandslosen Gesellen" wie in der „Vaterlandspartei" zu Hause war, heute mit einem erfolglos gewordenen Deutschland anfangen? Sie ist von ihm enttäuscht und sie schreit in ihrer wurzellosen Haltlosigkeit diese Enttäuschung in den Straßen aus, ihr alle paar Tage einen anderen Namen gebend. Es ist ein Aufruhr gegen das Vaterland.

Die Masse vergötterte das erfolgreiche Vaterland in seinen Fürsten und Helden, und sie tritt es heute in eben diesen selben Männern mit Füßen. Die Zeit bringt immer neue, starke Beweise dafür, wie gut auch heute noch in der Masse das Hosiannah- und das Kreuzige, Kreuzige-Rufen sich miteinander verträgt und nebenher gehen kleine Merkmale, die in ihrer schlichten Unscheinbarkeit manchmal noch den unmittelbaren Eindruck davon geben.

Es war unlängst in einem Papiergeschäft, Spezialität Ansichtspostkarten; ich wollte dort eine Hindenburgkarte kaufen. Das junge Mädchen wiederholte meine Forderung: Eine Hindenburgkarte? „Ach so! Nein, die haben wir nicht mehr. . ." In mir wurden Bilder der Novembertage lebendig; die ängstliche Eile, mit der damals unter dem unsichtbaren autoritativ gewordenen Zwang der Masse alle Bilder unserer Heerführer, Fürsten, Helden und Dinge, die irgendwie eine vaterländische Note an sich hatten, aus den Auslagen und Schaufenstern entfernt wurden. In den feinen Geschäften gaben sie die Erklärung, es wäre taktvoll, es zu tun, gratis dazu ab. . . . Also es gab keine Hindenburgkarte mehr. Eine andere Verkäuferin mischte sich ein und bedeutete die erste, es möchte wohl da und da, in dem und dem Kasten mit den ausrangierten Waren, noch eine sein. Der Kasten wurde gehalt und da gab es denn wirklich noch eine; gab auch noch den Kaiser und einige Generale und die gefallenen Flieger und U-Boot-Helden, nach denen schon einmal Krawatten genannt worden waren. Alle ausrangiert.

Wo fühlen wir heute: Vaterland?! . . . An den Gräbern unserer Gefallenen klingt es von ihm und stärker als jemals lebt es uns in den Dingen, die ohne sinnfälligen Zusammenhang mit ihm sind; im Bücherschrank, wenn wir über die Namen der Bände hinsehen, eine Kette, die durch anderthalb Jahrhunderte und weiter zurückreicht; bei einer Beethovensymphonie, die über Tausende von bewegten Gesichtern hingeistert, bei Brahms, bei Reger; vor Bildern; in der alten Stadt und im arbeitenden Industriebezirk und am Rande der Felder von grüner reifender Saat. Dort ist sein Geist, und nur dieser Geist lebt heute als greifbare Wahrheit und als Besitz in der Seele.

Aus diesem rein gefühlmäßig, man könnte sagen: rein genießend empfundenen Vaterlandsgedanken heraus kann manches Segensvolle für uns aufblühen, damit aber ist es heute nicht getan; die Arbeit unserer Zukunft muß ein Schaffen und Pflegen von Dingen sein, die Frucht tragen. Neben dem Wiederaufbau der Realität Vaterland müssen neue Beziehungen zwischen dem Vaterlandsgeist und unserem Geist erstehen. Bindungen, die stärker sind und sich stärker zu erweisen vermögen als die, welche von dem Vernichtungswillen der Gegenwart in Stücke gerissen wurden. Eine sehr laute und den Geist einengende prinzipielle Betätigung im Vaterländischen und im Deutschtum begleitete unsere Friedenskultur bis an die Schwelle des Krieges. Überlassen wir sie der Vergangenheit, ihre Praktiken haben sich als irrational

erwiesen: die Sache will tiefer gefaßt sein als mit Vereinen und Schlagworten. Es geht auch hier um „ein neues Herz und einen neuen und gewissen Geist. . ."

Wie ein Weiser aus der Wirrnis nationalen Empfindens auf einen ersten Weg in die Zukunft wirkt die Schrift von Paul Feldkeller, die jetzt herausgekommen ist. (Felsenverlag, Buchenbach i. B.) Ihr Name ist: „Vaterland", ihr Wesen eine philosophische Stellungnahme. Der Verfasser enthüllt den Januskopf des Vaterlandes, auf der einen Seite etwas Heiliges, das Herrlichste, was Menschengeist empfangen hat, auf der anderen Seite das Vaterland, wie es unter anderen „Vaterländern" steht, Bestien, die sich untereinander verschlingen wollen. Die Masse kennt diesen Gegensatz nicht; das Geistesleben hat in ihr keine Heimat, die Masse kennt nur die Extreme des Buchstabens, die sie je nach Umständen und Bedarf auswechselt. Feldkeller spricht von der Zwiespältigkeit, die darin liegt, daß das Vaterland, an dem wir arbeiten, das ohne unser Tun, die wir doch alle Bestandteil dieses realen, historischen Vaterlandes sind, unvollständig bleibt, zu gleicher Zeit unser Vorbild ist. Er fragt nach der nationalen Vorbildlichkeit, nach dem Typus „National" in der Geisteswelt und kommt zu dem Schluß, daß die reinsten und höchsten Erscheinungen unter den Völkern ihrerzeit als unnational gewertet worden sind. Sokrates wurde als ungriechisch, Christus als unjüdisch, Goethe als undeutsch empfunden. (In der Gegenwart hat Friedrich Nietzsche das gleiche Schicksal.) Der alte, historisch orientierte Nationalitätsbegriff — sagt der Verfasser — bleibt unfruchtbar in seiner Anwendung auf das Geistesleben und wird gefährlich, wenn er sich nicht zum Übernationalen fortentwickelt. Nicht in seiner Bedeutung als Vorbild, sondern als Aufgabe tritt die Fruchtbarkeit des Begriffes Vaterland in Erscheinung. Die Frage nach ihm ist eine sittliche Frage. „Die vaterländische Begeisterung gilt einer Sache, die erst werden soll, einem unsichtbaren Etwas, das der echte Patriot im Herzen trägt und in seiner Umgebung verwirklichen will." Und weiter: „Der liebt sein Vaterland, der dafür sorgt, daß es an ihm etwas Liebenswertes, etwas, das unsterblich ist, gibt." Damit fällt für die Bemerkung alles hin, was von vornherein als vaterländisch oder nicht vaterländisch abgeurteilt wird: auf das Wie, auf den Sinn und den Geist kommt es an. Der Verfasser setzt sich in tiefgehenden und unverrückbar folgerichtigen Gedanken mit allen Schlagworten und schlagwortgeborenen Meinungen auseinander und nimmt eine reinliche Scheidung vor zwischen dem Effekt einer Sache und der Sache selbst. Sein Wort: „Dort, wo wir ganz bei uns selbst sind, ist unser Vaterland!" setzt ein erstes Ziel.

Niemals wohl war es schwerer, aber auch notwendiger, zu sich selbst zu kommen, als heute in dem hin und her reißenden Sturm der Zeit und inmitten der nivellierenden Wucht des Parteilebens. Hier ist Arbeit für jeden. Zu sich selbst, zum Besten in sich selbst kommen und von da aus zur nationalen Mitarbeit, das ist für jeden einzelnen der Weg zu einem neuen, wurzelechten Vaterlandsgeist.

Oskar Beyer / Landschaft von C. D. Friedrich

Die große Überraschung der Nationalgalerie ist jetzt ein großes Bild von Friedrich, das aus der weltentlegenen Verborgenheit eines Privathauses nun in die kühle, sachliche Ordnungsmäßigkeit des öffentlichen Museums versetzt worden ist. Tritt man ahnungslos davor, schrickt man förmlich zusammen vor dem großen Schweigen dieser Landschaft, ihrer ernsten Erhabenheit, dem seltsamen Glühen ihrer Farben, aber dann steht sie plötzlich in voller (vertrauter und doch geheimnisvoller) Klarheit der Seele unmittelbar gegenüber. Der Geist dieser einfachen Malerei klingt einem dann ins Herz wie Musik, und der wird vielleicht am besten vorbereitet vor sie treten, dessen Empfindungsfähigkeit gerade durch eins der Werke unserer großen Tonmeister aufgelockert wurde.

Man wundert sich übrigens, wie wenig dieses Bild auffällt — die Menschen trotteten meist arglos vorüber, ihre Augen und Seelen waren „gehalten", während das Bild sich in seine stolze, unnahbare Schweigsamkeit zurückzog. Es müßte auch auf einen ganz äußerlich interessierten Beschauer wirklich erregend wirken, denn es ist ein sehr umfangreiches Viereck, und es sind Farben, denen gegenüber die der umherhängenden Gemälde geradezu flach und armselig und alt erscheinen. Rein gegenständlich gehört es außerdem zu den Darstellungen von Naturjensationen.

Nur der Himmel ist eigentlich da, und zwar übermächtig; die Erdenlandschaft nur angelegt in sehr kräftiger, sicherer Pinselzeichnung, eine Untermalung in einem grünlich-heilbraunen, verräucherten Ton. Also ein unvollendetes, halbvollendetes Werk; vielleicht ist der Mann darüber hinweggestorben oder er schob die Vollendung auf, bis es eines Tages zu spät war. Dieser Himmel ist alles, die braune untere Welt hilft als prachtvoller Kontrast (rührend in seiner selbstlosen Funktion) der oberen zur vollen Entfaltung ihrer magischen Farbigkeit. Im allgemeinen ist es ja sehr gefährlich, Wolkentheater und Natureffekte zu malen, es ist gefährlich, Sonnenuntergänge, oder gar wie hier: das Nordlicht auf die Fläche zu bringen, und die meisten, selbst technisch „Berufene", sind an solchen Punkten einfach umgekippt. Es gibt wenige Bilder aus dem letzten Jahrhundert, die es so deutlich machen wie dieses hier, das doch letztlich immer wieder entscheidet: Größe des Wesens und Macht zur Beseelung, also der Wert und die Höhe des Wie. — Die Farben dieses Bildes, das man nicht mit dem abgegriffenen Worte „Landschaft", sondern wie C. G. Carus als „Erdlebenbild", oder vielleicht noch simpler als „Naturbild" bezeichnen sollte, sind ein Gewebe aus Violett und Rosa. Doch sind sie zu einer solchen Harmonie verwoben, daß man diesen Akkord gar nicht wieder vergißt. Eine ungewöhnlich scharf begrenzte Wolkenmasse bringt eine fast eigensinnige Diagonale in das Bild hinein. Das ist ein — übrigens ziemlich seltenes — Symptom für den romantischen Irrationalismus dieses Malers: denn fast immer sind seine Bilder „komponiert", die Naturobjekte aufgebaut und hingestellt in strenger Parallelität (hier: die wie ein Vorhang in der Mitte gerafften Wolkengebilde, die beiden Felskuppen, dazwischen zwei Männer als Beschauer des himmlischen Phänomens). Von hier aus ist die Achtung und Liebe zu verstehen, die sich heute für den einst in Armut gestorbenen Friedrich regt. Mehr noch ist es aber vielleicht sein Streben und sein Vermögen, das lebendige, schöpferische, geistige Prinzip der Natur zu verdeutlichen, ein „seelisch erfaßtes Naturbild" zu gestalten, was viele Herzen gerade der Neuesten sich ihm zuneigen läßt.

Dies gewaltige Bild, das wie alle seine anderen, nicht in „festen Umrissen, überhaupt nicht in Gegenständen, sondern als ein Ganzes von Farbentönen" geschaut ist, ragt als einer der höchsten Gipfel eines Künstlerdaseins auf. Die Anfänge Friedrichs waren ärmlich, zag und scheu, doch einer inneren Stimme folgend, sieht er sich plötzlich in die Flut des Geistigen gerissen, und seine Werke werden Symbole religiöser, kosmischer Ergriffenheit.

Naumann / Das Erkennen des Lebens

Als wir vor mehr als hundert Jahren in Deutschland die Zeit der großen Philosophen hatten, stritten sich die starken Denkerköpfe um Fragen, die für die meisten von uns im gewöhnlichen Gange der Dinge als weit hergeholt und sehr schwierig erscheinen, nämlich um die Erkennbarkeit der Welt und des Lebens. Es fand sich ein doppelter Weg zur Erlangung einer Weltanschauung, nämlich einerseits die Erforschung und Beobachtung der Dinge, die um uns herum sind (die äußere Welt) und andererseits die bewußte Erkenntnis der Vorgänge, die sich in uns selber offenbaren (die innere Welt). Aus beiden Weisen der Erkenntnis wächst erst das Gesamtbild des Daseins an sich, das hinter und über allen Erscheinungen und Erlebnissen ist (das absolute Sein,

Digitized by Google

das große Werden, Gott). Indem man aber nun einesteils die Natur untersuchte und anderenteils das Ich, fand man, daß kein Gegenstand und keine Person für sich allein existierte. Es war jeder Stein und jeder Baum ein Stück aus der Mitte von hunderttausend anderen Körpern, und es war jedes Ich ein kleiner Ton in einem vollen Konzert geistiger Bewegungen. Wollte man also etwas Einzelnes oder einen einzelnen erkennen, so mußte man seine Umgebung, seine Entstehung und sein Werden und Zergehen zugleich mit ins Gedächtnis fassen. Die Vertiefung in das einzelne führte zur sozialen Einsicht, in den Zusammenhang aller mit allen. Im Grunde ruht alle soziale Gesinnung auf dieser Vertiefung der Betrachtung des Lebens. Am meisten aber beschäftigten sich die Denker mit der Frage, wie sich die Naturbetrachtung zur Ichbetrachtung verhält und umgekehrt. Es war dem suchenden Geiste bald klar, daß jedes Ich (auch unser eigenes Ich) auch als ein Stück Natur angesehen werden kann und muß, das ebenso entsteht und vergeht wie ein Stein oder Baum, und daß jedes Naturstück eine Art von Ich in sich enthält, einen Wachstumstrieb oder Magnetismus oder eine Kristallisation. Es liegt demnach nicht so, als ob sich die materielle und die seelische Welt wie zwei getrennte Größen nebeneinander befinden, sondern die Einheit des Lebens ist in der unbeschreiblichen Zusammenwirkung von Erscheinung und Wille, von Naturgesetz und Freiheit. Wer an dieser Pforte steht, der ahnt die Geheimnisse der unaufhörlichen Schöpfung und versucht sich mit allem, was er kann und hat, in den Dienst des ewigen Werdens zu stellen.

Sprechsaal

Landeskirchenwahl in Württemberg.

Von Rechtsanwalt Dr. Fr. Hahn-Ulm, Mitglied der Landeskirchenversammlung.

Als erster deutscher Gliedstaat hat Württemberg den Versuch unternommen, von den evangelischen Glaubensgenossen eine Landeskirchenversammlung am 1. Juni wählen zu lassen, welcher die verantwortungsvolle Aufgabe obliegt, das durch die Umwälzung vom November veränderte Verhältnis von Staat und Kirche gesetzgeberisch zu regeln, insbesondere eine Grenze zwischen Staat und Kirche zu ziehen und die Verfassung der württembergischen Landeskirche zu ziehen und die Verfassung der württembergischen evangelischen Landeskirche neuzugestalten. Alle mindestens 25jährigen männlichen und weiblichen Mitglieder der Landeskirche konnten ihre Stimme nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht in dem Kirchenbezirk ihres Wohnsitzes abgeben, wobei die Wahl der Abgeordneten nach dem relativen Mehrheitssystem erfolgte. Der Ausfall der Wahl war ein durchaus unerwarteter Sieg der orthodoxpietistischen Kreise; von den 82 Mitgliedern der verfassunggebenden Landeskirchenversammlung gehören sicherlich 40 (wenn nicht mehr) der Rechten an, etwa zwei Dutzend der Mitte und höchstens ein Dutzend der Linken.

Dieser Wahlausfall gibt ein völlig falsches Bild von den in der württ. evang. Landeskirche lebendigen Kräften. Zwar ist bekanntlich das schwäbische Volk tiefreligiös, wenn dies auch in den letzten 50 Jahren nicht mehr in dem einst so starken Maße der Fall ist; aber dennoch ist ihm ein starker freiheitlicher und demokratischer Zug eigen. Der Grund für diesen ungünstigen Ausfall liegt einmal in der durch den Kriegseindruck der feldgrauen Glaubensgenossen und das obrigkeitliche System verstärkten geringen Wahlbeteiligung seitens der liberaler Gesinnten, ferner in der schon seit Monaten ganz im geheimen vor sich gehenden, nicht immer mit reinen Händen arbeitenden Agitation der Gemeinschaftsleute und endlich in dem altväterischen Wahlsystem der Mehrheitsentscheidung. So konnte es kommen, daß in den industriellen Großstädten Stuttgart, Cannstatt und Ludwigsburg bedeutende Liberale den Gemeinschaftsleuten glattweg unterlagen. Viel richtiger wäre es gewesen, wenn das Verhältniswahlsystem für die Wahlen zugrunde gelegt worden wäre; aber davor hatte die Landessynode wegen der angeblich parteibildenden Natur dieses Wahlsystems bange, als ob nicht gerade jetzt die so gut wie parteipolitisch nach rechts hin organisierten Gemeinschaftsleute das Heft in die Hand bekämen. Auch die Frauen haben bei der Wahl schlecht abgeschnitten, denn trotz mehrfacher Bewerbungen wurde nicht eine einzige Frau in die Landeskirchenversammlung gewählt.

In kirchlich-liberalen Kreisen sieht man deshalb mit lebhaftem Bedenken der Zukunft unserer evangelischen Landeskirche entgegen. Man erblickt in dem Ausfall der Wahl eine große Gefahr für die Glaubens- und Gewissensfreiheit der Geistlichen wie auch der Laien. Und die gewaltige Aufgabe der Schaffung einer modernen Volkskirche ist, wenn nicht in Frage gestellt, so doch nur als Stückwerk zu erhoffen. Auch der Staat wird die Arbeit dieser so stark nach rechts hin orientierten Landeskirchenversammlung mit Argusaugen betrachten. Die wenigen kirchlich freiheitlich gesinnten Abgeordneten — vielleicht kein volles Dutzend — werden eine schwierige Stellung und eine große Mühe bei den Beratungen haben. Möge es ihnen gelingen, eine Kirchenverfassung zustande zu bringen, welche sich von jener geschichtlich berühmten sog. Großen Kirchenordnung des Herzogs Christoph vom Mai 1559 nicht allzu ungünstig unterscheidet!

Büchertisch

In der hübschen Ausgabe der Inselbücherei ist als Nr. 251: **Das Evangelium und die Briefe S. Johannis** mit einem Nachwort von Adolf v. Harnack erschienen. Aus dem Gewirr unklarer Überlieferungen glaubt Harnack nun doch den Verfasser in einem Johannes (nicht dem Apostel), der nach den Zeiten des Paulus in Kleinasien wirkte und bis zu den Tagen Trajans lebte, gefunden zu haben. Wer aber auch der Verfasser sei — die wunderbare Vision, die gerade im Krieg die Phantasie auch unberufener Ausleser lebhaft beschäftigt hat, wird immer wieder, zu allen Zeiten und ohne literarische Deutung, aufs stärkste wirken.

Briefkasten

Aus **Eßlingen a. Neckar** sind 5,50 M. ohne Angabe des Absenders eingegangen.

Soeben erscheint als **Heft 5 der Demokratischen Reden** ein Vortrag, den Dr. Fr. Naumann am 4. März in der Stadtkirche zu Jena gehalten hat, unter dem Titel: Demokratie als Staatsgrundlage. Das Heftchen kostet 20 Pf., größere Bestellungen, auch auf die früheren Hefte, haben ermäßigten Stückpreis.

Verlag der „Hilfe".

Die **Kriegschronik** von Mittwoch, dem 18. Juni ab fällt aus, da sowohl Naumann wie Heile in Weimar sind.

Für die Baltenhilfe: A. K. in St. 5,— M.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, Zehlendorf, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, Hamburg.

Wer etwas zu sagen hat in dieser bewegten Zeit, wer etwas zu fragen hat, wer einen Gedanken zur Geltung bringen will, wer geistig obdachlos geworden ist und Anschluß sucht, trete der

Deutsche Lesegesellschaft

bei. Eine seit 15 Jahren im stillen wirkende Vereinigung Deutscher im In- und Auslande, dient sie den verschiedensten idealen wie praktischen Zwecken (anreg. Briefwechsel, Verkehr m. interessanten Menschen, Politik, Studien, Förderung i. Talente, Reisen, Siedelung, Auslandinteressen, Liebhabereien, Sammelwesen usw., auch Geschäftsverbindungen). Das Verbandsorgan, fast ausschließlich von den Mitgliedern geschrieben, gilt als „das intimste Blatt der deutschen Presse". Mitgliedsbeitrag viertelj. M. 2.—. Lesenswerte Verbandsdrucksachen kosten. Geschäftsstelle: Neuhof 195.

3. Juli 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis bei Post und Buchhandel (beim Abholen) 5 M., unter Kreuzband 5,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 5,25 M., ins Ausland 6 M. Einzelhefte 50 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8688.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 27

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 80 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme Freitag der vorhergehenden Woche.

Inhaltsübersicht

Naumann: Kriegschronik. — **Gertrud Bäumer:** Heimatchronik. — **Naumann:** Was ist der Friede? — Landgerichtsrat **Dr. Wilhelm Kulemann:** Generalstreik. — **Dr. G. v. Frankenberg:** Woran es fehlt. — **Gertrud Bäumer:** Der Fluch der Masse. — **Dr. Fritz Schneider-Soran:** Die Selbstverwaltung in der Reichs- und in der preußischen Staatsgesetzgebung seit Errichtung der deutschen Republik. — **Claus von der Decken:** Die hannoversche Frage. — **Naumann:** Wozu das alles? — Briefkasten. — Geschäftliche Mitteilungen.

Naumann / Kriegschronik

Mittwoch, 18. Juni.

Die letzte Note der Entente bringt folgende Antworten auf einzelne Punkte des Friedensentwurfes:

Die Stadt Danzig wird die Verfassung einer Freistadt erhalten, ihre Einwohner werden autonom sein. Sie werden nicht unter der Herrschaft Polens sein und keinen Teil des polnischen Staates bilden. Polen wird gewisse wirtschaftliche Rechte in Danzig erhalten. Die Stadt selbst ist von Deutschland abgetrennt worden.

Eine Landverbindung zwischen Pommern und Ostpreußen kann nicht bewilligt werden.

Die Mächte willigen ein, daß die Antwort auf die Frage, ob Oberschlesien ein Teil Deutschlands oder Polens bilden soll, durch die Abstimmung der Einwohner selbst entschieden wird.

Das für das Saargebiet vorgeschlagene Regime soll 15 Jahre dauern. Das Direktorium ist nicht unter die Souveränität Frankreichs gestellt worden, sondern unter die Kontrolle des Völkerbundes. Eine solche Regelung hat den Vorteil, daß sie keine Annexion bedeutet und doch Frankreich das Eigentum an den Minen zuerkennt. Nach 15 Jahren wird die Bevölkerung volle Freiheit haben, sich zu entscheiden, ob sie die Verbindung mit Deutschland oder Frankreich oder die Fortsetzung der Vertragsverwaltung wünscht.

Abtrennungen an der belgischen und dänischen Grenze sollen nur mit Zustimmung der Bevölkerung stattfinden, wobei die Freiheit der Abstimmung gewahrt wird.

Da sich die Eingeborenen der deutschen Kolonien heftig dem Gedanken widersetzen, unter die deutsche Souveränität zurückzufallen, so ist es unmöglich, daß diese Kolonien an Deutschland zurückgegeben werden.

Es ist nicht möglich, die Summe für die Wiedergutmachung heute festzusetzen, es sollen aber alle notwendigen und vernünftigen Erleichterungen gewährt werden, um im Laufe von sechs Monaten die pekuniäre Verantwortlichkeit Deutschlands festzustellen.

Die alliierten und assoziierten Mächte haben den Wunsch der deutschen Delegation, Deutschland sofort in den Völkerbund aufzunehmen, sorgfältig geprüft. Sie können diesem Wunsche nicht beitreten.

Die gegenwärtige Note und die ihr beigefügte Denkschrift sind das letzte Wort. Die vereinigten Mächte glauben, daß dieser Vertrag nicht nur eine gerechte Regelung des großen Krieges darstellt, sondern auch die Grundlage schafft, auf der die Völker Europas auf dem Fuße der Freundschaft und Gleichheit miteinander leben können. Es erwarten die alliierten und assoziierten Mächte von der deutschen Delegation innerhalb fünf Tagen eine Erklärung darüber, daß Deutschland bereit ist, den Vertrag, so wie er heute feststeht, zu unterzeichnen. Wenn diese Erklärung nicht eintrifft, so gilt der Waffenstillstand als beendet. — — — Die Antwort muß bis Montag, 23. Juni, abends 7 Uhr erfolgen.

Donnerstag, 19. Juni.

Nachdem sich in Weimar Regierung und Nationalversammlung zusammengefunden haben, wird in vielen und angestrengten Sitzungen die Meinung der deutschen Delegation und wirtschaftlichen Sachverständigen entgegengenommen. Sowohl Delegierte wie Sachverständige sind einmütig der Meinung, daß auch nach den letzten Veränderungen der Friedensentwurf abgelehnt werden soll. Dies ist insbesondere auch die persönliche Ansicht unseres ersten Unterhändlers, des Grafen Brockdorff-Rantzau. Großen Eindruck machen in der demokratischen Fraktion die Ausführungen von Professor Schücking, der auf Grund seines pazifistischen Standpunktes den lebhaftesten Einspruch gegen dieses Zerrbild eines Friedens ausdrückt. Mit besonderer Bewegung werden die Darstellungen der Deutschen in den östlichen Provinzen entgegengenommen, ebenso die Ausführungen aus den linksrheinischen Gebieten und Aussprachen über Elsaß-Lothringen. Deutschland steht vor einer ungeheuerlichen Abtrennung seiner besten und treuesten Glieder. Gegenüber dieser auf viele Menschenalter hinaus wirkenden Tatsache ist es verhältnismäßig eine kleinere Angelegenheit, ob die von der Entente geforderte Auslieferung militärischer und ziviler Personen, denen eine Kriegsschuld beigemessen wird, stattfinden soll oder nicht. Unter allen Umständen aber gehören auch diese Forderungen zu dem, was moralisch die Zustimmung zum Frieden ungeheuer erschwert. Dasselbe gilt von dem im Friedenstraktat enthaltenen Bekenntnis zur deutschen Schuld an sich. Für jeden Kenner der wirklichen Vorkommnisse des Jahres 1914 ist das, was hier unterzeichnet werden soll, eine Unwahrheit. Zwischen den Parteien werden Vorschläge verhandelt, was man den Gegnern noch als eine Art von Kompromiß anbieten könne. Diese Vorschläge haben sachlich keinen Wert, weil nicht die geringste Aussicht besteht, daß die Entente sich auf nochmalige Verhandlungen und Milderungen einlassen wird. In vielen Fällen wirken diese Kompromißpläne nicht anders denn als Übergangsform, in denen einzelne Abgeordnete oder Minister ihr früheres ablehnendes Bekenntnis in eine gemilderte Zustimmung verwandeln wollen. Im ganzen kann wohl festgestellt werden, daß Süddeutschland mit wenigen Ausnahmen den sofortigen Friedensschluß um jeden Preis fordert. Von beachtenswerter Festigkeit in der Ablehnung sind die Vertreter des Ostens. Durch Nachtsitzungen und innerliche Aufregungen ist die Mehrzahl der Anwesenden ermattet, so daß die Besprechungen nicht immer ganz leicht sind.

Freitag, 20. Juni.

Obwohl die Stellung zur Frage der Annahme oder Ablehnung des Friedens im Grunde keine Parteifrage ist und darum auch fast in jeder Partei Meinungsgegensätze vorhanden sind, gestalten sich doch die Dinge so, daß die beiden auf dem rechten Flügel stehenden Parteien, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale, sich einheitlich gegen die Annahme

während in der deutschen Demokratie von 75 Mitgliedern etwa 60 für Ablehnung sind und der Rest teils mit Bedingungen, teils bedingungslos für Annahme eintritt. Dabei ist bemerkenswert, daß der Parteivorsitzende v. Payer sich vom Standpunkt der Mehrheit abtrennt, weshalb er bis auf weiteres seinen Vorsitz niederlegt. Im Zentrum überwiegt die Ansicht, daß man von der Entente das Zugeständnis erreichen kann, daß die Auslieferung des Kaisers und der verantwortlichen Führer nicht erforderlich sei und daß das Bekenntnis zur deutschen Kriegsschuld abgelehnt werden könne. Unter der Voraussetzung, daß diese sogenannten Ehrenpunkte erreicht werden, ist die Zentrumsfraktion für Annahme. Innerhalb der Sozialdemokratie wächst die Zahl derer, die für Annahme sind, mit jeder Stunde, so daß die Vertreter der Ablehnung in die Minderheit gedrängt sind und die Führung sowohl der Partei wie der Regierung aus den Händen Scheidemanns und Landsbergs entgleitet. Auf solche Weise entsteht eine Ministerkrise mitten in der Verwirrung der Friedensverhandlungen. Es wird festgestellt, daß aus dem Ministerium alle diejenigen ausscheiden, die jetzt auch noch den Frieden für unannehmbar erklären. Das Ministerium Scheidemann ist damit zu Ende, und es bleiben nur die die Annahme billigenden Sozialdemokraten und die Erzbergersche Gruppe des Zentrums als Rest der ersten Regierung der deutschen Republik.

Sonnabend, 21. Juni.

Die Bildung der neuen Regierung muß in größter Eile vor sich gehen, weil die Entente offenbar nicht geneigt ist, eine Schonfrist zu gewähren. Der erste Punkt, der der Klarstellung bedarf, ist, ob die demokratische Partei auch unter jetzigen Verhältnissen an der Regierung Anteil nehmen will. Da die überwiegende Mehrheit unserer Partei den Frieden ablehnen will, ist es unmöglich, daß sie für die Annahme-Regierung den Untergrund bildet. Es scheiden infolgedessen aus Gothein, Preuß, Dernburg. Dasselbe gilt vom Minister des Auswärtigen Grafen Brockdorff-Rantzau. Obwohl der Präsident Ebert alle Anstrengungen macht, das Ministerium auf einer breiteren Grundlage aufzubauen, bleibt ihm nichts anderes übrig, als aus Sozialdemokratie und Zentrum diejenigen Personen zu entnehmen, die bereit sind, in dieser Sachlage die Verantwortung für die Friedensunterschrift zu übernehmen. Im engeren Kreise der Beteiligten ist es ohne weiteres klar, daß diese Situation ein Ministerium Erzberger herausbringen muß, auch wenn die Stelle des Ministerpräsidenten von einem Sozialdemokraten besetzt wird. Man schwankt noch, ob Hermann Müller oder der bisherige Staatssekretär Bauer die Führung im Ministerium übernehmen soll. Es verlautet, daß der Präsident infolge zu großer Schwierigkeiten, die er bei der Bildung des Ministeriums findet, daran denkt, zurückzutreten. Das würde das Aufhören der Reichsgewalt bedeuten. Wenn wir alle nicht so überaus durch den Druck der gegenwärtigen Verpflichtungen bedrängt wären, so würde dieser Tag zu den tiefgehendsten staatsrechtlichen Untersuchungen Anlaß geben: Was wird aus einer Republik, wenn keine Mehrheitsgruppe vorhanden ist, die die Regierung übernehmen will? Gibt es eine Gewalt, diesen Willen zu erzwingen? Kann der Präsident verpflichtet werden, unter allen Umständen auf seinem Posten auszuharren? Ist der Präsident berechtigt, wenn kein Mehrheitsministerium zustande kommt, kraft eigener, vom Volke übertragener Amtsgewalt ein Verwaltungsministerium einzusetzen? Nach unserer Auffassung ist die Stelle des Präsidenten so, wie die des Kapitäns eines Schiffes, er hat als letzter die Brücke zu verlassen. — — Weimar ist voll von unkontrollierbaren Gerüchten über den bevorstehenden Beginn größerer revolutionärer Streiks in England. Daß Streiks bevorstehen, ist wohl nicht zu bezweifeln, aber daß sie revolutionären Charakter haben, scheint eine falsche Annahme zu sein. Jedenfalls hilft uns heute dieses nicht.

Sonntag, 22. Juni.

Der neue Reichskanzler heißt Gustav Bauer, der neue Minister des Auswärtigen Hermann Müller, Vertreter des Ministerpräsidenten und Finanzminister ist Erzberger, Reichswehrminister bleibt Noske. Das letztere ist nächst dem Übergang der ausführenden Gewalt in die Hände Erzbergers das Wichtigste. Noske genießt das Vertrauen des Restes unserer Armee und ist die persönliche Verbindung zwischen der Regierung und den Generalen. Vielfach wurde von ihm angenommen, daß er für Ablehnung dieses Friedens sein müsse, weil die Offiziere fast ausnahmslos auf diesem Standpunkt stehen. Wir zweifeln nicht, daß es ihm einen schweren Kampf gekostet hat, sich in das neue Ministerium hineinzusetzen, aber sein Ausscheiden würde uns vermutlich in kürzester Zeit einer Revolution entgegengeführt haben. Auch diejenigen von uns, die diesen Frieden aus Überzeugung und auf jede Gefahr hin ablehnen, sind der Meinung, daß die Ordnung, soweit es menschenmöglich ist, aufrechterhalten werden muß. Am Nachmittag findet die entscheidende Sitzung der Nationalversammlung statt. Wer eine besonders einheitliche, dem Schicksalsschlag entsprechende Schwere des Inhalts erwartete, wurde einigermaßen enttäuscht, weil auf Grund der unglaublichen geistigen und körperlichen Ermattung weder Regierung noch Nationalversammlung sich zur Höhe geschichtlicher Tragik heraufarbeiten konnten. In Wirklichkeit geschah das, wozu wir versammelt waren: ein bis zu Tode ermattetes und hilfloses Volk stimmt in seinen Vertretern darüber ab, ob es einen undurchführbaren Frieden annehmen oder ablehnen will. Das Ergebnis der Abstimmung war 237 Stimmen für Annahme, 138 für Ablehnung, 5 Stimmenthaltungen. Eine spätere, ferne Zeit wird wissen, welche von beiden Seiten das Richtige getroffen hat. Der Verfasser dieser Chronik ist der Ansicht, daß der jetzt angenommene „Friede" noch nicht das Aufhören des Krieges bedeuten wird ... Bei dem ungeheuren Haß, der sich besonders in Frankreich aufgehäuft hat, ist kaum zu erwarten, daß die weitere Abwicklung korrekt vor sich gehen wird, auch sind die bevorstehenden Abstimmungen an der Nord- und Ostgrenze offene Wunden. Mit dem heutigen Tage scheiden Millionen deutsche Staatsbürger aus unserem Staatsverbande, es ist, wie wenn Brüder und Kinder gezwungen werden, in die Fremde und ins Elend hinauszuziehen. Ob und wann wir unsere Gefangenen wiederbekommen, wissen wir noch immer nicht.

Montag, 23. Juni.

Da die Pariser Konferenz es abgelehnt hat, die Frist für die deutsche Unterwerfungserklärung zu verlängern, so steht der heutige Tag unter einem absonderlichen und ungeheuerlichen Druck. Es muß bis Nachmittag die Anzeige der Friedensbereitschaft abgehen, früh aber weiß niemand, wer am Abend Staatsregierung sein wird. Nachdem namentlich der Versuch, in den sogenannten Ehrenpunkten eine Erleichterung zu erhalten, endgültig gescheitert ist, erhebt sich die Frage, ob alle diejenigen, die gestern für Unterzeichnung gestimmt haben, auch nach dieser weiteren Enttäuschung es noch zu tun gedenken. Es wird den Führern der Rechtsparteien und der Demokratie nahegelegt, daß sie mit ihrer Friedensverweigerung die politische Verantwortung übernehmen müßten, wenn durch zahlreiche Stimmenthaltungen auf der linken Seite sich eine Mehrheit von Nichtunterzeichnern herausstellen würde. Dieser ganze Gedanke aber wird sowohl von den Rechtsparteien wie von uns als falsch gedacht abgelehnt, weil eine Mehrheit, die nur dadurch zustande kommt, daß ein großer Teil der Abgeordneten sich der Stimme enthält, überhaupt keine Mehrheit ist. Es bleibt nach schwierigen Besprechungen nichts anderes übrig, als daß die Regierung, welche gestern mit der Hoffnung, die Ehrenpunkte retten zu können, ein Vertrauensvotum erhalten hat, nun auch ohne Ehrenpunkte die Führung der Geschäfte tragen muß. Es wird das dadurch erleichtert, daß schon gestern im Wortlaut des Beschlusses auf die Ehrenpunkte keine Rücksicht genommen worden war. Sachlich heißt das: das Ministerium Bauer-Erzberger unterschreibt auch das Schuldbekenntnis Deutschlands und die Pflicht der Auslieferung des Kaisers und anderer von der Entente geforderter Personen. Diese Auffassung wird geschäftsordnungsmäßig am Nachmittag in der Nationalversammlung bestimmt, damit ist der Tiefpunkt in den diplomatischen Verhandlungen, wie es scheint, erreicht.

Digitized by Google

Die englische Admiralität teilt mit, daß in der Scapa-Bucht die internierten deutschen Schlachtschiffe und Kriegskreuzer, nebst Zerstörern und Schleppdampfern von der Mannschaft versenkt worden sind. Man nimmt an, daß es sich um den Wert von annähernd einer Milliarde Mark Gold handelt. Man ist im allgemeinen beim ersten Auftauchen der Nachricht erfreut und gestärkt durch diese Racheiat deutscher Flottenoffiziere und Mannschaften. Bald freilich stellt sich die Erwägung ein, daß diese ungeheuren Demonstrationen in ihren Folgen recht schädlich sein können, weil die Engländer wahrscheinlich sich nicht darauf beschränken werden, den Verlust nur finanziell unserer großen Rechnung hinzuzufügen.

Dienstag, 24. Juni.

Ungefähr gleichzeitig mit der Versenkung der deutschen Kriegsflotte hat in Berlin eine andere Demonstration stattgefunden: einige hundert Soldaten des Freikorps und Studenten holten aus dem Zeughaus die französischen Fahnen heraus, die 1870/71 erobert worden waren und auf Grund des Friedensvertrages wieder an Frankreich zurückgeliefert werden sollten. Vor dem Denkmal Friedrichs des Großen wurden sie mit Benzin begossen und verbrannt. Der Vorgang ist durchaus bezeichnend für die Stimmung, die in weiten Kreisen entsteht, es melden sich aber dieselben Bedenken, von denen wir gestern gesprochen haben. Aus England wird wenig über den Vorgang der Schiffsversenkung berichtet, sondern nur mitgeteilt, daß Admiral Reuter und die übrigen Hauptbeteiligten vor ein Kriegsgericht gestellt werden, und zwar wegen Verletzung der Bestimmungen des Waffenstillstandes.

Die Fertigstellung des Friedens soll in folgenden Akten verlaufen: Vorläufige Unterzeichnung durch die Bevollmächtigten sämtlicher Mächte in Paris; Vorlegung des Friedens vor den parlamentarischen Körperschaften der beteiligten Staaten; Ratifizierung und endgültige Unterschrift aller Staaten. Man wird also annehmen dürfen, daß bis zur vollendeten Rechtsgültigkeit noch etwa zwei Monate verlaufen. Für uns ändert das nichts an der Sachlage, solange die Ententemächte ihre bisherige Festigkeit und Einheitlichkeit behalten. Wir erinnern uns bei dieser Gelegenheit an die Verträge, die wir in Brest-Litowsk geschlossen hatten, von denen einige der beteiligten Staaten überhaupt nicht ratifiziert haben.

Mittwoch, 25. Juni.

Die letzten Tage sind erfüllt gewesen von Verhandlungen zwischen den Generalen einerseits und der Reichsregierung andererseits. Hindenburg verläßt in diesen Tagen das Hauptquartier, weil es ihm bei seiner politischen Gesamthaltung und in seiner besonders verantwortlichen Stellung nicht zugemutet werden kann, irgendeine indirekte Mitverantwortung für die Friedensunterschrift zu übernehmen. Die übrigen Heerführer, die wir noch haben, lassen sich, wenn auch schweren Herzens, überzeugen, daß ihr Verbleiben zur Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung unentbehrlich ist. Die eben in Hamburg beginnende kommunistische Revolution macht den letzteren Gesichtspunkt sehr eindringlich. Der Kriegsminister Reinhardt, der selbst geneigt war, zurückzutreten, hat einen Erlaß veröffentlicht, in dem er bekundet, daß die Unterschrift des Friedens entgegen dem Einspruch des Reichswehrministers und des preußischen Kriegsministers stattgefunden hat: „Wir Soldaten können diese Bedingungen mit unserer Ehre nicht in Einklang bringen und werden dieses niemals vergessen dürfen; wir wollen und müssen aber unsere persönlichen Bedenken zurückstellen, weil die dringendste Pflicht gegen das Vaterland die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe und die Weiterführung des laufenden Dienstes es erfordert. Es muß daher jeder Offizier und jeder Heeresangehörige, unbeschadet der persönlichen Stellungnahme des einzelnen zu der neugeschaffenen Lage, unbedingt so lange auf seinem Posten aushalten, bis er abkömmlich oder ersetzt worden ist. Die Generale können ihre Stellung zur Disposition unmittelbar beantragen, die Entscheidung über die Genehmigung muß ich mir jedoch in jedem Fall vorbehalten. Sie hängt von der Möglichkeit des Ersatzes ab." — Reichspräsident Ebert hat eine Abordnung des Landesjäger-Korps unter Führung von General Märker empfangen, bei der er sagte: „Wenn wir uns selbst aufgeben, sind wir verloren. Wir wollen uns hier gegenseitig geloben, ich für die Regierung und Sie für die Truppen, unseren Platz nicht zu verlassen, sondern auszuhalten. Je größer die Not, desto größer die Pflicht!" Mit dem Gesang „Deutschland, Deutschland über alles", schloß die Kundgebung.

Donnerstag, 26. Juni.

Nach dem Rücktritt des Ministers des Auswärtigen Grafen Brockdorff-Rantzau fehlt der natürliche Führer der Friedensunterhändler. Da nun die Pariser Konferenz verlangt, daß die Unterzeichnung von Personen in hervorragender ministerieller Stellung zu geschehen hat, berät das Gesamtministerium, wer die traurige und peinliche Pflicht zu übernehmen hat, in Paris seinen Namen unter den Friedenstraktat zu setzen. Vielfach wird im deutschen Volke verlangt, daß Erzberger es tun möge, da er im Grunde die moralische Verantwortung für diesen Schritt zu tragen hat. Weil aber Erzberger nicht Minister des Auswärtigen, sondern Finanzminister ist, und weil er auch sonst keine besondere Neigung hat, jetzt nach Paris zu fahren, so müssen der zeitweilige Minister des Äußeren Hermann Müller und der seitherige Kolonialminister Dr. Bell die schwere Pflicht übernehmen.

Hindenburg ermahnt bei seinem Abschied die Truppen zu weiterer Treue gegen das Vaterland, veröffentlicht aber gleichzeitig einen Brief, den er am 17. Juni an den Reichspräsidenten Ebert geschrieben hat. „Wir sind bei der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten in der Lage, im Osten die Provinz Posen zurückzuerobern und unsere Grenzen zu halten. Im Westen können wir bei ernstlichem Angriff unserer Gegner angesichts der numerischen Überlegenheit der Entente kaum auf Erfolg rechnen. Ein günstiger Ausgang der Gesamtoperationen ist daher sehr fraglich, aber ich muß als Soldat den ehrenvollen Untergang einem schmählichen Frieden vorziehen." — — — Wir blicken rückwärts auf alles das, was Hindenburg in 5 Jahren dem deutschen Volke geleistet hat und rechnen es ihm besonders zur hohen Ehre an, daß er auch nach dem Zusammenbruch der Monarchie und nach dem Ausscheiden Ludendorffs bis heute alle persönlichen Bedenken zurückgestellt hat und in vorbildlicher Selbstlosigkeit auch während der Auflösung und Vernichtung der von ihm geführten Armee als erster deutscher Soldat auf seinem Posten geblieben ist. Er gehört in die Reihe der großen Heerführer aller Jahrhunderte. — — — General Gröner hat sich entschlossen, bis zur endgültigen Regelung der militärischen Verhältnisse im Osten in seiner Stellung zu verbleiben.

Der deutsche Botschafter in Wien Graf Wedel hat seinen bevorstehenden Rücktritt angemeldet. In seinen Händen hat bisher formell die Vertretung von allen den Staaten gelegen, die aus der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie entstanden sind. Dieser Gemeinschaftszustand kann naturgemäß nicht fortgesetzt werden. Als deutscher Vertreter in Prag ist zurzeit Professor Saenger tätig, über eine neue Besetzung des Wiener Postens ist noch kein Beschluß gefaßt. In Budapest sind die Regierungsverhältnisse so wenig geklärt, daß von einer Vertretung noch nicht die Rede sein kann.

Freitag, 27. Juni.

Generalmajor Hoffmann mußte zur Disposition gestellt werden, weil er die Absicht kundgegeben hatte, den Kampf an der Ostfront auf eigene Hand fortführen zu wollen. Die Reichsregierung muß unter allen Umständen darauf bestehen, die von ihr pflichtgemäß angestrebte Erfüllung des Friedensvertrages nicht durch willkürliche Maßnahmen irgendwelcher Stelle gefährdet zu sehen.

Bei der Versenkung der Schiffe in der Scapa-Bucht sollen hundert oder auch mehrere hundert deutscher Marinesoldaten ihren Tod gefunden haben. Offiziöse englische Blätter beziffern den Wert des Verlustes auf 1,2 Milliarden Mark in Gold.

Nachdem in Italien an Stelle des früheren Kabinetts Orlando-Sonnino ein Ministerium Nitti-Tittoni eingetreten ist, erscheint die Beteiligung der Italiener an der Pariser Konferenz noch

Digitized by Google

etwas fraglicher als vorher. Vorläufig versichert Tittoni, daß er hoffe, das enge Verhältnis zwischen Italien und seinen Bundesgenossen ungelockert aufrechtzuerhalten, deutet aber dabei an, daß sich leider die Dankbarkeit der Verbündeten gegenüber Italien in der letzten Zeit stark verflüchtigt habe. Dabei handelt es sich in erster Linie um den Besitz von Fiume, fernerhin um die albanisch-serbischen Grenzen und vielleicht auch um kleinasiatische Häfen. Einige Zeitungen der Ententeländer behaupten bereits, daß zwischen Deutschland und Italien eine Verständigung am Werke sei. Das hat sachlich wohl weiter keine Bedeutung und zeigt nur von neuem die Gewohnheit der Engländer und Franzosen, bei allem, was ihnen unbequem ist, den Deutschen als Hintergrund anzusehen.

Die Delegation der Türken hat von Clemenceau eine Antwortnote erhalten, die voll Hohn und Unfreundlichkeit ist. Es sei die Türkei lediglich das gefügige Werkzeug Deutschlands gewesen und müsse die Folgen des verlorenen Krieges auf sich nehmen. Es sei unmöglich, der Türkei ihre bisherige Herrschaft über fremde Völker zu überlassen. Der in der Türkei eingetretene Regierungswechsel ändere nichts an Schuld und Verpflichtung.

Sonnabend, 28. Juni.

In einer stark besuchten Mitgliederversammlung des elsaß-lothringischen Hilfsbundes in Berlin führte Geheimrat Götz aus, daß leider das Interesse des deutschen Volkes am Geschick Elsaß-Lothringens seit dem November viel zu schnell erlahmt sei. In der Nationalversammlung habe nur Graf Posadowsky ein Abschiedswort für die Elsässer gesprochen. — Das ist leider richtig. In der Sitzung vom 22. Juni waren die meisten Parteiredner viel zu sehr mit den Sorgen und Angelegenheiten der Reichsregierung und des deutschen Volkes im ganzen beschäftigt, um so, wie es nötig gewesen wäre, auf die besonderen Erlebnisse unserer elsaß-lothringischen Brüder und Volksgenossen einzugehen. Wenn man sich des Jubels erinnert, mit dem die Elsässer im Jahre 1871 aufgenommen wurden, und die Mattigkeit sieht, mit der man ihnen jetzt zum Abschied die Hand drückt, so ist man erschüttert von dem Mißerfolg, den die Bismarcksche Angliederung dieser deutschen Landesteile gehabt hat. Auch jetzt zum Schluß kann kaum etwas anderes gesagt werden, als was von uns seit vielen Jahren im Reichstage und anderswo unermüdlich aber vergeblich ausgesprochen wurde: Man muß den Elsässern ihre freie Selbstbestimmung innerhalb Deutschlands geben, wenn man sie bei Deutschland halten will. Es war ein Unglück, daß das Reichsland als eine Art Kronkolonie behandelt und überlastet wurde mit landesfremden Beamten und Soldaten. Im allgemeinen Unglück unseres Vaterlandes ist der Verlust des östlichen Abhanges der Vogesen, der deutschen Städte Straßburg, Hagenau, Weißenburg, der industriereichen lothringischen Gebiete ein besonders tiefgehender Schmerz. Wir gedenken aller der zahlreichen Freunde, die wir in den verschiedenen Teilen von Elsaß-Lothringen gehabt haben und noch besitzen. Sie werden es trotz finanzieller Erleichterungen noch viel schwerer haben als wir, denn sie sind losgerissen vom deutschen Mutterlande, schutzlos den Fremden anheimgegeben, zerrissen in ihren Seelen, gepeinigt von dem Gedanken an die Zukunft ihrer Kinder. Ein Teil von ihnen irrt zurzeit in Deutschland umher, während ihre Familien und ihre Besitztümer sich unter französischer Gewalt befinden. Leider bleibt uns beiderseits nichts anderes übrig, als unseren Nachkommen als heiliges Testament zu hinterlassen, daß diejenigen Elsässer und Lothringer, die deutschen Ursprungs sind, in alle Ewigkeit zum Deutschtum gehören sollen. Es war im Jahre 1871 falsch, daß über die deutsche Sprachgrenze hinausgegriffen wurde. Wenn man diesen Fehler nicht gemacht hätte, wie anders würden die Dinge in Europa und insbesondere auch im linksrheinischen Gebiet verlaufen sein.

Sonntag, 29. Juni.

Genau fünf Jahre nach der Ermordung des Thronfolgers in Serajewo wird in Versailles im altberühmten Spiegelsaale der Friede unterzeichnet. Nachdem sämtliche Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte ihre Plätze eingenommen hatten, wurden, so heißt es im offiziellen Bericht, die deutschen Delegierten in den Saal geleitet und zu den für sie bestimmten Plätzen geführt. Der Vorsitzende der Friedenskonferenz, Clemenceau, ersuchte die deutschen Bevollmächtigten, das Friedensabkommen zu unterzeichnen. Er hob hervor, daß die Unterzeichnung bedeute, daß die Bedingungen in loyaler Weise eingehalten werden müßten. Es unterschrieben die Reichsminister Hermann Müller und Dr. Bell als erste den Friedensvertrag. Hierauf unterschrieben der Reihe nach die Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte. Clemenceau hob die Sitzung mit der Erklärung auf, der Friede sei geschlossen. — Wenn damit wirklich der Friede für uns vorhanden ist, so danken wir Gott, daß die Zeit des Blutvergießens endlich ihren Abschluß gefunden hat. Im übrigen aber erweckt das Wort Friede sehr gemischte Gefühle. Es war nach dem 30jährigen Kriege leichter, zu singen „Nun danket alle Gott!", als es jetzt ist, weil damals mit dem Friedensschluß die Quälerei zu Ende war und der Neuaufbau beginnen konnte. Da der moderne Riesenkrieg auf Borg geführt worden ist und mit unübersehbaren Entschädigungspflichten schließt, so erscheint der Friedensschluß im besten Fall als der Übergang vom militärischen zum wirtschaftlichen Elend. Wir überschauen heute nur kurz den langen Verlauf der deutschen Heldentragödie, gedenken brüderlich und dankbar unserer Bundesgenossen, die nicht weniger gelitten haben als wir, richten unseren Sinn auf die Millionen von Kriegstoten und Verwundeten und senden wartende Grüße an die noch in Feindesland befindlichen Gefangenen. Während man in Frankreich und England Siegesfahnen wehen läßt, trägt der heutige Tag bei uns ein nüchternes Alltagsgepräge, und wir sprechen an diesem letzten Kriegssonntag nochmals über unsere verlorenen Ostdeutschen, Schleswiger und Elsaß-Lothringer. Die Kriegschronik hört mit dem heutigen Tage auf. Ich beabsichtige, nach Schluß der Weimarer Tagungen ein längeres Nachwort zu schreiben, in dem ein Rückblick über die Geschichtsdarstellung der Chronik enthalten sein wird.

Gertrud Bäumer / Heimatchronik

Sonntag, 15. Juni.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag hat der Minister Wissell noch einmal seine Planwirtschaft verteidigt. Es ist für die Sozialdemokratie der Punkt, an dem, wie bei dem Rätesystem; es zweifelhaft sein kann, ob es sich um eine letzte Konsequenz des Trustkapitalismus handelt, oder um einen Schritt zu dem Sozialismus, den die Arbeiterschaft will. Es scheint, daß das Bewußtsein dieser Tragweite auch bei der Partei ist.

Montag, 16. Juni.

Der sozialdemokratische Parteitag, der gestern zu Ende gegangen ist, hat die Räteorganisation nach dem Antrag Cohen-Reuß abgelehnt. Entscheidend dafür die Haltung des Arbeitsministers Bauer, der in den Cohenschen Gedanken den Weg zur Ständekammer sieht, der vermieden werden müsse. Auch hinsichtlich der Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten bei der Betriebsleitung äußerte sich der Arbeitsminister zurückhaltend. Es wurde der Aufbau eines Arbeitervertretungssystems in der Art der Sinzheimerschen Gedanken angenommen.

Dienstag, 17. Juni.

Fahrt nach Weimar. Die Nationalversammlung ist noch nicht einberufen, aber, es muß jeden Tag geschehen und die Fraktionen bereiten ihre Stellungnahme vor. Die Antwort der Entente ist da. Unsere Delegation ist, mit Steinen beworfen, von Versailles abgereist. Die Sommerfahrt von Mittag bis Mitternacht durch das deutsche Land wird mir unvergeßlich sein. Der wolkenlose Juni-himmel, erst mittäglich weiß vor Glut und Sonne, dann dunkelblau unter dem Frühsommergrün von Eichen und Buchen, dann von Abendwolken überflogen, sanft grünlich, milder Wächter über der Erde, die unter der Hut des Abendsterns — wie ein Auge Gottes — dunkel wird. Es war, als sollte diese Fahrt einem noch einmal die Heimat schenken.

Digitized by Google

Wir hatten alle Fenster auf. Die Sonne durch die großen Vierecke, es gibt ja keine Vorhänge mehr. Und der Zug, der den Sommer durchfurcht, reißt ihn mit, saugt ihn ein: nun eine Welle Hollunderduft von einer mit den weißen Tellern besäten Böschung, dann Akazienhauch, oder Heugeruch von den gemähten Wiesen, oder der Atem der Föhren in der heißen Sommerglut.

Alles, alles ist wie ein unsäglich schönes Spiel auf der Saite des Schmerzes.

Mittwoch, 18. Juni.

Heute nacht ist die Friedensdelegation von Versailles zurückgekommen. Gegen Morgen eine Schießerei. Militärgefangene haben sich befreit und sind vor das Schloß gezogen, anscheinend, um Noske dort zu finden. Die Sache ist abgeschlagen, aber es ist Blut geflossen.

Man fühlt in der Atmosphäre eine Unterwühlung der Entschlossenheit des 12. Mai — nicht in unserer Partei, aber als allgemeine Stimmung.

Donnerstag, 19. Juni.

Den ganzen Tag die Verhandlungen der Fraktionen über die Antwort. Gerüchte über die Stellungnahme der einen oder der anderen gehen hin und her, vielfach von der Tendenz der Annahmepartei in Bewegung gesetzt, durch Berichte über die Stellung der einen die Meinungen in der anderen Fraktion zu erschüttern. Es ist ein furchtbar schwerer Gewissenskampf, den jeder mit sich kämpft und ein heißes Ringen um die Überzeugungen der anderen. Denn jede Stellungnahme ist ja nur dann *nicht* die unbedingte Vernichtung, wenn sie einheitlich oder mit großer Mehrheit gefaßt wird. Man weiß schon ziemlich sicher, daß in der Sozialdemokratie eine große Mehrheit von dem Unannehmbar abgewichen ist und daß im Zentrum die gleiche Bewegung einer noch größeren Majorität im Vollzug ist. Über dem allem steht der Name Erzberger. Die demokratische Partei hat acht Mitglieder für Unterzeichnung. Dazu Belagerungszustand in Erfurt und Eisenbahnerstreik, der einen Teil der thüringischen Städte isoliert.

Meine Aufzeichnungen bleiben flüchtig. Es ist — wie anfangs des Krieges — unmöglich, sich jetzt zu ruhiger Darstellung zu sammeln.

Freitag, 20. Juni.

In dieser Nacht ist die Regierung zurückgetreten, da sich keine Mehrheit für den von ihr eingenommenen Standpunkt findet. Ob es möglich ist, eine andere Regierung aus den Jasagern zu bilden, steht dahin. Zentrum und Sozialdemokratie sind für sich allein kaum regierungsfähig, durch Beitritt der Unabhängigen noch weniger. Die demokratische Partei, der er diesmal nicht wieder gelungen ist, die beiden anderen Fraktionen auf ihren Boden zu bringen, macht einen weiteren Versuch: sie will die drei Fraktionen auf ein paar Forderungen vereinigen, die als Bedingung vertreten werden sollen: Verweigerung der Auslieferung der Schuldigen, Verwaltung von Danzig, Westpreußen und Netzedistrikt durch den Völkerbund auf zwei Jahre, nach deren Ablauf darüber entschieden werden soll, ob die den Polen eingeräumten Formen des freien Zugangs zum Meer ausreichen, Nachprüfung des Friedensvertrages nach zwei Jahren, Limitierung unserer Entschädigungsschuld durch eine unparteiische Instanz, Zulassung zum Völkerbund bis zum 1. Januar 1920. Außerdem soll erklärt werden, daß wir die Auffassung der Schuldfrage in dem Friedensdokument nicht anerkennen.

Ein anderer Vorschlag, die Frage der Übereinstimmung dieses Friedens mit den 14 Punkten Wilsons einem unparteiischen Schiedsgericht zu unterbreiten, erscheint undurchführbar.

Sonnabend, 21. Juni.

Die beiden anderen Mehrheitsparteien, Zentrum und Sozialdemokratie, waren erst bereit, auf die von uns vorgeschlagenen Punkte einzugehen; als aber klargestellt wurde, daß sie unsererseits als *Bedingungen* gemeint waren, hinter denen das Unannehmbar steht, da zogen sie ihre Bereitwilligkeit zurück. Die Note ist *nicht* abgegangen. Wir treten infolgedessen in die Regierung nicht ein. Sie wird gebildet aus Zentrum und Sozialdemokratie durch den Arbeitsminister Bauer als Ministerpräsidenten.

Dabei sinkt nicht allein das Ergebnis selbst wie eine unerträgliche Last auf unsere Schultern — dies Zugeständnis der moralischen Schwäche unseres Volkes — sondern fast noch mehr die Art, wie das alles zustande kommt: diese Unfähigkeit aller — *aller* — zu einer wirklichen Regie der Vorgänge. Schrankenlos beschäftigt sich die volle Öffentlichkeit mit allen Phasen der Entwicklung. Was in den Zeitungen an richtigen und mehr noch unrichtigen und halb richtigen Gerüchten verfrüht in alle Welt getragen wird, ist ein unbeschreibliches Gefühl von Irrtümern, Mißverständnissen, parteipolitischen Entstellungen. Die Auflösung ist auch in der Methode, in dem „Wie" so vollständig wie nur möglich.

Sonntag, 22. Juni.

Kein Tag dieser furchtbaren fünf Jahre ist mit schwererer Hand eingetragen als dieser Sonntag. Bis zum Beginn des Plenums um 12 Uhr noch Fraktionsverhandlungen. Stellung zur Vertrauensfrage. Die Demokratische Fraktion beschließt, sich in der Vertrauensfrage der Stimme zu enthalten. Sie kann einer Regierung, an der sie nicht beteiligt ist, natürlich kein Vertrauensvotum geben, will aber zugleich zum Ausdruck bringen, daß sie ihr in den innerpolitischen Fragen keine Schwierigkeiten machen und nicht in die Opposition gehen will.

Der Ministerpräsident Bauer stellt der Nationalversammlung das Kabinett vor: Auswärtiges: Hermann Müller, Inneres: Dr. David, Finanzen: Erzberger, Reichswirtschaftsamt: Wissell, Reichsarbeitsamt: Schlicke (württembergischer Metallarbeitervertreter), Schatzamt: Mayer-Kaufbeuren, Post: Giesberts, Reichswehramt: Noske, Reichsernährungsamt: Schmidt. Das Reichsjustizamt bleibt zunächst unbesetzt.

Die Rede des Ministerpräsidenten hat Stellen, die an Würde der Größe des Augenblicks entsprechen: „In dieser Stunde auf Leben und Tod angesichts des drohenden Einmarsches erhebe ich zum letztenmal in einem freien Deutschland Protest gegen diesen Vertrag der Gewalt und Vernichtung, Protest gegen die Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes, gegen diese Vernichtung des deutschen Volkes, gegen eine neue Bedrohung des Weltfriedens unter der Maske des Friedensvertrages."

Das Fazit seiner Rede: „Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei, und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen."

Die Reden tragen fast alle den Stempel der Erschöpfung. Sie erfassen den ungeheuren Gehalt der Stunde nur mühsam, lassen ihn aus matten, z. T. langatmigen Worten, müde entgleiten. Wir können nicht mehr, das ist mit Händen zu greifen.

Auch in einer zweimaligen Umformulierung der zum Vertrauensvotum und zum Friedensbeschluß eingebrachten Anträge zeigt sich die Unsicherheit des Kurses. Weil die Unabhängigen dem ersten Antrag: „Die Nationalversammlung billigt die Haltung der Regierung in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages" nicht zugestimmt hätten, wird die weitere Fassung vorgeschlagen: „Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden". Damit ist dem Wortlaut nach der Regierung Vollmacht gegeben, auch ohne die von ihr gemachten Vorbehalte den Frieden zu unterzeichnen. Daß eine Klarstellung dieser Tatsache unterbleibt und die Debatte durch Schlußantrag abgeschnitten wird, gehört zu den großen Ungeschicklichkeiten dieser Stunde, in der das deutsche Volk nichts mehr zu verlieren hat. Die sozialdemokratischen Vertreter der abzutretenden Gebiete erheben, da sie mit der Fraktion für Unterzeichnung stimmen wollen, noch einmal ausdrücklich Protest und erklären ihren Willen, deutsch zu bleiben.

Mit einer Mehrheit von 99 Stimmen wird der Antrag angenommen.

Für uns schließt sich eine Fraktionssitzung an zur Aussprache über die Rede unseres Vertreters Schiffer und die künftige innerpolitische Stellung der Partei.

Die Stimmung der Versammlung steht mit unter dem Eindruck

der Versenkung der deutschen Flotte. Die Leute auf der Straße reißen den Zeitungshändlern das Extrablatt aus der Hand, der Beschluß der Nationalversammlung interessiert sie viel weniger als diese Tat.

Montag, 23. Juni.

Die Antwort der Entente, die auch in der Auslieferungsfrage nicht nachgibt. Es entsteht für einen Teil des Zentrums eine neue Situation, denn für sie war diese Frage Bedingung der Annahme. Außerdem erklären eine Anzahl Offiziere der Freikorps, daß sie im Falle des Nachgebens in der Auslieferung ihre Ämter niederlegen werden. Es entsteht die Gefahr, daß die Armee für den inneren Schutz versagt. Das alles kann aber zu keiner Rückkehr zu dem „Nein" mehr führen. Der Weg dazu ist durch die gestrigen Erklärungen versperrt. Das Ja — man sieht keine andere Möglichkeit — muß gehalten werden, auch unter Einschluß der Auslieferung. Die Nein-Parteien mit den negierenden Splittern der Ja-Parteien ergeben kaum eine andere Mehrheit, geschweige eine Regierung.

Eine nochmalige namentliche Abstimmung in der Nationalversammlung wird abgelehnt. Durch Erheben von den Sitzen bestätigt die Mehrheit der Nationalversammlung, daß sie die gestern erteilte Vollmacht als bedingungslose auffasse.

Dienstag, 24. Juni.

Ich fahre nachts nach Hamburg zurück mit Mitgliedern der Berliner Freikorps, die ihren Beschluß bekunden, gleich ihren Generalen einer Regierung, von der Führer der ehemaligen Armee ausgeliefert werden sollen, den Dienst zu quittieren. Ihre Hoffnung geht auf eine Verteidigung des Ostens, für die sie sich einsetzen möchten.

Muß man sie nicht warnen, den Rest wertvoller junger Kraft noch hinzuwerfen in einer Tat, die uns kaum retten kann?

Die Studenten haben die französischen Fahnen von 1813 und 1871, die wir zurückgeben sollten, aus dem Zeughaus geholt und verbrannt.

Dies Nachhausekommen!

Man hat ein Gefühl, als möchte man niemandem vor die Augen treten, als sei man beschimpft und entehrt.

Indem ich unseren jungen Schülerinnen — der ganzen Schule zusammen — über Weimar berichte, wird mir klarer noch als zuvor: jetzt muß jedes Stück deutscher Kraft gehütet, geschont werden in weitausschauender Vorsorge für ein „Einst".

Mittwoch, 25. Juni.

Der Ledebour-Prozeß hat mit Freisprechung geendet. Es soll uns demonstriert werden, daß die breite Bevölkerung heute andere Dinge leidenschaftlicher bewegen als der Friedensentschluß und das Schicksal Deutschlands. In Hamburg sind Zustände und Manipulationen in einer Fleischkonservenfabrik zu einer großen Volksbewegung geworden. Undurchsichtig ist, in welchem Umfang tatsächlich ekelhafte Lebensmittelfälschungen vorliegen. Jedenfalls ist aber ihr Vorhandensein Anlaß zu einer für viel breitere Zwecke vorbereiteten kommunistischen Agitation geworden. Erstürmung des Rathauses, Versagen der Volkswehr, Entwaffnung zu Hilfe kommender Truppen. Eine z. T. furchtbare Lynchjustiz an den Lebensmittelfälschern. Heute Belagerungszustand und ungeklärte politische Lage. Wer regiert in Hamburg?

Donnerstag, 26. Juni.

Man hat hier in Hamburg den Eindruck, als seien größere revolutionäre Absichten an der geringen Tragweite des Anlasses zum Stocken gekommen.

Generalstreikagitation, gegen die aber Widerstand in der organisierten Arbeiterschaft geleistet wird.

Im Reich droht ein Eisenbahnerstreik, von radikalen Elementen betrieben, von den besonneren und pflichtbewußten Teilen der Beamtenschaft abgelehnt, aber teilweise schon in Kraft. Hier in Hamburg noch nicht. In Berlin an einigen Bahnhöfen. Es handelt sich um Forderungen, die die Regierung nicht erfüllen kann, ohne den Eisenbahnetat bis ins Unerträgliche zu belasten.

Freitag, 27. Juni.

In Hamburg sind Regierungstruppen eingezogen, aber in zu schwacher Anzahl am Bahnhof entwaffnet. Es besteht hier nicht die Absicht, es zu Blutvergießen kommen zu lassen. Die Hamburger Volkswehr und der Vollzugsausschuß der Betriebsräte versichern, die Ruhe selbst aufrechterhalten zu können, und haben energisch zur Waffenablieferung aufgefordert. Die Reichstruppen sind zunächst zurückgezogen. Plünderungen sind natürlich vorgekommen, aber nicht in großem Umfang.

Die Kartellkommission der Gewerkschaften fordert energisch zur Aufrechterhaltung der Arbeit gegen die Generalstreikpläne auf.

Das Rathaus ist vom Kugelregen gefleckt wie das Gesicht eines Menschen, der Scharlach hat, über und über von Einschlägen gesprenkelt. Heute ist es ruhig in der Stadt. Die Straßen wimmeln von Neugierigen. Man ist so abgestumpft gegen Unsicherheit und Gefahr, daß man kaum mehr auf Schüsse hört.

Sonnabend, 28. Juni.

Die Reichsregierung will 5 Milliarden auswerfen zur Senkung der Lebensmittelpreise — eine Politik, die nicht nur politisch der Entspannung dienen soll, sondern auch volkswirtschaftlich richtig erscheint, damit nicht die vermehrte Zugänglichkeit sehr teurer Lebensmittel zu immer wieder neuen Lohnforderungen führt. Es ist jedenfalls ein Versuch, der einmal gemacht werden muß.

Die Debatten der Preußischen Landesversammlung über den Frieden führen zu dem Ergebnis, daß kein Rücktritt des Kabinetts erfolgen soll, wie denn überhaupt die Vorgänge im Reich keine Rückwirkung auf die bundesstaatlichen Kabinette haben sollen.

Die Zeitungen geben uns jetzt den bitteren Trank der Berichte über die Siegesfeiern in Paris. Dem muß nun standgehalten werden — und es ist nicht das schwerste. Könnten wir an uns selbst wieder glauben, so ließe alles andere sich leicht ertragen!

Naumann / Was ist der Friede?

Indem wir gegen den Pariser Gewaltfrieden protestieren, sind wir genötigt, uns bestimmte Vorstellungen darüber zu machen, wie ein wahrhafter Friede beschaffen sein kann. Schon in den stilleren Zeiten vor dem Kriege haben wir öfter über dieses Problem nachgedacht, jetzt aber liegt es wie eine Last auf uns. Ich lese einen älteren Aufsatz von mir aus dem Jahre 1904 (Süddeutsche Monatshefte 1. Jahrgang) und prüfe meine damaligen Ansichten an den harten Tatsachen der Gegenwart. Es sei erlaubt, aus dieser früheren Arbeit einige Sätze herauszuheben, um sie der eigenen Kritik zu unterbreiten:

„Friede ist, so heißt es dort, Abwesenheit von Krieg, Krieg aber ist methodische Erledigung von Streit, Streit aber ist Naturzustand der Menschheit . . . Wo Friede ist, wurde er im allgemeinen den Menschen aufgezwungen, und zwar dadurch, daß man Streite methodisch behandelte. Wer am besten streiten kann, ist am ersten in der Lage, Ruhe zu schaffen. Der Streitbändiger lernt es, dem Unterwürfigen das Streiten abzugewöhnen. Das kann er mit der Peitsche tun oder mit der Predigt. Friede ist die Folge von Beherrschung . . . Es gehört zur ewigen Ironie, von der unser Dasein so voll ist, daß der Friede nicht aus sich selbst geboren werden kann, sondern nur aus dem Krieg . . . Die Männer im Tuchrock wollten die im Eisenrock beseitigen, damit der Friede größer würde, aber wie wirft man eiserne Männer hinaus, wenn man nicht selber klirrt und dröhnt? Da ist die Ironie wieder da: um des Friedens willen möchte man Revolution machen, Revolution aber ist eine Form des organisierten Unfriedens . . . Und doch

wächst der Friede. Europa hat Ruhe trotz aller Kanonen, nein, nicht trotz der Kanonen, sondern durch die Kanonen. Man nehme den Geschichtsatlas zur Hand und sehe sich das mittelalterliche Europa an! Das war voll Blut und Schädelspalterei, weil es viele Herrscher hatte. Die Verminderung ihrer Zahl war der Weg zum Frieden, der Krieg aber war es, der sie verminderte. Die Geschichte des Friedens ist die Geschichte der Konzentration der Souveränitäten. Nur die Großen dürfen sich noch streiten. Darin besteht der heutige Weltfriede, soweit er vorhanden ist. Der politische Großbetrieb, das ist der Friede. Kleine Staaten brauchen einen Erlaubnisschein, wenn sie noch streiten wollen; trifft man sie ohne Erlaubnisschein auf dem Kriegspfad, so werden sie in Haft gebracht. Diese Methodik der Erledigung von Streit macht Fortschritte. Schon dachte man daran, ein Büro der politischen Syndikate (Großstaaten) für Ausstellung und Verweigerung von Erlaubnisscheinen einzurichten. Dieses Büro sollte in Holland sitzen und Schiedsgericht heißen ... Der ewige Friede kommt nur dann, wenn sich das Bibelwort erfüllt: eine Herde und ein Hirt! Bis dahin aber ist es noch sehr weit, und kein Mensch kann wissen, ob dieser Endzustand ein möglicher ist. Der Gedanke einer Menschheitsorganisation zur Streitvermeidung übersteigt (gegenwärtig) alle verständige Überlegung. So viel nur ist klar, daß erst noch Todesfälle (von Großstaaten) zu erledigen sein werden, deren Ausgang die Zertrümmerung großer bisheriger Staatsverbände in sich schließt. Auch wir Deutschen würden zu den Geopferten gehören müssen, denn es ist unwahrscheinlich, daß wir den letzten und einzigen Hirten der Herde werden stellen können. Und vor uns würden andere fallen und von uns mitverzehrt werden ... Nicht das letzte Ende der Weltgeschichte kann das Ziel unseres Handelns sein, selbst wenn wir glauben sollten, es ahnen zu können. Unser Tun (innerhalb der gegenwärtigen Entwicklungsperiode) muß darauf gerichtet sein, daß unser Staat nicht ohnmächtig wird, damit dienen wir nicht der Friedensidee an sich, aber wir helfen mit, daß unsere Kinder nicht in den tödlichen Bereich eines sich auflösenden Körpers hineingeboren werden. Je stärker wir sind, desto größer ist die Aussicht, daß wir nicht das Schlachtfeld liefern. Das Entstehen neuer Kriege können wir nicht hindern, aber wir können hindern, daß wir es sind, deren Erbe man verteilen will. In diesem Sinne gilt für Großstaaten: die Macht ist der Friede ... Was ist also der Friede? Er ist die Verallgemeinerung des einheitlichen Zwanges über die Erdoberfläche. Ihn ohne Zwang zu denken ist Gedankenlosigkeit. Das ist es, was seinen Siegesweg trotz ungezählter Vorteile nicht einfach zum Weg des Glückes werden läßt. Auch mitten im Sieg des Friedens erwachsen nur Probleme, die Probleme, deren Kern etwa ist: ob die, die zum Frieden gekommen sind, noch Charakter haben können? Wenn aller Streit methodisch geregelt sein wird, wenn alles im (weltpolitischen) Großbetrieb ertrunken ist, so wird uns etwas fehlen, was oft gering geschätzt wurde: die Freiheit des Streites. Die ist es, die auf Erden immer kleiner wird. Das aber ist ja eben — der Friede."

— — So also habe ich vor 15 Jahren geschrieben! Ebenso oder ähnlich haben mit mir viele damals gedacht! Jetzt, nachdem wir tatsächlich die Geopferten geworden sind, klingt das alles viel kleierner und schauerlicher als damals, wo es nur soziologische Theorie zu sein schien. Jetzt würden wir hundertfältig wünschen müssen, daß der damals dargestellte weltgeschichtliche Entwicklungsgang völlig falsch gewesen wäre. Leider aber ist er bis zum heutigen Tage nur allzuwahr geworden: die pessimistische Gesamtauffassung der Friedensfrage hat recht behalten! Ob es so kommen mußte, weiß ich nicht, oft aber denke ich, daß es anders hätte gehen können, wenn die Deutschen sich der schon hier aufgezeigten Gefahren mehr bewußt gewesen wären und darum weit vorsichtiger gehandelt hätten. Irgendwann und irgendwie würden wir unter allen Umständen in das Zwangssystem des Weltfriedens hineingepreßt worden sein, aber es war nicht nötig, daß wir Deutschen gerade das Musterbeispiel der Erdrückung abgaben. Auf unserem Rücken vollzieht sich die Syndikatsbildung der souverän gebliebenen Großmächte. Wir sind unter die Räder gekommen, während wir bei anderer Leitung und bei anderer historischer Gesinnung mit zu den Organisatoren der neuen Weltform gehören konnten! Es hat bei uns am Verständnis für die Unentrinnbarkeit einer Weltorganisation gefehlt.

Einigermaßen einseitig habe ich vor 15 Jahren nur die staatstechnische und militärische Seite der Friedensentwicklung dargestellt und von dem moralischen Einfluß pazifistischer Gesinnungsbewegungen wenig erwartet. Heute würde ich ihn stärker in Rechnung setzen, obwohl man zugeben muß, daß beim Pariser Friedensschluß blutwenig moralischer Pazifismus zutage getreten ist. Die wirklichen Friedensherstellen sind auch dieses Mal, wie früher, interessierte und rücksichtslose Rechner gewesen. Ein gewisser Fortschritt aber liegt doch darin, daß sie viel reichlicher, als man erwarten konnte, mit den Worten Völkerbund und Menschheitsfriede gespielt haben, was immerhin ein Zeichen dafür ist, daß sich etwas wie Menschheitspatriotismus von ferne meldet. Die Weltorganisation schreitet so schnell fort, daß sich die zu ihr gehörigen Gesinnungen auch von brutalen Siegern nicht mehr ganz zurückhalten lassen. Das Tempo der Menschheitssozialisierung ist viel lebhafter, als es sich die Phantasie 1904 ausdenken konnte, weil niemand den gewaltigen Umfang des Krieges und das fast gleichzeitige Sterben der drei Großmächte Rußland, Deutschland und Österreich-Ungarn vorhersehen konnte. Wenn ich damals schrieb: „Vor uns werden andere fallen und von uns mitverzehrt werden," so hat sich dieses nur in der kurzen Zwischenzeit zwischen dem russischen und dem deutschen Zusammenbruch bewahrheitet.

Weil nun aber die Herabdrückung Deutschlands in die Reihe der vom politischen Weltsyndikat kontrollierten Staaten sich so ungeheuerlich und für uns tödlich vollzogen hat, so ändern sich auch die Grundsätze, die über unser politisches Verfahren damals von mir aufgestellt wurden. Heute würde es falsch sein zu sagen, daß „das letzte Ende der Weltgeschichte nicht das Ziel unseres Handelns" sein kann, denn jenes vorläufige Ziel, unseren Staat davor zu bewahren, vorzeitig ohnmächtig zu werden, ist leider nicht erreicht worden. Unsere Kinder werden tatsächlich „in den Bereich eines sich auflösenden Körpers hineingeboren". Wir können nicht die Absicht haben, jemals wieder Großmacht im alten Sinne zu werden, dazu sind die eisernen Gitter des Pariser Friedens zu fest und die Kriegserfahrungen zu schwer. Was wir aber mit allen Kräften erstreben müssen, ist Gleichberechtigung im kommenden Weltbund. Wir müssen das Syndikat der Großmächte, das uns schlägt und fesselt, als notwendig im geschichtlichen Sinne anerkennen, aber gleichzeitig gegen seinen Gegenwartsbestand protestieren und es von innen heraus bessern und umgestalten. Innerhalb der imperialistischen Staaten-

Digitized by Google

organisation leben die unterworfenen Völker, deren erstes wir jetzt geworden sind, etwa ebenso wie die Sozialisten innerhalb einer rein privatkapitalistischen Industrie: als Sklaven, denen man zuerst keinerlei Rechte einräumen will, die sich aber durch ihre Zahl und Arbeit unentbehrlich machen, so daß sie langsam, aber sicher eine Mitwirkung erreichen.

Der Friede, den wir von jetzt an suchen, ist „die Verallgemeinerung des einheitlichen Zwanges über die Erdoberfläche". Da wir uns nicht mehr vom Weltzwange frei machen können, müssen wir nach Kräften dafür sorgen, daß er für alle gleich werde. Wir sträuben uns mit Händen und Füßen gegen einen Sonderfrieden, der nur uns allein in den Keller wirft. Wir sind es, die über die ganze Erdkugel hin bis in jede Ecke rufen müssen: gleiches Recht für alle! Unser Schicksal hängt davon ab, daß wir Menschheitsgedanken haben. Selbst wenn wir dabei altgewohnte, liebgewordene Traditionen und Ideen hingeben, wenn wir Selbständigkeitsträume abwerfen müssen, es hilft nichts, es hilft wirklich nichts: unser Leben ist von nun an mit dem Atmen aller ringenden, blutarmen, geschlagenen Nationen verbunden. Für sie und uns suchen wir das große Recht, den großen Zwang, die große Gleichheit.

Als Volk sind wir durch den Pariser Frieden proletarisiert. Das ist schrecklich, aber es muß als Tatsache erkannt werden! Man macht uns alle zu Lohnsklaven der Herrenvölker. Von da an, wo wir das wissen, fängt ein anderes politisches Denken an: wir wollen sein, was wir sind, damit wir wieder mehr werden! Wir organisieren die Menschheit von unten her, vom Keller aus. Das ist die deutsche Lebenserhaltung.

Wilhelm Kulemann / Generalstreik

Die Revolution hat viele Anschauungen ins Wanken gebracht, die früher als feste Grundlage der staatlichen Ordnung angesehen wurden. In noch höherem Maße haben die späteren Versuche einer Ultrarevolution solche Erscheinungen zur Folge gehabt. Jeder, der mit einer staatlichen Maßregel nicht einverstanden ist, hält sich für berechtigt, das dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß er seine Arbeitsleistung verweigert, während doch die Arbeit das einzige Mittel ist, um uns vor dem Chaos zu retten. Mag die bayrische Regierung das von dem Kriegsgericht gegen Levine gefällte Todesurteil vollstrecken lassen, oder mögen Personen, für deren Handlungen keine staatliche Stelle verantwortlich ist, die spartakistischen Heiligen Liebknecht und Rosa Luxemburg ermorden, stets halten breite Arbeiterschichten es für ihr gutes Recht, das gesamte Wirtschaftsleben gewaltsam stillzulegen. Das bedeutet nichts anderes, als die Vernichtung des Restes von nationaler Existenz, der uns noch geblieben ist; es ist einfach der zum System erhobene Wahnsinn.

Bis zu einem gewissen Grade mag dieser pathologische Zustand unseres Volkes zu erklären sein aus der durch den langen Krieg herbeigeführten Entwöhnung von geregelter Tätigkeit, also eine allgemeine Arbeitsunlust, die ja auch darin hervortritt, daß selbst da, wo gearbeitet wird, das Ergebnis weit hinter dem normalen zurückbleibt. Aber als die eigentliche Ursache muß es doch angesehen werden, daß die frühere Unterdrückung der Arbeiterschaft durch staatliche und private Machtbesitzer jetzt, wo diese Mächte gestürzt sind, zu einer Reaktion geführt hat, die, wie stets in solchen Fällen, weit über das berechtigte Maß hinausgeht. Man verwechselt Freiheit mit Zuchtlosigkeit und übersieht, daß kein Zusammenleben von Menschen denkbar ist ohne eine Unterordnung unter die Beschlüsse der dazu berufenen Organe. Im monarchischen Staate mochte man geltend machen, daß die formale Ordnung mit dem natürlichen Rechte sich in Widerspruch befinde, aber die demokratische Verfassung, die den Willen der Mehrheit zur entscheidenden Form erhebt, entzieht einem solchen Einwande jeden Boden. Wer dem auf gesetzlichem Wege zum Ausdruck gelangten Willen des Volkes sich nicht fügt, stellt sich außerhalb des Staates; er ist deshalb weder Demokrat noch Sozialist, sondern Anarchist.

Es ist seltsam, daß die Arbeitermassen, die heute bei jeder Gelegenheit zum Generalstreik greifen, und die doch, wenn auch mit mannigfachen Schattierungen, alle als Sozialdemokraten angesehen werden wollen, ganz vergessen zu haben scheinen, was ihre eigenen Parteitage in dieser Richtung wiederholt beschlossen haben. In Deutschland verhielten sich die Arbeiter lange Zeit gegen den Gedanken des Generalstreiks durchaus ablehnend, es wurde vielmehr allgemein die vom alten Liebknecht ausgegebene Parole anerkannt: „Generalstreik ist Generalunsinn!" Auf dem Parteitag in Halle 1890 erklärte er ihn unter allseitiger Zustimmung für eine Unmöglichkeit. Dieser Standpunkt wurde auch 1903 in Dresden gebilligt. Als dann in Veranlassung des in demselben Jahre von der Partei bei den Reichstagswahlen errungenen Sieges von reaktionärer Seite eine Einschränkung des Wahlrechts gefordert wurde, begann sich ein Umschwung der Stimmung geltend zu machen. Es gewann die Ansicht Boden, daß man sich einem solchen Unternehmen mit allen Mitteln widersetzen müsse, und daß man auch vor dem Generalstreik nicht zurückschrecken dürfe. In Bremen 1904 wurde ein in diesem Sinne vom jungen Liebknecht gestellter Antrag dem Parteivorstande zur Erwägung überwiesen, und in Jena 1905 wurde auf Vorschlag von Bebel mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, die den Generalstreik unter gewissen Umständen für geboten erklärte. Dem Vorwurfe, daß man damit den früheren Standpunkt aufgegeben habe, suchte man dadurch zu begegnen, daß man zwischen dem „anarchistischen Generalstreik" und dem „politischen Massenstreik" unterschied, und behauptete, daß der letztere, der den Umsturz der gesamten Wirtschaftsordnung bezwecke, ganz anders zu beurteilen sei als der erstere, da er nur einen Akt der Notwehr gegen unerhörte Vergewaltigung darstelle. Demgemäß lautete der in Jena gefaßte Beschluß:

„Der Parteitag erachtet es für geboten, auszusprechen, daß es die gebieterische Pflicht der gesamten Arbeiterschaft ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln jedem Anschlag auf ihre Menschen- und Staatsbürgerrechte entgegenzutreten und immer wieder die volle Gleichberechtigung zu fordern ....

Demgemäß erklärt der Parteitag, daß es namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterschaft ist, jedes geeignet erscheinende Mittel der Abwehr energisch anzuwenden. Als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwenden oder sich um ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, de-

Digitalisiert von Google

trachtet gegebenenfalls der Parteitag die umfassende Anwendung der Massenarbeitseinstellung."

Wie man sieht, ist hier der Generalstreik allerdings nicht mehr prinzipiell verworfen, aber er ist doch an Bedingungen geknüpft, von denen niemand behaupten wird, daß sie heute gegeben seien. Man wird in der Tat den in Jena vertretenen Standpunkt nicht ohne weiteres verurteilen dürfen, denn eine Maßregel, die man aus allgemeinen Gründen für den Regelfall beanstanden muß, ist möglicherweise unter Ausnahmeverhältnissen als zulässig anzusehen, insbesondere, wenn sie nicht dem Angriffe, sondern der Verteidigung dient. Freilich ist gegen den gefaßten Beschluß das Bedenken zu erheben, daß die Maßregel, gegen die man sich schützen wollte, als auf gesetzlichem Wege zustande gekommen vorausgesetzt war und es dem demokratischen Prinzip entspricht, daß die Minderheit sich der Mehrheit fügt. Aber auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen, daß das ethische Urteil über eine Handlung möglicherweise anders lauten kann, als das auf formal juristische Überlegungen gestützte.

Mag man jedoch die Grenzen, in denen man auf Grund solcher Erwägungen den Generalstreik für erlaubt halten kann, noch so weit ziehen, so liegt auf der Hand, daß die heutigen Unabhängigen, Spartakisten und Kommunisten gar nicht daran denken, sich innerhalb dieser Grenzen zu halten. Eine Erklärung findet vielmehr ihr Verfahren nur unter Anwendung der Grundsätze, die von den Syndikalisten und Anarchisten auf ihre Fahne geschrieben werden. Diese haben mit den Sozialisten gemeinsam das negative Ziel, die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu beseitigen, aber sie wollen es nicht, wie diese, erreichen mit politischen, insbesondere parlamentarischen Mitteln, sondern auf dem Wege der Gewalt. Nun gehen freilich darüber, was an die Stelle des heutigen Systems treten soll, die Ansichten beider Richtungen auseinander. Die Syndikalisten wollen die Produktionsmittel in den Besitz der einzelnen Arbeitergruppen bringen, also z. B. die Bergwerke den Bergleuten, die Eisenbahnen den Eisenbahnarbeitern überweisen. Das Ziel der Anarchisten dagegen ist die Auflösung jeder staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung mit der Wirkung, daß die Produktionsmittel jedem zur Verfügung stehen, der sich ihrer bedienen will. Aber beide berühren sich wieder in der Ablehnung des Mehrheitsprinzips. Nach ihrer Auffassung ist die Masse stets träge und unbeweglich und für große Ideen nicht empfänglich. Deshalb ist es das natürliche Recht der „kühnen Minderheit", die Leitung für sich in Anspruch zu nehmen und die Mehrheit zur Folgeleistung zu zwingen. Beiden Gruppen gemeinsam ist endlich auch die Begeisterung für den Generalstreik. Er ist in ihren Augen das Allheilmittel gegenüber allen sozialen Mißständen, ja der Inbegriff der Revolution, die ihrerseits nicht etwa bloß ein Weg zur Erreichung konkreter Ziele bildet, sondern einen Eigenwert besitzt, indem sie in einem Maße wie nichts anderes dazu dient, die Energie des Proletariats zu steigern und dieses zu einer festen Einheit zusammenzuschließen.

In Deutschland war es bis zum Ausbruche des Krieges weder dem Syndikalismus noch dem Anarchismus gelungen, eine nennenswerte Anhängerschaft zu gewinnen, obgleich beide Gruppen sich zu der Partei der „Anarcho-Sozialisten" vereinigt hatten. Jetzt hat sich das wesentlich verändert. Hat auch die U. S. P. D., die als die parlamentarische Vertretung dieser Elemente anzusehen ist, in der Nationalversammlung nur 23 unter 421 Sitzen zu erlangen vermocht, so bildet sie doch tatsächlich einen Machtfaktor von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Es ist, auch wenn man sich aus begreiflichen Gründen gescheut hat, das offen auszusprechen, doch kein Geheimnis, daß, wenn die Mehrheit der Nationalversammlung sich entschloß, den ehrlosen Frieden zu unterzeichnen, sie nicht in erster Linie bestimmt wurde durch die Furcht vor einer fremden Besetzung deutschen Gebietes oder einer verschärften Hungerblockade, sondern durch die Überzeugung, daß bei Ablehnung des Friedens die radikale Minderheit sich nicht scheuen würde, den Bürgerkrieg zu entfesseln, indem sie die dann eintretende Notlage benutzen würde, um die breiten Massen zum Kampfe gegen die Regierung aufzureizen.

Es ist schwer zu entscheiden, ob man gut getan hat, sich durch diese Erwägung bestimmen zu lassen, aber jedenfalls bedeutet der heutige Zustand, den man gewissermaßen als permanenten Generalstreik bezeichnen kann, für uns eine Gefahr, deren Tragweite kaum hoch genug eingeschätzt werden kann. Es wird auf seiten der Regierung der richtigen Verbindung von Energie und Nachgiebigkeit bedürfen, um unabsehbares Unheil von dem deutschen Volke abzuwenden und allmählich wieder zu einer Beruhigung der Gemüter sowie einer Stabilisierung unseres Wirtschaftslebens zu gelangen. Dazu hat jeder die Pflicht, nach Maßgabe seiner Kräfte mitzuwirken.

G. v. Frankenberg / Woran es fehlt

Worunter leiden wir? Anscheinend sind es die Zustände, die uns bedrücken: „Wenn bloß die Ernährung besser würde!" — „Wenn es nur erst wieder Rohstoffe gäbe!" — „Wenn nur der Friede erträglich ausfiele!" —

Aber glaubt ja nicht, daß ihr zufrieden wäret, wenn ihr künftig alle Tage vor vollen Schüsseln sitzen dürftet! Oder, wenn euch jemand Frankreichs Erzfelder und Rußlands beste Provinzen schenkte! Nein, da kenne ich euch besser. Ich müßte euch auch verachten, wenn ihr so leicht zufriedenzustellen wäret!

Was uns quält und immer wieder quält, das ist etwas anderes. Gewiß, wir haben den Krieg verloren und für ein paar hundert Milliarden Werte obendrein. Aber was ist denn das so Großes, gemessen an unseren übrigen Verlusten? Wollen wir materiellen Dingen die Ehre antun, uns um sie zu grämen? Hing unser Glück davon ab, daß wir Polen und das Elsaß besaßen? Sollen wir uns so weit erniedrigen, darüber zu jammern, daß unser persönliches Wohlbefinden Einschränkungen erfahren wird?

Ein Grund zur Trauer bestände freilich, wenn es wahr wäre, daß wir unsere nationale Ehre eingebüßt hätten. Die soll ja, nach den Anschauungen gewisser Kreise, verlorengehen, wenn das Kriegsglück sich wendet. Aber wir sind nicht mehr Barbaren genug, um die Ehre eines Volkes von der Zahl seiner Flugzeuge und Tanks in irgendeiner Weise abhängen zu lassen. Wir glauben nicht, daß das deutsche Volk seine Ehre verlor, als es im Waffengange besiegt wurde.

Und sind wir denn besiegt worden? Wer darf sich rühmen, die Deutschen mit den Waffen in der Hand zu Boden geworfen zu haben! Nicht einmal den billigen Ruhm können wir unseren Feinden zugestehen, daß sie uns durch ihre überlegene Technik niederrangen. Denn noch stand die Front, noch war die Überlegenheit des Gegners auf dem Schlachtfelde keineswegs entschieden, — als sich,

Digitized by Google

lange vor dem offenen Zusammenbruch, das Schicksal des Deutschen Reiches weit hinter der Front erfüllte.

Nicht, weil unsere Kampfwagen oder U-Boote oder Flugzeuge nichts taugten, sind wir besiegt, nicht das Versagen von Maschinen trug Schuld an unserem Untergang, — wir stürzten, weil uns die Ideen fehlten, die ein Volk siegreich machen. Wir hatten nichts mehr, wofür wir uns begeistern mochten. Es war uns so unerträglich geworden im Vaterlande, wir hatten so viel grausame Enttäuschungen an den eigenen Volksgenossen erlebt, daß die Front zuletzt ihr Blut nicht mehr verspritzen wollte für ein so erbärmliches Heimatheer, für die Hunderttausende von Wucherern, Schmugglern und Verschwendern.

Das war ein Schlag, nie zu verwinden für jeden, der am Alten hing. Doch hatte niemand Ursache, sich des moralischen Zusammenbruchs zu freuen. Denn nun kam die Zeit ratlosen Grauens gerade für den fortschrittlich gesinnten Teil des Volks. Je mehr da einer begeistert war, um so mehr Hoffnungen hat er begraben müssen. Gescheitert ist die Revolution, jämmerlich gescheitert! Wohl vermochte sie sich in einer Reihe von Äußerlichkeiten durchzusetzen — wir haben andere Landesfarben und andere Minister bekommen —, aber von ihren eigentlichen Zielen erreichte sie keins. Wir leben noch immer im alten Deutschland, noch immer wird gelogen und geschoben, ausgebeutet und verschwendet, wie unter dem alten System auch. Manchmal sogar — wegen der günstigen Konjunktur, die die Revolution geschaffen hat — noch toller als damals.

Und wie kommt das? Es kann auch hier nur eine Antwort geben: Die Menschen bestanden die Probe nicht. So gewiß die sozial-republikanische Staatsform die bessere ist, so gewiß ist es Schwärmerei zu glauben, daß sie sich aus einem Volke wie dem unseren im Handumdrehen das Menschenmaterial schaffen werde, dessen sie bedarf. Doch selbst wer das wußte, durfte etwas mehr erwarten.

Denken wir uns einmal in die Seele eines Mannes, der weder ein Umstürzler noch ein ausgesprochener Verteidiger des Bestehenden war, der vielleicht, wie so viele, infolge einer gewissen natürlichen Abneigung der Politik innerlich ferngestanden hatte. Dieser Mann sah im November die Throne stürzen. Er empfand sicherlich einiges Mitleid mit den Stürzenden, hatte aber ein dunkles Empfinden dafür, daß der Volkswille und das Volkswohl vorgehe. Instinktiv erfaßte er, daß es etwas Großes war, was hier nach Vollendung rang. Und es kam ihm in den Sinn, was er je von kühnen Neuerern gehört hatte. An Brutus dachte er und an die wortumrauschten, tatensprühenden Helden der französischen Revolution, und die Erwartung eines gewaltigen, erhebenden Schauspiels söhnte ihn mit allem Neuen aus.

Nicht daran wahrlich lag ihm, die Preußenfahne besudelt zu wissen, nicht das kitzelte ihn, „richtige Proletarier" auf Ministersesseln abgebildet zu finden, nicht nach neuen Formen gelüstete ihn, sondern andere Menschen wollte er erblicken, gerechte, edle und weise Menschen, die nun, so meinte er, heraufsteigen würden, um ihre Pläne wie ein Banner zu entrollen und alles Volk mitzureißen zum Sturm wider das Gemeine. Selbst der Gedanke an eine Diktatur der Entrechteten schreckte ihn nicht, denn er erwartete, daß Idealisten an die Spitze treten würden, reine, gütige Menschen, solche, die ihre eigenen Begierden überwunden hätten und darum zum Herrschen taugten, — und ihrem Machtspruch zu folgen hätte er nicht gezaudert. Er wollte Ungewöhnliches, Übermenschliches erleben, an Leistungen und Gesinnungen. Von den klugen, erbärmlichen Alltagsmenschen hatte er genug. Sonntagskinder wollte er sehen, Auserwählte an Geist und Herz. Die Sehnsucht nach Vollkommenheit (die unser aller bestes Teil ist), die trieb ihn zu der Hoffnung, nun werde er endlich ganze Männer kennenlernen, Helden ohne Furcht, aber auch ohne Tadel.

Es liegt mir sehr fern, in gehässiger Weise auszuführen, was er fand. Was sollte es auch helfen, die Leute anzuklagen, die sich so sehr menschlich benahmen, als sie zur Macht gekommen waren. Wer weiß, wie andere an ihrer Stelle sich benommen hätten! Ich weiß nur, wie es gewirkt haben müßte, wenn alle diese Söhne des Volkes den höhnischen Vorhaltungen einer gewissen Presse zum Trotz ihren Stolz darein gesetzt hätten, einfacher Herkunft zu sein, und wenn sie durch Schlichtheit und unantastbare Redlichkeit ein — leider — ungewöhnliches Beispiel gegeben hätten. Hier war eine seltene Gelegenheit zu moralischen Eroberungen! Parvenüs und Salonwagen waren uns nichts Neues. Wir sehnten uns nach Charakteren. Wir wollten endlich einmal wieder Menschen sehen, denen die Idee über alles ging. Das hätte gar manchen begeistert und auf alle Eindruck gemacht. Aber wir sahen nur wieder einmal, daß die äußeren Formen des Vornehmseins leicht erlernbar sind.

Mein Restchen von Lokalpatriotismus verbietet mir, näher auf die zahllosen und hoffentlich meist erlogenen Geschichtchen einzugehen, die die Selbstsucht und Unaufrichtigkeit der Günstlinge des Volkes dartun sollen. Ich will nur nochmals betonen, welche Wirkung es gehabt haben müßte, wenn man ebensooft das Gegenteil hätte erzählen hören. Es ist ein schlechtes Zeichen — weniger für die Führer selbst, als für das ganze Volk —, daß anscheinend überhaupt keiner auf den Gedanken gekommen ist, die Gegner durch Einfachheit und Anspruchslosigkeit zur Achtung zu zwingen. Wir müssen uns schämen, weil man glauben konnte, uns dadurch zu imponieren, daß man „doch auch" einen tadellosen Rock trug, der auf Beachtung Anspruch hatte.

Kurz, die neuen Führer waren offenbar keine bessere Sorte von Menschen, als wir alle es gegenwärtig sind, — und das will nicht viel heißen.

Deutschland ist arm an einer Menschenart, daran es nie hätte arm werden dürfen: an Idealisten. Die waren es, an denen wir uns freuten, als wir in den Krieg zogen — sie sind erstickt in Flanderns Schlamm und in dem moralischen Sumpf, der sich in der Heimat ausbreitete —, und Idealisten hofften wir zu Gesicht zu bekommen, als die Revolution ausbrach. Wir sind bitter enttäuscht.

Männliche Taten und die vornehm schlichte Haltung des Ehrlichen, dem die Idee alles, sein eigenes Schicksal nichts gilt, das war's, was wir von denen erwarteten, die eine neue Zeit heraufzuführen versprachen. Doch wir sehen nur die alten Gebärden und Leidenschaften und Beweggründe. Eine andere Partei kam ans Ruder. Aber die Führenden bleiben Partei. Sie geben uns nicht das Schauspiel echter Größe, nach dem wir verlangen. Sie sind selbst nicht begeistert und können deshalb niemand begeistern.

Indes, wie gesagt, es sind keineswegs nur die Führer, die dieser Vorwurf trifft. Das wäre ja auch ein wunderlicher Zufall, denn sie stellen doch eine Auslese aus dem ganzen Volke dar. Und leider müssen wir uns gestehen: Es ist bezeichnend für unser Volk, daß es keine begeisterten

Digitized by Google

Führer hat. Der Idealismus ist in Deutschland zu einem wenig gefragten Importartikel geworden. Schon vor dem Kriege war das an dem Bedeutungswandel zu erkennen, den das Wort „Idealist" durchgemacht hatte. Es war doch, deutsch herausgesagt, zum Schimpfwort geworden und wurde benutzt, wenn man jemand auf höfliche Weise einen Dummkopf nennen wollte. Ja, so weit hatte uns unsere Krämerweisheit gebracht.

Durch den Krieg aber wurde das nicht besser, — trotzdem es im Herbst 1914 einen Augenblick so schien. Im Gegenteil. Das wechselvolle und aufregende Spiel des Krieges und vielleicht mehr noch der chaotische Zustand des Wirtschaftslebens und die daraus entspringende Notwendigkeit zu lügen und zu betrügen, riefen alle bösen Instinkte in den Menschen wach. Die Selbstsucht und die Hohlheit der Lebensauffassung haben einen Grad erreicht, der es fast unmöglich macht, an eine Gesundung des deutschen Volkes aus eigener Kraft noch zu glauben. Einstweilen wenigstens scheitert jeder Versuch, uns aus unserer Sackgasse herauszuführen, daran, daß wir die Scheuklappen des kurzsichtigsten Eigennutzes tragen. Wir sind zum guten Teile gar nicht mehr imstande, die großen Gesichtspunkte zu erfassen, unter denen jegliches Ding gesehen werden will. Jeder läuft seinen Begierden nach, und so laufen wir alle in die Irre.

Das Volk spaltet sich in Parteien, die Partei in Berufsgruppen und Gewerkschaften. Auf dem Lande findet man die Preise zu niedrig, in der Stadt findet man sie zu hoch. In den Kurorten ist man für Freigabe des Reiseverkehrs, in den Grenzbezirken für den Anschluß ans Ausland, — kurz, jeder urteilt, wie's ihm sein kleines Privatinteresse vorschreibt. Ans große Ganze zu denken, statt an uns selbst (und weiter heißt ja wohl Idealismus nichts), das haben wir verlernt.

Nur beim Gegner (ich meine eben den politischen, es paßt aber auch für den nationalen) tadeln wir die Enge des Blicks und den Eigennutz. Für dessen Fehler haben wir uns wenigstens noch ein Urteil bewahrt. Seine Dummheit, Schlechtigkeit und Inkonsequenz wird uns täglich zum Ekel. Täglich ärgern wir uns über einander — und selbstverständlich mit vollem Recht. Es ist nur nötig, daß wir das einmal vor uns selber aussprechen. Und warum sollten wir es uns nicht ruhig eingestehen, daß wir alle dieselbe unerfüllte Sehnsucht im Herzen tragen, die Sehnsucht nach besseren Menschen?

Ja, laßt uns das zum Losungswort nehmen, denn es ist eine edle Sehnsucht. Das höchste Glück des Menschen ist der Mensch. Laßt uns all unsere Kraft in diesem Wunsche sammeln: einem edleren Geschlecht, als wir es sind, wollen wir den Weg bereiten.

Darüber brauchen wir nicht zu vergessen, daß, wer die Menschen ändern will, die Zustände ändern muß. Aber es ist wichtig, stets daran zu denken, worauf es eigentlich bei dem ganzen Kampf um die Zustände ankommt. Vielleicht werden wir dann auch eher die rechten Waffen finden für diesen Kampf. Vielleicht sind in unserer Lage Entschlüsse nötiger als Beschlüsse.

Und was hindert uns, mit der Rückkehr zum Idealismus selber den Anfang zu machen?

Gertrud Bäumer / Der Fluch der Masse

Nicht unsere Niederlage selbst ist es, die uns am tiefsten bedrückt, sondern der babylonische Zerfall der inneren Einheit. Wir sind kein Volk mehr, wir haben keinen gemeinsamen Geist, keine gemeinsamen Erlebnisse, keinen gemeinsamen Willen. Wenn nach dem dunklen Sonntag in Weimar noch etwas Bedrückenderes möglich war, so waren es für uns Hamburger die Putsche, die ihm unmittelbar folgten. Das war erst wirklich zum Verzweifeln. Diese verhetzten, wahnsinnigen Menschen, durchschüttelt von Haß, gejagt von Mißtrauen, verbrannt von unreinen Flammen — eine haltlose Beute in den Händen gewerbsmäßiger Aufhetzung — und ohne einen Schimmer von deutschem Bewußtsein, ohne auch nur irgendwie berührt zu sein von Deutschlands Schicksal. Diese furchtbaren Szenen zeigten uns: hier ist die Wunde, an der wir verbluten, wenn sie sich nicht schließt.

Das einmal bis in die Tiefe hinein fühlen, heißt in die Mitte seines Grübelns die Frage stellen und nicht wieder loslassen, wie wir von innen heraus wieder zum Volk werden können. Und im Licht dieser Frage erscheint als die schwerste Schuld — Schuld am Kriege, Schuld im Kriege, Schuld vor dem Kriege —, daß wir den großen Teil unseres Volkes zur Masse werden ließen.

Was heißt das?

Der Kapitalismus hat die Arbeit entseelt, hat den modernen Proletarier geschaffen, den Massenmenschen, der in schwarzen Strömen in die Fabriktore flutet, hat diese Masse von außen zusammengedrängt zu einer Kampftruppe, hat sie „klassenbewußt" gemacht, aber nicht persönlichkeitsbewußt, nicht volksbewußt. Die Großstadt hat diesem Massenmenschen ihre freudlose, unheimatliche Kasernenstraße gebaut. Eine doktrinäre, agitatorisch unbedenkliche Führerschaft hat seine dunkle Sehnsucht an ein rein äußeres Ziel verkauft, hat ihm die vertrocknende Seele mit dem Messer ihres programmatischen Materialismus schmerzlos entfernt, statt sie zu erquicken und wachsen zu machen. Die „Gebildeten", Geistigen sind in eine Welt verkapselt gewesen, aus der nur wenige die Liebe hinübertrug zu den anderen. Sie haben die „Masse" peinlich gefühlt, analysiert, gehaßt, verachtet, zuweilen gefürchtet, beklagt, gebrandmarkt — aber nicht überwunden.

Die Masse muß aufgelöst werden. Menschenantlitz, Ich-Antlitz im einzelnen, lebendiger Strom der organischen Gemeinschaft wieder aufgegraben werden.

Wie kann das geschehen? Der Boden demokratischer Gleichberechtigung ist die Voraussetzung. Er darf nicht preisgegeben werden; Subjekt des Staates muß schließlich der Mensch sein, nicht die Klasse. Aber dieses Subjekt muß besser als zuvor gehütet werden vor Atomisierung, Wurzellosigkeit. Demokratie ist an sich noch sehr wenig. Sie ist nur Voraussetzung, Gefäß — leere Form, wenn es nicht gelingt, innerhalb ihrer Gemeinschaft zu organisieren.

Die Masse muß aufgelöst werden in Gemeinschaften, innerhalb deren der einzelne sich menschlich gehalten, als Person, als Ich gewertet fühlen kann. Die Ungestalt des Großbetriebs der Großstadt, der Massenformationen in der Verwaltung, der Interessenvertretung usw. muß sinnvoll gegliedert werden.

Die Sehnsucht nach Gemeinschaft durchzieht, unbewußt und bewußt, die revolutionäre Bewegung, sofern Geistiges in ihr lebt. Sie ist im Grunde die Seele des Rätegedankens. Sie durchglüht die Idealisten des Kommunismus. Und sie ist

Digitized by Google

so notwendig, so schmerzvoll begründet in unendlichem Darben, in so tödlicher Leere und innerer Armut, daß ihr Recht werden muß.

Die Auflösung der Masse stellt neben der äußeren eine innere Aufgabe: das Geistige zu höherer Geltung zu bringen. Ohne sie bleibt Organisatorisches bloße Form.

Sie muß beginnen in der Schule. Nicht nur die kleinere Klasse, auch eine innere Umformung des „Schulbetriebs" zur Arbeits- und Lebensgemeinschaft ist Bedingung. Ein wie großer Teil der Jugend geht durch die Schule, ohne sich dort je persönlich ergriffen, in Gemeinschaft eingebettet gefühlt zu haben. Kühl durch eine kalte Einrichtung.

Innerhalb der Arbeit kann das Rätesystem, die Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses lebendigere, organische Gemeinschaft erschaffen. Auch hier freilich nur, wenn dieser Räteaufbau von Grund auf etwas anderes ist, als bloße Interessenvertretung. Wenn etwas von Werkgesinnung, wirklichem Arbeitsgeist, Verbundenheit mit der Aufgabe in ihr gestaltend wirkt. Aber indem man den Aufbau der Betriebsräte durchführt, schafft man die Möglichkeit dazu. In die Organisation der Arbeiterschaft, die bisher nur die Klassen- und Massenformation der Proletarier war, oder die wirtschaftliche Kampftruppe der Gewerkschaften, wird hier ein neues Glied eingefügt. Wird es im rechten Geist geschmiedet — freilich nur dann — so kann es Anfang einer Organisation werden, die den Arbeiter sinnvoll der Gemeinschaft der schaffenden Kräfte einfügt, statt ihn widerstrebend, fordernd und aus Klassenhaß pflichtlos ihr gegenüber stehen zu lassen.

Auflösung der Masse — Durchdringung seelenloser Summe mit Gemeinschaftsgestaltung muß auch die Parole der Stadtentwicklung sein. Die aus der Revolution — nicht geborene, aber ins Praktische übertragene — Schulgemeinde, die Eltern, Lehrer, Kinder als Erziehungsgemeinschaft umfassen soll, ist ein Keim solcher dezentralisierenden Gliederung der Großstadtmasse. Es gibt andere Ansatzpunkte. Man soll die gesamte Wohlfahrts- und Kulturpflege einer Stadt bezirksweise dezentralisieren; jedem Distrikt einen Mittelpunkt der Selbstverwaltung geben, einen Heimatkern, an den fluktuierendes Leben sich kristallisieren kann. Das Volkshaus als Mitte, in der die aufbauenden Kräfte aller Schichten sich begegnen: Bildungspflege, Gesundheitsfürsorge, Kinderwohl, Erholungseinrichtungen, Wohnfragen aus gemeinsamer Arbeit aller lebendig gestaltet werden. So kann wieder gesundes, fruchtbares Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen, hier kann jenes Mißtrauen und jene blinde unproduktive Feindseligkeit gegen alle Regierung überwunden werden, mit der sich heute diese gottverlassene Großstadtmasse kritiklos alsbald den Leuten des eigenen Vertrauens wieder entgegenwendet. Der Klassenkampf kann in seiner alten Form zu Ende gehen mit der Verwirklichung der Demokratie und dem grundsätzlichen Sieg des Sozialismus. Aber er setzt sich auf eine unheimliche Art fort in den Massen, die durch ihn, für ihn erzogen sind und gar nicht imstande sind, zu spüren, daß der Staat jetzt ihr Werk, ihre Sache ist, nicht eine feindliche Macht, die ihnen gegenüber ist.

Um diesen alten, zerstörenden, verzweifelten Massengeist zu überwinden, bedarf es allerdings eines Weitblickes, einer Liebe und Opferbereitschaft aller Geistigen, die wieder wahrhaft das Salz dieser dumpfen Erde werden müssen, bedarf es mutiger Führer, die sich nicht feige und ideenlos schieben lassen, bedarf es einer Beurteilung der sozialen Fragen aus neuer Menschlichkeit heraus, bedarf es vor allem einer inneren Überwindung alles alten Parteigeistes. Gelingt es nicht, aus dem Felsen dieser harten Zeit solche Quellen zu schlagen, dann geht die deutsche Geschichte zunächst einmal in einem würdelosen, qualvollen Epilog zu Ende.

Fritz Schneider-Soran / Die Selbstverwaltung in der Reichs- und in der preußischen Staatsgesetzgebung seit Errichtung der deutschen Republik

(Schluß.)

Von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Selbstverwaltung ist die Verordnung vom 23. März 1919 über die Regelung der Kohlenwirtschaft. Durch diese Verordnung wird zur Vorbereitung der Sozialisierungsorganisation ein Sachverständigenrat eingerichtet, dessen Mitglieder in der Mehrzahl von den Berufsvereinen zu ernennen sind. Aber auch das der Regierung vorbehaltene Ernennungsrecht für die Minderheit des Sachverständigenrates ist noch erheblich beschränkt. Für die endgültige Organisation ist der Reichskohlenrat als Leitung der deutschen Kohlenwirtschaft vorgesehen. Seine Zusammensetzung entspricht derjenigen des Sachverständigenrats. Die Kohlenerzeuger sollen unter Beteiligung der Arbeitnehmer zu Bezirksverbänden und diese wieder zu einem Gesamtverband zusammengeschlossen werden. Der Gesamtverband wird der eigentliche Träger der Kohlenwirtschaft und der Aufsicht des Reichskohlenrats unterstellt. Über den Reichskohlenrat führt die Regierung die Oberaufsicht.

Die Verordnung vom 21. November 1918 über die Festsetzung neuer Preise für die Weiterarbeit in Kriegsmaterial ermächtigt die Beschaffungsbehörde, die Preise festzusetzen. Streitigkeiten zwischen Beschaffungsbehörde und Lieferanten entscheidet der Demobilmachungskommissar, und zwar nach Anhörung der Parteien. Den Landeszentralbehörden wird die Einrichtung der einschlägigen Organe der Demobilmachungskommissare überlassen. Offenbar ist hier an einen Spruchausschuß oder mindestens an einen Sachverständigenbeirat gedacht. Richtig wäre es gewesen, wenn dies in der Verordnung selbst positiv vorgeschrieben wäre.

Die Bekanntmachung vom 5. März 1919 über Schiedsgerichte für die Erhöhung von Preisen bei der Lieferung von elektrischer Arbeit, Gas und Leitungswasser, sowie die Verordnung vom 23. Januar 1919 über Bildung der Spruchabteilungen des Reichsschiedsgerichts für Kriegswirtschaft, die beide den Anforderungen der Selbstverwaltung durchaus entsprechen, können, wie schon die früher genannte vorläufige Landarbeitsordnung vom 24. Januar 1919, erwähnt werden, obwohl es sich nicht um Verwaltungs-, sondern um Gerichtsorgane handelt.

Von großer Wichtigkeit ist der von der Regierung geförderte Ausbau der allerdings schon im Laufe der Kriegswirtschaft eingerichteten Reichswirtschaftsstellen, welche sich der Form nach als Selbstverwaltungsorganisationen der einzelnen Wirtschaftsberufe darstellen. Im Zusammenhang hiermit steht die Übertragung des Rechts auf Einfuhrgenehmigung an selbstverwaltende Berufsausschüsse. Hierhin gehören aus der Zeit der republikanischen Regierung die Verordnungen vom 24. Januar 1919 über die Einfuhr von Lebens- und Futtermitteln sowie vom 30. Januar 1919 über die Einfuhr von tierischen Fetten. Durch den Erlaß vom 15. November 1918 über die Bildung eines Ausschusses für die Einführung von Lebens-, Futter- und Düngemitteln wird ein Ausschuß aus den Vertretern mehrerer Reichsämter gebildet und diesem das Recht verliehen, einen Beirat aus den deutschen Wirtschaftskreisen hinzuziehen. Dieser Erlaß genügt selbstverständlich den Anforderungen der Selbstverwaltung nicht.

Die preußische Verordnung vom 17. November (und ergänzend vom 11. Dezember) 1918 betreffend ein vereinfachtes Enteignungsverfahren gibt die Möglichkeit zur Enteignung von Grundeigentum für Zwecke der Notstandsarbeiten. Als entscheidende Instanz ist der Demobilmachungskommissar fest-

Digitized by Google

gesetzt mit der Verpflichtung vorheriger Anhörung des Bezirksbeirats. Dieser Anordnung ist zuzustimmen.

Ich komme nun zu denjenigen Verordnungen, welche Anlaß zur Kritik geben, da sie die Rücksicht auf die Selbstverwaltung gänzlich oder in der Hauptsache außer acht lassen. Hierher gehört die Reichsverordnung vom 23. November 1918 über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien. Nach dieser Verordnung können die von den Landeszentralbehörden bestimmten Behörden Verschiebungen in der Lage der achtstündigen Betriebsruhe um eine Stunde genehmigen. Ich vermisse die Vorschrift geregelter Anhörung der Handwerkskammern sowie der Gesellen- bzw. Arbeitnehmervertretungen. Dasselbe gilt für die Vorschrift, nach welcher Landeszentralbehörden gestatten können, daß an Sonn- und Festtagen während dreier Stunden leicht verderbliche Waren ausgetragen werden dürfen. Unzulänglich ist ferner die Vorschrift, daß Ausnahmen für einzelne Betriebe durch die Gewerbeaufsicht zugelassen werden können und hierzu lediglich Anhörung der Arbeitnehmervertretung erforderlich ist.

Die Verordnung vom 5. Februar 1919 über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und in Apotheken läßt die Verpflichtung der höheren Verwaltungsbehörde vermissen, daß vor Verfügung von Ausnahmen die zuständigen Handelskammern bzw. örtliche Vertretungen des Handels und der Apotheken gehört werden müssen. Die Verordnung vom 18. März 1919 über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung überträgt der Gewerbeaufsicht wesentliche und weitgehende Befugnisse. Wie ich bereits anläßlich der Verordnungen vom 23. November 1918 ausgeführt habe, ist übersehen worden, für maßgebliche Mitwirkung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer Sorge zu tragen. Die Tarifgemeinschaften, insbesondere über die Arbeitsgemeinschaften der deutschen Gewerbe sind die berufenen Stellen, welche für derartige Aufgaben in Betracht kommen. Nebenbei ist zu bemerken, daß den Gewerbeaufsichtsbeamten nicht einmal die Verpflichtung zur Anhörung der Arbeitgeber- und der Angestelltenvertreter in kontradiktorischem Verfahren auferlegt ist.

Die Verordnung vom 2. März 1919 über Anbau und Ernteflächenerhebung im Jahre 1919 belastet mit der Arbeit zu dieser Erhebung die ohnehin mit statistischen Arbeiten aller Art überlasteten Gemeindeverwaltungen. Man hätte etwa Kreiszweckausschüsse aus Katasterbeamten und Vertretern der landwirtschaftlichen Schulen sowie der landwirtschaftlichen Vereine mit dem Recht, Behörden zur Auskunft zu veranlassen, einrichten können. Das von diesen Ausschüssen gesammelte Material wäre an die Landwirtschaftskammer und von dieser an die statistische Zentralstelle weiterzugeben gewesen. Die Verordnung vom 27. Dezember 1918 über den Anbau von Zuckerrüben und das Brennen von Rüben im Betriebsjahre 1919/20 überträgt die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Rübenanbauer und verarbeitender Fabrik auf die höhere Verwaltungsbehörde. Richtig gewesen wäre die Einsetzung eines Schiedsgerichts.

Durch die Verordnung vom 13. März 1919 wird eine Preisausgleichsstelle für Stickstoff-Düngemittel an Stelle der Preisausgleichsstelle für Kalkstickstoffe beim Reichsschatzamt errichtet. Zwar bleiben nähere Bestimmungen über Verwaltung und Organ der Stelle vorbehalten, jedoch ist durch die Verordnung bereits die falsche Grundlage eines staatsbehördlichen Charakters der Stelle gelegt. Die Verordnung vom 15. Dezember 1918 über den Verkehr mit Opium unterstellt die Erteilung der Bezugsscheine durch den Vertrauensmann der (ehemaligen) Kriegschemikalien-Aktiengesellschaft der Beaufsichtigung durch den Vertrauensmann des Reichsdemobilmachungsamtes. Richtig gewesen wäre die Übertragung der Aufsicht an einen Ausschuß von Sachverständigen und Beteiligten. Durch die Bekanntmachung vom 29. November 1918, betreffend die Verwertung des durch die Demobilisation freiwerdenden Armeematerials, wurde das Reichsverwertungsamt eingesetzt. Diese Verordnung sieht weder einen beschließenden Interessentenausschuß noch auch nur einen Sachverständigenbeirat vor. Daß das Reichsverwertungsamt sich tatsächlich der guten Dienste von wirtschaftlichen Sachverständigen bedient, ist sein freier Wille.

Das Reichsgesetz vom 2. März 1919 über die Vergütung von Leistungen für die feindlichen Heere im besetzten Reichsgebiet und über die vereinfachte Abschätzung von Kriegsleistungen für das deutsche Heer, überträgt die Feststellung der in Frage kommenden Werte dem Beschluß der Verwaltungsbehörden und läßt die Beschwerde an die Reichsentschädigungskommission zu. Das Reichsministerium des Innern ernennt Vertreter des Reichsinteresses bei beiden Instanzen, welch letztere diesen Anordnungen Folge zu leisten haben. Es muß dem gegenüber gefordert werden, daß mindestens gutachtliche Anhörung zuständiger Interessenvertretungen bzw. öffentlich vereidigter Sachverständiger stattfindet.

Nach den Bestimmungen vom 25. März 1919 über die Herstellung, die Einfuhr von Roh- und Rein-Glyzerin und den Verkehr damit wird die Entscheidung von Preisstreitigkeiten zwischen dem Reichsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette einerseits und dem verpflichteten Betriebe andererseits dem Reichsschiedsgericht übertragen. Da das Reichsschiedsgericht bekanntlich stark überlastet ist, wäre es zweckmäßig gewesen, ein besonderes Schiedsgericht für diese Fälle einzusetzen. Streitigkeiten über Lieferung, Aufbewahrung, Versicherung und Eigentumsübergang soll nach der Verordnung die höhere Verwaltungsbehörde entscheiden. Auch hier wäre die Einsetzung von Schiedsgerichten angebracht gewesen. Die höhere Verwaltungsbehörde ist unbedingt als gänzlich ungeeignet für diesen Zweck zu bezeichnen. Leider war eine solche falsche Anordnung bereits in der Kriegswirtschaft in bezug auf viele Rohstoffgebiete getroffen.

Die Verordnung vom 25. Januar 1919 über Zahlungsmittel läßt den Versand von Zahlungsmitteln nach den besetzten Gebieten und dem Ausland nur mit Genehmigung des Reichsschatzamts oder der von ihm bezeichneten Stelle zu. Hier ist die Festsetzung der in Frage kommenden Stellen durch die Verordnung zu vermissen. Solche Stellen könnten z. B. Ausschüsse von Vertretern des Bankgewerbes und von Handel und Industrie in Verbindung mit einem Regierungskommissar sein. Das Entsprechende ist zu dem Gesetz vom 15. März 1919 über Ein-, Durch- und Ausfuhr von Geld russischer Währung sowie zu der Bekanntmachung vom 26. März 1919 betr. die Überlassung ausländischer Wertpapiere an das Reich zu sagen.

In der Verordnung vom 26. November 1918 über die vorläufige Regelung der Luftfahrt sowie in derjenigen vom 7. Dezember 1918 über die vorläufige Regelung des Luftfahrtrechts fehlt jede Anordnung einer Mitwirkung von Interessenvertretungen. Das gleiche gilt für die Verordnung vom 24. Januar 1919 über Kraftfahrzeuglinien sowie für diejenige vom 21. Februar 1919 über die Neuausstellung von Zulassungsbescheinigungen für Kraftfahrzeuge. Sowohl für die Luftfahrt als auch für den Verkehr von Kraftfahrzeugen könnte eine Gemeinschaft der Verkehrsinteressenten unter Beteiligung von Vertretungen der in Frage kommenden Industrie sowie der Wegeunterhaltungspflichtigen und der Kommunalverbände und etwa noch anderer beteiligter Organisationen oder Stellen gebildet werden.

Die Reichsverordnung vom 15. Januar 1919 zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot verpflichtet die Landeszentralbehörden, Bezirkswohnungskommissare zu bestellen. Bei dieser Anordnung ist die Vorschrift zu vermissen, daß die Bestellung des Kommissars auf Vorschlag der beteiligten Gemeinden erfolgt. Ferner ist keine Mitwirkung der beteiligten Gemeinden und der betroffenen Ziegeleien, der Bausteinfabriken, der Forstbesitzer vorgesehen.

Die preußische Verordnung vom 10. März 1919 über die Versorgung der Hofbeamten und ihrer Hinterbliebenen überläßt dem Finanzminister die Entscheidung über Entlassung und anderweitige Verwendung der Hofbeamten, ohne daß die Mitwirkung oder auch nur Anhörung einer Vertretung dieser Beamten vorgesehen wäre.

Digitized by Google

c) Der Überblick über die republikanische Gesetzgebung im

Reich und in Preußen während der vergangenen fünf Monate ergibt, daß die Regierungen bemüht sind, die Beteiligung der Selbstverwaltung an der Staatsverwaltung in erhöhtem Maße zu fördern; jedoch mangelt es offenbar noch an grundsätzlicher und systematischer Innehaltung dieser Idee. Die Einrichtungen der Lokalverwaltung sind überwiegend verbessert, die Fachverwaltung ist sowohl in dinglicher als auch in beruflicher Beziehung ausgedehnt worden. Leider steht daneben eine über das notwendige Maß hinausgehende Berücksichtigung von Einrichtungen abgeschwächter Selbstverwaltung, zu welchen die gemischte Amtsverwaltung, die beschließende Mitwirkung von Interessenten und die Einrichtung von Beiräten gehören. Insbesondere aber ist bei einer großen Zahl gesetzgeberischer Maßnahmen die Einschaltung der Selbstverwaltung vollständig außer acht gelassen worden.

III.

Die in den letzten Zeiten des alten Reiches stark wechselnde Zahl und Macht der freien Organisationen war die Grundlage für den Fortschritt der Selbstverwaltung. Diese Bewegung entwickelte sich parallel der sogenannten freirechtlichen Bewegung auf dem Gebiete des bürgerlichen und des Strafrechts. Beiden stand und steht heute noch im Wege der Formalismus und Bureaukratismus des gemeinrechtlich gebildeten Juristen, und beide beruhen auf der Idee, Gewohnheitsrecht, Verkehrssitte sowie Treu und Glauben einen möglichst weiten Herrschaftsbereich innerhalb eines möglichst losen Rahmens formulierter Rechtssätze zu verschaffen. In dem Maße, in welchem die Selbstverwaltung Boden gewinnt, können die Gesetze kürzer und einfacher gehalten werden und weniger zahlreich sein. Ziel dieser Bewegung ist, daß möglichst jede Berufs- bzw. Volksgruppe die für ihr soziales Wirken grundlegenden allgemeinen Gesetze selbst entwirft und in den Regierungen und den Parlamenten vertritt, sodann aber auch nach Erlaß der Gesetze diese durch Selbstverwaltung nach eigenen Gesichtspunkten ausführt. Auf diese Weise wird das Bureaukratische des Beamtenstaates verschwinden und jedes Gesetz, noch mehr aber dessen Durchführung, wirklich Angelegenheit des Volkes sein. Ein kleiner, führender Staatsbeamtenapparat wird übrigbleiben, um die unerläßliche Staatsaufsicht zur Innehaltung allgemeiner und gleichmäßiger Grundlinien durchzuführen. Aber auch diese Aufsicht wird nicht unter alleiniger Verantwortung des Bureaukratismus, sondern unter Mitwirkung von Selbstverwaltungsorganen erfolgen müssen. Grundsatz aller Staatsverwaltung muß sein, daß überall da, wo die Interessenten zu Verbänden organisiert sind, diese Verbände als Verwaltungsorgane zur Ausführung der in Frage kommenden Gesetze benutzen werden, und daß dort, wo freie Organisationen noch nicht bestehen, ihre Bildung herbeigeführt wird. Erst wenn auf allen Gebieten des sozialen Lebens die Selbstverwaltung organisiert ist, kann das deutsche Volk sagen, daß es die hundertjährige Erbschaft Steins angetreten hat.

Im alten Deutschen Reich ist von den Gegnern der Selbstverwaltung immer mit Vorliebe behauptet worden, daß das deutsche Volk für die eigene Verwaltung seiner Angelegenheiten noch nicht reif genug sei. Dieselbe Befürchtung ist auch vor hundert Jahren bei Einführung der Städteordnung in Preußen und bei jeder späteren gleichartigen Gelegenheit ausgesprochen worden. Wie sich aber die Lokalverwaltung und mindestens ebensosehr die Fachselbstverwaltung bisher in vollem Maße bewährt haben, so wird sich das Volk auch jeder weiteren an die einzelnen Berufs- und Wirtschaftsgruppen herantretenden Selbstverwaltungsaufgabe gewachsen zeigen.

Sprechsaal

Die hannoversche Frage.

In einer Reihe von Aufsätzen habe ich — dabei notwendigerweise in manchem mich oft wiederholend — immer wieder den Nachweis zu bringen gesucht, daß die letzte und stärkste Hoffnung in unserer Not, die deutsche Einheit, nur erhalten und gestärkt werden kann durch freie und deshalb freudige Mitwirkung aller Teile. Dieser Gedanke führt, von wo aus man auch daran geht, ihn nachzuprüfen, notwendig zur preußischen Frage, deren Lösung heute wie schon immer die Lösung der deutschen Frage ist. Soll Preußen das Reich beherrschen oder soll Preußen in Deutschland aufgehen? Die ungeheure Gefahr der Absplitterung großer Teile vom Reich steht jetzt uns allen vor Augen. Wer begriffen hat, woher es kommt, daß sie so groß ist, der muß auch einsehen, daß nur der zweite Weg zum Ziele führen kann. Also: Preußen beim Aufgehen in Deutschland voran! Dann und nur dann folgen die Bayern und Schwaben, Sachsen und Hessen ganz von selber nach. Nicht auf dem Wege zu einem schematisch zentralisierten Staat. Wohl aber auf dem Wege zu einem deutschen Einheitsstaat, der seine stärkste Kraft aus der freien Selbstverwaltung seiner in organischer Gliederung zum Reiche zusammengeschlossenen Teile zieht.

Indem ich diese Bemerkungen vorausschicke, glaube ich keinem Mißverständnis ausgesetzt zu sein, wenn ich einem Mitglied der deutsch-hannoverschen Partei die Gelegenheit gebe, deren so oft als „reichsfeindlich" verdächtigte Bestrebungen einmal in der Hilfe so darzustellen, wie die „Welfen" selber sie verstanden wissen wollen. Es ist nicht nötig, den Unterschied unserer Auffassungen besonders zu betonen. Es springt in die Augen: Die „Welfen" sind Föderalisten, oft und vielleicht in der Regel sogar ausgesprochene Partikularisten. Wir dagegen sind Unitarier. Aber „Reichsfeinde" sind die „Welfen" nicht. Es ist nicht nutzlos, das zu wissen. Und wenn man den letzten Teil der Darlegungen des Herrn v. d. Decken liest, seine Gedanken zum Kernsatz aller Hannoveraner und Niedersachsen vom Recht, das vor aller Macht geht, so erhält man dadurch zugleich einen interessanten Beitrag zur großen Politik. Die Rolle, die Hannover innerhalb des preußischen Staates ein halbes Jahrhundert hindurch gespielt hat, ähnelt in manchem derjenigen, die Deutschland jetzt im Kreise der Weltvölker zufallen wird. Nur eines kann da unsere Hoffnung aufrechterhalten: der Glaube an unser gutes Recht und der Wille, es niemals preiszugeben.

Wilhelm Heile.

Das Phänomen der Unzufriedenheit gewisser Bevölkerungskreise in Hannover bewegt gegenwärtig wieder das Gemüt manches vaterlandliebenden Deutschen und erfüllt es mit Besorgnis. Diese Besorgnis wäre schon berechtigt, wenn auch nur ein Bruchteil der Argumente, mit denen man jene Bewegung als hochverräterisch zu brandmarken sucht, den Tatsachen entspräche. Steht es doch jedem Deutschen, den ernsthaft politische Fragen bewegen, frei, jene Hannoveraner aller Stände über die Ziele ihrer Partei zu befragen. Den Fragenden würden ganz einfache Dinge von Recht und Unrecht, von Wahrheit und Lüge, vom endlichen Siege des Rechtes zur Antwort werden, vielleicht auch manche bittere Beurteilung Preußens — aber hat Preußen die Saat dieser Abneigung nicht selbst gesät? — Auf solche Art der Umfrage würde ein Bild von dem Ideengehalt jener Bewegung gewonnen werden können. Weniger geschieht dies durch die Verlautbarungen maßgebender gegenwärtiger Staatsführer. Mit geradezu dichterisch produktiver Phantasie verleugnen diese Aufklärungen des deutschen Volkes von höchster Stelle über die hannoversche Frage die Wirklichkeit, mögen sie nun falscher Orientiertheit oder anderen Motiven entsprungen sein, deren Erörterung hier nicht unsere Sache sein soll.

Wenn wir auch aus der Geschichte, nicht zum wenigsten aus der neuesten, gelernt haben, daß gewisse Wahrheiten einmal „voll der Sonne an den Tag" gebracht werden, so erscheint es doch im Interesse objektiven Wissens um die Vorgänge in Deutschland geboten, die hannoversche Frage prüfend zu betrachten.

Mit der durch die Dringlichkeit gebotenen Abwehr mag begonnen werden.

Man hat die Beschuldigung der Reichsfeindschaft seit manchem Jahrzehnt täglich neu gegen die Hannoveraner zu begründen gesucht. Am lautesten aber erscholl in der jüngsten Zeit der Pfuiruf, daß sich Männer fänden, die auch in diesen schwersten Tagen dem Reiche in den Rücken fielen. Man pflegt jedoch bei Erhebung dieses Vorwurfs von je Reich und Preußen zu verwechseln, während der Hannoveraner, nicht zuletzt durch mancherlei am eigenen Leibe Erduldetes, gewohnt ist, hierin eine sehr scharfe Scheidung zu machen. Warum aber scheuen sich die Hannoveraner auch in diesen Schicksalstagen nicht, durch öffentliche Betätigung Unruhe entstehen zu lassen, warum erheben sie jetzt lauter denn je ihre Stimme und zeigen vor dem schadenfrohen Ausland den Anblick gestörter deutscher Reichseinheit?

Weil sie einmal der Ansicht sind, daß das Bild des Reiches vor dem Ausland nur gewinnen könnte durch die Revision der gewaltpolitischen Taten im Innern, weil sie anderseits vor ihren Kindern

die Verantwortung des Schweigens nicht glauben tragen zu können, gerade in dieser Schicksalsstunde, wo alles Bestehende im Reiche sich neu und organischer zu ordnen bestrebt ist. Die Reichsfeindschaft kann man also doch wohl nicht ernstlich aus dem Protest gegen Preußen erweisen, in wieviel höherem Grade hätte da Preußen deutschfeindlich gehandelt, indem es nicht nur protestierte, sondern ohne Rechtsgrund annektierte. Nein, wirksam würde die Reichsfeindschaft der Hannoveraner aus ihrem Verhalten während des Krieges bewiesen werden, wenn etwa eine geringere Anteilnahme an der Kriegsanleihe in jenen Bevölkerungsschichten nachgewiesen werden könnte, wenn eine größere Untreue und Fahnenflucht, kurz weniger Opferwilligkeit bei den Männern dieser Gaue vorgefunden, wenn in den Parteiorganen, im Kriege sowohl wie nach der Revolution eine reichsfeindliche Haltung eingenommen worden wäre. Eine Suche nach solchen Belegen dürfte zu sehr gegenteiligen Resultaten kommen, ganz abgesehen davon, daß auf ausdrückliche Verfügung der Parteileitung während der ganzen Kriegsjahre der Parteikampf eingestellt wurde.

In der deutschen Armee stehen sehr viele aus Hannover stammende Offiziere und Mannschaften, die dem hannoverschen Gedanken treu geblieben sind. Man suche aus ihre Gesinnung herauszuholen, man lasse sich berichten über ihre Leistungen im Kriege. Man vergleiche ihre Blutopfer mit denen anderer Kontingente.

Nachdem wir so versucht haben, die Auffassung der Hannoveraner, daß Reichsfeindschaft und Preußenfeindschaft nicht identisch seien, zu begründen, bleibt doch der Vorwurf der letzteren bestehen. Hieße es aber vom Menschen nicht Übermenschliches fordern, wenn er hier, wo sich auch jetzt noch kein Fünkchen eines Willens zur Anhörung seiner Stammeswünsche zeigt, noch Liebe vergelten sollte? Würde dem heimatliebenden Altpreußen Liebe möglich sein, wenn Hannover sein Usurpator wäre? In den Reihen der hannoverschen Führer wird zugegeben und anerkannt, daß manch ein preußischer Beamter die Interessen seines Kreises, seiner Wirkungssphäre mit selbstloser Hingabe vertreten hat, daß dem großen Organisator Preußen manches abzulernen ist, aber das kann doch nicht zur Aussöhnung mit einem System führen, das nicht nur ungemäß ist, sondern planvoll vaterländische Kultur unterdrücken will. Die Wahl der Mittel mußte manch ein Leben mit tiefster Erbitterung erfüllen, die Preußenherrschaft als verhaßte Knechtung empfinden lassen. Die Belege hierfür sind wahrlich beweiskräftiger und zahlreicher, als die Belege der gegnerischen Seite.

Die deutsche öffentliche Meinung bleibt aber nicht bei dem Vorwurf der Reichsfeindschaft stehen. Sie geht weiter, indem sie die Hannoveraner des Hochverrats, der Feindfreundschaft bezichtigt. Die Beziehungen hannoverscher Führer zu England, der englische Einfluß, von dem Hannover bereits an allen Enden unterminiert sein soll, möge durch handgreifliche Belege erwiesen werden. Man möge Sucher nach solchem Material zu Hunderten anstellen. Auch das Telegramm an den Oberbürgermeister Leinert ist kein solches Material, so sehr zugegeben werden muß, daß dieser übereilte und politisch wenig planvolle Schritt einiger Parteimitglieder, zumal in solchem Wortlaut, eine mißverständliche Deutung zuließ. Der Gedanke jener telegraphierenden Stadt-Hannoveraner war, ihr Oberbürgermeister solle innerhalb der deutschen Delegation über den Volkswillen des Landes, in dem er eine führende Stellung bekleidet, aufklären. Der Vorurteilslose kann nicht annehmen, jene Hannoveraner hätten von Herrn Leinert eine Fühlungnahme mit dem Feinde erhofft, er wird höchstens ihr dem Sachsen Leinert entgegengebrachtes Vertrauen als starken Irrtum bezeichnen müssen. Diese in feindfreundlicher Beziehung den Niedersachsen nachgesagten Dinge waren häufig so ungeheuerlich, daß der Zorn, dessen Entstehen wohl menschlich gewesen wäre, häufig durch die Übertriebenheit der Anschuldigung in ein Lächeln verkehrt wurde, aber nicht in ein hochachtendes, vor den Brüdern im deutschen Vaterlande. Jedoch Volkspsychosen gehen vorüber, und dazu mögen auch diese Worte dienen. Eine wertvolle Prägung der Abwehr solchen wortreichen Lärmens fand jüngst der Führer Frhr. v. Wangenheim, indem er sagte: „Der erste Mann in Preußen versündigt sich am deutschen Vaterlande durch die Winke, welche er den Feinden, insbesondere den Engländern gibt."

Es scheint dem Schreiber dieser Zeilen, daß nach einer so langen Bewährung im rechtlich verfochtenen Rechtsgedanken ein plötzlicher Abfall zum Hochverrat nicht naheliegt, denn die Verfechtung dieses Gedankens schafft ein unzeitgemäß feines Gewissen. Dieses Gewissen besaht die deutsche Einheit, indem es die preußische verneint. Die preußische Einheit ist, nach dem nun wohl allgemeinen Urteil der Geschichte, durch einen rechtlich unbegründbaren Länderraub zustande gekommen, damit ist für den Vertreter des deutsch-hannoverschen Gedankens die wahre geistige Einheit Deutschlands zerstört, denn diese ist nach seiner differenzierten Rechtsauffassung nur auf freier, echt föderalistischer Grundlage denkbar. Der bisherige Föderalismus, welcher ein so starkes, gewaltätiges Übergewicht eines Staates mit sich brachte, soll ersetzt werden durch ein Nebeneinander der selbständig regierten Stämme unter der Fahne des Reichs. Nur so scheint das völlige Entfalten des individuellen Lebens der Stämme gewährleistet zu sein, denn die bisherige Uniformierung war von einer wahren geistigen Einheit weit entfernt. Der Gedanke eines derartigen Föderalismus schloß im Jahre 1893 viele Hannoveraner mit gleichgesinnten Persönlichkeiten aus allen Gauen des Reiches zu einer „Rechtspartei" zusammen, die nun wiederaufzuleben beginnt.

Auf Stammesfreiheit gerichtete Erwägungen rufen jedoch in diesem Falle nicht allein die Änderung des preußischen Staates als hannoversches Ziel hervor. So verlockend die Forderung eines großen Niedersachsenstaates als erstes Ziel wäre, so organisch und historisch rassenhaft berechtigt sie auch sei, der Deutsch-Hannoveraner stellt sie nicht, er zieht sich lieber das Odium zu, mit seiner Rechtsforderung der früheren hannoverschen Landesgrenzen veraltet zu sein, als daß er auch nur den Schatten eines Machtgelüstes in seine reinen Ziele verwoben sehen möchte. Diese Form der Forderung der geschichtlichen Grenzen ist aber auch das selbstverständliche Resultat einfacher heißer Liebe zur Heimat, welche allerdings in einem ohne hannoversche Bemühung sich von selbst konstituierenden größeren Niedersachsen nicht weniger betätigt werden könnte.

Die Rechtsauffassung machte die deutsch-hannoversche Partei von je zu einer Protestpartei. Während so früher in erster Linie der Protest gegen die Annexion erhoben wurde, hat sich in den letzten Jahrzehnten der Rechts- und vaterländische Standpunkt innerhalb der Partei zu einer demokratischen Weltanschauung ausgewachsen, die alle Lebenszweige in der engeren Heimat nach diesen zwei Idealen gestalten will. Die Bewegung muß als Volksbewegung, nicht als Kampf einer Klasse um irgendwelche Rechte angesehen werden. Stand und Konfession spielen in ihr keine Rolle.

Man wird fragen, wo sind denn aber die Hannoveraner mit ihrer Hauptforderung, der Wiedereinsetzung des Königshauses geblieben, — ist über Nacht der 50 Jahre betonte Monarchismus verlorengegangen? Diese Forderung stand ihnen in Wahrheit von jeher hinter der vom Recht des Volkes zurück, aber sie kann nicht abgetan werden, wie ein altes Gewand, so viele auch deswegen den hannoverschen Reihen fernbleiben mögen. Aber die Hannoveraner erkennen das Zeitalter, in welchem so mancher Fürst sich nicht an seinem Platze bewährte, und werden ihre monarchische Forderung erst wieder erheben, wenn der Zug der Zeit in der Person des Herrschers über einen demokratisch regierten Staat den vorbildlichen Staatsbürger erblickt. So ist die Rechtsauffassung der Ausgangs- und Angelpunkt der ganzen hannoverschen und welfischen Frage. Diese Hannoveraner gehen so weit, zu sagen, daß nur aus Rechtsursachen entstandene Lebensformen staatserhaltende genannt werden können, daß die in der schwülen Treibhausluft der Machtkultur erreichte hohe Blüte den Keim des Todes in sich trägt, wenn sie auch noch so sehr In- und Ausland blendet. Ein gesundes organisches Wachstum ohne Überbildung des Mechanismus, des Willens, zum Nachteil des Herzens scheint ihnen daher die dauernde gedeihliche Zukunft und den Frieden zu gewährleisten, nach dem Satze: „Was hülfe es den Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nehme doch Schaden an seiner Seele?"

So sind sich die Hannoveraner des Gegensatzes zu der landläufigen Bedeutung des Wortes „Politik" bewußt, des Gegensatzes zu dem Begriff „Nation", soweit er zum reinen Machtbegriff entwürdigt ist, des Gegensatzes zu den im Leben der Völker üblichen Konkurrenzmitteln. Statt dessen erstreben sie, daß der Staat sein Gewissen so genau nach den Motiven seines Handelns befragt, wie es der einzelne sittliche Mensch tut. Sie weisen den verächtlichen Dualismus zwischen den Handlungen des Staates und denen des einzelnen zurück. Trotzdem sie mit alledem außerhalb der Zeit zu stehen scheinen, zögern wir doch nicht, ihre Gesinnung als höchst zeitgemäß zu bezeichnen, denn was sind die Reden vom Völkerbund, die Verwahrung Deutschlands vor völliger Ausbeutung, der Parlamentarismus, anders als Versuche, ein Fundament des Rechtes für die Welt zu bauen, auf dem Katastrophen wie die, in deren Schatten wir noch stehen, schließlich unmöglich werden. Die Hannoveraner sind sich als Anzahl nicht zu gering, um dies Prinzip für sich zu vertreten, so wie auch ein einzelner nicht zu gewichtlos ist, um für sich am Bau des Guten in der Welt mitzuwirken. Wo soll der Mensch anfangen, wenn nicht bei sich selbst, wo fortfahren, wenn nicht bei Volk und Staat, wo im Kosmos aufhören, dem Recht und der Wahrheit zu dienen? So verleiht denn auch die Forderung des Rechts jener Bewegung einen religiösen Zug, die Forderung, nun schon über ein halbes Jahrhundert erhoben, ohne handgreifliche Aussicht auf Erfolg, aber unter dem ständigen Anprall stärkster psychologischer Widerstände, die Forderung ist doch lediglich gestützt auf die Erkenntnis absoluter Wahrheiten. Es ist in ihr der Glaube an den endlichen Sieg des Guten, der mit den Rechten zusammenfällt. Ein starkes Übelwollen gehört schon dazu, um hierin nicht eine ganz reine Form jenes deutschen alten Idealismus zu sehen, den jeder Deutsche an den großen heimatlichen Geistesheroen zu bewundern sich mit Recht nicht genug tun kann.

Ohne diesen Glauben an die göttliche Weltordnung würde die Bewegung längst in sich zusammengefallen sein, würde zumindest zu unerlaubten Mitteln gegriffen haben. Der Vorwurf opportunistischer Tendenz, den man Volk und Führern auch von je gemacht hat, kann nicht erhärtet werden durch den Nachweis irgendeines Versuches, mit unrechtmäßigen Mitteln zu dem ersehnten Ziele der Selbständigkeit zu gelangen. So ist doch eigentlich auch für den Skeptiker, sofern er historisch betrachtet, die Wahrscheinlichkeit nicht begründbar, daß all die ethischen Ansprüche dieser Hannoveraner doch letzten Endes nur das dem Egoismus geschickt umgehängte Mäntelchen sind. Die Erkenntnis ist in diesem Fall so tief, daß sie sich sagt, es hieße den Teufel durch Beelzebub austreiben, wolle man Recht mit Unrecht erzwingen, die politische Einsicht ist nicht kurzsichtig genug, um ein durch Gewalt entstandenes Staatsgebilde als dauernd zu erhoffen. Zu diesem letzteren Standpunkt sollte in Deutschland jetzt eigentlich mancher Denkfähige gekommen sein durch nüchternes Betrachten der jüngsten weltgeschichtlichen Entwicklung. Den Hannoveranern erscheint der Zusammenbruch des bisher in Deutschland unter Preußen führenden Prinzips vom Recht des Stärkeren als Beweis dafür, daß man es nicht wagen darf, auf die Gefahr einer zweiten ähnlichen Katastrophe hin noch weiter dem lebensvernichtenden Prinzip zu huldigen, sondern daß eine Umkehr von Grund aus erfolgen muß, auch von der Zentralisation zurück. Denn als einen Ausdruck dieses Rechtes des Stärkeren erblickten die Deutsch-Hannoveraner auch den preußischen Zentralisationsbetrieb, der für sie der Weg zum Einheitsstaate war. Sie erblickten in der Zentralisation des geistigen und materiellen Lebens eine der schlimmsten Gefahren für ein Volk. Sie hatten schon vor dem Kriege die sichere Empfindung, daß in demselben Maße wie die mechanische Zentralisierung fortschritt, die bodenkräftigen individuellen Kräfte in Deutschland verkümmern mußten. Dieser Weg führte für sie schließlich zur Vernichtung der Mündigkeit des einzelnen einerseits, zum grenzenlosen Despotismus andererseits. So wie sich häufig der mit der Durchführung dieses Systems Beauftragte in eine menschliche Maschine verwandelte, so sollte der einzelne möglichst farblos an Charakter ebenfalls als Rädchen funktionieren. Jetzt zeigt es sich, daß man bei aller wirtschaftlichen Blüte, bei aller wissenschaftlichen Hochkultur nicht ungestraft einen Staatskörper seelenlos zu machen sucht, denn der menschliche wie der staatliche Organismus wollen genährt sein von den gesunden Kräften des Blutes. Das Gehirn des Staates muß nach der deutsch-hannoverschen Weltanschauung arbeiten unter der ständigen Zufuhr der Blutströme, die aus seinem Herzen, dem Herzen des Volkes, kommen. Demokratie besteht für diese Politik, wenn das Volk vom Bewußtsein getragen ist, daß die geistigen und materiellen Kräfte, die es dem Staate spendet, von diesem aufgebraucht werden in der feinsten Erkenntnis dessen, was es braucht, in einer Erkenntnis, die aus einer ebenso opfervollen Hingabe der Staatslenker entstehen kann. Und wird nun eine solche psychologische Wechselwirkung nicht unmöglich bei einem Reich, dessen Mittelpunkt unbekannte, ferne Volkskräfte von sich aus regieren will? Die hannoversche Bewegung will ja alle militärischen, Verkehrs-, außenpolitischen und wirtschaftlichen Forderungen dem Reiche zugestehen, nur die kulturelle Entwicklung scheint ihr nicht vom Zentrum aus gewährleistet, auch nicht durch das jüngst angebotene Lockmittel einer weitgehenden Selbstverwaltung.

Der Schreiber dieser Zeilen kann versichern, daß die Hannoveraner, deren Natur das Haßgefühl im Grunde fremd ist, den Anfang machen und die vom Protest entfesselten germanischen Volkskräfte in friedlich geistigem Austausch dem großen Nachbar Preußen darbieten würde, wenn dieser sich endlich zu derartiger Gewissenstat der Befreiung entschlossen hätte! Jetzt aber muß ihnen jeder Tag ohne diese Sühne als eine Bejahung der Gewaltpolitik erscheinen.

Vor dem Kriege war begreiflicherweise die Zahl derer groß, die in den protestierenden Hannoveranern Ideologen sahen, die, fremd jeder Realpolitik, in ihrem lächerlichen verstaubten Protest vergittert waren, blind und taub für alle Entwicklung, für die eisernen Notwendigkeiten der Zeit, für geographische Notwendigkeiten. Jetzt aber, wo das ganze deutsche Volk als eine Einheit, die jener unvergleichlichen von 1914 nahe kommt, Protest erhebt gegen jene Beschlüsse, die ein Clemenceau für eiserne Notwendigkeiten hält, sollte die Rückkehr zu den absoluten Wahrheiten so konsequent sein nach der Meinung der hannoverschen Bewegung, daß auch ihr Rechnung getragen werden müsse. Man sollte, wie es diese Bewegung fordert, mit der Saat des Vertrauens und erst einmal durch eine gesetzmäßige Zulassung der Volksabstimmung beginnen, dann wird sich zeigen, wie viele im Niedersachsengaue die bisherige Herrschaft als unorganisch empfinden. Ist es nicht wirklich in Europa an der Zeit, die bittere Saat der Tränen und des Hasses auszujäten und Liebe zu säen? — Gibt es hierfür einen Anfang, der zu klein und unbedeutend wäre? —

Claus von der Decken.

Naumann / Wozu das alles?

Man hat so viel vergeblich gearbeitet, gelebt, gehofft. Eltern haben ihre beste Kraft an ihre Kinder hingegeben, die Kinder aber ruhen in der Ukraine oder in Frankreich. Andere haben ein Geschäft und Vermögen aufgebaut; nun aber zerfließt es zwischen den Fingern, und es ist keiner da, der es fortsetzt. Wozu wird nun nochmals von vorn angefangen? Welcher große Zweck soll uns verlocken, nach großen Schicksalsschlägen des Einzellebens immer wieder frisch ans Werk zu gehen? Welcher mächtige Antrieb soll uns bezwingen, daß wir nach der Zerschmetterung unserer nationalen Kraft nochmals jung werden, um von vorn an die Volksgemeinschaft wieder aufzubauen? Wird nicht alles, was wir tun und schaffen, doch schließlich nur Schutt und Asche sein, ein ewiges Wühlen im Sande? Wem ist daran gelegen, ob wir uns opfern oder nicht? Früher sagten wir, daß wir der Entwicklung dienen oder dem Reiche Gottes oder wie es sonst jemand ausdrücken wollte; wir hatten Wachstumsgefühle, die uns lebendig sein halfen. Nicht als ob diese jetzt ganz und für jedermann erstorben seien, aber ich spreche zu denen, die am Grabe ihrer einstigen Wünsche stehen. Mit ihnen und für sie frage ich: wozu das alles? — — — Wie schwer ist es, sich die allereinfachsten Dinge rückhaltlos selbst zu sagen! Du lebst! Es handelt sich nicht darum, wie es wäre, wenn du tot wärest, denn du lebst! Du weißt, daß du irgend etwas mit deinem Leben anfangen mußt, wenn es dir selbst und anderen nicht unerträglich werden soll. Ein Leben ohne Zweck und Absicht ist ein Sumpf. Wer schwach und alt ist, darf sich hinsetzen und seine Auflösung erwarten, aber auch diese sind besser daran, wenn sie noch einige Pflanzen zu begießen und ein paar Kinder zu bewachen haben. Wo aber noch Schaffenskraft da ist, kann sie nicht ruhen, ohne daß die Qual der Überflüssigkeit beginnt. Auch wenn kein Zwang des Erwerbes dich in die Arbeit drängt, so mußt du dich selber in die Arbeit hineinschieben, um Mensch bleiben zu können. Und irgendwelche Arbeit ist immer vorhanden für den, der die Augen aufmacht, um sie zu suchen.

Briefkasten

Aus Schaftlach sind 5,50 M. ohne Angabe des Absenders bei uns eingegangen. Verlag der „Hilfe".

Ferienkursus an der Staatsbürgerschule. Von Sonntag, 13. Juli bis Sonnabend, 26. Juli findet an der Staatsbürgerschule ein Ferienkursus statt, dessen Programm schon in der vorigen Nummer der „Hilfe" auf der letzten Umschlagseite veröffentlicht worden ist. Anmeldungen können noch berücksichtigt werden. Als Lehrkräfte wirken mit u. a. die Mitglieder der Nationalversammlung: Naumann, Heile, Gertrud Bäumer, Marie Baum, Erkelenz, Hermann-Neubingen, Wachhorst de Wente, ferner Univ.-Prof. Dr. Bergsträßer, Geheimrat Schreiber, Martin Wenck, Dr. Franz Pauli und Johannes Tews.

Geschäftsleitung: Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile. Zehlendorf, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer. Hamburg.

Geschäftliche Mitteilungen

Dieser Nummer unseres Blattes liegt ein Prospekt der Firma Schmidt & Co., Berlin, bei, in dem die bekannten, großen politischen Bücher Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges: v. Bethmann Hollweg, v. Jagow, Hammann und andere Werke angeboten werden. Wir machen auf diese empfehlenswerten Schriften hierdurch besonders aufmerksam. Entgegen den Angaben im Prospekt ist der Bethmann Hollweg „Betrachtungen zum Weltkrieg" auch der erste Teil zum Preise von M. 9,— einzeln erhältlich.

10. Juli 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis bei Post und Buchhandel (beim Abholen) 5 M., unter Kreuzband 5,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 5,25 M., ins Ausland 6 M. Einzelhefte 50 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8063.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 28

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 80 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche.

Inhaltsübersicht

Gertrud Bäumer: Heimatchronik. — **Bad. Minister Hermann Dietrich:** Wirtschaftspolitische Folgen des Friedensschlusses. — **Prof. Dr. Heinrich Gerland:** Die vertriebenen Elsaß-Lothringer und das Reich. — **Dr. Erich Eyck:** Franz von Liszt. — **Gertrud Bäumer:** Die Intellektuellen. — **Adolf Kuhnert:** Das Proletariat. — **Arno Voigt (Miles):** Heimkehr. — **Naumann:** Fichtes Glaube. — Büchertisch.

Gertrud Bäumer / Heimatchronik

Sonntag, 29. Juni.

Hier in Erfurt fühlt man ebenso stark wie in Hamburg die innere Unruhe der Bevölkerung. Bedrückend und immer wieder erschütternd ist es zu sehen, wie der Hunger die Hauptursache ist. Ein Volksauflauf sperrt die Straße. Gegenstand der Erregung: Ein großer schneeweißer Block Schmalz in einem Schaufenster, von dem das Pfund 18 Mark kostet, und der wie ein Magnet die ganze Straße festhielt. Man konnte die treibenden Leidenschaften und den Grund unserer Schwäche mit Händen greifen, angesichts der abgemagerten, überreizten und verbitterten Gesichter der Frauen, die dieses unerreichbare Wunder anstarrten.

Der Eisenbahnerstreik ist noch nicht zu Ende. Die Organisationen lehnen ihn ab, aber wilde agitatorische Kräfte sind immer noch sehr stark am Werk, und die Frage ihrer Anhängerschaft ist dunkel. Die Regierung hat den Willen zu entschiedenem Durchgreifen — je stärker die Vermutung ist, daß politische Absichten im Hintergrunde stehen, um so notwendiger ist es, daß einmal die Kraftprobe bis zum Äußersten gemacht wird. Und doch sagt man sich, daß vom Gesichtspunkt der Gewalt die Massen stärker sein müßten, und daß im Grunde doch nur Selbstzügelung und freiwillige Einsicht die Krisis überwinden können.

Wir thüringischen Abgeordneten verantworten uns heute vor dem Delegiertentag unseres Wahlkreises wegen unserer Abstimmung in der Friedenssache. Es wird allgemein verstanden, daß die Zustimmung oder Ablehnung nicht als eine Frage der patriotischen Moral schnellfertig beurteilt werden kann, daß dazu die Verantwortung viel zu schwer, die bestimmenden Faktoren des Urteils viel zu undurchsichtig waren. Die Delegierten sind fast einmütig in der Bestätigung des „Nein" der demokratischen Fraktion.

Montag, 30. Juni.

Der Erlaß und die Zurücknahme eines rigorosen Streikverbots der Regierung zeigt ihre tatsächliche und innere Schwäche. Entweder man traut den Arbeitern die Besonnenheit zu, den Weg der Verständigung zu beschreiten, dann wirkt das Verbot aufreizend, oder man tut es nicht, dann dürfte man überhaupt nicht verhandeln und noch weniger einen solchen Erlaß zurückziehen.

Ein Verkehrsstreik in Berlin ist in nahezu lückenloser Ausdehnung beschlossene Sache. Die wirtschaftlichen Forderungen scheinen trotz aller Versicherungen des Gegenteils mindestens zu gleich Hintergründen. Dabei ist es unerläßlich, sich von dem tatsächlichen Minimalbedarf eine richtige Vorstellung zu machen, was die meisten Menschen, die sich über die hohen Lohnforderungen entsetzen, nicht tun. Es sei ein zu kommunalpolitischen Zwecken festgestelltes Monatsbudget einer vierköpfigen Familie in Elberfeld hier eingesetzt, um unsere wirtschaftlichen Verhältnisse zu beleuchten. Es entsteht bei knappster Bemessung des Notdürftigen ein Aufwand von 510,52 M. Die Ausgaben spezialisieren sich wie folgt:

112	Pfd. Kartoffeln	39,20 M.
72	„ Brot	27,60 „
8	„ Marmelade	20,00 „
2	„ Butter	18,00 „
4	„ Speck	31,20 „
4,8	„ Zucker	2,88 „
6,4	„ Fleisch	32,00 „
8	„ Fisch	23,00 „
4	„ Kaffeeersatz	4,64 „
8	„ Versch. Nährmittel: Erbsen, Graupen	12,00 „
60	„ Gemüse	42,00 „
	Gewürze, Seife, Wasch- u. Putzmitt., Nähzeug	50,00 „
	Miete (3 Zimmer)	30,00 „
	Beleuchtung und Heizung	25,00 „
	Straßenbahn	10,00 „
	Schuhreparatur, Wäsche, Strümpfe, Kleiderverschleiß	50,00 „
	Rücklage für Neuanschaffung, Steuer für 5000 M. Einkommen	33,00 „
	Rauchmaterial	30,00 „
	Körperpflege	9,00 „

Wenn man aus dieser Aufstellung die Tagesration berechnet, so ergibt sich ein Ernährungszustand, der immer noch weit unter dem steht, was unsere Mediziner als physiologisches Existenzminimum bezeichnen. Die Rationen sind pro Kopf und Tag die folgenden: ein Pfund Kartoffeln, 321 Gramm Brot, 35 Gramm Marmelade, 9 Gramm Butter, 18 Gramm Speck, 21 Gramm Zucker, 29 Gramm Fleisch, 35 Gramm Fisch, 35 Gramm Nährmittel, 268 Gramm Gemüse. Außerdem aber sind die Preise zum Teil noch weit niedriger angenommen, als sie heute tatsächlich sind, das Gemüse z. B. mit einem Durchschnittspreis von 70 Pfennig pro Pfund. Die Ausgaben für Kleidung und Schuhwerk sind sehr niedrig. Tatsächliche Neuanschaffungen sind gar nicht eingesetzt. Ausgaben für Krankheit, Erholung, Zeitungen sind überhaupt nicht berechnet. Ein solches Budget, das trotz der enormen Lohnsteigerungen von einem großen Teil der Bevölkerung nicht bezahlt werden kann, kann wohl die Verzweiflung verstehen lehren, die einen großen Teil unseres Volkes umtreibt.

Dienstag, 1. Juli.

Wiederbeginn der Nationalversammlung mit einem großen Arbeitsprogramm. Heute Siedlungsgesetz und damit Durchführung einer der besten und zukunftreichsten Reformen, zu denen die Revolution die breitere Grundlage geschaffen hat. In der Stellungnahme der Parteien ist charakteristisch, daß die Sozialdemokraten, mit Ausnahme der Unabhängigen, von der Überlegenheit des Großbetriebs in der Landwirtschaft zurückgekommen sind und Bauernpolitik machen wollen.

Abends große Versammlung im Volkshause in Jena. Es ist tief bedrückend, daß es immer noch nicht — trotz allem — gelingt,

Digitized by Google

die Menschen mit dem Bewußtsein zu durchdringen, daß es für uns keine Rettung gibt ohne die Wiederherstellung der inneren Einheit. Daß das nicht gesehen wird, ist ein Symptom der Stumpfheit auf der einen und der hoffnungslosen Verblendung und Verranntheit auf der anderen Seite. Starker Eindruck von der Rede eines „Parteilosen", der für etwas wie die Zusammenfassung der Idealisten zum Aufbau dieser Einheit aus geistigen und religiösen Kräften eintrat — der „Orden", dessen Notwendigkeit man schon oft empfunden hat.

In Hamburg sind die Regierungstruppen einmarschiert, da Volkswehr und Polizei sich als unzulängliche Stützen der Ordnung erwiesen haben. Der Berliner Verkehrsstreik ist in vollem Gang. Auf den Straßen ist nichts als das sogenannte wilde Gefährt, das den Rahm abschöpft und durch Zahl und Unordnung an den Verkehrszentren direkte Stauungen herbeiführt. Alles ein sinnloser Kraft- und Nervenverbrauch bei Streikenden und Geschädigten.

Mittwoch, 2. Juli.

Heute kommt die Verfassung ins Plenum. Das sollte eigentlich ein geschichtlicher Akt sein voll Weihe und Eindringlichkeit. Aber es bleibt eine nüchterne, beinahe langweilige, mit ziemlicher Gleichgültigkeit und offenbarer Schwunglosigkeit betriebene Handlung. Daß hier das Fazit einer Revolution gezogen wird, scheint merkwürdigerweise niemand zu empfinden. Daß ein ungeheurer Einschnitt deutscher Geschichte eben von uns erlebt wird, daß wir das Zeichen neuer Entwicklung aufrichten wollen, weiß jeder theoretisch, aber es dringt nicht ins Gefühl. In kühler Atmosphäre reden die Juristen. Nur bei der Frage der Reichsfarben wird die Stimmung wärmer, oder man kann auch sagen, die Luft schärfer. Denn in diesem Symbol sammelt sich die Programmatik der Parteien. Die Rechte feiert in Schwarz-Weiß-Rot das Deutsche Reich Bismarcks. Die Demokraten stimmten in ihrer Mehrheit für Schwarz-Weiß-Rot, im Sinne eines kraftvollen und stolzen „Dennoch" gegenüber den Demütigungen und Beschimpfungen des Friedensvertrages. Die Sozialdemokratie bekennt sich im Schwarz-Rot-Gold und im Verzicht auf das Rot der Klassen- und Gewaltherrschaft zur demokratischen Republik, ein Bekenntnis, das natürlich auch in jedem Demokraten sein Echo findet. Die Mehrheit wird (die Abstimmung wird morgen sein) für Schwarz-Rot-Gold als Reichsfarbe und Schwarz-Weiß-Rot mit einer schwarz-rot-goldenen Gösch als Handelsflagge.

Donnerstag, 3. Juli.

Der Gewerkschaftskongreß, der zurzeit in Nürnberg tagt, hat mit einer Dreiviertelmehrheit ein Vertrauensvotum für den Vorstand angenommen — eine starke Kraftprobe für den Führer Legien und ein Beweis für die Widerstandskraft der Gewerkschaften gegen auflösende Agitation.

Dafür kriselt der Verkehrsstreik weiter, und man weiß noch nicht, wo und wie er zu Ende kommen soll. Nachdem die Berliner Eisenbahner sich zur Beendigung des Streiks entschlossen haben, beginnen die Arbeiter und Beamten (hauptsächlich aber die ersten) in anderen Direktionen. Heute kommt die Nachricht aus Frankfurt a. M., daß für den dortigen Direktionsbezirk der Streik beschlossen ist.

Die Sommerstimmung über Weimar ist verführerisch friedevoll und verträumt. Mit jedem Tag wird der Lindenduft dichter und süßer, und wenn man um 2 Uhr zur Nationalversammlung geht durch die mittagsleeren, sonnigen Straßen, Orgelmusik aus den offenen Fenstern des Lehrerseminars, kommt es einem vor, als striche eine milde Göttin mit sanfter Hand dem fieberkranken, erregten und erschöpften Volk über die Stirn, und als sänke es zurück aus Eroberungsdrang und Existenzkampf in den Schoß der eigenen stillen Vergangenheit.

Freitag, 4. Juli.

Bei der Fahrt von Weimar nach Hause komme ich nicht weiter, weil von Frankfurt keine Züge abgelassen sind.

Unterwegs erzählt man von dem Empfang Hindenburgs, der nach Hannover zurückgekehrt ist. Es ist doch gelungen, in dieser Feier über Mißerfolg und Zusammenbruch hinweg die menschliche Verehrung, die niemand dem großen Führer versagt, in einer Kundgebung auszudrücken, die etwas Wehmütig-Schönes hat, Abendsonnenlicht über blutigen Schlachtfeldern. So ganz, ganz anders als ein triumphierender Einzug durch das Brandenburger Tor.

Sonnabend, 5. Juli.

Heute früh gerate ich unter die Wirkungen des Streiks der Hannoverschen Eisenbahner. Es streiken dort die Arbeiter, nicht die Angestellten. Im Publikum, das mit ziemlicher Geduld viele Stunden wartet, bis sich zu unserem Zug eine Lokomotive findet, gibt die Situation Anlaß zu lebhaftem Meinungsaustausch über den Streik und die Revolution. Man hat, bei aller Anerkennung der Berechtigung von Lebensmittelunruhen, für diesen Streik weniger Verständnis als für irgendeine der Bewegungen, aus denen sich die Revolution zusammensetzt. Das Ruhebedürfnis der Bevölkerung spricht sich drastisch aus. Daß einmal eine Abrechnung mit Kriegsgewinnlern und sonstigen Ausbeutern gehalten werden mußte, ist volkstümlich. Aber es müsse nun auch ein Ende haben. Zwei Soldaten, reifere Männer, die mit schwerem Gepäck von Riga zurückkommen, sprechen mit kühler Verzweiflung an Deutschlands Wiederhochkommen von Auswandern. Vierzehn Tage zu Hause ausruhen und dann hinaus, erst allein, und dann die Familie nachkommen lassen. Und man wird sich traurig bewußt, daß es falsch wäre, ihnen das auszureden und daß es vielleicht gut ist, wenn sie die Tatkraft des ubi bene ibi patria haben.

Hermann Dietrich / Wirtschaftspolitische Folgen des Friedensschlusses

1. Friedensbedingungen und Weltwirtschaft.

Die Friedensbedingungen enthalten in Teil 8 die Vorschriften über die Wiedergutmachungen, wobei die Gegner anerkennen, daß Deutschland außerstande ist, mit seinen Hilfsmitteln die völlige Wiedergutmachung aller Verluste und Schäden, für die es hafte, zu gewährleisten. Die Höhe der zu leistenden Zahlung ist nicht festgesetzt, vielmehr einer Interalliiertenkommission überlassen; immerhin ist in Artikel 235 eine Zahlung von 20 Milliarden Mark und in § 12 der Anlage 2 zu Abschnitt 1 des Teils 8 sind weitere 80 Milliarden deutscher Verpflichtungen festgestellt. Wie hoch die endgültige Schuld sein wird, liegt in der Hand unserer Gegner, ist aber auch für die vorliegende Ausführung zunächst belanglos.

Wir gehen von dem Gedanken aus, daß mindestens 100 Milliarden zu zahlen sind. Wenn diese Summe mit 5 v. H. verzinst und in der Weise amortisiert wird, daß jährlich 1 v. H. abgetragen wird, so hätte Deutschland jedes Jahr 6 Milliarden Mark zu zahlen. Diese Zahlung kann letzten Endes nur im Wege der Ausfuhr von Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten vor sich gehen; in Gold kann sie nicht geleistet werden, da unser ganzer Goldvorrat noch nicht 2 Milliarden beträgt. Man wird einwenden, die Zahlung kann in Abtretung deutscher Werte, also deutscher Aktien, Obligationen, Hypotheken, Geschäftsanteile usw. erfolgen. Sie kann auch in der Weise gemacht werden, daß Deutschland seinem Gegner Schuldverschreibungen ausstellt. Theoretisch sind diese Wege möglich, doch führen sie nicht zu einer Zahlung, sondern sie bedeuten nur die Umwandlung der allgemeinen Schuldverpflichtung Deutschlands in Einzelschuldverschreibungen des Deutschen Reiches oder in Einzelschuldverschreibungen deutscher Unternehmungen und Vermögensobjekte. Wirklich realisiert wird die deutsche Kriegsschuld von den Gegnern erst dann, wenn

Digitized by Google

die Zinsen und die Amortisation in Form von Rohstoffen oder Waren in das Ausland gelangen.

Nun hatte Deutschland bei Kriegsausbruch eine Ausfuhr, deren Wert der Einfuhr gleichkam. Deutschland besaß ein nach vielen Milliarden zählendes Vermögen im Auslande und außerdem eine Handelsflotte. Die letztere brachte Frachtgewinne, die Auslandsvermögen brachten Zinsen. Beide Einnahmen wurden durch Einfuhr realisiert oder zu neuen Anlagen im Ausland verwendet. Infolgedessen hatte Deutschland tatsächlich eine aktive Bilanz, die ihm die fortgesetzte Vergrößerung seines Auslandsbesitzes ermöglichte. Nun ist uns unser Auslandsbesitz restlos fortgenommen und die Flotte bis auf Teile, die für den Überseeverkehr wertlos sind. Damit sind die Einnahmen hieraus verschwunden, und die Folge ist die, daß wir zur Zahlung im Ausland lediglich auf die Ausfuhr angewiesen sind. Zu beachten ist allerdings, daß ein Teil des deutschen Auslandsvermögens, welches unsere Gegner liquidieren, auf die Kriegsentschädigung in Anrechnung gebracht wird.

Wenn wir also jährlich 6 Milliarden an die Alliierten bezahlen sollen, so müssen wir eine Ausfuhr haben, die die Einfuhr um 6 Milliarden übersteigt. Ich sehe davon ab, Kreditoperationen, die vorgenommen werden können, in Rechnung zu stellen, weil sie nur vorübergehend helfen würden. Eine solche unerhörte Anspannung der Ausfuhr hat zur Folge, daß zunächst einmal für den Inlandsverbrauch wenig übrigbleibt, daß die Lebenshaltung des gesamten Volkes heruntergedrückt und ein fortgesetzter Verarmungsprozeß stattfindet. Sie hat aber die weitere Folge, daß die Auslandsmärkte mit deutschen Waren überschwemmt werden müssen, wenn es überhaupt gelingen soll, die gegnerischen Forderungen abzubürden. Wir sehen hieraus, in welchem inneren Widerspruch der Versuch unserer Gegner steht, uns auf deren einen Seite zu wahnsinnigen Entschädigungsleistungen zu zwingen, auf der anderen Seite aber der deutschen Industrie und dem deutschen Handel den Weg zum Weltmarkt zu versperren. Gelingt das letztere, so ist das erstere, die Zahlung der Kriegsentschädigung, unmöglich.

Freiwillig wird nun das deutsche Volk nicht dazu zu bringen sein, jenen Auspowwerungsprozeß, welchen die Zahlung von Kriegsentschädigung notwendigerweise erfordert, mitzumachen. Vor allem die Arbeiterschaft, die in erster Reihe betroffen wird, wird infolge der Herabdrückung ihrer Lebenshaltung andauernd nicht zur Ruhe kommen; und doch ist die Auspowwerung unter Umständen möglich, sie ist es dann, wenn die heutige schlechte Valuta bestehenbleibt, denn diese bedeutet eine ungeheure Exportprämie. Nehmen wir einmal den Fall, eine deutsche Maschine, die in Friedenszeiten 40 000 Mark (also 50 000 Franken) gekostet hat, sei jetzt zu exportieren. Die Maschine soll heute in Deutschland 100 000 Mark kosten, dann bedeuten diese 100 000 Mark auf dem Weltmarkt heute vielleicht 40 000 Franken, wenn es gut geht. Die Maschine wäre also wesentlich billiger als vor dem Kriege. Da nun die Herstellungskosten in der ganzen Welt bedeutend gestiegen sind, kann man damit rechnen, daß das Ausland solche Maschinen, sagen wir einmal unter 75 000 Franken nicht herstellen kann. Der deutsche Exporteur kann also, wenn er denselben Preis verlangt und wenn wir, wie oben, annehmen, daß 40 Centimes gleich eine Mark sind, zunächst etwa 190 000 Mark verlangen. Namentlich wird die Valuta diese Wirkung haben bei allen denjenigen Waren, in denen viel Arbeit und wenig ausländisches Rohmaterial steckt; aber auch dann, wenn ausländische Rohstoffe verwendet werden müssen, tritt dadurch eine entscheidende Veränderung nicht ein, denn diese Rohstoffe können, soweit sie in der ausgeführten Ware wieder enthalten sind, mit dem gleichen Werte, mit dem sie bezahlt wurden, wieder in den Verkaufspreis eingesetzt werden, ohne daß die Konkurrenzfähigkeit des inländischen Produzenten gegenüber dem ausländischen auf dem Weltmarkt geschwächt wird. Soweit Arbeitslohn in dem Fabrikat steckt, wirkt immer wieder die Valuta exportfördernd.

Die Valuta hat aber auch eine zweite Wirkung, sie drückt die Preise im Inlande in die Höhe, wenigstens wenn freier Markt ist, und nähert sie dem Weltmarktpreis. Dadurch erschwert sie den Inlandverbrauch und schafft erst recht die Steigerung der Ausfuhr, die notwendig ist, um im Inlande Zahlungen zu leisten, die aber auf der anderen Seite die fatale Wirkung hat, das Inland verarmen zu lassen.

Eine gute Eigenschaft darf immerhin diesen Vorgängen nicht versagt werden; wir sagten eben, daß die exportfördernde Wirkung der schlechten Valuta namentlich dann eintrete, wenn viel Arbeitslohn und wenig ausländisches Material in den Exportwaren stecken. Diese Tatsache wird zur Folge haben, daß die Inlandsindustrie in ihrem eigensten Interesse immer mehr versucht, hochwertige Sachen zu erzeugen und diese auszuführen. Diese Entwicklung entspricht dem bisherigen Gang der deutschen Volkswirtschaft, welche von der Fabrikation halbfertiger Waren immer mehr zur Erzeugung hochwertiger Fertigfabrikate hinstrebte und damit dem Kapital guten Zins und der Arbeit steigenden Lohn brachte.

Im ganzen aber sehen wir zunächst einmal, daß die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages, die auf der einen Seite den ganzen Auslandsbesitz Deutschlands vernichten, ihm die Flotte nehmen, Deutschland vom Weltmarkt absperren wollen, in einen unlösbaren Widerspruch stehen mit dem dringenden Wunsche, namentlich der am schwersten getroffenen Franzosen, möglichst bald und möglichst weitgehend von Deutschland Milliardenzahlungen zu erhalten. Entweder werden diese Zahlungen geleistet, dann fällt die Absperrung Deutschlands vom Weltmarkt; oder aber die Absperrung Deutschlands vom Weltmarkt gelingt, und dann ist die Zahlung nennenswerter Kriegsentschädigungen unmöglich.

2. Industrie und Landwirtschaft.

In unseren ersten Darlegungen haben wir gesehen, welche Wirkung die gegenwärtig schlechte Valuta hat. Wir müssen wohl davon ausgehen, daß diese schlechte Valuta noch auf eine Reihe von Jahren bestehenbleibt, und zwar deswegen, weil Deutschland sich auf Grund des Friedensvertrages in einer furchtbaren Verschuldung an die feindlichen Länder befindet und daher ständig weit mehr Schulden zu zahlen als Forderungen im Auslande einzuziehen haben wird. Die schlechte Valuta hat aber nicht nur eine Export fördernde Wirkung, sondern sie hat auch die Wirkung eines Schutzzolles. Am besten sehen wir das bei den landwirtschaftlichen Produkten. In der Schweiz kostet heute der Doppelzentner Weizen vielleicht 70 Franken, das sind nach dem heutigen Kursstand um die 200 Mark herum. In Deutschland soll der Doppelzentner Weizen in diesem Jahre 46,50 Mark höchstens kosten. Die getreidebauende Landwirtschaft hätte hier also in der Valuta einen Schutzzoll, wenn freier Getreideverkehr wäre, in Höhe von rund 150 Mark.

Digitized by Google

Es kommt für unsere Betrachtung nicht darauf an, ob durch die Verhältnisse auf dem Weltmarkt dieser Schutzzoll auf 100, oder gar auf 50 Mark heruntergeht. Die Tatsache bleibt, daß die inländischen landwirtschaftlichen Produkte, es gilt das für alle, durch die geringe Kaufkraft unseres Geldes im Ausland einen Schutzzoll für sich haben, gegen den die alten Schutzzölle belanglos sind.

Im Kampf zwischen Verbraucher und Produzent war es früher so, daß die wachsende Industrie und ihre Angehörigen in erster Linie billiges Brot wollten, die Landwirtschaft auskömmliche Preise. Heute liegen die Dinge ganz anders; heute muß die Industrie den Wunsch haben, und mit ihr die gesamte brotverzehrende Bevölkerung, daß die Inlandsproduktion an Getreide, überhaupt an Nahrungsmitteln, auf die höchste Stufe gehoben wird, die nach dem heutigen Stande der Wissenschaft erreichbar ist. Denn selbst eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produkte um weitere 50% wird immer noch nicht den Verbraucher mit dem gleichen Aufwand belasten, wie der Bezug der Lebensmittel vom Weltmarkt. Die Interessen von Landwirtschaft und Industrie laufen insofern jetzt nebeneinander her, für eine Reihe von Jahren darf man damit rechnen, daß Auseinandersetzungen, wie sie früher die Schutzzölle mit sich brachten, unnötig sind. Im Zusammenhang mit diesen Dingen steht das Siedelungsgesetz. Man muß dringend wünschen, daß bei der Durchführung dieses Gesetzes eines nicht übersehen wird. Das landwirtschaftlich nutzbare Land muß zu solchen Betrieben aufgeteilt oder umgestaltet werden, die eine möglichst hohe Ablieferung an die städtische Bevölkerung gewährleisten. Es kann infolgedessen nicht die Aufgabe dieses Gesetzes sein, lediglich Kleinbauern zu machen, sondern seine Aufgabe muß es sein, auf der einen Seite dem Industriearbeiter eine Behausung und ein Stück Land zu verschaffen, das er neben seinem Beruf bewirtschaften kann, im übrigen aber den mittleren leistungsfähigen Bauernbesitz zu stärken; denn erst bei diesen Mittelgütern fängt eine ernste Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse für die städtische Bevölkerung an. Also wirkliche Bauern, keine Zwergbauern.

Sodann gilt es einen Weg zu finden, der das Mißverhältnis zwischen Inland- und Weltmarktpreis ausgleicht. Dieser Ausgleich besteht heute in der Zwangsbewirtschaftung der Brotfrucht. Diese Zwangsbewirtschaftung ist verbunden mit der Rationierung, d. h. mit der Verteilung der verfügbaren Menge auf die Kopfzahl der Bezugsberechtigten. Beides hat an sich nichts miteinander zu tun. Das erstere ist ein Handelsmonopol, das zweite eine durch den Mangel an Getreide bedingte Verteilungsmaßnahme. Nun wird das Monopol fortgesetzt mit der Rationierung, namentlich von der Landwirtschaft, in einen Topf geworfen. Und weil die Rationierung den Bauern in seinem Betriebe behindert, in seiner Lebenshaltung beschränkt, und daher seinen Widerstand herausfordert, überträgt sich dieser Widerstand auch auf das Monopol. Hier ist einzusetzen. Beide Dinge sind scharf von einander zu trennen; und während es selbstverständlich Aufgabe ist, möglichst bald durch Steigerung der Inlandsproduktion, durch Hebung der Zufuhren vom Weltmarkt, die Rationierung zu beseitigen, wird es notwendig sein, auf der andern Seite das Monopol zu einer ständigen Einrichtung zu machen. Es ist notwendig für die nächsten Jahre, um zu verhüten, daß der Inlandspreis die Höhe des Auslandspreises erreicht; für die spätere Zeit aber, wenn die Valuta wieder normal ist, und wenn der Weltmarktpreis unter die jetzigen Gestehungskosten des Getreides heruntersinkt, um zu verhindern, daß die Inlandsgetreideproduktion vernichtet wird. In Bälde daher das bestehende Getreide-Monopol unter Beseitigung der Rationierung in ein dauerndes Getreide-Handels-Monopol des Deutschen Reichs umzuwandeln, wird eine große Aufgabe einer weitschauenden Regierung sein. Daß ein solches Getreidemonopol auch für die Ordnung unserer politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den Getreide erzeugenden Ländern ostwärts von uns, Ungarn, Rumänien, Süd-Rußland, von entscheidender Bedeutung sein kann, ergibt sich aus der Wirtschaftsgeschichte der letzten Jahrzehnte.

3. Rohstoffe und Lebensmittel.

Aus unseren Darlegungen unter 1 und 2 haben wir ersehen, daß die Beschaffung von Rohstoffen und Lebensmitteln aus denjenigen Ländern, denen gegenüber wir eine schlechte Valuta haben — es sind das insbesondere die neutralen Staaten und die Länder, die mit uns im Kriege lagen —, außerordentlich erschwert ist. Soweit die Rohstoffe verarbeitet in den fertigen Waren wieder ausgeführt werden, ist die schlechte Valuta unschädlich, soweit aber die Rohstoffe für den Inlandbedarf benötigt werden und soweit Lebensmittel in Frage kommen, die naturgemäß nur dem Inlandsverbrauch zufließen, ist der in der schlechten Valuta enthaltene Schutzzoll außerordentlich belastend für unsere Volkswirtschaft. Es gilt daher, wirtschaftlich Wege zu suchen und einzuschlagen, welche diesen Schwierigkeiten ausweichen. Im gegenwärtigen Augenblick sind solche Wege allerdings nicht zu finden, denn der Rohstoffbezug und ebenso die Lebensmittelversorgung kann nur von unseren Feinden kommen, denen wir die Kriegsentschädigung schulden und denen gegenüber auf absehbare Zeit mit einer schlechten Valuta zu rechnen ist.

Die Wirtschaftspolitik muß aber auf Dauer eingestellt werden und sie muß damit rechnen, daß erst nach einer längeren Reihe von Jahren auch nach dem Westen hin wieder normale Zahlungsverhältnisse eintreten. Deswegen sind auch die Möglichkeiten heute schon zu erörtern, die zwar nicht sofort gegeben sind, aber sich auftun werden, wenn Europa in seinem größeren Teil wieder zur Ruhe und Ordnung und damit zur Arbeit kommt.

Wir schicken einige Zahlen voraus: Die Hauptlieferanten Deutschlands für Rohstoffe und Lebensmittel waren ganz überwiegend die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika und Rußland. Sie haben uns in den Jahren 1912 und 1913 zusammen für 3 Milliarden Mark geliefert, und zwar jeder Staat etwa die Hälfte. Amerika war auf dem Wege, Rußland in der Gesamtlieferung zu überflügeln. Was aber die Lieferung gerade von Rohstoffen und Lebensmitteln angeht, war Rußland Amerika weit voraus, es lieferte uns davon im Jahre 1913 für ¾ Milliarden, Amerika nur für 296 Millionen Mark. Rohstoffe lieferte Rußland allerdings nur für 533 Millionen Mark, während Amerika für 683 Millionen Mark, also genau für 150 Millionen Mark mehr lieferte. Diesen Lieferungen Amerikas und Rußlands gegenüber fallen die anderen Staaten nicht ins Gewicht. Wenn auch Argentinien für 180 Millionen Mark und Kanada für 50 Millionen Mark Lebensmittel dem deutschen Verbrauch zuführten. Hier sehen wir, wo einzusetzen ist.

Wir müssen unseren Lebensmittelbezug, soweit unsere eigene Erzeugung nicht ausreicht, auf Rußland aufbauen, gleichgültig, wie dessen Teile heute heißen. Wir müssen den

schon einesteils deswegen, weil nur dieses Land auf die Dauer imstande sein wird, uns reichlich zu versorgen, zum andren aber deswegen, weil die russische Valuta ihrem heutigen Stande nach voraussichtlich auf eine lange Reihe von Jahren uns gegenüber eine schlechte sein wird, so daß wir Rußland gegenüber den gleichen Vorteil haben, wie beim Bezug von fertigen Waren uns gegenüber die bisher feindlichen Westmächte. Genau so sieht es bei den Rohstoffen aus. Auch hier muß der Blick nach Osten gehen, und auf diese Wirtschaftspolitik muß auch, wenn Deutschland überhaupt wieder aufstehen soll, seine Außenpolitik eingestellt werden. Dabei ist ganz gleichgültig, welche Staatsverfassung und welche Regierung Rußland hat. Voraussetzung ist nur, daß dieses Land eine ordnungschaffende und damit das Wirtschaftsleben in Gang bringende Regierung früher oder später erreicht.

Diese Politik setzt voraus, daß ein wirtschaftlich gutes Einvernehmen mit Polen erreicht wird, weil dieses Land für uns die Brücke zu Rußland bildet.

Anschließend an eine solche Politik muß sich das Streben dahin richten, auch nach Südosten hin so schnell wie möglich die Länder in wirtschaftliche Beziehungen zu uns zu bringen, die gleichfalls die Fähigkeit in sich bergen, eine landwirtschaftliche Entwicklung durchzumachen und eine landwirtschaftliche Ausfuhr zustande zu bringen. Wir denken hierbei namentlich an Ungarn wegen Getreide, an Serbien wegen Fett und Obst, an Rumänien wegen Weizen und Mais. Sicherlich wird eine solche Politik nicht von vornherein scheitern, denn stärker als alle Gesetze sind letzten Endes die wirtschaftlichen Momente, die das Gesicht Deutschlands nach Osten wenden, ebenso wie sie den Blick der Ostländer nach Deutschland lenken müssen; denn nur Deutschland kann in der Hauptsache der Abnehmer einer künftigen landwirtschaftlichen Überproduktion dieser Staaten werden, weil es diejenigen Produkte, namentlich Maschinen, zu liefern vermag, welche jene Staaten im Austausch gegen die Erträge ihrer Landwirtschaft benötigen.

Und nun, wie stellt sich Frankreich dazu? Wir meinen, Frankreich müßte aus ureigenstem Interesse eine solche Politik Deutschlands unterstützen, denn nur ein billiger Bezug von Rohstoffen und Lebensmitteln aus dem Osten wird schließlich Deutschland in die Lage setzen, nach dem Westen reiche Überschüsse seiner industriellen Tätigkeit auszuführen und damit seine Kriegsschulden zu bezahlen. Verhindert Frankreich jene Entwicklung, so bringt es sich selbst um seine Kriegsentschädigung. Es würde allerdings erreichen, daß Deutschland verarmt und statt Waren seine Bevölkerung exportiert. Dabei muß sich Frankreich bei allem Haß doch überlegen, daß es seinerseits nicht nur wenigstens auf eine Reihe von Jahren seine gewaltigen Auslandsguthaben verloren hat, deren Zinsen in Form von Einfuhr seiner Volkswirtschaft zugute kamen, sondern auch gewaltige Schulden bei England und Amerika gemacht hat, die es aus einem Gläubigerstaat zu einem Schuldnerstaat verwandelt haben. Um diese Schulden dort abzubürden, muß Frankreich mehr ausführen als einführen, genau so wie dies Deutschland tun muß. Bei der schwachen Volkszahl Frankreichs, welche die Menschen für eine wachsende Industrie nur langsam aufzubringen vermag, kann ihm hier allein Deutschland helfen, indem es ihm à Conto der Kriegsentschädigung Ware liefert, durch deren Anlieferung französische Fabrikate freigemacht werden. Nur wenn Frankreich diesen Gedankengängen sich nicht verschließt und sich ihrem Umsatz in die Tat nicht widersetzt, wird es die schweren Wunden heilen können, die der Krieg ihm geschlagen hat und die zu heilen vielleicht schwerer sein wird als die Heilung der Schäden, die die deutsche Volkswirtschaft erlitten hat.

Heinrich Gerland / Die vertriebenen Elsaß-Lothringer und das Reich

In den Tagen ungeheuerlichster Spannung, in denen die welthistorische Frage der Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung des Gewaltfriedens der Entente die Gemüter aller in fieberhafter Spannung erhalten hat, wird sich die Nationalversammlung auch mit einer Petition zu befassen haben, die in ruhigeren Zeiten sicher die Gefühle Deutschlands auf das tiefste erregt haben würde, während sie heute, man kann sagen, leider, wohl nicht die Beachtung finden wird, die sie unter allen Umständen zu finden berechtigt ist. Es ist die Petition, die der Ausschuß vertriebener Elsaß-Lothringer an die Deutsche Nationalversammlung in Weimar gerichtet hat, und die in ihrer prägnanten Darstellung ein unsagbar trauriges Bild von der Lage derjenigen entwirft, die bis dahin als die Pioniere des Deutschtums an der vorgeschobensten Grenze im Westen gestanden und gekämpft haben. Die ganze Tragik unserer Niederlage spricht auf das deutlichste aus diesen Zeilen. Und ein erschütterndes Bild von den Leiden deutscher Stammesbrüder ist es, das diese Petition gibt. Die ganze Brutalität und Rechtlosigkeit, die die Politik Frankreichs von je charakterisiert hat, bekundet sich aus der Behandlung, die die Elsaß-Lothringer unter der französischen Besetzung deutschen Reichsgebietes seit dem 11. November 1918 trotz der klaren und entgegenstehenden Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages haben erleiden müssen. Wenn je eine Nation nicht berechtigt ist, sich als Trägerin und Vorkämpferin allgemein menschlicher Ideale, der Ideale der Gerechtigkeit, der Brüderlichkeit zu bezeichnen, so ist es die französische Nation. Trotz des unleugbaren Geschickes, mit dem sie es immer verstanden hat, diese Phrase der Welt zu suggerieren und unter ihrem Schutz eine imperialistische Machtpolitik zu treiben, die von keinem anderen Volk der Welt jemals überboten ist. Wenn die Wirren dieser Zeit erst im wesentlichen vorüber sein werden, wenn wieder Ruhe und Besinnung in die Welt eingekehrt ist, dann wird die Aufgabe gerechter Geschichtsschreibung sein, die Welt einmal wirklich darüber aufzuklären, was Frankreich war und ist, um daran zu messen die Richtigkeit dessen, was Frankreich zu sein vorgibt... Ich habe nie verstanden, warum in die vielfachen Reichstagsdebatten während des Krieges unsere Reichsregierung und auch die großen Parteien das reiche Material der von Blut getränkten Geschichte Frankreichs nicht ausgiebiger verwandt haben, um vor aller Welt klarzulegen, wie sich die Politik und die Methoden Frankreichs nie geändert haben und wie Frankreich so absolut nicht berechtigt ist, uns Deutschen irgendwie den Vorwurf der Barbarei, der Brutalität zu machen, wo wir doch in unserer Geschichte weder eine Bartholomäusnacht, noch einen Jacquerie, noch die Noyaden, Fusiliaden, Brouilliaden und die Guillotine der französchen Revolution aufzuweisen haben. Das Verhalten Frankreichs nach der Besetzung Elsaß-Lothringens den wehrlosen Deutschen und den deutschgesinnten Alt-Elsässern gegenüber schließt sich würdig seinen früheren Handlungen in der Geschichte an und darf als ein neues Ruhmesblatt in

seinem Vorkampf für Recht, Freiheit und Gesittung mit Fug rubriziert werden. Denn durchaus zutreffend weist die Denkschrift der Elsaß-Lothringer, die von jedem vaterlandsliebenden Deutschen gelesen werden sollte, darauf hin, daß ein ähnliches Beispiel rücksichtsloser Austreibung eines ganzen Volksstammes aus einem Lande in der ganzen Geschichte unserer Zeit vergeblich zu suchen ist.

Freilich, wenn die Denkschrift die Hoffnung ausspricht, daß dadurch, daß vor aller Welt Frankreichs Schmach laut verkündet wird, irgend etwas geholfen werden könnte, so vermag ich diesen Glauben nicht zu teilen. Frankreich steht heute in der Gloriole des Siegers. Dem Erfolg beugt sich immer die Welt. Die Welt sieht heute nach Paris und erwartet von den dortigen Machthabern die Entscheidung. Der Jammer der 400 000 deutschen Elsaß-Lothringer, die man um ihr ganzes Hab und Gut bringen will, wird verklingen vor den rauschenden Festen der Entente, und es wird heute die Entente mit leichter Handbewegung jeden Vorwurf, den man ihr macht, abzuweisen verstehen und ihrer kühlen Behauptung, daß hier nur Gerechtigkeit geübt werde, werden die wenigen noch neutralen Völker nicht zu widersprechen wagen. Es werden aber auch andere Zeiten kommen und die Schande von Elsaß-Lothringen wird Frankreich nicht geschenkt werden, sie wird ihm, dafür wird, so hoffe ich, der deutsche Sinn unseres Volkes sorgen, immer und immer wieder vorgehalten werden. Denn man mag uns ja knebeln, man mag uns ja alles nehmen. Auch wenn der Friede so zustande kommt, wie die Entente ihn wünscht, die französische Lüge wird über uns nicht siegen, und wir werden die Wahrheit aussprechen mit einer Vernehmlichkeit, daß sie späterhin doch nicht überhört werden kann.

Wenn es heute also noch keinen Erfolg haben wird, das Verhalten Frankreichs vor aller Welt zu brandmarken, wenn es heute ebenso wenig Erfolg haben wird, die großartigen Kulturleistungen Deutschlands in Elsaß-Lothringen ebenfalls in das rechte Licht vor aller Welt zu rücken, so muß doch heute unbedingt eingegriffen werden, um die Folgen der französischen Politik für unsere Stammesbrüder, die aus Elsaß-Lothringen flüchten mußten und noch flüchten werden, einigermaßen zu lindern. Die Not der Deutschen (und ich rechne zu den Deutschen auch die Alt-Elsässer, die uns treu geblieben sind und die heute mit uns leiden; sie sind Deutsche, wie sie immer Deutsche waren) ist beispiellos und fordert sofortige Hilfe. Es muß offen ausgesprochen werden, daß von seiten der Regierung bisher nicht mit der genügenden Energie eingegriffen worden ist, und es muß von der Regierung mit allem Nachdruck verlangt werden, daß das Versäumte sofort und ohne jeden Verzug nachgeholt wird. Wir schulden das unserem Volk, wir schulden das unserer Ehre!

Die Not der Elsaß-Lothringer, sage ich, ist ungeheuer. Die Vermögen der meisten stehen unter Sequestration. Die Sequestration freilich soll nur eine Maßregel zur Sicherung sein, allein der Friedensvertrag der Entente sieht vor, daß das gesamte deutsche Eigentum in Elsaß-Lothringen liquidiert werden kann. Und es ist zu erwarten, daß es in der Tat liquidiert wird, wie schon jetzt eine große Menge von Vermögen unter den nichtigsten Vorwänden liquidiert sind. Diese Liquidation trifft die davon Betroffenen unendlich hart. Denn es ist selbstverständlich, daß der Verkauf durchaus nach den Methoden erfolgt, die ja die französische Verwaltung in einem so eigenartigen Licht bei der Veräußerung der Kirchengüter erscheinen ließen. Um ein Beispiel zu geben, welches mir aus dem Elsaß mitgeteilt ist: Es soll ein Haus verkauft werden. Dieses Haus erzielt bei einem Herstellungswert von 100 000 Mark einen Höchstpreis von 80 000 Franken. Ein Franzose bietet auf dasselbe Haus 50 000 Franken, und da nicht auf den Höchstpreis der Zuschlag erfolgen muß, erhält er den Zuschlag. Selbst wenn dies nicht der Fall sein sollte, so treffen doch die Umrechnungsbestimmungen betreffend die Währung die Deutschen so hart, daß sie mit den größten Verlusten rechnen müssen. Nehmen wir an, eine Hypothek von 40 000 Mark stünde auf jenem Haus. Hier würde diese Hypothek nach dem Kurswert vom 1. August 1914 in Franks umgerechnet, so daß also die Hypothek rund 50 000 Franks wert ist. Diese 50 000 Franks müssen nunmehr in bar bezahlt werden, und hier steht heute die Mark = 31 Cents. Es müssen also für einen Frank ungefähr 3 Mark gezahlt werden. Die Hypothek hat also einen Effektivwert zurzeit von 150 000 Mark. Der Verlust, den der Eigentümer erleidet, beträgt also 110 000 Mark.

Dergleichen Beispiele ließen sich häufen. Man überlege z. B. den Wert von Bildern. Nehmen wir an, daß in einer Familie, die nicht sehr bemittelt ist, sich durch Erbschaft ein kostbares Bild befindet, sagen wir ein Bild von Menzel oder von Corot. Bei der Liquidation wird dieses Bild selbstverständlich einfach als Ölbild verschleudert, und einer der stärksten Vermögenswerte, den vielleicht diese Familie in ihrem Besitz hatte, ist einfach verloren.

Nun entsteht natürlich die Frage, wer den Deutschen für ihre Verluste aufzukommen hat. Man könnte an das Reich denken. Allein das Reich hat sich bis jetzt auf den Standpunkt gestellt, der auch zutreffend ist, daß das Gesetz über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiet vom 3. Juli 1916 nicht zur Anwendung zu kommen hat. Im Entwurf der Entente findet sich im Artikel 2971 die Bestimmung, daß Deutschland verpflichtet ist, seine Angehörigen wegen der Liquidation zu entschädigen. Das Reich wird also die Verpflichtung aller Voraussicht nach, die vertriebenen Deutschen zu entschädigen, durch den Friedensvertrag übernehmen. Aber man übersehe ja nicht, daß es eine Entschädigungspflicht durch den Friedensvertrag nur übernimmt im Rahmen dieses Artikels, d. h. es ist nur verpflichtet, den Vertriebenen diejenige Summe zu ersetzen, die Frankreich bei der Liquidation erlöst hat, sodaß also eine Ersatzpflicht für all die Verluste, die infolge jener eigenartigen Liquidationsmethoden entstehen, nicht gegeben ist.

Hier scheint mir der erste Punkt zu sein, wo unter allen Umständen die Reichshilfe einsetzen muß. Es muß den Elsaß-Lothringern unter allen Umständen voller Ersatz gewährt werden für die Verluste, die ihnen durch die unerhörte Politik Frankreichs zugefügt sind, und es kann hierbei nicht ausgegangen werden von den Liquidationsergebnissen, sondern es müssen richtige Schätzungen vorgenommen werden, und es muß der augenblickliche Schaden, der entstanden ist, nach den augenblicklichen Verhältnissen vergütet werden. Selbstverständlich belastet das Deutschland stark. Aber die Belastung muß ertragen werden, denn es ist ausgeschlossen, daß wir 400 000 Deutsche (ich rechne hierbei die vertriebenen Alt-Elsässer noch nicht einmal mit) den Verlust des Krieges in einer Art und Weise zum Unheil ausschlagen lassen, wie dies nicht der Fall für die übrigen Deutschen ist. Wenn irgendwo, gilt hier der Satz: Einer für alle, alle für einen. Und es darf dabei nicht in kleinlicher Weise vorgegangen werden. Denn wenn man die ungeheu-

Digitized by Google

ren seelischen Leiden bedenkt, denen die Altdeutschen in Elsaß-Lothringen seit jenen verhängnisvollen Oktobertagen 1918 ausgesetzt waren, so ist es nur ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, wenn ihnen das übrige Deutschland offenen Herzens hilft und ihnen nicht etwa in der Form der Almosen und der Sammlungen beizuspringen versucht, sondern in der Form der reichlichen, gerechten Staatshilfe. Die Nationalversammlung muß hier eingreifen. **Die Petition der vertriebenen Elsaß-Lothringer muß eine freudige bejahende Antwort in unserem Parlament finden.**

Allein damit sind die in Betracht kommenden Fragen noch nicht erledigt. Es kann nicht gewartet werden, bis diese Liquidationen alle durchgeführt sind, sondern es muß den vertriebenen Elsaß-Lothringern **sofort** geholfen werden. Ihre Notlage ist schon heute eine ganz ungeheuerliche. Hunderte von ihnen sind ausgewiesen, ohne daß sie ihr Eigentum mitnehmen dürften. Sie sind in Deutschland so gut als mittellos angekommen, denn die geringen Summen, die man ihnen mitzunehmen gestattete, reichten bei den heutigen Verhältnissen kaum für Wochen aus. Dabei zwingt man sie auch noch, ihre Wohnungen in Elsaß-Lothringen weiter zu bezahlen oder ihre Möbel in Elsaß-Lothringen selbst gegen teuren Mietzins unterzustellen, sofern die Mietkontrakte abgelaufen waren. Von irgend etwas müssen doch diese Vertriebenen leben. Und durchaus berechtigt stellt die Denkschrift die Forderung auf, daß hier nicht etwa in der Form des Almosens oder durch das Rote Kreuz Unterstützungen gewährt werden, sondern daß so rasch als möglich eine Reichsunterstützung gewährt werde, die ein notdürftiges Auskommen garantiert. Auch hier kann die Forderung der Elsaß-Lothringer nur unterstützt werden, und Aufgabe der Nationalversammlung muß es sein, so rasch als möglich die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit nicht die, die für uns in Elsaß-Lothringen so Ungeheures geduldet haben, auch hier noch etwa um Almosen betteln müssen, während sie doch ihr gutes Recht auf Unterstützung durch das Reich haben, das sie durch den Krieg in diese entsetzliche Notlage gebracht hat.

Ebenfalls scheint mir die weitere Forderung der Denkschrift, steuerlich Vergünstigungen zu gewähren, durchaus richtig. Denn es ist zutreffend, was die Denkschrift aufführt, daß der Schaden vielfach einer genauen Berechnung unzugänglich ist, und daß er wahrscheinlich immer in größerem Maße vorhanden sein wird, als er nachgewiesen werden kann. Infolgedessen wären namentlich bei der Kriegsvermögensabgabe die Elsaß-Lothringer günstiger zu stellen, und es müßte berücksichtigt werden, daß diese Vermögensabgabe von den Elsaß-Lothringern zum Teil schon in Natur, wenn auch an Frankreich, geleistet worden ist.

Ich kann hier nicht auf alle Einzelheiten der Denkschrift eingehen, ich möchte nur noch eine besondere wichtige Kategorie der Vertriebenen besonders hervorheben, deren Verhältnisse ganz eigenartig liegen. Das sind die elsaß-lothringischen Beamten. Bereits im Juli 1918 hatten, wie ich von unterrichteter Seite weiß, die Besorgnisse in dem Kreise der Beamtenschaft einen hohen Grad erreicht. Man erwartete dort die Niederlage eher, als man dies im übrigen Deutschland tat. Es wurden wiederholt Anfragen nach Berlin gerichtet, wie sich die Beamtenschaft, wie sich die Familien der Beamten zu verhalten hätten, ob es sich nicht empfehle, die Familien mit dem Mobiliar nach Deutschland zurückzuschicken. Auf diese Anfrage, wie übrigens auch auf Anfragen über die politische Stellungnahme, erfolgte keinerlei klare Antwort. Nie wurde gesagt, daß die Beamtenfamilien zurückgeschickt werden sollten. Man kann ruhig sagen, daß die Militärverwaltung hier klüger und richtiger gehandelt hat, denn die Offiziersfamilien haben in größerem Umfange zur richtigen Zeit die Reichslande verlassen. Berlin ging aber noch weiter. Als die Katastrophe eintrat, sind die Beamten ausdrücklich angewiesen worden, auf ihren Posten zu verbleiben. Sie haben das getan. Sie haben versucht, weiterzuarbeiten, bis ihnen das durch die französische Regierung unmöglich gemacht wurde, bis sie zum großen Teil von Frankreich in der rücksichtslosesten Weise ausgewiesen wurden.

Für diese Beamten muß das Reich sofort eintreten. Die Rechtslage scheint mir hier eine durchaus klare zu sein. Und ich kann insofern den Ausführungen der Denkschrift nicht ganz beistimmen, da ich glaube, daß die Verhältnisse einfacher liegen, als es die Denkschrift selber vermeint. Elsaß-Lothringen ist auch durch das Reichsgesetz vom 31. Mai 1911 kein Bundesstaat geworden. Zum Beweis für diese Behauptung beziehe ich mich lediglich auf die glänzenden Ausführungen Labands in seinem Deutschen Standrecht, 5. Aufl., 2. Band, Seite 231—235. Danach ist Elsaß-Lothringen eine Provinz des Reiches mit weit durchgeführter Selbstverwaltung. Träger der Staatsgewalt in Elsaß-Lothringen ist mithin das Reich, und die gesamten Beamten des Reiches sind Reichsbeamte. Daß auch die maßgebenden Stellen in Deutschland auf diesem Standpunkt stehen, beweist das vorhin zitierte Gesetz vom 3. Juli 1916, denn hier wird im § 16 ausdrücklich von Vorschüssen und Vorentschädigungen gesprochen, welche die Bundesstaaten und Elsaß-Lothringen ausgezahlt haben oder künftig auszuzahlen haben. Es wird also in dieser Bestimmung ausdrücklich unterschieden zwischen den Bundesstaaten und Elsaß-Lothringen. Die grundlegende Bestimmung ist also: Elsaß-Lothringen ist kein Bundesstaat. Dann aber kann es nur eine Reichsprovinz im Sinne der Labandschen Auffassung sein. Und dann ergibt sich für alle vermögensrechtlichen Ansprüche der Beamten folgendes:

Das Reich als Fiskus wurde in Elsaß-Lothringen durch den elsaß-lothringischen Fiskus vertreten. Da nun der elsaß-lothringische Fiskus und die Provinzial-Reichsverwaltung in Elsaß-Lothringen durch die französische Annexion in Fortfall gekommen sind, so ergibt sich, daß nunmehr an Stelle der elsaß-lothringischen Landesverwaltung das Reich tritt, und daß das Reich seinen Beamten einmal verhaftet ist für alle Gehalts- und Pensionsansprüche, ferner aber auch für alle vermögensrechtlichen Benachteiligungen, die den Beamten und ihren Familien durch jenen verhängnisvollen Befehl entstanden sind, auf ihren Posten zu verharren. Und es sei auch ausdrücklich auf den § 8, Abs. 3 des Gerichts-Verfassungs-Gesetzes hingewiesen, der auch im vorliegenden Falle gilt. Eine Veränderung in der Organisation der Gerichte und ihrer Bezirke ist eingetreten, wobei der Grund eben dieser Veränderung ohne jede Bedeutung für die Anwendung der Bestimmung ist. Infolgedessen können unfreiwillige Versetzungen an ein anderes Gericht oder Entfernungen aus dem Amte stattfinden, **aber es muß den richterlichen Beamten unter allen Umständen das volle Gehalt belassen werden. Und für dieses volle Gehalt hat das Reich aufzukommen.**

Das Reich, wie gesagt, hat sich bis jetzt meiner Ansicht nach einer nicht sehr verständlichen Zurückhaltung befleißigt.

Damit muß jetzt gebrochen werden. Es muß geholfen werden! Und ich wiederhole: die ganze Angelegenheit der Elsaß-Lothringer ist eine Angelegenheit der deutschen Ehre. Sie ist aber — und auch das sollte man nicht übersehen — auch eine Angelegenheit der deutschen Politik. Denn wenn nicht alle Nachrichten trügen, so ist die profranzösische Stimmung in den Reichslanden sehr im Abflauen begriffen. Ein Alt-Elsässer, der französische Gesinnung hatte, hat kürzlich das Wort geprägt, daß Frankreich in 6 Monaten das erreicht habe, was Deutschland in 40 Jahren nicht gelungen sei, die Reichslande zu verdeutschen. Ich lasse dahingestellt sein, ob die Verdeutschung wirklich erst jetzt eingetreten ist. Das eine scheint sicher zu sein, daß der Taumel derer, die französische Politik trieben (und man sollte nicht vergessen, daß es solche Deutsche auch in der Pfalz und in den Rheinlanden gibt), bereits im Abflauen begriffen ist. Und da wir nicht daran denken können, den Raub Elsaß-Lothringens ohne Protest zu ertragen, da wir diese Annexion Frankreichs ebensowenig anerkennen können, wie wir die Annexion des Elsaß durch Ludwig XIV. je anerkannt haben, so liegt es auch im Interesse der deutschen Sache, daß die Elsaß-Lothringer sehen, daß wir sie nach jeder Richtung hin als Deutsche, als Stammesangehörige betrachten, mögen sie nun Alt-Elsässer oder Alt-Deutsche sein. Wer von drüben durch französische Gewalt vertrieben zu uns kommt, muß bei uns offene Arme finden. Denn jeder, der von dort kommt, trägt mit sich alle jene Fäden der Verwandtschaft, der Freundschaft, die auch die brutale Politik Clemenceaus nicht ohne weiteres vernichten kann. Diese Fäden aber festzuhalten, diese Fäden immer fester zu gestalten, scheint mir heute schon ein oberstes Gebot der Stunde zu sein. Denn wenn wir auch die Grenze wieder an den Rhein verlegt haben wollen, so wird das Deutschtum in Elsaß-Lothringen dadurch nicht ohne weiteres vernichtet werden. Und wenn auch Frankreich in rücksichtsloser Gewaltpolitik alles tun wird, um allemannisches Wesen im Elsaß einfach zu vernichten, so muß unsere Politik darauf gerichtet sein, im Interesse unseres Volkstums all das zu tun, was wir tun können, um das Deutschtum zu erhalten. Und ich glaube, die Unterstützung der vertriebenen Elsaß-Lothringer, die sich, ich betone das noch einmal mit allem Nachdruck, nicht nur auf die Altdeutschen beschränken darf, wird mit dazu beitragen, die Ziele zu erreichen, die für uns so klar vorgeschrieben sind.

Erich Eyck / Franz von Liszt

Wenn es heute noch so etwas wie eine Kulturmenschheit gäbe, dann wären von Paris und von Petersburg, von Brüssel wie von Rom die Männer der Strafrechtswissenschaft herbeigeeilt, um dem deutschen Professor, der am 22. Juni 1919 dahingeschieden ist, die letzte Ehre zu erweisen. Denn überall, wo es eine Wissenschaft der Verbrechensbekämpfung gab, zählte Franz v. Liszt Schüler, Verehrer, Anhänger. Sie waren ihm dankbar für die Anregungen, die er gegeben, die neuen Gedanken, die er verbreitete, und auch, wo sie ihm nicht zu folgen vermochten, freuten sie sich seiner geistvollen Argumente.

Liszt ist von Geburt Österreicher. An einer österreichischen Universität, Graz, hat er auch seine akademische Laufbahn begonnen. Aber schon bald wandte er sich dem Deutschen Reiche zu, dem er bis an sein Ende angehörte, als Professor erst an mehreren Provinzuniversitäten und schließlich an der Reichshauptstadt, — und auch als Politiker. Daß Liszt der Tätigkeit in seinem Vaterlande diejenige in dem — damals großen — Deutschen Reich vorzog, hat seinen Grund wohl darin, daß er, wie ein österreichischer Kriminalist mit Schmerz hervorhebt, dort „nicht jenes Feld der Betätigung, jene kräftige Resonnanz gefunden hätte". Dabei ist Liszt das Vorwärtskommen auch in Deutschland von oben nicht gerade erleichtert worden. Den Offiziellen war er jahrelang zu ungestüm und modern, und wenn ihm schließlich die Berufung auf den strafrechtlichen Lehrstuhl der Berliner Universität nicht versagt wurde, so war das wohl weniger auf einen Umschwung der Gesinnung der leitenden Kreise zurückzuführen, als darauf, daß er nun einmal der anerkannt erste Strafrechtslehrer war, über den die deutsche Wissenschaft verfügte.

Liszt nahm in der Strafrechtswissenschaft eine scharf markierte Stellung ein. Er war der Führer der „modernen" Schule, die im Gegensatz zu der „klassischen" Schule steht, für die Namen, wie der alte Berner unter den Lebenden Binding, Wach, Birkmeyer, Richard Schmidt bezeichnend sind. Im Mittelpunkte der klassischen Lehre steht der Vergeltungsgedanke: die Strafe soll die Vergeltung sein für die verbrecherische Tat (punitur, quia peccatum est). Ihr setzte Liszt zuerst 1882 in seinem Universitätsprogramm, „Der Zweckgedanke im Strafrecht", die Auffassung entgegen, daß Voraussetzungen, Inhalt und Umfang der Strafe dem Zweckgedanken, Rechtsgüterschutz zu sein, untergeordnet werden muß. Schon damals forderte er die Erforschung des Verbrechens als sozialethischer Erscheinung und der Strafe als gesellschaftlicher Funktion. Die Betonung des sozialen Elements in der Lehre von Verbrechen und Strafe ist überhaupt für Liszt charakteristisch geblieben. Er war sich stets bewußt, daß die Strafe nur eines unter den Mitteln sei, mit denen der Staat das Verbrechen bekämpfen könne, daß eine kluge Sozialpolitik, gute Wohnungen und Schulen ungleich wirksamer seien. Hierauf stets die Aufmerksamkeit hingelenkt und alle neu auftauchenden Probleme scharf beobachtet zu haben, bleibt eines der größten Verdienste von Liszt. So war er es auch, der in der Kriegszeit zuerst das Problem der Kriminalität der Jugendlichen und ihrer Bekämpfung ins Auge gefaßt und behandelt hat. Von dieser Grundrichtung ausgehend, spannte Liszt auch den Rahmen der Strafrechtswissenschaft weiter, als dies früher zu geschehen pflegte. Er verlangte die Behandlung der Kriminalistik, der berufsmäßigen, praktisch-technischen Ausbildung des mit der Verfolgung und Untersuchung von Verbrechen beauftragten Beamten, wie der Kriminalpolitik, die wegweisend für die Gesetzgebung der Zukunft sein soll.

Das kriminalpolitische Programm Liszts kann hier nicht im einzelnen geschildert werden. Im Mittelpunkt der von ihm nachdrücklich geforderten Reform unseres Strafrechts sollte der Satz stehen: „Es ist bei der Bestimmung der Strafe nach Art und Maß, in Gesetz und Urteil, mehr Gewicht zu legen auf die innere Gesinnung des Täters als auf den äußeren Erfolg der Tat." Verbrecherische Gesinnung ist für ihn die rechtswidrige oder — nach seiner Definition — antisoziale Gesinnung. Er bekämpfte nachdrücklich die kurzzeitigen Freiheitsstrafen, die er nicht nur für nutzlos, sondern geradezu für außerordentlich schädlich erklärte, und trat ein für die bedingte Verurteilung, die Aus-

Digitized by Google

setzung der Strafvollstreckung. Besonders scharf umstritten war sein Vorschlag der „relativ bestimmten Verurteilung", mit welcher der Richter Mindest- und Höchstmaß der Strafe aussprechen sollte, während die tatsächliche Strafzeit dann von den Ergebnissen der Strafvollstreckung abhängt, oder gar der „unbestimmten" d. h. der Dauer nach unbegrenzten Verurteilung der unverbesserlichen Gewohnheitsverbrecher. Betont aber muß werden, daß Liszt stets bereit war, bei Reformarbeiten mit Anhängern anderer Richtungen zusammenzuarbeiten. Von Amts wegen ist er freilich zu der Vorbereitung der deutschen Strafrechtsreform niemals herangezogen worden.

Auf zwei Wegen hat Liszt vornehmlich für seine Ideen gewirkt. Einmal durch seine überaus erfolgreiche Lehrtätigkeit, insbesondere in seinem kriminalistischen Seminar, wie er dann auch das bei weitem verbreitetste Lehrbuch des Strafrechts verfaßt hat. Sodann durch die Begründung der internationalen kriminalistischen Vereinigung, die mit großer Energie alle modernen Staatsprobleme in Angriff nahm, und deren unbestrittener Führer und Pionier er gewesen ist, bis der Krieg auch diese gemeinsame Kulturarbeit lahmlegte.

Nicht minder bedeutsam wie für das Strafrecht ist Liszt für das Völkerrecht. Auch hierfür hat er das am meisten gelesene Lehrbuch verfaßt. Wer sich davon überzeugen will, daß nicht alle deutschen Professoren sich durch die Leidenschaften des Krieges die ruhige Überlegenheit und die wissenschaftliche Objektivität rauben ließen, der lese seine letzte im vorigen Jahr erschienene Auflage; mit welcher Vorsicht und welch feinem Rechtsgefühl sind da die während des Krieges so unendlich schwer zu erörternden Fragen behandelt, welche die Kriegführung Deutschlands und seiner Gegner aufwarf. Von Anfang des Krieges erkannte er die Schwäche des Völkerrechts und wies den Weg seiner Fortbildung. Im zweiten Hefte, das die „Hilfe" nach Ausbruch des Krieges herausbrachte (Nummer 33 von 1914), forderte er — lange vor Wilson — die „Organisation des Staatenverbandes, eine Organisation, die Streitigkeiten zu schlichten und ihrem Willen Geltung zu verschaffen die Macht hat". Er hat gerade lange genug gelebt, um zu sehen, wie dieser Gedanke von den Besiegern Deutschlands zur Karikatur verzerrt worden ist. Aber ich glaube fast, daß er trotz alledem überzeugt war, der Gedanke des Rechts wird sich doch einmal siegreich durchsetzen.

Daß Liszt an der Politik nicht nur dort Anteil nahm, wo sie sich mit seinen wissenschaftlichen Arbeitsgebieten berührte, ist den Lesern der „Hilfe" wohl bekannt. Er war ein charakterfester und grundsatztreuer Liberaler. Als er anfing, sich am politischen Leben zu beteiligen, schloß er sich der „Freisinnigen Vereinigung" an, in der ihm bald eine führende Stellung eingeräumt wurde. Mit großer Freude begrüßte er den Anschluß der Nationalsozialen, in dem er den ersten Schritt zur Einigung aller Liberalen sah. Für diese hat er von jeher, namentlich in Charlottenburg an der Spitze des Liberalen Vereins gewirkt. Charlottenburg wählte ihn ins Abgeordnetenhaus, Glogau in den Reichstag. Hier ist er allerdings nicht allzu oft rednerisch hervorgetreten; aber was er auch als Parlamentarier zu leisten vermochte, hat er z. B. beim Zabernfall gezeigt, wo er den Standpunkt des Rechtsstaats in einer ausgezeichneten Rede vertrat. Außerhalb der Parlamente warb er mit Wort und Schrift unermüdlich für die liberalen Gedanken. Seiner leitenden Idee der Zusammenfassung aller fortschrittlichen Kräfte folgte er auch bei der Unterzeichnung des Gründungs-Aufrufs der Deutschen demokratischen Partei.

Daß Liszt in den schwersten Stunden des Deutschen Reiches von uns gegangen ist, ist besonders schmerzlich. Wir hätten seinen nimmermüden Optimismus und Idealismus beim Wiederaufbau sehr gut gebrauchen können.

Gertrud Bäumer / Die „Intellektuellen"

In einer Sitzung wurde von anmaßenden und unsinnigen Forderungen gesprochen, die eine der vielen Interessengruppen, die es heute gibt, gestellt hatte. Ein Minister fragte: „Wer war denn der Vertreter?" Antwort: „Ein Intellektueller." Der Minister: „Natürlich!"

Wer sind die Intellektuellen? Ihre „Mentalität" (dieses Wort gehört zu ihnen) ist ebenso schwer zu beschreiben wie bezeichnend für unsere Zeit. Augenscheinlich will man die Bildungsstufe bezeichnen, von der aus sich Tatsachen und Ansichten des Lebens wesentlich von ihrer geistigen Seite darstellen. Zugleich aber ist in dem Begriff die Vorstellung von etwas Halbem, Unzureichendem. Beides, sowohl im Verhältnis zur äußeren Wirklichkeit wie nach innen, in der Wurzelhaftigkeit des eigenen Seins.

Der „Intellektuelle" ist ein Mißerfolg der Kultur. Wo die Kraft des Gefühls, die Energie des Handelns, der Tatsachensinn der Eilfertigkeit des Intellekts nicht nachkommt, entsteht dieser Bildungsmensch, der von allem, was sich begibt, den Rahm einer interessanten Problematik abschöpfen will. Intelligenz, die nicht Wurzeln hat in einem starken, einfachen Gemüt, in einer unbeirrbar klaren Gewissenhaftigkeit, in einem respektvollen und tüchtigen Verhältnis zur Wirklichkeit, ist eine Macht, verderblicher als viele rohere Lebensenergien. Sie ist das Verhängnis schlechthin in einer schwankenden Zeit, deren Übel schwankende Gesinnung ins Unabsehbare vermehrt.

Denn diese Intellektuellen kennzeichnet zweierlei: die Überzeugung, daß sie das Salz der Erde, die geborenen Führer aller anderen, die Deuter und Ausleger der Massenbewegung sein müssen; und das Befangensein in der Sphäre der Ideen. Naturentfremdet, leidenschaftsfern, menschlich untief, nehmen sie ihre Erregungen aus Idealen, Gedankenspielen. Dabei können sie enthusiastisch, aufgeregt, hingerissen, ja wahnsinnig sein. Aber alles gewissermaßen nicht mit den quellfrischen Kräften der Seele, sondern in der Sphäre des bloßen „Bildungserlebnisses". Der Kulturmensch ist ein so kompliziertes Gebilde, daß er alles ursprüngliche Fühlen noch einmal auf eine künstliche, literatenhafte Art — aus zweiter Hand — besitzt. Sich selbst erlebt wie auf dem Theater oder in einem Roman, als Rolle, und dabei kann mehr weiß, was echt ist und zu ihm gehört. Das Verzwickte daran ist, daß ein solcher Mensch die eigenen Mängel: an Glauben, Wärme, Instinkt, Einfachheit, bewußt auch dieses nun wieder zu imitieren imstande ist. Sein Intellektualismus genießt sich selbst, indem er sich selbst den Krieg erklärt, und sich an Instinkt und Leidenschaft, die er nicht hat, schwelgerisch berauscht. „Er träumt von einer Palme" — — —.

Wie wir diesen Typus wieder los werden sollen, ist eine verzweifelte Frage. Jeder junge Mensch der Bildungsschicht muß heute durch diesen Wust von „geflickter Halbnatur" hindurch, und je begabter er ist, um so schwerer muß er ringen, um wieder seinen geraden, einfachen, folgerichtigen Wuchs

Digitized by Google

zu finden. Ihm hilft dabei sicher am allerwenigsten alle diese schwüle genießerische Asphaltsehnsucht nach Natur und Erde, die sich in der erstaunlich beweglichen Anempfindung einer gewissen Sorte neuester Seelenbekenntnisse austobt. Ihm hilft nur das Leben selbst, wenn er noch gesund, einfältig und gewissenhaft genug ist, sich ihm zu unterwerfen: die reale Aufgabe, die echte, gestaltende, zugreifende Arbeit, die Kraft zur Klarheit über die Billigkeit aller Ideale, die nicht in hartem Alltagskampf der Wirklichkeit eingeschmolzen werden.

Über dem furchtbaren inneren Kampf unseres vertrauenslosen, verzweifelten Volkes liegt wie eine unreine Wolke diese unechte, verantwortungslose, schwülstige Geistigkeit der „Intellektuellen". Sie schrecken vor keinem Radikalismus zurück, weil sie den Alltagsweg der Ideale nie durchgemacht haben; sie überbieten sich in „Fortschritt", weil die Spannung eines Ziels zum Heute ihnen nichts ist als eine geistige Emotion; sie reißen immer das Äußerste an sich, weil sie sich daher das Recht nehmen, die Gewissenhaften, Geduldigen, Ehrlichen zu verachten; sie sind die Helden der unbedingten Forderung, weil die moralische Entrüstung ihnen Genuß ist. Sie sind revolutionär um jeden Preis, weil sie keine dankbarere Sphäre für ihre Wirklichkeitsscheu und ihre bewußten und unbewußten Posen haben.

In einer gewissen Phase deutscher Entwicklung mußte der „Philister" gebrandmarkt werden. Heute gibt es keinen übleren und zugleich bezeichnenderen Typus als diesen „Intellektuellen", den die Vergangenheit nicht kannte. Oder doch? Denn Goethe spricht im Wilhelm Meister seherisch von diesen Pfuschern, die uns heute wie eine geistige Pest heimsuchen: „Sie haben keine Geheimnisse und keine Kraft, ihre Lehre ist wie gebackenes Brot, schmackhaft und sättigend für einen Tag; aber Mehl kann man nicht säen, und die Saatfrüchte sollen nicht vermahlen werden."

Dr. Adolf Kuhnert / Das Proletariat

Die große moderne Krankheit, die wir mit dem Namen „Proletariat" bezeichnen, ist nicht eine wirtschaftliche, sondern eine seelische Erscheinung. Nicht mit dem zu kleinen Portemonnaie der kleinen Leute, sondern mit ihrem verhungerten Herzen hat man es dabei zu tun; nicht Unterernährung und körperliche Entbehrung — überhaupt nicht Wirtschaftstatsachen haben die Völker zu dem proletarischen Chaos gemacht, das heute die Welt mit Unglück erfüllt, sondern die Unterbindung ihrer gemüthaften Existenz, der Raub der Freude, den sich das 19. Jahrhundert mehr als eine frühere Zeit hat zuschulden kommen lassen. Proletarier — das sind seelisch Enterbte, gemüthaft-gebrochene, wesentlich unglückliche Menschen, und so wenig wie irgendeine Ideologie, so wenig kann uns eine Umstellung unseres Wirtschaftssystems von diesem Unglück befreien.

Jeder Geschichtskundige weiß, daß die unteren Volksschichten materiell niemals so gut und sicher gelebt haben, wie in den letzten zwei oder drei Generationen. Die rücksichtslose Härte, mit der früher der Besitzlose dem Geschick ausgesetzt war, die Gleichgültigkeit, mit der Hunger und Pest, Herrenlaune und Arbeitslosigkeit über ihn wegging, ist in dieser Zeit so sehr gemildert worden, daß man geradezu von der materiellen Erlösung der Besitzlosen durch das 19. Jahrhundert sprechen kann. Gerade in diesem Jahrhundert des Proletariats ist überhaupt zum erstenmal im Laufe der Geschichte ein Allgemeinbewußtsein dafür entstanden und anerkannt worden, daß auch der Arme ein mit seiner Existenz gegebenes Recht auf Nahrung, Kleidung und Obdach von vornherein hat und daß es der Gesellschaft nicht mehr gestattet ist, einen Menschen hinter der Hecke verhungern zu lassen. Eine materielle Rücksichtnahme und Fürsorge für den wirtschaftlich Schwachen hat in dieser Zeit eingesetzt, die in der ganzen Menschheitsgeschichte noch nicht da war und die fast zu dem Gedanken verführt, das Proletariat sei durch die wirtschaftliche Übernährung der unteren Volksklassen entstanden. Aber in Wahrheit wird menschliches Unglück niemals durch wirtschaftliche Verhältnisse erklärt.

Man muß, um das Problem des Proletariats zu begreifen, zunächst einer finsteren Tatsache ins Gesicht sehen — einer Tatsache, die nur tapferen und demütigen Herzens zu ertragen ist . . . Die Menschheit hat es nämlich, bloß um existenzfähig zu sein, zu allen Zeiten und in allen Kulturen nötig — schlechtweg: nötig! — gehabt, einen Teil aus ihrer Gesellschaft auszuschalten, ihn aller Menschenwürde zu berauben, ihn als ihr tragendes Fundament unter die Füße zu treten und ihn zu halten, wie man ein Haustier hält: Die Sklaven und Leibeigenen. Bis zum 18. Jahrhundert entsprang ausnahmslos jede höhere Kultur dem Kunstgriff, zwischen sich, dem ihr eigentümlichen Lebensstil und der rohen Natur eine lebendige Scheidewand von Menschen, die bloß verbraucht wurden, hinzustellen. Und zwar tat man das nicht aus sittlicher Bosheit oder Unvollkommenheit, sondern gehorsam dem ursprünglichen seelischen Gesetz, daß der Mensch, um schöpferisch zu leben, nicht direkt unter materiellem Druck stehen darf; daß er bei der Erfüllung jeder höheren Aufgabe nicht erdgebunden, nothaft, zwangsläufig sein darf. Und nur die Sklavenwirtschaft ermöglichte die Idealität der Existenz, gab den schöpferischen Menschen und ihrer Kultur die Seelenfreiheit, daß sie, statt den Acker zu pflügen, aufschauen konnten zu den Sternen. So schuf Plato, so das Renaissancegenie, so — ganz abgeschwächt und als einer der letzten — auch noch Goethe. Alle diese Genies sprachen von einem Postament von Zertretenen, und dadurch waren sie — natürlich nicht dem heroischen Kampfe —, wohl aber der infamierenden Gemeinheit, die in unserem Dasein sonst unabwendbar steckt, entnommen.

Nun plötzlich, im 19. Jahrhundert, wird dieser fundamentale Kunstgriff der Kultur abgeschafft. Alle Menschen treten gleichberechtigt nebeneinander, jede Seele verlangt nach ihrer Würde, und jene infamierende Gemeinheit, jene Materialbeschmutztheit eines Daseins ohne Vorteil (deren Überwindung bisher die passive Genialität der Sklaven ausmachte) soll nun von allen getragen werden. Keine Heroen, keine Sklaven — Menschen, das ist jetzt die Losung.

Von einer derartigen Gleichheit wird natürlich die bisherige Glückhaftigkeit und Naivität des Schöpferischen vernichtet. In der Seele auch des Vornehmsten tut sich jetzt ein unfruchtbar-proletarischer Untergrund auf: Jene nicht abzuwischende Schmutzigkeit der Seele, jene unentrinnbare Gesinnungsinfamie und Sterilität, die aus dem direkten „Kampf ums Dasein" (ein Ausdruck, der in seiner Schamlosigkeit bis auf Goethe jedem Genie unverständlich gewesen wäre!) unvermeidlich folgt und die man früher auf die Sklaven abgeschoben hatte. Das befleckt uns alle, das macht Proletarier aus uns allen. Daher haben wir Modernen alle unsere Stellen, die aussehen wie von Dostojewski geschrieben, und das ist der große proletarische Grundzug unserer Kultur, der nicht geheilt werden kann noch soll, der

vielmehr gehorsam und gottergeben getragen werden muß. Wir alle sind Proletarier, Seelenkranke, Mühselige und Beladene. — Gott will es ...

Aber neben dieser proletarischen Seelenwandlung hat nun nach der Aufhebung der Sklaverei eine mechanische Parallelentwicklung, die Entwicklung zum Berufsproletariat, stattgefunden. Eine „Klasse" von Menschen hat die mechanische Substruktion, die maschinenmäßige Stützung der modernen Kultur in sich aufgefangen und ist dadurch seelisch gebrochen worden.

Die Maschine nämlich, auf die der moderne Mensch die äußerlich-faktische Seite der Sklavenarbeit abgeschoben hat, die also jene seelische Entwicklung zum Gleichwert aller technisch vermittelte, stellte sich dieser Gleichheit insofern wieder in den Weg, als sie die Gesellschaft von neuem teilte: in Geistesarbeiter und Maschinenbedienstete. Und diese letzteren, die berufsmäßig an die Maschine Gefesselten, bilden das moderne Proletariat.

Es gibt nichts Entsetzlicheres, als den Zusammenprall der Seele mit der Maschine! Wenn es der Sinn der Seele ist, jede Bewegung, jedes Tun, unser Leben überhaupt vom Herzen herzuführen, gefühlsbetont zu leiten, es aus der Unendlichkeit der Liebe herauszugebären und hoffnungsfroh, wie den schimmernden Regenbogen über Finsternissen, aufleuchten zu lassen, so zwingt die Maschine ihren Diener, bei seinem Tun von jedem Gefühl zu abstrahieren. Mit den Stößen ihrer verdammten Exaktheit treibt sie den Menschen vor sich her, ihn zu einer Scheintätigkeit, zu einem „Leben" verurteilend, das gar keine herzliche Motivation hat. Die ganze instinktive und metaphysische Wurzelung, die auch die nebensächlichste Regung unseres Lebens sonst hat, schneidet die Maschine ab und ersetzt sie durch das stupide Tack-Tack ihrer simulierten Lebendigkeit. Sie raubt unserem Leben den Gefühlswert, sie tötet die Seele, sie vertreibt die Freude, sie macht zum Proletarier, sie ist der eigentliche Satan der Moderne. Und deshalb verhält sich seinem innersten Gefühl nach der Proletarier zu seiner Maschine und Maschinenarbeit so sabotierend, — wie jener Telephonist in der Etappe sich seinem Fernsprechapparat gegenüber verhielt: als er vom Waffenstillstand hörte, zerstieß er ihn am Boden, indem er nur das eine wutverzerrte Wort hervorbrachte: Aas!

Von hierher ist die Psychologie des Proletariers zu verstehen. Er ist der gemüthaft-kaltgestellte Mensch, der daher keinerlei Sinn für die Herzhaftigkeit des Lebens, für kulturelle Tradition, für Gläubigkeit überhaupt haben kann. Aber wenn er nun in einemfort Wirtschaft!, Wirtschaft!, Wirtschaft! ruft, so liegt darin keine Hoffnung auf Heilung. Kein Proletarier wird durch verzehnfachten Verdienst erlöst. Abseits von seiner mechanisierten Berufsarbeit, privatim und in sich selbst, — nur da erwächst in ihm die Seele, die ihn die Fron an der Maschine ertragen läßt. Von der Erweckung der Privatpersönlichkeit des Arbeiters, nicht mehr von der Organisierung der Massen, ist die Erlösung des Proletariats zu erhoffen.

Wie Deutschlands Schicksal zeigt, zerbricht auch die glänzendste Wirtschaft, wenn nicht der frohe Mensch hinter ihr steht. Und daher handelt es sich zunächst nicht darum: Wie ernährt sich das Proletariat?, sondern darum: Findet das Proletariat den Weg zum herzhaften Lebensgefühl?

Die seelische Loslösung des Arbeiters aus dem Verbande, die Privatisierung seines Herzens, seine Erhebung zur Persönlichkeit, — das ist die einzig mögliche Selbsterlösung des Proletariats. Auch dann wird die Hälfte seines Lebens im Schatten liegen. Aber haben wir es in der Hand, mehr als die eine Seite unseres Lebens froh zu machen, damit wir von da aus die andere, immer dunkele, ertragen?

*

Das ist nun freilich eine dem Hergebrachten ganz widersprechende Betrachtungsweise, — eine Umkehrung der modernen Meinung, nach der zuerst die Wirtschaft und dann — vielleicht — das Herz kommt. Aber mir scheint: Krieg und Revolution haben der ökonomischen Weltanschauung, diesem Wirtschaftsabsolutismus mit seinem kapitalistisch-antikapitalistischen Geklapper, unrecht gegeben, und man sollte es nun einmal anders versuchen. Zumal jetzt, nachdem der Achtstundentag und was dazu gehört erreicht und das materielle Problem des Proletariats gewissermaßen gelöst ist ...

Arno Voigt (Miles) / Heimkehr

Ein Gespräch.

A.: Sei willkommen! Welche traurige Heimkehr! Wir hatten uns das anders gedacht. Mit fliegenden Fahnen solltet ihr einziehen und Jubel euch aus jedem Auge entgegenleuchten. Wie hätten wir euch hochgehoben und gepriesen, das wäre eine Siegesfeier geworden!

B.: Dank für den guten Willen. Aber da wir nicht besiegt sind, braucht ihr ja euren Gefühlen nicht viel Zwang anzutun. Übrigens: mein Regiment hat gar keine Fahne.

A.: Ja, besiegt seid ihr nicht. Politisch und wirtschaftlich sind wir zugrunde gegangen, militärisch nicht. Aber bei alledem: wo ist unsere schöne deutsche Armee geblieben!

B.: War sie schön? Kennst du ihr inneres Gefüge, ihre Struktur so genau? Kennst du ihren Geist?

A.: Lassen wir das. Ich weiß, du hast dich oft mit Heeresangelegenheiten auseinandergesetzt. Davon verstehe ich nicht viel. Ich sah nur immer die frischen Soldaten, wie sie so selbstbewußt und sicher einherschritten und sehe sie — trotz allem — jetzt noch. Solch ein Kerl schreitet wie ein König.

B.: Die stehen nicht mehr hoch im Kurs. Außerdem ist dieser Vergleich nur ein gedachter. Ich habe in meiner Kriegszeit siebenmal ein und denselben König gesehen, der gähnte immer.

A.: Aber in unseren Soldaten lebt doch immer noch ein mächtiger Drang nach Bewegung, nach Sichgeltendmachen. Und darum hätten wir ihnen so gern einen anderen Empfang bereitet.

B.: Mit Glockenläuten und Kanonendonner, nicht wahr? Oder mit weißgekleideten Ehrenjungfrauen, die der Soldat ansieht wie der Hungrige den Schinken im Schaufenster. Sie reicht ihm Blumen, er aber bricht ihre Ehre schon in seinem Herzen.

A.: Pfui, wie magst du so sprechen!

B.: Ich mag nicht, aber ich muß, weil ich, wenn drei Soldaten sich über Frauen unterhielten, nie von etwas anderem gehört habe, als von dem Geschlechtstier. Und gelacht wurde auch stets dabei.

A.: Warum willst du mir und uns das Bild verderben, das wir nun einmal vom Feldgrauen haben und das in unserer Seele hoch steht?

B.: Weil es ein Trugbild ist. Nicht nur, weil unser Gemüt nach Ruhe verlangt, sind wir froh, daß der geräuschvolle Empfang uns erspart blieb, sondern weil ein solcher innerlich unwahr gewesen wäre. Denn wir haben nicht viel getan.

A.: Gerade wegen dieser Bescheidenheit steht ihr uns so hoch.

B.: Um Gottes willen keine Verdrehung. Übrigens sind wir Soldaten gar nicht bescheiden. Aber — wir haben tatsächlich nicht viel getan, glaub es mir. Ich war einundfünfzig Monate bei der

Digitized by Google

Infanterie. Wir standen an der Somme, an der Aisne, in Flandern. Getan haben wir nicht viel, weil nicht viel geschah.

A.: Na, hör' einmal! Tage-, wochenlang habt ihr im Trommelfeuer gestanden; alle Todesmaschinen, die die moderne Technik nur je erfand, sind gegen euch aufgefahren; fünf- und mehrfacher Übermacht habt ihr getrotzt . . .

B.: Genug, genug! Ich kann das nicht mehr hören. So sprachen die alten Machthaber immer zu uns, wenn sie sich einen moralischen Titel zur Weiterauflage des Krieges verschaffen wollten. Wir mußten dazu hurra schreien. Aber getan haben wir doch nicht viel, höchstens gedulded. Ich war 1432 Tage im Felde, oft mitten drinnen. Die Gefechtstage sind höchstens siebzig, und auch in diesen Tagen haben wir uns meist nur mit Warten beschäftigt. Warten, bis er uns himmähte.

A.: Ich dächte, das wäre genug.

B.: Ist es auch, aber Lob verdient es nicht, sondern höchstens Mitleid.

A.: Und das haben wir stets mit euch gehabt. Habt ihr nicht gefühlt, welch heißer Strom von Mitleid von der Heimat zu euch wallte, ununterbrochen und immerdar. Hat das euch nicht gewärmt und — erhöht?

B.: Glaubst du an eine sittliche Weltordnung?

A.: Ja.

B.: Dann kann ich dir sagen: Die sittliche Weltordnung wird euer Mitleid als Verlustposten buchen.

A.: Wie kannst du solches sagen! Wir, die wir nicht mitkämpfen konnten, haben mit euch gefühlt, mit euch gelitten. Wir haben euch geliebt und lieben euch noch. Solch zartes Seelenempfinden wagst du herabzusetzen — —

B.: Ja, zart war es, und darum paßte es nicht in die Zeit. Wie wenige sind ihrer, die die Zeichen der Zeit überhaupt verstanden haben! Die Cimberfrauen zückten mit dem Dolch auf sich und ihre Kinder, wenn die Männer sich umdrehten. Ihr flötetet in einem fort: „Oh, ihr Helden!", so lange, bis Grenadier Müller und Schulze es glaubten und sich für Helden hielten, denen ein Platz im Prytaneion gebührte.

A.: Willst du ihnen ihre Verdienste abstreiten?

B.: Nein, aber ich bin traurig, daß ihr aus Verteidigern, aus kraftstrotzenden Jünglingen Gestalten gemacht habt, die nur den einen Wunsch haben: Kostgänger zu sein. Ihr gleicht alle dem Arzt, der den Verwundeten bewehleidet und darüber verkommen läßt. Welche Verwundung ist nach deiner Meinung die schlimmste?

A.: Blindgeschossen zu sein; der ist der Bedauernswerteste.

B.: Schon wieder „bedauernswert". Das ist ein Sumpf, aus dem wir armen Deutschen nicht herauskommen. Sind wir mit einem Bein davon frei, so sinkt das andere wieder hinein. Wehe dem Blinden, der bedauert wird! Der wahre Blindenlehrer nimmt ihn hart an, heißt ihn lernen, arbeiten und wacht darüber, daß er sein Blindsein — vergißt. Er schafft ihm Ersatz für das verlorene Augenlicht in einem Selbstbewußtsein, das auf Unabhängigkeit beruht. Die meisten, die im Krieg das Augenlicht verloren, sind fröhliche Menschen geworden. Sie kennen nur eine Furcht: von anderen ernährt werden zu müssen.

A.: Das werden die anderen auch nicht wollen. Warum sollten sich die Blinden gerade von den übrigen Kriegsbeschädigten unterscheiden?

B.: Weil es den Blinden besser ergangen ist. Sie sind sofort in Zucht genommen worden; denn die fachmännische Behandlung bedang Ausschließlichkeit. Die anderen aber gerieten in den Sumpf.

A.: In den Sumpf . . .?

B.: Ja, in den Sumpf des öffentlichen Mitleids.

A.: So steht dir das Gefühl, das das dankbare Vaterland für seine Helden hat, nicht höher als etwa die Tändelei der Margeritentage und Wohltätigkeitsbazare?

B.: In der Tat, so ist es. Draußen spritzte das heiße Eisen umher, bei euch wurde in Mitleid gemacht. Einen grotesqueren Gegensatz als jene Furchtbarkeit und diese Tändelei, dieses Kokettieren mit ihren schweren Folgen kann ich mir kaum denken. Und auch nichts Unpädagogischeres kann ich mir vorstellen. Euer ewiges Lobsingen und süßes Bemitleiden war geeignet, aus einer eisernen Wehr Pfefferkuchenkrieger zu machen. Was in den einundfünfzig Monaten an Verpäppelung geleistet worden ist — wolle Gott, daß es uns jetzt nicht zu schwer wiedertreffe!

A.: Aber es war doch eine eiserne Zeit.

B.: Bei uns war ein Feldwebel, der immer von seinen zwölf Friedensdienstjahren erzählte und wie es da eisern zugegangen sei. Als er einmal in die Nähe eines Einschlags kam, benahm er sich wunderlich. Seitdem nannten ihn die Soldaten, bei denen er vorher der „eiserne" geheißen hatte, den „gußeisernen". Und hieran muß ich immer denken: es gab in dieser eisernen Zeit viel Gußeisernes, daheim und bei uns.

A.: Du sagtest: gebe Gott, daß all die gesündigte Verpäppelung uns nicht zu schwer wieder treffe — wieso?

B.: Weil die Menschen, die euer Mitleid so süß zudeckte, dieselben sind, die ein ganzes Deutschland neu aufbauen sollen, und ihr ihnen mit euerem Verherrlichen das Mark aus den Knochen gesogen habt. Glaub mir, ursprünglich mochte der Soldat euere Artigkeiten gar nicht, denn das war ihm alles viel zu lätschig. Aber dann traf es ihn, wo er in weicher Stimmung war, und da ihr immer wieder kamt, gewöhnte er sich allmählich daran, ein „Held" zu sein und wärmte sich in diesem molligen Gefühl. Er glaubte, daß er täglich 250 Gramm Fleisch haben müsse, auch wenn kranke Frauen wöchentlich 100 hatten; 125 Gramm Käse „stand ihm zu", dreimal in der Woche, auch wenn euere Kinder immer bleichere Wangen bekamen, und wehe, wenn er nicht fortgesetzt, sobald ihm nur die Laune danach kam, an einem Stück Brot herumknabbern konnte!

A.: Aber das Aushalten, das jahrelange Dulden!

B.: Gerade das war das Gefährliche. Dulden ist ein Negativum. Im Soldaten, der im Gefecht auf die ihn fressende Granate warten und in der Ruhezeit stillstehen mußte, entstand eine seelische Leere und sogleich auch nach dem alten Gesetz ein horror vacui. In dieses Vakuum pflanzte sich euer Mitleid, euer Lobpreisen und erfüllte den Soldaten mit einem verführerischen Positivismus. Das war das Verhängnis. Ich beneide die Einundzwanzigjährigen nicht, deren Seele weder Skrupel noch Zweifel plagt; sie erinnern mich an Wunderkinder. Und wenn ich Gram trage um Deutschland, so ist es nicht so sehr wegen dieser dunklen Tage, als vielmehr weil das Schicksal unseres armen Vaterlandes auf den Schultern so vieler Wunderkinder ruht, großer und kleiner.

A.: Die alle dem Tode getrotzt haben!

B.: Sagen wir: die viel in Todesgefahr gestanden haben. Glaubst du, du ziehst auch nur ein schwarzes Wölkchen mit der Phrase hinweg. Bei der Entwicklung der Dinge, die von äußeren Bedingungen und aus der Menschenseele hervorgeht, muß diese, die über vier Jahre eine Herrscherrolle spielte, beschämt abseits stehen.

A. (verärgert): Daß du, der du doch den ganzen Krieg wie irgendeiner von Anfang an und an allen Brennpunkten mitgemacht hast, so kühl sprichst! Sie haben in Todesgefahr gestanden, das ist doch wahr, sollen wir davor nicht Ehrfurcht haben?

B.: Ehrfurcht, soviel du willst. Obwohl ich lieber säße, du gingest mit deinem inneren Gut recht sparsam um. Ich war nicht an allen Brennpunkten des Krieges, aber an manchen, und ich war nicht immer dabei, sondern auch auf Kommandos, im Lazarett und auf Urlaub. Aber ich war allerdings lange genug dabei, um zu sehen, wie merkwürdig sich manche Menschen zum Tode stellen.

A.: Wieso?

B.: Hunderte, vielleicht Tausende, sind getroffen worden, weil sie bei Tageslicht den Graben verließen aus einem ganz kindischen Grund, oft nur aus Gedankenlosigkeit. Was ist in diesen Jahren mit dem Menschenleben gespielt worden!

A.: Todesverachtung! Das ist ja das Große an euch allen, daß ihr den Tod so herrlich verachten gelernt habt!

B.: Mir schien es oft, als ahnten sie nicht, welch herrliche Münze das Leben sei, was man damit einlösen könne an Gottähnlichkeit. Nie habe ich das alte Senonwort so verstanden „— und es dreimal verachtet". Und das schrecklichste war, daß

Digitized by Google

so viele zum Tode reiften, ehe sie zum Leben reif geworden waren.

A.: Sie hatten den höchsten Mut, und das krönt sie.

B. schweigt.

A.: Warum sagst du nichts?

B.: Ich habe so oft an Gottfried Kellers schweres Wort denken müssen: „Das Spielerische und Zierflüchtige in uns bleibt in allem Elende und unter allen Gestalten lebendig, bis wir zerbrochen sind." Es war wahrhaftig gar nicht immer für euch, sondern so oft nur Spielerei, das Sterben; eigene Spielerei oder Spielerei eines Vorgesetzten. Der Krieg war eben Alltag geworden, und viele, die fielen, kannten den Mut nicht.

A.: Lästere nicht die Toten!

B.: Ich beklage die, die sich nie zum wahren Mut hindurchringen konnten. Jeder Soldat hing an seinem Leben mit Zittern und Zagen. Der Gedanke, es aufgeben zu müssen, war allen das Schreckliche. Kein einziger hat freudig den Tod erlitten. Das sind Denkmalsinschriften, nichts weiter. Diese Furcht, das Leben zu verlieren, schließt persönlichen Schneid nicht aus, das sah man jeden Tag. Und so gab es wohl viel Mut. Leider aber wenig Furchtlosigkeit. Ein Unteroffizier, der einen englischen Posten ausgehoben hat, will mit dem Herrn Leutnant reden; wie er soeben anklopfen will, merkt er, daß er kaum sprechen kann und kehrt um. Der Leutnant aber wagt nicht, sich im Kasino ein Käsebrot zu bestellen, weil er weiß, daß der Herr Hauptmann Käse nicht ausstehen mag und der bloße Anblick ihn ärgerlich macht.

A.: Kleinigkeiten, Nebensächlichkeiten!

B.: Aus ihnen setzte sich 51 Monate die Lebenshaltung zusammen. Ahnst du, wieviel Lakaiengeist durch den Krieg in die deutsche Seele gekommen ist? Ist es nicht ein schrecklicher Anblick, wie jetzt, wo die alten Gewalten kaum weg sind, alles sich um die Futternäpfe balgt? Sie wollen nichts von Arbeit wissen, weil ihr daheim ihnen immer eingehämmert habt, daß solches wie sie noch kein Menschengeschlecht geleistet hat. Sie schanzten, schliefen, spielten Karte, schossen, schliefen, warteten, zankten sich und gewöhnten sich an die Staatskrippe. So verdirbt der Krieg ein Geschlecht. Freilich, wenn man nur wächst, um kurz nach dem Mannbarwerden abgehalzt zu werden, kommt einem der Gedanke an Pflichtsetzung nicht.

A.: Noch nach jedem Krieg gab es eine gewisse Zügellosigkeit. Die Soldaten sind nun einmal wilde Kerle.

B.: Die Berufssöldner, meinetwegen! Das Volksheer aber soll zu seinen Friedensgeschäften zurückkehren. Daß das vielen so sehr schwer fallen werde, war unsere Sorge draußen schon seit Jahren.

A.: Ich muß allerdings auch sagen, daß ich mir die Heimkehrenden viel anspruchsloser vorgestellt hätte. Ich meinte, sie müßten doch überglücklich sein, wieder in geordneten Verhältnissen zu leben, von reinem Geschirr essen, die Leibwäsche regelmäßig wechseln, in einem Bett schlafen zu können und was Hunderte solcher Kleinigkeiten mehr sind. Aber sie gehen dahin, als ob sie das all die Zeit gar nicht entbehrt hätten.

B.: Und wie haben sie es entbehrt! Aber daß sie so schnell wieder in die alten Friedensansprüche verfallen sind und alles so selbstverständlich hinnehmen, das scheint mir ein Trost.

A.: Jetzt begegnen wir uns: auch du meinst, daß sie alle im Grunde brave Menschen sind, vielleicht sogar etwas Spießbürger, nachdem sie Helden waren, Cincinnatusnaturen.

B.: Ich meine, ich hoffe, daß der Krieg in ihrer Seele ein Fremdkörper war.

Ein Fichte-Wort über England vom Jahre 1813

England will die Fortdauer seiner Handelsherrschaft; es will von Deutschland aus Krieg gegen Frankreich, wenn dieses jene stört. Es will nicht eigentlich die Gerechtigkeit.

(Aus dem politischen Fragment.)

Naumann / Fichtes Glaube

Ob wir ein verlorenes Volk sind? Glauben wir noch an den deutschen Erfolg? Glauben wir noch an den deutschen Geist?

Als Fichte im Jahre 1807 seine Reden an die deutsche Nation begann, war vom Deutschtum weniger vorhanden als heute, denn der Friede von Tilsit hatte einen Haufen von Scherben hinterlassen. Man darf nie vergessen, daß Fichte damals von den späteren Freiheitskriegen noch nichts ahnte und nicht mit dem hilfreichen Eingreifen des russischen Zaren rechnete. Er verließ sich nicht auf zufällige (oder auch notwendige) spätere Ausgestaltungen der schwer berechenbaren äußeren Politik, sondern er nahm zunächst die Dinge, wie sie lagen, kehrte von Königsberg und Kopenhagen nach Berlin zurück und wurde hier unter dem Schatten französischer Friedensbesatzung ein Prophet der innerlichen Auferstehung. In eine zerbrochene, kaum erst vorhandene Nation warf er seinen großen Glauben an die Notwendigkeit und völlige Unentbehrlichkeit gerade dieses deutschen Volkes. Das deutsche Urvolk konnte nicht von gemischten Halbvölkern überwunden und ertötet werden. Wir wollen dabei freiwillig zugeben, daß in seinem Begriff vom Urvolk gewisse geschichtliche Irrtümer enthalten waren, denn auch die deutsche Nation ist aus vielfältigen Mischungen entstanden, aber das, was er sagen wollte, bleibt doch bis heute und weiterhin richtig, und im Deutschtum ist eine Gottesgabe von Ernsthaftigkeit und geistiger Tiefe vorhanden, ohne die ein Sieg der Vernunft in der Menschheit nicht erwartet werden kann. Der ewige Plan der Vervollkommnung der Menschheit kann nicht anders vollzogen werden als durch eine Nation, die in der Volkserziehung das oberste leisten kann, was möglich ist. Eine solche Nation aber ist die unserige. Mag man das Ziel der menschlichen Entwicklung als das „Zeitalter der vollendeten Rechtfertigung" bezeichnen oder als die Periode der Vernunft und der Freiheit oder als die soziale Gemeinschaft aller, so gehört zu seiner Herbeiführung mehr als bloßer mechanischer Verstand und geschäftliche Gewandtheit; es bedarf dazu der rückhaltlosen Hingabe an eine erhabene menschheitliche Hoffnung. Diese, so lehrt Fichte, ist bei den Deutschen möglich. Um dieser Überzeugung willen glaubt er an sein Volk. — Wir aber versenken uns in unserer Nacht wieder in die ahnungsvolle Tiefe Fichtes und bedenken, ob das, was er geschrieben hat, für uns noch gültig sei.

Sprechsaal.

Vom Amt des Berufsberaters.

Dr. Hildegard Sachs.

In Nr. 23 dieses Jahrgangs macht Bruno Rauecker unter der Überschrift „Beruf und Berufung" Bemerkungen, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Die an sich durchaus berechtigte Warnung, Berufsberatung und Arbeitsvermittlung in die Hände eines Menschen zu legen, begründet er folgendermaßen: Der Beruf als solcher hat mit der Gunst oder Ungunst seiner wirtschaftlichen Verwertung nichts zu tun. Niemals darf ein Berufsberater, weil ein „Berufener" zuzeiten schlechte Aussichten hat, sich der Erkenntnis seiner Berufenheit versperren. Niemals kann andererseits die mechanische Arbeitsvermittlung auf jene Berufenheit Rücksicht nehmen. Des einen Amt ist Erkenntnis und Würdigung der sittlichen Natur im Menschen, des anderen deren zweckmäßige Verwertung im Wirtschaftsleben. „Erkenntnis und Würdigung der sittlichen Natur im Menschen" muß Voraussetzung, Grundlage der Tätigkeit des Berufsberaters sein, wie sie die Seele jeder sozialen Arbeit ist. Sein Amt aber ist es, das Individuum

unter Berücksichtigung seiner Anlagen in diejenige Berufsbahn zu lenken, in der volkswirtschaftlich nützliche Aufgaben es erwarten. Es geht nicht an, hierin einen grundsätzlichen Gegensatz zum Amt des Arbeitsvermittlers aufzustellen; vielmehr liegt beiden die zweckmäßige Verwertung der individuellen Arbeitskraft im Wirtschaftsleben ob, nur mit dem Unterschied, daß der Arbeitsvermittler Gegenwartsforderungen zu erfüllen, der Berufsberater zukünftige Verhältnisse zu berücksichtigen hat. Sonst bedürften wir des Berufsberaters nicht. Denn den ausgesprochenen Begabungen braucht er ihre Berufung nicht erst zu offenbaren, und ob Hans und Grete zum Straßenbahnführer oder zur Telephonistin geeignet sind, vermag der Experimentalpsychologe viel zuverlässiger zu entscheiden. Wir bedürfen der organisierten Berufsberatung zur Vermittlung zwischen dem berufsuchenden Individuum und dem volkswirtschaftlichen Bedürfnis. Die Behauptung, daß „niemals ein Berufsberater, weil ein Berufener zugleich jederlei Aussichten hat, sich der Erkenntnis seiner Berufenheit versperren" dürfe, ist nur insofern richtig, als der Berufsberater der üblichen grob materialistischen Auffassung des Berufs als der melkenden Kuh unablässig entgegentreten muß. Man muß sich aber klarmachen, daß von eindeutigem „Berufensein", das jede Berechnung wirtschaftlicher Verwertbarkeit als philisterhaft-ehrfurchtslosen Materialismus erscheinen läßt, doch nur in seltenen Ausnahmefällen die Rede sein kann. Bei der überwältigenden Mehrheit handelt es sich um die Frage der Eignung oder Nichteignung, die einen mehr oder weniger weiten Spielraum läßt. Für sie hat der Berufsberater (nachdem er auf Grund des persönlichen Eindrucks, der eigenen sowie der elterlichen Wünsche, des Urteils der Lehrer und womöglich der Feststellungen der Experimentalpsychologen ein Bild des vor der Berufswahl stehenden Jugendlichen gewonnen hat) die voraussichtlich beste Verwertungsmöglichkeit im Wirtschaftsleben herauszufinden. Denn der Beruf hat „mit der Gunst oder Ungunst seiner wirtschaftlichen Verwertung" recht viel zu tun. Er ist nicht, oder sollte nicht sein, allein die Form, in der sich die persönlichen Kräfte am befriedigendsten ausleben, sondern auch eine soziale Angelegenheit, nämlich die Form, in der für die Wirtschaftsgesellschaft nützliche Arbeit geleistet wird. Daß damit nicht einem flachen Utilitarismus das Wort geredet, vielmehr nur der von Rauecker völlig verwachsfälschte soziale Charakter des Berufslebens unterstrichen werden soll, bedarf wohl kaum noch der Betonung.

Es wird also durchaus Sache des Berufsberaters sein, beispielsweise einen Jungen, der sich zum Goldschmied vielleicht etwas besser eignet als zum Holzbildhauer, dennoch zuzureden, Holzbildhauer zu werden, wenn großer Überfluß an Goldschmieden und Mangel an Holzbildhauern vorliegt. Daß der Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der Volkswirtschaft und den Berufsuchenden nicht mechanisch zu vollziehen ist, begründet keinen Gegensatz zum Arbeitsnachweis, wie Rauecker meint. Zielt doch die innere Entwicklung des Arbeitsnachweiswesens aufs deutlichste auf Überwindung des Mechanistischen in der Vermittlung ab! (Näheres darüber in meiner Schrift „Entwicklungstendenzen in der Arbeitsnachweisbewegung, dargestellt auf Grund ihrer wirtschaftsphilosophischen Zusammenhänge in Vergangenheit und Gegenwart". Gustav Fischer, Jena 1919.) Für den Berufsberater wie für den Arbeitsvermittler liegt das Problem folgendermaßen: Die „Berufung" oder, wie man, die 999 von Tausend vor Augen, wohl besser sagen würde: Die „Eignung" ist nicht ein absoluter Maßstab, sondern erhält ihre Bedeutung erst in Beziehung zu den Bedürfnissen der Volkswirtschaft. Bei verringertem Angebot kommen Bewerber eines Eignungsgrades noch in Betracht, auf Grund dessen sie bei vermehrtem Angebot ausscheiden würden.

Nun ist freilich zuzugeben, daß die Eigenart der Berufsberatung dem Ausübenden eine besondere Zurückhaltung auferlegt. Die beiden Faktoren, die in Einklang zu bringen sind, haben für den Berufsberater infolge ihrer größeren Ferne von der gegenwärtigen Wirklichkeit weniger greifbare Gestalt als für den Arbeitsvermittler. Einerseits ist das volkswirtschaftliche Bedürfnis keine starre, mit mathematischer Genauigkeit berechenbare Größe, andererseits kann auch die Entwicklung des Berufsuchenden — zumal es sich um wesentlichen um Jugendliche handelt — manche unvorhergesehene Wendung nehmen. Und schließlich lassen manche Berufe keine scharf gezogenen Charakterzüge erkennen, sondern erhalten ihr Gepräge immer aufs neue durch die Persönlichkeiten, die sie ausüben. Wer diese Momente außer acht läßt, kann schließlich mit Fichte zu der grotesken Vorstellung gelangen, der Staat solle zu jedem Beruf Bewerber nur bis zu einer bestimmten Zahl zulassen, entsprechend dem vorher ermittelten Bedürfnis, — gleichwie man einen Hahn auf- und zudreht, je nachdem ein stärkerer oder schwächerer Strahl gewünscht wird. Bei weitestgehender Anerkennung aller Unberechenbarkeiten ist aber grundsätzlich daran festzuhalten, daß das Amt des Berufsberaters darin besteht, die Arbeitskraft des Berufsuchenden in solche Bahnen zu lenken, wie sie menschlicher Voraussicht nach am meisten im Interesse der allgemeinen Bedürfnisbefriedigung liegen.

Dr. Hildegard Sachs.

Dr. Hildegard Sachs.

Büchertisch

Bernard Shaw

Es öffnet sich wieder ein kleiner Spalt, der fast fünf Jahre verschlossen war; langsam dringt unzensierte, freie Kunde zu uns von der Welt, die mit uns in Feindschaft lebte, mit der wir uns im blutigen Kampfe durch ein wahnwitziges Geschick zerfleischen mußten, und deren kulturelle und geistige Werte uns doch so notwendig sind wie ihr die unserigen. Und der Bote, der als einer der ersten zu uns kommt, läßt die Hoffnung aufblühen, daß doch noch nicht alle Fäden abgeschnitten sind, und daß, wenn viele so denken und handeln wie dieser, die Anknüpfung leichter vonstatten gehen wird, als wir in schwarzen Stunden der Niedergeschlagenheit fürchteten.

Um sich vor Überschätzung dieser vereinzelten Taube mit dem Palmzweig zu hüten, darf man nicht vergessen: Bernard Shaw wird von einer großen Zahl seiner eigenen Landsleute, die er oft genug durch schonungslose Kritik und lustige Satyre verletzt hat, nicht ernst genommen. Und sicherlich steht neben all dem Mutigen und Wahren, das seine „Winke zur Friedenskonferenz" (S. Fischer, Berlin. 91 S. 1,50 M.) enthalten, viel Feuerwerk, Paradoxes, nicht Beweisbares. Bezeichnet er sich doch in weiser Selbsterkenntnis und Ironie als den Überexzentrik, auf den sich die Exzentriks der ganzen Welt bei ihren Kapriolen und Sprüngen berufen. Aber es ist nicht nur Freude an der Antithese, Wortjongliererei, was da aufgeführt wird, sondern weit mehr: ein kühnes Florettfechten, adlige Handhabung der Waffe in Angriff und Abwehr, elegante Ausfälle, überraschende Wendungen. Jedes Wort ein Schlag, jeder Satz ein Waffengang! Alles abgeschliffen, gerundet, geprägt — wo ist der deutsche Schriftsteller, der nur annähernd ähnliches vermöchte! Es wäre Sakrilegium, Proben daraus zu geben, weil fast jeder Satz an sich der Erwähnung wert ist und doch wieder erst durch den Zusammenhang, in dem er steht, seine stärkste Bedeutung erhält; man kann nur jedem raten, sich den Genuß der vollständigen Lektüre selbst zu verschaffen.

Von der Form zum Inhalt, von der ästhetischen Leistung zur ethischen. Denn es gehört eine tüchtige Dosis Mut und sittliche Größe dazu, dem eigenen Lande und der Menschheit (deren größeren Teil die Entente ja nun einmal darstellt) solche Wahrheiten zu sagen. Shaw geißelt die Lüge von der alleinigen „Schuld der Hunnen" am Weltkrieg so gut wie die Fratze des in Paris geplanten Völkerbundes. Und was er vor den Versailler Verhandlungen als Warnung geschrieben hat, das hat durch die Ereignisse traurige Bestätigung gefunden. Der Spieß hat sich umgedreht, und es ist das Verhängnis der Ententeländer, das noch nicht erkannt zu haben. Wilsons 14 Punkte waren ursprünglich gegen die Zentralmächte gerichtet — die Ironie der Geschichte läßt sie heute der Entente selbst unbequem werden. Durch die Blockade wollen jetzt ihre monarchischen und antidemokratischen Elemente die deutschen Republikaner zermalmen — denn die Geister, die sie gerufen haben, sind weiter nach links gerückt, als es den Beschwörern selbst lieb ist. Der Heuchelei, die jetzt noch mit überholten Schlagworten operiert, ist nirgends so anmutig, so geschickt und doch so tödlich der Stoß versetzt worden, wie hier.

Was enthält das Buch an Tatsächlichem? Auf engem Raum eine Auseinandersetzung mit dem meisten, was seit Monaten die Gemüter bewegt. Die belgische Neutralität; Englands Eintritt in den Krieg (mit einer bemerkenswerten Beurteilung Lichnowskys und der Mitteilung eines eigenen Vorschlags Shaws zur Vermeidung der Katastrophe!); die irische Frage; der Völkerbund; der englische Imperialismus; die Charakteristik Wilsons. („Ganz Europa preist ihn als ein Gottesgeschenk, halb Amerika stöhnt unter ihm, wie unter einer Heimsuchung.")

Es soll nicht verheimlicht werden, daß bei allem Willen zur Objektivität für das geschärfte Ohr doch zuweilen der Engländer zu uns spricht. Aber das beeinträchtigt den Wert der köstlichen Schrift nicht, die trotz aller nationalen Bedingtheit doch das bleibt, was sie ist: in dunkler Zeit das helle Zeugnis für Menschlichkeit und Wahrheit, die mutige Tat eines freien Geistes. — —

Eben gelangt noch ein neues Werk Shaws zu uns, das, im Jahre 1914 verfaßt, erst jetzt den Weg nach Deutschland findet: „Der gesunde Menschenverstand im Kriege" (übersetzt von René Schickele, Nr. 9 und 10 der Europäischen Bibliothek. Max Rascher, Zürich. 120 S. und 104 S. Je 2,50 M.) Alles, was von dem einen Werk gesagt wurde, gilt auch von dem anderen. Nur mit der Hinzufügung, daß manches, was im Jahre 1919 zu äußern eine bemerkenswerte Kühnheit war, im Jahre 1914 einem Kopf und Kragen kosten konnte. Shaw hat sich nicht einschüchtern lassen, mit den englischen Junkern und Militaristen schon damals genau so unbarmherzig abzurechnen, wie er es heute erneut tut. Und wenn er als Ire, trotz aller Hemmungen gegenüber England, auch immer mit dem Sieg der westlichen Demokratien gegenüber dem reaktionären Preußen rechnet, so hat er doch schon damals genug Besonnenheit und Weitsicht, um in einer Zertrümmerung Deutschlands die größte europäische Gefahr zu erblicken.

Und mehr noch: allen denen, auch in unserem eigenen Lande, die nicht laut und eindringlich genug den Ruf von der alleinigen Schuld Deutschlands am Weltkriege erheben können und die verlangen, daß es jetzt als Büßender laut sein „Peccavil" in die Welt schreit — sie alle im In- und Auslande, sollten lesen, was Shaw auseinandersetzt: daß England sowohl indirekt — durch jahrelange antideutsche Hetze — wie auch direkt an der Weltkatastrophe mitschuldig ist, indem es in den kritischen Tagen eine zweideutige Stellung annahm, Deutschland über seine Haltung im Fall eines Angriffs auf Frankreich im unklaren ließ und damit auf die Gelegenheit, rechtzeitig zu bremsen, böswillig verzichtete. Der belgische Neutralitätsvertrag von 1839 sei der einzige in Europa gewesen, der durch einen merkwürdigen Zufall noch von keiner der Großmächte gebrochen worden sei — man wird einwenden, daß nur ein Zyniker so reden kann. Aber Shaw übertreibt absichtlich, um seine stumpfen oder kriegswahnsinnigen Landsleute zur Besinnung zu bringen. Vorläufig wohl noch mit geringem Erfolg. Ein Hindernis für die weiteste Verbreitung, wie sie diesen Schriften sehr zu wünschen wäre, ist wohl die Tatsache, daß sie keineswegs ganz leicht sind für den einfachen Leser. Gerade das, was den verwöhnten Gaumen entzückt, witziger Doppelsinn, politische Schlagfertigkeit, treffende, schnelle Assoziation, wird den an derbe, einfache Kost Gewöhnten abschrecken. Und für den Deutschen ist auch das Wissen um englische Verhältnisse ein Stück Voraussetzung für die Erkenntnis. Hoffentlich aber werden sie auf die Engländer, an die sich diese Appelle ja in erster Linie richten, den gewünschten Erfolg haben — und man sollte eigentlich annehmen, daß der Sozialist Shaw, der auch einen unentwegten Kampf für die Gewerkschaften und gegen das Kapital führt, seine Leute kennt —, damit er den Lohn seiner Mühen erntet und er noch den Erfolg eines Tuns erlebt, für das wir, Europa, die Menschheit ihm danken werden.

Margarete Rothbarth.

Ein neues Wahlgesetz. Vorschläge zur Schaffung eines gemischten Wahlsystems. Von H. G. Erdmannsdörffer-Charlottenburg. 1919. Reichsverlag Hermann Kalkoff, Berlin-Zehlendorf-West.

Sehr geehrte Redaktion! Darf ich meine Schrift mit einigen Worten bei ihnen selbst anzeigen und einführen? Man kann bei der Kritik des gegenwärtigen Wahlverfahrens von zwei Hauptgesichtspunkten ausgehen: man kann sagen, das wichtigste sei, ein Wahlsystem zu schaffen, bei dem das Resultat möglichst photographisch genau die Stimmverhältnisse der Parteien im gesamten Reich widerspiegelt; oder man kann das Hauptgewicht darauf legen, daß die politischen und die parteipolitischen Wirkungen des Wahlgesetzes möglichst günstig sind. Stellt man sich auf ersteren Standpunkt, dann wird es einem genügen, wenn die rechnerischen Ergebnisse besser sind als beim jetzigen Verhältniswahlverfahren, das der Idee der verhältnismäßigen Austeilung der Mandate wirklich nur sehr unvollkommen gerecht geworden ist. Die sonstigen, zum Teil sehr weitgreifenden und merkwürdigen Nebenwirkungen des Proporzsystems werden diese mehr rechnerischen Kritiker kühl lassen. Es ist nicht zu verkennen, daß die meisten Reformvorschläge sich in dieser hier angedeuteten Richtung bewegen. Eine bessere Verwertung der beim jetzigen System verbleibenden „Reststimmen" — das ist hier das wesentliche Ziel, die anderen Momente stehen zurück.

Ich vertrete zielbewußt die zweite Richtung. Mir kommt es hauptsächlich darauf an, ein Wahlgesetz zu finden, das in seiner Wirkung auf das Parteileben, auf die Zusammensetzung des Parlaments, auf die Anteilnahme der Wählerschaft möglichst günstige Seiten hat. Ich bin durchdrungen davon, daß die alleinige Verhältniswahl nach dieser Richtung hin durchaus ungünstige Wirkungen haben muß und daß sich auch durch kein mechanische Verbesserungen des Systems daran nichts ändern läßt. Die ausschließliche Verhältniswahl muß, wie sie auch im einzelnen gestaltet sei, zu einer unerwünschten Machtstellung der Bezirks-Parteileitungen und der Berufsorganisationen, zu einer Beeinträchtigung des freien Wählerwillens, zur Senkung des parlamentarischen Niveaus, zur Minderung des Wählerinteresses (infolge der langen, den Wählern gleichgültigen Kandidatenlisten und der Kompliziertheit der Errechnung) und zur Versteinerung des parlamentarischen Personalbestandes führen. Die Listenaufstellung wird in wachsendem Maße zu Reibungen innerhalb der Parteien beitragen und dadurch die Parteien in ihrer Wirksamkeit und in ihrem Eigenleben unliebsam beeinträchtigen (namentlich die zum Individualismus neigenden bürgerlich-demokratischen Gruppen werden unter dieser Entwicklung innerhalb der Parteien schwer zu leiden haben). Anderseits wird von mir auf Grund der Erfahrungen bei den Wahlen dieses Jahres anerkannt, daß die reine Mehrheitswahl (auch im gleichmäßig geschnittenen Wahlkreis) nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Sie hat tatsächlich den Nachteil, daß sie beträchtliche Minderheiten in politisch wichtigen Plätzen zur Ohnmacht und damit zum allmählichen Absterben verurteilt, und diese Entwicklung ist, ganz objektiv gesehen, nicht wünschenswert. Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, daß in Betracht fallende Minderheitsgruppen auch politisch ins Leben treten können.

Also: nicht mathematisch genau abgezirkelte Mandatszahl für jede Gruppe — dieses Ideal wäre nur mit schweren sonstigen Nachteilen verbunden, insbesondere mit dem Anreiz für alle möglichen und unmöglichen kleinen Gruppen, sich Mandate zu verschaffen, mit einer unerhörten Zersplitterung unseres politischen Lebens —, aber die einigermaßen sichere Anwartschaft für jede beträchtliche, politisch ins Gewicht fallende Partei, Mandate und damit politischen Einfluß zu erlangen! Davon gehe ich bei meinem Vorschlage aus, und ich kann dieses Ziel nur erreichen dadurch, daß ich die Mehrheitswahl mit der Verhältniswahl kombiniere dergestalt, daß ich zwar den Einerwahlkreis mit Mehrheitsentscheidung wieder schaffe (und dadurch den Wählern die willkommene Gelegenheit gebe, ihr politisches Interesse wieder auf eine bestimmte Persönlichkeit zu richten), daß ich aber gleichzeitig eine bestimmte Anzahl dieser Kreise zu einem größeren Gebiet zusammenfasse und auf dieses „Wahlgebiet" dann noch den Verhältniswahlmaßstab anlege. Mein Vorschlag hat sicherlich den einen Vorzug: er ist praktisch höchst einfach durchführbar, bietet nach dieser Richtung hin nicht die leisesten Schwierigkeiten (man wählt nur einmal wie bei der alten Reichstagswahl, eventuell mit Stichwahl; die Verhältniswahlberechnung, die dann folgt, wird vom Wahlgebietsausschuß besorgt, ohne daß der Wähler irgendwie nochmals bemüht wird). Im übrigen will mein Projekt die Starrheit des jetzigen Verhältniswahlverfahrens mildern, insofern, als erstens die nicht sofort als Mehrheitsabgeordnete gewählten Kandidaten nach der Höhe der auf sie entfallenen Stimmen rangiert und bei der Austeilung der noch zu verteilenden Mandate berücksichtigt werden; und als zweitens die Möglichkeit vorhanden ist, während der Legislaturperiode wertvolle Persönlichkeiten, die bei der Hauptwahl nicht in Betracht gekommen waren, nachträglich noch ins Parlament hineinzubringen (was bekanntlich beim jetzigen Verfahren nicht möglich ist, wo nur diejenigen Personen allenfalls nachträglich Abgeordnete werden können, die auf der Liste an einer tieferen Stelle stehen, aber nicht solche, die überhaupt auf keiner Liste Platz gefunden hatten).

In ganz groben Umrissen habe ich hier gezeichnet, was ich anstrebe. Ich bin mir bewußt, daß meine Idee Kompromißcharakter trägt, aber ich glaube: 1. daß das reine Verhältnissystem auf die Dauer wegen seiner eigentümlichen Nebenwirkungen ebensowenig haltbar sein wird wie das reine Mehrheitssystem und daß daher über kurz oder lang eine Kombination beider Wahlarten stattfinden muß, und 2. daß mein Vorschlag die guten Seiten beider Systeme in sich aufgenommen hat: vom Mehrheitsverfahren die Wiederherstellung der Persönlichkeit, um die sich der Kampf dreht, die Schlichtheit und Verständlichkeit des Kampfes, die Beweglichkeit in der Besetzung der Mandate, die größere Freiheit und Entscheidungsfähigkeit des Wählers; vom Verhältnissystem den Schutz der beachtlichen Minderheiten und damit das größere Interesse der Parteien daran, sich überall zu betätigen.

Mein Vorschlag ist auch dem Verfassungsausschuß der Nationalversammlung unterbreitet. Ich habe das, was ich wollte, gleich selbst in Gesetzesform gebracht, um die Beurteilung zu erleichtern. Auf kritische Gegenbemerkungen rechne ich, aber auf der anderen Seite erbitte ich objektive Berücksichtigung meiner Absichten und meines rein sachlichen Strebens, mit dem Entwurf das schwere Problem eines wirklich guten und allseits befriedigenden Wahlsystems zu fördern. Selbstverständlich ist mein Vorschlag modulationsfähig. Ich habe aber die sichere Zuversicht, daß die Anregungen, wenn nicht jetzt, so doch später in irgendeiner Form Leben erhalten werden. H. G. Erdmannsdörffer.

Gustav Schmoller. **Die soziale Frage.** Klassenbildung, Arbeiterfrage, Klassenkampf. München und Leipzig 1918 (Duncker & Humblot). XII u. 673 S. 22 M.

Unmittelbar vor dem Ausbruch der Revolution erschien als nachgelassenes Werk Gustav Schmollers „soziale Frage", eine Zusammenfassung, Erweiterung und Ergänzung der im Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre verstreuten sozialpolitischen Abschnitte. Zunächst und dem unmittelbaren Zweck nach also ein umfassendes Kompendium des Wissens, systematisch geordnet nach den Gesichtspunkten der sozialen Klassenbildung, der heutigen Lage des Arbeiterstandes und — unter Verknüpfung beider Problemreihen — des Klassenkampfes. Wie sich bei Schmoller von selbst versteht, ruht die Darstellung innerhalb dieser Systematik auf breitester geschichtlicher Grundlage, überall spürt man den Geist strenger Einzelforschung, der auch die mehr resümierenden Teile innerlich lebendig erhält. Daneben fehlt es nicht an einem starken Zug theoretischer Besinnung, der freilich Schmollers streng induktiver Art gemäß weniger in einer durchgängigen Gesamthaltung als an den konkreten Problemen, des Eigentumes, des Lohnes etwa, hervortritt. Die geschichtliche und theoretische Beschreibung

mündet in die praktische ein, die den europäisch-amerikanischen Status von 1917 klar und übersichtlich zur Anschauung bringt, von anderem Ausgang her eine wertvolle Ergänzung des 1. Bandes von Herkners „Arbeiterfrage".

Indem aber nun diese Darstellung 1917 vollendet wurde, ist sie selbst schon — geschichtswissenschaftlich gesprochen — zur „Quelle" geworden, Zeugnis eines Zustandes, von dem wir durch einen Graben, vielleicht eine Kluft getrennt sind. Das gilt mehr noch im inneren wie im äußeren Sinn. Schmoller ist der Erbe einer großen Tradition, des preußischen Geheimrats-Liberalismus, der im 18. Jahrhundert entspringend, eine wichtige Keimzelle des Liberalismus überhaupt ist, der dann der preußischen Reformzeit einen starken Zuschuß an Kräften lieferte, um schließlich im Kathedersozialismus noch einmal historisch fruchtbar zu werden. Schmoller hielt hier zwischen dem kraftvollen Staatssozialismus Ad. Wagners und dem Enthusiasmus der Selbsthilfe Brentanos die gelinde Mitte, und seine Auffassung ist für die deutsche innere Politik der letzten Epoche von tiefgreifender Bedeutung gewesen. Eine ganze Generation preußischer Beamter und Volkswirte ist durch seine Schule gegangen; für die geistigen Grundlagen ihrer Verwaltung wird Schmollers Buch über die soziale Frage immer eine Hauptquelle der Erkenntnis sein. Es steht nicht unter einem gewaltigen, aufrüttelnden Postulat, aber wie von einem geheimen Fluidum ist es durchdrungen, von der Idee des sozialen Königtums, dem optimistischen Glauben, daß geschichtliche und theoretische Erkenntnis verbunden mit absolut ehrlichem Willen, die schärfsten Gegensätze abzumildern, einen Ausgleich von oben anzubahnen vermöge, Humanität und Recht, formulierbar einmal „müssen in die knarrende, harte Maschine des Marktes so viel Tropfen sozialen Öls gießen, daß sie ohne viel Wunden zu verursachen, laufen kann" (S. 505).

Wer wollte diesen Geist, so sehr er geschichtlich bedingt ist, einfach für abgetan halten? Mag der Radikalismus heute das ganze Werk der gemäßigten Sozialreform als Politik der kleinen Mittel verspotten, als Versuch, dem rollenden Rad in die Speichen zu greifen, immer wird es ein geschichtliches Verdienst bleiben, dem angeblichen Naturgesetz tatkräftig und zugleich mit sympathetischem Verständnis entgegengetreten zu sein. Schmollers Buch insbesondere ist gegen leichtfertige Kritik aus dem Erfolge gefeit. Springt das stolze Gefühl der Mitarbeit und Mitverantwortung häufig zwischen seinen Zeilen hervor, so ist er doch von Vertuschung und Beschönigung der nationalen Mängel weit entfernt. Das Zurückbleiben der deutschen sozialen Gesetzgebung hinter England, in der Frage etwa des kollektiven Arbeitervertrages, des Arbeitsnachweises, der Arbeitslosenversicherung, wird energisch kritisiert. Wenn Schmoller trotzdem Deutschland auf Grund seines starken monarchischen und Beamtenelements am ehesten eine befriedigende Lösung der sozialen Frage zutraut, so ist dieser Glaube im ganzen so wenig illusionär, daß vielmehr die Revolution ihn unter ähnlichen Voraussetzungen wieder aufgenommen hat. Was ist die Präsidentschaft Ebert anders als der Typus des zentralistischen Beamtentums, erwachsen auf gewerkschaftlichem Boden? Freilich hat zugleich die Unterbrechung der rechtlichen Kontinuität alle die Folgen gezeitigt, die als bange Sorgen nicht des Bourgeois, sondern des Patrioten und Sozialpolitikers in Schmollers Buch anklingen. Auch in diesem Sinne ist eine „soziale Frage" trotz ihres zeitgeschichtlichen Charakters nur allzu aktuell. Mit allem Ernst und aller Nachdenklichkeit wird man Sätze zu erwägen haben, wie den, daß nach einem Bruch der Friedensdämme, wie er unter Umständen unvermeidbar ist, der Neubau nur gelingen kann, „wenn ein genialer Diktator den entfesselten Gewalten halt gebietet". Mag man auf die Grenzen und Bedingtheiten dieser Auffassung hinweisen, immer bleibt es eines der wichtigsten Baustücke unserer Zukunft, was Schmoller aus unseren geschichtlichen Traditionen und der eigenen Überzeugung heraus als sein Vermächtnis hinterlassen hat: die Lehre, daß nur eine ganz starke, unbedingt über den Klassen stehende Regierungsgewalt von höchstem Verantwortungsgefühl zur Lösung der Fragen wird beitragen können, mit denen unsere Generation mehr wie eine andere zu ringen hat, von deren Entwicklung unsere nationale Zukunft in erster Linie abhängt.

Hans Rothfels.

Zwei wichtige Werke über das deutsche Bildungswesen liegen vor. **Die Geschichte des gelehrten Unterrichts** auf den deutschen Schulen und Universitäten vom Ausgang des Mittelalters bis zur Gegenwart, mit besonderer Rücksicht auf den klassischen Unterricht von Friedrich Paulsen. Dritte, erweiterte Auflage von Rudolf Lehmann. (I. Band Veit & Co., Leipzig. 636 S. Geh. 18 M., gebd. 22 M.) Der Herausgeber hat in diesem klassischen Werk das hinzugefügt, was Paulsen selbst in seinem Handexemplar vermerkt hatte, als er noch hoffte, die neue Auflage fertigzustellen. Das Buch bedarf auch in seiner neuen Form keiner weiteren Empfehlung, so sehr gehört es zum eisernen Bestand der wissenschaftlichen pädagogischen Literatur. Daß es bei seinem Erscheinen zuerst einen großen Sturm erregte, wird vielen heute unverständlich sein, so sehr ist das darin Gefordete Gemeingut geworden.

Von dem groß angelegten Werk von Max Lenz, **Geschichte der königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität**, ist nun der letzte Teil erschienen, der den Titel führt: Auf dem Wege zur deutschen Einheit im neuen Reich. Halle a. S., Verlag der Buchhandlung des Waisenhauses. 512 S. 10 M.) Romantik und Realitäten — Revolution und Reaktion — Neue Ära und letzte Einigungskämpfe — Im neuen Reich — das sind die vier Hauptabschnitte, in denen sich nach dem Verlauf des großen historischen Geschehens auch die im engen Zusammenhang damit sich entwickelnde Universität der Hauptstadt in diesen Zeitraum gliedert. Der letzte Teil ist dabei freilich etwas zu kurz gekommen, und dabei steht er doch an Wichtigkeit keineswegs hinter den anderen zurück. Der Verfasser hat zwar diesem Einwurf die Spitze genommen, als er selbst dieses Kapitel nur als Skizze bezeichnete, doch ist damit noch nicht begründet, warum von vornherein auf diesen Abschnitt so wenig Raum verwendet wurde. Sonst aber teilt dieser letzte Band die Vorzüge der vorhergehenden. Das Werk ist gerade zum Abschluß gekommen, als die mehr als hundertjährige Geschichte der Universität Berlin, wie sie durch den engen Zusammenhang mit den Hohenzollern charakterisiert war, zu Ende ging — eine neue Phase der Entwicklung setzt jetzt ein, die dem zukünftigen Historiker Stoff genug bieten wird.

Heinrich de Fries: **Wohnstadt der Zukunft.** Neugestaltung der Kleinwohnungen im Hochbau der Großstadt. Verlag der „Bauwelt" Berlin. 2,90 M.

Da die Ersetzung der großen städtischen Mietkasernen durch Flachsiedelungen bestenfalls ein ideales, aber für die nächste Zukunft unerreichbares Ziel ist, sind Vorschläge für Verbesserungen der Massenmiethauswohnungen, insbesondere der Kleinwohnungshäuser, in jedem Falle dankenswert, vor allem dann, wenn sie hygienische und ethische Vorteile bieten. Dies will de Fries, wenn er ein Doppelstockhaus vorschlägt, das sich aus Wohnungen zusammensetzt, die sich über zwei Stockwerke erstrecken, die aber durch besondere, in jeder Wohnung liegende Treppen miteinander verbunden sind, so daß jede Wohnung wie ein Einfamilienhaus wirkt. Hierbei erhalten die Schlaf- und Nebenräume die durchaus genügende Höhe von 2,20 Metern, während die Wohnküche 4,50 Meter hoch ist. So interessant und beachtenswert diese Lösung auch ist, so erscheint es doch seltsam, im Winter der Kohlennot 1918/19 den Plan zu hegen, Kleinwohnungen zu bauen, in denen der Hauptwohnraum, der also ständig geheizt werden muß, das normale Höhenmaß um fast 2 Meter übersteigt. F. L.

Briefkasten

Durch den Streik der Postaushelfer und der Verkehrsangestellten sind beim Postzeitungsamt Störungen in der Auslieferung der „Hilfe" wie anderer Zeitschriften eingetreten, daher gelangen sowohl die heutige wie die vorige Nummer vermutlich mit Verzögerungen in die Hände der Leser. Aus dem gleichen Grunde gehen auch die Postscheckzahlungen der Bezieher verspätet bei uns ein. Wir bitten daher um Nachsicht in allen daraus entstehenden Verzugsfällen.

5,50 M. aus Essen-Bredeney erhielten wir ohne Angabe des Absenders. Verlag der „Hilfe".

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile. Zehlendorf, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer. Hamburg.

Wer etwas zu sagen hat in dieser bewegten Zeit, wer etwas zu fragen hat, wer einen Gedanken zur Geltung bringen will, wer geistig obdachlos geworden ist und Anschluß sucht, trete in die

Deutsche Briefgesellschaft

ein. Eine seit 15 Jahren im stillen wirkende Vereinigung Deutscher im In- und Auslande, dient sie den verschiedensten idealen wie praktischen Zwecken (anreg. Briefwechsel, Verkehr m. interessanten Menschen, Politik, Studien, Förderung j. Talente, Reisen, Siedelung, Auslandinteressen, Liebhabereien, Sammelwesen usw. auch Geschäftsverbindungen). Das Verbandsorgan, fast ausschließlich von den Mitgliedern geschrieben, gilt als „das intimste Blatt der deutschen Presse". — Mitgliedsbeitrag viertelj. M. 2.—. Lesenswerte Verbandsdrucksachen kostenlos durch die Geschäftsstelle: Naunhof 19 b. Leipzig.

Tricalcol

Phosphorhaltiges Kalk-Eiweiß-Mittel
Fördert die Entwicklung des Knochenbaues
Kräftigt den gesamten Organismus
Blutarme nehmen es im Wechsel mit Lecin
In Apoth. u. Drogenh. Lecinwerk Hannover

Digitized by Google

17. Juli 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis bei Post und Buchhandel (beim Abholen) 5 M., unter Kreuzband 5,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 5,25 M., ins Ausland 6 M. Einzelhefte 50 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8688.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 29

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 80 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche.

Inhaltsübersicht

Wilhelm Heile: Politische Notizen. (An die Leser. — Die Ratifizierung des Friedensvertrages. — Die Planwirtschaft des Ministers Wissell.) — **Gertrud Bäumer:** Ende der Heimatchronik. — **Dr. Richard Seyfert, M. d. R.:** Verfassung und Schule. — **Dr. Heinz Potthoff:** Ergänzung des Betriebsrätesystems. — **Staatsminister a. D. Eugen Schiffer, M. d. R.:** Zum Finanzprogramm. — **Dr. Theodor Heuß:** Gottfried Keller. — **Naumann:** Die Feuersteinspalter. — Büchertisch.

Wilhelm Heile / Politische Notizen

An die Leser. Nachdem jetzt durch die Ratifizierung des Friedensvertrages der Krieg beendet ist, haben Naumann und Gertrud Bäumer auch ihre Kriegs- und Heimatchronik abschließen können, in der sie nun fast fünf Jahre hindurch Tag für Tag sich mit den großen Ereignissen des Krieges und ihren Folgen für uns auseinandergesetzt haben. Nun kehren wir wieder zurück zum alten Brauch der „Hilfe". In kurzen „politischen Notizen" werden wieder, wie vor dem Kriege, Naumann, Gertrud Bäumer und Heile zu den wichtigsten politischen und sozialen Vorgängen Stellung nehmen. Diese „Notizen" wollen keine Chronik sein, die alle wichtigen Ereignisse verzeichnet, sondern nur in Ergänzung dessen, was in den Aufsätzen ausführlicher erörtert wird, Glossen, Anmerkungen zu dem, was uns und unsere Freunde am meisten beschäftigt.

Die Ratifizierung des Friedensvertrages hat nur noch einmal in gesetzlich verbindlicher Form bestätigt, was durch die Abstimmungen der Nationalversammlung vom 22. und 23. Juni schon vorher beschlossen und vollendete Tatsache geworden war. Daß die „Deutschnationalen" es auch in dieser furchtbar schweren Stunde nicht unterlassen konnten, durch einen rein demagogischen Antrag sich den Anschein ganz besonders großer Vaterlandsliebe zu geben, entspricht ganz der Auffassung ihrer Organisationsleitung, die beim Bekanntwerden der vernichtenden Friedensbedingungen darin in erster Linie eine gefundene Gelegenheit zu agitatorischer Ausnutzung für ihre Parteiinteressen sah. Indem wir diesen beschämenden Vorgang registrieren, wollen wir aber nicht in den gleichen Fehler verfallen und unsere Abstimmung für die allein patriotische erklären. Wir haben gegen die Unterzeichnung und gegen die Ratifizierung gestimmt und sind auch jetzt noch der Überzeugung, daß die Arbeit der deutschen Friedensdelegation in Versailles keineswegs völlig hoffnungslos war und bei festerer Haltung des deutschen Volkes und seiner Vertretung eine nicht unwesentliche Verbesserung der Friedensbedingungen hätte bringen können. Aber wir achten doch die Gründe der Mehrheit von Weimar und würden es für tief bedauerlich halten, wenn die Entscheidung für oder wider die Unterzeichnung zur Volksverhetzung ausgenutzt werden würde. Nachdem der Friede jetzt geschlossen ist, muß alles getan werden, was in unseren Kräften steht, um ihn so ehrlich wie möglich durchzuführen und eben dadurch da, wo die Bedingungen unerfüllbar sind, den Nachweis der Unausführbarkeit zu erbringen. Und dann — und vor allem — müssen wir in dem engen Rahmen, den uns die Feinde belassen haben, mit verdoppelter Kraft und doppelt gutem Willen zur Verträglichkeit untereinander durch gemeinsame Arbeit des ganzen Volkes unser Staats- und Wirtschaftsleben neu aufbauen. Nach rechts wie nach links gesehen, müssen wir dringend warnen vor der unfruchtbaren und verderblichen Neigung, Sündenböcke in die Wüste zu schicken und Ketzer zu verfolgen. Nur jetzt nicht rückwärts sehen! Jetzt kann nur eines helfen: Arbeiten und nicht verzweifeln.

Die Planwirtschaft des Ministers Wissell und seines Unterstaatssekretärs v. Möllendorff hat weder in der Regierung noch im Parlament noch in Herrn Wissells eigener Partei so viel Zustimmung gefunden, daß dieser erste Versuch einer planmäßigen Gestaltung der gesamten Volkswirtschaft durchführbar scheinen könnte. Die Herren Wissell und v. Möllendorff haben aus dem Scheitern ihrer Pläne die Folgerung gezogen. Damit aber, daß sie haben gehen müssen, ist nun doch keineswegs gesagt, daß jetzt das Gegenteil, die Planlosigkeit, zum Programm zu erheben sei. Gewiß muß dem deutschen Gewerbefleiß wieder die nötige Freiheit zu nützlicher Betätigung gegeben werden. Die Zwangswirtschaft, zu der uns die feindliche Blockade nötigte, hat zu viel gute Kräfte gebunden, ohne — was ihr eigentlicher Sinn hätte sein sollen — die unedlen Kräfte in Fesseln zu legen. Aber die Befreiung von unnötig gewordenem und jetzt nur noch schädlichem Zwang darf nicht zur Freiheit, das ist Zügellosigkeit derer werden, die sich selbstsüchtig über das Gemeinwohl hinwegsetzen. Der soziale Gedanke der ausgleichenden Gerechtigkeit muß das ganze Leben, auch und insbesondere das Wirtschaftsleben durchdringen. Da genügt es nicht, durch Hebung der Löhne oder Senkung der Preise des Lebensbedarfs den Anteil der Massen am Ertrage der Arbeit zu vergrößern. Weit wichtiger noch ist die Herstellung eines persönlichen Verhältnisses zur Arbeit, so daß an Stelle des lediglich zwangsläufig arbeitenden Rädchens im großen Getriebe aus dem freudlosen Proletarier der innerlich beteiligte, freudig schaffende Bürger des Wirtschaftslebens entsteht. Die „Planwirtschaft", die mit Sicherheit nur zur Zwangsläufigkeit unserer Wirtschaft geführt hätte, wäre wahrscheinlich ein ebenso schweres Hindernis für die Erfüllung der Hoffnungen gewesen, die unsere breiten Massen mit dem Gedanken der Sozialisierung verbinden, wie für die Wiederbelebung von Handel und Industrie. Diese „Planwirtschaft" ist tot. Nun lebe der Plan der Veredelung unseres Wirtschaftslebens.

Gertrud Bäumer / Ende der Heimatchronik

Mit der Ratifikation des Friedens ist der Krieg zu Ende. Die Bewegung, die in diesen fünf Jahren das Leben der Heimat durchflutete, ist damit an keinem Ende. Das seelische Erbe des Krieges wirkt sich aus — und die Gestalt, die unter diesen Wirkungen Staat und Gesellschaft annehmen werden, ahnen wir noch nicht. Trotzdem soll auch die Chronik der Heimat beschlossen werden — abgebrochen, da ein organischer Abschluß für sie nicht abzusehen ist.

Ich habe heute keine Muße, die Aufzeichnungen dieser fünf Jahre noch einmal zu durchblättern. Und ich kann auch

kaum etwas darüber sagen, welchen geschichtlichen Wert sie später einmal haben werden. Zwei Dinge nur sind mir bewußt, wenn ich auf die vielen Tage zurückschaue, deren erlebte oder erfahrene Geschehnisse ich aufschrieb.

Das eine — daß ich einmal, etwa im zweiten Kriegsjahr, den Gedanken hatte, ich müßte eigentlich von jetzt ab zwei Tagebücher führen, eins für die Öffentlichkeit und eins für mich, in das eingetragen werden könne, was die Zensur nicht durchgelassen hätte oder was sonst die Rücksicht auf falsche Ausnutzung oder schädliche Wirkung auszusprechen verbot. Es ist klar, daß in einem Daseinskampf wie der, den wir durch vier Jahre geführt und verloren haben, schließlich doch jedes gedruckte Wort Waffe ist oder Gift, und daß diese Tatsache Rücksichten auferlegt. Ich bin mir jedoch bewußt, diesen Rücksichten nur durch Schweigen, nicht durch tendenziöse Darstellung gedient zu haben, und hoffe (aber vielleicht *kann* man sich von dem unbewußten Zwang seiner Wünsche nicht freimachen!), daß man dieses Streben nach Aufrichtigkeit in den Aufzeichnungen spüren wird. Sie sind nicht die Worte eines Unbeteiligten, sind in nie erlebter Erhebung, Not, Hoffnung, im Verzagen und Aufstehen geschrieben. „Objektiv" können sie wohl nicht sein. Sie sollten siegen helfen! — — —

Das andere: ich glaube, daß diese Aufzeichnungen einmal Zeugnis ablegen werden für das deutsche Volk: gegen die Welt und gegen die ehrlosen Selbstgeißler in den eigenen Reihen. Denn wenn ich auf das weite, wogende Meer der Begebenheiten zurückschaue — eigentlich war immer, in jeder Woche, irgend etwas zu verzeichnen, das von Tüchtigkeit, Geduld, Kraft und reiner Gesinnung zeugte. Ich glaube, ich habe auch die entgegengesetzten Züge nicht unterdrückt, und mir scheint, daß man die Sittengeschichte des Krieges, sofern sie sich in der Heimat abspielte, aus der Heimatchronik, ohne Beschönigendes korrigieren zu müssen, wird ablesen können. Aber wenn die Distanz zu den Ereignissen wächst, wird die Leistung größer werden als das schließliche Versagen. Und unterdessen können vielleicht doch diese Aufzeichnungen die vielen Verzweifelnden an den guten Kräften unseres Volkes, an dieses und jenes erinnern, das sie nicht mehr gesehen und bedacht haben — — können vielleicht mindestens Verstehen lockern, wenn nicht Glauben zurückrufen, und so zum Damm werden gegen die Selbstpreisgabe, die Hoffnungslosigkeit, die Unterstützung und Verkennung der anderen.

Aber auch noch in einem anderen Sinne werden diese Aufzeichnungen Zeugnis sein: für die *Reinheit* des Kriegsgeistes, der im August 1914 das deutsche Volk erfüllte. Wir haben damals nicht an Eroberung gedacht, nicht an Sieg, ja, kaum an die Möglichkeit der nackten Verteidigung geglaubt. Als die Kriegserklärungen herunterprasselten, fühlten wir uns als dem Untergang Geweihte. Das war die seltsame Heiligkeit der Stunde. Tausende dachten nicht an Töten, nur an Sterben. Dann kamen die Siege, die Siegestäuschungen, die wir nicht durchschauten, und die Hybris eines Teils, das Va banque eines anderen. Und angesichts alles dessen, was heute ist, in dem Abgrund, der uns verschlungen hat, vor den maßlosen Opfern, die den Weg dieser Jahre bedecken im vollen, herzklopfenden Bewußtsein der entsetzlichen Verantwortung, dürfen wir bekennen — ich kann es tun für den ganzen großen Kreis, in dem ich gearbeitet habe! —, daß der grausame Sinn des Krieges, der Vernichtungswille, *kein* Teil unserer Seele war. Alles, was wir taten und dachten und fühlten, beherrschte der Gedanke der Verteidigung und Erhaltung. Es hat Kreise gegeben, bei denen es anders war; aber ihre Macht über die Seelen entstand aus dem Eindruck, daß es auf unsere Vernichtung abgesehen war, und daß wir Hammer oder Amboß sein mußten.

Wir waren schon lange nur noch Amboß, als manche noch von Hammerschlägen sprachen. Und heute verläuft der Faden dieses Berichtes in undurchsichtigem Dunkel. Tausendfache Kleinarbeit der Heimat zerbröckelt, zerschmilzt unter den Händen ohne gute Spur. Und doch — es ist seltsam und beinahe vermessen — ist *nicht* alles in uns Verzweiflung. Eine Hoffnung, sinnlos, unbegründet, aber eben deshalb wohl Stimme unbewußter Kraft, will uns gauben machen, daß solche Katastrophen Anbruch neuer Geburten sein *müssen*. Ihnen geben wir uns, voll zweifelnden, strauchelnden, aber immer wieder sich aufreckenden Glaubens in Demut und Bereitschaft hin.

Und wenn ich zurückdenke an die unabsehbar vielen Menschen im Felde und in der Heimat, an die Leser dieser Chronik, unter denen sie ein loses, aber hier und da auch ein festeres Band geknüpft hat, so möchte ich wünschen, daß sie aus einer Gemeinschaft des Erlebens zu einer solchen festeren Gemeinschaft des Glaubens und der Tat werden möchte.

Richard Seyfert / Verfassung und Schule

Dem Verfassungswerke droht Gefahr an einer Stelle, die von vielen als recht nebensächlich angesehen wird; an der *Schulfrage* drohen die Verhandlungen zu scheitern. Und zwar daran, ob Konfessionsschule oder nicht — ob Religionsunterricht oder nicht. Die Mehrheiten für und gegen sind in beiden Fragen verschieden. Die Rechte und das Zentrum fordern die Konfessionsschule als Regel und den bekenntnismäßigen Religionsunterricht als verbindliches Lehrfach. Die Sozialdemokraten und die Unabhängigen lehnen beides ab. Die Deutsche demokratische Partei wünscht die Gemeinschaftsschule (Simultanschule), fordert in dieser aber Religionsunterricht als ordentlichen Lehrgegenstand. In der ersten Lesung des Verfassungsausschusses ist diese letztere Auffassung durchgedrungen. Die entsprechenden Beschlüsse lauteten: 1. *Die Schule ist organisch auszubauen. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf.* — *2. Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach in den Schulen. Er wird in Übereinstimmung mit den Lehren und den Satzungen der Religionsgemeinschaften erteilt.* Der erste Satz ist einstimmig, der zweite gegen die Sozialdemokratie angenommen worden.

Zwischen der ersten und zweiten Lesung hat sich die Ansicht des Zentrums verschärft. Es forderte bei der zweiten Lesung, daß die Bekenntnisschule als gleichberechtigt neben der Gemeinschaftsschule anerkannt werden solle. Es droht, wenn dies nicht geschähe, die Verfassung abzulehnen. Die Deutsche demokratische Partei glaubte, die Verantwortung dafür nicht übernehmen zu können. Anderseits sollte nach ihrer Meinung die gemeinsame Schule doch die Regel bleiben. Man einigte sich auf folgenden Satz: *Ob und inwieweit bei der Gliederung der Volksschule auf Antrag der Erziehungspflichtigen Kinder des gleichen Bekenntnisses vereinigt werden können, bestimmt*

Digitized by Google

die Landesgesetzgebung. Dieser Satz wurde von den Sozialdemokraten abgelehnt.

In der zweiten Lesung sind also alle in Frage kommenden Bestimmungen von dem Zentrum und den deutschen Demokraten gegen die Sozialdemokratie beschlossen worden. Inzwischen wurde in der Nationalversammlung die Friedensfrage entschieden, bei der es bekanntlich zur Regierungskrisis kam, infolge deren die Demokraten aus der Regierung ausschieden. Die Gegensätze in der Schulfrage innerhalb der Regierung traten nunmehr verschärft hervor. Eine Verständigung ist bis heute nicht gelungen. Sie ist aber auch durch das Zentrum weiterhin erschwert worden, weil dieses seine Forderung über die in der zweiten Lesung erreichte Verständigung hinaus verschärfte und dieser Forderungen Nachdruck gab, indem es damit drohte, daß eine Ablehnung die Stimmung im Rheinlande und in Oberschlesien zu ungunsten des Reiches beeinflussen würde. Es forderte, daß die Frage durch ein Reichsgesetz geregelt werden solle, bis dahin aber alles beim alten bleiben müsse. Die Umgestaltung des Schulwesens wäre den Regierungen der einzelnen Länder damit unmöglich gemacht. Man sieht, worauf das Verfahren hinauskäme; es gilt Zeit zu gewinnen. Ob das Zentrum damit Erfolg haben wird, läßt sich heute noch nicht sagen.

Damit aber sind die Verhandlungen auf ihren Ausgangspunkt zurückgeworfen. Es gilt, von Grund aus die Frage wieder zu durchdenken, über die Vereinbarungen zurück die grundsätzlichen Erörterungen aufs neue aufzunehmen.

Der Streit um die Bekenntnisschule ist alt; er reicht bis in die Zeit zurück, in der die alte Kirchenschule in die Hände des Staates überging. Der Staat erkannte fast überall den geschichtlichen Zusammenhang an und legte die Bekenntnisschule gesetzlich fest. In Ländern, in denen die Bekenntnisse stark gemischt sind, ist aber die Gemeinschaftsschule doch allmählich eingeführt worden; als gesetzliche Regel hat sie sich nur in wenigen Ländern durchgesetzt. Die heutige Lehrerschaft fordert sie mit Ungestüm. Für sie ist entscheidend, daß die Bekenntnisschule immer als annexus ecclesiae betrachtet wird, während die Lehrer eine von der Kirche völlig unabhängige Schule fordern. Diese Forderung muß als berechtigt anerkannt werden. Die innere und äußere Entwicklung der Schule gibt ihr das Recht, Selbständigkeit zu fordern; es kann dem heutigen Lehrerstande billigerweise nicht zugemutet werden, in irgend einer Hinsicht der Kirche als Institution untergeordnet zu werden. Könnte sich die Kirche zu dieser Auffassung durchringen; gäbe sie ihr unumwunden Ausdruck, so würde die Behandlung der Frage wesentlich erleichtert. Mit der grundsätzlichen Lösung hat aber dieser Umstand freilich wenig zu tun. Nur das eine wäre wohl festgestellt: kirchliche Zwecke können der Schule nicht gesetzt werden. Nur so weit stehen Schule und Kirche in Beziehung, als sie es beide mit der Religion zu tun haben. Beide aber sind unabhängig voneinander.

Auch die von der Kirche unabhängige Schule könnte als Bekenntnisschule in dreifachem Sinne gefordert werden: 1. die Kinder gehören ein und demselben Bekenntnisse an; 2. die Lehrer ebenfalls; 3. der Religionsunterricht ist bekenntnismäßig gebunden; das Schulleben und der gesamte Unterricht sind vom kirchlichen Bekenntnis durchtränkt. Es kann nicht bestritten werden, daß die so geschaffene, auf eine gemeinsame Weltanschauung gegründete innere Einheitlichkeit erzieherisch große Vorteile bietet. Sie ergibt sich in konfessionell-einheitlichen Orten auch ganz von selbst. Aber sie birgt doch auch Gefahren in sich. Wie hoch man auch das Religiöse in der Erziehung einschätzen mag (ich werte es sehr hoch), es ist doch allewege nicht zu wünschen, daß es sich in Dinge eindränge, die ihm fremd sind, am allerwenigsten in der orthodox-bekenntnismäßigen Form; das Religiöse wird dadurch entweiht, und das Wesensfremde durch den gewaltsamen religiösen Einschlag innerlich unwahr. Eine weitere Gefahr liegt darin, daß, überstark betont, ein Bekenntnis sich dem andern grundsätzlich feindlich gegenüberstellt. Die dritte Gefahr ist die, daß die konfessionelle Zerstückelung des Schulwesens eine zweckmäßige Gliederung verhindern muß. Und endlich ist darauf hinzuweisen, daß eine gleichmäßige und gerechte Beachtung aller Bekenntnisse einfach unmöglich ist. Diese Gefahren treten überall dort hervor, wo die Bekenntnisse gemischt sind, vor allem in kleineren und mittelgroßen Orten.

Erkennt man an, daß die Schule eine Veranstaltung des Staates ist, so muß man folgerichtig einräumen, daß sie wohl den konfessionellen Verhältnissen einer Gemeinde angepaßt werden kann, nicht aber grundsätzlich konfessionell ist. Der Staat muß die Schule so ausbauen, daß sie für die Kinder die verhältnismäßig höchste Leistung gewährleistet, daß sie die völkische Einheit sichert und den Anspruch auf Gleichmäßigkeit und Gerechtigkeit allen Schichten und Bekenntnissen gegenüber nach Möglichkeit erfüllt.

Die Kämpfer für die Bekenntnisschule kleiden ihren Ruf in die Form: Gleiches Recht für beide Arten! Das heißt aber gleiches Recht für Ungleiches fordern, denn: die Gemeinschaftsschule kann für einen Ort ein wohlgegliedertes Schulwesen darstellen, während die nach Bekenntnissen getrennten Schulen mangelhafte und kümmerliche Gebilde sein würden, vor allem dort, wo das eine Bekenntnis nur eine schwache Minderheit bildet. Die Rufer im Streite fordern, daß die Wünsche der Eltern entscheiden sollen, ob Bekenntnis- oder Gemeinschaftsschule. Dieser Forderung kann sich der demokratische Staat nicht leicht entziehen; aber die Wünsche der Eltern werden gerade in dieser Frage leicht zu lenken sein von den beteiligten Kräften, zumal über Erziehungs- und Bildungsfragen unser Volk sich wenig kümmert. Worauf sollen die Eltern ihr Urteil in dieser Entscheidung gründen? Leidenschaften und Stimmungen werden den Kampf um diese Frage verewigen; auf keinem Gebiete haben die Eiferer ein günstigeres Feld als hier. Werden sie das Gemeinwohl höher stellen als das Interesse ihrer Bekenntnisgemeinschaft? — Die Streiter für die Bekenntnisschule berufen sich auf ihre Gewissensnot und fordern Gewissensfreiheit, und haben dadurch Tausende befangen gemacht. In der Tat aber wäre doch der Gewissenszwang, wenn von ihm überhaupt die Rede sein könnte, für die Bekenntnisschule mindestens ebenso stark als für die Gemeinschaftsschule; er wird ja gerade in jener von Tausenden jetzt empfunden. Eine Unwahrheit, mindestens eine unverantwortliche Übertreibung ist es zu sagen, daß die Gemeinschaftsschule die Gewissensfreiheit bedrängte. Sie soll und wird es nicht tun, wenn sie nach den Wünschen der Demokratischen Partei ausgestaltet wird. Gewiß wird sie die religiöse Erziehung als solche zum größten Teile dem Elternhause und späterhin der Kirche überlassen, aber sie wird an dieser mitwirken. Denn sie wird Religionsunterricht im Geiste des Bekenntnisses erteilen; sie wird sich über diesen mit den Religionsgemeinschaften verständigen. Sie wird die Kinder zu sittlicher Lebensauffassung und Lebensführung leiten. Sie wird den Geist der Religiosität atmen und die Achtung vor jeder

Digitized by Google

Religion, die wahrhaftig ist, lehren. Wie soll das zum Gewissenszwange, zur Bedrückung der Gewissensfreiheit führen?

Und nun muß noch einmal kurz zusammengefaßt werden, was für die Gemeinschaftsschule spricht: Das Interesse des Staates, die Sorge um die innere, nationale und völkische Einheitlichkeit, die Vorteile für die innere Gliederung des Schulwesens, die Vorteile für die gesamte geistige Bildung der Jugend. Die Gründe für die staatliche Gemeinschaftsschule sind gewichtig, die Bedenken gegen die gesonderten Bekenntnisschulen überaus schwer. Demnach hat die Demokratische Partei dem Verlangen nachgegeben, die Bekenntnisschulen dort einzurichten, wo die Erziehungspflichtigen es fordern; freilich dürfen eine geordnete Schulverwaltung und das Ziel der Schule nicht darunter leiden. Man sollte meinen, die Verständigung sei gegeben. Die Sozialdemokratie will freilich von einer solchen Verständigung nichts wissen. Sie scheut vor einer gewaltsamen Beseitigung der Bekenntnisschulen nicht zurück. Sie schafft damit freilich eine Lage, die für die Innenarbeit der Schule nicht günstig ist. In geistigen Dingen sollte man von der Anwendung von Gewalt absehen.

Je schroffer man die religiösen Forderungen ablehnt, umso mehr nährt man das Verlangen nach Privatschulen. Auch dieses spielt in dem Kampf um die Schule eine bedeutende Rolle. Die Demokratische Partei läßt die Privatschulen zu; diese haben ihr Daseinsrecht in mancher Hinsicht erwiesen. Einen scharfen Kampf aber würde sie nicht scheuen, wenn Deutschland etwa beglückt werden sollte mit den klösterlichen Kirchenschulen, wie sie in einzelnen außerdeutschen Ländern sich finden.

Die Schulmänner der Demokratischen Partei haben sich für einen Religionsunterricht eingesetzt, der im Geiste des Bekenntnisses steht — ein anderer ist wohl nicht möglich —, aber doch nicht bekenntnismäßig bindend ist, der wohl über die Bekenntnisse unterrichtet, nicht aber für sie verpflichtet, der über sich hinaus einen Bekenntnisunterricht den Religionsgemeinschaften überläßt, der arbeitsteilig mit diesen die Kinder religiös unterweist. Für einen solchen Unterricht ist die Gesamtheit der Partei noch nicht zu gewinnen. Man mußte sich bescheiden. Der im jetzigen Entwurfe geforderte Religionsunterricht ist also bekenntnismäßiger Unterricht, von Lehrern eines Bekenntnisses den Kindern desselben Bekenntnisses erteilt. Solcher Unterricht ist in der Gemeinschaftsschule wohl möglich; das lehrt die Erfahrung. Man hat sich in beiden Lesungen des Verfassungsausschusses mit dem Zentrum und den Rechtsparteien in dieser Frage geeinigt. Das Nähere darüber wird den Landesgesetzgebungen überlassen. Die Sozialdemokratie lehnt jeden Religionsunterricht ab. Das ist eine einfache, aber keine gute Lösung der Schwierigkeit. Die religiöse Erziehung bleibt für alle Zeit eine Aufgabe, die auf erziehungswissenschaftlicher Grundlage gelöst werden muß. Darum ist es auch zu bedauern, daß sich die Lehrerschaft auf die Seite der Sozialdemokratie in dieser Frage zu stellen scheint. Sie begibt sich damit des schönen Rechtes auf eine wichtige Seite der Erziehung. Die deutsche Lehrerschaft war auf dem Wege zur richtigen Lösung. In den sogenannten Berliner Thesen war er beschritten worden. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß die Lehrerschaft diesen Weg wieder aufnimmt. Dazu aber ist es nötig, daß der Religionsunterricht Lehrgegenstand der Schule bleibt, freilich nicht als kirchlicher, sondern als pädagogische Aufgabe, nicht geleitet oder beaufsichtigt von der Kirche, sondern wie aller anderer Unterricht vom Staate geordnet und beaufsichtigt. Da kein Lehrer gezwungen werden soll, den Religionsunterricht zu erteilen, kein Kind gezwungen werden soll, an ihm teilzunehmen, so könnte auch die Sozialdemokratie dieser Regelung zustimmen. Damit wäre dieser wichtige Teil der neuen Verfassung und diese selbst vor dem Scheitern gerettet.

Heinz Potthoff / Ergänzung des Betriebsrätesystems

Während die bayerische Verordnung vom 22. April 1919 die Errichtung von Betriebsräten in allen privaten und öffentlichen Betrieben vorschreibt, die mindestens 10 Arbeiter und Angestellte beschäftigen, beschränkt der Entwurf des Reichsgesetzes über Betriebsräte in Übereinstimmung mit der Reichsverordnung vom 23. Dezember 1918 über Arbeiterausschüsse und mit dem deutsch-österreichischen Gesetze vom 15. Mai 1919 über die Errichtung von Betriebsräten die Einrichtung auf Betriebe mit 20 Arbeitnehmern. Für kleinere Betriebe mit mindestens fünf Arbeitern oder Angestellten ist im Reichsentwurf wie im österreichischen Gesetze die Wahl von Vertrauenspersonen vorgesehen, die einen Ersatz für die Betriebsräte bilden. Bei dieser Regelung bleiben aber zwei Gruppen von Arbeitnehmern unvertreten.

Es ist der dringende Wunsch der Arbeiterschaft im Handwerk und in anderen kleineren Betrieben (Handel, Rechtsanwaltbureaus), nicht von der Mitwirkung an der Regelung der Arbeitsbedingungen ausgeschlossen zu sein. Eine Vertretung der Arbeitnehmer in solchen Kleinbetrieben, zu denen auch ein Teil der Heimarbeiter gehören werden, kann nur durch Zusammenfassung nach Erwerbsgruppen und örtlichen Bezirken erfolgen, durch die Wahl von Fachvertretern. Es wird sich empfehlen, durch Reichsgesetz nur den Grundsatz der Gesamtvertretung zusammengehöriger kleiner Betriebe aufzustellen, die Durchführung aber der Landesgesetzgebung bzw. -verwaltung zu überlassen. Diese grenzt die örtlichen und fachlichen Bezirke für die einzelnen Fachvertreter ab (z. B. Schlosserei in einer großen Gemeinde, Müllerei in einem preußischen Kreise oder bayerischen Bezirksamte). Sie bestimmt, in welcher Weise die Fachvertreter entweder von den durch Betriebsräte und Vertrauensleute nicht vertretenen Arbeitern und Angestellten in unmittelbarer, geheimer Verhältniswahl gewählt oder von geeigneten Berufsvereinen der Arbeiter und Angestellten ernannt werden. In der Regel wird die Ernennung durch die Gewerkschaften, unter Berücksichtigung der verschiedenen Richtungen, das Richtige sein. Die Fachvertreter müssen die gleichen Befugnisse wie die Vertrauenspersonen der mittleren Betriebe haben. Nur die Vergütung von Unkosten und von Verdienstausfall müßte wohl von den Berufsverbänden getragen werden. Da die Wählbarkeit sich zweckmäßig nicht auf die in den vertretenen kleinen Betrieben Beschäftigten beschränken sollte, kommen in erster Linie die Gewerkschaftsbeamten als Fachvertreter in Frage.

Nicht durch die Betriebsräte vertreten sind diejenigen geistigen Mitarbeiter, die nicht durch einen Dienstvertrag mit dem Unternehmen verbunden sind. Die Schriftsteller, Komponisten und ähnliche Gruppen verlangen mit Recht, bei der Demokratisierung der Wirtschaft nicht ausgeschlossen zu werden. Eine Einbeziehung in die Betriebsräte oder die Wahl von Vertretern durch die für ein bestimmtes Unternehmen tätigen Mitarbeiter ist nicht durchführbar, weil der

Digitized by Google

Kreis sehr groß, wechselnd und über die ganze Erde verstreut sein kann. Möglich und wünschenswert ist aber eine den Betriebsräten nachgebildete besondere Vertretung durch die Berufsverbände. Auch hier genügt es, durch Reichsgesetz den Grundsatz aufzustellen, daß für einen Betrieb, der gewerbsmäßig geistiges Eigentum solcher Personen verwertet, die nicht durch einen Dienstvertrag mit ihm verbunden sind, ein Beauftragter der geistigen Arbeiter zu bestellen ist. Die Landesbehörden haben dann die näheren Bestimmungen zu erlassen, nach denen der Beauftragte entweder von den vertretenen Mitarbeitern gewählt oder von geeigneten Berufsverbänden oder anderen Körperschaften ernannt wird.

Diese Regelung würde vier Gruppen geistiger Arbeit umfassen:

1. Die unter Ueberschutz fallenden Vervielfältigungen von Schriftwerken, Abbildungen, Kompositionen (einschließlich Spiel- und Sprechapparaten usw.), Aufführung von dramatischen und musikalischen Werken.

2. Nachbildungen von Kunstwerken einschließlich der Photographien.

3. Verwertung von Bauplänen und anderen technischen oder künstlerischen Entwürfen.

4. Ausnützung von Erfinderpatenten, Gebrauchsmustern und Geschmacksmustern.

Die Hauptbedeutung der Beauftragten liegt in der Kontrolle des Verlages bez. der Innehaltung der Verlagsbedingungen. Es erscheint aber zweckmäßig, dem Beauftragten auch die Teilnahme an den Sitzungen der Betriebsräte zu ermöglichen, damit auch dort bei Verhandlungen über Umfang, Art und Einrichtung der Geschäftsbetätigung die Interessen der geistigen Mitarbeiter gewahrt werden.

Auch hier wäre die Vergütung von Unkosten und Verdienstausfall Sache der Berufsverbände. Natürlich könnte in den mit den Verlegern zu schließenden Tarifabkommen über Honorarbedingungen und dergleichen auch diese Kostenfrage anders geregelt werden.

Eugen Schiffer / Zum Finanzprogramm

Rede, gehalten in der Nationalversammlung am 8. Juli 1919.

Der Herr Abgeordnete Keil hat seine Ausführungen mit der Behauptung eingeleitet, daß durch die sträfliche Untätigkeit der früheren Reichsfinanzminister das deutsche Volk um Millionen, wenn nicht sogar um Milliarden geschädigt worden sei, und er hat mich besonders apostrophiert und mich gefragt, ob und wie ich das rechtfertigen zu können glaube. Ich nehme diese Herausforderung an. Ich denke gar nicht daran, mich etwa hinter der früheren Regierung oder den Herrn Ministerpräsidenten zu decken. Immerhin muß ich ganz offen bekennen: sehr schmeichelhaft ist es für die Regierung und für den Herrn Ministerpräsidenten nicht gerade, daß ihnen zugemutet wird, sie haben mit geschlossenen Augen diesem Treiben ihrer Finanzminister zugesehen und ohne weiteres so schwere Schädigungen wochen- und monatelang ertragen.

Noch merkwürdiger ist es, daß die sozialdemokratischen Mitglieder dieses Ministeriums, besonders aber der Herr Ministerpräsident als der Fraktionsgenosse des Herrn Abgeordneten Keil von seinen Fraktionsgenossen gar nicht aufmerksam gemacht worden ist, was denn eigentlich unter seinen Augen vorgeht. Sollte die sozialdemokratische Fraktion so wenig Einfluß auf ihre eigenen Vertreter in der Regierung haben, daß diese so ungestraft sündigen können? — Ich kann mir das schwer vorstellen.

Und nun zum Dritten. In dieser Regierung saß während der ganzen Zeit eben der jetzige Herr Reichsfinanzminister, von dem man doch sicher hätte annehmen müssen, daß er mit der ihm eigentümlichen Kraft, mit der ganzen Aktivität, die ihn auszeichnet, auf Abhilfe gedrungen hätte, wenn er die Schäden in dem Sinne gesehen hätte, wie es eben der Herr Abgeordnete Keil dargestellt hat. (Abgeordneter Keil: Die haben mit anderen Dingen zu tun gehabt!) — Nach der Art und Weise, wie Herr Keil eben die Schäden, die entstanden sein sollen, dargestellt hat, hätte es in dieser Zeit kaum etwas Wichtigeres gegeben, als hierauf den Finger zu legen.

Aber ich übernehme, wie gesagt, die Verantwortung. Wie stellt sich nun die Sache? Man muß unterscheiden zwischen der Besteuerung der Kriegsgewinne und der Erfassung des alten Vermögens, wie es Herr Keil ja auch getan hat. Die Besteuerung der Kriegsgewinne ist, was dem Herrn Abgeordneten Keil nicht unbekannt sein kann, wie überhaupt die Gesamtheit der Entwürfe, die Sie jetzt beschäftigen, bereits vor Ostern fertiggestellt worden. Ich habe mit aller Macht darauf gedrängt, daß bereits vor Ostern die Gesetzentwürfe durch den Staatenausschuß gingen. Weshalb sind sie nicht sofort verhandelt worden? Durch Schuld der Regierung? Durch Schuld meines Herrn Amtsnachfolgers? Nein, durch die Schuld der Nationalversammlung, die die große Pause eingelegt hat und nicht verhandeln wollte. Es ist mir nicht erinnerlich, daß der Herr Abgeordnete Keil gegen diese Pause aufgetreten wäre, um die Finanzgesetze vorzunehmen, oder daß die sozialdemokratische Fraktion im Ältestenrat oder hier dagegen Protest eingelegt hätte. Wenn der Herr Abgeordnete Keil damals schon diese schwere Sorge empfunden hätte, dann wäre es doch sehr naheliegend gewesen, gegen diese Pause zu wirken, und dann hätten Sie binnen drei Tagen die Sache gehabt. Also, wenn ein schwerer Schaden aus der Verzögerung in den letzten zwei Monaten entstanden ist, dann trifft die Schuld dafür Herrn Keil genau so wie das ganze Haus.

Herr Keil hat nun selbst daran erinnert, daß ich ursprünglich die Absicht hatte, die ganze Besteuerung der Kriegsgewinne ohne gesetzliche Vollmacht durch Verordnung eintreten zu lassen. Ich habe diese Absicht nach eingehender Rücksprache mit den Volksbeauftragten aufgegeben, weil die Herren aus allen bürgerlichen Parteien — von der sozialdemokratischen Partei kann ich es nicht behaupten — in ihrer gesamten Presse darauf hingewiesen haben, es sei unerhört in einem demokratischen Staatswesen, derartig tief einschneidende Gesetze ohne Zustimmung einer Volksvertretung zu machen. Aus meiner Achtung vor dem demokratischen Gedanken und aus meiner Achtung vor den beteiligten Kreisen, denen Gelegenheit gegeben werden mußte, durch ihre Vertreter Stellung zu diesen Fragen zu nehmen, habe ich im vollen Einvernehmen mit den Volksbeauftragten meine Absicht wieder aufgegeben.

Dann trat die Nationalversammlung zusammen. Meine Damen und Herren! Sie wissen selbst, wie die ersten Wochen besetzt waren, wie damals eine Möglichkeit, derartige Vorlagen zur Verhandlung zu bringen, tatsächlich nicht bestanden hat. So kam es, daß erst die Osterzeit diejenige war, in der ich mich entschloß, die Vorlage einzubringen.

Ist es nun aber richtig, daß durch diese Verzögerung der Schaden entstanden ist, den der Herr Abgeordnete Keil angibt? In dieser Vorlage ist als Stichtag der 31. Dezember 1918 genommen. Das Objekt der Besteuerung liegt also in der Vergangenheit fest, und es kann deshalb, soweit es sich um rechtlichdenkende Deklaranten handelt, irgendeine Veränderung in den Verhältnissen nicht mehr eintreten. Rechtlich ist also die spätere Einbringung der Vorlage ohne jeden Einfluß auf das Steuerobjekt, es ändert sich gar nichts. Was aber die nicht rechtlich Denkenden betrifft, — ja, meint denn Herr Keil, daß diese sich, wenn die Vorlage vor zwei bis drei Monaten verhandelt worden wäre, geniert hätten, nun genau so zu mogeln, wie sie es jetzt tun werden? Selbstverständlich kommt es doch darauf hinaus, daß bei der Deklaration die Wahrheit unterdrückt wird, daß Vermögen verschwiegen wird; das wäre aber genau so im Februar, März, April geschehen, wie im Juni, Juli oder Oktober. Vor allem liegt es doch nicht so, daß, wenn das Gesetz herauskommt, nunmehr etwa die Hand auf alle steuerbaren Dinge, auf das ganze Vermögen

Digitized by Google

gelegt ist. Es bleibt denen, die unredlich sind, die Zeit bis zur Erhebung, und da wird auch Herr Keil zugeben müssen, daß darüber eine gewisse Zeit verstreicht. Es bleibt die Zeit bis zur Erhebung ihnen vollständig, um sich in ihrem Entschluß, den Staat zu betrügen, zu verstärken und diesen Betrug auszuführen durch falsche Deklaration, und zwar ganz gleichgültig, ob das Vermögen, das sie nicht deklarieren, im Inland versteckt ist oder im Ausland.

Nun sagt der Herr Abgeordnete Keil: Ja, sie verbringen eben das Vermögen ins Ausland. Gewiß, das mag und wird in großem Umfang geschehen sein. Ich will auf die Frage nicht näher eingehen, wie es mit der Verschleppung des Vermögens steht. Ich weise nur darauf hin, daß in den Monaten, die während der Beratung und nach der Verabschiedung bis zur Erhebung vergangen wären, dazu Gelegenheit genug gewesen wäre.

Vor allen Dingen erlaube ich mir jedoch die Frage an den Herrn Abgeordneten Keil zu richten: Was kann zur Verhinderung der Abwanderung des Kapitals mehr geschehen, als von der Finanzverwaltung geschehen ist? Der Herr Abgeordnete Keil, der diese Dinge verfolgt, weiß, daß eine ganze Zahl von Verordnungen und Verfügungen von uns erlassen worden ist. Er weiß, daß ich alles getan habe, was nach eingehendster Beratung mit Sachverständigen jeder Art überhaupt möglich war. Ich habe aber bisher von keiner Seite, von den zahllosen, die sich über die Verschleppung des Vermögens mit Recht entrüsten, irgendeinen brauchbaren Vorschlag gehört, der weiter ging als dasjenige, was ich getan habe.

Meine Damen und Herren, sollte ich eine chinesische Mauer um Deutschland ziehen? Sollte ich den Grenzkordon verstärken, wo wir überhaupt keine Truppen hatten, um die Posten zu besetzen, die ich eingerichtet hatte? Die Grenzbeaufsichtigung, die moralisch vielfach unter aller Kanone war, begünstigte ja oft nur noch die Durchstechereien! Selbst wenn ich aber eine chinesische Mauer gezogen hätte, konnte ich doch die Flugmaschinen nicht hindern, darüber hinwegzufahren! Also es ist mir irgendein weiteres tragliches Mittel nicht angeraten worden, und der Herr Abgeordnete Keil weiß genau, woran ich denke; war die Frage, die ich bis zuletzt durchgeprüft habe, die Frage der Verstempelung, — ich glaube nicht, daß Herr Keil, der sich sicher sorgfältig auch mit dieser Sache beschäftigt hat, etwa der Meinung ist, daß auf solchem Wege hätte geholfen werden können. Er weiß, welche schweren Bedenken dagegen vorhanden sind. Wenn nunmehr auch er mir nicht ein Mittel sagt, wie ich Verschleppung steuerscheuer Vermögen ins Ausland durchgreifend entgegentreten kann, so muß ich seine Vorwürfe nach dieser Richtung als sehr leichtherzig gemacht und in der Sache durchaus unbegründet zurückweisen. (Zuruf des Abgeordneten Keil: Nur frühzeitig erheben!) — Ich habe dargelegt, daß diese frühzeitige Erhebung immer noch Monate freigelassen hätte, und daß die Abwanderung dadurch nicht verhindert worden wäre.

Ganz ebenso liegt es natürlich auch bei der großen Vermögensabgabe. Die Verhältnisse sind gleich. Auch da war als Stichtag der 31. Dezember 1918 in Aussicht genommen. Aber es kommt noch etwas anderes hinzu. Wenn jetzt der Herr Reichsfinanzminister in der Lage ist, diese ungeheure Vorlage in so kurzer Frist herzustellen, so sind die Vorarbeiten dazu doch in der früheren Zeit gemacht worden. Ich stehe auf dem vielleicht jetzt veralteten Standpunkt, daß für einen so ungeheuren Eingriff in unser Volks- und Wirtschaftsleben die Vorbereitungen sorgfältig gemacht werden müssen, daß man die Sache nicht übers Knie brechen darf und daß man sich nach allen Richtungen in genauer Fühlung mit den beteiligten Volkskreisen vergewissert, daß man auch das Richtige trifft. Was hat es denn für einen Zweck, solche Vorlagen wie aus der Pistole geschossen in die Welt zu setzen? Das hat nur zur Folge, daß nach kurzer Zeit Novellen notwendig sind, die die ganze Sicherheit unseres Volks- und Wirtschaftslebens aufs Spiel setzen. Wir sind der Meinung, daß, je wichtiger und größer eine Vorlage ist, desto mehr muß sie ausreifen, damit sich unser Volks- und Wirtschaftsleben darauf einstellen kann, damit nicht das eintritt, worunter wir immer gelitten haben, daß besonders unsere Gewerbetreibenden Jahr für Jahr mit neuen Experimenten beglückt werden und daß sie nie zur Ruhe kommen. Unser Wirtschaftsleben ist so elastisch, daß es sich mit allem, oder doch jedenfalls mit sehr vielem, sehr Schwerem abfindet unter der Voraussetzung, daß es weiß, womit es rechnen kann, daß es die Grundlagen seiner Kalkulation, die wiederum die Grundlage des Wirtschaftslebens ist, erhält. Ist das der Fall, dann wird es mit den Dingen fertig, ist das nicht der Fall, dann kränkelt es, und dann können wir in dieser Zeit, wo vor allen Dingen das reelle Wirtschaftsleben wieder auf die Beine gebracht werden muß, nicht damit rechnen, daß die große Finanzgesetzgebung, die wir planen, sich in den Rahmen unseres Wirtschaftslebens einfügen wird, in den sie hineingehört.

Nun hat der Herr Abgeordnete Keil mir aber auch noch außerdem die Verantwortung dafür zugeschoben, daß aus der Masse des Heeresgeräts so außerordentlich viel verschwunden, so außerordentlich viel dem Eigentum — — (Zuruf von den Sozialdemokraten: Ist mir gar nicht eingefallen!) — Ich glaube, daß Sie gesagt haben, es wäre Zeit gewesen zuzugreifen, damals, als das Heeresgerät in den Zeiten des Waffenstillstandes verschleudert ward. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) — Dann bedaure ich, das falsch verstanden zu haben. Ich stelle in Übereinstimmung mit dem Herrn Abgeordneten Keil fest, daß daran die Reichsfinanzverwaltung nicht die mindeste Schuld trägt, daß von einem Zugreifen absolut nicht die Rede war. Sie wissen, das Heeresgerät ist vergeudet und verschleudert zum Teil durch den Rückzug, bei dem ungeheure Werte liegengeblieben sind, zum Teil durch eine zügellose Soldateska und zum Teil durch jene zahmen und wilden Arbeiter- und Soldatenräte, die teils aus Unverstand, teils aus anderen Motiven großen Schaden angerichtet haben. Der Herr Abgeordnete Keil weiß ganz genau, daß ich als Minister hier noch anerkannt habe, daß eine große Anzahl der Arbeiterräte ihre Pflicht getan haben, auch das Heeresgut zu wahren und zu sichern. Er weiß auch, daß, als ich damals aussprach, ich von anderer Seite wegen dieses anerkennenden Wortes angefeindet worden bin. Ich bin also über den Verdacht erhaben, als wollte ich Unschuldige anschwärzen. Aber ich habe auch damals schon gesagt — das wird mir der Herr Abgeordnete Keil und seine Freunde zugeben —, daß neben diesen guten Elementen eine ganz außerordentlich große Anzahl schlechter oder unfähiger Elemente gewesen sind, und daß diesen ein guter Teil der Verantwortung für die Verschleuderung des Heeresguts zuzusprechen ist. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Und den Beamten! — Unruhe.)

Auch dem Herrn Abgeordneten Farwick muß ich eine Berichtigung zuteil werden lassen. Der Herr Abgeordnete Farwick hat bemerkt, jetzt erst sei das verschleierte Bild von Sais entschleiert worden, und jetzt erst habe man die schreckliche Wahrheit über unsere Lage, die Zahlen, die in Betracht kommen, von dem Herrn Reichsfinanzminister, der jetzt seines Amtes waltet, gehört. Der Herr Abgeordnete Farwick ist wahrscheinlich verreist gewesen, als ich als Minister meine Reden hier gehalten habe. Ich habe nämlich keine einzige neue Zahl, außer denen, die sich aus der Weiterführung der Berechnungen ergaben, aus dem Munde des Herrn Finanzministers gehört, sondern nur dieselben, die ich angegeben habe. Mir ist damals gesagt worden, daß ich Dank verdiene für die große Offenheit, mit der ich gesprochen habe. Aber ich begehre gar keinen Dank. Ich möchte nur für alle Fälle einem Irrtum in der Geschichte entgegentreten, als ob jetzt erst die Reichsfinanzverwaltung, in wessen Händen sie auch ruhen mag, den Mut gefunden hat, die Wahrheit zu offenbaren. Mir ist es jedenfalls in der Zeit, in der ich die Ehre hatte, an der Spitze der Reichsfinanzverwaltung zu stehen, das erste Gebot gewesen, unserem Volke rückhaltlos die Wahrheit über alles das zu sagen, was zu sagen nötig war.

Ich wende mich jetzt den Einleitungsworten des Herrn Finanzministers zu und stelle mit Genugtuung fest, daß er erklärt hat, die erste Voraussetzung für den Wiederaufbau unseres Volks- und Wirtschaftslebens sei eine gesunde Finanzverwaltung und Finanzgebarung, und daß der erste Schritt deshalb der sein müßte, ein

Digitized by Google

grundlegendes, wohldurchdachtes Steuersystem aufzustellen. Ich begrüße das; es entspricht ganz meiner Anschauung. Ich nehme aber an, daß der Herr Reichsfinanzminister dieses Sammelwerk seiner Gesetze noch nicht als das grundlegende und wohldurchdachte Steuersystem betrachtet, das jenen ersten Schritt darstellt. — Wir sind also in diesem Punkte einig. In der Tat ist ja das, was uns hier geboten wird, doch an sich eine Zusammenstellung von höchst Disparatem und jedenfalls nicht eine irgendwie einheitliche Steuergestaltung. Wir haben vor uns direkte und indirekte Steuern, einmalige und laufende Abgaben, Verbrauchs- und Verkehrssteuern, Abgaben, die ganz und gar zum Reich fließen, und wiederum Abgaben, die zu einem großen Teil dem Staat und den Gemeinden zufließen. Wir haben vor uns Abgaben, die eine Fortbildung von Reichssteuern enthalten, und andere Abgaben, die wesentlich auf der Entwicklung der Staats- und und Kommunalsteuern beruhen. Auf diese Weise verhandeln wir über ein Mosaik von Steuern, die einen einheitlichen Plan vermissen lassen.

Ich will daraus dem Reichsfinanzminister keinen Vorwurf machen. Ganz abgesehen davon, daß dieser Vorwurf nicht den mindesten Eindruck auf ihn machen würde — es ist die Eigenheit von Finanzministern, daß sie froh sind, wenn sie ihre Steuern bekommen, ob mit oder ohne System — so würde ich auch einen solchen Vorwurf in diesem Moment nicht für gerechtfertigt halten. Denn die Steuergesetzgebung, die uns jetzt beschäftigt, ist ja eigentlich bloß der Abschluß der früheren Finanzperiode, sie ist der Abschluß der früheren Finanzgebarung — ich könnte auch sagen: der früheren Finanzmisere des Reichs. Sie ist nur eine Weiterführung, eine weitere Ausgestaltung, ein Schlußstein auf denjenigen Gebieten, die bisher vom Reich in Anspruch genommen waren. Es sind einzelne Gesetzgebungen zum Abschluß gebracht, es sind einzelne Steuern erhöht worden, einzelne andere Steuern ergänzt worden. Aber man bewegt sich immer noch auf dem Boden der früheren Reichsgesetzgebung und ist so planlos, so unsystematisch wie nur irgend möglich.

Wenn man nun zunächst einmal auf diesem Boden die erste Arbeit leisten wollte, so, das muß ich anerkennen, konnte man ein System nicht hineinbringen. Die ganze Finanzgesetzgebung des Reichs hat sich leider so ruckweise, so stoßweise, so stückweise entwickelt, daß sie immer Stückwerk blieb. Dieses Stückwerk ist dasjenige, mit dem wir jetzt die Abschlußarbeiten zu machen haben, um aber dann von ganz anderen Grundsätzen aus in einer großen, tiefgreifenden Systematik einen Neubau finanzieller Art zu errichten. Diese wirklich — ich gebrauche das Wort nicht gern, weil es zum Schlagwort geworden ist; aber es trifft hier zu — organische Auffassung des Finanzwesens als einer Einheit, die aus gewissen großen Grundlinien heraus ausgearbeitet werden muß, tut uns not. Sie tut uns nicht etwa bloß not, weil es für die Wissenschaft oder, ich möchte sagen, aus steuerästhetischen Gründen erwünschter ist, wenn man ein gut aufgezogenes Gesamtbild hat, nein, auch aus außerordentlich praktischen Rücksichten. Eine systematische Finanzgesetzgebung ist geeignet, ganz andere Steuerquellen bloßzulegen und fließen zu machen, als wenn man da und dort plötzlich einmal zugreift, mit irgendeiner Steuer hineinplatzt.

Eine solche Finanzgesetzgebung großen Stils hat außerdem den unschätzbaren Vorzug, daß sie für Beamte und Publikum leichter verständlich ist. Meine Damen und Herren! Der Wunsch, daß wir unsere Gesetzgebung überhaupt und insbesondere unsere Finanzgesetzgebung dem Volke verständlich machen, ist ein dringender; denn die Unkenntnis der Gesetze schadet nicht bloß, sie belastet vor allen Dingen auch unser Wirtschaftsleben in einer unerträglichen Weise. Der Steuerzahler zahlt unter Umständen größere Summen lieber als kleinere, wenn er bei letzteren nicht weiß, was er überhaupt zu zahlen hat, wenn er erst zum Rechtsanwalt gehen muß, um sich zu erkundigen, was er zu tun hat, wenn er jeden Augenblick in der Gefahr zu sein glaubt, über einen Steuerstrick zu fallen, wenn er lange Prozesse führen muß und zudem oft die Zuständigkeiten nicht kennt. Kurz und gut, je durchsichtiger, je verständlicher, je einfacher ein System aufgebaut wird, desto glatter und besser wird es von den Beamten gehandhabt werden, desto glatter wird sich auch, je größer die Anforderungen an das Volk sind, das Volk damit abfinden.

Von diesem Gesichtspunkt aus darf ich eine kleine Nebenbemerkung machen. Zu der Übersichtlichkeit und Verständlichkeit, zu dem erleichterten Eindringen in den Stoff der Gesetze, die das Volk beschäftigen, die unser Wirtschaftsleben betreffen, gehört auch eine volkstümliche Sprache. Solche Satzungeheuer, wie wir sie auch in den vorliegenden Gesetzen finden, könnten und sollten vermieden werden; die machen ja den Leser mutlos, wenn er anfängt und merkt, wie er sich mehr und mehr im Gestrüpp der Sätze verfängt. Ich weiß wohl, daß eine allgemein und für jeden Laien verständliche Art der Fassung nicht leicht zu finden ist in unserem technisch aufgezogenen Wirtschaftsleben; aber mehr, als jetzt geschehen ist, könnte und sollte man für eine gemeinverständliche Fassung tun, und ich möchte glauben, daß es geraten sei, bei der Kommissionsberatung auch auf diese Seite der Sache einen Wert zu legen, der nicht bloß in dem Trachten nach sprachlicher Schönheit gefunden werden kann.

Zu alledem muß aber noch etwas anderes kommen. Die Grundlage für die große, für die endgültige, für die umfassende Finanzgesetzgebung des Reichs muß eine genaue Aufstellung der Voraussetzungen sein, mit denen wir arbeiten. Wir müssen genau wissen, was wir schuldig sind, und der Reichsfinanzminister hat nicht bloß in den runden Zahlen, wie er es getan hat, sondern mit detaillierten Unterlagen uns das mitzuteilen, was wir zu wissen verlangen. Das sind jedoch die Anforderungen nicht bloß des Reiches, sondern auch der Einzelstaaten und der Gemeinden. Der Satz, den der Herr Reichsfinanzminister ausgesprochen hat, daß es ja ein Schuldner ist, der für das Reich, die Einzelstaaten und die Gemeinden zu zahlen hat, daß es nur eine Tasche ist, aus der alle drei schöpfen, ist richtig, und daraus folgt, daß bei der uns vorliegenden Gesetzgebung das Reich nicht vorgehen kann, ohne sich darum zu kümmern, was aus den anderen Steuergläubigern wird. Es muß eine Gesamtrechnung aufgemacht werden. Deutschland ist ein Konglomerat aus dem Reich, den Einzelstaaten und den Gemeinden, und wer eine große Gesetzgebung auf dem Finanzgebiete zu machen beabsichtigt, muß daher erst den Gesamtbedarf aufstellen, um dann die Deckungsmittel zu verteilen zwischen Reich, Staat und Gemeinden. Ich halte es für dringend notwendig — es wäre vielleicht schon längst wünschenswert gewesen, aber jetzt ist es notwendig —, daß eine säuberliche Scheidung zwischen ihnen nach Möglichkeit durchgeführt wird. Man wird sich insbesondere darüber klar werden müssen, ob nicht der Weg, den die Reichsfinanzgesetzgebung z. B. bei der Reichsumsatzsteuer eingeschlagen hat, der Weg von starken Überweisungen aus den Erträgen der Steuer an die Gemeinden, weiter beschritten werden sollte; ein Gedanke, den ich für ausdehnungsfähig halte. Das alles wird zusammengenommen werden müssen, um, wenn das große Werk abgeschlossen ist, uns volle Zuversicht zu geben, daß wir nicht bloß ein Gebiet geregelt haben, sondern das Finanzwesen Deutschlands überhaupt in gesunde Bahnen gelenkt haben. Ich bitte den Herrn Reichsfinanzminister, nach dieser Richtung die Vorbereitungen für seine großen Finanzpläne zu treffen.

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin darauf hingewiesen, wie unglücklich die Finanzgebarung des Reiches gewesen ist, wie wenig die materiellen Anordnungen dem Bedürfnis der Gesamtheit zu entsprechen geeignet waren. Eines der besten Beispiele dafür ist das Gebiet der Kriegsbesteuerung, und ich kann diesen Nachweis auch an den beiden Gesetzen, die uns in dieser Richtung vorliegen, der außerordentlichen Kriegsabgabe für 1919 und der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, liefern. Beide Gesetze sind uns ja seit langer Zeit bekannt, sie sind, lange bevor sie eingebracht wurden, veröffentlicht worden. Meine politischen Freunde sind der Meinung, daß diese Veröffentlichung eine gute und richtige Maßnahme gewesen ist. Ich möchte bitten, daß die Reichsfinanzverwaltung diesen Weg nach Möglichkeit weiter beschreitet. Je zeitiger die Veröffentlichung von Entwürfen stattfindet, desto mehr hat die Öffentlichkeit Zeit, sich eingehend mit ihnen zu beschäftigen, desto stärker, kräftiger und sachlicher kann

Digitized by Google

die Kritik einsetzen, und man soll die Kritik nicht scheuen, sondern ihr dankbar sein und sie benutzen. Es darf nicht jene bureaukratische Zaghaftigkeit, die jeden Luftzug der Öffentlichkeit vermeidet und unter Umständen als Beeinträchtigung ihrer Würde oder ihres Erfolges betrachtet, Platz greifen, jedenfalls jetzt nicht mehr. Mit das Schlimmste, was uns passieren kann, ist es, wenn die beteiligten Kreise mit Recht oder Unrecht glauben, daß sie vergewaltigt worden sind. Wir müssen ihnen Gelegenheit geben, sich zu äußern, und ich habe gefunden: wenn dies geschieht, dann werden sehr viele Mißverständnisse ausgeräumt, und es kommt vielfach zu einem Entgegenkommen auch von Seiten, von denen man es zunächst nicht erwarten konnte. Deshalb ist die Veröffentlichung von Gesetzentwürfen, wie sie übrigens in Preußen schon Mitte des vorigen Jahrhunderts üblich war und dann leider eingeschlafen ist, ein Gesichtspunkt, von dem ich wünschte, daß er bei der Reichsgesetzgebung Beachtung fände.

Die beiden Gesetze, von denen ich spreche, gehören zusammen. Die Kriegsabgabe aus dem Vermögenszuwachs wird ergänzt, einmal insofern sie sich nur mit der Besteuerung der physischen Personen befaßt, während das Kriegsabgabengesetz von 1919 auch die Besteuerung der Gesellschaften regelt, sodann insofern, als Kriegsabgabe nur das Vermögen der Einzelpersonen erfaßt, durch die Abgabe von 1919 auch noch die Besteuerung des Mehreinkommens herbeigeführt wird. Daß diese Aufmachung notwendig geworden ist, ist ein Kennzeichen für die unglückliche Gebarung in der Kriegssteuergesetzgebung, wie sie sich im Kriege vollzogen hat. Besonders schwere Vorwürfe gegen das Kriegsabgabengesetz sind dem Umstande entnommen worden, daß es nur das Vermögen und nicht das Einkommen heranziehe, daß es die Vermögensverschwendung und das Protzentum geradezu herausfordere, daß es die Sparsamkeit bestrafe und die Liederlichkeit begünstige. Ich kann die Berechtigung dieses Vorwurfs nicht bestreiten. Warum kann er erhoben werden? Weil allzulange die Bundesstaaten sich leider gesträubt haben, von sich aus das herzugeben, was die Sache erfordert. Zwar hat der erste Kriegssteuergesetzentwurf bereits eine Berücksichtigung des Einkommens enthalten. Das war aber eine ganz unzulängliche und in sich widerspruchsvolle Maßnahme. Das richtige wäre gewesen, das Einkommen sogleich so heranzuziehen, wie es später gewesen ist; aber an dem Widerstande des Bundesrates scheiterte die Sache, und Sie sehen, wie hinkend die ganze Gesetzgebung kam, bis im Jahre 1918, nachdem wiederum der Bundesrat sich geweigert hatte, dem Verlangen des Reichsschatzamtes Rechnung zu tragen, dann doch, natürlich zu spät, dem Bundesrat die Zustimmung zu dieser Besteuerung des Mehreinkommens abgerungen wurde. Diese Besteuerung war aber eine nicht gerechte, und zwar deshalb, weil die landesgesetzlichen Unterlagen als solche sehr verschiedenartig waren. Das ist eben die Folge davon, daß man nicht rechtzeitig erkannt hat, wie unter diesen Umständen dem Reiche der einheitliche Zugriff auf die größte Quelle seiner Bezüge selbst gestattet werden mußte. — Ich habe nicht irgendeiner Partei des Hauses einen Vorwurf gemacht, sondern ich habe den Bundesstaaten den Vorwurf machen müssen, daß sie sich gegenüber der Mehrheit des Hauses ablehnend verhielten. Daß die Bundesstaaten in der Minderheit des Hauses eine Stütze gefunden hatten, war ihnen angenehm, kann aber ihr Verschulden kaum vermindern.

Nun aber haben wir jetzt diese beiden Gesetze nebeneinander. Wir können feststellen, daß die außerordentliche Kriegsabgabe von 1919 im großen und ganzen so, wie es in Aussicht genommen war, eine Wiederholung des vorjährigen Gesetzes darstellt. Der einzige wesentliche Unterschied besteht darin, daß die Besteuerung der Gesellschaften von 60 v. H. auf 80 v. H. gesteigert worden ist. Mit Rücksicht auf diese Steigerung der Belastung des Mehrgewinns der Gesellschaften ist durch eine besondere Bestimmung Vorsorge getroffen worden, daß nicht etwa durch Staats-, Gemeinde- und verwandte Steuern womöglich der gesamte Mehrgewinn nicht bloß verschluckt, sondern überstiegen werden kann. Dieser Gedanke ist richtig. Es wird aber vielleicht der Prüfung bedürfen, ob dieser Gedanke nicht auch gegenüber den Einzelpersonen zur Durchführung gebracht werden soll. Es ist ja richtig, daß die Belastung der Einzelpersonen nicht so hoch geht, daß ihr Mehreinkommen mit 50 v. H. belastet wird; aber nach Zusammenstellungen, die wir gesehen haben, werden wir zu prüfen haben, ob nicht auch bei ihnen der Fall eintreten kann, daß sie durch diese Belastung schließlich des Gesamtmehreinkommens verlustig gehen, so daß sie darauf Anspruch haben, nicht schlechter gestellt zu werden als die Gesellschaften.

Was die Kriegsabgabe von dem Vermögenszuwachs betrifft, so ist bereits darauf hingewiesen worden: es ist ein Gesetz, das sich nicht bloß zeitlich an das frühere Gesetz anschließt, sondern den gesamten fünfjährigen Zeitraum des Krieges umfaßt. Es ist klar, daß dieser Weg beschritten werden mußte. Da nicht dieselben Sätze, sondern erheblich höhere Sätze von dem Vermögenszuwachs erhoben werden sollen, so mußte natürlich, wenn man nicht etwa die Kriegsgewinne der ersten Periode besser und günstiger stellen wollte als die der zweiten, wozu keine Veranlassung vorlag, der Weg beschritten werden, daß man den ganzen Zeitraum noch einmal umfaßte und diejenigen Zahlungen, die auf Grund der ersten Veranlagung stattgehabt haben, nur als Abschlagszahlungen betrachtete. Es findet also eine Veranlagung des ganzen Vermögensganges innerhalb der fünf Jahre statt, dann wird das Resultat im ganzen gezogen und nur dasjenige eingehoben, was den Unterschied zwischen der Zahlung auf Grund des alten Kriegssteuergesetzes und der Zahlung, die auf Grund des neuen Kriegssteuergesetzes geschuldet wird, darstellt. Wohlgemerkt: es wird die Differenz nachgefordert, die sich zugunsten des Fiskus ergibt; es wird aber nicht eine Differenz herausgezahlt, die sich zugunsten der Schuldner ergeben könnte! Meine Damen und Herren! Wir kennen den Fiskus, wir werden in dieser mit seiner Natur unerträglichen Beziehung keine Zumutungen stellen: Was er hat, behält er, und infolgedessen glaube ich, werden wir auch in dieser Beziehung nicht etwas beanspruchen dürfen, daß, wenn etwa die erste Kriegssteuer höher gewesen ist als diejenige, die sich jetzt ergeben hätte, der Fiskus das herauszuzahlen und womöglich noch mit 5 v. H. zu verzinsen hat. Als Stichtag für das neue Gesetz soll der 31. Dezember 1918 gewählt werden. Der Gesetzgeber hat sich aber nicht der Erkenntnis verschlossen, daß gerade nach dem 31. Dezember 1918 sich noch ganz außerordentlich tiefgreifende Vermögensverschiebungen vollzogen haben, tiefgreifende Vermögensverschiebungen nach beiden Seiten. Große Wertverschiebungen nach unten sind eingetreten, große Vermögensverluste sind erfolgt; es ist aber nicht zu zweifeln, daß auch ungeheure Kriegs- und Revolutionsgewinne in dieser Zeit, übrigens gerade aus der Verschiebung von Heeresgut gemacht worden sind. Es wäre außerordentlich schade, wenn man nicht die Hand auf diese Gewinne legen könnte.

Nun ist für den Fall, daß der Steuerschuldner in der Zwischenzeit seit dem 31. Dezember 1918 Verluste gehabt hat, in diesem Gesetz Vorsorge getroffen dahin, daß, wenn er solche Verluste nachweisen kann, sie in vollem Umfange berücksichtigt werden, so daß also in Wahrheit zugunsten des Schuldners der 31. Dezember 1919 der Stichtag ist und nicht der 31. Dezember 1918.

Das Gesetz trifft aber keine Vorsorge für den Fall, daß in dieser Zeit neue große Vermögen erworben worden sind.

Ich nehme an, daß diese Vorsorge nicht übersehen worden ist, sondern daß in einem neuen Besitzsteuergesetz, das jedenfalls mit höheren Sätzen arbeiten wird als das alte, diese neuentstandenen Vermögen ebenfalls erfaßt werden.

Da tut sich denn doch freilich die Frage auf, ob man dann nicht vielleicht überhaupt den Stichtag des 31. Dezember 1919 zugrunde legen könnte. Wir sind jetzt im Jahre schon ziemlich weit voran, und wenn ich mir vorstelle, daß nach beiden Seiten erst Umrechnungen stattfinden sollen, dann erscheint es mir doch erwägenswert, ob es nicht besser ist, den 31. Dezember 1919 als Stichtag zu wählen. Die Selbstveranlagung, die inzwischen stattgefunden hat, kann trotzdem nützlich sein. Ich behalte mir vor, in der Kommission darauf einzugehen. Jedenfalls scheint es mir wert, der Sache nachzugehen und sie zu prüfen.

Welche Veränderungen sind nun außerdem in dem neuen Gesetz grundsätzlicher Art — denn auf Einzelheiten gehe ich natürlich nicht ein — hervorzuheben? Es fällt mir zunächst auf, daß

Digitized by Google

in dem neuen Gesetz eine Bestimmung fehlt, die in dem alten enthalten war und geradezu wesentlichster Art war, die Bestimmung, daß der Ertrag dieses Gesetzes lediglich zur Deckung der Schulden des Reiches bestimmt ist. Eine solche Bestimmung fehlt, und ich bin einigermaßen erstaunt, daß sie fehlt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ist nie gehalten worden!) Darauf kommt es deshalb nicht an, Herr Kollege Keil, weil wir jetzt nicht in der Zwangslage sind, in der wir damals waren, wo es sich nur um einen rechnungsmäßigen Ausgleich für ein Etatsdefizit handelte, sondern, wenn diese Bestimmung wirklich vollständig fehlen sollte, annehmen müßten, daß die Erträge dieser Steuer zu Zahlungen verwandt werden sollen. Das ist natürlich ein grundlegender Unterschied; denn wenn diese Steuer, worauf ich gleich komme, im wesentlichen in Kriegsanleihe gezahlt werden soll, so bekomme ich ja gar kein Zahlungsmittel in die Hand. Mit Kriegsanleihe kann ich nicht zahlen. Kriegsanleihe kann ich nur veräußern, um Zahlungsmittel zu bekommen, d. h. ich kann sie nur zu dem niedrigen Kurse veräußern, zu dem sie jetzt gehandelt wird, und wenn ich aus ihrem Ertrag wirklich Zahlung leisten sollte, so würde bei weitem nicht der volle nominelle Ertrag einkommen, sondern ein Ertrag, gekürzt um die Kursdifferenz. Ich kann mir das nicht vorstellen; ich glaube deshalb, daß die Absicht des Entwurfs nicht dahin geht. Ich nehme vielmehr an, daß auch diese Steuer, weil sie eben in Kriegsanleihe oder vielleicht in Schatzanweisungen bezahlt werden soll, nur dazu bestimmt ist, nicht effektiv Zahlungen zu leisten, sondern die Schuld des Reiches, sei es die fundierte, sei es die schwebende Schuld, zu tilgen. Ich würde aber dem Herrn Reichsfinanzminister dankbar sein, wenn er mich in dieser Beziehung beruhigte. Wie gesagt: ich kann mir nicht vorstellen, daß, wenn man Kriegsanleihe in diesem Umfange in Zahlung nimmt, man diese Kriegsanleihe nicht lediglich zur Schuldendeckung, zur Kassierung der Schulden verwenden will.

Diese Zahlung der Kriegsanleihe findet nunmehr nicht mehr derart statt, daß die Kriegsanleihe unbedingt zum Nominalwert angenommen wird, sondern es ist ein Unterschied gemacht zwischen Zeichnern und anderen. Wir sind mit dieser Unterscheidung einverstanden. Nach der Entwicklung, die die Kurse genommen haben, wird man nur gerecht handeln — mindestens der Regel nach — wenn man diese Scheidung vornimmt. Ich verhehle mir aber nicht, daß gewisse Schwierigkeiten bei dieser Unterscheidung vorhanden sind. Einmal sind in nicht ganz seltenen Fällen die Zeichner gezwungen gewesen, die großen Stücke, die sie gezeichnet und empfangen hatten, in kleinere Stücke umzutauschen, weil sie zum Beispiel einen Teil der Kriegsanleihe veräußern mußten, um ihren Lebensbedarf, um ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Dann ist für den Rest dieser Mann nicht mehr Zeichner, er hat dann ein Stück bekommen, das er erworben hat, ohne es gezeichnet zu haben. Hier wird Vorsorge getroffen werden müssen, um nicht eine Ungerechtigkeit zu begehen. Ich habe mir ferner mitteilen lassen, daß in nicht ganz seltenen Fällen die Banken überhaupt keine Nummernverzeichnisse gegeben haben, sondern lediglich gesagt haben: ihr habt so und so viele Stücke Kriegsanleihe bei uns. In diesen Fällen wird es wiederum außerordentlich schwer sein, den Nachweis zu bringen, daß die Kriegsanleihe, die zur Zahlung angeboten wurde, auch aus seiner eigenen Zeichnung stammt. (Zuruf von den Deutschen Demokraten: Eidesstattliche Versicherung!) — Es wird mir zugerufen: Eidesstattliche Versicherung! Ich glaube, daß dieser Weg vielleicht wird beschritten werden müssen. Sehr angenehm, meine Damen und Herren, ist er nicht. Diese Affidavitwirtschaft ist unmoralisch im höchsten Sinne des Wortes. Die Engländer wissen, was sie damit angerichtet haben. Bei dem Zustand des Rechtsgefühls, wie er leider gegenwärtig bei uns herrscht, würde ich sehr gern vermeiden, die Moral der Beteiligten auf eine neue Belastungsprobe zu stellen.

Nun wird ja aber die Zahlung nicht nur in Kriegsanleihe stattfinden, sondern sie wird und soll auch in anderen Formen stattfinden. Der § 26 des Gesetzes sieht dafür eine neue gesetzliche Regelung vor. Diese Frage ist eine der wichtigsten Fragen in dem ganzen Gesetz; denn die Art der Zahlung bei so großen Abgaben ist eine Frage, die der Höhe der Abgaben mindestens gleichwertig ist. Was so tief in das Vermögen, was so tief in die wirtschaftliche Kraft des Steuerschuldners und der Gesamtheit eingreift, das muß abgewogen werden, um nicht Werte zu zerstören, bloß um die Steuerforderung zu befriedigen. Das ist nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit und der Duldung gegenüber dem einzelnen, das ist auch ein Gebot gegenüber der Allgemeinheit, die den allergrößten Wert darauf legen muß, daß die wirtschaftlichen Grundlagen, aus denen die Kräfte ihr zuströmen, ihr erhalten bleiben und nicht zerschlagen werden.

Ich sehe also diesem Gesetz entgegen und hoffe, daß es sehr bald kommen wird. Ich muß sagen, daß der Inhalt dieses Gesetzes maßgebend ist für die Beurteilung des ganzen Werkes, soweit es sich um die Erfassung des Vermögenszuwachses handelt. Übrigens wird die gesteigerte Höhe der Abgaben aller Voraussicht nach auch dasjenige, was wir bereits in den früheren Kriegssteuergesetzen gesehen haben, in noch stärkerem Maße hervortreten lassen: ein Aufgebot von geradezu staunenswerter Klugheit, um durch die Maschen des Gesetzes hindurchzukommen.

Die Veranlagung des früheren Gesetzes hat ergeben, daß unsere Steuerbehörden nicht imstande gewesen sind, all diesen Schlichen und Kunststücken der geriebenen und gerissenen Spekulanten, Schieber, Schleicher und Kriegsgewinnler wirklich so nachzugehen, wie das notwendig gewesen wäre. Es ist ein offenes Geheimnis, daß man auf den verschiedensten Wegen dazu gelangt ist, der Aufmerksamkeit, der Findigkeit der Steuerbehörden zu entgehen. Diese Erkenntnis hat es dazu gebracht, daß schon im vorigen Jahre ein Schritt getan worden ist, der jedes brave Juristenherz beinahe zum Springen bringt. Man hat nämlich den Begriff der Rechtskraft aufgehoben. Auch ich gehöre zur Zunft und weiß es deshalb ernsthaft zu würdigen, wie bedenklich es ist, an dieser Grundlage der Rechtssicherheit zu rütteln. Ich würde auch, wenn es sich um laufende Abgaben handeln sollte, Widerspruch dagegen erheben. Aber hier handelt es sich um einmalige Abgaben, auch nur um eine zeitliche Begrenzung, und deshalb halte ich es doch für richtig, daß man die Möglichkeit geschaffen hat, nunmehr an der Hand der Erfahrungen die Steuererklärungen nachzuprüfen, die in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht genügend geprüft werden konnten. Meine Damen und Herren! Es handelt sich um Prüfungen, die unter Umständen einen Beamten allein ein Jahr lang und länger beschäftigen könnten. Es handelt sich um die Aufdeckung von Zusammenhängen zwischen Muttergesellschaften und Tochtergesellschaften, um alle möglichen Bilanzschiebungen und -verschleierungen, die ein besonderes Studium erfordern. Dazu müssen wir Zeit haben. Ich wäre dankbar, wenn der Herr Reichsfinanzminister vielleicht nach Benehmen mit den Einzelstaaten sagen könnte, ob diese Aufhebung der Rechtskraft im vorigen Jahre bereits Veranlassung gegeben hat, Steuererklärungen anzufechten, Unrichtigkeiten nachzuweisen, dem Reich nachträglich das zuzuführen, was ihm gebührt.

Der gegenwärtige Gesetzentwurf geht aber einen Schritt weiter: er hebt sogar auch die Festsetzung des Besitzsteuergesetzes aus dem Jahre 1913 auf, und zwar zugunsten wie zu ungunsten des Steuerschuldners, wenn sie auf einem Rechtsirrtum beruht. Von dem Gesichtspunkt aus, den ich dargelegt habe, glaube ich mich auch mit dieser sehr eigenartigen und an sich wiederum nicht unbedenklichen Neuerung einverstanden erklären zu können.

Im übrigen hat der Entwurf auch weiterhin alles getan, um Umgehungen vorzubeugen. An der Hand der Erfahrungen, die man in reichem Maße gemacht hat, ist die Zahl derjenigen Fälle, in denen Zurechnungen stattfinden, um die Möglichkeit der Hinterziehung und der Verschiebung von Vermögen einzuengen oder ganz zu beseitigen, vermehrt. Man kann nur hoffen, daß es unseren Steuerbehörden auch gelingt, gerade diese Sünder zu packen und in der Handhabung des Gesetzes das Ziel des Gesetzes zu verwirklichen.

Aber zu erwägen bleibt doch, ob nicht gerade im Interesse des Fiskus neben der Strenge des Gesetzes auch die Milde des Gesetzes Platz greifen solle, mit anderen Worten, ob nicht der Generalpardon noch einmal eingesetzt werden soll. Der Generalpardon hat in dem ursprünglichen Entwurf des Gesetzes, wie er

Digitized by Google

von der Reichsregierung herausgegeben wurde, gestanden; er ist veröffentlicht worden, und erst der Staatenausschuß hat ihn beseitigt. Ich habe nichts übrig für die Häufung von Begnadigungen, Generalpardons, Amnestien. Wir müssen endlich einmal Schluß damit machen, damit das Rechtsgefühl im Volke erstarkt, damit das Volk weiß, daß das, was recht ist, nicht ein biegsames, jeden Augenblick wieder aus der Welt zu schaffendes Etwas, sondern ein hartes, strenges, achtunggebietendes Ding ist, damit das Volk sich darauf verläßt, im Guten und Bösen, daß das, was Recht ist, auch Recht bleibt. Aber in diesem Falle, wo wir doch fiskalisch denken müssen, wird man vielleicht sagen können, daß so viele arme Sünder da sind, daß dieser Generalpardon vielleicht noch sehr erhebliche Beträge ans Tageslicht ziehen wird. Wenn ich daran denke, wie unzählige Zuschriften ich nach dieser Richtung hin erhalten habe, so scheint mir, daß auf der einen Seite die Verwilderung der Sitten im Kriege eine sehr große gewesen ist, daß aber vielleicht doch jetzt vielen Leuten das Gewissen schlägt und vielleicht noch mehr schlägt, wenn sie die Strafen und die Folgen sehen, mit denen jetzt gegen die Steuerhinterzieher vorgegangen werden soll. Deshalb möchte ich doch zur Erwägung stellen, ob man nicht — allerdings zum unwiderruflich letzten Male, das muß zum Ausdruck gebracht werden, noch einmal einen Generalpardon einführt und auf diese Weise diejenigen, die guten Willens sind, dazu bringt, ihre Sünden zu bereuen und nicht nur zu bereuen, sondern in klingender Münze wieder gutzumachen.

Das wesentlichste in diesem ganzen Gesetz sind natürlich die hohen Sätze, die bis zu hundert vom Hundert ansteigen. Ob die eine oder andere Freigrenze das Richtige ist, darüber werden wir uns in der Kommission noch zu unterhalten haben. Aber diese ganz außerordentliche Höhe der Sätze — das dürfen wir uns nicht verhehlen — gibt auch dem ganzen Gesetz ein anderes Aussehen. Ein Steuergesetz ist nicht bloß quantitativ, ein Steuergesetz ist auch qualitativ verändert, wenn die Sätze in einem Maße sich verändern, daß sie eine ganz andere Wirkung auf das Wirtschaftsleben, auf die Lebenshaltung des einzelnen ausüben, wie es vorher der Fall gewesen ist. Ein Steuergesetz kann Härten enthalten, die zu tragen sind, solange es sich noch um erträgliche Summen handelt, die aber ganz anders empfunden werden, wenn durch die Steigerung der Sätze diese Härten sich in ein schreiendes Mißverhältnis zu den Grundlagen der Vermögenshaltung verwandeln. Deshalb — das sehen wir aus den Besprechungen in der Öffentlichkeit und zahlreichen Eingaben — werden nunmehr alle die Beschwerden, die gegen das frühere Gesetz erhoben worden sind, jetzt in noch verstärktem Maße geäußert. Ich glaube, wir werden uns wenigstens dem nicht entziehen können, diesen Beschwerden unter dem Gesichtspunkt der Verschärfung den Härten des Gesetzes durch die Steigerung der Sätze noch einmal nachzugehen. Ob wir ihnen nachgehen, ist eine andere Sache. Deshalb wird noch einmal der alte Streit ausgefochten werden müssen: Ist es recht, daß, um es kurz zu sagen, der ehrliche Erwerber und Sparer dem unehrlichen, unreellen Kriegsgewinner gleichgestellt wird, ist es recht, daß der Verschwender, daß der Schieber, daß der Schleichhändler, daß der Spekulant, daß der Vermittler nun ebenso behandelt wird wie der Sparsame und der Fleißige? Das ist eine Frage, ich muß das anerkennen, die unser Volk nicht zur Ruhe kommen läßt. Man muß die Dinge ansehen, wie sie sind. Folgen Sie einen Moment der Geschichte der Entstehung des ganzen Gesetzes. Wovon ging man denn aus? Der Ruf nach Besteuerung der Kriegsgewinne ging aus von der Entrüstung über die Moral minderwertiger Kriegsgewinner. Kriegsgewinner war ein Schimpfwort. Die Kriegsgewinner sollten gefaßt werden, nicht nur um eine fiskalische Einnahmequelle zu schaffen, sondern auch, um das beleidigte Gewissen unserer Volksgenossen zu schonen. Diesen Weg ist auch der Reichsgesetzgeber zunächst gegangen. Er ist ihn aber nicht zu Ende gegangen, indem er sich überzeugte oder zu überzeugen glaubte, daß er nicht zu Ende gegangen werden kann, da es außerhalb des Bereichs der Möglichkeit liege, die begriffliche Scheidung, die ganz klar ist zwischen moralischem und unmoralischem Gewinner, in die praktische Entscheidung umzusetzen; da es nicht möglich sei, derartig in einzelne Geschäfte und Komplexe von Geschäften einzudringen, daß man beide säuberlich auseinanderhalten könnte. Deshalb ging die Gesetzgebung einen Schritt weiter und sagte: Kann ich nicht denjenigen allein fassen, der im Kriege sich zu Unrecht bereichert hat, so will ich wenigstens denjenigen besonders fassen und herausheben, der sich am Kriege bereichert hat, wenn auch durch seine Arbeit, durch seinen Fleiß; denn immerhin ist der Gedanke peinlich, daß jemand verdient am Kriege. Deshalb muß jeder Verdienst am Kriege, jeder Verdienst, der mit dem Krieg im Zusammenhang steht, beseitigt werden.

Das war der zweite Schritt, und auch dieser Schritt ist nicht gelungen. Wiederum zeigte es sich, daß diese Kausalität nicht nachweisbar ist, daß vor allen Dingen die Steuerbehörden nicht in der Lage sind, in diesen Geschäften, in einem Komplex einer Fabriktätigkeit, eines großen Handlungshauses nunmehr festzustellen: wie weit reichen da die ursächlichen Zusammenhänge? So kann man nunmehr auf eine ganz andere Basis, auf die Basis, die der Herr Reichsfinanzminister bereits angedeutet hat, auf die Basis: Im Kriege soll niemand verdient haben, weil sehr viele, die sehr gern gespart, gearbeitet, zurückgelegt hätten, nicht in der Lage waren, ihre Sparsamkeit, ihre Arbeitsamkeit, ihren Fleiß zu betätigen: Es war der Ausgangspunkt also der: Nicht weil ihr am Kriege oder durch den Krieg durch reelle oder unreelle Handlungen euch bereichert habt, müßt ihr die Bereicherung herausgeben, sondern auch wenn ihr wirklich redlich und ehrlich gearbeitet habt, so ist es nicht mehr als recht und billig, daß ihr das herausgebt, was die anderen auch gern erarbeitet und gespart hätten, wenn sie nicht im Schützengraben gelegen und untätig hätten zusehen müssen, wie ihr bißchen Vermögen zu Hause sogar noch daraufgegangen ist.

Das war also eine neue Grundlage, und diese Grundlage hat jedenfalls nicht bloß eine finanzielle, sondern immerhin eine so tiefe moralische Bedeutung, daß man sie gegenüber dem, wie ich immer wieder anerkenne, volkstümlichen anderen Ausgangspunkt doch wohl wird verteidigen können. Indes hat der Entwurf, obgleich er nicht grundsätzlich — und er hat es ja auch jetzt im Namen zum Ausdruck gebracht, nachdem früher schon der anstößige und ominöse Name „Kriegsgewinnsteuer" fallen gelassen und in den farblosen und harmlosen Ausdruck „Kriegssteuer" umgewandelt worden war; offenbar hat man jetzt auch das mit Bewußtsein geändert und hat sich auf den Namen „Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs" zurückgezogen — ich sage: Nachdem die Reichsfinanzverwaltung sich zunächst auf diesen Standpunkt gestellt hatte, hat sie, wenn ich recht sehe, ein Kompromiß geschlossen. Sie hat nämlich nicht alle Vermögenszuwachse eingezogen, sie unterscheidet zwischen großen und kleinen. Das ist nicht ganz folgerichtig. Ich kann das nur dahin verstehen, daß man sagt: bei großen Gewinnen wird wenigstens vielfach dieser Gewinn doch irgendwie mit dem Kriege zusammenhängen, bei kleinen Gewinnen ist es viel wahrscheinlicher, daß sie wirklich durch die Sparsamkeit und den Fleiß, die Tüchtigkeit und Arbeitsamkeit des kleinen Mannes erzielt worden sind. Das ist gewiß oft richtig, obgleich ich vor zu großer Verallgemeinerung warnen muß.

Geht man aber diesen Gedanken erst einmal völlig nach, dann würde man vielleicht noch einen Schritt weiter gehen können. Wenn man eine, wenn ich so sagen soll, Vermutung für die Art der Herkunft eines Kriegsgewinns aus seiner Größe aufstellt, so wird man auch an die Sprunghaftigkeit des Gewinns denken müssen und wird den Satz aufstellen können: Je sprunghafter ein Gewinn war, je unverhältnismäßiger der Vermögenszuwachs gegenüber dem ursprünglichen Vermögen war, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß er — in gutem oder schlechtem Sinne — mit der Kriegskonjunktur zusammenhängt. Es wird Aufgabe der Kommission sein, diesem Gedanken nachzugehen, um auf diesem Wege auch dem empfindlichen Volksgewissen vielleicht noch mehr Rechnung zu tragen.

Ich möchte allerdings noch eine weitere Anregung geben. Ich habe immer auf dem Standpunkt gestanden, daß man die ganz abscheulichen, zum Teil stadtbekannten, jedenfalls aber doch häufiger

Digitized by Google

aufzudeckenden Fälle, in denen durch eine geradezu unmoralische Handlungsweise große Gewinne erzielt worden sind, noch abseits des Steuergesetzes selbst zu fassen suchen muß. Wir haben in unseren Prozeßakten, wie ich weiß, jetzt in weitem Umfange hierfür Material, da die beteiligten Ehrenmänner sich oft über die Teilung des Gewinns nicht einigen konnten und an die Gerichte gegangen sind. Es wäre meines Erachtens durchaus zu überlegen, ob man nicht die Vorstände der Gerichte und die Anwälte auffordern sollte, solche Fälle namhaft zu machen. Ich gebe mich keinen Illusionen hin, als ob dadurch ungezählte Millionen für das Reich zu ergattern wären. Aber für das Volksgewissen wäre es etwas Gutes, wenn wir solche krassen Fälle heraushölten und an den Pranger stellten. Deshalb bitte ich, diesem Gedanken nachzugehen und ihn womöglich in die Wirklichkeit überzuführen.

Das zweite, was von diesem Gesichtspunkt aus zu dem Zuwachssteuergesetz zu sagen ist, führt mich auf jene Vorschrift zurück, die im alten Kriegssteuergesetz auf Grund eines von dem Minister Helfferich vereinbarten Kompromisses eingefügt war: die Besteuerung nicht bloß des Zuwachses, sondern auch der stationären Vermögen und derjenigen, die sich um nicht mehr als 10 v. H. vermindert hatten. Diese Bestimmung hatte großen Anstoß erregt. Sie war auch eine Halbheit. Sie war eine nach meiner Meinung sehr unzulängliche Halbheit gegenüber der gesunden Forderung, die wir damals vom Reichstag aufgestellt haben, alles Vermögen heranzuziehen, um damit den breiten Unterbau für die Vermögenszuwachsbesteuerung zu schaffen. Aber, meine Damen und Herren, wenn wir ganz genau zusehen, steckt diese Bestimmung tatsächlich auch in dem jetzigen Gesetze; und zwar steckt sie in dem Gesetz deshalb drin, weil die Vermögensentwertung, weil die Geldentwertung jetzt das Vermögen, das heißt das, was man mit einer Geldsumme leisten kann, ganz anders gestaltet hat, als es früher gewesen war. Mit anderen Worten: wer früher 100 000 Mark gehabt hat und jetzt — sagen wir — 130 000 Mark hat, der hat höchstens soviel, wie er früher gehabt hat. (Zuruf von den Deutschen Demokraten und rechts: Viel weniger!) — Nehmen wir an: er hat weniger, so muß er trotzdem jetzt Kriegsgewinnsteuer, Steuer vom Vermögenszuwachs zahlen, obgleich er, wie Sie eben mit Recht zurufen, höchstens dasselbe, wahrscheinlich weniger hat als früher. In Wahrheit steckt also in der Tat in dieser Besteuerung des Kriegszuwachses, weil dieser Zuwachs zu einem guten Teil von der Geldentwertung absorbiert ist, die Besteuerung des alten Vermögens selbst mit drin, und ich kann nicht leugnen, daß das eine Härte ist und als Härte empfunden wird, vorläufig sogar noch als besondere Härte empfunden wird deshalb, weil große Vermögen, die überhaupt keine Vermehrung erfahren haben, wiederum gar nicht getroffen werden; wofür erst durch die große Vermögensabgabe das Remedium geschaffen werden wird. Indes können wir im Interesse dessen, was aufgebracht werden soll, voraussichtlich die von mir gekennzeichnete Härte, also die Fassung eines Teils als Vermögenszuwachs, der in Wirklichkeit kein Vermögenszuwachs ist, nicht ausgleichen. Wir werden daran festhalten müssen.

Und festhalten werden wir müssen an dem letzten Punkt, der wiederum zu mancherlei Beschwerden in der Öffentlichkeit Anlaß gegeben hat, an der Zurückdatierung des Gesetzes bis zum 31. Dezember 1913. Es ist ganz richtig, daß die Frist von diesem Tag bis zum 1. August 1914, die Vorkriegszeit, mit dem Krieg wirklich nichts zu tun gehabt hat. Man kann nicht einmal sagen, daß etwa der Krieg seine Schatten vorausgeworfen hat, und daß unter dem Schutz dieses Schattens sich bereits Vorkriegsgewinner aufgetan haben. Nein, der Grund ist ein vollständig anderer. Der Grund liegt darin, daß am 31. Dezember 1913 die Veranlagung stattgefunden hat, die die Grundlage der Veranlagung der Kriegssteuern gab, daß es positiv unmöglich ist, jetzt mitten heraus etwa den 1. August 1914 zu nehmen und daß, wenn man es tun wollte, man den sinnlosesten Schiebereien und Verdunklungen Tür und Tor öffnen würde. Wir müssen deshalb aus diesem — wenn ich so sagen soll, — mehr technischen Grunde darauf verzichten, diese Vorkriegszeit auszunehmen. Ganz besonders schwere Fälle müssen durch den Härteparagraphen berücksichtigt werden, obgleich ich weiß, daß von diesem Härteparagraphen ein möglichst sparsamer Gebrauch gemacht worden ist und auch nur gemacht werden darf. Denn wenn wir das nicht tun, dann lösen wir das System des ganzen Gesetzes auf, und dann belasten wir die Behörden, ohne daß wir dem Fiskus irgendeinen Vorteil bringen.

Meine Damen und Herren, über das kleine Rayonsteuergesetz kann ich mit wenigen Worten hinweggehen. Vom fiskalischen Standpunkt aus lohnt es sich natürlich nicht; es ist nur gemacht aus dem Gesichtspunkt: das Reich hat nichts zu verschenken, und deshalb muß denjenigen, die sonst durch den Wegfall des Rayons und die Einbehaltung der früher gezahlten Entschädigung sich bereichern würden, diese Bereicherung weggenommen oder beschnitten werden.

Das Erbschaftssteuergesetz weckt wehmütige Erinnerungen an eine Zeit, wo man sich noch über eine Steuer von 50 Millionen Mark die Köpfe einschlug, wehmütige Erinnerungen an eine Zeit, wo ein solches Steuergesetz einen Kanzler zu Fall brachte, Neuwahlen bestimmte und jahrelang das Volk in den Tiefen umwühlte. Wie weit sind wir gekommen! Wenn dieses Erbschaftssteuergesetz bloß noch 50, 70 oder 80 Millionen brächte, dann würde der Reichsfinanzminister vielleicht überhaupt zaudern, ein solches Gesetz zu machen; denn mit Kleinigkeiten gibt er sich prinzipiell nicht ab. Er hat die Sache aber anders aufgefaßt, er will uns eine halbe Milliarde bringen. Wir begrüßen diesen Schritt, den wir schon längst für eine Notwendigkeit gehalten haben. Die sachlichen Bedenken, die früher geäußert sind, werden gegenüber der Notlage des Reichs jetzt wohl zurücktreten, und der „Familiensinn" hat leider auf ganz anderen Gebieten Gelegenheit gehabt, zu leiden, zu dulden und sich zu betätigen als auf dem Gebiete des Vermögens.

Die Dreiteilung des Erbschaftssteuergesetzes findet unsere Billigung: Nachlaßsteuergesetz als nachträgliche Kontrolle der Einkommens- und Vermögenssteuer-Deklaration, Erbanfallsteuergesetz und Schenkungssteuergesetz. Die großen Neuerungen sind bereits kurz berührt worden: die Einbeziehung der Kinder und Kindeskinder und der Ehegatten, die sehr verständige, sozial gut gedachte Beziehung des Erbanfalls zu dem Vermögen des Erben und endlich die außerordentliche Erhöhung der Sätze, die in dem Gesetz vorgenommen worden ist. Aber auch hier kommt natürlich wieder die Frage der Zahlung mit in Betracht, und auch hier wird der Herr Reichsfinanzminister dafür zu sorgen haben, daß uns möglichst bald Klarheit darüber gegeben wird, in welcher Form die außerordentlich starken Eingriffe in das Vermögen sich vollziehen sollen. Daß etwa auch hier Kriegsanleihe in Zahlung genommen werden soll, halte ich für ausgeschlossen.

Ein Punkt, der in der Kommission noch viel besprochen werden wird, ist die Neueinführung des gemeinen Werts bei Grundstücken an Stelle des Ertragswertes. Das ist ein Gegenstand von großer prinzipieller Tragweite, der früher vielfach heftige Streitigkeiten hervorgerufen hat, und wir werden sehen, ob diese Neuerung, zumal in der eigenartigen Formung, daß ein Viertel zugunsten der land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke abgezogen werden soll, gerechtfertigt ist und ob sie auf land- und forstwirtschaftliche Grundstücke beschränkt bleiben soll, oder ob diese und andere Neuerungen auch anderen Grundstücken zuteil werden sollen.

Sehr gefreut habe ich mich mit der Gesamtheit meiner Fraktionsgenossen über die Rückbeziehung des Schenkungssteuergesetzes auf die Zeit vom 31. Dezember 1916. Meine Damen und Herren! Es ist doch wirklich sehr naiv, wenn so viele unserer geschätzten Mitbürger in der letzten Zeit ihren Familiensinn dahin entdeckt und betätigt haben, daß sie auf einmal anfingen, ihre Kinder bereits bei Lebzeiten mit der künftigen Erbschaft zu bedenken, oder es ist ein merkwürdiges Vertrauen in unsere Naivität gewesen, daß wir dieser plumpen Art der Vermögensverschiebung widerstandslos zusehen sollten. Ich bin oft aufgefordert worden, dagegen einzuschreiten. Ich habe das abgelehnt, weil ich wußte, was dann kommen würde, nämlich, daß die Herrschaften, anstatt zum Notar und zum Gericht zu gehen, wo es dann nachträglich festgestellt werden kann, hintenherum die Sache gemacht hätten.

Digitized by Google

Ich nehme an, daß jedenfalls, zumal im Kriegssteuergesetz, eine ähnliche Bestimmung enthalten ist, Gerichte und Notare verpflichtet werden, ihre Register, Akten und Bücher zu öffnen.

Auf die Fragen, die in diesem Gesetzentwurf nicht enthalten sind, das Pflichtteilrecht und das Erbrecht des Staates, gehe ich nicht ein. Über das Erbrecht des Staates hat der Herr Kollege Gröber seinerzeit eine ausgezeichnete Rede gehalten, die in uns doch so nachwirkt, daß wir jetzt noch diesen Gedanken mit großen Zweifeln gegenüberstehen und uns wenigstens vorläufig nicht davon überzeugen können, daß auf diesem Wege große Erträge für das Reich zu beschaffen sind. Man mag im Bürgerlichen Gesetzbuch eine Grenze ziehen, wodurch dem Suchen nach unbekannten Erben im Wege der Pflegschaft ein Riegel vorgeschoben wird; aber vom fiskalischen Gesichtspunkt aus wird dabei nicht viel zu holen sein. Das Kindespflichtteilrecht des Staates mag bevölkerungspolitisch etwas für sich haben. Im allgemeinen möchte ich aber davor warnen, juristische Rechtsbegriffe in die Steuergesetzgebung hineinzutragen. Wir rütteln damit an ganz anderen Dingen, nämlich an den Grundlagen unserer ganzen Eigentumsordnung, wenn wir hier eine solche Art und Weise der Besteuerung als einen Erbrechtsanspruch statuieren. Gehen wir in der Form der steuerlichen Erfassung so weit, wie wir können; wir kommen dann zu demselben Resultat, wenn überhaupt dieses Resultat vernünftigerweise angestrebt werden soll.

Die beiden Verkehrssteuern kann ich kurz abmachen. Grundwechselabgabe und Vergnügungssteuer sind beide wesentlich aus dem Bereich der Einzelstaaten, vor allen Dingen aber der Gemeinden entnommen, und es ist nicht ganz ohne Bedenken, ob man in dieser Weise Gemeindefinanzen in den Dienst des Reiches stellen kann und soll. Ich stelle mit Befriedigung fest, daß die Abgabe zu einem großen Teil den Staaten und Gemeinden zukommen soll. Vielleicht werden wir darauf halten müssen, daß die Ansprüche der Gemeinden noch etwas fester fundiert werden, als es bisher der Fall gewesen ist.

Daß die Grundwechselabgabe an sich eine rohe und brutale Steuer ist, darüber brauche ich kein Wort zu verlieren. Dadurch, daß die Hypotheken nicht abgezogen werden, kommt ein an sich imaginärer Wert heraus, der die Grundlage der ganzen Besteuerung bildet, und man kann vielleicht hieraus sogar einen gewissen Widerspruch zu den Bestrebungen der Besiedlungspolitik herleiten, die doch nach allen Richtungen unsere äußerste Fürsorge sicherlich verdient.

Zu begrüßen ist, daß die neue Grundwechselabgabe die Hypothekennot berücksichtigt, indem sie den Hypothekenschuldner, der gezwungen ist, das Grundstück zu ersteigern, von der Ungeheuerlichkeit befreit, daß er, obgleich er nur in einer Notlage gehandelt, trotzdem den ganzen Wert versteuern soll.

Noch mehr zu begrüßen ist die Vereinheitlichung des Schätzungswesens. Meine Damen und Herren, ich verweise auf die Motive; ich möchte aber noch weiter darauf hinweisen: es ist das schlimmste Mittel, was an Belästigungen für unser Volk, vor allem für die Grundstückseigentümer sich denken läßt, wenn dasselbe Objekt aus Grund desselben Rechtsvorganges von vier, fünf oder sechs Behörden verschieden eingeschätzt wird und in verschiedenen Rechtsgängen nachgeprüft werden soll.

Wir müssen dahin kommen, daß das ganze Taxenwesen, bei dem sehr viel im Argen liegt — das Wort „Taxen sind Faxen" ist nicht bloß des Reimes wegen erdacht, sondern es trifft in vieler Beziehung das Richtige, ich sage, daß das Taxenwesen möglichst zurückgedrängt wird, daß wenigstens auf dem Grundstücksmarkt womöglich eine einheitliche Einschätzung, ein Fortschreiben der Grundstücke ohne weitere Einzelschätzungen erfolgen wird.

Was die Vergnügungssteuer betrifft, so hat sie ihren Namen nicht etwa daher, daß es jemand ein Vergnügen macht, diese Steuer zu zahlen, es ist das gerade Gegenteil. Ich glaube, daß diese Steuer ganz besonders viel Verärgerung und Verstimmung erregen wird; wir müssen prüfen, ob die Steuer nicht zum Teil auch in harmlose Vergnügungen eingreift und leicht zu einer gewissen Schikanierung führt, die wir nach Möglichkeit vermeiden müssen: Die Grundlage aber auch dieser Steuer ist nicht eine rein fiskalische, sondern wesentlich eine moralische, weil wir nicht zugeben können, daß die Vergnügungssucht in der Art und Weise wie jetzt ungehindert wahre Orgien feiert. Allerdings darf es bei der Vergnügungssteuer nicht bleiben, wir müssen die Luxussteuer weiter ausdehnen, wir müssen verlangen, daß auch der Mobiliarluxus, der Luxus mit Dienstboten, der Wohnungsluxus, der Luxus der Vergnügungsreisen, der Luxus der Klubs und Vereine besteuert wird.

Damit komme ich zur Spielkartensteuer. Denn bei dieser werden wir auch die Spielklubs treffen und uns fragen müssen, ob überhaupt die Zurückhaltung gerechtfertigt ist, die nach meiner Meinung im übertriebenen Maße von der Verwaltung den Spielklubs gegenüber innegehalten worden ist. Dieses Unwesen schreit zum Himmel. Vielleicht kommen auch strafrechtliche Steuervorschriften in Betracht.

Die indirekten Steuern, zu denen ich damit bereits gekommen bin, legen uns die Tatsache nahe, daß wir ohne große indirekte Steuern nicht auskommen können. Diese Überzeugung ist jetzt Gemeingut geworden. Mit der Einführung oder Erhöhung der indirekten Steuern ist auch eine Erhöhung der Zölle verbunden, und da entsteht die Frage, ob diese Zollerhöhung nicht vielleicht vermieden oder vermindert werden kann durch eine Vorschrift, nach der die Zölle in Gold zu erheben sind. — Das Gesetz ist, wie mir der Herr Reichsfinanzminister eben zuflüstert, bereits unterwegs. Bei der Zuckersteuer werden wir nicht an der Frage der Preisgestaltung des Zuckers vorbeigehen können. So, wie die Preisgestaltung sich jetzt vollzieht, ist sie eigentlich doch wohl die Ursache für einen Rückgang der Zuckerproduktion, die für unsere Volksernährung von der größten und nicht erfreulichsten Bedeutung ist.

Die Tabaksteuer erinnert mit ihrer reichen Geschichte ja an die alten Probleme des Monopols, an den großen Streit zwischen Banderole und Fakturenwertsteuer. Das sind Dinge, die einmal technisch erörtert werden müssen, und die an der Hand der zahlreichen Materialien, die uns die Interessenten bereits haben zugehen lassen, einer eingehenden Besprechung unterzogen werden müssen.

Ich komme zum Schluß. Der Gesamtertrag dieser Steuern wird, soweit es sich um laufende Abgaben handelt, auf mehr als 1½ Milliarden einzuschätzen sein. Das ist eine ungeheuere Summe, vor der wir früher zurückgeschaudert wären. Wenn wir es jetzt nicht tun, so liegt das an der völligen Abstumpfung unseres Volkes. Es ist wirklich nicht Fassung, es ist nicht Würde, mit der wir das hinnehmen; es ist Abstumpfung gegenüber den Zahlen, mit denen wir zu rechnen bereits gewöhnt sind. Aber ob diese Abstumpfung, diese Gewöhnung auch standhalten wird, wenn die ungezählten weiteren Milliarden, die der Herr Reichsfinanzminister bereits in Aussicht gestellt hat, und mit denen wir selbstverständlich werden rechnen müssen, nun auch in die Erscheinung treten werden, das ist mir zweifelhaft. Jedenfalls werden wir uns darauf gefaßt machen müssen, daß das, was wir hier immerhin schon als eine Riesensumme betrachten, doch erst die Einleitung zu dem bildet, was später noch kommt.

Der Herr Reichsfinanzminister hat, ohne auf die Einzelheiten der künftigen Vorlagen einzugehen, einige allgemeine Gesichtspunkte aufgestellt. Er hat zunächst an die Spitze gestellt das Gebot der Sparsamkeit, das er rückhaltlos durchführen will. Wir begrüßen das und begrüßen es insbesondere, wenn auch der Herr Abgeordnete Keil das unterstrichen hat, und wenn der Herr Abgeordnete Keil darauf Wert gelegt hat, alle überflüssigen Stellen, beamtenmäßige oder quasi beamtenmäßiger Art, einzuziehen und im Interesse des Staates eingehen zu lassen. Ich bitte dringend, sich an diese Worte zu erinnern, daß sorgfältig geprüft werden soll, ob Staatsgelder für Behörden oder behördenähnliche Funktionen ausgegeben werden sollen, oder ob nicht die Not des Staates, ganz abgesehen von anderen Rücksichten, darauf dringen müßte, daß wir jede Stelle sorgfältig daraufhin prüfen, ob sie wirklich unumgänglich notwendig ist.

Der Herr Finanzminister hat ferner gesagt, Heilung könne jedenfalls durch einen Bankerott, durch Einstellung der Zinsenzahlung nicht herbeigeführt werden. Auch das unterschreiben wir.

Denn es ist nicht nur unsere Rechts- und Ehrenpflicht, unseren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, es ist einfach die Voraussetzung für den weiteren Bestand unseres Wirtschaftslebens, das glattweg zusammenbrechen würde, wenn man der phantastischen Idee einer Kaduzierung der Reichsanleihe nachgeben würde.

Auch mit dem Dritten, was der Herr Reichsfinanzminister gesagt hat, daß der Charakter der neuen Besteuerung wesentlich durch eine starke, ganz außerordentliche Heranziehung des Kapitals, durch eine Vorbelastung des Kapitals bestimmt würde, sind wir in vollem Maße und rückhaltlos einverstanden. Wir sind damit einverstanden, weil die Not des Vaterlandes vor keiner Stelle, also auch nicht vor dem Kapital haltmachen kann. Wir wissen uns vollständig frei von jenem banausischen Haß gegen das Kapital, der da glaubt, daß er irgend etwas erreicht, wenn er ruft: nieder mit dem Kapital!, und der offenbar keine Ahnung hat von der Rolle, die das Kapital in unserer gesamten Wirtschaft und Kultur spielt und spielen muß. Das ist eine Anschauung, die keinen Einblick in die Tatsache hat, daß ohne Kapital das Schwungrad unseres Wirtschaftslebens überhaupt nicht in Bewegung kommen und bleiben könnte, daß die Verflechtungen in der Weltwirtschaft ohne Kapital nicht durchgehalten werden können, aber daß auch das Kulturleben, daß auch Kunst und Kunstgewerbe und Wissenschaft nicht gedeihen können ohne die Grundlagen einer Behaglichkeit und eines Reichtums, den wir erhalten und in gewissen Grenzen sogar fördern wollen, nur mit der Maßgabe, daß möglichst viele unserer Volksgenossen dazu gelangen sollen, auch auf die Stufe der Wohlhabenheit und eines gewissen Reichtums zu kommen.

Wirtschaftlich müssen wir das Kapital nicht zerstören — nein, wir müssen sogar wünschen, daß möglichst viel neues Kapital erzeugt wird, damit es fruchtbringend in der Wirtschaft seine Wirkungen entfalten kann.

Wir verschließen freilich unsere Augen nicht davor, daß gewisse überaus bedauerliche Erscheinungen, daß Ausschreitungen des Kapitals stattgefunden haben, die mit Recht den öffentlichen Unwillen erzeugt und vielleicht das ihrige dazu beigetragen haben, um die mißverständliche Auffassung vom Wesen des Kapitals zu zeitigen. Aber nichts darf uns abhalten, nicht bloß gegen diese Ausschreitungen vorzugehen, was selbstverständlich ist, sondern in der Tat auch das Kapital selbst so weit heranzuziehen, wie es mit der Gesundheit unseres Volks- und Wirtschaftslebens — denn das ist die Grenze, die nicht überschritten werden darf — überhaupt irgendwie verträglich ist. Wenn Sie eine derartige Finanzgebarung antikapitalistisch nennen wollen, so nehmen wir den Namen ruhig hin. Wir werden es nicht daran fehlen lassen, auszuschöpfen, was uns nötig ist, aber auch die Augen offen zu halten im Hinblick auf die Grundlagen jeder Finanzwirtschaft, nämlich daß die allgemeine Wirtschaft nicht dadurch zu schwerem Schaden kommt.

Wenn wir also das Kapital, und wenn wir überhaupt die Steuerkräfte unseres Volkes so scharf heranneh men, ja, meine Damen und Herren, dann müssen wir uns allerdings darauf gefaßt machen, daß sich das Bestreben, sich dem Zugriff des Staates zu entziehen, das leider jetzt schon stark ist, noch sehr erheblich verstärken wird, und wir werden deshalb — auch dazu sind wir bereit — gegenüber der Steuerunehrlichkeit alle Mittel anwenden, die es überhaupt gibt. Wir werden auch die Strafen, die in Aussicht gestellt sind, verhängen. Aber wir geben uns keiner Täuschung darüber hin: mit Strafen allein ist es nicht getan; vielleicht noch wichtiger ist, abgesehen von der Hebung der allgemeinen Sittlichkeit, auf die wir ja auf allen Gebieten hinstreben müssen, die Vervollkommnung des Veranlagungsapparates. Wir werden Wert darauf legen müssen, daß hier nicht etwa eine falsche Sparsamkeit getrieben wird, daß vor allen Dingen mit gewandten Kräften, die dem praktischen Leben entnommen sind, die Veranlagung durchgeführt und in die wirtschaftlichen Verhältnisse hineingeleuchtet wird, um die es sich hier handelt.

Wir werden aber noch einen Schritt weitergehen müssen, einen Schritt, der neulich angebahnt ist. Das Eigentum ist nicht mehr so Privatsache, daß es unbedingt unter dem Schutze des Privatgeheimnisses gehalten werden kann. Wir müssen das Bankgeheimnis, das Geheimnis der Sparkassen und anderer Anlagemöglichkeiten mehr oder minder aufheben. Indem wir zunächst dem Reichsfinanzministerium die entsprechende Ermächtigung gaben, haben wir diesen Schritt grundsätzlich bereits getan. Aber geben wir uns auch hier wiederum keiner Täuschung hin: zu einem vollen Erfolge führt der Schritt erst dann, wenn er nicht auf unser Reich beschränkt ist, sondern international gestaltet wird. Wir treiben sonst — und ich habe vorhin bereits angedeutet, dagegen gibt es kein Allheilmittel — bloß das zu verheimlichende Vermögen aus unseren Banken über die Grenzen hinaus. Von den Niederlanden, von Holland und der Schweiz aus werden ja jetzt schon die Fänge danach ausgestreckt. Ich habe die Hoffnung, daß es möglich sein wird, wenigstens auf diesem Gebiete eine internationale Einigung, um die sich zu bemühen ich den Herrn Reichsfinanzminister bitte, herbeizuführen, nicht uns zuliebe, nicht weil wir auf Großmut, Entgegenkommen und eine gerechte Gesinnung unserer Gegner rechnen, sondern weil die Gegner dasselbe Interesse haben wie wir, und zwar in zweifacher Art. Der Herr Reichsfinanzminister hat uns vorhin den Etat von Frankreich und England aufgemacht, wir haben gesehen, in welchen Nöten man auch dort ist, und die Franzosen und Engländer werden gewiß nicht bessere Menschen sein als unsere Volksgenossen. Sie werden also ebenfalls sich vor den Steuern zu drücken suchen, und zwar in derselben Weise, wie es hier geschieht, indem sie ihre Kapitalien an neutrale Banken im Auslande zu verschieben trachten. Es ist ja bekannt, daß während des Krieges und auch schon vor dem Kriege sehr erhebliche Vermögensobjekte aus Frankreich und England nach Holland und der Schweiz gegangen sind. Sie haben also genau dasselbe Interesse, gegenüber den Vermögensschiebern sich zu einigen. Daneben haben sie aber das weitere Interesse, daß uns diese Dinge nicht entgehen, denn es ist zum Teil wiederum ihr Geld, das ihnen auf diese Weise entzogen wird. Wenn wir das Geld nicht zur Steuer heranziehen können, so fehlen uns die Mittel, aus denen wir unsere Verbindlichkeiten im Innern, aus denen wir aber auch unsere Verbindlichkeiten gegenüber unseren Feinden begleichen können. Deshalb haben sie auch aus diesem Gesichtspunkte an einer internationalen Regelung eigentlich dasselbe Interesse wie wir. Eine internationale Regelung bezüglich der Auslieferung von Verbrechern ist ja längst Gemeingut der ganzen gesitteten Welt. Ich kann einen großen Unterschied zwischen Steuerbetrügern und anderen Betrügern nicht finden, und ich meine, aus diesem Gesichtspunkte könnten oder sollten sich die Völker im eigenen wohlverstandenen Interesse auch auf diesem Gebiete miteinander vertragen. Das ist am letzten Ende aber immer wieder als eine Ausstrahlung des Gesichtspunktes, an dem wir stets festhalten, zu betrachten: die Entente hat Aussicht mit ihren Ansprüchen nur dann, wenn sie nicht so kurzsichtig ist, uns die Möglichkeit wirtschaftlichen Aufbaus zu verderben. Es ist ihre eigene Sache, daß wir wieder zu Kräften kommen; denn aus dem, was wir haben, kann sie sich nicht befriedigen, wir können unseren Verpflichtungen nur nachkommen, wenn wir neue Werte schaffen und wenn die Entente sich aus diesen neuen Werten befriedigen soll, muß sie uns die Möglichkeit dieser Wertschaffung, muß sie uns die Möglichkeit der Arbeit lassen.

Arbeit — das ist bereits gesagt worden — ist deshalb, von welchem Gesichtspunkte wir die Sache auch betrachten, die Voraussetzung wie für unser Wirtschaftleben, so auch für die Gesundung unserer Finanzen, und jeder, der die Arbeit hemmt oder hindert, mag es ein streiklustiger Arbeiter sein, oder mag es ein allzu betätigungslüsterner Geheimrat sein, jeder von denen schädigt die Grundlagen unserer gesamten Wirtschafts- und unserer Finanzgebarung. Gebt uns die Arme frei, laßt uns arbeiten, dann besteht die Hoffnung, daß wir auch in finanzieller Beziehung die ungeheuren Aufgaben lösen, die wir lösen müssen. Die Lasten, die uns auferlegt werden, sind furchtbar. Wir müssen sie tragen; wir wollen sie tragen, wir können sie aber auch tragen, wenn sie sich in vernünftigen Grenzen bewegen und wenn sie verteilt werden nach Maßgabe der Gerechtigkeit.

Digitized by Google

Theodor Heuß / Gottfried Keller

(Zum 100. Geburtstage am 19. Juli.)

Vor einer Reihe von Jahren hat der Schweizer Maler Würtenberger ein farbiges Blatt gezeichnet und nach Kellers Novelle: „Das Fähnlein der sieben Aufrechten" getauft. Landsmannschaftlicher Stolz führte Böcklin, Meyer, Frey, Leuthold usf. zusammen, eine gedrängte Gruppe, die unter gemeinsamem Wimpel zum Fest des Volkes marschiert. Das Bild war etwas anachronistisch, denn die so zur Gemeinsamkeit gebrachten Temperamente bildeten in Leben und Gesinnung keine beispielhafte Einheit; aber es blieb dem Gedächtnis haften als Ausdruck einer schönen und freudigen Auffassung vom geistigen Führertum. Neben den hochgewachsenen Volksgenossen schritt der kleine Mann, der größte unter ihnen; den schweren bärtigen Kopf auf dem zu kurzen, untersetzten Körper. Er gab das Marschtempo.

Heute, da wir mehr als je zu einer Zeit sieben Aufrechte und vierzehn Nothelfer des geistigen Lebens der Nation brauchen, ist uns das Gedächtnis Gottfried Kellers etwas ganz anderes als eine Huldigung in den Bezirken des dichterischen Schaffens; es wird zum Politikum. Nicht deshalb, weil er in seiner Heimat ein Parteigänger der Demokratie gewesen ist, oder weil er in der Zeit des deutsch-französischen Krieges von 1870 mit einer leidenschaftlichen Rückhaltlosigkeit zu unserer Sache sich bekannte. Er soll uns dienen, mit dem seelisch-sinnlichen Charakter seines Werkes und seiner geistigen Haltung die inneren Elemente unseres nationalen Bewußtseins neu aufzubauen, gerade er, der Schweizer, ein Mahner zugleich, daß die Elemente einer nationalen Politik nicht an den staatlichen Grenzen geschichtlicher Zufälligkeiten, einmaliger Machtverhältnisse sich stumpf laufen dürfen. Er gehört uns im „Reich" so gut wie den Schweizern. In der Heimat ist sein Dichtertum fruchtbar geworden, und dort eigentlich nur war er im Tiefsten verwurzelt; aber sein Wachstum war in den entscheidenden Jahren der Vorbereitung sachlich und seelisch durchaus von der Auseinandersetzung mit der allgemeinen deutschen Geistigkeit seiner Zeit bestimmt, nicht nur in den Lehrjahren von Heidelberg, die der Bohème von München folgten, sondern auch in dem bedrückten Aufenthalt von Berlin. Es ist immer etwas mühsam, Keller auch nur in der Phantasie in die Berliner Atmosphäre zu verpflanzen; aber die Jahre, die gequält, mühsam erscheinen, den Hunger brachten und mancherlei Wirrnis zeigen, sind für die Abgrenzung seines eigenen Wesens wichtig genug geworden. Außerdem wurden in Berlin der größte Teil des „Grünen Heinrichs" und der „Leute von Seldwyla" geschrieben!

Beispielhaft in ernstem Sinn aber ist für unsere Betrachtung sein inneres und tatsächliches Verhalten zu den Sorgen der bürgerlichen Gemeinschaft. Der Mann mit den verfehlten Berufen, der seine Jugend in systemloser Malersehnsucht verbrachte, der im Sinne einer Lebensarbeit ziellos herumstudierte, der durch Jahre seine eingeborene Kunstkraft auf dramatischen Ehrgeiz umbog, ohne etwas zustande zu bringen, mochte wohl einem Geschlecht als ein verspäteter Romantiker gelten, als ein verbummeltes Genie, um das die Legenden eines gepflegten Alkoholikertums wuchern konnten — man durfte dann wohl bedauern, daß er eines Tages der Muse Urlaub gab, um auf anderthalb Jahrzehnte in den Dienst der Züricher Regierung zu treten, und ungeschriebene Köstlichkeiten des reifen Mannesalters wurden betrauert. Mir scheint, wir müssen das heute anders sehen, heute gerade, da wir vom Dilettantismus des politisierenden Literaten und Dichters umgeben sind, dessen Feldgeschrei die Kampfansage gegen das „Bürgerliche" ist. An politischen Dichtern war auch in Kellers Umgebung kein Mangel, er rechnete selber zu ihnen — aber er selber gab das Beispiel, wo der Anruf aufhört und die Verantwortung beginnt. Charakteristisch genug: die nervöse, agitatorisch-großtuerische Eitelkeit von Herwegh ist ihm zutiefst zuwider, Freiligrath, der Dichter, hinter dessen zorniger oder glühender Rede einfach männlicher Biedersinn steht, gehört zu seinen nächsten Freunden. Daß Keller, der „nichts gelernt" hatte, Staatsschreiber der Züricher Republik wurde und sein Amt mit vollkommener Gewissenhaftigkeit ausfüllte, ist für ihn so ehrenvoll wie für den hohen Rat, daß er es mit einem Mann ohne Herkunft und Vorbereitung, der nur einen Dichterruhm und die Unregelmäßigkeit mißlungener Lebensversuche hinter sich hatte, wagte. Die Selbstentäußerung des Poeten, der ohne alle Koketterie sich in den Pflichtenkreis nüchterner beamtlicher Berufsleistung begibt, hat etwas Großes und Stärkendes; es ist eingeborener Bürgersinn, dem Libertinertum so fremd und unverständlich als getrennt von aller bequemen Philisterhaftigkeit.

Freilich, wir denken heute nicht des Staatschreibers von Zürich. Was er in seinem Amt geleistet hat, ist uns gleichgültig; wichtig nur, daß er es übernahm und treulich ausfüllte. Denn von dieser Tatsache fällt ein heller Schein auf sein Menschentum

Dies freilich ist von seiner Kunst nicht abzulösen. Er kommt zur großen Dichtung, indem er seinen eigenen Lebensweg noch einmal durchschreitet und ihn vom Einmaligen zum Typischen weitet. Was „Wahrheit", was „Dichtung" sei in dem großen autobiographischen Roman, das ist Philologensorge; der „Grüne Heinrich" ist die Jugendgeschichte schlechtweg, an der wir alle irgendwie teilhaben, und sie ist es um so vollkommener, überzeugender, da sie angefüllt ist vom Reichtum individueller Farbengebung. Und wenn man dies Buch in die Reihe der großen „Erziehungsromane" einrückt, so gilt das Wort von der Erziehung für Kellers Werk in ganz allgemeinem Sinn: er hatte die höchste Auffassung von der pädagogischen Aufgabe des Dichters (darum seine Liebe zu Lessing und Schiller), er will ihn bewußt als ein Werkzeug der Erhöhung des Volksgeistes begriffen wissen.

Sein dichterisches Schaffen, gespeist von quellender Phantasie der Erfindung und höchster Deutlichkeit der sinnlichen Beobachtung, überwacht von einem sehr geklärten Kunstverstand, erschöpft sich deshalb nicht darin, mit gewerblicher Handfertigkeit aus dem Vorrat der Einfälle und Erkenntnisse, der Humore und Erfahrungen, der Bilder und Tempi ein Geschmeide zusammenzubasteln, angenehm dem Auge, vergnüglich den Sinnen; seine Werke sind gebunden in dem Gefühl der Verantwortung. Das gibt ihnen ihr inneres Schwergewicht, ihre Klarheit und Straffung, ihren ethischen Kontrapunkt. Sein poetisches Wesen, die empfindsame Sinnlichkeit, mit der er der Natur gegenübersteht, die lebhafte Empfänglichkeit für die eigentümlichen Reize der Sprache, läßt ihn, den Zeitgenossen der höchsten Blüte des „jungen Deutschlands", als einen Nachfahren der Romantik und Jean Pauls erscheinen, ohne die er nicht denkbar ist; aber in die zerfließende, bildfrohe, geistreiche Phantasiefreudigkeit, in das Spiel mit Ironie, Spracherfindung, milder Groteske tritt nun das Schweizer Erbe, Gottfrieds Nähe, die

Digitized by Google

beherrschte Klarheit in der Führung der Fabel, der Zeichnung der Charaktere, der Ökonomie der Darstellung.

Durch Kellers Werk offenbart die deutsche Sprache ihre höchste natürliche Ausdrucksfähigkeit, in der klaren Rundung der Plastik, in ihrer Farbigkeit und Beweglichkeit. Vielleicht liegt es daran, daß der Oberdeutsche, wenn er vom Dialekt der Umgangssprache zum „Schriftdeutsch" sich wendet, eine bewußtere Einstellung zum sprachlichen Formproblem hat; der Reichtum volksmäßiger Sprachbildung und -entwicklung ist die Unterlage seines Sprachgefühls, die Sinnlichkeit des gesprochenen Wortes ist ihm weniger verlorengegangen. Kellers wundervolle Bildhaftigkeit und Gedrungenheit hat ihren Grund in seiner engen Verbundenheit mit dem Sprachleben des Volkes, das nun, zur bewußten Formung gehoben, seine Frische und Lebendigkeit in den Bereich der künstlerischen Schöpfung trägt.

Die Sinnlichkeit seiner Sprache ist das Symbol seines Verhaltens zur Wirklichkeit, seiner Naturnähe, seines Sinnes für geprägtes Menschentum. Sein „Realismus" ist naiv und unmittelbar, selbstverständlich; er läuft nicht mit seelischen Analysen hinter den Menschen her, sondern mit der stillen Schärfe seines Auges umfaßt, mit der Witterung seiner menschlichen Einfühlung begreift er sie, und in dem unerhörten Reichtum seiner Darstellungskunst werden sie durch wenige Striche gezeichnet, gleichviel, ob sie einfache Seelen oder komplizierte Figuren sind. Was für wunderbare Frauengestalten hat er geschaffen, dem selber auf den Wegen der Liebe nur das Urteil der Resignation gesprochen war! Er hat als junger Kerl, ungeleitet dem unsicheren Instinkt seines Inneren folgend, Maler werden wollen, und im „Grünen Heinrich" beschrieben, was für eine abwegige Schulung durch romantische Bizarrerien er dabei nehmen mußte; das fiel von ihm ab, und der Urtrieb blieb gereinigt, jene ungekünstelte, genießende, andächtige und unpathetische Art, wie er eine Landschaft zeichnet, mit einer großen, sicheren Linie, die schließlich deutlicher, eindringlicher und wahrer ist als etwa Stifters sorgsame und hingebende Kleinkunst. Und dann dies, für den Rhythmus seines epischen Erlebens und Schilderns wichtig genug: wo er die Menschen in der wimmelnden Gemeinsamkeit aufsucht, beim vaterländischen Spiel und Volksfest. Er hat es nicht verschmäht, soundso oft eidgenössischer Festdichter zu sein, für Sänger- und Schützentage; denn er war Schweizer Bürger und Patriot, und von der heimatlich verbindenden Kraft dieser ernstfrohen Massentagungen innerlich selber ergriffen; nicht einmal, drei-, viermal wird er der Homer der Schweizer Agora, und dies ist höchstes und bewußtes Können und Wollen, da er über menschliches Einzelbildnis, über das Nachzeichnen der ruhenden Landschaft hinaus das Volk als handelnde, genießende und vom Ernst der Freude bewegte Masse hinstellt.

Sein menschliches Wesen ist von mancher Legende umsponnen worden, und man hat einen groben, menschenscheuen Kauz und Rauhpauz aus ihm gemacht; der Sinn für das Groteske, der in seinem Werk sich je und je zeigt, mochte, von allerhand Anekdoten begleitet, dies Bild rechtfertigen, die zarte Güte und die lautere Kraft, mit der Gestalten wie die Anna des „Heinrich" und etwa Frau Regel Amrain gezeichnet waren, wehrten diese Überlieferung von dem mürrischen Gesellen ab. Seit wir Ermatingers große Lebensbeschreibung haben, die Baechtolds Aufzeichnungen erweiterte und vertiefte, seit der herrliche Schatz des so munteren als geistreichen und gefühlsstarken Briefwechsels erschlossen ist, muß sie tot sein. Was manchmal als eine begreifliche Härte erscheinen mag, etwa daß er der sorgenden, einsamen Mutter über ein Jahr lang keinen Brief schrieb, ist Scham und Keuschheit der Seele, jene Angst vor der Lüge, die sein männliches Wesen vielleicht am stärksten kennzeichnet. Gerade auch dann, wenn er auf seinem Lebensweg verirrt und verwirrt erscheint, ist er nie der leichtfertig ziellose Abenteurer, sondern der Mann, der in der Arbeit an sich selbst die Lücken seiner zerrissenen Jugendbildung ausfüllen und in der Klärung seiner geistigen Ziele die Rechtfertigung seines Weges sichern will.

Im Ausgang des Jahres 1819 wurde in Neuruppin in der Mark der andere große deutsche Epiker des vergangenen Jahrhunderts geboren, Fontane, in dem die Anmut französischer Beweglichkeit des Geistes sich mit dem Rationalismus seiner Heimat verband. Es ist nicht ohne Reiz, die beiden nebeneinander zu stellen, preußische und schweizer Nüchternheit in dem Rahmen des bürgerlich-tätigen Lebens, die räsonierende, witzig-überlegene Geistigkeit des Berlinertums und die mit sinnlicher Frische getränkte Saftigkeit des Süddeutschen, am Eingang die Fülle der Gesichte in dem Rechenschaftsbericht des jungen „Grünen Heinrich", am Ausgang die heitere Altersklarheit und gütig-resignierende Skepsis des alten „Stechlin". Die Gegensätze sind nicht gut stärker auszudenken; sie sind nicht persönlich, sondern landschaftlich, landsmannschaftlich. Aber indem wir in ihnen die Weite unserer Art selber begreifen, umfassen wir sie beide mit Liebe, wissend, daß beide zu uns gehören.

Schließlich liegt es an uns, daß wir selber als Nation uns in einem Verhältnis zu Keller empfinden, wie es C. F. Meyer von seinem großen Landsmann in schönen Worten aussprach: „Am meisten imponierte mir seine Stellung zur Heimat, welche in der Tat der eines Schutzgeistes glich: er sorgte, lehrte, predigte, warnte, schmollte, strafte väterlich und sah überall zu dem, was er für recht hielt."

(Die Werke Kellers sind in einer Jubiläumsausgabe bei Cotta in Stuttgart neu erschienen. 10 Bände, geh. 35 M., geb. 55 M.)

Naumann / Die Feuersteinspalter

In Weimar gibt es ein sehr interessantes naturwissenschaftliches Museum, in dem geradezu Schätze von vorgeschichtlichen Funden aufbewahrt werden. Wer eine Anschauung von der sogenannten Steinzeit des Menschengeschlechtes gewinnen will, besehe sich dort die Werkzeuge jener Völker, die noch kein Kupfer oder Eisen zu schmelzen und zu schmieden wußten. Für sie war die kunstvolle Bearbeitung des Feuersteins der Mittelpunkt ihrer Technik, denn aus dem Feuerstein wurden Messer, Nadeln, Sägen, Feilen, Lanzen gemacht. Auf der Feuersteinkunst beruhte eine Kultur, die den Anfang zur höheren Menschlichkeit bedeutete. Man lasse sich zeigen, wie mathematisch sicher der Feuerstein sparsam zerlegt und zweckvoll gespalten wurde! Die Steinspalter waren einstmals die Fackelträger des Fortschrittes. Ihre Kunst erbte von Eltern auf Kinder, und verwandelte die formlosen Klumpen, die aus dem Kalkgestein hervorgesucht oder in alten Gletschermoränen gefunden wurden, zu Hilfsmitteln des erwachenden menschlichen Geistes. Wenn man diese Steinspalter tötete, so warf man die Menschheit in die Barbarei zurück. — Mir kommt es vor, als seien die Deutschen in mancherlei Hinsicht die Feuersteinspalter der gegenwärtigen Menschheit. Sie spalten die härtesten, formlosesten und spödesten Materialien: den reinen Gedanken, die chemischen Elemente, die mechanischen

Digitized by Google

Gesetze, die sozialen Rechte. Eine große, weite Kultur beruht darauf, daß es diese neuzeitlichen Steinspalter gibt. Wer sie töten will, wirft die Menschheit zurück.

Büchertisch

Paul Heyse und Gottfried Keller im Briefwechsel von Max Kalbeck. Verlag Westermann, Braunschweig. 443 Seiten. Geb. 15. M.

Schon der Titel dieses Buches ist charakteristisch. Es handelt sich hier nämlich in der Hauptsache nicht um den Briefwechsel zweier bedeutender Männer, deren Worte schon genug Zeugnis ablegen und hinter denen der Herausgeber bescheiden und ehrfürchtig als respektvoller Testamentsvollstrecker zurücktreten müßte; sondern Herr Kalbeck nimmt in seiner Vorrede und den Anmerkungen mindestens soviel Platz in dem umfangreichen Bande ein, wenn nicht mehr, als die Briefe der beiden Dichter. Wohin ist die gute alte Sitte gekommen, daß man die schönen Zeugnisse großer Männer allein sprechen ließ und nur tatsächliche Dunkelheiten, die der Uneingeweihte nicht verstehen konnte, durch ein sparsames, erläuterndes Wort kommentierte?

Man fragt sich erstaunt, was für einen unbegabten Leserkreis der Herausgeber sich eigentlich vorgestellt hat, wenn man erst belustigt, schließlich erzürnt die Stellen verfolgt, für die er es nötig hielt, eine ausführliche Anmerkung zu bauen. Ein Beispiel: Heyse schreibt an Keller, er hoffe ihn wieder einmal in München zu sehen, das er seit seinen „grünen Tagen" nicht mehr besucht hat. Daraufhin die erläuternde Anmerkung: „Doppelsinnige Anspielungen auf die im „grünen Heinrich" geschilderten Münchener Lehrjahre des Maler-Dichters". Wird man wirklich einem Menschen, der sich mit dem Briefwechsel dieser beiden Dichter befaßt, und das wird doch nur ein literarisch interessierter Leser tun, auseinandersetzen müssen, wer Hephästos und was Benediktiner ist, was man unter Augurenlächeln versteht, wer mit dem Dichter des Jürg Jenatsch gemeint sein kann und woher das Zitat stammt: „Ihr habt mein Volk verführet, verlockt Ihr auch mein Weib?" Dies sind einige wahllos herausgegriffene Beispiele, die den ganzen Unfug dieser Art des Kommentierens erläutern sollen. Noch schlimmer wird es aber dann, wenn selbst mit dem besten Willen gar keine Erläuterung nötig ist und der Herausgeber trotzdem das nicht zu unterdrückende Bedürfnis fühlt, eine einzufügen. So heißt es dann wörtlich: „Das Postskript zu Brief 8 vom nächsten Tage ist ein schönes Zeugnis für Kellers Eifer und Ordnungsliebe. Wenn es ihm darauf ankam, konnte er sogar ein pünktlicher Korrespondent sein". Über die Notwendigkeit einer solchen Hinzufügung wird es wahrscheinlich nur eine Auffassung geben.

Neben dieser kleinkrämerisch philologischen Betrachtungsweise läuft dann noch eine andere parallel, die einem die Freude an dem Briefwechsel vergällen könnte. Kalbeck ist Heyses persönlicher Freund gewesen, und man wird der gefühlsbetonten Erinnerung gerne manches zugute halten. Aber trotzdem ist es unbegreiflich, wie man nicht nur die überragende Größe Kellers gegenüber Heyse verkennen, sondern sogar den Münchener Dichter über den Züricher stellen kann, denn trotz aller Lobreden hört das geschärfte Ohr in der umfangreichen (und überflüssigen) Vorrede doch heraus, daß Kellers strenge, spröde Art hintan gestellt wird zugunsten Heyses schneller, fruchtbarer Arbeitsweise. Dies geht sogar soweit, daß anläßlich von Heyses Novelle „Der verlorene Sohn" Keller eifersüchtige Gefühle unterschoben werden gegenüber Heyse; sein zurückhaltendes Lob für dieses „Meisterwerk ersten Ranges" soll aus dem neidischen Gefühl herrühren, daß kaum dem Schweizer die treffende Schilderung des Berner Lokalkolorits so gut gelungen sei wie dem intuitiv arbeitenden Heyse! Legt ihr nicht aus, so legt ihr unter! —

Mit solchen Kleinlichkeiten Keller zu messen, ist ein sonderbarer Irrweg der Beurteilung. Und schließlich mag doch an Mit- und Nachwelt die Frage gestellt werden, wie groß die Gemeinde derer ist, die die Seldwyler Geschichten und die Züricher Novellen zu ihrem dauernden Besitz zählen und im Grünen Heinrich den besten und tiefsten Entwicklungsroman lieben und wieviele dagegen auf der anderen Seite stehen, die eine genau so starke Anhängerschaft Heysescher Kunst darstellen und die es noch über sich gewinnen, die „Kinder der Welt" zu lesen und aus ihnen die gleiche Freude und Begeisterung zu ziehen.

Der Referent bedauert selbst, soviel Zeit und Raum auf diese Nebensächlichkeiten verwendet zu haben, aber einmal muß es gesagt werden, daß sich kleinlicher Epigonenkram nicht die Freude an Meisterwerken uns verkümmern darf. Und Meisterwerke sind diese Briefe, wenn man sie herausschält aus dem Wust, der sie umgibt. Daß Keller ein wundervoller Briefkünstler war, so schmerzhaft er seiner Feder auch jedes geschriebene Wort abrang, das weiß jeder, der den unvergleichlichen Genuß hatte, die große Ermatingersche Briefausgabe in die Hand zu nehmen, und wir sind dankbar, eine so wundervolle Ergänzung zu diesem Denkmal in den hier mitgeteilten Briefen zu finden. Auch Heyse kommt im Briefwe[chsel] besser weg, als in der Literaturgeschichte. Die Leichtigkeit [des] Stils wird durch das persönliche Mitteilungsbedürfnis noch [ge]hoben und bildet im Gegensatz zu dem zäh im Boden wurzelnden [Kel]ler eine prachtvolle, durchaus ihr eigenes Recht beanspr[uchende] Eigenart.

Der hundertste Geburtstag Kellers hat zu manchen Fe[st]laß gegeben. Vielleicht wird der Verlag der Briefe die Ge[le]genheit benutzen, diese für sich gesondert ohne Anmerkungen herausgeben und damit den Weg zu ebnen in schöne friedliche Gefilde, die man sich sonst nur durch den Hirsebreiberg törichter Anmerkungen durcharbeiten muß.

Margarete Roth

Hellmuth Schmidt-Breitung: **Weltgeschichte der neuesten Zeit. 1902—1918.** Leipzig 1919. W. Engelmann. (IX u. 325 S.) geh. 4,80 M.

Das Buch von Schmidt-Breitung bildet den Schluß der jetzt in 22. Auflage vorliegenden Weltgeschichte von [Ba]ldamus. Ungeachtet der Erstmaligkeit und Selbständigkeit [der] Leistung, die der Verfasser für sich in Anspruch nehmen [darf], teilt seine Arbeit mit den Vorzügen auch die Nachteile jenes [bek]annten Lern- und Lehrbuches. Mit der bequemen Handlich[keit] der leichten Überschau der stofflichen Einzelheiten, den durch [das] Netz von Absätzen und Paragraphen bedingten Mangel an [Zu]sammenschauung, die Zerreißung der lebendigen Zusammenhä[nge], die man gerade bei dem modernen Stoff besonders peinlich [em]findet. So ist das Buch wesentlich als praktisches Hilfsmittel [zur] schnellen Orientierung zu bewerten.

H. R.

Nachdem in der „Hilfe" (Nr. 6) schon empfehlend auf den literarischen Jahresbericht des Dürerbundes aufmerksam gemacht wurde, sei heute dringend auf die große Ausgabe des Literarischen Ratgebers des Dürerbundes hingewiesen, die in neuer, fünfter Auflage vorliegt. (Herausgegeben von Wolfgang Schumann. G. D. W. Callwey, München. 1053 Spalten, 14 M.)

Das sorgfältig angelegte Werk ist eine brauchbare bibliographische Hilfe sowohl für den Laien, der sich ein Buch anschaffen will (genaue Listen mit Angabe des Verlags und des Preises unterstützen ihn dabei), wie für den Gelehrten, der sich schnell über die Literatur eines Nachbargebietes unterrichten möchte und dafür auch den knappen guten Notizen des Textes dankbar sein wird. Der Ratgeber ist seit 1915 um die Hälfte seines Umfanges gewachsen, eine ganze Reihe Berichte sind neu hinzugefügt, z. B. über Politik, Weltwirtschaft, Religionswissenschaft, Völker und Länder usw., andere wurden neu geschrieben oder wesentlich erweitert. Natürlich konnte nicht ein einzelner diesen Riesenstoff bewältigen, sondern ein ganzer Stab von Mitarbeitern, die oft ihre Kräfte freiwillig zur Verfügung stellten, hat den Anforderungen dieses sozialen Unternehmens sich unterzogen. Denn das ist es in hohem Maße — kann der Verlag doch nur mit Hilfe eines Zuschusses des Dürerbundes die Kosten der Herstellung des umfangreichen Bandes decken. Er sollte eifrig gekauft werden, um auch für die Zukunft sein Weitererscheinen zu garantieren, denn er ist ein wertvoller Anreiz zur Vermittlung guter Bildung in weite Kreise. Auch manchen interessierten Leser dürfte er finden, der durch die ehrlichen, abwägenden Urteile des Textes Gewinn hat und über das Nachschlagewerk hinaus noch sich an dem Buche freut. Der Ratgeber ist das beste Gegenbeispiel zu dem wahllosen Sammelsurium, das Bartels als „Weltliteratur" dem Publikum vorzusetzen wagt (vgl. Bücherschau der „Hilfe" Nr. 25) — eine geschickte Auswahl des Besten im Schrifttum, die nicht von geschäftlichen Erwägungen diktiert ist, sondern sich ernsthaft bemüht, aus dem Gefühl der Verantwortung des Wissens gegenüber den Ratsuchenden Leiter und Freund zu sein.

Bei Callwey ist ferner auch von Wolfgang Schumann eine Schrift über die Ziele und die Arbeit des Dürerbundes erschienen, die der Beachtung wert ist (1,50 M.).

M. R.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, Zehlendorf, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, Hamburg.

Digitized by Google

24. Juli 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis bei Post und Buchhandel (beim Abholen) 5 M., unter Kreuzband 5,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 5,25 M., ins Ausland 6 M. Einzelhefte 50 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8583.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 30

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 80 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme Freitag der vorhergehenden Woche.

Inhaltsübersicht

Politische Notizen: (Die Gliederung des Reiches in Länder. — Selbstverwaltung in Preußen. — Streik der Landarbeiter. — Das Ende der deutschen Nationalschule. — Frauenfragen in der Nationalversammlung.) — **Prof. Dr. Ludwig Quidde,** M. d. N.: Demokratische Ideale. — **Dr. Karl Böhme,** M. d. N.: Das große Landgesetz. — **Dr. Fritz Darmstaedter-Helversen:** Richtpunkte der Auswärtigen Politik. — **Naumann:** Staat und Kirche. — **Dr. Richard Seyfert,** M. d. N.: Staat und Schule. — **Arno Voigt (Miles):** Bürger Hans Knalldampf. — **Eine Huldigung Finnlands vor deutscher Tapferkeit.** — **Naumann:** Verstand und Wille. — Sprechsaal. — Büchertisch.

Politische Notizen

Die Gliederung des Reiches in Länder. Die Nationalversammlung hat bei ihrer zweiten Lesung des Verfassungsentwurfes die Beratung über den Artikel 18 zunächst überschlagen und dann ganz an den Schluß gestellt, weil der Versuch einer Verständigung zwischen Unitariern und Föderalisten bis zum letzten Augenblick fortgesetzt werden sollte. Und das war gut so. Zwar ist keine Lösung der deutschen Frage gefunden worden, die allen Befriedigung gibt. Aber es ist doch schließlich zwischen Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten, sowie den Vertretern Preußens und anderer Bundesstaaten ein Kompromiß zustande gekommen, das den Föderalisten genug Betätigungsraum erhält, ohne den Unitariern den Weg zur Erreichung ihres Einheitszieles endgültig und völlig zu verrammeln. Es zeigte sich aber, wie wahr es ist, was von mir an dieser Stelle und anderswo in so manchem Aufsatz immer wieder vertreten worden ist, daß zwischen der Auffassung der Unitarier und der Föderalisten eine Brücke geschlagen werden kann, während die Kluft zwischen Zentralisten und Partikularisten schlechterdings unüberbrückbar ist.

*

Zwischen den drei großen Parteien der Nationalversammlung war seit langem Einigkeit darüber vorhanden, daß eine starke Reichsgewalt hergestellt werden müsse, stärker als früher, eine wirkliche Reichsregierung an Stelle der unhaltbaren Halbheit der bloß verbündeten Regierungen. Strittig war nur das Maß der verbleibenden Selbstbestimmungsbefugnisse und strittig war vor allem die Frage, ob eine solche starke Reichsregierung neben einem starken Preußen überhaupt möglich sei, oder ob man nicht bloß aus demokratischer Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerung, sondern vor allem im Interesse des einheitlichen Aufbaus des neuen großen deutschen Gesamtstaates neben der Zusammenlegung bisheriger Gliedstaaten zu größeren zusammengehörigen „Ländern" auch die Zusammenlegung von bisherigen Teilen Preußens, Bayerns usw. mit anderen Ländern und Landesteilen ermöglichen und begünstigen solle. In der ersten Lesung des Verfassungsausschusses hatte man es grundsätzlich als Reichsaufgabe bezeichnet, „die Gliederung des Reiches im Sinne der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung" unter möglichster Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerung zu gestalten. Auf Antrag eines Viertels der Wahlberechtigten sollte in einem Landesteil Volksabstimmung angeordnet werden. Und durch Reichsgesetz sollte dann entschieden werden, ob die gewünschte Neubildung im Reichsinteresse gelegen und deshalb durchzuführen sei. Beim Reichsamt des Innern sollte eigens eine Stelle eingerichtet werden, die sich aller Neugliederungsangelegenheiten helfend und vermittelnd anzunehmen hätte.

Gegen diesen Beschluß setzten sich alsbald die preußische und bayerische Regierung und, ihnen folgend, die Regierungen einiger weiterer Bundesstaaten heftig zur Wehr. Und auf ihre Drohung, daß sie sonst das ganze Verfassungswerk nicht anerkennen würden, ließ sich die Mehrheit des Verfassungsausschusses bei der zweiten Lesung dazu bestimmen, die Neubildung von Ländern von der Bestätigung durch ein „verfassungänderndes" Reichsgesetz, d. h. in Wirklichkeit nicht bloß von der Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit des Reichstags, sondern von der Zustimmung Preußens abhängig zu machen. Man machte also die Verbesserung und Vereinheitlichung der deutschen staatlichen Gliederung so schwer wie möglich, wenn nicht geradezu unmöglich.

*

Mit diesem Beschluß konnten nun weder wir Unitarier uns zufrieden geben, noch die Föderalisten des Zentrums, noch die Rheinländer, Schleswig-Holsteiner, Hannoveraner, die nicht erst auf dem Umwege über die ihnen aufgezwungene preußische Herrschaft, sondern in freier Selbstverwaltung unmittelbar dem Reiche geben wollen, was des Reiches ist. Nach langen Verhandlungen ist es uns jetzt gelungen, in letzter Stunde vor der zweiten Lesung im Plenum zwischen den Vertretern der drei großen Parteien der Nationalversammlung und den Vertretern der meistbeteiligten Regierungen ein Kompromiß zu schließen, das in dem Augenblick, in dem dieses Heft in die Hände des Lesers kommt, mit großer Mehrheit angenommen sein wird. Durch dieses Kompromiß wird das Wort „verfassungsändernd" wieder gestrichen, so daß auch bei Widerspruch der beteiligten Staaten ein einfaches Reichsgesetz zur endgültigen Regelung genügt. Dafür ist aber die Feststellung des Volkswillens erschwert worden; erst auf Antrag eines Drittels der Wahlberechtigten muß die Volksabstimmung angeordnet werden; die Abstimmung muß auf alle Fälle im ganzen Bezirk (preußische Provinz, bayerischer Kreis) vorgenommen werden, auch wenn es sich nur um die Abtrennung eines Teiles handelt; und es ist eine Mehrheit von mindestens drei Fünfteln erforderlich. Ist der Volkswille durch solche Mehrheit festgestellt, so muß die Reichsregierung seine Vollstreckung durch Reichsgesetz beantragen. — Diese Bestimmungen treten aber erst zwei Jahre nach Verkündung der Reichsverfassung in Kraft. Bis dahin kann eine Lostrennung nur mit Zustimmung des beteiligten Gliedstaates erfolgen: Für diese Hinausschiebung ist der Gedanke maßgebend gewesen, daß es im deutschen Interesse nötig sei, bis zur Volksabstimmung im Rheinland erst etwas ruhigere Zeiten abzuwarten. Ob dieser Gedanke richtig ist, das ist sehr zweifelhaft. Die Entwicklung des großhessischen Gedankens, der vom sozialdemokratischen hessischen Ministerpräsidenten mit der gleichen Energie verfolgt wird, wie von seinen demokratischen und klerikalen Kollegen, beweist doch deutlich genug, wie stark die Volksstimmung drängt. Und wenn man die Vorgänge bei der soeben vollzogenen Lostrennung Birkenfelds von Oldenburg beachtet hat, so muß man doch schon geradezu blind sein, um nicht zu sehen, wie sehr die schnelle Befriedigung der rheinischen Selbständigkeitswünsche zur Stärkung des deutschen Reichsbürgerbewußtseins beitragen würde.

Digitized by Google

Die äußere Not, unser wirtschaftliches Elend und der Zwang zur Beschaffung ungeheurer Geldmittel — alles drängt und treibt zur Verwirklichung des alten und einst so hoffnungslosen deutschen Einheitsgedankens. Selbst der Zentrumsmann Erzberger muß über alle partikularistischen Überlieferungen seiner Partei hinweg als Reichsfinanzminister einen Steuerplan verfolgen, der radikal unitarisch wirkt. Um so nötiger ist es, die berechtigten und kulturell so wertvollen Eigenkräfte der deutschen Stämme schonend und pfleglich zu behandeln, wenn nicht Reichsverdrossenheit entstehen soll. Die alten Gegner, Föderalisten und Unitarier, kommen so unter den schweren Verhältnissen unserer Zeit zum gleichen Ziel, zur organischen Gliederung des einigen deutschen Staates in natürliche, volks- und stammesgeschichtlich erwachsene, freie und gleichberechtigte Selbstverwaltungsgebiete. Das ist es, was uns der Artikel 18 bringen soll. W. H.

Selbstverwaltung in Preußen. Preußen ist, wie der sozialdemokratische Ministerpräsident Hirsch gesagt hat, bereit, in Deutschland aufzugehen. Leider steckt heute hinter diesem Worte keine größere Kraft des Wollens und ausschließlich deutschen Empfindens, wie damals, als Friedrich Wilhelm IV. es unter dem Eindruck der Revolution prägte. Weit mehr als die Herstellung des einigen deutschen Staates liegt auch der heutigen preußischen Regierung die Erhaltung und Festigung des großpreußischen Einheitsstaates am Herzen. Die Selbständigkeitsbestrebungen in Rheinland, Hessen, Hannover, Schleswig-Holstein, Oberschlesien und die Bewegung zur Vereinigung der thüringischen Kleinstaaten mit dem preußischen Thüringen machen der preußischen Regierung schwere Sorge. Vom deutschen Standpunkt aus begreiflich und, soweit sie nicht zur Zersplitterung, sondern zu größerer Vereinheitlichung der Gliederung des Reiches führen, begrüßenswert, erscheinen sie dem „echten" Preußen lediglich als Lostrennung und Abtrünnigkeit. Daß es ganze Provinzen von „Muß-Preußen" gibt, die durch nichts als den Zwang sich an Preußen gebunden fühlen, stellt sich ihm als Verrat dar. Und da er gewohnt ist, Preußen als den alleinigen Träger des Deutschen Reiches zu betrachten, wittert er in jedem „Los von Preußen" ein „Los vom Reich". Die jetzige Regierung kann sich dem nicht mit den Mitteln der Reaktion entgegenstellen. Und so kommt denn jetzt, unter dem Eindruck der Bewegung in den muß-preußischen Gebieten, endlich ein Gesetzentwurf heraus, der den Provinzen ein größeres Maß von Selbstverwaltung geben soll. So weit man bis jetzt sehen kann, verleugnet dieser Entwurf die Spuren seines Entstehens nicht. Er scheint nicht vom Vertrauen diktiert, sondern wirkt wie ein erzwungenes Zugeständnis. Die Provinziallandtage sollen künftig berechtigt sein, Provinzialstatuten zu beschließen über Fragen der Schulverfassung, soweit sie für die Bevölkerung der Provinz ein besonderes Interesse haben, sowie über „Besonderheiten des provinziellen Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Verfassungsrechts, soweit die Gesetze Abweichungen gestatten oder auf solche verweisen". Wohl mit Rücksicht auf Oberschlesien sollen die Provinzen auch das Recht haben, eine zweite Amtssprache neben der deutschen einzuführen. Den staatlichen Behörden innerhalb der Provinz sollen gewählte Beiräte beigegeben, und vor Besetzung der Stellen der politischen Beamten soll der Provinzialausschuß gehört werden. — Das ist nicht viel. Solange die Provinzen ihre leitenden Beamten nicht selbst wählen können oder doch auf ihre Ernennung keinen mitbestimmenden Einfluß haben, wird alles Gefühl, sich selbst zu verwalten, bei der Bevölkerung der Provinzen nicht vorhanden sein. Die Neigung, den ganzen Staatsmechanismus rein schematisch zu gestalten, war ein Hauptfehler des alten konservativen Systems. Es gab ja nur Untertanen, nicht Bürger, auf deren Seelenregungen Rücksicht zu nehmen ist. Die heute regierende Sozialdemokratie kann den erziehlichen und — man verzeihe das Wort — verziehlichen Einfluß ihres Wachstums im militaristisch-bureaukratischen Preußenstaat nicht von sich abstreifen. Und so zentralisiert man weiter nicht bloß in der politischen Leitung, wo es not tut, sondern auch in der Verwaltung, wodurch man freie Menschen niemals zusammenhält, sondern vielmehr geradezu auseinander treibt. Auch dieser Entwurf, der Selbstverwaltung bringen soll, aber nicht bringt, wird deshalb seinen Zweck verfehlen. W. H.

Streik der Landarbeiter. Zu allen übrigen schweren Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens sind als ganz besondern bedrohliche Erscheinung nun auch noch Streiks von Landarbeitern getreten. Wenn das um sich greifen sollte, wenn infolgedessen die Ernte auf den Feldern verkommen muß, dann bedeutet das für unsere Volksernährung, noch dazu unter den heutigen Verhältnissen, ein entsetzliches Unglück. Wir haben also allen Grund, demgegenüber nicht einfach abwartend zuzusehen, was da werden will, sondern zu prüfen, ob nicht helfend und ausgleichend eingegriffen werden kann. Wer ist schuld? Nach der Auseinandersetzung im Preußischen Landtage über die pommerschen Vorgänge scheinen dort die Großgrundbesitzer den Hauptteil der Schuld zu haben. Wenn auch nicht zu bestreiten ist, daß eine heftige unabhängig-kommunistische Agitation die Köpfe der Landarbeiter künstlich und planmäßig erhitzt hat, so ist damit doch nicht erklärt, wie es kommt, daß die sonst so ruhigen pommerschen Landarbeiter solcher Hetze erlegen sind. Hier rächt sich, daß die Konservativen die Organisation der Landarbeiter immer verhindert haben, indem sie ihnen das Recht dazu nicht gewährten. Wie in der Industrie gerade die Gelben von der spartakistischen Wühlerei am schnellsten und am meisten ergriffen worden sind, so ist es auch ganz natürlich, wenn der unorganisierte, gewerkschaftlich unerzogene und ungebundene Landarbeiter leicht ein Opfer unverantwortlicher Agitation wird, zumal, da in den Gebieten des Großgrundbesitzes sein Lebenslos wahrhaftig nicht gerade rosig aussieht. Und ein anderes ist es, was sich rächt. Hätten die Konservativen eine kräftige Siedlungspolitik nicht immer zunichte gemacht, hätte man den strebsamen Landarbeitern den Weg des Aufstiegs zur Selbständigkeit freigelegt, so wäre heute das Gefühl ihrer Verbundenheit mit der Scholle und mit den Pflichten, die dem Verwalter des nationalen Bodens gegeben sind, auch bei den Landarbeitern sicherlich weit größer. Hier gilt es einzusetzen, um dauernd zu helfen. Für den Augenblick aber tut es not, ohne jede Parteivoreingenommenheit, den Weg der Verständigung zwischen Landherren und Landarbeitern zu suchen. Der muß sich finden lassen. Denn so liegt es doch nicht, daß alle Großgrundbesitzer verblendete Herrenmenschen und fanatisierte Gegenrevolutionäre sind. W. H.

* **Das Ende der deutschen Nationalschule.** Das Kompromiß, das Zentrum und Sozialdemokratie geschlossen haben, klingt sehr liberal, demokratisch und plausibel. Der „Wille der Eltern" soll entscheiden, ob eine konfessionelle oder weltliche Schule bestehen soll. Das ist Zerfall in jedem Sinne. Jede Stadt und jedes Dorf — zunächst in uneinheitlich zusammengesetzten Gegenden, von da ab unabsehbar und überall — wird jetzt ihre Schulkämpfe bekommen. Mütter und Väter werden bis zur Bewußtlosigkeit von rechts und links bedrängt und bearbeitet werden mit einem Entweder-oder, bei dem, wenn die Entscheidung so oder so gehalten ist, sich doch der Unterlegene nicht beruhigen wird. Und die Schule selbst, als Ergebnis dieser leidenschaftlichen Agitation, wird ihren Typus gar nicht stark genug ausprägen können: den konfessionellen einerseits, den religionslosen anderseits. Und die Schule wird in diesen beiden Typen einen zwiefachen Geist ausprägen und züchten, der uns einander schlimmer noch entfremdet und zerreißt, als schon heute. Die Schule als Boden der Nationalerziehung ist mit diesem Antrag preisgegeben. Der stärkste Quell nationalen Einheitsgefühls verschüttet — das Notwendigste für unsere Zukunft unmöglich gemacht. G. B.

* **Frauenfragen in der Nationalversammlung.** In der letzten Woche sind in der Nationalversammlung mehr Frauen zu Wort gekommen, als in der ganzen Zeit der Tagung. Es handelte sich um die Frage der Einfügung einzelner Frauenrechte in die Grundrechte. Dabei kann man verschiedener Meinung darüber sein, ob und wieweit Einzelheiten in die Verfassung gehören. In den Frauenfragen könnte es für ausreichend gehalten werden, wenn an einer Stelle der Verfassung grundsätzlich die volle Gleichberechtigung der Frau ausgesprochen wird. Dann muß es bei

erschöpfend sein. Man hätte den Satz: „Männer und Frauen haben grundsätzlich die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten", als eine einzelne, alle Einzelrechte unterbauende Grundlage ansehen können, wenn nicht einem sozialdemokratischen Antrag gegenüber zum Ausdruck gekommen wäre, daß man in das „grundsätzlich" allerhand Rückzüge und Abzüge verkleidet. Darum wird mit der jetzigen Fassung das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. Aber es ist auch andererseits klar, daß das deutsche Bürgerbewußtsein noch nicht so selbstverständlich die Konsequenzen zieht, die sich aus einem Fundamentalsatz über die Frauen ergeben. Darum ist von den Frauen in dem Artikel über den Beamten die Aufnahme eines Satzes über die Aufhebung des Koalitats gebracht. Es wird notwendig werden, auch in den Artikel über die Familie etwas über die Gleichstellung der Frau zu bringen. Das ist mindestens ebenso notwendig, wie das, was in der letzten Woche erreicht ist in bezug auf das uneheliche Kind: die gesetzlich begründete Gleichheit seiner sozialen, körperlichen und geistigen Entwicklung.

Übrigens wird aber viel wichtiger als der Grundsatz in der Verfassung, die Ausführung in der Gesetzgebung sein. Dann erst wird die parlamentarische Mitarbeit der Frauen ihre eigentliche Bedeutung gewinnen. G. B.

Ludwig Quidde, M. d. R./Demokratische Ideale

Es gehört ein unverwüstlicher — manche werden sagen: ein unkritischer — Optimismus dazu, um heute zum deutschen Volke von den Idealen der neuen Demokratie zu sprechen; denn man predigt augenscheinlich tauben Ohren. Statt daß das gemeinsame Unglück uns einander näher gebracht hätte, ist unser Volk schlimmer als je von Parteikämpfen zerrissen, statt daß wir alle Kraft in gemeinsamer Arbeit zusammenfaßten, statt daß wir mit jeder Arbeitskraft und jeder Arbeitsstunde auf das sparsamste wirtschaften, vergeuden wir Kraft und Zeit in der unerhörtesten Weise. Von Gemeinsinn war niemals weniger zu spüren. Niemand vermag heute mit Sicherheit zu sagen, ob der Wahnwitz dieses Treibens in einer furchtbaren Katastrophe endigen wird, gegen deren Schrecken die des Krieges verblassen werden, oder ob auf dem Wege zum Abgrund noch rechtzeitig Halt und Umkehr möglich sein werden. Wir können nur immer wieder zur Vernunft mahnen und jeden einzelnen — nicht beim Gesamtinteresse, um das er sich wenig kümmert — bei seinem eigenen Interesse zu packen suchen. Die Not, die vor den Augen steht, ist unsere Helferin — wenn die Blinden sehen wollen.

Und trotzdem, die Zeit muß kommen, da von der gemeinsamen Not, von dem schweren Unglück, das unser armes Volk gemeinsam zu tragen hat, statt der zersetzenden Wirkung von heute die Kraft der Einigung ausgehen wird. Ist ein Volk im innersten Kerne noch gesund, so folgt auf schwere Erschütterungen seines Daseins, auf unglückliche Kriege und ähnliche Katastrophen eine Zeit der Läuterung. Wenn die krankhafte Erregung dieser Tage erst einmal der nüchternen Erkenntnis der Tatsachen Platz gemacht haben wird, wenn alle im Volke einsehen, daß wir nur im engsten Zusammenschluß mit angestrengtester Arbeit wieder hochkommen können, dann wird von den drei alten Schlagworten der französischen Revolution das dritte, das neben der Freiheit und Gleichheit jahrzehntelang ein Aschenbrödeldasein geführt hat, zur Geltung kommen, die Brüderlichkeit.

Inmitten all der entsetzlichen Erfahrungen dieser Tage wagt unser Optimismus zu hoffen, daß die Idee der Brüderlichkeit den Aufbau des neuen Deutschland bestimmen wird, einfach deshalb, weil wir sonst gegenüber dem entsetzlich Schweren, das uns auferlegt ist, an der Zukunft verzweifeln müßten.

Im Geist der Brüderlichkeit werden wir ein neues Arbeitsrecht, eine neue nationale Bildung und ein neues Ideal der Völkergemeinschaft aufzubauen haben.

Die Arbeit muß in unserem arm gewordenen Volke, dem, auch nach Beseitigung des Unerfüllbaren, so schwere Lasten auferlegt bleiben, eine gemeinsame Pflicht aller sein. Es darf nicht mehr Begüterte geben, die glauben, müßig gehen zu dürfen, und nicht Arbeiter, die ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl den Arbeitsprozeß schweren Erschütterungen aussetzen. Der gleichen Arbeitspflicht aber müssen gleiche Rechte gegenüberstehen. Die Zeit der alten, rein kapitalistischen Wirtschaft ist endgültig dahin; den Herrenstandpunkt wird, wie im politischen, auch im wirtschaftlichen Leben niemand mehr ungestraft wagen können zu vertreten. Gewiß, wir dürfen, wenn wir unsere Wirtschaft wieder aufbauen wollen, die unentbehrliche Triebkraft des persönlichen Interesses, der persönlichen Verantwortung, der persönlichen Unternehmungslust nicht ausschalten wollen. Das sichert dem Privatbetrieb sein gutes Recht auf weiten Gebieten. Aber in der neuen Wirtschaftsordnung ist die gesamte Produktion dem Allgemeininteresse unterzuordnen, und Arbeiter wie Angestellte haben entsprechend ihren Leistungen und Fertigkeiten ein Recht auf Mitwirkung in der Leitung des Produktionsprozesses. Das ist kein der Demokratie aufgezwungenes Zugeständnis an den Sozialismus, sondern dieser Sozialismus ist Demokratie.

Wie eine neue Wirtschaftsordnung, ein neues Arbeitsrecht, muß eine neue nationale Bildung, ein neues Erziehungssystem aufgebaut werden. Man hat manchmal mit einem gewissen Recht gesagt: schlimmer als die Unterschiede des materiellen, seien die des geistigen Besitzes, die ein Volk spalten; die Gegensätze der Bildung bewirkten, daß verschiedene Volksschichten verschiedene Sprachen sprächen und sich nicht verständen. Diese Kluft zu schließen, haben mancherlei Bestrebungen bisher sich bemüht. Das war aber nur verschwindend wenig gegenüber der großen Aufgabe, die der Demokratie in einem wirklichen Volksstaat gestellt ist. Berufsbildung und staatsbürgerliche Bildung müssen nicht etwa nur für einen ausgewählten Kreis, sondern für die Gesamtheit der Staatsbürger beider Geschlechter auf eine weit höhere Stufe gehoben werden. Auch dann erst wird man sagen können, daß die Paragraphen der Verfassung, die eine gleichmäßige Teilnahme aller Bürger an dem politischen Leben voraussetzen, zur Wahrheit geworden sind.

Die neue Erziehung muß zu einer inneren Erneuerung unseres Volkes führen. Die Idee des Rechtes muß, im bewußten Gegensatz zu dem alten Kultus der Machtpolitik, der zentrale Gedanke unseres politischen Denkens werden, in der Innen- und in der Außenpolitik.

Während des Krieges hat der Gedanke, dieser entsetzlichste aller Kriege müsse auch der letzte gewesen sein und eine den Frieden sichernde Weltorganisation, beruhend auf der Idee des Rechtes und der gleichberechtigten Gemeinschaft freier Völker, müsse die bisherige internationale Anarchie überwinden, siegreiche Fortschritte gemacht. Unsere Gegner haben sich durch den Gewaltfrieden von Versailles an dieser Idee schwer versündigt. Dem deutschen Volk ist damit die dankbare Aufgabe zugefallen, Träger jener Gedanken zu werden, denen ganz gewiß die Zukunft gehört. Es wird dabei die Neutralen und die fortgeschrittenen politischen Kreise der bisher feindlichen Länder zu Verbündeten

Digitized by Google

haben. Diese Gunst der Lage dürfen wir nur nicht wieder verscherzen.

Um den Weg zur Verständigung frei zu machen, um die internationale Atmosphäre zu reinigen, zu entgiften, darf man sich der Beantwortung der Schuldfrage nicht entziehen. Darüber sei ein kurzes Wort gestattet. Wir dürfen uns nicht sträuben, den Anteil von Schuld anzuerkennen, der auf die Verantwortung der deutschen Politik für den Ausbruch des Krieges entfällt. Jene, die, vielleicht aus falsch verstandenem Patriotismus, vielleicht auch aus anderen Gründen, sich dessen weigern und trotz der offen zutage liegenden Beweisstücke noch immer davon sprechen, wir seien überfallen worden, erweisen unserem Volke einen schlechten Dienst; sie besorgen die Geschäfte derer, die immer wieder die öffentliche Meinung der Welt gegen Deutschland aufpeitschen mit der Behauptung, die Denkweise des kaiserlichen Deutschland sei noch die der deutschen Republik. Wenn wir aber durch rückhaltlose Anerkennung der Tatsachen, die gegen die alten deutschen Machthaber zeugen, den Rücken frei haben, dann können wir guten Gewissens uns mit um so größerer Schärfe wenden gegen das ungeheuerliche Zerrbild deutscher Politik, das die Staatsmänner der Entente entworfen haben, um ihren Gewaltfrieden moralisch zu rechtfertigen. An dieses Zerrbild glauben heute Millionen und aber Millionen im feindlichen, zum Teil sogar im neutralen Ausland. Es ist eines der schwersten Hindernisse für die Wiederaufnahme normaler Beziehungen und für den Aufbau eines echten Völkerbundes. Im Kampfe für Wahrheit und Gerechtigkeit müssen wir die Mitwirkung aller derer, die guten Willens sind, beanspruchen, und im Verein mit ihnen müssen wir dann den Völkerbund zu einer echten Volksgemeinschaft gestalten. Diese Entwicklung wird gefordert durch die ganz nüchternen, praktischen Interessen aller Völker, durch die großen Aufgaben ihres Gemeinschaftslebens und durch ihr gemeinsames Interesse, sich gegen die Wiederkehr einer Weltkatastrophe, wie die des letzten Krieges, zu sichern. Erst allmählich wird sich dann wieder eine Gemeinschaftsgesinnung entwickeln und den Bestand des Völkerbundes sichern. Auf unserer Seite wird die sieghafte Kraft des Rechtes sein.

Auf diesem Wege und durch den Völkerbund werden wir auch das Ziel erreichen, das uns allen als das unverrückbare Ziel unserer ganzen Politik vorschweben muß: **die Revision des Friedens von 1919.**

Karl Böhme, M. d. N. / Das große Landgesetz

Der 19. Juli 1919 wird in der Geschichte der deutschen Revolution seine Bedeutung behalten, wenn vieles andere verdienter Vergessenheit verfallen sein wird, als der Tag der größten positiven Tat, die diese Periode überhaupt aufweisen konnte. Wenn man annehmen kann, daß im Laufe des 19. Jahrhunderts in Verfolg der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung, die in ihren ursprünglichen Plänen nicht verwirklicht wurde, rund eine Million Hektar Bauernland in die Hand des Großgrundbesitzes übergegangen ist, so gibt das Siedlungsgesetz unendlich gewaltigere Möglichkeiten in umgekehrter Richtung. Schon nach dem ursprünglichen Entwurf, der ein Drittel des Bestandes der großen Güter (Besitzungen über 100 Hektar) zur Verfügung stellen wollte in den Bezirken mit über 13 v. H. Großbesitz, schätzt Sering die für die Kolonisation zur Verfügung gestellte Fläche auf 2,15 Millionen Hektar. Infolge der Gebietsabtretungen ist ein Teil dieser Fläche in Fortfall gekommen, aber die Verschärfungen des Gesetzes, die sämtliche Güter über 100 Hektar der Enteignung auf dem Wege der Landesgesetzgebung auch in den westlichen Bezirken frei geben, haben die Siedlungsfläche wiederum wesentlich vermehrt. Dazu kommt das Vorkaufsrecht auf die frei veräußerten Güter, der staatliche Domänenbesitz, der zu 10 v. H. sofort, in seinem gesamten Bestande innerhalb von 18 Jahren zur Aufteilung gelangen kann, ferner Öd- und Moorländereien. Die für die Siedlung zur Verfügung stehenden Flächen sind somit derartig gewaltig, daß Mangel an Land die Durchführung des großen Werkes unter keinen Umständen gefährden kann. Es kann in einzelnen Gegenden das Land fehlen, aber es werden solche Bezirke sein, in denen ohnehin die Grundbesitzverteilung eine befriedigende genannt werden muß, vielleicht sogar die Aufteilung bereits derartig vorgeschritten ist, daß eine weitere Zerstückelung verhängnisvolle Folgen zeitigen müßte. Mit aller Entschiedenheit hat die Demokratische Fraktion, die in erster Linie die Vertreter des Bauernbundes in die Kommission entsandt hatte, den Gedanken einer unwirtschaftlichen Zersplitterung abgelehnt. Sie konnte daher auch weitergehenden Bestrebungen, die eine Aufteilung der landwirtschaftlichen Betriebe von 50 Hektar an auf dem Wege der Landesgesetzgebung für zulässig erklären wollte, nicht ihre Zustimmung erteilen, so sehr dahingehende Wünsche auch in einzelnen Bundesstaaten in den Kreisen der Partei selbst erhoben wurden. Nicht die gesunde Besitzverteilung des Westens einer übermäßigen Parzellierung preiszugeben, ist der Zweck des Siedlungsgesetzes, sondern Siedler hineinzubringen in die menschenleeren Bezirke des Großgrundbesitzes ist das Ziel dieser Gesetzgebung.

Die Partei verschloß sich dabei nicht den Notwendigkeiten, neben der Neusiedlung in den Bezirken der Großgüter, die Vergrößerung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe bis zur Größe einer Familiennahrung durch anliegendes Großgrundbesitzerland als ergänzende Bestimmung in das Gesetz hineinzubringen. Die Anregung, die in dieser Richtung der Bauernbund gab, ist von ihr mit Verständnis aufgenommen und in der Kommission stärkst vertreten worden, dort im Gegensatz zur unabhängigen Sozialdemokratie, den beiden Rechtsparteien und dem Zentrum. Einmal überstimmt, haben diese Parteien dann später den Widerspruch aufgegeben. In der sogenannten Adjacentensiedlung hat die Partei mit Recht die eigentlich große Aufgabe der Gegenwart erblickt, da die Material- und Lohnteuerung zurzeit der Neusiedlung engen Schranken ziehen. Wer Fühlung mit den weitesten Schichten der Landbevölkerung hat, die dort vertretenen Wünsche kennt, der weiß, daß auch das Volksempfinden hier die eigentlichen praktischen Möglichkeiten der Siedlung sieht. Warmherziges und rasches Eingehen auf die Eingaben und Anregungen, die aus allen Gegenden des flachen Landes an Behörden und Interessentenverbände gelangen, wird die dankbare Aufgabe der neuen Siedlungsbehörden sein. Es ist kein Geheimnis, daß gerade ehrliche Freunde der inneren Kolonisation in den Siedlungsgesellschaften die Adjacentensiedlung mit erheblichem Mißtrauen betrachten, sie fürchten für die Neusiedlung. Solche Bedenken sind unberechtigt, im preußischen Osten sind ganze Regierungsbezirke, überall aber Kreise vorhanden, in denen es Bauerndörfer so gut wie gar nicht gibt, Neusiedlungen also ausschließlich in Frage kommen. Die Möglichkeiten für die Neusiedlung sind also noch völlig unbegrenzt. Es muß daher der entschiedene Wunsch ausgesprochen werden, die unberechtigten Vorurteile gegen die Adjacentensiedlung zurücktreten zu lassen, und beide Formen der Siedlung auf das warmherzigste zu fördern. Ein anderes Verhalten würde die Staaten zu Zwangsmitteln veranlassen, die praktisch zu einer Ausschaltung gerade derjenigen führen würden, deren Verdienste um die Siedlung früherer Jahre unbestreitbar sind.

Es darf aber die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die praktische Ausführung des Siedlungsgesetzes aus diesen überzeugten Freunden der Neusiedlung ebenso warmherzige Verfechter der Adjacentensiedlung machen wird.

Zweifelhafter erscheint es dagegen, ob die Landlieferungsverbände, in denen der Großgrundbesitz unbeschränkt herrscht, den ihnen natürlichen Widerwillen gegen die Siedlung überwinden und ehrlich mitarbeiten werden.

Manches spricht nicht dafür. Wohl im Auftrage des befestigten Großgrundbesitzes, dessen Material er benutzt, ist der Nationalversammlung eine Schrift eines Dr. Ulrich Kahsteldt zugegangen,

die die brutale Drohung enthält, infolge des Siedlungsgesetzes würden sich die Fideikommißbesitzer Schlesiens gezwungen sehen, die Pachtländereien zu kündigen, die sie an kleine Leute ausgegeben hätten. Nicht weniger als 40 000 kleine Existenzen, sagt Kahrstedt, würden dadurch allein in Schlesien vernichtet werden. In Verbindung mit den aus den verschiedensten Gegenden mitgeteilten Drohungen ähnlicher Art zeigt diese Veröffentlichung, daß die von der Siedlung betroffenen Kreise das nötige seelische Gleichgewicht zurzeit noch nicht gewonnen haben, sodaß die Ausbrüche mancherlei Terrors, sobald die Furcht vor der Revolution etwas zurückgetreten ist, zu befürchten sind. Demgegenüber erreichte die Fraktion durch einen entsprechenden Antrag, den sie stellte, daß diese Dinge zur Sprache kämen und der Reichs-Arbeitsminister eine Verfügung in Aussicht stellte, die einen Schutz der kleinen Pächter, insbesondere auch der Heuerlinge, sowie eine Einschränkung des Pachtwuchers herbeiführen wird. Der Deutsche Bauernbund kann mit voller Befriedigung feststellen, daß die Demokratische Fraktion allen seinen Anregungen Verständnis und Förderung hat zuteil werden lassen und mit ihm wetteifernd in der für die Massen unseres Landvolkes so unendlich wichtigen Aufgabe erfolgreich gearbeitet hat.

Fritz Darmstaedter-Helversen / Richtpunkte der Auswärtigen Politik

„Wir müssen kämpfen für die Idee des Rechts. Die ganze Zukunft unseres Volkes, die Frage, ob wir überhaupt noch eine Zukunft haben, ist abhängig von dem Sieg des Rechtsgedankens in der Welt. Wenn Deutschland diesen Kampf kämpft, kämpft es ihn nicht nur für sich, sondern für die menschliche Kultur überhaupt, so ist das deutsche Interesse das Menschheitsinteresse."

Diese Worte Schückings zeichnen in großen Zügen den Weg vor, den Deutschland in der auswärtigen Politik künftig zu gehen hat: auf der Grundlage der Demokratie den Weg des Rechts. Die deutsche Politik muß planmäßig und folgerichtig an diesem Vorsatz festhalten und zu allen Fragen der auswärtigen Politik im vorbezeichneten Sinne Stellung nehmen — dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. — Der Grundfehler der auswärtigen Politik des „ancien regime" war ja gerade der Mangel jeglicher Rechtsgrundlage und jeder planmäßigen konsequenten Politik. In reiner Opportunitätstaktik wurde zu den schwebenden Fragen Stellung genommen, oftmals in völliger Verkennung oder Unkenntnis der wahren Zusammenhänge und Verhältnisse. Der einzige ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht blieb das Festhalten am Bündnis mit Österreich-Ungarn, dessen Politik vielfach kritiklos von uns mitgemacht wurde, wie ja die Vorgänge des Sommers 1914 hinlänglich bewiesen haben.

In Zukunft kann uns nur eine demokratische Politik in strenger Beobachtung des Rechtsgedankens heissen und uns das Vertrauen aller rechtlich Denkenden des Erdballs erringen. —

Mit zwingender Logik folgt hieraus, daß die Anbahnung von freundschaftlichen Beziehungen zu solchen Staaten, die Gegner unserer Grundauffassung sind und das Rechtsprinzip verwerfen, nicht in Frage kommen kann und darf. Solange die Polen Millionen von Deutschen das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten, ja sogar eine Vergewaltigung des Deutschtums anstreben, wird ein erträgliches Verhältnis zwischen Deutschland und Polen unmöglich sein. Dasselbe gilt von den Tschechen. Die glatte Annexion von 4 Millionen Deutschen durch den neuen tschechischen Staat wird einer Annäherung der beiden Nachbarländer stets im Wege stehen. — Wie eine klaffende, brennende Wunde muß jeder Deutsche dieses flagrante Unrecht empfinden und unter stetem Protest seine schleunige Korrektur verlangen. — Wirtschaftliche Beziehungen, die aus der Not der Bedürfnisse oder der geographischen Lage sich ergeben, werden und dürfen daran nichts ändern! Man kann nur hoffen, daß schließlich Tschechen und Polen doch eines Tages einsehen, daß die Gewaltpolitik ihnen selbst zum Schaden gereicht, und eine Einigung mit dem Nachbarn ein erstrebenswertes Ziel darstellt. — Es wird von ganz besonderem Interesse sein, zu erfahren, ob der neue sozialistische Ministerpräsident der tschechischen Republik die Gewaltpolitik seiner Vorgänger weiter verfolgen wird oder nicht. — Zusammenfassend kann gesagt werden, daß gegenüber den neuen slawischen Republiken unsere Politik klar vorgezeichnet ist: sie wird ausschließlich von dem Verhalten dieser Staaten bestimmt sein!

Eine aufrichtige, warme Freundschaft und Sympathie muß Deutschlands Demokratie mit der Demokratie der Ukraine verbinden. — Beiden Völkern ist das starke Streben nach Verwirklichung des Rechts und Befreiung wesentlicher Volksteile von der Fremdherrschaft gemeinsam. — Die Ukraine muß das Bindeglied zwischen der deutschen Republik und dem künftigen russischen Gemeinwesen werden. — Einem demokratischen Rußland gegenüber wird Deutschland stets nur Gefühle ehrlicher Freundschaft hegen. Daß dies auf Gegenseitigkeit bruhen wird, dürfte sich ohne weiteres ergeben, da ja die frühere Abneigung weiter demokratischer Kreise Rußlands (man denke nur an die Kadetten, die Menschewikis u. a.) gegen Deutschland im wesentlichen auf dem Glauben von der Solidarität des deutschen Kaisertums und eines Teils des deutsch-baltischen Adels mit dem Zarismus beruhte. Nachdem diese Auffassung keine Nahrung mehr wird finden können, ist die Bahn völlig frei .... Solange aber die bolschewistische Herrschaft anhält, ist von deutscher Seite große Vorsicht und Abwarten am Platze. In Konsequenz unserer Grundsätze können wir zu einem Regiment der Gewalt weder Vertrauen noch Freundschaft aufkommen lassen. — Das gleiche gilt vorläufig von Ungarn, mit dessen überwiegender Bevölkerung uns lebhafte Sympathie und wärmstes Mitgefühl in gemeinsamer schwerer Not verbindet. Ein geläutertes Ungarn wird stets Deutschland an seiner Seite finden, vor allem, wenn es auch das Selbstbestimmungsrecht seiner alten deutschen Bestandteile achtet.

Hinsichtlich des Baltikums und Litauens muß für uns das Selbstbestimmungsrecht der großen Mehrzahl der Bewohner maßgebend sein. So sehr uns auch das baltische Deutschtum am Herzen liegen mag, so müssen wir doch einsehen, daß seine Rolle als führender Faktor gegenüber Letten und Esthen bei einer demokratischen Verfassung ausgespielt ist; den jungen Völkern bringen wir durchaus freundschaftliche Gefühle entgegen und hoffen, daß sie der deutschen Minderheit, denen die Länder so unendlich viele Kulturwerte verdanken, Gerechtigkeit widerfahren lassen werden. Das litauische Gemeinwesen wird ebenfalls in vieler Hinsicht auf Deutschland angewiesen sein, zumal es von polnischer Seite aus gewiß nicht auf Förderung wird rechnen können. Es ist zu wünschen, daß die deutsch-litauische Annäherung in nicht zu ferner Zeit mit einer günstigen Lösung der Memeler Frage ihren Anfang nehmen möge. — Besonders schwierig und unübersichtlich ist die Lage im südlichen Teil der einstigen österreichisch-ungarischen Monarchie. Der

Digitized by Google

südslawische Staat steckt noch in seinen Anfangsstadien — Staatsform und Abgrenzung sind noch unklar — scharfe Konflikte der sich zum Teil unfreundlich gegenüber stehenden Stämme und Konfessionen sind noch nicht überwunden. — Das Deutsche Reich hat keinerlei Konfliktsstoff mit diesem jungen Staatswesen. Deutsch-Österreichs baldiger Anschluß nach Norden würde auch die wenigen Reibungsflächen, die z. B. in der Durchfuhrfrage zur Adria bestehen könnten, auf ein Minimum reduzieren. Naturgemäß muß auch hier eine gerechte Behandlung der deutschen Minderheiten im steirischen und kärntner Grenzgebiet und in Krain(Gottschee) verlangt werden. Mit scharfem Blick werden wir aber die Lage an der Adria betrachten müssen, die, wenn wir auch unbeteiligt sind, bald zum Wetterwinkel werden kann.— Italiener und Südslawen stehen sich an der Küste feindlich gegenüber; die kleine italienische Schicht in den Hafenstädten wird hart von dem aufstrebendem Südslawentum bedrängt — — — auch hier hat Wilson die errettende Formel nicht gefunden! Italienischer Nationalismus und südslawischer, in der natürlichen Entwicklung liegender Drang zur Ausdehnung nach dem Meere und den Städten hin stehen sich haarscharf gegenüber. —

In Italien sind vielerlei Ansätze vorhanden, die Politik gegenüber dem alten Bundesgenossen zu revidieren. Teils aus wirtschaftlichen Rücksichten, teils aus Verdrossenheit über die „stiefmütterliche" Behandlung durch die Entente sucht man wieder die Beziehungen zu Berlin zu verbessern. Auch hier können wir noch nicht aktiv eingreifen; wir müssen scharf beobachten und abwarten. Von sehr wesentlicher Bedeutung für unser künftiges Verhältnis zu Italien wird es sein, ob Italien den Deutschen Südtirols zwischen Salurn und Brenner, zwischen Pustertal und Vintschgau das Selbstbestimmungsrecht einräumt. —

Unsere Stellung zu den bisher feindlichen Weststaaten wird ja zunächst ebenfalls nur rein passiv sein können; wir können nur gleichsam wie ein mit roher Gewalt in Fesseln geschlagener Hüriger in stetem Protest gegen die Vergewaltigung und in stetem Verlangen nach Revision der unerfüllbaren Bedingungen aufrecht unseren dornenvollen Weg gehen. Ob der Völkerbund uns die Möglichkeit schaffen wird, unserem Rechte zum Durchbruch zu verhelfen, bleibt dahingestellt; nach alledem, was wir von der neuen „heiligen Allianz" Amerikas und Englands mit Frankreich gehört haben, ist der gegenwärtige Völkerbund leider kaum anders zu beurteilen, als ein Bund zur Niederhaltung Deutschlands. Um so mehr muß es trotz allem zu unseren Hauptaufgaben gehören, das Rechtsempfinden der Völker zu wecken, insbesondere das des großen amerikanischen Volkes. Wie es sich für das unterdrückte Slawentum erwärmte, so wird und muß es auch, wenn es erst die Wahrheit erfährt, dem unterdrückten Deutschtum beistehen, vor allem, wenn es die konsequente Politik eines demokratischen Deutschlands sieht. —

Die Probleme des Balkans sind im Augenblick noch völlig ungeklärt und uns auch vorläufig zu fern; beobachten heißt auch hier die Losung. Hinsichtlich der überseeischen, besonders der ostasiatischen Länder wird auch von aktiver Politik zunächst nicht die Rede sein können. Wir sind jetzt aus der großen Weltpolitik verdrängt; die Momente der Macht, die uns in den fernen Ländern des Ostens Ansehen verschafften, sind dahin; nur der deutsche Kaufmann wird uns dort wieder Geltung und Einfluß verschaffen können. —

Unsere Gesamtlage in der auswärtigen Politik ist vorläufig überaus traurig. Aber trotzdem ist kein Grund zum Verzagen; in zäher Verfolgung des demokratischen Rechtsgedankens werden wir uns überall Freunde und Vertrauen erwerben. Voraussetzung hierfür ist aber, daß wir geeignete, tüchtige Vertreter unserer Politik im In- und Auslande finden. — Kluge Beobachtungskunst, Verständnis für die Denkungsart der anderen Völker und Entschlußfähigkeit sind die Hauptgaben des auswärtigen Politikers — dann aber vor allem unverbrüchliches Festhalten an unserem Leitmotiv: „Recht und Demokratie".

Naumann / Staat und Kirche

(Rede, gehalten in der Nationalversammlung am 17. Juli 1919.)

Wie schon der Herr Referent D. Mausbach sagte, hat die Beseitigung des Staatskirchentums für die protestantische Konfession eine durchaus andere und erhöhte Bedeutung als für den Katholizismus, und wenn ich jetzt darüber sprechen muß, so liegt mir daran, die Voraussetzungen und die Folgen aufzuzeigen, die durch den ersten Satz von Artikel 134 im Gebiete des evangelischen Glaubenswesens hervorgerufen werden. An dieser Stelle entsteht neues Recht, wird wenigstens so vorbereitet, so daß es dann durch Landesrecht und selbständiges evangelisches Kirchenrecht vervollkommnet werden kann. Dieses neue Recht führt unseren Blick zurück bis auf die Zeiten der lutherischen Reformation, und man wird vom Jahre 1528, das man als das Geburtsjahr des Landeskirchentums bezeichnen kann, bis jetzt eine Entwicklungsperiode des Protestantismus vor sich sehen und wird glauben können, daß jetzt eine zweite beginnt. Zugegeben, daß im Übergang zwischen einer ersten und einer zweiten anderen derartigen Periode nicht alle Merkmale des Alten sofort erledigt sind! Das, was eben Dr. Quarck angeführt hat, daß wir noch nicht vollständig heute aus den Eierschalen des mit dem Staate verbundenen Kirchenwesens herauswachsen, ist richtig, ist aber historisch nicht anders zu betrachten, als wenn jetzt die Sozialisierung sich auch nicht ohne weiteres aus der bisherigen Wirtschaftsgesellschaft loslösen kann. Die Absicht der Loslösung und des Freiwerdens ist so deutlich in diesem Gesetze, daß, wer überhaupt im geistigen Zusammenhang mit der protestantischen Religion lebt, weiß, welche unbedingte Änderung des Gefühls- und Gedankeninhalts in dem liegt, was jetzt hier beschlossen werden soll. Es war nämlich auf Grund jenes alten reichsrechtlichen Satzes: „cujus regio ejus religio" die Religion zu einer Art Untertaneneigenschaft gemacht worden, und es gehörte zum Staatsbürger des alten Territorialstaates eine gewisse religiöse konfessionelle Haltung; es wurde die Leitung der kirchlichen Dinge der Staatsobrigkeit zugewiesen; die Kirche der fürstlichen Konsistorien wurde bezahlt und bevormundet vom fürstlichen Staate. Dadurch kam gerade einer der Hauptgrundsätze des Protestantismus nicht zur Lebendigkeit, nämlich der vom allgemeinen Priestertum der Gläubigen. Dieser Grundsatz wurde nur auf die allertiefste Innerlichkeit beschränkt, so daß er praktisch nicht heraustreten konnte. Das, was von jetzt an die neue Periode charakterisieren wird, ist, daß dieser Elementargrundsatz des evangelischen Glaubens die geschichtliche Möglichkeit erhält, sich auszuleben. Jetzt endlich wird den Evangelischen gesagt: ihr webt selbst das Gewand eurer Glaubensgemeinschaft! Eine Kirche, die viel polizeilichen Charakter durch ihren Zusammenhang mit dem polizeilichen Staate bekam, die eine obrigkeitliche Kirche geworden war, steht jetzt vor der Entwicklungsfrage, ob sie kraft eigener Prinzipien und biblischer Tradition nun eigenen Rechtes unabhängig und frei vom Staate werden kann.

Für viele evangelische Christen ist der Tag, an dem dieser Art. 134 beschlossen wird, einer der Freudentage ihres Daseins. Inmitten der vielen traurigen Erlebnisse, die wir als Deutsche jetzt alle durchmachen müssen, ist es für zahlreiche Männer und Frauen, die in den geistigen und [illegible] Bewegungen sich zu Hause fühlen, etwas, was [illegible]

Digitized by Google

tröstet und aufrichtet, daß jetzt neben und in der Revolution des Staates und mit der Umgestaltung der Verfassung zugleich auch der Neubau auf dem evangelisch-kirchlichen Gebiete beginnt, auf dem bis jetzt ein außerordentlich stagnierender Zustand vorhanden war.

Es hat immer in beiden Hauptrichtungen der evangelischen Kirche, bei den mehr konservativ Gerichteten und bei den mehr liberal Gerichteten, hervorragende Vertreter gegeben, die die Freiheit der Kirche vom Staat verlangten. Auf der rechten Seite erinnere ich an die bekannte Bewegung Stöcker-Hammerstein und alles, was damit zusammenhing. Auf der linken Seite erinnere ich an einen so bedeutenden Mann wie Rudolf Sohm, der für diese Trennung, wie wir sie heute erleben, einen großen Teil seiner sittlichen und wissenschaftlichen Kraft eingesetzt hat.

Ich gebe zu, es gab innerhalb beider Richtungen auch das Umgekehrte, nämlich den Wunsch, beim Staate zu bleiben. Wir sahen auch bedeutende Geister wie Richard Rothe, starke Kenner des Kirchenrechtes wie Erich Förster in Frankfurt, den Verfasser der Geschichte der preußischen Landeskirche, mit einer gewissen Neigung, den Staatskirchenzustand nicht nur als Trauerzustand anzusehen, weil sie nämlich in der Staatshoheit zugleich ein gewisses theologisch ausgleichendes und den Bildungscharakter sicherndes Element entdeckt hatten. Gerade auch bei frei gesinnten Protestanten finden wir heute auf Universitäten und an anderen Stellen noch ziemlich viele, die bekennen: der Staat hat uns tatsächlich beschützt! Wer aber schützt, der drückt! Nur indem er schützte und drückte, war der Staat auch ein Garant einer gewissen Unparteilichkeit. Es fragten auch sorgenvolle Protestanten: Wir wissen nicht, welche Begabung der Organisierung dieser durch Jahrhunderte nicht an Selbstorganisation gewöhnte evangelische Körper haben wird.

Sie werden hören, daß ich nicht der bin, der wenig Mut und Zuversicht hat, aber ich versuche, hier klar darzustellen; was ist die Situation? Und in dieser klaren Darstellung der Situation muß ich anerkennen: die evangelische Kirche legt von Anfang an auf die ideelle Entwicklung ein außerordentlich großes Gewicht und hat, weltgeschichtlich betrachtet, ihre stärkste Wirkung in ihrer Teilnahme an der geistigen und philosophischen Entwicklung der neuen Zeit. Aber ebensowenig legte sie ein zu geringes Gewicht auf die Durchbildung des Organisatorischen. Nun erscheint aber mit einem Male fast unerwartet der Zeitpunkt, wo sie nachholen soll, was versäumt wurde. Bis gestern sozusagen lebte die evangelische Kirche noch im absoluten Kleinstaate, und von heute an soll sie in eine demokratische Welt versetzt werden.

Das Volk hat in mehr als hundert Jahren Demokratie gelernt, hat Organisation an sich erfahren. Die Kirche hat darin fast gar nichts miterlebt. Sie hat das Jahr 48 nicht mitgemacht, sie hat die Jahre 66 und 71 auch eigentlich nicht mitgemacht, sie hat die Einheit Deutschlands als evangelische Kirche nicht gefunden, blieb kleinstaatlich. Der einzig kleine Versuch der nationalen Vereinigung, von dem schon vorhin Kollege Kahl geredet hat, war die sogenannte Oktoberversammlung im Jahre 1871, auf der Probst Brückner über die deutsche evangelische Nationalkirche geredet hat. Aber die Versammlung ging auseinander, und im übrigen schliefen wir noch immer unter 28 Monarchen. Denn wenn ein kleiner Monarch eigentlich auch keine anderen Staatsrechte mehr hatte, so war er immer noch Patron und Bischof seiner Kirche geblieben. (Zuruf rechts: Es waren nur 22!) Zeitweise! Sie rechnen nach 66, und ich rechne vor 66! (Heiterkeit.) Also zeitweise 28 und zeitweise 22 derartige Landesbischöfe bewahrten und behüteten die Gestaltungen des Glaubens!

Nach dieser konservativen Kirchengeschichte tritt nun mit einem Male an die evangelische Bevölkerung die Forderung: ihr sollt jetzt eine deutsche evangelische Kirche aufbauen! Der Anfang besteht darin, daß die einzelnen Kirchen, die man Landeskirchen nennt, zum Teil aber Landeskirchlein und Gebietskirchen nennen müßte — denn es bestehen ja nicht nur Landeskirchen, sondern gehen Sie beispielsweise nach Kassel, so finden Sie, daß für einen Landesteil zwei bis drei evangelische Landeskirchen vorhanden sind —, sich zuerst selber organisieren müßten. Heute schweben sie ja verfassungsmäßig in der Luft! Denn wenn wir heute einen Oberkirchenrat haben oder ein Oberkonsistorium oder Landeskonsistorium — wer hat sie denn eingesetzt? Das ist die Autorität, die es nicht mehr gibt! Wer ergänzt sie? In Preußen hat man jetzt in evangelicis beauftragte Minister hergestellt und suchte sich unter den Ministern notdürftig zusammen, welche Evangelische man fand, die für dieses Amt vielleicht noch gerade passend wären. Aber das wird doch nur als vorübergehende Maßnahme angesehen. Im Augenblick besteht für die Kirchenregierung kein Hintergrund, es besteht keine Synodalverfassung, keine begründete Autorität, kein selbständiges Kirchenrecht.

Mitten in diesem Übergangszustand müssen die vorhandenen vom Landesbischof hinterlassenen Oberkirchenräte, Kirchenräte, Konsistorien usw. auf der einen Seite ihren Dienst tun; auf der anderen Seite müssen die Synoden, die nach ihrem geliebten System älter waren als aller politischer Parlamentarismus, den es bis dahin gab, die Grundlage liefern, zu einem neuen innerkirchlichen und religiösen Parlamentarismus. Und erst wenn diese Landeskirchen sich selbst organisiert haben, soll über ihnen die gemeinschaftliche deutsche evangelische Kirche herauserwachsen.

Das ist eine Arbeit, die nicht mit dem Schlagwort „Trennung von Staat und Kirche" kurzerhand erledigt werden kann, sondern das ist ein Stück lebendige Historie, an dessen Gedeihen oder Nichtgedeihen die Gläubigen und auch die weniger Gläubigen, soweit sie überhaupt ernsthafte Menschen sind, ihr gemeinsames Interesse haben müssen, und es fragt sich, wenn wir die Verfassungsgrundlinien ansehen, die wir vor uns haben, wie weit sie und insbesondere Artikel 134 und 135 der Aufgabe gewidmet sind, diesem evangelischen Entwicklungsprozeß zu dienen.

Die Grundsätze heißen kurzgesagt: Selbständigkeit. Sie besteht darin, daß die Religionsgesellschaft ihre Angelegenheiten mit eigenen Kräften und nach eigenen Entschlüssen verwaltet. Vorhin wurde gesagt, daß der Staat der Kirche keine Glaubensvorschriften mehr machen soll. Das versteht sich sozusagen von selbst. Das hätte sich schon nach der bisherigen Theorie von selbst verstehen sollen, aber nicht nach der bisherigen Praxis. Wer sich erinnert, wie z. B. der preußische Oberkirchenrat vor und nach 1890 sozialpolitisch erst so und dann so gestanden hat, der kann nicht behaupten, daß die religiös moralische Haltung der Kirchenregierung bisher innerlich frei und von Staatstaktik unberührt gewesen wäre. Das neue System will also zunächst die Freiheit des Religiösen, dann die Freiheit der Kirchenverwaltung bringen, so daß der Staat nicht in diese Dinge hineinredet, keine Stellenbesetzungen vornimmt, kein Plazet nach der katholischen Seite auszuteilen hat, keine königlichen Superintendanturen mehr eingesetzt werden, keine landesbischhöflichen Generalsuperintendanturen mehr existieren, — dieser ganze Zusammenhang von Thron und Altar ist dahin!

Den neuen Autoritäten der sich selbst verwaltenden Kirchen hat der Staat nach Art. 134 nichts anderes auferlegt als die Gesetze, die für jeden gelten. Es heißt: innerhalb der Schranken der für alle geltende Gesetze! Wir legen Gewicht darauf — wenigstens die meisten von uns —, daß auch dieses Wort „für alle geltenden Gesetze" stehenbleibt; nämlich die Kirchengesellschaften haben zu gehorchen dem, was im Gesetz über Vereine steht, dem, was vermögensrechtlich geordnet ist. Sie unterstehen der öffentlichen Disziplin wie jede andere Gemeinschaft oder Gesellschaft, ihre Finanzverwaltungen verlangen nicht Besonderes, sie haben keine Vorrechte. Es soll aber auch nicht ein Gesetz ad hoc gemacht werden können, um eine Kirche oder alle Kirchen irgendwie durch Staatsmehrheit ändern oder drücken zu können. Die Einführung der Worte „die für alle geltenden Gesetze" soll für die Enkel eine Bewahrung vor dem Kulturkampf sein. Diejenigen von uns, in deren Jugend der Kulturkampf noch hinreicht, können niemals wünschen, daß wir wieder jenen religiösen Krieg im Volke haben, den wir in den siebziger Jahren erlebten. Das ist sicher wahr! Die Kirchen sollen auch ihrerseits keinerlei Vorzugsrechte beanspruchen wollen. Ihnen gebührt es nicht, den Versuch zu wiederholen, bei Besteuerungsgesetzen nicht mit dran zu kommen! Soweit es sich um Grundbesitzsteuern und ähnliches handelt, um die ganze Frage, die man

Digitized by Google

mit dem Wort „tote Hand“ bezeichnet hat — so gibt es grundsätzlich kein Vorrecht für die Kirche, so kann auch die Kirche selbst von sich aus keine Vorrechte wünschen wollen, sondern sie stellt sich mit Bewußtsein als Mensch unter Menschen, Bürger unter Bürgern hinein unter die für alle gültigen Gesetze, Rechte und Pflichten.

Wenn nun der Übergang jetzt geschaffen wird, daß der Staat die Leitung der evangelischen Kirchen aus der Hand legt und sagt zu ihnen: Werde selbständig! —

Dann wird nun von verschiedenen Seiten vorgeschlagen, der Staat müßte ihnen bei diesem Akt einige letzte Vorschriften noch mitgeben, sozusagen bei der Entlassung der Kirche aus der Staatsvormundschaft ihr noch Bedingungen aufbürden. Auch Kollege Dr. Quarck ging in einer für mich schon etwas verwunderlichen Art in dieser Linie mit. Denn wenn der Staat bei der Entlassung der Kirche Vorschriften darüber machen sollte, wie weit sie in ihrer eigenen Verfassung demokratisch sein will oder nicht, so greift er in die Selbständigkeit ein, die vorher proklamiert worden ist. Wir sind sachlich nicht verschieden. Ich bin durchaus für die demokratische Grundlage der Kirche. Ich halte es aber nicht für Staatsaufgabe, das jetzt in der Reichsverfassung festzulegen, um so weniger, als sich dies nicht paritätisch machen läßt. Wir werden ziemlich häufig auf die Verfassung des Kantons Basel-Stadt hingewiesen. Dort ist die erwähnte Bedingung vom Staate gemacht — sie ist offenbar in einer wesentlich protestantischen Stadt mit gewisser antikatholischer Richtung geschaffen worden, denn es scheint uns nach aller Information ausgeschlossen zu sein, einen Satz über eine demokratische Grundverfassung für Katholizismus und Protestantismus in gleicher Weise aufstellen zu können, und es darf die allgemeine Reichsgesetzgebung keinen anderen Charakter haben als einen paritätischen für alle vorhandenen Kirchen.

Wir lehnen also ab, daß bei dieser Gelegenheit Staatsvorschriften über den inneren Ausbau der Kirche gemacht werden und müssen auch einen weiteren Gedanken ablehnen, der vieles Praktische für sich zu haben scheint, nämlich Minderheitsschutz der theologischen Richtungen innerhalb der protestantischen Kirchen vom Staat aus als Bedingung der Entlassung oder sozusagen der Befreiung aufzustellen. Der Minderheitsschutz kann unter Umständen sehr wünschenswert werden. Ich sagte schon vorhin, daß bis jetzt zum Teil die monarchischen Regierungen eine ausgleichende Wirkung ausgeübt haben. Aber sie kann wegfallen, wenn durch kirchliche Wahlen, wie es letzthin bei der Wahl in Württemberg gewesen ist, ziemlich stark geschlossene orthodoxe Kreise in die Führung der Kirche allein hineinkommen und vielleicht im ersten Anlauf des selbständigen Regierens jenen Grad von Weisheit noch nicht besitzen, der da weiß, daß alle Richtungen in Perioden steigen und sinken, daß es im Laufe der Jahrhunderte ebenso Zeiten gegeben hat, in denen die Orthodoxie durch die Aufklärung in die Winkel gedrückt wurde, wie es dann wieder Zeiten gegeben hat, in denen die Orthodoxie ihr Recht benutzte, um Männer, die tapfer in ihrer Meinung waren, abzusetzen. Diesen Wechsel im Auge wird kein Teil des Protestantismus glauben dürfen, er könne Minderheiten durch Mehrheiten ausschalten. Aber da solche Weisheit nicht unbedingt und zu allen Zeiten sicher ist, so könnte man auf den Gedanken kommen, hierüber eine Art staatliches Grundgesetz zu schaffen. Doch sobald man über die Frage tiefer nachdenkt, fehlen die juristischen Formen, mit der das überhaupt möglich ist. Wie kann man auf diesem schwierigen geistigen Gebiete greifen, was berechtigt und was nicht berechtigt ist? Man muß diese Sache der inneren und eigenen geistigen Entwicklung überlassen, muß aber gleichzeitig die Kirchenleitungen der Zukunft aus vollstem Herzen heraus warnen, sich nicht auf den Weg der Einseitigkeiten zu begeben. Wenn sie nämlich das tun werden, dann wird aus dem, was heute ein verfassungsmäßig vielfach gebrochener, aber doch gesinnungsmäßig in seiner historischen Entwicklung einheitlicher Protestantismus ist, ein Nebeneinander vieler auseinandergespaltener Sekten und Teile. Ich spreche hier nur soweit über diese Sachen, als sie mit der Reichsverfassung zusammenhängen, und darum füge ich nur hinzu: es muß, wenn man die Staatsrechtsgrundlagen für den evangelischen Neuaufbau aufstellt, sehr genau die Grenze innegehalten werden, was geht die Kirche allein selber an?

Man darf die privilegierte Staatskirche nicht unter der Hand fortführen wollen, nachdem man sie öffentlich aufgegeben hat. Ich teile in dieser Hinsicht vielfach die Gedankengänge, die Herr Dr. Quarck ausgeführt hat, ohne daß ich glaube, daß die Konsequenz in bezug auf die Nebenkirchen und Sekten von ihm richtig gezogen worden ist.

Zunächst der Grundgedanke: wir haben also keine Staatskirche mehr! Wir besitzen keine Glaubensform mehr, die sozusagen die offizielle ist. Wir haben die großen Kirchen, die aus der bisherigen Zeit heraus ihre Korporationsrechte schon besitzen, aber wir haben neben ihnen auch die kleineren Gestaltungen. Diese Korporationsrechte, die die großen haben, sollen den kleinen gegeben werden.

Ich spreche erst ein Wort von den Korporationsrechten selbst. Zu unterscheiden ist das Recht der juristischen Persönlichkeit, Grundstücke zu erwerben, Finanzen zu verwalten, Kirchen und Grundstücke zu besitzen. Dieses Recht können nach den Grundsätzen des Bürgerlichen Gesetzbuches einfach alle derartigen Gesellschaften erwerben. Darüber ist kein Streit und braucht nicht weiter geredet zu werden. Es handelt sich vielmehr um das schwer definierbare höherstehende Recht, von dem die Kollegen Mausbach und Kahl mit kirchenrechtlicher Klugheit geredet haben, und über das kein Mensch in diesem Raum absolut klar zu sein sich rühmen dürfte. Denn wenn wir die Ausführungen gehört haben, die uns in der Kommission von dem Reichsminister Dr. Preuß darüber gemacht worden sind: was sind öffentliche Korporationsrechte? —, dann konnte man ängstlich werden, wenn man bei sich dachte, das soll nun auf die Bergpredigt angewandt werden! (Widerspruch rechts und im Zentrum, Zuruf von Dr. Kahl) — Verzeihen Sie! Gerade bei ihrem Vortrag über die Pflichten und Befugnisse der öffentlichen Korporationen, war ich nahe daran, koste es, was es wolle, diesen Begriff abzulehnen, weil ich einen Schrecken hatte. Wenn man nämlich die Geistlichen, die man endlich Gott sei Dank von der Knechtschaft des Staatsbeamtentums frei gemacht hat, jetzt wieder mit der Würde des indirekten Staatsbeamten beglücken will, dann bewahre uns Gott vor der ganzen Entwicklung! (Lebhafte Zustimmung links. — Zuruf des Abg. Dr. Kahl.) Das lag an Ihnen, nicht an dem Begriff der öffentlichen Korporationen! — Gut, dann liegt es eben bei mir, daß ich die Deduktion des Herrn Kollegen Kahl nicht verstanden habe. Aber sicher dürfen Sie daraus schließen, daß der Begriff sehr schwer und und die Deduktion einigermaßen dunkel war (Heiterkeit); sonst wäre das nämlich nicht passiert. Es wurde uns schließlich klargemacht: dieser Begriff ist nur eine Art Klassifikation, er besagt nichts Bestimmtes anderes, er enthält keine besondere Würde; es ist kein Zeichen besonderer Exzellenz, daß die Kirche das Recht der öffentlichen Körperschaft hat, sondern es wurde einfach in den Rechtsautoritäten klargemacht: Wenn ihr das Besteuerungsrecht braucht und haben wollt — etwas, worüber wir gleich sprechen —, so gehört ihr eben dadurch in die Klasse öffentlich rechtlicher Korporationen; denn dann behandelt der Staat euch als befreundete Macht, mit der er gegenseitige freundschaftliche Dienste austauscht. Kurz, wir nahmen den Begriff der öffentlichen Korporationen an, nicht als ein Ehrenzeugnis für die Kirche, die dessen nicht bedarf, sondern wir nahmen diesen Begriff an als einen notwendigen Hilfsbegriff zur Erreichung jenes finanziellen Aufbaues, ohne den der Übergang vom Staatskirchentum zum freien Protestantismus nicht gemacht werden kann.

Die weiteren Folgerungen aus dem Begriff der öffentlich rechtlichen Körperschaft sind im allgemeinen die, daß die Religionsgesellschaften sie nicht zu sehr in Anspruch nehmen werden. Wir müssen aber dennoch um der Gleichheit willen dieses Recht der öffentlichen Körperschaft den kleinen Kirchengemeinschaften, den Nebenkirchen, den Sekten, den aus der Landeskirche herausgetretenen Kirchengemeinschaften, ebenso aber auch den antikirchlichen Religionsgemeinschaften, den Monisten, den Unitariern und wie sie heißen mögen, allen gewähren. Hier kommt nun also der Punkt, an dem wir uns von der Darstellung des Herrn

Abgeordneten Dr. Quarck scheiden. Er sagte: dann müßt ihr eben ihnen allen ohne jene etwas kleinlichen Beschränkungen, daß sie sich in Zeitdauer und Anzahl bewährt haben sollen, das Recht allgemein geben. Das scheint mir doch etwas zu weit zu gehen. Wer auf diesem Gebiete zu Hause ist, der weiß: wann eine Religionsgemeinschaft anfängt, eine — sagen wir — religiöse Verwaltungsgemeinschaft zu werden, läßt sich nicht mit einem bestimmten Geburtstag bezeichnen, sondern zuerst geschieht es nach dem Wort: „Der Geist weht, wann und wo er will." Es sind beständig wolkenartige Religionsgebilde vorhanden. Diesen noch wolkenartigen Gebilden nun bereits das Recht der öffentlichen Korporation mit seinen Steuerfolgen — und ich fürchte —, mit seinen Schulfolgen (aber darüber reden wir ja erst später) — dieses Recht von Steuern und konfessionellen Schulanforderungen allen diesen Kleinkirchen zu geben, wenn sie auch nur Eintagsgründungen von gestern sind, von denen man noch gar nichts weiß, wie lange sie überhaupt leben werden, das scheint mir ein rechtlich undurchführbares Verfahren zu sein. Nun sagt freilich Herr Dr. Quarck: ja, der Staat wird prüfen müssen, ob er eine Religionsgesellschaft vor sich hat oder nicht. Ich meine, das kommt doch dann ganz genau auf das heraus, was auch hier in Artikel 134 steht. Dabei wird der Vertreter des Ministeriums auch fragen: wie lange besteht denn die Gemeinschaft, wie viele gehören denn dazu? Diese Fragen kann er ja gar nicht umgehen, und es wird notwendig sein, durch Landesgesetzgebung den ausführenden Organen Anweisungen zu geben: wen kann man mit dem öffentlichen Körperschaftsrecht betrauen? Aber es ist ebenso richtig, was die anderen Herren Vorredner, Kahl und Mausbach, gesagt haben: der Staat darf auf diesem Gebiete nicht eng und kleinlich sein, und insbesondere die Gemeinschaften, die schon vorhanden sind, wie die Methodisten, die Baptisten, die Altlutheraner und mögen sie heißen wie sie wollen, brauchen keine neue Schikane oder Einschleppung mehr zu erleben. Die Zeit, wo kleine Religionsgesellschaften amtlich mißachtet wurden, ist jetzt grundsätzlich vorbei. Da es keine Staatskirche mehr gibt, so sind alle Nebenkirchen gleicher Ehre. Sie wollen in der Republik ihr Recht haben, und das soll man ihnen geben. Ich frage deshalb den Herrn Regierungsvertreter, ob wir von ihm eine Aussage darüber bekommen können, daß das Recht der öffentlichen Körperschaft den bestehenden kleineren Kirchen, den Religionsgemeinschaften und Sekten, wie Methodisten, Baptisten, Altlutheranern usw. ohne weiteres zuteil werden soll? Ob das seine Auffassung dieses Paragraphen ist? Es ist nicht zu bestreiten, diese kleinen Gemeinschaften sind vielleicht allzu ängstlich, aber das erklärt sich leicht, denn sie sind bisher vielfach schlecht behandelt worden, sie sind von Staat und Kirche gleichzeitig unfreundlich behandelt worden. Das hat aufzuhören. Es haben aufzuhören diese Kirchhofsquerelen, wo herumgebettelt werden mußte, ob irgendein freigemeindlicher Geistlicher einen seiner Brüder oder eine seiner Schwestern bestatten durfte oder nicht. Was ist das für eine Vorzeitlichkeit, den Friedhof immer noch als eine Stelle des Unfriedens zu betrachten? Es muß auch aufhören, daß die aus der Kirche ausgetretenen Mitglieder der kleinen Gemeinden gezwungen werden, ihre Steuern für eine Kirche weiter zu zahlen, aus der sie ausgetreten sind. Also freie Behandlung dieses ganzen Problems!

Religionsgesellschaften sind etwas, was beständig neu geboren wird, im Werden ist, und wer diesen werdenden und fließenden organischen Charakter alles religiösen Lebens nicht begreift, für den ist die ganze Kirche nur eine Form. Der, für den sie Inhalt hat, weiß, daß in ihr ein beständiges Schaffen ist, mit immer neuem Erfassen der jenseitigen und irdischen Dinge.

In diese freie innerliche Auffassung aber gehört leider wie in alles Menschliche hinein, daß auch bei den idealsten Bestrebungen für die materiellen Grundlagen gesorgt werden muß. Über diese verfahren wir hier, welches System die Kirchen künftig haben sollen. — Erstens die alten Besitztümer der Kirchen bleiben ihr Eigentum in dem vorhin von mir kurz angedeuteten Sinn, daß auch ihr Eigentum allen Beschwernissen und Beschränkungen unterliegt, die das private Eigentum an sich hat, genießt aber auch alle Rechte, die Eigentum im gegenwärtigen Staate hat. Zweitens: Jene alten Verpflichtungen der Staaten, die entstanden sind aus Säkularisationen etwa vom Rastatter Tage oder von den preußischen Kirchenentnahmen während der Freiheitskriege oder aus späteren Verschiebungen, diese sollen auf einen gerechten Ausgleichszustand gebracht werden.

Wenn dabei der Antrag Heinze das Wort „Herkommen" einfügen will, so erscheint uns das überflüssig, weil schon hier steht: „Besondere Rechtstitel". Was soll das Wort „Besondere Rechtstitel", wenn es nicht jene Forderungen bezeichnet, für die die Billigkeit spricht, ohne daß der Wortlaut aller Verträge absolut exakt ist?

Für alle diese alten Fundationen existieren fast gar keine Verträge, die nicht verjährt sind, keine Verträge, deren Subjekte und Objekte heute noch dieselben sind wie damals. Daß man in dem Ausgleichsverfahren etwas Rücksicht auf das Herkommen in diesem weiteren Sinne nehmen muß, ist klar. Es erscheint aber unnötig, einen besonderen Wortlaut dafür anzunehmen.

Ein schwieriger Punkt sind die Zahlungen an die Kirchen, die im Staatshaushalt bisher enthalten waren. Sie beziehen sich zunächst auf Gehälter von Kirchenbeamten, auf Unterstützungen armer Gemeinden und insbesondere auf den Pensionsfonds.

Diese Leistungen sind gegenwärtig ein Recht, aber Leistungen, die durch den Haushaltsplan immer neu beschlossen werden müssen, sind selbstverständlich keine ewigen Rechte.

Man wird für gerechten und billigen Ausgleich in der Landesgesetzgebung die nähere Form finden müssen und wird sicher zwischen den verschiedenen Kirchenansprüchen einen Unterschied machen müssen. Diejenigen Kirchendiener, die auf Grund von budgetären Bewilligungen in ihre Stellen eingetreten sind, werden bis zu ihrem vermutlichen Dienst- oder Lebensende einen Anspruch auf Fortsetzung dieser Stellen haben, der ein Rechtsanspruch ist. Ob darüber hinaus vom Staate Zahlungen dieser Art gewährleistet werden, ist eine andere Frage. Sie gehört in die Landesgesetzgebung. Von irgendeinem Zeitpunkte übernimmt die Kirche derartige Pflichten. Was wir aber als Mitglieder der Kirche nicht mehr haben wollen, ist die Bezahlung der kirchlichen Oberbeamten durch den Staat. Die Kirche muß sagen können: wir wollen uns unsere Konsistorialräte selbst bezahlen! Denn derjenige, der die Zahlung in der Hand hat, hat ja auch sonst gewöhnlich noch etwas weitergehenden Einfluß.

Bis jetzt hörte ja aller volkstümliche kirchliche Eindruck auf, sobald man in die geweihten und geheiligten Räume der mit Staatsgeld gesegneten Kirchenoberbeamten kam. Also hier Schluß damit!

Als letzte und wohl wichtigste Form der materiellen Versorgung der Kirche erscheint die Besteuerung. Das ist das letzte, worüber ich noch etwas reden möchte. Herr Dr. Quarck hat gesagt: wenn man den Gedanken der freien Kirche im freien Staat bis zu seinem Ende durchdenkt, so wird der Staat auch keine Mithilfe zur Besteuerung geben, sondern wird es den Kirchengemeinschaften überlassen, so wie es heute die Sekten, kleinen Gemeinschaften und amerikanischen Kirchen tun, sich durch freiwillige Gaben und Sammlungen zu erhalten. Das ist an sich durchaus möglich. Jetzt frage ich nur, ob es sachlich besser ist als das System, zu dem wir hier übergehen wollen, und das leugne ich. Die Kirche als Finanzkörper wird durchaus erhalten auch beim amerikanischen System. Jedermann weiß, daß in Neuyork ebenso wie in Chikago mehr Kirchen sind als in den deutschen Großstädten, daß dort ein sehr lebendiges Religionsleben entsteht, aber es darf nicht außer Augen gelassen werden, daß dieses Religionsleben im Grunde auf einem gefährlichen Patronatsystem aufgebaut ist, nämlich auf mäzenatischen Gaben reicher Leute. Wenn die angelsächsischen Amerikaner, deren Kirchensystem nicht besser ist, vielfach den Deutschen vorwerfen: eure Kirchen sind die Schöpfung von Bierbrauern, so wollen sie damit nur sagen: der reichste Mann unter den Deutschen ist häufig der Bierbrauer, er ist zugleich der größte Mäzen für

Digitized by Google

die Kirche, die Stellung, die die Kirche in der Abstinenzbewegung hat, hängt bisweilen ab von der finanziellen Gründung des Instituts. Mag das oft oder selten der Fall sein, ich will damit nur sagen: die Kirche auf freiwilliges Patronatssystem verweisen, heißt nicht, sie materiell ertöten, sondern heißt, sie in einseitig kapitalistisch interessierte Hände bringen. (Zuruf bei den Soz.: Das bleibt ja beim Besteuerungsrecht auch!) — Bei der Besteuerung bleibt das nicht so! Die Besteuerung ist ein unpersönliches Werk, und jeder kann sich ja durch Austritt der Besteuerung entziehen, wie er es jetzt schon konnte. Man mag vielleicht den Austritt aus der Kirche noch um einen Besuch erleichtern. Bisher muß man nämlich zwei Besuche machen, wenn man aus der Kirche ausscheiden will. Manchen Leuten ist das schon zuviel. Man kann den Austritt vielleicht bis auf einen Akt reduzieren, bei dem die Austrittserklärung erfolgt. Dann ist er frei! Trotzdem: Die Mehrzahl bleibt, hat gezahlt wird zahlen. In diesem Sinne bleibt die Zahlung freiwillig, weil es so leicht ist, sich ihr zu entziehen, und sie geschieht einheitlich und bleibt frei von Bettelei und Privatgunst.

In bezug auf diese Besteuerungsfrage sind wir nun aufgefordert worden, den Antrag anzunehmen, daß nicht nur die Kirchenmitglieder, sondern auch die unkonfessionellen Aktiengesellschaften besteuert werden können. Ich habe große Bedenken dagegen! Denn wiewohl ich zugebe, daß in kleinen Gemeinden, wo sehr häufig ein Bergwerk, eine Industrie die ganze Steuerkraft der Gemeinde ausmacht, es ein sehr schwieriges Verfahren ist, wenn man den Kirchenbedarf der Gemeinde nur von denen aufbringen will, die keine großen Steuerkräfte sind, so frage ich auf der anderen Seite: wie sieht es z. B. in Berlin aus, wenn man dort die interkonfessionellen Aktiengesellschaften nach den einzelnen Religionsgemeinschaften rubrizieren will? Ich halte das für undurchführbar. Jedenfalls werden wir uns nicht in diesem Punkte an eine Abstimmung binden. Im übrigen ist schon vorgetragen worden, in welcher Weise wir jenen Satz über die Korporationsrechte der kleinen Kirchengesellschaften verkürzen wollen, und die meisten Parteien haben ja schon ausgesprochen, daß sie in dieser Hinsicht uns begleiten werden.

Damit genügt Hoffen wir, daß das Verfassungswerk wirklich zur neuen Periode evangelisch deutscher Entwicklung führen wird.

Richard Seyfert, M. d. N. / Staat und Schule

(Rede, gehalten in der Nationalversammlung am 17. Juli 1919.)

Meine Damen und Herren! Der Tag, an dem das Deutsche Reich erklärt, daß es unter seinen Aufgaben auch die Fürsorge für die Schule übernehmen wolle, ist ein Gedenktag für die deutsche Schule. Ob er ein freudiger Tag oder ein Tag der Trauer sein wird, wird von ihren heutigen Entschlüssen abhängen. Der Entschluß des Reiches bedeutet, daß das Reich dem großen Gedanken der geistigen Fortentwicklung folgt, wenn es zu all den Aufgaben, die es bereits hatte, auch die der Erziehung übernimmt, dem Gesetz der fortschreitenden geistigen Durchdringung unseres gesamten Lebens. Und in diesem Sinne freuen wir uns der Tatsache. Freilich ist der Entschluß nicht lediglich ein Ergebnis sozialistischer Arbeit; der deutsche Lehrerstand hat seit Jahrzehnten für die Idee des Reichsschulgedankens gekämpft.

In allen Abteilungen unseres Verfassungswerkes sind Hoffnungen eingewoben, in keinen so viele, wie in den, den wir eben behandeln; handelt er doch von dem einzigen sicheren Besitz, den unser deutsches Volk noch hat, von der geistigen und sittlichen Kraft unserer Jugend. Es ist aber die Frage berechtigt, ob wir angesichts dessen, was wir erlebt haben, von der Erziehung etwas hoffen dürfen. Wenn wir an den Ausbruch des Krieges, an die Ereignisse während des Krieges und schließlich an den Zusammenbruch unseres Volkes denken, möchte es uns erscheinen, als ob unsere Erziehung versagt hätte, und es ist wohl eine ernste Aufgabe, darüber nachzudenken, ob die Erziehung nicht doch Fehler gemacht hat, die sie vermeiden muß, ob unsere Erziehung tatsächlich so vollkommen war oder ob sie nicht wichtige Seiten des geistigen Wesens, vor allem Gemüt und Willen, vernachlässigt hat, und ob nicht neue Formen ersonnen werden müssen, die diese Fehler vermeiden.

Wir wären aber ungerecht gegen unser Volk, wenn wir neben dem, was uns niederdrückt, nicht auch das Große sähen, was es geleistet, und an dem hat gewiß auch die bisherige Erziehung, die Schule, ihren Anteil. Ein Wort des Dankes dafür auszusprechen, ist wohl hier der rechte Platz und die rechte Zeit. Auf der anderen Seite sagt uns aber der innere Niederbruch doch, daß die Not zu groß war, als daß die geistigen Kräfte standhalten konnten.

Die Ziele der Erziehung nehmen wir aus unwandelbaren Gebieten, aus unveränderlichen Leitbildern, aber wir suchen sie einzureihen in die Forderungen der wirklichen Gegenwart. Unsere Feinde geben uns in dem Friedensvertrag eine Kommission der Reparation; das deutsche Volk wird in ihrer Jugend eine solche Truppe der Wiedergutmachung finden, ein Hilfszeug des Wiederaufbaues des zusammengebrochenen Deutschlands. Erscheint es freilich unter dem Druck des geistigen Lebens nicht wie eine Selbstentmannung, wenn wir in die Ziele unserer Schule das Ziel der Völkerversöhnung hineinarbeiten? Ich habe Verständnis für das Gefühl der Rache, das unter der Schmach auch in unserem Volke entsteht, und doch warne ich die Erziehung davor, dem Gefühle des Hasses sich hinzugeben. Auf einem anderen Wege müssen wir die Wiedergutmachung durch die Erziehung versuchen, auf dem Wege des Rechts und auf dem Wege der Arbeit. Dieser Weg hat nichts Weichliches. Er ist steinigt und steil und erfordert Kraft. Darum fordern wir in dem Zielsetzen für die Erziehung: die Schule soll die Kinder zur Tüchtigkeit erziehen. Das ist die alte römische virtus, die auch die Tapferkeit im Kampfe ums Dasein in sich schließt und eben darum nichts Weichliches an sich hat. Als der Satz geformt wurde: das Kind würde zur persönlichen und staatsbürgerlichen Tüchtigkeit erzogen werden, wollten wir einen schulpolitischen Imperativ aussprechen, der in seiner Gedrungenheit mit der ganzen Fülle seiner Begriffe wirken sollte. Es ist im Laufe der Verhandlungen — verzeihen Sie, wenn ich es ausspreche — ein pädagogischer Leitsatz daraus geworden. Kommen Sie zurück auf den einfachen Ausdruck der ersten Fassung und füllen wir die Begriffe wieder mit dem Inhalte, den sie haben sollten. Persönlich tüchtig ist der Mensch, der nicht nur in sich und für sich selbst alle ihm verliehenen Anlagen entwickelt, damit er nur zur Individualität wird; wer über sich und seine Interessen hinaus zu wirken versteht, wird damit zur Persönlichkeit, zur tüchtigen Persönlichkeit, in der nicht bloß Gesinnung, nicht bloß Gefühl und Gedanke, sondern in der der Wille wirkt. Das verstehe ich unter persönlicher Tüchtigkeit.

Und die staatsbürgerliche Tüchtigkeit das praktische Ziel, die Anlagen, die Fähigkeiten und den Willen in den Dienst des Staates, der Gemeinschaft zu stellen. Das soll Ziel der Erziehung sein und schließt alles das in sich ein, was sie in die breiten sonstigen Bestimmungen hineingefaßt haben, die Arbeitsfreudigkeit, die sittliche Bildung, die berufliche Tüchtigkeit und auch die soziale Gesinnung.

Die Tüchtigkeit hat ihre Grundlage in der Anlage, diese ist die Voraussetzung, und darum haben wir sie zur Grundlage für den Ausbau des Schulwesens gemacht. Damit kämpfen wir zugleich gegen die Standesschule, die bisher bestand. Streiten wir uns nicht um Worte! Sie hat bestanden! Nunmehr soll das, was in ihr ungerecht und was unwirtschaftlich war, beseitigt werden; jeder, welches Herkommens er ist, soll seiner Anlage gemäß entwickelt werden. Es war ungerecht, Tüchtige aus dem armen Stande verkümmern zu lassen, und es war gleich unwirtschaftlich — wir können uns weder das eine noch das andere in Zukunft gestatten. Wir brauchen die Kräfte und wollen sie daher nehmen, wo sie uns die Natur gibt.

Aus demselben Gedanken heraus ist der Gedanke geboren, daß die Schule die Arbeit zu pflegen habe. Ich rufe dem Herrn Abgeordneten Schulz zu: auch das ist kein Gedanke, aus Ihrem Gedankenkreise geboren! Ich darf darauf hinweisen, daß ich persönlich vor 30 Jahren den Gedanken der Arbeit in die erziehungswissenschaftliche Erörterung hineingeworfen habe. Warum wir sie aber hier nicht aufgenommen haben, fragen Sie. Weil sie Grundsatz des Satzverfahrens ist und als solche nicht durch ein Gesetz befohlen werden kann. Auch wir wollen dem Arbeitsgedanken sein Recht geben, auch wir wollen unsere Kinder zur Achtung vor der Arbeit durch das Mittel der Arbeit erziehen. Als ich den Ausdruck prägte, daß wir die Kinder zu schaffendem Lernen erziehen wollen, da dachte ich daran, daß die Arbeit als Erziehungsmittel gelten müsse, die Arbeit, die leider in der häuslichen Erziehung mehr und mehr als Erziehungsmittel zurückgetreten ist.

Und dieser Arbeitsgedanke findet seine Fortführung in dem Berufsgedanken, der zu einem gestaltenden Grundsatze für den Ausbau des Schulwesens werden soll. Er ist es bisher gewesen in dem Fach- und Fortbildungsschulwesen; aber er muß nunmehr auch eindringen in die Gestaltung der höheren Schule, wo man bisher dem allgemein menschlichen Denken und der sogenannten allgemeinen Bildung einseitig nachging. Auch dort hinein muß der Berufsgedanke deshalb wirken, weil wir keine Zeit versäumen dürfen, weil wir dem Gesetze der geistigen Wirtschaftlichkeit, der psychischen Ökonomie in der Erziehung nachgeben müssen. Wir können es nicht mehr dulden, daß ein halbes, drei Viertel Lebensalter auf der Schulbank verbracht werden; wir müssen die schöpferischen Kräfte, die in den jungen Leuten zwischen 20 und 30 Jahren liegen, dem Volkswohl dienstbar machen, wir müssen rechtzeitig dafür sorgen, daß sie wirkend in das Leben eintreten. Aber es darf der Berufsgedanke nicht zu einer Verengung des Erziehungszieles führen, und darum stellen wir neben ihn das Gemeinmenschliche, das in der Form des deutschen Volkstums anschaulich und lebensvoll gegeben ist. Auch dieses Wort ist nicht eine bloße Bestimmung, sondern ein Grundsatz, aber nicht etwa im chauvinistischen Sinne zu verstehen. Wir wollen unsere Jugend in ihr Volkstum hineinstellen, jetzt mit der ganzen Liebe, die unser Volk in seiner jetzigen Lage verdient. Dann mit dem Bewußtsein der Pflicht gegen das Volk. Wir hoffen, daß auch die Zeit wiederkommt, in der man sich mit Stolz zum deutschen Wesen bekennen darf. Dieses nationale Selbstbewußtsein, ohne Feindseligkeit gegen die anderen, soll das Erbgut aus den deutschen Schulen für alle Jugend werden, und darum rufen wir auch der höheren Schule zu, daß sie mit derselben Liebe, mit der sie die Bildungsgüter zusammengetragen hat, aus dem alten fremden Kulturgute auch unsere deutsche Kultur zu durchforschen nach den Quellen, die für unsere höhere Bildung fließen können. Es ist eine hohe Aufgabe, die wir der Schule stellen, und darum muß ich Ihr Augenmerk auch auf die richten, denen wir den Auftrag gegeben haben, im Geiste dieser Bestimmung zu arbeiten, auf die Lehrer. Wir wollen, daß auch die Volksschullehrer eine Bildung erhalten, wie sie die höheren Stände bisher erhalten haben. Wir wollen, daß die Lehrer samt und sonders frei werden von allen anderen, nicht aus der Schule selbst hervorgehenden Einflüssen.

Wir streben auch die Einheitlichkeit unseres Lehrerstandes an, wenn sie auch nicht ausdrücklich gefordert ist.

Um des großen Zieles willen möchten wir auch, daß der Ausbau der Schule so gestaltet wird, daß er die höchste Kraft entfalten kann, wir fordern einen organischen Ausbau. Wir haben den Ausdruck Einheitsschule, aus den Gründen, die bereits angeführt worden sind, vermieden; aber was er meint, das wollen wir: wir wollen, daß in unserer Schule die ganze Kraft der völkischen Einheit wirksam wird, einer Einheit, die die Mannigfaltigkeit nicht ausschließt, aber einer Einheit, die ihre eigenen Gesetze sich bildet und durch keine andere Kraft, mag sie so hoch stehen, wie sie will, von außen bestimmt wird, einer Einheit, gebunden nur durch die Staatsidee.

Meine verehrten Damen und Herren! Mit diesem Bilde von Schule im Herzen bin ich mit meinen Freunden an die Arbeit gegangen, und dieses Bild — ich muß es sagen — liegt heute in Scherben geschlagen zu meinen Füßen. Ein anderes wollen Sie an seine Stelle setzen, die sich zu dem Antrage 566 zusammengeschlossen haben.

Der Angriffe von außen wegen will ich mit aller Klarheit feststellen, was wir, die Demokratische Partei, gewollt haben. Wir wollen, wenn Sie ein Schlagwort hören wollen, die staatliche Gemeinschaftsschule. Der Staat soll als Reich, Land und Gemeinde allein berechtigt sein, die Schulen einzurichten, zu beaufsichtigen und zu leiten. Die Lehrer sollen Staatsbeamte sein. Selbst der Religionsunterricht soll im Auftrage des Staates erteilt und nur von ihm beaufsichtigt und geleitet werden. Eine solche Schule kann keine Bekenntnisschule sein. So hoch wir das religiöse Bekenntnis stellen, die Schule als solche hat kein Bekenntnis. Sie vereinigt die Stände und die Bekenntnisse des ganzen Volkes in sich und gleicht damit dem wirklichen Leben. Das Leben vereinigt die Bekenntnisse an den Stätten der Arbeit; im Feld, im Hof, in der Werkstatt, im Kontor, an den Stätten, an denen sonst draußen im Leben gearbeitet wird, an den Stätten der Kunst und Wissenschaft. Da trennen sich die Bekenntnisse nicht. Sie haben sich nicht getrennt in den Kämpfen für unser Vaterland, sie haben sich nicht getrennt im Tode für unser Vaterland. Diese völkische Einheit sollte in der staatlichen Gemeinschaftsschule gewährleistet sein, und diese Einheit scheint mir zerschlagen. Die sozialdemokratische Presse erhebt den Vorwurf, als ob die demokratische Partei an diesem Ausgange schuld sei. Nun, meine Damen und Herren, wir sind ausgeschaltet aus dem letzten Kampf. Wir haben nicht mitwirken können, Sie (zu den Soz.) hatten freie Hand, das Schulgesetz mit uns allein oder mit uns und dem Zentrum im Wege des Kompromisses zu machen. Ich kann in meinem eigenen Namen und im Namen meines Freundes Weiß aussprechen, daß uns nichts schmerzlicher gewesen ist, als daß wir in dem letzten Akt der Schaffung dieses Artikels nicht haben mitwirken können. (Sehr wahr! bei den D. D. Zuruf von den Soz.: Eigene Schuld!) Sie sagen: eigene Schuld! Ich nehme aus diesem Zwischenruf nur das entgegen, daß Sie nicht zufrieden sind mit dem Ergebnis. Wie ist es gekommen? Die Ergebnisse der ersten Lesungen schienen befriedigend für alle Teile. (Rufe vom Zentrum: O nein!) O nein, höre ich aus den Reihen des Zentrums rufen. Das Gefühl hatten wir auch, daß es Ihnen nicht voll genügte. Darum verstehen wir wohl, warum Sie nun vor der zweiten Lesung mit dem scharfen Geschütz, mit der schärfsten Waffe, die es jetzt gibt, in den Kampf für Ihre Ideen eingetreten sind. Mit dem Hinweis auf die Einheit des Reiches, auf die Unversehrtheit des Reiches haben Sie den Kampf aufgenommen. Wir haben Ihnen gern zugebilligt, daß Sie damit Forderungen nachgeben, die aus den Reihen Ihrer Anhänger erhoben worden sind. Wir haben Ihnen das Zugeständnis gemacht, daß überall dort, wo es dem Wunsch der Erziehungsberechtigten entspricht, die Kinder nach dem Bekenntnis vereinigt werden dürften. Damit aber haben wir — und das sage ich Ihnen, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie — die Einheitlichkeit des Schulwesens nicht geopfert. Denn wir wollten nur die Teile so gestalten lassen, nicht das Ganze. Wir wollten nur neben den anderen Gliederungsgrundsätzen, dem Alter, dem Geschlecht, den Anlagen, auch das Bekenntnis zulassen, und wenn wir uns dabei auf die Gesetzgebung ganz allgemein zurückzogen, so taten wir das einer Anregung aus Ihren Kreisen folgend. Freilich, ich wiederhole es: das Zentrum war mit diesem Zugeständnis nicht zufrieden. Es hat ein neues Abkommen geschlossen, und zwar mit der Sozialdemokratie. Ich fühle es, daß Ihnen das Zugeständnis der weltlichen Schule nicht leicht geworden ist. Sie geben damit die Kreise des Volkes, die Ihrem geistigen Einfluß an sich entzogen sind, preis. Sie haben freilich damit für sich viel erreicht, nämlich, daß die Bekenntnisschule wieder zum Grundsatz für den übrig bleibenden Teil geworden ist. Sie haben weiter erreicht, daß das Reichsgesetz entscheiden soll, das Reichsgesetz, in dem Sie Ihren maßgeblichen Einfluß weiter geltend machen werden. Sie haben weiter in der Frage der Privatschulen

Digitized by Google

recht verstehe, gehen die Anträge so weit, daß ein Privatschulmonopol für die kirchlichen Privatschulen geschaffen ist. (Lebhafte Zustimmung bei den D. D. Zuruf bei dem Zentrum: Keine Spur!) Dann müssen Sie die Bestimmungen klarer fassen; denn wie sie jetzt lauten, ist die Vermutung durchaus naheliegend.

Sie, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, haben in der Vereinbarung eines durchgesetzt. Ich glaube, daß Sie sich darüber freuen. Man hat Ihnen die religionslose Schule als Prinzip zugestanden. Aber was haben Sie damit Tatsächliches erreicht? Daß von hundert Schulen vielleicht 2, 3, meinetwegen 5 oder 10 nach diesem Grundsatz organisiert werden können. Sie haben nicht mehr erreicht, als was bereits durch die Bestimmung, die Kinder vom Religionsunterricht befreien zu können, erreicht war. Sie haben aber dafür die 97 oder 90 v. H. der übrigen Schulen preisgegeben. Sie haben das schon dem Namen nach getan. Welches ist denn der Gegensatz der weltlichen Schule? Sagen Sie mir einen! Der Gegensatz ist die kirchliche Schule. Ich weiß keinen anderen. Schon damit haben Sie den 90 v. H. den kirchlichen Stempel aufgeprägt, und Sie werden finden, daß Sie damit auch aufgegeben haben, was die Verwaltung, was die Lehrerschaft erreicht hatte.

Glücklicherweise ist wenigstens jetzt ausgesprochen, daß man nur die Volksschule gemeint hat und nicht auch etwa die den Gemeinden unterstehenden Fortbildungsschulen und Mittelschulen. Die Gefahr lag nach der ursprünglichen Fassung nahe.

Meine Damen und Herren! Sie glauben, daß sich von diesem kleinen Winkel aus die Idee der weltlichen Schule ausbreiten werde. Wenn sie den Glauben haben, dann fragen Sie doch einmal die Herren, die mit Ihnen den Vertrag geschlossen haben, ob sie den gleichen Glauben haben! Sie sagen, Sie haben der Gewissensfreiheit die Bahn frei gemacht. Sie haben sich gegenseitig Freiheit gewährt. Das ist mehr. Sie haben es aber auf Kosten der Schule getan. Über die Gegensätze, die zwischen Ihnen und dem Zentrum bestehen, ist keine Vereinbarung möglich. Das ist Täuschung. Das ist keine Lösung, sondern Auflösung! Den geistigen Kampf, den Sie ausfechten müssen, hätten Sie nicht auf dieses Gebiet verlegen sollen. Das ist es, was ich Ihnen zum Vorwurf mache. Die Schule wird der stetige Preis sein, um den Sie kämpfen, sie wird stetig der Boden sein, auf dem Sie kämpfen.

Welche Folgen wird das haben!? An die Stelle der Einheitsschule tritt die **zerklüftete Weltanschauungsschule**, eine Schule, die in sich zwangsläufig zur weiteren Zerklüftung führen muß. Sie haben gestern gehört, daß man von der freien Entfaltung der Kirche erwartet, daß sich auf Grund der gemeinsamen Weltanschauung immer neue Gemeinschaften zusammenschließen. Die Entwicklung drängt zu weiterer Zergliederung. Dieses Schicksal wird auch der Schule blühen, wenn Sie Ihre Vereinbarung durchführen. **Das Ideal der einheitlichen Grundschule ist zerschlagen.** Handeln Sie nun folgerichtig und streichen Sie aus der Verfassung den Satz: Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule bauen sich die übrigen Schulen auf. Wir haben — und dafür zeugen unsere Taten im Verfassungsausschuß — für die Bedeutung des Religiösen und des Bekenntnisses volles Verständnis bewiesen. Aber indem Sie das, was als Teil wichtig ist, zum herrschenden Gesichtspunkt gemacht haben, begehen Sie einen für die Schule schwerwiegenden Irrtum. Sie setzen an die Stelle der **fachwissenschaftlich und fachkundig begründeten Normierung** die Entscheidung durch die Erziehungsberechtigten. Wie gern würden wir den Eltern den Einfluß auf die Schule geben, den sie beanspruchen können. Aber was Sie erreichen, ist doch nur das eine, daß die Erziehungsberechtigten nunmehr von beiden Seiten bearbeitet werden, wenn sie zu dieser Frage Stellung nehmen wollen. Von der einen Seite weltlich, von der anderen Seite geistlich oder kirchlich beeinflußt, sollen sich die Erziehungsberechtigten entscheiden. Damit haben Sie im Kampfe nichts an Bitterkeit genommen, sondern Sie

sich wieder die **praktischen Folgen**, die Ihr Antrag haben wird. Ihre Vorschläge werden in einigen großen Orten unseres Vaterlandes durchführbar sein, und wenn man es dort machen will, so hätte ich nichts dagegen. Aber für mehr als 90 v. H. der deutschen Gemeinden ist die Durchführung Ihrer Grundsätze unmöglich. Es muß zum Kampfe in allen diesen Gemeinden kommen. Welchen Ausgang dieser Kampf nimmt, welchen Ausgang er nehmen kann, können Sie an drei Stellen des gegenwärtigen Schulkampfes sehen. Der Kampf kann also auslaufen, wie er bedauerlicherweise in Sachsen ausgelaufen ist, daß eine Mehrheit eine Minderheit einfach vergewaltigt. Das kann auch in den Gemeinden geschehen. Der Kampf kann zweitens so auslaufen, wie erfreulicherweise die Beratungen unseres Verfassungsausschusses ausgelaufen sind, solange wir noch gemeinsam arbeiteten. Da suchten wir eine Verständigung und haben sie gefunden. Der Kampf kann endlich so auslaufen, wie vermutlich die heutigen Beratungen auslaufen werden, daß die Schule der Gemeinden zerschlagen wird. Welche von diesen Lösungen die beste ist, gebe ich dem hohen Hause zur Entscheidung anheim. **Der Kampf wird dauernd werden.** Es ist ja von dem Herrn Abgeordneten Schulz ausdrücklich nachgewiesen worden, daß sich der Kampf alle fünf Jahre oder alle acht Jahre erneuern wird. Wo soll da die Schule die innere Ruhe für ihre Arbeit hernehmen?

Nun frage ich, wie können Sie Ihre Grundsätze durchführen, ohne die innere Kraft der Schule zu schädigen? Ich müßte mit Zahlen antworten, wenn ich Ihnen das ausführlich nachweisen wollte, daß es keinen Ort unter etwa 3000 Einwohnern gibt, in dem Sie, ohne die Schule selbst zu schädigen, auch nur einen Ihrer Gedanken durchführen können. Sie können sich darüber, daß nun das Volk selbst sich mit der Frage beschäftigt. Wir könnten uns mit Ihnen freuen, wenn Ihre Methode nicht so bedenklich wäre. Mir kommt sie vor wie die Lehrart des Professors, der seinen Schülern das Geheimnis des Lebens an einem lebenden Objekt darlegt: in dem Augenblick, in dem die Erkenntnis bei den Hörern gekommen ist, ist das Objekt verendet. In dem Augenblick, in dem unser Volk über die Volksschule vollständig klar sein wird, wird sie zerschlagen sein.

Nun frage ich Sie: wie denken Sie die Sache **den Lehrern** gegenüber zu machen? Glauben Sie, daß Sie die Tausende deutscher Lehrer einfach unter sich verteilen können? Ich fürchte, meine Herren vom Zentrum, was Sie erreicht haben, kann ich vielleicht an einem anschaulichen Gleichnis klarmachen. — Sie bringen die Lehrerschaft in die Lage, in der die rechte Mutter des lebendigen Kindes war, als der König Salomo sein Urteil gesprochen hatte. Die Mutter wollte nicht, daß das Kind zerteilt würde; darum bat sie, daß das Kind der anderen gegeben würde. Ob Sie (zum Zentrum) von ihr als die rechte Mutter der Schule anerkannt werden, bezweifle ich.

Die Frage des **Religionsunterrichts**. Es lohnt sich nicht mehr, darüber zu sprechen. Ich will aber doch meine Auffassung mit einem Worte verteidigen. Ich hatte mir gedacht, der Religionsunterricht wäre auf der Grundlage möglich, auf der die christlichen Bekenntnisse sich gemeinsam zusammenfinden. Dieser Religionsunterricht ist nicht interkonfessionell, er wird von jedem Lehrer von seinem Standpunkt aus behandelt werden können. Aber er kann das Trennende vermeiden, er kann die gemeinsamen, biblischen, geschichtlichen, kulturellen Bestandteile und vor allem die gemeinsamen sittlichen Bestandteile zusammenfassen. Einen solchen Unterricht hatte ich mir gedacht. Er ist abgelehnt worden.

Ich fasse zusammen, meine Damen und Herren: Sie haben die Gewissensfreiheit der Weltanschauung — sie war durch unsere Anträge gar nicht gefährdet —, vielleicht zu retten geglaubt, aber die erzieherische Gewissensfreiheit haben Sie erdrosselt. Die religiöse Gewissensnot, die nicht bedrängt war, haben Sie vielleicht gestillt; die erzieherische Gewissensnot haben Sie dauernd geschaffen.

Und war es denn nötig? so frage ich noch einmal (zum Zentrum). Wir hatten es Ihnen ermöglicht, die Kinder bei

möglicht, den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach zu erteilen. Und der Sozialdemokratie hatten wir es ermöglicht, daß die Kinder, wenn es die Eltern wollen, vom Religionsunterricht befreit und daß die Lehrer ohne ihre eigene Willenserklärung nicht zur Erteilung des Religionsunterrichts veranlaßt werden konnten. Das hätte genügt, um eine einheitliche Schule entstehen zu lassen, und wir hätten eine Schule bekommen, die in ruhiger Arbeit sich innerlich entfalten konnte. Diese Schule hatten wir erstrebt. Wäre Ihr Beschluß in dieser Richtung gegangen, so wäre nach meiner Überzeugung der Tag, an dem das Reich sich der Schule annimmt, ein freudiger Gedenktag. Nun, mag es werden, wie es will: ich wünsche der deutschen Schule das Beste. Wenn Sie nicht mehr herausgeschlagen haben, so liegt es entweder an Ihren Unterhändlern oder es liegt an dem, mit dem Sie den Vertrag gemacht haben. Sie haben erkennen lernen, wie schwer es ist, Vereinbarungen zu treffen. Wir hatten eine Vereinbarung mit dem Zentrum getroffen. Der Religionsunterricht und die verschiedene Auffassung über ihn hat uns nicht endgültig getrennt. Das haben Sie ja bereits ausgesprochen. Das Trennende lag in dem Aufbau der Schule und in den Grundsätzen für ihn. Aber wir hatten auch darin eine Vereinbarung getroffen. Sie lesen sie, meine Damen und Herren, in den Anträgen des Ausschusses. Das Zentrum ist von dieser Vereinbarung zurückgetreten. Sie (zu den Sozialdemokraten) haben eine Vereinbarung mit dem Zentrum getroffen. Entweder ist nun diese Vereinbarung besser, dann nehmen Sie ruhig das Verdienst für sich in Anspruch; ist sie aber schlechter, dann tragen Sie auch die Verantwortung dafür, daß Sie sich uns nicht angeschlossen haben. Wir können und wollen sie nicht decken.

Arno Voigt (Miles) / Bürger Hans Knalldampf

Er hat vier Jahre lang mit dem Feldwebel seines Ersatzbataillons gewettet, daß er beim nächsten Abschub ganz bestimmt mit drankommen werde und hat jedesmal einen Zwanzigmarkschein verloren. Daß Hans Knalldampf kein gewöhnlicher Mensch ist, geht schon daraus hervor, daß er bei diesem Zustande reich geworden ist. Es ist ohne weiteres klar, daß für einen solchen Mann das Schicksal ganz Besonderes in seiner Truhe hatte. Und so war es auch: es packte die Revolution aus und lud sie Hans Knalldampf auf die Schultern, daß er sie trage.

Um ihn aber in Glorie um so mehr zu erhöhen, drückte es ihn zunächst einmal in die Versenkung. Der Gefreite Pfeffner, Schreiber im Geschäftszimmer des Ersatzbataillons, hatte — es war reines Versehen — die Papiere Hans Knalldampfs mit denen des Familienvaters Fürchtegott Fadenschein verwechselt, und so fand Hans Knalldampf eines Tages in Oudenaarde, wo man ihm Handgranaten genug hinlegte und sagte, er müsse damit werfen, wenn der Engländer den Lysübergang versuchen werde. Hans Knalldampf tat dies auch, ohne sich viel um das zeitliche Zusammentreffen seines Wurfs mit dem Heranrücken des Feindes zu kümmern.

In den zehn Tagen seiner Frontkämpfe hatte Hans Knalldampf das Gefühl für die ihm zugefügte, mit dem Hinausschieben aus der Heimat verbundene persönliche Beleidigung allmählich überwunden und wollte gerade anfangen, zu den anderen in der Kompagnie ein Verhältnis zu gewinnen. Gewiß wären hieraus die besten Früchte erwachsen, wenn nicht das Waffenglück gegen Hans Knalldampf entschieden hätte und der Rückzug angetreten worden wäre. Es ist wahrhaftig kein Wunder, daß ein Mann wie Hans Knalldampf an der Bummelei, mit der dieser vollzogen wurde, keinen Geschmack fand. Außerdem wissen wir schon, daß das Schicksal die Revolution auf seine Schultern gelegt hatte. Mit dieser Last setzte er sich auf eine Lokomotive, die gerade nach Deutschland fuhr.

Hans Knalldampf, wohl wissend, was er seiner hohen Mission schuldig war, entnahm zunächst einmal ein neues Gewand, das alle, an dem der Frontschweiß klebte, dem Bürger Ikaak Schmulewitz überlassend. Es hatte sich demnach gut getroffen, daß er in den Jahren, wo die Proleten in Lernen machen, sich mit der Tätigkeit des Wachsens hatte beschäftigen müssen, und so konnte er jetzt an sein hohes Beruf mit einer Voraussetzungslosigkeit herantreten, die gegenüber dem vierhundertjährigen Wust von Werturteilen allein die richtige Zielsetzung gewährleistete.

Er gehörte dem Geheimen Rat Stubenfitz, ordentlichen Professor der Philosophie und Spezialforscher auf dem Gebiet der Transzendentallehre, der linke Paletotärmel nämlich, den Hans Knalldampf über dem Kolbenblech seines Gewehrs trug. Diesen große Mann hatte den die Straße heruntertrippelnden alten Herrn gefragt, ob er etwa ein Maschinengewehr habe, das müsse er abgeben. Der Geheimrat stach mit seiner Nase nach unten, um über die Brille hinwegsehen zu können und lächelte über sämtliche Rillen, die seinem altehrwürdigen Pergament gleichenden Antlitz Ähnlichkeit mit einem Waschbrett verliehen. Dann wollte er weitergehen, Hans Knalldampf aber, der nicht so ohne weiteres (schon um nicht als lässiger Träger der Revolution angesehen zu werden) in sein Buch schreiben wollte: „Professer N. N., keine Waffe", spuckte zunächst einmal auf den Asphalt und befahl dann, daß der Alte seine Ledermappe öffne. Da sei nichts drin, bibberte der, in ein Zittern verfallend und schon hielt Hans Knalldampf Mappe und Rockärmel in der Hand, weich letzteres daher kam, daß Stubenfitz sich gegen die Untersuchung der Tasche, in der die einzige Niederschrift seiner in vier Jahren vollbrachten Arbeit über die Beziehungen Kants zum Individualismus lag, gewehrt hatte wie ein Mädchen, das von einem Rüpel angefallen wird. Hans Knalldampf nahm Ärmel und Manuskript mit, um dieses der am Nachmittag vor dem Augustusbrunnen tagenden Versammlung vorzulegen; denn Knalldampf ist gewissenhaft. Geheimrat Stubenfitz, der in diesem Moment zwölf Jahre älter geworden war, wankte auf das Rathaus, wo er nach Passieren von 17 Amtsstuben, in denen Soldaten mit dem Hochhalten der Revolution beschäftigt waren, endlich vor dem bisherigen Mienträgeranwärter, nunmehrigen Vollzugsratsmitglied Ziegenspeck stand, der ihn mit dem Hinweis tröstete, daß noch heute Anweisung gegeben werde, alles auf dem Marktplatz herumliegende Papier zu sammeln, um es der revolutionären städtischen Müllverwertungsanstalt zuzuführen.

Hans Knalldampf ist natürlich vorzugsweise Politiker. Man kann die Politik von verschiedenen Seiten betrachten. Nach Bismarck verdirbt sie den Charakter, nach Sombart ist sie ein des Gebildeten unwürdig Ding; Friedrich Naumann wiederum sagt, man müsse sich um sie bemühen, heiß bemühen. Fürwahr, lauter trübe Objekte! Wie ganz anders dagegen Hans Knalldampf — ihm macht die Politik Spaß, ganz heidenmäßigen Spaß! Vor allem die innere. Denn seine wahrhaft echte Vorurteilslosigkeit erlaubt es ihm, die innere Politik mit jenen alten Zylinderhüten zu vergleichen, nach denen man in Jahrmarktsbuden werfen kann, dreimal für einen Groschen. Er will sich schier totlachen, wenn sie immer aufs neue eines abkriegt, weil die Bälle so fein sitzen. Wenn er mit seinen Freunden in der Honoratorenstube des Ratskellers vom Mahle aufzustehen beginnt (es geht ganz gerecht zu — mit Fleischmarken! das weiß ich, weil mein Freund, der Stadtamtmann Doktor Schubert täglich mit drei dicken Kuverten Fleischmarken zum Metzger geschickt wird), dann pusten sie wohl: „Wollen wir noch eine kleine Partie machen, nur so?" Und der erste wirft den Ball „Lohnerhöhung", der zweite „Arbeitslosenunterstützung", der dritte „Dreiundeinviertelstundentag". Hans Knalldampf aber haut dem zum Ergötzen der Spieler immer mehr eingedämmerten Hut mit dem Balle „Sozialisierung" derartig eins hinauf, daß er sich wie ein Turbinenrad dreht, in der Horizontale nach allen Seiten auf und niederschaukelnd. Dann halten sich alle den Bauch vor Lachen.

Aber auch auf dem Gebiet des Auswärtigen ist Hans Knalldampf emsig. Er hat veranlaßt, daß eine Kommission eingesetzt werde, die die polnische und die tschechische Frage zu prüfen hat. Diese hat ihrerseits ein aus den ersten Geschichts-, Gesellschafts- und Völkerkundegelehrten gebildetes Kollegium damit beauftragt, die Besonderheiten der politischen, sozialen und ethnographischen Strukturen dieser Völker genau zu untersuchen, damit man bei der Behandlung dieses Teils der auswärtigen Politik eine Grundlage

Digitized by Google

gewinne, von der aus sich jede Verletzung polnischer und tschechischer völkischer Eigentümlichkeiten von selbst verbietet. Professor Staubesack, Vorsitzender besagter Kommission, hat versprochen, daß die Kommission November 1920 mit den Vorarbeiten zu ihrem Gutachten fertig sein wird, und Staubesack hat noch stets Wort gehalten. An Hans Knalldampf wird es dann sein, das Weitere zu veranlassen.

Man denke aber nicht, daß er inzwischen vielleicht nichts zu tun habe. Täglich sind vierhundert Lumpensammler anzustellen, die das überall umherliegende Abfallpapier auflesen, das, ehe es den endgültigen Weg alles Papieres geht, durch die Notenpresse gezogen wird. Jedem Lumpensammler gibt Hans Knalldampf als Salär einen Zehnten des Gewichts des von ihm eingebrachten Rohmaterials in Noten. Er selbst aber hat dann die Zahlungsfähigkeit der neuen Papierchen hier und dort, an tausend Stellen zu probieren, keine leichte Pflicht! Er würde wohl kaum damit fertig werden, wenn ihm nicht hierin von der Bürgerin Klamaukine Haudrauf Unterstützung geleistet würde.

Und dabei ist noch zu bedenken, daß Hans Knalldampf zur Arbeit eigentlich in einem problematischen Verhältnis steht. Manchmal verachtet er sie glatt, sich sagend, daß arbeiten schließlich jeder könne, wenn er wolle. Dann aber sind die Beziehungen auch wieder respektvoller. Manchmal liebt er die Arbeit geradezu. Ja, er liebt sie. Und — er liebt hoffnungslos! Die Arbeit will von Hans nichts wissen. Man darf sagen: sie können zusammen nicht kommen. Da aber nur jungdumme Leutchen glauben, man sterbe an unglücklicher Liebe, ist zu hoffen, daß er noch lange leben wird.

Wenn ihr Hans Knalldampf einherschreiten seht, sagt ihr euch sogleich: Was für ein Mann! Er geht stets im Gewand derer, die früher in der deutschen Armee das Vaterland (ich bitte zu entschuldigen, wenn ich hier subjektiv spreche, schiebt also solche Velleität nicht etwa Hans Knalldampf unter!) gegen den Feind verteidigten und dabei starben. In diesem steckt Hans Knalldampf und lebt. An der Mütze zeigen zwei Kreisrunde von tieferer Farbe die Stellen, wo einmal irgend etwas Atavistisches gesessen haben mag. Der Mantel ist weit geöffnet und flattert um seinen Herrn beim Gehen wie lauter Fahnen. Unter dem Mantel trägt dieser das Schwert, wozu außer ihm kein Mensch befugt ist; denn nur er darf schlichten und scheiden. Über der linken Schulter hängt das Gewehr, das aber zum Zeichen dafür, daß es keinem zielbewußten Revolutionär nichts tun wird, mit der Mündung zur Erde weist; außerdem zeugt es von tugendsamen Sparen an Fett und Öl. Seinen Anzug wechselt Hans Knalldampf sehr oft. Denn wo nur immer eine Militärkammer ist, dort hat er auch einen Kleiderschrank stehen, und was für einen! Die abgelegten Sachen läßt er durch Isaak Schmulovitz der deutschen Volkswirtschaft wieder zuführen. So sieht Hans Knalldampf stets wie ein Gent aus, das kann man wohl sagen. Aber er ähnelt bei weitem nicht einem Modebild, weil er viel zu sehr Individuum ist. Vielmehr zeigt er eine gewisse saloppe Eleganz, als wolle er seinen Kleidern sagen: ich werde euch lehren, vorschriftsmäßig dreinzuschauen!

Hans Knalldampf trägt die Revolution. Man kann auch sagen: die Revolution trägt Hans Knalldampf. Es ist gar nicht auszudenken, was aus Hans Knalldampf werden sollte, wenn je Zustände in Deutschland eintreten sollten, die ihm diese süße Last abnehmen. Dann könnte er sein Gewehr in die Ecke stellen. In Stunden holder Erinnerung wird er es vielleicht wieder einmal hervorholen, die Rostnarben streichen und seufzen: „Wenn ich bloß wüßte, wie so ein Ding geladen wird. . . .“

Eine Huldigung Finnlands vor deutscher Tapferkeit

Am 13. April und am 12. Mai haben in Helsingfors Feiern zur Erinnerung an die Befreiung der Stadt vor einem Jahre stattgefunden. Ein Bericht, der uns über diese Feiern zugeht, enthält ein so schönes Bekenntnis des Dankes für die deutsche Hilfe, daß er viele aufrichten und freuen wird. Es heißt da:

Die Feier wurde eingeleitet mit dem Aufzuge der Studenten an den Heldengräbern. — — — Am deutschen Grabe erklang der Suomigesang, und der zweite Vorsitzende des Studentenvereins richtete mit den folgenden Worten die Gedanken auf die gefallenen Deutschen:

„Als die Schüsse vor einem Jahre verklungen und die Ernte des Todes geerntet war in der Hauptstadt Finnlands, da waren die Studenten zerstreut und konnten nicht in ihrer Gesamtheit den deutschen Helden huldigen, deren Lebenstat hier ihre großartige Vollendung gefunden. Und heute, am Jahrestage, zeugen unsere Reihen weniger von der Tiefe unserer Gefühle als davon, daß der Waffendienst für die Jugend Finnlands noch nicht aufgehört hat.

In diesem Augenblicke erfahren wir dasselbe wie damals, als wir vor dem offenen Grabe standen: wie schwer es ist, die richtigen Worte zu finden für das, was wir am tiefsten und wärmsten fühlen. Niemand wird uns mißverstehen, wenn wir sagen, daß wir am deutschen Grabe mehr Schmerz fühlen als am Brudergrabe hier nebenan, wo unsere eigenen nach dem Kampfe ausruhen. Diese preisen wir glücklich, denn sie durften für das Vaterland fallen, und das Vaterland hatte ein Recht auf diese Opfersteuer. Aber vor den langen Reihen von einfachen Kriegergräbern in diesem Grabe verstummten wir, und unsere Gedanken und Gefühle liefen in der Frage aus: War auch dies Opfer nötig, fielen diese Männer, nur damit wir in einer befreiten Hauptstadt aufatmen könnten? War es nötig, nur damit die Sonne der Freiheit hell über uns leuchten könnte, daß so viele jener Männer sich nie mehr unter der strahlenden Sonne und dem blauen Himmel Bayerns freuen sollten? War es nötig, nur damit unser Volk in Ruhe an seine Saat gehen dürfte, daß so viele von jenen nie mehr an die friedliche Arbeit auf den Feldern Sachsens zurückkehren sollten? Waren alle diese leeren Plätze in den deutschen Heimen nötig — leere Plätze, die nie ausgefüllt werden können —, nur damit der Heimfriede bei uns hergestellt würde?

Diese Fragen drängten sich uns auf. Und als wir uns umsahen, um eine Antwort zu suchen, glaubten wir einigen Trost in dem Gedanken zu finden, daß die Deutschen, die in finnländischer Erde begraben liegen, doch auch für ihr Vaterland gefallen waren, für den Ruhm und die Zukunft des eigenen Volkes, daß gewiß auch aus diesen Gräbern einmal eine Saat sprießen und eine Ernte reifen würden, die Deutschland bereichern sollten. So glaubten wir, und der Schmerz schien weniger bitter.

Und jetzt! Für diese Zukunft wären sie also gefallen? Bedeutete ihr Opfertod nicht mehr für das eigene Volk als das? Für Finnlands Freiheit einzig und allein sind sie in den Tod gegangen, froh und freimütig, als wäre es die einfachste Pflicht gewesen? Die Fragen stellen sich wieder ein, die alte Wunde in unserer Seele wird wieder aufgerissen, denn wir haben unseren Trost verloren.

Wir können nicht den Saum jenes Schleiers heben, der die Zukunft vor den Blicken des Menschen birgt, wir wissen nicht, was der morgende Tag bringen kann, welche Saat Deutschland noch ernten wird. Aber eines können wir versichern: das die, welche in diesem Grabe ruhen, durch ihre Pflichttreue und Opferfreudigkeit für ihr Vaterland Denkmäler in unseren Herzen errichtet haben, wie früher niemand. Sie haben doch eine Eroberung gemacht, sie haben uns ganz für ihr Vaterland gewonnen.

Hier erkaltete so manches deutsche Herz, aber in den Herzen des jungen Finnlands haben sie eine Flamme gezündet, die nie erlöschen wird.

Finnlands Studenten neigen ihre Fahnen.“

* * *

Am 12. Mai versammelten sich die bürgerlichen Mitglieder — die Majorität — des Landtages und begaben sich zum alten Friedhof. Am deutschen Heldengrabe sprach der Abgeordnete A. Eklund:

„Wenn wir, die gewählten Volksvertreter Finnlands, am Jahrestage der Befreiung unserer Hauptstadt aus Gewalt und

Digitized by Google

Angst an diesem Grabe unsere Huldigung bezeugen, tun wir es mit dem Gefühl des Staunens über all das Große und Wunderbare, das mit unserem Volke geschehen ist, mit Bewunderung gegenüber der schönen und mutigen Tat, der hier ein Denkmal errichtet ist, aber vor allem mit Dankbarkeit für die Hilfe, die uns geleistet wurde, eine Hilfe, die zuletzt ganz zur Aufopferung geworden, indem der ganze Gewinn des vollbrachten Werkes uns zufiel.

Sonderbar ist es, daß in diesem alten Kirchhof, in diese friedliche Stätte, mit den verwitterten Denkmälern auf dem vermoderten Schutt längst vergessener, friedlicher Bürger, plötzlich eine Invasion von Männern aus fremdem Lande stattgefunden hat, eine ganze Schar, ein halbes Hundert, die alle in der Blüte ihrer Kraft im Kampf gefallen sind. Dies zeugt an und für sich von erschütternden Ereignissen. Dazu war aber auch der große Weltkrieg nötig, mit unendlichen Mühseligkeiten und Ruhmestaten. Es war wohl keine Kleinigkeit, als eine starke Heeresabteilung auf Schiffen über die Ostsee gebracht wurde und an der Küste Finnlands landete, aber es war doch ein einzelner Schlag von der gepanzerten Faust, eine Episode in dieser unermeßlichen Kraftentwicklung, die Deutschland in den Tagen seiner Kraft und Herrlichkeit leistete.

Dieses Unternehmen wurde aber nicht nur von Kraft und äußerem Glanz geprägt; es strahlt auch so einzig rein und klar, wenn es gemessen wird mit dem höchsten sittlichen Maßstab, auf den sich die Völker während dieses schonungslosen Kampfes berufen haben: dem Mitwirken zur Verteidigung der Rechte der kleinen Nationen und der Kulturinteressen. Selten ist wohl die Sache eines Volkes mehr unbedingt gerecht gewesen, als die Sache Finnlands Rußland gegenüber, und die Streitfrage wurde nun endgiltig zugunsten der beleidigten schwächeren Partei entschieden; selten galt wohl ein Kampf mehr augenscheinlich dem Wehren der Kultur, als der des weißen Finnlands gegen die von Osten hereinbrechende Macht der Anarchie und der Barbarei, und als dieser Kampf mit Hilfe der Deutschen gewonnen worden, da war eine unübersteigbare Mauer errichtet zum Schutze von Feldern, wo abendländische Kultur ihre edle Ernte trägt.

All dies will und kann der größte Teil der Welt jetzt gar nicht einsehen. Die siegreichen Völker erkennen keine Tugend bei dem geschlagenen Gegner. Und dieser ist zu sehr von den Banden der Verzweiflung und der inneren Zerspaltung umstrickt, als daß er einen Stolz über Taten früherer Tage oder eine moralische Befriedigung über die Dienstleistungen, die er der Sache der Freiheit und der Menschlichkeit geleistet hat, fühlen könnte. Aber die Zeiten werden kommen, wo einem jeden Recht geschieht. Trotz allem wird das Volk Finnlands die Dinge klar ins Auge fassen und erkennen, was es seinem Helfer in der Not schuldet. Und so lange unsere Kultur und Rechtsordnung besteht, werden wir und unsere Nachkommen wieder und wieder ein Opfersteuer der Dankbarkeit und Bewunderung an diesem Grabe niederlegen, so wie wir es jetzt tun, ein Jahr nach jenem sonnigen Frühlingstage, wo die deutschen Soldaten, gebräunt und abgehärtet in den Kämpfen an den verschiedenen Fronten des Weltkrieges, von der Strammheit des Pflichtgefühls und von frohem Mut geprägt, durch den Kugelregen in die Hauptstadt Finnlands eindrangen, Gefühle des Jubels und der Befreiung erweckend, worin die ganze hellstrahlende Zukunft, die wir für unser Land geträumt, mit einem Male aufloderte."

Naumann / Verstand und Wille

Fichte sagt in einer seiner ersten Schriften: „Wer seinen Verstand frei macht, der wird in kurzem auch seinen Willen befreien". Dieses Wort richtet sich zunächst gegen das Bevormundungssystem der Landesfürsten, die keine Preßfreiheit oder Redefreiheit geben wollten, um die gehorsame Dummheit der Bevölkerung ungestört zu erhalten. Sie fürchteten sich vor dem freien Willen, weil er sich gegen sie wenden würde, und sahen deshalb alle wahre und ernsthafte Verstandesbildung des Volkes als staatsgefährlich an. Aber dasselbe Wort hat auch unter revolutionären Zuständen seinen Wert, denn auch da erhebt sich die Frage, wie man die Volksmenge vom Einfluß des blinden Gehorsams gegenüber den Führern des Umsturzes frei machen kann. Eine angeborene alte Autorität, der die Menge gehorcht, gibt es nicht mehr, das bloße Befehlen hilft nichts; die Masse läuft dorthin, wo sie morgen oder übermorgen den größten Erfolg erwartet, mag selbst dabei die gesamte Wirtschaft zugrunde gehen. Die Leute sind gebunden, folgen der Herde, wollen in den Wahnsinn hinein. Wer hilft ihnen zur Besinnung? Antwort: ihr müßt euch an ihren Verstand wenden, an ihre kritische Kraft, ihr müßt ihr Nachdenken steigern und dadurch jeden einzelnen so selbständig machen als möglich! Das ist die einzige Heilmethode, von der man etwas erwarten kann, mag sie auch schwierig und langsam sein. Langsam wirkt dieses gesunde und demokratische Verfahren besonders deswegen, weil die Umdenkung der Einzelköpfe nicht von einer Zentralstelle aus besorgt werden kann. Fichte schreibt mit Recht, daß die Hauptarbeit der Befreiung vom Einzelmenschen selbst vollzogen werden muß: wer seinen Verstand frei macht, nur der wird ein freier Staatsbürger sein! Was aber zur Hilfe dieser Verstandesweckung getan werden kann, das ist die klare Herausarbeitung des Ideals eines denkenden Volkes. Nur ein solches Volk wird und kann gegen rechts und links, gegen alle Gewaltherrschaft und Diktatur durch sich selbst frei sein und bleiben.

Sprechsaal.

Noch eine Forderung.

Bei der Lektüre der beiden Artikel im 28. Heft „Der Hilfe", Heinz Potthoff, „Volks- und Kulturgeschichte" und Karl Büttner, „Die Erfüllung der Revolution" kamen mir Gedanken, die des öfteren bei den Ereignissen der letzten Zeit in mir wach geworden waren, besonders lebhaft zum Bewußtsein. Ich möchte aber diese Zeilen nicht als Entgegnungen der beiden angeführten Artikel, vielmehr als Erörterungen und Ergänzungen derselben aufgefaßt wissen.

Die Revolution hat die Forderungen der Masse so in den Vordergrund gerückt, daß ihre Bedürfnisse, seelische wie leibliche, die einzig noch beachtens- und erörterungswerten sind. Daß es neben den Arbeitern und Soldaten noch andere Deutsche gibt, deren Seelenleben so ausgebildet ist, daß es, wie Potthoff in seinem Artikel meint, fälschlicherweise als das kulturelle Leben der ganzen Nation aufgefaßt wurde, das scheint vergessen, jedenfalls nicht beachtlich, angesichts der Revolutionsgeschichte. Und doch ist Demokratie — die wir erstreben — nichts anderes als ein Allengerechtwerden im Rahmen des Ganzen. Sicher muß das, was die Gebildeten sich erarbeitet haben, Gemeingut des Volkes werden, sicher müssen alle Deutschen teilhaben an den geistigen Gütern, die die Nation besitzt. Aber man übersieht jetzt zu leicht, daß Erarbeiten von geistigen Gütern und Mitteilen zweierlei ist. Solange ein Baum wächst, muß er gepflegt werden. Wenn er kräftig geworden ist, kann er anderen Schatten spenden. Es ist zu allen Zeiten so gewesen und ist naturnotwendig, daß wenige, denen inneres und äußeres Schicksal es geschenkt hat, das Bedeutende den vielen vordenken und vorfühlen. Und wenn es wirklich Bedeutendes war, dann wurde es nie gedacht und gefühlt, ohne den Wunsch, es mitteilen zu wollen.

Und nicht nur wenigen Gesinnungsgenossen sollte es mitgeteilt werden, das ganze Volk sollte es wissen, so war es deutschen großen Männern eigen. Darum sollen wir auch heute nicht vergessen, daß wir unserem Volk die geistige Oberschicht im besten Sinne erhalten müssen, daß wir sie in ihren Daseins- und Entwickelungsbedingungen nicht verkümmern lassen dürfen. Wenn die Sozialdemokratie dafür Gefühl hat, dann wird sie sich die Sympathie vieler Gebildeten erhalten, auch für die Zeit der sicher kommenden Reaktion.

Wird aber die jetzige Zeit den Bedürfnissen der Gebildeten gerecht? Das muß leider verneint werden, und wenn man nicht wüßte, daß jede Wirkung ihre Gegenwirkung erzeugt, so könnte man nur trüb in die Zukunft sehen. Die Gebildeten sind heute die Rotleidenden, seelisch und leiblich, und wenn unser Volk wieder auf-

steigen soll aus dieser schweren Not, dann müssen die Gebildeten wissen, daß ihnen Gerechtigkeit widerfährt im neuen deutschen Staat. Heute aber sieht es so aus, als sollten sie entrechtet werden. Auch die Gebildeten haben schwere Opfer an Gut, Blut und Zeit im Kriege gebracht, auch sie sind seelisch erschüttert durch den Krieg und sein Ende, und wollen sie jetzt wieder schaffen in friedlicher Arbeit, dann werden sie vielerorts nur geduldet. Alles gilt den Forderungen des Arbeiters, der studierten Leute gibt es zu viele. Warum haben sie sich zum Studium gedrängt, so heißt es. Sicher war das Handwerk zu Unrecht verachtet, und durch Studium wollte man zu sozialer Stellung gelangen. Aber gibt es nicht auch viele, denen geistiges Arbeiten Bedürfnis ist? Wir müssen unserer geistigen Schicht die seelischen Existenzbedingungen lassen, sonst leidet das ganze Volk Schaden.

Und auch materiell hat der Gebildete heute schwerer zu kämpfen als der Arbeiter. Die Gehälter und Einkommen vieler Gebildeten sind im Vergleich zu den Arbeiterlöhnen weit zurückgeblieben. Viele Gebildete können ein Theater oder Konzert nicht mehr besuchen, um nur die notwendigen Lebensmittel für sich und ihre Familie zu beschaffen. Dagegen sehen sie weite Arbeiterkreise über das Notwendige hinaus sich unbedenklich unentbehrliche Gegenstände anschaffen.

All das sind Mißstände, deren Änderung nur die Zeit bringen wird, die aber auch von denen, die Deutschlands Geschicke jetzt leiten, gesehen werden müssen, soll Schaden verhütet werden.

Heinz Lütger.

Büchertisch

Entwicklungslinien der Demokratie.

In der schwedischen sozialökonomischen Zeitschrift „Statsvetenskaplig tidskrift", herausgegeben von Professor Pontus Fahlbeck, finden wir eine interessante sozialphilosophische Betrachtung von seiner Hand über die „Entwicklungslinien der Demokratie unter dem Druck des Krieges". Da Fahlbecks Ausführungen im Lichte der neueren Geschehnisse und der zu erwartenden Dinge aktuell sind, dürfte ein kurzer Auszug von Interesse sein. Fahlbeck schreibt etwa folgendes:

In früheren Jahren war Krieg ein ziemlich alltäglicher Zustand und die Menschen waren an Hunger, Leiden und Elend gewöhnt, so daß die Wirkungen eines Krieges bei weitem nicht so verderblich waren als in unserer Zeit. Heutzutage betrachten wir Kriegszustand als etwas anormales und Hunger und Entbehrung als reine Unnatur. Wir verlieren daher leichter das Gleichgewicht und verfallen ins Extrem. Sollte dies allgemeine Elend noch lange dauern, so wie Frankreich und England es gern wollen, so kann das Völkergebäude von ganz Europa ins Wanken geraten. Denn nicht nur bei den unterliegenden, sondern auch bei den vom Kriegsglück begünstigsten Völkern gehen tiefgreifende Wandlungen vor sich. Die Demokratie ist überall im Begriff, sich umzuformen. Und zwar geht diese Wandlung nach zwei diametral entgegengesetzten Richtungen vor sich. Die eine ist die anarchische Entwicklung, so wie wir sie aus Rußland und Finnland kennen, wo sie sich in der sozialen Revolution auslöste, und wie sie auch jetzt in Deutschland die Oberhand zu bekommen sucht.

Die andere Entwicklungslinie geht unbemerkbarere Pfade. Sie geht von den obersten Schichten der Gesellschaft aus und folgt einer ganz anderen Richtung, denn ihr Ziel ist die kapitalistische Oligarchie. Diese hat schon lange im stillen gewirkt, bis sie nun endlich die Maske fallen läßt. Bezeichnend für diese Neubildung war schon das strenge Regime, das in den drei Ententeländern während des Krieges geführt wurde. In diesen Ländern, die verfassungsmäßig als reine Demokratien angesehen werden müssen, ist während des Krieges ein freiheitsfeindliches und autokratisches Regime entstanden, das man in Ländern der Volksherrschaft nicht erwartet hätte und in den Monarchien so nicht kannte. Was bedeuteten Kaiser Wilhelm und Kaiser Karl in ihren Ländern, verglichen mit dem Selbstherrschertriumvirat Lloyd George, Clemenceau und Wilson?

Diese entgegengesetzten Entwicklungsformen der Demokratie sind an sich nicht neu. Wir finden sie bereits im antiken Staat. Einerseits die Demokratie der neidvoll habgierigen Unterklasse, andererseits die Demokratie einer schwerreichen Kapitalistenklasse und die plutokratische Demokratie. Die erste in Griechenland heimisch, führte zu endloser Zwietracht, Bevölkerungsabnahme, allgemeiner Verarmung und endlichem Verfall. Die zweite Form der entarteten Demokratie — die plutokratische — finden wir später in Rom nach der Zeit der Gracchen. Diese war genau die Analogie der Demokratie Englands und der Vereinigten Staaten in unserer Zeit. Die gleiche Konzentration der Staatsmacht in der Hand einer Kapitalistenklasse, mit einer vom Machthaber geleiteten Volksversammlung. Die Grundbedingung dieser Herrschaft ist eben eine demokratische oder wie jetzt parlamentarische Staatsform, die einmal den Leitern den unbedingten Einfluß auf die Angelegenheiten des Staates sichert und zweitens — und dies ist das wichtigste — **das Volk glauben macht, daß es selbst Land und Reich regiert.** Die kapitalistische Demokratie Englands und Amerikas ist demnach nichts anderes als eine Aristokratie in demokratischer Form, eine maskierte Oligarchie.

Diese beiden Formen nun der Demokratie, die anarchische und die kapitalistische, werden jetzt um die Weltherrschaft kämpfen, seitdem Deutschland unter dem Drucke der Hungersnot zusammengebrochen ist. Das deutsche Kaisertum, wenn es aufrechterhalten worden wäre, hätte die europäische Menschheit gegen den russischen Bolschewismus sowie gegen den angelsächsischen Kapitalismus schützen können. Jetzt droht die Gefahr, daß die eine oder die anderen Abarten der Demokratie oder alle beide in verschiedenen Ländern zum Unheil der Völker siegend sie unterjochen werden.

Dieser kurze Auszug gibt nur die großen Gedankenlinien in Fahlbecks Ausführung und leidet an der typischen Unvollkommenheit der Verkürzung. Pontus Fahlbeck ist Professor der Sozialökonomie an der Stockholmer Universität und früherer Reichstagsabgeordneter. Auf dem ersten rassenhygienischen Kongreß in Dresden 1911 war er eingeladen, den einleitenden Vortrag zu halten. Er hat in den Jahren, die folgten, viel gelitten und geopfert im Dienste der germanischen Sache. Er ist in Deutschlands schwerer Zeit einer von den „großen Getreuen" gewesen; ja, man darf vielleicht sagen: einer der Eckpfeiler des germanischen Gedankens im Norden. C. L. Mjöen-Kristiania.

Augenblick und Ewigkeit. Bilder Wilhelm Steinhausens. Mit einem Geleitwort des Meisters und einer Einführung in das Schaffen des Künstlers von Dr. J. A. Beringer. Umschlagzeichnung und Ausstattung der Mappe von Walter Tiemann. Furche-Verlag, Berlin. 6 M.

Wilhelm Steinhausen schenkt uns mit dieser Mappe eine Gabe aus seinem Leben, die allen Freunden des Meisters und seiner Kunst herzlich willkommen sein wird. Die Mappe bringt erstmalig Wiedergaben der Bilder aus dem Leben des Heilandes, mit denen er der Frankfurter Lukaskirche ein Monumentalwerk geschaffen hat, das eine Art Zusammenfassung und Bekrönung des Lebenswerkes in stärkster Bekenntnis zu dem wesentlichen Inhalt seines Schaffens, eine Bekundung seines Denkens und Fühlens bildet. Außerdem enthält sie eine Anzahl Landschaften, in denen die weiche Linie des Taunus und die friedvolle Stimmung dieser Gegenden zart zum Ausdruck kommt.

Neue Zeitschriften

„Der Pfad". Belletristische Monatsschrift. Herausgeber G. K. Veranneman. Verlag in Prag-Smichow. Halbjahrspreis 6 M.

„Das Gewissen". Halbmonatsschrift. Leiter Alois Effigmann. Verlag Wien XII. Halbjahrspreis 13 M.

„Deutsches Volkstum". Monatsschrift. Herausgeber Dr. W. Stapel. Verlag Deutsches Volkstum G. m. b. H., Hamburg. Vierteljahrspreis 3 M.

„Der junge Deutsche". Monatsschrift. Herausgeber Wilhelm Thost. Verlag Mathes & Thost, Leipzig. Vierteljahrespreis 2,20 M.

„Demokratische Rundschau". Zentralorgan der Deutschen demokratischen Partei Groß-Berlin. Wochenschrift. Verlag Berlin C., Beuthstraße 14. Vierteljahrespreis 2,25 M.

„Deutsche Freiwirtschaft." Monatsschrift. Verlag Jungborn, Oranienburg-Eden. Halbjahrespreis 3 M.

„Volkskirche". Halbmonatsblatt für den Aufbau und Ausbau unserer evangelischen Kirche. Verlag des Evangelischen Bundes, Berlin. Vierteljahrespreis 1,50 M.

„Die Heimat". Heimatliebe, Heimatschutz, Heimatkultur, Heimatkunst. Friedberg i. H. Einzelnummer 0,20 M.

„Das neue Reich". Herausgegeben von Hans Ostwald und Paul Renner, Berlin. Vierteljährlich 2 M.

„Volkshochschulblätter". Zeitschrift für das gesamte Volkshochschulwesen. Herausgegeben von Hans Horst Kreisel. Alwin Huthe, Dresden. Vierteljahrespreis 2,50 M.

„Freie Bahn". Aufklärungs- und Antragsblatt. Wochenschrift für alle Volkskreise. Herausgegeben von Paul Kampffmeyer. Vierteljahrespreis 3,50 M.

„Die Plastik". Herausgegeben von Alexander Heilmeyer, G. D. W.-Callwey, München. Vierteljährlich 4 M.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, Zehlendorf, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, Hamburg.

Geschäftliche Mitteilungen

Dieser Nummer unseres Blattes liegt ein Prospekt der Firma Schmidt & Co., Berlin, bei, in dem die bekannten, großen politischen Bücher Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges: v. Bethmann Hollweg, v. Jagow, Hammann und andere Werke angeboten werden. Wir machen auf diese empfehlenswerten Schriften hiedurch besonders aufmerksam. Entgegen den Angaben im Prospekt ist von Bethmann Hollweg „Betrachtungen zum Weltkrieg" auch der erste Teil zum Preise von M. 9.— einzeln erhältlich.

31. Juli 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis bei Post und Buchhandel (beim Abholen) 5 M., unter Kreuzband 5,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 5,25 M., ins Ausland 6 M. Einzelhefte 50 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 9586. Postscheckkonto: Amt Berlin 8683.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 31

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 80 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche.

Inhaltsübersicht

Politische Notizen: (Die Ratifizierung des Friedens. — Vor den Staatsgerichtshof! — Wird in Weimar zu viel geredet? — Beim Artikel 18. — Das Wirtschaftsprogramm der Regierung. — Das Duell Graefe-Erzberger.) — **Wilhelm Heile:** Die Debatte von Weimar und die deutsche Politik. — **Gertrud Bäumer:** Der Zug des demokratischen Parteitags. — **Emmy Beckmann:** Frauengedanken zum Parteitag. — **Werner Fischer-Defoy:** Der Geistliche und die Volkshygiene. — **Wilhelm Heilig:** Erreichbares der Gegenwart im Siedlerwerke. — **Dr. Heinz Potthoff:** Weg mit dem Trinkgeld! — **Dr Paul F. Schmidt:** Weltkatastrophe und Umkehr. — **Walter Eßmus:** Von der wahren Volkshochschule. — **Arno Voigt (Miles):** Der Held. — **Naumann:** Die menschliche Welteroberung. — Sprechsaal. — Büchertisch.

Politische Notizen

Die Ratifizierung des Friedens ist im englischen Unterhaus mit der auffallend geringen Zahl von 163 gegen nur 4 Stimmen beschlossen worden. Das kann kein Zufall sein. Offenbar sind die Vertreter der Arbeiterpartei, die unabhängigen Liberalen und die Iren der Abstimmung demonstrativ ferngeblieben. Aber auch nach Abzug solcher Demonstranten ist die Zahl der abgegebenen Stimmen für einen Vorgang von solcher weltgeschichtlichen Bedeutung noch außerordentlich gering. Es ist also anzunehmen, daß sich auch viele von den Regierungsliberalen absichtlich ferngehalten haben. Schämt man sich nach so viel Reden von Recht und Gerechtigkeit in England dieses eigenartigen Rechtsfriedens? Fast sollte man es glauben. — Im amerikanischen Senat gibt es ebenfalls eine starke Stimmung gegen die Ratifizierung des Friedens. Es heißt, daß bereits 45 Senatoren sich verpflichtet haben, gegen den Friedensvertrag und den damit verbundenen Völkerbundsvertrag zu stimmen. Da 33 Stimmen ausreichen, um die Annahme des Vertrages zu verhindern, hat Wilson also kein leichtes Spiel. Ob es leichter für ihn wäre, wenn er in Paris beim Abschluß des Paktes gegen Deutschland weniger vom Pfade der Tugend abgewichen wäre, das ist freilich aus den amerikanischen Nachrichten nicht klar zu erkennen. W. H.

Vor den Staatsgerichtshof! Der unglückselige Mann, der in schicksalsschwerer Stunde der Nachfolger Bethmann Hollwegs wurde, hat noch viel furchtbarere Verantwortung auf sich geladen, als wir schon immer wußten. Die bösen Worte „so wie ich sie auffasse", durch die er die Annahme der Friedenskundgebung des Reichstages vom 19. Juli 1917 ihres Wertes entkleidete, sind — wir glaubten es immer und wissen es jetzt — keine rednerische Entgleisung gewesen. Mit voller Überlegung hat er die Friedensaktion um ihre Wirkung gebracht. Wie oft haben wir der „Vaterlandspartei" gesagt, daß die Kundgebung des Reichstags nur wegen ihrer unehrlich wirkenden Einschränkung durch den Kanzler Michaelis erfolglos geblieben sei! Und jetzt erfahren wir, daß sie sogar trotz der Einschränkung den Erfolg gehabt hat, daß die englische Regierung durch Vermittlung des Vatikans einen ernsthaften Verständigungsversuch unternahm. Zwei Bedingungen nur waren es, die sie für die Einleitung von Friedensverhandlungen stellte. Deutschland sollte eine unzweideutige Erklärung über die Anerkennung der Unabhängigkeit und die Bereitschaft zur Entschädigung Belgiens abgeben, und Deutschland sollte andererseits klar sagen, welches die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Garantien seien, die von der deutschen Regierung wiederholt für die Unabhängigkeit Belgiens von englisch-französischer Vormundschaft verlangt worden waren. Fast einen Monat lang hat Michaelis diese Anfrage unbeantwortet liegen lassen. Und als er endlich eine Antwort abschickte, da war sie so ausweichend, so voller Wenn und Aber und sonstiger Winkelzüge, daß man im Vatikan wie in London gar keinen anderen Schluß daraus ziehen konnte, als den, den man tatsächlich gezogen hat. Was verschlägt es, ob Michaelis dabei der Schieber oder der Geschobene war! Er gehört vor den Staatsgerichtshof, damit wir volle Klarheit kriegen. Eines freilich ist jetzt schon sicher, daß er oder die, die hinter ihm standen, den Frieden der Verständigung damals, als wir ihn auf der Höhe unserer Kraftentfaltung hätten haben können, abgelehnt haben. Der galt ihnen in ihrem Übermut als Schmach- und Hungerfrieden. Wie der Friede nun heißen soll, den sie uns statt dessen entgegengeführt haben, das mögen sie selber entscheiden.
W. H.

Wird in Weimar zu viel geredet? Man sagt es allgemein. Und Präsident Fehrenbach, der schon einmal eine Bußpredigt gegen das viele und zu lange Reden gehalten hat, hat am Schluß der zweiten Beratung der Verfassung neben Lobes- und Dankesworten für die Mitarbeiter des großen Verfassungswerkes wieder harte Worte über die Vielrederei gefunden. Es ist sicher wahr, daß manche Rede kürzer sein könnte, und daß es auch Reden gegeben hat, von deren Notwendigkeit nur der Redner selbst überzeugt ist. Der Präsident tut aber der Nationalversammlung bitter unrecht, wenn er sein abfälliges Urteil gerade am Schluß der Verfassungsberatung äußert. Obwohl namentlich bei den Grundrechten unerschöpflicher Stoff nicht bloß zu sachlichen, sondern auch zu agitatorischen Reden gegeben war, haben sich selbst die Unabhängigen in anerkennenswerter Weise Beschränkung auferlegt. Bei einigen weniger wichtigen Punkten namentlich, wo es sich bei der Meinungsverschiedenheit im wesentlichen um Formalien handelte, hätte sich vielleicht die Debatte ganz erübrigt, zumal da die Annahme in der Fassung des Ausschusses zumeist feststand. Wenn man aber die Hauptstreitpunkte der Verfassung ins Auge faßt, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche und Schule, das Rätesystem und vor allem die Gliederung des Reiches in Staaten oder Länder, dann muß man doch sagen, daß die Nationalversammlung hier sowohl nach Zahl wie nach Länge der Reden ein Maß von Selbstzucht bewiesen hat, das schlechterdings nicht überboten werden kann — und darf, wenn nicht der Vorwurf leichtfertiger Oberflächlichkeit bei der Behandlung von Lebensfragen des deutschen Volkes heraufbeschworen werden soll. W. H.

Beim Artikel 18, d. i. bei der Frage der Neugliederung des Reiches, hat der vom Präsidium veranlaßte und vom Hause in zum mindesten sehr knapper, von vielen sogar angezweifelter Mehrheit beschlossene Schluß der Debatte die Folge gehabt, daß von dem, was durch das angenommene Kompromiß Löbe—Trimborn—Heile erreicht werden soll, ein ganz falsches Bild im Lande draußen entstehen mußte und inzwischen auch leider entstanden ist. Für das Kompromiß hatten zwar je ein Mitglied des Zentrums, der Sozialisten und der Demokraten gesprochen; sie hatten sich aber in ganz kurzen Reden in der Hauptsache darauf beschränkt, die Zugeständnisse zu verteidigen, die ein jeder

beim Kompromiß den Mitbeteiligten hatte machen müssen. Keiner von ihnen hatte eine wirkliche Begründung für den Inhalt und Zweck des Antrages gegeben. Das war in noch höherem Maße bei der Rede des preußischen Innenministers Wolfgang Heine der Fall, der zwar formal zustimmte, sachlich aber in schärfster Weise das eigentliche Ziel des Antrages bekämpfte und unausgesprochen, aber unüberhörbar ankündigte, daß die preußische Regierung mit allen Mitteln der Verwaltung die Wirkung des beantragten Artikels zunichte machen würde. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei dagegen hatten durch große Reden den grundsätzlichen Kampf gegen die Neugliederung aufgenommen. Es war also im Grunde nur gegen, und noch nicht für den Artikel 18 gesprochen worden, als durch den Schluß der Debatte zunächst dem Antragsteller Heile und in weiterer Folge einer ganzen Anzahl von Anhängern des Gedankens das Wort abgeschnitten wurde. Die Folge war natürlich eine Reihe von kurzen Protesterklärungen der mundtot gemachten Vertreter des rheinischen, hessischen, niedersächsischen, thüringischen Selbstverwaltungsgedankens; und diese Proteste erwecken jetzt notwendig den Eindruck, daß ihre Bestrebungen vergewaltigt worden seien, während doch der Artikel 18 gerade den Zweck haben sollte, dem berechtigten Kern ihrer Wünsche den Weg zur Erfüllung zu ebnen. Statt zur Beruhigung der Bevölkerung, namentlich im besetzten Rheinland, beizutragen, hat man neuen Stoff zur Erregung geschaffen. Das kommt davon, wenn man, wie Herr Fehrenbach, Wesentliches und Unwesentliches nicht unterscheidet. Zu Beginn der Verfassungsberatung war auf Antrag Heile beschlossen und vom Präsidenten versprochen worden, daß in den drei größen Streitfragen die Redezeit nicht beschränkt werden sollte. Jetzt hat man über die unwichtigsten Dinge ausgiebig debattiert. Beim wichtigsten Punkt der Verfassung aber ließ man nicht einmal den Träger des Gedankens, der — wenn auch in kompromißmäßig gestutzter Form — in dem Antrag seinen Ausdruck gefunden hatte, zu Worte kommen. Ist es ein Wunder, wenn die Meinung sich aufs neue festigt: über allen Kleinkram schwätzen sie in Weimar endlos; aber „über Thema darf nicht gesprochen werden."

W. H.

Das Wirtschaftsprogramm der Regierung. Vielleicht ist der markanteste, programmatisch wichtigste Satz im neuen Regierungsprogramm der Satz, daß mit der Sozialisierung der wirtschaftlichen Energien (Kohle, Elektrizität) das Reich als wichtigster Wirtschaftsfaktor dem deutschen Wirtschaftsleben jeweils die Form und den Inhalt geben könne, den die Mehrheit des Volkes für richtig und wünschenswert erachte. Die politische Bedeutung dieses Satzes ist klar. Er soll die durch die jetzigen Maßnahmen noch nicht befriedigten Parteianhänger beruhigen. Der sachliche Sinn dieses Satzes ist weniger deutlich. Es kann sein, daß er den Ausblick auf einen Minotaurus der Staatswirtschaft eröffnen soll, der die Privatwirtschaft allmählich aufzufressen sich anschickt. Die Aussicht wird nicht verlockender durch den Hinweis, daß das Reich durch die Verfügung über die Lebensquellen der Wirtschaft zur Durchführung jeder Machtpolitik der Mehrheit imstande sein würde. Nimmt man diesen Ausblick ernsthaft, so ist er weit bedrohlicher als die Wissellsche Planwirtschaft, die wenigstens die Wirtschaft nicht als politisches Zwangsmittel betrachtete und in der starke Keime wirtschaftlicher Selbstverwaltung steckten.

Der Planwirtschaft wurde abgesagt. Von seiten des Ministerpräsidenten mit der Begründung, daß sie die Verwirklichung des Sozialismus zu bedrohen vermöge, von seiten des Reichswirtschaftsministers mehr aus dem praktischen Menschenverstand heraus, der seine Ausführungen überhaupt kennzeichnete, und der sich bewußt ist, daß die wirtschaftlichen Dinge keine allgemeine Schablone vertragen. Dieser praktische Blick kann möglicherweise auch in einer Abwesenheit von Ideen und theoretischer Übersicht begründet sein, ist aber zweifellos für die allernächsten Aufgaben der deutschen Wirtschaft notwendiger und fruchtbarer als eine übersteigerte Systematik.

Die Übermacht der politischen über die wirtschaftlich-technische Betrachtungsweise war auch erkennbar aus den wenigen Äußerungen des Ministerpräsidenten über die bevorstehende Steuergesetzgebung. Es besteht zweifellos die Gefahr, daß die Anspannung — um nicht zu sagen: Aussaugung des Kapitalisten für Steuerzwecke die finanztechnische Bedeutung des Kapitals für unsere Produktion verkennt und unterschätzt. Die Steuervorlagen bedeuten zum Teil das Abfließen des Kapitals aus der Produktion zu Verzinsungs-, Verwaltungs- und Kriegsentschädigungszwecken. Eine so ausgeschöpfte Wirtschaft aber wie die unsere fordert, daß Großkapital frei sei zu produktiver Verwendung. Diese Tatsache wird allzu leicht übersehen in einer agitatorischen Behandlung der Steuerprobleme, die jede Rücksichtnahme auf die Erfordernisse der Produktion als Vertretung der Geldschrankinteressen etwas dilettantisch brandmarkt.

G. B.

Das Duell Graefe-Erzberger. In der Spannung durch den sachlichen Inhalt der großen Auseinandersetzung Erzbergers mit den Deutschnationalen stand man doch unter dem Eindruck der Kampfesweise. Sie war von beiden Seiten nicht ritterlich. Graefe ist Polemiker nach der Formel l'art pour l'art. Der Kampf um des Kampfes willen. Er läßt sich immer über das sachliche Bedürfnis hinaus fortreißen, kann Viertelstunden mit einer Plänkelei ohne den Untergrund irgendeines produktiven Gedankens, eines sachlichen Gehaltes zubringen und entgleist in Angriffen ohne jeden Sinn (z. B. in einer illoyalen Verdächtigung Noskes, die er hernach zurücknehmen mußte). Erzberger hat die Methode und eine starke, aber unangenehme Kunst, die Hörer vom eigentlichen Streitpunkt abzulenken, durch stark wirkende Nebenumstände zu zerstreuen, um dann Undeutliches in den Hauptsachen der Aufmerksamkeit zu entziehen. Er versteht sich fabelhaft auf die Erzeugung von Stimmungsnebeln um die Tatsachen. In der Sache des Grafen Wedel beginnt er damit, den Grafen Wedel in seinen diplomatischen Fähigkeiten zu diskreditieren, was mit dieser Angelegenheit natürlich gar nichts zu tun hat, aber den Zweck der Erzeugung von Voreingenommenheiten in der Versammlung erreicht. Dies und die Plumpheit mancher seiner Ausfälle machte es geradezu schwer, zu dem sachlichen Gehalt seiner Ausführungen Vertrauen zu gewinnen. — Der politische Männerkampf ist eine brutale Sache.

G. B.

Wilhelm Heile / Die Debatte von Weimar und die deutsche Politik

Die große politische Debatte, die sich an die Programmreden des Reichskanzlers Bauer und des Außenministers Müller knüpfen sollte, ist ausgeblieben oder doch nicht zu Ende geführt worden. Der Vorstoß, den die Rechte durch den Herrn v. Gräfe vornehmen ließ, und der wohlvorbereitete Gegenstoß des Herrn Erzberger haben die Aufmerksamkeit völlig von dem abgelenkt, was eigentlich zur Debatte stand. So gab es keine Aussprache über das, was in Deutschland geschehen soll, sondern fast ausschließlich Streit über das, was war und geworden ist und warum es so kommen mußte.

Der Zusammenstoß war heftig und unerfreulich. Aber immerhin: solche Gewitter reinigen die Luft. Es ist ja nicht bloß Rechthaberei, was da zugrunde liegt. Es hängt vielmehr vom Ergebnis dieses Kampfes um Schuld und Verantwortung ab, mit welchem Maße von Vertrauen und Zukunftsglauben und also auch Schaffensfreudigkeit das deutsche Volk sich in den neuen Verhältnissen zurechtfinden wird.

Und was ist das Ergebnis? Zweifellos das eine: die Politik der Reichstagsmehrheit von 1917 bis zum Kriegsende, insbesondere die Friedenskundgebung vom 19. Juli 1917, hat noch einmal ihre Rechtfertigung gefunden. Wer es noch immer nicht geglaubt hat, der kann sich, wenn er überhaupt den Mut zur Wahrheit und Wahrhaftigkeit hat, jetzt nicht mehr der Einsicht verschließen, daß die Politik der „Ver-

„Landspartei“ und ihrer Hintermänner aus heilloser Verblendung den Frieden der Verständigung ausgeschlagen und verhindert hat, als wir noch stark genug und die Feinde deshalb bereit waren, einen solchen Frieden auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu schließen. Die Frage, wer uns den Leidensweg nach Versailles geführt hat, ist also endgültig entschieden. Und weitere „Enthüllungen“ durch Veröffentlichung der Akten können nur noch bestätigen und unterstreichen, was nicht mehr zu bestreiten ist.

Diese Abrechnung mußte einmal kommen. Nun aber sollte man den alten Streit nicht immer wieder von neuem schüren, sondern einen dicken Strich unter das Vergangene machen. Es hat doch niemand den schlimmen Ausgang wollend herbeigeführt. Nicht böser Wille war es, der die Verantwortlichen der Vergangenheit zur gefährlichen Überschätzung unserer Kräfte veranlaßte, sondern der Wunsch, den wir alle teilen, war Vater ihres unglücklichen Gedankens. Jetzt aber kommt alles darauf an, daß wir nicht aufs neue den Weg der Irrungen und Illusionen beschreiten. Statt uns über das Geschehene zu streiten, müssen wir uns nun endlich ausschließlich dem zuwenden, was jetzt geschehen und werden soll.

Da steht eines fest. Mehr als je ein anderes Volk sind wir fortan ganz auf uns selbst angewiesen. Für uns gibt es keine Bündnisse mehr, und auch der sogenannte Völkerbund hat uns einstweilen seine Tore verschlossen. Wenn wir an politischen Gedanken festhalten wollten, wie sie uns und allen anderen großen Völkern bisher geläufig waren, so wäre das für uns ein Zustand zum Verzweifeln. Wenn wir uns aber entschlossen auch in unseren stillen Träumen von allen imperialistischen Gedankengängen abwenden und uns ganz darauf beschränken, unserem Volke daheim sein Haus zum wohnlichsten aller Häuser zu machen und ihm draußen in der Welt lediglich sein gutes Recht zu sichern, dann kann uns die derzeitige Vereinsamung nicht allzusehr schrecken. Sie nötigt uns dazu, uns auf uns selbst zu besinnen. Und das kann uns wirklich nicht schaden.

Die hinter uns liegenden Jahre haben auch dem engherzigsten und kurzsichtigsten Nationalisten gezeigt, daß wir auf die Dauer es nicht aushalten können, wie hinter chinesischen Mauern zu leben, das ist schon kulturell schwer erträglich. Wirtschaftlich ist es schlechterdings unmöglich.

Und doch ist unser Nationalgefühl, das Bewußtsein der Verbundenheit unseres ganzen Seins mit dem Schicksal unserer Nation nie so lebendig gewesen, wie jetzt in unserer schweren Not. Es mag schäbige Menschen geben — namentlich in den Grenzgebieten wird sich das zeigen —, die sich um den Preis des Verrats an ihrem Deutschtum wirtschaftliche Vorteile zu sichern trachten. Im ganzen aber darf man sagen, daß das Unglück unseres Vaterlandes uns erst so recht gelehrt hat, was wir ihm danken und schuldig sind. Und je mehr wir auf uns selbst und unsere eigene Kraft angewiesen sind, desto mehr wird dieses Gefühl sich in unserem Herzen festigen.

Viele freilich, denen früher zu oft der Mund überfloß von dem, des ihr Herz voll war, müssen sich erst an den Gedanken gewöhnen, daß Vaterlandsliebe nicht Blindheit für Recht und Interesse der anderen ist. Wer sein Vaterland, sein Volk liebhat, wer patriotischen und nationalen Sinnes ist, der muß auch den Nationalsinn der anderen achten. Wenn das die Lehre ist, die als Niederschlag der großen Debatte von Weimar im Denken unseres Volkes zurückbleibt, dann hat sie uns mehr gebracht als Sensation und neuen Stoff für den Parteihader derer, die — mögen sie rechts oder links stehen — im Grunde gleichen Wesens sind, weil der Inhalt ihres politischen Kampfes sich im Zank um das Vergangene erschöpft. Dann wird daraus für unser ganzes Volk die Erkenntnis erwachsen, daß es sich nie wieder von Leuten führen lassen darf, die nicht imstande sind, sich — und das gilt für die Dinge der Heimat wie für die der großen Welt — in die Seele der anderen zu versetzen und daher niemals zu wirklich aktiver, aufbauender, schöpferisch gestaltender Politik gelangen können.

Und ein anderes ist es, was aus gleichem Grunde den Führern nie fehlen darf: der Glaube, der nur aus einem von Eigennutz unbefleckten, in der Seele wurzelnden sachlichen Denken zu erwachsen pflegt, jener starke Glaube, der mit der fortreißenden Kraft seines Wollens Berge versetzen kann. Die meist klugen und doch, ach, so kleinen Leute, die in der Politik ihr Denken und Tun nicht nach großen und weitgesteckten Zielen einstellen, die immer nur von Fall zu Fall handeln, mögen dabei gewiß oft durch Gerissenheit und Rücksichtslosigkeit kleine Gelegenheitserfolge erreichen. Was aber bei solcher Spekulation auf die geringere Klugheit und Selbstsucht des Gegenspielers herauskommt, das hat die Menschheit in allen Ländern ja nun eigentlich zur Genüge erfahren. Letzten Endes führt solche Politik doch zu nichts anderem, als daß sich die vielen kleinen Klugheiten summieren zu einer einzigen, riesengroßen Dummheit.

Wir Deutschen haben jedenfalls genug von solcher Politik, und ich glaube: nicht bloß wir viel geschmähten Idealisten und „Ideologen“. Sie darf nicht wiederkommen, die Politik, die uns vor dem Kriege in eine ganz und gar nicht glänzende Isolierung hineinmanövrierte und die uns während des Krieges zwang, mit sehenden Augen in den Abgrund zu laufen. Sie käme aber wieder, wenn man der sich weltmännisch und staatsmännisch gebärdenden „Routine“ Gelegenheit gäbe, die Welt von neuem wieder in wahrstem Sinne zur Spielhölle zu machen.

Nun ist nach Lage der Dinge zwar nicht zu befürchten, daß die Vertreter des marktschreierischen Alldeutschtums je wieder ans Ruder kommen. Das vollends zur Unwahrscheinlichkeit und auf lange hinaus zur Unmöglichkeit gemacht zu haben, ist zweifellos ein Verdienst der großen Debatte von Weimar und insbesondere Erzbergers. Aber ob die deutsche Außenpolitik unter Erzbergers Fittichen jetzt bei Hermann Müller in den besten Händen liegt, das ist denn doch noch eine andere Frage. Er gehört zwar gewiß nicht zu den Routiniers und wird deshalb wohl frei sein von dem gefahrvollen Ehrgeiz, die Staatsmänner der Entente überlisten zu wollen, was man von Herrn Erzberger freilich nicht mit der gleichen Sicherheit sagen kann. Er steht noch weniger im Verdachte, als neumodischer Imperialist romantischen Träumen von bolschewistischer Weltrevolution nachzujagen. Und in seiner Rede verriet so mancher Satz den klugen, nüchtern abwägenden Politiker, als der er sich in seiner Partei bewährt hat und zu seinem jetzigen Amte berufen worden ist. Bei voller Anerkennung der Schwierigkeit seiner Aufgabe haben wir aber doch eines vermißt, was wir bei einer programmatischen Kundgebung des Leiters der deutschen Außenpolitik gerade jetzt nicht vermissen mögen. Es fehlte jene Selbstverständlichkeit des Gefühls für nationale Würde, die, weltenfern von allem jetzt doppelt lächerlichen Kraftmeiertum, die Gefühle der anderen, auch der erbittertsten Gegner, achtet, ehrt und nachempfindet, aber es auch gar nicht erst nötig hat, jemals daran zu denken, daß auch die

eigene Nation aus Menschen mit nationalem Gefühl besteht. Der Wille und die Fähigkeit, die Dinge auch einmal mit den Augen unserer Feinde zu betrachten und damit ein Haupterfordernis für politisches Urteil, ist bei dem neuen Außenminister zweifellos in hohem Maße vorhanden. Worte, wie er sie z. B. über die Nöte und Schmerzen der Franzosen und Belgier fand, sollen als Zeugnis echt deutschen Empfindens und Denkens dankbar anerkannt werden. Aber bei aller Ablehnung jedes auch noch so leisen Anklangs an nationalistische Großsprecherei konnten wir uns doch beim Anhören manchmal des Gefühls nicht erwehren, daß über dem Willen, den Gegnern gerecht zu werden und ihnen den rechten Eindruck von der Untadeligkeit unserer Absichten zu geben, die Rücksicht auf die Empfindungen des eigenen Volkes denn doch etwas arg zu kurz gekommen ist. Nie war es nötiger als jetzt, daß warmherziger deutscher Patriotismus aus der Rede des Außenministers spricht. Es ist ja nicht wahr, daß nationaler und internationaler Gedanke notwendig Gegensätze sind. Der eine ist sogar die notwendige Voraussetzung des anderen. Gerade weil wir für jedes Volkstum das Recht der freien Entwicklung erstreben und weil die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker uns nicht bloß in unserer jetzigen Not angenehme und nützliche Lehre, sondern Herzensüberzeugung ist, werben wir als nationale Politiker mit aller Leidenschaft des Wollens für den internationalen Gedanken vom Völkerbund. Und gerade weil wir für den Völkerbund sind, den Bund der freien und gleichberechtigten und sich gegenseitig ihr Recht und ihre Freiheit gewährleistenden Völker, bekämpfen wir mit der gleichen Leidenschaft jenes „Völkerbund" genannte Bündnis der Feinde Deutschlands. Wir bekämpfen es nicht mit der Gewalt der Waffen. Die Macht des Gedankens vom menschheitbefreienden und völkerverbindenden Recht ist unsere einzige Waffe im Kampfe gegen seine Vergewaltigung. Diese Waffe aber ist nicht stumpf. Und sie wird sich als wirksam erweisen, wenn wir sie nur zu gebrauchen wissen.

Diese Kunst ist es, die wir vom deutschen Außenminister verlangen. Und beileibe nicht bloß in der Abwehr, sondern in tatkräftiger, unermüdlicher, groß angelegter Offensive. Dabei soll auch jetzt und gerade jetzt der Vorkämpfer unseres schwer gebeugten Volkes stolz und aufrecht dastehen und sich weder der lächerlich wirkenden Sprache ohnmächtiger Drohungen noch der schwächlich und schließlich verächtlich wirkenden Sprache demütiger Unterwürfigkeit bedienen. Und nicht mit Listen und Ränken soll er den Kampf der Waffen fortsetzen und im Kampf um die Änderung des erzwungenen Vertrages von Versailles die Methoden der Diplomatie alter Schule wiederaufnehmen, sondern mit dem einen großen deutschen Gedanken des Rechts als Grundlage der neuen Menschheitsordnung, der Weltdemokratie.

Gertrud Bäumer, Der Zug des demokratischen Parteitags

Der Parteitag in Berlin hatte die schwierige Aufgabe zu erfüllen, eine Partei, deren Anhänger sich zunächst aus sehr allgemeinen Gründen der Weltanschauung und politischen Überzeugung zusammengefunden hatten, auf den Boden einer klareren Programmatik zu stellen. Schwierig war diese Aufgabe aus einem doppelten Grunde. Einmal, weil mit jedem Monat sowohl die außenpolitische wie die innerpolitische Lage neue Forderungen stellt und die Auseinandersetzung mit neuen Problemen erzwingt und wir in vieler Hinsicht schon nicht mehr im einzelnen das gleiche vertreten können wie in der Wahlbewegung. Schwierig aber auch deshalb, weil in gärender Zeit die Mannigfaltigkeit der Richtungen naturgemäß größer und die Überzeugungen ihrem Wesen nach leidenschaftlicher sind als sonst. Dazu kommt die technische Schwierigkeit, in einer Versammlung von tausend Delegierten überhaupt zu einer Debatte zu kommen, die den Zweck der Klärung der Meinungen erfüllen kann.

So war es von vornherein selbstverständlich, daß der Parteitag uns manches schuldig bleiben mußte. Und trotzdem wird man sagen dürfen, daß er im ganzen genommen die Klärung über den in der Partei vorhandenen politischen Willen vollzogen hat. Der nächste Parteitag, der endgültig das Programm verabschieden soll, hat für seine Aufgabe nun eine übersehbare Grundlage.

An zwei Gegenständen der Tagesordnung wurde die Stellungnahme des Parteitages herausgearbeitet: am Bericht der Fraktion und am Entwurf des Programms. Die Aussprache über den ersten Punkt war frischer und fruchtbarer, weil sie noch nicht unter der Ermüdung und inneren Unruhe längerer Verhandlungen litt und nicht erschwert war durch die Hunderte von Anträgen, die beim Programmentwurf nach Vertretung drängten. In der Stellung zur Fraktion drängte sich der Gegensatz der in der Partei vorhandenen Richtungen in die Frage der Stellung zum Frieden und zum Verbleiben in der Koalition zusammen. Auf dem Parteitag wie in der Fraktion selbst besteht eine Kreuzung von zwei Tendenzen in dieser Frage, die etwa in dem auf dem Parteitag gefallenen Wort zum Ausdruck kommen, daß ein sehr großer Teil der Partei in den nationalen Fragen rechts und in den sozialen Fragen links steht. Vielleicht ist dabei der Ausdruck rechts und links überhaupt nicht ganz angebracht. Der Ausspruch bezeichnet aber die Tatsache, daß für die Stellung zur Regierung zwei, nicht durch dieselben Personenkreise vertretene Gesichtspunkte geltend gemacht wurden. Ein kleiner Teil der Partei steht auf dem Boden, daß der Frieden unterzeichnet werden mußte und daß die Demokraten der Unterzeichnung hätten zustimmen sollen. Dieser Auffassung liegen jedoch zwei verschiedene Motivierungen zugrunde. Die eine wollte die Zustimmung zur Unterzeichnung rein aus außenpolitischen Gründen, die andere wollte sie, um ihrer innerpolitischen Konsequenz willen, nämlich der Aufrechterhaltung der bestehenden Koalition und der Mitwirkung der Demokratischen Partei in der Regierung. Ein anderer, noch kleinerer Teil der Partei steht in dem durch die Stellung zur Friedensfrage herbeigeführten Austritt aus der Regierung eine im gewissen Sinne erwünschte Konsequenz, weil er sich in sozialer Beziehung im Gegensatz zu einer Regierung von sozialdemokratischem Gepräge befindet. Es stellte sich eben in den Verhandlungen scharf und deutlich heraus, daß der überwiegende — weitaus überwiegende Teil der Partei die Ablehnung der Unterzeichnung für richtig hält, die von der Fraktion gezogene Konsequenz des Austritts aus der Regierung als notwendig anerkennt, aber gleichzeitig bedauert, daß dadurch die Mitwirkung der Demokratischen Partei an einer entschieden sozial gerichteten Wirtschaftspolitik vorläufig unmöglich gemacht wird, auf alle Fälle aber sich gegen die Gefahr einer Rechtsorientierung, die in der gegenwärtigen Lage beruht, auf das entschiedenste und festeste wehren will.

So wächst aus dieser doppelten Einstellung mit voller Klarheit die alte Parole heraus: nationalsozial. Und wenn durch eine spontane Aktion des Parteitages selbst — denn er stand nicht auf dem Wahlvorschlag — Naumann zum Parteivorsitzenden gewählt würde, während auch die beiden Kandidaten, die nächst ihm die meisten Stimmen hatten, Petersen und Koch, ehemalige Nationalsoziale waren, so prägte sich auch darin das durchschlagende nationalsoziale Selbstbewußtsein des Parteitages aus.

In diesem Grundzug wird es aber sicherlich möglich sein, auch die in gewissen Nuancen abweichenden Stimmungen in der Partei zu verschmelzen. In den außenpolitischen Dingen herrscht kein Zweifel darüber, daß wir Völkerbundspolitik treiben müssen. Nicht indem wir bettelnd vor den Toren jenes Machtsyndikats stehen, das sich heute als Völkerbund bezeichnet. Sondern indem wir den Gedanken aufnehmen und durch ihn die unvollkommene, ja widersprechende Wirklichkeit zu korrigieren und zu läutern versuchen. Mag in Gesinnung und Temperament der eine der Idee der Völkergemeinschaft wärmer, der andere kühler gegenüberstehen, alle sind überzeugt, daß es Aufgabe der nächsten Epoche ist, diesem Gedanken aufrichtig und unzweideutig zu dienen.

Nicht ganz ebenso leicht wird die Herstellung der Einheit in den wirtschaftlichen und sozialen Fragen sein. Es ist keine Frage, daß Reste manchesterlichen Denkens in der Partei zu überwinden sind. Ganz falsch aber wäre es, diese Anschauungen über die Technik der Wirtschaft zu verwechseln mit der Vertretung egoistischer Interessenpolitik. Und weil diese beiden Dinge sich nicht decken, weil auch bei denen, die den Sozialismus als Wirtschaftstechnik zweifelnd betrachten, ein aufrichtiger sozialer Wille vorhanden ist, darum wird auch hier ein Miteinanderarbeiten schließlich möglich sein.

Noch etwas anderes ist für die künftige Physiognomie der Partei wichtig: als demokratische Gruppe treten heute mit ganz neuer Deutlichkeit innerhalb der Partei die Landwirte, die Bauern heraus. Es scheint, daß die konservative Periode des deutschen Bauernstandes in raschem Abbau begriffen ist. Wenn das industrielle Wirtschaftsprogramm einen stark sozialistischen Zug trägt, so ist das landwirtschaftliche Wirtschaftsprogramm naturgemäß individualistisch-demokratisch. Im Bauerntum beruht künftig einer der stärksten Pfeiler der demokratischen Struktur Deutschlands. Das darf weder im Programm noch in der Verwaltung der Partei übersehen werden. Im Vorstand, im Programm, in der Agitation muß das Bauerntum stark zur Geltung kommen.

Ein anderer neuer Zug muß der Partei aufgeprägt werden durch die andersartige Bedeutung, die jetzt die Kulturfragen gewinnen. Die Selbständigkeit der Kirche verlangt eine Neubearbeitung der kirchlichen Fragen aus dem Geist lebendiger Selbstverwaltung. Indem die Kirche das Staatsbeamtentum in ihrer Verwaltung abstößt, entstehen auf ihrem Boden Aufgaben demokratischer Gestaltung. Es wird ein Beweis für die Wärme und Fülle des in der demokratischen Partei lebenden Geistes sein, ob und in welchem Maße es ihr gelingt, die hier einsetzende Bewegung dem Strom ihres politischen Willens anzuschließen.

Es wäre noch ein Wort über die Jugendbewegung in der Partei zu sagen. Aber damit wird ein Problem berührt, das einmal einer eingehenderen eigenen Besprechung bedarf. Ich habe persönlich als einzig richtige Formel für die Lösung der Generationenfrage in der Partei immer vertreten, daß man die Jugend so bald wie möglich und so intensiv wie möglich zur Mitverantwortung und vollen Beteiligung an der Parteiarbeit heranzieht. Das scheint mir richtiger, als ihrer Aktivität einen besonderen Schauplatz anzuweisen, auf dem notwendig bei nur halber Berührung mit der eigentlichen verantwortlichen Parteiarbeit viele Kräfte verzettelt und der Unfruchtbarkeit ausgeliefert werden.

Emmy Beckmann / Frauengedanken zum Parteitag

Der Parteitag brachte zwei Ereignisse, die über sich selbst hinausweisen und besonders uns Frauen mit Zukunftsfreude erfüllen können: das eine, die Wahl Naumanns zum Führer der Partei, das andere, die teilweise Leitung der Versammlungen durch Gertrud Bäumer und ihre Wahl zur stellvertretenden Vorsitzenden. — In der Wahl Naumanns dokumentiert sich, was übrigens auch aus dem Tenor der meisten Reden sprach, in konzentrierter Form dies: daß die Partei getragen werden will von nationalsozialem Geist, von dem Geist, der die Allgemeinheit über das Wohl des einzelnen stellt, dem die Idee höher gilt als die Opportunität, dem Geist, der den Klassen- und Interessenkampf überwinden will durch den Ernst sozial-brüderlicher Gesinnung im modernen Wirtschaftsleben. Das, was Marie Baum auf dem Frauentag in schönen Worten als Aufgabe der Frauen in der Partei hinstellte: daß sie den bloßen Rechtsgedanken ersetzen sollen durch die Verwirklichung der Liebe von Mensch zu Mensch, das wird zum Ziel des Parteilebens; und doppelt freudig werden wir Frauen in der Partei arbeiten, da an führender Stelle der Prophet dieses Geistes steht.

Die Wahl Dr. Bäumers zur 2. Vorsitzenden des Parteitages war uns mehr als eine augenblickliche Freude über die Anerkennung ihrer Bedeutung in der Partei. — Wir Frauen sind in die Partei eingetreten, nicht, weil wir unsere Frauenstellung dort am sichersten zu fördern hofften, sondern als Bürgerinnen, die das Wohl des Volkes bei ihr am besten aufgehoben wußten. Aus demokratischer und sozialer Gesinnung wurden wir Mitglieder der Partei. Aber es ist doch kein Zufall, daß wir so viele uns bekannte Frauen der Frauenbewegung in ihr wiedertrafen, kein Zufall, daß die Partei den Ruhm hat, unsere Führerinnen, Helene Lange und Gertrud Bäumer, zu den ihren zu zählen. Die Parole der Frauenbewegung ist von je gewesen: Freiheit und Gerechtigkeit, und seit sie die ersten Kinderschuhe auszog, stützt sie diese Forderung auf die Begründung der vollen Pflichterfüllung gegenüber der Allgemeinheit. Der individualistische Liberalismus ist in der Frauenbewegung früher überwunden als in der Politik der liberalen Parteien. So wie die großen Volkserneuerer vor hundert Jahren Volksrechte gaben um des Wohles des Vaterlandes, der Nation willen, so fordern die Frauen Gleichberechtigung um der Volksgemeinschaft willen. Wir haben die Überzeugung, daß das Volk Schaden leidet, wenn die Frau nicht zu vollem Kultureinfluß kommt. — Nun hat uns die Revolution das Stimmrecht gebracht, und viele meinten, damit sei alles erfüllt; und besonders von unseren männlichen Freunden innerhalb der Partei wird uns das immer wieder gesagt. In diesem Sinne verzichteten die Rednerinnen auf dem Parteitag darauf, Frauenforderungen aufzustellen. Und es ist ja wahr: die Gewährung all unserer Forderungen sollte eine selbstverständliche Folge dieses ersten [illegible] sein, da sie die logische und ethische Konsequenz des Gedankens ist, der

Digitized by Google

dem Stimmrecht zugrunde liegt. Das Moralische versteht sich immer von selbst, könnte man meinen und sich beruhigen. Aber so ist es doch nicht. Auch die Deutschnationalen bekennen sich jetzt zum Stimmrecht der Frau, und doch spielt bei ihnen eine große Rolle Dr. Oberfohren, der das Haupt der Antifeministenliga war. Auch im neuen Staat entspricht die Praxis in dieser Beziehung noch durchaus nicht der Lehre von der Gleichberechtigung. Daß der Wille bei den Demokraten da ist, die Konsequenz aus ihren Grundsätzen zu ziehen, schien uns die Wahl Gertrud Bäumers zu zeigen, und deshalb haben wir die Hoffnung, daß das in dieser Beziehung ganz unzulängliche Programm ergänzt werde, indem es sich an entscheidenden Punkten zu der vollen bürgerlichen und rechtlichen Gleichberechtigung der Frau bekennt. Wie sehr das heut noch notwendig ist, mögen einzelne Tatsachen, die nur eben gestreift werden sollen, beweisen.

Vor allem muß in unseren Tagen eins gesagt werden: die Frau hat wie der Mann ein Recht auf Arbeit, auf i h r e Arbeit. Wenn jetzt in der traurigen Zeit des Niederbruchs unserer Wirtschaft und der daraus folgenden Arbeitslosigkeit von Tausenden das Demobilmachungsgesetz rücksichtslos alle diejenigen aus der Erwerbsarbeit entfernt, die während des Krieges der Gemeinschaft wertvolle Dienste als Ersatzkräfte geleistet haben, wenn statt des Dankes, der ihnen gebührte für die schnelle Bereitschaft ihres Einspringens in der Zeit fehlender Männerkraft, ihnen jetzt Arbeit und Brot genommen wird, ja sie häufig mit Mißachtung behandelt werden, fast als hätten sie zu Unrecht sich die Stellen geraubt, so ist das eine tieftraurige Erscheinung, die wir aber doch als eine Folge des furchtbaren Zusammenbruchs hinnehmen und tragen. Wenn aber dabei kein Unterschied gemacht wird zwischen einfacher Fabrik- oder Kontorarbeit und verantwortungsvoller sozialer oder erzieherischer Arbeit, wenn man z. B. versucht, die Frauen aus der Fürsorgearbeit an den Hinterbliebenen herauszudrängen, um für stellungslose Handlungsgehilfen Raum zu schaffen, so zeigt das, daß man noch nicht begriffen hat oder doch nicht anerkennen will, daß es Arbeit gibt, die den Frauen gehört, wo nur sie mit ganzem Erfolg und zu voller Befriedigung der Bedürfnisse der Allgemeinheit arbeiten können. Ein elsässer Abgeordneter sprach auf dem Parteitag von dem Recht seiner vertriebenen Landsleute auf Arbeit. Dies Recht ist jetzt durch die Not der Lage vielen deutschen Männern und Frauen nur ein Anspruch, keine Erfüllung. Aber bei den Frauen versucht man gerade jetzt wieder, schon den Anspruch zu bekämpfen, den Anspruch darauf, eine Arbeit auszuführen, die ihren Kräften gemäß ist, den Anspruch also: einen Beruf im eigentlichen Sinne zu haben. Wir fordern die Anerkennung dieses Rechtes um der Frau willen, aber auch um des Fortschritts der Kulturgemeinschaft willen.

Ähnlich ist es mit der Anwendung des Grundsatzes von der freien Bahn für die Tüchtigen auf die Frauenarbeit. Das einzige Kapital, das uns geblieben ist und mit dem nicht genug gewuchert werden kann, ist unsere Arbeit, ist die Tüchtigkeit jeder Leistung. So wie Bildung, einmal angefangen, notwendig zur höchstmöglichen subjektiven Vollendung treibt, so drängt Tüchtigkeit im Beruf zur verantwortungsvollsten Stelle. Es heißt, Kraft und Tüchtigkeit lähmen, wenn man ihr den Aufstieg in die leitenden Stellen versagt. Noch heute aber bedeutet in den meisten Fällen die Verstaatlichung oder Verstadtlichung der höheren Mädchenschule, daß an Stelle der Frau, deren Arbeit und Initiative die weibliche höhere Schule ihre Entstehung verdankt, ein Mann die Leitung übernimmt. Noch jetzt sind weibliche Volksschulrektoren höchst selten. Nur die Tüchtigkeit sollte über den Anspruch auf solche leitende Arbeit entscheiden: man schaffe darum die freie Bahn auch für die Frau — selbst wenn es gegen den Wunsch und Willen der männlichen Berufsvereine geht, wie bis jetzt noch. Das Interesse der Erziehung des weiblichen Geschlechts fordert dringend, daß die besten Frauenkräfte an vollverantwortlicher Stelle sie entscheidend beeinflussen können. — Wenn man der Frau, der selbständigen Geschäftsfrau noch die Börse verschließt, zu der jeder junge Handlungsgehilfe Zutritt hat, wenn man in Preußen eben jetzt die Zulassung zur Referendarprüfung wohl gewährt, aber nicht zur weiteren Berufsausbildung — so sind dies Zeichen davon, wie sehr man das Recht auf Arbeit und freie Bahn für die Frau zu beschneiden geneigt ist, zugunsten der Ausschaltung unbequemer Konkurrenz.

Wir erwarten deshalb von der Partei der Freiheit und Gerechtigkeit, der Partei, die persönliche Freiheit nur beschränkt sein lassen will durch das Interesse der Volksgemeinschaft, daß sie in ihr Programm die Forderung aufnehme, daß alle Schranken, die die Berufstätigkeit der Frauen hemmen, zu fallen haben.

Noch wesentlicher fast ist ein anderes. Die Schule wird von Grund auf neu gebaut in unserer Zeit. Es erscheint selbstverständlich, daß die Einheitsschule wie überhaupt, so auch mit Bezug auf die Geschlechter, nur noch den Unterschied der Begabungen als Differenzierungsgrundsatz gelten läßt. Und zwar in allen Schularten. Man vergleiche die Summen, die im alten Staat für die männliche, für die weibliche Fortbildungsschule ausgegeben wurden, um zu wissen, wieviel hier noch zu tun bleibt. Wie notwendig den Mädchen die hauswirtschaftliche Ausbildung der allgemeinen Fortbildungsschule ist, hat der Krieg nur zu deutlich erwiesen. Gab es doch in Berlin zum Beispiel eine große Zahl von Frauen, die mit den gelieferten Nahrungsmitteln wie Graupen usw. nichts anzufangen wußten, so daß die Kinder sie roh in der Tasche trugen. Wenn man nun aber versucht, die hauswirtschaftliche Ausbildung auch in die gewerbliche Fortbildungsschule für Mädchen hineinzutragen, so benachteiligt man die im Beruf stehenden Mädchen gegenüber den männlichen Berufsgenossen, nimmt ihnen die vollwertige gewerbliche Fortbildung und damit die volle Konkurrenzfähigkeit. Das darf nicht geschehen. Der Staat hat die Pflicht, in gleichem Umfang für die Ausbildungsmöglichkeiten der Mädchen wie der Knaben zu sorgen, damit jeder den Arbeitsplatz, zu dem Begabung, Neigung und Pflicht rufen, voll ausfüllen kann.

Eine grundsätzliche Anerkennung verlangt vor allem die Stellung der Frau in der Familie. Hier, in der Stellung, die sich der rückhaltlosesten und unbezweifeltsten Anerkennung der Männer erfreut, steht die Frau noch weit unter dem gleichen Recht. Wir fordern die grundsätzliche Gleichstellung der Geschlechter im Familienrecht, in bezug auf das Recht dem Kinde gegenüber vor allem. Auch die Beschränkung des Rechts der unehelichen Mutter auf ihr Kind muß aufhören. Wenn irgendwo, so ist hier der Grundsatz des gleichen Rechtes als Grundlage des Gemeinschaftslebens ohne Einschränkung durchzuführen. —

In dem Entwurf des Hauptvorstandes fehlte jede ausdrückliche Anerkennung der Frauenforderungen. Wir hoffen jetzt, daß dieser Mangel nur der idealen Auffassung entsprang, daß sie alle heute selbstverständlich auf Erfüllung rechnen können. Dennoch erscheint es uns notwendig, daß dies im Parteiprogramm gesagt wird. Einmal aus taktischen

Gründen. Wie oft ist uns im Wahlkampf gesagt worden: „Ihr sagt zwar, daß eure Partei diese Forderungen von Ihren Grundsätzen aus anerkennt; aber die Praxis zeigt nichts davon, und man handelt ganz anders." Wenn die Deutsche demokratische Partei wirklich die Partei aller demokratischen Frauen werden will, so muß sie sich auf diese Forderungen verpflichten. Noch viel mehr aber muß sie es um ihrer eigenen Idee willen. Sie kämpft um die großen Ideen der Freiheit und Gerechtigkeit zum Wohle der Gesamtheit. Da darf sie nicht haltmachen vor der Einfügung der Frau in das Gemeinschaftsleben als vollberechtigte Bürgerin. Hiermit wird nicht nur um der Frauen Recht allein gekämpft, sondern auch hier handelt es sich „um der Menschheit große Gegenstände, um Freiheit und um Recht".

Werner Fischer-Defoy / Der Geistliche und die Volkshygiene

Der Zustand der Erschöpfung, in den uns das jahrelange Darben gebracht hat, gebietet dringend, mit allen nur möglichen Mitteln dahin zu wirken, daß nicht ein dauerndes Leiden aus ihm entsteht, von dem unsere Volkskraft nicht wieder genesen kann. Die Hygiene hat ernste Aufgaben vor sich. Es genügt nicht, wenn alle diejenigen, die bisher in ihrem Dienste gestanden haben, auch weiterhin dem Volke den Weg zu weisen sich bemühen, der zu seiner Gesundung führt. Die Hygiene hat bei weitem mehr Mitarbeiter nötig als bisher, wenn sie in dieser Not etwas Ersprießliches leisten will. Es genügt nicht, wenn die verschiedenen Zweige der staatlichen und städtischen Verwaltung, wenn die zahlreichen sozialen Vereine, wenn die Schule Aufklärung und Belehrung verbreiten; die Hygiene kann, wenn sie zu ihren Zielen kommen will, auch der Hilfe der Kirche nicht entraten. Ihre Vertreter, die Geistlichen, haben engste Fühlung zum Volk; der Seelsorger sieht Nöte, die anderen Menschen verborgen bleiben, nimmt nicht nur am seelischen Leid seiner Pflegebefohlenen teil, sondern steht oft auch vor körperlichem Elend. Liegt es auch nur selten in seiner Hand, solches zu erleichtern, so würde es doch in manchen Fällen möglich gewesen sein, es zu verhüten. Dem Geistlichen ist Gelegenheit geboten, an einem Orte, dem niemand die höchste Achtung versagt, zum Volke zu sprechen; nur selten wird die Zuhörerschaft die Kirche oder das Gemeindehaus verlassen, ohne daß irgendein Wort des Predigers in ihr Widerhall gefunden hätte. Besonders einflußreich ist aber die Stellung des Geistlichen dadurch, daß er die der Schule entwachsene Jugend, die, oft fern vom Elternhaus, nicht nur von sittlichen, sondern auch von gesundheitlichen Gefahren jeder Art auf Schritt und Tritt umlauert ist, zu betreuen in der Lage ist.

Vielfach ist es dem Geistlichen gar nicht möglich, moralische und gesundheitliche Gefahren voneinander zu trennen. Es lassen sich viel mehr Brücken von seinem Wirkungskreise zu dem des Hygienikers schlagen, als man denkt. Zum mindesten aber decken sich oft die beiderseitigen Ziele, und damit ist der Sache schon an und für sich gedient. Praktisch ist es einerlei, ob die Trunksucht wegen ihrer moralischen oder gesundheitlichen Folgen bekämpft wird; ist ihr verderblicher Einfluß niedergerungen, dann wird der Erfolg sowohl von der Kirche wie von der Hygiene freudig begrüßt werden. Und wenn der Seelsorger die Unkeuschheit als Sünde hinstellt, so kann er dadurch das gleiche erreichen wie der Hygieniker, der vor dem außerehelichen Geschlechtsverkehr warnt, weil dieser die Gefahr einer geschlechtlichen Ansteckung in sich birgt. Es kommt noch hinzu, daß der Zusammenhang zwischen moralischem und körperlichem Elend gewöhnlich ein inniger ist. Störungen des körperlichen Gleichgewichts sind nicht selten die Ursache, daß auch das seelische empfindlich betroffen wird; darunter aber leidet das Familienleben, auf dem sich die Erfolge der Kirche zum großen Teile aufbauen. Wenn der Geistliche und der Hygieniker Hand in Hand arbeiten sollen, so muß in erster Linie das Ziel im Auge behalten werden; die Wege können getrost voneinander abweichen, sie treffen sich in der Regel wieder, und wenn in dieser Hinsicht eine Verständigung erzielt wird, so bietet sich auch kein Anlaß zu irgendwelchen Gegensätzlichkeiten, wie sie leider, besonders in Dorfgemeinden, leicht zwischen den Vertretern beider Stände eintreten. Es ist aber dringend wünschenswert, daß ein Zusammenarbeiten erfolgt. Ein Zersplittern der Kräfte muß vermieden werden; die Lage ist ernst genug, und ein jeder, der kraft seiner Befähigung dazu geeignet ist, sollte mit seiner ganzen Persönlichkeit dazu beitragen, daß unsere Volkskraft wieder gehoben wird.

Es soll hier nicht auf die Geschichte eingegangen werden; sie ist unerschöpflich in Beispielen dafür, daß die Priester seit den ältesten Zeiten für die Verbreitung hygienischer Lehren und ihre Einhaltung mit allen Mitteln eingetreten sind (vgl. Fischer-Defoy, Bl. f. öffentl. Gesundheitspfl. 19, H. 3/4). Die katholische Kirche hat nicht nur damals, als sie eine politische Macht bedeutete, besonders die Bevölkerungshygiene als ihre ureigne Sache betrachtet, sondern stellt auch jetzt noch ihre großen Machtmittel in deren Dienst, was in jüngster Zeit mehrfach in Hirtenbriefen zum Ausdruck gekommen ist (Schreiber, Mutter und Kind in der Kultur der Kirche, Freiburg 1918). Auch die evangelische Kirche zeigt erfreuliche Ansätze zur hygienischen Betätigung. Bereits Luther hieß die Verbrennung der Leichen aus hygienischen Gründen gut. Er kannte die gesundheitlichen Schäden, die der Alkohol anrichtet, und verdammte ihn deswegen. Nach ihm sind zahllose Streiter gegen die Trunksucht aus der evangelischen Kirche hervorgegangen. Friedrich Wilhelm III. rief die Hilfe der Geistlichen in einem Zirkularschreiben an sämtliche Konsistorien vom 30. Mai 1803 gegen die Branntweintrinkerei an, und sein Nachfolger ließ die Predigten des amerikanischen Mäßigkeitspredigers Baird übersetzen und an alle Prediger verteilen. Oft ist die Kanzel der Ausgangspunkt für antialkoholische Bestrebungen gewesen. Stubbes Brunnenpredigt wurde vom Deutschen Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke als Flugblatt verbreitet. Ein Rückhalt für die Mäßigkeitsbewegung, von deren geistlichen Vertretern ich u. a. Rade, Martius erwähnen möchte, ist in dem Deutschen Bund enthaltsamer Pfarrer geboten; ein Geistlicher, Rochat, war der Gründer des Genfer Blauen Kreuzes. Auch die geistlichen Behörden haben in jüngster Zeit mehrfach den Geistlichen die Warnung vor dem Alkoholgenuß ans Herz gelegt.

Im Gegensatz zur Aufklärungszeit, in der gerade Geistliche diese Fragen eifrig besprachen und praktische Versuche unternahmen, nimmt jetzt die Kirche in der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten einen zurückhaltenden Standpunkt ein. Obgleich in vielen Ortsgruppen der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten Pastoren hervorragend tätig sind und zahlreiche Angehörige der inneren Mission mit Einsetzung ihrer ganzen Persönlichkeit im Kampfe gegen die Unsittlichkeit wirken, so würde doch die Hygiene gerade auf diesem Gebiete gern eine noch regere Mitarbeit der Geistlichkeit sehen, die kraft ihrer Stellung oft in der Lage ist, das Übel dort anzupacken, wo ein anderer dazu nicht fähig ist. Vorbeugen bedeutet hier alles, und mehr könnte erreicht werden, wenn der Geistliche sich in seinem Wirken nicht nur auf moralische Einwände beschränkte, sondern auch die Folgen der Geschlechtskrankheiten in aller Krassheit ausmalen würde (vgl. die Flugblätter der D. Gesellschaft z. Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Leipzig, Barth). Die Kirche vertritt das Ziel, das zur Ausrottung der Geschlechtskrankheiten das einzig mögliche ist: Keuschheit bis zur Ehe. Sie muß es aber auch in den Kauf nehmen, wenn die Hygiene, die den gleichen Standpunkt als den idealen ansieht, doch noch mit anderen Möglichkeiten rechnen muß und vorläufig noch einen außerehelichen Geschlechtsverkehr in Betracht zieht. Das Ziel bleibt das gleiche, und das darf in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden.

Auch die Bevölkerungshygiene bietet der Geistlichkeit manche Gelegenheit zum Eingreifen. Der Pastor kann z. B. bei d. Eintragung des Neugeborenen ins Kirchenregister den Ange[illegible] die Wichtigkeit der natürlichen Ernährung

legen, er kann auf dem Wege der Seelsorge manche pflichtvergessene Mutter zu ihrem Kinde zurückführen (vgl. die Flugblätter des Kaiserin-Augusta-Viktoria-Hauses, Charlottenburg). Er kann bei geplanten Eheschließungen ein Wort mitsprechen und gelegentlich vielleicht eine Ehe verhindern, die den hygienischen Forderungen nicht entsprechen würde. — Auch die Verhütung von Seuchen könnte in Predigt und Seelsorge gefördert werden. In Amerika wurden auf Veranlassung der National Association for the Prevention of Tuberculosis an einem Aprilsonntag 1910 20 000 Predigten gehalten, die über die Tuberkulose und ihre Verhütung aufklären sollten.

In jüngster Zeit ist, zuerst wohl auf Anregung von Adolph Wagner hin, auch die Bodenreform ein Gegenstand kirchlicher Bestrebungen geworden. Die Geistlichkeit hat bald die große Bedeutung erkannt, die dieser Bewegung für die Gesundung unseres Volkes, für den Wiederaufbau unserer Kraft zukommt. Von Felde und Bürger liegen Predigten über Bodenreform vor. Auf der 5. Bezirkssynode zu Linden bei Hannover (29. Januar 1919) wurden die Anwesenden dringend zum Eintreten für die Bewegung ermahnt und darauf aufmerksam gemacht, wie eng Wohnungsnot und Volkssittlichkeit zusammenhängen. Der badische Oberkirchenrat sowie die Görlitzer Kreissynode betonten die Bedeutung der Kriegerheimstättenbewegung für das zukünftige Geschlecht.

Eine Voraussetzung ergibt sich noch, wenn das Zusammenarbeiten von Geistlichem und Hygieniker ersprießlich werden soll: der Theologe muß eine hygienische Vorbildung empfangen, die ihn in den Stand setzt, den Fragen der Volksgesundheit Verständnis entgegenzubringen. In dieser Beziehung ist ihm der Lehrer vielfach voraus. Eine wöchentlich einstündige Vorlesung, durch zwei Semester fortgeführt, verbunden mit der Besichtigung sozialhygienischer Einrichtungen, würde genügen, soviel Interesse für den Gegenstand in dem Theologen zu erwecken, daß er auch später jede Gelegenheit benutzt, aufklärend zu wirken, wozu ihm außerhalb der Seelsorge besonders Predigten, Schul- und Konfirmandenstunden, Bibelunterhaltungen, kirchliche Familienabende und Gespräche in den Jugendvereinen und Parochialverbänden zur Verfügung stehen.

* * *

Wilhelm Heilig / Erreichbares der Gegenwart im Siedlerwerke

Unsere politischen und wirtschaftlichen Nöte haben, wie fast alles irdische Geschehen, ihre erzieherischen Folgen. Auf das Siedlerwerk angewendet, machen sich ihre Auswirkungen in einem gewissen Abflauen geltend seitens derer, die nicht aus innerem Antrieb dem Siedlerwerk zustrebten, sondern auf Grund von Versprechungen mit Recht Forderungen stellten, deren Unerfüllbarkeit nunmehr zutage tritt. Daß Siedlungsbestrebungen in allzu engem Zusammenhang mit der tatsächlich bestehenden Wohnungsnot genannt werden, ist ein Irrtum, dessen Folgen wir glücklicherweise nicht in vollem Umfang verspüren werden, da unsere Hände zur Ausführung der nachgerade bedenklich zahlreichen Vorschläge gebunden sind. Wohnungsnot ist absolut nicht der Schrittmacher des Siedlerwerkes, wenigstens nicht in dem Maße, wie aus den verschiedensten Vorschlägen hervorgeht.

* * *

Das Ansinnen, ein Sechzig-Millionenvolk, das seine Bevölkerungsziffer großenteils der Industrialisierung verdankt, binnen kürzester Frist zum Siedlervolk zu machen, Lebensgewohnheiten, während dreier Menschenalter gepflogen, gegen diametrale einzutauschen, trägt deutlich die Spuren von Überstürzung. So ideal der Siedlungsgedanke an und für sich ist, und so sehr es zu begrüßen ist, daß die Forderungen der arbeitenden Bevölkerung in die Bahnen eben der Siedlerbewegung geleitet wurden, so wenig dürfen die Rückschläge verkannt werden, die bei allzu rascher Realisierung der Pläne eintreten müßten. Die Verzögerung, die durch politische Ereignisse eingetreten ist, dürfte der Prüfstein werden, und sie ist m. E. weniger zu beklagen als die Ereignisse selbst.

* * *

Was für die Verwirklichung der Kleinsiedlung an praktischen Vorarbeiten geleistet werden könnte, müßte geschehen, und sie kann erfolgen auch ohne die anscheinend unumgänglich notwendigen Baumaterialien. Der Weg, der hierdurch beschritten wird, führt zum gleichen Ziel, wenn er auch etwas mühevoller erscheint und in gewissem Sinne eine Vorauslese unter den Siedlungslustigen hält. Greifen wir auf den Schrebergarten zurück, indem wir ihn den Forderungen der Gegenwart anzupassen suchen. Zu seiner früheren, rein hygienischen tritt heute die soziale Bedeutung hinzu. In die Praxis übersetzt: die künftige Wohnsiedlung erfleht auf der heute zu schaffenden Schrebergartenanlage auf Erbpachtgelände, wozu Staat oder Gemeinde Gelände zur Verfügung stellen. Die Schrebergartenanlage nimmt in ihrer Planung weitgehendste Rücksicht auf spätere Bebauung, es wird ihr die Erschließung als Wohnsiedlung im voraus zugrunde gelegt. Auf die technische Seite dieser Frage sei unten näher eingegangen.

Der bestehende Wohnungsmangel ist hierdurch für den Augenblick nicht behoben. Soll dies geschehen, so erscheint die Aufstellung einer grundsätzlichen Frage wichtig sowohl im Interesse des Siedlers wie der Allgemeinheit. — „Wer findet zuerst Berücksichtigung bei der Schaffung von Siedlungen im Sinne der Gartenstadtbewegung?"

Gewiß hat der Kriegsteilnehmer das Recht erster Berücksichtigung, dies um so mehr, als ihm in besseren politischen Zeiten Versprechungen zuteil wurden, deren sofortige Erfüllung praktisch unmöglich ist, und wenn sie es wäre, nicht unbedingt und weitaus nicht in den meisten Fällen zum Segen der Allgemeinheit gereichte. — Wer war in dem gewaltigen Ringen nicht Kriegsteilnehmer? — Und ist der letztere durch seine Kriegsteilnehmerschaft plötzlich von den Forderungen durchdrungen, die das Siedlertum an ihn stellt? Hat nicht das Versprechen von eigenem Haus und Hof mehr angeregt als der Gedanke an eine in der Folge unausbleibliche Mühewaltung und eine gewisse moralische Verpflichtung der Allgemeinheit gegenüber? Ist der Kriegsteilnehmer, dessen Vorfahren schon in der Industrie groß geworden sind, der selbst dem Begriff Land und Garten vollständig Entfremdete, der gegebene Mann, um eine auch noch so kleine Wohnsiedlung mit Ausdauer, Hingabe und Verständnis zu bewirtschaften? Ein zweifelhaftes Geschenk, das ihnen vom Vaterland als Dank geboten würde, wäre die sofortige Verwirklichung der Kriegerheimstätten für viele, die aus Unaufgeklärtheit und aus der berechtigten Forderung auf Erfüllung von Versprechungen sich dem Siedlerwerk anschlossen. Für wen soll der Staat oder die Gemeinde in erster Linie Mittel in Form von Grundstücken oder Kredit zu Bauzwecken zur Verfügung stellen, um niemand zu benachteiligen? Hier geben die Schrebergartenvereine den besten Wegweiser. Der langjährige Bebauer eines Schrebergartenanteils verspricht nicht nur der beste Siedler im Erbpachthause zu sein, sondern hat, eben da es unmöglich ist, jedem Arbeitenden sofort ein Eigenheim zuzuweisen, das Recht allererster Berücksichtigung auf seiner Seite. Der Schrebergärtner hat den Beweis erbracht, daß er unter den seitherigen, für ihn doppelt erschwerten Verhältnissen weder Mühe noch Verdruß scheute, in knappen Feierstunden die ihm leihweise übergebene Scholle zu bearbeiten. Andererseits hat die Allgemeinheit im bisherigen Schrebergärtner die beste Garantie für vollwertige Bewirtschaftung des ihm übergebenen Erbpachtgutes. Wer sozial im wahrsten Sinne des Wortes empfindet, fordert für Ausgaben Einnahmen, in diesem Falle ethischer Natur. Nicht als ob der Staat das Interesse einer besonders guten Bewirtschaftung rentabilitätshalber hätte, dies wäre dem Siedlungsgedanken zuwider gehandelt — und gedacht, wohl aber ist der Endzweck nur dann erreicht und garantiert, wenn der Siedler wahre Lebenswerte durch sein Besitztum empfindet und durch sein Beispiel erzieherisch wirkt. So eigenartig es sich anhört, es ist Tatsache, daß eine Erziehung und weitgehendste Aufklärung des künftigen Siedlers eines der dringendsten Bedürfnisse ist. Aufklärung im Sinne einer Einführung

im volkswirtschaftliche Fragen, vor allem in das Wesen der Erbpacht, Erziehung durch eben die Vorstufe des Schrebergartenhauses.

* * *

Wenn für den früheren Schrebergärtner die Vollsiedlung so rasch wie möglich angestrebt und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln an Baumaterialien der Verwirklichung dieses nächstliegenden Zieles zugearbeitet wird, tritt eine Erleichterung der Wohnungsnot ein, auch ohne die Gefahr einer Überstürzung und des unausbleiblichen Rückschlags. Daß die Zahl derer, für die in ebenerwähntem Sinne sofort gesorgt werden könnte, groß genug ist, zeigen die Weichbilder der größeren Städte. Sollten auch hierfür die Mittel und Materialien nicht ausreichen, so wäre den Pionieren der Siedlerbewegung, eben den Schrebergärtnern, wohl am besten damit gedient, daß mit der allgemeinen Schaffung von Schrebergartenanlagen auf Erbpachtgrund der Boden für die allmähliche, stetig anhaltende Entwicklung im Sinne der Kleinwohnungssiedlung geebnet wäre. Für den überwiegenden Teil aller künftigen Siedler ist der Weg vom Schrebergarten zum Siedlertum m. E. dringend notwendig. Ja, es bedarf noch nicht der Schrebergartenanlage auf Erbpachtgrundstücken, die meist weit ab von der Stadtmitte liegen, und die zu erreichen dem Anfänger vielleicht zu mühselig erschiene. Baureifes Land, in nächster Nähe der Stadt, das sich zu diesem Zwecke eignet, wird hier vorzügliche Dienste leisten. Unter Belassung des Eigentumsrechtes, falls dieses Gelände privater Besitz ist, und gegen eine entsprechende Zinsvergütung müßten die Städte das Verfügungsrecht über derartige Ländereien erhalten.

* * *

Um eine Schrebergartenanlage nach Bedarf in eine Siedlung umwandeln zu können, muß der Plan der ersteren alle Erschließungsnotwendigkeiten der letzteren enthalten. Für die Wohnsiedlung kommt das frei stehende Einzelhaus, das Doppel- und Reihenhaus, in besonderen Fällen der Häuserblock in Frage. Als besonders praktisch im Sinne einer günstigen Gartenaufteilung hat sich das Doppelhaus erwiesen, wenngleich es an Ersparnismöglichkeiten sowohl der Erschließung der Gesamtanlage wie der baulichen Erstellung dem Reihenhause nachsteht. Die Rücksichtnahme bei der Planung der späteren Wohnsiedlung im Schrebergartengelände erstreckt sich auf folgende Gesichtspunkte: Günstigste Stellung der später zu erbauenden Häuser (bei Reihenhäusern Straßenzüge) Längsseiten Nord-Süd, dementsprechend die Hauptzugangswege der Schrebergartenanlage; das Unterlassen einer Pflanzung von Obsthochstämmen da, wo die weitläufigere Erschließung der Wohnsiedlung einsetzen wird; eine Berücksichtigung beim Legen der Wasserleitung. Selbst wenn mit den bei Wohnsiedlungen gebräuchlichen Wohnwegen von nur drei Metern Breite gerechnet wird, werden sich kleinere Verschiebungen der Erstaufteilung nie umgehen lassen. Sie werden um so weniger als störend empfunden werden, je mehr im voraus Rücksicht auf den späteren Plan genommen wird. Die Frage der Bebauungsmöglichkeit, die Heranziehung aller technischen Hilfsmittel, ja die günstigste Gruppierung der Häuser ist an sich selbst noch im Entstehen, wenngleich die meisten Vorschläge auf eine Typisierung ausgehen und der Wohnlichkeit wegen ausgehen müssen. Wenn auch in den allernächsten Jahren mit einer erheblichen Verbilligung im Bauhandwerk nicht zu rechnen ist, wenn man infolgedessen sich nur auf die allernotwendigsten Bauten beschränkt, so werden diese sich organisch der Siedlungsbewegung einfügen, wenn obenstehende Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Mit der Anlage von solchen Siedlungen möglichst bald zu beginnen, bedeutet wirtschaftliche und ethische Werte schaffen.

* * *

Die Wirtschaftlichkeit der Kleinsiedlungen in den Vordergrund zu stellen, halte ich für wenig ratsam aus mehr als einem Grunde. Indem sie als besonders wichtige Frage behandelt wird, kommt als nächste Folge die Bedeutung der Größe des Kleinsiedlergrundstücks. Das von berufener Seite aufgestellte Selbstversorgersystem halte ich unter allen Umständen für ein Zugeständnis an unsere augenblickliche Wirtschaftslage. Nicht nur, daß wir in kommenden Zeiten wieder gerne bereit sein werden, unsere industriellen Erzeugnisse gegen Lebensmittel dem Ausland zu überlassen, wir werden sogar gezwungen sein, dies zu tun. Das Ausland wird seine Überproduktion abzustoßen suchen, wo immer dies angängig sein wird, und Mittel und Wege finden, uns zu Abnehmern zu machen, indem es als Käufer unserer Erzeugnisse gewisse Gegenbedingungen stellen wird. Wenn jeder Schrebergärtner seinen gesamten Bedarf auf eigener Scholle pflanzt, wird er Sklave seiner Quadratmeteranteile und verliert beizeiten die Freude an seinem Besitztum. Der erste Zweck der Siedlungsfrage ist ein rein ethischer, die wirtschaftliche Seite kommt in zweiter Linie. Wenn durch eine Verwirklichung des Siedlungsgedankens erreicht wird, daß der in der Werkstätte, der Fabrik oder dem Büro arbeitende wieder Fühlung mit der Natur bekommt, wenn ihm eine Betätigung in seinem Garten zur Quelle reinster Freude wird, wenn Sinn für Familienleben, Liebe zu Blume und Baum wieder geweckt sein werden, dann ist der Zweck erreicht. — Wie groß muß der Garten sein? — Ja, nicht zu groß, auf keinen Fall so, daß er an Stelle einer Freude eine Bürde wird. Für einen Menschen, der seinen Achtstundentag hinter sich hat, ist ein Grundstück von 400 Quadratmetern reichlich groß genug. Was sich auf diesem oder einem noch kleineren Raume in Beschaulichkeit erarbeiten, und um mich des Ausdrucks zu bedienen, in „sinniger" Weise anordnen läßt, dürfte die Feierstunden des Mannes und die Freizeit der Familie in angenehmster Weise ausfüllen.

Vergessen wir nicht, daß nur intensivste Betätigung im Hauptberufe uns wirtschaftlich wieder zu heben imstande ist, daß der Arbeitende in seiner Achtstundenschicht sich der Aufgabe bewußt werden muß, an der Wiederherstellung unseres Wirtschaftslebens im Interesse der Allgemeinheit mitzuarbeiten. Qualitätsarbeit erfordert ganze Arbeitskraft, sie duldet keine intensive Nebenbeschäftigung. Nur unsere Industrie, auf die wir voll und ganz eingestellt sind, und die die Ernährerin der größeren Hälfte unseres gesamten Volkes ist, kann uns lebensfähig erhalten. Von diesem Ziele abweichen, heißt eine Abwanderung gewaltsam fördern.

Heinz Potthoff / Weg mit dem Trinkgeld!

Als in den Kämpfen um das Versicherungsgesetz für Angestellte alle möglichen Leute nach einer Begriffsbestimmung suchten, die etwas Unmögliches leisten sollte, nämlich alle Gruppen von Arbeitnehmern, die sich der Angestelltenbewegung angeschlossen hatten, logisch zusammenzufassen und sie scharf von den Arbeitern zu scheiden, damals gab ich die scherzhafte, aber allein zutreffende Definition: Angestellter ist, wer kein Trinkgeld bekommt. Diese damals fast richtige Begriffsbestimmung hat der Krieg zu schanden gemacht. Er hat das Trinkgeldgeben und Trinkgeldnehmen in Kreise gebracht, die es vorher für tief unter ihrer Würde gehalten hatten — und die es in der allgemeinen Schacherei und Wucherei nur noch unter ihrer Würde fanden, wenn die Beträge nicht hoch genug waren. Daß der Weg vom Trinkgelde zum Schmiergelde und zu Schlimmerem nicht weit und schwer ist, haben wir auch genugsam erfahren. Schweigen wir davon . . .

Jetzt will die Revolution den umgekehrten Weg gehen und das Trinkgeld ganz beseitigen. Namentlich im Gastwirtsgewerbe wird seit langem darüber verhandelt und sind schon schwere Kämpfe darum ausgebrochen, weil die Unternehmer nicht an den Ersatz des Trinkgeldes durch festen Arbeitslohn heranwollen. Nicht ganz mit Unrecht. Denn sie belasten sich mit erheblichen Betriebskosten, von denen sie noch nicht wissen, wie sie sie abwälzen werden. Und sie entlasten nach ihrer Meinung nicht das Publikum von der Bezahlung der Bedienung, die trotz aller Abschaffung des Trinkgeldes bleiben wird.

Das ist ja die Kernfrage, wie das Publikum sich dazu stellen wird. Leider berechtigen hier die Erfahrungen zu den schlimmsten Befürchtungen. Es ist ja schon charakteristisch, daß

Digitized by Google

Gastwirte und Kellner unter sich die Frage ausmachen wollen und das Publikum gar nicht fragen, ob es damit einverstanden sei. Trotzdem doch dieses sehr stark daran beteiligt und ohne seine verständige Mitwirkung die Sache gar nicht durchzuführen ist.

Aus Mangel an Verständnis und Gemeinsinn der Konsumenten ist bisher jede Regelung der Preise und der Lebensmittelverteilung größtenteils gescheitert. Solange Konsumenten hinter den Produzenten herlaufen und wetteifernd ihnen das Dreifache und Fünffache des gesetzlich erlaubten Höchstpreises bieten, so lange ist es naiv, zu erwarten, daß die Produzenten sich an das Gesetz halten und die Verkäufer abweisen würden. Nur ein Verzicht auf den Konsum zu Wucherpreisen könnte ein Herabgehen der übertriebenen Forderungen erreichen — ein ganz kurzer Verzicht! Aber dazu reicht weder das Verständnis noch der Gemeingeist der deutschen Hausfrauen — und ihrer Ehemänner.

Würden Verständnis und Gemeingeist der Männer größer sein, wenn es sich um Abschaffung eines liebgewordenen Mißstandes im Wirtshause handelt? Werden nicht gerade in der Zeit der knappen Belieferung der schnell zusammengestrichenen Speisekarte, der unregelmäßigen Abgabe von Fleisch- und Brotmarken u. s. w. die ganz schlauen Gäste immer wieder meinen, sich eine Bevorzugung vor anderen dadurch zu sichern, daß sie dem Kellner einige Groschen in die Hand drücken? Und wird das Solidaritätsgefühl bei den Gasthausangestellten so stark sein, daß sie den Versucher abweisen? Und daß sie den verständigen Gast, der die von den Kellnern selbst gewünschte und erkämpfte Regelung achtet, genau so zuvorkommend bedienen wie früher?

Es sind auch hier wieder sittliche Faktoren, die über den Wert und Erfolg einer wirtschaftlichen Maßnahme entscheiden. Bei der allgemeinen Zerrüttung der Moral habe ich leider sehr triftige Besorgnisse, daß sie bei einer der beiden am Trinkgelde beteiligten Gruppen stark genug sein wird. Deswegen soll man nicht gleich an einen vollen Erfolg glauben und nicht enttäuscht, erst recht nicht entmutigt sein, wenn dieser ausbleibt. Ein Versuch muß ernstlich gemacht werden. Und in anderer Hinsicht ist die Gegenwart sicher besonders geeignet dazu. Denn das Geld sinkt so rapide in der Wertschätzung bei seinen Besitzern, daß ein Aufschlag von 10 bis 15 v. H. auf alle Speisen, Getränke usw. zur Ablösung des Trinkgeldes keinen Widerstand finden wird. Anderseits widerspricht gerade jetzt die Abhängigkeit des Arbeitslohnes von der Gnade des Gastes so sehr aller sozialen Empfindung, daß eigentlich alle sich in der Notwendigkeit der Abschaffung einig sein müßten.

Gelingt sie, so ist damit eine Kulturtat geleistet. Man lache nicht über diesen starken Ausdruck. Er hat seine Berechtigung, weil die Bedeutung des Trinkgeldes sich nicht in seiner unmittelbaren Wirkung erschöpft. Sondern es wirkt weit hinaus auf unsere ganze Wirtschaftsmoral, ist eine Haupttriebfeder der einseitigen, falschen Einschätzung des Menschen nach dem, was er besitzt und was er dem ihn bedienenden Mitmenschen zuwirft. Das Trinkgeld ist eine Säule für die Herrschaft des „Kapitalismus" im übelsten Sinne, des Mammonismus, des Sich-beugens vor dem Geldprotzentume.

An einer Stelle muß diese kulturfeindliche Einschätzung gebrochen werden. Wenn die Gastwirtsgehilfen den Kampf gegen das Trinkgeld zum Siege führen, so leisten sie damit eine Tat von allgemeiner Bedeutung. Denn was im Gasthause gelingt, wird dann auch allgemein gelingen müssen. Man wird wieder einen geordneten Geschäftsverkehr haben und nicht jedem Kutscher, Boten, Briefträger und Straßenbahnschaffner schon von weitem ansehen, daß er für die Erfüllung seiner vom Arbeitgeber bezahlten Pflicht noch ein besonderes kleines Geschenk erwartet. Man braucht nicht in allen möglichen Fällen sich die peinliche Frage vorzulegen, ob der oder die Angestellte, mit denen man in Berührung kommt, beleidigt sein wird, wenn man ihm ein Trinkgeld anbietet oder wenn man es unterläßt. Und man wird vielleicht auch bei befreundeten Familien zu Gaste sein können, ohne sich an der Entlohnung der Köchin oder des Aufwartefräuleins beteiligen zu müssen — in der Überzeugung, daß die Hausgehilfin von der Hausfrau ausreichend bezahlt und für besondere Mühe durch Gastlichkeiten auch eigens entschädigt wird.

Paul F. Schmidt / Weltkatastrophe und Umkehr

Vorbemerkung der Schriftleitung: Wir nehmen diesen Aufsatz auf, um ihn zur Besprechung zu stellen.

Wie im Brennpunkt eines Objektives sich das Licht sammelt und zur Flamme entzündet: so erhebt sich ein Akt in dem Drama „Gas" von Georg Kaiser zum visionären Symbol unserer Lage, der Situation der Welt. Im vierten Akt versammeln sich die Arbeiter der durch Explosion des Gases zerstörten Riesenfabrik, um selber zu entscheiden, ob sie sich von neuem dem Dämon der hetzenden Arbeit, der Jagd nach Gewinn, verschreiben — oder dem Warnen des „Milliardärsohnes" und Besitzers folgen wollen, der ihnen ein Paradies an der Stelle der Trümmerhaufen errichten will.

Wofür stimmen sie? Was fordern sie mit einhelligem Ungestüm? „Von Explosion zu Explosion! Gas!" Das Übermaß an Arbeit und Verdienst lockt sie, die ewig wiederkehrende Notwendigkeit der furchtbaren Explosion dieses Stoffes wollen sie in Kauf nehmen. Und so fängt der alte Kreislauf von vorn an: Der Menschenfreund in Gestalt des Milliardärsohnes darf einstweilen von der Bühne abtreten.

Man kann das Gleichnishafte dieses höchst packenden und genial gestalteten Vorwurfes nicht verkennen. Aber man hat es noch nicht entdeckt. Nun wohl: der Fall „Gas" ist der Fall Deutschland. Wir sind alle beteiligt an diesem Plebiszit, ein jeder ist höflich eingeladen, über sein Schicksal mitzustimmen.

Seien wir uns klar darüber: Deutschland trägt die schwerste Schuld an der Weltkatastrophe. Weniger politisch als wirtschaftsmoralisch: das rasende Tempo seiner Arbeit zwang die anderen, mitzumachen; und eines Tages wurde es ihnen zu dumm: da umschlossen sie uns so eng, daß das „Gas" explodierte und der Krieg fertig war. Besinnen wir uns doch auf die so einfachen Zusammenhänge: wir waren am weitesten verrannt in den alten Wahn des Industrialismus und des Militarismus (der nur eine andere Form dieser Selbstknechtung ist); wir glaubten an der Spitze der Welt zu marschieren, und marschierten auch, oh ja: an der Spitze im Geschwindschritt dem Abgrund zu. Jetzt liegen wir unter den Trümmern unserer Herrlichkeit und haben Zeit, uns zu besinnen.

Vorderhand sieht es freilich immer noch so aus, als ob wir das alte Spiel mit dem Gas und den Taylorsystemen, der Selbstverknechtung und dem Götzen Arbeit wieder anheben werden, sobald und so intensiv als es uns nur von der Entente und dem lieben Gott verstattet wird. Vorderhand besinnt sich keine maßgebende Stelle darauf, ob wir es nicht einmal anders anfangen könnten. Ob nicht, die Schuldigen der Arbeitshetze und der Katastrophe, nicht imstande sein sollten, der Welt das große Beispiel der Umkehr zu geben.

Man mißverstehe das nicht. Arbeit ist das beste Recht und die baldige Würde des Menschen: ohne Arbeit soll künftig niemand würdig sein zu leben und Mensch zu heißen. Es wäre der Weg des Wahnsinns — den Spartakus zu beschreiten beliebt —, mit Minderleistung und Mehrlöhnen ein Paradies erzwingen zu wollen. Die Frage ist vielmehr: Wie Arbeit und Menschenwürde wieder zur Deckung gelangen.

Denn so geht es nicht, daß aus dem Menschen ein Arbeitstier wird, ein Mechanismus zur Ausführung weniger Handgriffe, ein Gehirn zum ewigen Wiederholen mechanischer Funktionen; daß selbst die Geistesarbeit in ein immer bedrückenderes Spezialistentum verfällt; daß die Maschine

Digitized by Google

Gewalt bekommt über den Menschen und die Mechanisierung des Lebens, der Taumel zwischen rasendem Schwitzsystem und schalem Vergnügen auch die Letzten und Besten ergreift und alles zusammenstampft zu einem einzigen flachen, geistlosen Brei von Materialismus, in dem jeder Gedanke untergeht.

Uns tut eine neue Gesinnung not, die den ganzen Menschen ergreift. Eine Gesinnung, der es Gesetz ist, daß über allen Dingen das Menschliche steht; eine Gesinnung des Sozialismus, der Liebe, der großen Gerechtigkeit. Wir müssen uns auf dieser Erde einrichten und miteinander vorliebnehmen: so muß unsere Arbeit nicht den Endzweck der Bereicherung haben — was sind uns heute Schätze, die der Rost frißt! — sondern die Idee der allumfassenden Liebe. Arbeit: das ist das Mittel, der Menschheit die Erde bewohnbar zu machen. Das Mittel, Geist und Erhebung der Herzen allen mitzuteilen. Nicht das ist das Aufreizendste an dem kapitalistischen System, daß wenige Bevorzugte unter dem Luxus ersticken: sondern daß selbst die Güter des Geistes und der Kunst nicht bis zu den Armen vordringen.

Aber nicht von Parteien und Programmen soll man Besserung erhoffen. Sie haben alle versagt, und sie müssen versagen. Denn der Sozialismus der Liebe und Gerechtigkeit kann nicht politisch gezüchtet werden. Der muß aus dem Herzen selber erwachsen. Von dem einzelnen muß die Erneuerung ausgehen. Was vermag der Staat über die Menschen! Wir wundern uns über seine Ohnmacht gegen Streikfieber und Bolschewismus; er wird immer und überall der Idee gegenüber hilflos sein. Darum kann nur die Idee uns vor dem russischen Chaos retten: Gesinnung gegen Gesinnung! Aufbaugedanke gegen Vernichtungsgedanke! Wie einfach sind die wichtigsten Dinge!

Prediger der Umkehr müssen uns aufstehen mit einer Gewalt über die Herzen, wie Luther oder Zwingli sie besaßen. Die Zeit ist reif — nicht für den „starken Mann", sondern für den Menschen. Rückkehr zur Natur bedeute eins: Rückkehr zu uns selber. Steigt hinab zu den Müttern und holt den Menschen wieder herauf, der in unseren Steinwüsten, Kontoren und Fabriken verschollen ist! Aber auch kein Arkadien, keine Utopie, die von außen aufgenötigt, ein Glück vorspiegelt, das keines ist: aus dem Innern muß die Erneuerung kommen. Ein jeder muß sich reinigen von dem Schmutz dieser Welt, die in Trümmer gegangen ist, und sich in dem Gedanken fassen, daß eine gänzlich verwandelte, einfachere, menschliche Welt uns umfangen soll; daß niemals wieder der entsetzliche Kreislauf von Kapitalismus und Katastrophe beginnen darf; daß alle verzichten müssen auf dieses sogenannte materielle Glück, das zum größten Unglück für die Menschheit ausgeschlagen ist.

Denn Glück trägt der Mensch allein in sich. Wer es von äußeren Umständen und Dingen erwartet, ist ein Tor; bitterste Enttäuschung wird seiner Tage Lohn sein. Und Gelächter der klugen Jungfrauen: das ist vielleicht der tiefste Sinn dieses schönen Gleichnisses Christi, wie es uns Rolde gemalt hat.

In jedem Einzelnen und somit im ganzen Volke muß der Gedanke unausrottbare Wurzeln schlagen: daß der Mensch allein den Wert der Welt für uns darstellt; daß es nur um des Menschen willen lohnt, zu leben und zu schaffen. Daß über den Tugenden und dem Schaffen die allumfassende Liebe steht und die Gerechtigkeit, die alles versteht.

Wenn den Kindern diese neue Gesinnung eingepflanzt ist und sie in dem heiligen Glauben an das Menschheitsziel der Liebe aufgewachsen sind: dann wird uns vielleicht die Befreiung von selbst erstehen. Dann kann es geschehen, daß der Mensch wieder zum Ebenbild Gottes wird, zu dem er von der Natur bestimmt ist. Das bedeutet, daß über allem Zufallsmäßigen der Geburt, des Berufes, der Unwelt der Geist der harmonischen Vollkommenheit im Menschsein schwebt. Dann gilt der Bauer nicht weniger als der Gelehrte, der Arbeiter so viel wie der Kaufmann: alle sind sie gleich notwendig für das Glück der Gesamtheit, und es gibt keine Arbeit, in der man nicht Befriedigung und Glück finden könnte. Dann ist die Freiheit der Völkersehnsucht in höherem Sinne erfüllt: Die Gleichheit in dem Wert jeder Tätigkeit, die für den Schaffenden und die Allgemeinheit zugleich gilt; die Brüderlichkeit aller in der Liebe, welche keinen höher stellt um seiner Erfolge willen, und das Höchste: die Freiheit vom Zwang der Materie, von dem Fieber sinnloser Arbeitssteigerung und Knechtung durch Schwitzsysteme.

Wenn Arbeit uns wieder Glück bedeutet, dann wird auch die Materie sich aus einem Tyrannen in unseren Bruder verwandeln, wie sie es den alliebenden Heiligen des Mittelalters war. Dann nimmt uns die Natur in ihren Kreis wieder auf, aus dem uns unsere eigene Unrast verbannt hat: keine sentimentale „Rückkehr" und Naturschwärmerei, sondern die selbstverständliche Zugehörigkeit zum Ganzen der Welt. Mit Verwundern wird man an die Zeit zurückdenken, da der Mensch es nötig hatte, sich in der freien Natur zu „erholen", und in der langen Zwischenzeit seiner Knechtschaft mit der Sehnsucht des Ausgestoßenen an Landleben und Waldesrauschen dachte: auch das ein Teil unseres Wahnes, unsere Unnatur, der von den Menschen abfallen wird, wie dürres Laub.

Denn es ist so, daß alle Mechanisierung unseres Lebens sich konzentriert in der naturfeindlichen Großstadt und ihrem Industrialismus, und wer einen Weg aus ihr hinaus findet, der rettet uns vor der Verödung. Solch einen Weg weist das freie und kluge Büchlein von Heinrich Tessenow „Handwerk und Kleinstadt". Der Mensch einer klaren Erkenntnis wird wieder in Kleinstädten wohnen und nicht die Fabrik, sondern das Handwerk in den Mittelpunkt menschlicher Tätigkeit stellen. Nicht das Dorf, in dem geistige Enge herrscht, und nicht die Großstadt mit ihrem Zivilisationsfieber, die Kleinstadt nur kann uns wieder zu innerem Gleichgewicht des Menschlichen und zur echten Kultur zurückführen. Alles schöpferische Geschehen knüpft sich seit jeher an mittlere Städte; alle hochwertige Arbeit ans Handwerkliche. „Und so werden unsere Kinder schließlich als Handwerker in Kleinstädten, in großer äußerer Bescheidenheit und doch mit höchstem Können, eine Welt erbauen, so reich und großartig und wundervoll, daß nichts ist, das mit ihr verglichen werden könnte, und werden aus Wüsten Gärten bauen und aus Gärten Märchen und werden in Sinnen und Arbeiten sein, was wir so gerne sein möchten: Große Menschen." (Heinrich Tessenow, Handwerk und Kleinstadt. Berlin, Bruno Cassirer 1919. 4,50 M.) Vielleicht gibt es tausend Wege und Möglichkeiten. Aber es kann nur ein Ziel geben: Den harmonischen Menschen und das Bewußtsein sozialer Gemeinschaft. Wir sind soweit von diesem Ideal entfernt, so verstrickt in Spezialistentum, Haß, Großstadtdünkel, Kapitalismus, Bolschewismus — wer kann unsere Sünden aufzählen —, daß ein Gedanke der Umkehr unmöglich bis zur Lächerlichkeit erscheint. Aber gerade das Utopische der Forderung ist unser Trost. Denn der Geist ist

Digitized by Google

es noch immer und zu allen Zeiten gewesen, der über die Materie gesiegt hat. Er wird auch über das Chaos und den Wahnsinn der Weltkatastrophe triumphieren. Er muß es; sonst wäre die Menschheit reif zum Untergang, es würde sich nicht mehr lohnen zu leben. Werfen wir unsere stärkste Sehnsucht auf dieses Ziel; erlöse sich jeder von dem besonderen Dämon, den der Absinn der Zeit bei ihm ausgebildet hat: so wird er für sein Teil der neuen Menschheitsgesinnung die Wege bereiten.

Walter Azmus / Von der wahren Volkshochschule

Der Volkshochschulgedanke in Deutschland marschiert, so kann man jetzt häufig genug lesen, und wenn man die Regsamkeit, die heute auf diesem Gebiet entfaltet wird, verfolgt, so müßte man meinen, daß der Sieg dem Volkshochschulgedanken sicher ist. In jeder mittleren deutschen Stadt wird jetzt eine Volkshochschule ins Leben gerufen, in Berlin sollen zu den vorhandenen Volkshochschulen sogar noch mehrere neue treten. Was Wunder, daß bei einer solchen Regsamkeit eitel Freude herrscht; wir sind eben doch immer noch das Volk der Dichter und Denker und haben erkannt, daß das Heil nur aus einer neuen Erziehung kommen kann.

Sieht man die Dinge genauer an, so erkennt man freilich bald, daß die Wirklichkeit doch ganz anders ist als der Schein. Wenn man heute in Berlin eine Volkshochschule in das Leben ruft, erscheinend sogar unter dem Protektorat des preußischen Kultusministeriums, die Kurse über Volkswirtschaft, Verwaltungswesen und Zeitungskunde abhalten soll, so ist das sicher ein ganz verdienstvolles Unternehmen, nur ist es keine Volkshochschule; und wenn man eine Gesellschaft begründet, die an allen Orten Unterrichtskurse errichten will, und sich auch bereit erklärt, brieflichen Fernunterricht zu erteilen, so kann das auch verdienstvoll sein, nur hat eine solche Gesellschaft nichts gemein mit einer Volkshochschule; und wenn heute in vielen Städten Organisationen geschaffen werden, die Vortragskurse, ja auch wohl Kurzschen veranstalten, so ist das sehr erfreulich, nur sollte man den Namen Volkshochschule dazu nicht mißbrauchen.

Die ganze heute einsetzende Bewegung, einzelne Ausnahmen bestätigen nur die Regel, verfällt in den alten Fehler: man vermittelt Bildung, richtiger gesagt einige Einzelkenntnisse, wo man erziehen sollte. Es ist ja gar nichts damit getan, wenn man größere Massen mit den neuesten Errungenschaften von Wissenschaft und Technik bekanntmacht. Wir haben lange Zeiten an einer Überschätzung des Einzelwissens gelitten und auch im freien Volksbildungswesen hat man immer wieder Kenntnisse vermittelt und hat sich gefreut, wenn man in den Jahresberichten recht hohe Kursteilnehmerzahlen oder Büchereausleihziffern angeben konnte, bis dann endlich der Umschwung einsetzte und man sich sagte, daß es richtiger ist in die Tiefe zu gehen, statt in die Breite. Der preußische Kultusminister Haenisch hat letzthin einige Worte geschrieben, die das Problem treffen; sie beziehen sich bei ihm zwar nur auf das sozialdemokratische Bildungswesen, sie sind aber zweifellos zutreffend für unsere ganze Bildungsarbeit. Denn „war nicht auch unsere ganze Bildungsarbeit schließlich zu sehr mechanisiert und entgeistigt worden? War sie nicht doch zu sehr eingestellt auf die Aneignung einer Fülle von Lehrsätzen, Ziffern und totem Wissenmaterial? Das Eigentliche, der Geist selbst, kam dabei vielfach arg zu kurz. Wir gaben zu viel Stoffliches und legten zu wenig Wert auf die Erziehung. Auf die Erziehung zur sittlichen, ihrer Pflichten und ihrer Verantwortung bewußten Persönlichkeit." Sicher ist Wissen gut und die Zusammenhänge zwischen Volksbildung und Radikalismus sind enger als man gewöhnlich annimmt, aber mit dem Wissen allein ist es nicht getan, die Aneignung von Kenntnissen macht keine Persönlichkeit aus. [illegible] Vermittlung von Wissen kommen wir aus unserer heutigen [illegible] heraus, durch Vermittlung von Wissen [illegible] baut man auch keine Brücken, schafft keine Volksgemeinschaft. Das Heil kann nur aus einer neuen Erziehung kommen. So wie es Fichte einst gesagt hat, so ist auch heute die Erziehung die Vorbedingung einer nationalen Zukunft, denn „der vernunftgemäße Staat läßt sich nicht durch künstliche Vorkehrungen aus jedem vorhandenen Stoffe aufbauen, sondern die Nation muß zu demselben erst gebildet und heraufgezogen werden. Nur diejenige Nation, welche zuvörderst die Aufgabe der Erziehung zum vollkommenen Menschen durch die wirkliche Ausübung gelöst haben wird, wird sodann auch jene des vollkommenen-Staates lösen."

Die Notwendigkeit einer solchen Erziehung fühlt man auch wohl dunkel und ruft darum nach Volkshochschulen. Denn die eigentliche Volkshochschule, deren geistiger Vater der Däne Grundtvig ist, diese Volkshochschule, die dann von dem dänischen Volkserzieher Kold in die Tat umgesetzt wurde, diese wirkliche Volkshochschule legt ihr Hauptgewicht auf Erweckung und Entfaltung des Persönlichkeitslebens, wobei an die Vermittlung von Kenntnissen erst in zweiter Linie gedacht wird. Der Gedanke einer solchen Volkshochschulerziehung ist ein guter deutscher Gedanke, bei dem Fichte Pate gestanden hat. Diese Volkshochschule hat nichts mit dem mißverstandenen Gedanken einer Demokratisierung der Bildung zu tun, sie ist keine Fach- und Fortbildungsschule und sie hat auch nichts gemein mit dem (gewiß nicht unberechtigten) Schlagwort „Freie Bahn dem Tüchtigen". Es liegt nicht in ihrer Absicht, ihre Schüler einem höheren Beruf zuzuführen, vielmehr sollen diese in ihren alten Berufskreis zurückkehren, aber mit mehr Freude an der Arbeit und mit einer idealeren Auffassung des Lebens und des Berufs. „Willens- und Charakterbildung soll die Hauptarbeit sein, Persönlichkeitskultur mit dem Endziel der selbständigen Persönlichkeit, das sind die hochzielenden Pläne," so sagt Heinrich Harms, der Leiter der Volkshochschule in Mohrkirch-Osterholz.

Solche Ziele kann man natürlich nicht in abendlichen Unterrichtskursen erreichen. Man kann sie auch nicht verwirklichen mit Menschen, die abgehetzt und müde von der Arbeit des Tages in die Vorträge kommen. Solche Ziele werden nur dann zu erreichen sein, wenn man sich die Volkshochschule als Lebensgemeinschaft vorstellt, auch nur dann wird die Volkshochschule die Standesunterschiede überwinden können, nur dann wird sie die „Brücke" sein können, die der preußische Kultusminister in ihr sehen möchte. Erst wenn man Weltanschauungsprobleme und sittliche Erhebung gemeinsam erlebt, erst wenn eine Lebens- und Arbeitsgemeinschaft sich bildet, dann erst können die hohen Ziele einer Volkshochschule verwirklicht werden. Damit wachsen freilich die Schwierigkeiten für die Volkshochschule ungemein, und wenn man die Aufgabe so sieht, so würden die Meldungen über Neugründungen von Volkshochschulen bald aufhören.

Ganz abgesehen von der geldlichen Frage, die bei allen Erziehungsaufgaben schwierig, aber doch zu lösen ist, liegen die großen Hindernisse an zwei anderen Punkten. Eine solche Volkshochschule steht und fällt natürlich mit ihrem Leiter und ihren Lehrkräften. Hier sind tatsächlich nur sehr wenige auserwählt. Trotzdem wird es auch noch in Deutschland genügend befähigte Persönlichkeiten geben, die für solche Volkshochschulen in Frage kämen. Die andere beinahe noch größere Schwierigkeit liegt darin, die Schüler freizubekommen für solch ein Gemeinschaftsleben, denn Berufsarbeit und Volkshochschule zusammen ist unmöglich. Leicht lösbar ist die Aufgabe für das Land, und hier hat sie ja auch tatsächlich ihre Lösung gefunden. Die deutschen Volkshochschulen in Schleswig und auch die Volkshochschule Liebenzell sammeln im Winter die jungen Leute zu einer solchen Bildungsgemeinschaft. Es sind Internatsschulen, deren Kurse meist fünf Monate umfassen. Im Sommer, wenn die jungen Männer in der Landwirtschaft benötigt werden, werden die Volkshochschulen von den jungen Mädchen besucht. Als Notbehelf hat man wohl auch mit einer Halbtagsschule vorliebgenommen (Weihnach) und dann versucht, in gemeinsamen Wanderungen und Zusammenkünften Ersatz für die Lebensgemeinschaft zu finden.

Dieser Weg bleibt vorerst der Großstadt verschlossen. Es wird schwerlich möglich sein, [illegible]

Beruf zu entziehen. Der Rhein-Mainische Verband für Volksbildung hat versucht, hier einen Ausweg zu finden durch die Veranstaltung sogenannnter Volks-Akademien, die wenigstens eine vierzehntägige Arbeits- und Lebensgemeinschaft ermöglichten, und für die die Arbeiter auch von ihren Werken teilweise unter Weiterzahlung der Löhnung beurlaubt wurden. Niemand wird an einer solchen Akademie ohne hohen inneren Gewinn teilgenommen haben.

Es ist aber kein Zweifel daran möglich, daß eine solche Einwirkung von 14 Tagen zu kurz ist. Im Gegenteil werden wir fordern müssen, daß über den Volkshochschulen mit Halbjahrskursen noch solche mit Jahreskursen stehen, oder daß auf dem Lande nicht nur ein winterlicher, sondern ein zwei- oder mehrwinterlicher Besuch bei einigen Schulen ermöglicht wird. Solche Volkshochschulen können durch Volkserziehung im besten Sinne des Wortes für die Gesundung des Volkes gedeihliche Arbeit leisten. Dabei scheint es nicht ratsam, sie ganz dem Staat zu überlassen, ohne dessen Zuschüsse man freilich nicht auskommen wird.

So wird die Volkshochschule Persönlichkeiten heranbilden können, indem sie ihren Besuchern Gelegenheit gibt, sich mit den Kulturgütern ihres Volkes zu beschäftigen, und sie zu eigener Gedankenarbeit stärkt, indem sie, wie Kold es einmal ausgedrückt hat, ihre Schüler wie eine Uhr aufzieht, daß sie nicht mehr stehen bleiben. Das soll durchaus nicht leicht gemacht werden, sondern schwer, damit nur die Berufenen kommen, die sollen aber auch die Nöte ihres Volkes und ihres Standes auf ihrer Seele brennen fühlen, und sie sollen mitnehmen eine geläuterte und eine vertiefte Berufsauffassung und ein Hinausblicken über die engen Grenzen von Stand, Klasse und Konfession. So werden sie selbst wieder Führer werden und werden, wie Weitsch es ausgedrückt hat, „Kulturinseln bilden, im Strom des Materialismus, und werden Zentren sein für andere, die seelisch hungern und dürsten".

Faßt man so die Aufgaben einer Volkshochschule, dann freilich kann man nicht so schnell wie heute mit Hunderten von Vortragsreihen und Tausenden von Hörern um sich werfen. Will man das — und es soll hiermit kein abfälliges Urteil über unser Vortragswesen gefällt werden —, so gründe man weiter Organisationen zur Abhaltung von Vorträgen und Vortragsreihen, nur sei man dann auch ehrlich, nenne das Kind beim richtigen Namen und erwarte nichts, was diese Einrichtungen nicht leisten können. Die Enttäuschung ist nachher sonst zu groß, denn darüber muß man sich klar bleiben, will man die Rettung, dann knüpfe man bei Fichte an, und der Weg heißt dann die wahre Volkshochschule.

Arno Voigt (Miles) / Der Held

„— — und wer zuerst abgeschossen wird, der schreibt's den anderen." Mit diesen Worten, die große Heiterkeit verursachten, nahm der Oberleutnant seine beiden Koffer auf und verließ die Kameraden, die mit dem Zug weiterfuhren. Er trat in den Wartesaal, bestellte sich eine Tasse Kaffee und schaute der wiegenden Gestalt der Kellnerin nach. Ein warmes Gefühl von kommender Freude durchlief ihn, von Ausgespanntsein und Sichselbstgehören; denn er fuhr auf Urlaub. Jetzt ging es nun bald über die Grenze. Diese heilige Stunde wollte er für sich ganz allein haben. Keines Menschen zudringliche Liebe sollte sie ihm rauben. Und darum öffnete er die beiden oberen Knöpfe des Waffenrocks und verbarg den goldenen Stern hinter dem Tuch. So sprang er aus der Enge der wenigen, in der sich keiner verkriechen konnte, über die Grenze nach dem Gewöhnlichen, dem Vieleriei, in dem niemand des anderen achtete. Keiner würde ihn erkennen. Und Mutter würde Kartoffelklöße backen mit brauner Butter und Backobst; denn das war seine Lieblingsspeise. Und dann würde er jeden Abend um zehn Uhr zu Bett gehen, keine einzige Zeitung anschauen, überall bei Bekannten und Verwandten ansagen lassen, daß der Zustand seiner Nerven (die wie Schiffstaue waren, ha, ha!) es ihm verböte, Besuche zu machen. Sein Zivil würde er anziehen — — ja, und nach der Residenz würde er auch einmal fahren; denn was gab es Herrlicheres, Befreienderes, als wieder einmal durch die eleganten Straßen zu bummeln, ausführliche Gedankenarbeit einem erstklassigen Frühstück mit erstklassigen Weinen zu widmen und ab und zu schönen Mädchen nachzuschauen, ja, vielleicht gar so ein hübsches Dingel zum Essen einzuladen — — was konnte es Schöneres geben?

Nach zwei Tagen war im „Kurier" folgende Notiz zu lesen:

„Ein Leser schreibt uns: Gestern hatte ich das Glück, im D-Zug Köln—Berlin mit Held — — zusammen zu fahren. Der schlichte Held betrachtete mit leuchtenden Augen die heimatliche Erde, für die er so Hervorragendes leistet. Jede Fiber in diesem Gesicht kündet sittlichen Ernst und eine auf tiefster Lebensauffassung beruhende Überlegenheit. Allen Mitreisenden war es eine Lust, diesen Mann anschauen zu dürfen, der solche jugendliche Frische mit solcher seelischen Reinheit verbindet, eine wahre Verkörperung des orandum est ut sit mens sana in corpore sano. Wir wünschen dem jugendlichen Helden, dem es in seiner Heimat an verdienten Ehrungen nicht fehlen wird, von Herzen einen guten Urlaub, auf daß er frisch gestärkt wieder aufsteigen möge zum Schrecken der englischen Krämerseele und zum Heile unseres so heiß geliebten Vaterlandes."

Kein Schmerz, den jugendliche Leichtlebigkeit einer Mutter bereitet, wiegt so schwer, wie die Wucht der außerordentlichen Leistung auf der Seele des Dreiundzwanzigjährigen. Aus Wagemut, ja vielleicht sogar aus dem Spielerischen wird eine Tat geboren, die eine neue, größere treibt. Ein schwerer Gott fügt das Gelingen hinzu. Die Tat übertrifft sich selbst, und auf einmal sitzt im Herzen des Jugendlichen die Rastlosigkeit mit ihrem Fluch. Nur das Alter sieht dankbaren Auges auf das Geschaffte hernieder. In dämmernden Wolken schwebt vor dem Jugendlichen der goldene Kranz, immer vor dem ausgestreckten Arm fliehend. Nach einmal, noch einmal, immer wieder muß gesiegt werden, und unten gellt und jauchzt eine verkordhungrige Menge. Sie webt dem Sieger einen Prunkmantel, und wenn er wieder zur Erde fährt, reißt sie sich um ihn, umjubelt ihn, wirft ihm den Purpur um und fragt nicht, wie schwer er trägt an dem Tribut ihrer Liebe.

Gewiß kommt solches Mitleben mit dem hohen Flug des Helden aus edlem Sinn. In jedem Menschen ist hiervon wenigstens ein Quentchen. Was aber an Gutem schlummert in den Bösen und den Lauen, der Held rafft es in Millionen zusammen und baut etwas gar Stattliches daraus. Selbst der Spötter wagt nicht, aus dem Winkel seiner Selbstgerechtigkeit zu spucken; denn der Held hat etwas von dem Kinde an sich, an das sich nichts Hämisches wagt, weil es nach nichts und niemandem fragt. So ist dem Helden die Gnade beschieden, die Begeisterung eines ganzen Volkes zu tragen, längst nachdem der schale Alltag alles wieder gemein gemacht hat. Der Streber vergißt einen Augenblick den quälenden Wurm, der in seinen Eingeweiden frißt, und mitten in seiner Preiskalkulation, in einer Absorption von allem Sozialen, wie sie in reinerer Form wohl kaum zu finden ist, zieht der Geschäftsmann die Augenbrauen hoch und pfeift respektvoll durch die Zähne. Was alle Pastoren im ganzen Lande nicht fertigbringen, weil sich ja nicht jeder eine Predigt anhört, das gelingt dem Helden, der es nicht beabsichtigt. Es muß ihm gelingen, die Seelen über sich selbst hinaus zu erheben, weil seine Tat so hoch steht, daß sie jeder sehen muß. Alle sehen sie. Und sie bauen ihm ein Heiligtum, das größer ist als der Held.

Einen einfacheren Menschen als den Oberleutnant kann man sich kaum vorstellen. Er macht gern ausgiebig Toilette, bespricht mit seinem Schneider ausführlich, wie die richtige Form der breeches herauszukriegen ist, wird nie satt, durchwühlt seine Post, ob etwas mit der lieben zierlichen Handschrift dabei ist, freut sich wahnsinnig auf drei Tage Etappenurlaub und hat nach längerem Üben tatsächlich „die kleinen Mädchen, die müßt ihr fragen" fehlerfrei spielen gelernt.

Da kommt der siebzigste Abschuß. Alle Zeitungen bringen Aufsätze mit dem Bilde des Helden. In den Geschäften stehen Ansichtskarten, der Held mit dem Pour le mérite und seinem Dackel. Gedichte werden auf ihn gemacht und gedruckt, wohl ein ganzes

Gesangbuch voll, Straßen nach ihm benannt, der erste Künstler des Landes bittet, ihm zu einem Porträt zu sitzen, und der Kaiser erläßt eine Kabinettsorder mit dem Namen des Helden.

Aus den Gedichten aber, den Lebensbeschreibungen, den Tausenden Briefen und Grüßen, die auf ihn einstürmen, erschließt es sich dem Helden mit furchtbarem Ernst: Dank? — Dank geht doch auf Gewesenes, Erledigtes. Die Menschen hier aber wollen etwas von dir. Du gehörst nicht mehr zu ihnen, nicht mehr unter sie — sie schauen zu dir auf. In den Schulen wird dein Name genannt. So edel gilt'st du denen, die mit der Wartung des Zartesten beauftragt sind, daß sie dich für wert halten, in die jungen Seelen hineingepflanzt zu werden, für die nur das Allerbeste herausgesucht wird. Und aus dem ungeschickten Reimgestammel der Knaben und Mädchen, das in großen Briefhaufen auf deinem Tisch liegt, jauchzt zu dir die Liebe derer, denen noch kein Weg Staub auf die Füße warf. Die reinsten Herzen schmiegen sich an dich. Gläubige Augen schauen zu dir auf: du Großer! Und so gläubig blickt alle Welt zu dir empor. Aus der Menge wurdest du herausgerissen und nach vorn gezogen. Denn nun sollst du Führer sein im Kampf gegen das sie alle bändigende Gemeine, Führer von Millionen — mit dreiundzwanzig Jahren.

Da schüttelt es den Helden, weil die Einsamkeit ihn packt. So also wirkte sein Erdig auf die Menschheit! Was war es denn weiter gewesen? „Auf gut Glück," dieses alte, ewige Soldatenwort beherzigend, ist er oft aufgestiegen; freilich mit der Geübtheit einer langen täglichen Praxis, manchmal aber auch mit richtiger Unverschämtheit. So hat er es zum siebzigsten gebracht. Und nun hat, ohne daß er es ahnte, Liebe und Begeisterung, Ideologie und Rausch um ihn einen Nimbus gewebt, ein Strahlengewand, dem es sich würdig zu zeigen gilt. Der Held darf nicht mehr der lustige Oberleutnant sein, der auf dem Klavier „die kleinen Mädchen — —" klimpert. Wenn sie das hörten, die Millionen, die ihn vergöttern, er würde sie ja arm machen, weil er sich selbst vor ihnen entgöttern würde. An ihm darf nichts Fehlerhaftes sieben. Wieviel tausendmal mag täglich sein Name gepriesen werden, der Name dessen, der so gern „die kleinen Mädchen — —" spielen möchte!

Nun muß alles, was er tut, zu dem Wunsch der Masse passen, die alles Menschliche von ihm abstreift. Da friert es den Helden im Schatten seines Lichtes. Wie jubeln sie alle über seine Kraft — ahnen sie, daß das alles nur ein Teil von ihr ist? Daß auch seiner Brust Begeisterung tost? Als er auf Urlaub eine Stunde in das Kolleg des herrlichen Geschichtsprofessors ging, da zog der in seinem Vortrag so deutlich eine geistige Parallele zu ihm, daß stürmisches Getrampel losging. Er saß mit seiner Mutter in der Kirche (der „Kurier" sprach von einem „rührendschönen Bild"), der alte Superintendent predigte von Christi Geist und denen, die ihm in Selbstverleugnung folgen, jedes Opfer bringend und jederzeit zu sterben bereit — — alle Augen wandten sich auf ihn, den Jugendlichen. Und als er gestern im Ratskeller seinem alten Lehrer vom Gymnasium, dem Professor Humpler begegnete, den sie immer den „Igel" genannt hatten und ihn mit respektvoller Wärme freudiger Erinnerung begrüßte, da fing der alte Mann an zu stottern und behielt, während er neben dem Tische stehen blieb, in der Mitte seiner Figur jenen Respektknix bei, wie er ihn immer gehabt hatte, wenn „der Alte" einmal in die Klasse gekommen war. Nichts gab es mehr, das Ehrfurcht von ihm annahm. Und sein Herz war doch so voll von Liebe und Begeisterung, von einfältiger Pietät und Menschenachtung! Jeder Karrenschieber durfte sich begeistern für einen Größeren, er — — ja er, er war ja ein Großer, ein ganz, ganz Großer!

Da sah er, daß die Liebe der Menschen ihm verbot, sich ein Ziel zu setzen für seine Glut. Er, er selbst war Ziel. Er war erhöht auf ein Piedestal, eine abgeschlossene, fertige, tadelreine Gestalt. Seine dreiundzwanzig Jahre durften sich nicht begeistern, weil man sich für sie begeisterte. Die kleinen Freuden, die andere in seinem Alter so hübsch hinnehmen durften, mußten sich ihm versagen, von dem die Menge schlechthin Vollkommenheit verlangte. Würde er einmal toben, so würden Millionen in ihrem Glauben Stillstand verspüren. Und wie durfte er eine flüchtige Liebesfreude mitnehmen, wie ein Röschen pflücken, wo ihm doch aus jedem Mädchenauge entgegenleuchtete: du reiner Ritter.

Mensch sein, hieß befleckt sein. Und wer in der Fleckenlosigkeit stand, dem ward's dasselbe wie dem, der die Wahrheit an sich riß: Fluch. Und er hätte weinen mögen wie der kindliche Prinz, der sich verirrt hat und in der Kälte der weiten Staatszimmer allein steht. Wie winzig aber gegen diese Schwere erschien ihm die Tat, der siebzigste, die ihn zu alledem gemacht hatte! Wenn er geahnt hätte, daß man ihm jedesmal eine größere Last bereitete, um ihm schließlich dieses Riesenpack aufzulegen und zu sagen: „Trag's. Es muß dir doch Freude machen!"

Jetzt sah er alles deutlich. Die Welt war ja so arm. Sie sank in Finsternis des Ehrgeizes, der Gewinnsucht und der Brunst. Freilich, an all das hatte er nie gedacht, wenn er durch die Lüfte stieß. Und während er oben siegte, zerfleischten sie sich unten in Hunger und Liebe. Aber einen Gott wollten sie haben, und der sollte er ihnen sein, der jugendliche Unberührte. Ihr Gott! Streiten und siegen mußte er, siegen zum 80., 90., zum 100. Male. Sie brauchten das, um einen Glauben zu haben, an den sie sich halten könnten in der Qual von Hunger und Liebe. Alles, was er tat, mußte ihrem Glauben dienen. Oh, sie waren nicht anspruchslos, die Kleinen und Krämer! Sie selbst lebten im Dunkeln, wollten im Dunkeln leben. Aber an ihrem Helden sollte kein Makel sein. Darum riß ihr Glaube von ihm die schützende Menschenhülle und schrie: du brauchst das nicht! Eigenleben durfte er nicht haben, alles mußte eingestellt sein auf die Wünsche seines Herrn, der Masse. Er hatte sich für Wedekind begeistert und das auch ausgesprochen. Wie wunderte sich darüber der „Kurier"! Und wenn das hübsche Röschen sich auch brechen ließe, schmerzte das nicht Tausende von Frauen und Mädchen, die betrübt sagten: „— — also auch der!" Er war kein Mensch mehr, er war ein Packtier, das die Sonntagswünsche einer urteilslosen Menge schleppen mußte. Nichts an ihm durfte frei sein, nichts sich regen, wie der Überschwang seiner Jugend danach schrie. Denn er war ihrer, und mit Haut und Haaren wollten sie ihn haben. Mochte auch seine Seele noch so eingeengt sein, was machte das der maudite rasse?

Und auch nachdem er mit zertrümmertem Schädel aufgehoben war, behielt sie ihn. Ihre geschäftige Dienerin Fama schlug ihren gierigen Mantel um ihn und verbarg ihn. Unbesiegt war er gefallen, so wollte es die Welt. Und er hatte gezittert und gezagt, als er aufgestiegen war, weil ein graues Gespenst ihm zugeraunt hatte — —

Sie begruben ihn. Die ganze Garnison reichte nicht aus, um die Straßen abzusperren. Auf sechs roten Kissen trugen seine Kameraden die Orden. Ein Troß von Generalen folgte dem Sarge, und alle Glocken läuteten. So hatte der Herzog es angeordnet.

Und nach fünf Tagen fielen sie über seine Mutter her. Sie mußte erzählen, wie er als Kind gewesen war, wie sie ihn erzogen hatte, daß er es zu so Großem gebracht hatte. Als Achtjähriger hatte er einmal bei „Räuber und Soldaten" sich gegen vier Feinde wehren müssen, die schließlich alle an der Nase geblutet hatten; wie paßte das in die ganze Heldenlaufbahn — — All das brachte der „Kurier", und alle Zeitungen druckten es ab.

Auch viele Anekdoten über ihn waren zu lesen. Die Leute lernten sie bald und erzählten sie sich, im Kontor, in der Markthalle, im Ratskeller, denn er war ihr Held gewesen.

Naumann / Die menschliche Welteroberung

Im Laufe der Jahrhunderte hat sich im Menschengeschlecht der Gedanke der Arbeit zur Herrschaft erhoben. Arbeit bedeutet künstliche Umgestaltung der Natur zum Zweck der Vermehrung menschlicher Güter. Erde und Wasser, Tier und Pflanze werden als Rohstoffe für menschliche Nahrung, Kleidung, Wohnung, Erwärmung, Beleuchtung, Unterhaltung betrachtet, und die Naturkräfte werden zu

Werkzeugen des Menschentums gemacht. Arbeit ist menschliche Eroberung der erreichbaren Erdoberfläche; Dienstbarmachung, Ordnung und Erziehung aller lebendigen Kräfte, soweit sie nicht als Hindernisse bekämpft werden. Eine Welt, die älter ist als die Menschheit, wird von ihr gezwungen, in Sklaverei oder stummer Unterworfenheit zu existieren. Das drückt sich religiös aus in dem Glaubenssatz, daß die Welt für den Menschen geschaffen sei. Der an seine eigene Herrschaftsaufgabe glaubende Mensch muß notwendig unliberal sein gegen den Freiheitstrieb der übrigen Natur. Die langsame Ausbildung der Werkzeuge ist seine Herrengeschichte, ist aber auch gleichzeitig seine eigene unendlich verzweigte innere Entwicklungsgeschichte, denn je tiefer das erobernde Eindringen in die Welt sich gestaltet, desto mehr gliedert sich die Arbeit und damit die Berufsgruppierung der Menschen. Der Sieg der Arbeit ist die Zerspaltung der Menschen nach Arbeitsgesichtspunkten in Naturbearbeiter erster, zweiter und dritter Stufe bis hin zu den reinen Denkern und Dichtern. Dabei aber wird jeder Arbeitende täglich mehr von dem gewaltigen Chor der Mitarbeitenden abhängig, weil kein Mensch von seiner eigenen Teilarbeit leben kann. Indem die Menschheit zur Überwinderin ihrer Umwelt wird, wächst sie dadurch zur Einheit, zum Sozialismus. Es tritt der allgemeine Austauschszustand ein, der sich allmählich in den Organisationszustand verwandelt. Das alles aber vollzieht sich in langen Kämpfen, unter Stoß und Gegenstoß. Auch die Vergewaltigungen, unter denen wir jetzt leiden, sind Bestandteile dieses Menschheitsvorganges. Nur als solche sind sie in einen Entwicklungsgedanken einzuordnen. Was wir heute erleben, müssen andere Menschheitsgruppen später durchmachen, bis wirklich eine zentrale Arbeitsoberverwaltung, eine Menschheitsplanwirtschaft irgendwie auftaucht. Aber wie lange das dauert, weiß keine Seele. Man soll nicht denken, daß der Prozeß schon nahe an seinem Ziele angelangt sei.

Sprechsaal

Vernichtetes steuerfähiges Kapital.

Das Gesamtergebnis der neuen Vermögensabgabe soll schätzungsweise 90 Milliarden Mark betragen. Zweifelsohne wird diese Summe ewig nur auf dem Papier stehen, aber niemals in den Staatssäckel fließen, wenn nicht in letzter Stunde die Regierung noch Maßnahmen trifft, die diejenigen gewaltigen Werte schützen, welche auf Veranlassung des gestürzten Regimes in Ersatzmaterialien investiert wurden. Der Krieg als der große Lehrmeister hat bewiesen, daß wir uns zum Notbehelf mit Ersatzstoffen — ausgenommen Lebensmittel — jahrelang hindurchringen konnten. Milliarden von Werten sind jetzt noch in Ersatzmaterialien festgelegt, nur einige davon sollen angeführt werden: Papiergarne für Isolationszwecke, Ersatzlötzinn, hergestellt aus Reinzinn, Antimon, Kadmium, Wismuth und Blei, isolierte Leitungsdrähte aus Zink, Aluminium und Eisen, ferner Kunstseide, Kunstbaumwolle, Gummi-Regenerate und Tausende anderer Ersatzstoffe mehr. Millionen von Mark wurden allein zur Fabrikation dieser Ersatzstoffe für hohe Arbeitslöhne, Feuerung und dergl. erforderlich. Jetzt aber, da die Regierung noch die vorhandenen Bestände an Urstoffen genau so verschleudert wie seinerzeit das Heeresgut bei der Demobilisation, d. h. zu denselben Preisen abgibt, als die Fabrikationskosten der Ersatzmaterialien betragen, wird kein Verbraucher mehr Ersatzstoffe kaufen, selbst wenn sie sich im großen und ganzen gut bewährt haben. Mit den vorhandenen Rohstoffen sollte die Regierung vielmehr ganz spärsam umgehen; denn wir werden sie noch dringend gebrauchen, um überhaupt auf dem Weltmarkte konkurrieren zu können. Je weniger Rohstoffe wir gerade in der Übergangsperiode einzuführen brauchen, um so besser wird unsere Valuta, und je mehr Fertigfabrikate wir unter Aufarbeitung unserer gewaltigen Bestände an Ersatzstoffen, d. h. nur bei solchen Waren, wo es möglich ist, ausführen und auch im Inlande verbrauchen, um so mehr wird unsere Valuta eine aufsteigende Tendenz zeigen. Erst dann, wenn die Ersatzstoffe aufgebraucht sind und der Staat in steuerlicher Hinsicht den Nutzen hieraus gezogen hat, sollten die noch vorhandenen Rohstoffe zu Preisen verkauft werden, die den Staatssäckel noch stärken, aber auch mit den Anschaffungskosten der Industrie in Einklang zu bringen sind. Durch eine derartige behördliche Maßnahme würde letzten Endes auch mancher Betrieb vor dem Ruin bewahrt.

Die Regierung hat scheinbar bei der Berechnung des Gesamtergebnisses der neuen Vermögensabgabe ganz und gar außer acht gelassen, daß jeder Fabrikant, Kaufmann, Grossist und Verbraucher, welcher noch Ersatzmaterialien am Lager hat und die er infolge der Regierungsmaßnahme nicht realisieren kann, die hierfür investierten Kapitalien auf Verlust buchen muß und demzufolge auch berechtigt ist, diesen Verlust bei der Vermögensabgabe-Berechnung in Abzug zu bringen. Diese Abzüge werden ganz gewaltig sein, sie werden zweifelsohne in die Milliarden gehen! Selbst die größten aller Firmen, welche gewiß eine äußerst vorsichtige Bilanzpolitik treiben, werden hiervon nicht verschont bleiben. Das ist ein ganz wichtiger Faktor, welchen unsere Finanzpolitiker mit in Rechnung stellen sollten.

Um den Schutz des Verbrauches dieser Ersatzmaterialien und um die Vernichtung eines solch großen Kapitals zu verhüten, haben sich, soviel bekannt ist, ganze Körperschaften schon vergeblich an die zuständigen Behörden gewendet; mögen diese Zeilen dazu beitragen, daß die Regierung doch noch in letzter Stunde einerseits zum Wohle unseres geschwächten Finanzsäckels und andererseits zum Wohle deutschen Handels und Gewerbefleißes entsprechende Maßnahmen trifft. Soviel steht jedenfalls unzweifelhaft fest: je länger diese Maßnahmen hinausgeschoben werden, desto ungünstiger werden die Aussichten, namhafte Steuerbeträge aus den angesammelten Gewinnen herauszuholen. Eine solch rücksichtslose, wenn auch vielleicht unbewußte Kapitalvernichtung hat natürlich auch ein Schwinden der Geschäfts- und Steuermoral zur Folge.

In fast allen an Deutschland angrenzenden Staaten sind schiffs- und waggonweise die Fertigfabrikate aufgestapelt, womit wir wie von einer Sintflut überschwemmt werden sollen. Das bedeutet für unsere Industrie geradezu die Gefahr der Erdrosselung, die wiederum Betriebsstillegungen, Arbeitslosigkeit, Arbeiterunterstützung, weitere Verschuldung, Unzufriedenheit und weitere Anarchie zur Folge haben würde. Gerade unter diesen Umständen sollte auch nicht das geringste Kapital leichtfertig vernichtet werden; denn Kapital ist in diesem Falle nicht bloß aufgespeicherte Arbeit, sondern aufgespeicherte Arbeitskraft!

Mackenthun.

Büchertisch

Kunsterziehung

Grundlagen der Baukunst. Studien zum Beruf des Architekten. Von Fritz Schumacher. Georg D. W. Callwey, München. Geh. 4,50 M., geb. 6 M.

Die Reform der kunsttechnischen Erziehung. Von Fritz Schumacher. (Deutscher Ausschuß für Erziehung und Unterricht Nr. 3.) Quelle & Meyer, Leipzig. Geh. 2,40 M., geb. 3,20 M.

Vom neuen Kirchbau. Von Otto Bartning. Bruno Cassirer, Berlin. Geh. 5 M.

Das Haus der Freundschaft in Konstantinopel. Ein Wettbewerb deutscher Architekten. Mit einer Einführung von Theodor Heuß und 149 Abbildungen. Herausgegeben vom Deutschen Werkbund und der Deutsch-Türkischen Vereinigung. F. Bruckmann A.-G. München. Kartoniert 4 M.

Digitized by Google

Mit Rücksicht auf die bekannte Erscheinung, daß das Verständnis für Kunstwerke der Architektur und die Fähigkeit, sie ästhetisch zu genießen, viel seltener anzutreffen sind, als die Empfänglichkeit für Werke der Musik, der Malerei oder der Plastik, ist es besonders erfreulich, einen kleinen Kreis von zum Teil äußerlich unscheinbaren Büchern empfehlen zu können, die den Laien in praktischer Weise in das Wesen des Architektonischen einführen und dem Architekten einen Leitfaden zur Prüfung seines Schaffens und der ihn hierbei leitenden Grundsätze in die Hand geben. Professor Fritz Schumacher tut dies in seinen „Grundlagen" systematisch, indem er Begabung und Charakter, Bildung und Nationalität in ihrer Bedeutung für die Schöpfungen des Baukünstlers würdigt und ihm beim Arbeiten über die Schulter blickt. Unter dem pädagogischen Gesichtspunkte beschäftigt er sich in der „Reform" mit den gleichen Fragen und vertieft so einerseits die Erkenntnisse der „Grundlagen", während er zum anderen im Ergebnis der Erziehungsfrage einer engen Verbindung zwischen Architektur, Kunstgewerbe und freier Kunst das Wort redet und Vorschläge zur Abwendung der Hindernisse macht, die sich heute noch dem künstlerisch Begabten im Schulberechtigungswesen, in der einseitig geistigen Entwicklung unserer allgemeinen Vorbildung, in den übermäßigen Anforderungen der akademischen Hilfswissenschaften und in dem unbeweglichen Charakter des akademischen Examenprogramms entgegenstellen.

Als eine aufschlußreiche Probe auf Schumachers Exempel stellt sich Otto Bartnings Büchlein vom „Kirchbau" dar, in dem der künstlerische Zwiespalt zur Darstellung gekommen ist und dadurch entstand, daß die evangelischen Gemeinden ihre Gotteshäuser nach dem Muster katholischer Kirchen bauten, während die protestantische Predigtkirche aus einer ganz anderen Idee entstanden und zu ganz anderem Zwecke erbaut ist, als der katholische Sakralbau. Den Weg zum evangelischen Kirchenbau führt uns der Verfasser in feinsinniger Weise und erläutert seine Worte durch eine Reihe von Ansichten von Kirchenbauten eigener Schöpfung und sehr lehrreicher Grundrisse.

Wenn diese Schrift insbesondere für den Bauwissenschaftler und den am Kirchenbau interessierten Architekten und Laien bestimmt ist, so wendet sich die Veröffentlichung über das „Haus der Freundschaft in Konstantinopel" an alle Kulturfreunde, indem sie zeigt, wie elf Baukünstler, deren Namen in Deutschland den besten Klang haben, ein schwieriges Bauproblem, das eine monumentale Lösung verlangte, aufgefaßt haben. Sie bietet so nebenbei eine ganz hervorragende praktische Ergänzung zu Schumachers wissenschaftlichen „Grundfragen", die durch Erläuterung der Grundrisse und der architektonischen Gedanken durch Theodor Heuß besonders fruchtbar gemacht wird. Das Buch gewinnt hiermit einen um so größeren kunstgeschichtlichen Wert, als es von dem Standpunkt der Baukunst in diesem für die Kulturentwicklung Deutschlands in jedem Falle höchst bedeutungsvollen Zeitpunkte Kunde gibt. Mit der Veröffentlichung dieses ereignisreichen Wettbewerbs ist daher jedem Freunde der Baukunst und der Kunst überhaupt ein Material zur Beurteilung des gegenwärtigen Standes der künstlerischen Kultur in die Hand gegeben, zu dessen gerechter Beurteilung und Bewertung vielleicht erst eine spätere Zeit berufen ist, die weiß, ob Poelzigs Entwurf die genialste Laune eines Tages oder die Vorahnung einer besseren Zukunft ist. Landwehr.

Graf Pourtalès, Botschafter z. D., Am Scheidewege zwischen Krieg und Frieden. Charlottenburg 1919. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. 5 M.

Wie Pourtalès selbst im Vorwort sagt, handelt es sich um Tagebuchnotizen, die später zu obenstehender Schrift ausgewertet wurden. Das Buch bringt im wesentlichen an positivem Tatsachenmaterial nicht viel Neues. Die wichtigsten Telegramme sind aus dem deutschen Weißbuch und späteren Veröffentlichungen der „Nordd. Allg. Ztg." schon bekannt. Aber trotzdem lohnt es sich, die nur wenig umfangreiche Schrift zu lesen, denn man gewinnt aus ihr einen Einblick in die äußeren und inneren Zusammenhänge der entscheidenden Ereignisse am Petersburger Hofe, die zum Kriege führten. Man sieht, wie Pourtalès bis zuletzt bemüht gewesen ist, den Frieden zu erhalten, daß dies aber nach der allgemeinen russischen Mobilmachung nicht mehr möglich war, denn sie wurde gerade in dem Augenblick befohlen, wo der deutsche Kaiser und die deutsche Regierung erfolgreich bemüht waren, zwischen Wien und Petersburg eine ruhige, sachliche Verhandlungsbasis herzustellen. Der Suchomlinow-Prozeß hat gezeigt, daß es die Generale sowie Maklakow und Sasanow gewesen sind, die es verstanden haben, dem Zaren die Unterschrift für die Mobilmachungsorder abzulocken. Pourtalès bestätigt dies im einzelnen und zeigt erschreckend deutlich, daß bei den maßgebenden russischen Stellen nicht der geringste Wunsch nach Frieden vorhanden war; der Krieg war nicht zu verhindern, weil Rußland ihn wollte.

Interessant und neu ist ein offizielles Dokument des Grafen Hertling, das Pourtalès im Nachwort bringt. Hier wird amtlich dokumentiert, daß die gegen Pourtalès gerichteten Vorwürfe des Fürsten Lichnowsky in dessen bekannter Denkschrift „teils den Tatsachen direkt widersprechen, teils der Begründung entbehren". Diejenigen haben also nicht unrecht gehabt, die Lichnowsky vorwarfen — wobei sie ihm sicher die bona fides zubilligten —, in geradezu unverantwortlicher Weise mit den Interessen des Deutschen Reiches Fangball gespielt zu haben, weil durch seine Denkschrift objektiv unrichtige Tatsachen, die Deutschland zu diskreditieren geeignet waren, ins Ausland gelangten. K. Werkmeister.

Karl Henckell, Weltmusik. Neue Gedichte. München 1918. Verlag von Franz Hanfstaengl. 135 S. Geh. 5 M.

Zwanzig Jahre war Henckell alt, als 1884 sein „Poetisches Skizzenbuch" erschien, und zwischen diesem Erstling und der neuesten Gabe liegen nicht weniger als ein volles Dutzend Gedichtbände — Revolutionspoesie politisch-sozialen Gepräges und zarte, zeitlose Lyrik. Mit Verwunderung steht man vor dieser unerschöpflichen Produktivität, die keine Hemmungen zu kennen scheint. Und stellt fest, daß Henckell in den 35 Jahren dichterischer Entwicklung derselbe geblieben ist — „ein lauter Rhetor und verstohlener Lyriker", wie ihn R. M. Meyer einmal, an Herwegh erinnernd, glücklich kennzeichnet. Die Linie, die von ihm zu den Vormärzdichtern — zu Freiligrath und Gilm wohl noch spürbarer als zu Herwegh — zurückführt, scheint heut sogar lebendiger als der Zusammenhang mit jenem Friedrichshagener Kreis der Brüder Hart, in dem der junge Henckell als einer der Protagonisten „dem kommenden Jahrhundert" rief. Wo ist sie heut, die „neue Lyrik" der 80er Jahre, die die Poesie wieder zu einem Heiligtum zu machen und eine Zeit der „großen Seelen und tiefen Gefühle" heraufzuführen versprach? „Modern sei der Poet — modern vom Scheitel bis zur Sohle", hatte Arno Holz dekretiert: ach, nichts veraltet schneller als die Modernität . . . Karl Henckell aber war und ist mehr als der Verfasser so und so vieler schwungvoll verifizierter Leitartikel, auch mehr als der populäre Dichter der Arbeiterlieder, die ein wichtiges lyrisches Dokument zu der Geschichte des deutschen Sozialismus sind. Wie hätte er sonst allein jung bleiben können unter so vielen Altgewordenen? Wenn Julius Hart einst gepredigt hatte „Die Welt ist Gott, und der Mensch ist die Welt"; Henckell hat es **gelebt**. Lebt es noch heute. Und seine „Weltmusik" ist gestimmt auf ein freudiges C-Dur. D. M.

Briefkasten

Umzug. Der Verlag der „Hilfe" und die Staatsbürgerschule verlegen in diesen Tagen ihre Büroräume in andere Stockwerke des Hauses Berlin W 30, 40 Bamberger Straße 37. Die [illegible]

Digitized by Google

7. August 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis bei Post und Buchhandel (beim Abholen) 5 M., unter Kreuzband 5,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 5,25 M., ins Ausland 6 M. Einzelhefte 50 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 9596. Postscheckkonto: Amt Berlin 8683.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 32

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 80 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preisermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme Freitag der vorhergehenden Woche.

Inhaltsübersicht

Politische Notizen: (Das Inkrafttreten des Friedensvertrages. — Die demokratische Partei und die Regierung. — Die Reichseinheit und die Steuern. — Die Gleichberechtigung der Fürsten. — Die letzte Gestalt des Kulturkompromisses.) — **Naumann:** Deutsche Demokratie. — **Wilhelm Heile:** Die neue Verfassung. — **Gertrud Bäumer:** Die neuen Grundrechte der deutschen Frau. — **Gustav Schneider-Sachsen, M. d. R.:** Angestelltenbewegung. — **Dr. Gottfried Fittbogen:** Auswanderungspolitik. — **Bruno Heisterbergk:** Die Moral des Mandarinen Ku-Hung-Ming. — **Elisabeth Widmann:** Ein deutsches Mysterium. — **Schwen:** Von der Religion des Volkes. — **Naumann:** Religionsunterricht. — Büchertisch.

Politische Notizen

Das Inkrafttreten des Friedensvertrages wird durch die Schwierigkeiten, auf die seine Ratifizierung in mehreren Ländern gestoßen ist, noch unabsehbar weit hinausgeschoben. Drei Hauptmächte unter unseren Gegnern müssen den Vertrag ratifiziert haben, ehe er internationale Gesetzeskraft erhält. In England hat das Unterhaus das entsprechende Gesetz in allen drei Lesungen angenommen. Dort steht also der Ratifizierung nichts mehr im Wege. In Italien sind dagegen noch starke Widerstände vorhanden, weil die nationalen Ansprüche Italiens, namentlich in der Fiume-Frage, nicht befriedigt sind. In Frankreich verlangen starke Gruppen die Hinausschiebung der Entscheidung, bis der amerikanische Senat dem englisch-amerikanisch-französischen Garantievertrag zugestimmt habe. Japan, das zwar ein Interesse daran haben könnte, durch schnelle Ratifizierung die ihm günstige Regelung der Schantung-Frage zur vollendeten Tatsache zu machen, zögert einstweilen noch, wohl weil es amerikanische Vorbehalte in der Rassenfrage fürchtet und abwarten will. Und in Amerika hat der Präsident Wilson noch ein schweres Stück Arbeit zu leisten, wenn er sowohl den Widerstand derer, die den Friedensvertrag und insbesondere den Völkerbundsvertrag für unzulänglich und ungerecht halten, überwinden will, wie den heftigeren und gefährlicheren Widerstand der republikanischen Gruppe. Wir Deutschen haben trotz der Schlechtigkeit der Vertragsbedingungen kein Interesse daran, ihr Inkrafttreten noch weiter verzögert zu sehen. Denn der Verzögerung liegt gewiß nicht die Absicht zugrunde, uns bessere Bedingungen zu geben. Schon der Gedanke, daß unsere Kriegsgefangenen nicht eher befreit werden, als bis der Krieg auch formell vollkommen beendigt ist, läßt den gegenwärtigen Zustand als schlechterdings unerträglich erscheinen. W. H.

Die demokratische Partei und die Regierung. Immer wieder wird in einem großen Teile der Presse vom Wiedereintritt der deutsch-demokratischen Fraktion in den Regierungsblock und einiger Führer in die Regierung gesprochen. Nachdem auch ein Mitglied der Regierung selbst, der Reichsminister Dr. David, sich öffentlich zu dieser Frage geäußert hat, konnte die demokratische Fraktion nicht länger schweigen. In einer Notiz der demokratischen Parteikorrespondenz wird deshalb festgestellt, daß die Fraktion der deutschen Demokraten dem Vorgehen Davids, wie allen anderen ähnlichen Betrachtungen völlig fernsteht. „Sie hat über die Möglichkeit des Wiedereintritts in die Regierung keinerlei Entschlüsse gefaßt. Ein solcher Wiedereintritt könnte auch nicht ohne eine vorausgegangene gründliche Klarstellung aller politischen Voraussetzungen erfolgen." — Diese Sprache ist deutlich und wird dem unnützen Gerede hoffentlich ein Ende machen. Unsere Haltung war ja von allem Anfang an für jeden, der nur sehen wollte, vollkommen klar. Wir sind aus der Regierung lediglich deswegen ausgeschieden, weil wir in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages die Meinung von Scheidemann, Landsberg und Brockdorff teilten. Wir sind deshalb nicht in Opposition gegangen, sondern haben die Regierung unterstützt, wenn ihre Meinung auch unsere Meinung war. Daß die Regierung die Tragfläche ihrer parlamentarischen Unterlage gern wesentlich verbreitern möchte, das liegt auf der Hand. Daß wir dazu verhelfen würden, bloß um Zentrum und Sozialdemokraten die Verantwortung zu erleichtern, wo sie ihnen unbequem ist, das wäre eine Torheit, die man uns wirklich nicht zutrauen sollte. Daß wir uns andererseits vor Verantwortung nicht scheuen, wenn eine Politik getrieben wird, die wir vor unserem Gewissen verantworten können, das ist nach unserem bisherigen Verhalten so klar, daß jede weitere Erörterung überflüssig ist. W. H.

Die Reichseinheit und die Steuern. Die gewaltige Finanznot zwingt dazu, endlich die große Finanzreform zu machen, die mehr ist als bloße Vermehrung der Steuerlasten. Der Widerstand der Bundesstaaten hat in früheren Zeiten jeden Versuch einer solchen wirklichen Reform von vornherein im Keime erstickt. Um ihre eigene Steuerhoheit restlos aufrechterhalten zu können, lehnten sie einen organischen Aufbau des ganzen Steuerwesens in Reich, Staat und Gemeinde ab. Wir haben solchen Aufbau dagegen von jeher gefordert und sind auch nach Kriegsende und Revolution — wir erinnern besonders an den trefflichen Aufsatz des Abgeordneten Waldstein — sofort für diesen Gedanken eingetreten, lange bevor Herr Erzberger sein unitarisches Herz entdeckte. Dadurch, daß nun auch Erzberger sich den Gedanken zu eigen gemacht hat, wird er aber nicht schlechter, und seine Aussichten auf Verwirklichung sind damit jedenfalls gewaltig gestiegen. Es hat sogar den Anschein, als ob Preußen und Bayern unter gewissen Bedingungen ihren Widerstand jetzt aufgeben wollen, während freilich andere Staaten, namentlich Baden, Sachsen und Hessen, sich noch mit aller Kraft wehren. Es wird ihnen nichts nützen, denn Not bricht Eisen. Aber man sollte ihnen die Zustimmung doch so leicht wie möglich machen, indem man bei der Reform des Steuerwesens den Ländern so viel finanzielle Eigenkraft läßt, daß sie auch imstande sind, ihre besonderen Aufgaben durchzuführen. Die Einheit darf nicht als Vernichter gesunden Lebens kommen, sie darf nicht lähmend, sondern soll und muß belebend wirken. Dazu soll auch der organische Aufbau unseres Steuerwesens helfen, ohne den weder das Reich noch die Länder zur Reform und Gesundung ihrer Finanzen gelangen könnten. W. H.

Die Gleichberechtigung der Fürsten. Die Sozialdemokraten beider Richtungen wollten, daß die Mitglieder der bisher regierenden fürstlichen Häuser nicht das Recht haben sollten, zum Reichspräsidenten gewählt zu werden. Es sprach aus ihrem Antrag die Furcht vor monarchischen Strömungen im Volke. Die Erinnerung an die Volksabstimmungen, mit denen einst Napoleon I. und III. ihre monarchische Stellung in Frankreich befestigten, mag manchen unter den Sozialdemokraten dabei beeinflußt haben. Wir Demokraten haben uns diesen Sorgen nicht anschließen können. Nicht

weil etwa irgendwelche monarchistische Zukunftshoffnung auch nur bei einem unter uns damit verbunden gewesen wäre. Beileibe nicht. Gerade wir grundsätzlichen Republikaner waren am entschiedensten in der Ablehnung des sozialdemokratischen Gedankens. Und zwar aus Demokratie. Weil wir keine Ausnahmerechte in der deutschen Verfassung dulden, weil alle Deutschen, ob sie aus Fürstenhaus oder aus Arbeiterhaus stammen, gleichberechtigt sein sollen, konnten wir den Fürsten die Wählbarkeit auch zum höchsten Reichsamt, zum Reichspräsidenten nicht bestreiten. Wir glauben nicht, daß sich das deutsche Volk einen Fürsten zum Präsidenten wählen wird. Aber wenn das Volk es tut, so ist das eben sein Wille. Und der Wille des Volkes ist in Deutschland oberstes Gesetz. Deshalb freuen wir uns, daß die Sozialdemokraten mit ihrer undemokratischen Anregung nicht durchgedrungen sind. W. H.

Die letzte Gestalt des Kulturkompromisses. Durch den Beitritt der Demokraten hat das Kulturkompromiß eine Form bekommen, die es mindestens erträglich macht und die Einheitsschule nicht so unbedingt auflöst, wie es das erste Kompromiß tat. Der Artikel 143 bestand in der ersten kompromißlichen Fassung aus zwei gar nicht zueinander stimmenden Teilen. Während nämlich der erste Absatz ausdrücklich sagt, daß für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule die Religion der Eltern *nicht* maßgebend sein dürfe, hatte der zweite in der Kompromißfassung das konfessionelle Prinzip für die gesamte Organisation des Schulwesens aufgestellt. Von vornherein sollte in den einzelnen Gemeinden der Wille der Eltern konfessionelle, Simultanschulen und religionslose Schulen begründen können. Jetzt nimmt der neue Absatz 2 des Artikels 143 die Forderung des ersten Absatzes, der die Schule im Prinzip für konfessionslos erklärt, auf und gibt nur den Erziehungsberechtigten das Recht, einen *Antrag* auf Errichtung einer Schule ihres Bekenntnisses zu stellen, dem nur dann entsprochen werden kann, wenn die Gliederung der Schule nach ihren pädagogisch-sozialen Gesichtspunkten nicht darunter leidet. Immer aber bleibt der nun für die deutsche Schule aufgestellte Grundsatz eine politische Lösung, keine pädagogische, keine kulturelle, keine nationale. Und es ist doch ein unerträglicher Gedanke, daß die deutsche Schule eine Gestalt bekommt, die klar und unverkennbar die Mehrheit des Volkes *nicht* will — nur weil dem Zentrum aus Gründen der politischen Lage Konzessionen gemacht werden müssen. Das deutsche Volk leidet geistig Gewalt, Kulturnotwendigkeit ist politischem Zwang zum Opfer gefallen. Die deutsche Lehrerschaft muß ihre höchste Forderung in einer Zeit gewaltiger innerer Neugestaltung an ein politisches Kompromiß alter Gewalten preisgeben.

G. B.

Naumann / Deutsche Demokratie

Lasset uns *deutsch sein* in den schwersten Tagen unseres Volkes! Niemals zwar wollen wir zu den Poltergeistern gehören, die mit ihrem aufreizenden Lärm eine Welt gegen uns aufgebracht haben, niemals andere Völker verachten und protzenhaft die eigene Vortrefflichkeit in alle Winde brüllen. Von der Sorte, die zur „Vaterlandspartei" gehörte, haben wir genug und übergenug Schaden gehabt. Ihr täppischer Eifer hat uns zum Schaufpiel der Völker gemacht. Nichts aber würde nun falscher sein, als deswegen, weil der nationale Gedanke so verhängnisvoll mißbraucht wurde, ihn fahren zu lassen, denn heute ist er nötiger als je. Gereinigt, wiedergeboren aus Blut und Geist, muß die Nationalidee vor uns hergehen. Wir streifen die kleindeutschen Befangenheiten von uns ab und holen aus dem Schatze der Vorräte das großdeutsche Bekenntnis hervor: was ist des Deutschen Vaterland? Das ganze Deutschland soll es sein! O Gott vom Himmel sieh darein, und gib uns rechten deutschen Mut, daß wir es lieben treu und gut! In solchen alten Klängen liegt wunderbare Kraft, und sie sind heute wahrer und notwendiger als jemals. Gerade weil an allen Seiten deutsche Brüder von uns abgetrennt werden, lodert die Volksflamme empor. Unruhig blicken wir nach allen Seiten, wo zersprengte Deutsche um ihr Schicksal ringen. Wir lassen alle Fremden gern ihre eigenen Wege gehen, wir verzichten endgültig und feierlich auf Landgebiete, die keinen deutschen Charakter tragen, aber desto zäher werden wir, selbst im Gefängnis der Sieger sitzend, unseren Verlorenen, unseren Zerschlagenen zur Seite stehen. Der Geist, der von Riga bis Straßburg, von Schleswig bis Bozen alle Deutschen verbindet, der steht jetzt erst recht auf! Ihm dient, und für ihn wirbt die deutsche Demokratie.

Um aber gute Deutsche sein zu können, sind wir *gute Republikaner*. Es bleibe jedem überlassen, wie er die monarchische Vergangenheit beurteilen will, wenn wir nur darin übereinstimmen, daß die Zeiten der kleinfürstlichen Einzelregiererei vorbei und daß die Tage der Selbstregierung des deutschen Volkes angebrochen sind. Wir werden denen scharfen Widerstand leisten, die uns um monarchischer Erinnerung willen in einen deutschen Bürgerkrieg hineintreiben. Die Siegesallee ist zu Ende; wir leben unter den uns aufgezwungenen Friedensbedingungen. In solcher Lage würde es Verbrechen sein, für einen nicht durchführbaren Imperialismus einzutreten und damit die Volkseinheit endgültig zu zerstören. Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, gerade jetzt. Alle Volksgenossen sollen die gleiche Verantwortung tragen. Die Regierung soll nach Mehrheitsprinzip hergestellt werden, und das Volk soll selber seinen Präsidenten wählen. Das alles kann nicht gleich vom ersten Jahre der Republik an tadellos sich abspielen, denn Regieren will gelernt sein. Wir verheimlichen nicht, daß in der Republik Fehler vorkommen, wir selbst kritisieren, was unrecht ist, aber wir halten fest an der volkstümlichen Staatsform der Republik und erwarten mit guter Zuversicht, daß unser deutsches Volk sich seine eigene lebendige Art von deutschem Volksstaat zurechtmacht. Nachdem der Krieg, den die Feinde uns aufgedrängt haben, durch Schuld der Regierenden zum Weltkrieg vergrößert und dadurch verloren wurde, wird sich die deutsche Nation im ganzen mit keiner anderen Herrschaft je vertraut machen als mit einer ehrlichen Demokratie. Wir alle dienen dem Staate, wir alle sind seine Wächter und Träger. Unser Volksstaat soll nach Nacht und Niederlage noch eines Tages zum deutschen Stolze werden. Das ist das Ziel unserer neuen Verfassung, die wir in die Hände unserer Kinder legen, indem wir ihnen ans Herz legen, das zu vollenden und auszubauen, was in diesen schweren Zeiten von uns begonnen wird.

Deutsche Demokratie, das ist ein Programm. Darin liegt mehr als in mancher langen Rede. Unsere Partei soll sich ihres eigenen Namens froh bewußt werden! Das, was in den Worten „Deutsche Demokratie" enthalten ist, ist etwas täglich erst Werdendes, ein aus der Gegenwart in die Zukunft hineinwachsendes großes Werk des Neubaues, an das unser Volk glauben muß, wenn es gesund werden will. Wer jetzt keine großen Ziele hat, vergeht im Kleinkram der Unwürdigkeiten. Der gewöhnliche Parteizank ist zur überdrüssigsten Sache geworden, aber nach aufrichtenden Wachstumsideen streckten sich zahlreiche Seelen aus. Darum lassen wir die Parteigegner rechts und links soviel gegen uns reden, wie sie wollen. Das stört und hemmt uns nicht, sobald wir alle nur selber unserer hohen Aufgabe gerecht werden. Wir sind keine Klassenpartei, wollen es nicht sein, wir sind Staatspartei, staatsbildende Zukunftspartei. Den bloßen Materialisten, die um sichtbarer Vorteile und Tarife willen ihren Stimmzettel hingeben,

Digitized by Google

mögen andere Gruppen mehr versprechen. Sie können wir nie ganz befriedigen, weil wir treue Diener der Gesamtheit sind. Wer aber in jedem Stand und Beruf deutscher Idealist ist, gehört sozusagen von selber zu uns. Ihm winken wir mit der Hand: Komm zu uns und hilf! Der Bund deutscher Demokraten muß zunehmen an Zahl, Kraft und treuer Leidenschaft für die Errettung des Volkes. Dann wächst der Wille, stärker zu sein als die bevorstehende Not; denn nicht die Nörgler überwinden die Schrecken der Zerbrochenheit, sondern vaterländische Optimisten sind die Vorläufer der neuen Morgenröte.

Wenn wir jedem das versprechen wollten, was er gern hört, so würden wir uns selbst zerreißen müssen, denn der eine will billige, und der andere verlangt hohe Löhne und Arbeitspreise, eine Gruppe will Planwirtschaft, und eine andere freies Spiel der Kräfte, einige Volksteile wollen die ungeheuren Steuern von sich auf andere schieben, andere beanspruchen, daß die Bezahlung der Arbeitslosigkeit fortgesetzt, andere, daß von jetzt an sparsam gewirtschaftet werde. Wer mitten drin steht im Getöse vielfachster Vorwürfe und Forderungen, kann wohl einmal unsicher werden vom unaufhörlichen Strudel der Brandung. Unaufhörlich wird ihm ins Ohr gerufen: seid noch sozialistischer, seid kapitalistischer, werdet syndikalistisch, verstaatlicht, kehrt zurück zum Freihandelsevangelium, hängt euch an die Amerikaner, verbündet euch mit den Russen, arbeitet aufs äußerste, nein, streikt und erzwingt euch so den Lohn! So und ähnlich heult es um die Partei des Staatsgedankens herum, wir aber müssen ruhigen Kopf und freies Herz behalten und immer nur fragen: was nützt der Produktionskraft des ganzen Volkskörpers, und was ist technisch möglich? Wir sind und wollen bleiben eine praktisch ausgleichende, schöpferische Partei. Unser zu bearbeitender Rohstoff ist die Tatsächlichkeit des Lebens, und nach unserer Auffassung zeigt sich die politische Kraft nicht darin, die kühnsten Gedankengänge auszuschütten, sondern darin, das zu verwirklichen, was Bestand haben kann. Der Wirklichkeitssinn sei das Eigentum der deutschen Demokratie! An Phantasten werden uns die Radikalen rechts und links immer übertreffen. Nichts ist für die begabten Menschen leichter, als sich eine Weltordnung auszudenken, in der alles besser sein soll. Je mehr er sich von den Dingen entfernt, desto schöner leuchten seine Wolken. Jetzt aber, nach dem Hunger, nach den Verlusten, jetzt brauchen wir keine Träume, sondern wirkliche Organisationen, ein brauchbares Rätesystem, einen durchführbaren Fabrikparlamentarismus, eine Mithilfe der Arbeiter an der Überwindung der nutzlosen Streiks, eine Befreiung persönlicher Tüchtigkeiten, eine Erhaltung der technischen und kaufmännischen Leitungskräfte, eine Belebung des nationalen Willens zu Arbeit und Erwerb. Hierbei gilt es, gerecht und praktisch auszugleichen. Ähnlich steht es mit der Nahrungsversorgung, bei der auch die Schlagworte allein nicht genügen, sondern ein solcher Zustand erstrebt werden muß, bei dem der Landmann produzieren kann, ohne daß der Verbraucher überteuert wird. Das bedarf der eindringlichen wirtschaftspolitischen Einzelarbeit, zu der in der deutschen Demokratie darum die besten Möglichkeiten vorhanden sind, weil hier keine Interessentengruppe für sich allein den Ton angibt. Wer will im parlamentarischen Staate die notwendigen Vermittlungen vollziehen, wenn es nicht staatserhaltende republikanische Parteien gibt, die sich mit Hingebung dieser Aufgabe unterziehen?

Als wir vor kurzem auf dem Parteitage der Deutschen Demokratie versammelt waren, lernten viele Männer und Frauen sich kennen, die vorher noch nicht durch gemeinsame Arbeit verbunden waren. Jetzt ist nun aber der Bund geschlossen. Mit etwa 900 000 Mitgliedern und 118 Parteisekretären gehen wir den kommenden politischen Aufgaben entgegen. Wir bitten alle unsere Freunde, überall der deutschen Demokratie zu helfen.

Wilhelm Heile / Die neue Verfassung

Mit 262 gegen 75 Stimmen bei einer Stimmenthaltung hat die Deutsche Nationalversammlung am 31. Juli nach Abschluß der dritten Lesung das Verfassungswerk beschlossen und zum deutschen Staatsgrundgesetz gemacht. Während drinnen im Saale Ansprachen des Ministerpräsidenten, des Reichsministers des Innern und des Reichstagspräsidenten den geschichtlich denkwürdigen Augenblick zu einer erhebenden Schlußfeier gestalteten, ging draußen auf dem Gebäude der Versammlung die neue schwarzrotgoldene Reichsflagge hoch.

Wir dachten an das alte Wort des Lateiners: so viel lastende Mühsal kostete es, das germanische Volk zu gründen. Ja, welch ein Weg der Mühsal und der Not, ehe das deutsche Volk unserer Tage sich seinen Volksstaat schaffen konnte! Auf den Tag fünf Jahre sind es her, seit der Weltkrieg über uns hereinbrach. Wie oft haben wir in diesen Jahren gewarnt und gemahnt, daß nur eine vollkommene Neuordnung des Verhältnisses zwischen dem Staat und seinen Bürgern uns die Kraft erhalten und verleihen könne, dem Ansturm der feindlichen Außenwelt zu widerstehen! Jetzt, wo wir auf den Trümmern des zusammengebrochenen Reiches uns unseren neuen Staat zu errichten hatten, da stand nichts mehr dem im Wege, daß man den Neubau ganz nach neuen Gedanken schuf, frei von jenen Schwächen, die mitschuldig sind an dem furchtbaren Zusammenbruch. Kein Wunder, daß dieses neue Werk keine Zustimmung finden konnte bei denen, die unter dem irreführenden Namen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei nach wie vor Träger des alten innen- und außenpolitischen Systems sind, und ebensowenig bei denen, deren zersetzender Geist der Verneinung unter der Flagge der „Unabhängigkeit" sowohl dem sozialen Gedanken der Versöhnung und des Ausgleichs, wie dem demokratischen Gedanken der gleichberechtigten Mitwirkung aller Volksgenossen teils wollend, teils nicht wollend, sich in erbitterter Feindschaft entgegenstellt.

Noch nicht sechs Monate sind ins Land gegangen, seit die Nationalversammlung zusammentrat und ihre Hauptaufgabe, die Ausarbeitung der neuen deutschen Verfassung, in Angriff nahm. Und nun ist das Werk vollendet, ein Werk, an dem viele mitgearbeitet haben und mitarbeiten mußten und das die Spuren solcher gemeinsamen Arbeit ungleich gearteter Baumeister unverkennbar an sich trägt. Und doch ist es ein Werk geworden, das in seinen Hauptzielen einen einheitlichen Willen bekundet, der stärker ist als alles, was an einheitbildender, zusammenfassender Kraft jemals in Deutschland vorhanden war. Die Erfahrungen des alten Reiches, seines raschen Aufstiegs und seines jähen Zusammenbruchs, sind in dem Werke verwertet. Was an Vorbildern in den demokratischen Ländern der Welt vorhanden ist, ist von den Mitarbeitern der neuen Verfassung prüfend beachtet worden. Und doch ist es ein Werk ohne Vorbild, das jetzt vollendet vor uns liegt; ein Werk, in dem

Digitized by Google

gewiß vieles, was bei uns allmählich geworden und gewachsen ist, seinen gesetzlichen und gesetzgebenden Ausdruck findet und manches, was an Kraft auch unter den neuen Verhältnissen nichts verloren hat, nur seine Bestätigung findet; aber im wesentlichen doch ein echtes Werk der Revolution, in dem bewußt und wollend Neuland beschritten wird.

Der alte Streit der staatsrechtlichen Theoretiker, wer oder was eigentlich der Staat sei, hat im neuen Deutschland keinen Boden mehr. Kein Bund der Fürsten mehr, wie in der Verfassung von 1871, auch kein bloßer Bund der deutschen Gliedstaaten, sondern der Staat des deutschen Volkes, seine Lebens- und Willensgemeinschaft, das ist fortan das Deutsche Reich. Klar und bestimmt heißt es jetzt: „Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben."

Diese Tatsache, daß das Volk selber es ist, das sich durch seine frei gewählte Nationalversammlung seine freie und volkstümliche Verfassung gibt, findet gleich im ersten Artikel in zwei lapidaren Sätzen ihren doppelten Ausdruck: „Das Deutsche Reich ist eine Republik" und „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus". Wohl heißt es dann im zweiten Artikel, daß das Reichsgebiet aus den Gebieten der deutschen „Länder" besteht. Aber diese Länder sind ja keine Staaten mehr mit eigener Politik, nur Gebiete einer allerdings hoch entwickelten Selbstverwaltung, die nach wie vor in reinen Landesangelegenheiten auch das Recht der Landesgesetzgebung behalten. In allen großen Dingen steht es endgültig und unzweideutig fest: das Reich ist der eigentliche Staat.

Dieser staatliche Charakter des Reiches prägt sich auch darin aus, daß künftig das Reich seine eigene Verwaltung haben wird. Bisher hatte das Reich ja bloß die Gesetzgebung und mußte die Ausführung der Gesetze den Staaten überlassen. Jetzt wird „die Staatsgewalt in Reichsangelegenheiten durch die Organe des Reichs auf Grund der Reichsverfassung, in Landesangelegenheiten durch die Organe der Länder auf Grund der Landesverfassungen ausgeübt". Dabei ist die schwierige Frage, was Reichs- und was Landesangelegenheiten sind, durch eine sorgliche Teilung der Befugnisse glücklich gelöst. Es ist hier nicht die Stelle, um die Punkte aufzuzählen, die nach der neuen Verfassung dem Reiche überwiesen sind. Das möge man in der Verfassung selber nachlesen. Hier genüge zur Kennzeichnung der Art, wie die Abgrenzung der Zuständigkeit durchgeführt ist, der Hinweis, daß das Reich in einer Reihe von Fällen die ausschließliche Gesetzgebung hat, während in einer weit größeren Gruppe öffentlicher Angelegenheiten gesagt ist: das Reich hat die Gesetzgebung über . . . In weiteren Fällen heißt es dann: „Soweit ein Bedürfnis für den Erlaß einheitlicher Vorschriften vorhanden ist, hat das Reich die Gesetzgebung über . . .", und schließlich: „Das Reich kann im Wege der Gesetzgebung Grundsätze aufstellen für die Rechte und Pflichten der Religionsgesellschaften, das Schulwesen . . ., das Recht der Beamten . . ., das Bodenrecht . . ., das Bestattungswesen."

Solange und soweit das Reich von seinem Gesetzgebungsrecht keinen Gebrauch macht, behalten die Länder mit Ausnahme der Fälle der ausschließlichen Gesetzgebung des Reichs das Recht der Landesgesetzgebung. Der Grundsatz „Reichsrecht bricht Landrecht" sichert dabei dem Reich jederzeit die Möglichkeit, über die Landesgesetzgebung hinauszugehen. Und damit die Reichsregierung in der Lage ist, den Reichswillen auch bei der Ausführung der Gesetze zur Geltung zu bringen, statt hierbei wie bisher auf den guten Willen der Landesregierungen angewiesen zu sein, ist ihr fortan das Aufsichtsrecht in den Angelegenheiten anvertraut, in denen dem Reich das Recht der Gesetzgebung zusteht. Soweit die Reichsgesetze von den Landesbehörden auszuführen sind, kann die Reichsregierung allgemeine Anweisungen erlassen. Sie ist ferner ermächtigt, zu den Landeszentralbehörden und mit ihrer Zustimmung auch zu den unteren Organen Reichsbeauftragte zu entsenden, denen die Überwachung der Ausführung der Reichsgesetze obliegt. Welch ein Fortschritt des Reichsgedankens durch diese Bestimmung erzielt ist, das kann man so recht ermessen, wenn man an die Nöte der Reichsregierung bei der einheitlichen und gerechten Regelung der Volksernährung während des Krieges denkt. Was nützten die schönsten Gesetze und Verordnungen, solange man keine Macht hatte, weder sie selbst durchzuführen noch gar die Einzelstaaten zu veranlassen, sie im Reichsinteresse und nicht im Sonderinteresse ihrer Bevölkerung durchzuführen!

Das Hauptstück aller Staatlichkeit ist aber die Steuerhoheit. Wer die Finanzgeschichte des Deutschen Reiches von 1871 bis zum Zusammenbruch kennt, der weiß, wie völlig unmöglich es sein würde, zu gesunden Finanzverhältnissen zu kommen, wenn wir nicht mit dem alten System der vollkommenen Steuerhoheit der Einzelstaaten brechen. Das Reich muß an die Quellen der Steuerkraft herankommen können; seinen Riesenbedarf zu decken, muß jetzt die erste und dringlichste Sorge sein. Diesen Weg hat die neue Verfassung entschlossen beschritten: Das Reich hat fortan „die Gesetzgebung über Abgaben oder sonstige Einnahmen, soweit sie ganz oder teilweise für Reichszwecke in Anspruch genommen werden. Nimmt das Reich Abgaben oder sonstige Einnahmen in Anspruch, die bisher den Ländern zustanden, so hat es auf die Erhaltung der Lebensfähigkeit der Länder Rücksicht zu nehmen". Da ferner das Reich im Wege der Gesetzgebung Grundsätze über die Zulässigkeit und Erhebungsart von Landesabgaben aufstellen kann, so ist auch auf steuerlichem Gebiete der Gedanke des deutschen Einheitsstaates zum Siege geführt. Gewiß ist es nicht der Sinn dieser Bestimmungen, daß alles in schematischer Einheitlichkeit von einer einzigen Stelle aus verfügt und geregelt wird. Aber es soll doch und wird auch durch die neue Verfassung erreicht werden, daß Reich und Länder nicht mehr gegeneinander arbeiten können, sondern miteinander wirken, um auf der Grundlage möglichst großer Selbständigkeit der Glieder eine möglichst große Einheitlichkeit des Ganzen zu erzielen.

Das ist auch das Ziel, das durch den viel umstrittenen Artikel 18 angestrebt wird. Das Übergewicht Preußens im alten Reiche wurde nicht bloß von den anderen Bundesstaaten als drückend empfunden, sondern viel mehr noch vom Reiche selbst. Eine wirkliche Reichsregierung gab es ja nach der Verfassung nicht; aber die Entwicklung ging doch von 1871 bis zum Ende ganz folgerichtig dahin, daß die Staatssekretariate in steigendem Maße den Charakter von Reichsministerien erhielten und zusammen mit dem übergeordneten Reichskanzleramt eine Reichsregierung bildeten, der gegenüber der Bundesrat als Körperschaft der verbündeten Regierungen nur noch die Rolle einer ersten Kammer spielte. Daß diese Entwicklung nicht bis zur Vollendung des Reichsgedankens gedeihen konnte, daran trägt die Sonderstellung

Digitized by Google

schuld, die der preußische Staat dank seiner Größe naturnotwendig einnahm. Andererseits war Preußen, solange der Reichsbau unvollendet war, als Reichsklammer unentbehrlich; die Personalunion in Krone und Kanzleramt entsprach nicht bloß dem geschichtlichen Werdegang des Reiches, sondern auch dem politischen Bedürfnis dieses Staatswesens, das kein Staat war, aber nur leben konnte, weil die unaufhaltsame Entwicklung zum Staate sein eigentliches Wesen war.

Aus diesem Zustand der Unfertigkeit, Halbheit und inneren Widersprüche mußten wir heraus. Die Revolution hatte hier leider ihre wichtigste Aufgabe versäumt. So war es Aufgabe der verfassunggebenden Nationalversammlung, endlich den einheitlichen und organischen Aufbau des deutschen Staates durchzuführen oder doch den Weg für die schnelle Entwicklung dahin zu ebnen. Nicht um irgendwelchen partikularistischen Strömungen Rechnung zu tragen, sind die bekannten Bestimmungen des Artikels 18 Gesetz geworden, sondern um die natürliche Gliederung zu ermöglichen und auf Grundlage dieser natürlichen Gliederung durch Herstellung eines besseren Gleichgewichtsverhältnisses zwischen den einzelnen Ländern die dann vom unerträglichen Wettbewerb befreite Reichsgewalt zur einzigen wirklichen Staatsgewalt im Reiche zu machen.

Dem gleichen Ziel dient die Bestimmung, daß zwar jedes Land mindestens eine Stimme im Reichsrat bekommt, größere Länder für je eine Million eine Stimme, kein Land aber mehr als zwei Fünftel aller Stimmen. Und da ferner künftig die Hälfte der auf Preußen entfallenden Stimmen durch Vertreter seiner Provinzen abgegeben werden, so ist der Beklemmung, die in Süddeutschland infolge des preußischen Übergewichts besteht, in weitgehendem Maße die Ursache entzogen, und ein Übergewicht Preußens über das Reich wird kaum noch auf die Dauer möglich sein.

Rechnen wir hinzu, daß wir jetzt eine wirkliche Reichsregierung und nicht mehr bloß „verbündete Regierungen" haben, so wird es vollends klar, wie groß der Sieg des Einheitsgedankens ist. Was schon im alten Reiche an Symbolen und Kräften der Einheit vorhanden war, ist erhalten geblieben. Das Kaisertum besteht zwar nicht mehr, ebenso wenig aber auch die einzelstaatlichen Monarchien, die den Kern der alten Vielstaaterei bildeten. Und an Stelle der einigenden Macht des Kaisertums ist die ebenso einigende Einrichtung getreten, daß der Reichspräsident nicht etwa vom Reichstag und Reichsrat, sondern vom ganzen deutschen Volke gewählt wird. Sein Amt dauert sieben Jahre, das des Reichstags nur vier Jahre. Und da Wiederwahl zulässig ist, kann der Reichspräsident eine Stellung von so großer Bedeutung haben, wie nur irgendein Monarch. Aber indem wir uns somit die Vorzüge der Monarchie gesichert haben, haben wir doch die Gefahren, die mit ihr verbunden sind, für immer verbannt. Wenn der Präsident von seiner Macht einen Gebrauch macht, die nicht dem Willen des Volkes und seiner Vertretung entspricht, so kann er jederzeit auf Antrag des Reichstags durch Volksabstimmung abgesetzt werden.

Die Staatsgewalt liegt eben beim Volke. Und sie wird ausgeübt durch seine Vertretung, den Reichstag. Der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister werden zwar vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen; aber sie bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags, und jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn der Reichstag ihm durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht.

Die Reichsgesetze werden vom Reichstag beschlossen. Die Gesetzesvorlagen werden von der Regierung oder aus der Mitte des Reichstags eingebracht. Werden sie von der Regierung eingebracht, so muß diese vorher die Zustimmung des Reichsrats einholen. Ist diese nicht zu bekommen, so kann die Regierung die Vorlage trotzdem einbringen, muß aber dabei die abweichende Meinung des Reichsrats bekanntgeben. Zum Beschluß des Gesetzes reicht der Wille des Reichstags aus. Doch steht dem Reichsrat der Einspruch zu. Im Falle des Einspruchs wird das Gesetz dem Reichstag zur nochmaligen Beschlußfassung vorgelegt. Kommt hierbei keine Übereinstimmung zustande, so kann der Reichspräsident einen Volksentscheid anordnen. Macht der Präsident von diesem Recht keinen Gebrauch, so gilt das Gesetz als nicht zustande gekommen. Hat der Reichstag mit Zweidrittelmehrheit entgegen dem Einspruch des Reichsrats beschlossen, so muß der Präsident das Gesetz in der Fassung des Reichstags verkünden oder einen Volksentscheid anordnen.

Zur Abänderung der Verfassung ist Zweidrittelmehrheit im Reichstag und Reichsrat erforderlich. Kommt dabei eine Übereinstimmung zwischen Reichstag und Reichsrat nicht zustande, so gilt das gleiche wie beim gewöhnlichen Gesetz. Es muß dann der Präsident das vom Reichstag beschlossene Gesetz verkünden oder einen Volksentscheid anordnen.

Der Reichsrat hat also alle Macht, die nötig ist, die berechtigten Sonderinteressen der einzelnen Länder zu vertreten. Aber er ist niemals mehr ein unüberwindliches Hindernis, wie es früher der Bundesrat war. Die letzte Entscheidung liegt beim Volke selbst. Und wie das Volk durch den Volksentscheid in allen strittigen Fragen das letzte Wort zu sprechen hat, so kann es auch durch das Gegenstück des Volksentscheides, das Volksbegehren, seinen Willen unmittelbar bekunden und durchsetzen, wenn einmal in der Mitte des Volkes der Antrieb zu neuen Gedanken und Beschlüssen entsteht, die weder in der Volksvertretung noch in der Regierung aufgegriffen werden.

Lange Zeit bestand die Gefahr, daß dieser klare demokratische Aufbau der Verfassung durch die Ausgestaltung des sogenannten Rätesystems verwirrt werden würde. Glücklicherweise haben die Anhänger des Rätegedankens diesen Erfolg nicht gehabt. Was an ihrem Gedanken grundsätzlich richtig ist, das ist auch in der Verfassung festgelegt worden. Darüber hinaus ist es aber abgelehnt worden, an die Stelle des sozialen Gedankens vom Ausgleich der Interessen den Klassenkampf und an Stelle der reinen Demokratie, der Gleichberechtigung aller Volksgenossen, die Volksherrschaft einer einzelnen Klasse zu setzen.

Dieser demokratische Gedanke der gleichberechtigten Mitwirkung des ganzen Volkes durchdringt alle Teile der Verfassung. Er ist bis zur letzten Folgerung zielklar durchgeführt worden. Im Reich, in den Ländern, in den Gemeinden — überall gilt das demokratisch gleiche Verhältniswahlrecht. Das Volk ist nicht bloß der Träger der Staatsgewalt; es bildet selbst den Staat, und nirgends in der Welt ist der Grundsatz folgerichtiger oder auch nur ähnlich folgerichtig vorhanden, dessen Geist wir in unserer Verfassung in jedem Satze wiederfinden: der Staat, das sind wir alle.

Digitized by Google

Wir haben heute nur vom Aufbau des neuen deutschen Staates gesprochen. Vom anderen Teile der Verfassung, von den Grundrechten und Grundpflichten der Deutschen soll an anderer Stelle die Rede sein.

Gertrud Bäumer / Die neuen Grundrechte der deutschen Frau

Wenn man gesagt hat, daß durch die neue Verfassung das deutsche Volk das freieste der Welt geworden ist, so gilt vielleicht in noch höherem Grade für die deutsche Frau, daß die Verfassung sie zur freiesten der Welt macht. Und wenn man noch so viele formal juristische Bedenken haben mag, ob es richtig ist, daß die Grundrechte, die ursprünglich in ein paar allgemeinen Sätzen niedergelegt sind, nun so viele Einzelforderungen in sich aufgenommen haben — wir können im Grunde doch froh sein, daß es auf die Art möglich war, die künftige Rechtsstellung der deutschen Frau in ihren entscheidenden Grundbedingungen der Willkür der Gesetzgebung zu entziehen und so zu befestigen, wie es durch staatsrechtliche Mittel nur geschehen kann.

Die Grundrechte und Grundpflichten, die „Richtschnur und Schranke für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege im Reich und in den Ländern" sind, enthalten in ihrem ersten Artikel den Satz: „Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten." Damit ist das Prinzip für die Regelung der gesamten öffentlich-rechtlichen Stellung der Frau ausgesprochen. Wir möchten dabei das Wort „grundsätzlich" in seinem vollen, positiven Sinn verstehen. Es hat allerdings noch eine andere Bedeutung, und man muß dafür sorgen, daß sie in der Gesetzgebung, die der Verfassung nun erst im einzelnen Gestalt gibt, nicht mißbraucht wird: die Bedeutung der Einschränkung. Möglicherweise ist man geneigt, den Satz etwa so zu übersetzen: Männer und Frauen haben „im Prinzip" die gleichen Rechte. Oder auch „in der Regel", so daß Ausnahmebestimmungen für die Frauen dennoch zulässig wären.

Es ist natürlich richtig, daß Männer und Frauen nicht schematisch die gleichen staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen können. Man braucht nur an den Heeresdienst zu denken. Insofern ist das „grundsätzlich", das auf die Differenzierung im Praktischen hinweist, berechtigt. Besser wäre aber, um die Gefahr eines Mißbrauchs zu verhüten, gewesen, wenn man den Satz formuliert hätte: „Männer und Frauen haben die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und grundsätzlich die gleichen Pflichten." Dann wäre unmißverständlich zum Ausdruck gekommen, daß die Basis des öffentlichen Rechtes für die Geschlechter gleich ist, während der dafür zu leistende Dienst der besonderen Wesensart und gesellschaftlichen Bestimmung von Mann und Frau folgt. Das ist leider nicht zu erreichen gewesen. Um so mehr muß dafür gesorgt werden, daß die Gesetzgebung das hier niedergelegte Prinzip verwirklicht. Vor allem durch die Erschließung der Verwaltungsämter an die Frauen. Auch hier soll es sich in der Verwendung nicht um schematische Gleichheit handeln, sondern um die Beseitigung der Hemmungen, die einer wesensgemäßen Verwertung der Frauenkraft in der Verwaltung bis in ihre letzten leitenden Stellen hinein entgegenstehen.

Der Paragraph der Grundrechte hat seine Ergänzung nach der einen Seite in dem gleichen Wahlrecht, nach der anderen Seite in dem Satz, der die weiblichen Beamten betrifft und sagt: „Alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt." Die Ausdehnungsfähigkeit dieser Bestimmung ist groß. Sie richtet sich zunächst gegen das Beamtinnenzölibat, das damit für das Reich und die Länder in allen Zweigen (Schule, Post usw.) aufgehoben ist. Das Zentrum hat g e g e n diese Einfügung gestimmt, ebenso die Deutschnationalen.

* * *

Die „Grundrechte" sprechen eingehend von der Familie. Es bestand das Bedürfnis, die Familie, als die erste, engste und grundlegende Gemeinschaftsform, unter den besonderen Schutz der Verfassung zu stellen. Da das geschah, konnten die Frauen nicht darauf verzichten, hier, an der zweifellos entscheidenden Stelle ihrer sittlich-rechtlichen Gleichwertung, etwas über die Stellung der Frau festzulegen. In der dritten Lesung ist dem Satz: „Die Ehe steht unter dem Schutz der Verfassung" hinzugefügt: „Sie beruht auf Gleichberechtigung beider Geschlechter". Auch diesen Satz haben die Deutschnationalen abgelehnt. Ein Teil des Zentrums hat dafür gestimmt, ein anderer — der größere — ihn abgelehnt. Durch die Aufnahme dieses Satzes in die Verfassung ist in Deutschland gesichert, was bisher auch in keinem Lande der Erde voll verwirklicht ist, eine Rechtsordnung der Ehe, die der Frau die Stellung der selbstverantwortlichen freien Persönlichkeit gibt.

Sehr lebhafte Auseinandersetzungen gab es bei der zweiten wie bei der dritten Lesung über die Lage des unehelichen Kindes. Der schließlich angenommene Satz entspricht dem demokratischen Antrag. „Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern." Die Unabhängigen und die Sozialdemokraten wollten die volle Gleichstellung, ohne in Rechnung zu ziehen, daß eine solche sich nicht verwirklichen läßt, weil die Lage eines in der Familie aufwachsenden Kindes eine andere ist als eines solchen, das außerhalb der Ehe aufwächst und aus dieser besonderen Lage sich, insbesondere betreffend das Verhältnis der M u t t e r zum Kinde, andere Rechtsnormen ergeben. Es kann daher nicht wohl, ohne daß Unmögliches verlangt oder der Satz der Verfassung zur undurchführbaren Phrase herabgedrückt wird (und eben das muß bei der an sich juristisch wenig bestimmten Form der Grundrechte vermieden werden), von unbedingt den g l e i c h e n Rechten gesprochen werden. Was aber gesichert werden muß, ist die Beseitigung aller der Umstände minderer Verantwortlichkeit der Eltern, insbesondere des Vaters, durch welche das uneheliche Kind sinn- und grundlos als Wesen zweiter Klasse eingeschätzt und behandelt wird. Folgerichtig hätte die Verfassung auch einen Satz über die uneheliche Mutter aufnehmen müssen. Es hat sich leider nicht durchsetzen lassen. Der Satz, den die Unabhängigen in der zweiten Lesung zur Annahme brachten — daß die uneheliche Mutter amtlich den Titel „Frau" führen darf —, gehört im Grunde, da er eine und bei weitem nicht die wichtigste Einzelheit ihrer gesellschaftlichen Stellung berührt, nicht in die Verfassung. S a c h l i c h ist natürlich dieser Satz berechtigt. Wer einmal mitangehört hat, wenn ein Beamter die mit ihrem aufhorchenden Kinde erscheinende uneheliche Mutter mit „Fräulein" anredete, begreift die Roheit, die darin liegt. Das Zentrum und die Deutsch-

Digitized by Google

nationalen haben den das uneheliche Kind betreffenden Satz abgelehnt.

An verschiedenen Stellen der Verfassung ist außerdem des Schutzes der Mutterschaft gedacht. Auch das ein neuer Zug in einer Verfassung. Er bringt zum Ausdruck, daß andere Wertungen den Aufbau des neuen Staates bestimmen, als sie den alten Machtstaat beherrschten. Früher hat es niemand im Staatsgrundgesetz für nötig gehalten, des aufbauenden Grundrechts des Staates, der Mutterschaft, zu gedenken. Heute ist ihre Bedeutung dem Gesetzgeber bewußt und gegenwärtig. Vielleicht spricht sich darin am deutlichsten das neue Gesetz aus, das über dem Leben des Staates aufgerichtet werden soll: nicht der gewalttätigen Macht, sondern der lebenschaffenden, aufbauenden, friedensbedürftigen Kraft.

Gustav Schneider-Sachsen, M.d.R. / Angestelltenbewegung

Die politischen Triebkräfte eines Volkes sind immer stärker als die wirtschaftlichen. Am deutlichsten sehen wir es in den Verbänden der Angestellten und Arbeiter. Obwohl die Berufsinteressen geradezu nach Vereinheitlichung drängen, sehen wir, sowohl in der Arbeiterbewegung wie in der Angestelltenbewegung, die drei großen Grundrichtungen unseres politischen Lebens sich widerspiegeln. Stark hervortretend in der Arbeiterbewegung die sozialdemokratische, dann die christlich-konservative, weniger stark noch die freiheitlich-demokratische. — In der Angestelltenbewegung ist der Entwickelungsgang ein entgegengesetzter. Die stärksten Gruppen stehen auf freiheitlich-demokratischer Grundlage, dann erst folgt die sozialdemokratische — die zur Hälfte aus Frauen besteht! — und zuletzt die christlich-konservative Richtung, stark mit antisemitischen Anklängen durchsetzt. Etwa Stöckersche Schule.

Die Revolution hat die Angestelltenorganisationen, soweit politische — nicht parteipolitische — Triebkräfte in Betracht kommen, nur wenig verändert. Die alten Verbände haben ihre Mitgliederbestände, die vor dem Kriege vorhanden waren, wieder um sich gesammelt. Neuen Zuwachs aus den Scharen der bisher Unorganisierten haben die sozialdemokratisch gerichteten Verbände erhalten. Es zeigt sich hier die gleiche Erscheinung wie in der Arbeiterschaft. Ungeschulte und unreife Köpfe, die bislang die Organisation scheuten, werden am ehesten von der radikalen Phrase mitgerissen. Den größten Zuwachs erzielte der Zentralverband der Handlungsgehilfen. Zu zwei Dritteln besteht er aber aus weiblichen Arbeitskräften, die sich zudem nicht bloß aus Handlungsgehilfinnen, sondern auch aus Packerinnen, Laufmädchen und ähnlichen Hilfsarbeiterinnen zusammensetzen. Meist Jugendliche, bei denen von politischem Verständnis kaum gesprochen werden kann. Die Führer des Zentralverbandes aber betreiben eine einseitige Parteipolitik. An der Spitze steht der Spartakist Paul Lange, der mit fanatischem Eifer für die Diktatur des Proletariats kämpft. Ähnlich gerichtet ist der Allgemeine Bankbeamten-Verband. Einer seiner Führer — Emonts — ist, wie neuerdings bekannt wurde, gleichfalls aktiver Spartakist; ein anderer — Marx — bekennt sich zur U. S. P. D. Die gleiche Richtung vertritt Aufhäuser vom Bund technisch-industrieller Angestellten. Dieser Bund hat neuerdings durch Verschmelzung mit dem deutschen Technikerverband eine Verstärkung erfahren. Freilich nicht zum Vorteil seiner inneren Einheitlichkeit. Denn große Mitgliederteile des früheren deutschen Technikerverbandes billigen die parteipolitische Arbeit der Führung nicht, so daß bei der Verschmelzung die parteipolitische Neutralität stark betont werden mußte. Ähnlich liegen die Verhältnisse beim Deutschen Werkmeisterverband. Auch bei ihm kann von einer einheitlichen politischen Grundrichtung nicht gesprochen werden. Zweifellos sind starke Teile der Mitglieder von der sozialdemokratischen Welle erfaßt und mitgespült worden, ebenso zweifelsfrei ist aber, daß größere Teile der alten liberalen Richtung treu geblieben sind. Es vollzieht sich unter den Technikern und Werkmeistern ein Gärungsprozeß, der offenbar nach einer Trennung der beruflichen Organisation drängt.

Die bisher genannten Verbände sowie der Verband deutscher Büroangestellten und noch eine Anzahl kleiner und kleinster Verbände mit unbedeutenden Mitgliederzahlen bilden die „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände". Ihr Grundcharakter ist sozialdemokratisch, mit allen Schattierungen, die diese politische Richtung jetzt aufweist, bis zu den Kommunisten und Spartakisten.

In den anderen Angestelltenverbänden gehen die Versuche nach Vereinheitlichung — unter Ausschaltung politischer Strömungen — bis auf lange Jahre vor dem Kriege zurück. Der erste Versuch fand zwischen dem Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig und dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband Hamburg statt. Er scheiterte an der Stellungnahme zur Frauenarbeit. Später aufgenommene Verhandlungen führten zur „Sozialen Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände", die aus dem Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, dem Kaufmännischen Verein von 1858 Hamburg und dem Deutschen Verband kaufmännischer Vereine, Sitz Frankfurt a. M. bestand. Nach mannigfachen Verhandlungen, deren Darstellung hier zu weit führen würde, entwickelten sich aus diesem Anfange der „Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellter", bestehend aus dem Kaufmännischen Verein von 1858, Hamburg, Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband Hamburg, Verein der Deutschen Kaufleute Berlin, Verband weiblicher Angestellten Berlin und dem Deutschen Bankbeamten-Verband. Der Gewerkschaftsbund entfaltete eine rege sozialpolitische und gewerkschaftliche Tätigkeit, ohne doch zu weiterer innerer Geschlossenheit zusammenwachsen zu können. Die politischen Grundströmungen der einzelnen Verbände erwiesen sich stärker als die beruflichen Erfordernisse. Insbesondere suchte der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband seine „deutschvölkischen" Anschauungen zur Geltung zu bringen und erweckte damit die Gegenwirkung der Richtungen, die in einer konservativen Gestaltung der Angestelltenbewegung eine Gefahr für den Aufstieg der Angestellten erblickten und ihn nur von einer freiheitlichen Entwicklung erwarteten. An diesem Gegensatze scheiterten letzten Endes die Bemühungen, die vor allem der Verband Deutscher Handlungsgehilfen unternahm, eine Einheitsgewerkschaft aller kaufmännischen Angestellten, mit Einschluß der Frauen, zu bilden. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband beanspruchte, innerhalb dieser Einheitsgewerkschaft seine politischen deutschvölkischen Ziele besonders pflegen zu dürfen. Ein Verlangen, das nicht erfüllt werden konnte, weil es zur Sprengung der Einheit geführt hätte.

Inzwischen war in der gewerkschaftlichen Arbeit eine grundsätzliche Wandlung eingetreten. Der wichtigste Teil

Digitized by Google

dieser Arbeit, die Gehaltsbewegung, war, zumal in den Großbetrieben, in die Betriebe selbst verlegt worden. Dieser Kampf machte natürlich keinen Unterschied zwischen Technikern, Ingenieuren, kaufmännischen Angestellten, Büroangestellten, Zeichnern, Männern oder Frauen, sondern zwang alle Angestellten des Betriebes zu gemeinsamem Handeln. Da erwies sich die Vielheit der Organisationen als außerordentlich störend. Es erforderte große Anstrengungen, erst einmal die vielen Angestelltenorganisationen auf gemeinsame Forderungen zu vereinigen. Die verschiedenen Verbandsegoismen ließen sich dann auch im Kampfe selbst nicht immer zurückdrängen, so daß eine erhebliche Schwächung der Kampfkraft die notwendige Folge war. Alles drängte nach Zusammenfassung der Kräfte aller Angestellten, zumal ja auch die Stellung der Arbeiterschaft zu den Angestellten vielfach feindlich war. Der Verband Deutscher Handlungsgehilfen erkannte zuerst, daß die Kräfte der Angestellten, die im Betriebe aufeinander angewiesen waren, organisatorisch nicht weiterhin getrennt bleiben konnten. Die Einheitlichkeit der Betriebsinteressen erforderte gebieterisch die einheitliche Organisation. Er zog für sich die notwendigen Schlüsse und erweiterte seine Organisationsgrundlage auf Techniker, Ingenieure, Werkmeister, Büroangestellte in Handel und Industrie und faßte den weiteren Beschluß, auch Frauen in diese Organisation aufzunehmen. Sein Antrag, den Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellten in einen „Gewerkschaftsbund der Angestellten" umzuwandeln, wurde zweimal vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, dem Verband weiblicher Angestellten und dem Deutschen Bankbeamtenverband abgelehnt.

Die Notwendigkeit einer Gemeinschaftsorganisation aller Angestellten war aber schon zu stark ins Bewußtsein der Angestellten selbst eingedrungen, als daß mit dieser Ablehnung diese dringende Frage hätte erledigt sein können. Mit eigenem Schwergewicht trieb sie weiter und führte mit einer Anzahl von Verbänden zu Verhandlungen, deren Einzelheiten hier gleichfalls übergangen werden können. Sie führten zu dem Ergebnis, daß sich der Kaufmännische Verein von 1858 Hamburg, der Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, der Verein der Deutschen Kaufleute Berlin, der Deutsche Privatbeamten-Verein zu Magdeburg und der Deutsche Gruben- und Fabrikbeamtenverband Bochum zu dem „Gewerkschaftsbund der Angestellten" (G. D. A.) zusammenschlossen. Die beiden letztgenannten Verbände werden sich in Kürze zu einem Deutschen Angestelltenbund verschmelzen, so daß der G. D. A. in Zukunft aus vier großen Verbänden bestehen wird. Wenn die beabsichtigte Verschmelzung aller dieser Verbände zurzeit noch nicht erfolgte, so waren nur äußere Gründe dafür maßgebend. Die drei erstgenannten besitzen leistungsfähige Ersatzkrankenkassen, deren Verschmelzung von der Regierung in unbegreiflicher Kurzsichtigkeit nicht zugelassen wird. Die Ersatzkrankenkassen sind aber ein so wichtiger Bestandteil nichtproletarischer Angestelltenbewegung, daß auf sie nicht verzichtet werden kann. Ein weiterer Grund ist die gegenwärtige Wohnungsnot und die dadurch hervorgerufene Beschränkung der Freizügigkeit. Die bei einer Verschmelzung notwendig werdende Verschiebung der Verbandsangestellten kann deshalb jetzt nicht erfolgen. So half man sich denn damit, daß ein fester Zusammenschluß in dem G. D. A. geschaffen wurde, der alle sozialen und gewerkschaftlichen Arbeiten übernimmt, darunter auch die Stellenvermittlung und die Zahlung der Streikgelder. Es wird ein besonderer berufsamtlicher Vorstand gebildet, dem ein aus allen Verbänden erwählter ehrenamtlicher Verwaltungsrat zur Seite steht. Die Fachgruppen werden vom Gewerkschaftsbunde aus den Mitgliedern aller Verbände zusammengefaßt, so daß den einzelnen Verbänden nur die reine Wohlfahrtspflege und die Werbung neuer Mitglieder verbleibt. Der Aufbau ist eben so gestaltet, daß bei veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen das Endziel, die völlige Verschmelzung, herbeigeführt werden kann. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten, wohl der stärkste Block in der Angestelltenbewegung, hat die große Aufgabe, Förderer und Träger freiheitlich-nationalen Geistes zu sein. Er ist das Bollwerk sowohl gegen den Ansturm sozialdemokratisch-bolschewistischer Gedanken, wie auch gegen die konservativ-reaktionären Elemente der Angestelltenbewegung.

Nach dem Scheitern der ersten Versuche, der deutschvölkischen Richtung die Führung der Angestellten zu sichern, versuchte der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband noch im letzten Augenblick vergeblich, den Privatbeamtenverein in Magdeburg und den Deutschen Gruben- und Fabrikbeamtenverband auf seine Seite zu ziehen und eine neue Gruppierung im Anschluß an die christlich-soziale Arbeiterbewegung zu bilden. Seine Pläne laufen darauf hinaus, mit dem Reichsverband der Angestellten — einer Zentrumsgründung, an der auch der paritätische Verband katholisch-kaufmännischer Vereine (Sitz Essen) beteiligt ist —, dem Güterbeamten-Verband, dem Leipziger Verband der Büroangestellten und — dem Verband weiblicher Angestellten in Berlin eine neue Arbeitsgemeinschaft zu bilden, in der er mit seiner deutschvölkisch-antisemitischen Richtung die Führung hätte. Ob insbesondere der Verband weiblicher Angestellten Neigung zeigen wird, sich dieser Führung unterzuordnen, ist allerdings fraglich. Er dürfte damit in seinen eigenen Mitgliederkreisen starken Widerspruch finden, denn der Windmühlenkampf des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes gegen die Frauenarbeit hat oft geradezu verletzende Formen angenommen. Seiner Grundrichtung und seiner Mitgliederzusammensetzung nach gehört der Verband weiblicher Angestellten zum Gewerkschaftsbund der Angestellten. Er hat sich schon seit je nicht auf die Organisierung kaufmännischer weiblicher Angestellten beschränkt, sondern seine Organisationsgrundlage weiter abgesteckt. Zurzeit scheint aber der Entschluß der Männerorganisationen, auch Frauen aufzunehmen, die Führung des Verbandes der weiblichen Angestellten verstimmt zu haben. Es wäre bedauerlich, wenn solche — an sich verständliche — Verbandsegoismen den Verband in eine falsche Richtung drängen würden. Denn der Gewerkschaftsbund der Angestellten ist ja nur die Vorstufe endgültiger Verschmelzung, die alle Sonderinteressen der Verbände ein für allemal ausschließt.

Wenn das Ausdehnungsgebiet der konservativ-deutschvölkisch gerichteten Angestelltenbewegung ziemlich eng umgrenzt ist, so darf doch ihre Aktivität nicht unterschätzt werden. Sie findet Unterstützung in allen Kreisen, die auf Wiederherstellung der alten Verhältnisse hinarbeiten, ebenso wie die sozialistische Angestelltenbewegung von der Sozialdemokratie lebhaft unterstützt wird. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten wird trotzdem als der große und starke Kern der Angestelltenbewegung seine Anziehungskraft ausüben. Die fortgesetzte Bedrohung der berechtigten Selbständigkeit der Angestelltenbewegung durch die Gesetzgebung — so in

Digitized by Google

der Frage der Ersatzkrankenkassen, neuerdings in der Rätefrage — führen ihm immer weitere Anhänger zu. Die Deutsche demokratische Partei hat diese Bewegung rechtzeitig erkannt und durch ihre Anträge in der Ersatzkassenfrage und mit dem Antrage zur Verfassung (Artikel 162) gezeigt, welche Bedeutung sie einer nichtproletarisch gerichteten Angestelltenbewegung beimißt. Der freiheitliche und von gesundem Deutschbewußtsein erfüllte Geist dieser Bewegung wird den freiheitlich gerichteten Staatsbürgern eine wesentliche Verstärkung zuführen können, wenn in ihnen der Sinn für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit lebendig bleibt.

Gottfried Fittbogen / Auswanderungspolitik

Vor dem Kriege hatten wir Auswanderer, aber keine Auswanderungs**politik**.

In den letzten beiden hundert Jahren sind Tausende von Millionen Deutsche in alle Länder der Erde gewandert; der Deutschland-Müde wanderte, wohin er wollte; die Volksgesamtheit überließ ihn seinem Geschick und hatte nicht Neigung, sich um den einzelnen zu kümmern. Er ging ja außer Landes, was also ging es sie noch an? Eine Ausnahme wie etwa das von der Heydtsche Reskript, das, um die Ausbeutung der Auswanderer zu verhindern, die Auswanderung nach Brasilien verbot (1859), bestätigte nur die Regel.

Das Resultat war denn auch, wie es nicht anders sein konnte. Über die ganze Erde hin zersplitterten sich die Auswanderer, die meisten gingen ihrem Volkstum verloren und fanden ihre Bestimmung darin, für fremdes Volkstum zu arbeiten und fremdes Volkstum zu stärken. Was von den Nachkommen dieser Auswanderer sich noch als Auslanddeutschtum erhalten hat, ist Ergebnis des Zufalls.

Jetzt, nach dem unglücklichen Kriege, dem militärischen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands, muß mit einer neuen Auswanderungsbewegung gerechnet werden. Diese Bewegung zu begünstigen, wäre ein Verbrechen. Denn lebendige deutsche Menschen sind der wertvollste Besitz, den wir haben. Aber es ist möglich, daß die Anstrengungen, durch innere Kolonisation die Lebens- und Ernährungsmöglichkeiten für unser Volk zu steigern, nicht zum vollen Erfolge führen. Dann bleibt nichts übrig, als den überzähligen Teil des Volkes abströmen und sich in fremden Ländern eine neue Existenz suchen zu lassen.

Aber diesmal darf das deutsche Volk nicht den alten Fehler wiederholen. Es muß auch seine auswandernden Kinder betreuen; die Gesamtheit muß für den einzelnen sorgen, daß er nach Möglichkeit in Verhältnisse kommt, wo er wirtschaftlich existieren, gesundheitlich leben und schließlich sein Volkstum (auch nach Ablegung der deutschen Staatszugehörigkeit) bewahren und auf seine Nachkommen vererben kann. Es muß also eine Stelle geschaffen werden, von der aus eine wirkliche Auswanderungs**politik** getrieben wird.

Vor kurzem ist nun ein Reichswanderungsamt gegründet worden, das ex officio alle Fragen der Einwanderung, Rückwanderung, Auswanderung zu bearbeiten hat. Was etwa wird man von ihm erwarten dürfen?

Soll für den einzelnen Auswanderer gesorgt werden, so ist es nötig, daß der einzelne einem großen Plan eingegliedert werde, ja, sich innerlich selbst ihm eingliedere. Nach diesem Plan müßte die Auswanderung von den Gegenden ferngehalten werden, wo die Deutschen ohne weiteres ihrem Volkstum verloren gehen würden; sie müßten aber, wenn denn nun einmal ausgewandert werden soll, in solche Länder geleitet werden, wo sie ihrem Volkstum erhalten bleiben können. Das heißt: der Staat lenkt — durch Verbot und Gebot — den Auswandererstrom dahin, wohin er ihn haben will. „Der einzelne wandert nicht mehr nach seinem Belieben dahin aus, wo es ihm gerade paßt, sondern der Staat, das Volk entscheidet, wohin sich für die nächsten Jahre oder Jahrzehnte vor allem die Auswanderung der Deutschen zu richten hat, die sich außerhalb Deutschlands ein Leben schaffen wollen." (Engelhardt, Die Zukunft des Auslanddeutschtums, Hamburg 1918, S. 19 ff.) Damit hätten wir eine klare Auswanderungspolitik.

Es ist kein Zweifel, daß der Staat zu einem so starken Eingriff in das Leben seiner auswandernden Volksgenossen berechtigt wäre. Zumal „dieser Krieg hat es jedem, der es vorher noch nicht gewußt hat, deutlich gemacht, daß der einzelne nicht sich selbst gehört, sondern der Volksgemeinschaft. Er ist nicht sein eigener Herr, sondern ihr eigener Diener. . . . Sollten wir nicht in eine Entwicklung hineinsteuern, die der Volksgemeinschaft größere Rechte über den einzelnen Menschen gewährt als bisher?" (Engelhardt.) Aus diesem Gedankengang folgt unweigerlich das Recht einer staatlichen Regelung der Auswanderung durch Verbot und Gebot, wie Engelhardt es gefordert hat (und ich es in Nr. 39 der Vierteljahrshefte des Vereins für das Deutschtum im Ausland, 1919, S. 11 ff. unterstützt habe).

Aber es kann zweifelhaft sein, ob dieser summarische Vorschlag sich praktisch verwirklichen ließe. Wer will, sobald sie über die Grenze sind, das Reiseziel der Auswanderer kontrollieren? Das Verfahren hat auch den Schein der Gewalt und der Willkür. Aber die Tendenz ist richtig.

Es fragt sich nun, ob es nicht ein feineres, geistigeres Mittel gibt, dasselbe Ziel zu erreichen. Ein solches Mittel (wenn man nur nicht mechanische Wirkung und restlose Vollständigkeit des Erfolges erwartet) scheint es allerdings zu geben.

Die Erfahrungen nämlich, welche die Zentralauskunftsstellen für Auswanderer in ihrer verdienstlichen Beratungstätigkeit vor dem Kriege gesammelt hat (über die jetzt ein ausführlicher Bericht in dem Buch „Auswanderung und Auswanderungspolitik" von Dr. A. Schulte im Hofe, Dietrich Reimer, Ernst Vohsen, Berlin 1918, vorliegt), haben gelehrt, daß ein großer Teil der Auswanderungslustigen die erhaltenen Auskünfte beherzigt und bei ungünstigem Bescheid die gesamte Auswanderung unterlassen hat. Niemand wird ja vorsätzlich in sein Unheil rennen. Die „wilden" Auswanderer, die, ohne Auskunft eingeholt zu haben, aufs Geratewohl in die Ferne ziehen, meist gehören sie den untersten Schichten der Bevölkerung an, tun es, weil sie in der Illusion leben, sie würden überall leben und sich eine Existenz gründen können. Würde ihre Illusion zerstört, würden sie gezwungen, sich Gedanken zu machen, so würden sie vielleicht weniger leichtsinnig handeln.

Was also nötig ist, ist dies, daß jeder Auswanderer genötigt wird, sich Gedanken über seine Zukunft zu machen, daß das Wandern ins Blaue hinein aufhört. Das wird dadurch erreicht, daß jedem Auswanderungslustigen vorgeschrieben wird, daß er zunächst eine Auskunft über sein Wanderungsziel einzuholen hat, und daß niemandem der Paß zur Ausreise ausgehändigt wird, der nicht nachweist, daß er die Aus-

Digitized by Google

kunft tatsächlich eingeholt hat. So tritt an die Stelle des einfachen kategorischen Verbotes oder der Zulassung als feineres Mittel der Beeinflussung: die obligatorische Auskunftseinholung.

Mechanisch und mit absoluter Sicherheit wird auch dies Mittel nicht funktionieren. Aber wo gibt es das unter Menschen? Doch ein kräftiger Einfluß auf die Auswanderungsbewegung kann nicht ausbleiben. Die meisten werden sich, wenn sie ungünstige Auskunft erhalten, die Sache noch einmal überlegen. Ein Teil bleibt zu Hause; ein Teil bleibt zwar auswanderungslustig, hält aber nach einem anderen Ziel Ausschau: „Wünscht er dennoch auszuwandern, so kann er auf Länder hingewiesen werden, die für die deutsche Auswanderung am geeignetsten sind" (Schulte im Hofe, S. 103), und nur ganz wenige werden leichtsinnig genug sein, die Warnung in den Wind zu schlagen.

Der Gewinn ist ein zwiefacher: ein Teil der Auswanderungslustigen wird dem Vaterland erhalten, ein anderer Teil wenigstens in Länder gelenkt, wo die Aussichten für sein Vorwärtskommen günstiger sind.

Also ist zunächst, als Voraussetzung für die Auswanderungspolitik, die obligatorische Auskunftseinholung einzuführen.

Bruno Heisterbergk/Die Moral des Mandarinen Ku-Hung-Ming

Es ist überaus reizvoll, sich damit zu beschäftigen, wie sich die geistigen Größen asiatischer Völker zu der Ideenwelt der europäischen Staaten verhalten. Kürzlich las ich einen Aufsatz im Dresdener Anzeiger, der dieses Thema anschnitt und der sich insbesondere mit den Auslassungen eines japanischen Diplomaten beschäftigte, die darin gipfelten, daß das neue demokratische Deutschland nicht dazu berufen sei, mit den Waffen den englischen Imperialismus niederzuwerfen, wohl aber den von England beherrschten Völkern den Weg zu zeigen, wie man aus eigener Kraft, durch Arbeit für das Vaterland sich einen Platz im Weltmarkt erringen könnte und sich dem widerrechtlichen Druck, dauernd für ein fremdes Land, nämlich England, zu arbeiten, entziehen müsse.

Der Artikel brachte mich auf das Werk des chinesischen Mandarinen Ku-Hung-Ming: „Chinas Verteidigung gegen europäische Ideen", das bereits 1911, also vor dem Krieg, erschienen ist. Das Buch hat in deutscher Sprache Alfons Paquet herausgegeben. Es ist bei Eugen Diederichs in Jena verlegt.

Der erste Aufsatz des Werkes, „Kultur und Anarchie", birgt eine Fülle demokratischer Anschauungen in sich, die in der Tiefe ihrer Auffassung Naumannschen Gedankengängen durchaus nahekommen und wert sind, einmal besprochen zu werden.

Der Verfasser geht davon aus, daß sowohl die Kreuzzüge wie die moderne Kolonialpolitik der europäischen Völker darauf abgezielt hätten, den asiatischen Ländern die westländische „Kultur", deren Wesen rein materialistisch sei und als Maßstab lediglich die Höhe der Lebenshaltung anlege, beizubringen. Die Höhe der Lebenshaltung ist aber dem Verfasser nicht das Ideal der Kultur. Er sagt vielmehr: „Was Kultus im Leben der Völker bedeutet, ist der wahren Bildung im Leben der einzelnen gleichzustellen." Dieser Kultur zum Siege zu verhelfen, hält er das chinesische Volk für besonders geeignet und zitiert hierzu das Urteil eines westländischen Schriftstellers Dr. Maggowan: „Ein besonders hervorstehender Zug an diesen Leuten (den Chinesen) ist ihre Fähigkeit, zusammenzuarbeiten, was eines der Hauptmerkmale kultivierter Völker ist. Organisation und Zusammenarbeiten fällt ihnen leicht infolge ihrer angeborenen Achtung vor Autorität und Gesetz. Ihre Lenksamkeit ist nicht die eines geistig gebrochenen unmännlichen Volkes, sondern sie entspringt der Gewohnheit der Selbstbeherrschung und dem Umstand, daß sie seit langem in lokalen Angelegenheiten Selbstverwaltung geübt haben. Auf diese Weise lernen sie dem Staate gegenüber Selbstvertrauen. Wenn man die ärmsten und ungebildetsten dieser Leute auf eine einsame Insel im Meere versetzen würde, so würden sie sich ebenso schnell zu einer politischen Organisation zusammenschließen, wie Leute, die ihr Leben lang unter dem Schutz einer vernünftigen Demokratie gestanden haben."

Staatsgefühl und Selbstbeherrschung des einzelnen sind also dem Verfasser die Grundpfeiler zu wahrer Kultur. Wir erinnern uns dabei der Rede Friedrich Naumanns in der Nationalversammlung vom 13. Februar 1919, die damit schließt: „Einen Volksstaat aufzurichten ist ebenso ein technisches Kunstwerk als ein moralischer Entschluß." Und warum? Weil ein Volksstaat vor allem die geistige Durchbildung und die Selbstbeherrschung des einzelnen erfordert!

Ku-Hung-Ming erstrebt nun, daß sowohl die abendländischen wie die östlichen Völker sich in Ausübung der wahren Kultur zusammenfinden müßten, anstatt sich gegenseitig zu bekämpfen, und kommt sodann auf die mittelalterliche und moderne Kultur Europas zu sprechen. Die Quelle der mittelalterlichen Kultur ist ihm die Bibel. Sie appelliert seiner Meinung nach hauptsächlich an die Gefühle von Furcht und Hoffnung im Menschen. Ihre Wirkung ist die des blinden passiven Gehorsams gegenüber der Macht und Autorität gewesen. Die neue moralische Kultur wendet sich an die gesamten geistigen Kräfte der Menschen, an ihre Vernunft und an ihre Gefühle. Die Wirkung ist Selbstvertrauen der Bevölkerung gegenüber dem Staat, das wiederum eine Regierung durch freie Einrichtungen ermöglicht, während dem Verfasser das Resultat der mitteralterlichen Kultur, die sich auf die Lehre der Bibel aufbaute, die Feudalherrschaft war.

Dem Verfasser entgeht dabei, daß das Christentum sehr wohl Träger der modernen Kultur sein kann, wenn man die Lehre Christi nur richtig auszulegen versteht, wie es schon Luther getan hat.

Die christliche wie die konfuzianische Kultur sind also nach Ku-Hung-Ming auf die Gefühle von Furcht und Hoffnung begründet. Sie ist ihm stärker und strenger als eine Kultur, die sich an die ruhige Vernunft der Menschen wendet. Diese ist nach seiner Auffassung schwieriger zu erreichen, aber hat dann, wenn sie einmal erreicht ist, die größere Dauer.

Nun führt der Verfasser weiter sehr treffend aus, daß der Bevölkerung Europas allmählich der Sinn für die Kraft und Heiligkeit der „mittelalterlichen", ich füge erläuternd hinzu „unter dem Einfluß der Orthodoxie stehenden" Kultur verlorengegangen ist. Andererseits war sie aber nicht fähig, die Kultur der ruhigen Vernunft und der Selbstbeherrschung zu pflegen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung hätten also andere Kräfte verwendet werden müssen, nämlich die rohe physische Kraft der Polizei oder des sogenannten Militarismus. Er zitiert hierzu Carlyle, der gesagt hat: „Der Zustand des modernen Europa ist Anarchie plus einen Gendarmen."

Der Militarismus ist unserem Mandarinen das Resultat des Mißvergnügens der europäischen Völker. Durch ihn sind im Innern die Opponenten gegen die alte Kultur niedergehalten worden. Andererseits ist aber der Militarismus Europas auch insofern mißbraucht worden, als er freie, unabhängige, nicht der kaukasischen Rasse angehörige Völker, wie z. B. China zu unterjochen bestrebt war.

Ku-Hung-Ming erkennt an, daß die französische Revolution und die Bewegung von 1848 wohl den Liberalismus in Europa auf idealer Grundlage erstrebt hätten, er sei aber durch den Pseudoliberalismus der Neuzeit unterdrückt worden. Der moderne Liberalismus ficht seiner Meinung nach nur für selbstische Interessen, nicht aber für Recht und Gerechtigkeit, er dient nur dem Kapitalismus.

Wir müssen Ku-Hung-Ming recht geben, daß auch heute noch unsere Volksgenossen allzusehr die selbstischen Interessen, die Parteiinteressen zum Nachteil der Allgemeinheit und des Staatswohls pflegen und daß andererseits unsere Gegner noch ganz im Banne des Imperialismus und des Militarismus liegen.

Digitized by Google

Als guter Chinese wünscht der Verfasser, daß der obengeschilderte Geist seiner Landsleute Gemeingut aller Völker werden möge.

„Innerhalb der neuen Kultur" so führt er aus, „wird Freiheit für den Gebildeten nicht bedeuten, daß er tun kann, was er mag, sondern daß er tun kann, was recht ist. Der Sklave oder der noch nicht kultivierte Mensch tut nichts Böses, weil er in dieser Welt die Knute oder die Polizei fürchtet und das höllische Feuer in der nächsten. Aber der freie Mann in der neuen Kultur ist der, für den weder Knute noch Polizei, noch höllisches Feuer mehr nötig ist. Er tut recht, weil er das Recht liebt, er tut nichts Böses, nicht aus der Triebfeder einer knechtisch gemeinen Furcht, sondern, weil er es haßt, Böses zu tun. In allen Dingen der Lebensführung macht er nicht das Gesetz einer äußeren Autorität, sondern das der inneren Vernunft und des Gewissens zu seinem Gesetz. Er kann leben ohne Herrscher, aber er lebt nicht ohne Gesetze. Daher nennen die Chinesen einen Gebildeten: „Köntzu." „Kön" ist dasselbe Wort wie das deutsche „König" und bedeutet einen königlichen Mann."

Die Lösung des Kulturproblems liegt nach Ku-Hung-Ming nicht bei Kaisern, Präsidenten, Königen oder Kabinettsministern, sie liegt vielmehr bei den einfachsten und reinsten Geistern!

„Die Dichter" — so schließt der auch in der deutschen Literatur außerordentlich bewanderte chinesische Weltweise, „haben Hymnengesungen von dieser neuen Kultur, der deutsche Heine, der sich Ritter des Menschheitsbefreiungskrieges nennt, singt:

„Ein neues Lied, ein besseres Lied,
O Freunde, will ich euch dichten,
Wir wollen hier auf Erden schon
Das Himmelreich errichten."

Elisabeth Widmann / Ein deutsches Mysterium

Wenn sich in diesen letzten zehn Jahren zwei oder drei trafen, die Beer-Hofmann kannten — das heißt den ganzen Beer-Hofmann, nicht nur seinen Grafen von Charolais, der ja ein verhältnismäßig größeres Publikum hat, weil er über die Bretter ging, den ganzen Beer-Hofmann also meine ich und denke da vor allem an jene einzigartige Traum- und Bekenntnisnovelle „Der Tod Georgs" — dann fragten sie sich mit besorgter Miene: „Schreibt er gar nicht mehr?" oder: „Schreibt er am Ende etwas ganz Großes, das ausreifen muß?" Und halb hoffnungsvoll, halb wehmütig durchzuckte es einen bei solchen Gesprächen, und man fuhr fort wie bisher, jeder für sein Teil, in Zeitschriften und Almanachen zu fahnden nach einer Spur von ihm. Da bringt uns die Zeit der großen Not auf ihrem Höhepunkt, im bösen Winter 1918, das bei Fischer erschienene Vorspiel Jaakobs Traum, das Präludium gleichsam zu einem Zyklus von drei biblischen Stücken über das Leben Davids. Und was für ein Präludium! Eines, das als ein in sich vollendetes großes Kunstwerk den Leser durchschauert und durchschüttert und das Intensivste und Größte empfinden und an dramatischer Bühnenwirkung vorausahnen läßt.

Vielleicht wird einmal in einer Literaturgeschichte in etwa hundert Jahren zu lesen stehen: In dem Jahre, als der große Krieg für die Deutschen zur Katastrophe geworden war, als Österreich zerfiel und die Deutschösterreicher ziemlich sang- und klanglos — denn bei den zertretenen Deutschen kam damals weder Sang noch Klang mehr auf — ihren Anschluß an die deutschen Stammesbrüder suchten und fanden, schrieb ein Wiener Dichter die bedeutendste Dichtung der Zeit, den vollendeten Ausdruck ihrer religiösen Sehnsucht, das Mysterium „Jaakobs Traum". Und wer weiß — man muß die Hoffnung nicht verlieren! —, vielleicht ist der künftige Literarhistoriker dann so witzig, noch hinzuzufügen: „In einer der gelesensten Literaturgeschichten damaliger Zeit aber stand zu lesen, daß dieser Dichter wohl ein Lebensbegleiter für träumerische Stunden, ein lyrischer Didaktiker, ein Sprachkünstler, nur das nicht, was not tue, ein Dramatiker, sei".

Es könnte ja auch sein, daß in hundert Jahren der Begriff des Dramas ein wesentlich anderer wäre wie zu unserer Zeit, zeigt er sich ja doch schon in den letzten Jahrzehnten im Wandeln begriffen. Wenn in einer Wiener Zeitschrift ein anderer österreichischer Dichter, Max Brod, schreibt: „Wirklichkeit sind die wenigen Momente, in denen man mit äußerster Liebe himmlischem Gefühl lebt. Keine Kunstform erzeugt eine so starke Illusion der Wirklichkeit wie das Drama . . . Das Drama setzt das Wunder und läßt es siegen. Dieser Sieg des Wunders, Sieg des Gefühls, des aufgestauten Herzens, ist die wahre Bühnenwirkung und Bühnenwirksamkeit," so ist das nur eines von vielen Zeugnissen, die eine Neuorientierung im Bereiche dramatischer Kunstbegriffe dokumentieren. Diese Wendung vom äußeren dramatischen Geschehen auf das innere und innerlichste Gebiet hat das mittelalterliche biblische Mysterium und Mirakel neubelebt. Blaß und dekadent aber wirken Claudels und anderer moderner Dichter Stücke im Vergleich zu der Urwucht und Tiefe religiösen Erlebens und dichterischen Gestaltens, die wir bei Beer-Hofmann am Werk sehen. Die Unmittelbarkeit, mit der der biblische Mythos hier zum dramatischen Erlebnis wird, ist von einzigartiger Wirkung. Während man beim Lesen moderner Mysterien oft den Eindruck hat, als ob sie im Halbschlaf geschrieben wären, um dieselbe dämmernde Halbschlafstimmung beim Zuhörer zu erzeugen, umfängt einen in diesem Drama vom ersten bis zum letzten Vers lichtdurchglutete Wirklichkeit. Eine Verkörperung wesenhaften Lebens, gesteigerten Daseins sind diese Szenen; beim Lesen schon wirken sie hinreißend. Möchte sich doch bald eine Mysterienbühne finden, die, von dem hohen Stilgefühl und religiösen Kunstenthusiasmus des Düsseldorfer Schauspielhauses beseelt, diese Dichtung dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit zugänglich macht! Zugänglich — auch breiteren Volksschichten zugänglich — müßte sie werden, da sie rein stofflich schon mythische Vorgänge darstellt, die in frühester Jugend bereits jedem Kind dargeboten wurden: die Geschichte von Jakobs Himmelsleiter und seinem Kampf mit Gott. Uns Deutschen sind diese Vorgänge im poesievollen Lutherdeutsch zuerst vertraut geworden, und dieses Lutherdeutsch klingt auch in jedem Vers der Dichtung des Österreichers, wird in seiner Hand ein tönendes Instrument von erzenem Klang. Als ob er selbst darauf hinweisen wollte, wie seine Dichtung von diesem Stil durchdrungen ist, gibt er am Ende der Buchausgabe Bibelstellen an, die er dichterisch verwertet hat.

Wie jedes Mysterium ein irdisches und ein himmlisches Geschehen darstellt, so auch dieses. Der erste Akt spielt in Beer-Scheba, im Hofe Jizchaks (die einzige Abweichung vom lutherischen Bibeltext sind die manchen Leser vielleicht zunächst befremdenden hebräischen Namen, die mit bewußter, archaisierender Absicht in ihrer Urform — oft in der von den Keilschriften überlieferten Urform, so Uru-Schalim für Jerusalem — aufgeführt werden). Die beiden Kebsweiber Edoms (Esaus) in raunendem Gespräch mit einem seiner Diener, verhandeln im Morgengrauen das große Ereignis vom Tage vorher, das in Edoms Abwesenheit Rebekahs List bewerkstelligt, die Segnung Jakobs durch den sterbend dahindämmernden Jizchak: „War's nicht zum Lachen, wie er Jakob hielt für Edom?", meint die leichtfertige, gedankenlose Oholibamah, ohne Ahnung von der Tragweite dieses Geschehnisses, worauf ihr Basmath, ihre Nebenfrau, entgegnet:

„Nein!
(leise, aber bebend)
Wenn einer daliegt, Monde, Monde lang,
Unmächtig fast der Sinne, grauenhaft,
Zurückgewandelt in ein greises Kind,
Mit blauen Lippen lallend, widerlich,
Von Speis' und Trank nur mehr beseligt, und
Nur mehr von Notdurft widerlich gequält:
(in steigender Erregung)
Wenn der, wenn das mit einem Male auf,
Vom Lager auf sich richtet königlich,
Gestrafft die Brust, das Haupt 'rück in den Nacken
Gedrängt, zu Göttern stolz hinauf, die heim
Ihn suchten, nicht mehr blind — geblendet nur
Von dem, was er allein erschaut — und dann:
(erschauernd)

Digitized by Google

Schamartu, du hast es nicht gehört — ein Segnen,
Ein uferloses Segnen aus ihm bricht,
Die Stimme fremd wird, immer wieder anders,
Als schöffen, irgendwo aus Tiefen, sonst
Zurückgedämmte Ströme in sie ein,
Und segnet, segnet ... und auf wanken Knien
Liegt leichenblaß Jaakob vor dem Lager
(in wildem Haß)
Und fängt in seinen hohlen Diebeshänden
Den Segen auf, der Edom zugedacht."

Basmath war es auch, die ihren auf der Jagd abwesenden Gatten auf dem schnellsten Reittier heimlich zurückrufen ließ, damit er sein Erstgeburtsrecht auf des Vaters Segen dem Geschehenen zum Trotz geltend mache. Im ersten Tagesgrauen kehrt Edom zurück, die Koppel seiner keuchenden Schweißhunde an der Hand. An der Schwelle des väterlichen Schlafgemachs, das sie hütet, tritt ihm die hohe Gestalt seiner Mutter entgegen. Ich gebe die Szene als charakteristisch für die verhaltene, knappe und gedrungene Wucht des Dialogs.

Edom (mit gewaltsamer Ruhe, fast tonlos vor Erregung):
„Laß mich ins Haus!"

Rebekah (regungslos mit erzwungener Ruhe, ohne aufzublicken):
„Dein Vater schläft sehr leise,
Dein schwerer Tritt vermöchte ihn zu wecken."

Edom (sich bändigend):
„Laß mich ins Haus! Du weißt, der Vater hat
Mich ausgeschickt, ihm Wildpret zu erjagen
Zu einem Mahle, daß er danach mich segne.
(Er läßt mit einem kurzen Ruck das erlegte Wild zu Boden gleiten.)
Hier ist das Tier!"

Rebekah:
„Dein Vater hat gegessen."

Edom (losbrechend):
„Und hat gesegnet, nicht?"

Rebekah (hat den Kopf erhoben und sieht ihn voll an):
„Er hat!"

Edom (mit Mühe an sich haltend):
„Mach' Platz!"

Rebekah (beherrscht):
„Seit Mitternacht weh'n um deinen Vater Flügel
Des Engels, den man zweimal nicht erschaut!
(emporblickend mit gedämpfter Stimme)
Zum Herrn hab' ich gerufen, daß aus Schlaf
Er milde für ihn eine Brücke baue,
Darauf er leidlos, still herüberfände,
Wo seine Väter, seiner harrend, ruhen!
Es gab der Herr den Schlaf! Willst du ihn nehmen?"

Edom (hart an ihr mit erhobenen Fäusten):
„Mir nehmen will ich, was mir zukommt. Laß mich!"

Rebekah (aufschreiend):
„Willst du mich schlagen? Schick zumindest vorher
Die Fremden fort. — Die Schmach bleib' unter uns!"

Edom (die Ellbogen an den Leib gepreßt, den Kopf zurückgeworfen, am ganzen Leibe bebend):
„Ich muß zu meinem Vater, hörst du?!"

Rebekah (mit jähem Entschluß den Vorhang zur Seite reißend, wild):
„Geh!"

(sie ist von der Schwelle rasch herabgetreten und hat sich erschöpft auf einen Mauervorsprung am Hause sinken lassen.)

Basmath und Ofibamah, stehen rechts von der Tür und horchen geduckt ins Haus hinein.

Die atemlose Spannung der an der Schwelle auf das Ergebnis von Edoms Zwiesprache mit dem Vater Harrenden teilt sich echt dramatisch dem Zuschauer mit, den es durchschauert, wenn Edom schluchzend hervortaumelt und, am Türrahmen in die Knie sinkend, ausruft:

„Mutter, was habe ich getan, daß du mich so sehr hassest?"

Hierauf, vom Schlangengezisch aufreizender Zwischenreden der beiden Nebenweiber begleitet, die grundsätzliche Auseinandersetzung Edoms mit der stolz und sicher sich rechtfertigenden Rebekah. Ihrem Sohn Jaakob, in dem sie den Auserwählten, den gottbegnadeten Vertreter des Geschlechts erkannt hat, hat sie mit voller Überlegung den Vatersegen zugewendet, der eigentlich ein Urrollensegen ist, dem die patriarchalische Zeit übersinnliche, geheimnisvolle Wunderwirkung zuerkennt.

„Warum verwarfen ich, und auserwählt Jaakob,
Weil Du es willst?"

stöhnt ihr der Erstgeborene vorwurfsvoll entgegen, worauf sie, im höhnende „weil" trotzig aufnehmend, entgegnet:

„Ja! Weil! Weil er einhergeht, voll von dunklen Fragen,
Und du — dich froh und satt und sicher freust!
Weil aller Ahnen Zweifel, Traum und Sehnen —
Ein nie verstummend Fordern in ihm klingt,
Weil er — nicht Gott in ferne Himmel einlangt,
Nein — täglich Herz am Herzen mit ihm ringt.
Weil du nur Jagen kennst und Opfern, Morden!
Und er vor aller Wesen Leib erblaßt,
Und er zu allem spricht und zu ihm alles —
Trägt er den Segen und des Segens Last!
(In wachsender Seligkeit)
Weil um sein Haupt ein immerwährend Wehen,
Wie unerschauter Engel Flügelschlag,
Ist ihm verhängt, was du — nicht fühlst, zu sehen,
Voll von Gesichten quillt ihm Nacht wie Tag!
Weil ihm die Brunnen heilige Wasser rauschen,
Ihm alle Wälder sind wie heilige Haine —"

Edom (aufstöhnend):
„Was tat ich, Gott? Warum dies ihm, nicht mir?"

Rebekah (vernichtenden Jubel in der Stimme, als hole sie zu einem letzten tödlichen Hiebe aus):
„Weil auf ihm Gnade ist — und auf dir — keine."

Edom:
„Ist Gott denn nicht gerecht?"

Rebekah (in eherner Abwehrung):
„Ich weiß nicht, was
Er ist! Wüßt' ich's — er wär' mein Gott nicht."

Hierauf der Schrei Edoms nach seinen Hunden und Dienern, mit denen er dem Bruder nachsetzen will, den die Mutter schon am Morgen in Begleitung ihres treuesten Dieners den Wüstenweg in ihre Mädchenheimat Charan einschlagen hieß, Rebekahs zweifelndes und doch so stolzes Gebet:

„Laß Edom, Herr, Jaakob nicht erreichen!
Befiehl der Nacht, daß sie Jaakob berge!
Mit Qualm und Nebeln hülle Edoms Haupt!
Im Kreis laß irren ihn! Die Hand, die wider
Jaakob sich erhebt, mach lahm! Das Eisen,
Das auf ihn zückt, zerschmilz in deinem Blitz!
Gib Engel mit Jaakob — bis ans Ziel."

Und der Vorhang fällt über diesen ersten Akt der Dichtung, dem ich an Aufbau, Straffheit der Linienführung und Größe der Diktion kaum etwas an die Seite zu stellen wüßte in der modernsten dramatischen Literatur.

Ein mittelmäßiger, dilettantischer Dramatiker von jungem Schlag, der sich bis jetzt mit Vorliebe und stümperhaften Fingern an biblischen Stoffen vergriff, hätte sich die Segnungsszene am Bette Isaaks als Haupteffekt nicht entgehen lassen. Beer-Hofmann verschmäht so billige Wirkungen, und doch weiß er jedes Wort des Aktes unter die unheilschwangere Wirkung dieser Segnungsszene zu bringen, deren ungeheure Tragweite jeden Beteiligten durchschauert. Ein anderer, feiner Zug künstlerischer Zurückhaltung ist auch, daß Jaakob, der eigentliche Held, erst im zweiten Akt auftritt, den er dann ganz beherrscht. Wirkungsvoll genug ja bereitet der erste Akt auf ihn vor. Was wir von ihm hören, genügt gerade, um uns zum Bewußtsein zu bringen, daß es hier die ganz verinnerlichte, reine Gestalt des Gottesmenschen

Digitized by Google

ist, die als Grundkonzeption dem Dichter vorschwebt, nicht jener Jaakob, der listige, weltschlaue Betrüger, den der eine Redaktor der Genesis, wohl aus Parteilichkeit, so abstoßend zeichnete. Mit wundervollem Takt wurden überhaupt biblische Überlieferungen teils fallen gelassen, teils verwertet, so um Jaakob den milden, ganz modernen Zug unendlicher Tierliebe zu geben, jene Genesisstelle von seiner liebevollen Sorglichkeit für die säugenden Tiere seiner Herden. Ein mutterloses Lamm im Arm, dem er ab und zu Milch einflößt, so sehen wir Jaakob im zweiten Akt auf der Höhe Beth-El mit dem phönikischen Diener Idnibaal sich zur Nachtruhe rüsten in beschaulichen Gesprächen. Idnibaal, mehr Freund als Diener und mit chaldäisch phönikischen Kultüberlieferungen vertraut, muß auf Jaakobs Anregung uralte Vorgänge von Weltentstehung und Götterkämpfen berichten. Urmythische Vorstellungen und Bilder, wie sie später bei den Gnostikern und Manichäern wiederaufleben, werden hier mit erlesener dichterischer Gewalt veranschaulicht. Die Schilderung des Opferfelsens Moriah möge davon einen Begriff geben.

„Da noch kein „Drunten" war und noch kein „Droben",
Allflut und Meer in wüstem Knäuel quollen,
Urwirre wirbelte und gor —
Da stiegen helle junge Götter auf,
Und heilig frevelnd warfen sie danieder
Das Ungeheure, dem sie eh entboren;
Und schufen Tag und Nacht und Himmelszeit
Und bannte der Gestirne Bahn mit Eiden.
Den Fels zu Uru-Schalim aber rissen
Sie auf mit ihrem Blitz zu einer Kluft,
Die bis zum Erdennabel klafft und warfen
Das Blutige, Verstümmelte, Besiegte
Hinein! Dort liegt's! Und daß es nie entweiche,
Schoß, feurig sausend in geweihter Nacht
Ein Stein, von Flammensternen stammend, nieder
Und sank als glühend Siegel auf die Kluft.
Wer darum opfert, ehrt was ist und war!
Zu frohen Göttern steigt des Opfers Rauch —
Das Blut tropft abwärts zu dem Traurigen,
Das, trostlos siechend, dort im Düster grollt,
Und sagt ihm, daß man es noch ehrt, und sänftigt
Den Trotz, der drunten unzertreten lauert
Und schlaflos wacht, ob es ihm nicht gelänge,
In jähem Ansturm Fesseln zu zerreißen."

Nachdem er den Diener für die Nacht verabschiedet und allein auf der Bergkuppe Beth-El steht, tritt dem wehrlosen Jaakob der Verfolger, der feindliche Bruder — seine Gestalt hebt sich drohend von dem hellen Abendhimmel ab — die keuchenden Bluthunde an der Koppel haltend, entgegen. Unmöglich, diese hochdramatische Szene vom Pfeilschuß Edoms bis zur erschütternden endgültigen Versöhnung der Brüder in nüchternen Prosaworten wiederzugeben. „Ein von Gott gewirkter Schrecken lag auf den Söhnen Jakobs," steht in der Genesis zu lesen. Dieser von Gott gewirkte Schrecken bewirkt das Versöhnungswunder. Besonders an dieser Stelle, die den Höhepunkt des irdischen Geschehens im Drama bedeutet, hat man den Eindruck intensivsten Miterlebens eines Wunders, das Wirklichkeit, dramatische Wirklichkeit im Sinne Max Brods, geworden ist. Doch noch Größeres soll erlebt und geschaut werden. Nachdem Jaakob, von dem versöhnten Bruder verlassen, sich auf der Höhe Beth-El zum Schlummer gelegt hat, werden die Stimmen der Nacht um ihn wach. Der Quell, der zu seinen Füßen rauscht, der Stein, auf dem sein Haupt ruht, raunen geheimnisvolle Fragen in seinen beginnenden Traum, und auf weißen Schwingen nahen sich ihm die Boten Gottes. Auch diese Szene heiligsten Geschehens wagt ein Prosawort kaum zu streifen.

Drei Genesisstellen, die von der Himmelsleiter, die von Machanaim, dem Heerlager der Engel, auf das Jakob stieß, und die von dem Kampf Jakobs mit dem Engel des Herrn in der Furt Jabbok sind hier benutzt, um höchstes religiöses Erleben des Auserwählten, des von Gott zu einer Volks- und Weltmission Berufenen, darzustellen.

Nur einmal vor Beer-Hofmann hat meines Wissens ein deutscher Dichter versucht, dieses Erlebnis modernem Empfinden nahezubringen, und zwar mein Bruder in seinem biblischen Schattenspiel „Der Heilige und die Tiere". Die Überzeugung, daß gerade er lebhaft und innig, im Gefühl tiefster Kongenialität die Dichtung Beer-Hofmanns begrüßt haben würde, trieb mich unabweisbar zu diesen Ausführungen.

Beiden Dichtungen, der dramatischen Beer-Hofmanns und der episch-lyrischen meines Bruders, scheint auf den ersten Blick ein gleiches dichterisches Urerlebnis zugrunde zu liegen. Der Heilige, der in der Einsamkeit, von seufzender und fragender Kreatur und vom satanischen Versucher bedrängt, sich zu letzten Klarheiten durchringt und dem nach seinem Sieg die Engel dienen, beide Dichter entnahmen dieses Urbild ihrer Träume der biblischen Tradition, doch zeigt sich hier im Keim der dichterischen Grundkonzeption eine wesentliche Verschiedenheit. Bei Beer-Hofmann ist das Urbild des Auserwählten von Anfang an rein jüdisch konzipiert, aus eigenem starken Stammesbewußtsein herausgeboren.

„Ufer nur sind wir, und tief in uns rinnt
Blut von Gewesenem — zu Kommenden rollt's,
Blut unserer Väter, voll Unruh und Stolz.
In uns sind alle. Wer fühlt sich allein?
Du bist ihr Leben — ihr Leben ist Dein."

So bekennt er selbst in einem Gedicht, das ich mir vor zehn Jahren aus einem Jahrgang der Zeitschrift „Pan", in der es erschienen war, abschrieb. Auch in der obenerwähnten Traumdichtung „Der Tod Georgs" und an einer Stelle des Dramas „Der Graf von Charolais" klingt ebenso stark das Bekenntnis des Verwachsenseins mit dem eigenen Volk und seiner Tradition. So ist es zu verstehen, daß bei Beer-Hofmann das Problem des Auserwählten, des religiösen Genies unlöslich mit dem Problem des Judentums verknüpft erscheint. Selbst nachdem der Versucher Samael Jaakob eine grauenhafte Schilderung von der Tragik und Verpöntheit des Judentums in der Entwicklung der Zeiten und Völker entworfen hat, um ihn von seiner Mission abzubringen, erklärt Jaakob, ebensowenig von seinem Volk wie von seinem Gott lassen zu können.

In der Dichtung meines Bruders ist naturgemäß nichts von dieser spezifisch jüdischen Einstellung. Sein Heiliger, wenn auch mit biblischen Anschauungen vertraut, ist nicht unlösbar im Judentum verankert, sondern strebt darüber hinaus. Was ihn in seiner Erlösungsmission irremachen droht und ihm als Versuchung naht, ist die Erkenntnis vom Leiden der Kreatur, das er als klaffenden Riß im Weltplan des Demiurgos empfindet. Mein Bruder selbst hat mir damals, als die ersten Rezensionen seiner Dichtung erschienen waren, die fast alle eine Art Messiade darin sahen, gesagt, wie unsympathisch ihm solche einseitige Auffassung sei, da er selbst das Leiden der Tierwelt, diese Schuld des Schöpfers der Kreatur gegenüber, als erste Keimzelle und stärkstes Motiv seiner Dichtung empfände. Seine Notizbücher aus der frühesten Jugendzeit bestätigen auch, daß dieses Motiv als sein ureigenstes dichterisches Erlebnis schon seine ersten Jugendentwürfe beherrschte. Bei Beer-Hofmann klingt dieses Motiv zwar auch mehrfach an.

„Könnt' ich denn selig sein, wenn alles leidet?
Alles mir naht, am Tag naht, nachts in Träumen,
Mensch, Tier und Kraut der Erde und Gestein —
Klagt, Antwort heischt, mit stummen Augen fordert —
Mich fragt — und alle Antwort ist doch Sein.
Seht! Darum nur — so dacht' ich — hat dem Knaben,
Was Leid auf Erden trägt, Er zugesandt."

Auch Samael, der Versucher, spricht im ersten Teil seiner Versuchungsarie jene Verse, die jeden Leser, der die Maikäferkomödie kennt, als auch mit deren Grundmotiv verwandt berühren müssen:

„Ich läftre nicht, ich kann nur nicht lobsingen,
Gleich euch, die ihr euch sonnt in seinem Strahl!
Doch euerm Sang mit Zymbeln und Posaunen,
Ihm übertönt furchtbar der Schrei der Qual,
Der aufsteigt, ewig aufsteigt, niemals endend,
Aus seiner Welt! Ich neide sie ihm nicht!
Sein sei der blutige Knäuel, den da drunten

Digitized by Google

Brunst, Haß und Gier stöhnend zusammenflicht!
Ist Leid nur Strafe? — Sagt — was tat das Tier,
Das unter Martern stumm am Weg verendet?
Ihr ewig Seligen! Die Schuld nennt mir,
Um die er Neugeborenes ins Leben,
Geschmückt mit Wunden, giftigen Beulen, sendet?
Lobsinget seiner Güte, seiner Stärke —
Mir — graut vor ihm! Ich faß ihn nicht! Hat er's
Gekonnt nicht anders? Anders nicht gewollt? —"

Aber das stärkste Argument des Versuchers, um Jaakob an seinem Glauben an Gott und an seiner Mission irrezumachen, die Stelle, die man als die stärkste der ganzen Dichtung empfindet, ist doch jene in der Weltliteratur einzig dastehende, ergreifende Schilderung vom Fluch des Judentums im Verlauf der Völkergeschicke. Was Racine in den Chören der Esther, Byron in seinen Hebrew Melodies zart lyrisch anstimmte, was Heine in seinem Jehuda Ben Halorj und in den Letzten Gedichten zur herben, bitteren Klage verdichtete, das findet bei Beer-Hofmann seinen urwüchsigsten, vielleicht nie mehr zu übertreffenden Ausdruck. Als Schuld des Schöpfers am Geschöpf brandmarkte in „Der Heilige und die Tiere" der Wüstendämon Asasel das Leiden der Kreatur, als Schuld des Judengottes am Judenvolk brandmarkt in Jaakobs Traum Samael die Leiden des jüdischen Volkes.

Die uralte Vorstellung von der Schuld des Schöpfers, weiter noch, die vom Gnostizismus zuerst formulierte, dem heidnischen Altertum fremde, der spätjüdischen Weltanschauung aber vertraute Idee einer zweckvollen, auf die Erlösung der ganzen Endlichkeit hinauslaufenden Weltentwicklung, sodann die alte manichäisch dualistische Grundanschauung vom Kampf der Finsternis mit dem Lichtreich, zu dem der Urmensch mit den Elementen der Lichterde ausgestattet wird — uraltes mythisches Phantasie- und Denkgut lebt in beiden Dichtungen auf und ringt nach einer Lösung. Gerade dieses Ringen in seiner Bedrängnis, in seinem unaufhaltsamen Eindringen in die Bilderwelt moderner Dichter berührt so aktuell:

„Das ist der Sinn von allem, was einst war,
Daß es nicht bleibt mit seiner ganzen Schwere —
Daß es zu unserm Wesen wiederkehre,
In uns verwoben tief und wunderbar,"

sagt ein anderer moderner Gottsucher Rainer Maria Rilke, dessen innere Welt auch oft qualvoll bedrängt erscheint von diesen uralten Menschheitsproblemen. Ich denke an einzelne der Märchen „Vom lieben Gott" oder an jene grandiose „Das jüngste Gericht" überschriebene Vision im „Buch der Bilder", die eine unerbittliche moderne Abrechnung mit dem altorthodoxen, theologischen Begriff des Weltenrichters und des Weltgerichts bedeutet.

Der grauenvollen Frage Zwang: „Schenkt das Geschöpf dem Schöpfer seine Schulden?" — damals, zu Anfang dieses Jahrhunderts, als mein Bruder sie so zum Ausdruck brachte, bedrängte sie noch nicht so allgemein wie jetzt die Dichtergemüter. So viel ist sicher, durch die Erschütterung des Weltkrieges sind die Gemüter den tiefsten und letzten Fragen bedeutsam entgegengereift, den Fragen und ihrer Lösung, denn, wenn je, ist hier Lösung Erlösung. Auffallend ist eine große wesentliche Übereinstimmung zwischen Jaakobs Traum und dem Heiligen und die Tiere. Beide Dichtungen finden auf die dualistische Frage eine monistische Antwort. Erst scheint es zwar in beiden Dichtungen, als ob das Böse, in der Gestalt des abtrünnigen Engels verkörpert, als ein von Ewigkeit selbständig Seiendes gleich mächtig neben dem Guten wirke, schließlich aber findet das große Gottes- und Weltdrama in der Seele des Auserwählten eine einheitliche Lösung in seinem unbesiegbaren Glauben an die Allmacht Gottes und seines Lichtreiches.

„Gottes ewigen Schatten, den er über seine Welt warf," nennt sich Samael bei Beer-Hofmann, Asasel in meines Bruders Dichtung ist autonomer aufgefaßt, mehr als alleiniger Herrscher im Reich der Sinnlichkeit, wie Gott im Reich des Geistes, aber beide versinken in ihren mächtigen Abgrund vor dem siegreichen Heer der Lichtengel, die das letzte Wort behalten.

Der Heilige.

„Senkt sich herab die flammende Sternennacht?
Erschloß des Himmels goldenes Tor sich sacht?
Wie wenn ins Meer der Mond sein Licht ergießt,
Ein Strom — nein! —, eine Straße niederfließt
Zum Bergesgipfel eine Wandelbahn,
Wie sie Erzvater Jakobs Blicke sahen
Die Leiter, ihrer Sprossen lichter Glanz —
Rauschende Schwingen — schwebender Tanz —
Und näher kommt's! Und Stimmen! Horch! Ein Lied!
Ist das ein Traum, der mir geschieht?"

Die nun folgenden Engelchöre mit ihrem sanft verhallenden, harmonisch musikalischen Ausklingen sind so recht charakteristisch für die episch-lyrische Anlage des Heiligen im Vergleich zu der stark und ausschließlich dramatischen der Dichtung Beer-Hofmanns. Ein wundervolles Beispiel dramatisch konzentrierter Wucht des Dialogs bei ihm, jene Stelle, wo Michael wie mit blitzendem Schwerthieb die die Schöpfung verleumdende Anklagerede Samaels abschneidet mit dem Wort: „Verleumder du! er *schuf* sie nicht, er *schafft*!" und darauf der ebenso knapp wuchtige, jauchzende Chorruf der einfallenden Cherubin:

„Und hat uns alle — jauchzet! — aufgerufen,
Mit ihm zu schaffen, mit an seinem Bau!"

Solch erlesene Stellen voll gedrängter, verhaltener, durch wunderbare Konzentriertheit des sprachlichen Ausdrucks gebändigter Kraft hat dieses Drama viele.

Ein Mysterium nenne ich es, denn das Wunder religiösen Erlebens stellt es dramatisch dar, und als deutsches Mysterium müßte es vom deutschen Volke begrüßt werden als Ausdruck für die Verschmelzung altbiblisch religiösen Geistes mit deutschem Empfinden. Wenn ich oben von einer spezifischen Einstellung auf Judentum und jüdisches Volksgeschick sprach — im Vorspiel zu einer dramatischen Trilogie aus der jüdischen Heldensage erscheint sie schon durch den Stoff gegeben —, so möchte ich dies cum grano salis verstanden und vorwiegend auf die Grundkonzeption des Dramas bezogen sehen. Daß dieses als symbolische Weltanschauungsdichtung nicht nationalistisch jüdisch begrenzt ist, tritt besonders zum Schluß hervor. Als die Engel Jaakob für sich und seine Nachkommen Reichtum und Herrschaft versprechen, erfleht er anderes von der göttlichen Gnade:

„Taugt ihm mein Blut zu mehr nicht als zu Königen?
Ich will nicht Herrschaft! Weiß er denn das nicht?
Mizrajim, Babel und des Meerlands Fürsten —
Wie — glaubt er wirklich sie von mir beneidet?
Nichts neid' ich — euch nicht eure Seligkeit . . .
— — — — — — — — — — — — — — — — — —
Seht darum nur, so dacht' ich, — hat dem Knaben,
Was Leid auf Erden trägt er zugesandt:
Er selbst hat sich in seine Himmel droben,
Herrlich und furchtbar, ferne festgebannt . . .
So wählt *mein* Blut er aus zum stolzen Reise —
In alle Zeiten sprießend, nie verdorrt —
Daß *meinem* Mund — von neuem immer wieder
Entstürze seines ewigen Willens Wort."

In diesen Worten liegt ein Bekenntnis zu einer klar erfaßten Weltmission, einer Mission des Judentums, gewiß, aber eines *sublimierten* Judentums, wenn der Ausdruck erlaubt ist, des Judentums der Dichter und Denker. Wenn ein objektiver Blick über Europas Geistesleben genügt, um den unverhältnismäßig großen Anteil jüdischer Genialität an unserem Kultur- und Kunstleben zu bestätigen, so genügt auch ein Blick in die modernste deutsche Literatur. Walther Rathenau, Ernst Lissauer, Franz Werfel, Richard Beer-Hofmann — nicht zufällig nenne ich diese Namen in diesem Zusammenhang. Nicht zufällig ist es wohl auch, daß gerade an einer Gestalt des althüdischen Mythos deutsche religiöse Sehnsucht dramatisch dargestellt werden konnte. Von einem theologischen Freund hörte ich neulich den Ausspruch, der zugleich ein Zuspruch war: „Jeremias muß man lesen in dieser Zeit, die Propheten überhaupt, aber besonders Jeremias!" Ein Prophetenwort

lutherdeutscher Übertragung hat Beer-Hofmann jene Verse eingegeben, die ebensogut eine Verherrlichung des lutherischen Bibeldeutsches wie des hebräischen Urtextes sind:

„Was du — aus tiefster Not — zum Herren rufest,
Leiht Stimme allem Weh, das stumm sonst rang,
Dein Wort salbt Reisen um zu heiligen Kronen,
Wird Völkern Sieg — und Dank — und Jubelsang,
Die Wiegen segnet es und weiht die Grüfte,
Lohnt, straft und tröstet — löset und verdammt."

Der Erzengel Michael spricht diese Worte zu Jaakob am Ende der Nacht voller Traumgesichte, die ihm den Namen Jisro-El einbringt. Jisro-El — der Gott bekämpft und der für Gott streitet. Letzten Endes ist es vielleicht der höchste Sinn dieser Dichtung, daß sie veranschaulicht, wie jedes tiefste religiöse Erleben mit einem „Gott bekämpfen" beginnt und in ein „Für-Gott-Streiten" ausklingt. —

Nun wird es sich zeigen, welche deutsche Bühne dieses deutsche Mysterium zuerst zur Aufführung gelangen läßt. Man hat in diesem letzten Jahrzehnt auf unseren Bühnen reichlich mit fremdländischen Spielen gewirtschaftet. „Peer Gynt", Strindbergs Traumspiele, Claudels Mysterien und kleine Abkömmlinge davon sind uns mit allen erdenklichen Inszenierungskünsten vorgesetzt worden und haben verhängnisvoll Schule gemacht. Alle die „dramatischen Dichtungen in Bildern", deren Bilder meist weder dichterisch noch dramatisch sind und deren Symbolik zuweilen recht hyperbolisch verstiegen ist, legen Zeugnis davon ab. Es dürfte an der Zeit sein, ein wahrhaft dramatisches Werk von einheitlichem Guß und Aufbau dem deutschen Publikum baldmöglichst zu erschließen.

Schwen / Von der Religion des Volkes

In seinem feinen anregenden Aufsatz „Volks- und Kulturgeschichte" (Hilfe Nr. 23) wirft Heinz Potthoff, nachdem er die Forderung einer Geschichte der Literatur, der Künste und des Rechtes vom Standpunkt der breiten Schichten aus aufgestellt hat, auch die Frage auf: „Was wissen wir von der Religion des Volkes? Wir haben geschichtliche Darstellungen der Religionssysteme, der Kirchen und ihrer Dogmen. Aber das religiöse Glauben und Fühlen der Massen dürfte von ihnen ... weit entfernt sein ..."

Die Frage wird mit Recht aufgeworfen. Aber hier sind die Berufenen schon lange an der Arbeit. Es war der viel zu früh verstorbene Professor der praktischen Theologie in Halle, Paul Drews, der die Forderung einer „religiösen Volkskunde" aufstellte, in der „Monatsschrift für die kirchliche Praxis" von 1901. Schon vorher (1891) hatte O. Gebhardt ein weithin beachtetes Buch „Zur bäuerlichen Glaubens- und Sittenlehre" unter besonderer Berücksichtigung der Thüringer Verhältnisse geschrieben; später ist denn viel Ähnliches zutage gefördert worden, wichtig namentlich L'Houet, „Zur Psychologie des Bauerntums" 1905. In der genannten Monatsschrift — später „Evang. Freiheit" genannt, herausgegeben von Baumgarten — sind viele einschlägige Aufsätze aus den verschiedensten Lebensgebieten erschienen; auch andere theologische Blätter, namentlich die „Dorfkirche", haben sich eifrig um Erkenntnis der wirklich vorhandenen Stimmungen, Überzeugungen und Grundsätze religiöser und sittlicher Art in der Volksseele bemüht. Daneben sind zahlreiche Bücher und Broschüren zu nennen. Das Fühlen und Denken des großstädtischen Fabrikarbeiters hat man ebenso zu erforschen gesucht wie das des Landbewohners, des Kleinstädters, der Jugend aus den verschiedenen Ständen, der gebildeten Schichten, des Kriegers im Felde, selbst des Zuchthäuslers in seiner Zelle. Letzthin ist sogar eine „Praktische Theologie", das ist eine umfassende Anweisung für den Beruf des evangelischen Geistlichen, erschienen, die sich ganz und gar auf die Grundlage dieser Forschungen stellt und von ihnen aus die kirchlichen Verhältnisse mißt, die pastorale Tätigkeit eingestellt wissen will; das ist die des Heidelberger Professors Friedrich Niebergall (Tübingen, Mohr 1918, bisher ist der erste Band von zweien erschienen. 16,20 M.).

Dabei handelt es sich freilich vor allem um Erforschung der Gegenwart, nicht so sehr, was bei Potthoff im Vordergrund steht, um die Vergangenheit der volkstümlichen Frömmigkeit. Sie ist naturgemäß viel schwerer zu erfassen. Aber gearbeitet wird hier auch; schon lange bemüht sich die wissenschaftliche Theologie, der Geschichte des Dogmas eine solche der wirklich vorhandenen Frömmigkeit an die Seite zu stellen. Hauck hat in seiner „Kirchengeschichte Deutschlands" fürs Mittelalter Großes darin geleistet. Für die letzten Jahrhunderte ließe sich etwa die kleine Schrift von Auer: Das Luthervolk nennen; freilich handelt es sich auch bei ihm doch mehr um die religiöse Haltung der oberen Schichten, immerhin ist es eine Geschichte des wirklich geglaubten Glaubens und der gelebten Frömmigkeit. Es bleibt gewiß hier viel zu forschen, und die zusammenfassende Darstellung verlangt eine künstlerische Kraft, wie man sie selten findet — trotzdem darf die so oft als rückständig gescholtene theologische Wissenschaft stolz sein auf die Pfadfinderdienste, die sie mit dieser ihrer Arbeit einer wirklichen „Volks- und Kulturgeschichte" geleistet hat.

Naumann / Religionsunterricht

Die Eltern des Kindes fühlen den Schulzwang überhaupt nur zur Hälfte als Wohltat, da sie nie ganz vergessen, daß sie eigentlich die Erzieher sind oder sein sollen. Der Schulzwang ist eine staatssozialistische Maßregel, entstanden aus Fürsorge für die Kinder der ärmeren Klassen. Niemand will diesen Erziehungssozialismus grundsätzlich beseitigen, ja der Geist unserer Tage ist stark darauf bedacht, ihn zu vermehren. Die Seele des Kindes gelangt in die Verwaltung der Schule. Wenn man diesen Gedanken bis zu Ende denkt, so wird auch die Religion des Kindes von der Schule gestaltet. Das aber verletzt unter den Eltern sowohl die ganz Frommen wie die Unkonfessionellen, und macht sie zu heimlichen oder offenen Widersachern des Zwangsbesuches der staatlichen Religionsstunden. Ihnen wird durch den Zwangsunterricht in Religion ein Menschenrecht weggenommen. Gleichzeitig aber mit ihnen meldet sich die Kirche (Religionsgemeinschaft) mit der Behauptung, daß die Staatsschule von sich aus gar nicht bestimmen könne, was als Religion gelehrt werden solle; und viele Eltern wollen bei eigener Unsicherheit lieber von ihrer Kirche die Sorge für die Glaubenslehre ihren Kinder erlangen als von der Staatsschule. Je gemischter die Bevölkerung des Landes oder der Stadt ist, desto bunter wird das Bild der Wünsche. Wenn es eine überkonfessionelle allgemein menschliche Religion gäbe, so würde sie vielleicht zur Staatsschulreligion gemacht werden können, aber da sie nicht da ist, so bleibt nichts übrig, als ein Vertrag, bei dem jeder Teil ein Stück seines Anrechtes erhält.

Staatsbürgerschule

In den Sommerferien fand wiederum ein vierzehntägiger Kursus an der von D. Fr. Naumann gegründeten und geleiteten Staatsbürgerschule statt, zu dem sich 67 Teilnehmer angemeldet hatten. An den einzelnen Vorträgen nahmen durchschnittlich 40 bis 45 Hörer teil. Auch diesmal waren es vor allem Lehrer und Lehrerinnen aus den verschiedensten Teilen des Reiches, die aus politischem Interesse einen großen Teil ihrer Ferien opferten, um sich für ihre praktische Arbeit im Parteileben die nötigen Kenntnisse zu erwerben. Das Programm umfaßte die wichtigsten Probleme der äußeren und inneren Politik, Handelspolitik, Landwirtschaft, Mittelstandspolitik, Finanzpolitik, Kulturpolitik, die Verfassungsfragen, Frauenfragen, Parteigeschichte und die Organisation

und Programm der Deutschen demokratischen Partei. Außerdem hatten die Teilnehmer Gelegenheit, den Verhandlungen des gerade stattfindenden Parteitages zuzuhören und Besichtigungen sozialer Einrichtungen, wie der Bodelschwinghschen Arbeitslosenkolonien Hoffnungstal, Gnadental und Lobetal in der Nähe von Bernau u. a. m. vorzunehmen. Von Dozenten seien genannt: Universitätsprofessor Dr. Bergstraesser, Abg. Erkelenz, Geheimrat Falkenberg, Abg. Hermann-Reutlingen, Abg. Heile, Syndikus Dr. Hübener, Dr. Jöhlinger, Abg. D. Naumann, Dr. Pauli, Dr. Rothbarth, Dr. Schotte, Geheimrat Schreiber, Generalsekretär Tews, Martin Wenck, Abg. Wachhorst de Wente.

Von Mitte September ab ist ein dreimonatiger Kursus von der Staatsbürgerschule geplant. Um auch solchen, die am Tage beruflich tätig sind, die Teilnahme zu ermöglichen, sind die Vorträge auf die Abendstunden zwischen 6 und 10 Uhr gelegt. Es kann sowohl der ganze Kursus, als auch einzelne Vortragsreihen belegt werden. Interessenten erhalten bereitwillig jede Auskunft vom Büro der Staatsbürgerschule, Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27.

Büchertisch

Neuere volkswirtschaftliche Literatur.

Der finanzielle Aufbau der englischen Industrie. Von C. W. Frhr. v. Wieser. (XV, 482 Seiten und 59 Seiten Anhang, Großoktav.) 21 M. G. Fischer, Jena.

Man wird dem im Kriege gefallenen jungen Gelehrten immer dankbar sein müssen für seine Darlegungen, weil die englische Industrie bei dem kommenden weltwirtschaftlichen Konkurrenzkampfe keine unbedeutende Rolle spielen wird, weshalb ein Bekanntwerden mit ihrer Grundlage, ihrem finanziellen Aufbau, der Organisation ihrer Kapitalbeschaffung, besonders zu wünschen ist. Für den deutschen Wirtschaftspolitiker wird besonders jenes Kapitel als beachtenswert bezeichnet werden müssen, in dem uns der Verfasser über die ihm möglich erscheinenden finanziellen Reformen unterrichtet, weil die aus den vorausgehenden Untersuchungen gewonnenen Ergebnisse einen Vergleich mit der deutschen Industrie herausfordern. Wer sich über das Sein und Werden der englischen Industrie orientieren will, wird an v. Wiesers Werk nicht achtlos vorübergehen können.

Die Nationalisierung der Kriegsmilliarden. Von Heinrich Dietzel. 37 Seiten. 2 M. Tübingen, Mohr.

Ein Blick auf unsere heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse wird nur bestätigen, was uns Dietzels preisgekrönte Schrift zu sagen weiß. Jene Theorie vom „vollkommen geschlossenen Kreislauf" beruht auf einer „fundamentalen Wahnvorstellung". Darin werden viele mit dem Verfasser übereinstimmen, die die Meinung „das Geld bleibt im Lande" bis zum Ende des Krieges vertreten haben. Dietzels unbestreitbares Verdienst bleibt es aber, den Irrtum dieser Theorie früh erkannt und ihn in dieser Schrift in einer nachahmenswerten Klarheit bloßgelegt zu haben.

Ethik und Volkswirtschaft. Von Heinrich Pesch S. J. (VIII u. 164 S.) Freiburg, Herder. 4 M.

Man mag sich zu der von dem bekannten Verfasser vertretenen nationalökonomischen Richtung stellen wie man will, viele seiner in diesem Buche gebotenen Gedanken werden aber unsere besondere Beachtung verdienen. In unserer Zeit mit ihrer Sucht nach materiellem Ertrag, nach ökonomischer Zweckmäßigkeit, wird eine Durchdringung des wirtschaftlichen Denkens und Handelns mit ideellen Gedanken dem Volkswohle nur nützlich sein können. In diesem Sinne darf eine Vertiefung namentlich in die letzten Kapitel der Schrift empfohlen werden.

Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie. Von K. Diehl u. P. Mombert. Der Arbeitslohn. 2. Aufl., 216 S. 4,50 M. Braun, Karlsruhe.

Solange es eine Arbeiterfrage gibt, wird dieses Buch, das die von den beiden Freiburger Professoren gesammelten Abschnitte aus Werken der bedeutendsten Nationalökonomen über den Arbeitslohn enthält, aktuell sein. Obwohl diese Schrift in erster Linie für den Hochschulunterricht bestimmt ist, so wird doch jedermann ihr manch Wissenswertes entnehmen können, namentlich heute, wo die Frage der Entlohnung der Arbeit in ein kritisches Stadium getreten ist. Dem Buche ist deshalb eine weite Verbreitung zu wünschen.

Die Finanzpolitik der sozialdemokratischen Partei in ihren Zusammenhängen mit dem sozialistischen Staatsgedanken. Von Dr. Käthe Mengelberg. 3,30 M. Mannheim, Bensheimer.

Diese Schrift darf wegen ihres aktuellen Inhalts unsere Aufmerksamkeit wohl beanspruchen. Die Verfasserin gibt in klaren Umrissen ein Bild über die Stellung der sozialdemokratischen Partei zum Staate und berücksichtigt besonders die von dieser Partei betriebene Finanzpolitik. Die kritische Würdigung des feststehenden Steuerprogramms der sozialdemokratischen Partei ist als besonders gelungen zu bezeichnen, obwohl wir nicht verschweigen wollen, daß die Ansichten der Verfasserin hierin, wie noch in anderen Abschnitten der Broschüre, nicht immer mit den unserigen übereinstimmen. Immerhin bleibt aber diese Schrift beachtenswert nicht nur für den Finanzwissenschaftler, sondern in ganz besonderer Weise für den praktischen Politiker. E. R. B.

*

Damit der **Friedensvertrag von Versailles**, der für die nächsten Jahrzehnte und darüber hinaus unser Schicksal bestimmt, allgemeiner bekannt werde, als dies heute noch der Fall ist, hat der Verlag Reimar Hobbing, Berlin, eine wohlfeile Ausgabe davon veranstaltet (240 S., 4 M., kartoniert 4,50 M.). Die infolge der deutschen Gegenvorschläge abgeänderten Teile sind besonders hervorgehoben, ferner finden sich noch Karten und Sachregister, wodurch der Wert des wichtigen Nachschlagewerkes erhöht wird. Die es benutzen und nicht in allen diesen verwickelten volkswirtschaftlichen und rechtlichen Fragen zu Hause sind, sei empfohlen P. Rühlmann, **Europa am Abgrund.** Die wichtigsten Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages in ihren Wirkungen erläutert. (K. F. Koehler, Leipzig. 98 S., 2,50 M.)

Über die geistigen und sittlichen Triebkräfte der Revolution. Von Pfarrer Hermann Heisler. (Wölfing-Verlag, Konstanz-Leipzig.)

Obwohl ich in mancher Hinsicht einen abweichenden Standpunkt von dem des Verfassers einnehme, kann ich nicht umhin, die obige Schrift infolge ihres allgemeinen Interesses angelegentlich zu empfehlen. Der Verfasser hat das Wesen der Revolution in ihren Grundzügen richtig erfaßt. Unter Abstrahierung von dem materiellen Hintergrund kennzeichnet er die revolutionäre Bewegung vom ideellen Standpunkt aus als eine solche, deren Leitmotiv das Streben nach Freiheit der Persönlichkeit ist. Wahrheitsgetreu werden der alte Militarismus und die Ursachen der Katastrophe beleuchtet. Der Wiederaufbau des deutschen Volkes könne nur aus dem Geist der Zeit, aus dem Ringen nach persönlicher Freiheit und aus dem Verantwortungsgefühl heraus erfolgen. Die Staatsform müsse selbstverständlich eine Republik, und zwar auf sozialer — nicht notwendigerweise sozialistischer — Grundlage sein, in der die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten getrennt je einer kompetenten Körperschaft überwiesen werden müßten. Die demokratische Volksvertretung hätte sich mit den politischen, militärischen und polizeilichen Fragen zu befassen. Die Wirtschaftspolitik mit Einschluß des Zollwesens müßte in den Händen eines Wirtschaftsparlamentes liegen, das aus Praktikern zu bilden wäre. Zu einem solchen Parlament sieht der Verfasser die Keime in den Gewerkschaften und in dem System der Räte. Ein drittes Parlament solle kulturelle Fragen erörtern. A. Bubert.

Die Gestaltung der Wohlfahrtspflege nach dem Kriege. Von Dr. J. Jastrow, Professor an der Universität Berlin. (Volkswirtschaftliche Zeitfragen, 39. Jahrgang, Heft 4.) Preis 1 M. Verlag Leonhard Simion Nachf., Berlin W 57.

In seiner obigen Schrift, die eine Fülle von Anregungen auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege hinsichtlich der Organisation, des Dilettantismus und dergleichen mehr gibt, stellt sich der Verfasser in bewußten Gegensatz zu dem Reichs-Unterstützungsgesetz von 1888 und bezeichnet es als einen unhaltbaren Zustand, daß während eines Krieges jeder seine Familie ernähre, nur nicht der Soldat, dem man so unendlich viel schuldig sei. Der verheiratete Soldat müsse zum Unterhalt seiner Familie einen ausreichenden Betrag nicht als „Unterstützung", sondern als Sold erhalten. Erst wenn die Wohlfahrtspflege von diesem Zweige befreit sei, werde sie sich den Fällen wirklicher Unterstützungsbedürftigkeit mit der nötigen Sorgfalt und individuellen Fürsorge widmen können.

Dr. A. Bubert.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, Zehlendorf, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, Hamburg.

Geschäftliche Mitteilungen

Frankfurter Schwesternkurse. In der Fürsorge zeigt sich, je weiter ihr Ausbau fortschreitet, ein immer fühlbarer werdender Mangel an geeignet ausgebildeten Kräften für die sozial-pflegerische Arbeit. Andererseits besteht in den Kreisen der für die Fürsorge interessierten Schwestern der lebhafte Wunsch nach einer ihrer bisherigen Tätigkeit angepaßten Einführung in die Aufgaben der Stadt- und Gemeindeschwester. Diesen beiden Bedürfnissen wollen die Frankfurter Schwesternkurse Rechnung tragen, die das Frauenseminar für soziale Berufsarbeit Frankfurt a. M. in Verbindung mit dem Ausschuß der Frankfurter Schwesternorganisationen einrichtet. Der erste Kurs beginnt im Oktober 1919 und dauert ½ Jahr. Er baut auf die in mehrjähriger Krankenpflege erworbenen Erfahrungen auf und führt in die Säuglingsfürsorge, Haltekinderaufsicht, Schulschwesternarbeit, Tuberkulosen- und Wohnungsfürsorge, in die Fürsorgearbeit bei der Ortskrankenkasse, in die sozial-hygienische Mitarbeit bei der Gesundheits- und Sittenpolizei und in die Gemeindearmenpflege ein.

14. August 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis bei Post und Buchhandel (beim Abholen) 5 M., unter Kreuzband 5,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 5,25 M., ins Ausland 6 M. Einzelhefte 50 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 9096. Postscheckkonto: Amt Berlin 8583.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 33

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 80 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche.

Inhaltsübersicht

Politische Notizen: Ungarn. — Parlamentarismus und Parteidisziplin. — Die Kohlennot. — Schwarz-rot-gold oder Schwarz-weiß-rot? — Die Steuerdebatten. — Die Stellung der Sozialdemokratie zur Monopolfrage. — Das Elektrizitätsgesetz.) — **Naumann:** Politische Pflicht. — **Wilhelm Heile:** Steuerpolitik und Reichseinheit. — **Dr. Marie Baum, M. d. N.:** Die politischen Aufgaben der Frauen nach Friedensschluß. — **Dr. Wilhelm Kulemann:** Pessimismus. — **Gertrud Bäumer:** Eine Geschichte von Erlösung. — **Bohner:** Geschicke. — **Naumann:** Die Schutzmittel der Kleinen. — Büchertisch.

Politische Notizen

Ungarn. Was geht in Ungarn vor? Budapest, der Tummelplatz allerwüstesten Bolschewismus, erst von den Rumänen, dann aber auch schleunigst von schwächeren Truppen der eigentlichen Entente besetzt. Die verbrecherische Regierung Bela Kuns wird zum Teufel gejagt, und, begleitet von einem Ministerium von Generalen und hohen Beamten, stellt sich Erzherzog Joseph von Habsburg als Reichsverweser vor. Natürlich, daran ist kein Zweifel, von Entente Gnaden. Was soll das heißen, was will die Entente? Um den Dank der Ungarn, die glücklich sind, von dem Schreckensregiment der roten Horde befreit zu sein, ist es ihr gewiß nicht sonderlich zu tun, wenn auch die Furcht vor der ansteckenden Wirkung der bolschewistischen Krankheit für den Versuch der Ausrottung ihrer schlimmsten Herde mitbestimmend ist. Viel wahrscheinlicher ist es, und das würde insbesondere ganz dem Geiste der französischen Politik entsprechen, daß die Entente die Absicht hat, die Habsburger zunächst in Ungarn wieder auf den Thron zu setzen, um dann mit Hilfe dynastischer Gefühlsregungen auch den Deutsch-Österreichern ihr Herrscherhaus zurückzuschenken. Das würde den Schwerpunkt seiner Stellung noch mehr als früher in Budapest haben, und, was der Entente die Hauptsache ist, die Deutsch-Österreicher vom Anschluß an das Deutsche Reich zurückhalten. Freiheit, Fortschritt, Demokratie, all die schönen Ideale, für die angeblich die Entente gekämpft und gesiegt hat — sie sind ihren Führern ja so unsagbar nebensächlich, wenn sie nur ihren Zweck, die dauernde Schwächung Deutschlands, erreichen. Ob Joseph bloß Platzhalter für den früheren Kaiser ist, oder ob er selbst ausersehen ist zum Werkzeug des Verrats der Habsburger an Deutschland und am Deutschtum, das steht noch dahin. Verdient um die Entente hätte er es jedenfalls. Er war es ja, der seinerzeit als erster und zunächst einziger unter den hohen Generalen Österreich-Ungarns in der Piave-Schlacht nicht mehr mitmachen wollte und seine Ungarn veranlaßte, die Gewehre fortzuwerfen und auszurücken. Als dann die Revolution in Budapest siegte, legte er schleunigst nicht bloß seinen Erzherzogstitel, sondern selbst jeglichen Adel ab. Angeblich aus Sympathie mit dem Volke. Nun aber kommt er mit allem Gepränge der alten Titel und Würden wieder. — Und auch in Deutschland wittert nun die Reaktion Morgenluft. Das verbrecherische Treiben der deutschen Spartakisten und ihrer unabhängigen Helfershelfer ist Wasser auf ihre Mühlen. Bei uns genau so wie in Ungarn. Warum also sollte auch in weiterer Folge bei uns nicht möglich sein, was in Budapest soeben geschehen ist? Da aber hat die Reaktion ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht. Der Wirt, d. i. das deutsche Volk, wird sich solchen Hausfriedensbruch nicht gefallen lassen. W. H.

Parlamentarismus und Parteidisziplin. Es ist mit dem Wesen des parlamentarischen Regierungssystems untrennbar verbunden, daß die Parteien, die den Mehrheitsblock bilden und die Regierung gestellt haben, sich auf ein gemeinsames Arbeitsprogramm einigen und dabei einander Zugeständnisse machen, die sie dann auch unbedingt halten müssen. Das ist keineswegs immer leicht und erfordert ein hohes Maß von Parteidisziplin. Merkwürdig, daß gerade die Partei mit der sonst im eigenen Bereiche am schroffsten durchgeführten Parteidisziplin jetzt als stärkste Regierungspartei es am allerwenigsten versteht, ihre Mitglieder dazu anzuhalten! Es ist, als ob die Sozialdemokraten aus dem alteingefahrenen Gleise ihrer Oppositionspolitik nicht mehr heraus könnten. In der Nationalversammlung gehört es jedenfalls zu den alltäglichen Erlebnissen, daß nicht bloß die nichtsozialdemokratischen, sondern auch die sozialdemokratischen Minister auf die schärfste Opposition bei den Mehrheitssozialisten stoßen. Unser Freund Gothein hat sich ein großes Verdienst damit erworben, daß er in einem Aufsatze im „Berliner Tageblatt" einmal in aller sachlichen Schärfe und unter Anführung einer großen Zahl von Beispielen auf diesen unerträglichen Mißstand aufmerksam gemacht hat. Wir Demokraten gehören ja nicht mehr zum Regierungsblock und könnten also jetzt als lachende Dritte diesem unerfreulichen Schauspiel zuschauen, wenn wir lediglich parteipolitisch eingestellte Politik betreiben wollten. Als sachliche Politiker aber können wir nicht stillschweigend zusehen, wie das parlamentarische System und mit ihm der demokratische Gedanke durch Disziplinlosigkeit und Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl heillos herabgewirtschaftet wird. Was soll man z. B. dazu sagen, wenn — wie Gothein darlegt — sehr häufig Vorlagen der Regierung von einer Mehrheit der nicht zur Regierung gehörenden Parteien gegen die Sozialdemokraten vertreten werden müssen! Wenn gar jetzt bei den Steuerberatungen die Sozialdemokraten lediglich die direkten Steuern mitmachen, die unvermeidlichen und doch auch von ihren Regierungsmitgliedern mitvertretenen indirekten Steuern aber mit offenbar agitatorischen Hintergedanken ablehnen oder — richtiger gesagt — von den anderen Parteien annehmen lassen! Das ist doch schlechterdings unerträglich und stimmt ganz zu dem in der Presse beliebten Verfahren der Verdächtigung der früheren demokratischen Finanzminister. Es ist ja so unwahr, wenn da immer wieder angedeutet wird, Schiffer und Dernburg hätten erst aus der Regierung verschwinden müssen, damit die Bahn frei werden konnte für eine das Kapital kräftig anfassende Finanzpolitik. Was Erzberger an Steuervorlagen eingebracht hat, das ist ja in allem wesentlichen schon von Schiffer ausgearbeitet und später von Dernburg vertreten worden. Und wenn der Gedanke der Reichseinkommensteuern und der Neuorganisation der Lastenverteilung in Reich, Staat und Gemeinde jetzt seiner Verwirklichung entgegenreift, so ist auch das kein Gedanke von Erzberger, sondern alte liberale Erbweisheit. Durch solche Parteidemagogie erleichtert man es uns Demokraten wirklich nicht, dem Wunsche auf Wiedereintritt in die Regierung zu folgen. W. H.

Die Kohlennot. Schlimm ist das Elend, das der verlorene Krieg über Deutschland gebracht hat. Schlimmer die Gefahren, die uns drohen, wenn unser Volk sich nicht schnell auf sein

Digitized by Google

Ich besinne und wieder das Volk der Arbeit wird, das es war. Wenn es nicht bald gelingt, unser Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, so wird das Vernichtungswerk von Versailles durch uns selbst der grausigen Vollendung entgegengeführt. Keine ernstere Sorge aber gibt es für uns zurzeit, als die um die Sicherung unseres Kohlenbedarfes. Das ist nicht bloß die Sorge um die Beschaffung der Hausbrandkohlen für den Winter. Ärger und dringlicher noch ist die Gefahr für die Aufrechterhaltung der Industrie. Und da ist nun eine doppelte Ursache der Kohlennot, die durch Wechselseitigkeit der Wirkung die Gefahr ständig verschlimmert. Einmal wird nicht genug Kohle gefördert; und zwar nicht bloß wegen Mangels an Arbeitskräften, sondern weil in den verkürzten Schichten auch noch obendrein viel weniger fleißig gearbeitet wird. Sodann aber wird auch das, was glücklich gefördert ist, nicht schnell genug abgerollt und an die Stelle des Verbrauches geschafft. Der Mangel an Wagen und Lokomotiven ist groß und erklärt vieles. Wenn aber zu diesem Mangel noch Streiks der Eisenbahner hinzukommen, so ist das in unserer jetzigen Lage ein Verbrechen am Vaterlande, für das es schlechterdings keine Entschuldigung gibt. Reicht schon Kohlenförderung und -verteilung nur bei Anspannung unserer Kräfte für unseren eigenen Bedarf: wie soll es erst werden, wenn mit der Ratifizierung des Friedens unsere vertragliche Verpflichtung beginnt, an Frankreich, Italien und Belgien im ersten Jahre 40 Millionen Tonnen Kohlen zu liefern! Erfüllen wir diese Pflicht nicht, so können die Feinde uns jede Gewalt antun, die in ihrem Belieben und Interesse liegt, ohne daß wir die Macht haben, uns dagegen zu wehren. Die Gewissenlosigkeit derer, die trotzdem Eisenbahner und Bergleute fortgesetzt zu sinnlosen Streiks aufhetzen, übersteigt wirklich alle Grenzen. Es nützt aber nichts, sich über diese traurigen Elemente moralisch zu entrüsten. Alles kommt darauf an, daß es gelingt, die Menschen wieder zu Pflichtbewußtsein und Arbeit zu erziehen. Vom tatkräftigen Vorgehen des Eisenbahnministers Oser dürfen wir uns Gutes versprechen, zumal da die große Mehrheit der Eisenbahnbeamtenschaft nicht daran denkt, sich in ihrer Pflichttreue durch Hetzer wankend machen zu lassen. Wie aber kann die Arbeitsleistung im Bergbau wieder gehoben werden? Es gibt nur ein Mittel, das im Zusammenhang mit groß angelegter sozialer Fürsorge helfen kann: das ist die Wiedereinführung des Akkordlohnes. W. H.

Schwarz-rot-gold oder schwarz-weiß-rot? Immer noch, auch nachdem die Entscheidung gefallen ist, beweisen uns viele Zuschriften, wie innerlich beteiligt gerade die höher gebildeten Kreise unseres Volkes bei dieser an sich so äußerlichen und deshalb im Grunde so unwichtigen Frage sind. Entrüstet beschweren sich die einen darüber, daß die demokratische Fraktion nicht geschlossen für schwarz-rot-gold eingetreten ist. Diese Farben sind das Symbol der deutschen Einheits- und der deutschen Freiheitsbewegung gewesen von 1815 an, über 1848 bis hin zur Reichsgründung. Daß sie dann nicht die Reichsfarben wurden, gab den Farben schwarz-weiß-rot die Bedeutung eines Sinnbildes der groß-preußisch, kleindeutschen Lösung der deutschen Frage, die nicht bloß den Ausschluß der Deutschen Österreichs, sondern auch die innerpolitische Vorherrschaft des preußischen, vorwiegend konservativen Geistes in sich schließt. Das ist gewiß wahr, und deshalb ist es auch der Mehrzahl der demokratischen Abgeordneten nicht leicht geworden, sich bei der Wahl zwischen schwarz-rot-gold und schwarz-weiß-rot für die letzten Farben zu entscheiden. Die Gründe, die dafür den Ausschlag gaben, haben in mancher leidenschaftlichen Zuschrift zur umgekehrten Beschwerde darüber geführt, daß die demokratische Fraktion es überhaupt geduldet habe, daß ein Teil ihrer Mitglieder für schwarz-rot-gold gestimmt hat: Die Zeit der Niederlage und Demütigung ist eine schlechte Zeit für einen Flaggenwechsel. Die ältere geschichtliche Rolle von schwarz-rot-gold ist ja nur denen im Volke wirklich noch geläufig, die durch die höheren Schulen hindurchgegangen sind. Den anderen ist schwarz-weiß-rot das Sinnbild der deutschen Einheit schlechthin. Da die größere Möglichkeit der großdeutschen Lösung der deutschen Frage im praktischen Denken der letzten Jahrzehnte unter dem nachwirkenden gewaltigen Eindruck des Bismarckschen Lebenswerkes ohne jede lebendige Bedeutung gewesen ist, so verbindet sich mit der Reichsflagge von 1871, die doch auch die Reichsflagge von 1914 ist, die Vorstellung von deutscher Kraft und Größe überhaupt. Wir, die wir im Reiche verbleiben, können hoffen, einen neuen Aufstieg unseres Vaterlandes noch zu erleben, der dann im Zeichen schwarz-rot-gold vor sich gehen und diesen Farben ihren alten geschichtlichen Glanz wiedergeben würde. Denen aber, die jetzt von uns losgerissen sind, wird es leichter sein, mit den Farben des alten Reiches das Deutschtum der „unerlösten" Gebiete um sich zu sammeln zur Aufrechterhaltung des Willens und der Sehnsucht nach Rückkehr zum gemeinsamen größeren Vaterlande. Dieser Gedanke war es, der auch durch und durch schwarz-rot-golden empfindende Demokraten veranlaßt hat, zusammen mit den Hanseaten, die ihre besonderen naheliegenden Gründe für Beibehaltung der alten Flagge haben, wider ihren eigenen Herzenswunsch für schwarz-weiß-rot zu stimmen. Die Entscheidung ist — ich persönlich bin dessen froh — für schwarz-rot-gold gefallen, wobei der Schiffahrt die Weiterführung der bisherigen Flagge mit einer schwarz-rot-goldenen Gösch in der linken oberen Ecke zugestanden wurde. Nachdem nun die Entscheidung gefallen ist, sollte aber auch die Demagogie aufhören, die den Anhängern der einen oder anderen Farbe entweder den rechten Patriotismus oder den wahrhaft demokratischen Geist abspricht. W. H.

Die Steuerdebatten. Mit unheimlicher Schnelligkeit werden in Weimar Steuervorlagen durchgepeitscht. Sie ist um so unverantwortlicher, als ohne einen großen Gesamtplan eine Vorlage nach der anderen erscheint und ohne Zusammenhang mit den anderen bearbeitet und verabschiedet wird. Man hat nicht den Eindruck, als ob die Regierung ein Gesamtbild weder der Belastung noch des Wirkens der einen Steuer auf die andere noch der volkswirtschaftlichen Folgen im ganzen habe. Auf der einen Seite ist die Stellung zur Steuer diktiert von dem Wunsch, das Kapital bei dieser Gelegenheit zu schwächen. Das ist ohne Zweifel eine gefährliche Tendenz, wenn sie sich rücksichtslos und einseitig auswirkt. Denn zur Wiederbelebung der Wirtschaft gehört gesammelte, konzentrierte Produktionskraft — gehört Großkapital. Es gibt nur drei Möglichkeiten: entweder Produktionskapital sammelt sich in den Händen des Staates (Sozialisierung!), oder man ermöglicht dem deutschen Privatunternehmer die Ankurbelung der Produktion, indem man sein Betriebskapital schont, oder die Finanzierung der deutschen Wirtschaft erfolgt durch das Ausland, und wir geraten in eine lückenlose und nicht wieder abzuschüttelnde wirtschaftliche Versklavung. Die Befürchtung ist nicht abzuweisen, daß das Kompromiß zwischen Staatswirtschaft und Privatwirtschaft, Sozialismus und Individualismus dahin führen wird, daß man den Privatkapitalismus weiterbluten läßt, ohne daß tragkräftige gemeinwirtschaftliche Organe des Kapitalismus geschaffen werden. Folge: die deutsche Großwirtschaft verkümmert, schrumpft ein — oder sie erhält sich mit einem neuen Unterbau von fremdem Kredit. Es ist ein Unglück, daß in der Sozialdemokratie die politische Betrachtung das Verständnis für die finanztechnischen Bedingungen der Wirtschaft so vollkommen überdeckt. G. B.

Die Stellung der Sozialdemokratie zur Monopolfrage ist sowohl bei der Beratung des Tabaksteuer- wie bei der des Zündholzsteuergesetzes in den Ausschüssen sehr interessant gewesen. In beiden Fällen beantragten die sozialdemokratischen Mitglieder mit einem großen Aufwand von Programmatik das Monopol, um einen etwas seltsamen Rückzug anzutreten, als die Demokraten die Bereitschaft bekundeten, unter Umständen dem Monopol zuzustimmen. Sie wünschten die Erfüllung ihrer Wünsche nicht. G. B.

Das Elektrizitätsgesetz ist gleichfalls nach dem Prinzip der neuen Regierung, vor allem schnell zu arbeiten, ohne eingehende Vorberatung mit Sachverständigen vorgelegt. Die Sozialisierung der Elektrizität ist ohne Zweifel nicht nur fiskalisch und sozialpolitisch, sondern auch volkswirtschaftlich richtig. Denn es ist durch die planlose Errichtung vieler kleiner Werke eine starke Vergeudung von Kraft ohne den Erfolg einigermaßen gleichmäßiger Versorgung getrieben. Die Aufgabe der Sozialisierung ist eine Vereinheitlichung unter besonnener Benutzung des Bestehenden, sofern

Digitized by Google

es leistungsfähig ist. Es gibt viele Gründe, die dafür sprechen, daß unter diesen Bedingungen besser als die volle Fiskalisierung eine gemischtwirtschaftliche Organisation wäre. Die Demokraten werden diesen Plan in der Kommission vertreten. Da allerdings die Erledigung aller dieser Vorlagen zurzeit leider mehr politischen als volkswirtschaftlichen Interessen dient, ist es fraglich, ob sie durchkommen. G. B.

Naumann / Politische Pflicht

Eine Ansprache.

Ihr seid Bürger, auf euch beruht der Staat. In gewissem Sinne war das schon immer so, denn auch in den allermonarchischsten Zeiten wird kein Staat nur von denen gemacht und getragen, die an der Spitze stehen. Wird etwa die Landwirtschaft vom Landwirtschaftsminister hergestellt oder die öffentliche Sicherheit vom obersten Polizeimeister? Und wer zahlte unter allen Regierungsformen die Ausgaben der Allgemeinheit? Zahlte sie etwa das Zivilkabinett? Eure Väter, meine Freunde, eure Mütter waren schon immer staatserhaltend durch Arbeiten, Zahlen und Kindererziehen. Das, was sich neuerdings geändert hat, ist nur das Bewußtsein dieses Zustandes. Demokratie ist das Wissen jedes Staatsbürgers über seine Staatsbedeutung. Indem ihr sprecht: wir sind der Staat, erfaßt ihr den Kern aller politischen Bewegungen des verflossenen 19. Jahrhunderts und bietet euch dar als Bestandteile der regierenden Menge für die kommende Gestaltung.

Ihr seid der Staat! Das heißt: ihr wollt keinen Herrn über euch haben, der größer ist als ihr; ihr habt die Absicht, künftig nur denen zu gehorchen, die von allen Gleichberechtigten zum Befehlen berufen worden, und ihr verlangt die Möglichkeit, mit Hilfe der Gleichberechtigten jeden von euch erwählten Herrscher abzusetzen, wenn ihr anfangt, ihn für gefährlich zu halten. In euch rollt etwas vom Blute der Souveränität; euch umleuchtet etwas von der Würde der Unverantwortlichkeit. Alle Beamten sollen euch verantwortlich sein; sie werden ihre Haushaltpläne und ihre Abrechnungen zu euren Füßen niederlegen und werden warten, bis ihr den Gesetzen zustimmt, die sie euch vorlegen. Ihr entscheidet über Krieg und Frieden, über Steuern und Gehälter, ihr macht Handelspolitik und Sozialpolitik — es liegt eine wunderbare Macht in euren Fingern, wenn ihr sie zu handhaben wißt. Soll man nicht sagen, daß ihr zu Königen geworden seid, ihr alle? Ob ihr es seid, ob ihr es sein wollt, das ist eure Lebensfrage.

Ich sage euch, Mitbürger, kein Geheimnis, wenn ich euch mitteile, daß viele Fürsten der Vergangenheit nur den Schein des Regierens besaßen, selbst aber von klugen Mechanikern der Politik geleitet wurden. Der Purpur hing um ihre Schultern herum wie ein fremdes Tuch. Sollte nun aber, so frage ich euch, nicht auch die Gefahr bestehen, daß republikanische Bevölkerungen ebenso geleitet und mißbraucht werden wie diese Fürsten? Ja, in der Tat, die Gefahr besteht in hohem Grade, und zwar um so mehr, je weniger politische Erziehung in der Volksmenge vorhanden ist. Wenn das Volk die ausgedehntesten Wahlrechte besitzt und über jeden größeren Regierungsschritt abstimmen darf, so braucht der, der die Technik der Volksbeeinflussung versteht und rücksichtslos übt, sich trotzdem nicht zu fürchten. Er wird es so einrichten, daß er immer als Retter des Vaterlandes erscheint. Hat er Schwierigkeiten im Innern, so sagt er, es stehe ein Gewitter am auswärtigen Himmel. Will er eine gewaltige Steuer durchbringen, so verkündet er einen doppelten Ertrag, der damit erreicht werden könne. Sucht er das Volk zu beschränken, so nennt er die Beschränkung Freiheit, und unter einem demokratischen Getöse verrät er den Geist der Selbstregierung des Volkes. Ich sage nicht, daß es so ist, aber daß es so kommen kann. Auch das behaupte ich nicht, daß der, in dessen Händen die Mechanik der Volksführung liegt, immer ein Übeltäter sein müsse und immer das Volk verderbe. Er kann Nutzen stiften, aber ob er es tut, das ist das Unsichere. Darauf aufzupassen, ist Pflicht des demokratischen Bürgers. Ihr, meine Freunde, seid Bürger, ich aber bitte euch dringend, daß ihr wirklich alles das tut, was in diesem Namen enthalten ist!

Was bedeutet es denn eigentlich, wenn man auf Grund der republikanischen Verfassung sagt, daß das Volk sich selbst regiert? Über was entscheidet der Stimmzettel der Masse? Er wählt aus entweder zwischen zwei Gesetzesformulierungen oder zwischen zwei Parteigruppen. Darüber hinaus ist das Abstimmungsverfahren hilflos. Man kann durch allgemeine Abstimmungen keine schwierigen Kompromisse schließen, keine Ausgleiche verabreden, keine Einzelfälle entscheiden. Alles feinere Regierungswerk entzieht sich durch seine Natur dem elementaren Verfahren der Volksregierung. Armes, gutes Volk, dem träumende Idealisten ein ewig unerreichbares Ziel vorhalten, sich selber unmittelbar glücklich zu machen! Die Natur der Dinge bringt es mit sich, daß du Vertreter brauchst, Ausführer deines Willens, Geschäftsführer deiner Regierung. Auch du bist an deine Vertrauensleute gebunden, genau so wie die Könige. Deshalb sei vorsichtig in dem einzigen wirklichen Akte, der dir auch bei allergrößter Demokratisierung gegeben wird, bei der Kontrolle derer, die dir dienen.

Es besteht also die politische Pflicht der Bürger weniger im Entwerfen großer Programme als im fleißigen Nachprüfen der einzelnen Vorgänge. Das Volk soll sich mit dem Apparate des Regierens so vertraut machen, als es möglich ist, um zur Kontrolle befähigt zu sein. Dazu aber gehört noch etwas mehr als bloß allgemeine Begeisterung und Stimmung. Die politischen Berichte sind, um es so auszudrücken, Mitteilungen einer riesigen Aktiengesellschaft, von der jeder von euch einen Anteil besitzt. Dieser Anteil ist klein gegenüber der Zahl der Gleichberechtigten, aber er ist für euch der wichtigste Teil eures Besitzes, es ist euer Anteil an Gegenwart und Zukunft, euer Stück Weltgeschichte. Um dieses Anteiles willen sollt ihr eure Augen schärfen und eure politischen Ohren öffnen. Einst waret ihr Untertanen, nun aber seid ihr Herren. Ich frage euch, ob sich diese Umwandlung schon in euerm Innern vollzogen hat und ob ihr den Staat und sein Getriebe so ansieht, als ob ihr Mitglieder des Aufsichtsrates entweder seid oder wenigstens werden könntet.

Keineswegs ist es nötig, daß jeder ein Redner wird oder ein Zeitungsschreiber. Auch ist es nicht erforderlich, daß jeder ein Amt in der Partei oder in der Gemeinde erstrebt. Die Fülle des politischen Geschwätzes ist nicht ohne weiteres ein Zeichen von Kraft. Das aber ist nötig, daß jeder einen politischen Parteianschluß sucht, denn der Alleinstehende ist an sich unpolitisch, weil Staatsbildung eine Gemeinschaftsarbeit ist. Wer nicht irgendwo mitarbeitet, lernt die Politik nie verstehen. Denn Politik ist eine praktische Kunst, ist kein bloßes Diskutieren. Du mußt an irgendeiner Stelle etwas Bestimmtes durchsetzen wollen, um auch nur den Anfang politischer Gefühle in dir selber zu spüren. Als bloßer Zuschauer

Digitized by Google

bleibst du unerfahren, und alles kommt dir fremd und verworren vor. Gehe in deinen Verein, in den kleinen bescheidenen Verein deines Bezirks, setze dich dort unter die zwanzig oder dreißig Männer und Frauen. So klein euer freiwilliges Bezirksparlament ist, so kann es die Brunnenstube bedeutender Entschlüsse sein, wenn ihr nur eure Sache selber ernst nehmt. Alle großen Bewegungen fingen in einer Ecke an.

Je mehr sich die Parteien aus fleißig arbeitenden Gruppen und Vereinen zusammensetzen, desto weniger werden sie der gewöhnlichen Agitationsleidenschaft verfallen, die das Gemeinwohl außer Betracht läßt und nur einer einzelnen besonderen Idee nachjagt, sei es einer Gehaltsverbesserung oder einer Spezialreform oder einer Rassenfrage. Alle Fragen können wichtig sein, aber keine allein bestimmt das Gedeihen des Staates. Wer am Staate mitregieren will, muß im Laufe der Zeit ein Bild aller großen Staatstätigkeiten vor seinem Geiste aufstehen sehen. Der ungebildete Staatsbürger ist ein ungenügender Kontrolleur der Staatsbeamten, beurteilt sie ohne Sachkenntnis, denkt nur an sich und nicht an alle. Um es kurz zu sagen: wenn wir Republikaner sein wollen, müssen wir ein anderes Bildungsideal haben als bisher. Von Untertanen verlangt man keine Staatskenntnisse, aber von Bürgern. Der Untertan zahlt Steuern, gehorcht und spielt Klavier oder Skat, der Bürger braucht noch etwas mehr! Ihr wollt Bürger sein, das heißt: Wissende, Mitdenkende, Helfende! Ihr werdet den Inhalt eures eigenen Lebens bereichern, wenn ihr eure öffentliche Pflicht in ihrer Größe erfaßt und übernehmt, und Deutschland wird besser blühen, wenn es sich zur tatkräftigen Demokratie entwickelt.

Wilhelm Heile / Steuerpolitik und Reichseinheit

Im Anfang war das Reich auch steuerlich nur ein Bund von Staaten und kein Staat. Es hatte nur geringe Einnahmen und ebenso geringe Möglichkeiten ihrer Vermehrung. Das war nicht Folge der mangelnden Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes, sondern bewußte und gewollte Folge der Halbheit im Reichsgründungswerk. Unter allen Hoheitsrechten ist ja das Recht der Finanzhoheit bei weitem das wichtigste. Und mit der vollen Aufrechterhaltung der Finanzhoheit wahrten sich also die Bundesstaaten ihre volle staatliche Souveränität.

Es genügte ihnen dabei nicht, daß sie die Finanzkraft behielten, ihre eigenen Aufgaben ungeschmälert und vollkommen selbständig zu lösen. Nein. Das Reich sollte seinerseits nicht selbständig werden können, nicht unabhängig von den Bundesstaaten. Es sollte, wie Bismarck sich treffend ausdrückte, ihr Kostgänger sein und bleiben. Und so blieb das Reich angewiesen auf die von den Bundesstaaten erhobenen, im damals freihändlerischen Deutschland noch nicht sehr ergiebigen Zölle und einige andere Verbrauchsabgaben, sowie auf die Matrikularbeiträge, die von den Bundesstaaten nach der Kopfzahl ihrer Bevölkerung in die Reichskasse abgeführt wurden. Als dann am Ende der siebziger Jahre der Umschwung zum Schutzzoll kam, da wurde von den Vertretern des Partikularismus dafür gesorgt, daß zum mindesten der wichtigste Zoll, der Getreidezoll, nicht zur Kräftigung der Reichskasse und damit der Stellung des Reiches gegenüber den Bundesstaaten führen konnte. Mehr als 120 Millionen Mark durften davon nach der Franckensteinschen Klausel — so genannt nach dem Antragsteller, dem Zentrumsabg. Frhr. v. Franckenstein — nicht in der Reichskasse verbleiben und mußten nach dem Schlüssel der Matrikularbeiträge den Bundesstaaten überwiesen werden.

Nun wird freilich gesagt, daß das Reich in seiner Jugendzeit sehr wenig Geld brauchte. Das stimmt. Wenn man sich die Haushalte der ersten Jahre ansieht, da könnte uns heutige Steuerzahler der blasse Neid ankommen. Das Reich konnte damals mit durchschnittlich 350 Mill. M. seine gesamten ordentlichen Ausgaben decken. Davon wurden etwa 250 Mill. M. durch Zölle, Verbrauchssteuern und Verkehrsabgaben, der Rest durch Matrikularbeiträge aufgebracht. Wenn diese bescheidenen Summen wirklich zur Bedarfsdeckung genügten, so liegt das aber im wesentlichen daran, daß man dem Reiche keine rechten Aufgaben zuweisen wollte, damit es sich eben nicht zum Staate auswachsen konnte.

Die inneren Notwendigkeiten waren jedoch stärker als all solch engherziger Widerstand der Partikularstaaten und Partikularisten gegen den Ausbau des Reichs und des Reichsgedankens. Im Laufe der Jahrzehnte wuchs der Aufgabenkreis des Reiches ins Riesenhafte. Das Reichskanzleramt, von Bismarck ursprünglich als Unterstaatssekretariat für deutsche Angelegenheiten im preußischen Ministerium des Auswärtigen gedacht, hatte sich schnell zum leitenden Reichsministerium entwickelt. Die Staatssekretäre der Reichsämter, anfangs nichts als die nachgeordneten Stellen des Reichskanzlers, waren durch das Stellvertretungsgesetz von 1878 im Sinne selbständiger Verantwortlichkeit gegenüber dem Reichstag Stellvertreter des Reichskanzlers und im Laufe der weiteren Entwicklung zwar nicht dem Namen nach, doch in der Tat wirkliche Minister geworden. So hatten wir ein Reichsministerium bekommen, das mehr und mehr trotz verbündeter Regierungen und Bundesrat zur eigentlichen Reichsregierung wurde. Aber gesunde Reichsfinanzen, die Grundlage alles gedeihlichen Arbeitens und großen Planens, hatten wir nicht.

Wir hatten sie nicht und bekamen sie nicht, weil der Partikularismus der bundesstaatlichen Regierungen und der konservativen Parteien einem gesunden organischen Aufbau des gesamten deutschen Steuerwesens den schärfsten grundsätzlichen und tatsächlichen Widerstand entgegensetzten. So taumelte das alte Reich von einer sogenannten Finanzreform zur anderen. Immer wurde nur eine Vermehrung der Steuern von der alten Art geschaffen; von einer Reform des Steuerwesens konnte und sollte nach dem Willen der herrschenden Parteien und Regierungen keine Rede sein. Wie hat der Liberalismus gerungen um Beteiligung des Reiches bei den direkten Steuern, um die Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaften unmittelbar durch das Reich! Erst in der letzten Zeit vor dem Kriege bekamen wir ja schließlich auch Reichserbschaftssteuern; aber in uns allen ist noch die beschämende Erinnerung daran lebendig, wie schwer es war, den heftigen, mit allen Mitteln niedrigster Demagogie betriebenen Widerstand der Reaktionäre gegen diese gerechteste aller Steuern zu überwinden. Das unehrliche Schlagwort von der Gefährdung des deutschen Familiensinns mußte herhalten, um den großen Besitz gegen gerechte Belastung zu schützen. Und der Partikularismus der Bundesstaaten unterstützte damals, wie bei allen Gelegenheiten, diese Politik des erbärmlichsten Eigennutzes.

Digitized by Google

Umgekehrt war freilich auch der Eigennutz der Steuerscheuen die stärkste Unterstützung des Partikularismus. Ein Beispiel, das wichtigste, das preußische, mag genügen. Preußen wehrte sich gegen die Übertragung direkter Steuern ans Reich, weil dieses Steuergebiet seiner eigenen Finanzhoheit nicht entzogen werden dürfe. Es konnte dabei auf ein System von Einkommens-, Vermögens- und auch Erbschaftssteuern hinweisen, das in der Zeit des liberalen Finanzministers Miquel seine verhältnismäßig moderne Ausgestaltung erfahren hatte. Aber Preußens inzwischen rein konservativ gewordene Führerschaft wehrte sich gegen eine weitere Entwicklung dieses Systems zu stärkerer Staffelung der Steuern nach der Leistungsfähigkeit. Im Lande des Herrenhauses und des Dreiklassenparlaments, in dem das Wahlrecht nach dem Besitz so abgestuft war, daß etwa 15 v. H. in der ersten und zweiten Klasse wählten, 85 v. H. dagegen in der dritten Klasse zwar wählen durften, aber ohne jede Wirkung — in diesem Lande ließ man sich die Besitzsteuern als schließlich erträglich gefallen, zumal da nicht bloß die Höhe des gesetzlichen Steuersatzes, sondern die Art der Einschätzung und Erhebung vom Willen der Erstklassigen abhängig war. Aber wenn im Reiche, im Bereich des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts über die Belastung des Besitzes entschieden werden sollte, so würde Gefahr vorhanden sein, daß eine die Leistungsfähigen wirklich nach ihrer Leistungsfähigkeit belastende Besteuerung durchgeführt werden würde. Und so wurde es zum heiligen Grundsatz, von dem fälschlich sogar behauptet wurde, er sei durch die Reichsverfassung gewährleistet, daß dem Reiche die indirekten, den Bundesstaaten die direkten Steuern gehörten.

Erinnern wir uns noch der Kämpfe um den Wehrbeitrag von 1913, das damals als so unerhört hoch gepriesene Opfer, das der Besitz auf dem Altar des Vaterlandes darzubringen hatte? Ach, auch in diesem Zusammenhang wehrten sich die großen Patrioten der Rechten gegen jede ernsthafte Heranziehung des Besitzes für die Kosten der Landesverteidigung. Und da diese in der damaligen Lage wirklich nicht mehr ganz zu umgehen war, so wußten sie wenigstens — unterstützt von den bundesstaatlichen Regierungen — die Einführung einer regelmäßigen, dauernden Vermögenssteuer zu verhindern und ließen sich die Zustimmung zum einmaligen Wehrbeitrag mit dem Versprechen erkaufen, daß die Reichsregierung es nun auch wirklich bei dieser Einmaligkeit bewenden ließe.

Und so ist es geblieben bis hin zum Kriege und selbst während des Krieges. Nichts hat dem Gedanken, daß ein Teil der Kriegslasten schon im Kriege durch Steuern, und zwar selbstverständlich in erster Linie durch Besitzsteuern, gedeckt werden müßte, größere Hindernisse in den Weg gewälzt, als dieser widerwärtige, durch den Eigennutz der herrschenden Gruppen der Bundesstaaten gewährte Zuständigkeitsstreit zwischen dem Reich und seinen Gliedern.

Jetzt endlich ist es soweit, daß die neue Verfassung das Reich zum eigentlichen deutschen Staat gemacht und ihm auch die letzte und entscheidende Hoheit in den Fragen der Steuerpolitik übertragen hat. Jetzt ist der Weg frei für einen organischen Aufbau des ganzen deutschen Steuerwesens. Schon ist der Widerstand der einzelstaatlichen Finanzminister gegen die Übernahme der Einkommensteuer durch das Reich im wesentlichen gebrochen. Und es besteht auch kaum noch ein Zweifel daran, daß es gelingen wird, die Verwaltung der direkten Steuern in die Reichshand zu legen. Es genügt nicht, daß die gesetzgeberische Zuständigkeit und die wirkliche Gesetzgebung beim Reiche liegt. Die Art, wie die Veranlagung zur Steuer durchgeführt wird und wie man die Steuer erhebt, muß über das ganze Reich hinweg einheitlich gestaltet sein. Es darf künftig nicht mehr möglich sein, daß es innerhalb des Reiches Steueroasen gibt, die gerissenen Drückebergern als Zukunftsstätte dienen. Und es darf nicht bloß zwischen den Ländern ein Unterschied in der Belastung nicht mehr bestehen, sondern ebenso wenig zwischen den Gemeinden. Die Gerechtigkeit und das Staatswohl verlangen es in gleicher Weise, daß fortan alle Volksgenossen nach einheitlichem System und nach gleichen Grundsätzen aus ihrem Einkommen beitragen zu den Lasten des Reiches, der Länder und der Gemeinden.

Der Anteil am Ertrage dieser und anderer Reichssteuern, der den Ländern und Gemeinden überwiesen wird, darf natürlich nicht zu knapp gehalten sein. Auch muß den Ländern und Gemeinden irgendwelche Möglichkeit zur Beschaffung besonderer Mittel für besondere Leistungen erhalten werden. Die Grund- und Ertragssteuern z. B. und besonders auch der Ausbau des genossenschaftlichen Gedankens durch Ausdehnung und Neueinrichtung städtischer Betriebe bieten da hinlänglichen Spielraum namentlich für die Gemeinden. Soweit aber Länder und Gemeinden infolge des einheitlichen Aufbaus unseres Steuerwesens zu Kostgängern des Reiches werden, muß dafür gesorgt werden, daß das nicht zur Beschränkung der Selbstverwaltung führt. Innerhalb der Länder haben ja die Gemeinden schon immer einen solchen Kampf gegen kleinliche Ausnutzung des finanziellen Aufsichtsrechtes des Staates führen müssen. Im großen und ganzen aber mit vollem Erfolg. Im demokratischen Staatswesen des Deutschen Reiches wird es eines solchen Kampfes hoffentlich überhaupt nicht bedürfen. Denn Demokratie ohne ausgedehnte Selbstverwaltung ist ein Widerspruch in sich selbst.

Marie Baum, M. d. N. / Die politischen Aufgaben der Frauen nach Friedensschluß

(Nach einem auf der Frauentagung des Deutschen Demokratischen Parteitages gehaltenen Vortrag)

In den schwersten und dunkelsten Augenblicken des Schicksals unseres Vaterlandes sind wir Frauen in das politische Leben eingetreten und berufen, an seinem Wiederaufbau mitzuarbeiten. Ich möchte die uns erwachsenden Aufgaben von zwei Gesichtspunkten aus betrachten, der nationalen und der sozialen Wirkungssphäre, wie sie in der inneren und äußeren Politik zum Ausdruck kommen. Kein Zufall ist es dabei, daß ich die Worte „national" und „sozial" hier gleich zu Beginn meiner Rede aneinander füge, denn von der national-sozialen Partei, die nach kurzem Bestehen sich in einem größeren Ganzen auflöste, haben viele von uns Deutsch-Demokraten ihren Ausgangspunkt genommen. National, sozial und demokratisch soll der Ruf sein, um den wir uns scharen.

Lassen Sie mich zuerst von den nationalen, von den Fragen der äußeren Politik reden. Es ist der Fehler der Deutschen überhaupt, und der Frauen insbesondere, daß sie in den 40 Jahren deutscher Entwicklung, die hinter uns liegen, viel zu wenig Anteil an der äußeren Politik genommen haben. Kaum ist es gewagt auszusprechen, daß, hätten die deutschen Frauen während dieser Friedensjahre mehr Verständnis für nationale und internationale Beziehungen be-

Digitized by Google

wiesen, der Zusammenbruch unseres Vaterlandes in so verhängnisvoller Schwere nicht erfolgt wäre. Die Aufgabe, die uns jetzt aus unserem unglücklichen Schicksal erwächst, die aber ihre Wurzeln schon in vorhergegangenen Zeiten und Beziehungen hat, ist, zugleich national zu empfinden und doch neue übernationale Ideen in sich aufzunehmen. Wenn wir wissen und danach handeln, daß diese übernationalen Ideale ihre Grundlage nur im Nationalitätsgefühl finden können, wenn wir eingedenk sind, daß der Völkerbund ein Nichts, ein Zerrbild ist, der nicht auf starken, selbstbewußten Völkern beruht, nur dann werden wir dieser neuen schweren Aufgabe gerecht werden können.

Die eine Seite, die Anpassung an das Fremde, Internationale, Kosmopolitische wird dem Deutschen leicht, fast möchte ich sagen, lasterhaft leicht. Auch zu dem anderen Extrem, durch welches das Volksbewußtsein zum nationalistischen, chauvinistischen Zerrbild verbogen wird, ist er nur zu gern bereit. Das aber, was wir brauchen und leidenschaftlich erstreben müssen, ist ein starkes, lebendiges Nationalgefühl, das unser ganzes Leben durchdringend alle Schätze deutschen Volkstums in die Tiefen unseres Seins ausströmen läßt. Wer so das Deutschtum fühlt und als sein Eigen anerkennt, wird die Trauer über die Zerstückelung unseres Landes nie verwinden und nicht dulden, daß die von uns abgetretenen Volksteile je ein Erkalten unserer Liebe und Opferbereitschaft fühlen.

Den Frauen liegt es ob, die Erziehung ihrer Kinder in diesem Sinne zu leiten, der nur scheinbar auf doppelter, tatsächlich auf einheitlicher Linie verläuft. Wie wir vom Einzelmenschen neben kräftiger Entwicklung seiner Persönlichkeit die Einordnung in das Gemeinschaftsleben seines Volkes erwarten, so auch von dem starken Volke die Einordnung in die Gemeinschaft der Völker.

Weit mannigfaltiger und vielfach auch heute noch unübersehbarer, verwickelter liegen die sozialen Verhältnisse beim Wiederaufbau Deutschlands im Innern. Woher sollen wir den Mut zu nationaler Erziehung, woher das Kraftgefühl als selbstbewußtes Volk unter Völkern nehmen, geschlagen und verachtet nach außen, zerbrochen, krank, verhungert und fiebernd im Innern wie wir sind? Ob Deutschlands Körper gesunden, ob neues Blut kraftvoll durch seine Adern fließen wird, hängt davon ab, wieviel politischen Willen, wieviel kraftvolle Arbeit die Deutschen in den nächsten Jahren aufbringen werden.

In diesen Ring des Wollens und der politischen Betätigung sind die Frauen jetzt dem Rechte nach ohne jede Einschränkung aufgenommen, und sie bringen hierfür einen Schatz von unverbrauchter Kraft, Unvoreingenommenheit und gutem Willen mit, der hoch in Rechnung gestellt werden kann. Auch ihren Mangel an Routine möchte ich zu diesen Vorzügen rechnen. Demgegenüber steht vielfach Ungewandtheit im politischen Denken und Mangel an Kenntnissen in sachlichen Fragen, die nur durch ruhige, zielbewußte, sachliche Arbeit überwunden werden können.

Die Frage ist nun, wo die Frauen in erster Linie mit angreifen und wie sie ihren politischen Willen betätigen sollen.

Da ist zunächst das Parlament im Reich, Staat und Gemeinde. Während der letzten Tage in der Nationalversammlung, als die Grundrechte der Verfassung durchgesprochen wurden, zeigten die Frauen im Gegensatz zu der bisher geübten Zurückhaltung lebendigste Anteilnahme. Wohl ein dutzendmal haben sie in den drei oder vier Verhandlungstagen sich zum Wort gemeldet und ihren zum Teil schon in Anträgen niedergelegten Willen auch mündlich bekundet. Die Fragen der Ehe und Familie, der Rechtsstellung des unehelichen Kindes und seiner Mutter, die Beseitigung des vom Staate den Lehrerinnen und Beamtinnen auferlegten Zölibates mußte die Frauen im tiefsten Innern treffen und zur Mitarbeit aufrufen. Bei der Entscheidung trennten sich die Frauen des Zentrums und der Rechten von den Demokratinnen und den weiter links stehenden weiblichen Abgeordneten, die weitgehende Anträge gestellt und durchgebracht haben. Und noch oft wird das Gesetz Gebiete berühren, in denen leidenschaftliches Sichaufbäumen gegen bisher geduldetes Unrecht sich in klarem, ruhigem Abwägen befreienden Ausruck suchen muß.

Ob im allgemeinen die kühle, verstandesklare und viel Resignation erfordernde Arbeit der fast immer auf dem Wege des Kompromisses zustande kommenden Gesetzesformung vielen Frauen Befriedigung geben wird, muß Zeit und Erfahrung lehren.

Das Gesetz, das Wort, wird lebendiges Fleisch und Blut draußen, wo es in den Beziehungen der Menschen untereinander wirkt. Der Legislative steht die Exekutive zur Seite. Während den Frauen das höchste politische Recht an der Legislative in vollem Umfang gewährt ist, kann man dieses für die Exekutive noch nicht sagen. Und doch werden sie vermutlich den wesentlichsten Ausdruck ihres Seins gerade dort in der Verwaltungstätigkeit finden. Wir rühren hier an die großen wichtigen Fragen, die im Hauptteil der Verfassung behandelt werden: den Aufbau des neuen Deutschland in Reich, Staat und Gemeinde, in welchen eben diese lebendige Verwaltungsarbeit ihren Platz zu finden hat. Wir Demokraten sind der Hauptzahl nach Unitarier, d. h., wir wünschen ein starkes Reich, dem sich die einzelnen Länder in Freiheit und Beweglichkeit ein- und unterordnen. Die Verfassung hat uns diese Form noch nicht gebracht. Vielmehr ist Deutschland nach wie vor ein Bundesstaat, wenn auch mit stärkerer Betonung der Reichsgewalt als früher. Dieser Zentralisierung wird eine Dezentralisierung entsprechen, die Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden, in denen starkes Eigenleben pulsieren muß. Reichsminister Preuß hat kürzlich einmal im Verfassungsausschuß gesagt, daß der Deutsche trotz Revolution noch gar nicht wüßte, was Demokratie eigentlich sei, die Demokratie, die wir uns jetzt mit schweren Kämpfen errungen haben. Wir wissen nicht, daß wir, das Volk, zugleich auch der Staat sind, den wir uns setzen. Die Begriffe der Selbstverwaltung, der Mitwirkung jedes einzelnen an der Herausgestaltung unseres Gemeinschaftslebens sind bisher nicht viel mehr als leere Worte geblieben. Immer noch erscheint vielen Staatsbürgern eben der Staat, den er selbst mit bilden soll, als ein fremdes, böses, ihm feindlich gegenüberstehendes Ungeheuer, gegen dessen Übergriffe er sich zu wehren hat; zugleich aber in einer merkwürdigen Begriffsverwirrung auch als der Allmächtige, der in jeder Not zu helfen berufen sei, ohne daß der einzelne den Finger zu rühren braucht. Diese Hypertrophie, diese durch und durch falsche Einschätzung des Staatsbegriffes müssen wir bekämpfen, um den demokratischen Gedanken frei und rein zum Ausdruck zu bringen. Staatsbürger und Staat sind nicht zweierlei, sondern ein einziger Organismus, dessen Leben sich in jedem seiner einzelnen Teile so zu äußern hat, wie sich im menschlichen Körper das Leben des Hirnes in dem Leben der Hand und der Gliedmaßen äußert. In Aus-

Digitized by Google

tausch und Wechselwirkung zwischen der Zentralgewalt des Staates und der Selbstverwaltung seiner Glieder muß sich das staatliche Leben des Deutschen Reichs reich und mannigfaltig auswirken.

Es will mir nun scheinen, als wenn in der übersehbaren Arbeit kleiner Kreise, wie sie Gemeinde und Land darstellen, die politische Betätigung der Frauen — wie auch übrigens der Männer — ihren gesunden Unterbau zu finden hat. Hier werden Kultur-, Erziehungs- und wirtschaftliche Fragen ausgetragen, und zwar in unmittelbarer Berührung mit dem Leben selbst, nicht erst in der Abstraktion der gesetzlichen Formulierung; und hier ist es, wo auch die Frauen in erster Linie wirken und lernen, ihren Standpunkt einnehmen und mutig vertreten müssen.

Welches nun sind die leitenden Ideen, welche die demokratische Frau in diese Arbeit mitbringen sollte? Aus der unendlichen Fülle alter liberaler und neuer sozialer Gedankengänge seien die mir am bedeutungsvollsten erscheinenden hier kurz herausgehoben.

Am stärksten vielleicht bewegt heute die Menschen der große Komplex *wirtschaftlicher* Fragen, die in den Schlagworten kapitalistische und sozialistische Wirtschaftsordnung einander gegenübergestellt zu werden pflegen. Der Druck der gebundenen Kriegswirtschaft hat uns die von der liberalen Weltanschauung immer geförderte Bewegungsfreiheit vermissen und infolgedessen den kühnen Geist und das mutige, unerschrockene Streben des einzelnen Unternehmers wieder als besonders wertvoll erkennen lassen. Es steht für uns fest, daß Initiative und Wagemut nicht unterbunden werden dürfen, wenn nicht das Wirtschaftsleben versumpfen und verflachen soll. Dieser bewundernswerte kühne und freie Unternehmungsgeist aber ist belastet gewesen mit hemmenden Eigenschaften, die keineswegs unbedingt zu seinem Besten gehören, und gegen die unser verfeinerter sozialer Sinn sich auflehnt. Der autokratische Herrenstandpunkt, der sich in dem berüchtigten Worte, auch im Betriebe unbeschränkter „Herr im Hause" sein zu wollen, äußerte, muß überwunden werden, überwunden zugunsten eines veredelten Begriffes der *Führerschaft*. Der Führer, der seine Macht mißbraucht, erweist sich als unwürdig und hat zurückzutreten, um von einem besseren ersetzt zu werden. Dieser Standpunkt allein verträgt sich mit wahrer Demokratie, und an dieser Richtschnur hat sich das neue Unternehmertum heranzubilden.

Der Führer eint sich mit den Geführten zu einer Gemeinschaft, von der wir mehr und bessere Früchte erwarten dürfen, als von den bisherigen Formen des Wirtschaftslebens, bei denen sich Herr und Beherrschte in trostlosem, unfruchtbarem Klassenkampf gegenüberstanden.

Wir pflegen diese Entwicklung mit dem Wort „Demokratisierung der Betriebe" zu bezeichnen, das auch zugleich die stärkere Verantwortlichkeit der Arbeiter und Angestellten in sich schließt, wie ja überhaupt die recht verstandene Demokratie stets Rechte und Pflichten gemeinsam umfaßt.

Gegen diese Auffassung begegnet man nun unter Frauen noch viel Widerstreben, nicht selten entstanden unter dem Einfluß des dem Unternehmertum angehörenden Gatten, Sohnes oder Vaters. Wir müssen aber von ihnen verlangen, daß sie die vorher gerühmte Unvoreingenommenheit in den Dingen des öffentlichen Lebens gerade auch in dieser Frage erweisen und vom demokratischen und menschlichen Standpunkt aus diese keineswegs rein wirtschaftlich zu bewertenden Probleme durchdenken.

Die Demokratisierung der Betriebe ist aber nur die *eine* Seite der sozialen Umformung, die unser wirtschaftliches Leben durchzumachen hat. Auch der demokratisch geleitete Betrieb ist kein autonomes Gebilde, sondern hat sich in dem Ring der Volkswirtschaft zum Wohle des Ganzen einzuordnen. Das ist der gesunde Kern alles dessen, was unter dem Worte „Planwirtschaft" zusammengefaßt, so heftig bekämpft und umstritten wird. Unser Wirtschaftsleben ist bis zum Jahre 1914 in vieler Hinsicht Anarchie gewesen; und wenn sich ein reiches Volk diesen Luxus gestatten konnte, so darf es ein arm gewordenes nicht. Der Staat hat das Recht und die Pflicht, jeden zweckmäßigen Zusammenschluß wirtschaftlicher Betriebe energisch zu fördern, um das Ineinandergreifen der Wirtschaftseinheiten planvoller zu gestalten. Der Staat hat ferner das Recht und die Pflicht, für eine gerechte Verteilung der Betriebsgewinne zu sorgen, die aus der Zusammenarbeit aller und häufig genug aus günstigen Zufällen herrührend, innerhalb eines Betriebes erwachsen. Obwohl wir am Privateigentum festhalten, hat doch eine andere Bewertung solcher Gewinne Platz zu greifen. Sie sind nicht im alten Sinne Eigentum des Unternehmers, der sie vielmehr kraft seiner Führerschaft und im Gefühle der Verantwortlichkeit dem Volke gegenüber, — das letzten Endes in seiner Gesamtheit am Gewinn des Unternehmers beteiligt ist, — verwaltet. Anhäufung riesiger Vermögen kann und darf es in einem demokratischen Gemeinwesen ebensowenig geben wie Wucher oder wie die Ausbeutung der menschlichen, insbesondere der kindlichen und weiblichen Arbeitskraft.

Dies führt hinüber zu einer anderen leitenden Idee: der Bewertung des Menschentums als solcher, die die politisch tätige Frau in ihre Arbeit mitzunehmen hat. Der Krieg war uns ein furchtbarer Anschauungsunterricht. Aber nicht nur aus diesem Blutopfer, aus dem Hunger und Elend der Blockade, ist uns diese Erkenntnis erwachsen; sie wurzelt in dem Einblick in das Leben breiter Volksschichten, aus dem uns weniger dramatisch vielleicht als aus den 4½ Kriegsjahren, aber keineswegs weniger eindringlich die Forderung nach Menschlichkeit im Gemeinschaftsleben entgegenklingt. Diese Opfer an Kindesfreuden, an Frauenleben, an Menschentum verträgt unser verfeinerter Sinn für Sozialismus auch keinen Tag länger, und es sind die Frauen, die in die politischen Zusammenhänge und Tagesforderungen diesen Ton mit besonderer Kraft und Wärme hineintragen müssen: Schutz der körperlichen und geistigen Entwicklung unserer Jugend, Schutz der arbeitenden Frauen, Durchdringung unseres Gemeinschaftslebens mit dem lebendigen Gefühl, daß am Alltag wie am Sonntag, in der Arbeit wie bei der Erholung das Menschentum sein Recht verlangt. Ganz kurz sei hier auf die Wohnungs- und Siedlungsfrage hingewiesen, deren Lösung in sozialem Sinne die Grundlage für Volksgesundheit und Familienglück schaffen wird.

Und nun noch zum Schluß ein zusammenfassendes Wort: Der Schweizer Pfarrer Bizius, den wir unter dem Namen Jeremias Gotthelf kennen, hat einmal ausgesprochen, daß er das Wort Rechtsstaat nicht hören möge. Zunächst klingt uns das befremdend. Aber doch möchte ich diesen Ausspruch Ihnen mit besonderer Wärme ans Herz legen. Wir Frauen arbeiten jetzt mit an den durch Gesetz gewährleisteten Rechten des deutschen Volkes. Wir denken uns hinein in den hohen Sinn des Rechtes, das sich als festes Gerüst in das Gemeinschaftsleben einbaut. Aber

Digitized by Google

Recht und Gesetz werden vielfach auch anders aufgefaßt, als in diesem höchsten Sinn. Das Fordern von Rechten, das Pochen auf Rechte ist leider zu einer üblen Gepflogenheit im Gemeinschaftsleben geworden, die anderes, Wichtigeres zurückgedrängt hat. Bei aller Ehrfurcht dem Rechte als solchem gegenüber müssen wir uns klar bewußt bleiben, daß ein nur auf dem Recht beruhendes Gemeinschaftsleben eine Hölle wäre. Neben dem Recht, es umschließend, ergänzend, erfüllend, stehen die liebevollen Beziehungen der Menschen zueinander. Sie allein sind der sprudelnde Quell wahren inneren Seins, ohne welchen das Leben veröden und versumpfen müßte.

Ohne Zweifel besteht die Gefahr, daß die Frauen, neu in die Politik hineingezogen und im Gefühl lang erduldeten Druckes und Unrechtes, sich mit besonderem Feuer die Erringung neuer Rechte angelegen sein lassen werden. Sie müssen es tun, es ist ihr Recht und ihre Pflicht. Aber kein größeres Unglück könnte geschehen, als wenn sie hierüber die Fülle des Lebens und der Liebe, der Liebe in ihrer doppelten Bedeutung der persönlichen Zuneigung und der allumfassenden Karitas vergessen würden.

Nur wenn wir dieser Lebensquellen uns ständig bewußt sind, werden wir die Fragen des öffentlichen Lebens richtig einschätzen lernen und zu der Reife gelangen, in der man das Kleine als klein, das Große als groß zu bewerten imstande ist.

Wilhelm Kulemann / Pessimismus

Der Krieg ist beendigt und der Friede geschlossen. Aber was er uns übriggelassen hat, ist kaum etwas anderes, als ein wüstes Trümmerfeld, rauchende Ruinen und zerstörte Hoffnungen. Das gilt sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem und nicht zuletzt auch auf moralischem Gebiete.

Was ist aus dem Deutschen Reiche geworden? Eine Macht zweiten Ranges, die nicht einmal in dem Völkerbunde dieselbe Rechtsstellung erhalten soll wie die Sieger. Unsere Kriegsflotte liegt auf dem Grunde des Meeres. Unsere Handelsschiffe sind ausgeliefert und fahren unter fremder Flagge. Die Kolonien sind uns genommen. Große Landgebiete haben wir abtreten müssen. Zwei Millionen der besten Männer haben ihre Treue gegen das Vaterland mit dem Tode bezahlt.

Die gleiche Zerstörung von Werten hat unser Wirtschaftsleben erfahren. Eine Schuldenlast, die uns erdrücken muß, hatten wir bereits freiwillig auf unsere Schultern genommen, um die Mittel zur Kriegführung zu gewinnen, aber obwohl sie schon für sich allein uns vor die Gefahr des Staatsbankerottes stellt, fordern die Feinde ungezählte Milliarden, deren Betrag sie lediglich nach eigenem Ermessen festsetzen wollen. Damit nicht genug, haben sie uns Verpflichtungen auferlegt, die überhaupt nicht erfüllt werden können, sondern gerade darauf berechnet sind, uns jedes Wiederemporkommen unmöglich zu machen. Aus einem Lande, das mit England und Amerika in aussichtsvollem Wettstreite um die wirtschaftliche Welthegemonie kämpfte, sind wir zu einem Tributärstaate geworden, dessen Bewohner für fremde Interessen arbeiten müssen.

Immerhin, so schwer alle diese Verluste sind, so wiegen sie doch leicht im Vergleiche mit dem moralischen Niedergange, den wir erleben mußten. Weshalb sind wir im Kriege unterlegen? Es würde viel zu weit führen, die Gründe hierfür auch nur einigermaßen erschöpfen zu wollen, aber in letzter Linie laufen sie alle darauf hinaus, daß uns Eigenschaften fehlten, auf deren Vorhandensein wir besonders stolz waren und wegen deren Besitzes wir uns über andere Völker erhoben fühlten. Die deutsche Treue und Redlichkeit stand vor dem Kriege hoch im Kurse, aber wie hat sie sich bewährt? Bereichert euch! Das war die Parole, die überall befolgt wurde. Grenzenlose Habsucht auf der einen Seite, die vor keinem Mittel zurückschreckte, und ungezügelte Genußsucht auf der anderen, die sich an keine Verbote band und die geforderten Phantasiepreise bedingungslos zahlte, beide zusammen haben den Boden bereitet für das wucherische Treiben, das wir auf Schritt und Tritt beobachten. Auf kaum eine andere wirtschaftliche Eigenart haben wir uns so viel eingebildet wie auf unser Organisationstalent, aber wie kläglich sind unsere Behörden und Kriegsgesellschaften gescheitert im Kampfe um Beschaffung und Verteilung der notwendigsten Lebensbedürfnisse! Selbst in unserem Heerwesen, mit dem wir an der Spitze der Nationen zu marschieren glaubten, haben sich Mängel gezeigt, die niemand für denkbar gehalten hätte. Wo blieb das kameradschaftliche Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften, das man als eine spezifisch deutsche Errungenschaft feierte? An der Front, unmittelbar vor dem Feinde, mag die gemeinsame Gefahr noch einigermaßen den inneren Zusammenhang aufrechterhalten haben, obgleich auch darüber ungünstige Berichte vorliegen, aber über die „Etappenschweinerei“ hört man nur eine einzige Stimme der Entrüstung und Empörung. Der Hunger im Binnenlande mit seiner Herabsetzung aller seelischen Funktionen und der Haß der Soldaten gegen ihre Offiziere, das sind die beiden wichtigsten Faktoren gewesen für unseren Zusammenbruch nach außen und im Innern. Nicht zuletzt endlich ist unsere Volksgesundheit auf das schwerste erschüttert durch eine Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten, die einen früher für unmöglich gehaltenen Grad erreicht hat. Auch das hat seinen tiefsten Grund in sittlicher Schwäche.

Alles das sind Erscheinungen, die in irgendeiner Weise mit dem Kriege zusammenhängen und deshalb bis zu einem gewissen Grade mit dessen Ausnahmeverhältnissen entschuldigt werden können. Aber was haben wir erleben müssen, seitdem der Krieg im Oktober v. J. tatsächlich sein Ende gefunden hat? Wer auf dem demokratischen Standpunkte steht, wird gewiß dem alten Staate nicht viel Gutes nachrühmen wollen, aber was er bot, war immerhin eine formale Ordnung. Hätte man an deren Stelle eine andere gesetzt, so hätte das einen Fortschritt bedeuten können, aber was wir erhalten haben, ist nichts anderes, als die Aufhebung aller Ordnung überhaupt. Jeder tut, was ihm gut erscheint. Die brutale Gewalt erhebt frech ihr Haupt und scheut selbst vor dem Bürgerkriege nicht zurück. Nur durch weitgehende Zugeständnisse an die aufgehetzten Massen und vorsichtiges Lavieren zwischen Energie und Nachgiebigkeit ist es bisher gelungen, das Äußerste zu verhindern. Aber was nicht verhütet werden kann, das ist die unermeßliche Schädigung der Gesamtheit infolge der Scheu vor jeder Art von Arbeit. Der Streik ist Selbstzweck geworden. Es genügt, ihn zu proklamieren, selbst ohne Angabe irgendeines greifbaren Zieles, das mit seiner Hilfe erreicht werden soll, um die Massen zur Einstellung der Arbeit zu veranlassen. Alle Hinweise darauf, daß nur die volle Einsetzung des Restes der uns gebliebenen Kraft imstande ist, uns vor dem

Digitized by Google

Chaos zu retten, versagen im Kampfe gegen die Faulheit. Aber da man doch auf die Genüsse des Lebens nicht verzichten will, so bleibt nichts übrig, als deren ehrlichen Erwerb durch den unehrlichen zu ersetzen. Diebstahl, Raub, Betrug sind die Wege, auf denen man sich das verschafft, was man gern haben möchte und was durch Arbeit zu gewinnen man keine Lust hat. Die Polizei hat keine Macht, das Eigentum zu schützen und man ist gezwungen, zur Selbsthilfe zu greifen. Selbst die staatliche Güterbeförderung durch Post und Eisenbahn bietet nur noch eine sehr beschränkte Sicherheit.

Also Jammer, Elend, Verkommenheit und Verbrechen, wohin wir sehen. Ist es da zu verwundern, daß der Pessimismus um sich greift? Es sind wahrlich nicht die schlechtesten Männer, die aus Verzweiflung an ihrem Vaterlande und der Zukunft ihres Volkes sich selbst den Tod geben. Wir alle empfinden einen dumpfen Druck, der auf uns lastet, und wir leisten unsere Arbeit lediglich aus Pflichtgefühl, aber ohne innere Befriedigung und Genugtuung.

Aber ist es richtig, sich solcher Verzweiflung hinzugeben und den Pessimismus auf den Schild zu erheben? Gewiß, damit allein kann man ihn nicht bekämpfen, daß man das alte Rüstzeug der Religion hervorsucht, indem man sich auf die göttliche Weisheit und Güte beruft, die schon alles zum besten kehren werde, auch wenn wir die Wege, deren sie sich bedient, nicht imstande seien, zu verstehen. Nein, gerade das ist das Furchtbare, daß der Glaube an eine sittliche Weltordnung durchaus ins Wanken geraten ist und daß selbst religiöse Menschen sich vor die Frage gestellt sehen, ob es ihnen möglich sei, ihre frühere Auffassung über die Lenkung unseres Geschickes durch einen gütigen Gott aufrechtzuerhalten. Sicher ist hinsichtlich des Krieges auch die deutsche Regierung nicht von Schuld freizusprechen. Sie besteht darin, daß sie sich ohne eigene Entschlußkraft vor den Wagen der von Österreich verfolgten übertriebenen Prestigepolitik spannen ließ, anstatt nach dem von Serbien gegenüber dem österreichischen Ultimatum angetretenen Rückzuge dem verbündeten Staate zu erklären, daß jetzt seinem Stolze hinreichend Rechnung getragen sei. Aber das betrifft doch nur den Zeitpunkt, in dem der Krieg ausbrach. Daß er von Frankreich, Rußland und England seit Jahren systematisch vorbereitet wurde, während wir keine Ziele verfolgten, die nur durch den Krieg zu erreichen gewesen wären, darüber kann doch vernünftigerweise ein Zweifel nicht bestehen. Vom Standpunkt der Gerechtigkeit betrachtet haben wir deshalb unser Schicksal nicht verdient.

Nein, auf diesem Wege können wir nicht dahin gelangen, uns mit dem Geschehenen abzufinden. Gewiß brauchen wir unseren Gottesglauben nicht deshalb aufzugeben, weil wir uns außerstande fühlen, den Verlauf der Geschichte mit unserer menschlichen Auffassung in Einklang zu bringen, aber ebensowenig dürfen wir ihn als einen von vornherein feststehenden Ausgangspunkt behandeln, als ein Axiom, an dem eine Kritik nicht gestattet ist. Gedankengänge dieser Art müssen wir grundsätzlich ausscheiden, wenn wir einen Boden gewinnen wollen, von dem aus wir dem Pessimismus mit Erfolg entgegentreten können. So schwer es uns wird, so müssen wir doch versuchen, Gesichtspunkte zu finden, mit deren Hilfe es uns gelingt, die Ereignisse, die wir erlebt haben, einzufügen in das Weltbild, das wir uns früher geschaffen hatten und bei dem wir uns bisher befriedigt fühlten.

Stellen wir uns diese Aufgabe, so werden wir bei der Vergleichung der Gegenwart mit der Vergangenheit neben schweren Schatten doch auch Lichtseiten entdecken, die mit dem Kriege teils unmittelbar, teils wenigstens mittelbar zusammenhängen. Wir sehen ganz ab von den Erwägungen, die man in der Regel zugunsten des Krieges geltend macht, insbesondere, daß er zu außergewöhnlichen Kraftleistungen anregt und das gesamte Denken eines Volkes in den Dienst eines einheitlichen großen Zieles stellt. Gewiß, die Ausbildung der eigentlichen Kriegsindustrien einschließlich der Erzeugung von Explosivstoffen, die auch den friedlichen Zwecken der Technik und Chemie zustatten kommt, die Ausnutzung des Luftstickstoffes für die Gewinnung von Düngemitteln mit ihrer Befreiung von der ausländischen Einfuhr, die ungeahnte Entwicklung der Flugtechnik mit ihren gewaltigen Aussichten für die Ausgestaltung des Verkehrswesens, das alles und vieles andere sind Errungenschaften, auf die wir ohne den Krieg noch lange würden haben warten müssen. Aber immerhin sind das Erwägungen materieller Art, die als Gegenwerte nicht gebucht werden können, da sie mit den ideellen Schädigungen, die der Krieg im Gefolge gehabt hat, inkommensurabel sind. Es gibt jedoch noch andere Gesichtspunkte, bei denen das nicht zutrifft.

Erinnern wir uns doch des vor dem Kriege bestehenden sozialen Gegensatzes, der unser Volk in zwei scharf geschiedene Klassen teilte und eine immer steigende Schärfe gewann, so daß eine gewaltsame Entladung des angesammelten Hasses kaum vermeidbar erschien. Hier hat der Krieg tiefgreifend Wandel geschaffen, indem die gemeinsame äußere Gefahr dazu zwang, die trotzdem fortbestehende Gemeinsamkeit der Interessen sich zum Bewußtsein zu bringen.

Aber dieser Gegensatz hatte seinen Grund nicht in Umständen, die man ohne größere Mühe hätte beseitigen können, sondern in solchen, die mit der ganzen Struktur unseres staatlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens in engstem Zusammenhange standen. Man konnte kaum hoffen, sie ohne schwere Erschütterungen aus der Welt zu schaffen, denn die Macht der reaktionären Elemente war zu stark, um sich mühelos entthronen zu lassen, während doch die vulkanischen Kräfte, die mit ihnen im Kampfe lagen, sich nicht auf die Dauer bändigen ließen. Das ist jetzt mit einem Schlage von Grund aus beseitigt. Die Macht des Agrar- und Fabrik-Feudalismus ist nicht minder gebrochen, als der Widerstand des Bürokratismus und der Zaghaftigkeit, die sich allen durchgreifenden Reformen in den Weg stellte. Das aber ist mehr als ein Sieg der Gerechtigkeit und Humanität, das bedeutet vielmehr die Entbindung von Kräften unseres Volkslebens, die früher geruht oder sich im inneren Kampfe verzehrt hatten. Werden sie in den Dienst der Gesamtheit gestellt, und gelingt es, die mit einer Übergangsperiode nun einmal verknüpften Störungen der normalen Entwicklung allmählich zu überwinden, so erhalten wir eine Zukunftsperspektive, deren Verwirklichung wir früher kaum wagen durften ins Auge zu fassen.

Aber es gibt noch einen anderen Gesichtspunkt, der uns verhindern muß, die Hoffnung auf einen Wiederaufstieg Deutschlands aufzugeben. Wir gewinnen ihn aus der Betrachtung der Geschichte. Gewiß sinken wir, daß Völker zunächst emporkommen, um dann nach längerer oder kürzerer Zeit wieder zugrunde zu gehen. Aber das letztere tritt stets erst dann ein, wenn sie ihre geschichtliche Aufgabe erfüllt haben oder zu deren Erfüllung unfähig geworden sind.

Digitized by Google

Daß das Deutschtum in der Welt seinen Anteil an der Kulturarbeit bereits geleistet hätte, und deshalb entbehrlich geworden wäre, wird niemand behaupten wollen. Nach dem angegebenen geschichtlichen Gesetze würde deshalb die Annahme eines dauernden Niederganges nur dann berechtigt sein, wenn man davon ausginge, daß unser Volk nicht bloß von seiner äußeren Machtstellung herabgeworfen, sondern auch innerlich morsch geworden und unheilbar krank sei. Ist das der Fall? Mit dieser Frage berühren wir den springenden Punkt. Wir haben oben auf die schweren sittlichen Mängel hingewiesen, die uns der Krieg enthüllt hat; sie scheinen in der Tat den angegebenen Schluß nahe zu legen. Aber es ist doch auch möglich, daß es sich dabei nur um eine vorübergehende Erscheinung handelt. Alle jene Mängel haben das Gemeinsame, daß sie den Ausfluß einer Veräußerlichung in der Grundauffassung darstellen und daß in ihnen ein falscher Wertmaßstab zutage tritt, nämlich eine Überschätzung der äußeren Güter des Lebens, insbesondere des Geldbesitzes und des durch ihn ermöglichten sinnlichen Genusses. Was uns not tut, ist deshalb eine größere Verinnerlichung, ein besseres Besinnen auf uns selbst und unsere höheren Ziele.

Dürfen wir hoffen, daß unser tiefer Fall eine solche Umgestaltung in der Grundrichtung unseres Volkslebens zur Folge haben wird? Nun, dafür spricht eine rein psychologische Erwägung, nämlich die Erfahrung, daß ein schweres Unglück die Kraft besitzt, zu einer inneren Läuterung zu führen. Allerdings bildet die Voraussetzung hierfür, daß noch ein gesunder Kern vorhanden ist, aber wir haben keinen Grund, das zu bezweifeln.

In der Geschichte zeigt sich jedoch noch eine andere Erscheinung, aus der wir ein für uns günstiges Gesetz herleiten dürfen. Wie schon bemerkt, finden wir sterbende Völker. Aber im Völkerleben gibt es nicht, wie im Leben des Individuums, einen gewaltsamen und deshalb plötzlichen, sondern nur einen natürlichen und allmählichen Tod. Dieser tritt nur ein, wenn die innere Lebenskraft erloschen ist und kann nicht künstlich herbeigeführt werden. Ein Volk, das erst vor 50 Jahren den Höhepunkt seiner Machtstellung erreicht hatte, kann, wie es jetzt geschehen ist, durch eine gewaltige Übermacht zu Boden geworfen werden, aber es stirbt nicht daran, sondern wird sich wieder aus dem Staube erheben, nachdem es seinen inneren Läuterungsprozeß vollzogen hat. Daß die ganze Welt sich gegen uns stellen konnte, und daß dabei unversöhnliche Gegensätze überwunden wurden, wie sie nun einmal zwischen England und Rußland, Japan und Amerika bestehen, das war die Folge einer auf unserer Seite beobachteten Politik der unerhörtesten Unfähigkeit. Aber eine falsche Politik kann doch immer nur zu vorübergehenden Schädigungen führen; die immanente Kraft der realen Verhältnisse wird dadurch nicht auf die Dauer ausgeschaltet. Die Harmonie unter unseren Feinden steht auf sehr schwachen Füßen; sie wird zerfallen, sobald der normale Zustand wiederhergestellt ist. Es wird unsere Aufgabe sein, jede Verschiebung in der Machtverteilung, die sich dann bieten wird, auszunutzen, um die Stellung wieder zu erlangen, die uns nach unserem inneren Werte für die Menschheit gebührt und auf die wir deshalb ein natürliches Recht haben. Einen ehrlosen Gewaltfrieden hält man solange, wie man dazu gezwungen ist, nicht länger, und der Zeitpunkt, wo dieser Zwang aufhört, wird einmal kommen. Wir Alten werden ihn nicht mehr erleben, aber die Weltgeschichte rechnet ja nicht mit Generationen, sondern mit Jahrhunderten. Wir müssen uns deshalb hüten, bei ihrer Beurteilung einen zu kurzen Maßstab anzulegen, sondern mit Spinoza alles Geschehene betrachten unter dem Gesichtswinkel der Ewigkeit. Man hört jetzt zum Überdruß das Wort „Nur denjenigen muß man aufgeben, der sich selbst aufgibt". Das ist an sich nichts weiter als eine willkürliche Behauptung. Aber sie hat einen richtigen Kern: solange der Mensch noch die Hoffnung auf Besserung hat, besitzt er auch die innere Kraft, das zu tun, was erforderlich ist, um sie zu verwirklichen.

Gertrud Bäumer / Eine Geschichte von Erlösung

Der neue Roman „Christian Wahnschaffe" von Wassermann (S. Fischer, Verlag) ist nicht allein als Kunstwerk aufzunehmen. Er ist ein religiös-soziales Bekenntnisbuch. Bekenntnis freilich nicht im Sinne einer persönlichen Konfession, sondern der objektiven Offenbarung eines Weges, einer Notwendigkeit, eines von innerstem Gesetz getriebenen Seelengeschehens. Ein Stück Ewigkeit, das sich im Weltlich-zeitlichen machtvoll und unausweichbar zwingend auswirkt.

Christian Wahnschaffe gehört dem Teil der menschlichen Gesellschaft an, der sich durch seinen unbegrenzten Reichtum dem Leben entrückt hat in eine Welt, die so ganz mit Unrecht die „Lebewelt" heißt. Oder vielleicht auch nicht mit Unrecht, insofern sie durch dieses Wort selbst zum Ausdruck bringt, daß sie einen Teil — den genießenden — dieses Lebens für das Ganze mißversteht.

Christian Wahnschaffe ist zweite Generation der industriellen Aristokratie (ich brauche den Ausdruck Aristokratie für diese Schicht nur zur Verständigung, nicht weil er mir hier richtig erscheint). Er hat den Boden seines olympisch entrückten Daseins schon vorgefunden, entsteigt ihm pflanzenhaft, unmenschlich in der reflexionslosen Selbstverständlichkeit. „Sie aber, sie thronen an goldenen Tischen." Schön, kalt, hochmütig, ohne es sein wollen zu brauchen. Ganz und gar naiv in seinem unbedachten Egoismus. Er weigert sich, Häßliches zu sehen, und wenn es einmal notwendig ist, durch die Straßen der Proletarier zu fahren, so muß das schnellste Tempo genommen werden.

Dies alles ist er voll „Tumbheit" — wie Parzival, der die Tiere tötet und nicht fragt. Es ist überhaupt in Gestalt und Motiv etwas vom Parzival. Denn Christian Wahnschaffe soll lernen zu fragen. Er soll die Glasglocke zerstoßen, die ihn in sein Leben ohne Not und Schicksal sperrt.

Verwandt ist das Erlösungsbuch Wassermanns auch Tolstois Auferstehung. Nur: Tolstoi ist ohne das Medium des Symbols, Wassermann stilisiert, phantasiert, versetzt die Geschehnisse in die Zone dichterischer Wahrheit. Tolstoi bleibt bei dem blutenden Leibe der Wirklichkeit. Er ist drum stärker. Sein Held ist ein Mensch, der Wassermanns ein Typ.

Die Welt des Christian Wahnschaffe ist nicht bloß abgebildet. Ihr Geist, ihr Witz, ihre Grazie, ihre Skrupellosigkeit, ja, ihr Seelenschwund wird glänzend lebendig. In vielen Bildern, Zügen, Situationen, Menschen spannt sie sich aus — gebildet von einer üppigen — manchmal ins geschmacklos Aufgetragene wuchernden Phantasie. Gerade aber weil hier das Lebendig-Menschliche im Typisierten, romanhaft Stilisierten zergeht, wird das Erwachen der Seele in Christian Wahnschaffe um so eindrucksvoller.

Einmal nämlich erscheint auf der spiegelglatten Politur seines unangreifbar sicheren Genießerdaseins ein Rostfleck. Er kann der Frage nicht mehr entrinnen, wie andere Men-

Digitized by Google

schen leben. Eine seltsame, unruhige Neugier, hinter die trüben Fenster und die abgewetzten Türen zu sehen, plagt ihn. Schicksal anderer rührt an seine Seele und bringt ihm zum Bewußtsein, in welcher Leere er lebt, der nicht zu sorgen, nicht zu leiden braucht, nie gedemütigt ist, das Nagen von Sehnsucht und Wunsch nicht kennt, um Tränen nichts weiß, Widerstände nicht kennt, dem Begierde, Leidenschaft, Hoffnung, Furcht, Opfer fortgesogen sind durch die stets bereite Erfüllung, die volle, selbstverständliche Sättigung.

Christian Wahnschaffe ist ein unreflektierter Mensch. Ihn trifft die große Frage, der Atem seiner Mitmenschen ratlos — ohne die Fähigkeit, in die intellektuelle Bewältigung von „sozialen Problemen" zu entrinnen. Sie trifft ihn darum auch ganz, den unzerteilten Kern seines Wesens. Und nur sein ganzer Mensch vermag darauf zu antworten.

Sein Geld kauft ihn nicht los. Er sieht, daß es Unheil stiftet, es hängt ihm an als eine unerträgliche Last auf dem Weg, den er gehen muß: ganz, ohne Rückhalt eins zu werden mit den anderen, die bisher nur, eine dunkle, ununterschiedene, gleichgültige Masse, irgendwo am Rande seines Lebens bestanden. Sein Besitz trennt ihn, läßt diese Menschen nicht als einem Menschen sich ihm geben, sondern als dem Besitzer dessen, wonach ihre Begierde verlangt, fordernd oder neidisch, voll Haß oder Knechtsgesinnung vor ihm stehen. Er muß seinen Reichtum los werden. Denn er fühlt es ebenso deutlich, wie er unfähig ist, sich über das Warum Rechenschaft zu geben: er muß mit den Elenden, Sündigen, den menschlichen Menschen ganz eins werden. Es gibt keinen anderen Weg, keine leichtere Abfindung, es gibt kein Mehr oder Weniger, sondern nur ein Alles oder Nichts. Es heißt ihr Leben mitleben, in ihre Begierde, Not, ihre dumpfe Lebensangst hineinkriechen, sich allem Menschlichen ganz und gar verschmelzen. So taucht der göttergleich schöne, schicksallose, entrückte Christian Wahnschaffe in der unerlösten Masse unter, um von unten auf noch einmal wieder Mensch zu werden.

Das Buch ist in manchen Teilen erdacht und künstlich. Aber es ist ein so tiefes Verstehen für Wesen und Wahrheit darin, daß es heute, da nichts Halbes, nur Literarisches standhält, zu uns spricht von Mensch zu Mensch — von Sehnsucht zu Sehnsucht.

Bohner / Geschicke

Du kommst nicht an gegen die Frauen: zuletzt küßt du der Alten die Hände, wenn du die Junge doch nicht halten kannst. Pietro hätte nie gedacht, daß er mit der Alten überbleiben werde.

Pietro, Seraphim und Antonio Rossi sind drei trotzige Gesellen, die die Welt kennen. Es lohnt nur eines darin, daß man von ihm rede: die Frauen. Aber es ist auch da nicht viel zu berichten, und man kann die ganze Erfahrung in ein paar Worten sagen: die Frauen brauchen den Mann, und wenn sie nur mit dem langen Gurt von ihrem Karren winken, findet noch diesen Abend ein jeder der drei Rossi eine Frau, die ihn liebt und die ihn heiratet, und kann schon vom nächsten Frühjahre an jedes Jahr ein kleines, schreiendes Mäulchen mehr stopfen, das seine Ansprüche macht noch ganz anders als das Maultier mit seiner Gerste. Bei allen Heiligen, die Frauen brauchen den Mann. Man sieht es ihren Augen an, und so ein Weibsbild kann nicht leben, wenn es nicht einen festen Herrn gefunden hat, dem es die Suppe kochen und die Hemden waschen darf, und vor dem es sich zusammenducken muß, wenn er einmal zornig nach Hause kommt und ihr den Salat samt der Schüssel an den Kopf werfen will.

„Es lohnt sich nicht," sagt der Seraphim, „es ist doch nichts," und läßt den Kopf hängen. „Es lohnt sich nicht," lacht der Pietro, und denkt an die Großmutter. Das ist die Alte, die den wilden Gesellen Haus hält und ein Feuer bereit hat, wenn sie im Dunkeln müde mit ihren Tieren angefahren kommen, und wenn sie am Morgen, oder soll man sagen noch in der Nacht, lange bevor die Hähne unter der alten Wasserleitung krähen, zur schweren Arbeit wieder bereit sein müssen. Sie nimmt den Lohn, sie rechnet, sie weiß immer neue Verstecke für die Gelder; mit ihr brauchen die Rossi keine Gedanken zu haben, wenn sie der Arbeit nachgehen; die Großmutter sorgt, und sie achtet nicht, was ihre drei Unbotmäßigen sagen.

Es gibt viele Frauen in der Stadt, und jeden Tag können die Rossi in dem engen Gassengewirr neu sich aufrichten und die Peitsche schwingen. Es ist ihr Abendvergnügen. Tagüber haben sie für die Frauen keine Zeit. Da ist der Karren zu voll, daß man nebenher gehen und aus Leibeskräften das Maultier anbrüllen muß, damit es nicht mitten auf dem Wege stehenbleibt. Er ist schlecht geladen, und plötzlich ruft die ganze Gasse, weil das halbe Holz schon am Boden liegt. Ist man erst auf der zweiten Fahrt, so muß man sich beeilen; denn vielleicht sind doch sieben nötig, um die Baustelle auszuräumen. Wo wird man heute Mittagpause machen?

Das ist nicht alles. Ein Junge sieht zu, wie Pietro trinkt. Pietro hat immer Durst und legt sich, wenn es nicht anders geht, der Länge nach auf die Straße und trinkt von dem Wasser, das in der Tramschiene den Berg herunterläuft und die Räder vor dem Heißwerden schützen soll. Es ist ja alles ein Wasser und schmeckt fast besser, wenn es so frisch aus dem Boden kommt; das bißchen Eisengeschmack macht einem Karrenführer nichts. Doch jetzt hat er einen Brunnen und kann, während er trinkt, den Strahl über das heiße Gesicht laufen lassen. Der Junge weiß nicht, wie heiß ein Karrenführer haben kann. Er sieht nur den Gesell, der die Peitsche in der Hand, trinkt, während ihm das Wasser über Haar, Stirn, Nas, Aug' und Ohren läuft, und er doch gleichzeitig nach seinem Karren ausschauen muß. Denn Seraphim und Antonio schwatzen natürlich hinten mit anderen; der Eselin aber an Pietros Karren hat vorn ein Esel gerufen, daß sie das Heubündel an ihrer Seite vergißt und den Berg hinaufjagt, als ob es keine Automobile, keine Elektrischen gäbe, und hinterher jagen die Karren der beiden Verschwatzten. Der Junge gibt Pietro einen Schlag, weil ihn die geflickte Hose reizt, und weil er lachen muß, wenn der große Pietro sich nicht wehren kann und eine kalte Dusche über den ganzen Rücken hinnehmen muß, während er so gebückt und mit dem Gesicht nach unten steht. Da brauchte Pietro hundert Arme und hundert Beine. Er muß der Eselin nachsetzen, die schon fast oben ist und eine Elektrische einrennen will; er muß im Vorlaufen mit dem Ärmel, ohne die Peitsche fallen zu lassen, das Gesicht trocken wischen und zugleich mit der anderen Hand dem Jungen den Schlag erwidern, nicht zu fest, obwohl er „Schmutzmadonnal" und „Könnt' ich dir den Hals abdrehen!" sagt; denn es ist ja bloß ein Junge und am Himmel die herrliche Sonne. Das muß er tun und noch den beiden anderen rufen, weil er allein die Karren nicht zum Halten bringt. Wie soll er da nach Frauen sehen?

Aber am Abend, wenn die Karren leer sind und die Tiere so müde sind, daß sie kein Hengst mehr locken kann und keine Stute und sie nur den Weg nach Hause wollen, da haben die Rossi Zeit. Es gibt viele Frauen in der Stadt, wir sagten es, und alle haben sie es mit den Männern, die liederlichen und die guten. Die liederlichen tragen die schönsten Gewänder, knallweiße Schuhe, geschlitzte Röcke und ein Bein, von dem man im gespannten Glanzstrumpf fast mehr zu sehen bekommt, als man möchte. Die feinen, guten wagen eine solche Sünde nicht; aber sie schmücken sich auch und haben den Hut voller beladen als mancher Karren es ist, den Pietros Tier kaum die steile Tritonstraße hinaufkriegt, und um den Hals hängen sie Ketten, dicker als die Wurstreihen, die der Krämer zu Weihnachten über seiner Tür annagelt. Das sind alles Feinde der Rossi. Sie machen keinen Unterschied zwischen Liederlichen und Guten, wenn sie, ein Karren hinter dem anderen, im Abenddämmer an der Fontana Trevi vorbrechen und zwischen den brüllenden Autos und schnaubenden Herrschaftswagen an der rauschenden Quelle vorbei ihren Weg suchen. Das Auge weiß nicht, was alles

Digitized by Google

auf es eindringt: das dunkle Becken im Grunde mit den spiegelnden Laternen, die rote Palastwand gegenüber, die Säulen und Bogen von San Vincenzo auf der Ecke mit dem Glockenturm und den Dächergärten, der schmale Streifen Straße, auf dem sich die Wege der ganzen Stadt zu kreuzen scheinen. Es ist keine angenehme Fahrt, und jeder schimpft, der hier durch muß. Pietro steht lachend auf seinem Karrenbrett und sieht in dem Gewimmel noch jedes Paar Augensterne. Wehe der Frau, die da an der Treppe steht oder gar siegesgewiß und geschmückt an den Karren vorüberhuschen will!

„Aber wie schön du bist!“ schreit er die Erschrockene an und zeigt noch im Weiterfahren mit der Peitsche nach ihr.

„Aber wie schön du bist!“ wiederholt der Seraphim, der hinter Pietro kommt, und weiß kaum, wen Pietro gemeint hat. Er schläft stets ein wenig und sitzt drum auch still nach vorn gewandt, die Beine in der Gabel des Wagens, daß sie ständig gestreift werden, wenn das Maultier seinen langen Schwanz gegen die Brennen hebt. Das Tier kennt seinen Herrn und weiß, daß es ihn am liebsten ist, wenn es blind Pietros Karren folgt.

Der Onkel, Antonio, kommt zuletzt. Er ist ein fröhliches, altes Männchen und hat sich danach eingerichtet. Er sitzt nach der Seite, dicht an dem Rad, das höher ist als der ganze Onkel. Das Rad stört den Onkel nicht; er läßt die Beine links herunterbaumeln, schaukelt und schwankt auf dem langen Karrenbrett hin und her, beinahe wie das Horn, das er unter dem Karren neben der großen Waschschüssel hängen hat, und dem allein er es zuschreibt, wenn sie noch keinen Zusammenstoß mit einem Postanto oder einem der gefürchteten Trambahnwagen hatten; die Waschschüssel, und daraus sieht man, wie gut der Onkel ist, ist der Tränkeimer für die gesamten Tiere. Dem Onkel verdanken die Rossi, wenn sie noch keinen Zusammenstoß mit ernstem Streit bekommen haben, weder mit den liederlichen Frauen, die einen Sack voll böser Worte bereithalten, noch mit den guten, denen ein zerlumpter Karrenführer als Prediger der rechte schiene; alle verschlucken sie ihre Erwiderung, wenn der vergnügte Onkel sie als letzter anjohlt und ein drolliges Gesicht über ihren offenen Mund macht. So behalten die Rossi immer recht.

Von Via Alessandria an werden die Rossi still. Nicht weil sie das Kolosseum erschreckt, das trotzig aufsteigt mit den Fensterhöhlen, in denen die Toten im Mondschein ihre Tücher zum Trocknen ausgelegt haben. Auch nicht wegen des neuen Italiens, an dessen Vaterlandsaltar Marmorterrasse über Marmorterrasse hinter dem goldenen König heraufkommt. Mehr als einen Blick schenken die Rossi den Riesenbauten nicht. Es genügt, daß sie noch stehen. Aber die Frauen sind jetzt anders. Sie gehen still ihrer Arbeit nach, und den hübschen Mädchen begegnet man zu leicht am Sonntag in der Campagna wieder.

Am Lateran spüren sie, daß sie zu Hause sind. Der Wind weht anders über den freien Platz von den Bergen und der großen Ebene her. Jetzt gehören sie nur noch der Großmutter. Dem Onkel geht es nun nicht rasch genug, während sie den kleinen Weg vor dem Tore an dem schmutzigen Bach entlangfahren, und er drängt sein Tier; er denkt an Feuer, Essen und Schlaf. Der Pietro hat auch Hunger; es eilt ihm aber nicht; was hat er von der Großmutter? Der Seraphim aber verfällt in seinen alten Traum von der Dirce, die ihn so grausam enttäuscht hat und deretwegen er allen Frauen zürnt. Denn, um die Wahrheit zu sagen, was die Rossi über die Frauen sagen, reden sie alles dem Seraphim nach, und der Seraphim spricht so, seit ihm die Dirce am Tage nach der Hochzeit bei Ihm erst begonnenem Eheleben unter vielen Krämpfen und mit einem immer leiser werdenden Stöhnen in den Armen verschied.

„Traurige Hochzeitsfreuden!“ steht nachher in den Zeitungen. „Kaum 24 Stunden sind es her, daß der Schankwirt Seraphim Rossi glückstrahlend mit dem reizenden Fräulein Dirce Virini vor dem Standesbeamten erscheinen konnte, um sie nach dem Gesetz zur Frau Rossi zu machen, und heute bleibt dem Witwer nur eine traurige Erinnerung. Man sagt, daß eine plötzliche Magenverstimmung, vielleicht ein verdorbener Fisch vom Hochzeitsmahle selbst, die Ursache gewesen ist.“ So schreiben die Zeitungen und meinen Wunder, was sie geschrieben haben. Der Seraphim aber, dem die Kameraden das Blatt bringen, knüllt es zusammen, wirft es der heulenden Alten vor die Füße und fragt sie, warum sie auf den Fisch nicht mehr geachtet hat. Dann geht er zur Toten, hebt sie aus dem Sarg, will ihr die süßesten Namen geben und weiß doch immer nur das eine, daß es aus ist mit allen Plänen, die er gemacht hat, und mit dem wunderbaren Schatz Liebe, mit dem ihn das Mädchen das kurze Stück in der Nacht überrascht hat. Dann legt er sie weg, schilt sie treulos, weil sie am ersten Morgen des neuen Lebens so schnell hinweggestorben ist, und hilft alles nichts dagegen, daß er allein zurückgeblieben ist.

Wir wollen nicht lange erzählen, wie der schläfrige Seraphim in seinem Bergnest ausgehoben wurde und in die Stadt kam und auf dem Hof einer großen Kaserne, wo schon die Leibgarden fabelhaft alter römischer Kaiser einszwei, einszwei und rechtsum, linksum geübt hatten, mit Recken und Biegen, Hauchen und Springen, Hinwerfen und Geradestehen wachgerüttelt wurde und in den Abendstunden sogar die geheimnisvollen Künste des Schreibens und des Rechnens über die zehn Finger hinaus neu erlernte; wie er dann als Bursche einer strengen Frau Hauptmann die merkwürdigsten Erfahrungen über das Leben in einem großen Miethause und die Frauen machte, und wie er zuletzt als Stadtgardist den festen Fuß auf die große Treppe zu setzen gedachte und wieder ganz in die alte Dummheit versank, da ihm rechts und links andere zuvorkamen. Von dem allem reden wir nicht, aber der Mann, der nach Amerika ging und am dritten Tage einen Goldklumpen auf der Straße fand, so groß, daß er kaum in sein Sacktuch gehen wollte, der hat kein größer Glück gehabt denn der Seraphim, als er seine Dirce entdeckte. Bargeld von der Fürstin, wo sie gedient hatte, weit und breit kein Mitbewerber, da die Cholera Brüder und Geliebten aus dem Feld geschlagen, ein Haus mit einem Grundstück und keine Last darauf außer der Großmutter und alles schon eingerichtet. Man brauchte nur kreuzweise neues Rohr einstecken, die alten Hollunderstämme darüber zurechtbiegen, ein Artischokenfeld einstampfen und hatte Gastlaube wie Bocciabahn fertig. Das Haus wurde neu gestrichen und mit Kohle die verlockendsten Dinge an der Vorderseite angeschrieben: „Täglich frische Eier“; „Schänke mit Küche“, „Wein zu 30 und 60 der Liter“, und die Gäste konnten kommen.

Aber wie sollen die Gäste kommen, wenn sie nur einen zornigen Witwer und eine verheulte Großmutter finden? Drei Monate suchte es der Seraphim zu zwingen. Dann ging er selber ein Haus weiter, weil er Gesellschaft brauchte. Heiraten und noch einmal dieselbe Geschichte erleben? Oder eines von den Mädchen aus dem Hause der Frau Hauptmann? Lieber trank er den ganzen Wein allein aus, zog gleich mit vier schlechten Weibern auf einmal los, fluchte der Madonna, den Heiligen und ist nahe daran, die Großmutter zu prügeln, da auch das Geld ausgeht.

Endlich bringt ihn die Großmutter so weit, daß er wieder an Arbeiten denkt. Aber es ist nichts da als das Grundstück, und das langt zum Leben nicht, nicht einmal, wenn die Großmutter die ganze Bocciabahn mit dem köstlichsten Fenchel und mit Spargeln besät. Schreibt man nach viel Besinnen einen Brief an die einzigen Rossi, die es noch gibt, ob sie herunterkommen und mit Karrenführer werden wollen.

Der Onkel ist nicht wenig erschrocken, als er den Brief erhält. Mit wem wird er jetzt Sonntags spazieren gehen, wenn es nicht der alte Amedeo und der ruhige Sesto in Sesi sind, wo wird er seinen Wein trinken, und wie wird er die schwere Arbeit leisten? Pietro aber jauchzt. Die Stadt bedeutet für ihn alles: Reichtum, Schönheit, Freiheit. Er hat als kleiner Junge die Fremden schon erblickt und gewußt wie viele es sind, lange bevor sie einzelne Häuser in dem Dorfnest auf dem Felsen unterscheiden konnten, ist er ihnen entgegengegangen und hat sie noch begleitet, wenn längst der letzte Stein von den anderen Dorfjungen nachgeworfen war, und war belohnt auch ohne Soldi. Als er größer geworden ist, hat er sich durch kein Mahnwort des Pfarrers vom Platz vor der Kirche, durch keinen Frosmund vom dunkeln Kneipenfenster wegjagen lassen, wenn irgendein Redner aus der Stadt heraufgestiegen war, um auch dem hartschädligsten

Digitized by Google

Analphabeten da oben klarzumachen, daß jetzt eine neue Zeit heraufstieg, in der auch der Analphabet mitaufzutreten hat auf der Weltbühne. Pietro selber ist zu arm, um allein in die Stadt zu gehen, und ohne des Onkels Geld nimmt ihn der Seraphim nicht. Also läßt er nicht nach mit Bitten und Beschwören, bis der Onkel weich wird und verkauft, was zu verkaufen ist. Das ganze Geld reicht, ein zweites Tier zu dem des Onkels anzuschaffen. Sie hocken auf, nehmen einen Sack Gerste mit und ihre großen Schirme und Bündel und fragen sich glücklich durch die weite Welt zum Seraphim durch. Der sorgt fürs übrige. Sie klopfen bei Baumeistern an und Ingenieuren, haben ihre Händel mit angesessenen Karrenführern und fremden, halten aus, und können der Großmutter immer höhere Löhne in den Schoß schütten. So sind die Rossi nach Rom gekommen und zur Großmutter.

Die Großmutter ist die einzige, die weiter denkt als an Essen und Trinken und mit den Karren zur Arbeit fahren. Sie fühlt den Unmut des Seraphim und sieht in die fröhlichen Augen Pietros, furchtsam, denn er ist nicht ihr Kind. Dann fängt sie an auffällig zu seufzen, weil die Arbeit für sie allein zu viel wird. „Oh!" sagen die Drei, „sollen wir im Garten helfen, oder wird dir das Waschen zu schwer?" Es bleibt dabei. Man wird nie eine andere Frau brauchen. Denn die Männer können alles, auch Polenta kochen und den Salat anmachen. Wollen sie mehr, ein Brot mit Lammfleisch gibt es in jeder Bratere. Selbst für die Wäsche am Leibe und die Löcher in der Hose könnte ein richtiger Mann noch mitsorgen. „Trotz!" sagen sie und behaupten der Großmutter ins Gesicht, sie hätten es sogar ohne die Großmutter geschafft, wenn die Madonna gewollt hätte, daß es keine Großmutter gäbe. „Trotz!" sagen sie auch am Sonntag, und spielen, wenn es ihnen zu lang wird, unter den schlanken Kirschbäumen im Garten ihren Sonntagsschlaf zu halten, den lieben, langen Tag hartnäckig mit anderen Gesellen Boccia und Morra vor der Kneipe und machen nur eine Pause, wenn ein neuer Liter verspielt ist; aber sie sehen sich nicht um nach dem Hof, wo ein Drehklavier lärmt und die Paare taumelnd Matchiche tanzen. Rührt sich also auch der Pietro nicht, wenn die Aida herauskommt, sich neben ihm aufpflanzt, wenn er gerade am Zusehen ist, ihm nachgeht, wenn er in der heißen Sonne auf die andere Seite quer über die ganze Bahn läuft. Es hat sie hart gepackt, und sie muß die Arme vor der Brust kreuzen, wenn sie scheinbar gleichgültig stillsteht, und nur die Augen immer wieder die Entfernung nach dem nächsten Busch berechnen. Pietro achtet es nicht. Sieht auch ruhig den langen Kerl an, der plötzlich hinter den Ulmen auftaucht, in blauen Leinenhosen und mit weißer Schärpe, aber den blonden Schnurrbart modisch verschnitten, als ob er ein Offizier des Germanenkaisers selber wäre. Läßt ihn unbeweglich die Aida anherrschen, daß sie sich aufbäumen möchte und doch nichts gegen ihren Gebieter machen kann. Pietro weiß, daß die Aida für immer sein ist, wenn er dem anderen „Mir das!" sagt und in die Tasche nach dem Messer greift, weiß auch, wie sie ringsum über ihn tuscheln. Er sieht sich nicht um und will es nicht sehen, wenn die Aida weggeführt wird wie ein störriges Tier. Ihr Haar ist schwärzer als Kohle, ihre Augen flammen mehr denn ihre braunrote Bluse, auf der Stirn, der kühnen Nase und um den trotzigen Mund sitzt es wie ewiger Tod und wie ewiges Leben. Aber Pietro ist ein Einfall gekommen, und er kann sie sich nicht denken, wie sie auf dem Feld im heißen Bergsommer im Hemd die Erntearbeit tun sollte. Die anderen verstehen ihn nicht. „Aida, göttliches Wesen!" und „Welche Liebe ging vorüber!" trillert der Seraphim und blinzelt. Da wirft er ihm der ganzen Länge nach auf die Bahn, daß die anderen ihn abhalten müssen, und alle sehen, es war keine Furcht.

Am Abend auf dem Wege, wie sie schon halb betrunken sind, sagt ihm der Onkel, daß er verliebt ist, wenn er den Bären macht und die Mädchen verschmäht. Denn er ist anders als der Seraphim, muß handeln, damit er Freude am Leben hat; er will wissen, wem er gehört, nicht durch die Welt in sinnloser Wut dahintrampeln. Er lacht den Onkel aus und fragt, warum denn der Onkel nicht geheiratet hat. Aber am nächsten Feiertag geht er wieder zu der Frau, die im schwarzen Kleid auf einem Strohstuhl vor dem Tore sitzt und mit halbgeschlossenen Augen vor einem Kreis stammender Gassenjungen ohne Pause für vier Soldi die Zukunft bekanntgibt.

Sie kennt ihn genau, da er öfters kommt, und sagt ihm, daß sie sich freut, wenn sie sein dickes, braunes Gesicht sieht, und er erinnert sie an den heiligen Antonius von Padua. Die Umstehenden lachen, und der Pietro macht ein Gesicht wie das Fräulein, das neun Kinder prophezeit bekam, vier Söhne und fünf Töchter, alle auf einmal. Sie sagt ihm weiter, daß er schon viel gearbeitet hat, daß er aber noch viele Brotwecken essen muß, bis er wird heiraten können. Die Verwandten stehen ihm im Wege. Will er aber Glück haben, nun so soll er in die Kneipe gehen und einen halben Liter trinken; dann hat er dieses Geld sicher. Glaubt er, er muß es doch, so soll er ihre Nummern in Venedig setzen. Palermo ist ihm von Unheil, auch seiner Liebe. Mit fünfzig Jahren wird er sein Brot essen können, ohne zu arbeiten, wenn er die Alte gut behandelt hat. Damit wendet sie sich einem weißen Ehemann zu und erzählt ihm, daß er mehr Schlachten geschlagen hat als Josef Garibaldi; sie will ihm aber nicht von der Vergangenheit reden, sondern von der Zukunft.

Der Pietro bleibt zurück und beguckt den Zettel, den ihm der Mann der Prophetin in die Hand drückt. Ein Rad ist darauf, auf dem die Glücksgöttin im Hemde schwebt; darunter steht ein langer Spruch und drei Lottonummern. Er weiß nicht, was er denken soll. Von dem krausen Bescheid beschäftigen ihn am meisten die Brotwecken. Er rechnet aus, wieviel er an einem Tage ißt, überlegt, wieviel das in der Woche gibt; auf das Jahr wird ihm die Rechnung zu schwierig. Das beste wäre, die Prophetin oder Sibylle hätte ihm eine genaue Zahl gesagt. Er möchte sie fragen, traut sich aber nicht, da sie gar so viel weiß und ein Mundwerk hat, das Worte spuckt wie die Maschine im Lichtspiel die Bilder. Am Abend kramt er in seinen Sachen und zieht, wenn die anderen es nicht merken, einen Löffel heraus. Er weiß nicht, daß die Großmutter sein Geheimnis kennt und ihm den Löffel einen ganzen Morgen geputzt hat. Der Löffel ist von der Angelina. Denn Pietro liebt die Angelina im Heimatdorf. Seitdem er fünfzehn wurde, ging er mit ihr abends auf der Straße spazieren, mit anderen zusammen, damit es die Eltern nicht merkten. Sie hat bitterlich geweint, als er fortging und das Kopftuch aus Herz gedrückt, das er ihr schenkte; hat dann alles nachgesucht, sich lange besonnen, ob sie dem Vater sein Messer stehlen soll, und hat schließlich in ihrer Armut nur den alten, geschnitzten Hirtenlöffel bringen können. Der Pietro ist großartig hingestanden, als sie so geweint hat: ein Bursch hat mit sechzehn Jahren im Dorf schon verschmeckt, was Liebe ist. Aber es hat ihn doch gerührt, daß sie ihn gar so lieb hat, und der Löffel ist dem Pietro so wert wie das schönste Messer. Er könnte sich zwingen, den ganzen Tag immerfort Brotwecken zu essen, nur um Angelina einmal wiederzusehen und Nachrichten zu haben. Er schreibt ihr nicht. Denn er will nicht, daß die Köchin des Pfarrers seine Geheimnisse erfährt, und Angelina müßte doch den Brief ins Pfarrhaus tragen. Sie selber geht täglich drei Stunden in die Weinberge und auf die Felder und hat dabei Schweine vor sich und Hühner, die mit aufs Feld sollen. Da hat das Lesen, das sie bei der kleinen Lehrerin im Ort lernten, nicht vorgehalten. Und wenn sie schreiben könnten, der Pietro weiß ja noch nicht, was er einmal machen wird: das Geld nehmen und in der Heimat ein Haus bauen und als Herr drin leben oder ob er in Rom bei den Karren und bei den großen Häusern bleibt. Nur sehen möchte er die Angelina einmal.

Haben die Rossi an einem Wintertag einen besonderen Aufenthalt. Sie sind spät daran, lassen aber doch die müden Tiere am Brunnen beim großen Obelisken auf der Piazza del Popolo trinken. Des Onkels Tier schnuppert in das Wasser, streckt das Maul weg, schaut sich höhnisch um und läßt sich endlich auf den Boden fallen, daß auch ein Stück der Gabel bricht. Bleibt am Boden liegen, läßt sich prügeln und stoßen, treten und knuffen, rührt sich nicht, obwohl sie ihm das eiskalte Wasser über den zitternden Leib spritzen. Wollen sie ihm besonders zureden und halten der Pietro und der Seraphim das linke Ohr auf, während der Onkel mit freundlichem Gesicht eine ganze Flasche kalten Wassers hineingießt. Dreht es sich nur um und läßt das Wasser wieder herauslaufen, wie sie auch

Digitized by Google

fluchen. Spannen sie endlich aus und lösen das Tier: da steht es auf und sieht den Onkel an, als ob es ihn Bruder heißen wolle, daß alle lachen müssen. Sie fahren weiter, schimpfen und fluchen, bekommen im Korso die ersten Händel, weil sie der Schutzmann in die enge Seitenstraße schickt, und kommen erst beim Trevibrunnen ins alte Geleise. Pietro ist immer noch zornig, schreit die Frauen an, alte und junge: „Wie siehst du aus?", „Worum bist du so mürrisch?" Auf einmal bleibt er mitten im Satz stecken; denn er hat ein Gesicht gesehen, erschrocken und doch lachend, weiß und doch rot, wie der Frühling, wenn er im Frühjahr im Regen auf dem erblühten Kirschbaum sitzt.

„Der Tod soll...! Angelina!"

Er springt vom Karren und möchte am liebsten laut schreien, über die ganzen Blöcke hinweg, die da an seiner Seite um den alten Heidengott Wasser spucken und sprudeln. Den Karren läßt er allein. Sein Tier weiß nicht, was es soll, und bleibt im ärgsten Gedränge stehen. Seraphim schläft wie immer und wird zu spät wach. Es gibt einen Krach; man hört einen Schrei. Pietro und Angelina haben kaum die ersten Worte gewechselt, da sehen sie den Seraphim mit blutigem Kopf unter dem Karren liegen. Die Wachen kommen, schreiben Pietro auf, wie sehr auch die Angelina schreit, hätten ihn auch fast mitgenommen; aber er sagt, daß er der Bruder ist und wer dann für die Tiere sorgt. Langsam begreift auch der Seraphim, was geschehen ist, schaut die Angelina aus seinen schwarzen Augen hilflos an, wie sie ihm ein Tuch unterlegen will, auf seinem harten Lager auf den Treppen von San Vincenzo. Den Pietro trifft ein böser Blick, als er hochgehoben wird und es auf der Bahre fort ins Spital geht; aber die Angelina läßt es ihm nicht merken. Die Großmutter schreit, als am Abend nur zwei nach Hause kommen. Sie will alles wissen; aber sie erhält nur einen wirren Bericht, nach dem sie ahnen kann, daß eine Angelina den Löffel gegeben hat, die jetzt da ist. Es tut ihr leid um den Seraphim. Aber wenn man sie fragen würde, müßte sie zugeben, daß sie noch mehr Angste um den Pietro hat.

Am nächsten Sonntag treffen sich Angelina und Pietro am Tor. Sie haben alles vergessen und erzählen sich nur von der langen Zeit und dem immerwährenden Verlangen der Angelina, ihrer Furcht, bis endlich ein Inglese sie mit nach Rom in Dienst genommen hat, weil sie es im Dorf ohne Pietro nicht mehr hat tragen können. Wie sie ihn denn in Rom hat finden wollen, fragt der Pietro, dem es sonderbar ist, daß die Frauen so mutig sind; ob sie jetzt gelernt hat, die Bienen des Herrn Pfarrers zu zählen, die er im Korbe am Garten hat. Nein, sagt sie; aber sie hat mit den Plätzen angefangen, und wenn er nicht gekommen wäre, wäre sie einfach ans Tor gegangen. Oh, sagt er, ans Tor; denn Rom ist nicht größer als Sesi und hat nur ein Tor, und der Pietro hat nichts zu tun, als Tag und Nacht durch das Tor hindurchzufahren. Da schämt sie sich und will weglaufen.

Dann erinnern sie sich und gehen in das Spital. Müssen durch einen Riesensaal, in dem alles voll ist von humpelnden und liegenden grauen Männern und von einer bedrohlichen, stickigen Luft. Endlich stehen sie vor einem schmalen Bett, drauf der Seraphim steif und festgewickelt liegt. Er schaut sie spinnbös an, sagt aber nichts und läßt sich die Orangen und die schwarzen Zigarren geben, die sie ihm mitgebracht haben.

Zu Hause treffen sie den Onkel. Der klagt um den Seraphim, aber nicht lange. Dann läßt er die Angelina erzählen. Er muß wissen, ob die Kirche sich nicht geändert hat, was Don Gregorio macht und die Köchin, ob das Wasser noch immer aus dem Brunnen läuft, wieviel der Wein dies Jahr gekostet hat. So ist die Angelina kommt, läßt er sich erzählen. Es ist, als stünde er dann unter dem blauen Himmel, der Sommer und Winter über die Dachkanten in die schmalen Gassen von Sesi hereinhängt, als höre er die Ziegen meckern und die Hühner in den Stuben gackern, als rieche er alle Kräuter, die die Frauen in Sesi im Sommer hinter den Läden für die Winterschäden dörren. Das gibt es alles in Rom nicht, und doch könnte man den ganzen Tag davon hören. Die Angelina weiß bald nicht mehr, wie sie den Onkel satt machen soll, und kommt zu den Leichen und zum Sterben. Sie erzählt von der alten Catarina, der der Silvio auf dem Totenbette ein neues Kleid versprechen mußte, so daß man sie von den Stiefeln bis zum Halstuch neu kleidete, bevor sie in ihrem Sack in den Schacht zu den anderen Toten der Gemeinde hinabgelassen wurde. Bei dem Sack hat der Onkel ein eigentümliches Gefühl, als müsse er etwas die Hände falten und den Atem dünn und leise machen. Es fällt ihm auch ein, daß er in Sesi jeden Tag den Rosenkranz gebetet und den englischen Gruß hergesagt hat, während er in Rom hundertmal in der Stunde auf die Madonna flucht. Schließlich möchte er lieber in einem Sack bei den Leuten von Sesi ruhen, als allein in einer Holzkiste auf dem weiten Friedhof in Rom.

Aber solange die Angelina da ist, denkt der Onkel nicht ans Sterben. Er sieht den alten Amedeo, den ruhigen Sesto, die grauen Dächer und die Treppengassen, wenn er die Angelina hört. Es ist nichts, wenn die Rossi sagten, man brauche die Frauen nicht. Bei der Frau lernt man erst, was Leben, Freude und Ruhen ist. Alles ist anders geworden. Es herrscht ein Verbrauch an Seife und Bürsten, daß es die Großmutter kaum mehr machen kann. Sie ärgern sich, wenn die Zeit nicht gereicht hat und sie vergeblich an der Trevi oder am Forum nach der Angelina aussehen. Am Sonntag sind sie eine Stunde zu früh am Tor, getrauen sich nicht, noch einen Liter zu trinken, und laufen zehnmal ihr unnütz entgegen. Nie waren der Onkel und Pietro so gute Kameraden. Auch der Seraphim soll mit dabei sein. Sie besuchen ihn jedesmal. Er hat nichts gegen die Hochzeit; aber er wird nicht freundlicher; nur die Angelina bittet er, ob sie nicht auch am Donnerstag kommen kann, da er gar so elend ist. Um die Großmutter kümmert sich keiner; sie wird die Angelina nehmen wie eine andere Tochter.

Nach acht Wochen kann der Seraphim das Spital verlassen. Er muß noch am Stock gehen und hat ein steifes Bein; es sitzt ihm auf der Brust, und er wird die ersten Monate nur mit der Großmutter um die Wette arbeiten können. Der Pietro hat einen Gedanken und will die Hochzeit verschieben. Die Wahrsagerin hat ihnen, als sie zusammen am Tor waren, wiederholt, daß die Verwandten dagegen sind. Da hat er einen Streit mit dem heimgekehrten Seraphim, der auf die Angelina schimpft und meint, in seinem Hause komme er zuerst; ob es recht ist, wenn er für die Frau eines anderen sorgen muß, und er will nicht sagen, was er von der Heirat denkt. Pietro will alles verlassen und in die weite Welt gehn, obwohl es ihm das Herz auftreibt, wenn er nicht mehr die Gassen und Plätze von Rom hat. Der Onkel legt sich dazwischen und sagt ihnen, sie sollen gut sein, gut; die Großmutter heult, weil sie denkt, die Messer werden geschwungen, und es ist schon um Angelina. Schließlich muß Pietro die Hochzeit noch eine Woche früher halten, obwohl die Frau des Inglese die Angelina nicht entbehren will, und er führt die Braut ins Haus.

Es wird dem Pietro schwer, morgens mit dem Onkel wegzufahren, wenn er die ganze Nacht Angelina im Arm gehalten hat; noch schwerer, wenn er daran denkt, daß ihr der Seraphim nun den ganzen Tag zusehen wird, wie sie im Garten schafft. Er hat ein Mißtrauen, seit sie ihn regelmäßig im Spital besucht hat. Der Seraphim gefällt ihm nicht, wenn er über die gebrochenen Rippen stöhnt oder der Angelina erzählt, wie die Dirce in seinen Armen gestorben ist.

Eines Abends sagt er der Angelina seine Furcht ins Gesicht mitten in die süßesten Küsse. Sie klammert sich an ihn, weint, bittet, er möge sie lieber töten auf der Stelle; dann ist ihr wohl. Da gibt er nach, fährt ihr über das Haar und verspricht, sie wieder zu lieben wie in Sesi, wenn sie auf der dunkeln Straße sich erzählten und doch nicht viel mehr zu sagen wußten, als was sie zu Abend gegessen und wohin sie nächsten Sonntag gehen würden. Aber am nächsten Morgen steht der Seraphim in aller Frühe an der Türe und sieht mit kalten bösen Augen und fragt, ob Pietro die Nacht schön gesprochen hat mit Angelina hinter den Hollundern am Garten, und hat den Löffel in der Hand. Da ärgert sich Pietro, daß er so nachgiebig war, und es gibt einen Knäuel. Der Seraphim stöhnt, weil er von der Krankheit noch schwach ist. Die Angelina hört den Ruf, kommt heraus, fällt Pietro in den

Arm, schüttelt ihn, sagt ihm, er soll gut sein, und er soll sich schämen, einem Kranken etwas zu tun. Sie ruft die Madonna an, Gott, die Heiligen, läuft wieder zum Seraphim und fragt ihn, ob er sich verletzt hat. Dem Pietro ist das Herz zum Zerspringen voll, als er geht. Sie will ihn begleiten und hängt sich in seinen Arm. Doch auf dem Wege stößt er sie mit der Faust und treibt sie mit Schimpfworten zum Hause zurück.

Am Mittag kommt er nach Hause, findet den Onkel nicht. Die Großmutter ist still und hat nur ja und nein, wenn er sie fragt. Er sucht den Seraphim und möchte Frieden schließen; denn er schämt sich vor Angelina. „Er ist weg", sagt die Großmutter. Die Angelina hat die Großmutter überhaupt nicht mehr gesehen seit dem Morgen, sagt sie.

„Schmutzmadonna!" sagt der Pietro und „könnt' ich dir den Hals abdrehn!" Aber es ist ihm halb demütig ums Herz. Denn er hat die Angelina geschlagen. Halb hat er Furcht, was alles gekommen ist. Er geht nach dem Stall. Da fehlen zwei Tiere.

In der Dunkelheit zieht der Onkel die Straße herauf zwischen den Hecken. Er streift sie im Herankommen bald rechts, bald links und ist unsicher auf seinen kleinen Beinen. Die Großmutter geht aus der Kammer wie er hereinkommt und sich ängstlich am Feuer niedersetzt.

„Wo sind sie?" schreit der Pietro und faßt den Onkel im Nacken.

„Weg, weit weg!" weint der Onkel und schluckt unter dem festen Griff.

„Sind sie nach Sesi?" herrscht Pietro wieder und schüttelt ihn, daß er sich biegt wie ein Busch im Windsturm.

„Nein, einfach weg, weg! Ich weiß es nicht."

Mehr erfährt der Pietro nicht. Draußen aber ist Nacht, und er kann sie in der Dunkelheit doch nicht finden. Er würgt und drängt den Onkel in der Kammer umher, weil er sie hat gehen lassen, und heult dann wieder laut auf. Was er denn will, sagt der Onkel, und ist froh, daß er endlich zu Wort kommt.

Wenn sie mit dem andern gegangen ist, gehört sie ja doch nie mehr Pietro. Er soll gut sein, gut. Nicht erst, wenn das rote Blut geflossen ist und ihn die Karabinieri in Eisen legen. Ob er die Angelina denn noch will?

So gehen sie schlafen. Am andern Morgen läuft Pietro alle Straßen aus, die er dem Onkel abgepreßt hat, fragt Hirten auf der Straße, die Wärter am Wege. Keiner hat sie gesehn. Er läuft auf die Bahn, zu allen Stationen. Wer will dem Sand im Sandhaufen nachlaufen? Er hat es selbst Angelina gesagt, wie groß die Welt ist. Dann will er nach Sesi. Aber er weiß nicht, was er sagen soll, wenn sie nicht dort ist. Endlich will er wieder an die Arbeit gehen.

„Wie machen wir es jetzt?" fragt er den Onkel.

Wie mach' ich's, wie machst du's, heißt es," sagt der Onkel und macht ein klägliches Gesicht und ist auf neue Schläge gefaßt. „Ich muß nach Sesi zurück. Die Angelina erzählt mir doch nichts mehr."

„Onkel!" ruft der Pietro. Aber der Onkel sagt nur „ja" und weint; es tut ihm um den Pietro leid und um die Angelina, die jetzt dem Seraphim gehört. Aber er will einmal in Sesi bei Amedeo und dem Sesto ruhen.

Sagt der Pietro, auch die Angelina werde nach Sesi zurückkehren und die Felszacken wieder sehen wollen, wo sie Ziegen geweidet, — mit Pietro, den sie so betrogen hat; sie wird ihn in Sesi suchen. Er wird mitgehn.

„Und wo bleibe ich?" sagt die Großmutter und richtet sich hoch auf. Nie in ihrem Leben hat sie eine solche Rede halten müssen. „Der Onkel kann gehen. Aber Pietro muß bleiben. Ich habe meinen Mann ins Grab gelegt und meine Kinder. Ich habe die Dirne hergegeben, den Seraphim und die Angelina. Von meinem Hause gehe ich nicht. Aber ich lasse auch dich, Pietro, nicht. Für wen lebe ich sonst?"

Der Pietro will vieles sagen; aber es läßt ihn nicht. Zuletzt steht er auf, geht hin und küßt der Alten die Hände:

„Meine Mutter!"

Pietro Rossi führt noch täglich seinen Karren an der Trevi Urbel und nach dem Lateran. Er ist bei Freund und Feind ein gefürchteter Kämpfer und hat schon oft vor den Gerichten gestanden. Die Weiber am Wege erschrecken über sein trotziges Gesicht. Aber wenn er nach Hause kommt, folgt er wie ein Kind der alten Frau, die für ihn haushält und ihn besorgt wie ihren Mann und Sohn zugleich, obwohl er nie ihres Blutes war.

Naumann / Die Schutzmittel der Kleinen

Kleine Tiere, kleine Staaten haben andere Schutzmittel als große. Die ganz großen sind pazifistisch, die mittleren imperialistisch, die kleineren nationalistisch, die kleinsten opportunistisch. Bei den Kleinen findet sich dabei jede Art von Anpassung oder Mimikry, die man haben will. Meist fügen sie sich an die Wünsche der Größten an und werden dadurch Verteidiger der jeweilig vorhandenen Weltordnung, es kommt aber auch vor, daß sie zeitweilig zu Parteigängern eines Imperialismus werden oder auch eines benachbarten Nationalismus. Man denke an Portugal, Griechenland, Montenegro, Serbien usw. Oft wird in besseren Kleinstaaten das Kleid des Opportunismus mit idealistischen Fäden durchwebt und erscheint dadurch goldener, als es ist. So machen die gebildeteren Kleinen aus der Not eine Tugend und sind stolz darauf, die Laster der Größe zu vermeiden. Von ihnen wird niemand unterjocht, sie sind zu klein, um große weltgeschichtliche Sünden auf sich zu laden; deshalb sind sie pharisäisch aus Schwäche! Immer sind sie bereit, gegen irgend etwas im Namen der Gerechtigkeit zu protestieren, denn, was ihnen nützt, das ist die Gerechtigkeit. Und in der Tat ist oft das, was die Größten und Kleinsten vereint begehren, das geschichtlich Notwendige, wie schon der alte, schlaue Machiavelli es dargetan hat. So kommt es, daß die Großen ihren notwendigen Bedarf an Heuchelei oft von den Kleinen beziehen, die ihn harmlos produzieren. In diesem etwas verwickelten Sinn ist der Völkerbund eine Absicht der Großen, eine Ansicht der Kleinen und eine geschichtliche Notwendigkeit. Er wird durch keinen Imperialismus oder Nationalismus mehr aufgehalten, aber wie er schließlich sein wird, hängt davon ab, ob er mehr in London oder in Genf entsteht. In London wird er als Herrschaftsmittel, in Genf aber als Schutzmittel gedacht, die Geschichte selbst aber scheint ihn als Organisationsform schlechthin haben zu wollen, mag er nützen, wem er will.

Büchertisch

Dr. Erich Opitz, **Sozialismus und Liberalismus in deutscher Demokratie.** Verlag von H. R. Engelmann, Berlin 1919. 22 S. Preis 1,20 M.

In seiner kleinen beachtenswerten Schrift untersucht O. das Problem, inwiefern sich der Geist des Sozialismus und Liberalismus vereinigen können und inwieweit beide innerhalb der deutschen Demokratie lebendig sein müssen. Fast scheint es, als wenn bei der Untersuchung dem Sozialismus mehr Gerechtigkeit widerfahren wäre als dem Liberalismus, obgleich O. nicht aus dem sozialistischen Lager stammt und dem Liberalismus — wohlverstanden einem von Entartungen und Schlacken gereinigten Liberalismus — sein Recht durchaus gewahrt wissen will. In allem: ein lesenswerter Beitrag zu den aktuellen Fragen der Gegenwart. F. P.

Hermann Lietz, **Des Vaterlandes Not und Hoffnung.** Gedanken und Vorschläge zur Sozialpolitik und Volkserziehung. Verlag des Landwaisenhauses an der Ilse, Leckenstedt am Harz. 143 S.

Obgleich die Stellungnahme zu manchen Fragen, z. B. der Monarchie, der Rasse, zum Widerspruch herausfordert, so muß auf die Ehrlichkeit und Reinheit der Gesinnung, die das ganze Werk dieses aufrechten Volkserziehers durchweht, mit allem Nachdruck hingewiesen werden. L. schreibt erst in zweiter Linie Bücher; in erster Linie treibt er praktische Arbeit. Er ist der Gründer

der drei Landerziehungsheime Ilsenburg, Haubinda und Bieberstein und des Landwaisenhauses zu Beckenstedt am Harz und sucht dort die Grundsätze, die er in den obigen und seinen früheren Schriften niedergelegt hat, zu verwirklichen. Wer einmal eins seiner Heime besuchen konnte, wird seine Freude gehabt haben an dem Geist, der dort lebt. Es ist bestes Deutschtum. L. will in dieser Schrift, die er den „für Sozialpolitik und Volkserziehung im neuen Volksstaat Verantwortlichen" widmet, einen Weg aus des Vaterlandes Not heraus weisen durch Erziehung zur Reinheit, Enthaltsamkeit und Mannhaftigkeit in der „deutschen Volks(Einheits)schule". Sie sollte von allen Eltern gelesen werden!

Ernst Tomor-Budapest: **Neubegründung der Bevölkerungspolitik.** Curt Kabitzsch Verlag in Würzburg, brosch. 3 Mark.

Der Verfasser setzt sich in seiner Schrift grundsätzlich in Gegensatz zu den bisherigen Untersuchungen über die Bevölkerungspolitik. Er behauptet, daß in diesen ausschließlich die ökonomische Seite des Problems berücksichtigt und nicht beachtet wurde, daß den Kernpunkt aller Bevölkerungsfragen ein Naturvorgang bilde; die Bevölkerungspolitik befasse sich mit dem sexuellen Leben des menschlichen Geschlechts und habe daher als Ausgangs- und Fundamentalproblem einen biologischen Charakter. Es sei nicht nur von Volkswirtschaftlern, sondern auch von seinen Fachgenossen verkannt worden, daß die ökonomischen Maßnahmen zur Hebung der Bevölkerungsziffer, wie gerechte Steuern, Unterstützungen usw. nur sekundäre Bedeutung haben; es komme vielmehr darauf an, die Gesellschaftsordnung von Grund auf so umzuformen, daß die sexuellen Beziehungen als unbeeinflußbare Naturvorgänge sich ungehindert und zur Erzielung einer gesunden Nachkommenschaft gestalten können.

Die krisenhaften Zustände, die in allen Kulturländern durch die Abnahme der Bevölkerungsziffer gekennzeichnet sind, seien entscheidend darauf zurückzuführen, daß ein unverhältnismäßiger Abstand zwischen dem Eintritt der sexuellen Reife und dem Zeitpunkt des Abschlusses der Ehe entstanden sei. Als Haupthindernis für den frühzeitigen Abschluß der Ehe bezeichnet der Verfasser die mehrjährige Dienstzeit, weil sie einen Anreiz zur Gewöhnung an den außerehelichen Verkehr, insbesondere aber die Prostitution bedeute. Hier ließe sich allerdings einwenden, daß auch in Ländern ohne Friedensdienstpflicht, wie in England und Amerika, der Geburtenrückgang mindestens kein geringerer war. Daneben fordert er vor allem eine Umgestaltung der Berufsausbildung, die eine „rechtzeitige" Ehe ermöglicht, sowie Änderung des Eherechts durch Herabsetzung der Ehemündigkeit.

Das Buch nimmt im einzelnen noch Stellung zu rassenhygienischen Fragen sowie den Vorschlägen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und behandelt insbesondere das Problem der Zulässigkeit der Heirat des Syphilitikers von neuen Gesichtspunkten aus. K. M.

Rudolf Kittel, **Kriege in biblischen Landen.** Gotha, Friedr. Andr. Perthes, 1918.

Von den Kämpfen in Palästina im Weltkrieg lenkt der Verfasser des anregend geschriebenen Büchleins den Blick des Lesers auf die Kriege der palästinischen Frühzeit, also etwa in die Zeit des zweiten Jahrtausends vor unserer Zeitrechnung. Diese Frühzeit ist vor allem gekennzeichnet durch den Gegensatz zwischen den uralten Kulturstaaten des Nil- und des Zweistromlandes, der Palästina, in der Mitte zwischen beiden gelegen und die Brücke von Afrika nach Asien bildend, jahrhundertelang zum Schauplatz fast ununterbrochener erbitterter Kämpfe werden läßt. Mit Recht sagt der Verfasser, daß „kaum auf einem Gebiete unseres Erdballs mehr Blut geflossen ist als in Palästina". Denken wir — von den ältesten Zeiten abgesehen — an die Kriege Alexanders des Großen, der Griechen, Römer, Araber und Oströmer, der Kreuzfahrer und Türken, um nur die Hauptepochen aus der Geschichte dieses bis in unsere Tage vom Kriegsgetöse widerhallenden Landes zu nennen! Auf dem uralten Schlachtfelde Palästinas, der Jesreelebene östlich des Karmelgebirges, kämpft zuletzt Napoleon I., der sich von hier auf dem Landwege nach Osten wenden will, um in Indien den Lebensnerv des britischen Imperiums vernichtend zu treffen. Wie umgekehrt heute den Engländern der Besitz Palästinas und Mesopotamiens den Landweg nach Indien und die Verbindung zwischen ihrem afrikanischen und asiatischen Kolonialreich sichern würde. Des weiteren erfahren wir über Art der Kriegführung in jenen Zeiten, über Bewaffnung, Festungskrieg und Feldschlacht, Herstellung von Schiffsbrücken zum Passieren großer Ströme durch Heeresteile, Behandlung von Kriegsgefangenen. Sehr viel Material liefern dafür die Nachrichten, die uns aus dem Alten Testament vorliegen, die ergänzt und vervollständigt werden durch die Berichte der alten Denkmale in Ägypten und Vorderasien. Sehr hübsch ist das letzte, „Der Friede" überschriebene Kapitel. Das Ganze enthält in engstem Rahmen eine Fülle feinsinniger Bemerkungen; zu bedauern ist nur, daß bei der Masse des Materials manches etwas aphoristisch geraten ist.

Dr. Julius Rodenberg.

Neu-Buddhistische Zeitschrift. Herbstheft 1918. Neu-buddhistischer Verlag, Berlin-Wilmersdorf. 125 S. 3,50 M.

Diese Zeitschrift, deren 1. Jahrgang mit dem angezeigten 4. (Herbst-) Heft vollständig vorliegt, nennt sich „Die Zeitschrift der selbständig Denkenden" und unterscheidet sich insofern beträchtlich von den zahlreichen periodischen Organen, die sich mit Buddhismus befassen, als es ihr weniger auf die reine Darstellung der Lehre und Erhellung der Tradition ankommt, denn auf die Aufzeigung der aktuellen Bedeutung buddhistischer Erkenntnis für die Probleme der Gegenwart. Dem Herausgeber, Dr. Paul Dahlke, muß zugestanden werden, daß die Art, wie er diesen angewandten aber praktischen Buddhismus predigt, vornehm, unaufdringlich und von hohem Ernste getragen ist. Wie denn jedem der vorgetragenen Gedanken der Stempel innerlichsten Erlebt- und Erworbenseins überzeugend aufgeprägt erscheint. In Aufsätzen wie „Die Selbstheilung", „Gedanken und Meinungen über zeitgemäße Themen" (Staat und Individuum), „Zur Psychologie des Weltkrieges" wird man die Auseinandersetzung modernsten europäischen, durch die Denkschulen aller Völker und Zeiten hindurchgegangenen Suchertums mit der Unveränderlichkeit indischer Weltbetrachtung mit großem Interesse verfolgen. Die einleitend gebrachte vollständige Übersetzung der buddhistischen Lehrrede vom „Edlen Ziel" — sie behandelt die Ereignisse um den Wendepunkt im Leben des Buddha: Verlassen des Heims, vergebliches Suchen, erstes Aufgeben der befreienden Einsicht, und ist eine der interessantesten des ganzen Kanons — ist erstaunlich treu und lebensvoll zugleich. D. M.

Robert Walser, **Gedichte.** Illustriert von Karl Walser. Berlin, Bruno Cassirer. 38 S. Geb. 7 M.

Gedichte. Ganz einfach: Gedichte. Nichts sonst. Und so einfach wie der Titel auch der Inhalt. Wintersonne und Morgenstern, Welt und Stunde, Stille, Trug, Gelassenheit. Lauter ganz kurze Sachen, feinste Essenz des Lebens, letzter Hauch und Duft der Dinge. In einer Sprache, die so rein, so kristallen und durchsichtig ist, daß das geringste Wort etwas von dem Schmelz auf den Flügeln eines Schmetterlings bekommt. Und wie mit Falterschwingen streift er die Seele und läßt einen leisen Schauer von Schönheit zurück. Wo noch vernahmen wir diesen zartesten Silberton? Bei Verlaine, bei Christian Morgenstern, in R. A. Schröders elysischen Gefilden? Auf Walsers Saiten klingt er doch eigen, gesättigt und gestillt, mit einer heimlichen Dankbarkeit für die schwebende Süße, Fröhlichkeit und Trauer dieser Welt. Aber wo sind heut die Augen und Ohren für so viel stille Lieblichkeit?

Zwischen die poetischen Kostbarkeiten sind Illustrationen von Karl Walser verstreut, kostbar auch sie und von zartestem Reiz der Stimmung. Die übrige Ausstattung des Buchs stimmt mit dem inneren Wert überein. D. M.

Briefkasten

Postleser wollen das Ausbleiben von „Hilfe"-Nummern zunächst beim Briefträger oder Postamt melden. Erst wenn nach einigen Tagen die Abhilfe nicht erfolgt, bitten wir, den Verlag zu benachrichtigen.

Der Aufsatz Naumanns, „Deutsche Demokratie", aus der vorigen Nummer erscheint als **Sonderdruck** und wird in kleinerer Anzahl (bis zu 25 Stück) kostenfrei gegen Portoersatz von 10 Pf. abgegeben. Bei größeren Bestellungen, die in jeder Höhe willkommen sind, berechnen wir unsere Selbstkosten. Wir sind der Meinung, daß der Aufsatz des neuen ersten Vorsitzenden der Deutschen demokratischen Partei zur Werbung für den demokratischen Gedanken ganz besonders geeignet ist, und gehen auf alle Vorschläge in dieser Richtung gern ein.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, Zehlendorf, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, Hamburg.

Tricalcol
Phosphorhaltiges Kalk-Eiweiß-Mittel
Fördert die Entwicklung des Knochenbaues
Kräftigt den gesamten Organismus
Blutarme nehmen es im Wechsel mit Lecin
In Apoth. u. Drogenh. Lecinwerk Hannover

Digitized by Google

21. August 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis bei Post und Buchhandel (beim Abholen) 5 M., unter Kreuzband 5,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 5,25 M., ins Ausland 6 M. Einzelhefte 50 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 8688.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 34

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 80 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme Freitag der vorhergehenden Woche.

Inhaltsübersicht

Politische Notizen: (England im Glück. — Die Nationalversammlung ist nicht der Reichstag. — Tirpitz. — Selbstbestimmungsrecht. — Die Besteuerung des Luxus.) — **Naumann:** Die Parteiorganisation! — Universitäts-Professor **Dr. Martin Rade:** Zum Kulturteil des demokratischen Parteiprogramms. — Kommerzienrat **Sigmund Fraenkel,** Vizepräsident der Handelskammer München: Das neue Erbschaftssteuergesetz. — Oberlandesgerichtsrat **Karl Pfister:** Der gegenwärtige Stand des Verhältniswahlproblems. — **Dr. Erich Schairer:** Ein falscher Prophet. — **Wilhelm Müller:** Die Bedeutung der Rückwanderer für unsere Zukunft. — **Paul Nicolaus:** Georg Kaiser. — **Oskar Beyer:** Rückblick auf Paula Modersohn. — **Naumann:** Arbeiterherrschaft? — Satzung der Deutschen demokratischen Partei. — Sprechsaal.

Politische Notizen

England im Glück. Auf den ersten oberflächlichen Eindruck ist die englische Politik jetzt so viel edler, als die französische; fast idealistisch gebärdet sie sich. Ohne viel Aufhebens davon zu machen, fast aber John Bull in aller Stille um so kräftiger zu. Nicht in Europa — da genügt es ihm, wenn ihm die anderen dienstpflichtig sind; aber draußen in der weiten Welt, da beherrscht England nicht bloß die Wogen, sondern auch die Länder. Was hat es alles erreicht! Ganz abgesehen von dem höchst zweifelhaften Gewinn des wirtschaftlichen Zusammenbruchs Deutschlands: der politische Wettbewerb des Deutschen Reiches ist auf lange Zeit, vielleicht für immer ausgeschaltet; Rußland ist auf Menschenalter hinaus keine Großmacht mehr; Frankreich und Italien können nur noch sehr mit Einschränkung selbständige Politik machen. Die Vereinigten Staaten freilich stehen gewaltiger da als je, in vielem selbst England überlegen; und Japans Aufstieg hat im fernen Osten eine Veränderung der Machtverhältnisse geschaffen, die für Engländer und Amerikaner gleichen Anlaß zu größter Wachsamkeit gibt. Aber das beeinträchtigt den unmittelbaren Gewinn Englands nur wenig. Es hat erreicht, wonach es so lange strebte, die Länderbrücke vom Roten Meer und damit von Ägypten zum persischen Golf und damit nach Indien und den anderen großen Länderzusammenhang, auf den es kaum noch gerechnet hatte, von Ägypten bis ganz hin nach Südafrika. Und nun hat es gar den ersten dieser beiden großen Gedanken seiner in Kontinenten denkenden Staatsmänner in noch höherem Maße der Verwirklichung nahegebracht. Es hat mit Persien ein Abkommen getroffen, das den Persern zwar formal die Unversehrtheit ihres Gebietes und die Unabhängigkeit gewährleistet, in Wirklichkeit aber die persischen Finanzen und die persische Armee unter englische Kontrolle und damit Persien überhaupt unter englische Schutzherrschaft stellt. Aus der bloßen Länderbrücke vom Mittelmeer zum indischen Ozean ist dadurch ein fester, geradezu kontinentaler Zusammenhang des asiatischen und des afrikanischen Riesenreiches der englischen Weltmacht geworden. In Frankreich quittiert man auf diese Nachricht mit leisem Greinen. Man glaubte einst, England für französische Interessen eingespannt zu haben, und muß nun bescheiden abwarten, ob von des reichen Herrn Tische nicht vielleicht auch noch einige Brosamen abfallen. Der alte syrische Traum wird in Frankreich wieder lebendig. Einstweilen aber ist es eben nur ein Traum. W. H.

Die Nationalversammlung ist nicht der Reichstag, hat nur die Rechte und Pflichten des Reichstags. Das scheint eine bloße Wortklauberei zu sein; ist es im Grunde auch. Durch den Sinn aber, den eine böswillige Agitation mit der Übertragung des Namens „Reichstag" auf die Nationalversammlung verbinden wollte, hätte der Namenswechsel eine Bedeutung erlangt, die er nicht haben sollte. Und so war es klug von der Nationalversammlung gehandelt, daß sie die entsprechende Verordnung des Reichspräsidenten zurückwies. Es ist aber unrecht, wenn man bei dieser Gelegenheit wieder den Versuch macht, die Bezeichnung als „verfassunggebende" Nationalversammlung dahin auszulegen, daß nach der Vollendung des Verfassungswerkes die Nationalversammlung sich auflösen müsse, damit nun auf Grund der neuen Verfassung der neue Reichstag gewählt werden könne. Das geht schon deswegen nicht, weil erst das Wahlgesetz geschaffen sein muß, für das in der Verfassung selbst nur die Grundgedanken, nicht aber die genauen Bestimmungen gegeben sind. Es gibt auch sonst noch Gesetze, die von der verfassunggebenden Nationalversammlung erledigt werden müssen, z. B. die Ausführungsgesetze für die Abstimmungen beim Volksbegehren und Volksentscheid und bei der Stellung des Antrags auf Volksabstimmung in einzelnen Landesteilen über die Neubildung von Ländern. Außerdem aber ist die Nationalversammlung nicht bloß für das Verfassungswerk gewählt, sondern — abgesehen vom Abschluß des Friedens — auch zur Erledigung der dringlichen Gesetze, die für die Festigung der jungen deutschen Republik notwendig sind, vor allem also der Steuergesetze. Wenn diese Aufgabe erfüllt ist und die Entscheidung über die Reichsgrenzen, namentlich im Osten und in Nordschleswig, Klarheit darüber gibt, wer zum Reichstag wählen kann, dann muß die Nationalversammlung ihr Amt sofort in die Hände des Volkes zurücklegen. Das heißt: vermutlich werden die Reichstagswahlen im kommenden Frühjahr sein. W. H.

Tirpitz. Noch sind uns die Memoiren des Herrn v. Tirpitz nicht unmittelbar zugänglich. Wir kennen einstweilen nur die Bruchstücke, die durch den Herrn v. Wiegand der amerikanischen Presse mitgeteilt sind. Das wenige aber genügt, um das alte Urteil über Herrn v. Tirpitz zu bestätigen, was ihm von seinem ersten Auftreten an im Reichstag treu geblieben ist: seine Wahrheitsliebe stand nie in hohem Kurs. Er war eben immer und ist auch jetzt noch ein Agitator, gewiß ein Agitator großen Stils, aber auch behaftet mit jenen unangenehmen Eigenschaften, die man bei dem bekannten Typus der Nichts-als-Agitatoren zu finden pflegt. Abstoßend, wie dieser Mann, just dieser Mann, jetzt den Kaiser schmäht! Man müßte von Eselsfußtritten sprechen, wenn es sich nicht gerade um Tirpitz handelte, der ja alles andere eher ist als ein Esel, eher ein Fuchs, ein Meister Reinecke. Widerwärtig, wie er jetzt die Schuld an dem vielen, was die Flotte nicht geleistet hat, von sich auf den Kaiser abwälzt oder den Admiral Pohl! Und wenn er sich nun gar selbst um die volle Verantwortung für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg und sein Versagen herumdrücken will, so faßt man sich doch erstaunt an den Kopf. Ist es wahr, fragt man sich, ist es möglich, daß die nachstehenden Sätze aus einem Tagebuch von Tirpitz stammen? „Heute ein zweites Gespräch mit Müller (dem Chef des Marinekabinetts). Es war insofern gut, als es zu einem neuen modus vivendi führte. Das Böse an der U-Boot-Geschichte ist, daß wir nicht genügend U-Boote haben. Daran und an der Art, wie wir anfangen, nämlich

Fanfaren und Bedrohungen gegen die Neutralen, liegt die böse Seite der Sache." Er habe „einen anderen Weg einschlagen" wollen; aber „ich bin bereits der Hereingefallene dabei, weil der U-Boot-Krieg durch das Pressegespräch mit Wiegand mit meinem Namen verbunden ist, und man meint, daß ich der Ausführende dabei bin". Hier gesteht Tirpitz ein, schon vor dem U-Boot-Krieg sich darüber klar gewesen zu sein, daß wir nicht genügend U-Boote besaßen. An anderer Stelle höhnt er über Pohl, der sich eingebildet habe, in drei Wochen England auf die Knie zwingen zu können, er, der selbst im Verein mit seinem Schüler und Nachfolger Capelle dem Hauptausschuß des Reichstages ähnlich törichtes Zeug vorgetragen hat, hat es also offenbar selber nicht geglaubt! Das ist der Mann, der den „eisernen Vorhang" um England legen wollte, als die Zahl der U-Boote noch so gering war, daß immer nur insgesamt ganze drei Boote gleichzeitig an den Hauptzugangsstraßen zu den großen englischen Häfen auf Posten liegen konnten! Das ist der geistige Vater des berühmten Ausschusses zur raschen Niederzwingung Englands und der noch berühmteren Vaterlandspartei unseligen Angedenkens! Noch jetzt sucht er die Agitationslegende der Vaterlandspartei neu zu beleben, daß der U-Boot-Krieg nur deshalb nicht den gewünschten Erfolg gehabt habe, weil man ihn nicht rechtzeitig angefangen und richtig geführt hätte. So etwas sagt Tirpitz, der noch, während er im Amte war, eine gewaltige Agitation für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg betrieb, obwohl er, wie er jetzt zugesteht, wußte, daß wir nicht genügend U-Boote besaßen, d. h. daß die ihm selbstverständlich bekannte Zahl der U-Boote für solches Unternehmen nicht ausreichte. Das ist echt tirpitzisch, echtes Erzeugnis des Mannes, der, während er diese Agitation betrieb und wußte, daß die Zahl der U-Boote nicht ausreicht, gleichzeitig auch dann noch als Staatssekretär nicht bloß nicht dafür sorgte, sondern geradezu verhinderte und hintertrieb, daß wenigstens in letzter Stunde genügend U-Boote gebaut wurden oder doch so viel, wie die Werften schaffen konnten! Und warum hat er so gehandelt? Entweder hat er damals wirklich geglaubt, daß mit den wenigen U-Booten der Zweck des U-Boot-Krieges so schnell erreicht werde, daß neu in Bau gegebene U-Boote erst hinterher fertig werden könnten, so daß man also wirklich eigens Häfen hätte bauen müssen mit der Bestimmung, den nun nicht mehr nötigen U-Booten als „Friedhöfe" zu dienen. Dann aber bleibt er jetzt nicht bei der Wahrheit. Oder er hat damals innerlich geglaubt, was jetzt sein Tagebuch verrät. Dann gibt es keine andere Lösung des Rätsels mehr als die: Vor den Staatsgerichtshof mit diesem Mann! W. H.

Selbstbestimmungsrecht. Aus Aachen wird uns geschrieben: Der Friedensvertrag ist angenommen. Der Schmerz, die Entrüstung, die Sorge haben ihren mehr oder weniger lebhaften Ausdruck gefunden und sind wieder verstummt. Die meisten haben den Vertrag selbst überhaupt nicht gelesen. Wohl den wenigsten ist es bekannt, daß unter seinen Bedingungen eine ist von so schreiender Ungerechtigkeit, wenn sie auch nur ein kleines Gebiet betrifft, daß unbedingt versucht werden muß, noch in letzter Stunde eine Abänderung herbeizuführen. Es handelt sich um die Abtretung der Kreise Eupen und Malmedy, die durch den Friedensvertrag Belgien zugesprochen werden. Man lasse sich nicht durch den französischen Klang des Namens Malmedy zu dem Glauben verleiten, es handele sich um wallonisches Gebiet. Das Land ist in der Mehrzahl von Deutschen bewohnt, und selbst die wallonische Minderheit, die hauptsächlich aus Arbeitern besteht, würde gern bei Deutschland bleiben, wenn nicht der Versailler Vertrag willkürlich über ihr Schicksal verfügte. Allerdings ist auch hier eine Abstimmung vorgesehen. Aber, welcher Hohn! Nur in den beiden Städtchen der gleichnamigen Kreise liegen offene Listen, wo unter Augen des belgischen Befehlshabers die Gegner einer Angliederung an Belgien sich eintragen sollen. Das Land ist hauptsächlich von Kleinbauern besiedelt. Nun stelle man sich den Bauern vor, der anspannen läßt und zwei Stunden über Land fährt, um angesichts des gefürchteten Belgiers, der wahrscheinlich seine wirtschaftliche Zukunft in Händen hält, eine Stimme für Deutschland abzugeben! Mit welcher Aussicht? Das Ergebnis der Abstimmung soll die belgische Regierung dem Völkerbund mitteilen, der dann über die Zugehörigkeit der Kreise bestimmen wird (§ 34 des Friedensvertrages). Und gleich darauf wird in Artikel 37 die Frage des Optionsrechtes für Deutschland geregelt. Mit der Möglichkeit, daß die Kreise Deutschland zugesprochen werden könnten, rechnet man erst gar nicht. Und doch steht es zweifelsfrei fest, daß eine Abstimmung, wenn sie gerecht, d. h. geheim und gemeindeweise vorgenommen werden würde, mit überwiegender Mehrheit für Deutschland ausfallen würde. Warum scheuen sich denn die Belgier, eine solche wirkliche Volksabstimmung durchzuführen? Natürlich, weil sie so gut wie wir das Ergebnis im voraus kennen! Sie wollen eben gegen den Willen der Bevölkerung die Annexion durchdrücken. Wer sich dann nicht fügen will, wird Haus und Hof verlassen müssen und sich in Deutschland sein Unterkommen suchen. Ein solches Vorgehen steht selbst in diesem Friedensvertrag ohne Beispiel da. In Schleswig, Ost- und Westpreußen, Oberschlesien und im Saarbecken hat die Bevölkerung das Recht, in freier, geheimer Abstimmung über das Schicksal ihrer engeren Heimat zu entscheiden. Dies Recht muß auch den Bewohnern von Eupen und Malmedy zuerkannt werden. Es müssen sich Mittel und Wege finden lassen, eine solche Ungerechtigkeit zu verhindern. Dazu ist vor allem nötig, daß weitere Kreise des In- und Auslandes auf sie aufmerksam werden. Darum Deutsche, vergeßt eure Brüder an der belgischen Grenze nicht; helft ihnen, tretet für ihre Rechte ein, erst die Presse, auch die des Auslandes auf! Kämpft gegen die willkürliche Macht und Vergewaltigungspolitik, die Euch ihrer deutschen Heimat berauben will. Rettet Eupen und Malmedy!

Die Besteuerung des Luxus. Die Umsatzsteuer wird von allen Steuern deshalb besonders sorgfältiger Erwägung bedürfen, weil sie die Produktion und den Verbrauch nicht nur belasten, sondern auch richtunggebend beeinflussen wird. Ganz besonders klar liegt diese Wirkung bei der Gruppe von Artikeln, die von einer bestimmten Preisgrenze aufwärts steuerpflichtig werden. Dazu gehören die meisten häuslichen Gebrauchsgegenstände: Porzellan, Steingut, Glas, Spitzen, Stickereien, Lederwaren, Polstermöbel, Eisenwaren, Korbwaren, Wandbekleidungen, Beleuchtungsgegenstände, Spielwaren u. a. Alle diese Dinge erfaßt eine Luxussteuer von 10 v. H., wenn sie eine festzusetzende Preishöhe überschreiten. Diese Bestimmung kann vernichtend auf alle Qualitätsarbeit, alle Werkkunst, alle Bemühungen, die Massenware zu veredeln, wirken. Die Gegenstände des täglichen Bedarfes bleiben in ordinärster, gröbster Ausführung steuerfrei. Folge wird sein, daß die Industrie die Herstellung dieser steuerfreien Minderwertigkeiten vermehrt und sich bestrebt, ob sie durch anständiges Material, gute Arbeit und edle Formgebung den Gegenstand über die Grenze hinaustreibt, von der ab die Verteuerung durch die Steuer tritt. Es ist diese Besteuerungsform eine sicher wirkende Prämie auf die Herstellung von Ramsch und Kitsch. Und das wird nicht nur kulturell, sondern auch wirtschaftlich die traurigsten Folgen haben: Rückgang für die Verwendbarkeit guter Leistung, Vermehrung von schlecht bezahlter, minderer Arbeit, Verderb der Exportware, die gerade anfing, deutscher Werkkunst in der Welt Ansehen zu verschaffen. Hier muß unter allen Umständen versucht werden, andere Formen zu finden! Fraglich freilich, ob das Hohe Haus für solche Gesichtspunkte Verständnis haben wird. G. B.

Naumann / Die Parteiorganisation!

Wer im politischen Leben zu gar keiner Partei gehört, ist ein krankes Glied am Volksganzen. Ob er parteilos ist aus Gleichgültigkeit, Feigheit oder Überklugheit, macht wenig aus, denn in jedem Falle fehlt es ihm an politischem Charakter. Dabei kann man zugestehen, daß jüngere Leute erst Zeit brauchen, sich ihren Anschluß genügend zu überlegen, damit sie später nicht zuviel wechseln müssen. Wir sind noch nicht in dem politischen Entwicklungszustande Englands, wo die Parteizugehörigkeit beinahe als Familieneigenschaft bezeichnet werden kann. Noch ist bei uns die

politische Konfession beweglich: der Einzelmensch sucht sich vielfach noch seine Partei. Doch darf man nicht verkennen, daß bei organisierten Arbeitern, Bauern, Unterbeamten die Parteiverbundenheiten schon ziemlich gefestigt waren, ehe die Revolution kam, und nun erst wieder schwankend geworden sind. Vielleicht ist jetzt für lange Zeit hinaus die letzte leichtflüssige Periode im deutschen Parteileben. In dieser Lage ist die Aufgabe der Parteileitungen und insbesondere die der deutschen Demokratie sehr wichtig; welche Bedeutung wird diese Partei in der deutschen Zukunft haben?

Die Grundlage unserer Partei sind die 5,6 Millionen Wähler vom Januar 1919. Ungefähr dieselben Volkskreise beteiligten sich bei den Landtags- und Kommunalwahlen, bei denen freilich die Wahlbeteiligung aller Parteien geringer war. Mit ihren 5,6 Millionen Wählern steht unsere Partei an dritter Stelle. Die Reihenfolge war diese:

Mehrheitssozialisten . . .	11,5 Millionen
Unabhängige	2,3 „
	13,8 Millionen
Zentrum und Hilfstruppen .	6,0 Millionen
Deutsche Demokratie	5,6 Millionen
Deutschnationale	3,2 Millionen
Deutsche Volkspartei . . .	1,2 „
	4,4 Millionen

Unverändert bleibt diese Parteitafel sicherlich nicht. Es sind starke Verschiebungen zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen zu erwarten. Denkbar ist auch ein Ruck nach rechts, bei dem ein Teil Mehrheitssozialisten zu uns kommt und ein gewisser Teil von uns nach rechts weiter wandert, aber das hängt von einer Reihe von Dingen ab, die noch im Werden sind. Im allgemeinen stehen wir in sicherer Mittelstellung und sind uns der auf uns ruhenden Verantwortung bewußt.

Es kann aber keine Partei ein lebendiger Körper sein, ohne einen geregelten Aufbau von Vereinen am Ort, im Bezirk, im Wahlkreis und im Reiche. Je wichtiger im republikanischen Staate die Parteien sind, desto mehr muß die Pflicht der Organisation begriffen werden. Keine Partei vermag sich zu halten, wenn sie nur bei den Wahlen hervortritt. Deshalb ist Mitgliederwerbung eine Leistung aller bewußten Gesinnungsgenossen. Sie ist aber von den früheren liberalen und fortschrittlichen Parteien arg versäumt worden. Gerade ich kann deutlich darüber klagen, denn ich habe seit 12 oder 15 Jahren auf allen Parteitagen der fortschrittlichen (freisinnigen) Partei darüber geredet, daß der seitherige Zustand unserer Parteiorganisation eine „Bummelei" war. Es hat mir nichts geholfen, denn man sagte, daß die Partei auch ohne stärkere Organisationsanstrengungen hinreichend gut wachse. Das war glücklicherweise nicht ganz falsch, denn die Wählerziffern stiegen trotz mangelnder Organisation, was ein sehr gutes Zeichen für die Kraft unserer Ideen, aber dennoch keine Rechtfertigung des betrübenden Organisationszustandes war. Die fortschrittliche Volkspartei (und die in ihr gesammelten Linksliberalen) hatten Wähler:

1903:	872 600
1907:	1 233 900
1912:	1 497 000

Wenn das damals bei der schlechten Organisierung möglich war, so muß jetzt bei verbesserter Parteitechnik noch viel mehr erreichbar sein!

Worin also bestand der Organisationsmangel? Es wurde zu wenig Gewicht gelegt auf Parteimitgliedschaft und auf finanzielle Beiträge aller Mitglieder. Die Parteikasse war niemals genügend gefüllt und beruhte vielfach auf den zufälligen Geschenken wohlhabender Parteifreunde. Wir waren als Partei arm und darum schwach in der Wirkung. Unsere Mitgliederzahl, die nach dem Bericht unseres Freundes Ruschke auf dem Parteitage 778 000 beträgt (bei Zählung der okkupierten Gebiete etwa 900 000), würde eine genügende Kraft sein, wenn die Zahlungspflicht genau durchgeführt wäre. Hier liegen gewaltige Versäumnisse, die wir nicht länger dulden dürfen. Was nützt aller Geist und guter Wille, wenn der Apparat in Unordnung ist? Als mir der Parteitag den Vorsitz des großen Parteiausschusses anvertraute, habe ich gesagt, daß ich meine Kräfte der neuen Organisierung widmen werde. Das beginnt jetzt in Harmonie mit unserer Reichsgeschäftsstelle (Berlin, Köthener Straße; Geh. Rat Schreiber). Wir müssen um der Partei willen verlangen, daß von nun an für jedes Mitglied jährlich 1 Mark von den Wahlkreisen an die Reichsgeschäftsstelle abgeliefert wird. Wenn das nicht geschieht, so wird niemand die Parteileitung weiterführen können, weil wir sonst den nächsten Wahlen ungerüstet entgegengehen. Wir bitten alle Ortsvereine, ihren Verpflichtungen an Wahlkreis und Parteizentrale zu genügen und darauf zu drängen, daß von allen Vereinen dasselbe geschieht. Auch müssen alle etwa vorhandenen Wahlschulden schleunigst getilgt werden, damit keine alten Lasten die Freudigkeit mindern! Es mag unangenehm sein, daß ich einigen unserer Vereine solche Dinge schreiben muß, aber es bleibt mir nichts anderes übrig, und ich werde nicht aufhören, dringend zu mahnen, alle Partei- und Vereinskassen zu bessern.

Was die Höhe der pflichtmäßigen Beiträge anlangt, so muß jede Partei Unterschiede zwischen wohlhabenden und armen Gebieten zulassen. Wer den Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes durchsieht, was sehr lehrreich ist, findet dort die Höhe der Beiträge für Woche und Monat. Der gewöhnliche Beitrag vor dem Krieg war monatlich 40 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Mitglieder. Das macht im Jahr 4,80 (oder bei wöchentlicher Zahlung 5,20) für die Männer und die Hälfte davon für die Frauen. Wenn wir nur erst soweit wären! Wir haben noch Ortsvereine mit dem geringen Pflichtbeitrag von 1 M. oder 1,20 M.! Diese sind natürlich nicht imstande, an Wahlkreis und an Parteizentrale etwas zu liefern.

Unsere Freunde werden sich folgendes klarmachen müssen:

1. Durch das Sinken des Geldwertes ist alle Parteiarbeit teurer geworden.
2. Durch die Demokratisierung in Reich, Land und Gemeinde haben sich die Wahlen sehr vermehrt.
3. Infolge des parlamentarischen Regimentes wird um viel größere Lebensfragen gekämpft.
4. Infolge des Proportionalwahlrechtes ist der Wahlkampf unpersönlicher und darum organisierter und teurer geworden.

Es ist gerade die Erfüllung vieler altdemokratischen Wünsche, durch die eine neue Art des Parteibetriebes notwendig wurde. Die Zeit patriarchalischer Behaglichkeit ist

darüber. Jede Partei ist ein freiwilliges Großunternehmen, an dem Millionen von Männern und Frauen beteiligt sein müssen.

Männer und Frauen! Wir haben erlebt, mit welcher Selbstverständlichkeit sich der Eintritt der Frauen in das öffentliche Leben vollzogen hat. Es fehlt aber noch, daß die Frauen ihre Mitarbeit an der Parteiorganisation mit aller Zähigkeit angreifen. Einzelne Frauen sind sehr eifrig, die Mehrzahl aber legt noch kein Gewicht auf Parteimitgliedschaft. Worauf wollt ihr noch warten? Tretet ein, so werdet ihr in der Partei etwas bedeuten!

Martin Rade / Zum Kulturteil des demokratischen Parteiprogramms

Eine ungehaltene Rede.

Zwar so ganz ungehalten ist sie nicht. Ich durfte wenigstens andeuten und ankündigen, was ich wollte, soweit das unter dem Fünf-Minuten-Zwang möglich war. Aber schließlich liegt in dieser ernsten und für mein Gefühl nach mehr wie einer Seite hin entscheidenden Sache alles an der näheren Ausführung.

Wenn auf dem Parteitag der Kulturteil unseres Programms und die Kulturfragen überhaupt zu kurz gekommen sind, so war das zufällig. Zufällig, wie alles Geschichtliche zufällig ist, d. i. bestimmt durch Umstände, die unser leitender Wille nicht in der Hand hat. Das Wirtschaftliche, das im engeren Sinne Politische hat nach einer Katastrophe, wie wir sie hinter uns haben, zuerst das Wort. So in den Parlamenten, wie in den Zeitungen, wie in den Gemütern der Menschen. Aber die Erlösung im Saal war spürbar, als Naumann seine Rede zum Kulturprogramm hielt. Das gab es doch also auch, und wir brauchten es nicht zu vergessen.

Wer den letzten Wahlkampf noch in den Gliedern hat, konnte nicht ohne Besorgnis die Zurückdrängung der Kulturprobleme miterfahren, die seitdem eingetreten ist. Besonders im Preußen-Parlament. Obwohl doch nach gemeiner Rede die Gliedstaaten und Einzel-Landtage die eigentlichen Heimstätten der Kulturarbeit sein sollten, während dem Reichs-Parlament das Wirtschaftliche, Militärische und Außenpolitische zufiele. Nun, wir haben in der Preußischen Landesversammlung durch die vier Monate unsagbar viel Unkultur erlebt, Kulturarbeit wenig getrieben. Dagegen hat die Weimarer Nationalversammlung in dieser Richtung viel mehr geleistet, als ihr nach jener gemeinen Rede zukam, und als auch der auf dem Parteitage gegebene Rechenschaftsbericht zur Geltung brachte: das Verfassungswerk ist reicher, tiefer und umfassender geworden, als wir zu hoffen gewagt hatten. Möge eine glückliche Vollendung es krönen!

Aber ich habe es hier mit der Deutschen demokratischen Partei zu tun. Sie wird eine Kulturpartei sein, oder sie wird nicht sein. Bei ihrer Stellung inmitten der politisch-wirtschaftlichen Kämpfe, als Mittelpartei, stoßen in ihr naturgemäß politische und wirtschaftliche Interessen um Geltung ringend hart aufeinander. Um so dringender bedarf sie der Einheit und Sammlung in der Weltanschauung — oder sagen wir bescheidener: in der grundsätzlichen Auffassung des Staates und seiner Aufgaben.

Ich beschränke mich auf einen besonderen Punkt: Religion und Kirche — II, 1 des Programms. Bezeichnend, wie dürftig der Paragraph in den verschiedenen Entwürfen von Haus aus war und doch auch geblieben ist. Reichere Formulierungen lagen in den Anträgen 68—81 vor. Und für nichts scheint in der Tat die demokratische Partei weniger prädestiniert, als für die Bevorzugung eines kirchlichen, kirchenpolitischen Programms. Sieht man auf die Vergangenheit der Bestände, mit denen sie arbeitet, so erblickt man dort kulturkämpferische Traditionen, hier herkömmliche Toleranz aus Gleichgültigkeit oder aus Abneigung gegen die religiös-kirchliche Welt. Menschen von jeglicher Denk- und Glaubensrichtung haben demgemäß in der demokratischen Partei ihre politische Zuflucht gefunden. Und es war daher eine rechte Verlegenheit für die junge Partei, als gleich im ersten Wahlkampf das Konfessions- und Kirchenproblem sich mächtig erhob und Antwort heischte. Dem dringenden Bedarf wurde durch Formeln genügt, die der Augenblick gebar. Viele von uns haben dieser Situation gegenüber mit Bestimmtheit erwartet, daß der erste Parteitag sich mit dieser Angelegenheit ausgiebig befassen werde. Das ist nicht beliebt worden. Um so mehr muß bis zum nächsten Wahlkampf jedes andere Mittel gebraucht werden, um in dieser Hinsicht innerhalb der Partei Klarheit und Festigkeit zu schaffen.

In den Tagen des vergangenen Wahlkampfs war es die Losung: Trennung von Staat und Kirche, um die wir uns zunächst sammelten. Die Programmentwürfe haben, mit Ausnahme eines einzigen, das Schlagwort fallen lassen. Schämte man sich seiner? Auch Weimar zog vor zu sagen: „Es besteht keine Staatskirche." Aber ein gutes Schlagwort ist etwas wert. Und keine Partei ist so wie die unsere berufen, aus diesem Schlagwort herauszuholen, was darin zu finden ist. Das dünkt uns nicht wenig.

Die Entlastung der Kirchen aus der Umarmung des Staates eröffnet den Kirchen starke Möglichkeiten ihrer Zukunft. Daß sie nicht plötzlich und unfreundlich vor sich gehen soll, darüber ist man sich ja bei den verschiedensten Parteien heute einig. Man denkt dabei vornehmlich an die Neuordnung der Staatszuschüsse zur Erhaltung der Kirchen. Also an die wirtschaftliche Seite der Sache, darum die für die meisten Beurteiler und Interessenten wichtigste; eben darum wollen wir uns hier nicht dabei aufhalten. Allmähliche Ablösung, Schonung des Kirchenbesitzes, Steuerrecht: auf diese Zugeständnisse kommt es immer wieder hinaus.

Uns geht hier das innere Verhältnis der beiden Größen Kirche und Staat an, ihre gemeinsame und unterschiedliche Kulturbeziehung.

Da ist es ein naiver Irrtum, wenn jemand meint, daß mit dem Worte „Trennung" irgend etwas erledigt sei. Aber dasselbe gilt von dem Satz: „Es besteht keine Staatskirche" (Weimar) oder „Die Staatskirche lehnt sie — die D. d. P. — ab" (Programm). Die Frage, welche bleibt, die Meisterfrage kommt doch nun erst, nämlich nach dem, was an die Stelle des somit aufgehobenen Zustandes tritt. In dem Augenblick, wo die Trennung erfolgt ist, ergibt sich die Notwendigkeit eines neuen Verhältnisses. Nur die absolute Geringschätzung der Kirchen kann das leugnen. Von ihr ist unser Programmentwurf weit entfernt, wenn er in II, 1 weiter sagt: „Auch nach vollzogener Entstaatlichung der Religionsgemeinschaften ist ihnen ein Staatsschutz entsprechend ihrer kulturellen Würde und Bedeutung zu gewähren." Der Wertunterschied, der hier gemacht wird, und der Wertmaßstab, der angelegt wird, ist von größter Tragweite. Denn von hier aus ergibt sich für die Partei die

Notwendigkeit einer positiven Kirchenpolitik. Diese Notwendigkeit sehen aber viele Parteigenossen noch nicht ein. Und von berufener Seite geschieht wenig, um Klarheit über sie zu schaffen. So kann es kommen, daß der nächste Wahlkampf, der uns droht, die Partei auf diesem Punkte ungerüstet findet. Und gerade um ihn werden sich die leidenschaftlichsten Kämpfe abspielen, ganz ähnlich wie das letztemal.

Lassen wir die katholische Kirche, um nicht zu lang zu werden, heute beiseite. Sie kommt auch sachlich für uns weniger in Betracht. Denn ihre Zukunft ist durch das Zentrum wesentlich versorgt. Und wenn wir uns auch freuen, Katholiken zu unseren Mitgliedern zu zählen, so ist das demokratische Bedürfnis der katholischen Deutschen im ganzen durch die Zentrumspartei befriedigt. Wir haben es insgemein mit dem protestantischen Volksteil zu tun. Und da gilt es, unsere Aufgabe positiv zu erfassen. Ich sagte auf dem Parteitage schon: Wir dürfen die evangelische Kirche nicht den Konservativen überlassen!

Wir dürfen es nicht — um der evangelischen Kirche selbst willen. Aber davon werde ich an anderem Orte (in der „Christlichen Welt") eingehender handeln. Hier rede ich zu unserer Partei. „Trennung von Staat und Kirche" bedeutet für das bisher in Deutschland herrschende protestantische Kirchenwesen eine in ihren Folgen unermeßliche Veränderung. Viel enger als die katholische Kirche war die evangelische Landeskirche in ihrer territorialen Zerklüftung durch eine vierhundertjährige Geschichte mit Staat und Obrigkeit verwachsen. Die Landesbischöfe, die Fürsten, sind nicht mehr. Zwar die Nötigung, sich finanziell mit dem Staate neu zu verständigen, ist für die evangelischen Kirchen grundsätzlich nur dieselbe wie für die katholische. Aber während die katholische ihrer Struktur nach bleibt, wie sie ist, muß sich die evangelische Kirche überall in den Ländern eine neue Verfassung geben. Die Landes- oder Staatskirche muß sich zur Freikirche umbilden, ebenso wie die monarchischen Staaten Freistaaten geworden sind.

Wie das geschieht, kann für den neuen Staat nicht gleichgültig sein. Es fragt sich, ob und wie er Einfluß darauf üben soll. Und das geht auch die demokratische Partei an.

Die demokratische Partei wird sich freilich zuerst darauf besinnen, daß sie nach ihrer ganzen Zusammensetzung nicht berufen ist, in das innere Leben der evangelischen Kirche einzugreifen. Ihr stehen die mannigfaltigen Religionsgemeinschaften vor Augen, denen ihre Mitglieder angehören: Freikirchen, die bisher schon neben den Landeskirchen sich auftaten und behaupteten, Monisten- und andere Weltanschauungsbünde, die jüdischen Gemeinden; dazu wollen auch alle die Dissidenten und Individualisten bei ihr geborgen sein, die überhaupt keine Religionsgemeinschaft brauchen. Eine demokratische Partei muß diesen allen Heimatsrecht gewähren und, wo es noch not tut, Daseinsrecht im Staate erstreiten. Unter den evangelischen Freikirchen und Gemeinschaften hat die Partei schon bisher treueste Anhänger gehabt; eine Wahlverwandtschaft hat sich zwischen beiden Teilen herausgestellt, die natürlich war und selbstverständlich der Pflege bedarf. Diese sogenannten Sekten usw. haben zum Teil unter der Kirchenpolitik des alten Staates gelitten; was da gefehlt ward, muß vom neuen Staate gutgemacht werden, und unsere Partei hat diesen Gruppen und Organisationen eine entsprechende Vertrauenspolitik durchzuführen.

Aber verweilen wir bei den Landeskirchen! Wir dürfen sie den Konservativen nicht überlassen. Sie werden von der Deutschnationalen Volkspartei und auch von der Deutschen Volkspartei als ihre selbstverständliche Domäne in Anspruch genommen. Umgekehrt gelten sie unseren Parteifreunden gemeinhin als Hort der politischen Reaktion. Der Argwohn ist unter uns weit verbreitet und festgewurzelt, daß die evangelische Kirche (die bisherige Landeskirche) vornehmlich ein Werkzeug in der Hand des politischen Konservatismus immer gewesen sei und voraussichtlich bleiben werde. Ihrer werde man sich vornehmlich bedienen, um monarchische Gesinnung im Volke zu pflegen und neu zu wecken, das Aufkommen einer demokratischen Gesinnung aber zu verhindern. Der Schluß liegt dann nahe, daß man die evangelischen Kirchen als Feind der Demokratie zu betrachten und daraufhin die Kirchenpolitik der Partei einzustellen habe.

Die Gefahr, daß die politisch Konservativen von heute sich der evangelischen Kirchen bemächtigen und ihre Kräfte in den Dienst der Reaktion ziehen, ist ohne Zweifel vorhanden. Aber alles Schelten und Mißtrauen hat gegenüber dieser Gefahr gar keinen Wert. Es ist auch ganz töricht, die öffentlichen Bezeugungen kirchlichen Lebens und Interesses, wie sie z. B. in der Bittschriftenbewegung zugunsten einer christlichen Schule zutage traten (gegen sieben Millionen Unterschriften — 6 886 000 aus 5266 evangelischen Gemeinden — wurden bei der Nationalversammlung eingereicht), einfach als politisch-konservative Mache anzusehen. Sehr lebendige und echte Empfindungen des Kirchenvolks kommen da zutage. Aber die Kunst ist nun eben, diese Empfindungen richtig einzuschätzen und zu behandeln. Helfen kann da nur eine positive Politik.

Diese soll und darf nicht darin bestehen, daß wir unserseits die evangelischen Kirchen in unsere politische Gewalt zu bekommen suchen. „Trennung von Staat und Kirche", das heißt für uns ehrlich Entlassung der Kirche aus dem Staat, Befreiung der Religion von der Politik. Aber damit müßten wir nun eben ganzen Ernst machen. Das müßten wir in seinem ganzen großen Sinn gedanklich durchdringen und als ein allen wahrhaft Frommen verständliches Evangelium von den Dächern predigen. Mit Gleichgültigkeit, Skepsis, Geringschätzung und Verachtung der religiösen Sphäre kann man das nicht machen. Dazu gehört Ehrfurcht von seiten aller Parteigenossen, Verständnis und Hingabe von seiten nicht weniger. Staat und Staatsbürgertum einerseits ganz etwas für sich, Kirche und Kirchenglaube, Religion und Religionsgemeinschaft anderseits ganz etwas für sich! Jahrzehnte, ja Generationen werden zu lernen haben an diesem Programm. Erlösend wird es wirken, wo man es in seiner Tiefe und seinem Umfang begreift und verkündet. Das kann eine Partei nicht leisten in kurzen Programmentwürfen und Programmberatungen. Aber sie muß Fühlung haben mit dieser Aussicht und muß religiöse Naturen, die dahin arbeiten, in sich haben, so, daß sie auf diese hört und sich — in solcher Sache — von ihnen leiten läßt. Kirchenpolitik, demokratische, kann nicht von indifferenten, religionsfremden Leuten gemacht werden.

Gilt es in diesem Sinne die Losung „Trennung von Staat und Kirche" auszuschöpfen, daß eine wirkliche Religionsbefreiung den evangelischen Kirchen damit beschert werde, so wäre damit die ganze kirchenpolitische Aufgabe noch nicht erledigt. Diese befreiten Kirchengebilde sind „öffentliche Körperschaften". Sie haben und behalten ihre sehr irdische Konsistenz, ihren „politischen" Bestand als kirch-

liche Organisation ebenso gut, wie jeder einzelne Kirchenchrist Bürger im Staate ist. Die kaum geschiedenen Ehegatten müssen in ein neues Verhältnis zueinander treten. Das kann freundlich oder feindlich sein; absolute Geschiedenheit ist unmöglich. Da ist es nun nicht gleichgültig für den Staat, was für eine Verfassung sich die von seiner Umklammerung befreiten Kirchen geben. Auf welche Instanz geht z. B. der Summepiskopat, dieses Merkzeichen der Kirchenhoheit, welche der Fürst als Staatsperson bisher ausübte, über? Auf den Oberkirchenrat und die übrigen höchsten kollegialen Kirchenbehörden? Auf die Generalsynode? Auf eine neue, durch Urwahlen zustande zu bringende Kirchenvertretung? Was da zu *wünschen* ist von Staats wegen, liegt nahe. Schwieriger ist zu sagen, was der Staat zu *fordern* und etwa gar durchzusetzen hat. Ob er bei Entlassung der Kirche ihr bestimmte Bedingungen stellen darf oder soll, die sie erfüllen muß, wenn sie entlassen sein will. Ohne Zweifel wird das von ihrer Seite schwer empfunden werden. Aber wenn sie die Vorteile des neuen (demokratischen) Zustandes genießen will, muß sie dann nicht die Voraussetzungen dieses Zustandes mitbejahen und sich selber rückhaltlos demokratisieren? Kann der Staat das nicht verlangen? Dahin müßte dann seine (demokratische) Kirchenpolitik gehen. Das beste und einfachste wäre aber, die Kirche käme ihm im vollen Verständnis der Lage und ihres eigenen Gewinns darin freiwillig zuvor.

Die demokratische Partei wird sich gelegentlich an diesem Problem zu bewähren haben. Sicherlich die preußische Landtagsfraktion. Für die Masse der Parteigenossen aber ergibt sich hier noch eine andere Folgerung. Sie sollen, sofern sie einer evangelischen Kirchengemeinschaft angehören, *innerhalb* dieser Gemeinschaft ihre Kraft und Meinung geltend machen. Die Demokratisierung der Kirche könnte durch nichts sicherer und erfreulicher bewirkt werden, als durch Geltendmachung ihres Anteils an der Kirche durch die redlich demokratisch gesonnenen Kirchenglieder. Überläßt man die evangelische Kirche bei Wahlen und sonst überhaupt den Konservativen, so darf man sich weder wundern noch beklagen, wenn die Kirchen mit ihren Pfarrern, Presbyterien, Synoden und Konsistorien sich mehr oder minder als Organe des Konservatismus fühlen.

Der Raum fehlt, um das im einzelnen und an Beispielen auszuführen. Es sei zum Schluß nur dies noch gesagt:

Was wir hier wollen, daran haben beide ihr Interesse: die Kirche und unsere Partei. Die Kirche wird — gerade in ihrer gewonnenen oder noch zu gewinnenden Freiheit — die *Volkskirche*, die sie doch nach lautem Anspruch gern sein und werden möchte, nicht sein und werden, wenn sie auf den demokratischen Volksteil verzichtet. Ich denke da nicht nur an „Deutsche Demokraten", sondern auch mit an die Sozialdemokraten. Ohne diese Millionen keine Volkskirche. Und unsere Partei kann ebenso wenig auf den kirchlichen Volksteil verzichten. Wir können uns nicht begnügen mit den gewiß beträchtlichen Mengen von Kirchenfreunden, religiös Gleichgültigen oder Weltanschauungsindividualisten. Wollen wir eine umfassende, Zukunft gestaltende *Volks-Partei* sein und werden, so brauchen wir auch das Kirchen-Volk.

Für dies positive Verhältnis der beiden, Kirche und Staat, auf Grund der negativen Voraussetzung ihrer Trennung, das richtige programmatische Wort zu finden, mag nicht leicht sein. Aber es muß mit vereinten Kräften gesucht werden.

Sigmund Freenkel / Das neue Erbschaftssteuergesetz

Wenn gegenüber der Überfülle von direkten Besitzsteuerentwürfen, die die Reichsfinanzverwaltung jetzt der Nationalversammlung zur Bewürdigung unserer gigantischen Schuldenlasten unterbreitet hat, vielfach eine abfällige Kritik in der Öffentlichkeit nach der Richtung hin einsetzt, daß diese Vorlagen systemlos und ohne engeren und organischen Zusammenhang untereinander gewissermaßen wie unfertige Tonmodelle das Atelier des bildenden Künstlers verlassen, so ist dieser Vorwurf in gewisser Hinsicht ungerechtfertigt. Allen diesen Gesetzentwürfen ist neben dem äußerlich erkennbaren Hauptzwecke — der Hintanhaltung unseres Staatsbankerotts — *ein* leitender Grundgedanke gemeinsam. Diese gemeinsame Richtlinie gilt dem Bestreben, der Steuermogelei und den Steuerhinterziehungen der Vergangenheit und Gegenwart für alle Zukunft ein Ende mit Schrecken zu bereiten, weil nur auf diesem Wege eine entfernte Möglichkeit für den einzelnen Volksgenossen besteht, im Sinne des alten Spruches „geteiltes Leid ist halbes Leid", die ihm auferlegten materiellen Opfer erträglicher zu finden. Durch jeden einzelnen dieser Entwürfe soll den Steuerpflichtigen in Stadt und Land die Erkenntnis eingehämmert werden, daß die Verzinsung und Tilgung der ungeheuren Lasten, die auf dem nachrevolutionären Deutschland ruhen, nur denkbar erscheint, wenn diese Lasten gerecht auf die einzelnen Schultern verteilt werden. Nicht mit den zum Überdruß abgeleierten Hinweisen auf Steuerethik und auf die staatsbürgerlichen Pflichten des einzelnen gegenüber der Gesamtheit kann in einer Zeitperiode, in der die Autorität von Recht und Gesetz zusammengebrochen und das Bewußtsein staatlichen Gemeinsinns vielfach verlorengegangen ist, unsere Steuermoral gehoben werden, und noch weniger können im Hinblick auf die einschneidenden steuerlichen Zugriffe der Zukunft durch ein paar Strafbestimmungen, wie sie bisher den Abschluß jedes Steuergesetzes zu bilden pflegten, die großen Steuerhinterziehungen, mit welchen die deutsche Finanzwirtschaft in der kommenden Zeit zu rechnen hat, hintangehalten und die Steuerscheu zahlreicher Kreise beseitigt werden. Nur die klare Erkenntnis, daß die neue Steuergesetzgebung in ihren organischen Zusammenhängen keine Masche mehr offen läßt, aus welcher der Pflichtige hindurchschlüpfen und bei der Entrichtung öffentlicher Abgaben sich Sondervorteile gegenüber seinen Mitbürgern sichern kann, wird an Stelle der vielfach völlig abhanden gekommenen Furcht vor Strafe nach dieser Richtung hin erzieherisch wirken. Weil ein wirtschaftlicher Zweck — die Erzielung möglichst hoher staatlicher Einnahmen — nur mit wirtschaftlichen Mitteln — und dazu gehört eine gerechte und gleichmäßige Verteilung aller öffentlichen Lasten — erreicht werden kann, muß der Gesetzgeber zunächst bei allen Steuerpflichtigen der Überzeugung Geltung verschaffen, daß der Steuerfünder nur sich selbst und seine Angehörigen auf das schwerste schädigt, wenn er dem Fiskus ein Schnippchen zu schlagen vermeint. Dieser erzieherischen Aufgabe dient die jüngst beschlossene lex Wurm und die darin den Reichsbehörden erteilte Ermächtigung zur Aufhebung des Bankgeheimnisses, dient ferner die in Aussicht genommene Abstempelung der Effekten und Banknoten, dient weiterhin die geplante Kuponsteuer und dient endlich das Erbschaftssteuergesetz mit seiner Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Ehegatten und Abkömmlinge. —

Wer sich der aufregenden, einzelnen Phasen jener innerpolitischen Krise in Deutschland noch erinnert, die im Juli 1909 durch den Rücktritt des Fürsten v. Bülow vom Amte des Reichskanzlers ihren Höhepunkt erreichte, wird einigermaßen von der Selbstverständlichkeit überrascht sein, mit welcher sich jetzt auch die rechtsstehenden politischen Parteien mit dieser Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Ehegatten und Deszendenten abgefunden haben. Während damals mit allen nur denkbaren Schlagworten, wie Gefährdung des Familiensinnes und der Familienzusammengehörigkeit, Eindringens des Steuerexekutors

Digitized by Google

in die intimsten Familienangelegenheiten usw. gegen diese Erweiterung der Steuerpflicht operiert wurde, hat es einerseits der ungeheure Finanzbedarf des Reichs, andererseits die völlige Verschiebung der parteipolitischen Machtverhältnisse innerhalb des Volksganzen mit sich gebracht, daß die Notwendigkeit eines Ausbaues der bestehenden Erbschaftsbesteuerung im Sinne ihrer Erweiterung auf das Gatten- und Kindererbe Gemeingut aller Volkskreise geworden ist, und daß jetzt Steuersätze in einem Ausmaße in Aussicht genommen werden, gegenüber denen die schüchternen Vorschläge der Finanzreform 1906/09 das reinste Kinderspielzeug waren. Auch der Einwand, daß diese Steuer durch den Zwang der Offenlegung des Vermögens beim Ableben des Familienhauptes, also zu dem Zeitpunkt einer wirtschaftlichen Notlage eine besondere Härte in sich schließt, erscheint überholt, weil fortab jeglicher Vermögensbesitz uneingeschränkt auch in gesunden Tagen herangezogen und zu diesem Zwecke eine umfassende Offenlegung aller Vermögensverhältnisse fortlaufend gesichert werden muß.

Die neue Erbschaftssteuer gliedert sich in drei voneinander unabhängige, nur in losem Zusammenhange zueinander stehende Besteuerungsarten, in die Erbanfall-, in die Schenkungs- und in die Nachlaßsteuer. Die Erbanfallsteuer erfaßt außer den bereits durch das Erbschaftssteuergesetz vom 3. Juni 1906 zur Steuer herangezogenen, entfernteren Verwandten oder in sonstiger Weise bedachten Personen, die Ehegatten und Abkömmlinge und teilt zu diesem Behufe die Erben je nach ihrem persönlichen Verhältnisse zu dem Erblasser in sechs Steuerklassen, in deren 1. Klasse der Ehegatte und die ehelichen und unehelichen Kinder des Erblassers, in deren 2. Klasse die Abkömmlinge dieser Kinder, also die Enkel, eingereiht werden, während die übrigen vier Klassen sich völlig den Verwandtschaftsgraden der bisherigen Gesetzgebung anschließen. Die Steuersätze werden progressiv je nach der Höhe des Erbanfalls durchgestaffelt, wobei in tunlichster Schonung der weniger Leistungsfähigen ein Erbe, das den Kindern, Enkeln und sonstigen näheren Angehörigen zufällt, nur insoweit der Steuer unterliegt, als es den Betrag von fünftausend Mark übersteigt. In Klasse 1 (Ehegatten und Kinder) steigen die Sätze von 4 v. H. für die ersten 20 000 M. des steuerpflichtigen Erbes auf 20 v. H. für Beträge von über 1 Million Mark, während sie sich in der letzten Klasse von 15 bis 50 v. H. des Erwerbes bewegen. Eine weitere, dem sozialen Empfinden der Gegenwart Rechnung tragende Individualisierung erfahren die Steuersätze weiterhin dadurch, daß in Zukunft die Höhe des bereits vorhandenen Vermögens der Erben in erheblichem Umfange berücksichtigt werden soll. Zu diesem Behufe erhöhen sich in allen sechs Klassen, in welche die Erwerber eingeteilt werden, die Steuersätze um 10 v. H., wenn das vor dem Erbanfall vorhandene Vermögen den Betrag von 100 000 M. übersteigt. Dieser Satz erhöht sich auf 20 v. H. der Steuer bei Vermögen zwischen 200 000 M. bis 300 000 M., auf 30 v. H. bei Vermögen zwischen 300 000 bis 400 000 M. und steigt bis 50 v. H. bei Erben, die in der glücklichen Lage sind, bei einem bereits vorhandenen Vermögen von einer Million noch weiteren Erbanfall entgegenzunehmen. Ein Kind, das beispielsweise bereits über ein Vermögen von 200 000 M. verfügt, wird, wenn ihm beim Tode des Vaters oder der Mutter noch der gleiche Betrag als Erbe zufällt, hiervon 14 190 M. als Steuer zu entrichten haben; ein anderes Kind, das sich schon aus eigenem eine Million erworben hat, wird, wenn ihm nochmals ein Erbe von einer halben Million Mark zufällt, schon über 158 000 M. Erbschaftssteuer zu entrichten haben. Ein Neffe, der beim Tode seines Erblassers schon 200 000 M. sein eigen nennt, wird, wenn ihm durch diesen Todesfall der gleiche Vermögensbetrag zufällt, ungefähr das Doppelte der für das Kindeserbe in Aussicht genommenen Abgabe, nämlich etwa 28 000 M. zu bezahlen haben, während jener Neffe, der zu seinem Besitze von einer Million Mark noch eine halbe Million Mark dazu erbt, nicht weniger als 319 000 M. davon dem Fiskus zu überlassen hat. Bei Vermögen von über einer Million und bei ganz hohen Erbanfällen an entferntere Verwandte, erreicht die Steuer die stattliche Höhe von 75 v. H. des Erbanfalls, wozu noch die automatische Belastung des letzteren durch die vorausgegangene Nachlaßsteuer tritt. —

Durch die vorgeschlagene Ausdehnung der Erbanfallbesteuerung und die Einteilung in sechs Steuerklassen je nach dem Grade der verwandtschaftlichen Beziehungen erübrigt sich auch die von einzelnen namhaften Steuerpolitikern, wie Justizrat Bamberger, Kuczynski, Mamroth und anderen in den jüngsten Jahren befürwortete Einführung eines Pflichtteilanspruchs des Reichs beim Tode des Familienhauptes in kinderlosen oder kinderarmen Familien, sowie die in der Öffentlichkeit vielfach angeregte Ausschließung der entfernteren Verwandten von der gesetzlichen Erbfolge. Da es doch schlechterdings nicht angeht, an den mit Recht von allen Kulturvölkern hochgehaltenen Grundsätzen einer absoluten Testierfreiheit für den geistig gesunden Staatsbürger zu rütteln, so würde ein solcher gesetzlicher Ausschluß der entfernten Verwandten sich im wesentlichen gegen Geisteskranke oder sorglose Personen kehren, was doch auch unserem sozialen Empfinden zuwiderlaufen würde!

Den in der Öffentlichkeit vielfach verlautbarten Argumenten, daß die derzeitige Generation und die jetzige Finanzreform nicht allein berufen sind, die unermeßlichen Einbußen an Vermögen und Wohlfahrt, die der verlorene Weltkrieg allen Volksgenossen zugefügt hat, binnen wenigen Jahren auszugleichen, und daß auch kommenden Geschlechtern kein Unbill angesonnen wird, wenn sie in einer hoffentlich bald wieder einsetzenden Periode unseres wirtschaftlichen Aufblühens zu ihrem Teil sich entsprechende Einschränkungen ihres Eigentumsrechts bei Besitzübergängen gefallen lassen müssen, wird dadurch Rechnung getragen, daß im Hinblick auf die dem jetzigen Geschlecht auferlegte große Vermögensabgabe eine Milderung der Erbanfallsteuer bis zum Jahre 1940 insoweit vorgesehen ist, als für jedes volle Jahr vor diesem Zeitpunkt sich die Steuer um 2 v. H. ermäßigt; bei einem Erbanfall, der schon im Jahre 1920 erfolgt, würde demgemäß die Steuer nur mit 60 v. H. der vorgeschlagenen Sätze zur Erhebung gelangen. Auch anderweitige Bestimmungen zur Milderung der Steuer für Minderleistungsfähige finden sich im Gesetz in ausreichender Zahl. Unter denselben erscheint besonders begrüßenswert die Bestimmung, daß für minderjährige Abkömmlinge die Steuer sich um je 5 v. H. für jedes bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres fehlende volle Jahr unter der Voraussetzung ermäßigt, daß der Erwerb zusammen mit dem sonstigen Vermögen des erbenden Kindes den Betrag von 50 000 M. nicht übersteigt. Ein minderjähriges Kind mittelloser Eltern, dem von wohltätigen Verwandten ein Legat von 50 000 M. zufällt, wird also überhaupt keine Steuer zu entrichten haben.

Die Schenkungssteuer stellt, um unzulässigen Vermögensverschiebungen an nähere oder entferntere Familienangehörige für die Folge vorzubeugen, den Erwerb durch unentgeltliche Zuwendungen unter Lebenden (Schenkungen) in allen Beziehungen dem Erwerbe von Todes wegen gleich, so daß also auch hierbei in Zukunft in Abweichung von den Bestimmungen des Erbschaftssteuergesetzes von 1906 die sonstigen Vermögensverhältnisse des Bedachten entsprechende Berücksichtigung finden. Durchaus zu billigen ist hierbei die Bestimmung, daß Ausstattungen, wozu auch die Aussteuer gehört, dann nicht als Schenkungen zu gelten haben, wenn sie Abkömmlingen zur Einrichtung eines angemessenen Haushalts gewährt werden. Bedauerlich bleibt nur, daß eine ähnliche Vergünstigung, die das bisherige Gesetz in seinem § 56 für Zuwendungen vorsieht, die nur der Erfüllung einer sittlichen Pflicht oder einer auf den Anstand zu nehmenden Rücksicht entsprechen, von dem neuen Entwurfe nicht übernommen wird.

Als Schlußstück der ganzen einschlägigen Gesetzgebung schlägt der Entwurf endlich neben der Besteuerung des Erwerbes von Todes wegen und der Schenkungen unter Lebenden noch eine ergänzende Nachlaßsteuer vor, die ohne Rücksicht auf die Zahl der Personen, auf welche sich der Nachlaß verteilt, und deren bisherige Vermögensverhältnisse erhoben werden soll, und die daher im wesentlichen nur eine letzte Vermögenssteuer des Verstorbenen darstellt. Die Belastung der Hinterlassenschaft durch die Nachlaßsteuer bewegt sich in mäßigen, durchaus erträglichen Grenzen,

Digitized by Google

indem sie in wenigen großen Progressionsstufen von 1 bis 5 vom Hundert ansteigt, wobei ein Betrag von 20 000 M. des Nachlasses in jedem Falle von der Steuer freibleibt. Der Schwerpunkt dieser Steuer liegt weniger auf fiskalischem Gebiete, als vielmehr in ihrer Eigenschaft als Kontrollorgan für alle anderen Steuern von Einkommen und Vermögen. Nach dieser Richtung hin ist der organische Zusammenhang mit den verschiedenen anderen Besitzsteuern in vollem Umfange gewahrt. In Übereinstimmung mit der englischen Gesetzgebung (Estate Duty) liegt es der deutschen Nachlaßsteuer ob, nach dem Ableben begüterter Personen eine ideal durchgreifende und reibungslos funktionierende Nachlaßprüfungs- und Kontrollstation für den alsdann eintretenden Besitzübergang von Verstorbenen auf Lebende zu bilden, und dem Erblasser dadurch noch bei Lebzeiten zu Gemüte zu führen, daß alle Hinterziehungs- und Verschleierungsversuche sich als erfolglos erweisen werden, weil der ganze Nachlaß noch vor seiner Teilung den Steuerbehörden offengelegt werden muß. Wie diese Nachprüfung in Zukunft zu erfolgen hat, bleibt in der Hauptsache den näheren Bestimmungen der neuen Reichsabgabenordnung, auf die in dem Erbschaftssteuergesetz mehrfach Bezug genommen wird, vorbehalten. Im Erbschaftssteuergesetz selbst wird nur den Banken und Bankgeschäften die Verpflichtung auferlegt, ohne besondere An- oder Rückfragen der Steuerbehörden abzuwarten, binnen einem Monat nach Eintritt des Erbanfalls den letzteren detaillierte Aufzeichnungen über die Höhe der bei ihnen hinterlegten Vermögensobjekte des Verstorbenen zu übersenden; das gleiche gilt für Versicherungsgesellschaften, die die auf den Todesfall zu leistenden Versicherungssummen oder Leibrenten nicht ausbezahlen dürfen, bevor sie eine Abschrift des Versicherungsvertrages den Steuerbehörden übermittelt haben. Wie immer man auch über das von dem neuen Reichsfinanzminister Erzberger eingeleitete stürmische und rücksichtslose Vorgehen bei der Durchführung unserer großen Finanzreform denken mag, so wird man doch dem in der Erbsteuervorlage zum Ausdruck gebrachten Gedanken rückhaltlos beipflichten, daß der durch den Erbanfall in seinen materiellen Gütern gestärkte Volksgenosse gehalten sein soll, einen größeren oder kleineren Teil dieses Anfalls an die durch den Ausgang des Weltkrieges verschuldete und verarmte Nation abzuliefern. Der wirtschaftliche und staatliche Neuaufbau unserer nationalen Existenz, die Abbürdung unserer beispiellosen Schuldenlasten, aber vor allem das in den Stürmen und in dem Chaos der Revolution geschärfte soziale Gewissen bedingt nun einmal eine wesentliche Einschränkung des Eigentumsrechts des einzelnen in dem Sinne, daß sein Besitz nicht über seine Lebensdauer hinaus völlig ungeschmälert auf Kinder und Kindeskinder übergehen darf. In einer Zeit, in der das Gebäude der bürgerlichen Staatsmoral in allen Fugen wankt und kracht, bedarf es dieses psychologischen Moments, um die Massen von neuem mit verantwortlichem Geist zu erfüllen und an die Stelle der innerlichen Entfremdung, die der Ausgang der Weltkatastrophe zwischen Besitzenden und Besitzlosen zurückgelassen hat, ein neues Gemeinschaftsgefühl in uns allen erstehen und erstarken zu lassen. Platonische Mahnungen und Strafandrohungen haben auf diesem Gebiete versagt. Aber die Auswirkungen der Erbschaftssteuer in Verbindung mit der neuen Reichsabgabenordnung dürften berufen sein, uns auch auf diesem Gebiete völlig umlernen zu lassen und einer Widerannäherung und Versöhnung der zerklüfteten Schichten unseres Volkes wieder den Weg zu ebnen.

Karl Pfister / Der gegenwärtige Stand des Verhältniswahlproblems

Der Sieg der Verhältniswahl ist gekommen, bevor eine wirklich gelungene Lösung bekanntgeworden wäre. Nur in Ermangelung eines Besseren hat man sich für die Nationalratswahlen mit den gebundenen Listen abgefunden. Das Verfahren befriedigt nicht. Man ist genötigt, festzustellen: 1. daß man die verhältnismäßig gerechte Verteilung aller Parteien keineswegs vollständig erreicht hat, und 2. daß man das gerechtere Ergebnis mit der Preisgabe wertvoller Eigenschaften des alten Wahlverfahrens erkauft hat. Die recht zahlreich gewordenen Besserungsversuche stellen sich deshalb zwei Aufgaben: 1. die Verfeinerung der verhältnismäßig gerechten Verteilung, 2. die Zurückgewinnung des alten unmittelbaren Verhältnisses zwischen Wählern und Abgeordneten. Diese Bemühungen sind nicht ohne Ergebnis geblieben, und es gilt nun, die Ernte der geleisteten Gedankenarbeit in die Scheuer zu bringen. Diesem Zwecke will ein Vorschlag dienen, zu dem sich der Verfasser und Herr H. G. Erdmannsdörffer-Charlottenburg zusammengefunden haben. Beide haben in jüngster Zeit unabhängig von einander das Problem behandelt, dieser in seiner Schrift: „Ein neues Wahlgesetz" (Reichsverlag Hermann Kalkoff) und der Verfasser in der Abhandlung: „Verhältniswahl ohne Wahlvorschläge" in den Annalen des Deutschen Reichs 1918, Heft 7—12. Indem beide die Sorge um das unmittelbare Verhältnis zwischen Wählern und Abgeordneten als das weitaus Wichtigste voranstellen, werden sie trotz ihres verschiedenen Ausgangspunktes von der inneren Logik der Aufgabe zu Verfahren geführt, die in den Hauptstücken übereinstimmen. In einer demnächst zu überreichenden Denkschrift ziehen sie daraus die Summe und nehmen darin auch den Gedanken des sogenannten automatischen Systems auf, den der Verfasser schon früher in der „Hilfe" für die Wahlen zur Nationalversammlung empfohlen hatte.

Mit diesem „Kompromiß Pfister-Erdmannsdörffer" wollen beide Verfasser der Gegenwart dienen, ohne für die Zukunft ihren persönlichen Standpunkt aufzugeben. Sie machen in manchen Einzelheiten dem augenblicklich herrschenden Vorurteile Zugeständnisse, um zu einem praktischen Ergebnisse zu gelangen. Es sei gestattet, das Wesentliche des Kompromisses hier wiederzugeben:

1. Der örtliche Wahlkreis wird beibehalten, er hat jedoch doppelte Größe: 300 000 Einwohner, nicht 150 000.

2. Fünf solcher Wahlkreise — ausnahmsweise mehr oder weniger, wo auf Landes- und Verwaltungsbezirksgrenzen Rücksicht zu nehmen ist — werden zu einem Wahlgebiet zusammengefaßt. (Die Wahlgebiete entsprechen den Wahlkreisen der Nationalratswahlen.)

3. Die Wahlvorschläge werden für die Wahlgebiete aufgestellt. Sie können höchstens soviele Bewerber aufführen, als Wahlkreise im Wahlgebiete sind (also in der Regel 5). Wenn mehr als ein Bewerber benannt wird, ist anzugeben, für welche Wahlkreise ein jeder aufgestellt wird.

Für jeden Wahlkreis kann neben dem Bewerber noch ein Ersatzbewerber benannt werden.

4. So oft ein Wahlvorschlag im Wahlgebiete 70 000 Stimmen erreicht hat, so viel Abgeordnetensitze werden ihm zugewiesen. Wahlvorschläge, die 70 000 Stimmen nicht erreicht haben, sind ausgefallen. Sie sind auch an der Ergänzungsverteilung (s. u. Nr. 6) nicht beteiligt. War ein ausgefallener Wahlvorschlag mit einem anderen verbunden, so werden seine Stimmen diesem als Hilfsstimmen zugerechnet.

5. Für die Verteilung der Sitze eines Wahlvorschlages auf die Bewerber ist maßgebend die Reihenfolge der Stimmziffern der betreffenden Wahlkreise. Hinter den Bewerbern folgen die Ersatzbewerber in der gleichen Reihenfolge.

Hat ein Wahlvorschlag in einem Wahlkreise mehr als 70 000 Stimmen und ist der Überschuß größer als die Stimmziffer eines anderen Wahlkreises, so wird der Überschuß dem Ersatzbewerber des betreffenden Wahlkreises zugeschrieben und der Ersatzbewerber entsprechend früher eingereiht.

6. Nach der Verteilung der Abgeordnetensitze in den Wahlgebieten folgt eine Ergänzungsverteilung für das ganze Reich, welche die Verwertung der Stimmreste der Wahlgebiete bringt und die Schwankungen korrigiert, welche die Wahlbeteiligung oder das Ausfallen von Wahlvorschlägen (Nr. 4) für die Gesamtzahl der Abgeordneten bringen kann.

Digitized by Google

Auf diese Ergänzungsverteilung kann hier nicht näher eingegangen werden. Es gilt die Hauptsache, die Vorgänge im Wahlgebiete in einem Beispiele klarzumachen (die Ziffern sind der Erdmannsdörfferschen Schrift entnommen):

Das Wahlgebiet Berlin umfaßt wegen seiner ungewöhnlichen Größe ausnahmsweise 7 statt 5 Wahlkreise. Die Sozialdemokraten und die Unabhängigen haben für jeden Wahlkreis je einen Bewerber aufgestellt, also je sieben im ganzen, die Demokraten und Deutschnationalen im ganzen je drei, die Deutsche und die Christliche Volkspartei im ganzen je einen Bewerber, die beiden letzten Parteien haben ihren Vorschlag mit dem der Deutschnationalen verbunden. Es kämpfen also im ganzen 22 Bewerber (A—W) um die zu erwartenden 14—15 Mandate.

Bei der Wahl fallen die Deutsche und die Christliche Volkspartei mit ihren 61 876 und 56 053 Stimmen aus. Ihre Stimmen sind daher in der folgenden Zusammenstellung dem Wahlvorschlag der Deutschnationalen zugerechnet, dem sie sich verbunden haben. Das Wahlergebnis sei:

Kreis	Sozd.	Unabh.	Dem. P.	Deutschn.
1	A 50 000	H 41 000	P 44 000	S 32 000
2	B 57 000	I 39 000	P 21 000	S 31 000
3	C 65 000	K 45 000	Q 28 000	T 33 000
4	D 52 000	L 53 000	Q 19 000	T 34 000
5	E 72 000	M 36 000	R 20 000	U 21 000
6	F 80 000	N 30 000	R 25 000	U 24 000
7	G 28 604	O 62 672	R 20 555	U 46 649
	404 604	306 672	177 555	221 649

Es haben also die Sozialdemokraten 5 mal, die Unabhängigen 4 mal, die Demokraten 2 mal, die Deutschnationalen 3 mal die Zahl 70 000 erreicht, und die Mandate fallen an F, E, C, B, D, weiter an O, L, K, H, ferner an R (65 555), P (65 000) und endlich an U (71 649), T (67 000), S (63 000). 14 Mandate sind vergeben. An Reststimmen verbleiben den Sozialdemokraten 54 604, den Unabhängigen 20 672, den Demokraten 37 555, den Deutschnationalen 11 649 Stimmen. Falls die Ergänzungsverteilung noch dem einen oder anderen Wahlvorschlag ein Mandat zuweist — wahrscheinlich ist das bloß bei den Sozialdemokraten — so haben darauf Anspruch die Bewerber A, J, Q und bei den Deutschnationalen der Ersatzbewerber des 7. Wahlkreises.

Es springt hoffentlich in die Augen, daß das Ziel, die unmittelbare Wahl zurückzugewinnen, in der Hauptsache erreicht ist, und zwar dadurch, daß das Wahlgebiet in Wahlkreise für die einzelnen Bewerber zerlegt wird, daß eben nicht 14, sondern nur 7 Wahlkreise gebildet werden. In jedem Wahlkreise findet der Wähler je einen einzigen Bewerber der verschiedenen Parteien vor, und die Wahlkreise sind groß genug, daß schon die Hälfte der Wähler durch übereinstimmendes Votum ihren Mann durchbringen können. Es kann sich nicht ereignen, was bei 14 Wahlkreisen und 14 Bewerbern der gleichen Partei leicht eintreten kann, daß ein von der absoluten Mehrheit des Wahlkreises Gewählter doch ohne Mandat bleibt. Ermöglicht ist die Herabsetzung der Wahlkreise auf die Hälfte der Mandate und die Abminderung der Zahl der Bewerber, die sich daraus und auch aus dem Kandidieren in mehreren Wahlkreisen ergibt, durch die Einführung der Ersatzbewerber.

Ihre Funktion ist hauptsächlich die, in die Lücke zu treten, wenn etwa einer Partei mehr Sitze zugesprochen werden müssen, als sie Bewerber aufgestellt hatte, ferner als Ersatz zu dienen für Abgeordnete, die während einer Wahlperiode ausscheiden.

Die ziemlich klein gehaltenen Wahlgebiete sorgen für eine Dezentralisation der Wahlvorschläge und haben die wichtige Aufgabe, allzu kleine Parteien aus dem Wettbewerbe auszuschalten. Den Gedanken, daß man es Parteien oder Interessentengruppen, die es in einem Wahlgebiete nicht einmal auf ein Zehntel der Stimmen bringen, ermöglichen solle, die zur Wahl eines Abgeordneten erforderlichen Stimmen schließlich aus dem ganzen Reichsgebiete zusammenzuholen, lehnen die Verfasser des Kompromisses entschieden ab, legen vielmehr den größten Wert darauf, durch das Hilfsmittel des Wahlgebietes auszusieben, was unter dem Maße bleibt.

Den größeren Parteien, die der Durchsiebung standhalten, gibt dann die Ergänzungsverteilung noch vollends eine genau abgewogene verhältnismäßige Vertretung. Das ist aber nach Meinung der Verfasser durchaus eine Frage zweiten Ranges. Hervorgehoben zu werden verdient, nicht weil es praktisch von großer Bedeutung wäre, sondern weil es eine Probe darauf darstellt, wie weit die Unmittelbarkeit der Wahl zurückgewonnen ist, daß das Kandidieren von Wilden durchaus möglich ist. Wer sich zutraut, in einem Wahlkreise oder in einem Wahlgebiete 70 000 Stimmen aufzubringen, kann seine Kandidatur anmelden und ist gewählt, wenn sich seine Erwartung erfüllt.

Die Grundlage für die Ergänzungsverteilung wird gewonnen durch Fraktionszugehörigkeitserklärungen, welche von den Vertrauensmännern der Wahlvorschläge der einzelnen Wahlgebiete nach der Wahl beim Reichswahlkommissar abzugeben sind. So bleibt die Autonomie der Wahlgebiete, die wir bei den Nationalratswahlen hatten, erhalten.

Zum Schlusse möge versucht werden, das Kompromiß mit einigen Schlagworten zu charakterisieren und dadurch die Aufmerksamkeit von den Einzelheiten weg auf das Wesentliche zu lenken. Die Verfasser knüpfen an an jene Abart der Verhältniswahl mit gebundenen Listen, die mehrfach, zuletzt von Katzenstein in den „Sozialistischen Monatsheften", Februarnummer, empfohlen worden ist und nach welcher „einnamig" gewählt wird und die Reihenfolge der Kandidaten nicht unmittelbar durch die Vorschlagsliste, sondern mittelbar durch Zuweisung bestimmter Wahlkreise geregelt wird. Sie korrigieren deren Mängel durch Zusammenlegung der Wahlkreise auf die Hälfte, Scheidung der Kandidaten in Bewerber und Ersatzbewerber und Einfügung der Nationalratswahlkreise unter der Bezeichnung Wahlgebiete. Die Zusammenlegung der Wahlkreise auf die Hälfte ist eine notwendige Konsequenz der Verhältniswahl, die Beibehaltung der alten Wahlkreisgröße ein offenbarer Fehler. Es entspricht noch heute dem Rechtsempfinden, daß derjenige gewählt sei, für den die Mehrheit des Wahlkreises gestimmt hat. Das ist das Hauptmerkmal der unmittelbaren Wahl! Soll man aber auch der Minderheit gerecht werden können, die vielleicht nur um einen Wähler weniger ausmacht als die Mehrheit, so müssen doppelt so viel Mandate verteilt werden, als Wahlkreise vorhanden sind.

Ist diese Erkenntnis gewonnen und in den Ersatzbewerbern das Hilfsmittel zu ihrer Anwendung gefunden, so kann man auf gebahnten Wegen wandeln und ein praktisch befriedigendes Verfahren erlangen.

●

Erich Schairer / Ein falscher Prophet

Der Theosoph Dr. Rudolf Steiner hat in diesem Jahre erst in der Schweiz und dann in Württemberg, wohin er seinen Sitz verlegte, durch eine nach Form und Inhalt merkwürdige soziale Propagandatätigkeit von sich reden gemacht. Er hat eine im Verlag Greiner und Pfeiffer (Stuttgart) erschienene Broschüre verfaßt, die den Titel führt: „Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft". Um diese Bekenntnisschrift bildete sich eine Jüngergemeinde, der „Bund für Dreigliederung des sozialen Organismus", die ihre Anhänger aus allen Kreisen, namentlich natürlich aus den alten theosophischen Anhängern Steiners rekrutierte und dann vor allem bei der Arbeiterschaft Proselyten zu machen suchte. Eine Zeitlang nicht ohne Erfolg; bis auf einmal die Presse aller Parteien sowohl wie die führenden wirtschaftlichen und politischen Persönlichkeiten und Instanzen eine nach der anderen mehr oder minder deutlich von dem neuen Refor-

Digitized by Google

major abzurücken begannen. Vielen ist es dabei gegangen wie mir: von der Ferne und bei oberflächlichem Lesen seiner Produkte wirkt der Mann zunächst interessant und vertrauenerweckend; dringt man tiefer ein, und lernt man ihn gar als Redner und Verkündiger seiner angeblich neuen Lehre kennen, so wird man durch die seltsame Mischung von Marktschreierei und Wahrheit, durch die unklare und unsolide Verknüpfung richtiger Gedanken mit halb ausgebrüteten und ganz unverdauten sozialistischen Theorien aufs stärkste abgestoßen.

Wer es fertigbringt, sich durch das erwähnte Buch mit seinem gräßlichen Deutsch (der Verfasser ist Ungar, aber das entschuldigt dieſe Sprache noch lange nicht) durchzuarbeiten, der wird darin zunächst, wie gesagt, eine Reihe von ganz richtigen und zeitgemäßen Gedankengängen wiederfinden, die ihm aus der sozialistischen Literatur bekannt sind. Steiner legt dar, daß die soziale Frage nicht (mehr!) Magenfrage, sondern Kulturfrage, daß die Aussperrung des Proletariats von der Persönlichkeitsbildung, nicht von den Produktionsmitteln das entscheidende Übel sei. Er verlangt die Befreiung der Arbeiterklasse aus der Knechtschaft, in der sie lediglich als „Ware Arbeitskraft" gewertet wird; er weist darauf hin, daß die Produktion vernünftigerweise um des Konsums, nicht um ihrer selbst oder des Gewinnes willen zu geschehen habe, und verwirft das „Geschäftsgeheimnis", er lehnt aber die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ab, da der Staat als wirtschaftendes Subjekt nicht tauge. Das wirtschaftliche Ei des Kolumbus ist ihm die Trennung des Kapitalbesitzes und der damit verbundenen Kapitalverwaltung vom Kapitaleigentum (um diese juristische Unterscheidung zu verwenden); mit anderen Worten: er will das Kapital der privaten Verfügung nicht entziehen, sondern überlassen; aber nur so lange, als diese es im Dienste des sozialen Organismus zu verwalten gewillt und fähig ist. Der Staat wird das private Eigentum „niemals selbst in seinen Besitz nehmen, sondern bewirken, daß es im rechten Zeitpunkt in das Verfügungsrecht einer Person oder Personengruppe übergeht, die wieder ein in den individuellen Verhältnissen bedingtes Verhältnis zu dem Besitze entwickeln können." So heißt es (S. 74) in dem dunklen Steinerschen Zigeunerdeutsch, von dem seine Anhänger behaupten, daß er es absichtlich wähle, um den Leser oder Hörer zum Nachdenken zu zwingen (!). Im übrigen erwartet er mit seinen Anhängern das Heil von der „Dreigliederung des sozialen Organismus", die vorzunehmen sei, indem die Sphäre des Staats von der der Wirtschaft und der des Geistes getrennt werde, mit denen sie bisher verquickt ist. Dem Staat verbleibe das Rechtsleben, das es zu tun hat „mit alle dem, was sich aus rein menschlichen Untergründen heraus auf das Verhältnis des Menschen zum Menschen bezieht"; dagegen umfaßt das „Glied" des Wirtschaftslebens „all das, was Warenproduktion, Warenzirkulation, Warenkonsum ist", und das dritte Glied „alles dasjenige, was sich auf das geistige Leben bezieht", oder, wie er es „genauer" umschreibt: „alles dasjenige, was beruht auf der natürlichen Begabung des einzelnen menschlichen Individuums, was hineinkommen muß in den sozialen Organismus auf Grundlage dieser natürlichen, sowohl der geistigen wie der physischen Begabung (Geistesleben?) des einzelnen menschlichen Individuums". Jedes der drei Glieder hat seine besondere Gesetzmäßigkeit, und zwar, wie Steiner mit einer ganz netten spielerischen Verwendung des alten Revolutionsvokabulars herausklügelt: im Staats- oder Rechtsleben soll herrschen die Gleichheit, in der Wirtschaft die Brüderlichkeit, in der Sphäre des Geisteslebens die Freiheit. Hübsch, nicht wahr, und überzeugend! Daneben zieht er als Analogon die drei Systeme im menschlichen Organismus heran: Das Kopfsystem mit Nerven- und Sinnesleben, das Brustsystem oder rhythmische System mit Atmung und Blutzirkulation und das Bauchsystem mit den Funktionen des Stoffwechsels.

Das schmeckt wohl etwas stark nach der Theosophie, von der Meister Steiner herkommt; und mit welchem von den drei Gliedern des „sozialen Organismus" diese drei Systeme des menschlichen Körperorganismus einzeln zu vergleichen sind, wird nicht verraten. Aber im Grunde ist freilich auch in dieser Geschichte mit der Dreigliederung etwas Richtiges, wenn man den mystischen Dreieinigkeitsaufputz wegnimmt: nämlich der Gedanke von der Selbstverwaltung der sozialen Lebens- und Arbeitsgebiete anstatt ihrer Bevormundung durch den Staat. Es ist der vernünftige Kern des Rätegedankens, der auch in dieser Steinerschen Dreigliederungsidee hervorschimmert.

Aber das ist gerade das Bedauerliche bei Steiner, daß er eine Reihe an sich wertvoller, richtiger, wahrer und glücklicher Gedanken, die er zusammengelesen hat, durch seine Propagandatätigkeit für das unklare und praktisch wertlose Dreigliederungsevangelium diskreditiert und durch seine in manchen Zügen an den historischen Schwindler Cagliostro erinnernde Persönlichkeit der Sache des Sozialismus schadet. Auch im allerbesten Falle und bei wohlwollendster Beurteilung des Mannes müßte von ihm gesagt werden, daß er eine Utopie, ein Fernziel zeigt, aber nicht den Weg dazu, über den er sich selber keineswegs klar sein dürfte, und von dem zu reden er sich wohlweislich hütet. Aber dieses Ziel selber ist nichts Klares, in sich Geschlossenes, Einleuchtendes, sondern eine chaotische Mischung von Unklarheit, Mystik und nachgeplapperter Wahrheit. Wie der dreigegliederte Organismus funktionieren würde, vermag sein geistiger Vater nicht zu zeigen und weiß es wohl auch nicht. Die Leitung wirtschaftlicher Unternehmen z. B., um nur ein Beispiel von dieser Unklarheit zu geben, verweist Steiner in das Gebiet des Geisteslebens, die Entlohnung der Arbeiter in das Gebiet des Rechtslebens (das aus dem Lohnverhältnis ein rechtliches, vertraglich fixiertes Teilungsverhältnis macht), während das Unternehmen selber offenbar in das Gebiet des Wirtschaftslebens fällt. Auch bei radikal durchgeführtem Kommunismus, unter dessen Voraussetzung derartige utopistische Ideen ja noch am ehesten vorstellbar sind, müßte dabei ein schauderhafter Wirrwarr entstehen. Wieso gehört ferner z. B. die Angelegenheit der Güterverteilung ins wirtschaftliche Gebiet und nicht ins rechtliche, wie die Lohnverteilung? Produktion, die sich nach dem Konsum richten soll, bedeutet gebundene Wirtschaft; wie ist damit freie Verfügung über das Privatkapital vereinbar? So könnte man weiter fragen, ohne Antwort zu bekommen.

Alles in allem: vor Steiner ist zu warnen. Er ist kein geeigneter Arzt für unseren kranken „sozialen Organismus", sondern ein Kurpfuscher, dem hoffentlich keine Gelegenheit gegeben wird, seine Wundersalbe an ihm zu probieren.

Digitized by Google

Wilhelm Müller / Die Bedeutung der Rückwanderer für unsere Zukunft

Zu den bedauerlichen Erscheinungen unserer zeitungs- und bücherreichen Zeit gehört leider auch die Tatsache, daß die große Mehrzahl der einheimischen Deutschen so gut wie nichts über Umfang, Wirksamkeit und Wert des Auslanddeutschtums weiß. Man stelle in seinem Bekanntenkreise nur einmal die Frage, wieviel Auslanddeutsche es eigentlich gibt, und man wird Antworten zu hören bekommen, die erkennen lassen, daß der Deutsche viel besser unterrichtet ist über die Anzahl der Kilometer zwischen Erde und Sonne oder der englischen Kriegsschiffe und der amerikanischen Millionäre, als über die Zahl seiner Stammesbrüder im Auslande. Und allgemeines Erstaunen wird es immer wieder erwecken, wenn man erklärt, daß es vor dem Jahre 1914 etwa 30 Millionen Auslanddeutsche gab, daß also nahezu jeder dritte Deutsche im Auslande wohnte. Man kann es dem Inlanddeutschen deshalb auch nicht so sehr übelnehmen, daß er den Wert des Auslanddeutschtums bisher wenig zutreffend zu beurteilen wußte; hat doch die alte Heimat von jeher leider so gut wie nichts getan, dieses Verhältnis zu beleuchten, wie überhaupt für eine innige geistige Verbindung mit den Ausgewanderten zu sorgen. Sehr zu ihrem eigenen Schaden. Denn das Ausland ließ es sich um so angelegener sein, auf die Verschmelzung mit den Eingewanderten hinzuarbeiten, und zwar mit dem psychologisch erklärlichen Erfolge, daß ein Teil der Auslanddeutschen den von dieser Seite gebotenen Ersatz annahm für das, was seitens der alten Heimat ausblieb. Der Webstuhl der Zeit hat auf diese Weise manchen guten deutschen Faden in ein fremdländisches Gewebe verflochten, aus der er heute kaum noch (wenn man von etwa nicht geänderten Namen absieht) herauszukennen ist. Das Gewebe selbst ist dabei nicht schlecht weggekommen: deutsche Gründlichkeit erhält sich auch unter entgegenstehendsten Verhältnissen noch nachweisbar längere Zeit; aber die Stammheimat, der Boden, dem dies Gewächs seine Existenz verdankt, kommt nicht mehr zur Würdigung, fällt bei der Wertbemessung der Sache aus. Wie schon angedeutet, durch eigene Schuld. Denn kein anderes Kulturvolk hatte wohl eine so wenig ihres Wertes und ihrer wirklichen Aufgaben sich bewußte konsularische Vertretung als das deutsche, und wenn man uns geborene Organisatoren nennt, so ist dieses peinliche Gebiet sicher die schwache Siegfriedstelle gewesen, die wir dem Assessorismus verdanken, wobei man bedenke, daß an den englischen Universitäten das Studium des Rechts für künftige Staats- und Verwaltungsbeamte eines der wenigen nicht obligatorischen Fächer ist!

Jedenfalls steht das eine fest, daß wir im Hinblick auf die äußerst mangelhafte Pflege unseres Auslanddeutschtums nur mit wenig innerer Berechtigung darüber klagen können, daß unsere Stammesbrüder in der Fremde uns nicht die Treue gehalten hätten. Wer die Verhältnisse aus eigener Anschauung kennt, wird vielmehr freudig erstaunt sein, in welchem umfangreichen Maße das Gegenteil richtig ist; nicht nur die vielen Tausende haben das bewiesen, die ohne Rücksicht auf ihre im Auslande erworbene Existenz und ihren Besitz unter größten Gefahren dem Vaterlande in seiner Not zur Hilfe eilten — auch die Scharen der Internierten beweisen es, die jetzt nach und nach in großer Zahl bei uns eintreffen als Besitz- und Heimatlose, als Ausgestoßene aus jenen Ländern, die sie einst gern als fleißige Arbeiter und bahnbrechende Kulturpioniere aufgenommen hatten.

Sollen sie sich als heimatlos in dem ganzen furchtbaren Sinne erkennen, daß auch ihr Mutterland ihnen Hilfe und Heimstatt versagt? Leider ist es nicht wenigen von ihnen bereits so ergangen. Beraubt um Hab und Gut, Existenz und Erwerb, kehren sie auf mühseligen, gefahrvollen Wegen zu uns zurück, aufrechterhalten allein von der Hoffnung, daß man ihnen in der alten Heimat die Hand bieten wird, die sie vor dem völligen Untergang bewahrt. Wie schwer wurden sie enttäuscht. Sie sahen, daß für alle gesorgt wurde, für Kriegsbeschädigte, Erwerbs- und Wohnungslose, Kinder und Alterspensionäre, und alle anderen, für die der Staat nicht eingriff, halfen sich durch Streiks zur Erreichung ihrer wirtschaftlichen Ziele. Für sie, die Entwurzelten, kam weder das eine noch das andere Mittel in Betracht. Und doch war gerade die Not unter ihnen größer als irgendwo.

Was sollte aus ihnen werden?

Diese Gewissensfrage trieb Volksgenossen zusammen, die schon seit vielen Jahren dem Auslandgebiet ein tatkräftiges Interesse entgegengebracht hatten und denen es nicht zweifelhaft war, daß der Wiederaufbau unserer völkischen Zukunft nur unter ausgiebigster Mitinanspruchnahme unserer Auslanddeutschen geschehen könne. Es war also ein klares Gebot der Selbsterhaltung, unsere Rückwanderer nicht untergehen zu lassen. In dieser Erkenntnis schlossen sich fünfzehn unserer größten und bewährtesten Wohlfahrtsorganisationen zu einer „Rückwandererhilfe" E. V. zusammen, deren Hauptstelle sich in Berlin W. 50, Tauentzienstr. 6, befindet, mit dem Zweck, eine große Volksspende zu veranstalten, deren Erträgnis ungekürzt den hilfsbedürftigen Rückwanderern zugute kommen soll, und zwar dergestalt, daß die Verteilung der Unterstützungen durch die altbewährten Vereine stattfindet, die seit langen Jahren mit den Auslanddeutschen in Verbindung stehen. Auf diese Weise soll erreicht werden, daß die erzielten Mittel wirklich und restlos dem Zweck zugeführt werden, für den sie gespendet wurden.

Woher sie kommen sollen, das ist eine andere Frage, auf die jeder Deutsche selbst die Antwort geben muß. Denn jeder, das müssen wir nun einmal unumwunden aussprechen, hat in den hinter uns liegenden Jahren des Friedens Nutzen und Vorteil von der Arbeit unserer Auslanddeutschen gehabt. Wenn wir überseeische Waren zu Preisen einführen konnten, die uns heute märchenhaft erscheinen und auch dem ärmsten Haushalt den Verbrauch gestatteten, so haben wir dies zum erheblichen Teil der unermüdlichen Tätigkeit unserer Auslandpioniere zu danken. Ebenso umgekehrt: die deutsche Industrie und Arbeiterschaft hätten nicht entfernt den Aufschwung nehmen können, wenn dieselben Pioniere nicht fortgesetzt neue Aus- und Einfuhrquellen im Auslande erschlossen hätten. Wer dies einsieht — und jeder Kundige sieht es ein —, der sollte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, den jetzt in größter Not und Bedrängnis befindlichen Auslanddeutschen ein Scherflein des Dankes zuzuwenden. Einzelne große Firmen haben dies zwar bereits durch Spenden bis zu 50 000 M. getan, aber im Hinblick auf die große, täglich wachsende Zahl der Unterstützungsbedürftigen, für die es keinerlei andere Hilfsquellen gibt, ist es erforderlich, daß jeder Volksgenosse in dieser Hinsicht das seine tut.

Die Rückwanderer empfinden die Belastung, die dem Volkskörper durch sie erwächst, recht wohl, und es gibt genug Fälle, in denen sie sich verschämt zurückhielten, bis der Zufall erst ihre große Notlage offenbarte. Sie wollen deshalb alles, was wir ihnen bieten können, nur als Ehrendarlehn aufgefaßt wissen, das durch doppelte Leistungen zurückzuzahlen sie sich bemühen wollen, sobald ihnen die verschlossenen Türen zur weiten Welt wieder geöffnet sind. Dann werden sie die ersten und — das kann keinem Zweifel unterliegen — auch die Geeignetsten sein, den deutschen Namen wieder dahin zu tragen, wo Völker sich wieder dessen zu erinnern vermögen, was er an Leistungsfähigkeit und Weltwerten bringt. Und dann wird die alte deutsche Heimat die erste Stelle sein, die Nutzen und Segen davon hat.

Sie hat dies jetzt schon, wie nachstehender kleiner Vorfall bezeugt.

Unter den aus dem Kaukasus vertriebenen Deutschen befand sich auch ein Lehrer, der mir unter vielen anderen interessanten Mitteilungen die alte Wahrheit auf typische Weise bekräftigte, daß die gute Tat als solche zuletzt über alle Lüge und Verzerrung des Wortes triumphiert. Die zahlreichen deutschen Kolonien im Kaukasus hatten von jeher im guten Einvernehmen mit der ansässigen Bevölkerung gelebt, bis die von oben gewünschte amtliche Verhetzung eintrat und die überall bekanntgewordenen Erscheinungen der Kriegspsychose zeitigte. Aber es dauerte nicht lange, bis das lebendige Beispiel eine deutlichere Sprache redete als die verleumderischen Berichte der uns feindlichen Zeitungen.

Digitized by Google

Der russische Bauer, der uns Deutsche durchaus als den Auswurf der Menschheit betrachten lernen sollte (auch in letzter Zeit noch unter dem bolschewistischen Kulturzepter), überlegt langsam, aber gründlich, und sagt dann aus gesundem Naturempfinden heraus: Nein, das kann nicht wahr sein, was die Zeitungen schreiben, denn wir sehen ja, wie diese Deutschen beschaffen sind, wir kennen sie besser als die Zeitungen! — Und so entwickelt sich schon jetzt — ganz ohne Völkerbund — dort ein Verhältnis, das auch zu Friedenszeiten nicht besser sein konnte.

Wie hier, so muß uns Deutsche überall die Tat rechtfertigen, nachdem wir den Kampf mit Waffen und Worten verloren haben, die Tat, die das Beispiel schafft, an dem wir zunächst selber genesen von allen Wunden, die uns der Krieg geschlagen hat, und an dem auch die Welt schließlich wieder zur Einsicht dessen kommt, was Deutschtum seinem Wesen nach bedeutet.

Und diese deutsche Tat sei nun aufgerufen im Dienste der Hilfe für unsere Rückwanderer. Geben wir den vertriebenen Auslandsdeutschen, was wir ihnen schuldig sind: Treue um Treue.

Paul Nicolaus / Georg Kaiser

Inmitten all der expressionistischen Dichter, die manifestierend und selbstbewußt für ihre Werke eintreten, die in der Presse auf dem Umweg über andere auf ihr eigenes Können hinweisen, die den Begriff des Expressionismus noch mehr verwischen, indem sie nur das als expressionistisch bezeichnen, was ihrem eigenen Empfinden genehm ist, inmitten all dieser sprechenden Dichter steht der Schweigsame: Georg Kaiser. Mit 25 Jahren schrieb der jetzt 40jährige sein erstes Bühnenwerk, die Tragikomödie „Rektor Kleist". In ihr (die kürzlich in Königsberg aufgeführt wurde) zeigen sich schon klar die Licht- und Schattenseiten des Kaiserschen Talentes: hier schon ist der ungeheuerliche Schmiß im dramatischen Aufbau und in der Sprache, hier schon ist neben Stellen hingerissensten Gefühles deprimierende Kühle. (Sämtliche Werke Georg Kaisers sind bei S. Fischer, Berlin, erschienen.)

Wie keiner unserer Zeit hat Kaiser das sichere Gefühl für die Wirkung der Parodie. Es mag herrühren aus den klaren Bewußtseinsmomenten zwischen starken Gefühlsausbrüchen und gemachter Objektivität. In Kaiser steckt ein Stück Nestroy; doch sieht er nicht wie der gemütvolle Österreicher das Objekt mit einem listigen Augenzwinkern an, sondern er sucht brutal die Stelle, da es sterblich ist. Nicht daß er es findet, ist dichterisch, sondern daß er aus dem Funde eine neue Dichtung gestalten kann, die dem Publikum etwas Positives gibt. Seine parodistischen Komödien sind nicht von plattem Witz: hinter dem Humor steckt die Tragödie.

Die Tragödie des Mannes (im „König Hahnrei"): die Eifersucht, die Tragödie der Frau (in „Europa" und in der „Jüdischen Witwe"): die Sehnsucht nach dem Manne, der wirklich Mann ist.

„König Hahnrei" ist Marke, Isoldens Gatte, der jedoch nicht durch Tristan sich betrogen fühlt, sondern durch den sechsjährigen Bruder Isoldens. Sie spricht Marke von ihm, und den König verfolgt seit dieser Stunde die Eifersucht auf den Knaben, dessen Andenken aus dem Herzen Isoldens er durch Tristan zu löschen sucht: er will, daß sie sich lieben, und er tötet sie in dem Augenblick, da er fühlt, daß ihre Liebe geschwunden ist. — Tristan und Isolde sind Episoden. Marke ist des Dramas einzige Gestalt: seine Eifersucht ist bizarr und bisweilen komisch, aber sie ist durch ihre irre Größe erschütternd. Man spürt nicht mehr den Greis, vor dem Isolde flieht, weil er ein Greis ist, sondern allein den Mann, dessen Eifersucht so stark ist, daß er vor dem einen, den er nur verdächtigt, die geliebte Frau in eines anderen Armen in Sicherheit wissen will. Es ist hier ein Verkennen der Welt und des Menschen das tragische Moment: hier auf seiten der Hauptgestalt, auf seiten der Umwelt in den beiden folgenden Werken.

„Die jüdische Witwe" ist Judith, die von ihren Verwandten an den alten und schon sehr brüchigen Schriftgelehrten Manasse verheiratet wird. Sehr gegen ihren Willen; denn er ist alt und schwach. Und schwach sind auch die Männer, nach denen sie begehrt, als sie, von Manasse zur Witwe gemacht, in der von Nebukadnezar belagerten Stadt lebt. Sie geht vor die Stadt zu Holofernes, den sie nicht haßt als den Bedrücker ihres Volkes, sondern als den unsympathischen Antipoden des schlanken, liebenswürdigen Nebukadnezar. Aus Sympathie für den König auch schlägt sie Holofernes das Haupt ab. — Die Gegenüberstellung des Holofernes und des Nebukadnezar ist von einer unbeschreiblichen Komik, die erstarrt in dem Momente, da Judith den Feldherrn ermordet, und die zur genialen Parodie wird, da Nebukadnezar vor Judith entflieht und sie verdutzt die Worte spricht: „Er ist doch tot — er kann dir doch nichts mehr tun. — Er soll doch nun nicht fortrennen!" — — Mit großem Pomp wird Judith, die noch immer nicht den Mann fand, den sie suchte, gefeiert. Von unerhörter Breite ist die feierliche Einholung Judiths in den Tempel, in dem sie — bei dem Hohepriester — den Ebenbürtigen findet. — — Die Gestalt der Judith ist von so starkem tragischen Erleben erfüllt, ist so dichterisch, daß sie auch die Art und Weise adelt, in der hier Kaiser rücksichtslos mit geheiligten Traditionen umgeht. „Die jüdische Witwe" ist dramatisch stark durch den Kontrast zwischen Grazie und Wucht.

Es ist eben derselbe Kontrast, der das tragische Geschehen der Komödie „Europa" ausmacht. Die von ihrem Vater unter Männern, die keine Männer sind, sondern Tänzer, und lieblichen Mädchen aufgezogene Europa findet in Zeus den ersten, oh! so sehr ersehnten Mann. Das Ziel ihrer Sehnsucht erkennt sie und bereitet darum ihrem Vater den Schrecken, sich dem ersten kriegerischen Hauptmann, den sie sieht, an den Hals zu werfen. Dasselbe Motiv wie in der „Jüdischen Witwe", nur leichter gefaßt: Europas Tragik erwächst aus der Borniertheit ihres Vaters, nicht wie die Judiths aus ganz traditionellen Befangenheiten. Hier ist Kaiser nur Grazie. Dieses Spiel, in dem der Tanz eine so große Rolle spielt, hat eine Beweglichkeit, die an Molières „Amphitryon" erinnert, eine symphonische Klarheit, wie Shakespeares Lustspiele. „Europa" ist die bedeutsamste Komödie Kaisers, weil sie scharf zuhaut und doch nicht verletzen kann: sie richtet sich nicht gegen Zuständliches, sondern gegen Gefühlsmäßiges: Kampf des künstlerischen Gefühls gegen das Traditionelle.

Die jüngste Komödie Kaisers ist „Die Sorina", ein nur satirisches Werk von theatralischer Wirksamkeit. (Es wurde vor etwa einem Jahr in Berlin aufgeführt.) Kaiser ist hier allzusehr Hohn und Spott, allzuwenig innerlich beteiligt an dem Kampf zwischen Moral und Unmoral. Hier ist Sudermannscher Wille mit Sternheimschem Können gepaart. Hier spürt man Abhängigkeit von diesen beiden wie in der Tragödie „Versuchung" von Ibsen. Es ist ein langatmiges, etwas schwerfälliges Werk, das unoriginell ist und dessen psychologische Konstruktion ohne Eindruck bleibt.

Wie anders sind aber „Die Bürger von Calais!" (Im letzten Jahre in Frankfurt aufgeführt.) Hier ist nicht nur dramatisches Wollen, sondern auch Können. Dieses Werk ist miterlebt, geschrieben aus dem Mitleiden um die erhebende Tragik jener sieben Bürger, die bereit waren, sich für ihre Vaterstadt zu opfern. Aus diesem Werk spricht ein Patriotismus, der rein ist und untendenziös wirkt, weil er einging in das Erleben und eins mit ihm ward. Weil diese Dichtung nicht einem patriotischen Wollen entsprang, sondern einem künstlerisch menschlichen Müssen. — —

„Von Morgens bis Mitternacht": in dieser Zeit erlebt ein Mensch alle Möglichkeiten des Erlebens: er ist Kassier, bestiehlt um des aufreizenden Parfüms einer Dame willen seine Bank um eine große Summe und will sich dafür ein Erlebnis kaufen. Nirgends aber findet er, daß der Einsatz den Preis wert ist: die Ekstase der Menge, von ihm aufgestachelt, zerknickt vor dem Erscheinen einer Hoheit. Die Frau, die er begehrt, verbirgt Dummheit, Häßlichkeit oder Mißgestaltung unter ihrer Maske. — Nirgends wird ihm Erfüllung. Erst, als er im Saale der Heilsarmee den Weg zur Buße findet, der über diese in ein anderes Leben führt, findet er die Erlösung — im Tod. — Dieser Kassier, aus Bürgerlichkeit aufgerüttelt, ist ganz Ekstase. Ist ganz Kaiser.

Digitized by Google

mit einem Wort umreißt er einen ganzen Gefühlskomplex, mit einer Geste baut er sich neu auf, wenn er mit einem Fallen eingestürzt war. Hier ist der Kampf der aus dem Bürgerlichen entrissenen Seele mit bürgerlichen Elementen. Die Langeweile reißt sie aus der Welt. Der Alltag, der dem Bürger alles ist, wird ihr zum Ekel.

Dieser Kassier ist ein naher Verwandter des Milliardärs in der „Koralle" (wie das vorhergehende Drama erstmals in München aufgeführt): auch er flüchtet aus seiner Welt, aus der Welt des Reichtums, aus der Welt, in der nur Geld etwas gilt. Ihn aber bekehrt nicht das Parfüm einer Dame, sondern die sozialistischen Ideen seiner Kinder. Er stiehlt nicht und bricht alle Brücken hinter sich ab, sondern er mordet. Er mordet seinen Sekretär, der ihm zum Verwechseln ähnlich, mißbraucht erst und dann sein böses Gewissen ward, und fühlt sich erst frei, als er, im Gefängnishof, die Welt hinter sich weiß.

Dies also ist Kaisers Kampf gegen den Alltag und gegen gefühlsmäßige und traditionelle Befangenheiten. — Hier ist ein neuer Kämpfer der Freiheit. Ein Dichter, der ein Kerl ist, weil er seine Berufung erkannt hat und die Technik bezwang. Ein Könner, der hinter sich das eiserne Muß weiß und der trotz allen Selbstbewußtseins seine Grenzen ahnt. Ein Strebender, von dem wir, wenn die Zensur in geruhigter Friedenszeit ihm milder gesinnt sein wird, erst die letzte Bestätigung seines Könnens empfangen werden: auf dem Theater. Kaiser ist der Bühnendichter unserer Tage. Regisseure heraus! Man mache die Bühne frei!

Oskar Beyer / Rückblick auf Paula Modersohn

Man hat oft von dieser Frau gehört, die einige Jahre vor Ausbruch des Krieges mitten aus der Kurve stolzesten Aufschwunges abberufen wurde. Man kannte das Gerücht, sie sei eine gewaltige Potenz im Heereszuge der neuen Kunstbewegung gewesen. Jetzt hat man die Möglichkeit, ihrem Geistigen zu begegnen; ihre Bilder hängen aus, und ein Buch über sie ist gerade herausgegeben. Mancher wird schwer begreifen können: Worpswede? Eine Frau? Vor dem Kriege? Aber sieht er ihr Werk, so ist kein Zweifeln möglich. —

In der Künstlerkolonie Worpswede, in moorigem Land, zwischen hellen Birkenstämmen, zwischen alten Strohhütten monoxoner Bauern mit eigensinnigen Köpfen ist sie geworden und gewachsen, ist sie emporgestiegen wie eine mächtige Pflanze, breit überschattend die Menschen umher. Der malende Gatte, die malenden Genossen und Freunde, sie alle erscheinen wie helle Bächlein und Sprudelstrahlen neben diesem tiefen, dunklen Brunnen. Diese Frau fühlt, erlebt, denkt elementar, sie hantiert mit elementarischen Formen, während jene im Vergleich zu ihr als — wenn auch sehr begabte und gefühlvolle — Artisten wirken. Dabei ist sie in der Gemeinschaft mit ihren Freunden eingewurzelt, sie hat auf gleicher Erde, unter gleichem Himmel, mit gleichen Pinseln und mit gleicher Technik: von gleicher Plattform aus begonnen, und es gibt Jahre, in denen sie nichts weiter ist als Worpsweder Künstlerin, also, ungeschminkt gesagt, eine unter den vielen malenden Frauen solcher dörflichen Sezessionen, wenn auch bei weitem stärker begabt. Aber ein Plus war in ihr, das sie gewaltsam und unhemmbar einer neuen Sonne entgegentrieb. In ihr knospete die neue Zeit! Heute sind auch andere der Worpsweder „radikal" geworden und haben sich längst zum neuen Stil bekannt. Aber sie sind Worpsweder Kolonisten geblieben, während die Modersohn, in ihren stärksten Bildern, für Europa malte.

Ihr Weg war (im Gegensatz zu den meisten der heutigen Maler) merkwürdig organisch, männlich, solide, fest und folgerecht: gereiftes, erhöhtes, verbreitertes Menschwesen mehr als Prophetie und stürmisches Erjagen. Am Anfang sieht man bei ihr frühlingshafte, zage Kinderkörper und karge, eckige, deformierte Gestalten, wie sie Mackensen oder Kalkreuth oder auch Vogeler für Norddeutschland ganz ähnlich typisiert hatten (mit allen dreien zeigt sie eine ausgesprochene Verwandtschaft). Aber eines Tages hat sie nackte Kinder, nackte Mädchen- und Frauenleiber mit ganz neuen Augen gesehen, oder besser würde man wohl sagen: ihr Lebens- und Formgefühl, ihr Ausdrucksbedürfnis hatte sich so gesteigert, daß sie anders sehen und neu gestalten mußte. Von da ab steigt die kurze Linie ihres Schaffens steil zur Höhe — ihre Freunde müssen erschrocken sein! — Voll Leidenschaft scheint sie Gauguin geliebt zu haben, dessen richtunggebendes Beispiel sie ferner nicht mehr rasten läßt. Sie hat einige Akte gemalt, aus denen eine tiefste Sehnsucht, ja der Schrei nach der tropischen Wahlheimat des Franzosen klingt. Inmitten blonder, nordischer Menschen und kühler, temperierter Gefühle glaubt man sie, das nordische junge Weib, inbrünstig ihre Arme nach den fernen Sonnenländern strecken zu sehen. Nur einige, sage ich, — dann besinnt sie sich auf den Streifen Erde, dem sie entwächst, an den sie sich mit ihren Wurzeln gebunden weiß, sie besinnt sich, daß man zur Größe reifen könne auch hier bei kühlerem Himmel und stumpferen Farben. Und vor ihrer Seele steht ihre Aufgabe: *denkmalhafte Gestaltung des norddeutschen Menschen*. Ihre Bildnisse, vor allem ihre Akte (hier ist sie immer am größten gewesen) sind Monumentalbilder, voll Wucht und Gedrungenheit, von schöpfungsmächtigen Händen geballt, hingestellt in die Fläche, sich entrungen, geboren, — man kann von vielen dieser Leiber kaum etwas Schöneres sagen, als daß sie von ihr *geboren* sind! Und ihr Leib war gesegnet für viele Jahre. — Diese Frau hatte Arme und Hände danach, um *Wände* ihrem Willen untertan zu machen. Und dieser Wille war Notwendigkeit, nicht Versuch oder Entschluß oder Willkür. —

Die jüngste Kunstentwicklung in ihrem rasenden Tempo ist in weitem Bogen über Paula Modersohn und ihr Torsowerk hinausgestürzt in Zonen, von denen sie nichts gewußt. Schon werden manche das Recht zu haben meinen, vor ihren Bildern ein Lächeln nicht zu unterdrücken. Aber Vorurteilslose sollten die Entschlossenheit dieses starken Lebens ehren und das Gedächtnis der Entschwundenen und doch Gegenwärtigen unbefleckt erhalten.

Naumann / Arbeiterherrschaft?

Es gab ein Weltalter der Grundherren, es gab Zeiten der Militärherrscher, Perioden der Kaufleute und Seefahrer, niemals aber bisher gab es eine Zeit der Arbeiterherrschaft. Auf Tage zwar und Wochen haben die Arbeiter schon oft die gesellschaftliche Sicherheit bedroht, wenn Sklavenaufstände, Agrarrevolten oder Streiks das Räderwerk der Menschenversorgung in Unordnung brachten, um durch Schrecken für sich bessere Lebensbedingungen zu erpressen, aber niemals früher wurde der Gedanke einer vom Arbeiterstande geleiteten Gesellschaftsperiode durchgedacht. Die Marxisten erst, gerade auch Lassalle, haben diesen Gedanken in die Köpfe der Massen geworfen, und die Erschütterungen der Gegenwart stehen unter dem Druck der Frage, ob eine grundsätzliche Arbeiterherrschaft möglich ist oder nicht. Möglich aber ist sie nur dann, wenn durch sie mehr Güter erzeugt und bessere Erzeugnisse beschafft werden als durch die bisherige vom Unternehmertum geleitete Wirtschaft. Ob aber Produktionssteigerung durch Arbeiterherrschaft überhaupt eintreten kann, ist nur durch Experiment zu entscheiden, da theoretische Untersuchungen in dieser Frage immer nur Teilergebnisse zutage fördern. Um dieses Experiment werden auch wir Deutschen nicht ganz herumkommen, denn selbst wenn es zuerst in Rußland versucht wird und mißlingt, bleibt noch immer die Meinung übrig, daß die deutschen Arbeiter dieselbe Sache mit mehr Glück und Einsicht unternehmen würden. Aber wann, wie und in welchem Umfange das lebensgefährliche Experiment

Digitized by Google

gemacht werden soll, das ist die Frage. Gerade in der Notlage unserer Kriegsverschuldung sind wir sehr wenig imstande, auf Kosten der Gesamtbevölkerung gewaltsame Versuche zu machen. Jetzt ist heilige Vorsicht nötig, weil sonst wirtschaftlicher Zusammenbruch fast unvermeidlich ist. Auch die Arbeiter selbst müssen betriebstechnisch gegen diejenigen ihrer Redner mißtrauisch werden, die es ihnen als eine leichte Sache hinstellen, morgen alles mögliche zu sozialisieren. Alles in der Welt, was wertvoll ist, will schrittweise erarbeitet sein! Von allen menschlichen Tätigkeiten aber ist das Regieren die Arbeit, die am längsten gelernt werden muß. Wenn eine neue Volksklasse regieren will, so muß sie behutsam anfangen mitzuregieren. Wer mehr verlangt, verdirbt das Ganze.

Satzung der Deutschen demokratischen Partei

Die Satzung der Deutschen demokratischen Partei ist am 21. Juli vom ersten Parteitag der Deutschen demokratischen Partei wie folgt festgelegt worden. Eine Ausgabe des Wortlauts der Satzung mit eingehenden Erläuterungen, verfaßt von dem Leiter der Reichsgeschäftsstelle, Geheimrat Prof. Dr. Schreiber, befindet sich im Druck und wird unmittelbar nach Fertigstellung allen Organisationen in je einem Exemplar zugehen. Sie wird im Buchhandel durch den Demokratischen Verlag, Berlin-Zehlendorf-West, zu haben sein.

I. Name und Sitz der Partei.

§ 1. Die Deutsche demokratische Partei faßt die auf dem Boden ihres Programms stehenden reichsangehörigen Männer und Frauen zusammen. Sie hat ihren Sitz in Berlin.

II. Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft.

§ 2. Mitglied der Deutschen demokratischen Partei kann jeder deutsche Reichsangehörige werden, der im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist und das 18. Lebensjahr vollendet hat.

§ 3. Die Mitgliedschaft wird erworben durch Aufnahme in eine Parteiorganisation.

§ 4. Die Mitgliedschaft endet durch Austritt oder Ausschluß. Der Austritt kann jederzeit erklärt werden.

Gegen den Ausschluß ist Berufung an den Vorstand zulässig. Bestätigt dieser den Ausschluß, so entscheidet auf Antrag der Revisionsausschuß als Schiedsgericht endgültig.

III. Aufbau der Partei.

§ 5. Die Partei gliedert sich nach Reichswahlkreisen.

Die Organisationen der Partei bestehen in Ortsvereinigungen der in einem Orte und seiner Umgebung ansässigen Parteimitglieder.

Als Parteiorganisationen sind aber auch nichtörtliche Vereinigungen zulässig, sofern sie vom Vorstand oder vom Parteitag anerkannt sind.

§ 6. In jedem Reichswahlkreise sind die örtlichen Vereine zu einem Wahlkreisverband zusammengefaßt.

Zum Wahlkreisverband gehören auch nichtörtliche Organisationen, welche der Vorstand oder der Parteitag anerkannt hat, wenn sie die Grenzen des Wahlkreises nicht überschreiten. Erstrecken sich solche Organisationen über mehrere Wahlkreise, so unterstehen sie dem Vorstand unmittelbar. Diesen Organisationen ist entsprechend ihrer Mitgliederzahl in den Bezirksparteitagen ein Stimmrecht einzuräumen.

Die Organisationen der Partei geben sich ihre Satzungen selbst. In jeder Satzung muß neben der Verpflichtung zur Zahlung eines Mitgliedsbeitrags die Vorschrift enthalten sein, daß durch die Aufnahme in die Organisation gleichzeitig die Zugehörigkeit zur Partei erworben wird. Die Satzung darf nichts enthalten, was dem Inhalt der Parteisatzung zuwiderläuft.

§ 7. Die Organisationen sind zu Beiträgen an die Parteikasse verpflichtet. Ihre Höhe wird durch Parteitagsbeschluß einheitlich nach ihrer Mitgliederzahl festgesetzt.

§ 8. Die Organisationen haben dem Vorstand ihre Satzungen und die Namen ihrer Vorstandsmitglieder mitzuteilen. Sie reichen außerdem nach einheitlichem Formular eine statistische Übersicht und künftig alljährlich bis zum 1. April nach dem gleichen Formular Veränderungsmitteilungen ein.

IV. Parteileitung:

§ 9. Die Organe der Partei sind:
1. der Parteitag;
2. der Parteiausschuß;
3. der Vorstand;
4. der Revisionsausschuß.

§ 10. Der Parteitag ist die oberste Instanz der Partei; ihm sind alle anderen Parteiorgane verantwortlich. Insbesondere stellt er das Programm fest und erläßt allgemeine Kundgebungen.

Die Regelung der Beiträge zur Parteikasse und die Vornahme der Wahlen zu den Parteiorganen erfolgen durch den Parteitag, soweit nicht diese Satzung etwas anderes bestimmt.

§ 11. Der ordentliche Parteitag tritt alljährlich einmal zusammen. Außerordentliche Parteitage werden einberufen, wenn der Parteiausschuß es für erforderlich erachtet, oder wenn der Vorstand, oder örtliche Organisationen mit zusammen mindestens 50 000 Mitgliedern, oder wenn mindestens drei Wahlkreisverbände es beim Parteiausschuß beantragen.

§ 12. Die Berufung der Parteitage erfolgt durch den Parteiausschuß unter Angabe einer vorläufigen Tagesordnung.

Für ordentliche Parteitage ist hierbei eine Frist von zwei Monaten zu wahren. Anträge zum Parteitag sind spätestens einen Monat nach erfolgter Berufung beim Vorstand einzureichen. Später eingegangene Anträge können nur dann auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn der Parteitag ihre Dringlichkeit beschließt. Anträge auf Satzungsänderung sind nicht dringlich.

Zur Stellung von Anträgen sind berechtigt:
1. jede örtliche oder anerkannte nichtörtliche Organisation der Partei,
2. zum Parteitag gewählte Vertreter, sofern der Antrag 15 Unterschriften gewählter Vertreter trägt,
3. die Organe des § 9, Ziff. 2—4,
4. die demokratischen Fraktionen im Reichstag und in den Volksvertretungen der deutschen Länder.

Anträge zum Parteitag hat der Vorstand mindestens zwei Wochen vor der Tagung zu veröffentlichen und den bis dahin bekanntgewesenen Mitgliedern des Parteitages mitzuteilen.

Für außerordentliche Parteitage entscheidet der Parteiausschuß zugleich mit der Berufung über die Fristen unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen dieses Paragraphen.

§ 13. Die Wahl zum Parteitage erfolgt nach Reichswahlkreisen.

Jeder Reichswahlkreis hat mindestens einen Vertreter. Darüber hinaus steht ihm auf jedes Tausend organisierter Parteiangehöriger, für welche der letztfällige Beitrag an die Parteikasse abgeführt ist, je ein weiterer Vertreter zu. Ein Überschuß von mehr als 500 wird einem vollen Tausend gleich gerechnet.

Die nichtörtlichen Organisationen, welche vom Vorstand oder vom Parteitag anerkannt sind, entsenden zum Parteitag auf je 2000 Mitglieder einen Vertreter. Die Bestimmungen des vorigen Absatzes finden entsprechende Anwendung.

Die Wahlordnung für die Wahl der von ihm zu entsendenden Vertreter bestimmt der Wahlkreisverband.

Die Mitglieder des Parteiausschusses, des Vorstandes, des Revisionsausschusses und der Reichstagsfraktion gehören dem Parteitage als vollberechtigte Mitglieder an. Ihr Stimmrecht ruht in eigener Sache. Die Fraktionen der deutschen Einzelstaaten entsenden je einen Abgeordneten, ferner auf je volle 150 000 in dem betreffenden Einzelstaat für die Partei abgegebene Stimmen einen weiteren Abgeordneten.

§ 14. Die gewählten Vertreter im Parteitag haben sich über ihre Wahl auszuweisen. Der Parteiausschuß bestimmt vor dem Parteitag einen Ausschuß zur Prüfung der Ausweise.

§ 15. Für den Parteitag gilt die Geschäftsordnung des Reichstags, soweit der Parteitag nicht anderweitig beschließt.

§ 16. Der Parteiausschuß beschließt gemeinsam mit dem Vorstand. Er entscheidet über wichtige politische Fragen; er beruft die Parteitage, stellt die vorläufige Tagesordnung für sie fest und trifft für außerordentliche Parteitage die Bestimmungen nach § 12 dieser Satzung. Er stellt die Wahlvorschläge auf für sämtliche Wahlen des Parteitages zu den Organen des § 9.

Der Parteiausschuß wählt die 11 in der Regel in Groß-Berlin wohnenden Mitglieder des Vorstandes.

§ 17. Der Parteiausschuß besteht aus dem Vorsitzenden und seinen drei Stellvertretern, sowie höchstens 155 Mitgliedern.

Den Vorsitzenden und seine drei Stellvertreter wählt der Parteitag. Von den Mitgliedern entsendet jeder Wahlkreis so viele Vertreter, wie er bei der letzten Reichstagswahl demokratische Abgeordnete in den Reichstag entsandt hat, mindestens aber einen Vertreter. 36 Mitglieder wählt der Parteitag. Hierzu treten zehn Mitglieder der Reichstagsfraktion, sowie acht Vertreter der Vereinigung der demokratischen Presse.

Der Parteiausschuß hat das Recht, sich durch Zuwahl bis zur Höchstzahl zu ergänzen.

Die Wahlkreisverbände sind berechtigt, für die von ihnen entsandten Mitglieder Vertreter und Ersatzleute zu wählen.

Die Amtsdauer sämtlicher Mitglieder des Parteiausschusses läuft von einem ordentlichen Parteitag zum anderen.

Der Parteiausschuß gibt sich seine Geschäftsordnung selbst.

§ 18. Der Vorstand hat die laufende politische Führung der Partei im Rahmen des Parteiprogramms und der Parteitagsbeschlüsse.

Digitalisiert von Google

Er vertritt die Partei, und zwar nach außen durch den Vorsitzenden. Er führt die Geschäfte, verwaltet das Vermögen und leitet die Organisation und Agitation. Er ist berechtigt, zu örtlichen Parteitagen und Vertreterversammlungen Mitglieder mit beratender Stimme zu entsenden.

Seine Geschäftsordnung gibt er sich selbst.

§ 19. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden und 22 Mitgliedern, von denen die Hälfte außerhalb Groß-Berlins, die andere Hälfte in der Regel in Groß-Berlin wohnen soll.

Der Vorsitzende des Parteiausschusses und seine Stellvertreter sowie der Leiter der Reichsgeschäftsstelle haben außer den gewählten Mitgliedern im Vorstand Sitz und Stimme.

Die Amtsdauer der Mitglieder des Vorstandes und seines Vorsitzenden läuft von einem ordentlichen Parteitag zum anderen.

§ 20. Scheidet ein Mitglied vor Ablauf seiner Wahlzeit aus, so ist der Vorstand zur Zuwahl befugt. Sinkt die Zahl der Mitglieder unter zwölf, so muß Zuwahl derart erfolgen, daß mindestens die Zahl von zwölf Mitgliedern erreicht wird.

§ 21. Mitglieder des Parteiausschusses können gleichzeitig Mitglieder des Vorstandes sein.

§ 22. Der Revisionsausschuß besteht aus neun Mitgliedern, die vom Parteitag gewählt werden. Er prüft die Kassenführung und erstattet die Entlastung des Vorstandes vor; er nimmt Beschwerden über den Vorstand entgegen. Über beide Vorgänge erstattet er dem Parteitage Bericht. Eine Berichterstattung über seine Tätigkeit als Schiedsgericht findet nicht statt. Die Amtsdauer der Mitglieder des Revisionsausschusses läuft von einem ordentlichen Parteitag zum anderen.

V. Allgemeine Bestimmungen.

§ 23. Bei Reichswahlen sind Wahlabkommen mit anderen Parteien nur mit Zustimmung des Parteiausschusses zulässig. Bei Landeswahlen ist die Zustimmung des Vorstandes erforderlich, der nach den Richtlinien des Parteiausschusses entscheidet.

§ 24. Die Aufstellung der Kandidaten für die Wahlen ist Sache der Wahlkreisverbände. Bei Reichstagswahlen haben sie die Pflicht, spätestens zehn Tage vor Aufstellung der Liste dem Vorstand Gelegenheit zu Vorschlägen zu geben.

§ 25. Bei Abstimmungen in den Parteiorganen des § 9 entscheidet die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Das gleiche gilt für Einzelwahlen. Bei diesen findet Stichwahl zwischen den zwei Höchstgewählten statt, falls die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht ist. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Andere Wahlen erfolgen mit relativer Stimmenmehrheit. Die Wahlen sind schriftlich und geheim, sofern nicht Zuruf ohne Widerspruch erfolgt.

§ 26. Die Auflösung der Partei kann nur durch einen Parteitag mit Dreiviertel-Mehrheit beschlossen werden. In diesem Falle ist auch über das Parteivermögen Beschluß zu fassen.

Sprechsaal

Zu „Paul G. Schmidt, Weltkatastrophe und Umkehr", (Heft 31 der „Hilfe" 1919.)

Wir haben vieles hingenommen, zu vielem stillgeschwiegen und es über uns ergehen lassen seit dem Waffenstillstand.

Aber das darf uns nicht dahin bringen, daß wir selbst innerlich überzeugt sind von unserer Schuld, sei es auch nur von unserer „wirtschaftsmoralischen" Schuld. Wir sollen uns daran erinnern, was wir vor und während des Krieges von uns selbst gedacht haben, und prüfen, ob wir uns in diesem Gefühl unserer selbst so sehr getäuscht haben. Abgesehen von den häßlichen Übertreibungen unseres Nationalbewußtseins während des Krieges, haben wir recht gehabt, daß wir stolz waren auf unsere Tüchtigkeit vor dem Krieg, auf unsere Leistungen während des Krieges. Wir sind nicht „schuld" an unserem Zusammenbruch, an der Weltkatastrophe, nicht mehr und nicht weniger als die anderen. Wir haben Mißerfolg gehabt, weil wir Fehler gemacht haben. Und in diesem Mißerfolg kann uns nur das Bewußtsein aufrechterhalten, daß wir Tüchtiges geleistet haben, und nur der Wille kann uns weiter helfen, das Tüchtige, das in uns lebt, weiterzubilden, unsere Fehler rücksichtsloser zu bekämpfen und jeder an seinem Teil etwas Rechtes zu schaffen.

Sicher müssen wir von einer neuen Gesinnung getragen werden, aber nicht zu viel sollen wir die Umkehr von unwirklichen Ideen erhoffen, sondern die Ideen, die Gesinnung, die schon in uns leben, jetzt bewähren.

War denn wirklich die Zeit vor dem Krieg so trostlos materialistisch? Denkt man denn nicht mehr daran, in wieviel Tausenden von uns zusammen mit dem steigenden Wohlstand ein feineres Gefühl von Leben und Kunst erwacht war? Wie Buchhandel und Kunstgewerbe emporblühten und in weite Kreise des Volkes Güter eindrangen, die wahrlich ein rein materialistisches Zeitalter nicht hervorgebracht hätte?

Unseren ärgsten Feinden, denen, die alles zerstören und niederreißen wollen, genügt nichts, kein noch so guter Wille, keine noch so neue Gesinnung. Ihnen muß Tüchtigkeit und Arbeit einmal wieder den gebührenden Platz anweisen, die Tüchtigkeit und Arbeit, die in unserer Vergangenheit wurzelt und darum auch unsere Zukunft verbürgt.

Heinz Büttger.

Büchertisch

Neue Romane.

Wenn man das überblickt, was die letzte Zeit uns auf dem Gebiet der Belletristik an dauernd Wertvollem beschert hat, so wird man an erster Stelle das Werk des Schweden Knut Hamsun „Segen der Erde" (A. Langen, München. 388 S. Geh. 6 M., geb. 9 M.) nennen müssen: die Geschichte des Bauern, der im Ödland sich niederläßt und hart, schweigsam, erfinderisch der kargen Natur abringt, was menschlicher Verstand vermag. Das Inhaltliche, das Verwachsensein mit Mutter Erde, dies entsagungsvolle und doch so glückliche Leben, das so reich an Freuden ist, die uns unnatürlichen Großstädtern ach, schon so lange verloren sind, wird gerade in unserer Zeit der Rückkehr zur Natur ein charakteristisches Echo finden. Mindestens aber so sehr wie der Stoff muß die Form gerühmt werden. Das ist Rhythmus, das ist Tempo! Wie dieses erste Kapitel wuchtig einsetzt, wie das letzte leise verklingt; wie sich die Nebenfiguren um das bäuerliche Ehepaar scharen, das wie Adam und Eva seinen Sündenfall erlebt und im Schweiße des Angesichts sein Brot ißt, das offenbart die Hand des großen Künstlers. Ein Epos ist hier geschaffen, das an Homer gemahnt und dem man doch wieder unrecht täte, wenn man es mit ihm vergliche, so selbständig, ohne Vorbild und Anlehnung, steht es da. Wahrhaftigkeit, Einfachheit, Schönheit — Besseres kann man von einem Buche nicht sagen.

Ein ganz andersartiges Werk verlangt daneben auch unbedingt Aufmerksamkeit: „Der Zwanzigjährige" von Heinrich Eduard Jacob. (G. Müller, München. 348 S.) Es ist schon vor dem Kriege geschrieben, als die die Jugend am heftigsten bewegenden Probleme, Staat und Sozialismus, für viele Zwanzigjährige überhaupt noch nicht vorhanden waren. Liebe, Kunst, Schönheit — das waren die Kernpunkte ihres Daseins, und um sie drehen sich auch Taten und Gedanken dieses Zwanzigjährigen der Großstadt. Aber wohl nie ist seine Psyche so bis in die letzten Ecken und so meisterhaft durchleuchtet worden wie hier. Dazu kommt eine Kunst der Sprache, neuartig, überraschend, ungewöhnlich, die vor jedem abgegriffenen Ausdruck zurückscheut und sich doch von törichten Gewaltsamkeiten weise fernhält, allem eine eigene Prägung und ein neues Gesicht verleihend. Sie gibt uns die Großstadt, Berlin, in neuer Beleuchtung, dichterisch gesehen, aber keineswegs poetisch gefärbt, sondern mahr, mitleidlos und doch bewundernd und darum von dauerndem Wert.

Neben diesen im schönsten Sinne modernen Büchern sei in diesem Zusammenhang auf ein Lebenswerk hingewiesen, das die heutige Jugend nach Form und Inhalt zuerst vielleicht fremdartig oder gar altmodisch anmuten wird und das doch dauernd Wertvolles enthält: die Romane und Novellen der Luise von François, wie sie der Inselverlag jetzt in einer schönen fünfbändigen Ausgabe endlich als ein Ganzes und als ein dauerndes Denkmal für die feine, gütige, humorvolle und groß denkende Dichterin herausgegeben hat. Vieles, was für sie ewig und unabänderlich war, ist im Sturme dieser Jahre dahingerafft worden; Monarchie und Militarismus erscheinen uns nicht mehr in dem patriarchalisch-verklärten Glanze, in dem sie und ihre Helden diese verschwundene Welt zu sehen gewohnt sind. Aber was übrigbleibt, wenn das zeitlich Gebundene abgezogen wird, ist noch immer so viel, daß diese Romane kaum je ganz veralten können. Besonders gilt dies von der „letzten Reckenburgerin", die sich stolz neben das Beste deutscher Epik stellen darf. So wundervoll lebenswahr, so selbst gefühlt und empfunden ist die Gestalt dieser herben und opferfreudigen Heldin, daß man unwillkürlich denkt, unter dichterischem Beiwerk hier den Lebensroman der Künstlerin selbst zu finden. Um so mehr erstaunt man, dann aus ihren Briefen zu erfahren, daß sie alles frei erfunden und zurechtfabuliert hat und daß der einzige autobiographische Zug in allen ihren Werken die Angst und Abneigung vor Katzen sei, wie sie in der Novelle „Der Katzenjunker" so anschaulich geschildert wird. Goethe nannte einst alle seine Werke „Bruchstücke einer großen Kon-

fassion" — hier ist der Gegenpol zu dieser Art dichterischen Schaffens und Gestaltens. Aber da alles wahr und groß, nicht konstruiert oder künstlich ausgeklügelt ist, so vermißt man diese persönliche Anteilnahme nicht, denn die warmherzige und bedeutende Dichterin verrät sich auch in den Geschöpfen ihrer Phantasie.

Nach diesen beachtenswerten und gewiß dauernden Werken sei nur kurz noch auf einige Neuerscheinungen hingewiesen. Carl Sternheims Vier Novellen (H. Hochstein, Berlin. 126 S. Geh. 9 M., geb. 12 M.) geben zwar eine unbarmherzige und oft gut gesehene Chronik vom Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts, wirken aber unerträglich durch die Manieriertheit der Sprache. Die zwölf Originallithographien von Michl Finggestem folgen gut dem Geiste des Dichters. — Laurids Bruun, Aus dem Geschlecht der Byge (G. Kiepenheuer, Potsdam. 2 Bände, 275 und 348 S. Geh. 10 M., geb. 12 M.) ist eine gute Unterhaltungslektüre, sauber im Stil und in der Charakterzeichnung des Helden, der den Mut hat, nach dem Schiffbruch eines sorglosen, beschützten Daseins noch einmal von vorn und von unten anzufangen, wodurch er sich dann tapfer ein dauerndes Glück erobert. — Blasser wirkt Gjellerups „Seit ich zuerst sie sah" (Quelle & Meyer, Leipzig. 420 S. 8 M.), eine empfindsame Liebesgeschichte, an manchen Stellen nicht ohne poetischen Zauber. Margarete Rathbarth.

*

Dringliche Wirtschaftsfragen. Heft 8. Gemeinwirtschaftliche Gegensätze. Von Dr. Joachim Tiburtius. Preis 2 M. Verlagsteuerungszuschlag bis auf weiteres 30 v. H. (Verlag Veit & Co., Leipzig.)

Der uralte wissenschaftliche Streit betreffs der staatlichen Machtsphäre in wirtschaftspolitischer Hinsicht ist durch die vierjährige Praxis neuerdings in ein anderes Stadium gerückt. Das Problem der Gemeinwirtschaft ist verschiedentlich erörtert worden. Gegenwärtig bekämpfen sich besonders zwei Theorien: eine freie gesellschaftliche Privatwirtschaft (Oppenheimer) und eine zwangsläufige Staatswirtschaft (namentlich Rathenau). Über das Wesen der Antithese „Wirtschaftsfreiheit — Wirtschaftszwang" sucht der Verfasser in seiner obigen Schrift Klarheit zu schaffen. Die Gemeinsamkeiten und Gegensätze beider wirtschaftlicher Programme — mit einem Hinblick auf die Staatsmonopoltheorie Ad. Wagners — werden unter Berücksichtigung des aus der Praxis der Handels-, Genossenschafts- und Kriegspolitik gewonnenen empirischen Materials sachlich erwogen und maßvoll kritisiert. Dr. A. Bubert.

*

Unter dem Namen „Dreiländerverlag" hat sich ein neuer Verlag aufgetan, der in München seinen Hauptsitz und Zweigniederlassungen in Wien und Zürich hat. In ihm sind bisher Zeitschriften und Sammlungen erschienen; an Zeitschriften: **Neue Erde**, eine literarische Halbmonatschrift, von Friedrich Burschell; **Die Frau im Staat**, von Anita Augspurg und Lida Gustava Heyman; **Der Föhn**, sozialistisches Schulblatt, Organ der sozialistischen Lehrerverbände, geleitet von Hans Neuner; **Der Orchideengarten**, phantastische Blätter, von Karl Hans Strobl. In der historisch-politischen Bücherei **„Dokumente der Menschlichkeit"** ist bisher erschienen: Joh. G. K. Fichte: Die Republik der Deutschen; Thomas Morus: Aus der „Utopia"; Jonathan Swift: Attacken; Jean Paul: Friedenspredigt; J. J. Rousseau: Der Gesellschaftsvertrag; Thomas Campanella: Der Sonnenstaat; Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden; Joh. G. Fichte: Neue Welt; Wilh. v. Humboldt: Die Grenzen des Staates; Louis Blanc: Die Organisation der Arbeit.

In der Sammlung: **„Die Pforte"**, in der die literarischen Jüngsten zu Worte kommen, ist veröffentlicht: Bernhard Bernson: Die Befreiten. Schauspiel in einem Akt. Robert Braun: Gedichte. Friedr. Burschell: Vom Charakter und der Seele. Ein Gespräch. Andreas Latzko: Der letzte Mann. Eine Novelle. Oskar Loerke: Goldbergwerk. Eine Novelle. Oskar Schürer: Kleine Lieder. Schließlich sei noch auf die bedeutende Schriftenreihe „Worte an die Zeit" von Martin Buber hingewiesen, in der bisher die Hefte „Grundsätze" und „Gemeinschaft" erschienen sind.

Der Verlag Gustav Fischer in Jena gibt einen Katalog der in seinem Verlage erschienenen **kommunalen Literatur** heraus, der gerade heute von besonderem Interesse ist. Es finden sich darin Werke über Jugendfürsorge, kommunale Technik, Finanzwirtschaft, Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Wohnungswesen, Bodenfragen, Arbeitsmarkt, Gewerbeförderung, Verwaltung und Wirtschaft usw.

Staatsbürgerschule

Von Mitte September ab beginnt in der Staatsbürgerschule, gegründet und geleitet von Dr. Friedrich Naumann, ein dreimonatiger Kursus zur Einführung in die Politik. Die Vorträge liegen in den Abendstunden zwischen 6 bis 10 Uhr. Behandelt werden alle wichtigsten Probleme der inneren und äußeren Politik. Von den Dozenten seien genannt: Universitätsprofessor Dr. Bergstraesser, Verlagsdirektor Bernhard, Abg. Dr. Böhme, Dr. Käthe Goebel, Abg. Helle, Dr. Heyde, Professor Jäckh, Direktor Dr. Kuczynski, Bürgermeister Dr. Luppe, Else Lüders, Abg. Naumann, Abg. Nuschke, Dr. Pauli, Abg. Quidde, Dr. Rohrbach, Abg. Weinhausen, Redakteur Wenck. Interessenten erhalten bereitwilligst jede Auskunft vom Büro der Staatsbürgerschule, Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27.

Briefkasten

Errichtung einer Auskunftsstelle des Hansa-Bundes für die Auslegung der Friedensvertragsbestimmungen. Durch den Friedensvertrag, namentlich durch die wirtschaftlichen Bestimmungen in Teil 10 werden die Handelsbeziehungen der deutschen Staatsangehörigen mit denen des feindlichen Auslandes insofern in andere Bahnen gelenkt, als die Abwicklung der vor dem Kriege noch schwebenden Verträge nicht mehr von Person zu Person, sondern vielfach von Staat zu Staat erfolgen soll. Dies zeigt sich namentlich in der Einrichtung der in Artikel 296 vorgesehenen Prüfungs- und Ausgleichämter, welche an Stelle der ordentlichen Gerichte des einen oder anderen Staates die Regulierung der vor dem Kriege noch nicht abgewickelten Handelsbeziehungen vornehmen sollen. Zahlreiche Einzelbestimmungen über Verträge, Verjährung, Urteile über Börsengeschäfte, Verpfändung, Seeversicherungen, Feuerversicherungen, Lebensversicherungen, gewerbliches Eigentum usw. greifen tief in das bisherige Rechtsleben und in die bisherigen Gepflogenheiten des kaufmännischen Verkehrs ein. Es muß daher als wichtige Aufgabe erscheinen, die Öffentlichkeit über diese Frage zu orientieren.

Aus diesen Erwägungen heraus hat sich der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie zur Einrichtung einer Auskunftsstelle für die Auslegung der Friedensvertragsbestimmungen entschlossen. Die Auskunftsstelle soll nicht zu einem gewerbsmäßigen Unternehmen ausgestaltet werden, sondern ihre Tätigkeit in der allgemeinen Aufklärung durch die Presse und Herausgabe von gemeinverständlichen Kommentaren erblicken. Insbesondere will die Auskunftsstelle Mitgliedern des Hansa-Bundes, wie auch Außenstehenden spezielle Auskünfte und Aufklärungen auf einzelne Anfragen erteilen und gegebenenfalls den richtigen Weg weisen, auf dem sie ihre Ansprüche verfolgen müssen. Die Wahrung der allgemeinen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie den zuständigen amtlichen Stellen, namentlich den Prüfungs- und Ausgleichämtern gegenüber, wird in das Tätigkeitsgebiet der Auskunftsstelle hineinbezogen werden. Nicht in Frage kommt eine Vertretung der Einzelfälle der Interessenten vor den Behörden oder Prüfungs- und Ausgleichsämtern, die nach wie vor Sache der berufenen Rechtsvertreter bleiben muß.

Die Auskünfte werden für Mitglieder des Hansa-Bundes unter Ersatz entstehender Unkosten gebührenfrei erfolgen.

Berichtigung.

In dem Aufsatz von Dr. Fitzbogen über **Auswanderungspolitik** in Nr. 32 der „Hilfe" sind einige störende Druckfehler unterlaufen. Es muß heißen:

S. 425a, Z. 1: Tausende und Millionen (statt Tausende von Millionen)
Z. 8: er (statt es)
S. 425b, Z. 16 v. u.: die geplante Auswanderung (statt die gesamte Auswanderung).

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, Zehlendorf, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, Hamburg.

Geschäftliche Mitteilungen

Der Held des Tages. Das Männliche am Mann ist das freie, zu Herzen gehende und überzeugend gesprochene Wort. Ein ungewöhnliches Kraftgefühl und Machtbewußtsein trägt derjenige in sich, der imstande ist, zu jeder Zeit unvorbereitet, schlagfertig und unwiderlegbar zu reden. Ein tüchtiger Redner, der seine Umgebung zu fesseln versteht, ist der Held des Tages. Nach Brechts „Fernkursus für praktische Lebenskunst, logisches Denken, freie Vortrags- und Redekunst" lernt der Studierende in leichtfaßlicher Weise logisch zu denken, sicher und zielbewußt zu handeln, ruhig und ungeniert aufzutreten und frei zu reden bzw. wirkungsvoll vorzutragen. Dem Brechtschen Unterrichtssystem verdanken viele Tausende aller Stände und Berufe erhöhte Lebensfreude und glänzende Erfolge im beruflichen und öffentlichen Leben. Wir empfehlen jedem Interessenten die Beachtung der dieser Nummer beiliegenden Prospekte der Redner-Akademie A. Brecht, Berlin 91, Potsdamer Straße 165a.

Organisation der deutschen Pazifisten! Dieser Nummer unserer Zeitschrift liegt ein Aufruf der Deutschen Friedensgesellschaft bei. Alle, die grundsätzlich den Völkerbund wollen und in der Agitation für einen Weltbundkrieg eine schwere Gefahr erblicken, werden aufgefordert, sich zu organisieren. In einer ehrlichen pazifistischen Politik sieht die Friedensgesellschaft die einzige Möglichkeit, im Bunde mit Gesinnungsgenossen des Auslandes zu einer Revision des Versailler Friedens zu gelangen. Der Aufruf ist von der Geschäftsstelle der Friedens[illegible] Berlin-Charlottenburg, Kantstraße 160, auch in größerer [illegible] Exemplaren. Auch Anmeldungen werden dort entgegen[illegible]

28. August 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis bei Post und Buchhandel (beim Abholen) 5 M., unter Kreuzband 5,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 5,25 M., ins Ausland 6 M. Einzelhefte 50 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 9683.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 35

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 80 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt: Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche.

Friedrich Naumann †

Unser Freund und Führer ist nicht mehr. In einem Hotel in Travemünde, wo er Erholung suchte von angestrengter parlamentarischer Arbeit, ist er ganz plötzlich und auch uns, die wir ihm am nächsten standen, völlig unerwartet dahingeschieden.

Noch kann ich es nicht fassen, daß ich ihm nie wieder in die Augen sehen soll, deren tiefblauer Glanz, deren wundervoller, klarer, kluger und so unendlich guter Blick so oft auf mir geruht hat. Aber vielleicht ist es gut so, daß Ihr, meine Freunde, von denen viele seit einem Vierteljahrhundert allwöchentlich durch dieses Blatt mit ihm verbunden gewesen sind, erschüttert von der grausamen Nachricht Eure Augen fragend hierher richtet: ist es denn wahr, wirklich wahr?

Faßt Euch, Ihr Freunde, klagt nicht, sondern schließt die Reihen enger und erzeigt ihm und seinem Gedenken durch Handeln in seinem Geiste die Treue, deren ergreifender Ausdruck Eure tränenlose Trauer ist.

Wir haben den besten, reinsten, edelsten Menschen, den treuesten Freund und zugleich der Größesten einen verloren, die auf dieser Erde gewandelt haben. Es klingt mir in die Ohren, was Goethe dem Freunde nachrief; was von Schiller galt, es ist wie für Naumann gesprochen: denn hinter ihm, in wesenlosem Scheine, lag, was uns alle bändigt, das Gemeine. Er kannte nicht persönlichen Vorteil, kein Streben nach Ruhm und Ehren. Wie kaum je ein anderer Mensch trat er als Person stets hinter die Sache zurück, der er diente. Und diese Sache war nicht, war nie irgendein vereinzeltes, wenn auch noch so bedeutendes politisches, soziales, kulturelles oder religiöses Ziel. Wie sein Wesen in seiner reichen Vielseitigkeit eine wundervoll geschlossene Einheit war, so gab es auch in all seinem Denken und Tun nichts, was nicht derselben Quelle entsprang und zum gleichen Ziele strebte. Ihm waren Politik und Moral nie zwei getrennte Dinge, ihm war politisches Denken und Tun Ausfluß tiefinnersten religiösen Lebens und Erlebens. Er sprach zwar nie davon, denn bei ihm verstand sich das Moralische immer von selbst; aber so weitentfernt ihm die Denkungsart jenes Pharisäers war: wir, seine Freunde, sind oft und immer voll Dankbarkeit gewesen, daß er nicht so war, wie jene, die für persönliche und für öffentliche Dinge oder gar für sich und für andere die Moral mit verschiedenem Maßstab bewerten.

Soll ich Euch, Ihr Freunde, in dieser Stunde sagen, was er war, was Großes er uns und Deutschland und der Menschheit geleistet hat? Ihr, die Ihr mit ihm gelebt habt Jahr um Jahr, die Ihr Euch habt tragen lassen von der Kraft seiner Gedanken, fortreißen lassen von der Größe und Reinheit seines Wollens, erwärmen lassen von der Glut seines Herzens — Ihr wißt, was wir an ihm verloren haben. Und Ihr wißt auch, daß er in vielem so ganz anders war, als das Bild, das man von ihm zu zeichnen und zu zeigen pflegte.

Ach, er war wirklich nicht der phantasievolle Schwärmer, der — den Dingen des Alltags fern und abgekehrt — jemals mit seinen Gedanken über den Wolken geschwebt und dabei den festen Boden unter den Füßen verloren hätte. Wer je das Glück gehabt hat, ihm nahe zu sein, der weiß, daß das Zusammensein mit ihm eine Schule strenger Zucht der Gedanken war. Er, dessen Gedanken so leicht den Geist zu ihrem Ziele trugen, duldete nie, auch nicht im anspruchslos behaglichen Freundesgespräch, daß man die Gedanken einmal leicht und flüchtig über kleine Hindernisse hinweghüpfen ließ. Stets hatte er sofort den Bleistift bei der Hand und rechnete, und rechnete genau. Gewiß, ein Finanzfachmann ist er nie gewesen, und die Zahlen des Kurszettels waren ihm nicht vertraut. Niemand aber wußte genauer als er Bescheid in den Zahlenreihen der statistischen Jahrbücher Deutschlands und der anderen großen Länder der Welt. Er kannte keine fesselndere Lektüre als diese, und er wußte sie mit der bildhaft gestaltenden Kraft seiner Darstellung auch dem nahezubringen und bald vertraut zu machen, dem sie zuvor das Sprödeste und Nüchternste und Langweiligste war, was es auf Erden gibt.

Wohl zeichnete uns seine reiche Phantasie so manchesmal mit schöpferischer Gedankenkraft in wunderbarer Klarheit das Bild dessen, was werden soll. Und gar oft auch sagte er auf lange Zeit voraus, was wirklich werden will. Nie aber vermaß er sich, ein Prophet zu sein. Nichts lag ihm ferner als das. Denn was er dachte und was er sagte, gründete sich stets auf reichste Kenntnis dessen, was war, und genaueste Prüfung dessen, was ist. Und doch wurde er und war er uns oft ein Prophet, der Prophet des freien, deutschen Gedankens.

Er, der tief religiöse Mensch, der wie Schleiermacher die schlechthinnige Abhängigkeit allen Menschenwerks vom Walten der Vorsehung empfand, war völlig vertraut mit dem Geiste der materialistischen Geschichtsauffassung. Und hat sich doch von ihr nie gefangennehmen lassen. Abhängigkeit von den Mächten des nach ehernen Gesetzen von Ewigkeit zu Ewigkeit

waltenden Schicksals ward ihm nie zur Zwangsläufigkeit des Geschehens, raubte ihm nie den Mut und den Willen zum Handeln. Bei vollem Verständnis für die nicht christlich religiös begründete Auffassung des Entwickelungsgedankens war er erfüllt von dem tief innerlichen Glauben an den sittlichen Aufstieg der Menschheit nach dem Willen der göttlichen Vorsehung. Und dieser Glaube war von jener Art, die Berge versetzen kann, weil er die Kraft des Willens weckte, dem kein Hindernis zu groß sein kann.

Dieses ist das große Geheimnis seines ganzen Wesens und alles dessen, was er tat. Nicht bloß, weil aus jedem Wort der Reichtum seiner Bildung sprach und seine künstlerische Anschauungs- und Darstellungskraft seinen Worten zur inhaltlichen Fülle stets den rechten Klang verlieh, sondern weil er aus voller Seele und leidenschaftlich bewegtem Herzen sprach, konnte sich niemand seiner erwärmenden und fortreißenden Einwirkung entziehen, der lesend, hörend oder gar persönlich erlebend in den Bannkreis seines Wesens und Wirkens geriet.

So auch kam es, daß er wie kein anderer in unseren Tagen stets Jugend um sich sah. Er verstand es, sich in ihre Seele zu versetzen und blieb ihr, nur körperlich alternd, innerlich immer nah. Er wußte Jünger um sich zu sammeln, die — von ihm angeregt und gefördert — nicht lediglich in seinen Spuren wandeln, sondern, eigene Wege gehend, dem gleichen Ziele zustreben. Seht Euch nur um, Ihr Freunde, in Nord und Süd und Ost und West unseres Vaterlandes! Wo immer die Parole „für Freiheit und Vaterland" heißt, da stehen in den Reihen der deutschen Demokratie und weit darüber hinaus nach links und nach rechts Kämpfer im Vordergrunde des geistigen Ringens, denen er einst den staatlichen und staatsbürgerlichen Sinn geweckt hat oder die gar durch seine Schule gegangen sind. Und wenn neue Jugend unsere Reihen auffüllt und Ihr sie fragt, was sie zu uns geführt, wes Geist sie für uns gewonnen hat: immer wieder werdet Ihr den einen Namen Naumann auf aller Lippen finden.

Ein bitter tragisches Schicksal hat es gefügt, daß Naumann den Sieg seiner Gedanken nur als beginnenden Sieg in der Gedankenwelt, nicht als siegende Wirklichkeit erlebt hat. Wenn etwas sein Lebensziel und seine Lebenshoffnung war, so war es der Gedanke, daß Volk und Staat nicht mehr neben oder gar gegeneinander stehen dürfen, sondern nur zwei Seiten einer und derselben Sache sind. Der Staat, so pflegte er zu sagen, das sind wir alle. Und indem er so dachte, konnte er nicht anders, als aus Hingebung ans Ganze für die Freiheit des einzelnen zu werben. Wie weh war ihm ums Herz bei jeder Erinnerung an alte Zeiten und Zustände, in denen der Mensch, um es in seiner der Welt der modernen Technik und Volkswirtschaft angepaßten Sprache zu sagen, der Rohstoff war, aus dem das Halbfabrikat Soldat und die Fertigware Steuern gemacht wurden! So konnte ihm auch die bloß politische Befreiung des Untertanen zum Staatsbürger nicht genügen. Auch im Wirtschaftsleben sollte aus dem Untertanen der Bürger erstehen.

Lest nur seine Schriften wieder durch, und Ihr werdet sie ganz von solchen Gedanken durchdrungen finden. Von seinen „Sozialen Briefen an reiche Leute" an über „Demokratie und Kaisertum", „Neudeutsche Wirtschaftspolitik", „Vaterland und Freiheit", „Mitteleuropa" — immer wieder stoßen wir auf den gleichen heiligen Eifer, der die Menschen aus ihrem Eigennutz herausreißen und dem Staatsgedanken zuführen, dem Dienst des einzelnen für die Gesamtheit gewinnen will. Und neben dem hohen Lied des Gedankens von staatlicher Macht und vaterländischer Größe immer wieder die großen Menschheitsgedanken und — diesen gleichgerichtet — zugleich jene stark betonte Wertung des persönlichen Eigen- und Innenlebens, die nie schöneren Ausdruck gefunden hat als in dem Bibelworte: „Was hülfe es dem Menschen, so er die ganze Welt gewönne, und nähme doch Schaden an seiner Seele!"

Furchtbar schwer hat er unter dem Kriege gelitten. Er gehörte nicht zu denen, die in den Augusttagen von 1914 sich von einem vaterländischen Rausch erheben und fortreißen ließen. Ihm standen von vornherein all die Gefahren vor Augen, die dann hinterher grausame Wirklichkeit geworden sind. Das lastete drückend auf ihm, und doch hat die Kraft des nationalen Verteidigungswillens keinen warmherzigeren und beredteren Anwalt gefunden als ihn. Noch stehen mir die sorgenschweren Briefe vor Augen, die er mir in der ersten Kriegszeit ins Feld hinausschrieb, die — wie ja auch seine „Kriegschronik" damals und bis zum Schluß — ebenso fern waren von Siegestaumel wie von Schwarzseherei. Er wußte eben, was dieser Krieg bedeutete, und machte sich und uns anderen nichts vor. Er wußte aber auch, daß der Krieg — wenn überhaupt — so nur gewonnen werden konnte durch Einsetzung, und zwar durch freudige, frei gewollte Einsetzung der gesamten deutschen Volkskraft. Noch einmal lebte der Gedanke von „Demokratie und Kaisertum" wieder auf. Er schrieb in der von mir herausgegebenen Sammlung die glänzende Schrift „Der Kaiser im Volksstaat" und zeigte in letzter und schwerster Stunde noch einmal den Weg, auf dem ohne gewaltsame Umwälzung die Zusammenfassung der Volkskraft *zu höchster* staatlicher Wirkung im Innern und nach außen gelangen könnte. Seine Stimme war nicht die Stimme eines Predigers in der Wüste; sie wurde gehört und verstanden, aber nur vom Volk, nicht von denen, die sie hören und ihr folgen mußten, weil sie die Macht hatten, ihr Geltung zu verleihen. So brach das alte deutsche Staatswesen zusammen, weil man an der Spitze nicht begriffen hatte, daß man das ganze Volk zu seinem Träger hätte machen müssen, da ein Staat im Sturme nur auf breiter Grundlage fest und sicher stehen kann.

Wie es zu seinen schmerzlichsten Erlebnissen gehörte, daß das Kaisertum den Weg zur Demokratie nicht rechtzeitig zu finden wußte und noch weniger entschlossen zu gehen wagte, selbst dann nicht, als nichts anderes mehr retten konnte, so gehörte es zu dem, was ihn am frohesten und dankbarsten machte, daß die Sozialdemokratie in der Schicksalsstunde des Vaterlandes den Weg zur Staatsbejahung gefunden hat. Sein alter Gedanke von einer regierungsfähigen und also mit Naturnotwendigkeit auch bald zur Regierung gelangenden Mehrheit der Linken nahm in der Zeit der Not feste Gestalt an, und er, der so oft deswegen törichten Spott hatte hören müssen, erlebte noch, daß sein Gedanke allmählich und fast unbemerkt auch den einstigen Spöttern zur schlichten Selbstverständlichkeit geworden war.

So reich seine Innenwelt war, so sehr ihn außer der Politik auch die religiösen Probleme und daneben die Kunst, besonders die bildende Kunst, beschäftigten — er selber zeichnete und aquarellierte in seinen wenigen Mußestunden gern und mit weit mehr als bloß dilettantischen Gaben und Leistungen —, so war doch seine Natur ganz und gar aufs Handeln gestellt. Er konnte Menschen nicht begreifen, die sich und die Dinge einfach vom Strome treiben lassen. Wie ihn die hilflose, tatlose, bloß kritisierende Opposition des alten

Liberalismus nicht befriedigte, und wie er deshalb, er, dem ja auch die Versöhnung von Sozialismus und Liberalismus auf demokratischer und nationaler Grundlage Herzenssache war, das politische Bündnis der liberalen Parteien mit der Sozialdemokratie anstrebte, so konnte er auch im Kriege sich nicht einfach auf die Politik des Abwartens und Zusehens beschränken. Aber, wie stets bei ihm, so war auch sein Gedanke „Mitteleuropa" nicht dem bloßen Spiel seiner stets angeregten und anregenden schöpferischen Phantasie entsprungen, sondern getragen von der auf gründlicher Kenntnis und gründlicher Prüfung aller Möglichkeiten beruhenden, auf schärfstes Nachdenken gestützten, tief inneren Überzeugung von seiner sachlichen Notwendigkeit. Er schaute auch hier keineswegs bloß „prophetisch in die Ferne", wie man von ihm gesagt hat, und übersah keineswegs dabei „die Hemmungen und Forderungen des Tages". Und „die ungünstigen Rückwirkungen dieser Idee, die er mit der ganzen Leidenschaft seines übervollen Herzens propagierte", gewahrte er sehr wohl; aber er wußte auch, daß nicht seine Idee, sondern ihre teils törichte, teils böswillige Entstellung für die „ungünstigen Rückwirkungen" verantwortlich war.

Es ist nicht unnötig, sondern tut leider bitter not, daß ich in diesem Zusammenhange mich abwehrend vor ihn stelle, da er selbst seine Sache nicht mehr verteidigen kann. Wenn wir auf die Ereignisse achten, die heute im einstigen Österreich und Ungarn vor sich gehen, so kann niemand mehr bestreiten, wie richtig auch hier wieder Naumann die Entwicklung der Dinge vorausgesehen hat. Jetzt wird ohne und gegen uns „geordnet", was in Freiheit und Recht und gegenseitiger Duldung mit uns und für uns beizeiten hätte geordnet werden müssen. Keine Spur von alldeutscher Eroberungsromantik, die man seinem „Mitteleuropa" angedichtet hat, ist da wirklich vorhanden. Keine Spur von überspanntem Nationalismus! Naumann glaubte vielmehr an die heilende und aufrichtende Kraft der Freiheit und betonte immer wieder, daß die Freiheit das erste sei, was die kleinen Zwischenvölker Mitteleuropas brauchen. Ebensosehr sah er aber auch und mahnte, daß die Verantwortung für die weitere Ruhe des Erdteils in erster Linie auf uns liege, und daß wir deshalb den Balkanzustand der neuen Zwischenvölker nicht zum Kampf aller gegen alle werden lassen durften. Durch den mitteleuropäischen Völkerbund sollte das schwere Weltproblem der Nationalitäten soweit als menschenmöglich an einer, und zwar an der gefährdetsten Stelle, gelöst werden. Es ist also der Ausgleich des nationalen und des internationalen Gedankens, den Naumann hier sucht und findet. Nicht mehr als Gegensätze erscheinen sie ihm, sondern als sich gegenseitig ergänzende Formen menschlichen Denkens.

Was ihn in diesen letzten schweren Zeiten nach dem deutschen Zusammenbruch am meisten erfüllte, das war die Sorge um die Gesundung der gebrochenen Volksseele. Er glaubte an die guten und großen Eigenschaften unseres Volkes, glaubte an sie mit all der Wärme seines Wesens, auch jetzt noch und gerade jetzt, trotzdem und alledem. In diesem Glauben an die deutsche Wiedergeburt ist er von uns gegangen. Und wir, die wir trauernd um den dahingeschiedenen Führer und Freund zurückbleiben, wollen uns von diesem Glauben stark machen lassen, in seinem Geiste fortzuarbeiten und sein Werk zu vollenden dem Vaterlande und der Menschheit zum Segen. **Wilhelm Heile.**

Inhaltsübersicht

Politische Notizen: (Haus Habsburg und die Entente. — Französische Rheinbundpläne. — Ludendorffs Kriegserinnerungen. — Der Untersuchungsausschuß. — Immanuel Heyn †. — Mutterschaftsversicherung. — Das Gesetz über die Betriebsräte). — **Wilhelm Heile:** Friedrich Naumann †. — Bürgermeister Dr. **Hermann Luppe**, M. d. R.: Zum Gesetzentwurf über die Betriebsräte. — **Gustav Schneider-Sachsen**, M. d. R.: Die Betriebsräte. — **Axel Schmidt:** Botschafter Iswolski †. — Dr. **Wolfgang Kraus:** Die Brücke über den Ozean. — Dr. **Julius Luebeck-München:** Zur Wiederherstellung der Kaufkraft des Lohnes. — **Gertrud Bäumer:** Unter der Geißel der Erwählung. — **Georg Mehlis:** Schelling und die Idee des Völkerbundes. — **Naumann †:** Naturfragen. — Büchertisch.

Politische Notizen

Haus Habsburg und die Entente. Unter dem Schutz der Entente ist Erzherzog Joseph ungarischer Staatsregent geworden. Jetzt aber läßt dieselbe Entente kurz und grob erklären, daß sie eine Regierung mit einem Habsburger nicht anerkennen könne. Dieselbe Entente? Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Die gesamte Entente war einig nur in der Abneigung gegen die bolschewistische Gewaltherrschaft von Budapest. Sie zu stürzen, kam ihr die rumänische Aktion gerade recht. Einig war und ist auch die Entente darin, daß aus dem, was auch immer da wird, kein Segen für Deutschland entsprießen dürfe. Französische Einflüsse, von England geduldet, brachten den Habsburger in die Höhe. Nicht aus Vorliebe für das Haus und ebensowenig für den erwählten Mann, hob man Joseph auf seinen Platz. Wohl nur aus der Erwägung, daß dem Habsburger unter Ausnutzung dynastischer Erinnerungen und Gefühle gelingen könne, was sonst undenkbar schien: die Anlehnung Deutschösterreichs an Ungarn, d. h., die ewige Trennung der Deutschen Österreichs und des Reichs. Hier aber schon schieden sich die Wege der Ententemächte. Italien witterte Gefahr. Nicht aus Sympathie für die Deutschen, auch kaum in Erinnerung an seine eigene nun befriedigte Sehnsucht nach Vereinigung mit den „unerlösten" Stammesgenossen. Es fürchtete vielmehr die Bildung eines Donaubundes unter habsburgischer Führung, dem nicht bloß die Ungarn und die Deutschen, sondern auch die Tschechoslowaken und insbesondere auch die Südslawen angehören würden. Der amerikanische Vertreter Hoover erkannte die Gefahr, die aus diesem Interessengegensatz für die ganze Entente entstehen müßte. An und für sich schon wäre die Duldung oder gar Förderung des habsburgischen Staatsstreiches gegen die amerikanische Lehre von der reinen Demokratie; unter den gegebenen Verhältnissen aber erscheint solcher Verstoß gegen die reine Lehre als ein „Spiel mit Dynamit", das Amerika nicht dulden könne, auch wenn es allein mit seinem Einspruch bleiben sollte. Es ist aber nicht damit allein geblieben. Italien hat ihm kräftig sekundiert, England wird sich mit geheucheltem Widerstreben gern gefügt haben, und Frankreich blieb dann nichts anderes mehr übrig, als zu schweigen. So mußte Joseph von Habsburg, kaum gerufen, wieder verschwinden, auf Geheiß derer, die ihn gerufen haben. Der Stern Habsburgs ist eben erloschen. Nutzlos der Versuch, ihn mit erborgtem Licht noch einmal glänzen zu lassen. W. H.

Französische Rheinbundpläne. Frankreich beschränkt sich keineswegs auf die Begünstigung der Wühlarbeit des Herrn Dorten. Was es anstrebt, ist mehr als ein rheinischer Pufferstaat. Das Ziel ist die Zersplitterung Deutschlands. Im „Temps" konnte man kürzlich — in einem Artikel, der sich mit den Zusammenkünften in der Schweiz beschäftigte, bei denen der Sturz Bela Khuns besprochen wurde — den Plan der Schaffung eines großen süddeutsch-katholischen Staates ganz offen erörtert sehen. Deutschösterreich und Bayern sollen den Kern dieses Staates bilden. Man hofft auf die Unterstützung des Vatikans für solche Gründung und stellt den Bayern große wirtschaftliche Vorteile in Aussicht, wenn es sich auf solche Weise vom Reiche lösen würde. Gewiß hat man dabei in bezug auf Bayern und auf die große Mehrheit der

Deutschösterreicher die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Aber wenn man daneben den anderen Plan der westdeutsch-katholischen Republik hält, so kann man den Franzosen die Großzügigkeit des Planens nicht bestreiten. Um so bedeutender erscheint in diesem Zusammenhange der Sieg des deutschen Einheitsgedankens bei der Schaffung der neuen Verfassung und vor allem auch der ebenso wichtige Sieg des Gedankens der organischen Neugliederung des Reiches unter Wahrung und zur Förderung der freien Selbstverwaltung der im Reich geeinten Stämme des deutschen Volkes. Je mehr diese Freiheitlichkeit im Aufbau des neuen deutschen Reiches wirklich verstanden wird und ins allgemeine Volksbewußtsein übergeht, desto sicherer ist das Scheitern der französischen Pläne. W. H.

Ludendorffs Kriegserinnerungen sind ein neuer eindrucksvoller Beweis dafür, daß unsere führenden Stellen in Politik und Heeresleitung einander nicht in die Hände gearbeitet, sondern ihre Kräfte in unaufhörlichen Reibungen verbraucht haben. Soweit die Erinnerungen die militärischen Operationen betreffen, erneuert sich das Gefühl unendlicher Dankesverpflichtung gegen diesen ebenso tatkräftigen wie geistvollen und zielbewußten großen Heerführer. Das ganze Werk aber ist durchzogen von Ausführungen, die nicht der General, sondern der Staatsmann Ludendorff macht in der Absicht, sich gegen den Vorwurf einer unzulässigen und gefährlichen Einmischung in die Politik zu verteidigen. Er leugnet, daß die Oberste Heeresleitung für einen Verständigungsfrieden nicht zu haben gewesen sei. Die Regierung habe der Heeresleitung nie eine solche Friedensmöglichkeit gezeigt. Die vom Verständigungsfrieden redeten, hätten unser Volk nur friedenssehnsüchtig gemacht, den Feind aber nicht friedenswillig. Angesichts des feindlichen Vernichtungswillens habe die Heeresleitung den vollen militärischen Sieg erstrebt. Der sei auch erreichbar gewesen, wenn uns nicht „die Heimat" um diesen Sieg gebracht hätte. — Ohne es zu ahnen, verwickelt sich hier Ludendorff in Widersprüche. Sein Verhalten in der belgischen Frage, um nur das wichtigste Beispiel zu nennen, machte es ja der Regierung unmöglich, wenn sie ihn nicht stürzen wollte oder konnte, die Möglichkeit des Verständigungsfriedens herbeizuführen. Ludendorff darf sich also nicht darauf berufen, daß man sie ihm nicht gezeigt habe. Da Ludendorff den vollen Sieg noch heute für erreichbar erklärt, ist es ja auch begreiflich, daß er als Soldat für den Verständigungsfrieden nicht sonderlich eingenommen war. Er vergaß aber dabei, daß ein Sieg, wenn überhaupt, nur durch den vereinten Willen aller Teile des Volkes draußen und daheim zu erreichen war. Oder vielmehr: er vergaß das nicht, aber handelte nicht danach. Weil er eben kein Verständnis dafür hatte, wie solcher Einheitswille zu schaffen und zu erhalten ist. Er glaubte, ihn einfach verlangen und anordnen zu können. Der von ihm betriebene aufdringliche Aufklärichtt erreichte deshalb nur und mußte das Gegenteil der Absicht erreichen. Nur durch rückhaltlose Beschränkung gerade in glücklichen Kriegslagen auf den reinen Verteidigungsgedanken konnten die Massen unseres Volkes bei kraftvoller Stimmung und gutem Willen gehalten werden. Und nur so konnte bei den Feinden in für sie schweren Zeiten der Kriegswille der Massen gebrochen werden. Aus Ludendorffs Erinnerungen wird es immer wieder bestätigt, daß der große General ein so schlechter Politiker und Psychologe ist, daß er das immer noch nicht begriffen hat. Gewiß ist etwas Wahres an seiner Behauptung, daß die Zermürbung des Feldheeres aus der Heimat kam. Aber das gilt auch umgekehrt. Und was ist Ursache und was Wirkung? Der Zweifel am Verteidigungscharakter und der Zweifel an dem ehrlichen Willen zur innerstaatlichen Neugestaltung sind die Träger der Zermürbungskeime gewesen. Und wenn draußen und daheim die furchtbare Frage laut werden konnte: haben die Feinde mit ihren Behauptungen über Deutschland nicht recht?, so kann man sagen, daß die, die diese Frage in Deutschland möglich gemacht haben, es sind, die Deutschland durch ihre böse Politik den Dolch in den Rücken gestoßen haben. Ohne diesen Dolchstoß wäre die Verständigung möglich gewesen. Aber nur zur rechten Zeit, d. h., wenn wir auf den Höhen unserer militärischen und politischen Kraftentfaltung mit der Verständigungsbereitschaft vollen Ernst gemacht hätten. Das war, vor dem Eingreifen Amerikas, das höchste, was zu erreichen war. Wer mehr wollte, hat eine schwere Verantwortung auf sich geladen. Wer mehr glaubte und für möglich hielt, hat eine Verblendung bewiesen, die angesichts des Kräfteverhältnisses der streitenden Parteien für Deutschland verhängnisvoll geworden ist. Und wem heute darüber die Augen noch nicht aufgegangen sind, über den kann man mit einem Achselzucken hinweggehen, wenn es sich nicht gerade um einen Mann handelt, der an solcher Stelle gestanden hat wie Ludendorff. W. H.

Der Untersuchungsausschuß. Die Nationalversammlung hat kurz vor ihrer Vertagung beschlossen, einen Untersuchungsausschuß von 28 Mitgliedern einzusetzen, der die Aufgabe hat, durch Erhebung aller Beweise festzustellen:

1. welche Vorgänge zum Ausbruch des Krieges geführt, seine Verlängerung veranlaßt und seinen Verlust herbeigeführt haben, insbesondere:
2. welche Möglichkeiten sich im Verlaufe des Krieges geboten haben, zu Friedensbesprechungen zu gelangen, und ob solche Möglichkeiten ohne die erforderliche Sorgfalt behandelt worden sind;
3. ob im Verkehr der politischen Stellen der Reichsleitung unter sich, zwischen der politischen und militärischen Leitung und mit der Volksvertretung oder deren Vertrauensmännern Treue und Glauben gewahrt worden sind;
4. ob in der militärischen und wirtschaftlichen Kriegführung Maßnahmen angeordnet oder geduldet worden sind, die Vorschriften des Völkerrechts verletzt haben oder über die militärische und wirtschaftliche Notwendigkeit hinaus grausam und hart waren.

Die Einsetzung dieses Ausschusses ist auf Grund des Artikels 34 der neuen Verfassung erfolgt. Danach erhebt der Ausschuß seine Beweise in öffentlicher Verhandlung; er kann jedoch mit Zweidrittelmehrheit die Öffentlichkeit ausschließen. Die Gerichte und Verwaltungsbehörden sind verpflichtet, dem Ersuchen des Ausschusses um Beweiserhebungen Folge zu leisten; die Behörden müssen auf Verlangen ihre Akten vorlegen. Die Bildung dieses Ausschusses bedeutet eine neue Form der Ausübung des großen grundlegenden Kontrollrechtes der Demokratie auch über die ausführenden Organe des Staates. Da die Untersuchung des Ausschusses nur auf Feststellung des Tatbestandes gerichtet ist und dem erkennenden Urteil des späteren Staatsgerichtshofes in keiner Weise vorgreifen will, so ist eine ausreichende Bürgschaft für Sachlichkeit gegeben, zumal, da zum Ausschuß auch Vertreter der kleinen Parteien von rechts und ganz links gehören. Die deutschdemokratische Fraktion hat die Abgeordneten Gothein, Heile, Hermann-Posen, Petersen und Schücking in den Ausschuß entsandt, zu dessen Vorsitzenden Petersen gewählt wurde. Der Ausschuß beabsichtigt, bedeutende Historiker usw. als Sachverständige heranzuziehen. W. H.

Immanuel Heyn †. Unser alter Freund, der frühere Reichstagsabgeordnete für Stralsund-Rügen, der Pfarrer an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin, Immanuel Heyn, ist in seiner Heimatstadt Greifswald nach längerem Leiden gestorben. Er gehörte zwar nicht zum alten Freundeskreis der Nationalsozialen, aber er hat doch unserem „Hilfe"-Kreis seit der Vereinigung von 1903 immer besonders nahegestanden. Ein tapferer Vorkämpfer auch des kirchlichen Liberalismus, hat er namentlich in kulturellen und sozialen Fragen immer zu den Vertretern des fortgeschrittensten Standpunktes innerhalb unserer Reihen gehört. Wir alle, die wir so manches Jahr hindurch in politischer Kampfes- und Arbeitsgemeinschaft und persönlicher Freundschaft mit ihm verbunden waren, denken seiner in Dankbarkeit und Treue. W. H.

Mutterschaftsversicherung. Es war kein sehr soziales Vorgehen, durch das die beiden Regierungsparteien im letzten Augenblick der ungeheuer überladenen Tagesordnungen in Weimar noch ein Gesetz betreffend die Fortführung der Reichswochenhilfe als Initiativantrag einbrachten. Der soziale Ausschuß der Nationalversammlung hatte auf Anregung des demokratischen Mitgliedes Marie Baum schon vor Monaten einen Antrag in der gleichen

Richtung an die Regierung gestellt, und der Reichsarbeitsminister hatte seine Erfüllung in Aussicht gestellt. Plötzlich erscheint ohne Verständigung mit den anderen Parteien der Initiativantrag der Sozialdemokratie und des Zentrums. Ein Vorgehen, das gar keinen anderen Sinn haben kann, als das unsachgemäße Hindernisrennen der Parteien um die Gunst der Wähler. Der Antrag war mit einer geradezu unverantwortlichen Flüchtigkeit vorbereitet. Niemand weiß, welche Summen dieses neue Gesetz fordern wird. Niemand vermag zu sagen, ob die Krankenkassen in der Lage sind, die neuen Lasten, die ihnen das Gesetz auferlegen wollte, zu tragen. Auf demokratischen Antrag ist im Ausschuß wenigstens noch die Beteiligung des Reiches an den entstehenden Kosten durchgesetzt worden. Auch im übrigen sind in der Ausschußberatung noch die gröbsten Unklarheiten beseitigt. Daß das Gesetz an sich notwendig ist, liegt auf der Hand. Richtiger wäre es gewesen, daß statt der zuerst eintretenden Stockung in der Reichswochenhilfe und dann dieser plötzlichen planlosen Wiedereinführung die Regierung selbst beizeiten eine zweckmäßige Überleitung vorbereitet hätte. Der Vorgang ist einer der zahlreichen Beweise überstürzter Gesetzesmacherei, die in den letzten Wochen der Nationalversammlung alle gewissenhaften Politiker mit stärksten Besorgnissen erfüllen mußte. G. B.

Das Gesetz über die Betriebsräte ist durch die erste Lesung gegangen. Seine Mängel sind dabei scharf beleuchtet worden. Sie entspringen im letzten Grunde der Tatsache, daß die Regierung sich von radikalen Stimmungen der Arbeiterschaft stärker treiben läßt, als daß sie die Kraft und den Mut hätte, das Gesetz so zu gestalten, daß es seinen Zweck erfüllen kann. Gerade wenn man, wie es seit Jahrzehnten im nationalsozialen Gedankengang gelegen hat, den „konstitutionellen Betrieb" erstrebt, muß man doppelt besorgt der schablonenhaften Überdemokratisierung in diesem Gesetz gegenüberstehen, das Industrie, Handel, Landwirtschaft, Handwerk gleichmäßig nach demselben aus dem Gesichtskreis der Industrie gewonnenen Schema behandelt, das schon bei fünf Arbeitern oder Angestellten den Apparat einer gesetzlichen Interessenvertretung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einschiebt. Die Demokratie dieses Gesetzes ist so schwerfällig, umständlich und ungeschickt wie eine Maschine der ersten Erfindung. Hoffentlich gelingt es schon der Ausschußberatung, die elegantere und leichtere Form zu finden. Da die Betriebsräte die Grundlage für den weiteren Aufbau der Wirtschaftsvertretungen geben sollen, so wäre es besonders verhängnisvoll, wenn diese Einrichtung infolge bürokratischer Überladenheit nicht gut arbeitete. G. B.

Hermann Luppe, M. d. N. / Zum Gesetzentwurf über die Betriebsräte

In Artikel 165 der neuen Verfassung ist ausgesprochen, daß künftig „Arbeiter und Angestellte gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken berufen sind". „Zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen erhalten die Arbeiter und Angestellten (neben ihren gesetzlich vorhandenen freien Organisationen) gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat." „Den Arbeiterräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden." „Aufbau und Aufgaben der Arbeiterräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern zu regeln, ist ausschließlich Sache des Reiches." Neben den gesetzlichen Vertretungen der Arbeitgeber in Handels-, Handwerks-, Landwirtschaftskammern usw. soll nun endlich auch den Arbeitern und Angestellten eine gesetzliche Vertretung im Betriebe, für größere Bezirke und fürs ganze Reich zuteil werden, mit bestimmten Aufgaben, mit Kontroll- und Verwaltungsbefugnissen. Es soll aber weiter der sachverständige Rat der Arbeitervertretungen nutzbar gemacht werden für die Gestaltung unseres ganzen Wirtschaftslebens, indem die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat mit den Vertretungen der Unternehmer und sonstiger beteiligter Volkskreise im Bezirkswirtschaftsrate und einem Reichswirtschaftsrat zusammentreten; dem Reichswirtschaftsrat insbesondere ist ein erheblicher Einfluß auf unsere gesamte sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzgebung eingeräumt.

Das Fundament dieses ganzen weitausschauenden Aufbaues will nun der Gesetzentwurf über die Betriebsräte schaffen, welcher von der Nationalversammlung jetzt in erster Lesung behandelt worden ist. Die Grundgedanken dieses Gesetzes können entschieden Zustimmung finden, da sie lediglich anknüpfen an das, was liberal und demokratisch gesinnte Sozialpolitiker und Arbeitgeber seit Jahren gefordert oder praktisch durchgeführt haben. Die Begründung des Entwurfes weist selbst darauf hin, daß Arbeiterausschüsse zuerst freiwillig von umsichtigen Arbeitgebern auch im wohlverstandenen eigenen Interesse eingerichtet sind, ich erinnere ferner nur beispielsweise an Freses konstitutionelles Fabriksystem, an Ernst Abbe und das Zeißwerk. Ich erinnere ferner an die vielfachen Anregungen und Vorschläge von Männern, wie Naumann, Potthoff, Erkelenz über die Umgestaltung des Arbeiterrechtes und die Demokratisierung in den Betrieben, vor allem aber an den verstorbenen Stadtrat Flesch in Frankfurt am Main. Flesch war es, der den Ausdruck geprägt hat, das Arbeitsverhältnis müsse aus einem Gewaltverhältnis in ein Rechtsverhältnis verwandelt werden. Die formale Rechtsgleichheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer brachte die Gewerbeordnung von 1869, aber nicht die wirtschaftliche. Bei der Schaffung des Gewerbegerichtsgesetzes setzte sich Fleschs Forderung durch, der Arbeitgeber dürfe die Vergütung für die Teilnahme an den Sitzungen nicht zurückweisen; mit Zähigkeit trat er dafür ein, daß ungleiche Kündigungsfristen zugunsten des Arbeiters erlaubt sein müßten, im Landtag trat er mit Energie ein für die Sicherung der Sicherheitsmänner und anderer Vertrauensleute der Arbeiter gegen willkürliche Kündigung und verlangte allgemein, daß Großbetriebe Arbeiter, denen ohne eigenes Verschulden gekündigt wird, eine nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit abgestufte Abgangsentschädigung erhalten, und daß allgemein bei längerer Betriebszugehörigkeit Kündigung nur aus einem wichtigen Grunde erfolgen dürfe. Denn er hatte längst erkannt, daß die Kündigung eines Arbeiters für ihn vielfach völlige Existenzvernichtung bedeutete und der Willkür rechtlich keine Schranke gesetzt war. Gewiß haben unsere Arbeiterschutzbestimmungen mit der Zeit manche Besserung gebracht, vor allem hat die gewerkschaftliche Organisation, hat die ganze Tarifvertragsbewegung Gewaltiges zum Ausgleich der Marktverhältnisse getan, aber sie machen doch halt vor den inneren Betriebsverhältnissen und dem Schutz des einzelnen vor plötzlicher Kündigung, vor Schikanen, vor Akkordbrückerei usw.; es bedarf der Ergänzung des Geschaffenen durch ein Vertrauensorgan der Arbeiter im Betriebe selbst.

Der Entwurf verhilft aber weiter auch den Gedanken zum Durchbruch, welche Max Hirsch und nach ihm die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine immer vertreten haben, daß die wohlverstandenen Interessen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer keineswegs nur gegensätzliche sind, sondern in weitem Umfange zusammengehen. Die „Harmonieduselei", welche man ihnen immer vorwarf, war nur das Verständnis dafür, daß auch der Arbeiter das größte Interesse an Gedeihen und Produktivität des Betriebes hat. Sie haben darüber niemals noch die gegensätzlichen Interessen verkannt und haben nötigenfalls den Kampf mit allen Mitteln aufgenommen und durchgeführt, aber sie haben auch nie vergessen, daß über diesem Gegensatz steht und stehen muß der verständnisvolle Wille beider Teile zur Arbeit fürs Ganze. Die Produktivität der Betriebe nicht zu hemmen, sondern zu fördern unter Ausgleich der beiderseitigen Interessen, das allein kann, wie es auch die Verfassung will, der Leitgedanke sein, unter dem das Betriebsrätegesetz zu beurteilen ist.

Freilich ist eine Lösung des Problems im gegenwärtigen Augenblick nur möglich, wenn man mit Vertrauen auf den gesunden Sinn unserer Arbeiter und Angestellten daran herantritt. Heute lasten die Kriegswirkungen auf weiten Schichten wie eine

Digitized by Google

schwere Krankheit, eine Psychose. Sie sehen vielfach nicht das Ganze, sondern nur deren unmittelbaren Vorteil; die angebahnte gesunde Entwicklung des Arbeitsverhältnisses hat sich überstürzt, das Hilfsdienstgesetz, die Verordnung vom 23. Dezember 1918 über Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, das Mitbestimmungsrecht, die wilden Betriebsräte, die Welle des russischen Rätesystems haben überall Gärung und Unordnung geschaffen, ewige Forderungen, Verhandlungen und Sitzungen hemmen die Arbeit im Betriebe, die Leute sinnen vielfach darauf, was sie etwa noch fordern könnten. Schon aus diesen Gründen ist eine gesetzliche Ordnung der Arbeitervertretung schleunigst nötig, um wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen; aber sie erscheint auch als der beste Weg, um die Arbeiter und Angestellten allmählich wieder zur Vernunft und Einsicht zu bringen und Beruhigung zu schaffen und den Arbeitswillen zu heben, wie manche inzwischen gesammelten Erfahrungen beweisen. Entscheidend ist nicht der Erlaß von Bestimmungen, auch die besten Bestimmungen nützen nichts, wenn es nicht gelingt, in Arbeiter und Angestellte wieder den richtigen Geist gemeinsamer Arbeit im Interesse des Betriebes zu bringen. Fehlt der richtige Geist, dann gibt es auch ohne Betriebsräte keine Ruhe und Frieden im Betriebe, die Arbeiter lassen sich die einmal errungenen Rechte nicht so leicht wieder nehmen; gelingt es aber, die Arbeiterbewegung wieder in ruhige Bahnen zu lenken, dann sind auch die neuen Rechte der Betriebsräte unschädlich für den Betrieb, sie können im Gegenteil manchen Nutzen stiften. Schuld an der unerfreulichen Entwicklung trägt vor allem auch das Verhalten der Arbeitgeberkreise, die bis vor kurzem noch vielfach die Organisationen der Arbeiter und Angestellten aufs schärfste bekämpften; heute sind es überwiegend die früher Unorganisierten und die Gelben, welche sich durch sinnlose Forderungen und wilde Streiks auszeichnen, während die alte organisierte Arbeiterschaft sich dagegen wendet, aber vielfach machtlos dem Terror gegenübersteht. Ohne Zweifel bedeuten die Betriebsräte eine gewisse Gefahr für die Arbeiterorganisation. Der Syndikalismus, die Regelung der gesamten Arbeits- und Lohnverhältnisse nur durch die einzelnen Betriebsräte ohne Rücksicht auf alle anderen Betriebe, bedroht die Gewerkschaften wie die Industrie. Aber es wäre auch jetzt wieder ein schwerer Fehler, wenn die Arbeitgeber nun versuchten, die Arbeitnehmer gegen die Gewerkschaften auszuspielen. Die Gewerkschaften müssen aus eigener Kraft wieder Einfluß gewinnen auf die Arbeiterschaft in den Betrieben, die Betriebsräte nicht bekämpfen, sondern in ihre Organisation eingliedern. Es handelt sich um die große Aufgabe, das Mißtrauen der Arbeiter und Angestellten im Betriebe zu beseitigen, indem man ihnen ein Mitbestimmungsrecht und kontrollierende Mitarbeit durch eigene Vertreter sichert. Der Arbeiter hat die Befürchtung, daß seine Arbeitskraft ausgebeutet, Wucher mit ihr getrieben wird; wie der Bürger als Steuerzahler durch seine Vertreter Sicherheit haben will, daß mit seinem Gelde richtig gewirtschaftet wird, so will auch der Arbeiter durch Männer seines Vertrauens gegen Mißbrauch geschützt werden. Das Bewußtsein, durch Männer seines Vertrauens maßgebend vertreten zu sein, hat sich noch überall als das beste Ventil gegen das schleichende Mißtrauen wie gegen Ausbeuter des Gefühls des Unterdrücktseins erwiesen. Der Gedanke der gleichberechtigten Mitarbeit im Betriebe wird nicht mehr verschwinden.

Der Entwurf der Reichsregierung über die Betriebsräte wird freilich im einzelnen noch mancher Abänderung bedürfen, wenn er den dargestellten Grundgedanken wirklich gerecht werden soll. Den Betriebsräten sollen zweierlei Aufgaben zugewiesen werden, soziale und wirtschaftliche, solche, die den Schutz und die Vertretung der Interessen der Arbeiter und Angestellten betreffen, und solche, die einem fördernden Einfluß und der Mitwirkung im Betriebe dienen sollen. Es bestehen doch sehr erhebliche Bedenken, diese beiden doch recht verschiedenartigen Aufgaben einer und derselben Vertretung zu übertragen. Die erstere Aufgabe sollten m. E. wie bisher die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse wahrnehmen, die sich im wesentlichen bewährt haben, bis man die schärfsten Vertreter der Interessen der Arbeiter und Angestellten hineinwählte. Für die zweite Aufgabe ist das Sachverständnis oder wenigstens Fähigkeit und guter Wille zum Verständnis für die Aufgaben, die Möglichkeiten, die Schwierigkeiten, die Wirtschaftlichkeit des Betriebes nötig; andernfalls entstünde nicht verantwortliche Mitarbeit, sondern Hineinpfuschen und Hineinreden oder gar Mißbrauch der eingeräumten Rechte und Einsicht. Mir will scheinen, daß hier die Entwicklung den Weg gehen muß, den Erkelenz gezeichnet hat, zur wirklichen Betriebsgemeinschaft, zur Beteiligung der Arbeiter und Angestellten am Betriebe, z. B. durch Gewährung von Anteilen in kleinen Aktien und durch paritätische Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten. Dadurch allein würden sich die Arbeiter und Angestellten dem Betriebe eng verbunden fühlen, es würde die Seßhaftigkeit der Arbeiter und ihr Interesse für die Produktivität des Unternehmens wesentlich gesteigert werden, während die jetzt vorgesehene Mitwirkung eine Halbheit bleibt, die Reibung und Mißtrauen nicht ausschließt, um so mehr, wenn derselbe Betriebsrat in erster Linie die gegensätzlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten hat.

Durch diese Verquickung beider Aufgaben entsteht auch die Möglichkeit einer Vergewaltigung der Angestellten durch die Arbeiter. Gewiß ist für die Lösung der zweiten Aufgabe ein Zusammenwirken beider Gruppen in einem Organ unerläßliche Bedingung für eine gedeihliche Arbeit, da das Sachverständnis der Angestellten hierbei nicht zu entbehren und zudem ein Gegengewicht zu bilden geeignet ist. Schon hierfür ist aber eine Vertretung beider Gruppen nach der Kopfzahl nicht geeignet, sondern sollte paritätisch erfolgen. Vor allem muß aber daran festgehalten werden, daß Arbeiter und Angestellte nicht eine einheitliche Gruppe sind, daß jede ihre eigenen Interessen hat und die gemeinsamen Interessen demgegenüber zurücktreten. Für Hand- und Kopfarbeiter gelten durchaus verschiedene Arbeitsbedingungen, selbst wenn das formelle Recht für beide Gruppen völlig gleich wäre, bei den Arbeitern erfolgt die Zahlung nach der Arbeitsleistung, die Angestellten haben ein beamtenähnliches Verhältnis, die Stellung im Betriebe ist eine verschiedene. Gewiß soll nicht Klassen- und Kastenscheidungen das Wort geredet werden, aber Proletarisierung immer größerer Massen kann niemand wünschen. Zwar kennt auch der Entwurf die Unterschiede an, indem jede Gruppe ihre Vertreter selbst wählt und ihre besonderen Interessen allein vertritt, u. a. gegenüber dem Arbeitgeber und dem Schlichtungsausschuß, aber die Gruppe der Angestellten ist in den industriellen Betrieben regelmäßig so klein, daß sie in allen gemeinsamen Fragen majorisiert werden kann, insbesondere auch durch Absetzung seitens der Betriebsversammlungen. Die Reibungen, welche die Motive aus der Schaffung von Arbeiter- und Angestellten-Ausschüssen neben dem Betriebsrat befürchten, sind auch bei der Gruppenbildung des Entwurfs nicht zu vermeiden, um so mehr, als die Kompetenzabgrenzung der Gruppen gegenüber den „gemeinsamen Angelegenheiten" des Betriebs ganz unklar ist. Bei einheitlichem Betriebsrat müßte paritätische Vertretung beider Gruppen eintreten; denn eine Majorisierung von zwei Gruppen, die durch das Gesetz zwangsweise zusammengefaßt werden, ist durchaus undemokratisch und kann nur Verbitterung schaffen, statt die Gemeinsamkeit zu fördern.

Ein Fehler des Entwurfs scheint mir auch zu sein, daß er die Besonderheiten der Betriebs- und Erwerbszweige nicht berücksichtigt, nur für die Schiffahrt ist besondere Regelung beabsichtigt, für die Landwirtschaft und die öffentlichen Betriebe sind geringe Abweichungen vorgesehen. Für alle Betriebe mit zwanzig und mehr Arbeitern und Angestellten ist ein Betriebsrat, bei 5 bis 19 ein Vertrauensmann zu bestellen. Die Aufgaben und Zuständigkeit des Betriebsrats sind in erster Linie zugeschnitten auf den industriellen Großbetrieb. In Betrieben, in denen die Angestellten überwiegen, liegen die Verhältnisse aber ganz anders, hier hat die Frage der Beteiligung am Aufsichtsrat, die Bilanzeinsicht eine ganz andere Bedeutung als gegenüber der Arbeiterschaft. Die enge häusliche Gemeinschaft in der Landwirtschaft, die Einstellung des Betriebes ganz auf die Individualität des Arbeitgebers in der Landwirtschaft, die noch ganz im Beginn begriffene Entwicklung der Arbeiterorganisationen erfordern besondere Berücksichtigung. Hier ebenso wie im Handwerk fragt es sich doch, ob für 5—6 Angestellte der Apparat der Wahl und Mitarbeit eines Vertrauensmannes notwendig ist an Stelle der

Digitized by Google

direkten Verhandlung. Besonderheiten liegen auch vor beim Theater und Variété, im Baugewerbe usw., wo feste Verträge auf Zeit, Akkordpartien usw. in Frage kommen. Ebenso ist bei allen öffentlichen Betrieben die Abgrenzung und die Zusammenarbeit mit den Beamtenausschüssen in dem Entwurf völlig ungeklärt.

Die Wahlbestimmungen, 20 Jahre für das aktive, 24 Jahre für das passive Wahlrecht mit längerer Betriebszugehörigkeit wird man billigen können; zweifelhafter ist, ob nicht die Möglichkeit, daß durch ein Mißtrauensvotum der Betriebsversammlung der Betriebsrat abberufen werden kann, geeignet ist, die Unabhängigkeit der Gewählten zu sehr zu schwächen, freilich ist die Forderung einer Zweidrittel-Mehrheit aller Wahlberechtigten eine starke Sicherung. Der Aufgabenkreis scheint nur einwandfrei festgelegt zu sein, soweit es sich um die Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten handelt. Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen, Mitwirkung bei Festsetzung der Akkordlöhne und neuer Löhnungsmethoden, bei Festsetzung von Arbeitszeit und Arbeit und beim Lehrlingswesen, Vereinbarung (nicht nur Anhörung) der Arbeitsordnung und sonstiger Dienstvorschriften, Förderung des Einvernehmens der Arbeiter untereinander und mit dem Arbeitgeber, und was eine sehr wichtige Pflicht ist. Eintreten für Wahrung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter; bei Vergewaltigung Andersdenkender kann ebenso wie bei Benutzung des Amts für eigene Vorteile eine Enthebung der Mitglieder des Betriebsrats vom Amt erfolgen durch den Schlichtungsausschuß, auch auf Antrag des Arbeitgebers oder ein Viertel der Arbeiter; es müßten aber auch kleinere Minderheiten oder deren Organisationen das Antragsrecht haben. Weiter hat der Betriebsrat den Schlichtungsausschuß anzurufen und wilde Streiks zu verhindern, beim Arbeiterschutz und bei Verwaltung der Wohlfahrtseinrichtungen mitzuwirken.

Wertvoll ist weiter auch die fördernde Mitwirkung bei Einführung neuer Betriebsmethoden. Stark umstritten sind aber alle anderen Rechte der Mitwirkung im Betriebe. Unerträglich erscheint mir das Einspruchsrecht gegen jede Einstellung eines Angestellten oder Arbeiters. Gewiß können auch hier durch Vetternwirtschaft, namentlich von Betriebsleitern, Mißstände entstehen oder durch Masseneinstellung ein Druck versucht werden. Hier einzugreifen ist aber Sache der Organisationen mit eventueller Anrufung des Schlichtungsausschusses; vor allem ist es eine Frage der besseren Gestaltung des Arbeitsnachweises durch Einführung des Meldezwangs für alle freien Stellen. Umgekehrt bedeutet aber das Einspruchsrecht die schwerste Schädigung der Freizügigkeit der Angestellten, Unzucht im Betriebe, Verhinderung der Heranziehung tüchtiger Kräfte, Vetternwirtschaft und Pöstchenverteilung durch den Betriebsrat und vor allem politischen und gewerkschaftlichen Terrorismus. Hinzu kommt, daß ein Einspruch nach erfolgter Einstellung mit der Verpflichtung des Arbeitgebers, den Eingestellten wieder zu kündigen, für diesen schwerste wirtschaftliche Schädigung bedeuten würde. Anders liegt es bei Entlassungen und Kündigungen, hier sind erhebliche Mißbräuche möglich und eine Kontrolle nötig, aber auch hier müssen die Gründe für einen berechtigten Einspruch genauer präzisiert werden.

Die Entsendung eines Vertreters in den Aufsichtsrat von Gesellschaften scheint mir weit harmloser zu sein, als sie von manchen Seiten hingestellt wird; ob sie anderseits den Arbeitern und Angestellten in dieser Form eine wirkliche Mitwirkung sichert und nicht vielmehr zu einer großen Enttäuschung führen wird, ist doch ernstlich zu prüfen, da einem einzelnen Mitglied der volle Einblick in die Geschäfte dort leicht vorenthalten werden kann. Ganz unberechtigt erscheinen mir allerdings die Bedenken, daß die Angestellten auf diese Weise einen eigenen Vorgesetzten wählen würden, mit diesen Formen demokratischer Organisation werden sich auch ihre Gegner abfinden müssen. Eine letzte Aufgabe des Betriebsrats ist es, die Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen, um dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen. Zu diesem Zweck kann der Betriebsrat Aufschluß über alle Betriebsvorgänge, über die Leistungen des Betriebes und den zu erwartenden Arbeitsbedarf verlangen und ebenso Vorlage einer Bilanz und einer Gewinn- und Verlustrechnung. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse dürfen hierdurch nicht gefährdet werden, aber auch ohne dies sind gewiß Bedenken gegen eine so weitgehende Offenlegung der Verhältnisse, insbesondere des Einzelunternehmens, gerechtfertigt. Mangelndes Sachverständnis und Vertrauensmißbrauch können hier schweres Unheil anrichten; solange die Angestellten und Arbeiter nicht unmittelbar am Betriebsergebnis interessiert sind, wird man die Bestimmungen eng auslegen müssen, insbesondere nicht auf Vorlegung der Belege für die Bilanz, der Gehaltslisten usw. ausdehnen dürfen; hier wird es ganz von der Entwicklung eines wirklichen Vertrauensverhältnisses abhängen, ob die Bestimmungen Gutes wirken werden, so daß vorsichtige Handhabung des Neuen sich empfiehlt.

Zu vielerlei Aufgaben den Betriebsräten stellen, heißt, den Versuch von vornherein gefährden; ein Fiasko der Einrichtung der Betriebsräte würde die wertvollen Gedanken der Demokratisierung der Betriebe schwer schädigen. Gerade in der bevorstehenden ungeheuer schweren Zeit sind Bedenken gegen zu vielerlei Experimente durchaus berechtigt, aber ein Neuaufbau Deutschlands bedarf anderseits neuer Bahnen, und er ist nur möglich, wenn das Vertrauen zu dem gesunden Sinn der Arbeiter und Angestellten berechtigt ist; ohne den Glauben an Deutschlands Wiederaufstieg wäre alle unsere Arbeit an der Neugestaltung der Verhältnisse nutzlos.

Gustav Schneider-Sachsen, M. d. N. / Die Betriebsräte

Rede zur ersten Lesung des Gesetzentwurfes in der Nationalversammlung.

Meine politischen Freunde haben den Grundgedanken dieses Gesetzentwurfs bei der Verfassung zugestimmt. Wir haben damals zum Ausdruck gebracht, daß es vielleicht nicht zweckmäßig sei, schon in der Verfassung selbst die Form vorzuschreiben, in der eine größere Beteiligung der Arbeiter und Angestellten am Wirtschaftsleben gesichert werden soll. Und es scheint dieser Gesetzentwurf, wie er uns vorliegt, ein Beweis dafür zu sein, daß unsere damaligen Bedenken das Richtige getroffen haben; denn der Aufbau des Gesetzentwurfs zeigt doch, daß er die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht so berücksichtigt, daß das Ziel des Gesetzentwurfs, das wir durchaus billigen, erreicht werden kann. Der Gesetzentwurf nimmt einen Gedanken und wendet ihn an, unbekümmert um die tatsächlichen Verhältnisse des Wirtschaftslebens. Er ordnet gleichförmig alles nach einem Schema, ohne zu berücksichtigen, daß, wenn man im Wirtschaftsleben ein wirklich individuelles Mitarbeiten der Arbeitnehmerschaft haben will, man sich dann auch den wirtschaftlichen Verhältnissen und den Arbeitsbedingungen einigermaßen anpassen muß. Der Gesetzentwurf unterscheidet aber nicht zwischen den durchaus verschiedenen Arbeitsverhältnissen in der Industrie, im Handel und in der Landwirtschaft, sondern er faßt alle diese großen Erwerbsgruppen — auch die des Handwerks — gewissermaßen unter einem Begriff zusammen. Dadurch werden in der praktischen Ausführung Schwierigkeiten und Hemmungen entstehen, die wir im Interesse der Sache selbst außerordentlich bedauern.

Im wesentlichen kommen in dem Gesetzentwurf Gedanken zum Ausdruck, die von liberalen Wirtschafts- und Sozialpolitikern schon seit Jahrzehnten ausgesprochen worden sind. Ich darf an das erinnern, was unser verehrter Kollege Naumann über die Demokratisierung unseres Wirtschaftslebens schon vor 20 Jahren geschrieben hat. Ich darf an die vortrefflichen Arbeiten des Stadtrats Flesch in Frankfurt a. M. erinnern, der ausdrücklich ausgesprochen hat, daß das Ziel aller Sozialpolitik nur sein kann, daß man im Arbeitsrecht aus dem Machtverhältnis ein Rechtsverhältnis macht, ein Gedanke, der insbesondere von den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen seit Jahren ganz außerordentlich eingehend gepflegt worden ist. Wenn man das Arbeitsverhältnis aus einem Machtverhältnis zu einem Rechtsverhältnis umwandeln will, dann darf man jetzt im Augenblick nicht zu der umgekehrten Methode greifen, daß man nun diejenigen, die bisher

Digitized by Google

nicht in der Macht waren, mit einer übermäßigen Macht ausstattet und die anderen ins Unrecht versetzt, denn das würde das Übel der Vorzeit nur vergrößern.

Der Gedanke der Betriebsräte baut sich doch im Grunde genommen auf den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft aller am Arbeitsprozeß beteiligten Menschen auf. Dazu gehört der Unternehmer natürlich auch. Die notwendige Folge, die aus der Arbeitsgemeinschaft fließen muß, ist der Gedanke der Parität, wie er in den sonst nicht ganz glücklichen Plänen des früheren Herrn Ministers Wissell zum Ausdruck gekommen ist, daß bei einer Arbeitsgemeinschaft, die die Produktion heben und die auch die Seele der Arbeiterschaft für das Arbeitsverhältnis gewinnen soll, diese Ziele nur erreichbar sind bei voller Gleichberechtigung aller am Arbeitsprozeß Beteiligten. Inwieweit wird nun dieser Gedanke der Gleichberechtigung in diesem Gesetze verwirklicht, bzw. wie kann er verwirklicht werden bei dem Grundgedanken dieses Gesetzes? Dieses Gesetz fängt gewissermaßen mit einem Unrecht gegenüber gewissen Arbeitnehmergruppen an. Es beseitigt eine Einrichtung, die bisher durchaus segensreich gewirkt hat, nämlich die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse. Für die Arbeiter ist diese Beseitigung nicht so durchaus nachteilig, weil sie mit noch größeren Rechten ausgestattet werden und ihr Aufgabenkreis erheblich erweitert wird. Für die Angestellten bedeutet die Aufhebung der Angestelltenausschüsse aber durchaus eine Schlechterstellung. Es wird ihnen eine Einrichtung genommen, für die sie keinen Ersatz erhalten, denn das Maß der Vertretung, daß in dem Gesetzentwurfe vorgesehen ist, ist so klein, daß man von einer Vertretung überhaupt nicht sprechen kann: in Betrieben bis zu 49 Angestellten kann ein Angestellter gewählt werden, darüber hinaus zwei Angestellte.

Da man offenbar gemeint hat, daß eine zu große Benachteiligung der Angestellten vorliegt, hat man ein Schönheitspflästerchen aufgelegt, gewissermaßen ein Feigenblatt vor diese Blöße gedeckt, und hat bestimmt, daß Ersatzmänner gewählt werden können, die wohl in der Betriebsratsgruppe etwas zu sagen haben, aber im Betriebsrate selbst nichts. Es ist natürlich auch eine eigentümliche Sache, daß die Angestelltengruppe, die aus einem einzigen Manne besteht, zusammentreten soll zur Beratung ihrer besonderen Angelegenheiten. Das ist das Argument, mit dem der Herr Reichsarbeitsminister immer vor uns tritt, daß er sagt, die Wünsche der Angestellten seien erfüllt, denn sie hätten die Möglichkeit, in einer besonderen Betriebsratgruppe ihre besonderen Interessen zu vertreten. Das steht aber im Widerspruch mit dem Inhalt des Gesetzes selbst, denn der § 18 spricht diesen Gedanken nur ganz allgemein aus, während im § 34 des Betriebsratsgesetzes die Aufgaben des Betriebsrates bestimmt umgrenzt werden. Unter diese Aufgabe des Betriebsrats fallen eine ganze Menge Dinge, die die Angestellten allein angehen und bei denen es nach dem Entwurfe zum mindesten zweifelhaft bleibt, ob die Angestellten allein darüber entscheiden können oder ob der Betriebsrat die Entscheidung zu fällen hat. Wenn wir also Konfliktstoff vermeiden wollen, so muß in dieser Beziehung eine klare Umgrenzung der Aufgaben beider Betriebsgruppen stattfinden. Es muß natürlich auch eine andere Bemessung in der Vertretung stattfinden. Es geht nicht an, daß man den Angestellten eine Vertretung nimmt und dafür nur einen mangelhaften Ersatz bietet. Die Forderung der Gerechtigkeit, die der Herr Reichsarbeitsminister in seiner Einführungsrede ausdrücklich betont hat, muß auch gegenüber den einzelnen Gruppen durchgeführt werden, und da ist es erforderlich, daß die Angestellten eine Vertretung bekommen, die ihrer Bedeutung im Betriebe gerecht wird. Diese Forderung wird nicht erhoben, weil die Angestellten eine Extrawurst haben wollen oder weil sie nicht geneigt sind, mit den Arbeitern in Gemeinschaft zu arbeiten: im Gegenteil, weil die Angestellten gemeinschaftlich mit den Arbeitern arbeiten wollen, soll eine Grundlage geschaffen werden, auf der von vornherein jede Mißdeutung ausgeschlossen ist. Die Arbeiterschaft selbst hat ein Interesse daran, daß sie die betriebskundigen Angestellten nicht von vornherein zu verärgerter Mitarbeit zwingt, sondern daß eine freudige Zusammenarbeit stattfindet. Der Zweck des Gesetzes, den Betrieb in seiner Gesamtheit zu fördern, wird nicht erreicht, wenn man die Vertretung der Arbeitnehmerschaft von vornherein auf ein Machtverhältnis gründet. Denn wenn in dem Betriebsrate die Arbeiterschaft die sichere und unbedingte Mehrheit hat — das ist nach dem Gesetzentwurf sichergestellt —, dann wird die Arbeiterschaft niemals geneigt sein, sich mit der Angestelltenschaft zu verständigen. Es ist nun einmal das Wesen der Macht, daß derjenige, der sie besitzt, sie ausnutzt, und die Arbeiterschaft würde in diesem Fall nur etwas ganz Natürliches tun, wenn sie von der Macht, die sie bekommt, Gebrauch macht. Damit würde aber von vornherein ein gedeihliches Zusammenarbeiten ausgeschlossen sein. Das würde natürlich die weitere Folge haben, daß gegenüber den Unternehmern eine zersplitterte Arbeitnehmerschaft vorhanden ist und daß ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen Unternehmern und Arbeitnehmerschaft nicht möglich ist. Denn schließlich nützt auch der beste Betriebsrat nichts, wenn der Betrieb selbst nicht mehr da ist. Darauf soll ja auch die Arbeit des Betriebsrates gerichtet sein, daß er den Betrieb und die Produktion so fördert, daß eine Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Arbeitnehmerschaft des Betriebes erreicht wird. Neben der Erfüllung des Wunsches nach Gerechtigkeit hat das Gesetz doch aber das andere Ziel, wirtschaftlich bei dieser Einrichtung etwas zu gewinnen, die Seelen und Herzen der Menschen, die im Betriebe arbeiten, so zu beeinflussen, daß sie ihr Bestes für den Betrieb hergeben, weil sie wissen, daß aus dieser Arbeitsleistung der Gewinn auch ihnen zuteil wird.

Wir werden aber, wenn wir in die Beratung des Gesetzentwurfs im Ausschuß eintreten, darauf hinarbeiten müssen, daß die verschiedenartigen Verhältnisse der Industrie, des Handels, des Handwerks und der Landwirtschaft ganz besonders berücksichtigt werden. Es wird nicht angehen, daß man hier so gleichförmig die vielfach verknüpften Wirtschaftsvorgänge über einen einzigen Leisten schlägt. Wir werden darauf hinarbeiten müssen, daß für den Handel eine andere Vertretung geschaffen wird, als für die Industrie, und daß für die ganz besonderen Verhältnisse der Landwirtschaft besondere Bestimmungen geschaffen werden.

Nun schreibt der Gesetzentwurf vor, daß die Einrichtung der Betriebsräte bei einer Arbeitnehmerzahl von 20 Personen errichtet werden soll. Man kann zweifelhaft sein, ob in einer solchen Betriebsgröße, wo der Arbeitgeber imstande ist, jeden einzelnen Menschen noch zu kennen und nach seiner Eigenart zu behandeln, es schon nötig ist, einen so großen Apparat hinzustellen, wie es dieser Gesetzentwurf ist. Aber über diese Dinge wollen wir uns nicht streiten. Wenn Sie der Meinung sind, bei 20 soll diese Einrichtung geschaffen werden, so werden wir keinen Widerstand leisten. Bedenklich aber scheint es uns, daß man schon bis zur Betriebsgröße von fünf Mann heruntergehen möchte. Liegt es denn wirklich in unserem Interesse, daß wir alle menschlichen Beziehungen untereinander durch irgendein starres Gesetz zu einem förmlichen Verhältnis machen, unter Umständen sogar zu einem Kampfverhältnis? Das, was uns bisher und jetzt ganz besonders fehlt, ist doch das Vertrauen zueinander. Ich glaube kaum, daß man da, wo der Mensch noch zum Menschen sprechen kann, dieses Vertrauen errichtet, indem man nur auf Grund von 45 oder mehr Paragraphen verhandelt. Das werden viele Kreise auch von sich aus ablehnen, wenigstens kann ich es von den Angestellten aus diesen kleinen Betrieben sagen, mit denen ich mich in der Zwischenzeit unterhalten habe, daß sie gar keinen Wert darauf legen, in dieser Betriebsgröße schon von fünf und zehn Mann eine besondere amtliche Vertretung zu haben. Sie glauben viel besser durchzukommen, wenn sie in dem üblichen geschäftlichen Verkehr mit dem Arbeitgeber ihre Wünsche zu erfüllen suchen. Hier wird man vielleicht — und ich glaube, auch die linke Seite wird da keinen Widerstand leisten — bereit sein, dem gesunden menschlichen Gedanken zu folgen. Natürlich müssen Sicherungen zur Durchführung der Tarifverträge auch in diesen Betrieben geschaffen werden.

Nun handelt es sich um die Aufgaben des Betriebsrats. Man kann ganz gewiß der Meinung sein, daß der zu weit gespannte

Digitized by Google

Aufgabenkreis bei den Betriebsräten geeignet sein kann, das ganze Gesetz an sich unwirksam zu machen.

Der Aufgabenkreis ist in einem Umfang weit gesteckt, daß man immerhin zweifelhaft sein kann, ob heute schon die genügende Eignung für alle diese Aufgaben vorhanden ist. Es wäre doch vielleicht zweckmäßiger gewesen, wenn man auch bei der Bemessung des Aufgabenkreises der Betriebsräte der Entwicklung einigen Spielraum gelassen hätte, wenn man, wie in dem Abkommen vom März über den mitteldeutschen Bergbau, nur bestimmte Ziele gewiesen, aber die Erreichung dieser Ziele im einzelnen der Ausarbeitung durch die Betriebsräte selbst überlassen hätte. Es ist schließlich nicht das Beste für die Entwicklung, daß man irgendeinem Organ sagt: so mußt du die Sache machen; denn dann unterdrückt man den Schöpfergeist dieser Einrichtung. Schließlich sollen doch die Betriebsräte eine Quelle wirtschaftlicher Erkenntnis werden, und das können sie nur sein, wenn man ihnen einen Spielraum läßt, in dem sie sich entwickeln können. Aber in dem Gesetzentwurf selbst sind die Aufgaben so stark umgrenzt und meines Erachtens auch zum Teil so weit gesteckt, daß man befürchten muß, daß das Gesetz in seiner Durchführung an seiner Überladung scheitern muß. Wenn man ein Schiff mit allzu starker Ladung belastet, dann geht es unter, und hier scheint mir doch der Fall vorzuliegen, daß man den Aufgabenkreis nicht mit dem nötigen Augenmaße abgegrenzt hat. Darüber wird im Ausschuß zu reden sein.

Dann hat der Herr Minister davon gesprochen, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten bei Einstellung — es ist ja kein Bestimmungsrecht, sondern ein Einspruchsrecht — sei durchaus notwendig und werde vom Kabinett gebilligt. Es ist ganz bemerkenswert, daß vor noch nicht langer Zeit das Kabinett auf dem Standpunkt gestanden hat, daß das Einspruchsrecht bei Einstellung nicht zu gewähren sei, weil es eine Gefahr für die Arbeiter und Angestellten bilde. Es ist ganz gewiß zuzugeben, daß sowohl bei der Einstellung von Arbeitern wie von Angestellten hier und da Vetternwirtschaft getrieben worden ist. Aber wer die Verhältnisse in der Großindustrie kennt, weiß, daß diese Vetternwirtschaft nicht vom Unternehmer getrieben worden ist; im Großbetrieb ganz bestimmt nicht, denn da kümmert sich der Unternehmer gar nicht um diese Dinge, da hat er seine Abteilungsleiter. Diese Vetternwirtschaft ist aber nicht so bedeutend, daß ihre Beseitigung die Nachteile aufwiegen kann, die aus dem Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei Einstellungen erwachsen können. Es ist ja doch praktisch gar nicht möglich, daß etwa auf einer Baustelle, wo die Arbeiter alle Tage wechseln, immer erst der Betriebsrat gefragt werden soll. Man würde ja den Betriebsrat mit einer bureaukratischen Arbeitslast überhäufen, der er technisch gar nicht gewachsen ist.

Bei den Angestellten hat das Einspruchsrecht aber doch die große sachliche Wirkung, daß ein fester Anstellungsvertrag überhaupt nicht mehr zustande kommen kann, denn der Arbeitgeber kann doch nur einstellen unter Vorbehalt der Zustimmung des Betriebsrats. Die Angestellten ihrerseits aber legen doch großen Wert darauf, daß sie auf möglichst lange Zeit angestellt werden, und das Handelsgesetzbuch und das Bürgerliche Gesetzbuch schreiben ja bestimmte Kündigungsfristen vor. Es wird also dem Angestellten außerordentlich schwer sein, seine Stelle zu wechseln, und da kann ein Einspruchsrecht des Betriebsrats bei Einstellungen eine Bedrohung der Freizügigkeit der Angestellten sein, die weit schädlicher wirkt als die zahlenmäßig geringe Vetternwirtschaft, die jetzt betrieben worden ist. Und dann ist doch sehr die Frage: Tauschen wir die eine Vetternwirtschaft nicht ein gegen eine andere? Wenn wir die vielen Anfragen in diesem hohen Hause lesen, die Hilferufe an die Regierung um Schutz gegen den Terrorismus in einzelnen Betrieben, dann wird man doch die Bedenken nicht unterdrücken können, daß bei der Einstellung dieser Terrorismus auch geübt werden wird. Da wird es doch sehr zu überlegen sein, ob man in diesem Punkte der Regierungsvorlage wird folgen können.

Dagegen ist eine Mitwirkung bei Entlassungen unbedingt erforderlich. Sie ist schon deswegen erforderlich, um die Tarifverträge durchzuführen. Wir wissen ja, die Erreichung eines Tarifvertrages ist an sich ein schwieriges Stück Arbeit; es brauchte vielleicht nicht so schwer zu sein, wenn auf beiden Seiten etwas mehr menschliches Vertrauen vorhanden wäre. Aber wir wissen auch, daß der Abschluß eines Tarifvertrages noch nicht seine Durchführung bedeutet und daß die Durchführung auch wieder ein Stück Arbeit ist, das geleistet werden muß. Wir haben die Erfahrung machen müssen, daß in einer kaum begreiflichen Kurzsichtigkeit die Führer der Tarifbewegung Maßregelungen ausgesetzt waren und daß man andererseits die Bestimmungen des Tarifvertrages, soweit etwa eine höhere Bezahlung älterer oder längerer Zeit im Betrieb beschäftigter Arbeiter und Angestellten vorgesehen war, dadurch zu umgehen versuchte, daß man die älteren Arbeiter und Angestellten abschob und durch jüngere ersetzte. Diesen Willkürlichkeiten muß natürlich in irgendeiner Weise abgeholfen werden, und das kann geschehen, indem man dem Betriebsrate das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten bei Entlassungen gibt.

Bedenklich erscheint es auch — so freudig die Änderung gegenüber dem Referentenentwurf zu begrüßen ist, daß die Wahlzeit des Betriebsrats auf zwei Jahre erweitert worden ist —, daß der Betriebsrat jederzeit durch eine Betriebsversammlung von seinem Posten entfernt werden kann. Es ist doch sehr zu überlegen, ob man einer Einrichtung, die doch nur dann Wert haben kann, wenn die gewählten Vertreter der Arbeitnehmerschaft sich durch eine längere Praxis die nötigen Betriebserfahrungen aneignen, abhängig machen soll von einer wechselnden Stimmung in der Arbeitnehmerschaft. Man wird darauf hinweisen, das sei ein demokratisches Prinzip, daß man jederzeit die gewählten Leute durch eine Abstimmung beseitigen kann. Ich sage: wenn man die Möglichkeit hat, alle vier Wochen Führer zu beseitigen, dann gibt es überhaupt keine Führerschaft mehr, dann ist Führerschaft einfach unmöglich. Dann sind die Leute, die an die Spitze gestellt werden, einfach geschobene Kreaturen und nicht mehr denkende Köpfe, und das darf unter keinen Umständen sein. So weit darf das Mißtrauen nicht getrieben werden, daß man zu den gewählten Vertretern nicht einmal das Vertrauen hat, daß sie das Richtige tun werden und daß man zu den gewählten Vertretern nicht soviel Vertrauen hat, daß man sie in ihrem Amte beläßt, selbst wenn sie einmal gegen den Willen der Wähler handeln. Denn der Beruf des Führers ist es ja, sich unter Umständen einer als schädlich erkannten Welle entgegenzustemmen. Da zeigt es sich, ob Führer vorhanden sind oder nicht. Wenn wir jetzt so schlimme Erfahrungen in unserem Wirtschaftsleben und im politischen Leben machen, dann ist es der Mangel an Führergeist, der uns in die traurigen Verhältnisse gebracht hat. Wir dürfen doch zu dem gesunden Sinn der Arbeitnehmerschaft das Vertrauen haben, daß sie Männer in den Betriebsrat wählt, von denen sie erwarten kann, daß sie nicht schon wieder in sechs Wochen ungeeignet für diesen Posten sind. Das, was im Betriebsrätegesetz steht, ist ja nicht nur Mißtrauen gegen die Gewählten, sondern auch ein ganz unbegreifliches Mißtrauen in die Wähler. Der Gesetzgeber hat in die Eignung der Arbeiter und Angestellten zur Wahl ihrer Vertreter soviel Zweifel gesetzt, daß er jederzeit die Möglichkeit einer Korrektur schaffen will. Es ist eigentlich eine leise Ironisierung des selbständigen Denkens der Arbeiterschaft, die sich der Gesetzgeber hier leistet. Wir müssen also diese Dinge beseitigen, denn gedeihliches Arbeiten ist nur dann möglich, wenn eine fortgesetzte aufbauende Tätigkeit des Betriebsrats gewährleistet ist. Ich spreche gar nicht zuviel aus, wenn ich sage: wenn der Betriebsrat die Aufgaben, die ihm hier gesetzt sind, wirklich erfüllen soll, dann bedarf es dazu einer Erfahrung, die eine jahrelange Vorbildung erfordert. Es ist doch etwas anderes, ob man mit 24 Jahren nur über sein Arbeitsverhältnis mitzuentscheiden hat oder ob man über Betriebsfragen mitsprechen soll. Vergessen Sie doch nicht, daß kein Mensch mit 24 Jahren einen tieferen Einblick in die Wirtschaftsvorgänge be-

sitzen kann. Vergessen Sie auch nicht, daß man diese Erfahrungen nicht so nebenher sammelt, sondern nur durch fleißige praktische Arbeit in den Dingen selbst. Wer in dieser Erfahrungstätigkeit selber bluten muß, wer für seine Fehler selber Haare lassen muß, wie der Unternehmer, der wird natürlich etwas früher zu einer gewissen Reife gelangen. Aber wenn wir mit diesem jungen Wahlalter zum Betriebsrat nun auch noch die Möglichkeit verknüpfen, alle vier bis acht Wochen einen anderen Mann an die Stelle zu setzen, dann will es mir ganz unmöglich erscheinen, daß die Ziele erreicht werden können, die uns der Herr Reichsarbeitsminister geschildert hat.

Nun hat der Herr Minister davon gesprochen, aus Arbeitgeberkreisen seien scharfe Widerstände gegen den Entwurf laut geworden. Nach Prüfung der Eingabe der Arbeitgeberverbände, die an uns gelangt sind, kann ich durchaus nicht finden, daß sich etwa ein Arbeitgeberverband grundsätzlich gegen das Gesetz ausgesprochen hat. Die Gerechtigkeit fordert doch, das anzuerkennen. Es ist doch ein ganz erfreulicher Wandel in der Gesinnung, der hier zum Ausdruck kommt. Wenn von den Arbeitgebern Einwendungen gegen das Gesetz erhoben werden, so sind wir verpflichtet, diese Einwände sachlich zu prüfen, ohne jede Voreingenommenheit. Wenn auf der einen Seite Entgegenkommen, Verständnis und Einsicht für die Gedankengänge der Arbeitnehmerschaft gezeigt werden, dann muß sich auch die Arbeitnehmerschaft bemühen, in die Gedankengänge der anderen Seite einigen Einblick zu gewinnen; denn auch die andere Seite will ja aus dem Betriebsrätegesetz das herausholen, was den Betrieb heben kann. Im Ziele sind wir einig; denn es gibt wohl kaum einen Menschen in Deutschland, der nicht davon überzeugt wäre, daß wir nur durch den größten kameradschaftlichen Geist überhaupt imstande sind, unsere Wirtschaft wiederaufzubauen. Die Arbeitgeberschaft gibt in ihren Eingaben diesem Gedanken doch unumwunden Ausdruck. Sie hat Einwendungen zu erheben. Ja wollen Sie ihr darüber Vorwürfe machen? Sie auf der linken Seite haben doch Jahrzehnte hindurch nichts anderes als Einwände erhoben, und Sie kommen jetzt zur Anerkennung dieser Einwände, müssen sich aber soviel Gerechtigkeitssinn bewahren, nun auch ohne Nervosität die Einwände der Gegenseite anzuhören. Wenn sich die Arbeitgeberschaft allzu große Eingriffe in die Betriebsvorgänge durch die Betriebsräte abzuwehren sucht, wird man das, wenn man die Wirtschaft kennt und nicht grundsätzlich auf dem Standpunkt der sozialistischen Wirtschaftsweise steht, durchaus begreifen können; denn der Mann, der mit seinem Vermögen für das Unternehmen haftet, will natürlich auch über die Verwaltung dieses Vermögens die letzte Entscheidung haben. Aber es kann doch nicht mehr davon die Rede sein, daß von der Arbeitgeberschaft im allgemeinen grundsätzlich der Gedanke des „Herr-im-Hause"-Seins aufrechterhalten wird. Es gibt viele Betriebe, wo das noch geschieht; aber es handelt sich bei den uns zugezangenen Eingaben um die organisierte Vertretung bei der Arbeitgeberschaft, und da haben wir doch den klarsten Beweis, daß sie bereit ist, den Arbeitnehmern in weitestgehender Weise Aufschluß über die Betriebsvorgänge zu geben, daß sie bereit ist, sich in die Betriebsverhältnisse hineinreden zu lassen, ein Einspruchsrecht, an das sie vor eineinhalb Jahren noch im entferntesten nicht gedacht hätte. Es ist also hier geradezu die Stimmung, die Atmosphäre für eine Verständigung vorhanden, und wir sollten doch diese günstige Atmosphäre benutzen, um hier etwas wirklich Brauchbares und Dauerndes zu schaffen.

Es ist dann von den leitenden Beamten und Angestellten, von den Redakteuren, von einer Reihe anderer Gruppen der Wunsch geäußert worden, gleichfalls eine Vertretung im Betriebsrat zu erhalten. Die Reisenden und Agenten erheben ebenfalls den Anspruch, und es ist gewiß etwas Berechtigtes in allen diesen Wünschen; denn auch diese Kreise der Arbeitnehmer sind erfaßt von dem Gedanken nach wirtschaftlicher Gerechtigkeit. Ob es möglich sein wird, innerhalb der Vertretung der Angestellten noch besondere Gruppen zu schaffen, scheint mir zweifelhaft; aber jedenfalls ist sicher, die Gruppenbildung muß so ausgebaut werden, daß die verschiedenen Schichten der Angestellten im Betriebe, also die Techniker und Chemiker usw; wenigstens die Möglichkeit haben, im Betriebsrat mitzureden. Nach dem bisherigen Wahlverfahren ist das ganz unmöglich. Da ist es so, daß in einem Betriebe, in dem etwa 40 000 Arbeiter und 6000 Angestellte sind, überhaupt nur drei Angestelltenvertreter im günstigsten Falle zu wählen sind. Das reicht noch nicht einmal aus, um in solchen Betrieben alle Fachgruppen wählen zu lassen. Überhaupt zeigt der Gesetzentwurf in dieser Beziehung eine merkwürdig schlechte Kenntnis der Struktur unseres Wirtschaftslebens; denn die Angestellten nehmen niemals einen so starken Umfang im Betriebe ein, wenigstens im großen Durchschnitt, mit einigen geringen Ausnahmen, wie hier angenommen wird. Es wird hier angenommen, daß die Angestellten in jedem Falle vielleicht mehr als 25 v. H. der Arbeitnehmerschaft ausmachen, während in der Tat bei den kleinen und Mittelbetrieben die Angestellten 10 v. H. ausmachen. Das wächst dann in den Großbetrieben bis zu höchstens 20 v. H. Selbst wenn man alle die Angestelltenkategorien, die man früher nicht als Angestellte bezeichnete, also die Werkstattschreiber, die Lohnschreiber usw., die mit rein mechanischen Dienstleistungen beschäftigt sind, jetzt in den Angestelltenbegriff mithineinzieht, macht die Zahl der Angestellten innerhalb des Betriebes niemals oder nur ganz selten mehr als 20 v. H. aus. Das ist sehr bemerkenswert, weil neben den Betriebsrat nun auch die Betriebsversammlung als ein Organ der Arbeiterschaft tritt. Sowohl im Betriebsrat sind gewisse Einspruchsrechte an ein Viertel der Stimmen geknüpft, wie in der Betriebsversammlung, so daß die Angestellten selten die Möglichkeit haben werden, von diesem Einspruchsrecht Gebrauch zu machen.

Nun hat allerdings der Reichsrat in das Gesetz einen neuen Absatz eingefügt, nachdem die Minderheitsgruppen im Betriebsrat berechtigt sind, ein Sondergutachten abzugeben, wenn sie überstimmt sind. Das ist gewiß eine sehr gute Einschaltung und ein Beweis dafür, wie berechtigt die geäußerten Wünsche sind; aber genügen kann diese Einschaltung auch nicht.

Wir können auch dem Herrn Minister darin beistimmen, daß die ganze Organisation der Betriebsräte von dem Vertrauen in die Organisation der Arbeiter und Angestellten getragen sein muß. Wir sind durchaus davon überzeugt, daß die Arbeit der Gewerkschaften der Angestellten und Arbeiter durchaus segensreich gewesen ist und daß sie wahrscheinlich weiterhin notwendig sein wird, um eine tüchtige und leistungsfähige Arbeitnehmerschaft zu erhalten. Wir wollen mit allen Mitteln diese Kraft der Gewerkschaften steigern, verkennen aber nicht, daß im Betriebsgesetz kleine Keime liegen, die zu einer Spaltung der Gewerkschaftsbewegung führen können, wenn die Gewerkschaften selbst nicht das Heft in den Händen behalten. Denn den im Betriebe Beschäftigten — das zeigt die jetzt gemachte Erfahrung — liegt das Hemd näher als der Rock. Sie verlieren allzuleicht den Geist der Solidarität, den Geist, der sie mit der gesamten Arbeitnehmerschaft verbindet; sie werden Betriebsegoisten, und es wird einer großen erziehlichen Arbeit durch die Gewerkschaften bedürfen, um diesen Betriebsegoismus niederzuhalten und die großen idealen Ziele der Gewerkschaftsbewegung sicherzustellen.

Wir werden dabei natürlich alles tun, um die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten in diesem Bemühen zu unterstützen. Wir stehen durchaus auf dem Boden, daß versucht werden muß, in ein gegenseitiges Verhältnis des Vertrauens zueinander zu treten. Wir sind durchaus der Meinung, daß der Bedeutung der Arbeitnehmerschichten entsprechend auch die Mitwirkung am Wirtschaftsleben sein muß. Wir sehen aber, daß auf beiden Seiten der Geist des Vertrauens sich regt, insbesondere, daß auch die Arbeitgeber diesen für sie gewiß neuen Gedanken weitestgehendes Verständnis entgegenbringen, und wir möchten auch die andere Seite bitten, nun den Geist des Mißtrauens fahren zu lassen und vertrauensvoll die Dinge so zu sehen, wie sie einmal sind. Denn wenn wir im Geiste dieses Gesetzes handeln und aufbauen wollen, dann müssen wir von gegenseitigem Vertrauen getragen sein.

Digitized by Google

Axel Schmidt / Botschafter Iswolski †

Als Iswolskis Politik in der bosnischen Annexionskrisis zusammengebrochen war und er das Portefeuille des Auswärtigen seinem Gehilfen Ssassonow abtreten mußte, schien die Laufbahn dieses keineswegs großzügigen, aber überaus verschlagenen russischen Diplomaten beendet zu sein. Statt dessen begann sie erst eigentlich. Auf dem Botschafterposten in Paris baute er seinen Kampf gegen Mitteleuropa zum System aus, dem er seit „Deutschlands Nibelungentreue" eine starke Spitze gegen das Hohenzollernreich gab. Er war für diese Arbeit durch seine diplomatische Vergangenheit besonders geeignet. Hatte sie ihn doch über Belgrad, den Vatikan und Kopenhagen geführt. In Serbien hat er den Kampf gegen Österreich eifrig betrieben, den bis zum Kriegsbeginn sein Nachfolger Hartwig mit größter Energie fortführte. In Kopenhagen, der Vorschule für die russischen Minister des Äußeren, hatte er besonders die weltpolitische Macht Englands beobachten, und am Vatikan hatte er die italienische Politik studieren können, die er später als Minister des Äußeren durch den Besuch des Zaren in Racconicki so aktiv beeinflußte. Als von ihm in Petersburg die Leitung des auswärtigen Amtes übernommen war, hat er, trotzdem er beim Hofadel als Eindringling betrachtet wurde, die russische auswärtige Politik von Grund auf umgestaltet. Mit großer Entschiedenheit liquidierte er das fernasiatische Abenteuer, das die japanische Niederlage gebracht hatte, und europäisierte wieder die russische Politik. Dazu schloß er das Abkommen über den fernen Osten mit Japan und über Persien mit England ab, welche beide Verträge durch die Verhandlungen mit China über die Mongolei vervollständigt wurden. Als er auf diese Weise Rußlands Hände im Osten frei bekommen hatte, begann er systematisch Rußlands alte aktive Balkanpolitik wiederaufzunehmen. Nach der Zusammenkunft Edwards VII. mit Zar Nikolai in Reval im Jahre 1908 schien er am Ziele seiner Wünsche, zumal er durch das Abkommen von Buchlau glaubte, die freie Durchfahrt durch die Dardanellen für die Zustimmung zur Einverleibung Bosniens und Österreich-Ungarns eingetauscht zu haben. Nur zu bald freilich erkannte er, daß ihn Ährenthal überlistet hatte, indem er schon den bosnischen Preis einstrich, als die Dardanellenfrage noch international nicht spruchreif war. Iswolski wollte sofort die „Revanche für Buchlau" nehmen, damals aber machte die russische Heeresleitung einen Strich durch diese Rechnung, weil sie sich noch nicht kräftig genug zur großen Auseinandersetzung mit Österreich-Ungarn und Deutschland ansah. Die russische öffentliche Meinung empfand Iswolskis Rücktritt als nationale Demütigung, und seitdem war für sie der Krieg mit den Mittelmächten nur eine Frage weniger Jahre.

Iswolskis Popularität in der russischen Öffentlichkeit hatte aber noch eine zweite Wurzel. Der geschickte Diplomat erkannte, daß die III. Duma mit ihrer nationalistischen Mehrheit einen ausgezeichneten Resonanzboden für politische Reden abgab. Er suchte daher, sobald er bei den Deputierten den Wunsch nach einer Debatte über auswärtige Fragen zu erkennen glaubte, beim Zaren darum nach, eine Rede halten zu dürfen. Da laut Verfassung nur nach Einholung der zarischen Erlaubnis internationale Fragen besprochen werden durften, so schmeichelte er durch diese Haltung dem Parlament, das in ihm, im Gegensatz zu seinen Amtskollegen, den „konstitutionellen" Staatsmann sah. Sein Nachfolger Ssassonow behielt diese kluge Taktik bei, und es entwickelte sich bald zwischen ihm und dem Führer der Opposition Miljukow das sonst nur in England vorkommende Zusammenspiel zwischen Minister und Opposition in auswärtiger Politik. Trotz mancher Kritik im einzelnen hörten sich beider Reden nicht als Gegensätze an, sondern als höhere Einheit, wobei der Führer der Opposition manche diplomatische Mitteilung machte, die der Minister ohne eigene Verantwortung der Welt oder dem eigenen Lande zur Kenntnis bringen wollte. Als Iswolski nach der bosnischen Krise nach Paris ging, trat, wie gesagt, an seine Stelle Ssassonow, der im Gegensatz zu Iswolski fast seine ganze Karriere im Ministerium in Petersburg durchlaufen hatte. Wenn auch auf Stolypins und dessen Nachfolger Kokowzows Geheiß friedlichere Wege gewandelt wurden, so blieb er doch in seinem Herzen ein Anhänger der Iswolskischen Politik. Letzteren sorgte außerdem dafür, daß seine Ententepolitik als zweites Eisen im russischen diplomatischen Feuer liegenblieb.

Während daher Ssassonow auf Kokowzows Anregung das Potsdamer Abkommen schloß, arbeitete Iswolski eifrig an dem Ausbau der Entente. Seit Poincaré Minister des Äußeren und später Präsident geworden war, ging er immer energischer auf sein Ziel los, „seinen kleinen Krieg" ins Leben zu rufen. Die Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich ist nicht weniger sein wie Poincarés Werk; auch der Ermordung Jaurès' soll er nicht allzufern gestanden haben. Der große französische Patriot bekämpfte daher auch aufs leidenschaftlichste die Politik dieses ehrgeizigen Intriganten. Noch am Tage vor seiner Ermordung hatte Jaurès im Vorzimmer des Ministeriums des Äußeren, als Iswolski dort durchging, laut ein vernichtendes Urteil über ihn als Kriegshetzer gefällt.

Gewiß ist es falsch, den Weltkrieg als schlaue Intrige gekränkter Diplomaten hinzustellen, vielmehr ist er letzten Endes infolge der großen wirtschaftlichen Gegensätze entflammt; zählt man aber die Namen auf, die die Scheite zum Weltbrand am eifrigsten zusammengetragen haben, so wird derjenige Iswolskis mit an erster Stelle stehen müssen.

Wolfgang Kraus / Die Brücke über den Ozean

Was erhoffen wir vom Deutschtum in Amerika?

„Ein furchtbarer Schnitt trennt die Welt. Der Schnitt geht mitten durch das Herz von Deutsch-Amerika." Eugen Kühnemann.

Als der neue Weltteil durch Kampf und Arbeit erschlossen wurde, als immer neue Menschenfluten aus Europa in diese gewaltige Völkermühle von kämpfender Arbeit hineinströmten, da war von Anbeginn an die kommende geschichtliche Entwicklung in der Art vorgezeichnet, wie die Einwanderer nationale Disziplin und Organisation aus der Heimat mitbrachten und beibehielten. Die Romanen kamen als Offiziere ohne Heer, die Engländer als ein Heer mit Offizieren, die Deutschen aber waren ein Heer ohne Offiziere. Dieser Vergleich, den der deutsch-amerikanische Historiker Friedrich Kapp geprägt hat, ist bis zum heutigen Tage gültig geblieben, und er erklärt uns das vielumstrittene Problem des Deutschamerikanertums einfacher als langatmige gelehrte Erörterungen. Den deutschen Ansiedlern in der neuen Welt fehlte der politische Rückhalt an der Heimat. Sie waren Flüchtlinge oder Ausgestoßene, deren Blick nicht mehr rückwärts wandern durfte. Sie kamen auch nicht wie die anderen als geschlossene Scharen, die in sich

den Keim zur Verfassung neuer Gemeinwesen trugen, sondern waren irrende und verirrte Tropfen, die erst von fremder Gewalt zum befruchtenden Regen zusammengefaßt werden mußten. Andere Nationalitäten schufen aus dem Bewußtsein des von der Heimat mitgebrachten Stammesgefühls heraus die Grundmauern einer neuen staatlichen Ordnung, und die Deutschen arbeiteten fleißig und ehrlich mit für die anderen Nationalitäten.

Die traurigen Verhältnisse in der Heimat waren es, die den deutschen Auswanderer heimatfremd und wurzellos machten. Über 5 Millionen gingen im Laufe des 19. Jahrhunderts aus Deutschland über den großen Teich, und am Steigen und Sinken der Flut erkennt man den Zwang der Gründe. Übervölkerung und Wirtschaftsnot, verbunden mit der politischen Reaktion trieben die beiden ersten Hochfluten (1831—40 und 1846—54) hinüber. Der Gärungsprozeß, aus dem das neue Deutsche Reich entstand, warf noch dreimal solche Flutwellen hinaus, bis in den neunziger Jahren mit dem wirtschaftlichen Aufblühen und den Fortschritten der sozialen Gesetzgebung die Wanderlust stark zurückging. Als Unzufriedene kamen die deutschen Auswanderer nach Amerika, und wenn bis heute in der Union Deutschland als Hort der Tyrannei galt, so kann man dieses Vorurteil sicherlich nicht zuletzt aus der Verärgerung erklären, mit der die Deutschen drüben zu den anderen über ihr früheres Vaterland sprachen. Aber auch die ganze Veranlagung der heutigen Deutschamerikaner hat ihre Wurzeln in den zeitlichen Zusammenhängen der Wanderzeit. Sie sind die Nachkommen früherer Auswanderer, sind die Erben der deutschen Zerrissenheit.

Die Schätzungen über die Zahl der amerikanischen Menschen, die aus deutschem Blute stammen, gehen sehr auseinander. Eine der wahrscheinlichsten Angaben spricht von 24 bis 25 Millionen, von denen jedoch die meisten längst anglisiert sind. Die Zahl der Deutschblütigen hält jener der Anglo-Amerikaner die Wage und übertrifft die aller anderen Nationen, sie macht reichlich den vierten Teil des gesamten fremden Elements aus. Die Amerikaner mit deutscher Umgangssprache wurden zum Beginn des Krieges auf 4 bis 5 Millionen geschätzt, von denen etwa die Hälfte als in Deutschland geboren zu rechnen war. Im Gegensatz zu den anderen Nationalitäten, deren Siedelung sich mehr in größeren Zusammenballungen vollzogen hat, sind die Deutschen ziemlich gleichmäßig über die Staaten verteilt. Am dichtesten sitzen sie in den mittleren Nordstaaten, in den südatlantischen und den mittleren Südstaaten, also im Osten mehr als im Westen. In 34 Städten betrug (nach der Zählung von 1900) die Zahl der in Deutschland geborenen Einwohner mehr als 5000. In Neuyork lebten 1900 über 300 000 Deutschgeborene und nahe an 800 000 Kinder deutscher Eltern, Deutschstämmige überhaupt mehr als in irgendeiner Stadt des Deutschen Reiches außer Berlin. In Milwaukee, fast die Hälfte deutsch, leben mehr Deutsche als in Bremen, in Buffalo mehr als in Heidelberg.

Das sind Zahlen, die immer wieder die Frage laut werden lassen: Was haben uns diese Millionen während des Krieges genützt, und was kann das deutsche Volk in Zukunft von ihnen erhoffen? Daß die während des Krieges in das amerikanische Deutschtum gesetzten Hoffnungen sich nicht erfüllt haben, lag zum größten Teil in der allzu weitgehenden Überspannung dieser Hoffnungen. Den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg zu verhindern, war es gar nicht imstande, und daß es nach der erfolgten Kriegserklärung zunächst national in sich zusammenbrach, war die natürliche Folge des außerordentlich strengen Druckes von oben.

Eines steht fest. Das Aufwallen der völkischen Selbstbesinnung und der Liebe zur alten Heimat, das im August 1914 durch das amerikanische Deutschtum ging, war tief und ehrlich. Der Deutschamerikanische Nationalbund sammelte im ersten Kriegsjahr über 3 Millionen Mark und schickte sie nach Deutschland, außerdem wurden mehr als 15 Millionen dem deutschen Roten Kreuz überwiesen, deutsche Kriegsanleihe wurde massenhaft gekauft. Durch diese Zahlen muß zum mindesten der gute Wille als bewiesen gelten. War nun dieses plötzlich so lebhaft erwachte Mitgefühl am Geschick des Mutterlandes nichts weiter als ein Strohfeuer? Ist es wirklich schon wieder erloschen? Es hieße die Lebensbedingungen des Deutschamerikanertums völlig verkennen, wollte man einen durchaus natürlichen Vorgang unter die Lupe des nationalen Tadels nehmen. Nur ein Fanatiker des Stubenpatriotismus kann behaupten, daß auch dem Auslanddeutschen das Deutsche immer das erste sein muß. In Amerika trifft es gewiß nicht zu. Nein, der Deutschamerikaner ist zunächst Amerikaner. Die Zugehörigkeit zu dem großen Volke, mit dem er sein Brot teilt, muß ihm an erster Stelle kommen. Das beeinträchtigt an sich ja in keiner Weise sein deutsches Stammesgefühl, sondern läßt ihm Raum genug, es zu pflegen und zu ehren. Aber wenn beides miteinander in Widerspruch gerät, in Konflikt kommt, dann siegt das Stärkere, das Näherliegende. Das Hemd ist näher als der Rock. Als Deutsch und Amerikanisch Gegensätze wurden, konnte der Deutsche in Amerika nur noch Amerikaner sein. Der Verzicht auf sein Deutschtum war schmerzhaft, aber er war nur zeitlich, nur für den Krieg berechnet, sein Verzicht auf das Amerikanertum, wenn er sich für das Deutsche entschieden hätte, wäre für alle Zeiten gewesen. Sollte der Deutschamerikaner um eines Gefühls edler Gesinnung willen sein ganzes Leben zertrümmern, Weib und Kind auf die Straße jagen? Sollte er mit einer schönen Geste ertrinkend untergehen?

Man wird einwenden: das amerikanische Deutschtum hat ja nicht allein während des Krieges sich selbst verleugnet, sondern war ein stetig fließender Strom, der schließlich im angelsächsischen Meer endete. Schon im Anfang des 19. Jahrhunderts sagte ein Methodistenprediger: „Die alten Deutschen stehen still, ihre Kinder lernen Englisch und sprechen es." Ja, das war es, die Deutschen standen still. Aber warum? Weniger sie selbst, als die Heimat, als die Verhältnisse, aus denen sie stammten, waren daran schuld. Die Not trieb sie hinüber, niemand kümmerte sich um sie, drüben war für sie die Rettung, das Gute, und sie hatten keine Zeit und keine Neigung, rückwärts zu schauen, dorthin, wo für sie das Schlechte lag. Meist Bauern, Handwerker, Arbeiter, waren sie ohne den Zusammenhang der Bildung, die immer das stärkste nationale Rückgrat gibt. Sie sahen die Überlegenheit in englischem Gewande, sie hörten Spott über deutsches Wesen, sie mußten englische Farbe annehmen, um im Wettbewerb des jagenden Lebens vorwärtszukommen, und da geschah es, daß so unendlich viele in der Hast und im harten Drängen der Arbeit ihr Bestes verloren, eben ihr Deutschum. Sie waren nicht stark genug im Geist und im Herzen, neben dem Notwendigen auch das Ideale zu bewahren. Ihnen war das Notwendige genug. Sie waren Engländer geworden, Amerikaner, Yankees.

Digitized by Google

War also an sich ein Boden, der den täglich sich erneuernden Vorgang des Verschlucktwerdens deutschen Wesens in angelsächsischer Art zeigt, schon nicht geeignet, eine ständige deutsche Bewegung von stabiler Kraft zu tragen, so kam die Besonderheit der Kriegslage dazu, die diese Bewegung schließlich erdrücken mußte. Wilson hat vom Anfang des Krieges, noch bevor Amerika in ihn eintrat, ein ganz planmäßiges Vorgehen gegen die „Bindestrichler", wie man die Deutschamerikaner bald nannte, betrieben. Er hat sie nie genannt, aber sie so gezeichnet, daß jeder wußte, wer gemeint war, und schon 1915 im Kongreß von ihnen gesagt: „Solche Kreaturen der Leidenschaft, des Hochverrats und der Anarchie müssen zertreten werden." Daß er diese Drohung wahr machen würde, wenn man ihm Veranlassung dazu gäbe, war anzunehmen, sobald er die Macht hätte. Und die Macht wurde ihm durch den Krieg gegeben. Eine nationale Märtyrerrolle des Deutschamerikanertums wäre Selbstmord gewesen. So hieß es schweigen. Der 1901 gegründete Deutschamerikanische Nationalbund, der schon über 2 Millionen Mitglieder hatte, löste sich auf. Daß er es mit einem Beschluß tat, der sich „im Namen der durch die amerikanische Konstitution gewährleisteten Freiheit" für den Krieg gegen Deutschland aussprach, war freilich wohl nicht nötig gewesen. Diesen Beschluß als Verrat am Deutschtum zu bezeichnen, wie es vielfach von reichsdeutscher Seite geschehen ist, war jedoch eine Übertreibung. Denn es waren auch Deutschamerikaner, die den Krieg so auffaßten, wie es Dr. Frank Bohn 1918 schrieb: „Unsere Väter waren von den Hohenzollern und den Junkern aus Deutschland hinausgequält worden... Heute kehrt eine Million deutscher Soldaten unter dem Sternenbanner in die alte Welt zurück, um den heiligen Kampf auszufechten, den unsere Väter 1848 verloren haben." Auch das sprach mit als Grund für den vermeintlichen Gesinnungswechsel der Deutschamerikaner, nicht nur die Furcht vor dem Stacheldraht des Internierungslagers.

Nun hat die deutsche Revolution den Traum von 1848 zum Leben gebracht, und wenn auch noch vieles zur Vollendung dieses Traumes fehlt, so stehen doch die Grundmauern des Hauses, das die alten Demokraten, die vor 70 Jahren nach Amerika flüchten mußten, erträumt und ersehnt hatten. Wird sein Aufbau uns den Enkeln jener Freiheitkämpfer wieder näherbringen? Deutsche Art vergeht nicht, und wenn von ihr auch Zweige und Äste absplittern, der Stamm bleibt bestehen. Und darum dürfen wir auch festes Vertrauen zu unseren Brüdern in Amerika haben. Die Deutschamerikaner sind dazu berufen, das lebendige Bindeglied zwischen der deutschen Republik und den Vereinigten Staaten zu werden. Aber man muß auch hier bei uns die Hände rühren und muß ihnen auf halbem, besser auf ganzem Wege entgegenkommen. Man muß große Organisationen zur gegenseitigen Verständigung der Völker ins Leben rufen — nicht nur Austausch von Professoren und Denkmälern —, man muß ferner die Auswanderung in feste Bahnen lenken und gesicherte Möglichkeiten einer geordneten Rückwanderung schaffen, man muß überhaupt dem Deutschen im Auslande das Vertrauen möglich machen, daß er nicht in der Welt verloren ist, sobald er den Heimatboden verlassen hat, sondern daß er unter den Farben des Reiches immer Schutz und Hilfe findet. Daß wir vom Deutschamerikanertum tatkräftige Mitarbeit am Werk einer friedlichen Verständigung mit der Union unbedingt zu erwarten haben, das zeigt uns die lebhafte Liebestätigkeit, die jetzt bei den deutschamerikanischen Gesellschaften aller Landesteile eingesetzt hat. Geld und Bedarfsartikel aller Art werden gesammelt, um nach Deutschland geschickt zu werden. Sollen wir im Reich uns von unseren Brüdern, nachdem wir sie erst lau und charakterlos gescholten haben, beschämen lassen? Wir müssen auch von uns aus die Brücke über den Ozean wieder hinüberschlagen.

Julius Luebeck-München / Zur Wiederherstellung der Kaufkraft des Lohnes

Das Problem der Wiederherstellung der Kaufkraft des Lohnes zieht weite Wellenkreise bis tief in die verschiedensten Lebenssphären des nationalen Organismus hinein. Es ist kein rein wirtschaftliches und technisches Problem, sondern berührt die Grundlagen unserer sozialen Kultur. Es gibt daher auch keine einfache radikale Lösung für das Problem nach einem bestimmten Rezept. Immerhin war es sehr wünschenswert, daß der Vorstand der Gesellschaft für soziale Reform eine eindringliche Würdigung des gesamten Problems der Kaufkraft des Lohnes und des Gehaltes in seiner gegenwärtigen akuten Zuspitzung nach Wesen und Wirkung in sozialer und volkswirtschaftlicher Hinsicht veranlaßt hat.

Nachdem Professor Dr. Waldemar Zimmermann im ersten Heft des neunten Bandes der Schrift der Gesellschaft für soziale Reform das Wesen des Problems, seine allgemeine Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft und die Sozialpolitik und die verschiedenen Gesichtspunkte für die Lösung des Problems entwickelt hat, hat Professor Adolf Günther im zweiten Heft die Aufgabe übernommen, die Tatsachen der Lohn- und Preisentwicklung im Kriege und die Gestaltung des Teuerungskoeffizienten samt ihren Wirkungen auf den Lebensaufwand und die Kaufkraft der Massen statistisch-kritisch darzustellen.

Hier soll nur daran erinnert werden, daß die Grenzen, unter die die Lebenshaltung ohne dauernde Schädigung breiter Schichten des Volkskörpers herabgedrückt werden kann, nahezu erreicht, in vielen Fällen aber schon weit überschritten sind. Ein Lichtblick ist demgegenüber die Entwicklung auf dem Lande, gelegentlich auch in kleineren und mittleren Städten mit landwirtschaftlichem Hinterland. Bei ausgiebiger Verwertung der in der inneren Kolonisation gegebenen Mittel liegt es im Bereich des Möglichen, daß auch von der großstädtischen und industriellen Bevölkerung große Bruchteile abgesplittert und günstigeren Lebensverhältnissen auf dem Lande zugeführt werden.

Ferner berührt es angenehm, daß Männer wie der Syndikus des Bayerischen Industriellenverbandes, Dr. Kuhlo, für die Umstellung der Löhne auf die neuen friedenswirtschaftlichen Verhältnisse klare, sozialpolitisch gedachte Grundsätze aufzustellen bestrebt sind, die, wie Zimmermann näher berichtet, dem Abbau nicht mit den Löhnen, sondern mit den Preisen beginnen lassen wollen: „Man darf wohl annehmen, daß nach Eintritt normaler Verhältnisse für die meisten zum Lebensunterhalt notwendigen Gegenstände eine erhebliche Senkung der Marktlage eintreten wird. Wenn sich dann einmal übersehen lassen wird, daß wir wieder auf einem gewissen Normalstand angekommen sind, wird man an eine endgültige Regelung der Löhne und Beseitigung der außergewöhnlichen Zulagen herangehen können. Hierbei wird man dann selbstverständlich von dem Grundsatze ausgehen müssen, daß in keinem Falle unter das sog. Existenzminimum heruntergegangen werden darf, daß aber die breiten Schichten der gelernten und für besondere Qualitätsarbeiten befähigten Arbeiter auch Anspruch auf eine entsprechende höhere Lebenshaltung haben ....."

Wenn die von Dr. Kuhlo aufgestellte Theorie für die künftige Lohnpolitik allenthalben in Industrie und Gewerbe, in Handel und Landwirtschaft Widerhall finden und als Richtlinie für die Praxis sich durchsetzen würde, dann würde, so bemerkt Zimmermann mit

Digitized by Google

Recht, dem Problem der Lohngestaltung und der Kaufkraft des Lohnes die bitterste Schärfe genommen und die eine Seite: gesunde Anpassung des Lohnstandes an den Preisstand so gut wie gelöst sein. Es bleiben dann allerdings noch immer die anderen Seiten des Problems, die Fragen nach der absoluten Höhe der Preise, nach den Spannungen zwischen Lohnhöhe und Gehaltsstand der Festbesoldeten, nach der Einwirkung der absoluten Preis- und Lohnhöhe auf die öffentlichen Ausgaben und Lasten, nach den Möglichkeiten ausgiebigster Produktion ohne entsprechende Lohnsenkung und die Frage nach der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu lösen.

Indes unser Blick, so sehr er sich auch für die Weiten der Weltwirtschaft interessieren sollte, wird notgedrungen noch lange Zeit nach innen gerichtet bleiben müssen. Wohl zutreffend betont Günther, daß nicht der Arzt, nicht der Hygieniker oder Physiologe heute das letzte entscheidende Wort wird sprechen können, auch nicht der Sozialpolitiker. Der Volkswirt wird vielmehr den Mut haben müssen auszusprechen, daß das Konsum- und Verteilungsproblem nur auf dem Wege über die Produktion und Produktivität gelöst werden kann.

Gertrud Bäumer / Unter der Geißel der Erwählung

Romain Rolland hat seine Studie über Michelangelo, die in deutscher Übersetzung durch Wilhelm Herzog im Verlag von Rütten & Loening herausgegeben ist, als Beschreibung eines Besessenen gefaßt. Ein armer Mensch, den sich der Geist zum furchtbar mißhandelten Werkzeug erwählt — ohne daß scheinbar Ekstasen des Schaffens, Beseeligung durch die eigene Kraft das unerhörte Leiden des Umgetriebenen aufwiegen. Was das Selbstbildnis Michelangelos in den Uffizien rückhaltlos ausdrückt: die Zerstörung des menschlichen Lebens durch die übermenschliche Bestimmung, ist für Romain Rolland zur zusammenfassenden Formel geworden. Noch ein anderes Symbol hat er — vielleicht etwas willkürlich deutend — gefunden: den Sieger des Nationalmuseums von Florenz — jenen Jüngling, der auf dem Rücken des überwundenen Riesen kniend, nach der Deutung des Romain Rolland auf den Sieg verzichtet, weil er seiner überdrüssig ist im Augenblick der Erfüllung.

Überhaupt ist die Auswahl der Abbildungen zu der Studie getroffen, um diese das menschliche Gefäß zerstörende Übergewalt des schöpferischen Dranges zu zeigen: Die unvollendeten Gestalten aus den Grottenwänden des Boboli-Gartens in Florenz, die sich, Ausdruck urgewaltigen Formwillens, aus dem Fels herauszwingen, wie Lust sich zu gebirgigen Wolken ballt, verstärken den Eindruck der Darstellung sinnfällig. Das über Mitleid hinaus zu schaudernder Ehrfurcht wachsende Gefühl der grenzenlosen Tragik des schöpferischen Menschen hebt und quält zugleich durch diese Studie.

Es gibt allerlei psychologische — eher psychiatrische — Studien über Genie und Wahnsinn. Sie nehmen den Ursprung des Genies im armseligen Menschen, betrachten es als eine Gehirnbeschaffenheit und sehen in dieser psychologisch banalen Auffassung nur Gradunterschiede zwischen schöpferischer und unschöpferischer Verrücktheit. An Michelangelo wird einem das Wesen der Erwählung offenbar. Die Herrlichkeit des Geistes bricht aus in der Knechtsgestalt eines Menschenlebens, und es enthüllt sich in ihm das unüberbrückbare Widereinander von Diesseits und Jenseits, Fleisch und Geist, Natur und höherer Welt. Dieser Menschenleib mit seinem Hunger und Durst, seiner Liebe und Leidenschaft, mit seinen Nerven und Müdigkeiten, seinem Lebenswillen in Gesundheit und Behagen vermag den Geist nicht zu beherbergen, ohne zugrunde zu gehen. Es gibt keine Harmonie zwischen solcher Erwählung und der Kreatur.

Und ebensowenig gibt es Harmonie zwischen solcher Erwählung und dem Verflochtensein eines Daseins und einer Seele in menschliche Gemeinschaft: in Familie, Freundschaft, Staat. Überall ist das Leben zu eng, seine Räume und Beziehungen, auf andere Forderungen zugeschnitten, werden zum Gefängnis, zur Fessel. Und als Gesamtstimmung lagert sich über dies Schicksal etwas wie Gewitterluft, voll Spannung, innerer Unruhe, Fruchtbarkeit — düster und großartig. „La mia allegrezza è la maninconia" — „meine Lust ist die Melancholie". Eine Stimmung, die sich nie löst, nie entlädt. Denn immer bleibt das Drängende größer als das Gestaltete, immer pressen Raum, Zeit und die Grenzen menschlicher Kraft den schöpferischen Willen in ein zu enges Gefäß, immer jagt es den Fertiggewordenen wieder auf zu neuem Kampf.

Alles Menschliche verzerrt sich auf dieser stürmischen Bahn, wird seinem eigenen Gesetz enthoben, willkürlich irrational. Das Verhältnis zum Gönner und Herrn, dem Papst oder dem Medici, jagt auf und ab zwischen Auflehnung und fast knechtischer Treue; die Liebe zu Florenz durchläuft alle Stadien von Kraft und Feigheit; die Anhänglichkeit an seine Familie zittert zwischen Mißtrauen, Zärtlichkeit und Bitternis; die große Liebe zu Thomas Cavalieri rast zwischen vollkommener seliger Selbstbefreiung und schmerzbetäubter fiebernder Verzweiflung: „mein Herz nährt sich von seinen Leiden". Einzig die Liebe der Vittoria Colonna scheint eine gleichmäßigere, stillere Atmosphäre für kurze Zeit über seinem zerquälten Leben ausgebreitet zu haben.

Romain Rolland hat seine Studie geschrieben, wie er im Schlußwort sagt: um seinen Freunden „um den Preis des Glückes die männliche Wahrheit zu zeigen, welche die Seelen formt". Um „denen, die leiden, einen Leidensgefährten zu geben".

Michelangelo ist kein „Leidensgefährte" für menschliche Traurigkeiten. Sein Leiden ist über alle Geselligkeit hinaus — es entspringt der höchsten Form des Zwiespaltes zwischen Gott und Mensch, Geist und Kreatur. Es ist nicht da, um miterlebt zu werden, um uns zu trösten, sondern um über sich selbst hinaus zu weisen auf Tatsachen, die überhaupt Tränen versiegen und Schmerzen verstummen machen vor dem unaussprechlich mächtigen Antlitz Gottes selbst.

Georg Mehlis / Schelling und die Idee des Völkerbundes

Die Idee des Völkerbundes als Vorform der höheren Idee der absoluten Völkerversöhnung und des ewigen Friedens ist in der deutschen Philosophie zuerst von Kant vertreten worden. Der junge Schelling ist ihm auf diesem Wege gefolgt. Während jedoch bei Kant Selbstbestimmungsrecht der Nationen und Völkerbund sich als Resultat eines folgerichtigen Zuendedenkens der ethischen Probleme ergaben, hat den Philosophen der Romantik der große Liebesgedanke der Synthese demselben Ziele entgegengeführt. Wie er in seinem ganzen leidenschaftlichen Bestreben darauf gerichtet war, die Gegensätze der Kultur und des Lebens zu versöhnen, so suchte er auch die äußeren Gegensätze zwischen den Nationen in der Idee einer übernationalen Völkergemeinschaft zu überwinden.

Allerdings ist es nicht möglich, wie das die französische Revolution vermocht hat, unter Aufhebung der staatlichen Schranken an die Stelle der politisch-rechtlichen Ordnung eine rein moralische Ordnung unter den Menschen zu setzen. Das muß, wie Schelling in dem Meisterwerk seiner Jugend, im „System des transzendentalen Idealismus" ausführt, zur schwersten Erschütterung des sozialen Lebens und zum Despotismus in der furchtbaren Gestalt einer anarchischen Willkür führen.

Die moralische Idee einer absoluten sozialen Gerechtigkeit auf Erden bleibt als ewigheilige Menschheitsforderung bestehen. Zunächst aber muß unsere Sorge darauf gerichtet

sein, ihr Erscheinen vorzubereiten und ihr eine wohnliche Stätte aufzubauen. Die Herstellung einer rein moralischen Ordnung unter den Menschen, die auf dem Gesetz der Freiheit beruht, setzt die höchste Kultur des persönlichen Lebens voraus. Von ihr sind wir noch weit entfernt. So gilt es denn als Vorbereitung für einen höheren Zweck, die ideale Rechtsordnung aufzurichten, die dem gesellschaftlichen Leben Sicherheit und Bestand verbürgt.

Die ursprüngliche Rechtsordnung der einzelnen Staaten ist aus der Not des Lebens geboren, und die große Mannigfaltigkeit, die das Verfassungsleben seitdem angenommen hat, verschieden nach Charakter und Kultur eines Volkes, läßt überall den Geist des Vorläufigen und Zufälligen erkennen. So tragen alle diese Formen des sozialen Lebens den Keim des Verfalls und des Untergangs in sich.

Sollte auch jemals in einem einzelnen Staate eine vollendete Rechtsordnung sich gebildet haben, so bleibt ihr Bestand doch dem Zufall überlassen, solange es an einer zwischenstaatlichen Organisation fehlt. Denn solange die Völker zueinander im Gegensatz verharren, muß dem Leiter des Staates zum Schutz der eigenen Rechtsordnung eine entscheidende Macht eingeräumt werden; die nur zu leicht zur Bedrohung eben dieser Ordnung führen kann, wenn sie lediglich von dem guten Willen des Herrschers abhängig ist.

Vorbedingung für einen Völkerbund ist die Bildung einer einheitlichen politischen Gesinnung, so etwa die Beseelung der politischen Formen durch den Geist einer wahrhaften Demokratie und die Anerkennung eines gemeinschaftlichen Gesetzes durch sämtliche Kulturstaaten. Gewiß hat Schelling recht, wenn er die Innerlichkeit so sehr betont und die Verwirklichung einer wahrhaften Völkergemeinschaft abhängig macht von der Bildung eines gemeinsamen Rechtsbewußtseins.

Ist der Völkerbund geschaffen und ein internationaler Gerichtshof eingesetzt, um über die Streitigkeiten der Einzelstaaten zu befinden, ein Gerichtshof, der sich aus Mitgliedern aller Kulturstaaten zusammensetzt, so ist der Naturzustand der Völker endgültig getilgt, und es beginnt nunmehr ein Zeitalter höchster Menschheitskultur. Dies Ziel der sozialen Entwicklung ruht nicht im Unendlichen, sondern kann in absehbarer Zeit erreicht werden.

Schelling zerlegt die Weltgeschichte in drei Perioden, die er als Stufen göttlicher Offenbarung deutet. In der ersten Epoche, die durch den Begriff des Schicksals bestimmt ist, konnte die menschliche Gesellschaft noch keinen Bestand gewinnen. Das Schicksalsgesetz wirkte als blinde Macht und führte zum tragischen Untergang der antiken Welt. In der zweiten Epoche, in der wir uns befinden, wird die blinde Macht zu einem verständlichen Mahngesetz. Jetzt sehen wir Notwendigkeit und Bestand in der Entfaltung der Staaten. Der katastrophale Charakter des Weltgeschehens weicht einem geregelten Verlauf. Diese Epoche beginnt mit der Ausbreitung der römischen Republik, welche die Völker in gegenseitige Beziehungen brachte. Die Macht des Gesetzes zwang die Nationen, selbst wider ihren Willen einem verborgenen Plane zu dienen, dessen Erfüllung in der vollständigen Entwicklung des allgemeinen Völkerbundes gesehen werden muß. Mit ihm ist die äußere Ordnung der Gesellschaft vollendet, und es beginnt nunmehr die dritte Epoche der Geschichte, wo das, was früher in der Gestalt des Schicksals und des Mahngesetzes erschien, als göttliche Vorsehung sich kundgibt.

Naumann † / Naturfragen

Das Studium der natürlichen Entwicklung des Lebens und insbesondere die Vertiefung in die Vorzeit der Pflanzen und Tiere hat an der alten biblischen Schöpfungsgeschichte vieles geändert, hat aber den Schöpfungsgedanken selber nicht völlig umgeworfen, denn alle Versuche, das Entstehen der Arten und ihre Lebensgewohnheiten nur aus mechanischen und materiellen Ursachen zu erklären, reichen nicht aus. Es bleibt eine offene Frage, woher das Leben seine Zielpunkte erhält, aber man kann bei fleißiger Beschäftigung mit den Naturerscheinungen nicht leugnen, daß es gewisse, über der Natur schwebende oder in ihr verborgene Ideale gibt, dem sich die einzelnen Gattungen zu nähern bemüht sind. Wenn man beispielsweise den Lebensvorgang der Käfer oder Fliegen sich vergegenwärtigt, bei dem aus dem Ei die Larve, aus der erwachsenen Larve die Puppe, aus der Puppe das geflügelte Tier entsteht, wo dann das vollendete Tier wiederum für die Lebensbedingungen des Eies so genau und gewissenhaft sorgt, als sei ihm der Vorgang des Aufkeimens des neuen Wesens in sicherster Erinnerung und als kenne es den Weg durch die Eingeweide gewisser Großtiere und verstehe die Regeln der Verteilung des Nachwuchses, — dann hört man auf, an unbewußte und zufällige Handlungen zu glauben, und fängt an, hinter dem, was man Instinkt nennt, eine Art von Gattungsverstand zu suchen. Oder wenn man bei den tropischen Vögeln die wunderbaren Färbungen vergleichend beobachtet, so genügen die gewöhnlichen Gesichtspunkte der Schutzfarbe und der Liebeslockung nicht, um die künstlerische Phantasie zu erklären, die hier und an hundert anderen Stellen waltet. Die Natur ist und bleibt voll von Rätseln. Man kann nicht sagen, daß sie eine klare „Offenbarung" bietet, denn es ist nicht ihr Zweck, uns etwas zu sagen oder zu verheimlichen. Sie lebt ihr eigenes Leben weit länger als wir Menschen, und es ist falsch, sie in der Weise der alten Schöpfungslegende nur als Hilfsveranstaltung für die Menschen anzusehen. Um des Menschen willen hat es nicht die Hunderttausende von Arten gegeben, die vor uns gewesen sind.

Büchertisch

Schriften über Revolution und Christentum, Staat und Kirche.

I.

Christentum und Sozialismus. Von Ludo M. Hartmann. 3. Auflage. Leipzig, Duncker & Humblot. 37 S., 1 M. — Die neue Kirche. Von R. Liebe. Dresden-Blasewitz, Bleyl & Kaemmerer. 48 S., 1,40 M. — Volksschriften zum Aufbau. 1. Trennung von Staat und Kirche. Von Prof. Zscharnack. 2. Was haben wir an unserer evangelischen Kirche? Von Prof. Schian. Berlin W. 35, Verlag des Ev. Bundes. 48 bzw. 31 S., 55 bzw. 40 Pf. Partiepreise. — Die Lage der Landeskirche und ihre künftige Gestalt. Von Sup. Dr. jur. Leonhard. Dresden, Holze & Pahl. 32 S. — Die Rechte des summus episcopus. Von Prof. Bredt. Berlin W. 9, Warneck. 24 S. 90 Pf. — Der Religionsunterricht einst, jetzt und künftig. Von Dr. R. Penzig. Berlin, G. Reimer. 159 S. 2,40 M.

Hartmanns Vortrag wird um des Verfassers willen — er war Universitätsprofessor in Wien, jetzt bis vor kurzem der Vertreter Deutsch-Österreichs in Berlin — bei uns gern beachtet werden; inhaltlich bietet er nicht eine umfassende Erörterung des Verhältnisses beider Größen; sondern sucht zu zeigen, wie beide zuerst dem Staat feindlich gegenüberstanden, dann ihm Konkurrenz machten, und schließlich der Sozia-

lismus den Staat zu durchdringen sucht, während die Kirche ihn zu unterwerfen suche. Das gilt freilich nur von der katholischen. — Unter den vielen Schriften, die von kirchlicher Seite zu der bevorstehenden Lockerung des Verhältnisses von Staat und Kirche erschienen sind, ist die Zscharnacks zur Einführung sehr geeignet; Leonhard bietet eine zuversichtliche Erörterung der neuen Lage vom Standpunkt gemäßigten Luthertums aus. Liebe will, den Zwang des bisherigen Staatskirchentums ablehnend, doch den Staat nicht gegen die Religion gleichgültig werden lassen. Dem Kulturstaat, wie ihn unsere deutsche Geschichte fordert, entspricht ein Mittelweg auf diesem Gebiet; L. denkt ihn sich so, daß lebendige Einzelgemeinden von freiwilligen Mitgliedern sich zusammenschließen zu Verbänden, je nach ihrer religiösen Eigenart, und deren Gesamtheit wiederum als Volkskirche vom Staate bestimmte Rechte und Pflichten erhält; sowohl für die religiöse Versorgung derer, die nicht irgendeiner jener Gemeinden oder einer Sekte beigetreten sind als auch für mancherlei Kulturaufgaben. Über Einzelheiten des naturgemäß verwickelten Plans wird Meinungsverschiedenheit herrschen; ernster Beachtung wert ist das zugrunde liegende Streben, Gewissensfreiheit mit umfassender staatlicher Kulturpflege zu vereinigen. — Schians vielseitige und lebendige Schilderung dessen, was die evangelischen Kirchen leisten, sollte nicht nur in kirchlichen Kreisen verbreitet, sondern auch in außerkirchlichen beachtet werden. — Bredt will nachweisen, daß die Rechte, die der preußische König (und andere evangelische Fürsten) bisher in den evangelischen Landeskirchen hatten, nicht von der Staatsregierung in Anspruch genommen werden dürfen. In einzelnen hat er juristisch recht, aber z. B. der geschichtliche Satz, Luther habe nur einer christlichen Obrigkeit die Leitung der evangelischen Kirche überlassen wollen, veranlaßt zu der Gegenfrage: waren Friedrich der Große, Friedrich Wilhelm II. und ähnliche anerkannte „Landesbischöfe" bessere Christen als Südekum und Wolfgang Heine? — Mit dem Verhältnis von Staat und Kirchen wird sich zugleich die Gestaltung des Religionsunterrichts ändern. Penzig tritt mit Ernst und Sachkenntnis dafür ein, daß der jetzige Religionsunterricht ersetzt werde durch objektive Einführung in die Religionsgeschichte (die für Kinder schlicht als Einführung in die wertvollsten Erzählungen verschiedener Religionen, natürlich auch der biblischen, gestaltet werden mag), Kulturkunde und Sittenlehre. Die letzten Monate haben gezeigt, daß die Dinge zum Teil verwickelter liegen, als P. annimmt; z. B. ist nicht nur eine kleine Minderheit der bürgerlichen Gesellschaft (S. 50) für Erhaltung des Religionsunterrichts.

H. Mulert.

*

Betrachtungen zur wirtschaftlichen Lage der technischen Privatangestellten in Deutschland von Dr. Karl Rasbach (volkswirtschaftliche Abhandlungen der Badischen Hochschulen, neue Folge, Heft 35). Verlag G. Braunsche Hofbuchdruckerei, Karlsruhe in Baden, 1916.

Das Problem der Angestellten ist erst in der neueren wirtschaftlichen Entwicklung durch die fortdauernde Konzentration im Großbetriebe entstanden. Die neue Arbeit Rasbachs über die bisherige Entwicklung der Angestelltenbewegung hat mit großem Fleiße versucht, diejenigen Probleme des Arbeitsverhältnisses, die insbesondere die technischen Angestellten betreffen, klarzustellen. Die Ermittlungen sind bis Juli 1914 durchgeführt worden und fanden dann durch den Ausbruch des Krieges ihren Abschluß. Die Erscheinungen des Krieges sind nicht in den Bereich der Arbeit hineingezogen. Rasbach kommt zu dem Ergebnis, daß das ganze Angestelltenproblem dadurch gekennzeichnet würde, daß es sich noch in vollem Flusse der Entwicklung befindet. Weder die Bestrebungen der Angestellten noch die Stellung, die sie in der ganzen Wirtschaft oder in dem Einzelbetriebe einnehmen, sind zu irgendwelchem Abschluß gelangt. Es ist noch nicht einmal klar, ob sich die Entwicklung der Angestellten weiter zur schärferen Ausprägung des Arbeitnehmercharakters oder zur Hervorkehrung der Stellung als Unternehmerhelfer vollziehen wird. Der vorherrschende Zustand der Unabgeschlossenheit zeigt sich deutlich in der Rechtslage und in der Mannigfaltigkeit der Berufsvereine mit ihren widersprechenden Grundsätzen. Die Entwicklung in der Lage der Angestellten sowie in ihrer Standesbewegung wird künftighin wesentlich durch die Konzentrationsbewegung in der Industrie beeinflußt werden. Die wirtschaftliche Stabilität der Großunternehmen versetzt dieselben in die Lage, mehr für ihre Angestellten zu tun, als die kleinen Betriebe, und die ganze Stellung der Angestellten zu einer beamtenähnlichen zu machen. Eine solche gesicherte wirtschaftliche Lage ist aber Vorbedingung für die Beibehaltung der mittelständischen Lebenshaltung, die bis jetzt bei den Angestellten vorherrscht. Es kann auf diese Weise ein Ersatz des durch die Großindustrie und den Großhandel unterdrückten Mittelstandes erreicht werden. Auf der anderen Seite besteht allerdings die Möglichkeit, daß durch die weitere Konzentration die Lage der Angestellten auch fernerhin verschlechtert werde, daß sie immer mehr zu reinen Arbeitnehmern herabgedrückt werden.

Rasbachs Arbeit ist nicht gewöhnlicher Art, hat viel selbständige Gedanken, vor allem seine Ausführungen über betriebstechnische Fragen können begrüßt werden, die in einigen Teilen des „Nachtrags" eine gute Fortsetzung finden. Dr. Luebeck.

Schriften zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen außerhalb des Reiches. Im Auftrage des Vereins für das Deutschtum im Ausland herausgegeben von Dr. Paul Traeger.

Nr. 1. Dr. Wilhelm Rohmeder, Das Deutschtum in Südtirol. 1,80 M.
Nr. 2. Adolf Eichler, Die Deutschen in Kongreßpolen. 0,75 M.
Nr. 3. Edmund Schmid, Die deutschen Kolonien im Schwarzmeergebiet Südrußlands. 1,20 M.
Nr. 4. Universitätsprofessor Dr. R. F. Kaindl, Die Deutschen in der Bukowina. 1,00 M.
Nr. 5. Privatdozent Dr. Arthur Weber, die Zipser-Deutschen. 1,00 M.
Nr. 6. Pastor Ernst Althausen, Die Deutschen in Wolhynien. 0,75 M.

Spät, doch nicht zu spät, tritt endlich der Verein für das Deutschtum mit einer Schriftensammlung hervor, welche die Auslandsdeutschen in ihrem Kampf um das Selbstbestimmungsrecht unterstützen soll. Wie wichtig es ist, die reichsdeutsche öffentliche Meinung hierfür mobil zu machen, bedarf keines Wortes.

Aber nicht „bloß" wichtig sind die Fragen, von denen diese Schriften handeln, sie sind auch interessant. Denn das Selbstbestimmungsrecht nimmt ja nach den konkreten Verhältnissen, unter denen verwirklicht werden soll, verschiedene Formen an. Für Deutsch-Südtirol (Nr. 1) bedeutet es die Unmöglichkeit der Trennung von Deutsch-Österreich und von Deutschland, das ist den Anschluß an den deutschen Staat. Bei den übrigen hier behandelten deutschen Gruppen (Nr. 2—6) kann vom Anschluß an einen deutschen Staat oder auch der Errichtung staatlicher Selbständigkeit nicht im entferntesten die Rede sein, ihr Diaspora-Charakter verbietet das von vornherein. Dem Selbstbestimmungsrecht ist also in anderer Weise Geltung zu verschaffen: auf der einen Seite ist der fremde Staat, in dem sie leben, von den Deutschen loyal anzuerkennen und zu respektieren, auf der anderen Seite muß von dem fremden Staat das Volkstum beim deutschen Mitbürger geachtet werden. Das ist nur in der Weise möglich, daß der deutschen Minorität innerhalb des fremden Staates kulturelle Autonomie gewährt wird. Diese basiert in erster Linie auf der Selbstverwaltung in Kirche, Schule und Gemeinde, führt aber im einzelnen — je nach den Verhältnissen — zu verschiedenen Bestimmungen. Hierfür enthalten die vorliegenden Schriften interessantes Material.

Ein historischer Unterbau lehrt überall die gegenwärtigen Verhältnisse verstehen.

Die Sammlung soll schnell fortgesetzt werden.

Berlin Dr. G. Fittbogen.

Briefkasten

Alle bei uns eintreffenden Anfragen und Bestellungen über Leipzig werden wir während der Dauer des Streiks im Leipziger Buchhandel **direkt** erledigen. Verlag der „Hilfe".

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, Zehlendorf, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, Hamburg.

LECIN
Appetitanregend
Blutbildend Nervenstärkend
In Apotheken u. Drogenhandlungen :: Proben vom Lecinwerk Hannover
LECIN-Tabletten

4. September 1919

Die Hilfe erscheint Donnerstags. Schluß der Redaktion Montag. Unverlangten Einsendungen ist Rückporto beizufügen.

Vierteljahrspreis bei Post und Buchhandel (beim Abholen) 5 M., unter Kreuzband 5,50 M., durch Postüberweisung vom Verlag 5,25 M., ins Ausland 6 M. Einzelhefte 60 Pfennig.

Schriftleitung u. Verlag d. „Hilfe" Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27. Fernsprecher: Amt Moabit 2021. Postscheckkonto: Amt Berlin 3663.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Nummer 36

Anzeigen kosten: die 40 mm breite Nonpareillezeile 80 Pfennig.

Einfache Beilagen: Tausend 15 M.

Bei Wiederholungen Preis-Ermäßigung. Entwürfe und Kostenanschläge werden gern zugesandt. Anzeigenannahme durch den Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40 und durch sämtliche Annoncen-Expeditionen.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Freitag der vorhergehenden Woche.

Dem Gedächtnis Naumanns

Martin Wenck / Der Lebensgang Friedrich Naumanns

Am 25. März 1920 sollte Friedrich Naumann das 60. Lebensjahr vollenden. Sein treuer Freundeskreis würde es sich nicht haben nehmen lassen, trotz Naumanns innerem Widerstreben gegen alle äußeren Ehrungen seiner Person, an diesem Tage dankbarer Verehrung für ihren Meister öffentlichen Ausdruck zu geben. Ich trug mich seit langem mit dem Plan, zu diesem Jubeltag als Ergänzung zu der Geschichte der Nationalsozialen ein Lebensbild Friedrich Naumanns erscheinen zu lassen, zu dem die ersten Vorarbeiten bereits geschehen sind. Bleibt mir Leben und Kraft erhalten, so soll dieses Werk persönlichster Dankbarkeit mit Hilfe anderer Freunde des teuren Entschlafenen zu diesem Gedächtnistag nicht unvollendet bleiben, damit das deutsche Volk die Persönlichkeit eines seiner besten Söhne in ihrer Entwicklung und ihrer umfassenden geistigen Bedeutung in Erinnerung behalten und, wo dies noch notwendig ist, nachträglich erkennen kann, soweit dies überhaupt geschriebenes Wort willigem Verständnis vermitteln kann. Für diese Gedächtnisnummer der Hilfe aber bin ich gebeten worden, den Lebensgang Friedrich Naumanns schlicht und einfach, in engem Rahmen zu schildern und vor allem die entscheidenden Momente dieses Lebens festzuhalten.

Friedrich Naumann ist in der geistigen Atmosphäre eines lutherischen Pfarrhauses in Störmthal aufgewachsen, zu dessen Traditionen, die der strenggläubige Vater vertrat, der belebende Einfluß seines Großvaters, des bekannten Leipziger Theologen Friedrich Ahlfeld, trat, in dessen Heim er weilte, als er seinen ersten Gymnasialunterricht auf der dortigen Nikolaischule genoß. Wer in seinem späteren Leben mit ihm über theologische und kirchliche Fragen sprach oder noch heute seine in der „Gotteshilfe" gesammelten Andachten liest, der findet die Spuren dieser religiösen Beeinflussung unverkennbar wieder. Weder die verständnisvolle Berührung mit der kritischen protestantischen Theologie, noch mit dem theoretischen Materialismus und der Naturwissenschaft hat sie verwischen lassen, legen auch seine Reiseerinnerungen aus Palästina (Asia) und seine Briefe über Religion Zeugnis davon ab, wie offen er sich modernen Erkenntnissen theoretisch erschloß. Er blieb in seinem persönlichen religiösen Leben der Bekenner eines schlichten Gottesglaubens nach Väter Art. Das wurde auch für seine ganze öffentliche Arbeit im Dienst für das deutsche Volk, der ihm immer ein Gottesdienst gewesen ist.

Seine fernere Gymnasialbildung genoß er auf der Fürstenschule St. Afra in Meißen. Die strenge Zucht dieser Anstalt, der Pennalismus, der hier zum Teil herrschte, hat in ihm später mir gegenüber oft in Privatgesprächen einen Verteidiger gefunden. „Es schadet dem Menschen nichts, wenn er in seinen Entwicklungsjahren gepufft wird. Das kann für seine Erziehung zur Freiheit sehr wohl von Vorteil sein." Zu gleicher Zeit vollendete sich dort Naumanns Gewöhnung an strenge, korrekte geistige Arbeit, die wir später als seine Mitarbeiter an ihm so bewundert haben, die Gründlichkeit, mit der er allen Fragen auf den Grund ging, nicht rastend, bis er ein klares Bild von jedem Problem gewonnen hatte. Neben dem Deutschen, in dem er zuerst Lessing vor Augen sich stilistisch bildete (auch seines Großvaters Ahlfeld kurze knappe Ausdrucksweise wirkte nach), liebte er die Mathematik; das Bearbeiten von statistischem Material ist ja auch stets eine Vorliebe des Politikers Naumann geblieben, wie seine späteren Reden, mehr noch seine Schriften beweisen. In St. Afra begann auch sein erstes politisches Interesse wach zu werden. Es richtete sich auf die Person und die Reden Bismarks auf die Fragen der nationalen Machtpolitik, die er namentlich in der Lektüre der Kölnischen Zeitung in sich aufnahm. Gedanken, die er erst später nach seiner ersten christlichsozialen Zeit, von Max Weber beeinlußt, in seiner politischen Arbeit wieder aufnahm, die aber schon mitgewirkt haben, als er als Student in Erlangen und Leipzig Mitglied des Vereins deutscher Studenten wurde. Über sein Studium auf diesen beiden Universitäten zu reden, würde hier zu weit führen. Für den Werdegang des Politikers Friedrich Naumann ist sein Aufenthalt als Oberhelfer im Rauhen Haus in Horn bei Hamburg und seine erste praktische Tätigkeit als Geistlicher wichtiger.

Johann Hinrich Wichern, der Vater der Innern Mission, war zwar zwei Jahre vor Naumanns Eintritt in diese große Werkstätte christlicher Liebe gestorben, aber sein Geist lebte noch unverfälscht fort, und Friedrich Naumann nahm ihn mit der ganzen Glut seiner persönlichen Frömmigkeit auf. Es war der Geist des sozialen Christentums, mit dem Wichern schon in den Sturmjahren der Revolution die evangelische Christenheit zu erfüllen versucht hatte, der aber über kleine Kreise der Innern Mission hinaus deren große Werke

Christentums geführt hat. Das erkannte Naumann in späteren Jahren, als er selbst Berufsarbeiter der Innern Mission geworden war, immer deutlicher, und er hat, leider vergeblich, in vielen zum Teil sehr heftigen kirchlichen Kämpfen versucht, der Innern Mission und mit ihr der evangelischen Kirche neue Wege zu weisen. Einstweilen gab ihm sein erstes geistliches Amt als Pfarrer in Langenberg bei Glauchau i. S. Gelegenheit zu praktischer Arbeit in der Kirche. Eine arme Landgemeinde, deren Bewohner unter der Fron der Hausindustrie standen, das leiblich und geistig verheerende Elend der Weber, die religionsfeindliche Agitation einer glaubenslosen Sozialdemokratie in der Umgegend — das bildete Friedrich Naumanns ersten Aufgabenkreis. Und hier ist er denn auch der „Pastor der armen Leute“ geworden, der mit seinem Herzen voll brennender Bruderliebe in die Hütten der Armut ging, dessen Tür jedermann ohne pfarramtliche Sprechstunde jederzeit offen stand, an dessen Tisch der wandernde Handwerksbursche gastliche Aufnahme fand, der schlicht, darum aber gewaltig zu predigen verstand, aus dessen Feder Christspiele zur Weihnachts- und Osterzeit entstanden, der Waldgottesdienste veranstaltete, auf christlichen Arbeiterfesten redete und sich auch mutig daran wagte, in sozialdemokratischen Versammlungen den christlichen Glauben zu verteidigen. Die Debatte spielte natürlich auch auf das Gebiet der wirtschaftlichen Fragen über, und Naumann fühlte, daß ihm hier die nötigen Vorkenntnisse fehlten. Die suchte er sich mit eisernem Fleiß anzueignen, und seine damals entstandenen Schriften, vor allem der im Jahre 1888 erschienene Arbeiterkatechismus (Titel „Arbeiterkatechismus“ oder „Wahrer Sozialismus, seinen arbeitenden Brüdern dargebracht“), zeugen von seiner bald gewonnenen Belesenheit in der sozialdemokratischen Literatur. Aber erst seine Berufung als Vereinsgeistlicher für Innere Mission nach Frankfurt a. M. (1890), gab ihm eine größere Wirksamkeit und Gelegenheit zu immer gründlicherem nationalökonomischem Studium im Verkehr mit Fachleuten der verschiedenen politischen Richtungen. Hier in Frankfurt a. M. wurde sein Heim an der Seite seiner treuen Gattin Magdalene, geb. Zimmermann, die ihm eine jetzt mit dem Pfarrer Lic. th. Loew verheiratete Tochter geschenkt hat, ein Haus mit reichem geistigen Verkehr, von dem unendlich viel Anregung ausgegangen ist, wovon ich Zeugnis ablegen kann über den Tod des treusten aller Freunde hinaus. Hier wurde Naumann Politiker.

Die schon erwähnten Kämpfe um die Umgestaltung der Innern Mission, ein Kapitel, das hier nicht angeschnitten werden kann, aber einer eingehenden Würdigung wert bleibt, befestigte ihn immer mehr in seinem christlichen Sozialismus, der ursprünglich von Wichern und auch von Stöcker beeinflußt, nun neuen Inhalt und neue Formen annahm. Sozialismus war für Naumann niemals einseitiger Marxismus, so stark er zeitweise von Marx beeinflußt wurde, sondern er war für ihn die Überzeugung von der Notwendigkeit und Berechtigung der wirtschaftlichen, geistigen, politischen und sozialen Emporentwicklung des Arbeiterstandes, von dem Recht des Arbeiters hierzu gegenüber jeder Bevormundung und Hemmung, auch jedem noch so gut gemeinten Patriarchalismus. Daher auf der einen Seite das weitgehende Verständnis Naumanns für die Sozialdemokratie, vor allem die Gewerkschaftsbewegung, auf der anderen Seite sein Kampf gegen politischen und kirchlichen Konservatismus auf sozialem Gebiet. Der christliche Charakter dieses Sozialismus verband sich für ihn unmittelbar mit der Person Jesu, „dem Volksmann“, dem Helfer in geistlicher und leiblicher Not. In diesen Gedanken, die hier nur angedeutet werden können, bewegten sich seine Schriften in der Frankfurter Zeit, seine Reden in Volksversammlungen, seine Predigten und Vorträge, seine Tätigkeit in den evangelischen Arbeitervereinen, in dem von ihm herausgegebenen „Sonntagsgruß“, einem christlichen Sonntagsblatt, das der Vorläufer der im Dezember 1894 zuerst erschienenen „Hilfe“ gewesen ist. Durch die „Hilfe“ sammelte er einen immer größeren Kreis von Freunden und Gesinnungsgenossen um sich, während zu gleicher Zeit dieser Kreis immer mehr nach rechts hin abgegrenzt wurde.

Ein engster Freundeskreis, zu dem, um nur einige Namen zu nennen, vor allem Naumanns ältester Freund Paul Göhre, dann Theodor Traub, der Bruder des Abgeordneten, Ernst Lehmann, weitere junge Theologen aus dem Kreis der Christlichen Welt und Akademiker gehörten, entwarfen mit ihm ein erstes sozialpolitisches Programm für evangelische Arbeitervereine und nannten sich im bewußten Unterschied zu den Stöckerschen Christlichsozialen evangelischsozial, ihren gegensätzlichen Standpunkt zu diesen auf den Tagungen des Evangelischsozialen Kongresses und der evangelischen Arbeitervereine ausfechtend. Darüber glitt diese junge Bewegung fast unbewußt von dem ursprünglich rein kirchlichen auf das sozialpolitische und von diesem auf das politische Gebiet und wurde genötigt, auch zu anderen öffentlichen Fragen außer der Arbeiterfrage Stellung zu nehmen, wenn diese auch im Vordergrund des Interesses blieb. Zu diesen Fragen gehört auch die nationale, nicht in dem Sinne der vaterländischen Gesinnung, die war immer Voraussetzung gewesen, sondern die Frage nach der Stellung zu der nationalen Machtpolitik und zum Staat. Und hier ist es eben Professor Max Weber gewesen, der im Verkehr mit Naumann auf ihn Einfluß gewann im Sinn einer von ihm in Freiburg als akademische Antrittsrede gehaltenen Ausführung über den „Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik“. Bisher war das soziale Christentum der ausschließliche Ausgangspunkt für Naumann gewesen. Nun trat aber das Nationale als politischer Machtfaktor in seinen Gedankenkreis und erfüllte ihn immer mehr. „Wer innere Politik“, auch zugunsten der Arbeiter, „treiben will, der muß erst Vaterland und Grenzen sichern, er muß für nationale Macht sorgen“. „Wir brauchen einen Sozialismus, der regierungsfähig ist.“ „Ein solcher Sozialismus muß national sein.“ Hierin lag die Wandlung Friedrich Naumanns vom christlich- oder evangelischsozialen zum nationalsozialen Politiker, schon ein Jahr vor der Gründung des nationalsozialen Vereins. Diese Erweiterung seines politischen Gesichtskreises schuf für Naumann zugleich eine Verbreiterung des politischen Kreises, auf den er Einfluß gewann. Damaschke kam von der Bodenreform zu ihm, Rudolf Sohm von den sächsischen Konservativen, Professor Gregori von den Nationalliberalen, Helmuth von Gerlach und Oberwinter von den Christlichsozialen, die mit Stöcker gebrochen hatten usw. Man faßte den Entschluß, eine eigene Berliner Tageszeitung, „Die Zeit“, zu gründen und auf einem Kongreß aller nicht konservativ gerichteten Christlichsozialen und mit ihren bisherigen Parteiorganisationen unzufriedenen Sozialpolitikern eine eigene Organisation zu schaffen als Vorbereitung für eine neue Partei, wobei man an den alten Nationalverein dachte. Diese Organisation erhielt im Herbst 1896 den Namen nationalsozialer Verein, nachdem man noch einmal auf einem Kongreß mit 100 Delegierten aus 60 Wahlkreisen die Frage durchdebattiert hatte, welche Stellung

dem Arbeitsprogramm erhalten sollte, und dabei zu dem Resultat gekommen war, daß es nicht zur Parteisache gemacht werden dürfte, aber auch von den Nationalsozialen im öffentlichen Leben als Macht des Friedens und der Gemeinschaftlichkeit anerkannt werde. Voran stand fortan das Bekenntnis: „Wir stehen auf nationalem Boden, indem wir die wirtschaftliche und politische Machtentfaltung der deutschen Nation nach außen für die Voraussetzung aller großen sozialen Reformen im Innern halten, zugleich aber der Überzeugung sind, daß die äußere Macht auf die Dauer ohne Nationalsinn einer politisch interessierten Volksmasse nicht erhalten werden kann."

Genau sieben Jahre lang hat der nationale Verein unter Naumanns Führung seine Tätigkeit im öffentlichen Leben Deutschlands entfaltet. An äußeren Erfolgen im Vergleich mit denen politischer Parteien gering, denn weder ließ sich das Berliner Zeitungsorgan länger als ein Jahr erhalten, noch gelang es bei den Wahlen von 1898 und 1903 einen anderen Kandidaten als Hellmuth von Gerlach in den Reichstag zu bringen. Naumann selbst unterlag zuerst in Jena, dann in Oldenburg. Naumann bekannte rückblickend: „Wir sind nicht imstande, die neue Partei zu gründen, selbst Leute, die meine Politik für mindestens ebenso richtig halten wie die des Herrn Hug (sein sozialdemokratischer Gegenkandidat in Oldenburg), haben ihn und nicht mich gewählt, weil hinter ihm die große Partei steht. Die große Welle hat uns verschlungen."

Aber nicht nach diesem äußeren Mißerfolg ist die Bedeutung der Nationalsozialen und ihres Führers einzuschätzen. Sie lag in der reichen geistigen Arbeit, die Friedrich Naumann in diesen Jahren, unterstützt von seinen Freunden, geleistet hat in der Durchdringung politischer, sozialpolitischer und wirtschaftlicher Aufgaben mit den nationalsozialen Ideen, wovon die einzelnen Programme des Vereins, Naumanns Reden, seine Aufsätze in der Hilfe, seine Bücher, auch die nach 1903 erschienenen, vor allem „Neudeutsche Wirtschaftspolitik" sowie „Demokratie und Kaisertum" Zeugnis ablegen. Sie lag in dem mächtigen persönlichen Einfluß, der von ihm ausstrahlte auf eine für neue Ideen empfängliche Jugend, die heute noch im späteren Mannesalter von der Anregung zehrt, die er ihnen gegeben hat. Sie lag in der Befruchtung anderer Parteien mit der Naumannschen Gedankenwelt, mochten sie dies auch nicht willig zugeben. Sie liegt noch heute in dem offenen ehrlichen Bekenntnis vieler deutschen Demokraten, daß ihre Partei nur eine Zukunft haben wird, wenn sie nationalsozial sein wird.

Naumann selbst ist es gewesen, der nach dem fehlenden äußeren Erfolg den Anschluß des nationalsozialen Vereins an die Organisation der freisinnigen Vereinigung empfohlen hat, weil er mit gutem Gewissen mit weitausschauenden Sozialpolitikern dieser Parteigruppe, wie es Theodor Barth und der dann bald verstorbene Abgeordnete Rösicke-Dessau waren, zusammen zu arbeiten hoffen konnte, und der weitherzige Führer Karl Schrader im Namen der Fraktion ihn herzlich willkommen hieß. Damit trat Friedrich Naumann in die Reihen des bürgerlichen Liberalismus ein, und die große Mehrzahl seiner Anhänger folgte ihm sofort oder später nach. Das war kein Gesinnungswechsel, sondern nur ein Frontwechsel für ihn, der ihm ermöglichte, seine Gedanken in einem größeren Rahmen zu vertreten, sie noch in anderen Problemen zur Geltung zu bringen und sie, wie dann seine Wahl in den Waldeck erwies, auch in der parlamentarischen Arbeit zu erproben. Es sind dann neben den Aufgaben einer fortschrittlichen Sozialpolitik und später der auswärtigen Politik vor allem Fragen der Parteipolitik gewesen, denen er sich zuwandte. Er setzte seine ganze Kraft ein für die Einigung des bürgerlichen Liberalismus und eine geschlossene Front der Linken mit Einschluß der Sozialdemokratie, an deren staatserhaltende Gesinnung in der Stunde vaterländischer Gefahr er trotz Spott und Hohn über den „Phantasten" glaubte. Dieser Glaube hat nicht getrogen. Die Reihen der Liberalen schlossen sich unter seiner Mitarbeit immer enger zusammen bis zur großen Einigung in der Deutschen demokratischen Partei, die dann Friedrich Naumann auf ihrem ersten Parteitag zu ihrem Führer wählte. Die Mehrheitssozialisten traten im Krieg hinter die Regierung. Das parlamentarische Regime, für das Naumann jahrelang in erster Reihe kämpfte, bahnte sich den Weg. „Demokratie und Kaisertum" schien der Verwirklichung nahe, als das Kaisertum in der Unentschlossenheit und Kurzsichtigkeit seines letzten Vertreters in der Revolution zusammenbrach anstatt zur rechten Stunde einen ehrlichen Bund mit der Demokratie einzugehen.

Aber bei all der Fülle dieser politischen Probleme, die Friedrich Naumann mit sicherem Blick erfaßte und denen er den rechten Weg zur Lösung wies, blieb seine Politik niemals an der Oberfläche haften, als handle es sich um leblose Sachen, um Begriffe, um taktische Schachzüge und nicht um das Schicksal eines Volkes, um lebende Menschen, um deren geistiges und seelisches Leben. Dieses allein hatte er im letzten Grunde vor Augen, wenn er Sozialpolitik trieb, für die Emporentwicklung der Masse und ihren Anteil an der politischen Macht kämpfte, wenn er im konservativen Agrariertum einen Feind des Volkes sah und immer wieder Berührung mit der Sozialdemokratie suchte, wenn er an das deutsche Volk glaubte trotz dessen Verwilderung im Krieg und in der Revolution. In der Freiheit werde schließlich doch dieses Volk zu der höheren Kultur kommen, die seine Seele ihm mit aller inneren Glut wünschte und für die er darum seine schönsten und besten Gedanken vor aller Welt, wie zuletzt noch auf dem Parteitag der deutschen Demokratie in begeisterte und begeisternde Worte geformt hat.

So ist der „Pastor der armen Leute", der aus dem strenggläubigen Elternhaus und dem Geist Wicherns kam, der Kulturpolitiker geworden, oder, besser gesagt, trotz aller Wandlung geblieben, der der Seele des von ihm über alle Maßen geliebten deutschen Volkes geistig und politisch mit seinen reichen mannigfachen Gaben dienen wollte und darin uns ein Vermächtnis hinterlassen hat, zu dessen treuer Verwaltung wir alle nach seinem frühen Tode berufen sind, die wir bei seinen Lebzeiten uns zu ihm bekannt haben.

Theodor Heuß / Erinnerungen

Nach 1900 — Gymnasiasten, Studenten, wie waren wir noch so jung, die ungewisse Seele auf dem Weg nach Lebenszielen. Da begegnete uns Naumann, eine Rede, ein Aufsatz, eine Andacht, und nun schien alles Schwanken, alle Unfreiheit weggenommen. Ihm zu dienen, wurde Bestimmung, ihn zu lieben eine keusche Freude des Herzens. Vielleicht waren wir alle ein wenig lächerlich für die anderen oder doch nur rührend in der Grenzenlosigkeit unserer Hingabe, ich weiß es nicht; aber wenn ich jetzt, in dem Schmerz

Digitized by Google

diese Liebeskraft, die Naumann in jungen Menschen entzündet hat, das Wunderbarste war, zart und groß, das sein Wesen gab. Wir haben uns alle irgendwie von Heimat und Familie getrennt, indem wir ihm nachfolgten, und woher auch wir kamen: indem wir uns zu ihm bekannten, waren wir Freunde für immer geworden, eine Gemeinschaft, die sich herzlich verstand und liebte. Was war uns die Partei? Ach ja, wir opferten für den nationalsozialen Verein alle unsere Pfennige, und die Wahlen von 1903 schlugen uns eine Welt des Glaubens in Stücke — aber nicht Programmsätze, sondern dieser Mann, sein Geist und sein Adel, waren der Inhalt unseres Lebens geworden.

Er selber ließ sich diese Liebe, die ihn stumm und wortlos anschaute, mit wohlwollender Freundlichkeit gefallen. Er dankte uns, indem er uns vertraute und zur Arbeit wies. Von Brentano, der neben ihm für die meisten von uns Lehrer gewesen, brachten wir die Schulung und das Beispiel kämpferischer Tapferkeit mit; nun sollten wir uns tummeln. Aber indem wir uns für ihn und nur für ihn schlugen, erzog er uns zur Sachlichkeit.

Es ist jedem von uns so gegangen, der in jungen Jahren nun das Glück hatte, von ihm zu naher Arbeitsgemeinschaft herangeholt zu werden daß wir vor seiner Gegenwart befangen waren. Nicht weil er durch seine Überlegenheit gedrückt hätte, sondern weil jeder Tag eine sachliche Rechenschaft bedeutete. Ach, wie rasch verlernte man es, ihm mit irgend etwas Halbgewußtem oder Anempfundenem imponieren zu wollen, und wie rasch verlor sich das Gefühl, daß man ihm Freude mache, wenn man ihn selber irgendwie wiederhole. Er wollte, daß man auf sachlichem Grunde stehe, und er gab uns selber das tägliche Beispiel durch die intensive Arbeit, mit der er immerzu Urteile und Erkenntnisse an Geschichte und Wirklichkeit überprüfte. So aber erzog er uns, ohne daß wir es spürten, zur Sachlichkeit und Selbständigkeit. Er wollte nicht, daß wir seine, sondern daß wir unsere eigene Meinung vortrugen; mochte sie auch nach seiner Ansicht falsch sein, wenn sie nur auf einer festen, ehrlichen Begründung ruhe. Es ist für mich eine lehrreiche Anekdote geblieben, wie im Jahre 1905 mein erster Aufsatz für die „Hilfe" entstand: Damals wurden in Berlin die ersten Bilder von Hodler gezeigt; Naumann, der sich mit einer gewissen pädagogischen Leidenschaft für den Impressionismus festgelegt hatte, lehnte ihn völlig ab, ich versuchte für den Schweizer einiges zu sagen, was ihn offenbar nachdenksam machte, denn das Gespräch endigte: „Schreiben Sie das einmal nieder, aber so, daß ich es glauben kann". Ich habe das dann mit einem halb sicheren Gewissen und viel Tapferkeit getan, und Naumann freute sich nachher, daß der Aufsatz eine unausgesprochene Polemik gegen ihn selber geworden.

Indem er uns mit sicherer Führung aus dem Kreis der blinden Jüngerschaft hinausschob, in dem unsere junge Seele ihr leidenschaftlichstes Erleben hatte und uns auf uns selber zurückzwang, öffnete er den heranreifenden Jahren die Augen für seine eigentümliche Größe. Wir blieben seine Schüler, auch als jener Bann der ersten Lehrzeit gebrochen war und männliche Freundschaft ihn mit uns Jüngeren verband; aber was früher dumpfes Gefühl war, wandelte sich nun in freie Ehrfurcht vor einem großen Menschen.

Er hat uns alle irgendwie besser gemacht durch die Reinheit seines Wesens. Wir klagten manchmal, ungeduldig, daß er Widerstände menschlicher und sachlicher Art nicht mit starker Entschlossenheit wegschob, und wollten seine Landsmann, der uns den Motor des politischen Lebens erkläre, müsse selber zugreifen, aber wir sahen, wie Weichheit und Resignation aus einer Seele kamen, die nicht verletzen wollte, wie starker innerer Stolz, das Gefühl eines Herrscherberufs, alle kleinen Mittel und Techniken verschmähte und erwartete, in seinem Wert erkannt zu werden. Viele, die ihn anfangs eifersüchtig ansahen, haben sich ihm schließlich unterworfen. Seiner Sendung war Naumann sich klar bewußt, ohne Eitelkeit, ohne historische Pose, aber er hat sie selber in gewissem Sinne entpersönlicht. Er wußte sich als den Vollzieher einer Idee, einer Bewegung, der Vertiefung nationaler Verantwortlichkeit und sozialer Neugestaltung, er dachte an Deutschland, er dachte nicht an sich. Viel menschliche Resignation war in seinem Leben — er blieb, ob Soldat, ob Führer, von einer herrlichen Tapferkeit der einfachen Pflichterfüllung.

Für uns alle, die wir mit ihm durch Jahre in täglicher Arbeitsgemeinschaft verbunden waren, ist das verlegene oder polemische oder wohlmeinende Journalistengeschwätz vom „Idealisten" oder „Romantiker" oder „Ästheten" immer gleich widerwärtig gewesen. Den „Idealismus" eines Mannes zu bestätigen, der ohne Schonung seiner Gesundheit, mit einer Treue ohnegleichen, unermüdlich für andere, für alle dachte und wirkte, schien uns des Lufthauchs des gesprochenen Wortes nicht wert. Die Geschichte hatte ihn wohl die bildende Kraft der Idee gelehrt, der religiösen, politischen, sozialen, er war ein guter Leser von Ranke; aber er ist auch zu den Füßen von Marx gesessen und hat von ihm und dem jungen Engels die Betrachtung der Wirklichkeiten gelernt. Es ist nicht das Ziel dieser Würdigung, die Synthese in seinem Werk aufzuzeigen, sondern dies zu sagen: nichts war ihm so fern wie idealistische Verblasenheit, er war ein wirklichkeitshungriger Mensch. Und er besaß die Wirklichkeit.

Braucht es für das aufmerksame Ohr eines anderen Beweises als seine Sprache? Wo ist ein deutscher Schriftsteller, dessen Wortschatz so durchtränkt ist von der Anschauung des Seienden, der Natur, des Menschengewimmels, der Technik! Alles abstrakte Denken bekleidet von dem Fleisch durchbluteten Lebens. Das Organ, das ihn mit der Welt am innigsten band, war das Auge. Wo immer es ging, ließ er sich von einem Handwerker sein Schaffen, von einem Techniker das Wesen einer Maschine, von einem Weingärtner die Pflege des Rebstocks erklären. Seine Leidenschaft für die einfache, sachliche Wirklichkeit ließ ihn so weit gehen, daß er gegen einen Maler mißtrauisch wurde, dessen Gebirgslandschaften geologisch zum mindesten fragwürdig waren.

Indem er die Elemente des baren Lebens in sich auffog, verwandelte er sie, gab ihnen Rhythmus und Tempo, ordnete, gruppierte, rechnete, maß. Er war Rationalist, nicht in dem Sinn, daß ihm die „Vernunft" als die entscheidende und einzige Kraft für das menschliche Leben erschien, sondern indem er das Berechenbare berechnete. Er dachte in Maßen und Massen. Die toten Ziffern, die irgendwo in staubigen Schreibstuben gesammelt und mühsam nebeneinander gesetzt worden waren, freuten sich, von ihm in die Hand genommen zu werden, denn die Berührung gab ihnen Leben. Sie sprachen von dem modrigen Dunkel des ungarischen Waldes oder der drängenden Fruchtbarkeit kanadischer Weiten, von den Wochenstuben deutscher Mütter und dem glühenden Strome der Hochöfen. In der Freude an der Statistik lag heimliches Künstlertum, Architekturgefühl. —

Die Wirklichkeit zu besitzen war die Vorbedingung, sie

Digitized by Google

Guten zu gebrauchen war sein edelster Ehrgeiz. Lehren und Erziehen war sein Beruf, die Leistung eines hingegebenen Lebens; zu schaffen, bauen, Verantwortung zu tragen, zu führen und herrschen seine Sehnsucht. Eine Sache vollbracht zu haben, war ihm wertvoller als Anregung und Rat, die er erteilen konnte. Die Leidenschaft, als Führer zur Tat zu kommen, war die innere Kraft, die ihn bestimmte; er sah, ehe er von uns ging, in das versprochene Land.

Nur in Deutschland war es möglich, daß die künstlerische Form einer Darstellung den Inhalt verdächtig machte. Raumanns Künstlertum war eingeborene Kraft, von einem wunderbaren und selbstverständlichen Reichtum. Die Tempi seiner Sätze erhielten, indem er sie schrieb, ihren natürlichen Wohlklang; die Manuskriptseiten in der klaren, ebenmäßigen und in ihrer Geschlossenheit doch graziösen Schrift hatten selten einen Strich, selten eine Änderung — seine Prosa keine Polierarbeit, keine kunstvolle Ziselierung, sondern fertig in dem Augenblick, da sie erstand, bestimmt von der Zucht innerer Klarheit und dem Willen zur leichten Faßlichkeit. Raumanns schriftstellerischer Ehrgeiz war nicht der interessante oder schöne Stil, sondern die einfache Zugänglichkeit für den Ungelehrten — mit welchem Eifer hat er gegen unsere Fremdwörter gekämpft oder gegen die jugendliche Versuchung, die Dinge irgendwie schwieriger oder gekünstelt geistreich darzustellen.

Von dem Wesen der öffentlichen Rede hat er groß gedacht. Er gehörte nicht zu den leichtsinnigen Leuten, die ihrer Sache sicher auf das Podium steigen und loslegen, sondern er hatte seine Rede in durchsichtiger Ordnung vorbereitet. Diese Vorbereitung der Rede, zuerst auf einem großen Blatt Papier, das mit stenographischen Notizen wie eine graphische Darstellung aussah, dann auf kleinen Zetteln, war eigentlich die schöpferische Freude. Das andere kam zu ihm, aus dem Saal, aus der Erwartung und der Seele der Hörer, und er hatte es in der Hand, diese zu einem Willen hinzureißen, die Macht der Menschenbeherrschung mit souveräner Überlegenheit zu genießen, oder sie in die Problematik der Erscheinungen zurückzustoßen. Dies, das Mitdenken, nicht das Fortnehmen fertiger Ergebnisse, ist der erzieherische Kern der meisten seiner entscheidenden Reden gewesen.

Denn Raumann war selber nie fertig und am Ende, sondern unterwegs, ein Wanderer nach der Erkenntnis, der aus dem Wechsel des Geschehens die neue Fragestellung heraushob. Er ist in diesen letzten schweren Jahren rasch alt und hager geworden, sein schönes, edles Gesicht von einer vergeistigten Plastik, er war manchmal wohl auch müde und zur Rückschau, zum Sammeln des Gewesenen geneigt, aber er blieb beim Lebendigen, das neu werden wollte. Als Abschiedsgabe schenkte er mir 1912 Stauffers Kopf des alten Menzel und schrieb die Widmung auf das Blatt: „Von den Alten müssen wir lernen, wie wir jung bleiben."

In ihm war beides: die Weisheit des Alters und das Draufgängerische der Jugend. Er hatte die Milde und Güte des Mannes, durch dessen Hände unendlich viel Lebensschicksale gegangen waren und der bei vielen zu resignieren gelernt hatte; aber kaum je ein bitteres Wort. Er wußte, daß dies Leben keine einfache Erledigung ist, sondern seine Strudel und Untiefen hat; eine nachsichtige Duldsamkeit ließ ihn an allerhand Kostgängern der Welt seine behagliche Freude haben. Manche, die ihm nahe gestanden und von ihm gelernt hatten, trennten sich von ihm, und das ging nicht [illegible] Geschehenes war geschehen. Denn er war zart, aber nicht sentimental, er haßte klägliche Gefühlsduselei, er war hart gegen sich, gegenwärtig, nicht Vergangenem, dem Morgen zugeneigt. Die Schmähungen, denen er selber reichlich ausgesetzt war, nahm er als offenbar technisch unvermeidliche Tatsachen hin; nur die Leichtfertigkeit des spielerischen Journalisten und jede Art von geistigem Hochmut ertrug er schwer. Zornig im großen Stil hab' ich ihn nur einmal erlebt: als ihm bürokratische Dummheit — einen schönen Baum vor seinem Fenster wegsägte. Da führte er durch ein paar Tage einen erbitterten Rachekrieg für den gefällten Freund.

Er hatte Sinn für Dummheiten und nichts war ihm fremder als pedantische und philisterhafte Korrektheit der Jugend. Gab es Köstlicheres, als wenn er selber etwa aus seiner Erlanger Studentenzeit erzählte oder die seltsamen Lebensläufe beschrieb, die ihm die Arbeit zugeführt hatte, nie lieblos, mit eigentümlich knapper Charakteristik Menschen hinstellte? In den Stunden, da er die Arbeit hinter sich legte (er sagte gerne von sich, daß er eigentlich faul sei, wenn das Arbeiten ihm nicht so Spaß machte), dann wurde er behaglich, lachte mit einer munter ironischen Betrachtung der Menschen nahm sich selber nicht in Schutz und war eigentlich dankbar, wenn kecker Witz nicht vor seiner Größe erfror. Was man „gesellschaftlich gewandt" nennt, war Raumann nicht, wenn er unter Menschen der bloßen Konvention geriet; sie paßten nicht in sein Format und er wurde stumm; aber dort, wo er Unbefangenheit, Sachlichkeit und einfache Gradheit spürte, ging er aus sich heraus, und die Lebhaftigkeit seines plaudernden Vortrags wurde hinreißend. Mit welcher zarten Liebenswürdigkeit begegnete er älteren Frauen — das Bild der eigenen Mutter war ihm immer teuer geblieben.

Ganz jung aber wurde Raumann auf Reisen. Hier war er das, was in seinem Denken ihm so fern blieb, ein Romantiker. Die Geschichte begleitete ihn und er sah die fremden Völker und Länder nicht nur mit den Augen des Neugierigen, sondern Städte, Burgen und Kirchen, Meere und Berge sollten ihre und der Menschen Schicksale ihm sagen; aber dann konnte er auch alles, alles hinter sich lassen und sorgenlos dem Tag sich geben. Malend und zeichnend irgendwo am Mittelmeer oder in einem italienischen Bergnest oder im Strom orientalischen Gewimmels — aus seinem Erzählen spürte man den Nachhall einer wanderburschenmäßigen Lust, durch die Fremde zu schweifen, Sonne, Licht, Hitze, Farbe, Linie, Wind und regungslose Luft mit allen Sinnen in sich zu saugen, nichts anderes zu sein als Geschöpf zwischen der Schöpfung und ihr hingegeben, „Kind zu sein im Hause der Natur". So schreitet er vor uns, mit dem weichen, breitkrempigen Hut, der große, mächtige Körper in federnden leichten Schritten, straff, heiter, in herrlichem Gleichmaß, ein rüstiger Wanderer — und nun ging er in das ferne Land und ließ uns verwaist zurück.

Auch er hat, wie alle großen Menschen, mit Dämonen gekämpft, und das Riesenmaß seines Körpers und seiner Seele war die Heimat drängender Kräfte und Unruhen, die er niederzwang, um in fabelhafter Selbstzucht und Selbstbeherrschung dem Sinn seines Lebens zu dienen. Viele Welten waren in ihm vereinigt — der heroische Sinn für das Große und die freundliche Anmut, die sich zu den kleinen spielerischen Dingen neigte, der Drang zur wissenschaftlichen Erkenntnis und das Gefühl, daß hinter dem Wissen die Mächte des Irrationalen aufgerichtet stehen und walten, die Leidenschaft der Hingabe an seinen erzieherischen Beruf und der wortlose Verzicht, wo das Glück ihn mied. Er

Digitized by Google

ist über viel Schmerz Herr geworden und ein glücklicher Mensch gewesen, weil er Liebe geben und nehmen durfte und weil seine zur Ruhe gekommene Seele in der Harmonie einer zarten religiösen Empfindung lebte, für die kein anderes Wort ist als das alte und gute: Gotteskindschaft. Über seinem Arbeitstisch hing an der Wand eine Tafel: „Die Sterben für Gewinn achten, sind schwer zu erschrecken." Ziele, Aufgaben, Hoffnungen lagen noch vor ihm, und in all der Not des Vaterlandes, die seine Seele zerriß, freute er sich auf sie, denn er durfte seiner Sendung nichts schuldig bleiben, und doch starb er als Vollendeter.

*

In seinen „Erinnerungen aus dem äußeren Leben" erzählt Arndt ein Wort des Freiherrn vom Stein, das über hundert Jahre weg aus dem Munde des hochgemuten Mannes und nationalen Erziehers unsere Seele rührt und erhebt. Mir scheint es wie eine Formel auch für Naumanns Leben und Menschentum: „Ich habe mein Gepäck schon drei-, viermal verloren; man muß sich gewöhnen, es hinter sich zu werfen: weil wir sterben müssen, sollen wir tapfer sein".

Adolf Deißmann/Friedrich Naumann der Theologe

Worte an seinem Sarge
am 30. August 1919.

Eine Zeile des Johannes-Evangeliums klang mir in diesen Tagen immer wieder durch den Sinn, als ich, tief erschüttert durch den jähen Abschied, mir das Wesen Friedrich Naumanns zu vergegenwärtigen suchte, — jenes Wort, durch das der Meister seinen Vorläufer gezeichnet hat: „Er war ein brennend und scheinend Licht."

Als junge Menschen haben wir, vor mehr als einem Vierteljahrhundert, das Feuer seiner Seele entbrennen sehen, von Kampftag zu Kampftag selbst mehr in Flammen geratend in der Nähe seiner Gluten.

Ein akademisches Zeitalter war damals im theologischen Deutschland auf seinem Höhepunkte, das sich uns in seinen großen Führernamen als ein Parallelogramm der Kräfte historischen Forschens und systematischen Denkens darbot, anziehend und abstoßend zugleich, — den hungernden Nachwuchs heute an sättigenden Tischen sammelnd, um ihn morgen einem müden Doktrinarismus und superklugen Kritizismus zu überlassen. Dankbar für alles, was diese Lehrzeit uns geschenkt hat, werden doch manche von uns bekennen, daß sie viel zu sehr anatomisch gebildet worden waren und viel zu wenig biologisch. Weite Strecken unseres Innenlebens waren unbestellt und unfruchtbar, und dem theologischen Schaffen fehlte die Blutwärme, weil wir jenseits der Wirklichkeit arbeiteten, jenseits des jeder Paragraphierung spottenden lebendigen Lebens.

Da danken wir es vor allem Friedrich Naumann, daß er uns aus der vergangenheitssatten Stille der Studierstuben auf die Plattform der wogenden und tosenden Wirklichkeit sozialer Aufgaben und sozialen Kampfes gestellt hat, nicht mephistophelisch uns die Bücher verekelnd, aber dem faustischen Drängen und dem evangelistischen Tatensturm der Vorwärtsblickenden Raum schaffend.

Nicht von jener modernen Theologenlinie her war Naumann gekommen. Er stammte von jenseits, aus dem Gebiet der Altmodischen. Aber so vieles, wodurch in Wurzelechtheit das Alte dem Neuen überlegen ist, war in ihm junge Kraft geworden, Kraft der Sendung an die Jungen: die ehrenfeste Frömmigkeit des Elternhauses, die geistgesalbte Beredsamkeit des Großvaters Ahlfeld, das barmherzige Wichern-Christentum des Rauhen Hauses, das berlinische soziale Pathos Stöckers. Eckig und hart unter den Händen der Mittelmäßigen, schliff sich ihm im leidenschaftlichen Zusammenstoß seiner tiefen Seele mit der Massenbewegung des Maschinenzeitalters jenes ererbte Alte ab; es verlor seine Kanten und seine Steifheit, aber nicht seine Echtheit und verschmolz sich dann mit dem von den anderen Lehren, insbesondere Charles Darwin, Karl Marx und der kritischen Bibelforschung her auf ihn einstürmenden Neuen zu einem gewaltigen und hinreißenden modern-evangelischen Ethos.

So sahen wir den Werdenden, als er, ein princeps juventutis, in seinen Frankfurter Tagen die Geister in Brand zu stecken begann; so blieb er ein Werdender im schöpferischen Ringen um die Reinheit des evangelisch-sozialen Gedankens, einzigartig fruchtbar in der plastischen, durch sein künstlerisches Sehen ermöglichten religiösen Formengebung, ein Anreger und Wegweiser für Unzählige, eine Gotteshilfe in wirrer Zeit.

Von außen gesehen, ist dann die theologische und kirchliche Entwicklung dieses brennenden und leuchtenden Menschen in den drei Jahrzehnten seines großen Wirkens die Geschichte beträchtlicher Wandlungen. Was leuchtet, flackert wohl auch, und der Luftzug, der seine Flamme bewegte, war gar scharf. So stellt Friedrich Naumann dem Historiker der geistigen Geschichte unserer Zeit keine leichte Aufgabe. Insbesondere in der thesenfeilenden Theorie, deren Abzirkelungen seiner täuferisch-prophetischen Begabung nicht lagen, hat der Heidelberger Doktor niemals die gedrungene Geschlossenheit etwa eines Erlanger Ordinarius erreicht, und er selbst konnte, lächelnd, seinen Gegnern nicht verwehren, ihn durch den Nachweis seiner „Widersprüche" immer wieder zu vernichten. Die Schicksalsfrage „Christentum und Politik" oder „Christentum und Welt" hinterläßt er unbeantwortet, aber ein überaus reiches Material zu ihrer Lösung hat er uns gespendet, — wenn es eine theoretische Lösung überhaupt gibt. Und vor allem, das Größere hat er doch geleistet: über dem Grübler, der das Problem „Moral und Politik" in scharfgeschliffenem Gedankenzuge zu lösen wähnt, steht der Mann der vita activa, der als moralischer Politiker die theoretischen Unausgeglichenheiten durch die Echtheit seiner Persönlichkeit überwindet. Ein moralischer Politiker, das war der Pfarrer Naumann und das war der Doktor Naumann, vorbildlich in der rein sachlichen Hingabe an die Notwendigkeit und in der Vornehmheit seiner politischen Mittel.

Eine theologische Formel für ihn zu finden, ist unmöglich; er war ein Mensch der bohrenden Probleme bis zuletzt.

Kein problematischer Mensch! Eher wird er denen, seinen evangelischen Glaubensgenossen, die die Kurve seines inneren Lebens als eine große und schmerzliche Verweltlichung zu begreifen glauben, als eine tragische Gestalt erscheinen. Ich selbst habe einen wirklichen Bruch mit seiner evangelischen Vergangenheit in seiner elastischen Seele nicht bemerkt; der Ausklang seines Theologenlebens in der Berliner kirchlichen Bewegung nach der Revolution, die ich noch wieder mit ihm erleben durfte, schien mir letztlich doch in Harmonie zu stehen mit den treibenden Kräften seiner Jugend. Wo er geirrt hatte und wir mit ihm, da waren es köstliche Irrtümer, reichmachende Illusionen, mit Goldschrift im Bewußtsein derer stehend, die sie erlebten, und keiner von

Digitized by Google

uns begehrt die Vernünftigkeiten der anderen für sie einzutauschen.

In zwei großen Dingen aber hat der Theologe Friedrich Naumann nicht geirrt; und um dieser beiden Dinge willen wird er, der ein brennend und scheinend Licht war, glühend und leuchtend bleiben, auch wenn die irdische Kerze verlöscht ist.

Das eine ist die Art, wie er das Urchristentum, wie er Jesus und seine Apostel historisch betrachte: hat: in ihrem engen Verwachsensein mit der naiven Masse des niederen Volkes, insonderheit der Mühseligen und Beladenen. Ein Herzstück richtiger historischer Erkenntnis, die dann durch die sprach- und kulturgeschichtliche Erforschung des Neuen Testaments mehr und mehr bestätigt worden ist, war ihm da rein divinatorisch gegeben, — eine Erkenntnis, aus welcher allen Naumann ähnlichen wachen und opferbereiten Menschen immerdar starke soziale Impulse erwachsen und die richtunggebend ist für die künftige Stellung des Christentums zum Sozialismus.

Das andere ist damit schon berührt: die Umsetzung dieser historischen Erkenntnis in die praktisch-kirchliche Gegenwartsforderung einer volkstümlichen evangelischen Kirche. Der Arbeit an der deutschen Volkskirche, dieser größten innerkirchlichen Aufgabe unserer Zeit, galt in großen Berliner Volksversammlungen ein Teil seiner letzten Kräfte, die der Krieg und die der Friede dem mit der hungernden Masse Mithungernden mehr und mehr verbraucht hatten. Fürwahr, auch hier täuschte kein Irrlicht! Hier leuchtete Geist vom Geiste, hier glühte evangelische Frömmigkeit und evangelische Zuversicht.

„Er war ein brennend und scheinend Licht." Er war es: er bleibt es, und er bleibt es um so mehr, je mehr sich das, was irdisch an ihm war, nunmehr verklärt im ewigen Lichte.

Gertrud Bäumer / Friedrich Naumanns Sozialismus

Aus der Verwirrung, Leere und Aufgeregtheit unserer Zustände dämmert die Wahrheit: der Sozialismus, der jetzt gesiegt hat, der die Massen berauscht, der jetzt sich selbst aus Wunsch und Begierde zu Form und Gesetz machen soll, ist falsch. Er kann nicht binden, sammeln und aufbauen. Es war nicht Sozialismus, sondern der geballte Egoismus der Masse, ideenlos, ungeistig und darum unfähig zur formenden Tat, die der Idee bedarf. Und mit dem äußeren Sieg des Proletariats wird klar: der Sieg des Proletariats ist nicht Sozialismus; die Macht der großen Zahl ist nicht Gerechtigkeit. Sozialismus steht in einer anderen Sphäre, ist zweierlei: gedanklich die Idee einer organischen Formung der menschlichen Gemeinschaft als einer Aufgabe, der das Einzelleben eingeordnet ist; gefühlsmäßig das Verbundensein des Menschen mit der Gesamtheit der anderen, das jedem einzelnen gegenüber ebenso wie im Gemeinschaftsdienst sich auszuwirken bereit ist — in Hingabe, die das Einzelleben mit seinen Interessen sprengt. Und wenn diese dem Gefühl dämmernde Wahrheit die verhängnisvolle Lüge auflöst, die Klassenegoismen für die erlösenden gesellschaftlichen Kräfte erklärt hat, dann wird der Sozialismus Friedrich Naumanns siegen über Marx.

Es sind zwei Quellen, aus denen Naumanns Sozialismus floß: die stärkste, einfachste ist die grenzenlose Güte seiner Natur. Indem ich das Wort „Güte" hinschreibe, will es nicht ganz genügen. Es hat ein moralisches Gepräge, das zu Naumann nicht paßt. Denn seine Güte war die umfassende, tragende, weithin sich dehnende Kraft eines starken Menschen — ein Stück Natur, nicht Gebot, sondern das selbstverständliche Leben einer großen, blühenden Seele. Darum war sie so froh und mühelos: das Eins sein des Größeren mit den anderen, die er mitnimmt, fast ohne es zu wollen und zu wissen.

Noch eine Note dieses Einsseins mit den anderen ist wesentlich: das Volksbewußtsein Naumanns. Er entsprach ganz und gar jener Definition des Helden, die Carlyle gibt: der Mensch, der ein größeres Stück, Gattung, Gesamtleben in sich umschließt und dadurch zum Deuter und Führer der anderen wird. Dies Volksbewußtsein hat sein Sehen der anderen, seine Stellung zu ihnen, sein Mitihnengehen ganz und gar bestimmt. Er hat so rein und unmittelbar wie wenige die Zusammengehörigkeit deutschen Blutes, deutschen Geistes und Gemütes gefühlt — die überragende starke Gemeinschaft der deutschen Seele.

Wenn man darüber nachdenkt, so muß man sich sagen: daß Individualität ihn eigentlich nicht interessierte, wenigstens nicht die Art Individualität, die aus kultureller Verfeinerung wird. — Er konnte keine moderne Dichtung lesen — das, was man so im besonderen Sinne „die moderne" nannte —, weil ihn die „Oszillationen der modernen Seele" (so sagte er einmal) gleichgültig ließen.

Er sah große, einfache Dinge — sah wohl die krause, bunte Mannigfaltigkeit der Menschenexemplare, wie sie Mutter Natur aus ihren erfinderischen Händen hervorgehen läßt, und ergötzte sich gerade an ihren kühnsten und launischsten Verzerrungen oft am meisten, aber das ganze verzwickte Ineinander individualistischer Problematik, das die Menschen in sich zustande gebracht haben, war ihm zu umständlich und in den Maßen und Linien zu mikroskopisch.

Der Mensch war der spezifischen Genialität seines Blickes ein Stück des Ganzen, Exemplar des Volkes. Er hielt sich stets an die einfachen Grundformen seines Wesens, das Gattunghafte, das Volksmäßige. Und an dieses Einfache, Naturhafte, Bodenständige wandte er sich redend und schreibend. Auf diesen Kräften baute er die Gemeinschaft auf, die er schuf.

Damit verband sich das Gemeinschaftsbewußtsein des Christen. Es gibt ja, recht überlegt, nur zwei Formen eines allgemeinen Verbundenseins der Menschen untereinander — eines Verbundenseins, das zugleich den ganzen Menschen erfaßt: die christliche Gemeinschaft der Seelen — die umfassendste irdischmenschliche Gemeinschaft der Nation.

Naumann war christlicher Sozialist. Die Tradition einer Pfarrerfamilie und eigene Erwählung schenkten ihm die Menschen als Brüder und Schwestern. So bekam das Gefühl des starken Blutes für die eigene Art eine seelische Verfeinerung, die Wärme der Barmherzigkeit, die sittliche Kraft aus dem Ideal des Reiches Gottes: der Gemeinsamkeit aller vor der letzten menschlichen Bestimmung und als Weggenossen aus dem Dunklen ins Helle.

Er hat als junger Pfarrer vollkommen — restlos — Ernst gemacht mit dem evangelischen Brüderlichkeitsideal. Er hat buchstäblich den Bettler an den Tisch genommen und sich gefallen lassen, wenn er die Wurstschale über die schmierige Hose spannte und mit seinem Taschenmesser ausschabte oder die Pflaumenkerne unter den Tisch spuckte. Dabei freilich fesselte ihn noch etwas anderes an diesen Mann, an alle Menschen, die über seinen Weg gingen: sein unstillbarer

Digitized by Google

Tatsachendurst. Er wollte diesen Menschen kennen und begreifen, ganz, in seinen Vorbedingungen und seinem Wesen. Er wollte die Wirklichkeit in allen ihren Typen erfassen und verstehen. Da gab es keine Grenzen, keine Einkapselung in eigene Lebenskreise.

Der Pfarrer, wenn er ein richtiger Träger seines Berufes ist, wird in innigerem und vollerem Sinne Gemeinschaftsmensch als irgendein anderer. Er ist mit den Menschen zusammen, wenn sie am menschlichsten sind, er trägt das Böse mit ihnen, den Unfrieden, die großen Freuden und die großen Schmerzen, Geburt und Tod. Er tritt in ihre Schlafzimmer und sieht sie sterben. Das Fremde zwischen Menschen, die Scheu, die sie dann voreinander haben, wenn sie am menschlichsten sind, muß er überwinden, er wird daran gewöhnt, sie zu sehen, und lernt es, wirklich zu ihnen zu kommen. Er hat unausdenkbar viel mehr Gemeinschaft gelernt als der politische Agitator oder der Arbeiterführer.

Naumann hat die Absicht gehabt — es gehörte das zu seinem bewußten Lebensplan als ein Hauptstück — seine theologische Entwicklung, seinen Weg als Pfarrer und aus dem Pfarramt heraus in einem Buch zu beschreiben. Es ist ein großer Verlust, nicht nur biographisch, sondern ideengeschichtlich, sozialgeschichtlich — ja menschheitlich — daß es dazu nicht gekommen ist. In diesem Buch würde ein Kernkapitel sein: der Übergang von der christlichen Charitas zur Sozialpolitik und Politik.

Zwei Ausgangspunkte hat dieser Weg: die Erfahrung, den Augenschein des unlösbaren Widerstreits zwischen dem christlichen Barmherzigkeitsideal und den Vorbedingungen kraftvoller menschlicher Entwicklung. Er sah als Frankfurter Stadtmissionar mit sehr viel armenpflegerischer Arbeit, daß die Betätigung christlicher Brüderlichkeit nicht der Weg ist, um die Massen zu menschenwürdigem Dasein zu führen, daß ein weltliches Gesetz der Selbstbehauptung neben dem überweltlichen der Liebe zu Recht besteht.

Dazu kommt dann, als Philosophie, die den Hintergrund zu dieser persönlichen Lebenserfahrung spannt: der Marxismus und die Darwinsche Entwicklungslehre.

Am Konflikt dieser beiden Welten enthüllt sich für Friedrich Naumann das eigene, unbewußt verfolgte Lebensziel: es ist nicht das franziskanische des Lebens in Gott allein, der Verleugnung der Welt, des Suchens nach dem Leiden, um des inneren Lebens um so gewisser zu werden, sondern es ist das vollere, menschlichere, kräftigere: Gott einen Tempel zu bauen im kraftvoll sich entfaltenden leiblich-geistigen Wachstum eines gesunden, stolzen, lebensvollen Volkes. Gott Gestalt gewinnen zu lassen im Leib eines würdigen, blühenden irdischen Daseins.

Das Christentum und die volle frohe Bejahung des „Diesseits", die Bejahung aller innerweltlichen Größe, Kraft und Freude theoretisch zusammenzubringen, ist Friedrich Naumann nicht gelungen. Es gibt auch keine Formel dafür. Aber er hat dieses Miteinander gelebt. Und das eben ist die Größe und Fülle seines Sozialismus.

Sein Sozialismus, den er als Lebender nicht zum sichtbaren Siege über den materialistischen Sozialismus der Sozialdemokratie hat bringen können, erfaßt den Menschen nicht als Klassenangehörigen allein. Wohl ist ihm die Bedeutung der Klassenbildung und des Klassenkampfes bewußt — er hat zur Erkenntnis des materiellen Unterbaus der Gesellschaft im marxistischen Sinne schöpferisch mehr beigetragen als alle Marxisten zusammen — aber als Ziel und Subjekt der sozialen Entwicklung sieht er immer den ganzen Menschen, mit allem, was er fühlt, lebt und werden will — nicht nur den schematisierten „klassenbewußten Proletarier". Wird es der deutsche Arbeiter noch einmal sehen lernen, daß Naumann ihm weit mehr Ehre und Würde gegeben hat als die Menschen, die ihn zum Klassenkampf an seinesgleichen schmiedeten?

Diese größere Fülle aber seines Sozialismus, der die Menschengemeinschaft, die Volksgemeinschaft gestalten will, quillt aus seinen seelischen Elementen: aus Volksbewußtsein und aus der zarten Achtung vor der unsterblichen Seele des einzelnen, aller einzelnen Männer und Frauen, die das Ergebnis christlicher Gefühlserziehung ist.

Und noch einmal sei die Gewißheit ausgesprochen: aus allen Zusammenbrüchen dieser Zeit wird sich enthüllen, daß Sozialismus schöpferische Kraft hat nur durch Liebe, Gemeinschaftswillen. Nicht durch gesammelten Egoismus. Nicht die können Gestalter sozialistischer Ordnung werden, die sich dabei leiten lassen allein von dem Willen, es selber besser zu haben. Zu aller Formgebung gehören Menschen, die von sich selbst frei sind — erfüllt, eins geworden mit der Weisheit, daß man seine Seele verlieren muß, um sie zu gewinnen — fähig das Größere zu erleben, das uns einzelne umspannt und durchdringt: die Gemeinschaft der Nation, die Gemeinschaft unserer ewigen Bestimmung.

Paul Rohrbach / Naumann und die auswärtige Politik

In den Tagen, da wir alle noch glaubten, daß aus dem Weltkriege Deutschland und seine Verbündeten in gesicherter Stellung hervorgehen würden und daß die zukünftige Gruppierung irgendwie in der Richtung des mitteleuropäischen Gedankens liegen würde, habe ich oft, wenn von Naumanns „Mitteleuropa" gesprochen wurde, sagen gehört: Wie merkwürdig, daß dieser Mann, der ein Leben voll innerpolitischer Arbeit hinter sich hat, seinen ersten durchschlagenden Erfolg auf dem Boden der auswärtigen Politik findet!

Wenn von Naumann als auswärtigem Politiker gesprochen wird, so denkt jeder an sein Mitteleuropa während der letzten beiden Jahre des Krieges. Dieser Arbeit ging voran eine nur den näheren Freunden bekannte, aber sehr eindringliche Beschäftigung mit den österreichisch-ungarischen Fragen, die bis in die Zeit vor dem Kriege zurückreichten. Auf dieser Grundlage ist „Mitteleuropa" erwachsen. Es ist viel mehr als ein geistreicher Gedanke auf schwankendem oder gar illusionistischem Unterbau, wie von seinen Gegnern behauptet wurde. Dem, der geschichtspolitisch und politisch-geographisch (geopolitisch!) tiefer zu blicken imstande ist, erscheint das Naumannsche Mitteleuropa als eine große Konzeption, deren Grundinhalt zwar vorübergehend durch den Zwang feindlicher Umstände verdeckt und verschoben, aber niemals aus der Werkstatt der Geschichte wird entfernt werden können.

Sieht man nun die heutige Lage an, so will es scheinen, als ob nicht einmal das bisherige Deutschland und die deutschen Österreicher zueinander kommen werden, geschweige denn Deutsche, Tschechen, Ungarn und Südslawen. Innerlich, sollte man meinen, zieht diese Völker nichts zueinander; durch ihre jüngsten geschichtlichen Erlebnisse haben sie sich bewußt auseinandertreiben lassen, und die Entente, England und Frankreich, wird jetzt alles dafür tun, damit sie nicht wieder zusammenkommen und vor allem damit nicht Deutsch-

Google

land eine seinem natürlichen Gewicht entsprechende Stellung in der mitteleuropäischen Gemeinschaft gewinnt.

Gewiß, eine Zeitlang, vielleicht keine ganz kurze Zeit, wird es so gehen. Zwei Kräfte aber werden auf die Dauer dieser Politik entgegenwirken. Weder Tschechen noch Magyaren noch Südslawen sind in kulturpolitischem Sinn antideutsch orientiert. Die Gegensätze des Empfindens richteten sich gegen Österreich, das unter den letzten Habsburgern sicher kein deutscher Staat war, dessen Regierung, Bürokratie und Armeeorganisation ihnen aber in äußerlich deutschem Gewande entgegentrat. Man denke an den unverzehrbaren italienischen Haß gegen die tedeschi — womit auch nicht die Deutschen aus Deutschland, sondern die Österreicher gemeint sind. In kultureller Hinsicht kann sich weder das Tschechentum noch das Magyarentum heute, nachdem sie tausend Jahre lang durch das deutsche Wesen beeinflußt worden sind, noch neue Fundamente unterlegen. Tschechische und magyarische Kultur, Wissenschaft und Bildung sind einfach deutsch, in einem Gewande, das nur zum Teil fremdsprachlich ist, und mit einer nationalen Färbung, die nirgends in große Tiefe geht. Bei dem größeren Teil der Südslawen steht es ähnlich. Nur in Serbien war die Kultur, soviel von solcher die Rede sein konnte, nicht durchaus deutsch gegründet, aber es ist kaum wahrscheinlich, daß in einem großserbischen Staat das Volksdrittel aus dem halbbarbarischen Königreich dauernd die Führung behalten wird.

Österreich ist verschwunden, und in dem jetzigen Deutschland werden diejenigen deutschen Charakterzüge, die dazu beitrugen, uns eine stimmungsmäßige Gegnerschaft zu schaffen und Befürchtungen wegen einer Herrschaftspolitik zu erwecken, wahrscheinlich zurücktreten. Die deutsch-böhmische und die deutsch-ungarländische Frage werden zwar dem friedlichen Ausgleich der Völker starke Schwierigkeiten machen, aber auch ihre Lösung wird eines Tages kommen. Geographisch, und dieser Punkt ist entscheidend, kann man einfach nicht daran denken, die westliche und die östliche Hälfte von Mitteleuropa für immer auseinanderzureißen und feindlich gegeneinanderzustellen. Der böhmische Kessel hat drei Ausgänge: einen durch das Elbtal nach Deutschland, einen durch Mähren auf das Wiener Becken und einen auf die österreichische Donau bei Linz. Die ungarische Tiefebene wird durch den Donauweg unzerreißbar mit Österreich und Oberdeutschland verbunden. Die slawischen Alpen- und Karstländer gehören durch ihren Bodenaufbau, durch die natürliche Vorzeichnung der Verkehrswege und durch den Produktenaustausch ebenso nahe mit den deutschen Alpengebieten zusammen, wie durch das Kulturgefälle, das sich im Lauf der Jahrhunderte in dieser Richtung herausgebildet hat.

Dies waren die Grundvoraussetzungen der mitteleuropäischen Idee im Sinne Naumanns. Mitteleuropa wird nicht so aussehen, wie Naumann seinen äußeren Aufbau und seine politischen Klammern sich dachte, aber viele große Ideen haben schließlich in ihrer Verwirklichung anders ausgesehen, als sie ihren Urhebern vorschwebten. Darum sind doch diejenigen unsterblich geworden, in deren Geist sie zuerst Gestalt annahmen. Sicher werden unsere bisherigen Feinde, von denen nur politische Narren denken können, daß sie beabsichtigen, nicht länger die Feinde des deutschen Wiederaufstiegs zu sein, sich jetzt allerlei künstliche Organisationen ausdenken, um das natürliche Wiederzusammenstreben der mitteleuropäischen Teile zu verhindern. So hört man z. B., daß die gesamte Donaudampfschiffahrt unter englisches Kapital und englische Verwaltung gebracht werden soll — nicht zu dem Zweck, die Schiffahrtsstraße der Donau ein mitteleuropäisches Band werden zu lassen! Man wird dies und noch verschiedenes andere tun, um Mitteleuropa hintanzuhalten, man wird vor allen Dingen sich Mühe geben, die mitteleuropäischen Völker zu verhetzen und die, die man fürchtet, zu beschneiden und ihnen Wächter zu geben, aber man kann mit alledem nicht endgültig gegen die Natur und gegen die in den Dingen liegenden, zeitlich herangereiften Ideen ankämpfen.

Mit Naumanns mitteleuropäischem Gedanken wird es gehen wie mit der großen innerpolitischen Formulierung, die er fand: National-Sozial. Wir, die wir den ersten Auftakt des National-Sozialismus unter seiner Führung mitmachten, erlebten den scheinbaren Zusammenbruch dieses „Systems", das von so vielen klugen Kritikern für phantastisch, dilettantisch und nach allen Richtungen hin schädlich gehalten wurde, — und heute sehen wir, daß, wenn es überhaupt ein Zeichen gibt, in dem Deutschland gesunden kann, es dieses ist: National-Sozial! Es gehört zum Wesen der prophetischen Naturen, daß sie die Umrißlinien einer Entwicklung, die kommt und die notwendig ist, zwar öfters in perspektivischer Verkürzung, aber darum doch in ihrem organischen Verlaufe richtig sehen. Der National-Sozialismus sollte Programm sein und war Prophetie; Naumanns Programm in der auswärtigen Politik wird von uns trotz der Vernichtung, die seine Voraussetzungen vor unseren Augen erlitten zu haben scheinen, eines Tages in demselben Licht erblickt werden. Es ist ein Unterschied von Sehen, auch kritisch Sehen, und Anschauen. Wer sieht, erblickt Teile, wer anschaut, das Ganze. Man kann richtig anschauen und kann in jedem einzelnen Argument, mit dem man seine Anschauung zu verdeutlichen sucht, irren. Naumanns große Stärke war, daß sich auch in seinen angeschauten Bildern die Einzelzüge klar und kritisch standfest hervorhoben. Wer ihn einen Träumer nennt, beweist damit nur, daß er seine geistige Art nicht fassen kann. Auch daß Mitteleuropa kein Traum war, wird, wenn nicht dieses, so das nächste Geschlecht erleben.

Alfred Wolf / Naumann und das Elsaß

Er war oft im deutschen Elsaß. Ich weiß es gut, wie er das Land liebte, seine eigenwilligen Menschen, seine Berge und Wälder, die Fruchtbarkeit seiner satten Ebene am Rhein, die herrliche Klarheit seines Münsters zu Straßburg, die reine Linie seiner Bauten in den Städtchen der Vogesentäler. Seine durchdringende Erfassung geschichtlicher Zusammenhänge nach Materie und Geist, allezeit Wegweiser seiner politischen Willensbildung, ließ ihn begreifen die innere Not und Tragik der elsässischen Geschichte und die Schwere der elsässischen Frage, deren Lösung Deutschland versagt blieb. Sie hat nun einen Abschluß gefunden, der die Folge der verhängnisvollen Verkettung der Geschichte in Deutschlands innerer und äußerer Politik seit 1871 war, deren steil aufsteigende Linie über glänzende wirtschaftliche und auch soziale Entwicklung auf den Gipfelpunkt unerhörter Kraftentfaltung im Kriege und schließlich in steilem Absturz weit unter den Ausgangspunkt der neudeutschen Geschichte hinabführt. Gewinn und Verlust des Elsaß, Endpunkte der Linie und Symbol.

Naumanns Leben galt der Arbeit an den Fundamenten, dem Mauerwerk, der Verstrebung des allzu rasch und kühn erstehenden neuen Reichsgebäudes. Sein genialer Sinn für

Konstruktives verband sich mit Sorge für Risse in Fundament und Mauer. Er war der Prophet der Verschmelzung der Bismarckschen, aus der Machtwirkung geborenen nationalheroischen Staatsgesinnung und Empfindungswelt, deren Zauber er sich nicht entzog, mit den aus Liebe und nie wankendem Vertrauen zum ganzen Volke entstandenen sozialistischen Forderungen der Demokratie, sozialer Tat, nationaler Duldsamkeit und Großmut. Bismarck, dessen Zeit das Mark in den Knochen des Bürgertums verdorren ließ, war stärker, die Fernwirkung seiner Politik hat die Auswirkung der schöpferischen Gedanken Naumanns verhindert, auch dem Elsaß gegenüber. Als Demokratie und Kaisertum unter dem Prinzen Max in höchster Not sich fanden, als man zu dieser Zeit dem Elsaß die staatliche Freiheit geben wollte, war es zu spät, mußte es zu spät sein, denn der neue politische Aggregatzustand, den Deutschland in seiner gefährlichen Entwicklung für seine innere Politik und erst recht für seine bedrohte Stellung unter den alten Mächten der Welt brauchte, mußte organisch wachsen im Frieden und aus Freiwilligkeit. Nun müssen es die Deutschen furchtbar büßen, daß sie den Staat den schlechten Sachwaltern des Erbes Bismarcks überließen, Geld verdienten und die Seele des Volkes vergaßen in ihrer sozialen und nationalen Bedrängtheit.

Dies Deutschland des sozialen und nationalen Mißtrauens, des in Kasten gezüchteten Pharisäismus konnte das elsässische Volk innerlich nicht gewinnen. Es hatte trotz sachlich guter Verwaltung, wirtschaftlich großer Einwirkung auf das Land, der mit Romantik getränkten, glänzend geleiteten Kulturoffensive der Demokratie des Westens nichts Gleichwirkendes entgegenzustellen, weil es, mit sich selbst unfertig, die Dinge in den Grenzländern einfach nicht meisterte.

Naumanns alles umfassende nationale Sorge galt in diesem großen Zusammenhang im besonderen Maße dem Elsaß. Das danken wir ihm, wir jüngeren Elsässer, die er dem deutschen Vaterland innerlich zuführte. Unser Volk hat es gut begriffen, wenn er zu ihm sprach, daß hier weise Geduld und herrliches Verständnis war für die Menschen in ihrer geschichtlichen Bedingtheit. Diese Kulturgesinnung mußte man dem Westen, seiner Romantik und den Barrès und Delcassé entgegensetzen und zur Tat werden lassen, nicht aber den Geist des Regimentskommandeurs von Zabern, hinter dem letzten Endes das offizielle Deutschland stand. Das war 1913! (Wer Ohren hat zu hören, der höre!)

Naumann war es, der die Verfassung von 1911 an erster Stelle schaffen half, die die Tür zur Selbständigkeit weit öffnete. Es war auch damals zu spät. Bevor diese erste Tat am Elsaß nach 1871 sich international auswirken konnte — wie sehr haben wir die Imponderabilien in der auswärtigen Politik unterschätzt —, kam der Krieg.

Das Elsaß ist verloren, aber Frankreich hat es noch nicht gewonnen. Für deutsche Gesinnung und Arbeit ist kein Platz mehr dort. Heute nicht. Ob wohl die Zeit kommt, wo sich die Völker der Erde nähern, anders als es vordem war? Dann wird auch das deutsche Elsaß wieder lebendig.

Wir Elsässer alle vom alten Freundeskreis Naumanns neigen dankbar unser Haupt vor ihm, der unser Erzieher ist zum deutschen Vaterlandsgedanken, der es will, daß wir in der Trauer um die verlorene Heimat unserem armen neuen Vaterlande in seinem Geiste freudig dienen sollen.

Die Bitterness um seinen Tod mildere die sichere Erkenntnis, daß sein Leben nach seinem Tode erst recht lebendig werden werde in den Geschicken der schweren deutschen

Paul Schubring / Friedrich Naumann als Künstler

In Naumann war neben dem religiösen der künstlerische Trieb am unmittelbarsten wirksam. Dieser war mit ihm geboren und blieb sein ganzes Leben lang der gleiche in Stärke und Eigenprägung; er war ein Stück seiner Natur und seiner inneren Freude. Bildung und Erziehung hat an diesem Triebe wenig Anteil gehabt; auch als Naumann viele Länder und Künstler kennengelernt hatte, blieb er sich gleich in diesem ursprünglichen Erleben der Natur, der Situation, des Augenblicks. Eine muntere, prachtvolle Augenfrische, die bei unseren Gebildeten so selten ist, hatte ihm die Natur verliehen; Beobachtung und Hingabe an den Zufall des Augenblicks schenkten ihm daher unendliche Freuden. Die unterstützte er mit dem Buntstift und dem Bleistift, und was er hier aufs Papier brachte, ging weit über dilettantische Flüchtigkeit hinaus. Landschaft, Architektur, farbige Beleuchtung und flimmerndes Licht — das hat er auf Hunderten von Blättern festgehalten. Wieviel er selbst in der eiligen Skizze erreichte, das wissen die Freunde aus den Zeichnungen zur „Asia". Aber wer seine Skizzenbücher sah, der staunte über den Reichtum und die Ausdruckskraft gerade auch der farbigen Blätter. Diese Zeichnungen schenkten ihm Stunden der Ruhe auf weiten Reisen. In Frankreich und Italien, in Palästina und Algier hat er vor den schönen farbigen Rätseln gesessen und beim fleißigen Stricheln die Fülle der Gesichte beruhigt, die jeder Tag ihm zutrug.

Solche Tätigkeit führte ihn dann zur leidenschaftlichen Teilnahme an dem Kampf der modernen Kunst. Sein Interesse erwachte, soviel ich weiß, in Frankfurt a. M., wo er gern im Atelier Ottilie Roedersheim sich aufhielt und vor allem technische Fragen stellte. In Berlin gab er sich mit voller Freude Liebermann und der Sezession hin; Impressionismus und Freilicht beschäftigten ihn Jahr für Jahr, jede Ausstellung war ihm wichtig, und er genoß geradezu die Freude, das Bild als Illustration überwunden zu haben. Dabei blieb er nicht gleichgültig gegen die großen allgemeinen Gesetze der hohen Kunst. Verdanken wir ihm doch eine der klassischen Formulierungen: „Schön ist das, was die Seele beruhigt." Ein andermal sagte er: „In der Kunst müssen die großen Angelegenheiten der Menschen mitklingen." Der Romantik gegenüber blieb er mißtrauisch, und Boecklin hat er seine Fabelwesen nicht verziehen. Mein Versuch, ihn für Hans von Marées zu erwärmen, mißglückte. Dagegen ist mir die Stunde unvergeßlich, als wir den ersten Zyklus von Munch zu begreifen suchten; da war er Feuer und Flamme, lebendig gefesselt von dem schlagenden Kurzstil dieser glutvollen Expression. Seit 1914 hat er Ausstellungen nicht mehr besucht, so blieb ihm die jüngste Phase unserer Malerei fern. Es hat ihn außerordentlich gefreut, daß Liebermann ihn gemalt hat, und er hat während der Sitzungen mit dem Maler lebhaft und witzig disputiert.

Für alte Kunst war sein Interesse geringer. Ich traf ihn einmal im Palazzo Pitti, wo er die Madonnenbilder zählte. Auch meinte er, die Heiligenbilder seien für uns Protestanten von heute gleichgültig. Wenn ich dann aber mit ihm die Zypressen zum Hügel von Fiesole hinaufstieg, dann staunte ich über die Glut und Freude, die der Sonnengang und das kalkige Licht der Steinberge ihm entlockte. Er war gern an der Riviera, gern im Freundeshaus in Perugia. Lieber noch wanderte er einsam durch die Romagna und fragte dann den Bauer, wieviel ihm der Weinberg

im Jahr bringe — er wollte es gar nicht glauben, daß der Besitzer seine Rebenhügel selbst im Laufe des Jahres abtrinke. Gern verglich er Italien mit dem Orient; mehr als die Unterschiede empfand er die tiefe Verbundenheit aller Mittelmeerländer, und vor der Bedürfnislosigkeit des Orients konnte er sich mit tiefem Respekt neigen. Manchmal kam selbst ein Scherzwort über die Stellung der Frau im Orient über seine Lippen. Wie tief er den Islam respektierte, wissen wir aus der Asia. Jeder europäische Hochmut lag ihm fern. Die Antike ist ihm wohl in Baalbek am mächtigsten begegnet. Stärker war seine Leidenschaft für die gotische Kathedrale, die er in Nordfrankreich eifrig studiert hat. Auch da fesselten ihn vor allem die technischen Probleme. Nach England ist er nur einmal gereist, und diese Reise galt mehr dem Hafen als der City Londons. Die großen Handelsfragen beschäftigten ihn damals ausschließlich. Er ging aber auch durch das britische und South-Kensington-Museum und schrieb dann, daß frühere Völker durch Beutezüge sich fremde Kostbarkeiten verschafft hätten, die Engländer hätten ihre Museumsspeicher durch Kolonisation und Geld gefüllt. Soviel ich weiß, hat sich Naumann in London nicht wohl gefühlt. Seine Liebe gehörte jedenfalls den romanischen Völkern.

Im engen Zusammenhang mit seiner politischen Arbeit stand sein Eintreten für Hellerau und den Werkbund. War es in erster Linie das wirtschaftliche Interesse an der gehobenen Feinarbeit, das ihn hier fesselte, so wurde er bald der Lieblingsredner der Werkbund-Tagungen und ein begeisternder Pionier der Materialechtheit. Zugunsten des Neuen wurde er dann leicht ungerecht gegen das Alte; aber ohne Einseitigkeit gibt es keine Stoßkraft und keine Missionswirkung.

All dies treue, eifrige, hingebungsvolle Wirken im Dienste der Kunst wird aber auf einem Gebiet noch übertroffen, auf dem Naumann schlechthin Meister und Künstler hoher Observanz war: ich meine den Stil seiner Rede und seiner Schreibe. Von der Bildhaftigkeit, Klarheit und Plastik seiner Sprache sind Arbeiter wie Professoren, schlichte Frauen und erfahrene Männer gleichmäßig gepackt worden. Ich erlebte die erste Predigt von ihm in Frankfurt 1895 und wußte sofort, daß hier goldene Früchte in silbernen Schalen gereicht wurden. Jahrelang habe ich dann Naumanns Artikel zweimal gelesen, zuerst des Inhalts wegen und dann im tiefen Genuß der klaren Form. Hat man gemerkt, daß im letzten Buch „Mitteleuropa“ sich kein Fremdwort findet? Er stellte auf dem Gebiet hohe Anforderungen an sich und bewies, daß sich alles klar und ohne Umstände eindeutschen lasse. In seiner Sprache liegt ein eigentümliches Melos der Ruhe und Einheit; der Folgerichtigkeit der Gedanken entsprach der knappe und doch bildhafte, der frische und doch nie gesuchte Ausdruck. Seine Gabe, in Gleichnissen und Bildern zu sprechen, war fast homerisch zu nennen. Wie er sich in der Rede nicht korrigierte, so zeigten seine Manuskripte keine Verbesserung. Von ihm gilt das alte Wort Buffons: Le style c'est l'homme. Wie seine Gedanken, so erinnert sein Stil oft an Luther. Das Sonnenhafte seines Gemüts aber erinnerte an die Frühlingsstimmung der Choräle Paul Gerhardts, die er so gern auf einsamen Wanderungen fröhlich und laut vor sich her sang. In der Stimmung: „Geh aus mein Herz und suche Freud“ ist er in den Wald und auf die Berge gelaufen, hat den Bruder Sonne wie einst der heilige Franz gegrüßt und kehrte durchsonnt und erfrischt an die Arbeit zurück, die so vielen, vielen Licht und Wärme schenkte.

Naumanns letzte Rede in der Nationalversammlung

gehalten am 31. Juli: Gedanken zum Rätesystem.

. . . . „Damit komme ich dazu, über den Charakter dieses Art 162 im ganzen noch einige kurze Worte zu reden. Die Grundrechte berühren an keiner Stelle die fraglichen und nebelhaften Probleme der Zukunft so nahe wie hier an dieser Stelle. Es ist sozusagen nicht zufällig, daß der Art. 162 der letzte ist. Er ist der am weitesten hinausgeschobene Posten dessen, was in den Grundrechten überhaupt vorgebracht worden ist. Ein großer Teil der Grundrechte ist die Kodifizierung eines bestehenden, eingewöhnten und fertigen Rechts; gewisse Teile bringen neues Recht, zum Beispiel die über Kirche und Schule, aber sie schaffen doch neues Recht auf bekannten Voraussetzungen. Neues Recht auf noch ungreifbaren und vielfach unbekannten Voraussetzungen ist das, was hier in Art. 162 begonnen wird. Hier ist in der Tat die richtige Stelle, an der die Auseinandersetzung mit der bolschewistischen Idee erfolgen muß.

Ich finde, daß vieles, was der Herr Abgeordnete Koenen gesagt hat, ideell an sich zur Sache gehörte, nämlich zur Sache in dem Sinne, daß man die Rätefrage nicht in ihrer Tiefe erfassen kann, ohne sie zugleich als politische Grundfrage zu betrachten. Denn das Rätesystem bedeutet entweder einen organisatorischen Einbau in das bisherige Wirtschaftssystem oder die grundsätzliche Umänderung dieses Wirtschaftssystems an sich. Dann wird sie aber zugleich die gewaltigste Umänderung des politischen Staatssystems mit sich bringen.

In diesem letzteren Sinne finden wir die Rätefrage behandelt in der russischen Verfassung vom Jahre 1918. Die neueste Verfassung eines Großstaates, die vor der deutschen Verfassung kam, die wir jetzt fertigzumachen im Begriffe sind, war die russische Verfassung. Man wird später von einem historischen Gesichtspunkt aus die Verfassungen von 1918 in Rußland und von 1919 in Deutschland als zeitgeschichtliche Parallelerscheinungen ansehen, wird sie vergleichen und die Größe des Unterschiedes bewerten, nicht nach den Stimmungen und Meinungen, die wir heute haben, sondern nach dem praktischen Erfolg, den die eine oder andere Verfassung in der Zukunft haben wird. Darum sind unsere Debatten jetzt sozusagen nur etwas Hilfsgetöse zu der weltgeschichtlichen Auseinandersetzung über deutsche und russische Auffassung, die jetzt durch unsere Festlegung ihre zwei Formulierungen erhalten haben.

Ich würde meinesteils, wenn ich in dieser fortgeschrittenen Stunde über dieses schwierige und ernste Problem noch ein Wort sagen darf, wünschen, wir hätten diesen Teil noch etwas schärfer und genauer durcharbeiten können, weil es der prinzipiell wichtigste neue Punkt unter den Grundrechten ist. Indem wir diesen Punkt so formulieren, wie ihn die heutige Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung und unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen unserem Volke vorlegen kann, so haben wir, die wir für diese Verfassung und damit für Art. 162 stimmen, ein gutes Gewissen, weil wir nicht daran glauben, daß der Staat mit der bolschewistischen Auffassung erhaltbar, und daß die bolschewistische Wirtschaft produktiv sein wird.

Es ist heute in dieser Situation nicht möglich, auf tiefere Grundfragen einzugehen; aber es ist sehr bemerkenswert, daß Herr Koenen mit allen Ausführungen, die er hier gemacht hat, nicht auf die Frage der Produktivität an sich eingegangen ist. (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemo-

kraten), sondern daß er — ich komme gleich an die eine Stelle, von der Sie reden — lediglich eingegangen ist auf die moralische Begründung aus der allgemeinen Lage der Arbeiter heraus: die Arbeiter haben bisher gelitten, jetzt soll die Zeit der großen Entschädigung kommen, das Millennium, das tausendjährige Reich, der Anfang einer neuen Periode! Selig seid ihr, die ihr gehungert habt, denn ihr werdet satt werden! Aber die Voraussetzung dieser ganzen Voraussage ist, daß man bei dem neuen Rätesystem und bei der Räteherrschaft unter Ausschaltung der bisherigen Besitzenden und Führenden tatsächlich aus den Rohstoffen mehr herauswirtschaftet als bei dem bisherigen System. Wenn die Bolschewisten ermöglichen können, daß aus Erde und Fluß, aus Strom und Kraft, aus Wald und Metall durch ihr System eine größere Menge Kulturgüter hervorgerufen werden können als durch das bisherige System, dann sind alle gegenstehenden Deduktionen vergeblich und fallen hin vor der Tatsache. Aber wenn wir heute mit unserer Kenntnis von der Entwickelung in Rußland und anderswo uns vor das Problem des Art. 162 stellen, dann müssen wir deutlich sagen: wir haben den Aufstieg der Produktivität über die frühere Periode hinaus nicht erlebt und können sie nicht erwarten nach den bisherigen Anzeichen. Da wir nun für das deutsche Volk nichts notwendiger haben als eine erhöhte Leistungskraft, da nichts so sehr drängt, als daß wir mit unserem Fleiß und unserer Arbeit mehr herausholen aus Boden und Arbeitskraft, so müssen wir uns fest und bestimmt gegen ein Experiment stellen, an dem das ganze Volk und seine Wirtschaft zugrunde gehen wird. Und wenn Sie uns auf ein künftiges Steigen durch Ihr System infolge der persönlichen Verantwortlichkeit verweisen, so wünschen wir alle, daß die persönliche Verantwortlichkeit aller Arbeitenden ungeheuer gesteigert werde; denn wir leiden an einer Unverantwortlichkeit im Wirtschaftsleben so sehr, daß das die tiefste Krankheit im gegenwärtigen Augenblick unserer Entwickelung ist. Wir brauchen das Pflichtbewußtsein des einzelnen! Sie sagen: es wird erst kommen, wenn man Ihre Räte hat. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Bisher haben wir nicht den Eindruck gehabt, daß der Übergang zum Rätesystem das Verantwortlichkeitsgefühl unmittelbar gesteigert hat. Wir alle wünschen, daß die Erziehung zur Verantwortlichkeit durch größere Mitbeteiligung am Betrieb wächst. Das ist der Inhalt von Art. 162, so wie wir ihn auf Grund der zweiten Lesung annehmen wollen; was Sie darüber hinaus verlangen, das ist die Abschneidung vorhandener Disziplin, vorhandener Autorität und vorhandener Tradition und der Versuch, aus freier Hand heraus diejenigen, die bisher das Leiten nicht gelernt haben, zu den Leitenden zu machen. Wenn aber unter den menschlichen Tätigkeiten eine als eine gelernte, eine höchst diffizile Arbeit zu bezeichnen ist, so ist es die Wirtschaftsleitung an sich. Das muß von Unternehmern und Arbeitern nicht aus Interessenstandpunkt, sondern aus reiner Kenntnis der nationalen Wirtschaft selber anerkannt werden.

Sie Ihrerseits sagen: ein unzureichender Paragraph 162! Da erinnere ich mich deutlich, wie in einer früheren Periode des Marxismus alles als Palliativmittelchen bezeichnet wurde, was sich später als praktische Grundlage erwiesen hat. Als gewisse Sozialpolitiker anfingen, Gewerkschaften zu [illegible] gab es [illegible], die sagten: Palliativmittelchen! Als die Kommunalbetriebe begannen: Palliativmittelchen! [illegible] dieses Unterneh-

und ihres großen Erfolges in der Volksgeschichte geworden. Sie Ihrerseits halten die alte Rede vom Palliativmittelchen heute gegen den vorgeschlagenen Betriebsrat, gegen den Bezirksrat, gegen den Reichsarbeiterrat, gegen den Reichswirtschaftsrat und verkennen, welcher große Umschwung der gesamten Wirtschaft bereits in diesem § 162 liegt. . ."

Kriegsgerüchte

Ein unveröffentlichter Aufsatz Naumanns aus dem Jahre 1908.

Den nachfolgenden Aufsatz hat Naumann im Juli 1908 geschrieben, als im Zusammenhang mit der Reise des französischen Präsidenten Fallières nach Petersburg die internationale Spannung gestiegen war. Er hat ihn dann, zumal er eben von der Reichsmarinefahrt zurückgekehrt war und befürchtete, seine Darlegung könnte unter diesem Gesichtspunkt gewertet werden, aus politischen Gründen zurückgezogen. Ich habe das Manuskript als Dokument der damaligen Situation aufbewahrt. Der Aufsatz hat für uns heute nur historisches Interesse, auch in seiner irrtümlichen Bewertung der militärischen Rolle, die Wilhelm II. im Ernstfalle spielen würde; aber der Schriftleitung der „Hilfe" erschien es interessant genug, in dieser Naumanns Gedächtnis gewidmeten Nummer ihn selber als den Mann der ernsten nationalen Sorgen sprechen zu lassen. Th. H.

Es durchschwirren allerlei Gerüchte die Luft; wann aber war das im Hochsommer anders?

Immerhin! Auch der Juli 1870 war Hochsommer und wurde doch bald sehr ernst. Die Bevölkerung ahnte nicht, daß etwas Großes geschehen werde. Es gab damals Gebirgswanderer, die froh waren, wenn sie in dem über sie hereinbrechenden Gewirr der Mobilmachungstage überhaupt einen Weg nach Hause finden konnten. Wie aber würde das heute sein? Wo sind die Reserveoffiziere, wenn jetzt die Mobilmachung kommt? In den Alpen, in Norwegen, wer weiß es? Wo ist die Regierung? Wer findet den Reichstag? Die erste Schlacht kann geschlagen sein, ehe das Vaterland seine Söhne gesammelt hat.

Die erste Schlacht? Wird es eine Seeschlacht sein? Wird es Sieg oder Niederlage sein? Wir kommen eben von der Informationsreise des Reichsmarineamtes. Ich werde in unserem Jahrbuch „Patria" genauer darüber schreiben. Auf dieser Reise haben wir viel vom Zukunftskriege gehört, sehr viel deutsche Tüchtigkeit gesehen, aber auch Ziffern des Vergleiches unserer Macht und der fremden Mächte. Wir müssen arbeiten, als ob wir den Sieg sicher hätten, aber — der nächste Krieg wird schwer beginnen!

Ob überhaupt jemand ernsthaft diesen Krieg will? Wahrscheinlich nicht! Aber selbst wenn ihn niemand ernstlich will, kann er kommen, wenn zuviel mit dem Gedanken seiner Möglichkeit gespielt wird. Auch im Juli 1870 wollte ihn niemand. So wenigstens ist die sehr einleuchtende Darstellung von Prof. Delbrück. Napoleon III. wollte einen Kriegslärm haben, aber keinen Krieg. Aus dem Lärm aber wurde — Sedan!

Weshalb wollen die Herrschenden von Zeit zu Zeit Kriegslärm haben? Weil zum Regieren eine gewisse Anspannung der Volksphantasie gehört. Wenn das Volk von ferne die Trompete hört, läßt es sich im Guten wie im Bösen um den Finger wickeln. Es gibt Leute, die den Fürsten Bülow im Verdacht haben, daß ihm etwas kleiner Kriegs-

Digitized by Google

Krieg! Man könnte die Reichsfinanzen leichter in Ordnung bringen. Man kann „in ernster Stunde" sich mit dem Zentrum versöhnen, ohne andere Blockparteien vor den Kopf zu stoßen. Man kann der Sozialdemokratie zeigen, wie wenig tief ihr Internationalismus in der Arbeiterschaft steckt. Ist es nicht möglich, den König Eduard unserer inneren Politik dienstbar zu machen, ohne ihm dabei ins Garn zu laufen? Die Wellen von Norderney plätschern den Namen Eduard.

Erst haben wir über ihn gelacht oder uns über seine Sittenlosigkeiten aufgehalten. Dann fürchteten wir, er könnte bei der Krönung sterben. Und nun ist er ganz lebendig und ganz ernsthaft und für uns recht unangenehm. Auch er ist nur ein Mensch, aber er kann, wenn er will, den Fall schaffen, bei dem die Engländer glauben, ihre Ehre stehe auf dem Spiel. Man soll nicht sagen, daß der König von England nicht regiere, sondern nur repräsentiere. Auch das Repräsentieren ist ein Teil des Regierens sowohl in dem, was getan wird, wie in dem, was unterlassen wird. Der englische König macht keine Gesetze, aber das Gesetzemachen ist in der großen Politik nur Hilfsarbeit. Man hat Gesetzesmacher, wie man sich Professoren oder Rechtsanwälte hält. Dieser König hat eine ganz bestimmte politische Methode, ein praktisches Beseitigen der Außenschwierigkeiten. Überall regelt er die Reibungsflächen. Er hat sich mit Frankreich verständigt und selbst mit Rußland.

Wahrscheinlich wird eine spätere Geschichtschreibung, wenn die Archive der Gegenwart sich einmal öffnen, feststellen, daß seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts das Wesen der politischen Verträge sich ändert. Wir können es heute noch nicht nachweisen, fühlen aber den Unterschied. Der alte Vertrag ist Bündnisvertrag, der neue Vertrag ist Festsetzung von Interessensphären. Das zweite scheint weniger zu sein als das erste, oft aber ist die Beseitigung von Reibungen wichtiger als ein ganzer Staatsvertrag alten Stiles. Angenommen, daß Rußland glaubt, alles, auch das „Testament Peters des Großen" erlangen zu können, ohne daß England Einspruch erhebt, angenommen, das ganze Volk glaubt es, dann ist dieser Glaube wichtiger als ein Subsidienvertrag.

Im kaufmännischen Leben sucht man langdauernde Beziehungen bei stets lösbaren Verpflichtungen herzustellen. Es ist etwas vom Großkaufmann in der jetzigen englischen Politik. Der Kaufmann sammelt „Beziehungen", er legt weniger Gewicht auf den Inhalt der Aktenschränke als auf den lebendigen Verkehr, und vor allem, er verhandelt ohne Getöse. Alle großen Kaufleute haben etwas Stilles. Sie lassen, wenn es nötig ist, für sich Reklame machen, aber sie machen sie nicht selbst.

Die preußische Politik ist fast nirgends kaufmännisch. Bei uns wird oft geschrien wie auf einem Rittergutshofe. Das klingt sehr herrschaftlich, ist aber der Ton einer früheren Politik. Alte Kunst, alte Politik; zwar neueste Schiffe, aber alte Diplomatie — es gibt Augenblicke, wo wir die Engländer beneiden könnten. Ein Volk lebt nicht vom Glanz, sondern vom Erfolg, bei uns aber sucht man zu sehr den Glanz. Etwas Theater und etwas Bürokratie dahinter aber ein Volk von unberechenbarer Leistungskraft! Was uns den Frieden sichert, sind nicht die Künste unserer Herrschenden, sondern die instinktive Angst der Ausländer vor der stillgehaltenen Kraft der deutschen Masse.

Es gab in der Geschichte Zeiten, in denen die Fürsten Zeiten. Wir wissen nicht, wie es jetzt bei uns steht, denn wir haben die Probe noch nicht gemacht. Die große Probe aller Nationen ist der Krieg. Da zeigt sich, was echt ist und was nicht. Da hilft das bloße Reden nichts, sondern jeder Abend bringt sein Urteil mit sich. Ob wir diese Probe gut würden aushalten können? Ob das Volk? Ob der Fürst?

Einige unserer Freunde haben gesagt, daß es vielleicht für das deutsche Volk im ganzen richtig sein könnte, fremden Angriffen zuvorzukommen und wenigstens dem Kriege nicht auszuweichen. Wir bestreiten das theoretische Recht solcher Erwägungen keineswegs. Bismarck hat im Juli 1870 auch in ähnlichem Sinn gearbeitet. Aber so wie die Dinge bei uns liegen, soll man derartigen Gedanken nicht nachgehen, denn wir wissen nicht, wie wir im Kriege geführt sein werden. Wir kennen den Deutschen Kaiser im Frieden als den unermüdlichen Förderer der Flotte und als den Führer großer Landmanöver und ehren ihn nach 20jähriger Regierung als Friedensfürsten, aber von seiner Kriegskunst können Proben nicht vorliegen. Es kann natürlich über diesen Punkt aus vielerlei ernstlichen Rücksichten nicht sehr ausführlich geredet werden. Auch im Reichstage wird der Blick auf das Ausland eine eingehende Aussprache über die etwaige Oberleitung eines Krieges stets verhindern. Verfassungsmäßig liegt die Sache außerdem ganz klar. Alle militärischen Entscheidungen zu Wasser und zu Lande sind völlig freie kaiserliche Akte. Die Sorgen, die wir haben, hängen auch nicht an sich mit dieser verfassungsmäßigen Bestimmung zusammen, denn dieselbe Bestimmung hat unter Wilhelm I. vorzügliche Erfolge gezeitigt, sondern mit dem unberechenbaren persönlichen Eingreifen des gegenwärtigen Kaisers in den Apparat der von ihm allein anzustellenden Oberführer. Es kann ein, daß alle diese Sorgen gegenstandslos sind, aber es kann nicht völlig verschwiegen werden, daß sie existieren.

Ein Volk von 60 Millionen Menschen stellt mit schweren Opfern eine Armee und eine Kriegsmarine her und weiß, daß alle diese Opfer nur dann einen Zweck haben werden, wenn die Mittel der Nation mit Einheitlichkeit, Überlegung, Energie und Vorsicht verwendet werden. Das Beispiel der französischen Leitung von 1870 und der österreichischen Leitung von 1866 ist uns allen gegenwärtig. Nicht als ob wir grundsätzlich kritisch und pessimistisch wären! Aber — man soll den Krieg nicht wünschen, teils weil er durch Hinauszögern vielleicht überhaupt vermieden werden kann und teils weil er in jedem Falle ein ungeheures Wagnis ist.

Es ergibt sich daraus, daß unser Volk und unsere Presse sich nicht aufgeregt gebärden dürfen, wenn ihnen in der europäischen Entwicklung mancherlei nicht gefallen will. Kaltes Blut! Es wird oft gedroht, ohne daß etwas geschieht. Rüsten, arbeiten und das eigene Volk achten! Ein besseres Wahlrecht für Preußen ist so viel wert wie ein oder zwei Armeekorps, weil es den Volksgeist patriotischer macht. Es entscheiden doch schließlich im Kriege die Menschen und nicht das Eisen, es entscheiden die leitenden Menschen und auch die ausführenden Menschen. Im Kriege, da ist der Mann noch was wert, jeder Mann, auch der Proletarier!

Ruhig nach außen, frei im Innern, wenn Deutschland das wäre, wer würde ihm etwas anhaben können?

Digitized by Google

Worte Naumanns aus alten und neuen Schriften

Gedanken zur auswärtigen Politik.

Deutschland muß eine starke auswärtige Politik führen, weil es eine neue Großmacht ist. Wir hören öfter aus wohlgesinntem nationalen Munde die Weltlage Deutschlands so darstellen, als seien wir allein die friedlichen Lämmer, alle anderen Nationen aber seien reißende Wölfe mit fletschenden Zähnen und blutgierigen Augen. Eine solche Darstellung ist einfach dumm. Man braucht nur einmal längere Zeit Deutschland durch die Brille ausländischer Blätter zu betrachten, um zu wissen, daß wir draußen keineswegs als schneeweißes Weltgeschichtsschäfchen gelten. Die Wahrheit ist doch vielmehr folgende: durch die preußisch-deutschen Siege von 1866 und 1870 ist eine völlige Verschiebung im „Gleichgewicht" von Europa eingetreten, unser neues Kaisertum hat das habsburgische Kaisertum in den Schatten gestellt und das napoleonische Kaisertum gestürzt, Berlin hat sich zur Hauptstadt des westlichen Kontinents gemacht, das früher gespaltene, gedrückte, verlachte Deutschtum ist zur maßgebenden Potenz zwischen Rußland und England geworden, aus Machtlosigkeit wurde Macht, und neue Macht ist für andere stets drückend. Wir Deutschen sind die neuesten Revolutionäre in der europäischen Familie, die Leute, die den Schlaf des Erdteils zum letztenmal in entscheidender Weise gestört haben. Daß unser Volk das tat, war sein gutes Recht vor Gott und Menschen, es wollte nach langen Jahrhunderten des Elends auch einmal den Platz an der Sonne haben. Wir sind froh und glücklich, daß es gelungen ist, die Reichseinheit und Macht zu gründen, aber wir halten es für einfältige Sentimentalität, wenn wir nun nach dem allen tun wollten, als hätten wir kein Wässerchen getrübt. Weil wir Nation sein wollten, müssen wir auch offen und gern die Folgen tragen, die sich aus der Erfüllung dieses Wollens ergeben. Wir müssen mit dem Mißtrauen und Übelwollen aller derer rechnen, die durch unsere neue Macht in irgendwelchen Hoffnungen oder Wünschen getäuscht sind. Wenn unsere Nachbarn nicht unter sich auch Streit hätten, und wenn Rußland nicht schwer an innerem Mißgeschick und äußerer Niederlage zu leiden hätte, und wenn wir nicht einen furchtgebietenden Militarismus besäßen, würden wir in der Lage Preußens sein, als Friedrich II. gegen das ganze damalige Europa zu kämpfen hatte ... Die äußere Politik ist in ihrem Gesamtverlauf noch wichtiger und folgenschwerer als die innere. Natürlich hängen beide aufs engste zusammen: man kann keine kraftvolle äußere Politik machen ohne ein gesundes, kraftvolles, patriotisches Volk.

Aus „Demokratie und Kaisertum" 1899.

Von Volksgeist und Vaterlandsverteidigung.

Alle großen Heerführer der Vergangenheit waren darin einig, daß der Geist der Truppe von unberechenbar großer Bedeutung ist. Bei der gesteigerten Gefahr des Zukunftskrieges, im Hagel der Repetiergewehre, unter dem Eindruck des rauchlosen Pulvers, wird alles darauf ankommen, ob das Heer in sich selbst eine kampfbereite Gesinnung hat. Mit anderen Worten: Deutschlands militärische Zukunft hängt davon ab, wie weit seine Demokratie vom nationalen Gedanken erfüllt ist. Die alte Form opfervoller Königs- [illegible] für die Majorität des und sich schießen lassen, haben wir nicht. Wir haben junge Männer, die, schon ehe sie in den Krieg ziehen, eine bestimmte politische Anschauung in sich aufgenommen haben, Staatsbürger, die selber wissen wollen, wofür sie kämpfen.

Aus dieser Sachlage ergeben sich Folgerungen sowohl für die Staatsregierung wie für die geistigen Leiter der Demokratie.

Die Staatsleitung, deren erste Aufgabe die Vaterlandsverteidigung ist und bei allem Wechsel politischer Systeme bleiben muß, kann an dem Faktum nicht gleichgültig vorübergehen, daß der Bestand des Heeres vom materiellen und geistigen Zustand des Industrievolkes immer mehr abhängig wird. Mit etlichen Arreststrafen wegen Einführung sozialdemokratischer Literatur in den Kasernen ist hier lächerlich wenig getan. Das Vorhandensein der Proletarierkinder im Heer ist eine eiserne Notwendigkeit. Ihre geistige Umgestaltung durch Kriegsartikel und Instruktionsstunden ist eine höchst ungenügende Maßregel. Im ruhigen Friedensdienst zeigt sich das Denken der uniformierten Demokratie aus begreiflichen Ursachen wenig an der Oberfläche. Ein deutscher Generalstabschef wird aber von Natur immer den Kriegsfall im Auge haben. Er denkt sich eine Niederlage irgendwo im fremdsprachlichen Osten, etwa bei Warschau. Die strenge Disziplin ist durch das hoffentlich nur vorübergehende Unglück gelockert. Der Charakter des Heeres ist auf die denkbar härteste Probe gestellt: schlechte Verproviantierung, da die Marschrouten geändert werden mußten, schlechtes Wetter, polnische Wege, polnische Hütten, Verwundete, bange Sorgen vor den kommenden Tagen! In solcher Lage wird man alles, alles gern um ein in patriotischem Sinn absolut zuverlässiges Heer geben. Was aber tut man heute, um in solchem Fall ein solches Heer zu haben? Hier ist der Punkt, von dem aus die Militärführer sozial werden müssen.

Aus „Demokratie und Kaisertum" 1899.

Auf dem Wege zur Menschheit.

Und wie steht es mit dem Kriege?

Es ist falsch, die Menschheitsfrage an dieser Ecke anzufassen, ehe man sich vom Fortschreiten des Menschheitsgedankens im allgemeinen ein richtiges Bild gemacht hat. Daß es falsch ist, wird auch von vielen Leuten empfunden, die nicht recht sagen können, warum sie sich gegen eine aufdringliche internationale Friedensagitation wehren. Sie haben nur das feste Gefühl, daß die berufsmäßigen Friedensapostel noch immer vielfach geschichtslose Menschen sind, die durch Worte einen Vorgang beschleunigen wollen, der für Worte sehr unzugänglich ist.

Stelle dich neben den Elbstrom und sage ihm, daß er schneller fließen soll! Gehe in den Wald und verkünde den Bäumen, daß sie rascher zu wachsen haben! Beides, das Fließen und das Wachsen, läßt sich innerhalb gewisser Grenzen und mit Aufwendung vieler Mühe etwas beeinflussen durch Stromregulierung oder Bodendüngung, aber mit bloßem Reden ist gar nichts geschehen, solange es nicht auf eine rationelle Behandlung des Fließens und Wachsens gerichtet ist. Um in langdauernde und sehr verwickelte Vorgänge mit Verstand eingreifen zu können, muß man Schulung haben. Diese aber fehlte der ersten Generation der Weltfriedensfreunde im allgemeinen und kommt erst in der zweiten zutage. Die Existenz vieler internationaler Sekretariate und Kongresse, die wirkliche Berührung mit den Dingen, wirkt ernüchternd auf überspannten Enthusiasmus. Das nimmt der Bewegung etwas an Glanz und Getöse, aber

Sehr vorsichtig muß man vor allem sein mit der moralischen Behandlung der Weltfriedensfrage. Wenn da ein Friedensprediger, sei er Amerikaner, Schweizer oder Deutscher, vor uns hintritt: es ist von euch eine Unsittlichkeit, zu rüsten!, so ist das eine so unerhörte Vergewaltigung aller geschichtlichen Begriffe, daß wir einfach einen schlechten Geschmack von aller Moral bekommen und den Mann reden lassen, was er will. Er selbst freilich weiß gar nicht, was für Unfug er anrichtet, denn er ist eben geschichtslos. Für ihn sind tausend Jahre als wie ein Tag, und er nimmt die erst werdende Menschheit als schon vorhanden. Ja, in der Tat, wenn einmal die Menschheitsorganisation erreicht ist, wenn einmal —, dann ist es unsittlich, gegen den gewordenen neuen Körper die Waffen zu erheben. Selbst das freilich ist nicht für alle Fälle sicher, aber es kann wenigstens vertreten werden. Jetzt jedoch, wo die Menschheit erst als Organisationsproblem auftaucht, wo sie aber noch keineswegs ein moralisch-politischer Körper ist, jetzt ist es absolut verfrüht, wenn einer im Namen dieses übermenschlichen Zukunftsstaates vor uns tritt und von uns verlangt, daß wir um dieser Idee willen alle Gegenwartsmoral über Bord werfen sollen. Gegenwartsmoral ist es, diejenigen Gemeinschaftsformen zu pflegen und zu erhalten, die wir als Ertrag einer langen Geschichte aus den Händen unserer Väter und Mütter empfangen haben. Das aber geht nach bisheriger Menschheitserfahrung nicht ohne Waffen.

Zugegeben muß werden, daß beim Werden einer neuen Menschengemeinschaft auch neue moralische Pflichten erwachsen. Unser Gewissen muß schon heute mehr über Landesgrenzen hinausgehen als etwa vor dreißig Jahren. Da wir von den Schicksalen aller Nationen erfahren, sind sie alle unsere Nächsten geworden und beanspruchen einen Teil unseres Mitgefühls und unserer Mithilfe. Diese Ausweitung der seelischen Mithaftbarkeit ist aber ein sehr zarter und feiner Vorgang, der durch plumpe Berührung nicht gefördert wird. Es gilt, die bisherigen seelischen Gefühlswerte, die das Beste sind, was die Vergangenheit uns überliefert, nicht dadurch zu ruinieren, daß wir sie um der Zukunftsmenschheit willen verachten.

Versetzen wir uns doch einmal in die Zeit vor etwa achtzig Jahren! Wie schwer war es damals vielen deutschen Kleinstaatsmenschen, sich für die Idee der deutschen Einheit zu begeistern, und doch war diese deutsche Idee damals unvergleichlich viel näher an ihrer Verwirklichung als heute die Menschheitsidee. Man darf die Menschen nicht vor der Zeit zu Empfindungen pressen wollen, für die die Vorbedingungen noch nicht gegeben sind. Wenn die Sachen selber noch weiter gefördert sind, dann mag man wieder in Kantischen oder Schillerischen Tönen reden; jetzt dient es der Entwicklung, verständig zu sein und nicht fanatisch. Es braucht ja niemand zu fürchten, daß durch seine größere Nüchternheit die Menschheitsorganisation langsamer kommt. Sie kommt ohne unsere Drängelei, mit oder gegen unser Wünschen, sie kommt von selber wie ein Klimawechsel, an dem wir gar nichts ändern können. Dieses einsehen, ist besser, als allzu moralisch gegen den Krieg predigen . . . .

Sollen wir schließlich unsere Meinung darüber sagen, ob wir glauben, daß die Menschheit schon am Ende der Kriegsperiode angelangt ist, so müssen wir gestehen, daß keinerlei Sicherheit für einen ungestörten Verlauf der Menschheitsorganisierung vorhanden zu sein scheint. So große Entwicklungen verlaufen nicht ohne Kraftproben. Schließlich kommt es ja doch für alle Hauptnationen darauf einmal haben werden. Das geht nicht einfach nach Kopfzahl. So formell demokratisch ist die Weltgeschichte nicht, daß sie etwa die 850 Millionen Asiaten genau doppelt so hoch einsetzt wie die 420 Millionen Europäer. Man denke, wieviel die wenigen Engländer in Indien bedeuten! Auch sind die 64 Millionen eigentliche Neger sicherlich nicht dasselbe wie 64 Millionen deutsche Reichsangehörige. Man mag innerhalb der religiösen Verkündigungen den Satz vertreten, daß jede Menschenseele vor Gott den gleichen Wert habe: in der Politik gilt dieser Satz für absehbare Zeiten nicht. Hier entscheidet neben der Quantität die Qualität, die Organisation, Bildung, Moral, Technik und Leistung. Welches Volk viel leistet, wird viel bedeuten in der Menschheit. Dafür aber kann es keinen anderen Gerichtshof geben, als den Kampf der Waffen, bei dem alle Kräfte aller Staatsbürger angespannt werden. Es ist ja theoretisch möglich, daß einmal die Kräfte endgültig gemessen und die Regierungsanteile endgültig bestimmt sind, aber das liegt so weit draußen, ist so fabelhaft fern, daß es geringen Zweck hat, davon schon heute zu phantasieren.

Als einst Deutschlands Einheit entstand, gelang sie nicht ohne letzten schweren Waffengang. Ebenso war es bei allen anderen, zur Einheit gekommenen Nationen. Das aber ist das einzige Vorbild, an dem wir ahnend das voreilen können, was noch sich ereignen mag auf dem Wege zur Menschheit.

Aus „Patria" 1913.

Die Kinder der Welt.

Die Kinder dieser Welt sind klüger denn die Kinder des Lichts in ihrem Geschlecht.
Evangelium des Lukas 16, 8.

Es gibt allerlei Kinder der Welt, berühmte und unbekannte, gelehrte und ungeschulte, ernsthafte und leichtsinnige, überall sind sie zu finden, im Geschäft, auf der Bahn, in Gesellschaft. Ihre Eigentümlichkeit ist, daß sie nur das Irdische kennen. Sie haben kein Jenseits, keinen Gott, kein Sittengesetz, kein unsichtbares Ideal. Es ist gar nicht nötig, daß sie religionsfeindlich sind, nur haben sie selber keinerlei Religion. Dieses Gebiet menschlichen Lebens existiert für sie nicht, und sie begreifen es nicht. Sie haben keinen Glauben, sonst sind sie wie andere Menschen. Von ihnen sagt Jesus, sie sind klüger als die Kinder des Lichts.

Kinder des Lichts sind Erdenbürger und Himmelsgedanken, Seelen voll göttlicher Sonne, Gemüter voll Sehnsucht nach dem Erhabenen und Ewigen. Sie halten das Unsichtbare für das Wesentliche und glauben an den lebendigen Gott. In allem Irdischen sehen sie seinen Finger, und mit allem ihren Schicksal liegen sie in seiner Hand. Sie sind selig in seiner Größe und traurig, wenn sie ihrer Sünden gedenken. Ihr Herz ist reich, aber sie sind nicht so klug wie die Kinder der Welt.

Warum sind eigentlich die Kinder des Lichtes weniger klug? Ist es nicht möglich, beides zu vereinigen, göttlichen Sinn und weltliche Klugheit? Möglich ist es wohl, denn Jesus ermahnt: seid klug wie die Schlangen und ohne Falsch wie die Tauben, aber leicht ist es nicht, und viele, die beides vereinigen wollten, waren schließlich weder klug noch fromm. Es handelt sich nämlich um zwei verschiedene Denkweisen, um zwei Arten der Erfassung aller Sachen und Dinge. Entweder sie werden nur als Macht- und Nützlichkeitsfragen angesehen, oder auch als Sittlichkeits- und Gewissensfragen. Es kann hundertmal klug sein, etwas zu tun, was nicht klug ist. Die Milde und Barmherzigkeit ist oft dann am wenigsten

kommt, und der Weg zum Erfolg ist oft nicht so, daß Engel ihn begleiten können.

Mit äußerer Kirchlichkeit verträgt sich die Klugheit recht leicht, aber nicht mit der Zartheit des Seelenzustandes einer wahren Gottergebenheit. Die Klugheit ist ihrer Natur nach mißtrauisch, berechnend, rücksichtslos, grundsatzlos. Sie gewinnt Menschenkenntnis ohne Menschenliebe. Sie hat keine Brüder und Schwestern, sondern nur Helfer oder Gegner, Gönner oder Werkzeuge. Sie lernt die Schwächen der anderen benutzen und grämt sich nicht, wenn sie über Fallende weiterschreitet. Sie kann leichter regieren und etwas erreichen. Die Welt wird darum wohl immer von Weltkindern beeinflußt werden und das volle Reich Gottes, die Herrschaft der Kinder des Lichts, bleibt eine goldene Hoffnung.

Und doch, wenn es keine Kinder des Lichtes gäbe, dann würde die Menschenwelt in Selbstsucht und Hoffnungslosigkeit zugrunde gehen. Mit bloßer Klugheit kommt unsere Gesellschaft nicht vorwärts. Sie braucht Glauben, Gemeinsamkeit, Edelmut und Hingebung. Wenn wir mehr Glauben hätten, so wären wir viel weiter. Alles ruft nach wahrem Herzensglauben. Wir haben soviel kalte Klugheit um uns herum gehabt, daß wir nach Seelenwärme dürsten. Unsere ganze Zeit sehnt sich nach Innerlichkeit, denn sie hat genug gelernt, was die Kinder der Welt können und nicht können. Sie sind klug, aber nur innerhalb der nächsten irdischen Aufgaben. Große Lebensfragen brauchen mehr als Klugheit, sie verlangen einen großen Glauben. Aus „Hilfe“ 1897

Naumanns letztes Manuskript

Der Schweinehirt.

Wir gingen einen westdeutschen Berg hinab, voll Heidekraut und Wacholdergebüsch. Laß uns die Schweineherde besehen, die dort am Rande sich in altväterlicher Weise pflegt! Ja, sagte mein Begleiter, vergiß aber nicht, dir den Schweinehirten anzusehen, weil ich dir nachher seine Geschichte erzählen will! Wir redeten also mit dem Hirten über seine Herde und fanden, daß er sachverständig über Lebensgewohnheiten seiner Pfleglinge sprach, ein klarer, blonder Mensch. Und nun beim Absteigen seine Geschichte: er war Eisenarbeiter und Mitglied einer frommen Gemeinschaft. Die Gemeinschaft hat beschlossen, daß ihre Mitglieder weltlichen Erwerbsvereinen und Gewerkschaften nicht angehören dürfen, gleichgültig, ob es sich um sozialdemokratische oder christlichsoziale Fachvereine handelt. Nach der Revolution aber wird kein unorganisierter Arbeiter mehr im Betrieb geduldet. Man versteht, wie unser Eisenarbeiter aus folgsamer Frömmigkeit Schweinehirt werden mußte. Soll man ihm einen Vorwurf machen, oder seiner Glaubensgemeinschaft, oder den Gewerkschaftsvertretern? Jeder Teil ist auf seine Weise berechtigt, aber engherzig. Wo wirkliche Frömmigkeit alter Art vorhanden ist, muß sie irgendwelche Entsagungsopfer auferlegen, in denen sich die Weltüberwindung ausdrückt. Ich halte den Beschluß der Glaubensgemeinschaft sachlich für töricht, aber es macht mir einen guten Eindruck, daß er durchgeführt wird bis zum Preisgeben des Lebensberufes. Ich halte auch den Beschluß der Gewerkschaften für unnötig scharf, aber die Beweggründe sind an sich nicht schlecht. — Als wir unten im Tale an-

[illegible]

Briefkasten

Deutsche Demokratie. Die Auflage dieses letzten politischen Aufrufes Naumanns ist bereits auf 400 000 Stück gestiegen, und die Nachfrage ist noch immer so stark, daß wir leider die hohen Herstellungskosten nicht mehr allein tragen können und bei weiteren Bestellungen um einen Beitrag zu unseren Selbstkosten bitten müssen, so daß der Preis für ein Exemplar von nun an auf 3 Pf. festgesetzt werden muß. Auch kleinere Bestellungen für private Zwecke werden gern erledigt.

Zu Naumanns Gedächtnis geben wir, wie auf viele Anfragen hier erwidert wird, in nächster Zeit ein Erinnerungsbuch heraus, das auch Bilder und Aufsätze von ihm erhalten soll. Nähere Angaben folgen später. — Eine Naumann-Postkarte mit seinem letzten Bild und einem Merkwort in seiner Handschrift ist im Druck und wird zum Preise von 10 Pf. für das Stück zu haben sein. Vereine erhalten größere Mengen billiger. — Größere Naumann-Bilder sind nach Aufnahmen von Hänse Herrmann und Alex Binder zu haben. Preis 6,50 M., bzw. 10 M. für Schwarzdruck, Größe etwa 18×24 Ztm.; aufgezogen in besserer Ausführung 32 M. — Für Versammlungsräume kann eine Vergrößerung hergestellt werden, die (ungerahmt) für 50×60 Ztm. Größe 300 M., für 60×80 Zentimeter Größe 400 M. kosten würde.

Es haben in diesen schweren Tagen so unendlich viele unser gedacht und ihrer Mittrauer beim Heimgang

D. Friedrich Naumanns

Ausdruck gegeben, daß es unmöglich ist, jedem einzelnen zu danken. Die Freunde des Entschlafenen aus dem Hilfekreis werden es verstehen, wenn wir nur auf diesem Wege ihnen sagen, daß alle die Beweise warmer und treuer Anteilnahme in unserem Leid uns tröstend wohlgetan haben.

Im Namen der Familie:
Magdalene Naumann, geb. Zimmermann.

Inhaltsübersicht

Martin Wenck: Der Lebensgang Friedrich Naumanns. — **Dr. Theodor Heuß:** Erinnerungen. — **Geh. Rat Professor D. Adolf Deißmann:** Friedrich Naumann, der Theologe. — **Dr. Gertrud Bäumer:** Friedrich Naumanns Sozialismus. — **Dr. Paul Rohrbach:** Naumann und die auswärtige Politik. — **Alfred Wolf:** Naumann und das Elsaß. — **Professor Paul Schubring:** Naumann als Künstler. — Naumanns letzte Rede in der Nationalversammlung. — Kriegsgerüchte. Ein unveröffentlichter Aufsatz aus dem Jahre 1908. — Worte Naumanns aus alten und neuen Schriften.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Heile, Zehlendorf, für den literarischen Teil: Dr. Gertrud Bäumer, Hamburg.

Geschäftliche Mitteilungen

Der Held des Tages. Das Männlichste am Mann ist das frei, [illegible] Herzen gehende und überzeugend gesprochene Wort. Ein ungewöhnliches Kraftgefühl und Machtbewußtsein trägt derjenige in sich, der imstande ist, zu jeder Zeit unvorbereitet, schlagfertig und unwiderlegbar zu reden. Ein tüchtiger Redner, der seine Umgebung zu fesseln versteht, ist der Held des Tages. Nach Brechts „Fernkursus für praktische Lebenskunst, logisches Denken, freie Vortrags- und Redekunst“ lernt der Studierende in leichtfaßlicher Weise logisch zu denken, sicher und zielbewußt zu handeln, ruhig und ungeniert aufzutreten und frei zu reden bzw. wirkungsvoll vorzutragen. Dem Brechtschen Unterrichtssystem verdanken viele Tausende ihre Erfolge und Berufe erhöhte Lebensfreude und gelungene Erfolge im [illegible] öffentlichen Leben. Wir empfehlen [illegible] die [illegible] dieser Nummer beiliegenden Prospekte [illegible]

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google